





ÖSTERREICHISCHE
NATIONALBIBLIOTHEK

392.366-D

Sett- ALT-

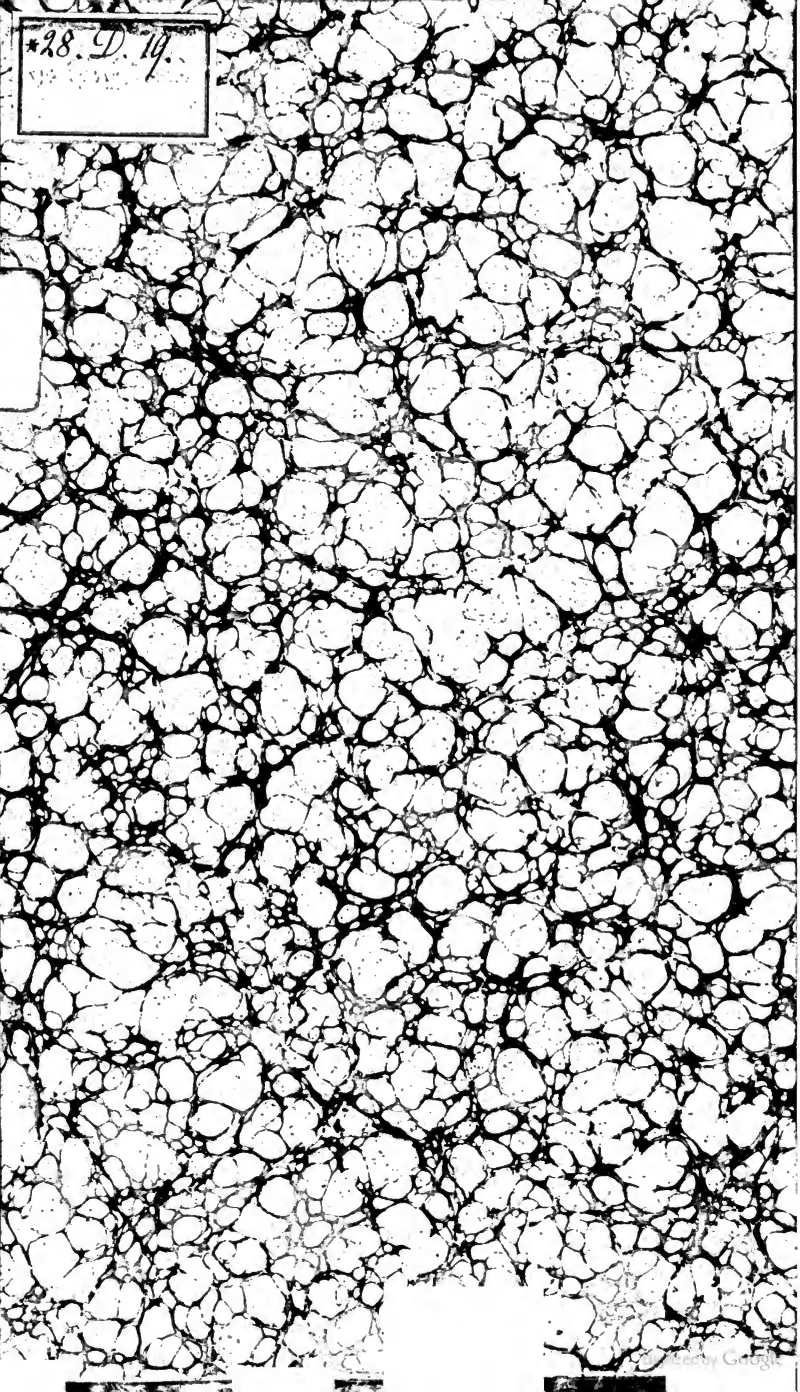
ÖSTERREICHISCHE
NATIONALBIBLIOTHEK

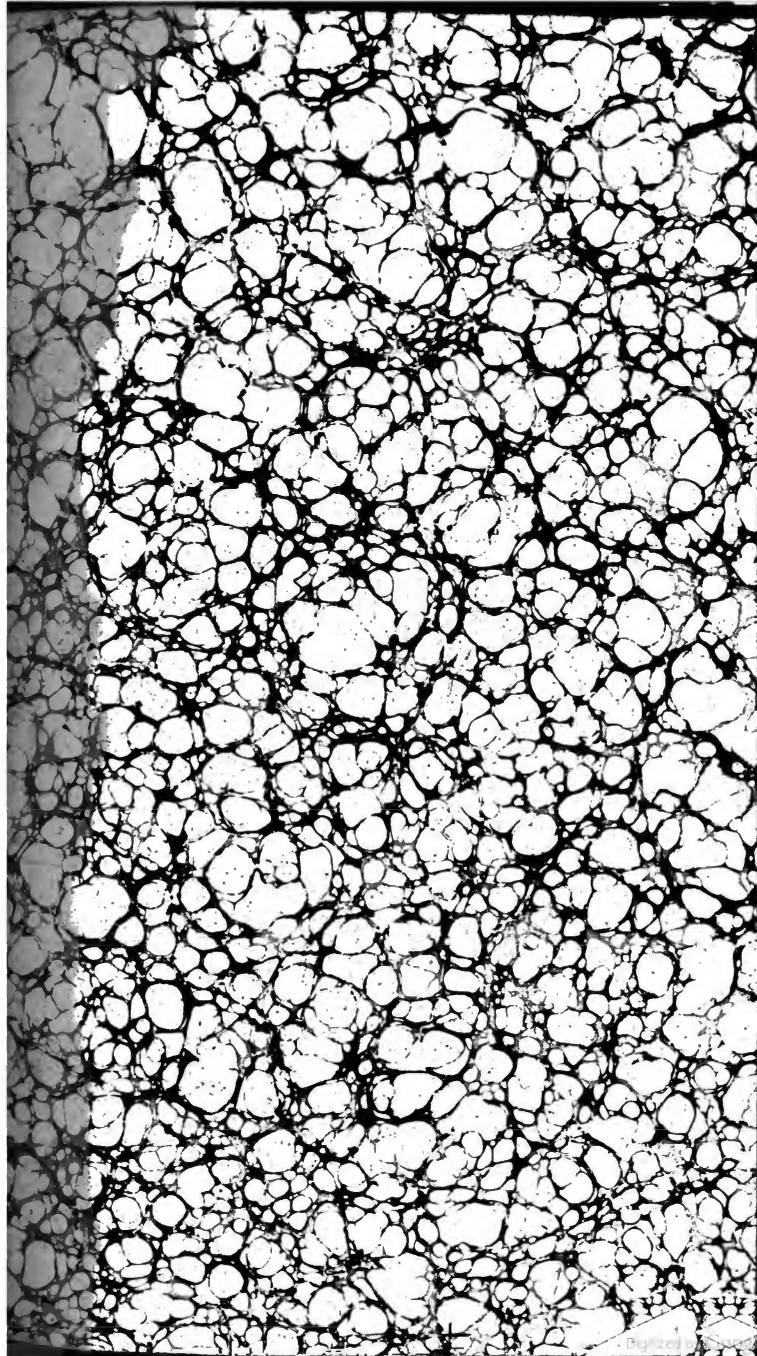
392.366-D

~~Nr.~~ ALT-

*28.D.19.

NOV 19 1919





Repertorium

über die unter den Regierungen

Ihrer Majestäten Franz I. und Ferdinand I.

erlassenen

Gesetze und Verordnungen

im

Justiz-Sache

vom Jahre 1821 bis 2. December 1848.



392366-D. L

Wien.

Aus der kaiserlich-königlichen Hof- und Staatsdruckerei.
1854.

Repertorium

über sämmtliche

vom Jahre 1821 bis 2. December 1848 erlassene Gesetze
im Justizfache.

A.

Abänderung. Vorschrift über die Hinausgabe der Beweggründe der obersten Justizstelle zur Abänderung gleichförmiger Beschlüsse der Unterbehörden.

Älterhöchste Entschliessung vom 11. Februar 1840, S. 472, Nr. 408.

- Macht der obersten Justizstelle zur Abänderung gleichförmiger Bescheide und Urtheile der Gerichte erster und zweiter Instanz; Bestimmung der Zahl der bei der dießfälligen Berathung erforderlichen Stimmführer.

Älterhöchste Entschliessung vom 17. Mai 1842, S. 36, Nr. 616.

- Das Justiz-Hofdecret vom 17. Jänner 1835, wegen Ausfertigung der ersten Abschriften von Testamenten und Inventarien auf classenmäßigem Stempel, hat an den gesetzlichen Vorschriften über die Verlassenschafts-Abhandlungen keine Abänderung getroffen.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1844, S. 239, Nr. 843.

- Durch die Gefinde-Ordnung für Wien vom 1. Mai 1810 hat das Strafgesetzbuch über Verbrechen keine Abänderung erlitten.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1846, S. 337, Nr. 967.

- der Strafe. S. Strafe.

Abendland. Benehmen und Wirkungskreis der österreichischen Consuln im Abendlande in Schiffbruchsfällen und anderen Angelegenheiten österreichischer Untertanen. Beweiskraft ihrer Urkunden.

Hofammerdecret vom 27. September 1834, S. 127, Nr. 2671.

Abfahrtsgehd. Staatsvertrag mit dem Großherzogthume Toscana, wegen wechselseitiger Aufhebung des Abfahrtsgebdes, dann Pensions- und Vermögens-Freizügigkeit.

Vom 28. Februar 1822, S. 83, Nr. 1847.

- Bedingte Aufhebung des Abfahrtsgebdes zwischen Oesterreich und Ausland.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1824, S. 212, Nr. 2015.

- Unbedingte Aufhebung des Abfahrtsgebdes zwischen Oesterreich und Ausland.

Hofkanzlei-Decret vom 28. October 1824, S. 269, Nr. 2047.

- Staatsvertrag mit Sardinien über die wechselseitige Vermögens-Freizügigkeit und Aufhebung des Abfahrtsgebdes.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1825, S. 292, Nr. 2080.

Abfahrtsgehd. Ausdehnung der Abfahrtsgehd-Aufhebung zwischen Oesterreich und Rußland auf das Königreich Pohlen.

- Hofkanzlei-Decret vom 3. Juni 1825, S. 303, Nr. 2102.
- Staatsvertrag mit dem Herzogthume Modena über die wechselseitige Vermögens-Freizügigkeit. Justiz-Hofdecret vom 10. März 1826, S. 9, Nr. 2171.
- Aufhebung des juris albinagii wider die Unterthanen der ionischen Inseln. Hofkanzlei-Decret vom 4. März 1827, S. 71, Nr. 2263.
- Aufhebung des Abfahrtsgehd bei Erfolgslaffung der Erbschaften an Unterthanen der freien Stadt Krafau. Hofkanzlei-Decret vom 8. März 1827, S. 71, Nr. 2264.
- Nähere Bestimmung des Termins, mit welchem die Freizügigkeit unter den deutschen Bundesstaaten eintritt. Hofkanzlei-Decret vom 12. October 1827, S. 101, Nr. 2312.
- Vorschrift über die Berechnung des Abfahrtsgehd von Staatspapieren und Bankactien. Justiz-Hofdecret vom 12. April 1828, S. 113, Nr. 2336.
- Ausdehnung der zwischen Oesterreich und Modena abgeschlossenen Convention, wegen wechselseitiger Aufhebung des Abfahrtsgehd, auf das Herzogthum Massa und Fürstenthum Carrara. Hofkanzlei-Decret vom 4. Juli 1830, S. 202, Nr. 2472.
- Ausdehnung der Aufhebung des Abfahrtsgehd zwischen Oesterreich und Dänemark auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen und dänischen Staaten. Hofkanzlei-Decret vom 8. Juli 1830, S. 203, Nr. 2473.
- Befreiung der aus Oesterreich nach Frankreich abziehenden Erbschaften von dem landesfürstlichen, grundherrlichen und bürgerlichen Abfahrtsgehd. Hofkanzlei-Decret vom 18. December 1834, S. 131, Nr. 2677.
- Der Austritt einer Militärperson aus der Militär-Jurisdiction begründet für sich allein die Abnahme des Militär-Abfahrtsgehd nicht. Allerhöchste Entschließung vom 20. Mai 1835, S. 8, Nr. 21.
- Das nach Frankreich aus den österreichischen Staaten abgehende Vermögen unterliegt keinem Abfahrtsgehd. Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1835, S. 18, Nr. 30.
- Die Befreiung hievon in Betreff des aus sämmtlichen österreichischen Staaten, mit Ausnahme Ungarns und Siebenbürgens, nach Preußen, und aus sämmtlichen preussischen Staaten nach Oesterreich, mit Ausnahme Ungarns und Siebenbürgens, gehenden Vermögens. Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1835, S. 52, Nr. 89.
- Ausdehnung der bestehenden Vermögens-Freizügigkeit zwischen den zum deutschen Bunde gehörigen Ländern Oesterreichs und Sachsen auf sämmtliche österreichische Staaten, mit Ausnahme Ungarns und Siebenbürgens, und sämmtliche sächsische Staaten. Hofkanzlei-Decret vom 11. November 1835, S. 54, Nr. 93.
- Vermögens-Freizügigkeits-Erweiterung mit der Schweiz. Hofkanzlei-Decret vom 14. März 1837, S. 117, Nr. 185.
- Staatsvertrag mit dem Königreiche Hannover, wegen wechselseitiger Aufhebung des Abfahrtsgehd. Hofkanzlei-Decret vom 17. Juli 1837, S. 134, Nr. 213.
- Staatsvertrag mit dem Churfürstenthume Hessen, über die gegenseitige Vermögens-Freizügigkeit, dann Aufhebung des Abfahrtsgehd. Hofkanzlei-Decret vom 5. November 1837, S. 159, Nr. 241.
- Ausdehnung des mit dem Königreiche Württemberg bereits abgeschlossenen Staatsvertrages über die Aufhebung des Abfuhr- und Abfahrtsgehd bei wechselseitiger Vermögens-Exportation. Hofkanzlei-Decret vom 13. December 1837, S. 162, Nr. 245.

Abfahrtsgehd. Staatsvertrag mit Belgien, über die wechselseitige Freizügigkeit des Vermögens und der Verlassenschaften.

Vom 9. Juli 1839, S. 344, Nr. 370.

- Staatsvertrag mit dem Könige der Niederlande und Großherzoge von Luxemburg, über die Vermögens-Freizügigkeit der beiderseitigen Unterthanen.

Vom 7. Februar 1840, S. 471, Nr. 406.

- Vorschrift über die Abnahme des landesfürstlichen Abfahrtsgebdes von dem nach Ungarn, Siebenbürgen und überhaupt nach allen fremden Ländern abziehenden unterthänigen Vermögen.

Hofkammer-Decret vom 28. Februar 1840, S. 474, Nr. 412.

- Staatsvertrag mit der freien Stadt Frankfurt, wegen Anwendung der Aufhebung des Abfahrtsgebdes bei wechselseitigen Vermögens-Exportationen auch auf die zum deutschen Bunde nicht gehörigen österreichischen Provinzen mit Ausnahme der ungarischen Länder.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Juli 1840, S. 515, Nr. 454.

- Aufhebung der Abnahme des Abfahrtsgebdes von den nach Sicilien gehenden Verlassenschaften.

Justiz-Hofdecet vom 2. November 1840, S. 536, Nr. 473.

- Ausdehnung der bestehenden Vermögens-Freizügigkeit zwischen dem zum deutschen Bunde gehörigen Ländern Oesterreich und Oldenburg auf sämtliche österreichische Provinzen mit Einschluß der ungarischen Länder.

Hofkanzlei-Decret vom 27. August 1842, S. 59, Nr. 638.

- Aufhebung des Militär-Abfahrtsgebdes von den aus der Militär- an die Civil-Jurisdiction übergehenden Verlassenschaften.

Hofkanzlei-Decret vom 4. August 1843, S. 133, Nr. 731.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und dem Königreiche beider Sicilien über die wechselseitige Freizügigkeit des Vermögens.

Vom 19. April und 4. Juli 1844, S. 204 und 340, Nr. 800 und 973.

- Ausdehnung des Bundesbeschlusses vom 20. Juni 1817, wegen Freiheit von allen Nachsteuern bei Vermögens-Exportationen zwischen Oesterreich und dem Herzogthume Anhalt-Bernburg auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen Provinzen.

Justiz-Hofdecet vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1035.

- Ausdehnung des zwischen Oesterreich und den Fürstenthümern Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen bestehenden Staatsvertrages, wegen Aufhebung des Abfahrtsgebdes auf die zum deutschen Bunde nicht gehörigen Länder des österreichischen Kaiserstaates.

Justiz-Hofdecet vom 7. Juli 1847, S. 465, Nr. 1074.

- Aufhebung der Abnahme des landesfürstlichen Abfahrtsgebdes im Verkehre zwischen den österreichischen und ungarischen Provinzen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. November 1847, S. 478, Nr. 1100.

- Sicherstellung des Abfahrtsgebdes von den in auswärtigen Staaten, mit welchen kein Freizügigkeitsvertrag besteht, aus der Bukowina abziehenden Verlassenschaften.

Justiz-Hofdecet vom 8. März 1848, S. 509, Nr. 1125.

Abfertigung der nach den italienischen Normen pensionirten Beamten-Witwen bei ihrer Wiederverhehlichung.

Hofkammer-Decret vom 19. September 1816 und 12. November 1827, S. 1104, Nr. 2318.

- Vorschrift über die Abfertigung der Waisen, Mündel und Pflegebefohlenen in dem Falle, wenn verschiedenen Waisen, Mündeln oder Pflegebefohlenen gehörige Capitalien demselben Schuldner gegen eine die Namen und Antheile der einzelnen Gläubiger aufweisende Obligation dargelegen worden sind.

Justiz-Hofdecet vom 11. April 1828, S. 112, Nr. 2334.

Abfertigung. Verpflichtung der vor Verlauf eines Jahres nach Einstellung des Activitäts-Gehaltes wiederangestellten Ducescenten zu verhältnismäßiger Rückvergütung des als Abfertigung bezogenen Jahresgehaltes.

Justiz-Hofdecret vom 3. September 1830, S. 207, Nr. 2479.

Durch Verbot, Vormerkung oder Execution auf die Pension der Beamten-Witwen und Waisen erworbenen Rechte gehen verhältnismäßig auf die Abfertigung über.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1833, S. 87, Nr. 2606.

- Den Töchtern verstorbenen Beamten und Diener ist bei ihrer Verheirathung, wenn sie eine auf keine bestimmte Zeit beschränkte jährliche Pension oder Gnadengabe genießen, zwischen der Reservation des Bezuges auf den Fall ihres Wittwenstandes und der Abfertigung mit dem zweijährigen Betrage desselben, die Wahl zu lassen.

Hofkammer-Decret vom 28. Mai 1834, S. 113, Nr. 2655.

- Die Witwen der Staatsbeamten und minderen Diener, welche ihren Gatten im Pensions-, Ducescenten- oder Provisions-Stande geheirathet haben, erhalten keine Abfertigung.

Hofkammer-Decret vom 8. April 1835, S. 4, Nr. 6.

- In wieferne Witwen suspendirter Beamten Anspruch auf eine Abfertigung haben.

Hofkammer-Decret vom 18. Juli 1837, S. 135, Nr. 215.

- Vorschrift über die Abfertigung der Münzel und Curanden mit den auf den Namen eines jeden Einzelnen von ihnen gesetzmäßig angelegten Capitalien.

Hofkanzlei-Decret vom 1. April 1840, S. 480, Nr. 421.

- Bestimmung des Termins, innerhalb welchen den sich verheirathenden pensionirten, provisionirten oder mit Gnadengaben betheiligten Staatsdieners-Witwen und weiblichen Waisen die Wahl zwischen der Abfertigung oder dem Vorbehalte des genossenen Bezuges für den Eintritt des noch maligen Wittwenstandes gestattet ist.

Hofkammer-Decret vom 6. März 1846, S. 320, Nr. 944.

Abfindung. Erklärung des Ausdrucks „Abfindung“.

Justiz-Hofdecret vom 11. Mai 1833, S. 90, Nr. 2611.

- Vorschrift über die Eintreibung der Rückstände an der Abfindung für die Verzehrungssteuer.

Justiz-Hofdecret vom 11. Mai 1833, S. 90, Nr. 2611.

- Bestimmungen über die freiwillige Abfindung zwischen den Grund- und Zehent-Herren und ihren Grund- und Zehent-Holzen hinsichtlich der Ablösung der Robot, des Zehents und anderer Urbaral-Schuldigkeiten.

Hofkanzlei-Decret vom 18. December 1846, S. 395, Nr. 1012.

Abfindungs-Rückstände der Verzehrungssteuer. Anmeldung und Classification derselben bei Concurrs-Massen.

Hofkammer-Decret vom 14. März 1831, S. 11, Nr. 2507.

Abforderung der Schadloshaltungs-Reverse bei Verlassenschafts-Abhandlungen wird abgestellt.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 48, Nr. 1799.

- Abstellung der Abforderung der Reverse von Beamten über das Enthalten von geheimen Gesellschaften.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1848, S. 619, Nr. 1145.

Abführung. Belehrung wegen Abführung der in Fällen von Forst-, Jagd-, Fisch- und Felsfrevel an der bayerischen Landesgränze zuerkannten Schadenersatzbeträge und Pfandgebühren an die Cassé des Staates, wo der Frevel verübt wurde.

Hofkanzlei-Decret vom 18. September 1847, S. 471, Nr. 1087.

Abgabe. S. Tanzmusik.

Abgaben. Wie ferne den landesfürstlichen und grundherrlichen Abgaben von unbeweglichen Gütern außer dem Concurse ein Vorrecht zustehe; wie die Rückstände derselben bei Vertheilung des Kauffchillings für versteigerte Realitäten zu berücksichtigen seien, und welchem Gerichte diese Vertheilung zustehe?

Justiz-Hofdecret vom 16. September 1825, S. 321, Nr. 2132.

- grundherrliche, Vorrecht der dreijährigen Rückstände an landesfürstlichen Grundsteuern vor allen grundherrlichen Abgaben in Concurse- und Executions-Fällen.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1831, S. 22, Nr. 2533.

- Vorschrift über die Einhebung der außerordentlichen Abgabe (Einkommensteuer) von den durch Taxabzüge geschmälerkten Besoldungen und anderweitigen Bezügen.

Finanz-Ministerial-Decrete vom 18. und 27. Juni dann 18. August 1848, S. 641, 643 und 651, Nr. 1163, 1165 und 1176.

Abgang des besonderen Aufgebotes bei der betreffenden Feldcapelle begründet nicht die Ungiltigkeit der außerdem mit allen gesetzlichen Erfordernissen geschlossenen Militär-Ehe.

Hofkanzlei-Decret vom 3. April 1846, S. 331, Nr. 954.

Abgesetzter Advocat. S. *Advocaten*.

Abgestrafte Verbrecher. S. *Verbrecher*.

Abgeurtheilte. S. *Inquisiten*.

Abhandlung der Verlassenschaften. S. *Verlassenschafts-Abhandlungen*.

Abhandlungs-Behörde. Verlassenschafts-Abhandlungs-Behörden haben die in Verlassenschaften vorfindigen Privilegien-Urkunden an die Landesstelle abzugeben.

Justiz-Hofdecret vom 18. December 1824, S. 280, Nr. 2059.

- Vorschrift für die Abhandlungs-Behörde über die Erlebigung der Verlassenschafts-Abhandlung mittelbarer Personen.

Justiz-Hofdecret vom 30. April 1825, S. 299, Nr. 2092.

- und nicht der Grundobrigkeit, wenn sie nicht zugleich Abhandlungs-Behörde ist, gebührt das Mortuar.

Hofkanzlei-Decret vom 6. September 1825, S. 319, Nr. 2130.

- Abhandlungs-Behörden haben bei jeder Abhandlung die Verlassenschafts-Masse nach dem Course von 250 auf Conventions-Münze zurück zu führen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. November 1825, S. 330, Nr. 2148.

- hat das Erlöschen des Mannstammes einer adeligen Familie der Landesstelle anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Juni 1829, S. 162, Nr. 2411.

- hat nach dem Tode von Staatsdienern, deren Kinder auf eine Unterstützung aus den Staats-Cassen Anspruch machen können, die Mütter und Vormünder auf ihre Verantwortlichkeit für die im Namen der Mündel ungebührlich erhobenen Beträge aufmerksam zu machen.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1831, S. 20, Nr. 2529.

- hat in Erbschafts- und Vormundschafts-Angelegenheiten die Geldsumme in Conventions-Münze anzusetzen.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1831, S. 27, Nr. 2543.

- den Dominien als Verlassenschafts-Abhandlungs-Behörden gebührt in Niederösterreich das Mortuarium, wenn sie auch nicht zugleich Grundobrigkeiten des Abhandlungs-Objectes sind.

Justiz-Hofdecret vom 1. März 1833, S. 79, Nr. 2596.

- hat den Tod oder die Versorgung eines Waisen, der eine Pension oder Gnadengabe genossen hat, der Landesbehörde anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1834, S. 118, Nr. 2662.

Abhandlungs-Behörde. Soll die classenmäßig gestämpelten Abschriften von Testamenten und Inventarien nicht von Amtswegen ausfertigen, jedoch die Parteien nicht in die Lage setzen, die Erhebung dieser Abschriften zu unterlassen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Jänner 1835, S. 134, Nr. 2684.

- hat jeden Todesfall eines k. k. Kämmerers mit Beilegung des allenfalls vorgefundnen Kammerherrn-Schlüssels der Landesstelle anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 1. März 1836, S. 76, Nr. 129.

- Abhandlungs-Behörden haben jede letzte Willenserklärung, wodurch einer Stiftung, Kirche, Schule, geistlichen Gemeinde, öffentlichen Anstalt oder den Armen eine Erbschaft oder ein Vermächtniß zufällt, der politischen Behörde bekannt zu geben.

Justiz-Hofdecret vom 29. August 1836, S. 91, Nr. 154.

- Herabsetzung der Frist auf sechs Wochen zur Bekanntmachung der Verfügung der Abhandlungs-Instanz über den in Verwahrung des allgemeinen Krankenhauses befindlichen Nachlaß einer daselbst verstorbenen Person.

Justiz-Hofdecret vom 4. December 1837, S. 162, Nr. 244.

- Die Abhandlungs-Behörden haben das reine der landesfürstlichen Mortuar-Taxe unterliegende Verlassenschafts-Vermögen genau zu bestimmen.

Justiz-Hofdecret vom 10. September 1838, S. 277, Nr. 294.

- Abhandlungs-Behörden haben der Landesstelle bei dem Uebergange der bloß allein der Primogenitur zustehenden höheren Adelsstufe oder eines besondern Titels an eine neue Person die Mittheilung zu machen.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1840, S. 491, Nr. 439.

- Erfolgslaffung der Verlassenschafts-Effecten von den im allgemeinen Krankenhause Verstorbenen an die von der Abhandlungs-Behörde dazu berechtigten Parteien.

Hofkanzlei-Decret vom 15. December 1842, S. 76, Nr. 661.

- Das Landrecht der betreffenden Provinz ist die Abhandlungs-Behörde über den Nachlaß eines verstorbenen Nebemortisten.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1843, S. 86, Nr. 670.

- Eine Controle der Abhandlungs-Behörden hinsichtlich ihrer Ausweise über die von Verlassenschaften zu bemessenden frommen Gebühren durch die Provinzial-Staatsbuchhaltung findet nicht Statt.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Jänner 1843, S. 90, Nr. 677.

- Competenz der zur Verlassenschafts-Abhandlung berufenen Abhandlungs-Behörde bei Entscheidung über die Gültigkeit des Testaments, und über Erbrechts- oder Erbtheilungs-Klagen, dann über die Bewilligung der Sequestration des streitigen Nachlasses.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juni 1845, S. 269, Nr. 893.

- Das Recht zum Bezuge des Mortuars gebührt der wirklichen Abhandlungs-Behörde.

Hofkanzlei-Decret vom 26. März 1846, S. 328, Nr. 947.

- Verlassenschafts-Abhandlungs-Behörden haben Todesfälle schwedischer Unterthanen dem vorgelegten Appellationsgerichte anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 10. December 1847, S. 479, Nr. 1104.

- Instruction für die Verlassenschafts-Abhandlungs-Behörden in der Bucowina über das Verfahren bei Verlassenschafts-Abhandlungen.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 495, Nr. 1125.

- Abhandlungs-Behörden adeliger Personen haben jeden einzelnen Todesfall, in welchem die bei adeligen Familien bloß der Primogenitur zustehende höhere Adelsstufe oder ein besonderer Titel an eine neue Person übergeht, der politischen Landesstelle anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1848, S. 611, Nr. 1133.

Abhandlungs-Gebühren. Vorschrift über die Controle bei Bemessung und Verrechnung der Abhandlungs-Gebühren.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1826, S. 53, Nr. 2230.

— Vorschrift über die Berechnung der Abhandlungs-Gebühren von Staatspapieren und Bank-Actien.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1828, S. 113, Nr. 2336.

Abhandlungs-Gesuche. S. Gesuche.

Abhandlungs-Pflege. S. Verlassenschafts-Abhandlung.

Abhandlungs-Protokolle. S. Protokoll.

Abholen. Bestimmung des Trägerlohnes für das Abholen und Austragen der über 25 Pfunde wiegenden Amtspade und Risten für die Diener des niederösterreichischen Appellationsgerichtes.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1847, S. 418, Nr. 1030.

Abfürzung der Civil- und Criminal-Richteramts-Praxis von je Einem Jahre auf ein halbes Jahr.

Justiz-Ministerial-Decret vom 3. Juni 1848, S. 639, Nr. 1158.

Ablassung. Erkenntnisse auf Ablassung von der Untersuchung wider öffentliche Beamte unterliegen, wenn nicht die §§. 433 und 443 I. Thls. des Strafgesetzes eintreten, keiner höheren Beurtheilung.

Justiz-Hofdecret vom 17. November 1821, S. 59, Nr. 1815.

— Bei Ablassung von einer Criminal-Untersuchung sind in Fällen, wo die Criminalgerichte bloße Anzeigen und Anklagen verwerfen, die Beschlüsse den Appellationsgerichten nicht vorzulegen, die Ablassungs-Beschlüsse aber von denselben ohne Verzögerung zu ertheilen.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1821, S. 71, Nr. 1826.

— Die zur Aufnahme von Criminal-Untersuchungen befugten Landgerichte dürfen von einer angefangenen Untersuchung ohne Anfrage bei den auch zur Urtheilshöpfung berechtigten Criminalgerichten ablassen; wann sie zur Ablassung nur die Genehmigung des Appellationsgerichtes einzuholen haben.

Justiz-Hofdecret vom 20. Jänner 1823, S. 128, Nr. 1920.

— Das Justiz-Hofdecret vom 2. August 1819 ist auf die Ablassung von Voruntersuchungen bei Uebertretungen der Pestanstalten nicht anwendbar.

Justiz-Hofdecret vom 2. December 1825, S. 319, Nr. 2129.

— Bei den dem Erkenntnisse der höheren und höchsten Behörden vorbehaltenen Verbrechen sind auch die Beschlüsse der ersten Instanz über die Ablassung von der Voruntersuchung mit den Acten dem Appellationsgerichte vorzulegen. Davon findet nur eine Ausnahme Statt, wenn die Criminalgerichte bloße Anzeigen verwerfen, oder den Gegenstand sogleich zurückweisen.

Justiz-Hofdecret vom 18. September 1829, S. 171, Nr. 2427.

— Ablassungs-Beschlüsse über Mißbrauch der Amtsgewalt, Verleitung zu demselben und Verfälschung öffentlicher Credits-Papiere dürfen die Appellationsgerichte aus eigener Macht ertheilen.

Justiz-Hofdecret vom 14. December 1835, S. 64, Nr. 105.

— Vorschrift über die Vorlegung der Beschlüsse der Criminalgerichte, wegen Ablassung des im Wege der Voruntersuchung eingeleiteten Criminalverfahrens.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1837, S. 163, Nr. 246.

— Das Criminal-Obergericht ist nicht berechtigt, die von Criminalgerichten gefaßten Beschlüsse auf Ablassung vom weiteren-Criminalverfahren abzuändern.

Justiz-Hofdecret vom 15. Jänner 1839, S. 322, Nr. 328.

— Vorschrift über das Benehmen des Appellationsgerichtes, wenn der Beschluß des Collegialgerichtes auf Ablassung statt auf Einleitung der Criminaluntersuchung durch irrige Ansichten herbeigeführt worden ist.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1847, S. 469, Nr. 1083.

Ableben. S. Todfall.

Ablieferung der Sträflinge in das Bagno marittimo zu Venedig.

Justiz-Hofdecret vom 9. October 1829, S. 173, Nr. 2432.

- Wann die Ablieferung des flüchtigen Beschuldigten eines Verbrechens an dasjenige Criminalgericht, welches den Eedbrief erlassen hat, gerechtfertigt ist.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juli 1847, S. 466, Nr. 1076.

- Ablieferung der Barschaften aus den Depositenämtern an den Staatsschulden-Eilungsfond.

Justiz-Hofdecret vom 31. Mai 1848, S. 637, Nr. 1156.

Finanz-Ministerial-Erlaß vom 6. Juni 1848, S. 640, Nr. 1160.

Ablieferungskosten. Die gegenseitige Vergütung der Ablieferungskosten für Verhaftete, die von Militär an landesfürstliche Civilbehörden, oder von diesen an jene abgeliefert werden, hat ganz aufzuhören; bei den gutsherrlichen Gerichten und jenen der freien Städte und Märkte bleibt es bei der bisher üblichen Vergütung der Kosten.

Justiz-Hofdecret vom 3. November 1826, S. 52, Nr. 2229.

Ablösung. Bestimmungen über die freiwillige Ablösung zwischen den Grund- und Zehent-Herren und ihren Grund- und Zehentholden, hinsichtlich der Ablösung der Robot, des Zehentes und anderer Urbarschuldigkeiten.

Hofkanzlei-Decret vom 18. December 1846, S. 395, Nr. 1012.

- Vorschrift über das Verfahren bei Ablösung der auf den von den Privat-Eisenbahnen eingelösten Gründen haftenden dinglichen Rechten, als: Zehent-, Berg-, Weiderecht ic.

Hofkanzlei-Decret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1036.

- der Holzbezugsrechte oder Gnaden-Holzbezüge der Unterthanen in den Staatswäldern in Tirol durch Ueberweisung einzelner Forsttheile in das volle Eigenthum der Gemeinden.

Hofkanzlei-Decret vom 11. April 1847, S. 456, Nr. 1057.

- Zur Ablösung der Robot und des Zehentes wird den Unterthanen die Veräußerung eines Theiles ihres Grundbesitzes gestattet, nur darf hierdurch die Subsistenz der Unterthanen und der aufrechte Stand der Wirthschaft nicht gefährdet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1848, S. 561, Nr. 1129.

- Vorschrift über die Behandlung der von den Grund-Obrigkeiten als Entgelt für die Robot und den Zehent acquirirten und statt der Robot und des Zehentes in den Compler des betreffenden Dominicalbesitzes übergehende Grundstücke, wenn dieselben von der Obrigkeit wieder veräußert und emphyteutisch werden wollen.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Mai 1848, S. 617, Nr. 1140.

Ablösungs-Verträge. S. Zehent-Ablösungs-Verträge.**Abnahme.** Die Abnahme des halben Percentes aus den Verlassenschaften für den Wiener Wohlthätigkeitsfond wird auf den Armen-Institutbezirk von Wien beschränkt.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juni 1821, S. 34, Nr. 1770.

- Vorschrift über die Abnahme des Zählgeldes von dem Vermögen der Mündel und Curanden.

Justiz-Hofdecret vom 31. Mai 1823, S. 149, Nr. 1944.

- des für den Armenfond bestimmten Armen-Percentes hat bei den zu wohlthätigen Zwecken gemachten Legaten nicht statt.

Hofkanzlei-Decret vom 30. October 1823, S. 162, Nr. 1972.

- Vorschrift über die Abnahme der Erbsteuer von theilbaren Obligationen.

Hofkammer-Decret vom 1. December 1824, S. 270, Nr. 2052.

- Vorschrift über die Behandlung der Streitigkeiten über die Zehentabnahme.

Hofkanzlei-Decrete vom 16. März und 20. September 1826, S. 12 und 48, Nr. 2178 und 2221.

Abnahme. Vorschrift über die Abnahme der Erbsteuer, des Mortuars-, Abschiedsgeldes oder anderer Gebühren von Obligationen und Bank-Actien.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1828, S. 113, Nr. 2336.

- Vorschrift über die Abnahme des Stämpels bei den Verlassenschafts- Abhandlungen auf dem Lande.

Hofammer-Decret vom 10. Jänner 1832, S. 29, Nr. 2544.

- Strafbestimmung auf die ungebührliche Abnahme der Grundbuchstaren.

Hofkanzlei-Decret vom 2. März 1833, S. 80, Nr. 2599.

- Vorschrift über die Abnahme der Armen-Percente bei Versteigerungen von Realitäten.

Hofkanzlei-Decret vom 24. März 1837, S. 117, Nr. 187.

- Bestimmungen über die weitere Abnahme der Verlassenschaftsbeiträge an die Kranken- und Wohlthätigkeits-Anstalten, Armen-, Seminar- und Invalidenfonde, dann an den Normal-Schulfond.

Hofkanzlei-Decrete vom 28. Februar und 16. November 1842, S. 13 und 74, Nr. 600 und 655.

- Mit der Abnahme des Eides sollen Gerichtsstellen so lange inne halten, bis die mittelst Hof-recurs unterlegte Frage, ob mit der Ablegung dieses Eides einzuhalten sei, entschieden ist.

Justiz-Hofdecret vom 26. September 1842, S. 61, Nr. 642.

- Vorschrift über die Abnahme des von einem Stummen in seiner Rechtsache angetretenen Haupteides.

Justiz-Hofdecret vom 28. September 1842, S. 61, Nr. 644.

- Vorschrift für Gerichtsbehörden über die Abnahme der Verschleißprovision und Cassenbarkeit der Tadal- und Stämpelverleger und Traßanten, zur Befriedigung privatrechtlicher Forderungen.

Hofammer-Decret vom 13. October 1844, S. 237, Nr. 840.

- Das Recht zur Abnahme des Mortuars fließt nicht aus dem grundherrlichen Nexus, sondern aus der Abhandlungspflege.

Hofkanzlei-Decret vom 26. März 1846, S. 328, Nr. 947.

- Einvernehmen zwischen dem Appellationsgerichte und der Landesstelle vor Abnahme des Wahlfähigkeits-Decretes von einem bei einer gemischten Behörde dienenden Beamten, wenn damit der Verlust des Dienstes verbunden wäre. Bei Dienstposten, welche von den Hoffstellen verliehen wurden, ist die Entziehung des Wahlfähigkeits-Decretes der Entscheidung der Letzteren zu unterliegen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1846, S. 355, Nr. 975.

Abolutionsverträge. S. Zehent-Ablösungs-Verträge.

Abordnung. Abstellung des Unfuges der insgeheimen Abordnung von Leuten in die Criminal-Untersuchungsgefängnisse, um die Inquisiten zu Geständnissen zu verlocken.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 450, Nr. 1048.

Abreichung der Alimentation für arretirte Schuldner, Bestimmung der Frist hiezu.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1833, S. 81, Nr. 2601.

Abhängung. S. Schätzung.

Abhängung der über verbotenen Spielen betretenen Ausländer aus den k. k. Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 16. October 1840, S. 533, Nr. 469.

- der Strafe der Vermögens-Confiscation, wegen des Verbrechens der meineidigen Entweichung aus dem Kriegsdienste für die ganze Armee, und Einführung der Entschädigungs-Pauschalien.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1842, S. 10, Nr. 599.

- Die Rückkehr einer von der competenten Polizeibehörde aus was immer für einem Grunde abgeschafften Person, ist nach den §§. 81. und 82, II. Theiles des Strafgesetzes zu behandeln, dem

Abgeschafften das Verbot der Rückkehr und die auf diese verhängten Folgen zu eröffnen, wenn die Abschaffung wegen einer schweren Polizei-Übertretung erfolgt, selbe im Urtheile selbst auszubrüden.

Hofkanzlei-Decret vom 22. October 1846, S. 386, Nr. 993.

Abschied. Den in stabile Civildienste untergebrachten Militär-Invaliden ist der Abschied aus dem Militärverbande erst dann zu ertheilen, wenn sie in dieser Anstellung volle zehn Jahre gebient und sich dadurch Anspruch auf eine Civil-Pension oder Provision erworben haben.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 4. April 1846, S. 332, Nr. 955.

Abschlägige Bescheide. Die Verordnungen vom 14. Februar 1804 und 21. Juni 1805 sind auch auf Grundbücher der Städte und Obrigkeiten anzuwenden.

Zustiz-Hofdecret vom 16. April 1830, S. 194, Nr. 2459.

Abschoßgeld. S. Abfahrts-geld, Freizügigkeit.

Abschreibung. Vorschrift über das Verfahren bei der Abschreibung der für die Staats-Eisenbahnen eingelösten Gründe, Gebäude und der abgelösten obrigkeitlichen Giebigkeiten und Gerechtsamen, in den Grundbüchern, in der Landtafel und in dem kändischen Kataster.

Zustiz-Hofdecret vom 15. October 1845, S. 277, Nr. 904.

— der nicht fällig gewordenen Diensttaxen der Beamten.

Hofammer-Decret vom 12. März 1847, S. 449, Nr. 1046.

— der Criminalkosten. S. Criminalkosten, Löschung.

Abschriften. Die Appellationsgerichte haben den Verichten über Recurse bei den durch Stimmenmehrheit gefaßten Beschlüssen eine ämtliche Abschrift des betreffenden Rathsprotokolles beizulegen.

Zustiz-Hofdecrete vom 4. October und 30. December 1822, S. 119 und 127, Nr. 1897 und 1918.

— Die Notare in Dalmatien sollen den Parteien von Testamenten, welche noch nicht gerichtlich bekannt gemacht worden sind, vor derselben Kundmachung durch die competente Gerichtsbehörde keine Abschriften ertheilen.

Zustiz-Hofdecret vom 1. Mai 1824, S. 201, Nr. 2002.

— Die der höchsten Entschließung zu unterziehenden Criminal-Urtheile des Appellationsgerichtes sind, auch wenn sie einstimmig beschloffen wurden, in Abschrift sammt den Beweggründen dem Berichte an die oberste Justizstelle beizulegen.

Zustiz-Hofdecret vom 23. December 1825, S. 332, Nr. 2153.

— Die Ausfertigung und Zustellung der gestämpelten Abschrift von der auf Ersuchen eines anderen Gerichtes aufgenommenen Schätzung-Urkunde hat der requirirende Richter zu besorgen.

Zustiz-Hofdecret vom 26. Jänner 1828, S. 108, Nr. 2324.

— Fristbestimmung zur Stämpfung der Abschriften von obrigkeitlichen Protokollen.

Hofammer-Decret vom 10. Jänner 1832, S. 29, Nr. 2544.

— von ursprünglich auf classenmäßigen Stempel ausgefertigten gerichtlichen Protokollen sind stempelfrei, und werden den Parteien nur auf ihr Verlangen ertheilt.

Hofammer-Decret vom 2. Juli 1833, S. 94, Nr. 2620.

— Die ersten Abschriften von Testamenten und Inventarien werden nicht von Amtswegen auf classenmäßigen Stempel ausgefertigt. Die Gerichtsbehörden sollen jedoch die Parteien nicht in die Lage setzen, die Erhebung dieser Abschriften zu unterlassen.

Zustiz-Hofdecrete vom 17. Jänner 1835, S. 134, Nr. 2684, und vom 30. October 1844, S. 239, Nr. 843.

— Die Landesstelle hat das wider einen unbefugt ausgewanderten Adeligen geschöpfte rechtskräftige Urtheil der vereinigten Hofkanzlei in beglaubigter Abschrift vorzulegen.

Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1837, S. 121, Nr. 194.

Abschriften. In welchen Fällen die requirirten Gerichte beglaubigte Abschriften von den bei ihnen aufgenommenen Zeugenverhörs-Protokollen zurück zu behalten haben.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1839, S. 350, Nr. 377.

— Den gerichtlichen Dolmetschen steht die Befugniß der Vidimirung von Abschriften der in fremden Sprachen ausgefertigten Urkunden nicht zu.

Justiz-Hofdecret vom 26. Februar 1846, S. 319, Nr. 940.

— Vorschrift für die Stände bei Ertheilung der Abschriften von Incosatz- und Adels-Documenten. Hofkanzlei-Decret vom 4. December 1846, S. 392, Nr. 1005.

Absendung. Abstellung des Unfuges der geheimen Absendung von Leuten in die Criminal-Untersuchungsgefängnisse, um die Inquisiten zu Gesändnissen zu verlocken.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 450, Nr. 1048.

Absehtirung. S. Urlaub.

Absenz. Die Absenz- und Verwendungs-Tabellen der Muskultanten eines jeden Landrechtes sind zugleich mit dem jährlichen Arbeitsausweise desselben mit Einem Berichte an die oberste Justizstelle vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juli 1821, S. 37, Nr. 1775.

Absenzlisten. S. Urlaub.

Absenz-Tabellen. Vorschrift über die Verfassung und Einsendung der Absenz-Tabellen, der Appellationsgerichte und der ihnen untergeordneten Gerichtsbehörden an die oberste Justizstelle.

Justiz-Hofdecret vom 16. März 1827, S. 71, Nr. 2266.

— S. Urlaub.

Absonderung. Seine Majestät finden sich zur Erlassung neuer Vorschriften über die Absonderung der landtäflichen Rubriken der Güter, in Fällen, wo Lehen und freieigene Güter oder Lehen verschiedener Lehensherren in derselben Rubrik vereinigt sind, nicht bestimmt; jedoch sind derlei Gesuche zu begünstigen und zu unterstützen, und durch Verträge für derlei Absonderung von Amtswegen zu sorgen.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1835, S. 36, Nr. 66.

Abstellung des bei einigen Criminalgerichten herrschenden Unfuges der öffentlichen Kundmachung der auf fünf Jahre oder eine noch kürzere Strafdauer lautenden, oder dem Recurse unterliegenden Strafurtheile.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1821, S. 5, Nr. 1735.

— der Abforderung der Schadloshaltungs-Reverse bei Verlassenschafts-Abhandlungen.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 48, Nr. 1799.

— Beschluß der deutschen Bundesversammlung zur Abstellung unerlaubter Verbindungen und sonstiger Mißbräuche unter den Handwerksgelesen.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Jänner 1841, S. 550, Nr. 492.

— Staatsvertrag zwischen Oesterreich, Rußland, Preußen, Frankreich, Großbritannien und anderen europäischen Mächten, wegen Abstellung des Sklavenhandels, der als Seeräuberel erklärt wird.

Vom 20. December 1841, S. 658, Nr. 578.

— des Unfuges der Abordnung insgeheim bestellter Leute in die Criminal-Untersuchungsgefängnisse, um die Inquisiten zu Gesändnissen zu verlocken, welche dann den Untersuchungsbehörden mitgetheilt werden.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 450, Nr. 1048.

— der Mißbräuche durch Betäubungen mit Schwefeläther und anderen Aethergattungen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1847, S. 473, Nr. 1091.

— der Abforderung der Reverse hinsichtlich der Enthaltung der Beamten von geheimen Gesellschaften.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1848, S. 619, Nr. 1145.

Absterben des Mannstammes einer adeligen Familie haben die Abhandlungs-Behörden der Landesstelle anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Juni 1829, S. 162, Nr. 2411.

Absterben. S. Todfall.

Abstiftung. Weisung bei Ausübung des Pfändungs- und Abstiftungsrechtes der Dominien in Mirlen gegen ihre Grund-Untertanen.

Hofkanzlei-Decret vom 11. April 1822, S. 92, Nr. 1863.

- Im Falle eines Concurfes gegen einen zur Abstiftung bestimmten Unterthan hat dessen persönlicher Richter einzuschreiten.

Justiz-Hofdecret vom 20. März 1824, S. 196, Nr. 1994.

- Verfahren bei Abstiftungen der Guts-Untertanen.

Justiz-Hofdecret vom 20. Mai 1825, S. 300, Nr. 2095.

Abstimmung. Vorschrift für die Vorsitzenden bei Gerichtsbehörden über die Zählung der Stimmen und Fassung der Rechtsbeschlüsse in bürgerlichen Rechtsangelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1841, S. 565, Nr. 519.

- Offenbar der Abstimmung nicht entsprechende ausgefertigte Urtheile sind von dem Appellationsgerichte und von der obersten Justizstelle aufzuheben.

Justiz-Hofdecret vom 21. August 1846, S. 356, Nr. 979.

Abtei: Pfürnden. S. Pains d'Abbayes.

Abtreiben. Verbot des Abtreibens der Waldungen, Gebüsch oder Sträucher auf den an der Linie der Staats-Eisenbahn angränzenden Gründen und Bergabhängen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 234, Nr. 834.

Abtretung. S. Cession.

Aburtheilung. Vorschrift über die Aburtheilung der Seeräuber, welche von österreichischen Schiffen in der Levante eingebracht werden.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1824, S. 27, Nr. 2054.

- Vorschrift über die Aburtheilung der Uebertreter der Sanitäts-Anstalten in der Bucowina.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1826, S. 8, Nr. 2168.

- der wirklich dienenden Beamten, der Pensionisten, Provisionisten, dann ihrer mit Gnadengaben theilhaftigen Witwen und Waisen wegen Verbrechen, ist der betreffenden Stelle anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Februar 1839, S. 324, Nr. 335.

- S. Urtheil.

Abweisliche Bescheide. S. Bescheide.

Abweisung. Wann Bewerber um eine Dienststelle über die Gründe ihrer Abweisung mittelst des auf ihr Gesuch zu ertheilenden Bescheides zu belehren sind.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1826, S. 20, Nr. 2190.

- der nicht gehörig instruirten Gesuche um eine Einverleibung, Vormerkung, Besitz- oder Gewähr-Anschreibung oder Löschung mit Anführung der Ursache.

Justiz-Hofdecret vom 16. April 1830, S. 194, Nr. 2459.

Abwesende. Vorschrift über das Verfahren bei dem Zeugenbeweise über den Tod eines Vermissten.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1827, S. 68, Nr. 2259.

- Begriff, Folgen und Strafen der unbefugten Abwesenheit.

Hofkanzlei-Decret vom 2. April 1832, S. 50, Nr. 257.

- Behandlung der abwesenden österreichischen Unterthanen, welche nicht erklärt haben, von dem 17. Artikel des Friedensschlusses vom 30. Mai 1814 Gebrauch machen zu wollen.

Hofkanzlei-Decret vom 2. April 1832, S. 50, Nr. 2557.

- Vorschrift über die Zustellung der Klagen an außer Landes wohnende Personen, deren Aufenthaltsort bekannt ist.

Justiz-Hofdecret vom 11. Mai 1833, S. 91, Nr. 2612.

Abwesende. Wann die in der Türkei sich aufhaltenden österreichischen Unterthanen als befugt Abwesende anzusehen seien.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juni 1835, S. 11, Nr. 27.

- Die wider einem unbefugt Abwesenden erkannten Geldstrafen sind dem betreffenden Local-Armenfonde zuzuweisen.

Hofkanzlei-Decret vom 21. April 1836, S. 80, Nr. 137.

- Vorschrift über die Aufrechnung und Einhebung der Gerichtstaren in Rechtsfällen abwesender Parteien, oder deren Aufenthalt unbekannt ist.

Hofkammer-Decret vom 30. Juni 1837, S. 132, Nr. 210.

- Das Referat eines Abwesenden ist durch einen Collegen zu führen.

Justiz-Hofdecree vom 4. April 1839, S. 335, Nr. 353.

- Auch gegen Abwesende kann die im §. 241, II. Theiles des Strafgesetzes bezeichnete Ehrenbeleidigung begangen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1839, S. 341, Nr. 363.

- Vorschrift über die Kundmachung der Erkenntnisse gegen unbefugt Abwesende.

Hofkanzlei-Decret vom 19. September 1839, S. 350, Nr. 379.

- Vorschrift über die Stämpelbefreiung und Stämpelvormerkung für Abwesende in Folge des Stämpel- und Targesezes vom 27. Jänner 1840.

Hofkammer-Präsidential-Decret vom 26. Juli 1840, S. 517, Nr. 457.

- Erben. S. Erben.

Abzüge. Vorschrift über die Einbringung und Sicherstellung der aus dem Dienstverhältnisse entstehenden Ararial-Forderungen an Staatsdiener und Militärpersonen durch Abzüge an Gehältern und Pensionen.

Hofkammer-Decret vom 1. December 1834, S. 130, Nr. 2675.

- Von der Löhnung und dem Patental-Invalidengehalte eines Soldaten darf kein Abzug gemacht werden.

Justiz-Hofdecree vom 1. Juli 1839, S. 343, Nr. 368.

- In welchen Fällen der Abzug des Diäten-Fünftels auch bei Abjuration der aus Privatrassen zu verachtenden Reise-Particularien statt zu finden habe.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Jänner 1841, S. 551, Nr. 494.

- Zum Behufe der Bemessung der frommen Gebühren ist ein Abzug der aus dem letzten Willen entspringenden Lasten und Legaten bei Verlassenschaften nicht zulässig.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Jänner 1843, S. 90, Nr. 677.

- Vorschrift über das Verfahren bei Einbringung der Diensttaren von Beamten durch Abzüge an ihren Besoldungen.

Hofkammer-Decret vom 12. September 1843, S. 138, Nr. 740.

- Vorschrift über das Verfahren hinsichtlich der Abzüge der rückständigen Diensttaren von den vom Gehalte suspendirten, mit einer Alimentation theilenden Beamten.

Hofkammer-Decret vom 6. Februar 1844, S. 194, Nr. 784.

- Berechnung des Percentual-Abzuges von dem Einkommen der diesen Abzügen unterliegenden Personen, wenn dieses Einkommen mit einem gerichtlichen Verbote oder einer Executionsführung befaßt ist.

Finanz-Ministerial-Erlaß vom 17. November 1848, S. 664, Nr. 1187.

Abzugsfreie Verabfolgung der Erbschaften. S. Abfahrtsgeb.

Abzugsgebühren. S. Abfahrtsgeb., Freizügigkeit.

Acattholiken. Verseigerung der Amtsschriften verstorbener acattholischer Superintendenden.

Justiz-Hofdecree vom 16. Juni 1826, S. 21, Nr. 2191.

Acatholiken. An Acatholiken dürfen die sich bei Verlassenschaften vorfindenden Kreuzpartikeln und Reliquien nicht überlassen werden.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1826, S. 56, Nr. 2234.

- Vorschrift für die acatholischen Seelsorger, über die Führung eigener Tauf-, Trauungs- und Verdingungs-Protokolle und über die Ausfertigung und Verabfolgung der Tauf-, Trauungs- und Todtenscheine.

Hofkanzlei-Decret vom 24. November 1829, S. 179, Nr. 2442.

- Die für Katholiken vorgeschriebene Feierlichkeit bei Ablegung des Eides findet, in soferne sie die Aufstellung eines Crucifixes und zwei brennender Wachskerzen betrifft, auf Eide der helvetischen Confessions-Verwandten keine Anwendung.

Justiz-Hofdecret vom 21. December 1832, S. 72, Nr. 2582.

- Personen, welche nach ihrer Geburt und Taufe der katholischen Religion angehören, können vor dem achtzehnten Jahre nicht zu einem acatholischen Glaubensbekenntnisse übertreten, wenn auch ihre Aeltern Acatholiken geworden sind.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1834, S. 111, Nr. 2650.

- Die acatholischen Einwohner in der Vuowina, welche zu keiner katholischen Pfarre gehören, sind nicht verpflichtet ihre Eheverköndigungen in einer katholischen Pfarre vornehmen zu lassen, und in Absicht auf die Erziehung der Kinder aus gemischten Ehen hat es bei der zur Zeit der Besignahme der Vuowina angetroffenen Uebung zu verbleiben.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1835, S. 22, Nr. 37.

- Die Wiederverehelichung einer getrennten acatholischen Person bei Lebzeiten des getrennten Gegentheiles mit einer katholischen Person ist eben so wenig, als dem getrennten früher acatholischen, dann aber zur katholischen Kirche übergetretenen Gegentheile gestattet.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Juli 1835, S. 34, Nr. 61.

- Befreiung der den acatholischen Schulen zum Unterrichte der Jugend bestimmten Erbschaften und Legate von der Erbsteuer

Hofkanzlei-Decret vom 27. November 1838, S. 311, Nr. 308.

- Vorschrift über das Verhalten des katholischen Curat- Clerus bei eintretenden Ehen zwischen Katholiken und Acatholiken.

Justiz-Hofdecrete vom 20. September 1841, S. 607, Nr. 563; und Hofkanzlei-Decret vom 8. August 1842, S. 56, Nr. 629.

- Bestimmungen hinsichtlich der Ausstellung der Reverse über die Erziehung der Kinder aus Ehen der Acatholiken mit Katholiken in der katholischen Religion.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Juli 1842, S. 44, Nr. 624.

- Verbot der nachträglichen gottesdienstlichen Handlungen in dem acatholischen Bethhause bei den unter passiver Assistenz der katholischen Pfarrer geschlossenen Ehen zwischen Katholiken und Acatholiken.

Hofkanzlei-Decret vom 27. December 1842, S. 80, Nr. 665.

- Vorschrift für die katholische Geistlichkeit, hinsichtlich der Führung der Trauungsbücher und Ausfertigung der Trauungsscheine über Ehen zwischen Katholiken und Acatholiken.

Hofkanzlei-Decret vom 27. April 1843, S. 118, Nr. 700.

- Gültigkeit des bei gemischten Ehen, wegen Erziehung der Kinder in der katholischen Religion von dem acatholischen Bräutigam angestellten Reverses.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Juni 1843, S. 125, Nr. 714.

- S. Bethhaus, Superintenden ten.

Acatholisches Bethhaus. S. Bethhaus.

Acatholische Schulen. S. Schulen.

Acceptant. Das in dem Artikel XX der Wechsel-Ordnung vorgezeichnete Executions-Verfahren von Seite des Präsentanten oder Wechsel-Inhabers findet auch wider den Acceptanten auf sogleiche Bezahlung des acceptirten Wechsels statt.

Justiz-Hofdecret vom 28. Juli 1821, S. 41, Nr. 1784.

Acceptanten. Wann die Execution auf die sogleiche Bezahlung eines Wechsels auch wider den Acceptanten statt findet.

Justiz-Hofdecrete vom 28. Juli 1821, S. 41, Nr. 1784 und vom 15. September 1823, S. 160, Nr. 1966.

Acceptation. Die Vorschriften des Patentes vom 25. Februar 1791, über die Ausstellung trockener Wechsel, gelten auch für die Acceptation derselben.

Justiz-Hofdecret vom 1. September 1821, S. 45, Nr. 1794, 2.

— S. auch Wechsel.

Accessisten. Diäten-Bestimmung für Accessisten bei den galizischen Criminal-Gerichten.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1823, S. 141, Nr. 1931.

— Zu Kanzlei-Accessisten sind nur vollkommen geeignete und mit einem hinreichenden Einkommen versehene Individuen aufzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1825, S. 291, Nr. 2078.

— Die Wahl eines Kanzlei-Accessisten des mährisch-schlesischen Landrechtes und Appellationsgerichtes, ist jedesmal vorläufig der obersten Justizstelle anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 310, Nr. 2111.

— Die zur Anstellung als Kanzlei-Accessisten bei landesfürstlichen Gerichtsbehörden erforderlichen Studien-Zeugnisse.

Justiz-Hofdecret vom 17. April 1835, S. 6, Nr. 13.

— Die Aufnahme und Ernennung der Accessisten bleibt der obersten Justizstelle überlassen.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

— Vorschrift zur Aufnahme von Kanzlei-Accessisten bei den landesfürstlichen Behörden.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1836, S. 80, Nr. 139.

— Erforderliche Studien zum Eintritte als Kanzlei-Accessist bei Gerichtsbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 24. Mai 1836, S. 83, Nr. 143.

— Vorschrift über die Anstellung unentgeltlicher Kanzlei-Accessisten bei reinen Justizbehörden, und die hiezu erforderlichen Studien; Bestimmung der Anzahl derselben und der Dauer ihrer probeweisen Praxis; sie haben unter sich keinen Rang.

Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1840, S. 383, Nr. 402.

— Die unentgeltlichen überzähligen Accessisten rücken bei Erledigung sistemisirter Accessisten-Stellen von selbst ohne besondere Ernennung ein.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 585.

Accidentien. Berechnung der Accidentien der Wirthschaftsbeamten in Mähren und Schlesien für die den Unterthanen unter obrigkeitlichem Sigille hinausgegebenen Grundverschreibungen.

Hofkanzlei-Decret vom 23. September 1830, S. 208, Nr. 2482.

Achte Theil. S. Octava.

Acten. Bei Ablassung von der Untersuchung gegen einen öffentlichen oder nicht ausgenommenen Verbrecher beschuldigten Beamten unterliegt die Mittheilung der ihn betreffenden Acten, wenn solche von der Behörde, unter welcher er dienet, zur Einsicht verlangt wird, keinem Anstande.

Justiz-Hofdecret vom 17. November 1821, S. 59, Nr. 1815.

— Bei Erkenntnissen auf Ablassung von der Untersuchung gegen einen öffentlichen Beamten sind außer den Fällen der §§. 433 und 443, I. Theiles des Strafgesetzes und des Justiz-Hofdecretes vom 2. August 1819 die Acten dem Obergerichte nicht vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 17. November 1821, S. 59, Nr. 1815.

Acten. Wenn die Criminalgerichte bloße Anzeigen und Anklagen zurück zu weisen finden, sind ihre Beschlüsse dem Appellationsgerichte nicht vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1821, S. 71, Nr. 1826.

- Den Proceßacten, bei welchen Urkunden in einer andern als der deutschen, lateinischen und italienischen Sprache vorkommen, sind die von den Parteien anerkannten und ämtlich bestätigten Uebersetzungen beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1822, S. 78, Nr. 1837.

- Der Gefällen-Verwaltung zu Innsbruck in Tirol sind die Acten über Cameral-Gefälls- und in dießfälligen Fiscal-Proceßten, vor dem Vortrage derselben mitzutheilen.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1822, S. 90, Nr. 1857.

- Weisung wegen Mittheilung der Acten an die medicinische Facultät oder die Professoren der Heilkunde zur Abgebung des Gutachtens über einen ärztlichen Befund.

Justiz-Hofdecret vom 21. September 1822, S. 117, Nr. 1895.

- Den an den höheren Richter einbegleiteten Proceßacten über Zeugen-Aussagen ist das Original-Zeugen-Verhör anzuschließen.

Justiz-Hofdecret vom 14. Mai 1824, S. 202, Nr. 2006.

- Welche Acten durch die Brief-Post, und welche durch den Postwagen zu befördern seien.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1824, S. 260, Nr. 2025.

- Versendung voluminöser Acten durch den Postwagen.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1825, S. 295, Nr. 2084.

- Bei dem Tode eines acatholischen Superintendents sind die ihm anvertrauten Amts-Acten zu versiegeln.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1826, S. 21, Nr. 2191.

- Welche Actenstücke bei Stämpel-Revisionen den Obrigkeiten und nicht vollständig organisirten Magistraten abgenommen werden dürfen.

Justiz-Hofdecret vom 17. November 1826, S. 55, Nr. 2232.

- Mittheilung der Criminal-Acten an ausländische Criminalbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1827, S. 91, Nr. 2302.

- Der Gefälls-Verwaltung sind auf ihr Verlangen die Acten von bereits geschlossenen und abgeurtheilten Criminal-Untersuchungen mitzutheilen.

Justiz-Hofdecret vom 15. December 1827, S. 107, Nr. 2322.

- Bei den dem Erkenntnisse der höheren und höchsten Behörden vorbehaltenen Verbrechen sind auch die Beschlüsse der ersten Instanz über die Ablassung von einer Voruntersuchung mit den Acten dem Appellationsgerichte vorzulegen. Davon findet nur eine Ausnahme statt, wenn die Criminalgerichte bloße Anzeigen verwerfen, oder den Gegenstand sogleich zurückweisen.

Justiz-Hofdecret vom 18. September 1829, S. 171, Nr. 2427.

- Die Acten der in Dalmatien verstorbenen, oder aus anderen Gründen außer Wirksamkeit getretenen Notare sind der Gerichtsbehörde des Bezirkes, in welchem der Notar seinen Wohnsitz hatte, zur Aufbewahrung zu übergeben.

Justiz-Hofdecret vom 9. October 1829, S. 173, Nr. 2431.

- Die Einsicht der Criminal-Acten ist dem Beschädigten und auch dem Fiscus nicht zu gestatten, wenn der Beschädigte nicht verurtheilt wird.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1833, S. 76, Nr. 2591.

- Wann im Appellations- und Revisions-Zuge statt der Introitus-Tagungs-Ausschreibung die weitere Bezeichnung der neu zugewachsenen Acten vorzunehmen sei.

Justiz-Hofdecret vom 1. December 1835, S. 61, Nr. 97.

Acten. In welchem Falle dem obersten Gerichtshofe bei Erkenntnissen über Münzverfälschung außer den Fallificaten, unter Bekanntgebung des Untersuchungs-Resultates, auch die Untersuchungs-Acten vorzulegen sind.

Justiz-Hofdecret vom 15. December 1835, S. 64, Nr. 106.

- Vorschrift über die Mittheilung der Criminal-Acten an bayerische Behörden.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1835, S. 64, Nr. 107.

- Vorschrift über die Zustellung der Gerichtsacten an In- und Ausländer im Großherzogthume Hessen.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1837, S. 135, Nr. 214.

- Erläuterung des §. 403, II. Theiles des Strafgesetzes, hinsichtlich der Acten-Rücksendung an die erste Instanz bei mangelhaft befundenen Untersuchungen.

Hofkanzlei-Decrete vom 2. August 1838, S. 274, Nr. 287 und vom 28. Juni 1839, S. 343, Nr. 367.

- Die Zustellung gerichtlicher Acten im ämtlichen Wege findet in Sardinien nicht Statt.

Justiz-Hofdecret vom 15. Jänner 1839, S. 322, Nr. 327.

- Dem durch eine schwere Polizei-Übertretung Beschädigten ist auf Verlangen die Einsicht in die Untersuchungs-Acten zu gestatten.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Mai 1839, S. 339, Nr. 359.

- Vorschrift über die Vertilgung der alten unbrauchbar gewordenen Registratur-Acten bei dem niederösterreichischen Pandrechte.

Justiz-Hofdecret vom 11. Mai 1840, S. 487, Nr. 433.

- Einsendung der wegen Verbrechen mit den unter dem gesetzlichen Alter zum Militär eingetretenen Ungarn und Siebenbürgern aufgenommenen kriegsrechtlichen Untersuchungs-Acten an den Hofkriegsrath.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1841, S. 559, Nr. 504.

- Vorschrift über das Venehmen der Gefälls-Behörden bei Stämpel-Revisionen in solchen Fällen, wo geheime Acten der Einsicht verweigert werden.

Hofkammer-Decret vom 11. Mai 1841, S. 578, Nr. 534.

- Den Criminal-Untersuchungs-Acten sind bei deren Vorlage an den höheren Richter nur die Empfangsscheine des Criminal-Depositum-Amtes über den dahin geschickten Ertrag echter Geldbeträge, nicht aber die echten Geldbeträge beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 9. August 1842, S. 57, Nr. 631.

- Die auf ämtlichen Acten mit jüdischer oder hebräischer Schrift vorkommenden Namensfertigungen sind nur als Handzeichen anzusehen.

Justiz-Hofdecret vom 20. December 1842, S. 77, Nr. 663.

- Vorschrift über die Vertilgung der alten unbrauchbaren Registratur-Acten bei sämtlichen Appellationsgerichten, mit Ausnahme von Tirol und Dalmatien, Lombardie und Venedig, bei den diesen Appellationsgerichten untergeordneten landesfürstlichen Criminal- und Civil-Collegial-Gerichten, dann bei den Magistraten der Städte: Wien, Prag, Brünn, Olmütz, Lemberg und Graz.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1843, S. 149, Nr. 751.

- Die Zustellung gerichtlicher Acten im ämtlichen Wege findet in Großbritannien und Irland nicht Statt, sondern ist durch die Gesandtschaft oder Consulate zu bewerkstelligen.

Justiz-Hofdecret vom 10. December 1846, S. 394, Nr. 1008.

- Bestimmung des Trägerlohnes für das Abholen und Austragen der über 25 Pfunde wiegenden Actenpäckte für die Diener des niederösterreichischen Appellationsgerichtes.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1847, S. 418, Nr. 1030.

Acten. Die Einsicht der Untersuchungs-Acten in Preßangelegenheiten steht dem Angeklagten und seinem Verteidiger in der Gerichtskanzlei offen.

Rundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Actenauszug. Die Gerichtsstellen erster und zweiter Instanz haben bei Vorlegung von Civil- und Criminal-Processen immer einen genau verfaßten Actenauszug anzuschließen, welcher von dem Referenten des Appellationsgerichtes und der obersten Justizstelle bei Bearbeitung und bei dem Vortrage derselben benützt werden dürfen.

Justiz-Ministerial-Decret vom 6. Mai 1848, S. 618, Nr. 1143.

Actien. Berechnung der Erbsteuer von den Actien der National-Bank.

Hofkanzlei-Decret vom 20. Juni 1823, S. 153, Nr. 1949.

— Wenn die Erbsteuer den Betrag einer Bank-Actie erreicht, kann sie damit entrichtet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1823, S. 160, Nr. 1968.

— Berechnung und Abnahme der Percentual-Gebühren von Bank-Actien.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1828, S. 113, Nr. 2336.

— der Triester Seeschaden-Versicherungs-Gesellschaften werden von der Verbindlichkeit der Unterschrift zweier Zeugen befreit.

Hofkammer-Decret vom 2. Juli 1825, S. 311, Nr. 2115.

Justiz-Hofdecrete vom 19. August und 25. November 1826, S. 44 und 56, Nr. 2216 und 2235, vom 27. November 1830, S. 218, Nr. 2494 und 2495.

Hofkammer-Decrete vom 17. Juni und 8. Juli 1831, S. 15, Nr. 2516 und 2518, 11. Juli 1833, S. 99, Nr. 2623 und 22. März 1839, S. 334, Nr. 351.

— Bei Bemessung der Erbsteuer ist der Courtwerth der Bank-Actien nicht nach dem Todestage des Erblassers, sondern nach dem Tage der Zahlungsverbindlichkeit zu berechnen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Jänner 1833, S. 76, Nr. 2590.

— Vorschrift über die Bildung eines Actien-Vereines für Eisenbahn-Unternehmer.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Juni 1838, S. 263, Nr. 282.

— Vorschrift über die gerichtliche Veräußerung der Bank-Actien.

Justiz-Hofdecret vom 24. Jänner 1844, S. 190, Nr. 778.

— Bestimmung des niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichtes zur Amortisirung der Actien der Wiener-Schottwitzer Eisenbahn-Gesellschaft.

Justiz-Hofdecret vom 25. April 1844, S. 207, Nr. 802.

— Amortisirung der in Verlust gerathenen Actien der privilegirten ersten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft durch das niederösterreichische Mercantil- und Wechselgericht.

Justiz-Hofdecret vom 5. August 1846, S. 355, Nr. 977.

Actien-Commandite-Gesellschaften. Ausdehnung der Bestimmungen des §. 5. des Eisenbahn-Concessions-Systemes auf dieselben.

Justiz-Hofdecret vom 14. April 1840, S. 481, Nr. 423.

Actien-Gesellschaft. Das niederösterreichische Mercantil- und Wechselgericht ist der Gerichtsstand der Actien-Gesellschaft der Kaiser Ferdinands-Nordbahn.

Justiz-Hofdecret vom 5. December 1836, S. 94, Nr. 159.

— Die Dampfmaschinen-Actien-Gesellschaft in Wien untersteht, wenn sie als Beklagte erscheint, mit Ausnahme der Real-Klagen, dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 11. September 1843, S. 137, Nr. 738.

Actionäre. Die Actionäre der Triester Feuer-, Elementar- und Seeschaden-Versicherungs-Gesellschaften haben nur vor dem dortigen Wechselgerichte als ihrer Personal-Instanz Rede und Antwort zu geben.

Hofkammer-Decret vom 2. Juli 1825, S. 311, Nr. 2115.

Justiz-Hofdecrete vom 19. August und 25. November 1826, S. 44 und 56, Nr. 2216 und 2235.

Hofkammer-Decrete vom 27. November 1830, S. 218, Nr. 2494 und 2495; vom 17. Juni und 8. Juli 1831, S. 15, Nr. 2516 und 2518; vom 11. Juli 1833, S. 99, Nr. 2623 und vom 22. März 1839, S. 334, Nr. 351.

- der in Triest unter der Benennung: Nuova società commerciale d'assicurazione entstandenen Versicherungs-Gesellschaft unterstehen in dieser Eigenschaft dem Triester Mercantil- und Wechselgerichte.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Mai 1848, S. 620, Nr. 1148.

Activität der Länderstellen. S. Wirkungskreis.

Actuare. Als Actuare dürfen Criminal-Practicanten bei Criminal-Untersuchungen verwendet werden.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1828, S. 144, Nr. 2383.

- Vermehrung der Actuare bei dem Criminal-Senate des Wiener Magistrats. Bestimmung ihrer Besoldung und ihres Quartiergeldes, dann Einziehung der Adjuten der Auscultanten.

Hofkanzlei-Decret vom 15. September 1832, S. 69, Nr. 2576.

- Criminal-Actuare sollen der Landessprache vollkommen kundig seyn.

Justiz-Hofdecret vom 16. Jänner 1835, S. 133, Nr. 2682.

- Wirkungskreis der landesfürstlichen Collegialgerichte erster und zweiter Instanz bei Besetzung von Criminal-Actuare-Stellen.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

- Hofkammer-Procuratur darf ihre Actuare anstatt der Fiscal-Adjuncten bei Gericht erscheinen lassen.

Justiz-Hofdecret vom 13. März 1837, S. 116, Nr. 183.

- Vorschrift über die Verwendung der Criminal-Actuare als Criminal-Inquirenten und Notanten.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1839, S. 342, Nr. 365.

- Vorschrift über die Ernennung der Criminal-Actuare beim Criminal-Gerichte der Stadt Wien.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 569, Nr. 524.

Additional-Acte. Erläuterung der Additional-Acte vom 13. April 1844 über den Elbe-Schiffahrt-Vertrag vom 23. Juni 1821.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 2. December 1845, S. 289, Nr. 912.

Adresse. Auf der Adresse der Schreiben der nicht landesfürstlichen Gerichtsstellen in Criminal-angelegenheiten an andere Behörden ist der Gegenstand der Correspondenz wegen der Postportobefreiung zu bemerken.

Hofkammer-Decret vom 17. October 1822, S. 120, Nr. 1902.

- Auf den Adressen der aus den österreichischen Staaten portofrei an die königlich-sächsischen Behörden zu gelangen habenden Erlässe ist der Gegenstand der Zuschrift anzumerken.

Justiz-Hofdecret vom 9. December 1822, S. 123, Nr. 1912.

- Die postportofreien Behörden haben auf der Adresse jedesmal den Gegenstand beizusetzen.

Hofkammer-Decret vom 18. Februar 1829, S. 145, Nr. 2386.

Adel. Bestrafung der Anmaßungen der Vorzüge und Titel des Adels.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juli 1823, S. 154, Nr. 1952.

Adel. Bestimmungen der Titulatur derjenigen Individuen in den amtlichen Erlässen, die zur Annahme des ihnen vom Auslande verliehenen Adels die Bewilligung Seiner Majestät erhalten haben.

Hofkanzlei-Decret vom 20. August 1829, S. 170, Nr. 2425.

- Zur Evidenz-Haltung des Standes des Adels hat die Landesstelle das wider einen unbefugt ausgewanderten Adeltichen geschöpfte rechtskräftige Urtheil der vereinigten Hofkanzlei in beglaubigter Abschrift vorzulegen.

Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1837, S. 121, Nr. 194.

- Bestimmungen der Vorrechte des in- und ausländischen Adels; Gebrauch des mit demselben erlangten Prädicates in Vereinigung mit dem Familien-Namen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1838, S. 240, Nr. 279.

- Gerichtsstellen haben als Abhandlungs-Instanzen adelicher Personen jeden einzelnen Todesfall, in welchem die bei adelichen Familien bloß der Primogenitur zustehende höhere Adelsstufe an eine neue Person übergeht, der politischen Landesstelle anzuzeigen.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1840, S. 491, Nr. 439.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1848, S. 611, Nr. 1133.

- Die Cumulirung: der vom Erasmus Grafen v. Lichtenberg zu Gunsten des dem Staatsdienste sich widmenden jungen Adels der Provinz Krain gemachten Adjuten-Stiftung mit einem Adjutum aus dem Staatsschatze ist unzulässig.

Hofkammer-Decret vom 31. Juli 1844, S. 214, Nr. 822.

- Vorschrift über die Gültigkeit der Notariats-Urkunden zum Beweise der adelichen Abstammung.

Justiz-Hofdecret vom 16. September 1846, S. 360, Nr. 983.

- Vorschrift in Absicht auf das Venehmen der Stände bei Ertheilung von Adels-Certificaten, Bestätigung der Stammbäume, und bei Ertheilung von Abschriften von Adels-Documenten.

Hofkanzlei-Decret vom 4. December 1846, S. 392, Nr. 1005.

Adel, ausländischer. S. Standeserhöhungen.

Adeliche. Das Erlöschen des Mannsstammes einer adelichen Familie haben die Verlassenschafts-Behörden der Landesstelle anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Juni 1829, S. 162, Nr. 2411.

- Die Landesstelle hat das wider einen unbefugt ausgewanderten Adeltichen geschöpfte rechtskräftige Urtheil der vereinigten Hofkanzlei in beglaubigter Abschrift vorzulegen.

Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1837, S. 121, Nr. 194.

Adeliche Abstammung. Vorschrift über die Gültigkeit der Notariats-Urkunden zum Beweise der adelichen Abstammung.

Justiz-Hofdecret vom 16. September 1846, S. 360, Nr. 983.

- Schätzleute. S. Schätzleute.

Adeliches Richteramt. S. Gerichtsbarkeit, Instruction.

Adelsanmaßung. Vorschriften bei Untersuchungen über Adelsanmaßungen, und bei Bemessung der hierauf festgesetzten Geld- oder Arrest-Strafen.

Hofkanzlei-Decret vom 2. November 1827, S. 103, Nr. 2316.

Adelsberg. Anstellung eines Advocaten für den Adelsberger Kreis in Krain mit dem Wohnsitz in Adelsberg mit dem Rechte der Partei-Vertretung in allen drei Kreisen Krains mit Ausfluß der Hauptstadt Laibach.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1846, S. 317, Nr. 936.

Adels-Diplome. Bestimmungen hinsichtlich der Gültigkeit der in den verschiedenen Adels-Diplomen vorkommenden Formel der vier Ahnen väterlicher und mütterlicher Seits.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1844, S. 238, Nr. 841.

Adels-Notizen. Den böhmischen Landtafel-Beamten ist die Erfassung einzelner Adels-Notizen oder theilweisen genealogischen Tableaux an Parteien nicht gestattet.

Hofkanzlei-Decret vom 14. December 1835, S. 63, Nr. 104.

Adelsstufe. S. Adel.

Adelsverlust. Auf den Verlust des Adels ergangene Criminal-Urtheile sind nach der Kundmachung derselben oder nach Erledigung des Recurses, oder verstrichener Recursfrist, von dem Criminalgerichte der Landesstelle in Abschrift mitzutheilen.

Justiz-Hofdecree vom 8. Juli 1831, S. 15, Nr. 2517.

Adjuncten. S. Fiscal-Adjuncten.

Adjutenstiftung. S. Adjutum.

Adjutum. Wie das Adjutum für Auscultanten des Wiener Magistrates zu verleihen sei.

Justiz-Hofdecree vom 16. Juni 1821, S. 33, Nr. 1769.

- Bei Verleihung sistemisirter Adjuten ist auf die mit Enadengaben versehenen Auscultanten Bedacht zu nehmen.

Justiz-Hofdecree vom 9. Februar 1824, S. 172, Nr. 1987.

- Vorschritt bei Ansprüchen unentgeltlich dienender Auscultanten zur Erlangung eines Adjutums.

Justiz-Hofdecree vom 22. October 1824, S. 268, Nr. 2046.

- Vertheilung der Adjuten unter die Auscultanten und Concepts-Practikanten des Lemberger Magistrates.

Justiz-Hofdecree vom 23. September 1826, S. 49, Nr. 2223.

- Das Adjutum ist den zu Auscultanten ernannten mittellosen Jöglingen des Theresianums und des Wiener Stadtconvicts vom Tage des Austrittes aus der Erziehungs-Anstalt unter der Bedingung der nachfolgenden Prüfung anzuweisen.

Justiz-Hofdecree vom 22. August 1828, S. 130, Nr. 2359.

- Den nach Triest oder Zara bestimmten und von dort nicht gebürtigen Auscultanten wird ein Adjutum von 400 fl. bewilliget.

Justiz-Hofdecree vom 22. August 1828, S. 130, Nr. 2359.

- Die mit Adjutum theilteilen Auscultanten haben sich binnen drei Jahren der Prüfung für das Richteramt zu unterziehen.

Justiz-Hofdecree vom 20. November 1830, S. 216, Nr. 2492.

- Sperrung des Adjutums der landesfürstlichen Auscultanten bei Urlaubs-Überschreitungen.

Justiz-Hofdecree vom 14. April 1832, S. 60, Nr. 2559.

- Einziehung der Adjuten der Auscultanten des Criminal-Senates bei dem Wiener Magistrat.

Hofkanzlei-Decree vom 15. September 1832, S. 69, Nr. 2576.

- Auscultanten und Concepts-Practikanten haben künftig, wenn sie ein ihr Adjutum übersteigendes Einkommen erlangen, darüber die Anzeige zu erstatten, und auf das Adjutum Verzicht zu leisten.

Justiz-Hofdecree vom 21. Februar 1834, S. 108, Nr. 2644.

- Bestimmung der Anzahl der Adjuten für Auscultanten bei den Landrechten zu Lemberg, Czernowitz, Stanislawow und Tarnow.

Justiz-Hofdecree vom 14. Jänner 1837, S. 102, Nr. 166.

- Die sistemisirten Adjuten für Auscultanten verleiht die oberste Justizstelle; Behandlung der Anträge auf außerordentliche Adjuten; wann der Bezug des Adjutums aufhört.

Justiz-Hofdecree vom 20. Juni 1837, S. 128, Nr. 207.

- Bewilligung von dreißig Adjuten mit jährlichen 200 fl. C. M. für die Concepts-Practikanten der sämmtlichen Landgerichte in Tirol und Vorarlberg.

Justiz-Hofdecree vom 21. März 1843, S. 103, Nr. 691.

- Benennung der Landgerichte in Tirol und Vorarlberg, welche mit Adjuten für ihre Concepts-Practikanten theilhaft werden; Erfordernisse zur Erlangung desselben. Das Adjutum ist nicht

als Versorgungsfond für ältere jedoch minder befähigte Concepts-Practikanten anzusehen. Einvernehmen zwischen dem Gubernium und dem Appellationsgerichte bei Verleihung desselben.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

Adjuten der Concepts-Practikanten unterliegen nicht der Dienstverleihungs-Laxe.

Hofkammer-Decret vom 27. Februar 1844, S. 195, Nr. 788.

- Vorschrift über die Betheilung der Auscultanten bei organisirten Magistraten mit Adjuten; und über das Aufhören des Bezuges desselben.

Hofkanzlei-Decret vom 15. März 1844, S. 198, Nr. 794.

- Vorschrift über die Betheilung der Landgerichte in Tirol und Vorarlberg mit Adjuten für ihre Concepts-Practikanten.

Hofkanzlei-Decret vom 25. März 1844, S. 202, Nr. 797.

- Die Cumulirung der vom Erasmus Grafen von Sichtenberg zu Gunsten des dem Staatsdienste sich widmenden jungen Adels der Provinz Krain gemachten Adjutenstiftung mit einem Adjutum aus dem Staatsschatze ist unzulässig.

Hofkammer-Decret vom 31. Juli 1844, S. 214, Nr. 822.

- Behandlung der in k. k. Staatsdienste eintretenden Jöglinge des Wiener Stadtconvictes hinsichtlich der Verleihung des Adjutums.

Allerhöchste Entschliessung vom 18. Februar 1845, S. 253, Nr. 870.

- Das Adjutum für Auscultanten bei den landesfürstlichen Gerichten in Galizien wird auf dreihundert Gulden Conventions-Münze bestimmt.

Justiz-Hofdecret vom 26. August 1846, S. 356, Nr. 980.

- Behandlung der mit Vorzugs-Classen ihre Berufsstudien zurückgelegten Jöglinge des Prager und Wiener Stadtconvictes hinsichtlich der Betheilung mit Adjuten bei ihrem Eintritte in den Staatsdienst.

Allerhöchste Entschliessung vom 31. October 1846, S. 389, Nr. 999.

- Vorschrift über die Anweisung der Adjuten für Auscultanten, welche als Subsistenzbeiträge und Unterstützungen zu betrachten sind.

Justiz-Hofdecret vom 12. Jänner 1848, S. 488, Nr. 1112.

Administrative Behörden. S. Behörden.

Adoption. S. Annahme an Kindesstatt.

Adoptiv-Kindern gebührt der Pflichttheil von dem Vermögen der Wahlältern.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1833, S. 89, Nr. 2610.

Adrian. Die Gemeinde Adrian wird von dem Gerichtsbezirke des Landgerichtes zu Karneid getrennt und dem Landgerichte Bana einverleibt.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Jänner 1831, S. 5, Nr. 2501.

Advocaten. Dem Appellationsgerichte ist die genaue Handhabung einer heilsamen Disciplin gegen die Advocaten zur Pflicht zu machen und nachdrücklich einzuschärfen.

Justiz-Hofdecret vom 30. Jänner 1821, S. 5, Nr. 1733.

- dürfen Gasthöfe eigenthümlich besitzen, müssen jedoch dieselben durch Andere verwalten lassen oder verpachten.

Justiz-Hofdecret vom 7. Mai 1821, S. 18, Nr. 1758.

- Die Verwaltung der Gerichtsbarkeit und die Advocatur zugleich zu übernehmen, ist nicht mehr erlaubt; Vorschrift über das Advociren der Gerichtshalter und Magistrats-Beamten auf dem Lande.

Justiz-Hofdecret vom 22. September 1821, S. 49, Nr. 1801

- Welchen Gerichtsbehörden die Entsetzung oder Suspendirung der Advocaten bekannt zu machen sei.

Justiz-Hofdecret vom 1. December 1821, S. 65, Nr. 1819.

Advocaten. Welchen Justizlären die Ausübung der Advocatur bedingt gestattet sei.

Justiz-Hofdecret vom 14. Jänner 1822, S. 73, Nr. 1830.

- Den Advocaten in Wien ist die Uebernahme von Justizämtern künftig nicht mehr zu gestatten.

Justiz-Hofdecret vom 14. Jänner 1822, S. 73, Nr. 1831.

- Benehmen in Hinsicht der Ausstellung der Vollmachten an Advocaten und Benennung der Substituten. Wiesern auf die Namhaftmachung des Substituten und die Unterfertigung der Vollmacht zum Zeichen der Annahme der Substitution gedrungen werden könne.

Justiz-Hofdecret vom 23. Februar 1822, S. 83, Nr. 1846.

- Bestimmung der Zahl der Advocaten für Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 2. März 1822, S. 87, Nr. 1850.

- Bestimmung der Zahl der Advocaten für Wien.

Justiz-Hofdecrete vom 8. März 1822 und 16. August 1834, S. 87 und 121, Nr. 1851 und 2666.

- Zu Advocaten sollen nur Individuen von geprüfter Moralität und Rechtschaffenheit gewählt werden; Behandlung der nachlässigen und pflichtvergeßenen Advocaten.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1822, S. 87, Nr. 1851.

- Bestimmung der Zahl der Advocaten für Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1822, S. 88, Nr. 1853.

- Bestimmung der Zahl der Advocaten für die Bucowina.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1822, S. 88, Nr. 1853.

- Bestimmung der Zahl der Advocaten für den Görzer Kreis.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1822, S. 89, Nr. 1855.

- Bestimmung der Zahl der Advocaten für Mähren und Schlesien.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1822, S. 91, Nr. 1861.

- Ueber das Betragen der Advocaten ist strenge zu wachen und gegen jene, welche sich pflichtwidrige Handlungen erlauben, genau nach den Gesetzen vorzugehen.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1822, S. 93, Nr. 1864.

- Bestimmung der Zahl der Advocaten für Steiermark, Kärnten und Krain.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1822, S. 93, Nr. 1865.

- Die wider Advocaten gerichtlich verhängten Strafbeträge hat das Appellationsgericht durch die betreffende Behörde eintreiben zu lassen.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1823, S. 137, Nr. 1926.

- Das Befugniß der Gerichtshalter und Magistrats-Beamten zu advocieren hört auf, sobald ihnen durch Erhöhung der Gehalte ein besseres Auskommen verschafft wird.

Justiz-Hofdecrete vom 2. Juli 1823 und 2. Jänner 1824, S. 153 und 168, Nr. 1950 und 1981.

- Bestimmung der Zahl der Advocaten für die Hauptstadt Prag in Böhmen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1824, S. 170, Nr. 1985.

- Den Luiescenten und Pensionisten ist die Ausübung der Advocatur nicht zu gestatten.

Justiz-Hofdecret vom 20. October 1824, S. 268, Nr. 2045.

- Die von amtlichen Vertretern eines armen Abwesenden, oder dessen Wohnsitz unbekannt ist, gestellten Gesuche um die Vormerkung der Tax- und Stämpelgebühren, dürfen eingestampelt eingebracht werden.

Justiz-Hofdecret vom 15. Jänner 1825, S. 286, Nr. 2066.

- Bei Ertheilung des Advocaten-Befugnisses ist zwar auf den von einer früheren Anstellung herrührenden Rußegenuß keine Rücksicht zu nehmen; bei der Berufung zur Wiederanstellung aber ist entweder diesem Ruße zu folgen, oder auf den Rußegenuß zu verzichten.

Justiz-Hofdecret vom 14. October 1825, S. 324, Nr. 2135.

Advocaten. Bei Vertretung unterthäniger Gemeinden oder einzelner Unterthanen gegen ihre Grund-Obrigkeit bedarf der Unterthans-Advocat keines besonderen Auftrages der Landesstelle zur Klage oder Vertheidigung.

Justiz-Hofdecret vom 15. April 1826, S. 16, Nr. 2181.

— Nähere Bestimmung der Befugnisse der Advocaten im dalmatinischen Gouvernements-Gebiete.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juni 1827, S. 82, Nr. 2281.

— Benehmen bei Ertheilung des Urlasses für Advocaten.

Justiz-Hofdecret vom 21. September 1827, S. 100, Nr. 2309.

— Professoren wird die Ausübung der Advocatur untersagt.

Justiz Hofdecret vom 8. April 1828, S. 112, Nr. 2333.

— Nähere Bestimmung der Fälle, in denen bei Sakschriften die Unterschrift eines Advocaten erforderlich ist.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1828, S. 126, Nr. 2352.

— Stämpelbestimmung für die Substitutions-Vollmachten der Advocaten.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1829, S. 169, Nr. 2424.

— Vorschrift über die Prüfung der Bewerber um die Advocatur.

Justiz-Hofdecret vom 16. April 1830, S. 195, Nr. 2460.

— In der Provinz Krain wird keinem Advocaten der Wohnsitz außer der Hauptstadt Laibach erlaubt. Die Zahl derselben darf auf vierzehn gebracht werden, ist aber allmählig auf zehn zu vermindern.

Justiz-Hofdecret vom 23. April 1830, S. 195, Nr. 2461.

— Doctoren der Rechte können unter der Bedingung zu Advocaten in Wien in Vorschlag gebracht werden, daß sie vor Ablegung des Advocaten-Eides ihre Aufnahme in die juristische Facultät bewirken.

Justiz-Hofdecret vom 19. Februar 1831, S. 11, Nr. 2506.

— Die Zahl der Advocaten für Wiener-Neustadt wird auf drei bestimmt.

Justiz-Hofdecret vom 22. April 1831, S. 13, Nr. 2512.

— In den Zeugnissen über die Prüfungen für Advocatenstellen sind die Noten: hinlänglich, gut, ausgezeichnet auszubrücken.

Justiz-Hofdecret vom 11. November 1831, S. 25, Nr. 2538.

— Bestrafung der Advocaten wegen muthwilliger Revision gegen zwei gleichlautende Urtheile.

Justiz-Hofdecret vom 15. Februar 1833, S. 77, Nr. 2593.

— Verfahren bei Liquidirung und Einbringung der Gebühren der Advocaten.

Justiz-Hofdecret vom 4. October 1833, S. 103, Nr. 2633.

— Vorschrift, daß die für die Advocatur mit gutem Erfolge geprüften Individuen zur Erlangung der Wahlfähigkeits-Decrete für das Civil- und Criminal-Richteramt keine Prüfung für das Civil-Richteramt bedürfen, wohl aber sich über eine einjährige Criminal-Praxis ausweisen und eine Prüfung für das Criminal-Richteramt bestehen müssen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1835, S. 10, Nr. 26.

— Wenn Advocaten zu Rathstellen in Antrag gebracht werden dürfen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1835, S. 10, Nr. 26.

— In welchen Fällen der Unterthans-Advocat die Vertretung der unterthänigen Gemeinden zu übernehmen hat.

Hofkanzlei-Decret vom 12. August 1835, S. 38, Nr. 72.

— Aus dem Gremium der Advocaten ist die bei den Landrechten und Collegial-Gerichten erforderliche Anzahl der Dolmetscher zu wählen.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1835, S. 65, Nr. 109.

— Erforderniß der Unterschrift eines Advocaten für schriftlich abgefaßte Appellations- und Revisions-Anmeldungen, Beschwerden und Einreden.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1836, S. 73, Nr. 120.

Advocaten. Die Schwägerschaft des Richters mit dem Advocaten der Partei hindert denselben an der Ausübung seines Amtes sowohl in als außer Streitsachen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Februar 1836, S. 75, Nr. 124.

- Wann die den das Armenrecht genießenden Parteien von Amtswegen beigegebene Advocaten für die Tax- und Stempel-Gebühren zu haften haben.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1837, S. 106, Nr. 171.

- Vorschrift über die Besetzung von Advocatenstellen.

Justiz-Hofdecret vom 30. Mai 1837, S. 127, Nr. 204.

- In welchen Fällen die Advocaten für die vertretenen abwesenden Parteien, oder deren Aufenthalt unbekannt ist, die Urtheils-Taxen zu entrichten haben.

Hofkammer-Decret vom 30. Juni 1837, S. 132, Nr. 210.

- Vorschrift für Advocaten bei Ansuchung der Erlaubniß zu Reisen ins Ausland.

Justiz-Hofdecret vom 5. September 1837, S. 144, Nr. 222.

- Befreiung der Beiträge zur Versorgung der mittellosen und gebrechlichen Prager Advocaten von gerichtlichen Verboten, Cessions-Vormerkungen, Pfändungen und anderen Executionen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1838, S. 183, Nr. 274.

- Die in einem Kreise bestehenden Advocaten können auch in einem anderen Kreise derselben Provinz die Advocacie ausüben.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juni 1839, S. 340, Nr. 361.

- Anstellung eines dritten Landes-Advocaten für den Innkreis mit dem Sitze zu Schärding, und eines zweiten für den Hausbrudkreis mit dem Wohnsitze zu Waizentirchen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juni 1839, S. 340, Nr. 361.

- Bei Ernennung der Advocaten, selbst für das flache Land, ist auf den Besitz der juridischen Doctors-Würde die gehörige Rücksicht zu nehmen; Behandlung der nicht graduirten Advocaten bei ihrer Concurtirung um eine Advocatenstelle an einem anderen, besonders wichtigeren Orte mit Doctoren.

Allerhöchste Entschliessung vom 9. Mai 1840, S. 486, Nr. 432.

- Für den Königgräzer Kreis werden um zwei Advocaten mehr als bisher bestellt, wovon der Eine zu Königgrätz, der Andere in Kottletz seinen Wohnsitz zu nehmen hat; hiezu sind nur schon dormal zur Partei-Vertretung in Böhmen befugte und der böhmischen Sprache vollkommen kundige untadelhafte Individuen zu wählen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Mai 1840, S. 489, Nr. 434.

- Bestellung eines neuen Advocaten für Reichenberg in Böhmen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Mai 1840, S. 490, Nr. 435.

- Die definitive Regulirung des Advocatenwesens in Böhmen hat vor der Hand auf sich zu beruhen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Mai 1840, S. 490, Nr. 436.

- Anstellung eines Advocaten im Prachimer Kreise in Böhmen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Mai 1840, S. 490, Nr. 436.

- Die von der obersten Justizstelle den Advocaten auferlegten Geldstrafen kann die Landesstelle nicht erlassen.

Justiz-Hofdecret vom 28. September 1840, S. 532, Nr. 466.

- Vorschrift über die Ausfertigung der Concurß-Edicte, zur Besetzung der Advocatenstellen in Böhmen, Bestimmung der hiezu erforderlichen Eigenschaften.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1840, S. 536, Nr. 474.

- Bestellung eines zweiten Advocaten zu Pirano im Küstenlande.

Justiz-Hofdecret vom 16. November 1840, S. 537, Nr. 478.

- Bestellung eines zweiten Advocaten zu Dignano im Küstenlande.

Justiz-Hofdecret vom 16. November 1840, S. 538, Nr. 479.

Advocaten. Beobachtung bei Besetzung der Advocatenstellen in Kärnten und Krain auf die zur Ausübung der Praxis bei Berggerichten befähigten Individuen.

Justiz-Hofdecret vom 6. December 1841, S. 657, Nr. 575.

- In welchen Fällen die Executionsgesuche in den Hauptstädten von Advocaten unterschrieben seyn müssen.

Justiz-Hofdecret vom 30. März 1842, S. 14, Nr. 603.

- Die für die Hauptstadt Prag nicht ernannten Advocaten sind zur Partei-Vertretung bei den Gerichten in Prag nicht berechtigt.

Justiz-Hofdecret vom 9. August 1842, S. 56, Nr. 630.

- Den für den Istrianer Kreis neu ernannten Advocaten wird die Befugniß zur Partei-Vertretung bei allen Bezirksgerichten dieses Kreises und auch bei dem Stadt- und Landrechte in Rovigno zustehen, sie dürfen jedoch den ihnen angewiesenen Wohnsitz nicht verändern.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1842, S. 81, Nr. 667.

- Festsetzung der Advocaten im Istrianer Kreise auf achtundzwanzig, wovon vier in Rovigno, drei in Capo d'Istria, zwei bei jedem der Bezirksgerichte: Pirano, Parenzo, Buje, Montona, Dignano, Voloska und Pissino, dann Einer bei jedem der Bezirksgerichte: Castelnovo, Pinquente, Pola, Albona, Veglia, Cherso und Lussin ihren Wohnsitz zu nehmen haben.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1842, S. 81, Nr. 667.

- Bei der Prätur von Sebenico in Dalmatien wird ein dritter Advocat sistemisirt.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1842, S. 81, Nr. 668.

- Die Zahl der Advocaten in Triest wird auf zwanzig festgesetzt.

Justiz-Hofdecret vom 24. Jänner 1843, S. 89, Nr. 675.

- Für das Landgericht zu Riva in Tirol werden zwei Advocaten sistemisirt.

Justiz-Hofdecret vom 22. März 1843, S. 104, Nr. 692.

- Bestellung von noch zweier Advocaten im Gaspauer Kreise in Böhmen, wovon der Eine in Gaspau, der Andere in Deutschbrod seinen Wohnsitz zu nehmen hat.

Justiz-Hofdecret vom 1. Mai 1843, S. 121, Nr. 702.

- Den Advocaten in Steiermark ist die Vertretung der Parteien in dem ganzen Herzogthume mit der Beschränkung gestattet, daß jene, welchen bei ihrer Ernennung der Wohnsitz außer der Hauptstadt angewiesen wurde, von der Vertretung bei den Gerichten der Hauptstadt auszuschließen seien.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1843, S. 129, Nr. 723.

- Bei den Gerichtsstellen ist ein Verzeichniß aller an Advocaten ertheilten Curatelen und ex offio Vertretungen zu führen. Vorschriften hierüber.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1844, S. 192, Nr. 782.

- Die bei einem gehörig bestellten Land-Advocaten durch die vorgeschriebene Zeit genommene Praxis ist zur Zulassung eines Advocatur-Bewerbers zur Advocaten-Prüfung zureichend.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1844, S. 193, Nr. 783.

- Bei dem Landgerichte Arco in Tirol werden zwei Advocaten sistemisirt.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1844, S. 194, Nr. 785.

- Dem Landgerichte Mori in Tirol werden zwei Advocaten bewilliget.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1844, S. 194, Nr. 786.

- Niemand kann als Auscultant aufgenommen werden, dessen Unterhalt durch einen Revers eines bei dem nämlichen Gerichte zur Parteien-Vertretung berechtigten Advocaten gesichert werden soll.

Allerhöchste Entschließung vom 4. Mai 1844, S. 208, Nr. 804.

- Für den Landgerichtsbezirk Mezzo-Lombardo in Tirol werden zwei Advocaten bewilliget.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juni 1844, S. 211, Nr. 810.

- Für den Landesgerichts-Bezirk Borgo in Tirol werden zwei Advocaten bewilliget.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juni 1844, S. 211, Nr. 811.

Advocaten. Anstellung zweier Advocaten für den Bunzlauer Kreis, wovon der eine in Jungbunzlau und der andere in Reichenberg, und zweier für den Böhmscher Kreis, wovon der eine in Reibitzschow und der zweite in Gitschin ihren Wohnsitz zu nehmen haben.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juli 1844, S. 213, Nr. 819.

- Anstellung dreier Advocaten in dem Pilsner Kreise in Böhmen mit Bestimmung der Wohnorte in den Städten Pilsen, Riez und Plan.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juli 1844, S. 214, Nr. 820.

- Vorschrift für ex officio Partei-Vertreter über die portofreie Aufgabe der Recurse der das Armenrecht genießenden Parteien auf die Post.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1844, S. 237, Nr. 838.

- Den fiscalämthlichen Concepts-Practikanten ist eine Nebenbeschäftigung bei Advocaten nicht gestattet.

Hofkammer-Decret vom 29. November 1844, S. 241, Nr. 849.

- Anstellung zweier Advocaten bei dem Landgerichte Pergine, und eines bei dem Landgerichte Levico in Tirol. Die in Tirol und Vorarlberg sitzenden Landgerichts-Advocaten dürfen bei allen benachbarten Landgerichten die Advocatur ausüben.

Justiz-Hofdecret vom 11. December 1844, S. 243, Nr. 853.

- (abgesetzt). Bestimmungen rücksichtlich der Berechtigung derselben, sich selbst zu vertreten.

Justiz-Hofdecret vom 22. Jänner 1845, S. 250, Nr. 862.

- Vorschrift über das Befugniß der Triester Advocaten zur Partei-Vertretung bei allen zum Jurisdictionssprengel des Triester Stadt- und Landrechtes gehörigen Gerichten.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1845, S. 253, Nr. 871.

- Umfang der Haftungspflicht derselben für die Einbringung der Taxen von den von ihnen vertretenen armen Parteien.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1845, S. 259, Nr. 881.

- dürfen im summarischen Verfahren für Parteien bei den Gerichtsstellen einschreiten; die im Laufe des Processes oder der Execution vorkommenden schriftlichen Eingaben müssen von dem Bittsteller selbst abgefaßt, oder von einem Advocaten unterschrieben seyn.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- Aufstellung von vier Advocaten im Elbogner Kreise in Böhmen mit den Wohnsitz in den Städten Elbogen, Joachimsthal, Ruditz und Graslitz.

Justiz-Hofdecret vom 28. November 1845, S. 289, Nr. 911.

- Erhöhung der Zahl der Advocaten in Krain auf vierzehn, wovon vier als Land-Advocaten von denen Einer in Adelsberg, Einer in Krainburg und zwei in Neustadt, mit dem Rechte der Partei-Vertretung in allen drei Kreisen, mit Ausschluß der Hauptstadt Laibach, ihren Wohnsitz zu nehmen haben, wogegen die übrigen zehn Advocaten mit dem Wohnsitz zu Laibach zur Parteien-Vertretung in der ganzen Provinz Krain berechtigt seyn sollen.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1846, S. 317, Nr. 936.

- Aufhebung des Verbotes der Ertheilung des Privat-Unterrichtes durch Advocaten.

Studien-Hofcommissions-Decret vom 20. Mai 1846, S. 336, Nr. 965.

- dürfen im summarischen Verfahren bei Militärgerichten für Parteien einschreiten; die im Laufe des Processes oder der Execution vorkommenden schriftlichen Eingaben müssen von dem Bittsteller selbst abgefaßt oder von einem Advocaten unterschrieben seyn.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Es ist unzulässig, einem auf die Advocatur verzichtenden Advocaten den Titel und Rang eines Advocaten zu bewilligen.

Allerhöchste Entschließung vom 20. Februar 1847, S. 424, Nr. 1037.

Advocaten dürfen im summarischen Verfahren bei den Gerichtsstellen in Dalmatien einschreiten; die im Laufe des Processus oder der Execution vorkommenden schriftlichen Eingaben müssen von dem Bittsteller selbst abgefaßt, oder von einem Advocaten unterschrieben seyn.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

— Sistemisirung eines zweiten Advocaten bei dem Landgerichte Strigno in Tirol.

Justiz-Hofdecret vom 5. Mai 1848, S. 618, Nr. 1142.

— Hinweglassung des Beisages wegen der geheimen Gesellschaften und Verbrüderungen in den Eidesformeln der Advocaten, und Abstellung der Abforderung der Reserve hinsichtlich derselben.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1848, S. 619, Nr. 1145.

— Vorschrift über das Verfahren bei Entlassung und Suspendirung eines Advocaten, dann bei Ertheilung der Urlaube an dieselben.

Erlaß des Justizministers vom 21. August 1848, S. 652, Nr. 1177.

Advocaten: Prüfung, s. Prüfung.

Advocatur. Die Verwaltung der Gerichtsbarkeit und die Advocatur zugleich zu übernehmen, ist nicht mehr erlaubt; Vorschrift über das Advociren der Gerichtshalter und Magistrats-Beamten auf dem Lande.

Justiz-Hofdecret vom 22. September 1821, S. 49, Nr. 1801.

— Welchen Justiziären die Ausübung der Advocatur bedingt gestattet sei.

Justiz-Hofdecret vom 14. Jänner 1822, S. 73, Nr. 1830.

— Die Ausübung der Advocatur wird den Gerichtshaltern und Magistrats-Beamten auf dem flachen Lande, welche durch Vermehrung ihrer Gehalte ein besseres Auskommen erhielten, untersagt.

Justiz-Hofdecrete vom 2. Juli 1823, S. 153, Nr. 1950; vom 2. Jänner und 3. Februar 1824, S. 168 und 170, Nr. 1981 und 1985.

— Wann den Pensionisten und Quiescenten die Ausübung der Advocatur zu gestatten ist.

Hofkammer-Decret vom 20. October 1824, S. 268, Nr. 2045.

— Bei Ertheilung des Advocaten-Befugnisses an Pensionisten oder Quiescenten ist auf die von einer früheren Anstellung herrührende Pension keine Rücksicht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 14. October 1825, S. 324, Nr. 2135.

— Die Ausübung der Advocatur wird den Professoren für das Künftige verboten.

Justiz-Hofdecret vom 8. April 1828, S. 112, Nr. 2333.

— Vorschrift über die Ertheilung der Wahlfähigkeits-Decrete an die für die Advocatur und das Criminal-Richteramt mit gutem Erfolge Geprüften.

Justiz-Hofdecret vom 22. Jänner 1839, S. 323, Nr. 331.

— Vorschrift über die Prüfung der Bewerber um die Advocatur.

Justiz-Hofdecret vom 16. April 1830, S. 195, Nr. 2460.

Advocatur-Bewerber, S. Advocaten, Bewerber, Praxis.

Advociren. Welchen Advocaten in Steiermark das Advociren in dem ganzen Herzogthume gestattet ist, und welche hievon bei den Gerichten der Hauptstadt auszuschließen seien.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1843, S. 129, Nr. 723.

Ältern. Jüdische Ältern können nicht mehr angehalten werden, ihren getauften Kindern den Pflichttheil sicher zu stellen.

Justiz-Hofdecret vom 1. October 1821, S. 51, Nr. 1804.

— Von dem Vermögen der Wahl-Ältern gebührt den Wahl- oder Adoptiv-Kindern der Pflichttheil.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1833, S. 89, Nr. 2610.

— Kinder, die nach ihrer Geburt und Laufe der katholischen Religion angehören, können vor dem achtzehnten Jahre nicht zu einem acatholischen Glaubensbekenntniße übertreten, wenn auch ihre Ältern Acatholiken geworden sind.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1834, S. 111, Nr. 2650.

Altern. S. Wahl-Altern.

Amthliche Untersuchung. S. Untersuchung.

Ararial-Ansprüche. Anmeldung und Classification der aus der Verzehrungssteuer entstandenen Ararial-Ansprüche bei Concurß-Massen.

Hofkammer-Decret vom 14. März 1831, S. 11, Nr. 2507.

Ararial-Bezüge. Die mit Erziehungs- oder Versorgungs-Stipendien aus dem Haller Fräulein-Stiftsfonde versehenen Individuen werden im Genuße ihrer Ararial-Bezüge belassen.

Hofkanzlei-Decret vom 20. August 1837, S. 142, Nr. 219.

Ararial-Contracte. Aufnahme der Verpflichtung des Besitzers zur Erfüllung der gegen die Staats-Verwaltung übernommenen Leistungen in den dießfälligen Contracten.

Hofkanzlei-Decret vom 20. April 1821, S. 17, Nr. 1755.

— Clausel bei Subarrondirungs-Contracten auftritt der Verzichtleistung auf den Rechtsweg.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Februar 1822, S. 79, Nr. 1841.

Ararial-Eigenthum. Wie lange in Tirol die öden über und unterhalb der Vegetationsgränze liegenden Gebirgsmassen und Lager von verwendungsfähigen erdigen Fossilien als Ararial-Eigenthum anzusehen seien.

Justiz-Hofdecet vom 7. Jänner 1839, S. 320, Nr. 325.

Ararial-Forderungen an verstorbene Beamte, für welche deren Caution nicht haftet, sind zu dessen Verlassenschaft anzumelden.

Hofkammer-Decret vom 21. Mai 1824, S. 203, Nr. 2008.

— Vorschrift für Gefälls-Behörden zur Sicherstellung von Ararial-Forderungen ohne Mitwirkung des Fiscalamtes oder eines Advocaten.

Justiz-Hofdecet vom 11. April 1829, S. 149, Nr. 2393.

— Forderungen des Aeras an einen Verzehrungssteuer-Pächter aus dem mit ihm geschlossenen Vertrage haben nicht das den landesfürstlichen Steuern eingeräumte Vorzugsrecht.

Justiz-Hofdecet vom 14. März 1831, S. 11, Nr. 2507.

— Vorschrift über die Einbringung oder Sicherstellung der aus dem Dienstverhältnisse entstehenden Ararial-Forderungen an Staatsdiener und Militär-Personen durch Abzüge an Gehalten und Pensionen.

Hofkammer-Decret vom 1. December 1834, S. 130, Nr. 2675.

— Vorschrift über die Austragung der aus dem Dienstverhältnisse abgeleiteten Forderungen des Staates an seine Beamte und der Letzteren an den Staat.

Justiz-Hofdecet vom 16. August 1841, S. 603, Nr. 555.

— Vorschrift über die Hereinbringung der aus Ararial-Forderungen entspringenden Erfäge von vercautionirten Staats- und Fonds-, dann ständischen und städtischen Beamten durch die Veräußerung der als Caution eingelegten Obligationen oder Anlage bei dem Staatsschulden-Eilgungsfonde.

Hofkammer-Decret vom 3. Jänner 1842, S. 3, Nr. 583.

— Die Pränotirungen von Ararial-Forderungen auf Realitäten sind durch das Fiscalamt einzuleiten.

Hofkammer-Decrete vom 24. October 1845, S. 288, Nr. 907 und 6. Mai 1846, S. 334, Nr. 959.

— Durch das Hofkammer-Decret vom 24. October 1845, wegen Pränotation von Ararial-Forderungen auf Realitäten, ist an den bestehenden Vorschriften zur Sicherstellung der Gefälls-Vermögensstrafen nichts geändert worden.

Hofkammer-Decret vom 6. Mai 1846, S. 334, Nr. 959.

— An den Vorsichtsmaßregeln rücksichtlich der etwa bestehenden ararialischen Forderungen wider die bei Militärgerichten anhängigen Verlassenschaften wird nichts geändert.

Verordnung des Hofkriegsrathes vom 3. Juni 1846, S. 337, Nr. 969.

Aerarial-Forderungen. Vormerkungen auf Realitäten zur Sicherstellung von Aerarial-Steuer-Rückständen und sonstigen auf einem privatrechtlichen Titel nicht beruhenden Aerarial-Forderungen können von den administrativen Behörden bei den Gerichten unmittelbar angesucht werden.

Hofkammer-Decret vom 11. April 1848, S. 612, Nr. 1134.

— S. auch Forderungen.

Aerarial-Gebühren. Vorschrift über die Ausbezahlung der Ausstände an Aerarial-Gebühren nach dem Tode der zu deren Bezuge berechtigten Individuen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1828, S. 123, Nr. 2348.

— Liquidation, Einbringung und Sicherstellung rückständiger Zölle und Verzehrungssteuer-Gebühren.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1832, S. 31, Nr. 2548.

Aerarial-Genuss. Vorschrift über die Behandlung derjenigen Individuen, die für die neue Gränzwache nicht brauchbar sind, und in einem Aerarial-Genusse stehen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1831, S. 3, Nr. 2499.

Aerarial-Lieferungen. Vorschrift über die Behandlung der bei Bestand- oder sonstigen Verträgen über Aerarial-Lieferungen der Bestechung öffentlicher Beamten Beschuldigten, und über abgeführte gerichtliche Untersuchung nicht schuldlos erklärten Individuen.

Hofkanzlei-Decret vom 1. December 1847, S. 478, Nr. 1101.

— Die Schuldverschreibungen und Abtheilungen der beiden Lotto-Anlehen vom Jahre 1834 und 1839 können auch für die Dauer mehrerer Jahre ohne Vinculirung als Cautionen bei Aerarial-Lieferungen, Pachtungen etc. etc. angenommen werden.

Hofkammer-Decret vom 7. Februar 1848, S. 490, Nr. 1116.

Aerarial-Montau-Bruderladen sind durch den Fiskus zu vertreten.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 27. Juli 1837, S. 136, Nr. 216.

Aerarial-Pachtungen. Die Schuldverschreibungen und Abtheilungen der beiden Lotto-Anlehen vom Jahre 1834 und 1839 können auch für die Dauer mehrerer Jahre ohne Vinculirung als Cautionen für das Aerar bei Lieferungen, Pachtungen etc. etc. angenommen werden.

Hofkammer-Decret vom 7. Februar 1848, S. 490, Nr. 1116.

Aerarial-Rechnungen. S. Rechnungen.

Aerarial-Steinkohlen-Bergbau. Bestimmung über den Betrieb des Steinkohlen-Bergbaues von Seite des Aerariums.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 7. August 1842, S. 54 und 55, Nr. 627 und 628, dann 6. März 1843, S. 98, Nr. 687.

Aerarial-Steuerrückstände. S. Steuer.

Aerarial-Taxen. S. Taxen.

Aerarium. Aufnahme der Verpflichtung des Bestbieters zur Erfüllung der gegen das Allerhöchste Aerarium übernommenen Leistungen in das dießfalls mit ihm aufgenommene Versteigerungs- oder Verhandlungs-Protokoll.

Hofkanzlei-Decret vom 20. April 1821, S. 17, Nr. 1755.

— In Processen zwischen dem Gefälls-Aerar und einer Staats- oder Stiftungs-Herrschaft sind die Vertreter für beide Theile von der Cameral-Gefällen-Verwaltung zu ernennen.

Justiz-Hofdecret vom 24. Februar 1832, S. 34, Nr. 2549.

— Vergütung des durch die Aufstellung der Sanitäts-Cordone an dem Eigenthume der Privaten zugefügten Schadens aus dem Staatsschatze.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Mai 1832, S. 61, Nr. 2563.

— hat die Untersuchungskosten bei Untersuchungen über schwere Polizeiverletzungen und einfache Polizeivergehen zu tragen.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1841, S. 581, Nr. 540.

Aerarium. Streitigkeiten über unbewegliches Eigenthum des Militär-Aerars, und insbesondere in Befähigungsfällen, sind vor der Real-Gerichtsbehörde zu verhandeln und zu entscheiden.

Justiz-Hofdecret vom 28. Juni 1842, S. 44, Nr. 622.

- Vorschrift über die Censurirung der aus Anlaß der Liquidirung der landesfürstlichen Lehen von dem Aerarium zu vergütenden Kosten.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1842, S. 74, Nr. 656.

- Beseitigung der zwischen dem Aerarium und den Privat-Bergbau-Unternehmern in Steinkohlen-Bergbauwesen entstehenden Streitigkeiten durch Ausfertigung der Situations-Pläne über den gewählten Schurkreis, in welchen die Hirpuncte genau zu bezeichnen sind.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 6. März 1843, S. 98, Nr. 687.

- trägt die nicht einbringlichen Auslagen für den Lebensunterhalt und die Heimkehr der Mannschaft von unverschuldet verunglückten und gekaperten österreichischen Schiffen.

Hofkammer-Decret vom 20. August 1844, S. 215, Nr. 824.

- Die gesetzlichen Beiträge für die öffentlichen Fonds und Anstalten sind auch von den dem Aerar aus dem Caducitätsrechte zufallenden Verlassenschaften zu entrichten.

Hofkanzlei-Decret vom 20. Jänner 1848, S. 489, Nr. 1113.

Aerzte. Vorschrift über die Delegation landesfürstlicher Beamten, 3. B. der Aerzte in ihrer Eigenschaft als Kunstverständige zu gerichtlichen Commissionen von Seiten der Landrechte.

Justiz-Hofdecret vom 27. Juli 1821, S. 41, Nr. 1783.

- Vorschrift für den Hausarzt am Spielberge bei Ueberführung eines kranken zur schwersten Kerkerstrafe verurtheilten Sträflinges in das dortige Spital.

Justiz-Hofdecret vom 1. October 1821, S. 51, Nr. 1805.

- Wegen Vergütung der Fuhr- und Zehrungs-Kosten für das Sanitäts-Personale bei Dienstverrichtungen in einer nahen Gegend.

Hofkammer-Decret vom 19. Mai 1823, S. 146, Nr. 1942.

- Instruction für das Sanitäts-Personale in Prag.

Justiz-Hofdecret vom 21. Mai 1824, S. 203, Nr. 2009.

- Die in seiner Majestät Diensten stehenden Aerzte haben für die Wahrhaftigkeit ihrer Zeugnisse zu haften.

Justiz-Hofdecret vom 7. April 1827, S. 77, Nr. 2271.

- Vorschrift über die Bestätigung der von Aerzten für Beamte und andere Parteien ausgestellten ärztlichen Zeugnisse von Seite der Protomediker und Kreisärzte.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Juli 1830, S. 205, Nr. 2476.

- Vergütung der Diäten und Reisekosten der zu Criminal-Untersuchungen zugezogenen Aerzte.

Justiz-Hofdecret vom 23. März 1832, S. 36, Nr. 2554.

- Amts-Instruction für die Criminalärzte und Wundärzte in Böhmen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juni 1835, S. 11, Nr. 28.

- Diäten und Reise-Vergütungen der in Criminal-Angelegenheiten verwendeten Privat-Aerzte und anderen Kunstverständigen können mit gerichtlichem Verbote und Execution belegt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Juni 1835, S. 24, Nr. 40.

- Instruction für die bei den Inquisitions-Häusern in Mähren und Schlessen angestellten Aerzte und Wundärzte.

Hofkanzlei-Decret vom 30. November 1835, S. 56, Nr. 96.

- Behandlung der an ausländischen Universitäten graduirten Aerzte bei unbefugter Krankenbehandlung.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Februar 1836, S. 76, Nr. 128.

Ärzte. Bestimmung der Gebühren für Ärzte, welche in Criminal-Angelegenheiten, oder bei Untersuchungen über schwere Polizei-Übertretungen als Kunstverständige verwendet werden.

Hofkammer-Decret vom 14. April 1837, S. 121, Nr. 193, und

Hofkanzlei-Decrete vom 25. Jänner und 25. März 1841, S. 554 und 565, Nr. 499 und 517.

- Bedingte Gestattung der Ausübung der Praxis ausländischer, von ihren Regierungen berechtigter Ärzte in den Gränzgegenden der kaiserlich-österreichischen Staaten.

Allerhöchste Entschliessung vom 26. September 1837, S. 147, Nr. 231.

- Befugniß der Criminal-Gerichte zu auswärtigen gerichtlich-medizinischen Untersuchungen, in Verhinderung des Kreisarztes oder Kreiswundarztes, andere Ärzte und Wundärzte beizuziehen.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Februar 1841, S. 560, Nr. 507.

- Vorschrift über die Vergütung der Reise- und Zehrungskosten für Ärzte bei außerordentlichen in Verwaltung der Strafgerichtsbarkeit und Polizei ihnen aufgetragenen Leistungen.

Hofkanzlei-Decret vom 25. März 1841, S. 565, Nr. 517.

- Bestimmungen über die Ausübung der homöopathischen Heilmethode, über die Bereitung der hiezu erforderlichen Arzneien und Vorschrift über die Behandlung der Ärzte, welche bei Ausübung derselben den Verdacht eines ahnungswürdigen Venehmens hervorrufen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. December 1846, S. 393, Nr. 1007.

- Bestimmung der Diäten und Reisekosten für die als Kunstverständige bei den Gerichtsstellen und Präturen in Dalmatien verwendeten Ärzte.

Hofkammer-Decret vom 3. März 1847, S. 426, Nr. 1040.

- Beschränkung der Ärzte in Anwendung des Schwefeläthers und anderer Aethergattungen zur Betäubung der Kranken, dann Verbot des Experimentirens damit an Menschen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1847, S. 473, Nr. 1091.

- S. Sanitäts-Beamte, Sanitäts-Personale.

Ärztliche Befunde. S. Befunde.

Ärztliches Personale. S. Sanitäts-Beamte, Sanitäts-Personale.

Ärztliche Zeugnisse. S. Zeugnisse.

Aether. Bestimmungen zur Beseitigung von Mißbräuchen durch Betäubungen mit Schwefeläther und anderen Aethergattungen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1847, S. 473, Nr. 1091.

After-Lehensherr. S. Lehensherr.

After-Pfandrecht. S. Pfandrecht.

After-Basall. S. Basall.

Agenten. Aufhebung des Institutes der Hofagenten und Aufstellung berechtigter öffentlicher Agenten.

Hofkanzlei-Decret vom 16. April 1833, S. 88, Nr. 2608.

- Eigenschaften, Studien, Cautionen, Prüfung und Ernennung der öffentlichen Agenten.

Hofkanzlei-Decret vom 16. April 1833, S. 88, Nr. 2608.

- Eigenschaften, Studien, Cautionen, Prüfung und Ernennung der öffentlichen Militär-Agenten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Juli 1834, S. 119, Nr. 2663.

- Bestimmung der Bedingungen, unter welchen den öffentlichen Geschäftsführern die Vertretung der Parteien bei Militär-Behörden gestattet werden darf.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Juli 1834, S. 119, Nr. 2663.

- Als Caution der öffentlichen Agenten können Staatspapiere nur nach dem börsemäßigen Course angenommen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 24. Februar 1836, S. 75, Nr. 127.

- Vorschrift über das Verfahren bei Devinculirung der Cautionen der öffentlichen Agenten.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Februar 1838, S. 170, Nr. 255.

Agenten. Aufhebung der Unterhans-Agenten-Stelle; Verweisung der beschwerdeführenden Unterhans an die Länder-Referenten der vereinigten Hofkanzlei.

Hofkanzlei-Decret vom 10. März 1841, S. 564, Nr. 516.

— Bestimmung der Caution für öffentliche Agenten in Galizien.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Mai 1843, S. 122, Nr. 707.

— Den fiskalämmtlichen Concepts-Practikanten ist eine Nebenbeschäftigung bei öffentlichen Agenten nicht gestattet.

Hofkammer-Decret vom 29. November 1844, S. 241, Nr. 849.

Agentie. Die fiskalämmtlichen Beamten haben sich von Privatgeschäften und von der Agentie zu enthalten.

Hofkammer-Decret vom 16. März 1825, S. 291, Nr. 2077.

Agentiren wird den landesfürstlichen Beamten bei Strafe untersagt.

Justiz-Hofdecret vom 24. Juni 1825, S. 310, Nr. 2113.

Ahremberg. Dem Chef des herzoglichen Hauses Ahremberg gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133.

Ahnen. Bestimmungen hinsichtlich der Gültigkeit der in den verschiedenen Adelsdiplomen vorkommenden Formel der vier Ahnen väterlicher und mütterlicher Seits.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1844, S. 238, Nr. 841.

Ahnenprobe. Den zwei oberen Ständen jener Provinz, wo es einen abgesonderten Herrn- und einen abgesonderten Ritterstand gibt, wird das Recht, die Ritterbürtigkeit und das Wapen einzelner Ahnen zum Behufe der Ahnenproben zu bestätigen, aufrecht erhalten.

Hofkanzlei-Decret vom 4. December 1846, S. 392, Nr. 1005.

Aigen. Die Verlassenschafts-Abgaben für das Armen-Institut und Spital zu Aigen, in Oesterreich ob der Enns, werden aufgelassen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

Ajello. Vereinigung des heimgesagten Bezirkes Monastero mit dem Bezirke Ajello, und Errichtung eines l. f. Bezirks-Commissariates 1. Classe mit dem Sitze zu Cervignano.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Jänner 1839, S. 319, Nr. 323.

Akademische Würde. Anwendung der §§. 221, 304 und 446 I. Theiles des Strafgesetzes auf die eine akademische Würde bekleidenden Mitglieder der Universitäten ober Lycäen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1827, S. 65, Nr. 2253.

Ala. Anstatt des heimgesagten Patrimonialgerichtes zu Ala in Tirol wird ein landesfürstliches Landgericht zweiter Classe allda errichtet.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1842, S. 62, Nr. 645.

Albinagii Jus. S. Abfahrtsgele.

Albona. Der Bezirk Albona wird dem Istrianer Kreise im Illirischen Küstenlande zugetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 25. Juni 1825, S. 310, Nr. 2114.

— Bestimmung der Stempel- und Tax-Gebühren für die in Betreff der Notizenbücher im Bezirke Albona vorkommenden Urkunden und Amtshandlungen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 4. August 1840, S. 521, Nr. 461.

— Von den für den Istrianer Kreis systemisirten Advocaten hat Einer bei dem Bezirksgerichte Albona seinen Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1842, S. 81, Nr. 667.

Alimentation. Bei Bemessung der Alimentation für suspendirte Beamte sind die verlarzten Nebengüsse nicht in Anschlag zu bringen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1823, S. 129, Nr. 1922.

— Betragshöhe der Alimentation für die vom Gehalte suspendirten Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 2. September 1823, S. 159, Nr. 1965.

Alimentation. Bestimmung der Alimentations-Gebühr für die vom Amte und Gehalte suspendirten Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 30. Mai 1828, S. 120, Nr. 2344, und

Hofkammer-Decret vom 17. Februar 1829, S. 145, Nr. 2385.

- Behandlung der suspendirten Beamten und minderen Diener hinsichtlich ihrer Alimentation nach der Allerhöchsten Entschließung vom 16. Februar 1828.

Hofkammer-Decret vom 17. Februar 1829, S. 145, Nr. 2385.

- Bestimmung der Alimentation für die vom Amte und Gehalte suspendirte mindere Dienerschaft und Gefälls-Aufseher.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1829, S. 166, Nr. 2420.

- Den auf freiem Fuße befindlichen mittellosen und nicht im Gerichtsorte wohnenden Inquisiten darf ein Alimentationsbetrag täglich fünf Kreuzer in Conventions-Münze von den Criminal-gerichten verabreicht werden.

Justiz-Hofdecret vom 16. April 1831, S. 12, Nr. 2511.

- Bestimmung des Alimentationsbetrages für Witwen der suspendirten und vor vollendeter Untersuchung verstorbenen Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1832, S. 64, Nr. 2570.

- Bestimmung der Frist zur Abreichung der Alimente für arretirte Schulbner.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1833, S. 81, Nr. 2601.

- Vorschrift über die Bemessung der Alimentation für suspendirte Beamte, welche sich im Genuße eines Natural-Quartiers befinden.

Hofkanzlei-Decret vom 24. März 1835, S. 3, Nr. 4.

- Anwendung der Vorschrift vom 7. Juli 1832 über die Alimentation der Witwen in Untersuchung verfallener, und vor Beendigung derselben verstorbenen Beamten, auch auf Witwer bloß provisionsfähiger Individuen, diese darf jedoch nicht weniger als vier Kreuzer täglich betragen.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1835, S. 41, Nr. 78.

- Die Verpflegung der im Criminal-Inquisition-Arreste befindlichen, vom Amte und Gehalte suspendirten Beamten ist von der bewilligten Alimentation zu bestreiten.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Februar 1838, S. 171, Nr. 257.

- der in eine strafgerichtliche Untersuchung gezogenen mittellosen Geistlichen durch den Criminal-Kond.

Hofkanzlei-Decret vom 9. August 1838, S. 275, Nr. 289.

- Auf 100 fl. nicht erreichende Unterhaltsgelder der landesfürstlichen, ständischen, und städtischen Beamten und Diener, dann ihrer Angehörigen findet keine gerichtliche Execution, Verbot, Verpfändung oder Abtretung statt.

Justiz-Hofdecret vom 22. April 1839, S. 336, Nr. 356.

- Die Alimentations-Gebühren suspendirter Beamten sind von der gerichtlichen Execution und von jedem Verbote befreit.

Hofkammer-Decret vom 11. December 1839, S. 362, Nr. 397.

- Bestimmung des Termins zur Auszahlung und Einstellung der Alimentation suspendirten Beamten.

Hofkammer-Decret vom 16. Mai 1840, S. 491, Nr. 438.

- Vollziehung der auf Unterhalts-Beiträge unter Einhundert Gulden jährlich großjähriger Beamten-
Waisen vor Räummachung der Allerhöchsten Entschließung vom 26. Februar 1839 bewilligten und rechtmäßig gewordenen Verbote, worauf nunmehr kein Verbot statt findet.

Hofkammer-Decret vom 29. Mai 1840, S. 501, Nr. 445.

- Wann und auf welche Vergehen der Beamten bei Bestimmung der Unterhaltsgelder für Waisen keine Rücksicht genommen werden soll.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1840, S. 502, Nr. 448.

Alimentation. Befreiung der von einem landesfürstlichen Beamten seiner Ehegattin abzureichenden Alimentation von der Execution.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1840, S. 540, Nr. 482.

- Die aus beiderseitiger Schuld geschiedene Gattin hat in der Regel keinen Anspruch auf einen anständigen Unterhalt; wann der Ehemann zur Verabreichung desselben zu verhalten sei.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1841, S. 575, Nr. 531.

- Bestimmung des Zeitpunctes für die Einstellung der Alimentation suspendirter Beamten im Falle der nachgefolgten Dienstes-Entlassung.

Hofkammer-Decret vom 1. März 1843, S. 97, Nr. 686.

- Wegen der Alimentation eines unehelichen Kindes kann auf die Besoldung eines Beamten, als dessen zur Verpflegung verpflichteten Vaters, Verbot gelegt werden.

Hofkammer-Decret vom 30. November 1844, S. 242, Nr. 850.

- Vorschrift über die Bestreitung der Alimentationskosten für die im Criminal- oder politischen Verhafte befindlichen Individuen der Finanzwache.

Hofkammer-Decret vom 23. Juni 1846, S. 339, Nr. 972.

- Vorschrift über die Bestreitung der Alimentation der im Arreste befindlichen in Concurse verfallenen Schuldner.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 451, Nr. 1049.

- Berechtigung der vereinten Cameral-Gefällen-Verwaltung zur Bewilligung der höheren Alimentation für suspendirte Beamte.

Hofkammer-Decret vom 29. Februar 1848, S. 494, Nr. 1123.

- Vorschrift über den Ertrag der Alimentations-Gebühren für Schuldner, die aus dem Schulden-arreste in das Wiener allgemeine Krankenhaus kommen.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 6. Juni 1848, S. 639, Nr. 1159.

Alimention. S. Pains d'Abbayes.

Alimentations-Gebühr. S. Alimentation.

Alleen. Strafbestimmung auf die Beschädigung der auf öffentlichen Wegen gepflanzten Alleen und Belohnung für den Ergreifer des Beschädigers.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Jänner 1837, S. 99, Nr. 163.

Allgemeine Gerichtsordnung. S. Gerichtsordnung.

- Hofkammer. S. Hofkammer.

Allgemeines Krankenhaus. S. Krankenhaus.

Allodialisirung. Den Lehen-Allodialisirungsgesuchen sind die erforderlichen Erklärungen der Lehenfolger und des Curatoris nasciturorum beizulegen.

Allerhöchste Entschleßung vom 16. Jänner 1832, S. 31, Nr. 2546.

Altenburg. Die Heimfugung des Patrimonialgerichtes Altenburg in Tirol wird angenommen, und dasselbe mit dem landesfürstlichen Landgerichte Karneld zu Bogen vereinigt.

Justiz-Hofdecret vom 26. Mai 1826, S. 18, Nr. 2186.

- Das bisher dem Landgerichte Karneld zugewiesene Gericht Altenburg wird dem Landgerichte Kaltern zugetheilt.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Jänner 1831, S. 5, Nr. 2501.

- S. Sachsen.

Alter. Das zurückgelegte zwanzigste Lebensjahr ist weder zur Entlassung eines Kindes aus der väterlichen Gewalt mit Genehmigung des Gerichtes, noch zur Verleihung eines Gewerbes an Minderjährige, als unerläßliche Bedingung vorgeschrieben.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juni 1835, S. 23, Nr. 38.

Alter. Die Nachsicht von der Vorschrift, daß Niemand nach zurückgelegtem Normal-Alter (vierzig Jahren) in den Staatsdienst eintreten darf, ist niemals für eine ganze Kategorie von Dienstplätzen, sondern immer nur für einen bestimmten, so eben zu besetzenden Dienstposten anzufuchen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 28, Nr. 45.

- Bestimmung des gesetzlichen Alters zum freiwilligen oder imperativen Eintritte in den Militärstand.

Mescript des Hofkriegsrathes vom 8. Februar 1838 und 17. Mai 1839, S. 556 und 558, Nr. 504.

- Vorschrift für die Criminalgerichte und Präturen in Dalmatien, über die Erhebung des Alters der Inquisiten und Zeugen bei fehlenden Taufschreinen bei Criminal-Untersuchungen.

Justiz-Hofdecret vom 26. September 1843, S. 141, Nr. 745.

- Competenz der Vormundschaftsbehörden in Dalmatien, zur Entscheidung über die Groß- oder Minderjährigkeit einer Person behufs der Eingehung einer Ehe oder eines anderen rechtsgiltigen Geschäftes.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1034.

- in dem eine Religionsänderung stattfindet. S. Catholiken.

Altersnachsicht. Einrichtung der Gesuche um Dispensation von der Vorschrift, daß Niemand nach dem zurückgelegten vierzigsten Jahre in den Staatsdienst eintreten soll.

Justiz-Hofdecret vom 14. Februar 1834, S. 107, Nr. 2642.

- Competenz-Fähigkeit der zeitlich angestellten Katastral-Individuen, auch nach Ueberfreitung des vierzigsten Lebensjahres, um stabile Dienstplätze, ohne der besonderen Altersnachsicht zu bedürfen.

Hofkanzlei-Decret vom 23. April 1843, S. 118, Nr. 698.

Alterthümliche Funde. Vorschrift über die Behandlung derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Juni 1846, S. 338, Nr. 970.

Alumnat. Die dem Alumnate aus geistlichen Verlassenschaften vorschriftsmäßig zufließenden Beträge sind bei allen nach dem 1. Juni 1835 eintretenden Todesfällen in Conventions-Münze abzunehmen.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1835, S. 9, Nr. 22.

Amerika. Schifffahrts- und Handelsvertrag der österreichischen Regierung mit den vereinigten Staaten von Amerika.

Vom 10. Februar 1831, S. 6, Nr. 2505.

Amortisation. Verfahren bei Amortisation einer tirolischen Landschafts-Obigation.

Justiz-Hofdecret vom 20. Jänner 1823, S. 127, Nr. 1919.

- Ueber die Wirkung und Amortisirung der neuen Zinsen-Talons bei öffentlichen mit Zinsen-Coupons versehenen Obligationen.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1824, S. 169, Nr. 1984.

Amortisations-Edicte. S. Edicte.

Amortisations-Frist. S. Amortisirung.

Amortisations-Gesetz. Befreiung der barmherzigen Brüder vom Amortisations-Gesetz.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1826, S. 21, Nr. 2192.

- Die Jesuiten-Ordens-Provinz in Galizien wird für dormal vom Amortisations-Gesetz befreit; jedoch hat sie bei Erwerbung beweglicher und unbeweglicher Güter jedesmal die Anzeige hiervon an die Landesstelle zu machen.

Justiz-Hofdecret vom 2. Mai 1828, S. 119, Nr. 2342.

- Befreiung des in Wien errichteten Conventes der Redemptoristinnen vom Amortisations-Gesetz.

Hofkanzlei-Decret vom 23. December 1830, S. 220, Nr. 2498, und Justiz-Hofdecret vom 24. März 1831, S. 12, Nr. 2508.

Amortisations-Gesetz. Befreiung der barmherzigen Schwestern zu Zams vom Amortisations-Gesetz.

- Hofkanzlei-Decret vom 23. April 1831, S. 14, Nr. 2514.
- — Befreiung des Institutes der barmherzigen Schwestern in Wien vom Amortisations-Gesetz.
Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1832, S. 30, Nr. 2545.
- — Befreiung der Sorelle della sacra famiglia vom Amortisations-Gesetz.
Justiz-Hofdecret vom 7. Juni 1833, S. 93, Nr. 2618.
- — Befreiung der barmherzigen Schwestern St. Caroli Boromaei in Böhmen vom Amortisations-Gesetz.
Hofkanzlei-Decret vom 6. November 1839, S. 354, Nr. 387.
- — Befreiung der barmherzigen Schwestern in Salzburg vom Amortisations-Gesetz.
Hofkanzlei-Decret vom 23. Juni 1841, S. 584, Nr. 546.
- — Befreiung der Jesuiten in den sämtlichen deutschen und lombardisch-venetianischen Provinzen vom Amortisations-Gesetz.
Hofkanzlei-Decret vom 17. October 1842, S. 64, Nr. 649.
- Die Redemptoristen-Congregation ist hinsichtlich der Erwerbung eines unbeweglichen Vermögens, dem Amortisations-Gesetz unterworfen.
Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1843, S. 86, Nr. 670.
- Befreiung der barmherzigen Schwestern in Prag und überhaupt in Böhmen vom Amortisations-Gesetz.
Justiz-Hofdecret vom 27. Februar 1843, S. 97, Nr. 685.
- — Befreiung des Institutes der Schwestern des deutschen Ordens auf unbestimmte Zeit vom Amortisations-Gesetz.
Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1843, S. 141, Nr. 746.
- — Befreiung der barmherzigen Schwestern in Graz vom Amortisations-Gesetz.
Hofkanzlei-Decret vom 13. August 1845, S. 274, Nr. 901.
- — Befreiung der Schulschwestern in Graz vom Amortisations-Gesetz.
Hofkanzlei-Decret vom 17. Juni 1846, S. 339, Nr. 971.

Amortisations-Gesuche. Die Erledigung der Amortisations-Gesuche über die neuen vierprocentigen Schulverschreibungen des Monte lombardo-veneto und der dazu gehörigen Coupons und Talons ist ausschließlich dem Civil-Tribunale erster Instanz zu Mailand zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1831, S. 21, Nr. 2530.

Amortisations-Verfahren. S. Amortisirung.**Amortisirte Obligationen.** S. Obligationen.**Amortisirung.** Vorschrift über das Verfahren bei Amortisirung von in Verlust gerathenen Urkunden.

- Justiz-Hofdecret vom 3. August 1822, S. 112, Nr. 1885.
- Bestimmung der Amortisationsfrist in Ansehung der in Verlust gerathenen Talons und Interessen-Coupons von Staats-Schuldverschreibungen.
Hofammer-Präsidial-Decret vom 12. Februar 1841, S. 560, Nr. 508.
- Bestimmung des niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichtes zur Amortisirung der Actien- und Interessen-Coupons der Wiener-Gloggnitzer Eisenbahn-Gesellschaft.
Justiz-Hofdecret vom 25. April 1844, S. 207, Nr. 802.
- Vorschrift über die Amortisirung der in Verlust gerathenen Sparcassenbücher.
Hofkanzlei-Decret vom 26. September 1844, S. 222, Nr. 832.
- der in Verlust gerathenen Actien und Coupons der privilegierten ersten Donau-Dampfschiff-fahrts-Gesellschaft bei dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte.
Justiz-Hofdecret vom 5. August 1846, S. 355, Nr. 977.

Amortisirung. Vorschrift über die Amortisirung der dreiprocentigen Cassé-Anweisungen.
Erlaß des Hofkammer-Präsidiums vom 16. September 1847, S. 470, Nr. 1086.

Amt. Die Schwägerchaft des Richters mit dem Vertreter der Partei hindert denselben an der Ausübung seines Amtes sowohl in als außer Streitsachen.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Februar 1836, S. 75, Nr. 124.

- Unterricht für öffentliche Behörden und Aemter über die Beobachtung und Handhabung des neuen Stempel- und Targgesetzes.

Patent vom 27. Jänner 1840, S. 404, Nr. 439.

- Verantwortlichkeit der mit der Steuer-Einhebung beauftragten Aemter für jeden aus ihrer Saumseligkeit dem Steuerfonde entstehenden Schaden.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Februar 1840, S. 473, Nr. 409.

- Portopflichtige Aemter sind zur Annahme der Zuschriften von gleichfalls portopflichtigen Aemtern und Bezahlung des Postporto verpflichtet.

Hofkammer-Decret vom 18. März 1845, S. 256, Nr. 876.

- Bestimmungen zur Evidenzhaltung und Controle über den Inhalt der von den Behörden und Aemtern mit der Fahrpost zu versendenden Päckete.

Hofkammer-Decret vom 20. November 1847, S. 477, Nr. 1097.

Amtsacten. S. Acten.

Amtsbezirk. Bei Reisen der Tribunalbeamten oder Diener in Dalmatien in Criminal-Angelegenheiten ist als Amtsbezirk der ganze Kreis zu verstehen, auf welchen sich die Criminalgerichtsbarkeit erstreckt.

Hofkammer-Decret vom 5. Mai 1847, S. 460, 1062.

Amtsblatt. Einschaltung der Feilbietung der in Execution gezogenen Realitäten in das Amtsblatt der Zeitung.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1847, S. 465, Nr. 1073.

Amtsboten. Bestimmung der Weggelder für Amtsboten der Gränzkämmerer in Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 3. November 1821, S. 58, Nr. 1813.

- Die Gesuche der Amtsboten der Gränzkämmerer in Galizien um Anweisung und Execution der ihnen für ihre Amtshandlungen zuerkannten und von den Parteien einzubringenden Gebühren sind stämpelpflichtig.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1841, S. 567, Nr. 520.

- Den Amtsboten der Gränzkämmerer ist für eine gehörig ausgewiesene versuchte Zustellung das Weggeld zu entrichten.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1842, S. 9, Nr. 596.

- S. Botenlohn.

Amts-Correspondenz. S. Schriftenwechsel.

Amtseid. S. Eid.

Amtserrinnerungen. S. Berichte.

Amtsgeheimniß. Wegen strenger Bewahrung des Amtsgeheimnisses von Seite der landesfürstlichen Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 7. April 1823, S. 139, Nr. 1930.

- Die Bewahrung des Amtsgeheimnisses wird den landesfürstlichen Beamten neuerdings zur Pflicht gemacht.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1826, S. 4, Nr. 2160.

Amtsgeheimnisse. S. Beamte.

Amtsgeschäfte. Wegen Beobachtung der Verschwiegenheit in Amtsgeschäften von Seite der landesfürstlichen Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 7. April 1823, S. 139, Nr. 1930.

Amtsgewalt. Ermächtigung des Appellationsgerichtes zur Erledigung der Ablassungsbefehle über Untersuchungen wegen Mißbrauch oder Verleitung zum Mißbrauche der Amtsgewalt.

Justiz-Hofdecret vom 14. December 1835, S. 64, Nr. 105.

Amtshandlungen. In wie weit die obrigkeitlichen Wirthschaftsämter von den Amtshandlungen, welche das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch einem Gerichte zuweist, auszuschließen seien.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1825, S. 294, Nr. 2082.

— über Todesfälle und Verwundungen, die keine Spur oder Verdacht eines Verbrechens darbieten, gehören den politischen Behörden zu.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1830, S. 185, Nr. 2451.

— Bestimmung der Gebühren für die Amtshandlungen der Gerichtsgesellen im Küstenlande.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1834, S. 121, Nr. 2667.

— Bestimmung der Tax- und Stempel-Gebühren für die in Betreff der Notizenbücher im Küstenlande vorkommenden Amtshandlungen.

Hofammer-Präsidial-Decret vom 4. August 1840, S. 521, Nr. 461.

— über verkäufliche Gewerbe gehören zum Wirkungskreise der politischen Obergkeiten.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Februar 1841, S. 555, Nr. 502.

— Die Kosten für Criminal-Amtshandlungen fallen dem Criminalfonde der Provinz zur Last, in welcher die Amtshandlung statt gefunden hat.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1841, S. 581, Nr. 539.

— Die Finanzwache hat alle ihr obliegenden Amtshandlungen in der Amtskleidung zu verrichten.

Hofammer-Decret vom 21. April 1843, S. 105, Nr. 696.

— Vorschrift für Criminalgerichte hinsichtlich ihrer Amtshandlung über Creditpapier-Verfälschungen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1845, S. 248, Nr. 858.

— Auch untergeordnete Gerichtsbeamte haben sich wegen Befangenheit von der Amtshandlung zu enthalten.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 330, Nr. 950.

Amts-Instruction für die Criminalgericht-Ärzte und Wundärzte in Böhmen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juni 1835, S. 11, Nr. 28.

— für die Landgerichte in Tirol und Vorarlberg in Geschäften des streitigen Richteramtes.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juni 1838, S. 183, Nr. 276.

Amtskleidung. Die als Assistenten abgeordneten Gerichtsdienner und andere Individuen, welche als Gerichtswache beigegeben werden, sind mit der Amtskleidung zu versehen.

Decret des steiermärkischen Guberniums vom 12. April 1837, S. 120, Nr. 191.

— Die Finanzwache hat alle ihr obliegenden Amtshandlungen in der Amtskleidung zu verrichten.

Hofammer-Decret vom 21. April 1843, S. 105, Nr. 696.

Amtsort. S. Eid.

Amtspakete. Behandlung der den Amtspaketen, welche zeitweilig von den Postbeamten zu eröffnen sind, zuzuliegenden Privatsachen.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1821, S. 14, Nr. 1751.

— Verpflichtungen der Eisenbahn-Unternehmungen gegen das Post-Regale, wegen Beförderung der Amtspakete auf der Eisenbahn.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juli 1840, S. 513, Nr. 452.

Amtspackete vom größeren Gewichte als achtzig Pfund müssen, um mit den Padsfahrten oder den Mallefahrten befördert werden zu können, in Abtheilungen aufgegeben und versendet werden.

Justiz-Hofdecret vom 28. Jänner 1847, S. 405, Nr. 1023.

- Bestimmungen zur Evidenzhaltung und Controle über den Inhalt der von den Behörden und Aemtern mit der Fahrpost zu versendenden Amtspackete.

Hofkammer-Decret vom 20. November 1847, S. 477, Nr. 1097.

- S. Acten.

Amtspflichten. Bestimmungen über die Amtspflichten der Eisenbahnbeamten.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §§. 8, 23, 24 u. f. w.

Amtsschreiben. Befreiung jener Amtsschreiben der nicht landesfürstlichen Gerichte vom Postporto, mit welchen sie die Empfangsscheine von Parteien über zugestellte gerichtliche Urtheile an ein landesfürstliches Gericht einsenden.

Hofkammer-Decret vom 9. Jänner 1846, S. 307, Nr. 920.

Amtsschriften der acatholischen Superintendenten. S. Superintendenten.

Amtsstempel. Erklärung der Verletzung gerichtlicher Siegel als schwere Polizeübertretung oder Verbrechen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. August 1822, S. 115, Nr. 1889.

- Die Ersuchsschreiben an öffentliche Cassen, wegen Verboten u. sollen immer mit dem Amtsstempel versehen seyn.

Justiz-Hofdecret vom 20. October 1823, S. 161, Nr. 1971.

Amtsstunden. Einführung der vormitägigen Amtsstunden bei allen Hilfs- und manipulistenden Aemtern, dann Cassen und Buchhaltungen.

Justiz-Hofdecret vom 5. November 1830, S. 216, Nr. 2491.

- Bestimmung derselben für die Einreichungs-Protokolle der Gerichtsbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1831, S. 5, Nr. 2500.

Amtsverrichtung. Glaubwürdigkeit der Amtsverrichtungen der zu den Zollgefälls-Verhandlungen anstatt der Gerichtspersonen zugezogenen obrigkeitlichen Beamten, Gemeinde-Vorsteher und Geschworenen.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1821, S. 35, Nr. 1772.

Amtsverrichtungen. Auch untergeordnete Gerichtsbeamte haben sich wegen Befangenheit von Amtsverrichtungen zu enthalten.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 330, Nr. 950.

Amtsvorsteher. Die Zurückzahlung der unter öffentlicher Aufsicht einer Militärbehörde stehenden Capitalien kann nur an den Vorsteher dieser Behörde gültig geschehen.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Mai 1822, S. 96, Nr. 1870.

- Bestimmung der Behörden, welche den Amtsvorstehern gemischter Gerichte Urlaub erteilen können.

Justiz-Hofdecret vom 23. Februar 1828, S. 110, Nr. 2331.

- Verpflichtung der Amtsvorsteher zur Kenntnißbringung der unter ihren untergeordneten Beamten entstehenden oder bestehenden unzulässigen Verwandtschafts- oder Schwägerschafts-Verhältnisse.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1839, S. 320, Nr. 326.

Amtswirksamkeit. S. Wirkungskreis.

Amtszeugnisse für Beamte. S. Beamte.

Anfang einer Verlassenschafts-Abhandlung beginnt mit dem gehörig ausgewiesenen Zeitpunkte des Todes des Erblassers.

Hofkammer-Decret vom 7. Februar 1821, S. 8, Nr. 1736.

Anfechtung. Vorschrift über das Verfahren bei Anfechtung der von einem Militär ohne gehörige Bewilligung geschlossenen Ehe.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 30. August 1837, S. 142, Nr. 221.

- Zur Anfechtung der von einem Militär ohne gehörige Bewilligung geschlossenen Ehe bedarf es eines eigens bestellten Klägers nicht, und ist diese Anfechtung dem Fiscus nicht zu übertragen.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1839, S. 360, Nr. 392.

Angabe. Bestrafung derjenigen, welche die Polizei oder andere öffentliche Behörden mit falschen Angaben über ihren Namen, Geburtsort, Stand, oder über andere Verhältnisse hintergehen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. März 1833, S. 86, Nr. 2605.

- Ein bloßer Schürfer kann den nachbarlichen Muth nicht zur Angabe der beiläufigen Lagerung der gemutheten Gruben-Gebirgsarten innerhalb dreier fortlaufenden Compaffstunden anstrengen.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 4. November 1843, S. 165, Nr. 762.

- Verpflichtung der in Concurs verfallenen Schuldner zur Angabe ihres Vermögensstandes.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 451, Nr. 1049.

- S. Anzeige.

- (eibliche). S. Eid.

Angeber. S. Anzeiger, Denunciant.

Angeklagter. Dem Angeklagten und seinem Vertheidiger steht in Preßangelegenheiten die Einsicht der Untersuchungsacten in der Gerichtskanzlei offen.

Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Angestellte. Aufhebung des Verbotes, welches den Beamten und Practicanten, sowie allen anderen Angestellten das gleichzeitige Studiren untersagt.

Erlaß des Unterrichtsministeriums vom 13. Juli 1848, S. 646, Nr. 1170.

- bei der Staats-Eisenbahn. S. Beamte, Eisenbahn.

Anhängigmachung einer Verlassenschafts-Abhandlung beginnt mit dem gehörig ausgewiesenen Zeitpunkt des Todes des Erblassers.

Hofkammer-Decret vom 7. Februar 1821, S. 8, Nr. 1738.

Anhalt. Der Titel Hoheit gebührt den die Regierung führenden Herzogen von Anhalt-Deskau, Anhalt-Bernburg und Anhalt-Köthen für ihre Person.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1844, S. 240, Nr. 844.

Anhalt-Bernburg. Ausdehnung des Bundesbeschlusses vom 20. Juni 1817, wegen Freiheit von allen Nachsteuern bei Vermögens-Exportationen zwischen Oesterreich und dem Herzogthume Anhalt-Bernburg, auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen Provinzen.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1035.

Anhaltung zur öffentlichen Arbeit. Die durch Urtheil auferlegte Strafe der öffentlichen Arbeit muß in der Regel wenigstens einigemal in der Woche vollzogen werden; davon kann nur aus wichtigen Gründen mit Bewilligung der Landesstelle und des Appellationsgerichtes eine Ausnahme statt finden.

Justiz-Hofdecret vom 6. Februar 1829, S. 143, Nr. 2381.

- Verpflichtung der Gränz- und Gefällen-Wache zur Anhaltung verdächtiger Personen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Jänner 1838, S. 168, Nr. 251.

Anheimsagung. S. Heimsagung.

Ankündigung. Vor Ankündigung eines Todesurtheiles haben sich die Criminalgerichte die Ueberzeugung zu verschaffen, daß der Vollstreckung desselben am darauf folgenden dritten Tage kein Hinderniß entgegen stehe.

Justiz-Hofdecret vom 26. Mai 1826, S. 18, Nr. 2185.

Ankündigung. In Fällen der Ankündigung eines ausländischen Strafurtheiles hat sich die Landesstelle mit dem Appellationsgerichte in das Einvernehmen zu setzen.

Hofkanzlei-Decret vom 8. October 1829, S. 172, Nr. 2430.

- Aufhebung der öffentlichen Ankündigung der auf länger als fünfjährige Kettenstrafe lautenden Urtheile.

Justiz-Hofdecret vom 6. Februar 1845, S. 252, Nr. 866.

- Verbot der öffentlichen Ankündigung der Kettenergattungen und der zum Einathmen derselben nöthigen Apparate.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1847, S. 473, Nr. 1091.

Anlagen. Vorschrift über die Realisirung der von Staats- und Fonds-, dann ständischen und städtischen Beamten eingelegten, in Anlagen bei dem Staatsschulden-Eiligungsfonde bestehenden Cautionen, sobald die Ersatzpflicht des Beamten ausgesprochen ist.

Hofkammer-Decret vom 3. Jänner 1842, S. 3, Nr. 583.

Anlitten. Einhebung der unter der Benennung Anlitten vorkommenden Gebühren bei den l. f. Pflegergerichten, sowie bei den Patrimonial-Gerichten und Privat-Entschöffnern im Inn- und Salzburger Kreise.

Hofkammer-Decret vom 24. November 1840, S. 539, Nr. 481.

Anlegung. Vorschrift über die Anlegung der Waisen-Capitalien auf die Häuser in Wien und den Vorstädten Wiens.

Justiz-Hofdecret vom 10. Juli 1829, S. 165, Nr. 2418.

- Bedingungen, unter denen die Zinsfaffionen von den Häusern in Wien und den Vorstädten Wiens bei Anlegung der Gelder der Minderjährigen und Pflegebefohlenen die Stelle der Schätzung vertreten können.

Justiz-Hofdecrete vom 10. Juli 1829, S. 165, Nr. 2418 und vom 29. Mai 1844, S. 210, Nr. 809.

- Bestimmung der Gebühren für Gerichtsanwälte in Tirol und Vorarlberg für die Anlegung der Sperre bei Verlassenschaftten.

Hofkanzlei-Decrete vom 20. Februar 1837, S. 112, Nr. 175 und 16. März 1843, S. 102, Nr. 689.

- Vorschrift über die fruchtbringende Anlegung der Waisengelder.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1841, S. 613, Nr. 566.

- Vorschrift über die Anlegung des Vermögens der Findlinge in die Sparcasse.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Juli 1843, S. 129, Nr. 722.

- Vorschrift über die Verzinsung der bei den Waisenämtern der Breslauer Bisthumsgüter einzeln bar eingelegten Waisengelder.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Juli 1843, S. 131, Nr. 727.

- der Gelder der Minderjährigen und Pflegebefohlenen auf Häuser in den Städten Prag, Brünn, Olmütz, Troppau, Linz, Grah, Klagenfurt, Laibach, Görz und Lemberg, mit Einschluß ihrer Vorstädte.

Justiz-Hofdecret vom 23. October 1843, S. 160, Nr. 755.

- von städtischen Gemeinde-Capitalien auf Realitäten der eigenen Stadtbürger in Mähren.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Jänner 1847, S. 403, Nr. 1017.

- der Waisen- und Depositen-Gelder in dreipercenigen Central-Casse-Anweisungen. Vorschrift hierüber.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1847, S. 418, Nr. 1031.

- Vorschrift über die fruchtbringende Anlegung der Waisengelder bis zu dem Betrage von 300 fl. bei Sparr-Cassen, und in Triest beim Monte civico commerciale.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1848, S. 619, Nr. 1144.

Anlegung der Wartschaften aus den Depositionen-Aemtern bei dem Staatsschulden-Erlösungs-Fonde.

Justiz-Hofdecret vom 31. Mai 1848, S. 637, Nr. 1156.

Finanz-Ministerial-Decret vom 6. Juni 1848, S. 640, Nr. 1160.

Anlehen. Befreiung der Partial-Obligationen und der Lose von den beiden Rothschild'schen Anlehen von der Erbsteuer.

Hofkammer-Decret vom 21. Mai 1833, S. 92, Nr. 2615.

- Bedingte Befreiung der Partial-Obligationen und der Lose der Rothschild'schen Anlehen von der Erbsteuer.

Hofkanzlei-Decret vom 29. October 1839, S. 353, Nr. 384.

- Provisorische Bestimmungen über Privat-Anlehen mit Partial-Obligationen.

Hofkammer-Decret vom 17. December 1847, S. 480, Nr. 1105.

- Die Schuldbeschreibungen und Abtheilungen der beiden Lotto-Anlehen vom Jahre 1834 und 1839 können auch für die Dauer mehrerer Jahre ohne Vinculirung als Cautionen für das Aera bei Lieferungen, Pachtungen etc. angenommen werden.

Hofkammer-Decret vom 7. Februar 1848, S. 490, Nr. 1116.

- Vorschrift über die Rückzahlung der in Gold- oder ausländischer Silbermünze, dann in Conventionsmünze überhaupt abgeschlossenen Anlehen.

Finanz-Ministerial-Erlässe vom 21. und 22. Mai 1848, S. 635 und 636, Nr. 1152 und 1153.

Patent vom 2. Juni 1848, S. 638, Nr. 1157.

Anmeldung. Vorschrift über die Anmeldung und Liquidirung des Eigenthumsrechtes gegen Concurssmassen.

Justiz-Hofdecret vom 19. August 1825, S. 318, Nr. 2126.

- Vorschrift über die Anmeldung der aus der Verzehrungssteuer entstehenden Aerial-Forderungen bei Concurssmassen.

Justiz-Hofdecret vom 14. März 1831, S. 11, Nr. 2507.

- der rückständigen Verpflegskosten der im allgemeinen Krankenhause Verstorbenen bei Aufnahme der Todesfälle von Seite des Sperr-Commissärs.

Hofkanzlei-Decret vom 15. December 1842, S. 76, Nr. 661.

- Das Obereigenthum über unbewegliche Güter bedarf keiner Anmeldung im Concurse über das Vermögen des Nuzigenthümers.

Hofkanzlei-Decret vom 26. December 1847, S. 483, Nr. 1109.

- Vorschrift über die Anmeldung der bei der Görzer Landtafel erworbenen Hypothekar-, Pfand- und Servitut-Rechte, auf Grundstücke und Urbaren behufs ihrer Erneuerung.

Justiz-Ministerial-Decret vom 31. August 1848, S. 656, Nr. 1180.

Anmerkung. Vorschrift für das niederösterreichische Landrecht über die Behandlung der in den Rubriken der niederösterreichischen Landtafel vorkommenden Anmerkung, hinsichtlich der an die Stelle des Umgeldes tretenden Entschädigung, und der darin eingetragenen Tabularposten.

Justiz-Hofdecret vom 3. November 1842, S. 69, Nr. 653.

- Die Armuthshälber abgethanen Todesfälle sind nicht in die Zahl der Verlassenschaften aufzunehmen, sondern in den jährlichen Geschäftsausweisen in der Rubrik „Anmerkung“ anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 14. Mai 1846, S. 334, Nr. 960.

- In der Rubrik „Anmerkung“ der vorzulegenden Geschäftsausweise sind die Decrete über Besitzstörungen- und Executions-Angelegenheiten, dann Contumaz- und über Schuldbekennnisse geschöpften Urtheile der Zahl nach anzugeben.

Justiz-Hofdecret vom 14. Mai 1846, S. 334, Nr. 961.

Annahme an Kindesstatt. Nähere Erklärung des Justiz-Hofdecretes vom 11. Jänner 1819 über die Annahme an Kindesstatt.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Juni 1837, S. 132, Nr. 209.

Annual-Erbsteuer. S. *Erbsteuer*.

Annullirung. Ueber Annullirung von Armuthszeugnissen zur Erlangung der Stämpelbefreiung vor Gericht entscheiden die politischen Behörden.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Jänner 1842, S. 6, Nr. 589.

Anordnung, *Lehntwillige.* S. *Testament*.

Anpreisung. Verbot der öffentlichen Anpreisung der Aetbergattungen und der zum Einathmen derselben nöthigen Apparate.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1847, S. 473, Nr. 1091.

Anrainer. Beschränkung der Anrainer an Eisenbahnen hinsichtlich der Terrains-Veränderungen oder Bauführungen in der Umgebung der Eisenbahn.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, S. 21.

Anrechnung der früher unter der österreichischen Regierung zugebrachten Dienstjahre der von einer fremden Regierung übernommenen Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1825, S. 328, Nr. 2142.

— Vorschrift über die Anrechnung der im Quiescentenstande zugebrachten Dienstzeit eines Quiescenten bei endlicher Pensionirung desselben in die Dienstjahre.

Hofkammer-Decret vom 8. Februar 1828, S. 109, Nr. 2329.

— der als provisionsfähiger Arbeiter oder minderer Diener zugebrachten Dienstzeit bei Pensionirung als Beamter.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1840, S. 485, Nr. 429.

— Vorschrift über die Anrechnung der Militär- zur Civil-Dienstzeit der Beamten und minderen Diener zum Behufe der Pensions- und Provisions-Bemessung.

Hofkammer-Decret vom 7. August 1843, S. 133, Nr. 732.

— Bestimmungen hinsichtlich der Anrechnung der in den verschiedenen Adelsdiplomen vorkommenden Formel der vier Ahnen väterlicher und mütterlicher Seits.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1844, S. 238, Nr. 841.

Anschlagen der Druckschriften. Beschränkung des öffentlichen Anschlagens der Druckschriften. Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Anschreibung. Vorschrift über die Anschreibung einer Verlassenschafts-Realität an einen Dritten vor Einantwortung des Nachlasses an die Erben.

Justiz-Hofdecret vom 26. November 1839, S. 361, Nr. 394.

— Vorschrift über das Verfahren bei Anschreibung der Privat-Eisenbahn-Unternehmungen an die von ihr erkaufte Gründe in die Landtafel oder das Grundbuch.

Hofkanzlei-Decret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1036.

— an den Besitz. S. *Besitz*.

Ansprüche. Wann älternlose Beamten-Waisen Anspruch auf das Conductquartal haben.

Justiz-Hofdecret vom 17. October 1828, S. 137, Nr. 2366.

— Vorschrift über die Behandlung der Ansprüche einer Gemeinde auf die Ausübung der eigenen Gerichtsbarkeit mittelst eines Magistrates.

Justiz-Hofdecret vom 18. December 1830, S. 219, Nr. 2497.

— Recht der Erben zur Geltendmachung der Ansprüche auf erblose vom Fiskus bereits eingezogene Verlassenschaften.

Justiz-Hofdecret vom 12. October 1835, S. 53, Nr. 90.

Ansprüche. Vorschrift über die Sicherstellung der Ansprüche auf die Entschädigung für auf-gehobene Tag- und Umgebungs-Gefälle.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1840, S. 526, Nr. 464.

- Bei welchen Depositen die unbekannten Eigenthümer ihre Ansprüche binnen dreißig Jahren nach dem Erlage derselben geltend zu machen haben.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Jänner 1842, S. 5, Nr. 587.

- Vorschrift zur Geltendmachung der Ansprüche österreichischer Unterthanen auf Verlassenschaften der im niederländischen Seebienste verstorbenen Individuen.

Justiz-Hofdecret vom 6. April 1842, S. 16, Nr. 605.

- Vorschrift über die Ansprüche der Noth-Erben auf die Verlassenschaften.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1844, S. 192, Nr. 781.

Anstände. Die bei Anwendung des Strafgesetzes sich ergebenden Anstände sind der obersten Justizstelle jährlich vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 14. Juli 1821, S. 39, Nr. 1779.

- Vorschrift über das Benehmen der Appellationsgerichte bei Anzeigen der gegen die Anwendung des Strafgesetzes sich ergebenden Anstände.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1823, S. 143, Nr. 1937.

- Behandlung der bei Anwendung der Post-Ordnung zwischen Reisenden und Postbediensteten sich ergebenden Anstände.

Auszug aus der Post-Ordnung für Reisende vom 1. December 1838, S. 312, Nr. 312.

Anstalten. Aufnahme der Verpflichtung des Bestbieters zur Erfüllung der gegen die unter der Staatsverwaltung stehenden öffentlichen Anstalten übernommenen Leistungen in das dießfalls mit ihm aufgenommene Versteigerungs- oder Verhandlungs-Protokoll.

Hofkanzlei-Decret vom 20. April 1821, S. 17, Nr. 1755.

- Vinculirung der den politischen Anstalten gehörigen auf den Ueberbringer lautenden Obligationen zur Sicherheit dieser Anstalten.

Hofkanzlei-Decret vom 11. November 1822, S. 123, Nr. 1910.

- (öffentliche.) Pacht- oder Mietheverträge des Richters mit den unter der Verwaltung des Staates oder der Gemeinden stehenden öffentlichen Anstalten und deren Vertreter schließen den Richter von der Ausübung des Richteramtes nicht aus.

Justiz-Hofdecret vom 24. Mai 1836, S. 82, Nr. 142.

- — Vorschrift über die Vollziehung des letzten Willens, wodurch öffentlichen Anstalten eine Erbschaft oder ein Vermächtniß zufällt.

Justiz-Hofdecret vom 29. August 1836, S. 91, Nr. 154.

- — Die gesellschaftlichen Beiträge für die öffentlichen Anstalten sind auch von den dem Aetaz aus dem Gabucitätsrechte zufallenden Verlassenschaften zu entrichten.

Hofkanzlei-Decret vom 20. Jänner 1848, S. 489, Nr. 1113.

- (fromme.) S. Stiftungen.

Anstellung der Notare durch die oberste Justizstelle.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1821, S. 32, Nr. 1766.

- eines und desselben Justiziärs von verschiedenen Dominien in zwei mit eigenen Appellationsgerichten versehenen Provinzen ist nicht gestattet.

Allerhöchste Entschließung vom 3. September 1821, S. 46, Nr. 1795.

- nur vollkommen geeigneter Individuen als landesfürstliche Beamte.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Februar 1822, S. 78, Nr. 1838.

Anstellung der schon vierzig Jahre alten Individuen, welche nicht unmittelbar aus der wirklichen Militär- oder Civil-Dienstleistung oder aus der Invaliden-Versorgung in landesfürstliche Dienste übertreten, ist nicht gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 11. October 1822, S. 119, Nr. 1899.

- Die Anordnung, daß Niemand, der schon vierzig Jahre alt ist, und nicht bereits bei dem Civile oder Militär gebient hat, in Bancal-Gefällsdienste neu angestellt werden soll, gilt nicht für solche Individuen, welche aus der wirklichen Militär- oder Civil-Dienstleistung oder aus der Invaliden-Versorgung unmittelbar in Gefällsdienste übertreten.

Justiz-Hofdecret vom 11. October 1822, S. 119, Nr. 1899.

- Bei Anstellung der landesfürstlichen Beamten sind den Besetzungsvorschlägen vorschriftsmäßig abgefaßte Competenten-Tabellen beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1823, S. 140, Nr. 1932.

- Auch über vierzig Jahre alte Pensionisten und Quiescenten sollen wieder angestellt werden.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1823, S. 156, Nr. 1958.

- Stempel bei Anstellungs- oder Bewilligungs- und Anweisungs-Decreten.

Hofkammer-Decret vom 19. November 1823, S. 162, Nr. 1973.

- Ausländer dürfen nur mit Bewilligung der Hofstellen von den Unterbehörden angestellt werden.

Justiz-Hofdecret vom 1. December 1823, S. 163, Nr. 1976.

- Bei künftigen Anstellungen bei dem dalmatinischen Appellationsgerichte ist auf die Kenntniß der deutschen Sprache zu sehen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juli 1824, S. 216, Nr. 2022.

- der exitalienischen Militär-Pensionisten in erledigte stabile Dienstposten.

Justiz-Hofdecret vom 31. December 1824, S. 281, Nr. 2062.

- Stempel bei Besoldungs- und Quartiergeld-Anweisungs-Decreten.

Hofkammer-Decret vom 19. Jänner 1825, S. 287, Nr. 2067.

- Vorschrift über die Anstellung der Sinderer, Stadt- und Marktschreiber bei den Landmagistraten und Gemeinden.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1826, S. 2, Nr. 2159.

- Anstellungsgesuche der Beamten derjenigen Magistrate, welche mit keinem geprüften Vorseher versehen sind, müssen durch das vorgesetzte Kreisamt einbegleitet werden.

Justiz-Hofdecret vom 17. März 1826, S. 13, Nr. 2174.

- der pensionirten oder mit Gnadengehalten theilhaften Officiere und anderer Militär-Individuen und Parteien.

Justiz-Hofdecret vom 4. April 1826, S. 14, Nr. 2177.

- Vorschrift über die Anstellung der nicht systemisirten Concepts-Practikanten bei den landesfürstlichen Pfliegergerichten in Oesterreich ob der Enns.

Justiz-Hofdecret vom 21. April 1826, S. 17, Nr. 2182.

- Verbot jeder Anstellung nahe verwandter oder verschwägelter Personen bei derselben Gerichtsbehörde. Ausdehnung desselben auf alle landesfürstlichen und anderen Justizbehörden, mit Ausnahme der Patrimonialgerichte. Anzeigen über die Verwandtschafts- und Schwägerschafts-Verhältnisse. Beförderung oder Uebersehung der bereits bei derselben Behörde angestellten verwandten oder verschwägerten Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1826, S. 19, Nr. 2189.

- Belehrung der Bewerber um eine Dienststelle über die Gründe ihrer Abweisung; Benehmen der Behörden im Falle eines Zweifels über die Eigenschaften eines Bewerbers.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1826, S. 20, Nr. 2190.

Anstellung. Bei Dienstbesetzungs-Vorschlägen ist mit aller Gewissenhaftigkeit vorzugehen, und bloß das Beste des Dienstes zu berücksichtigen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1826, S. 30, Nr. 2196.

- Ohne Seiner Majestät ausdrückliche Genehmigung dürfen weder wegen Verbrechen, Vergehen oder Vernachlässigung des Dienstes entsetzte Beamte im Staatsdienste wieder angestellt, noch Personen, die in eine Criminal-Untersuchung verfallen, und nicht für unschuldig erklärt worden sind, in den Staatsdienst aufgenommen werden. Ueber den ganzen Lebenslauf derjenigen, die einen Dienstposten erhalten sollen, sind die umständlichen Nachweisungen zu fordern, und Personen, welche gegen diese Vorschriften dennoch eine Anstellung ersuchen haben, wieder zu entlassen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1826, S. 31, Nr. 2199.

- Der Concurrs ist bei Magistraten nur für die letzte Dienststelle jener Kategorie, in welcher ein Platz leer geworden ist, auszusprechen.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Juli 1826, S. 34, Nr. 2203.

- Von welchem Zeitpunkte an den zu anderen Behörden übersetzten Beamten der mit dem erhaltenen Posten verbundene höhere Gehalt anzuweisen sei.

Justiz-Hofdecret vom 12. August 1826, S. 41, Nr. 2213.

- der minder talentirten Auscultanten im Kanzleidienste.

Justiz-Hofdecret vom 6. October 1826, S. 50, Nr. 2224.

- Erforderliche Eigenschaften zur Anstellung als Richter und als Auscultant.

Justiz-Hofdecete vom 13. April 1827 und 8. Mai 1829, S. 77 und 154, Nr. 2272 und 2399.

- Professoren dürfen keine ständische oder Privat-Anstellung annehmen.

Justiz-Hofdecret vom 8. April 1828, S. 112, Nr. 2333.

- Als herrschaftliche Beamte, welche die Justizpflege oder die politische Geschäftsverwaltung zu besorgen haben, dürfen nur ganz tadellose Individuen angestellt werden.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1828, S. 112, Nr. 2335.

- Fremde erwerben die österreichische Staatsbürgerschaft nur durch wirkliche, nicht durch provisorische Anstellung im Staatsdienste.

Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1828, S. 118, Nr. 2338.

- der mit der stiftmäßigen Pension theilhaft und wegen Untauglichkeit zu Feldkriegsdiensten aus der Wiener-Neustädter Militär-Akademie ausgemusterten Jünglinge in Civildienste.

Hofkanzlei-Decret vom 4. September 1828, S. 131, Nr. 2360; und Justiz-Hofdecret vom 6. Februar 1829, S. 142, Nr. 2380.

- In den Competenten-Tabellen für erledigte Justiz-Anstellungen sind die Sprachkenntnisse der Wittsteller genau und verlässlich aufzuführen.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1828, S. 138, Nr. 2369.

- Auf Rücksicht der Taxen bei Anstellungen und Beförderungen der Beamten darf nicht ange-
tragen werden.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1829, S. 147, Nr. 2388.

- der verdienstesten Individuen, wenn sie auch darum nicht competiren, wird anbefohlen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Mai 1829, S. 148, Nr. 2390.

- Verwandtschaft und Schwägerschaft kann der verdienten Beförderung eines Beamten nicht hinderlich seyn.

Justiz-Hofdecret vom 11. December 1829, S. 181, Nr. 2444.

- Beförderungs- und Anstellungs-Gesuche der Beamten sind Seiner Majestät, wenn der Besetzungs-Vorschlag bereits erstattet ist, nachträglich vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 11. December 1829, S. 181, Nr. 2444.

Anstellung. Vorschrift über die Anstellung der Gerichtsgesellen im Küstenlande, welchen die Versorgung einiger Geschäfte des adeligen Richteramtes anvertraut wird.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1830, S. 188, Nr. 2457.

- ganz tabelloser Individuen als Grundbuchsführer oder Vogtei-Verwalter.

Hofkanzlei-Decret vom 25. October 1830, S. 216, Nr. 2490.

- der in einem Aetarial-Genusse stehenden, und zur neuen Gränzwache nicht brauchbaren Individuen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1831, S. 3, Nr. 2499.

- Einrichtung der Gesuche um Dispensation von der Vorschrift, daß Niemand nach zurückgelegtem vierzigsten Jahre in den Staatsdienst eintreten soll.

Justiz-Hofdecret vom 14. Februar 1834, S. 107, Nr. 2642.

- Den Individuen, welche wegen eines Verbrechens schuldig befunden, oder von demselben aus Mangel rechtlicher Beweise losgesprochen wurden und vor der Kundmachung der Allerhöchsten Entschliessung vom 22. März 1828 als Mandatare oder Justizläre angestellt sind, ist der Uebertritt in einen ähnlichen Dienstplatz zu einer anderen Herrschaft nicht zu beanstanden, wenn sie sich nach der Kundmachung dieser Allerhöchsten Entschliessung keine Matel zugezogen haben.

Hofkanzlei-Decret vom 20. März 1835, S. 2, Nr. 2.

- Welche Studien-Zeugnisse zur Anstellung in Kanzleien oder Manipulations-Ämtern bei landesfürstlichen Justizbehörden als Kanzlisten oder Kanzlei-Acessisten erforderlich sind.

Justiz-Hofdecret vom 17. April 1835, S. 6, Nr. 13.

- Bestimmung der Fälle, in welchen ausgetretene Militär-Personen ohne besondere Allerhöchste Bewilligung keine Anstellung im Civildienste erhalten können.

Hofkammer-Decret vom 27. April 1835, S. 7, Nr. 14.

- Vorschrift über die Anstellung der Real- und Halb-Invaliden, oder der Invalidität sich nähernden Militär-Individuen in der Kategorie der Dienerschaft im Civildienste, dann über ihre Behandlung in Pensionierungs- und Provisionierungsfällen.

Verordnung des Hofkriegsrathes vom 13. Juni 1835, S. 21, Nr. 36.

- Die Dispens von der Vorschrift, daß Niemand nach zurückgelegtem vierzigsten Jahre in den Staatsdienst eintreten darf, ist niemals für eine ganze Kategorie von Dienstplätzen, sondern immer nur für einen bestimmten, so eben zu besetzenden Dienstposten anzufuchen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 28, Nr. 45.

- Wirkungskreis der landesfürstlichen Collegialgerichte erster und zweiter Instanz, in Rücksicht der Anstellung ihrer Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

- Vorschrift über die Anstellung von Kanzlei-Acessisten bei landesfürstlichen Behörden.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1836, S. 80, Nr. 139.

- Bestimmung der erforderlichen Studien zur Anstellung in Kanzleien und Manipulations-Ämtern der Kreisämter, Delegationen, Landesstellen, Appellationsgerichte und übrigen Justizbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 24. Mai 1836, S. 83, Nr. 143.

- Vorschrift über die Anstellung der fiscalämthlichen Concepts-Practikanten.

Hofkammer-Decret vom 22. Juli 1836, S. 87, Nr. 147.

- Vorschrift über die Anstellung pensionirter Officiere im Civildienste.

Justiz-Hofdecret vom 11. Februar 1839, S. 327, Nr. 339.

- Als Rathspräsident eines Collegialgerichtes darf ein mit dem Vorstande oder einem Rathe desselben verwandter oder verschwägert Beamter nicht angestellt werden.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juli 1839, S. 346, Nr. 371.

Anstellung. Vorschrift über die Anstellung unentgeltlicher Kanzlei-Accessisten bei reinen Justizbehörden und die hierzu erforderlichen Studien.

Justiz-Hofdecret vom 12. Jänner 1840, S. 383, Nr. 402.

- Vorschrift über die Anstellung der Beamten und Diener bei dem politisch-ökonomischen Senate des Wiener Magistrates, dann bei dem Civil- und bei dem Criminalgerichte der Stadt Wien.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 569, Nr. 524.

- Die Beamten in den neuacquirirten Provinzen sind bei der ersten Anstellung nicht von der Diensttaxe befreit.

Hofkammer-Decret vom 20. Juni 1841, S. 584, Nr. 545.

- Bei Anstellungen am Mathematische der landesfürstlichen Collegialgerichte in Galizien ist auf die der moldauischen (wallachischen) Sprache kundigen Competenten besondere Rücksicht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Februar 1842, S. 9, Nr. 598.

- Verbot der zeitweiligen Anstellung der wegen Verbrechen, Vergehen oder Vernachlässigung des Dienstes entsetzten Beamten bei landesfürstlichen Behörden.

Hofkanzlei-Decret vom 23. März 1842, S. 14, Nr. 602.

- Ueber die erfolgte Anstellung von Militär-Individuen in Civildienste haben die Gerichtsbehörden vierteljährige Ausweise der politischen Landesstelle mitzutheilen.

Justiz-Hofdecret vom 30. Jänner 1843, S. 90, Nr. 678.

- der vor dem vierzigsten Lebensjahre in den Katastral-Dienst getretenen und darin ununterbrochen befindlichen Individuen auch nach Ueberschreitung dieses Normalalters in stabile Dienstposten.

Hofkanzlei-Decret vom 23. April 1843, S. 118, Nr. 698.

- Bei Anträgen auf Rücksicht der Ueberschreitung des Normalalters, behufs der Erlangung einer Anstellung im Staatsdienste, soll immer auch die vollkommene Gesundheit des Bittstellers nachgewiesen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 13. September 1843, S. 139, Nr. 741.

- Vorschrift über die Anstellung der Auscultanten bei organisirten Magistraten.

Hofkanzlei-Decret vom 15. März 1844, S. 198, Nr. 794.

- Vorschrift für die oberste Justizstelle über die Anstellung der Auscultanten.

Allerhöchste Entschließung vom 4. Mai 1844, S. 208, Nr. 804.

- Ausdehnung des Verbotes, über die Anstellung der wegen Verbrechen und Vergehen aus dem Staatsdienste entlassenen Individuen als Diurnisten bei landesfürstlichen Behörden, auch auf solche, welche noch niemals im öffentlichen Dienste sich befanden.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Juni 1844, S. 211, Nr. 812.

- Ueber jede erfolgte Anstellung eines Invaliden in Civildienste haben die Gerichtsbehörden die Anzeige an das Appellationsgericht zur Verständigung des betreffenden General-Militär-Commando zu erstatten.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juni 1844, S. 212, Nr. 814.

- Grundsätze über die Behandlung jener Real- oder Halb- Invaliden, welche eine Civil-Anstellung erhalten.

Hofkanzlei-Decret vom 23. October 1844, S. 239, Nr. 842,

Hofkammer-Decret vom 5. December 1845, S. 295, Nr. 914 und

Rescript des Hofkriegsrathes vom 4. April 1846, S. 332, Nr. 955.

- Vorschrift zur Uebersetzung und Behandlung der Gesuche der Halb- und Real-Invaliden um Civil-Anstellungen.

Decret des Hofkriegsrathes vom 8. März 1845, S. 254, Nr. 873.

Anstellung eines zweiten Seelsorger's in dem Wiener Criminal-Gerichtshause.

Justiz-Hofdecret vom 8. August 1845, S. 274, Nr. 900.

- Der Fortgenuß des Invalidengehaltes kann bei zeitlicher mit täglicher Bezahlung verbundenen Anstellung neben dem Bezuge der Gebühr für eine derlei zeitliche Anstellung nicht statt finden; dagegen hat die Verwendung der Halb- und Real-Invaliden als Tagschreiber nicht als Anstellung zu gelten, und auch nicht die Entziehung der Invalidengebühr zur Folge.

Hofkammer-Decret vom 5. December 1845, S. 295, Nr. 914.

- Die Anstellung der landesfürstlichen Bezirksrichter bei den Bezirkscommissariaten in Ilirien hat durch die oberste Justizstelle und die vereinigte Hofkanzlei zu geschehen.

Justiz-Hofdecret vom 9. October 1846, S. 374, Nr. 990.

- Behandlung der mit Vorzugs-Classen ihre Verusfahndungen zurückgelegten Jöglinge des Prager und Wiener Stabconvictes hinsichtlich der Theilnahme mit Adjuten bei ihrem Eintritte in den Staatsdienst.

Allerhöchste Entschliessung vom 31. October 1846, S. 389, Nr. 999.

- Vorschrift über die Anstellung der Jöglinge der thesesianischen Ritter-Akademie im Justizdienste.

Allerhöchste Entschliessung vom 23. Jänner 1847, S. 405, Nr. 1022.

- Die Anstellung der wegen Hochverrath abgestraften Priester ist ohne Allerhöchster Bewilligung weder in der Seelsorge noch im Lehramte gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1847, S. 462, Nr. 1067.

- S. Sprachkenntnisse.

Anstößige Gemälde, Zeichnungen, Kunstgegenstände.

Ansuchen. Ueber jedes mündliche Ansuchen um Legalisirung einer Urkunde haben die Gerichtsbehörden ein ordentliches Protokoll aufzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 3. September 1830, S. 207, Nr. 2480.

Antheil. Berechtigung des Nothverben, über den ihm vom Tode des Erblassers bis zur wirklichen Theilung des Pflichttheiles gebührenden verhältnismäßigen Antheil an Gewinn und Verlust und an den Früchten der Erbschaft Rechnung zu fordern.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1847, S. 454, Nr. 1051.

Anticipations-Scheine. Vertilgung der bei dem Universal-Cameral-Zahlamte in Aufbewahrung befindlichen falschen Einlösungs- und Anticipations-Scheine und der Falsifications-Werkzeuge nach Verlauf von 30 Jahren von dem Zeitpunkte der Herausgabe oder der Zustandebringung.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juli 1848, S. 644, Nr. 1168.

Antiquarische Funde. S. Archäologische Funde.

Anträge. Gestattung der Anträge auf Belassung des Quartiergeldes für pensionirte oder quiescirt Beamte bei dem Vorhandensein besonders rücksichtswürdiger Umstände.

Justiz-Hofdecret vom 19. November 1825, S. 329, Nr. 2146.

- auf Pensionen, Belassung der Erziehungsbeiträge nach überschrittenem Normal-Alter, und andere Gnabengaben dürfen Seiner Majestät nur dann vorgelegt werden, wenn sie mit rücksichtswürdigen Gründen unterstützt werden können.

Justiz-Hofdecret vom 7. April 1827, S. 77, Nr. 2271.

- auf Rücksicht der Taxen bei Würdeverleihung und Beförderung der Beamten, dann auf Belassung des Quartiergeldes als Personal-Zulage bei Pensionirung der Wiener Beamten dürfen nicht gestellt werden.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1829, S. 147, Nr. 2388.

- Auf eine günstigere als die normalmäßige Pensionsbehandlung der Hof- und Staatsdiener und ihrer Angehörigen darf nie von Amtswegen, sondern nur über Allerhöchste Aufforderung Seiner Majestät angetragen werden.

Justiz-Hofdecret vom 27. Februar 1837, S. 113, Nr. 177.

Anträge. Auf eine günstigere als die normalmäßige Behandlung darf auch ohne besondere Aufforderung bei Pensionirungen, Provisionirungen und Substitutionen der städtischen, ständischen oder jener Beamten angetragen werden, die ihre Bezüge aus vom Staatsschatze nicht unterstützten Fonds erhalten.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Mai 1838, S. 181, Nr. 270.

- Gestattung der Anträge auf Gnabengaben für Beamten- und Dieners-Waisen, welche das Normal-Alter überschritten haben, dann erwerbsunfähig und mittellos sind.

Hofkammer-Decret vom 28. Februar 1839, S. 333, Nr. 347.

- Gestattung der Anträge auf die in dem Pensionsnormale oder auf andere bestimmte Vorschriften sich gründende bessere als die normalmäßige Pensions- und Provisions-Behandlung der Betheiligten.

Hofkammer-Decret vom 20. Februar 1840, S. 474, Nr. 411.

- Den Anträgen um Gnabengaben für die das Normal-Alter überschrittenen Beamten-Waisen ist auch ein sittliches Wohlverhaltens-Zeugniß der zu betheiligenden Person beizulegen.

Hofkammer-Decret vom 30. März 1840, S. 479, Nr. 419, dann

Hofkanzlei-Decret vom 30. April 1840, S. 484, Nr. 427.

- Gestattung der Anträge auf Gnabengaben für die als Cadeten oder als Gemeine ex propriis in den Militärstand getretenen Beamten-Waisen.

Hofkammer-Decret vom 15. October 1840, S. 532, Nr. 468.

- Gestattung der Anträge auf den Fortbezug der Erziehungsbeiträge und Pensionen für Civil-Beamten-Waisen als Gnabengabe nach erreichtem Normal-Alter.

Hofkammer-Decret vom 7. Februar 1841, S. 555, Nr. 503.

- Vorschrift bei Anträgen auf Gnabengaben für im Militär als Cadeten oder Gemeine ex propriis dienende Civil-Beamten-Waisen.

Hofkammer-Decret vom 21. Februar 1843, S. 97, Nr. 684.

- Bei Anträgen auf Nachsicht der Ueberschreitung des Normal-Alters behufs der Erlangung einer Anstellung im Staatsdienste soll immer auch die vollkommene Gesundheit des Bittstellers nachgewiesen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 13. September 1843, S. 139, Nr. 741.

- Das Appellationsgericht hat bei Anträgen auf Uebersehung der landesfürstlichen Beamten zu einer anderen Gerichtsbehörde zugleich den Befehungs-Vorschlag für die dadurch offen werdende Stelle zu erstatten.

Justiz-Hofdecret vom 6. November 1843, S. 171, Nr. 765.

- auf Verleihung oder Beibehaltung von Gnabengaben für die als Cadeten oder Gemeine ex propriis im Militärdienste stehenden Militär- oder Civil-Staatsdieners-Waisen, wann sie Seiner Majestät gemacht werden dürfen.

Verordnung des Hofkriegsrathes vom 24. Mai 1845, S. 263, Nr. 886.

- Vorschrift hinsichtlich der gegenseitigen Mittheilung der abweichenden Anträge über die der gemeinschaftlichen Verathung des Appellationsgerichtes und der Landesstelle unterzogenen Dienstbefehungen und anderen Gegenstände.

Hofkanzlei-Decret vom 9. April 1846, S. 332, Nr. 956.

- Ueber Anträge wegen Pensionirung eines Bezirkscommissärs oder Bezirksrichters hat die Landesstelle mit dem Appellationsgerichte Rücksprache zu pflegen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. October 1846, S. 375, Nr. 991.

- Vorschrift über das Verfahren bei Anträgen auf Pensionirung, Quiescirung oder Cassirung eines Beamten.

Erlaß des Justizministers vom 21. August 1848, S. 652, Nr. 1177.

Ansetzung. Die oberste Justizstelle soll, wenn sie die gegen ein Urtheil ergriffene außerordentliche Revision für unzulässig erklärt, dem Producenten nicht eine neue Frist zur Ansetzung des zugelassenen Beweises bestimmen.

Märchöfste Entschliessung vom 4. Jänner 1845, S. 247, Nr. 856.

Anverwandte. S. Verwandte.

Anwalt. Bestimmung der Gebühren für Gerichtsanwälte in Tirol und Vorarlberg als Belohnung für ihre Amtshandlungen beim summarischen Executionsverfahren, dann bei Aufnahme der Sperre, Inventur und Versteigerung.

Hofkanzlei-Decrete vom 20. Februar 1837, S. 112, Nr. 175 und vom 16. März 1843, S. 102, Nr. 689.

Anweisung. Welche Daten zum Behufe der Anweisung der Besoldungen der landesfürstlichen Beamten auszuweisen sind.

Justiz-Hofdecret vom 23. Mai 1823, S. 147, Nr. 1943.

- Bei Anstellung oder Beförderung eines Beamten hat die Anweisung des Quartiergeldes eben so, wie jene der Besoldung, nach ihren abgesonderten Beträgen dem Stempel zu unterliegen.

Hofkammer-Decret vom 19. Jänner 1825, S. 287, Nr. 2067.

- Ermächtigung der Länderstellen zur Anweisung der von sich verhehlenden Beamten's-Witwen und Waisen reservirten Pensionen und Gnabengaben.

Hofkammer-Decret vom 15. Februar 1839, S. 327, Nr. 341.

- Die Gesuche der Gränzkämmerer in Galizien und ihrer Amtsboten um Anweisung der ihnen für ihre Amtshandlungen zuerkannten Gebühren, sind stämpelpflichtig.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1841, S. 567, Nr. 520.

- Vorschrift über die Anweisung des Conduct-Quartales an Beamten's-Witwen.

Hofkammer-Decret vom 1. Juli 1843, S. 126, Nr. 717.

- Die Anweisungen auf Conventions-Rüch-Staats-Schuldverschreibungen unterliegen weder der Vorschrift wegen Einziehung des die Höhe der Capitalien übersteigenden Interessen-Betrages, noch jener der Verzählung der einzelnen Interessen-Raten.

Hofkammer-Decret vom 14. März 1844, S. 197, Nr. 793.

- Vorschrift über die Anweisung der Pensionen für jene Beamten's-Witwen, deren Ehegatten einen höheren Dienst-Charakter erhielten.

Hofkammer-Decret vom 23. October 1846, S. 386, Nr. 994.

- (Central-Casse). Vorschrift über die Anlegung der Waisen- und Depositen-Gelder gegen dreipercetige Central-Casse-Anweisungen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1847, S. 418, Nr. 1031.

- Vorschrift über die Einlösung und Amortisirung der dreipercetigen Caffe-Anweisungen.

Erlaß des Hofkammer-Präsidiums vom 16. September 1847, S. 470, Nr. 1086.

- Vorschrift über die Anweisung der Adjuten für Auscultanten.

Justiz-Hofdecret vom 12. Jänner 1848, S. 488, Nr. 1112.

Anweisungen auf Zinsabschnitte von öffentlichen Obligationen. S. Talons.

Anweisungs-Decret. S. Anstellung und Stempel.

Anwendung. Die bei Anwendung des Strafgesetzes sich ergebenden Anstände sind der obersten Justizstelle jährlich vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 14. Juli 1821, S. 39, Nr. 1779.

- des §. 111 des Zollpatentes vom Jahre 1788 auf Tabak-Schwarzjer.

Justiz-Hofdecret vom 30. März 1822, S. 89, Nr. 1856.

Anwendung. Vorschrift über das Benehmen der Appellationsgerichte bei Anzeige der gegen die Anwendung des Strafgesetzes sich ergebenden Anstände.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1823, S. 143, Nr. 1937.

- Bei Anwendung der unter den deutschen Bundesstaaten bestehenden Vermögensfreizügigkeit entscheidet der Tag des wirklichen Abzuges.

Hofkanzlei-Decret vom 12. October 1827, S. 101, Nr. 2312.

- der in Ansehung der bisherigen Banknoten bestehenden gesetzlichen Bestimmungen auch auf die neuen in Umlauf gesetzten Banknoten.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1828, S. 124, Nr. 2350.

- des §. 182, I. Theils des Strafgesetzes, sobald der Verbrecher eine Sache, welche über 300 fl. werth ist, sich betrüglisch zugewendet oder zugeignet hat, wenn er auch die Sache noch nicht in Geld umgesetzt, oder den Werthsbetrag bar erhalten hat.

Justiz-Hofdecret vom 13. September 1828, S. 132, Nr. 2362.

- In wieferne die analoge Anwendung des §. 476, I. Theils des Strafgesetzes, auf schwere Polizei-Übertretungen stattfinden könne.

Hofkanzlei-Decret vom 14. September 1838, S. 277, Nr. 295.

- Der §. 466, I. Theils des Strafgesetzes, findet auch bei schweren Polizei-Übertretungen seine analoge Anwendung.

Hofkanzlei-Decret vom 1. Juli 1842, S. 44, Nr. 623.

- des §. 298 der allgemeinen Gerichts-Ordnung und der Justiz-Hofdecete vom 18. September 1786 und 25. October 1805 zur Sicherstellung von Gefällsstrafen.

Hofkammer-Decret vom 1. April 1844, S. 203, Nr. 798.

- Die Anwendung des §. 700 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches findet auf die durch Testament verfügte Beschränkung der Zuwendung einer Erbschaft oder eines Legates für die Dauer des Witwen- oder unverehelichten Standes nicht Statt.

Justiz-Hofdecret vom 23. Mai 1844, S. 210, Nr. 807.

- des §. 1335 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches und der Verjährung der einzelnen Zinsenraten bei den auf bestimmten Namen lautenden Staats-Schuldverschreibungen und öffentlichen Fonds-Obligationen.

Hofkammer-Decret vom 27. September 1844, S. 231, Nr. 833.

- Vorschrift über die Anwendung der Waffengewalt von Seite der Militär-Affixenz bei öffentlichen Ruhestörungen.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 8. October 1844, S. 236, Nr. 837.

- Auf welche Inquisiten der §. 306, I. Theils des Strafgesetzes, in Fällen einer unter den Criminal-Inquisiten in den Criminal-Gerichtshäusern in Böhmen ausbrechenden Epidemie in Anwendung zu bringen sei.

Allerböchste Entschliessung vom 1. Juli 1845, S. 270, Nr. 894.

- des summarischen Verfahrens für geringfügige Rechtsachen bei allen Civilgerichten in allen Provinzen, in welchen das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch gilt, mit Ausnahme des lombardisch-venetianischen Königreiches und Dalmatiens.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, der allgemeinen Gerichts-Ordnung des I. und II. Theils des Strafgesetzes auf die bei den Elbe-Zollgerichten vorkommenden Verhandlungen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 2. December 1845, S. 289, Nr. 912.

- Vorschrift für die Finanzwache über die Anwendung der Waffengewalt wider Gefälls-Übertreter (Schwärzer).

Hofkammer-Decrete vom 8. Februar und 27. März 1846, S. 311 und 331, Nr. 927 und 952.

Anwendung des §. 296, II. Theils des Strafgesetzes, auf die vom Familienhaupte an Familiengliedern verübten Entwendungen.

Hofkanzlei-Decret vom 8. October 1846, S. 374, Nr. 989.

- der §§. 81 und 82, II. Theils des Strafgesetzes, auf alle jene Personen, deren Abschaffung von der competenten Polizeibehörde verfügt wurde.

Hofkanzlei-Decret vom 22. October 1846, S. 386, Nr. 993.

- Bestimmungen über die Anwendung der homöopathischen Heilmethode, dann der Vorschriften über unbefugte Ausübung derselben als Curpfuscherei.

Hofkanzlei-Decret vom 9. December 1846, S. 393, Nr. 1007.

- des §. 40 der Fahrpost-Ordnung vom 1. December 1838 auf die Aufrechnung der Extra-Postgebühren bei Dienststreifen der Beamten außer der Poststraße.

Hofkammer-Decret vom 29. Jänner 1847, S. 405, Nr. 1024.

- des summarischen Verfahrens für geringfügige Rechtsfachen bei den sämmtlichen Militärgerichten.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- des summarischen Verfahrens auf die Einbringung der von österreichischen Unterthanen wegen an der bairischen Landesgränze verübten Jagd-, Fisch-, Forst- oder Feldstrel zu leistenden Schadenersatzbeträge und Pfandgebühren.

Hofkanzlei-Decret vom 18. September 1847, S. 471, Nr. 1087.

- Bestimmungen zur Beseitigung von Mißbräuchen bei Anwendung des Schwefel-Äthers und anderer Aethergattungen zu Betäubungen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1847, S. 473, Nr. 1091.

- des summarischen Verfahrens für geringfügige Streitsachen bei den Gerichtsstellen in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

Anzahl, S. Zahl.

Anzeige-Gebühren. Die Gleichstellung der Anzeige-Gebühren mit den Pfandgebühren in Fällen der an der bairischen Landesgränze begangenen Forst-, Jagd-, Feld- und Fischstrel in Bezug auf officielle Vertheilung und Ablieferung unterliegt keinem Anstande.

Hofkanzlei-Decret vom 18. September 1847, S. 471, Nr. 1087.

Anzeigen. Die nach §. 446, I. Theils des Strafgesetzes, zu erstattende Anzeige eines Criminal-Urtheiles vor dessen Kundmachung an die Landesstelle, oder die übrigen darin genannten Behörden, kann in Verbindung des §. 23 nur von einem solchen Criminal-Urtheile verstanden werden, welches keinem weiteren Zuge unterliegt.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1821, S. 5, Nr. 1735, 1).

- Benehmen des Civilrichters, wennsich im Laufe eines Processus Anzeigen eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Übertretung ergeben.

Justiz-Hofdecret vom 6. März 1821, S. 11, Nr. 1743.

- der Fälle, in welchen sich bei Anwendung der Strafgesetze Anstände ergeben haben, zugleich mit den jährlichen Criminal-Hauptberichten.

Justiz-Hofdecret vom 14. Juni 1821, S. 39, Nr. 1779.

- Die Zollgefälls-Administrationen haben jeden Fall, wo ein Verbrechen abzuwalten scheint, dem gehörigen Criminalgerichte ohne Verzug anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 26. Juli 1822, S. 111, Nr. 1883.

- Benehmen bei Anzeigen der gegen die Anwendung des Strafgesetzes jährlich vorkommenden Anstände.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1823, S. 143, Nr. 1937.

- Die Verwendung der Auscultanten bei den Landgerichten in dringenden Fällen zur Aushilfe ist von Fall zu Fall der obersten Justizstelle anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 15. December 1823, S. 168, Nr. 1980.

Anzeigen. Wer bei den zur Erhebung des Thatbestandes angezeigten Verbrechen abgeordneten Commissionen die Kosten zu tragen habe.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juni 1824, S. 210, Nr. 2013.

- Criminalgerichte können Anzeigen über falsche Creditpapiere überhaupt in dringenden Fällen unmittelbar an das Hofcammer-Präsidium einsenden.

Justiz-Hofdecret vom 8. October 1824, S. 267, Nr. 2042.

- Wie die erdichtete Anzeige eines Pestvergehens zu bestrafen sei.

Justiz-Hofdecret vom 22. April 1825, S. 299, Nr. 2091.

- Auch Todesfälle mittelloser Personen sind der Regel nach dem Gerichte anzuzeigen; wie solche Anzeigen zu erledigen sind.

Justiz-Hofdecret vom 30. April 1825, S. 299, Nr. 2092.

- Jede Wahl eines Kanzlei-Accessiten bei dem mährisch-schlesischen Landrechte und dem Appellationsgerichte ist vorläufig der obersten Justizstelle anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 310, Nr. 2111.

- Wie sich dießfalls von den Criminalgerichten in Galizien, denen die Untersuchung des Verbrechens der Creditpapier-Verfälschung nicht zusteht, und in Ansehung der in Beschlag genommenen dergleichen Papiere, zu benehmen sei.

Justiz-Hofdecret vom 19. August 1825, S. 318, Nr. 2127.

- über, einer Obrigkeit zu Last gelegte Stämpelpatents-Übertretungen, wann und wie hiervon Gebrauch zu machen sei.

Justiz-Hofdecret vom 24. Februar 1826, S. 7, Nr. 2166.

- eines Criminalgerichtes über die Anhaltung falscher Papiergeldsorten, wobei es keiner entscheidenden höheren Verfügung bedarf, ist von dem Appellations-Präsidium unmittelbar an die k. k. allgemeine Hofcammer zu befördern.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1826, S. 58, Nr. 2241.

- über die Todesfälle der Vasallen sind auch in Böhmen an den Lehnhof zu überreichen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1832, S. 60, Nr. 2560.

- Neue Vorschrift über den Beweis aus dem Zusammentreffen der Umstände im Criminal-Processe. Patent vom 6. Juli 1833, S. 95, Nr. 2622, und

Justiz-Hofdecret vom 2. Mai 1834, S. 112, Nr. 2653.

- Das Resultat der gepflogenen Amtshandlung über den Geisteszustand eines Wahn- oder Wilsinnigen, dann der Name dessen Vaters, Vormundes oder gerichtlich bestellten Curators ist jener Behörde mitzutheilen, welcher die Verwaltung der Anstalt, worin der Kranke untergebracht wird, zugewiesen ist.

Justiz-Hofdecret vom 28. August 1837, S. 142, Nr. 220.

- daß ein Pensionist, Provisionist oder ein mit einem Gnadengehälte theilhaftes Individuum in eine Criminaluntersuchung gezogen worden ist, haben aufzuhören, die Aburtheilung derselben, ihrer Witwen und Waisen, dann eines wirklich dienenden Beamten, wegen Verbrechen, ist der betreffenden Cameral- oder politischen Behörde anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Februar 1839, S. 324, Nr. 335.

- Criminalgerichte haben die Anzeigen über die Entdeckung falscher Münzen an das Landes-Präsidium zu machen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Februar 1839, S. 331, Nr. 343.

- Abhandlungs-Behörden haben der Landesstelle bei dem Uebergange der bloß allein der Primogenitur zustehenden höheren Adelsstufe oder eines besonderen Titels an eine neue Person, die Anzeige zu machen.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1840, S. 491, Nr. 439.

Anzeigen. Ueber Anzeigen in Betreff der Erschleichung der Armuthszeugnisse zur Erlangung der Stämpelbefreiung vor Gericht entscheiden die politischen Behörden.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Jänner 1842, S. 6, Nr. 539.

- Gerichtsbehörden haben über die erfolgte Anstellung eines Invaliden in Civildienste an das Appellationsgericht die Anzeige zur Verständigung des betreffenden General-Militär-Commando zu erstatten.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juni 1844, S. 212, Nr. 814.

- Von der erfolgten Verhaftung und Bestrafung der beedeten k. k. Hofdienerschaft hat das Wiener Criminalgericht die Anzeige an die vorgesetzte Behörde derselben zu machen.

Justiz-Hofdecret vom 29. December 1845, S. 303, Nr. 918.

- Die Tödtung oder schwere Verwundung eines Gefälls-Uebertreters durch die Finanzwache in Ausübung ihres Dienstes ist für sich allein noch nicht als eine rechtliche Anzeigung zur Einleitung einer Criminal-Untersuchung zu betrachten.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 331, Nr. 952.

- Politische Behörden haben von Funden numismatischer und archäologischer Gegenstände die Anzeige an die politische Landesstelle zu erstatten.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Juni 1846, S. 338, Nr. 970.

- Verlassenschafts-Abhandlungs-Behörden haben über die Todesfälle der schwedischen Unterthanen die Anzeige an das vorgesetzte Appellationsgericht zu erstatten.

Justiz-Hofdecret vom 10. December 1847, S. 479, Nr. 1104.

- Gerichtsstellen haben als Abhandlungs-Instanzen adeliger Personen jeden einzelnen Todesfall, in welchen die bei adeligen Familien bloß der Primogenitur zustehende höhere Adelsstufe oder ein besonderer Titel an eine neue Person übergeht, der politischen Landesstelle anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1848, S. 611, Nr. 1133.

- Pflicht der Justiz-Behörden zu Anzeigen an die vorgesetzte Behörde über Justiz-Beamte, welche sich eines Verbrechens schuldig gemacht haben, wenn auch wegen eingetretener Verjährung oder wegen rechtzeitig geleisteten Erfasses von dem Criminal-Verfahren abgelaassen worden ist.

Justiz-Ministerial-Decret vom 30. Juni 1848, S. 643, Nr. 1166.

- S. auch Criminalgerichte.

Anzeiger. Belohnung des Denuncianten der den officiosen Postsendungen zugelegten Privatsachen.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1821, S. 14, Nr. 1751.

- Belohnung für den Anzeiger eines Falschwerbers oder Auspähers.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1821, S. 54, Nr. 1808.

- Belohnung für Anzeiger der Beschädiger der auf öffentlichen Wegen gepflanzten Bäume und Allen.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Jänner 1837, S. 99, Nr. 163.

Anzeigung. S. Anzeigen.

Apotheken. Chemische Untersuchungen von beigebrachten Giften, die nicht im Orte der That vorgenommen werden müssen, sind in einer Apotheke vorzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 21. Jänner 1825, S. 287, Nr. 2068.

- Vorschrift über die Behandlung der Apotheker-Gewerbe in Gallzien überhaupt, dann welche als verkäuflich anzusehen sind. — Bestimmung des Normalpreises der verkäuflichen, um welchen selbe veräußert werden dürfen; Führung der Vormerk-Protokolle über dieselben, dann Taxen für die Eintragung dieser verkäuflichen Gewerbe in diese Protokolle.

Hofkanzlei-Decret vom 27. November 1843, S. 172, Nr. 767.

Apotheker. Chemische Untersuchungen von beigebrachten Giften, welche nicht im Orte der That vorgenommen werden müssen, sind in einer Apotheke mit Beiziehung des Apothekers vorzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 21. Jänner 1825, S. 287, Nr. 2068.

Apotheker-Gewerbe. Welche Apotheker-Gewerbe in Böhmen persönlich, radicirt oder verkäuflich seyn sollen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1825, S. 281, Nr. 2063.

- Vorschrift über die Behandlung der Apotheker-Gewerbe in Galizien überhaupt, dann welche als verkäuflich anzusehen sind. — Bestimmung des Normalpreises der Verkäuflichen, Führung der Vormerk-Protokolle über dieselben, dann Bestimmung der Taxe für die Eintragung in dieselben. Hofkanzlei-Decret vom 27. November 1843, S. 172, Nr. 767.

Appellant. Welche Streitgenossen im Appellationszuge als Appellanten anzusehen sind.

Justiz-Hofdecret vom 5. März 1847, S. 435, Nr. 1042.

Appellation. Ergreifung der Appellation von Seite des Fiscus oder der Cameral-Repräsentanten, wenn bei Gefälls-Processen von Gerichtsbehörden die Vossprechung des Notionirten wegen Mangels des bösen Vorjages erfolgen sollte.

Allerhöchste Entschliehung vom 14. Mai 1821, S. 20, Nr. 1760.

Appellations-Anmeldung. Die schriftlich abgefaßte Appellations-Anmeldung muß von einem Rechtsfreunde unterschrieben seyn.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1836, S. 73, Nr. 120.

- Gegen ein im summarischen Verfahren bei Civilgerichten ergangenes Urtheil muß die Appellation binnen acht Tagen angemeldet werden.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- Gegen ein im summarischen Verfahren bei Militärgerichten ergangenes Urtheil muß die Appellation binnen acht Tagen angemeldet werden.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Gegen ein im summarischen Verfahren bei den dalmatinischen Gerichten ergangenes Urtheil muß die Appellation binnen acht Tagen angemeldet werden.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

Appellations-Einrede. Vorschrift über Ertheilung der Fristen in Handels- und Wechsel-Geschäften zu den Appellations-Einreden.

Justiz-Hofdecret vom 22. Jänner 1839, S. 323, Nr. 332.

Appellationsgericht hat den durch Hofdecret vom 3. Juni 1784 vorgeschriebenen Hauptausweis in jedem Jahre bis längstens Ende April der obersten Justizstelle vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Jänner 1821, S. 1, Nr. 1729.

- hat die zur Zustellung an die in Ungarn und Siebenbürgen wohnenden österreichischen Unterthanen einlangenden Erlässe der königlich-neapolitanischen Gerichtsbehörden der obersten Justizstelle vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Jänner 1821, S. 2, Nr. 1731.

- Den Appellationsgerichten wird die genaue Handhabung einer heilsamen Disciplin gegen die Advocaten zur Pflicht gemacht.

Justiz-Hofdecret vom 30. Jänner 1821, S. 5, Nr. 1733.

- Wann das Appellationsgericht verpflichtet ist in den zu seiner Competenz gehörigen Fällen eine angemessene Strafnachsicht zu ertheilen, und in den außer seiner Competenz liegenden Fällen Bericht an die oberste Justizstelle zu erstatten.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1821, S. 38, Nr. 1777.

Appellationsgericht. Die Appellationsgerichte haben jährlich die bei Anwendung des Strafgesetzes sich ergebenden Anstände der obersten Justizstelle vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 14. Juli 1821, S. 89, Nr. 1779.

- Vorschrift für das niederösterreichische Appellationsgericht über die Delegation der Justizläre zur Verrichtung der Justizverwaltung auf anderen benachbarten Dominien.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juli 1821, S. 89, Nr. 1780.

- Das Appellationsgericht hat in seinen Criminal-Urtheilen, auch wenn sie vorläufig der obersten Justizstelle vorgelegt werden, auszubrüden, ob dadurch das Urtheil des Untergerichtes bestätigt oder abgeändert werde.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1821, S. 42, Nr. 1786.

- Vorschrift über dessen Verfahren bei Einbringung der Geldstrafen von Parteien oder ihren Vertretern, dann von Magistraten, Obrigkeiten und Justizämtern für den Criminalfond.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1821, S. 42, Nr. 1787.

- Die Appellationsgerichte haben sich mit genauen und zuverlässigen Verzeichnissen aller in ihrem Jurisdictionen-Bezirk ansässigen zum Advociren berechtigten Justizläre und Magistrats-Beamten zu versehen.

Justiz-Hofdecret vom 22. September 1821, S. 49, Nr. 1801.

- Anfang der Wirksamkeit des kistenländischen Appellationsgerichtes hinsichtlich des Carlstädter Kreises.

Justiz-Hofdecret vom 29. September 1821, S. 51, Nr. 1803.

- Die auf Ablaffung von der Untersuchung wider einen öffentlichen Beamten gefällten Erkenntnisse der Criminalgerichte sind, außer den Fällen der §§. 433 und 443, I. Theils des Strafgesetzes, und des Hofdecretes vom 2. August 1819, den Appellationsgerichten nicht mehr vorzulegen.

Justiz-Hofdecrete vom 17. November und 22. December 1821, S. 59 und 71, Nr. 1815 und 1826.

- hat die ihm von Criminalgerichten vorgelegten Beschlüsse auf Ablaffung von der Untersuchung ohne Verzögerung zu erledigen.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1821, S. 71, Nr. 1826.

- Vorschrift für das Appellationsgericht über die Behandlung der seiner Competenz zugewiesenen Strafnachforschungs-Gesuche.

Justiz-Hofdecret vom 16. Februar 1822, S. 79, Nr. 1841.

- hat gegen nachlässige und pflichtvergessene Advocaten mit dem gehörigen Ernste und Nachdrucke, und bei Vorschlägen zu Advocatenstellen mit der gehörigen Vorsicht vorzugehen.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1822, S. 87, Nr. 1851.

- Bestimmung der Gegenstände für die bei dem Appellationsgerichte vorzunehmende Prüfung zu einer Gefälls-Examinators-Stelle.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1822, S. 95, Nr. 1869.

- Appellationsgerichte haben dafür zu sorgen, daß die von Herrschaften als Darlehen aufgenommenen Waisengelder pragmatisch sichergestellt werden.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1822, S. 107, Nr. 1875.

- Ausbitteln bis zu dem Betrage von fünfzig Gulden weisen die Appellationsgerichte ihren dürftigen Beamten an.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juli 1822, S. 111, Nr. 1881.

Appellationsgericht. Vereinigung des kustenländischen mit dem innerösterreichischen Appellationsgerichte; Anfang der Wirksamkeit des innerösterreichisch-kustenländischen Appellationsgerichtes.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1822, S. 111, Nr. 1882.

- In den Berichten über Recurse haben die Appellationsgerichte zu bemerken, ob der Beschluß einhellig oder durch Stimmenmehrheit gefaßt wurde, und im letzteren Falle eine ämtliche Abschrift des betreffenden Rathsprotokolles beizulegen.

Justiz-Hofdecrete vom 4. October und 30. December 1822, S. 119 und 127, Nr. 1897 und 1918.

- hat die wider Parteien und Advocaten gerichtlich verhängten Strafbeträge durch die betreffende Behörde eintreiben zu lassen.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1823, S. 137, Nr. 1926.

- Appellationsgerichte haben über die bei Anwendung des Strafgesetzes sich ergebenden Anstände eine eigene Vormerkung zu führen; Vorschrift über die Führung dieser Vormerkung.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1823, S. 143, Nr. 1937.

- soll sich zur Begründung seiner Beschlüsse nicht auf Privat-Gesessammlungen berufen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juli 1823, S. 154, Nr. 1953.

- Bei jenen Appellationsgerichten, wo mehr als zehn Räthe bestehen, ist nebst dem Präsidenten die Zahl von zehn Räthen zur Bildung eines Plenums hinreichend.

Justiz-Hofdecret vom 29. Juli 1823, S. 156, Nr. 1957.

- darf in dringenden Fällen auf Ansuchen der Landesstelle den Landgerichten in Tirol eine zeitweilige Auskuffe durch Auskultanten bewilligen, welches jedoch von Fall zu Fall der obersten Justizstelle anzuzeigen ist.

Justiz-Hofdecret vom 15. December 1823, S. 168, Nr. 1980.

- hat ein eigenes Vormerkbuch über die Notare zu führen.

Justiz-Hofdecret vom 14. Februar 1824, S. 193, Nr. 1989.

- Vorschrift über die Classification der für das Richteramt geprüften Individuen.

Justiz-Hofdecret vom 28. Februar 1824, S. 195, Nr. 1991.

- Bei Besetzung der bei dem Appellationsgerichte in Dalmatien erledigten Dienstplätze ist auf die Kenntniß der deutschen Sprache der geeignete Bedacht zu nehmen, und sind die Expeditionen der obersten Justizstelle dahin, sobald es thunlich ist, in deutscher Sprache zu erlassen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juli 1824, S. 216, Nr. 2022.

- Vorschrift über die Behandlung der bei demselben überreichten Strafnachsichts-Gesuche der Sträflinge.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juli 1824, S. 216, Nr. 2023.

- haben sich die nöthige Anskuffe am Rathstische von dem Rathspersonale des Landrechtes unentgeltlich zu verschaffen, und können auch Auskultanten verwenden.

Justiz-Hofdecret vom 27. Mai 1825, S. 302, Nr. 2098.

- hat jede Wahl eines Kanzlei-Mecessisten der obersten Justizstelle anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 310, Nr. 2111.

- Die von österreichischen Unterthanen ausgestellten und von den Unterbehörden unterfertigten Urkunden, von denen im Auslande Gebrauch gemacht werden soll, sind mit der Legalisirung des Appellationsgerichtes zu versehen.

Justiz-Hofdecret vom 11. November 1825, S. 329, Nr. 2144.

- Die der höchsten Entschließung zu unterziehenden Criminal-Urtheile des Appellationsgerichtes sind, wenn sie auch einstimmig beschloßen wurden, in Abschrift sammt den Beweggründen dem Berichte an die oberste Justizstelle beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1825, S. 332, Nr. 2153.

Appellationsgericht. Zulassung der Gubernial-Secretäre als politische Repräsentanten bei den Appellationsgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 17. März 1826, S. 14, Nr. 2175.

- Dem böhmischen Appellationsgerichte wird die Aufnahme der Prager Magistrats-Auskultanten ohne Mitwirkung des Guberniums überlassen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Jänner 1827, S. 63, Nr. 2249.

- kann die Strafen der Vergehen wider die Pestanstalten mildern.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1827, S. 66, Nr. 2255.

- Gegen die von einem Untergerichte beschlossene Einleitung der Criminal-Untersuchung kann der Beschuldigte bei dem Appellationsgerichte Beschwerde führen.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1827, S. 67, Nr. 2258.

- Vorschrift über die Verfassung und Einsendung seiner Absenztabelle und jener der ihm untergeordneten Gerichte an die oberste Justizstelle.

Justiz-Hofdecret vom 16. März 1827, S. 71, Nr. 2266.

- Benehmen des Appellationsgerichtes in dem Falle, wenn das Criminalgericht eine Handlung nicht für ein Verbrechen erklärt, die von der politischen Behörde für ein Verbrechen gehalten wird.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1827, S. 81, Nr. 2279.

- hat in den Berichten über Hofrecurse den Zustellungstag seiner Entschließung mit Beilegung des Zustellungsscheines genau anzugeben.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juli 1827, S. 88, Nr. 2292.

- Anzeige an das Appellationsgericht über den einem herrschaftlichen Oberbeamten erteilten Urlaub.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1827, S. 91, Nr. 2301.

- Benehmen desselben bei Ertheilung des Urlaubes für Advocaten.

Justiz-Hofdecret vom 21. September 1827, S. 100, Nr. 2309.

- Die Delegirungen in Civil- und Criminal-Rechtsangelegenheiten, wodurch die Gerichtbarkeit aus dem Sprengel eines Appellationsgerichtes in jenen eines anderen übertragen wird, finden nur mit Genehmigung der obersten Justizstelle Statt; die Delegation von einem Richter erster Instanz zum anderen, können die Appellationsgerichte innerhalb ihres Sprengels selbst bewilligen.

Justiz-Hofdecret vom 9. November 1827, S. 104, Nr. 2317.

- hat die Anweisung über die Dienstveränderungen bei Justizbehörden nur Einmal im Jahre, und zwar sechs Monate nach Herausgabe des Provinzial-Schematismus an die oberste Justizstelle zu überreichen.

Justiz-Hofdecret vom 2. Mai 1828, S. 120, Nr. 2343.

- soll über die Pensionirung solcher städtischer Beamten, deren Ernennung den beiden Landesbehörden gemeinschaftlich zusteht, einvernommen werden.

Justiz-Hofdecret vom 12. December 1828, S. 141, Nr. 2375.

- Criminalgerichte haben das Urtheil in Fällen, wo der Beschuldigte die That gesteht, aber des geläugneten bösen Vorfuges für überwiesen gehalten wird, nicht von Amtswegen dem Appellationsgerichte vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1828, S. 141, Nr. 2377.

- kann aus wichtigen Gründen, einverständlich mit der politischen Landesstelle, die in den Criminal-Urtheilen ausgesprochene Strafe der öffentlichen Arbeit nachsehen.

Justiz-Hofdecret vom 6. Februar 1829, S. 143, Nr. 2381.

Appellationsgericht. Bei den dem Erkenntnisse der höheren und höchsten Behörden vorbehalten Verbrechen sind auch die Beschlüsse der ersten Instanz über Ablassung von der Voruntersuchung mit den Acten dem Appellationsgerichte vorzulegen; davon findet nur eine Ausnahme statt, wenn die Criminalgerichte bloße Anzeigen verwerfen, oder den Gegenstand sogleich zurückerweisen.

Justiz-Hofdecret vom 18. September 1829, S. 171, Nr. 2427.

- Mit dem Appellationsgerichte hat sich die Landesstelle in Fällen der Antündigung eines ausländischen Strafurtheiles oder der Auslieferung eines Verbrechers an eine fremde Regierung in das Einvernehmen zu setzen.

Hofkanzlei-Decret vom 8. October 1829, S. 172, Nr. 2430.

- hat sowohl seinen Geschäftsausweis als auch den der ihm untergeordneten Gerichte längstens bis 1. März des folgenden Jahres der obersten Justizstelle vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Jänner 1830, S. 182, Nr. 2446.

- dem innerösterreichisch-küstenländischen Appellationsgerichte haben die Landgerichte und Bannrichter in Steiermark die vierteljährigen Criminal-Tabellen zu überreichen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Mai 1830, S. 196, Nr. 2462.

- Nur mit Bewilligung des Appellationsgerichtes kann eine Uebertragung der Ober-Vormundschaft oder der Ober-Curatel und des damit verbundenen Gerichtsstandes in und außer Streitsachen über unterthänige Waisen oder denselben gleichzuhaltende Personen statt finden.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1832, S. 63, Nr. 2566.

- Wann für landesfürstliche Gerichte um Beizehung eines Aushilfs-Referenten angesucht wird, ist zugleich der Vorschlag zur Benennung desselben zu erstatten.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1834, S. 108, Nr. 2643.

- Bestimmung der Fälle, in denen Criminal-Urtheile auf Züchtigung durch Streiche dem Appellationsgerichte vorgelegt werden müssen.

Justiz-Hofdecret vom 27. Februar 1835, S. 136, Nr. 2690.

- Berechtigung des Appellationsgerichtes zur Ertheilung der Anstellungsfähigkeit als Justizdiäre auf Privatherrschaften, an die wegen eines Verbrechens abgeurtheilt, oder aus Abgang rechtlicher Beweise von demselben losgesprochenen Individuen.

Hofkanzlei-Decret vom 20. März 1835, S. 2, Nr. 2.

- hat bei Anträgen auf Strafmilderung sich bestimmt auszusprechen, welche Milderung nach seiner Meinung bei jedem einzelnen Inquisiten eintreten soll.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1835, S. 24, Nr. 41.

- Vorschrift über die Vorlegung des nach dem Tode eines Inquisiten geschöpften Criminal-Urtheiles an das Appellationsgericht.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 29, Nr. 47.

- Vorschrift über die Verfassung der Raths-Protokolle bei den Appellationsgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 30, Nr. 53.

- Appellationsgerichte haben bei Anwendung des Strafgesetzes für Gefälsch-Uebertretungen und bei dem Verfahren über die Behandlung dieser Uebertretungen thätigst mitzuwirken.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1835, S. 40, Nr. 75.

- hat sich bei Anträgen auf Strafmilderung immer auch über den Grad der Milderung bestimmt auszusprechen.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1835, S. 61, Nr. 99.

- Ermächtigung der Appellationsgerichte zur Erledigung der Ablassungsbeschlüsse über Mißbrauch der Amtsgewalt, Verleitung zu demselben und Verfälschung öffentlicher Creditpapiere.

Justiz-Hofdecret vom 14. December 1835, S. 64, Nr. 105.

Appellationsgericht hat bei Erkenntnissen über Münzverfälschung in der Regel bloß die Falsificate mit Bekanntgebung des Untersuchungs-Resultates einzusenden; in welchen Fällen dasselbe auch die Untersuchungsacten vorzulegen habe.

Justiz-Hofdecret vom 15. December 1835, S. 64, Nr. 106.

- hat die bei den Landrechten und Collegialgerichten erforderliche Anzahl der Dolmetsche festzusetzen und zu ernennen.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1835, S. 65, Nr. 109.

- Wirkungskreis desselben in Rücksicht der Ernennung seiner Beamten und jener der landesfürstlichen Collegialgerichte erster Instanz.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

- Erforderliche Studien zum Eintritte als Accessist oder Beamter beim Appellationsgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 24. Mai 1836, S. 83, Nr. 143.

- Bei dem Appellationsgerichte ist der Recurs wider Executionsbescheide des Richters erster Instanz anzubringen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juni 1836, S. 84, Nr. 145.

- Vorschrift über die Behandlung der Gesuche der Advocaten und Notare um Bewilligung zur Reise ins Ausland.

Justiz-Hofdecret vom 5. September 1837, S. 144, Nr. 222.

- Dem Appellationsgerichte müssen die Beschlüsse der Criminalgerichte über die Ablassung vom weiteren Verfahren bei Voruntersuchungen wegen Hochverrathes und Störung der öffentlichen Ruhe des Staates, zur Revision und zur Vorlage an die oberste Justizstelle überreicht werden.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1837, S. 163, Nr. 246.

- Die dem niederösterreichischen Appellationsgerichte ertheilte Belehrung über das Zusammen treffen schwerer Polizei-Übertretungen mit Verbrechen wird den übrigen Appellationsgerichten mitgetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 20. Februar 1838, S. 172, Nr. 258.

- Vorschrift über die zu den Berathschlagungen der Appellationsgerichte erforderliche Zahl der Stimmführenden, dann Bestimmung der Gegenstände, welche in vollen und welche in minder zahlreichen Senaten vorzutragen sind.

Justiz-Hofdecret vom 30. April 1838, S. 177, Nr. 267.

- Den im §. 463, I. Theils des Strafgesetzes, bezeichneten Personen steht kein Recursrecht gegen die vom Appellationsgerichte gemilderten Strafurtheile zu.

Justiz-Hofdecret vom 12. November 1838, S. 309, Nr. 304.

- ist nicht berechtigt, die von Criminalgerichten gefaßten Ablassungsbeschlüsse abzuändern und auf die Fortsetzung der Criminal-Untersuchung zu erkennen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Jänner 1839, S. 322, Nr. 328.

- Vorschrift über die Behandlung der Strafnachsichts-Gesuche der Spielberger Sträflinge.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1839, S. 327, Nr. 340.

- ist nicht berechtigt, die Strafurtheile der unteren Gerichte in den, in den §§. 435, 440, 467 und 468, I. Theils des Strafgesetzes, ausgedrückten Fällen zu verschärfen.

Justiz-Hofdecret vom 11. März 1839, S. 334, Nr. 349.

- Berechtigung der Appellationsgerichte zur Verwendung der Secretäre, Rathsprotokolisten, Criminal-Actuare und Auscultanten als Criminal-Inquirenten und Botanten; wann selbe hierüber Bericht an die oberste Justizstelle zu erstatten haben.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1839, S. 342, Nr. 365.

- Ueber Beschwerden gegen die Bemessung der einhalbsprocentigen Verlassenschaftsbeiträge für den Prager Krankenhausfond entscheidet in zweiter Instanz das Appellationsgericht.

Hofstalllei-Decret vom 14. August 1839, S. 346, Nr. 373.

Appellationsgericht. Bezeichnung jener Taxen und Gebühren, welche zufolge des Stämpel- und Targgesetzes vom 27. Jänner 1840, bei dem Militär-Appellationsgerichte noch fortan einzuheben, und welche aufgelassen worden sind.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 24. Mai 1840, S. 498, Nr. 442.

- Vorschrift für Appellationsgerichte über die Verfassung der statistischen Ausweise der Justizgeschäfte.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1841, S. 549, Nr. 490.

- Competenz des Militär-Appellationsgerichtes zur Ausübung der Gerichtsbarkeit über die wegen Verbrechen vom Militär entlassenen und vor erreichtem geschmässigen Alter zum Militär gestellten oder freiwillig eingetretenen Ungarn und Siebenbürger.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1841, S. 559, Nr. 504.

- Vorschrift über die Correspondenzform der Appellationsgerichte mit der allgemeinen Hofkammer.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 568, Nr. 523.

- In welchen Fällen das Appellationsgericht zur Aufhebung der vom Criminalgerichte geführten Untersuchung und gefällten Strafurtheile berechtigt ist.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juli 1841, S. 595, Nr. 549.

- hat seinem Urtheile, wodurch die von der ersten Instanz verhängte Strafe verschärft wird, die vollständigen Beweggründe seiner Entscheidung beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 18. October 1841, S. 613, Nr. 567.

- Vorschrift für die Appellationsgerichte über die Austragung der Proceße in Quartalsausweisen.

Justiz-Hofdecret vom 21. December 1841, S. 674, Nr. 580.

- Eine Beschwerde über die richterliche Entscheidung erster Instanz, ob ein von einer Partei zum Behufe der Stämpelbefreiung in einer Streitsache vorgelegtes Armutshzeugniß die vorgeschriebenen Eigenschaften habe, hat den Zug an das Appellationsgericht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 584.

- hat sich vor der Vorlage der Pensions- oder Provisionsgesuche landesfürstlicher Beamten oder Diener an die oberste Justizstelle über die anzurechnende Dienstzeit und den normalmäßigen Pensions- oder Provisionsbetrag mit der politischen Landesstelle in das Einvernehmen zu setzen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1842, S. 5, Nr. 588.

- Fristbestimmung für die Appellationsgerichte zur Vorlegung der jährlichen Arbeitsausweise an die oberste Justizstelle, welche Seiner Majestät überreicht werden müssen.

Justiz-Hofdecret vom 24. Jänner 1842, S. 8, Nr. 594.

- Bei den vor dem competenten Richter über Besitzstörungsklagen, bei welchen die Berg- und Salinen-Administration zu Fall die Vertretung des Allerhöchsten Kerkers übernimmt, anhängigen Verhandlungen, hat ein Abgeordneter der montanistischen Administrativ-Behörde, bei dem Vortrage solcher Gegenstände beim Appellationsgerichte aber, ein Rath der Berg- und Salinen-Direction zu Fall zu interveniren.

Justiz-Hofdecret vom 3. October 1842, S. 63, Nr. 646.

- Unterordnung der für die deutsche Ordens-Commende zu Frankfurt am Main bestimmten Behörde in Justizsachen unter das niederösterreichische Appellationsgericht, bei welchem auch die Recurse und Beschwerden gegen die Verfügungen und das Verfahren des Ordensgerichtes anzubringen sind.

Justiz-Hofdecret vom 25. October 1842, S. 64, Nr. 651.

- Gerichtsstellen haben ihre Requisitionsschreiben an ungarische Wechselgerichte, um Execution der wechselgerichtlichen Urtheile, durch das betreffende Appellationsgericht an das ungarische Appellationsgericht zu leiten.

Justiz-Hofdecret vom 13. März 1843, S. 100, Nr. 688.

Appellationsgericht. Bei Besetzung des ärztlichen und wundärztlichen Personales in den Criminal-Inquisitionshäusern der Collegialgerichte in Tirol hat das Appellationsgericht den vom Collegialgerichte erstatteten Besetzungsvorschlag mit seinem Gutachten an die Landesstelle zu leiten und bei Verschiedenheit der Meinungen ist der Gegenstand den Hofstellen vorzulegen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1843, S. 123, Nr. 709.

- Das Landgericht Spital am Pyhrn im Traunkreise untersteht hinsichtlich der Ausübung der Criminalgerichtsbarkeit über den in Steiermark liegenden Theil seines Bezirkes dem niederösterreichischen Appellationsgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juli 1843, S. 126, Nr. 718.

- Vorschrift über die Behandlung der Gesuche um Zulassung zur Fiscal-Abjuncten-Prüfung von Seite jener Länderstellen, welche nicht an dem Orte des Appellationsgerichtes ihren Amtssitz haben.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1843, S. 136, Nr. 734.

- ist nicht berechtigt, bei Cassirung eines Urtheiles des ersten Richters die stämpelfreie Ausfertigung des statt des cassirten neu zu schöpfenden Urtheiles anzuordnen.

Justiz-Hofdecret vom 30. August 1843, S. 137, Nr. 736.

- Vorschrift über die Vertilgung der alten unbrauchbaren Registratur-Akten bei sämmtlichen Appellationsgerichten (mit Ausnahme von Tirol, Dalmatien, der Lombardie und Venedig), bei den diesen Appellationsgerichten untergeordneten landesfürstlichen Criminal- und Civil-Collegialgerichten, dann bei den Magistraten der Städte: Wien, Prag, Brünn, Olmütz, Lemberg und Grag.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1843, S. 149, Nr. 751.

- Einvernehmen zwischen dem Appellationsgerichte und dem Gubernium in Tirol bei Verleihung der systemisirten Adjuten an die Concepts-Practikanten bei den Landgerichten in Tirol und Vorarlberg.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

- Die Rücksicht von dem Verwandtschafts- und Schwägerschafts-Verhältnisse zwischen Beamten bei jenen Magistraten, wo ungeprüfte Bürgermeister und Räthe bestehen, ertheilt die Landesstelle im Einvernehmen mit dem Appellationsgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 6. November 1843, S. 171, Nr. 764.

- Das Appellationsgericht hat bei Anträgen auf Uebersetzung der landesfürstlichen Beamten zu einer anderen Gerichtsbehörde zugleich den Besetzungsvorschlag für die dadurch offen werdende Stelle zu erstatten.

Justiz-Hofdecret vom 6. November 1843, S. 171, Nr. 765.

- Vorschrift für die Appellationsgerichte zur Verfassung der an die oberste Justizstelle jährlich vorzuliegenden Ausweise über die bei denselben vorgekommenen Civil- und Criminalgeschäfte.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1844, S. 185, Nr. 773.

- Gerichtsbehörden haben über die erfolgte Anstellung eines Invaliden in Civildienste die Anzeige an das Appellationsgericht zur Verständigung des betreffenden General-Militär-Commando zu erstatten.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juni 1844, S. 212, Nr. 814.

- Vorschrift für das Appellationsgericht über die Beurtheilung der ihm von den Criminalgerichten eingesendeten summarischen Jahres-Ausweise über die wegen Verbrechen untersuchten Personen, dann über die Verfassung seiner eigenen derlei Ausweise.

Justiz-Hofdecret vom 21. August 1844, S. 215, Nr. 825.

- In welchen Fällen das Appellationsgericht über Beschwerden oder Recurse gegen eine Verfügung des unteren Richters, vor Aufhebung oder Abänderung derselben, Amts-Erinnerungen abzugeben habe.

Justiz-Hofdecret vom 13. November 1844, S. 240, Nr. 845.

Appellationsgericht hat in Fällen einer von ihm im Disciplinarwege verhängten Arreststrafe dem Beschuldigten das Straferkenntniß sammt den Entscheidungsgründen zuzustellen; und wenn der dagegen allenfalls angemeldete Hofrecurs binnen vierzehn Tagen an die oberste Justizstelle als eingeseendet ausgewiesen ist, mit dem Vollzuge der Arreststrafe einstweilen inne zu halten.

Justiz-Hofdecret vom 22. October 1845, S. 278, Nr. 905.

— Wirkungskreis des Appellationsgerichtes im summarischen Verfahren bei den Civilgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

— Das Urtheil ist auch dann der höheren oder rücksichtlich höchsten Revision zu unterziehen, wenn das Strafgericht die Einleitung der Criminal-Untersuchung wegen eines der in den §§. 433 und 442, I. Theils des Strafgesetzes bemerkten Verbrechen beschloffen hat, der Untersuchte aber von dem Strafgerichte oder dem Obergerichte eines anderen Verbrechen schuldig befunden wurde.

Justiz-Hofdecret vom 28. Jänner 1846, S. 310, Nr. 924.

— hat in dem an den obersten Gerichtshof über die summarischen Ausweise der Criminalgerichte zu erstattenden Berichte jene Fälle zu bemerken, wo ein auf lebenslange Strafe gefälltes Urtheil von dem obersten Gerichtshofe im Mildeungswege in eine zeitliche Strafe umgewandelt worden ist.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1846, S. 315, Nr. 930.

— hat seinem an die oberste Justizstelle vorzulegenden Geschäftsausweise zugleich die Tabelle über den Personal- und Besoldungsstand der bei demselben angestellten Individuen, und bei Vorlegung desselben jene der landesfürstlichen Collegialgerichte über den Personal- und Besoldungsstand zu überreichen.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1846, S. 317, Nr. 934.

— Dem Appellationsgerichte steht die Entscheidung der Frage zu, welcher Abhandlungsbehörde das Recht zum Besuche eines in der Entrichtung-Verpflichtung unbestrittenen Mortuars im Falle der Delegation zur Abhandlung zukomme.

Hofkanzlei-Decret vom 26. März 1846, S. 328, Nr. 947.

— Vorschrift hinsichtlich der gegenseitigen Mittheilung der Beschlüsse und abweichenden Anträge über die der gemeinschaftlichen Verathung des Appellationsgerichtes und der Landesstelle unterliegenden Dienstbesetzungen und anderen Gegenständen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. April 1846, S. 332, Nr. 956.

— Einvernehmen zwischen dem Appellationsgerichte und der Landesstelle vor Abnahme des Wahlsfähigkeits-Decretes von einem bei einer gemischten Behörde dienenden Beamteten, wenn damit der Verlust des Dienstes verbunden wäre.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1846, S. 355, Nr. 975.

— Das Appellationsgericht hat einen offenbar der Abstimmung nicht gemäß ausgefertigten Beschluß (Urtheil) zu cassiren, und sich in die Merital-Entscheidung nicht einzulassen.

Justiz-Hofdecret vom 21. August 1846, S. 356, Nr. 979.

— Ueber die Pensionierungsanträge eines landesfürstlichen Bezirkscommissärs oder Bezirksrichters hat das Gubernium mit dem Appellationsgerichte Rücksprache zu pflegen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. October 1846, S. 375, Nr. 991.

— in Galizien übte die Gerichtsbarkeit in zweiter Instanz über alle im Krakaauer Gebiete verübten Verbrechen aus.

Justiz-Hofdecret vom 24. December 1846, S. 399, Nr. 1014.

— (Militär-). Wirkungskreis des Militär-Appellationsgerichtes im summarischen Verfahren der Militärgerichte.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

Appellationsgericht. Bestimmung des Trägerlohnes für das Abholen und Austragen der über 25 Pfunde wiegenden Actenpäck und Kisten für die Diener des niederösterreichischen Appellationsgerichtes.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1847, S. 418, Nr. 1030.

- Appellationsgerichte haben am Schlusse eines jeden Jahres die von den Concurs-Instanzen ihnen vorgelegten Tabellen über alle wider Creditare eingeleiteten Untersuchungen genau zu prüfen.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 451, Nr. 1049.

- hat sich über die der obersten Justizstelle vorzulegenden Unterstützungsgesuche von Justizbeamten vorläufig mit der die bewilligte Unterstützung anweisenden Landesstelle in das Einvernehmen zu setzen.

Justiz-Hofdecret vom 12. August 1847, S. 468, Nr. 1080.

- Vorschrift über das Benehmen des Appellationsgerichtes, wenn der Beschluß des Collegialgerichtes auf Ablaffung statt auf Einleitung der Criminal-Untersuchung durch irrige Ansichten herbeigeführt worden ist.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1847, S. 469, Nr. 1083.

- Vom Districtual-Verggerichte zu Bielitzka, als dem für das Krakauer Gebiet provisorisch bestimmten Verggerichte erster Instanz, ist der Rechtszug an das galizische Appellationsgericht und von diesem an die oberste Justizstelle zu leiten.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1847, S. 477, Nr. 1098.

- Verlassenschafts-Abhandlungsbehörden haben Todesfälle schwedischer Untertanen dem vorgelegten Appellationsgerichte, und Letzteres dieselben dem obersten Gerichtshofe zur weiteren Mittheilung an die königlich-schwedische Regierung anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 10. December 1847, S. 479, Nr. 1104.

- Vorschrift über die Behandlung der Geschäfte bei dem galizischen Appellationsgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1847, S. 481, Nr. 1107.

- Die im summarischen Verfahren in gehöriger Zeit ergriffene Appellation oder der Recurs ist von den Gerichten erster Instanz sogleich an das Appellationsgericht zu überreichen.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

- Die Gerichtsstellen zweiter Instanz haben bei Vorlegung von Civil- und Criminalprocessen immer einen genau verfaßten Actenauszug anzuschließen, welcher von dem Referenten der obersten Justizstelle bei Bearbeitung und bei dem Vortrage derselben benützt werden dürfen.

Justizministerial-Decret vom 6. Mai 1848, S. 618, Nr. 1143.

- Die Legalisirung der Amtsfertigungen der Appellationsgerichte gehört in das Bereich des Justizministeriums, daher Legalisirungsgesuche unmittelbar an dasselbe einzubegleiten sind.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1848, S. 620, Nr. 1146.

- Vorschrift über die Befegung der bei den Appellationsgerichten erledigten Dienstplätze.

Erlaß des Justizministers vom 21. August 1848, S. 652, Nr. 1177.

- S. Ablaffung, Beamte, Rathsführung.

Appellationsgerichts-Präsidien haben die Erlässe in Partesachen, wenn sie zu den taxbaren Gegenständen gehören, dem Taxamte zur taxamtlichen Behandlung zuzuwiesen.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1823, Nr. 140, Nr. 1932.

- Criminalgerichte haben die entdeckten falschen Creditpapiere an das Appellationsgerichts-Präsidium einzusenden.

Justiz-Hofdecret vom 8. October 1824, S. 267, Nr. 2042.

- Anzeigen der Criminalgerichte über die Anhaltung falscher Papiersorten, wobei es keiner entscheidenden höheren Verfügung bedarf, sind von dem Appellationsgerichts-Präsidium unmittelbar an die k. k. allgemeine Hofkammer zu befördern.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1826, S. 58, Nr. 2241.

Appellationsgerichts-Präsident. S. Präsident.

Appellationsgeschäfte. Uebertragung der Appellationsgeschäfte des Carlsstädter Kreises von dem Stadt- und Landrechte zu Laibach an das kaisersländische Appellationsgericht.

Justiz-Hofdecret vom 29. September 1821, S. 51, Nr. 1803.

Appellationsrath. S. R ä t h e.

Appellationszug. Wann im Appellationszuge eine Introitus-Tagung nicht zu bestimmen sei.

Justiz-Hofdecret vom 1. December 1835, S. 61, Nr. 97.

— Welche Streitgenossen im Appellationszuge als Appellanten anzusehen sind.

Justiz-Hofdecret vom 5. März 1847, S. 435, Nr. 1042.

Apprehendent. S. Ergreifer.

Arbe. Errichtung einer Barbare in Arbe, und Befugniß derselben zur Entscheidung der Civilstreitigkeiten bis zu einem Betrage von fünf Gulden.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1826, S. 8, Nr. 2170.

— Die Prätur zu Arbe in Dalmatien wird aufgehoben und mit jener zu Pago vereinigt.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1826, S. 8, Nr. 2170.

Arbeit. Die durch Urtheil auferlegte Strafe der öffentlichen Arbeit muß in der Regel wenigstens einige Male in der Woche vollzogen werden; davon kann nur aus wichtigen Gründen, mit Bewilligung der Landesstelle und des Appellationsgerichtes, eine Ausnahme statt finden.

Justiz-Hofdecret vom 6. Februar 1829, S. 143, Nr. 2381.

Arbeiter. Anrechnung der als provisionsfähiger Arbeiter zugebrachten Dienstjahre bei Pensionierung als Beamter.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1840, S. 485, Nr. 429.

— Die aus Lohnverträgen zwischen Gewerbsleuten oder Fabrikseignern und ihren Hilfsarbeitern entstehenden Streitigkeiten gehören zur Amtshandlung der politischen Behörden.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1846, S. 390, Nr. 1002.

Arbeitskräfte. Verpachtung der Arbeitskräfte der Sträflinge des Criminal- und Gefangenhäuses in Wien an einen Generalpächter.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Februar 1845, S. 254, Nr. 872.

Arbeitsausweise. S. Ausweise.

Arbiträre Strafen. S. Strafen.

Archäologische Funde. Vorschrift über die Behandlung archäologischer Funde.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Juni 1846, S. 338, Nr. 970.

Archiv. Festere Vornahme der Visitation der Archive der Patrimonialgerichte und nicht förmlich organisirten Magistrats zum Behufe des Stämpelgefälles.

Justiz-Hofdecrete vom 11. Juni 1824, S. 211, Nr. 2014, und 17. November 1826, S. 55, Nr. 2232.

— Bei dem Tode eines acatholischen Superintendents ist das ihm anvertraute Archiv zu versiegeln.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1826, S. 21, Nr. 2191.

Arco. Anstatt des heimgesagten Patrimonialgerichtes zu Arco in Tirol wird ein landesfürstliches Landgericht zweiter Classe allda errichtet, die zwei Gemeinden Rago und Torbole aber aus diesem Gerichtsbezirke ausgeschlossen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1842, S. 62, Nr. 645.

— Bei dem Landgerichte Arco in Tirol werden zwei Advocaten sistemisirt.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1844, S. 194, Nr. 785.

Arenberg. Dem Haupte der reichsständisch-fürstlichen Familie der Herzoge von Arenberg gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Arme. Vorschrift über die Vormerkung der Stempel- und Lagesbühren in Streifsachen der Armen.

Hofkammer-Decret vom 26. October 1825, S. 327, Nr. 2140.

- Vorschrift über die Vollziehung des letzten Willens, wodurch den Armen eine Erbschaft oder ein Vermächtniß zufällt.

Zustiz-Hofdecree vom 29. August 1836, S. 91, Nr. 154.

- Vorschrift über die Stempelbefreiung und Stempelvormerkung für Arme, in Folge des Stempel- und Lagesgesetzes vom 27. Jänner 1840, und wer als arm zu betrachten sei.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 26. Juli 1840, S. 517, Nr. 457.

- Umfang der Haftung der Advocaten für die Einbringung der Taxen von den von ihnen vertretenen armen Parteien.

Zustiz-Hofdecree vom 10. April 1845, S. 259, Nr. 681.

- Vorschrift über die Vertheilung der Vermächtnisse für Arme, wenn der Erblasser dieselben nicht näher bezeichnet hat.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Mai 1846, S. 336, Nr. 964.

Armee. Abschaffung der Strafe der Vermögens-Confiscation, wegen des Verbrechens der meinedigen Entweichung aus dem Kriegsdienste für die ganze Armee, und Einführung der Entschädigungs-Pauschalien.

Zustiz-Hofdecree vom 21. Februar 1842, S. 10, Nr. 599.

Armen-Drittel. Was den armen Verwandten eines ohne letztwillige Anordnung verstorbenen geistlichen Erblassers aus dem gesetzlichen Armen-Drittel zuzuwenden sei.

Hofkanzlei-Decret vom 16. September 1824, S. 266, Nr. 2040.

Armenfond. Bei Legaten zu wohlthätigen Zwecken findet kein Abzug für den Armenfond statt.

Hofkanzlei-Decret vom 30. October 1823, S. 162, Nr. 1972.

- Die wider einen unbefugt Abwesenden erkannten Geldstrafen sind dem betreffenden Local-Armenfonde zuzuweisen.

Hofkanzlei-Decret vom 21. April 1836, S. 80, Nr. 137.

- Die für Polizeivergehen verhängten Geldstrafen sind dem Armenfonde des Ortes, wo das Vergehen begangen worden ist, zuzuweisen.

Hofkanzlei-Decret vom 6. März 1840, S. 474, Nr. 413.

- Die wegen Uebertretung des Musikal-Impostes durch unbefugte Tanzmusikhaltung verhängten und in den Local-Armenfond einfließenden Geldstrafen sind bei erwiesener Zahlungsunfähigkeit des Uebertreters in eine arbiträre Arreststrafe umzuwandeln.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Juli 1841, S. 595, Nr. 551.

- Bei den zu wohlthätigen Zwecken gemachten Legaten ist von Verlassenschaften der gesetzliche Beitrag zum Local-Armenfonde nicht abzunehmen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Jänner 1843, S. 90, Nr. 677.

- Die auf Holzdiebstähle an den Holzschwemmen verhängten Arreststrafen haben dem Armenfonde des Ortes der Uebertretung zu verfallen.

Hofkanzlei-Decret vom 5. März 1846, S. 320, Nr. 943.

- Vermächtnisse für Arme, wenn sie der Erblasser nicht näher bezeichnet hat, sind dem Local-Armenfonde des Erblassers zuzuweisen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Mai 1846, S. 336, Nr. 964.

- Die wider die bei dem Eisenbahnbetriebe angestellten Personen verhängten Geldstrafen sind zu dem Local-Armenfonde zu erlegen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, S. 45.

Armenhaus. S. Versorgungshaus.

Armenier. Anwendung des §. 71 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches auf die Ehen der nicht unirten Armenier in der Bucovina.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1835, S. 22, Nr. 37.

Armen-Institut. Die Abnahme des halben Percentes aus den Verlassenschaften für den Wiener Wohlthätigkeitsfond wird auf den Armen-Institutsbezirk von Wien beschränkt.

Justiz-Hofdecet vom 22. Juni 1821, S. 34, Nr. 1770.

- — Befreiung der Armen-Anstalten von Entrichtung des einhalbspercentigen Verlassenschaftsbeitrages zum Krankenhausfonde von den ihm erdweise zufallenden Verlassenschaften.

Hofkanzlei-Decret vom 21. August 1841, S. 604, Nr. 557.

- — Die Verlassenschafts-Abgaben für die Armen-Institute in der Stadt Carlsbad, in der Ritterkreuz-Ordens-Commende Eger und in der Bergstadt Schönfeld in Böhmen, dann in Enns, Smunden, Ischl, Reonstein, Orth, Traunkirchen, Scharnstein und Algen in Oesterreich ob der Enns werden aufgelassen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

- — Die durch Ueberschreitung der Waaren-Censalen-Ordnung verwirkten Geldstrafen verfallen dem Armen-Institute.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 8. April 1842, S. 17, Nr. 606.

Armen-Procent. Vorschrift über die Abnahme der Armen-Procente bei Versteigerungen von Realitäten.

Hofkanzlei-Decret vom 24. März 1837, S. 117, Nr. 187.

Armenrecht. Genaue Befolgung der Vorschrift wegen Nachsicht der Tax- und Stempelgebühren für die das Armenrecht genießenden Parteien.

Justiz-Hofdecet vom 7. Februar 1837, S. 106, Nr. 171.

- Ueber die Frage, ob die zum Behufe der Stempelbefreiung in einer Streitsache beigebrachten Armuthszeugnisse die vorgeschriebenen Eigenschaften haben, entscheiden die Gerichtsstellen, welche für die Zulassung der Parteien zum Armenrechte verantwortlich sind.

Justiz-Hofdecet vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 584.

- Umfang der Haftung der Advocaten für die Einbringung der Taxen der von ihnen vertretenen und das Armenrecht genießenden Parteien.

Justiz-Hofdecet vom 10. April 1845, S. 259, Nr. 881.

- Die Gerichtsstellen entscheiden über die Zulassung zum Armenrechte auf Grund des beigebrachten Armuthszeugnisses und sind für ein in ihren Beschlüssen begangenes Verschulden der vorgesetzten Gerichtsbehörde verantwortlich.

Justiz-Hofdecet vom 27. März 1846, S. 329, Nr. 949.

- Armuthszeugnisse für Israeliten auf dem Lande zur Erlangung der Stempelbefreiung in Rechtsstreitigkeiten stellen die Ortsobrigkeiten aus.

Hofkammer-Decret vom 3. Februar 1848, S. 490, Nr. 1115.

Arme Parteien. S. Parteien.

- Unterthanen. S. Untertanen.

Armuth. Die Armuth halber abgethanen Todesfälle sind nicht in die Zahl der Verlassenschaften aufzunehmen, sondern in den jährlichen Geschäftsausweisen in der Rubrik „Anmerkung“ anzuzeigen.

Justiz-Hofdecet vom 14. Mai 1846, S. 334, Nr. 960.

Armuthszeugnisse. Bestrafung der Erleichung der Armuthszeugnisse zum Behufe der Stempelbefreiung nach §. 408 des Gefällen-Ertragsgesetzes.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 26. Juli 1840, S. 517, Nr. 457.

Armuthszeugnisse. Ueber die Frage, ob die zum Behufe der Stämpelbefreiung in einer Streitfache beigebrachten Armuthszeugnisse die vorgeschriebenen Eigenschaften haben, entscheiden die Gerichtsstellen, welche für die Zulassung der Parteien zum Armenrechte verantwortlich sind.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 584.

- Wirkungskreis der politischen Behörden bei Entscheidung über Beschwerden wegen Verweigerung eines Armuthszeugnisses zur Erlangung der Stämpelbefreiung vor Gericht, ferner bei Entscheidungen über Anzeigen in Betreff der Erbschleichung oder ungebührlichen Erfolgung eines solchen über Annullirung oder Aufrechthaltung desselben.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Jänner 1842, S. 6, Nr. 589.

- Vorschrift über die Ausfertigung und Bestätigung und Armuthszeugnisse für Israeliten in Prag zur Stämpelbefreiung in ihren Rechtsstreitigkeiten.

Hofkammer-Decret vom 16. November 1843, S. 172, Nr. 766.

- Ueber die Zulassung zum Armenrechte auf Grund der zum Behufe der Stämpelbefreiung beigebrachten Armuthszeugnisse entscheiden die Gerichtsbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 329, Nr. 949.

- für Israeliten auf dem Lande, zur Erlangung der Stämpelbefreiung in Rechtsstreitigkeiten, stellen die Orts-Obzirkeln aus.

Hofkammer-Decret vom 3. Februar 1848, S. 490, Nr. 1115.

Arrest. Untersuchung der Inquisitions-Arreste und Strafhäuser im Küstenlande.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juli 1821, S. 35, Nr. 1773.

- Unfähigkeit desjenigen zur Bekleidung einer Wechsel-Censalienstelle, gegen welchen ein Personal-Arrest Schulden halber auch nur rechtskräftig bewilligt worden ist.

Justiz-Hofdecret vom 3. August Nr. 1821, S. 41, 1785.

- Ein zur Arreststrafe verurtheilter Polizei-Übertreter, wenn er während des Recurses, mit dem er abgewiesen wurde, wegen einer zweiten schweren Polizei-Übertretung wieder zu einer Arreststrafe verurtheilt wurde, hat beide Strafen auszustehen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Februar 1822, S. 81, Nr. 1843.

- Civil-Gerichtsstellen können zur Aufrechthaltung ihrer in Besitzstreitigkeiten getroffenen provisorischen Verfügungen außer den Geldstrafen nur Arreststrafe, nie aber Züchtigung mit Stockstreichen androhen und vollziehen lassen.

Justiz-Hofdecret vom 26. November 1824, S. 270, Nr. 2051.

- Aufhebung der Befreiung der Handels- und Gewerbsleute in den Militärgränzen und der Einwohner der Militär-Communitäten von dem executiven Personal-Arreste.

Decret des Hofkriegsrathes vom 28. November 1826, S. 561, Nr. 2236.

- Bestimmung der Arreststrafen auf Abels-Anmassungen.

Hofkanzlei-Decret vom 2. November 1827, S. 103, Nr. 2316.

- Vorschrift über die Pensions- und Provisionsfähigkeit des Aufsichtspersonales bei den Untersuchungs-Arresten, sowie jener ihrer Wittven und Waisen.

Justiz-Hofdecret vom 27. November 1830, S. 217, Nr. 2493.

- Bestimmung der Frist zur Abreichung der Alimente für arretirte Schuldner.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1833, S. 81, Nr. 2601.

- Einführung der für das Prager Sanitätspersonale erlassenen Instruction bei den Criminal-Inquisitionshäusern der kaiserlich-ländlichen Stadt- und Landrechte.

Justiz-Hofdecret vom 18. April 1834, S. 112, Nr. 2652.

- Criminalgerichte sind nicht befugt, im Falle des §. 48 I. Theiles des Strafgesetzes mit der Kerkerstrafe eine Verschärfung zu verbinden, um dadurch eine längere Dauer des Arrestes zu ersetzen.

Justiz-Hofdecret vom 8. Mai 1835, S. 8, Nr. 18.

- Instruction für die bei den Criminal-Arresten in Mähren und Schlesien angestellten oder verwendeten Sanitäts-Individuen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. November 1835, S. 56, Nr. 96.

Arrest. Umwandlung der auf die Beschädigung der auf öffentlichen Wegen gepflanzten Bäume und Alleen gesetzten Geldstrafe bei Unvermögenheit des Thäters in eine Arreststrafe.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Jänner 1837, S. 99, Nr. 163.

- Die Verpflegung der im Criminal-Inquisition-Arreste befindlichen, vom Amte und Gehalte suspendirten Beamten ist von der bewilligten Alimentation zu bestreiten.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Februar 1838, S. 171, Nr. 257.

- Unter der Execution bis zur Sicherstellung ist auch der Personal-Arrest des präsumirten Wechfelschuldners zu verstehen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Mai 1840, S. 486, Nr. 431.

- Umänderung der wegen des Spielens eines verbotenen Spieles verhängten Geldstrafe bei Zahlungs-Unvermögenheit des Schuldigen in eine Arreststrafe.

Hofkanzlei-Decret vom 16. October 1840, S. 533, Nr. 469.

- Die Verhängung des strengen Arrestes bei Verwundlung der Geld- in eine Arreststrafe ist in Wucherfachen nicht gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 28. November 1842, S. 75, Nr. 658.

- Bestreitung der Verpflegskosten für die wegen schweren Polizei-Übertretungen oder Polizei-Vergehen zum Arreste von den Kreisämtern verurtheilten mittellosen Individuen aus dem Cameralfonde.

Hofkanzlei-Decret vom 22. October 1843, S. 160, Nr. 754.

- Vorschrift über das Verfahren der Gerichtsbehörden hinsichtlich der von dem Executen zur Beseitigung des Personal-Arrestes überreichten Güterangabe.

Justiz-Hofdecret vom 15. Jänner 1845, S. 249, Nr. 859.

- Vorschrift über das Verfahren bei Hofrecursen, welche gegen eine im Disciplinarwege verhängte Arreststrafe von dem Beschuldigten bei der obersten Justizstelle überreicht werden.

Justiz-Hofdecret vom 22. October 1845, S. 278, Nr. 905.

- Die auf Holzdiebstähle an den Holzschwemmen verhängte Arreststrafe kann auf keinen Fall die längste für Diebstähle im zweiten Theile des Strafgesetzes bestimmte Strafbauer überschreiten.

Hofkanzlei-Decret vom 5. März 1846, S. 320, Nr. 943.

- Bestimmung der Arreststrafe auf den unbefugten Nachdruck literarischer und artistischer Werke.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

- Abstellung des Unfuges, insgeheim bestellte Leute in die Criminal-Untersuchungs-Gefängnisse zu bringen, damit sie die Inquisiten zu Geständnissen verleiten.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 450, Nr. 1048.

Arrestanten. Wenn die Untersuchung und Entscheidung zustehe, wenn ein Arrestant entwichen ist.

Justiz-Hofdecret vom 21. December 1822, S. 125, Nr. 1916.

- Bekleidung mittelloser Gefälls-Arrestanten.

Justiz-Hofdecret vom 22. März 1824, S. 196, Nr. 1995.

- Bestreitung der seelsorglichen Auslagen für den Unterricht der Criminal-Arrestanten.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1844, S. 235, Nr. 835.

- S. Inquisiten.

Arreststrafe. Bestimmung der Arreststrafen der bei dem Eisenbahnbetriebe angestellten Personen für die in ihrem Dienste begangenen Verschulden.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §§. 34, 35, 36, 40, 41.

- Die Uebertretung der Vorschriften zur Beseitigung von Mißbräuchen durch Betäubung mit Schwefeläther und anderen Aetherergattungen (Naphthen) ist, soferne dießfalls nicht schon im zweiten Theile des Strafgesetzes vorgesehen ist, mit angemessener Arreststrafe zu belegen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1847, S. 473, Nr. 1091.

- S. Arrest.

Arretirte Schuldner. S. Schuldner.

Artistische Werke. Beschlüsse der deutschen Bundesversammlung zur Sicherung der Rechte der Herausgeber und Verleger artistischer Werke gegen die Nachbildung.

Hofkanzlei-Decrete vom 16. November 1832, S. 50, Nr. 2580; 26. November 1840, S. 540, Nr. 483 und vom 25. Juli 1845, S. 272, Nr. 897.

— Staatsvertrag mit Sardinien zur Sicherstellung der Eigenthumsrechte der in den beiderseitigen Staaten erscheinenden artistischen Werke.

Vom 22. Mai 1840, S. 492, Nr. 441.

— Gesetz zum Schutze der Verfasser, Herausgeber und Verleger artistischer Werke gegen die unbefugte Nachbildung derselben.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

Arzeneien. Vorschrift über die Bereitung der zum homöopathischen Heilverfahren erforderlichen Arzeneien.

Hofkanzlei-Decret vom 9. December 1846, S. 393, Nr. 1007.

Arzeneifunde. Die Vorschriften über die unbefugte Ausübung derselben haben auch bezüglich der homöopathischen Heilmethode bedingte Anwendung.

Hofkanzlei-Decret vom 9. December 1846, S. 393, Nr. 1007.

Ascendenten. Unter dem in dem für Währen erlassenen Patente vom 4. Juli 1749, hinsichtlich der von den Verlassenschafteten zu entrichtenden Invalidenfonds-Beiträge gebrauchten Ausdruck: sui Haeredes oder Leibeserben, sind nur Descendenten, und unter dem Ausdruck: Haeredes extranei, alle übrigen Erben, daher auch die Ascendenten einbegriffen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. November 1842, S. 74, Nr. 655.

Asphalt. Der Asphalt gehört zum Bergregale, unterliegt der Frohne mit dem zehnten Theile der Erzeugung und dessen unbefugte Benützung wird nach den Berggesetzen behandelt.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 17. October 1838, S. 280, Nr. 299.

Aspirant. Wann einer Aspirantin der Eintritt in das Noviziat des Institutes der Schwestern des deutschen Ordens gestattet ist.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1843, S. 141, Nr. 746.

Affecuranz. Vorrechte der See-Affecuranz-Gesellschaften in Triest.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juli 1825, S. 311, Nr. 2115.

Affecuranz-Gesellschaft. S. Feuer-Versicherungs-Anstalt.

Affentirung eines wegen eines begangenen Verbrechens bereits gerichtlich verfolgten Individuums zum Militär ist nicht zulässig.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 3. Mai 1843, S. 121, Nr. 703.

— Militärbehörden haben Soldaten, welche wegen eines vor der Affentirung im Civilstande begangenen Verbrechens bereits gerichtlich verfolgt worden sind, und sich dieser Verfolgung durch die Affentirung entzogen haben, von Amtswegen unverzüglich an die Civilbehörde auszuliefern.

Decrete des Hofkriegsrathes vom 29. März 1848, S. 572, Nr. 1131.

Affessoren. Rangbestimmung zwischen den Berggericht-Affessoren und den zu den berggerichtlichen Sitzungen beigezogenen Magistratsräthen und Magistratsbeamten.

Decrete der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 24. October 1783 und 11. Mai 1841, S. 579, Nr. 536.

Affistenten des polytechnischen Institutes sind in Processen über Privilegien-Angelegenheiten als Kunstverständige nicht zu verwenden.

Justiz-Hofdecret vom 25. October 1843, S. 162, Nr. 757.

Affistenz. Zu den Stämpelrevisionen bei Dominien und nicht vollständig organisirten Magistraten ist von einem Kreiscommissäre Affistenz zu leisten.

Justiz-Hofdecret vom 17. November 1826, S. 55, Nr. 2232.

Affistenz. Die als Affistenz abgeforderten Gerichtsdienere sind mit der Amtskleidung und der schriftlichen Weisung zu versehen.

Decret des steiermärkischen Guberniums vom 12. April 1837, S. 120, Nr. 191.

— Instruction für die Militär-Affistenz über die Anwendung der Waffen bei Störung der öffentlichen Ruhe.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 8. October 1844, S. 236, Nr. 837.

Attinentien. S. Gut.

Akung. Vorschrift über die Aufrechnung der Akungskosten gegen Ersatzpflichtige bei dem Verfahren in schweren Polizei-Übertretungen und einfachen Polizeivergehen.

Hofkanzlei-Decret vom 18. October 1838, S. 280, Nr. 300.

— Vorschrift über die Bestreitung der Akungskosten für die im Criminal- oder politischen Verhafte befindlichen Individuen der Finanzwache.

Hofkammer-Decret vom 23. Juni 1846, S. 339, Nr. 972.

Auditore. Vorschrift über die Behandlung der Stabs- und Regiments-Auditore, wenn sie in die Civil-Justizdienstleistung übertreten wollen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1838, S. 182, Nr. 273.

Auditoriate. Gültigkeit der von Auditoriaten ausgestellten oder legalisirten Urkunden in Dalmatien auch bei den dortigen Hypotheken-Aemtern.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1845, S. 257, Nr. 878.

Auditoriatengerichte. S. Militär-Auditoriatengericht.

Auditoriat-Practikanten. Vorschrift über die Zulassung der Auditoriat-Practikanten zu den Richterprüfungen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1838, S. 182, Nr. 273.

Auditoriat-Praxis. S. Praxis.

Auersperg. Dem Chef des fürstlichen Hauses Auersperg gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, und

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

— Für den heimgefügten Bezirk Auersperg wird ein l. f. Bezirks-Commissariat zu Ratschiga errichtet.

Hofkammer-Decret vom 29. Juli 1835, S. 36, Nr. 65.

— Das Bezirks-Commissariat Auersperg in Krain wird aus der dritten in die zweite Classe gesetzt, demselben die Hauptgemeinde Laßnitz zugewiesen und der Amtssitz in Groß-Laßnitz bestimmt.

Justiz-Hofdecret vom 28. November 1844, S. 241, Nr. 848.

Aufbewahrung. S. Verwahrung.

Aufenthalt. Bedingung der Erwerbung der österreichischen Staatsbürgerschaft durch den zehnjährigen ununterbrochenen Wohnsitz eines Ausländers in den österreichischen Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 1. März 1833, S. 79, Nr. 2597.

— Vorschrift über die Zustellung der Klagen an außer Landes wohnende Personen, deren Aufenthalt bekannt ist.

Justiz-Hofdecret vom 11. Mai 1833, S. 91, Nr. 2611.

— Den Mitgliedern der Secte der Deutschkatholiken ist der Aufenthalt in den österreichischen Staaten nicht gestattet.

Hofkanzlei-Präsidialschreiben vom 26. Jänner 1846, S. 308, Nr. 923.

— Den Israeliten wird der Aufenthalt im Istrien Kreise gestattet.

Hofkanzlei-Decret vom 24. September 1847, S. 472, Nr. 1088.

Aufforderung. Edictal-Aufforderung der bekannten physischen und moralischen Personen, von welchen oder für welche vor 32 Jahren Deposita erlegt worden sind, zur Geltendmachung der allfälligen Ansprüche hierauf.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1837, S. 108, Nr. 173.

- Nur über Allerhöchste Aufforderung Seiner Majestät darf auf eine günstigere als die normalmäßige Pensionsbehandlung der Hof- und Staatsdiener, und ihrer Angehörigen angetragen werden.

Justiz-Hofdecret vom 27. Februar 1837, S. 113, Nr. 177.

- Bei welchen Depositen die Bestimmung eines Zeitraumes von dreißig Jahren nach ihrem Erlage zu ihrer Caducität und zur Edictal-Aufforderung der unbekannten Eigentümer derselben einzutreten habe.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Jänner 1842, S. 5, Nr. 587.

- Formulare zu einer Edictal-Aufforderung der Erben zu einer bei dem Czernowitzer Magistrate, dann den Gemeindegerechten und Wirthschaftsämtern in der Bucowina anhängigen Verlassenschaft.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 538, Nr. 1125.

Aufforderungsflage. Einbringung der Aufforderungsflagen der im Laibacher und Küstenländischen Gouvernementsbezirke domicilirten notionirten Parteien in Zollsachen bei dem Stadt- und Landrechte in Laibach und Triest.

Justiz-Hofdecret vom 20. Mai 1825, S. 301, Nr. 2097.

Aufführung, unbefugte. Beschluß der deutschen Bundesversammlung zum Schutze der inländischen Verfasser musikalischer Compositionen gegen unbefugte Aufführung derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Mai 1841, S. 580, Nr. 537.

- Bestrafung der unbefugten Aufführung und Darstellung dramatischer und musikalischer Werke. Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

Aufgabe. Recommandirung der mit geldvertretenden Urkunden beschwerten Dienstscheiden der Cassen an eine andere Cassa bei ihrer Aufgabe auf die Post.

Hofkammer-Decret vom 24. September 1841, S. 612, Nr. 564.

Aufgebot. Das Aufgebot der Ehe acatholischer Einwohner in der Bucowina, welche zu keiner katholischen Pfarre gehören, ist in einer katholischen Pfarre nicht vorzunehmen.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1835, S. 22, Nr. 37.

- Vorschrift über das Aufgebot der Ehen nicht unirter Griechen unter sich, oder mit katholischen Glaubensgenossen in der Bucowina.

Hofkanzlei-Decret vom 26. October 1843, S. 163, Nr. 758.

- Der Abgang des besonderen Aufgebotes bei der betreffenden Feldkapelle begründet nicht die Ungültigkeit der außerdem mit allen gesetzlichen Erfordernissen geschlossenen Militär-Ehe.

Hofkanzlei-Decret vom 3. April 1846, S. 331, Nr. 954.

- Vorschrift über das Aufgebot und die Trauung jener Israeliten in Böhmen, welche keiner mit einem zu jüdischen Trauungen berufenen Religionslehrer versehenen jüdischen Gemeinde angehören.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1846, S. 360, Nr. 984.

Aufgekündete Capitalien. S. Capitalien.

Aufhebung des auf Pensionen gelegten Verbotes bei Wiederanstellung der Pensionisten.

Hofkammer-Decret vom 5. März 1838, S. 172, Nr. 260.

- Vorschrift über die Hinausgabe der Beweggründe der obersten Justizstelle zur Aufhebung gleichförmiger Beschlüsse der Unterbehörden an die Parteien.

Allerhöchste Entschliessung vom 11. Februar 1840, S. 472, Nr. 408.

Aufhebung. In welchen Fällen das Appellationsgericht zur Aufhebung der vom Criminalgerichte geführten Untersuchung und gefällten Strafurtheile berechtigt ist.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juli 1841, S. 595, Nr. 549.

- der Vermögens-Confiscation in Militär-Desertionsfällen, und Einführung der Entschädigungs-Pauschalien.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1842, S. 10, Nr. 599.

- des 17. Diätal-Artikels des Jahres 1792 und Vorschrift in Betreff der Execution der Urtheile österreichischer nicht ungarischer Wechselgerichte in Ungarn, und der ungarischen in den nicht ungarischen Ländern der österreichischen Monarchie in Wechsel-, Handels- und Vieferungsgeschäften.

Justiz-Hofdecret vom 13. März 1843, S. 100, Nr. 688.

- des Militär-Abfahrts Geldes von den aus der Militär- an die Civil-Jurisdiction übergehenden Verlassenschaften.

Hofkanzlei-Decret vom 4. August 1843, S. 133, Nr. 731.

- des Vorrechtes der dritten Classe der Wechsel bei Concursen.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1843, S. 136, Nr. 735.

- des untersteierischen Banngerichtes zu Graz.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1844, S. 185, Nr. 772.

- des Verbotes zur Ertheilung des Privat-Unterrichtes durch landesfürstliche Beamte.

Studien-Hofcommissions-Decret vom 5. März 1844, S. 196, Nr. 790.

- Wirkung der Gesuche um Aufhebung der Folgen des Ausbleibens bei der Tagssagung.

Justiz-Hofdecrete vom 19. Februar und 29. April 1846, S. 318 und 333, Nr. 937 und 957.

- des Verbotes der Ertheilung des Privat-Unterrichtes durch Advocaten.

Studien-Hofcommissions-Decret vom 20. Mai 1846, S. 336, Nr. 965.

- Offenbar der Abstrimmung nicht entsprechende ausgefertigte Urtheile sind von dem Appellationsgerichte und von der obersten Justizstelle aufzuheben.

Justiz-Hofdecret vom 21. August 1846, S. 356, Nr. 979.

- des Verbotes der Erzeugung künstlicher Mineralwässer.

Hofkanzlei-Decret vom 11. December 1847, S. 475, Nr. 1094.

- der Censur.

Hofkanzlei-Präsidial-Erlass vom 16. März 1848, S. 561, Nr. 1126.

- der Robot und des Zehentes in Galizien, gegen vom Staate zu leistende Entschädigung.

Patent vom 17. April 1848, S. 612, Nr. 1136.

- der Verschärfungsstrafe durch Ausstellung im Kreise bei schweren Polizei-Übertretungen, dann bei Übertretungen des Bucherpatentes und der Sagungsvorschriften.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Mai 1848, S. 621, Nr. 1149.

- des Verbotes, welches den Beamten und Practikanten, sowie allen anderen Angestellten das gleichzeitige Studiren untersagt.

Erlass des Unterrichts-Ministeriums vom 13. Juli 1848, S. 646, Nr. 1170.

- der Robot und des Zehentes in der Bucovina gegen eine vom Staate zu leistende Entschädigung.

Patent vom 9. August 1848, S. 648, Nr. 1174.

- der Unterthänigkeit und der schutobrigkeitlichen Verhältnisse, dann Entlastung des bäuerlichen Besizes von Robot, Zehent, Vogt- und Vergrecht, Holzungs- und Weiderecht, von der Brach- und Stoppelweide u. u.

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1181.

Auffreissen. Verbot des Auffreisens des ausgegrenzten Bieres.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Juni 1841, S. 601, Nr. 552.

Aufkündigung. Vorschrift über die Berechnung der Frist zur Aufkündigung vermieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Gebäude, und über die Zustellung dieser Aufkündigung.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1833, S. 76, Nr. 2592.

- Vorschrift über die Aufkündigung und Räumung vermieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in der Hauptstadt Linz.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1833, S. 82, Nr. 2602.

- Vorschrift über die Aufkündigung und Räumung vermieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in der Hauptstadt Graz.

Justiz-Hofdecret vom 6. Februar 1837, S. 102, Nr. 169.

- Vorschrift über die Aufkündigung und Räumung vermieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in der Hauptstadt Salzburg.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1839, S. 328, Nr. 342.

- Vorschrift über die Aufkündigung vermieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in der Stadt Brünn und ihren Vorstädten.

Hofkanzlei-Decret vom 5. October 1843, S. 143, Nr. 748.

- Vorschrift über die Aufkündigung der Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in den Städten: Zara, Spalato, Ragusa, Cattaro, Sebenico und ihren Vorstädten in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1843, S. 175, Nr. 770.

- Die Vorschriften der Allerhöchsten Entschliessung vom 31. October 1843 (Justiz-Hofdecret vom 30. December 1843), welche sich auf die Aufkündigung des Bestandvertrages und der Gegenerklärung wider dieselbe, auf die zu beobachtenden Formen und Fristen und auf die Execution einer in Rechtskraft erwachsenen Aufkündigung beziehen, bleiben durch die Einführung des summarischen Verfahrens in Dalmatien unverändert.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

- Die sardinische Regierung hat den mit Oesterreich geschlossenen Staatsvertrag, wegen Auslieferung der Verbrecher aufgekündigt.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1848, S. 616, Nr. 1138.

Auflagen. Vorschrift über die Eindringung der Gemeinde-Auflagen und Forderungen in Tirol.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Februar 1822, S. 80, Nr. 1842.

Auflassung. S. Aufhebung.

Auflockerung des Erbreiches. Verbot der Auflockerung des Erbreiches auf den an der Linie der Staats-Eisenbahnen angränzenden Gründen und Bergabhängen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 234, Nr. 834.

Auflösung. Verfahren bei Auflösung der Juden-Ehen, wenn ein Ehegatte zur christlichen Religion übergetreten, der andere aber im Judenthume zurückgeblieben ist.

Justiz-Hofdecret vom 19. Mai 1827, S. 80, Nr. 2277.

Aufnahme. Vorschrift für das Triester Mercantil- und Wechselgericht über die Aufnahme der Urkunden über See-Unfälle.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1825, S. 330, Nr. 2147.

- Erläuterung der Vorschrift vom 30. Juli 1808 über die Aufnahme des Beweises durch Kunstverständige bei Gefällsbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 25. Februar 1826, S. 7, Nr. 2167.

Aufnahme. Vorschrift über die Aufnahme der nicht sistemisirten Concepts-Practikanten bei den landesfürstlichen Pfliegergerichten in Oesterreich ob der Enns.

Justiz-Hofdecret vom 21. April 1826, S. 17, Nr. 2182.

- Die zu Advocaten ernannten Doctoren der Rechte haben vor Ablegung des Advocaten-Eides ihre Aufnahme in die juristische Facultät zu bewirken.

Justiz-Hofdecret vom 19. Februar 1831, S. 11, Nr. 2506.

- Vorschrift über die Aufnahme der fiscalämthlichen Concepts-Practikanten.

Hofkammer-Decret vom 22. Juli 1836, S. 87, Nr. 147.

- Vorschrift über die Aufnahme der an der Wiener Universität graduirten Doctoren der Rechte in die juristische Facultät und damit verbundene Witwen-Societät.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1837, S. 164, Nr. 247.

- Bestimmung der Gebühren für die Aufnahme der gerichtlichen Vergleiche in Tirol und Vorarlberg.

Hofkammer-Decret vom 23. Jänner 1838, S. 167, Nr. 250.

- Vorschrift über die Aufnahme unentgeltlicher Kanzlei-Accessisten bei reinen Justizbehörden, und über die hiezu erforderlichen Studien.

Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1840, S. 383, Nr. 402.

- Instruction zur Aufnahme der Vergleiche mit Parteien bei nichtmagistratischen Grundgerichten Wiens.

Hofkanzlei-Decret vom 24. November 1840, S. 538, Nr. 480.

- Die Krankenhaus-Verwaltung hat die ausständigen Verpflegskosten eines daselbst Verstorbenen bei der Aufnahme des Todesfalles von Seite des Sperr-Commissärs gehörig anzumelden.

Hofkanzlei-Decret vom 15. December 1842, S. 76, Nr. 661.

- Vorschrift über die Aufnahme der Auscultanten bei organisirten Magistraten.

Hofkanzlei-Decret vom 15. März 1844, S. 198, Nr. 794.

- Vorschrift für die oberste Justizstelle über die Aufnahme der Auscultanten.

Allerhöchste Entschliessung vom 4. Mai 1844, S. 208, Nr. 804.

- der Notariatsacten auf Grund der Artikel 46 und 71 des außer Wirksamkeit getretenen französischen Civilcodel ist in Dalmatien nicht erlaubt.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1034.

- Bezeichnung der Fälle, in welchen den Reisenden die Aufnahme zur Fahrt auf den Eisenbahnen verweigert werden kann.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, S. 13.

Aufnahmebewilligung. Zur Ansiedlung fremder Unterthanen in Krakau ist die Aufnahmebewilligung des dortigen Senates erforderlich.

Hofkanzlei-Decret vom 13. April 1837, S. 120, Nr. 192.

Aufnahmezusicherung. Zur Ansiedlung fremder Unterthanen in Krakau ist die Aufnahmezusicherung des dortigen Senates erforderlich.

Hofkanzlei-Decret vom 13. November 1837, S. 120, Nr. 192.

Aufrechnung der Verpfleggebühren gegen Ersahpflichtige bei dem Verfahren in schweren Polizeilübertretungen und einfachen Polizeivergehen.

Hofkanzlei-Decret vom 18. October 1838, S. 280, Nr. 300.

- Die Aufrechnung der Wegmauthgebühr in den Reiseparticularien der mit Extrapost im Dienste reisenden Beamten ist mit Beilegung der Wegmauth-Bolleten oder mit der Befätigung der Poststation über die Entrichtung der Wegmauthgebühr auszuweisen.

Hofkammer-Decret vom 15. October 1839, S. 352, Nr. 382.

- In welchem Falle die Aufrechnung der vom Staatschatz aus Anlaß der Liquidirung der landesfürstlichen Lehen zu vergütenden Kosten der buchhalterischen Censurirung zu unterziehen seien.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1842, S. 74, Nr. 656.

Aufrechnung. Vorschrift über die Aufrechnung der Fahrpreise von Seite der Beamten, Practikanten und der Dienerschaft bei Dienstreisen mittelst der Eisenbahn.

Hofkammer-Decret vom 14. Februar 1845, S. 253, Nr. 869.

— Vorschrift über die Aufrechnung des Wagen-Schmiergeldes bei Dienstreisen der Beamten.

Hofkammer-Decret vom 10. December 1845, S. 296, Nr. 915.

— Vorschrift über die Aufrechnung des für die Beförderung außer der Poststraße gegen das gewöhnliche Ausmaß der Extrapostgebühren erhöhten Ritt- und Trinfgeldes.

Hofkammer-Decret vom 29. Jänner 1847, S. 405, Nr. 1024.

— Gestattung der Aufrechnung der tarifmäßigen Fiacergebühr bis zum Bahnhofe für die in Commission entsendeten Beamten.

Hofkammer-Decret vom 8. December 1847, S. 479, Nr. 1103.

— Vorschrift für Beamte hinsichtlich der Aufrechnung der Nebenauslagen bei Dienstreisen mittelst der Eisenbahn.

Hofkammer-Decret vom 31. Jänner 1848, S. 489, Nr. 1114.

— Vorschrift über die Aufrechnung der Dienststaren von den vor der Wirksamkeit des neuen Tar-
gesetzes in Civildienste übergetretenen Militär-Individuen, wenn sie nach Erscheinen dieses
Gesetzes zu einer an und für sich tarpflichtigen Bedienstung befördert wurden.

Finanz-Ministerial-Decret vom 15. Juni 1848, S. 641, Nr. 1162.

Aufrechthaltung. Ueber Aufrechthaltung von Armuthszeugnissen zur Erlangung der Stämpel-
befreiung vor Gericht entscheiden die politischen Behörden.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Jänner 1842, S. 6, Nr. 589.

Auffeher. Behandlung der für die neue Gränzwache nicht brauchbaren, in einem Aetarial-Genusse
stehenden Individuen der ehemaligen Gränzaufsicht.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1831, S. 3, Nr. 2499.

— S. Gefäll.

Aufsicht. Bezeichnung der zur Aufsicht der Eisenbahnen berufenen Behörden.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, S. 28.

Aufsichts-Personale. Vorschrift über die Pensions- oder Provisions-Fähigkeit des Aufsichts-
Personales bei Untersuchungs-Gefängnissen und Strafanstalten, sowie jener der Witwen und
Waisen desselben.

Justiz-Hofdecret vom 27. November 1830, S. 217, Nr. 2493.

— Die Ernennung des Aufsichts-Personales im Wiener Criminalhause steht dem Criminalgerichte zu.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 570, Nr. 524.

Aufstellung von Waisen-Commissären bei den landesfürstlichen Ortschaften.

Justiz-Hofdecret vom 8. April 1825, S. 296, Nr. 2086.

— Vergütung des durch die Aufstellung der Sanitäts-Cordone an dem Eigenthume der Privaten
zugefügten Schadens aus dem Staatsschatze.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Mai 1832, S. 61, Nr. 2563.

Auftrag binnen 24 Stunden zu zahlen findet gegen die Aussteller und Giranten der in Wien zahl-
baren förmlichen Wechsel Statt.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1828, S. 142, Nr. 2379.

Auftragung des Hauptes in negativer und positiver Form.

Allerhöchste Entschliebung vom 31. März 1846, S. 331, Nr. 953.

Auftrieb. Verbot des Vieh-Auftriebes auf den an der Linie der Staats-Eisenbahnen angrenzen-
den Gründen und Bergabhängen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 234, Nr. 834.

Aufwand. Vorschrift über die Bestreitung des Aufwandes der Criminalgerichte in Mähren und
Schlesien.

Hofkanzlei-Decret vom 24. September 1841, S. 613, Nr. 565.

Aufwand. Erklärung des mit der Criminal-Gerichtspflege in Böhmen verbundenen Aufwandes, vom Jahre 1846 angefangen, als Staatsaufwand.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Februar 1845, S. 252, Nr. 867.

- Der durch die Verwaltung der Criminal-Gerichtbarkeit in Oesterreich unter und ob der Enns, Steiermark und Kärnten durch Collegialgerichte sich ergebende Mehraufwand ist als eine Provinzial-Last anzusehen, und nach der bestehenden Einrichtung zu vertheilen.

Justiz-Hofdecret vom 17. April 1845, S. 262, Nr. 884.

Augenschein. Vornahme eines Augenscheines von Seiten des Berggerichtes vor Beglaubigung des vorgelegten Situationsplanes über den gewählten Schurraum beim Steinkohlen-Bergbaue.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 6. März 1843, S. 98, Nr. 687.

- Die zu Augenscheinen außer Privilegien-Angelegenheiten als Kunstverständige bei Gericht häufig zugezogenen Professoren des polytechnischen Institutes sind durch die Instituts-Direction vorzuladen und für beständig zu beedigen.

Justiz-Hofdecret vom 25. October 1843, S. 162, Nr. 757.

- Vorschrift über die Behandlung der Reise-Particularien und der Vorschüsse, welche durch die auf Ansuchen des Fiscus in Civilstreitigkeiten oder im Executionswege vorgenommenen Augenscheine veranlaßt werden.

Hofkammer-Decret vom 31. December 1846, S. 400, Nr. 1016.

- S. Kunstverständige.

Ausarbeitungs-Tabellen. S. Ausweise, Tabellen.

Ausbleiben. Rechtfertigung des Ausbleibens von einer Tagssagung im summarischen Verfahren bei den Civilgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- Ueber die Rechtfertigung des Ausbleibens von einer Verhandlungs-Tagssahrt ist eine Tagssagung auf kurze Zeit anzuordnen und hierüber durch Bescheid zu erkennen.

Justiz-Hofdecret vom 29. April 1846, S. 333, Nr. 957.

- Wirkung der Gesuche um Aufhebung der Folgen des Ausbleibens bei der Tagssagung.

Justiz-Hofdecrete vom 19. Februar und 29. April 1846, S. 318 und 333, Nr. 937 und 957.

- von einer Tagssagung. Rechtfertigung desselben im summarischen Verfahren bei Militärgerichten.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- von einer Tagssagung. Rechtfertigung desselben im summarischen Verfahren bei den dalmatinischen Gerichtsstellen.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

Ausbücherung. S. Löschung.

Ausculanten. Die Bewerber um Ausculantenstellen bei Criminalgerichten sind nur der Ausculanten-Prüfung, jedoch zugleich aus dem Strafgesetze, zu unterziehen.

Justiz-Hofdecret vom 10. März 1821, S. 13, Nr. 1746.

- Bestimmung der Anzahl der Ausculanten bei den Senaten des Wiener Magistrates; Benehmen bei deren Aufnahme; was der Magistrat über dieselben jährlich anzuzeigen habe; wie ein erledigtes Adjutum an dieselben zu verleihen sei.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1821, S. 33, Nr. 1769.

- Die Absenz- und Verwendungs-Tabellen der Ausculanten eines jeden Landrechtes sind mit dem jährlichen Arbeitsausweise desselben mit Einem Berichte an die oberste Justizstelle einzusenden.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juli 1821, S. 37, Nr. 1775.

- Die Zahl der Ausculanten bei dem niederösterreichischen Landrechte wird auf zwölf festgesetzt.

Justiz-Hofdecret vom 1. December 1821, S. 66, Nr. 1820.

Auskultanten. Periodischer Wechsel der Auskultanten des Civil- und Criminal-Senates bei dem Magistrats in Wien.

Justiz-Hofdecret vom 22. Februar 1822, S. 81, Nr. 1844.

- Ueber die Fähigkeiten und Verwendung der Auskultanten haben die Landrechte jährlich die Berichte mit strenger Unparteilichkeit zu erstatten.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1822, S. 91, Nr. 1860.

- bei den galizischen Criminalgerichten. Diäten für dieselben.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1823, S. 141, Nr. 1934.

- dürfen bei Landgerichten zur Aushilfe verwendet werden; dießfällige Anzeige an die oberste Justizstelle.

Justiz-Hofdecret vom 15. December 1823, S. 168, Nr. 1980.

- Bei Verleihung sistemisirter Adjuten ist auf die mit Gnadengaben versehenen Auskultanten Bedacht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1824, S. 172, Nr. 1987.

- Die Unterhalts-Versicherung der Bewerber um Auskultantenstellen ist genau zu prüfen.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1824, S. 267, Nr. 2043.

- Vorschrift bei Ansprüchen unentgeltlich dienender Auskultanten auf Adjuten.

Justiz-Hofdecret vom 22. October 1824, S. 268, Nr. 2046.

haben die nicht versehenen Dienste des unteren Rathspersonales des Landrechtes zu versehen und können auch bei dem Appellationsgerichte zur Aushilfe verwendet werden.

Justiz-Hofdecret vom 27. Mai 1825, S. 302, Nr. 2098.

- Gleichförmige Abfassung der Tabellen über die Verwendung der Auskultanten.

Justiz-Hofdecret vom 2. December 1825, S. 330, Nr. 2149.

- Festsetzung der Zahl der Auskultanten bei dem Civil-Justiz-Senate des Wiener Magistrates auf vier und zwanzig.

Justiz-Hofdecret vom 14. April 1826, S. 16, Nr. 2180.

- Bestimmung der Zahl der Auskultanten für das Triester Mercantil- und Wechselgericht, für das steierische Landrecht, für das kärnthnerische und für das krainerische Stadt- und Landrecht

Justiz-Hofdecret vom 21. Juli 1826, S. 35, Nr. 2205.

- Für das Stadt- und Landrecht zu Rovigno werden sechs Auskultanten, wovon vier mit Adjuten von dreihundert Gulden betheilt werden dürfen, bewilliget.

Justiz-Hofdecret vom 21. Juli 1826, S. 35, Nr. 2206.

- Bestimmung der Zahl der Auskultanten bei den Landrechten, Magistraten und Criminalgerichten in Galizien und in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1826, S. 36, Nr. 2207.

- Die Auskultanten, und besonders die mit Adjuten betheilt, sollen dort verwendet werden, wo es das Beste des Dienstes fordert.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1826, S. 36, Nr. 2207.

- In wieferne die Auskultanten bei dem Lemberger Magistrats mit Adjuten zu betheilen sind.

Justiz-Hofdecret vom 23. September 1826, S. 49, Nr. 2223.

- sollen für das Beste des Dienstes gehörig gebildet, oder wenn sie nicht die erforderlichen Eigenschaften besitzen, entfernt, oder in erledigten Kanzleidienssten untergebracht werden.

Justiz-Hofdecret vom 6. October 1826, S. 50, Nr. 2224.

- Bei dem Prager Magistrats wird die Zahl der Auskultanten auf vierzig sistemisirt, die Verwendung derselben dem dortigen Bürgermeister und deren Aufnahme dem böhmischen Appellationsgerichte allein überlassen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Jänner 1827, S. 63, Nr. 2249.

Auscultanten. Ueber die Verwendung und das Betragen der Auscultanten bei dem Prager Magistrat hat der dortige Bürgermeister, gleichzeitig mit den Geschäftsausweisen, die gewissenhafte Aeußerung dem böhmischen Appellationsgerichte vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Jänner 1827, S. 63, Nr. 2249.

- Behandlung der Auscultanten bei der von ihnen zur Erweiterung ihrer Sprachkenntnisse angeseuchten Uebersetzung zu einer anderen landesfürstlichen Gerichtsbehörde.

Justiz-Hofdecret vom 6. April 1827, S. 76, Nr. 2270.

- Vorschrift über die Prüfung der Auscultanten; Bedingungen und Gegenstand derselben.

Justiz-Hofdecrete vom 13. April 1827, S. 77, Nr. 2272, und vom 8. Mai 1829, S. 154, Nr. 2399.

- Dem Stadt- und Landrechte zu Innsbruck in Tirol werden acht Auscultanten bewilliget.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1827, S. 84, Nr. 2285.

- Concurß zur Besetzung der Auscultantenstellen.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juli 1827, S. 89, Nr. 2295.

- Bedingungen der Beförderung der Jöglinge der thesesianischen Ritterakademie und des Wiener Stadtconvictes zu Auscultanten.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1828, S. 130, Nr. 2359.

- Den nach Triest oder Zara bestimmten und von dort nicht gebürtigen Auscultanten wird ein Adjutum von 400 fl. bewilliget.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1828, S. 130, Nr. 2359.

- Die Verleihung der Auscultantenstellen an Jöglinge des Theresianums und des Wiener Stadtconvictes haben sich Seine Majestät vorbehalten.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1828, S. 130, Nr. 2359.

- Den bedingt ernannten Auscultanten ist der Dienstrang von dem Zeitpuncte auszumessen, wo sie wirkliche Dienste zu leisten anfangen.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1828, S. 141, Nr. 2376.

- Unbefoldete Beamte, die größere Schulden machen, als sie von ihrem Vermögen bezahlen können, sind zu entlassen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Juni 1829, S. 162, Nr. 2410.

- Die mit Adjuten theilteilen Auscultanten haben sich binnen drei Jahren der Prüfung für das Richteramt zu unterziehen.

Justiz-Hofdecret vom 20. November 1830, S. 216, Nr. 2492.

- In den Zeugnissen über die Prüfungen für Auscultantenstellen sind die Noten: hinlänglich, gut, ausgezeichnet, auszubrüden.

Justiz-Hofdecret vom 11. November 1831, S. 25, Nr. 2538.

- Sperrung der Adjuten der landesfürstlichen Auscultanten bei Urlaubs-Überschreitungen.

Justiz-Hofdecret vom 14. April 1832, S. 60, Nr. 2559.

- Bei dem Magistrat zu Graz wird die Vermehrung der Auscultanten bis auf sechs gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1832, S. 65, Nr. 2572.

- Bei dem Criminal-Senate des Wiener Magistrates beziehen die Auscultanten kein Adjutum.

Hofkanzlei-Decret vom 15. September 1832, S. 69, Nr. 2576.

- haben künftig, wenn sie ein ihr Adjutum übersteigendes gesichertes Einkommen erlangen, darüber die Anzeige zu erstatten, und auf das Adjutum Verzicht zu leisten.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1834, S. 108, Nr. 2644.

- Vorschrift für die landesfürstlichen Collegialgerichte erster und zweiter Instanz in Rücksicht der Ernennung der Auscultanten.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

Auscultanten. Für das Landrecht in Lemberg werden fünfzehn Auscultanten mit vier Adjuten, für jenes zu Czernowiz sechs Auscultanten mit vier Adjuten, für die zu Stanislawow und Tarnow sechs Auscultanten mit vier Adjuten, wovon die eine Hälfte auf 300 fl., die andere auf 200 fl. festgesetzt wird, sistemisirt.

Justiz-Hofdecret vom 14. Jänner 1837, S. 101, Nr. 165.

- Vorschrift über die Ernennung sistemisirter und überzähliger Auscultanten, ihre Prüfung, Verwendung, Uebersetzung und Verleihung der Adjuten. Dieselben haben unter sich keinen Rang.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juni 1837, S. 128, Nr. 207.

- Adjutirte Auscultanten haben sich binnen drei Jahren mit dem Wahlfähigkeits-Decrete für das Civil- und Criminal-Richteramt auszuweisen.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juni 1837, S. 128, Nr. 207.

- Vorschrift über die Aufnahme der Auscultanten bei dem Grazer Magistrat.

Hofkanzlei-Decret vom 7. November 1838, S. 306, Nr. 303.

- Vorschrift über die Verwendung der Auscultanten als Criminal-Inquirenten und Botanten.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1839, S. 342, Nr. 365.

- Vorschrift über die Ernennung der Auscultanten bei dem Civil- und bei dem Criminal-Senate der Stadt Wien.

Justiz-Hofdecret 13. April 1841, S. 569, Nr. 524.

- Die unentgeltlichen überzähligen Auscultanten rücken bei Erledigung sistemisirter Auscultantenstellen von selbst ohne besondere Ernennung ein.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 585.

- dürfen nicht zu lange durch aushilfsweise Dienstleistung bei Bezirks-Commissariaten ihrer eigentlichen Bestimmung entzogen werden.

Justiz-Hofdecret vom 11. October 1842, S. 63, Nr. 648.

- Belohnung von jährlichen 500 fl. für die bei einem Gerichte außer ihrem Amtsorte in Dalmatien verwendeten Auscultanten nebst der Vergütung der Reisekosten, und Einstellung ihres Adjutums.

Justiz-Hofdecret vom 17. October 1843, S. 157, Nr. 752.

- Adjuten der Auscultanten unterliegen nicht der Dienstverleihungs-Laxe.

Hofkammer-Decret vom 27. Februar 1844, S. 195, Nr. 788.

- Normirung des Institutes der Auscultanten bei den organisirten Magistraten; deren Aufnahme, Verwendung und Bethheilung mit Adjuten. Dieselben haben unter sich keinen Dienstrang; Berechnung deren Dienstzeit.

Hofkanzlei-Decret vom 15. März 1844, S. 198, Nr. 794.

- Vorschrift für die oberste Justizstelle über die Aufnahme der Auscultanten.

Allerhöchste Entschliessung vom 4. Mai 1844, S. 208, Nr. 804.

- Vorschrift über die Verwendung der Auscultanten bei den Gerichtsstellen.

Justiz-Hofdecret vom 28. Mai 1845, S. 264, Nr. 887.

- Jene mit Adjuten theilte Auscultanten sind in dem Verichte, womit die Geschäftsausschüsse vorgelegt werden, von den landesfürstlichen Gerichtsbehörden namentlich aufzuführen, welche sich in der vorgeschriebenen Frist mit dem Richteramts-Decrete noch nicht ausgewiesen haben.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1846, S. 317, Nr. 934.

- Für Auscultanten bei den landesfürstlichen Gerichten in Galizien wird das Adjutum auf 300 fl. C. M. bestimmt.

Justiz-Hofdecret vom 26. August 1846, S. 356, Nr. 980.

- Selbst bei einer bedingten Ernennung zum Auscultanten ist nur jener Revers anzunehmen, wo der Reversaussteller, unbeschadet der Pflichten gegen seine eigene Familie, den versprochenen Unterhalt wirklich zu leisten im Stande ist.

Allerhöchste Entschliessung vom 10. April 1847, S. 454, Nr. 1056.

Auscultanten. Vorschrift über die Anweisung der Adjuten für Auscultanten.

Justiz-Hofdecret vom 12. Jänner 1848, S. 488, Nr. 1112.

Auscultanten-Prüfung. S. Prüfung.

Auscultantenstelle. S. Auscultanten.

Ausfertigung. Die im Namen einer öffentlichen Behörde fälschlich unternommene Ausfertigung von Brandzeugnissen und Bettelpässen ist das Verbrechen des Betruges.

Justiz-Hofdecret vom 14. Juni 1823, S. 151, Nr. 1947.

- Bestimmung der Gebühr für die Ausfertigung eines Grundbuchs-Auszuges bei den Schutz- und unterthänigen Städten, dann bei den Wirthschaftsämtern in Böhmen.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juni 1825, S. 302, Nr. 2099.

- jedes öffentlich anzuschlagenden Edictes auf einem fünfzehn Kreuzer Stämpel.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1826, S. 1, Nr. 2155.

- Pflicht des requirirenden Richters zur Ausfertigung der gestämpelten Abschrift der ihm vom requirirten Richter zugesendeten Original-Schätzungsurkunde.

Justiz-Hofdecret vom 26. Jänner 1828, S. 108, Nr. 2324.

- Die Ausfertigung der ersten Abschriften von Testamenten und Inventarien hat nie von Amtswegen zu geschehen.

Justiz-Hofdecrete vom 17. Jänner 1835, S. 134, Nr. 2684; und 30. October 1844, S. 239, Nr. 843.

- Bestimmung jener Urkunden, welche bei Ausfertigung neuer Obligationen in Amortisationsfällen beigebracht werden müssen.

Hofkanzlei-Decret vom 11. November 1836, S. 93, Nr. 158.

- Vorschrift über die Ausfertigung der Schlußzettel der Waaren-Zensalen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 8. April 1842, S. 17, Nr. 606.

- Vorschrift für katholische Seelsorger hinsichtlich der Ausfertigung der Trauungsscheine über gemischte Ehen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. April 1843, S. 118, Nr. 700.

- Das Appellationsgericht ist nicht berechtigt, bei Cassirung eines Urtheiles des ersten Richters die stämpelfreie Ausfertigung des statt des cassirten neu zu schöpfenden Urtheiles anzuordnen.

Justiz-Hofdecret vom 30. August 1843, S. 137, Nr. 736.

- Verfahren bei Ausfertigung der Empfangsbestätigungen, Quittungen oder Larnoten über die von Beamten eingezahlten Diensttaxen.

Hofkammer-Decret vom 30. September 1845, S. 274, Nr. 902.

- Welchen Personen der Titel „Herr und Frau“ in gerichtlichen Ausfertigungen zu geben sei.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 3. Juli 1848, S. 644, Nr. 1167.

- der Fedine criminali. S. Fedine criminali.

Ausfolgung. Aufhebung der verfügten Einhaltung mit der Ausfolgung der Erbschaften an belgische Erben.

Justiz-Hofdecret vom 26. Mai 1840, S. 500, Nr. 444.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und der Republik Mexico, über die Ausfolgung der Erbschaften an Unterthanen der beiderseitigen Staaten.

Vom 28. Juli 1842, S. 45, Nr. 626.

- Die Ausfolgung eines in einer Concursmasse befindlichen Gutes an den Gläubiger, welcher ein Eigenthumsrecht darauf geltend gemacht hat, hängt von der Beurtheilung des Concursrichters ab.

Allerhöchste Entschliessung vom 20. November 1847, S. 476, Nr. 1096.

Ausgaben. S. Aufwand.

Ausgegorenes Bier. S. Bier.

Ausgleichung. Bei dem Verfahren über auf vollen Glauben verdienende Urkunden sich gründende Klagen ist der Versuch der vorläufigen Conciliation gänzlich ausgeschlossen, jedoch hat der Richter bei den Tagsatzungen sich zur Erzielung einer gütlichen Ausgleichung der Parteien zu verwenden.

Justiz-Hofdecret vom 28. September 1840, S. 532, Nr. 467.

Ausgemusterte Zöglinge. S. Zöglinge.

Aushilfe. Die Länderstellen sind befugt, den Gerichtsbeamten Aushilfen bis zu dem Betrage von 50 fl. C. M. anzuweisen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juli 1822, S. 111, Nr. 1881.

— durch Auscultanten kann den Landgerichten in Tirol in dringenden Fällen bewilliget werden.

Justiz-Hofdecret vom 15. December 1823, S. 168, Nr. 1980.

— Wegen Leistung der unentgeltlichen Aushilfe von dem unteren Rathspersonale bei Krankheit, Abwesenheit oder Abgang eines oder des anderen unter demselben.

Justiz-Hofdecret vom 27. Mai 1825, S. 302, Nr. 2098.

— Vorschrift über die Behörden bei Verleihung von Geld-Aushilfen an landesfürstliche Beamte und Diener.

Hofkammer-Decret vom 6. Mai 1836, S. 81, Nr. 140.

— Erläuterung der Vorschrift bezüglich der Bewilligung von Aushilfen an Beamte und Diener.

Hofkammer-Decret vom 22. März 1844, S. 202, Nr. 796.

— Das Appellationsgericht hat sich über die der obersten Justizstelle vorzulegenden Unterstützungsgesuche von Justizbeamten vorläufig mit der die bewilligte Aushilfe anweisenden Landesstelle in das Einvernehmen zu setzen.

Justiz-Hofdecret vom 12. August 1847, S. 468, Nr. 1080.

— S. Landgerichte.

Aushilfsdienste. Die Concept-Practikanten der Landgerichte in Tirol haben, wenn sie zur zeitlichen Aushilfe von einem Landgerichte zum anderen überseht werden, in der Regel nur die Vergütung der Reisekosten, keine Tagelder oder andere Belohnung ihrer Aushilfsdienste zu fordern. Nur aus besonderen Gründen, und im Falle der Substitution auf einen erledigten Dienstposten, kann ihnen eine angemessene Entschädigung bewilliget werden.

Justiz-Hofdecret vom 2. Jänner 1830, S. 181, Nr. 2445.

Aushilfsgefuche. S. Aushilfe, Gesuche.

Aushilfsreferenten. Wenn für landesfürstliche Gerichte um Beizehung eines Aushilfsreferenten angesucht wird, ist zugleich der Vorschlag zur Benennung desselben zu erstatten.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1834, S. 108, Nr. 2643.

Aushilfsweise Dienstleistung. S. Dienstleistung.

Auskommen. S. Unterhalt.

Auskünfte. Im Zweifel, ob ein Individuum, das sonst der Würdigste zur Erhaltung einer erledigten Dienststelle wäre, eine hiezu erforderliche Eigenschaft besitze oder nicht, sind sich immer vorläufig die nöthigen Auskünfte zu verschaffen, und solche in den zu ersittenden Vorschlägen mit aufzuführen.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 48, Nr. 1807.

— Die Criminalgerichte haben sich um die Auskünfte über verfälschte Creditpapiere nicht an die Nationalbank, sondern an die allgemeine Hofkammer zu wenden.

Justiz-Hofdecret vom 22. October 1825, S. 325, Nr. 2138.

— Einholung der nöthigen Auskünfte über den ganzen Lebenslauf des zur Anstellung im Staatsdienste gewählten Individuums.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1826, S. 31, Nr. 2199.

Auskünfte. Um Auskünfte über Creditgegenstände haben sich die Criminalgerichte mittelst des vorgesetzten Appellationsgerichtes an die oberste Justizstelle zu wenden.

Justiz-Hofdecret vom 2. October 1829, S. 172, Nr. 2429.

- Hintanhaltung jeden Mißbrauches der landesfürstlichen Behörden bei Forderung von Auskünften von der Geistlichkeit.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Mai 1837, S. 126, Nr. 202.

- Vorschrift für Criminal- und Polizeibehörden über die Ertheilung der Auskünfte an den Schutzverein für entlassene Sträflinge.

Hofkanzlei-Decret vom 17. April 1847, S. 460, Nr. 1060.

Auskunftstabellen. S. Tabellen.

Ausländer dürfen von den Unterbehörden nur mit Bewilligung der Hofstellen angestellt werden.

Justiz-Hofdecret vom 1. December 1823, S. 163, Nr. 1976.

- erhalten die österreichische Staatsbürgerschaft nur durch wirkliche nicht durch provisorische Staatsdienste.

Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1828, S. 118, Nr. 2338.

- Die Nationalität der auf den Spielberg bei Brunn abgelieferten Verbrecher, welche Ausländer sind, ist jedesmal der Auskunftstabelle beizuschließen.

Justiz-Hofdecret vom 21. März 1829, S. 147, Nr. 2389.

- Bei Verleihung des Weiser- und Bürgerrechtes an militärpflichtige Ausländer, welche aus Staaten sind, mit denen Cartels-Conventionen bestehen, ist die Beibringung des Auswanderungs-Gesetzes oder eine glaubwürdige Nachweisung der erfüllten oder nachgesehenen Militärpflicht zu fordern.

Hofkanzlei-Decret vom 1. März 1832, S. 34, Nr. 2550.

- Großjährige Kinder eines Ausländers, welcher österreichischer Staatsbürger geworden ist, erlangen die österreichische Staatsbürgerschaft nicht.

Hofkanzlei-Decret vom 30. August 1832, S. 65, Nr. 2573.

- Bedingungen der Erwerbung der österreichischen Staatsbürgerschaft durch den zehnjährigen ununterbrochenen Wohnsitz eines Ausländers in den österreichischen Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 1. März 1833, S. 79, Nr. 2597.

- Die österreichischen Unterthaninnen verlieren durch ihre Verehelichung mit einem Ausländer die österreichische Staatsbürgerschaft.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Juni 1835, S. 19, Nr. 31.

- Behandlung der Ausländer, welche ihre Facultäts-Studien an österreichischen Lehranstalten zurücllegen.

Decrete der Studien-Hofcommission vom 19. Jänner 1839, S. 322, Nr. 329, und 3. November 1839, S. 353, Nr. 385.

- Abschaffung der über verbotenen Spielen betretenen Ausländer aus den k. k. Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 16. October 1840, S. 533, Nr. 469.

- Den zur Secte der Deutschkatholiken gehörigen Ausländern wird der Eintritt in die österreichischen Staaten nicht gestattet.

Hofkanzlei-Präsidial-Schreiben vom 26. Jänner 1846, S. 308, Nr. 923.

- Vorschrift über die Behandlung der Verlassenschaften von Ausländern, wenn dieselben im österreichischen Militärdienste sterben.

Allerhöchste Entschliebung vom 14. Februar 1846, S. 316, Nr. 932.

Ausländerinnen. Die österreichische Staatsbürgerschaft erlangt eine Ausländerin durch ihre Verehelichung mit einem österreichischen Staatsbürger.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Februar 1833, S. 79, Nr. 2595.

Ausländische Aerzte und Wundärzte. S. Aerzte, Wundärzte.

Ausländische Behörden. Schriftenwechsel der böhmischen Cameral-Gefällen-Verwaltung mit den für gleiche Zwecke bestellten ausländischen Behörden.

Justiz-Hofdecret vom 24. Jänner 1834, S. 106, Nr. 2639.

- Behörden. Vorschrift über die Nichtvollziehung der wider österreichische Unterthanen von ausländischen Behörden gefällten Straf-Erkenntnisse in den österreichischen Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 24. Mai 1841, S. 583, Nr. 542.

- Behörden. Vorschrift über die zollämtliche Untersuchung des von einer ausländischen Behörde an ein inländisches Criminalgericht eingelangten Gegenstandes einer criminalgerichtlichen Amtshandlung.

Hofkammer-Decret vom 6. März 1844, S. 196, Nr. 791.

- Criminalbehörden. S. Criminalgerichte.
- Gerichte. Vorschrift wegen Nichtvollziehung der von ausländischen Gerichten geschöpften Straf-Erkenntnisse durch österreichische Behörden.

Justiz-Hofdecret vom 10. November 1840, S. 537, Nr. 476.

- Gerichte. Zollämtliche Behandlung der von ausländischen Behörden an österreichische Criminalgerichte eingesendeten Gegenstände (Corpora delicti).

Hofkammer-Decret vom 4. Jänner 1843, S. 85, Nr. 669.

- Gerichte. Vorschrift hinsichtlich der an die politischen Behörden von auswärtigen Gerichtsbehörden zur Zustellung einlangenden Erlässe.

Hofkanzlei-Decret vom 22. April 1843, S. 117, Nr. 697.

- Münzen. S. Münzen.
- Orden. S. Orden.
- Silbtermünze. S. Münzsorte.
- Verbrecher. S. Verbrecher.

Ausländischer Adel. S. Adel.

Auslagen. Vermeidung aller unnöthigen Auslagen in allen Zweigen der Staats-Erfordernisse.

Justiz-Hofdecret vom 7. October 1826, S. 51, Nr. 2225.

- In wieferne die zu einem Vermögen gelangenden Findelkinder die für sie bestrittenen Auslagen an das Findelhaus zu ersetzen haben.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1839, S. 359, Nr. 389.

- Vorschrift hinsichtlich der Ersagansprüche an Schifförheder für Auslagen, welche für den Lebensunterhalt und die Heimkehr der Mannschaft von unverschuldet verunglückten oder gelapperten österreichischen Schiffen verwendet wurden.

Hofkammer-Decret vom 20. August 1844, S. 215, Nr. 824.

- Bestreitung der Auslagen auf den Religionsunterricht für Criminal-Arrestanten aus dem Religionsfonde.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1844, S. 235, Nr. 835.

- auf die Criminalgerichtspflege in Böhmen werden vom Jahre 1846 angefangen als Staatsaufwand erklärt.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Februar 1845, S. 252, Nr. 867.

- Vorschrift über die Behandlung der Auslagen, welche durch die auf Ansuchen des Fiscus in Civilstreitigkeiten oder im Executionewege vorgenommenen Augenscheine und Schätzungen veranlaßt werden.

Hofkammer-Decret vom 31. December 1846, S. 400, Nr. 1016.

- Vorschrift für Beamte hinsichtlich der Aufrechnung der Nebenauslagen bei Dienststreifen mittelst der Eisenbahn.

Hofkammer-Decret vom 31. Jänner 1848, S. 489, Nr. 1114.

Auslagen. S. Aufwand.

Auslagkästen. Verbot der Ausstellung der Aethergattungen und der zum Einathmen derselben nöthigen Apparate in den Auslagkästen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1847, S. 473, Nr. 1091.

Ausland. Wenn um die Auslieferung eines im Auslande verhafteten Beschuldigten im Ministerialwege eingeschritten wird, ist davon die auswärtige Behörde zu benachrichtigen.

Justiz-Hofdecret vom 23. März 1822, S. 89, Nr. 1854.

- Vorschrift über die Stämpfung der im Auslande errichteten Urkunden, wenn im Inlande ein legaler Gebrauch davon gemacht wird.

Justiz-Hofdecrete vom 13. August 1824 und 6. Mai 1826, S. 261 und 17, Nr. 2029 und 2183.

- Die von den österreichischen Unterthanen ausgestellten Urkunden, von welchem im Auslande Gebrauch gemacht werden soll, sind von den Unterbehörden zu unterfertigen und mit der Legalisirung des Appellationsgerichtes zu versehen.

Justiz-Hofdecret vom 11. November 1825, S. 329, Nr. 2144.

- Bestrafung der im Auslande von einem Inländer begangenen, dort nicht bestraften oder nicht nachgesehenen Polizei-Übertretung bei seiner Betretung im Inlande.

Hofkanzlei-Decret vom 24. April 1828, S. 119, Nr. 2341.

- Bestimmung der Titulatur derjenigen Individuen in den ämtlichen Erlässen, welche zur Annahme des ihnen vom Auslande verliehenen Adels oder der Standes-Erhöhung die Bewilligung Seiner Majestät erhalten haben.

Hofkanzlei-Decret vom 20. August 1829, S. 170, Nr. 2425.

- Vorschrift über die Zustellung der Klagen an außer Landes wohnende Personen, deren Aufenthalt bekannt ist.

Justiz-Hofdecret vom 11. Mai 1833, S. 91, Nr. 2611.

- Vorschrift über die Zustellung der aus dem Auslande im ministeriellen oder ämtlichen Wege einlangenden Vorladungen oder anderen gerichtlichen Verordnungen.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1835, S. 9, Nr. 23.

- Behandlung der landesfürstlichen und ihnen gleichgehaltenen Beamten hinsichtlich der Gebühren und Taxen bei Ueberschreitung in das Ausland.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1835, S. 10, Nr. 24.

- Behandlung der an ausländischen Universitäten graduirten Aerzte und Wundärzte bei unbefugter Krankenbehandlung.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Februar 1836, S. 76, Nr. 128.

- Beweisraft der im Auslande errichteten, von Gesandtschaften oder Consulen legalisirten Notariats- und anderen öffentlichen Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 22. Jänner 1838, S. 167, Nr. 249.

- Erforderniß der Vorstudien bei Ausländern, welche die Facultäts-Studien an österreichischen Lehranstalten zurücklegen, und im Inlande die Praxis ausüben wollen.

Decret der Studien-Hofcommission vom 3. November 1839, S. 353, Nr. 385.

- Vorschrift über die Abnahme des landesfürstlichen Abfahrtsgeldes von dem in das Ausland abziehenden unterthänigen Vermögen, mit welchem keine Vermögens-Freizügigkeitsverträge bestehen.

Hofkammer-Decret vom 28. Februar 1840, S. 474, Nr. 412.

- Vorschrift wegen Nichtvollziehung der im Auslande geschöpften Straf-Erkenntnisse durch österreichische Behörden.

Justiz-Hofdecret vom 10. November 1840, S. 537, Nr. 476.

- In wieferne den im Auslande außer dem deutschen Bundesgebiete erschienenen Werken der Censur der österreichischen Regierung gegen den Nachdruck gewährt werde.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

Ausland. Vorschrift für Zollämter über das zollämterliche Verfahren, wenn die im Inlande entwendeten und den Dieben im Auslande abgenommenen Gegenstände als Corpora delicti von einer anderen strafgerichtlichen Behörde des Auslandes, als einem Criminalgerichte, an eine andere öffentliche Behörde des österreichischen Zollgebietes, als an ein Criminalgericht, eingesendet werden.

Hofkammer-Decret vom 26. September 1847, S. 472, Nr. 1089.

— S. auch Auslieferung, Urtheile.

Auslieferung. Wenn um die Auslieferung eines im Auslande verhafteten Schuldigen im Ministerialwege eingeschritten wird, ist die auswärtige Behörde davon zu benachrichtigen.

Justiz-Hofdecree vom 23. März 1822, S. 89, Nr. 1854.

— Vertrag mit der schweizerischen Eidgenossenschaft über die wechselseitige Auslieferung der Verbrecher.

Justiz-Hofdecree vom 10. October 1828, S. 133, Nr. 2364.

— In Fällen der Auslieferung eines Verbrechers an eine fremde Regierung hat sich die Landesstelle mit dem Appellationsgerichte in das Einvernehmen zu setzen.

Hofkanzlei-Decret vom 8. October 1829, S. 172, Nr. 2430.

— Der mit Parma im Jahre 1818 geschlossene Vertrag, über die gegenseitige Auslieferung der Verbrecher, wird bis Ende 1839 verlängert.

Hofkanzlei-Decret vom 20. November 1829, S. 179, Nr. 2441.

— Staatsvertrag mit Rußland und Preußen, über die Auslieferung der Staatsverbrecher.

Patent vom 4. Jänner 1834, S. 105, Nr. 2637.

— Ergänzung des unterm 25. März 1818 fundgemachten Staatsvertrages zwischen Oesterreich und Parma, wegen wechselseitiger Auslieferung der Deserteure.

Hofkanzlei-Decret vom 1. Februar 1836, S. 73, Nr. 121.

— Staatsvertrag mit den deutschen Bundesstaaten, über die wechselseitige Auslieferung der Verbrecher.

Patent vom 24. und Justiz-Hofdecree vom 30. October 1837, S. 149 und 152, Nr. 236 und 239.

— Staatsvertrag mit Sardinien, über die wechselseitige Auslieferung der Verbrecher.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Juli 1838, S. 270, Nr. 286.

— Ausdehnung des mit den deutschen Bundesstaaten geschlossenen Staatsvertrages, wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher, auf alle österreichischen Provinzen, in welchen das Strafgesetz vom Jahre 1803 Anwendung findet.

Justiz-Hofdecree vom 25. Februar 1839, S. 333, Nr. 346.

— Verlängerung des Staatsvertrages mit Parma, wegen wechselseitiger Auslieferung der Verbrecher.

Hofkanzlei-Decret vom 20. December 1839, S. 362, Nr. 398.

— Staatsvertrag zwischen Oesterreich und dem Königreiche beider Sicilien, über die wechselseitige Auslieferung der Verbrecher und Militärpflichtigen.

Vom 24. December 1845, S. 297, Nr. 917.

— Staatsvertrag zwischen Oesterreich und dem Königreiche beider Sicilien, über die wechselseitige Auslieferung der Deserteure von Kriegs- oder Handelsschiffen.

Vom 4. Juli 1846, S. 340, Nr. 973.

— Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Rußland, über die wechselseitige Auslieferung der Deserteure von Kriegs- oder Handelsschiffen.

Vom 20. Juli 1846, S. 348, Nr. 974.

— Wann die Auslieferung des flüchtigen Beschuldigten an dasjenige Criminalgericht, welches den Steckbrief erlassen hat, gerechtfertiget ist.

Justiz-Hofdecree vom 15. Juli 1847, S. 466, Nr. 1076.

Auslieferung. Militärbehörden haben Soldaten, welche wegen eines vor der Affentirung im Civilstand begangenen Verbrechens bereits gerichtlich verfolgt worden sind, und sich dieser Verfolgung durch die Affentirung entzogen haben, von Amtswege unverzüglich an die Civilbehörde auszuliefern.

Decret des Hofkriegsrathes vom 29. März 1848, S. 572, Nr. 1131.

- Die sardinische Regierung hat den wegen Auslieferung der Verbrecher mit Oesterreich geschlossenen Staatsvertrag aufgekündigt.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1848, S. 616, Nr. 1138.

Ausreißer. S. Deserteur.

Ausrufen von Druckschriften. Beschränkung des öffentlichen Ausrufens von Druckschriften.

Rundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Ausrufer. Druckschrift über die Bestimmung der Gebühren der Ausrufer bei gerichtlichen Versteigerungen, welche durch Streitsachen oder Concurse veranlaßt werden.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1840, S. 472, Nr. 407.

Aussage. Auch bei Wucher-Untersuchungen können sich die nächsten Verwandten des Beschuldigten der Aussagen als Zeugen entschlagen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 309, Nr. 2108.

- Gültigkeit der Aussage eines Angestellten der Eisenbahn-Unternehmung.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §. 51.

Ausscheidung. Vorschrift über die Ausscheidung der Uebartsteuer aus der niederösterreichischen Landtafel.

Justiz-Hofdecret vom 9. März 1841, S. 564, Nr. 515.

Ausschließung der herrschaftlichen Privatbeamten von politischen leitenden Diensten, wenn sie sich einer schweren Polizei-Übertretung schuldig machen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Juli 1825, S. 311, Nr. 2116.

- der sich bei Bestand- oder sonstigen Verträgen über Aerial-Lieferungen der Bestechung öffentlicher Beamten schuldig machenden und über abgeführte gerichtliche Untersuchung nicht schuldlos erklärten Individuen von jeder Concurrrenz zu derlei Verträgen.

Hofkanzlei-Decret vom 1. December 1847, S. 478, Nr. 1101.

Ausschreibung der Concurse. S. Concurse.

Außerordentliche Revision. S. Revision.

Außig. Aufstellung eines Elbezollgerichtes zu Außig in Böhmen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 2. December 1845, S. 289, Nr. 912.

Ausspähung. Militärgesetze über die Verbrechen der Ausspähung und der unbefugten Werbung.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1821, S. 54, Nr. 1808.

Ausspielung. Vorschrift für Schägelleute bei Abschätzung der zur Auspielung bestimmten Güter und Realitäten.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1839, S. 360, Nr. 391.

Aussteller. Gegen die Aussteller in Wien zahlbarer förmlicher Wechsel findet der Auftrag, binnen 24 Stunden zu zahlen Statt.

Justiz-Hofdecret vom 24. December 1828, S. 142, Nr. 2379.

Ausstellung. Vorschrift über die Ausstellung und Bestätigung ärztlicher Zeugnisse für Beamte und andere Parteien von Seite der Protomediker, Kreisärzte und anderer öffentlicher Sanitäts-Beamten.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Juli 1830, S. 205, Nr. 2476.

- Vorschrift über die Ausstellung der Armuths-Zeugnisse für Israeliten in Prag zum Behufe der Stämpelbefreiung in ihren Rechtsstreitigkeiten.

Hofkammer-Decret vom 16. November 1843, S. 172, Nr. 766.

Ausstellung im Kreise. Aufhebung der Strafverschärfungen durch Ausstellung im Kreise bei schweren Polizei-Übertretungen, dann bei Übertretungen des Wucher-Patentes und der Sägungs-Vorschriften.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Mai 1848, S. 621, Nr. 1149.

- der Armuths-Zeugnisse. S. Armuths-Zeugnisse.
- der Fedine criminali. S. Fedine criminali.
- von Quittungen. S. Ausfertigung, Quittungen.
- trodener Wechsel. S. Wechsel.
- der Wahlfähigkeits-Decrete für das Richteramt. S. Wahlfähigkeits-Decret.

Austausch. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Sachsen, über den Austausch der in den Königreichen Böhmen und Sachsen enclavirten Parzellen.

Vom 30. März 1848, S. 572, Nr. 1132.

Austragen. Bestimmung des Trägerlohnes für das Abholen und Austragen der über 25 Pfunde wiegenden Acten-Päcke und Kisten für die Diener des niederösterreichischen Appellationsgerichtes.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1847, S. 418, Nr. 1030.

Ausübung. Bestimmung des Fonds, in welchen die den landesfürstlichen und Patrimonialgerichte-beamten, wegen vernachlässigter Ausübung des Richteramtes über schwere Polizei-Übertretungen, auferlegten Geldstrafen einzufließen haben.

Hofkanzlei-Decret vom 24. Juni 1830, S. 200, Nr. 2470.

- Behandlung der Ansprüche einer Gemeinde auf die Ausübung der Gerichtsbarkeit mittelst eines eigenen Magistrates.

Justiz-Hofdecret vom 18. December 1830, S. 219, Nr. 2497.

- Vorschrift über die Ausübung der Privilegien von solchen Personen, welchen die freie Vermögensverwaltung nicht zusteht.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Mai 1842, S. 36, Nr. 614.

- Befreiung der Grundobrigkeiten in Galizien von der Ausübung der Gerichtsbarkeit.

Patent vom 17. April 1848, S. 612, Nr. 1136.

- Bestimmung der Behörde zur Ausübung der Gerichtsbarkeit über die Eisen-, Hütten- und Hammerwerke, dann der Sensenhammer, welche aber jede Besitzveränderung den Berggerichten anzuzeigen hat.

Erlaß des Ministeriums für öffentliche Arbeiten vom 12. Juli 1848, S. 645, Nr. 1169.

Auswärtige Behörde. S. Behörde.

- Gesandte. S. Gesandte.

Auswanderer. Vorschrift über die Kundmachung der Erkenntnisse gegen unbefugt Ausgewanderte.

Hofkanzlei-Decret vom 19. September 1839, S. 350, Nr. 379.

- (unbefugte). Verpflichtung der Finanzwache zur Anhaltung der unbefugten Auswanderer.

Hofkammer-Decret vom 21. April 1843, S. 105, Nr. 696.

Auswanderung. Die nach dem §. 25 des Auswanderungs-Patentes gegen einen unbefugt Abwesenden erkannten Geldstrafen sind dem betreffenden Local-Armenfonde zuzuwenden.

Hofkanzlei-Decret vom 21. April 1836, S. 80, Nr. 137.

- Vor der Ertheilung der Bewilligung zur Auswanderung nach Krakau ist sich mit der Aufnahmewilligung des dortigen Senates auszuweisen.

Hofkanzlei-Decret vom 13. April 1837, S. 120, Nr. 192.

Auswanderung. Herrschaftliche, magistratische und landesherrliche Beamte, welche sich der Secte der Deutschkatholiken zuwenden, und dabei zu bleiben erklären, sind von ihrem Dienste zu entfernen, und zur Auswanderung zu verhalten.

Hofkanzlei-Präsidial-Schreiben vom 26. Jänner 1846, S. 308, Nr. 923, und

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1846, S. 310, Nr. 926.

— S. Freizügigkeit.

Auswanderungs-Gesetz.

Hofkanzlei-Decret vom 2. April und Patent vom 24. März 1832, S. 50, Nr. 2557.

— Kundmachung desselben, und besondere Vorschriften für österreichische Unterthanen, welche nicht erklärt haben, von dem 17. Artikel des Friedensschlusses vom 30. Mai 1814 Gebrauch machen zu wollen.

Hofkanzlei-Decret vom 2. April 1832, S. 50, Nr. 2557.

— Erläuterung der §§. 7, lit. e) 26, 27, 28 und 32 des Auswanderungspatentes, in Rücksicht der Einrückung der Einderufungs-Edicte in die Zeitungen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. April 1834, S. 110, Nr. 2649.

— Anwendung des §. 3, lit. c) des Auswanderungs-Patentes vom 24. März, 1832, über die Verpflichtung zur Landwehr, nur auf jene Landwehrpflichtigen, welche den Landwehr-Bataillons schon förmlich eingereiht sind.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Mai 1835, S. 8, Nr. 17.

— Erläuterung des §. 19 des Auswanderungs-Patentes vom 24. März 1832, hinsichtlich der Ehen österreichischer Unterthaninnen mit einem Ausländer.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Juni 1835, S. 19, Nr. 31.

Ausweise. Von jedem Ortsgerichte, welches bis Ende Februar eines jeden Jahres den durch Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1784 vorgeschriebenen Geschäftsausweis dem Appellationsgerichte nicht wirklich vorlegt, ist auf der Stelle und ohne Rücksicht ein Strafbetrag von 10 fl. C. M. zum Taxfonde einzutreiben. Das Appellationsgericht hat den Hauptausweis in jedem Jahre bis Ende April der obersten Justizstelle vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Jänner 1821, S. 1, Nr. 1729.

— Jährlich von den Länderstellen an die vereinigte Hofkanzlei zu ersättende Ausweise über Remunerationen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1821, S. 6, Nr. 1736.

— Die Absenz- und Verwendungs-Tabellen der Auscultanten eines jeden Landrechtes sind zugleich mit dem jährlichen Arbeits-Ausweise desselben an die oberste Justizstelle vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juli 1821, S. 37, Nr. 1775.

— Vorschrift über die Verfassung der Ausweise über die Criminalkosten der zum Ersatze derselben verurtheilten Inquisiten, welche der Landesstelle mitzutheilen sind.

Justiz-Hofdecret vom 6. November 1821, S. 52, Nr. 1807.

— Formular zu den jährlichen Hauptausweisen der Verbrechen und der Verbrecher.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1822, S. 75, Nr. 1835.

— Bloß zur Bestimmung des Stämpels soll für den Bescheid zur Verlassenschafts-Einantwortung ein Vermögensausweis nicht gefordert werden.

Hofkammer-Decret vom 10. April 1822, S. 92, Nr. 1862.

— Den periodischen Ausweisen über die bei dem niederösterreichischen Landrechte anhängigen Verlassenschafts- und Concurs-Abhandlungen beizulegende besondere Uebersichts-Tabelle.

Justiz-Hofdecret vom 18. April 1823, S. 141, Nr. 1935.

— Die in den Quiescentenstand versetzten Beamten haben den Ausweis ihrer Dienstjahre längstens binnen vier Monaten einzureichen.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1824, S. 277, Nr. 2055.

Ausweise. Stempel für die in Tirol üblichen Sicherheitsausweise.

Hofkammer-Decret vom 16. Februar 1825, S. 289, Nr. 2073.

- Die Verfassung der Sicherheits-Ausweise bei Concurs-Eröffnungen in Tirol und bei einer executiven Versteigerung betreffende Vorschrift.

Justiz-Hofdecret vom 22. October 1825, S. 326, Nr. 2139.

- der Väter und Vormünder über das Vermögen ihrer minderjährigen Kinder und Mündel, wann selbe vorgelegt werden müssen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1826, S. 2, Nr. 2158.

- Vorschrift über die Ausfüllung der Rubriken in den Dienstveränderungs-Ausweisen.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1826, S. 61, Nr. 2246.

- über die Dienstveränderungen bei Justizbehörden haben die Appellationsgerichte nur Einmal im Jahre, und zwar sechs Monate nach Herausgabe des Provinzial-Schematismus, an die oberste Justizstelle zu überreichen.

Justiz-Hofdecret vom 2. Mai 1828, S. 120, Nr. 2343.

- Vorschrift zur Verfassung der Ausweise über die schweren Polizei-Übertretungen und über die wegen derselben untersuchten Personen.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Juni 1840, S. 502, Nr. 449.

- Vorschrift über die Verfassung der statistischen Ausweise der Justizgeschäfte.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1841, S. 549, Nr. 490.

- Vorschrift über die Austragung der Prozesse in den Quartals-Ausweisen der Gerichtsbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 21. December 1841, S. 674, Nr. 580.

- Fristbestimmung für die Appellationsgerichte zur Vorlegung ihrer jährlichen Arbeitsausweise an die oberste Justizstelle, welche Seiner Majestät überreicht werden müssen.

Justiz-Hofdecret vom 24. Jänner 1842, S. 8, Nr. 594.

- Vorschrift für Criminalgerichte über die Verfassung der statistischen Ausweise.

Justiz-Hofdecret vom 7. März 1842, S. 14, Nr. 601.

- Formulare zu Ausweisen, deren sich die landesfürstlichen Behörden bei den Pensions- und Provisions-Verhandlungen über Staatsdiener, dann ihre Witwen und Waisen zu bedienen haben.

Hofkammer-Decret vom 10. Mai 1842, S. 28, Nr. 613.

- Vorschrift zur Verfassung der Ausweise über die von Verlassenschaften abzunehmenden gesetzlichen Gebühren.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Jänner 1843, S. 90, Nr. 677.

- Vierteljährige Vorlage der Ausweise über jene Militär-Individuen, welche in Civil-Anstellungen untergebracht wurden, an die politische Landesstelle.

Justiz-Hofdecret vom 30. Jänner 1843, S. 90, Nr. 678.

- Bei Einsendung der Jahresausweise über schwere Polizei-Übertretungen sind die Ursachen ihrer Vermehrung anzugeben.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Februar 1843, S. 96, Nr. 681.

- Vorschrift über die Verfassung der Ausweise über die bei dem Appellationsgerichte vorgekommenen Civil- und Criminalgeschäfte.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1844, S. 185, Nr. 773.

- Vorschrift und Formulare zur Verfassung der summarischen Jahresausweise über die wegen Verbrechen untersuchten Personen.

Justiz-Hofdecret vom 21. August 1844, S. 215, Nr. 825.

- In die summarischen Ausweise haben die Criminalgerichte nur die wirklich verhängten Strafen einzutragen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1846, S. 315, Nr. 929.

Ausweise. Das Appellationsgericht hat seinem an die oberste Justizstelle vorzulegenden Geschäftsausweise zugleich die Tabelle über den Personal- und Besoldungsstand der bei demselben angestellten Individuen beizulegen, und bei Vorlegung desselben jene der landesfürstlichen Collegialgerichte über den Personal- und Besoldungsstand zu überreichen.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1846, S. 317, Nr. 934.

- Die armuthshalber abgethanenen Todesfälle sind nicht in die Zahl der Verlassenschaften aufzunehmen, sondern in den jährlichen Geschäftsausweisen in der Rubrik „Anmerkung“ anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 14. Mai 1846, S. 334, Nr. 960.

- Decrete über Besitzstörungen- und Executions-Angelegenheiten, dann Contumaz- und über Schuldbetenntnisse geschöpfte Urtheile sind nicht in die Zahl der gefällten Civil-Urtheile in den vorzulegenden Geschäftsausweisen einzubeziehen, sondern lediglich in der Rubrik „Anmerkung“ der Zahl nach anzugeben.

Justiz-Hofdecret vom 14. Mai 1846, S. 334, Nr. 960.

- Die Concurrs-Instanzen haben am Schlusse eines jeden Jahres einen Ausweis über alle wider Cridatate eingeleiteten Untersuchungen an das Appellationsgericht vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 451, Nr. 1049.

- der Czernowitzer Magistrat und die Gemeindeggerichte in der Bukowina haben am Schlusse eines jeden Jahres einen Ausweis aller während des Jahres verhandelten Erbschaften unmittelbar an das galizische Appellationsgericht, die dortigen Wirthschaftsämter aber durch das Czernowitzer Kreisamt einzusenden.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 514, Nr. 1125.

- Formulare zu den Ausweisen über die hängenden Verlassenschaften, dann über die Waisen und Curanden bei dem Czernowitzer Magistrate, dann bei den Gemeindeggerichten und Wirthschaftsämtern in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 514, Nr. 1125.

- Die Geschäftsausweise und statistischen Tabellen der Gerichte sind dem Justizministerium vorzulegen.

Erlaß des Justizministers vom 21. August 1848, S. 652, Nr. 1177.

Ausweisung. Vorschrift über die Ausweisung des Hauptvermögens der minderjährigen Kinder oder Mündel.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1826, S. 2, Nr. 2158.

- des Werthes unterthäniger Realitäten zum Behufe der Erbsteuerbemessung.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Juni 1827, S. 86, Nr. 2289.

Auszahlung. Vorschrift über die Auszahlung der Pensionen, Provisionen, Erziehungs- und Unterhaltsbeiträge, dann Gnadengaben.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1821, S. 16, Nr. 1752.

- der Geld-Emolumente der Beamten hat immer gleichzeitig mit den Gehalten zu geschehen.

Justiz-Hofdecret vom 29. September 1827, S. 100, Nr. 2310.

- Vorschrift über die Auszahlung der Ausstände an Besoldungen, Pensionen, Provisionen oder Gnadengaben nach dem Tode der damit theilhaft gewesen Individuen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1828, S. 123, Nr. 2348.

- Bestimmung jener Urkunden, welche bei Auszahlung verlost oder aufgetündigter Capitalien in Amortisationsfällen beigebracht werden müssen.

Hofkanzlei-Decret vom 11. November 1836, S. 93, Nr. 158.

Auszahlung der liquidirten Entschädigungscapitale für die bei Einführung der Verzehrungssteuer aufgelassenen Consumtionsgefälle.

Hofkammer-Decret vom 13. März 1840, S. 476, Nr. 416.

— Bestimmung des Termins zur Auszahlung der Alimentation für suspendirte Beamte.

Hofkammer-Decret vom 16. Mai 1840, S. 491, Nr. 438.

Auszeichnung. Welche Auszeichnung den Criminalgerichts-Beisitzern zuzugestehen sei.

Justiz-Hofdecret vom 11. August 1821, S. 43, Nr. 1790.

Auszieh-Ordnung. Berechnung der Frist zur Aufkündigung vermieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Gebäude, und Zustellung dieser Aufkündigung.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1833, S. 76, Nr. 2592.

— Vorschrift über die Aufkündigung und Räumung vermieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in der Hauptstadt Linz.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1833, S. 82, Nr. 2602.

— Vorschrift über die Aufkündigung und Räumung vermieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in der Hauptstadt Graz.

Justiz-Hofdecret vom 6. Februar 1837, S. 102, Nr. 169.

— Vorschrift über die Aufkündigung und Räumung vermieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in der Hauptstadt Salzburg.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1839, S. 328, Nr. 342.

— Vorschrift über die Aufkündigung und Räumung vermieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser für die Stadt Brunn und ihre Vorstädte.

Hofkanzlei-Decret vom 5. October 1843, S. 143, Nr. 748.

— Vorschrift über die Aufkündigung und Räumung vermieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in den Städten Zara, Spalato, Ragusa, Cattaro; Sebenico und deren Vorstädte in Dalmatien.

— Justiz-Hofdecret vom 30. December 1843, S. 175, Nr. 770.

Auszieh-Patent. S. Auszieh-Ordnung.

Auszieh-Sachen. Der Magistrat in Prag ist ermächtigt, seine Erledigungen in Auszieh-Sachen, wenn sie Militär-Parteien betreffen, denselben unmittelbar zustellen zu lassen.

Justiz-Hofdecret vom 13. September 1836, S. 92, Nr. 155.

— Durch die Einführung des summarischen Verfahrens bei den Grundgerichts-Verwaltungen der Vorstädte Wiens wird an den Vorschriften in Auszieh-Sachen nichts geändert.

Justiz-Hofdecret vom 7. October 1846, S. 373, Nr. 988.

Auszüge. Fristbestimmung zur Stempelung der Auszüge aus obrigkeitlichen Protokollen.

Hofkammer-Decret vom 10. Jänner 1832, S. 29, Nr. 2544.

Auszug aus der Verfassungs- und Dienstvorschrift der Finanzwache.

Hofkammer-Decret vom 21. April 1843, S. 105, Nr. 696.

— Vorschrift über die Mittheilung von Auszügen aus dem Berathschlagungs-Protokolle des Criminalgerichtes über die gegen einen Beamten, wegen Verbrechen abgeführte Untersuchung an die zu dessen Disciplinarbehandlung berufene Oberbehörde.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1844, S. 215, Nr. 823.

Authenticität. Den Privat-Gesammlungen wird nicht die Authenticität einer gesetzlichen Kundmachung zugestanden.

Hofkanzlei-Decrete vom 15. April und 6. November 1833, S. 87 und 103, Nr. 2607 und 2634.

Autoren. S. Verfasser.

B.

Baden. Erläuterung des mit dem Großherzogthume Baden im Jahre 1819 geschlossenen Uebereinkommens über die Vollziehung der gegenseitigen Urtheile.

Justiz-Hofdecret vom 28. Mai 1838, S. 181, Nr. 272.

Bäuerlicher Grundbesitz. S. Besiß.

Bäume. Strafbestimmung auf die Beschädigung der auf öffentlichen Wegen gepflanzten Bäume und Alleen.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Jänner 1837, S. 99, Nr. 163.

- Verbot der Fällung der Bäume auf den an der Linie der Staats-Eisenbahn angränzenden Bergabhängen und Gründen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 234, Nr. 834.

- Vorschriften bei Anlage von Baumpflanzungen, bei dem Fällen oder Herablassen der Bäume in der Nähe der Eisenbahnen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §§. 21, 22.

Bagno marittimo. Ablieferung der Sträflinge in das Bagno marittimo zu Venedig.

Justiz-Hofdecret vom 9. October 1829, S. 173, Nr. 2432.

Bahnhof. In jedem Bahnhofe ist zur Eintragung der Beschwerden der Reisenden ein Buch in Bereitschaft zu halten.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §. 17.

Bayerische Berggesetze. S. Berggesetze.

- Gerichte. S. Baiern.

- Unterthanen. S. Baiern, Unterthanen.

Baiern. Vorschrift über die Mittheilung der Criminal-Akten an bayerische Gerichte.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1835, S. 64, Nr. 107.

- Staatsvertrag mit Baiern wegen Hintanhaltung und Bestrafung der an den gegenseitigen Landesgränzen verübten Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldsrevel.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1839, S. 349, Nr. 376 und

Hofkanzlei-Decret vom 14. Mai 1844, S. 209, Nr. 806.

- Vergütung der Commissionskosten für die auf Ersuchen der bayerischen Behörden von dem Wiener Criminal-Senate vorgenommenen Gerichtshandlungen.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1840, S. 500, Nr. 443.

- Die im Inn- und Hausruß-Kreise bisher geltenden bayerischen Berggesetze werden vom 1. Juli 1840 an außer Kraft gesetzt.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 3. Juni 1840, S. 501, Nr. 446.

- Vorschrift über das Verfahren bei den von den Unterthanen des Königreiches Baiern gegen österreichische Unterthanen eingebrachten Klagen.

Justiz-Hofdecret vom 13. Juli 1841, S. 594, Nr. 548.

- Bekanntgebung der königlich-bayerischen Circular-Berordnung hinsichtlich der von bayerischen Unterthanen im Auslande und von fremden Unterthanen in Baiern geschlossenen Ehen.

Hofkanzlei-Decret vom 31. März 1842, S. 15, Nr. 604.

- Belehrung wegen Einhebung und Abführung der in Fällen von Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldsrevel an der bayerischen Landesgränze zuerkannten Schadenersatzbeträge und Pfandgebühren an die Cassen des Staates, wo der Frevel verübt wurde; dann wegen Gleichstellung der Anzeigengebühren mit den Pfandgebühren in Bezug auf officielle Beitreibung und Abführung.

Hofkanzlei-Decret vom 18. September 1847, S. 471, Nr. 1087.

Banal-Gränze. Zuständigkeit der Militärgerichtsbarkeit in Fällen des standrechtlichen Verfahrens in der Banal-Gränze.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juli 1821, S. 36, Nr. 1774.

Banal, Warasdinier und Carlstädter General-Commando. Vorschrift über dessen Benennung in den Zuschriften an dasselbe.

Justiz-Hofdecret vom 20. März 1824, S. 196, Nr. 1993.

Banat. Beibringung der Compagnie-Certificate über fruchtlos versuchten Vergleich im summarischen Verfahren bei Militärgerichten in der banatischen Militärgränze.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

Bancal-Gefälldienste. S. Anstellung.

Bancal-Untersuchung. S. Untersuchung.

Banco d'assicurazioni. Vorrechte der in Triest unter der Benennung Banco d'assicurazioni entstandenen See-Assicuranz-Gesellschaft.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juli 1825, S. 311, Nr. 2115.

Banco-Lotto-Anleihe-Obligationen. S. Obligationen.

Banco-Schulden-Casse in Wien. S. Universal-Staats- und Banco-Schulden-Casse.

Bank. S. Nationalbank.

Bank-Actien. S. Actien.

Banknoten. Die Criminalgerichte haben sich in Ansehung verfälschter Banknoten nach den für die Bancozettel und Einlösungsscheine bestehenden Vorschriften zu benehmen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Mai 1824, S. 202, Nr. 2007.

- Anzeigen über falsche Creditpapiere können in dringenden Fällen von dem Criminalgerichte unmittelbar an das Hofkammer-Präsidium eingesendet werden.

Justiz-Hofdecret vom 8. October 1824, S. 267, Nr. 2042.

- Die in Ansehung der bisherigen Banknoten bestehenden gesetzlichen Bestimmungen finden auch auf die neuen Banknoten ihre volle Anwendung.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1828, S. 124, Nr. 2350.

Beschränkung der Umwechslung der Banknoten in Silbermünze, und Verpflichtung zur Annahme der Banknoten bei allen Zahlungen, welche nicht in Gold- oder ausländischen Silbermünzen bedungen wurden, nach ihrem vollen Nennwerthe.

Finanz-Ministerial-Erlässe vom 21. und 22. Mai 1848, S. 635 und 636, Nr. 1152 und 1153.

Patent vom 2. Juni 1848, S. 638, Nr. 1157.

Banngericht. Verhältnisse der Banngerichte in Steiermark gegen das steierische Landrecht als rechtsprechende erste Criminal-Instanz.

Justiz-Hofdecret vom 1. Mai 1830, S. 196, Nr. 2462.

- Aufhebung des untersteierischen Banngerichtes zu Graz.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1844, S. 185, Nr. 772.

Barguglie. Die Insel Barguglie wird der Prätur Selve in Dalmatien zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1848, S. 493, Nr. 1119.

Barmherzige Brüder. Die Befreiung der Klöster der barmherzigen Brüder in Niederösterreich von dem Erbsteuer-Äquivalent wird auch auf die übrigen deutschen und böhmisch-galizischen Provinzen ausgedehnt.

Hofkanzlei-Decret vom 6. August 1824, S. 261, Nr. 2028.

- Erbfähigkeit der barmherzigen Brüder.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1826, S. 21, Nr. 2192.

Barmherzige Brüder. Befreiung der den barmherzigen Brüdern vermachten Legate von der Erbsteuer.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juni 1833, S. 93, Nr. 2617.

— Schwestern zu Jams werden vom Amortisationsgesetze befreit.

Hofkanzlei-Decret vom 23. April 1831, S. 14, Nr. 2514.

— Schwestern. Errichtung eines Institutes der barmherzigen Schwestern in Wien, und Befreiung derselben vom Amortisationsgesetze.

Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1832, S. 30, Nr. 2545.

— Schwestern. Errichtung eines Institutes der barmherzigen Schwestern St. Caroli Boromaei in Böhmen und Befreiung derselben vom Amortisationsgesetze. — Zur Errichtung jedes einzelnen Hauses dieses Institutes ist die Allerhöchste Bewilligung einzuholen.

Hofkanzlei-Decret vom 6. November 1839, S. 354, Nr. 387.

— Schwestern. Befreiung der barmherzigen Schwestern in Salzburg vom Amortisationsgesetze.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Juni 1841, S. 584, Nr. 546.

— Schwestern. Erb-, Testaments- und Erwerbsfähigkeit der barmherzigen Schwestern in Böhmen, dann Befreiung derselben vom Amortisationsgesetze.

Justiz-Hofdecret vom 27. Februar 1843, S. 97, Nr. 685.

— Schwestern. Befreiung des Institutes der barmherzigen Schwestern in Graz vom Amortisationsgesetze.

Hofkanzlei-Decret vom 7. September 1845, S. 274, Nr. 901.

Bauern. Bestimmung der Verlassenschaftsbeiträge von dem Bauernstande für den Normal-Schulfond und in Conventions-Münze.

Justiz-Hofdecret vom 7. September 1822, S. 116, Nr. 1891.

— Nur das Vermöge einer im Ehecontracte bedungenen allgemeinen Gütergemeinschaft dem überlebenden Ehegatten zufallende Vermögen ist bei Bauernleuten erbssteuerfrei.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Mai 1830, S. 197, Nr. 2463.

— S. Unterthanen.

Bauerngüter. S. Gut.

Bauernstand. S. Unterthanen.

Bauernvolk. S. Bauern.

Bauführungen. Beschränkung der Bauführungen in der Nähe der Eisenbahnen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, S. 21.

Baumfrüchte. Anwendung der Strafe des Diebstahls der Baumfrüchte auf das Laub der Maulbeerbäume.

Justiz-Hofdecret vom 30. August 1833, S. 101, Nr. 2628.

Beamte. Die Beiziehung zweier Justiz-Hofräthe ist, wenn es sich um die Dienstes-Entlassung der wegen Verbrechen abgeurtheilten Beamten handelt, nicht nothwendig.

Note der allgemeinen Hofkammer vom 2. Jänner 1821, S. 1, Nr. 1727.

— Vorschrift für die Länderstellen bei Jubilationen, Entlassungen und Remunerationen der Beamten; dießfalls zu erstattende Berichte.

Justiz-Hofdecrete vom 3. Februar 1821, S. 6, Nr. 1736, und 20. Juli 1821, S. 40, Nr. 1781.

— Bestrafung der Beamten, welche den officösen Postsendungen, deren zeitweilige Eröffnung den Postbeamten zusteht, Privatsachen zulegen.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1821, S. 14, Nr. 1751.

— Vorschrift über das Verhalten der Stämpelgefälls-Beamten über die ihnen angezeigten Stämpelpatents-Übertretungen bei Gerichtsbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juni 1821, S. 32, Nr. 1767.

Beamte (obrigkeitliche). Beziehung der obrigkeitlichen Beamten zu den Zollgeßälls-Verhandlungen anstatt der Gerichtspersonen, und Glaubwürdigkeit der Functionen derselben.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1821, S. 35, Nr. 1772.

- Vorschrift über die Delegation landesfürstlicher Beamten, z. B. der Herzte, Kreis-Ingenieure u. dgl. in ihrer Eigenschaft als Kunstverständige zu gerichtlichen Commissionen von Seiten der Landrechte.

Justiz-Hofdecret vom 27. Juli 1821, S. 41, Nr. 1783.

- Nach den italienischen Pensionsvorschriften gebührt den Beamten nach fünfzig Dienstjahren, sie mögen wegen physischer Unfähigkeit oder wegen der Reform der Administration vom Amte entfernt werden, der ganze Gehalt als Pension; Pensions-Ausmaß für Witwen und Waisen solcher Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1821, S. 42, Nr. 1788.

- Den Beamten der Präturen gebühren bei Dienstreisen außer ihrem Amtsbezirke, den Beamten der Collegialgerichte aber in- und außerhalb ihren Amtsbezirken Postspesen.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1821, S. 44, Nr. 1793.

- Vorschrift über das Advociren der Gerichtshalter und Magistratsbeamten auf dem flachen Lande.

Justiz-Hofdecret vom 22. September 1821, S. 49, Nr. 1801.

- Wann Erkenntnisse der Criminalgerichte auf Ablassung von der Untersuchung wider öffentliche Beamte der höheren Beurtheilung unterliegen.

Justiz-Hofdecret vom 17. November 1821, S. 59, Nr. 1815.

- Zu amtlichen Commissionen abgesendete Beamte haben ihre Reiseparticularien auch dann binnen der festgesetzten Zeit einzureichen, wenn sie keinen Reiservorschuß erhalten hätten.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1822, S. 72, Nr. 1828.

- Als landesfürstliche Beamte sollen nur vollkommen geeignete Individuen ernannt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Februar 1822, S. 78, Nr. 1838.

- Delegation der Gerichtsbarkeit über die unadeligen Beamten und Besizer von Freigründen im Karlsruäcker Kreise an das Stadt- und Landrecht in Karlsruhe.

Justiz-Hofdecret vom 20. Mai 1822, S. 97, Nr. 1872.

- Wie sich bei Gesuchen der Gerichtsbeamten um Ausbülfsen zu benehmen sei.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juli 1822, S. 111, Nr. 1881.

- Schullehrer an Hauptschulen sind für landesfürstliche Beamte zu halten.

Justiz-Hofdecret vom 10. August 1822, S. 113, Nr. 1887.

- Allen mit jährlichen Reisepauschalien theilten Beamten sind solche, wenn sie von ihrem gewöhnlichen Amtsorte durch längere Zeit entfernt seyn sollten, mit Anfange des siebenten Monats nach dem dießfälligen Dienstaustritte einzuziehen.

Justiz-Hofdecret vom 7. September 1822, S. 116, Nr. 1892.

- Bis zu welchem Tage den in Ruhestand versetzten oder freiwillig austretenden oder entsetzten Beamten der Gehalt gebühre.

Justiz-Hofdecret vom 28. September 1822, S. 118, Nr. 1896.

- Diäten für das Personale der fürstlichen Landrechte in Schlesien.

Justiz-Hofdecret vom 5. October 1822, S. 119, Nr. 1898.

- Als landesfürstliche Beamte dürfen nicht vierzig Jahre alte Individuen angestellt werden, wenn sie nicht unmittelbar aus der wirklichen Militär- oder Civildienstleistung oder aus der Invaliden-Versorgung in landesfürstliche Dienste übertreten.

Justiz-Hofdecret vom 11. October 1822, S. 119, Nr. 1899.

- Festsetzung des Wagenreparatur-Pauschale bei Dienstreisen der Beamten in eigenen Wagen.

Justiz-Hofdecret vom 11. October 1822, S. 120, Nr. 1901.

Beamte. Für suspendirte Beamte sind die veranlagten Nebengenuße bei Bemessung der Alimentation nicht in Anschlag zu bringen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1823, S. 129, Nr. 1922.

- Erneuerung der Verordnung vom 24. Jänner 1793, wegen Bewahrung des Amtsgeheimnisses von Seite der landesfürstlichen Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 7. April 1823, S. 139, Nr. 1930.

- Bei Anstellung und Beförderung der landesfürstlichen Beamten sind den dießfälligen Vorschlägen vorschriftmäßig abgefaßte Competenten-Tabellen beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1823, S. 140, Nr. 1932.

- Welche Daten zum Behufe der Vorrückung im Gehalte der Beamten auszuweisen sind.

Justiz-Hofdecret vom 23. Mai 1823, S. 147, Nr. 1943.

- Daß Befugniß der Gerichtshalter und Magistratsbeamten zum Advociren auf dem flachen Lande hört auf, wenn ihnen durch Vermehrung der Gehalte ein besseres Auskommen verschafft wird.

Justiz-Hofdecrete vom 2. Juli 1823, S. 153, Nr. 1950, und vom 2. Jänner 1824, S. 168, Nr. 1981.

- Welchen pensionfähigen Beamtenwitwen das Conduct-Quartal gebühre.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1823, S. 153, Nr. 1951, und Hofkanzlei-Decret vom 13. Mai 1824, S. 201, Nr. 2004.

- Vorschrift über die Einziehung des Quartiergelbes von den pensionirten, quiescirten und außer die Residenzstadt übersehten Beamten.

Hofkanzlei-Decret vom 13. August 1823, S. 158, Nr. 1962.

- Bestimmung hinsichtlich der Diäten und Reisekosten für Landgerichtsbeamte in Tirol.

Justiz-Hofdecret vom 26. August 1823, S. 159, Nr. 1964.

- Vorgesetzte sollen ihre untergebenen Beamten bei wahrnehmenden Fehlern oder Gebrechen warnen und zur Besserung anhalten.

Justiz-Hofdecret vom 14. October 1823, S. 161, Nr. 1969.

- Wann Ausländer als landesfürstliche Beamte angestellt werden dürfen.

Justiz-Hofdecret vom 1. December 1823, S. 163, Nr. 1976.

- Neuernannten oder beförberten Beamten, die den Dienstleid abzulegen ämtlich verhindert sind, ist der Gehalt vom Tage der Zustellung ihres Ernennungsdecretes anzuweisen.

Hofkammer-Decret vom 13. December 1823, S. 166, Nr. 1979.

- Der zu einer Bancal-Untersuchung abgeordnete Gerichtsbeamte kann von den Kunstverständigen den Eid aufnehmen.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1824, S. 173, Nr. 1988.

- Wenn es sich um die Devinculirung der Dienst-Cautionen der in Verrechnung gestandenen Beamten handelt, ist der Tag ihrer bewirkten Amtsübergabe anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1824, S. 199, Nr. 1998.

- Ueber die zu einer Dienstesstelle von Amtswegen Vorgeschlagenen ist die Qualifikation ebenfalls auszuweisen.

Hofkanzlei-Decret vom 11. April 1824, S. 200, Nr. 2000.

- Unter welcher Verbindlichkeit den freien Gemeinden die Wahl ihrer geprüften Beamten überlassen wird.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1824, S. 200, Nr. 2001.

- Avarial-Forderungen an verstorbene Beamte, für welche deren Cautions nicht haftet, sind zu dessen Verlassenschaft anzumelden.

Hofkammer-Decret vom 21. Mai 1824, S. 203, Nr. 2008.

- Wann die Landesstellen, und wann die Hofkammer die Besoldung für neu ernannte Beamte anweist.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juni 1824, S. 212, Nr. 2016.

Beamte. Den von Amtswegen jubilirten Beamten können bis zur Anweisung ihrer Pension Vorschüsse bewilliget werden.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1824, S. 263, Nr. 2032.

- wie die Vorrückung der Beamten der nämlichen Kategorie in höhere Gehaltsstufen zu geschehen habe.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1824, S. 263, Nr. 2033.

- Jedem zu einer Substitution berufenen Individuum ist von seiner Behörde ein eigenes Decret über die Art der Dienstes-Substitution auszufertigen.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1824, S. 2064, Nr. 2034.

- Gnadengaben an Beamte bis zu dem Betrage von 500 fl. bewilliget die Hofkammer.

Finanz-Ministerial-Note vom 14. August 1824, S. 264, Nr. 2036.

- Vorschrift über die Prüfung der Pflegerichts-Beamten im Salzburger und Inn-Kreise.

Justiz-Hofdecret vom 21. August 1824, S. 265, Nr. 2038.

- Längere als vierzigjährige Dienste können keineswegs als Verdienst angerechnet werden.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1824, S. 266, Nr. 2041.

- Wann den pensionirten oder quiescirten Beamten die Ausübung der Advocatur zu gestatten ist.

Hofkammer-Decret vom 20. October 1824, S. 268, Nr. 2045.

- Die Verlassenschaft eines gegen den Staatsschatz in Verrechnung gestandenen Beamten ist, außer dem Executionswege, auch nicht jure crediti an Jemanden einzunantworten.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1824, S. 271, Nr. 2053.

- Quiescirte Beamte haben binnen vier Monaten ihren documentirten Dienstjahre-Ausweis zur Bemessung ihres Quiescentengehaltes vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1824, S. 277, Nr. 2055.

- Einziehung der Personal-Zulagen der Beamten bei Vorrückung derselben in einen höheren Gehalt.

Justiz-Hofdecret vom 10. December 1824, S. 278, Nr. 2056.

- Die Annahme der Dienstresignation eines Beamten auf eine überzählige unbesoldete Bedienstung wird jener Behörde überlassen, der das Recht zur Besetzung der besoldeten Stelle gleicher Kategorie eingeräumt ist.

Justiz-Hofdecret vom 17. December 1824, S. 279, Nr. 2058.

- Bei Anstellung oder Beförderung eines Beamten hat die Anweisung des Quartiergeldes ebenso, wie jene der Besoldung, nach ihren abgesonderten Beträgen dem Stempel zu unterliegen.

Hofkammer-Decret vom 19. Jänner 1825, S. 287, Nr. 2067.

- Wegen Führung der Notizenbücher im Küstenlande durch Gemeindebeamte.

Justiz-Hofdecret vom 28. Jänner 1825, S. 288, Nr. 2071.

- Die fiscalämlichen Beamten haben sich von Privatgeschäften und Agentien zu enthalten.

Hofkammer-Decret vom 16. März 1825, S. 291, Nr. 2077.

- Als Kanzlei-Accessisten sind nur taugliche und ihren Unterhalt vollkommen ausweisende Individuen aufzunehmen, die nicht vollkommen tauglich befundenen aber zu entlassen.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1825, S. 291, Nr. 2078.

- Weber besoldeten Beamten, noch angestellten Pensionisten soll ein Diurnum verliehen werden.

Justiz-Hofdecret vom 15. April 1825, S. 297, Nr. 2088.

- Den Patrimonialgerichts-Beamten in Tirol und Vorarlberg ist die Pachtung von Gütern und eines Urbars, dann die Betreibung eines bürgerlichen Gewerbes nicht zu gestatten.

Justiz-Hofdecret vom 10. Juni 1825, S. 307, Nr. 2105.

Beamte. Von der Vorlegung des Beschlusses auf Entlassung oder Uebersehung eines unter 600 fl. C. M. besoldeten Beamten hat es abzukommen, wenn die von der Landesstelle beizuziehenden zwei Appellationsräthe damit verstanden sind.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 309, Nr. 2110.

- Die Wahl eines Kanzlei-Accessisten, sowohl bei dem Landrechte als bei dem Appellationsgerichte, ist der obersten Justizstelle anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 310, Nr. 2111.

- Präsidenten haben das Betragen ihrer Beamten zu überwachen und das unerlaubte Agenciren, Sollicitiren und Correspondiren derselben zu bestrafen.

Justiz-Hofdecret vom 24. Juni 1825, S. 310, Nr. 2113.

- In Fällen, wo über landesfürstliche, ständische und städtische Beamte wegen schwerer Polizei-Uebertretungen die Entlassung vom Dienste verfügt wird, ist gegen herrschaftliche Beamte die Ausschließung von politischen leitenden Diensten auszusprechen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Juli 1825, S. 311, Nr. 2116.

- Die von der erloschenen venetianischen Republik verliehenen Militär-Chargen sind erst von dem sechzehnten Lebensjahre an, in die Dienstzeit einzurechnen.

Justiz-Hofdecret vom 12. August 1825, S. 317, Nr. 2124.

- Herabsetzung der Diäten für sämmtliche Hof- und Staatsbeamte um ein Fünftel.

Justiz-Hofdecret vom 10. September 1825, S. 320, Nr. 2131.

- Bei Verleihung des Advocatenbefugnisses an pensionirte oder quiescirte Beamte ist zwar auf die von einer früheren Anstellung herrührende Pension keine Rücksicht zu nehmen. Bei der Berufung des Pensionisten oder Quiescenten zur Wiederanstellung hat derselbe entweder diesem Rufe zu folgen oder auf die Pension zu verzichten.

Hofkammer-Decret vom 14. October 1825, S. 324, Nr. 2135.

- Erledigte Dienststellen sind bis zur Besetzung derselben durch die übrigen Beamten der betreffenden Stelle und nicht durch Stellvertreter zu versehen.

Justiz-Hofdecret vom 29. October 1825, S. 328, Nr. 2141.

- Vorschrift über die Anrechnung der früher unter der österreichischen Regierung zugebrachten Dienstjahre der von einer fremden Regierung übernommenen Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1825, S. 328, Nr. 2142.

- Bestimmung des Dienststranges der in den neuen Provinzen angestellten Individuen, je nachdem sie nur vorher oder immer der österreichischen Regierung gedient haben.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1825, S. 328, Nr. 2142.

- Auf Belassung des Quartiergeldes für pensionirte oder quiescirte Beamte kann bei besonders rücksichtswürdigen Umständen angetragen werden.

Justiz-Hofdecret vom 19. November 1825, S. 329, Nr. 2146.

- Vorschrift über die Besetzung der Syndiker-, Stadt- und Markt-Schreiberstellen bei Land-Magistraten und Gemeinden in Böhmen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1826, S. 2, Nr. 2159.

- Den landesfürstlichen Beamten wird die Bewahrung des Dienstgeheimnisses neuerdings zur Pflicht gemacht.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1826, S. 4, Nr. 2160.

- sollen Amtsgeschäfte oder Dienstbesetzungs-Gegenstände nicht zum Gegenstande ihrer Privat-Correspondenz machen.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1826, S. 4, Nr. 2160.

- Die Ausstellung der Dienstzeugnisse wird auch den Magistraten nicht gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 17. März 1826, S. 13, Nr. 2174.

- der Collegialgerichte. Ihre Diäten bei Dienstreisen in Criminalgeschäften.

Justiz-Hofdecret vom 20. März 1826, S. 14, Nr. 2176.

Beamte. Behandlung der Sanitätsbeamten hinsichtlich der Vergütung der Fuhrkosten und Diäten.

Justiz-Hofdecret vom 20. März 1826, S. 14, Nr. 2176.

- Die Aufnahme der nicht systemisirten Concepts-Practikanten bei den landesfürstlichen Pflegegerichten in Oesterreich ob der Enns bleibt der Landesregierung überlassen.

Justiz-Hofdecret vom 21. April 1826, S. 17, Nr. 2182.

- Bei der Entlassung der Magistratsbeamten, die von der politischen Landesstelle und dem Appellationsgerichte gemeinschaftlich angestellt oder bestätigt werden, oder in politischen und Justizgeschäften Dienste leisten, hat eine beiderseitige Gremialberatung einzutreten. Die Beratung über die Entlassung der Magistratsbeamten, welche bloß politische Dienste leisten, oder auf deren Ernennung oder Bestätigung das Appellationsgericht keinen Einfluß nimmt, hat bei der politischen Landesstelle mit Zuziehung zweier Justizräthe zu geschehen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Mai 1826, S. 17, Nr. 2184.

- Verbot jeder Anstellung nahe verwandter oder verschwägelter Personen bei derselben Gerichtsbehörde. Ausdehnung desselben auf alle landesfürstlichen und anderen Justizbehörden mit Ausnahme der Patrimonialgerichte. Anzeigen über die Verwandtschafts- und Schwägerschafts-Verhältnisse. Beförderung oder Uebersetzung der bereits bei derselben Behörde angestellten verwandten oder verschwägerten Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1826, S. 19, Nr. 2189.

- Die Bewerber um eine Dienststelle sind, wenn ihnen die erforderlichen Eigenschaften fehlen, oder ihrem Gesuche besondere Vorschriften entgegenstehen, über die Gründe ihrer Abweisung zu belehren.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1826, S. 20, Nr. 2190.

- Die entstehenden Zweifel, ob der Bewerber alle zur angeseuchten Dienststelle erforderlichen Eigenschaften besitze, sind vor der Besetzung der Stelle oder der Erstattung des Vortrages zu heben.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1826, S. 20, Nr. 2190.

- Den Magistrats-Beamten ist nicht erlaubt, neben ihrem Amte einen anderen Privatdienst anzunehmen oder Justizariate zu besorgen.

Justiz-Hofdecret vom 24. Juni 1826, S. 29, Nr. 2195.

- Bei Ausfertigung der Eigenschaftstabellen und Erstattung der Dienstbesetzungs-Vorschläge ist mit aller Gewissenhaftigkeit vorzugehen, und nur das Beste des Dienstes zu berücksichtigen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1826, S. 30, Nr. 2196.

- Ohne Seiner Majestät ausdrückliche Genehmigung dürfen weder wegen Verbrechen, Vergehen oder Vernachlässigung des Dienstes entsetzte Beamte in Staatsdienste wieder angestellt noch Personen, die in eine Criminal-Untersuchung verfallen, und nicht für unschuldig erklärt worden sind, in Staatsdienste aufgenommen werden. Ueber den ganzen Lebenslauf derjenigen, die einen Dienstposten erhalten sollen, sind umständliche Nachweisungen zu fordern, und Personen, die gegen diese Vorschriften dennoch eine Anstellung ersüchtigen haben, wieder zu entlassen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1826, S. 31, Nr. 2199.

- Bestrafung der Veruntreuung der landesfürstlichen Steuergelder an den zur Einhebung derselben bestellten Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 21. Juli 1826, S. 34, Nr. 2204.

- Wer die Uebersiedlungskosten derjenigen Beamten zu bezahlen hat, die wegen Untauglichkeit oder nicht gehöriger Fähigkeit auf andere Dienstplätze übersetzt werden müssen.

Justiz-Hofdecret vom 11. August 1826, S. 40, Nr. 2212.

- Bestimmung des Zeitpunktes der Vorrückung der zu anderen Behörden übersetzten Beamten in den höheren Gehalt.

Justiz-Hofdecret vom 12. August 1826, S. 41, Nr. 2213.

Beamte. Welchen Magistratsbeamten die Besorgung der Justizariate sogleich einzustellen sei.
Justiz-Hofdecret vom 18. August 1826, S. 41, Nr. 2214.

- Der Goldstickerei auf Uniformen dürfen sich die mit dem Hofraths-Charakter bei den Provinzial-Behörden und Länderstellen angestellten Hofräthe und Chefs nicht bedienen.

Justiz-Hofdecret vom 22. September 1826, S. 49, Nr. 2222.

- Die Ausfüllung und Unterzeichnung der Competenten- oder Dualifications-Tabellen.

Justiz-Hofdecret vom 7. October 1826, S. 52, Nr. 2226.

- Zur Führung des Grundbuchs bei Pfarr- und Kirchen-Gütern ist jederzeit ein dazu eigens beidigter Beamte zu bestellen.

Justiz-Hofdecret vom 18. November 1826, S. 55, Nr. 2233.

- Rang der Beamten eines landesfürstlichen Bezirks-Commissariates.

Hofkanzlei-Decret vom 6. December 1826, S. 57, Nr. 2237.

- Die Absenzen der Präsidenten, Vice-Präsidenten und des Rathspersonales einer Gerichtsbehörde sind in den jährlich an die oberste Justizstelle zu überreichenden Absenz-Tabellen aufzuführen, und ist den beiden Ersteren ohne Allerhöchste Bewilligung keine längere Dienstesabwesenheit im Ganzen als von sechs Wochen zu gestatten.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1826, S. 57, Nr. 2238.

- Vorschrift über die Vergütung der Uebersiedlungskosten der wieder angestellten Quiescenten.

Justiz-Hofdecret vom 19. December 1826, S. 58, Nr. 2239.

- Einfluß der politischen und Justizbehörden auf die Urlaubsbewilligung für Vorsteher oder Concept-Beamte gemischter erster Instanzen.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1826, S. 61, Nr. 2245.

- Ausfüllung der Rubriken in den Ausweisen über Dienstveränderungen.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1826, S. 61, Nr. 2246.

- Reifeparticular-Rechnungen der Beamten müssen binnen 14 Tagen nach beendigtem Commissions-Geschäfte überreicht werden.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1827, S. 62, Nr. 2247.

- Quiescente, welche sich der Untersuchung über ihre Untauglichkeit zur ferneren Dienstleistung vorseßlich entziehen, verlieren den Quiescentengehalt.

Hofkammer-Decret vom 5. Jänner 1827, S. 63, Nr. 2248.

- Der Berathschlagung über die Dienstentlassung eines in Criminal-Untersuchung gerathenen und wegen Mangels rechtlicher Beweise losgesprochener Beamten sind zwei Justizräthe beizugehen; und der Beschluß ist der Hofstelle vorzulegen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. März 1827, S. 72, Nr. 2266; und Justiz-Hofdecret vom 16. März 1827, S. 72, Nr. 2267.

- Vorschrift über die Verfassung und Einsendung der Absenz-Tabellen der Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 16. März 1827, S. 72, Nr. 2268.

- Vorrückung überzähliger Beamten in die höhere Gehaltsstufe.

Justiz-Hofdecret vom 20. April 1827, S. 78, Nr. 2273.

- In den eigenen Angelegenheiten des Gerichtsherrn kann auch die freiwillige Gerichtsbarkeit von seinen Beamten nicht ausgeübt werden.

Justiz-Hofdecret vom 26. Juni 1827, S. 86, Nr. 2288.

- Behandlung der Urlaubsgesuche der herrschaftlichen Bezirks-Commissäre und Ortsrichter in Steiermark.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1827, S. 89, Nr. 2298.

- Wann die den herrschaftlichen Beamten ertheilten Urlaube von den Dominien dem Appellations-gerichte oder Kreisämte, und wann beiden Behörden zugleich anzuzeigen seien.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1827, S. 91, Nr. 2301.

Beamte. Die von Privat-Dominien ihren Oberbeamten über acht Tage erteilten Urlaube sind dem Appellationsgerichte oder dem Kreisamte, oder beiden Behörden, anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1827, S. 91, Nr. 2301.

- Einrichtung der Pensions-Ausweisungen, welche den Beamten wegen Zubilligung der Beamten beizulegen sind.

Justiz-Hofdecret vom 21. September 1827, S. 98, Nr. 2308.

- Die Auszahlung der Geld-Emolumente der Beamten hat immer gleichzeitig mit den Gehälten zu geschehen.

Justiz-Hofdecret vom 29. September 1827, S. 100, Nr. 2310.

- Hoftheater-Beamte sind in Rücksicht ihrer Schulden nach dem Patente vom 25. October 1798 zu behandeln.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1828, S. 109, Nr. 2328.

- Die provisorische oder zeitliche Aushilfe eines Quiescenten wird bei endlicher Pensionirung nicht in die Dienstzeit eingerechnet.

Hofkammer-Decret vom 8. Februar 1828, S. 109, Nr. 2329.

- Als Beamte sind die Vorsteher der Juden-Gemeinden anzusehen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Februar 1828, S. 110, Nr. 2330.

- Bestimmung der Behörden, welche den Magistratsbeamten Urlaub erteilen können.

Justiz-Hofdecret vom 23. Februar 1828, S. 110, Nr. 2331.

- Beschränkung der Substitutions-Gebühren.

Justiz-Hofdecret vom 28. März 1828, S. 111, Nr. 2332.

- Auf Privat-Herrschaften dürfen nur ganz tabellose Individuen als Beamte zur Justizpflege und öffentlichen politischen Geschäftsverwaltung angestellt werden.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1828, S. 112, Nr. 2335.

- Suspension der Beamten vom Amte und Gehalte, und Bemessung der Alimentations-Gebühren.

Justiz-Hofdecret vom 30. Mai 1828, S. 120, Nr. 2344, und Hofkammer-Decret vom 17. Februar 1829, S. 145, Nr. 2385.

- Nähere Bestimmungen des Grundsatzes, daß der Dienstrang sich nach dem Tage der Ernennung eines Beamten richtet, für die Fälle, wo über die Beschlüsse der Behörden die Allerhöchste Entschliebung einzuholen ist.

Justiz-Hofdecret vom 30. Mai 1828, S. 121, Nr. 2345.

- Vorschrift über die Auszahlung der nach dem Tode von Beamten gebliebenen Ausstände an Gehälten oder sonstigen Avarial-Gebühren.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1828, S. 123, Nr. 2348.

- Nähere Bestimmung der einem Beamten bei der Uebersiedlung gebührenden Entschädigung für das Hausgeräthe (die Mobilien).

Justiz-Hofdecret vom 19. Juli 1828, S. 129, Nr. 2356.

- Anspruch der Waisen eines Beamten auf das Conduct-Quartal.

Justiz-Hofdecret vom 17. October 1828, S. 137, Nr. 2366.

- haben, wenn sie durch Verleihung des Quartiergeldes keinen Gewinn erlangen, die Quartiergelds-taxen nicht zu entrichten.

Justiz-Hofdecret vom 17. October 1828, S. 137, Nr. 2367.

- Vorschrift über die Einbegleitung der Unterstützungsgesuche der Beamten.

Hofkammer-Decret vom 31. October 1828, S. 139, Nr. 2370.

- Die Pensionirung solcher städtischen Beamten, deren Ernennung den beiden Landesbehörden gemeinschaftlich zusteht, hat im Einvernehmen zwischen beiden Landesbehörden zu geschehen.

Justiz-Hofdecret vom 12. December 1828, S. 141, Nr. 2375.

Beamte. Die früheren Verordnungen über die Behandlung suspendirter Beamten und Diener sind durch die auch auf mindere Diener anwendbare Allerhöchste Entschliessung vom 16. Februar 1828, aufgehoben worden.

Hofkammer-Decret vom 17. Februar 1829, S. 145, Nr. 2385.

- Auf Nachsicht der Taxen für Würdeverleihungen und Beförderungen überhaupt, oder auf die Belassung des Quartiergeldes als Personalzulage bei Pensionirungen der Wiener Beamten darf nicht mehr angetragen werden.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1829, S. 147, Nr. 2388.

- Zu erledigten Dienststellen sollen jederzeit die verdienstlichsten Individuen, wenn sie auch nicht darum competiren, in Vorschlag gebracht werden.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1829, S. 148, Nr. 2390.

- Grundsätze über die Befreiung der mittelbaren oder unmittelbaren Staatsdiener und der obrigkeitlichen Beamten von der Militärpflicht.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1829, S. 149, Nr. 2394.

- welche wegen eines Verschuldens in eine mindere Dienstes-Kategorie übersetzt werden, haben den letzten Rang dieser Kategorie einzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 25. April 1829, S. 153, Nr. 2396.

- Den Verzichtreversen der Ehegattinnen der in Verrechnung stehenden Beamten soll jedesmal der Taufschein der Ausstellerin, und, wenn diese minderjährig ist, auch die gerichtliche Genehmigung beigezogen werden.

Justiz-Hofdecret vom 25. April 1829, S. 153, Nr. 2397.

- Den Berathschlagungen über die Dienstentlassung eines Postbeamten sind bei der Oberst-Postpostverwaltung zwei niederösterreichische Appellationsräthe zuzuziehen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Mai 1829, S. 159, Nr. 2404.

- Unbesoldete Beamte, welche größere Schulden machen, als sie von ihrem Vermögen bezahlen können, sind zu entlassen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Juni 1829, S. 162, Nr. 2410.

- Vorschrift über die Beerdigung der herrschaftlichen Beamten, denen gerichtliche Depositen anvertraut werden.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juli 1829, S. 166, Nr. 2419.

- Den Witwen und Waisen der Beamten darf auch in dem Falle einer geleisteten Dienstcaution ein Conduct-Quartal bewilliget werden.

Hofkammer-Decret vom 25. September 1829, S. 172, Nr. 2428.

- Die Verwandtschaft und Schwägerschaft kann der verdienten Beförderung eines Beamten nicht im Wege stehen.

Justiz-Hofdecret vom 11. December 1829, S. 181, Nr. 2444.

- Beförderungsgesuche der Beamten sind Seiner Majestät, wenn der Beförderungsvorschlag bereits erstattet ist, nachträglich vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 11. December 1829, S. 181, Nr. 2444.

- Vorschrift über die Behandlung der Witwen und Kinder solcher Beamten oder minderen Staatsdiener, welche sich eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Übertretung, oder eines anderen Vergehens schuldig gemacht haben, und während der Untersuchung, jedoch vor dem Urtheile oder Erkenntnisse, gestorben sind oder deren pflichtwidrige Handlungen erst nach ihrem Tode, jedoch vor der Anweisung der Pension, Provision oder der Unterhaltsbeiträge, entdeckt worden sind.

Justiz-Hofdecret vom 23. Jänner 1830, S. 182, Nr. 2447.

- Bestimmung der Behörden, welche zur Betreibung politischer Aufträge die Gehaltssperre gegen Beamte zu verhängen haben, die politische und Justizgeschäfte zugleich besorgen.

Justiz-Hofdecret vom 2. April 1830, S. 187, Nr. 2454.

Beamte. Zuziehung zweier Justizräthe zu den Berathschlagungen der Behörden, die nicht selbst Justizbehörden sind, über die Entlassung der einer schweren Polizei-Übertretung schuldig befundenen, oder von denselben aus Abgang rechtlicher Beweise losgesprochenen Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1830, S. 187, Nr. 2455.

- Die nur mit Creditiv mit einer Röhnung angestellten Gefällig-Aufsichts-Individuen genießen des den landesfürstlichen Beamten in dem §. 221, I. Theiles des Strafgesetzes, eingeräumten privilegierten Gerichtsstandes nicht.

Justiz-Hofdecret vom 21. Mai 1830, S. 198, Nr. 2464.

- Nähere Bestimmung der Ansprüche der Erben eines Beamten auf den nach dem Tode desselben verfallenden Quartiergelds-Betrag.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juni 1830, S. 199, Nr. 2466.

- Die Witwe eines zur Zeit der Verheirathung sechzigjährigen Beamten, der mit ihr in der Ehe keine, außer der Ehe aber Kinder erzeugt hat, erhält, wenn sie vor Verlauf von vier Jahren Witwe geworden ist, keine Pension.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juni 1830, S. 199, Nr. 2467.

- Bestimmung des Fonds, in welchen die wegen vernachlässigter Ausübung des Richteramtes über schwere Polizei-Übertretungen den landesfürstlichen und Patrimonial-Gerichtsbeamten auferlegten Geldstrafen einzuschießen haben.

Hofkanzlei-Decret vom 24. Juli 1830, S. 200, Nr. 2470.

- Verfahren bei der Umfaltung der fünf oder sechsprocentigen Dienstauctions-Obligationen der Beamten in vierprocentige, und bei der Vinculirung derselben.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juli 1830, S. 204, Nr. 2475.

- Vorschrift über die Bestätigung der von Aerzten für Beamte ausgestellten ärztlichen Zeugnisse von Seiten der Protomediker, Kreisärzte und anderer öffentlicher Sanitätsbeamte.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Juli 1830, S. 205, Nr. 2476.

- Die vereinigten Cameral-Gefällenverwaltungen haben zu ihren Berathschlagungen über die Entlassung eines ihnen unterstehenden Beamten zwei Justizräthe beizuziehen.

Justiz-Hofdecret vom 27. August 1830, S. 205, Nr. 2477.

- Verpflichtung der vor Verlauf eines Jahres nach Einstellung des Activitätsgehaltes wieder angestellten Quiescenten zu verhältnismäßiger Rückvergütung des als Abfertigung bezogenen Jahresgehaltes.

Justiz-Hofdecret vom 3. September 1830, S. 207, Nr. 2479.

- Berechnung der Accidientien der Wirthschaftsbeamten in Mähren und Schlessen für die den Untertanen unter obrigkeitlichem Siegel hinausgegebenen Grundverschreibungen.

Hofkanzlei-Decret vom 23. September 1830, S. 208, Nr. 2482.

- Beamtenwitwen, die von ihrem Ehemanne geschieden waren, sind nur dann pensions- oder provisionsfähig, wenn sie beweisen, an der Scheidung keine Schuld zu haben.

Hofkammer-Decret vom 5. October 1830, S. 209, Nr. 2485.

- Den auf Localcommissionen außer dem gewöhnlichen Wohnorte versendeten Criminalgerichtsbeamten gebührt die Vergütung der Reisekosten und Diäten, nicht aber den jure delegato oder proprio einschreitenden Dominical-Gerichtsbeamten.

Justiz-Hofdecret vom 15. October 1830, S. 214, Nr. 2488.

- Die Einrechnung der als Vorbereitung zur Prüfung für das Richteramt auf die Praxis bei Gerichtsstellen zugebrachten Zeit in die Dienstzeit des Beamten wird nicht gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1831, S. 6, Nr. 2503.

- Welche Expeditionen die Wirthschaftsbeamten zu unterfertigen haben.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1831, S. 6, Nr. 2504.

- haben in den an die Wirthschaftsämter verwiesenen Geschäften die Expeditionen zu unterfertigen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1831, S. 6, Nr. 2504.

Beamte. Pensionirte oder quiescirte Beamte, welche in eine besoldete Dienststelle bei einer Fonds- oder ständischen Behörde, bei dem Magistrat einer landesfürstlichen Stadt oder eines landesfürstlichen Marktes treten, sind zum Fortbezuge ihres Pensions- oder Quiescentengehaltes nicht berechtigt.

Hofkammer-Decrete vom 16. Juli 1826, und 22. April 1831, S. 13, Nr. 2513.

- Den auf ihr Ansuchen an einen anderen Ort übersehten Beamten bleibt nur ihr Rang, nicht aber ihr früherer höherer Gehalt vorbehalten.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1831, S. 17, Nr. 2520.

- Die Verlassenschaften der in Verrechnung gestandenen Magistratsbeamten dürfen außer dem Executionswege ohne vorläufige Bewilligung des Magistrates auch nicht jure crediti Jemanden eingeworfen werden.

Justiz-Hofdecret vom 2. September 1831, S. 18, Nr. 2526.

- Bei den Rathssitzungen der Justizbehörden ist den Räten der Cameral-Gefällenverwaltung der Sitz vor den Justizräthen, bei den Sitzungen der Cameral-Gefällenverwaltungen dagegen den Justizräthen der Platz vor den Cameralräthen anzuweisen.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1831, S. 23, Nr. 2536.

- Die Befetzung einer erledigten Stelle ist erst nach Erledigung des damit verbundenen Gehaltes vorzunehmen; die Befetzung aber ist erst von dem Tage an als erledigt anzusehen, an welchem das damit betheilte Individuum sie zu genießen aufgehört hat.

Justiz-Hofdecret vom 19. November 1831, S. 26, Nr. 2540.

- Behandlung der Beamten, welche von einem ihnen angeschuldeten Verbrechen bloß aus Abgang rechtlicher Beweise losgesprochen worden sind.

Justiz-Hofdecret vom 16. December 1831, S. 26, Nr. 2541.

- Die Entlassung der Justizbeamten, deren Ernennung nicht Seiner Majestät vorbehalten ist, steht der obersten Justizstelle allein zu.

Justiz-Hofdecret vom 16. December 1831, S. 26, Nr. 2541.

- Behandlung der Provinzialbeamten bei Urlaubs-Ertheilungen zur Reise nach Wien, und Bemessung der dießfälligen Taxen.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1831, S. 26, Nr. 2542.

- Landesfürstliche Sanitätsbeamte haben über die Dienstestauglichkeit der Beamten ihre Befunde, wenn die Behörden sie von Amtswegen fordern, unentgeltlich abzugeben; nur gebührt ihnen, wenn sie sich von ihrem Wohnorte entfernen müssen, Vergütung der Fuhr und Kost.

Justiz-Hofdecret vom 14. April 1832, S. 59, Nr. 2558.

- Den von Provinzial-Gerichtsbehörden ernannten Beamten, sowie ihren Wittwen und Waisen, weist die Landesstelle die normalmäßigen Bezüge an.

Justiz-Hofdecret vom 6. Juli 1832, S. 63, Nr. 2568.

- Bestimmung des Alimentationsbetrages für die Wittwen der suspendirten und vor vollendeter Untersuchung verstorbenen Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1832, S. 64, Nr. 2570.

- Einrichtung der Gesuche um Dispensation von der Vorschrift, daß Niemand nach zurückgelegtem vierzigsten Jahre in den Staatsdienst eintreten soll.

Justiz-Hofdecret vom 14. Februar 1834, S. 107, Nr. 2642.

- Postporto-Freiheit der Schreiben, wodurch Gesuche der Beamten um einen Dienstposten von einer Behörde an die andere übersendet werden.

Justiz-Hofdecret vom 16. Mai 1834, S. 112, Nr. 2654.

Beamte. Den Töchtern verstorbener Beamten und Diener ist bei ihrer Verheirathung, wenn sie eine auf keine bestimmte Zeit beschränkte jährliche Pension oder Gnadengabe genießen, zwischen der Reservation des Bezuges auf den Fall ihres Witwenstandes oder der Abfertigung mit dem zweijährigen Betrage die Wahl zu lassen.

Hofkammer-Decret vom 28. Mai 1834, S. 113, Nr. 2655.

- Bestimmung des Gehaltes der auf einen geringeren Dienstplatz übersehten Beamten.

Studien-Hofcommissions-Decret vom 21. Juni 1834, S. 115, Nr. 2660.

- Ueber die Behandlung der einer schweren Polizei-Übertretung schuldigen oder von derselben, oder von einem Verbrechen nur ab instantia losgesprochenen landesfürstlichen Beamten sind auch dann zwei Justizräthe zu Rath zu ziehen, wenn die Behörde selbst nicht auf Entlassung des Beamten anträgt.

Justiz-Hofdecet vom 16. August 1834, S. 121, Nr. 2665.

- Vorschrift über die Einbringung oder Sicherstellung der aus dem Dienstverhältnisse entstehenden Material-Forderungen an Staatsdiener und Militärpersonen durch Abzüge an Gehalten und Pensionen.

Hofkammer-Decret vom 1. December 1834, S. 130, Nr. 2675.

- Die aus einer im Duiescentenstande geschlossenen Ehe eines Beamten herkommenden Waisen erhalten keine Pension, wenn nicht der Vater später wieder in wirkliche Dienstleistung getreten ist.

Hofkammer-Decret vom 4. December 1834, S. 130, Nr. 2676.

- Den Individuen, welche wegen eines Verbrechens schuldig befunden oder von demselben aus Mangel rechtlicher Beweise losgesprochen wurden, und vor der Kundmachung der Allerhöchsten Entschliessung vom 22. März 1828 als Mandatare oder Justizäre angestellt sind, ist der Uebertritt in einen ähnlichen Dienstplatz zu einer anderen Herrschaft nicht zu beanstanden, wenn sie sich nach der Kundmachung dieser Allerhöchsten Entschliessung keine Madel zugezogen haben.

Hofkanzlei-Decret vom 20. März 1835, S. 2, Nr. 2.

- Vorschrift über die Bemessung der Alimentation für suspendirte Beamte, welche sich im Genusse eines Naturalquartieres befinden.

Hofkanzlei-Decret vom 24. März 1835, S. 3, Nr. 4.

- (städtische). Bestimmung der Gebühren für städtische Beamte, welche zur Substitution erledigter städtischer Dienstplätze außer ihrem Dienstorte verwendet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 31. März 1835, S. 3, Nr. 5.

- Die Witwen der Staatsbeamten, welche ihren Gatten im Pensions- oder Duiescentenstande geheirathet haben, erhalten keine Abfertigung.

Hofkammer-Decret vom 8. April 1835, S. 4, Nr. 6.

- Vorschrift für die Behörden in Substitutionsfällen, in welchen der substituirte Beamte mit geringeren als den normalmäßigen Gebühren sich zu begnügen erklärt.

Hofkammer-Decret vom 15. April 1835, S. 5, Nr. 11.

- Vorschrift über die Bemessung und Einstellung der Reisepauschalien für sämtliche Staats-, Fonds-, ständische und städtische Beamte.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Mai 1835, S. 7, Nr. 16.

- Behandlung der landesfürstlichen und ihnen gleichgehaltenen Beamten bei Urlaubstreisen in das Ausland, in Beziehung auf die Gebühren und Taxen.

Justiz-Hofdecet vom 25. Mai 1835, S. 10, Nr. 24.

- Wann die Witwen oder Waisen eines im Pensions- oder Provisionsstande verstorbenen Beamten oder Dieners eine Pension, Provision, oder einen Erziehungsbeitrag erhalten.

Hofkammer-Decret vom 26. Mai 1835, S. 10, Nr. 25.

Beamte. Obrigkeitliche Beamte, welche Forderungen an Gerichts-Inassen jener Obrigkeit, bei der sie angestellt sind, an sich bringen, sind von ihren Dienstplätzen zu entfernen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Juni 1835, S. 19, Nr. 32.

- Die Rücksicht des bereits zurückgelegten vierzigsten Lebensjahres zur Erlangung eines Staatsdienstes ist niemals für eine ganze Kategorie von Dienstplätzen, sondern nur für einen bestimmten so eben zu besetzenden Dienstposten anzufuchen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 28, Nr. 45.

- Vorschrift über die Behandlung der von den bestandenen Zwischenregierungen übernommenen Beamten in Pensionirungsfällen hinsichtlich der Anrechnung ihrer Dienstzeit.

Justiz-Hofdecret vom 11. August 1835, S. 37, Nr. 70.

- Vorschrift über die Behandlung der degradirten oder aus Verschulden übersehten Beamten und der Bemessung der allenfälligen Duiescenten-Gebühr.

Justiz-Hofdecret vom 11. August 1835, S. 38, Nr. 71.

- Von den Verbotten besonders bezeichneter Nebenbeschäftigungen landesfürstlicher Beamten und Diener hat es abzukommen.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1835, S. 40, Nr. 77.

- Anwendung der Vorschrift vom 7. Juli 1832 über die Alimentation der Witwen in Untersuchung verfallener und vor Beendigung derselben verstorbenen Beamten, auch auf Witwen bloß provisionsfähiger Individuen; die Alimentation darf jedoch nicht weniger als vier Kreuzer täglich betragen.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1835, S. 41, Nr. 78.

- Die in gehöriger Form ausgesprochene Dienstentlastung eines Beamten hat keinen effectum suspensivum, und kann die Vorstellung dagegen an höhere Behörden jederzeit überreicht werden.

Hofkanzlei-Decret vom 19. August 1835, S. 41, Nr. 79.

- Wann ein seinen Dienst eigenmächtig verlassender Beamte für entlassen aus dem Staatsdienste und seines Gehaltes gänzlich verlustig zu erklären sei.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1835, S. 42, Nr. 81.

- landesfürstliche, dürfen die in Folge ihrer amtlichen Stellung erlangten Notizen den Parteien zur Geltendmachung ihrer Privat-Ansprüche nicht mittheilen.

Justiz-Hofdecret vom 14. December 1835, S. 63, Nr. 104.

- Den böhmischen Landtafelbeamten ist die Verfassung von Stammbäumen nicht gestattet, auch nicht die Erfolgung von einzelnen Adelsnotizen oder genealogischen Tableaux an Parteien.

Hofkanzlei-Decret vom 14. December 1835, S. 63, Nr. 104.

- Anwendung der Vorschrift über die Einbringung oder Sicherstellung der aus dem Dienstverhältnisse entstehenden Aetarial-Forderungen an Staatsdiener, auf alle städtische, ständische und Fondsbeamte bei Ersägen aus ihren Dienstverhältnissen.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Jänner 1836, S. 71, Nr. 115.

- Die Dienstreise der Beamten sind in der Regel im Amtsorte abzulegen; wann deren Abnahme außer dem Amtsorte gestattet sei.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1836, S. 74, Nr. 123.

- Die Schwägerschaft des Richters mit dem Vertreter der Partei hindert denselben an der Ausübung seines Amtes sowohl in als außer Streitsachen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Februar 1836, S. 75, Nr. 124.

- Wirkungskreis der landesfürstlichen Collegialgerichte erster und zweiter Instanz, in Rücksicht der Anstellung, Entlassung, Pensionirung, Degradirung und des Dienstaufschusses ihrer Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

- Anwendung der Allerhöchsten Bewilligung zur Nebenbeschäftigung der landesfürstlichen Beamten auf alle städtische, ständische und Fondsbeamte.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1836, S. 79, Nr. 135.

Beamte. Vorschrift für die Behörden bei Verleihung von Remunerationen und Geld-Aushilfen an landesfürstliche Beamte.

Hofkammer-Decret vom 6. Mai 1836, S. 81, Nr. 140.

- Bestimmung der erforderlichen Studien um als Beamter in den Kanzleien und Manipulations-ämtern der Kreisämter, Delegationen, Landesstellen und Gerichtsbehörden angestellt werden zu können.

Justiz-Hofdecret vom 24. Mai 1836, S. 83, Nr. 143.

- Vorschrift über den Dienstrang und das Vorrückungsrecht der mit und ohne Vorbehalt de non praejudicando ernannten überzähligen Beamten in den höheren Gehalt.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1836, S. 88, Nr. 149.

- Den mit der Haftung für die Depositen beauftragten Beamten der landesfürstlichen Bezirks-obrigkeiten und der landesfürstlichen Land- und Pleggerichte in Tirol, Salzburg und dem Innviertel wird die Abnahme des gesetzlich entfallenden Zählgeldes gestattet.

Hofkammer-Decret vom 6. December 1836, S. 94, Nr. 160.

- Vorschrift über die Behandlung der von fremden Regierungen übernommenen Beamten in Pensionirungsfällen.

Hofkammer-Decret vom 30. December 1836, S. 95, Nr. 162.

- Vorschrift über die Bewilligung der Befolungs-Vorschüsse an Beamte und Diener.

Hofkammer-Decret vom 13. Jänner 1837, S. 99, Nr. 164.

- Auf eine günstigere als die normalmäßige Pensions-Behandlung der Hof- und Staatsdiener und ihrer Angehörigen darf nur über Allerhöchste Aufforderung Seiner Majestät und niemals von Amtswegen, eingerathen werden.

Justiz-Hofdecret vom 27. Februar 1837, S. 113, Nr. 177.

- Vorschrift über den Erlag der Dienst-Caution der landesfürstlichen Beamten.

Hofkammer-Decret vom 10. März 1837, S. 115, Nr. 182.

- Anwendung obiger Vorschrift auf die Beamten der öffentlichen politischen Fonde, soferne sie zur Cautionsleistung verpflichtet sind.

Hofkanzlei-Decret vom 20. April 1837, S. 122, Nr. 195.

- In wieferne Witwen suspendirter Beamten Anspruch auf eine Pension, Provision oder Abfertigung haben.

Hofkammer-Decret vom 18. Juli 1837, S. 135, Nr. 215.

- Vorschrift über die Leistung der Dienst-Caution für ständische und städtische Beamte.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Februar 1838, S. 171, Nr. 256.

- Die Verpflegung der im Criminal-Inquisitionsarreste befindlichen, vom Amte und Gehalte suspendirten Beamten ist von der bewilligten Alimentation zu bestreiten.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Februar 1838, S. 171, Nr. 257.

- Als Staatsbeamte sind die bei Anstalten angestellte Beamte zu betrachten, welche auf Fonde gewiesen sind, die unter der Verwaltung des Staates stehen; auf dieselben sind auch die für Staatsbeamte geltenden Disciplinar-, Pensions- und Provisions-Berordnungen anzuwenden.

Hofkanzlei-Decret vom 3. April 1838, S. 173, Nr. 262.

- Anwendung der Allerhöchsten Entschliessung vom 26. März 1835 über die Gebühren der städtischen Beamten in Substitutionsfällen, auch auf die bei den politischen, städtischen und ständischen Fondsbeamten vorkommenden Substitutionsfälle.

Hofkanzlei-Decret vom 3. April 1838, S. 173, Nr. 262.

- Bei Pensionirungen der städtischen, ständischen und jener Beamten und deren Witwen, die ihre Bezüge aus Fonden erhalten, welche vom Staatsschatze nicht unterstützt werden, darf, ohne eine besondere Aufforderung, auf eine günstigere als die normalmäßige Behandlung angetragen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Mai 1838, S. 181, Nr. 270.

Beamte. Anwendung der §§. 284 und 285, II. Theils des Strafgesetzes, auf Beamte in schweren Polizei-Übertretungsfällen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juli 1838, S. 270, Nr. 284.

- Vorschrift über die Anstellung und Verwendung der Beamten bei dem Grazer Magistrate und deren Vorrückung in höhere Gehaltsstufen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. November 1838, S. 306, Nr. 303.

- Befreiung der ständischen Beamten von der Pflicht sich als Beisitzer bei Criminal-Untersuchungen und Berathungen über schwere Polizei-Übertretungen verwenden zu lassen.

Justiz-Hofdecret vom 18. December 1838, S. 314, Nr. 318.

- Unzulässigkeit des Verwandtschafts- und Schwägerschafts-Verhältnisses zwischen Beamten bei einer und derselben Behörde, Casse, Magistrat u. c.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1839, S. 320, Nr. 326.

- Die Verhängung einer Criminal-Untersuchung wider wirklich dienende Beamte und ihre Aburtheilung wegen Verbrechen, ist deren vorgelegten Stelle anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Februar 1839, S. 324, Nr. 335.

- Vorschrift für Gefälls-Beamte bei Ansuchen um Bewilligung der Sicherstellung von Strafbeträgen durch Gerichte, wegen Gefälls-Übertretungen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Februar 1839, S. 325, Nr. 336.

- Von welchen Nebenbeschäftigungen sich die landesfürstlichen Beamten zu enthalten haben.

Justiz-Hofdecret vom 25. Februar 1839, S. 332, Nr. 344.

- Vermeidung der Supplirungen der Beamten; Behandlung der dienstuntauglich gewordenen oder ihre Pflichten nicht erfüllen wollenden Beamten, dann ungesäumte Antretung des neuen Dienstpostens von beförderten Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 4. April 1839, S. 335, Nr. 353.

- Auf 100 fl. nicht erreichende Pensionen und Unterhalts-Gelder der landesfürstlichen, ständischen und städtischen Beamten, dann ihrer Angehörigen, findet keine gerichtliche Execution, Verbot, Verpfändung und Abtretung Statt.

Justiz-Hofdecret vom 22. April 1839, S. 336, Nr. 356.

- Zum Rathspröcollisten eines Collegial-Gerichtes darf ein mit dem Vorstande oder einem Rathe desselben verwandter oder verschwägelter Beamter nicht ernannt werden.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juli 1839, S. 346, Nr. 371.

- Die im Dienste mit Extrapost reisenden Beamten haben die in ihren Reise-Particularien aufgerechneten Wegmauth-Gebühren mit Wegmauth-Volleten auszuweisen.

Hofkammer-Decret vom 15. October 1839, S. 352, Nr. 382.

- Die Dienst-Resignation eines Beamten, welcher die Entlassung aus dem Staatsdienste verdient hätte, ist nicht anzunehmen.

Allerhöchste Entschliessung vom 7. December 1839, S. 362, Nr. 396.

- Die Alimentations-Gebühren suspendirter Beamten sind von der gerichtlichen Execution und jedem Verbote befreit.

Hofkammer-Decret vom 11. December 1839, S. 362, Nr. 397.

- Verantwortlichkeit der mit der Steuereinkerbung beauftragten Beamten für jeden aus ihrer Saumseligkeit entstehenden Schaden.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Februar 1840, S. 473, Nr. 409.

- Zulässigkeit der Anträge auf eine günstigere als die normalmäßige Pensions-Behandlung der Beamten.

Hofkammer-Decret vom 20. Februar 1840, S. 474, Nr. 411.

- Beamte.** Den Anträgen um Gnadengaben für die das Normal-Alter überschrittenen Beamten-Waisen ist auch ein sittliches Wohlverhaltens-Zeugniß der zu beihilenden Person beizulegen.
Hofkammer-Decret vom 30. März 1840, S. 479, Nr. 418, dann
Hofkanzlei-Decret vom 30. April 1840, S. 484, Nr. 427.
- Anrechnung der als provisionsfähiger Arbeiter oder minderer Diener zugebrachten Dienstzeit bei Pensionirung als Beamter.
Justiz-Hofdecet vom 4. Mai 1840, S. 485, Nr. 429.
 - Bestimmung des Termins zur Auszahlung und Einstellung der Alimentation für suspendirte Beamte.
Hofkammer-Decret vom 16. Mai 1840, S. 491, Nr. 438.
 - Wann und auf welche Vergehen der Beamten bei Bestimmung der Pensionen und Unterhaltsgelder für Witwen und Waisen keine Rücksicht genommen werden soll.
Justiz-Hofdecet vom 9. Juni 1840, S. 502, Nr. 448.
 - Für die Zukunft können Zahlungsbögen der Pensionisten, Provisionisten und Quiescenten nicht verlegt oder verpfändet werden.
Hofkanzlei-Decret vom 21. Juni 1840, S. 509, Nr. 450.
 - Der von einem landesfürstlichen Beamten seiner Ehegattin abzureichende Unterhalt ist von der Execution befreit.
Justiz-Hofdecet vom 25. November 1840, S. 540, Nr. 482.
 - Vorschrift über die Liquidirung der Reise-Particularien der landesfürstlichen Beamten, dann Bestimmung der täglich zurück zu legenden Posten.
Hofkanzlei-Decret vom 14. Jänner 1841, S. 551, Nr. 493.
 - In welchen Fällen der Abzug des Diäten-Fünftheiles auch bei Adjustirung der aus Privataffen zu berichtenden Reise-Particularien statt zu finden habe.
Hofkanzlei-Decret vom 14. Jänner 1841, S. 551, Nr. 494.
 - Vorschrift über die Bezeichnung der Beamten reiner Justizbehörden in den Qualifications-Tabellen.
Justiz-Hofdecet vom 25. Jänner 1841, S. 553, Nr. 497.
 - Mesner gehören nicht in die Classe der Beamten.
Hofkanzlei-Decret vom 9. Februar 1841, S. 559, Nr. 505.
 - Die Quartiergelder und Natural-Quartiere der Beamten unterliegen nicht der Dienst-Laxe.
Hofkammer-Decret vom 10. April 1841, S. 568, Nr. 522.
 - Vorschrift über die Ernennung der Beamten bei dem Civil- und bei dem Criminalgerichte der Stadt Wien, ihre Eidesleistung und ihre Vorrückung in die höhere Befoldung.
Justiz-Hofdecet vom 13. April 1841, S. 569, Nr. 524.
 - Rangbestimmung zwischen den Bergbeamten und Berggerichts-Assessoren, dann den zu den berggerichtlichen Sitzungen beigezogenen Magistratsrathen und Magistratsbeamten.
Decrete der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 24. October 1783 und 11. Mai 1841, S. 579, Nr. 536.
 - Den in Commissions-Geschäften reisenden Sanitätsbeamten gebühren für verwendete halbe Tage nur die halben Diäten.
Hofkammer-Decret vom 5. Juni 1841, S. 583, Nr. 543.
 - in den neuacquirirten Provinzen sind bei der ersten Anstellung nicht von der Diensttaxe befreit.
Hofkammer-Decret vom 20. Juni 1841, S. 584, Nr. 545.
 - Geistliche, Priester und Seelsorger sind zum Theile auch Staatsbeamte.
Hofkanzlei-Decret vom 12. August 1841, S. 601, Nr. 553.
 - Die aus dem Dienstverhältnisse abgeleiteten Forderungen des Staates an seine Beamte, und der Lehren an den Staat, sind im administrativen Wege auszutragen.
Justiz-Hofdecet vom 16. August 1841, S. 603, Nr. 555.

Beamte. Reorganisirung des Personal- und Besoldungsstandes der Beamten der herzoglichen Landrechte zu Troppau und Teschen in Schlesien.

Justiz-Hofdecret vom 30. August 1841, S. 605, Nr. 559.

- Vorschrift über die Realisirung der von Staats- und Fonds- dann von ständischen und städtischen Beamten eingelegten, und in Obligationen oder Anlagen bei dem Staatsschulden-Zigungs-fonde bestehenden Cautionen, sobald die Ersappflicht des Beamten ausgesprochen ist.

Hofkammer-Decret vom 3. Jänner 1842, S. 3, Nr. 583.

- Unentgeltliche überzählige Beamte rücken bei Erledigung sistemisirter unentgeltlicher Dienstplätze ihrer Kategorie von selbst ohne besondere Ernennung ein.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 585.

- Das Appellationsgericht hat sich vor der Vorlage der Pensionsgesuche landesfürstlicher Beamten an die oberste Justizstelle über die anzurechnende Dienstzeit und den normalmäßigen Pensionsbetrag derselben mit der politischen Landesstelle in das Einvernehmen zu setzen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1842, S. 5, Nr. 588.

- Vorschrift über die Bemessung der Diensttaxen der in höhere Besoldungen vorrückenden Beamten.

Hofkammer-Decret vom 14. Jänner 1842, S. 7, Nr. 590.

- Streitigkeiten zwischen Herrschaften und ihren Wirtschaftsbeamten sind dem Erkenntnisse der Gerichtsstellen zuzuwenden.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Jänner 1842, S. 7, Nr. 591.

- bei dem Katholische der landesfürstlichen Collegialgerichte in Galizien sollen auch der moldauischen (wallachischen) Sprache kundig seyn.

Justiz-Hofdecret vom 15. Februar 1842, S. 9, Nr. 598.

- Die wegen Verbrechen, Vergehen oder Vernachlässigung ihres Dienstes entsetzten Beamten, dürfen bei landesfürstlichen Behörden auch nicht zeitweilig, mithin auch nicht als Diurnisten, verwendet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 23. März 1842, S. 14, Nr. 602.

- Formulare von Ausweisen zum Gebrauche bei den Pensions-Verhandlungen der landesfürstlichen Beamten, ihrer Witwen und Waisen.

Hofkammer-Decret vom 10. Mai 1842, S. 28, Nr. 613.

- Vorschrift über die Bethheilung der Beamten-Witwen mit einem Erziehungsbeitrage für Kinder, welche im Ruhestande ihres Vaters geboren worden sind.

Hofkammer-Decret vom 14. Mai 1842, S. 36, Nr. 615.

- (Honorar-), unbesoldete, überzählige, Behandlung derselben hinsichtlich der Titeltaxe.

Hofkammer-Decret vom 30. Mai 1842, S. 43, Nr. 620.

- Vorschrift über die Behandlung der unehelichen durch die nachgefolgte Ehe oder durch landesfürstliche Begünstigung legitimirten Kinder der Beamten, hinsichtlich der Erlangung von Pensionen.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Juni 1842, S. 43, Nr. 621.

- Wann gegen einen Beamten mit einer Disciplinar-Estrafe vorgegangen werden dürfe.

Allerhöchste Entschliesung vom 23. August 1842, S. 59, Nr. 636.

- Die aus den Gemeinde-Renten eines landesfürstlichen Marktes besoldeten Beamten unterliegen der Entrichtung der Diensttaxe.

Hofkammer-Decret vom 2. December 1842, S. 76, Nr. 660.

- Verpflichtung der Beamten der Lehengüter in Böhmen ohne lehensherrlichen Consens keine Lehens-Alienation den Grundbüchern einzuverleiben.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Jänner 1843, S. 94, Nr. 679.

- Bestimmung des Zeitpunctes für die Einstellung der Alimentations-Gebühr für suspendirte Beamte im Falle der nachgefolgten Dienstentlassung.

Hofkammer-Decret vom 1. März 1843, S. 97, Nr. 686.

Beamte haben ihre Beförderungsgesuche bei dem Vorstande der Stelle, bei welcher sie dienen, zu überreichen.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1843, S. 104, Nr. 693.

- Competenzfähigkeit der zeitlich angestellten Katastral-Individuen, auch nach Ueberschreitung des vierzigsten Lebensjahres, um stabile Dienstplätze, ohne der besonderen Altersnachsicht zu bedürfen.
Hofkanzlei-Decret vom 23. April 1843, S. 118, Nr. 698.

- Vorschrift über die Classification der Beamten gemischter Justizbehörden, dann der Magistrate landesfürstlicher Städte und Märkte in den Qualifications-Tabellen.

Justiz-Hofdecret vom 24. April 1843, S. 118, Nr. 699.

- Hinsichtlich der von dem Sanitätspersonale verwendeten halben Commissionstage hat es bei dem ursprünglichen Diäten-Ausmaße unverändert zu verbleiben.

Hofkammer-Decret vom 17. Mai 1843, S. 121, Nr. 705.

- Wann die Verhandlungen über die Dienstes-Entlassung eines Beamten der höheren Behörde zur Schlussfassung vorzulegen sind.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Juni 1843, S. 125, Nr. 715.

- Vorschrift über die Zurechnung der Militär- zur Civildienstzeit der Beamten bei Bemessung der Pension.

Hofkammer-Decret vom 7. August 1843, S. 133, Nr. 732.

- Vorschrift über die Einbringung der Dienstitaren, dann Berechnung und des Abzuges der ersten Rate dieser Taxen von den Besoldungen der Beamten.

Hofkammer-Decret vom 12. September 1843, S. 138, Nr. 740.

- Bei Anträgen auf Nachsicht der Ueberschreitung des Normal-Alters, behufs der Erlangung einer Anstellung im Staatsdienste, soll immer auch die vollkommene Gesundheit des Bittstellers nachgewiesen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 13. September 1843, S. 139, Nr. 741.

- Degradirte Beamte haben bei Vorrückung in eine wieder erlangte, und schon früher vertaxirte höhere Besoldung, die Dienstitare von derselben zu bezahlen.

Hofkammer-Decret vom 26. October 1843, S. 164, Nr. 759.

- Die Nachsicht von den Verwandtschafts- und Schwägerschafts-Verhältnissen zwischen Beamten bei jenen Magistraten, wo ungeprüfte Bürgermeister und Räthe bestehen, ertheilt die Landesstelle im Einvernehmen mit dem Appellationsgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 6. November 1843, S. 171, Nr. 764.

- Vorschrift für die landesfürstlichen Collegialgerichte über die Behandlung der Gesuche der Beamten, um Uebersetzung in gleicher Eigenschaft zu einer anderen Gerichtsbehörde.

Justiz-Hofdecret vom 6. November 1843, S. 171, Nr. 765.

- Dienstentlassung der Individuen der Finanzwache, welche wegen Mangels rechtlicher Beweise von der Untersuchung wegen eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Uebertretung losgelassen werden.

Hofkammer-Decret vom 8. Jänner 1844, S. 185, Nr. 771.

- Vorschrift über die Bemessung der Erziehungsbeiträge für Kinder pensionsfähiger Staatsdiener.

Hofkammer-Decret vom 25. Jänner 1844, S. 191, Nr. 779.

- Vorschrift über das Verfahren hinsichtlich des Abzuges der rückständigen Dienstitaren von den vom Gehalte suspendirten, mit einer Alimentation theilenden Beamten.

Hofkammer-Decret vom 6. Februar 1844, S. 194, Nr. 784.

- Bedeutung und Wirkung der Verleihung von Titeln, Rang und Charakter einer bestimmten Dienstes-Kategorie an Beamte.

Hofkammer-Decret vom 24. Februar 1844, S. 195, Nr. 787.

Beamte. Die Adjuten der Concepts-Practikanten und Auscultanten unterliegen nicht der Dienstverleihungs-Laxe.

Hofkammer-Decret vom 27. Februar 1844, S. 195, Nr. 788.

- Aufhebung des Verbotes zur Ertheilung des Privat-Unterrichtes von Seite der landesfürstlichen Beamten.

Studien-Hofcommissions-Decret vom 5. März 1844, S. 196, Nr. 790.

- Vorschrift über die Aufnahme und Verwendung der Auscultanten bei organisirten Magistraten.
- Hofkanzlei-Decret vom 15. März 1844, S. 198, Nr. 794.
- Erläuterung der Vorschrift bezüglich der Bewilligung von Aushilfen an Beamte.

Hofkammer-Decret vom 22. März 1844, S. 202, Nr. 796.

- Mittheilung von Auszügen aus dem Berathschlagungs-Protokolle des Criminalgerichtes, über die gegen einen Beamten wegen Verbrechen abgeführte Untersuchung, an die zu dessen Disciplinarbehandlung berufene Oberbehörde.

Justiz-Hofdecet vom 14. August 1844, S. 215, Nr. 823.

- Die Nebenbeschäftigung der fiscalämmtlichen Concepts-Practikanten bei Advocaten, Notaren und öffentlichen Agenten ist nicht gestattet.

Hofkammer-Decret vom 29. November 1844, S. 241, Nr. 849.

- Zu Gunsten der Alimentation eines unehelichen Kindes kann auf die Besoldung eines Beamten, als dessen zur Verpflegung verpflichteten Vaters, Verbot gelegt werden.

Hofkammer-Decret vom 30. November 1844, S. 242, Nr. 850.

- Von Cassen-Beamten kann die Angabe der Kennzeichen der verfälschten Creditpapiere nicht gefordert werden.

Justiz-Hofdecet vom 9. Jänner 1845, S. 248, Nr. 858.

- Den Beamten wird bei Dienstreisen mittelst der Eisenbahn, die Aufrechnung der Fahrpreise der ersten Wagenclasse gestattet.

Hofkammer-Decret vom 14. Februar 1845, S. 253, Nr. 869.

- Die gleichzeitige Urlaubvertheilung an eine zu große Anzahl von Beamten soll vermieden werden.

Justiz-Hofdecet vom 20. März 1845, S. 256, Nr. 877.

- Vorschrift über das Verfahren bei Hereinbringung von Ersäßen aus den Gehälten solcher Beamten, deren Bezüge von einer Cassa auf eine andere übertragen werden.

Hofkammer-Decret vom 3. April 1845, S. 257, Nr. 879.

- Bedingte Gestattung des Beitrittes der landesfürstlichen montanistischen Beamten zu den innerösterreichischen, oberösterreichischen und tirolisch-vorarlbergischen geognostisch-montanistischen Vereinen.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 8. April 1845, S. 258, Nr. 880.

- (provisorische). Verfahren bei Uebersetzungen provisorischer Beamten hinsichtlich der Uebersetzungsbeiträge.

Hofkammer-Decret vom 14. April 1845, S. 259, Nr. 882.

- Vorschrift über das Verfahren bei der Ausstellung der Empfangsbestätigungen über die von Beamten eingezahlten Diensttaxen.

Hofkammer-Decret vom 30. September 1845, S. 274, Nr. 902.

- Vorschrift über die Behandlung der Kinder verstorbener Beamten, deren Mutter für dieselben Erziehungsbeiträge genoss, und wegen eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Übertretung ihrer Pension verlustig wurde.

Hofkammer-Decret vom 7. October 1845, S. 277, Nr. 903.

- Vorschrift über die Besetzung der erledigten oder neu zu besetzenden landesfürstlichen Bezirkscommissärs- und Bezirksrichtersstellen in Illyrien.

Hofkanzlei-Decret vom 4. December 1845, S. 295, Nr. 913.

Beamte. Vorschrift über die Aufrechnung des Post- und Schmiergeldes von den im Dienste reisenden Beamten.

Hofkammer-Decret vom 10. December 1845, S. 296, Nr. 915.

- Herrschaftliche, magistratliche und landesfürstliche Beamte, welche sich der Secte der Deutsch-katholiken zuwenden, und dabei zu bleiben erklären, sind von ihrem Dienste zu entfernen und zur Auswanderung zu verhalten.

Hofkanzlei-Präsidial-Schreiben vom 26. Jänner 1846, S. 308, Nr. 923, und Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1846, S. 310, Nr. 926.

- Bestimmung der Gerichtsbarkeit über die bei der Staats-Eisenbahn angestellten Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 11. Februar 1846, S. 314, Nr. 928.

- Bestimmungen über die Verrechnung und Vergütung der Reisekosten bei gemeinschaftlichen Dienstreisen zweier oder mehrerer Beamten.

Hofkammer-Decret vom 11. Februar 1846, S. 315, Nr. 929.

- Die landesfürstlichen Gerichtsbehörden haben mit ihren Geschäftsausweisen zugleich eine Tabelle über den Personal- und Befoldungsstand sämmtlicher bei denselben angestellten Individuen zu überreichen.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1846, S. 317, Nr. 934.

- Auch untergeordnete Gerichtsbeamte haben sich wegen Befangenheit von Amtsverrichtungen zu enthalten.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 330, Nr. 950.

- Einvernehmen zwischen dem Appellationsgerichte und der Landesstelle vor Abnahme des Wahlfähigkeits-Decretes von einem bei einer gemischten Behörde dienenden Beamten, wenn damit der Verlust des Dienstes verbunden wäre. Bei Dienstposten, welche von den Hofstellen verliehen wurden, ist die Entziehung des Wahlfähigkeits-Decretes der Entscheidung der Letzteren zu unterliegen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1846, S. 355, Nr. 975.

- Wann Prätores in Dalmatien bei vorkommender Rang- und Befoldungsvorrückung in ihren innehabenden Posten zu belassen seien.

Justiz-Hofdecret vom 2. September 1846, S. 360, Nr. 982.

- Die Ernennung der landesfürstlichen Bezirksrichter bei den Bezirks-Commissariaten in Älrien hat durch die oberste Justizstelle und die vereinigte Hofkanzlei zu geschehen.

Justiz-Hofdecret vom 9. October 1846, S. 374, Nr. 990.

- Ueber Pensionirungs-Anträge eines landesfürstlichen Bezirks-Commissärs oder Bezirksrichters hat die Landesstelle mit dem Appellationsgerichte Rücksprache zu pflegen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. October 1846, S. 375, Nr. 991.

- Vorschrift über die Pensionsbehandlung der Witwen jener Beamten, welche einen höheren Dienst-Charakter erhielten.

Hofkammer-Decret vom 23. October 1846, S. 386, Nr. 994.

- Bei Dienstbefugungs-Vorschlägen ist von den Chefs der Gerichtsbehörden im Zweifel über die Correctheit der vorzuschlagenden Individuen in moralischer und politischer Hinsicht, die Auskunft von den Polizei-Directionen und rücksichtlich der Polizei-Hofstelle einzuholen.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1846, S. 388, Nr. 998.

- In Disciplinar-sachen der Beamten ist jeder Referent, Botant und vorzüglich das Präsidium verpflichtet, den Ruf und eine auch nur im glaubwürdigen Privatwege erlangte Notiz zur Veranlassung von Erhebungen zu berücksichtigen.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1846, S. 399, Nr. 1013.

Beamte. Den von Amtswegen ohne Gehaltsaufbesserung, wenn auch mit dem Gewinne des stämmmäßigen Quartiergehals aus der Provinz nach Wien berufenen Beamten gebühren die normalmäßigen Uebersiedlungskosten.

Hofkammer-Decret vom 22. Jänner 1847, S. 405, Nr. 1021.

- Bestimmungen über die Aufrechnung des für die Beförderung außer der Poststraße gegen das gewöhnliche Ausmaß der Extrapost-Gebühren erhöhten Ritt- und Trinkgeldes.

Hofkammer-Decret vom 29. Jänner 1847, S. 405, Nr. 1024.

- Die normalmäßige Pensionirung oder Quiescirung eines Beamten ist nicht als eine Strafe anzusehen.

Älterhöchste Entschliessung vom 6. Februar 1847, S. 406, Nr. 1027.

- Reglement und Tarif über die Diäten und Reisegebühren für Beamte bei den Collegialgerichten, Tribunalen, politischen und gemischten Präturen in Dalmatien für Acte und Commissionen, welche sie in ihrem Gerichtsprengel vornehmen.

Hofkammer-Decret vom 3. März 1847, S. 426, Nr. 1040.

- (Eisenbahn-). Pflichten der Eisenbahnbeamten und Bestimmungen über die Bestrafung derselben; dieselben haben bei ihren Dienstverrichtungen in der Dienstkleidung zu erscheinen. Glaubwürdigkeit ihrer Aussagen und Zeugnisse.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §§. 8, 23, 24 u. f. w.

- Vorschrift über die Abschreibung der nicht fällig gewordenen Dienstaten der Beamten.

Hofkammer-Decret vom 12. März 1847, S. 449, Nr. 1046.

- Bestimmung der Diäten und Reisegebühren für die Cancellieri bei den Präturen in Dalmatien.

Hofkammer-Decret vom 5. Mai 1847, S. 460, Nr. 1062.

- Bei Reisen der Beamten der Gerichtsstellen in Dalmatien in Criminal-Angelegenheiten ist als Amtsbezirk der ganze Kreis verstanden, auf welchen sich die Criminalgerichtsbarkeit erstreckt.

Hofkammer-Decret vom 5. Mai 1847, S. 460, Nr. 1062.

- Vorschrift über die Behandlung der Beamten des erloschenen Freistaates Krafau, dann ihrer Witwen und Waisen, hinsichtlich ihrer Genüsse.

Älterhöchste Entschliessung vom 31. Juli 1847, S. 466, Nr. 1077.

- Das Appellationsgericht hat sich über die der obersten Justizstelle vorzulegenden Unterstützungs-gesuche von Justizbeamten vorläufig mit der die bewilligte Aushilfe anweisenden Landesstelle in das Einvernehmen zu setzen.

Justiz-Hofdecret vom 12. August 1847, S. 468, Nr. 1080.

- Behandlung der bei Bestand- oder sonstigen Verträgen über Material-Lieferungen der Bestechung öffentlicher Beamten Beschuldigten und über abgeführte gerichtliche Untersuchung nicht schuldlos erklärten Individuen.

Hofkanzlei-Decret vom 1. December 1847, S. 478, Nr. 1101.

- Passirung der tarifmäßigen Fiakergebühren bis zum Bahnhofe in jenen Fällen, wo sich der in Commission entsendete Beamte der Eisenbahn bedienen muß.

Hofkammer-Decret vom 8. December 1847, S. 479, Nr. 1103.

- Dem Bezirksrichter steht die Bestimmung des bei der Justiz-Abtheilung des Bezirksamtes befindlichen Beamten zur Aufnahme der Privat-Urkunden über Gegenstände des Privatrechtes zu.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1848, S. 487, Nr. 1110.

- Vorschrift für Beamte hinsichtlich der Aufrechnung der Nebenauslagen bei Dienstreisen mittelst der Eisenbahn.

Hofkammer-Decret vom 31. Jänner 1848, S. 489, Nr. 1114.

Beamte. Vorschrift über die Entrichtung der Dienstitaren von jenen stabil angestellten Beamten, welche noch vor Verlauf der zur Entrichtung der Dienstitare festgesetzten Zeit eine provisorische Anstellung erhalten.

Hofkammer-Decret vom 21. Februar 1848, S. 494, Nr. 1122.

- Berechtigung der vereinten Cameral-Gefällen-Verwaltung zur Bewilligung der höheren Alimention für suspendirte Beamte.

Hofkammer-Decret vom 29. Februar 1848, S. 494, Nr. 1123.

- Hinweglassung des Beisages wegen der geheimen Gesellschaften und Verbrüderungen in den Dienstheides-Formeln, und Abstellung der Abforderung der Reverse hinsichtlich derselben von den landesfürstlichen Justizbeamten, sowie von den obrigkeitlichen mit der Justizverwaltung beauftragten Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1848, S. 619, Nr. 1145.

- Vorschrift über die Berechtigung der Dienstitaren von Beamten, deren tarpflichtiges Einkommen 400 fl. C. M. nicht übersteigt.

Hofkammer-Decret vom 10. Mai 1848, S. 620, Nr. 1147.

- Einhebung einer außerordentlichen Abgabe (Einkommensteuer) von den Besoldungen, Personalzulagen, Pensionen, Quiescentengehalten, Gnadengaben und Unterhaltsbeiträgen der Beamten, ihrer Witwen und Waisen; dann Bestimmung der Höhe dieser Bezüge, bei welchen diese Besteuerung stattfindet.

Finanz-Ministerial-Erlasse vom 18. und 27. Juni, dann 18. August 1848, S. 641, 643 und 651, Nr. 1163, 1165 und 1175.

- Pflicht der Behörden zu Anzeigen an die vorgesetzte Behörde über jene Beamte, welche sich eines Verbrechens oder Dienstvergehens schuldig gemacht haben, wenn auch wegen der eingetretenen Verjährung oder wegen rechtzeitig geleisteten Ersazes von dem Criminalverfahren abgelaufen worden ist.

Justiz-Ministerial-Decret vom 30. Juni 1848, S. 643, Nr. 1166.

- Postporto-Befreiung der Correspondenz der im Dienste ausgesendeten Beamten zwischen denselben und ihren vorgesetzten Behörden, sowohl bei der Brief- als auch bei der Fahrpost.

Finanz-Ministerial-Erlaß vom 26. Juli 1848, S. 647, Nr. 1171.

- Vorschrift über das Verfahren bei Anträgen auf Pensionirung, Quiescirung und Cassirung von Justizbeamten, bei Einschreiten um Besoldungs-Anweisung und bei Urlaub's-Ertheilungen für Justiz-Beamte und Diener.

Erlaß des Justizministers vom 21. August 1848, S. 652, Nr. 1176.

- S. Abfertigung; Alimention; Amtsstunden; Bezirkscommissäre; Bezirksrichter; Caution; Dienstbesetzung; Grundbuchsführer; herrschaftliche; magistratische, städtische, ständische; dann Postbeamte; Prüfung; Quiescenten; Staatsbürgerchaft; Vogtei-Verwalter.

Beamten's-Kinder. S. Kinder.

Beamten's-Söhne. S. Kinder.

Beamten's-Töchter. S. Kinder.

Beamten's-Waisen. S. Waisen.

Beamten's-Witwen. S. Witwen.

Beatrix, Erzherzogin. Bestimmung des Gerichtsstandes für die pensionirte vormalige Dienerschaft Ihrer königlichen Hoheit der Frau Erzherzogin Maria Beatrix.

Justiz-Hofdecret vom 26. August 1831, S. 18, Nr. 2524.

Bedenkzeit. Den mittellosen auf freiem Fuße befindlichen Inquisiten kann eine Verzichtleistung auf die dreitägige Bedenkzeit nicht gestattet werden.

Justiz-Hofdecret vom 16. April 1831, S. 12, Nr. 2511.

Bedingung. Aufnahme der von dem Bestbieter eingegangenen Bedingungen bei für das Allerhöchste Aetar oder für die unter der Staatsverwaltung stehenden öffentlichen Fonds übernommenen Leistungen in den dießfälligen Versteigerungs- oder Verhandlungs-Protokollen.

Hofkanzlei-Decret vom 20. April 1821, S. 17, Nr. 1755.

— Unter welchen Bedingungen die Herausgabe von Privat-Gesessammlungen gestattet ist.

Hofkanzlei-Decrete vom 15. April und 6. November 1833, S. 87 und 103, Nr. 2607 und 2634.

— Unter welchen Bedingungen nicht habilitirten Besitzern eines Gutsantheiles die Erwerbung anderer Antheile desselben Gutes gestattet ist.

Justiz-Hofdecret vom 19. April 1833, S. 89, Nr. 2609.

Bedrohung. S. D r o h u n g.

Beeridigung der Grundbuchsführer auf dem Lande.

Hofkanzlei-Decret vom 18. October 1822, S. 121, Nr. 1903.

— Die Beeridigung der Landgerichtsbienner in Steiermark wird den Landgerichten überlassen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. Juni 1833, S. 94, Nr. 2619.

— der Landgerichtsbienner in Oesterreich ob der Enns.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Februar 1834, S. 107, Nr. 2640.

— der Zeugen, wenn auch die Aussage derselben mit dem Geständnisse der Inquisiten übereinstimmt.

Justiz-Hofdecret vom 11. October 1842, S. 63, Nr. 647.

— der öffentlichen Notare darf erst nach ausgewiesener Bezahlung für das Notariatsdiplom vorgenommen werden.

Justiz-Hofdecret vom 20. December 1842, S. 76, Nr. 662.

— der als Kunstverständige zu Augenscheinen außer Privilegien-Angelegenheiten bei Gerichtsstellen häufig zugezogenen Professoren des polytechnischen Institutes.

Justiz-Hofdecret vom 25. October 1843, S. 162, Nr. 757.

— S. B e a m t e, E i d, Grundbuchsführer, Präsidenten.

Beeridigung. Vorschrift über die Bezahlung der Beeridigungskosten für die in den Strafarten der Criminalgerichte mittellos sterbenden Sträflinge.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Jänner 1839, S. 322, Nr. 330.

— Vorschrift über die Beeridigung der Selbstmörder.

Hofkanzlei-Decrete vom 17. Jänner und 21. Mai 1845, S. 250 und 263, Nr. 861 und 885.

— Vorschrift über die Beeridigung der Leichen der Deutschkatholiken.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Jänner 1846, S. 308, Nr. 923.

Beeridigungs-Protokolle. S. T o b t e n b ü c h e r.

Befähigungs-Decret für eine Fiscal-Adjunctenstelle. Darin ist die Fähigkeit des Geprüften mit den drei Noten: hinreichend, gut und sehr gut zu bezeichnen.

Hofkammer-Decret vom 15. April 1831, S. 12, Nr. 2610.

— S. W a h l f ä h i g k e i t s - D e c r e t.

Befangenheit. Auch untergeordnete Gerichtsbeamte haben sich wegen Befangenheit von Amtsverrichtungen zu enthalten.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 330, Nr. 950.

Beförderung. Vorschrift über die Beförderung der Verlassenschafts-Abhandlungen, wobei der Fiscal einzuschreiten hat, Legung der Intercalar-Rechnungen und Ausfertigung der Stiftbriefe.

Justiz-Hofdecret vom 12. Juli 1822, S. 108, Nr. 1880.

Beförderung. Bei Beförderungen am Rathstische der landesfürstlichen Collegialgerichte in Galizien ist auf die der moldauischen (wallachischen) Sprache kundigen Competenten besondere Rücksicht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Februar 1842, S. 9, Nr. 598.

- Vorschrift über die Beförderung der amtlichen Correspondenz der Gerichtsbehörden in Dalmatien entweder durch die Briefpost, oder mittelst k. k. Marineschiffen, oder den Dampfschiffen des österreichischen Klopss.

Justiz-Hofdecret vom 17. Jänner 1843, S. 88, Nr. 673.

- der Briefe und Postsendungen durch die Eisenbahnen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §. 14.

- S. Anstellung, Dienstbesetzung.

Beförderungsgesuche. S. Gesuche.

Befreiung der nicht landesfürstlichen Orts- und Patrimonialgerichte, Dominien und Magistrate von der Entrichtung des Postporto in ihrer amtlichen Judicial-Correspondenz.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1821, S. 69, Nr. 1824.

- der Klöster der barmherzigen Brüder und der Elisabethinerinnen von dem Erbsteuer-Äquivalente.

Hofkanzlei-Decret vom 6. August 1824, S. 261, Nr. 2028.

- jener Israeliten vom Geleitzzolle, welche aus dem Königreiche Polen zur Zeugenschaft bei Criminal-Verhandlungen nach Galizien berufen werden.

Justiz-Hofdecret vom 11. März 1825, S. 290, Nr. 2075.

- der landesfürstlichen Behörden, der gutsherrlichen Gerichte und Magistrate in officiosen Judicial-Gegenständen, in Katastral- und Steuerfachen vom Postporto.

Hofkammer-Decret vom 18. Februar 1829, S. 145, Nr. 2386.

- Grundsätze über die Befreiung der mittelbaren oder unmittelbaren Staatsdiener und der obrigkeitlichen Beamten von der Militär-Dienstpflicht.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1829, S. 149, Nr. 2394.

- der Untertanen von den Strafen der Uebertretung des Stämpel-Patentes, in Rücksicht der classenwidrig oder bloß durch Indossirung gestämpelter Urkunden, welche bei den Gerichtsbehörden auf dem Lande sowohl bei periodischen Stämpel-Revisionen, als auch durch eine vorhergegangene Anzeige entdeckt werden.

Hofkammer-Decret vom 15. Mai 1832, S. 61, Nr. 2564.

- der Versorgungsbeiträge für mittellose und gebrechliche Prager Advocaten und Mitglieder der dortigen juristischen Facultät, von gerichtlichen Verböten, Cessions-Vormerkungen, Pfändungen und anderen Executionen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1838, S. 183, Nr. 274.

- Ueber die Befreiung der Erben oder Legatäre von der Entrichtung des landesfürstlichen Mortuars haben die Cameralbehörden zu entscheiden.

Justiz-Hofdecret vom 10. September 1838, S. 277, Nr. 294.

- Befreiung des Institutes der barmherzigen Schwestern St. Caroli Boromaei in Böhmen vom Amortisationsgesetze.

Hofkanzlei-Decret vom 6. November 1839, S. 354, Nr. 387.

- Befreiung der Erben der Wiener Universitäts-Mitglieder in auf- und absteigender Linie von Entrichtung des Mortuars an den Wiener Magistrat.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1841, S. 571, Nr. 527.

- Den in den neuacquirirten Provinzen angestellten Beamten kommt bei ihrer ersten Anstellung keine Befreiung von der Diensttaxe zu.

Hofkammer-Decret vom 20. Juni 1841, S. 584, Nr. 545.

- Befreiung der barmherzigen Schwestern in Salzburg vom Amortisationsgesetze.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Juni 1841, S. 584, Nr. 546.

Befreiung der armen österreichischen Untertanen von der Cautionsleistung in ihren bei den Gerichten des Königreiches Polen anhängigen Processen gegen Beobachtung der Reciprocität.

Justiz-Hofdecret vom 18. Mai 1842, S. 37, Nr. 617.

— der Jesuiten in den sämmtlichen deutschen und lombardisch-venetianischen Provinzen vom Amortisationsgesetze.

Hofkanzlei-Decret vom 17. October 1842, S. 64, Nr. 649.

— der barmherzigen Schwestern in Prag und überhaupt in Böhmen vom Amortisationsgesetze.

Justiz-Hofdecret vom 27. Februar 1843, S. 97, Nr. 685.

— des Institutes der Schwestern des deutschen Ordens auf unbestimmte Zeit vom Amortisationsgesetze.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1843, S. 141, Nr. 746.

— der Amts-Correspondenz in Aerial-Taxsachen, dann bedingte Befreiung der Empfangsbestätigungen über gerichtliche Zustellungen an Private, von Entrichtung des Postporto.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1843, S. 148, Nr. 749.

— der Deficienten-Gehalte des Curat-Clerus und der pfarrlichen Congrua mit 300 fl. von Verboten und der Execution.

Hofkanzlei-Decret vom 13. October 1843, S. 149, Nr. 750.

— des Institutes der barmherzigen Schwestern in Graz vom Amortisationsgesetze.

Hofkanzlei-Decret vom 13. August 1845, S. 274, Nr. 901.

— Vorschrift über die Behandlung der Gesuche und Recurse um Stämpelbefreiung auf Grundlage der Armuth.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 329, Nr. 949.

— der Correspondenz aller Gerichtsstellen, wodurch sie vorgeschossene Portobeträge sich zusehen oder deren Empfang bestätigen, vom Postporto.

Hofkammer-Decret vom 26. Mai 1846, S. 336, Nr. 966.

— der Schulschwestern in Graz vom Amortisationsgesetze.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Juni 1846, S. 339, Nr. 971.

— der Grundobrigkeiten in Galizien von der Urbarial- und Zehent-Steuer, von der Unterstützung und Vertretung ihrer Untertanen, von der Errichtung der Grundbücher, von der Einhebung der directen Steuern, von der Befreiung der Recrutirungs-Auslagen, von der Beitragsleistung zu den Heilskosten bei Menschen- und Vieh-Seuchen, von der Ausübung der Civil-Gerichtsbarkheit, von der Haftung mit der Octava.

Patent vom 17. April 1848, S. 612, Nr. 1136.

— Postporto-Befreiung der Correspondenz der im Dienste ausgesendeten Beamten, zwischen denselben und ihren vorgesetzten Behörden, sowohl bei der Brief- als auch bei der Fahrpost.

Finanz-Ministerial-Erlaß vom 26. Juli 1848, S. 647, Nr. 1171.

— der Grundherrschaften in der Bucowina von der Urbarial- und Zehent-Steuer, von der Unterstützung und Vertretung ihrer Untertanen, von der Errichtung der Grundbücher, von der Einhebung der directen Steuern, von der Befreiung der Recrutirungs-Auslagen, von der Beitragsleistung zu den Heilskosten bei Menschen- und Vieh-Seuchen, von der Haftung mit der Octava u. c.

Patent vom 9. August 1848, S. 648, Nr. 1173.

— der Depositenämter bei Absendung gerichtlicher Depositen an die Staatsschulden-Eiligungsfonds-Hauptcasse vom Postporto.

Finanz-Ministerial-Decret vom 26. August 1848, S. 655, Nr. 1177.

— des öffentlichen Schriftenwechsels und der Erlässe des Staatsanwaltes und sämmtlicher Behörden in Preßergehens-Angelegenheiten vom Postporto.

Finanz-Ministerial-Decret vom 15. September 1848, S. 659, Nr. 1181.

Befreiung der von dem Comité zur Unterstützung mittelloser Gewerbkleute denselben übergebenen Rohstoffe und Halbfabrikate von der Pfändung und pfandweisen Beschlagnahme.

Justiz-Ministerial-Erlaß vom 25. September 1848, S. 663, Nr. 1184.

Befriedigung. In wieferne die Militärgerichte bei Verlassenschafts-Abhandlungen für die Sicherstellung oder Befriedigung der Verlassenschafts-Gläubiger zu sorgen haben.

Verordnung des Hofkriegsrathes vom 3. Juni 1846, S. 337, Nr. 969.

Befugnisse. S. Gewerbe.

Befund. Wie in Civil- oder Criminal-Rechtsangelegenheiten über einen ärztlichen Befund das Gutachten der medicinischen Facultät oder der Professoren der Heilkunde einzuholen sei.

Justiz-Hofdecret vom 21. September 1822, S. 117, Nr. 1895.

- Landesfürstliche Sanitätsbeamte haben über die Dienstestauglichkeit der Beamten ihre Befunde, wenn die Behörden sie von Amtswegen fordern, unentgeltlich abzugeben; nur gebührt ihnen, wenn sie sich von ihrem Wohnorte entfernen müssen, Vergütung der Fuhr und Kost.

Justiz-Hofdecret vom 14. April 1832, S. 59, Nr. 2558.

- S. Gutachten.

Beglaubigung der Richtigkeit des Firpunctes im Situationsplane über den bestimmten Schurfkreis beim Steinkohlen-Bergbau durch die berggerichtliche Autorität.

Decret der Hofkammer in Rünz- und Bergwesen vom 6. März 1843, S. 98, Nr. 687.

- S. Legalisirung.

Begnadigung. S. Strafnachsicht.

Begnadigungs-Gesuche. S. Gesuche.

Begräbniß. S. Beerdigung, Leichenkosten.

Begünstigungs-Jahr für die Beamten und Diener des erloschenen Freistaates Krakau.

Allerhöchste Entschliessung vom 31. Juli 1847, S. 466, Nr. 1077.

Behandlung. Instruction für Gefällsbehörden über die Behandlung der Contreband- und Straffälle.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1824, S. 173, Nr. 1988.

- der Beschwerden in Zehent-Angelegenheiten.

Hofkanzlei-Decrete vom 16. März und 20. September 1826, S. 12 und 48, Nr. 2173 und 2221.

- Vorschrift über die Behandlung der Streitigkeiten über Grundbuchsgewahren

Hofkanzlei-Decret vom 23. December 1826, S. 60, Nr. 2243.

- der Urlaubsgesuche herrschaftlicher Bezirkscommissäre und Ortsrichter in Steiermark.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1827, S. 89, Nr. 2298.

- der Gesuche um Zulassung des Zeugenbeweises statt des abzulegenden Haupteid.

Justiz-Hofdecret vom 14. September 1827, S. 97, Nr. 2306.

- der Streitigkeiten zwischen den Dienstboten und Dienstgebern, welche aus dem Dienstverhältnisse hergeleitet werden.

Justiz-Hofdecret vom 18. April 1828, S. 119, Nr. 2340.

- Vorschrift über die Behandlung der Waisen solcher Beamten oder minderer Diener, welche sich eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Übertretung oder eines Vergehens schuldig gemacht haben, und während der Untersuchung, jedoch vor dem Urtheile oder Erkenntnisse gestorben sind, oder deren pflichtwidrige Handlungen erst nach ihrem Tode, jedoch vor der Anweisung der Pension oder Provision, oder der Unterhaltsbeiträge, entdeckt worden sind.

Justiz-Hofdecret vom 23. Jänner 1830, S. 182, Nr. 2447.

- der Ansprüche einer Gemeinde auf die Ausübung der eigenen Gerichtsbarkeit mittelst eines Magistrates.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1830, S. 219, Nr. 2497.

Behandlung. Vorschrift über die Behandlung derjenigen Beamten, welche von einem ihnen angeschuldigten Verbrechen bloß aus Abgang rechtlicher Beweise losgesprochen worden sind.

Justiz-Hofdecret vom 16. December 1831, S. 26, Nr. 2541.

- der Criminalgerichts-Beisitzer rücksichtlich der Fuhr- und Zehrungskosten, wenn sie außer ihrem Wohnsitz zu Thaterhebungen beigezogen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 27. Jänner 1832, S. 31, Nr. 2547.

- Vorschrift über die Behandlung verlostener Fideicommiss-Obligationen bei der Umwechslung für neue oder bei Erhebung des Capitales für selbe.

Justiz-Hofdecret vom 2. October 1843, S. 142, Nr. 747.

- Vorschrift über die Behandlung der Empfangsbefähigungen über gerichtliche Zustellungen an Private, hinsichtlich des Postporto.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1843, S. 148, Nr. 749.

- Vorschrift über die Behandlung der sogenannten Currentgeschäfte bei dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1843, S. 164, Nr. 760.

- Vorschrift über die Behandlung der Apothekergewerbe in Galizien.

Hofkanzlei-Decret vom 27. November 1843, S. 172, Nr. 767.

- der in Eintreibung der Materialtaxen saumseligen Behörden.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Juli 1844, S. 213, Nr. 818.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Preußen, wegen gegenseitiger kostenfreien Behandlung gerichtlicher Requisitionen in Civil-, Criminal- und Vormundschafts-Angelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 13. September 1844, S. 219, Nr. 828.

- Grundsätze über die Behandlung jener Real- oder Halb-Invaliden, welche im Civil-Staatsdienste untergebracht werden.

Hofkanzlei-Decret vom 23. October 1844, S. 239, Nr. 842;

Hofammer-Decret vom 5. December 1845, S. 295, Nr. 914; und

Rescript des Hofkriegsrathes vom 4. April 1846, S. 332, Nr. 955.

- Vorschrift über die Behandlung der provisorischen Beamten bei Uebersetzungen hinsichtlich der Uebersetzungsbeträge.

Hofammer-Decret vom 14. April 1845, S. 259, Nr. 882.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei dem Civilgerichte in Wien.

Justiz-Hofdecret vom 8. August 1845, S. 273, Nr. 899.

- Vorschrift über die Behandlung der Secte der Deutschkatholiken in den österreichischen Staaten.

Hofkanzlei-Präsidial-Schreiben vom 26. Jänner 1846, S. 308, Nr. 923.

- Vorschrift über die Behandlung archäologischer Funde.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Juni 1846, S. 338, Nr. 970.

- Vorschrift über die Behandlung der von Sträflingen im Strafhause überreichten Strafnachrichtsgefuche.

Hofkanzlei-Decret vom 13. December 1846, S. 395, Nr. 1011.

- der Currentien bei der Civil-Abtheilung des Prager Magistrates und bei dem Prager Mercantil- und Wechselgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1847, S. 406, Nr. 1026.

- der Currentien bei den Collegialgerichten in Innerösterreich und dem Küstenlande.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1847, S. 466, Nr. 1075.

- der unmittelbar in den Staatsdienst übertretenden Beamten und Diener des erloschenen Freistaates Krakau, dann ihrer Wittwen und Waisen, hinsichtlich der Gehalts- und Pensions-Bemessung.

Allerhöchste Entschliessung vom 31. Juli 1847, S. 466, Nr. 1077.

Behandlung der Currentien bei den Collegialgerichten in Tirol und Vorarlberg.

Justiz-Hofdecret vom 11. August 1847, S. 467, Nr. 1079.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei den Stadt- und Landrechten zu Linz und Salzburg.

Justiz-Hofdecret vom 19. August 1847, S. 468, Nr. 1081.

- Vorschrift über die Behandlung der mit einem Adjutum betheiligten und zur Supplirung sistirter Posten bei einer Prätur berufenen Präturs-Conceptspracticanten hinsichtlich der Diäten und Reisegebühren.

Hofkanzlei-Decret vom 30. August 1847, S. 468, Nr. 1082.

- Wirkungskreis des tirolischen Appellationsgerichtes bei Behandlung der ihm von den Collegialgerichten über Criminal-Untersuchungen vorgelegten, durch irrige Anwendung des Gesetzes gefaßten Beschlüsse.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1847, S. 469, Nr. 1083.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei den Landrechten und organisirten Magistraten in Galizien, dem Lemberger Wechselgerichte, dem Stadt- und Landrechte zu Czernowiz, dem Districtsgerichte in Suczawa und den organisirten Magistraten in der Bucowina.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1847, S. 474, Nr. 1092.

- der Geschäfte bei dem galizischen Appellationsgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1847, S. 481, Nr. 1107.

- Behandlung der Streitigkeiten zwischen den ehemaligen Unterthanen und Herrschaften durch die politischen Behörden in Galizien.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 12. November 1848, S. 663, Nr. 1185.

- der Geschäfte. S. Geschäftsbehandlung.

Behausungs-Willengelder. S. Willengeld.**Behörden.** Den Gerichtsbehörden wird die genaue Handhabung einer heilsamen Disciplin gegen die Advocaten zur Pflicht gemacht.

Justiz-Hofdecret vom 30. Jänner 1821, S. 5, Nr. 1733.

- Die Acten über Erkenntnisse der Criminalgerichte auf Ablaffung von der Untersuchung gegen einen öffentlichen Beamten sind der vorgesetzten Behörde desselben auf Verlangen mitzutheilen.

Justiz-Hofdecret vom 17. November 1821, S. 59, Nr. 1815.

- Rangbestimmung der politischen Behörden bei öffentlichen Civil-Feierlichkeiten.

Justiz-Hofdecret vom 24. November 1821, S. 59, Nr. 1816.

- Criminalgerichte haben von dem Einschreiten im ministeriellen Wege zur Auslieferung eines im Auslande verhafteten Beschuldigten die auswärtige Behörde in Kenntniß zu setzen.

Justiz-Hofdecret vom 23. März 1822, S. 89, Nr. 1854.

- Vorschrift für die österreichischen Behörden über ihre Correspondenz mit dem Stadtgerichte der freien Stadt Frankfurt am Main.

Justiz-Hofdecret vom 9. November 1822, S. 123, Nr. 1909.

- Die Vormundschaftsbehörde genehmiget, ohne Anfrage bei der zweiten Instanz, die im Namen der Mündel und Curanden geschlossenen Compromisse.

Justiz-Hofdecret vom 6. December 1822, S. 123, Nr. 1911.

- Die im Criminalsache ergehenden Normalien können den landesfürstlichen Civilbehörden bekannt gemacht werden.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1822, S. 127, Nr. 1917.

- Bestimmung der Behörde zur Fällung des Straferkenntnisses bei Anmassungen der Titel und Vorzüge des Adels.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juli 1823, S. 154, Nr. 1952.

Behörden. Ohne Bewilligung der Cameralbehörden ist der Nachlaß eines gegen den Staatsschatz in Verrechnung gestandenen Beamten nicht einzunantworten.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1824, S. 271, Nr. 2053.

- Bestimmung der Behörde, welcher die Annahme der Dienstresignation eines Beamten auf eine überzählige unbesoldete Bedienstung eingeräumt ist.

Justiz-Hofdecret vom 17. December 1824, S. 279, Nr. 2058.

- Die briefportobefreiten Behörden haben die sogenannten B-Scheine unweigerlich und ungesäumt zu unterfertigen.

Justiz-Hofdecret vom 11. März 1825, S. 289, Nr. 2074.

- Die von österreichischen Unterthanen ausgestellten Urkunden, von denen im Auslande Gebrauch gemacht werden soll, sind von den Unterbehörden zu unterfertigen.

Justiz-Hofdecret vom 11. November 1825, S. 329, Nr. 2144.

- Vorschrift für politische Behörden über die Ertheilung der Rücksicht von Beibringung der Laufscheine bei Eheverbindungen.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1826, S. 59, Nr. 2242.

- Politische Behörden entscheiden die Frage, von wem und auf welche Art die Veränderungsgebühren zu entrichten seien.

Hofkanzlei-Decret vom 23. December 1826, S. 60, Nr. 2243.

- Einfluß der politischen und Justizbehörden auf die Urlaubsbewilligung für Beamte gemischter erster Instanzen.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1826, S. 61, Nr. 2245.

- Politische Behörden entscheiden über die wegen Mangels der Neuheit entstehenden Privilegienstreitigkeiten.

Justiz-Hofdecret vom 2. März 1827, S. 70, Nr. 2262.

- Benehmen des Appellationsgerichtes in dem Falle, wenn das Criminalgericht eine Handlung nicht für ein Verbrechen erklärt, welche von der politischen Behörde für ein Verbrechen gehalten wird.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1827, S. 80, Nr. 2276.

- Postporto-Befreiung der landesfürstlichen Behörden, der gutsherrlichen Gerichte und Magistrate in officiosen Judicialgegenständen, in Catastral- und Steuersachen.

Hofkammer-Decret vom 18. Februar 1829, S. 145, Nr. 2286.

- In welchen Fällen den Gefällsbehörden gestattet ist, zur Sicherstellung der Material-Forderungen auch ohne Mitwirkung des Fideicommis und ohne Mitfertigung eines Advocaten, Besuche bei den zuständigen Ortsbehörden zu überreichen.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1829, S. 149, Nr. 2393.

- Bestimmung der Behörden, welche zur Betreibung politischer Aufträge die Gehaltsperre gegen Beamte zu verhängen haben, welche politische und Justizgeschäfte zugleich besorgen.

Justiz-Hofdecret vom 2. April 1830, S. 187, Nr. 2454.

- Zuziehung zweier Justizräthe zu den Berathschlagungen der Behörden, welche nicht selbst Justizbehörden sind, über die Dienstentlassung der einer schweren Polizei-Übertretung schuldig befundenen, oder von derselben aus Abgang rechtlicher Beweise losgesprochenen Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1830, S. 187, Nr. 2455.

- Vorschrift für die Behörden über die Urlaube für Provinzialbeamte zur Reise nach Wien, und über die dafür zu entrichtenden Taxen.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1831, S. 26, Nr. 2542.

- Bestrafung derjenigen, welche die Polizei- oder andere öffentliche Behörden mit falschen Angaben über ihren Namen, Geburtsort, Stand oder über andere Verhältnisse hintergehen.

Justiz-Hofdecret vom 26. März 1833, S. 86, Nr. 2605.

Behörden. Bei Dienstbesetzungen und Vorschlägen hierzu, haben die Behörden nicht bloß auf ihre eigenen Subalternen, sondern auf alle Vittelsteller die ihren Eigenschaften und Dienstjahren gebührende Rücksicht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 14. November 1833, S. 104, Nr. 2635.

- Vorschrift für dieselben in Substitutionsfällen, in welchen das substituirte Individuum mit geringeren als den normalmäßigen Gebühren sich zu begnügen erklärt.

Hofkammer-Decret vom 15. April 1835, S. 5, Nr. 11.

- Vorschrift für die Behörden bei Ertheilung der Bewilligung zur Entlassung eines Kindes, welches das zwanzigste Lebensjahr noch nicht zurückgelegt hat, aus der väterlichen Gewalt, oder zur Verleihung eines Gewerbes an Minderjährige.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juni 1835, S. 23, Nr. 38.

- Die Gränzwache-Individuen können von der Civilbehörde zur Ablegung des Säbels oder der vorschriftsmäßigen Kopfbedeckung nicht verhalten werden.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1835, S. 39, Nr. 74.

- Die den Appellationsgerichten untergeordneten Behörden sind zur eifrigen und thätigen Mitwirkung bei Anwendung des Strafgesetzes für Gefälligkeitsübertretungen und bei dem Verfahren über die Behandlung dieser Uebertretungen anzuweisen.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1835, S. 40, Nr. 75.

- Taggelder bei Gerichtsbehörden können nur mit Genehmigung der obersten Justizstelle bewilliget werden.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

- Vorschrift für landesfürstliche Behörden zur Aufnahme der Kanzlei-Accessisten.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1836, S. 80, Nr. 139.

- Vorschrift für die Behörden bei Verleihung von Remunerationen und Gelddaushilfen an landesfürstliche Beamte und Diener.

Hofkammer-Decret vom 6. Mai 1836, S. 81, Nr. 140.

- Den Civilbehörden steht die Jurisdiction über die bis zur Einberufung beurlaubte Militär-Mannschaft zu.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Mai 1837, S. 124, Nr. 201.

- Vorschrift für landesfürstliche Behörden bei Forderung der Auskünfte vom Curat-Clerus.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Mai 1837, S. 126, Nr. 202.

- Die erste Instanz hat die Uebersetzung der im Revisionszuge vorkommenden, in polnischer Sprache verfaßten Urtheile und Beweggründe in die lateinische oder deutsche Sprache selbst bei Vorlage der Acten zu liefern.

Justiz-Hofdecret vom 6. Juni 1837, S. 127, Nr. 205.

- Vorschrift über das Benehmen der Ortsbehörden, wenn bei einer Thaterhebung consecrirte Hoftien als corpus delicti vorkommen.

Justiz-Hofdecret vom 11. September 1837, S. 145, Nr. 225.

- Den Cameralbehörden steht die Bemessung des Betrages der landesfürstlichen Mortuare-taxe zu.

Hofkanzlei-Decret vom 1. October 1837, S. 147, Nr. 232.

- Vorschrift über die Erstattung der Vorschläge zur Besetzung der bei landesfürstlichen Collegialgerichten erster Instanz erledigten Präsidenten-, Vice-Präsidenten- und Vorsteherstellen.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1837, S. 148, Nr. 235.

- Bestimmung des Plazes für landesfürstliche Behörden bei öffentlichen, insonderheit kirchlichen Feierlichkeiten.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juni 1838, S. 183, Nr. 275.

Behörden. Bestimmung der Behörden, welche gerichtliche und welche freiwillige Versteigerungen zu bewilligen haben.

Hofkanzlei-Decret vom 2. August 1838, S. 275, Nr. 288.

- Amtswirksamkeit der Cameralbehörden bei Bestimmung der landesfürstlichen Mortuarstaxe und Ertheilung der Befreiung von Entrichtung derselben.

Justiz-Hofdecrete vom 16. October 1837 und vom 10. September 1838, S. 277, Nr. 294.

- Unzulässigkeit des Verwandtschafts- oder Schwägerschafts-Verhältnisses zwischen Beamten einer und derselben politischen, Cameral- oder Justizbehörde

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1839, S. 320, Nr. 326.

- Vorschrift über die Anzeige der wegen Verbrechen abgeurtheilten Beamten, Pensionisten, und Provisionisten, und deren mit Pensionen, Provisionen oder Snabengaben betheilten Witwen und Waisen, an die betreffende Cameral- oder politische Behörde.

Justiz-Hofdecret vom 5. Februar 1839, S. 324, Nr. 335.

- Unterricht für öffentliche Behörden und Aemter über die Beobachtung und Handhabung des Stämpel- und Targgesetzes.

Patent vom 27. Jänner 1840, S. 439, Nr. 404.

- Vorschrift über die Hinausgabe der Beweggründe der obersten Justizstelle zur Aufhebung oder Abänderung der gleichförmigen Entscheidungen der Unterbehörden an die Parteien.

Allerhöchste Entschliessung vom 11. Februar 1840, S. 472, Nr. 408.

- Pflicht der administrativen Behörden zur Hintanhaltung des Anwachsens der Steuerrückstände von unbeweglichen Gütern.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Februar 1840, S. 473, Nr. 409.

- Amtswirksamkeit der politischen Behörden bei Rechtsstreitigkeiten der Gemeinden, Einleitung von Vergleichsversuchen vor Betretung des Rechtsweges.

Hofkanzlei-Decret vom 30. April 1840, S. 484, Nr. 428.

- Behandlung der an postportobefreite Behörden gerichteten Eingaben hinsichtlich der Entrichtung des Postporto.

Hofkammer-Decret vom 4. August 1840, S. 519, Nr. 458.

- Postporto-Befreiung der von einer portofreien Behörde der Post zur Beförderung an eine andere Behörde übergebenen Verhandlungen und Erlässe in Parteisachen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1841, S. 554, Nr. 501.

- Die Eintreibung der Stollgebühren gehört zur politischen Amtswirksamkeit.

Justiz-Hofdecret vom 20. April 1841, S. 571, Nr. 525.

- Vorschrift über das Benehmen der Behörden bei Stämpel-Revisionen in solchen Fällen, wo geheime Acten der Einsicht verweigert werden.

Hofkammer-Decret vom 11. Mai 1841, S. 578, Nr. 534.

- Vorschrift über die Nichtvollziehung der wider österreichische Unterthanen von ausländischen Behörden gefällten Straferkenntnisse in den österreichischen Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 24. Mai 1841, S. 583, Nr. 542.

- Competenz der administrativen Behörden zur Austragung der aus dem Dienstverhältnisse abgeleiteten Forderungen des Staates an seine Beamte, und der Letzteren an den Staat.

Justiz-Hofdecret vom 16. August 1841, S. 603, Nr. 555.

- Die Cameralbehörden haben bei Gelegenheit der gesetzlichen Revision der Acten bei den Behörden und Obergkeiten die zum Behufe der Stämpelbefreiung ausgestellten Armuthszeugnisse zu prüfen, und nach Maßgabe des Befundes ihr Amt zu handeln.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 584.

Behörden. Politische Behörden haben Vormerkprotokolle über verkäufliche nicht radicirte Gewerbe zu führen, und es stehen ihnen alle darauf sich beziehenden Amtshandlungen zu.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 586.

- Wirkungskreis der politischen Behörden bei Entscheidung der Beschwerden wegen Verweigerung eines Armuthszeugnisses zur Erlangung der Stämpelbefreiung vor Gericht.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Jänner 1842, S. 6, Nr. 589.

- Die politischen Behörden haben sowohl den Gerichten erster Instanz, bei welchen der Proceß der wegen Erschleichung eines Armuthszeugnisses zur Erlangung der Stämpelbefreiung notorischen Parteien geführt wird, Ein Exemplar dieser Motion zur Eistellung der weiteren Beibringung ungestämpelter Acten, als auch der Cameralbehörde mitzutheilen.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Jänner 1842, S. 6, Nr. 589.

- Der Wirkungskreis der politischen Behörden zur Sicherstellung des öffentlichen Dienstes und zur Verwahrung der Haftungspflicht der Dominien kann dadurch, daß Streitigkeiten zwischen Dominien und ihren Wirtschaftsbeamten der Behandlung und dem Erkenntnisse der Gerichte zugewiesen sind, nicht beirret werden.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Jänner 1842, S. 7, Nr. 591.

- Bei landesfürstlichen Behörden dürfen die wegen Verbrechen, Vergehen oder Vernachlässigung des Dienstes entsetzten Beamten auch nicht zeitweilig, mithin auch nicht als Diurnisten verwendet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 23. März 1842, S. 14, Nr. 602.

- Formulare zu Ausweisen, deren sich die landesfürstlichen Behörden bei den Pensions- und Provisions-Verhandlungen über Staatsdiener, dann ihre Witwen und Waisen zu bedienen haben.

Hofkammer-Decret vom 10. Mai 1842, S. 28, Nr. 613.

- Die Urtheile über die bei dem deutschen Ordensgerichte zu Frankfurt am Main in Civil- und Criminal-Rechts-, dann in schweren Polizei-Übertretungs-Angelegenheiten geschlossenen Proceß- und Untersuchungsacten werden von der ersten Instanz in Wien gefällt.

Justiz-Hofdecret vom 25. October 1842, S. 64, Nr. 651.

- Competenz der politischen Behörden zur Entscheidung der zwischen zwei ausschließend Privilegirten wegen der Identität eines Privilegiums entstehenden Streitigkeiten.

Hofkammer-Decret vom 26. November 1842, S. 75, Nr. 657.

- Vorschrift über die Behandlung der gegen gleichförmige Entscheidungen der ersten und zweiten Instanz in Tabular- und Grundbuchs-Angelegenheiten bei der ersten Instanz überreichten Recurse.

Justiz-Hofdecret vom 24. Jänner 1843, S. 88, Nr. 674.

- Die portofreien Behörden haben, wenn sie ihre ämtliche portofreie Correspondenz oder Postwagenensendungen gegen Retour-Recepisse der Postanstalt übergeben, die postämtlichen Retour-Recepisse gegen Entrichtung der gesetzlichen Gebühr zu gebrauchen.

Hofkammer-Decret vom 24. Jänner 1843, S. 89, Nr. 676.

- Postportofreie Behandlung der Correspondenz zwischen landesfürstlichen und nicht landesfürstlichen Behörden, über die von Letzteren über Ansuchen der Ersteren vorgenommenen gemeinschaftlichen Amtshandlungen in und außer Streitsachen.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1843, S. 96, Nr. 683.

- Politische Behörden haben die an sie zur Zustellung einlangenden Erlässe auswärtiger Gerichte an den zuständigen Richter erster Instanz zur Amtshandlung zu übermachen.

Hofkanzlei-Decret vom 22. April 1843, S. 117, Nr. 697.

- Portofreie Behandlung der von den landesfürstlichen Behörden dem Wiener Zeitungs-Comptoir zukommenden Insertions-Entwürfe.

Hofkammer-Decret vom 29. April 1843, S. 120, Nr. 701.

Behörden. Wann die Verhandlungen über die Dienstentlassung eines Beamten der höheren Behörde zur Schlussfassung vorzulegen sind.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Juni 1843, S. 125, Nr. 715.

- Bei landesfürstlichen Behörden dürfen wegen Verbrechen oder Vergehen bestrafte Individuen als Diurnisten nicht verwendet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Juni 1844, S. 211, Nr. 812.

- Vorschrift über die Behandlung der in Eintreibung der Ararialtaxen faumseligen Behörden.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Juli 1844, S. 213, Nr. 818.

- Vorschrift für Criminalgerichte über die Mittheilung von Auszügen aus dem Berathschlagungs-Protokolle über die gegen einen Beamten wegen Verbrechen abgeführte Untersuchung an die zu der Disciplinarbehandlung berufene Oberbehörde.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1844, S. 215, Nr. 823.

- Bei den politischen Behörden sind die Beschwerden einzelner Einleger wider die Sparcassen, wegen statutenwidriger Behandlung, anzubringen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. September 1844, S. 222, Nr. 832.

- Verpflichtung der portopflichtigen Behörden zur Annahme der Aufschriften der gleichfalls portopflichtigen Behörden, und Bezahlung des Postporto.

Hofkammer-Decret vom 18. März 1845, S. 256, Nr. 876.

- Bestimmung der Gerichtsbarkeit der politischen und Justizbehörden bei Privilegien-Streitigkeiten.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juli 1845, S. 271, Nr. 896.

- Administrative Behörden haben die Pränotirungen von Ararial-Forderungen auf Realitäten durch das Fiscal-Amt einzuleiten.

Hofkammer-Decrete von 24. October 1845 und 6. Mai 1846, S. 288 und 334, Nr. 907 und 959.

- Bestimmung der Behörden zur Entscheidung über Recurse gegen Verfügungen und Urtheile der Elbe-Zollgerichte in zweiter und dritter Instanz.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 2. December 1845, S. 289, Nr. 912.

- In welchen Fällen Holzdiebstähle an den Holzschwemmen von den politischen Behörden zu untersuchen und zu bestrafen seien.

Hofkanzlei-Decret vom 5. März 1846, S. 320, Nr. 943.

- Nicht der politischen Behörde, sondern dem Appellationsgerichte steht die Entscheidung der Frage zu, welcher Abhandlungsbehörde das Recht zum Bezuge eines in der Entrichtungsverpflichtung unbestrittenen Mortuars, im Falle der Delegation zur Abhandlung, zukomme.

Hofkanzlei-Decret vom 26. März 1846, S. 328, Nr. 947.

- Competenz der Cameralbehörden zur Wahrnehmung der Zulassung zum Armenrechte bei den in den Gerichten vorzunehmenden Stempel-Revisionen. Bei vorkommenden Anständen steht die Untersuchung und die Schöpfung des Erkenntnisses der vorgesetzten Gerichtsbehörde zu.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 329, Nr. 949.

- Politische Behörden haben von Funden numismatischer und archäologischer Gegenstände die Anzeige an die politische Landesstelle zu erstatten.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Juni 1846, S. 338, Nr. 970.

- Einvernehmen zwischen dem Appellationsgerichte und der Landesstelle vor Ausfertigung des Beschlusses über die Abnahme des Wahlsfähigkeits-Decretes von einem bei einer gemischten Behörde dienenden Beamten, wenn damit der Verlust des Dienstes verbunden wäre.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1846, S. 355, Nr. 975.

Behörden. Bestimmung des Wirkungskreises der politischen, Cameral- und Justizbehörden bei Behandlung der in- und ausländischen als Geld ausgeprägten Münzen, welche der Verfälschung verdächtig sind, oder als verfälscht erkannt werden.

Hofkammer-Decret vom 29. August 1846, S. 357, Nr. 981.

- Die politischen Behörden entscheiden über den Bezug des bei den galizischen Städten bestehenden Getränke-Erzeugungs-Entgeltes.

Justiz-Hofdecree vom 29. October 1846, S. 387, Nr. 995.

- Zur Amtshandlung der politischen Behörden gehören die aus dem Dienstverhältnisse oder aus Lohnverträgen entstehenden Streitigkeiten zwischen Gewerbsleuten oder Fabrikainhabern und ihren Gesellen, Lehrlingen und Hilfsarbeitern.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1846, S. 390, Nr. 1002.

- Verpflichtung der politischen Obrigkeiten zur Ueberwachung der Eisenbahnen und Leistung des gesetzmäßigen Beistandes über Aufforderung der Eisenbahnbeamten.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, S. 27.

- Bezeichnung der zur Aufsicht der Eisenbahnen berufenen Behörden.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, S. 28.

- Bestimmungen zur Evidenzhaltung und Controle über den Inhalt der von den Behörden und Ämtern mit der Fahrpost zu versendenden Pakete.

Hofkammer-Decret vom 20. November 1847, S. 477, Nr. 1097.

- Zur Delegation der Ober-Vormundschaft oder Curatel an eine der obersten Justizstelle nicht unterstehende Behörde ist die Allerhöchste Genehmigung einzuholen.

Allerhöchste Entschliessung vom 19. Februar 1848, S. 493, Nr. 1120.

- Vormerkungen auf Realitäten zur Sicherstellung von Ararial-Steuerrückständen und sonstigen auf einem privatrechtlichen Titel nicht beruhenden Ararial-Forderungen können von den administrativen Behörden bei den Gerichten unmittelbar angesucht werden.

Hofkammer-Decret vom 11. April 1848, S. 612, Nr. 1134.

- Pflicht der Behörden zu Anzeigen an die vorgesetzte Behörde über Beamte, welche sich eines Verbrechens schuldig gemacht haben, wenn auch wegen eingetretener Verjährung oder wegen rechtzeitig geleisteten Erlasses von dem Criminal-Verfahren abgelaufen worden ist.

Justiz-Ministerial-Decret vom 30. Juni 1848, S. 643, Nr. 1166.

- Bestimmung der Behörde zur Ausübung der Realgerichtsbarkeit über Montanwerke.

Erlaß des Ministeriums für öffentliche Arbeiten vom 12. Juli 1848, S. 645, Nr. 1169.

- Postporto-Befreiung der Correspondenz der im Dienste ausgesendeten Beamten zwischen denselben und ihren vorgesetzten Behörden sowohl bei der Brief- als auch bei der Fahrpost.

Finanz-Ministerial-Erlaß vom 26. Juli 1848, S. 647, Nr. 1171.

- Befreiung des amtlichen Schriftenwechsels und der Erlässe des Staatsanwaltes und sämtlicher Behörden in Preßvergehens-Angelegenheiten vom Postporto.

Finanz-Ministerial-Decret vom 15. September 1848, S. 659, Nr. 1181.

- Die Patrimonial-Behörden haben die Gerichtsbarkeit und die politische Amtsverwaltung auf Staatskosten provisorisch fortzuführen.

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180, und Justiz-Ministerial-Decret vom 16. September 1848, S. 659, Nr. 1182.

- In Streitigkeiten zwischen den ehemaligen Unterthanen und Herrschaften hat es vor der Hand bei der bisherigen Behandlung durch die politischen Behörden nach den bisherigen Vorschriften zu verbleiben.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 12. November 1848, S. 663, Nr. 1185.

Weibringung. Zur Eintragung der ersten und weiteren Cessionen von eingetragenen Schuldforderungen in die öffentlichen Bücher, wie auch zur Löschung von eingetragenen Forderungen und Rechten ist die Weibringung der darin schon eingetragenen Schuldscheine, Cessions- und anderer Urkunden, welche hierauf Bezug haben, nicht erforderlich.

Justiz-Hofdecret vom 16. April 1830, S. 194, Nr. 2458.

- der Compagnie-Certificate über fruchtlos versuchten Vergleich im summarischen Verfahren bei Militärgerichten in der croatischen, slawonischen und banatischen Militärgränze und bei den Gränz-Regimentern in Siebenbürgen.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

Weischlaf. S. Weimohnung.

Weißfär. Wann die Mercantil- und Wechselgerichtsbeißfär in Wien bei der Wahl eines Wechselnsfals keine Stimme abzugeben haben.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1821, S. 17, Nr. 1754.

- aus dem Handelsstande bei dem Mercantil- und Seegerichte zu Triest werden von dem Ershenen bei Vorträgen über Abhandlungs- und Waisengeschäfts-Gegenstände und bloße Currentien enthoben.

Justiz-Hofdecret vom 27. Juli 1821, S. 40, Nr. 1782.

- Welche Auszeichnung den Criminalgerichts-Beißfären für eine mehrjährige fleißige Dienstleistung zujugeftehen sei.

Justiz-Hofdecret vom 11. August 1821, S. 43, Nr. 1790.

- Die Criminalgerichts-Beißfär haben den Criminalverhören vom Anfange bis zum Ende ununterbrochen beizumohnen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juli 1828, S. 127, Nr. 2353.

- Als Verhörsbeißfär bei Criminal-Untersuchungen dürfen Practikanten nicht verwendet werden.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1829, S. 144, Nr. 2383.

- Behandlung der Criminalgerichts-Beißfär hinsichtlich der Fuhr- und Fehrungskosten.

Hofkanzlei-Decret vom 27. Jänner 1832, S. 31, Nr. 2547.

- Bestimmungen über die erforderlichen Beißfär bei Criminal-Untersuchungen und bei Schöpfung des Urtheiles in schweren Polizei-Übertretungen.

Hofkanzlei-Decret vom 25. August 1836, S. 89, Nr. 153.

- Bestimmung der Zahl der Mercantil-Beißfärs substituiren bei dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte; Vorschrift über die Wahl derselben.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1837, S. 151, Nr. 238.

- Befreiung der ständischen Beamten von der Pflicht sich als Beißfär bei Criminal-Untersuchungen und Berathungen über schwere Polizei-Übertretungen verwenden zu lassen.

Justiz-Hofdecret vom 18. December 1838, S. 314, Nr. 318.

- Die bei dem Triester Mercantil- und Wechselgerichte dienenden Beißfär aus dem Handelsstande dürfen sich als wirkliche k. k. Räte unterzeichnen; Belassung dieses Titels bei mehrjähriger ausgezeichneter Dienstleistung derselben.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1840, S. 526, Nr. 463.

- Rangbestimmung zwischen den Berggerichts-Assessoren und Bergbeamten, dann den zu berggerichtlichen Sitzungen als Beißfär zugezogenen Magistratsräthen und Magistrats-Beamten.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 24. October 1783 und 11. Mai 1841, S. 579, Nr. 536.

- Hinweglassung des Beisages wegen der geheimen Gesellschaften und Verbrüderungen in den Eidesformeln der Wechselgerichtsbeißfär, und Abstellung der Abforderung der Reversse hinsichtlich derselben.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1848, S. 619, Nr. 1145.

Weißger. Vorschrift über das Verfahren bei Anträgen auf die Entlassung oder Suspendirung eines Wechselgerichts-Weißgers.

Erlaß des Justizministers vom 21. August 1848, S. 652, Nr. 1176.

Beiträge. Vorschrift über die Bemessung der Beiträge aus Verlassenschaften für den Normal-Schulfond.

Justiz-Hofdecret vom 7. September 1822, S. 116, Nr. 1891;

Studien-Hofcommissions-Decret vom 3. December 1825, S. 331, Nr. 2151.

- Bestimmung der Summe der Verlassenschaftsbeiträge von dem Prälaten-, Herren-, Ritter- und Handelsstande, dann von Honoratioren, Professionisten, Bürgern und Bauern zum Normal-Schulфонде und in Conventionsmünze.

Justiz-Hofdecret vom 7. September 1822, S. 116, Nr. 1891.

- Vorschrift über die Bemessung und Einhebung des einhalbpcentigen Verlassenschaftsbeitrages für den Prager Krankenhausfond.

Hofkanzlei-Decret vom 14. August 1839, S. 346, Nr. 373.

- Unter dem in dem für Mähren erlassenen Patente vom 4. Juli 1749 wegen der von den Verlassenschaften zu entrichtenden Invalidenfonds-Beiträge gebrauchten Ausdrucke: „Sui haeredes oder Erbeserben“ sind nur Descendenten, und unter dem Ausdrucke: „Haeredes extranei“ alle übrigen Erben daher auch die Ascendenten einbegriffen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. November 1842, S. 74, Nr. 655.

- Bei den zu wohlthätigen Zwecken gemachten Legaten ist von Verlassenschaften der gesellschaftliche Beitrag zum Local-Armenfonde nicht abzunehmen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Jänner 1843, S. 90, Nr. 677.

- Die gesellschaftlichen Beiträge für die öffentlichen Fonde und Anstalten sind auch von den dem Aetaz aus dem Cabucitätsrechte zufallenden Verlassenschaften zu entrichten.

Hofkanzlei-Decret vom 20. Jänner 1848, S. 489, Nr. 1113.

- Befreiung der Grundobrigkeiten in Galizien von Leistung eines Beitrages zu den Heilungskosten bei epidemischen Menschenkrankheiten, der Lust- und Viehseuche.

Patent vom 17. April 1848, S. 612, Nr. 1136.

- Die Landgerichte Haimburg, Hollenburg, Sonnegg und Wetzenegg in Kärnthzen haben an das Stadt- und Landrecht in Klagenfurt als für diese Bezirke aufgestelltes Criminaluntersuchungs- und Spruchgericht einen Criminalkosten-Beitrag zu leisten.

Justizministerial-Decret vom 23. Mai 1848, S. 636, Nr. 1154.

- Befreiung der Grundherrschaften in der Bukowina von der Leistung eines Beitrages zu den Heilungskosten bei epidemischen Menschenkrankheiten bei der Lust- und Viehseuche.

Patent vom 9. August 1848, S. 648, Nr. 1173.

Beitritt. Bedingte Gestattung des Beitrittes der landesfürstlichen Montanbeamten zu den innerösterreichischen, oberösterreichischen und tirolisch-vorarlbergischen geognostisch-montanistischen Vereinen.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 8. April 1845, S. 258, Nr. 880.

- zur galizisch-ständischen Creditsanstalt ist den landtätslichen Gütern der Geistlichkeit, der milden Stiftungen, der Städte und der unter ihrer Aufsicht stehenden Stiftungen gestattet.

Hofkanzlei-Decret vom 31. Jänner 1846, S. 310, Nr. 925.

Beurtheile. S. Urtheile II. in Streitfachen.

Bewohnung. Bestimmung des Zeitraumes von der Bewohnung bis zur Enbinderung.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1822, S. 90, Nr. 1858.

Beziehung. Wenn es sich um die Dienstentlassung eines wegen Verbrechen abgeurtheilten Beamten handelt, ist die Beziehung zweier Hofräthe der obersten Justizstelle nicht nothwendig.

Note der allgemeinen Hofkammer vom 2. Jänner 1821, S. 1, Nr. 1727.

Beiziehung. Der bei der politischen Landesstelle über die Entlassung eines Beamten abzuhalten- den Berathschlagung sind immer zwei Appellationsräthe, und wo diese nicht vorhanden sind, zwei Justizräthe der im Orte befindlichen ansehnlichsten Justizbehörde beizuziehen; wie sich dabei zu benehmen sei.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1821, S. 6, Nr. 1736.

- eines landesfürstlichen Justizrathes zu den Verhandlungen über Militär-Lieferungen.

Justiz-Hofdecrete vom 18. Mai und 20. Juli 1821, S. 21 und 40, Nr. 1761 und 1781.

- zweier Justizräthe zu der Berathschlagung über die Dienstentlassung eines in Criminal-Untersuchung gerathenen und wegen Mangels rechtlicher Beweise losgesprochenen Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 16. März 1827, S. 72, Nr. 2267.

- eines Cameral-Repräsentanten zu der Berathschlagung über die Ausmaß einer körperlichen Strafe wider mittellose Gefälls-Übertreter.

Justiz-Hofdecret vom 2. November 1827, S. 102, Nr. 2314.

- Der Berathschlagung über die Dienstentlassung eines Postbeamten sind bei der Oberst-Hofpostverwaltung zwei niederösterreichische Appellationsräthe zuzuziehen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Mai 1829, S. 159, Nr. 2404.

- zweier Justizräthe zu den Berathschlagungen der Behörden, die nicht selbst Justizbehörden sind, über die Dienstentlassung der einer schweren Polizei-Übertretung schuldig befundenen, oder von derselben aus Abgang rechtlicher Beweise losgesprochenen Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1830, S. 187, Nr. 2455.

- Die vereinigten Cameral-Gefällen-Verwaltungen haben zu ihren Berathschlagungen über die Entlassung eines ihnen unterstehenden Beamten oder Dieners zwei Justizräthe beizuziehen.

Justiz-Hofdecret vom 27. August 1830, S. 205, Nr. 2477.

- Zu den Berathschlagungen über die Dienstentlassung beedeter Concepts- und Manipulations-Practikanten bei landesfürstlichen Behörden sind zwei Justizräthe beizuziehen.

Justiz-Hofdecret vom 23. August 1833, S. 101, Nr. 2627.

- Zu der Berathschlagung über die Behandlung der einer schweren Polizei-Übertretung schuldigen, oder von derselben oder von einem Verbrechen nur ab instantia losgesprochenen landesfürstlichen Beamten sind auch, wenn die Behörde selbst nicht auf die Entlassung des Beamten anträgt, zwei Justizräthe beizuziehen.

Justiz-Hofdecret vom 16. August 1834, S. 121, Nr. 2665.

- Nichtbeiziehung zweier Justiz-Hofräthe zu den Berathungen der allgemeinen Hofkammer über die Entlassung eines unteren beedeten Dieners.

Allerhöchste Entschliessung vom 16. Jänner 1841, S. 552, Nr. 495.

Bekanntmachung. S. Kundmachungen.

Beklagte. S. Geklagte

Beköstigung. S. Kost.

Belassung. Auf Belassung des Quartiergeldes für pensionirte oder quiescirte Beamte kann bei ganz besonderen rücksichtswürdigen Umständen angetragen werden.

Justiz-Hofdecret vom 19. November 1825, S. 329, Nr. 2146.

- Auf Belassung des Quartiergeldes als Personalzulage, bei Pensionirung der Wiener Beamten darf nicht angetragen werden.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1829, S. 147, Nr. 2388.

Belastung. Vorschrift über die Belastung eines dem öffentlichen Cultus eines tolerirten Glaubensbekenntnisses gewidmeten Gebäudes.

Hofkammerlei-Decret vom 4. April 1839, S. 336, Nr. 354.

Belastung. Vorschrift über die Belastung der verkäuflichen Gewerbe.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1843, S. 122, Nr. 708.

Belastungsfähigkeit. S. Belastung.

Belehnung. Die Belehnungs-Urkunde in Bergbau-Angelegenheiten ist nur nach Angabe der beiläufigen Lagerung der Massen auszufertigen.

Decrete der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 2. März und 25. October 1837, S. 113 und 150, Nr. 179 und 237.

— Erläuterung des Normales vom 2. März 1837 über den bergämtlichen Vorgang bei Ertheilung der Belehnung zum Bergbaue.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 25. October 1837, S. 150, Nr. 237.

— Lösung der Belehnungen auf Farb-Erden aus den Bergbüchern.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 21. November 1838, S. 310, Nr. 307.

— darf über ein ausgezogenes Bohrmehl von Berggerichten nicht ertheilt werden.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 14. April 1840, S. 481, Nr. 424.

— In welchem Falle sich die berggerichtliche Belehnung auch auf das Berg-Öel auszudehnen hat.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 28. December 1841, S. 674, Nr. 581.

— Dem geognostisch-montanistischen Vereine für Steiermark, Kärnthen, Krain und das Land ob der Enns wird eine achtwöchentliche Frist zur Ueberreichung des Begehrens um die berggerichtliche Belehnung vom Tage des gerichtlichen Zuspruches der geschehenen Einmuthung bewilliget.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 31. August 1843, S. 137, Nr. 737.

— Aufhebung des dritten Absatzes des Normales vom 2. März 1837, über den bergämtlichen Vorgang bei Ertheilung der Belehnung zum Bergbaue.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 4. November 1843, S. 165, Nr. 762.

Belehnungs-Urkunde. S. Belehnung.

Belehrung der Privat-Lehensherren über ihre Gerechtsame und Obliegenheiten.

Hofkanzlei-Decret vom 26. März 1824, S. 197, Nr. 1996.

— Dem Appellationsgerichte steht hinsichtlich der ihm von den Collegialgerichten über Criminal-Untersuchungen vorgelegten, durch irrige Anwendung des Gesetzes gefaßten Beschlüsse nur die Belehrung des Collegialgerichtes zu.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1847, S. 469, Nr. 1083.

Beleidiger. Behandlung des Beleidigers, wenn der Mißhandelte sein Gesuch, um Bestrafung desselben, widerruft.

Hofkanzlei-Decret vom 25. Juni 1835, S. 27, Nr. 43.

Beleidigter. Wirkung des Widerrufs der von dem Beleidigten angebrachten Klage, um Bestrafung einer Mißhandlung oder Beleidigung.

Justiz-Hofdecret vom 10. Jänner 1833, S. 73, Nr. 2585.

Beleidigung. Bestrafung der thätlichen oder wörtlichen Beleidigung der Angestellten bei den Eisenbahnen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, S. 42.

Belgien. Staatsvertrag mit Belgien, über die Erbfähigkeit der gegenseitigen Untertanen und über die wechselseitige Freizügigkeit des Vermögens und der Verlassenschaften.

Vom 9. Juli 1839, S. 344, Nr. 370.

Belgien. Aufhebung der verfügten Einhaltung mit der Ausfolgung der Erbschaften an Erben in Belgien.

Justiz-Hofdecret vom 26. Mai 1840, S. 500, Nr. 444.

- Vorschrift über die Ausstellung der Todtenscheine der in den k. k. Staaten verstorbenen belgischen Unterthanen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. April 1841, S. 567, Nr. 521.

Bellai. Der Bezirk Bellai wird dem Istrianer Kreise im illirischen Küstenlande zugetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 25. Juni 1825, S. 310, Nr. 2114.

Belohnung. Wann nur Anträge auf Remunerationen für außerordentliche Dienste höchsten Orts vorzuliegen seien.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1821, S. 6, Nr. 1736.

- des Denuncianten und Apprehendenten für die Entdeckung der den officiosen Postenfungen zuliegenden Privatfachen.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1821, S. 14, Nr. 1751.

- für den Anzeiger und Ergreifer eines Falschwerbers und Auspähers.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1821, S. 54, Nr. 1808.

- Den Beamten kann für die ihnen in ihrem Aufenthaltsorte übertragene Vertretung eines Amtes bei längerer und besonderer Anstrengung eine angemessene Belohnung bewilliget, oder hierauf angetragen werden.

Justiz-Hofdecret vom 28. März 1828, S. 111, Nr. 2332.

- Zeitweilige Belohnungen für die Entdeckung der Brandleger.

Justiz-Hofdecret vom 5. Februar 1830, S. 185, Nr. 2450.

- Vorschrift für die Behörden bei Verleihung von Belohnungen für landesfürstliche Beamte und Diener.

Hofkammer-Decret vom 6. Mai 1836, S. 81, Nr. 140.

- Bestimmung der Belohnung für den Ergreifer des Beschädigers der auf öffentlichen Wegen gepflanzten Bäume und Alleen.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Jänner 1837, S. 99, Nr. 163.

- Bestimmung der Gebühren als Belohnung für Gerichtsanwälte in Tirol und Vorarlberg für die Aufnahme der Sperre, Inventur oder Versteigerung.

Hofkanzlei-Decret vom 20. Februar 1837, S. 112, Nr. 175.

- Bestimmung einer Belohnung jährlicher 500 fl. für die bei einem Gerichte außer ihrem Amtsorte in Dalmatien verwendeten Auscultanten gegen Eingezug ihres Adjutums.

Justiz-Hofdecret vom 17. October 1843, S. 157, Nr. 752.

- für die Einbringung eines Räubers S. Taglia.

Bemalen. Beschränkung des Bemalens genutzbarer Zuckerbäckerei-Waaren.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 19. September 1848, S. 661, Nr. 1183.

Bemessung. Vorschrift über die Bemessung der Gradationstaxe für die Protokollirung und Verfälschung der Urkunden in Tirol und Vorarlberg.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juli 1824, S. 214, Nr. 2019.

- Vorschrift über die Controle bei Bemessung der Abhandlungs- und Rechnungs-Gebühren (Sterb- und Rait-Taxen).

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1826, S. 53, Nr. 2230.

- Vorschrift über die Bemessung des landesfürstlichen und obrigkeitlichen Mortuars hinsichtlich der Gelbwährung der Katastral-Einlage des Gutes oder der Realität.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1828, S. 138, Nr. 2368.

- der Erbsteuer von Obligationen und Banfactien nach dem Course am Zahlungstage.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Jänner 1833, S. 76, Nr. 2590.

Bemessung der Erziehungsbeiträge für Kinder minderer Diener.

Hofkammer-Decret vom 21. September 1838, S. 278, Nr. 296.

- Zur Bemessung der frommen Gebühren von Verlassenschaften ist ein Abzug der aus dem letzten Willen entspringenden Lasten und Legaten nicht zulässig.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Jänner 1843, S. 90, Nr. 677.

- der Erziehungsbeiträge für Kinder pensionsfähiger Staatsdiener.

Hofkammer-Decret vom 25. Jänner 1844, S. 191, Nr. 779.

- Bei Bemessung der Pensionen für Beamten-Witwen und Waisen aus dem Staatsschatze oder aus politischen Fonds sind die Pensionen der Witwen-Societät der juridischen Facultät der Wiener Hochschule nicht in Abrechnung zu bringen.

Justiz-Hofdecree vom 3. März 1847, S. 426, Nr. 1039.

- Vorschrift über die Bemessung der außerordentlichen Abgabe von den Befolgungen, Personalzulagen, Quiescentengehälte, Pensionen, Gnabengaben u. der Beamten und ihrer Witwen.

Finanzministerial-Erlässe vom 18. und 27. Juni, dann 18. August 1848, S. 641, 645 und 651, Nr. 1163, 1165 und 1175.

Beneficiar-Erbe ist nach erfolgter Einantwortung der Verlassenschaft nicht berechtigt, die Eröffnung des Concurse über dieselbe zu verlangen.

Justiz-Hofdecree vom 27. März 1846, S. 328, Nr. 948.

Beneficiat. Wann die Congrua eines sequestrirten Pfarrers von den Beneficiaten in Anspruch genommen werden könne.

Hofkanzlei-Decret vom 20. März 1836, S. 78, Nr. 132.

- Vorschrift über die Vertretung der Beneficiaten in Besitzstörungenfällen geistlicher Pfründen in Galizien durch das Fiscal-Amt, und über die Behandlung der von den Beneficiaten in den erwähnten Angelegenheiten bei der betreffenden Behörde unmittelbar überreichten Bescheiden.

Justiz-Hofdecree vom 11. Februar 1844, S. 188, Nr. 774.

Benahmen des Criminalrichters, wenn mit einem Verbrechen die Uebertretung des Verbotes des Waffentragens zusammentrifft.

Justiz-Hofdecree vom 2. September und 11. October 1825, S. 319 und 324, Nr. 2128 und 2134.

- der österreichischen Consula im Ponente in Schiffbruchsfällen und anderen Angelegenheiten österreichischer Unterthanen.

Hofkammer-Decret vom 27. September 1834, S. 127, Nr. 2671.

Benennung der Regimenter in den Aufschriften der Behörden nach ihren Inhabern und nicht nach ihren Nummern.

Justiz-Hofdecree vom 19. März 1839, S. 334, Nr. 350.

- Den künstlich erzeugten Mineralwässern darf nicht die Benennung eines bestehenden natürlichen Mineralwassers gegeben werden.

Hofkanzlei-Decret vom 11. November 1847, S. 475, Nr. 1094.

Bentheim-Steinfurt. Dem Chef des fürstlichen Hauses Bentheim-Steinfurt gebührt der Titel „Durchlaucht.“

Justiz-Hofdecree vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Bentheim-Tecklenburg oder **Rheda.** Dem Chef des fürstlichen Hauses Bentheim-Tecklenburg oder Rheda gebührt der Titel „Durchlaucht.“

Justiz-Hofdecree vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Bentheim-Meda. Den Häuptern dieser reichsständisch-fürstlichen Familien gebührt der Titel „Durchlaucht.“

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Bentind. Der Titel „Erlaucht“ gebührt dem Haupte der reichsständisch-gräflichen Familie Bentind.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Benützung. Bestrafung der unbefugten Benützung des Erd- oder Berg-Deles, Berg-Theers, Asphalts, Erd- oder Berg-Pech nach den Berggesetzen.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 17. October 1838, S. 280, Nr. 299.

— Vorschrift über die Benützung der Inseln in Schiff- und flossbaren Flüssen und Strömen von Seiten des Staates.

Hofkammer-Decret vom 19. April 1842, S. 22, Nr. 608.

— Beschränkung des Benützungsrechtes der Eigenthümer der an der Linie der Staats-Eisenbahnen angrenzenden Gründe und Bergabhängen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 234, Nr. 834.

— Bestrafung der gefehwidrigen Benützung der Reisepässe oder anderer obrigkeitlichen Ausweise.

Hofkanzlei-Decret vom 20. November 1844, S. 240, Nr. 846.

Verathschlagung. Wenn es sich um die Dienstentlassung eines wegen Verbrechen abgeurtheilten Beamten handelt, ist die Beiziehung zweier Hofräthe der obersten Justizstelle nicht nothwendig.

Note der allgemeinen Hofkammer vom 2. Jänner 1821, S. 1, Nr. 1727.

— Der bei der politischen Landesstelle über die Entlassung eines Beamten abzuhaltenden Verathschlagung sind immer zwei Appellationsräthe, und wo diese nicht vorhanden sind, zwei Justizräthe der im Orte befindlichen ansehnlichsten Justizbehörde beizuziehen; wie sich dabei zu benehmen sei.

Justiz-Hofdecrete vom 3. Februar und 20. Juli 1821, S. 6 und 40, Nr. 1736 und 1781.

— Die Sitzungen sind entweder zu verlängern, oder mehrere Sitzungen zu halten, damit alle zum Vortrage bereiteten Stücke vorgetragen werden können.

Justiz-Hofdecret vom 14. Juni 1822, S. 108, Nr. 1878.

— Vorschrift zur Behandlung und Erledigung der Justizgeschäfte in mehr oder minder zahlreichen Rathssversammlungen bei landesfürstlichen Collegialgerichten erster Instanz.

Justiz-Hofdecrete vom 9. Februar 1821 und 5. April 1822, S. 76 und 90, Nr. 1836 und 1859.

— Bestimmung der Anzahl der Räthe zur Verathschlagung über Besitzförungs-Angelegenheiten oder sogenannte Provisorien.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juli 1825, S. 312, Nr. 2118.

— der Beschluß eines Collegialgerichtes kann nach aufgehobener Sitzung nicht mehr abgeändert werden.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1826, S. 60, Nr. 2244.

— Die Rathssitzungen sind, außer in den dringendsten Fällen, nicht über vier Stunden auszudehnen, und die wichtigeren Rechtsangelegenheiten in den ersten Stunden derselben vorzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1826, S. 60, Nr. 2244.

— Der Verathschlagung über die Dienstentlassung eines in Criminal-Untersuchung gerathenen, und wegen Mangels rechtlicher Beweise losgesprochenen Beamten sind zwei Justizräthe beizuziehen.

Justiz-Hofdecret vom 16. März 1827, S. 72, Nr. 2267.

— Der Verathschlagung über die Ausmaß einer körperlichen Strafe wider mittellose Gefälls-Uebertreter ist ein Cameral-Repräsentant beizuziehen.

Justiz-Hofdecret vom 2. November 1827, S. 102, Nr. 2314.

Berathschlagung. Der Berathschlagung über die Dienstentlassung eines Post-Beamten sind bei der Oberst-Hofpostverwaltung zwei niederösterreichische Appellationsräthe zuzuziehen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Mai 1829, S. 159, Nr. 2404.

- Zuziehung zweier Justizräthe zu den Berathschlagungen der Behörden, die nicht selbst Justizbehörden sind, über die Dienstentlassung der einer schweren Polizei-Übertretung schuldig befundenen, oder von derselben aus Abgang rechtlicher Beweise losgesprochenen Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1830, S. 187, Nr. 2455.

- In verstärkten Rathssitzungen sind nach Umständen die Rechtsstreite, wobei Präsidenten oder Räthe als Parteien eintreten, in Vortrag zu bringen. Die unterlassene Berathschlagung in einem verstärkten Senate begründet aber keine Nullität.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juli 1830, S. 204, Nr. 2474.

- Die vereinigten Cameral-Gefällen-Verwaltungen haben den Berathschlagungen über die Entlassung eines ihnen unterstehenden Beamten oder Dieners zwei Justizräthe beizuziehen.

Justiz-Hofdecret vom 27. August 1830, Nr. 205; S. 2477.

- Bei den Berathschlagungen der Justizbehörden ist den Räten der Cameral-Gefällen-Verwaltungen der Sitz vor den Justizräthen; bei den Sitzungen der Cameral-Gefällen-Verwaltungen dagegen den Justizräthen der Platz vor den Cameral-Räthen anzuweisen.

Justiz-Hofdecret vom 11. November 1831, S. 23, Nr. 2536.

- Zuziehung zweier Justizräthe zu den Berathschlagungen über die Dienstentlassung beeidigter Concept- und Manipulations-Practikanten landesfürstlicher Behörden.

Justiz-Hofdecret vom 23. August 1833, S. 101, Nr. 2627.

- Zu der Berathschlagung über die Behandlung der einer schweren Polizei-Übertretung schuldigen oder von derselben oder von einem Verbrechen nur ab instantia losgesprochenen landesfürstlichen Beamten, sind auch, wenn die Behörde selbst nicht auf die Entlassung des Beamten anträgt, zwei Justizräthe beizuziehen.

Justiz-Hofdecret vom 16. August 1834, S. 121, Nr. 2665.

- Vorschrift über die zu den Berathschlagungen der Appellationsgerichte erforderliche Zahl der Stimmführer.

Justiz-Hofdecret vom 30. April 1838, S. 177, Nr. 267.

- Zu den Berathschlagungen der allgemeinen Hofkammer über die Entlassung eines unteren beideten Dieners sind zwei Justiz-Hofräthe nicht beizuziehen.

Allerhöchste Entschliessung vom 16. Jänner 1841, S. 552, Nr. 495.

- Vorschrift für Criminalgerichte über die Mittheilung von Auszügen aus den Berathschlagungs-Protokollen, über die gegen einen Beamten wegen Verbrechen abgeführte Untersuchung, an die zu dessen Disciplinarbehandlung berufene Oberbehörde.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1844, S. 215, Nr. 823.

- S. Magistrat, Rathssitzung.

Berathschlagungs-Protokolle. S. Protokolle.

Berechnung der Frist zum Ausweise der zum Besitze landtäflicher Güter erforderlichen Habilitirung.

Hofkanzlei-Decret vom 11. October 1821, S. 57, Nr. 1809.

- Vorschrift über die Berechnung der Erbsteuer, des Mortuariums, Abfahrtsgeldes oder anderer Gebühren von Obligationen und Bank-Actien.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1828, S. 113, Nr. 2336.

- Vorschrift über die Berechnung der Verjährungszeit bei schweren Polizei-Übertretungen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Juni 1829, S. 163, Nr. 2414.

- der Accidenzien der Wirthschaftsbeamten in Mähren und Schlesien für die den Unterthanen unter obrigkeitlichem Sigel hinausgegebenen Grundverschreibungen.

Hofkanzlei-Decret vom 23. September 1830, S. 208, Nr. 2482.

Berechnung. Vorschrift über die Berechnung der Abzugskosten für die im Criminal- oder politischen Verhafte befindlichen Individuen der Finanzwache.

Hofkammer-Decret vom 23. Juni 1846, S. 339, Nr. 972.

- des zur Erneuerung der Hypothekar-Inscriptionen in Dalmatien vorgeschriebenen zehnjährigen Zeitraumes.

Justiz-Hofdecret vom 6. October 1847, S. 473, Nr. 1090.

- des Percentual-Abzuges von dem Einkommen der diesen Abzügen unterliegenden Personen, wenn dieses Einkommen mit einem gerichtlichen Verbote oder einer Executionsführung behaftet ist.

Finanzministerial-Erlaß vom 17. November 1848, S. 664, Nr. 1186.

Berg- und Salinen-Direction zu Hall. Die Bergwesens-Direction in Salzburg wird aufgelöst, und die Geschäfte derselben werden an die Berg- und Salinen-Direction zu Hall in Tirol verwiesen.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Jänner 1835, S. 134, Nr. 2685.

- und Salinen-Direction. Bei den von dem competenten Richter über Besitzstörungenklagen, bei welchen die Berg- und Salinen-Administration zu Hall die Vertretung des Allerhöchsten Aetars übernimmt, anhängigen Verhandlungen, hat ein Abgeordneter der montanistischen Administrativ-Behörde, bei dem Vortrage solcher Gegenstände beim Appellationsgerichte aber ein Rath der Berg- und Salinen-Direction zu Hall zu interveniren.

Justiz-Hofdecret vom 3. October 1842, S. 63, Nr. 646.

Bergabhänge. S. Berge.

Bergämter. Recht der Berg- und Salinen-Aemter zu Gmund, Eisenerz, Klagenfurt, Hall, Pöchlarn, Joachimsthal und Vellach, die zur Sicherstellung des Allerhöchsten Aetariums nöthigen gerichtlichen Verfügungen durch die Fiscalämter zu erwirken.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1840, S. 486, Nr. 430.

Bergbau. Auf Ruthungen zum Bergbau und auf Ruthscheine findet eine gerichtliche Einverleibung oder Vormerkung nicht Statt.

Justiz-Hofdecret vom 14. October 1831, S. 21, Nr. 2532.

- Vorschrift über die Ertheilung und Zulässigkeit einer Frist-Erweiterung für Ruther und Lehenwerber beim Bergbaue, dann Fristbestimmung zur Anzeige der beiläufigen Lagerung der Feldmassen.

Decrete der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 2. März und 25. October 1837, S. 113 und 150, Nr. 179 und 237.

- Vorschrift für Berggerichte über die Ertheilung der Berglehen.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 20. April 1837, S. 122, Nr. 197.

- Den geistlichen Stiften und Klöstern darf die Schurflicenz zum Bergbau ertheilt werden.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 28. April 1837, S. 123, Nr. 198.

- Die Aetarial-Montan-Bruberladen sind durch den Fiscus zu vertreten.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 27. Juli 1837, S. 136, Nr. 216.

- Erläuterung des Normales vom 2. März 1837, über den amtlichen Vorgang beim Bergbau.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 25. October 1837, S. 150, Nr. 237.

- Recursfrist-Bestimmung gegen berglehenämliche und Cameral-Entscheidungen in Bergbau-Angelegenheiten.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 17. September 1839, S. 350, Nr. 378.

- Vorschrift über die Ertheilung der Bewilligung zum Betriebe des Bergbaues auf Steinkohlen und damit verwandte Produkte an Israeliten.

Hofkanzlei-Decret vom 2. September 1841, S. 606, Nr. 561.

Bergbau. In welchem Falle sich die berggerichtliche Bezeichnung auf das Berg-Gel ausdehnen hat.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 28. December 1841, S. 674, Nr. 581.

- Bestimmungen über den Betrieb des Steinkohlen-Bergbaues von Seite des Aetariums und von Privaten.

Decrete der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 7. August 1842, S. 54 und 55, Nr. 627 und 628, dann 6. März 1843, S. 98, Nr. 687.

- Vorschrift über das Verfahren der Berggerichte bei Gesuchen um die Ertheilung des Schurfraumes auf den Steinkohlen-Bergbau.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 28. December 1842, S. 80, Nr. 666.

- Ueber jeden gewählten Schurfkreis beim Steinkohlen-Bergbau ist ein Situationsplan auszufertigen, darin der Fixpunct zur Bestimmung des Schurfkreises genau zu bezeichnen, und die Richtigkeit des Fixpunctes durch die berggerichtliche Autorität zu beglaubigen.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 6. März 1843, S. 98, Nr. 687.

- Aufhebung des dritten Absatzes des Normales vom 2. März 1837 über die Ertheilung und Zulässigkeit einer Frist-Erweiterung für Ruther und Lehenswerber beim Bergbau, dann Fristbestimmung zur Anzeige der beiläufigen Lagerung der Feldmassen.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 4. November 1843, S. 165, Nr. 762.

- Vorschrift für Freifahrungswerker über den Erlag des Reisekosten-Vorschusses bei mit einer Reise verbundenen Commission in Bergbau-Angelegenheiten.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 19. Februar 1848, S. 493, Nr. 1121.

Bergbeamte. S. Beamte.

Bergbücher. Vorschrift über die Löschung der Vergleichen in den Bergbüchern bei vernachlässigter Entrichtung der Quatembergelber.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 27. November 1838, S. 311, Nr. 310.

Berge. Beschränkung des Eigenthums- und Benutzungsrechtes der Eigenthümer der an der Linie der Staats-Eisenbahnen gränzenden Bergabhänge.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 234, Nr. 834.

Berg-Eigenthum. Geistliche Stifte und Klöster dürfen ein Berg-Eigenthum besitzen.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 28. April 1837, S. 123, Nr. 198.

Berggebäude. Vorschrift über die Verständigung der Saggläubiger von der von Amtswegen vorzunehmenden Löschung der auf aufgelaassenen Berggebäuden haftenden Sagposten.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 1. Mai 1838, S. 180, Nr. 268.

- Vorschrift über die Hereinbringung rückständiger Gebühren von aufgelaassenen Berggebäuden.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 6. Mai 1838, S. 180, Nr. 269.

Berggerichte. Die weltlichliche Gerichtsordnung ist auch bei den Berggerichten im Lande Salzburg bei dem gerichtlichen Verfahren in Bergwerksfachen zu gebrauchen.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1822, S. 112, Nr. 1884.

- Das Berggericht zu Gall wird mit der Berg- und Salinen-Direction daselbst vereinigt.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Jänner 1833, S. 73, Nr. 2584.

- Erläuterung des dritten Absatzes des Grubenfeldmaß-Patentes vom 21. Juli 1819.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 2. März 1837, S. 113, Nr. 179.

Berggerichte. Den Berggerichten steht die Gerichtsbarkeit über die Eisengußwerke zu.

Hofkammer-Decret vom 4. Mai 1837, S. 124, Nr. 200.

- Errichtung einer provisorischen Berggerichts-Substitution zu Sebenico in Dalmatien, welche dem dortigen Gubernium untergeordnet wird.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juli 1837, S. 133, Nr. 211.

- Erläuterung des Normales vom 2. März 1837, über den amtlichen Vorgang der Berggerichte bei Ruthungen zum Bergbaue.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 25. October 1837, S. 150, Nr. 237.

- Vorschrift für Berggerichte über die Verhändigung der Saggläubiger von der von Amtswegen vorzunehmenden Löschung der auf aufgelassenen Berggebäuden haftenden Saggpösten.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 1. Mai 1838, S. 180, Nr. 268.

- Farb-Erden unterstehen nicht der berggerichtlichen Jurisdiction; deren Benützung ist den Grundeigenthümern frei zu überlassen.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 21. November 1838, Nr. 310, Nr. 307.

- Vorschrift über das Benehmen der Berggerichte bei vernachlässigter Einrichtung der Quatembergelber von Berglehen, und bei Verhängung und Eintreibung der Saumfalsstrafen.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 27. November 1838, S. 311, Nr. 310.

- Vorschrift über das Verhalten derjenigen Berggerichte bei Freifahrungen, welche das hierzu vorgeschriebene Personale nicht aufbringen können.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 27. Jänner 1839, S. 323, Nr. 333.

- Recursfrist gegen berglehenämliche und Cameral-Entscheidungen der unteren Bergbehörden in Schurf- und anderen Bergbau-Angelegenheiten.

Decrete der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 17. September 1839, S. 350, Nr. 377 und 15. December 1840, S. 544, Nr. 486.

- dürfen über ein ausgezogenes Bohrmehl weder eine Ruthung noch eine Bezeichnung erteilen.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 14. April 1840, S. 451, Nr. 424.

- Zuweisung der berggerichtlichen Cameral-, Lehens- und Justizpflege erster Instanz, für das Inn- und Hausbrud-Quartier vom 1. Juli 1840 an, an das Berggericht zu Stadt Steyer.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 3. Juni 1840, S. 501, Nr. 446.

- üben die Jurisdiction über die ein der Berggerichtsbarkeit unterstehendes Produkt verarbeitendes Pfannhämmer aus.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 27. April 1841, S. 572, Nr. 528.

- Rangbestimmung zwischen den Assessoren und Beamten der Berggerichte, dann den zu berggerichtlichen Sitzungen als Beisitzer zugezogenen Magistratsräthen und Magistratsbeamten.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 11. Mai 1841, S. 579, Nr. 536.

- Auf die zur Praxis bei Berggerichten befähigten Individuen ist bei Besetzung der Advocatenstellen in Kärnten und Krain der geeignete Bedacht zu nehmen.

Zustiz-Hofdecret vom 6. December 1841, S. 657, Nr. 575.

Berggerichte. In welchem Falle sich die berggerichtliche Beilehnung auch auf das Berg-Gel auszudehnen hat.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 28. December 1841, S. 674, Nr. 581.

- Vorschrift für Berggerichte über das Verfahren bei dem Ansuchen um Ertheilung des Schurf-raumes auf den Steinkohlen-Bergbau.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 28. December 1842, S. 80, Nr. 666.

- Das bisher zu Stanislaw in Galizien bestandene Districtual-Berggericht wird definitiv nach Kolomea übersezt.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Februar 1843, S. 96, Nr. 682.

- Vorschrift für Berggerichte bei Ausfertigung der Situationspläne über den gewählten Schurf-freis beim Steinkohlen-Bergbau nach vorgenommenem Augenscheine.

- Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 6. März 1843, S. 98, Nr. 687.
- Bestimmungen hinsichtlich der Verlängerung der Frist zur Einbringung der Recurse gegen berg-lebensämtliche und Cameral-Entscheidungen der unteren Berggerichte.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 12. August 1843, S. 135, Nr. 733.

- Aufhebung des dritten Absatzes des Normales vom 2. März 1837 über die Erläuterung des Grubenfeldmaß-Patentes vom 21. Juli 1819.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 4. November 1843, S. 165, Nr. 762.

- Dem Berggerichte ist jede Besitzveränderung bei Montanwerken von der die Real-Gerichtsbarkeit darüber ausübenden Behörde anzuzeigen.

Erlaß des Ministeriums für öffentliche Arbeiten vom 12. Juli 1848, S. 645, Nr. 1169.

Berggerichtliche Beilehnung. S. Beilehnung.

- Cameral-, Lebens- und Justizpflege. S. Berggerichte.

Berggerichts-Äffessoren. Rangbestimmung zwischen den Berggerichts-Äffessoren und Berg-beamten, dann den zu den berggerichtlichen Sitzungen als Beisitzer zugezogenen Magistrats-räthen und Magistratsbeamten.

Decrete der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 24. October 1783, und 11. Mai 1841, S. 579, Nr. 536.

Berggerichts-Substitutionen sind für die Verhängung und Einbringung der gesetzlichen Saumsalstrafen in termino verantwortlich.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 27. November 1838, S. 311, Nr. 310.

Berggeschäfte. Trennung der Berggeschäfte für das Gebiet von Salzburg, mit Ausnahme der berggerichtlichen Gegenstände, von der k. k. Berg- und Salinen-Direction zu Hall, und Zuwei-sung derselben an das Salinen-Oberamt Gmunden.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1844, S. 241, Nr. 847.

Berggesetze. Die königlich-baierischen Berggesetze sind in dem Lande Salzburg noch nicht aufge-hoben, und ist sich derzeit noch genau darnach zu achten.

Justiz-Hofdecet vom 3. August 1822, S. 112, Nr. 1884.

- Behandlung der unbefugten Benützung des Erd- oder Berg-Deles, Bergtheers, Asphalts, Erd- oder Bergpechs nach den Berggesetzen.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 17. October 1838, S. 280, Nr. 299.

Berggesetze. Die im Inn- und Hausrück-Viertel bisher geltenden bayerischen Berggesetze werden vom 1. Juli 1840 an außer Kraft gesetzt.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 3. Juni 1840, S. 501, Nr. 446.

— Handhabung der bestehenden Berggesetze bei Ertheilung der berggerichtlichen Belehnung auf den Abbau des Berg-Deles.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 28. December 1841, S. 674, Nr. 581.

— Die bisher im Krafauer Gebiete geltenden Berggesetze sind bis zur Einführung des österreichischen bürgerlichen Gesetzbuches und der für das Bergwesen bestehenden gesetzlichen Vorschriften im Krafauer Gebiete den zu fallenden Entscheidungen zum Grunde zu legen.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1847, S. 477, Nr. 1098.

Berglehen. Vorschrift über die Ertheilung der Berglehen.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 20. April 1837, S. 122, Nr. 197.

— Vorschrift über die Löschung der Berglehen in den Bergbüchern bei vernachlässigter Entrichtung der Duatembergelde.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 27. November 1838, S. 311, Nr. 310.

Berglehensämtliche Entscheidung. S. Entscheidung.

Berglehensträger. Ein bloßer Schürfer ist nicht befugt, einen Berglehensträger zur definitiven Maßnahme und Verpfändung aufzufordern.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 4. November 1843, S. 165, Nr. 762.

Berg-Dele. Wann sich die berggerichtliche Belehnung auch auf das Berg-Dele auszudehnen hat.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 28. December 1841, S. 674, Nr. 581.

Bergogna. Dem neu errichteten Bezirks-Commissariate zweiter Classe in Fittsch wird die von dem Bezirke Tolmein ausgeschiedene Gemeinde Bergogna zugetheilt.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Jänner 1839, S. 319, Nr. 324.

Bergpach. Das Bergpach gehört zum Bergregale, unterliegt der Frohne mit dem zehnten Theile der Erzeugung, und dessen unbefugte Benützung wird nach den Berggesetzen behandelt.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 17. October 1838, S. 280, Nr. 299.

Berggrath. Beiziehung eines Berggrathes als Repräsentanten zum Vortrage eines das Berg- und Salinenwesen betreffenden Processess bei dem Stadt- und Landrechte in Salzburg.

Justiz-Hofdecret vom 29. September 1827, S. 100, Nr. 2311.

Berg-Mal-Zurisdiction. S. Gerichtbarkeit.

Bergrecht. Verpflichtung der Privat-Eisenbahn-Unternehmungen zur Entschädigung des auf den eingelösten Gründen haftenden Bergrechtes an den zur Abnahme desselben Berechtigten.

Hofkanzlei-Decret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1036.

— Aufhebung des Bergrechtes der Herrschaften gegen Entschädigung.

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180.

Bergregale. S. Berggesetze.

Bergtheer. Der Bergtheer gehört zum Bergregale, unterliegt der Frohne mit dem zehnten Theile der Erzeugung, und dessen unbefugte Benützung wird nach den Berggesetzen behandelt.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 17. October 1838, S. 280, Nr. 299.

Bergwerksverein. Gründung eines geognostisch-montanistischen Vereines für die Provinz Steiermark, Kärnten, Krain und das Land ob der Enns. Begünstigungen für denselben.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 31. August 1843, S. 137, Nr. 737.

Berichte, welche die Landesstelle bei der ihr eingereimten Activität hinsichtlich der Belohnungen, Jubilationen und Entlassung der Beamten zu erstatten hat.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1821, S. 6, Nr. 1736.

— Inhalt des von dem Wiener Magistrat hinsichtlich der Auscultanten am Ende eines jeden Jahres zu erstattenden Berichtes.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1821, S. 33, Nr. 1769.

— Jährliche Vorlegung der Absenz- und Verwendungstabellen der Auscultanten eines jeden Landesrechtes an die oberste Justizstelle.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juli 1821, S. 37, Nr. 1775.

— Wann das Appellationsgericht verpflichtet ist, über die außer seiner Competenz liegenden Criminalfälle wegen einer angemessenen Strafmilderung Bericht an die oberste Justizstelle zu erstatten.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1821, S. 38, Nr. 1777.

— Die Fälle, in welchen sich bei Anwendung der Strafgesetze Anstände ergeben haben, sind jährlich mit dem Criminal-Hauptberichte der obersten Justizstelle vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 14. Juli 1821, S. 39, Nr. 1779.

— In den jährlich über die Verwendung und Fähigkeiten der Auscultanten zu erstattenden Berichten haben die Landesrechte mit strenger Unparteilichkeit vorzugehen.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1822, S. 91, Nr. 1860.

— In den Berichten über Recurse haben die Appellationsgerichte zu bemerken, ob der Beschluß einhellig oder durch Stimmenmehrheit gefaßt wurde, und im letzteren Falle eine ämtliche Abschrift des betreffenden Rathsprotokolles beizulegen.

Justiz-Hofdecete vom 4. October und 30. December 1822, S. 119 und 127, Nr. 1897 und 1918.

— Den Berichten die Rathsprotokolls-Auszüge auch dann beizuschließen, wenn keine abgeforderte Meinung vorkam und der Beschluß mit den Gründen schon in dem Berichte enthalten ist, ist überflüssig.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1822, S. 127, Nr. 1918.

— Wie die Berichte über die bei Anwendung der Strafgesetze sich ergebenden Anstände zu verfassen seien.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1823, S. 143, Nr. 1937.

— In den Berichten zur Einbegleitung der Appellations- oder Revisions-Acten ist immer der Tag anzuzeigen, an welchem das Urtheil zugestellt wurde, wider welches appellirt oder revidirt wird.

Justiz-Hofdecret vom 28. Juli 1823, S. 156, Nr. 1956.

— Stempelbestimmung für die Einbegleitungs-Berichte über Gesuche um eine erledigte Dienststelle.

Justiz-Hofdecret vom 18. December 1824, S. 280, Nr. 2060.

— Die der höchsten Entschließung zu unterziehenden Criminal-Urtheile des Appellationsgerichtes sind, auch wenn sie einstimmig beschloffen wurden, in Abschrift sammt den Beweggründen dem Berichte an die oberste Justizstelle beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1825, S. 332, Nr. 2153.

— über den Zustand der Mündel und Pflegebefohlenen, wann sie von den Vormündern zu erstatten seien.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1826, S. 2, Nr. 2158.

Berichte. In den Berichten über Hofrecurse ist der Tag der Zustellung der Appellations-Entschließung mit Beilegung des Zustellungsscheines bestimmt anzugeben.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juli 1827, S. 88, Nr. 2292.

- Einrichtung der Pensions-Ausweisungen, welche den Berichten wegen Zubilligung der Beamten beizulegen sind.

Justiz-Hofdecret vom 21. September 1827, S. 98, Nr. 2308.

- Die Berichte, welche von Unterbehörden über Recurse und Beschwerden in Rechtsangelegenheiten abgefordert werden, sind von Entrichtung des Postporto befreit.

Justiz-Hofdecret vom 16. Mai 1829, S. 157, Nr. 2401.

- über die Anstellungsgefuche derjenigen, welche das vierzigste Jahr zurückgelegt haben.

Justiz-Hofdecret vom 14. Februar 1834, S. 107, Nr. 2642.

- In welchen Fällen Appellationsgerichte, vor Ertheilung der Bewilligung zur Verwendung der Secretäre, Rathsprotokollisten, Criminal-Actuare und Auscultanten als Criminal-Inquirenten und Botanten, Bericht an die oberste Justizstelle zu erstatten haben.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1839, S. 342, Nr. 365.

- In welchen Fällen der obere Richter über Recurse oder Beschwerden gegen eine Verfügung des unteren Richters vor der Aufhebung oder Abänderung derselben Bericht abzufordern habe.

Justiz-Hofdecret vom 13. November 1844, S. 240, Nr. 845.

- Criminalgerichte haben in ihrem Einbegleitungsberichte mit dem summarischen Ausweise an das Appellationsgericht, und Letzteres in dem an den obersten Gerichtshof zu erstattenden Berichte jene Fälle zu bemerken, wo ein auf lebenslange Strafe gefälltes Urtheil von dem obersten Gerichtshofe im Milderungswege in eine zeitliche Strafe umgeändert worden ist.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1846, S. 315, Nr. 930.

- Die landesfürstlichen Gerichtsbehörden haben in dem Berichte, womit die Geschäftsausweise vorgelegt werden, jene mit Adjuten theilte Auscultanten namentlich aufzuführen, welche sich in der vorgeschriebenen Frist mit dem Richteramts-Decrete noch nicht ausgewiesen haben.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1846, S. 317, Nr. 934.

- In dem Einbegleitungsberichte der Geschäftsausweise ist der Grund der Proceß-Rückstände zu rechtfertigen.

Justiz-Hofdecret vom 14. Mai 1846, S. 334, Nr. 961.

Berichtigung des neunten Artikels des im Jahre 1835 zwischen Oesterreich und Griechenland geschlossenen Handels- und Schifffahrts-Vertrages.

Hofkammer-Decret vom 21. März 1836, S. 79, Nr. 133.

- des Wortlautes des §. 994 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches in der italienischen Uebersetzung.

Justiz-Hofdecret vom 5. März 1847, S. 436, Nr. 1043.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Sachsen über die Berichtigung der Landesgränzen zwischen den Königreichen Sachsen und Böhmen.

Patent vom 30. März 1848, S. 572, Nr. 1132.

Bernburg S. Anhalt-Bernburg.

Berufung. Die Gerichtsstellen sollen sich zur Begründung ihrer Beschlüsse nicht auf Privat-Gesammlungen berufen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juli 1823, S. 154, Nr. 1953.

- Vorschrift für das niederösterreichische Mercantil- und Wechselgericht, in Betreff der über Zahlungs-Verordnungen während dagegen anhängigen Berufung an den höheren Richter zu ertheilenden Execution.

Justiz-Hofdecret vom 10. März 1840, S. 475, Nr. 414.

Berufung. Bezeichnung der Behörden zweiter und dritter Instanz, bei welchen die Berufungen gegen die Verfügungen und Urtheile der Elbe-Zollgerichte zu überreichen sind.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 2. December 1845, S. 289, Nr. 912.

Berufsstudien, S. Rechtsstudien.

Beschädigte. Beeidigung der bei Criminal-Untersuchungen als Beschädigte abzuhörenden katholischen und nicht unirten griechischen Feld-Geistlichen.

Justiz-Hofdecret vom 5. December 1828, S. 140, Nr. 2374.

- Die Verhöre der außer dem Gerichtsbezirke und an einem Orte, wo sich ein Landrecht befindet, wohnenden Beschädigten sind bei Wucher-Untersuchungen durch Ersuchsschreiben an dieses Landrecht zu bewirken.

Justiz-Hofdecret vom 21. September 1832, S. 69, Nr. 2577.

- Die Einsicht der Criminal-Acten ist dem Beschädigten nicht zu gestatten, wenn der Beschuldigte nicht verurtheilt wird.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1833, S. 76, Nr. 2591.

- Dem durch ungebührliche Abnahme der Grundbuchstaxen Beschädigten gebührt nur der Ersatz dessen, was von ihm zu viel gefordert wurde.

Hofkanzlei-Decret vom 2. März 1833, S. 80, Nr. 2599.

- Vorschrift über die Anbringung der Entschädigungsklagen der durch eine strafbare Handlung Beschädigten.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1835, S. 18, Nr. 29.

- Bestimmung der Zustellungszeit der Urtheile über schwere Polizei-Übertretungen an den Beschädigten.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Februar 1840, S. 470, Nr. 405.

Beschädigung. Strafe der böshaften Beschädigung fremden Eigenthumes in Fällen eines zugesügten geringen Schadens.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1826, S. 5, Nr. 2163.

- Strafbestimmung auf die Beschädigung der auf öffentlichen Wegen gepflanzten Bäume und Allen.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Jänner 1837, S. 99, Nr. 163.

- Vorschrift über die Behandlung der bei den Collegialgerichten in Dalmatien, wegen öffentlicher Gewaltthätigkeit durch böshafte Feld-Beschädigungen, gegen unbekannte Thäter abgeführten Criminal-Voruntersuchungen.

Justiz-Hofdecret vom 30. Mai 1842, S. 42, Nr. 619.

- Vorschrift über das Verfahren bei Entschädigungs-Ansprüchen für die durch Remontentransporte an Feldern, Wiesen u. verursachten Beschädigungen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Juli 1843, S. 130, Nr. 726.

- Bestrafung der Beschädigung der Eisenbahnen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §§. 18, 20, 22.

- Bestimmung der Strafen auf die böshafte Beschädigung der Eisenbahnen.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 449, Nr. 1047.

Beschäftigung. Vorschrift über die Beschäftigung der Auscultanten des Civil- und Criminal-Senates des Wiener Magistrates.

Justiz-Hofdecret vom 22. Februar 1822, S. 81, 1844.

Bescheide, womit ein gerichtliches Depositum zurückgewiesen, angenommen oder der Partei wieder verabsolgt wird, sind bei landesfürstlichen Collegialgerichten erster Instanz in voller Rathversammlung vorzutragen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1822, S. 76, Nr. 1836.

Bescheide. Bloß zur Bestimmung des Stämpels soll für den Bescheid zur Verlassenschafts-Einantwortung ein Vermögensausweis nicht gefordert werden.

Hoflammer-Decret vom 9. April 1822, S. 92, Nr. 1862.

- Gegen einen Bescheid, wodurch das Ausbleiben von einer Tagssagung nach §. 29 der italienischen Gerichts-Ordnung gerechtfertigt wird, findet kein Recurs Statt.

Justiz-Hofdecret vom 11. October 1822, S. 120, Nr. 1900.

- Die Bewerber um eine Dienststelle sind, wenn ihnen die erforderlichen Eigenschaften fehlen, oder ihrem Gesuche besondere Vorschriften entgegen stehen, über die Gründe ihrer Abweisung zu belehren.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1826, S. 20, Nr. 2190.

- Vorschrift über die Behandlung der abweislichen Bescheide über alle im Wege der Execution überreichten Gesuche um Einverleibung oder Pränotirung in den öffentlichen Büchern.

Hofkanzlei-Decret vom 10. März 1840, S. 475, Nr. 415.

- Vorschrift über das Verfahren der österreichischen Justizbehörden, wenn ihnen die von bairischen Unterthanen wider österreichische Unterthanen bei bairischen Gerichten angebrachten und verbeschiedenen Klagen zur Zustellung und Vollstreckung eingesendet werden.

Justiz-Hofdecret vom 13. Juli 1841, S. 594, Nr. 548.

- Macht der obersten Justizstelle zur Abänderung gleichförmiger Bescheide der Gerichte erster und zweiter Instanz.

Allerhöchste Entschließung vom 17. Mai 1842, S. 36, Nr. 616.

- Von den über unmittelbar von den Beneficiaten in Besitzsörungs-fällen geistlicher Pfründen in Salizien überreichten Beschwerden erlassenen Bescheiden ist der Beschwerdeführer und das Fiscalamt zu verständigen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1844, S. 188, Nr. 774.

- Vorschrift über die Behandlung der Recurse gegen Bescheide, wodurch die auf Grundlage der Armuth angesuchte Stämpelbefreiung abgeschlagen wurde.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 329, Nr. 949.

- Ueber die Rechtfertigung des Ausbleibens von einer Verhandlungs-Tagssatzung ist durch Bescheid zu erkennen, und findet dagegen, wenn das Ausbleiben für gerechtfertigt erklärt wird, kein weiterer Rechtszug Statt.

Justiz-Hofdecret vom 29. April 1846, S. 333, Nr. 957.

- In Bescheiden über Klagen gegen mehrere Beklagte sind dieselben zur Bestellung eines gemeinschaftlichen Bevollmächtigten anzuweisen.

Justiz-Hofdecret vom 5. März 1847, S. 435, Nr. 1042.

- Ob Recurse gegen Executionsbescheide im summarischen Verfahren beim ersten Richter überreicht werden müssen.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1847, S. 463, Nr. 1069.

- Gegen Bescheide, wodurch das summarische Verfahren in Dalmatien eingeleitet, die Erstreckung einer Tagssatzung abgeschlagen, oder eine Vernehmung der Zeugen oder Kunstverständigen angeordnet wird, findet kein besonderer Recurs Statt.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

- Gegen Bescheide, wodurch das Ausbleiben bei einer Tagssatzung für gerechtfertigt erklärt, oder die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen eine verstrichene Fallfrist bewilligt wird, ist im summarischen Verfahren der Recurs ganz unzulässig.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

B-Scheine. Die briefportobefreiten Behörden haben die sogenannten B-Scheine unweigerlich und ungesäumt zu unterfertigen.

Justiz-Hofdecret vom 11. März 1825, S. 289, Nr. 2074.

Beschimpfung. Wirkungen des Widerrufs des von dem Beleidigten angebrachten Besuches um Bestrafung einer Beschimpfung oder Mißhandlung.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Jänner 1833, S. 73, Nr. 2585.

— Vorschrift über die Bestrafung der Beschimpfungen.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1839, S. 341, Nr. 363.

Beschlagnahme. Wann die Beschlagnahme wegen Uebertretungen des literarischen und artistischen Eigenthums eintreten hat.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

— der Druckschrift. Vorschrift über die Vornahme derselben.

Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

— Den zur Handhabung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in Dalmatien aufgestellten Personen dürfen die zu diesem Behufe nöthigen Waffen nicht durch Pfändung oder Beschlagnahme entzogen werden.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1848, S. 642, Nr. 1164.

Beschleunigung. Vorschrift über die Beschleunigung der Verlassenschafts-Abhandlungen, wobei der Fiskus einzuschreiten hat; Begung der Intercalar-Rechnungen und Ausfertigung der Stiftbriefe.

Justiz-Hofdecret vom 12. Juli 1822, S. 108, Nr. 1880.

— Vorschrift über die Beschleunigung des Geschäftsganges bei dem galizischen Appellationsgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1847, S. 481, Nr. 1107.

Beschlüsse. Bei den durch Stimmenmehrheit über Recurse gefaßten Beschlüssen haben die Appellationsgerichte dem Verichte eine Abschrift des betreffenden Rathßprotokolles beizulegen.

Justiz-Hofdecete vom 4. October und 30. December 1822, S. 119 und 127, Nr. 1897 und 1918.

— Gerichtsstellen sollen sich zur Begründung ihrer Beschlüsse nicht auf Privat-Gesammlungen berufen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juni 1823, S. 154, Nr. 1953.

— Von der Vorlegung des Beschlusses auf Entlassung oder Uebersetzung eines unter 600 fl. besoldeten Beamten kommt es ab, wenn die von der Landesstelle beizuziehenden zwei Appellationsräthe damit verstanden sind.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 309, Nr. 2110.

— Der Beschluß eines Collegialgerichtes kann nach aufgehobener Sitzung nicht mehr geändert werden.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1826, S. 60, Nr. 2244.

— Der untergerichtliche Beschluß zur Einleitung einer Criminal-Untersuchung kann dem Beschuldigten allerdings Anlaß zu einer gegründeten Beschwerde geben.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1827, S. 67, Nr. 2258.

— Aufhebung des Beschlusses des Criminalgerichtes in dem Falle, wenn dasselbe eine Handlung nicht für ein Verbrechen erklärt, welche von der politischen Behörde für ein Verbrechen gehalten wird.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1827, S. 81, Nr. 2279.

— Auch bei den nur mit einem geprüften Sindicus, mit einem ungeprüften Bürgermeister und ungeprüften Räten besetzten Magistraten, ist der Beschluß über die Einleitung einer Criminal-Untersuchung nach Mehrheit der Stimmen zu fassen.

Justiz-Hofdecret vom 1. August 1828, S. 129, Nr. 2357.

Beschlüsse. Bei den dem Erkenntnisse der höheren oder höchsten Behörden vorbehaltenen Verbrechen sind auch die Beschlüsse der ersten Instanz über Ablassung von der Voruntersuchung mit den Acten dem Appellationsgerichte vorzulegen; davon findet nur eine Ausnahme Statt, wenn die Criminalgerichte bloße Anzeigen verwerfen, oder den Gegenstand sogleich zurückweisen.

Justiz-Hofdecret vom 18. September 1829, S. 171, Nr. 2427.

- Behandlung der Beschlüsse der landesfürstlichen Collegialgerichte erster und zweiter Instanz, in Rücksicht der Anstellung, Entlassung, Pensionirung, Degradirung und des Dienstaufschusses ihrer Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

- Vorschrift über die Behandlung der Beschlüsse der Criminalgerichte wegen Ablassung vom weiteren Criminalverfahren bei Verbrechen.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1837, S. 163, Nr. 246.

- Vorschrift über die Hinausgabe der Beweggründe der obersten Justizstelle zur Aufhebung oder Abänderung gleichförmiger Beschlüsse der Unterbehörden an Parteien.

Allerhöchste Entschließung vom 11. Februar 1840, S. 472, Nr. 408.

- Vorschrift hinsichtlich der gegenseitigen Mittheilung der Beschlüsse über die der gemeinschaftlichen Berathung des Appellationsgerichtes und der Landesstelle unterzogenen Dienstbesetzungen und anderen Gegenstände.

Hofkanzlei-Decret vom 9. April 1846, S. 332, Nr. 956.

- Offenbar der Abstimmung nicht entsprechende ausgefertigte Beschlüsse sind von dem Appellationsgerichte und von der obersten Justizstelle aufzuheben.

Justiz-Hofdecret vom 21. August 1846, S. 356, Nr. 979.

- Vorschrift über das Benehmen des Appellationsgerichtes, wenn der Beschluß des Collegialgerichtes auf Ablassung statt auf Einleitung der Criminal-Untersuchung durch irrige Ansichten herbeigeführt worden ist.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1847, S. 469, Nr. 1083.

- Gegen Beschlüsse, wodurch das summarische Verfahren in Dalmatien eingeleitet, die Erstredung einer Tagelohnung abgeschlagen oder eine Vernehmung der Zeugen oder Kunstverständigen angeordnet wird, findet kein besonderer Recurs Statt.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

- S. Voruntersuchung.

Beschränkung der Execution, der Verbote und Cessionen in Rücksicht der Zahlungen der Feuerversicherungs-Cassen an Eigenthümer abgebrannter Gebäude.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1828, S. 127, Nr. 2354.

- Beschränkung der Execution auf Urtheile russischer Gerichtsbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 24. Mai 1833, S. 92, Nr. 2616.

- der von bairischen Unterthanen im Auslande und von fremden Unterthanen in Baiern zu schließenden Ehen.

Hofkanzlei-Decret vom 31. März 1842, S. 15, Nr. 604.

- der Redemptoristen-Congregation in Erwerbung eines unbeweglichen Vermögens.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1843, S. 86, Nr. 670.

- des Eigenthums- oder Nutzungsrechtes der Eigenthümer der an der Linie der Staats-Eisenbahnen angrenzenden Gründe und Vergabehänge.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 234, Nr. 834.

- der Umwechslung der Banknoten in Silbermünze.

Finanzministerial-Erlässe vom 21. und 22. Mai 1848, S. 635 und 636, Nr. 1152 und 1153;

Patent vom 2. Juni 1848, S. 638, Nr. 1157.

Beschränkung des Gebrauches gut verzinnten Kupfer- und Messinggeschirres bei Zucker-, Mandoletti- und Kuchenbäcker, bei allen mit der Erzeugung von Gewäaren sich befassenden Gewerbsleuten, dann des Bemalens genußbarer Zuckerbäckerwaaren.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 19. September 1848, S. 661, Nr. 1183.

Beschreibungen und Steckbriefe von ungarischen Behörden, auch ohne Begleitungsschreiben kommende, sind von deutschen Behörden anzunehmen und in Umlauf zu setzen.

Hofkanzlei-Decret vom 21. März 1821, S. 14, Nr. 1748.

Beschuldigter. Wenn um die Auslieferung eines im Auslande verhafteten Beschuldigten im ministeriellen Wege zu bewirken eingeschritten wird, ist die auswärtige Behörde, bei welcher der Beschuldigte verhaftet ist, davon zu benachrichtigen.

Justiz-Hofdecret vom 23. März 1822, S. 89, Nr. 1854.

- Benehmen der Landgerichte in Tirol bei der Entscheidung der Frage, ob der Beschuldigte bei criminellen Anzeigen zu verhaften oder auf freiem Fuße zu belassen, oder gegen ihn die ordentliche Criminal-Untersuchung vorzunehmen sei.

Justiz-Hofdecret vom 19. September 1826, S. 47, Nr. 2220.

- Der unterrichtliche Beschluß zur Einleitung einer Criminal-Untersuchung kann dem Beschuldigten allerdings Anlaß zu einer begründeten Beschwerde geben.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1827, S. 67, Nr. 2258.

- Criminalgerichte haben das Urtheil in Fällen, wo der Beschuldigte die That gesteht, aber des geläugneten bösen Vorsatzes für überwiesen gehalten wird, nicht von Amtswegen dem Appellationsgerichte vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1828, S. 141, Nr. 2377.

- Wenn der Beschuldigte nicht verurtheilt wird, so ist die Einsicht der Criminal-Acten weder dem Beschädigten noch dem Fiscus zu gestatten.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1833, S. 76, Nr. 2591.

- Zulassung der Entschädigungsklage wider einen flüchtigen oder abwesenden Beschuldigten im ordentlichen Rechtswege, wenn derselbe nicht vor die Strafbehörde gestellt werden kann.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1835, S. 18, Nr. 29.

- Recht der im §. 463, 1. Theiles des Strafgesetzes, unter b bis e bezeichneten Personen zur Ergreifung des Recurses, wenn auch der Beschuldigte erklärt, daß er auf den Recurs verzichtet.

Justiz-Hofdecret vom 23. Mai 1837, S. 127, Nr. 203.

- Vorschrift über die Ergreifung des Recurses von den in den §§. 465 und 468, 1. Theiles des Strafgesetzes, bezeichneten Personen, wenn der Beschuldigte auf die Recurs-Ergreifung verzichtet.

Justiz-Hofdecret vom 25. Februar 1839, S. 332, Nr. 345.

- Vorschrift über die Vornahme der persönlichen Recognition des Beschuldigten durch Zeugen in Criminalfällen.

Allerhöchste Entschließung vom 25. April 1840, S. 482, Nr. 425.

- Der politischen Obrigkeit gebührt der Ersatz der auf die Verpflegung eines Beschuldigten verwendeten Kosten, wenn derselbe zur Zahlung der Criminalkosten verurtheilt wird.

Hofkanzlei-Decret vom 12. September 1843, S. 138, Nr. 739.

- Vorschrift über die Vergütung der von politischen Obrigkeiten während einer Criminal-Voruntersuchung besrrittenen Verpflegskosten für verhaftete Beschuldigte.

Hofkanzlei-Decret vom 19. März 1844, S. 201, Nr. 795.

- Vorschrift über das Verfahren bei Hofrecursen, welche gegen eine im Disciplinarwege verhängte Arreststrafe von dem Beschuldigten bei der obersten Justizstelle überreicht werden.

Justiz-Hofdecret vom 22. October 1845, S. 278, Nr. 905.

- Wann die Ablieferung des flüchtigen Beschuldigten an dasjenige Criminalgericht, welches den Steckbrief erlassen hat, gerechtfertigt ist.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juli 1847, S. 466, Nr. 1076.

Beschuldigter. S. Verhaftete.

Beschuldigung. Vor Verhängung einer Disciplinarstrafe gegen einen Beamten ist die gegen ihn erhobene Beschuldigung demselben deutlich vorzuhalten.

Allerhöchste Entschliessung vom 23. August 1842, S. 59, Nr. 636.

Beschwerde. Vorschrift über die Behandlung der Beschwerden in Zehent-Angelegenheiten.

Hofkanzlei-Decrete vom 16. März und 20. September 1826, S. 12 und 48, Nr. 2173 und 2221.

- Gegen die von einem Untergerichte beschlossene Einleitung der Criminal-Untersuchung kann der Beschuldigte Beschwerde führen.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1827, S. 67, Nr. 2258.

- Die Erledigung der Beschwerden in Rechtsangelegenheiten unterliegt der Zahlung des Postporto.

Justiz-Hofdecret vom 16. Mai 1829, S. 157, Nr. 2401.

- Die schriftlich abgefassten Appellations- und Revisions-Beschwerden müssen von einem Advocaten unterschrieben seyn.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1836, S. 73, Nr. 120.

- Die von den Unterbehörden getroffene Wahl ihrer Beamten wird durch eine dagegen erhobene Beschwerde nicht beirrt.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

- Competenz der Gerichtsstellen zur Entscheidung der Beschwerden hinsichtlich des Bezuges des Zählgelbes.

Hofkanzlei-Decret vom 7. September 1837, S. 144, Nr. 224.

- Ueber Beschwerden gegen die Bemessung des einhalbpersentigen Verlassenschaftsbeitrages für den Prager Krankenhausfond entscheidet in zweiter Instanz das Appellationsgericht und in dritter die oberste Justizstelle.

Hofkanzlei-Decret vom 14. August 1839, S. 346, Nr. 373.

- Fristbestimmung zur Einbringung von Beschwerden gegen kerglebensämtliche Entscheidungen der unteren Montanbehörden an höhere Instanzen.

Decrete der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 17. September 1839, S. 350, Nr. 378 und 15. December 1840, S. 544, Nr. 486.

- Behandlung der Beschwerden, wegen Abnahme des Depositen-Zählgelbes.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Mai 1841, S. 577, Nr. 533.

- Eine Beschwerde über die richterliche Entscheidung erster Instanz, ob ein von einer Partei zum Behufe der Stämpelbefreiung in einer Streitsache vorgelegtes Armuthszeugniß die vorgeschriebenen Eigenschaften habe, hat den Zug an das Appellationsgericht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 584.

- Politische Behörden haben über Beschwerden, wegen Verweigerung eines Armuthszeugnisses zur Erlangung der Stämpelbefreiung vor Gericht zu entscheiden.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Jänner 1842, S. 6, Nr. 589.

- Wirkungskreis der obersten Justizstelle bei Erledigung der Beschwerden gegen gleichförmige Bescheide der Gerichte erster und zweiter Instanz.

Allerhöchste Entschliessung vom 17. Mai 1842, S. 36, Nr. 616.

- Vorschrift über die Anbringung der Beschwerden gegen die Verfügung und das Verfahren der deutschen Ordensgerichte in Frankfurt am Main in Justiz- und anderen Geschäften.

Justiz-Hofdecret vom 25. October 1842, S. 64, Nr. 651.

- Von den über unmittelbar von den Beneficiaten in Vermögensfällen geistlicher Pfründen bei den betreffenden Behörden überreichten Beschwerden erlassenen Bescheiden ist der Beschwerdeführer und das Fiscalamt zu verständigen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1844, S. 188, Nr. 774.

Beschwerden einzelner Einleger über statutenwidrige Behandlung von Seite der Sparcasse sind bei den zur Aufsicht über Sparcassen berufenen politischen Behörden anzubringen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. September 1844, S. 222, Nr. 832.

- Vorschrift über die Behandlung der Beschwerden der Eigenthümer der an die Staats-Eisenbahnen angränzenden Gründe und Bergabhänge, wegen Beschränkung des Eigenthumes und Nutzungsrechtes derselben. Fristbestimmung zur Ueberreichung derselben bei dem zuständigen Kreisamte.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 234, Nr. 834.

- In jedem Bahnhofe ist zur Eintragung der Beschwerden der Reisenden ein Buch in Bereitschaft zu halten.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, S. 17.

Besetzung. Vorschrift über die Besetzungs-Art der Einbiter-, Stadt- und Marktschreiberstellen bei den Landmagistraten, Stadt- und Marktgerichten.

Justiz-Hofdecet vom 4. Februar 1826, S. 2, Nr. 2159.

- Vorschrift für das niederösterreichische Mercantil- und Wechselgericht bei Besetzung einer Börse- und Wechsel-Censalenstelle.

Justiz-Hofdecet vom 19. Jänner 1828, S. 107, Nr. 2323.

- Vorschrift über die Besetzung von Advocatenstellen.

Justiz-Hofdecet vom 30. Mai 1837, S. 127, Nr. 204.

- Vorschrift für die Collegialgerichte in Tirol, hinsichtlich der Erstattung der Besetzungsvorschläge für das ärztliche und wundärztliche Personale bei den Criminal-Inquisitionshäusern in Tirol.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1843, S. 123, Nr. 709.

- Das Appellationsgericht hat bei Anträgen auf Uebersezung landesfürstlicher Beamten zu einer anderen Gerichtsbehörde, zugleich den Vorschlag zur Besetzung der dadurch offen werdenden Stelle zu erstatten.

Justiz-Hofdecet vom 6. November 1843, S. 171, Nr. 765.

- der Dienststellen. S. Dienstbesetzungen.

Besetzungs-Vorschläge. S. Dienstbesetzung.

Beseitigung. S. Abstellung.

Besitz. Die gesetzliche Frist zum Ausweise der zum Besitze landtäflicher Güter erforderlichen Habilitation läuft vom Tage der bewilligten Kaufs-Pränotation oder dem Tage des Natural-Besizes.

Hofkanzlei-Decret vom 11. October 1821, S. 57, Nr. 1809.

- Vorschrift über die Besitz-Anschreibung der Juden bei Realitäten im Görzer Kreise.

Justiz-Hofdecet vom 10. März 1826, S. 12, Nr. 2172.

- Aufrechthaltung des Besitzstandes solcher Gewerbe in Nieder-Oesterreich, welche Bestandtheile eines Dominicalkörpers oder Realität waren, und ohne denselben veräußert worden sind.

Hofkanzlei-Decret vom 27. Juni 1835, S. 20, Nr. 34.

- Vorschrift über die Anschreibung der Israeliten an den bürgerlichen Besitz christlicher Realitäten in denjenigen Provinzen, wo sie nach der Landesverfassung zu deren Besitze nicht befugt sind.

Justiz-Hofdecet vom 7. December 1835, S. 61, Nr. 100.

- Den politischen Behörden steht die Amtshandlung über Besitz-Uebertragung eines verkäuflichen nicht radicirten Gewerbes zu.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 586.

- Vorschrift über die Besiznahme der Inseln in schiff- und floßbaren Flüssen und Strömen durch die Staatsverwaltung.

Hofkammer-Decret vom 19. April 1842, S. 22, Nr. 608.

Besitz. Israeliten sind in Mähren auch nur zum zeitlichen Besitze von Realitäten der Christen unfähig.

Justiz-Hofdecret vom 21. März 1843, S. 103, Nr. 690.

- Die Cumulirung des Besizes von Bauerngütern ist von den Kreisämtern in Mähren, mit Ausnahme des Kreisamtes in Klagenfurt, nicht mehr zum Gegenstande amtlicher Verhandlungen zu machen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. September 1844, S. 219, Nr. 827.

- Vorschrift über den einstweiligen Besitz der noch nicht erzeugten und noch nicht geborenen Personen durch Testament zugebachten Erbschaften und Legate.

Justiz-Hofdecret vom 28. Mai 1845, S. 264, Nr. 888.

- Besitzunfähigkeit der Montenegriner in Dalmatien und der österreichischen Unterthanen in Montenegro.

Justiz-Hofdecrete vom 6. August 1845, S. 273, Nr. 898 und 14. Jänner 1846, S. 308, Nr. 922.

- Zur Bestimmung der gesellschaftlichen Eigenschaft der Grundstücke in Galizien, welche nämlich als Dominical- und welche als Rusticalgründe anzusehen sind, hat der im Jahre 1820 in den Katastral-Operaten erscheinende Besitz zu gelten.

Kreis schreiben des galizischen Guberniums vom 25. November 1846, S. 391, Nr. 1003.

- Regulirung des Besitzstandes der bäuerlichen Grundbesitzer im Krafauer Gebiete.

Erlaß vom 10. Mai 1847, S. 461, Nr. 1064.

- Besitzfähigkeit der Israeliten im Istrianer Kreise.

Hofkanzlei-Decret vom 24. September 1847, S. 472, Nr. 1088.

- Vorschrift über das Verfahren bei Besitzanschiebung an landesherrlichen Deutel-Lehen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Jänner 1848, S. 487, Nr. 1111.

- Aufhebung aller aus dem Unterthänigkeits-Verhältnisse entspringenden dem unterthänigen Grunde anliegenden Lasten, Diensten und Siebigkeiten jeder Art, so wie aller aus dem grundherrlichen Ober-Eigenthume, aus der Zehent-, Schuß-, Vogt- und Bergherrlichkeit und aus der Dorfobrigkeit herrührenden Leistungen.

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180.

Besitzanschiebung. Bestimmung der Rechte der Grund- und Urbar-Herren im Görzer Kreise bei Eintreibung der Besitzanschiebungs-Gebühren.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1829, S. 145, Nr. 2387.

- oder **Lösung.** Auf nicht gehörig instruirte Gesuche um eine Einverleibung, Vormerkung, Besitz- oder Gewähr-Anschreibung oder Lösung, sind keine Vorbescheide zu erlassen, sondern dieselben mit Anführung der Ursache lebiglich abzuschlagen.

Justiz-Hofdecret vom 16. April 1830, S. 194, Nr. 2459.

- S. Besitz, Grundbuch, Landtafel.

Besitzer. Bestimmung der Gerichtsbarkeit über die Besitzer von Freigründen im Carlstädter Kreise.

Justiz-Hofdecret vom 20. Mai 1822, S. 97, Nr. 1872.

- Bedingungen, unter welchen nicht habilitirten Besitzern eines Gutsantheiles die Erwerbung anderer Theile desselben Gutes gestattet ist.

Justiz-Hofdecret vom 19. April 1833, S. 89, Nr. 2609.

- Die unterthänigen uneingekauften Grundstücke in Galizien werden als Nutzungseigenthum ihrer gegenwärtigen rechtmäßigen Besitzer anerkannt, welche damit frei verfügen, und dieselben bis zwei Drittheile ihres Werthes auch verschulden können.

Kreis schreiben des galizischen Guberniums vom 25. November 1846, S. 391, Nr. 1004.

Besigfähigkeit. S. Besig, Habilitirung.

Besignahme. S. Besig.

Besignung der Erbschaft. Beschleunigung der Einantwortung der Erbschaft durch Sicherstellung des Erbsteuerbetrages.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1822, S. 74, Nr. 1833.

Besigstand. Stände in Steiermark haben kein Recht, über den katastralmäßigen Dominical- und Rustical-Besigstand einer Realität zu entscheiden.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Juni 1834, S. 114, Nr. 2657.

— S. Besig.

Besigstörung. Bestimmung der Zahl der Räte zur Berathschlagung über Besigstörungen Angelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juli 1825, S. 312, Nr. 2118.

— Vorschriften über das gerichtliche Verfahren in Streitigkeiten über Besigstörungen in Dalmatien.

Hofkanzlei-Decret vom 8. October 1830, S. 210, Nr. 2487.

— Provisorische Entscheidungen über Besigstörungen sind weder zur Intabulation, noch zur Pränotation oder zu einer Anmerkung in den öffentlichen Büchern geeignet.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 30, Nr. 51.

— Anwendung des summarischen Verfahrens bei Besigstörungen jeder Art, insbesondere bei Gränzstreitigkeiten und Wasserleitungen oder Wasserwerken, so weit sie zur Competenz der Civilgerichte ausschließend gehören.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1837, S. 108, Nr. 174.

— Streitigkeiten über Besigstörungen des Militär-Merars sind von der Real-Gerichtsbehörde zu verhandeln und zu entscheiden.

Justiz-Hofdecret vom 28. Juni 1842, S. 44, Nr. 622.

— Bei den vor dem competenten Richter über Besigstörungs-Klagen, bei welchen die Berg- und Salinen-Administration zu Fall die Vertretung des Allerhöchsten Merars übernimmt, anhängigen Verhandlungen, hat ein Abgeordneter der montanistischen Administrativ-Behörde, bei dem Vortrage solcher Gegenstände beim Appellationsgerichte aber ein Rath der Berg- und Salinen-Direction zu Fall zu interveniren.

Justiz-Hofdecret vom 3. October 1842, S. 63, Nr. 646.

— Vorschrift über die Vertretung der Beneficiaten in Besigstörungsfällen geistlicher Pfründen in Galizien durch das Fiscalamt.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1844, S. 188, Nr. 774.

— Decrete über Besigstörungs-Angelegenheiten sollen die Gerichtsbehörden nicht in die Zahl der gefällten Civil-Urtheile in den vorzulegenden Geschäftsausweisen einbeziehen, sondern lediglich in der Rubrik „Anmerkung“ der Zahl nach angeben.

Justiz-Hofdecret vom 14. Mai 1846, S. 334, Nr. 961.

Besigstreitigkeiten. Zur Aufrechthaltung der in Besigstreitigkeiten getroffenen provisorischen Verfügungen darf die Züchtigung mit Stockstreichen nicht verhängt werden.

Justiz-Hofdecret vom 26. November 1824, S. 270, Nr. 2051.

— Berechtigung der Gränzkämmerer in Angelegenheiten des streitigen Besiges.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1825, S. 294, Nr. 2081.

— Die Angelegenheiten über den gestörten Besig können in erster Instanz in Senaten von einem Vorsitzenden und zwei Räten erlediget werden.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juli 1825, S. 312, Nr. 2118.

Besigübertragung. S. Besig.

Besigumschreibung. S. Besigveränderung.

Besigunfähigkeit. S. Besig.

Besitzveränderung. In welchen Fällen bei Güter-Lotterien eine Besitzveränderungssteuer nicht statt finde.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1824, S. 262, Nr. 2030.

- Die Ausstellung der Schirmbriefe und Einhebung der Schirmbriefsteuern bei Besitzveränderungen bürgerlicher, nicht unterthäniger Realitäten in Steiermark wird eingestellt.

Hofkanzlei-Decret vom 23. März 1825, S. 291, Nr. 2079.

- Rechte der Grund- und Urtbar-Herren im Görzer Kreise bei Besitzveränderungen mit dem unterthänigen Grundeigenthume.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1829, S. 145, Nr. 2387.

- bei Montanwerken, welche mit politischer Concession entstanden sind, ist, da die Ertheilung der Concession zum Zerrennen des Roh- oder Alteisens und zur Verfeinerung des hierdurch dargestellten Schmiede-Eisens oder Stahles bis zum fertigen Kaufmannsgute bisher den Berggerichten zusteht, von den Real-Jurisdictionen den Berggerichten anzuzeigen.

Erlaß des Ministeriums für öffentliche Arbeiten vom 12. Juli 1848, S. 645, Nr. 1169.

- S. Besitz.

Besitzveränderungs-Gebühren. S. Veränderungs-Gebühren.

Befoldung. Bis zu welchem Tage den in Ruhestand versetzten, oder freiwillig austretenden oder entsetzten Beamten die Befoldung gebühre.

Justiz-Hofdecret vom 28. September 1822, S. 118, Nr. 1896.

- Welche Daten zum Behufe der Vorrückung im Gehalte der Beamten auszuweisen seien.

Justiz-Hofdecret vom 23. Mai 1823, S. 147, Nr. 1943.

- Neu ernannten oder beförderten Beamten, welche den Dienstleid abzulegen ämtlich verhindert sind, ist die Befoldung von dem Tage der Zustellung ihres Ernennungs-Decretes anzuweisen.

Hofkammer-Decret vom 13. December 1823, S. 166, Nr. 1979.

- Wann Befoldungs-Anweisungen unmittelbar von den Länderstellen, und wann durch die allgemeine Hofkammer zu geschehen haben.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juni 1824, S. 212, Nr. 2016.

- Wie die Vorrückung der Beamten der nämlichen Kategorie in höhere Befoldungsstufen zu geschehen habe.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1824, S. 263, Nr. 2033.

- Personal-Zulagen sind immer nach Maß der Vorrückung in eine höhere Befoldung einzuziehen.

Justiz-Hofdecret vom 10. December 1824, S. 278, Nr. 2056.

- Stempel bei Anstellungs-Decreten, wo nebst der Befoldung auch das Quartiergeld ausgedrückt ist.

Hofkammer-Decret vom 19. Jänner 1825, S. 287, Nr. 2067.

- Zeit der Vorrückung in die höhere Befoldung der zu anderen Behörden übersehten Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 12. August 1826, S. 41, Nr. 2213.

- Vorrückung überzähliger Beamten in die höhere Befoldungsstufe.

Justiz-Hofdecret vom 20. April 1827, S. 78, Nr. 2273.

- Vorschrift über die Ausbezahlung der Ausstände an Befoldungen nach dem Tode der Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1828, S. 123, Nr. 2348.

- Bestimmung der Behörden, welche zur Betreibung politischer Aufträge die Befoldungssperre gegen Beamte zu verhängen haben, welche politische und Justiz-Geschäfte zugleich besorgen.

Justiz-Hofdecret vom 2. April 1830, S. 187, Nr. 2454.

- Den auf ihr Ansuchen an einen anderen Ort übersehten Beamten bleibt ihr Rang, nicht aber ihr früherer höherer Gehalt vorbehalten.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1831, S. 17, Nr. 2520.

- Die Befoldung ist erst von dem Tage als erlediget anzusehen, an welchem das damit betheiligte Individuum sie zu genießen aufgehört hat.

Justiz-Hofdecret vom 19. November 1831, S. 26, Nr. 2540.

Befoldung. Die Befoldung für Beamte, welche von Provinzial-Gerichtsbehörden ernannt werden, weisen die Länderstellen an.

Justiz-Hofdecret vom 6. Juli 1832, S. 63, Nr. 2568.

- Bestimmung der Befoldungen der Actuare bei dem Criminal-Senate des Wiener Magistrates.

Hofkanzlei-Decret vom 15. September 1832, S. 69, Nr. 2576.

- Bestimmung der Befoldung der auf einen geringeren Dienstplatz übersehten Beamten.

Decret der Studien-Hofcommission vom 21. Juni 1834, S. 115, Nr. 2660.

- Vorschrift über die Einbringung oder Sicherstellung der aus dem Dienstverhältnisse entstehenden Ararial-Forderungen an Staatsdiener und Militär-Personen durch Abzüge an Gehalten und Pensionen.

Hofkammer-Decret vom 1. December 1834, S. 130, Nr. 2675.

- Wann ein seinen Dienst eigenmächtig verlassender Beamte für entlassen aus dem Staatsdienste, und seiner Befoldung gänzlich verlustig zu erklären sei.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1835, S. 42, Nr. 81.

- Vorschrift über das Vorrückungsrecht der mit und ohne Vorbehalt de non praejudicando ernannten überzähligen Beamten in den höheren Gehalt.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1836, S. 88, Nr. 149.

- Vorschrift über die Bewilligung von Befoldungs-Vorschüssen an Beamte und mindere Diener.

Hofkammer-Decret vom 13. Jänner 1837, S. 99, Nr. 164.

- Die Uebertragung der auf Pensionen bewilligten Verbote findet auf die Befoldung der wiederangestellten Pensionisten nicht Statt.

Hofkammer-Decret vom 5. März 1838, S. 172, Nr. 260.

- Vorschrift über die Vorrückung der Beamten des Grazer Magistrates in die höheren Befoldungen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. November 1838, S. 306, Nr. 303.

- Die Befoldungen der Schullehrer können nicht mit gerichtlichen Verbot belegt oder in gerichtliche Execution gezogen werden, wohl aber jene der Mesner.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Februar 1841, S. 559, Nr. 505.

- Vorschrift über die Ernennung und Vorrückung der Beamten des Civil- und Criminalgerichtes der Stadt Wien in die höhere Befoldung.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 569, Nr. 524.

- Sistemisirung der Befoldungen der Beamten der herzoglichen Landrechte zu Troppau und Teschen in Schlesien.

Justiz-Hofdecret vom 30. August 1841, S. 605, Nr. 559.

- Vorschrift über die Bemessung der Dienstaxe bei Vorrückung der Beamten in höhere Befoldungen.

Hofkammer-Decret vom 14. Jänner 1842, S. 7, Nr. 590.

- Vorschrift über die Einbringung der Dienstaxen, dann Berechnung des Abzuges der ersten Rate dieser Taxen von den Befoldungen der Beamten.

Hofkammer-Decret vom 12. September 1843, S. 138, Nr. 740.

- Degradirte Beamte haben bei Vorrückung in eine wiedererlangte und schon früher vertaxirte höhere Befoldung die Dienstaxe von derselben zu bezahlen.

Hofkammer-Decret vom 26. October 1843, S. 164, Nr. 759.

- Vorschrift über das Verfahren hinsichtlich des Abzuges der rückständigen Dienstaxen von der Befoldung der suspenbirten mit einer Alimentation theilhaftigen Beamten.

Hofkammer-Decret vom 6. Februar 1844, S. 194, Nr. 784.

- Zu Gunsten der Alimentation eines unehelichen Kindes kann die Befoldung eines Beamten, als des zur Verpflegung verpflichteten Vaters, mit Verbot belegt werden.

Hofkammer-Decret vom 30. November 1844, S. 242, Nr. 850.

Befoldung. Vorschrift über die hereinbringung von Erläßen aus den Befoldungen solcher Beamten, deren Bezüge von einer Cassé an eine andere übertragen werden.

Hofkammer-Decret vom 3. April 1845, S. 257, Nr. 879.

- Bestimmungen über die Befoldungen der unmittelbar in den Staatsdienst übertretenden Beamten und Diener des erloschenen Freistaates Krakau.

Allerhöchste Entschließung vom 31. Juli 1847, S. 466, Nr. 1077.

- Außerordentliche Besteuerung der Befoldungen der Beamten und Bestimmung der Höhe dieser Bezüge, bei welchen diese Besteuerung statt findet.

Finanzministerial-Erlässe vom 18. und 27. Juni, dann 18. August 1848, S. 641, 643 und 651, Nr. 1163, 1165 und 1175.

- Vorschrift über das Verfahren bei Einschreiten um Anweisung der Befoldungen und anderer systemisirten Bezüge für Justizbeamte und Diener.

Erlaß des Justizministers vom 21. August 1848, S. 652, Nr. 1176.

Befoldungsstand. Die Befoldungsstands-Tabelle ist mit dem Geschäftsausweise der betreffenden landesfürstlichen Gerichtsbehörde an die oberste Justizstelle vorzulegen.

Justiz-Hofdecree vom 18. Februar 1846, S. 317, Nr. 934.

Befoldungs-Vorrückung. Wann Prätorien in Dalmatien bei vorkommender Befoldungs-Vorrückung in ihren innehabenden Posten zu belassen seien.

Justiz-Hofdecree vom 2. September 1846, S. 360, Nr. 962.

Befoldungs-Vorschüsse können den von Amtswegen jubilirten Beamten angewiesen werden.

Justiz-Hofdecree vom 14. August 1824, S. 263, Nr. 2032.

- Vorschrift über die Bewilligung von Befoldungs-Vorschüssen an Beamte und mindere Diener.

Hofkammer-Decret vom 13. Jänner 1837, S. 99, Nr. 164.

Besprechung. In wieferne den von der Direction des Schutzvereines für entlassene Sträflinge bestimmten Oborgern die Besprechung mit den Sträflingen des zweiten Grades gestattet werde.

Hofkanzlei-Decret vom 16. December 1844, S. 243, Nr. 854.

Bestätigung der in Triest angemeldeten Handlungs-Dien durch das kustenländische Gubernium.

Justiz-Hofdecree vom 3. März 1826, S. 8, Nr. 2169.

- Vorschrift über die Bestätigung der ärztlichen Zeugnisse für Beamte und andere Parteien von Seite der Protomediker, Kreisärzte und andere öffentliche Sanitätsbeamte.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Juli 1830, S. 205, Nr. 2476.

- Den Quittungen über Pensionen, Erziehungsbeiträge, Gnadengaben, Provisionen und dergleichen Genüsse für Militär- und Staatsdieners-Waisen, ist die legale Bestätigung beizufügen, daß der Waise weder Löhnung, Säge, Adjutum oder Gehalt vom Aerarium beziehe, noch sonst versorgt sei.

Justiz-Hofdecree vom 9. September 1831, S. 20, Nr. 2529.

- der Contracte über Verpachtung der Kloster- und Pfarr-Realitäten in Galizien durch das Ordinariat.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1835, S. 20, Nr. 35.

- Die Bestätigung der von Kaiser Franz dem Ersten ertheilten Privilegien sei wegen des Regierungsantrittes Kaiser Ferdinand des Ersten nicht nothwendig. Im Zweifel, ob ein Privilegium fortbestehen könne, sei jeder einzelne Fall der höchsten Behörde zur Entscheidung vorzulegen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Jänner 1836, S. 72, Nr. 116.

- der Verträge über Robot-Ablosungen durch das Kreisamt.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Juli 1843, S. 130, Nr. 725.

- Vorschrift über die Bestätigung der Armuthszeugnisse für Israeliten in Prag zum Behufe der Stempelbefreiung in ihren Rechtsstreiten bei dem Prager Magistrat.

Hofkammer-Decret vom 16. November 1843, S. 172, Nr. 766.

Bestätigung der Zehent-Ablösungsverträge ohne Unterschied durch das Kreisamt.

Hofkanzlei-Decret vom 14. März 1844, S. 197, Nr. 792.

— Vorschrift für die Stände bei Bestätigung des einer bestimmten Familie zustehenden Incolates.

Hofkanzlei-Decret vom 4. December 1846, S. 392, Nr. 1005.

— der zwischen den Grund- und Zehentherren und den Grund- und Zehenthöfen, wegen Ablösung der Robot, des Zehents und anderer Urbarial-Schuldbigkeiten abgeschlossenen Verträge durch die Kreisämter.

Hofkanzlei-Decret vom 18. December 1846, S. 395, Nr. 1012.

Bestand. Der Haupteid kann nur den Bestand oder Nichtbestand der Thatsache, aus welcher sich eine Schuld ergibt, zum Gegenstande haben.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1846, S. 317, Nr. 935.

Bestandvertrag. Ein zwischen dem Richter und der rechtsuchenden Partei oder ihrem Bevollmächtigten oder Vertreter bestehender Mieth- oder Pachtvertrag, schließt für die Zeit seiner Dauer den Richter von jeder Ausübung des Richteramtes in Streitsachen dieser Partei aus.

Justiz-Hofdecret vom 2. October 1830, S. 209, Nr. 2484.

— Pacht- oder Miethverträge des Richters mit dem Staate, den Gemeinden, oder den unter der Verwaltung des Staates oder der Gemeinden stehenden öffentlichen Anstalten und deren Vertreter, schließen den Richter von der Ausübung des Richteramtes nicht aus.

Justiz-Hofdecret vom 24. Mai 1836, S. 82, Nr. 142.

— Behandlung der bei Bestand- oder sonstigen Verträgen über Aerial-Lieferungen der Bestimmung öffentlicher Beamten Beschuldigten, und über abgeführte gerichtliche Untersuchungen nicht schuldlos erklärten Individuen.

Hofkanzlei-Decret vom 1. December 1847, S. 478, Nr. 1101.

Bestbieter. Aufnahme der Verpflichtung des Bestbieters zur Erfüllung der gegen das allerhöchste Aerial oder der unter der Staatsverwaltung stehenden öffentlichen Fonde übernommenen Leistungen in das dießfalls mit ihm aufgenommene Versteigerungs- oder Verhandlungs-Protokoll.

Hofkanzlei-Decret vom 20. April 1821, S. 17, Nr. 1755.

Bestechung. Bestrafung der Bestechung der in der Ausübung des Dienstes begriffenen Angestellten der Gränzwache.

Hofkanzlei-Decret vom 1. März 1838, S. 172, Nr. 259.

— Behandlung der bei Bestand- oder sonstigen Verträgen über Aerial-Lieferungen der Bestechung öffentlicher Beamten Beschuldigten, und über abgeführte gerichtliche Untersuchung nicht schuldlos erklärten Individuen.

Hofkanzlei-Decret vom 1. December 1847, S. 478, Nr. 1101.

Bestellung. In Bescheiden über Klagen gegen mehrere Geklagte sind dieselben zur Bestellung eines gemeinschaftlichen Bevollmächtigten anzuweisen.

Justiz-Hofdecret vom 5. März 1847, S. 435, Nr. 1042.

Besteuerung. Außerordentliche Besteuerung der Besoldungen, Personalzulagen, Pensionen, Quiescentengehalte, Gnadengaben und Unterhaltsbeiträge der Beamten, ihrer Witwen und Waisen.

Finanz-Ministerial-Erlasse vom 18. und 27. Juni, dann 18. August 1848, S. 641, 643 und 651, Nr. 1163, 1165 und 1175.

Bestimmte Namen. S. Namen.

Bestimmung der Summe der Verlassenschaftsbeiträge von dem Prälaten-, Herren-, Ritter- und Handels-Stande, dann von Honoratioren, Bürgern, Professionisten und Bauern zum Normal-Schulffonde, und in Conventions-Münze.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1822, S. 116, Nr. 1891.

Bestimmung des Ranges der Beamten eines landesfürstlichen Bezirkscommissariates.

Hofkanzlei-Decret vom 6. December 1826, S. 57, Nr. 2237.

- der Diäten für die landesfürstlichen Bezirkscommissäre im Laibacher Gouvernements-Gebiete.

Hofkammer-Decret vom 16. April 1828, S. 118, Nr. 2339.

- der Diäten und Fuhrkosten für die gerichtlichen Feldmesser in Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juni 1828, S. 123, Nr. 2349.

- Anwendung der in Ansehung der bisherigen Banknoten bestehenden gesetzlichen Bestimmungen auch auf die neuen in Umlauf gesetzt werdenden Banknoten.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1828, S. 124, Nr. 2350.

- der Eigenschaften und Prüfung der Bewerber um eine Fideicommis-Abjunctenstelle, dann der Termine zur Ablegung derselben.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1828, S. 124, Nr. 2351.

- der Rechte der Grund- und Urban-Herren im Görzer Kreise bei Veräußerung, Theilung und Besigunschreibung der Bauerngüter und Eintreibung der Gebühren.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1829, S. 145, Nr. 2387.

- der Titulatur derjenigen Individuen in den amtlichen Erlässen, welche zur Annahme des ihnen vom Auslande verliehenen Adels oder der Standeserhöhung die Bewilligung Seiner Majestät erhalten haben.

Hofkanzlei-Decret vom 20. August 1829, S. 170, Nr. 2425.

- der Behörden, welche zur Betreibung politischer Aufträge die Gehaltssperre gegen Beamte zu verhängen haben, die politische und Justizgeschäfte zugleich besorgen.

Justiz-Hofdecret vom 2. April 1830, S. 187, Nr. 2454.

- des Fondes, in welchen die den landesfürstlichen und Patrimonialgerichts-Beamten, wegen vernachlässigter Ausübung des Richteramtes über schwere Polizeiübertretungen auferlegten Geldstrafen einzuschießen haben.

Hofkanzlei-Decret vom 24. Juni 1830, S. 200, Nr. 2470.

- der Gerichtsbarkeit über die außer dem standrechtlichen Verfahren in der Militärgränze betretenen Verbrecher, welche keine Bewohner der Militärgränze sind.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1830, S. 208, Nr. 2481.

- der Gebühren für gerichtliche Schätzungen durch die Gerichtsbehörde, welche die Schätzung angeordnet hat.

Justiz-Hofdecret vom 17. December 1830, S. 219, Nr. 2496.

- des Ranges und Sitzes für die als Repräsentanten zu den Rathssitzungen zugezogenen Räte der Cameral-Gefällen-Verwaltungen, dann der Justizräthe bei den Sitzungen der Gefällen-Verwaltungen.

Justiz-Hofdecret vom 11. November 1831, S. 23, Nr. 2536.

- der Gerichtsbarkeit über einen Untertthan, welcher ohne obrigkeitliche Entlassung seinen Wohnsitz verändert hat.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1832, S. 63, Nr. 2566.

- der Frist zur Abreichung der Alimente für arretirte Schuldner.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1833, S. 81, Nr. 2601.

- der Fälle, in denen Criminal-Urtheile auf Züchtigung durch Streiche dem Appellationsgerichte vorgelegt werden müssen.

Justiz-Hofdecret vom 27. Februar 1835, S. 136, Nr. 2690.

- Vorschrift über die Amtswirkksamkeit der Gerichtsbehörden bei Bestimmung der landesfürstlichen Notuarstare.

Hofkanzlei-Decret vom 1. October 1837, S. 147, Nr. 232.

Bestimmung. Die Bestimmungen des neuen sardinischen Civil-Gesetzbuches, und namentlich die Anordnungen des Artikels 28 desselben, haben an den durch Staatsverträge erworbenen Rechten der österreichischen Unterthanen nichts geändert, noch dieselben beschränkt.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Jänner 1840, S. 383, Nr. 401.

- der Pension für Beamten-Waisen, deren Vater einen Gehalt von 200 fl. oder darüber bezogen hat.

Hofkammer-Decret vom 11. Mai 1843, S. 121, Nr. 704.

- der Fälle, in welchen die Supplenten-Einstandscautionen für das Militär-Arzt einzuziehen sind.

Decret des Hofkriegsrathes vom 29. Juli 1843, S. 131, Nr. 728.

- Bestimmung der Frist zur Ueberreichung der Recurse gegen politische Entscheidungen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. August 1843, S. 132, Nr. 730.

- der Verjährungszeit von Sparcasse-Einlagen und der Amortisationsfrist für in Verlust gerathene Sparcassenbücher.

Hofkanzlei-Decret vom 26. September 1844, S. 222, Nr. 832.

- des Wirkungskreises der Elbe-Zollrichter und der Elbe-Zollbehörden in Elbe-Schiffahrts-Angelegenheiten.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 2. December 1845, S. 289, Nr. 912.

- Durch die Gefinde-Ordnung für Wien vom 1. Mai 1810 haben die Bestimmungen des Strafgesetzbuches über Verbrechen keine Abänderung erlitten.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1846, S. 337, Nr. 967.

- über die Competenz des Landrechtes in Streitigkeiten über grundobrigkeitsliche Rechte auch für den Fall, wenn der Besitzer des unterthänigen Gutes für seine Person nicht im Unterthandsverbande oder wenn er unter Militär-Jurisdiction steht.

Hofkanzlei-Decret vom 10. November 1847, S. 475, Nr. 1093.

- Bestimmungen zur Evidenzhaltung der Geschäftsstücke, welche von den Behörden und Aemtern mittelst der bei der Fahrpost aufgegebenen Amtspakete versendet werden.

Hofkammer-Decret vom 20. November 1847, S. 477, Nr. 1097.

- Provisorische Bestimmungen über Privat-Anlehen mit Partial-Obigationen, welche auf bestimmten Namen zu lauten haben, und deren geringster Betrag auf 100 fl. C. M. festgesetzt wird.

Hofkammer-Decret vom 17. December 1847, S. 480, Nr. 1105.

Bestrafung der Ortsgerichte mit 10 fl. C. M., welche nicht bis Ende Februar eines jeden Jahres ihren Geschäftsausweis an das Appellationsgericht vorgelegt haben.

Justiz-Hofdecret vom 12. Jänner 1821, S. 1, Nr. 1729.

- der Beamten, welche den officösen Postsendungen Privatsachen beilegen.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1821, S. 14, Nr. 1751.

- der Falschwerbung und Ausspähung.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1821, S. 54, Nr. 1808.

- des Verhehlens eines gefundenen Schatzes.

Justiz-Hofdecret vom 12. October 1821, S. 58, Nr. 1810.

- der Verletzung gerichtlicher Siegel.

Hofkanzlei-Decret vom 29. August 1822, S. 115, Nr. 1889.

- der Sanitäts-Cordon-Übertretungen in Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1824, S. 260, Nr. 2026.

- der erdichteten Anzeigen eines Pestvergehens.

Justiz-Hofdecret vom 22. April 1825, S. 299, Nr. 2091.

- der böshaften Beschädigung fremden Eigenthumes.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1826, S. 5, Nr. 2163.

Bestrafung der Veruntreuung der landesfürstlichen Steuergelber.

Justiz-Hofdecret vom 21. Juli 1826, S. 34, Nr. 2204.

- des von den Lehrlingen an ihren Meistern verübten Diebstahles.

Justiz-Hofdecret vom 24. April 1827, S. 79, Nr. 2275.

- der Adels-Anmaßungen.

Hofkanzlei-Decret vom 2. November 1827, S. 103, Nr. 2316.

- der im Auslande von einem Inländer begangenen, dort nicht bestraften oder nicht nachgesehenen Polizei-Übertretung bei seiner Betretung im Inlande.

Hofkanzlei-Decret vom 24. April 1828, S. 119, Nr. 2341.

- der Verfälschung der aus Anlaß der Cholera-Krankheit ausgestellten Sanitäts- und Contumaz-Pässe.

Justiz-Hofdecret vom 26. Juli 1831, S. 17, Nr. 2522.

- Wirkung des Widerrufs der von dem Beleidigten angebrachten Klage, um Bestrafung einer Mißhandlung oder Beleidigung.

Justiz-Hofdecret vom 10. Jänner 1833, S. 73, Nr. 2585.

- der muthwillig ergriffenen Revisionen gegen zwei gleichlautende Urtheile.

Justiz-Hofdecret vom 15. Februar 1833, S. 77, Nr. 2593.

- der Irzführung der Polizei- und anderen öffentlichen Behörden durch falsche Angaben über Namen, Geburtsort, Stand oder über andere Verhältnisse.

Hofkanzlei-Decret vom 26. März 1833, S. 86, Nr. 2605.

- der von Sträflingen im Strafhause begangenen Verbrechen oder schweren Polizei-Übertretungen.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Mai 1833, S. 92, Nr. 2614.

- des Diebstahles am Laube der Maulbeerbäume.

Justiz-Hofdecret vom 30. August 1833, S. 101, Nr. 2628.

- Behandlung des Beleidigers, wenn der Mißhandelte sein Gesuch um Bestrafung desselben widerruft.

Hofkanzlei-Decret vom 25. Juni 1835, S. 27, Nr. 43.

- Bestimmung der Behörde zur Bestrafung der Contumaz-Übertretungen.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 12. Juli 1835, S. 33, Nr. 57.

- In welchen Fällen die Bestrafung eines verziehenen oder stillschweigend nachgesehenen Vergehens nicht mehr angesucht werden kann.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Februar 1836, S. 75, Nr. 125.

- Vorschrift über die Bestrafung der in den Strafhäusern von den Sträflingen verübten schweren Polizei-Übertretungen.

Hofkanzlei-Decret vom 19. August 1836, S. 88, Nr. 150.

- Vorschrift über die Bestrafung der Beschädiger der auf öffentlichen Wegen gepflanzten Bäume und Alleen.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Jänner 1837, S. 99, Nr. 163.

- der Verbrechen gegen den deutschen Bund.

Patent vom 24. October 1837, S. 149, Nr. 236, und

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1837, S. 152, Nr. 239.

- Bestrafung der Geschenk-Anbietung oder Aufdringung an einen in der Ausübung des Dienstes begriffenen Angestellten der Gränzwache.

Hofkanzlei-Decret vom 1. März 1838, S. 172, Nr. 259.

- Vorschrift über die Bestrafung der absichtlichen Abnahme ungesetlicher oder übermäßiger Taxen und Gebühren.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Juni 1838, S. 239, Nr. 278.

Bestrafung. Wann die Bestrafung wegen Nachahmung eines Privilegien-Objectes einzutreten hat.

Hofkammer-Decret vom 18. August 1838, S. 276, Nr. 290.

- der unbefugten Benützung des Erd- oder Berg-Deles, Bergtheeres, Asphaltes, Erd- oder Bergpeches nach den Berggesetzen.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 17. October 1838, S. 280, Nr. 299.

- Vorschrift über die Bestrafung von Verbrechen und schweren Polizei-Übertretungen, welche ein ungarischer oder siebenbürgischer Soldat vor seiner Assentirung und Eidesablegung begangen hat.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 14. Juni 1839, S. 340, Nr. 362.

- Vorschrift über die Bestrafung der Ehrenbeleidigungen, Beschimpfungen und Bedrohungen.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1839, S. 341, Nr. 363.

- Staatsvertrag mit Baiern, wegen Bestrafung der an der gegenseitigen Landesgränze verübten Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfrevel.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1839, S. 349, Nr. 376, und

Hofkanzlei-Decret vom 14. Mai 1844, S. 209, Nr. 806.

- des Nachdruckes literarischer Werke in den deutschen Bundesstaaten.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1840, S. 540, Nr. 483.

- der Uebertreter verbotener Spiele.

Hofkanzlei-Decret vom 16. October 1840, S. 533, Nr. 469, dann

Circular der niederösterreichischen Regierung vom 31. December 1840, S. 544, Nr. 489.

- der Postmeister, welche Reisende ohne vorschriftsmäßige Pässe oder polizeiliche Passierscheine mittelst der Post befördern.

Hofkanzlei-Decret vom 13. August 1841, S. 603, Nr. 554.

- der Winkel-Sensalen und der sich ihrer bedienenden Handels- und Gewerbsleute und Fabrikanten.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 8. April 1842, S. 17, Nr. 606.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Preußen über die Bestrafung der Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfrevel an der gegenseitigen Landesgränze.

Hofkanzlei-Decret vom 28. April 1842, S. 26, Nr. 611.

- Vorschrift über die Bestrafung der Verkürzung der grundherrlichen Laudemialgefälle durch Verschweigung des wahren Kaufschillinges einer Realität.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Februar 1843, S. 95, Nr. 680.

- der Mitschuld an einer schweren Polizei-Übertretung.

Hofkanzlei-Decret vom 22. September 1843, S. 140, Nr. 744.

- Erneuerung des Staatsvertrages mit Baiern über die Bestrafung der Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfrevel an der gegenseitigen Landesgränze.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Mai 1844, S. 209, Nr. 806.

- der Uebertretungen des Abtreibens der Waldungen, Gebüschs oder Sträucher, des Fällens oder Herablassens einzelner Bäume, des Auftreibens des Viehes auf die Weide, des Schotter- und Lehmgrabens, der Auflockerung des Erdreiches auf Gründen und Bergabhängen, welche an der Linie der Staats-Eisenbahn angränzen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 234, Nr. 834.

- der gesetzwidrigen Benützung und Ueberlassung der Reisepässe oder anderer obrigkeitlichen Ausweise.

Hofkanzlei-Decret vom 20. November 1844, S. 240, Nr. 846.

- der Verfertigung und des Gebrauches von Punzen, Stämpeln und Gußmodellen zur Erzeugung von Abdrücken und plastischen Nachbildungen von Münzen als schwere Polizei-Übertretung.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Juli 1845, S. 270, Nr. 895.

- Die erfolgende Bestrafung der beiderden k. k. Hofdienerschaft hat das Wiener Criminalgericht an deren vorgesetzte Behörde anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 29. December 1845, S. 303, Nr. 918.

Bestrafung. Vorschrift über das Verfahren bei Bestrafung des Holzdiebstahles an den Holzschwemmen.

Justiz-Hofdecret vom 5. März 1846, S. 320, Nr. 943.

- der vom Familienhaupte an Familiengliedern verübten Entwendungen.

Hofkanzlei-Decret vom 8. October 1846, S. 374, Nr. 989.

- der unbefugten Nachbildung, Darstellung und des Nachdruckes artistischer und literarischer Werke.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

- der Rückkehr einer von der competenten Polizeibehörde abgeschafften Person.

Hofkanzlei-Decret vom 22. October 1846, S. 386, Nr. 993.

- des gesetzwidrigen Gebrauches der Schießbaumwolle.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Februar 1847, S. 418, Nr. 1029.

- Bestimmungen über die Bestrafung der Eisenbahn-Beamten, der Beschädigung und Vetrötung der Eisenbahnen, der thätlichen und wörtlichen Beleidigung der Eisenbahn-Beamten.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1004, §§. 18, 20, 22, 42.

- der boshaften Beschädigung an Eisenbahnen als Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 449, Nr. 1047.

- der in Concurs verfallenen Schulbner.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 451, Nr. 1049.

- der Uebertretung der Vorschriften zur Beseitigung von Mißbräuchen durch Betäubung mit Schwefelsäther und anderen Aethergattungen (Naphthen).

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1847, S. 473, Nr. 1091.

- Der Concursrichter hat auch bei falschen Handlungsfonds-Ausweisungen, welche vor dem Justiz-Hofdecrete vom 18. März 1847 geschehen sind, die Mitschuldigen daran angemessen zu bestrafen und über die Schadenersatzleistung, wenn nicht nur die Verpflichtung zu derselben, sondern auch der Betrag des Schadens deutlich und zuverlässig erhellt, von Amtswegen zu erkennen.

Justiz-Hofdecret vom 17. November 1847, S. 476, Nr. 1095.

- Erneuerung der zwischen Oesterreich und Preußen bestehenden Uebereinkunft, wegen Bestrafung der Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfrevel an den beiderseitigen Landesgränzen.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Februar 1848, S. 491, Nr. 1117.

- Vorschrift über die Bestrafung der Uebertretungen des Preßgesetzes.

Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Bestreitung. Vorschrift über die Bestreitung der von Minderjährigen ohne vormundschaftliche Bewilligung geschlossenen Ehe.

Justiz-Hofdecret vom 22. September 1821, S. 50, Nr. 1802.

- Vorschrift über das Verfahren bei Bestreitung der von einem Militär ohne gehörige Bewilligung eingegangenen Ehe.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 30. August 1837, S. 142, Nr. 221.

- Zur Bestreitung der von einem Militär ohne gehöriger Erlaubniß geschlossenen Ehe, sowie der eingegangenen Ehen wegen öffentlichen Ehehindernisses überhaupt, bedarf es eines eigens bestellten Klägers nicht, und ist diese Bestreitung auch dem Fiskus nicht zu übertragen.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1839, S. 360, Nr. 392.

- Befreiung der Grundobrigkeiten in Galizien von der Bestreitung der Recrutirkosten.

Patent vom 17. April 1848, S. 612, Nr. 1136.

- Befreiung der Grundherrschaften in der Bukowina von der Bestreitung der Recrutirkosten.

Patent vom 9. August 1848, S. 648, Nr. 1173.

Bethaus. Die Eintragung eines Bethauses in die öffentlichen Bücher unterliegt keinem Anstande; Beschränkung der Belastung derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 4. April 1839, S. 336, Nr. 354.

- Verbot nachträglicher gottesdienstlicher Handlungen in dem akatholischen Bethause bei den unter passiver Assistenz der katholischen Pfarrer geschlossenen Ehen zwischen Katholiken und Akatholiken.

Hofkanzlei-Decret vom 27. December 1842, S. 80, Nr. 665.

Betrug. Der in dem §. 182, I. Theile des Strafgesetzes, vorkommende Ausdruck: „Betrug“ ist nicht bloß vom baren Gelde, sondern auch von dem Werthe der sich betrüglisch zugewendeten oder zugeeigneten Sache zu verstehen.

Justiz-Hofdecret vom 13. September 1828, S. 132, Nr. 2362.

- Festsetzung des geringsten Betruges der Partial-Obigationen über Privatanziehungen auf Einheitswert Gulden Conventions-Münze.

Hofkammer-Decret vom 17. December 1847, S. 480, Nr. 1105.

- S. Strafgesetz.

Betreibung eines bürgerlichen Gewerbes ist den Patrimonialgerichts-Beamten in Tirol und Vorarlberg nicht zu gestatten.

Justiz-Hofdecret vom 10. Juni 1825, S. 307, Nr. 2105.

Betretung. Verbot der Betretung der Eisenbahnen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, S. 18.

Betrug. Die Verhehlung eines gefundenen Schatzes ist nicht das Verbrechen des Betruges.

Justiz-Hofdecret vom 12. October 1821, S. 58, Nr. 1810.

- Die fälschlich unternommene Ausfertigung von Brandzeugnissen und Bettelpässen ist das Verbrechen des Betruges.

Justiz-Hofdecret vom 14. Juni 1823, S. 151, Nr. 1947.

- Von dem Gläubiger gepfändete, aber in der Verwahrung des Schuldners gelassene Fahrnisse sind bei Anwendung der §§. 163 und 178, lit. f) des I. Theiles des Strafgesetzes, als dem Schuldner anvertrauten Sachen zu betrachten.

Justiz-Hofdecret vom 1. August 1828, S. 129, Nr. 2357.

- Der in dem §. 182, I. Theile des Strafgesetzes, vorkommende Ausdruck: „Betrug“ ist nicht bloß vom baren Gelde, sondern auch von dem Werthe der sich betrüglisch zugewendeten oder zugeeigneten Sache zu verstehen.

Justiz-Hofdecret vom 13. September 1828, S. 132, Nr. 2362.

- Die Verfälschung der aus Anlaß der Cholerakrankheit ausgestellten Sanitäts- und Contumazpässe wird als Verbrechen des Betruges bestraft.

Justiz-Hofdecret vom 26. Juli 1831, S. 17, Nr. 2522.

- Beantwortung der Frage: ob die Entwendung von Versatzzetteln als Betrug anzusehen sein.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Mai 1840, S. 490, Nr. 437.

Bettelpässe. Die im Namen einer öffentlichen Behörde fälschlich unternommene Ausfertigung von Bettelpässen ist das Verbrechen des Betruges.

Justiz-Hofdecret vom 14. Juni 1823, S. 151, Nr. 1947.

Bettelzeugnisse. Die fälschlich unternommene Ausfertigung von Bettelzeugnissen ist das Verbrechen des Betruges.

Justiz-Hofdecret vom 14. Juni 1823, S. 151, Nr. 1947.

Bettfournitur. S. Lagerstätte.

Beurlaubte Militärmannschaft. S. Militär, Landwehr.

Beutellehen. Behandlung der landesherrlichen Beutellehen im Herzogthume Salzburg.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Mai 1821, S. 21, Nr. 1762.

- S. Lehen.

Bevollmächtigter. Bestellung eines Bevollmächtigten bei der Uebergabe des Scheidebriefes jüdischer Ehegatten, wovon einer zur katholischen Religion übergetreten, der andere aber im Judenthume geblieben ist.

Justiz-Hofdecret vom 19. Mai 1827, S. 80, Nr. 2277.

- Ein zwischen dem Richter und der rechtsuchenden Partei oder ihrem Bevollmächtigten oder Vertreter bestehender Mieth- oder Pachtvertrag schließt für die Zeit seiner Dauer den Richter von jeder Ausübung des Richteramtes in den Streitsachen dieser Partei aus.

Justiz-Hofdecret vom 2. October 1830, S. 209, Nr. 2484.

- Pacht- oder Miethverträge des Richters mit dem Bevollmächtigten des Staates, der Gemeinden oder der öffentlichen Anstalten schließen den Richter von der Ausübung des Richteramtes nicht aus.

Justiz-Hofdecret vom 24. Mai 1836, S. 82, Nr. 142.

- Im summarischen Verfahren bei Civilgerichten können auch Bevollmächtigte, die nicht Advocaten sind, im Namen der Parteien verhandeln.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- Im summarischen Verfahren bei Militärgerichten können auch Bevollmächtigte, die Nicht-Advocaten sind, statt den Parteien verhandeln.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- In Bescheiden über Klagen gegen mehrere Beklagte sind dieselben zur Bestellung eines gemeinschaftlichen Bevollmächtigten anzuweisen.

Justiz-Hofdecret vom 5. März 1847, S. 435, Nr. 1042.

- Im summarischen Verfahren bei den Gerichtsstellen in Dalmatien können auch Bevollmächtigte, die Nicht-Advocaten sind, statt den Parteien verhandeln.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

Beweggründe. S. Entscheidungsgünde.

Bewegliche Sachen. Vorschrift über das Verfahren bei der Pfändung und Execution beweglicher Sachen, worauf dritte Personen Eigenthums- oder andere Rechte zu haben behaupten.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1845, S. 265, Nr. 889.

Beweis. Ueber die Beweiskraft des von einem zum Richteramte fähig erklärten und beeidigten Richter abgelegten Geständnisses haben die Criminalgerichte in eine Entscheidung zwischen dem Civil- und Criminal-Justizfache, und der dießfalls erklärten Fähigkeit nicht einzugehen.

Justiz-Hofdecret vom 6. October 1821, S. 52, Nr. 1806.

- Den Processacten über den Beweis durch Zeugen sind von der ersten Instanz die Original-Zeugen-Verhöre beizuschließen.

Justiz-Hofdecret vom 14. Mai 1824, S. 202, Nr. 2006.

- Wieferne Stod-Urbarien und Grundbücher als Beweismittel von Urbarial-Lasten dienen können.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1825, S. 325, Nr. 2137.

- Wie der Beweis durch Vergleichung der Handschriften anzubieten sei.

Justiz-Hofdecret vom 2. December 1825, S. 331, Nr. 2150.

- Erläuterung des Justiz-Hofdecretes vom 30. Juli 1808 über die Aufnahme des Beweises durch Kunstverständige bei Gefällsbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 25. Februar 1826, S. 7, Nr. 2167.

- Vorschrift über das Verfahren bei dem Beweise durch Zeugen über den Tod eines Vermissten.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1827, S. 68, Nr. 2259.

- Behandlung der Gesuche um Zulassung des Beweises durch Zeugen anstatt des abzulegenden Hauptides.

Justiz-Hofdecret vom 14. September 1827, S. 97, Nr. 2306.

Beweis. Vorschrift über den rechtlichen Beweis der von den Theilnehmenden auf der Börse durch Censalen verhandelten Geschäfte.

Hofkammer-Decret vom 20. November 1829, S. 178, Nr. 2440.

- Neue Vorschriften über den Beweis aus dem Zusammentreffen der Umstände im Criminal-Processe.

Patent vom 6. Juli 1833, S. 95, Nr. 2622, und Justiz-Hofdecret vom 2. Mai 1834, S. 112, Nr. 2653.

- Bei dem Beweise durch Kunstverständige sind in den Provinzen, wo die galizische Gerichtsordnung eingeführt ist, Beweisschriften zuzulassen.

Justiz-Hofdecret vom 2. August 1833, S. 100, Nr. 2624.

- Erläuterung der galizischen Gerichtsordnung in Rücksicht der Rechtskraft der Beurtheile auf den Beweis durch Zeugen oder Kunstverständige, und ihres Einflusses auf die endliche Entscheidung des Processess.

Justiz-Hofdecret vom 9. August 1833, S. 100, Nr. 2625.

- Vorschrift über die Führung des Beweises durch Zeugen bei Gefälsch-Übertretungen.

Hofkammer-Decret vom 5. August 1834, S. 120, Nr. 2664.

- Beweiskraft der von österreichischen Consuln im Ponente ausgestellten Urkunden in Schiffbruchsfällen und anderen Angelegenheiten österreichischer Unterthanen.

Hofkammer-Decret vom 27. September 1834, S. 127, Nr. 2671.

- durch Zeugen oder Kunstverständige. Vorschrift über die Form und den Inhalt der Urtheile auf den Beweis durch Zeugen oder Kunstverständige; derselbe ist bloß durch Beurtheilung zuzulassen. Die Gerichte erster und höherer Instanz sind bei endlicher Entscheidung des Processess an dieses Beurtheil nicht gebunden.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juni 1835, S. 24, Nr. 42.

- Vorschrift über die Erlassung von Beurtheilen auf den Beweis durch Zeugen oder Kunstverständige.

Justiz-Hofdecret vom 12. September 1837, S. 145, Nr. 227.

- Beweiskraft der von der französischen Botschaft oder Consul legalisirten in Frankreich errichteten Notariats- und anderen öffentlichen Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1837, S. 148, Nr. 234.

- Beweiskraft der im Auslande errichteten, von Gesandtschaften oder Consuln legalisirten Notariats- und anderen öffentlichen Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 22. Jänner 1838, S. 167, Nr. 249.

- Instruction für die magistratischen Gerichtsverwaltungen in den Vorstädten Wiens über das Verfahren bei dem Zeugenbeweise und der Form der dießfälligen Erkenntnisse.

Justiz-Hofdecret vom 17. April 1838, S. 174, Nr. 264.

- Die in den Hofdecreten vom 24. December 1817 und 6. October 1821 ertheilten Vorschriften, über die Beweiskraft des Geständnisses in Criminalsachen, finden auf Dominical-Gerichte und Magistrate in Böhmen keine Anwendung.

Justiz-Hofdecret vom 24. April 1838, S. 176, Nr. 266.

- Kundmachung der unterm 24. December 1817 über die Beweiskraft des in Criminalsachen vor einer Prätur abgelegten Geständnisses, erlassenen Verordnung in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 4. December 1838, S. 313, Nr. 314.

- Vorschrift über die Beweiskraft der nicht von wechselgerichtlich protokolirten Firmen ausgestellten Wechsel.

Justiz-Hofdecret vom 10. März 1840, S. 475, Nr. 414.

- Vorschrift über die Beweiskraft der in criminali vor Präturen, Präture-Adjuncten oder Cancellieri in Dalmatien abgelegten Geständnisse.

Justiz-Hofdecret vom 31. März 1840, S. 480, Nr. 420.

Beweis. Vorschrift über die Beweisführung durch den Haupteid in den gegen Concurssmassen anhängigen Processen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1841, S. 565, Nr. 518.

- Vorschrift über den Beweis durch einen Haupteid, der nicht zurückgeschoben werden kann, und Anwendung desselben bei Bestreitung der Echtheit einer Handschrift.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1842, S. 25, Nr. 610.

- Der Wiener Magistrat kann von der Beweisführung über den Burgfrieden Wiens und die ihm zuständige Gerichtsbarkeit über jene Einwohner, deren erblose Verlassenschaften derselbe anspricht, nicht losgezählt werden.

Hofkammer-Decret vom 28. April 1842, S. 27, Nr. 612.

- Beweiskraft der mit jüdischer oder hebräischer Schrift auf Urkunden und anderen amtlichen Acten vorkommenden Namensfertigungen.

Justiz-Hofdecret vom 20. December 1842, S. 77, Nr. 663.

- Beweiskraft der gehörig geführten ungarischen Handelsbücher auch vor dem nicht ungarischen Richter.

Justiz-Hofdecret vom 13. März 1843, S. 100, Nr. 688.

- Die oberste Justizstelle soll, wenn sie die gegen ein Urtheil ergriffene außerordentliche Revision für unzulässig erklärt, dem Producenten nicht eine neue Frist zur Antretung des zugelassenen Beweises bestimmen.

Allerhöchste Entschliessung vom 4. Jänner 1845, S. 247, Nr. 856.

- Vorschrift über die Herstellung des Beweises durch Zeugen oder Kunstverständige im summarischen Verfahren bei den Civilgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- Vorschrift über die Beweiskraft der bei der Polizei-Oberdirection geführten Geburts-, Trauungs- und Sterberegister über die in Wien sich aufhaltenden türkischen Juden.

Hofkanzlei-Decret vom 17. November 1845, S. 288, Nr. 909.

- Beobachtung der Allerhöchsten Entschliessung vom 18. November 1826, Nr. 2259 der Justiz-Gesetzsammlung, bei Herstellung des Beweises über den erfolgten Tod eines Vermissten.

Justiz-Hofdecret vom 24. Februar 1846, S. 319, Nr. 939.

- Matrifenscheine der Juden haben als öffentliche Urkunden gesetzliche Beweiskraft.

Hofkanzlei-Decret vom 19. März 1846, S. 321, Nr. 945.

- Vorschrift über die Gültigkeit der Notariats-Urkunden zum Beweise der adeligen Abstammung.

Justiz-Hofdecret vom 16. September 1846, S. 360, Nr. 983.

- Bestimmung der Frist zur Antretung eines Beweises durch den Eid im summarischen Verfahren.

Justiz-Hofdecret vom 31. December 1846, S. 399, Nr. 1015.

- Vorschrift über den Beweis durch Zeugen im summarischen Verfahren bei Militärgerichten.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Nach Verlauf des peremptorischen Termines zum Antritte eines Beweises kann dieser Beweis nicht zugelassen werden, sobald sich der Gegentheil demselben widersetzt.

Allerhöchste Entschliessung vom 22. Mai 1847, S. 462, Nr. 1065.

- Der Haupteid kann cumulativ oder subsidiarisch mit anderen Beweismitteln aufgetragen werden. Benehmen des Richters bei Zulassung desselben.

Allerhöchste Entschliessung vom 19. Juni 1847, S. 463, Nr. 1067.

- Vorschrift über die Beweisführung durch Zeugen oder Kunstverständige im summarischen Verfahren bei den dalmatinischen Gerichtsstellen.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

Beweis. Beweiskraft der von sardinischen Schiffen bei Consulaten ihrer Nation in gehöriger Form abgelegten Verklarungen vor österreichischen Gerichten.

Erlaß des Handelsministeriums vom 28. August 1848, S. 655, Nr. 1178.

Beweiseinreden werden im summarischen Verfahren bei Civilgerichten nicht zugelassen.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

— werden im summarischen Verfahren bei Militärgerichten nicht zugelassen.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

— werden im summarischen Verfahren bei den dalmatinischen Gerichten nicht zugelassen.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

Beweisführung. S. Beweis.

Beweiskraft. S. Beweis.

Beweismittel. S. Beweis.

Beweisschriften bei dem Beweise durch Kunstverständige sind in den Provinzen, in welchen die galizische Gerichtsordnung eingeführt ist, zugelassen.

Justiz-Hofdecret vom 2. August 1833, S. 100, Nr. 2624.

— werden im summarischen Verfahren bei den Civilgerichten nicht zugelassen.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

— werden im summarischen Verfahren bei Militärgerichten nicht zugelassen.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

— werden im summarischen Verfahren bei den dalmatinischen Gerichtsstellen nicht zugelassen.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

Bewerber. S. Bittsteller.

Bewilligung. In wieferne die Gemeinden der freien Städte in Böhmen zur Führung eines Processus die Bewilligung der politischen Landesstellen bedürfen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 309, Nr. 2109.

— Zur Errichtung jedes einzelnen Hauses der barmherzigen Schwestern ist die Allerhöchste Bewilligung einzuholen.

Hofkanzlei-Decret vom 6. November 1839, S. 354, Nr. 387.

— Vorschrift über die Ertheilung der Bewilligung zur Errichtung der Pfannhämmer.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 27. April 1841, S. 572, Nr. 528.

— Erforderniß der lehensherrlichen Bewilligung zur emphiteutischen Veräußerung von Lehens-Grundparzellen an Unterthanen in Böhmen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Jänner 1843, S. 94, Nr. 679.

— Zum Eintritt eines minderjährigen Candidaten in einen geistlichen Orden ist die Einwilligung des Vaters oder Vormundes und vormundschaflichen Gerichtes nachzuweisen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Jänner 1844, S. 191, Nr. 780.

— Bedingte Bewilligung zur Annahme der Pfandbriefe der galizisch-sländischen Credit-Anstalt als Dienstcautionen der Gränzkämmerer in Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 12. Juni 1844, S. 211, Nr. 813.

— **der Schlußschrift.** Daß Gesuch um Bewilligung der Schlußschrift, kann aus dem Grunde, weil der Inrotulirungsbescheid bereits in Rechtskraft erwachsen ist, nicht zurückgewiesen werden.

Allerhöchste Entschließung vom 22. November 1845, S. 289, Nr. 910.

— Berechtigung der vereinten Cameral-Gefällenverwaltung zur Bewilligung der höheren Alimentation für suspendirte Beamte.

Hofkammer-Decret vom 29. Februar 1848, S. 494, Nr. 1123.

Bewohner der Militärgränze. Vorschrift über die Ausübung der Civil- und Militär-Gerichtsbarkheit über die Bewohner der Militärgränze.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1821, S. 37, Nr. 1776.

Bezahlung. Vorschrift über die Bezahlung der Dienstaren von jenen provisorischen Beamten, welche stabil angestellt waren.

Hofkammer-Decret vom 21. Februar 1848, S. 494, Nr. 1122.

Bezau. Betheilung des Landgerichtes Bezau im Brengenzerswald in Vorarlberg mit Einem Adjutum für einen Concepts-Practikanten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

Bezeichnung der Acten. S. Acten.

Bezirkscommissäre. Behandlung der Urlaubsgesuche herrschaftlicher Bezirkscommissäre in Steiermark.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1827, S. 89, Nr. 2298.

— Der Bezirksrichter ist in Disciplinar-Hinsicht dem Bezirkscommissäre untergeordnet, jedoch hat er die Civil-Richteramts-Geschäfte unabhängig von dem Bezirkscommissäre zu erledigen, wozu ihm auch die nöthigen Unterbeamten beizugeben sind.

Justiz-Hofdecret vom 1. December 1827, S. 106, Nr. 2320.

— Die landesfürstlichen Bezirkscommissäre im Laibacher Gouvernements-Gebiete erhalten aus den Staatscassen die Diäten der neunten, von Gemeinden, Bezirkscassen oder Parteien aber der zehnten Classe.

Hofkammer-Decret vom 16. April 1828, S. 118, Nr. 2339.

— Als Bezirkscommissäre dürfen nur ganz tabellöse Individuen angestellt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 25. October 1830, S. 216, Nr. 2490.

— Bestimmung des Gerichtsstandes für die Bezirkscommissäre auf dem Lande in Kärnten, dann deren Wittinnen und Kinder.

Justiz-Hofdecret vom 8. November 1841, S. 654, Nr. 570.

— Vorschrift über die Besetzung der erledigten oder neu zu besetzenden landesfürstlichen Bezirkscommissärs-Stellen in Illirien.

Hofkanzlei-Decret vom 4. December 1845, S. 295, Nr. 913.

— Ueber Pensionirungs-Anträge eines landesfürstlichen Bezirkscommissärs oder Bezirksrichters hat die Landesstelle mit dem Appellationsgerichte Rücksprache zu pflegen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. October 1846, S. 375, Nr. 991.

Bezirkscommissariat dritter Classe für den Bezirk Sessana oder Schwarzenegg im Küstenlande wird errichtet.

Justiz-Hofdecret vom 20. August 1824, S. 264, Nr. 2037.

— Rang der Beamten der landesfürstlichen Bezirkscommissariate.

Hofkanzlei-Decret vom 6. December 1826, S. 57, Nr. 2237.

— Auscultanten dürfen nicht zu lange durch ausbilsweise Dienstleistung bei Bezirkscommissariaten ihrer eigentlichen Bestimmung entzogen werden.

Justiz-Hofdecret vom 11. October 1842, S. 63, Nr. 648.

— Aufstellung eines landesfürstlichen Bezirkscommissariates dritter Classe zu Tarvis in Illirien.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1843, S. 123, Nr. 710.

— Errichtung eines landesfürstlichen Bezirkscommissariates dritter Classe in den Bezirken Treffen, Sauenstein und Massenfuß im Neustädter Kreise in Krain.

Justiz-Hofdecret vom 27. Juni 1843, S. 126, Nr. 716.

— Erhebung des landesfürstlichen Bezirkscommissariates Prem zu Feistritz in Krain von der dritten in die zweite Classe.

Justiz-Hofdecret vom 31. Juli 1843, S. 131, Nr. 728.

Bezirksgerichte. Bestimmung der Gebühren für die bei den Bezirksgerichten in Ilirien errichteten Privat-Urkunden der Bezirks-Inassen.

Hofkanzlei-Decret vom 17. December 1824, S. 278, Nr. 2057.

— Wegen Führung der Notizenbücher im Küstenlande durch Bezirksgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 28. Jänner 1825, S. 288, Nr. 2071.

— Bedingung der Zulassung der Rechtspractikanten bei landesfürstlichen Bezirksgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 1. September 1826, S. 46, Nr. 2218.

— Instruction für die zur Besorgung einiger Geschäfte des adeligen Richteramtes bestellten Gemeindevorsteher und Gerichtsgehilfen im Küstenlande; Anstellung und Beeidigung derselben.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1830, S. 188, Nr. 2457.

— Den für den Istrianer Kreis neu ernannten Advocaten ist die Partei-Vertretung bei allen Bezirksgerichten dieses Kreises gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1842, S. 81, Nr. 667.

— Vorschrift über die Correspondenzform zwischen den k. k. Kreisämtern und den Bezirksgerichten in Ilirien.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Jänner 1844, S. 188, Nr. 775.

— Wegen Einführung der landesfürstlichen Bezirksgerichte oder einem diesem ähnlichen Gerichte in Galizien ist die weitere Verhandlung zu pflegen.

Justiz-Hofdecret vom 26. März 1846, S. 328, Nr. 946.

— Dem Bezirksrichter steht die Bestimmung des bei der Justiz-Abtheilung befindlichen Beamten zur Aufnahme der Privat-Urkunden über Gegenstände des Privatrechts zu.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1848, S. 487, Nr. 1110.

— im Küstenlande. S. Gerichtsgehilfen.

Bezirks-Obrigkeiten. Gebühren für die bei den Bezirks-Obrigkeiten in Ilirien errichteten Privat-Urkunden der Bezirks-Inassen.

Hofkanzlei-Decret vom 17. December 1824, S. 278, Nr. 2057.

— Ausdehnung obiger Vorschrift auf den Klagenfurter Kreis.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1825, S. 325, Nr. 2136.

— in Ilirien dürfen nur für wirklich zu Stande gebrachte Vergleiche eine Taxe von 15 Kreuzer bezuhen; die Zeugnisse über den fruchtlos versuchten Vergleich haben sie unentgeltlich auszufertigen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Jänner 1827, S. 64, Nr. 2251.

Bezirksrichter ist in Disciplinar-Hinsicht dem Bezirkscommissär untergeordnet, jedoch hat er die Civil-Richteramts-Geschäfte unabhängig von dem Bezirkscommissär zu erledigen, wozu ihm auch die nöthigen Unterbeamten beizugeben sind.

Justiz-Hofdecret vom 1. December 1827, S. 106, Nr. 2320.

— Bestimmung des Gerichtsstandes für die Bezirksrichter auf dem Lande in Kärnten, dann deren Gattinnen und Kinder.

Justiz-Hofdecret vom 8. November 1841, S. 654, Nr. 570.

— Vorschrift über die Besetzung der erledigten oder neu zu besetzenden landesfürstlichen Bezirksrichter-Stellen in Ilirien.

Hofkanzlei-Decret vom 4. December 1845, S. 295, Nr. 913.

— Die Ernennung der landesfürstlichen Bezirksrichter bei den Bezirkscommissariaten in Ilirien hat durch die oberste Justizstelle und die vereinigte Hofkanzlei zu geschehen.

Justiz-Hofdecret vom 9. October 1846, S. 374, Nr. 990.

— Ueber Pensionierungs-Anträge eines landesfürstlichen Bezirkscommissärs oder Bezirksrichters hat die Landesstelle mit dem Appellationsgerichte Rücksprache zu pflegen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. October 1846, S. 375, Nr. 991.

Bezirksrichter. Dem Bezirksrichter steht die Bestimmung des bei der Justiz-Abtheilung des Bezirksamtes befindlichen Beamten zur Aufnahme der Privat-Urkunden über Gegenstände des Privatrechtes zu.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1848, S. 487 Nr. 1110.

Bezirks-Sanitäts-Personale. S. Sanitäts-Personale.

Bezirks-Bicare haben bei den canonischen Visitationen die von den Pfarrern zu führenden zwei Copien der Tauf- und Trauungsbücher genau zu revidiren.

Hofkanzlei-Decret vom 27. Juni 1835, S. 27, Nr. 44.

Bezüge. Bestimmung des Fondes, aus welchen die Bezüge oder deren Entschädigung der Seelsorger in Strahfhäusern zu bestreiten sind.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1844, S. 235, Nr. 835.

Bezug. Vorschrift über den Bezug der Graduationstaxe von den zur Vormerkung überreichten Vermögens-Übergab-Urkunden über Realitäten in Tirol und Vorarlberg.

Justiz-Hofdecret vom 28. April 1823, S. 144, Nr. 1938.

— Das Recht zum Bezuge des Mortuars fließt nicht aus dem grundherrlichen Nexus, sondern aus der Abhandlungspflege.

Hofkanzlei-Decret vom 26. März 1846, S. 328, Nr. 947.

— Streitigkeiten über den Bezug des Getränke-Erzeugungs-Entgeltes in Galizien gehören zur Verhandlung und Entscheidung der politischen Behörden.

Justiz-Hofdecret vom 29. October 1846, S. 387, Nr. 995.

Bidschow. Von den für den Bidschower Kreis in Böhmen angestellten zwei Advocaten hat einer in Neu-Bidschow und der andere in Gitschin seinen Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juli 1844, S. 213, Nr. 819.

Bieliß. Bei dem schlesischen Landrechte zu Bieliß findet das Stämpel- und Targeseß vom 27. Jänner 1840 keine Anwendung. — Vorschrift über die Abnahme der Taxen bei demselben.

Justiz-Hofdecret vom 29. August 1842, S. 60, Nr. 639.

Bier. Verbot des Aufkreifens des verbotenen Bieres und dessen Absatz zum Genuße.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Juli 1841, S. 601, Nr. 552.

Bierzwang. Aufhebung des Bierzwanges mit den ihm anhaftenden Verbindlichkeiten.

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180.

Bilanzen. In welchem Falle die Handlungsbilanzen vom Stämpel befreit sind.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juli 1826, S. 39, Nr. 2210.

Bildhauerei. Verbot der Nachbildung selbstständiger Kunstwerke der Bildhauerei (Plastik).

Hofkanzlei-Decret vom 28. November 1838, S. 312, Nr. 311.

Bisamberg. Die Heimsagung des lehenbaren Landgerichtes Greifenstein zu Bisamberg wird angenommen.

Justiz-Hofdecret vom 14. Jänner 1847, S. 404, Nr. 1019.

Bischöfe. Den Bischöfen wird hinsichtlich der Manual-Messen die in canonischer Beziehung notwendige Anordnung überlassen.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Juni 1841, S. 583, Nr. 544.

Biethumsgüter. Vorschrift über die Verzinsung der bei den Breslauer Biethumsgütern einzeln in die Waisenämter eingelegten baren Waisengelder.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Juli 1843, S. 131, Nr. 727.

Bittschriften. S. Gesuche.

Bittsteller. Vorschrift über die Prüfung der Competenten um eine Auscultantenstelle bei einem Criminalgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 10. März 1821, S. 13, Nr. 1746.

Wittsteller. Beibringung vorschriftsmäßig verfaßter Competenten-Tabellen mit den Vorschlägen zu Dienstbesetzungen.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1823, S. 140, Nr. 1932.

- Wenn Jemand zu einer erledigten Dienststelle von Amtswegen vorgeschlagen wird, ist dessen Qualifikation, wie es in Ansehung der übrigen Competenten geschieht, auszuweisen.

Hofkanzlei-Decret vom 11. April 1824, S. 200, Nr. 2000.

- Bestimmung der Eigenschaften der Wittsteller um eine Fiscal-Adjunctenstelle.

Justiz-Hofdecret vom 19. November 1824, S. 269, Nr. 2049.

- haben ihre Anstellungs- oder Beförderungsgesuche durch ihre Vorgesetzten an die betreffende Behörde einbegleiten zu lassen.

Justiz-Hofdecret vom 17. März 1826, S. 13, Nr. 2174.

- Wenn über derselben Tauglichkeit zu der angesuchten Anstellung Zweifel obwalten, so sind diese vor Besetzung der erledigten Dienststelle, oder vor Erstattung des Besetzungsvorschlages zu lösen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1826, S. 20, Nr. 2190.

- Wann Bewerber um eine Dienststelle über die Gründe ihrer Abweisung mittelst des auf ihr Gesuch zu ertheilenden Bescheides zu belehren sind.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1826, S. 20, Nr. 2190.

- Ausfüllung und Unterzeichnung der Competenten- oder Qualifications-Tabellen.

Justiz-Hofdecret vom 7. October 1826, S. 52, Nr. 2226.

- Vorschrift über die Eigenschaften und Prüfung der Bewerber um eine Fiscal-Adjunctenstelle.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1828, S. 124, Nr. 2351.

- In den Competenten-Tabellen für erledigte Justiz-Dienstplätze sind die Sprachen, welche die darin aufgeführten Individuen vollkommen besitzen, auszuweisen.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1828, S. 138, Nr. 2369.

- Vorschrift über die Prüfung der Bewerber um die Advocatur.

Justiz-Hofdecret vom 16. April 1830, S. 195, Nr. 2460.

- Den Competenten wird das Postporto für Sendungen der Dienstbesetzungs-Vorschläge von einer Behörde an die andere nicht mehr angerechnet.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juni 1830, S. 200, Nr. 2469.

- Bei Dienstbesetzungs-Vorschlägen ist auf die Eigenschaften und Dienstjahre sämmtlicher Competenten die gebührende Rücksicht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 14. November 1833, S. 104, Nr. 2635.

- Eigenschaften und Prüfung der Competenten um Fiscal-Adjunctenstellen. Von der Prüfung über die speciellen Geseze und Gewohnheiten der betreffenden Provinz kommt es ab.

Hofkammer-Decret vom 27. Juli 1836, S. 88, Nr. 148.

- Eigenschaften der Bewerber um eine Prätoratsstelle in Dalmatien.

Hofkanzlei-Decret vom 21. September 1839, S. 351, Nr. 380.

- Behandlung der nicht graduirten Advocaten, wenn sie um eine Advocatenstelle an einem andern, besonders an einem wichtigeren Plage, mit Doctoren concurriren.

Älteste Entschließung vom 9. Mai 1840, S. 486, Nr. 432.

- Die bei einem gehörig bestellten Land-Advocaten durch die vorgeschriebene Zeit genommene Praxis ist zur Zulassung eines Advocaturbewerbers zureichend.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1844, S. 193, Nr. 783.

Wittwerber. S. Wittsteller.

Wißsinnige. Vorschrift über das Verfahren bei Wißsinnigkeits-Erklärung.

Justiz-Hofdecret vom 28. August 1837, S. 142, Nr. 220.

- Das Resultat der gepflogenen Unterhandlung über den Geisteszustand eines Wißsinnigen, dann der Name dessen Vaters, Vormundes oder gerichtlich bestellten Curators ist jener Behörde

mitzutheilen, welcher die Verwaltung der Anstalt, worin der Kranke untergebracht wird, zugewiesen ist.

Justiz-Hofdecret vom 28. August 1837, S. 142, Nr. 220.

Bludenj. Dem Landgerichte daselbst wird die Criminalgerichtsbarkeit in dem Umfange der Landesgerichte Sonnenberg und Montafon zugetheilt und eine Vermehrung der Beamten bewilliget.

Justiz-Hofdecret vom 11. Februar 1826, S. 5, Nr. 2162.

Blumensuchrecht. Aufhebung des vorfobrigkeitlichen Blumensuch- und Weiderechtes ohne Entschädigung.

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180.

Blutsverwandte. S. Verwandte.

Boden. S. Grund.

Böhmen. Bestimmung der Zahl der Advocaten in der Hauptstadt Prag und auf dem Lande des Königreiches Böhmen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1824, S. 170, Nr. 1985.

— Welche Apothekergewerbe in Böhmen persönlich, rabicirt oder verkäuflich seyn sollen.

Justiz-Hofdecret 7. Jänner 1825, S. 281, Nr. 2063.

— Bestimmung der Gebühr für die Ausfertigung eines Grundbuchs-Auszuges bei den Schuß- und unterthänigen Städten, dann bei den Wirthschaftsämtern in Böhmen.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juni 1825, S. 302, Nr. 2099.

— In wieferne die Gemeinden der freien Städte in Böhmen zur Führung eines Rechtsstreites die Bewilligung der politischen Landesstelle bedürfen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 309, Nr. 2109.

— Die Fiscal-Adjuncten in Böhmen haben bei dem dortigen Subernium den Dienstseid abzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1825, S. 313, Nr. 2120.

— Vorschrift über die Form der Correspondenz der Kreisämter in Böhmen mit den Criminalgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1826, S. 37, Nr. 2208.

— In Böhmen dürfen Juden zur Feilbietung der Realitäten der Christen als Käufer nicht zugelassen werden.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juli 1827, S. 88, Nr. 2294.

— Bestimmung des Termins zur Ablegung der Fiscal-Prüfung in Böhmen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1828, S. 124, Nr. 2351.

— Welchen Verbrechern aus Böhmen der Spielberg zu Brünn als Strafort angewiesen ist.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1829, S. 161, Nr. 2408.

— Errichtung einer vereinigten Cameral-Gefällen-Verwaltung für Böhmen.

Justiz-Hofdecret vom 27. August 1830, S. 205, Nr. 2477.

— Die Todesfälle der Lehens-Vasallen sind auch in Böhmen dem Lehenshofe anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1832, S. 60, Nr. 2559.

— Verträge der Grundeigenthümer in Böhmen über die Ueberlassung eines Theiles ihrer Realität auf die Lebenszeit gewisser Personen gegen Vorbehalt des Rückfalles mit dem Tode derselben sind ungültig.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1833, S. 85, Nr. 2603.

— Einhebung der Lehentaxen in Böhmen bei Einverleibung von Besitzveränderungs-Urkunden, Cessionen, Quittungen, Obligationen und Pränotationen nach der böhmischen Landtafel-Taxordnung vom 1. April 1812, und Abkommung von der bisher üblich gewesenem Ingrossations-Taxe pr. Ein Gulden zehn Kreuzer vom Bogen bei Lehens-Consensen und Homagien.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Juni 1834, S. 114, Nr. 2659.

— Amts-Instruction für die Criminalgerichts-Merzte und Wundärzte in Böhmen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juni 1835, S. 11, Nr. 28.

Böhmen. Bestimmungen über die Verwaltung der Gerichtsbarkeit über die sogenannten deutschen von der Krone Böhmen abhängigen Lehen und deren Besitzer.

Justiz-Hofdecret vom 10. August 1835, S. 37, Nr. 69.

- Vorschrift über die Behandlung der Rechtsangelegenheiten der deutschen Lehen in Böhmen.

Justiz-Hofdecret vom 28. August 1836, S. 89, Nr. 152.

- Vorschrift für Vormundschaftsämtler und Magistrate in Böhmen, über die Verabfolgung des aufbewahrten Vermögens der Mündel, Pflegebefohlenen und Waisen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1837, S. 106, Nr. 172.

- Die in den Hofdecreten vom 24. December 1817 und 6. October 1821 ertheilten Vorschriften, über die Beweisraft des Geständnisses in Criminalsachen, finden auf Dominicalgerichte und Magistrate in Böhmen keine Anwendung.

Justiz-Hofdecret vom 24. April 1838, S. 176, Nr. 266.

- Die in einem Kreise in Böhmen bestehenden Advocaten können auch in einem anderen Kreise die Advocatur ausüben.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juni 1839, S. 340, Nr. 361.

- Errichtung eines Instituts der barmherzigen Schwestern St. Caroli Boromaei in Böhmen.

Hofkanzlei-Decret vom 6. November 1839, S. 354, Nr. 387.

- Für den Königgräzer Kreis in Böhmen werden um zwei Advocaten mehr als bisher bestellt, wovon der Eine seinen Wohnsitz zu Königgrätz, der Andere in Kosteletz zu nehmen hat. Hiezu sind nur schon dormal zur Partei-Vertretung in Böhmen befugte und der böhmischen Sprache vollkommen kundige untadelhafte Individuen zu wählen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Mai 1840, S. 489, Nr. 434.

- Anstellung eines neuen Advocaten für Reichenberg in Böhmen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Mai 1840, S. 490, Nr. 435.

- Anstellung eines Advocaten im Prachimer Kreise in Böhmen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Mai 1840, S. 490, Nr. 436.

- Die definitive Regulirung des Advocatenwesens in Böhmen hat vor der Hand auf sich zu beruhen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Mai 1840, S. 490, Nr. 436.

- Vorschrift über die Ausschreibung der Concurrenz zur Besetzung von Advocatenstellen in Böhmen; Bestimmung der hiezu erforderlichen Eigenschaften.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1840, S. 536, Nr. 474.

- Die Behandlung der Successionsfälle in die königlich-böhmischen Kronlehen wird auch auf die deutschen Lehen in Böhmen ausgedehnt.

Hofkanzlei-Decret vom 30. November 1841, S. 655, Nr. 573.

- Die Verlassenschaftsabgaben zu Gunsten des Seminarfondes, dann für die Armeninstitute in der Stadt Karlsbad, in der Ritter-Kreuz-Ordens-Commende Eger und in der Bergstadt Schönfeld in Böhmen werden aufgelassen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

- Die für die Hauptstadt Prag nicht ernannten Advocaten sind zur Parteivertretung bei den Gerichten in Prag nicht berechtigt.

Justiz-Hofdecret vom 9. August 1842, S. 56, Nr. 630.

- Vorschrift zur Hintanhaltung der Veeinträchtigung der böhmischen Kronlehen, dann der emphyteutischen Veräußerung von Lehens-Grundparzellen ohne lehensherrlichen Consens an Unterthanen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Jänner 1843, S. 94, Nr. 679.

- Erb-, Erwerb- und Testirungsfähigkeit der barmherzigen Schwestern in Böhmen, und Befreiung derselben vom Amortisations-Gesetze.

Justiz-Hofdecret vom 27. Februar 1843, S. 97, Nr. 685.

Böhmen. Bestellung von noch zweien Advocaten im Gajslauer Kreise in Böhmen, wovon der Eine in Gajslau, der Andere in Deutschbrod den Wohnsitz zu nehmen hat.

Justiz-Hofdecret vom 1. Mai 1843, S. 121, Nr. 702.

- Vorschrift über die Vertilgung der alten unbrauchbaren Registraturacten bei den landesfürstlichen Criminal- und Civil-Collegialgerichten in Böhmen, dann bei dem Magistrats der Stadt Prag.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1843, S. 149, Nr. 751.

- Anstellung von zwei Advocaten für den Bunzlauer Kreis, wovon der Eine in Jungbunzlau und der Andere in Reichenberg, und zweier für den Bidschower Kreis, wovon der Eine in Neu-Bidschow und der Andere in Gitschin ihren Wohnsitz zu nehmen haben.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juli 1844, S. 213, Nr. 819.

- Anstellung dreier Advocaten in dem Pilsner Kreise, mit Bestimmung der Wohnorte in den Städten Pilsen, Mies und Plan.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juli 1844, S. 214, Nr. 820.

- Die Criminal-Gerichtspflege und der damit verbundene Aufwand wird in Böhmen, vom Jahre 1846 angefangen, als Staatsaufwand erklärt.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Februar 1845, S. 252, Nr. 867.

- Auf welche Inquisiten der §. 306, I. Theils des Strafgesetzes, in Fällen einer unter den Criminal-Inquisiten in den Criminal-Gerichtshäusern in Böhmen ausbrechenden Epidemie anzuwenden sei.

Allerhöchste Entschließung vom 1. Juli 1845, S. 270, Nr. 894.

- Aufstellung von vier Advocaten im Elbogner Kreise in Böhmen, mit den Wohnsitz in den Städten Elbogen, Joachimsthal, Ruditz und Graslitz.

Justiz-Hofdecret vom 28. November 1845, S. 289, Nr. 911.

- Erläuterung der Elbe-Schiffahrtsacte vom 23. Juni 1821 und der Additionalacte vom 13. April 1844, dann Aufstellung von Elbe-Zollgerichten in Tetschen, Zeitmeritz, Raubnitz und Melnik.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 2. December 1845, S. 289, Nr. 912.

- Vorschrift über das Aufgebot und die Trauung jener Israeliten in Böhmen, welche keiner mit einem zu jüdischen Trauungen berufenen Religionslehrer versehenen jüdischen Gemeinde angehören.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1846, S. 360, Nr. 984.

- Vereinigung des Pilgramer mit dem Laborer Criminalgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 8. Jänner 1847, S. 403, Nr. 1018.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei dem Landrechte in Böhmen.

Justiz-Hofdecret vom 1. April 1847, S. 455, Nr. 1053.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Sachsen über die Verichtigung der Landesgränze zwischen den Königreichen Böhmen und Sachsen, und über den Austausch der in den beiderseitigen Gebieten enclavirten Parzellen u. s. w.

Vom 30. März 1848, S. 572, Nr. 1132.

Böhmische Cameral-Gefällen-Verwaltung. Schriftenwechsel derselben mit ausländischen Behörden.

Justiz-Hofdecret vom 24. Jänner 1834, S. 106, Nr. 2639.

- Fiscal-Adjuncten. S. Adjuncten.

- Kronlehen. S. Lehen.

- Sprache. S. Sprache.

Böhmisches Appellationsgericht. Vorschrift über die Vertilgung der alten unbrauchbaren Registraturacten bei dem böhmischen Appellationsgerichte, bei den demselben untergeordneten

- landesfürstlichen Criminal- und Civil-Collegialgerichten, dann bei dem Magistrat der Stadt Prag.
- Justiz-Hofdecret vom 16. October 1843, S. 149, Nr. 751.
- Böhmische Landrecht.** Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei demselben.
- Justiz-Hofdecret vom 1. April 1847, S. 454, Nr. 1053.
- Börse.** Vorschrift über den rechtlichen Beweis der von den Theilnehmenden freiwillig auf der Börse durch Censalen verhandelten Geschäfte.
- Hofkammer-Decret vom 20. November 1829, S. 178, Nr. 2440.
- Börse-Patent.** Nähere Bestimmung des §. 14 des Börse-Patentes vom 1. August 1771, hinsichtlich der Unfähigkeit der in Concurse Verfallenen zu einer Wechsel-Censalen-Stelle.
- Justiz-Hofdecret vom 3. August 1821, S. 41, Nr. 1785.
- Börse-Censalen.** S. Censalen.
- Böser Vorsatz.** S. Vorsatz.
- Bogen.** Jeder Bogen eines Criminal-Zeugenverhörs-Protokolles ist von dem Verhörten zu unterfertigen.
- Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1827, S. 66, Nr. 2256.
- Bohorodjan.** Das Districtual-Bergericht Bohorodjan wird nach Stanislawow übersetzt.
- Justiz-Hofdecret vom 27. September 1833, S. 103, Nr. 2632.
- Bohrmehl.** Bergerichte dürfen über ein ausgezogenes Bohrmehl weder eine Rührung noch eine Belehrung ertheilen.
- Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 14. April 1840, S. 481, Nr. 424.
- Borgo.** Für den Landesgerichtsbezirk Borgo in Tirol werden zwei Advocaten bewilligt.
- Justiz-Hofdecret vom 5. Juni 1844, S. 211, Nr. 811.
- Boshafte Beschädigung.** S. Beschädigung.
- Boshafte Feldbeschädigung.** S. Feldbeschädigung.
- Botenlohn.** Amtsboten der Gränzkämmerer in Galizien haben künftig ihre Weggelber mit 15 Kreuzer in Conventions-Münze für jede Meile zu liquidiren und zu beziehen.
- Justiz-Hofdecret vom 3. November 1821, S. 58, Nr. 1813.
- für Zeugen aus dem türkischen Gebiete in Criminal-Angelegenheiten bei den dalmatinischen Gerichtsstellen.
- Hofkammer-Decret vom 3. März 1837, S. 115, Nr. 180.
- Botschaft.** S. Gesandtschaften.
- Boßen.** Behandlung der von dem ehemaligen Tribunale der ersten Instanz zu Boßen in contradictorio geschöpften aber noch nicht zugestellten Urtheile in Civil-Rechtsgegenständen.
- Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 47, Nr. 1798.
- S. Karneid.
- Brachweide.** Aufhebung der Brachweide ohne Entschädigung.
- Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180.
- Bränhäus.** Den Bränhäusern wird das Aufstreifen des alten ausgegornen Bieres und dessen Verkauf zum Genuße untersagt.
- Hofkanzlei-Decret vom 29. Juli 1841, S. 601, Nr. 552.
- v. Brandhofen.** Das Obersthofmarschall-Amt ist der Gerichtsstand der Freiin von Brandhofen, Gemahlin Seiner kaiserlichen Hoheit des Herrn Erzherzogs Johann.
- Justiz-Hofdecret vom 8. Jänner 1846, S. 307, Nr. 919.
- Brandleger.** S. Brandlegung.

Brandlegung. Auch schon die zweite Brandlegung ist, wenn das Feuer auch nur einmal ausbricht, mit dem Tode zu bestrafen.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1828, S. 137, Nr. 2365.

- Für die Entdeckung der Brandleger wird im Allgemeinen keine Taglia festgesetzt; jedoch dürfen in besonderen Fällen, wo sich die Brandlegungen häufen, zeitliche Belohnungen dafür bewilligt werden.

Justiz-Hofdecret vom 5. Februar 1830, S. 185, Nr. 2450.

- Erläuterung des Absages sub f) im §. 148, 1. Theile des Strafgesetzes, hinsichtlich der Beurtheilung und Bestrafung des Verbrechens der Brandlegung.

Justiz-Hofdecret vom 12. Juni 1837, S. 127, Nr. 206.

Brandschadens-Vergütung. S. Vergütung.

Brandschaden-Versicherungs-Anstalt. S. Feuer-Versicherungs-Anstalt.

Brandschaden-Versicherungs-Gesellschaft. Protokollirung der neuen Firma der ersten österreichischen Brandschaden-Versicherungs-Gesellschaft bei dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte; aus diesem Zugeständnisse erwächst der Gesellschaft kein Recht zu Handels- und Wechselgeschäften.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Jänner 1842, S. 8, Nr. 593.

Brandweinzwang. Aufhebung des Brandweinzwanges mit den ihm anhaftenden Verbindlichkeiten.

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180.

Brandzeugnisse. Die fälschlich unternommene Ausfertigung von Brandzeugnissen und Bettelpässen ist das Verbrechen des Betruges.

Justiz-Hofdecret vom 14. Juni 1823, S. 151, Nr. 1947.

Brasilien. Handels- und Schifffahrtstractat mit Brasilien.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1828, S. 114, Nr. 2337.

Braunschweig. Der Titel „Hoheit“ gebührt dem die Regierung führenden Herzoge von Braunschweig für seine Person.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1844, S. 240, Nr. 844.

Bregenz. Dem Land- und Untersuchungsgerichte zu Bregenz werden die Criminalgeschäfte abgenommen und an das Collegialgericht zu Feldkirch übertragen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1821, S. 10, Nr. 1740.

- Dem Landgerichte daselbst wird die Criminalgerichtsbarkeit in dem Umfange der Landgerichte Bregenz und Bregenzterwald zugetheilt, und eine Vermehrung der Beamten bewilliget.

Justiz-Hofdecret vom 11. Februar 1826, S. 5, Nr. 2162.

- Von dem Landgerichte Bregenz in Tirol werden die Gemeinden Ober-Langenegg und Reute getrennt, und hinsichtlich der Jurisdiction dem Landgerichte Bregenzterwald zugetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1826, S. 29, Nr. 2194.

Bregenzterwald. Dem Landgerichte Bregenzterwald in Tirol wird die Jurisdiction über die Gemeinden Ober-Langenegg und Reute zugetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1826, S. 29, Nr. 2194.

Breslau. Vorschrift über die Verzinsung der bei den Breslauer Bisthumsgütern einzeln in die Waisenämter bar eingelegten Waisengelder.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Juli 1843, S. 131, Nr. 727.

Briefe. Nähere Bestimmungen zur Handhabung des Verbotes, den amtlichen Postwagensendungen Privatsachen beizuschließen; Nachtrag zu dem Justiz-Hofdecrete vom 4. December 1819.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1821, S. 14, Nr. 1751.

Briefe. Verpflichtungen der Eisenbahn-Unternehmungen gegen das Postregale, wegen Beförderung der Briefe auf der Eisenbahn.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juli 1840, S. 513, Nr. 452.

— Behandlung der an postportobefreite Behörden und Personen gerichteten Briefe hinsichtlich des Postporto.

Hofkammer-Decret vom 4. August 1840, S. 519, Nr. 458.

— Die an Inquisiten und Eridatare einlangenden oder von flüchtigen Verbrechern einkommenden Briefe haben die Postämter an die Criminal- oder Concursgerichte auszufolgen.

Hofkammer-Decret vom 8. März 1845, S. 255, Nr. 874.

— Beförderung der Briefe durch die Eisenbahnen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, S. 14.

Briefporto. S. Postporto.

Briefportobefreite Behörden. S. Behörden, Postporto.

Briefpost. Welche Acten durch die Briefpost, und welche mit dem Postwagen zu versenden seien.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1824, S. 260, Nr. 2025.

— Vereinigung der Briefpost mit den Eilwägen, Versendung voluminöser amtlicher Verhandlungen mit dem Postwagen.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1825, S. 295, Nr. 2084.

— Beförderung der amtlichen Correspondenz der Gerichtsstellen in Dalmatien durch die Briefpost.

Justiz-Hofdecret vom 17. Jänner 1843, S. 88, Nr. 673.

Briefpost-Ordnung, welche mit 1. Mai 1839 in Wirksamkeit zu treten hat.

Hofkammer-Decret vom 6. November 1838, S. 285, Nr. 302.

— Auszug aus derselben, hinsichtlich der Haftung für Sendungen durch die Postanstalt.

Hofkammer-Decret vom 6. Februar 1839, S. 325, Nr. 337.

Briefsammler. Modifizierung der Vorschrift über den Fortgang und die Beendigung der Rechnungs-Processe der Briefsammler.

Hofkammer-Decret vom 23. October 1843, S. 161, Nr. 756.

Brigen. Der Fürstbischof von Brigen kann zur Uebernahme der factisch bereits abgelegten Bezirksverwaltung von Welbes nicht verhalten werden.

Hofkanzlei-Decret vom 10. April 1840, S. 481, Nr. 422.

— Betheiligung des Landgerichtes Brigen im Pustertthale in Tirol mit Einem Adjutum für einen Concept-Praktikanten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

Brot. Bestimmung des Zeitpunctes, von welchem an die Grundherrschaften in Galizien von der Unterstützung ihrer Unterthanen mit Brot in Nothfällen entbunden sind.

Kreis Schreiben des galizischen Guberniums vom 25. November 1846, S. 391, Nr. 1004.

Brotportion. Erhöhung der Brotportion für einen männlichen Sträfling im Wiener Provincial-Strafhause von täglichen Ein Pfund auf Ein und einhalb Pfund.

Hofkanzlei-Decret vom 25. Juni 1844, S. 212, Nr. 815.

— Erhöhung der Brotportion für einen gesunden männlichen Sträfling im Linzer Provincial-Strafhause von täglichen Ein Pfund auf Ein und einhalb Pfund.

Hofkanzlei-Decret vom 31. Jänner 1845, S. 251, Nr. 864.

Brüder der Barmherzigkeit. S. Barmherzige Brüder.

Brünn. In Brünn haben zwanzig Advocaten ihren Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1822, S. 91, Nr. 1861.

— Abhandlung der Verlassenschaften der im Provincial-Strafhause zu Brünn verstorbenen Verbrecher durch den Brünnner Magistrat.

Justiz-Hofdecret vom 3. September 1830, S. 206, Nr. 2478.

Brünn. Die Verlassenschaftsbeiträge für die Kranken-Anstalten der Stadt Brünn, dann für den Normal-Schulfond haben bis auf weiteres fortzubestehen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

— Auszieh-Ordnung für die Stadt Brünn und ihre Vorstädte.

Hofkanzlei-Decret vom 5. October 1843, S. 143, Nr. 748.

— Bestimmung der Taxen, welche der Magistrat der Stadt Brünn für seine Amtsverrichtungen in Wohnungs-Auskündigungs-Angelegenheiten zu beziehen berechtigt ist.

Hofkanzlei-Decret vom 5. October 1843, S. 143, Nr. 748.

— Vorschrift über die Vertilgung der alten unbrauchbaren Registratur-Akten bei dem Magistrate der Stadt Brünn.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1843, S. 149, Nr. 751.

— Vorschrift über die Anlegung der den Minderjährigen und Pflegebefohlenen gehörigen Geldbeträge (Waisengelder) auf den Häusern der Stadt Brünn, mit Einschluß ihrer Vorstädte.

Justiz-Hofdecret vom 23. October 1843, S. 160, Nr. 755.

Bruneck. Betheiligung des Landgerichtes Bruneck im Pustertthalreise in Tirol mit Einem Adjutum für einen Concepts-Practikanten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

Buchhändler. Verantwortlichkeit derselben bei sträflichen Druckschriften.

Kundmachung des Ministerathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Buchhalter. Wirkungskreis der landesfürstlichen Collegialgerichte erster und zweiter Instanz bei Besetzung der Stelle eines Buchhalters.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

Buchhalterei-Erledigung. S. Rechnungen.

Buchhalterische Prüfung der aus Anlaß der Liquidirung der landesfürstlichen Lehen aus dem Staatsfchäze zu vergütenden Kosten, in welchem Falle dieselbe statt finde.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1842, S. 74, Nr. 656.

Buchhaltung. Criminalgerichte haben die ihnen von Staatsbuchhaltungen mitgetheilten Rechnungen und Original-Urkunden ohne Verzug nach gemachtem Gebrauche an dieselben zurück zu stellen.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1828, S. 128, Nr. 2355.

— Bei Buchhaltungen werden die Amtsstunden auf den Vormittag beschränkt.

Justiz-Hofdecret vom 5. November 1830, S. 216, Nr. 2491.

— Vorschrift für die Staatsbuchhaltungen über das Verfahren bei Hinausgabe der Rechnungsmängel an Rechnungsfleger, und Erledigung der diesfälligen Erläuterungen.

Hofkammer-Decret vom 12. September 1832, S. 66, Nr. 2575.

— Eine Controle der Abhandlungsbehörden durch die Provincial-Staatsbuchhaltung hinsichtlich der Ausweise über die von Verlassenschaften zu bemessenden frommen Gebühren findet nicht Statt.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Jänner 1843, S. 90, Nr. 677.

Budua. In dem Bezirke der Prätur zu Budua in Dalmatien darf kein Vertrag über Erwerb eines neuen Besitzes oder Eigenthumes von Realitäten zu Gunsten eines Montenegriners in den Notistenbüchern eingetragen werden.

Justiz-Hofdecrete vom 6. August 1845, S. 273, Nr. 898 und 14. Jänner 1846, S. 308, Nr. 922.

— Die Prätur in Budua hat die Vorschriften vom 2. Juni 1827 zu befolgen; die Feilbietungs-Edicte der in Execution gezogenen Realitäten im Gerichts- und dem Orte der zu veräußernden Realität bekannt zu machen und im Amtsblatte einschlachten zu lassen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1847, S. 465, Nr. 1073.

Bücher. In jedem Bahnhofe ist zur Eintragung der Beschwerden der Reisenden ein Buch in Bereitschaft zu halten.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §. 17.

Bücher-Censur. Aufhebung der Bücher-Censur.

Hofkanzlei-Präsidial-Erlaß vom 16. März 1848, S. 561, Nr. 1126.

Bücher-Nachdruck. S. Nachdruck.

Bücher (öffentliche). S. Stundenbuch, Landtafel.

Buße. Bestimmung der Stempel- und Tax-Gebühren für die in Betreff der Notifikationsbücher im Bezirke Buße vorkommenden Urkunden und Amtshandlungen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 4. August 1840, S. 521, Nr. 461.

— Von den für den Styrer Kreis stienisirten Advocaten haben Zwei bei dem Bezirksgerichte Buße ihren Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1842, S. 81, Nr. 667.

Bürger. Vorschrift über die Anlegung der städtischen Gemeinde-Capitalien auf Realitäten der eigenen Stadtbürger.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Jänner 1847, S. 403, Nr. 1017.

Bürgerlade. Die Verlassenschafts-Abgaben für die arme Bürgerlade Wiens werden aufgelassen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

Bürgerliche Rechtsangelegenheiten. S. Rechtsangelegenheiten.

Bürgerliches Abfahrtgeld. S. Abfahrtgeld.

— **Gesetzbuch.** S. Gesetzbuch.

— **Gesetzbuch** (galizisches). S. Gesetzbuch.

— **Gewerb.** S. Gewerbe.

Bürgermeister. Bei Besetzung der erledigten Bürgermeisterstelle in Olmütz, als jener einer Hauptstadt, haben die Landesstellen jederzeit einen Terna-Vorschlag zu deren Besetzung an die Hofstellen einzusenden.

Justiz-Hofdecret vom 1. März 1822, S. 86, Nr. 1849.

— Die Stellen der Bürgermeister freier Gemeinden sind lebenslänglich.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1824, S. 200, Nr. 2001.

— Den bei Magistraten angestellten Bürgermeistern wird die Besorgung von Justizariaten neben ihrem Amte nicht gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 24. Juni 1826, S. 29, Nr. 2195.

— Welchen Bürgermeistern die Besorgung der Justizariate sogleich einzustellen ist.

Justiz-Hofdecret vom 18. August 1826, S. 41, Nr. 2214.

— Bestimmung der Behörden, welche den Bürgermeistern Urlaub erteilen können.

Justiz-Hofdecret vom 23. Februar 1828, S. 110, Nr. 2331.

— Bestimmung der Behörden, welche zur Vetreibung politischer Aufträge die Gehaltssperre gegen Beamte zu verhängen haben, welche politische und Justiz-Geschäfte zugleich besorgen.

Justiz-Hofdecret vom 2. April 1830, S. 187, Nr. 2454.

— Die Ernennung des Bürgermeisters bei dem Magistrate zu Graß haben sich Se. Majestät vorbehalten.

Hofkanzlei-Decret vom 7. November 1838, S. 306, Nr. 303.

— Concurs-Ausschreibung zur Wiederbesetzung erledigter Stellen der geprüften Bürgermeister durch die Amtsblätter der betreffenden Provinzial-Zeitung.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1840, S. 502, S. 447.

— Der Vorstand des politisch-öconomischen Senates des Wiener Magistrates hat den Titel Bürgermeister und den Charakter eines niederösterreichischen Regierungsrathes.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 569, Nr. 524.

Bürgerrecht. Vorschrift über die Verleihung des Bürgerrechtes an Fremde, die aus Staaten sind, mit denen ein Cartel geschlossen ist.

Hofkanzlei-Decret vom 1. März 1832, S. 34, Nr. 2550.

Bürgerstand. Bestimmung der Verlassenschafts-Beiträge von dem Bürgerstande für den Normal-Schulfond, und in Conventions-Münze.

Justiz-Hofdecret vom 7. September 1822, S. 116, Nr. 1891.

Bürgschaft. Für förmliche oder trockene Wechsel von wem immer geleistete Bürgschaften sind nach dem gemeinen Rechte zu beurtheilen.

Justiz-Hofdecret vom 1. September 1821, S. 45, Nr. 1794, 4.

Bürgschafts-Vertrag. Der §. 1367 des bürgerlichen Gesetzbuches hinsichtlich der Erlösung der Bürgschafts-Verträge, findet auf die Erben der als Bürgen und Zahler Verpflichteten keine Anwendung.

Justiz-Hofdecret vom 19. September 1837, S. 146, Nr. 228.

Bukowina. In der Bukowina dürfen die Advocaten nicht über vier vermehrt werden.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1822, S. 88, Nr. 1853.

— Gerichtsverfassung in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1826, S. 4, Nr. 2161.

— Vorschrift über die Untersuchung und Aburtheilung der Uebertreter der Sanitätsanstalten in der Bukowina.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1826, S. 8, Nr. 2168.

— Zuweisung unentgeltlicher Auscultanten für die Gerichtsbehörden in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1826, S. 36, Nr. 2207.

— Bestimmung der Gerichtstaren für den Magistrat zu Czernowiz und die Stadt-Gemeindegerichte zu Suczawa und Sereth in der Bukowina.

Hofkanzlei-Decret vom 19. September 1834, S. 126, Nr. 2669.

— Vorschrift über die Anwendbarkeit des Toleranz-Patentes, die Ausübung des Gottesdienstes, die Erziehung der Kinder aus gemischten Ehen, die Entrichtung der Stollgebühren an katholische Pfarrer, Führung der Matriculbücher, und Anwendung des §. 71 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches auf die nicht katholischen Einwohner der Bukowina.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1835, S. 22, Nr. 37.

— Die acatholischen Einwohner in der Bukowina, welche zu keiner katholischen Pfarre gehören, sind nicht verpflichtet, ihre Eheverkündigungen in einer katholischen Pfarre vornehmen zu lassen.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1835, S. 22, Nr. 37.

— Rangbestimmung der Räthe des Bukowiner Stadt- und Landrechtes.

Justiz-Hofdecret vom 16. November 1835, S. 55, Nr. 94.

— Bestimmung der Zahl der Auscultanten und der Adjuten bei dem Landrechte zu Czernowiz in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 14. Jänner 1837, S. 102, Nr. 166.

— Vorschrift über die Einbringung der Steuer-Rückstände in der Bukowina durch sequestratorische Verpachtung der Güter.

Hofkanzlei-Decret vom 15. September 1843, S. 139, Nr. 742.

— Vorschrift über die Vertilgung der alten unbrauchbaren Registratur-Akten bei den landesherrlichen Criminal- und Civil-Collegialgerichten in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1843, S. 149, Nr. 751.

— Vorschrift über das Aufgebot bei Ehen nicht unirter Griechen unter sich, oder mit katholischen Glaubensgenossen in der Bukowina.

Hofkanzlei-Decret vom 26. October 1843, S. 163, Nr. 758.

Bukowina. Die Verordnung hinsichtlich der Bestimmung der gesetzlichen Eigenschaft der Grundstücke in Galizien, welche nämlich als Dominical- und welche als Rustical-Gründe anzusehen sind, hat auf die Bukowina keine Anwendung.

Kreisschreiben des galizischen Guberniums vom 25. November 1846, S. 391, Nr. 1003.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei dem Stadt- und Landrechte zu Czernowiz, bei dem Districtsgerichte zu Suczawa.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1847, S. 474, Nr. 1092.

- Instruction über das Verfahren außer Streitsachen bei dem Magistrate in Czernowiz und bei den Wirtschaftsämtern und Gemeindegerechten in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 494, Nr. 1125.

- Mobot- und Zehent-Aufhebung in der Bukowina gegen eine vom Staate zu leistende Entschädigung. Befreiung der dortigen Grundherrschaften von der Urbartal- und Zehentsteuer, von der Unterstützung und Vertretung ihrer Unterthanen, von der Errichtung der Grundbücher, von der Bestreitung der Recrutierungsauslagen, von der Beitragsleistung zu den Heilkosten bei Menschen- und Viehseuchen, von der Haftung mit der Octava.

Patent vom 9. August 1848, S. 648, Nr. 1173.

- S. Gordon, Czernowiz.

Bundesstaaten. Nähere Bestimmung des Termines, mit welchen die Vermögens-Freizügigkeit unter den deutschen Bundesstaaten eintritt.

Hofkanzlei-Decret vom 12. October 1827, S. 101, Nr. 2312.

- Beschluß der deutschen Bundesversammlung zur Sicherung der Rechte der Schriftsteller, Herausgeber und Verleger gegen den Nachdruck.

Hofkanzlei-Decrete vom 16. November 1832, S. 70, Nr. 2580, 26. November 1840 und 25. Juli 1845, S. 540 und 272, Nr. 483 und 897.

- Vorschrift über die Gültigkeit der Familien-Verträge der vormalig reichsständischen oder reichsunmittelbaren Familien Deutschlands in den zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen Staaten.

Justiz-Hofdecret vom 19. September 1836, S. 92, Nr. 156.

- Staatsvertrag mit den deutschen Bundesstaaten, über die gegenseitige Auslieferung der Staatsverbrecher.

Patent vom 24. October 1837, S. 149, Nr. 236 und Justiz - Hofdecret vom 30. October 1837, S. 152, Nr. 239.

- Der mit den deutschen Bundesstaaten, wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher, abgeschlossene Staats-Vertrag, wird auf alle österreichischen Provinzen ausgedehnt, in welchen das Strafgesetz vom Jahre 1803 Anwendung findet.

Justiz-Hofdecret vom 25. Februar 1839, S. 333, Nr. 346.

- Beschluß der deutschen Bundesversammlung zur Sicherung der Rechte der Werke des Jean Paul Friedrich Richter gegen den Nachdruck.

Hofkanzlei-Decret vom 9. November 1840, S. 536, Nr. 475.

- Sicherstellung der Rechte der Herausgeber literarischer und artistischer Werke gegen den Nachdruck und die Nachmachung in den deutschen Bundesstaaten.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1840, S. 540, Nr. 483.

- Beschluß der deutschen Bundesversammlung zur Abstellung unerlaubter Verbindungen und sonstiger Mißbräuche unter den Handwerksgefallen.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Jänner 1841, S. 550, Nr. 492.

- Beschluß der deutschen Bundesversammlung zum Schutze und Sicherung der Rechte der inländischen Verfasser musikalischer Compositionen und dramatischer Werke gegen unbefugte Aufführung und Darstellung derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Mai 1841, S. 580, Nr. 537.

Bundesstaaten. Beschluß der deutschen Bundesversammlung zur Sicherung der Rechte der Werke des Johann Gottfried v. Herder gegen den Nachdruck.

Hofkanzlei-Decret vom 20. August 1842, S. 58, Nr. 635.

- Wann mit einer Copirung in Fällen, welche sich auf die zum deutschen Bunde gehörigen Staaten beziehen, definitiv vorgegangen werden könne.

Allerhöchste Entschliessung vom 26. September 1846, S. 361, Nr. 985.

- Bestimmung der Rechte und des Schutzes der Verfasser und Verleger literarischer und artistischer Werke in den deutschen Bundesstaaten gegen den unbefugten Nachdruck derselben in den österreichischen Staaten.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

- Ausdehnung des zwischen Oesterreich und den Fürstenthümern Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen bestehenden Vermögensfreizügigkeits-Vertrages auf die zum deutschen Bunde nicht gehörigen Länder des österreichischen Kaiserstaates.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1847, S. 465, Nr. 1074.

Bundesversammlung. Beschlüsse der deutschen Bundesversammlung, hinsichtlich des Schutzes von Werken der Wissenschaft und Kunst gegen Nachdruck und unbefugte Nachbildung.

Hofkanzlei-Decrete vom 16. November 1832, S. 70, Nr. 2580, vom 26. November 1840, S. 540, Nr. 483 und vom 25. Juli 1845, S. 272, Nr. 897.

Bunzlau. Von den für den Bunzlauer Kreis in Böhmen angestellten zwei Advocaten hat einer in Jungbunzlau und der andere in Reichenberg seinen Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juli 1844, S. 213, Nr. 819.

Burgfrieden. Der Wiener Magistrat kann von der Beweisführung über den Burgfrieden Wiens und die ihm zuständige Gerichtsbarkeit über jene Einwohner, deren erblose Verlassenschaften derselbe anspricht, nicht losgezählt werden.

Hofkammer-Decret vom 28. April 1842, S. 27, Nr. 612.

Burggrafenamt. Belassung des Burggrafenamtes Eger in Böhmen, bezüglich der deutschen Lehen, in seiner bisherigen Wirksamkeit.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Jänner 1843, S. 94, Nr. 679.

Bußtage. Auf die Bußtage der Juden ist bei gerichtlicher Vorladung derselben zur Eidesablegung keine Rücksicht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1833, S. 74, Nr. 2586.

G.

Gadeten. Gestattung der Anträge auf Gnabengaben für die als Gadeten oder Gemeine ex proprio in den Militärstand getretenen Beamten's-Waisen.

Hofkammer-Decret vom 15. October 1840, S. 532, Nr. 468.

- Gestattung der Anträge auf den Fortbezug der Erziehungsbeiträge und Pensionen als Gnabengaben für die als Gadeten zum Militär eintretenden Civilbeamten's-Waisen.

Hofkammer-Decret vom 7. Februar 1841, S. 555, Nr. 503.

- Vorschrift über die Verfassung der Anträge auf Gnabengaben für die als Gadeten im Militär dienenden Civilbeamten's-Waisen.

Hofkammer-Decret vom 21. Februar 1843, S. 97, Nr. 684.

- Wann für die als Gadeten im Militär dienenden Militär- oder Civil-Staatsdiener's-Waisen bei Seiner Majestät Anträge auf Verleihung oder Beibehaltung von Gnabengaben gemacht werden dürfen.

Verordnung des Hofkriegsrathes vom 24. Mai 1845, S. 263, Nr. 886.

Caducität. S. Heimfall.

Caducitätsrecht. S. Heimfallsrecht.

Calliano. Auflösung des Landgerichtes Calliano in Tirol, und dessen Vereinigung mit dem landesfürstlichen Landgerichte zu Roveredo.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1842, S. 62, Nr. 645.

Camera d'assicurazioni. Den Triester See-Assurations-Gesellschaften zugestandene Vorrechte.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juli 1825, S. 311, Nr. 2115.

Cameral-Aerzte. Vergütung der Diäten und Fuhrkosten für Cameral-Aerzte bei Dienstverrichtungen in Sanitäts-Angelegenheiten.

Hofkammer-Decret vom 19. Mai 1823, S. 146, Nr. 1942.

Cameralbehörde. S. Behörde.

Cameral-Bezirks-Verwaltung. Einsehung monatlicher Verzeichnisse über die von den landesfürstlichen Gerichtsbehörden veranlaßte unentgeltliche Einschaltung von Insertionen in die Wiener Zeitung an die Cameral-Bezirks-Verwaltung zur Einhebung der Gebühren.

Hofkammer-Decret vom 16. Juli 1843, S. 129, Nr. 724.

— S. Gefällen-Verwaltung.

Cameral-Entscheidungen. S. Entscheidung.

Cameralfond. Die Verpflegskosten für die von den Kreisämtern, wegen schweren Polizei-Übertretungen oder Polizei-Vergehen zum Arreste verurtheilten mittellosen Individuen sind aus dem Cameralfonde zu bestreiten.

Hofkanzlei-Decret vom 22. October 1843, S. 160, Nr. 754.

Cameral-Gefällen-Verwaltung. S. Gefällen-Verwaltung.

Cameral-Gegenstände. Wann in Cameral-Angelegenheiten die Taxen, ungeachtet der Wirtlichkeit des Stämpel- und Targesezes vom 27. Jänner 1840, nach den früher bestandenen Vorschriften zu bemessen und einzuhoben seien.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 20. Juli 1840, S. 515, Nr. 455.

Cameralpflege (berggerichtliche). S. Berggerichte.

Cameralräthe. S. Räthe.

Cameral-Repräsentant. S. Repräsentant.

Cameraltagen. S. Taxen.

Cameral-Zahlamt. Vertilgung der bei dem Universal-Cameral-Zahlamte in Aufbewahrung befindlichen falschen Einlösungs- und Anticipations-Scheine und der Falsifications-Werkzeuge nach Verlauf von 30 Jahren von dem Zeitpuncte der Herausgabe oder Zustandbringung.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juli 1848, S. 644, Nr. 1168.

Canale. Aufhebung der privatherrschaftlichen Jurisdictionen-Verwaltungen zu Canale und Errichtung eines landesfürstlichen Bezirksamtes II. Classe daselbst.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1847, S. 483, Nr. 1108.

Cancellieri. Vorschrift über die Beweiskraft der in criminali vor Cancellieri in Dalmatien abgelegten Geständnisse.

Hofkanzlei-Decret vom 31. März 1840, S. 480, Nr. 420.

— Bestimmung der Diätenclasse für die Cancellieri der Präturen in Dalmatien.

Hofkammer-Decret vom 3. März 1847, S. 426, Nr. 1040.

— Bestimmung der Diäten und Reisegebühren für die Cancellieri bei den Präturen in Dalmatien.

Hofkammer-Decret vom 5. Mai 1847, S. 460, Nr. 1062.

Candidat zum Civil- und Criminal-Richteramte, welcher auch in der zweiten mit ihm vorgenommenen Prüfung nicht Genüge geleistet hat, ist zu einer dritten Prüfung nicht zuzulassen.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1832, S. 65, Nr. 2571.

Candidat. Zum Eintritte eines minderjährigen Candidaten in einen geistlichen Orden ist die Einwilligung des Vaters oder Vormundes und vormundschafilichen Gerichtes nachzuweisen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Jänner 1844, S. 191, Nr. 780.

Canonische Beziehung. Für eine legitime Currentmesse wird in allen Provinzen der Betrag von dreißig Kreuzern in Conventions-Münze festgesetzt; hinsichtlich der Manualmessen wird die in canonischer Beziehung nothwendige Anordnung den Bischöfen überlassen.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Juni 1841, S. 583, Nr. 544.

— Visitation. Die Dechante und Bezirksvicare haben bei den canonischen Visitationen die von den Pfarrern zu führenden zwei Copien der Tauf- und Trauungsbücher genau zu revidiren.

Hofkanzlei-Decret vom 27. Juni 1835, S. 24, Nr. 44.

Capitalien. Die unter Aufsicht einer Militärbehörde stehenden Capitalien können nur an den Vorsteher dieser Behörde gültig zurückgezahlt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Mai 1822, S. 96, Nr. 1870.

— Bestimmung jener Urkunden, welche bei Auszahlung verlostet und aufgekündigter Capitalien in Amortisationsfällen beigebracht werden müssen.

Hofkanzlei-Decret vom 11. November 1836, S. 93, Nr. 158.

— Zur geistlichen Versicherung eines Capitalles können Gebäude, auf welchen in die öffentlichen Bücher eingetragene Demolirungs-Reverse haften, nicht dienen; Behandlung der darauf bereits vorgemerkten, Waisen und Curanden zufallenden Capitalien.

Justiz-Hofdecret vom 30. März 1840, S. 479, Nr. 418.

— Vorschrift über die Behandlung der bis zum Betrage der Hauptschuld steigenden Interessen der in Verlosung fallenden Capitalien der älteren Staatsschuld.

Hofkammer-Decret vom 19. April 1842, S. 22, Nr. 607.

— Vorschrift zur Erhebung der Capitalien von verlosteten Fideicommiss-Obligationen.

Justiz-Hofdecret vom 2. October 1843, S. 142, Nr. 747.

— Vorschrift über die Anlegung der städtischen Gemeinde-Capitalien auf Realitäten der eigenen Stadtbürger.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Jänner 1847, S. 403, Nr. 1017.

Capo d'Istria. Vorschrift über die Aufnahme der Besuche um Nachsicht der Strafe in der Straf-anstalt zu Capo d'Istria.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juli 1821, S. 35, Nr. 1773.

— Zuweisung des küstenländischen Bezirkes Capo d'Istria mit der Gerichtbarkeit in Mercantil- und Wechselfachen an das Triester Mercantil- und Wechselgericht.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1822, S. 107, Nr. 1877.

— Das Stadt- und Landrecht zu Triest hat sich in den ihm zugewiesenen Rechtsangelegenheiten des Bezirkes von Capo d'Istria nach dem Regolamento Generale del processo civile per gli Stati Austriaci in Italia vom Jahre 1803 zu benehmen.

Justiz-Hofdecret vom 5. August 1823, S. 157, Nr. 1959.

— Dem landesfürstlichen Districtscommissariate Capo d'Istria wird ein Theil der heimgesagten delegirten Bezirksverwaltung zu Fünfenberg zugetheilt; sieben Untergemeinden werden von diesem Districtscommissariate getrennt und den Commissariaten zu Montona und Pinguente zugetheilt.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Mai 1832, S. 60, Nr. 2562.

— Bestimmung der Stempel- und Largebühren für die in Betreff der Notistenbücher im Bezirke Capo d'Istria vorkommenden Urkunden und Amtshandlungen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 4. August 1840, S. 521, Nr. 461.

— Von den für den Istrianer Kreis sistemisirten Advocaten haben drei in Capo d'Istria ihren Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1842, S. 81, Nr. 667.

Caporetto. Dem neu errichteten Bezirkscommissariate II. Classe in Flitsch wird die von dem Bezirke Tolmein abgetheilte Gemeinde Caporetto zugetheilt.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Jänner 1839, S. 319, Nr. 324.

Carlsbad. Die Verlassenschaftsabgaben für das Armeninstitut der Stadt Carlsbad in Böhmen werden aufgelassen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

Carlstädter General-Commando, S. Carlstadt.

Carlstadt. Dem Stadt- und Landrechte zu Carlstadt wird die Beurtheilung und Entscheidung in Grundbuchssachen des dortigen Magistrates übertragen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Mai 1821, S. 18, Nr. 1757.

— Der Magistrat zu Carlstadt hat sich in eine Cognition der Grundbuchssachen nicht mehr einzulassen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Mai 1821, S. 18, Nr. 1757.

— Zuständigkeit der Militär-Gerichtsbarkheit in Fällen des standrechtlichen Verfahrens in der Carlstädter Militärgrenze.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juli 1821, S. 36, Nr. 1774.

— Gerichtsbarkheit des Carlstädter Stadt- und Landrechtes über alle in dem Humaner Kreise aus dem ungarischen Urbartal-Systeme entstehenden Unterthans-Streitigkeiten, dann Wirkungskreis des zu Carlstadt ausgesetzten Fiscal-Adjuncten.

Justiz-Hofdecret vom 13. August 1821, S. 44, Nr. 1792.

— Uebertragung der Appellationsgeschäfte des Carlstädter Kreises von dem Stadt- und Landrechte zu Laibach an das kistenländische Appellationsgericht.

Justiz-Hofdecret vom 29. September 1821, S. 51, Nr. 1803.

— Vorschrift über die Anwendung der §§. 438, 449 und 450 der galizischen Gerichtsordnung bei gerichtlichen Versteigerungen im Carlstädter Kreise.

Justiz-Hofdecret vom 26. November 1821, S. 60, Nr. 1817.

— Nähere Erklärung hinsichtlich des von dem provisorischen Carlstädter Provinzialgerichte fortzuführenden Intabulations-Protokolles.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1821, S. 66, Nr. 1822.

— Die auf dem flachen Lande wohnenden unadeligen Beamten und unadeligen Besitzer von Freigründen des Carlstädter Kreises werden der Gerichtsbarkheit des Carlstädter Stadt- und Landrechtes zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 20. Mai 1822, S. 97, Nr. 1872.

— Ende der Wirksamkeit des Carlstädter Stadt- und Landrechtes mit 1. November 1822.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1822, S. 121, Nr. 1904.

— Vorschrift über die Benennung des Carlstädter General-Commando in den Zuschriften an dasselbe.

Justiz-Hofdecret vom 20. März 1824, S. 196, Nr. 1993.

Carrara. Ausdehnung der zwischen Oesterreich und Modena abgeschlossenen Freizügigkeits-Convention auf das Fürstenthum Carrara.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juli 1830, S. 202, Nr. 2472.

Cartelle. Die mit fremden Mächten geschlossenen Cartelle werden durch die Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches über die Staatsbürgerschaft nicht aufgehoben.

Hofkanzlei-Decret vom 1. März 1832, S. 34, Nr. 2550.

— Vorschrift über die Verjährung einzelner Renten- oder Interessen-Raten von den Cartellen und Obligationen des lombardisch-venetianischen Monte, dann über das Recht Zinsen zu fordern.

Allerhöchste Entschliessung vom 6. Februar 1838, S. 170, Nr. 253.

— Vorschrift über die gerichtliche Veräußerung der Cartelle des lombardisch-venetianischen Monte.

Justiz-Hofdecret vom 24. Jänner 1844, S. 190, Nr. 778.

— S. Deserteure.

Cassation. Die Cassation eines Militär-Officiers zieht den Verlust der Tapferkeits-Medaille und der damit verbundenen Zulage nach sich.

Justiz-Hofdecret vom 24. April 1829, S. 151, Nr. 2395.

— E. Aufhebung.

Casse-Anweisung. Vorschrift über die Anlegung der Waisen- und Depositen-Gelder in dreiprocentigen Central-Casse-Anweisungen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1847, S. 418, Nr. 1031.

— Vorschrift über die Einlösung und Amortisirung der dreiprocentigen Casse-Anweisungen.

Erlaß des Hofkammer-Präsidiums vom 16. September 1847, S. 470, Nr. 1086.

— S. Cassen.

Casse-Vartschaft. Die Verschleiß-Provision und Casse-Vartschaft der Tabak- und Stempel-Verleger und Trafikanten kann zur Befriedigung privatrechtlicher Forderungen mit Verbot und Execution belegt werden.

Hofkammer-Decret vom 13. October 1844, S. 237, Nr. 840.

Cassen. Fristbestimmung zur Ueberreichung der Reiseparticulare der zu ämtlichen Commissionen abgeordneten Cassebeamten.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1822, S. 72, Nr. 1828.

— Zuschriften an öffentliche Cassen, wegen Verboten u. u. sollen immer mit dem Amtsiegel versehen seyn.

Justiz-Hofdecret vom 20. October 1823, S. 161, Nr. 1971.

— Die Liquidation und Versicherung der Waisen-Cassen betreffende Belehrung.

Justiz-Hofdecret vom 2. December 1823, S. 164, Nr. 1977.

— Verginßliche Anlegung der in Waisen-Cassen vorhandenen Varschaft im Papiergelde gegen coursmäßige Reducirung auf Conventions-Münze.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1825, S. 303, 2101.

— Strafbestimmung auf die Verfälschung der Staats-Central-Casse-Anweisungen, und der von öffentlichen Staats-Cassen zur Erlangung einer Obligation oder Cartella del monte ausgestellten Anweisungen und Certificate.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juni 1829, S. 162, Nr. 2412.

— Bei Cassen werden die Amtsstunden auf den Vormittag beschränkt.

Justiz-Hofdecret vom 5. November 1830, S. 216, Nr. 2491.

— Wann die bei den Civil-Justizbehörden befindlichen und dem Fiscus heimgefallenen Depositen den Staats-Cassen übergeben werden dürfen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1837, S. 106, Nr. 170.

— Den betreffenden Cassen sind die auf öffentliche auf bestimmten Namen lautenden Obligationen bewilligten oder aufgehobenen gerichtlichen Verbote, Vormerkungen und Pfändungen anzuzeigen.

Hofkammer-Decret vom 26. Juni 1838, S. 262, Nr. 281.

— Bei den öffentlichen Cassen kann auf eine nicht liquide und nicht angewiesene Forderung die Vormerkung eines gerichtlichen Verbotes oder einer gerichtlichen Pfändung nicht eingeleitet werden.

Hofkammer-Decret vom 21. August 1838, S. 276, Nr. 291.

— Unzulässigkeit des Verwandtschafts- und Schwägerschafts-Verhältnisses bei Beamten einer und derselben Casse.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1839, S. 320, Nr. 326.

— haben die mit einer geldvertretenden Urkunde beschwerten Dienstscheiben an andere Cassen bei der Aufgabe auf die Post zu recommandiren.

Hofkammer-Decret vom 24. September 1841, S. 612, Nr. 564.

Cassen. Vorschrift für die Universal-Staats- und Banco-Schulden-Casse über die Behandlung der ihr von der kriegsbräthlichen Depositen-Administration zukommenden Interessen-Ueberweisungen von den bei Letzterer erliegenden zu Militär-, Pupillar- und Curatels-Capitalien gehörigen Obligationen.

Hofkammer-Decret vom 16. August 1842, S. 57, Nr. 633.

- Bei Anträgen auf Gnadengaben für die im Militär als Cadeten oder Gemeine ex propriis dienenden Civil-Beamten's-Waisen ist die Casse, aus welcher der fragliche Genuß zu beziehen wäre, namentlich zu bemerken.

Hofkammer-Decret vom 21. Februar 1843, S. 97, Nr. 684.

- Vorschrift über die Behandlung der Ueberbringer falscher Creditpapiere bei öffentlichen Cassen in Folge der schriftlichen Anzeige der Cassebeamten.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1845, S. 248, Nr. 858.

- Vorschrift für Cassen über die Hereinbringung von Ersäßen aus den Besoldungen solcher Beamten, deren Bezüge von einer Casse auf eine andere übertragen werden.

Hofkammer-Decret vom 3. April 1845, S. 257, Nr. 879.

- Instruction für die Tilgungsfonds-Hauptcasse über das Verfahren bei Rückzahlung erledigter gerichtlicher Depositen.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juli 1848, S. 646, Nr. 1170.

Cassirung. Das Appellationsgericht ist nicht berechtigt bei Cassirung eines Urtheils des ersten Richters die stämpelfreie Ausfertigung des statt des cassirten neu zu schöpfenden Urtheils anzuordnen.

Justiz-Hofdecret vom 30. August 1843, S. 137, Nr. 736.

- Vorschrift über das Verfahren bei Anträgen auf Cassirung von Justizbeamten, Advocaten, Notaren, Wechsel-Sensalen und Wechselgerichts-Beisitzer.

Erlaß des Justizministers vom 21. August 1848, S. 652, Nr. 1176.

- eines Advocaten. S. Advocaten.

Cassenbeamte. Von Cassenbeamten kann die Angabe der Kennzeichen der verfälschten Creditpapiere nicht gefordert werden.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1845, S. 248, Nr. 858.

- S. Beamte.

Castell. Dem Haupte der reichsfürstlich-gräflichen Familie Castell gebührt der Titel „Erlaucht.“

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Castelnuovo. Das Triester Stadt- und Landrecht übt die Gerichtsbarkeit über den Bezirk Castellnuovo aus.

Justiz-Hofdecret vom 20. Mai 1825, S. 301, Nr. 2096.

- Der Bezirk Castellnuovo wird dem Istrianer Kreise im ilirischen Küstenlande zugetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 25. Juni 1825, S. 310, Nr. 2114.

- Dem landesfürstlichen Districts-Commissariate zu Castellnuovo wird ein Theil der anheim gesagten delegirten Bezirks-Verwaltung zu Fünfenberg zugetheilt, und dasselbe wird zu einem Districts-Commissariate erster Classe erhoben.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Mai 1832, S. 60, Nr. 2562.

- Von den für den Istrianer Kreis sistemisirten Advocaten hat Einer bei dem Bezirksgerichte Castellnuovo seinen Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1842, S. 81, Nr. 667.

- In dem Bezirke der Prätur von Castellnuovo in Dalmatien darf kein Vertrag über Erwerbung eines neuen Besitzes oder Eigenthums von Realitäten zu Gunsten eines Montenegriners in den Notistenbüchern eingetragen werden.

Justiz-Hofdecrete vom 16. August 1845, S. 273, Nr. 898 und 14. Jänner 1846, S. 308, Nr. 922.

Castelnuovo. Die Prätur in Castelnuovo hat die Vorschriften vom 2. Juni 1827 zu befolgen; die Zeilbietungs-Edicts der in Execution gezogenen Realitäten im Gerichts- und dem Orte der zu veräußernden Realität bekannt zu machen und im Amtsblatte einschalten zu lassen.
Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1847, S. 465, Nr. 1073.

Castua. Bestimmung der Gerichtsbarkeit des Triester Stadt- und Landrechtes über den Bezirk Castua.

Justiz-Hofdecret vom 20. Mai 1825, S. 301, Nr. 2096.

— Der Bezirk Castua wird dem Istrianer Kreise im ilirischen Küstenlande zugetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 25. Juni 1825, S. 310, Nr. 2114.

Cataster. S. Kataster.

Cattaro. In Cattaro haben drei Advocaten zu bestehen.

Justiz-Hofdecret vom 2. März 1822, S. 87, Nr. 1850.

— Dem Fiscalamte in Dalmatien wird gestattet, vor Anstrengung der ordentlichen Klage bei dem Collegialgerichte zu Cattaro den Beklagten zu einer Tagessatzung vorladen zu lassen, bei welcher der Gegenstand durch Vermittlung des Gerichtes und mit Zuziehung eines Cameral- oder Kreisamts-Beamten gütlich auszugleichen versucht werde.

Justiz-Hofdecret vom 13. September 1842, S. 61, Nr. 641.

— Vorschrift über die Aufkündigung und Räumung vermieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in der Stadt Cattaro in Dalmatien und ihren Vorstädten.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1843, S. 175, Nr. 770.

— Bei den Notizenbüchern in Cattaro darf kein Vertrag über Erwerbung eines neuen Besizes oder Eigenthumes von in dem Jurisdictionskreise des dortigen Collegialgerichtes liegenden Realitäten zu Gunsten eines Montenegriners eingetragen werden.

Justiz-Hofdecrete vom 6. August 1845, S. 273, Nr. 898, und 14. Jänner 1846, S. 308, Nr. 922.

— Das Collegialgericht in Cattaro hat die Vorschriften vom 2. Juni 1827 zu befolgen; die Zeilbietungs-Edicts der in Execution gezogenen Realitäten im Gerichts- und dem Orte der zu veräußernden Realität bekannt zu machen und in dem Amtsblatte einschalten zu lassen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1847, S. 465, Nr. 1073.

Cauttionen. Zur Sicherstellung des Aeraars bei Pacht-Unternehmungen dürfen Staats-Obligationen nach dem Wiener Börse-Course vom Tage der Einlage als Cauttion angenommen werden.

Justiz-Hofdecret vom 16. März 1821, S. 13, Nr. 1747.

— Wenn es sich um die Freilassung der Dienstcautionen der Beamten handelt, ist der Tag ihrer Amtsübergabe anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1824, S. 199, Nr. 1998.

— Aerial-Forderungen an verstorbene Beamte, für welche deren Cauttion nicht haftet, sind zu dessen Verlassenschaft anzumelden.

Hofkammer-Decret vom 21. Mai 1824, S. 203, Nr. 2008.

— Verfahren bei der Umgestaltung fünf- oder sechspercentiger Dienstcautions-Obligationen in vierpercentige und bei der Vinculirung derselben.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juli 1830, S. 204, Nr. 2475.

— Der öffentlichen Geschäftsführer.

Hofkanzlei-Decret vom 16. April 1833, S. 88, Nr. 2608.

Cautioren. Vorschrift, in wieferne die Einkünfte der Cautioren der Militärfrauen mit Verbot belegt werden dürfen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1835, S. 43, Nr. 84.

- Als Cautioren der öffentlichen Agenten oder Geschäftsführer können Staatspapiere nur nach dem börsenmäßigen Werthe angenommen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 24. Februar 1836, S. 75, Nr. 127.

- Vorschrift über den Erlag der Dienstaution der landesfürstlichen Beamten.

Hofkammer-Decret vom 10. März 1837, S. 115, Nr. 182.

- Anwendung obiger Vorschrift auf die Beamten der öffentlichen politischen Fonds, soferne sie zur Cautionsleistung verpflichtet sind.

Hofkanzlei-Decret vom 20. April 1837, S. 122, Nr. 195.

- Vorschrift über das Verfahren bei Devinculirung der Cautioren der öffentlichen Geschäftsführer und Agenten.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Februar 1838, S. 170, Nr. 255.

- Vorschrift über die Leistung der Dienstaution für ständische und städtische Beamte.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Februar 1838, S. 171, Nr. 256.

- Bestimmung der Valuta jener Militärheirathscautions-Einkünfte, von welchen ein Theil mit Verbot belegt oder in Execution gezogen werden kann.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Mai 1839, S. 337, Nr. 357.

- Vorschrift für Gerichtsbehörden über die Vormerkung gerichtlicher Verbote auf Cautioren und rücksichtlich ihrer Zinsen, welche bei dem Staatsschulden-Tilgungsfonde fruchtbringend angelegt sind.

Hofkammer-Decret vom 21. October 1840, S. 534, Nr. 470.

- Einhebung der Erbsteuer von Militärheirathscautions-Capitalien.

Hofkanzlei-Decret vom 4. März 1841, S. 563, Nr. 514.

- Vorschrift über die Vormerkung der gerichtlichen Verbote auf die bei dem Staatsschulden-Tilgungsfonde fruchtbringend angelegten ungarischen und siebenbürgischen Cautioren und deren Interessen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Mai 1841, S. 573, Nr. 530.

- Vorschrift über die Realisirung der von Staats- und Fonds-, dann von ständischen und städtischen Beamten eingelegten, und in Obligationen oder Anlagen bei dem Staatsschulden-Tilgungsfonde bestehenden Cautioren, sobald die Ersatzpflicht des Beamten ausgesprochen ist.

Hofkammer-Decret vom 3. Jänner 1842, S. 3, Nr. 583.

- Befreiung der armen österreichischen Unterthanen von der Cautionsleistung in ihren bei den Gerichten des Königreiches Polen anhängigen Processen gegen Beobachtung der Reciprocität.

Justiz-Hofdecret vom 18. Mai 1842, S. 37, Nr. 617.

- Bestimmung der Cautioren für die öffentlichen Agenten in Galizien.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Mai 1843, S. 122, Nr. 707.

- Bestimmung der Fälle, in welchen die Militär-Supplementen-Einstandscautionen für das Militär-Aerar einzuziehen sind.

Decret des Hofkriegsrathes vom 29. Juli 1843, S. 131, Nr. 728.

- Zulässigkeit der Annahme von Pfandbriefen der galizisch-ständischen Credit-Anstalt als Dienstautionen der Gränzkämmerer in Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 12. Juni 1844, S. 211, Nr. 813.

- Als Cautioren können die Schuldverschreibungen und Abtheilungen der beiden Lotto-Anlehen vom Jahre 1834 und 1839 auch auf die Dauer mehrerer Jahre, ohne Vinculirung für das Aerar, bei Lieferungen, Pachtungen angenommen werden. Vorschrift bei Uebergabe und Zurückstellung derselben an den Erleger.

Hofkammer-Decret vom 7. Februar 1848, S. 490, Nr. 1116.

Cautions-Capitalien. S. Cautiönen.

Cavalese. Theilung des Landgerichtes Cavalese im Trienter Kreise in Tirol mit Einem Adjutur für einen Concepts-Practikanten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

Cembra. Für die Gemeinde Cembra in Tirol wird ein neues Landgericht dritter Classe mit dem Amtssitze in Cembra errichtet.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Februar 1838, S. 170, Nr. 254.

Censur. In welchem Falle die Aufrechnung der aus Gelegenheit der Liquidirung der landesfürstlichen Behen vom Staatschätze zu vergütenden Kosten der Censur der Provinzial-Staatsbuchhaltung zu unterziehen sei.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1842, S. 74, Nr. 656.

— Aufhebung der Censur.

Hofkanzlei-Präsidial-Erlaß vom 16. März 1848, S. 561, Nr. 1126.

Censur-Hofstelle. S. Polizei-Hofstelle.**Centralcasse-Anweisungen.** S. Cassé-Anweisungen.

Certificate. Wegen Aufbewahrung falscher Creditspapiere und Einholung des Certificate über die Art ihrer Verfälschung.

Justiz-Hofdecret vom 2. April 1825, S. 295, Nr. 2085.

— Strafbestimmung auf die Verfälschung der von öffentlichen Staatscassen zur Erlangung einer Obligation oder Cartella del monte ausgestellten Certificate.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juni 1829, S. 162, Nr. 2412.

— Welche Criminalgerichte die Certificate, über die Echtheit oder Unechtheit der Münzen, von den f. l. Landmünz-Probirämtern einzuholen haben, für Criminalgerichte in Oesterreich unter der Enns bleibt es bei dem bisherigen Verfahren.

Justiz-Hofdecret vom 19. Februar 1839, S. 331, Nr. 343.

— Beibringung der Compagnie-Certificate über fruchtlos versuchten Vergleich im summarischen Verfahren bei Militärgerichten in der croatischen, slawonischen und banatischen Militärgränze, dann bei den Gränzregimentern in Siebenbürgen.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

Cervignano. Vereinigung des heimgesagten Bezirkes Monastero mit dem Bezirke Ajello, und Errichtung eines landesfürstlichen Bezirks-Commissariates erster Classe mit dem Sitze zu Cervignano.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Jänner 1839, S. 319, Nr. 323.

Cession. Eine dem Schuldner von dem Gläubiger erlassene Forderung kann kein Gegenstand einer Cession seyn.

Justiz-Hofdecret vom 22. April 1825, S. 299, Nr. 2090.

— Für die Einverleibung oder Vormerkung der Cession einer Sazforderung darf kein Sazpfundgeld aufgerechnet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 12. August 1825, S. 317, Nr. 2125.

— Brandschaden-Vergütungen dürfen durch Cession ihrem Zwecke zur Wiederherstellung der beschädigten Gebäude nicht entzogen werden.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1828, S. 127, Nr. 2354.

— Zur Einbringung der Cession einer versicherten Schuldforderung in die öffentlichen Bücher ist die Beibringung der früher eingetragenen Urkunden nicht nothwendig.

Justiz-Hofdecret vom 16. April 1830, S. 194, Nr. 2458.

— der Einkünfte der Militärheirathscautions-Capitale, in wie ferne sie zulässig sei.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1835, S. 43, Nr. 84.

Cession. Ungültigkeit der Abtretung der Einhundert Gulden nicht erreichenden Pension oder der Unterhaltsgelder der landesfürstlichen, ständischen oder städtischen Beamten und Diener, dann ihrer Angehörigen.

Justiz-Hofdecret vom 22. April 1839, S. 336, Nr. 356.

- Die wegen Verichtigung von Ararial-Forderungen zur börsenmäßigen Einlösung bestimmten Cautions-Obligationen sind mit der gehörigen Cession an die Tilgungsfonds-Hauptcasse zu versehen.

Hofkammer-Decret vom 3. Jänner 1842, S. 3, Nr. 583.

Cessionär. Wann den als Cessionäre auftretenden Klägern die Stämpelbefreiung zustehe.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 26. Juli 1840, S. 517, Nr. 457.

Charakter. Bedeutung und Wirkung der Verleihung von Charakter einer bestimmten Dienstes-Kategorie an Beamte.

Hofkammer-Decret vom 24. Februar 1844, S. 195, Nr. 787.

- Vorschrift über die Pensionsbehandlung der Witwen jener Beamten, welche einen höheren Dienst-Charakter erhielten.

Hofkammer-Decret vom 23. October 1846, S. 386, Nr. 994.

Charakterstage. S. Taxen.

Charge. Verbot des Uebereinkommens, wodurch ein in activer Dienstleistung stehender Officier seine Charge im Wege der Cuittirung oder Pensionirung gegen ein Entgelt aufzugeben zusichert.

Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1848, S. 612, Nr. 1135.

Chef. In welchen Fällen die Chefs der Gerichtsbehörden verpflichtet sind, bei Dienstbesetzungs-vorschlägen über die in Antrag gebrachten Individuen Polizei-Auskünfte einzuholen.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1846, S. 388, Nr. 998.

Chemische Untersuchungen. S. Untersuchungen.

Cherso. Der Bezirk Cherso wird dem Istrianer Kreise im ilirischen Küstenlande zugetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 25. Juni 1825, S. 310, Nr. 2114.

- Bestimmung der Stämpel- und Lorgebühren für die in Betreff der Notizbücher im Bezirk Cherso vorkommenden Urkunden und Amtshandlungen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 4. August 1840, S. 521, Nr. 461.

- Von den für Istrien sistemisirten Advocaten hat Einer bei dem Bezirkgerichte Cherso seinen Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1842, S. 81, Nr. 667.

Chirurgen. S. Wundärzte.

Cholera-Krankheit. Die aus Anlaß der Cholera-Krankheit ausgestellten Sanitäts- und Contumaz-Pässe sind für öffentliche Urkunden anzusehen, und deren Verfälschung ist als Verbrechen des Betruges zu bestrafen.

Justiz-Hofdecret vom 26. Juli 1831, S. 17, Nr. 2522.

- Die für Verstoßgehen bestehenden Strafgesetze werden auf die Uebertreter der wider die Cholera eingeführten Sanitäts-Maßregeln ausgedehnt.

Justiz-Hofdecret vom 27. August 1831, S. 18, Nr. 2525.

Christen. Zu Versteigerungen der Realitäten der Christen in Böhmen dürfen Israeliten als Käufer nicht zugelassen werden.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juli 1827, S. 88, Nr. 2294.

- Zu Teilbietungen von Realitäten der Christen in Mähren dürfen Israeliten als Käufer nicht zugelassen werden.

Justiz-Hofdecret vom 21. März 1843, S. 103, Nr. 690.

Circularien. Vorschrift über die Drucklegung der Circularien im Justizfache.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 308, Nr. 2107.

- Civezzano.** Das Landgericht zu Civezzano in Tirol wird aus der ersten in die zweite Classe gesetzt.
Hofkanzlei-Decrete vom 7. Februar und 26. April 1838, S. 170, Nr. 254.
- Bethcilung des Landgerichtes Civezzano im Trienter Kreise in Tirol mit Einem Adjutum für einen Concept-Practikanten.
Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.
- Civil-Abtheilung** des Prager Magistrats. S. Magistrat, Prag.
- Civil-Angelegenheiten.** Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preußen, wegen gegenseitiger kostenfreier Behandlung gerichtlicher Requisitionen in Civil-Angelegenheiten.
Justiz-Hofdecret vom 13. September 1844, S. 219, Nr. 828.
- Civilbeamte.** S. Beamte.
- Civilbeamten-Waisen.** S. Waisen.
- Civilbehörden.** S. Behörden.
- Civilcommission.** S. Commission.
- Civildienste.** Anstellung der mit der stiftmäßigen Pension theilhaft, und wegen Untauglichkeit zu Feldkriegsdiensten aus der Wiener-Neustädter Militär-Academie ausgemusterten Zöglinge in Civildienste.
Hofkanzlei-Decret vom 4. September 1828, S. 131, Nr. 2360, und Justiz-Hofdecret vom 6. Februar 1829, S. 142, Nr. 2380.
- Pensionen und Provisionen der aus dem Militärstande in Civildienste übergetretenen Individuen.
Justiz-Hofdecret vom 24. November 1832, S. 21, Nr. 2581.
- Bestimmung der Fälle, in welchen ausgetretene Militärpersonen ohne besondere Allerhöchste Bewilligung im Civildienste nicht angestellt werden dürfen.
Hofkammer-Decret vom 27. April 1835, S. 7, Nr. 14.
- Vierteljährige Vorlage der Ausweise über jene Militär-Individuen, welche in einem Civildienste untergebracht wurden, an die politische Landesstelle.
Justiz-Hofdecret vom 30. Jänner 1843, S. 90, Nr. 678.
- Die Verleihung eines Civildienstes an Invaliden ist von den Collegialgerichten dem Appellationsgerichte, und von diesem dem General-Militärcommando der Provinz anzuzeigen. Nachweisungen, welche hierbei zu geschehen haben.
Justiz-Hofdecret vom 19. Juni 1844, S. 212, Nr. 814.
- Vorschrift über die Behandlung jener Real- oder Halb-Invaliden, welche im Civildienste untergebracht werden.
Hofkanzlei-Decret vom 23. October 1844, S. 239, Nr. 842; Hofkammer-Decret vom 5. December 1845, S. 295, Nr. 914 und Rescript des Hofkriegsrathes vom 4. April 1846, S. 332, Nr. 955.
- Vorschrift über die Ueberreichung und Behandlung der Gesuche der Halb- und Real-Invaliden um Civildienste.
Decret des Hofkriegsrathes vom 8. März 1845, S. 254, Nr. 873.
- Vorschrift über die Aufrechnung der Dienststaren von den vor der Wirksamkeit des neuen Largesetzes in Civildienste übergetretenen Militär-Individuen, wenn sie nach Erscheinen dieses Gesetzes zu einem an und für sich tarpflichtigen Civildienste befördert wurden.
Finanz-Ministerial-Decret vom 15. Juni 1848, S. 641, Nr. 1162.
- Civil-Dienstzeit.** Vorschrift über die Anrechnung der Militär- zur Civil-Dienstzeit der Beamten und minderen Diener zum Behufe der Pensions- und Provisionsabmessung.
Hofkammer-Decret vom 7. August 1843, S. 133, Nr. 732.
- Civil-Ehrenmedaille.** S. Ehrenzeichen.

Civilgericht. Griechische Unterthanen oder Piraten haben sich mit ihren Klagen in Pressen-Sachen an die für sie als türkische Unterthanen competenten Civil- und Militär-Gerichte zu wenden.

Justiz-Hofdecret vom 5. December 1828, S. 140, Nr. 2373.

- der Stadt Wien wird aus dem bisherigen Civil-Senate des Wiener Magistrates errichtet und der Vorstand desselben führt den Titel: „Präsident-Vize-Bürgermeister“ mit dem Range eines Appellationsrathes; dessen Besoldung und Quartiergeld.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 569, Nr. 524.

- Das Wiener Civilgericht hat sich die binnen angemessener Frist nicht in Vollzug gesetzten Executions-Verordnungen wieder vorlegen zu lassen.

Justiz-Hofdecret vom 30. August 1844, S. 219, Nr. 826.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei dem Wiener Civilgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 8. August 1845, S. 273, Nr. 899.

- Zulassung der Rechtsanbitaten zur vorgeschriebenen Einjährigen Civil-Richteramts-Praxis bei dem Wiener Civilgerichte.

Justiz-Ministerial-Decret vom 19. April 1848, S. 616, Nr. 1137.

- Die bei Militärgerichten und bei den städtischen oder Gemeinde-Depositenämtern erliegenden baren Summen sind bei dem Staatsschulden-Eiligungsfonde anzulegen, und von dieser Anlegung bloß die Depositen bei dem Wiener städtischen Civilgerichte ausgenommen.

Finanz-Ministerial-Decret vom 6. Juni 1848, S. 640, Nr. 1160.

Civilgerichte. S. Gerichtsstellen.

Civilgerichtsbarkeit. S. Gerichtsbarkeit.

Civil-Geschäftsausweise. S. Ausweise, Tabellen.

Civil-Justizbehörden. S. Gerichtsstellen.

Civilpersonen. Verpflichtung des Militär-Aerars zur Tragung der Kosten für die Beiziehung von Militär-Commanden zur Vollstreckung der Todesurtheile an Civilpersonen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1840, S. 479, Nr. 417.

- Errichtung einer permanenten gemischten Commission in Graz zur Schlichtung von Zwistigkeiten und Irrungen zwischen Civil- und Militärpersonen.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Februar 1847, S. 419, Nr. 1033.

Civilpraxis. S. Praxis.

Civilprocesse. S. Processe.

Civil-Rechtsangelegenheiten. S. Rechtsangelegenheiten.

Civilrichter. S. Richter.

Civil-Richteramt. S. Richteramt.

Civil-Richteramts-Geschäfte. S. Justizgeschäfte.

Civil-Richteramtsprüfung. S. Prüfung.

Civilstand. Militärbehörden haben Soldaten, welche wegen eines vor der Assentirung begangenen Verbrechens bereits gerichtlich verfolgt worden sind, und sich dieser Verfolgung durch die Assentirung entzogen haben, von Amtswegen unverzüglich an die Civilbehörde auszuliefern.

Decret des Hofkriegsrathes vom 29. März 1848, S. 572, Nr. 1131.

Civil-Nebelthäter. S. Verbrecher.

Classensteuer. Vorschrift über die Eintreibung der unterthänigen Grund- und Gebäude-Classesteuer in Niederösterreich.

Justiz-Hofdecret vom 21. Jänner 1840, S. 385, Nr. 403.

Classification. Gleichförmige Classification der für das Richteramt geprüften Individuen in den Wahlfähigkeits-Decreten.

Justiz-Hofdecret vom 28. Februar 1824, S. 195, Nr. 1991.

Classification. Vorschrift über die Classification der aus der Verzehrungssteuer entstehenden Material-Forderungen bei Concurs-Massen.

Justiz-Hofdecret vom 14. März 1831, S. 11, Nr. 2507.

- der für eine Fiscaladjuncten - Stelle Geprüften; dieselbe ist mit den Noten: hinreichend, gut und sehr gut auszudrücken.

Hofkammer-Decret vom 15. April 1831, S. 12, Nr. 2510.

- der dreijährigen Rückstände an landesfürstlichen Grundsteuern.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1831, S. 22, Nr. 2533.

- In den Zeugnissen über die Prüfung für das Richteramt und für Auscultanten-Stellen sind die Noten: „hinlänglich, gut, ausgezeichnet“ auszudrücken.

Justiz-Hofdecret vom 11. November 1831, S. 25, Nr. 2538.

- Vorschrift über die Classification der Beamten reiner und gemischter Justizbehörden, dann der Magistrate landesfürstlicher Städte und Märkte in den Qualifications-Tabellen.

Justiz - Hofdecrete vom 25. Jänner 1841 und 24. April 1843, S. 553 und 118, Nr. 497 und 699.

Clausel. Bestimmung der Clausel, welche den Subarrenbirungs-Contracten einzuschalten ist.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Februar 1822, S. 79, Nr. 1841.

Clerus. S. Geistlichkeit.

Cles in Tirol wird ein Landgericht erster Classe, erhält einen Theil des Mons- und Sulzberges und wird mit zwei Ranglisten vermehrt.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1824, S. 172, Nr. 1986.

- Betheilung des Landgerichtes Cles im Trienter Kreise in Tirol mit Einem Adjutum für einen Concepts-Practikanten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

Coburg. S. Sachsen.

Codice civile generale austriaco, Edizione seconda e sola ufficiale und

Codice penale universale austriaco, seconda edizione ufficiale, beide mit dem Druckorte Milano dall' imp. regia stamperia 1815. Die unter diesem Titel im Jahre 1815 erschienenen italienischen Uebersetzungen werden als die einzig officiellen erklärt.

Hofkanzlei-Decret vom 16. October 1823, S. 161, Nr. 1970.

Codicill. Erläuterung des §. 700 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches hinsichtlich der Codicille, wodurch der Erblasser seiner Ehegattin oder dritten Personen den Genuß einer Erbschaft oder eines Legates für die Dauer des Witwen- oder unverhehlchten Standes zuwendet.

Justiz-Hofdecret vom 23. Mai 1844, S. 210, Nr. 807.

- Vorschrift über die Behandlung der Codicille, in welchen noch nicht erzeugte Personen für den Fall ihrer Geburt als Erben eingesetzt oder mit Legaten bedacht sind.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1845, S. 264, Nr. 888.

Cognition. S. Entscheidung.

Collegial-Criminalgerichte. S. Criminalgerichte.

Collegialgerichte. S. Gerichtsstellen, Rathssitzung.

Collegial-Gerichtsbeamte. S. Beamte.

Collette. Vorschrift über die Einbringung der Collette in Tirol.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Februar 1822, S. 80, Nr. 1842.

Colloredo-Mannsfeld. Dem Chef des fürstlichen Hauses Colloredo-Mannsfeld gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, und Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Commerz-Hofcommission wird aufgehoben, und deren Geschäfte der allgemeinen Hofkammer zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Mai 1824, S. 201, Nr. 2003.

Commercial-Gewerbe. S. Gewerbe.

Commissäre. Aufstellung von Waisen-Commissären bei den landesfürstlichen Ortschaften.

Justiz-Hofdecret vom 8. April 1825, S. 296, Nr. 2086.

Commissär. Zu den strafgerichtlichen Untersuchungen über Pestvergehen ist in Zukunft kein politischer Commissär beizuziehen.

Justiz-Hofdecret vom 27. November 1829, S. 181, Nr. 2443.

- Für jede von einem Actien-Vereine besorgte Eisenbahn-Unternehmung ist ein Commissär zu bestellen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Juni 1838, S. 282, Nr. 269.

- Vorschrift über den periodischen Wechsel der Schätzungs- und Inventurs-Commissäre des bürgerlichen Handelsstandes bei dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte, dann Bestimmung des Termins zur Vornahme desselben.

Hofkammer-Decret vom 9. December 1843, S. 174, Nr. 769.

Commission. Vorschrift über die Delegation landesfürstlicher Beamte, z. B. der Aerzte, Kreis-Ingenieure u. dgl. in ihrer Eigenschaft als Kunstverständige zu gerichtlichen Commissionen von Seiten der Landrechte.

Justiz-Hofdecret vom 27. Juli 1821, S. 41, Nr. 1783.

- Bestimmung der Gebühren für Gerichtsanwälte in Tirol und Vorarlberg. Gebühren für gerichtete Commissionen.

Hofkanzlei-Decrete vom 20. Februar 1837, S. 112, Nr. 175, und vom 16. März 1843, S. 102, Nr. 689.

- Den in Commissions-Geschäften reisenden Sanitätsbeamten gebühren für verwendete halbe Tage nur die halben Diäten.

Hofkammer-Decret vom 5. Juni 1841, S. 583, Nr. 543.

- Vorschrift über das Verfahren bei der Vornahme der Commissionen zum Behufe der Einlösung der für die Staats-Eisenbahnen erforderlichen Grundstücke und Realitäten.

Justiz-Hofdecret vom 8. November 1842, S. 69, Nr. 654.

- Errichtung einer permanenten gemischten Commission in Graz zur Schlichtung der Irrungen und Zwistigkeiten zwischen Civil- und Militär-Personen.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Februar 1847, S. 419, Nr. 1033.

- Passirung der tarifmäßigen Platergebühren bis zum Bahnhofe in jenen Fällen, wo sich der in Commission entsendete Beamte der Eisenbahn bedienen muß.

Hofkammer-Decret vom 8. December 1847, S. 479, Nr. 1103.

Commissions-Kosten. Vergütung der Commissions-Kosten für die auf Ersuchen der königlich-bayerischen Behörden von dem Wiener Criminal-Senate vorgenommenen Gerichtshandlungen.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1840, S. 500, Nr. 443.

- Die Commissions-Kosten bei Untersuchungen über schwere Polizei-Übertretungen und einfache Polizei-Vergehen hat der Staatschatz zu tragen.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1841, S. 581, S. 540.

- S. Kosten.

Comite. Befreiung der von dem Comite zur Unterstützung mittelloser Gewerbsleute denselben zur Verarbeitung übergebenen Rohstoffe und Halbfabrikate von der Pfändung und pfandweisen Beschreibung.

Justiz-Ministerial-Erlaß vom 25. September 1848, S. 663, Nr. 1184.

Communalbeamte. S. Beamte.

Commune-Behausungs-Willengelder. S. Willengelder.

Commutation. Beschränkung der obersten Justizstelle hinsichtlich der Verschärfung der Strafen im Wege der Commutation.

Allerhöchste Entschließung vom 7. December 1844, S. 243, Nr. 852.

Compagnie-Certificate. Vorbringung der Compagnie-Certificate über fruchtlos versuchten Vergleich im summarischen Verfahren bei Militärgerichten in der croatischen, slawonischen und banatischen Militärgränze, dann bei den Gränzregimentern in Siebenbürgen.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

Competenten. Bei Dienstbesetzungen am kaiserlichen der landesfürstlichen Collegialgerichte in Galizien ist auf die der moldauischen (wallachischen) Sprache kundigen Competenten besondere Rücksicht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Februar 1842, S. 9, Nr. 597.

— S. Anstellung, Vorkräftler, Dienstbesetzung.

Competententabelle. S. Eigenschaftstabelle, Qualifikationstabelle.

Competenz. Anwendung des summarischen Verfahrens bei Besitzstörungen, insbesondere bei Gränzstreitigkeiten und Wasserleitungen oder Wasserwerken, in soweit sie zur Competenz der Civilgerichte gehören.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1837, S. 108, Nr. 174.

— der politischen und Justizbehörden bei Entscheidungen über Beschwerden, den Zählgebesbesatzung betreffend.

Hofkanzlei-Decret vom 7. September 1837, S. 144, Nr. 224.

— der Criminalgerichte über die wegen Verbrechen vom Militär entlassenen, vor Erreichung des gesetzmäßigen Alters zum Militär gestellten oder freiwillig eingetretenen Individuen mit Ausnahme der Ungarn und Siebenbürger.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1841, S. 556, Nr. 504.

— der politischen und Justizbehörden in Stiftungssachen.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1841, S. 582, Nr. 541.

— der administrativen Behörden zur Austragung der aus dem Dienstverhältnisse entspringenden Forderungen des Staates an seine Beamte und der Letzteren an den Staat.

Justiz-Hofdecret vom 16. August 1841, S. 603, Nr. 555.

— Bestimmung der Competenz der politischen und Justizbehörden bei Entscheidung der zwischen zwei ausschließend Privilegirten entstehenden Streitigkeiten über ein Privilegium.

Hofkammer-Decret vom 26. November 1842, S. 75, Nr. 657.

— Competenzfähigkeit der zeitlich angestellten Katastral-Individuen, auch nach Ueberschreitung des vierzigsten Lebensjahres, um stabile Dienstplätze, ohne der besonderen Altersnachfrist zu bedürfen.

Hofkanzlei-Decret vom 23. April 1843, S. 118, Nr. 698.

— der Gerichtsbehörden bei bestrittener Gültigkeit der Testamente und bei Klagen, welche das Erbrecht oder die Erbtheilung betreffen, dann bei angeforderter Sequestration des streitigen Nachlasses.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juni 1845, S. 269, Nr. 893.

— Vorschrift über die Competenz der politischen und Justizbehörden bei Privilegien-Streitigkeiten.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juli 1845, S. 271, Nr. 896.

— des Appellationsgerichtes zur Entscheidung der Frage, welcher Abhandlungsbehörde das Recht zum Besuche eines in der Entrichtungspflichtigkeit unbefristeten Mortuars im Falle der Delegation zur Abhandlung zukomme.

Hofkanzlei-Decret vom 26. März 1846, S. 328, Nr. 947.

— der Justiz- und Cameralbehörden hinsichtlich der Stämpelbefreiungen auf Grund von Armuthszeugnissen.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 329, Nr. 949.

Competenz der Vormundschaftsbehörden in Dalmatien zur Entscheidung über die Groß- oder Minorität einer Person, dann über ihre Fähigkeit zur Eingehung einer Ehe oder eines anderen rechtsgültigen Geschäftes.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1034.

- Bestimmungen über die Competenz des Landrechtes in Streitigkeiten über grundobrigkeitsliche Rechte auch für den Fall, wenn der Besitzer des unterthänigen Gutes für seine Person nicht im Unterthansverbande, oder wenn er unter der Militär-Gerichtsbarkeit steht.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1847, S. 475, Nr. 1093.

Complices. S. Mitschuldige.

Compositionen. Beschlüsse der deutschen Bundesversammlung zur Sicherung der Rechte der Verfasser musikalischer Compositionen gegen den Nachdruck.

Hofkanzlei-Decrete vom 16. November 1832, S. 50, Nr. 2580; 26. November 1840, S. 540, Nr. 483 und vom 25. Juli 1845, S. 272, Nr. 897.

- (musikalische). Beschluß der deutschen Bundesversammlung zum Schutze der inländischen Verfasser musikalischer Compositionen gegen unbefugte Aufführung derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Mai 1841, S. 580, Nr. 537.

- Gesetz zum Schutze der Verfasser musikalischer Compositionen gegen die unbefugte Aufführung und den Nachdruck derselben.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

Compromisse. Im Namen der Pflägebefohlenen geschlossene Compromisse können von der ersten Instanz ohne Anfrage bei der zweiten genehmigt werden.

Justiz-Hofdecret vom 6. December 1822, S. 123, Nr. 1911.

Conceptsbeamte. S. Beamte.

Concepts-Practikanten. S. Practikanten.

Concession. Die Bestätigung der von Kaiser Franz I. erteilten Concessionen sei wegen des Regierungs-Antrittes Kaiser Ferdinand I. nicht nothwendig; im Zweifel, ob eine Concession fortbestehen könne, sei jeder einzelne Fall der höchsten Behörde zur Entscheidung vorzulegen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Jänner 1836, S. 72, Nr. 116.

- Vorschrift über die Ertheilung der Concession zur Errichtung der Pfannhämmer.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 27. April 1841, S. 752, Nr. 528.

Conciliation. Ausschließung des Versuches einer vorläufigen Conciliation bei dem Verfahren über die auf einen vollen Glauben verbienende Urkunde sich gründenden Klagen.

Justiz-Hofdecret vom 28. September 1840, S. 532, Nr. 467.

Conclusum. Vorschrift für Vorstehende bei Gerichtsbehörden über die Fassung des Conclusums in bürgerlichen Rechts-Angelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1841, S. 565, Nr. 519.

Concretapension. S. Pension.

Concurrenz. Ausschließung der sich bei Bestand- oder sonstigen Verträgen über Aerial-Lieferungen der Bestechung öffentlicher Beamten schuldig machenden und über abgeführte gerichtliche Untersuchung nicht schuldlos erklärten Individuen von jeder Concurrenz zu derlei Verträgen.

Hofkanzlei-Decret vom 1. December 1847, S. 478, Nr. 1101.

Concurrenz-Anstände. Vorschrift über die Vorrechte und die gerichtliche Einbringung der Concurrenz-Anstände.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1836, S. 71, Nr. 113.

Concurrenz-Beiträge. Vorschrift über die Einbringung und die Vorrechte der Concurrenz-Beiträge.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1836, S. 71, Nr. 112.

Concurrenz-Rückstände. S. Concurrenz-Ausstände.

Concurs. Benehmen rüdsichtlich der vor Eröffnung des Concurfes verfallenen Steuerbeträge.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1821, S. 8, Nr. 1737.

— Unfähigkeit eines in Concurs Verfallenen zur Bekleidung einer Wechsel-Sensalen-Stelle.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1821, S. 41, Nr. 1785.

— Erfordernisse zur Erlangung eines Hypothekarrechtes und des Vorrechtes der zweiten Classe in Concursfällen in Bezug auf das unbewegliche Vermögen in Carlstadt.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1821, S. 66, Nr. 1822.

— Den periodischen Ausweisen über die bei dem niederösterreichischen Landrechte anhängigen Erbs- und Concurs-Verhandlungen beizulegende besondere Uebersichts-Tabelle.

Justiz-Hofdecret vom 18. April 1823, S. 141, Nr. 1935.

— In Fällen eines Concurfes gegen einen zur Abstiftung bestimmten Unterthan hat dessen persönlicher Richter einzuschreiten.

Justiz-Hofdecret vom 20. März 1824, S. 196, Nr. 1994.

— Durch die Eröffnung des Concurfes erwerben sämmtliche Gläubiger nicht das Eigenthum der Güter des Gemeinschuldners, sondern nur das ausschließende Recht, alles demselben gehörige Vermögen in Besitz zu nehmen, zu verwalten und zu ihrer verhältnismäßigen Befriedigung zu verwenden.

Justiz-Hofdecret vom 4. Juni 1824, S. 210, Nr. 2012.

— Wie das Eigenthumsrecht gegen eine Concursmasse anzumelden und zu liquidiren sei? Aufhebung des Justiz-Hofdecretes vom 11. September 1788.

Justiz-Hofdecret vom 19. August 1825, S. 318, Nr. 2126.

— Die Verfassung der Sicherheitsausweise bei einer Concurs-Eröffnung in Tirol und bei executiven Versteigerungen betreffende Vorschrift.

Justiz-Hofdecret vom 22. October 1825, S. 326, Nr. 2139.

— Das Wechselgericht in Triest hat über den Activ- und Passivstand der daselbst in Concurs verfallenden Handelsleute dem künftländischen Gubernium die nöthigen Auskünfte zu geben.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1826, S. 8, Nr. 2169.

— Vernehmung der bekannten und im Gerichtsorte anwesenden Concursmasse-Gläubiger bei Eigenthumsklagen gegen die Concursmasse, wenn noch kein Ausschuss der Gläubiger gewählt ist.

Justiz-Hofdecret vom 6. Juni 1826, S. 19, Nr. 2188.

— Behandlung der in Concursmassen vorfindigen Kreuzpartikeln und Reliquien.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1826, S. 56, Nr. 2234.

— Vorschrift über das Benehmen in Concursfällen in jenen Bezirken des vormalig venetianischen Antheiles des Küstenlandes, wo noch die unter dem Namen: „libri di notifice“ bestehenden Vorwerkbücher geführt werden.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juni 1827, S. 83, Nr. 2283.

— Anmeldung und Classificirung der Verzehrungssteuer-Rückstände bei Concursmassen.

Hofkammer-Decret vom 14. März 1831, S. 11, Nr. 2507.

— In Concursfällen gebührt den dreijährigen Rückständen an landesfürstlichen Grundsteuern das Vorrecht vor allen grundherrlichen Forderungen.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1831, S. 22, Nr. 2533.

— Vorschrift über die Schätzung und Veräußerung verkäuflicher Gewerbe in Concursfällen.

Justiz-Hofdecret vom 5. November 1831, S. 22, Nr. 2534.

— Vorschrift für jene Fälle, wo dem Creditar noch vor Beendigung der Concursverhandlung ein Erbrecht oder Vermächtniß zufällt.

Justiz-Hofdecret vom 8. Mai 1835, S. 8, Nr. 19.

Concurs. Wirkung der vor der Concurs-Eröffnung bei der Real-Instanz angesuchten Pränotation und Intabulation.

Justiz-Hofdecret vom 24. Juni 1839, S. 342, Nr. 366.

- Bestimmung der Gebühren für Ausrufer bei gerichtlichen Versteigerungen, welche durch Concurs veranlaßt werden.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1840, S. 472, Nr. 407.

- Welche Urkunde zum Beweise der Löschung der in den sogenannten Versch.- oder Hypotheken-Büchern vorkommenden Hypotheken gegenüber der nicht vollständig zu befreibenden Hypothekar-Gläubiger des in Folge eines eröffneten Concurses veräußerten Gutes, zum Versch.buche gebracht werden sollen.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1840, S. 519, Nr. 459.

- Vorschrift über die Anbringung der Einwendungen gegen die Vertheilung der Concursmassen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Februar 1841, S. 561, Nr. 510.

- Vorschrift über die Beweisführung durch den Hauptcreditor in den gegen Concursmassen anhängigen Processen; Verhalten des Concursmasse-Vertreters, wenn dem Creditator der Hauptcreditor aufgetragen wird.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1841, S. 565, Nr. 518.

- Beschränkung der Concurs-Instanzen auf dem Lande bei Bestellung von Nicht-Advocaten zu Concursmasse-Vertretern.

Justiz-Hofdecret vom 16. Jänner 1843, S. 87, Nr. 672.

- Aufhebung des Vorrechtes der dritten Classe der Wechsel bei Concursen.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1843, S. 136, Nr. 735.

- Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preußen zur Förderung der gegenseitigen Rechtspflege in Concursfällen.

Hofkanzlei-Decret vom 14. April 1845, S. 260, Nr. 883.

- Der Beneficiar-Erbe ist nach erfolgter Einantwortung der Verlassenschaft nicht berechtigt, die Eröffnung des Concurses über dieselbe zu verlangen.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 328, Nr. 948.

- Der Concurs ist vom Anfange des Tages der Kundmachung des Edictes für eröffnet zu halten.

Justiz-Hofdecret vom 14. Mai 1846, S. 335, Nr. 962.

- Verpflichtung der in Concurs verfallenen Schuldner zur Angabe ihres Vermögensstandes. Untersuchung und Bestrafung derselben.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 451, Nr. 1049.

- Die Verpfändung der Hypothekar-Gläubiger von dem ersten Feilbietungs-Termine eines unbeweglichen Gutes im Wege der Execution oder des Concurses ist hinreichend.

Justiz-Hofdecret vom 6. Mai 1847, S. 461, Nr. 1063.

- Die Kundmachung der Feilbietung der in Concurs gezogenen Realitäten ist im Gerichtsorte und im Orte der zu veräußernden Realität zu veranlassen und im Amtsblatte einzuschalten.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1847, S. 465, Nr. 1073.

- Die Rechtsstreitigkeiten über die bei einer Concursmasse anzumeldenden Forderungen sind von dem summarischen Verfahren nicht ausgeschlossen.

Justiz-Hofdecret vom 15. September 1847, S. 470, Nr. 1085.

- Der Concursrichter hat auch bei falschen Handlungsfonds-Ausweisungen, welche vor dem Justiz-Hofdecrete vom 18. März 1847 geschehen sind, die Mitschuldigen daran angemessen zu bestrafen und über die Schadenersatz-Leistung, wenn nicht nur die Verpflichtung zu derselben, sondern auch der Betrag des Schadens deutlich und zuverlässig erhellen, von Amtswegen zu erkennen.

Justiz-Hofdecret vom 17. November 1847, S. 476, Nr. 1095.

Concurs. Das Ober-Eigenthum über unbewegliche Güter bedarf keiner Anmeldung im Concurs über das Vermögen des Nutzungs-Eigenthümers.

Hofkanzlei-Decret vom 26. December 1847, S. 483, Nr. 1109.

Concurs. Bei Erledigung von Prätoratsstellen ist immer ein Concurs auszuschreiben; wann zu deren Besetzung ein Vorschlag zu erstatten sei.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1824, S. 269, Nr. 2048.

— Der Concurs ist bei Magistraten nur für die letzte Dienstesstelle jener Kategorie, in welcher ein Platz leer geworden ist, auszuschreiben.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Juli 1826, S. 34, Nr. 2203.

— zur Besetzung der Auscultantenstellen.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juli 1827, S. 89, Nr. 2295.

— Die Ausschreibung eines Concurses zur Prüfung der Bewerber um Fiscal-Adjunctenstellen hat nicht mehr statt zu finden.

Justiz-Hofdecrete vom 11. Juli 1828 und 19. Mai 1829, S. 124 und 157, Nr. 2351 und 2402.

— Zur Vergebung von Gerichtsdienerstellen bei dem niederösterreichischen Landrechte ist ein Concurs auszuschreiben.

Justiz-Hofdecret vom 25. September 1830, S. 209, Nr. 2483.

— wegen der in Dalmatien erledigten Dienstplätze sind durch die dalmatinische Provinzial-Zeitung; Concurs wegen der daselbst erledigten Rathsstellen aber zugleich auch durch die Wiener-Zeitung bekannt zu machen.

Justiz-Hofdecret vom 16. Jänner 1835, S. 134, Nr. 2683.

— Concursauschreibung zur Besetzung erledigter stufenmässiger Auscultantenstellen nach Gutbefund des obersten Gerichtshofes.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juni 1837, S. 128, Nr. 207.

— Die Concurs-Edichte über erledigte Dienstplätze sind den Zeitungen ungesäumt einzurufen.

Justiz-Hofdecret vom 4. April 1839, S. 335, Nr. 353.

— Concursauschreibungen zur Besetzung erledigter Stellen der geprüften Bürgermeister, Magistratsräthe und Sindiker durch die Amtsblätter der betreffenden Provinzial-Zeitung.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1840, S. 502, Nr. 447.

— Vorschrift über die Ausschreibung der Concurs zur Besetzung der Advocatenstellen in Böhmen.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1840, S. 536, Nr. 474.

— Concursauschreibung zur Besetzung des ärztlichen und wundärztlichen Personals in den Criminal-Inquisitionshäusern in Tirol.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1843, S. 123, Nr. 709.

— Zur Verleihung der bei den Landgerichten in Tirol und Vorarlberg erledigten Adjuten für Concepts-Practikanten ist der Concurs auszuschreiben.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

— Vorschrift über die Ausschreibung der Concurs zur Besetzung der Concepts-Practikantenstellen bei den Landgerichten in Tirol und Vorarlberg.

Hofkanzlei-Decret vom 25. März 1844, S. 202, Nr. 797.

Concurs-Edict. S. Edict.

Concursgericht. Abgabe der an Creditare einlangenden Briefe an das Concursgericht.

Hofammer-Decret vom 8. März 1845, S. 255, Nr. 874.

Concurs-Zustanzen haben am Schlusse eines jeden Jahres eine Tabelle über alle wider Creditare eingeleiteten Untersuchungen an die Appellationsgerichte vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 451, Nr. 1049.

— S. Gerichtsstellen.

Concursmasse. Ob ein in einer Concursmasse befindliches Gut dem Gläubiger, welcher ein Eigenthumsrecht darauf geltend gemacht hat, auszufolgen sei, hat der Concursrichter zu beurtheilen.

Allerhöchste Entschlieſung vom 20. November 1847, S. 476, Nr. 1096.

— S. Concurs.

Concursmasse-Verwalter. In welchen Fällen dem Concursmasse-Verwalter das Befugniß zustehe, zu einer dem Creditare zugefallenen Erbschaft die Erbserklärung mit Vorbehalt des Inventars zu überreichen und dieselbe anzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 8. Mai 1835, S. 8, Nr. 19.

Concursordnung. Erläuterung des §. 5 der allgemeinen Concursordnung, daß der Concurs von dem Anfange des Tages der Kundmachung des Edictes für eröffnet zu halten sei.

Justiz-Hofdecret vom 14. Mai 1846, S. 335, Nr. 962.

Concursrichter. S. Richter.

Concursverhandlungen. S. Concurs.

Concursvermögen. S. Concurs.

Conduct-Quartal. Welchen pensionsfähigen Beamten-Witwen das Conduct-Quartal gebühre.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1823, S. 153, Nr. 1951 und

Hofkanzlei-Decret vom 13. Mai 1824, S. 201, Nr. 2004.

— Anspruch der Waisen eines Beamten auf das Conduct-Quartal.

Justiz-Hofdecret vom 17. October 1828, S. 137, Nr. 2366.

— darf den Witwen und Waisen der Beamten auch im Falle einer geleisteten Dienst-Caution bewilliget werden.

Hofkammer-Decret vom 25. September 1829, S. 172, Nr. 2428.

— Vorschrift über die Anweisung des Conduct-Quartales an Beamten-Witwen.

Hofkammer-Decret vom 1. Juli 1843, S. 126, Nr. 717.

— S. Abfertigung.

Confiscation. Aufhebung der auf Militär-Desertionsfälle bisher bestandenen Vermögens-Confiscation und Einführung von Entschädigungs-Pauschalien.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1842, S. 10, Nr. 599.

— Wann die Confiscation wegen Uebertretungen des literarischen und artistischen Eigenthumes einzutreten hat.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

Congrua. Wann die Congrua eines sequestrirten Pfarrers von dem Beneficiaten in Anspruch genommen werden könne.

Hofkanzlei-Decret vom 20. März 1836, S. 78, Nr. 132.

— Die pfarrliche Congrua mit 300 fl. darf nicht mit Execution belegt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 13. October 1843, S. 149, Nr. 750.

Conscriptions-Flüchtlinge. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und dem Königreiche beider Sicilien über die wechselseitige Auslieferung der Conscriptions-Flüchtlinge.

Vom 24. December 1845, S. 297, Nr. 917.

Consecrirte Posten. S. Posten.

Consens. Erforderniß des lehensherrlichen Consenses zur emphiteutischen Veräußerung von Lehens-Grundparcellen an Unterthanen in Böhmen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Jänner 1843, S. 94, Nr. 679.

— obrigkeitlicher, zur Veräußerung der Güter der Grundholden in Tirol. S. Veräußerung.

Consignation. Den der Fahrpost aufgebenden Amtspaceten ist eine Consignation der einzelnen in dem Pacete enthaltenen Geschäftsgegenstände einzuschließen.

Hofkammer-Decret vom 20. November 1847, S. 477, Nr. 1097.

Constantinopel. Der k. k. Internuntiaturs zu Constantinopel haben die Länderstellen monatlich ein Verzeichniß der an österreichische Unterthanen nach der Türkei verabsfolgten Pässe zuzusenden.
Hofkanzlei-Decret vom 4. Juni 1835, S. 11, Nr. 27.

Consular-Aemter. Das General-Consulat in Odessa ist berechtigt, die Genehmigung zur Uebernahme aller beweglichen Verlassenschaften der im Amtsbezirke verstorbenen österreichischen Unterthanen auf alle untergeordnete Consular-Aemter auszu dehnen. Obliegenheit desselben für die sichere Verwahrung der Verlassenschaften und Bekanntgebung der Todesfälle an die Gerichtsbehörde der mutmaßlichen Erben.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 13. April 1847, S. 459, Nr. 1059.

Consular-Gebühren-Reglement.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 28. September 1846, S. 361, Nr. 986.

Consulat. Reglement der an die k. k. Consulate für ihre Amtshandlungen zu entrichtenden Gebühren.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 28. September 1846, S. 361, Nr. 986.

— Zustellung gerichtlicher Acte der österreichischen Gerichte an die in Großbritannien und Irland befindlichen Parteien durch die österreichischen Consulate.

Justiz-Hofdecret vom 10. December 1846, S. 394, Nr. 1008.

— Das General-Consulat in Odessa wird zur Uebernahme aller beweglichen Verlassenschaften der im Amtsbezirke verstorbenen österreichischen Unterthanen ermächtigt und berechtigt, es haftet für die sichere Verwahrung derselben, und hat die Todesfälle an die Gerichtsbehörde der mutmaßlichen Erben bekannt zu geben.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 13. April 1847, S. 459, Nr. 1059.

— Den bei den sardinischen Consulaten von sardinischen Schiffen in gehöriger Form abgelegten Verklarungen ist von den österreichischen Gerichten die Beweisraft auch noch ferner einzuräumen.

Erlaß des Handels-Ministeriums vom 28. August 1848, S. 655, Nr. 1178.

— Die österreichischen Schiffer werden, wenn sie nach sardinischen Gesezen die Verklarung in sardinischen Häfen vor den sardinischen Handelsgerichten aufnehmen zu lassen genöthigt sind, von einer wiederholten Aufnahme derselben vor dem österreichischen Consularamte losgezehlt.

Erlaß des Handels-Ministeriums vom 28. August 1848, S. 655, Nr. 1178.

Consuln. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Brasilien über die Consuln.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1828, S. 114, Nr. 2337, Beilage, Artikel XIII.

— Zugeständnisse für französische Consuln in Sauvetage-Fällen französischer Schiffe an österreichischen Küsten gegen Zusicherung des vollkommenen Reciprocums.

Hofkammer-Decret vom 24. Mai 1832, S. 62, Nr. 2563.

— Benehmen und Wirkungskreis der österreichischen Consuln im Ponente in Schiffbruchsfällen und in anderen Angelegenheiten österreichischer Unterthanen. — Beweisraft ihrer Urkunden.

Hofkammer-Decret vom 27. September 1834, S. 127, Nr. 2671.

— Beweisraft der von den französischen Consuln in Wien legalisirten, in Frankreich errichteten Notariats- und anderen öffentlichen Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1837, S. 148, Nr. 234.

— Beweisraft der im Auslande errichteten und von Consuln legalisirten Notariats- und anderen öffentlichen Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 22. Jänner 1838, S. 167, Nr. 249.

— Wirkungskreis der österreichischen Consuln in Mexiko, dann jener der Republik Mexiko in den österreichischen Staaten.

Staatsvertrag vom 28. Juli 1842, S. 45, Nr. 626.

Consumtions-Gefälle. S. Gefäll, Verzehrungssteuer.

Contract. S. Vertrag.

Contreband. S. **Schleichhandel.****Controle.** Vorschrift über die Controle bei Bemessung und Verrechnung der Abhandlungs- und Rechnungs-Gebühren (Sterb- und Raittaxen).

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1826, S. 53, Nr. 2230.

- der Abhandlungs-Instanzen hinsichtlich der Ausweise über die von Verlassenschaften zu bemessenden frommen Gebühren durch die Provinzial-Staatsbuchhaltung findet nicht Statt.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Jänner 1843, S. 90, Nr. 677.

- Katholische Orts-Seelsorger haben über die Führung der Matrizenbücher der Israeliten in Mähren und Schlesien die Controle zu führen.

Hofkanzlei-Decret vom 19. März 1846, S. 321, Nr. 945.

- Vorschrift über die Führung der Controle bei der Waisen- und Depositen-Casse bei dem Magistrat zu Czernowitz und bei den Gemeindegerechten und Wirthschaftskämtern in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 516, Nr. 1125.

Contumaz-Pässe. Die aus Anlaß der Cholera-Krankheit ausgestellten Contumaz-Pässe sind als öffentliche Urkunden anzusehen, und jede Verfälschung derselben ist als ein Verbrechen des Betruges zu bestrafen.

Justiz-Hofdecret vom 26. Juli 1831, S. 17, Nr. 2522.

Contumaz-Übertreter. Vorschrift über die Untersuchung und Aburtheilung der Contumaz-Übertreter an den Sanitäts-Cordonen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1826, S. 8, Nr. 2168.

- S. **Pescordon.**

Contumaz-Übertretungen. Bestimmung der Behörde zur Untersuchung und Bestrafung der Contumaz-Übertretungen.

Verordnung des Hofkriegsrathes vom 12. Juli 1835, S. 33, Nr. 57.

Contumaz-Urtheile. S. **Taren, Urtheil.****Convent der Redemptoristinnen.** S. **Redemptoristinnen.****Convention.** Verbot der Conventionen, wodurch ein in activer Dienstleistung stehender Officier seine Charge im Wege der Quittirung oder Pensionirung gegen ein Entgelt aufzugeben zusichert.

Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1848, S. 612, Nr. 1135.

- S. **Staatsvertrag.**

Conventions-Münze. Vom 1. Februar 1821 an sind die Criminalkosten in Conventions-Münze zu entrichten und aufzurechnen.

Justiz-Hofdecret vom 9. März 1821, S. 12, Nr. 1745.

- Festsetzung der Tabak-Schwärzungs-Strafen in Conventions-Münze.

Justiz-Hofdecret vom 23. März 1821, S. 14, Nr. 1749.

- Nachtrag zu dieser Verordnung.

Justiz-Hofdecret vom 27. April 1821, S. 17, Nr. 1756.

- Die Gränzkämmerer in Galizien haben künftig ihre Diäten mit 4 fl. außer, und mit 2 fl. in ihrem Wohnorte, und ihre Amtsboten die Weggelber mit 15 kr. für jede Meile in Conventions-Münze zu liquidiren und zu beziehen.

Justiz-Hofdecret vom 3. November 1821, S. 58, Nr. 1813.

- Umsehung der Verlassenschaftsbeiträge für den Normal-Schulfond auf Conventions-Münze.

Justiz-Hofdecret vom 7. September 1822, S. 116, Nr. 1891.

- Umwechslung der Waisengelder auf Conventions-Münze.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1825, S. 303, Nr. 2101.

- Auf Conventions-Münze sind die Verlassenschaftsmassen von den Abhandlungsbehörden zurückzuführen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. November 1825, S. 330, Nr. 2148.

Conventions-Münze. Von öffentlichen Creditpapieren kann die Erbsteuer auch in Conventions-Münze nach dem am Todestage des Erblassers bestandenen Course berichtigt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Juli 1826, S. 32, Nr. 2200.

- Gerichtsbehörden und Wirthschaftsämter haben die Geldsummen in Erbschafts- und Vormundschafts-Angelegenheiten in Conventions-Münze anzusehen.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1831, S. 27, Nr. 2543.

- Die dem Alumnate aus geistlichen Verlassenschaften vorschristmäßig zufließenden Beträge sind bei allen nach dem 1. Juni 1835 eintretenden Todesfällen in Conventions-Münze abzunehmen.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1835, S. 9, Nr. 22.

- Wann die in dem I. und II. Theile des Strafgesetzes vorkommenden Geldbeträge auch in den Provinzen, in welchen Papiergeld im Umlaufe ist, auf Conventions-Münze festzusetzen seien.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 30, Nr. 52.

- Von welchen Verlassenschaften die Normal-Schulfonds-Beträge in Conventions-Münze abzunehmen seien.

Hofkanzlei-Decret vom 4. December 1838, S. 313, Nr. 315.

- Bestimmung der Valuta jener Militärthatschauctions-Einkünfte in Conventions-Münze, von welchen ein Theil mit Verbot belegt oder in Execution gezogen werden kann.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Mai 1839, S. 337, Nr. 357.

- Bestimmung der Gebühr von dreißig Kreuzer in Conventions-Münze in allen Provinzen für legitime Currentmessen.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Juni 1841, S. 583, Nr. 544.

- Annahme der Banknoten nach ihrem vollen Kennwerthe bei allen Zahlungen, welche nicht in Gold oder ausländischen Silbermünzen gebühren.

Finanzministerial-Erlässe vom 21. und 22. Mai 1848, S. 635, Nr. 1152 und 1153.

Patent vom 2. Juni 1848, S. 638, Nr. 1157.

Convict. Behandlung der mit Vorzugclassen ihre Berufsstudien zurückgelegten Zöglinge des Prager und des Wiener Stadt-Convicts hinsichtlich der Betheilung mit Adjuten bei ihrem Eintritt in den Staatsdienst.

Allerhöchste Entschliessung vom 31. October 1846, S. 389, Nr. 999.

Convicts-Zöglinge. Bedingungen der Beförderung der Zöglinge des Wiener Stadt-Convicts zu Auscultanten.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1828, S. 130, Nr. 2359.

- Die zu Auscultanten bedingt ernannten Convicts-Zöglinge haben sich vor dem Antritte der verlassenen Auscultantenstelle mit dem Wahlfähigkeits-Decrete für eine solche Stelle auszuweisen.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juni 1837, S. 128, Nr. 207.

- Behandlung der in f. f. Staatsdienste eintretenden Zöglinge des Wiener Stadt-Convicts, hinsichtlich der Verleihung des Adjutums.

Allerhöchste Entschliessung vom 18. Februar 1845, S. 253, Nr. 870.

- Behandlung der mit Vorzugclassen ihre Berufs-Studien zurückgelegten Convicts-Zöglinge des Prager und Wiener Stadt-Convicts hinsichtlich der Verleihung des Adjutums beim Eintritt in den Staatsdienst.

Allerhöchste Entschliessung vom 31. October 1846, S. 389, Nr. 999.

Convocations-Edict. S. Edict.

Cordon. S. Pestsordon.

Cordons-Überschreitung. S. Pest.

Cordons-Übertretung. S. Pestsordon.

Cormons. Errichtung eines landesfürstlichen Bezirkscommissariates II. Classe zu Cormons im Küstenlande.

Hofkanzlei-Decret vom 23. April 1841, S. 571, Nr. 526.

Corporationen. S. Gemeinden.

Corpus delicti. Vorschrift über das Benehmen der Criminalgerichte und Ortsbehörden, wenn bei einer Thaterhebung consecrirte Hostien als Corpus delicti vorkommen.

Justiz-Hofdecret vom 11. September 1837, S. 145, Nr. 225.

- Zollamtliche Behandlung der von ausländischen Gerichten an österreichische Criminalgerichte eingesendeten Corpora delicti.

Hofkammer-Decret vom 4. Jänner 1843, S. 85, Nr. 669.

- Vorschrift über die zollamtliche Untersuchung des von einer ausländischen Behörde an ein inländisches Criminalgericht eingelangten Corpus delicti.

Hofkammer-Decret vom 6. März 1844, S. 196, Nr. 791.

- Vorschrift für Zollämter über das zollamtliche Verfahren, wenn die im Inlande entwendeten und den Dieben im Auslande abgenommenen Gegenstände als Corpora delicti von einer anderen strafgerichtlichen Behörde des Auslandes, als einem Criminalgerichte, an eine andere öffentliche Behörde des österreichischen Zollgebietes, als an ein Criminalgericht, eingesendet werden.

Hofkammer-Decret vom 26. September 1847, S. 472, Nr. 1089.

Correalität. Die Verpflichtung der Mitschuldigen, für den ganzen Betrag der Criminalkosten zu haften, tritt bei denjenigen nicht ein, die wegen Verdacht eines gemeinschaftlich verübten Verbrechens in Untersuchung gezogen, aber wegen Mangel an Beweis losgesprochen worden sind.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1833, S. 73, Nr. 2583.

Correspondenz. Postämter haben in den Journalen über die ex offio Correspondenz die auf den Converten der Geschäftsstücke angelegten Nummern einzuzichnen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 8. November 1846, S. 390, Nr. 1001.

- S. Schriftenwechsel.

Cotizza. Die Steuergemeinde Cotizza in Dalmatien wird der Prätur Bergoraz zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1848, S. 492, Nr. 1118.

Coupons. Vorschrift über das Verfahren bei Amortisirung der Zinsen-Coupons von Wiener Stadt-Banco-Obligationen.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1824, S. 169, Nr. 1984.

- Strafbestimmung auf die Verfälschung der zu was immer für einer Gattung von öffentlichen Staats-Creditpapieren gehörigen Coupons.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juni 1829, S. 162, Nr. 2412.

- Die Erledigung der Amortisationsgesuche über Coupons der neuen vierprocentigen Schulverschreibungen des Monte lombardo-veneto ist ausschließlich dem Civil-Tribunale erster Instanz in Mailand zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1831, S. 21, Nr. 2530.

- Bestimmung der Amortisationsfrist in Ansehung der in Verlust gerathenen Interessen-Coupons von Staats-Schulverschreibungen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 12. Februar 1841, S. 560, Nr. 508.

- Bestimmung des niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichtes zur Amortisirung der Interessen-Coupons der Wiener-Wiennitzer Eisenbahngesellschaft.

Justiz-Hofdecret vom 25. April 1844, S. 207, Nr. 802.

- Amortisirung der in Verlust gerathenen Coupons der privilegierten ersten Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft bei dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 5. August 1846, S. 355, Nr. 977.

Courtoise. S. Titel.

Couvert. Vorschrift über die Bezeichnung der Couverte, mittelst welchen Recurse der das Armenrecht genießenden Parteien von deren ex officio Vertretern bei den Postämtern portofrei aufgegeben werden.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1844, S. 237, Nr. 838.

- Postämter haben in den Journalen über die ex officio Correspondenz die auf den Couverts der Geschäftsstücke angelegten Nummern einzuzichnen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 8. November 1846, S. 390, Nr. 1001.

Crattate. Vorschrift über die Einbringung der Crattate in Tirol.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Februar 1822, S. 80, Nr. 1842.

Creba. Dem neu errichteten Bezirkscommissariate II. Classe in Flitsch wird die von dem Bezirke Tolmein ausgeschiedene Gemeinde Creba zugetheilt.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Jänner 1839, S. 319, Nr. 324.

Credits-Anstalt. Errichtung einer galizisch-ständischen Credits-Anstalt.

Patent vom 3. November 1841, S. 614, Nr. 569.

- Politische Executions-Ordnung für die galizisch-ständische Credits-Anstalt.

Hofkanzlei-Decret vom 25. October 1842, S. 66, Nr. 652.

- Vorschrift, welche Lasten und Stiftungs-Capitalien mit dem Vorrechte vor den Forderungen der Credits-Anstalt auf den Gütern in Galizien belassen werden können.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Mai 1844, S. 208, Nr. 805.

- Zulässigkeit der Annahme von Pfandbriefen der galizisch-ständischen Credits-Anstalt als Dienstcautionen der Gränzämter in Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 12. Juni 1844, S. 211, Nr. 813.

- Der galizisch-ständischen Credits-Anstalt können auch landtätsliche Güter der Geistlichkeit, der milden Stiftungen, der Städte und der unter ihrer Aufsicht stehenden Stiftungen beitreten.

Hofkanzlei-Decret vom 31. Jänner 1846, S. 310, Nr. 925.

Creditiv. Die nur mit Creditiv mit einer Löhnung angestellten Gefälls-Aufsichts-Individuen genießen des den landesherrlichen Beamten in dem §. 221, I. Theiles des Strafgesetzes, eingeräumten privilegierten Gerichtsstandes nicht.

Justiz-Hofdecret vom 21. Mai 1830, S. 198, Nr. 2464.

Credits-Effecten. S. Obligationen.

Credits-Gegenstände. Criminalgerichte haben sich um Auskünfte über Credits-Gegenstände mittelst des vorgelegten Appellationsgerichtes an die oberste Justizstelle zu wenden.

Justiz-Hofdecret vom 2. October 1829, S. 172, Nr. 2429.

Credits-Institut (lombardisch-venetianisches). S. Monte.

Creditspapiere. Die Criminalgerichte können Anzeigen über falsche Creditspapiere überhaupt in dringenden Fällen unmittelbar an das Hofkammer-Präsidium einsenden.

Justiz-Hofdecret vom 8. October 1824, S. 267, Nr. 2042.

- Wegen Aufbewahrung falscher Creditspapiere und Einholung des Certificate über die Art ihrer Verfälschung.

Justiz-Hofdecret vom 2. April 1825, S. 295, Nr. 2085.

- Wie sich hinsichtlich der Anzeigen über falsche Creditspapiere und deren Beschlagnehmung von den Criminalgerichten in Galizien, denen die Untersuchung des Verbrechens der Verfälschung öffentlicher Creditspapiere nicht zusteht, zu benehmen sei.

Justiz-Hofdecret vom 19. August 1825, S. 318, Nr. 2127.

- Die Criminalgerichte haben sich wegen Auskünften über verfälschte Creditspapiere, nicht an die Nationalbank, sondern an die allgemeine Hofkammer zu wenden.

Justiz-Hofdecret vom 22. October 1825, S. 325, Nr. 2138.

Creditspapiere. Von öffentlichen Creditspapieren kann die Erbssteuer auch in Conventions-Münze nach dem am Todestage des Erblassers bestandenen Course berichtigt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Juli 1826, S. 32, Nr. 2200.

- Anzeigen der Criminalgerichte über die Anhaltung falscher Papier-Geldsorten, wobei es keiner entscheidenden höheren Verfügung bedarf, sind von dem Appellations-Präsidium unmittelbar an die k. k. allgemeine Hofkammer zu befördern.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1826, S. 58, Nr. 2241.

- Ermächtigung des Appellationsgerichtes zur Erledigung der Ablassungsbeschlüsse über Untersuchungen wegen Creditspapier-Verfälschung.

Justiz-Hofdecret vom 14. December 1835, S. 64, Nr. 105.

- Die wegen Verfälschung der öffentlichen Creditspapiere zu einer weniger als zehnjährigen Kerkerstrafe Verurtheilten dürfen ihre Strafe in den Provinzial-Strafhäusern aussetzen.

Justiz-Hofdecret vom 27. Februar 1837, S. 113, Nr. 176.

- Vorschrift über das Verfahren der Criminalgerichte in gewissen Fällen der Creditspapier-Verfälschung.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1845, S. 248, Nr. 858.

- Vertilgung der bei dem Universal-Cameral-Zahlamte in Aufbewahrung befindlichen falschen Creditspapiere und der Fälschungs-Werkzeuge nach Verlauf von 30 Jahren von dem Zeitpunkte der Herausgabe oder der Zustandebringung.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juli 1848, S. 644, Nr. 1168.

Creditspapier-Verfälschung. S. Creditspapiere.

Cridatar ist zur Bekleidung einer Wechsel-Sensalienstelle unfähig.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1821, S. 41, Nr. 1785.

- Vorschrift für jene Fälle, wo dem Cridatar noch vor der Beendigung der Concurdverhandlung ein Erbrecht oder Vermächtniß zufällt.

Justiz-Hofdecret vom 8. Mai 1835, S. 8, Nr. 19.

- Verhalten des Concurdmasse-Vertreters, wenn dem Cridatar der Hauptseid aufgetragen wird.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1841, S. 565, Nr. 518.

- Abgabe der an Cridatäre einlangenden Briefe an die Concurdgerichte.

Hofkammer-Decret vom 8. März 1845, S. 255, Nr. 874.

- Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preußen über die wechselseitige Behandlung der Cridatäre hinsichtlich ihres in den beiderseitigen Staaten befindlichen Vermögens.

Hofkanzlei-Decret vom 14. April 1845, S. 260, Nr. 883.

- Vorschrift über das Verfahren bei Untersuchung und Bestrafung der Cridatäre.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 451, Nr. 1049.

- Unterbringung verhafteter erkrankter Cridatäre in das städtische Inquisiten-Spital.

Justiz-Hofdecret vom 23. März 1848, S. 561, Nr. 1128.

Criminal-Acten. S. Acten.

Criminal-Actuare. S. Actuare.

Criminal-Amtshandlung. Die Kosten für dieselbe fallen dem Criminalfonde der Provinz zur Last, in welcher die Amtshandlung vorgenommen wurde.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1841, S. 581, Nr. 539.

Criminal-Angelegenheiten. Vorschrift, welche Kosten und Gebühren den herzoglich Sachsen-Meiningschen Gerichten in Criminal-Angelegenheiten zu ersetzen sind.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1835, S. 5, Nr. 10.

- Vorschrift über die Verwendung verwandter oder verschwägelter Personen als Kunstverständige zur Erhebung des Thatbestandes in Criminal-Angelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 29. Juli 1835, S. 35, Nr. 64.

Criminal-Angelegenheiten. Zeugengebühren bei Vorrufung von Zeugen aus dem türkischen Gebiete in Criminal-Angelegenheiten vor die dalmatinischen Gerichte.

Hofkammer-Decrete vom 3. März 1837, S. 115, Nr. 180.

- Bestimmung der Gebühren für Kunstverständige, welche in Criminal-Angelegenheiten verwendet werden.

Hofkammer-Decret vom 14. April 1837, S. 121, Nr. 153, dann

Hofkanzlei-Decrete vom 25. Jänner und 25. März 1841, S. 554 und 565, Nr. 499 und 517.

- Runbmachung der über die Beweiskraft des in Criminal-Angelegenheiten vor einer Prätur abgelegten Geständnisses unterm 24. December 1817 erlassenen Verordnung in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 4. December 1838, S. 313, Nr. 314.

- Die Kosten für die Amtshandlung in Criminal-Angelegenheiten fallen dem Criminalfonde derjenigen Provinz zur Last, in welcher die Amtshandlung vorgenommen wurde.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1841, S. 581, Nr. 539.

- Vergütung der Reise- und Zehrungskosten an die als Zeugen in Criminal-Angelegenheiten vorgezufenen Gränz- und Gefällenwache-Individuen.

Hofkanzlei-Decret vom 21. April 1843, S. 105, Nr. 695.

- Bestimmungen des Gerichtsstandes für die Glieder der Finanzwache in Criminal-Angelegenheiten.

Hofkammer-Decret vom 21. April 1843, S. 105, Nr. 696.

- Verpflichtung der Mitglieder des Jesuiten-Ordens, in Criminal-Angelegenheiten vor Gericht das Zeugniß abzulegen und zu beschwören.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Februar 1844, S. 196, Nr. 789.

- Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preußen, wegen gegenseitiger unentgeltlicher Behandlung gerichtlicher Requisitionen in Criminal-Angelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 13. September 1844, S. 219, Nr. 828.

- Vorschrift über das Verfahren bei criminalgerichtlicher Einvernehmung eines zu einer fremden Mission gehörigen Individuums in Criminal-Angelegenheiten von Bedeutung.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1845, S. 247, Nr. 857.

- Bestimmung der Erscheinungsgebühr für die als Zeugen in Criminal-Angelegenheiten vor dalmatinischen Gerichtsbehörden berufenen Montenegriner.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1846, S. 355, Nr. 976.

Criminal-Arreste. S. Arreste.

Criminal-Arrestanten. S. Arrestanten, Inquisiten.

Criminal-Auskunfts-Tabelle. Formular zu den von den Criminal-Gerichten zur Richtschnur für die Strafanstalten und zum Behufe der Polizei-Aufsicht auszufertigenden Auskunfts-Tabellen.

Justiz-Hofdecret vom 30. November 1821, S. 61, Nr. 1818.

Criminal-Beisitzer. S. Beisitzer.

Criminal-Commission. Ueber die der schuhherrlichen Untersuchungs-Commission zugewiesenen Verbrechen hat die k. k. Criminal-Commission in Krakrau die Criminal-Gerichtsbarkeit auszuüben.

Justiz-Hofdecret vom 24. December 1846, S. 399, Nr. 1014.

Criminal-Depositänämter. S. Depositänämter.

Criminalfond. Vorschrift über die Einbringung der Geldstrafen für den Criminalfond von Parteien oder ihren Vertretern, dann von Magistraten, Obrigkeiten und Justizämtern.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1821, S. 42, Nr. 1787.

- Aus dem Criminalfonde dürfen Länderstellen angemessene Belohnungen für die Einbringung entwichener Criminal-Esträflinge anweisen.

Justiz-Hofdecret vom 27. Juni 1829, S. 164, Nr. 2415.

Criminalfond hat für den Unterhalt der in strafgerichtliche Untersuchung gezogenen mittellosen Geistlichen zu sorgen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. August 1838, S. 275, Nr. 289.

- Die Kosten für Criminal-Amtshandlungen fallen dem Criminalfonde der Provinz zur Last, in welcher die Amtshandlung statt gefunden hat.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1841, S. 581, Nr. 539.

Criminalgerichte sollen zu Untersuchungs-Commissionen außer dem Gerichtsorte einen ihrer Gerichtsbienner nur dann beiziehen können, wenn es durchaus nothwendig ist.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1821, S. 1, Nr. 1728.

- Abstellung der bei denselben üblichen öffentlichen Kundmachung der auf fünf Jahre, oder auf eine noch kürzere Strafdauer lautenden oder dem Recurse unterliegenden Strafurtheile.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1821, S. 5, Nr. 1735.

- Vorschrift über die Prüfung der Bewerber um eine Auscultantenstelle bei einem Criminalgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 10. März 1821, S. 13, Nr. 1746.

- Welche Auszeichnung den Criminalgerichts-Beisitzern für eine mehrjährige fleißige Dienstleistung zuzugestehen sei.

Justiz-Hofdecret vom 11. August 1821, S. 43, Nr. 1790.

- haben über die Beweiskraft des vor einem zum Richteramte fähig erklärten und beeideten Richter abgelegten Geständnisses in eine Unterscheidung zwischen dem Civil- und Criminal-Justizfache und der dießfalls erklärten Fähigkeit nicht einzugehen.

Justiz-Hofdecret vom 6. October 1821, S. 52, Nr. 1806.

- haben der Landesstelle einen genauen Ausweis der Criminalkosten, so oft ein Inquisit in den Ersatz derselben verurtheilt wird, mitzutheilen.

Justiz-Hofdecret vom 6. October 1821, S. 52, Nr. 1807.

- haben außer den Fällen der §§. 433 und 443, I. Theiles des Strafgesetzes, und dem Justiz-Hofdecrete vom 2. August 1819, die Acten über Erkenntnisse auf Ablassung von der Untersuchung gegen öffentliche Beamte dem Appellationsgerichte nicht vorzulegen, dieselben aber der dem Beamten vorgesetzten Stelle auf Verlangen mitzutheilen.

Justiz-Hofdecrete vom 17. November und 22. December 1821, S. 59 und 71, Nr. 1815 und 1826.

- In welchen Fällen die Criminalgerichte nach gefälltem und kundgemachtem Strafurtheile außer dem Wege des gesetzlichen Recurses eine Milderung der verhängten Strafe zu bewilligen befugt sind.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1822, S. 71, Nr. 1827.

- Formulare für Criminal- und Obergerichte zu den Hauptausweisen über die Ab- und Zunahme der Verbrechen und Verbrecher.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1822, S. 75, Nr. 1835.

- haben auch bei dem Tode eines Inquisten, mit welchem die Untersuchung geschlossen wurde, ein Urtheil zu fällen, und darin der Entschädigung und der Criminalkosten zu erwähnen.

Justiz-Hofdecrete vom 1. März und 31. August 1822, S. 86 und 116, Nr. 1848 und 1890.

- haben von dem Einschreiten im ministeriellen Wege zur Auslieferung eines im Auslande verhafteten Beschuldigten die auswärtige Behörde in Kenntniß zu setzen.

Justiz-Hofdecret vom 23. März 1822, S. 89, Nr. 1854.

- Zollgefälls-Administrationen haben jeden Fall, wo ein Verbrechen obzuwalten scheint, dem gehörigen Criminalgerichte, unter Mittheilung der Verhandlungs-Acten, ohne Aufschub anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 26. Juli 1822, S. 111, Nr. 1883.

Criminalgerichte. Verlegung des Criminal-Untersuchungsgerichtes von Landek nach Raubers.

Justiz-Hofdecret vom 8. November 1822, S. 122, Nr. 1908.

- Bestimmung der Gerichtsbarkeit der Criminalgerichte, wenn ein Criminal-Inquisit oder Sträfling aus dem Verhafte entflohen ist.

Justiz-Hofdecret vom 21. December 1822, S. 125, Nr. 1916.

- Wann ein Criminal-Untergerecht einen im politischen Wege abgeurtheilten Verbrecher zur Criminal-Untersuchung ziehen, und wann dasselbe von einer angefangenen Untersuchung ablassen könne.

Justiz-Hofdecret vom 20. Jänner 1823, S. 128, Nr. 1920.

- Diäten-Bestimmung für Auscultanten, Accessisten und Practikanten bei den galizischen Criminalgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1823, S. 141, Nr. 1934.

- Die Nationalbank kann den Criminalgerichten die Einsicht deponirter Effecten und die Annahme der Verbote nicht verweigern.

Justiz-Hofdecret vom 2. Jänner 1824, S. 168, Nr. 1982.

- Wegen Beeidigung und Verwendung der Practikanten bei Criminalgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 12. März 1824, S. 195, Nr. 1992.

- haben sich in vorkommenden Fällen von Verfälschungen der Banknoten nach den für die Creditspapiere bestehenden Vorschriften zu halten.

Justiz-Hofdecret vom 15. Mai 1824, S. 202, Nr. 2007.

- können Anzeigen über falsche Creditspapiere überhaupt in dringenden Fällen an das Hofkammer-Präsidium einsenden.

Justiz-Hofdecret vom 8. October 1824, S. 267, Nr. 2042.

- Den Criminalgerichten steht in Besitzstreitigkeiten die Amtshandlung nur dann zu, wenn die Parteien durch beharrlichen Ungehorsam oder Gewaltthätigkeit die öffentliche Ruhe stören.

Justiz-Hofdecret vom 26. November 1824, S. 270, Nr. 2051.

- Vorschrift für Criminalgerichte, wegen Aufbewahrung falscher Creditspapiere und Einholung des Certificats über die Art ihrer Verfälschung.

Justiz-Hofdecret vom 2. April 1825, S. 295, Nr. 2085.

- in Galizien, denen die Untersuchung der Creditspapier-Verfälschung nicht zusteht, haben die in Beschlagnahme genommenen falschen Creditspapiere dem Lemberger Criminalgerichte zur weiteren Amtshandlung zu übermachen.

Justiz-Hofdecret vom 19. August 1825, S. 318, Nr. 2127.

- Vorschrift über die Einholung der Auskünfte über verfälschte Creditspapiere.

Justiz-Hofdecret vom 22. October 1825, S. 325, Nr. 2138.

- haben für jeden Mitschuldigen ein eigenes Criminal-Urtheil auszufertigen.

Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1826, S. 1, Nr. 2156.

- Errichtung des Criminalgerichtes zu Czernowitz in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1826, S. 4, Nr. 2161.

- Gerichtsbarkeit über die Uebertreter der Sanitäts-Anstalten an dem Bukowiner Gordone.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1826, S. 8, Nr. 2168.

- Bestimmung der Diäten für Beamte der Criminalgerichte bei Dienstreisen in Criminalgeschäften.

Justiz-Hofdecret vom 20. März 1826, S. 14, Nr. 2176.

- haben sich vor Ankündigung eines Todesurtheiles die Ueberzeugung zu verschaffen, daß der Vollstreckung desselben am darauf folgenden dritten Tage kein Hinderniß entgegenstehe.

Justiz-Hofdecret vom 26. Mai 1826, S. 18, Nr. 2185.

- Bestimmung der Zahl der Actuarien und Auscultanten für die galizischen Criminalgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1826, S. 36, Nr. 2207.

Criminalgerichte. Vorschrift über die Form der Correspondenz der Criminalgerichte in Böhmen mit den Kreisämtern.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1826, S. 37, Nr. 2208.

- Anzeigen der Criminalgerichte über die Anhaltung falscher Papier-Geldsorten, wobei es keiner entscheidenden höheren Verfügung bedarf, sind von dem Appellations-Präsidium unmittelbar an die k. k. allgemeine Hofkammer zu befördern.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1826, S. 58, Nr. 2241.

- haben von der wider einen Studirenden eingeleiteten Criminal-Untersuchung, sowie von dem Urtheile das Studien-Directorat zu verständigen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1827, S. 65, Nr. 2253.

- Gegen die von einem Criminalgerichte beschlossene Einleitung der Criminal-Untersuchung kann der Beschuldigte Beschwerde führen.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1827, S. 67, Nr. 2258.

- Die Untersuchung über das auf einem von der k. k. Marine angehaltenen österreichischen Handelschiffe verübte Verbrechen des Sklavenhandels oder der Mißhandlung derselben, ist der nächsten österreichischen Criminalbehörde zu übergeben.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1827, S. 80, Nr. 2276.

- Benehmen des Appellationsgerichtes in dem Falle, wenn das Criminalgericht eine Handlung nicht für ein Verbrechen erklärt, die von der politischen Behörde für ein Verbrechen gehalten wird.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1827, S. 81, Nr. 2279.

- Voreilige Beschlüsse der Criminalgerichte aufzuheben, ist das Appellationsgericht verpflichtet.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1827, S. 81, Nr. 2279.

- Mittheilung der Criminal-Acten an ausländische Criminalbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1827, S. 91, Nr. 2302.

- Den bei Criminalgerichten aufzunehmenden Verhören haben die Criminalgerichtes-Beisitzer vom Anfange bis zum Ende ununterbrochen beizuwohnen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juli 1828, S. 127, Nr. 2353.

- haben die ihnen von Staatsbuchhaltungen mitgetheilten Rechnungen und Original-Urkunden ohne Verzug an die betreffende Behörde zurück zu stellen.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1828, S. 128, Nr. 2355.

- haben das Urtheil in Fällen, wo der Beschuldigte die That gesteht, aber des geläugneten bösen Vorsatzes für überwiesen gehalten wird, nicht von Amtswegen dem Obergerichte vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1828, S. 141, Nr. 2377.

- haben jeder Criminal-Untersuchung das Kostenverzeichniß beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1828, S. 142, Nr. 2378.

- haben in Fällen, wenn Verbrecher, welche Ausländer sind, zur Vollstreckung der Strafe auf den Spielberg bei Brünn abgeliefert werden, jedesmal der Auskunfts-Tabelle die erforderlichen Ausweise über ihre Nationalität beizuschließen.

Justiz-Hofdecret vom 21. März 1829, S. 147, Nr. 2389.

- haben sich, wenn sie ein medicinisches Collegial-Gutachten benöthigen, an die nächste Universität, wo eine medicinische Facultät besteht, zu wenden.

Justiz-Hofdecret vom 8. Mai 1829, S. 156, Nr. 2400.

- haben bei Beschließung der Untersuchung auf freiem Fuße den letzten Satz des §. 306, I. Theiles des Strafgesetzes, zugleich in Vollzug zu setzen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1829, S. 161, Nr. 2409.

Criminalgerichte. Durch die Erlassung eines Steckbriefes der politischen Obrigkeit wird die Gerichtsbarkeit desjenigen Criminalgerichtes begründet, in dessen Bezirke sich die politische Obrigkeit befindet.

Justiz-Hofdecret vom 10. Juli 1829, S. 165, Nr. 2417.

- Bei den dem Erkenntnisse der höheren und höchsten Behörden vorbehaltenen Verbrechen sind auch die Beschlüsse der ersten Instanz über Ablassung von der Voruntersuchung mit den Acten dem Appellationsgerichte vorzulegen; davon findet nur eine Ausnahme statt, wenn die Criminalgerichte bloße Anzeigen verwerfen oder den Gegenstand sogleich zurückschicken.

Justiz-Hofdecret vom 18. September 1829, S. 171, Nr. 2427.

- haben sich um Auskünfte über Creditsgegenstände nie an die Credits-Hofbuchhaltung, sondern mittelst des vorgesetzten Appellationsgerichtes an die oberste Justizstelle zu wenden.

Justiz-Hofdecret vom 2. October 1829, S. 172, Nr. 2429.

- Todesfälle und Verwundungen, wobei sich keine Spur eines Verbrechens zeigt, sind nicht den Justizbehörden, sondern der politischen Obrigkeit anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1830, S. 185, Nr. 2451.

- Auf den Verlust des Adels ergangene Criminal-Urtheile sind nach der Kundmachung derselben oder nach Erledigung des Recurses oder verstrichener Recursfrist, von dem Criminalgerichte der Landesstelle in Abschrift mitzutheilen.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juli 1831, S. 15, Nr. 2517.

- Vermehrung der Actuare bei dem Criminal-Senate des Wiener Magistrates; Bestimmung ihrer Befoldungen und ihrer Quartiergelber, Einziehung der Adjuten der Auscultanten.

Hofkanzlei-Decret vom 15. September 1832, S. 69, Nr. 2576.

- Vorschrift über die Vergütung der Kosten des Standrechtes in Fällen, wo das Standrecht die Untersuchung dem ordentlichen Criminalgerichte zuweist.

Justiz-Hofdecret vom 22. März 1833, S. 86, Nr. 2604.

- sollen besserungsfähige Inquisiten thunlichst von der Gemeinschaft mit Verhafteten eines verdorbenen Charakters entfernt halten.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1835, S. 133, Nr. 2681.

- sind nicht befugt, im Falle des §. 48 des Strafgesetzes mit der Kettenstrafe eine Verschärfung zu verbinden, um dadurch die längere Dauer des Arrestes zu ersetzen.

Justiz-Hofdecret vom 8. Mai 1835, S. 8, Nr. 18.

- Entschädigungsklagen im ordentlichen Rechtswege sind auch zulässig, wenn die Strafbehörde ein wie immer lautendes Urtheil gefällt oder erklärt hat, daß keine Untersuchung einzuleiten sei.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1835, S. 18, Nr. 29.

- können die Gränzwache-Individuen zur Ablegung des Säbels nicht verhalten.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1835, S. 39, Nr. 74.

- Vorschrift über die Lagerstätte und Beköstigung der Sträflinge des schweren Kerkers, welche bei den Criminalgerichten ihre Strafe vollziehen.

Justiz-Hofdecret vom 1. December 1835, S. 61, Nr. 98.

- haben die vorkommenden falschen Münzen nach beendeter Untersuchung im Wege der beiden Oberlandesbehörden an die allgemeine Hofkammer zur Aufbewahrung bei dem Hauptmünzamt einzusenden.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1836, S. 74, Nr. 122.

- Vorschrift über das Benehmen der Criminalgerichte, wenn consecrirte Hostien bei einem Inquisiten als corpus delicti gefunden werden.

Justiz-Hofdecret vom 11. September 1837, S. 145, Nr. 225.

- Vorschrift über die höhere Revision der Beschlüsse der Criminalgerichte, wodurch von dem im Wege der Voruntersuchungen eingeleiteten Verfahren abgelassen wird.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1837, S. 163, Nr. 246.

Criminalgerichte. Von der Visitation der landesfürstlichen Criminalgerichte durch Kreisämter hat es abzukommen.

Justiz-Hofdecret vom 24. December 1838, S. 315, Nr. 320.

- Die von Criminalgerichten auf Ablassung vom weiteren Criminalverfahren gefaßten Beschlüsse kann das Criminal-Obergericht nicht abändern.

Justiz-Hofdecret vom 15. Jänner 1839, S. 322, Nr. 328.

- Vorschrift für Criminalgerichte über die Einholung der bei Untersuchungen nöthigen Certificate über die Echtheit oder Unechtheit der Münzen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Februar 1839, S. 331, Nr. 343.

- Vorschrift für dieselben über die Vornahme der persönlichen Recognition des Beschuldigten durch Zeugen und über die Anwendung von Stock- und Rutenstreichen bei Criminal-Untersuchungen.

Ärztliche Entschließung vom 25. April 1840, S. 482, Nr. 425.

- Competenz der Criminalgerichte über die wegen Verbrechen vom Militär entlassenen, vor Erreichung des gesetzlichen Alters zum Militär gestellten oder freiwillig eingetretenen Individuen, mit Ausnahme der Ungarn und Siebenbürger.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1841, S. 556, Nr. 504.

- Befugniß der Criminalgerichte, zu auswärtigen gerichtlich medicinischen Untersuchungen in Verhinderung des Kreisarztes und Kreiswundarztes, andere Aerzte und Wundärzte beizuziehen.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Februar 1841, S. 560, Nr. 507.

- der Stadt Wien wird aus dem bisherigen Criminal-Senate des Wiener Magistrates errichtet; dessen Vorstand führt den Titel: Präses-Vicebürgermeister, mit dem Range eines Appellationsrathes; dessen Befolgung.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 569, Nr. 524.

- Die Kosten der für eine auf Ansuchen einer anderen Behörde von einem Criminalgerichte vorgenommenen Criminal-Amtshandlung fallen dem Criminalfonde der Provinz zur Last, in welcher sie vorgenommen wurde.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1841, S. 581, Nr. 539.

- In welchen Fällen das Appellationsgericht zur Aufhebung der vom Criminalgerichte abgeführten Untersuchung und darüber gefällten Straf-Urtheile berechtigt ist.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juli 1841, S. 595, Nr. 549.

- in Mähren und Schlessen. Vorschrift über die Bestreitung der Auslagen derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 24. September 1841, S. 613, Nr. 565.

- Vorschrift für Criminalgerichte über die Verfassung der statischen Ausweise.

Justiz-Hofdecret vom 7. März 1842, S. 14, Nr. 601.

- Vorschrift für Criminalgerichte in Dalmatien über die Erlassung von Fedine criminali.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1842, S. 24, Nr. 609.

- Zollämterliche Behandlung der von ausländischen Gerichten an österreichische Criminalgerichte eingeschickten Gegenstände (Corpora delicti).

Hofkammer-Decret vom 4. Jänner 1843, S. 85, Nr. 669.

- Vorschrift für die Criminalgerichte in Tirol, hinsichtlich der Concurs-Ausschreibung und Erstattung des Befehls-Vorschlages zur Ernennung des ärztlichen und wundärztlichen Personales in den Criminal-Inquisitionshäusern in Tirol.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1843, S. 123, Nr. 709.

- Vorschrift für die Criminalgerichte in Dalmatien über die Erhebung des Alters der Inquisiten und Zeugen bei fehlenden Laufscheinen bei Criminal-Untersuchungen.

Justiz-Hofdecret vom 26. September 1843, S. 141, Nr. 745.

- Vorschrift über die Vertilgung der alten unbrauchbaren Registratur Acten bei den landesfürstlichen Criminal-Collegialgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1843, S. 149, Nr. 751.

Criminalgerichte. Anwendung der Vorschrift vom 4. Juli 1843 in Betreff der kürzeren Verfassung der Rathsprотоkolle auf die galizischen Criminalgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 31. October 1843, S. 165, Nr. 761.

- Verpflichtung der Mitglieder des Jesuiten-Ordens in Criminal- und schweren Polizei-Übertretungs-Angelegenheiten vor Criminalgerichten das Zeugniß abzulegen und zu beschwören.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Februar 1844, S. 196, Nr. 789.

- Vollständige Untersuchung des von einer ausländischen Behörde an ein inländisches Criminalgericht eingelangten Gegenstandes einer criminalgerichtlichen Amtshandlung.

Hofkammer-Decret vom 6. März 1844, S. 196, Nr. 791.

- Vorschrift für die Criminalgerichte über die Mittheilung von Auszügen aus dem Berathungsprotokolle, über die gegen einen Beamten wegen Verbrechen abgeführte Untersuchung an die zu dessen Disciplinarbehandlung berufene Oberbehörde.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1844, S. 215, Nr. 823.

- Vorschrift und Formular zur Verfassung der summarischen Jahres-Ausweise, über die wegen Verbrechen untersuchten Personen.

Justiz-Hofdecret vom 21. August 1844, S. 215, Nr. 825.

- Vorschrift für Criminalgerichte über die Einvernehmung eines zu einer fremden Mission gehörigen Individuums in Criminalfällen von Bedeutung.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1845, S. 247, Nr. 857.

- Vorschrift für Criminalgerichte in gewissen Fällen des Verbrechens der Creditpapier-Verfälschung.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1845, S. 248, Nr. 858.

- Die Erfordernisse des Wiener Criminalgerichtes werden, mit Ausnahme des Auspreisens, des Brotes und der Medicamente, an einen Generalpächter verpachtet.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Februar 1845, S. 254, Nr. 872.

- An das Criminalgericht sind die an Verbrecher einlangenden oder von flüchtigen Verbrechern eintommenden Briefe von den Postämtern abzugeben.

Hofkammer-Decret vom 8. März 1845, S. 255, Nr. 874.

- Auf welche Inquisiten der §. 306, I. Theiles des Strafgesetzes, in Fällen einer unter den Criminal-Inquisiten in den Criminal-Gerichtshäusern in Böhmen ausbrechenden Epidemie, anzuwenden sei.

Allerhöchste Entschließung vom 1. Juli 1845, S. 270, Nr. 894.

- Anstellung eines zweiten Seelsorgers im Wiener Criminal-Gerichtshause.

Justiz-Hofdecret vom 8. August 1845, S. 274, Nr. 900.

- haben sich in ihrer Correspondenz mit dem General-Commando des Titels „Hochlöblich“ zu bedienen.

Justiz-Hofdecret vom 29. October 1845, S. 288, Nr. 908.

- Das Wiener Criminalgericht hat die erfolgende Verhaftung und Bestrafung der beedeten k. k. Hofdienerschaft der vorgesetzten Behörde derselben anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 29. December 1845, S. 303, Nr. 918.

- Das Urtheil ist auch dann der höheren und rücksichtlich der höchsten Revision zu unterziehen, wenn das Criminalgericht die Einleitung der Criminal-Untersuchung wegen eines der in den §§. 433 und 442, I. Theiles des Strafgesetzes, bemerkten Verbrechens beschloffen hat, der Untersuchte aber von dem Strafgerichte oder Obergerichte eines anderen Verbrechens schuldig befunden wurde.

Justiz-Hofdecret vom 28. Jänner 1846, S. 310, Nr. 924.

Criminalgerichte haben in die summarischen Ausweise nur die wirklich verhängte Strafe einzutragen, dagegen in ihrem Einbegleitungsberichte an das Appellationsgericht jene Fälle zu bemerken, wo ein auf lebenslange Strafe gefälltes Urtheil im Milderungswege von dem obersten Gerichtshofe auf eine zeitliche Strafe umgeändert worden ist.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1846, S. 315, Nr. 930.

- In welchem Falle Criminalgerichte Holzdiebstähle an den Holzschwemmen zu untersuchen und zu bestrafen haben.

Hofkanzlei-Decret vom 5. März 1846, S. 320, Nr. 943.

- Vorschrift hinsichtlich der Uebertragung der ordentlichen Criminal-Untersuchungen bis zur Urtheilsschöpfung von den Criminalgerichten in Dalmatien an die Präturen.

Justiz-Hofdecret vom 8. April 1847, S. 455, Nr. 1054.

- Vorschrift für Criminalgerichte über die Ertheilung der Auskünfte an den Schutzverein für entlassene Sträflinge.

Hofkanzlei-Decret vom 17. April 1847, S. 460, Nr. 1060.

- Wann die Ablieferung des flüchtigen Beschuldigten an dasjenige Criminalgericht, welches den Steckbrief erlassen hat, gerechtfertiget ist.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juli 1847, S. 466, Nr. 1076.

- Vorschrift über das Benehmen des Appellationsgerichtes, wenn der Beschluß des Criminalgerichtes auf Ablaffung statt auf Einleitung der Criminal-Untersuchung durch irrige Ansichten herbeigeführt worden ist.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1847, S. 469, Nr. 1083.

- Vorschrift für Zollämter über das zollamtliche Verfahren, wenn die im Inlande entwendeten und den Dieben im Auslande abgenommenen Gegenstände als Corpora delicti von einer anderen strafgerichtlichen Behörde des Auslandes, als einem Criminalgerichte, an eine andere öffentliche Behörde des österreichischen Zollgebietes, als an ein Criminalgericht, eingesendet werden.

Hofkammer-Decret vom 26. September 1847, S. 472, Nr. 1089.

- Militärbehörden haben Soldaten, welche wegen eines vor der Assentirung im Civilstande begangenen Verbrechens bereits gerichtlich verfolgt worden sind, und sich dieser Verfolgung durch die Assentirung entzogen haben, von Amtswegen unverzüglich an die Civilbehörde auszuliefern.

Decret des Hofkriegsrathes vom 29. März 1848, S. 572, Nr. 1131.

Criminalgerichtliches Einschreiten. S. Einschreiten.

Criminalgerichtliche Einvernehmung. S. Einvernehmung.

Criminalgerichts-Ärzte und **Wundärzte**. S. Ärzte, Sanitäts-Beamte, Wundärzte.

Criminalgerichts-Auscultanten. S. Auscultanten.

Criminalgerichtsbarkeit. S. Gerichtsbarkeit.

Criminalgerichts-Beamte. S. Beamte.

Criminalgerichts-Beisitzer. S. Beisitzer.

Criminalgerichts-Häuser. S. Criminalgerichte.

Criminalgerichts-Haus. Anstellung eines zweiten Seelsorgers in dem Wiener Criminalgerichts-Hause.

Justiz-Hofdecret vom 8. August 1845, S. 274, Nr. 900.

Criminalgerichts-Pflege. Der mit der Criminalgerichts-Pflege in Böhmen verbundene Aufwand wird vom Jahre 1846 angefangen, als Staats-Aufwand erklärt.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Februar 1845, S. 252, Nr. 867.

Criminalgeschäfts-Ausweise. S. Ausweise.

Criminal-Geständniß. S. Geständniß.

Criminal-Hauptbericht. Jährlich sind die Fälle, in welchen sich bei Anwendung der Strafgesetze Anstände ergeben haben, zugleich mit dem Criminal-Hauptberichte der obersten Justizstelle vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 14. Juli 1821, S. 39, Nr. 1779.

— Wie sich dabei zu benehmen sei.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1823, S. 143, Nr. 1937.

Criminal-Inquisiten. S. Inquisiten.

Criminal-Inquisition-Arrest. S. Arrest.

Criminal-Inquisitionshäuser. S. Criminalgerichte.

Criminal-Instanz. Bestellung des kaiserlichen Landrechtes zur rechtsprechenden ersten Criminal-Instanz in Steiermark.

Justiz-Hofdecret vom 1. Mai 1830, S. 196, Nr. 2462.

Criminal-Instruction. S. Instruction.

Criminalkosten sind vom 1. Februar 1821 an in Conventions-Münze zu entrichten und aufzurechnen.

Justiz-Hofdecret vom 9. März 1821, S. 12, Nr. 1745.

— Wie die Criminalkosten, um ihre Einbringung, wenn sie statt findet, zu sichern, von den landesfürstlichen Criminalgerichten der Landesstelle ausgewiesen werden sollen.

Justiz-Hofdecret vom 6. October 1821, S. 52, Nr. 1807.

— Daß nach dem Tode eines Inquisiten, mit welchem die Untersuchung geschlossen wurde, zu fällende Urtheil muß den zu leistenden Ersatz der Criminalkosten enthalten.

Justiz-Hofdecrete vom 1. März und 31. August 1822, S. 86 und 116, Nr. 1848 und 1890.

— Wer bei den zur Erhebung des Thatbestandes angezeigten Verbrechen abgeordneten Commissionen die Kosten zu tragen habe.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juni 1824, S. 210, Nr. 2013.

— Criminal-Urtheile sollen nicht enthalten, ob die Gerichtskosten einbringlich oder uneinbringlich seien.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1824, S. 268, Nr. 2044.

— Die gegenseitige Vergütung der Criminalkosten für Verhaftete, welche von Militär- an landesfürstliche Civilbehörden, oder von diesen an jene abgeliefert werden, hat ganz aufzuhören; bei den gutherrlichen Gerichten und jenen der freien Städte und Märkte bleibt es bei der bisher üblichen Vergütung der Kosten.

Justiz-Hofdecret vom 3. November 1826, S. 52, Nr. 2229.

— Jeder Criminal-Untersuchung ist das Verzeichniß der Criminalkosten beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1828, S. 142, Nr. 2378.

— Die Verpflichtung der Mitschuldigen, für den ganzen Betrag der Criminalkosten zu haften, tritt bei denjenigen nicht ein, welche wegen Verdachts eines gemeinschaftlich verübten Verbrechens in Untersuchung gezogen, aber wegen Mangels an Beweis losgesprochen worden sind.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1833, S. 73, Nr. 2583.

— Vergütung der Kosten des Landrechtes in Fällen, wo das Landrecht die Untersuchung dem ordentlichen Criminalgerichte zuweist.

Justiz-Hofdecret vom 22. März 1833, S. 86, Nr. 2604.

— Die Bewilligung der Nachsicht und Abschreibung der Criminalkosten bleibt der politischen Landesstelle überlassen.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1835, S. 4, Nr. 8.

— Bestimmung jener Criminalkosten, welche den herzoglich Sachsen-Weimingen'schen Gerichten zu ersetzen sind.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1835, S. 5, Nr. 10.

Criminalkosten für Criminal-Amtshandlungen fallen dem Criminalfonde der Provinz zur Last, in welcher die Amtshandlung vorgenommen wurde.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1841, S. 581, Nr. 539.

- Vorschrift über die Tragung der Untersuchungskosten bei schweren Polizeibertretungen in Delegationsfällen.

Hofkanzlei-Decret vom 3. December 1841, S. 656, Nr. 574.

- Vergütung der von der politischen Obrigkeit auf die Verpflegung eines Beschuldigten verwendeten Kosten, wenn derselbe zur Zahlung der Criminalkosten überhaupt verurtheilt wird.

Hofkanzlei-Decret vom 12. September 1843, S. 138, Nr. 739.

- Die Landgerichte Hainburg, Hohenburg, Sonnegg und Weissenegg in Kärnten haben an das Stadt- und Landrecht in Klagenfurt, als für diese Bezirke aufgestelltes Criminal-Untersuchungs- und Spruchgericht, einen Criminalkosten-Beitrag zu leisten.

Justiz-Ministerial-Decret vom 23. Mai 1848, S. 636, Nr. 1154.

Criminal-Obergericht. S. Appellationsgericht.

Criminal-Practikanten. S. Practikanten.

Criminal-Praxis. S. Praxis.

Criminal-Processe. S. Untersuchung.

Criminal-Rechtshilfe. Staatsvertrag mit den großherzoglich und herzoglich Sächsischen Häusern über die wechselseitige unentgeltliche Rechtshilfe in Criminalsachen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1835, S. 135, Nr. 2688.

Criminal-Richter. S. Richter.

Criminal-Richteramt. S. Richteramt.

Criminal-Richteramts-Candidaten. S. Practikanten.

Criminal-Richteramts-Prüfung. S. Prüfung.

Criminalsachen. S. Strafgesetz.

Criminal-Sanitäts-Personale. S. Instruction für das Sanitäts-Personale.

Criminal-Senat des Wiener Magistrates. S. Magistrat.

Criminal-Spruchgericht. S. Spruchgericht.

Criminal-Sträflinge. S. Sträflinge.

Criminal-Tabellen. S. Ausweise, Tabellen.

Criminal-Untergericht. S. Criminalgericht.

Criminal-Untersuchung. S. Untersuchung.

Criminal-Untersuchungs-Acten. S. Acten.

Criminal-Untersuchungs-Gefängniß. S. Arrest.

Criminal-Untersuchungsgericht. S. Untersuchungsgericht.

Criminal-Untersuchungskosten. S. Criminalkosten.

Criminal-Urtheil. S. Urtheile I in Strafsachen.

Criminal-Verbrecher. S. Sträflinge.

Criminal-Verfahren. Vorschrift über die höhere Revision der Beschlüsse der Criminalgerichte, wodurch von dem im Wege der Voruntersuchungen eingeleiteten Criminal-Verfahren abgelaufen wird.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1837, S. 163, Nr. 246.

- Pflicht der Behörden zu Anzeigen an die vorgesetzte Behörde über jene Beamte, welche sich eines Verbrechens schuldig gemacht haben, wenn auch wegen der eingetretenen Verjährung oder wegen rechtzeitig geleisteten Erlasses von dem Criminal-Verfahren abgelassen worden ist.

Justiz-Ministerial-Decret vom 30. Juni 1848, S. 643, Nr. 1166.

Criminal:Verhaft. S. Verhaft.

Criminal:Verhöre. S. Verhör.

Criminal:Voruntersuchung. S. Untersuchung.

Criminal:Zeugenverhöre. S. Verhöre.

Croatien. Aufrechterhaltung der Familienrechte rücksichtlich der adeligen Güter in Ilirisch-Croatien.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1821, S. 68, Nr. 1823.

- Wiedereinverleibung Cösl-Croatiens und eines Theiles des Küstenlandes mit Ungarn mit 1. November 1822.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1822, S. 121, Nr. 1904.

- Beibringung der Compagnie-Certificate über fruchtlos versuchten Vergleich im summarischen Verfahren bei den Militärgerichten in der croatischen Militärgränze.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

Croy. Dem Chef des herzoglichen Hauses Croy gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Crucifix. Die Eidesabnahme soll sowohl im civil- als criminalrechtlichen Verfahren vor einem Crucifixe und zwei brennenden Wachskerzen geschehen.

Justiz-Hofdecret vom 17. November 1826, S. 54, Nr. 2231.

- Die Aufstellung eines Crucifixes findet bei den Eiden helvetischer Confessions-Verwandten nicht Statt.

Justiz-Hofdecret vom 21. September 1832, S. 72, Nr. 2582.

Cultur. In den Grundbüchern Nieder-Österreichs sind die Steuergemeinden und die Culturgattung jeber Katastral-Parcelle einzutragen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. April 1846, S. 333, Nr. 958.

Cumulirung der vom Erasmus Grafen von Lichtenberg zu Gunsten des dem Staatsdienste sich widmenden jungen Adels der Provinz Krain gemachten Adjutenstiftung mit einem Adjutum aus dem Staatsschatze ist unzulässig.

Hofkammer-Decret vom 31. Juli 1844, S. 214, Nr. 822.

- Die Cumulirung des Besizes von Bauerngütern ist von den Kreisämtern in Ilirien, mit Ausnahme des Kreisamtes in Klagenfurt, nicht mehr zum Gegenstande ämtlicher Verhandlungen zu machen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. September 1844, S. 219, Nr. 827.

Curanden oder Minderjährigen gehörige Urkunden über Verträge, welche in das Verfach-Protokoll eingetragen werden, sind zu dem vormundschafilichen Gerichte zu deponiren.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juli 1822, S. 108, Nr. 1879.

- Die im Namen der Curanden abgeschlossenen Compromisse können von der ersten Instanz ohne Anfrage bei der zweiten genehmigt werden.

Justiz-Hofdecret vom 6. December 1822, S. 123, Nr. 1911.

- Abnahme des Zählgelbes von dem depositirten Vermögen der Curanden.

Justiz-Hofdecret vom 31. Mai 1823, S. 149, Nr. 1944.

- Vorschrift über die Einbringung der Forderungen der Curanden von Unterthanen und Gerichts-Insaßen des obervormundschafilichen Gerichtes.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juli 1825, S. 312, Nr. 2117.

- Wann deren Hauptvermögen auszuweisen, und Bericht über ihren Zustand zu erstatten ist.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1826, S. 2, Nr. 2158.

Curanden. Vorschrift über die Ausbezahlung der bei gutherrlichen Waisenämtern für Curanden angelegten Capitalien.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1826, S. 58, Nr. 2240.

- Vorschrift über die Abfertigung der Curanden in dem Falle, wenn verschiedenen Curanden gehörige Capitalien demselben Schuldner gegen eine die Namen und Anttheile der einzelnen Gläubiger ausweisende Obligation dargeliehen worden sind.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1828, S. 112, Nr. 2334.

- Bedingungen unter denen die Zinsfassionen von den Häusern in Wien und den Vorstädten bei Anlegung der Gelder der Curanden die Stelle der Schätzung vertreten können.

Justiz-Hofdecrete vom 10. Juli 1829, S. 165, Nr. 2418, und vom 29. Mai 1844, S. 210, Nr. 809.

- Vorschrift für die Vormundschaftsämtler und Magistrate über die Verabfolgung des aufbewahrten Vermögens an Curanden.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1837, S. 106, Nr. 172.

- Vorschrift über die Behandlung der den Curanden zusaßenden Capitalien, welche auf mit Demolirungs-Reversen behafteten Gebäuden vorgemerkt sind.

Justiz-Hofdecret vom 30. März 1840, S. 479, Nr. 418.

- Vorschrift über die Abfertigung der Curanden mit den auf den Namen eines jeden Einzelnen von ihnen gesetzmäßig angelegten Capitalien.

Hofkanzlei-Decret vom 1. April 1840, S. 480, Nr. 421.

- Vorschrift über die Anlegung der den Curanden gehörigen Gelbbeträge auf Häuser der Städte Prag, Brünn, Olmütz, Linz, Troppau, Graß, Klagenfurt, Laibach, Görz und Lemberg, mit Einschluß ihrer Vorstädte.

Justiz-Hofdecret vom 23. October 1843, S. 160, Nr. 755.

Curat-Clerus. S. Geistlichkeit.

Curatel. Die Curatelsgeschäfte über minderjährige Kinder eines Vaters, der seinen Wohnsitz ändert, hat jene Gerichtsbehörde zu übernehmen, welcher sich der Vater unterworfen hat.

Justiz-Hofdecret vom 6. Juli 1832, S. 64, Nr. 2569.

- Zur Delegation der Curatel an die der obersten Justizstelle nicht unterstehenden Behörden ist die Allerhöchste Genehmigung einzuholen.

Allerhöchste Entschliessung vom 19. Februar 1848, S. 493, Nr. 1120.

- Instruction über das Verfahren in Curatels-Angelegenheiten bei dem Magistrate in Czernowitz, und bei den Wirtschaftsämtlern und Gemeindegerichten in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 495, Nr. 1125.

Curator. Vorsicht und Gewissenhaftigkeit bei der Wahl der Curatoren und Vormünder; sie sind sorgfältig in ihrem Benehmen zu überwachen, wenn sie sich Etwas zu Schulden kommen lassen, nach den Gesetzen zu behandeln; dieß gilt auch in Ansehung der zu Amtsverrichtungen in Geschäften der freiwilligen Gerichtsbarkeit abgeordneten Gerichtspersonen.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1821, S. 34, Nr. 1771.

- Ob, wann, und mit welcher Rechtsbestimmung den Kindern in den Findel- und Waisenhäusern Vormünder oder Vermögens-Verwalter zu bestellen sind.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1822, S. 113, Nr. 1888.

- Dießfällige Vorschrift in Hinsicht auf die zur Militärgerichtsbarkeit gehörigen, in Findel- und Waisenhäusern versorgten Kinder.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1823, S. 151, Nr. 1948.

Curator. Aufstellung eines Curators für minderjährige Ungarn, welchen die wider dieselben von einer Gefälls-Administration geschöpften Notionen zugestellt werden sollen.

Justiz-Hofdecret vom 26. März 1831, S. 12, Nr. 2509.

- Die ungarischen Behörden haben für den in Ungarn befindlichen österreichischen Mündel einen Curator zu bestellen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1837, S. 133, Nr. 212.

- Bekanntmachung des Namens des gerichtlich bestellten Curators eines wahnsinnig oder blödsinnig Gewordenen an die Verwaltungsbehörde der Anstalt, in welche der Kranke untergebracht wird.

Justiz-Hofdecret vom 28. August 1837, S. 142, Nr. 220.

- Vorschrift über die Legitimation der Curatoren zur Erhebung der Interessen von den auf den Namen der Minderjährigen lautenden Obligationen.

Hofammer-Decret vom 22. November 1839, S. 359, Nr. 390.

- Vorschrift über die Legitimation der Curatoren zur Erhebung der Interessen von den bei der hofkriegsräthlichen Depositen-Administration erliegenden, zu Papiellar- und Curatelsmassen gehöri- gen Obligationen.

Hofammer-Decret vom 16. August 1842, S. 57, Nr. 633.

- Vorschrift für die Gerichtsbehörden erster Instanz über die Bestellung der gerichtlichen Curatoren.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1844, S. 192, Nr. 782

- Die Bestellung von Curatoren für unbekannte oder abwesende Erben zu dem Ende, daß sie sich im Namen derselben erklären sollen, sowie die Einantwortung einer Verlassenschaft an dieselben auf Grund der von ihnen ohne Vollmacht der Erben oder ihrer gesetzlichen Vertreter überreichten Erbsklärungen ist ungesetzlich.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1846, S. 389, Nr. 1000.

Curpfuscher. Bestrafung der Curpfuscher nach §. 98, II. Theiles des Strafgesetzes.

Hofkanglei-Decret vom 26. Februar 1836, S. 76, Nr. 128.

Curpfuscherei. Die unbefugte Ausübung der homöopathischen Heilmethode ist als Curpfuscherei zu bestrafen.

Hofkanglei-Decret vom 9. December 1846, S. 393, Nr. 1007.

Currentgeschäfte. S. Geschäfte.

Currentien. Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei dem Wiener Civilgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 8. August 1845, S. 273, Nr. 899.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei der Civil-Abtheilung des Prager Magistrates und bei dem Prager Mercantil- und Wechselgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1847, S. 406, Nr. 1026.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei dem böhmischen Landrechte.

Justiz-Hofdecret vom 1. April 1847, S. 455, Nr. 1053.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei den Collegialgerichten in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1847, S. 464, Nr. 1071.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei den Collegialgerichten in Innerösterreich und dem Küstenlande.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1847, S. 466, Nr. 1075.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei den Collegialgerichten in Tirol und Vorarlberg.

Justiz-Hofdecret vom 11. August 1847, S. 467, Nr. 1079.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei den Stadt- und Landrechten zu Linz und Salzburg.

Justiz-Hofdecret vom 19. August 1847, S. 468, Nr. 1081.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei den Gerichtsstellen in Galizien und in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1847, S. 474, Nr. 1092.

Currentmessen. S. Messen.

Curs. Bemessung der Erbssteuer von Obligationen und Bankactien nach dem Course derselben am Zahlungstage.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Jänner 1833, S. 76, Nr. 2590.

Curzola. Mit der Prätur zu Curzola in Dalmatien wird die Prätur zu Ragosta vereinigt.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1826, S. 8, Nr. 2170.

Ezaslau. Bestellung von noch zweier Advocaten im Ezaslauer Kreise in Böhmen, wovon der Eine in Ezaslau, der Andere in Deutschbrod seinen Wohnsitz zu nehmen hat.

Justiz-Hofdecret vom 1. Mai 1843, S. 121, Nr. 702.

Ezernowiz. Errichtung eines eigenen Criminalgerichtes daselbst für die ganze Bukowina und eines Stadt- und Landrecht für die Civilgeschäfte der Adelligen und Unadelligen.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1826, S. 4, Nr. 2161.

- Bei der bereits verfügten Zuweisung zweier unentgeltlicher Auscultanten für das Stadt- und Landrecht zu Ezernowiz, und eines solchen Auscultanten für das Criminalgericht daselbst, hat es sein Verbleiben.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1826, S. 36, Nr. 2207.

- Aus dem bisherigen Gerichtsprengel des Ezernowizer Stadt- und Landrecht wird die Herrschaft Radauz, Bukowiner Kreises, mit ihren unterstehenden Ortschaften, rücksichtlich ihrer unadelligen Einwohner, ausgeschieden, und dem Districts-Gerichte zu Suczawa zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 27. Juni 1829, S. 164, Nr. 2416.

- Bestimmung der Gerichtstaxen für den Magistrat zu Ezernowiz.

Hofkanzlei-Decret vom 19. September 1834, S. 126, Nr. 2669.

- Für das Landrecht zu Ezernowiz werden sechs Auscultanten und vier Adjuten, zur einen Hälfte mit 300 fl., und zur anderen Hälfte mit 200 fl. fixemistirt.

Justiz-Hofdecret vom 16. Jänner 1837, S. 102, Nr. 166.

- Vorschriften über die Behandlung der Currentien bei dem Stadt- und Landrechte zu Ezernowiz in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 21. Oktober 1847, S. 474, Nr. 1092.

- Instruction über das Verfahren außer Streitsachen bei dem Magistrate in Ezernowiz; derselbe hat am Schlusse eines jeden Jahres einen Ausweis aller während des Jahres verhandelten Verlassenschaften und eine Pupillartabelle an das galizische Appellations-Gericht einzusenden.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 495 und 514, Nr. 1125.

D.

Dänemark. Ausdehnung der Freizügigkeit zwischen Oesterreich und Dänemark auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen und dänischen Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Juli 1830, S. 203, Nr. 2473.

- Handels- und Schifffahrts-Vertrag mit dem Könige von Dänemark.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1834, S. 115, Nr. 2661.

- Vorschrift über die Ausstellung der Todtenscheine der in den k. k. Staaten verstorbenen dänischen, und in Dänemark verstorbenen österreichischen Unterthanen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Februar 1846, S. 315, Nr. 931.

Dalmatien. Bestimmung der Gebühren für Beamte der Präturen und Collegialgerichte in Dalmatien bei Dienstreisen.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1821, S. 44, Nr. 1793.

- Bestimmung der Zahl der Advocaten für Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 2. März 1822, S. 87, Nr. 1850.

Dalmatien. Wegen Besetzung der Dienstplätze bei den Präturen in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 16. März 1822, S. 87, Nr. 1852.

- Notare in Dalmatien dürfen den Parteien keine Abschriften von noch nicht publicirten Testamenten machen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Mai 1824, S. 201, Nr. 2002.

- Bei Besetzung der bei dem dalmatinischen Appellationsgerichte erledigten Dienstplätze ist auf die Kenntniß der deutschen Sprache der geeignete Bedacht zu nehmen, und sind die Expeditionen der obersten Justizstelle dahin, sobald es thunlich ist, in deutscher Sprache zu erlassen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juli 1824, S. 216, Nr. 2022.

- Bei Erledigung einer Prätoratsstelle in Dalmatien ist ein Concurrs auszuschreiben; Vorschrift über die Besetzung derselben.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1824, S. 269, Nr. 2048.

- Vorschrift über die Correspondenzform der dalmatinischen Collegialgerichte mit dem *judicium delegatum militare* und mit dem General-Commando.

Justiz-Hofdecret vom 19. November 1824, S. 270, Nr. 2050.

- Die Prätur zu Pagosta wird mit jener zu Curzola, die Prätur zu Arbe mit jener zu Pago vereinigt; die Präturen zu Pago und Scardona werden von der dritten zur zweiten Classe erhoben; die Prätur zu Dobrovazzo wird wegen Verminderung ihres Jurisdictionsbereiches aus der ersten in die zweite Classe gesetzt.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1826, S. 8, Nr. 2170.

- In Dalmatien dürfen an Sonn- und Feiertagen keine gerichtlichen Feilbietungen abgehalten werden.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1826, S. 30, Nr. 2197.

- Zu Trau in Dalmatien haben vor der Hand nur zwei Advocaten zu bestehen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juni 1827, S. 82, Nr. 2281.

- Nähere Bestimmung der Befugnisse der Advocaten im dalmatinischen Gouvernementsgebiete.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juni 1827, S. 82, Nr. 2281.

- Jurisdictionsnorm für Dalmatien.

Patent vom 10. September 1827, S. 91, Nr. 2303.

- Bestimmung des Termins zur Ablegung der Fiscalprüfung in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1828, S. 124, Nr. 2351.

- Welchen Sträflingen aus Dalmatien die Citabelle zu Gradiška als Strafart angewiesen ist.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1829, S. 161, Nr. 2408.

- Die Acten der in Dalmatien verstorbenen oder aus anderen Gründen außer Wirksamkeit getretenen Notare sind der Gerichtsbehörde des Bezirkes, in welchem der Notar seinen Wohnsitz hatte, zur Aufbewahrung zu übergeben.

Justiz-Hofdecrete vom 9. October 1829, S. 173, Nr. 2431.

- Vorschrift über das gerichtliche Verfahren in Streitigkeiten über eine Besitzföhrung in Dalmatien.

Hofkanzlei-Decret vom 8. October 1830, S. 210, Nr. 2487.

- Die Edicte über die in Dalmatien erledigten Dienstplätze sind in die dalmatinische Provinzial-Zeitung; die Edicte über die daselbst erledigten Rathsstellen aber zugleich auch in die Wiener Zeitung einzurüden.

Justiz-Hofdecret vom 16. Jänner 1835, S. 134, Nr. 2683.

- Bestimmung des Ranges zwischen dem Präses eines Collegialgerichtes erster Instanz in Dalmatien und einem Appellationsrathe.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1835, S. 4, Nr. 7.

Dalmatien. Die in der Allerhöchsten Entschliebung vom 28. Juli 1814 enthaltene nähere Bestimmung des §. 119 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, in Betreff der Wiedervertheilung getrennter Acatkoliken bei Lebzeiten des vorigen Gatten mit einer katholischen Person, wird auch in Dalmatien kundgemacht.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Juli 1835, S. 34, Nr. 61.

- In Dalmatien finden die bis 15. December 1796 (an welchem Tage die weisgalizische Gerichts-Ordnung unter der Benennung *Regolamento Generale del Processo Civile* eingeführt worden ist) über Gegenstände der Gerichts-Ordnung ergangenen Anordnungen keine Anwendung.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1835, S. 36, Nr. 67.

- Testirungs- und Erbfähigkeit der Erreligiosen in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1835, S. 40, Nr. 76.

- In die Hypothekenbücher Dalmatiens können die Urkunden nur in italienischer Sprache eingetragen werden.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1835, S. 65, Nr. 109.

- Befreiung der frommen Stiftungen und Anstalten in Dalmatien von der Zahlung des Zähl-geldes bei Erhebung von gerichtlichen Depositen.

Justiz-Hofdecret vom 26. Jänner 1836, S. 73, Nr. 119.

- Bestimmung der Zeugen- und Botengebühr in Dalmatien für die Vorurufung der Zeugen aus dem türkschen Gebiete vor die dalmatinischen Gerichte in Criminal-Angelegenheiten.

Hofammer-Decret vom 3. März 1837, S. 115, Nr. 180.

- Errichtung einer provisorischen Verggerichts-Substitution zu Sebenico in Dalmatien, welche dem dortigen Gubernium untergeordnet wird.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juli 1837, S. 133, Nr. 211.

- Vorschrift über die Behandlung der Streitsachen in Dalmatien, welche mit landesfürstlichen oder mit Privatlehen im Zusammenhange stehen.

Justiz-Hofdecret vom 8. October 1838, S. 279, Nr. 297.

- Kundmachung der über die Beweiskraft des in Criminalsachen vor einer Prätur abgelegten Geständnisses unterm 24. December 1817 erlassenen Verordnung in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 4. December 1838, S. 313, Nr. 314.

- Bestimmung der erforderlichen Eigenschaften der Bewerber um eine Prätorsstelle in Dalmatien; Vorschrift über die Aufnahme von Concepts-Praktikanten bei den dortigen Prätoren.

Hofkanzlei-Decret vom 21. September 1839, S. 351, Nr. 380.

- Vorschrift über die Beweiskraft der in criminali vor Prätoren, Prätors-Adjuncten oder Cancellieri in Dalmatien abgelegten Geständnisse.

Justiz-Hofdecret vom 31. März 1840, S. 480, Nr. 420.

- Vorschrift über die Behandlung der Gesuche um die Erlassung der Fedine criminali in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1842, S. 24, Nr. 609.

- Behandlung der bei den Collegialgerichten in Dalmatien wegen öffentlicher Gewaltthätigkeit durch boschafte Feldbeschädigungen gegen unbekannte Thäter abgeführten Criminal-Vorunter-suchungen.

Justiz-Hofdecret vom 30. Mai 1842, S. 42, Nr. 619.

- Die Notariatstaxen haben in Dalmatien unverändert fortzubestehen, und sind unabhängig von den Stempelgebühren zu bemessen, einzubeheben und zu verrechnen.

Hofammer-Decret vom 8. September 1842, S. 60, Nr. 640.

Dalmatien. Dem Fiscalamte in Dalmatien wird gestattet, vor Anstrengung der ordentlichen Klage bei dem Collegialgerichte zu Cattaro den Beklagten zu einer Tagelohnung vorladen zu lassen, bei welcher der Gegenstand durch Vermittlung des Gerichtes und mit Zuziehung eines Cameral- oder Kreisamts-Beamten gütlich auszugleichen versucht werde.

Justiz-Hofdecret vom 13. September 1842, S. 61, Nr. 641.

— Bei der Prätur zu Sebenico in Dalmatien wird ein dritter Advocat sistemisiert.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1842, S. 81, Nr. 668.

— Vorschrift über die Beförderung der amtlichen Correspondenz der Gerichtsbehörden in Dalmatien entweder durch die Briefpost, oder mittelst k. k. Marineschiffen oder den Dampfschiffen des österreichischen Kloybs.

Justiz-Hofdecret vom 17. Jänner 1843, S. 88, Nr. 673.

— Vorschrift für die Criminalgerichte und Präturen in Dalmatien über die Erhebung des Alters der Inquisiten und Zeugen bei fehlenden Taufscheinen bei Criminal-Untersuchungen.

Justiz-Hofdecret vom 26. September 1843, Nr. 141, Nr. 745.

— Bestimmung einer Belohnung von jährlichen 500 fl. für die bei einem Gerichte außer ihrem Amtsorte in Dalmatien verwendeten Auscultanten, gegen Einziehung ihres Adjutums und Vergütung der Reisekosten.

Justiz-Hofdecret vom 17. October 1843, S. 157, Nr. 752.

— Vorschrift über die Aufkündigung und Räumung gemieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in den Städten: Zara, Spalato, Ragusa, Cattaro, Sebenico und ihren Vorstädten in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1843, S. 175, Nr. 770.

— Vorschrift über die Behandlung der Criminal- und politischen Sträflinge in Dalmatien, hinsichtlich der Bettfournituren und der Beköstigung derselben.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1844, S. 210, Nr. 808.

— Gültigkeit der von Auditoriaten ausgestellten oder legalisirten Urkunden in Dalmatien auch bei den dortigen Hypothekenämtern.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1845, S. 257, Nr. 878.

— Montenegriner dürfen in Dalmatien keine Realitäten besitzen.

Justiz-Hofdecrete vom 6. August 1845, S. 273, Nr. 898, und 14. Jänner 1846, S. 308, Nr. 922.

— Die Verkäufer unbeweglicher Güter in Dalmatien können sich wegen Zahlung des Kaufschillings durch die Inscription auf die Güter der Käufer sicher stellen.

Justiz-Hofdecret vom 18. December 1845, S. 296, Nr. 916.

— Fristbestimmung von zwei Jahren zum Verkaufe der im Besitze von Montenegrinern befindlichen, in Dalmatien liegenden Realitäten.

Justiz-Hofdecret vom 14. Jänner 1846, S. 308, Nr. 922.

— Gerichtsstellen in Dalmatien sollen die Decrete über Besitzstörungen- und Executions-Angelegenheiten, dann Contumaz- und über Schuldbekennnisse geschöpfte Urtheile nicht in die Zahl der gefällten Civil-Urtheile in den vorzulegenden Geschäfts-Ausweisen einbeziehen, sondern lediglich in der Rubrik „Anmerkung“ der Zahl nach angeben, Processe nach der Ordnung ihrer Einlangung erlegend, die rückständigen in die Geschäfts-Ausweise aufnehmen und in dem Einbegleitungsberichte den Grund ihres Rückstandes rechtfertigen.

Justiz-Hofdecret vom 14. Mai 1846, S. 334, Nr. 961.

— Bestimmung der Erscheinungsgebühr für die als Zeugen in Criminal-Angelegenheiten vor dalmatinischen Gerichtsbehörden vorgerufenen Montenegriner.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1846, S. 355, Nr. 976.

— Wann Prätores in Dalmatien bei vorkommenden Rang- und Gehaltsvorrückungen in ihren innehabenden Posten zu belassen seien.

Justiz-Hofdecret vom 2. September 1846, S. 360, Nr. 982.

Dalmatien. Die Aufnahme der Notariats-Acten auf Grund der Artikel 46 und 71 des außer Wirksamkeit getretenen französischen Civilcöder ist in Dalmatien nicht erlaubt. — Competenz der dortigen Vormundschaftsbehörden zur Entscheidung über die Groß- oder Minderjährigkeit einer Person.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1034.

- Bestimmung der Diäten und Reisegebühren für Beamte, Diener, Kunstverständige, Zeugen und Dolmetsche bei den politischen und gemischten Präturen in Dalmatien für Amtshandlungen in ihrem Gerichtsprengel.

Hofkammer-Decret vom 7. März 1847, S. 426, Nr. 1040.

- Die von den Seelsorgern ausgefertigten Tauf-, Trauungs- und Todtenscheine sind Original-Urkunden, bedürfen aber in Dalmatien der Legalisirung des Ordinariates, welche von dem Gubernial-Präsidium bestätigt seyn muß, wenn die Parteien davon außer dem Gouvernement-gebiete Gebrauch machen wollen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1847, S. 454, Nr. 1052.

- Vorschrift hinsichtlich der Uebertragung der ordentlichen Criminal-Untersuchungen bis zur Urtheilsschöpfung von den Criminalgerichten in Dalmatien an die Präturen.

Justiz-Hofdecret vom 8. April 1847, S. 455, Nr. 1054.

- Bei Reisen der Beamten und Diener der Gerichtsstellen in Dalmatien in Criminal-Angelegenheiten ist als Amtsbezirk der ganze Kreis verstanden, auf welchen sich die Criminalgerichtsbarkeit erstreckt.

Hofkammer-Decret vom 5. Mai 1847, S. 460, Nr. 1062.

- Bestimmung der Diäten und Reisegebühren für die Cancellieri bei den Präturen in Dalmatien.

Hofkammer-Decret vom 5. Mai 1847, S. 460, Nr. 1062.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei den Collegialgerichten in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1847, S. 464, Nr. 1071.

- Das Collegialgericht in Cattaro und die Präturen in Castelnovo und Dubua haben die Vorschriften vom 2. Juni 1827 zu befolgen; die Zellbietungs-Edicte der in Execution gezogenen Realitäten sind im Gerichts- und dem Orte der zu veräußernden Realität bekannt zu machen und in das Amtsblatt einschalten zu lassen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1847, S. 465, Nr. 1073.

- Berechnung des zur Erneuerung der Hypothekar-Inscriptionen in Dalmatien vorgeschriebenen zehnjährigen Zeitraumes.

Justiz-Hofdecret vom 6. October 1847, S. 473, Nr. 1090.

- Bestimmung der Gebühren für Zeugen bei einfachen Polizei-Vergehen in Dalmatien.

Hofkanzlei-Decret vom 25. November 1847, S. 478, Nr. 1099.

- Errichtung einer Prätur dritter Classe zu Vergoraz in Dalmatien mit den Steuergemeinden Orta, Dufina, Mateka, Zavojaun mit Stiglie und Dragliane, Cotizza und Voglizza, Verlegung der Prätur Macaršca aus der ersten in die zweite Classe.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1848, S. 492, Nr. 1118.

- Errichtung einer gemischten Prätur dritter Classe zu Selve in Dalmatien.

Justiz-Hofdecrete vom 17. Februar 1848, S. 493, Nr. 1119.

- Einführung des summarischen Verfahrens bei den Gerichtsbehörden in Dalmatien für geringfügige Rechtsfachen.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

- Den zur Handhabung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in Dalmatien aufgestellten Personen dürfen die zu diesem Behufe nöthigen Waffen nicht durch Pfändung oder Beschlagnahme entzogen werden.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1848, S. 642, Nr. 1164.

Dampfkessel. Vorschrift über die Sicherheitsmaßregeln gegen die Gefahr von Explosionen bei Dampfkessel. Wann durch Uebertretung derselben eine schwere Polizei-Uebertretung begangen wird.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juni 1845, S. 266, Nr. 891.

Dampfmaschinen-Actien-Gesellschaft. Die Dampfmaschinen-Actien-Gesellschaft in Wien untersteht, wenn sie als Beklagte erscheint, mit Ausnahme der Realklagen, dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 11. September 1843, S. 137, Nr. 738.

Dampfschiffe. Beförderung der amtlichen Correspondenz der Gerichtsbehörden in Dalmatien durch die Dampfschiffe des österreichischen Lloyd's.

Justiz-Hofdecret vom 17. Jänner 1843, S. 88, Nr. 673.

Dampfschiffahrts-Gesellschaft. Bekanntgebung der §§. 7 und 9 der Statuten der privilegierten ersten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, deren persönlicher Gerichtsstand das niederösterreichische Landrecht ist.

Justiz-Hofdecret vom 5. August 1846, S. 355, Nr. 977.

Daniel (St.). Statt der privatherrschaftlichen Jurisdiction-Verwaltungen zu Quiska, Oberreifenberg, St. Daniel, Duino, Tolmein und Canale werden landesfürstliche Bezirksämter errichtet.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1847, S. 483, Nr. 1108.

Darlehen. Die Appellationsgerichte haben Sorge zu tragen, daß die von den Herrschaften als Darlehen aufgenommenen unterthänigen Waisengelber pragmatisch verpfändet seien, und dabei die mit Onerierung beschränkter Fideicommiss-Herrschaften genau im Auge zu halten.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1822, S. 107, Nr. 1875.

— Gutsherrn haben zu Darlehen aus der Waisencasse des eigenen Gutes die Genehmigung des Landrechtes durch das Kreisamt anzufuchen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Mai 1824, S. 209, Nr. 2010.

— Die Entschädigung wegen verzögerter Zahlung eines Darlehens darf die gesetzlichen Zinsen nicht übersteigen.

Justiz-Hofdecret vom 13. Juni 1828, S. 122, Nr. 2347.

— Anwendung der Vorschrift des §. 1333 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches auf alle Forderungen im Gelde, nicht aber auf Forderungen, welche keine Summe Geldes, sondern andere Sachen oder Leistungen zum Gegenstande haben, selbst wenn der Titel ein Darlehen ist.

Justiz-Hofdecret vom 18. Jänner 1842, S. 7, Nr. 592.

— Berichtigung des Wortlautes des §. 994 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches in der italienischen Uebersetzung.

Justiz-Hofdecret vom 5. März 1847, S. 436, Nr. 1043.

— Vorschrift über die Rückzahlung der in Gold- oder ausländischen Silber- dann Conventions-Münze überhaupt abgeschlossenen Darlehen.

Finanz-Ministerial-Erlässe vom 21. und 22. Mai 1848, S. 635 und 636, Nr. 1152 und 1153.

Patent vom 2. Juni 1848, S. 638, Nr. 1157.

— S. Verzögerungs-Zinsen.

Darstellung. Beschluß der deutschen Bundesversammlung zum Schutze der inländischen Verfasser dramatischer Werke gegen unbefugte Darstellung derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Mai 1841, S. 580, Nr. 537.

— Bestrafung der unbefugten Darstellung dramatischer Werke.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

Dauer. Bestimmung der Dauer der probeweisen Praxis der bei reinen Justizbehörden aufgenommenen unentgeltlichen Kanzlei-Accessisten.

Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1840, S. 383, Nr. 402.

— Bestimmung der Dauer von Verpachtungen der Grunderträge und Gerechtsame, dann von Wohnungs-Vermietungen der Pfründenbesitzer.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Jänner 1844, S. 189, Nr. 776.

Decan. Dem Decan der Universität ist die Entsetzung eines Advocaten bekannt zu machen.

Justiz-Hofdecret vom 1. December 1821, S. 65, Nr. 1819.

Dechante haben bei der canonischen Visitation die von den Pfarrern zu führenden zwei Copien der Tauf- und Trauungsbücher genau zu revidiren.

Hofkanzlei-Decret vom 27. Juni 1835, S. 27, Nr. 44.

Decrete. Richtige Anwendung des Stämpels bei Anstellungs-, Bewilligungs- und Anweisung-Decreten.

Hofkammer-Decret vom 19. November 1823, S. 162, Nr. 1973.

— Gleichförmige Classification der für das Richteramt geprüften Individuen in den Befähigungs-Decreten.

Justiz-Hofdecret vom 28. Februar 1824, S. 195, Nr. 1991.

— Jedem zu einer Substitution berufenen Individuum ist von seiner Behörde ein eigenes Decret über die Art der Dienstes-Substitution auszufertigen.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1824, S. 264, Nr. 2034.

— In den Urtheilen eines delegirten Gerichtes ist das Decret der Delegation und das ordentliche Gericht auszudrücken.

Justiz-Hofdecret vom 15. Jänner 1825, S. 286, Nr. 2065.

— Stämpelbestimmung für Befoldungs- und Quartiergeldes-Anweisung-Decrete.

Hofkammer-Decret vom 19. Jänner 1825, S. 287, Nr. 2067.

— Stämpelbestimmung für Duplicate gerichtlicher Entscheidungen und Decrete.

Hofkammer-Decret vom 8. März 1837, S. 115, Nr. 181.

— über Besitzstörungs- und Executions-Angelegenheiten sollen die Gerichtsbehörden nicht in die Zahl der gefällten Civil-Urtheile in den vorzulegenden Geschäftsausweisen einbeziehen, sondern lediglich in der Rubrik „Anmerkung“ der Zahl nach angeben.

Justiz-Hofdecret vom 14. Mai 1846, S. 334, Nr. 961.

Deficientengehalte des Curat-Clerus aus dem Religionsfonde dürfen nicht mit Execution belegt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 13. October 1843, S. 149, Nr. 750.

Degradirte Beamte. S. Beamte, Rang.

Degradirung. Wirkungskreis der landesfürstlichen Collegial-Gerichte erster und zweiter Instanz, in Rücksicht der Degradirung ihrer Beamten; die der Kerkermeister, Gefangenwärter und ihrer Gehilfen bleibt den Appellationsgerichten überlassen.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

Delegation. Vorschrift über die Delegation der Justiziäre zur Verwaltung der Gerichtsbarkeit auf anderen benachbarten Dominien.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juli 1821, S. 39, Nr. 1780.

— Vorschrift über die Delegation landesfürstlicher Beamten, z. B. Aerzte, Kreis-Ingenieure u. dgl. in ihrer Eigenschaft als Kunstverständige zu gerichtlichen Commissionen von Seiten der Landrechte.

Justiz-Hofdecret vom 27. Juli 1821, S. 41, Nr. 1783.

— In den Civil-Urtheilen eines delegirten Gerichtes ist das Decret der Delegation und das ordentliche Gericht auszudrücken.

Justiz-Hofdecret vom 15. Jänner 1825, S. 286, Nr. 2065.

Delegation. Dinsten dürfen nur die Uebnahme der Delegation einer permanenten fremden Gerichtsbarkeit verweigern.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1825, S. 290, Nr. 2076.

- Das Stadt- und Landrecht zu Innsbruck kann sich zur Erleichterung der Parteien in allen thunlichen Fällen der Delegation an die Landgerichte bedienen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Februar 1826, S. 5, Nr. 2162.

- Die Delegirungen in Civil- und Criminal-Rechtsangelegenheiten, wodurch die Gerichtsbarkeit aus dem Sprengel eines Appellationsgerichtes in jenen eines anderen übertragen wird, finden nur mit Genehmigung der obersten Justizstelle Statt. Die Delegation von einem Richter erster Instanz zum anderen können die Appellationsgerichte innerhalb ihres Sprengels bewilligen.

Justiz-Hofdecret vom 9. November 1827, S. 104, Nr. 2317.

- Nähere Bestimmung des Rechtes der Delegation der gutherrlichen Gerichtsbarkeit mit Rücksicht auf die Entfernung des delegirten Gerichtes.

Justiz-Hofdecret vom 8. August 1828, S. 130, Nr. 2358.

- zur Provinzial-Fiscal-Prüfung wird von der allgemeinen Hofkammer bewilliget.

Hofkammer-Decret vom 24. December 1834, S. 132, Nr. 2680.

- Vorschrift über die Tragung der Untersuchungskosten bei schweren Polizei-Übertretungen in Delegationsfällen.

Hofkanzlei-Decret vom 3. December 1841, S. 656, Nr. 574.

- Zur Delegation der Ober-Vormundschaft oder Curatel an die der obersten Justizstelle nicht unterstehenden Behörden ist die Genehmigung Seiner Majestät einzuholen.

Allerhöchste Entschließung vom 19. Februar 1848, S. 493, Nr. 1120.

Delegirte Gerichtsbarkeit. S. Gerichtsbarkeit.

Delegirtes Gericht. S. Delegation, Gerichtsstellen.

Delegirung. S. Delegation.

Demolirungs-Reverse. Beschränkung der Hypothekarsicherheit solcher Gebäude, auf welchen in die öffentlichen Bücher eingetragene Demolirungs-Reverse haften.

Justiz-Hofdecret vom 30. März 1840, S. 479, Nr. 418.

Denunciant. S. Anzeiger.

Depositen. Derselbe, womit ein gerichtliches Depositum zurückgewiesen, angenommen, oder der Partei wieder verabsolgt wird, sind bei landesfürstlichen Collegialgerichten erster Instanz in voller Rathversammlung vorzutragen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1822, S. 76, Nr. 1836.

- Abnahme des Zählgeldes von den von der Verwaltung der freiwilligen Gerichtsbarkeit herührenden Depositen, und dem Vermögen der Mündel und Curanden; dessen Nichtabnahme von den aus Pupillar- oder Curatelsmassen zur Bezahlung einer Schuld der Letzteren verabsolgt Depositen.

Justiz-Hofdecret vom 31. Mai 1823, S. 149, Nr. 1944.

- Depositen-Zählgeld sind die Kirchen von den ihnen zufallenden Erbschaften zu entrichten nicht verbunden.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1828, S. 109, Nr. 2327.

- Beamte der Guts Herren, Städte und Gemeinden, denen gerichtliche Depositen anvertraut werden, sind zu beedigen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juli 1829, S. 166, Nr. 2419.

- Strafe der Veruntreuung der Depositengelder im Villacher Kreise Krain, und dem Küstenlande.

Hofkanzlei-Decret vom 8. März 1832, S. 35, Nr. 2552.

- Vorschrift über die Behandlung der bei den Gerichtsstellen befindlichen Depositen, hinsichtlich welcher der Grund des Erlages nicht mehr besteht.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1835, S. 5, Nr. 9.

Depositen. Bestreitung der frommen Stiftungen und Anstalten in Dalmatien von der Zahlung des Zählgeldes bei Erhebung von gerichtlichen Depositen.

Justiz-Hofdecret vom 26. Jänner 1836, S. 73, Nr. 119.

- Vorschrift über die Vornahme der Execution der Einkünfte eines wegen Ersäßen an die Depositenkasse sequestrirten Pfarrers.

Hofkanzlei-Decret vom 20. März 1836, S. 78, Nr. 132.

- Den mit der Haftung für die Depositen beauftragten Beamten der landesfürstlichen Bezirksobrigkeiten, dann der landesfürstlichen Land- und Pfliegerichte wird die Abnahme des gesetzlich entfallenden Zählgeldes gestattet.

Hofkammer-Decret vom 6. December 1836, S. 94, Nr. 160.

- Auffuchung und Verzeichnung der bei den Civil-Justizbehörden befindlichen Depositen, die dem Fiscus heimgefallen seyn könnten, und deren Abgabe an die Staatscassen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1837, S. 106, Nr. 170.

- Von welchem Zeitraume an das Caducitätsrecht auf die seit 32 Jahren oder noch länger liegenden Depositen unbekannter Eigenthümer beginne.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1837, S. 108, Nr. 173.

- Daß dem Fiscus und dem Wiener Magistrate in Rücksicht der über 32 Jahren alten Depositen zustehende Heimfallsrecht erstreckt sich nicht auf deponirte Privat-Schuldbriefe und andere Privat-Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 1. Mai 1837, S. 123, Nr. 199.

- Vorschrift über die Abnahme der Depositengebühren bei allen Civil- und Militärgerichten.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 24. Mai 1840, S. 498, Nr. 442.

- Vorschrift für Gerichtsbehörden über die Vormerkung gerichtlicher Verbote auf Depositen und rücksichtlich ihrer Zinsen, welche bei dem Staatsschulden-Tilgungsfonde fruchtbringend angelegt sind.

Hofkammer-Decret vom 21. October 1840, S. 534, Nr. 470.

- Vorschrift über die Einhebung der Depositengebühren bei den landesfürstlichen Pfliegerichten im Inn- und Salzburger Kreise.

Hofkammer-Decret vom 24. November 1840, S. 539, Nr. 481.

- Die Leitung des Haupt-Depositenamtes der Stadt Wien und die Ernennung der dabei angestellten Beamten und Diener, gebührt dem politisch-öconomischen Magistrate.

Justiz-Hofdecret vom 13. April, 1841, S. 569, Nr. 524.

- Vorschrift über die Vormerkung der gerichtlichen Verbote auf die bei dem Staatsschulden-Tilgungsfonde fruchtbringend angelegten ungarischen und siebenbürgischen Depositen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Mai 1841, S. 573, Nr. 530.

- Wirkungskreis der politischen und Justiz-Behörden über die Bemessung und Abnahme des Depositen-Zählgeldes.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Mai 1841, S. 577, Nr. 533.

- Bei welchen Depositen zum Behufe des Heimfalls die Bestimmung eines Zeitraumes von 30 Jahren nach ihrem Erlage zur Ebictal-Vorladung der unbekannten Eigenthümer derselben eingutreten hat.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Jänner 1842, S. 5, Nr. 587.

- Anlegung der Depositengelder bei dem Staatsschulden-Tilgungsfonde.

Justiz-Hofdecret vom 31. Mai 1848, S. 637, Nr. 1156.

Finanz-Ministerial-Decret vom 6. Juni 1848, S. 640, Nr. 1160.

Depositen. Die bei den Militärgerichten und bei den städtischen oder Gemeinde-Depositenämtern erliegenden baren Summen sind bei dem Staatsschulden-Tilgungsfonde anzulegen, und von dieser Anlegung bloß die Depositen bei dem Wiener städtischen Civilgerichte ausgenommen.

Finanz-Ministerial-Decret vom 6. Juni 1848, S. 640, Nr. 1160.

- Instruction für die Tilgungsfonds-Hauptcasse über das Verfahren bei Rückzahlung erlegter gerichtlicher Depositen.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juli 1848, S. 646, Nr. 1170.

- Befreiung der Depositenämter bei Absendung gerichtlicher Depositen an die Staatsschulden-Tilgungsfonds-Hauptcasse vom Postporto.

Finanz-Ministerial-Decret vom 26. August 1848, S. 655, Nr. 1177.

Depositen-Administration. Vorschrift über das Verfahren bei Interessen-Ueberweisungen von den bei der kriegsgeräthlichen Depositen-Administration erliegenden zu Pupillar- und Curatelsmassen gehörigen Obligationen.

Hofkammer-Decret vom 16. August 1842, S. 57, Nr. 633.

Depositenamt. Stämpelfreiheit der Quittungen über die aus Criminal-Depositen-Ämtern erhobenen Gelder und Sachen.

Justiz-Hofdecret vom 20. December 1834, S. 131, Nr. 2678.

- Die Leitung des Haupt-Depositenamtes der Stadt Wien und die Ernennung der dabei angestellten Beamten und Diener gebührt dem politisch-öconomischen Magistrats.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 569, Nr. 524.

- Mit den Criminalacten sind echte Geldbeträge nicht an den höheren Richter einzusenden, sondern nur die Empfangsscheine des Depositenamtes über den dahin geschehenen Erlag dieser Geldbeträge beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 9. August 1842, S. 57, Nr. 631.

- Die bei Militärgerichten und bei den städtischen oder Gemeinde-Depositenämtern erliegenden baren Summen sind bei dem Staatsschulden-Tilgungsfonde anzulegen, und von dieser Anlegung bloß die Depositen bei dem Wiener städtischen Civilgerichte ausgenommen.

Finanz-Ministerial-Decret vom 6. Juni 1848, S. 640, Nr. 1160.

- Befreiung der Depositenämter bei Absendung gerichtlicher Depositen an die Staatsschulden-Tilgungsfonds-Hauptcasse vom Postporto.

Finanz-Ministerial-Decret vom 26. August 1848, S. 655, Nr. 1177.

Depositenamts-Rechnungen haben die Magistrate schutzobrigkeitlicher Städte ihren Schutz-Obrigkeiten jährlich zur Revision vorzulegen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. October 1828, S. 133, Nr. 2363.

Depositenbeamte der Gutsherren, Städte und Gemeinden, denen gerichtliche Depositen anvertraut werden, sind zu beeidigen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juli 1829, S. 166, Nr. 2419.

Depositencaffen. Strafbestimmung auf die unredliche Verwaltung der obrigkeitlichen Waisen- und Depositencaffen.

Justiz-Hofdecret vom 13. Juli 1827, S. 87, Nr. 2291.

- Vorschrift über die Verwahrung und Controle der Depositencaffe bei dem Czernowitzer Magistrats und den Gemeindegewichten und Wirthschaftsämtern in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 516, Nr. 1125.

Depositen-gelder. Vorschrift über die Anlegung der Depositen-gelder in dreipercntigen Central-Casse-Anweisungen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1847, S. 418, Nr. 1031.

- S. Depositen, Waisengelder.

Depositen-Zählgeld. S. Zählgeld.

Descendenten. Unter dem in dem für Währen erfolgten Patente vom 4. Juli 1749, hinsichtlich der von den Verlassenschaften zu entrichtenden Invalidenfonds-Beiträge gebrachten Ausdrucke: *Sui haeredes* oder *Leibeserben*, sind nur Descendenten, und unter dem Ausdrucke: *Haeredes extranei*, alle übrigen Erben, daher auch die Ascendenten einbegriffen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. November 1842, S. 74, Nr. 655.

Deserteur. Die bei den Behörden sich fälschlich für Deserteure ausgebenden Individuen sind als Betrüger zu behandeln; wann nur die für Deserteure sich Ausgebenden von dem Militär übernommen werden können.

Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1822, S. 93, Nr. 1866.

— Ergänzung des unterm 25. März 1818 kundgemachten Staatsvertrages mit Parma, wegen wechselseitiger Auslieferung der Deserteure.

Hofkanzlei-Decret vom 1. Februar 1836, S. 73, Nr. 121.

— Aufhebung der auf Militär-Desertionsfälle bisher bestandenen Vermögens-Einziehung der Deserteure und Einführung von Entschädigungs-Pauschalien.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1842, S. 10, Nr. 599.

— Staatsvertrag zwischen Oesterreich und der Republik Mexico, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteure der Kriegs- und Handelsschiffe.

Vom 28. Juli 1842, S. 45, Nr. 626.

— Verpflichtung der Finanzwache zur Anhaltung der Militär-Ausreißer (Deserteure).

Hofkammer-Decret vom 21. April 1843, S. 105, Nr. 696.

— Staatsvertrag zwischen Oesterreich und dem Königreiche beider Sicilien, über die wechselseitige Auslieferung der Deserteure.

Vom 24. December 1845, S. 297, Nr. 917.

— Staatsvertrag zwischen Oesterreich und dem Königreiche beider Sicilien, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteure von Kriegs- oder Handelsschiffen.

Vom 4. Juli 1846, S. 340, Nr. 973.

— Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Rußland, über die wechselseitige Auslieferung der Deserteure von Kriegs- oder Handelsschiffen.

Vom 20. Juli 1846, S. 348, Nr. 974.

Deservit. Wegen nicht bezahlten Deservits ist den Gränzlämmerern in Galizien nicht zu gestatten, die gerichtliche Execution wider ihre Schuldner selbst vorzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1829, S. 161, Nr. 2409.

Deßau. S. Anhalt.

Deutschbrod. Von den für den Gzablauer Kreis in Böhmen noch weiters bewilligten zwei Advocaten hat Einer in Deutschbrod seinen Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Mai 1848, S. 121, Nr. 702.

Deutsche Bundesversammlung. S. Bundesstaaten.

Deutsche Fürsten (mediatisirte). S. Fürsten.

Deutsche Lehen. S. Lehen.

Deutsche Ordens-Commende. Vorschrift über die Ausübung der Civil- und Criminal-Gerichtbarkeit über die in dem deutschen Ordensgebäude zu Sachsenhausen bei Frankfurt am Main wohnenden österreichischen Unterthanen.

Justiz-Hofdecret vom 25. October 1842, S. 64, Nr. 651.

Deutsche Sprache. S. Sprache.

Deutsches Ordensgericht. S. Deutsche Ordenscommende.

Deutschen-Ofen. Das heimgeflagte Patrimonialgericht Deutschen-Ofen in Tirol wird mit dem landesherrlichen Landgerichte zu Karneid vereinigt.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1827, S. 70, Nr. 2260.

Deutscher Bund. Bestrafung der Verbrechen gegen denselben.

Patent vom 24. October 1837, S. 149, Nr. 236, und

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1837, S. 152, Nr. 239.

— S. Bundesstaaten.

Deutscher Orden. Errichtung des Institutes der Schwestern des deutschen Ordens zu Lana in Tirol und Troppau in Schlessen; Befreiung derselben auf unbestimmte Zeit vom Amortisationsgesetze, dann Bestimmungen über die gesetzliche Erbfolge derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1843, S. 141, Nr. 746.

Deutscher Ritters-Orden. Reconstituierung desselben in den österreichischen Staaten.

Patent vom 28. Juni 1840, S. 509, Nr. 451.

Deutsches Bundesgebiet. S. Bundesstaaten.

Deutschkatholiken. Vorschrift über die Behandlung der Secte der Deutschkatholiken in den österreichischen Staaten.

Hofkanzlei-Präsidial-Schreiben vom 26. Jänner 1846, S. 308, Nr. 923.

Deutschland. Vorschrift über die Gültigkeit der Familien-Verträge der vormalig reichständischen oder reichsunmittelbaren Familien Deutschlands in den zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen Staaten.

Justiz-Hofdecret vom 19. September 1836, S. 92, Nr. 156.

Devinculirung. Vorschrift über die Devinculirung der Dienst-Cautionen der Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1824, S. 199, Nr. 1998.

— Vorschrift über das Verfahren bei Devinculirung der Cautionen der öffentlichen Geschäftsführer und Agenten.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Februar 1838, S. 170, Nr. 255.

— S. Caution.

Diätal-Artikel. Aufhebung des 17. Diätal-Artikels des Jahres 1792, und Vorschrift in Betreff der Execution der Urtheile österreichischer nicht ungarischer Wechselgerichte in Ungarn, in Wechsel-, Handels- und Lieferungs-Geschäften.

Justiz-Hofdecret vom 13. März 1843, S. 100, Nr. 688.

Diäten für adeliche Schägelleute landtätslicher Güter in Galizien bei ämtlichen Reisen.

Justiz-Hofdecret vom 23. März 1821, S. 14, Nr. 1750.

— Die Gränzämter in Galizien haben künftig ihre Diäten mit vier Gulden außer, und mit zwei Gulden in ihrem Wohnorte, ihre Amtsboten die Weggelder mit fünfzehn Kreuzer für jede Meile in Conventions-Münze zu liquidiren und zu beziehen.

Justiz-Hofdecret vom 3. November 1821, S. 58, Nr. 1813.

— für das Personale der fürstlichen Landrechte in Schlessen.

Justiz-Hofdecret vom 5. October 1822, S. 119, Nr. 1898.

— für Criminal-Auscultanten, Accessisten und Practikanten bei den galizischen Criminalgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1823, S. 141, Nr. 1934.

— Wegen Vergütung der Fuhr- und Zehrungskosten für das Sanitäts-Perfonale bei Dienstverrichtungen in einer nahen Gegend.

Hofkammer-Decret vom 19. Mai 1823, S. 146, Nr. 1942.

— Bestimmung hinsichtlich der Diäten und Reisekosten für Landgerichtsbeamte in Tirol.

Justiz-Hofdecret vom 26. August 1823, S. 159, Nr. 1964.

— Herabsetzung der Diäten um ein Fünftel.

Justiz-Hofdecret vom 10. September 1825, S. 320, Nr. 2131.

— Bestimmung der Diäten für Collegialgerichtsbeamte bei Dienstreisen in Criminalgeschäften, und für Sanitätsbeamte.

Justiz-Hofdecret vom 20. März 1826, S. 14, Nr. 2176.

Diäten für substituirte Beamte, Quiescenten und Pensionisten.

Justiz-Hofdecret vom 28. März 1828, S. 111, Nr. 2332.

- Die landesfürstlichen Bezirkscommissäre im Laibacher Gouvernementsgebiete erhalten aus den Staatscassen die Diäten der neunten, von Gemeinden-Bezirkscaffen oder Partelen aber der zehnten Classe.

Hofkammer-Decret vom 16. April 1828, S. 118, Nr. 2339.

- Bestimmung der Diäten für gerichtliche Feldmesser in Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juni 1828, S. 123, Nr. 2349

- Die Concepts-Practikanten der Landgerichte in Tirol haben, wenn sie zur zeitlichen Aushilfe von einem Landgerichte zum anderen überseht werden, in der Regel nur die Vergütung der Reisekosten, keine Tagelöhner oder andere Belohnung ihrer Aushilfsdienste zu fordern. Nur aus besonderen Gründen und im Falle der Substituierung auf einen erledigten Dienstposten kann ihnen eine angemessene Entschädigung bewilliget werden.

Justiz-Hofdecret vom 2. Jänner 1830, S. 181, Nr. 2445.

- Den auf Localcommissionen außer dem gewöhnlichen Wohnorte versendeten Criminalgerichts-Beamten gebührt die Vergütung der Reisekosten und Diäten, nicht aber den jure delegato oder proprio einschreitenden Dominicalgerichts-Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 15. October 1830, S. 214, Nr. 2488.

- Behandlung der Criminalgerichts-Beisitzer hinsichtlich der Fuhr- und Zehrungskosten.

Hofkanzlei-Decret vom 27. Jänner 1832, S. 31, Nr. 2547.

- Nähere Bestimmung des Justiz-Hofdecretes vom 10. October 1818 über die Anrechnung der Diäten und Reisekosten bei Criminal-Untersuchungen.

Justiz-Hofdecret vom 23. März 1832, S. 36, Nr. 2554.

- werden den Gerichtsgehilfen im Küstenlande nicht vergütet.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1834, S. 121, Nr. 2667.

- Die Diäten der in Criminal-Angelegenheiten verwendeten Privatärzte und anderer Kunstverständiger können mit gerichtlichem Verbote und Execution belegt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Juni 1835, S. 24, Nr. 40.

- Wann Diäten mit gerichtlichen Verboten belegt und in Execution gezogen werden können; die damit Bethellten sind, wenn sie sich als muthwillige oder leichtsinnige Schuldenmacher darstellen, des Dienstes zu entlassen.

Hofkanzlei-Decret vom 22. August 1835, S. 42, Nr. 80.

- In welchen Fällen der Abzug des Diäten-Fünftheiles auch bei Abjustirung der aus Privatacassen zu berechtigenden Reise-Particularien statt zu finden habe.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Jänner 1841, S. 551, Nr. 494.

- Anwendung des Diäten-Normales vom Jahre 1812 bei Vergütung der Reise- und Zehrungskosten für das Sanitäts-Personale und andere Kunstverständige in den österreichischen Provinzen, mit Ausnahme des lombardisch-venetianischen Königreiches, bei außerordentlichen Leistungen in Criminal- und Polizei-Angelegenheiten.

Hofkanzlei-Decret vom 25. März 1841, S. 565, Nr. 517.

- Den Kreiscommissären gebühren bei Untersuchungen über schwere Polizeiübertretung und einfache Polizeivergehen keine Diäten.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1841, S. 581, Nr. 540.

- Den in Commissionsgeschäften reisenden Sanitätsbeamten gebühren für verwendete halbe Tage nur die halben Diäten.

Hofkammer-Decret vom 5. Juni 1841, S. 583, Nr. 543.

- Hinsichtlich der von dem Sanitäts-Personale verwendeten halben Commissionstage hat es bei dem ursprünglichen Diäten-Außeße unverändert zu bleiben.

Hofkammer-Decret vom 17. Mai 1843, S. 121, Nr. 705.

Diäten. Bestimmung der Diäten für Beamte, Diener, Kunstverständige, Aerzte, Wundärzte, Zeugen und Dolmetsche in Dalmatien für Acte und Commissionen, welche sie in ihrem Gerichtssprengel vornehmen; dann Bestimmung der Diätenclasse für die Cancellieri der Präturen in Dalmatien.

Hofkammer-Decret vom 3. März 1847, S. 426, Nr. 1040.

- Bestimmung der Diäten für die Cancellieri bei den Präturen in Dalmatien.

Hofkammer-Decret vom 5. Mai 1847, S. 460, Nr. 1062.

- Vorschrift über die Behandlung der mit einem Adjutum theilten Prätors-Concept-Practikanten hinsichtlich der Diäten und Reisegebühren.

Hofkanzlei-Decret vom 30. August 1847, S. 468, Nr. 1082.

- S. Landgerichte.

Diätenclasse. S. Diäten.

Diebe. Vorschrift für Zollämter über das zollamtliche Verfahren, wenn die im Inlande entwendeten und den Dieben im Auslande abgenommenen Gegenstände als Corpora delicti von einer anderen strafgerichtlichen Behörde des Auslandes, als einem Criminalgerichte, an eine andere öffentliche Behörde des österreichischen Zollgebietes, als an ein Criminalgericht, eingesendet werden.

Hofkammer-Decret vom 26. September 1847, S. 472, Nr. 1089.

Diebstahl. Erläuterung in Beziehung auf den §. 167, I. Theils des Strafgesetzes.

Justiz-Hofdecret vom 14. Jänner 1822, S. 72, Nr. 1829.

- Wenn der Diebstahl bereits von dem Beschädigten gerichtlich angezeigt, der Thäter aber noch unbekannt ist, und die Zurückstellung oder Vergütung freiwillig und früher leistet, ehe er entdeckt wird, findet der §. 216, II. Theils des Strafgesetzes, allerdings seine Anwendung.

Hofkanzlei-Decret vom 18. April 1822, S. 95, Nr. 1868.

- Bestrafung des von Lehrlingen an ihren Meistern verübten Diebstahls.

Justiz-Hofdecret vom 24. April 1827, S. 79, Nr. 2275.

- Bestrafung des Diebstahls am Laube der Maulbeerbäume.

Justiz-Hofdecret vom 30. August 1833, S. 101, Nr. 2628.

- In welchen Fällen die Bestrafung eines verziehenen oder stillschweigend nachgesehenen Diebstahls nicht mehr angesucht werden kann.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Februar 1836, S. 75, Nr. 125.

- Wann der Diebstahlsversuch zum Verbrechen werde, und nach §. 156, I. Theils des Strafgesetzes, zu bestrafen sei.

Justiz-Hofdecret vom 6. März 1838, S. 173, Nr. 261.

- Beantwortung der Frage, ob die Entwendung von Versatzzetteln als Diebstahl anzusehen sei.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Mai 1840, S. 490, Nr. 437.

- Wann die Theilnahme am Diebstahle nicht als Verbrechen zu behandeln sei.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1841, S. 657, Nr. 576.

- Die Theilnahme und Mithschuld am Diebstahle ist, wenn derselbe lediglich aus der Eigenschaft des Thäters nach §. 156, I. Theils des Strafgesetzes, diesem als Verbrechen zugerechnet ist, nicht als Verbrechen zu behandeln.

Justiz-Hofdecret vom 10. Juni 1843, S. 123, Nr. 711.

- Vorschrift über das Verfahren bei Bestrafung des Holzdiebstahls an den Holzschwemmen.

Hofkanzlei-Decret vom 5. März 1846, S. 320, Nr. 943.

- Vorschrift über die Bestrafung des Familienhauptes wegen von ihm an Familiengliedern verübten Entwendungen.

Hofkanzlei-Decret vom 8. October 1846, S. 374, Nr. 989.

Diebstahlsversuch. S. Diebstahl.

Diener. S. Dienerschaft.**Dienerwitwen** (niedere). **S. Witwen.****Dienerschaft.** Vorschrift über die Einziehung des Quartiergeldes von den pensionirten oder quiescirten oder außer die Residenz übersehten Dienerschaft.

Hofkanzlei-Decret vom 13. August 1823, S. 158, Nr. 1962.

- Bestimmung der Alimentations-Gebühr für die suspendirte Dienerschaft.

Justiz-Hofdecret vom 2. September 1823, S. 159, Nr. 1965.

- Die pensionirten oder provisionirten landesfürstlichen Diener sind, wenn sie eine besoldete Dienststelle bei einer Fonds- oder ständischen Behörde, bei dem Magistrate einer landesfürstlichen Stadt oder eines landesfürstlichen Marktes antreten, zum Fortbezuge ihrer Pension oder Provision nicht berechtigt.

Hofkammer-Decret vom 16. Juli 1826 und 22. April 1831, S. 13, Nr. 2513.

- Behandlung der suspendirten minderen Diener nach der Allerhöchsten Entschliessung vom 16. Februar 1828.

Hofkammer-Decret vom 17. Februar 1829, S. 145, Nr. 2385.

- Bestimmung der Alimentation für die vom Amte und Gehalte suspendirten minderen Diener.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1829, S. 166, Nr. 2420.

- Vorschrift über die Behandlung der Waisen solcher Beamten oder minderen Diener, welche sich eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Übertretung oder eines anderen Vergehens schuldig gemacht haben, und während der Untersuchung, jedoch vor dem Urtheile oder Erkenntnisse gestorben sind, oder deren pflichtwidrige Handlungen erst nach ihrem Tode, jedoch vor der Anweisung der Pension oder Provision oder der Unterhaltsbeiträge entdeckt worden sind.

Justiz-Hofdecret vom 23. Jänner 1830, S. 182, Nr. 2447.

- Den Berathschlagungen der vereinigten Cameral-Gefällen-Verwaltung, über die Entlassung eines ihr unterstehenden Dieners, sind zwei Justizräthe beizugehen.

Justiz-Hofdecret vom 27. August 1830, S. 205, Nr. 2477.

- Bestimmung des Gerichtsstandes für die pensionirte vormalige Dienerschaft Ihrer königlichen Hoheit der Frau Erzherzogin Maria Beatrix.

Justiz-Hofdecret vom 26. August 1831, S. 18, Nr. 2524.

- Den von den Provinzial-Gerichtsbehörden ernannten minderen Dienern, sowie ihren Witwen und Waisen, weist die Landesstelle die normalmäßigen Bezüge an.

Justiz-Hofdecret vom 6. Juli 1832, S. 63, Nr. 2568.

- Die Gerichtsbarkeit über die Dienerschaft des Prinzen Gustav Wasa wird sowohl in persönlichen Streitsachen, als in Gegenständen des adeligen Richteramtes dem Oberst-Hofmarschallamte eingeräumt.

Justiz-Hofdecret vom 26. October 1832, S. 70, Nr. 2578.

- Gerichtsstand der Privatdienerschaft der in Wien residirenden fremden Gesandten in Civilrechtsachen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1834, S. 107, Nr. 2641.

- Die Witwen der minderen Staatsdiener, welche ihren Gatten im Provisionsstande geheirathet haben, erhalten keine Abfertigung.

Hofkammer-Decret vom 8. April 1835, S. 4, Nr. 6.

- Wann die Witwe oder Waisen eines im Pensions- oder Provisionsstande verstorbenen Dieners eine Pension, Provision oder einen Erziehungsbeitrag erhalten.

Hofkammer-Decret vom 26. Mai 1835, S. 10, Nr. 25.

- Vorschrift über die Anstellung der Real- und Halb-Invaliden oder der Invalidität sich nähernden Militär-Individuen in der Kategorie der Dienerschaft, dann über ihre Behandlung in Pensionirungs- und Provisionirungsfällen.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 13. Juni 1835, S. 21, Nr. 36.

Dienerſchaft. Vorſchrift über die Behandlung der von den beſtandenen Zwifchenregierungen übernommenen Diener in Penſionirungsfällen, hinfichtlich der Anrechnung ihrer Dienſtzeit.

Juſtiz-Hofdecret vom 11. Auguſt 1835, S. 37, Nr. 70.

- Von den Verboten beſonders bezeichneter Nebenbeſchäftigungen landeſfürſtlicher Diener hat es abzukommen.

Juſtiz-Hofdecret vom 17. Auguſt 1835, S. 40, Nr. 77.

- Anwendung der Allerhöchſten Bewilligung zur Nebenbeſchäftigung der landeſfürſtlichen Diener auf alle ſtädtiſche, ſtändiſche und Fondsbienner.

Juſtiz-Hofdecret vom 29. März 1836, S. 79, Nr. 135.

- Vorſchrift für die Behörden bei Verleiſung von Remunerationen und Geldauſhilfen an landeſfürſtliche Diener.

Hofkammer-Decret vom 6. Mai 1836, S. 81, Nr. 140.

- Vorſchrift über die Bewilligung der Beſoldungsvorſchüſſe an die Dienerſchaft.

Hofkammer-Decret vom 13. Jänner 1837, S. 99, Nr. 164.

- Bei Penſionirungen der ſtädtiſchen, ſtändiſchen und jener Diener und deren Witwen, die ihre Bezüge aus Fonden erhalten, welche vom Staatſchatz nicht unterſtüzt werden, darf ohne eine beſondere Aufforderung auf eine günſtigere als die normalmäßige Behandlung angetragen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Mai 1838, S. 181, Nr. 270.

- Vorſchrift über die Bemefſſung der Proviſion für die minderen Diener, ihre Witwen und Waiſen.

Hofkammer-Decret vom 21. September 1838, S. 278, Nr. 296.

- Vorſchrift über die Aufnahme des Dienerſchaftſpersonales bei dem Grazer Magiſtrate.

Hofkanzlei-Decret vom 7. November 1838, S. 306, Nr. 303.

- Penſionen oder Unterhaltsgelder der landeſfürſtlichen, ſtändiſchen oder ſtädtiſchen Diener, welche Einhundert Gulden nicht erreichen, können nicht in gerichtliche Execution gezogen oder mit Verbot belegt, noch verpfändet oder abgetreten werden.

Juſtiz-Hofdecret vom 22. April 1839, S. 336, Nr. 356.

- Vorſchrift über die Vollziehung der Beſchlüſſe der öſterreichiſchen Civilgerichte über Gerichts-handlungen wider die Dienerſchaft fremder Geſandten.

Juſtiz-Hofdecret vom 2. September 1839, S. 348, Nr. 375.

- Anrechnung der als proviſionsfähiger minderer Diener zugebrachten Dienſtjahre bei Penſionirung als Beamter.

Juſtiz-Hofdecret vom 4. Mai 1840, S. 485, Nr. 429.

- Die Zahlungsbogen der minderen ämlichen Diener können nicht verpfändet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 24. December 1840, S. 544, Nr. 487.

- Den Berathungen der allgemeinen Hofkammer, über die Entlaſſung eines unteren beſetzten Dieners ſind zwei Juſtiz-Hofräthe nicht beizuziehen.

Allerhöchſte Entſchließung vom 16. Jänner 1841, S. 552, Nr. 495.

- Vorſchrift über die Ernennung des Dienerſchaftſpersonales bei dem Civil- und bei dem Criminalgerichte der Stadt Wien.

Juſtiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 569, Nr. 524.

- Daß Appellationsgericht hat ſich vor der Vorlage der Proviſionsgeſuche landeſfürſtlicher Diener an die oberſte Juſtizſtelle mit der politiſchen Landeſſtelle über die anzurechnende Dienſtzeit und den normalmäßigen Proviſionsbetrag in das Einvernehmen zu ſetzen.

Juſtiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1842, S. 5, Nr. 588.

- Formular zu Ausweiſen, deren ſich die landeſfürſtlichen Behörden bei den Proviſionsverhandlungen über das Dienerſchaftſpersonale, dann ihrer Witwen und Waiſen zu bedienen haben.

Hofkammer-Decret vom 10. Mai 1842, S. 28, Nr. 613.

Dienerschaft. Vorschrift über die Zurechnung der Militär- zur Civildienstzeit der minderen Diener zum Behufe der Pensions- oder Provisionsbemessung.

Hofkammer-Decret vom 7. August 1843, S. 133, Nr. 732.

— Erläuterung der Vorschrift, bezüglich der Bewilligung von Ausbüssen an die Dienerschaft.

Hofkammer-Decret vom 22. März 1844, S. 202, Nr. 796.

— hat sich bei Dienststreifen mittelst der Eisenbahn der geringsten Wagenclasse zu bedienen.

Hofkammer-Decret vom 14. Februar 1845, S. 253, Nr. 869.

— Vorschrift über die Behandlung der Kinder verstorbener minderer Diener, deren Mutter für dieselben Erziehungsbeiträge genoss, und wegen eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Übertretung ihrer Provision verlustig wurde.

Hofkammer-Decret vom 7. October 1845, S. 277, Nr. 903.

— (Hof-). Die erfolgende Verhaftung und Bestrafung der beedeten k. k. Hofdienerschaft hat das Wiener Criminalgericht der vorgesetzten Behörde derselben anzuzeigen.

Justiz-Hofdecree vom 29. December 1845, S. 303, Nr. 918.

— Bestimmung des Trägerlohnes für das Abholen und Austragen der über 25 Pfund wiegenden Actenpäck und Kisten für die Diener des niederösterreichischen Appellationsgerichtes.

Justiz-Hofdecree vom 12. Februar 1847, S. 418, Nr. 1030.

— Bestimmung der Diäten und Reisekosten für die Gerichtsboten in Dalmatien für die von ihnen in ihrem Gerichtsprengel vorzunehmenden Amtshandlungen.

Hofkammer-Decret vom 3. März 1847, S. 426, Nr. 1040.

— Vorschrift über die Abschreibung der nicht fällig gewordenen Dienstitaxen der Dienerschaft.

Hofkammer-Decret vom 12. März 1847, S. 449, Nr. 1046.

— Bei Reisen der Gerichtsdiener in Dalmatien in Criminal-Angelegenheiten ist als Amtsbezirk der ganze Kreis verstanden, auf welchen sich die Criminalgerichtsbarkeit erstreckt.

Hofkammer-Decret vom 5. Mai 1847, S. 460, Nr. 1062.

— Vorschrift über die Behandlung der Beamten und Diener des erloschenen Freistaates Krakau, dann ihrer Witwen und Waisen, hinsichtlich ihrer Genüsse.

Allerhöchste Entschliessung vom 31. Juli 1847, S. 466, Nr. 1077.

— Vorschrift über die Berichtigung der Dienstitaxen vom Dienerschaftspersonale, dessen tarpflichtiges Einkommen 400 fl. Conventions-Münze nicht übersteigt.

Hofkammer-Decret vom 10. Mai 1848, S. 620, Nr. 1147.

— Vorschrift über die Urlaubs-Ertheilungen und Befolgungs-Anweisungen für Justizbeamte und die Dienerschaft.

Erlaß des Justizministers vom 21. August 1848, S. 652, Nr. 1176.

— C. Aufsichtspersonal.

Dienst. Der Wirkungskreis der politischen Behörden zur Sicherstellung des öffentlichen Dienstes und zur Verwahrung der Haftungspflicht der Dominien kann dadurch, daß Streitigkeiten zwischen Dominien und ihren Wirtschaftsbeamten der Behandlung und dem Erkenntnisse der Gerichte zugewiesen sind, nicht beirrt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Jänner 1842, S. 7, Nr. 591.

Dienstbefehlungen. Bei Vorschlägen zu Dienstbefehlungen ist auf das Gewissenhafteste ohne alle Nebenrücksichten vorzugehen, und nur ganz geeignete Individuen sind vorzuschlagen.

Justiz-Hofdecree vom 23. Februar 1821, S. 11, Nr. 1741.

— Im Zweifel, ob der Würdigste zu einer Dienststelle eine hiezu erforderliche Eigenschaft besitze, oder nicht, sind hierüber vorläufig die nöthigen Auskünfte einzuholen.

Justiz-Hofdecree vom 17. September 1821, S. 48, Nr. 1800.

Dienstbesetzung. Dienstbesetzungs-Angelegenheiten sind bei landesfürstlichen Collegialgerichten erster Instanz in voller Rathversammlung in Vortrag zu bringen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar und 5. April 1822, S. 76 und 90, Nr. 1836 und 1859.

- Bei Dienstbesetzungen sollen nur vollkommen geeignete Individuen in Vorschlag gebracht werden.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Februar 1822, S. 78, Nr. 1838.

- Vorschrift über die Besetzung der Dienstplätze bei den Präturen in Dalmatien; wem bei Besetzungsvorschlägen die Initiative und die Ausfertigung der Anstellungsdecrete zustehet.

Justiz-Hofdecret vom 16. März 1822, S. 87, Nr. 1852.

- Die Vorschrift, daß Niemand, der schon vierzig Jahre alt ist, und nicht bereits bei dem Militär oder Civile gedient hat, in Bancalgefäßdienste neu angestellt werden soll, hat nur für solche zu gelten, welche aus der wirklichen Militär- oder Civildienstleistung oder der Invalidenversorgung unmittelbar in Gefäßdienste übertreten.

Justiz-Hofdecret vom 11. October 1822, S. 119, Nr. 1899.

- Beibringung vorschristmäßig verfaßter Competenten-Tabellen mit den Vorschlägen zu Dienstbesetzungen.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1823, S. 140, Nr. 1932.

- Auch über vierzig Jahre alte Pensionisten und Quiescenten sollen eine Wieder-Anstellung erhalten.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1823, S. 156, Nr. 1958.

- Nur mit Bewilligung der Hofstellen dürfen die Unterbehörden Dienststellen an Ausländer verleihen.

Justiz-Hofdecret vom 1. December 1823, S. 163, Nr. 1976.

- Wenn ein Individuum zu einer erledigten Dienstesstelle von Amtswegen vorgeschlagen wird, ist dessen Qualification ebenfalls auszuweisen.

Hofkanzlei-Decret vom 11. April 1824, S. 200, Nr. 2000.

- Bei Dienstbesetzungen des dalmatinischen Appellationsgerichtes ist auf die Kenntniß der deutschen Sprache der geeignete Bedacht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juli 1824, S. 216, Nr. 2022.

- Bei Erledigung einer Prätorstelle ist immer ein Concurß auszuschreiben; wann nur ein Vorschlag zu deren Besetzung zu erstatten sei.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1824, S. 269, Nr. 2048.

- Unterbringung der eritalienischen Militärpensionisten in erledigte stabile Dienstposten.

Justiz-Hofdecret vom 31. December 1824, S. 281, Nr. 2062.

- Vorschrift über die Ausschreibung des Concurßes und Erstattung des Besetzungsvorschlages für die Besetzung der Sindikerstellen in Municipal-Städten und Märkten in Steiermark und dem Klagenfurter Kreise.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1825, S. 302, Nr. 2100.

- Vorschrift über die Besetzung der Sindiker-, Stadt- und Marktschreiberstellen bei den Landmagistraten und Gemeinden.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1826, S. 2, Nr. 2159.

- Von Beamten sollen Dienstbesetzungen nicht zum Gegenstande ihrer Privat-Correspondenz gemacht werden.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1826, S. 4, Nr. 2160.

- Bei Vorschlägen zu Dienstbesetzungen sollen die Gerichtsbehörden mit aller Gewissenhaftigkeit vorgehen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1826, S. 30, Nr. 2196.

Dienstbesetzungen. Beamtenstellen, welche die Justizpflege oder die öffentliche politische Geschäftsverwaltung zu besorgen haben, sind nur mit ganz taubellosen Individuen zu besetzen.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1828, S. 112, Nr. 2335.

- Zu erledigten Dienstplätzen sollen jederzeit die verdienstlichsten Individuen, wenn sie auch nicht darum competiren, in Vorschlag gebracht werden.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1829, S. 148, Nr. 2390.

- Für Sendungen der Dienstbesetzungsvorschläge von einer Behörde an die andere, und deren Erledigungen, wird das Postporto nicht mehr den Bittstellern aufgerechnet.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juni 1830, S. 200, Nr. 2469.

- Die Besetzung einer erledigten Stelle ist erst nach Erledigung des damit verbundenen Gehalts vorzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 19. November 1831, S. 26, Nr. 2540.

- Vorschrist über die Erstattung der Vorschläge zu Justizdienstbesetzungen bei dem Wiener Magistrat.

Hofkanzlei-Decret vom 31. October 1832, S. 70, Nr. 2579.

- Bei Dienstbesetzungen, und Vorschlägen hierzu, haben die Behörden nicht bloß auf ihre eigenen Subalternen, sondern auf alle Bittsteller die ihren Eigenschaften und Dienstjahren gebührende Rücksicht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 14. November 1833, S. 104, Nr. 2635.

- Vorschrist über die Dienstbesetzungen bei den landesfürstlichen Collegialgerichten erster und zweiter Instanz.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

- Behandlung der Beschlüsse der landesfürstlichen Collegialgerichte erster und zweiter Instanz über Dienstbesetzungen, wenn dadurch Quiescenten, Pensionisten oder Patental-Invaliden übergangen werden.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

- Postportobefreiung der Dienstbesetzungsvorschläge und Schreiben zwischen landesfürstlichen Behörden und Aemtern.

Hofkammer-Decret vom 25. März 1836, S. 79, Nr. 134.

- Vorschrist über die Behandlung der Dienstbesetzungsvorschläge bei den nun getrennten drei Senaten des Wiener Magistrats.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juli 1838, S. 270, Nr. 285.

- Bei Besetzungsvorschlägen für Justizrathsstellen ist auf ausgezeichnete Fiscal-Adjuncten der gehörige Bedacht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Februar 1839, S. 326, Nr. 338.

- Bei Dienstbesetzungen ist auf pensionirte Officiere die gehörige Rücksicht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Februar 1839, S. 327, Nr. 339.

- Vorschrist über die Beschleunigung der Dienstbesetzungen und Einrückung der Concurrs-Edicte in die Zeitungen.

Justiz-Hofdecret vom 4. April 1839, S. 335, Nr. 353.

- Bei Dienstbesetzungen am Rathstische der landesfürstlichen Collegialgerichte in Galizien ist auf die Kenntniß der moldauischen (wallachischen) Sprache besonders Rücksicht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Februar 1842, S. 9, Nr. 598.

- Das Appellationsgericht hat bei Anträgen auf Uebersetzung der landesfürstlichen Beamten zu einer anderen Gerichtsbehörde zugleich den Vorschlag für die dadurch offen werdende Dienstbesetzung zu erstatten.

Justiz-Hofdecret vom 6. November 1843, S. 171, Nr. 765.

Dienstbesetzungen. Bei Vorschlägen zur Besetzung von Rathstellen bei landesfürstlichen Justizbehörden soll der Präsident gegenwärtig seyn und sein Gutachten geben.

Justiz-Hofdecret vom 20. März 1845, S. 256, Nr. 877.

- Vorschrift über die Besetzung der erledigten oder neu zu besetzenden landesfürstlichen Bezirkscommissärs- und Bezirksrichtersstellen in Ilirien.

Hofkanzlei-Decret vom 4. December 1845, S. 295, Nr. 913.

- Vorschrift hinsichtlich der gegenseitigen Mittheilung der Beschlüsse und abweichenden Anträge über die der gemeinschaftlichen Verathung des Appellationsgerichtes und der Landesstelle unterzogenen Dienstbesetzungen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. April 1846, S. 332, Nr. 956.

- Bei Dienstbesetzungs-Vorschlägen ist von den Chefs der Gerichtsbehörden im Zweifel über die Correctheit in moralischer und politischer Hinsicht der vorzuschlagenden Individuen die Auskunft von den Polizei-Directionen und rücksichtlich Polizei-Hofstelle einzuholen.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1846, S. 388, Nr. 998.

- Bei Dienstbesetzungen sollen sich Referenten, Botanten, und vorzüglich das Präsidium, nur von der eigenen inneren Ueberzeugung über die vollkommene Eignung des Vorgesetzten leiten lassen.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1846, S. 399, Nr. 1013.

- Vorschrift über die Dienstbesetzungen bei dem Lemberger Magistrate.

Justiz-Ministerial-Note vom 8. Juni 1848, S. 640, Nr. 1161.

- Vorschrift über das Verfahren hinsichtlich der Dienstbesetzungen bei dem obersten Gerichtshofe, den Appellationsgerichten und den ersten Instanzen.

Erlaß des Justizministers vom 21. August 1848, S. 652, Nr. 1176.

- S. Anstellung, Dienststellen.

Dienstboten. S. Dienstgesinde.

Dienstboten-Ordnung. S. Dienstgesinde-Ordnung.

Dienstbuch der Finanzwache ist eine offene Beglaubigungs-Urkunde und dient zur Ausweisung über die ämtliche Eigenschaft derselben.

Hofkammer-Decret vom 21. April 1843, S. 105, Nr. 696.

Dienstcaution. S. Caution.

Dienstcharakter. S. Charakter.

Dienste. Längere als vierzigjährige Dienste sind keineswegs als Verdienste anzurechnen.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1824, S. 266, Nr. 2041.

Dienstleid. S. Eid.

Dienstentlassung. S. Entlassung.

Dienstesabwesenheit. S. Urlaub.

Dienstesubstitution. S. Substitution.

Dienstesvernachlässigung. Wegen Dienstesvernachlässigung entlassene Beamte dürfen auch nicht zeitweilig, daher auch nicht als Diurnisten bei einer landesfürstlichen Behörde verwendet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 23. März 1842, S. 14, Nr. 602.

Dienstgeber. Vorschrift über die Behandlung der Streitigkeiten zwischen Dienstgebern und Dienstboten, welche aus dem Dienstvertrage hergeleitet werden.

Justiz-Hofdecret vom 18. April 1828, S. 119, Nr. 2340.

- S. Dienstlohn.

Dienstgeheimniß. Die Beobachtung des Dienstgeheimnisses wird den landesfürstlichen Beamten neuerdings zur Pflicht gemacht.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1826, S. 4, Nr. 2160.

Dienstgesinde. Vorschrift über die Entscheidung der aus Dienstverträgen entstehenden Streitigkeiten des Dienstgesindeß.

Justiz-Hofdecret vom 11. Mai 1821, S. 19, Nr. 1759.

- Vorschrift über die Behandlung der Streitigkeiten zwischen Dienstboten und Dienstgebern, welche aus dem Dienstvertrage hergeleitet werden.

Justiz-Hofdecret vom 18. April 1828, S. 119, Nr. 2340.

- Die in dem §. 1480 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches festgesetzte dreijährige Verjährung findet auf den Lohn des Dienstgesindeß keine Anwendung; wann die gesetzliche Vermuthung der erfolgten Zahlung desselben zu gelten habe.

Hofkanzlei-Decret vom 10. April 1839, S. 336, Nr. 355.

Dienstgesinde-Ordnung. Durch die Gesinde-Ordnung für Wien vom 1. Mai 1810 hat das Strafgesetzbuch über Verbrechen keine Abänderung erlitten.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1846, S. 337, Nr. 967.

Dienstjahre. Quiescenten haben binnen vier Monaten ihren documentirten Dienstjahre-Ausweis zur Bemessung ihres Quiescentengehaltes vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1824, S. 277, Nr. 2055.

- Die von der erloschenen venetianischen Republik verliehenen Militär-Chargen sind erst von dem sechzehnten Lebensjahre in die Dienstzeit einzurechnen.

Justiz-Hofdecret vom 12. August 1825, S. 317, Nr. 2124.

- Vorschrift über Anrechnung der früher unter der österreichischen Regierung zugebrachten Dienstjahre der von einer fremden Regierung übernommenen Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1825, S. 328, Nr. 2142.

- Die provisorische oder zeitliche Anshilfe eines Quiescenten wird bei endlicher Pensionirung desselben nicht in die Dienstzeit eingerechnet.

Hofkammer-Decret vom 8. Februar 1828, S. 109, Nr. 2329.

- Bei Dienstbesetzungsvorschlägen ist auf die Dienstjahre sämmtlicher Competenten die gebührende Rücksicht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 14. November 1833, S. 104, Nr. 2635.

- Die von den übernommenen Beamten bei der fremden Regierung zugebrachten Dienstjahre werden bei ihrer Pensionirung in Anrechnung gebracht.

Hofkammer-Decret vom 30. December 1836, S. 95, Nr. 162.

- Anrechnung der als provisorischfähiger Arbeiter oder minderer Diener zugebrachten Dienstzeit bei Pensionirung als Beamter.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1840, S. 485, Nr. 429.

Dienstleistung. Die mit einer Dienstleistung verbundene Provisionsfähigkeit ist hinreichend, um die Zeit derselben der Pensionsbemessung in Anrechnung bringen zu können.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1840, S. 485, Nr. 429.

- Auscultanten dürfen nicht zu lange durch ausshilfsweise Dienstleistung bei Bezirkscommissariaten ihrer eigentlichen Bestimmung entzogen werden.

Justiz-Hofdecret vom 11. October 1842, S. 63, Nr. 648.

Dienstlohn. Vorschrift über die Entscheidung der aus Dienstverträgen entstehenden Dienstlohn-Streitigkeiten.

Justiz-Hofdecret vom 11. Mai 1821, S. 19, Nr. 1759.

- Streitigkeiten zwischen Dienstboten und Dienstgebern gehören, wenn sie während der Dauer des Dienstverhältnisses, oder binnen 30 Tagen nach Auflösung desselben erhoben werden, vor die politischen Behörden, wenn sie später eingebracht werden, vor die Gerichte.

Justiz-Hofdecret vom 18. April 1828, S. 119, Nr. 2340.

Dienstlohn. Eine Verjährung des Dienstlohnes der Dienstboten findet nicht Statt; Bestimmung des Zeitraumes für die gesetzliche Vermuthung der erfolgten Zahlung desselben.
Hofkanzlei-Decret vom 10. April 1839, S. 336, Nr. 355.

Dienstpflicht. S. Militär-Dienstpflicht.

Dienstplätze. Concurse wegen der in Dalmatien erledigten Dienstplätze sind durch die dalmatinische Provincial-Zeitung; Concurse wegen der daselbst erledigten Rathsstellen aber zugleich auch durch die Wiener Zeitung bekannt zu machen.

Justiz-Hofdecret vom 16. Jänner 1835, S. 134, Nr. 2683.

- Die Dispens von der Vorschrift, daß Niemand nach zurückgelegtem vierzigsten Jahre in den Staatsdienst eintreten darf, ist niemals für eine ganze Kategorie, sondern immer nur für einen bestimmten soeben zu besetzenden Dienstposten anzufuchen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 28, Nr. 45.

- deren schnelle Besetzung und Vermeidung der Supplirung derselben.

Justiz-Hofdecret vom 4. April 1839, S. 335, Nr. 353.

- Bei unentgeltlichen Dienstplätzen rücken die überzählig ernannten Individuen bei Erledigung sistemisirter Plätze von selbst ohne besondere Ernennung ein.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 585.

- Competenzfähigkeit der zeitlich angestellten Katastral-Individuen auch nach Ueberschreitung des vierzigsten Lebensjahres um stabile Dienstplätze, ohne der besonderen Altersnachfrist zu bedürfen.

Hofkanzlei-Decret vom 23. April 1843, S. 118, Nr. 698.

- Vorschrift über die Besetzung der Dienstplätze bei dem Lemberger Magistrat.

Justiz-Ministerial-Note vom 8. Juni 1848, S. 640, Nr. 1161.

Dienstposten. S. Dienststelle.

Dienststrang. S. Rang.

Dienststreifen. Bestimmung der Gebühren für Beamte der Prätoren und Collegialgerichte in Dalmatien bei Dienststreifen.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1821, S. 44, Nr. 1793.

- Diätenbestimmung für Collegialgerichts- und Sanitätsbeamte, hinsichtlich der Diäten- und Fuhrkosten-Vergütung bei Dienststreifen in Criminalgeschäften.

Justiz-Hofdecret vom 20. März 1826, S. 14, Nr. 2176.

- Die landesfürstlichen Beamten haben bei Dienststreifen mit Extrapost die in den Reise-particularien aufgerechneten Wegmauthgebühren durch Wegmauth-Volleten auszuweisen.

Hofkammer-Decret vom 15. October 1839, S. 352, Nr. 382.

- Vorschrift über die Aufrechnung der Fahrpreise der Wagenclasse bei Dienststreifen der Beamten, Practikanten und der Dienerschaft mittelst der Eisenbahn.

Hofkammer-Decret vom 14. Februar 1845, S. 253, Nr. 869.

- Vorschrift über die Aufrechnung des Wagen-Schmiergelbes bei Dienststreifen der Beamten.

Hofkammer-Decret vom 10. December 1845, S. 296, Nr. 915.

- Bestimmung über die Verrechnung und Vergütung der Reisefosten bei gemeinschaftlichen Dienststreifen zweier oder mehrerer Beamten.

Hofkammer-Decret vom 11. Februar 1846, S. 315, Nr. 929.

- Vorschrift über die Aufrechnung des für die Beförderung außer der Poststraße gegen das gewöhnliche Ausmaß der Extrapost-Gebühren erhöhten Ritt- und Tringelbes.

Hofkammer-Decret vom 29. Jänner 1847, S. 405, Nr. 1024.

- Vorschrift für Beamte hinsichtlich der Aufrechnung der Nebenauslagen bei Dienststreifen mittelst der Eisenbahn.

Hofkammer-Decret vom 31. Jänner 1848, S. 489, Nr. 1114.

Dienstresignation. Wegen Annahme der Dienstes-Entsagung auf überzählige, unbefetzte Dienststellen.

Justiz-Hofdecret vom 17. December 1824, S. 279, Nr. 2058.

- eines Beamten, welcher die Entlassung aus dem Staatsdienste verdient hätte, ist nicht anzunehmen.

Allerhöchste Entschließung vom 7. December 1839, S. 362, Nr. 396.

Dienstschreiben. Cassen haben die mit einer geldvertretenden Urkunde beschwerten Dienstschreiben an andere Cassen bei der Aufgabe auf die Post zu recommandiren.

Hofkammer-Decret vom 24. September 1841, S. 612, Nr. 564.

Dienststelle. Einholung der Auskünfte bei Besetzung von Dienststellen im Zweifel der erforderlichen Eigenschaften des Vorgesetzten.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 48, Nr. 1800.

- Verleihung der Dienststellen nur an vollkommen geeignete Individuen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Februar 1822, S. 78, Nr. 1838.

- Stempel bei Besetzungsvorschlägen zu Dienststellen.

Justiz-Hofdecret vom 18. December 1824, S. 280, Nr. 2060.

- Das untere Rathspersonale hat in Erkrankungsfällen, oder bei Abwesenheit oder Abgang des Einen oder des Anderen unter demselben, die unbefetzte Dienststelle unentgeltlich zu versehen.

Justiz-Hofdecret vom 27. Mai 1825, S. 302, Nr. 2098.

- Wie die Vorschläge zur Besetzung der Sindikerstellen in Municipal-Städten zu erstatten seien.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1825, S. 302, Nr. 2100.

- Erledigte Dienststellen sind bis zur Besetzung derselben durch die vorhandenen Beamten, und nicht durch Stellvertreter zu versehen.

Justiz-Hofdecret vom 29. October 1825, S. 328, Nr. 2141.

- Vorschrift über die Besetzung der Sindiker-, Stadt- und Markt-Schreiberstellen bei Landmagistraten und Gemeinden in Böhmen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1826, S. 2, Nr. 2159.

- Bei Vorschlägen zur Besetzung von Dienststellen ist mit aller Gewissenhaftigkeit vorzugehen, und bloß das Beste des Dienstes zu berücksichtigen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1826, S. 30, Nr. 2196.

- Der Concurrs ist bei Magistraten nur für die letzte Dienststelle jener Kategorie, in welcher ein Platz leer geworden ist, auszusprechen.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Juli 1826, S. 34, Nr. 2203.

- In den Competenten-Tabellen für erledigte Justiz-Dienststellen sind die Sprachkenntnisse der Bittwerber genau und verläßlich aufzuführen.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1828, S. 138, Nr. 2369.

- Die Besetzung einer erledigten Stelle ist erst nach Erledigung des damit verbundenen Gehaltes vorzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 19. November 1831, S. 26, Nr. 2540.

- Postportobefreiung der Dienstbesetzungs-Vorschläge und Schreiben zwischen landesfürstlichen Behörden und Aemtern.

Hofkammer-Decret vom 25. März 1836, S. 79, Nr. 134.

- Vorschrift über die Erstattung der Vorschläge zur Besetzung der bei den landesfürstlichen Collegialgerichten erster Instanz erledigten Präsidenten-, Vicepräsidenten- und Vorsteherstellen.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1837, S. 148, Nr. 235.

- Vorschrift über die Besetzung der minderen Beamtenstellen bei dem Grazer Magistrat.

Hofkanzlei-Decret vom 7. November 1838, S. 306, Nr. 303.

- Bei Besetzungsvorschlägen für Justiz-Rathstellen ist auf ausgezeichnete Fiscal-Adjuncten der gehörige Bedacht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 11. November 1839, S. 326, Nr. 338.

Dienststelle. Vorschrift über die ungesäumte Einrückung der Concurſ-Edicte für erledigte Dienststellen in die Zeitungen; Beschleunigung deren Besetzung und Antrittung derselben von den Befördernden.

Justiz-Hofdecret vom 4. April 1839, S. 335, Nr. 353.

— Vorschrift über die Besetzung der Dienststellen bei dem Lemberger Magistrate.

Justiz-Ministerial-Note vom 8. Juni 1848, S. 640, Nr. 1161.

— S. Anstellung, Dienstbesetzungen.

Diensttauglichkeit. Landesfürstliche Sanitätsbeamte haben die ärztlichen Befunde über die Diensttauglichkeit der Staatsbeamten, wenn die Behörden sie vom Amtswegen fordern, unentgeltlich abzugeben, nur gebührt ihnen, wenn sie sich von ihrem Wohnorte entfernen müssen, Vergütung der Fuhr und Kost.

Justiz-Hofdecret vom 14. April 1832, S. 59, Nr. 2558.

— S. Sanitätsbeamte.

Diensttausch. Wirkungskreis der landesfürstlichen Collegialgerichte erster und zweiter Instanz in Rücksicht der Dienstaufgabe ihrer Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

Diensttagen. S. Laren.

Dienstunfähigkeit. S. Dienstuntauglichkeit.

Dienstuntauglichkeit. Wer die Uebersiedelungskosten jener Beamten zu tragen hat, welche wegen Dienstuntauglichkeit oder nicht gehöriger Fähigkeit auf andere Dienstposten überseht werden müssen.

Justiz-Hofdecret vom 11. August 1826, S. 40, Nr. 2212.

— Ducescenten, welche sich der Untersuchung über ihre Untauglichkeit zur ferneren Dienstleistung vorzüglich entziehen, verlieren den Ducescentengehalt.

Hofkammer-Decret vom 5. Jänner 1827, S. 63, Nr. 2248.

— Bei eingetretener Dienstuntauglichkeit eines Beamten ist nach den bestehenden Vorschriften vorzugehen.

Justiz-Hofdecret vom 4. April 1839, S. 335, Nr. 353.

Dienstveränderungen. Ausfüllung der Rubriken in den Ausweisen über die Dienstveränderungen.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1826, S. 61, Nr. 2246.

Dienstveränderungs-Ausweise haben die Appellationsgerichte nur einmal im Jahre, und zwar sechs Monate nach Herausgabe des Provinzial-Schematismus, an die oberste Justizstelle zu überreichen.

Justiz-Hofdecret vom 2. Mai 1828, S. 120, Nr. 2343.

Dienstvergehen. Pflicht der Behörden zu Anzeigen an die vorgesetzte Behörde über jene Beamte, welche sich eines Dienstvergehens schuldig gemacht haben, die aber wegen der eingetretenen Verjährung dem Disciplinar-Verfahren nicht unterzogen worden sind.

Justiz-Ministerial-Decret vom 30. Juni 1848, S. 643, Nr. 1166.

Dienstverhältniß. Vorschrift über die Einbringung oder Sicherstellung der aus dem Dienstverhältniß entstehenden Avarial-Forderungen an Staatsdiener und Militärpersonen durch Abzüge an Gehalten und Pensionen.

Hofkammer-Decret vom 1. December 1834, Nr. 130, Nr. 2675.

— Die aus dem Dienstverhältniß abgeleiteten Forderungen des Staates an seine Beamte, und der Letzteren an den Staat sind im administrativen Wege auszutragen.

Justiz-Hofdecret vom 16. August 1841, S. 603, Nr. 555.

— Die zwischen Gewerksleuten oder Fabrikinhabern und ihren Gesellen, Lehrlingen und Hilfsarbeitern aus dem Dienstverhältniß entstehenden Streitigkeiten sind von der politischen Behörde zu behandeln.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1846, S. 390, Nr. 1002.

Dienstverträge. Welche Privat-Rechtsverhältnisse aus Dienstverträgen den politischen Behörden zugewiesen sind.

Justiz-Hofdecret vom 11. Mai 1821, S. 19, Nr. 1759.

— S. Dienstlohn.

Dienstvorschrift. Auszug aus der Dienstvorschrift der Finanzwache.

Hofkammer-Decret vom 21. April 1843, S. 105, Nr. 696.

Dienstzeit. Die als Vorbereitung zur Prüfung für das Richteramt gestattete Praxis bei Gerichtsbehörden darf nur ein Jahr dauern, und in die Dienstzeit nicht eingerechnet werden.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1831, S. 6, Nr. 2503.

— Vorschrift über die Behandlung der von den bestandenen Zwischenregierungen übernommenen Beamten und Diener in Pensionierungsfällen, hinsichtlich der Anrechnung ihrer Dienstzeit.

Justiz-Hofdecret vom 11. August 1835, S. 37, Nr. 70.

— S. Dienstjahre.

Dienstzeugnisse für Beamte. Die Ausstellung der Dienstzeugnisse wird auch den Magistraten nicht gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 17. März 1826, S. 13, Nr. 2174.

— S. Zeugnisse.

Dietrichstein. Dem Chef des fürstlichen Hauses Dietrichstein gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, und Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, S. 1038.

Dignano. Bestimmung der Stempel- und Tax-Gebühren für die in Betreff der Notizenbücher im Bezirke Dignano vorkommenden Urkunden und Amtshandlungen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 4. August 1840, S. 521, Nr. 461.

— Bestellung eines zweiten Advocaten zu Dignano im Küstenlande.

Justiz-Hofdecret vom 16. November 1840, S. 538, Nr. 479.

— Von den für den Friauner Kreis sistemisirten Advocaten haben zwei bei dem Bezirksgerichte Dignano ihren Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1842, S. 81, Nr. 667.

Dinast. Nur die permanente Delegation einer fremden Gerichtsbarkeit dürfen die Dynasten zu übernehmen verweigern.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1825, S. 290, Nr. 2076.

Dingliches Recht. Ein solches kann auf verkäufliche nicht radicirte Gewerbe nur durch die in den §§. 426, 427, 428 und 451 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches und §. 314 der allgemeinen Gerichtsordnung vorgeschriebene Weise erworben werden.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Juli 1843, S. 127, Nr. 720.

Diplomatische Personen, welche zugleich fremde Unterthanen sind, sind bei dem Oberst-Hofmarschallamte in ihren Parteigeschäften vom Gebrauche des Stempels befreit.

Justiz-Hofdecret vom 20. Mai 1825, S. 300, Nr. 2094.

— Bestimmung der Gerichtsbarkeit des Oberst-Hofmarschallamtes über österreichische Unterthanen, welche von fremden Regierungen bei dem kaiserlich-österreichischen Hofe als diplomatische Personen accreditirt sind.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1829, S. 148, Nr. 2392.

— S. Gesandte.

Diplomatischer Weg. Oesterreichische Gerichtsbehörden haben sich in Requisitions-, Insinuations- und anderen ähnlichen Fällen nicht unmittelbar an das königlich-preussische Justiz-Ministerium, sondern an die betreffende königlich-preussische Gerichtsbehörde zu wenden, oder den diplomatischen Weg einzuschlagen.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1837, S. 119, Nr. 190.

Diplomatischer Weg. Die Zustellung gerichtlicher Acte an im Königreiche Sardinien wohnende Parteien ist im diplomatischen Wege zu veranlassen.

Justiz-Hofdecret vom 20. December 1841, S. 674, Nr. 579.

Diplome. Künftige Verfassung der Notariats-Diplome.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1821, S. 32, Nr. 1766.

— Vorschrift über die Ausfolgung der Diplome an Ausländer, welche ihre Facultäts-Studien an österreichischen Lehranstalten zurücklegen.

Decret der Studien-Hofcommission vom 19. Jänner 1839, S. 322, Nr. 329.

— Bestimmungen hinsichtlich der in den verschiedenen Adelsdiplomen vorkommenden Formel der vier Ahnen väterlicher und mütterlicher Seite.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1844, S. 238, Nr. 841.

— Vorschrift für die Stände bei Ertheilung der Abschriften von Adels-Diplomen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. December 1846, S. 392, Nr. 1005.

Direction des Schutzvereines für entlassene Sträflinge. S. Schutzverein, Sträflinge.

Directoren der Hilfsämter. Vorschrift bei Besetzung dieser Stellen.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

— Vorschrift über deren Ernennung bei dem Civil- und bei dem Criminalgerichte der Stadt Wien.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 569, Nr. 524.

Disciplin. Handhabung einer heilsamen Disciplin gegen die Advocaten von Seite der Gerichtsbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 30. Jänner 1821, S. 5, Nr. 1733.

Disciplinar-Erkennniß. Das Appellations-Gericht hat im Falle einer im Disciplinarweg verhängten Arreststrafe das Erkennniß sammt den Entscheidungsgründen dem Beschuldigten zuzustellen. — Vorschrift über die Frist und Wirkung des dagegen ergriffenen Hofrecurses.

Justiz-Hofdecret vom 22. October 1845, S. 278, Nr. 905.

Disciplinarfälle. Erweiterung des Wirkungskreises der Wiener Provinzial-Strafhausverwaltung in Disciplinarfällen über Sträflinge.

Hofkanzlei-Decret vom 13. März 1845, S. 255, Nr. 875.

Disciplinargewalt, wem solche über die Justizbeamten und Diener, über Advocaten und Notare zustehe.

Erlaß des Justizministers vom 21. August 1848, S. 652, Nr. 1176.

Disciplinarsachen. In Disciplinarsachen der Beamten ist jeder Referent, Notant und vorzüglich das Präsidium verpflichtet, den Ruf und eine auch nur im glaubwürdigen Privatwege erlangte Notiz zur Veranlassung von Erhebungen zu berücksichtigen.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1846, S. 399, Nr. 1013.

Disciplinarstrafe. Wann gegen einen Beamten mit einer Disciplinarstrafe vorgegangen werden dürfe.

Allerhöchste Entschließung vom 23. August 1842, S. 59, Nr. 636.

Disciplinar-Verfahren. Pflicht der Behörden zu Anzeigen an die vorgesetzte Behörde über jene Beamte, welche sich eines Verbrechens schuldig gemacht haben, wenn auch wegen der eingetretenen Verjährung oder wegen rechtzeitig geleisteten Ersazes von dem Criminal-Verfahren abgelaßen worden ist.

Justiz-Ministerial-Decret vom 30. Juni 1848, S. 643, Nr. 1166.

Disciplinar-Vorschriften. Die für Staatsbeamte geltenden Disciplinar-Vorschriften sind auch auf die bei Anstalten angestellten Beamten anzuwenden, die auf von der Staatsverwaltung unterstützte Fonde hingewiesen sind.

Hofkanzlei-Decret vom 3. April 1838, S. 173, Nr. 262.

Dispensation. Vorschriften über die Ertheilung der Dispensen von Weibbringung der Tauffcheine bei Eheverbindungen.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1826, S. 59, Nr. 2242.

- Einrichtung der Gesuche um Dispensation von der Vorschrift, daß Niemand nach zurückgelegtem vierzigsten Jahre in Staatsdienste eintreten soll.

Justiz-Hofdecret vom 14. Februar 1834, S. 107, Nr. 2642.

- Die Dispens von der Vorschrift, daß Niemand nach zurückgelegtem vierzigsten Jahre in den Staatsdienst eintreten darf, ist niemals für eine ganze Kategorie von Dienstplätzen, sondern immer nur für einen bestimmten so eben zu besetzenden Dienstposten anzufuchen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 28, Nr. 45.

- Ermächtigung der Hofstellen zur Dispensation von der dreijährigen Praxis nach erlangtem Doctorate zur Ablegung der Fiscal-Adjuncten-Prüfung.

Allerhöchste Entschliessung vom 29. Jänner 1839, S. 324, Nr. 334.

- Bei Anträgen auf Dispensation der Ueberschreitung des Normal-Alters, behufs der Erlangung einer Anstellung im Staatsdienste, soll immer auch die vollkommene Gesundheit des Bittstellers nachgewiesen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 13. September 1843, S. 139, Nr. 741.

- Die Dispensation von dem Verwandtschafts- und Schwägerschafts-Verhältnisse bei jenen Magistraten zu ertheilen, wo ungeprüfte Bürgermeister und Räte bestehen, steht der politischen Landesstelle im Einvernehmen mit dem Appellationsgerichte zu.

Justiz-Hofdecret vom 6. November 1843, S. 171, Nr. 764.

Distanz. Bestimmung der Entfernungsdistanz der Locomotiv-Eisenbahnen von Ortschaften, Häusern, Wohn- und Wirtschaftsgebäuden.

Hofkanzlei-Decret vom 22. October 1841, S. 614, Nr. 568.

Distinctionszeichen. In den Civilstand getretene vormalige Militärpersonen verlieren das Distinctionszeichen durch die Verurtheilung zum schweren oder schwersten Kerker, bei ihrer Verurtheilung zum einfachen Kerker aber haben sie dasselbe während der Strafzeit abzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 20. April 1827, S. 79, Nr. 2274.

Districtsärzte und Wundärzte. Vergütung der Diäten und Fuhrkosten für dieselben bei Dienstverrichtungen in Sanitäts-Angelegenheiten.

Hofkammer-Decret vom 19. Mai 1823, S. 146, Nr. 1942.

Districtsgericht. Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei dem Districtsgerichte zu Suczawa in der Bukowina:

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1847, S. 474, Nr. 1092.

Districts-Physicate sind in der Correspondenz über Sanitäts-Angelegenheiten postportofrei.

Hofkammer-Decret vom 10. Februar 1841, S. 559, Nr. 506.

Districtual-Bergericht. S. Bergericht.

Diurnen. S. Taggelder.

Diurnisten. Unnachlässliche Entfernung der Diurnisten bei den landesfürstlichen Behörden.

Justiz-Hofdecret vom 12. November 1825, S. 329, Nr. 2145.

- Als Diurnisten dürfen nur dann pensionirte Officiere und Militär-Invaliden aufgenommen werden, wenn keine zur Dienstleistung geeigneten Civil-Pensionisten und Civil-Quiescenten vorhanden sind.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1827, S. 89, Nr. 2297.

- Wann die Taggelder derselben mit gerichtlichen Verböten belegt und in Execution gezogen werden können; Entlassung der als muthwillige oder leichtsinnige Schuldenmacher sich darstellende Diurnisten.

Hofkanzlei-Decret vom 22. August 1835, S. 42, Nr. 80.

Diurnisten können nur mit Genehmigung der obersten Justizstelle bei Gerichtsbehörden aufgenommen werden.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

- Die wegen Verbrechen, Vergehen oder Vernachlässigung des Dienstes entlassenen Beamten dürfen bei landesfürstlichen Behörden auch nicht als Diurnisten verwendet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 23. März 1842, S. 14, Nr. 602.

- Als Diurnisten dürfen wegen Verbrechen oder Vergehen bestrafte Individuen bei einer landesfürstlichen Behörde nicht verwendet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Juni 1844, S. 211, Nr. 812.

- Die Verwendung der Halb- und Real-Invaliden als Diurnisten hat nicht als Anstellung zu gelten und auch nicht die Entziehung der Invalidengebühr zur Folge.

Hofkammer-Decret vom 5. December 1845, S. 295, Nr. 914.

Doctorat. Die Promotion abgestrafter Verbrecher zum Doctorate ist ohne besondere Allerhöchste Erlaubniß nicht zu gestatten.

Studien-Hofcommissions-Decret vom 10. Jänner 1846, S. 307, Nr. 921.

Doctoren der Rechte ist bei Verleihung des Advocaten-Befugnisses der Vorzug zu geben.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1824, S. 170, Nr. 1985.

- können unter der Bedingung zu Advocaten in Wien in Vorschlag gebracht werden, daß sie vor Ablegung des Advocaten-Eides ihre Aufnahme in die juristische Facultät bewirken.

Justiz-Hofdecret vom 19. Februar 1831, S. 11, Nr. 2506.

- Behandlung der auf der Wiener Universität graduirten Doctoren der Rechte, welche binnen der bestimmten Zeit in die juristische Facultät nicht eingetreten sind, hinsichtlich ihrer Aufnahme in die Facultät und Wittwen-Societät.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1837, S. 164, Nr. 247.

- Die an einer inländischen Universität graduirten Doctoren der Rechte unterliegen behufs ihres Eintrittes in die Wiener juristische Facultät keiner Repetitions-Prüfung.

Decret der Studien-Hofcommission vom 27. Mai 1843, S. 122, Nr. 706.

Doctorswürde. Wann bei Besetzung der Advocatenstellen das *Senium* im Doctorate zu berücksichtigen ist.

Justiz-Hofdecret vom 30. Mai 1837, S. 127, Nr. 204.

- Bei Ernennung der Advocaten, selbst für das flache Land, ist auf den Besitz der juristischen Doctorswürde die gehörige Rücksicht zu nehmen.

Allerhöchste Entschliessung vom 9. Mai 1840, S. 486, Nr. 432.

- Zur Erlangung einer Advocatenstelle in Böhmen ist die juristische Doctorswürde erforderlich.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1840, S. 536, Nr. 474.

Documente. S. Urkunden.

Dolmetsche. Bestimmung der Gebühren für hebräische Dolmetsche, wenn sie einer gerichtlichen Untersuchung beizuwohnen müssen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Jänner 1826, S. 1, Nr. 2154.

- Den hebräischen Dolmetschern ist bei gerichtlichen Untersuchungen für jeden Tag 1 fl. in C. M. abzureichen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Jänner 1826, S. 1, Nr. 2154.

- Anstellung und Beerdigung der erforderlichen Anzahl der Dolmetsche bei den Landrechten und Collegialgerichten aus dem Gremium der Advocaten und Notare durch das Appellationsgericht; Bestimmung der Gebühren derselben für an Parteien gemachte Uebersetzungen.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1835, S. 65, Nr. 109.

Dolmetsche. Die für beständig beeideten Dolmetsche haben den Gerichtsbehörden die in Amtsgeschäften benötigten Uebersetzungen nöthigen Falles auch unentgeltlich zu leisten.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1837, S. 102, Nr. 167.

— Den gerichtlichen Dolmetschen steht die Befugniß der Vidimirung von Urkunden nicht zu.

Justiz-Hofdecret vom 26. Februar 1846, S. 319, Nr. 940.

— Bestimmung der Gebühren für Dolmetsche bei den Gerichtsstellen und Präturen in Dalmatien.

Hofkammer-Decret vom 3. März 1847, S. 426, Nr. 1040.

— Anwendung des §. 531, 1. Theiles des Strafgesetzes, auf die Entrichtung der Gebühren der Dolmetsche in Dalmatien für ihre gerichtliche Verwendung.

Hofkammer-Decret vom 3. März 1847, S. 426, Nr. 1040.

Dominical-Beamte. S. Beamte.

Dominical-Besitzer. Vorschrift für Dominical-Besitzer in Niederösterreich über die Veräußerung der Gewerbe, welche sie auf ihren Dominical-Besitzungen ausüben, und einen Bestandtheil des Dominical-Körpers ausmachen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1835, S. 20, Nr. 34.

Dominical-Besitzstand. Die Stände in Steiermark sind über den Dominical- oder Rustical-Besitzstand zu entscheiden nicht befugt.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Juni 1834, S. 114, Nr. 2657.

Dominical-Gerichte. S. Gerichtsstellen.

Dominical-Gerichtsbeamte. S. Beamte. Herrschaftliche Beamte.

Dominical-Gewerbe. S. Gewerbe.

Dominical-Gründe. Aufhebung des Unterschiedes zwischen Dominical- und Rustical-Gründen.

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180.

— S. Grundstücke.

Dominicalgut. S. Gut.

Dominien. S. Herrschaften.

Donau. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Rußland über die Schifffahrt auf der Donau.

Vom 5. September 1840, S. 529, Nr. 465.

Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft. Bekanntgebung der §§. 7 und 10 der Statuten der privilegirten ersten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, deren persönlicher Gerichtsstand das niederösterreichische Landrecht ist.

Justiz-Hofdecret vom 5. August 1846, S. 355, Nr. 977.

Dorfobrigkeitliches Blumensuch- und Weiderecht. S. Blumensuchrecht, Weiderecht.

Dornbirn. Die Criminal-Jurisdiction über den Umfang des Landgerichtes Dornbirn wird dem Landgerichte zu Feldkirch zugetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 11. Februar 1826, S. 5, Nr. 2162.

— Betheilung des Landgerichtes Dornbirn in Vorarlberg mit Einem Adjutum für einen Concepts-Practikanten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

Dotation. Vorschrift über die Flüssigmachung und Verrechnung der Dotation für das Wiener Criminalgericht.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 571, Nr. 524.

Dragliane. Die Steuergemeinde Dragliane in Dalmatien wird der Prätur Bergoraz zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1848, S. 492, Nr. 1118.

Dramatische Werke. Beschluß der deutschen Bundesversammlung zum Schutze und Sicherung der Rechte der inländischen Verfasser dramatischer Werke gegen unbefugte Darstellung derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Mai 1841, S. 580, Nr. 537.

Dramatische Werke. Gesetz zum Schutze der Verfasser dramatischer Werke gegen den unbefugten Nachdruck und die unbefugte Darstellung oder Aufführung derselben.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

Dritte Instanz. Alle an die zweite oder dritte Instanz gerichteten Recurse, sowohl wider abschlägige, als auch wider bewilligende Bescheide über Gesuche um Einverleibung oder Pränotirung, dann über Executionsgesuche sind bei dem Richter erster Instanz, welcher den ersten Bescheid erlassen hat, zu überreichen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. März 1840, S. 475, Nr. 415.

— Bestimmung der dritten Instanz zur Entscheidung über Recurse gegen Verfügungen und Urtheile der Elbe-Zollgerichte.

Hofammer-Präsidial-Decret vom 2. December 1845, S. 289, Nr. 912.

— Bestimmung der obersten Justizstelle als dritte Instanz zur Verwaltung der Criminal-Gerichtsbareit über alle im Krakauer Gebiete verübten Verbrechen.

Justiz-Hofdecret vom 24. December 1846, S. 399, Nr. 1014.

Dritte Personen. Vorschrift über das Verfahren bei der Pfändung und Execution beweglicher Sachen, worauf dritte Personen Eigenthums- oder andere Rechte zu haben behaupten.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1845, S. 265, Nr. 889.

Drohungen. Bestimmung der Strafen auf solche Drohungen, die nicht etwa zu Folge der Bestimmungen des I. Theiles des Strafgesetzes als Verbrechen zu betrachten und zu bestrafen sind.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Juli 1835, S. 31, Nr. 55.

— Vorschrift über die Bestrafung der Bedrohungen.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1839, S. 341, Nr. 363.

Drucker. Verantwortlichkeit derselben bei sträflichen Druckschriften.

Rundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Drucklegung. Vorschrift über die Form der Drucklegung der Verordnungen im Justizfache.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 308, Nr. 2107.

Druckschriften. Sicherstellung der Rechte der Herausgeber literarischer Werke in den deutschen Bundesstaaten.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1840, S. 540, Nr. 483.

— Was von denselben angeordnet ist, gilt auch von allen mittelst mechanischer Mittel, namentlich durch Steindruck, Kupferstich oder Holzschnitt vervielfältigten Schriften oder Bilderwerken.

Rundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

— Äußere Erfordernisse jeder Druckschrift nach den Preßvorschriften.

Rundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

— Bestimmungen über den Verkehr mit Druckschriften nach dem provisorischen Preßgesetze.

Rundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

— Vorschrift über die Vornahme der Beschlagnahme der Druckschrift.

Rundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und Nr. 1151.

— Das öffentliche Anschlag und Ausrufen von Druckschriften, so wie deren Verkauf oder Austheilung auf öffentlicher Straße ist außer den öffentlichen Behörden nur den berechtigten Buch- und Kunsthandlungen und Buchdruckereien durch ihre Bestellten gestattet; Bestrafung der Uebertretung dieser Vorschrift.

Rundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

- Duino.** Zuweisung der Gerichtsbarkeit über den küstentändischen Bezirk Duino in Mercantill- und Wechselsachen an das Triester Mercantill- und Wechselgericht.
 Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1822, S. 107, Nr. 1877.
- Der Bezirk Duino wird dem Görzer Kreise im illirischen Küstenlande zugetheilt.
 Justiz-Hofdecret vom 25. Juni 1825, S. 310, Nr. 2114.
- Der Bezirk von Duino wird dem Görzer Stadt- und Landrechte zugetheilt.
 Justiz-Hofdecret vom 26. Juni 1829, S. 163, Nr. 2413.
- Bestimmung der Gerichtsbarkeit des Stadt- und Landrechtes zu Görz über die Bewohner des Bezirkes Duino in Mercantill- und Wechselsachen.
 Justiz-Hofdecret vom 25. November 1839, S. 361, Nr. 393.
- Statt der privatherrschaftlichen Jurisdictionen-Verwaltungen zu Guisica, Oberreifenberg, St. Daniel, Duino, Tolmein und Canale werden landesfürstliche Bezirksämter errichtet.
 Justiz-Hofdecret vom 23. December 1847, S. 483, Nr. 1108.
- Duldungs-Consense.** Stämpelfreiheit der Duldungs-Consense, welche den Unterthanen zum Besuche des zeitlichen Aufenthaltes auf einem anderen Dominium ausgestellt werden.
 Hofkanzlei-Decret vom 21. Februar 1835, S. 136, Nr. 2689.
- Duplicate.** Stämpelbestimmung für Duplicate gerichtlicher Entscheidungen und Decrete.
 Hofkammer-Decret vom 8. März 1837, S. 115, Nr. 181.
- Durchlaucht.** Dem jeweiligen Regierer des fürstlichen Hauses Liechtenstein gebührt das Prädicat „Durchlaucht“.
 Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1823, S. 129, Nr. 1923.
- Welchen mediatisirten deutschen fürstlichen Häusern der Titel „Durchlaucht“ gebührt.
 Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133.
- Der Titel „Durchlaucht“ ist den Fürsten und Altgrafen zu Salm-Reifferscheid-Krautheim von den österreichischen Behörden beizulegen.
 Justiz-Hofdecret vom 2. Juni 1827, S. 83, Nr. 2282.
- Bestimmungen über den Gebrauch des Titels „Durchlaucht“ von den mediatisirten reichsfürstlichen Familien.
 Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1838, S. 240, Nr. 279.
- Der Titel „Durchlaucht“ gebührt den Chefs der zwei Linien der fürstlichen Familien Schönburg, Schönburg-Waldenburg und Schönburg-Gartenstein, und den Chefs der fünf Linien der fürstlichen Familie Salm, nämlich: Salm-Salm, Salm-Ryrburg, Salm-Horstmar, Salm-Reifferscheid-Krautheim und Salm-Reifferscheid-Krautheim-Raitz.
 Hofkanzlei-Decrete vom 4. Februar 1845 und 22. Februar 1847, S. 251 und 424, Nr. 865 und 1038.
- Der Titel „Durchlaucht“ gebührt den Häuptern der mediatisirten vormals reichsfürstlichen Familien: Arenberg (Herzoge), Auerberg, Bentheim-Steinfurt, Bentheim-Tecklenburg oder Bentheim-Müha, Colloredo-Mansfeld, Croy-Dulmen (Herzoge), Dietrichstein, Esterházy von Galantha, Fürstenberg, Fugger-Wabenhausen, Hohenlohe-Langenburg-Kirchberg, Hohenlohe-Langenburg-Langenburg, Hohenlohe-Langenburg-Dehringen, Hohenlohe-Waldenburg-Gartenstein, Hohenlohe-Waldenburg-Schillingenfürst, Hohenlohe-Waldenburg-Waldenburg, Jsenburg-Birstein, Kaunitz-Nietberg, Chevenhüller, Leiningen, Lepen, Lobkowitz, Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, Löwenstein-Wertheim-Rosenberg, Loos-Corswarem (Herzoge), Metternich, Dettlingen-Spielberg, Dettlingen-Wallerstein, Rosenberg, Salm-Salm, Salm-Horstmar, Salm-Ryrburg, Salm-Reifferscheid-Krautheim, Salm-Reifferscheid-Krautheim-Raitz, Sayn-Wittgenstein-Verleburg, Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, Schönburg-Gartenstein, Schönburg-Waldenburg, Schwarzenberg, Solms-Braunsfeld, Solms-Lich und Hohen Solms, Starhemberg, Thurn und Taxis, Trauttmansdorff, Waldburg-Wolfegg-Waldsee, Waldburg-Zeil-Trauchburg, Waldburg-Zeil-Wurzach, Wied, Windischgrätz.
 Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Durchsuchung. Beschränkung der häuslichen Durchsuchungen in Fällen der Creditpapier-Verfälschung.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1845, S. 248, Nr. 858.

Dufina. Die Steuergemeinde Dufina in Dalmatien wird der Prätur Bergoraz zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1848, S. 492, Nr. 1118.



Echte Geldbeträge. S. Gelbbeträge.

Echtheit der Handschrift. S. Handschrift.

Edict wegen Amortisation einer von dem vormaligen Besitzer für gültig angegebenen aber verlorenen Urkunde, ist von den Edicten, wegen Befreiung eines unbeweglichen Gutes von getilgten oder Hypotheklasten zu unterscheiden.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1822, S. 112, Nr. 1885.

— Wie die Kundmachungen landesfürstlicher Gerichtsbehörden durch das Amtsblatt der Wiener Zeitung zu bewirken sei.

Justiz-Hofdecret vom 17. Jänner 1824, S. 169, Nr. 1983.

— ist in der Form eines dem Stempel von 15 Kreuzern unterliegenden Originals auszufertigen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1826, S. 1, Nr. 2155.

— Venehmen bei Einschaltung der Edicte in die königlich-preussische Staatszeitung (den Anzeiger).

Justiz-Hofdecret vom 19. Mai 1829, S. 158, Nr. 2403.

— Erläuterung der §§. 7, lit. e, 26, 27, 28 und 32 des Auswanderungs-Patentes, in Rücksicht der Einrückung der Einberufungs-Edicte in die Zeitungen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. April 1834, S. 110, Nr. 2649.

— Die Edicte über die in Dalmatien erledigten Dienstplätze sind in die dalmatinische Provinzial-Zeitung, die Edicte über die daselbst erledigten Rathsstellen, aber zugleich auch in die Wiener Zeitung einzurücken.

Justiz-Hofdecret vom 16. Jänner 1835, S. 134, Nr. 2683.

— Vorschrift über die Kundmachung der gerichtlichen Edicte durch Einschaltung derselben in die Zeitung.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1835, S. 62, Nr. 101.

— Edictal-Aufforderung der bekannten physischen und moralischen Personen, von welchen oder für welche vor 32 Jahren Deposita erlegt worden sind, zur Geltendmachung der allfälligen Ansprüche hierauf.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1837, S. 108, Nr. 173.

— Die Concurs-Edicte über erledigte Dienstplätze sind den Zeitungen ungesäumt einzurücken.

Justiz-Hofdecret vom 4. April 1839, S. 335, Nr. 353.

— Vorschrift über die Ausfertigung der Concurs-Edicte zur Besetzung von Advocatenstellen in Böhmen.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1840, S. 536, Nr. 474.

— Portofreie Behandlung der von den landesfürstlichen Behörden dem Wiener Zeitungs-Comptoir zur Einschaltung in die Wiener Zeitung zukommenden Edicte.

Hofkammer-Decret vom 29. April 1843, S. 120, Nr. 701.

— Der Concurs ist vom Anfange des Tages der Kundmachung des Edictes für eröffnet zu halten.

Justiz-Hofdecret vom 14. Mai 1846, S. 335, Nr. 962.

Edict. An der durch das Justiz-Hofdecret vom 31. December 1801 anbefohlenen Ausfertigung der Convocations-Edicte von Amtswegen wird nichts geändert.

Verordnung des Hofkriegsrathes vom 3. Juni 1846, S. 337, Nr. 969.

- Das Collegialgericht in Cattaro und die Prätoren in Castelnovo und Dubua haben die Vorschriften vom 2. Juni 1827 zu befolgen; die Zellbietungs-Edicte der in Execution gezogenen Realitäten in Gerichts- und im Orte der zu veräußernden Realität bekannt zu machen und in das Amtsblatt einschalten zu lassen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1847, S. 465, Nr. 1073.

- Formulare zu einem Vorladungs-Edicte der Erben zu einer bei dem Czernowitzer Magistrate, dann bei den Gemeindegerichten und Wirthschaftsämtern in der Bukowina anhängigen Verlassenschaften.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 538, Nr. 1125.

Edictal-Aufforderung. S. Aufforderung, Edict.

Edictal-Vorladung. S. Vorladung.

Edictal-Vorrufung. S. Vorladung.

Effecten. Erfolgslaffung der Effecten der im allgemeinen Krankenhause Verstorbenen an die von der Abhandlungsbehörde dazu berechtigten Parteien.

Hofkanzlei-Decret vom 15. December 1842, S. 76, Nr. 661.

- Vorrecht der österreichischen Nationalbank auf alle bewegliche Effecten ihres Schuldners, in deren Innehabung sie gelangt ist.

Justiz-Hofdecret vom 26. September 1844, S. 222, Nr. 831.

- S. Mobilien.

Eger. Die Verlassenschaftsabgaben für das Armen-Institut in der Ritterkreuz-Ordens-Commende Eger in Böhmen werden aufgelassen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

- **Burggrafenamt.** Belassung des Burggrafenamtes Eger in Böhmen, bezüglich der deutschen Lehen, in seiner bisherigen Wirksamkeit.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Jänner 1843, S. 94, Nr. 679.

Egg ob Podpetch. Die Anheimsagung der Privatverwaltung des Bezirkes Egg ob Podpetch wird angenommen, und dieser Bezirk provisorisch mit dem landesfürstlichen Bezirkscommissariate Ponowitz zu Wartemberg vereinigt.

Hofkanzlei-Decret vom 14. December 1838, S. 314, Nr. 316.

- richtung eines landesfürstlichen Bezirkscommissariates zweiter Classe zu Egg ob Podpetch.

Hofkanzlei-Decret vom 30. October 1840, S. 535, Nr. 471.

Ehe. Den zur christlichen Religion übergetretenen jüdischen Eheleuten ist zu überlassen, ob sie ihre Ehe durch priesterliche Einsegnung ihres neuen betreffenden Seelsorgers geheiligt haben wollen.

Justiz-Hofdecret vom 10. August 1821, S. 43, Nr. 1789.

- Verfahren, wenn ein Pupill ohne Einwilligung der Vormundschaftsbehörde sich verhehelicht.

Justiz-Hofdecret vom 22. September 1821, S. 50, Nr. 1802.

- Der in dem §. 96 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches vorkommende Ausdruck „Vormundschaft“ ist auf die Vormundschaftsbehörde nicht auszudehnen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 310, Nr. 2112.

- Vorschriften über die Ertheilung der Dispens von Beibringung der Tauffcheine bei Eheverbindungen.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1826, S. 59, Nr. 2242.

- Eine ohne Beobachtung der gesetzlichen Erfordernisse geschlossene Juden-Ehe ist ipso facto ungiltig, mithin sind die Vorschriften über das Verfahren bei Ehen, denen ein Hinderniß entgegensteht, und namentlich die §§. 94 und 97 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches auf die Juden-Ehen nicht anwendbar.

Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1827, S. 64, Nr. 2250.

- Ehe.** Verfahren bei Auflösung der Juden-Ehen, wenn ein Ehegatte zur christlichen Religion übergetreten, der andere aber im Judenthume zurückgeblieben ist.
Justiz-Hofdecret vom 19. Mai 1827, S. 80, Nr. 2277.
- Fähigkeit minderjähriger Ungarn zur Schließung gültiger Ehen und Eheverträge.
Justiz-Hofdecret vom 11. November 1831, S. 23, Nr. 2537.
- Die österreichische Staatsbürgerschaft erlangt eine Ausländerin durch ihre Verehelichung mit einem österreichischen Unterthan.
Hofkanzlei-Decret vom 23. Februar 1833, S. 79, Nr. 2596.
- Erläuterung des §. 19 des Auswanderungs-Patentes vom 24. März 1832 hinsichtlich der Ehe österreichischer Unterthaninnen mit einem Ausländer.
Hofkanzlei-Decret vom 10. Juni 1835, S. 19, Nr. 31.
- Vorschrift über die Erziehung der Kinder aus gemischten Ehen in der Bukowina; dem katholischen Pfarrer gebührt für die ihm obliegende Eheverkündigung nicht katholischer Glaubensgenossen die Stola. Anwendung des §. 71 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches auf die Ehen der nichtunirten Griechen, nichtunirten Armenier und Lipowaner.
Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1835, S. 22, Nr. 37.
- Die Vorschrift, daß die von dem Ehebande getrennten A katholiken bei Lebzeiten des vorigen Gatten nur mit akatholischen Personen eine gültige Ehe schließen dürfen, daß daher eine katholische Person mit einer getrennten akatholischen bei Lebzeiten des geschiedenen Gegentheiles, wie auch eine bei Eingehung ihrer Ehe zur akatholischen Religion gehörig gewesene, dann aber zur katholischen Kirche übergetretene, von ihrem akatholischen Gegentheile geschiedene Person bei Lebzeiten dieses Gegentheiles keine gültige Ehe eingehen könne, wird in Älirien, dem Küstenlande, Dalmatien und dem lombardisch-venetianischen Königreiche kundgemacht.
Hofkanzlei-Decret vom 17. Juli 1835, S. 34, Nr. 61.
- Getaufte Israeliten dürfen bei Lebzeiten ihrer getrennten jüdischen Ehegatten mit Katholiken eine neue Ehe eingehen.
Hofkanzlei-Decret vom 4. Februar 1837, S. 102, Nr. 168.
- In welchen Fällen die Untersuchung der Gültigkeit der durch den Tod eines oder der beiden Ehegatten bereits aufgelösten Ehe statt finden könne.
Justiz-Hofdecret vom 27. Juni 1837, S. 131, Nr. 208.
- Vorschrift über das Verfahren bei Bestreitung der Gültigkeit der ohne gehörige Bewilligung geschlossenen Militär-Ehe.
Rescript des Hofkriegsrathes vom 30. August 1837, S. 142, Nr. 221.
- Bestimmung der Valuta jener Militärheirathscautions-Einkünfte, von welchen ein Theil mit Verbot belegt oder in Execution gezogen werden kann.
Hofkanzlei-Decret vom 5. Mai 1839, S. 337, Nr. 357.
- Vorschrift über die Bestreitung der Gültigkeit einer Ehe wegen eines öffentlichen Ehehindernisses.
Justiz-Hofdecret vom 25. November 1839, S. 360, Nr. 392.
- Zur Anfechtung der von einem Militär ohne gehöriger Bewilligung geschlossenen Ehe bedarf es eines eigens bestellten Klägers nicht, diese Anfechtung ist dem Fiscus nicht zu übertragen.
Justiz-Hofdecret vom 25. November 1839, S. 360, Nr. 392.
- Vorschrift über das Verhalten des katholischen Curat-Clerus bei eintretenden Ehen zwischen Katholiken und Akatholiken.
Justiz-Hofdecret vom 20. September 1841, S. 607, Nr. 563, und Hofkanzlei-Decret vom 18. August 1842, S. 56, Nr. 629.
- Gesetzliche Bestimmungen in Betreff der von bairischen Unterthanen im Auslande und von fremden Unterthanen in Baiern geschlossenen Ehen.
Hofkanzlei-Decret vom 31. März 1842, S. 15, Nr. 604.

Ehe. Bestimmungen hinsichtlich der Ausstellung der Reverse über die Erziehung der aus Ehen zwischen Katholiken und Akaatholiken erzeugten Kinder in der katholischen Religion.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Juli 1842, S. 44, Nr. 624.

- Verbot nachträglicher gottesdienstlicher Handlungen in dem akaatholischen Bethause bei den unter passiver Assistenz der katholischen Pfarrer geschlossenen Ehen zwischen Katholiken und Akaatholiken.

Hofkanzlei-Decret vom 27. December 1842, S. 80, Nr. 665.

- Vorschrift über die Führung der Trauungsbücher und Ausfertigung der Trauungs-Eheine über gemischte Ehen von der katholischen Geistlichkeit.

Hofkanzlei-Decret vom 27. April 1843, S. 118, Nr. 700.

- Gültigkeit der bei Eheschließung zwischen Katholiken und Akaatholiken hinsichtlich der, wegen Erziehung der aus dieser Ehe entspringenden Kinder in der katholischen Religion, ausgestellten Reverse.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Juni 1843, S. 125, Nr. 714.

- Vorschrift über das Aufgebot bei Ehen nichtuniter Griechen unter sich oder mit katholischen Glaubensgenossen in der Bukowina.

Hofkanzlei-Decret vom 26. October 1843, S. 163, Nr. 758.

- Die Vorschrift vom 4. März 1836, betreffend die Ehen von Militärpersonen, hat allgemeine Gültigkeit und den Behörden zur Richtschnur zu dienen.

Hofkanzlei-Decret vom 3. April 1846, S. 331, Nr. 954.

- Vorschrift über das Aufgebot und die Trauung jener Israeliten in Böhmen, welche keiner mit einem zu jüdischen Trauungen berufenen Religionslehrer versehenen jüdischen Gemeinde angehören.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1846, S. 360, Nr. 984.

- Vorschrift über die Erziehung der Kinder, nachdem die katholische Gattin in einer sogenannten gemischten Ehe zum akaatholischen Glauben übertritt.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Jänner 1847, S. 404, Nr. 1020.

- Competenz der Vormundschaftsbehörden in Dalmatien zur Entscheidung über die Minder- oder Großjährigkeit einer Person behufs der Eingehung einer Ehe.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1034.

Eheconsens. S. Verhehlung.

Ehecontract. Nur das vermöge einer im Ehecontracte bedungenen allgemeinen Gütergemeinschaft dem überlebenden Ehegatten zufallende Vermögen ist bei Bauersleuten erbsteuerfrei.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Mai 1830, S. 197, Nr. 2463.

Ehegatte. Vorschrift über das Verfahren bei dem Zeugenbeweise über den Tod eines vermissten Ehegatten.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1827, S. 68, Nr. 2259.

- Nur das vermöge einer im Ehecontracte bedungenen allgemeinen Gütergemeinschaft dem überlebenden Ehegatten zufallende Vermögen ist bei Bauersleuten erbsteuerfrei.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Mai 1830, S. 197, Nr. 2463.

- In welchem Falle derselbe seiner aus beiderseitiger Schuld geschiedenen Ehegattin den anständigen Unterhalt zu verabreichen verpflichtet ist.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1841, S. 575, Nr. 531.

- Vorschrift über die Bestrafung der von den Ehegatten an einander verübten gegenseitigen Entwendungen.

Hofkanzlei-Decret vom 8. October 1846, S. 374, Nr. 989.

Ehegattin. Den Verzicht-Reversen der Ehegattinnen der in Verrechnung stehenden Beamten soll jedesmal der Laufschein der Ausstellerin, und, wenn diese minderjährig ist, auch die gerichtliche Genehmigung beigefügt werden.

Justiz-Hofdecret vom 25. April 1829, S. 153, Nr. 2397.

- Beamtenwitwen, welche von ihrem Ehemanne geschieden waren, sind nur dann pensions- oder provisionsfähig, wenn sie beweisen, an der Scheidung keine Schuld zu haben.

Hofkammer-Decret vom 5. October 1830, S. 209, Nr. 2485.

- Wann der von einer von Tisch und Bett gerichtlich geschiedenen Ehegattin geborenen Kinder für ehelich zu halten seien.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juni 1835, S. 23, Nr. 39.

- Befreiung des von einem landesfürstlichen Beamten seiner Ehegattin abzureichenden Unterhaltes von der Execution.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1840, S. 540, Nr. 482.

- Die aus beiderseitiger Schuld geschiedene Ehegattin hat in der Regel keinen Anspruch auf anständigen Unterhalt; in welchem Falle jedoch der Ehegatte zur Verabreichung desselben zu verhalten sei.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1841, S. 575, Nr. 531.

- Bestimmung des Gerichtsstandes für die Ehegattinnen der Bezirkscommissäre, Bezirks-, Orts- und Criminal-Richter auf dem Lande in Kärnten.

Justiz-Hofdecret vom 8. November 1841, S. 654, Nr. 570.

- Erläuterung des §. 700 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches hinsichtlich der letztwilligen Verfügungen, wodurch der Erblasser seiner Ehegattin oder dritten Personen den Genuß einer Erbschaft oder eines Legates für die Dauer des Wittwen- oder unverehelichten Standes zuwendet.

Justiz-Hofdecret vom 23. Mai 1844, S. 210, Nr. 807.

- Behandlung der Ehegattin des in Concurs verfallenen Schuldners beim Verdachte an Theilnahme der Uebervorteilung des Concurs-Gläubiger.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 451, Nr. 1049.

Ehehindernisse. Vorschrift über die Bestreitung der Gültigkeit eingegangener Ehen, wegen eines öffentlichen Ehehindernisses.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1839, S. 360, Nr. 392.

Eheliche Kinder. S. Kinder.

Ehescheidung. Ueber die Trennung und Scheidung jüdischer Ehegatten, wenn ein Theil oder beide zur christlichen Religion übertreten.

Justiz-Hofdecret vom 10. August 1821, S. 43, Nr. 1789.

- Taxirung der Urtheile auf Scheidung von Tisch und Bett.

Hofkammer-Decret vom 14. Juni 1839, S. 342, Nr. 364.

- Wann der Ehegatte seiner aus beiderseitiger Schuld geschiedenen Ehegattin den anständigen Unterhalt zu verabreichen hat.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1841, S. 575, Nr. 531.

Ehestreitigkeiten. Vorschrift über das Verfahren bei Bestreitung der Gültigkeit der ohne gehörige Bewilligung geschlossenen Militär-Ehe.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 30. August 1837, S. 142, Nr. 221.

Eheungültigkeit. Ohne Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften geschlossene Juden-Ehen sind ipso facto ungültig.

Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1827, S. 64, Nr. 2250.

Ehrengiltigkeit. Zur Ungiltig-Erklärung der von einem Militär geschlossenen Ehe, sowie der Ehen, wegen öffentlichen Ehehindernisses überhaupt, bedarf es eines eigens bestellten Klägers nicht, und ist diese Aufsehung auch dem Fiscus nicht zu übertragen.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1839, S. 360, Nr. 392.

Eheverfändigung. S. Aufgebot.

Ehre. Bestrafung Desjenigen, welcher die Ehre von Privatpersonen, Körperschaften, von Behörden oder obrigkeitlichen Personen in Bezug auf ihre Amtshandlungen in Druckschriften angreift.

Rundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Ehrenbeleidigungen. Vorschrift über die Verjährung der schweren Polizei-Übertretung der Ehrenbeleidigung.

Hofkanzlei-Decret vom 24. December 1836, S. 94, Nr. 161.

— Vorschrift über die Bestrafung der Ehrenbeleidigungen.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1839, S. 341, Nr. 363.

— Die strafgerichtliche Behandlung sämmtlicher in dem §. 241, II. Theiles des Strafgesetzes, vorgesehenen Fälle von Ehrenbeleidigungen wird den Polizeibehörden Wiens übertragen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. April 1847, S. 459, Nr. 1058.

Ehrendecorationen. Strafbestimmung auf das unbefugte Tragen von Ehrendecorationen.

Hofkanzlei-Decret vom 24. März 1835, S. 3, Nr. 3.

Ehrenmedaille. S. Ehrenzeichen.

Ehrentitel. Den k. k. Unterthanen ist nicht erlaubt, bei fremden Regenten Standeserhöhungen und Ehrentitel anzuschreiben, oder sie ohne Allerhöchste Bewilligung anzunehmen und sich derselben in den k. k. Staaten zu bedienen.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Juni 1834, S. 113, Nr. 2656.

Ehrenzeichen. Die Invaliden-Beneficien werden in Fällen, in welchen die Tapferkeits-Medaillen und die damit verbundenen Zulagen verwirkt werden, gleichfalls verloren; keine öffentliche Bestrafung der mit Medaillen gezeigten Mannschafft soll angewendet werden, wenn nicht zugleich durch richterlichen Ausspruch auf den Verlust der Tapferkeits-Medaille erkannt wird.

Hofkanzlei-Decret vom 31. Jänner 1822, S. 74, Nr. 1834.

— In den Civilstand getretene vormalige Militärpersonen verlieren das Ehrenzeichen durch die Verurtheilung zum schweren oder schwersten Kerker; bei Verurtheilung zum einfachen Kerker aber haben sie dasselbe während der Strafzeit abzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 20. April 1827, S. 79, Nr. 2274.

— Einsendung der Ehrenzeichen fremder Staaten an die Landesstelle beim Ableben des damit Betheiligten.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1827, S. 89, Nr. 2296.

— Den Verlust der Tapferkeits-Medaille zieht das auf Cassation wider einen Officier, oder auf öffentliche Züchtigung mit Stockstreichen, Gassenlaufen oder eine noch schwerere Strafe gegen die übrige Mannschafft gefällte Urtheil, nach sich.

Justiz-Hofdecret vom 24. April 1829, S. 151, Nr. 2395.

— Die Verurtheilung zum schweren Kerker zieht den Verlust der Civil-Ehrenmedaille, der Tapferkeits-Medaille, sowie des Invaliden-Beneficiums nach sich; bei der Verurtheilung zu einfacher Kerkerstrafe hat nur die Ablegung dieser Ehrenzeichen während der Strafdauer einzutreten.

Justiz-Hofdecret vom 29. Juli 1835, S. 35, Nr. 63.

— Wann den Erben eines mit der Ehrenmedaille zu theilenden, vor Empfang derselben verstorbenen Individuums dieselbe zu erfolgen sei.

Hofkanzlei-Decret vom 8. October 1835, S. 51, Nr. 88.

Eid. Eidesformel, nach welcher die Waisenvermögens-Verwalter in Niederösterreich zu beeiden sind:

- a) für Herrschaftsbefitzer, die selbst das Waisenamt verwalten;
- b) für Verwalter, die nicht zugleich Befitzer der Herrschaft sind.

Justiz-Hofdecret vom 20. Jänner 1821, S. 3, Nr. 1732.

— Beeidigung tauglicher Grundbuchsführer auf dem Lande.

Hofkanzlei-Decret vom 18. October 1822, S. 121, Nr. 1903.

— Den neuangestellten oder beförderten Beamten, die den Dienstseid abzulegen ämtlich verhindert sind, ist der Gehalt vom Tage der Zustellung ihres Ernennungs-Decretes anzuweisen.

Hofkammer-Decret vom 13. December 1823, S. 166, Nr. 1979.

— Der zu Bancal-Untersuchungen abgeordnete Gerichtsbeamte kann von den Kunstverständigen den Eid aufnehmen; Instruction vom 14. December 1814 für Gefällsbehörden über die Behandlung und Untersuchung der Contreband- und Straffälle.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1824, S. 173, Nr. 1988.

— Eidesformel für die Notare.

Justiz-Hofdecret vom 14. Februar 1824, S. 193, Nr. 1989.

— Ueber die Beeidigung der Candidaten für das Criminal-Richteramt bei Criminalgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 12. März 1824, S. 195, Nr. 1992.

— Die böhmischen Fiscal-Adjuncten haben den Eid bei dem dortigen Subernium abzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1825, S. 313, Nr. 2120.

— Vorschrift über die Aufnehmung des Eides von Parteien oder Zeugen, welche mohamedanischer Religion sind.

Justiz-Hofdecret vom 26. August 1826, S. 45, Nr. 2217.

— Feierlichkeiten des Eides und Meineids-Erinnerung.

Justiz-Hofdecret vom 17. November 1826, S. 54, Nr. 2231.

— Behandlung der Gesuche um Zulassung des Zeugenbeweises anstatt des abzulegenden Haupteides.

Justiz-Hofdecret vom 14. September 1827, S. 97, Nr. 2306.

— Der Präses oder Präsident eines Collegialgerichtes hat bei seiner Ueberfegung zu einem anderen Collegialgerichte, wenn ihm keine mehreren oder höheren Pflichten obliegen, keinen neuen Dienstseid abzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1827, S. 101, Nr. 2313.

— Beeidigung der katholischen und nichtunirten griechischen Feldgeistlichen, die bei Criminal-Untersuchungen als Zeugen oder Beschädigte abgehört werden.

Justiz-Hofdecret vom 5. December 1828, S. 140, Nr. 2374.

— Beamte der Gutsherren, Städte und Gemeinden, denen gerichtliche Depositen anvertraut werden, sind zu beeidigen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juli 1829, S. 166, Nr. 2419.

— Eidesformel für die gerichtlich bestellten Aushilfspersonen im Küstenlande, welchen die Besorgung einiger Geschäfte des adeligen Richteramtes anvertraut wird.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1830, S. 188, Nr. 2457.

— Feierlichkeit des Eides bei helvetischen Confessions-Verwandten.

Justiz-Hofdecret vom 21. December 1832, S. 72, Nr. 2582.

— Auf die Bußtage der Juden ist bei gerichtlicher Vorladung derselben zur Eides-Ablegung keine Rücksicht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1833, S. 74, Nr. 2586.

— Die Beeidigung der Landgerichtsdiener in Steiermark wird den Landgerichten überlassen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. Juni 1833, S. 94, Nr. 2619.

Eid. Beeidigung der Landgerichtsdienner in Oesterreich unter der Enns.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Februar 1834, S. 107, Nr. 2640.

- Der an den Schuldner ergangene gerichtliche Auftrag zur Pfandhaftmachung seiner Güter berechtigt den Executionsführer nicht, von dem Schuldner die Bestätigung seiner Angabe durch den Manifestations-Eid zu verlangen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 30, Nr. 50.

- Die Dienst-Eide sind in der Regel im Amtsorte abzulegen; wann deren Abnahme außer dem Amtsorte gestattet sei.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1836, S. 74, Nr. 123.

- Die Abnahme des Eides über vor den Wirthschaftsämtern geschlossene Vergleiche kommt dem Justizamte zu.

Justiz-Hofdecret vom 5. März 1839, S. 333, Nr. 348.

- Beweisführung durch den Haupteid in den gegen Concursmassen anhängigen Processen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1841, S. 565, Nr. 518.

- Vorschrift über die Eidleistung der Beamten und Diener des Civil- und des Criminalgerichtes der Stadt Wien.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 524, Nr. 570.

- Vorschrift über den Beweis durch den Haupteid, der nicht zurückgeschoben werden kann, und Anwendung derselben auf den über die Echtheit einer eigenen Handschrift, oder über die Echtheit der Handschrift eines Verstorbenen aufgetragenen Haupteid.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1842, S. 25, Nr. 610.

- Mit der Abnahme des Eides sollen Gerichte so lange innehalten, bis die mittelst Hofrecurs unterlegte Frage, ob mit der Ablegung dieses Eides einzuhalten sei, entschieden ist.

Justiz-Hofdecret vom 26. September 1842, S. 61, Nr. 642.

- Vorschrift über die Abnahme des von einem Stummen in seiner Rechtsache angetretenen Hauptedes.

Justiz-Hofdecret vom 28. September 1842, S. 61, Nr. 644.

- Beeidigung der Zeugen, wenn auch die Aussage derselben mit dem Geständnisse der Inquisiten übereinstimmt.

Justiz-Hofdecret vom 11. October 1842, S. 63, Nr. 647.

- Die Beeidigung der öffentlichen Notare darf erst nach ausgewiesener Bezahlung der Taxen für das Notariats-Diplom vorgenommen werden.

Justiz-Hofdecret vom 20. December 1842, S. 76, Nr. 662.

- Die zu Augenscheinen außer Privilegien-Angelegenheiten als Kunstverständige bei Gerichtsstellen häufig zugezogenen Professoren des polytechnischen Institutes sind für beständig zu beeidigen.

Justiz-Hofdecret vom 25. October 1843, S. 162, Nr. 757.

- Verpflichtung der Mitglieder des Jesuiten-Ordens das von ihnen vor Gericht in Criminal- und schweren Polizeiübertretungs-Angelegenheiten abgelegte Zeugniß zu beschwören.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Februar 1844, S. 196, Nr. 789.

- Unzulässigkeit des Erfüllung-Eides auf Grundlage bloß einfacher Vermuthungen, oder von bloßen Wahrscheinlichkeitsgründen, dann jenes Eides, wodurch der ihn Anbietende das Bestehen des von ihm angesprochenen Rechtes selbst erweisen will.

Allerhöchste Entschliessung vom 1. October 1844, S. 235, Nr. 836.

- Vorschrift über Eide im summarischen Verfahren.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- Der Haupteid kann nur den Bestand oder Nichtbestand der Thatfache, aus welcher sich eine Schuld ergibt, zum Gegenstande haben.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1846, S. 317, Nr. 935.

Eid. Der Haupteid kann nicht bloß in negativer, sondern auch in positiver Form aufgetragen werden.

Allerhöchste Entschließung vom 31. März 1846, S. 331, Nr. 953.

— Vorschrift über das Verfahren bei der Eidesablegung der Israeliten.

Justiz-Hofdecret vom 1. October 1846, S. 371, Nr. 987.

— Bestimmung der Frist zur Antretung eines Eides im summarischen Verfahren.

Justiz-Hofdecret vom 31. December 1846, S. 399, Nr. 1015.

— Vorschrift über die Anbietung, Auftragung und Zulassung eines Eides im summarischen Verfahren vor den Militärgerichten.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

— Der Haupteid kann cumulativ oder subsidiarisch mit anderen Beweismitteln aufgetragen werden; Benchmen des Richters bei Zulassung desselben.

Allerhöchste Entschließung vom 19. Juni 1847, S. 463, Nr. 1067.

— für den das Waisenamt selbst besorgenden Gutsbesitzer, für den das Waisengeschäft verwaltemden herrschaftlichen Beamten und für die Schägleute in Waisen-Angelegenheiten bei dem Ezer-nowiger Magistrate, dann bei den Gemeindegerechten und Wirthschaftsämtern in der Bukowina.

Justiz-Hofdecrete vom 8. März 1848, S. 551, 552 und 556, Nr. 1125.

— Vorschrift für die dalmatinischen Gerichtsstellen, wenn im summarischen Verfahren Eide aufgetragen oder angeboten werden.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

— Hinweglassung des Beisages hinsichtlich der geheimen Gesellschaften und Verbrüderungen in den Dienst-Eidesformeln der Justizbeamten, der obrigkeitlichen mit der Justizverwaltung beauftragten Beamten, dann der Advocaten, Notare, Wechselgerichts-Beisitzer und deren Substituten.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1848, S. 619, Nr. 1145.

Eidesablegung. S. Eid.

Eidesformel. S. Eid.

Eideskräftige Vermögensbekenntnisse. S. Vermögensbekenntnisse.

Eidliche Angaben. S. Eid.

Eigenschaften. Bei Vorschlägen zu Dienstbesetzungen ist auf die zu dem Dienste erforderlichen Eigenschaften zu sehen.

Justiz-Hofdecret vom 23. Februar 1821, S. 11, Nr. 1741.

— Bestimmung der Eigenschaften der Bewerber um eine Fiscal-Adjunctenstelle.

Justiz-Hofdecrete vom 19. November 1824 und 11. Juli 1828, S. 269 und 124, Nr. 2049 und 2351.

— Bestimmung der erforderlichen Eigenschaften zur Anstellung als Richter und als Auscultant.

Justiz-Hofdecrete vom 13. April 1827 und 8. Mai 1829, S. 77 und 154, Nr. 2272 und 2399.

— Bestimmung der Eigenschaften der Bewerber um eine Prätoratsstelle in Dalmatien.

Hofkanzlei-Decret vom 21. September 1839, S. 351, Nr. 380.

— Bestimmung der Eigenschaften der Bewerber um eine Waaren-Sensalenstelle.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 8. April 1842, S. 17, Nr. 606.

— Bestimmung der Eigenschaften der Concepts-Practikanten bei den Landgerichten in Tirol und Vorarlberg zur Erlangung eines Adjutums.

Hofkanzlei-Decrete vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753, und 25. März 1844 S. 202, Nr. 797.

Eigenschaftstabelle. Beilegung der Eigenschafts-Tabelle den Dienstbesetzungs-Vorschlägen, womit Jemand von Amtswegen vorgeschlagen wird.

Hofkanzlei-Decret vom 11. April 1824, S. 200, Nr. 2000.

Eigenschafts-Tabellen haben die Magistrate über ihre Beamte statt dem Dienstzeugnisse auszufertigen.

Justiz-Hofdecret vom 17. März 1826, S. 13, Nr. 2174.

- Bei Ausstellung der Eigenschafts-Tabellen an Beamte ist mit aller Gewissenhaftigkeit vorzugehen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1826, S. 30, Nr. 2196.

- Vorschrift über die Ausfüllung aller Rubriken in der Eigenschafts-Tabelle.

Justiz-Hofdecret vom 7. October 1826, S. 52, Nr. 2226.

- In den Competenten-Tabellen für erledigte Justiz-Dienstplätze sind die Sprachen, welche die darin aufgeführten Individuen vollkommen besitzen, auszuweisen.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1828, S. 138, Nr. 2369.

- Vorschrift über die Bezeichnung der Beamten reiner Justizbehörden in den Eigenschafts-Tabellen.

Justiz-Hofdecret vom 25. Jänner 1841, S. 553, Nr. 497.

- Vorschrift über die Classification der Beamten gemischter Justizbehörden, dann der Magistrate landesfürstlicher Städte und Märkte in den Eigenschafts-Tabellen.

Justiz-Hofdecret vom 24. April 1843, S. 118, Nr. 699.

Eigenthümer. S. Eigenthum.

Eigenthum. Wie das Eigenthums-Recht gegen eine Concursmasse anzumelden und zu liquidiren sei.

Justiz-Hofdecret vom 19. August 1825, S. 318, Nr. 2126.

- Bestrafung der böshafter Beschädigung fremden Eigenthums.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1826, S. 5, Nr. 2163.

- Vorschrift über die Vergütung der durch die Aufstellung der Sanitäts-Cordone an dem Eigenthume der Privaten eingetretenen Beschädigungen aus dem Staatsschatze.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Mai 1832, S. 61, Nr. 2563.

- Vorschrift für den Judicial-Senat des Prager Magistrates, über dessen Verfahren bei Bewilligung der Eigenthums-Uebertragung einer stadtbücherlichen Realität.

Justiz-Hofdecret vom 25. August 1835, S. 42, Nr. 82.

- Vorladung der Eigenthümer der bei den Civil-Justizbehörden befindlichen alten Depositen, die dem Fiskus heimgefallen seyn könnten.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1837, S. 106, Nr. 170.

- Behandlung der seit 32 Jahren und noch länger erliegenden Depositen, zu welchen sich bisher keine Eigenthümer meldeten, hinsichtlich der Zeit der effectiven Erliegung derselben.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1837, S. 108, Nr. 173.

- Aufforderung der Eigenthümer der über 32 Jahre alten und deponirten Privat-Schuldbriefe und anderer Privat-Urkunden zur Erhebung derselben durch Edict.

Justiz-Hofdecret vom 1. Mai 1837, S. 123, Nr. 199.

- Wie lange in Tirol die öden über und unterhalb der Vegetationsgränze liegenden Gebirgsmassen und Lager von verwendungsfähigen erdigen Fossilien als Mineral-Eigenthum anzusehen seien.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1839, S. 320, Nr. 325.

- Staatsvertrag mit Sardinien zur Sicherstellung der Eigenthumsrechte der in den beiderseitigen Staaten erscheinenden literarischen und artistischen Werke.

Vom 22. Mai 1840, S. 492, Nr. 441.

- Streitigkeiten über unbewegliches Eigenthum des Militär-Merars, insbesondere in Besetzungsfällen, sind vor der Real-Gerichtsbehörde zu verhandeln und zu entscheiden.

Justiz-Hofdecret vom 28. Juni 1842, S. 44, Nr. 622.

Eigenthum. Beschränkung des Eigenthums- und Nutzungs-Rechtes der Besitzer der an der Linie der Staats-Eisenbahnen angränzenden Gründe und Bergabhänge.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 234, Nr. 834.

- Vorschrift über das Verfahren bei der Pfändung und Execution beweglicher Sachen, worauf dritte Personen Eigenthums- oder andere Rechte zu haben behaupten.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1845, S. 265, Nr. 889.

- Verantwortlichkeit des Eigenthümers für die fortwährende Tauglichkeit der Kessel der Dampfmaschinen und Locomotive; dann wenn sich derselbe einer schweren Polizeiübertretung schuldig macht.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juni 1845, S. 266, Nr. 891.

- Gesetz zum Schutze des Eigenthumsrechtes der Verfasser, Herausgeber und Verleger literarischer und artistischer Werke gegen die unbefugte Darstellung, Aufführung, Nachbildung und den Nachdruck derselben.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

- Die unterthänigen uneingekauften Grundstücke in Galizien werden als Nutzungs-eigenthum ihrer gegenwärtigen rechtmäßigen Besitzer anerkannt, welche damit frei verfügen, und dieselben bis zwei Dritttheile ihres Werthes auch verschulden können.

Kreis Schreiben des galizischen Guberniums vom 25. November 1846, S. 391, Nr. 1004.

- Ob ein in einer Concurssmasse befindliches Gut dem Gläubiger, welcher ein Eigenthumsrecht darauf geltend gemacht hat, auszufolgen sei, hat der Concurssrichter zu beurtheilen.

Älterhöchste Entschlieung vom 20. November 1847, S. 476, Nr. 1096.

- Das Obereigenthum über unbewegliche Güter bedarf keiner Anmeldung im Concurse über das Vermögen des Nuzeeigenthümers.

Hofkanzlei-Decret vom 26. December 1847, S. 483, Nr. 1109.

Eigenthumsklagen. Bei Eigenthumsklagen gegen Concurssmassen sind, wenn noch kein Ausschuß der Gläubiger gewählt ist, die bekannten und im Gerichtsorte anwesenden Gläubiger selbst zu vernehmen.

Justiz-Hofdecret vom 6. Juni 1826, S. 19, Nr. 2188.

Eigenthumsrecht. Beschluß der deutschen Bundesversammlung zur Sicherung des Eigenthumsrechtes der Schriftsteller, Herausgeber und Verleger literarischer und artistischer Werke gegen den Nachdruck und die Nachbildung.

Hofkanzlei-Decret vom 16. November 1832, S. 70, Nr. 2580.

- S. Eigenthum.

Eilwagen. Briefpost-Verbindung mit dem Eilwagen, welchem keine voluminösen Acten übergeben werden dürfen.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1825, S. 295, Nr. 2084.

- Fahrpost-Ordnung für Sachen-Transporte und Sendungen, dann für Reisende mittelst Eilwagen, welche mit 1. November 1838 in Wirksamkeit zu treten hat.

Hofkammer-Decret vom 12. Juni 1838, S. 244, Nr. 280.

Einantwortung der Verlassenschaft eines gegen den Staatsschatz in Verrechnung gestandenen Beamten findet ohne Zustimmung der Cameralbehörde nicht Statt.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1824, S. 271, Nr. 2053.

- Ausfertigung der Einantwortungs-Urkunden für Käufer der im Executionswege versteigerten unbeweglichen Güter.

Justiz-Hofdecret vom 11. August 1827, S. 90, Nr. 2300.

Einantwortung. Vorschrift über die Einantwortung der Verlassenschaften der in Verrechnung gestandenen Magistratsbeamten.

Justiz-Hofdecret vom 2. September 1831, S. 18, Nr. 2526.

— des Vermögens eines großjährig gewordenen Mündels in Tirol; Bestimmung der Taxen dafür.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1836, S. 83, Nr. 144.

— Aufhebung der verfügten Einhaltung mit der Einantwortung der Erbschaften an belgische Erben.

Justiz-Hofdecret vom 26. Mai 1840, S. 500, Nr. 444.

— In Fällen, wo auf ein verkäufliches nicht radicirtes Gewerbe Execution geführt wird, ist die Pfändung oder Einantwortung vom Richter zu bewilligen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 586.

— Nach erfolgter Einantwortung der Verlassenschaft kann der Erbe wegen der Gültigkeit des Testaments, wegen des Erbrechtes, oder wegen der Erbtheilung bei der Abhandlungs-Behörde oder bei dessen persönlichem Richter belangt werden.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juni 1845, S. 269, Nr. 893.

— In wiesene die Militärgerichte vor Einantwortung der Verlassenschaft für die Sicherstellung oder Befriedigung der Verlassenschafts-Gläubiger zu sorgen haben.

Verordnung des Hofkriegsrathes vom 3. Juni 1846, S. 337, Nr. 969.

— Die Einantwortung einer Verlassenschaft an die für unbekannte oder abwesende Erben bestellten Curatoren auf Grund der von den Letzteren ohne Vollmacht der Erben oder ihrer gesetzlichen Vertreter überreichten Erbserklärung ist ungesetzlich.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1846, S. 389, Nr. 1000.

— S. Erbschaft.

Einantwortungs-Bescheid. Bloß zur Bestimmung des Stämpels soll für den Bescheid zur Verlassenschafts-Einantwortung ein Vermögensausweis nicht gefordert werden.

Hofkammer-Decret vom 10. April 1822, S. 92, Nr. 1862.

Einantwortungs-Decrete. Formulare zu einem Verlassenschafts-Einantwortungs-Decrete bei dem Czernowitzer Magistrate, dann bei den Gemeindegerichten und Wirtschaftsgütern in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 547, Nr. 1125.

Einathmungs-Apparate. Verbot der öffentlichen Ankündigung und Anpreisung der zum Einathmen der Aethergattungen nöthigen Apparate.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1847, S. 473, Nr. 1091.

Einbegleitung. Vorschrift über die Einbegleitung der Unterstützungs-Gesuche der Beamten.

Hofkammer-Decret vom 31. October 1828, S. 139, Nr. 2370.

Einbegleitungs-Berichte. S. Berichte.

Einbegleitungs-Schreiben. wodurch Besuche der Beamten um einen Dienstposten von einer Behörde an die andere übersendet werden, sind postportofrei.

Justiz-Hofdecret vom 16. Mai 1834, S. 112, Nr. 2654.

Einberufung. Bestimmung der Gerichtsbarkeit über die bis zur Einberufung beurlaubte Militär-Mannschaft.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Mai 1837, S. 124, Nr. 201.

— Die Unterordnung der bis zur Einberufung Beurlaubten unter die Civil-Gerichtsbarkeit findet auf Ungarn, Siebenbürgen und die Militärgränze keine Anwendung.

Hofkanzlei-Decret vom 12. August 1842, S. 57, Nr. 632.

Einberufungs-Edict. S. Edict.

Einbringung des durch fromme Vermächnisse und Stiftungen gestifteten Vermögens durch das Fiscalamt.

Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1821, S. 2, Nr. 1730.

Einbringung der Urbartal-Rückstände im politischen Wege.

Justiz-Hofdecret vom 6. März 1821, S. 12, Nr. 1744.

- der Geldstrafen von Parteien oder ihren Vertretern, dann von Magistraten, Obrigkeiten und Justizämtern für den Criminalfond.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1821, S. 42, Nr. 1787.

- Vorschrift über die Verfassung der Ausweise über die Criminalkosten, welche der Landesstelle zur Einbringung derselben mitgetheilt werden.

Justiz-Hofdecret vom 6. October 1821, S. 52, Nr. 1807.

- der Erbsteuer-Ausstände durch das Fiscalamt.

Hofkanzlei-Decret vom 9. November 1821, S. 59, Nr. 1814.

- der Gemeinde-Auflagen und Forderungen (Wustungen, Imposte, Collette, Crattate) in Tirol.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Februar 1822, S. 80, Nr. 1842.

- Bestimmung der Taglia auf die Einbringung einer Räuber-Rotte von wenigstens drei Köpfen in Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 13. December 1822, S. 124, Nr. 1914.

- Vorschrift über die Art der Execution zur Einbringung der Steuer-Rückstände.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Juli 1823, S. 155, Nr. 1954.

- der Herstellungskosten der Wirtschaftsgebäude auf den zur Dotation der geistlichen Pfründner angewiesenen Gütern und Realitäten nach dem Ableben dieser Pfründner.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1824, S. 260, Nr. 2027.

- Vorschrift über die Einbringung der Zehent-Ausstände.

Justiz-Hofdecret vom 31. December 1824, S. 280, Nr. 2061.

- Vorschrift über die Einbringung der Forderungen einzelner Mündel und Pflegebefohlenen oder einer gemeinschaftlichen Waisencasse gegen Unterthanen oder Gerichts-Insassenen des obervormund-schaftlichen Gerichtes.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juli 1825, S. 312, Nr. 2117.

- Vorschrift über die Einbringung der landesfürstlichen Steuer-Rückstände.

Justiz-Hofdecret vom 1. September 1826, S. 46, Nr. 2219.

- Für die Einbringung eines Räubers haben Gerichtsbienner keinen gesetzlichen Anspruch auf die Taglia, doch kann ihnen dieselbe bei besonderen Fällen ausnahmsweise bewilliget werden.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1829, S. 160, Nr. 2405.

- Ermächtigung der Landesstelle zur Anweisung einer Belohnung für die Einbringung eines ent-wichenen Criminal-Sträflings.

Justiz-Hofdecret vom 27. Juni 1829, S. 164, Nr. 2415.

- Vorschrift über die Einbringung der rückständigen Zölle und Verzehrungssteuer-Gebühren.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1832, S. 31, Nr. 2548.

- Vorschrift über die Einbringung der Advocaten-Gebühren.

Justiz-Hofdecret vom 4. October 1833, S. 103, Nr. 2633.

- der aus dem Dienstverhältnisse entstehenden Aertarial-Forderungen an Staatsdiener und Militär-Personen durch Abzüge an Gehalten und Pensionen.

Hofkammer-Decret vom 1. December 1834, S. 130, Nr. 2675.

- Vorschrift über die Einbringung der aus dem Dienstverhältnisse entstehenden Forderungen an städtische, ständische und Fondsbeamte.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Jänner 1836, S. 71, Nr. 115.

- Vorschrift über die Einbringung der Erbsteuer von den aufgelaassenen Laz- und Umgelbs-Begügnen.

Hofkanzlei-Decret vom 22. April 1836, S. 80, Nr. 138.

Einbringung. Vorschrift über das Verfahren bei Einbringung niederer Forderungen in Tirol, welche zwanzig Gulden in Conventions-Münze, ohne Einrechnung der Zinsen, nicht übersteigen.

Justiz-Hofdecret vom 8. August 1837, S. 136, Nr. 218.

- Die Vertretung jeder Kirche, wegen Einbringung eines derselben angefallenen Erbvermögens, liegt dem Fiscalamte ob.

Hofkanzlei-Decret vom 24. November 1837, S. 161, Nr. 243.

- Vorschrift über die Einbringung der liquidirten Unterthans-Schuldsigkeiten mittelst der politischen Execution.

Hofkanzlei-Decret vom 27. November 1838, S. 311, Nr. 309.

- Verantwortlichkeit der Berggerichte und Berggerichts-Substitutionen für die Einbringung der Saumsals-Estrafen.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 27. November 1838, S. 311, Nr. 310.

- der entwichenen, dem Staate oder der Gesellschaft besonders gefährlichen Verbrecher durch militärische Hilfe.

Justiz-Hofdecret vom 25. Jänner 1841, S. 553, Nr. 498.

- der Steuern. Vorschrift über das Verfahren zur Einbringung der Steuern und Steuer-Rückstände in Galizien.

Hofkanzlei-Decret vom 16. December 1841, S. 657, Nr. 577.

- Vorschrift über die Einbringung der Dienstharen von Beamten durch Abzüge an ihren Besoldungen.

Hofkammer-Decret vom 12. September 1843, S. 138, Nr. 740.

- Vorschrift über die sequestratorische Verpachtung der Güter in Galizien und in der Bukowina zur Einbringung der Steuer-Rückstände, und über die Einverleibung der diebställigen Pachterträge in die öffentlichen Bücher.

Hofkanzlei-Decret vom 15. September 1843, S. 139, Nr. 742.

- Umfang der Haftung der Advocaten für die Einbringung der Taxen von den von ihnen vertretenen armen Parteien.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1845, S. 259, Nr. 881.

- S. Execution.

Einfache Gelübde. S. Gelübde.

Einfluß. Die Staatsverwaltung nimmt in das rücksichtlich der Grundsteuer-Entrichtung bestehende Rechtsverhältniß der Emphyteuten keinen imperativen Einfluß.

Justiz-Hofdecrete vom 7. April und 7. Juni 1823, S. 139 und 149, Nr. 1931 und 1946.

Eingaben. Bei den Grundgerichts-Verwaltungen der Vorstädte Wiens können im summarischen Verfahren auch schriftliche Eingaben angebracht werden.

Niederösterreichische Regierungsverordnung vom 18. März 1847, S. 454, Nr. 1050.

Eingelöste Gründe. S. Gebäude, Gründe.

Einhebung. Vorschrift über die Einhebung der Gemeinde-Auflagen und Forderungen in Tirol.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Februar 1822, S. 80, Nr. 1842.

- Vorschrift über die Einhebung des einhalbpercentigen Verlassenschafts-Beitrages für den Prager Krankenhausfond.

Hofkanzlei-Decret vom 14. August 1839, S. 346, Nr. 373.

- Die Einhebung der Justiz-Strafgelder bleibt den Justizbehörden zugewiesen.

Hofkammer-Decret vom 8. Juli 1842, S. 45, Nr. 625.

- der Notariatstaxen in Dalmatien unabhängig von den Stämpelgebühren.

Hofkammer-Decret vom 8. September 1842, S. 60, Nr. 640.

Einhebung. Theilweise Enthebung der Hofkammer-Procuration von der bisher in beträchtlicher Ausdehnung besorgten Einhebung und Verrechnung von Geldern.

Hofkammer-Decret vom 23. December 1842, S. 77, Nr. 664.

- Behebung, wegen Einhebung und Abführung der in Fällen von Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfrevel zuerkannten Schaden-Ersatzbeträge und Pfandgebühren an die Casse des Staates, wo der Frevel verübt wurde, durch die an Baiern angrenzenden österreichischen Behörden.

Hofkanzlei-Decret vom 18. September 1847, S. 471, Nr. 1087.

- Befreiung der Grundobrigkeiten in Galizien von Einhebung der indirecten Steuern.

Patent vom 17. April 1848, S. 612, Nr. 1136.

- einer außerordentlichen Abgabe von den Besoldungen, Personalszulagen, Quiescentengehalten, Pensionen u. c. d. Beamten und ihrer Witwen, dann Bestimmung der Höhe dieser Bezüge, bei welchen diese Abgabe statt findet.

Finanzministerial-Erlasse vom 18. und 27. Juni, dann 18. August 1848, S. 641, 643 und 651, Nr. 1163, 1165 und 1175.

- Befreiung der Grundherrschaften in der Bukowina von der Einhebung der directen Steuern.

Patent vom 9. August 1848, S. 648, Nr. 1173.

Einklagung. Vorschrift über die Einklagung der Forderungen gemeinschaftlicher Waisencassen.

Justiz-Hofdecree vom 8. Juli 1825, S. 312, Nr. 2117.

- Vorschrift über die Einklagung der Forderungen der Kirchen und Stiftungen.

Justiz-Hofdecree vom 25. Mai 1827, S. 81, Nr. 2278.

- Vorschrift über das Verfahren bei Einklagung niederer Forderungen in Tirol, welche zwanzig Gulden in Conventions-Münze, ohne Einrechnung der Zinsen, nicht übersteigen.

Justiz-Hofdecree vom 8. August 1837, S. 136, Nr. 218.

Einkommen. Außerordentliche Besteuerung des Einkommens der Beamten, dann Bestimmung der Höhe desselben, bei welchen diese Abgabe statt findet.

Finanzministerial-Erlasse vom 18. und 27. Juni, dann 18. August 1848, S. 641, 643 und 651, Nr. 1163, 1165 und 1175.

- Berechnung des Percentual-Abzuges von dem Einkommen der diesem Abzuge unterliegenden Personen, wenn dieses Einkommen mit einem gerichtlichen Verbote oder einer Executionsfügung behaftet ist.

Finanzministerial-Erlaß vom 17. November 1848, S. 664, Nr. 1186.

Einkünfte. Vorschrift über die Entschädigung der Privat-Personen und Gemeinden, welche durch Einführung der allgemeinen Verzehrungssteuer an ihren bisher genossenen Einkünften Verlust erlitten haben.

Justiz-Hofdecree vom 8. August 1829, S. 168, Nr. 2423.

- In wieferne die Einkünfte der Militärheirathscautions-Capitale, und in welchem Betrage cedirt oder mit Verbot belegt werden können.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1835, S. 43, Nr. 84.

- Vorschrift über die Sequestrierung der Einkünfte einer Pfarherrschafft, wegen Ersäßen an die Waisen- und Depositencasse und anderen Entschädigungen.

Hofkanzlei-Decret vom 20. März 1836, S. 78, Nr. 132.

Einlagen. Bei Bemessung des landesfürstlichen und obrigkeitlichen Mortuars ist die Geldwährung der Katastral-Einlage der Realität zu berücksichtigen.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1828, S. 138, Nr. 2368.

Einleitung einer Criminal-Untersuchung. Vorschrift über die Einleitung von Criminal-Untersuchungen wegen Ueberschreitung des Waffengebrauches von Seite der Finanzwache.

Justiz-Hofdecree vom 27. März 1846, S. 331, Nr. 952.

Einleitung. Vorschrift über das Benehmen des Appellationsgerichtes, wenn der Beschluß des Collegialgerichtes auf Ablassung statt auf Einleitung der Criminal-Untersuchung durch irrige Ansichten herbeigeführt worden ist.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1847, S. 469, Nr. 1083.

Einlösung. Vorschrift über das Verfahren bei Einlösung der für die Staats-Eisenbahnen erforderlichen Grundstücke und Realitäten.

Justiz-Hofdecret vom 8. November 1842, S. 69, Nr. 654.

— Vorschrift über die Einlösung und Amortisirung der dreipercntigen Cassé-Anweisungen.

Erlaß des Hofkammer-Präsidiums vom 16. September 1847, S. 470, Nr. 1086.

Einlösungsscheine. Vertilgung der bei dem Universal-Cameral-Zahlamte in Aufbewahrung befindlichen falschen Einlösungs- und Anticipations-Scheine und der Fälschungs-Verfälschungen nach Verlauf von 30 Jahren von dem Zeitpunkte der Herausgabe oder der Zustandebringung.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juli 1848, S. 644, Nr. 1168.

Einnuthung. Bewilligung einer achtwochentlichen Frist für den geognostisch-montanistischen Verein zur Einnuthung eines erschürften Fundes

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 31. August 1843, S. 137, Nr. 737.

Einrechnung der von der erloschenen venetianischen Republik verliehenen Militär-Chargen von dem sechzehnten Lebensjahre an in die Dienstzeit.

Justiz-Hofdecret vom 12. August 1825, S. 317, Nr. 2124.

— der als Vorbereitung zur Prüfung für das Richteramt gestatteten Praxiszeit bei Gerichtsstellen in die Dienstzeit ist nicht gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1831, S. 6, Nr. 2503.

— der Zeit des für den Beschuldigten ergriffenen, im Laufe begriffenen und ohne Erfolg gebliebenen Recurses in die Strafzeit des Inquisiten.

Justiz-Hofdecret vom 25. Februar 1839, S. 332, Nr. 345.

Einrede. Die schriftlich abgefaßten Appellations- und Revisions-Einreden müssen von einem Advocaten unterschrieben seyn.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1836, S. 73, Nr. 120.

— Als Einrede sind die Einwendungen gegen eine Auflage zur 24stündigen Bezahlung eines Wechsels zu behandeln.

Justiz-Hofdecret vom 17. April 1838, S. 173, Nr. 263.

— Vorschrift über die Ertheilung der Fristen in Handels- und Wechselgeschäften zu den Appellations-, Revisions- und Nullitäts-Einreden.

Justiz-Hofdecret vom 22. Jänner 1839, S. 323, Nr. 332.

Einreichungs-Protokoll bei Gerichtsstellen. Bestimmung der Amtsstunden für dieselben.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1831, S. 5, Nr. 2500.

— Wirkungskreis der landesfürstlichen Collegialgerichte erster und zweiter Instanz bei Besetzung der Stelle eines Einreichungs-Protokolls-Directors.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

— Vorschrift für die Einreichungs-Protokolle über das Verfahren bei Uebernahme der durch die Fahrpost an die betreffenden Behörden einlangenden Amtspakete.

Hofkammer-Decret vom 20. November 1847, S. 477, Nr. 1097.

Einrichtungsstücke. S. Mobilien.

Einrückung. Welche Clausel den Subarrendirungs-Contracten einzuschalten ist.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Februar 1822, S. 79, Nr. 1841.

— Vorschrift für Gerichtsbehörden über die Veranlassung der Einrückung der Kundmachungen in Parteisachen in die Wiener Zeitung.

Justiz-Hofdecret vom 17. Jänner 1824, S. 169, Nr. 1983.

Eintrückung der Einberufungs-Ebiete wider unbefugt Abwesenheit in die Zeitung.

Hofkanzlei-Decret vom 10. April 1834, S. 110, Nr. 2649.

— Vorschrift über die Einschaltung der durch die k. k. Gerichts- und anderen Behörden veranlaßten Insertionen in die Wiener Zeitung.

Hofkammer-Decret vom 16. Juli 1843, S. 129, Nr. 724.

— der Feilbietung der in Execution gezogenen Realitäten in das Amtsblatt der Zeitung.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1847, S. 465, Nr. 1073.

Einschaltung der Ebiete in die Zeitung. S. Edict, Einrückung.

— der Kundmachungen. S. Einrückung, Kundmachungen.

Einschreiten. Bei Eintreibung der Urbargeldgaben-Rückstände in Steiermark ist ein gerichtliches Einschreiten unzulässig.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Mai 1840, S. 492, Nr. 440.

— Vorschrift über das criminalgerichtliche Einschreiten in gewissen Fällen des Verbrechens der Creditpapier-Verfälschung.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1845, S. 248, Nr. 858.

Einssegnung. Verbot der nachträglichen Einssegnung in dem akatholischen Bethhause der unter passiver Assistenz der katholischen Pfarrer geschlossenen Ehen zwischen Katholiken und Akatholiken.

Hofkanzlei-Decret vom 27. December 1842, S. 80, Nr. 665.

Einsendung der Orden fremder Staaten an die Landesstelle beim Ableben des Ordensritters.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1827, S. 89, Nr. 2296.

Einsetzung in den vorigen Stand gegen die verstrichene Fallfrist zur Ueberreichung der Erläuterungen und Super-Erläuterungen an die Buchhalterei, oder zur Anbringung der Beschwerden gegen Buchhalterei-Erledigungen.

Hofkammer-Decret vom 12. September 1832, S. 66, Nr. 2575.

— in den vorigen Stand. Wirkung der Gesuche um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen eine verstrichene Fallfrist.

Justiz-Hofdecrete vom 19. Februar und 29. April 1846, S. 318 und 333, Nr. 937 und 957.

Einsicht deponirter Effecten. Die österreichische Nationalbank kann den Criminalgerichten die Einsicht deponirter Effecten nicht verweigern.

Justiz-Hofdecret vom 2. Jänner 1824, S. 168, Nr. 1982.

— der Criminal-Acten ist dem Beschädigten und auch dem Fiscus nicht zu gestatten, wenn der Beschuldigte nicht verurtheilt wird.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1833, S. 76, Nr. 2591.

— der Acten. Dem durch eine schwere Polizei-Uebertretung Beschädigten ist auf Verlangen die Einsicht in die Untersuchungs-Acten zu gestatten.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Mai 1839, S. 339, Nr. 359.

— Vorschrift über das Benehmen der Gefälligkeitsbehörden bei Stempel-Revisionen in solchen Fällen, wo geheime Acten der Einsicht verweigert werden.

Hofkammer-Decret vom 11. Mai 1841, S. 578, Nr. 534.

— Dem Angeklagten und seinem Verteidiger steht in Preß-Angelegenheiten die Einsicht der Untersuchungs-Acten in der Hofkanzlei offen.

Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Einsandscantion (Supplementen-). Bestimmung der Fälle, in welchen die Militär-Supplementen-Einsandscantionen für das Militär-Merar einzulegen sind.

Decret des Hofkriegsrathes vom 29. Juli 1843, S. 131, Nr. 728.

Einstandsrecht. Bei Ausübung des Einstandsrechtes in Illirisch-Croatien zu beobachtendes Verfahren.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1821, S. 68, Nr. 1823.

Einstellung. Bestimmung des Termins zur Einstellung der Alimentation für suspendirte Beamte.

Hofkammer-Decret vom 16. Mai 1840, S. 491, Nr. 438.

— der weiteren Verzinsung der nicht behobenen Interessen von Sparcassen-Einlagen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. September 1844, S. 222, Nr. 832.

Eintragung ordentlich errichteter und kreisämtlich bestätigter Urkunden über Urbariallasten in die Grundbücher.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1825, S. 325, Nr. 2137.

— Zur Eintragung der ersten und weiteren Cessionen von eingetragenen Schuldforderungen in die öffentlichen Bücher, wie auch zur Löschung von eingetragenen Forderungen und Rechten, ist die Beibringung der darin schon eingetragenen Schuldscheine, Cessionen- und anderer Urkunden, welche hierauf Bezug haben, nicht erforderlich.

Justiz-Hofdecret vom 16. April 1830, S. 194, Nr. 2458.

— Vorschrift über die Eintragung der Paten und Zeugen in die Tauf- und Trauungsregister und der Väter unehelicher Kinder in die Taufbücher.

Hofkanzlei-Decret vom 27. Juni 1835, S. 27, Nr. 44.

— Vorschrift über die grundbücherliche oder landtäfliche Eintragung eines dem öffentlichen Cultus eines tolerirten Glaubensbekenntnisses gewidmeten Gebäudes als Privat-Eigenthum einer Gemeinde.

Hofkanzlei-Decret vom 4. April 1839, S. 336, Nr. 354.

— Bestimmung der Taxe für die Eintragung der verkäuflichen Apothekergewerbe in Galizien in die dafür bestimmten Vormerkprotokolle.

Hofkanzlei-Decret vom 27. November 1843, S. 172, Nr. 767.

— Vorschrift für Seelforger über die nachträgliche Eintragung der für Matriten nöthigen Thatfachen und über die Ausstellung der pfarrlichen Scheine oder Zeugnisse hierüber.

Hofkanzlei-Decret vom 5. April 1844, S. 203, Nr. 799.

Eintreibung der Urbarial-Rückstände im politischen Wege.

Justiz-Hofdecret vom 6. März 1821, S. 12, Nr. 1744.

— Vorschrift über die Eintreibung der Geldstrafen für den Criminalfond von Parteien oder ihren Vertretern, dann von Magistraten, Obrigkeiten und Justizämtern.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1821, S. 42, Nr. 1787.

— der Erbsteuer-Ausstände durch das Fiscalamt.

Hofkanzlei-Decret vom 9. November 1821, S. 59, Nr. 1814.

— der gerichtlich verhängten Strafbeträge, welche den Magistraten, Obrigkeiten oder ihren Justizämtern und den Gränzämtern zuerkannt werden, durch die Kreisämter.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1823, S. 137, Nr. 1926.

— Vorschrift über die Eintreibung der Zehent-Ausstände.

Justiz-Hofdecret vom 31. December 1824, S. 280, Nr. 2061.

Vorschrift über die Eintreibung der landesfürstlichen Steuer-Rückstände.

Justiz-Hofdecret vom 1. September 1826, S. 46, Nr. 2219.

— der Tax-Rückstände durch die Execution auf unbewegliche Güter.

Hofkanzlei-Decret vom 20. Juli 1827, S. 88, Nr. 2293.

— Bestimmung der Rechte der Grund- und Urbarsherren im Görzer Kreise bei Eintreibung der Besitzanschiebungs-Gebühren.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1829, S. 145, Nr. 2387.

Eintreibung. Vorschrift über die Eintreibung der Rückstände an dem Pachtzinslinge oder der Abfindung für die Verzehrungssteuer.

Justiz-Hofdecret vom 11. Mai 1833, S. 90, Nr. 2611.

— Vorschrift über die Eintreibung der Gerichtstaxen.

Hofammer-Decret vom 6. September 1837, S. 144, Nr. 223.

— Vorschrift über die Eintreibung der unterthänigen Grund- und Gebäude-Classensteuer in Niederösterreich.

Justiz-Hofdecret vom 21. Jänner 1840, S. 385, Nr. 403.

— Vorschrift über die Eintreibung der Steuer Rückstände von unbeweglichen Gütern.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Februar 1840, S. 473, Nr. 409.

— Vorschrift über die Eintreibung von Urbarialgaben-Rückständen in Steiermark.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Mai 1840, S. 492, Nr. 440.

— Die Eintreibung der Stolzgebühren gehört in die politische Amtswirtschaftlichkeit.

Justiz-Hofdecret vom 20. April 1841, S. 571, Nr. 525.

— der ungarischen Taxbeträge durch österreichische Gerichtsbehörden über Requisition der ungarischen Behörden.

Justiz-Hofdecret vom 13. März 1843, S. 100, Nr. 688.

— Vorschrift für den Fiskus in Vertretung stämpelfreier Parteien und Fonde über die Eintreibung der Stempelgebühren von dem sachfälligen Gegner und deren Abfuhr an die Bezirkskasse.

Hofammer-Decret vom 1. Mai 1844, S. 207, Nr. 803.

— Vorschrift über die Behandlung der in Eintreibung der Aerarialtaxen faumseligen Behörden.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Juli 1844, S. 213, Nr. 818.

— E. Execution.

Eintritt. Erfordernisse zum gütigen Eintritte der Minderjährigen in den Militärstand.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Juli 1835, S. 34, Nr. 60.

— Ausdehnung der Allerhöchsten Entschließung vom 4. April 1835, über den freiwilligen Eintritt von Minderjährigen in den Militärstand, auch auf den freiwilligen Eintritt in die Gränzwache.

Hofkanzlei-Decret vom 8. November 1837, S. 161, Nr. 242.

— Der freiwillige Eintritt der Minderjährigen zum Militär ist den Geburtsobrigkeiten zur Verständigung der betreffenden Väter und Vormünder bekannt zu geben.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Februar 1838, S. 168, Nr. 252.

Die an einer inländischen Universität graduirten Doctoren der Rechte unterliegen behufs ihres Eintrittes in die Wiener juridische Facultät keiner Repetitionsprüfung.

Decret der Studien-Hofcommission vom 27. Mai 1843, S. 122, Nr. 706.

— Wann einer Aspirantin der Eintritt in das Noviziat des Institutes der Schwestern des deutschen Ordens gestattet ist.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1843, S. 141, Nr. 746.

— Zum Eintritte eines minderjährigen Candidaten in einen geistlichen Orden ist die Einwilligung des Vaters oder Vormundes und vormundschafilichen Gerichtes nachzuweisen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Jänner 1844, S. 191, Nr. 780.

— Den Mitgliedern der Secte der Deutschkatholiken ist der Eintritt in die österreichischen Staaten nicht gestattet.

Hofkanzlei-Präsidial-Schreiben vom 26. Jänner 1846, S. 308, Nr. 923.

Einverleibung der Urbarial-Rückstände der Unterthanen auf die Realitäten derselben wird den Dominien nicht gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 6. März 1821, S. 12, Nr. 1744.

— der Veräußerungs-Verträge über grundzinsbare Güter und Realitäten in Tirol ist ohne Beibringung der Erklärung des Grundherrn, daß er gegen den Nachfolger nichts einzuwenden habe, nicht gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 46, Nr. 1797.

Einverleibung. Wieder-Einverleibung Civil-Croatiens und eines Theiles des Küstenlandes mit Ungarn am 1. November 1822.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1822, S. 121, Nr. 1904.

- Durch Eintragung der Forderungen auf Schiffmühlen in die Grundbücher können darauf keine Pfandrechte erworben werden.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1824, S. 210, Nr. 2011.

- Für die Einverleibung oder Vormerkung der Cession einer Saßforderung darf kein Saß-Pfundgeld aufgerechnet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 12. August 1825, S. 317, Nr. 2125.

- Vorschrift über die Einverleibung und Pränotation dinglicher Rechte auf Schiffmühlen.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1827, S. 85, Nr. 2287.

- Gerichtliche Vergleiche, Schuldgeständnisse oder Liquidirungs-Erklärungen können, außer dem Falle der ausdrücklichen Bestellung einer Hypothek oder der gerichtlichen Execution, nicht einverleibt, sondern nur pränotirt werden.

Justiz-Hofdecret vom 13. Juni 1828, S. 122, Nr. 2346.

- Auf nicht gehörig instruite Gesuche um eine Einverleibung, Vormerkung, Besiß- oder Gewähr-Anschreibung oder Löschung, sind keine Vorbescheide zu erlassen, sondern dieselben mit Anführung der Ursache lediglich abzuweisen.

Justiz-Hofdecret vom 16. April 1830, S. 194, Nr. 2459.

- findet auf Muthungen zum Bergbaue und auf Muthscheine nicht Statt.

Justiz-Hofdecret vom 14. October 1831, S. 21, Nr. 2532.

- auf freieigene Güter, mit welchen Lehen unter eben derselben landtäflichen Rubrik vereinigt sind.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1833, S. 80, Nr. 2600.

- Nähere Bestimmung der Gerichtsbarkeit in Rücksicht der Einverleibung der Schuldforderungen der Gutsherren an ihre eigene Unterthanen und Gerichts-Inassen.

Hofkanzlei-Decret vom 13. August 1833, S. 100, Nr. 2626.

- Vorschrift für die Parteien über die Einrichtung ihrer Gesuche um Intabulation.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 28, Nr. 46.

- Provisorische Entscheidungen über Besißstörungen sind zur Einverleibung in den öffentlichen Büchern nicht geeignet.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 30, Nr. 51.

- Vorschrift für den Judicial-Senat des Prager Magistrates, wie er sich bei Bewilligung der Eigenthums-Uebertragung einer stadtbücherlichen Realität zu benehmen habe.

Justiz-Hofdecret vom 25. August 1835, S. 42, Nr. 82.

- Vorschrift über die Abnahme der Gebühren für die pfandweise Intabulation von Forderungen und Urkunden auf mehrere demselben Eigenthümer gehörige und zu Einem Grundbuche dienbare Grundstücke.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Mai 1836, S. 82, Nr. 141.

- Wirkung der vor der Concurß-Eröffnung bei der Real-Instanz angeführten Einverleibung.

Justiz-Hofdecret vom 24. Juni 1839, S. 342, Nr. 366.

- Behandlung der sowohl bewilligenden als abweislichen Bescheide über Gesuche um Einverleibung in die öffentlichen Bücher, dann der an die zweite oder dritte Instanz gerichteten Recurse

Hofkanzlei-Decret vom 10. März 1840, S. 475, Nr. 415.

- Vorschrift über die Einverleibung von sequestratorischen Pachtverträgen in die öffentlichen Bücher in Galizien, wegen Steuer-Rückständen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. December 1841, S. 657, Nr. 577.

- Verkaufliche nicht radicirte Gewerbe können kein Gegenstand einer Einverleibung seyn.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 586.

Einverleibung. Zur Einverleibung der die Staats- und Fondsgüter betreffenden, von den administrativen Behörden vorschriftsmäßig ausgefertigten Verträge ist die vorläufige Einvernehmung des Fiscalamtes nicht erforderlich.

Justiz-Hofdecret vom 10. Jänner 1843, S. 87, Nr. 671.

- der in jedem Lehenbrevete erteilten Zusicherung der Erhaltung der Lehen-Integrität in die Landtafel, dann Verbot der Einverleibung der emphyteutischen Veräußerung von Lehen-Grundparzellen an Unterthanen ohne lehensherrlichen Consens.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Jänner 1843, S. 94, Nr. 679.

Wirkung der bisherigen Einverleibung auf verkäufliche nicht radicirte Gewerbe in Steiermark.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juli 1843, S. 127, Nr. 720.

- Vorschrift über die sequestratorische Verpachtung der Güter in Galizien und in der Bukowina zur Einbringung der Steuer-Rückstände, und über die Einverleibung der dießfälligen Pachtverträge in die öffentlichen Bücher.

Hofkanzlei-Decret vom 15. September 1843, S. 139, Nr. 742.

- der in Parma gestifteten und allenfalls noch entstehenden Johanniter-Ordens-Commenden dem lombardisch-venetianischen Johanniter-Priorate.

Allerhöchste Entschließung vom 19. September 1843, S. 140, Nr. 743.

- Befugniß der Magistrate der königlichen und Municipalsstädte, die Einverleibung der Schuldscheine über die ihren eigenen Stadtbürgern dargeliehenen Gemeinde-Capitalien auf die in ihren Grundbüchern erscheinenden Realitäten zu bewilligen und vorzunehmen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Jänner 1847, S. 403, Nr. 1017.

- Vorschrift über die Behandlung jener landtäflichen Güter in Galizien, welche zu Einem Körper gehören und als Zugehör desselben in der Landtafel erscheinen, in derselben aber ein eigenes Blatt haben und besonders belastet werden, insbesondere bei Einverleibung von Pösten in der Eigenthums- oder Lastentubrif.

Justiz-Hofdecret vom 15. September 1847, S. 469, Nr. 1084.

Einverleibungs-Protokoll. Nähere Erklärungen hinsichtlich des von dem provisorischen Karlsruher Provinzialgerichte fortzuführenden Intabulations-Protokolles.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1821, S. 66, Nr. 1822.

Einverleibungstage. S. Taxen.

Einvernehmen zwischen der Landesstelle und dem Appellationsgerichte über die Pensionirung solcher städtischer Beamten, deren Ernennung den beiden Landesbehörden zusteht.

Justiz-Hofdecret vom 12. December 1828, S. 141, Nr. 2375.

- zwischen der Landesstelle und dem Appellationsgerichte in Fällen, wo es sich um die Ankündigung eines ausländischen Strafurtheiles oder um die Auslieferung eines Verbrechers an eine fremde Regierung handelt.

Hofkanzlei-Decret vom 8. October 1829, S. 172, Nr. 2430.

- der politischen Behörden bei Entscheidung über Beschwerden wegen des Zählgeldbezuges.

Hofkanzlei-Decret vom 7. September 1837, S. 144, Nr. 224.

- Daß Appellationsgericht hat sich vor der Vorlage der Pensions- oder Provisionsgesuche landesfürstlicher Beamten oder Diener an die oberste Justizstelle über die anzurechnende Dienstzeit und den normalmäßigen Pensions- oder Provisionsbetrag mit der politischen Landesstelle in das Einvernehmen zu setzen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1842, S. 5, Nr. 588.

- Die vorläufige Einvernehmung des Fiscalamtes ist zur Intabulirung der die Staats- und Fondsgüter betreffenden von den administrativen Behörden vorschriftsmäßig ausgefertigten Verträge nicht erforderlich.

Justiz-Hofdecret vom 10. Jänner 1843, S. 87, Nr. 671.

Einvernehmen zwischen den Collegialgerichten und Kreisämtern in Tirol bei Ernennung des Sanitätspersonales für die dortigen Criminal-Inquisitionshäuser.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1843, S. 123, Nr. 709.

- Bei Verleihung der für die Concepts-Practikanten der Landgerichte in Tirol und Vorarlberg sistirten Adjuten ist ein wechselseitiges Einvernehmen des dortigen Suberniums mit dem Appellationsgerichte zu pflegen.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

- Bei Ertheilung der Nachsicht vom Verwandtschafts- und Schwägerschaftsverhältnisse zwischen Beamten jener Magistrate, bei welchen ungeprüfte Bürgermeister und Räthe bestehen, hat die Landesstelle mit dem Appellationsgerichte das Einvernehmen zu pflegen.

Justiz-Hofdecret vom 6. November 1843, S. 171, Nr. 764.

- zwischen dem Appellationsgerichte und der Landesstelle vor Abnahme des Wahlfähigkeits-Decretes von einem bei einer gemischten Behörde dienenden Beamten, wenn damit der Verlust des Dienstes verbunden wäre.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1846, S. 355, Nr. 975.

- Ueber Pensionirungs-Anträge eines landesfürstlichen Bezirkscommissärs oder Bezirksrichters hat die Landesstelle mit dem Appellationsgerichte das Einvernehmen zu pflegen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. October 1846, S. 375, Nr. 991.

- Das Appellationsgericht hat sich über die der obersten Justizstelle vorzulegenden Unterfügungsgesuche von Justizbeamten vorläufig mit der die bewilligte Anweisung der Landesstelle in das Einvernehmen zu setzen.

Justiz-Hofdecret vom 12. August 1847, S. 468, Nr. 1080.

- Vorschrift über das Verfahren bei criminalgerichtlicher Einvernehmung eines zu einer fremden Mission gehörigen Individuums in Criminalfällen von Bedeutung.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1845, S. 247, Nr. 857.

Einwendung. Die Abänderung der Vorschriften des §. 33 der galizischen Gerichtsordnung, über die Einwendung des nicht gehörigen Gerichtsstandes, für das lombardisch-venetianische Königreich, wird mehreren deutschen Appellationsgerichten zur Nachachtung bekannt gemacht.

Justiz-Hofdecret vom 25. Jänner 1822, S. 73, Nr. 1832.

- Die Einwendung gegen eine Auflage zur Zahlung eines Wechsels binnen 24 Stunden ist als eine Einrede zu behandeln.

Justiz-Hofdecret vom 17. April 1838, S. 173, Nr. 263.

- Vorschrift über die Anbringung der Einwendungen gegen die Vertheilung der Concurssmassen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Februar 1841, S. 561, Nr. 510.

Einziehung der Personal-Zulagen der Beamten bei Vorrückung derselben in einen höheren Gehalt.

Justiz-Hofdecret vom 10. December 1824, S. 278, Nr. 2056.

- Bestimmung des Rechtes der landesfürstlichen Städte und Märkte zur Einziehung erblicher Verlassenschaften.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1839, S. 346, Nr. 372.

- In welchen Fällen die Einziehung der Militär-Supplementen-Einstands-Cantionen für das Militär-Aerar statt zu finden habe.

Decret des Hofkriegsrathes vom 29. Juli 1843, S. 131, Nr. 728.

- Bestimmung über die Einziehung der bäuerlichen Grundstücke von Seite der Grundherrschaften im Krafauer Gebiete.

Erlaß vom 10. Mai 1847, S. 461, Nr. 1064.

Einzichung des Deserteurs-Vermögens. *S.* Deserteur, Vermögen.

Eisenach. *S.* Sachsen.

Eisenbahn. Bestimmung des Gerichtsstandes für die Kaiser Ferdinands-Nordbahn.

Justiz-Hofdecret vom 5. December 1836, *S.* 94, Nr. 159.

— Bestimmung über die Gestattung derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Juni 1838, *S.* 263, Nr. 282.

— Ausdehnung der Bestimmungen des §. 5 des Eisenbahn-Concessions-Systemes auf die Actien-Commanditen-Gesellschaften.

Justiz-Hofdecret vom 14. April 1840, *S.* 481, Nr. 423.

— Bestimmung der Verpflichtungen der Eisenbahn-Unternehmungen gegen das Post-Werz, hinsichtlich der Beförderung der Briefe, Schriften und Amts-Pakete ohne Vergütung und der Fahrpost-SENDUNGEN gegen Entgelt.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juli 1840, *S.* 513, Nr. 452.

— Wirkungskreis der politischen und Justiz-Behörden in Expropriationsfällen bei Eisenbahnen, dann Erläuterung der §. 8 des Eisenbahn-Concessions-Systemes vom 30. Juni 1838.

Hofkanzlei-Decret vom 30. April 1841, *S.* 572, Nr. 529.

— Bestimmungen über die Entfernung-Distanz der Locomotiv-Eisenbahnen von Ortschaften, Häusern, Wohn- und Wirtschaftsgebäuden.

Hofkanzlei-Decret vom 22. October 1841, *S.* 614, Nr. 568.

— Vorschrift über das Verfahren bei der Vornahme der Commissionen und Schätzungen der zum Behufe der Einlösung der für die Staats-Eisenbahnen erforderlichen Grundstücke und Realitäten.

Justiz-Hofdecret vom 8. November 1842, *S.* 69, Nr. 654.

— Aufstellung des niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichtes als Gerichtsstand für die Wiener-Woggnitzer Eisenbahn, sowohl wegen Amortisirung ihrer Actien und Coupons, als für deren Streitsachen als Beklagte.

Justiz-Hofdecret vom 25. April 1844, *S.* 207, Nr. 802.

— Vorschrift zur Verhütung von Unglücksfällen auf den Staats-Eisenbahnen an Bergabhängen und Gebirgsgegenden.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, *S.* 234, Nr. 834.

— Beamte dürfen bei Dienstreisen mittelst der Eisenbahn die Fahrpreise der ersten Wagen-Classe in Aufrechnung bringen.

Hofkammer-Decret vom 14. Februar 1845, *S.* 253, Nr. 869.

— Vorschrift über das Verfahren bei der Abschreibung der für die Staats-Eisenbahnen eingelösten Gründe, Gebäude, und der abgelösten obrigkeitlichen Giebelkeiten und Gerechtsamen, in den Grundbüchern, in der Landtafel und in dem händischen Kataster.

Justiz-Hofdecret vom 15. October 1845, *S.* 277, Nr. 904.

— Bestimmung der Gerichtsbarkeit über die bei den Staats-Eisenbahnen angestellten Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 11. Februar 1846, *S.* 314, Nr. 928.

— Verfahren hinsichtlich der Lösung solcher Quittungen, welche auf Realitäten, von denen Grundtheile für die Staats-Eisenbahn in Anspruch genommen werden, zu Gunsten des Werz wegen der geleisteten Abschlagszahlungen an der Entschädigungsforderung der Besitzer derselben intabulirt oder pränotirt sind.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1846, *S.* 387, Nr. 997.

— Vorschrift über das Verfahren bei den Verhandlungen und Entscheidungen von Streitigkeiten zwischen den Privat-Eisenbahnunternehmungen und den Obrigkeiten über die auf den zu den Eisenbahnen eingelösten Gründen haftenden Rechte.

Hofkanzlei-Decret vom 18. Februar 1847, *S.* 422, Nr. 1036.

Eisenbahn. Polizeigesetz für Eisenbahnen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044.

- Glaubwürdigkeit der Aussagen und Zeugnisse der bei den Eisenbahnen Angestellten.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §. 51.

- Bestimmung der Strafen auf die boshafte Beschädigung der Eisenbahnen.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 449, Nr. 1047.

- Passirung der tarifmäßigen Fialergebühr bis zum Bahnhofe für die in Commission entsendeten Beamten.

Hofkammer-Decret vom 8. December 1847, S. 479, Nr. 1103.

- Vorschrift über die Beförderung und Transportirung von Verhafteten und Sträflingen auf den Staats-Eisenbahnen.

Hofkammer-Präsidial-Erlaß vom 21. December 1847, S. 480, Nr. 1106.

- Vorschrift für Beamte hinsichtlich der Aufrechnung der Nebenauslagen bei Dienstreisen mittelst der Eisenbahn.

Hofkammer-Decret vom 31. Jänner 1848, S. 489, Nr. 1114.

Eisenerz. Recht der Eisenwerks-Direction zu Eisenerz, die zur Sicherstellung des Allerhöchsten Nahrungsmittels nöthigen gerichtlichen Verfügungen durch die Fiscalämter zu erwirken.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1840, S. 486, Nr. 430.

Eisengußwerke unterstehen der Jurisdiction der Berggerichte.

Hofkammer-Decret vom 4. Mai 1837, S. 124, Nr. 200.

Eisenwerke. Bestimmung der Behörde zur Ausübung der Real-Gerichtsbarkeit über die Montanwerke.

Erlaß des Ministeriums für öffentliche Arbeiten vom 12. Juli 1848, S. 645, Nr. 1169.

Elbe-Schiffahrt. Erläuterung der Elbe-Schiffahrts-Acte vom 23. Juni 1821 und der Additional-Acte vom 13. April 1844.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 2. December 1845, S. 289, Nr. 912.

Elbe-Zollgerichte. Aufstellung von Elbe-Zollgerichten zu Teschen, Aussig, Leitmeritz, Raudnitz und Melnik. Bestimmung des Wirkungskreises derselben.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 2. December 1845, S. 289, Nr. 912.

Elbe-Zollrichter. Wirkungskreis der Elbe-Zollrichter in Elbe-Schiffahrts-Angelegenheiten.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 2. December 1845, S. 289, Nr. 912.

Elbogen. Aufstellung von vier Advocaten im Elbogener Kreise in Böhmen mit den Wohnsitz in den Städten Elbogen, Joachimsthal, Lubitz und Graslitz.

Justiz-Hofdecret vom 28. November 1845, S. 289, Nr. 911.

Elementarclassen. S. Studien.**Elementar-Versicherungs-Anstalt.** Vorrechte und Privilegien der Triester Elementar-Versicherungs-Anstalt.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1826, S. 56, Nr. 2235.

Emigration. S. Auswanderung.**Elisabethinerinnen.** Die Befreiung der Klöster der barmherzigen Brüder und der Elisabethinerinnen in Niederösterreich von dem Erbsteuer-Aequivalente wird auch auf die übrigen deutschen und böhmisch-galizischen Erbländer ausgedehnt.

Hofkanzlei-Decret vom 6. August 1824, S. 261, Nr. 2028.

- Befreiung der den Elisabethinerinnen vermachten Legate von der Erbsteuer.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juni 1833, S. 93, Nr. 2617.

Emolumente. S. Geld-Emolumente.

Empfangsbestätigungen. Vorschrift über die Behandlung der Empfangsbestätigungen über gerichtliche Zustellung an Private hinsichtlich des Postporto.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1843, S. 148, Nr. 749.

— S. Quittung, Taxnote.

Empfangsschein. Statt der echten Geldebeträge sind den Criminal-Acten bei ihrer Vorlage an den höheren Richter die Empfangsscheine des Depositenamtes über den dahin geschehenen Erlag dieser Geldebeträge beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 9. August 1842, S. 57, Nr. 631.

Emphyteuten. Wegen Vertheilung der Grundsteuer zwischen Obrigkeiten und Emphyteuten.

Justiz-Hofdecete vom 7. April und 7. Juni 1823, S. 139 und 149, Nr. 1931 und 1946.

Emphyteutische Veräußerung. S. Veräußerung.

Enclavirte Parcellen. S. Parcellen.

Endurtheil. S. Urtheile II in Streitfachen, Zahlung.

England. S. Großbritannien.

Enneberg. Dem Landgerichte Enneberg in Tirol wird die bisher zum Gerichte Gufidaun gehörige Gemeinde Kallfuschgg zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1827, S. 85, Nr. 2286.

Enns. Die Verlassenschaftsabgaben zu Gunsten des Armen-Institutes in Enns, in Oesterreich ob der Enns, werden aufgelassen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

Entbindung. Bestimmung des Zeitraumes von der Verwöhnung bis zur Entbindung.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1822, S. 90, Nr. 1858.

Entdeckung. Die Entdeckung falscher Münzen ist dem Landes-Präsidium anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Februar 1839, S. 331, Nr. 343.

Entdeckung der Brandleger. S. Brandlegung.

Enteignung. S. Expropriation, Straßenbau.

Entfernung der Tagschreiber bei den landesfürstlichen Behörden.

Justiz-Hofdecret vom 12. November 1825, S. 329, Nr. 2145.

— Nähere Bestimmung des Rechtes der Delegation der gütsherrlichen Gerichtsbarkeit mit Rücksicht auf die Entfernung des delegirten Gerichtes.

Justiz-Hofdecret vom 8. August 1828, S. 130, Nr. 2358.

— Bestimmung der Entfernung-Distanz der Locomotiv-Eisenbahnen von Ortschaften, Häusern, Wohn- und Wirthschaftsgebäuden.

Hofkanzlei-Decret vom 22. October 1841, S. 614, Nr. 568.

Enthebung. Theilweise Enthebung der Hofkammer-Procuratur von der bisher besorgten Einhebung und Verrechnung von Geldern.

Hofkammer-Decret vom 23. December 1842, S. 77, Nr. 664.

Entlassene Sträflinge. S. Sträflinge.

Entlassung. Die Beiziehung zweier Hofräthe der obersten Justizstelle ist, wenn es sich um die Dienstentlassung eines wegen Verbrechen abgeurtheilten Beamten handelt, nicht nothwendig;

Note der allgemeinen Hofkammer vom 2. Jänner 1821, S. 1, Nr. 1727.

— Vorschrift bei Entlassung der Beamten. Beiziehung zweier Appellations- oder Justizräthe bei Berathschlagung darüber, wie dabei vorzugehen und wann dießfalls Bericht zu erstatten sei.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1821, S. 6, Nr. 1736.

Entlassung. Nähere Bestimmung hinsichtlich der obigen Anordnung.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juli 1821, S. 40, Nr. 1781.

- Wie bei der Entlassung geprüfter Sibirer freier Gemeinden vorzugehen sei.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1824, S. 200, Nr. 2001.

- der nicht vollkommen tauglich befundenen Kanzlei-Accessisten.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1825, S. 291, Nr. 2078.

- Von der Vorlegung des Beschlusses auf Entlassung oder Uebersetzung eines unter 600 fl. besoldeten Beamten hat es abzukommen, wenn die von der Landesstelle beizuziehenden zwei Appellationsräthe damit verstanden sind.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 309, Nr. 2110.

- In allen Fällen, wo über landesherrliche, ständische und städtische Beamte wegen schweren Polizeiübertretungen die Entlassung vom Dienste verfügt wird, ist gegen herrschaftliche Beamte die Ausschließung von politischen leitenden Diensten auszusprechen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Juli 1825, S. 311, Nr. 2116.

- Bei der Entlassung der Magistratsbeamten, welche von der politischen Landesstelle und dem Appellationsgerichte gemeinschaftlich angestellt oder bekräftigt werden, oder in politischen und Justiz-Geschäften Dienste leisten, hat eine beiderseitige Criminal-Berathung einzutreten. Die Berathung über die Entlassung der Magistratsbeamten, welche bloß politische Dienste leisten, oder auf deren Ernennung oder Bestätigung das Appellationsgericht keinen Einfluß nimmt, hat bei der politischen Landesstelle mit Zuziehung zweier Justizräthe zu geschehen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Mai 1826, S. 17, Nr. 2184.

- Die wegen bereits früher erfolgter Dienstentsetzung, oder wegen eines Verbrechens vom Staatsdienste ausgeschlossenen Personen sind, wenn sie dennoch eine Anstellung erschlischen haben, wieder zu entlassen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1826, S. 31, Nr. 2199.

- Die Verhandlung über die Dienstentlassung eines ab instantia von dem Criminalgerichte losgesprochenen Beamten ist der Hofstelle vorzulegen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. März 1827, S. 72, Nr. 2266.

- Der Berathung über die Dienstentlassung eines in Criminal-Untersuchung gerathenen, und wegen Mangels rechtlicher Beweise losgesprochenen Beamten sind zwei Justizräthe beizuziehen.

Justiz-Hofdecret vom 16. März 1827, S. 72, Nr. 2267.

- Den Berathschlagungen über die Dienstentlassung eines Postbeamten sind bei der Oberst-Hofpostverwaltung zwei niederösterreichische Appellationsräthe beizuziehen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Mai 1829, S. 159, Nr. 2404.

- Unbesoldete Beamte, welche größere Schulden machen, als sie von ihrem Vermögen bezahlen können, sind zu entlassen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Juni 1829, S. 162, Nr. 2410.

- Straßen-Einträumer, auf deren Lohn Schulden halber ein gerichtlicher Verbot gelegt wurde, sind sogleich zu entlassen.

Hofkanzlei-Decret vom 22. October 1829, S. 175, Nr. 2435.

- Zuziehung zweier Justizräthe zu den Berathschlagungen der Behörden, die nicht selbst Justizbehörden sind, über die Entlassung der einer schweren Polizeiübertretung schuldig befundenen, oder von derselben aus Abgang rechtlicher Beweise losgesprochenen Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1830, S. 187, Nr. 2455.

- Die vereinigten Cameral-Gefällen-Verwaltungen haben zu ihren Berathungen über die Entlassung eines ihnen unterstehenden Beamten oder Dieners zwei Justizräthe beizuziehen.

Justiz-Hofdecret vom 27. August 1830, S. 205, Nr. 2477.

Entlassung. Die Entlassung derjenigen Justizbeamten, deren Ernennung nicht Seiner Majestät vorbehalten ist, steht der obersten Justizstelle allein zu.

Justiz-Hofdecret vom 16. December 1831, S. 26, Nr. 2541.

- derjenigen Beamten, welche von einem ihnen angeschuldeten Verbrechen bloß aus Abgang rechtlicher Beweise losgesprochen worden sind.

Justiz-Hofdecret vom 16. December 1831, S. 26, Nr. 2541.

- Die Uebertragung der Gerichtsbarkeit ist unabhängig von der obrigkeitlichen Entlassung aus dem Unterthans-Verbande.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1832, S. 63, Nr. 2566.

- arretirter Schuldner wegen nicht in vorgeschriebener Zeit erlegter Alimente.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1833, S. 81, Nr. 2601.

- Verfahren bei der Dienstentlassung beeideter Conceptis- und Manipulations-Practikanten landesfürstlicher Behörden.

Justiz-Hofdecret vom 23. August 1833, S. 101, Nr. 2627.

- der obrigkeitlichen Beamten von ihren Dienstplätzen, welche es sich zum Gesichte machen, Forderungen an Gerichtsinassen jener Obrigkeit, bei der sie angestellt sind, an sich zu bringen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Juni 1835, S. 19, Nr. 32.

- Zur Entlassung eines Kindes aus der väterlichen Gewalt ist das zurückgelegte zwanzigste Lebensjahr nicht als unerläßliche Bedingung vorgeschrieben.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juni 1835, S. 23, Nr. 38.

- Gegen die in gehöriger Form ausgesprochene Dienstentlassung eines Beamten steht demselben die Vorstellung an höhere Behörde jederzeit frei.

Hofkanzlei-Decret vom 19. August 1835, S. 41, Nr. 79.

- der Diurnisten oder gegen Diäten Verwendeten, wenn sie sich als leichtsinnige oder muthwillige Schuldenmacher darstellen.

Hofkanzlei-Decret vom 22. August 1835, S. 42, Nr. 80.

- Wann ein seinen Dienst eigenmächtig verlassender Beamter für entlassen aus dem Staatsdienste und seines Gehaltes gänzlich verlustig zu erklären sei.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1835, S. 42, Nr. 81.

- Wirkungskreis der landesfürstlichen Collegialgerichte erster und zweiter Instanz, in Rücksicht der Entlassung ihrer Beamten; die Entlassung der Kerkermeister, Gefangenwärter und ihrer Gehilfen bleibt dem Appellationsgerichte überlassen.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

- Bestimmung des Gerichtsstandes über die bis zur Entlassung beurlaubte Militär-Mannschaft.

Hofkanzlei-Decret vom 6. October 1837, S. 148, Nr. 233.

- vom Militär. Die Entlassung eines minderjährigen Freiwilligen vom Militär ist bei der Personal-Gerichts-Instanz des Vaters oder des Minderjährigen anzufuchen.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Februar 1838, S. 168, Nr. 252.

- Die Dienst-Resignation eines Beamten, welcher die Entlassung aus dem Staatsdienste verdient hätte, ist nicht anzunehmen.

Allerhöchste Entschliessung vom 7. December 1839, S. 362, Nr. 396.

- Den Beratungen der allgemeinen Hofkammer über die Entlassung eines unteren beeideten Dieners sind zwei Justiz-Hofräthe nicht beizuziehen.

Allerhöchste Entschliessung vom 16. Jänner 1841, S. 552, Nr. 495.

Entlassung. Einstellung der Alimentationsgebühr für suspendirte Beamte vom Tage der Aufstellung des Dienstentlassungs-Erkenntnisses oder Bekanntmachung der Dienstentlassung.

Hofkammer-Decret vom 1. März 1843, S. 97, Nr. 686.

- Wann die Verhandlungen über die Dienstentlassung eines Beamten der höheren Behörde zur Schlußfassung vorzulegen sind.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Juni 1843, S. 125, Nr. 715.

- Dienstentlassung der Individuen der Finanzwache, welche wegen Mangels rechtlicher Beweise von der Untersuchung wegen eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Uebertretung losgehählt werden.

Hofkammer-Decret vom 8. Jänner 1844, S. 185, Nr. 771.

- der herrschaftlichen, magistratischen und landesherrlichen Beamten ihres Dienstes, welche sich der Secte der Deutschkatholiken zuwenden.

Hofkanzlei-Präsidial-Schreiben vom 26. Jänner 1846, S. 308, Nr. 923.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1846, S. 310, Nr. 926.

- Die Entlassung der in stabile Civildienste untergebrachten Militär-Invaliden aus dem Militär-verbanne mit Abschied hat erst dann statt zu finden, wenn sie in dieser Anstellung volle zehn Jahre gedient und sich dadurch Anspruch auf eine Civilpension oder Provision erworben haben.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 4. April 1846, S. 332, Nr. 955.

- Einvernehmen zwischen dem Appellationsgerichte und der Landesstelle vor Ausfertigung des Beschlusses über die Abnahme des Wahlfähigkeits-Decretes von einem bei einer gemischten Behörde dienenden Beamten, wenn damit die Entlassung aus dem Dienste verbunden wäre.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1846, S. 355, Nr. 975.

- Vorschrift über die Entlassung von Justizbeamten, Advocaten, Notaren, Wechsel-Sensalen und Wechselgerichts-Beisitzern.

Erlaß des Justizministers vom 21. August 1848, S. 652, Nr. 1176.

Entlastung des bäuerlichen Besitzes von der Mobot, von dem Zehent-, Vogt- und Bergrechte, Holzungs-, Blumen- und Weidrechte, von der Brach- und Stoppelweide, dem Bier- und Branntweinzwange, theils gegen, theils ohne Entschädigung der Unterthanen.

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180.

Entrichtung. Vorschrift über die Entrichtung der Dienstitaxen von jenen provisorischen Beamten, welche stabil angestellt waren.

Hofkammer-Decret vom 21. Februar 1847, S. 494, Nr. 1122.

Entsagung der Dienstesstelle. S. Dienstes-Resignation.

Entschädigung. Daß nach dem Tode eines Inquisiten, mit welchem die Untersuchung geschlossen wurde, zu fällende Urtheil muß den Umstand der Entschädigung enthalten.

Justiz-Hofdecrete vom 1. März und 31. August 1822, S. 86 und 116, Nr. 1848 und 1890.

- Die Entschädigung wegen verzögerter Zahlung eines Darlehens darf die gesetzlichen Zinsen nicht übersteigen.

Justiz-Hofdecret vom 13. Juli 1828, S. 122, Nr. 2347.

- Bestimmung der Neubeln-Entschädigung bei Uebersiedlung eines Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juli 1828, S. 129, Nr. 2356.

- Vorschrift über die Entschädigung der Privatpersonen und Gemeinden, welche durch die Einführung der allgemeinen Verzehrungssteuer an ihren bisher genossenen Einkünften Verlust erlitten haben.

Justiz-Hofdecret vom 8. August 1829, S. 168, Nr. 2423.

Entschädigung. Die Concept-Practikanten der Landgerichte in Tirol haben, wenn sie zur zeitlichen Aushilfe von einem Landgerichte zum anderen überseht werden, in der Regel nur die Vergütung der Reisefkosten, keine Tagelöhner oder andere Belohnung ihrer Aushilfsdienste zu fordern. — Nur aus besonderen Gründen, und im Falle der Substitution auf einen erlebigten Dienstposten, kann ihnen eine angemessene Entschädigung bewilliget werden.

Justiz-Hofdecret vom 2. Jänner 1830, S. 214, Nr. 2489.

— Execution auf Vorschüsse auf die Entschädigung für den aufgehobenen Tag.

Hofkammer-Decret vom 7. September 1831, S. 19, Nr. 2527.

— Vorschrift über die Entschädigung der durch die Aufstellung der Sanitäts-Corbone an dem Eigenthume der Privaten eingetretenen Beschädigungen aus dem Staatsfchatze.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Mai 1832, S. 61, Nr. 2563.

— Vorschrift über die Zulässigkeit der Entschädigungsklagen der durch eine strafbare Handlung Beschädigten.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1835, S. 18, Nr. 29.

— Vorschrift über die Execution der Einkünfte eines wegen Ersäßen an die Waisen- und Depositionscasse und anderen Entschädigungen sequestrirten Pfarrers.

Hofkanzlei-Decret vom 20. März 1836, S. 78, Nr. 132.

— für die durch Einführung der allgemeinen Verzehrungssteuer aufgelassenen Consumtions-Gefälle, welche sich im Privatbesitze befinden.

Hofkammer-Decret vom 13. Juli 1836, S. 85, Nr. 146.

— Vorschrift über die Bezahlung der Verzugszinsen von der Entschädigung für die zum Straßenbaue abgetretenen Grundstücke.

Hofkanzlei-Decret vom 4. April 1837, S. 118, Nr. 188.

— Der in Criminal-Angelegenheiten oder bei Untersuchungen über schwere Polizei-Übertretungen verwendeten Kunstverständigen.

Hofkammer-Decret vom 14. April 1837, S. 121, Nr. 193; Hofkanzlei-Decrete vom 25. Jänner und 25. März 1841, S. 554 und 565, Nr. 499 und 517.

— Behandlung der Entschädigungs-Ansprüche für das an die Eisenbahnen abgetretene Privat-Eigenthum.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Juni 1838, S. 282, Nr. 267.

— Vorschrift über die Behandlung der zwischen Reisenden und den Postmeistern bei Anwendung der Post-Ordnung entstehenden Entschädigungs-Ansprüche.

Auszug aus der Post-Ordnung für Reisende vom 1. December 1838, S. 312, Nr. 312.

— für beschädigte, abgängige oder verlorene Postsendungen durch die Postanstalten.

Hofkammer-Decret vom 6. Februar 1839, S. 325, Nr. 337.

— für aufgelassene Consumtions-Gefälle, Vorschrift über die Berichtigung und Auszahlung derselben.

Hofkammer-Decret vom 13. März 1840, S. 476, Nr. 416.

— Vorschrift über die Sicherstellung der Ansprüche auf die Entschädigung für aufgehobene Tag- und Umgeh-Gefälle.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1840, S. 526, Nr. 464.

— Vorschrift über die Ausbezahlung der Entschädigungsrenten für die aufgehobene Urbarsteuer.

Justiz-Hofdecret vom 9. März 1841, S. 564, Nr. 515.

— Einführung der Entschädigungs-Pauschalien anstatt der aufgehobenen Vermögens-Confiscation in Militär-Defectionsfällen.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1842, S. 10, Nr. 599.

Entschädigung. Vorschrift für das niederösterreichische Landrecht über die Behandlung der in den Rubriken der niederösterreichischen Landtafel vorkommenden Anmerkung hinsichtlich der an die Stelle des Umgeldes tretenden Entschädigung und hinsichtlich der darin eingetragenen Tabularposten.

Justiz-Hofdecret vom 3. November 1842, S. 69, Nr. 653.

- Ueber die aus Streitigkeiten zwischen zwei ausschließlich Privilegirten hinsichtlich der Identität des Privilegiums entstehenden Entschädigungs-Ansprüche entscheiden die Gerichtsstellen.

Hofkammer-Decret vom 26. November 1842, S. 75, Nr. 657.

- Vorschrift über das Verfahren bei Entschädigungs-Ansprüchen für die durch Remontentransporte an Feldern, Wiesen u. verursachten Beschädigungen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Juli 1843, S. 130, Nr. 726.

- Vorschrift über die Behandlung der Entschädigungs-Ansprüche der Eigentümer der an der Linie der Staats-Eisenbahnen angrenzenden Gründe und Bergabhänge für die Beschränkung des Benützungsbereiches derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 234, Nr. 834.

- Bestimmung des Fonds, aus welchem die Bezüge oder deren Entschädigung der Seelsorger in Strahausen zu bestreiten sind.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1844, S. 235, Nr. 835.

- Entschädigungsrecht der Verfasser und Verleger literarischer und artistischer Werke gegen die unbefugten Nachdrucker und Veröffentlichter derselben.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

- Vorschrift über die Entschädigung derjenigen Personen, deren Rechte durch die Expropriation der von Privat-Eisenbahn-Unternehmungen eingelösten Grundstücke unwirksam oder geschmälert worden sind.

Hofkanzlei-Decret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1036.

- der bei den Gerichtsstellen und Präturen in Dalmatien verwendeten Kunstverständigen, Dolmetsche, Zeugen und der als solche vernommenen Glieder der Finanz- und Polizei-Wache, der Forstwächter und der Forza territoriale.

Hofkammer-Decret vom 3. März 1847, S. 426 und 435, Nr. 1040 und 1041.

- Aufhebung der Robotteleistung und Zehent-Abgabe in Galizien gegen eine vom Staatsapparat zu leistende Entschädigung der Grundherrschaften.

Patent vom 17. April 1848, S. 612, Nr. 1136.

- Aufhebung der Robotteleistung und Zehent-Abgabe in der Bukowina gegen eine vom Staate zu leistende Entschädigung der Grundherrschaften.

Patent vom 9. August 1848, S. 648, Nr. 1173.

- Für solche Arbeitsleistungen, Natural- und Geld-Abgaben, welche der Besitzer eines Grundes als solcher den Guts-, Zehent- oder Vogtherren zu leisten hatte, sowie für die Holzungs- und Weiderechte und Servitutsrechte zwischen den Obriheiten und ihren bisherigen Unterthanen, ist Entschädigung zu leisten.

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180.

Entschädigungs-Ansprüche. S. Entschädigung.

Entschädigungs-Capitale. S. Entschädigung.

Entschädigungsklagen. S. Entschädigung.

Entschädigungsrecht. S. Entschädigung.

Entscheidung. Der Magistrat in Carlsbad hat sich in eine Cognition in Grundbuchsachen, welche dem dortigen Stadt- und Landrechte in Zukunft ausschließlich zusteht, nicht mehr einzulassen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Mai 1821, S. 18, Nr. 1757.

Entscheidung. Vorschrift über die Entscheidung der aus Dienstverträgen entstehenden Streitigkeiten.
Justiz-Hofdecret vom 11. Mai 1821, S. 19, Nr. 1759.

- Die Entscheidung über die rechtlichen Folgen eines Verschuldens, welches nicht der zur Bezahlung der Erbsteuer verpflichteten, sondern einer dritten Person zur Last gelegt wird, steht nicht der Erbsteuer-Hofcommission, sondern den Gerichtsstellen zu.

Justiz-Hofdecret vom 6. August 1825, S. 314, Nr. 2122.

- Stände in Steiermark haben kein Recht zur Entscheidung über den katastralmäßigen Dominical- und Rustical-Besitzstand einer Realität.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Juni 1834, S. 114, Nr. 2657.

- Provisorische Entscheidungen über Besitzstörungen sind weder zur Intabulation, noch zur Pränotation oder zu einer Anmerkung in die öffentlichen Bücher geeignet.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 30, Nr. 51.

- Vorschrift über die Entscheidung der Streitigkeiten zwischen Herrschaften und Grundholden über den Bezug und das Quantum des Laudemiums.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1835, S. 65, Nr. 108.

- Stempelbestimmung für Duplicate gerichtlicher Entscheidungen.

Hofkammer-Decret vom 8. März 1837, S. 115, Nr. 181.

- Die Entscheidung über die Beschwerde des Zählgelbbezuges steht, im Einvernehmen mit der politischen Behörde, den Justizbehörden zu.

Hofkanzlei-Decret vom 7. September 1837, S. 144, Nr. 224.

- Recursfrist gegen berglehensämtliche und Cameral-Entscheidungen der unteren Montanbehörden in Schurf-, Wuthungs- und anderen Bergbau-Angelegenheiten.

Decrete der Hofkammer in Rünz- und Bergwesen vom 17. September 1839, S. 350, Nr. 378, und 15. December 1840, S. 544, Nr. 486.

- Vorschrift über die Hinausgabe der Beweggründe der obersten Justizstelle zur Aufhebung oder Abänderung der gleichförmigen Entscheidungen der Unterbehörden an die Parteien.

Allerhöchste Entschliessung vom 11. Februar 1840, S. 472, Nr. 408.

- Wirkungskreis der politischen Behörden bei Entscheidung über Beschwerden wegen Verweigerung eines Armuthszeugnisses zur Erlangung der Stämpelbefreiung vor Gericht; ferner bei Entscheidungen über Anzeigen in Betreff der Erschleichung oder ungebührlichen Erfolgung eines solchen über Annullirung oder Aufrechthaltung desselben.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Jänner 1842, S. 6, Nr. 589.

- der Streitigkeiten über unbewegliches Eigenthum des Militär-Merars, besonders in Besitzstörungsfällen, durch die Realgerichtsbehörde.

Justiz-Hofdecret vom 28. Juni 1842, S. 44, Nr. 622.

- Wann die Verhandlungen über Dienstesentlassung eines Beamten der höheren Behörde zur Entscheidung vorzulegen sind.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Juni 1843, S. 125, Nr. 715.

- Bestimmung der Frist zur Ueberreichung des Recurses gegen politische Entscheidungen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. August 1843, S. 132, Nr. 730.

- Bestimmungen hinsichtlich der Verlängerung der Frist zur Einbringung der Recurse gegen berglehensämtliche und Cameral-Entscheidungen der unteren Montanbehörden.

Decret der Hofkammer in Rünz- und Bergwesen vom 12. August 1843, S. 135, Nr. 733.

- Die Entscheidung, ob ein Apothekergewerbe in Galizien ein persönliches oder ein verkäufliches sei, steht dem Subernium, und im weiteren Zuge der vereinten Hofkanzlei zu.

Hofkanzlei-Decret vom 27. November 1843, S. 172, Nr. 767.

Entscheidung. Bestimmung der Behörden zur Entscheidung der Entschädigungs-Ansprüche der Eigentümer der an der Linie der Staats-Eisenbahnen angränzenden Gründe und Bergabhängen, wegen Beschränkung des Nutzungsrechtes derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 234, Nr. 834.

- Zur Entscheidung der politischen Behörden gehören die Streitigkeiten über den Bezug des bei den galizischen Städten bestehenden Getränke-Erzeugungs-Entgeltes.

Justiz-Hofdecret vom 29. October 1846, S. 387, Nr. 995.

- Vorschrift über das Verfahren bei Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den Privat-Eisenbahn-Unternehmungen und den Obrigkeiten über die auf den zu den Eisenbahnen eingelassenen Gründen haftenden Rechte.

Hofkanzlei-Decret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1036.

- Den über Bergwerks-Angelegenheiten im Krakaner Gebiete zu fallenden Entscheidungen sind in allen drei Instanzen einzuweisen die dort für das Bergwesen bestehenden gesetzlichen Vorschriften zum Grunde zu legen.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1847, S. 477, Nr. 1098.

Entscheidungsgründe. Die der höchsten Entschliessung zu unterziehenden Criminal-Urtheile des Appellationsgerichtes sind, auch wenn sie einstimmig beschlossen wurden, in Abschrift sammt den Entscheidungsgründen dem Verichte an die oberste Justizstelle beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1825, S. 332, Nr. 2153.

- Die Uebersetzung der im Revisionswege vorkommenden in polnischer Sprache verfaßten Entscheidungsgründe in die lateinische oder deutsche Sprache, hat die erste Instanz selbst bei Vorlage der Acten zu liefern.

Justiz-Hofdecret vom 6. Juni 1837, S. 127, Nr. 205.

- Dem durch eine schwere Polizei-Uebertretung Beschädigten sind zur Verfolgung des Rechtsweges die Urtheils-Entscheidungsgründe im Anzuge auf Verlangen hinaus zu geben.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Mai 1839, S. 339, Nr. 359.

- Vorschrift über die Hinausgabe der Entscheidungsgründe der obersten Justizstelle zur Aufhebung oder Abänderung gleichförmiger Entscheidungen der Unterbehörden an die Parteien.

Allerhöchste Entschliessung vom 11. Februar 1840, S. 472, Nr. 408.

- Das Appellationsgericht hat, wenn es die durch das Urtheil der ersten Instanz verhängte Strafe verschärft, seinem Urtheile die vollständigen Entscheidungsgründe beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 18. October 1841, S. 613, Nr. 567.

- Gerichtsbehörden haben ihren Requisitionsschreiben an ungarische Wechselgerichte um Execution dießseitiger wechselgerichtlicher Urtheile, Uebersetzungen dieser Urtheile und deren Entscheidungsgründe beizufügen.

Justiz-Hofdecret vom 13. März 1843, S. 100, Nr. 688.

- Das Appellationsgericht hat in Fällen einer von ihm im Disciplinarwege verhängten Arreststrafe dem Beschuldigten das Strafserkenntniß sammt den Entscheidungsgründen zuzustellen.

Justiz-Hofdecret vom 22. October 1845, S. 278, Nr. 905.

Entsetzung. Welchen Gerichtsbehörden die Entsetzung eines Advocaten bekannt zu machen ist.

Justiz-Hofdecret vom 1. December 1821, S. 65, Nr. 1819.

Entweichung. Wem die Untersuchung und Entscheidung zustehe, wenn eine Criminal-Inquisit oder Sträfling entflohen ist.

Justiz-Hofdecret vom 21. December 1822, S. 125, Nr. 1916.

- von Verbrechern. Leistung der Militär-Assistenz zur Einbringung von Verbrechern, deren Entweichung dem Staate besonders gefährlich wäre.

Justiz-Hofdecret vom 25. Jänner 1841, S. 553, Nr. 498.

- Aufhebung der Vermögens-Confiscation wegen des Verbrechens der meineidigen Entweichung aus dem Kriegsdienste und Einführung von Entschädigungs-Pauschalien.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1842, S. 10, Nr. 599.

Entweichung. S. Sträflinge.

Entwendung. S. Diebstahl.

Entwürfe. Schriftlich abgefaßte Entwürfe zu Protokollen im summarischen Verfahren bei Civilgerichten dürfen nicht angenommen werden.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- Schriftlich abgefaßte Entwürfe zu Protokollen im summarischen Verfahren bei Militärgerichten dürfen nicht angenommen werden.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Schriftlich abgefaßte Entwürfe zu Protokollen im summarischen Verfahren bei den dalmatinischen Gerichtsstellen dürfen nicht angenommen werden.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

Epavirung. Wann mit einer Epavirung in Fällen, welche sich auf die zum deutschen Bunde gehörigen Staaten beziehen, definitiv vorgegangen werden könne.

Allerhöchste Entschließung vom 26. September 1846, S. 361, Nr. 985.

Epidemische Krankheit. S. Krankheit.

Erbach: **Erbach**, sonst **Erbach-Wartemberg-Noth**,

Erbach-Fürstenau und

Erbach-Schönberg. Den Häuptern dieser reichsständisch-gräflichen Familien gebührt der Titel „Erlaucht“.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Erbaungsbücher. S. Gebetbücher.

Erbe. Bewilligung der Sicherstellung der Erbsteuer durch die Erben.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1822, S. 74, Nr. 1833.

- Vorschrift über die Zustellung oder Kundmachung des wider einen bereits Verstorbenen gefällten Criminal-Urtheiles an dessen Erben.

Justiz-Hofdecret vom 6. Juni 1823, S. 149, Nr. 1945.

- In wieferne eine Erbschaft oder ein Legat, worauf ein Erbsteuerpflichtiger zu Gunsten eines erbsteuerfreien Erben verzichtet, der Erbsteuer unterliege.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1825, S. 307, Nr. 2104.

- Nähere Bestimmung der Ansprüche der Erben eines Beamten auf den nach dem Tode desselben verfallenden Quartiergelbes-Betrag.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juni 1830, S. 199, Nr. 2466.

- Wann den Erben eines mit der Civil-Ehrenmedaille zu beehrenden, aber vor Empfang derselben verstorbenen Individuums, dieselbe zu erfolgen sei.

Hofkanzlei-Decret vom 8. October 1835, S. 51, Nr. 88.

- Recht der Erben zur Geltendmachung der Ansprüche auf erblose und vom Fiscus bereits eingezogene Verlassenschaften.

Justiz-Hofdecret vom 12. October 1835, S. 53, Nr. 90.

- In welchen Fällen den Erben der im Straforthe verstorbenen Verbrecher die Ueberschuldungs-Gelder derselben zu vererben sind.

Hofkanzlei-Decret vom 4. März 1836, S. 76, Nr. 130.

- Der §. 1367 des bürgerlichen Gesetzbuches, hinsichtlich der Erlöschung der Bürgschaftsverträge, findet auf die Erben der als Bürgen und Zahler Verpflichteten keine Anwendung.

Justiz-Hofdecret vom 19. September 1837, S. 146, Nr. 228.

- Ueber die Befreiung der Erben von Entrichtung des landesfürstlichen Mortuars haben die Cameralbehörden zu entscheiden.

Justiz-Hofdecret vom 10. September 1838, S. 277, Nr. 294.

Erbe. Dem Erben steht frei, eine gerichtliche Schätzung des Gutes zur Bemessung der Mortuargebühr zu begehren.

Hofkanzlei-Decret vom 26. April 1840, S. 484, Nr. 426.

- Befreiung der Erben der Wiener Universitäts-Mitglieder in auf- und absteigender Linie von der Entrichtung des Mortuars.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1841, S. 571, Nr. 527.

- Die Erben haben in dem eideschwörtigen Vermögensbefennnisse alle zur Zeit des Todes des Erblassers vorhandenen Vorräthe an Getreide, sonstigen Früchten und Futter, das Vieh, die Wirthschaftsgeräthe und Werkzeuge anzugeben.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1841, S. 675, Nr. 582.

- Unter dem in dem für Mähren erfolgten Patente vom 4. Juli 1749 hinsichtlich der von den Verlassenschaften zu entrichtenden Invalidenfonds-Beiträge gebrauchten Ausdruck: „sui Haeredes oder Leibeserben,“ sind nur Descendenten, und unter dem Ausdruck: „Haeredes extranei“ alle übrigen Erben, daher auch die Ascendenten einbezogen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. November 1842, S. 74, Nr. 655.

- Vorschrift über die Ansprüche der Motherben auf die Verlassenschaften.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1844, S. 192, Nr. 781.

- Vorschrift über die Behandlung solcher Testamente, in welchen noch nicht erzeugte Personen für den Fall ihrer Geburt als Erben eingesetzt sind.

Justiz-Hofdecret vom 28. Mai 1845, S. 264, Nr. 888.

- Der Erbe kann nach erfolgter Einantwortung der Verlassenschaft wegen der Gültigkeit des Testamentes, oder wegen des Erbrechtes oder wegen der Erbtheilung bei der Abhandlungsbehörde oder bei dessen persönlichem Richter belangt werden.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juni 1845, S. 269, Nr. 893.

- Der Beneficiar-Erbe ist nach erfolgter Einantwortung der Verlassenschaft nicht berechtigt, die Eröffnung des Concurse über dieselbe zu verlangen.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 328, Nr. 948.

- Dem Gläubiger eines Erben kann nur auf einzelne Erbschaftsachen, nie aber auf das Erbrecht im Ganzen, ein Verbot, Pfändung oder Vormerkung bewilligt werden.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1846, S. 337, Nr. 968.

- Vorschrift über das Verfahren bei Verlassenschafts-Abhandlungen, wo die Erben unbekannt oder abwesend sind.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1846, S. 389, Nr. 1000.

- Der Motherbe ist berechtigt, über den ihm vom Tode des Erblassers bis zur wirklichen Zuthellung des Pflichttheiles gebührenden, verhältnismäßigen Antheil an Gewinn und Verlust, und an den Früchten der Erbschaft Rechnung zu fordern.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1847, S. 454, Nr. 1051.

Erbfähigkeit moldauischer Unterthanen in den österreichischen Staaten.

Justiz-Hofdecret vom 6. April 1821, S. 16, Nr. 1752.

- Befreiung der barmherzigen Brüder vom Amortisations-Gesetze.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1826, S. 21, Nr. 2192.

- Zeitweilige Erbfähigkeit der Jesuiten-Provinz in Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 2. Mai 1828, S. 119, Nr. 2342.

- des in Wien errichteten Convents der Redemptoristinnen.

Hofkanzlei-Decret vom 23. December 1830, S. 220, Nr. 2498 und Justiz-Hofdecret vom 24. März 1831, S. 12, Nr. 2508.

- der barmherzigen Schwestern zu Jamb in Tirol.

Hofkanzlei-Decret vom 23. April 1831, S. 14, Nr. 2514.

Erbfähigkeit des Instituts der barmherzigen Schwestern in Wien.

- Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1832, S. 30, Nr. 2545.
- der Sorelle della sacra famiglia in Verona.
- Justiz-Hofdecret vom 7. Juni 1833, S. 93, Nr. 2618.
- der Erreligiosen im lombardisch-venetianischen Königreiche und in Dalmatien.
- Justiz-Hofdecret vom 17. August 1835, S. 40, Nr. 76.
- Staatsvertrag mit Belgien über die Erbfähigkeit der beiderseitigen Unterthanen.
- Vom 9. Juli 1839, S. 344, Nr. 370.
- der barmherzigen Schwestern St. Caroli Boromaei in Böhmen.
- Hofkanzlei-Decret vom 6. November 1839, S. 354, Nr. 387.
- der barmherzigen Schwestern in Salzburg.
- Hofkanzlei-Decret vom 23. Juni 1841, S. 584, Nr. 546.
- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und der Republik Mexiko, über die Erbfähigkeit der wechselseitigen Unterthanen in den gegenseitigen Staaten.
- Vom 28. Juli 1842, S. 45, Nr. 626.
- der Jesuiten in den sämmtlichen deutschen und lombardisch-venetianischen Provinzen.
- Hofkanzlei-Decret vom 17. October 1842, S. 64, Nr. 649.
- der Redemptoristen.
- Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1843, S. 86, Nr. 670.
- der barmherzigen Schwestern in Prag und überhaupt in Böhmen.
- Justiz-Hofdecret vom 27. Februar 1843, S. 97, Nr. 685.
- der barmherzigen Schwestern in Graß.
- Hofkanzlei-Decret vom 13. August 1845, S. 274, Nr. 901.
- der Schulschwestern in Graß.
- Hofkanzlei-Decret vom 17. Juni 1846, S. 339, Nr. 971.

Erbfolge. Die Behandlung der Successionsfälle in die königlich böhmischen Kronlehen wird auch auf die deutschen Lehen in Böhmen ausgedehnt.

- Hofkanzlei-Decret vom 30. November 1841, S. 655, Nr. 573.
- der Redemptoristen-Congregation zum Intestatverlasse eines ihrer Mitglieder findet nicht Statt.
- Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1843, S. 86, Nr. 670.
- Eine Ausnahme von den Anordnungen des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, über die gesetzliche Erbfolge, findet zu Gunsten des Instituts der Schwestern des deutschen Ordens nicht Statt.
- Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1843, S. 141, Nr. 746.

Erbfolgerecht des Fiscus in die adelichen Güter in Ilirisch-Croatien.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1821, S. 68, Nr. 1823.

Erbkaiser. Was für eine Benennung künftig statt der Benennung „Erbkaiser“ zu gebrauchen sei.

Justiz-Hofdecret vom 22. Februar 1822, S. 82, Nr. 1845.

Erbländisch ist nicht mehr passend; was für Benennungen künftig statt der Benennungen: „Erbkaiser, Erbstaaten, Erbländisch“ zu gebrauchen seien.

Justiz-Hofdecret vom 22. Februar 1822, S. 82, Nr. 1845.

Erblasser. Was den armen Verwandten eines ohne letztwillige Anordnung verstorbenen geistlichen Erblassers aus dem gesetzlichen Armen-Drittel der Verlassenschaft zuzuwenden sei.

Hofkanzlei-Decret vom 16. September 1824, S. 266, Nr. 2040.

- Der zur Zeit des Todes des Erblassers vorhanden gewesene Vorrath an Getreide, sonstigen Früchten und Futter, das Vieh, die Wirtschaftsgesährthe und Werkzeuge, ist von den Erben in dem eidesstattlichen Vermögensbekenntnisse anzugeben.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1841, S. 675, Nr. 582.

Erblasser. Erläuterung des §. 700 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches hinsichtlich der letztwilligen Verfügungen, wodurch der Erblasser seiner Ehegattin oder dritten Personen den Genuß einer Erbschaft oder eines Legates für die Dauer des Wittwen- oder unverehelichten Standes zuwendet.

Justiz-Hofdecret vom 23. Mai 1844, S. 210, Nr. 807.

- Vorschrift über die Vertheilung der für Arme überhaupt bestimmten Vermächtnisse, wenn der Erblasser sie nicht näher bezeichnet hat.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Mai 1846, S. 336, Nr. 964.

Erblose Verlassenschaften. S. Verlassenschaft.

Erbrecht. Vorschrift, wie sich in jenen Fällen zu benehmen sei, wo dem Erbdatar noch vor Beendigung der Concurs-Verhandlung ein Erbrecht oder Vermächtniß zufällt.

Justiz-Hofdecret vom 8. Mai 1838, S. 8, Nr. 19.

- Competenz der zur Verlassenschaftsabhandlung berufenen Gerichtsbehörde bei Entscheidung über Erbrechtsklagen.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juni 1845, S. 269, Nr. 893.

- Auf ein Erbrecht im Ganzen kann dem Gläubiger der Erben kein Verbot, Pfändung oder Vormerkung bewilliget werden.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1846, S. 337, Nr. 968.

Erbrechtsklagen. S. Erbrecht.

Erbschaften. Beschleunigung der Erbschafts-Einantwortung durch Sicherstellung des Erbsteuer-Betrages.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1822, S. 74, Nr. 1833.

- Behandlung der aus Beträgen von zweierlei Währungen bestehenden Erbschaft hinsichtlich der Erbsteuer-Abnahme.

Hofkanzlei-Decret vom 6. August 1822, S. 112, Nr. 1886.

- Die Einantwortung einer Erbschaft nach einem gegen den Staatsschatz in Verrechnung gestandenen Beamten findet ohne Zustimmung der Cameralbehörde nicht Statt.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1824, S. 271, Nr. 2053.

- In wieferne eine Erbschaft, worauf ein Erbsteuerpflichtiger zu Gunsten eines erbsteuerfreien Erben verzichtet, der Erbsteuer unterliege.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1825, S. 307, Nr. 2104.

- Die Kirchen sind von den ihnen zufallenden Erbschaften ein Depositen- Zählgeld zu entrichten nicht verbunden.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1828, S. 109, Nr. 2327.

- Befreiung der aus Oesterreich nach Frankreich abziehenden Erbschaften von dem landesfürstlichen, grundherrlichen und bürgerlichen Abfahrtsgelde.

Hofkanzlei-Decret vom 18. December 1834, S. 131, Nr. 2677.

- Vorschrift für Gerichtsbehörden in jenen Fällen, wo dem Erbdatar auch vor der Beendigung der Concurs-Verhandlung ein Erbrecht zufällt; der Concursmasse-Verwalter hat das Recht, eine solche Erbschaft anzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 8. Mai 1835, S. 8, Nr. 19.

- Befreiung der den atatholischen Schulen zum Unterrichte der Jugend vermachten Erbschaften von der Erbsteuer.

Hofkanzlei-Decret vom 27. November 1838, S. 311, Nr. 308.

- Aufhebung der verfügten Einhaltung mit der Ausfolgung der Erbschaften an Erben in Belgien.

Justiz-Hofdecret vom 26. Mai 1840, S. 500, Nr. 444.

- Abzugsfreie Ausfolgung der Erbschaften nach dem Königreiche beider Sicilien.

Justiz-Hofdecret vom 2. November 1840, S. 536, Nr. 473.

Erbschaften. Erfordernisse zur Geltendmachung der Ansprüche österreichischer Unterthanen auf Erbschaften nach den im niederländischen Seebienste verstorbenen Individuen.

Justiz-Hofdecret vom 6. April 1842, S. 16, Nr. 605.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und der Republik Mexico, über die Erfolgslaffung der Erbschaften an die Unterthanen der beiderseitigen Staaten.

Vom 28. Juli 1842, S. 45, Nr. 626.

- Vorschrift über die Ansprüche der Notherben auf die Erbschaften.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1844, S. 192, Nr. 781.

- Die Anwendung des §. 700 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches findet auf letztwillige Verfügungen keine Anwendung, wodurch der Erblasser seiner Ehegattin oder dritten Personen den Genuß einer Erbschaft oder eines Legates für die Dauer des Witwen- oder unverehelichten Standes zuwendet.

Justiz-Hofdecret vom 23. Mai 1844, S. 210, Nr. 807.

- Vorschrift über den einstweiligen Besitz und Genuß solcher Erbschaften, welche noch nicht erzeugten Personen für den Fall ihrer Geburt durch Testament zugebach sind.

Justiz-Hofdecret vom 28. Mai 1845, S. 264, Nr. 888.

- Der Beneficiar-Erbe ist nach erfolgter Einantwortung der Erbschaft nicht berechtigt die Eröffnung des Concurses über dieselbe zu verlangen.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 328, Nr. 948.

- Dem Gläubiger eines Erben kann ein Verbot, eine Pfändung oder Vormerkung nur auf einzelne Erbschaftssachen, nie aber auf das Erbrecht im Ganzen bewilligt werden.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1846, S. 337, Nr. 968.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Rußland, über die Behandlung der Erbschaften der in den gegenseitigen Staaten verstorbenen Unterthanen.

Vom 20. Juli 1846, S. 348, Nr. 974.

- Der Notherbe ist berechtigt, über den ihm vom Tode des Erblassers bis zur wirklichen Zutheilung des Pflichttheiles gebührenden verhältnismäßigen Antheil an Gewinn und Verlust und an den Früchten der Erbschaft Rechnung zu fordern.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1847, S. 454, Nr. 1051.

- Ermächtigung des k. k. Generalconsulates in Odessa zur Uebernahme und sicheren Aufbewahrung aller beweglichen Verlassenschaften der im Amtsbezirke verstorbenen österreichischen Unterthanen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 13. April 1847, S. 459, Nr. 1059.

- Die gesetzlichen Beiträge für die öffentlichen Fonds und Anstalten sind auch von den dem Aerar aus dem Caducitätsrechte zufallenden Erbschaften zu entrichten.

Hofkanzlei-Decret vom 20. Jänner 1848, S. 489, Nr. 1113.

- Sicherstellung des Abfahrtsgeldes von den in auswärtige Staaten, mit welchen kein Freizügigkeits-Vertrag besteht, aus der Bukowina abziehenden Erbschaften.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 509, Nr. 1125.

Erbschafts-Ausweise. Formulare zu einem endlichen Erbschafts-Ausweise bei dem Czernowitzer Magistrate, dann bei den Gemeindegerechten und Wirthschaftsämtern in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 546, Nr. 1125.

Erbschafts-Einantwortung. Vor gehöriger Sicherstellung der für Arme, Stiftungen, Kirchen, Schulen, geistliche Gemeinden und öffentliche Anstalten durch letzte Willenserklärung bestimmten Vermächtnisse, darf die Einantwortung der Verlassenschaft nicht bewilligt werden.

Justiz-Hofdecret vom 29. August 1836, S. 91, Nr. 154.

- Formulare zu einem Erbschafts-Einantwortungs-Decrete bei dem Czernowitzer Magistrate, dann bei den Gemeindegerechten und Wirthschaftsämtern in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 547, Nr. 1125.

Erbchafts-Erfolglassung an Unterthanen der ionischen Inseln.

Hofkanzlei-Decret vom 4. März 1827, S. 71, Nr. 2263.

— an Unterthanen der freien Stadt Krakau.

Hofkanzlei-Decret vom 8. März 1827, S. 71, Nr. 2264.

Erbseinfegung zur Beförderung frommer oder gemeinnütziger Zwecke ist der administrativen Behörde sogleich bekannt zu machen.

Justiz-Hofdecret vom 29. August 1836, S. 91, Nr. 154.

Erbserklärung. Die Anordnungen des galizischen bürgerlichen Gesetzbuches über die Fristen zur Erbserklärung sind aufgehoben.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juli 1826, S. 33, Nr. 2202.

— Wann dem Concursmasse-Verwalter das Befugniß zusteht, zu einer dem Erbbatere zugeworfenen Erbschaft die Erbserklärung mit dem Vorbehalte des Inventars zu überreichen und dieselbe anzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 8. Mai 1835, S. 8, Nr. 19.

— Die von den für unbekannte oder abwesende Erben bestellten Curatoren ohne Vollmacht derselben oder ihrer gesetzlichen Vertreter überreichten Erbserklärungen sind nicht anzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1846, S. 389, Nr. 1000.

Erbstaaten. Was für Benennung künftig statt der Benennung: „Erbstaaten“ zu gebrauchen sei.

Justiz-Hofdecret vom 22. Februar 1822, S. 82, Nr. 1845.

Erbsteuer. Die im gerichtlichen Executionswege einzutreibenden Erbsteuer-Ausstände sind von Fall zu Fall dem Fiskalamte, als gesetzlichen Vertreter aller landesfürstlichen Gefälle, zur gesetzlichen Amtshandlung zuzuweisen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. November 1821, S. 59, Nr. 1814.

— Beschleunigung der Einantwortung der Erbschaften durch Sicherstellung des Erbsteuerbetrages.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1822, S. 74, Nr. 1833.

— Nur der Nominalbetrag der Erbschaft bestimmt die Steuerfreiheit; Erläuterung des §. 12 des Erbsteuer-Patentes vom 15. October 1810.

Hofkanzlei-Decret vom 6. August 1822, S. 112, Nr. 1886.

— Berichtigung der Erbsteuer von öffentlichen Fonds-Obligationen, wenn wegen Untheilbarkeit derselben die Erbsteuer-Quote sich nicht mit einer Obligation ausgleichen läßt.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Mai 1823, S. 146, Nr. 1941.

— Wie die Erbsteuer von den Actien der Nationalbank zu berechnen sei.

Hofkanzlei-Decret vom 20. Juni 1823, S. 153, Nr. 1949.

— Wenn die Erbsteuer den Betrag einer Bank-Actie erreicht, kann sie damit entrichtet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1823, S. 160, Nr. 1968.

— Zu Ueberschätzungen zum Behufe der Bemessung der Erbsteuer sind die Interessenten vorzuladen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. December 1823, S. 166, Nr. 1978.

— Die Befreiung der Klöster der barmherzigen Brüder und der Elisabethinerinnen in Niederösterreich von dem Erbsteuer-Aequivalente wird auch auf die übrigen deutschen und böhmisch-galizischen Erbländer ausgedehnt.

Hofkanzlei-Decret vom 6. August 1824, S. 261, Nr. 2028.

— Vorschrift über die Abnahme der Erbsteuer von theilbaren Obligationen.

Hofkammer-Decret vom 1. December 1824, S. 270, Nr. 2052.

— Ständische Obligationen sind zur Entrichtung der Erbsteuer nur bis auf 25 fl. theilbar; mindere Beträge sind aber nach dem Course zu berichtigen.

Hofkammer-Decret vom 1. December 1824, S. 270, Nr. 2052.

— In wieferne eine Erbschaft oder ein Vermächtniß, worauf ein Erbsteuerpflichtiger zu Gunsten eines erbsteuerfreien Erben verzichtet, der Erbsteuer unterliegt.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1825, S. 307, Nr. 2104.

Erbsteuer. Ueber die rechtlichen Folgen eines Verschuldens, welches nicht der zur Erbsteuer verpflichteten, sondern einer dritten Person zur Last gelegt wird, haben nicht die Erbsteuer-Hof-commissionen, sondern die Gerichte zu entscheiden.

Justiz-Hofdecret vom 6. August 1825, S. 314, Nr. 2122.

- Von öffentlichen Creditspapieren kann die Erbsteuer auch in Conventions-Münze nach dem am Todestage des Erblassers bestandenen Course berichtigt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Juli 1826, S. 32, Nr. 2200.

- Ausweisung des Werthes unterthäniger Realitäten zum Behufe der Erbsteuerbemessung.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Juni 1827, S. 86, Nr. 2289.

- Aufrechnung der Verzugszinsen von, in öffentlichen Obligationen bemessenen Erbsteuerbeträgen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Juni 1827, S. 87, Nr. 2290.

- Vorschrift über die Berechnung der Erbsteuer von Staatspapieren und Bank-Actien.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1828, S. 113, Nr. 2336.

- Die den Erbsteuer-Ausweisen zugelegten Schätzungs-Acte und anderen Urkunden unterliegen dem classenmäßigen Stempel.

Justiz-Hofdecret vom 6. Februar 1829, S. 144, Nr. 2382.

- Erläuterung der §§. 7, 8 und 9 des Erbsteuer-Patentes vom 15. October 1810, wegen Erbsteuerfreiheit des Bauernvolkes.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Mai 1830, S. 197, Nr. 2463.

- Nur das vermöge einer im Ehecontracte bedungenen allgemeinen Gütergemeinschaft dem überlebenden Ehegatten zufallende Vermögen ist bei Bauernleuten erbsteuerfrei.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Mai 1830, S. 197, Nr. 2463.

- Bei Bemessung der Erbsteuer ist der Coursverth der Staatspapiere und Bank-Actien nicht nach dem Todestage des Erblassers, sondern nach dem Tage der Zahlungsverbindlichkeit zu berechnen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Jänner 1833, S. 76, Nr. 2590.

- Befreiung der Rothschild'schen Lose und Partial-Obligationen von der Erbsteuer.

Hofkammer-Decret vom 21. Mai 1833, S. 92, Nr. 2615.

- Befreiung der den barmherzigen Brüdern, den Elisabethinerinnen, den Ursulinerinnen und den Piaristen vermachten Legate von der Erbsteuer.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juni 1833, S. 93, Nr. 2617.

- Vorschrift über die Sicherstellung und Einbringung der Erbsteuer von den aufgelaufenen Tag- und Umgeldsbezügen.

Hofkanzlei-Decret vom 22. April 1836, S. 80, Nr. 138.

- Erläuterung des §. 29 des Erbsteuer-Patentes, über die Bemessung und Abnahme der Erbsteuer.

Hofkanzlei-Decret vom 2. November 1836, S. 93, Nr. 157.

- Befreiung der den atatholischen Schulen zum Unterrichte der Jugend vermachten Erbschaften und Legate von der Erbsteuer.

Hofkanzlei-Decret vom 27. November 1838, S. 311, Nr. 308.

- Vorschrift über die Rückzahlungsart der von Rothschild'schen Losen und Partial-Obligationen bereits bezahlten Erbsteuer.

Hofkanzlei-Decret vom 15. August 1839, S. 347, Nr. 374.

- Bedingte Befreiung der Rothschild'schen Lose von der Erbsteuer.

Hofkanzlei-Decret vom 29. October 1839, S. 353, Nr. 384.

- Abnahme der Erbsteuer von den vor dem 1. November 1840 sich ergebenden Verlassenschaften.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Juli 1840, S. 517, Nr. 456.

Erbsteuer. Vorschrift über die Behandlung der Annual-Erbsteuer, der sicher gestellten Erbsteuerbeträge und des Erbsteuer-Aequivalentes der Geistlichkeit bei Gelegenheit der Aufhebung der landesfürstlichen Erbsteuer.

Hofkanzlei-Decret vom 4. März 1841, S. 563, Nr. 514.

— ist von den Verlassenschafts-Gegenständen, welche von den vor dem 1. November 1840 eingetretenen Todesfällen herrühren, zu bemessen.

Hofkanzlei-Decret vom 18. August 1841, S. 604, Nr. 556.

Erbsteuerbefreiung. S. Erbschaft, Erbsteuer.

Erbsteuer-Hofcommission. Die Entscheidung über die rechtlichen Folgen eines Verschuldens, welches nicht der zur Bezahlung der Erbsteuer verpflichteten, sondern einer dritten Person zur Last gelegt wird, steht nicht der Erbsteuer-Hofcommission, sondern den Gerichtsstellen zu.

Justiz-Hofdecree vom 6. August 1825, S. 314, Nr. 2122.

Erbsteuer-Quote. S. Erbsteuer.

Erbtheilung. Competenz der zur Verlassenschafts-Abhandlung berufenen Gerichtsbehörde bei Entscheidung über Erbtheilungs-Klagen.

Justiz-Hofdecree vom 20. Juni 1845, S. 269, S. 893.

Erbunfähigkeit der Redemptoristen-Congregation zum Intestatverlasse eines ihrer Mitglieder.

Justiz-Hofdecree vom 9. Jänner 1843, S. 86, Nr. 670.

Erbverhandlungen. S. Verlassenschafts-Abhandlungen.

Erbvermögen. Die Vertretung jeder Kirche, wegen Einbringung und Sicherstellung eines derselben angefallenen Erbvermögens, liegt dem Fiskalamte ob.

Hofkanzlei-Decret vom 24. November 1837, S. 161, Nr. 243.

Erdäpfelzehent in Krain.

Hofkanzlei-Decret vom 18. Februar 1833, S. 78, Nr. 2594.

Erde. Verbot der Auflockerung der Erde auf den an der Linie der Staats-Eisenbahnen angränzenden Gründen und Bergabhängen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 234, Nr. 834.

Erdfige Fossilien. S. Fossilien.

Erde-Rel. Das Erd-Rel gehört zum Vergeregale, unterliegt der Frohne mit dem zehnten Theile der Erzeugung, und dessen unbefugte Benützung wird nach den Berggesetzen behandelt.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 17. October 1838, S. 280, Nr. 299.

Erdpach. Das Erdpach gehört zum Vergeregale, unterliegt der Frohne mit dem zehnten Theile der Erzeugung, und dessen unbefugte Benützung wird nach den Berggesetzen behandelt.

Decret der Hofkammer im Münz- und Bergwesen vom 17. October 1838, S. 280, Nr. 299.

Erdreich. S. Erde.

Erfindungen. Vorschriften über ausschließende Privilegien auf neue Erfindungen.

Patent vom 31. März 1832, S. 37, Nr. 2556.

Erfolglassung. Aufhebung der verfügten Einhaltung mit der Erfolglassung der Erbschaften an Erben in Belgien.

Justiz-Hofdecree vom 26. Mai 1840, S. 500, Nr. 444.

— Staatsvertrag zwischen Oesterreich und der Republik Mexico, über die Erfolglassung der Erbschaften an Unterthanen der beiderseitigen Staaten.

Vom 28. Juli 1842, S. 45, Nr. 626.

— der Effecten von den im allgemeinen Krankenhause Verstorbenen an die von der Abhandlungsbehörde dazu berechtigten Parteien.

Hofkanzlei-Decret vom 15. December 1842, S. 76, Nr. 660.

— Die Erfolglassung eines in einer Concursmasse befindlichen Gutes an den Gläubiger, welcher ein Eigenthumsrecht darauf geltend gemacht hat, hängt von der Beurtheilung des Concursrichters ab.

Allerhöchste Entschliessung vom 20. November 1847, S. 476, Nr. 1096.

Erfolgsanträge. Gesuche außer Streitsachen können bei dem Czernowitzer Magistrat und bei den Gemeindegewählten und Wirtschaftsräten in der Bukowina schriftlich und mündlich angebracht werden.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 516, Nr. 1125.

Erfordernisse. Bestimmung der Erfordernisse bei den Concepts-Practikanten zur Erlangung eines Adjutums bei den Landgerichten in Tirol und Vorarlberg.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

— des Criminal-Gefangenhause in Wien werden, mit Ausnahme des Auspfens, des Brotes und der Medicamente, an einen Generalpächter verpachtet.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Februar 1845, S. 254, Nr. 872.

Erforschung. Für die Erforschung der Brandlegerei wird im Allgemeinen keine Taglia festgesetzt, doch dürfen in besonderen Fällen, wo sich die Brandlegungen häufen, zeitweilige Belohnungen dafür bewilligt werden.

Justiz-Hofdecret vom 5. Februar 1830, S. 185, Nr. 2450.

Erfüllungseid. S. Eid.

Ergreifer. Bestimmung der Belohnung für den Ergreifer eines Auspächters oder Falschwerbers.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1821, S. 54, Nr. 1808.

— Bestimmung der Belohnung für den Ergreifer des Beschädigers der auf öffentlichen Wegen gepflanzten Bäume und Alleen.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Jänner 1837, S. 99, Nr. 163.

Ergreifung. Für die Ergreifung eines Räubers haben Gerichtsdienner keinen gesetzlichen Anspruch auf die Taglia, doch kann ihnen dieselbe bei besonderen Fällen ausnahmsweise bewilligt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1829, S. 160, Nr. 2405.

Erhaltung. Die Zusage der Erhaltung der Lebens-Integrität ist in jedem Lebensbrevete zu enthalten.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Jänner 1843, S. 94, Nr. 679.

Erhebung. Vorschrift über die Vornahme der Erhebungen im Bezirke des Landgerichtes Feldkirch.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1821, S. 38, Nr. 1778.

— Einleitung der genauesten Erhebungen über den ganzen Lebenslauf des zur Anstellung im Staatsdienste gewählten Individuums.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1826, S. 31, Nr. 2199.

— Vorschrift über die Verwendung verwandter oder verschwägelter Personen als Kunstverständige zur Erhebung des Thatbestandes in Strafsachen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Juli 1835, S. 35, Nr. 64.

— Vorschrift über die Erhebung der Wechsel-Proteste in Wien.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1835, S. 62, Nr. 102.

— Aufforderung der Eigenthümer der über 32 Jahre alten und deponirten Privat-Schuldbriefe und anderer Privat-Urkunden zur Erhebung derselben durch Edict.

Justiz-Hofdecret vom 1. Mai 1837, S. 123, Nr. 199.

— Vorschrift über die Legitimation der Vormünder und Curatoren zur Erhebung der Interessen von den auf den Namen der Minderjährigen lautenden Obligationen.

Hofkammer-Decret vom 22. November 1839, S. 359, Nr. 390.

— Vorschrift über das Verfahren bei der Interessen-Erhebung von den bei der kriegsärztlichen Depositions-Administration erliegenden, zu Pupillar- und Curatels-Massen gehörigen Obligationen von Seite der Vormünder und Curatoren.

Hofkammer-Decret vom 16. August 1842, S. 57, Nr. 633.

Erhebung. Vorschrift für die Criminalgerichte und Prätüren in Dalmatien über die Erhebung des Alters der Inquisiten und Zeugen bei fehlenden Tauffcheinen bei Criminal-Untersuchungen.

Justiz-Hofdecret vom 26. September 1843, S. 141, Nr. 745.

— Vorschrift zur Erhebung des Capitals von verlostten Fideicommiss-Obligationen.

Justiz-Hofdecret vom 2. October 1843, S. 142, Nr. 747.

— Vorschrift für Seelsorger über die Erhebung und nachträgliche Eintragung der für Matrifenbücher nöthigen Thatfachen und über die Ausstellung der pfarflichen Scheine oder Zeugnisse hierüber.

Hofkanzlei-Decret vom 5. April 1844, S. 203, Nr. 799.

— des Thatbestandes über die durch den Waffengebrauch der k. k. Finanz-Wache erfolgten Verwundungen oder Tödtungen der Gefäls-Übertreter (Schwärzer).

Hofammer-Decrete vom 8. Februar und 27. März 1846, S. 311 und 331, Nr. 927 und 952.

— Verpflichtung der Referenten, Botanten und vorzüglich des Präsidiums in Disciplinar-Angelegenheiten der Beamten, den Ruf und eine auch nur im glaubwürdigen Privatwege erlangte Notiz zur Veranlassung von Erhebungen zu berücksichtigen.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1846, S. 399, Nr. 1013.

Erhöhung der Brotportion für einen männlichen Sträfling im Wiener Provincial-Strafhause von täglichem Ein Pfund auf Ein und ein halb Pfund.

Hofkanzlei-Decret vom 25. Juni 1844, S. 212, Nr. 815.

— der Fahrpreise bei den Eisenbahnen ist 14 Tage früher, bevor sie in Wirksamkeit tritt, zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, S. 6.

Erinnerung. Vorschrift für die Gerichtsbehörden in Tirol über die Erlassung der Erinnerungen hinsichtlich des auf einem Eridagute vorgemerkten Capitals eines Militär-Einstandsmannes.

Justiz-Hofdecret vom 22. October 1825, S. 326, Nr. 2139.

Erkenntnisse. Vorschrift über die Zustellung der von königlich-neapolitanischen Gerichtsbehörden wider österreichische Unterthanen geschöpften Erkenntnisse.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juli 1821, S. 2, Nr. 1731.

— auf Ablassung von der Untersuchung wider öffentliche Beamte unterliegen keiner höheren Beurtheilung, wenn nicht die §§. 433 und 443, I. Theiles des Strafgesetzes, eintreten.

Justiz-Hofdecret vom 17. November 1821, S. 59, Nr. 1815.

— Vorschrift für Gerichtsbehörden bei Fällung der Erkenntnisse auf körperliche Strafen wider Gefälsübertreter.

Justiz-Hofdecrete vom 2. November 1827, S. 102, Nr. 2314, und vom 14. October 1831, S. 21, Nr. 2531.

— Bei den dem Erkenntnisse der höheren oder höchsten Behörde vorbehaltenen Verbrechen sind auch die Beschlüsse der ersten Instanz über Ablassung von der Voruntersuchung, mit den Acten dem Appellationsgerichte vorzulegen; davon findet nur eine Ausnahme Statt, wenn die Criminalgerichte bloße Anzeigen verwerfen, oder den Gegenstand sogleich zurücdweisen.

Justiz-Hofdecret vom 18. September 1829, S. 171, Nr. 2427.

— Die Erkenntnisse auf Leibstrafen gegen Gefälsübertreter sind von der Gerichtsbehörde unmittelbar der competenten Ortsobrigkeit zur Kundmachung und Vollziehung zuzusenden.

Justiz-Hofdecret vom 19. März 1830, S. 186, Nr. 2453.

-- Dem Fideicamite ist die Execution der kreisämtlichen Erkenntnisse, wodurch ein Israelit aus dem gesegwidrigen Besitze einer christlichen Realität zu setzen sei, zu übertragen.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1835, S. 61, Nr. 100.

Erkenntnisse. Wann bei Erkenntnissen über Münzverfälschungen nur die Falsificate unter Bekanntgebung des Untersuchungsergebnisses, und in welchem Falle aber auch die Untersuchungsergebnisse an die oberste Justizstelle vorzulegen sind.

Justiz-Hofdecret vom 15. December 1835, S. 64, Nr. 106.

- Instruction für die magistratischen Gerichtsverwaltungen in den Vorstädten Wiens, über das Verfahren bei dem Zeugenbeweise und der Form der dießfälligen Erkenntnisse.

Justiz-Hofdecret vom 17. April 1838, S. 174, Nr. 264.

- Vorschrift über die Kundmachung der Erkenntnisse gegen unbefugte Ausgewanderte und Abwesende.

Hofkanzlei-Decret vom 19. September 1839, S. 350, Nr. 379.

- Beschränkung der Execution der von österreichischen Gerichtsbehörden geschöpften Erkenntnisse in Rhein-Preußen, und der von dortseitigen Behörden geschöpften in Oesterreich.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1840, S. 520, Nr. 460.

- Gegen Erkenntnisse, wodurch das Ausbleiben von einer Verhandlungs-Tagfahrt für gerechtfertigt erklärt wird, findet kein weiterer Rechtszug Statt.

Justiz-Hofdecret vom 29. April 1846, S. 333, Nr. 957.

- S. Urtheile.

Erklärung. Zur gültigen Veräußerung der grundynsbaren Realitäten und Güter in Tirol ist die Erklärung des Ober-Eigenthümers, daß er gegen die Fähigkeiten des Nachfolgers nichts einzuwenden habe, erforderlich.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 46, Nr. 1797.

- Die Erklärungen aller zur Nachfolge im Lehen berufenen Personen und des Curatoris nasciturorum sind den Lehens-Allodialisirungs-Gesuchen beizulegen.

Allerhöchste Entschließung vom 16. Jänner 1832, S. 31, Nr. 2546.

- des letzten Willens. Berechtigung der Mitglieder aufgehobener Klöster (Exreligiösen), zur Erklärung ihres letzten Willens.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1835, S. 66, Nr. 111.

- der Criminal-Gerichtspflege und des damit verbundenen Aufwandes in Böhmen vom Jahre 1846 angefangen als Staatsaufwand.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Februar 1845, S. 252, Nr. 867.

Erlässe. Vorschrift über die Zustellung der von königlich-neapolitanischen Gerichtsbehörden an österreichische Unterthanen gerichteten Erlässe.

Justiz-Hofdecret vom 19. Jänner 1821, S. 2, Nr. 1731.

- Bestimmung der Titulatur derjenigen Individuen in den amtlichen Erlässen, welche zur Annahme des ihnen vom Auslande verliehenen Adels oder der Standes-Erhöhung die Bewilligung Seiner Majestät erhalten haben.

Hofkanzlei-Decret vom 20. August 1829, S. 170, Nr. 2425.

- Postportobefreiung der von einer portofreien Behörde der Post zur Beförderung an eine andere Behörde übergebenen Erlässe in Partesachen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1841, S. 554, Nr. 501.

- Vorschrift für die Justizbehörden über die Behandlung ihrer Erlässe an portopflichtige Aemter und Parteien hinsichtlich des Postporto.

Justiz-Hofdecret vom 2. März 1841, S. 562, Nr. 513.

- an ungarische Jurisdictionen sind in lateinischer Sprache zu verfassen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juli 1841, S. 595, Nr. 550.

- Vorschrift hinsichtlich der an die politischen Behörden von auswärtigen Gerichtsbehörden zur Zustellung einlangenden Erlässe.

Hofkanzlei-Decret vom 22. April 1843, S. 117, Nr. 697.

Erlässe. Befreiung des öffentlichen Schriftenwechsels und der Erlässe des Staatsanwaltes und sämtlicher Behörden in Preßvergehens-Angelegenheiten vom Postporto.

Finanz-Ministerial-Decret vom 15. September 1848, S. 659, Nr. 1181.

Erläuterung der Rechnungsmängel. S. Rechnungen.

Erkrankte Schulbner. Vorschrift über den Erlag der Alimentationsgebühren für Schulbner, die aus dem Schuldenarreste in das Wiener allgemeine Krankenhaus kommen.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 6. Juni 1848, S. 639, Nr. 1159.

— verhaftete Creditare. S. Creditar.

Erlag. Bestimmung der Folgen für den Freifahrungswerber bei unterlassenem Erlage des Reisekosten-Vorschusses in Vergleichen-Angelegenheiten.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 19. Februar 1848, S. 493, Nr. 1121.

— Vorschrift über den Erlag der Alimentationsgebühren für Schulbner, die aus dem Schuldenarreste in das Wiener allgemeine Krankenhaus kommen.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 6. Juni 1848, S. 639, Nr. 1159.

Erlagsgesuche. Vorschrift über die Anbringung der Erlagsgesuche bei dem Czernowitzer Magistrat, dann bei den Gemeindegerichten und Wirtschaftsämtern in der Bukowina, dann Formular hierzu in Angelegenheiten außer Streitsachen.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 516, Nr. 1125.

Erlassung. S. Nachsicht.

Erlaubniß. S. Bewilligung.

Erlaucht. Den Häuptern der vormalig reichsfürstlichen gräflichen Familien und namentlich der Häuser Harrach, Kueffstein, Schönborn-Buchheim, Stabion, Sternberg-Manderscheid und Wurmbbrand, ist in den Ausfertigungen der Behörden der Titel „Erlaucht“ zu geben.

Justiz-Hofdecret vom 13. October 1829, S. 174, Nr. 2433.

— Bestimmungen über den Gebrauch des Titels „Erlaucht“ von den mediatisirten reichsgräflichen Familien.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1838, S. 240, Nr. 279.

— Der Titel „Erlaucht“ gebührt dem Haupte der älteren Linie der gräflichen Familie Harrach.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Februar 1841, S. 562, Nr. 511.

— Der Titel „Erlaucht“ gebührt den Häuptern der mediatisirten vormalig reichsfürstlich-gräflichen Familien: Bentinck, Castell, Erbach-Erbach, sonst Erbach-Warttemberg-Roth, Erbach-Fürstenau, Erbach-Schönberg, Fugger-Oldt, Fugger-Kirchheim, Fugger-Nordendorf, Fugger-Kirchberg-Weissenhorn, Wieh, Harrach, Isenburg-Wüdingen, Isenburg-Meerholz, Isenburg-Philippseich, Isenburg-Wächtersbach, Königsegg-Aulendorf, Kueffstein, Leiningen-Billigheim, Leiningen-Neudenan; Leiningen-Westerburg (Alt-), Leiningen-Westerburg (Neu-), Neupberg, Ortenburg, Pappenheim, Platten-Hallermund, Plettenberg, Rietingen, Pückler-Eimpurg, Quadt-Isny, Rechberg, Rehteren-Eimpurg, Schäsberg-Eimpurg, Schütz, genannt Götz, Schönborn-Buchheim, Schönborn-Wiesentheid, Schönburg, Solms-Laubach, Solms-Rödelheim, Solms-Wildenfels, Stabion-Iphanhausen, Stabion-Warthausen, Sternberg-Manderscheid, Stolberg-Görden, Stolberg-Dienberg, Stolberg-Kosla, Stolberg-Stolberg, Stolberg-Wernigerode, Töring-Gutenzell, Waldbott-Wassenheim, Waldeck-Pyrmont, Walmoden-Gimborn und Wurmbbrand.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Erledigte Stelle. S. Dienststelle.

Erledigung. Vorschrift über die Behandlung und Erledigung der Justizgeschäfte in mehr oder minder zahlreichen Rathversammlungen bei den landesfürstlichen Collegialbehörden erster Instanz.

Justiz-Hofdecrete vom 9. Februar und 5. April 1822, S. 76 und 90, Nr. 1836 und 1859.

Erledigung. Die Erledigung der Civilrichter-Amtsgeschäfte bei Bezirkscommissariaten steht dem Bezirksrichter unabhängig von dem Bezirkscommissäre zu.

Justiz-Hofdecret vom 1. December 1827, S. 106, Nr. 2350.

- Die Erledigung der Recurse und Beschwerden in Rechts-Angelegenheiten unterliegt der Zahlung des Postporto.

Justiz-Hofdecret vom 16. Mai 1829, S. 157, Nr. 2401.

- Wann Proceffe als erledigt in den Quartals-Ausweisen der Gerichtsbehörden aufzuführen sind.

Justiz-Hofdecret vom 21. December 1841, S. 674, Nr. 580.

- Vorschrift über die Erledigung der sogenannten Currentgeschäfte bei dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1843, S. 164, Nr. 760.

- der Proceffe nach der Ordnung ihrer Einlangung wird den Gerichtsbehörden zur Pflicht gemacht.

Justiz-Hofdecret vom 14. Mai 1846, S. 334, Nr. 961.

- Porzopflichtigkeit der Correspondenz wegen Zustellung der Erledigungen der Gesuche, wodurch die bürgerliche Sicherstellung oder Lösung eines dinglichen Rechtes bewilligt wurde, an den betheiligten Gegner.

Hofkammer-Decret vom 14. Mai 1846, S. 335, Nr. 963.

Erlöschen. Das Erlöschen des Mannstammes einer adeligen Familie haben die Verlassenschaftsbehörden der Landesstelle anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Juni 1829, S. 162, Nr. 2411.

Erlösung. Die in Galizien bei der politischen Sequestration von Gütern zur Einbringung von Steuer-Rückständen eingeleiteten Verpachtungen erlöschen, in soferne nicht der Gutseigenthümer selbst in die Verpachtung gewilliget hat, durch die Tilgung des Steuer-Rückstandes.

Hofkanzlei-Decret vom 16. August 1835, S. 39, Nr. 73.

- Der §. 1367 des bürgerlichen Gesetzbuches, hinsichtlich der Erlösung der Bürgschaftsverträge, findet auf die Erben der als Bürgen und Zahler Verpflichteten keine Anwendung.

Justiz-Hofdecret vom 19. September 1837, S. 146, Nr. 228.

- des Reclamationsrechtes der Väter und Vormünder auf die zum Militär freiwillig eingetretenen Minderjährigen.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Februar 1838, S. 168, Nr. 252.

- Vorschrift über die Erlösung der bis zum Betrage der Hauptschuld steigenden Interessen der in Verlosung fallenden Capitalien der älteren Staatsschuld.

Hofkammer-Decret vom 19. April 1842, S. 22, Nr. 607.

- Die Erlösung eines in die öffentlichen Bücher eingetragenen Rechtes durch Verjährung kann demjenigen, welcher dasselbe noch vor dessen Lösung an sich gebracht oder andere dasselbe beschränkende Rechte darauf erworben hat, zu keinem Nachtheile gereichen.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 330, Nr. 951.

Ermächtigung. Der Abgang der Ermächtigung des competenten Civil-Seelsorgers zur Vornahme der Trauung von Seiten der Militärgesellschaft begründet nicht die Ungültigkeit der außerdem mit allen gesetzlichen Erfordernissen geschlossenen Ehe.

Hofkanzlei-Decret vom 3. April 1846, S. 331, Nr. 954.

Ernennung der Notare durch die oberste Justizstelle.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1821, S. 32, Nr. 1766.

- Vorschrift über die Ernennung der Sindiker-, Stadt- und Marktschreiber bei Landmagistraten und Gemeinden.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1826, S. 2, Nr. 2159.

Ernennung. Wirkungsbereich der landesfürstlichen Collegialgerichte erster und zweiter Instanz, in Rücksicht der Ernennungen zu den bei ihnen erledigten Dienststellen.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

- Vorschrift über die Ernennungen der Beamten und Diener bei dem politisch-ökonomischen Senate des Wiener Magistrates, dann bei dem Civil- und bei dem Criminalgerichte der Stadt Wien.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 569, Nr. 524.

- Behandlung der Ernennungen zu unbefoldeten überzähligen (Honorar-) Bedienstungen hinsichtlich der Titeltaxe.

Hofkammer-Decret vom 30. Mai 1842, S. 43, Nr. 620.

- Vorschrift für die Collegialgerichte in Tirol hinsichtlich der Concurß-Ausschreibung und Erstattung des Befehlsvorschlages bei Ernennungen des ärztlichen und wundärztlichen Personales in den Criminal-Inquisitionshäusern in Tirol.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1843, S. 123, Nr. 709.

- Vorschrift über die Ernennung der Auscultanten bei organisirten Magistraten.

Hofkanzlei-Decret vom 15. März 1844, S. 198, Nr. 794.

- Vorschrift für die oberste Justizstelle über die Ernennung der Auscultanten.

Allerhöchste Entschliessung vom 4. Mai 1844, S. 208, Nr. 804.

- Die Ernennung der landesfürstlichen Bezirksrichter bei den Bezirkscommissariaten in Mähren hat durch die oberste Justizstelle und die vereinigte Hofkanzlei zu geschehen.

Justiz-Hofdecret vom 9. October 1846, S. 374, Nr. 990.

- Selbst bei einer bedingten Ernennung zum Auscultanten ist nur jener Revers anzunehmen, wo der Reversaussteller unbeschadet der Pflichten gegen seine eigene Familie den versprochenen Unterhalt wirklich zu leisten im Stande ist.

Allerhöchste Entschliessung vom 10. April 1847, S. 454, Nr. 1056.

Erneuerung der Privilegien der österreichischen Nationalbank.

Patent vom 1. Juli 1841, S. 584, Nr. 547.

- Vorschrift über die Berechnung des zur Erneuerung der Hypothekar-Inscriptionen in Dalmatien vorgeschriebenen zehnjährigen Zeitraumes.

Justiz-Hofdecret vom 6. October 1847, S. 473, Nr. 1090.

- des zwischen Oesterreich und Preußen bestehenden Staatsvertrages wegen Bestrafung der Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldstrolche an den beiderseitigen Landesgränzen.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Februar 1848, S. 491, Nr. 1117.

- Vorschrift über die Anmeldung der bei der Gdrtzer Landtafel erworbenen Hypothekar-, Pfand- und Servitutrechte auf Grundstücke und Urbaren, behufs ihrer Erneuerung. Die Erneuerungsgefuche sind stempel- und tarfrei.

Justiz-Ministerial-Decret vom 31. August 1848, S. 656, Nr. 1179.

- der Hypotheken im lombardisch-venetianischen Königreiche. S. Hypotheken.

Eröffnung. Vorschrift über die zeitweilige Eröffnung der officiosen Postsendungen durch Postbeamte zur Hintanhaltung der Zulegung von Privatsachen.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1821, S. 14, Nr. 1751.

- Strafen auf die widerrechtliche Eröffnung gerichtlicher Siegel.

Hofkanzlei-Decret vom 29. August 1822, S. 115, Nr. 1889.

- Der Beneficiar-Erbe ist nach erfolgter Einantwortung der Verlassenschaft nicht berechtigt, die Eröffnung des Concurss über dieselbe zu verlangen.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 328, Nr. 948.

Errichtung. Bestimmung der Gebühren für die Errichtung von Privat-Urkunden für Unterthanen bei den Gerichtsstellen, Herrschaften und Magistraten in Äthien, dem Raibacher und Klagenfurter Kreise.

Hofkanzlei-Decret vom 17. December 1824, S. 278, Nr. 2057, und Justiz-Hofdecret vom 21. October 1825, S. 325, Nr. 2136.

- Zur Errichtung jedes einzelnen Hauses der barmherzigen Schwestern ist die Allerhöchste Bewilligung einzuholen.

Hofkanzlei-Decret vom 6. November 1839, S. 354, Nr. 387.

- Vorschrift über die Ertheilung der Concession zur Errichtung der Pfannhämmer.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 27. April 1841, S. 572, Nr. 528.

- landesfürstlicher Bezirkscommissariate dritter Classe in den Bezirken Treffen, Sauerstein und Rassenfuß im Neustädter Kreise in Krain.

Justiz-Hofdecret vom 27. Juni 1843, S. 126, Nr. 716.

- des Institutes der Schwestern des deutschen Ordens zu Lana in Tirol und zu Troppau in Schlesien.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1843, S. 141, Nr. 746.

- Vorschriften über die Errichtung von Privatvereinen und ihrem Verhältnisse zur Staatsverwaltung.

Hofkanzlei-Decret vom 5. November 1843, S. 165, Nr. 763.

- Regulativ für die Errichtung von Sparcassen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. September 1844, S. 222, Nr. 832.

- einer permanenten gemischten Commission in Graß zur Schlichtung der Streungen und Zwistigkeiten zwischen Civil- und Militärpersonen.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Februar 1847, S. 419, Nr. 1033.

- Befreiung der Grundobrigkeiten in Galizien von der Errichtung der Grundbücher.

Patent vom 17. April 1848, S. 612, Nr. 1136.

- Befreiung der Grundherrschaften in der Bukowina von der Errichtung der Grundbücher.

Patent vom 9. August 1848, S. 648, Nr. 1173.

- des Sages. S. Sagesbrief.

Ersatz. Das nach dem Tode eines Inquisiten, mit welchem die Untersuchung geschlossen wurde, zu fällende Urtheil muß den Ersatz der Criminalkosten enthalten.

Justiz-Hofdecrete vom 1. März und 31. August 1822, S. 86 und 116, Nr. 1848 und 1890.

- Vorschrift über die Sicherstellung und Hereinbringung der aus dem Dienstverhältnisse der ständischen, städtischen und Fondsbeamten entstehenden Ersätze.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Jänner 1836, S. 71, Nr. 115.

- Vorschrift über die Execution der Einkünfte eines, wegen Ersätzen an die Waisen- und Depositionencasse, sequestrirten Pfarrers.

Hofkanzlei-Decret vom 20. März 1836, S. 78, Nr. 132.

- des Handgeldes bei Entlassung eines reclamirten Minderjährigen vom Militär.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Februar 1838, S. 168, Nr. 252.

- Vorschrift über den Ersatz der Auslagen an das Findelhaus von den zu einem Vermögen gelangenden Findelkindern.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1839, S. 359, Nr. 389.

- der Criminalkosten für auf Ansuchen anderer Behörden von Criminalgerichten vorgenommene Criminal-Amthandlungen findet nicht mehr Statt.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1841, S. 581, Nr. 539.

Ersatz. Vorschrift über die Hereinbringung der Ersätze von Staats- und Fonds-, dann ständischen und städtischen Beamten durch die Veräußerung der eingelegten Cautionen, welche in Fonds-Obligationen oder Anlagen bei dem Staatsschulden-Lösungsfonds bestehen.

Hofkammer-Decret vom 3. Jänner 1842, S. 3, Nr. 583.

- Vorschrift über den Ersatz der von politischen Obrigkeiten für verhaftete Beschuldigte während einer Criminal-Voruntersuchung bestrittenen Verpflegskosten.

Hofkanzlei-Decret vom 12. September 1843, S. 138, Nr. 739.

- Vorschrift hinsichtlich der Ersatz-Ansprüche an Schiffsrheder für Auslagen, welche für den Lebensunterhalt und die Heimkehr der Mannschaft von unverschuldet verunglückten oder gekaperten österreichischen Schiffen verwendet wurden.

Hofkammer-Decret vom 20. August 1844, S. 215, Nr. 824.

- Vorschrift über den Ersatz der Verpflegskosten für die während einer Voruntersuchung von politischen Obrigkeiten verhafteten Criminal-Inquisiten.

Hofkanzlei-Decret vom 5. December 1844, S. 242, Nr. 851.

- Vorschrift über die Hereinbringung von Ersätzen aus den Gehältern solcher Beamten, deren Bezüge von einer Cassa auf eine andere übertragen werden.

Hofkammer-Decret vom 3. April 1845, S. 257, Nr. 879.

- Beschränkung des vorgeschriebenen Ersatzes der Verpflegskosten an das Findelhaus aus dem einem noch nicht abgeschriebenen Findlinge zugefallenen Vermögen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. April 1847, S. 455, Nr. 1055.

- Der Concurdrichter hat auch bei falschen Handlungsfonds-Ausweisungen, welche vor dem Justiz-Hofdecrete vom 18. März 1847 geschehen sind, die Mitschuldigen daran angemessen zu bestrafen und über die Schaden-Ersatzleistung, wenn nicht nur die Verpflichtung zu derselben, sondern auch der Betrag des Schadens deutlich und zuverlässig erhellen, von Amtswegen zu erkennen.

Justiz-Hofdecret vom 17. November 1847, S. 476, Nr. 1095.

- S. Vergütung.

Ersatz-Ansprüche. S. Ersatz.

Erschleichung. Wirkungskreis der politischen Behörden zur Fällung des Erkenntnisses über die Erschleichung eines Armuthszeugnisses zur Erlangung der Stämpelbefreiung vor Gericht.

Hofkanzlei-Decrete vom 13. Jänner 1842, S. 6, Nr. 589.

Erste Anstellung. S. Anstellung.

Erste Instanz. Vorschrift über die Behandlung und Erledigung der Justizgeschäfte in mehr oder minder zahlreichen Rathsversammlungen bei den landesfürstlichen Collegialgerichten erster Instanz.

Justiz-Hofdecrete vom 9. Februar und 5. April 1822, S. 76 und 90, Nr. 1836 und 1859.

- Einfluß der politischen und Justizbehörden auf die Urlaubsbewilligung für Beamte gemischter erster Instanzen.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1826, S. 61, Nr. 2245.

- Alle an die zweite oder dritte Instanz gerichteten Recurse, sowohl wider abschlägige, als auch wider bewilligende Bescheide über Gesuche um Einverleibung oder Pränotirung, dann über Executionsgesuche, sind bei dem Richter erster Instanz, welcher den ersten Bescheid erlassen hat, zu überreichen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. März 1840, S. 475, Nr. 415.

- Recurse in Tabularsachen sind bei der ersten Instanz zu überreichen.

Justiz-Hofdecret vom 23. August 1842, S. 59, Nr. 637.

- Die Urtheile über die bei dem deutschen Ordensgerichte zu Frankfurt am Main in Civil- und Criminalrechts-, dann in schweren Polizei-Übertretungs-Angelegenheiten geschlossenen Proceß- und Untersuchungs-Acten werden von der ersten Instanz in Wien gefällt.

Justiz-Hofdecret vom 25. October 1842, S. 64, Nr. 651.

Erste Instanz. Vorschrift über die Behandlung der gegen gleichförmige Entscheidungen der ersten und zweiten Instanz in Tabular- und Grundbuchs-Angelegenheiten bei der ersten Instanz überreichten Recurse.

Justiz-Hofdecret vom 24. Jänner 1843, S. 88, Nr. 674.

— Vorschrift über die Verfassung der Rathsprotokolle der landesfürstlichen Collegialgerichte erster Instanz.

Justiz-Hofdecret vom 4. Juli 1843, S. 127, Nr. 719.

— In welchen Fällen der obere Richter über Beschwerden oder Recurse gegen eine Verfügung der ersten Instanz, vor Aufhebung oder Abänderung derselben, Amtserinnerungen abzufordern habe.

Justiz-Hofdecret vom 13. November 1844, S. 240, Nr. 845.

— Einführung landesfürstlicher erster Instanzen in Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 26. März 1846, S. 328, Nr. 946.

— Das Landgericht (Tribunal) in Krakau übt in erster Instanz die Criminalgerichtsbarkeit über die im Krakauer Gebiete verübten, der bestellten Criminalcommission zugewiesenen, Verbrechen aus.

Justiz-Hofdecret vom 24. December 1846, S. 399, Nr. 1014.

— Die Gerichtsstellen erster Instanz haben bei Vorlegung von Civil- und Criminalprocessen an das Appellationsgericht immer einen genau verfaßten Acten-Auszug anzuschließen, welcher von dem Appellationsreferenten bei der Bearbeitung und bei dem Vortrage derselben benützt werden könne.

Justiz-Ministrial-Decret vom 6. Mai 1848, S. 618, Nr. 1143.

— Vorschrift über die Besetzung der bei den landesfürstlichen ersten Instanzen erledigten Dienstplätze.

Erlaß des Justiz-Ministers vom 21. August 1848, S. 652, Nr. 1176.

Erstreckung. Wann im summarischen Verfahren bei Civilgerichten die Erstreckung einer Tagssagung statt zu finden habe.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

— Wann im summarischen Verfahren bei Militärgerichten die Erstreckung einer Tagssagung statt zu finden habe.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

— Wann im summarischen Verfahren bei den dalmatinischen Gerichtsstellen die Erstreckung einer Tagssagung statt zu finden habe.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

— der Frist. S. *Frist*.

Ersuchschreiben. Postportofreiheit für die von den k. k. Justizbehörden an jene in dem Gebiete des Kirchenstaates ergehenden Ersuchschreiben.

Justiz-Hofdecret vom 13. September 1822, S. 117, Nr. 1893.

— Benehmen bei Uebersendung der Ersuchschreiben an das Stadtgericht der freien Stadt Frankfurt am Main.

Justiz-Hofdecret vom 9. November 1822, S. 123, Nr. 1909.

— Auf den Zuschriften an königlich-sächsischen Behörden ist ihr Gegenstand zu bemerken und auf der Adresse ex offio beizusetzen.

Justiz-Hofdecret vom 9. December 1822, S. 123, Nr. 1912.

— an öffentliche Cassen wegen Verboten u. c. u. sollen immer mit dem Amtssiegel versehen seyn.

Justiz-Hofdecret vom 20. October 1823, S. 161, Nr. 1971.

— Mittels Ersuchschreiben hat das Stadt- und Landrecht in Klagenfurt mit dem dortigen Magistrat über Gewerbs-Angelegenheiten zu verhandeln.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juli 1825, S. 313, Nr. 2119.

Ersuchschreiben. Vorschrift über die Stilisirung der Ersuchschreiben an ungarische Landesbehörden, um Einleitung von Erhebungen in Untersuchungs-Angelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 3. November 1835, S. 53, Nr. 91.

- der österreichischen Gerichtsbehörden in Requisitions- und anderen Fällen an die königlich-preussischen sind entweder an die betreffende Gerichtsbehörde selbst zu erlassen, oder im diplomatischen Wege einzuleiten.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1837, S. 119, Nr. 190.

- der Gerichtsstellen an toscanische Behörden sind im ministeriellen Wege zu befördern.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1839, S. 335, Nr. 352.

- Die österreichischen Civilgerichte haben die Vollziehung ihrer Beschlüsse über Gerichtshandlungen wider die in Privatdiensten fremder Gesandten stehenden Personen mittelst Ersuchschreiben an das Oberst-Hofmarschallamt zu bewirken.

Justiz-Hofdecret vom 2. September 1839, S. 348, Nr. 375.

- der Unterbehörden, um Zustellung gerichtlicher Acte an im Königreiche Sardinien wohnende Parteien sind durch das Appellationsgericht an die oberste Justizstelle zum weiteren Einschreiten an die geheime Haus-, Hof- und Staatskanzlei einzubegleiten,

Justiz-Hofdecret vom 20. December 1841, S. 674, Nr. 579.

- Vorschrift über die Verfassung der Ersuchschreiben um die in Ungarn zu bewirkende Execution dießseitiger wechselseitiger Urtheile.

Justiz-Hofdecret vom 13. März 1843, S. 100, Nr. 688.

- Die Correspondenz zwischen den l. l. Kreisämtern und den Bezirksamtsgerichten in Älirien hat mittelst Ersuch- und Antwortschreiben zu geschehen.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Jänner 1844, S. 188, Nr. 775.

- Befreiung jener Ersuchschreiben der nicht landesfürstlichen Gerichte vom Postporto, mit welchen sie die Empfangsscheine von Parteien über zugestellte gerichtliche Urtheile an ein landesfürstliches Gericht einsenden.

Hofammer-Decret vom 9. Jänner 1846, S. 307, Nr. 920.

- Vorschrift über die Erlassung der gerichtlichen Ersuchschreiben in das Großherzogthum Toscana.

Justiz-Hofdecret vom 4. März 1846, S. 320, Nr. 942.

- wegen Vornahme von Zustellungen oder Zeugenverhören an die Gerichtsstellen Großbritanniens und Irlands sind zu beseitigen, da sich die Letzteren nicht damit befassen, und ausnahmsweise selbst der Lord-Major von London solche Commissionen nur zum Zeugenverhöre annimmt.

Justiz-Hofdecret vom 10. December 1846, S. 394, Nr. 1008.

- Bezeichnung jener Fälle, in welchen die deutschen Gerichte ihren Requisitionschreiben an die lombardisch-venetianischen Gerichtsstellen, um Ausführung der Execution, die Urkunden in authentischer italienischer Uebersetzung beizulegen haben.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1847, S. 406, Nr. 1025.

Ertheilung. Vorschrift für die Stände bei Ertheilung von Adelscertificaten, Abschriften von Adelsdocumenten und Bestätigung der Stammbäume.

Hofkanzlei-Decret vom 4. December 1846, S. 392, Nr. 1005.

- der Auskünfte an den Schutzverein für entlassene Sträflinge von Seite der Criminal- und Polizeibehörden.

Hofkanzlei-Decret vom 17. April 1847, S. 460, Nr. 1060.

Erwerbfähigkeit der barmherzigen Brüder.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1826, S. 21, Nr. 2192.

- Zeitweilige Erwerbfähigkeit der Jesuitenprovinz in Galilien.

Justiz-Hofdecret vom 3. Mai 1828, S. 119, Nr. 2342.

Erwerbsfähigkeit des in Wien errichteten Convents der Redemptoristinnen.

Hofkanzlei-Decret vom 23. December 1830, S. 220, Nr. 2498.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1831, S. 12, Nr. 2508.

- der barmherzigen Schwestern zu Jamn in Tirol.

Hofkanzlei-Decret vom 23. April 1831, S. 14, Nr. 2514.

- des Institutes der barmherzigen Schwestern in Wien.

Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1832, S. 30, Nr. 2545.

- der Sorelle della sacra famiglia in Verona.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juni 1833, S. 93, Nr. 2618.

- der barmherzigen Schwestern St. Caroli Boromaei in Böhmen.

Hofkanzlei-Decret vom 6. November 1839, S. 354, Nr. 387.

- der barmherzigen Schwestern zu Salzburg.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Juni 1841, S. 584, Nr. 546.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und der Republik Mexico, über die Erwerbsfähigkeit der gegenseitigen Unterthanen in den beiderseitigen Staaten.

Vom 28. Juli 1842, S. 45, Nr. 626.

- der Redemptoristen und Erbfähigkeit der Redemptoristen-Congregation zum Intestatverlasse eines ihrer Mitglieder.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1843, S. 86, Nr. 670.

- der barmherzigen Schwestern in Prag und überhaupt in Böhmen.

Justiz-Hofdecret vom 27. Februar 1843, S. 97, Nr. 685.

- des Institutes der barmherzigen Schwestern in Prag.

Hofkanzlei-Decret vom 13. August 1845, S. 274, Nr. 901.

- der Schulschwestern in Prag.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Juni 1846, S. 339, Nr. 971.

- geistlicher Orden. S. Amortisationsgesetz.

Erwerbsurkunden für Käufer der im Executionsweg veräußerten unbeweglichen Güter.

Justiz-Hofdecret vom 11. August 1827, S. 90, Nr. 2300.

Erwerbung der österreichischen Staatsbürgerschaft von Seite der Ausländer durch den Antritt eines wirklichen, aber nicht eines provisorischen Staatsdienstes.

Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1828, S. 118, Nr. 2338.

- Bedingungen, unter welchen nicht habilitirten Besitzern eines Gutsantheiles die Erwerbung anderer Antheile desselben Gutes gestattet ist.

Justiz-Hofdecret vom 19. April 1833, S. 89, Nr. 2609.

- Vorschrift über die Erwerbung der Privilegien von solchen Personen, welchen die freie Vermögensverwaltung nicht zusteht.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Mai 1842, S. 36, Nr. 614.

- Jede Erwerbung eines Vermögens von Seite der Jesuiten ist zur Allerhöchsten Kenntniß zu bringen.

Hofkanzlei-Decret vom 17. October 1842, S. 64, Nr. 649.

- Beschränkung der Redemptoristen-Congregation in Erwerbung unbeweglicher Güter.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1843, S. 86, Nr. 670.

Erzeugung explosirender Stoffe wird verboten.

Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1847, S. 460, Nr. 1060.

- Gestattung der Erzeugung künstlicher Mineralwässer.

Hofkanzlei-Decret vom 11. November 1847, S. 475, Nr. 1094.

- der Eisenwaren. S. Eisenwaren.

Erzherzog Ferdinand. Der durchlauchtigste Herr Erzherzog Ferdinand führen nach Höchste Ihrer Krönung den Titel: König von Ungarn und Kronprinz der übrigen kaiserlich-österreichischen Staaten. Die gegen Höchstendenselben zu beobachtende Courtoisie ist „Eure Majestät“.

Justiz-Hofdecret vom 8. October 1830, S. 210, Nr. 2486.

Erzherzog Johann. Der Gerichtsstand der Freiin von Brandhofen, Gemalin Seiner kaiserlichen Hoheit des Herrn Erzherzog Johann, und dessen Sohnes Franz Grafen von Meran, ist das Oberst-Hofmarschallamt.

Justiz-Hofdecret vom 8. Jänner 1846, S. 307, Nr. 919.

Erziehung. Bestimmungen hinsichtlich der Ausstellung der Reverse über die Erziehung der aus Ehen zwischen Katholiken und Apatholiken erzeugten Kinder in der katholischen Religion.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Juli 1842, S. 44, Nr. 624.

- Gültigkeit der bei gemischten Ehen wegen Erziehung der Kinder in der katholischen Religion ausgestellten Reverse.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Juni 1843, S. 125, Nr. 714.

- Vorschrift über die Erziehung der Kinder, nachdem die katholische Gattin einer sogenannten gemischten Ehe zum atatholischen Glauben übertritt.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Jänner 1847, S. 404, Nr. 1020.

Erziehungs-Beiträge. Vorschrift über die Auszahlung der Erziehungs-Beiträge für Beamten- und Waisen.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1821, S. 16, Nr. 1752.

- Anträge auf Belassung der Erziehungs-Beiträge nach überschrittenem Normal-Alter dürfen Seiner Majestät nur dann vorgelegt werden, wenn sie mit rücksichtswürdigen Gründen unterstützt werden können.

Justiz-Hofdecret vom 7. April 1827, S. 77, Nr. 2271.

- für männliche Militär- und Staatsdieners-Waisen dürfen nur gegen eine der Quittung beigefügte legale Bestätigung erfolgt werden, daß der Waise weder Löhnung, Wage, Adjutum oder Gehalt von dem Merarium beziehe, noch sonst versorgt sei.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1831, S. 20, Nr. 2529.

- Wann die Kinder eines im Pensions- oder Provisionsstande verstorbenen Beamten oder Dieners einen Erziehungsbeitrag erhalten.

Hofkammer-Decret vom 26. Mai 1835, S. 10, Nr. 25.

- Die mit Erziehungs- oder Versorgungs-Stipendien aus dem Haller Fräulein-Stiftungs-fonde versehenen Individuen werden im Genuße ihrer Erziehungs-Beiträge belassen.

Hofkanzlei-Decret vom 20. August 1837, S. 142, Nr. 219.

- Vorschrift über die Bemessung der Erziehungs-Beiträge für Kinder minderer Diener.

Hofkammer-Decret vom 21. September 1838, S. 278, Nr. 296.

- Gestattung der Anträge auf den Fortbezug der Erziehungs-Beiträge für Civilbeamten-Waisen als Gnadengaben nach erreichtem Normal-Alter.

Hofkammer-Decret vom 7. Februar 1841, S. 555, Nr. 503.

- Vorschrift über die Behandlung jener Beamten-Waisen hinsichtlich der Erziehungs-Beiträge, welche während des Ruhestandes ihres Vaters geboren wurden.

Hofkammer-Decret vom 14. Mai 1842, S. 36, Nr. 615.

- Vorschrift über die Bemessung derselben für Kinder pensionsfähiger Staatsdiener.

Hofkammer-Decret vom 25. Jänner 1844, S. 91, Nr. 779.

- Vorschrift über die Behandlung der Kinder verstorbener Beamten und minderer Diener, deren Mutter für sie Erziehungs-Beiträge genos; und wegen eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Übertretung ihrer Pension oder Provision verlustig wurde.

Hofkammer-Decret vom 7. October 1845, S. 277, Nr. 903.

Erzlagerstätte. Vorschrift für Ruther zur Aufrichtung der Erzlagerstätte beim Bergbaue.

Decrete der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 2. März und 25. October 1837, S. 113 und 150, Nr. 179 und 237.

Erzvorräthe. Die Erzvorräthe können bei aufgelassenen Berggebäuden nicht in gerichtlichen Beschlagnahme genommen werden; in wieferne hierin eine Ausnahme statt finde.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 6. Mai 1838, S. 180, Nr. 269.

Essig. Die im Inlande erzeugten, und die aus dem Auslande eingeführten, in Essig eingemachten Früchte sind bei den damit Handel treibenden Gewerbsleuten hinsichtlich ihrer Schädlichkeit oder Unschädlichkeit zu untersuchen und die gesundheitschädlichen zu vertilgen.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 19. September 1848, S. 661, Nr. 1183.

Essigäther. S. Aether.

Eswaren. Verbot des Gebrauches des unverzinnten, dann Beschränkung des Gebrauches verzinnten Kupfer- und Messinggeschirres bei allen mit der Erzeugung und dem Verkaufe von Eswaren sich befassenden Gewerbsleuten.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 19. September 1848, S. 661, Nr. 1183.

Etsaffetten. Vorschrift über die Beförderung einzelner Sendungen mittelst besonderer Kiste (Etsaffetten).

Hofkammer-Decret vom 6. November 1838, S. 302, Nr. 300.

Esterhazy. Dem Chef des kaiserlichen Hauses Esterhazy gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, und

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Europäische Mächte. Staatsvertrag mit den europäischen Mächten, wegen Abstellung und Unterdrückung des Sklavenhandels.

Vom 20. December 1841, S. 658, Nr. 578.

Evidenzhaltung. Bestimmungen zur Evidenzhaltung und Controle über den Inhalt der von den Behörden und Aemtern mit der Fahrpost zu versendenden Pakete.

Hofkammer-Decret vom 20. November 1847, S. 477, Nr. 1097.

Examinator. Gegenstände der von dem Appellationsgerichte vorzunehmenden Prüfungen der Candidaten zu einer Gefälls-Examinatorsstelle.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1822, S. 95, Nr. 1869.

— Von der Appellations-Prüfung für Gefälls-Examinatorsstellen ist die Abforderung eines Zeugnisses über die Prüfung aus den Gefällsvorschriften nicht nöthig.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1825, S. 332, Nr. 2152.

Exceptio fori. S. Einwendung, Gerichtsstand.

Execut. Vorschrift über das Verfahren der Gerichtsbehörden, wenn der Execut zur Vermeidung des Personal-Arrestes seine Güter namhaft macht.

Justiz-Hofdecret vom 15. Jänner 1845, S. 249, Nr. 859.

Execution. Ob die Execution auf die sogleiche Bezahlung eines Wechsels auch wider den Acceptanten statt finde.

Justiz-Hofdecrete vom 28. Juni 1821, S. 41, Nr. 1784, und vom 15. September 1823, S. 160, Nr. 1966.

— Dem Fiscalamte als gesetzlichen Vertreter aller landesfürstlichen Gefälle sind die im Executionswege einzutreibenden Erbsteuer-Ausstände zur gesetzlichen Amtshandlung zuzuweisen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. November 1821, S. 59, Nr. 1814.

— Erforderlich, wenn im Karlsstädter Kreise nach den Vorschriften der Gerichts-Ordnung die Execution auf ein unbewegliches Gut geführt werden will.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1821, S. 66, Nr. 1822.

— Anwendung der Execution zur Einbringung der Gemeinde-Auflagen und Forderungen in Tirol.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Februar 1822, S. 80, Nr. 1842.

Execution. Benehmen bei einer neuen Pfändung bereits gepfändeter Fahrnisse.

Justiz-Hofdecret vom 25. Jänner 1823, S. 128, Nr. 1921.

- Ueber die Art der Execution zur Einbringung rückständiger Steuern von unterthänigen Realitäten.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Juli 1823, S. 155, Nr. 1954.

- In wie weit die Grundbuchsgeschäfte und Executionsführungen den obrigkeitlichen Wirthschafts- oder Justizämtern zustehen.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1824, S. 199, Nr. 1999.

- Wie sich vor dem Verkaufe eines unbeweglichen Gutes unter der Schätzung zu benehmen sei.

Justiz-Hofdecret vom 25. Juni 1824, S. 213, Nr. 2017.

- Durch die politische Sequestration kann auf früher gerichtlich gepfändete Fahrnisse des mit Steuern rückständigen Gutsbesizers nicht gegriffen werden; dießfällige Pflicht der politischen Behörden.

Hofkanzlei-Decret vom 2. September 1824, S. 266, Nr. 2039.

- Der Fundus instructus eines unbeweglichen Gutes darf nicht abgesondert in die Execution gezogen, sondern er muß mit dem Gute zugleich gepfändet, geschätzt und versteigert werden.

Justiz-Hofdecret vom 7. April 1826, S. 15, Nr. 2178.

- Vorschrift über das Benehmen in Executionsfällen in jenen Bezirken des vormalö venetianischen Antheiles des Küstenlandes, wo noch die unter dem Namen: Libri di notifiche bestehenden Vormerkbücher geführt werden.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juni 1827, S. 83, Nr. 2283.

- Eintreibung der Tax-Rückstände durch die Execution auf unbewegliche Güter.

Hofkanzlei-Decret vom 20. Juli 1827, S. 88, Nr. 2293.

- Erwerbungs- und Einantwortungs-Urkunden über die im Executionswege versteigerten unbeweglichen Güter.

Justiz-Hofdecret vom 11. August 1827, S. 90, Nr. 2300.

- Brandschaden-Vergütungen dürfen durch Execution ihrem Zwecke zur Wiederherstellung der beschädigten Gebäude nicht entzogen werden.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1828, S. 127, Nr. 2354.

- Bestimmung der Rechte der Grund- und Urbarsherren in dem Görzer Kreise bei Veräußerung, Theilung und Besizumschreibung der Bauerngüter und Eintreibung der Gebühren,

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1829, S. 145, Nr. 2387.

- Die Gränzämter in Galizien dürfen wegen nicht bezahlten Deservits die gerichtliche Execution nicht selbst führen, und überhaupt gegen Parteien, mit denen sie in offenbarer Feindschaft leben, keine Execution vornehmen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1829, S. 161, Nr. 2409.

- Auf die unter dem Ausdrücke: Pains d'Abbayes angewiesenen Alimentationsbeträge findet keine Execution Statt.

Justiz-Hofdecret vom 1. August 1829, S. 167, Nr. 2421.

- Den Fiscalamtern sind zur Execution gegen Herrschaften, wegen abgängigen Waisen- und Depostengelbern, die nöthigen Vorschüsse zu erfolgen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Juni 1830, S. 198, Nr. 2465.

- auf Vorschüsse auf die Entschädigung für aufgehobene Taggefälle.

Hofkammer-Decret vom 7. September 1831, S. 19, Nr. 2527.

- Gerichtliche Verfügungen, wodurch eine Execution auf Interessen der bei der Universal-Staats- und Banco-Schuldenkasse in Wien anliegenden Capitalien bewilliget oder aufgehoben wird, sind an diese Kasse, wenn auch die Interessen an anderen Orten bei Provinzialcassen erhoben werden, von dem Gerichte zu befördern, und der allgemeinen Hofkammer anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1831, S. 20, Nr. 2528.

Execution. Vorrecht der dreijährigen Rückstände an landesfürstlichen Grundsteuern vor allen grundherrlichen Forderungen in Executionsfällen.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1831, S. 22, Nr. 2533.

- Vorschrift über die Schätzung und Versteigerung verkäuflicher Gewerbe in Execution- und Concursfällen.

Justiz-Hofdecret vom 5. November 1831, S. 22, Nr. 2534.

- wegen rückständiger Zölle und Verzehrungssteuer-Gebühren.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1832, S. 31, Nr. 2548.

- Die gerichtliche Execution kann auf die vor politischen Magistraten ordnungsmäßig geschlossenen, protokollierten und ausgefertigten Vergleiche ertheilt werden.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juni 1832, S. 63, Nr. 2567.

- Die Execution eines bestätigten Erkenntnisses des Appellationsgerichtes kann durch eine angemeldete Revision nicht aufgehalten werden.

Justiz-Hofdecret vom 15. Februar 1833, S. 77, Nr. 2593.

- Die auf Pensionen der Beamten-Witwen oder Waisen durch die Execution erlangten Rechte gehen verhältnismäßig auf die Abfertigung über.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1833, S. 87, Nr. 2606.

- Beschränkung der Execution auf Urtheile der russischen Gerichtsbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 24. Mai 1833, S. 92, Nr. 2616.

- Nähere Bestimmung der Gerichtsbarkeit in Rücksicht der Execution wegen der Schuldforderung der Gutsherren an ihre eigenen Unterthanen und Gerichts-Inassen.

Hofkanzlei-Decret vom 31. August 1833, S. 100, Nr. 2626.

- Vorschrift für die zur executiven Eintreibung der Gemeinde-Giebigkeiten und der Rentforderungen bei nicht eintretenden Unterthansverhältnissen berufenen Behörden.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1835, S. 20, Nr. 33.

- Diäten- und Reisevergütungen der in Criminal-Angelegenheiten verwendeten Privat-Aerzte und anderen Kunstverständigen können mit gerichtlicher Execution belegt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Juni 1835, S. 24, Nr. 40.

- der laufenden Gemeinde-Zinsschuldigkeiten der Unterthanen im politischen Wege.

Hofkanzlei-Decrete vom 2. Juli 1835, S. 31, Nr. 54, und vom 27. November 1838, S. 311, Nr. 309.

- In welchem Falle Diurnen und Diäten in Execution gezogen werden können.

Hofkanzlei-Decret vom 22. August 1835, S. 42, Nr. 80.

- Gnabengaben und Provisionen der Landesverteidiger können mit der gerichtlichen Execution belegt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1835, S. 56, Nr. 95.

- Dem Fiskalamte ist die Execution des kreisämlichen Erkenntnisses, wodurch ein Israelit aus dem gesetzwidrigen Besitze einer christlichen Realität zu setzen ist, zu übertragen.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1835, S. 61, Nr. 100.

- Vorschrift über die Einbringung der Concurrenzbeiträge.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1836, S. 71, Nr. 113.

- Vorschrift über die Execution der Einkünfte eines wegen Erfäßen an die Waisen- und Depostencasse und anderen Entschädigungen sequestrirten Pfarrers.

Hofkanzlei-Decret vom 20. März 1836, S. 78, Nr. 132.

- Vorschrift über die Behandlung der von der sachfälligen Partei im Laufe des Executionsverfahrens überreichten Klagen zur Erwirkung der Nullität oder Wiberufung rechtskräftiger Executionsbescheide.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juni 1836, S. 84, Nr. 145.

Execution. Bestimmung der Gebühren als Belohnung für Gerichtsanwälte in Tirol und Vorarlberg für ihre Amtshandlungen beim summarischen Executionsverfahren.

Hofkanzlei-Decrete vom 20. Februar 1837, S. 112, Nr. 175, und 16. März 1843, S. 102, Nr. 689.

- Vorschrift über die Ertheilung der Execution zur Einbringung minderer, zwanzig Gulden Conventions-Münze Wiener Währung nicht übersteigender Forderungen in Tirol.

Justiz-Hofdecret vom 8. August 1837, S. 136, Nr. 218.

- Die Uebertragung der auf Pensionen bewilligten Execution findet auf die Befolgung der wiederangestellten Pensionisten nicht Statt.

Hofkammer-Decret vom 5. März 1838, S. 172, Nr. 260.

- Bei aufgelassenen Verggebäuden kann das vorfindige Gezüge, Erzvorräthe u. nicht in gerichtliche Execution gezogen werden; in wieferne hierin eine Ausnahme statt findet.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 6. Mai 1838, S. 180, Nr. 269.

- Erläuterung des mit dem Großherzogthume Baden im Jahre 1819 geschlossenen Uebereinkommens über die Execution der gegenseitigen Urtheile.

Justiz-Hofdecret vom 28. Mai 1838, S. 181, Nr. 272.

- Befreiung der Versorgungsbeiträge für mittellose und gebrechliche Prager Advocaten und Mitglieder der dortigen juristischen Facultät von der gerichtlichen Execution.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1838, S. 183, Nr. 274.

- Auf Urtheile der Gerichtsbehörden des Freistaates Krakau ist ohne Vernehmung des Gegners keine Execution zu ertheilen.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1838, S. 279, Nr. 298.

- Vorschrift über die Execution der Urtheile österreichischer Gerichtsstellen im Königreiche Polen, und der Urtheile der königlich-polnischen Gerichtsbehörden in den österreichischen Staaten.

Justiz-Hofdecret vom 13. November 1838, S. 309, Nr. 306.

- Die Bewilligung der Execution eines von dem Wirthschaftsamente geschlossenen Vergleiches kommt dem Justizamte zu.

Justiz-Hofdecret vom 5. März 1839, S. 333, Nr. 348.

- Auf Einhundert Gulden nicht erreichende Pensionen oder Unterhaltsgelder landesfürstlicher, ständischer oder städtischer Beamten und Diener, dann ihrer Angehörigen, findet keine gerichtliche Execution Statt.

Justiz-Hofdecret vom 22. April 1839, S. 336, Nr. 356.

- Bestimmung der Valuta jener Militärheirathscautions-Einkünfte, von welchen ein Theil in Execution gezogen werden kann.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Mai 1839, S. 337, Nr. 357.

- Vorschrift über die Ertheilung der Execution bis zur Sicherstellung bei auf vollen Glauben verdienenden Urkunden sich gründenden Klagen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Mai 1839, S. 338, Nr. 358.

- Auf Militär-Lohnungen und Patental-Invaliden-Gehalte findet keine Execution Statt.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1839, S. 343, Nr. 368.

- Auf die Provision der Tiroler Landesvertheilbiger, ihrer Witwen und Waisen, findet keine Execution Statt.

Hofkammer-Decret vom 27. October 1839, S. 352, Nr. 383.

- Vorschrift für Tirol und Vorarlberg über die Vertheilung des Preises von im Wege der gerichtlichen Execution veräußerten unbeweglichen Gütern.

Justiz-Hofdecret vom 19. November 1839, S. 354, Nr. 388.

Execution. Die Alimentations-Gebühren suspendirter Beamten sind von der gerichtlichen Execution befreit.

Hofkammer-Decret vom 11. December 1839, S. 362, Nr. 397.

- Vorschrift über die Anwendung der bestehenden Executions-Ordnung bei Eintreibung der unterthänigen Grund- und Gebäude-Classen-Steuer in Niederösterreich.

Justiz-Hofdecet vom 21. Jänner 1840, S. 385, Nr. 403.

- Vorschrift für das Mercantil- und Wechselgericht hinsichtlich der Ertheilung der Execution über Zahlungs-Verordnungen auf nicht von wechselgerichtlich protokolirten Firmen ausgestellte Wechsel während der dagegen anhängigen Berufung an den höheren Richter.

Justiz-Hofdecet vom 10. März 1840, S. 475, Nr. 414.

- Behandlung der abweislichen Bescheide über alle im Wege der Execution überreichten Gesuche, deren Bewilligung eine Eintragung in die öffentlichen Bücher zur Folge haben dürfte.

Hofkanzlei-Decret vom 10. März 1840, S. 475, Nr. 415.

- Unter der Execution bis zur Sicherstellung ist auch der Personal-Arrest des präsumtiven Wechselschuldners zu verstehen.

Justiz-Hofdecet vom 5. Mai 1840, S. 486, Nr. 431.

- Urbargiabgaben-Rückstände sind in Steiermark nur im Wege der politischen Execution einzutreiben.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Mai 1840, S. 492, Nr. 440.

- Vollziehung der auf Pensionen unter Einhundert Gulden jährlich vor Rundmachung der Allerhöchsten Entschliessung vom 26. Februar 1839 bewilligten und rechtskräftig gewordenen Execution, worunter auch Pensionen und Provisionen der Beamten- und minderer Dieners-Witwen und die Unterhaltsbeiträge großjähriger Beamten's-Waisen verstanden sind, auf welche nunmehr keine Execution Statt findet.

Hofkammer-Decret vom 29. Mai 1840, S. 501, Nr. 445.

- Beschränkung der Execution der von österreichischen Gerichtsstellen wider preussische Unterthanen geschöpften Urtheile in Rhein-Preußen, und der von bairischen Behörden wider österreichische Unterthanen geschöpften, in Oesterreich.

Justiz-Hofdecet vom 4. August 1840, S. 520, Nr. 460.

- Vorschrift für Gerichtsbehörden über die Vormerkung gerichtlicher Executionen auf Cautionen und Depositen, und rücksichtlich ihrer Zinsen, welche bei dem Staatsschulden-Zilgungsfonde fruchtbringend angelegt sind.

Hofkammer-Decret vom 21. October 1840, S. 534, Nr. 470.

- Nichtvollziehung der von ausländischen Gerichten geschöpften Straferkenntnisse in den österreichischen Staaten.

Justiz-Hofdecet vom 10. November 1840, S. 537, Nr. 476.

- Vorschrift über die Ertheilung der Execution bis zur Sicherstellung, wenn die Zahlung der Schuld binnen vierzehn Tagen durch Bescheid verordnet wird, oder ein Endurtheil auf Zahlung erfolgt.

Justiz-Hofdecet vom 25. Jänner 1841, S. 552, Nr. 496.

- Die Besoldungen der Schullehrer können nicht in gerichtliche Execution gezogen werden, wohl aber jene der Mesner.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Februar 1841, S. 559, Nr. 505.

- Die Gesuche der Gränzkämmerer in Galizien und ihrer Amtsboten, um Execution zur Einbringung der ihnen für ihre Amtshandlungen zuerkannten Gebühren von den betreffenden Parteien, sind stämpelpflichtig.

Justiz-Hofdecet vom 5. April 1841, S. 567, Nr. 520.

Execution. Vorschrift über die Nichtvollziehung der wider österreichische Unterthanen von ausländischen Behörden geschöpften Straferkenntnisse in den österreichischen Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 24. Mai 1841, S. 583, Nr. 542.

- Vorschrift über das Verfahren der österreichischen Gerichtsbehörden, wenn ihnen die über Klagen der bayerischen Unterthanen wider österreichische Unterthanen von bayerischen Gerichten gefällten Urtheile zur Execution eingesendet werden.

Justiz-Hofdecret vom 13. Juli 1841, S. 594, Nr. 548.

- In Fällen, wo auf ein verkäufliches nicht radicirtes Gewerbe Execution geführt wird, ist die Pfändung oder Einantwortung vom Richter zu bewilligen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 586.

- In Großbritannien wird auf Urtheile österreichischer Gerichte auf Grund von Requisitionschreiben keine Execution ertheilt.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1842, S. 8, Nr. 595.

- Vorschrift über die politische Execution der galizisch-sländischen Credit-Anstalt wider ihre zahlungssäumigen Schuldner.

Hofkanzlei-Decret vom 25. October 1842, S. 66, Nr. 652.

- Vorschrift über die Execution der Urtheile nicht ungarischer Wechselgerichte in Ungarn; die dießfälligen Requisitionschreiben haben die Gerichtsstellen durch das betreffende Appellationsgericht an das ungarische Appellationsgericht in Wechselsachen zu leiten.

Justiz-Hofdecret vom 13. März 1843, S. 100, Nr. 688.

- Auf Deficienten-Gehalte des Curat-Clerus und auf die pfarrliche Congrua mit 300 fl. findet keine Execution Statt.

Hofkanzlei-Decret vom 13. October 1843, S. 149, Nr. 750.

- Das Wiener Civilgericht hat sich binnen angemessener Frist die nicht in Vollzug gesetzten Executions-Befehle wieder vorlegen zu lassen.

Justiz-Hofdecret vom 30. August 1844, S. 219, Nr. 826.

- findet auf die Verschleiß-Provision der Tabak- und Stempel-Verleger, Trafikanten und Kleinverschleißer Statt.

Hofkammer-Decret vom 13. October 1844, S. 237, Nr. 840.

- Wegen des Unterhaltes eines unehelichen Kindes kann die Besoldung eines Beamten, als zur Verpflegung desselben verpflichteten Vaters, mit der gerichtlichen Execution belegt werden.

Hofkammer-Decret vom 30. November 1844, S. 242, Nr. 850.

- Vorschrift über das Verfahren der Gerichtsbehörden, wenn der Execut zur Vermeidung des Personal-Arrestes seine Güter namhaft macht.

Justiz-Hofdecret vom 15. Jänner 1845, S. 249, Nr. 859.

- Vorschrift über das Verfahren bei der Execution beweglicher Sachen, auf welche dritte Personen Eigenthums- oder andere Rechte zu haben behaupten.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1845, S. 265, Nr. 889.

- Vorschrift über die Execution des Erkenntnisses im summarischen Verfahren bei Civilgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- Die Execution eines in Folge der Tagfagungs- oder Frist-Versäumung ergangenen und den Parteien bereits zugestellten Erkenntnisses kann durch ein später eingebrachtes Gesuch, um Aufhebung der Folgen des Ausbleibens bei der Tagfagung, und um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen eine verstrichene Fallfrist, nicht aufgehalten werden.

Justiz-Hofdecrete vom 19. Februar und 29. April 1846, S. 318 und 333, Nr. 937 und 957.

Execution. Decrete über Executions-Angelegenheiten sollen die Gerichtsbehörden nicht in die Zahl der gefällten Civil-Urtheile in den vorzulegenden Geschäftsausweisen einbeziehen, sondern lediglich in der Rubrik „Anmerkung“ der Zahl nach angeben.

Justiz-Hofdecret vom 14. Mai 1846, S. 334, Nr. 961.

- Gesuche um Execution der von den Grundgerichts-Verwaltungen der Vorstädte Wiens gefällten Urtheile, können bei denselben, oder bei dem Civilgerichte angebracht werden.

Justiz-Hofdecret vom 7. October 1846, S. 373, Nr. 988.

- Auf Urtheile schwedischer Gerichte ist keine Execution zu ertheilen.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1846, S. 387, Nr. 996.

- Bezeichnung jener Fälle, in welchen die deutschen Gerichte ihren Requisitions-Schreiben an die lombardisch-venetianischen Gerichtsstellen, um Ausführung der Execution, die Urkunden in authentischer italienischer Uebersetzung beizulegen haben.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1847, S. 406, Nr. 1025.

- kann im summarischen Verfahren bei den Militärgerichten mündlich oder schriftlich angefordert werden.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Die Verständigung der Hypothekar-Gläubiger von dem ersten Feilbietungstermine eines unbeweglichen Gutes im Wege der Execution oder des Concurse ist hinreichend.

Justiz-Hofdecret vom 6. Mai 1847, S. 461, Nr. 1063.

- Ob Recurse gegen Executionsbescheide im summarischen Verfahren beim ersten Richter überreicht werden müssen.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1847, S. 463, Nr. 1069.

- Die Kundmachung der Feilbietung der in Execution gezogenen Realitäten ist im Gerichtsorte und im Orte der zu veräußernden Realität zu veranlassen und im Amtsblatte einzuschalten.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1847, S. 465, Nr. 1073.

- Die Execution des Erkenntnisses im summarischen Verfahren bei den dalmatinischen Gerichtsstellen kann mündlich oder schriftlich angefordert werden.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

- Befreiung der von dem Comité zur Unterstützung mittelloser Gewerbleute denselben übergebenen Rohstoffe und Halbfabrikate von der Pfändung und pfandweisen Beschlagnahme.

Justiz-Ministerial-Erlaß vom 25. September 1848, S. 663, Nr. 1184.

- Berechnung des Percentual-Bezuges von dem Einkommen der diesem Abzuge unterliegenden Personen, wenn dieses Einkommen mit einer Executionsführung behaftet ist. Berechnung des Betrages, auf welchen sich in einem solchen Falle die Execution erstreckt.

Finanz-Ministerial-Erlaß vom 17. November 1848, S. 664, Nr. 1186.

- E. Eintreibung, Baifen- und Depositen-Gelder.

Executionsbescheide. Die bei dem Richter erster Instanz angebrachten Klagen um Widerrufung der rechtskräftigen Executionsbescheide hat derselbe von Amtswegen zurückzuweisen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juni 1836, S. 84, Nr. 145.

Executionsführer. Der an den Schuldner ergangene gerichtliche Auftrag zur Manifestmachung seiner Güter berechtigt den Executionsführer nicht, von dem Schuldner die Bestätigung seiner Angabe durch den Manifestationseid zu verlangen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 30, Nr. 50.

Executionsgesuche. In welchen Fällen Executionsgesuche in den Hauptstädten von Advocaten gefertigt seyn müssen.

Justiz-Hofdecret vom 30. März 1842, S. 14, Nr. 603.

Executions-Ordnung (politische). Anwendung der politischen Executions-Ordnung bei Einbringung der liquidirten unterthänigen Schuldigkeiten.

Hofkanzlei-Decret vom 27. November 1838, S. 311, Nr. 309.

Executions-Verfahren. S. Execution.

Executions-Verordnung. S. Execution, Verordnungen.

Exequirte Güter. S. Gut.

Ex-Italienischer Militär-Pensionisten Unterbringung in erledigte stabile Dienstposten.

Justiz-Hofdecree vom 31. December 1824, S. 281, Nr. 2062.

Ex offo-Vertreter. S. Vertreter.

Expedit. Wirkungskreis der landesherrlichen Collegialgerichte erster und zweiter Instanz bei Besetzung der Stelle eines Directors des Expedits.

Justiz-Hofdecree vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

— Vorschrift für die Expeditsämter über das Verfahren bei Aufgabe der Amtspakete zur Fahrpost.

Hofkammer-Decret vom 20. November 1847, S. 477 Nr. 1097.

Expeditionen des obersten Gerichtshofes sind an das Appellationsgericht in Dalmatien, sobald es thünlich ist, in deutscher Sprache zu verfassen.

Justiz-Hofdecree vom 9. Juli 1824, S. 216, Nr. 2022.

— der Ortsgerichte sind in den dem Justiziar ausschließend zustehenden Geschäften von dem Justiziar, in den an die Wirthschaftsämter verwiesenen Geschäften von dem Wirthschaftsbeamten zu unterfertigen.

Justiz-Hofdecree vom 4. Februar 1831, S. 6, Nr. 2504.

— S. Titel.

Expedits-Tabellen. In die den Taxämtern zu übergebenden Expedits-Tabellen sind die Expeditionen über die Bemessung der Sterb- und Naittaxen aufzunehmen.

Justiz-Hofdecree vom 4. November 1826, S. 53, Nr. 2230.

Expensen. Liquidirung und Einbringung der Gebühren der Advocaten.

Justiz-Hofdecree vom 4. October 1833, S. 103, Nr. 2633.

Experimentiren. Das Experimentiren mit dem Schwefelsäther und anderen Aethergattungen an Menschen wird den Aerzten und Wundärzten untersagt.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1847, S. 473, Nr. 1091.

Explodirende Stoffe. Verbot der Erzeugung, des Verkaufes und des Gebrauches derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1847, S. 460, Nr. 1060.

Explosion. Vorschrift über die Sicherheitsmaßregeln gegen die Gefahr von Explosionen bei Dampffessel. — Wann durch die Uebertretung derselben eine schwere Polizei-Uebertretung begangen wird.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juni 1845, S. 266, Nr. 891.

Exportation des Vermögens. S. Abfahrtsgehd, Vermögens-Freizügigkeit.

Expropriation. Vorschrift über die Bezahlung der Verzugszinsen von der Entschädigung für die zum Straßenbau abgetretenen Grundstücke.

Hofkanzlei-Decret vom 4. April 1837, S. 118, Nr. 188.

— Recht der Expropriation der Eisenbahn-Unternehmungen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Juni 1838, S. 263, Nr. 282.

— Wirkungskreis der Justiz- und politischen Behörden in Expropriationsfällen bei Eisenbahnen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. April 1841, S. 572, Nr. 529.

— Vorschrift über das Verfahren bei der Expropriation der für Staats-Eisenbahnen eingelösten Gründe, Gebäude, und der abgelösten obrigkeitlichen Siebigkeiten und Gerechtsamen aus den Grundbüchern und der Landtafel.

Justiz-Hofdecree vom 30. October 1846, S. 387, Nr. 997.

Expropriation. Vorschrift über die Entschädigung derjenigen Personen, deren Rechte durch die Expropriation der von Privat-Eisenbahn-Unternehmungen eingelösten Grundstücke unwirksam oder geschmälert worden sind.

Hofkanzlei-Decret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1036.

Exreligiosen. Festsetzungs- und Erbfähigkeit der Exreligiosen im lombardisch-venetianischen Königreiche und in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1835, S. 40, Nr. 76.

— Festsetzungs- und Veräußerungs-Befugniß der Exreligiosen.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1835, S. 66, Nr. 111.

Extabulation. S. Grundbuch, Landtafel, Lösung.

Extrapost. S. Post.

Extrapostgebühren. S. Postgebühren.

Exvenetianisches Istrien. S. Istrien.



Fabriksbefugnisse. S. Landesfabriks-Concessionen.

Fabriks-Inhaber. Streitigkeiten zwischen Fabriks-Inhabern und ihren Gesellen, Lehrjungen und anderen Hilfsarbeitern, welche aus dem Dienstverhältnisse oder Lohnvertrage entspringen, sind von den politischen Behörden zu behandeln.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1846, S. 390, Nr. 1002.

Facultät. Wie in Civil- sowohl, als in Criminalrechts-Angelegenheiten über einen ärztlichen Befund das Gutachten der medicinischen Facultät, oder der Professoren der Heilkunde einzuholen sei.

Justiz-Hofdecret vom 21. September 1822, S. 117, Nr. 1895.

— Criminalgerichte haben sich, wenn sie ein medicinisches Collegial-Gutachten benötigen, an die nächste Universität, wo eine medicinische Facultät besteht, zu wenden.

Justiz-Hofdecret vom 8. Mai 1829, S. 156, Nr. 2400.

— Doctoren der Rechte können unter der Bedingung zu Advocaten in Wien in Vorschlag gebracht werden, daß sie vor Ablegung des Advocaten-Eides ihre Aufnahme in die juristische Facultät bewirken.

Justiz-Hofdecret vom 19. Februar 1831, S. 11, Nr. 2506.

— Behandlung der auf der Wiener Universität graduirten Doctoren der Rechte, welche binnen der bestimmten Zeit in die juristische Facultät nicht eingetreten sind, hinsichtlich ihrer Aufnahme in gebachte Facultät.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1837, S. 164, Nr. 247.

— Befreiung der Versorgungs-Beiträge für mittellose und gebrechliche Mitglieder der Prager juristischen Facultät von gerichtlichen Verböten, Sessionß-Vormerkungen, Pfändungen und anderen Executionen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1838, S. 183, Nr. 274.

— Die an einer inländischen Universität graduirten Doctoren der Rechte unterliegen behufs ihres Eintrittes in die Wiener juristische Facultät keiner Repetitions-Prüfung.

Decret der Studien-Hofcommission vom 27. Mai 1843, S. 122, Nr. 706.

— Die Pensionen der Witwen-Societät der juristischen Facultät der Wiener Hochschule sind bei Bemessung der aus dem Staatsfchatze oder aus politischen Fonds zu bezahlenden Pensionen nicht in Abrechnung zu bringen.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1847, S. 426, Nr. 1039.

Facultätsstudien. S. Studien.

Fähigkeit der Auscultanten ist bei den jährlich vorzulegenden Berichten mit strenger Unparteilichkeit zu beurtheilen.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1822, S. 91, Nr. 1860.

- Competenz der Vormundschaftsbehörden in Dalmatien zur Entscheidung über die Fähigkeit einer minder- oder großjährigen Person zur Eingehung einer Ehe oder eines anderen rechtsgiltigen Geschäftes.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1034.

Fahrnisse. Vorschrift über die Transferirung gepfändeter Fahrnisse.

Justiz-Hofdecret vom 25. Jänner 1823, S. 128, Nr. 1921.

- Durch die politische Sequestration kann auf früher gerichtlich gepfändete Fahrnisse des mit Steuern rückständigen Gutsbesizers politischer Seits nicht gegriffen werden.
- Hofkanzlei-Decret vom 2. September 1824, S. 266, Nr. 2039.
- Von den Gläubigern gepfändete, aber in der Verwahrung des Schuldners gelegene Fahrnisse sind bei Anwendung der §§. 163 und 178, lit. f) des I. Theiles des Strafgesetzbuches als dem Schuldner anvertraute Sachen zu betrachten.

Justiz-Hofdecret vom 1. August 1828, S. 129, Nr. 2357.

- Gesetzliches Pfandrecht des Vermiethers auf die in die vermietete Wohnung gebrachten Fahrnisse des Miethsmannes.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1837, S. 119, Nr. 189.

Fahr-Ordnung. Die Fahr-Ordnung der Eisenbahnen und die Aenderungen in derselben, dann die Bedingungen der Aufnahme von Personen und Uebnahme von Sachen sind zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §. 6.

Fahrpost. S. Post.**Fahrpost-Ordnung.** S. Postordnung.**Fahrpostsendungen.** S. Postsendungen.

Fahrpreise. Die Fahrpreise der Eisenbahnen sind zur öffentlichen Kenntniß zu bringen und die Erhöhungen derselben 14 Tage früher, bevor sie in Wirksamkeit treten, bekannt zu machen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §. 6.

Fahr Schnelligkeit bei Eisenbahnen, welche mit Dampfkraft betrieben werden.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044.

Fahrten. Verfahren bei Streitigkeiten zwischen Privat-Unternehmern periodischer Fahrten, dann den hievon Gebrauch machenden Personen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. October 1839, S. 352, Nr. 381.

Fallfrist. S. Frist.

Falsche Angaben. Bestrafung derjenigen, welche die Polizei oder andere öffentliche Behörden mit falschen Angaben über ihren Namen, Geburtsort, Stand oder über andere Verhältnisse hinführen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. März 1833, S. 86, Nr. 2605.

- **Banknoten.** S. Creditpapiere.
- **Creditpapiere.** S. Creditpapiere.
- **Fondsausweisung.** S. Fondsausweisung.
- **Münzen.** S. Münzen.
- **Zeugenausagen.** S. Zeugnisse.

Falschwerbung. S. Werbung.

Falsificate. Bei Erkenntnissen über Münzverfälschungen sind den dießfälligen Berichten an den obersten Gerichtshof nur die Falsificate ohne Untersuchungsacten anzuschließen.

Justiz-Hofdecret vom 15. December 1835, S. 64, Nr. 106.

— Vorschrift über die Ausstellung der Certificate über die Echtheit oder Unechtheit der Münzen an Criminalgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 19. Februar 1839, S. 331, Nr. 343.

Falsifications-Werkzeuge. Vertilgung der bei dem Universal-Cameral-Zahlamte in Aufbe-
wahrung befindlichen Falsifications-Werkzeuge nach Verlauf von dreißig Jahren von dem Zeit-
puncte der Herausgebung oder der Zustandbringung.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juli 1848, S. 644, Nr. 1168.

Familienglieder. Bestrafung der an Familiengliedern von dem Familienhaupte verübten Ent-
wendungen.

Hofkanzlei-Decret vom 8. October 1846, S. 374, Nr. 989.

Familienhaupt. Bestrafung der vom Familienhaupte an Familiengliedern verübten Entwendungen.

Hofkanzlei-Decret vom 8. October 1846, S. 374, Nr. 989.

Familien-Verträge. Vorschrift über die Gültigkeit der Familien-Verträge der vormalig reichs-
ständischen oder reichsunmittelbaren Familien Deutschlands, in den zum deutschen Bunde gehö-
rigen österreichischen Staaten.

Justiz-Hofdecret vom 19. September 1836, S. 92, Nr. 156.

Familien-Rechte. Aufrechthaltung der Familien-Rechte rückfichtlich der adeligen Güter in
Ilirisch-Croatien.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1821, S. 68, Nr. 1823.

Farb-Orden unterstehen nicht der berggerichtlichen Jurisdiction, deren Benützung ist den Grund-
eigenthümern frei zu überlassen.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 21. November 1838, S. 310, Nr. 307.

Fassung der Rathssbeschlüsse in bürgerlichen Rechtsangelegenheiten, Vorschrift für Vorstehende der
Gerichtsbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1841, S. 565, Nr. 519.

Faver. Für die Gemeinde Faver in Tirol wird ein neues Landgericht dritter Classe mit dem Amts-
sitze in Cembra errichtet.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Februar 1838, S. 170, Nr. 254.

Fedine criminali. Vorschrift über die Erlassung der Fedine criminali.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1842, S. 24, Nr. 609.

Feierlichkeit. Rang der verschiedenen Behörden bei öffentlichen Feierlichkeiten.

Justiz-Hofdecret vom 24. November 1821, S. 59, Nr. 1816.

— des Eides bei helvetischen Confections-Verwandten.

Justiz-Hofdecret vom 21. December 1832, S. 72, Nr. 2582.

— Bestimmung des Plazes für landesfürstliche Behörden bei öffentlichen, insonderheit kirchlichen
Feierlichkeiten.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juni 1838, S. 183, Nr. 275.

Feilbietung. Bedingungen, welche allen Versteigerungs- oder Verhandlungs-Protokollen und
Contracten für den Staatsschatz oder öffentliche Fonde einzuschalten sind, um den Bestbieter
sogleich zu verbinden.

Hofkanzlei-Decret vom 20. April 1821, S. 17, Nr. 1755.

— Art der Anwendung der §§. 438, 449 und 450 der galizischen Gerichts-Ordnung bei gericht-
lichen Feilbietungen im Carlstädter Kreise.

Justiz-Hofdecret vom 26. November 1821, S. 60, Nr. 1817.

— Wie sich vor der Feilbietung eines unbeweglichen Gutes unter der Schätzung zu benehmen sei.

Justiz-Hofdecret vom 25. Juni 1824, S. 213, Nr. 2017.

Feilbietung. Vorschrift über die Verfassung der Sicherheits-Ausweise bei einer Concurss-Eröffnung in Tirol und bei einer executiven Feilbietung.

Justiz-Hofdecret vom 22. October 1825, S. 326, Nr. 2139.

- In Dalmatien dürfen an Sonn- und Feiertagen keine gerichtlichen Feilbietungen abgehalten werden.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1826, S. 30, Nr. 2197.

- Zu Feilbietungen der Realitäten der Christen in Böhmen dürfen Israeliten als Käufer nicht zugelassen werden.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juli 1827, S. 88, Nr. 2294.

- Erwerbungs-Urkunden für Käufer der im Executionswege feilgebotenen unbeweglichen Güter.

Justiz-Hofdecret vom 11. August 1827, S. 90, Nr. 2300.

- Vorschrift über die theilweise Feilbietung eines Gutes, auf welchem der achte Theil des Werthes für die Unterthanen landtäglich vorgemerkt ist.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Februar 1830, S. 184, Nr. 2449.

- Politische Behörden können eine bei ihnen angesuchte freiwillige Feilbietung unbeweglicher Güter bewilligen und vornehmen.

Justiz-Hofdecret vom 21. Jänner 1831, S. 5, Nr. 2502.

- Bestimmung der Taxen als Belohnung für Gerichtsanwälte in Tirol und Vorarlberg bei Vornahme von Feilbietungen.

Hofkanzlei-Decrete vom 20. Februar 1837, S. 112, Nr. 175, und 16. März 1843, S. 102, Nr. 689.

- Vorschrift über die Abnahme der Armenprocente bei Versteigerungen von Realitäten.

Hofkanzlei-Decret vom 24. März 1837, S. 117, Nr. 187.

- Vorschrift zur Beseitigung nachtheiliger Verabredungen bei öffentlichen Feilbietungen, die jedoch dieserhalb nicht angefochten werden können.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Juni 1838, S. 239, Nr. 277.

- Bestimmung der Behörden zur Bewilligung von gerichtlichen und freiwilligen Versteigerungen.

Hofkanzlei-Decret vom 2. August 1838, S. 275, Nr. 288.

- Bestimmung der Gebühren für Ausrufer bei gerichtlichen Feilbietungen, welche durch Streitfachen oder Concurse veranlaßt werden.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1840, S. 472, Nr. 407.

- Die sequestratorischen Verpachtungen der wegen Steuer-Rückständen exquirten Güter in Galizien sind im Versteigerungswege zu bewirken.

Hofkanzlei-Decret vom 16. December 1841, S. 657, Nr. 577.

- Zur Feilbietung von Realitäten der Christen in Mähren dürfen Israeliten als Käufer nicht zugelassen werden.

Justiz-Hofdecret vom 21. März 1843, S. 103, Nr. 690.

- Die Feilbietung der verkäuflichen Apothekergewerbe in Galizien über den Normalpreis wird nicht gestattet.

Hofkanzlei-Decret vom 27. November 1843, S. 172, Nr. 767.

- Vorschrift über die gerichtliche Feilbietung öffentlicher Staats- und Fonds-Obligationen, der Cartelle des lombardisch-venetianischen Monte, dann der Bank-Aktien.

Justiz-Hofdecret vom 24. Jänner 1844, S. 190, Nr. 778.

- Bestimmung zweier Termine zur Feilbietung beweglicher Sachen im summarischen Verfahren bei den Civilgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- Bestimmung zweier Termine zur Feilbietung beweglicher Sachen im summarischen Verfahren bei Militärgerichten.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

Feilbietung. Zur Feilbietung beweglicher Sachen sind im summarischen Verfahren bei den Civil-gerichten in Dalmatien nur zwei Termine festzusetzen.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

Feilbietungs-Edicte. S. Edict.

Feilbietungs-Protokoll. S. Protokoll.

Feilbietungs-Termine. Die Verständigung der Hypothekar-Gläubiger von dem ersten Feilbietungs-Termine eines unbeweglichen Gutes im Wege der Execution oder des Concurfes ist hinreichend.

Justiz-Hofdecret vom 6. Mai 1847, S. 461, Nr. 1063.

Feistritz. Erhebung des landesfürstlichen Bezirkscommissariates Prem zu Feistritz in Krain von der dritten in die zweite Classe.

Justiz-Hofdecret vom 31. Juli 1843, S. 132, Nr. 729.

Feldbeschädigung. Vorschrift über die Behandlung der bei den Collegialgerichten in Dalmatien, wegen öffentlicher Gewaltthätigkeit durch boshafte Feldbeschädigungen, gegen unbekannte Thäter abgeführten Criminal-Voruntersuchungen.

Justiz-Hofdecret vom 30. Mai 1842, S. 42, Nr. 619.

Felder. Vorschrift über das Verfahren bei Entschädigungs-Ansprüchen für die durch Remonten-Transporte an Feldern verursachten Beschädigungen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Juli 1843, S. 130, Nr. 726.

Feldfrevel. Staatsvertrag mit Baiern über die Hintanhaltung und Bestrafung der Feldfrevel an der gegenseitigen Landesgränze.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1839, S. 349, Nr. 376, dann

Hofkanzlei-Decret vom 14. Mai 1844, S. 209, Nr. 806.

— Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Preußen zur Verhütung der Feldfrevel an der gegenseitigen Landesgränze.

Hofkanzlei-Decret vom 28. April 1842, S. 26, Nr. 611.

— Belehrung wegen Einhebung und Abführung der in Fällen von Feldfreveln an der bayerischen Landesgränze zuerkannten Schadenersatzbeträge und Pfandgebühren an die Cassé des Staates, wo der Feldfrevel verübt wurde.

Hofkanzlei-Decret vom 18. September 1847, S. 471, Nr. 1087.

— Erneuerung der Uebereinkunft mit Preußen, wegen Bestrafung der Feldfrevel an den beiderseitigen Landesgränzen.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Februar 1848, S. 491, Nr. 1117.

Feldfrüchte. Bestimmung über die freie Lagerung der zur Einfuhr bereitliegenden reifen Feldfrüchte in der Nähe der Eisenbahnen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, S. 21.

Feldgeistliche. Vereidigung der katholischen und nicht unirten griechischen Feldgeistlichen, die bei Criminal-Untersuchungen als Zeugen oder Beschädigte abgehört werden.

Justiz-Hofdecret vom 5. December 1828, S. 140, Nr. 2374.

Feldkirch. Errichtung eines Landgerichtes zu Feldkirch für die politischen und Civil-Rechtsgeschäfte.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1821, S. 10, Nr. 1740.

— Wirkungskreis des Collegialgerichtes zu Feldkirch.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1821, S. 10, Nr. 1740.

— Personalstand des Collegialgerichtes zu Feldkirch.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1821, S. 38, Nr. 1778.

— Das Collegialgericht zu Feldkirch wird aufgehoben.

Justiz-Hofdecret vom 11. Februar 1826, S. 5, Nr. 2162.

Feldkirch. Dem Landgerichte zu Feldkirch wird die Criminalgerichtsbarkeit über den Umfang der Landgerichte Lustenau, Vorbnrn und Feldkirch zugetheilt; die im §. 221, I. Theiles des Strafgesetzes, ausgenommenen Verbrechen werden jedoch dem Innsbrucker Stadt- und Landrechte vorbehalten. Die Beamten des Landgerichtes zu Feldkirch werden um Einen Adjuncten, Einen Ranglisten und Einen Gerichtsdiener-Gehilfen vermehrt.

Justiz-Hofdecret vom 11. Februar 1826, S. 5, Nr. 2162.

Feldmassen. Erläuterung des Normales vom 2. März 1837, über die Angabe der beiläufigen Lagerung der Feldmassen beim Bergbaue.

Decrete der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 2. März und 25. October 1837, S. 113 und 150, Nr. 179 und 237.

- Ein bloßer Schürfer kann den nachbarlichen Muth zur Angabe der beiläufigen Lagerung der gemutheten Gruben-Feldmassen innerhalb breiter fortlaufender Compassstunden nicht anstrengen.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 4. November 1843, S. 165, Nr. 762.

Feldmesser. Bestimmung der Diäten und Fuhrkosten für die gerichtlichen Feldmesser in Galizien. Justiz-Hofdecret vom 30. Juni 1828, S. 123, Nr. 2349.

Feldnachbarn. Ueber Gesuche um Ertheilung der Verglehen, sind die Feldnachbarn zur Freifahrungs-Commission vorzuladen.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 20. April 1837, S. 122, Nr. 197.

Ferdinand. Der Durchlauchtigste Herr Erzherzog Ferdinand führen nach Höchst Ihrer Krönung den Titel König von Ungarn und Kronprinz der übrigen kaiserlich-österreichischen Staaten; die gegen Höchstenselben zu beobachtende Courtoisie ist: „Eure Majestät“.

Justiz-Hofdecret vom 8. October 1830, S. 210, Nr. 2486.

- Kaiser Ferdinand des I. Regierungs-Antritt.

Patent vom 2. März 1835, S. 1, Nr. 1.

Festtage. Vermeidung der Kundmachung der Todesurtheile an Verbrecher, welche sich zu einer im Lande gebuldeten Religion bekennen, an solchen Tagen, die von ihren Bekennern als Festtage gefeiert werden.

Justiz-Hofdecret vom 18. September 1844, S. 221, Nr. 829.

Feuer-Assicuranz-Anstalten. S. Feuerversicherungs-Anstalt.

Feuerleger. S. Brandleger.

Feuerlegung. S. Brandlegung.

Feuergewehre dürfen von den Gerichtsbehörden in keinem Falle geladen durch die fahrende Post versendet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 14. März 1837, S. 117, Nr. 185.

Feuerlösch-Requisiten. Die Verlassenschafts-Abgaben für die Beschaffung von Feuerlösch-Requisiten in Oesterreich ob der Enns werden aufgelassen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

Feuerschaden-Vergütung. S. Vergütung.

Feuerversicherungs-Anstalt. Gerichtsbarkeit des niederösterreichischen Landrechtes über die von dem Fürsten von Trautmannsdorf u. in Antrag gebrachte Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1823, S. 129, Nr. 1924.

- Vorrechte und Privilegien der Triester Feuer- und Elementarversicherungs-Anstalt und ihrer Actionäre.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1826, S. 56, Nr. 2235.

Feuerschaden : Versicherungs-Gesellschaft. S. auch Brandschaden-Versicherungs-Gesellschaft.

Feuerversicherungs-Gesellschaft. Protokollirung der neuen Firma der ersten österreichischen Brandschaden-Versicherungs-Gesellschaft bei dem niederösterreichischen Mercantils- und Wechselgerichte; aus diesem Zugeständnisse erwächst der Gesellschaft kein Recht zu Handels- und Wechselgeschäften.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Jänner 1842, S. 8, Nr. 593.

Feuergefährde. Maßregeln zur Hintanhaltung der Feuergefährde an den Eisenbahnen und deren Zugehör.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §. 21.

Fiatergebühren. Passirung der tarifmäßigen Fiatergebühren bis zum Bahnhofe für die in Commission entsendeten Beamten.

Hofkammer-Decret vom 8. December 1847, S. 479, Nr. 1103.

Fideicommiss. Vorrechte des Adels hinsichtlich der Errichtung der Fideicommiss.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1838, S. 240, Nr. 279.

— Vorschrift über die Behandlung verlorster Fideicommiss-Obligationen bei der Umwechslung für neue, oder bei Erhebung des Capitales für selbe.

Justiz-Hofdecret vom 2. October 1843, S. 142, Nr. 747.

— Vorschrift über das Verfahren bei Abschließung der Verträge über die Ablösung der Robot, des Lehens und anderer Urbarial-Schuldbigkeiten auf Fideicommiss-Herrschaften.

Hofkanzlei-Decret vom 18. December 1846, S. 395, Nr. 1012.

Fideicommiss-Herrschaften. S. Herrschaften.

Finanzwache. Errichtung der k. k. Finanzwache aus der Gränz- und Gefällen-Wache; Verfassung- und Dienstvorschriften für dieselbe; Bestimmung der Fälle, in welchen dieselbe von ihren Waffen Gebrauch machen dürfe. Verpflichtung derselben zur Anhaltung unbefugter Auswanderer, Deserteur, Recrutirungs- und von Polizei- und Gerichtsbehörden mit Steckbriefen oder Personalsbeschreibungen verfolgten Flüchtlinge. Gerichtsstand für dieselbe in Civil- und Criminal-Rechtsangelegenheiten, dann in schweren Polizei-Übertretungsfällen und einfachen Polizeivergehen; deren Wohnsitz und Verpflichtung zur Tragung der Amtskleidung bei ihren Amtshandlungen.

Hofkammer-Decret vom 21. April 1843, S. 105, Nr. 696.

— Behandlung der Individuen derselben, welche wegen Mangels rechtlicher Beweise von der Untersuchung wegen eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Übertretung losgezehlt werden.

Hofkammer-Decret vom 8. Jänner 1844, S. 185, Nr. 771.

— Bestimmungen über den Waffengebrauch von Seite der k. k. Finanzwache.

Hofkammer-Decrete vom 8. Februar und 27. März 1846, und 12. März 1847, S. 311, 331 und 448, Nr. 927, 952 und 1045.

— Vorschrift über die Einleitung von Criminal-Untersuchungen gegen Angestellte der Finanzwache, wegen Ueberschreitung des Waffengebrauches.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 331, Nr. 952.

— Vorschrift über die Bestreitung der Akungskosten für die im Criminal- oder politischen Verhafte befindlichen Individuen der Finanzwache.

Hofkammer-Decret vom 23. Juni 1846, S. 339, Nr. 972.

— Bestimmung der Gebühren der Finanzwache, wenn sie bei dalmatinischen Gerichtsbehörden oder Präturen als Zeuge vernommen wird.

Hofkammer-Decret vom 3. März 1847, S. 426, Nr. 1040.

Findelhaus. Für öffentliche Urkunden werden die pfarrherrlichen Zeugnisse zur Uebernahme der Findlinge in die Verpflegung erklärt.

Justiz-Hofdecret vom 10. März 1827, S. 71, Nr. 2265.

- Behandlung der zu einem unbeweglichen oder bedeutenden beweglichen Vermögen gelangenden Findelkinder hinsichtlich deren fernerer Belassung im Findelhause und des Verpflegskosten-Ersazes an dasselbe.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1839, S. 359, Nr. 389.

- Die Verwaltung des Vermögens der Findlinge wird bis auf 500 fl. der Findelhaus-Direction überlassen.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Juli 1843, S. 129, Nr. 722.

- Beschränkung des vorgeschriebenen Ersazes der Verpflegskosten an das Findelhaus aus dem einem noch nicht abgeschriebenen Findlinge zugefallenen Vermögen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. April 1847, S. 455, Nr. 1055.

Findelkinder. Ob, wann und mit welcher Rechtsbestimmung den Kindern in den Findel- und Waisen-Anstalten Vormünder und Vermögens-Curatoren zu bestellen seien.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1822, S. 113, Nr. 1888.

- Dießfällige Vorschrift in Beziehung auf die zur Militär-Gerichtsbarkheit gehörigen, in Findel- und Waisenhäusern versorgten Kinder.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Juni 1823, S. 151, Nr. 1948.

- Pfarrherrliche Zeugnisse zur Uebernahme der Findlinge in die Verpflegung sind öffentliche Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 10. März 1827, S. 71, Nr. 2265.

- Bestimmung der Vormundschaftsbehörde für Findelkinder in Steiermark und dem Klagenfurter Kreise.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1833, S. 104, Nr. 2636.

- Heimfallsrecht des Wiener Magistrates auf die erblosen Verlassenschaften der Findelkinder des Wiener Findelhauses.

Hofkammer-Decret vom 28. Februar 1837, S. 113, Nr. 178.

- Dem Wiener Magistrate gebührt das Heimfallsrecht über erblose Verlassenschaften der zu seiner Gerichtsbarkheit gehörigen Personen, ohne Unterschied, ob sie eheliche oder Findelkinder oder Erwachsene sind.

Hofkammer-Decret vom 16. Jänner 1838, S. 167, Nr. 248.

- Wie lange dem Wiener Magistrate das Heimfallsrecht auf die erblosen Verlassenschaften der Findlinge zustehe.

Decret der niederösterreichischen Regierung vom 6. September 1838, S. 277, Nr. 293.

- Behandlung der zu einem unbeweglichen oder bedeutend beweglichen Vermögen gelangenden Findelkinder hinsichtlich des Ersazes der Verpflegskosten und der fernerer Belassung in der Findel-Anstalt.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1839, S. 359, Nr. 389

- Beschränkung des Heimfallsrechtes des Wiener Magistrates auf die blosen Verlassenschaften der in dem Burgfrieden Wiens Sterbenden Findelkinder.

Hofkammer-Decret vom 28. April 1842, S. 27, Nr. 612.

- Vorschrift über die Verwaltung des Vermögens der Findlinge und Anlegung desselben in die Sparcasse.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Juli 1843, S. 129, Nr. 722.

- Beschränkung der vorgeschriebenen Rückvergütung der Verpflegskosten an das Findelhaus aus dem einem noch nicht abgeschriebenen Findlinge zugefallenen Vermögen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. April 1847, S. 455, Nr. 1055.

Findlinge. S. Findelkinder.

Firma. Der Besitz eines ausschließenden Privilegiums allein begründet nicht das Recht und die Pflicht zur Protokollirung der Firma.

Justiz-Hofdecret vom 23. October 1829, S. 176, Nr. 2436.

- Vorschrift über die Beweiskraft und Glaubwürdigkeit der nicht von wechsellgerichtlich protokolirten Firmen ausgestellten Wechsel.

Justiz-Hofdecret vom 10. März 1840, S. 475, Nr. 414.

- Protokollirung der neuen und Löschung der alten Firma der ersten österreichischen Brandschaden-Versicherungs-Gesellschaft bei dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte, woraus jedoch für die Gesellschaft kein Recht zu Handels- und Wechselgeschäften gefolgert werden könne.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Jänner 1842, S. 8, Nr. 593.

- Protokollirung der Firmen der Inhaber von Landesfabriks-Concessionen in Mähren und Schlesien.

Hofkammer-Decret vom 14. Juni 1843, S. 124, Nr. 713.

Fiscal-Adjuncten. Wirkungskreis des zu Carlsbad ausgesetzten Fiscal-Adjuncten auf die Unterthans-Angelegenheiten im Kumaner Kreise.

Justiz-Hofdecret vom 13. August 1821, S. 44, Nr. 1792.

- Eine Fiscal-Adjunctenstelle kann Niemand erhalten, welcher nicht alle zur Erlangung der Advocatur in Hauptstädten erforderlichen Eigenschaften besitzt.

Justiz-Hofdecret vom 19. November 1824, S. 269, Nr. 2049.

- Die böhmischen Fiscal-Adjuncten haben den Dienst bei dem dortigen Gubernium abzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1825, S. 313, Nr. 2120.

- In den Zeugnissen über Fiscal-Adjuncten-Prüfungen ist die Fähigkeit des Geprüften mit den Worten: „hinreichend, gut und sehr gut“ zu bezeichnen.

Hofkammer-Decret vom 15. April 1831, S. 12, Nr. 2510.

- Zur Fiscal-Adjuncten-Prüfung können nur diejenigen zugelassen werden, welche die dreijährige Praxis nach erlangtem Doctorate vollständig zurückgelegt haben.

Hofkammer-Decret vom 29. März 1832, S. 36, Nr. 2555.

- Vorschrift über die Prüfungen, welche in einer Provinz im Delegationswege mit den Bewerbern um eine in einer anderen Provinz erledigte Fiscal-Adjunctenstelle vorgenommen werden sollen.

Hofkammer-Decret vom 24. December 1834, S. 132, Nr. 2680.

- Vorschrift über die Ertheilung der Wahlfähigkeits-Decrete für das Civil- und Criminal-Richteramt an für eine Fiscal-Adjunctenstelle mit gutem Erfolge geprüfte Individuen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1835, S. 10, Nr. 26.

- Wann Fiscal-Adjuncten zu Rathstellen in Antrag gebracht werden dürfen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1835, S. 10, Nr. 26.

- Welcher Prüfung sich die Bewerber um eine Fiscal-Adjunctenstelle zu unterziehen haben.

Hofkammer-Decret vom 27. Juli 1836, S. 88, Nr. 148.

- Der Hof- und niederösterreichischen Kammer-Procuratur wird gestattet, ihre Actuarien anstatt der Fiscal-Adjuncten bei Gericht erscheinen zu lassen.

Justiz-Hofdecret vom 13. März 1837, S. 116, Nr. 183.

- Ermächtigung der Hofstellen zur Dispensation von der dreijährigen Praxis nach erlangtem Doctorate zur Ablegung der Fiscal-Adjuncten-Prüfung.

Allerhöchste Entschliessung vom 29. Jänner 1839, S. 324, Nr. 334.

- Auf ausgezeichnete Fiscal-Adjuncten ist bei Vorschlägen zu Justiz-Rathstellen der gehörige Bedacht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Februar 1839, S. 326, Nr. 338.

Fiscal-Adjuncten. Vorschrift über die Behandlung der Gesuche um Zulassung zur Fiscal-Adjuncten-Prüfung von Seite jener Subernien, welche nicht an dem Orte des Appellationsgerichtes ihren Amtssitz haben.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1843, S. 136, Nr. 734.

Fiscalämthliche Concepts-Practikanten. S. Fiscalamt, Practikanten.

Fiscalämthliche Vertretung. S. Fiscalamt.

Fiscalamt. Fiscalämthliche Vertretung der unter öffentlicher Verwaltung stehenden Institute, dann der frommen Vermächtnisse und Stiftungen hinsichtlich der Einbringung und Sicherstellung des gestifteten Vermögens. Weisung hinsichtlich der Art der weiteren Vertretung solcher Stiftungen.

Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1821, S. 2, Nr. 1730.

- hat, wenn von Gerichtsbehörden in Gefällig-Processen die Losprechung des Notionirten wegen Mangels des bösen Vorfages erfolgen sollte, die Appellation zu ergreifen oder das Urtheil zu sistiren.

Älterhöchste Entschlieung vom 14. Mai 1821, S. 20, Nr. 1760.

- Wenn bei Verhandlungen über Militär-Lieferungen der Beistand des Fiscalamtes nicht thunlich ist, soll ein landesfürstlicher Justizrath beigezogen werden.

Justiz-Hofdecret vom 18. Mai 1821, S. 21, Nr. 1761.

- Wirkungsfreis des zu Carlstadt ausgesetzten Fiscal-Adjuncten der Triester Kammerprocuratur.

Justiz-Hofdecret vom 13. August 1821, S. 44, Nr. 1792.

- Die im Executionsweg einzutreibenden Erbsteuer-Ausstände sind von Fall zu Fall dem Fiscalamte als gesetzlichen Vertreter aller landesfürstlichen Gefälle zur gesetzlichen Amtshandlung zu zuweisen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. November 1821, S. 59, Nr. 1814.

- Erbfolgerecht des Fideus in die adelichen Güter in Illyrisch-Croatien.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1821, S. 68, Nr. 1823.

- Oeftere Vornahme der Dispositionen der Fiscalämter durch Justizräthe und Abndung der Verzögerung gerichtlicher Angelegenheiten von Seite der Fiscalämter.

Justiz-Hofdecret vom 20. Mai 1822, S. 96, Nr. 1871.

- Individuen der Fiscalämter haben sich von Privatgeschäften und Agentien zu enthalten.

Hofkammer-Decret vom 16. März 1825, S. 291, Nr. 2077.

- bedarf bei Vertretung unterthäniger Gemeinden oder einzelner Unterthanen gegen ihre Grundobrigkeiten keines besonderen Auftrages der Landesstelle zur Klage oder Vertheidigung.

Justiz-Hofdecret vom 15. April 1826, S. 16, Nr. 2181.

- In welchen Fällen den Gefälligbehörden gestattet ist, zur Sicherstellung der Forderungen des Aerariums, auch ohne Mitwirkung des Fiscalamtes, bei den zuständigen Ortsbehörden Gesuche zu überreichen.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1829, S. 149, Nr. 2393.

- Die fiscalämthliche Vertretung ist in Rechtsangelegenheiten über obrigkeitliche Rechte einer Herrschaft gegen einen Grundbesitzer, über dessen Person ihr keine obrigkeitliche Gewalt zusteht, nicht erforderlich.

Justiz-Hofdecret vom 4. September 1829, S. 170, Nr. 2426.

- Bei der theilweisen Veräußerung eines Gutes, worauf das gesetzliche Pfandrecht der Octava haftet, ist die Kammerprocuratur zu vernehmen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Februar 1830, S. 184, Nr. 2449.

- Die Zustellung der fiscalämthlichen Angelegenheiten im Küstenlande soll, so viel möglich, durch die Post bewirkt werden; geschehen sie durch Gerichtsdienner, so gebührt denselben ein Meilen-geld.

Justiz-Hofdecret vom 12. März 1830, S. 186, Nr. 2452.

Fiscalamt. Den Fiscalämtern sind zur Execution gegen Gutsherrn, wegen abgängiger Waisen- und Depostengelder, die nöthigen Vorschüsse zu verabfolgen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Juni 1830, S. 198, Nr. 2465.

— Vorschriften über die Criminal-Praxis der Conceptis-Practikanten bei Fiscalämtern.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1830, S. 214, Nr. 2489.

— Vorschrift über die Vertretung des Lehensherrn, des Vasalen oder der Untertanen des Lehengutes, und über den Einfluß des Fiscalamtes in Lehenfachen.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juli 1831, S. 16, Nr. 2519.

— In Processen des kustenländischen Fiscalamtes wider Untertanen des exvenetianischen Istriens ist die im Jahre 1803 für die österreichischen Staaten in Italien kundgemachte Gerichtsordnung anzuwenden.

Justiz-Hofdecret vom 9. März 1832, S. 36, Nr. 2553.

— Dem Fiscalamte ist die Einsicht der Criminal-Acten nicht zu gestatten, wenn der Beschuldigte nicht verurtheilt wird.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1833, S. 76, Nr. 2591.

— Postfreiheit der in Streitsachen des Fiscus erlassenen gerichtlichen Verfügungen.

Hofkammer-Decret vom 15. März 1834, S. 109, Nr. 2647.

— Mit dem Amte eines Hof- und niederösterreichischen Kammer-Procursors wird der Hofrathstitel verbunden.

Allerhöchste Entschliessung vom 7. Mai 1835, S. 7, Nr. 15.

— In welchen Fällen das Fiscalamt die Vertretung der unterthänigen Gemeinden zu übernehmen hat.

Hofkanzlei-Decret vom 12. August 1835, S. 38, Nr. 72.

— Vorschrift über das Recht des Fiscus zur Einziehung erbloser Verlassenschaften.

Justiz-Hofdecret vom 12. October 1835, S. 53, Nr. 90.

— Dem Fiscalamte sei die Execution des kreisämtlichen Erkenntnisses, wodurch ein Israelit aus dem gesetzwidrigen Besitze einer christlichen Realität zu setzen ist, zu übertragen.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1835, S. 61, Nr. 100.

— Vorschrift über die Aufnahme der fiscalämtlichen Conceptis-Practikanten.

Hofkammer-Decret vom 22. Juli 1836, S. 87, Nr. 147.

— Eigenschaften und Prüfung der Bewerber um Fiscal-Adjunctenstellen. Von der Prüfung über die speciellen Geseze und Gewohnheiten der betreffenden Provinz kommt es ab.

Hofkammer-Decret vom 27. Juli 1836, S. 88, Nr. 148.

— Auffuchung und Verzeichnung der bei den Civil-Justizbehörden befindlichen Deposten, die dem Fiscus heimgefallen seyn könnten.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1837, S. 106, Nr. 170.

— Hofkammerprocuratur darf ihre Actuaran anstatt der Fiscal-Adjuncten bei Gericht erscheinen lassen.

Justiz-Hofdecret vom 13. März 1837, S. 116, Nr. 183.

— Das dem Fiscus in Rücksicht der über 32 Jahre alten Deposten zustehende Heimfallsrecht erstreckt sich nicht auf deponirte Privat-Schuldbriefe und andere Privat-Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 1. Mai 1837, S. 123, Nr. 199.

— Das Fiscalamt hat die Aerial-Montan-Bruderladen zu vertreten.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 27. Juli 1837, S. 136, Nr. 216.

— Die Vertretung jeder Kirche, wegen Einbringung und Sicherstellung eines derselben angefallenen Erbvermögens, liegt dem Fiscalamte ob.

Hofkanzlei-Decret vom 24. November 1837, S. 161, Nr. 243.

Fiscalamt. Die Aufsehung der von einem Militär ohne gehöriger Erlaubniß geschlossenen Ehe, sowie die Bestreitung der Gültigkeit eingegangener Ehen, wegen öffentlichen Ehehindernisses überhaupt, ist dem Fiscus nicht zu übertragen.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1839, S. 360, Nr. 392.

- Recht der Berg- und Salinenämter zu Gmunden, Eisenerz, Klagenfurt, Hall, Pöchlarn, Joachimsthal und Wieliczka, die zur Sicherstellung des Allerhöchsten Aerariums nöthigen gerichtlichen Verfügungen durch die Fiscalämter zu erwirken.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1840, S. 486, Nr. 430.

- Bestimmung der Fälle, wann der Fiscus Verlassenschaften türkischer Unterthanen in den österreichischen Staaten als erlosch einziehen könne.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Juli 1840, S. 514, Nr. 453.

- Dem Fiscalamte in Dalmatien wird gestattet, vor Anstrengung der ordentlichen Klage bei dem Collegialgerichte zu Cattaro den Gellagten zu einer Tagung vorladen zu lassen, bei welcher der Gegenstand durch Vermittlung des Gerichtes und mit Zuziehung eines Cameral- oder Kreisamtsbeamten gütlich auszugleichen versucht werde.

Justiz-Hofdecret vom 13. September 1842, S. 61, Nr. 641.

- Theilweise Enthebung der Hofkammer-Procuratur von der bisher besorgten Einhebung und Verrechnung von Geldern.

Hofkammer-Decret vom 23. December 1842, S. 77, Nr. 664.

- Die vorläufige Einvernehmung des Fiscalamtes ist zur Intabulirung der die Staats- und Fonds-Güter betreffenden, von den administrativen Behörden vorschristsmäßig ausgefertigten Verträge nicht erforderlich.

Justiz-Hofdecret vom 10. Jänner 1843, S. 87, Nr. 671.

- Vorschrift über die Vertretung der Beneficiaten in Besitzstörungsfällen geistlicher Pfründen in Galizien durch das Fiscalamt und dessen Verständigung von den Beseheiden über unmittelbar von den Beneficiaten in derlei Fällen überreichten Beschwerden.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1844, S. 188, Nr. 774.

- In den kärnthnerischen Fiscal-Ämtern sind die administrativen Aufgaben ausschließlich durch die Laibacher Kammerprocuratur zu vollbringen, die judiciellen hingegen, sie mögen Gegenstände in oder außer Streitsachen in sich fassen, bilden die eigentliche Section des Klagenfurter Fiscalamtes.

Hofkammer-Decret vom 23. Jänner 1844, S. 189, Nr. 777.

- Vorschrift für das Fiscalamt in Vertretung stämpelfreier Parteien und Fonds über die Vormerkung und Eintreibung der Stämpelgebühren von dem sachfälligen Gegner, dann deren Abfuhr an die Bezirkskasse.

Hofkammer-Decret vom 1. Mai 1844, S. 207, Nr. 803.

- Den fiscalämtlichen Concepts-Practikanten ist die Nebenbeschäftigung bei Advocaten, Notaren und öffentlichen Agenten nicht gestattet.

Hofkammer-Decret vom 29. November 1844, S. 241, Nr. 849.

- Nur Fiscalämter können Pränotirungen von Aerarialforderungen auf Realitäten bei der betreffenden Gerichts- oder Real-Instanz einleiten.

Hofkammer-Decrete vom 24. October 1845 und 6. Mai 1846, S. 288 und 334, Nr. 907 und 959.

Fiscalamt. Vorschrift über die Behandlung der Reifeparticularien und der Vorschüsse, welche durch die auf Ansuchen des Fiscus in Civil-Streitigkeiten oder im Executionswege vorgenommenen Schätzungen und Augenscheine veranlaßt werden.

Hofkammer-Decret vom 31. December 1846, S. 400, Nr. 1016.

- Der Gerichtsstand des Fiscus in den Forstrechts-Streitigkeiten zwischen dem Aerar und den Parteien in Tirol ist das Innsbrucker Stadt- und Landrecht.

Hofkanzlei-Decret vom 11. April 1847, S. 456, Nr. 1057.

- Wann dem Fiscalamte die Vertretung des obersten Lehensherrn, des Aiterlehensherrn und der Vasallen obliegt.

Hofkanzlei-Decret vom 1. Juli 1847, S. 463, Nr. 1070.

- Aufhebung der Abnahme des Abfahrtsgebühres im Verkehre zwischen den österreichischen und ungarischen Provinzen für den landesfürstlichen Fiscus.

Hofkanzlei-Decret vom 30. November 1847, S. 478, Nr. 1100.

- S. Hofkammer-Procuratur.

Fiscalamts-Beamte. S. Beamte.

Fiscalamts-Dienste. Eigenschaften und Prüfung der Bewerber um Fiscal-Adjunctenstellen.

Justiz-Hofdecrete vom 11. Juli 1828, S. 124, Nr. 2351, und vom 19. Mai 1829, S. 157, Nr. 2402.

Fiscal-Proceß. Der Gefällen-Verwaltung in Tirol wird die Repräsentation bei den Gerichtsbehörden in Cameral-Gefällen, und den dießfälligen Fiscal-Proceßsachen aufgetragen.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1822, S. 90, Nr. 1857.

Fiscalprüfung. S. Fiscal-Adjuncten, Prüfung.

Fischfrevel. Staatsvertrag mit Baiern über die Hintanhaltung und Bestrafung der an der gegenseitigen Landesgränze verübten Fischfrevel.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1839, S. 349, Nr. 376; dann

Hofkanzlei-Decret vom 14. Mai 1844, S. 209, Nr. 806.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Preußen zur Verhütung der Fischfrevel an der gegenseitigen Landesgränze.

Hofkanzlei-Decret vom 28. April 1842, S. 26, Nr. 611.

- Belehrung wegen Einhebung und Abführung der in Fällen von Fischfreveln an der bairischen Landesgränze zuerkannten Schadenersatzbeträge und Pfandgebühren an die Cassé des Staates, wo der Fischfrevel verübt wurde.

Hofkanzlei-Decret vom 18. September 1847, S. 471, Nr. 1087.

- Erneuerung der Uebereinkunft mit Preußen wegen Bestrafung der Fischfrevel an der beiderseitigen Landesgränze.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Februar 1848, S. 491, Nr. 1117.

Fiscus. S. Fiscalamt.

Fiume. Gerichtsbarkeit des Carlstädter Stadt- und Landrechtes über alle in dem Fiumaner Kreise aus dem ungarischen Urbarsialsysteme entstehenden Unterthans-Streitigkeiten, dann Wirkungskreis des zu Carlstadt ausgesetzten Fiscal-Adjuncten in Unterthans-Angelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 13. August 1821, S. 44, Nr. 1792.

- Das kustenländische Appellationsgericht zu Fiume wird mit dem innerösterreichischen Appellationsgerichte zu Klagenfurt vereinigt.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1822, S. 111, Nr. 1882.

- Ende der Amtswirksamkeit des Fiumaner Stadt- und Landrechtes mit 1. November 1822.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1822, S. 121, Nr. 1904.

Firpunct. Genaue Bezeichnung des Firpunctes in dem über den gewählten Schurfteit beim Steinkohlen-Bergbau ausgefertigten Situations-Plane.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 6. März 1843, S. 98, Nr. 687.

Fleisch. Den Criminal- und politischen Sträflingen in Dalmatien darf nur an Sonntagen Fleisch abgereicht werden.

Zustiz-Hofdecret vom 25. Mai 1844, S. 210, Nr. 808.

Flitsch. Errichtung eines landesfürstlichen Bezirkscommissariates II. Classe zu Flitsch, welchem die drei von dem Bezirke Tolmein auszuscheidenden Hauptgemeinden Bergogna, Greba und Caporetto nebst ihren Untergemeinden zuzutheilen sind.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Jänner 1839, S. 319, Nr. 324.

Flödingg. Errichtung eines landesfürstlichen provisorischen Bezirkscommissariates zu Flödingg anstatt der heimgesagten privatherrschaftlichen Bezirksverwaltung.

Zustiz-Hofdecret vom 3. Juli 1844, S. 213, Nr. 817.

Flößen. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Preußen, wegen der Holzflößung und Verführung anderer Verkehrsartikel von den beiderseitigen Staatsunterthanen auf dem Oberflusse.

Hofkanzlei-Decret vom 24. Mai 1842, S. 38, Nr. 618.

Floßbare Flüsse und Ströme. S. Flüsse, Ströme.

Flucht. Wem die Untersuchung und Entscheidung zustehe, wenn ein Criminal-Inquisit oder Sträfling entflohen ist.

Zustiz-Hofdecret vom 21. December 1822, S. 125, Nr. 1916.

— Gegen flüchtige Pest-Cordons-Uebertreter sind Steckbriefe zu erlassen.

Zustiz-Hofdecret vom 18. Juni 1830, S. 200, Nr. 2468.

Flüchtige. Die Polizei- und Sicherheits-Wache in Tirol und Vorarlberg ist nicht berechtigt, auf Verfolgte und Flüchtige zu schießen.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Jänner 1833, S. 75, Nr. 2589.

Flüchtige Verbrecher. S. Verbrecher.

Flüchtiger Beschuldigter. S. Beschuldigter.

Flüchtlinge. Verpflichtung der Finanzwache zur Anhaltung der von Polizei- oder Gerichtsbehörden mit Steckbriefen oder Personbeschreibung verfolgten Flüchtlinge.

Hofkammer-Decret vom 21. April 1843, S. 105, Nr. 696.

Flüsse. Vorschrift über die Befahrung und Benützung der Inseln in schiff- und floßbaren Flüssen und Strömen von Seite des Staates.

Hofkammer-Decret vom 19. April 1842, S. 22, Nr. 608.

Folgen eines Verschuldens. S. Verschulden.

Fonde. Aufnahme der Verpflichtung des Bestbieters zur Erfüllung der gegen die unter der Staatsverwaltung stehenden öffentlichen Fonde übernommenen Leistungen in das dießfalls mit ihm aufgenommene Versteigerungs- oder Verhandlungs-Protokoll.

Hofkanzlei-Decret vom 20. April 1821, S. 17, Nr. 1755.

— Vinculirung der den politischen Fonden gehörigen auf den Ueberbringer lautenden Obligationen zur Sicherheit der richtigen Gebahrung.

Hofkanzlei-Decret vom 11. November 1822, S. 123, Nr. 1910.

— Bestimmung des Fondes, in welchen die wegen vernachlässigter Ausübung des Richteramtes über schwere Polizeiübertretungen den landesfürstlichen und Patrimonialgerichts-Beamten auferlegten Geldstrafen einzuschießen haben.

Hofkanzlei-Decret vom 24. Juni 1830, S. 200, Nr. 2470.

Fonds. Vorschrift über den Ertrag der Dienst-Caution der öffentlichen Fonds-Beamten, sofern sie zur Cautionsleistung verpflichtet sind.

Hofkanzlei-Decret vom 20. April 1837, S. 122, Nr. 195.

- Auf die bei den politischen, ständischen und städtischen Fonds angestellten Beamten sind in Substitutionsfällen die für städtische Beamte durch Allerhöchste Entschliessung vom 26. März 1825 vorgeschriebenen Normen anzuwenden.

Hofkanzlei-Decret vom 3. April 1838, S. 173, Nr. 262.

- Vorschrift für das Fiscalamt in Vertretung stämpelfreier Fonds über die Vormerkung und Eintreibung der Stämpelgebühren von dem sachfälligen Gegner und deren Abfuhr an die Bezirksschaffe.

Hofkammer-Decret vom 1. Mai 1844, S. 207, Nr. 803.

- Bestimmung des Fonds, aus welchem die seelsorglichen Auslagen für den Unterricht der Criminal-Arrestanten in den Strafhäusern, dann die Naturalbezüge oder deren Entschädigung der Seelsorger in Strafanstalten zu bestreiten sind.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1844, S. 235, Nr. 835.

- Die gesetzlichen Beiträge für die öffentlichen Fonds sind auch von den dem Aerar aus dem Gabucitätsrechte zufallenden Verlassenschaften zu entrichten.

Hofkanzlei-Decret vom 20. Jänner 1848, S. 489, Nr. 1113.

Fondo in Tirol wird ein Landgericht zweiter Classe, und erhält einen Theil des Kons- und Sulzberger.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1824, S. 172, Nr. 1986.

Fondsabweisung. Der Concursrichter hat auch bei falschen Handlungsfonds-Ausweisungen, welche vor dem Justiz-Hofdecrete vom 18. März 1847 geschehen sind, die Mitschuldigen daran angemessen zu bestrafen und über die Schadenersatzleistung, wenn nicht nur die Verpflichtung zu derselben, sondern auch der Betrag des Schadens deutlich und zuverlässig erhellt, von Amtswegen zu erkennen.

Justiz-Hofdecret vom 17. November 1847, S. 476, Nr. 1095.

Fondsbeamte. S. Beamte.

Fondsgegenstände. Vorschrift über die Behandlung der Waifengelder-Ueberschüsse bei Fondsgegenständen.

Justiz-Hofdecret vom 14. März 1837, S. 116, Nr. 184.

- Zur Einverleibung der die Fondsgegenstände betreffenden, von den administrativen Behörden vorchriftsmäßig ausgefertigten, mit den gesetzlichen Förmlichkeiten versehenen Verträgen, ist die vorläufige Einvernehmung des Fiscalamtes nicht erforderlich.

Justiz-Hofdecret vom 10. Jänner 1843, S. 87, Nr. 671.

Fondsherrschaften. S. Staatsherrschaften.

Fondsobligationen. S. Obligationen.

Fondsrenten. S. Renten.

Forderungen noch bestehender geistlicher Corporationen können in dem Grundbuche oder der Landtafel ohne ausdrückliche Genehmigung der politischen Landesstelle nicht gelöscht werden.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1821, S. 33, Nr. 1768.

- Die für Tirol im Jahre 1794 erlassene Vorschrift über die Einhebungsart der Gemeinde-Forderungen an Auslagen, Pachtzinsen u. s. w. wird in Tirol wieder in Wirksamkeit gesetzt.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Februar 1822, S. 80, Nr. 1842.

- Materialforderungen an in Verrechnung gestandene verstorbene Beamte, für welche deren Cautions nicht haftet, sind zu dessen Verlassenschaft anzumelden.

Hofkammer-Decret vom 21. Mai 1824, S. 203, Nr. 2008.

Forderungen. Eine dem Schuldner von dem Gläubiger erlassene Forderung kann kein Gegenstand einer Cession seyn.

Justiz-Hofdecret vom 22. April 1825, S. 299, Nr. 2090.

- Wo die Klagen wegen Forderungen einzelner Mündel und Pflegebefohlenen, oder einer gemeinschaftlichen Waisencasse gegen Unterthanen oder Gerichts-Insaßen des obervormundschaftlichen Gerichtes einzubringen sind.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juli 1825, S. 312, Nr. 2171.

- der Kirchen und Stiftungen können bei dem ordentlichen gutsherrlichen Gerichte eingeklagt werden, wenn auch des Schuldners Gerichtsherr Vogt und Patron der Kirche ist.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1827, S. 81, Nr. 2278.

- Vorschrift für Gefällsbehörden zur Sicherstellung der Aerial-Forderungen ohne Mitwirkung des Fiscalamtes oder eines Advocaten.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1829, S. 149, Nr. 2393.

- Die Haftung der Octava in Aizien und dem Küstenlande darf nur auf die aus dem Bande der Unterthänigkeit entspringenden Forderungen angewendet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Februar 1830, S. 184, Nr. 2449.

- Bei Eintragung der ersten und weiteren Cessionen von eingetragenen Schuldforderungen in die öffentlichen Bücher, wie auch zur Löschung von eingetragenen Forderungen und Rechten, ist die Beibringung der darin schon eingetragenen Schuldscheine, Cessions- und anderer Urkunden, welche hierauf Bezug haben, nicht erforderlich.

Justiz-Hofdecret vom 16. April 1830, S. 194, Nr. 2458.

- Nähere Bestimmung der Gerichtsbarkeit in Rücksicht der Execution, wegen der Schuldforderungen der Gutsherren an ihre eigenen Unterthanen oder Gerichts-Insaßen, oder der Forderungen einer gemeinschaftlichen Waisencasse an die Unterthanen oder Gerichts-Insaßen des vormundschaftlichen Gerichtes.

Hofkanzlei-Decret vom 13. August 1833, S. 100, Nr. 2626.

- Vorschrift über die Einbringung und Sicherstellung der aus dem Dienstverhältnisse entstehenden Forderungen des Aeraars an Staatsdiener und Militär-Personen durch Abzüge an Gehalten und Pensionen.

Hofkanzlei-Decret vom 1. December 1834, S. 130, Nr. 2675.

- Obrigkeitliche Beamte, welche es sich zum Gesäfte machen, Forderungen an Gerichts-Insaßen jener Obrigkeit, bei der sie angestellt sind, an sich zu bringen, sind von ihren Dienstplätzen zu entfernen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Juni 1835, S. 19, Nr. 32.

- Vorschrift über die Sicherstellung und Hereinbringung der aus dem Dienstverhältnisse der ständischen, städtischen und Fondsbeamten entstehenden Forderungen.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Jänner 1836, S. 71, Nr. 115.

- Vorschrift über die Abnahme der Gebühren für pfandweise Einverleibung oder Vormerkung von Forderungen oder Urkunden auf mehrere demselben Eigenthümer gehörige und zu Einem Grundbuche dienstbare Grundstücke.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Mai 1836, S. 82, Nr. 141.

- Vorschrift über das Verfahren bei Einbringung minderter Forderungen in Tirol, welche zwanzig Gulden in Conventions-Münze ohne Einrechnung der Zinsen nicht übersteigen.

Justiz-Hofdecret vom 8. August 1837, S. 136, Nr. 218.

- Auf eine nicht liquide und nicht angewiesene Forderung kann die Vormerkung eines gerichtlich bewilligten Verbotes oder einer gerichtlichen Pfändung bei den öffentlichen Cassen nicht eingeleitet werden.

Hofkammer-Decret vom 21. August 1838, S. 276, Nr. 291.

Forderungen. Vorschrift über die Austragung der aus dem Dienstverhältnisse abgeleiteten Forderungen des Staates an seine Beamte und der Letzteren an den Staat.

Justiz-Hofdecret vom 16. August 1841, S. 603, Nr. 555.

- Vorschrift über die Hereinbringung der aus Forderungen des Kerkers entspringenden Ersätze von vercautionirten Staats- und Fonds-, dann ständischen und städtischen Beamten durch die Veräußerung der als Caution eingelegten Obligationen oder Anlagen bei dem Staatsschulden-Tilgungsfonde.

Hofammer-Decret vom 3. Jänner 1842, S. 3, Nr. 583.

- Anwendung des §. 1333 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches auf alle Forderungen im Gelde, nicht aber auf Forderungen, welche keine Summe Geldes, sondern andere Sachen oder Leistungen zum Gegenstande haben.

Justiz-Hofdecret vom 18. Jänner 1842, S. 7, Nr. 592.

- Erläuterung und Erweiterung des §. 33 der Statuten der galizisch-ständischen Creditanstalt hinsichtlich der Belassung der auf Gütern haftenden Lasten und Stiftungscapitalien mit dem Vorrechte vor den Forderungen der Creditanstalt.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Mai 1844, S. 208, Nr. 805.

- Vorschrift über die Sicherstellung der im summarischen Verfahren bei den Civilgerichten eingeklagten Forderungen.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- Vorschrift über die Verjährung der in die öffentlichen Bücher eingetragenen Forderungen.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 330, Nr. 951.

- Vorschrift über die Sicherstellung der bei Militärgerichten im summarischen Verfahren eingeklagten Forderungen.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Die Rechtsstreitigkeiten über die bei einer Concursmasse anzumeldenden Forderungen sind von dem summarischen Verfahren nicht auszuschließen.

Justiz-Hofdecret vom 15. September 1847, S. 470, Nr. 1085.

- Vorschrift über die Sicherstellung der bei den dalmatinischen Gerichten im summarischen Verfahren eingeklagten Forderungen.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

- S. Aerial-Forderungen, Schuld-Forderungen.

Formel. Bestimmungen hinsichtlich der Gültigkeit der in verschiedenen Adelsdiplomen vorkommenden Formel der vier Ahnen väterlicher und mütterlicher Seits.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1844, S. 238, Nr. 841.

Formulare zu den Auskunftsstabellen, welche von den Criminalgerichten bei Ablieferung der Sträflinge zur Richtschnur für die Straf-Anstalten und bei deren Entlassung aus dem Straforte zum Behufe der Polizei-Aufsicht auszufertigen sind.

Justiz-Hofdecret vom 30. November 1821, S. 61, Nr. 1818.

- zu den jährlichen summarischen Ausweisen über die Ab- und Zunahme der Verbrechen und Verbrecher.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1822, S. 75, Nr. 1835.

- zu den Absenz- oder Urlaubstabellen.

Justiz-Hofdecret vom 16. März 1827, S. 71, Nr. 2268.

- zur Verfassung der Ausweise über die schweren Polizei-Übertretungen und über die wegen derselben untersuchten Personen.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Juni 1840, S. 502, Nr. 449.

Formulare zu Ausweisen oder Tabellen, deren sich die landesfürstlichen Behörden bei den Pensions- und Pensions-Verhandlungen über Staatsdiener, dann ihre Witwen und Waisen zu bedienen haben.

Hofkammer-Decret vom 10. Mai 1842, S. 28, Nr. 613.

— zur Verfassung der summarischen Jahres-Ausweise über die wegen Verbrechen untersuchten Personen.

Justiz-Hofdecet vom 21. August 1844, S. 215, Nr. 825.

— zu den Geburts-, Trauungs- und Todtenscheinen der Israeliten in Mähren und Schlesien.

Hofkanzlei-Decret vom 19. März 1846, S. 321, Nr. 945.

— Bestimmung der Formularien für den Czernowitzer Magistrat, dann für die Gemeindebezirke und Wirthschaftsämter in der Bukowina in Angelegenheiten außer Streitsachen.

Justiz-Hofdecet vom 8. März 1848, S. 516, Nr. 1125.

Forstfrevel. Staatsvertrag mit Baiern wegen Hintanhaltung und Bestrafung der Forstfrevel an der gegenseitigen Landesgränze.

Justiz-Hofdecet vom 9. September 1839, S. 349, Nr. 376, dann

Hofkanzlei-Decret vom 14. Mai 1844, S. 209, Nr. 806.

— Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Preußen zur Verhütung der Forstfrevel an der gegenseitigen Landesgränze.

Hofkanzlei-Decret vom 28. April 1842, S. 26, Nr. 611.

— Belehrung wegen Einhebung und Abführung der in Fällen von Forstfreveln an der bayerischen Landesgränze zuerkannten Schadenersatzbeträge und Pfandgebühren an die Cassé des Staates, wo der Forstfrevel verübt wurde.

Hofkanzlei-Decret vom 18. September 1847, S. 471, Nr. 1087.

— Erneuerung der Uebereinkunft mit Preußen wegen Bestrafung der Forstfrevel an den beiderseitigen Landesgränzen.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Februar 1848, S. 491, Nr. 1117.

Forstgeschäfte. Trennung der Forstwesensgeschäfte für das Gebiet von Salzburg, mit Ausnahme der berggerichtlichen Gegenstände, von der k. f. Berg- und Salinen-direction zu Hall, und Zuweisung derselben an das Salinen-Oberamt Gmunden.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1844, S. 241, Nr. 847.

Forstrechts-Streitigkeiten. Ueber alle Forstrechtsstreitigkeiten zwischen dem Aezar und den Parteien in Tirol ist das Stadt- und Landrecht zu Innsbruck der gesetzliche Gerichtsstand des Fiskus.

Hofkanzlei-Decret vom 11. April 1847, S. 456, Nr. 1057.

Forstwächter. Bestimmung der Gebühren für die Forstwächter in Dalmatien, wenn sie bei den dortigen Gerichtsbehörden oder Präturen als Zeugen vernommen werden.

Hofkammer-Decret vom 3. März 1847, S. 426, Nr. 1040.

Forstwesen. Regulirung des Forstwesens in Tirol.

Hofkanzlei-Decret vom 11. April 1847, S. 456, Nr. 1057.

Fortgangsklassen. Wenn durch Vorklassungen die ersten Klassen aus den Obligat-Gegenständen numerisch überfliegen werden, darf dieses noch nicht für ein Zurücklegen der Berufsstudien mit vorzüglichen Eitten- und Fortgangsklassen gelten.

Allerhöchste Entschliessung vom 31. October 1846, S. 389, Nr. 999.

Forza territoriale. Bestimmung der Gebühren für die Forza territoriale in Dalmatien, wenn sie bei den dortigen Gerichtsbehörden oder Präturen als Zeuge vernommen wird.

Hofkammer-Decret vom 3. März 1847, S. 426 und 435, Nr. 1040 und 1041.

Fossilien. Wie lange in Tirol die öden über und unterhalb der Vegetationsgränze befindlichen Gebirgsmassen und Lager von verwendungsfähigen erdigen Fossilien als Aezarial-Eigenthum anzusehen seien.

Justiz-Hofdecet vom 7. Jänner 1839, S. 320, Nr. 325.

Frankfurt. Benehmen bei Uebersendung der Ersuchsschreiben österreichischer Behörden an den Stadtmagistrat der freien Stadt Frankfurt am Main.

Justiz-Hofdecret vom 9. November 1822, S. 123, Nr. 1909.

- Staatsvertrag mit der freien Stadt Frankfurt, wegen Anwendung der Aufhebung des Abfahrts-geldes bei gegenseitigen Vermögens-Exportationen auch auf die zum deutschen Bunde nicht ge-hörigen österreichischen Provinzen, mit Ausnahme der ungarischen Länder.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Juli 1840, S. 515, Nr. 454.

- Regulirung der Jurisdiction-Verhältnisse der deutschen Ordens-Commende zu Frankfurt am Main; Behandlung der von dem Ordensgerichte zu Frankfurt geschlossenen Proceß- und Untersuchungs-Akten und Unterordnung der für die Ordens-Commende bestimmten Behörden unter das niederösterreichische Appellationsgericht und die niederösterreichische Regierung.

Justiz-Hofdecret vom 25. October 1842, S. 64, Nr. 651.

- S. Deutsche Ordens-Commende.

Frankreich. Die Correspondenz mit französischen Gerichtsbehörden in Civil- und Criminalsachen haben die österreichischen Gerichtsbehörden durch das Appellationsgericht einzuleiten.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1829, S. 161, Nr. 2407.

- Zugeständnisse für französische Consuln in Sauvetage-Fällen französischer Schiffe an österreichischen Küsten gegen Zusicherung des vollkommenen Reciprocums.

Hofkammer-Decret vom 24. Mai 1832, S. 62, Nr. 2565.

- Befreiung der aus Oesterreich nach Frankreich abziehenden Erbschaften von dem landesfürstlichen, grundherrlichen und bürgerlichen Abfahrtsgelde.

Hofkanzlei-Decret vom 18. December 1834, S. 131, Nr. 2677.

- Das nach Frankreich aus den österreichischen Staaten abziehende Vermögen unterliegt keiner Exportations-Abgabe.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1835, S. 18, Nr. 30.

- Vorschrift für Seelforger über die Ausfertigung der Todtenscheine in Sterbfällen königlich-französischer Unterthanen.

Hofkanzlei-Decret vom 31. März 1836, S. 19, Nr. 136.

- Beweiskraft der von der französischen Botschaft oder Consul legalisirten, in Frankreich errichteten Notariats- und anderen öffentlichen Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1837, S. 148, Nr. 234.

- Bestimmung der Gerichtsbarkeit über die in den österreichischen Staaten domicilirten Mitglieder des französischen Königshauses.

Justiz-Hofdecret vom 31. August 1841, S. 606, Nr. 560.

- Staatsvertrag mit Frankreich, wegen Abstellung und Unterdrückung des Sklavenhandels.

Vom 20. December 1841, S. 658, Nr. 578.

Franz. Kaiser Franz I. Todfall.

Patent vom 2. März 1835, S. 1, Nr. 1.

Französische Consuln. S. Consuln.

Französische Gerichtsbehörden. S. Frankreich.

Französisches Königshaus. S. Frankreich.

Frau. Welchen Personen der Titel Frau in gerichtlichen Ausfertigungen zu geben sei.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 3. Juli 1848, S. 644, Nr. 1167.

Freie Gemeinden. S. Gemeinden.

Freie Städte. S. Städte.

Freie Vermögensverwaltung. S. Vermögen.

Freien Fuß. Criminalgerichte haben bei Beschließung der Untersuchung auf freiem Fuße den letzten Satz des §. 306, I. Theiles des Strafgesetzes, in Vollzug zu setzen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1829, S. 161, Nr. 2409.

Freifahrung. Vorschrift über das Verhalten jener Berggerichte bei Freifahrungen, welche das hierzu vorgeschriebene Personale nicht aufbringen können.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 27. Jänner 1839, S. 323, Nr. 333.

Freifahrungs-Commission. Ueber Gesuche um Ertheilung der Vergleichen sind die Feldnachbarn zur Freifahrungs-Commission vorzuladen.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 20. April 1837, S. 122, Nr. 197.

Freifahrungswerber. Vorschrift für Freifahrungswerber über den Erlag des Reisekosten-Vorschusses; Folgen des unterlassenen Erlages desselben binnen vier Wochen vom Tage des Empfanges der Aufforderung hierzu.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 19. Februar 1848, S. 493, Nr. 1121.

Freigeld. Einhebung der unter der Benennung Freigelber vorkommenden Gebühren bei den landesfürstlichen Pfleggerichten, sowie bei den Patrimonialgerichten und Privat-Gutsbesitzern im Inn- und Salzburger Kreise.

Hofkammer-Decret vom 24. November 1840, S. 539, Nr. 481.

Freigründe. Bestimmung der Gerichtsbarkeit über die Besitzer von Freigründen im Carlsstädter Kreise.

Justiz-Hofdecet vom 20. Mai 1822, S. 97, Nr. 1872.

Freimachung. Vorschrift über die Freimachung alter Zechen bei jenen Berggerichten, welche das hierzu vorgeschriebene Personale nicht aufbringen können.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 27. Jänner 1839, S. 323, Nr. 333.

Freiwilliger Eintritt. S. Eintritt.

Freiwillige Zehent-Ablösung. S. Ablösung, Zehent.

Freizügigkeit. Staatsvertrag mit dem Großherzogthume Toscana über die wechselseitige Freizügigkeit des Vermögens und der Pensionen.

Vom 28. Februar 1822, S. 83, Nr. 1847.

— Staatsvertrag mit dem Herzogthume Parma, wegen wechselseitiger Freizügigkeit der Pensionen.

Vom 9. December 1822, S. 124, Nr. 1913.

— Staatsvertrag mit Rußland, wegen gegenseitiger Vermögens-Freizügigkeit.

Hofkanzlei-Decrete vom 14. Juni und 28. October 1824, S. 212 und 269, Nr. 2015 und 2047.

— Staatsvertrag mit Sardinien, wegen gegenseitiger Vermögens-Freizügigkeit.

Justiz-Hofdecet vom 24. März 1825, S. 292, Nr. 2080.

— Staatsvertrag mit Rußland, wegen Ausdehnung der bestehenden Vermögens-Freizügigkeit auf das Königreich Polen.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Juni 1825, S. 303, Nr. 2102.

— Staatsvertrag mit dem Herzogthume Modena, über die wechselseitige Vermögens-Freizügigkeit.

Justiz-Hofdecet vom 10. März 1826, S. 9, Nr. 2171.

— Staatsvertrag mit der freien Stadt Krakau, wegen wechselseitiger Vermögens-Freizügigkeit und Aufhebung des Abfahrtsgebühres.

Hofkanzlei-Decret vom 8. März 1827, S. 71, Nr. 2264.

— Nähere Bestimmung des Termins, mit welchem die Vermögens-Freizügigkeit unter den deutschen Bundesstaaten eintritt.

Hofkanzlei-Decret vom 12. October 1827, S. 101, Nr. 2312.

Freizügigkeit. Ausdehnung der mit Modena abgeschlossenen Vermögens-Freizügigkeit auf das Herzogthum Massa und Fürstenthum Carrara.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juli 1830, S. 202, Nr. 2472.

- Ausdehnung der mit Dänemark bestehenden Vermögens-Freizügigkeit auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen und dänischen Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Juli 1830, S. 203, Nr. 2473.

- des nach Frankreich aus den österreichischen Staaten abziehenden Vermögens.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1835, S. 18, Nr. 30.

- Ausdehnung der bestehenden Vermögens-Freizügigkeit zwischen den zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen Ländern und Preußen auf sämtliche österreichische Staaten, mit Ausnahme von Ungarn und Siebenbürgen, und sämtliche preussische Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1835, S. 52, Nr. 89.

- Ausdehnung der bestehenden Vermögens-Freizügigkeit zwischen den zum deutschen Bunde gehörigen Ländern Oesterreichs und Sachsens auf sämtliche österreichische Staaten, mit Ausnahme Ungarns und Siebenbürgens, und sämtliche sächsischen Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 11. November 1835, S. 54, Nr. 93.

- Vermögens-Freizügigkeits-Erweiterung mit der Schweiz.

Hofkanzlei-Decret vom 14. März 1837, S. 117, Nr. 185.

- Staatsvertrag mit dem Königreiche Hannover, über die wechselseitige Vermögens-Freizügigkeit.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Juli 1837, S. 134, Nr. 213.

- Staatsvertrag mit dem Churfürstenthume Hessen, über die gegenseitige Vermögens-Freizügigkeit.

Hofkanzlei-Decret vom 5. November 1837, S. 159, Nr. 241.

- Ausdehnung der mit dem Königreiche Würtemberg bestehenden Vermögens-Freizügigkeit.

Hofkanzlei-Decret vom 13. December 1837, S. 162, Nr. 245.

- Staatsvertrag mit Belgien, über die wechselseitige Freizügigkeit des Vermögens und der Verlassenschaften.

Vom 9. Juli 1839, S. 344, Nr. 370.

- Staatsvertrag mit dem Könige der Niederlande und Großherzoge von Luxemburg, über die Freizügigkeit des Vermögens der beiderseitigen Unterthanen.

Vom 7. Februar 1840, S. 471, Nr. 406.

- Staatsvertrag mit der freien Stadt Frankfurt, wegen Ausdehnung der Vermögens-Freizügigkeit auch auf die zum deutschen Bunde nicht gehörigen österreichischen Provinzen, mit Ausnahme der ungarischen Länder.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Juli 1840, S. 515, Nr. 454.

- Aufhebung der Abnahme des Abfahrtsgeldes von den nach Sicilien gehenden Verlassenschaften.

Justiz-Hofdecret vom 2. November 1840, S. 536, Nr. 473.

- Zwischen Oesterreich und der Republik Mexico, über die Freizügigkeit des Vermögens der gegenseitigen Unterthanen in den beiderseitigen Staaten.

Vom 28. Juli 1842, S. 45, Nr. 626.

- Ausdehnung der zwischen den zum deutschen Bunde gehörigen Länder Oesterreichs und dem Großherzogthume Oldenburg bestehenden Vermögens-Freizügigkeit auf die zum deutschen Bunde nicht gehörigen österreichischen Provinzen, mit Einschluß der ungarischen Provinzen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. August 1842, S. 59, Nr. 638.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und dem Königreiche beider Sicilien, über die wechselseitige Freizügigkeit des Vermögens.

Vom 19. April 1844 und 4. Juli 1846, S. 204 und 340, Nr. 800 und 973.

Freizügigkeit. Ausdehnung des Bundesbeschlusses vom 20. Juni 1817, wegen Freiheit von allen Nachsteuern bei Vermögens-Exportationen zwischen Oesterreich und dem Herzogthume Anhalt-Verenburg auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen Provinzen.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1035.

- ✦ Ausdehnung der zwischen Oesterreich und den Fürstenthümern Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen bestehenden Vermögens-Freizügigkeit auf die zum deutschen Bunde nicht gehörigen Länder des österreichischen Kaiserstaates.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1847, S. 465, Nr. 1074.

- des Vermögens zwischen den österreichischen und ungarischen Provinzen, hinsichtlich der Aufhebung des landesfürstlichen Abfahrtsgebels.

Hofkanzlei-Decret vom 30. November 1847, S. 478, Nr. 1100.

- S. Abfahrtsgeb.

Fremde erwerben die österreichische Staatsbürgerschaft nur durch wirkliche, nicht durch provisorische Staatsdienste.

Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1828, S. 118, Nr. 2338.

- S. Ausländer.
- Gesandte. S. Gesandte.
- Unterthanen. S. Unterthanen.

Fremdes Eigenthum. S. Eigenthum.

Freudenthal. Die Heimsagung der Bezirksverwaltung der Herrschaft Freudenthal wird angenommen.

Hofkanzlei-Decret vom 31. December 1838, S. 315, Nr. 321.

Freundschaftsvertrag zwischen Oesterreich und der Republik Mexico.

Vom 30. Juli 1842, S. 45, Nr. 626.

Frift. Die gesetzliche Frist zum Ausweise der zum Besitze landtäflicher Güter erforderlichen Habilitation läuft vom Tage der bewilligten Kaufspränotation oder des angetretenen Naturalbesizes.

Hofkanzlei-Decret vom 11. October 1821, S. 57, Nr. 1809.

- Bestimmung der Frist zur Ueberreichung der Reiseparticularien der zu ämtlichen Commissionen abgeordneten landesfürstlichen Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1822, S. 72, Nr. 1828.

- Bestimmung des Zeitraumes von der Weiswohnung bis zur Entbindung.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1822, S. 90, Nr. 1858.

- Wann die in dem Urtheile festgesetzte Frist zur Zahlung im Falle der angemeldeten Appellation oder Revision zu laufen anfangt.

Justiz-Hofdecret vom 20. December 1822, S. 125, Nr. 1915.

- Bestimmung der Frist, von welcher die Verjährung der Strafe des Wuchers zu laufen anfangt.

Justiz-Hofdecret vom 6. Mai 1825, S. 299, Nr. 2093.

- Bestimmung einer vierzehntägigen, von Beendigung des Commissionsgeschäftes an laufenden Frist zur Ueberreichung der Reiseparticular-Rechnungen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1827, S. 62, Nr. 2247.

- Bestimmung der Frist zur Einsendung der Abfenztabellen.

Justiz-Hofdecret vom 16. März 1827, S. 72, Nr. 2268.

- Bestimmung der Frist, von welcher an die Vermögens-Freizügigkeit von den deutschen Bundesstaaten wechselseitig beobachtet werden soll.

Hofkanzlei-Decret vom 12. October 1827, S. 101, Nr. 2312.

- Bestimmung der Termine zur Ablegung der Fiscal-Adjuncten-Prüfung in den verschiedenen Provinzen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1828, S. 124, Nr. 2351.

Frift. Bestimmung der Frift zur Ablegung der Auscultanten-Prüfung von Seite der Zöglinge des Lehrstannums und des Wiener Stadtconvicts.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1828, S. 130, Nr. 2359.

- Für die mit Adjuten theilten Auscultanten wird eine Frift von drei Jahren zur Ablegung der Richteramts-Prüfungen festgesetzt.

Justiz-Hofdecret vom 20. November 1830, S. 216, Nr. 2492.

- Bestimmung der Frift zur Stämplung der obrigkeitlichen Protokolle, der Abschriften oder Auszüge derselben.

Hofkammer-Decret vom 10. Jänner 1832, S. 29, Nr. 2544.

- Berechnung der Frift zur Aufkündung gemieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Gebäude.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1833, S. 76, Nr. 2592.

- Bestimmung der Frift zur Abreichung der Alimente für arretirte Schuldner.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1833, S. 81, Nr. 2601.

- Bestimmung der Frift zur Aufkündung und Räumung vermieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in der Hauptstadt Linz.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1833, S. 82, Nr. 2602.

- Bestimmung der Frift zur Ueberreichung des Recurses der in gehöriger Form des Dienstes entlassenen Beamten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. August 1835, S. 41, Nr. 79.

- Bestimmung der Frift, in welcher die Klage um Verstrafung einer geschehenen Entwendung oder größeren Unfittlichkeit angebracht werden könne.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Februar 1836, S. 75, Nr. 125.

- Berechnung der Frift zur Aufkündung gemieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Gebäude in der Hauptstadt Graz.

Justiz-Hofdecret vom 6. Februar 1837, S. 102, Nr. 169.

- Vorschrift über die Ertheilung der Zulässigkeit einer Fristerweiterung für Muthex und Lehenwerber beim Bergbau, dann Fristbestimmung zur Anzeige der beiläufigen Lagerung der Feldmassen.

Decrete der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 2. März und 25. October 1837, S. 113 und 150, Nr. 179 und 237.

- Herabsetzung der Frift auf sechs Wochen zur Bekanntmachung der Verfügung der Abhandlungs-Instanz über den in Verwahrung des allgemeinen Krankenhauses befindlichen Nachlaß eines daselbst Verstorbenen.

Justiz-Hofdecret vom 4. December 1837, S. 162, Nr. 244.

- Vorschrift über die Ertheilung der Fristen in Handels- und Wechselgeschäften zu den Appellationen, Revisionen und Nullitäts-Einreden.

Justiz-Hofdecret vom 22. Jänner 1839, S. 323, Nr. 332.

- Bestimmung der Frift zur Aufkündung und Räumung vermieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in der Hauptstadt Salzburg.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1839, S. 328, Nr. 342.

- Bestimmung der Frift zur Einbringung von Recursen gegen berglehensämliche und Cameral-Entscheidungen der unteren Montanbehörden an höhere Instanzen.

Decrete der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 17. September 1839 und 15. December 1840, S. 350 und 544, Nr. 377 und 486.

Frist. Fristbestimmung zur Ueberreichung der Recurse sowohl wider abschlägige, als auch wider bewilligende Bescheide, über Gesuche um Einverleibung oder Pränotirung, oder über Executionsgesuche ohne Unterschied.

Hofkanzlei-Decret vom 10. März 1840, S. 475, Nr. 415.

- Bei welchen Depositen zum Behufe des Heimfalles die Bestimmung einer Frist von 30 Jahren nach ihrem Erlage zur Edictalvorladung der unbekannten Eigenthümer derselben einzutreten habe.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Jänner 1842, S. 5, Nr. 587.

- Bestimmung der Frist für Appellationsgerichte zur Vorlegung der jährlichen Arbeits-Ausweise an die oberste Justizstelle.

Justiz-Hofdecret vom 24. Jänner 1842, S. 8, Nr. 594.

- Bestimmung der Frist zur Ueberreichung der Recurse gegen politische Entscheidungen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. August 1843, S. 132, Nr. 730.

- Bestimmungen hinsichtlich der Verlängerung der Frist zur Einbringung der Recurse gegen berglebensämtliche und Cameral-Entscheidungen der unteren Montanbehörden.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 12. August 1843, S. 135, Nr. 733.

- Bewilligung einer achtwochentlichen Frist für den geognostisch-montanistischen Verein zur Einmuthung eines erschürften Fundes, und von 18 Monaten zur Ueberreichung des Begehrens um die berggerichtliche Beilehnung.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 31. August 1843, S. 137, Nr. 737.

- Bestimmung der Frist zur Vornahme des periodischen Wechsels der Schätzungs- und Inventur-Commissäre des bürgerlichen Handelsstandes bei dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte.

Hofkammer-Decret vom 9. December 1843, S. 174, Nr. 769.

- Bestimmung der Frist zur Aufkündigung und Räumung gemietheter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in den Städten Zara, Spalato, Ragusa, Cattaro, Sebenico und ihren Vorstädten in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1843, S. 175, Nr. 770.

- Fristbestimmung von 14 Tagen zur Ueberreichung der Recurse gegen die Entscheidung der General-Direction für Staats-Eisenbahnen über die Erfaß-Ansprüche der durch den Bau der Staats-Eisenbahnen in dem Eigenthums- und Nutzungsrechte beschränkten Grundbesitzer.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 234, Nr. 834.

- Die oberste Justizstelle soll, wenn sie die gegen ein Urtheil ergriffene außerordentliche Revision für unzulässig erklärt, dem Producenten nicht eine neue Frist zur Antretung des zugelassenen Beweises bestimmen.

Ärberhöchste Entschliessung vom 4. Jänner 1845, S. 247, Nr. 856.

- Der gegen eine im Disciplinarwege von dem Appellationsgerichte verhängte Arreststrafe von dem Beschuldigten angemeldete Hofrecurs muß binnen 14 Tagen bei der obersten Justizstelle überreicht werden.

Justiz-Hofdecret vom 22. October 1845, S. 278, Nr. 905.

- Bestimmungen über die Fristen im summarischen Verfahren bei Civilgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- Bestimmung der Frist zur Anbringung der Recurse und Obadengesuche gegen Verfügungen und Urtheile der Elbe-Zollgerichte.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 2. December 1845, S. 289, Nr. 912.

Frist. Bestimmung einer Frist von zwei Jahren, binnen welcher Montenegriner die in Dalmatien bestehenden Realitäten verkaufen müssen.

Justiz-Hofdecret vom 14. Jänner 1846, S. 308, Nr. 922.

- Wirkung der Gesuche um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen eine verstrichene Kallfrist.

Justiz-Hofdecrete vom 19. Februar und 29. April 1846, S. 318 und 333, Nr. 937 und 957.

- Fristbestimmung, innerhalb welcher den sich verheichelnden pensionirten oder provisionirten Staatsdienern-Witwen und weiblichen Waisen die Wahl zwischen der Abfertigung oder dem Vorbehalte des genossenen Bezuges für den Eintritt des nachmaligen Witwenstandes gestattet ist.

Hofkammer-Decret vom 6. März 1846, S. 320, Nr. 944.

- Bestimmung der Frist zur Antretung eines Eides im summarischen Verfahren.

Justiz-Hofdecret vom 31. December 1846, S. 399, Nr. 1015.

- Bestimmungen über die Fristen im summarischen Verfahren bei Militärgerichten.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Bestimmung der Amortisationsfrist für die dreipercenigen Cassen-Anweisungen.

Erlaß des Hofkammer-Präsidiums vom 16. September 1847, S. 470, Nr. 1086.

- Bestimmungen über die Fristen im summarischen Verfahren bei den dalmatinischen Gerichten.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

- Fristen zur Appellation und zum Recurse können im summarischen Verfahren bei den dalmatinischen Gerichten nicht verlängert werden.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

- Bestimmung der Frist zur Ueberreichung der Recurse gegen die bewilligte oder abgeschlagene Erneuerung der bei der Görzer Landtafel erworbenen Hypothekar-, Pfand- und Servitutrechte auf Grundstücke und Urbaren.

Justiz-Ministerial-Decret vom 31. August 1848, S. 656, Nr. 1179.

Frohn. Bestimmung der Frohne von Erd- oder Berg-Dei, Bergtheer, Asphalt, Erd- oder Bergpech mit dem zehnten Theile der Erzeugung.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 17. October 1838, S. 280, Nr. 299.

- S. Robot.

Frohnfeste. Vorschrift über die Befestigung der in den Frohnfesten Mährens und Schlesiens wegen Verbrechen angehaltenen unvermöglihen Inquisiten und Sträflinge.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Jänner 1845, S. 251, Nr. 863.

Fromme Gebühren. S. Gebühren, Legate, Taxen.

- Stiftungen. S. Stiftungen.

- Vermächtnisse. S. Legate.

Früchte. Der zur Zeit des Todes des Erblassers vorhanden gewesene Vorrath an Früchten ist von den Erben in dem eideskräftigen Vermögensbekenntnisse anzugeben.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1841, S. 675, Nr. 582.

- Berechtigung des Metherben über den ihm vom Tode des Erblassers bis zur wirklichen Zuteilung des Pflichttheiles gebührenden verhältnismäßigen Antheil an den Früchten der Erbschaft Rechnung zu fordern.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1847, S. 454, Nr. 1051.

- Die im Inlande erzeugten, und die aus dem Auslande eingeführten, in Essig eingemachten Früchte sind bei den damit Handel treibenden Gewerbsleuten hinsichtlich ihrer Schädlichkeit oder Unschädlichkeit zu untersuchen, und die gesundheitschädlichen zu vertilgen.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 19. September 1848, S. 661, Nr. 1183.

Fügen. Erweiterung der Jurisdiction des in die zweite Classe erhobenen landesfürstlichen Landgerichtes Fügen durch theilweise Zuweisung der anheingefagten Gerichtsbarkeiten Rottenburg, Richtwer und Münster.

Hofkanzlei-Decret vom 12. December 1835, S. 63, Nr. 103.

Führung. Bestimmung des Einflusses der Wirtschaftsamter in Mähren und Schlessen auf die Führung der Grundbücher.

Justiz-Hofdecret vom 30. November 1841, S. 655, Nr. 572.

— der Notifikendbücher in Novigno von dem dortigen Stadt- und Landrechte.

Justiz-Hofdecret vom 30. November 1842, S. 76, Nr. 659.

— Vorschrift hinsichtlich der Führung der Trauungsbücher von Seite der katholischen Geistlichkeit über die gemischten Ehen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. April 1843, S. 118, Nr. 700.

— der Vormerkprotokolle über verkäufliche Apothekergewerbe in Galizien von Seite der Magistrats und Dominien.

Hofkanzlei-Decret vom 27. November 1843, S. 172, Nr. 761.

— Vorschrift über die Führung der Landtafel-Hauptbücher bei dem herzoglichen Landrechte zu Teschen.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1844, S. 237, Nr. 839.

— Vorschrift über die Führung der Geburts-, Trauungs- und Sterbe-Register in deutscher Sprache über die in Wien sich aufhaltenden türkischen Juden.

Hofkanzlei-Decret vom 17. November 1845, S. 288, Nr. 909.

— Unterricht über die Führung der Geburts-, Trauungs- und Todtenmatriken der Israeliten in Mähren und Schlessen, dann Formulare zu den Geburts-, Trauungs- und Todtenscheinen derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 19. März 1846, S. 321, Nr. 945.

— eines Vormerkbuches über die zur Fahrpost aufgegebenen Amtspacete von Seite des Expedites der aufgebenden Behörde.

Hofammer-Decret vom 20. November 1847, S. 477, Nr. 1097.

Fünfenberg. Zuweisung der Gerichtsbarkeit über den kustenländischen Bezirk Fünfenberg in Mercantil- und Wechselfachen an das Triester Mercantil- und Wechselgericht.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1822, S. 107, Nr. 1877.

— Die Heimfagung der delegirten Bezirksverwaltung zu Fünfenberg wird angenommen, und der Bezirk derselben den landesfürstlichen Bezirksgerichten zu Capo d'Istria und Castelnovo zugetheilt.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Mai 1832, S. 60, Nr. 2562.

Fürsten. Welche Titel den mediatisirten deutschen Fürsten von den Behörden zu geben sind.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133.

Fürstenberg. Dem Chef des fürstlichen Hauses Fürstenberg gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, und Hofkanzlei-Decret vom 22. October 1847, S. 424, Nr. 1038.

Fugger-Babenhausen. Dem Chef des fürstlichen Hauses Fugger-Babenhausen gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, und Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Fugger-Glött,

Fugger-Kirchheim,

Fugger-Nordendorf, und

Fugger-Kirchberg-Weissenhorn. Den Häuptern dieser reichsständisch-gräflichen Familien gebührt der Titel „Erlaucht“.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Fuhrkosten. Den Beamten der Präturen und Collegialgerichte gebühren bei Dienstreisen nicht die Vorspann, sondern die nach den Diätenclassen sich richtenden Postspesen und übrigen Gebühren.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1821, S. 44, Nr. 1793.

- Vergütung der Fuhr- und Zehrungskosten für das Sanitätspersonal bei Dienstverrichtungen in einer nahen Gegend.

Hofkammer-Decret vom 19. Mai 1823, S. 146, Nr. 1942.

- Vergütung für Sanitätsbeamte.

Justiz-Hofdecret vom 20. März 1826, S. 14, Nr. 2176.

- Bestimmung der Fuhrkosten für die gerichtlichen Feldmesser in Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juni 1828, S. 123, Nr. 2349.

- Behandlung der Criminalgerichts-Beisitzer hinsichtlich der Fuhr- und Zehrungskosten.

Hofkanzlei-Decret vom 27. Jänner 1832, S. 31, Nr. 2547.

- Wann den landesfürstlichen Sanitätsbeamten bei Abgebung der ärztlichen Befunde über die Diensttauglichkeit eines Staatsbeamten die Fuhrkosten-Vergütung gebühre.

Justiz-Hofdecret vom 14. April 1832, S. 59, Nr. 2558.

- Vorschrift über die Vergütung der Fuhrkosten an Zeugen bei Untersuchungen von schweren Polizei-Übertretungen.

Hofkammer-Decret vom 7. Juli 1843, S. 128, Nr. 721.

Fuhrkosten-Vergütung. S. Diäten, Fuhrkosten.

Function. S. Amtsverrichtung.

Fund. Bewilligung einer achtwöchentlichen Frist für den geognostisch-montanistischen Verein zur Einmuthung eines erschürften Fundes.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 31. August 1843, S. 137, Nr. 737.

Fundus instructus eines unbeweglichen Gutes darf nicht abgesondert in die Execution gezogen, sondern er muß mit dem Gute zugleich gepfändet, geschätzt und versteigert werden.

Justiz-Hofdecret vom 7. April 1826, S. 15, Nr. 2178.

- Die Erben haben den zur Zeit des Todes des Erblassers vorhanden gewesenen Fundus instructus in dem eideschwörtigen Vermögensbekenntnisse anzugeben.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1841, S. 675, Nr. 582.

Futter, in soferne dasselbe zur Fortsetzung des ordentlichen Wirtschaftsbetriebes erforderlich ist, kann nur mit dem unbeweglichen Gute, wozu es gehört, gepfändet, geschätzt und versteigert werden.

Justiz-Hofdecret vom 7. April 1826, S. 15, Nr. 2178.

- Der zur Zeit des Todes des Erblassers vorhanden gewesene Vorrath an Futter ist von den Erben in dem eideschwörtigen Vermögensbekenntnisse anzugeben.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1841, S. 675, Nr. 582.

G.

Gaben (grundherrliche). S. Abgaben.

Galizien. Den adeligen Schätzleuten landtäflicher Güter in Galizien wird der Gebrauch von vier Postspesen und ein Taggeld von drei Gulden Conventions-Münze bei amtlichen Reisen bewilliget.

Justiz-Hofdecret vom 23. März 1821, S. 14, Nr. 1750.

Galizien. Bestimmung der Diäten für Gränzkämmerer in Galizien, dann der Weggelder für ihre Amtsboten.

Justiz-Hofdecret vom 3. November 1821, S. 58, Nr. 1813.

— Bestimmung der Zahl der Advocaten für Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1822, S. 88, Nr. 1853.

— Bestimmung der Taglia auf die Einbringung einer Räuber-Rotte von wenigstens drei Köpfen in Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 13. December 1822, S. 124, Nr. 1914.

— Bemessung der Diäten der bei den galizischen Criminalgerichten angestellten Auscultanten, Accessisten und Practikanten.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1823, S. 141, Nr. 1934.

— Bestimmung des Gerichtsstandes für das in Galizien sich bildende Privatpensions-Institut für Witwen und Waisen.

Justiz-Hofdecret vom 12. August 1823, S. 157, Nr. 1961.

— Zur Erhebung des Thatbestandes angezeigtter Verbrechen sind in Galizien statt der Criminalräthe Gränzkämmerer abzuordnen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juni 1824, S. 210, Nr. 2013.

— Bestrafung der Sanitätsordnungs-Übertretungen in Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1824, S. 260, Nr. 2026.

— Befreiung jener Israeliten vom Geleitzsolle, welche aus dem Königreiche Polen zur Zeugenschaft bei Criminalverhandlungen nach Galizien berufen werden.

Justiz-Hofdecret vom 11. März 1825, S. 290, Nr. 2075.

— Berechtigung der Gränzkämmerer in Galizien in Angelegenheiten des streitigen Besitzes.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1825, S. 294, Nr. 2081.

— Criminalgerichte in Galizien, denen die Untersuchung der Creditpapier-Verfälschung nicht zu steht, haben die in Beschlag genommenen falschen Creditpapiere dem Lemberger Criminalgerichte zur weiteren Amtshandlung zu übermachen.

Justiz-Hofdecret vom 19. August 1825, S. 318, Nr. 2127.

— Bestimmung der Zahl der Actuarien und Auscultanten für die Criminalgerichte in Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1826, S. 36, Nr. 2207.

— Bestimmung der Zahl der Auscultanten bei den Landrechten und Magistraten in Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1826, S. 36, Nr. 2207.

— Ausdehnung des standrechtlichen Verfahrens in Galizien auf alle diejenigen und ihre Mischuldigen, welche in dem bezeichneten Bezirke während der Dauer des Standrechtes einen Raub verübt haben.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1827, S. 67, Nr. 2257.

— Vorschrift für Gerichtsstellen in Galizien über die Behandlung der Gesuche um Zulassung des Zeugenbeweises statt des abzulegenden Hauptreides.

Justiz-Hofdecret vom 14. September 1827, S. 97, Nr. 2306.

— Die Jesuitenprovinz in Galizien wird für dermal vom Amortisationsgesetze befreit, jedoch hat sie bei Erwerbung beweglicher oder unbeweglicher Güter jedesmal die Anzeige hievon an die Landesstelle zu machen.

Justiz-Hofdecret vom 2. Mai 1828, S. 119, Nr. 2342.

— Bestimmung der Diäten und Fuhrkosten für die gerichtlichen Feldmesser in Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juni 1828, S. 123, Nr. 2349.

— Bestimmung des Termines zur Ablegung der Fiskalprüfung in Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1828, S. 124, Nr. 2351.

— Welchen Verbrechen aus Galizien der Spielberg zu Brünn als Strafort angewiesen ist.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1829, S. 161, Nr. 2408.

Galizien. Das Districtualberggericht zu Bochorobjan in Galizien wird nach Stanislawow übersezt.

Justiz-Hofdecret vom 27. September 1833, S. 103, Nr. 2632.

- Die Contracte über Verpachtungen der Kloster- und Pfarr-Realitäten in Galizien bedürfen zu ihrer Rechtskraft die Bestätigung des Ordinariates.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1835, S. 20, Nr. 35.

- Bestimmung der Fälle, in welchen Katholiken in Galizien die Stollgebühren an katholische Geistliche zu entrichten haben.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1835, S. 22, Nr. 37.

- Anwendung des §. 1121 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches auf die in Galizien bei der politischen Sequestration von Gütern zur Einbringung von Steuer-Rückständen eingeleiteten Verpachtungen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. August 1835, S. 39, Nr. 73.

- Bestimmung der Anzahl der Auscultanten und Adjuten bei den Landrechten in Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 14. Jänner 1837, S. 102, Nr. 166.

- Vorschrift für Vormundschafts-Memter und Magistrate in Galizien, über die Verabfolgung des aufbewahrten Vermögens der Mündel, Pflegebefohlenen und Waisen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1837, S. 106, Nr. 172.

- Stämpelpflicht der Gesuche der Gränztämmerer in Galizien und ihrer Amtsboten, um Anweisung und Execution der denselben für ihre Amtshandlungen zuerkannten, von den Parteien einzubringenden Gebühren.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1841, S. 567, Nr. 520.

- Errichtung einer galizisch-rändischen Credits-Anstalt.

Patent vom 3. November 1841, S. 614, Nr. 569.

- Vorschrift über das Verfahren zur Einbringung der Steuern und der Steuer-Rückstände, dann über die Schließung der Pachtverträge über Güter in Galizien.

Hofkanzlei-Decret vom 16. December 1841, S. 657, Nr. 577.

- Bei Dienstbefehlungen am Kathetische der landesfürstlichen Collegialgerichte in Galizien ist auf die der moldauischen (walachischen) Sprache kundigen Competenten besondere Rücksicht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Februar 1842, S. 9, Nr. 598.

- Anwendung der Vorschrift über das Verhalten des katholischen Curat-Clerus bei eintretenden Ehen zwischen Katholiken und Katholiken, auch auf Galizien.

Hofkanzlei-Decret vom 8. August 1842, S. 56, Nr. 629.

- Berechtigung der galizisch-rändischen Credits-Anstalt zur Anwendung der politischen Execution wider ihre zahlungs säumigen Schuldner.

Hofkanzlei-Decret vom 25. October 1842, S. 66, Nr. 652.

- Das bisher zu Stanislawow in Galizien bestandene Districtual-Berggericht wird definitiv nach Colomea übersezt.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Februar 1843, S. 96, Nr. 682.

- Bestimmung der Caution für die öffentlichen Geschäftsführer in Galizien.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Mai 1843, S. 122, Nr. 707.

- Vorschrift über die Behandlung der Intestat-Verlassenschaften der griechisch-unirten Pfarrer in Galizien.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1843, S. 124, Nr. 712.

- Vorschrift über die Einbringung der Steuer-Rückstände in Galizien durch sequestratorische Verpachtung der Güter.

Hofkanzlei-Decret vom 15. September 1843, S. 139, Nr. 742.

Galizien. Vorschrift über die Vertilgung der alten unbrauchbaren Registratur-Acten bei den landesfürstlichen Criminal- und Civil-Collegialgerichten in Galizien, dann bei dem Magistrate der Stadt Lemberg.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1843, S. 149, Nr. 751.

- Die Vorschrift über die kürzere Verfassung der Rathsprotokolle der landesfürstlichen Collegialgerichte erster Instanz gilt auch für die galizischen Criminalgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 31. October 1843, S. 165, Nr. 761.

- Vorschrift über die Behandlung der Apothekergewerbe in Galizien überhaupt, dann welche als verkäuflich anzusehen sind. Bestimmung des Normalpreises, für welchen solche verkauft werden dürfen, Führung von Vormerkprotokollen über dieselben, dann Taxen für die Eintragung in dieses Protokoll.

Hofkanzlei-Decret vom 27. November 1843, S. 172, Nr. 767.

- Vorschrift über die Vertretung der Beneficiaten in Besitzstörungenfällen geistlicher Pfründen in Galizien durch das Fiscalamt.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1844, S. 188, Nr. 774.

- Erläuterung und Erweiterung des §. 33 der Statuten der galizisch-ständischen Credits-Anstalt, welche Lasten und Stiftungscapitalien mit dem Vorrechte vor den Forderungen der Credits-Anstalt in Galizien auf den Gütern belassen werden können.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Mai 1844, S. 208, Nr. 804.

- Zulässigkeit der Annahme von Pfandbriefen der galizisch-ständischen Credits-Anstalt als Dienstcautionen der Gränzämmerer in Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 12. Juni 1844, S. 211, Nr. 813.

- Bestimmung der Gebühren für den Lemberger Scharfrichter und seine Gehilfen für die Vollziehung des Todesurtheiles.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1844, S. 244, Nr. 855.

- Dem galizisch-ständischen Creditsvereine können auch landtätsliche Güter der Geistlichkeit, der milden Stiftungen, der Städte und der unter ihrer Aufsicht stehenden Stiftungen beitreten.

Hofkanzlei-Decret vom 31. Jänner 1846, S. 310, Nr. 925.

- Einführung landesfürstlicher erster Instanzen in Galizien; wegen Errichtung der landesfürstlichen Bezirke oder der diesem ähnlichen Gerichte, ist die weitere Verhandlung zu pflegen.

Justiz-Hofdecret vom 26. März 1846, S. 328, Nr. 946.

- Bestimmung des Adjutums für Auscultanten bei den landesfürstlichen Gerichtsbehörden in Galizien mit dreihundert Gulden in Conventions-Münze.

Justiz-Hofdecret vom 26. August 1846, S. 356, Nr. 980.

- die Streitigkeiten über den Bezug des bei den galizischen Ständen bestehenden Getränke-Erzugungs-Entgeltes gehören zur Verhandlung und Entscheidung der politischen Behörden.

Justiz-Hofdecret vom 29. October 1846, S. 387, Nr. 995.

- Zur Bestimmung der gesellschaftlichen Eigenschaft der Grundstücke in Galizien, welche nämlich als Dominical- und welche als Rusticalgründe anzusehen sind, hat nicht mehr das Jahr 1786, sondern der im Jahre 1820 in den Katastral-Operaten erscheinende Besitz zu gelten, doch ist bei Streitigkeiten die im Rechtswege zu liefernde Nachweisung specieller Rechtsverhältnisse nicht ausgeschlossen.

Kreischreiben des galizischen Guberniums vom 25. November 1846, S. 391, Nr. 1003.

Galizien. Die unterthänigen uneingekauften Grundstücke in Galizien werden als Nutzung-Eigenthum ihrer gegenwärtigen rechtmäßigen Besitzer anerkannt, welche damit frei verfügen und dieselben bis auf zwei Dritttheile ihres Werthes auch verschulden können. Beschränkung der Verpflichtung der dortigen Unterthanen zur Stellung tauglicher Wirthe, ehe sie diese Grundstücke verlassen, und Enthebung der Grundherrschaften von der bisherigen Verpflichtung ihre Unterthanen in Nothfällen mit Brot und Saatforn zu unterstützen.

Kreis-Schreiben des galizischen Guberniums vom 25. November 1846, S. 391, Nr. 1004.

- Das Appellationsgericht in Galizien übt in zweiter Instanz die Gerichtsbarkeit über alle im Krakauer Gebiete verübten Verbrechen aus.

Justiz-Hofdecret vom 24. December 1846, S. 399, Nr. 1014.

- Vorschrift über die Behandlung jener Landtafelgüter in Galizien, welche zu Einem Körper gehören, und als Zugehör desselben in der Landtafel erscheinen, in derselben aber ein eigenes Blatt haben und besonders belastet werden, insbesondere bei Verbücherungen von Posten in der Eigenthums- oder Lastenrubrik.

Justiz-Hofdecret vom 15. September 1847, S. 469, Nr. 1084.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei den galizischen Landbrechten, bei dem Districtsgerichte zu Suczawa, bei dem Magistrate und Wechsellgerichte in Lemberg und den organisirten galizischen Magistraten.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1847, S. 474, Nr. 1092.

- Vom Districtual-Bergerichte zu Wlecliczka, als dem für das Krakauer Gebiet provisorisch bestimmten Bergerichte erster Instanz, ist der Rechtszug an das galizische Appellationsgericht, und von diesem an die oberste Justizstelle zu leiten.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1847, S. 477, Nr. 1098.

- Vorschrift über die Behandlung der Geschäfte bei dem Appellationsgerichte in Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1847, S. 481, Nr. 1107.

- Robot- und Zehent-Aufhebung in Galizien gegen eine vom Staatsfchatze zu leistende Entschädigung, Befreiung der dortigen Grundherrschaften von der Urbarials- und Zehentsteuer, von der Unterstützung und Vertretung ihrer Unterthanen, von der Errichtung der Grundbücher, von der Bestreitung der Rekrutirungs-Auslagen, von der Beitragsleistung zu den Heilkosten bei Menschen- und Viehseuchen, von der Ausübung der Civilgerichtsbarkeit, von der Haftung mit der Octava, 2c.

Patent vom 17. April 1848, S. 612, Nr. 1136.

- Vorschrift über die Behandlung der Streitigkeiten zwischen den ehemaligen Unterthanen und Herrschaften in Galizien, durch die politischen Behörden.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 12. November 1848, S. 663, Nr. 1185.

- S. Gränzämmerer.

Galizische Gerichts-Ordnung. S. Gerichts-Ordnung.

- Jurisdictionsnorm. S. Jurisdictionsnorm.

Galizisch-ständische Credits-Anstalt. S. Credits-Anstalt, Galizien.

Galizisches Appellationsgericht. Vorschrift über die Vertilgung der alten unbrauchbaren Registratur-Akten bei dem galizischen Appellationsgerichte, bei den demselben untergeordneten landesfürstlichen Criminal- und Civil-Collegialgerichte, dann bei dem Magistrate der Stadt Lemberg.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1843, S. 149, Nr. 751.

- — S. auch Appellationsgericht, Galizien.

- bürgerliches Gesetzbuch. S. Gesetzbuch.

Ganggeld. Zustellungsgebühren für Gerichtsdiener.

Justiz-Hofdecret vom 19. April 1823, S. 142, Nr. 1936.

Gassenlaufen. Die Verurtheilung zum Gassenlaufen zieht den Verlust der Tapferkeits-Medaille, der damit verbundenen Zulage und des Invalidengehaltes nach sich.

Justiz-Hofdecret vom 24. April 1829, S. 151, Nr. 2395.

Gasthöfe dürfen Advocaten eigenthümlich besitzen, müssen jedoch dieselben durch Andere verwalten lassen oder verpachten.

Justiz-Hofdecret vom 7. Mai 1821, S. 18, Nr. 1758.

Gastwirth. Advocaten dürfen nicht zugleich das Gewerbe eines Gastwirthes betreiben.

Justiz-Hofdecret vom 7. Mai 1821, S. 18, Nr. 1758.

Gatte. S. Ehegatte.

Gebäude. Untersuchung der Gebäude geistlicher Pfündner nach ihrem Tode, und Einbringung der Herstellungskosten von ihren Erben.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1824, S. 260, Nr. 2027.

— Vorschrift über die Berechnung der Frist zur Aufkündigung vermiethter Bestandtheile der Gebäude und über die Zustellung dieser Aufkündigung.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1833, S. 76, Nr. 2592.

— Vorschrift über die grundbücherliche oder landtäfliche Einlage eines dem öffentlichen Cultus eines tolerirten Glaubensbekenntnisses gewidmeten Gebäudes als Privat-Eigenthum einer Gemeinde; — Beschränkung des Verkaufes desselben.

Hofkanzlei-Decret vom 4. April 1839, S. 336, Nr. 354.

— auf welchen in die öffentlichen Bücher eingetragene Demolirungs-Reverse haften, können zur gesetzlichen Versicherung eines Capitaless nicht dienen.

Justiz-Hofdecret vom 30. März 1840, S. 479, Nr. 418.

— Behandlung der Judengemeinden in Beziehung auf den Ankauf von Gebäuden zur Herstellung von Synagogen oder Schulen.

Hofkanzlei-Decret vom 2. März 1841, S. 562, Nr. 512.

— Bestimmungen über die Entfernung-Distanz der Locomotiv-Eisenbahnen von Wohngebäuden.

Hofkanzlei-Decret vom 22. October 1841, S. 614, Nr. 568.

— Vorschrift über das Verfahren bei der Abschreibung der für die Staats-Eisenbahnen eingelösten Gebäude in den Grundbüchern, in der Landtafel und in dem kändischen Kataster.

Justiz-Hofdecret vom 15. October 1845, S. 277, Nr. 904.

— Vorschrift über das Verfahren bei Abschreibung der für Staats-Eisenbahnen eingelösten Gebäude in den Grundbüchern und in der Landtafel.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1846, S. 387, Nr. 997.

— Beschränkung des Baues von Gebäuden in der Nähe der Eisenbahnen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1846, S. 436, Nr. 1044, §. 21.

Gebäudesteuer. Vorschrift über die Eintreibung der unterthänigen Gebäude-Classensteuer in Niederösterreich.

Justiz-Hofdecret vom 21. Jänner 1840, S. 385, Nr. 403.

Gebetbücher dürfen den Verhafteten und Sträflingen zu ihrer Erbauung außer den Arbeitsstunden in die Hände gegeben werden.

Justiz-Hofdecete vom 9. und 23. Februar 1827, S. 66 und 70, Nr. 2254 und 2261.

Gebirgsmassen. Wie lange die öden über und unterhalb der Vegetations-Gränze liegenden Gebirgsmassen und Lager von verwendungsfähigen erdigen Fossilien in Tirol als Mineral-Eigenthum anzusehen seien.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1839, S. 320, Nr. 325.

Gebrauch. Bestrafung des Gebrauches der Punzen, Stämpeln und der Gußmodelle zu Münz-Abdrücken oder Nachbildungen.

Hofkanzlei-Decret vom 1. Juli 1845, S. 270, Nr. 895.

Gebrauch der Waffen. Bestimmungen über den Gebrauch der Waffen von Seite der k. k. Finanzwache.

Hofkammer-Decrete vom 8. Februar und 27. März 1846, und 12. März 1847, S. 311, 331 und 448, Nr. 927, 952 und 1045.

— Vorschrift über die Bestrafung des gesetzwidrigen Gebrauches der Schießbaumwolle.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Februar 1847, S. 418, Nr. 1029.

— explosibrender Stoffe wird verboten.

Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1847, S. 460, Nr. 1060.

— Verbot des Gebrauches unverzinnter kupferner und messingener Geschirre, und Beschränkung des Gebrauches gut verzinnter Geschirre bei Zucker- und Mandollettibäckern, Kuchenbäckern, Caffeefiedern und bei allen mit der Erzeugung und dem Verkaufe von Eßwaaren sich befassenden Gewerbsleuten.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 19. September 1848, S. 661, Nr. 1183.

Gebühren. Eine Controle der Abhandlungsbehörden hinsichtlich der Ausweise über die frommen Gebühren durch die Provinzial-Staatsbuchhaltung findet nicht Statt.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Jänner 1843, S. 90, Nr. 677.

— Bestimmung der Diäten für Zeugen bei einfachen Polizeivergehen in Dalmatien.

Hofkanzlei-Decret vom 25. November 1847, S. 478, Nr. 1099.

— S. Beamte, Geld-Emolumente, Gränzschämmerer, Landgerichte, Meisengelder, Schätzleute, Sanitätsbeamte, Taxen, Urkunden.

Gebüsch. Verbot der Abtreibung der Gebüsch auf den an der Linie der Staats-Eisenbahnen angrenzenden Bergabhängen und Gründen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 234, Nr. 834.

Geburtsbücher. Einführung von Geburtsbüchern für die in Wien sich aufhaltenden türkischen Juden; dann Vorschrift über die Führung, Glaubwürdigkeit und Beweiskraft derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 17. November 1845, S. 288, Nr. 909.

— Unterricht über die Führung der Geburtsbücher der Israeliten in Mähren und Schlesien, welche als öffentliche Urkunden gesetzliche Beweiskraft haben, dann über die Controle derselben durch die katholischen Orts-Seelsorger.

Hofkanzlei-Decret vom 19. März 1846, S. 321, Nr. 945.

Geburts-Obrigkeit. S. Obriigkeiten.

Geburtscheine. Vorschrift über die Ausfertigung und Erfolgung der Geburtscheine der Israeliten in Mähren und Schlesien, welche als öffentliche Urkunden gesetzliche Beweiskraft haben, dann über die Controle derselben durch die katholischen Orts-Seelsorger.

Hofkanzlei-Decret vom 19. März 1846, S. 321, Nr. 945.

— S. Taufscheine.

Gefäll. Bei Gefälls-Übertretungen kommt es auf den bösen Vorsatz des Notionirten nicht an.

Allerhöchste Entschiefung vom 14. Mai 1821, S. 20, Nr. 1760.

— Bestimmung der Gegenstände der von dem Appellationsgerichte vorzunehmenden Prüfungen der Candidaten für eine Gefälls-Examinatorsstelle.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1822, S. 95, Nr. 1869.

— Bestimmung der Alimentationsgebühr für suspendirte Gefälls-Aufsichts-Individuen.

Justiz-Hofdecret vom 2. September 1823, S. 159, Nr. 1965.

— Instruction vom 14. December 1814 über die Behandlung und Untersuchung der Contreband- und Straffälle.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1824, S. 173, Nr. 1988.

— Wegen Bekleidung der mittellosen Gefälls-Arrestanten.

Justiz-Hofdecret vom 22. März 1824, S. 196, Nr. 1995.

Gefäll. Vor der Appellations-Prüfung ist die Abforderung eines Zeugnisses über die Prüfung aus den Gefällsvorschriften nicht nothwendig.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1825, S. 332, Nr. 2152.

- Zu dem Augenscheine bei Gefällsbehörden können auch Gerichtspersonen zugezogen werden, welche nicht Mitglieder eines Civilgerichtes sind.

Justiz-Hofdecret vom 25. Februar 1826, S. 7, Nr. 2167.

- Erkenntnisse der Gerichte auf körperliche Strafen wegen Vergehen wider die Geseze in Gefällsachen; Zuziehung eines Repräsentanten zur Berathschlagung; Siftirung des Beschlusses; Kundmachung und Zustellung des Urtheiles; Beschwerden gegen dasselbe.

Justiz-Hofdecret vom 2. November 1827, S. 102, Nr. 2314.

- Der Gefällsverwaltung sind auf ihr Verlangen die Acten von bereits geschlossenen und abgetheilten Criminal-Untersuchungen mitzutheilen.

Justiz-Hofdecret vom 15. December 1827, S. 107, Nr. 2322.

- In welchen Fällen den Gefällsbehörden gestattet ist, zur Sicherstellung der Forderungen des Aeras auch ohne Mitwirkung des Fiscal-Amtes und ohne Mitfertigung eines Advocaten, Gesuche bei den zuständigen Ortsbehörden zu überreichen.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1829, S. 149, Nr. 2393.

- Bestimmung der Alimentation für die vom Amte und Gehalte suspendirten minderen Diener und Gefälls-Aufscher.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1829, S. 166, Nr. 2420.

- Vorschrift über die Entschädigung der Privatpersonen und Gemeinden, welche durch die Einführung der allgemeinen Verzehrungssteuer an ihren bisher genossenen Einkünften Verlust erlitten haben.

Justiz-Hofdecret vom 8. August 1829, S. 168, Nr. 2423.

- Die nur mit Creditiv mit einer Löhnung angestellten Gefälls-Aufsichts-Individuen genießen des den landesfürstlichen Beamten in dem §. 221, I. Theiles des Strafgesetzes, eingeräumten privilegierten Gerichtsstandes nicht.

Justiz-Hofdecret vom 21. Mai 1830, S. 198, Nr. 2464.

- Vorschrift über die Entschädigung für die durch die Einführung der allgemeinen Verzehrungssteuer aufgelassenen Consumtionsgefälle, welche sich im Privatbesitze befinden.

Hofkammer-Decret vom 13. Juli 1836, S. 85, Nr. 146.

Gefällen: Strafgesetz. S. Strafgesetz.

Gefällen: Verwaltung. Der Gefälls-Verwaltung in Tirol wird die Repräsentation bei den Gerichtsbehörden in Cameral-Gefälls- und den diesfälligen Fiscal-Proceßsachen aufgetragen.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1822, S. 90, Nr. 1857.

- Errichtung von vereinigten Cameral-Gefällen-Verwaltungen für die Provinzen: Niederösterreich, Oesterreich ob der Enns und Salzburg, Böhmen, Mähren und Schlesien, Tirol und Vorarlberg, für Ilirien und das Küstenland mit dem Sitze in Laibach, und für Steiermark mit dem Sitze zu Graz. Zuziehung zweier Justizräthe zu den Berathungen dieser Behörden über die Entlassung eines ihnen unterstehenden Beamten oder Dieners.

Justiz-Hofdecret vom 27. August 1830, S. 205, Nr. 2477.

- hat in Processen zwischen dem Gefälls-Aera und einer Staats- oder Stiftungs-Fonds-Herrschaft für beide Theile; in den aus politischen Verhandlungen entstehenden Processen zwischen Staats- oder Stiftungs-Herrschaften und ihren Unterthanen, für die Herrschaften Vertreter zu bestellen.

Justiz-Hofdecret vom 24. Februar 1832, S. 34, Nr. 2549.

- Vorschrift über den Schriftenwechsel der Cameral-Gefällen-Verwaltung in Böhmen mit ausländischen Behörden.

Justiz-Hofdecret vom 24. Jänner 1834, S. 106, Nr. 2639.

Gefällen-Verwaltung. An die Cameral-Bezirks-Verwaltungen in den Provinzial-Hauptstädten werden die Geschäfte der aufgehobenen Provinzial-Taxämter übertragen.

Hofkammer-Decret vom 8. Juli 1842, S. 45, Nr. 625.

- Berechtigung der vereinigten Cameral-Gefällen-Verwaltung zur Bewilligung der höheren Alimentation für suspendirte Beamte.

Hofkammer-Decret vom 29. Februar 1848, S. 494, Nr. 1123.

Gefällenwache. Anwendung der §§. 284 und 285, II. Theils des Strafgesetzes, auf Individuen der Gefällenwache bei schweren Polizeiübertretungen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. April 1835, S. 6, Nr. 12.

- Die Individuen der Gefällenwache sind auch bei einfachen Polizeivergehen rücksichtlich der Gerichtbarkeit als in einem öffentlichen Amte stehende Personen zu behandeln.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Juli 1835, S. 35, Nr. 62.

- Errichtung der Gefällenwache. Auszug aus der Verfassung für dieselbe.

Hofkammer-Decret vom 3. October 1835, S. 44, Nr. 85.

- Vorschrift über das Verfahren bei Verhaftung und Vorladung der Gefällenwache-Mannschaft vor Gericht.

Hofkammer-Decret vom 14. Jänner 1837, S. 101, Nr. 165.

- Verpflichtung der Gefällenwache zur Anhaltung verdächtiger Personen. — Das Anbieten oder die Verabreichung eines Geschenkes an dieselbe von Seite der Partei zur Abwendigmachung von der Pflichterfüllung begründet das Verbrechen der Verleitung zum Amtsmissbrauche.

Justiz-Hofdecret vom 29. Jänner 1838, S. 168, Nr. 251.

- Vergütung der Reise- und Zehrungskosten an die als Zeugen in Criminalfällen vorggerufenen Gefällenwache-Individuen.

Hofkanzlei-Decret vom 21. April 1843, S. 105, Nr. 695.

- Vereinigung der Gefällen- und Gränzwache in Einen Körper unter der Benennung k. k. Finanzwache. — Instruction für dieselbe.

Hofkammer-Decret vom 21. April 1843, S. 105, Nr. 696.

Gefälls-Administration. S. Gefäll.

Gefällsämler. Vorschrift für Gefällsämler bei Ansuchen um Bewilligung der Sicherstellung von Strafbeträgen, wegen Gefälls-Übertretungen, durch Gerichte.

Justiz-Hofdecret vom 5. Februar 1839, S. 325, Nr. 336.

Gefälls-Aerar. S. Aerarium.

Gefälls-Arrestanten. Bekleidung der mittellosen Gefälls-Arrestanten.

Justiz-Hofdecret vom 22. März 1824, S. 196, Nr. 1995.

Gefälls-Aufsichts-Individuen. S. Gefäll.

Gefällsbehörden. Instruction für Gefällsbehörden über die Behandlung und Untersuchung der Contreband- und Straffälle.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1824, S. 173, Nr. 1988.

- Vorschrift über die Vornahme der Stempel-Revisionen durch Gefällsbehörden bei den Landgerichten und nicht regulirten Magistraten in Tirol und Vorarlberg.

Justiz-Hofdecret vom 6. August 1825, S. 314, Nr. 2123.

- Erläuterung des Hofdecretes vom 30. Juli 1808 über die Aufnahme des Beweises durch Kunstverständige bei Gefällsbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 25. Februar 1826, S. 7, Nr. 2167.

- Mittheilung der Criminal-Untersuchungsacten an Gefällsbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 15. December 1827, S. 107, Nr. 2322.

Gefällsbehörden. In welchen Fällen den Gefällsbehörden gestattet ist, zur Sicherstellung der Forderungen des Aetars auch ohne Mitwirkung des Fiscalamtes und ohne Mitfertigung eines Advocaten, Gesuche bei den zuständigen Ortsbehörden zu überreichen.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1829, S. 149, Nr. 2393.

- Bestimmung des Ranges und des Sitzes der als Repräsentanten zu den Rathssitzungen der Justizbehörden beigezogenen Rätthe der Cameral-Gefällen-Verwaltung.

Justiz-Hofdecret vom 11. November 1831, S. 23, Nr. 2536.

- Vorschrift über das Benehmen der Gefällsbehörden bei Stämpel-Revisionen in solchen Fällen, wo geheime Acten der Einsicht verweigert werden.

Hofkammer-Decret vom 11. Mai 1841, S. 578, Nr. 534.

Gefällsnotion. S. Notion.

Gefällsproceß. S. Proceß.

Gefällsrepräsentant. S. Repräsentant.

Gefällsstrafen. S. Strafen.

Gefällsübertreter befreiet nicht der unerwiesene böse Vorfaß von der Gefällsstrafe.

Allerhöchste Entschließung vom 14. Mai 1821, S. 20, Nr. 1760.

- Vorschrift über die Zustellung der von einer Gefälls-Administration wider einen minderjährigen Ungar geschöpften Notion.

Justiz-Hofdecret vom 26. März 1831, S. 12, Nr. 2509.

- Vorschrift für die Gerichtsbehörden bei Bestimmung der körperlichen Strafen für Uebertreter der Gefällsgesetze.

Justiz-Hofdecret vom 14. October 1831, S. 21, Nr. 2531.

- Bestimmungen über den Waffengebrauch von Seite der k. k. Finanzwache wider Gefällsübertreter.

Hofkammer-Decrete vom 8. Februar und 27. März 1846, S. 311 und 331, Nr. 927 und 952.

- Die Tödtung oder schwere Verwundung eines Gefällsübertreters durch die Finanzwache in Ausübung ihres Dienstes ist für sich allein noch nicht als eine rechtliche Anzeigung zur Einleitung einer Criminal-Untersuchung zu betrachten.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 331, Nr. 952.

- S. auch Gefäll.

Gefällsübertretungen. Zeugenbeweis bei der Untersuchung über Gefällsübertretungen.

Hofkammer-Decret vom 5. August 1834, S. 120, Nr. 2664.

- Einführung eines vereinigten Strafgesetzes für Gefällsübertretungen bei dessen Ausführung die Gerichtsbehörden thätigst mitzuwirken haben.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1835, S. 40, Nr. 75.

- Bestimmung der Behörde zur Amtshandlung über die von Reisenden oder Postbediensteten begehenden Gefällsübertretungen.

Auszug aus der Postordnung für Reisende vom 1. December 1838, S. 312, Nr. 312.

- Vorschrift über das Verfahren zur Erlangung der vorläufigen Sicherstellung bei Gefällsübertretungen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Februar 1839, S. 325, Nr. 336.

- Anwendung des §. 178, lit. a), I. Theils des Strafgesetzes, auf falsche Zeugenausagen im Laufe der Untersuchungen über Gefällsübertretungen.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Februar 1840, S. 473, Nr. 410.

Gefällsübertretungen. Die Erschleichung eines Armuthszugnisses zum Behufe der Stämpelbefreiung wird als eine Gefällsübertretung bestraft.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 26. Juli 1840, S. 517, Nr. 457.

Gefällsurtheile auf Leibesstrafen gegen Gefällsübertreter sind von der Gerichtsbehörde unmittelbar der competenten Ortsobrigkeit zur Kundmachung und Vollziehung zuzusenden. Gefälls-Administrationen haben daher bei Zusendung der Acten an die zur Schöpfung des Erkenntnisses berufene Behörde genau die Ortsobrigkeit zu bezeichnen, durch welche die Bekanntmachung und Vollziehung des Erkenntnisses zu geschehen hat.

Justiz-Hofdecree vom 19. März 1830, S. 186, Nr. 2453.

Gefälls-Vermögensstrafen. S. Geldstrafen, Strafen.

Gefängniß. S. Arrest, Inquisiten.

Gefangenhäus. Verpachtung der Arbeitskräfte der Sträflinge und der Erfordernisse des Wiener Gefangenhäuses, mit Ausnahme des Auspreisens, des Brotes und der Medicamente, an einen General-Pächter.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Februar 1845, S. 254, Nr. 872.

Gefangenwärter. Criminalgerichte sollen nur dann bei Untersuchungs-Commissionen außer dem Gerichtsorte einen ihrer Gefangenwärter beiziehen können, wenn es die Nothwendigkeit durchaus erfordert.

Justiz-Hofdecree vom 4. Jänner 1821, S. 1, Nr. 1728.

— Die gemeinen Gefangenwärter sind nicht pensions- sondern nur provisionsfähig.

Justiz-Hofdecree vom 12. September 1828, S. 132, Nr. 2361.

— der Untersuchungs-Gefängnisse und Strafanstalten sind so, wie deren Witwen und Waisen, nur provisionsfähig.

Justiz-Hofdecree vom 27. November 1830, S. 217, Nr. 2493.

— Die Dienstentlassung oder Degradirung der Gefangenwärter bleibt den Appellationsgerichten überlassen.

Justiz-Hofdecree vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

Gefangenwärter-Gehilfen. Die Dienstentlassung oder Degradirung der Gefangenwärter-Gehilfen bleibt den Appellationsgerichten überlassen.

Justiz-Hofdecree vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

Gehalt. S. Besoldung.

Gehaltssperre. Bestimmung der Behörden, welche zur Vetreibung politischer Aufträge die Gehaltssperre gegen Beamte zu verhängen haben, die politische und Justizgeschäfte zugleich besorgen.

Justiz-Hofdecree vom 2. April 1830, S. 187, Nr. 2454.

Geheime Acten. S. Acten.

Geheime Gesellschaften und Verbrüderungen. Hinweglassung des Beisatzes wegen der geheimen Gesellschaften und Verbrüderungen in den Dienstleistungsformeln, und Abstellung der Anforderung der Reverse hinsichtlich derselben von den Justizbeamten, sowie von den obrigkeitlichen mit der Justizverwaltung beauftragten Beamten, von Advocaten, Notaren, Wechselgerichts-Beisitzern und deren Substituten.

Justiz-Hofdecree vom 10. Mai 1848, S. 619, Nr. 1145.

Geheime Räthe. S. Räthe.

Gehilfen. Prüfung der Gehilfen bei Dampfmaschinen und Locomotiven über ihre praktischen Kenntnisse vor ihrer Verwendung bei denselben.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juni 1845, S. 266, Nr. 891.

Geisteszustand. Das Resultat der gepflogenen Amtshandlung über den Geisteszustand eines wahn- oder blödsinnig Gewordenen ist der Verwaltungsbehörde der Anstalt, worin der Kranke untergebracht wird, mitzutheilen.

Justiz-Hofdecret vom 28. August 1837, S. 142, Nr. 220.

Geistliche. S. Geistlichkeit.

- **Gemeinden.** S. Geistlichkeit.
- **Pfründen.** S. Geistlichkeit, Pfründe.
- **Verlassenschaften.** S. Verlassenschaften.

Geistlicher Erblasser. S. Erblasser.

— **Orden.** S. Orden.

Geistlichkeit. Vorschrift hinsichtlich des Befugnisses geistlicher Gemeinden und Pfründner, über den Ertrag des ihnen zum Genuße eingeräumten Stiftungs-Vermögens rechtsgiltige Pacht- und Mieth-Verträge abzuschließen.

Justiz-Hofdecret vom 26. Mai 1821, S. 30, Nr. 1763.

- Die Forderungen noch bestehender geistlicher Corporationen können in dem Grundbuche oder der Landtafel ohne ausdrückliche Genehmigung der politischen Landesstelle nicht gelöscht werden.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1821, S. 33, Nr. 1768.

- Untersuchung der Gebäude geistlicher Pfründner nach ihrem Tode, und Nichteinantwortung der Verlassenschaft an ihre Erben, vor der ausgewiesenen Leistung oder bestmöglichen Sicherstellung der sie treffenden Entschädigungen.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1824, S. 260, Nr. 2027.

- Veredigung der katholischen und nicht unirten griechischen Selbstegeistlichen, welche bei Criminal-Untersuchungen als Zeugen oder Beschädigte abgehört werden.

Justiz-Hofdecret vom 5. December 1828, S. 140, Nr. 2374.

- hat die für Pestvergehen bestehenden und auf die Uebertreter der wider die Cholera eingeführten Sanitäts-Maßregeln ausgebehten Strafgesetze dem Volke von der Kanzel kund zu machen.

Justiz-Hofdecret vom 27. August 1831, S. 18, Nr. 2525.

- Die Stolzgebühren sind von Katholiken sowohl in Gallien als in der Bulowina an katholische Geistliche nur dann zu entrichten, wenn diese für dieselben eine Function verrichten, wofür eine Stolzgebühr festgesetzt ist.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1835, S. 22, Nr. 37.

- Testirungs- und Veräußerungs-Befugniß der Mitglieder aufgehobener Klöster (Erecligiosen).

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1835, S. 66, Nr. 111.

- Vorschrift über die Sequestrierung der Pfründe eines Geistlichen, wegen Ersäßen an die Waisen- und Depositen-Casse und anderen Entschädigungen.

Hofkanzlei-Decret vom 20. März 1836, S. 78, Nr. 132.

- Vorschrift über die Vollziehung des letzten Willens, wodurch der Geistlichkeit eine Erbschaft oder ein Vermächtniß zufällt.

Justiz-Hofdecret vom 29. August 1836, S. 91, Nr. 154.

- Der Geistlichkeit darf eine Schurflicenz zum Bergbaue ertheilt werden.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 28. April 1837, S. 123, Nr. 198.

- Hintanhaltung jedes Mißbrauches der landesfürstlichen Behörden bei Forderung von Auskünften von der Geistlichkeit.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Mai 1837, S. 126, Nr. 202.

- Vorschrift über die Alimentirung des in eine strafgerichtliche Untersuchung gezogenen mittellosen Geistlichen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. August 1838, S. 275, Nr. 289.

Geistlichkeit. Vorschrift über die Behandlung des Erbsteuer-Äquivalents der Geistlichkeit bei Gelegenheit der Aufhebung der landesherrlichen Erbsteuer.

Hofkanzlei-Decret vom 4. März 1841, S. 563, Nr. 514.

- Vorschrift über das Verfahren bei Untersuchungen wider Geistliche, welche zum Theile auch Staatsbeamte sind, wegen schwerer Polizei-Übertretung, hinsichtlich des Pfründenverlustes.

Hofkanzlei-Decret vom 12. August 1841, S. 601, Nr. 553.

- Vorschrift über das Verhalten der katholischen Curat-Geistlichkeit bei eintretenden Ehen zwischen Katholiken und Apatholiken.

Justiz-Hofdecret vom 20. September 1841, S. 607, Nr. 563, und

Hofkanzlei-Decret vom 8. August 1842, S. 56, Nr. 629.

- Vorschrift für die katholische Geistlichkeit hinsichtlich der Führung der Trauungsbücher und Ausfertigung der Trauungsscheine über gemischte Ehen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. April 1843, S. 118, Nr. 700.

- Die Deficientenhalte der Geistlichkeit und die pfarrliche Congrua mit 300 fl. sind von der Execution befreit.

Hofkanzlei-Decret vom 13. October 1843, S. 149, Nr. 750.

- Vorschrift über die Gültigkeit und Dauer der von einzelnen geistlichen Pfründern über ihre Grundbesitzungen, Gerechtsame und Wohnungen geschlossenen Pacht- und Mieth-Verträge.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Jänner 1844, S. 189, Nr. 776.

- Vorschrift für die Geistlichkeit über die Erhebung und nachträgliche Eintragung der für Matrikelsbücher nöthigen Thatfachen, dann über die Ausstellung der pfarrlichen Scheine und Zeugnisse.

Hofkanzlei-Decret vom 5. April 1844, S. 203, Nr. 799.

- Bestimmung des Fonds, aus welchem die Geistlichen in den Strafhäusern ihre Bezüge, oder deren Entschädigung, zu beziehen haben.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1844, S. 235, Nr. 835.

- Anstellung eines zweiten Geistlichen in dem Wiener Criminal-Gerichtshause.

Justiz-Hofdecret vom 8. August 1845, S. 274, Nr. 900.

- hat dem Entstehen und der Verbreitung der Secte der Deutschkatholiken mit wachsamem und klugen Eifer zu begegnen.

Hofkanzlei-Präsidial-Schreiben vom 26. Jänner 1846, S. 308, Nr. 923.

- Landtätsliche Güter der Geistlichkeit können der galizisch-pannischen Creditsanstalt beitreten.

Hofkanzlei-Decret vom 31. Jänner 1846, S. 310, Nr. 925.

- Die Controle über die Führung der jüdischen Matriken in Mähren und Schlesien steht dem katholischen Orts-Seelsorger zu.

Hofkanzlei-Decret vom 19. März 1846, S. 321, Nr. 945.

- Die von der Geistlichkeit ausfertigten Tauf-, Trauungs- und Todtenscheine sind Original-Urkunden, bedürfen aber in Dalmatien der vom Gubernial-Präsidium bestätigten Legalisirung des Ordinariats, wenn die Parteien davon außer dem Gouvernements-Gebiete Gebrauch machen wollen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1847, S. 454, Nr. 1052.

- Die wegen Hochverrath abgestrafte Geistlichkeit darf ohne Allerhöchste Bewilligung weder in der Seelsorge noch im Lehramte verwendet werden.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1847, S. 462, Nr. 1067.

Gefaherte Schiffe. S. Schiffe.

Geflagte. Vorschrift über die Zustellung der Klagen an außer Landes wohnende Geflagte, deren Aufenthalt bekannt ist.

Justiz-Hofdecret vom 11. Mai 1833, S. 91, Nr. 2611.

- In welchen Fällen der Vertreter eines abwesenden Geflagten, oder dessen Aufenthalt unbekannt ist, die Urtheilstaxe zu entrichten hat.

Hofkammer-Decret vom 30. Juni 1837, S. 132, Nr. 210.

- Dem Fiscalamte in Dalmatien wird gestattet, vor Anstrengung der ordentlichen Klage bei dem Collegialgerichte zu Cattaro den Geflagten zu einer Tagsatzung vorladen zu lassen, bei welcher der Gegenstand durch Vermittlung des Gerichtes und mit Zuziehung eines Cameral- oder Kreisamtsbeamten gütlich auszugleichen versucht werde.

Justiz-Hofdecret vom 13. September 1842, S. 61, Nr. 641.

- Vorschrift über das Verfahren bei Klagen, welche gegen mehrere Geflagte gerichtet sind.

Justiz-Hofdecret vom 5. März 1847, S. 435, Nr. 1042.

Geld. Theilweise Enthebung der Hofkammer-Procuratur von der bisher in beträchtlicher Ausdehnung besorgten Einhebung und Verrechnung von Geldern.

Hofkammer-Decret vom 23. December 1842, S. 77, Nr. 664.

Geldaushilfe. S. Aushilfe.

Geldbeträge. In Erbschafts- und Vormundschafts-Angelegenheiten haben die Gerichtsbehörden und Wirthschaftsämter die Geldsummen in Conventionsmünze anzusetzen.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1831, S. 27, Nr. 2543.

- Wann die in dem I. und II. Theile des Strafgesetzes vorkommenden Geldbeträge in den Provinzen, in welchen Papiergeld im Umlaufe ist, in Conventions-Münze bei der Aburtheilung zu berechnen seien.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 30, Nr. 52.

- Echte Geldbeträge sind nicht mit den Criminal-Acten an den höheren Richter einzusenden, sondern im Criminal-Depositenamte aufzubewahren und der Empfangsschein des letzteren zu den Acten zu bringen und zu journalisiren.

Justiz-Hofdecret vom 9. August 1842, S. 57, Nr. 631.

- Vorschrift über die Anlegung der den Minderjährigen und Pflegebefohlenen gehörigen Geldbeträge auf Häuser in den Städten: Prag, Brünn, Olmütz, Troppau, Pils, Graz, Klagenfurt, Laibach, Görz und Femberg, mit Einschluß ihrer Vorstädte.

Justiz-Hofdecret vom 23. October 1843, S. 160, Nr. 755.

- Die bei Militärgerichten und bei den städtischen oder Gemeinde-Depositenämtern erliegenden baaren Summen sind bei dem Staatsschulden-Tilgungsfonde anzulegen, und von dieser Anlegung bloß die Depositen bei dem Wiener städtischen Civilgerichte ausgenommen.

Finanzministerial-Decret vom 6. Juni 1848, S. 640, Nr. 1160.

Geldbuße wegen nicht erwirkter Gewährrandschreibung. S. Gewährrandel.

Geld-Emolumente. Die Auszahlung der Geld-Emolumente der Beamten hat immer gleichzeitig mit den Gehältern zu geschehen.

Justiz-Hofdecret vom 29. September 1827, S. 100, Nr. 2310.

Geldforderungen. Anwendung des §. 1333 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches auf alle Forderungen im Gelde, nicht aber auf solche, welche keine Summe Geldes, sondern andere Sachen oder Leistungen zum Gegenstande haben.

Justiz-Hofdecret vom 18. Jänner 1842, S. 7, Nr. 592.

Geldstrafen. Wie die Geldstrafen für den Criminalfond von Parteien oder ihren Vertretern, oder auch von den dazu verurtheilten Gerichtsbehörden einzutreiben seien.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1821, S. 42, Nr. 1757.

- Eintreibung der den Magistraten, Obrigkeiten und ihren Justizämtern gerichtlich zuerkannten Strafbeträge.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1823, S. 137, Nr. 1926.

Geldstrafen. Civilgerichte können zur Aufrechterhaltung der von demselben in Besitzstreitigkeiten getroffenen provisorischen Verfügungen außer den Geldstrafen nur Arreststrafen verhängen.

Justiz-Hofdecret vom 26. November 1824, S. 270, Nr. 2051.

- Notionen über die einer Herrschaft wegen nicht befolgter Vorschrift des Transteuer-Patentes auferlegten Geldstrafen können auch dem Wirtschaftsämte mit rechtlicher Wirkung zugestellt werden.

Justiz-Hofdecret vom 28. Jänner 1825, S. 288, Nr. 2070.

- Recurse und Gesuche der Magistrate und Justiz-Obrigkeiten um Nachsicht oder Mäßigung der wider sie verhängten Geldstrafen unterliegen den Tax-, Stempel- und Postporto-Gebühren.

Hofkammer-Decret vom 30. Mai 1827, S. 82, Nr. 2280.

- Bestimmung der Geldstrafen auf Adels-Anmaßungen.

Hofkanzlei-Decret vom 2. November 1827, S. 103, Nr. 2316.

- Bestimmung des Fonds, in welchen die den landesfürstlichen und Patrimonial-Gerichtsbeamten wegen vernachlässigter Ausübung des Richteramtes über schwere Polizei-Übertretungen auferlegten Geldstrafen einzuschießen haben.

Hofkanzlei-Decret vom 24. Juni 1830, S. 200, Nr. 2470.

- Verwendung der in Steiermark für ungebührnde Abnahme von Grundbuchtaxen eingegangenen Strafgebühren.

Hofkanzlei-Decret vom 2. März 1833, S. 80, Nr. 2599.

- Die nach dem §. 25 des Auswanderungs-Patentes gegen einen unbefugt Abwesenden erkannten Geldstrafen sind dem betreffenden Local-Armenfonde zuzuwenden.

Hofkanzlei-Decret vom 21. April 1836, S. 80, Nr. 137.

- Bestimmung der Geldstrafe auf die Beschädigung der auf öffentlichen Wegen gepflanzten Bäume und Alleen.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Jänner 1837, S. 99, Nr. 163.

- haben bei Abnahme ungesetzlicher und übermäßiger Taxen und Gebühren in jenen Fällen nicht einzutreten, in welchen gegen denselben Beschuldigten auf eine Criminalstrafe erkannt wird.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Juni 1838, S. 239, Nr. 278.

- Zuwendung der Geldstrafen für Polizei-Vergehen dem Armenfonde des Ortes, wo das Vergehen begangen worden ist.

Hofkanzlei-Decret vom 6. März 1840, S. 474, Nr. 413.

- Die von der obersten Justizstelle den Parteien oder ihren Vertretern auferlegten Geldstrafen kann die Landesstelle nicht erlassen.

Justiz-Hofdecret vom 28. September 1840, S. 532, Nr. 466.

- Bestimmung der Geldstrafen auf verbotene Spiele und Verwendung derselben, dann Umänderung der Geld- in Arreststrafe bei Zahlungs-Unvermögenheit des Schuldigen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. October 1840, S. 533, Nr. 469, dann

Circular der niederösterreichischen Regierung vom 31. December 1840, S. 544, Nr. 489.

- Die Bewilligung der Nachsicht der von Civil-Gerichtsbehörden verhängten Geldstrafen steht den Gerichtsbehörden zu.

Hofkammer-Decret vom 18. Mai 1841, S. 580, Nr. 538.

- Die wegen Uebertretung des Musikal-Impostes durch unbefugte Tanzmusikhaltung verhängten und in den Local-Armenfond einfließenden Geldstrafen sind bei erwiesener Zahlungs-Unfähigkeit des Uebertreters in eine arbiträre Arreststrafe umzuwandeln.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Juli 1841, S. 595, Nr. 551.

- Die durch Ueberschreitung der Waaren-Sensalen-Ordnung verurtheilten Geldstrafen verfallen dem Armen-Institute.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 8. April 1842, S. 17, Nr. 606.

Geldstrafen. Die Bemessung, Einhebung und Nachsicht der Justiz-Geldstrafen bleibt den Justizbehörden zugewiesen.

Hofkammer-Decret vom 8. Juli 1842, S. 45, Nr. 625.

- Bei Verwandlung der Geldstrafen in eine Arreststrafe in Buchersachen ist die Verhängung des strengen Arrestes nicht gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 28. November 1842, S. 75, Nr. 658.

- Die auf Holzdiebstähle an den Holzschwemmen verhängten Geldstrafen haben dem Armenfonde des Ortes der Uebertretung zu verfallen.

Hofkanzlei-Decret vom 5. März 1846, S. 320, Nr. 943.

- Durch das Hofkammer-Decret vom 24. October 1845, wegen Pränotationen von Aetarial-Forderungen auf Realitäten, ist an den bestehenden Vorschriften zur Sicherstellung der Gefälls-Vermögensstrafen nichts geändert worden.

Hofkammer-Decret vom 6. Mai 1846, S. 334, Nr. 959.

- Bestimmung der Geldstrafen auf den unbefugten Nachdruck artistischer und literarischer Werke. Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

- Bestimmung der Geldstrafen der bei dem Eisenbahnbetriebe angestellten Personen für die in ihrem Dienste begangenen Verschulden.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §§. 34, 35, 36, 40, 41.

- Wegen Einhebung und Abführung der aus Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfrevel an den bairischen Landesgränzen von österreichischen Untertanen verwirkten Geldstrafen an die bairischen Behörden.

Hofkanzlei-Decret vom 18. September 1847, S. 471, Nr. 1087.

- Die Uebertretung der Vorschriften zur Beseitigung von Mißbräuchen durch Betäubung mit Schwefeläther und anderen Aethergattungen (Naphthen) sind, soferne dießfalls nicht schon im II. Theile des Strafgesetzes vorgesehen ist, mit angemessener Geldstrafe zu belegen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1847, S. 473, Nr. 1091.

- Umwandlung der wegen Preßvergehen verhängten Geldstrafen in Arreststrafen von Einem Tage für je zehn Gulden.

Rundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

- S. auch Geldebeträge

Geld-Urlunden. S. Urlunden.

Geldvertretende Urlunden. S. Urlunde.

Geldwährung. Vorschrift über die Bemessung des landesfürstlichen und obrigkeitlichen Mortuars, hinsichtlich der Geldwährung der Katastral-Einlage des Gutes oder der Realität.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1828, S. 138, Nr. 2368.

Gelitzzoll. Befreiung der Israeliten aus Polen, die bei einem Strafgerichte in Galizien zu erscheinen haben, von dem Gelitzzolle.

Justiz-Hofdecret vom 11. März 1825, S. 290, Nr. 2075.

Gelübde. Die einfachen Gelübde, welche im Orden der Jesuiten abgelegt werden, sind hinsichtlich ihrer privatrechtlichen Wirkungen den einfachen Gelübden anderer Orden gleichgestellt.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1848, S. 495, Nr. 1124.

Gemälde. Die in Verlassenschaften vorgefundenen anstößigen oder unsittlichen Gemälde dürfen nie öffentlich verkauft oder zum Verkaufe angetragen werden.

Justiz-Hofdecret vom 30. August 1833, S. 102, Nr. 2629.

Gemeinde-Auflagen. S. Auflagen.

Gemeinde-Beamte. S. Beamte.

Gemeinde-Capitalien. S. Capitalien.

Gemeinde-Depositenämter. S. Depositenamt.

Gemeinde-Giebigkeiten. Welche Gemeindegiebigkeiten bei nicht eintretenden Unterthandsverhältnissen im politischen Wege einzutreiben, und welche nach den für Privat-Ansprüche bestehenden allgemeinen Gesetzen zu behandeln sind.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1835; S. 20, Nr. 33.

Gemeindegüter. S. Gut.

Gemeinden. In wieferne den Privatgemeinden die Einbringung und Sicherstellung des durch fromme Vermächtnisse oder Stiftungen gestifteten Vermögens obliegt.

Justiz-Hofdecree vom 13. Jänner 1821, S. 2, Nr. 1730.

- Vorschrift für geistliche Gemeinden in Abschließung rechtsgültiger Pacht- und Miethverträge über den Ertrag des ihnen zum Genusse eingeräumten Stiftungsvermögens.

Justiz-Hofdecree vom 26. Mai 1821, S. 30, Nr. 1763.

- Die Forderungen der noch bestehenden geistlichen Corporationen dürfen ohne Genehmigung der politischen Landesstelle in der Landtafel oder dem Grundbuche nicht gelöscht werden.

Justiz-Hofdecree vom 16. Juni 1821, S. 33, Nr. 1768.

- Freien Gemeinden ist die Wahl der Beamten bedingt noch ferner gestattet. Die Anstellung der Bürgermeister und Einbiter ist auf ihre Lebensdauer. Venehmen bei Entlassung der Letzteren.

Justiz-Hofdecree vom 12. April 1824, S. 200, Nr. 2001.

- Inwieferne die Gemeinden freier Städte zur Führung eines Rechtsstreites die Bewilligung der politischen Landesstelle bedürfen.

Justiz-Hofdecree vom 17. Juni 1825, S. 309, Nr. 2109.

- Vorschrift für Gemeinden in Böhmen über die Ernennung ihrer Einbiter, Stadt- und Marktschreiber.

Justiz-Hofdecree vom 4. Februar 1826, S. 2, Nr. 2159.

- Bei Vertretung unterthäniger Gemeinden gegen ihre Grundobrigkeit bedarf der Unterthans-Advocat oder das Fiscal-Amt keines besonderen Auftrages der Landesstelle zur Klage oder Vertheidigung.

Justiz-Hofdecree vom 15. April 1826, S. 16, Nr. 2181.

- In welchen Fällen die Gemeinden zur Einleitung eines Rechtsstreites die Bewilligung ihrer Obrigkeit oder jene des Kreisamtes anzusuchen haben.

Justiz-Hofdecree vom 29. Juli 1826, S. 39, Nr. 2209.

- Vorschrift über die Veräußerung der auf Gemeinden lautenden Getreidelieferungs-Obigationen.

Justiz-Hofdecree vom 1. Februar 1828, S. 108, Nr. 2326.

- Für die von ihrem Gerichtsorte ungewöhnlich weit entfernten Gemeinden ist ein näheres Gericht zu bestellen oder zu delegiren.

Justiz-Hofdecree vom 8. August 1828, S. 130, Nr. 2358.

- Vorschrift über die Entschädigung der Gemeinden, welche durch die Einführung der allgemeinen Verzehrungssteuer an ihren bisher genossenen Einkünften Verlust erlitten haben.

Justiz-Hofdecree vom 8. August 1829, S. 168, Nr. 2423.

- Instruction für Gemeindevorsteher und Gerichtsgehilfen im Küstenlande über die Beforgung einiger Geschäfte des adeligen Richteramtes.

Justiz-Hofdecree vom 9. April 1830, S. 188, Nr. 2457.

- Entscheidung über die Ansprüche der Gemeinden auf die Ausübung der eigenen Gerichtsbarkeit mittelst eines Magistrates.

Justiz-Hofdecree vom 18. December 1830, S. 219, Nr. 2497.

- Bestimmung der Fälle, in welchen die Gemeinden in Görz und Gradiska vor Ueberreichung der Klage einen Vergleichsversuch zu bewirken haben.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1834, S. 129, Nr. 2674.

Gemeinden. Wann die Vertretung der unterthänigen Gemeinden durch ihre Grundobrigkeit zulässig ist, und wann diese Vertretung das Fiscal - Amt, und rücksichtlich der Unterthans-Advocat zu übernehmen hat.

Hofkanzlei-Decret vom 12. August 1835, S. 38, Nr. 72.

- Anwendung des Patentes vom 31. December 1800, über die Behandlung der Pächter von Staatsgütern, welche ihre Verbindlichkeit nicht erfüllen, auf die Pachtungen der Güter der Gemeinden.

Hofkanzlei-Decret vom 29. August 1835, S. 43, Nr. 83.

- Pacht- oder Miethverträge des Richters mit den Gemeinden und ihren Vertretern schließen den Richter von der Ausübung des Richteramtes nicht aus.

Justiz-Hofdecret vom 24. Mai 1836, S. 82, Nr. 142.

- Vorschrift über die Vollziehung des letzten Willens, wodurch einer geistlichen Gemeinde eine Erbschaft oder ein Vermächtniß zufällt.

Justiz-Hofdecret vom 29. August 1836, S. 91, Nr. 154.

- Geistlichen Gemeinden darf eine Schurf-Licenz zum Bergbaue ertheilt werden.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 28. April 1837, S. 123, Nr. 198.

- Vorschrift über das Benehmen der Gemeinden, wenn dieselben einen Rechtsstreit zu führen beabsichtigen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. April 1840, S. 484, Nr. 428.

- Vorschrift über die Errichtung und Ueberwachung der Sparcassen bei einzelnen Gemeinden.

Hofkanzlei-Decret vom 26. September 1844, S. 222, Nr. 832.

- Vorschrift über die Belegung der städtischen Gemeinde-Capitalien auf Realitäten der eigenen Stadtbürger.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Jänner 1847, S. 403, Nr. 1017.

Gemeindegelder. S. Capitalien.

Gemeinde-Renten. Die aus den Gemeinde-Renten eines landesfürstlichen Marktes besoldeten Beamten unterliegen der Entrichtung der Dienstitaxe.

Hofkammer-Decret vom 2. December 1842, S. 76, Nr. 660.

Gemeindevorstand. Beiziehung der Gemeindevorstände zu den Zollgefälls - Verhandlungen anstatt der Gerichtspersonen, und Glaubwürdigkeit der Functionen derselben.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1821, S. 35, Nr. 1772.

Gemeindevorsteher. S. Gemeinden.

Gemeine. Gestattung der Anträge auf Gnabengaben für die als Cadeten oder Gemeine ex propriis in den Militärstand getretenen Beamten's-Waisen.

Hofkammer-Decret vom 15. October 1840, S. 532, Nr. 468.

- Gestattung der Anträge auf den Fortbezug der Erziehungsbeiträge und Pensionen für die als Gemeine ex propriis zum Militär eintretenden Civil-Beamten's-vaissen als Gnabengaben nach erreichtem Normal-Alter.

Hofkammer-Decret vom 7. Februar 1841, S. 555, Nr. 503.

- Vorschrift über die Verfassung der Anträge auf Gnabengaben für die als Gemeine ex propriis im Militär dienenden Civil-Beamten's-vaissen.

Hofkammer-Decret vom 21. Februar 1843, S. 97, Nr. 684.

- Wann für die als Gemeine ex propriis im Militär dienenden Militär- oder Civil-Staats-bienersvaissen Anträge auf Verleihung oder Beibehaltung von Gnabengaben bei Seiner Majestät gemacht werden dürfen.

Verordnung des Hofkriegsrathes vom 24. Mai 1845, S. 263, Nr. 886.

Gemeine Polizeivergehen. S. Polizeivergehen.

Gemeinschuldner. S. Schuldner.

Gemischte Behörden. Einvernehmen zwischen dem Appellationsgerichte und der Landesstelle vor Ausfertigung des Beschlusses wegen Abnahme des Wahlfähigkeits-Decretes von einem bei einer gemischten Behörde dienenden Beamten, wenn damit der Verlust des Dienstes verbunden wäre.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1846, S. 355, Nr. 975.

— **Commission.** S. Commission.

— **Ehe.** S. Ehen.

— **erste Instanz.** S. Erste Instanz.

— **Prätoren.** S. Prätoren.

Genealogische Tableaux, deren Erfolgung an Parteien wird den böhmischen Landtafelbeamten unterlagt.

Hofkanzlei-Decret vom 14. December 1835, S. 63, Nr. 104.

General-Commando. Gerichtsbehörden haben die ihnen bei Todesfällen der Invaliden in die Hände kommenden Patent- oder Reservations-Urkunden unverzüglich an das betreffende General-Commando zu übersenden.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1821, S. 66, Nr. 1821.

— Vereinigung des Banal- und des Carlstädter-Warasdiner General-Commando; dessen nunmehrige Benennung in den Aufschriften.

Justiz-Hofdecret vom 20. März 1824, S. 196, Nr. 1993.

— Vorschrift über die Correspondenzform der dalmatinischen Collegialgerichte mit dem General-Commando.

Justiz-Hofdecret vom 19. November 1824, S. 270, Nr. 2050.

— Vierteljährige Qualifications-Eingaben über die um Civildienste ansuchenden pensionirten oder mit Snabengaben theilhabenden Officiere und Militärparteien, von Seite der General-Commanden.

Justiz-Hofdecret vom 4. April 1826, S. 14, Nr. 1177.

— Berechtigung der General-Commanden außer Ungarn, Siebenbürgen und der Militärgränze, den öffentlichen Geschäftsführern die Vertretung der Parteien bei Militärbehörden zu gestatten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Juli 1834, S. 119, Nr. 2663.

— Von der Anstellung der Invaliden im Civildienste sind die betreffenden General-Commanden in Kenntniß zu setzen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juni 1844, S. 212, Nr. 814.

— Criminalgerichte haben sich in ihrer Correspondenz mit dem General-Commando des Titels „Hochlöblich“ zu bedienen.

Justiz-Hofdecret vom 19. October 1845, S. 288, Nr. 908.

— S. auch Qualifications-Eingaben.

— **Consulat** in Odeffa wird zur Uebernahme aller beweglichen Verlassenschaften der im Amtsbezirke verstorbenen österreichischen Unterthanen ermächtigt und berechtigt; Obliegenheit für die sichere Verwahrung derselben und Bekanntgebung der Todesfälle an die Gerichtsbehörde der mutmaßlichen Erben.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 13. April 1847, S. 459, Nr. 1059.

— **Direction** der Staats-Eisenbahnen. Wirkungskreis derselben bei Beschränkung des Eigenthums- und Nutzungsrechtes der Eigenthümer der an der Linie der Staats-Eisenbahnen angrenzenden Gründe und Bergabhänge, dann bei Bestimmung der Entschädigung hiefür.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 234, Nr. 834.

— **Hoftaxamt.** S. Taxämter.

— **Hypotheken** im lombardisch-venetianischen Königreiche. S. Hypotheken.

— **Pächter.** S. Pächter.

Genugthuung. Vorschrift über die Anbringung der Klage um Genugthuung von Seite der durch eine strafbare Handlung Beschädigten.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1835, S. 18, Nr. 29.

Genuss. Vorschrift über den einstweiligen Genuss der den noch nicht erzeugten und noch nicht gebornen Personen durch Testament zugebachten Erbschaften oder Legate.

Justiz-Hofdecret vom 28. Mai 1845, S. 264, Nr. 888.

Geognostisch-montanistischer Verein. Gründung eines geognostisch-montanistischen Vereins für die Provinzen Steiermark, Kärnten, Krain und das Land ob der Enns; Begünstigungen für denselben.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 31. August 1843, S. 137, Nr. 737.

Georgen. Zuweisung der Hauptgemeinde St. Georgen in Ilirien an das landesfürstliche Bezirkscommissariat III. Classe zu Michelskirchen ober Olscheng.

Justiz-Hofdecret vom 24. April 1844, S. 207, Nr. 801.

Gepfändete Fahrnisse. S. Fahrnisse.

Geräthe, in soferne dasselbe zur Fortsetzung des ordentlichen Wirtschaftsbetriebes erforderlich ist, kann nur mit dem unbeweglichen Gute, wozu es gehört, gepfändet, geschätzt und versteigert werden.

Justiz-Hofdecret vom 7. April 1826, S. 15, Nr. 2178.

Gerechtfame. Vorschrift über die Gültigkeit und Dauer der von einzelnen Pfändern über ihre Gerechtfame geschlossenen Pachtverträge.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Jänner 1844, S. 189, Nr. 776.

- Vorschrift über das Verfahren bei der Abschreibung der für die Staats-Eisenbahnen eingelösten obrigkeitlichen Gerechtfame in den Grundbüchern, in der Landtafel und in dem ländlichen Kataster.

Justiz-Hofdecret vom 15. October 1846, S. 277, Nr. 904.

- Vorschrift über das Verfahren bei Abschreibung der für die Staats-Eisenbahnen eingelösten obrigkeitlichen Gerechtfame in den Grundbüchern und in der Landtafel.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1846, S. 387, Nr. 997.

- S. auch Rechte.

Gerhab. S. Vormund.

Gerichte. Vorschrift über die Ernennung der Stadtschreiber bei den Stadtgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1826, S. 2, Nr. 2159.

- Befreiung der gutsherrlichen Gerichte in officiosen Judicial-Gegenständen, in Katastral- und Steuersachen, vom Postporto.

Hofkammer-Decret vom 18. Februar 1829, S. 145, Nr. 2286.

- Vollständige Behandlung der von ausländischen Gerichten an österreichische Criminalgerichte eingeschlachten Gegenstände (Corpora delicti).

Hofkammer-Decret vom 4. Jänner 1843, S. 85, Nr. 669.

- S. auch Beamte, Gerichtsbarkeit, Gerichtsstellen, Rathssitzung.

Gerichtliche Acte. Vorschrift über die Zustellung derselben an Parteien, welche in dem königreiche Sardinien wohnhaft sind.

Justiz-Hofdecret vom 20. December 1841, S. 674, Nr. 579.

- Vorschrift über die Zustellung gerichtlicher Acte an die in Großbritannien und Irland befindlichen Parteien.

Justiz-Hofdecret vom 10. December 1846, S. 394, Nr. 1008.

- Vorschrift über das Verfahren der Gerichtsbehörden bei Zustellung der Gerichts-Acten und Urkunden an In- und Ausländer in der Türkei.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1847, S. 462, Nr. 1066.

Gerichtliche Acten. S. Acten.— **Ausfertigung.** S. Ausfertigung.— **Commissionen.** S. Commission.— **Decrete und Entscheidungen.** S. Decret, Entscheidung.— **Depositen.** S. Depositen.— **Dolmetsche.** S. Dolmetsche.— **Edicte.** S. Edicte.— **Einschreiten.** S. Einschreiten.— **Execution.** S. Execution.— **Feldmesser.** S. Feldmesser.— **Genehmigung** ist den Bezugsbreversen der minderjährigen Ehegattinnen der in Verrechnung stehenden Beamten beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 25. April 1829, S. 153, Nr. 2397.

— **Leichenbeschauen.** S. Leichenbeschauen.— **Schätzung.** S. Schätzung.— **Siegel.** S. Siegel.— **Verbote.** S. Verbote.— **Verfügungen.** S. Verfügungen.— **Vergleiche.** S. Vergleiche.— **Verhandlungen.** S. Verhandlungen.— **Versteigerung.** S. Feilbietung.— **Weisungen.** S. Weisungen.— **Zustellungen.** S. Zustellung.**Gerichtlich-medizinische Untersuchungen.** S. Untersuchung.**Gerichtlicher Beschlagnahme.** S. Execution.**Gerichtliches Verfahren in Streitigkeiten über Besitzstörungen in Dalmatien.**

Hofkanzlei-Decret vom 8. October 1830, S. 210, Nr. 2487.

Gerichtsanwalt. Bestimmung der Gebühren als Belohnung für Gerichtsanwälte in Tirol und Vorarlberg für ihre Amtshandlungen beim summarischen Executionsverfahren, dann bei Aufnahme der Sperre, Inventur oder Versteigerung.

Hofkanzlei-Decrete vom 30. Februar 1837, S. 112, Nr. 175, und vom 16. März 1843, S. 102, Nr. 689.

Gerichtsbarkheit über die handrechtliche Gerichtsbarkheit in der Carlstädter und Banal-Militärgränze; Erklärung in Beziehung auf die in dem Justiz-Hofdecrete vom 12. Februar 1821, Nr. 1739, enthaltenen näheren Bestimmungen des handrechtlichen Verfahrens.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juli 1821, S. 36, Nr. 1774.

— Wegen Ausübung der Civil- und Criminal-Jurisdiction über die Bewohner der Militärgränze.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1821, S. 37, Nr. 1776.

— Den Dominien wird unter festgesetzten Bedingungen gestattet, ihre Gerichtsbarkheit durch den Justizär eines benachbarten Dominiums ausüben zu dürfen.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juli 1821, S. 39, Nr. 1780.

— des Carlstädter Stadt- und Landrechtes über alle in dem Humauer Kreise aus dem ungarischen Urbarsialsysteme entstehenden Unterthansstreitigkeiten.

Justiz-Hofdecret vom 13. August 1821, S. 44, Nr. 1792.

— und Advocatur zugleich zu übernehmen, ist nicht mehr gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 22. September 1821, S. 49, Nr. 1801.

— Den Advocaten in Wien ist künftig die Uebnahme von Justizämtern nicht mehr gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 14. Jänner 1822, S. 73, Nr. 1831.

Gerichtsbarkheit. Bestimmung der Gerichtsbarkheit über die unabelichen Beamten und Besizer von Freigründen im Carlstädter Kreise.

Justiz-Hofdecret vom 20. Mai 1822, S. 97, Nr. 1872.

- über die in dem Bezirke des Stadt- und Landrechtes zu Rovigno sich aufhaltenden Unterthanen der ottomanischen Pforte wird diesem Stadt- und Landrechte eingeräumt.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1822, S. 107, Nr. 1876.

- Uebertragung der Gerichtsbarkheit in Wechsel- und Mercantilsachen über die küstenländischen Bezirke: Capo d'Istria, Monfalcone, Duino, Schwarzenegg und Fünfenberg, von dem Stadt- und Landrechte in Triest an das dortige Mercantil- und Wechselgericht.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1822, S. 107, Nr. 1877.

- des niederösterreichischen Landrechtes über die allgemeine Wittwen- und Waisen-Pensionsanstalt in Wien.

Justiz-Hofdecrete vom 14. September 1822, S. 117, Nr. 1894, und vom 14. Mai 1824, S. 202, Nr. 2005.

- Bestimmung der Gerichtsbarkheit über die aus dem Verhafte entflohenen Criminal-Inquisiten und Sträflinge.

Justiz-Hofdecret vom 21. December 1822, S. 125, Nr. 1916.

- des niederösterreichischen Landrechtes über die von dem Fürsten von Trauttmannsdorf u. ange- tragene Feuer-Versicherungs-Anstalt.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1823, S. 129, Nr. 1924.

- Der Richter ist nur in seinem Gerichtsbezirke berechtigt, Gerichtshandlungen vorzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Mai 1823, S. 145, Nr. 1939.

- Das Befugniß zum Advociren der Gerichtshalter und Magistratsbeamten auf dem flachen Lande hört auf, sobald ihnen durch eine Vermehrung der Gehalte ein besseres Auskommen verschafft wird.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juli 1823, S. 153, Nr. 1950.

- über das in Galizien sich bildende Privat-Pensions-Institut für Wittven und Waisen; dessen weitere Begünstigung.

Justiz-Hofdecret vom 12. August 1823, S. 157, Nr. 1961.

- des niederösterreichischen Landrechtes über die allgemeine Versorgungs-Anstalt für die Unter- thanen des österreichischen Kaiserstaates.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1823, S. 163, Nr. 1974.

- Seeräuber, die von österreichischen Schiffen in der Levante eingebracht werden, stehen unter der Marine-Jurisdiction.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1824, S. 271, Nr. 2054.

- Dinaften dürfen nur die Uebernahme der Delegation einer permanenten fremden Gerichtsbarkheit verweigern.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1825, S. 290, Nr. 2076.

- über die Bezirke Castua, Castelnuovo und Lovrana wird dem Stadt- und Landrechte zu Triest definitiv zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 20. Mai 1825, S. 301, Nr. 2096.

- des Triester Mercantil- und Wechselgerichtes über die Triester See-Affecuranz-Gesellschaften.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juli 1825, S. 311, Nr. 2115.

- Bestimmung der gutsherrlichen Gerichtsbarkheit für jene Fälle, wo Forderungen einzelner Mündel und Curanden, oder einer gemeinschaftlichen Waisencasse gegen Unterthanen oder Gerichts- Insassen des obervormundschaftlichen Gerichtes eingebracht werden sollen.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juli 1825, S. 312, Nr. 2117.

Gerichtbarkeit über den Adel und Clerus in Vorarlberg, dann über die daselbst vorfallenden Wechselproceße und Wucher-Untersuchungen wird dem Innsbrucker Stadt- und Landrechte zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Februar 1826, S. 5, Nr. 2162.

- Bestimmung der Gerichtbarkeit über die Uebertreter der Sanitäts-Anstalten in der Bukowina. Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1826, S. 8, Nr. 2168.

- Die Handels- und Wechselstreitigkeiten der türkischen Unterthanen werden in Niederösterreich an das Mercantil- und Wechselgericht verwiesen.

Justiz-Hofdecret vom 27. October 1826, S. 52, Nr. 2228.

- In der Verwaltung der Gerichtbarkeit bei Pfarr- und Kirchengütern wird derzeit keine Aenderung vorgenommen.

Justiz-Hofdecret vom 18. November 1826, S. 55, Nr. 2233.

- Bestimmung des Wirkungskreises der Gerichte und politischen Behörden in Rücksicht der Gewähr-Anschreibung und der Laubemien.

Hofkanzlei-Decret vom 23. December 1826, S. 60, Nr. 2243.

- Die über das Recht der Gerichtbarkeit zwischen Herrschaften, dann Herrschaften und organisirten Magistraten entstehenden Streitigkeiten sind auf dem Rechtswwege und zwar vor den Landrechten der betreffenden Provinz zu verhandeln.

Justiz-Hofdecret vom 27. Jänner 1827, S. 65, Nr. 2252.

- In den eigenen Angelegenheiten des Gerichtsherrn kann auch die freiwillige Gerichtbarkeit von seinen Beamten nicht ausgeübt werden.

Justiz-Hofdecret vom 26. Juni 1827, S. 86, Nr. 2288.

- Jurisdictionsnorm für Dalmatien.

Patent vom 10. September 1827, S. 91, Nr. 2303.

- Die Ausübung der Gerichtbarkeit auf Privatherrschaften darf nur ganz tabellosen Individuen anvertraut werden.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1828, S. 112, Nr. 2335.

- Nähere Bestimmung des Rechtes der Delegation der gutherrlichen Gerichtbarkeit mit Rücksicht auf die Entfernung des delegirten Gerichtes.

Justiz-Hofdecret vom 8. August 1828, S. 130, Nr. 2358.

- Bestimmung der Gerichtbarkeit der competenten Civil- und Militärgerichte über Klagen der griechischen Unterthanen oder Piraten in Prisenfachen.

Justiz-Hofdecret vom 5. December 1828, S. 140, Nr. 2373.

- Die mit der Gerichtbarkeit in Wechselfachen versehenen landesfürstlichen Collegialgerichte haben auch dann die Jurisdiction in Handels- und Wechselfgeschäften auszuüben, wenn daran türkische Unterthanen als Kläger oder Beklagte Theil nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1829, S. 148, Nr. 2391.

- Bestimmung der Gerichtbarkeit des Obersthofmarschall-Amtes über österreichische Unterthanen, welchen von fremden Regierungen bei dem kaiserlich-österreichischen Hofe als diplomatische Personen accredittirt sind.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1829, S. 148, Nr. 2392.

- Die Criminal-Gerichtbarkeit des Stadt- und Landrechtes zu Innsbruck hat sich auch auf jene Classen von Personen in der Provinz Vorarlberg auszudehnen, die in dem ersten Absatze des §. 221, I. Theiles des Strafgesetzes, bezeichnet werden.

Justiz-Hofdecret vom 22. Mai 1829, S. 160, Nr. 2406.

Gerihtsbarkeit. Durch die von der politischen Obrigkeit anstatt des Criminalgerichtes erlassenen Steckbriefe wird die Criminalgerichtsbarkeit desjenigen Criminalgerichtes begründet, in dessen Bezirke sich die politische Obrigkeit befindet.

Justiz-Hofdecret vom 10. Juli 1829, S. 165, Nr. 2417.

- Der Militär-Jurisdiction unterstehen Kinder der Militärpersonen, wenn sie ihre Nahrung durch Dienen bei Civilpersonen gewinnen, nur in Waisensachen.

Justiz-Hofdecret vom 13. November 1829, S. 178, Nr. 2439.

- Instruction für Gemeindevorsteher und Gerichtsgehilfen im Küstenlande über die Gerichtsbarkeit im adelichen Richteramte.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1830, S. 188, Nr. 2457.

- Bestimmung des steierischen Landrechtes als rechtsprechender ersten Criminal-Instanz in Steiermark. Verhältnisse desselben gegen die steierischen Bann- und Landgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 1. Mai 1830, S. 196, Nr. 2462.

- Die nur mit Creditiv, mit einer Löhnung angestellten Gefällsaufsichts-Individuen genießen des den landesfürstlichen Beamten in dem §. 221, I. Theile des Strafgesetzes, eingeräumten privilegierten Gerichtsstandes nicht.

Justiz-Hofdecret vom 21. Mai 1830, S. 198, Nr. 2464.

- Bestimmung der Abhandlungsbehörde für die im Spielberg und Provinzial-Strafhause zu Brunn verstorbenen Verbrecher.

Justiz-Hofdecret vom 3. September 1830, S. 206, Nr. 2478.

- Bestimmung der Gerichtsbarkeit über die außer dem standrechtlichen Verfahren in der Militärgränze betretenen Verbrecher, welche keine Bewohner der Militärgränze sind.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1830, S. 208, Nr. 2481.

- Bestimmung der Gerichtsbarkeit über die Actionäre der in Triest entstandenen Seeschaden-Versicherungs-Gesellschaften: „Nuova Compagnia d' assicurazione“ und „Italo Banco d' assicurazione“.

Hofkammer-Decrete vom 27. November 1830, S. 218, Nr. 2494 und 2495.

- Entscheidung über die Ansprüche der Gemeinden auf die Ausübung der eigenen Gerichtsbarkeit mittelst eines Magistrates.

Justiz-Hofdecret vom 18. December 1830, S. 219, Nr. 2497.

- des Triester Mercantil- und Wechselgerichtes über die Actionäre der in Triest unter dem Namen „Nuovo greco Banco d' assicurazione“ errichteten Seeschaden-Versicherungs-Gesellschaft.

Hofkammer-Decret vom 17. Juni 1831, S. 15, Nr. 2516.

- des Triester Mercantil- und Wechselgerichtes über die Actionäre der in Triest unter dem Namen „Società slava d' assicurazioni marittime“ errichteten Seeschaden-Versicherungs-Gesellschaft.

Hofkammer-Decret vom 8. Juli 1831, S. 15, Nr. 2518.

- des Obersthofmarschall-Amtes über die pensionirte vormalige Dienerschaft Ihrer königlichen Hoheit der Frau Erzherzogin Maria Beatrix.

Justiz-Hofdecret vom 26. August 1831, S. 18, Nr. 2524.

- über einen Unterthan, der ohne obrigkeitliche Entlassung seinen Wohnsitz verändert hat.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1832, S. 63, Nr. 2566.

- Gerichtsstand der minderjährigen Kinder, deren Vater seinen Wohnsitz ändert.

Justiz-Hofdecret vom 6. Juli 1832, S. 64, Nr. 2569.

- über den Prinzen Gustav Wasa, dessen Familie und gesammte Dienerschaft wird sowohl in persönlichen Streitigkeiten, als in Gegenständen des adelichen Richteramtes, dem Obersthofmarschall-Amte eingeräumt.

Justiz-Hofdecret vom 26. October 1832, S. 70, Nr. 2578.

Gerichtbarkeit des Triester Mercantil- und Wechselgerichtes über die Actionäre der in Triest unter dem Titel: „Intrepida Compagnia d'assicurazione“ errichteten Versicherungsgesellschaft.

Hofkammer-Decret vom 11. Juli 1833, S. 99, Nr. 2623.

- Nähere Bestimmung der gutsherrlichen Gerichtbarkeit für die Fälle, wo 1. wegen der Forderung der Gutsherrn an ihre eigenen Unterthanen oder Gerichts-Insaßen die Execution geführt, oder 2. eine Forderung des Gutsherrn auf die ihm unterthänigen Güter einverleibt oder vorgemerkt, oder eine auf solchen Gütern haftende Schuldpost gelöst, oder 3. die Forderung einer gemeinschaftlichen Baissencasse an die Unterthanen oder Gerichts-Insaßen des vormundschafftlichen Gerichtes durch die Execution eingebracht, im Grundbuche einverleibt, vorgemerkt oder gelöst werden soll.

Hofkanzlei-Decret vom 13. August 1833, S. 100, Nr. 2626.

- Bestimmung der Vormundschäftsbehörde für Findel- und Waisenkinder in Steiermark und dem Klagenfurter Kreise.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1833, S. 104, Nr. 2636.

- über die Privatdienerschaft der in Wien residirenden auswärtigen Gesandten in Civil-Rechtssachen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1834, S. 107, Nr. 2641.

- Die als diplomatische Personen am Allerhöchsten Hofe beglaubigten österreichischen Unterthanen stehen in Realsachen und in persönlichen Rechts-Angelegenheiten unter den ordentlichen Gerichten.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1834, S. 109, Nr. 2646.

- Der Austritt einer Militär-Person aus der Militär-Gerichtbarkeit begründet für sich allein die Abnahme des Militär-Abfahrtsgeldes nicht.

Allerhöchste Entschliebung vom 20. Mai 1835, S. 8, Nr. 21.

- Bestimmung der Gerichtbarkeit hinsichtlich der Untersuchung und Bestrafung der Contumaz-Übertreter, dann der bis zur Einberufung beurlaubten Militär-Mannschaft für die Zeit der Urlaubsbauer.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 12. Juli 1835, S. 33, Nr. 57.

- Bestimmungen über die Verwaltung der Gerichtbarkeit über die sogenannten deutschen, von der Krone Böhmen abhängigen Lehen und deren Besitzer.

Justiz-Hofdecret vom 10. August 1835, S. 37, Nr. 69.

- Bestimmungen über die Verwaltung der Criminal-Gerichtbarkeit über die Besitzer der sogenannten deutschen, von der Krone Böhmen abhängigen Lehen.

Justiz-Hofdecret vom 10. August 1835, S. 37, Nr. 69.

- Die Beurlaubten der ersten Landwehr-Bataillone bleiben, so lange sie in der activen Militär-Dienstleistung stehen, unter der Militär-Jurisdiction.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1835, S. 66, Nr. 110.

- Bestimmung der Gerichtbarkeit über die Eisen-Gußwerke.

Hofkammer-Decret vom 4. Mai 1837, S. 124, Nr. 200.

- Bestimmung der Gerichtbarkeit über die bis zur Einberufung, und über die auf bestimmte Zeit beurlaubte Militär-Mannschaft.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Mai 1837, S. 124, Nr. 201.

- Bestimmung der Gerichtbarkeit über die bis zur Entlassung beurlaubte Militär-Mannschaft.

Hofkanzlei-Decret vom 6. October 1837, S. 148, Nr. 233.

Gerihtsbarkeit. Nähere Bestimmung über die Gerihtsbarkeit der in Privat - Diensten fremder Gesandten stehenden Personen.

Justiz-Hofdecret vom 2. September 1839, S. 348, Nr. 375.

- des Mercantil- und Wechselgerichtes zu Triest über die Bewohner des Bezirkes Pirano in Mercantil- und Wechselfachen.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1839, S. 361, Nr. 393.

- des Stadt- und Landrechtes zu Görz über die Bewohner der Bezirke Monastero, Ronfalcone und Duino in Mercantil- und Wechselfachen.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1839, S. 361, Nr. 393.

- Aufstellung eines landesfürstlichen provisorischen Bezirkscommissariates dritter Classe zu Neumarkt statt der heimgesagten delegirten Bezirksverwaltung Neumarkt.

Hofkanzlei-Decret vom 10. April 1840, S. 481, Nr. 422.

- Competenz der Criminalgerichte zur Ausübung der Gerihtsbarkeit über die wegen Verbrechen vom Militär entlassenen, und vor erreichtem geschnmäßigen Alter zum Militär gestellten oder freiwillig eingetretenen Individuen, mit Ausnahme der Ungarn und Siebenbürger.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1841, S. 550, Nr. 504.

- Bestimmung der Montan-Gerichtsbarkeit über Pfannhämmer, welche ein der Montan-Jurisdiction unterstehendes Probuht verarbeiten.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 27. April 1841, S. 572, Nr. 528.

- Bestimmung der Gerihtsbarkeit über die in den österreichischen Staaten domicilitenden Mitglieder des französischen Königsshauses.

Justiz-Hofdecret vom 31. August 1841, S. 606, Nr. 560.

- Bestimmung der Gerihtsbarkeit über die Bezirkscommissäre, Bezirks-, Orts- und Criminal-Richter, ihre Gattinnen und Kinder, auf dem Lande in Kärnthén.

Justiz-Hofdecret vom 8. November 1841, S. 654, Nr. 570.

- über Waaren-Sensalen wird dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte zugewiesen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 8. April 1842, S. 17, Nr. 606.

- Der Wiener Magistrat kann von der Beweisführung über den Burgfrieden Wiens und die ihm zuständige Gerihtsbarkeit über jene Einwohner, deren erblose Verlassenschaften derselbe anspricht, nicht losgezählt werden.

Hofkammer-Decret vom 28. April 1842, S. 27, Nr. 612.

- Die Unterordnung der bis zur Einberufung Beurlaubten unter die Civil-Gerichtsbarkeit findet auf Ungarn, Siebenbürgen und die Militärgränze keine Anwendung.

Hofkanzlei-Decret vom 12. August 1842, S. 57, Nr. 632.

- Bestimmung der Civil- und Criminal-Gerichtsbarkeit über die Glieder der Gränzwache.

Justiz-Hofdecret vom 28. September 1842, S. 61, Nr. 643.

- Vorschrift über die Ausübung der Civil- und Criminal-Gerichtsbarkeit über die in dem deutschen Ordensgebäude zu Sachsenhausen bei Frankfurt am Main wohnenden österreichischen Unterthanen.

Justiz-Hofdecret vom 25. October 1842, S. 64, Nr. 651.

- Bestimmung der Gerihtsbarkeit der politischen und Justiz-Behörden zur Entscheidung der zwischen zwei ausschließend Privilegirten entstehenden Privilegien-Streitigkeiten.

Hofkammer-Decret vom 26. November 1842, S. 75, Nr. 657.

- des Landrechtes der betreffenden Provinz über die Redemptoristen-Priester.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1843, S. 86, Nr. 670.

Gerihtsbarkeit. Bestimmung der Gerihtsbarkeit über die Glieder der Finanzwache in Civil- und Criminal-Rechtsangelegenheiten, dann in Fällen von schweren Polizeübertretungen und einfachen Polizeivergehen.

Hoflammer-Decret vom 21. April 1843, S. 105, Nr. 696.

- Criminal-Gerihtsbarkeit des Landgerichtes Spital am Pyhrn im Traunkreise über den in Steiermark liegenden Theil seines Bezirkes.

Justiz-Hofdecree vom 3. Juli 1843, S. 126, Nr. 718.

- Aufhebung des Abfahrtsgelbes von den aus der Militär- in die Civil-Gerihtsbarkeit übergehenden Verlassenschaften.

Hofkanzlei-Decret vom 4. August 1843, S. 133, Nr. 731.

- des niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichtes über die Wiener Dampfmaschinen-Aktiengesellschaft, wenn dieselbe, mit Ausnahme der Realklagen, als Geklagte erscheint.

Justiz-Hofdecree vom 11. September 1843, S. 137, Nr. 738.

- Bestimmung der Gerihtsbarkeit über Sparcassen, wenn sie als Kläger oder Geklagte auftreten.

Hofkanzlei-Decret vom 26. September 1844, S. 222, Nr. 832.

- Der mit der Criminal-Gerihtsbarkeit in Böhmen verbundene Aufwand wird vom Jahre 1846 angefangen, als Staatsaufwand erklärt.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Februar 1845, S. 252, Nr. 867.

- Allerhöchst ausgesprochener Grundsatz, daß die Criminal-Gerihtsbarkeit in Oesterreich unter und ob der Enns, dann in den Herzogthümern Steiermark und Kärnten künftig nur durch Collegialgerichte ausgeübt werden solle.

Justiz-Hofdecree vom 17. April 1845, S. 262, Nr. 884.

- Bestimmung der Gerihtsbarkeit der politischen und Justizbehörden bei Privilegien-Streitigkeiten, bei welchen sich zur Competenz der politischen Behörde gehörige Fragen ergeben.

Justiz-Hofdecree vom 9. Juli 1845, S. 271, Nr. 896.

- der Elbe-Zollgerichte.

Hoflammer-Präsidial-Decret vom 2. December 1845, S. 289, Nr. 912.

- Dem Obersthofmarschallamte wird die Gerihtsbarkeit über die Freien von Brandhofen, Gemalin Seiner kaiserlichen Hoheit des Herrn Erzherzogs Johann, und dessen Sohn Franz Grafen von Meran zugewiesen.

Justiz-Hofdecree vom 8. Jänner 1846, S. 307, Nr. 919.

- Bestimmung der Gerihtsbarkeit über die bei Staats-Eisenbahnen angestellten Beamten.

Justiz-Hofdecree vom 11. Februar 1846, S. 314, Nr. 928.

- des niederösterreichischen Landrechtes über die privilegierte erste Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, wenn sie als Geklagte auftritt.

Justiz-Hofdecree vom 5. August 1846, S. 355, Nr. 977.

- Verwaltung der Criminal-Gerihtsbarkeit über die der schupherrlichen Untersuchungscommission in Krakau zugewiesenen Verbrechen von der statt dieser bestellten k. k. Criminal-Commission, in Betreff aller anderer Verbrechen aber in erster Instanz von dem Landgerichte (Tribunale) in Krakau, in zweiter Instanz rücksichtlich aller Verbrechen vom galizischen Appellationsgerichte und in dritter Instanz von der obersten Justizstelle.

Justiz-Hofdecree vom 24. December 1846, S. 399, Nr. 1014.

- Bestimmung der Gerihtsbarkeit in Fällen von schweren Polizeübertretungen oder Polizeivergehen durch die Uebertretung des Eisenbahn-Polizeigesetzes.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §. 47.

Gerichtbarkeit des Innsbrucker Stadt- und Landrechtes über alle Forst-Rechtsstreitigkeiten in Tirol zwischen dem Aerar und den Parteien.

Hofkanzlei-Decret vom 11. April 1847, S. 456, Nr. 1057.

- Bestimmung der Gerichtbarkeit bei Streitigkeiten zwischen Grundholden und ihren Grundherrschaften, über die grundobrigkeitlichen Rechte.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1847, S. 475, Nr. 1093.

- Befreiung der Grundobrigkeiten in Galizien von der Ausübung der Civil-Gerichtbarkeit.

Patent vom 17. April 1848, S. 612, Nr. 1136.

- Bestimmung der Real-Gerichtbarkeit über Montanwerke.

Erlaß des Ministeriums für öffentliche Arbeiten vom 12. Juli 1848, S. 645, Nr. 1169.

- Befreiung der Grundherrschaften in der Bukowina von der unentgeltlichen Ausübung der Civil-Gerichtbarkeit.

Patent vom 9. August 1848, S. 648, Nr. 1173.

- Provisorische Fortführung der Gerichtbarkeit und politischen Amtsverwaltung durch die Patrimonialbehörden auf Staatskosten.

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180, und

Justiz-Ministerial-Decret vom 16. September 1848, S. 659, Nr. 1182.

- S. auch Delegation, Dienstlohn, Gerichtsstellen, griechische Unterthanen, Unterthanen, Zehent.

Gerichtsbeamte. S. Beamte.

Gerichtsbehörden. S. Gerichtsstellen.

Gerichtsboten. S. Gerichtsdienner.

Gerichtsdienner. Criminalgerichte sollen nur dann bei Untersuchungs-Commissionen außer dem Gerichtsorte einen ihrer Gerichtsdienner beiziehen können, wenn es die Nothwendigkeit durchaus erfordert.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1821, S. 1, Nr. 1728.

- Bestimmung der Zustellungsgebühren für Gerichtsdienner.

Justiz-Hofdecret vom 19. April 1823, S. 142, Nr. 1936.

- Bestimmung der Meilengelder der Gerichtsdienner bei gerichtlichen Zustellungen.

Justiz-Hofdecret vom 14. September 1827, S. 97, Nr. 2304.

- haben für die Ergreifung und Einbringung eines Räubers keinen gesetzlichen Anspruch auf die Taglia; jedoch kann ihnen dieselbe ausnahmsweise in besonderen Fällen bewilligt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1829, S. 160, Nr. 2405.

- Den Gerichtsdiennern im Küstenlande gebührt auch bei Zustellungen in fiscalamtlichen Angelegenheiten das Meilengeld.

Justiz-Hofdecret vom 12. März 1830, S. 186, Nr. 2452.

- Die Prüfung und Beerdigung der Landgerichtsdienner in Steiermark wird den Landgerichten überlassen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. Juni 1833, S. 94, Nr. 2619.

- Prüfung und Beerdigung der Landgerichtsdienner in Oesterreich ob und unter der Enns.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Februar 1834, S. 107, Nr. 2640.

- Die als Affistenz abgeforderten Gerichtsdienner sind mit der Amtskleidung und der schriftlichen Weisung zu versehen.

Decret des steierischen Guberniums vom 12. April 1837, S. 120, Nr. 191.

Gerichtsdienner. Die als Ausrufer bei durch Streitsachen oder Concurse veranlaßten gerichtlichen Versteigerungen verwendeten Gerichtsdienner haben keinen Anspruch auf eine Ausrufer-Gebühr.
Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1840, S. 472, Nr. 407.

- Bestimmung der Diäten und Reisekosten für die Gerichtsdienner bei den Gerichtsstellen und Präturen in Dalmatien.

Hofkammer-Decret vom 3. März 1847, S. 426, Nr. 1040.

- Bei Reisen der Gerichtsdienner in Dalmatien in Criminal-Angelegenheiten ist als Amtsbezirk der ganze Kreis verstanden, auf welchen sich die Criminalgerichtsbarkeit erstreckt.

Hofkammer-Decret vom 5. Mai 1847, S. 460, Nr. 1062.

Gerichtsdiennerstellen sind von dem niederösterreichischen Landrechte ohne Concursauschreibung nicht zu vergeben.

Justiz-Hofdecret vom 25. September 1830, S. 209, Nr. 2483.

Gerichtsgebühren. S. Stämpel, Laxe.

Gerichtsgeshilfen. Instruction für Gerichtsgeshilfen im Küstenlande über die Besorgung einiger Geschäfte des adelichen Richteramtes.

Justiz-Hofdecret vom 9 April 1830, S. 188, Nr. 2457.

- im Küstenlande. Bestimmung ihrer Gebühren.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1834, S. 121, Nr. 2667.

- S. auch Bezirksgerichte.

Gerichtshalter. Vorschriften über das Advociren der Gerichtshalter und Magistratsbeamten auf dem flachen Lande.

Justiz-Hofdecret vom 22. September 1821, S. 49, Nr. 1801.

- Das Befugniß der Gerichtshalter und Magistratsbeamten zu advociren hat sogleich aufzuhören, als ihnen durch die Erhöhung der Gehalte ein besseres Auskommen verschafft wird.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juli 1823, S. 153, Nr. 1950.

Gerichtshof (oberster). S. oberste Justizstelle.

Gerichtsinhaber. In den eigenen Angelegenheiten des Gerichtsherrn kann auch die freiwillige Gerichtsbarkeit von seinen Beamten nicht ausgeübt werden.

Justiz-Hofdecret vom 26. Juni 1827, S. 86, Nr. 2288.

- Die Verordnungsstellen für die in den Strafarten der Criminalgerichte mittellos sterbenden Sträflinge haben die Gerichtsinhaber zu bestreiten.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Jänner 1839, S. 322, Nr. 330.

Gerichtsinassen. Vorschrift über die Einbringung der Waisenforderungen von Gerichtsinassen des obervormundschaftlichen Gerichtes.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juli 1825, S. 312, Nr. 2117.

- Bestimmung der Gebühren für die bei den Herrschaften und Magistraten des nun mit Illirien vereinigten Klagenfurter Kreises errichteten Privat-Urkunden für Gerichtsinassen.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1825, S. 325, Nr. 2136.

- Nähere Bestimmung der Gerichtsbarkeit, in Rücksicht der Execution, wegen der Schulforderungen der Gutsherrn an ihre eigene Unterthanen oder Gerichtsinassen, oder der Forderungen einer gemeinschaftlichen Waisencasse an die Unterthanen oder Gerichtsinassen des vormundschaftlichen Gerichtes.

Hofkanzlei-Decret vom 13. August 1833, S. 100, Nr. 2626.

- Obrigkeitliche Beamte, welche Forderungen an Gerichtsinassen jener Obrigkeit, bei der sie angestellt sind, an sich bringen, sind von ihren Dienstplätzen zu entfernen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Juni 1835, S. 19, Nr. 32.

- S. auch Gerichtsbarkeit.

Gerichtskosten. Die Gerichtskosten sind vor Ausmessung der Erbsteuer von dem steuerbaren Verlassenschafts-Vermögen abzuziehen.

Hofkanzlei-Decret vom 2. November 1836, S. 93, Nr. 157.

Gerichts-Ordnung. Anwendbarkeit der §§. 438, 449 und 450 der galizischen Gerichts-Ordnung, hinsichtlich der gerichtlichen Feilbietungen im Carlstädter Kreise.

Justiz-Hofdecret vom 26. November 1821, S. 60, Nr. 1817.

- Die Abänderung der Vorschrift des §. 33 der galizischen Gerichts-Ordnung für das lombardisch-venetianische Königreich vom 7. November 1820, über die Einwendung des nicht gehörigen Gerichtsstandes, wird mehreren deutschen Appellationsgerichten zur Nachachtung bekannt gemacht.

Justiz-Hofdecret vom 25. Jänner 1822, S. 73, Nr. 1832.

- Anwendung der §§. 534 und 538 der italienischen Gerichts-Ordnung bei Ausstellung der Vollmachten der Advocaten.

Justiz-Hofdecret vom 23. Februar 1822, S. 83, Nr. 1846.

- Die westgalizische Gerichts-Ordnung ist auch bei den Berggerichten in dem Lande Salzburg bei dem gerichtlichen Verfahren in Bergwerksachen zu gebrauchen.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1822, S. 112, Nr. 1884.

- Erläuterung der §§. 29 und 482 der italienischen Gerichts-Ordnung, hinsichtlich der Recurse über Bescheide, wodurch das Ausbleiben von der Tagssatzung gerechtfertigt wird.

Justiz-Hofdecret vom 11. October 1822, S. 120, Nr. 1900.

- Anwendung der §§. 105 und 438 der galizischen Gerichts-Ordnung auf die Erforschung der auf einem Erba- oder Executionsgute haftenden Reallasten und Hypotheken in Titol.

Justiz-Hofdecret vom 22. October 1825, S. 326, Nr. 2139.

- Anwendung des §. 12 der galizischen Gerichts-Ordnung auf die Führung des Beweises durch Vergleichung der Handschriften.

Justiz-Hofdecret vom 2. December 1825, S. 331, Nr. 2150.

- Anwendung der §§. 100, 418 und 427 der italienischen Uebersetzung der Gerichts-Ordnung auf die in die Notizenbücher eingetragenen Gläubiger in dem vormals venetianischen Antheile der Küstenlande.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juni 1827, S. 83, Nr. 2283.

- Anwendung des §. 339 der allgemeinen Gerichts-Ordnung bei Ausfertigung der Einantwortungs-Urkunden an den Käufer einer im Executionswege feilgebotenen Realität.

Justiz-Hofdecret vom 11. August 1827, S. 90, Nr. 2300.

- Anwendung der §§. 212, 213 und 305 der galizischen Gerichts-Ordnung auf die Behandlung der Gesuche, um Zulassung des Zeugenbeweises statt des abzulegenden Haupteides.

Justiz-Hofdecret vom 14. September 1827, S. 97, Nr. 2306.

- Erläuterung des §. 17 der allgemeinen Gerichts-Ordnung, über die Anbringung der mündlichen oder schriftlichen Klagen zu mündlichen Verhandlungen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1828, S. 126, Nr. 2352.

- Anwendung der im Jahre 1803 für die österreichischen Staaten in Italien kundgemachten Gerichts-Ordnung in Processen des Fiscalamtes wider Unterthanen des exvenetianischen Istriens.

Justiz-Hofdecret vom 9. März 1832, S. 36, Nr. 2553.

- Erläuterung der galizischen Gerichts-Ordnung in Rücksicht der Rechtskraft der Beurtheile auf den Beweis durch Zeugen oder Kunstverständige, und ihres Einflusses auf die endliche Entscheidung des Processes.

Justiz-Hofdecret vom 9. August 1833, S. 100, Nr. 2625.

Gerichts-Ordnung. Die Anordnungen des §. 145 der galizischen, sowie des §. 137 der italienischen Gerichts-Ordnung sind auch auf ein dem Erbbatar noch vor Beendigung der Concurshandlung angefallenes Erbrecht oder Vermächtniß zu verstehen.

Justiz-Hofdecret vom 8. Mai 1835, S. 8, Nr. 19.

- Uebereinstimmung der Vorschriften der allgemeinen Gerichts-Ordnung in Rücksicht der Form und des Inhaltes der Urtheile auf den Beweis durch Zeugen oder Kunstverständige, mit den Anordnungen der galizischen Gerichts-Ordnung.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juni 1835, S. 24, Nr. 42.

- Erläuterung der §§. 219 und 348 der allgemeinen (293 und 461 der galizischen, 283 und 448 der italienischen) Gerichts-Ordnung über die Ramhaftmachung der Güter des Schuldners an seine Gläubiger.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 30, Nr. 50.

- Die bis 15. December 1796 über Gegenstände der Gerichts-Ordnung ergangenen Anordnungen, finden in Dalmatien, wo die westgalizische Gerichts-Ordnung unter der Benennung: „Regolamento Generale del Processo Civile“ eingeführt ist, keine Anwendung.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1835, S. 36, Nr. 67.

- Nähere Bestimmung der §§. 338 und 340 der westgalizischen Gerichts-Ordnung hinsichtlich der Aufschreibung der Incotulirungs-Tagsatzung im Appellations- und Revisionszuge.

Justiz-Hofdecret vom 1. December 1835, S. 61, Nr. 97.

- Erläuterung der §§. 298 der allgemeinen, 397 und 398 der westgalizischen, dann 347, 386 und 387 der italienischen Gerichts-Ordnung über die Behandlung der Klagen, welche sich auf eine vollen Glauben verdienende Urkunde gründen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Mai 1839, S. 338, Nr. 358, dann 28. September 1840, S. 532, Nr. 467.

- Erläuterung des §. 347 der italienischen Gerichts-Ordnung, hinsichtlich der Verwendung des Richters bei Tagsatzungen zur gütlichen Ausgleichung der streitenden Parteien.

Justiz-Hofdecret vom 28. September 1840, S. 532, Nr. 467.

- Erläuterung des §. 150 der italienischen Gerichts-Ordnung, hinsichtlich der Anbringung der Einwendungen gegen die Vertheilung der Concurssmassen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Februar 1841, S. 561, Nr. 510.

- Anwendung der Anordnungen des §. 14 der allgemeinen Gerichts-Ordnung auf die in Hauptstädten eingebrachten Executionsgesuche.

Justiz-Hofdecret vom 30. März 1842, S. 14, Nr. 603.

- (allgemeine). Aufhebung der Hofdecrete vom 8. April und 6. Mai 1788, und Einführung der in der galizischen Gerichts-Ordnung vom Jahre 1796 erteilten Vorschrift über den Beweis durch den Haupttheil, der nicht zurückgeschoben werden kann, auch in den Provinzen, in welchen die allgemeine Gerichts-Ordnung vom Jahre 1781 in Wirksamkeit ist.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1842, S. 25, Nr. 610.

- Wo bei einer Streitverhandlung die Leitung der Parteien nach Vorschrift des §. 21 der Gerichts-Ordnung einzutreten hat, hat der dießfalls abzuhaltenden Verhandlung nach Thunlichkeit immer derselbe Rath beizuwohnen.

Justiz-Hofdecret vom 19. October 1842, S. 64, Nr. 650.

- Anwendung des §. 314 der allgemeinen Gerichts-Ordnung bei Erwerbung eines dinglichen Rechtes auf verkäufliche nicht tabicirte Gewerbe.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Juli 1843, S. 127, Nr. 720.

- Anwendung des §. 298 der allgemeinen Gerichts-Ordnung zur Sicherstellung von Gefällsstrafen.

Hofkammer-Decret vom 1. April 1844, S. 203, Nr. 798.

Gerichts-Ordnung. Erläuterung des §. 221 der galizischen Gerichts-Ordnung hinsichtlich der dem Zeugenführer gestatteten Aufführung anderer Zeugen statt der vor dem Verhöre verstorbenen Zeugen.

Justiz-Hofdecrete vom 18. September 1844 und 13. Februar 1845, S. 221 und 252, Nr. 830 und 866.

- Unzulässigkeit des Erfüllungsbeides auf Grundlage bloß einfacher Vermuthungen, oder von bloßen Wahrscheinlichkeitsgründen, dann jenes Eides, wodurch der ihn Anbietende das Bestehen des von ihm angesprochenen Rechtes selbst erweisen will.

Allerhöchste Entschließung vom 1. October 1844, S. 235, Nr. 836.

- Die oberste Justizstelle soll, wenn sie die gegen ein Urtheil ergriffene außerordentliche Revision für unzulässig erklärt, dem Producenten nicht eine neue Frist zur Antretung des zugelassenen Beweises bestimmen.

Allerhöchste Entschließung vom 4. Jänner 1845, S. 247, Nr. 856.

- Erläuterung des §. 348 der allgemeinen, §. 461 der westgalizischen und §. 448 der italienischen Gerichts-Ordnung, über das Verfahren bei Ueberreichung der Güterangaben zur Beseitigung des Personal-Arrestes.

Justiz-Hofdecret vom 15. Jänner 1845, S. 249, Nr. 859.

- Vorschrift über das Verfahren bei der Pfändung und Execution beweglicher Sachen, worauf dritte Personen Eigenthums- oder andere Rechte zu haben behaupten.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1845, S. 265, Nr. 889.

- Anwendung des summarischen Verfahrens für geringfügige Rechtsachen bei allen Civilgerichten in allen Provinzen, in welchen das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch gilt, mit Ausnahme des lombardisch-venetianischen Königreiches und Dalmatiens.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- Das Gesuch um Bewilligung der Schlußschrift, kann aus dem Grunde, weil der Inrolirungsbescheid bereits in Rechtskraft erwachsen ist, nicht zurückgewiesen werden.

Allerhöchste Entschließung vom 22. November 1845, S. 289, Nr. 910.

- Anwendung der allgemeinen Gerichts-Ordnung in dem Verfahren bei Verhandlungen über die den Eisbezugsgerichten zugewiesenen Civilrechtsgeschäfte.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 2. December 1845, S. 289, Nr. 912.

- Wirkung der Gesuche um Aufhebung der Folgen des Ausbleibens bei der Tagsatzung, oder um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen eine verstrichene Fallfrist, dann Vorschrift über deren Erlebigung.

Justiz-Hofdecrete vom 19. Februar und 29. April 1846, S. 318 und 333, Nr. 937 und 957.

- Der Haupteid kann nicht bloß in negativer, sondern auch in positiver Form aufgetragen werden.

Allerhöchste Entschließung vom 31. März 1846, S. 331, Nr. 953.

- Erläuterung des §. 73 der allgemeinen Gerichts-Ordnung, daß der Concurß vom Anfange des Tages der Kundmachung des Edictes für eröffnet zu halten sei.

Justiz-Hofdecret vom 14. Mai 1846, S. 335, Nr. 962.

- Vorschrift über das Verfahren bei Klagen, welche gegen mehrere Beklagte gerichtet sind.

Justiz-Hofdecret vom 5. März 1847, S. 435, Nr. 1042.

- Nach Verlauf des peremptorischen Termines zum Antritte eines Beweises, kann dieser Beweis nicht zugelassen werden, sobald sich der Gegentheil demselben widersetzt.

Allerhöchste Entschließung vom 22. Mai 1847, S. 462, Nr. 1065.

- Der Haupteid kann cumulativ oder subsidiarisch mit anderen Beweismitteln aufgetragen werden; Benehmen des Richters bei Zulassung desselben.

Allerhöchste Entschließung vom 19. Juni 1847, S. 463, Nr. 1067.

Gerichtsort. Die Collegialgerichte in Cattaro und die Präturen in Castelnovo und Budua haben die bestehenden Vorschriften vom 2. Juni 1827 zu befolgen, die Feilbietungs-Edicte der in Execution gezogenen Realitäten im Gerichts- und dem Orte der zu veräußernden Realität bekannt zu machen und im Amtsblatte einschalten zu lassen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1847, S. 465, Nr. 1073.

Gerichtspersonen. Das Venehmen der zu Amtsverrichtungen in Geschäften der freiwilligen Gerichtsbarkeit abgeordneten Gerichtspersonen ist von den Gerichtsstellen zu überwachen.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1821, S. 34, Nr. 1771.

Gerichtspflege. S. Gerichtsbarkeit.

Gerichtssprache. S. Sprache.

Gerichtsstand. Abänderung der Vorschriften des §. 33 der galizischen Gerichts-Ordnung, über die Einwendung des nicht gehörigen Gerichtsstandes.

Justiz-Hofdecret vom 25. Jänner 1822, S. 73, Nr. 1832.

- des allgemeinen Witwen- und Waisen-Pensions-Institutes in Wien ist das niederösterreichische Landrecht.

Justiz-Hofdecrete vom 14. September 1822 und 14. Mai 1824, S. 117 und 202, Nr. 1894 und 2005.

- der vom Fürsten von Trautmannsdorf u. errichteten Feuer-Versicherungs-Anstalt ist das niederösterreichische Landrecht.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1823, S. 129, Nr. 1924.

- Bestimmung des Gerichtsstandes für das in Galizien sich bildende Privat-Pensions-Institut für Witwen und Waisen.

Justiz-Hofdecret vom 12. August 1823, S. 157, Nr. 1961.

- Bestimmung des Gerichtsstandes der allgemeinen Versorgungs-Anstalt für die Unthertbanen des österreichischen Kaiserstaates.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1823, S. 163, Nr. 1974.

- für die in Triest errichteten Seeschaden-Versicherungs-Gesellschaften „Camera d'assicurazione“, „Nuova Compagnia d'assicurazione“ und „Banco d'assicurazioni“, ist das Triester Mercantil- und Wechselgericht.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juli 1825, S. 311, Nr. 2115.

- der Triester Seeschaden-Versicherungs-Gesellschaft „Nuovo stabilimento d'assicurazione“ ist das Triester Mercantil- und Wechselgericht.

Justiz-Hofdecret vom 19. August 1826, S. 44, Nr. 2216.

- der Triester Feuer- und Elementar-Versicherungs-Anstalt „Azienda assicuratrice“ ist das Triester Mercantil- und Wechselgericht.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1826, S. 56, Nr. 2235.

- Die nur mit Creditiv mit einer Löhnung angestellten Gefälls-Aufsichts-Individuen genießen des landesfürstlichen Beamten in dem §. 221, I. Theiles des Strafgesetzes, eingeräumten privilegierten Gerichtsstandes nicht.

Justiz-Hofdecret vom 21. Mai 1830, S. 198, Nr. 2464.

- für die in Triest errichteten Seeschaden-Versicherungs-Gesellschaften: „Nuova Compagnia d'assicurazione“ und „Italo Banco d'assicurazione“ ist das Triester Mercantil- und Wechselgericht.

Hofkammer-Decret vom 27. November 1830, S. 218, Nr. 2494.

- für die in Triest errichtete Seeschaden-Versicherungs-Gesellschaft: „Nuovo greco Banco d'assicurazione“ ist das dortige Mercantil- und Wechselgericht.

Hofkammer-Decret vom 17. Juni 1831, S. 15, Nr. 2516.

Gerichtsstand für die unter dem Namen: „Intrepida Compagnia d'assicurazione" in Triest errichtete Versicherungs-Gesellschaft ist das dortige Mercantil- und Wechselgericht.

Hofkammer-Decret vom 11. Juli 1833, S. 99, Nr. 2623.

- Die als diplomatische Personen am Allerhöchsten Hofe beglaubigten österreichischen Unterthanen stehen in Realsachen und in persönlichen Rechts-Angelegenheiten unter den ordentlichen Gerichten.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1834, S. 109, Nr. 2646.

- der Kaiser Ferdinands Nordbahn ist das niederösterreichische Mercantil- und Wechselgericht.

Justiz-Hofdecret vom 5. December 1836, S. 94, Nr. 159.

- der in Triest unter der Benennung: „Riunione Adriatica" entstandenen Versicherungs-Gesellschaft ist das dortige Mercantil- und Wechselgericht.

Hofkammer-Decret vom 22. März 1839, S. 334, Nr. 351.

- Nähere Bestimmung über den Gerichtsstand der in Privatdiensten fremder Gesandten stehenden Personen.

Justiz-Hofdecret vom 2. September 1839, S. 348, Nr. 375.

- der in den österreichischen Staaten domicilirenden Mitglieder des französischen Königshauses.

Justiz-Hofdecret vom 31. August 1841, S. 606, Nr. 560.

- für die Bezirkscommissäre, Bezirks-, Orts- und Criminalrichter, ihre Gattinnen und Kinder auf dem Lande in Kärnthen.

Justiz-Hofdecret vom 8. November 1841, S. 654, Nr. 570.

- der Waaren-Sensalen ist das niederösterreichische Mercantil- und Wechselgericht.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 8. April 1842, S. 17, Nr. 606.

- Bestimmung des Gerichtsstandes für die Glieder der Gränzwache.

Justiz-Hofdecret vom 28. September 1842, S. 61, Nr. 643.

- der Rebentoristen ist das Landrecht der betreffenden Provinz.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1843, S. 86, Nr. 670.

- Bestimmung des Gerichtsstandes für die Glieder der Finanzwache in Civil und Criminal-Angelegenheiten, dann in schweren und einfachen Polizei-Vergehen.

Hofkammer-Decret vom 21. April 1843, S. 105, Nr. 696.

- der Dampfmaschinen-Actiengesellschaft in Wien, ist, wenn sie als Beklagte erscheint, mit Ausnahme der Realklagen, das niederösterreichische Mercantil- und Wechselgericht.

Justiz-Hofdecret vom 11. September 1843, S. 137, Nr. 738.

- der Wiener- & Gloggnitzer Eisenbahn ist das niederösterreichische Mercantil- und Wechselgericht.

Justiz-Hofdecret vom 25. April 1844, S. 207, Nr. 802.

- Bestimmung des Gerichtsstandes für Sparcassen, wenn sie als Kläger oder Beklagte auftreten.

Hofkanzlei-Decret vom 26. September 1844, S. 222, Nr. 832.

- Bestimmung des Obersthofmarschall-Amtes als Gerichtsstand der Gemalin Seiner kaiserlichen Hoheit des Herrn Erzherzogs Johann, Freiin von Brandhofen, sowie dessen Sohnes Franz Grafen von Meran.

Justiz-Hofdecret vom 8. Jänner 1846, S. 307, Nr. 919.

- Bestimmung des niederösterreichischen Landrechtes als persönlicher Gerichtsstand für die privilegierte erste Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, wenn sie als Beklagte auftritt.

Justiz-Hofdecret vom 5. August 1846, S. 355, Nr. 977.

- Streitigkeiten über den Gerichtsstand werden im summarischen Verfahren vor Militärgerichten mit der Hauptsache zugleich verhandelt und entschieden.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

Gerichtsstand. Ueber alle Forstrechts- Streitigkeiten zwischen dem Aetarium und den Parteien in Tirol ist das Stadt- und Landrecht zu Innsbruck der gesetzliche Gerichtsstand des Fiscus. Hofkanzlei-Decret vom 11. April 1847, S. 456, Nr. 1057.

— Bestimmung des Gerichtsstandes für die Untersuchung und Bestrafung der durch Mißbrauch der Presse verübten Uebertretungen.

Kundmachungen des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

— S. auch Einwendung über die Unzuständigkeit des Gerichtsstandes, Gerichtsbarkeit.

— der Schuldner der Kirchen und Stiftungen. S. Forderung.

Gerichtstagen. S. Taxen.

Gerichtsstellen. Den Gerichtsstellen ist die genaue Handhabung einer heilsamen Disciplin gegen die Advocaten zur Pflicht zu machen.

Justiz-Hofdecret vom 30. Jänner 1821, S. 5, Nr. 1733.

— Verwandte dürfen bei einer und derselben Gerichtsstelle nicht dienen.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1821, S. 11, Nr. 1742.

— Vorschrift über die Behandlung der bei den Gerichtsstellen durch Stämpelbeamte entdeckten ungestämpelten Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juni 1821, S. 32, Nr. 1767.

— Vorschrift für die Gerichtsstellen bei der Wahl der Vormünder und Curatoren, dann Ueberwachung derselben, sowie der zu den Amtsverrichtungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit abgeordneten Gerichtspersonen.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1821, S. 34, Nr. 1771.

— Vorschrift über die Eintreibung der Geldstrafen von Justizämtern für den Criminalfond.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1821, S. 42, Nr. 1787.

— haben den Criminalgerichts-Beisitzern in den an dieselben gerichteten Zustellungen den Titel „Herr“, und bei gerichtlichen Verhandlungen den Sitz zu geben.

Justiz-Hofdecret vom 11. August 1821, S. 43, Nr. 1790.

— Den Beamten der Collegialgerichte gebühren Postspesen bei Dienstreisen in und außerhalb ihrem Amtsbezirke neben den übrigen Gebühren.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1821, S. 44, Nr. 1793.

— Vorschrift für Gerichtsstellen hinsichtlich der Registrirung der Veräußerungsverträge über grund-jüngbare Realitäten und Güter in Tirol.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 46, Nr. 1797.

— haben dafür zu sorgen, daß die zur Christlichen Religion übertretenden Judenkinder von ihren Aeltern in den ihnen nach dem allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuche zustehenden Rechten nicht getränkt werden.

Justiz-Hofdecret vom 1. October 1821, S. 51, Nr. 1804.

— Das Collegialgericht zu Novigno hat in Zukunft den Namen eines Stadt- und Landrechtes zu führen.

Justiz-Hofdecret vom 29. October 1821, S. 58, Nr. 1812.

— Welchen Gerichtsstellen die Entsetzung oder Suspendirung eines Advocaten bekannt zu machen ist.

Justiz-Hofdecret vom 1. December 1821, S. 65, Nr. 1819.

— haben, wenn ihnen bei Todesfällen der Invaliden Patent- oder Reservations-Urkunden in die Hände kommen sollten, dieselben unverzüglich an das betreffende General-Commando zu übersenden.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1821, S. 66, Nr. 1821.

Gerichtsstellen. Befreiung der nicht landesfürstlichen Orts- und Patrimonialgerichte, Dominien und Magistrate von der Entrichtung des Briefporto in Hinsicht ihrer amtlichen Judicial-Correspondenz.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1821, S. 69, Nr. 1824.

- Vorschrift zur Behandlung und Erledigung der Justizgeschäfte in mehr oder minder zahlreichen Rathssversammlungen erster Instanzen.

Justiz-Hofdecrete vom 9. Februar und 5. April 1822, und vom 9. Juli 1825, S. 76, 90 und 312, Nr. 1836, 1859 und 2118.

- Die den Minderjährigen oder Pflegebefohlenen gehörigen Urkunden über Verträge, welche in das Verfaß-Protokoll eingetragen werden, sind zu dem vormundschaftlichen Gerichte zu deponiren.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juli 1822, S. 108, Nr. 1879.

- landesfürstliche, dürfen an ihre Beamte Aushilfen bis zu dem Betrage von fünfzig Gulden bewilligen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juli 1822, S. 111, Nr. 1881.

- Postportobefreiung der von k. k. österreichischen Gerichtsstellen an jene im Kirchenstaate ergehenden Ersuchsschreiben.

Justiz-Hofdecret vom 13. September 1822, S. 117, Nr. 1893.

- Vorschrift für Gerichtsstellen bei Einholung des Gutachtens der medicinischen Facultät oder der Professoren der Heilkunde über einen ärztlichen Befund in Civil- und Criminal-Rechtsangelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 21. September 1822, S. 117, Nr. 1895.

- nicht landesfürstliche, haben auf den Adressen ihrer Schreiben in Criminalsachen an andere Behörden den Gegenstand der Correspondenz wegen der Postportobefreiung zu bemerken.

Hofkammer-Decret vom 17. October 1822, S. 120, Nr. 1902.

- Vorschrift für Gerichtsstellen über ihre Correspondenz mit dem Stadtgerichte der freien Stadt Frankfurt am Main.

Justiz-Hofdecret vom 9. November 1822, S. 123, Nr. 1909.

- Das vormundschaftliche Gericht genehmiget ohne Anfrage bei der zweiten Instanz die im Namen der Mündel und Pflegebefohlenen geschlossenen Compromisse.

Justiz-Hofdecret vom 6. December 1822, S. 123, Nr. 1911.

- Vorschrift für Gerichtsstellen über das Verfahren bei Amortisirung einer in Verlust gerathenen Tiroler Landschafts-Obligatton.

Justiz-Hofdecret vom 20. Jänner 1823, S. 127, Nr. 1919.

- haben auf der Adresse ihres Schriftenwechsels über Judicial-Gegenstände die Bemerkung: „officioser Judicial-Gegenstand“ beizusetzen.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1823, S. 137, Nr. 1927.

- dürfen nur in ihrem Gerichtsbezirke die Gerichtsbarkheit ausüben.

Justiz-Hofdecret vom 3. Mai 1823, S. 145, Nr. 1939.

- sollen sich zur Begründung ihrer Beschlüsse nicht auf Privat-Gesessammlungen berufen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juli 1823, S. 154, Nr. 1953.

- haben ihre Ersuchsschreiben an öffentliche Cassen, wegen Verbotten u. mit dem Amtssiegel zu versehen.

Justiz-Hofdecret vom 20. October 1823, S. 161, Nr. 1971.

- Vorschrift für Gerichtsbehörden über die Veranlassung der Einschaltung der Kundmachungen in Parteisachen in die Wiener Zeitung.

Justiz-Hofdecret vom 17. Jänner 1824, S. 169, Nr. 1983.

Gerichtsstellen. Vorschrift für das Benehmen der Gerichtsstellen bei dem Verkaufe eines unbeweglichen Gutes unter der Schätzung.

Justiz-Hofdecret vom 25. Juni 1824, S. 213, Nr. 2017.

- Vorschrift über die Correspondenzform der dalmatinischen Collegialgerichte mit dem *judicium delegatum militare* und mit dem General-Commando.

Justiz-Hofdecret vom 19. November 1824, S. 270, Nr. 2050.

- Civil-Gerichtsstellen können zur Aufrechthaltung der von denselben in Besitzstreitigkeiten getroffenen provisorischen Verfügungen außer den Geldstrafen nur Arreststrafen verhängen.

Justiz-Hofdecret vom 26. November 1824, S. 270, Nr. 2051.

- In den Urtheilen eines delegirten Gerichtes ist das Decret der Delegation und das ordentliche Gericht auszudrücken.

Justiz-Hofdecret vom 15. Jänner 1825, S. 286, Nr. 2065.

- Wegen Führung der Notizbücher im Küstenlande durch Gemeindebeamte oder Bezirksgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 28. Jänner 1825, S. 288, Nr. 2071.

- sollen nur vollkommen geeignete und ihren Unterhalt vollkommen ausweisende Individuen als Kanzlei-Accessisten aufnehmen.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1825, S. 291, Nr. 2078.

- Vorschrift für Gerichtsstellen über die Erledigung der Verlassenschafts-Abhandlungen mittelloser Personen.

Justiz-Hofdecret vom 30. April 1825, S. 299, Nr. 2092.

- Vorschrift für Gerichtsstellen bei Vornahme gerichtlicher Schätzungen von Gütern und Realitäten.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 308, Nr. 2106.

- Vorschrift für Gerichtsstellen zur Einbringung der Forderungen einzelner Mündel und Pflegebefohlenen oder einer gemeinschaftlichen Waisen-Casse gegen Unterthanen und Gerichts-Inassen des obervormundschaftlichen Gerichtes.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juli 1825, S. 312, Nr. 2117.

- haben über die rechtlichen Folgen eines Verschuldens, welches nicht der zur Bezahlung der Erbsteuer verpflichteten, sondern einer dritten Person zur Last gelegt wird, zu entscheiden.

Justiz-Hofdecret vom 6. August 1825, S. 314, Nr. 2122.

- Bestimmung des Gerichtes zur Vertheilung des Kauffchillinges für, wegen rückständigen landesfürstlichen und grundherrlichen Abgaben, gerichtlich versteigerte Realitäten.

Justiz-Hofdecret vom 16. September 1825, S. 321, Nr. 2132.

- Vorschrift für Gerichtsstellen in Tirol, wegen Verfassung der Sicherheits-Ausweise bei Concurs-Eröffnungen und bei executiven Versteigerungen, dann wegen Vorladungen hinsichtlich des auf dem Eridagute vorgemerkten Capitals eines Militär-Einstandsmannes.

Justiz-Hofdecret vom 22. October 1825, S. 326, Nr. 2139.

- Vorschrift für Gerichtsstellen zur Verfassung der Tabellen über die Verwendung der Auscultanten.

Justiz-Hofdecret vom 2. December 1825, S. 330, Nr. 2149.

- Vorschrift für Gerichtsstellen über das Verfahren bei Führung des Beweises durch Vergleichung der Handschriften.

Justiz-Hofdecret vom 2. December 1825, S. 331, Nr. 2150.

- haben jedes öffentlich anzuschlagende Edict auf einem fünfzehn Kreuzer-Stempel auszufertigen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1826, S. 1, Nr. 2155.

- Bestimmung der Gerichtsstellen in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1826, S. 4, Nr. 2161.

Gerichtsstellen. Das Collegialgericht zu Feldkirch wird aufgehoben, die Gerichtsbarkeit über den Adel und Clerus in Vorarlberg, und die dort vorkommenden Wechsel-Processe und Bucher-Untersuchungen dem Innsbrucker Stadt- und Landrechte zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Februar 1826, S. 5, Nr. 2162.

- haben über das Zehentrecht zu entscheiden.

Hofkanzlei-Decret vom 16. März 1826, S. 12, Nr. 2173.

- haben die Gubernial-Secretäre als politische Repräsentanten ohne Anstand zuzulassen.

Justiz-Hofdecret vom 17. März 1826, S. 14, Nr. 2175.

- Diätenbestimmung für Beamte der Collegialgerichte bei Dienststreifen in Criminalgeschäften.

Justiz-Hofdecret vom 20. März 1826, S. 14, Nr. 2176.

- Bei eben denselben landesfürstlichen und nicht landesfürstlichen Gerichtsbehörde dürfen Verwandte keine besoldete oder unbesoldete Anstellung von was immer für einer Kategorie erhalten.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1826, S. 19, Nr. 2189.

- Benehmen derselben im Falle eines Zweifels über die Eigenschaften der Bewerber um Dienststellen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1826, S. 20, Nr. 2190.

- sollen bei Vorschlägen zu Dienstbesetzungen und bei Verfassung der Qualifications-Tabellen mit aller Gewissenhaftigkeit vorgehen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1826, S. 30, Nr. 2196.

- haben auch in Fällen, wo die Schuldenlast das Verlassenschafts-Vermögen übersteigt, die Verlassenschafts-Abhandlung vorzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juli 1826, S. 33, Nr. 2202.

- Die gegenseitige Vergütung der Ablieferungs- und Verpflegungskosten für Verhaftete, die von Militär- an landesfürstliche Civilbehörden, oder von diesen an jene abgeliefert werden, hat ganz aufzuhören; bei den gutherrlichen Gerichten und jenen der freien Städte und Märkte, bleibt es bei der bisher üblichen Vergütung der Kosten.

Justiz-Hofdecret vom 3. November 1826, S. 52, Nr. 2229.

- entscheiden die Frage, wer an die Gewähr zu bringen sei.

Hofkanzlei-Decret vom 23. December 1826, S. 60, Nr. 2243.

- Vorschrift über die Dauer der Rathssitzungen bei denselben, dann Vornahme der wichtigen Rechtsangelegenheiten in den ersten Stunden der Sitzung.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1826, S. 60, Nr. 2244.

- der Beschluß eines Collegialgerichtes kann nach aufgehobener Sitzung nicht mehr geändert werden.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1826, S. 60, Nr. 2244.

- Einfluß der Gerichtsstellen auf die Urlaubsbewilligung für Beamte gemischter erster Instanzen.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1826, S. 61, Nr. 2245.

- Befugniß der Gerichte erster und zweiter Instanz zur Strafmilderung bei Vergehen wider die Bestanstalten.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1827, S. 66, Nr. 2255.

- Vorschriften über die Prüfungen der Richter und Auscultanten.

Justiz-Hofdecrete vom 13. April 1827, S. 77, Nr. 2272, und vom 8. Mai 1829, S. 154, Nr. 2399.

- Bestimmung jener Gerichtsbehörden, bei welchen die Civil- und Criminal-Praxis als Vorbereitung zu den Richteramts-Prüfungen genommen werden darf.

Justiz-Hofdecrete vom 13. April 1827, S. 77, Nr. 2272, und vom 8. Mai 1829, S. 154, Nr. 2399.

Gerichtsstellen. Recurse und Gesuche der Magistrate und Justiz-Obrigkeiten, um Nachsicht oder Mäßigung der wider sie verhängten Geldstrafen, unterliegen den Tax-, Stämpel- und Postporto-Gebühren.

Hofkammer-Decret vom 30. Mai 1827, S. 82, Nr. 2280.

- Jurisdictionsnorm für Dalmatien.

Patent vom 10. September 1827, S. 91, Nr. 2303.

- Vorschrift für Gerichtsstellen über die Behandlung der Gesuche um Zulassung des Zeugenbeweises statt des abzulegenden Haupteides.

Justiz-Hofdecret vom 14. September 1827, S. 97, Nr. 2306.

- Das Appellationsgericht hat von der Urlaubsertheilung an einen Advocaten auch die betreffende erste Instanz in Kenntniß zu setzen.

Justiz-Hofdecret vom 21. September 1827, S. 100, Nr. 2309.

- Der Präses oder Präsident eines Collegialgerichtes hat bei seiner Uebersetzung zu einem anderen Collegialgerichte, wenn ihm keine mehreren oder höheren Pflichten obliegen, keinen neuen Dienst-eid abzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1827, S. 101, Nr. 2313.

- Streitigkeiten über Entschädigung für Eingriffe in Privilegien entscheidet die Gerichtsstelle.

Justiz-Hofdecret vom 2. November 1827, S. 102, Nr. 2315.

- Streitsachen zwischen Diensthoten und Dienstgebern gehören, wenn sie später als dreißig Tage nach aufgehobenem Dienstverhältnisse angebracht werden, vor die Gerichtsstellen.

Justiz-Hofdecret vom 18. April 1828, S. 119, Nr. 2340.

- Bei Gerichten der Städte und Märkte, die mit einem geprüften Syndicus aber einem ungeprüften Bürgermeister und ungeprüften Rätthen versehen sind, ist der Beschluß über die Einleitung einer Criminal-Untersuchung nach Stimmenmehrheit zu fassen.

Justiz-Hofdecret vom 1. August 1828, S. 129, Nr. 2357.

- Für die von ihrem Gerichtsorte ungewöhnlich weit entfernten Gemeinden und Unterthanen ist ein näheres Gericht zu bestellen oder zu delegiren.

Justiz-Hofdecret vom 8. August 1828, S. 130, Nr. 2358.

- Griechische Unterthanen oder Piraten haben sich mit ihren Klagen in Preissachen an die für sie als türkische Unterthanen competenten Civil- und Militärgerichte zu wenden.

Justiz-Hofdecret vom 5. December 1828, S. 140, Nr. 2373.

- sollen zu erledigten Dienststellen jeberzeit die verdienstlichsten Individuen, wenn sie auch darum nicht competiren, in Vorschlag bringen.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1829, S. 148, Nr. 2390.

- Die mit der Gerichtsbarkeit in Wechselfachen versehenen landesfürstlichen Collegialgerichte haben auch dann die Jurisdiction in Handels- und Wechselgeschäften auszuüben, wenn daran türkische Unterthanen als Kläger oder Beklagte Theil nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1829, S. 148, Nr. 2391.

- haben sich, wenn sie in Civil- oder Criminal-Angelegenheiten den Beistand der französischen Gerichtsbehörden bedürfen, immer an das Appellationsgericht um dessen Einschreitung zu verwenden.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1829, S. 161, Nr. 2407.

- Vorschrift für Gerichtsstellen über die Titular in den amtlichen Erlässen an diejenigen Personen, die zur Annahme des ihnen vom Auslande verliehenen Adels oder der Standeserhöhung die Bewilligung Seiner Majestät erhalten haben.

Hofkanzlei-Decret vom 20. August 1829, S. 170, Nr. 2425.

Gerichtsstellen. Den Gerichtsbehörden in Dalmatien sind die Acten der in ihren Bezirken verstorbenen, oder aus anderen Gründen außer Wirksamkeit getretenen Notare zur Aufbewahrung zu übergeben.

Justiz-Hofdecret vom 9. October 1829, S. 173, Nr. 2431.

- Die Geschäftsausweise der Gerichtsstellen haben die Appellationsgerichte längstens bis 1. März des folgenden Jahres der obersten Justizstelle vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Jänner 1830, S. 182, Nr. 2446.

- haben die wider Gefälsch-Übertreter auf Leibesstrafen gefällten Erkenntnisse der competenten Ortsobrigkeit zur Kundmachung und Vollziehung zuzusenden.

Justiz-Hofdecret vom 19. März 1830, S. 186, Nr. 2453.

- Die Zustellung der von deutschen Gerichtsstellen wider ungarische Unterthanen gefällten Urtheile ist durch die ungarische Hofkanzlei zu bewirken.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1830, S. 188, Nr. 2456.

- haben Proceße, wobei Räte oder Präsidenten des urtheilenden Gerichtes als Parteien eintreten, nach Umständen in einem verstärkten Senate in Vortrag zu bringen; die unterlassene Berathschlagung in einem verstärkten Senate begründet aber keine Nullität.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juli 1830, S. 204, Nr. 2474.

- haben über jedes mündliche Ansuchen um Legalisirung einer Urkunde ein ordentliches Protokoll aufzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 3. September 1830, S. 207, Nr. 2480.

- Instruction für die Gerichtsstellen in Dalmatien über das Verfahren in Streitigkeiten über Besitzföhrung.

Justiz-Hofdecret vom 8. October 1830, S. 210, Nr. 2487.

- Bestimmung der Gebühren für gerichtliche Schätzungen von der Gerichtsstelle, welche die Schätzung angeordnet hat.

Justiz-Hofdecret vom 17. December 1830, S. 219, Nr. 2496.

- Bestimmung der Amtsstunden für das Einreichungsprotokoll bei denselben.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1831, S. 5, Nr. 2500.

- Die als Vorbereitung zur Prüfung für das Richteramt gestattete Praxis bei Gerichtsbehörden darf nur Ein Jahr dauern und in die Dienstzeit nicht eingerechnet werden.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1831, S. 6, Nr. 2503.

- Vorschrift für Gerichtsstellen bei Bestimmung der durch Vergehen gegen die Gefälsch-Gesetze und durch Tabak-Schwärzungen insbesondere verwirkten körperlichen Strafen.

Justiz-Hofdecret vom 14. October 1831, S. 21, Nr. 2531.

- haben in Erbschafts- und Vormundschafts-Geschäften die Geldsumme in Conventions-Münze anzusetzen.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1831, S. 27, Nr. 2543.

- Haftung der Gerichtsstellen für die Einbringung und den richtigen Gebrauch des Stämpels bei Protokollen, Abschriften und Auszügen aus denselben, dann bei Verlassenschafts-Abhandlungen.

Hofkammer-Decret vom 10. Jänner 1832, S. 29, Nr. 2544.

- entscheiden im Rechtswege über Entschädigungs-Ansprüche der durch die Aufstellung der Sanitäts-Cordone an dem Privat-Eigenthume eingetretenen Beschädigungen, wo im politischen Wege keine gütliche Ausgleichung zu Stande gebracht werden kann.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Mai 1832, S. 61, Nr. 2563.

- Befreiung der Unterthanen von den Strafen der Uebertretungen des Stämpelpatentes in Rücksicht der classenwidrig oder bloß durch Indossirung gestämpelten Urkunden, welche bei den Gerichtsbehörden auf dem Lande, sowohl bei periodischen Stämpel-Revisionen als durch eine vorhergegangene Anzeige, entdeckt werden.

Hofkammer-Decret vom 13. Mai 1832, S. 61, Nr. 2564.

Gerichtsstellen. Bestimmung des Stämpels für die Vice-Präsidenten der Gerichtsbehörden erster und zweiter Instanz.

Hofkammer-Decret vom 7. September 1833, S. 102, Nr. 2631.

- Aushilfs-Referenten für die Gerichte erster Instanz bewilligt die oberste Justizstelle über Vorschlag des Appellationsgerichtes.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1834, S. 108, Nr. 2643.

- sollen die classenmäßig gestämpelten Abschriften von Testamenten und Inventarien nicht von Amtswegen ausfertigen, jedoch die Parteien nicht in die Lage setzen, die Erhebung dieser Abschriften zu unterlassen.

Justiz-Hofdecrete vom 17. Jänner 1835, S. 134, Nr. 2684, und 30. October 1844, S. 239, Nr. 843.

- Bestimmung des Dienststranges zwischen dem Präses eines dalmatinischen Collegialgerichtes erster Instanz und einem Appellationsgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1835, S. 4, Nr. 7.

- Vorschrift über die Behandlung der bei denselben befindlichen gerichtlichen Depositen, hinsichtlich welcher der Grund des Erlages nicht mehr besteht.

Hofkanzlei-Decret vom 10. April 1835, S. 5, Nr. 9.

- Die zur Anstellung in Kanzleien oder Manipulations-Ämtern bei landesfürstlichen Gerichtsbehörden als Kanzellisten oder Kanzlei-Accessisten erforderlichen Studienzeugnisse.

Justiz-Hofdecret vom 17. April 1835, S. 6, Nr. 13.

- Vorschrift für die Gerichtsbehörden über die Zustellung der aus dem Königreiche beider Sicilien, oder aus dem Auslande überhaupt, einlangenden Vorladungen oder anderer gerichtlichen Verordnungen.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1835, S. 9, Nr. 23.

- dürfen ausgezeichnete Fiscal-Adjuncten und Advocaten, wenn sie auch die formelle Befähigung zum Richteramte nicht erlangt haben, zu Rathsstellen in Antrag bringen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1835, S. 10, Nr. 26.

- Vorschrift, wann die Contumaz-Übertretungen vor die Militärgerichte gehören.

Verordnung des Hofkriegsrathes vom 12. Juli 1835, S. 33, Nr. 57.

- können die Gränzwache-Individuen zur Ablegung des Eides nicht verhalten.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1835, S. 39, Nr. 74.

- Anstellung und Beeidigung der erforderlichen Anzahl der Dolmetsche zur Uebersetzung der bei denselben in fremden Sprachen vorkommenden Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1835, S. 65, Nr. 109.

- In welchen Fällen die Gerichtsbehörden die Uebersetzungs-Gebühren für Dolmetsche zu bestimmen haben.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1835, S. 65, Nr. 109.

- Wirkungskreis der landesfürstlichen Collegialgerichte erster und zweiter Instanz, in Rücksicht der Anstellung, Entlassung, Pensionirung, Degradirung und des Dienstausstretens ihrer Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

- können nur mit Genehmigung der obersten Justizstelle Tagelder bewilligen.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

- Vorschrift für Gerichtsstellen zur Aufnahme der Kanzlei-Accessisten.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1836, S. 80, Nr. 139.

- Vorschrift für Gerichtsstellen bei Verleihung von Remunerationen und Geld-Aushilfen an landesfürstliche Beamte und Diener.

Hofkammer-Decret vom 6. Mai 1836, S. 81, Nr. 140.

Gerichtsstellen. Bestimmung der erforderlichen Studien zur Anstellung in Kanzleien bei Justizbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 24. Mai 1836, S. 83, Nr. 143.

- sind berechtigt, die in Amtsgeschäften benötigten Uebersetzungen von den für beständig beeideten Dolmetschen nöthigen Falles auch unentgeltlich zu fordern.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1837, S. 102, Nr. 167.

- Zeitweilige und wenigstens alle zwanzig Jahre einmal vorzunehmende Auffuchung und Verzeichnung der bei den Civil-Justizbehörden befindlichen Depositen, die dem Fiscus heimgefallen seyn könnten.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1837, S. 106, Nr. 170.

- Summarisches Verfahren bei Civilgerichten über Besitzstörungen, Gränzstreitigkeiten, Wasserleitungen, Wasserwerken, in soweit selbe zu ihrer Competenz ausschließend gehören.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1837, S. 108, Nr. 174.

- Der Hof- und niederösterreichischen Kammerprocuratur wird gestattet ihre Actuarien anstatt der Fiscal-Adjuncten bei Gericht erscheinen zu lassen.

Justiz-Hofdecret vom 13. März 1837, S. 116, Nr. 183.

- dürfen in keinem Falle geladene Feueergewehre durch die fahrende Post versenden.

Justiz-Hofdecret vom 20. März 1837, S. 117, Nr. 186.

- Vorschrift über die Correspondenz-Art der österreichischen mit den königlich-preussischen Gerichtsbehörden in Requisitions-, Insinuations- und anderen ähnlichen Fällen.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1837, S. 119, Nr. 190.

- haben die unbekannten Eigenthümer der über 32 Jahre alten und deponirten Privat-Schuldbriefe und anderer Privat-Urkunden zur Erhebung durch Edict aufzufordern.

Justiz-Hofdecret vom 1. Mai 1837, S. 123, Nr. 199.

- haben das Resultat der gepflogenen Amtshandlung über den Geisteszustand eines Wahn- und Blödsinnigen, dann den Namen dessen Vaters, Vormundes oder gerichtlich bestellten Curators jener Behörde mitzutheilen, welcher die Verwaltung der Anstalt, worin der Kranke untergebracht wird, zugewiesen ist.

Justiz-Hofdecret vom 28. August 1837, S. 142, Nr. 220.

- Competenz der Gerichtsstellen zur Entscheidung der Beschwerden hinsichtlich des Zählgeldbezuges.

Hofkanzlei-Decret vom 7. September 1837, S. 144, Nr. 224.

- Vorschrift über deren Amtswirkksamkeit bei Bestimmung der landesfürstlichen Mortuarstare.

Hofkanzlei-Decret vom 1. October 1837, S. 147, Nr. 232.

- Vorschrift über die Erstattung der Vorschläge zur Besetzung der bei landesfürstlichen Collegialgerichten erster Instanz erlebigen Präsidenten-, Vicepräsidenten- und Vorsteherstellen.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1837, S. 148, Nr. 235.

- Bei welchen Verbrechen die landesfürstlichen Collegialgerichte ihre Beschlüsse über die Ablassung vom weiteren Verfahren bei Voruntersuchungen dem Appellationsgerichte vorzulegen haben.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1837, S. 163, Nr. 246.

- Bestimmung der Gebühren für die Gerichtsbehörden in Tirol und Vorarlberg, welche für die Aufnahme und Zustellung der gerichtlichen Vergleiche abzunehmen sind.

Hofkammer-Decret vom 23. Jänner 1838, S. 167, Nr. 250.

- Reclamationen der Väter und Vormünder wegen Entlassung eines minderjährigen Freiwilligen vom Militär, sind bei der Personal-Gerichtsinstanz des Vaters oder des Minderjährigen anzubringen.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Februar 1838, S. 168, Nr. 252.

Gerichtsstellen. Die in den Hofdecreten vom 24. December 1817 und 6. October 1821 ertheilten Vorschriften über die Beweisraft des Geständnisses in Criminalsachen, finden auf Dominicalgerichte und Magistrate in Böhmen keine Anwendung.

Justiz-Hofdecret vom 24. April 1838, S. 176, Nr. 266.

- haben Verbote, Vormerkungen und Pfändungen auf öffentliche, auf bestimmte Namen lautende Obligationen, wenn sie bewilligt oder aufgehoben werden, der betreffenden Casse anzuzeigen.

Hofkammer-Decret vom 26. Juni 1838, S. 262, Nr. 281.

- Amtswirksamkeit der Gerichtsbehörden bei Bestimmung der landesfürstlichen Mortuarstare.

Justiz-Hofdecret vom 10. September 1838, S. 277, Nr. 294.

- Ungültigkeit des Verwandtschafts- und Schwägerschafts-Verhältnisses zwischen bei einer und derselben Gerichtsstelle dienenden Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1839, S. 320, Nr. 326.

- Dem Justizamte kommt die Abnahme des Eides und die Bewilligung der Execution über bei Wirthschaftsämtern geschlossene Vergleiche zu.

Justiz-Hofdecret vom 5. März 1839, S. 333, Nr. 348.

- sollen sich in keine unmittelbare Correspondenz mit toscanischen Behörden einlassen, sondern die für selbe bestimmten Requisitionsschreiben im ministeriellen Wege befördern.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1839, S. 335, Nr. 352.

- Zum Rathspräsidenten eines Collegialgerichtes darf ein mit dem Vorstande oder einem Rathe desselben verwandter oder verschwägerter Beamte nicht ernannt werden.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juli 1839, S. 346, Nr. 371.

- Die österreichischen Civilgerichte haben die Vollziehung ihrer Beschlüsse über Gerichtshandlungen wider die in Privatdiensten fremder Gesandten stehenden Personen mittelst Ersuchsschreiben an das Obersthofmarschall-Amte zu bewirken.

Justiz-Hofdecret vom 2. September 1839, S. 348, Nr. 375.

- In welchen Fällen requirirte Gerichte beglaubigte Abschriften von den bei ihnen aufgenommenen Zeugenverhörs-Protokollen zurückzubehalten haben.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1839, S. 350, Nr. 377.

- sollen die Schätzleute bei vornehmenden Güterschätzungen auf die Beobachtung der §§. 305 und 306 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches aufmerksam machen.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1839, S. 360, Nr. 391.

- Vorschrift über die Anstellung unentgeltlicher Kanzlei-Accessisten bei reinen Justizbehörden, die hiezu erforderlichen Studien; Bestimmung der Anzahl derselben und der Dauer ihrer probeweisen Praxis.

Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1840, S. 383, Nr. 402.

- Die abschlägigen Bescheide über die bei anderen Gerichten und nicht bei der Real-Instanz angebrachten Gesuche um Einverleibung oder Pränotirung, sind an die Real-Instanz zur Anmerkung in dem öffentlichen Buche zu übersenden.

Hofkanzlei-Decret vom 10. März 1840, S. 475, Nr. 415.

- Bezeichnung jener Taxen und Gebühren, welche zufolge des Stempel- und Taxengesetzes vom 27. Jänner 1840, bei den landesfürstlichen Civil- und Militär-, dann bei den Patrimonial- und Communalgerichten noch fortan einzuheden, und welche aufgelassen worden sind.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 24. Mai 1840, S. 498, Nr. 442.

- Vorschrift für Gerichtsbehörden über die Behandlung der Verlassenschaften türkischer Unterthanen in den österreichischen Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Juli 1840, S. 514, Nr. 453.

Gerichtsstellen. Beschränkung der Execution der von österreichischen Gerichtsstellen wider preussische Unterthanen geschöpften Urtheile in Rhein-Preußen und der von preussischen Gerichten wider österreichische Unterthanen geschöpfte in Oesterreich.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1840, S. 520, Nr. 460.

- Vorschrift für Gerichtsstellen über die Vormerkung der gerichtlichen Verbote auf Cautionen und Depositen und rücksichtlich ihrer Zinsen, welche bei dem Staatsschulden-Eiligungsfonde fruchtbringend angelegt sind.

Hofkammer-Decret vom 21. October 1840, S. 534, Nr. 470.

- Vorschrift für Gerichtsstellen über die Verfassung der statistischen Ausweise der Justizgeschäfte

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1841, S. 549, Nr. 490.

- Vorschrift über die Ausstellung der Qualifications-Tabellen der Beamten reiner Justizbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 25. Jänner 1841, S. 553, Nr. 497.

- Vorschrift für Gerichtsbehörden über die Behandlung ihrer Erlasse an portopflichtige Aemter und Parteien hinsichtlich des Postporto.

Justiz-Hofdecret vom 2. März 1841, S. 562, Nr. 513.

- Vorschrift für Vorstehende bei Gerichtsstellen über die Zählung der Stimmen und Fassung der Rathabschlüsse in bürgerlichen Rechts-Angelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1841, S. 565, Nr. 519.

- Wirkungskreis der Gerichtsstellen in Expropriationsfällen bei Eisenbahnen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. April 1841, S. 572, Nr. 529.

- Wirkungskreis der Gerichtsstellen hinsichtlich der Bemessung und des Bezuges des Depositen-Zählgelbes.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Mai 1841, S. 577, Nr. 533.

- Die Bewilligung der Nachsicht der von Civil-Gerichtsbehörden verhängten Geldstrafen steht den Gerichtsstellen zu.

Hofkammer-Decret vom 18. Mai 1841, S. 580, Nr. 538.

- Bestimmung des Wirkungskreises der Justizbehörden in Stiftungssachen.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1841, S. 582, Nr. 541.

- Vorschrift für die Justizbehörden über das Verfahren, wenn denselben die von bayerischen Unterthanen wider österreichische Unterthanen bei bayerischen Gerichten angebrachten und verbeschriebener Klagen dann Urtheile zur Zustellung und Vollstreckung eingesendet werden.

Justiz-Hofdecret vom 13. Juli 1841, S. 594, Nr. 548.

- haben mit den ungarischen Jurisdictionen in lateinischer Sprache zu correspondiren.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juli 1841, S. 595, Nr. 550.

- Vorschrift über die Behandlung der Correspondenz zwischen landesfürstlichen Gerichtsbehörden und nicht landesfürstlichen Behörden, hinsichtlich des Postporto.

Justiz-Hofdecret vom 23. November 1841, S. 654, Nr. 571.

- Die Entscheidung in Grundbuchgeschäften steht bloß dem Justizamte, dem Wirtschaftsamte hingegen der Vollzug dieser Entscheidung in Mähren und Schlesien zu.

Justiz-Hofdecret vom 30. November 1841, S. 655, Nr. 572.

- Vorschrift für Gerichtsstellen über die Austragung der Prozesse in den Quartals-Audweisen.

Justiz-Hofdecret vom 21. December 1841, S. 674, Nr. 580.

- Vorschrift über die Classification der Beamten reiner und gemischter Gerichtsstellen in den Qualifications-Tabellen.

Justiz-Hofdecrete vom 25. Jänner 1841 und 24. April 1843, S. 553 und 118, Nr. 497 und 699.

Gerichtsstellen. Ueber die Frage, ob die zum Behufe der Stämpelbefreiung in einer Streitsache beigebrachten Armuthszeugnisse die vorgeschriebenen Eigenschaften haben, entscheiden die Gerichtsstellen, welche für die Zulassung der Parteien zum Armenrechte verantwortlich sind.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 584.

- Streitigkeiten zwischen Herrschaften und ihren Wirthschaftsbeamten sind dem Erkenntnisse der Gerichtsstellen zuzuweisen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Jänner 1842, S. 7, Nr. 591.

- In Großbritannien werden Urtheile österreichischer Gerichte auf Grund von Requisitionschreiben nicht vollstreckt.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1842, S. 8, Nr. 595.

- Bei Dienstbesetzungen am Katholische der landesfürstlichen Collegialgerichte in Galizien ist auf die der molbauischen (wallachischen) Sprache kundigen Competenten besondere Rücksicht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Februar 1842, S. 9, Nr. 598.

- Macht der obersten Justizstelle zur Abänderung gleichförmiger Urtheile und Bescheide der Gerichtsstellen erster und zweiter Instanz.

Allerhöchste Entschliessung vom 17. Mai 1842, S. 36, Nr. 616.

- Vorschrift über die Behandlung der bei den Collegialgerichten in Dalmatien wegen öffentlicher Gewaltthätigkeit durch böshafte Selbstbeschädigungen gegen unbekannte Thäter abgeführten Criminal-Voruntersuchungen.

Justiz-Hofdecret vom 30. Mai 1842, S. 42, Nr. 619.

- Die Vernehmung, Einhebung und Nachsicht der Justizstrafgelehrten bleibt den Justizbehörden zugewiesen.

Hofkammer-Decret vom 8. Juli 1842, S. 45, Nr. 625.

- Die für die Hauptstadt Prag nicht ernannten Advocaten sind zur Partei-Vertretung bei den Gerichten in Prag nicht berechtigt.

Justiz-Hofdecret vom 9. August 1842, S. 56, Nr. 630.

- Bei der ersten Instanz sind Recurse in Tabularsachen zu überreichen.

Justiz-Hofdecret vom 23. August 1842, S. 59, Nr. 637.

- Dem Fiscalamte in Dalmatien wird gestattet, vor Anstrengung der ordentlichen Klage bei dem Collegialgerichte zu Cattaro den Beklagten zu einer Tagessagung vorladen zu lassen, bei welcher der Gegenstand durch Vermittlung des Gerichtes und mittelst der allfälligen Intervention eines Cameral- oder Kreisamts-Beamten gütlich auszugleichen versucht werde.

Justiz-Hofdecret vom 13. September 1842, S. 61, Nr. 641.

- sollen mit der Abnahme des Eides so lange inne halten, bis die mittelst Hofrecurs unterlegte Frage: ob mit der Ablegung dieses Eides einzuhalten sei, entschieden ist.

Justiz-Hofdecret vom 26. September 1842, S. 61, Nr. 642.

- Vorschrift für Gerichtsstellen über die Abnahme des von einem Stummen in seiner Rechtsache angetretenen Haupteides.

Justiz-Hofdecret vom 28. September 1842, S. 61, Nr. 644.

- Bei den von dem competenten Richter über Besitzstörungsklagen, bei welchen die Berg- und Salinen-Administration zu Hall die Vertretung des Allerhöchsten Aetars übernimmt, anhängigen Verhandlungen, hat ein Abgeordneter der montanistischen Administrativbehörde, bei dem Vortrage solcher Gegenstände beim Appellationsgerichte aber ein Rath der Berg- und Salinen-Direction zu Hall zu interveniren.

Justiz-Hofdecret vom 3. October 1842, S. 63, Nr. 646.

- entscheiden über die aus Streitigkeiten zwischen zwei ausschließend Privilegirten hinsichtlich der Identität des Privilegiums entstehenden Entschädigungs-Ansprüche.

Hofkammer-Decret vom 26. November 1842, S. 75, Nr. 657.

Gerichtsstellen. Beschränkung der Gerichtsstellen auf dem Lande bei Bestellung von Nicht-Advocaten zu Concurssmasse-Vertretern.

Justiz-Hofdecret vom 16. Jänner 1843, S. 87, Nr. 672.

- Vorschrift über die Beförderung der amtlichen Correspondenz der Gerichtsstellen in Dalmatien entweder durch die Briefpost, oder mittelst der k. k. Marineschiffe oder der Dampfschiffe des österreichischen Lloyd.

Justiz-Hofdecret vom 17. Jänner 1843, S. 88, Nr. 673.

- haben vierteljährige Ausweise über jene Militär-Individuen, welche in eine Civil-Anstellung untergebracht wurden, der politischen Landesstelle mitzutheilen.

Justiz-Hofdecret vom 30. Jänner 1843, S. 90, Nr. 678.

- bleibt die Beurtheilung überlassen, ob ein Gegenstand ein officioßer Judicial-Object, und daher als solcher zu bezeichnen sei und die Portofreiheit genieße.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1843, S. 96, Nr. 683.

- Vorschrift für Gerichtsstellen in Betreff der Zustellung der Vorladungen und Verordnungen der ungarischen Wechselgerichte, Ertheilung der Execution auf Urtheile derselben, Eintreibung der Taxbeträge über Requisition derselben, dann Vorlage der Ersuchsschreiben an ungarische Wechselgerichte an das betreffende Appellationsgericht zur weiteren Vorlage an die ungarische Behörde.

Justiz-Hofdecret vom 13. März 1843, S. 100, Nr. 688.

- Vorschrift für Gerichtsstellen über ihr Verfahren bei der Executionsbewilligung auf Urtheile ungarischer Wechselgerichte, Zustellung der Vorladungen und Verordnungen; Verfassung der Requisitionsschreiben um Vollziehung der Urtheile der österreichischen Gerichte, von welchen, sowie von deren Beweggründe lateinische Uebersetzungen beizufügen und durch das betreffende Appellationsgericht an das ungarische Appellationsgericht zu leiten sind.

Justiz-Hofdecret vom 13. März 1843, S. 100, Nr. 688.

- Vorschrift hinsichtlich der an die politischen Behörden von auswärtigen Gerichtsbehörden zur Zustellung einlangenden Erlässe.

Hofkanzlei-Decret vom 22. April 1843, S. 117, Nr. 697.

- Portofreie Behandlung der von den landesfürstlichen Gerichtsstellen dem Wiener Zeitungs-Comptoir zukommenden Insertions-Entwürfe.

Hofkammer-Decret vom 29. April 1843, S. 120, Nr. 701.

- Vorschrift für die Collegialgerichte in Tirol hinsichtlich der Concurss-Ausschreibung und Erstattung des Besetzungsvorschlages bei Ernennungen des ärztlichen und wundärztlichen Personals in den Criminal-Inquisitionshäusern in Tirol.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1843, S. 123, Nr. 709.

- Vorschrift über die Verfassung der Rathsprotokolle der landesfürstlichen Collegialgerichte erster Instanz.

Justiz-Hofdecret vom 4. Juli 1843, S. 127, Nr. 719.

- haben die Insertionen gleich unmittelbar zur unentgeltlichen Einschaltung an das Wiener Zeitungs-Comptoir einzusenden, und über die bewirkten Einschaltungen monatliche Verzeichnisse an die Cameral-Bezirks-Verwaltung der Provinzial-Hauptstadt zur Einhebung der Insertions-Gebühren einzusenden.

Hofkammer-Decret vom 16. Juli 1843, S. 129, Nr. 724.

- Vorschrift für Gerichtsstellen über die Behandlung der Empfangsbestätigungen über gerichtliche Zustellungen an Private, hinsichtlich des Postporto.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1843, S. 148, Nr. 749.

- Vorschrift über die Vertilgung der alten unbrauchbaren Registratur-Akten bei den landesfürstlichen Civil-Collegialgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1843, S. 149, Nr. 751.

Gerichtsstellen. Bestimmung einer Belohnung von jährlichen 500 fl. für die bei einem Gerichte außer ihrem Amtsorte in Dalmatien verwendeten Auscultanten gegen Einziehung ihres Adjutums und Vergütung der Reisekosten.

Justiz-Hofdecret vom 17. October 1843, S. 157, Nr. 752.

- dürfen Professoren und Assistenten des polytechnischen Institutes in Privilegien-Streitigkeiten nicht als Kunstverständige verwenden.

Justiz-Hofdecret vom 25. October 1843, S. 162, Nr. 757.

- Vorschrift für Gerichtsstellen über die Behandlung der Gesuche der landesfürstlichen Beamten, um Uebersetzung in gleicher Eigenschaft zu einer anderen Gerichtsbehörde.

Justiz-Hofdecret vom 6. November 1843, S. 171, Nr. 765.

- Vorschrift für die Gerichtsstellen erster Instanz über die Bestellung der gerichtlichen Curatoren und ex officio Vertreter.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1844, S. 192, Nr. 782.

- Verpflichtung der Mitglieder des Jesuiten-Ordens in Criminal- und schweren Polizeiübertretungs-Angelegenheiten vor Gericht das Zeugniß abzulegen und zu beschwören.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Februar 1844, S. 196, Nr. 789.

- haben von jeder erfolgten Anstellung eines Invaliden in Civildienste die Anzeige an das Appellationsgericht zur Verständigung des betreffenden General-Commando zu erstatten.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juni 1844, S. 212, Nr. 814.

- Vorschrift für die Gerichtsbehörden über das Verfahren bei Bewilligung des Verbotes und der Execution auf die Verschleiß-, Provision- und Cassenbarschaft der Tabak- und Stämpelverleger und Trafikanten, dann bei Bewilligung der Sequestration des Tabak- und Stämpelverschleißes zur Befriedigung privatrechtlicher Forderungen.

Hofkammer-Decret vom 13. October 1844, S. 237, Nr. 840.

- Vorschrift über das Verfahren der Gerichtsbehörden, wenn der Schuldner zur Vermeidung des Personal-Arrestes seine Güter namhaft macht.

Justiz-Hofdecret vom 15. Jänner 1845, S. 249, Nr. 859.

- Die Legalisirung von Urkunden gehört unter die Geschäfte der Civilgerichtsstellen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Jänner 1845, S. 250, Nr. 860.

- Befugniß der Triester Advocaten zur Partei-Vertretung bei allen zum Jurisdictionssprengel des Triester Stadt- und Landrechtes gehörigen Gerichten.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1845, S. 253, Nr. 871.

- Die gleichzeitige Urlaub-Grtheilung an eine zu große Anzahl von Rätthen bei landesfürstlichen Gerichtsstellen soll vermieden werden, und bei Vorschlägen zur Besetzung von Rathstellen soll der Präsident gegenwärtig seyn und sein Gutachten geben.

Justiz-Hofdecret vom 20. März 1845, S. 256, Nr. 877.

- Allerhöchster ausgesprochener Grundsatz, daß die Criminalgerichtsbarkeit in Oesterreich unter und ob der Enns, Steiermark und Kärnten künftig nur durch Collegialgerichte ausgeübt werden soll.

Justiz-Hofdecret vom 17. April 1845, S. 262, Nr. 884.

- Vorschrift über die Verwendung der Auscultanten bei den Gerichtsstellen.

Justiz-Hofdecret vom 28. Mai 1845, S. 264, Nr. 887.

- Competenz der zur Abhandlung einer Verlassenschaft berechtigten Gerichtsbehörde zur Entscheidung über die bestrittene Gültigkeit des Testaments, über Klagen, welche das Erbrecht oder die Erbtheilung betreffen, dann über das Begehren um Sequestration des streitigen Nachlasses.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juni 1845, S. 269, Nr. 893.

- Vorschrift über das Venehmen der Gerichtsbehörden bei Privilegien-Streitigkeiten, bei welchen sich zur Competenz der politischen Behörde gehörige Fragen ergeben.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juli 1845, S. 271, Nr. 896.

Gerichtsstellen. Anwendung des summarischen Verfahrens für geringfügige Rechtsachen bei allen Civilgerichten in allen Provinzen, in welchen das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch gilt, mit Ausnahme des lombardisch-venetianischen Königreiches und Dalmatiens.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- Befreiung jener Amtsschreiber der nicht landesfürstlichen Gerichte vom Postporto, mit welchen sie die Empfangsscheine von Parteien über zugestellte gerichtliche Urtheile an ein landesfürstliches Gericht einsenden.

Hofkammer-Decret vom 9. Jänner 1846, S. 307, Nr. 920.

- Vorschrift für die Militärgerichte über die Behandlung der Verlassenschaften von Mitgliedern souveräner Familien, wenn dieselben im österreichischen Militärdienste sterben.

Ministerhöchste Entschliessung vom 14. Februar 1846, S. 316, Nr. 932.

- Die landesfürstlichen Gerichtsbehörden haben mit ihren Geschäfts-Ausweisen zugleich eine Tabelle über den Personal- und Besoldungsstand sämmtlicher bei denselben angestellten Individuen an das Appellationsgericht zu überreichen, und in dem dießfälligen Berichte jene mit Adjuten betheiligte Auscultanten namentlich aufzuführen, welche sich in der vorgeschriebenen Frist mit dem Richteramts-Decrete noch nicht ausgewiesen haben.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1846, S. 317, Nr. 934.

- Jedes der südlichen Collegialgerichte Tirols ist für seinen ganzen Kreis zur Verhandlung der Mercantilgeschäfte competent.

Justiz-Hofdecret vom 4. März 1846, S. 319, Nr. 942.

- Einführung der landesfürstlichen Gerichtsstellen erster Instanz in Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 26. März 1846, S. 328, Nr. 946.

- entscheiden über die Zulassung zum Armenrechte auf Grund des beigebrachten Armutshäuzugnisses, und sind für ein in ihren Beschlüssen begangenes Verschulden der vorgesetzten Gerichtsbehörde verantwortlich.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 329, Nr. 949.

- sollen die Decrete über Befristungs- und Executions-Angelegenheiten, dann die Contumaz- und über Schulbekenntnisse geschöpfte Urtheile nicht in die Zahl der gefällten Civil-Urtheile in den vorzuliegenden Geschäfts-Ausweisen einbeziehen, sondern lediglich in der Rubrik „Anmerkung“ der Zahl nach angeben, Proceß nach der Ordnung ihrer Einlangung erledigen, die rückständigen in die Geschäfts-Ausweise aufnehmen, und in dem Einbegleitungsberichte den Grund ihres Rückstandes rechtfertigen.

Justiz-Hofdecret vom 14. Mai 1846, S. 334, Nr. 961.

- Befreiung der Correspondenz der landesfürstlichen und nicht landesfürstlichen Gerichtsstellen, wodurch sie vorgeschossene Portobeträge sich zuwenden oder deren Empfang besätigen, vom Postporto.

Hofkammer-Decret vom 26. Mai 1846, S. 336, Nr. 966.

- In wieferne Militärgerichte bei der Abhandlungspflege für die Sicherstellung oder Befriedigung der Verlassenschaftsgläubiger und Legatäre zu sorgen haben.

Verordnung des Hofkriegsrathes vom 3. Juni 1846, S. 337, Nr. 969.

- Für die Auscultanten bei den landesfürstlichen Gerichtsstellen in Galizien wird das Adjutum auf dreihundert Gulden in Conventions-Münze bestimmt.

Justiz-Hofdecret vom 26. August 1846, S. 356, Nr. 980.

- Wirkungskreis der Gerichtsbehörden bei der Behandlung der in- und ausländischen als Geld ausgeprägten Münzen, welche der Verfälschung verdächtig sind, oder als verfälscht erkannt werden.

Hofkammer-Decret vom 29. August 1846, S. 357, Nr. 981.

Gerichtsstellen. Vorschrift für die Gerichtsstellen über das Verfahren hinsichtlich der Zustellung gerichtlicher Acte an die in Großbritannien und Irland befindlichen Parteien.

Justiz-Hofdecret vom 10. December 1846, S. 394, Nr. 1008.

- Bezeichnung jener Fälle, in welchen die deutschen Gerichte ihren Requisitionsschreiben an die lombardisch-venetianischen Gerichtsstellen um Ausführung der Execution die Urkunden in authentischer italienischer Uebersetzung beizulegen haben.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1847, S. 406, Nr. 1025.

- (Militär-). Einführung eines summarischen Verfahrens für geringfügige Civilrechtsachen bei sämtlichen Militärgerichten.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Bestimmung der Diäten und Reisekosten für Beamte und Diener bei den Gerichtsstellen in Dalmatien für die vorzunehmenden Amtshandlungen in ihrem Gerichtsprengel.

Hofkammer-Decret vom 3. März 1847, S. 426, Nr. 1040.

- Vorschrift für Gerichtsstellen über das Verfahren bei Klagen, welche gegen mehrere Beklagte gerichtet sind.

Justiz-Hofdecret vom 5. März 1847, S. 435, Nr. 1042.

- Die Concursgerichtsstellen haben am Schlusse eines jeden Jahres eine Tabelle über wider Erdatare eingeleitete Untersuchungen an das Appellationsgericht vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 451, Nr. 1049.

- Vorschrift hinsichtlich der Uebertragung der ordentlichen Criminal-Untersuchungen bis zur Urtheilsschöpfung von den Criminalgerichten in Dalmatien an die Präturen.

Justiz-Hofdecret vom 8. April 1847, S. 455, Nr. 1054.

- Bei Reisen der Beamten und Diener der Gerichtsstellen in Dalmatien in Criminal-Angelegenheiten ist als Amtsbezirk der ganze Kreis verstanden, auf welchen sich die Criminalgerichtsbarkeit erstreckt.

Hofkammer-Decret vom 5. Mai 1847, S. 460, Nr. 1062.

- Vorschrift über das Verfahren der Gerichtsbehörden bei Zustellungen und anderen Amtshandlungen, welche auf Ersuchen österreichischer Gerichte in der Türkei vorzunehmen sind.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1847, S. 462, Nr. 1066.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei den Collegialgerichten in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1847, S. 464, Nr. 1071.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei den Gerichtsstellen erster Instanz in Innerösterreich und dem Küstenlande.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1847, S. 466, Nr. 1075.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei den Collegialgerichten in Tirol und Vorarlberg.

Justiz-Hofdecret vom 11. August 1847, S. 467, Nr. 1079.

- Vorschrift über das Benehmen des Appellationsgerichtes, wenn der Beschluß des Collegialgerichtes auf Ablassung statt auf Einleitung der Criminal-Untersuchung durch ktrige Ansichten herbeigeführt worden ist.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1847, S. 469, Nr. 1083.

- Einführung des summarischen Verfahrens bei den Gerichtsstellen in Dalmatien für geringfügige Rechtsachen.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

- Militärbehörden haben Soldaten, welche wegen eines vor der Affentirung im Civilstande begangenen Verbrechens bereits gerichtlich verfolgt worden sind, und sich dieser Verfolgung durch die Affentirung entzogen haben, von Amtswegen unverzüglich an die Civilbehörde auszuliefern.

Decret des Hofkriegsrathes vom 29. März 1848, S. 572, Nr. 1131.

Gerichtsstellen haben als Abhandlungs-Instanzen adelicher Personen jeden einzelnen Todesfall, in welchen die bei adelichen Familien bloß der Primogenitur zustehende höhere Adelsstufe oder ein besonderer Titel an eine neue Person übergeht, der politischen Landesstelle anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1848, S. 611, Nr. 1133.

- Die bei Militärgerichten und bei den städtischen oder Gemeinde-Depositärentern erliegenden baren Summen sind bei dem Staatsschulden-Eiligungsfonde anzulegen, und von dieser Anlegung bloß die Deposititen bei dem Wiener städtischen Civilgerichte ausgenommen.

Finanz-Ministerial-Decret vom 6. Juni 1848, S. 640, Nr. 1160.

- Pflicht der Gerichtsstellen zu Anzeigen an die vorgesetzte Behörde über Beamte, welche sich eines Verbrechens schuldig gemacht haben, wenn auch wegen eingetretener Verjährung oder wegen rechtzeitig geleisteten Erlasses von dem Criminalverfahren abgelassen worden ist.

Justiz-Ministerial-Decret vom 30. Juni 1848, S. 643, Nr. 1166.

- Welchen Personen der Titel „Herr“ und „Frau“ in gerichtlichen Ausfertigungen von den Gerichtsstellen zu geben sei.

Erlass des Ministeriums des Innern vom 3. Juli 1848, S. 644, Nr. 1167.

- erster Instanz. Vorschrift über die Besetzung der bei den landesfürstlichen ersten Instanzen erledigten Dienstplätze.

Erlass des Justizministers vom 21. August 1848, S. 652, Nr. 1176.

- Beweisraft der von sardinischen Schiffen bei Consulaten ihrer Nation in gehöriger Form abgelegten Verklarungen vor österreichischen Gerichten.

Erlass des Handels-Ministeriums vom 28. August 1848, S. 655, Nr. 1178.

Gerichtsverwaltung. Regulirung derselben in der Bukovina.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1826, S. 4, Nr. 2161.

- Den Magistratsbeamten wird die Besorgung einer Gerichtsverwaltung neben ihrem Amte nicht gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 24. Juni 1826, S. 29, Nr. 2195.

- Welchen Bürgermeistern und Magistratsräthen die Besorgung der Gerichtsverwaltung sogleich einzustellen ist.

Justiz-Hofdecret vom 18. August 1826, S. 41, Nr. 2214.

- Instruction für die magistratischen Gerichtsverwaltungen in den Vorstädten Wiens über das Verfahren bei dem Zeugenbeweise und der Form der dießfälligen Erkenntnisse.

Justiz-Hofdecret vom 17. April 1838, S. 174, Nr. 264.

Gerichtswache. Die als Assistenten abgeordneten Gerichtsbdiener und anderen Individuen, welche als Gerichtswache beigegeben werden, sind mit schriftlichen Weisungen zu versehen.

Decret des steiermärkischen Guberniums vom 12. April 1837, S. 120, Nr. 191.

Geringfügige Forderungen. S. Forderungen.

- Rechtsfachen. S. Prozesse, Rechtsfachen, Streitigkeiten.

Gerücht. Wer durch Druckschriften wissentlich ein falsches für die öffentliche Sicherheit beunruhigendes Gerücht weiter verbreitet macht sich eines Vergehens schuldig.

Rundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Gesandte. Gerichtsstand der Privatdienerschaft der in Wien residirenden auswärtigen Gesandten in Civilrechtsfachen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1834, S. 107, Nr. 2641.

- Die als diplomatische Personen am Allerhöchsten Hofe beglaubigten österreichischen Unterthanen stehen in Realsachen und in persönlichen Rechts-Angelegenheiten unter den ordentlichen Gerichten.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1834, S. 109, Nr. 2646.

Gesandte. Vorschrift über die Vollziehung der Beschlüsse der österreichischen Civilgerichte über Gerichtshandlungen wider die in Privatbesitzen fremder Gesandten stehenden Personen.

Justiz-Hofdecret vom 2. September 1839, S. 348, Nr. 375.

— S. auch diplomatische Personen.

Gesandtschaften. Beweiskraft der von der französischen Gesandtschaft in Wien legalisirten, in Frankreich errichteten Notariats- und anderen öffentlichen Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1837, S. 148, Nr. 234.

— Beweiskraft der im Auslande errichteten, von Gesandtschaften oder Consulen legalisirten Notariats- und anderen öffentlichen Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 22. Jänner 1838, S. 167, Nr. 249.

— Vorschrift über das Verfahren bei criminalgerichtlicher Einvernehmung eines zu einer fremden Gesandtschaft gehörigen Individuums in Criminalfällen von Bedeutung.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1845, S. 247, Nr. 857.

Gesandtschafts-Beamte. Vorschrift über die Vollziehung der Beschlüsse der österreichischen Civilgerichte über Gerichtshandlungen wider Beamte der fremden Gesandten.

Justiz-Hofdecret vom 2. September 1839, S. 348, Nr. 375.

Geschäfte. Vorschrift über den rechtlichen Beweis der von den Theilnehmenden freiwillig auf der Börse durch Sensalen verhandelten Geschäfte.

Hofkammer-Decret vom 20. November 1829, S. 178, Nr. 2440.

— Bestimmung der Geschäfte des adelichen Richteramtes, welche von den Gemeindevorstehern und Gerichtsgehilfen im Küstenlande besorgt werden dürfen.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1830, S. 188, Nr. 2457.

— Vorschrift über die Geschäftsbehandlung bei den nun getrennten drei Senaten des Wiener Magistrates.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juli 1838, S. 270, Nr. 285.

— Bezeichnung der Geschäfte, deren Betreibung den landesfürstlichen Beamten als Nebenbeschäftigung nicht erlaubt ist.

Justiz-Hofdecret vom 25. Februar 1839, S. 332, S. 344.

— Bestimmung der Geschäfte der Waaren-Sensalen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 8. April 1842, S. 17, Nr. 606.

— Uebertragung der Geschäfte der aufgehobenen Provinzial-Larämter an die Cameral-Beziehungsverwaltungen der Provinzial-Hauptstädte.

Hofkammer-Decret vom 8. Juli 1842, S. 45, Nr. 625.

— Vorschrift über die Behandlung und Erlebigung der sogenannten Currentgeschäfte bei dem niederösterreichischen Mercantill- und Wechselgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 31. October 1843, S. 164, Nr. 760.

— Bezeichnung der kärnthnerischen Fiscalgeschäfte, welche ausschließlich durch die Laibacher Kammerprocuratur, und welche durch das Klagenfurter Fiscalamt zu vollbringen sind.

Hofkammer-Decret vom 23. Jänner 1844, S. 189, Nr. 777.

— Competenz der Vormundschaftsbehörden in Dalmatien zur Entscheidung über die Minder- oder Großjährigkeit einer Person behufs der Eingehung eines rechtsgiltigen Geschäftes.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1034.

— Vorschrift über die Behandlung der Geschäfte bei dem galizischen Appellationsgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1847, S. 481, Nr. 1107.

— Instruction über die Behandlung der Geschäfte außer Streitsachen bei dem Magistrat in Czernowiz und bei den Wirthschaftsämtern und Gemeinderichten in der Bufowina.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 495, Nr. 1125.

— S. auch Currentien.

Geschäfts-Ausweis. S. Ausweis, Tabellen.

Geschäftsbehandling. Vorschrift wegen der Geschäftsbehandling in mehr oder minder zahlreichen Senaten.

Justiz-Hofdecrete vom 9. Februar und 5. April 1822, S. 76 und 90, Nr. 1836 und 1859; 9. Juli 1825, S. 312, Nr. 2118, und 30. April 1838, S. 177, Nr. 267.

— In wie weit die galizische Criminal-Instruction durch die obige Vorschrift abgeändert worden sei.

Justiz-Hofdecret vom 22. März 1823, S. 138, Nr. 1929.

— Instruction für die Landgerichte in Tirol und Vorarlberg über die Behandlung der Geschäfte außer Streitsachen.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juli 1824, S. 216, Nr. 2024.

— Vorschrift über die Behandlung der Geschäfte bei den Appellationsgerichten in vollen, und in minder zahlreichen Senaten.

Justiz-Hofdecret vom 30. April 1838, S. 177, Nr. 267.

— Vorschrift über die Geschäftsbehandling bei dem niederösterreichischen Mercantils- und Wechselgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 31. October 1843, S. 164, Nr. 760.

— Vorschrift über die Geschäftsbehandling bei dem galizischen Appellationsgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1847, S. 481, Nr. 1107.

— Instruction über die Geschäftsbehandling außer Streitsachen bei dem Magistrate in Czernowitz und bei den Wirthschaftskämtern und Gemeindegerechten in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 495, Nr. 1125.

— S. auch *Currentien*.

Geschäfts-Erledigung. Wie der Vortrag bei Erledigung der Geschäfte einzurichten sei.

Justiz-Hofdecret vom 14. Juni 1822, S. 108, Nr. 1878.

Geschäftsführer. Eigenschaften, Studien, Caution, Prüfung und Benennung der öffentlichen Geschäftsführer; Befugnisse derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 16. April 1833, S. 88, Nr. 2608.

— Bedingungen, unter welchen den öffentlichen Geschäftsführern die Vertretung der Parteien bei Militärbehörden gestattet werden darf.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Juli 1834, S. 119, Nr. 2663.

— Als Caution der öffentlichen Agenten und Geschäftsführer können Staatspapiere nur nach dem börsenmäßigen Werthe angenommen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 24. Februar 1836, S. 75, Nr. 127.

— Vorschrift über das Verfahren bei Devinculirung der Cautionen der öffentlichen Geschäftsführer und Agenten.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Februar 1838, S. 170, Nr. 255.

— (öffentliche). S. auch *Agenten*.

— (politische) bei Privat-Herrschaften. S. auch *Beamte*.

Geschäftsstücke. Postämter haben in den Journalen über die ex offio Correspondenz die auf den Couverts der Geschäftsstücke angelegten Nummern einzuzichnen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 8. November 1846, S. 390, Nr. 1001.

— Bestimmungen zur Evidenzhaltung der Geschäftsstücke, welche von den Behörden und Aemtern mittelst der bei der Fahrpost aufgegebenen Amtspakete versendet werden.

Hofkammer-Decret vom 20. November 1847, S. 477, Nr. 1097.

— S. auch *Currentien*.

Geschäftsverwaltung (politische). S. politische Geschäftsverwaltung.

Geschenke. Das Anbieten oder die Verabreichung eines Gesentes von Seite der Partei an die Grenz- und Gefallenwache, zur Abwendigmachung von der Pflichterfüllung, begründet das Verbrechen der Verleitung zum Amtsmißbrauch.

Justiz-Hofdecret vom 29. Jänner 1838, S. 168, Nr. 251.

Geschenke. Bestrafung der Geschenk-Anbietung oder Aufdringung an einen in der Ausübung des Dienstes begriffenen Angestellten der Gränzwache.

Hofkanzlei-Decret vom 1. März 1838, S. 172, Nr. 259.

Geschwornengericht in Pörschachen. Zusammensetzung desselben. Es entscheidet über die Frage der Schuld oder Nichtschuld.

Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Geschworne. Beiziehung der Gemeinde-Geschwornen zu den Zollgefalls-Verhandlungen anstatt der Gerichts-Personen, und Glaubwürdigkeit der Functionen derselben.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1821, S. 35, Nr. 1772.

Gesellen. Streitigkeiten zwischen Gewerksleuten oder Fabriks-Inhabern und ihren Gesellen, welche aus dem Dienstverhältnisse entspringen, sind von den politischen Behörden zu behandeln.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1846, S. 390, Nr. 1002.

— S. auch Handwerks-Gesellen.

Gesellschaften. Hinweglassung des Beisages wegen der geheimen Gesellschaften in den Dienst-Eidesformeln der Justizbeamten, der obrigkeitlichen mit der Justizverwaltung beauftragten Beamten, dann der Advocaten, Notare, Wechselgerichts-Beisitzer und deren Substituten, und Abstellung der Abforderung der diesfälligen Revers.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1848, S. 619, Nr. 1145.

Gesellschaftliche Privatvereine. S. Vereine.

Gesellschaftswagen. S. Personen-Transporte.

Gesetzbuch, bürgerliches. Erläuterung des §. 145 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches hinsichtlich des Zeitpunctes, von welchem an die Abhandlung einer Verlassenschaft beginnt.

Hofkammer-Decret vom 7. Februar 1821, S. 8, Nr. 1738.

— — Erläuterung der §§. 138, 139 und 140 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches über das Benehmen des Civilrichters, wenn sich im Laufe eines Processes Anzeigen eines Verbrechens oder einer schweren Polizeiübertretung ergeben.

Justiz-Hofdecret vom 6. März 1821, S. 11, Nr. 1743.

— — Nach dem XXVI. Hauptstücke des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches sind die aus Dienstverträgen entstandenen Streitigkeiten von dem Civilrichter zu entscheiden.

Justiz-Hofdecret vom 11. Mai 1821, S. 19, Nr. 1759.

— — Erläuterung des §. 1140 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches hinsichtlich der Veräußerungs-Verträge über grundzinsbare Realitäten und Güter in Tirol.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 46, Nr. 1797.

— — Erläuterung der §§. 88, 94 und 96 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches über die Bestreitung der von Minderjährigen ohne vormundschaftliche Bewilligung geschlossenen Ehen.

Justiz-Hofdecret vom 22. September 1821, S. 50, Nr. 1802.

— — Die zur christlichen Religion übertretenden Judentinder dürfen in den ihnen nach dem allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuche zustehenden Rechten von ihren Aeltern nicht gekränkt werden.

Justiz-Hofdecret vom 1. October 1821, S. 51, Nr. 1804.

— — Anwendung des §. 400 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches auf die Verheimlichung eines gefundenen Schages.

Justiz-Hofdecret vom 12. October 1821, S. 58, Nr. 1810.

— — Berichtigung eines in dem §. 163, I. Theiles, eingeschlichenen Druckfehlers.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1822, S. 90, Nr. 1858.

Gesetzbuch, bürgerliches. Der Codice civile generale austriaco Edizione seconda e sola ufficiale, Milano dalla cesarea regia stamperia 1815. Diese Auflage der italienischen Uebersetzung des bürgerlichen Gesetzbuches wird als die einzig officiële erklärt.

Hofkanzlei-Decret vom 16. October 1823, S. 161, Nr. 1970.

- — Der in dem §. 96 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches vorkommende Ausdruck „Vormundtschaft“ ist auf die Vormundschaftsbehörde nicht auszudehnen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 310, Nr. 2112.

- — Erläuterung des §. 238 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches über die Ausweisung des Hauptvermögens der minderjährigen Kinder oder Mündel.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1826, S. 2, Nr. 2158.

- — Erläuterung der §§. 294 und 296 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, hinsichtlich der Execution auf den Fundus instructus eines unbeweglichen Gutes.

Justiz-Hofdecret vom 7. April 1826, S. 15, Nr. 2178.

- galizisches, bürgerliches, dessen Anwendung auf Verlassenschafts-Abhandlungen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juli 1826, S. 33, Nr. 2202.

- allgemeines, bürgerliches. Die §§. 94 und 97 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches sind auf die ohne Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften geschlossenen Juden-Ehen nicht anwendbar.

Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1827, S. 64, Nr. 2250.

- — Anwendung der §§. 134, 135 und 136 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches auf das Verfahren bei Auflösung der Ehen der Israeliten, wenn ein Ehegatte zur christlichen Religion übergetreten, der andere aber im Judenthume zurückgeblieben ist.

Justiz-Hofdecret vom 19. Mai 1827, S. 68, Nr. 2259.

- — Anwendung der §§. 424 und 425 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches bei Ausfertigung der Einantwortungs-Urkunde an den Käufer einer im Executionswege feilgebotenen Realität.

Justiz-Hofdecret vom 11. August 1827, S. 90, Nr. 2300.

- — Erläuterung des §. 29 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, hinsichtlich der Erwerbung der österreichischen Staatsbürgerschaft durch den Antritt eines wirklichen nicht aber provisorischen Staatsdienstes.

Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1828, S. 118, Nr. 2338.

- — Erläuterung der §§. 1333 und 1336, über die Bestimmung des Entschädigungsbetrages, wegen verzögerter Zahlung bei Darlehen.

Justiz-Hofdecret vom 13. Juni 1828, S. 122, Nr. 2347.

- — Erläuterung der §§. 29 und 30 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches hinsichtlich der Erwerbung der österreichischen Staatsbürgerschaft.

Hofkanzlei-Decret vom 30. August 1832, S. 65, Nr. 2573.

- — Erläuterung des §. 1178 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, hinsichtlich der Gütergemeinschaft.

Justiz-Hofdecret vom 12. Jänner 1833, S. 75, Nr. 2588.

- — Nach §. 763 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches gebührt den Wahlkindern der Theiltheil von dem Vermögen ihrer Wahlältern.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1833, S. 89, Nr. 2610.

- — Erläuterung der §§. 1338, 1339 und 1340 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, hinsichtlich der Anbringung der Entschädigungs-Klagen der durch eine strafbare Handlung Beschädigten.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1835, S. 18, Nr. 29.

Gesetzbuch, bürgerliches. Nach dem Wortlaute der §§. 174 und 252 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches ist weder zur Entlassung eines Kindes aus der väterlichen Gewalt mit Genehmigung des Gerichtes, noch zur Verlethung eines Gewerbes an Minderjährige, diese mögen unter väterlicher Gewalt oder Vormundschaft stehen, das zurückgelegte zwanzigste Lebensjahr als unerläßliche Bedingung vorgeschrieben.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juni 1835, S. 23, Nr. 38.

- — Erläuterung der §§. 138 und 163 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, hinsichtlich der Frage, wann die von einer von Tisch und Bett geschiedenen Ehegattin gebornen Kinder für ehelich zu halten seien.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juni 1835, S. 23, Nr. 39.

- — Erläuterung des §. 262 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, wegen Befreiung der Vormünder von der gerichtlichen Schlußrechnung.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 29, Nr. 48.

- — Die in der Allerhöchsten Entschließung vom 28. Juli 1814 enthaltene nähere Bestimmung des §. 119 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, in Betreff der Wiederverehelichung getrennter Katholiken bei Lebzeiten des vorigen Gatten mit einer katholischen Person, wird auch in Ilirien, dem Küstenlande, Dalmatien und dem lombardisch-venetianischen Königreiche kundgemacht.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Juli 1835, S. 34, Nr. 61.

- — Anwendung des §. 1121 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches auf die in Galizien bei der politischen Sequestration der Güter zur Einbringung von Steuer-Rückständen eingeleiteten Verpachtungen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. August 1835, S. 39, Nr. 73.

- — Erläuterung des §. 760 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches über die Rechte des Fiscus auf erblose Verlassenschaften.

Justiz-Hofdecret vom 12. October 1835, S. 53, Nr. 90.

- — Erläuterung der §§. 573 und 538 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, hinsichtlich der Testirungs- und Veräußerungs-Befugniß der Ex-Religionen.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1835, S. 66, Nr. 111.

- — Die im §. 1480 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches festgesetzte Verjährungsfrist ist auch für Pachtzins- oder Pachtzinsillinge und für Verzugszinsen giltig.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1836, S. 89, Nr. 151.

- — Erläuterung des §. 365 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, wegen Verzählung der Verzugszinsen von der Entschädigung für die zum Straßenbaue abgetretenen Grundstücke.

Hofkanzlei-Decret vom 4. April 1837, S. 118, Nr. 188.

- — Erläuterung des §. 1101 des bürgerlichen Gesetzbuches, hinsichtlich des dem Vermiether eingeräumten gesetzlichen Pfandrechtes auf die in die vermietete Wohnung gebrachten Einrichtungsstücke und Fahrnisse des Miethmannes.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1837, S. 119, Nr. 189.

- — Erläuterung des §. 181 des bürgerlichen Gesetzbuches hinsichtlich der Annahme an Kindesstatt.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Juni 1837, S. 132, Nr. 209.

- — Erläuterung der §§. 54 und 94 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, hinsichtlich der Befreiung der Gültigkeit der ohne gehörige Bewilligung geschlossenen Militär-Ehen.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 30. August 1837, S. 142, Nr. 221.

- — Erläuterung des §. 1367 des bürgerlichen Gesetzbuches, hinsichtlich der Erlöschung der Bürgschaftsverträge binnen drei Jahren nach dem Tode des Bürgen.

Justiz-Hofdecret vom 19. September 1837, S. 146, Nr. 228.

Gesetzbuch, bürgerliches. Anwendung der §§. 294 und 297 des bürgerlichen Gesetzbuches auf die Hereinbringung rückständiger Gebühren von aufgegebenen Berggebäuden, und auf die Beschlagnahme der in denselben vorfindigen Gezehe, Erzvorräthe u.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 6. Mai 1838, S. 180, Nr. 269.

- — Anwendung des §. 1174 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches auf die aus Gelegenheit nachtheiliger Verabredungen bei öffentlichen Versteigerungen zugesicherten und bereits bezahlten Beträge, Geschenke und andere Vortheile.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Juni 1838, S. 239, Nr. 277.

- — Die in dem §. 1480 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches festgesetzte dreijährige Verjährung findet auf den Lohn des Dienstgesindes keine Anwendung.

Hofkanzlei-Decret vom 10. April 1839, S. 336, Nr. 355.

- — Die Execution zur Sicherstellung mittelst Pfändung kann bei Klagen, die sich auf eine vollen Glauben verdienende Urkunde gründen, auch auf das nach §. 1425 des bürgerlichen Gesetzbuches zu Gericht hinterlegte Gut bewilliget werden.

Justiz-Hofdecree vom 7. Mai 1839, S. 338, Nr. 353.

- — Anwendung der §§. 305 und 306 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches bei Vornahme von Güter-Schätzungen.

Justiz-Hofdecree vom 25. November 1839, S. 360, Nr. 391.

- — Anwendung der Vorschriften des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, hinsichtlich der Hypothekar-Sicherheit der den Waisen und Curanden zufallenden Capitalien, welche auf mit Demolirungs-Reversen belasteten Gebäuden vorgemerkt sind.

Justiz-Hofdecree vom 30. März 1840, S. 479, Nr. 418.

- — Anwendung der §§. 344, 365, 424, 441 und 444 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches in Expropriations-Fällen bei Eisenbahnen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. April 1841, S. 572, Nr. 529.

- — Bei Anlegung der Waisengelder ist sich nach den Vorschriften der §§. 230 und 265 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches zu benehmen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1841, S. 613, Nr. 566.

- — Anwendung der Vorschrift des §. 1333 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches auf alle Forderungen im Gelde, nicht aber auf Forderungen, welche keine Summe Geldes, sondern andere Sachen oder Leistungen zum Gegenstande haben.

Justiz-Hofdecree vom 18. Jänner 1842, S. 7, Nr. 592.

- — Anwendung des §. 1335 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, hinsichtlich der Erlöschung der bis zum Betrage der Hauptschuld steigenden Zinsen auf die Interessen der in Verlosung fallenden Capitalien der älteren Staatsschuld.

Hofkammer-Decret vom 19. April 1842, S. 22, Nr. 607.

- — Anwendung des §. 407 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches auf die Rechte des Staates zur Besignahme und Benützung der Inseln in schiff- und flossbaren Flüssen und Strömen.

Hofkammer-Decret vom 19. April 1842, S. 22, Nr. 608.

- — Welches Verlassenschafts-Vermögen nach den Bestimmungen der §§. 548, 549 und 785 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches als ein reines Vermögen zu betrachten sei.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Jänner 1843, S. 90, Nr. 677.

- — Auf verkäufliche nicht radicirte Gewerbe kann nur durch die in den §§. 426, 427, 428 und 451 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches vorgeschriebene Weise ein dingliches Recht erworben werden.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juli 1843, S. 127, Nr. 720.

Gesetzbuch, bürgerliches. Eine Ausnahme von der Anordnung des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches über die gesetzliche Erbfolge findet zu Gunsten des Institutes der Schwestern des deutschen Ordens nicht Statt.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1843, S. 141, Nr. 746.

- Wegen Anwendung der §§. 71 und 77 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches auf Ehen nicht unitar Griechen unter sich, oder mit katholischen Glaubensgenossen in der Bukowina.

Hofkanzlei-Decret vom 26. October 1843, S. 163, Nr. 758.

- Erläuterung des §. 784 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches über die Ansprüche der Nothherben auf die Verlassenschaften.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1844, S. 192, Nr. 781.

- Erläuterung des §. 700 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, bezüglich des Genusses einer Erbschaft oder Legates auf die Dauer des Witwen- oder unverhehlchten Standes.

Justiz-Hofdecret vom 23. Mai 1844, S. 210, Nr. 807.

- Der §. 1480 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches findet auf die Verjährung rückständiger Zinsen bei den Sparcassen keine Anwendung, jedoch ist dieselbe nach §. 1335 desselben Gesetzes berechtigt, die weitere Verzinsung der nicht behobenen, bis auf den Betrag der ursprünglichen Hauptschuld gestiegenen Interessen einzustellen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. September 1844, S. 222, Nr. 832.

- Anwendung des §. 1335 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches und der Verjährung der einzelnen Zinsensraten bei den auf bestimmte Namen lautenden Staats-Schuldverschreibungen und öffentlichen Fonds-Obligationen.

Hofkammer-Decret vom 27. September 1844, S. 231, Nr. 833.

- Anwendung der §§. 166, 167 und 168 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches auf die Alimentation eines unehelichen Kindes mittelst Verbotes auf die Befoldung eines Beamten als dessen Vaters.

Hofkammer-Decret vom 30. November 1844, S. 242, Nr. 850.

- Erläuterung des §. 612 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, hinsichtlich der letztwilligen Anordnungen, in welchen noch nicht erzeugte Personen für den Fall ihrer Geburt als Erben eingesetzt oder mit Legaten bedacht sind.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1845, S. 264, Nr. 888.

- Der §. 1335 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches ist auf die Zinsensraten von auf Ueberbringer lautenden Obligationen nicht anzuwenden, wogegen diese Zinsensraten der Verjährung nach der Allerhöchsten Entschliessung vom 18. März 1812 unterliegen.

Hofkammer-Decret vom 29. Mai 1845, S. 266, Nr. 890.

- Anwendung des §. 1425 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches auf die Pfändung des von dem Geklagten im summarischen Verfahren bei den Civilgerichten zu Gericht erlegten Gutes.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- Anwendung des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches in dem Verfahren bei Verhandlungen über die den Erste-Zollgerichten zugewiesenen Civil-Rechtsgeschäfte.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 2. December 1845, S. 289, Nr. 912.

- Erläuterung des §. 1500 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, hinsichtlich der Verjährung von Forderungen und anderen Rechten, welche in die öffentlichen Bücher eingetragen sind.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 330, Nr. 951.

- Erläuterung des §. 822 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches über die Pfändung der Erbschaften.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1846, S. 337, Nr. 968.

- Von der Anwendung des §. 399 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, über die Behandlung eines gefundenen Schatzes, hat es zwar abzukommen, die §§. 395, 396, 397 und 400 desselben Gesetzes haben jedoch in Kraft zu bleiben.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Juni 1846, S. 338, Nr. 970.

Gesetzbuch, bürgerliches. Anwendung der §§. 70, 73 und 126 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches auf das Aufgebot und die Trauung jener Israeliten in Böhmen, welche keiner mit einem zu jüdischen Trauungen berufenen Religionslehrer versehenen jüdischen Gemeinde angehören.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1846, S. 360, Nr. 984.

- — Anwendung des §. 1168 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches auf das Eigenthumsrecht der Verfasser literarischer, artistischer und musikalischer Werke und auf den Schutz derselben gegen den unbefugten Nachdruck und die Nachbildung derselben.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

- — Erläuterung der §§. 799 und 819 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches hinsichtlich des Verfahrens bei Verlassenschafts-Abhandlungen, wo die Erben unbekannt oder abwesend sind.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1846, S. 389, Nr. 1000.

- — Anwendung des §. 1425 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches auf die Pfändung des von dem Verklagten im summarischen Verfahren bei Militärgerichten erlegten Gutes.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- — Anwendung der §§. 287 und 365 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzes auf die Ablösung der auf den von den Eisenbahn-Unternehmungen an sich gebrachten Gründen haftenden dinglichen Rechte.

Hofkanzlei-Decret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1036.

- — Berichtigung des Wortlautes des §. 994 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch in der italienischen Uebersetzung.

Justiz-Hofdecret vom 5. März 1847, S. 436, Nr. 1043.

- — Erläuterung der §§. 786, 830 und 837 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, hinsichtlich der Rechte der Notherben.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1847, S. 454, Nr. 1051.

- — Bewilligung der Pfändung auf das im summarischen Verfahren bei den Gerichten in Palmatien von dem Verklagten nach §. 1425 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches erlegte Gut.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

- sardinisches. Die Bestimmungen des neuen sardinischen Civilgesetzbuches, und namentlich die Anordnungen des Artikels 28 desselben, haben an den durch Staatsverträge erworbenen Rechten der österreichischen Unterthanen nichts geändert, noch dieselben beschränkt.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Jänner 1840, S. 383, Nr. 401.

Gesetze höherer Behörden sind bei landesfürstlichen Collegialgerichten erster Instanz in voller Rathversammlung in Vortrag zu bringen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1822, S. 76, Nr. 1836, §. 1.

- Wegen Kundmachung der Gesetze in Justizsachen durch den Druck von Seite der politischen Landesstellen und durch die Appellationsgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 308, Nr. 2107.

- Die Gesetze über den Normalpreis der verkäuflichen Gewerbe sind nicht aufgehoben worden.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juli 1825, S. 313, Nr. 2119.

- Vorschrift über die Art der Kundmachung der Gesetze im Justizfache.

Justiz-Hofdecret vom 16. November 1827, S. 106, Nr. 2319.

- Wann die für Staatsbeamte ergehenden Disciplinar-, Pensions- oder Provisions-Verordnungen auch für die bei Anstalten angestellten Beamten zu gelten haben, welche auf Fonde gewiesen sind, die unter der Verwaltung des Staates stehen, und aus dem Staatsfache unterstützt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 3. April 1838, S. 173, Nr. 262.

Gefetze. Bezeichnung jener Gesetze, welche durch das Stempel- und Targeseß vom 27. Jänner 1840 außer Kraft gesetzt oder in ihrer Wirksamkeit eingeschränkt werden, und welche fortan in Kraft bleiben sollen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 24. Mai 1840, S. 498, Nr. 442.

Gesetzliche Bestimmungen. S. Bestimmung.

— **Erbfolge.** S. Erbfolge.

Gesetzliches Pfandrecht im lombardisch-venetianischen Königreiche. S. Hypotheken.

Gesetzsammlung. Das Appellationsgericht hat sich künftig zur Begründung seiner Beschlüsse nicht auf Privat-Gesetzsammlungen zu berufen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juli 1823, S. 154, Nr. 1953.

— Bedingungen, unter welchen die Herausgabe von Privat-Gesetzsammlungen gestattet ist.

Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1833, S. 87, Nr. 2607, und 6. November 1833, S. 103, Nr. 2634.

Gesetzwidriger Gebrauch. S. Gebrauch.

Gesinde-Ordnung. Welche Privat-Rechtsverhältnisse aus Dienstverträgen den politischen Behörden zugewiesen sind.

Justiz-Hofdecret vom 11. Mai 1821, S. 19, Nr. 1759.

— Durch die Gesinde-Ordnung für Wien vom 1. Mai 1810 hat das Strafgesetzbuch über Verbrechen keine Abänderung erlitten.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1846, S. 337, Nr. 967.

Geständniß. Ueber die Beweisraft des vor einem zum Richteramt fähig erklärten und beeidigten Richter abgelegten Geständnisses.

Justiz-Hofdecret vom 6. October 1821, S. 52, Nr. 1806.

— Die in den Hofdecreten vom 24. December 1817 und 6. October 1821 ertheilten Vorschriften, über die Beweisraft des Geständnisses in Criminalsachen, finden auf Dominicalgerichte und Magistrate in Böhmen keine Anwendung.

Justiz-Hofdecret vom 24. April 1838, S. 176, Nr. 266.

— Kundmachung der über die Beweisraft des in Criminalsachen vor einer Prätur abgelegten Geständnisses unterm 24. December 1817 erlassenen Verordnung in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 4. December 1838, S. 313, Nr. 314.

— Vorschrift über die Beweisraft der in criminali vor Prätorien, Prätoris-Adjuncten oder Cancellieri in Dalmatien abgelegten Geständnisse.

Justiz-Hofdecret vom 31. März 1840, S. 480, Nr. 420.

— Beeidigung der Zeugen, wenn auch ihre Aussage mit dem Geständnisse des Inquisiten übereinstimmt.

Justiz-Hofdecret vom 11. October 1842, S. 63, Nr. 647.

— Der Vorgang, daß insgeheim bestellte Leute in die Criminal-Untersuchungs-Gefängnisse gebracht werden, um die Inquisiten zu Geständnissen zu verlocken, soll beseitigt werden.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 450, Nr. 1048.

Gestattung. Vorschrift über die Gestattung der Pfannhämmer-Errichtung.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 27. April 1841, S. 572, Nr. 528.

Gesträuch. Verbot der Abtreibung der Gesträuche auf den an der Linie der Staats-Eisenbahnen angrenzenden Gründen und Bergabhängen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 234, Nr. 834.

Gefuche. Wegen Aufnahme der Gefuche, um Nachsicht der Strafe in den Straf-Anstalten zu Grabiška und Capo d'Istria.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juli 1821, S. 35, Nr. 1773.

Gesuche. Benehmen, wenn von einem Sträflinge anstatt eines Recurses ein Besuch um Strafnachsicht an das Appellationsgericht gelangt.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1821, S. 38, Nr. 1777.

- Behandlung der Gesuche um Strafnachsicht oder die eigentliche Begnadigung.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1822, S. 71, Nr. 1827.

- Durch die Allerhöchste Entschließung vom 24. December 1821 ist an dem §. 470, 1. Theils des Strafgesetzes, in Ansehung der Gesuche um Strafnachsicht, nichts geändert worden.

Justiz-Hofdecret vom 16. Februar 1822, S. 79, Nr. 1840.

- Wie sich bei Gesuchen der Gerichtsbeamten, um Aushilfen, zu benehmen sei.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juli 1822, S. 111, Nr. 1881.

- der Gutsherren, um ein Darleihen aus der Waisencasse ihres eigenen Gutes, sind zur Erwirkung der Genehmigung des Landrechtes bei dem Kreisamte einzureichen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Mai 1824, S. 209, Nr. 2010.

- Behandlung der Gesuche um Strafnachsicht nach der Beurtheilung des Appellationsgerichtes.

Justiz-Hofdecrete vom 25. Juni und 16. Juli 1824, S. 214 und 216, Nr. 2018 und 2023.

- Daß von dem amtlichen Vertreter eines armen Abwesenden, oder dessen Wohnsitz unbekannt ist, gestellte Gesuch, um Vormerkung der Judicialgebühren, darf ungestempelt eingebracht werden.

Justiz-Hofdecret vom 15. Jänner 1825, S. 286, Nr. 2066.

- der Competenten um Dienstverleihung oder Beförderung, sind durch ihre Vorgesetzten an die betreffende Behörde, welche die Befegung vorzunehmen hat, einzubegleiten.

Justiz-Hofdecret vom 17. März 1826, S. 13, Nr. 2174.

- Vorschrift über die Erledigung der Gesuche, um Zulassung zum Zeugenbeweise über den Tod eines vermißten Ehegatten.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1827, S. 68, Nr. 2259.

- Vorschrift über die Behandlung der Gesuche der Auscultanten, um Uebersetzung zu einer anderen Justizbehörde zur Erweiterung ihrer Sprachkenntnisse.

Justiz-Hofdecret vom 6. April 1827, S. 76, Nr. 2270.

- der Magistrate oder anderen Justiz-Obzirkleiten, um Nachsicht oder Mäßigung der wider sie verhängten Geldstrafen, unterliegen den Tax-, Stempel- und Postporto-Gebühren.

Hofkammer-Decret vom 30. Mai 1827, S. 82, Nr. 2280.

- Vorschrift über die Behandlung der Urlaubsgesuche der herrschaftlichen Bezirkscommissäre und Ortsrichter in Steiermark.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1827, S. 89, Nr. 2298.

- Vorschrift über die Behandlung der Gesuche, um Zulassung des Zeugenbeweises anstatt des abzulegenden Haupteidcs.

Justiz-Hofdecret vom 14. September 1827, S. 97, Nr. 2306.

- Vorschrift über die Einbegleitung der Unterstützungsgesuche der Beamten.

Hofkammer-Decret vom 31. October 1828, S. 139, Nr. 2370.

- In welchen Fällen den Gefällsbehörden gestattet ist, zur Sicherstellung der Forderungen des Aerariums, auch ohne Mitwirkung des Fiscalamtes und ohne Mitfertigung eines Advocaten Gesuche bei den zuständigen Ortsbehörden zu überreichen.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1829, S. 149, Nr. 2393.

- Beförderungsgesuche der Beamten sind Seiner Majestät, wenn der Befegungsvorschlag bereits erstattet wäre, nachträglich vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 11. December 1829, S. 181, Nr. 2444.

Gesuche. Auf nicht gehörig instruirte Gesuche um Einverleibung (Intabulation), Vormerkung (Pränotation), Befehl- oder Gewähranscheinung oder Löschung (Extabulation) sind keine Vorbescheide zu erlassen, sondern dieselben mit Anführung der Ursache lediglich abzuschlagen.

Justiz-Hofdecret vom 16. April 1830, S. 194, Nr. 2459.

- Den Lebens-Allodialisirungsgeſuchen ſind die erforderlichen Erklärungen der Lebensnachfolger und des Curatoris nasciturorum beizulegen.

Allerhöchſte Entſchließung vom 16. Jänner 1832, S. 31, Nr. 2546.

- Wirkung des Widerrufs des von einem Beleidigten angebrachten Geſuches um Beſtrafung einer Mißhandlung oder Beleidigung.

Justiz-Hofdecret vom 10. Jänner 1833, S. 73, Nr. 2585.

- Einrichtung der Geſuche um Dispensation von der Vorſchrift, daß Niemand nach dem zurückgelegten vierzigſten Jahre in den Staatsdienſt eintreten ſoll.

Justiz-Hofdecret vom 14. Februar 1834, S. 107, Nr. 2642.

- Poſtpoſtortofreiheit der Schreiben, wodurch Geſuche der Beamten um einen Dienſtpoſten, von einer Behörde an die andere überſendet werden.

Justiz-Hofdecret vom 16. Mai 1834, S. 112, Nr. 2654.

- Die Abhandlungsgeſuche der Parteien ſollen gehörig instruirt überreicht werden.

Justiz-Hofdecret vom 17. Jänner 1835, S. 134, Nr. 2684.

- Wirkung des Widerrufs des Geſuches des Mißhandelten, um Beſtrafung des Beleidigers, vor und nach Kundmachung des Urtheiles an den Unterſuchten.

Hofkanzlei-Decret vom 25. Juni 1835, S. 27, Nr. 43.

- Vorſchrift über die Einrichtung der Geſuche um Pränotation und Intabulation.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 28, Nr. 46.

- Vorſchrift für das niederöſterreichiſche Landrecht und das Linzer Stadt- und Landrecht, über die Behandlung der Geſuche um Abſonderung der Lehen vom freien Eigenthume und der Lehen verſchiedener Lehensherren.

Justiz-Hofdecret vom 4. Auguſt 1835, S. 36, Nr. 66.

- Vorſchrift über die Verfaſſung der Geſuche der Lehenſwerber und Ruther, um Zulaffung zur Rührung und Belehnung im Bergbau.

Decrete der Hofkammer in Rünz- und Bergweſen vom 2. März und 25. October 1837, S. 113 und 150, Nr. 179 und 237.

- Vorſchrift über die Verfaſſung der Geſuche um Auscultantenſtellen, deren Inſtruirung und Ueberreichung.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juni 1837, S. 128, Nr. 207.

- Vorſchrift über die Behandlung der Geſuche der Spielberger Sträflinge um Strafnachſicht.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1839, S. 327, Nr. 340.

- Wirkung der vor der Concurs-Eröffnung bei der Real-Inſtanz angebrachten Geſuche um Pränotation und Einverleibung.

Justiz-Hofdecret vom 24. Juni 1839, S. 342, Nr. 366.

- Gehörig begründete Geſuche, um eine beſſere als die normalmäßige Penſionsbehandlung, ſind Seiner Majestät auch ohne Allerhöchſte Aufforderung vorzulegen.

Hofkammer-Decret vom 20. Februar 1840, S. 474, Nr. 411.

- Behandlung der abweiſlichen Beſcheide über alle im Wege der Execution überreichten Geſuche, deren Bewilligung eine Eintragung in die öffentlichen Bücher zur Folge haben würde.

Hofkanzlei-Decret vom 10. März 1840, S. 475, Nr. 415.

Gesuche. Die Gesuche der Gränzkämmerer in Galizien und ihrer Amtsboten, um Anweisung und Execution der ihnen für ihre Amtshandlungen zuerkannten und von den Parteien einzubringenden Gebühren sind stämpelpflichtig.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1841, S. 567, Nr. 520.

— Vorschrift über die Behandlung der Gesuche um Erlassung der Fedina criminali.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1842, S. 24, Nr. 609.

— Behandlung der Gesuche um die Verleihung von mehr als zehn Grubenfeldmassen auf Einen Einbau beim Avarial-Steinkohlenbergbau.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 7. August 1842, S. 55, Nr. 628.

— Vorschrift hinsichtlich des Verfahrens der Berggerichte über Gesuche um Ertheilung der Schurf-Licenz auf den Steinkohlen-Bergbau.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 28. December 1842, S. 80, Nr. 666.

— Beamte haben ihre Gesuche um Beförderung bei dem Vorstande der Stelle, bei welcher sie dienen, zu überreichen.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1843, S. 104, Nr. 693.

— Vorschrift über die Behandlung der Gesuche um Zulassung zur Fiscal-Adjuncten-Prüfung von Seite jener Subernien, welche nicht an dem Orte des Appellationsgerichtes ihren Amtssitz haben.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1843, S. 136, Nr. 734.

— Vorschrift über die Behandlung der Gesuche der landesfürstlichen Beamten, um Uebersetzung in gleicher Eigenschaft zu einer anderen Gerichtsbehörde.

Justiz-Hofdecret vom 6. November 1843, S. 171, Nr. 765.

— Vorschrift über die Verfassung und Uebersetzung der Gesuche der Bewerber um Auscultantenstellen bei organisirten Magistraten.

Hofkanzlei-Decret vom 15. März 1844, S. 198, Nr. 794.

— Vorschrift über die Uebersetzung und Behandlung der Gesuche der Halb- und Real-Invaliden um Civil-Verdienstungen.

Decret des Hofkriegsrathes vom 8. März 1845, S. 254, Nr. 873.

— Das Gesuch um Bewilligung der Schlußschrift kann aus dem Grunde, weil der Inrothung-Bescheid bereits in Rechtskraft erwachsen ist, nicht zurückgewiesen werden.

Allerhöchste Entschließung vom 22. November 1845, S. 289, Nr. 910.

— Bezeichnung der Behörden zweiter und dritter Instanz, bei welchen Gnadengesuche gegen Verfügungen und Urtheile der Elbe-Hollgerichte zu überreichen sind.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 2. December 1845, S. 289, Nr. 912.

— Wirkung der Gesuche um Aufhebung der Folgen des Ausbleibens bei der Tagung oder um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen eine verstrichene Kallfrist; dann Vorschrift über deren Erledigung.

Justiz-Hofdecrete vom 19. Februar und 29. April 1846, S. 318 und 333, Nr. 937 und 957.

— Vorschrift über die Behandlung der Gesuche um Stämpelbefreiung auf Grundlage der Armuth.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 329, Nr. 949.

— um Execution der von den Grundgerichts-Verwaltungen der Vorstädte Wiens gefällten Urtheile können bei derselben oder bei dem Civilgerichte angebracht werden.

Justiz-Hofdecret vom 7. October 1846, S. 373, Nr. 988.

Gefuche. Vorschrift über die Behandlung der von Sträflingen im Strafhause überreichten Strafnachsuchts-Gefuche.

Hofkanzlei-Decret vom 13. December 1846, S. 395, Nr. 1011.

- Das Appellationsgericht hat sich über die der obersten Justizstelle vorzulegenden Unterstützungsgesuche von Justizbeamten vorläufig mit der die bewilligte Anshilfe anweisenden Landesstelle in das Einvernehmen zu setzen.

Justiz-Hofdecret vom 12. August 1847, S. 468, Nr. 1080.

- um Legalisirung der Amtsfertigung der Appellationsgerichte sind von diesen unmittelbar an das Justiz-Ministerium einzubegleiten.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1848, S. 620, Nr. 1146.

- Vorschrift über die Behandlung der Gesuche, wegen Erneuerung der bei der Görzer Landtafel erworbenen Hypothekar-, Pfand- und Servitut-Nachte auf Grundstücke und Urbaren.

Justiz-Ministerial-Decret vom 31. August 1848, S. 656, Nr. 1179.

- um Anstellung. S. auch Anstellung, Postfreiheit.

Getaufte Juden. S. Israeliten.

- Judenkinder. S. Israeliten, Kinder.

Getränke-Erzeugung-Entgelt. Streitigkeiten über den Bezug des bei den galizischen Ständen bestehenden Getränke-Erzeugung-Entgeltes gehören zur Verhandlung und Entscheidung der politischen Behörden.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1846, S. 387, Nr. 995.

Getreide, in sofern dasselbe zur Fortsetzung des ordentlichen Wirtschaftsbetriebes erforderlich ist, kann nur mit dem unbeweglichen Gute, wozu es gehört, gepfändet, geschätzt und versteigert werden.

Justiz-Hofdecret vom 7. April 1826, S. 15, Nr. 2178.

- Erben haben den zur Zeit des Todes des Erblassers vorhanden gewesenen Vorrath an Getreide in dem eidesstattigen Vermögensbekenntnisse anzugeben.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1841, S. 675, Nr. 582.

Getreide-Lieferungs-Obigationen. S. Obligationen.

Getreide-Zins-Schuldschreibungen (laufende), der Unterthanen sind im politischen Wege einzutreiben.

Hofkanzlei-Decrete vom 2. Juli 1835, S. 31, Nr. 54, und vom 27. November 1838, S. 311, Nr. 309.

Gewähr. Die Frage, wer an die Gewähr zu bringen sei, ist von dem Richter zu entscheiden.

Hofkanzlei-Decret vom 23. December 1826, S. 60, Nr. 2243.

- Wann die Privat-Eisenbahn-Unternehmungen verpflichtet sind, sich an die Gewähr der eingeköbten Grundstücke grundbücherlich einschreiben zu lassen.

Hofkanzlei-Decret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1036.

- Vorschrift über das Verfahren bei Besiganschreibung an landesfürstliche Deutellehen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Jänner 1848, S. 487, Nr. 1111.

Gewähranschiebung oder Löschung. Auf nicht gehörig instruirte Gesuche, um eine Einverleibung, Vormerkung, Besitz- oder Gewähranschiebung oder Löschung, sind keine Vorbescheide zu erlassen, sondern dieselben mit Anführung der Ursache lediglich abzuschlagen.

Justiz-Hofdecret vom 16. April 1830, S. 194, Nr. 2459.

- S. auch Gewährwandel, Grundbuch.

Gewährwandel. Bestimmung der Fälle, in denen die Grundherren den Gewährwandel, wegen nicht angesuchter Gewähranschiebung mehrmals beziehen dürfen. Vorschrift über die Aufforderung der Parteien, die Gewähr zu nehmen.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Juli 1826, S. 32, Nr. 2201.

Gewalt des Vaters. S. Väterliche Gewalt.

Gewaltthätigkeit. Strafe der an Sklaven verübten öffentlichen Gewaltthätigkeit.

Justiz-Hofdecret vom 19. August 1826, S. 42, Nr. 2215.

- Wann das Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit durch eine Drohung begangen wird.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Juli 1835, S. 31, Nr. 55.

- Bestrafung des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit durch boshafte Beschädigung an Eisenbahnen.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 449, Nr. 1047.

Gewehre. S. Feuer gewehre.**Gewerbe.** Advocaten dürfen nicht zugleich Gewerbe betreiben.

Justiz-Hofdecret vom 7. Mai 1821, S. 18, Nr. 1758.

- Bestimmung der Eigenschaft der Apothekergewerbe.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1825, S. 281, Nr. 2063.

- Den Patrimonial-Gerichtsbeamten in Tirol und Vorarlberg ist die Betreibung eines bürgerlichen Gewerbes nicht zu gestatten.

Justiz-Hofdecret vom 10. Juni 1825, S. 307, Nr. 2105.

- Durch das Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1803 ist der Normalpreis der verkäuflichen Gewerbe nicht aufgehoben. Wie das Stadt- und Landrecht zu Klagenfurt mit dem dortigen Magistrat über Verfügungen, welche solche Gewerbe betreffen, zu verhandeln habe.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juli 1825, S. 313, Nr. 2119.

- Vorschrift über die Schätzung und Veräußerung verkäuflicher Gewerbe in Executions- und Concursfällen.

Justiz-Hofdecret vom 5. November 1831, S. 22, Nr. 2534.

- Vorschrift über die Verleihung der Gewerbe an Ausländer, welche aus Staaten sind, mit welchen Cartels-Conventionen bestehen.

Hofkanzlei-Decret vom 1. März 1832, S. 34, Nr. 2550.

- Deren raticirte oder verkäufliche Eigenschaft nicht erwiesen ist, sowie alle in Zukunft zu verleihende Polizei- oder Commercialgewerbe sind in Tirol persönlich, und können nicht vererbt, veräußert oder verpachtet werden.

Justiz-Hofdecret vom 26. September 1834, S. 127, Nr. 2670.

- Vorschrift für Dominicalbesitzer in Niederösterreich, über die Veräußerung der einen Bestandtheil des Dominicalkörpers ausmachenden Gewerbe.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1835, S. 20, Nr. 34.

- Zur Verleihung eines Gewerbes an Minderjährige ist das zurückgelegte zwanzigste Lebensjahr nicht als unerläßliche Bedingung vorgeschrieben. Benehmen der Behörden bei Ertheilung solcher Bewilligungen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juni 1835, S. 23, Nr. 38.

- Vorschrift über die Erweisung der Verkäuflichkeit des auf einem Hause befindlichen Gewerbes.

Hofkammer-Decret vom 6. December 1839, S. 362, Nr. 395.

- Die Führung der Vormerkprotokolle über die verkäuflichen Gewerbe, und der anderen dahin einschlagenden Amtshandlungen gehört zum Wirkungskreise der politischen Obrigkeiten.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Februar 1841, S. 555, Nr. 502.

- Verkäufliche nicht raticirte Gewerbe sind kein Gegenstand der Landtafel und der Grundbücher und daher auch kein Gegenstand von Pränotationen und Intabulationen. Ueber dieselben werden Vormerkprotokolle durch die politischen Behörden geführt. Wenn auf ein solches Gewerbe Execution geführt wird, ist die Pfändung oder Einantwortung vom Richter zu bewilligen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 586.

- Vorschrift über die Belastungsfähigkeit der verkäuflichen Gewerbe.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1843, S. 122, Nr. 708.

Gewerbe. Wirkung der bisherigen Intabulation oder Pränotation auf verkäufliche nicht radicirte Gewerbe in Steiermark.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Juli 1843, S. 127, Nr. 720.

- Vorschrift über die Behandlung der Apothekergewerbe in Galizien überhaupt, dann welche Apothekergewerbe als verkäuflich anzusehen sind. Bestimmung des Normalpreises derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 27. November 1843, S. 172, Nr. 767.

Gewerbslehrlingen. S. Lehrlingen.

Gewerbs- und Handelsleute. Die in einer Stadt ihr Gewerbe oder ihre Handlung ausüben, sind in Beziehung auf die Classen des Papierstämpels als Bürger jener Stadt zu betrachten, wenn sie auch dort das Bürgerrecht nicht besitzen.

Justiz-Hofdecree vom 26. Jänner 1825, S. 288, Nr. 2069.

Gewerbsleute. Die Befreiung der Immunität der Gewerbsleute in den Militärgränzen und der Einwohner der Militär-Communitäten von dem executiven Personal-Arreste hat nicht mehr zu bestehen.

Decret des Hofkriegsrathes vom 28. November 1826, S. 56, Nr. 2236.

- Streitigkeiten zwischen Gewerbsleuten und ihren Gesellen, Lehrlingen und anderen Hilfsarbeitern, welche aus dem Dienstverhältnisse oder Lohnverträge entspringen, sind von den politischen Behörden zu behandeln.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1846, S. 390, Nr. 1002.

- Verbot des Gebrauches der unverzinnten, dann Beschränkung des Gebrauches der verzinnten Kupfer- und Messinggeschirre bei allen mit der Erzeugung und dem Verkaufe von Gewaren sich befassenden Gewerbsleuten.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 19. September 1848, S. 661, Nr. 1183.

- Den mit dem Einmachen der Früchte in Essig sich befassenden Gewerbsleuten sind die Vorschriften der §§. 156, 157, 158 und 160, II. Theils des Strafgesetzes, in Erinnerung zu bringen.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 19. September 1848, S. 661, Nr. 1183.

- Befreiung der von dem Comité zur Unterstützung mittelloser Gewerbsleute denselben übergebenen Rohstoffe und Halbfabrikate von der Pfändung und pfanweisen Beschlagnahme.

Justiz-Ministerial-Erlaß vom 25. September 1848, S. 663, Nr. 1184.

Gewerbs-Protokoll. Die zu einem Dominicalkörper als Bestandtheil desselben gehörigen Gewerbe sind, wenn sie vor ihrer Veräußerung in dem Gewerbs-Protokolle ordnungsmäßig vorkommen, als radicirt und rücksichtlich verkäuflich anzuerkennen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1835, S. 20, Nr. 34.

Gewicht. Bestimmung des Gewichtes der Postsendungen, welche von den Postämtern zur Beförderung mit den Pack- und Mallefahrten angenommen werden.

Justiz-Hofdecree vom 28. Jänner 1847, S. 405, Nr. 1023.

Gewinn. Berechtigung des Nothverben, über den ihm vom Tode des Erblassers bis zur wirklichen Zuthheilung des Pflichttheiles gebührenden verhältnismäßigen Antheil an Gewinn der Erbschaft Rechnung zu fordern.

Justiz-Hofdecree vom 27. März 1847, S. 454, Nr. 1051.

Gezähe. Das Gezähe kann bei aufgelaassenen Verggebäuden nicht in gerichtlichen Beschlag genommen werden; in wieferne hierin eine Ausnahme statt finde.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 6. Mai 1838, S. 180, Nr. 269.

Giebigkeiten. Die Grundherrschaften dürfen die Urbarm-Rückstände nur im politischen Wege eintreiben.

Justiz-Hofdecree vom 6. März 1821, S. 12, Nr. 1744.

Siebigkeiten. Welche Gemeindegiebigkeiten bei nicht eintretenden Unterthans-Verhältnissen im politischen Wege einzutreiben, und welche nach den für Privat-Ansprüche bestehenden allgemeinen Gesetzen zu behandeln sind.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1835, S. 20, Nr. 33.

- Vorschrift über das Verfahren bei Abschreibung der für die Staats-Eisenbahnen eingelösten obrigkeitlichen Siebigkeiten in den Grundbüchern, in der Landtafel und in dem ständischen Kataster.

Justiz-Hofdecret vom 15. October 1845, S. 277, Nr. 904.

- Vorschrift über das Verfahren bei Abschreibung der für die Staats-Eisenbahnen eingelösten obrigkeitlichen Siebigkeiten in den Grundbüchern und in der Landtafel.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1846, S. 387, Nr. 997.

Siech. Dem Haupte der reichsständisch-gräflichen Familie Siech gebührt der Titel „Erlaucht“.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Sift. Art der chemischen Untersuchung von beigebrachten Siften, die nicht im Orte der That vorgenommen werden müssen.

Justiz-Hofdecret vom 21. Jänner 1825, S. 287, Nr. 2068.

Siltenbuch. Die in dem ständischen Siltenbuche eingetragenen Gewerbe sind, wenn sie vor ihrer Veräußerung in demselben eingetragen waren, als rabicirt und rückfichtlich verkäuflich anzuerkennen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1835, S. 20, Nr. 34.

Siltigkeit. Zur Bestreitung der Siltigkeit der von einem Militär geschlossenen Ehe, sowie der Ehen wegen öffentlichen Ehehindernisses überhaupt, bedarf es eines eigens bestellten Klägers nicht, und ist diese Anfechtung auch dem Fiscus nicht zu übertragen.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1839, S. 360, Nr. 392.

- der bei gemischten Ehen wegen Erziehung der Kinder in der katholischen Religion ausgestellten Reverse.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Juni 1843, S. 125, Nr. 714.

- Vorschrift über die Siltigkeit der von einzelnen Pfründnern geschlossenen Pacht- und Miethverträge.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Jänner 1844, S. 189, Nr. 776.

- Bestimmungen hinsichtlich der Siltigkeit der in den verschiedenen Adelsdiplomen vorkommenden Formel der vier Ahnen väterlicher und mütterlicher Seits.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1844, S. 238, Nr. 841.

- der von Auctoritäten ausgestellten oder legalisirten Urkunden in Dalmatien auch bei den dortigen Hypothekenämtern.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1845, S. 257, Nr. 878.

- Competenz der zur Verlassenschafts-Abhandlung berufenen Gerichtsbehörde zur Entscheidung über die bestrittene Siltigkeit eines Testaments.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juni 1845, S. 269, Nr. 893.

- Ueber die Siltigkeit des zum Behufe der Stämpelbefreiung beigebrachten Arminuthzeugnisses entscheiden die Gerichtsbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 329, Nr. 949.

- der Notariats-Urkunden zum Beweise der adelichen Abstammung.

Justiz-Hofdecret vom 16. September 1846, S. 360, Nr. 983.

- der Aussage oder des Zeugnisses eines Angestellten der Eisenbahn-Unternehmung.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, S. 51.

Gymnasialclassen. S. Studien.

Giranten. Gegen die Giranten in Wien zahlbarer förmlicher Wechsel findet der Auftrag binnen 24 Stunden zu zahlen Statt.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1827, S. 142, Nr. 2379.

Giro. Der Giro eines trockenen Wechsels hat gegen Personen, die der Ausstellung dieser Wechsel unfähig sind, nur die Kraft einer gemeinen Cession, und begründet gegen sie weder das Wechselrecht, noch die Gerichtsbarkeit des Wechselgerichtes.

Justiz-Hofdecret vom 1. September 1821, S. 45, Nr. 1794, 3.

Girung. S. Giro.

Gitschin. Von den für den Bidschower Kreis in Böhmen angestellten zwei Advocaten hat einer in Gitschin seinen Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juli 1844, S. 213, Nr. 819.

Gläubiger. Durch die Eröffnung des Concurse erhalten die Gläubiger nicht das Eigenthum der Güter des Gemeinschuldners; was für ein Recht sie nur erwerben?

Justiz-Hofdecret vom 4. Juni 1824, S. 210, Nr. 2012.

— Vernehmung der bekannten und im Gerichtsorte anwesenden Concursmasse-Gläubiger bei Eigenthumsklagen gegen Concursmassen, wenn noch kein Ausschuss der Gläubiger gewählt ist.

Justiz-Hofdecret vom 6. Juni 1826, S. 19, Nr. 2188.

— Die von dem Gläubiger gepfändeten, aber in der Verwahrung des Schuldners gelassenen Fahrnisse sind bei Anwendung der §§. 163 und 178, lit. f), I. Theiles des Strafgesetzes, als dem Schuldner anvertraute Sachen zu betrachten.

Justiz-Hofdecret vom 1. August 1828, S. 129, Nr. 2357.

— kann dem Creditar den Haupteid auftragen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1841, S. 565, Nr. 518.

— Bestimmung der Rechte der Gläubiger auf das vorhandene Tabak- und Stempel-Material der verschuldeten Tabak- und Stempel-Verleger.

Hofkammer-Decret vom 11. Mai 1841, S. 578, Nr. 535.

— Dem Gläubiger eines Erben kann ein Verbot, eine Pfändung oder Vormerkung nur auf einzelne Erbschaftsachen, nicht aber auf das Erbrecht im Ganzen bewilligt werden.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juli 1846, S. 337, Nr. 968.

— In wieferne Militärgerichte bei Verlassenschafts-Abhandlungen für die Befriedigung oder Sicherstellung der Verlassenschafts-Gläubiger zu sorgen haben.

Verordnung des Hofkriegsrathes vom 3. Juni 1846, S. 337, Nr. 969.

— Die Befriedigung der Hypothekar-Gläubiger von dem ersten Feilbietungstermine eines unbeweglichen Gutes im Wege der Execution oder des Concurse ist hinreichend.

Justiz-Hofdecret vom 6. Mai 1847, S. 461, Nr. 1063.

— welche sich, um den in Concurse Verfallenen zur Wiederbefähigung seines Geschäftsbetriebes behilflich zu seyn, mit ihren Forderungen nur zum Scheine als befriedigt erklären, können ihre Forderungen beim Wiederausbruche des Concurse zum Nachtheile der übrigen Gläubiger nicht mehr geltend machen.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 451, Nr. 1049.

— Ob ein in einer Concursmasse befindliches Gut dem Gläubiger, welcher ein Eigenthumsrecht darauf geltend gemacht hat, auszufolgen sei, hat der Concurstrichter zu beurtheilen.

Allerhöchste Entschliessung vom 20. November 1847, S. 476, Nr. 1096.

Glaubensbekenntniß. Kinder, die nach ihrer Geburt und Taufe der katholischen Religion angehören, können vor dem achtzehnten Jahre nicht zu einem katholischen Glaubensbekenntnisse übertreten, wenn auch ihre Aeltern Katholiken geworden sind.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1834, S. 111, Nr. 2650.

Glaubwürdigkeit. Den Functionen der zu den Zollgefälls-Verhandlungen zugezogenen obersteinstlichen Beamten, Gemeinde-Vorsteher oder Geschwornen ist die Glaubwürdigkeit einer wirklichen Gerichtsperson beizumessen.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1821, S. 35, Nr. 1772.

Glaubwürdigkeit. Vorschrift über die Glaubwürdigkeit der nicht von wechselgerichtlich protokollierten Firmen ausgestellten Wechsel.

Justiz-Hofdecret vom 10. März 1840, S. 475, Nr. 414.

— der von Auditoren ausgestellten oder legalisirten Urkunden in Dalmatien auch bei den dortigen Hypotheken-Aemtern.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1845, S. 257, Nr. 878.

— der Geburts-, Trauungs- und Sterbe-Register von den in Wien sich aufhaltenden türkischen Juden.

Hofkanzlei-Decret vom 17. November 1845, S. 288, Nr. 909.

— der Aussage oder des Zeugnisses eines Angestellten der Eisenbahn-Unternehmung.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §. 51.

Gleichförmige Beschlüsse. S. Beschlüsse.

Gleichlautende Bescheide. S. Bescheide.

— Urtheile. S. Urtheile II in Streitfachen.

Gloggnitz. Für die Wiener-Gloggnitzer Eisenbahn wird das niederösterreichische Mercantil- und Wechselgericht als Gerichtsstand, sowohl wegen Amortisirung ihrer Actien und Coupons, als für deren Streitfachen als Beklagte bestimmt.

Justiz-Hofdecret vom 25. April 1844, S. 207, Nr. 802.

Glücksspiele. S. Verbotene Spiele.

Gmunden. Recht des Salinen-Oberamtes zu Gmunden, die zur Sicherstellung des Allerhöchsten Aerariums nöthigen gerichtlichen Verfügungen durch die Fidecalämter zu erwirken.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1840, S. 486, Nr. 430.

— Die Verlassenschafts-Abgaben zu Gunsten des Armen-Institutes zu Gmunden in Oesterreich ob der Enns werden aufgelassen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

— Dem Salinen-Oberamte Gmunden werden die Berg- und Forstweßens-Geschäfte für das Gebiet von Salzburg, mit Ausnahme der berggerichtlichen Gegenstände, zugewiesen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1844, S. 241, Nr. 847.

Gnadenbezüge. S. Gnadengaben.

Gnadengaben. Den damit Betheiligten sind ihre Gebühren, wenn sie den 25. des Monates erleben, für den ganzen Monat an sie selbst, und wenn sie nach dem 25. sterben, an ihre sich legitimirenden Erben für den ganzen Monat verabfolgen zu lassen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. April 1821, S. 16, Nr. 1753.

— Bei Verleihung systemisirter Adjuten ist auf die mit Gnadengaben betheiligten Auscultanten Bedacht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1824, S. 172, Nr. 1987.

— Ueber das Befugniß der allgemeinen Hofkammer, Gnadengaben bis auf 500 fl. zu bewilligen.

Justiz-Ministerial-Rote vom 14. August 1824, S. 264, Nr. 2036.

— Anträge auf Verleihung von Gnadengaben dürfen Seiner Majestät nur dann vorgelegt werden, wenn sie mit rücksichtswürdigen Gründen unterstützt werden können.

Justiz-Hofdecret vom 7. April 1827, S. 77, Nr. 2271.

— Vorschrift über die Ausbezahlung der Ausstände an Gnadengaben nach dem Tode der damit betheilt gewesenen Individuen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1828, S. 123, Nr. 2348.

— für männliche Militär- und Staatsdiener's-Waisen dürfen nur gegen eine der Quittung beigefügte legale Bestätigung erfolgt werden, daß der Waise weder Löhnung, Gage, Adjutum oder Gehalt von dem Aerarium beziehe, noch sonst versorgt sei.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1831, S. 20, Nr. 2529.

— der Landesvertheidiger unterliegen dem gerichtlichen Verbote und der Execution.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1835, S. 56, Nr. 95.

Gnadengaben. Die mit Erziehungs- oder Versorgungs-Stipendien aus dem Haller Fräuleins-Stiftungsfonde versehenen Individuen werden im Genuße ihrer Gnadengaben belassen.

Hofkanzlei-Decret vom 20. August 1837, S. 142, Nr. 219.

- Die Aburtheilung eines mit einer Gnadengabe betheiligten Individuums wegen Verbrechen ist der betreffenden Cameral- oder politischen Behörde anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Februar 1839, S. 324, Nr. 335.

- Ermächtigung der Vändersstellen zur Anweisung der von sich verehelichenden Beamten-Witwen und Waisen reservirten Pensionen und Gnadengaben.

Hofkammer-Decret vom 15. Februar 1839, S. 327, Nr. 341.

- Gestattung der Anträge auf Gnadengaben für Beamte und Dieners-Waisen, welche das Normal-Alter überschritten haben, dann erwerbsunfähig und mittellos sind.

Hofkammer-Decret vom 28. Februar 1839, S. 333, Nr. 347.

- Auf Einhundert Gulden jährlich nicht erreichende Gnadengaben der landesfürstlichen, städtischen und ländlichen Beamten und Diener, dann ihrer Angehörigen, findet kein gerichtliches Verbot Statt.

Justiz-Hofdecret vom 22. April 1839, S. 336, Nr. 356.

- Den Anträgen um Gnadengaben für die das Normal-Alter überschrittenen Beamten-Waisen ist auch ein sittliches Wohlverhaltens-Zeugniß der zu betheiligenden Person beizulegen.

Hofkammer-Decret vom 30. März 1840, S. 479, Nr. 419, dann

Hofkanzlei-Decret vom 30. April 1840, S. 484, Nr. 427.

- Vollziehung der auf Gnadengaben unter Einhundert Gulden jährlich vor Rundmachung der Allerhöchsten Entschließung vom 26. Februar 1839 bewilligten und rechtskräftig gewordenen Verbote, welche nunmehr nicht mehr statt finden.

Hofkammer-Decret vom 29. Mai 1840, S. 501, Nr. 445.

- Gestattung der Anträge auf Gnadengaben für die als Cadeten oder Gemeine ex propriis in den Militärstand getretenen Beamten-Waisen.

Hofkammer-Decret vom 15. October 1840, S. 532, Nr. 468.

- Gestattung der Anträge auf den Fortbezug der Erziehungsbeiträge und Pensionen für Civilbeamten-Waisen als Gnadengaben nach erreichtem Normal-Alter.

Hofkammer-Decret vom 7. Februar 1841, S. 555, Nr. 503.

- Vorschrift über die Verfassung der Anträge auf Gnadengaben für die als Cadeten oder Gemeine ex propriis im Militär dienenden Civilbeamten-Waisen.

Hofkammer-Decret vom 21. Februar 1843, S. 97, Nr. 684.

- Verlust der Gnadengaben bei Militär- oder Civilstaatsdieners-Waisen, welche nach ausgeübter eigener Capitulation als Cadeten oder Gemeine ex propriis eine Stellvertretung im Militär eingehen.

Hofkammer-Decret vom 1. December 1843, S. 174, Nr. 768.

- Wann für die im Militärdienste als Cadeten oder Gemeine ex propriis stehende Militär- oder Civilstaatsdieners-Waisen bei Seiner Majestät Anträge auf Verleihung oder Beibehaltung von Gnadengaben gemacht werden dürfen.

Verordnung des Hofkriegsrathes vom 24. Mai 1845, S. 263, Nr. 886.

- Bestimmung des Termins, innerhalb dessen den sich verehelichenden pensionirten oder provisorischen Staatsdieners-Witwen und weiblichen Waisen die Wahl zwischen der Abfertigung oder dem Vorbehalte des genossenen Bezuges für den Eintritt des nochmaligen Witwenstandes gestattet ist.

Hofkammer-Decret vom 6. März 1846, S. 320, Nr. 944.

- S. auch Abfertigung, Pension.

Gnadengesuche. S. Gesuche.

Gnadenholzbezug. S. Holzbezug.

Görz. In Görz haben künftig sechs Advocaten ihren Aufenthalt zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1822, S. 89, Nr. 1855.

- Das ilirische Küstenland hat außer dem Commercialgebiete der Stadt Triest aus zwei Kreisen, nämlich aus dem Görzer und aus dem Istrianer Kreise zu bestehen. Dem Görzer Kreise werden zu seiner gegenwärtigen Ausdehnung noch die Bezirke Monastero, Monfalcone, Duino und Schwarzenegg zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 25. Juni 1825, S. 310, Nr. 2114.

- Behandlung der Juden im Görzer Kreise überhaupt und insbesondere bei Besitz-Anschreibungen. Justiz-Hofdecret vom 10. März 1826, S. 12, Nr. 2172.

- Bestimmung der Rechte der Grund- und Urbarsherren in dem Görzer Kreise bei Veräußerung, Theilung und Besitz-Anschreibung der Bauerngüter und Eintreibung der Gebühren.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1829, S. 145, Nr. 2387.

- Dem Görzer Stadt- und Landrechte werden die Bezirke Monastero, Monfalcone und Duino zugetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 26. Juni 1829, S. 163, Nr. 2413.

- Benennung der dem Stadt- und Landrechte zu Görz in gerichtlichen Angelegenheiten zugewiesenen, bisher zu dem Jurisdictionbezirke von Grafenberg gehörigen Ortschaften und Häuser.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1832, S. 35, Nr. 2551.

- Benennung der dem Magistrate der Stadt Görz in politischer Beziehung zugewiesenen, bisher zu dem Jurisdictionbezirke von Grafenberg gehörigen Ortschaften und Häuser.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1832, S. 35, Nr. 2551.

- Bestimmung der Fälle, in welchen die Gemeinden in Görz vor Ueberreichung der Klage einen Vergleichsversuch zu bewirken haben.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1834, S. 129, Nr. 2674.

- Aus den Bezirken Grafenberg, Heiligenkreuz und Manziano wird ein landesfürstliches Bezirks-commissariat I. Classe mit dem Sitze zu Görz errichtet.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Jänner 1839, S. 319, Nr. 322.

- Bestimmung der Gerichtsbarkeit des Stadt- und Landrechtes zu Görz über die Bewohner der Bezirke Monastero, Monfalcone und Duino in Mercantil- und Wechselfachen.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1839, S. 361, Nr. 393.

- Bestimmung der Stempel- und Lorgebühren für die in Betreff der Notizenbücher im Görzer Kreise vorkommenden Urkunden und Amtshandlungen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 4. August 1840, S. 521, Nr. 461.

- Wann im Görzer Kreise bei Verlassenschafts-Abhandlungen ein Mortuar von dem Werthe solcher Realitäten abgenommen werden dürfe, welche von dem Erblasser bei Lebzeiten abgetreten worden sind, aber wegen des Zustandes der öffentlichen Bücher nicht ausgeschrieben werden konnten.

Justiz-Hofdecret vom 14. Februar 1842, S. 9, Nr. 597.

- Vorschrift über die Anlegung der den Minderjährigen und Pflegebefohlenen gehörigen Gelbbeträge (Waisengelder) auf die Häuser der Stadt Görz mit Einschluß ihrer Vorstädte.

Justiz-Hofdecret vom 23. October 1843, S. 160, Nr. 755.

- Ausscheidung der zur Gemeinde Ostschnaberda gehörigen Realitäten aus der Görzer Landtafel.

Justiz-Ministerial-Decret vom 5. August 1848, S. 647, Nr. 1172.

- Vorschrift über die Anmeldung der bei der Görzer Landtafel erworbenen Hypothekar-, Pfand- und Servitutrechte auf Grundstücke und Urbaren bei dem Stadt- und Landrechte in Görz, behufs ihrer Erneuerung.

Justiz-Ministerial-Decret vom 31. August 1848, S. 656, Nr. 1179.

- S. Schluß.

Gold. Die in Gold- oder ausländischer Silber-Münze gebührenden Zahlungen sind in dieser Münzforte oder nach deren Werth zur Zeit der Zahlung in Banknoten zu leisten.

Finanz-Ministerial-Decrete vom 21. und 22. Mai 1848, S. 635 und 636, Nr. 1152 und 1153.

Patent vom 2. Juni 1848, S. 638, Nr. 1157.

Gold- und Silbergeräthe, welche seit dem 1. April 1824 in Verlassenschaften nicht repunziert vorkommen, unterliegen nicht mehr einer Beanständigung.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1825, S. 285, Nr. 2064.

Goldstickerei. Welche Beamte sich derselben auf ihren Uniformen nicht bedienen dürfen.

Justiz-Hofdecret vom 22. September 1826, S. 49, Nr. 2222.

Gotha. S. Sachsen.

Gottesdienst-Ausübung. S. Religion.

Gottesdienstliche Handlung. Verbot nachträglicher gottesdienstlicher Handlungen in dem akatholischen Bethhause bei den unter passiver Assistenz der katholischen Pfarrer geschlossenen Ehen zwischen Katholiken und Akatholiken.

Hofkanzlei-Decret vom 27. December 1842, S. 80, Nr. 665.

Gotteslästerungen durch die Presse, Bestimmung der Strafe hierauf.

Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Gradationstaxe. Benehmen rücksichtlich des Bezuges der Gradationstaxe von den bloß zur Vormerkung überreichten Vermögens-Uebergabs-Urkunden über Realitäten, die in verschiedenen Gerichtsbezirken liegen.

Hofammer-Decret vom 28. April 1823, S. 144, Nr. 1938.

— Anordnung, nach welcher Art die Gradationstaxe für die Protokollirung und Verschaffung der Urkunden in Tirol und Vorarlberg zu bemessen sei.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juli 1824, S. 214, Nr. 2019.

Gradiška. Wegen Aufnahme der Gesuche um Nachsicht der Strafe in den Strafanstalten zu Gradiška und Capo d'Istria.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juli 1821, S. 35, Nr. 1773.

— In Gradiška haben künftig zwei Advocaten ihren Aufenthalt zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1822, S. 89, Nr. 1855.

— Die Sträflinge aus Steiermark, welche bisher auf den Brünner Spielberg abzuliefern waren, sind künftig in dem Strafhaufe zu Gradiška unterzubringen.

Justiz-Hofdecret vom 25. April 1829, S. 153, Nr. 2398.

— Den wegen Hochverrathes oder Verfälschung öffentlicher Creditspapiere zur Kerkerstrafe überhaupt und wegen eines anderen Verbrechens zu einer längeren als zehnjährigen schweren oder schwersten Kerkerstrafe verurtheilten Verbrechern aus Steiermark, Tirol, Mähren, Küstenland und Dalmatien, wird die Citadelle zu Gradiška als Strafort angewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1829, S. 161, Nr. 2408.

— Bestimmung der Fälle, in welchen die Gemeinden in Gradiška vor Ueberreichung der Klage einen Vergleichsversuch zu bewirken haben.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1834, S. 129, Nr. 2674.

Gradual-Vorrückung. S. Vorrückung.

Graduirte Doctoren. S. Doctoren.

Graduirung abgestrafter Verbrecher zum Doctorate ist nur mit besonderer Allerhöchster Erlaubniß gestattet.

Studien-Hofcommissions-Decret vom 10. Jänner 1846, S. 307, Nr. 921.

Gränz- und Territorial-Meß (Haupt-) zwischen Oesterreich und Sachsen, wegen Behandlung der Gränzbäche.

Vom 30. März 1848, S. 572, Nr. 1132.

Gränzaufsicht: Individuen. Vorschrift über die Behandlung Derjenigen, die für die neue Gränzwache nicht brauchbar sind, und in einem Merarialgenusse stehen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1831, S. 3, Nr. 2499.

Gränzbäche. Haupt-Gränz- und Territorial-Meß zwischen Oesterreich und Sachsen, wegen Behandlung der Gränzbäche.

Vom 30. März 1848, S. 572, Nr. 1132.

Gränzberichtigung. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Sachsen, über die Gränzberichtigung zwischen den Königreichen Sachsen und Böhmen.

Vom 30. März 1848, S. 572, Nr. 1132.

Gränze. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Sachsen, über die Berichtigung der Landesgränze zwischen den Königreichen Sachsen und Böhmen.

Vom 30. März 1848, S. 572, Nr. 1132.

Gränzer. S. Militärgränze.

Gränzgegenden. Bedingte Gestattung der Ausübung der Praxis ausländischer von ihren Regierungen berechtigter Aerzte und Wundärzte in den Gränzgegenden der kaiserlich-österreichischen Staaten.

Merhöchste Entschließung vom 26. September 1837, S. 147, Nr. 231.

Gränzkämmerer in Galizien haben künftig ihre Diäten mit vier außer, und mit zwei Gulden in ihrem Wohnorte, in Conventions-Münze zu liquidiren und zu beziehen.

Justiz-Hofdecret vom 3. November 1821, S. 58, Nr. 1813.

- Vorschrift über die Eintreibung der wider Gränzkämmerer gerichtlich verhängten Strafbeträge; — die Nachsicht derselben ist der Landesstelle sogleich anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1823, S. 137, Nr. 1926.

- Befreiung der Correspondenz der Gränzkämmerer in Merarial-Lasachen von dem Postporto.

Justiz-Hofdecret vom 19. August 1823, S. 158, Nr. 1963.

- und nicht Criminalrätthe in Galizien sind zur Erhebung des Thatbestandes angezeigter Verbrechen abzuordnen; dießfällige Prüfung der Gränzkämmerer aus dem Strafgesetze.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juni 1824, S. 210, Nr. 2013.

- Berechtigung der Gränzkämmerer in Angelegenheiten des streitigen Besizes.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1825, S. 294, Nr. 2081.

- in Galizien dürfen wegen nicht bezahlten Deservits die gerichtliche Execution nicht selbst führen, und überhaupt gegen Parteien, mit denen sie in offener Feindschaft leben, keine Execution vornehmen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1829, S. 161, Nr. 2409.

- Die Gesuche der Gränzkämmerer, um Anweisung und Execution der denselben für ihre Amtshandlungen zuerkannten, von den Parteien einzubringenden Gebühren, unterliegen gegen Regreß an die betreffenden Parteien dem Stempel.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1841, S. 567, Nr. 520.

- Den Amtsboten der Gränzkämmerer ist für eine gehörig ausgewiesene versuchte Zustellung das Weggeld zu entrichten.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1842, S. 9, Nr. 596.

- Zulässigkeit der Annahme von Pfandbriefen der galizisch-ständischen Creditanstalt als Dienstauctionen der Gränzkämmerer in Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 12. Juni 1844, S. 211, Nr. 813.

Gränzproventenfond. Die Vorschriften über das Recht des Fiscus zur Einziehung erbloser Verlassenschaften gelten auch für die dem Gränzproventenfonde nach den Gesetzen zufallenden erblosen Verlassenschaften.

Justiz-Hofdecret vom 12. October 1845, S. 53, Nr. 90.

Gränzregimenter. Beibringung der Compagnie-Certificates über fruchtlos versuchten Vergleich im summarischen Verfahren bei Militärgerichten bei den Gränzregimentern in Siebenbürgen.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

Gränzstreitigkeiten. Anwendung des summarischen Verfahrens bei Gränzstreitigkeiten, in soweit sie zur Competenz der Civilgerichte ausschließend gehören.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1837, S. 108, Nr. 174.

— Hintanhaltung der zwischen dem Aerarium und den Privatbergbau-Unternehmern beim Steintohlenbergbau entstehenden Gränzstreitigkeiten durch Ausfertigung der Situationspläne, in welchen die Fixpunkte genau zu bezeichnen sind.

Decret der Hofkammer in Rünz- und Bergwesen vom 6. März 1843, S. 98, Nr. 687.

Gränzwache. Auf die Gränzwache sind die Vorschriften des ersten Hauptstückes, I. Theiles des Strafgesetzes, anzuwenden.

Justiz-Hofdecret vom 5. Mai 1832, S. 60, Nr. 2561.

— Anwendung der §§. 284 und 285, II. Theiles des Strafgesetzes, auf Individuen der Gränzwache bei schweren Polizei-Übertretungen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. April 1835, S. 6, Nr. 12.

— Die Individuen der Gränzwache sind auch bei einfachen Polizeivergehen, rücksichtlich der Gerichtsbarkeit, als in einem öffentlichen Amte stehende Personen zu behandeln.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Juli 1835, S. 35, Nr. 62.

— Die Individuen der Gränzwache können von der Civilbehörde zur Ablegung des Säbels oder der vorschriftmäßigen Kopfbedeckung nicht verhalten werden.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1835, S. 39, Nr. 74.

— Vorschrift über das Verfahren bei Verhaftung und Vorladung der Gränzwachemannschaft vor Gericht.

Hofkammer-Decret vom 14. Jänner 1837, S. 101, Nr. 165.

— Ausdehnung der Allerhöchsten Entschliehung vom 4. April 1835, über den freiwilligen Eintritt von Minderjährigen in den Militärstand, auch auf den freiwilligen Eintritt in die Gränzwache.

Hofkanzlei-Decret vom 8. November 1837, S. 161, Nr. 242.

— Verpflichtung der Gränzwache zur Anhaltung verdächtiger Personen; das Anbieten oder die Verabreichung eines Geschenkes an dieselbe von Seite der Partei, zur Abwendigmachung von der Pflichterfüllung, begründet das Verbrechen der Verleitung zum Amtsmißbrauch.

Justiz-Hofdecret vom 29. Jänner 1838, S. 168, Nr. 251, dann

Hofkanzlei-Decret vom 1. März 1838, S. 172, Nr. 259.

— Bestimmung der Civil- und Criminalgerichtsbarkeit über die Glieder der Gränzwache.

Justiz-Hofdecret vom 28. September 1842, S. 61, Nr. 643.

— Vergütung der Reise- und Zehrungskosten an die als Zeugen in Criminalfällen berufenen Gränzwache-Individuen.

Hofkanzlei-Decret vom 21. April 1843, S. 105, Nr. 695.

— Vereinigung der Gränz- und Gefällenwache in Einen Körper unter der Benennung f. f. Finanzwache. Instruction für dieselbe.

Hofkammer-Decret vom 21. April 1843, S. 105, Nr. 696.

Grag. Eigenschaften und Beschäftigung der Criminal-Practicanten zu Grag.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 46, Nr. 1796.

Graz. Vereinigung der k. k. österr. Zollgefallen-Administration mit der steierisch-kärnthnerischen in Graz.

Justiz-Hofdecret vom 20. Mai 1825, S. 301, Nr. 2097.

— Die vereinigte Cameral-Gefallen-Verwaltung für Steiermark hat ihren Sitz zu Graz.

Justiz-Hofdecret vom 27. August 1830, S. 205, Nr. 2477.

— Bei dem Magistrate zu Graz wird die Vermehrung der Auscultanten bis auf sechs gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1832, S. 65, Nr. 2572.

— Vorschrift über die Aufkündigung und Räumung vermieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in der Hauptstadt Graz.

Justiz-Hofdecret vom 6. Februar 1837, S. 102, Nr. 169.

— Regulirung des Personalstandes des Magistrates von Graz und Besetzung der Dienstplätze bei demselben.

Hofkanzlei-Decret vom 7. November 1838, S. 306, Nr. 403.

— Die Verlassenschaftsbeiträge für die Krankenanstalten der Stadt Graz, dann für den Normal-Schulfond haben bis auf weiteres fortzubestehen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

— Vorschrift für das Subernium in Graz über die Behandlung der Gesuche um Zulassung zur Fiskal-Adjunctenprüfung.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1843, S. 136, Nr. 734.

— Vorschrift über die Anlegung der den Minderjährigen und Pflegebefohlenen gehörigen Geldbeiträge (Waisengelder) auf die Häuser der Stadt Graz mit Einschluß ihrer Vorstädte.

Justiz-Hofdecret vom 23. October 1843, S. 160, Nr. 755.

— Aufhebung des untersteierischen Banngerichtes zu Graz.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1844, S. 185, Nr. 772.

— Befreiung des Institutes der barmherzigen Schwestern in Graz vom Amortisationsgesetze.

Hofkanzlei-Decret vom 13. August 1845, S. 274, Nr. 901.

— Befreiung der Schulschwestern in Graz vom Amortisationsgesetze.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Juni 1846, S. 339, Nr. 971.

— Die Heimfugung des lehenbaren Landgerichtes der Fideicommissherrschschaft Neuberg im Grazer Kreise in Steiermark wird angenommen.

Justiz-Hofdecret vom 10. December 1846, S. 394, Nr. 1009.

— Errichtung einer permanenten gemischten Commission in Graz zur Schlichtung von Irrungen und Zwistigkeiten zwischen Civil- und Militärpersonen.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Februar 1847, S. 419, Nr. 1033.

Grazer Landrecht. S. Steierisches Landrecht.

— Magistrat. S. Graz, Magistrat.

Grafen. Titulatur der Häupter der vormalig reichsständischen gräflichen Familien.

Justiz-Hofdecret vom 13. October 1829, S. 174, Nr. 2433.

Grafenberg. Benennung der von dem Jurisdictionsbezirke von Grafenberg getrennten, in politischer Beziehung dem Magistrate der Stadt Görz, und in gerichtlichen Angelegenheiten dem Stadt- und Landrechte daselbst zugewiesenen Ortschaften und Häuser.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1832, S. 35, Nr. 2551.

— Aus den Bezirken Grafenberg, Heiligenkreuz und Ranziano wird ein landesfürstliches Bezirkscommissariat erster Classe mit dem Sitze zu Görz errichtet.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Jänner 1839, S. 319, Nr. 322.

Graßlik. Aufstellung von vier Advocaten für den Elbogner Kreis in Böhmen, wovon Einer in Graßlik seinen Wohnsitz zu nehmen hat.

Justiz-Hofdecret vom 28. November 1845, S. 289, Nr. 911.

- Braun.** Für die Gemeinde Braun in Tirol wird ein neues Landgericht dritter Classe mit dem Amtssitze in Cembra errichtet.
Hofkanzlei-Decret vom 7. Februar 1838, S. 170, Nr. 254.
- Greizenstein.** Die Heimfugung des lehenbaren Landgerichtes Greizenstein zu Bisamberg wird angenommen.
Justiz-Hofdecret vom 14. Jänner 1847, S. 404, Nr. 1019.
- Griechen.** Anwendung des §. 71 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches auf die Ehen der nichtunirten Griechen in der Bukowina.
Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1835, S. 22, Nr. 37.
- Vorschrift über das Aufgebot bei Ehen nichtunirter Griechen unter sich, oder mit katholischen Glaubensgenossen in der Bukowina.
Hofkanzlei-Decret vom 26. October 1843, S. 163, Nr. 758.
- Griechenland.** Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Oesterreich und Griechenland.
Hofkanzlei-Decret vom 7. October 1835, S. 48, Nr. 87.
- Berichtigung des 9. Artikels des im Jahre 1835 zwischen Oesterreich und Griechenland geschlossenen Handels- und Schiffahrtsvertrages.
Hofkammer-Decret vom 21. März 1836, S. 79, Nr. 133.
- Griechisch-unirte Pfarrer.** S. Pfarrer.
- Griechische** Unterthanen oder Piraten haben sich mit ihren Klagen in Prisenfachen an die für sie als ottomanische Unterthanen competenten Civil- und Militärgerichte zu wenden.
Justiz-Hofdecret vom 5. December 1828, S. 140, Nr. 2373.
- Gröden.** Das Thal Gröden in Tirol wird dem Landgerichte Kaselruth zugetheilt.
Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1827, S. 85, Nr. 2286.
- Großbritannien.** Mit der Königin von Großbritannien abgeschlossener Handels- und Schiffahrtsvertrag.
Hofkanzlei-Decret vom 28. October 1838, S. 280, Nr. 301.
- Staatsvertrag mit Großbritannien und Irland, wegen Abstellung und Unterdrückung des Sklavenhandels.
Vom 20. December 1841, S. 658, Nr. 578.
- bewilliget keine Execution der Urtheile österreichischer Gerichte auf Grund von Requisitions-schreiben; österreichische Unterthanen haben daher, wenn sie Forderungen dort geltend machen wollen, ihre Angelegenheit einem dortländigen Advocaten zu übergeben.
Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1842, S. 8, Nr. 595.
- Vorschrift über die Zustellung gerichtlicher Acte an die in Irland befindlichen Parteien.
Justiz-Hofdecret vom 10. December 1846, S. 394, Nr. 1008.
- Großhändler.** S. Handelsleute.
- Großhandlungs-Gremium.** Perioder Wechsel von drei zu drei Jahren der von demselben gewählten Inventur- und Schätzungs-Commissäre des niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichtes.
Hofkammer-Decret vom 20. Juli 1844, S. 214, Nr. 821.
- Großjährige Kinder.** S. Kinder.
- Großjährig gewordene Mündel.** S. Mündel.
- Großjährigkeit.** Ein Minderjähriger erlangt durch die Bewilligung zum Wirtschaftsbetriebe nicht die Großjährigkeit.
Hofkanzlei-Decret vom 28. October 1829, S. 177, Nr. 2437.

Großjährigkeit. Wenn ein großjährig gewordener oder großjährig erklärter Minderjährige seinen Vormund von der gerichtlichen Schlussrechnung befreit, hat es von jeder weiteren gerichtlichen Rechnungslegung und Rechnungs-Abjustirung abzukommen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juni 1839, S. 339, Nr. 360.

— Competenz der Vormundschaftsbehörden in Dalmatien zur Entscheidung über die Minder- oder Großjährigkeit einer Person behufs der Eingehung einer Ehe oder eines anderen rechtsgiltigen Geschäftes.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1034.

Groß-Laschitz wird dem Bezirkscommissariate Auersperg in Krain als Amtssitz bestimmt.

Justiz-Hofdecret vom 28. November 1844, S. 241, Nr. 848.

Grubensfeldmassen. Erläuterung des dritten Absatzes des Grubensfeldmaß-Patentes vom 21. Juli 1819.

Decrete der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 2. März und 25. October 1837, S. 113 und 150, Nr. 179 und 237.

— Vorschrift über die Verleihung der Grubensfeldmassen zum Aerial- und zum Privatbergbau auf Steinkohlen.

Decrete der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 7. August 1842, S. 54 und 55, Nr. 627 und 628, dann 6. März 1843, S. 98, Nr. 687.

Grumes. Anstatt des anheimgesetzten Patrimonialgerichtes zu Königsberg und Grumes in Tirol wird ein landesfürstliches Landgericht zweiter Classe zu Lavis errichtet.

Hofkanzlei-Decret vom 18. März 1834, S. 110, Nr. 2648.

— Für die Gemeinde Grumes in Tirol wird ein neues Landgericht dritter Classe mit dem Amtssitze in Gembra errichtet.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Februar 1838, S. 170, Nr. 254.

Gründe. Verträge der Grundbesitzer in Böhmen über die Ueberlassung eines Theiles ihrer Realitäten auf die Lebenszeit gewisser Personen, gegen Vorbehalt des Rückfalles mit dem Tode derselben, sind ungiltig.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1833, S. 85, Nr. 2603.

— Vorschrift über das Verfahren bei der Abschreibung der für die Staats-Eisenbahnen eingelösten Gründe in den Grundbüchern, in der Landtafel und in dem ständischen Kataster.

Justiz-Hofdecret vom 15. October 1845, S. 277, Nr. 904.

— Entlastung des Grund und Bodens, und Aufhebung des Unterschiedes zwischen Dominical- und Rusticalgründen.

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180.

Grundbesitz. Behandlung der jüdischen Gemeinden in Beziehung auf Grundbesitz zur Herstellung einer Synagoge oder Schule.

Hofkanzlei-Decret vom 2. März 1841, S. 562, Nr. 512.

— In Dalmatien darf kein Montenegrin Gründe oder Realitäten besitzen, und kein österreichischer Unterthan in Montenegro.

Justiz-Hofdecrete vom 6. August 1845, S. 273, Nr. 898, und 14. Jänner 1846, S. 308, Nr. 922.

— Regulirung des bäuerlichen Grundbesitzes im Krafauer Gebiete.

Erlaß vom 10. Mai 1847, S. 461, Nr. 1064.

Grundbesitzer. In den zwischen einer Herrschaft und einem Grundbesitzer, über dessen Person ihr keine obrigkeitliche Gewalt zusteht, über grundobrigkeitliche Rechte entstehenden Rechtsstreit ist die fisciälmliche Vertretung und die Beiziehung eines politischen Repräsentanten nicht erforderlich.

Justiz-Hofdecret vom 4. September 1829, S. 170, Nr. 2426.

Grundbesitzer. Zur Verhelfung eines minderjährigen vaterlosen Grundbesizers ist die grundherrliche *Chelicenz* allein nicht hinreichend, sondern auch die obervormundschaftliche Bewilligung erforderlich; auch wird der Minderjährige durch die Bewilligung zum Wirtschaftsbetriebe nicht für volljährig erklärt.

Hofkanzlei-Decret vom 28. October 1829, S. 177, Nr. 2437.

Grundbuch. Der Carlstädter Magistrat hat sich in eine Cognition in Grundbuchsfachen nicht mehr einzulassen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Mai 1821, S. 18, Nr. 1757.

- Die Forderungen noch bestehender geistlicher Corporationen können in dem Grundbuche ohne ausdrücklicher Bewilligung der politischen Landesstelle nicht gelöscht werden.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1821, S. 33, Nr. 1768.

- Gerichtsbehörden sollen keinen Veräußerungs-Vertrag über Realitäten vom getheilten Eigenthume ohne vorläufige Einvernehmung des Obereigenthümers den öffentlichen Büchern einverleiben.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 46, Nr. 1797.

- Der §. 22 des hinsichtlich der Landtafeltaxen am 1. April 1812 erlassenen Patentes ist auf städtische Grundbuchtaxen nicht anzuwenden.

Hofkanzlei-Decret vom 24. September 1823, S. 160, Nr. 1967.

- In wie weit die Grundbuchgeschäfte und Executionsführungen den obrigkeitlichen Wirtschafts- und Justiz-Ämtern zusehen.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1824, S. 199, Nr. 1999.

- Schiffmühlen als bewegliche Sachen gehören nicht in die Grundbücher, und können auch Pfandrechte durch Eintragung der Forderungen in dieselben nicht erworben werden.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1824, S. 210, Nr. 2011.

- Taxe für die Ausfertigung eines Grundbuchs-Auszuges bei den Schup- und unterthänigen Städten und Wirtschaftsamtern in Böhmen.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juni 1825, S. 302, Nr. 2099.

- Für die Einverleibung oder Vormerkung der Cession einer Saßforderung in das Grundbuch darf kein Saß-Pfundgeld gefordert werden.

Hofkanzlei-Decret vom 12. August 1825, S. 317, Nr. 2125.

- In wieferne Stoc-Urbaren und Grundbücher als öffentliche Beweismittel für Urbariallasten dienen können.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1825, S. 325, Nr. 2137.

- Bestätigung der bisher geltenden Vorschriften über die Grundbuchtaxen in Mähren und Schlesien; Bestimmung der Taxen für die Pränotation bei den Grundbüchern dieser Provinzen.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juli 1826, S. 30, Nr. 2198.

- Zur Führung des Grundbuches bei Pfarr- und Kirchengütern ist jederzeit ein dazu eigens bereitetes Individuum zu bestellen.

Justiz-Hofdecret vom 18. November 1826, S. 55, Nr. 2233.

- In den Grundbüchern sollen die Rubriken der schuldenfreien Schiffmühlen sogleich, die Rubriken jener Schiffmühlen aber, worauf Schulden haften, dann erst gelöscht werden, wenn die Schulden getilgt und auf gesetzmäßige Art gelöscht sind.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1827, S. 85, Nr. 2287.

- Zur Eintragung der ersten und weiteren Cession von eingetragenen Schuldforderungen in die öffentlichen Bücher, wie auch zur Löschung von eingetragenen Forderungen und Rechten, ist die Vorbringung der darin schon eingetragenen Schuldscheine, Cessions- und anderer Urkunden, welche hierauf Bezug haben, nicht erforderlich.

Justiz-Hofdecret vom 16. April 1830, S. 194, Nr. 2458.

Grundbuch. Anwendung des Patentes vom 14. Februar 1804, und der Erläuterung desselben vom 21. Juni 1805, bei Gesuchen um eine Einverleibung (Intabulation), Vormerkung (Pränotation), Besitz- oder Gewähr-Anschreibung oder Löschung (Extabulation) auf die zu den Grundbüchern den Städte und Obergkeiten gehörigen unbeweglichen Güter.

Justiz-Hofdecret vom 16. April 1830, S. 194, Nr. 2459.

- Die zu einem Dominical-Körper als Bestandtheil desselben gehörigen Gewerbe sind, wenn sie vor ihrer Veräußerung im Grundbuche ordnungsmäßig vorkommen, als radicirt und rücksichtlich verkäuflich anzuerkennen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1835, S. 20, Nr. 34.

- Vorschrift über die Eintragung eines dem öffentlichen Cultus eines tolerirten Glaubensbekenntnisses gewidmeten Gebäudes in das Grundbuch als Privat-Eigenthum einer Gemeinde.

Hofkanzlei-Decret vom 4. April 1839, S. 336, Nr. 354.

- Vorschrift über die Behandlung der abweislichen Bescheide über alle im Wege der Execution überreichten Gesuche, um Einverleibung oder Pränotirung in dem Grundbuche.

Hofkanzlei-Decret vom 10. März 1840, S. 475, Nr. 415.

- Wann in Grundbuchssachen, ungeachtet der Wirksamkeit des Stempel- und Lagesetzes vom 27. Jänner 1840, die Lagesbühren nach den früher bestandenen Vorschriften zu bemessen und einzubeziehen seien.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 20. Juli 1840, S. 515, Nr. 455.

- Die Ernennung der beim Grundbuche der Stadt Wien angestellten Beamten und Diener wird dem politisch-ökonomischen Senate des Wiener Magistrates zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 524, Nr. 570.

- Vorschrift über die Behandlung der Entscheidungen in Grundbuchs-Angelegenheiten in Mähren und Schlesien.

Justiz-Hofdecret vom 30. November 1841, S. 655, Nr. 572.

- Verkäufliche nicht radicirte Gewerbe sind kein Gegenstand der Landtafel und der Grundbücher, und daher auch kein Gegenstand von Pränotationen und Intabulationen; über dieselben werden Vormerk-Protokolle durch die politischen Behörden geführt. — Wenn auf solche Gewerbe Execution geführt wird, ist die Pfändung oder Einantwortung vom Richter zu bewilligen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 586.

- Recurse in Grundbuchs-Angelegenheiten sind bei der ersten Instanz zu überreichen.

Justiz-Hofdecret vom 23. August 1842, S. 59, Nr. 637.

- Vorschrift über die Behandlung der gegen gleichförmige Entscheidungen der ersten und zweiten Instanz in Grundbuchs-Angelegenheiten bei der ersten Instanz überreichten Recurse.

Justiz-Hofdecret vom 24. Jänner 1843, S. 88, Nr. 674.

- Den Grundbüchern dürfen ohne lehensherrlichen Consens keine Lehens-Alienationen einverleibt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Jänner 1843, S. 94, Nr. 679.

- Vorschrift über das Verfahren bei der Abschreibung der für die Staats-Eisenbahnen eingelösten Gründe, Gebäude und der abgelösten obrigkeitlichen Giebigkeiten und Gerechtsame in den Grundbüchern.

Justiz-Hofdecret vom 15. October 1845, S. 277, Nr. 904.

- Vorschrift über die Verjährung der in die Grundbücher eingetragenen Forderungen und anderer Rechte, dann über die Anmerkung der Streitigkeit der eingetragenen Posten auf Ansuchen des Klägers.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 330, Nr. 951.

Grundbuch. In den Grundbüchern Niederösterreichs sind die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Grundbuch-Objecten und den entsprechenden Katastral-Parcellen, und insonderheit die Steuergemeinden und die Culturgattung jeder einzelner Katastral-Parcelle einzutragen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. April 1846, S. 333, Nr. 958.

- Vorschrift über das Verfahren bei Abschreibung der für Staats-Eisenbahnen eingelösten Gründe, Gebäude und der abgelösten obrigkeitlichen Siebigkeiten und Gerechtsame in den Grundbüchern.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1846, S. 387, Nr. 997.

- Vorschrift über das Verfahren, wenn die Privat-Eisenbahn-Unternehmungen sich an die Gewähr der von ihnen erkauften Gründe in dem Grundbuche anschreiben zu lassen verpflichtet sind.

Hofkanzlei-Decret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1036.

- Befreiung der Grundobrigkeiten in Galizien von Errichtung der Grundbücher.

Patent vom 17. April 1848, S. 612, Nr. 1136.

- Vorschrift über die grundbücherliche Behandlung der behufs der Robot- und Zehent-Ablösung veräußerten unterthänigen und emphyteutischen Gründe.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Mai 1848, S. 617, Nr. 1140.

- Die zur Gemeinde Ostrobnaberd gehörigen Realitäten werden aus der Görzer Landtafel ausgeschieden und in das Grundbuch des Stadt- und Landrechtes in Laibach übertragen.

Justiz-Ministerial-Erlaß vom 5. August 1848, S. 647, Nr. 1172.

- Befreiung der Grundherrschaften in der Bukovina von der Errichtung der Grundbücher.

Patent vom 9. August 1848, S. 648, Nr. 1173.

Grundbuchsführer. Beerdigung tauglicher Grundbuchsführer auf dem Lande.

Hofkanzlei-Decret vom 18. October 1822, S. 121, Nr. 1903.

- Als Grundbuchsführer sollen eines Verbrechens schuldig erkannte, oder nur aus Mangel rechtlicher Beweise losgesprochene oder überhaupt nicht ganz tadellose Individuen nicht zugelassen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 25. October 1830, S. 216, Nr. 2490.

- Vorschrift über die Besetzung der Grundbuchführerstelle bei dem Grazer Magistrate.

Hofkanzlei-Decret vom 7. November 1838, S. 306, Nr. 303.

Grundbuchsführung über die zur Gemeinde Ostrobnaberd gehörigen aus der Görzer Landtafel ausgeschiedenen Realitäten wird dem Stadt- und Landrechte in Laibach übertragen.

Justiz-Ministerial-Erlaß vom 5. August 1848, S. 647, Nr. 1172.

Grundbuchgebühren. S. Taxen.

Grundbuchsachen. S. Grundbuch.

Grundbuchstagen. S. Taxen.

Grundeigenthümer. Verträge der Grundeigenthümer in Böhmen über die Ueberlassung eines Theiles ihrer Realitäten auf die Lebenszeit gewisser Personen, gegen Vorbehalt des Rückfalles mit dem Tode derselben, sind ungültig.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1833, S. 85, Nr. 2603.

- Die Benützung der Farb-Erden ist den Grundeigenthümern frei zu überlassen.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 21. November 1838, S. 310, Nr. 307.

Grundeigenthum. Vorschrift über die Bezahlung der Verzugszinsen von der Entschädigung für das zum Straßenbaue abgetretene Grundeigenthum.

Hofkanzlei-Decret vom 4. April 1837, S. 118, Nr. 188.

Grundeinlösung. Vorschrift über das Verfahren bei der Grundeinlösung für die Staats-Eisenbahnen.

Justiz-Hofdecret vom 8. November 1842, S. 69, Nr. 654.

Grundertragniß. Vorschrift über die Gültigkeit und Dauer der von einzelnen Pfründnern über ihre Grundertragnisse geschlossenen Pachtverträge.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Jänner 1844, S. 189, Nr. 776.

Grundgerichte. Instruction für die magistratischen Gerichts-Verwaltungen in den Vorstädten Wiens über das Verfahren bei dem Zeugenbeweise und der Form der dießfälligen Erkenntnisse.

Justiz-Hofdecret vom 17. April 1838, S. 174, Nr. 264.

- Instruction für die nicht magistratischen Grundgerichte Wiens über die Aufnahme der Vergleiche mit Parteien.

Hofkanzlei-Decret vom 24. November 1840, S. 538, Nr. 480.

- Vorschrift über das summarische Verfahren in Civil-Rechtssachen bei den Grundgerichtsverwaltungen in den Vorstädten Wiens.

Justiz-Hofdecret vom 7. October 1846, S. 373, Nr. 988.

- Die Grundgerichts-Verwaltungen Wiens haben hinsichtlich der Vergleichsversuche in allen ihrer Amtshandlung zugewiesenen Rechtsstreitigkeiten bei dem bisher üblichen Verfahren zu bleiben.

Justiz-Hofdecret vom 11. December 1846, S. 395, Nr. 1010.

- Bei den Grundgerichts-Verwaltungen der Wiener Vorstädte können auch schriftliche Eingaben im summarischen Proceß angebracht werden.

Niederösterreichische Regierungs-Verordnung vom 18. März 1847, S. 454, Nr. 1050.

Grundgerichts-Verwaltungen. S. Grundgerichte.

Grundherren. Vorschrift über das Verhalten der Grundherren in Tirol bei Veräußerung der grundzinsbaren Realitäten und Gütern von Seite ihrer Grundholden.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 46, Nr. 1797.

- Bestimmung der Fälle, in denen die Grundherren den Gewährwandel wegen nicht angeforderter Gewähranschiebung mehrmalen beziehen dürfen. Vorschrift über die Aufforderung der Parteien, die Gewähr zu nehmen.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Juli 1826, S. 32, Nr. 2201.

- Bestimmungen über die freiwillige Abfindung zwischen den Grundherren und Grundholden über die Ablösung der Robot- und anderer Urbatal-Schuldsigkeiten.

Hofkanzlei-Decret vom 18. December 1846, S. 395, Nr. 1012.

- S. auch Gutsherr, Herrschaften, Obrigkeit.

Grundherrliche Abgaben. S. Abgaben, Steuern.

Grundherrliches Abfahrtsgeß. S. Abfahrtsgeß.

Grundherrschaften. S. Herrschaften.

Grundhold. Vorschrift für Grundholden in Tirol bei Veräußerung ihrer grundzinsbaren Güter und Realitäten.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 46, Nr. 1797.

- Vorschrift, welche Behörden die Streitigkeiten zwischen Herrschaften und Grundholden, über den Bezug und das Quantum des Laudemiums, zu entscheiden haben.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1835, S. 65, Nr. 108.

- Bestimmungen über die freiwillige Abfindung zwischen den Grundholden und Grundherren hinsichtlich der Ablösung der Robot- und anderer Urbatal-Schuldsigkeiten.

Hofkanzlei-Decret vom 18. December 1846, S. 395, Nr. 1012.

- Bestimmung der Gerichtsbarkeit in Streitigkeiten zwischen Grundholden und Grundherrschaften über grundobrigkeitliche Rechte.

Hofkanzlei-Decret vom 10. November 1847, S. 475, Nr. 1093.

Grundobrigkeit darf die als Entgelt für die abgelöste Robot- und Zehent-Schuldsigkeit von ihren Unterthanen übernommenen Grundstücke wieder an dieselben veräußern, ohne dabei an die Beschränkungen der Grundbestimmungen gebunden zu seyn.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1848, S. 561, Nr. 1129.

Grundobrigkeit. Robot- und Zehent-Aufhebung in Galizien gegen eine vom Staatsapparat zu leistende Entschädigung der Grundobrigkeiten. Befreiung derselben von der Urbatal- und Zehentsteuer, von der Unterstützung und Vertretung ihrer Unterthanen, von der Errichtung der Grundbücher, von der Bestreitung der Recrutirungs-Auslagen, von der Beitragsleistung zu den Heilskosten bei Menschen- und Viehseuchen, von der Ausübung der Civil-Gerichtbarkeit, von der Haftung mit der Octava etc.

Patent vom 17. April 1848, S. 612, Nr. 1136.

- Vorschrift über die Behandlung der von den Grundobrigkeiten als Entgelt für die Robot und den Zehent acquirirten, und in den Complex des betreffenden Dominical-Besizes übergehenden Grundstücke, wenn dieselben von der Obrigkeit wieder veräußert werden wollen.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Mai 1848, S. 617, Nr. 1140.

- Robot- und Zehent-Aufhebung in der Pulowina gegen eine vom Staatsapparat zu leistende Entschädigung der Grundobrigkeiten. Befreiung derselben von der Urbatal- und Zehentsteuer, von der Unterstützung und Vertretung ihrer Unterthanen, von der Errichtung der Grundbücher, von der Bestreitung der Recrutirungs-Auslagen, von der Beitragsleistung zu den Heilskosten bei Menschen- und Viehseuchen, von der Haftung mit der Octava etc.

Patent vom 9. August 1848, S. 648, Nr. 1173.

- S. auch *Obrigkeit*.

Grundobrigkeitliche Rechte. S. *Rechte*.

Grundpfandrecht im lombardisch-venetianischen Königreiche. S. *Hypotheken*.

Grundsteuer. Wegen Vertheilung der Grundsteuer zwischen Obrigkeiten und Emphyteuten.

Justiz-Hofdecrete vom 7. April 1823, S. 139, Nr. 1931 und vom 7. Juni 1823, S. 149, Nr. 1946.

- Den dreijährigen Rückständen an landesfürstlichen Grundsteuern gebührt in Concurs- und Executions-Fällen das Vorrecht vor allen grundherrlichen Forderungen.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1831, S. 22, Nr. 2533.

- Vorschrift über die Eintreibung der unterthänigen Grundsteuer in Niederösterreich.

Justiz-Hofdecret vom 21. Jänner 1840, S. 385, Nr. 403.

- Vorschrift über das Pfandrecht, die Vorrechte und die Eintreibung der Steuer-Rückstände, bann über die Verantwortlichkeit der mit der Einhebung derselben beauftragten Aemter und Personen.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Februar 1840, S. 473, Nr. 409.

Grundstücke. Vorschrift über die Abnahme der Gebühren für pfandweise Einverleibung oder Pränotirung von Forderungen oder Urkunden auf mehrere demselben Eigentümer gehörige und zu Einem Grundbuche dienstbare Grundstücke.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Mai 1836, S. 82, Nr. 141.

- Vorschrift über die Bezahlung der Verzugszinsen von der Entschädigung für die zum Straßenbau abgetretenen Grundstücke.

Hofkanzlei-Decret vom 4. April 1837, S. 118, Nr. 188.

- Behandlung der Entschädigungs-Ansprüche für die an die Eisenbahnen abgetretenen Grundstücke.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Juni 1838, S. 282, Nr. 267.

- Vorschrift über die Expropriation der zu Eisenbahnen verwendeten Grundstücke.

Hofkanzlei-Decret vom 30. April 1841, S. 572, Nr. 529.

- Vorschrift über das Verfahren bei der Einlösung und Schätzung der für die Staats-Eisenbahnen erforderlichen Grundstücke.

Justiz-Hofdecret vom 8. November 1842, S. 69, Nr. 654.

Grundstücke. Die Verordnung vom 20. Jänner 1804, wegen Hintanhaltung der Veräußerung obrigkeitlicher Dominicalgründe und ganzer Herrschaften an Unterthanen, hat nur dort zu gelten, wo nicht in der bestehenden Landesverfassung andere Bestimmungen begründet sind.

Justiz-Hofdecret vom 4. April 1843, S. 104, Nr. 694.

- Vorschrift über das Verfahren bei Entschädigungs-Ansprüchen für die durch Remonten-Transporte an Grundstücken verursachten Beschädigungen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Juli 1843, S. 130, Nr. 726.

- Beschränkung des Eigenthums- und Benützungrechtes der Eigenthümer der an der Linie der Staats-Eisenbahnen liegenden Grundstücke.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 234, Nr. 834.

- Vorschrift über das Verfahren bei Abschreibung der für Staats-Eisenbahnen eingelösten Grundstücke in den Grundbüchern und in der Landtafel.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1846, S. 387, Nr. 997.

- Zur Bestimmung der gesetzlichen Eigenschaft der Grundstücke in Galizien, welche nämlich als Dominical- und welche als Rusticalgründe anzusehen sind, hat der im Jahre 1820 in den Katastral-Operaten erscheinende Besitz zu gelten.

Kreis Schreiben des galizischen Guberniums vom 25. November 1846, S. 391, Nr. 1003.

- Die unterthänigen uneingekauften Grundstücke in Galizien werden als Nutzung-Eigenthum ihrer gegenwärtigen rechtmäßigen Besitzer anerkannt, welche damit frei verfügen und dieselben bis zwei Dritttheile ihres Werthes auch verschulden können.

Kreis Schreiben des galizischen Guberniums vom 25. November 1846, S. 391, Nr. 1004.

- Vorschrift über das Verfahren bei den Verhandlungen und Entscheidungen von Streitigkeiten zwischen den Privat-Eisenbahn-Unternehmungen und den Obrigkeiten über die auf den zu den Eisenbahnen eingelösten Grundstücke haftenden Rechte.

Hofkanzlei-Decret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1036.

- Welche Grundstücke im Krakauer Gebiete von den Grundherren eingezogen werden dürfen, und welche dem bäuerlichen Grundbesitze vorbehalten und gesichert bleiben.

Erlaß vom 10. Mai 1847, S. 461, Nr. 1064.

- Bedingte Gestattung der Veräußerung von Unterthans-Grundstücken zum Behufe der Robot- und Zehent-Ablösung.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1848, S. 561, Nr. 1129.

- Die zum Behufe der Robot- und Zehent-Ablösung veräußert werden den unterthänigen und emphiteutischen Gründe sind auch für die Zukunft als frei verfügbar und als nicht an die Grundzerstückungs-Vorschriften gebunden zu behandeln und in den Grundbüchern genau und speciell bei Verkäufen zu bezeichnen.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Mai 1848, S. 617, Nr. 1140.

- Vorschrift über die Anmeldung der bei der Görzer Landtafel erworbenen Hypothekar-Hypothek- und Servitutrechte auf Grundstücke und Urbaren bei dem Görzer Stadt- und Landrecht behufs ihrer Erneuerung.

Justiz-Ministerial-Decret vom 31. August 1848, S. 656, Nr. 1179.

Grundverschreibung. Berechnung der Accidentien der Wirtschaftsbeamten in Mähren und Schlesien für die den Unterthanen unter obrigkeitlichem Sigille hinausgegebenen Grundverschreibungen.

Hofkanzlei-Decret vom 23. September 1830, S. 208, Nr. 2482.

Grundzerstückung. S. Theilung.

Grundzinsbare Güter. S. Gut.

Gubernial-Präsidium. Bestätigung der Legalisirung der von den Seelsorgern in Dalmatien ausgestellten Tauf-, Trau- und Todtenscheine des Ordinariates durch das Gubernial-Präsidium, wenn Parteien davon außer dem Gouvernements-Gebiete Gebrauch machen wollen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1847, S. 454, Nr. 1052.

— **Secretär.** S. Secretär.

Gubernium. S. Landesstelle.

Güterangabe. Vorschrift über das Verfahren der Gerichtsbehörden hinsichtlich der von dem Executen zur Befreiung des Personal-Arrestes überreichten Güterangabe.

Justiz-Hofdecret vom 15. Jänner 1845, S. 249, Nr. 859.

Gütergemeinschaft. Nur das vermöge einer im Ehecontracte bedungenen allgemeinen Gütergemeinschaft dem überlebenden Ehegatten zufallende Vermögen ist bei Bauerbsleuten erbsteuerfrei.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Mai 1830, S. 197, Nr. 2463.

— Bestimmung des Stämpels zu den bei Errichtung einer Gütergemeinschaft gefertigten Güterverzeichnissen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Jänner 1833, S. 75, Nr. 2588.

— S. auch Erbsteuer.

Güterlotterie. S. Lotterie.

Güternamhaftmachung. S. Gut.

Güterschätzungs-Inventarien. S. Inventur.

Güterverzeichnisse. Vorschrift über den Stempel zu den bei Errichtung einer Gütergemeinschaft gefertigten Güterverzeichnissen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Jänner 1833, S. 75, Nr. 2558.

Gütlicher Ausgleichungsversuch. S. Ausgleichung.

Gufßbaum. Heimfagung des Patrimonialgerichtes Gufßbaum in Tirol, und Vereintigung desselben, mit Ausnahme des Thales Gröden und der Gemeinde Kallfuschgg, mit dem landesfürstlichen Landgerichte Klausen.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1827, S. 85, Nr. 2286.

Guisea. Statt der privatherrschaftlichen Jurisdiction-Bewaltungen zu Guisea, Oberreifenberg, St. Daniel, Duino, Tolmein und Canale werden landesfürstliche Bezirksämter errichtet.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1847, S. 483, Nr. 1108.

Gurkfeld. Zu Gurkfeld wird provisorisch ein landesfürstliches Bezirkscommissariat II. Classe errichtet.

Hofkanzlei-Decret vom 12. November 1838, S. 309, Nr. 305.

Gußmodelle. Bestrafung der Verfertigung und des Gebrauches von Gußmodellen zu Abdrücken und plastischen Nachbildungen von Münzen als schwere Polizei-Übertretung.

Hofkanzlei-Decret vom 1. Juli 1845, S. 270, Nr. 895.

Gustav Wafa. S. Wafa.

Gut. Vorschrift über die Veräußerung der grundzinsbaren Güter in Tirol.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 46, Nr. 1797.

— Die gesetzliche Frist zum Ausweise der zum Besitze landtäfliger Güter erforderlichen Habilitirung läuft vom Tage der Kaufpränotation oder des angetretenen Naturalbesitzes.

Hofkanzlei-Decret vom 11. October 1821, S. 57, Nr. 1809.

- Gut.** Aufrechthaltung der Rechte der Familien rücksichtlich der adelichen Güter in Illyrisch-Croatien; Vorschrift in Hinsicht auf das Wiedereinlösungsrecht der gerichtlich feilgebotenen adelichen Güter, und über das daselbst bei Ausübung des Einstandsrechtes zu beobachtende Verfahren.
 Justiz-Hofdecret vom 3. December 1821, S. 68, Nr. 1823.
- Wie sich vor dem Verlaufe eines unbeweglichen Gutes unter der Schätzung zu benehmen sei.
 Justiz-Hofdecret vom 25. Juni 1824, S. 213, Nr. 2017.
- Vorschrift über die Einbringung der Herstellungskosten der Wirthschaftsgebäude auf den zur Dotation der geistlichen Pfründner angewiesenen Gütern nach dem Ableben dieser Pfründner.
 Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1824, S. 260, Nr. 2027.
- Den Patrimonialgerichts-Beamten in Tirol und Vorarlberg ist die Pachtung eines Gutes nicht zu gestatten.
 Justiz-Hofdecret vom 10. Juni 1825, S. 307, Nr. 2105.
- Vorschrift für Gerichtsbehörden bei Vornahme gerichtlicher Schätzungen von Gütern.
 Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 308, Nr. 2106.
- Zur Veräußerung eines unterthänigen Gutes in Tirol ist die Einwilligung des Obereigenthümers nicht nöthig, sondern derselbe hat nur zu beurtheilen, ob der neue Käufer dem Gute vorzustehen fähig sei oder nicht.
 Justiz-Hofdecret vom 5. August 1826, S. 40, Nr. 2211.
- Ausweisung des Werthes unterthäniger Realitäten zum Behufe der Erbsteuer-Bemessung.
 Hofkanzlei-Decret vom 26. Juni 1827, S. 86, Nr. 2289.
- Einbringung der Larrückstände durch die Execution auf unbewegliche Güter.
 Hofkanzlei-Decret vom 20. Juli 1827, S. 88, Nr. 2293.
- Israeliten in Böhmen dürfen zur Versteigerung der Realitäten der Christen als Käufer nicht zugelassen werden.
 Justiz-Hofdecret vom 20. Juli 1827, S. 88, Nr. 2294.
- Ausfertigung der Einantwortungs-Urkunden für Käufer der im Executionswege versteigerten unbeweglichen Güter.
 Justiz-Hofdecret vom 11. August 1827, S. 90, Nr. 2300.
- Bei Bemessung des landesfürstlichen und obrigkeitlichen Mortuars ist die Geldwährung der Katastral-Einlage des Gutes zu berücksichtigen.
 Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1828, S. 138, Nr. 2368.
- Bestimmung der Rechte der Grund- und Urbarsäheren im Görzer Kreise bei Veräußerung und Theilung der Bauerngüter und Eintreibung der Gebühren.
 Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1829, S. 145, Nr. 2387.
- Vorschrift über die Trennung der Bestandtheile eines Dominicalgutes, worauf die Octava haftet.
 Hofkanzlei-Decret vom 4. Februar 1830, S. 184, Nr. 2449.
- Vorschrift über die theilweise Veräußerung eines Gutes, auf welchem der achte Theil des Werthes für die Unterthanen landtäglich vorgemerkt ist.
 Hofkanzlei-Decret vom 4. Februar 1830, S. 184, Nr. 2449.
- Anwendung der Vorschriften des Patentens vom 14. Februar 1804 und der Erläuterung desselben vom 21. Juni 1805, über die Gesuche um eine Einverleibung (Intabulation), Vormerkung (Pränotation), Besitz- oder Gewähr-Anschreibung oder Löschung (Extabulation), auf die zu den Grundbüchern der Städte und Obrikeiten gehörigen unbeweglichen Güter.
 Justiz-Hofdecret vom 16. April 1830, S. 194, Nr. 2459.
- Die Verhandlungen über die Schätzungen der Realitäten verunglückter Unterthanen zum Behufe der Aufnahme von Darleihen aus Raisen-, Kirchen- oder öffentlichen Fondscassen sind klampffrei.
 Hofkanzlei-Decret vom 18. November 1831, S. 25, Nr. 2539.

Gut. Verträge der Unterthanen in Böhmen über die Ueberlassung eines Theiles ihrer Realitäten auf die Lebenszeit gewisser Personen, gegen Vorbehalt des Rückfalles mit dem Tode derselben, sind ungültig.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1833, S. 85, Nr. 2603.

- Der an den Schuldner ergangene gerichtliche Auftrag zur Namhaftmachung seiner Güter berechtigt den Executionsführer nicht, von dem Schuldner die Bestätigung seiner Angabe durch den Manifestationsseid zu verlangen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 30, Nr. 50.

- Anwendung des Patentess vom 31. December 1800 über die Behandlung der Pächter von Staatsgütern, welche ihre Verbindlichkeit nicht erfüllen, auf die Pachtungen der Güter der Städte und Gemeinden.

Hofkanzlei-Decret vom 29. August 1835, S. 43, Nr. 83.

- Vorschrift über die Abnahme der Gebühren für die pfandweise Einverleibung oder Vormerkung von Forderungen und Urkunden auf mehrere demselben Eigenthümer gehörige und zu einem Grundbuche dienbare Bauerngüter.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Mai 1836, S. 82, Nr. 141.

- Vorschrift über die Abnahme der Armenpercente bei Versteigerungen von Gütern.

Hofkanzlei-Decret vom 24. März 1837, S. 117, Nr. 187.

- Vorschrift für Tirol und Vorarlberg über die Vertheilung des Preises von im Wege der gerichtlichen Execution veräußerten unbeweglichen Gütern daselbst.

Justiz-Hofdecret vom 19. November 1839, S. 354, Nr. 388.

- Vorschrift für Schätzleute bei Güterschätzungen.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1839, S. 360, Nr. 391.

- Welche Urkunden zum Beweise der Löschung der in den sogenannten Verschaf- oder Hypothekenbüchern vorkommenden Hypotheken gegenüber der nicht vollständig zu befristenden Hypothekar-Gläubiger eines gerichtlich veräußerten Gutes zum Verschafbuche gebracht werden sollen.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1840, S. 519, Nr. 459.

- Die sequestratorischen Verpachtungen der wegen Steuer-Rückständen exquirten Güter in Galizien sind im Licitationswege zu bewirken.

Hofkanzlei-Decret vom 16. December 1841, S. 657, Nr. 577.

- Beschränkung der Redemptoristen-Congregation in Erwerbung unbeweglicher Güter.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1843, S. 86, Nr. 670.

- Die Cumulirung des Besizes von Bauerngütern ist von den Kreisämtern in Mähren, mit Ausnahme des Klagenfurter Kreisamtes, nicht zum Gegenstande ämthlicher Verhandlungen zu machen, da vorlänbes die politisch unbedingte Theilbarkeit der Bauerngründe besteht.

Hofkanzlei-Decret vom 9. September 1844, S. 219, Nr. 827.

- Der galizisch-ständischen Credits-Anstalt können auch landtätsliche Güter der Geistlichkeit, der milden Stiftungen, der Städte und der unter ihrer Aufsicht stehenden Stiftungen beitreten.

Hofkanzlei-Decret vom 31. Jänner 1846, S. 310, Nr. 925.

- Die Verständigung der Hypothekar-Gläubiger von dem ersten Feilbietungstermine eines unbeweglichen Gutes im Wege der Execution oder des Concurfes ist hinreichend.

Justiz-Hofdecret vom 6. Mai 1847, S. 461, Nr. 1063.

- Vorschrift über die Behandlung jener Landtafelgüter in Galizien, welche zu Einem Körper gehören und als Zugehör desselben in der Landtafel erscheinen, in derselben aber ein eigenes Blatt haben und besonders belastet werden, insbesondere bei Verbücherungen von Posten in der Eigenthums- oder Lasten-Kubrik.

Justiz-Hofdecret vom 15. September 1847, S. 469, Nr. 1084.

Gut. Ob ein in einer Concursmasse befindliches Gut dem Gläubiger welcher ein Eigenthumsrecht darauf geltend gemacht hat, auszufolgen sei, hat der Concursrichter zu beurtheilen.

Allerhöchste Entschließung vom 20. November 1847, S. 476, Nr. 1096.

- Das Obereigenthum über unbewegliche Güter bedarf keiner Anmeldung im Concurse über das Vermögen des Ruhezigenhümers.

Hofkanzlei-Decret vom 26. December 1847, S. 483, Nr. 1109.

Gutachten über neue gesetzliche Vorschriften sind bei landesfürstlichen Collegialgerichten erster Instanz in voller Rathsversammlung zu verhandeln.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1822, S. 76, Nr. 1836.

- Wie in Civil- oder Criminal-Angelegenheiten über einen ärztlichen Befund das Gutachten der medicinischen Facultät einzuholen sei.

Justiz-Hofdecret vom 21. September 1822, S. 117, Nr. 1895.

- Die Criminalgerichte haben sich, wenn sie ein medicinisches Collegial-Gutachten benötigen, an die nächste Universität, wo eine medicinische Facultät besteht, zu wenden.

Justiz-Hofdecret vom 8. Mai 1829, S. 156, Nr. 2400.

- Das Appellationsgericht in Tirol hat die ihm von den tirolischen Collegialgerichten vorgelegten Besetzungsvorschläge, wegen Ernennung des Sanitäts-Personales für die dortigen Inquisitionshäuser, mit seinem Gutachten an das Subernium zu leiten.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1843, S. 123, Nr. 709.

- Der Präsident der Gerichtsstelle soll bei Vorschlägen zur Besetzung von Rathsstellen sein Gutachten geben.

Justiz-Hofdecret vom 20. März 1845, S. 256, Nr. 877.

Gutsantheile. Bedingungen, unter denen nicht habilitirten Besitzern eines Gutsantheiles die Erwerbung anderer Antheile desselben Gutes gestattet ist.

Justiz-Hofdecret vom 19. April 1833, S. 89, Nr. 2609.

Gutsherr. Bestimmung der Rechte der Gutsherren in dem Görtz Kreise bei Veräußerung, Theilung und Besorgungsfreiung der Bauerngüter und Einhebung der Gebühren.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1829, S. 145, Nr. 2387.

- Nähere Bestimmung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit für die Fälle, wo 1. wegen der Forderung der Gutsherren an ihre eigenen Unterthanen oder Gerichts-Inassen die Execution geführt, oder 2. eine Forderung des Gutsherrn auf die ihm unterthänigen Güter einverleibt oder vorgemerkt, oder eine auf solchen Gütern haftende Schuldpost gelöst, oder 3. die Forderung einer gemeinschaftlichen Waisencasse an die Unterthanen oder Gerichts-Inassen des vormundschaftlichen Gerichtes durch die Execution eingebracht, im Grundbuche einverleibt, vorgemerkt oder gelöst werden soll.

Hofkanzlei-Decret vom 13. August 1833, S. 100, Nr. 2626.

- Die von Anlegung geringerer Interessenbeträge herrührenden, richtig berechneten Ueberschüsse der Waisencassen sind ein Eigenthum der Gutsherren, die jedoch für ihr und ihrer Beamten Verschulden auch mit diesen Ueberschüssen haften.

Justiz-Hofdecret vom 24. December 1834, S. 132, Nr. 2679.

- S. auch Grundherr, Herrschaften, Obrigkeiten.

Gutsherrliche Entlassung. S. Entlassung.

- **Gerichte.** S. Patrimonialgerichte.

- **Gerichtsbarkeit.** S. Gerichtsbarkeit.

Gutsunterthanen. S. Unterthanen.



Habilitirung. Die gesetzliche Frist zum Ausweise der zum Besitze landtäflicher Güter erforderlichen Habilitirung läuft vom Tage der Kaufs-Pränotation oder des Natural-Besizes.

Hofkanzlei-Decret vom 11. October 1821, S. 57, Nr. 1809.

- **zum Besitze.** Bedingungen, unter denen nicht habilitirten Besitzern eines Gutsantheiles die Erwerbung anderer Antheile desselben Gutes gestattet ist.

Justiz-Hofdecret vom 19. April 1833, S. 89, Nr. 2609.

Haeredes sui et extranei. Unter dem in dem für Währen erlassenen Patente vom 4. Juli 1749, hinsichtlich der von den Verlassenschaften zu entrichtenden Invalidenfonds-Beiträge, gebrauchten Ausdruck: Sui haeredes oder Leibeserben, sind nur Descendenten, und unter dem Ausdruck: Haeredes extranei, alle übrigen Erben, daher auch die Ascendenten, einbegriffen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. November 1842, S. 74, Nr. 655.

Häusliche Durchsuchung. S. Durchsuchung, Haus.

Haftbücher. Vorschrift über die Einverleibung oder Vormerkung dinglicher Rechte in den vorhin üblichen Grundbüchern oder sogenannten Haftbüchern über Schiffmühlen.

Justiz-Hofdecrete vom 29. Mai 1824, S. 210, Nr. 2011, und 23. Juni 1827, S. 85 Nr. 2287.

Haftung der Herrschaften für die Erledigung der Streitsachen durch eine zum Civil-Richteramt berechnigte Gerichtsperson, dann über die Beobachtung der §§. 277 und 589 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches bei gerichtlicher Aufnahme von Testamenten, oder bei Ansuchen um Todeserklärung eines Abwesenden zum Behufe einer Verlassenschafts-Abhandlung.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1825, S. 294, Nr. 2082.

- der Herrschaften für die Stempel zu den Protokollen mit dem Regresse an ihre Beamte oder an die zahlungspflichtigen Parteien.

Hofkammer-Decret vom 3. December 1828, S. 139, Nr. 2372.

- der Octava in Wirten und dem Küstenlande darf nur auf die aus dem Bande der Untertänigkeit entspringenden Forderungen angewendet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Februar 1830, S. 184, Nr. 2449.

- der Obrigkeit für den richtigen Gebrauch der Stempel bei obrigkeitlichen Protokollen oder deren Abschriften, dann bei den Verlassenschafts-Abhandlungen.

Hofkammer-Decret vom 10. Jänner 1832, S. 29, Nr. 2544.

- Die Verpflichtung der Witschuldigen, für den ganzen Betrag der Criminalkosten zu haften, tritt bei Denjenigen nicht ein, welche wegen Verdachtes eines gemeinschaftlich verübten Verbrechens in Untersuchung gezogen, aber wegen Mangels an Beweis losgesprochen worden sind.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1833, S. 73, Nr. 2583.

- der Herrschaften für ihr und ihrer Beamten Verschulden in Waisenselber-Angelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 24. December 1834, S. 132, Nr. 2679.

- Den mit der Haftung für die Depositen beauftragten Beamten der landesfürstlichen Bezirks-obrigkeiten, Land- und Pleggerichte wird die Abnahme des gesetzlich entfallenden Zählgeldes gestattet.

Hofkammer-Decret vom 6. December 1836, S. 94, Nr. 160.

Haftung. Bedingungsweise Haftung der den armen Parteien von Amtswegen beigegebenen Vertreter für die Tax- und Stempelgebühren.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1837, S. 106, Nr. 171.

— Vorschrift über die Haftungsverbindlichkeit der Postanstalten für Post-Einbungen.

Hofkammer-Decret vom 6. Februar 1839, S. 325, Nr. 337.

— Der Wirkungskreis der politischen Behörden zur Sicherstellung des öffentlichen Dienstes und zur Verwahrung der Haftungspflicht der Dominien kann dadurch, daß Streitigkeiten zwischen Herrschaften und ihren Wirtschaftsbeamten der Behandlung und dem Erkenntnisse der Gerichte zugewiesen sind, nicht beirrt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Jänner 1842, S. 7, Nr. 591.

— der Advocaten für die Einbringung der Taxen von den von ihnen vertretenen armen Parteien. — Umfang derselben.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1845, S. 259, Nr. 881.

— der Consular-Ämter für die sichere Aufbewahrung der Verlassenschaften der in ihrem Amtsbezirke verstorbenen österreichischen Unterthanen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 13. April 1847, S. 459, Nr. 1059.

— Die auf jedem Dominical-Landgute in Galizien als gesetzliches Pfand mit dem Aichtheile bestandene Haftung für alle aus dem Unterhansverbande und der Verwaltung des Waisenvermögens entspringenden Forderungen wird für alle Forderungen, welche aus einer nach dem 15. Mai 1848 stattgefundenen Handlung oder Unterlassung entstehen, auf ein Sechzehntel herabgesetzt.

Patent vom 17. April 1848, S. 612, Nr. 1136.

— Die auf jedem Dominicalgute in der Bukowina mit einem Aichtheile bestandene Haftung für alle aus dem Unterhansverbande und der Verwaltung des Waisenvermögens entspringenden Forderungen wird für alle Forderungen, welche nach aus einer nach dem 1. Juli 1848 stattgefundenen Handlung oder Unterlassung entstehen, auf ein Sechzehntel herabgesetzt.

Patent vom 9. August 1848, S. 648, Nr. 1173.

Haimburg. Für den Landgerichtsbezirk Haimburg wird das kärnthnerische Stadt- und Landrecht als alleiniges Criminal-Untersuchungs- und Spruchgericht erklärt, jedoch hat es fortan die Thatbestands-Erhebungen und die übrigen in den §§. 236, 277 und 379 des Strafgesetzbuches, I. Theiles, erwähnten Amtshandlungen zu besorgen und einen Beitrag zu den Criminal-Untersuchungskosten zu leisten.

Justiz-Ministerial-Decret vom 23. Mai 1848, S. 636, Nr. 1154.

Halbes Percent. S. Percent.

Halbfabrikate. Befreiung der von dem Comité zur Unterstützung mittelloser Gewerbsleute denselben übergebenen Rohstoffe und Halbfabrikate von der Pfändung und pfandweisen Beschreibung.

Justiz-Ministerial-Erlaß vom 25. September 1848, S. 663, Nr. 1184.

Halb-Invaliden. S. Invaliden.

Hall. Das Berggericht zu Hall wird mit der Berg- und Salinen-Direction daselbst vereinigt.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Jänner 1833, S. 73, Nr. 2584.

— Die Bergwesens-Direction in Salzburg wird aufgelöst, und die Geschäfte derselben werden an die Berg- und Salinen-Direction zu Hall in Tirol verwiesen.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Jänner 1835, S. 134, Nr. 2685.

— Die mit Erziehungs- und Versorgungs-Stipendien aus dem Haller Fräulein-Stiftsfonde theilten Individuen werden im Genuße ihrer Ararial-Bezüge belassen.

Hofkanzlei-Decret vom 20. August 1837, S. 142, Nr. 219.

— Recht der salzburgisch-tirolischen Berg- und Salinen-Direction zu Hall, die zur Sicherstellung des Allerhöchsten Arariums nöthigen gerichtlichen Verfügungen durch die Fiskalämter zu erwirken.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1840, S. 486, Nr. 430.

Hall. Zuweisung der bisher von dem Haller Berggerichte verwalteten berggerichtlichen Cameral-, Lehen- und Justizpflege erster Instanz für den Inn- und Hausbrunn-Kreis an das Berggericht zu Stadt Steyer, und zwar vom 1. Juli 1840.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 3. Juni 1840, S. 501, Nr. 446.

- Bei den vor dem competenten Richter über Besißstörungenklagen, bei welchen die Berg- und Salinen-Administration zu Hall die Vertretung des Allerhöchsten Herrars übernimmt, anhängigen Verhandlungen hat ein Abgeordneter der montanistischen Administrativ-Behörde, bei dem Vortrage solcher Gegenstände beim Appellationsgerichte aber ein Rath der Berg- und Salinen-Direction zu Hall zu interveniren.

Justiz-Hofdecret vom 3. October 1842, S. 63, Nr. 646.

- Betheilung des Landgerichtes Hall in Tirol mit Einem Adjutum für einen Concepts-Practikanten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

- Trennung der Berg- und Forstwesens-Geschäfte für das Gebiet von Salzburg, mit Ausnahme der berggerichtlichen Gegenstände, von der k. k. Berg- und Salinen-Direction zu Hall und Zuweisung derselben an das Salinen-Oberamt Gmunden.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1844, S. 241, Nr. 847.

Hammerwerke. Stempel-Classe für Besißer von Hammerwerken.

Hofkammer-Decret vom 12. August 1821, S. 44, Nr. 1791.

- Bestimmung der Gerichtsbarkeit über dieselben, dann Vorschrift über die Ertheilung der Concession zur Errichtung der Pfannhämmer.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 27. April 1841, S. 572, Nr. 528.

- Bestimmung der Behörde zur Ausübung der Realgerichtsbarkeit über Hammerwerke.

Erlaß des Ministeriums für öffentliche Arbeiten vom 12. Juli 1848, S. 645, Nr. 1169.

Handel mit Sklaven. Bestimmungen gegen den Handel mit Sklaven und deren Mißhandlung.

Justiz-Hofdecret vom 19. August 1826, S. 42, Nr. 2215.

Handels-Beisitzer. S. Beisitzer.

Handelsbücher. Den gehörig geführten ungarischen Handelsbüchern ist auch vor dem nicht ungarischen Richter die Beweiskraft durch die volle Frist eingeräumt, welche das ungarische Gesetz bestimmt.

Justiz-Hofdecret vom 13. März 1843, S. 100, Nr. 688.

Handelsgeschäfte. Der ersten österreichischen Brandschaden-Versicherungs-Gesellschaft erwächst durch die Protokollirung ihrer neuen Firma bei dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte kein Recht zu Handels- und Wechselgeschäften.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Jänner 1842, S. 8, Nr. 593.

Handels- und Gewerbsleute. S. Gewerbsleute, Stempel.

Handelsleute. Ueber die in Concurs verfallenen Handelsleute in Triest hat das dortige Mercantil- und Wechselgericht dem kustenländischen Gubernium die nöthigen Auskünfte zu geben.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1826, S. 8, Nr. 2169.

- Die Innunität der Handelsleute in den Militär-Grängen und der Einwohner der Militär-Communitäten von dem executiven Personal-Arreste hat nicht mehr zu bestehen.

Decret des Hofkriegsrathes vom 28. November 1826, S. 56, Nr. 2236.

- Von den dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte theils als Beisitzer, theils als Beisitzer-Substituten beigegebenen sechs Handelsleuten haben auch künftig jeder Rathsfügung nur zwei beizuwohnen.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1837, S. 151, Nr. 238.

Handelsleute. Mortuars-Befreiung für Handelsleute des Freihafens von Triest, welche im Gebiete von Triest zur Zeit ihres Todes den Wohnsitz daselbst gehabt haben.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1839, S. 343, Nr. 369.

— Vorschrift über das Verfahren bei Untersuchung und Bestrafung der in Concurs verfallenen Handelsleute.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 451, Nr. 1049.

Handelsfachen. Vorschrift hinsichtlich der Zustellung von Vorladungen und Verordnungen ungarischer Wechselgerichte, ferner hinsichtlich der Execution auf Grundlage von Erkenntnissen ungarischer Wechselgerichte, endlich hinsichtlich der Eintreibung ungarischer Ladbeträge in den nicht ungarischen Ländern der Monarchie.

Justiz-Hofdecret vom 13. März 1843, S. 100, Nr. 688.

Handelsstand. Bestimmung der Verlassenschaftsbeiträge von dem Handelsstande, und in Conventions-Münze.

Justiz-Hofdecret vom 7. September 1822, S. 116, Nr. 1891.

— Vorschrift über den periodischen Wechsel der Schätzungs- und Inventurs-Commissäre des bürgerlichen Handelsstandes bei dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte, dann Bestimmung der Frist zur Vornahme desselben.

Hofkammer-Decret vom 9. December 1843, S. 174, Nr. 769.

Handelsstands-Beisitzer. S. Beisitzer.

Handels-Vertrag zwischen Oesterreich und Brasilien.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1828, S. 114, Nr. 2337.

— mit den vereinigten Staaten von Amerika.

Vom 10. Februar 1831, S. 6, Nr. 2505.

— mit dem Könige von Dänemark.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1834, S. 115, Nr. 2661.

— zwischen Oesterreich und Griechenland.

Hofkanzlei-Decret vom 7. October 1835, S. 48, Nr. 87.

— Berichtigung des 9. Artikels des im Jahre 1835 zwischen Oesterreich und Griechenland geschlossenen Handels-Vertrages.

Hofkammer-Decret vom 21. März 1836, S. 79, Nr. 133.

— zwischen Oesterreich und Großbritannien.

Hofkanzlei-Decret vom 28. October 1838, S. 280, Nr. 301.

— zwischen Oesterreich und der Republik Mexico.

Vom 30. Juli 1842, S. 45, Nr. 626.

— zwischen Oesterreich und dem Königreiche beider Sicilien.

Vom 4. Juli 1846, S. 340, Nr. 973.

— zwischen Oesterreich und Rußland.

Vom 20. Juli 1846, S. 348, Nr. 974.

Handgeld. Erlass des Handgeldes bei Entlassung eines reclamirten Minderjährigen vom Militär.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Februar 1838, S. 168, Nr. 252.

Handlungsbilanzen. S. Bilanzen.

Handlungsbiten. Die Bestätigung derselben in Triest steht dem kustenländischen Gubernium zu.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1826, S. 8, Nr. 2169.

Handlungsfonds-Ausweisungen. S. Fondsausweisung.

Handlungsgesellschaft. Vorschrift über das Verfahren bei Untersuchung und Bestrafung einer in Concurs verfallenen Handlungsgesellschaft.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 451, Nr. 1049.

Handmessen. S. Messen.

Handhabung. Den zur Handhabung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in Dalmatien aufgestellten Personen dürfen die zu diesem Behufe nöthigen Waffen nicht durch Pfändung oder Beschlagnahme entzogen werden.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1848, S. 642, Nr. 1164.

Handschrift. Wie der Beweis durch Vergleichung der Schriftzüge anzubieten sei.

Justiz-Hofdecret vom 2. December 1825, S. 331, Nr. 2150.

— Anwendung des Haupttheides zur Herstellung des Beweises über die Echtheit der eigenen Handschrift und jener eines Verstorbenen.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1842, S. 25, Nr. 610.

— Vorschrift über die Vergleichung der Handschriften im summarischen Verfahren bei den Civilgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

— Vorschrift über die Vergleichung der Handschriften im summarischen Verfahren bei Militärgerichten.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

— Vorschrift über die Vergleichung der Handschriften im summarischen Verfahren bei den dalmatinischen Gerichten.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

Handwerker. Bestimmung der Verlassenschaftsbeiträge von den Handwerkern für den Normal-Schulfond, und in Conventions-Münze.

Justiz-Hofdecret vom 7. September 1822, S. 116, Nr. 1891.

Handwerksgesellen. Beschluß der deutschen Bundesversammlung zur Abstellung unerlaubter Verbindungen und sonstiger Mißbräuche unter den Handwerksgesellen.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Jänner 1841, S. 550, Nr. 492.

Handzeichen. Die auf Urkunden und anderen amtlichen Acten vorkommenden Namensfertigungen mit jüdischer oder hebräischer Schrift sind nur als Handzeichen anzusehen.

Hofkanzlei-Decret vom 20. December 1842, S. 77, Nr. 663.

— Die Namensfertigung in jüdischer oder hebräischer Schrift, welche auf einer in landesüblicher Sprache im Inlande ausgestellten Privat- oder anderen öffentlichen Urkunde vorkommt, ist bloß als Handzeichen anzusehen und zu beurtheilen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Februar 1846, S. 318, Nr. 938.

Hannover. Staatsvertrag mit dem Königreiche Hannover über die wechselseitige Vermögens-Freizügigkeit, dann Aufhebung des Abschöpf- und Abfabrik-Geldes.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Juli 1837, S. 134, Nr. 213.

Harrach. Der Titel „Erlaucht“ ist dem Haupte der mediatisirten reichsfürstlichen gräflichen Familie Harrach von den Behörden in den Erlässen zu geben.

Justiz-Hofdecret vom 13. October 1829, S. 174, Nr. 2433, und

Hofkanzlei-Decrete vom 23. Februar 1841, S. 562, Nr. 511 und 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Hartenstein-Schönburg. S. Schönburg.

Hauptbuch. Formulare zu einem Hauptbuche der Waisencasse bei dem Czernowitzer Magistrat, dann bei den Gemeindegerichten und Wirthschaftsämtern in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 554, Nr. 1125.

Hauptdepositenamt. S. Depositenamt.

Haupteid. S. Eid.

Haupt-Gränze und Territorial-Necceß zwischen Oesterreich und Sachsen, wegen Behandlung der Gränzbäche.

Vom 30. März 1848, S. 572, Nr. 1132.

Haupt-Münzamt. Aufbewahrung der vorkommenden falschen Münzen nach beendeter Untersuchung bei dem Haupt-Münzamt.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1836, S. 74, Nr. 122.

Hauptvermögen. S. Vermögen.

Haus. Vorschrift über die Anlegung der Gelder der Minderjährigen und Pflegebefohlenen auf Häuser in Wien und den Vorstädten Wiens.

Justiz-Hofdecrete vom 10. Juli 1829, S. 165, Nr. 2418, und vom 29. Mai 1844, S. 210, Nr. 809.

- Vorschrift über die grundbücherliche oder landtäfeliche Einlage eines dem öffentlichen Cultus eines tolerirten Glaubensbekenntnisses gewidmeten Hauses als Privat-Eigenthum einer Gemeinde. Beschränkung des Verkaufes desselben.

Hofkanzlei-Decret vom 4. April 1839, S. 336, Nr. 354.

- Zur Errichtung jedes einzelnen Hauses der barmherzigen Schwestern ist die Allerhöchste Bewilligung einzuholen.

Hofkanzlei-Decret vom 6. November 1839, S. 354, Nr. 387.

- auf welchem ein in die öffentlichen Bücher eingetragener Demolirungs-Revers haftet, kann zur gesellschaftlichen Versicherung eines Capitales nicht dienen.

Justiz-Hofdecret vom 30. März 1840, S. 479, Nr. 418.

- Behandlung der jüdischen Gemeinden in Beziehung auf den Ankauf von Häusern zur Herstellung einer Synagoge oder Schule.

Hofkanzlei-Decret vom 2. März 1841, S. 562, Nr. 512.

- Bestimmung der Entfernung der Locomotiv-Eisenbahnen von den Häusern.

Hofkanzlei-Decret vom 22. October 1841, S. 614, Nr. 568.

- Vorschrift über die Anlegung der den Minderjährigen und Pflegebefohlenen gehörigen Gelddeträge auf den Häusern der Städte Prag, Brünn, Olmütz, Troppau, Linz, Graß, Klagenfurt, Laibach, Görz und Lemberg mit Einschluß ihrer Vorstädte.

Justiz-Hofdecret vom 23. October 1843, S. 160, Nr. 755.

- Beschränkung der Hausdurchsuchungen in Fällen der Credit-Papier-Verfälschung.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1845, S. 248, Nr. 858.

- Vorschrift über das Verfahren bei Abschreibung der für Staats-Eisenbahnen eingelösten Häuser in den Grundbüchern und in der Landtafel.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1846, S. 387, Nr. 997.

- Beschränkung der Aufführung von Häusern in der Nähe von Eisenbahnen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, S. 21.

Hausarzt. S. Aerzte.

Hausgeräth. S. Mobilien.

Hausleute. S. Dienerschaft.

Hausruch-Biertel. Regulirung und Wiederherstellung der Landtafel im Inn- und Hausruch-Biertel.

Justiz-Hofdecret vom 4. Juni 1825, S. 303, Nr. 2103.

- Für den Hausruchkreis wird ein zweiter Advocat mit dem Wohnsitz zu Waijenzkirchen angestellt.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juni 1839, S. 340, Nr. 361.

- Zuweisung der berggerichtlichen Cameral-, Lebens- und Justizpflege erster Instanz für das Hausruch-Biertel, vom 1. Juli 1840 an, an das Berggericht zu Stadt Steyer.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 3. Juni 1840, S. 501, Nr. 446.

Hausüberländ-Grundstücke. S. Grundstücke.

Haverey. S. Sauvetage.

Hazardspiele. S. Spiele.

Hebammen. Die Anwendung des Schwefeläthers und anderer Aethergattungen bei Wöchnerinnen wird den Hebammen streng verboten.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1847, S. 473, Nr. 1091.

— S. auch Sanitäts-Personale.

Hebräer. S. Israeliten.

Hebräischen Dolmetschen ist bei gerichtlichen Untersuchungen für jeden Tag Ein Gulden in Conventions-Münze abzureichen.

Justiz-Hofdecree vom 5. Jänner 1826, S. 1, Nr. 2154.

Hebräische Schrift. Die auf Urkunden und anderen amtlichen Acten mit hebräischer oder jüdischer Schrift vorkommenden Namensfertigungen sind nur als Handzeichen anzusehen.

Justiz-Hofdecree vom 20. December 1842, S. 77, Nr. 663.

— Die Namensfertigung in jüdischer oder hebräischer Schrift, welche auf einer in landesüblicher Sprache im Inlande ausgestellten Privat- oder anderen öffentlichen Urkunde vorkommt, ist bloß als Handzeichen anzusehen und zu beurtheilen.

Justiz-Hofdecree vom 19. Februar 1846, S. 318, Nr. 938.

— **Sprache.** Die in hebräischer Sprache oder mit hebräischen Buchstaben ausgestellten Urkunden und Schriften unterliegen nur dann dem vorschriftmäßigen Stempel, wenn sie als gerichtliche Beweismittel dienen.

Hofammer-Decree vom 26. März 1838, S. 181, Nr. 271.

Hechingen. S. Hohenzollern.

Heidenschaft. Errichtung eines landesfürstlichen Bezirksamtes II. Classe zu Heidenschaft.

Justiz-Hofdecree vom 23. December 1847, S. 483, Nr. 1108.

Heilige Posten. S. Posten.

Heiligenkreuz. Aus den Bezirken Heiligenkreuz, Grafenberg und Ranziano wird ein landesfürstliches Bezirkscommissariat I. Classe mit dem Sitze zu Götz errichtet.

Hofkanzlei-Decree vom 4. Jänner 1839, S. 319, Nr. 322.

Heilkosten. Befreiung der Grundobrigkeiten in Galizien von der Beitragsleistung zu den Heilkosten bei Menschen und Viehseuchen.

Patent vom 17. April 1848, S. 612, Nr. 1136.

— Befreiung der Grundherrschaften in der Bukowina von der Beitragsleistung zu den Heilungskosten bei epidemischen Menschenkrankheiten, Lust- und Viehseuchen.

Patent vom 9. August 1848, S. 648, Nr. 1173.

Heilverfahren. Bestimmungen über die Ausübung des homöopathischen Heilverfahrens; Ordination und Vereitung der Arzeneien.

Hofkanzlei-Decree vom 9. December 1846, S. 393, Nr. 1007.

Heimfall. Von welchem Zeitraume an das Heimfallrecht auf die seit 32 Jahren oder noch länger erliegenden Depositen unbekannter Eigenthümer beginne.

Justiz-Hofdecree vom 13. Februar 1837, S. 108, Nr. 173.

— Heimfallrecht des Wiener Magistrates auf die erblosen Verlassenschaften der Findelkinder des Wiener Findelhauses.

Hofammer-Decree vom 28. Februar 1837, S. 113, Nr. 178.

— Das dem Fiscus und dem Wiener Magistrat in Rücksicht der über 32 Jahre alten Depositen zustehende Heimfallrecht erstreckt sich nicht auf deponirte Privat-Schuldbriefe und andere Privat-Urkunden.

Justiz-Hofdecree vom 1. Mai 1837, S. 123, Nr. 199.

Heimfall. Dem Wiener Magistrat gebührt das Heimfallsrecht über alle erblosen Verlassenschaften der zu seiner Gerichtsbarkeit gehörigen Personen, ohne Unterschied, ob sie eheliche oder Findelkinder oder Erwachsene sind.

Hoflammer-Decret vom 16. Jänner 1838, S. 167, Nr. 248.

- Wie lange dem Wiener Magistrat das Heimfallsrecht auf erblose Verlassenschaften der Findlinge zustehe.

Decret der niederösterreichischen Regierung vom 6. September 1838, S. 277, Nr. 293.

- Heimfallsrecht der landesfürstlichen Städte und Märkte auf erblose Verlassenschaften.

Justiz-Hofdecree vom 30. Juli 1839, S. 346, Nr. 372.

- Vorschrift über das Heimfallsrecht des Fiscus auf Verlassenschaften türkischer Unterthanen in den österreichischen Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Juli 1840, S. 514, Nr. 453.

- Bei welchen Depositen das Heimfallsrecht binnen dreißig Jahren nach deren Erlag eintreten habe.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Jänner 1842, S. 5, Nr. 587.

- Beschränkung des Heimfallsrechtes des Wiener Magistrates auf die erblosen Verlassenschaften der im Burgfrieden Wiens Verstorbenen.

Hoflammer-Decret vom 28. April 1842, S. 27, Nr. 612.

- Wann der Heimfall in Fällen, welche sich auf die zum deutschen Bunde gehörigen Staaten beziehen, definitiv ausgesprochen werden könne.

Allerhöchste Entschliessung vom 26. September 1846, S. 361, Nr. 985.

- Die gesetzlichen Beiträge für die öffentlichen Fonds und Anstalten sind auch von den dem Aetarium aus dem Heimfallsrechte zufallenden Verlassenschaften zu entrichten.

Hofkanzlei-Decret vom 20. Jänner 1848, S. 489, Nr. 1113.

Heimfallsrecht. S. Caducität, Heimfall, Verlassenschaften.

Heimkehr. Das Aetarium trägt die nicht einbringlichen Auslagen für die Heimkehr der Mannschaft von unverschuldet verunglückten und gekaperten österreichischen Schiffen.

Hoflammer-Decret vom 20. August 1844, S. 215, Nr. 824.

Heimfagung der Patrimonialgerichte Rabbi, Tuenetto und Masi di Vigo in Tirol.

Justiz-Hofdecree vom 9. Februar 1824, S. 172, Nr. 1986.

- des Patrimonialgerichtes Altenburg in Tirol.

Justiz-Hofdecree vom 26. Mai 1826, S. 18, Nr. 2186.

- des Pfandgerichtes Petersberg und der Hofgerichtsbarkeit von Stams in Tirol.

Justiz-Hofdecree vom 26. Mai 1826, S. 18, Nr. 2187.

- der Patrimonialgerichte Neuhaus und Deutschen-Ofen in Tirol.

Justiz-Hofdecree vom 17. Februar 1827, S. 70, Nr. 2260.

- der Patrimonialgerichte Gusfadaun und Wolkenstein in Tirol.

Justiz-Hofdecree vom 16. Juni 1827, S. 85, Nr. 2286.

- der Patrimonialgerichtsbarkeit des Landgerichtes Landek in Tirol.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Jänner 1830, S. 184, Nr. 2448.

- des Patrimonial- und Pfandgerichtes Kaltern und Laimburg, dann jene der lehenbaren Gerichtsbarkeit Kurtatsch und Neumarkt in Tirol.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Jänner 1831, S. 5, Nr. 2501.

- des Patrimonialgerichtes zu Sterzing in Tirol. Zu Sterzing wird ein landesfürstliches Landgericht II. Classe errichtet.

Justiz-Hofdecree vom 26. Juli 1831, S. 17, Nr. 2521.

Heimsagung der Patrimonialgerichtsbarkeit zu Fünfenberg im Küstenlande.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Mai 1832, S. 60, Nr. 2562.

- der gräflich Lannenberg'schen Lehensgerichtsbarkeit Rottenburg am Inn und der lehenbaren v. Merfischen Gerichtsbarkeit der Hofmarken Lichtwer und Münster, und Vertheilung derselben unter die landesfürstlichen Landgerichte Mattenberg, Schwarz und Fügen in Tirol.

Hofkanzlei-Decret vom 12. December 1835, S. 63, Nr. 103.

- der delegirten Gerichtsbarkeit von Rabmannsdorf und Neumarkt.

Hofkanzlei-Decret vom 10. April 1840, S. 481, Nr. 422.

- Vorschrift über die Heimsagung lehenbarer Landgerichte.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Mai 1841, S. 576, Nr. 532.

- Die Heimsagung der Verwaltung des Bezirkes Reifnitz im Neustädter Kreise wird angenommen.

Justiz-Hofdecret vom 28. November 1844, S. 241, Nr. 848.

- Die Heimsagung des lehenbaren Landgerichtes der Fideicommissherrschaft Neuberg im Grazer Kreise in Steiermark wird angenommen.

Justiz-Hofdecret vom 10. December 1846, S. 394, Nr. 1009.

- Die Heimsagung der lehenbaren Landgerichte Greifenstein zu Bisamberg und Weinsteig zu Karnabrunn wird angenommen.

Justiz-Hofdecret vom 14. Jänner 1847, S. 404, Nr. 1019.

- Die Heimsagung der Jurisdiction von Lohmein wird angenommen.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1847, S. 483, Nr. 1108.

- Die Heimsagung der delegatorischen Verwaltung der Bezirks Herrschaft Krupp in Ilirien wird angenommen, und die Aufstellung zweier landesfürstlicher Bezirkscommissariate II. Classe für diesen Bezirk zu Eschernembl und zu Möttingel genehmigt.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Mai 1848, S. 618, Nr. 1141.

Heirath. S. Ehen.**Heirathscaption.** S. Caution.**Heizer.** Prüfung der Heizer bei Dampfmaschinen über ihre praktischen Kenntnisse vor ihrer Verwendung bei denselben.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juni 1845, S. 266, Nr. 891.

Helvetische Confections-Verwandte. Feierlichkeiten des Eides bei den helvetischen Confections-Verwandten.

Justiz-Hofdecret vom 21. December 1832, S. 72, Nr. 2582.

Herabsetzung der Diäten für sämmtliche landesfürstliche Beamte um ein Fünftel.

Justiz-Hofdecret vom 10. September 1825, S. 320, Nr. 2131.

Herausgabe der Privat-Gesammlungen wird gestattet.

Hofkanzlei-Decrete vom 15. April und 16. November 1833, S. 87 und 103, Nr. 2607 und 2634.

Herausgeber. Bestimmung der Rechte der Herausgeber literarischer und artistischer Werke gegen unbefugte Veröffentlichung, Nachdruck und Nachbildung.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

- Verantwortlichkeit derselben bei sträflichen Druckschriften.

Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

v. Herder, Johann Gottfried. Gegen den Nachdruck Johann Gottfried v. Herders Werken wird dessen Erben der Schutz während zwanzig Jahren in den deutschen Bundesstaaten gewährt.

Hofkanzlei-Decret vom 20. August 1842, S. 58, Nr. 635.

Hereinbringung. Vorschrift über die Hereinbringung der Herstellungskosten der Wirtschaftsgebäude auf den den geistlichen Pfründnern zur Dotation angewiesenen Gütern und Realitäten nach dem Ableben derselben.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1824, S. 260, Nr. 2027.

- Vorschrift über die Hereinbringung rückständiger Gebühren von aufgelassenen Berggebäuden.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 6. Mai 1838, S. 180, Nr. 269.

- Vorschrift über die Hereinbringung von Ersäßen aus den Besoldungen solcher Beamten, deren Bezüge von einer Casse auf eine andere übertragen werden.

Hofkammer-Decret vom 3. April 1845, S. 257, Nr. 879.

- Umfang der Haftung der Advocaten für die Hereinbringung der Taxen von den von ihnen vertretenen armen Parteien.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1845, S. 259, Nr. 881.

Herr. Der Titel „Herr“ kann den Criminalgerichts-Besitzern aus dem Bürgerstande in den an sie von den ersten Instanzen ergehenden Zustellungen, und der Sitz bei diesen Gerichtsbehörden, als eine Auszeichnung für eine mehrjährige fleißige Verwendung, so lange sie sich als solche verwenden, gewährt werden.

Justiz-Hofdecret vom 11. August 1821, S. 43, Nr. 1790.

- Welchen Personen der Titel „Herr“ in gerichtlichen Ausfertigungen zu geben sei.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 3. Juli 1848, S. 644, Nr. 1167.

Herren-Stand. Bestimmung der Verlassenschaftsbeiträge von dem Herren-Stande, worunter auch dessen Ehegattinnen und Witwen zu rechnen sind, für den Normal-Schulfond, und in Conventions-Münze.

Justiz-Hofdecret vom 7. September 1822, S. 116, Nr. 1891.

Herrschaften. Den Dominien ist nicht gestattet, von ihren Unterthanen über Urbarial-Rückstände sich Schuldbriefe ausstellen oder auf die Realitäten derselben intabuliren oder pränotiren zu lassen.

Justiz-Hofdecret vom 6. März 1821, S. 12, Nr. 1744.

- Vorschrift über die Delegation der Justizläre einer Herrschaft zur Verwaltung der Gerichtsbarkeit auf anderen benachbarten Dominien.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juli 1821, S. 39, Nr. 1780.

- Die Anstellung eines und desselben Justizlärs von verschiedenen Herrschaften in zwei mit eigenen Appellationsgerichten versehenen Provinzen ist nicht gestattet.

Allerhöchste Entschliessung vom 3. September 1821, S. 46, Nr. 1795.

- in Salzburg und im Inn-Quartier dürfen in Rechtsstreiten nicht von ihren Justizlären vertreten werden.

Justiz-Hofdecret vom 13. October 1821, S. 58, Nr. 1811.

- Befreiung der nicht landesherrlichen Patrimonialgerichte, Dominien und Ragsistrate von der Entrichtung des Briefporto in ihrer amtlichen Judicial-Correspondenz.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1821, S. 69, Nr. 1824.

- Die von Herrschaften als Darlehen aufgenommenen Waffengelder sind pragmaticalisch sicher zu stellen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1822, S. 107, Nr. 1875.

Herrschaften. Vorschrift über die Vertheilung der Grundsteuer zwischen Emphyteuten und Herrschaften.

Justiz-Hofdecrete vom 7. April und 7. Juni 1823, S. 139 und 149, Nr. 1931 und 1946.

- Notionen über die einer Herrschaft, wegen nicht befolgter Vorschrift des Tranksteuer-Patentes, auferlegten Geldstrafen, können auch dem Wirtschaftsamte mit rechtlicher Wirkung zugesellt werden.

Justiz-Hofdecret vom 28. Jänner 1825, S. 288, Nr. 2070.

- haben für die Erledigung der Streitsachen durch eine zum Civil-Richteramte berechnete Gerichtsperson, dann über die Beobachtung der §§. 277 und 589 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches bei gerichtlichen Aufnahmen von Testamenten oder bei Ansuchen um Todeserklärung eines Abwesenden zum Behufe einer Verlassenschafts-Abhandlung zu haften.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1825, S. 294, Nr. 2082.

- Bestimmung der Gebühren für die bei den Herrschaften des nun mit Ilirien vereinigten Klagenfurter Kreises errichteten Privat-Urkunden der Unterthanen und Gerichts-Insaßen.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1825, S. 325, Nr. 2136.

- Die Dominien auf dem Lande sind bei Einsehung der Sterbiabellen und Erbsteuer-Ausweise von Entrichtung des Postporto gegen Journalisirung befreit.

Hofammer-Decret vom 20. October 1826, S. 52, Nr. 2227.

- Die zwischen Dominien, oder Dominien und organisirten Magistraten, entstehenden Jurisdictionskreitigkeiten sind auf dem Rechtswege von dem Landrechte der betreffenden Provinz in Gegenwart des politischen Repräsentanten zu verhandeln.

Justiz-Hofdecret vom 27. Jänner 1827, S. 65, Nr. 2252.

- Privat-Dominien haben einen ihren Oberbeamten über acht Tage erteilten Urlaub dem Appellationsgerichte oder dem Kreisamte, oder beiden Behörden, anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1827, S. 91, Nr. 2301.

- Auf Privatherrschaften darf die Justizpflege und die öffentliche politische Geschäfts-Verwaltung nur ganz tabellofen Individuen anvertraut werden.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1828, S. 112, Nr. 2335.

- haben für die Stempel zu den Protokollen mit dem Regresse an ihre Beamte oder die zahlungspflichtigen Parteien zu haften.

Hofammer-Decret vom 3. December 1828, S. 139, Nr. 2372.

- Die Dominien sind in officiosen Judicial-Gegenständen, in Katastral- und Steuerfachen, von dem Postwagens-Porto befreit.

Hofammer-Decret vom 18. Februar 1829, S. 145, Nr. 2386.

- In den zwischen einer Herrschaft und einem Grundbesitzer, über dessen Person ihr keine obrigkeitliche Gewalt zusteht, über grundobrigkeitliche Rechte entstehenden Rechtsstreiten ist die fiskal-ämthliche Vertretung und die Beiziehung eines politischen Repräsentanten nicht erforderlich.

Justiz-Hofdecret vom 4. September 1829, S. 170, Nr. 2426.

- Den Fiscalämtern sind zur Execution gegen Herrschaften, wegen abgängigen Waisen- und Depostengeltern, die nöthigen Vorschüsse zu erfolgen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Juni 1830, S. 198, Nr. 2465.

- sollen nur ganz tabellofe Individuen als Grundbuchsführer und Vogteiverwalter zulassen.

Hofkanzlei-Decret vom 25. October 1830, S. 216, Nr. 2490.

- Haftung der Dominien für die Einbringung und den richtigen Gebrauch des Stempels bei Protokollen, Abschriften und Auszügen aus denselben, dann bei Verlassenschafts-Abhandlungen.

Hofammer-Decret vom 10. Jänner 1832, S. 29, Nr. 2544.

Herrschaften. Den Dominien als Verlassenschafts-Abhandlungsbehörden gebührt in Niederösterreich das Mortuarium, wenn sie auch nicht zugleich Grundobrigkeit des Abhandlungs-Objectes sind.

Justiz-Hofdecret vom 1. März 1833, S. 79, Nr. 2596.

- Nähere Bestimmung der herrschaftlichen Gerichtsbarkeit für die Fälle, wo 1. wegen der Forderungen der Herrschaften an ihre eigenen Unterthanen oder Gerichts-Inassen die Execution geführt; oder 2. eine Forderung der Herrschaft auf die ihr unterthänigen Güter einverleibt oder vorgemerkt oder eine auf solchen Gütern haftende Schuldpfost gelöst; oder 3. die Forderung einer gemeinschaftlichen Waisencasse an die Unterthanen oder Gerichts-Inassen des vormundtschaftlichen Gerichtes durch die Execution eingebracht, im Grundbuche einverleibt, vorgemerkt oder gelöst werden soll.

Hofkanzlei-Decret vom 13. August 1833, S. 100, Nr. 2626.

- Prüfung und Beerdigung der Landgerichtsdienener in Oesterreich ob und unter der Enns, und Anzeigen an die Kreisämter über die Prüfungen.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Februar 1834, S. 107, Nr. 2640.

- Die von Anlegung geringerer Interessenbeträge herrührenden richtig berechneten Ueberschüsse der Waisencassen sind ein Eigenthum der Herrschaft, die jedoch für ihr und ihrer Beamten Verschulden auch mit diesen Ueberschüssen haftet.

Justiz-Hofdecret vom 24. December 1834, S. 132, Nr. 2679.

- Vorschrift für Herrschaften in Niederösterreich über die Uebertragung der einen Bestandtheil des Dominicalkörpers ausmachenden Gewerbe an jeden künftigen Besitzer.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1835, S. 20, Nr. 34.

- Vorschrift, welche Behörden die Streitigkeiten zwischen Herrschaften und Grundholden, über den Bezug und das Quantum des Laudemiums, zu entscheiden haben.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1835, S. 65, Nr. 108.

- Instruction für die Grundgerichte der Dominien inner den Linien Wiens, über die Aufnahme der Vergleiche mit Parteien.

Hofkanzlei-Decret vom 24. November 1840, S. 538, Nr. 480.

- Streitigkeiten zwischen Herrschaften und ihren Wirthschaftsbeamten sind dem Erkenntnisse der Gerichtsstellen zuzuweisen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Jänner 1842, S. 7, Nr. 591.

- Die Verordnung vom 20. Jänner 1804, wegen Hintanhaltung der Veräußerung der obrigkeitlichen Dominicalgründe und ganzer Herrschaften an Unterthanen, hat nur dort zu gelten, wo nicht in der bestehenden Landesverfassung andere Bestimmungen begründet sind.

Justiz-Hofdecret vom 4. April 1843, S. 104, Nr. 694.

- Der Grundherrschaft gebührt nur dann der Bezug des Mortuars, wenn sie wirklich Abhandlungs-Instanz ist.

Hofkanzlei-Decret vom 26. März 1846, S. 328, Nr. 947.

- Bestimmung des Zeitpunctes, von welchem an die Grundherrschaften in Galizien von der Verpflichtung, ihre Unterthanen in Nothfällen mit Brot und Saat-Korn zu unterstützen, entbunden werden.

Kreisbeschreiben des galizischen Guberniums vom 25. November 1846, S. 391, Nr. 1004.

- Vorschrift über das Verfahren bei den Verhandlungen und Entscheidungen von Streitigkeiten zwischen den Privat-Eisenbahn-Unternehmungen und den Herrschaften über die auf den zu den Eisenbahnen eingelösten Gründen haftenden Rechte.

Hofkanzlei-Decret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1036.

- Welche Grundstücke im Kratauer Gebiete von den Gutseigenthümern eingezogen werden dürfen. Erlaß vom 10. Mai 1847, S. 461, Nr. 1064.

Herrschaften. Ob Rechtsstreitigkeiten zwischen Herrschaften und Unterthanen im summarischen Verfahren ausgetragen werden können.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1847, S. 463, Nr. 1069.

- Bestimmung der Gerichtsbarkeit in Streitigkeiten zwischen Grundherrschaften und Grundholden über grundobrigkeitliche Rechte.

Hofkanzlei-Decret vom 10. November 1847, S. 475, Nr. 1093.

- dürfen diejenigen Grundstücke, welche sie als Entgelt für die abgelöste Robot- und Zehent-schuldigkeit von ihren Unterthanen übernehmen, wieder an Unterthanen veräußern.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1848, S. 561, Nr. 1129.

- Robot- und Zehent-Aufhebung in Galizien gegen eine vom Staatsfisc zu leistende Entschädigung. Befreiung der Herrschaften von der Urbarial- und Zehentsteuer, von der Unterstützung ihrer bedürftigen Unterthanen, von der Errichtung der Grundbücher, von der Vertretung der Unterthanen in ihren Rechtsstreiten, von der Bestreitung der Recrutirungs-Auslagen, von der Beitragsleistung zu den Heilungskosten bei Menschen- und Viehseuchen, von der Ausübung der Civilgerichtsbarkeit, von der Haftung mit der Octava rc.

Patent vom 17. April 1848, S. 612, Nr. 1136.

- Vorschrift über die Behandlung der von den Grundobrigkeiten als Entgelt für die Robot und den Zehent acquirirten und in den Complex des betreffenden Dominicalbesitzes übergehenden Grundstücke, wenn dieselben von der Obrigkeit wieder veräußert werden wollen.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Mai 1848, S. 617, Nr. 1140.

- Robot- und Zehent-Aufhebung in der Bukowina gegen eine vom Staate zu leistende Entschädigung der Herrschaften. Befreiung der Grundherrschaften von der Urbarial- und Zehentsteuer, von der Unterstützung ihrer bedürftigen Unterthanen, von der Errichtung der Grundbücher, von der Vertretung der Unterthanen in ihren Rechtsstreiten, von der Bestreitung der Recrutirungs-Auslagen, von der Beitragsleistung zu den Heilkosten bei Menschen- und Viehseuchen, von der Haftung mit der Octava rc.

Patent vom 9. August 1848, S. 648, Nr. 1173.

- haben die Gerichtsbarkeit und die politische Amtsverwaltung auf Staatskosten provisorisch fortzuführen.

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180, und Justiz-Ministerial-Decret vom 16. September 1848, S. 659, Nr. 1182.

- In Streitigkeiten zwischen den ehemaligen Unterthanen und Herrschaften hat es vor der Hand bei der bisherigen Behandlung durch die politischen Behörden nach den bis nun geltenden Vorschriften zu verbleiben.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 12. November 1848, S. 663, Nr. 1185.

- S. auch Staats-Herrschaften.

Herrschaftliche Beamte. S. Beamte.

- Bezirkscommissäre. S. Bezirkscommissäre.

- Entlassung. S. Entlassung.

- Gründe. S. Grundstücke.

Herstellungskosten. Vorschrift über die Einbringung der Herstellungskosten der Wirthschaftsgebäude auf den zur Dotation der geistlichen Pfründner angewiesenen Gütern und Realitäten nach dem Ableben dieser Pfründner.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1824, S. 260, Nr. 2027.

Herzogliche Landrechte. S. Landrecht.

Hessen. Vorschrift über die Correspondenz mit den großherzoglich-hessischen Behörden, dann Zustellung der Gerichts-Acten an In- und Ausländer daselbst.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1837, S. 135, Nr. 214.

Hessen. Staatsvertrag mit dem Churfürstenthume Hessen, über die gegenseitige Vermögens-Freijügigkeit, dann Aufhebung des Abschöß- und Abfahrtsgeldes.

Hofkanzlei-Decret vom 5. November 1837, S. 159, Nr. 241.

Hilfsämter. S. Amt.

Hilfsarbeiter. Streitigkeiten zwischen Gewerbleuten oder Fabrikinhabern und ihren Hilfsarbeitern, welche aus dem Dienstverhältnisse oder Lohnvertrage entspringen, sind von der politischen Behörde zu behandeln.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1846, S. 390, Nr. 1002.

Hinrichtungen innerhalb der Stadtmauern sind überall abzustellen; an welchem Orte dieselben zu vollziehen.

Anmerkung zur Allerhöchsten Entschließung vom 25. April 1840, S. 482, Nr. 425.

- Bestimmung der Gebühren für den Lemberger Scharfrichter und seine Gehilfen bei Hinrichtungen.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1844, S. 244, Nr. 855.

- Bestimmungen über die Vollziehung der Hinrichtungen an Verbrechern.

Hofkanzlei-Decret vom 29. April 1848, S. 617, Nr. 1139.

- S. auch T o d e s s t r a ß e.

Hintanhaltung. Staatsvertrag mit Baiern, wegen Hintanhaltung der Verübung der Forst-, Jagd-, Fisch- und Felsfrevel an der gegenseitigen Landesgränze.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1839, S. 349, Nr. 376, und

Hofkanzlei-Decret vom 14. Mai 1844, S. 209, Nr. 806.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Preußen zur Hintanhaltung der Forst-, Jagd-, Fisch- und Felsfrevel an der gegenseitigen Landesgränze.

Hofkanzlei-Decrete vom 28. April 1842, S. 36, Nr. 611, und 8. April 1848, S. 491, Nr. 1117.

Hypothek. Hypotheken im lombardisch-venetianischen Königreiche. Inscriptio der stillschweigenden gesetzlichen Hypotheken und der Vorzugsrechte. Fristen, Form und Wirkung dieser Inscriptio. Recht und Pflicht, diese Inscriptio zu erwirken. Folgen der Verabstimmung derselben. Herabsetzung und Beschränkung der inscribirten Hypothek. Erneuerung der Inscriptio. Erneuerung der bei ausländischen Hypothekenämtern erwirkten Inscriptio. Transcriptionen. Umwandlung der General-Hypotheken in speciell. Befreiung dieser Inscriptio, Transcriptionen und Erneuerung von Stämpeln und Taxen.

Patent vom 19. Juni 1826, S. 21, Nr. 2193.

- Beschränkung der Hypothekar-Sicherheit der Gebäude, auf welchen in die öffentlichen Bücher eingetragene Demolirungs-Reverse haften.

Justiz-Hofdecret vom 30. März 1840, S. 479, Nr. 418.

- Wann in Hypothekar-Angelegenheiten, ungeachtet der Wirksamkeit des Stämpel- und Taxgesetzes vom 27. Jänner 1840, die Taxgebühren nach den früher bestandenen Vorschriften zu bemessen und einzuhoben seien.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 20. Juli 1840, S. 515, Nr. 455.

- Welche Urkunden zum Beweise der Löschung der in den sogenannten Versch- oder Hypothekenbüchern vorkommenden Hypotheken, gegenüber der nicht vollständig zu befriedigenden Hypothekar-Gläubiger eines gerichtlich veräußerten Gutes, zum Verschbuche gebracht werden sollen.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1840, S. 519, Nr. 459.

- Der Verkäufer eines in Dalmatien befindlichen unbeweglichen Gutes kann sich die Hypothek hinsichtlich der Zahlung des Kauffschillinges durch die Inscriptio auf das verkaufte Gut verschaffen, nachdem der Vorzugs-Anspruch nicht besteht, welcher dem Verkäufer rücksichtlich des bezahlten Preises zustand.

Justiz-Hofdecret vom 18. December 1845, S. 296, Nr. 916.

Hypothek. Berechnung des zur Erneuerung der Hypothekar-Inscriptionen in Dalmatien vorgeschriebenen zehnjährigen Zeitraumes.

Justiz-Hofdecret vom 6. October 1847, S. 473, Nr. 1090.

- Vorschrift über die Anmeldung der bei der Görzer Landtafel erworbenen Hypothekarrechte auf Grundstücke und Urbaren bei dem Görzer Stadt- und Landrechte behufs ihrer Erneuerung.

Justiz-Ministerial-Decret vom 31. August 1848, S. 656, Nr. 1179.

Hypothekar-Gläubiger. Die Verständigung der Hypothekar-Gläubiger von dem ersten Teilbezahlungsstermine eines unbeweglichen Gutes im Wege der Execution oder des Concursses ist hinreichend.

Justiz-Hofdecret vom 6. Mai 1847, S. 461, Nr. 1063.

- **Inscription.** Vorschrift über die Berechnung des zur Erneuerung der Hypothekar-Inscriptionen in Dalmatien vorgeschriebenen zehnjährigen Zeitraumes.

Justiz-Hofdecret vom 6. October 1847, S. 473, Nr. 1090.

- **Recht** der dreijährigen Steuer-Rückstände vor allen übrigen Gläubigern.

Justiz-Hofdecret vom 1. September 1826, S. 46, Nr. 2219.

- Vorschrift über die Anmeldung der Erneuerung hinsichtlich der bei der Görzer Landtafel erworbenen Hypothekarrechte auf Grundstücke und Urbaren bei dem Görzer Stadt- und Landrechte.

Justiz-Ministerial-Decret vom 31. August 1848, S. 656, Nr. 1179.

Hypothekar-Sicherheit. Häuser, auf welchen in die öffentlichen Bücher eingetragene Demolirungs-Reverse haften, können zur Hypothekar-Sicherheit eines Capitals nicht dienen.

Justiz-Hofdecret vom 30. März 1840, S. 479, Nr. 418.

Hypothekenamt. Glaubwürdigkeit der von Auditorien ausgestellten legalisirten Urkunden in Dalmatien auch bei den dortigen Hypothekenämtern.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1845, S. 257, Nr. 878.

Hypothekenbewahrer. Das Recht und die Pflicht der Hypothekenbewahrer in Dalmatien, die Inscriptionen des Kauffchillinges eines verkauften in Dalmatien befindlichen unbeweglichen Gutes zur Sicherstellung der Zahlung des Kauffchillinges von Amtswegen vorzunehmen, hat aufzuhören.

Justiz-Hofdecret vom 18. December 1845, S. 296, Nr. 916.

Hypothekenbücher. In die Hypothekenbücher des lombardisch-venetianischen Königreiches und Dalmatien können die Urkunden nur in italienischer Sprache eingetragen werden.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1835, S. 65, Nr. 109.

- Welche Urkunden zum Beweise der Löschung der in den sogenannten Hypothekenbüchern vorkommenden Hypotheken gegenüber der nicht vollständig zu befriedigenden Hypothekar-Gläubiger eines gerichtlich veräußerten Gutes zum Verschubuche gebracht werden sollen.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1840, S. 519, Nr. 459.

Hochlöblich. Des Titels „Hochlöblich“ haben sich Criminalgerichte in ihrer Correspondenz mit dem General-Commando zu bedienen.

Justiz-Hofdecret vom 29. October 1845, S. 288, Nr. 908.

Hochschule. S. Universität.

Hochverrätther. Staatsvertrag mit Rußland und Preußen, über die Auslieferung der Hochverrätther.

Patent vom 4. Jänner 1834, S. 106, Nr. 2637.

Hochverrath. Beschlüsse der Criminalgerichte über die Ablassung vom weiteren Verfahren bei Voruntersuchungen wegen Hochverrathes, müssen dem Appellationsgerichte, und von diesem der obersten Justizstelle zur Revision vorgelegt werden.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1837, S. 163, Nr. 246.

Hochverrath. Die wegen Hochverrath abgestrafte Priester dürfen ohne Allerhöchste Bewilligung weder in der Seelsorge noch im Lehramte verwendet werden.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1847, S. 462, Nr. 1067.

Höflein. Zuweisung der Hauptgemeinde Höflein in Mähren an das landesfürstliche Bezirkscommissariat III. Classe zu Michelsstetten oder Dölscheng.

Justiz-Hofdecret vom 24. April 1844, S. 207, Nr. 801.

Höhere Behörden. S. Behörden.

Hofcommission in Justiz-Geschäften. Derselben sind die Werke, die eine Justiz-Gesetzsammlung enthalten, oder Justiz-Gegenstände commentiren, vor dem Drucke mitzutheilen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. November 1833, S. 103, Nr. 2634.

— in Justiz-Geschäften wird aufgelöst.

Erlaß des Justizministers vom 21. August 1848, S. 652, Nr. 1176.

Hofdienerschaft. Die erfolgende Verhaftung und Bestrafung der beideten k. k. Hofdienerschaft hat das Wiener Criminalgericht der vorgesetzten Behörde derselben anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 29. December 1845, S. 303, Nr. 918.

Hof- und Gerichts-Advocaten. S. Advocaten.

Hofagenten. S. Agenten.

Hofkammer. Die Geschäfte der aufgehobenen Commerz-Hofcommission werden der allgemeinen Hofkammer zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Mai 1824, S. 201, Nr. 2003.

— Wann die Gehaltsanweisung an neu ernannte Beamte von der allgemeinen Hofkammer zu geschehen habe.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juni 1824, S. 212, Nr. 2016.

— bewilliget Gnadengaben bis zu dem Betrage von 500 fl.

Finanz-Ministerial-Note vom 14. August 1824, S. 264, Nr. 2036.

— An das Hofkammer-Präsidium können Criminalgerichte Anzeigen über falsche Creditpapiere einreichen.

Justiz-Hofdecret vom 8. October 1824, S. 267, Nr. 2042.

— Criminalgerichte haben sich um Auskünfte über verfälschte Creditpapiere an die allgemeine Hofkammer zu verwenden.

Justiz-Hofdecret vom 22. October 1825, S. 325, Nr. 2138.

— Anzeigen der Criminalgerichte über die Anhaltung falscher Papier-Geldsorten, wobei es keiner entscheidenden höheren Verfügung bedarf, sind von dem Appellationsgericht-Präsidium unmittelbar an die k. k. allgemeine Hofkammer zu befördern.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1826, S. 58, Nr. 2241.

— Gerichtliche Verfügungen, wodurch eine Execution, Vormerkung oder ein Verbot auf Interessen der bei der Universal-Staats- und Banco-Schulden-Casse in Wien anliegenden Capitalien bewilliget oder aufgehoben wird, sind an diese Casse zu befördern, und der allgemeinen Hofkammer anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1831, S. 20, Nr. 2528.

— Trennung des Münz- und Bergwesens von der allgemeinen Hofkammer und Errichtung der Hofkammer in Münz- und Bergwesen.

Justiz-Hofdecret vom 14. November 1834, S. 129, Nr. 2673.

— Einsendung aller vorkommenden falschen Münzen nach beendeter Untersuchung im Wege der beiden Ober-Landesbehörden an die allgemeine Hofkammer.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1836, S. 74, Nr. 122.

— Einsendung der falschen Münzen nach vollendeter Untersuchung an die allgemeine Hofkammer.

Justiz-Hofdecret vom 19. Februar 1839, S. 331, Nr. 343.

Hofkammer in Münz- und Bergwesen erteilt Fristerweiterungen zur Anbringung der Recurse gegen bergämthliche und Cameraal-Entscheidungen der unteren Montan-Behörden.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 15. December 1840, S. 544, Nr. 486.

- Den Berathungen der allgemeinen Hofkammer über die Entlassung eines unteren breideten Dieners sind zwei Justiz-Hofräthe nicht beizuziehen.

Allerhöchste Entschliessung vom 16. Jänner 1841, S. 552, Nr. 495.

- Vorschrift über die Correspondenz-Form der Appellationsgerichte mit der allgemeinen Hofkammer.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 568, Nr. 523.

- Das Präsidium der allgemeinen Hofkammer entscheidet in zweiter Instanz über Beschwerden der Eigentümer der an die Linie der Staats-Eisenbahn gränzenden Gründe und Bergabhänge, wegen Beschränkung des Eigenthums- und Nutzungsrechtes dieser Gründe.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 234, Nr. 834.

Hofkammer-Procuratur. Bei der Hof- und niederösterreichischen Kammerprocuratur wird ein Vice-Kammerprocurator mit dem Titel eines niederösterreichischen Regierungsrathes angestellt, und dessen Amtswirksamkeit bestimmt.

Justiz-Hofdecret vom 25. August 1831, S. 17, Nr. 2523.

- Mit dem Amte eines Hof- und niederösterreichischen Kammerprocurators wird der Hofrathstitel verbunden.

Allerhöchste Entschliessung vom 7. Mai 1835, S. 7, Nr. 15.

- S. auch *Fiscalamt*.

Hofkanzlei (ungarische). Durch die ungarische Hofkanzlei ist die Zustellung der von deutschen Gerichtsbehörden wider ungarische Unterthanen geschöpften Urtheile zu bewirken.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1830, S. 188, Nr. 2456.

- Nur jene in Wien wohnende ungarische Unterthanen dürfen von denselben als Zeugen verhört werden, welche zur Ablegung ihrer Aussage sich freiwillig bei der ungarischen Hofkanzlei stellen; diese Zeugenverhöre werden lediglich auf ungarische Rechtsangelegenheiten beschränkt.

Justiz-Hofdecret vom 18. Mai 1835, S. 8, Nr. 20.

- (vereinigte). Die Landesstelle hat das wider einen unbefugt ausgewanderten Adelsichen geschöpfte rechtskräftige Urtheil der vereinigten Hofkanzlei in beglaubigter Abschrift vorzulegen.

Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1837, S. 121, Nr. 194.

- Unterthanen, welche in Wien Beschwerden vorbringen wollen, sind, da die Unterhandels- Hofagentenstelle eingegangen ist, an die Länder-Referenten der vereinigten Hofkanzlei zu weisen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. März 1841, S. 564, Nr. 516.

- Pachtverträge zur Einbringung der Steuern und der Steuer-Rückstände in Galizien sind der vereinigten Hofkanzlei zur Prüfung vorzulegen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. December 1841, S. 657, Nr. 577.

- Die Entscheidung, ob ein Apothekergewerbe in Galizien ein persönliches oder ein verkäufliches sei, steht dem dortigen Gubernium, und im weiteren Zuge der vereinigten Hofkanzlei zu.

Hofkanzlei-Decret vom 27. November 1843, S. 172, Nr. 767.

- Die Ernennung der landesfürstlichen Bezirksrichter bei den Bezirkscommissariaten in Mürten hat durch die oberste Justizstelle und die vereinigte Hofkanzlei zu geschehen.

Justiz-Hofdecret vom 9. October 1846, S. 374, Nr. 990.

- Ausfertigungen über den Adel und das Wapen, womit ein Auspruch über die Zuständigkeit derselben an eine bestimmte Person verbunden ist, dann die Beglaubigung von Stammbäumen, bleiben nur der besonderen Verhandlung der vereinigten Hofkanzlei vorbehalten.

Hofkanzlei-Decret vom 4. December 1846, S. 392, Nr. 1005.

Hofkriegs-Agenten. Das Institut der Hofkriegs-Agenten hat einzugehen; den öffentlichen Geschäftsführern kann nach vorausgegangener Prüfung gestattet werden, die Parteien bei Militär-Behörden zu vertreten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Juli 1834, S. 119, Nr. 2663.

Hofkriegsräthliche Depositen-Administration. S. Depositen-Administration.

Hofkriegsrath. Bezeichnung jener Taxen und Gebühren, welche, zufolge des Stämpel- und Tax-Gesetzes vom 27. Jänner 1840, bei dem Hofkriegsrathe, als oberstem Gerichtshofe, noch fortan einzubezahlen, und welche aufgelassen worden sind.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 24. Mai 1840, S. 498, Nr. 442.

- Vorlage der Kriegsrechts-Acten über die mit den unter dem gesetzlichen Alter zum Militär eingetretenen, und wegen Verbrechen untersuchten Ungarn und Siebenbürger an den Hofkriegsrath.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1841, S. 559, Nr. 504.

Hofmarschallamt. S. Oberst-Hofmarschallamt.

Hofpostverwaltung. S. Oberst-Hofpostverwaltung.

Hofrath. Die mit dem Hofraths-Charakter bei den Länderstellen und Provinzialbehörden angestellten Hofräthe und Chefs dürfen sich auf ihren Uniformen nicht der Goldspiderei bedienen.

Justiz-Hofdecret vom 22. September 1826, S. 49, Nr. 2222.

- Der Hofrathstitel wird mit dem Amte eines Hof- und niederösterreichischen Kammer-Procurators verbunden.

Allerhöchste Entschließung vom 7. Mai 1835, S. 7, Nr. 15.

- S. Räthe.

Hofrecurs. S. Recurs.

Hofschauspieler. Auf Hofschauspieler findet das Patent vom 25. October 1798 keine Anwendung.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1828, S. 109, Nr. 2328.

Hofstelle. Bei Erledigung der Bürgermeisterstelle in Olmütz haben die Landesstellen einen Termin-Vorschlag an die Hofstellen einzusenden.

Justiz-Hofdecret vom 1. März 1822, S. 86, Nr. 1849.

- Die Verhandlung über die Dienstentlassung eines ab instantia von dem Criminalgerichte losgesprochenen Beamten ist der Hofstelle vorzulegen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. März 1827, S. 71, Nr. 2266.

- Bestimmung des Stämpels für Vice-Präsidenten der Hofstellen.

Hofkammer-Decret vom 7. September 1833, S. 102, Nr. 2631.

- Ermächtigung der Hofstellen zur Dispensation von der dreijährigen Praxis nach erlangtem Doctorate zur Ablegung der Fiscal-Adjunctenprüfung.

Allerhöchste Entschließung vom 29. Jänner 1839, S. 324, Nr. 334.

- Wann die Vorschläge, wegen Ernennung des Sanitäts-Personales bei den Criminal-Inquisitionshäusern in Tirol, den Hofstellen vorzulegen seien.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1843, S. 123, Nr. 709.

- Der Beschluß des Appellationsgerichtes, dem bei einer gemischten Behörde dienenden Beamten das Wahlfähigkeits-Decret zu entziehen, ist vor Ausfertigung desselben den Hofstellen vorzulegen, wenn der Dienstposten durch diese Letzteren verliehen worden ist.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1846, S. 355, Nr. 975.

Hoftagamt. S. Taxamt.

Hoftheaterbeamte. S. Beamte.

Hoftheaterpersonale. S. Hofschauspieler.

- Hohheit.** Der Titel „Hohheit“ gebührt den die Regierung führenden Herzogen von Braunschweig, Nassau, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Anhalt-Desfau, Anhalt-Bernburg und Anhalt-Köthen für ihre Person.
Justiz-Hofdecret vom 30. October 1844, S. 240, Nr. 844.
- Hohenlohe-Langenburg-Kirchberg.** Dem Chef des fürstlichen Hauses Hohenlohe-Langenburg-Kirchberg gebührt der Titel „Durchlaucht“.
Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, und
Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.
- Hohenlohe-Langenburg-Langenburg.** Dem Chef des fürstlichen Hauses Hohenlohe-Langenburg-Langenburg gebührt der Titel „Durchlaucht“.
Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, und
Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.
- Hohenlohe-Langenburg-Dehringen.** Dem Chef des fürstlichen Hauses Hohenlohe-Langenburg-Dehringen gebührt der Titel „Durchlaucht“.
Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, und
Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.
- Hohenlohe-Waldenburg-Bartenstein-Jagtberg.** Dem Chef des fürstlichen Hauses Hohenlohe-Waldenburg-Bartenstein-Jagtberg gebührt der Titel „Durchlaucht“.
Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, und
Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.
- Hohenlohe-Waldenburg-Schillingfürst.** Dem Chef des fürstlichen Hauses Hohenlohe-Waldenburg-Schillingfürst gebührt der Titel „Durchlaucht“.
Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, und
Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.
- Hohenlohe-Waldenburg-Waldenburg.** Den Häuptern dieser reichsfürstlich-fürstlichen Familie gebührt der Titel „Durchlaucht“.
Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.
- Hohenzollern.** Ausdehnung der zwischen Oesterreich und den Fürstenthümern Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen bestehenden Vermögens-Freizügigkeit auf die zum deutschen Bunde nicht gehörigen Länder des österreichischen Kaiserstaates.
Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1847, S. 465, Nr. 1074.
- Holland.** S. Niederland.
- Hollenburg.** Für den Landgerichtsbezirk Hollenburg wird das kärnthnerische Stadt- und Landrecht als alleiniges Criminal-Untersuchungs- und Spruchgericht erklärt, jedoch hat es fortan die Thatbestands-Erhebungen und die übrigen in den §§. 236, 277 und 379, I. Theiles des Strafgesetzes, erwähnten Amtshandlungen zu besorgen, und einen Beitrag zu den Criminal-Untersuchungskosten zu leisten.
Justiz-Ministerial-Decret vom 23. Mai 1848, S. 636, Nr. 1154.
- Holstein.** S. Dänemark.
- Holz,** in so ferne dasselbe zur Fortsetzung des ordentlichen Wirtschaftsbetriebes erforderlich ist, kann nur mit dem unbeweglichen Gute, wozu es gehört, gepfändet, geschätzt und versteigert werden.
Justiz-Hofdecret vom 7. April 1826, S. 15, Nr. 2178.
- Holzbezug.** Vorschrift über die Behandlung der Holzbezugsrechte und der Gnadenholzbezüge der Unterthanen in Tirol aus den Staatswaldungen.
Hofkanzlei-Decret vom 11. April 1847, S. 456, Nr. 1057.
- Holzdiebstahl.** Vorschrift über das Verfahren bei Bestrafung des Holzdiebstahles an den Holzschwemmen.
Hofkanzlei-Decret vom 5. März 1846, S. 320, Nr. 943.

Holzflößung. S. Flößen.

Holzschnitt. Die für Druckschriften gegebenen Vorschriften haben auch auf Holzschnitte Anwendung.
Kundmachungen des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Holzschwemmen. Vorschrift über das Verfahren bei Bestrafung des Holzdiebstahles an den Holzschwemmen.

Hofkanzlei-Decret vom 5. März 1846, S. 320, Nr. 943.

Holzungsrecht. Aufhebung des Holzungsrechtes gegen Entschädigung der dazu Berechtigten.
Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180.

Homagien. Bei Homagien in Böhmen hat es von der bisher üblich gewesenen Ingrossationstaxe pr. 1 fl. 30 kr. vom Bogen abzukommen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Juni 1834, S. 114, Nr. 2659.

Hombopathisches Heilverfahren. Bestimmungen über die Ausübung desselben; Ordination und Bereitung der Arzeneien.

Hofkanzlei-Decret vom 9. December 1846, S. 393, Nr. 1007.

Honorar-Bediensungen. Vorschrift über die Behandlung der Ernennungen zu Honorar-Bediensungen hinsichtlich der Titeltaxe.

Hofkammer-Decret vom 30. Mai 1842, S. 43, Nr. 620.

Honoratioren. Bestimmung der Verlassenschaftsbeiträge von den Honoratioren für den Normal-Schulfond, und in Conventions-Münze.

Justiz-Hofdecret vom 7. September 1822, S. 116, Nr. 1891.

Hopfgarten. Betheilung des Landgerichtes Hopfgarten im Unter-Innthal in Tirol mit Einem Adjutum für einen Concepts-Practikanten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

Horstmar-Salm. S. Salm.

Hofstien. Vorschrift über das Benehmen der Criminalgerichte und Ortsbehörden, wenn bei einer Thaterhebung consecrirte Hofstien als Corpus delicti vorkommen.

Justiz-Hofdecret vom 11. September 1837, S. 145, Nr. 225.

Gradisch. In Gradisch haben zwei Advocaten ihren Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1822, S. 91, Nr. 1861.

Hüttenwerke. Bestimmung der Behörde zur Ausübung der Realgerichtsbarkeit über Hüttenwerke.
Erlass des Ministeriums für öffentliche Arbeiten vom 12. Juli 1848, S. 645, Nr. 1169.

Hundswuth. Vorschrift über die Vergütung des durch die Vertilgung der Effecten einer an der Hundswuth verstorbenen Person herbeigeführten Schadens.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Jänner 1841, S. 549, Nr. 491.

J.

Jägerndorf. Bestimmung der Diäten für das Personale des fürstlichen Landrechtes zu Jägerndorf.

Justiz-Hofdecret vom 5. October 1822, S. 119, Nr. 1898.

Jährliche Ausweise. S. Ausweise.

Jagdfrevel. Staatsvertrag mit Baiern über die Hintanhaltung und Bestrafung der an den gegenseitigen Landesgränzen verübten Jagdfrevel.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1839, S. 349, Nr. 376, dann

Hofkanzlei-Decret vom 14. Mai 1844, S. 209, Nr. 806.

Jagdfrevel. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Preußen über die Bestrafung und Hintanhaltung der Jagdfrevel an der gegenseitigen Landesgränze.

Hofkanzlei-Decret vom 28. April 1842, S. 26, Nr. 611.

- Belehrung wegen Einhebung und Abführung der in Fällen von Jagdfreveln an der bairischen Landesgränze zuerkannten Schadenersatz-Beträge und Pfandgebühren an die Cassé des Staates, wo der Jagdfrevel verübt wurde.

Hofkanzlei-Decret vom 18. September 1847, S. 471, Nr. 1087.

- Erneuerung der Uebereinkunft mit Preußen, wegen Bestrafung der Jagdfrevel an den beiderseitigen Landesgränzen.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Februar 1848, S. 491, Nr. 1117.

Jahresausweise. S. Ausweise.

Identität. Vorschrift über die Behandlung der Streitigkeiten zwischen zwei ausschließend Privilegirten über die Identität des Privilegiums.

Hofammer-Decret vom 26. November 1842, S. 75, Nr. 657.

Jean Paul. S. Richter.

Jesuiten. Die Jesuiten-Provinz in Galizien wird dermal vom Amortisationsgesetze befreit, jedoch hat sie über die Erwerbung beweglicher oder unbeweglicher Güter jedesmal die Anzeige an die Landesstelle zu machen.

Justiz-Hofdecret vom 2. Mai 1828, S. 119, Nr. 2342.

- Ausdehnung der den Jesuiten in Galizien zugestandenen Befreiung vom Amortisationsgesetze auf alle Corporationen dieses Ordens in den deutschen und lombardisch-venetianischen Provinzen. — Deren Vermögens-Erwerbung ist zur Allerhöchsten Kenntniß zu bringen.

Hofkanzlei-Decret vom 17. October 1842, S. 64, Nr. 649.

- Verpflichtung der Mitglieder des Jesuiten-Ordens, in Criminal- und schweren Polizeiübertretungs-Fällen vor Gericht das Zeugniß abzulegen und zu beschwören.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Februar 1844, S. 196, Nr. 789.

- Die einfachen Gelübde im Orden der Jesuiten sind hinsichtlich ihrer privatrechtlichen Wirkungen den einfachen Gelübden anderer Orden gleichgestellt.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1848, S. 495, Nr. 1124.

Iglau. In Iglau haben vier Advocaten ihren Wohnsiß zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1822, S. 91, Nr. 1861.

Iicin. S. Gitschin.

Ilirien. Bestimmung der Gebühren für die bei den Bezirksobrigkeiten in Ilirien errichteten Privat-Urkunden der Bezirks-Inassen.

Hofkanzlei-Decret vom 17. December 1824, S. 278, Nr. 2057.

- Vereinigung des Klagenfurter Kreises mit Ilirien; Anfang der Wirksamkeit dieser Vereinigung.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1825, S. 295, Nr. 2083.

- Vereinigung der ilirischen Zollgefällen-Administration mit der steierisch-kärnthnerischen in Graß.

Justiz-Hofdecret vom 20. Mai 1825, S. 301, Nr. 2097.

- Territorial-Eintheilung des ilirischen Küstenlandes.

Justiz-Hofdecret vom 25. Juni 1825, S. 310, Nr. 2114.

- Bestimmung der Gebühren für die bei den Herrschaften und Magistraten des nun mit Ilirien vereinigten Klagenfurter Kreises errichteten Privat-Urkunden der Unterthanen und Gerichts-Inassen.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1825, S. 325, Nr. 2136.

- Ilirien.** Die Bezirksobrigkeiten in Ilirien dürfen nur für wirklich zu Stande gebrachte Vergleiche, nicht aber für fruchtlose Vergleichsversuche, eine Taxe von 15 kr. beziehen. Die Zeugnisse über den fruchtlos versuchten Vergleich haben sie unentgeltlich auszufertigen.
Justiz-Hofdecret vom 19. Jänner 1827, S. 64, Nr. 2251.
- Bestimmung des Termins zur Fiscal-Prüfung in Ilirien.
Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1828, S. 124, Nr. 1351.
 - Welchen Sträflingen aus Ilirien die Citadelle zu Gradiška als Strafort angewiesen ist.
Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1829, S. 161, Nr. 2408.
 - Die Octava in Ilirien haftet nur für die aus dem Bande der Unterthänigkeit entspringenden Forderungen.
Hofkanzlei-Decret vom 4. Februar 1830, S. 184, Nr. 2449.
 - Errichtung einer vereinigten Cameral-Gefällen-Verwaltung für Ilirien und das Küstenland, mit dem Sitze zu Laibach.
Justiz-Hofdecret vom 27. August 1830, S. 205, Nr. 2477.
 - Die in der Allerhöchsten Entschlieung vom 28. Juli 1814 enthaltene nähere Bestimmung des §. 119 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, in Betreff der Wiederverhehlung getrennter Katholiken bei Lebzeiten des vorigen Gatten mit einer katholischen Person, wird auch in Ilirien kundgemacht.
Hofkanzlei-Decret vom 17. Juli 1835, S. 34, Nr. 61.
 - Aufstellung eines landesfürstlichen Bezirkscommissariates dritter Classe zu Tarvis in Ilirien.
Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1843, S. 123, Nr. 710.
 - Vorschrift über die Correspondenzform zwischen den Kreisämtern und den Bezirksgerichten in Ilirien.
Hofkanzlei-Decret vom 11. Jänner 1844, S. 188, Nr. 775.
 - Errichtung eines landesfürstlichen Bezirkscommissariates II. Classe zu Krainburg aus den Hauptgemeinden Krainburg und Naclau, und eines III. Classe zu Michelfretten oder Döscheng aus den Hauptgemeinden Jirklaß, St. Georgen und Höflein in Ilirien.
Justiz-Hofdecret vom 24. April 1844, S. 207, Nr. 801.
 - Die Kreisämter in Ilirien, mit Ausnahme des Kreisamtes in Klagenfurt, sollen Bestcumulirungen von Bauerngütern nicht mehr zum Gegenstande ämtlicher Verhandlungen machen.
Hofkanzlei-Decret vom 9. September 1844, S. 219, Nr. 827.
 - Vorschrift über die Besetzung der erledigten oder neu zu besetzenden landesfürstlichen Bezirkscommissariats- und Bezirksrichters-Stellen in Ilirien.
Hofkanzlei-Decret vom 4. December 1845, S. 295, Nr. 913.
 - Die Ernennung der landesfürstlichen Bezirksrichter bei den Bezirkscommissariaten in Ilirien hat durch die oberste Justizstelle und die vereinigte Hofkanzlei zu geschehen.
Justiz-Hofdecret vom 9. October 1846, S. 374, Nr. 990.
 - Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei den Gerichtsstellen erster Instanz in Ilirien.
Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1847, S. 466, Nr. 1075.
 - Die Heimfugung der delegatorischen Verwaltung der Bezirksherrschaft Krupp in Ilirien wird angenommen, und die Aufstellung zweier landesfürstlicher Bezirkscommissariate II. Classe für diesen Bezirk zu Tschernembl und zu Wötting genehmiget.
Hofkanzlei-Decret vom 3. Mai 1848, S. 618, Nr. 1141.

Ilirisch-Croatien. S. Croatten.

Immobilien-Execution. S. Execution.

Immunität der Handels- und Gewerbesteuer in den Militärgränzen und der Einwohner der Militär-Communitäten von dem executiven Personal-Arreste wird aufgehoben.

Decret des Hofkriegsrathes vom 28. November 1826, S. 56, Nr. 2236.

Imposte. Vorschrift über die Einbringung der Imposte in Tirol.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Februar 1822, S. 80, Nr. 1842.

Impost-Abgabe. S. Tanzmusik.

Incolat. Vorschrift über die Erwerbung der Landmannschaft (Incolat).

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1838, S. 240, Nr. 279.

— Vorschrift für die Stände bei Ertheilung der Bestätigung über das einer bestimmten Familie zustehende Incolat, dann bei angeführter Einsicht oder Abschrift von Incolats-Urkunden.

Hofkanzlei-Decret vom 4. December 1846, S. 392, Nr. 1005.

Indigenat. S. Incolat.

Indossirung. Wegen Stempel-Indossirung der im Auslande oder einer anderen Provinz, wo das Stempelgefall nicht eingeführt ist, errichteten Urkunden gegen Entrichtung der einfachen Stempelgebühr.

Justiz-Hofdecret vom 13. August 1824, S. 261, Nr. 2029.

Industrie-Privilegien. S. Privilegien.

Ingenieurs. Bestimmung der Gebühren für Ingenieure, welche in Criminal-Angelegenheiten oder bei Untersuchungen über schwere Polizei-Übertretungen als Kunstverständige verwendet werden.

Hofkammer-Decret vom 14. April 1837, S. 121, Nr. 193;

Hofkanzlei-Decrete vom 25. Jänner und 25. März 1841, S. 554 und 565, Nr. 499 und 517.

Ingrossationstage pr. 1 fl. 10 fr. vom Bogen bei Lehensconsensen und Homagien wird aufgehoben.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Juni 1834, S. 114, Nr. 2659.

Inhaber. Benennung der Regimenter in den Zuschriften der Behörden nach ihren Inhabern und nicht nach ihren Nummern.

Justiz-Hofdecret vom 19. März 1839, S. 334, Nr. 350.

— Protokollirung der Firmen der Inhaber von Landesfabriks-Concessionen in Mähren und Schlesien.

Hofkammer-Decret vom 14. Juni 1843, S. 124, Nr. 713.

Initiative. Welcher Behörde bei Besetzung der Dienstplätze bei den Präturen in Dalmatien die Initiative zustehe.

Justiz-Hofdecret vom 16. März 1822, S. 87, Nr. 1852.

— Das Appellationsgericht hat die ihm wegen Besetzung des Sanitäts-Personales bei den Criminal-Inquisitionshäusern der Collegialgerichte in Tirol vorgelegten Vorschläge mit seinem Gutachten an das Subernium zu leiten.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1843, S. 123, Nr. 709.

Inländer. Bestrafung der von einem Inländer im Auslande begangenen, dort nicht bestraften oder nicht nachgesehenen Polizei-Übertretung bei seiner Verrückung im Inlande.

Hofkanzlei-Decret vom 24. April 1828, S. 119, Nr. 2341.

Inland. Vorschrift für Zollämter über das zollämterliche Verfahren, wenn die im Inlande entworfenen und den Dieben im Auslande abgenommenen Gegenstände als Corpora delicti von einer anderen strafgerichtlichen Behörde des Auslandes, als einem Criminalgerichte, an eine andere öffentliche Behörde des österreichischen Zollgebietes, als an ein Criminalgericht, eingesendet werden.

Hofkammer-Decret vom 26. September 1847, S. 472, Nr. 1089.

Innerliche Ruhe des Staates. S. Ruhe.

Innerösterreich. Vorschrift über die Vertilgung der alten unbrauchbaren Registratur-Akten bei den landesfürstlichen Criminal- und Civil-Collegialgerichten in Innerösterreich, dann bei dem Magistrate der Stadt Graz.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1843, S. 149, Nr. 751.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei den Collegialgerichten in Innerösterreich.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1847, S. 466, Nr. 1075.

Innerösterreichisches Appellationsgericht. S. Appellationsgericht, Klagenfurt.

Innsbruck. Der in Innsbruck bestehenden vereinigten Gefällen-Verwaltung sind von dem dortigen Appellationsgerichte und Stadt- und Landrechte die Acten und das Votum des Referenten über Cameral-, Gefälls- und die dießfälligen Fiscal-Processe vor dem Vortrage derselben mitzutheilen.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1822, S. 90, Nr. 1857.

- Das Stadt- und Landrecht zu Innsbruck kann sich zur Erleichterung der Parteien in allen thunlichen Fällen der Delegation an die Landgerichte bedienen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Februar 1826, S. 5, Nr. 2162.

- Das Stadt und Landrecht zu Innsbruck hat in Vorarlberg die Jurisdiction über den Adel und Clerus und über Wechselprocesse und Wucher-Untersuchungen, dann in den Fällen des §. 221, 1. Theiles des Strafgesetzes, die Criminal-Jurisdiction auszuüben.

Justiz-Hofdecrete vom 11. Februar 1826 und 22. Mai 1829, S. 5 und 160, Nr. 2162 und 2406.

- Dem Stadt- und Landrecht zu Innsbruck werden acht Auscultanten bewilliget.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1827, S. 84, Nr. 2285.

- Vorschrift über die Vornahme der gerichtlichen Leichenbeschauen in Innsbruck.

Justiz-Hofdecret vom 12. Jänner 1833, S. 74, Nr. 2587.

- Das Stadt- und Landrecht zu Innsbruck ist der gesetzliche Gerichtsstand des Fiscus über alle Forstrechts-Streitigkeiten in Tirol zwischen dem Aerar und den Parteien.

Hofkanzlei-Decret vom 11. April 1847, S. 456, Nr. 1057.

Inn-Wiertel. Herrschaften im Inn-Wiertel dürfen in Rechtsstreiten nicht von ihren Justiziären vertreten werden.

Justiz-Hofdecret vom 13. October 1821, S. 58, Nr. 1811.

- Vorschrift über die Prüfung der Pfliegergerichts-Beamten im Inn-Wiertel.

Justiz-Hofdecret vom 21. August 1824, S. 265, Nr. 2038.

- Regulirung und Wiederherstellung der Landtafel im Inn- und Haundruck-Wiertel.

Justiz-Hofdecret vom 4. Juni 1825, S. 303, Nr. 2103.

- Den mit der Haftung für die Depositen beauftragten Beamten der landesfürstlichen Pfliegergerichte im Inn-Wiertel wird die Abnahme des gesetzlich entfallenden Zählgeldes gestattet.

Hofkammer-Decret vom 6. December 1836, S. 94, Nr. 160.

- Anstellung eines Advocaten zu Schärding im Inn-Wiertel.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juni 1839, S. 340, Nr. 361.

- Zuweisung der berggerichtlichen Cameral-, Lehens- und Justizpflege erster Instanz für das Inn-Wiertel vom 1. Juli 1840 an, an das Berggericht zu Stadt Steyer.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 3. Juni 1840, S. 501, Nr. 446.

- Vorschrift über den Stämpelgebrauch und die Abnahme der Veränderungs- und anderer Gebühren bei den landesfürstlichen Pfliegergerichten im Inn-Wiertel.

Hofkammer-Decret vom 24. November 1840, S. 539, Nr. 481.

Inquirenten. Vorschrift über die Verwendung der Secretäre, Rathspröcolisten, Criminal-Actuare und Auscultanten als Criminal-Inquirenten.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1839, S. 342, Nr. 365.

Inquisiten. In Verhaft befindliche bürftige Criminal-Inquisiten sind in Betreff der Verpflegung und Liegerstätte in keinem Falle härter zu behandeln, als die zur geringsten Strafe verurtheilten Sträflinge.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1821, S. 5, Nr. 1735.

- Nach dem Tode eines Inquisiten, mit welchem die Untersuchung geschlossen wurde, ist jedenfalls ein Urtheil zu fällen, und darin der Entschädigung und der Criminalkosten zu erwähnen.

Justiz-Hofdecrete vom 1. März und 31. August 1822, S. 86 und 116, Nr. 1848 und 1890.

- Mit der Urtheilsfällung nach dem Tode eines Inquisiten ist auch dann vorzugehen, wenn die Untersuchung aus Mangel rechtlicher Beweise aufgehoben wird.

Justiz-Hofdecret vom 31. August 1822, S. 116, Nr. 1890.

- Wenn die Untersuchung und Entscheidung zusehe, wenn ein Criminal-Inquisit oder Sträfling entflohen ist.

Justiz-Hofdecret vom 21. December 1822, S. 126, Nr. 1916.

- ist nach Nothdurft der Genuß der freien Luft zu gestatten.

Justiz-Hofdecret vom 7. März 1823, S. 138, Nr. 1928.

- Den Inquisiten dürfen Erbauungsbücher außer den Arbeitsstunden gegeben werden.

Justiz-Hofdecrete vom 9. und 23. Februar 1827, S. 66 und 70, Nr. 2254 und 2261.

- Criminalgerichte haben, wenn sie einen Inquisiten auf freiem Fuße zu belassen beschließen, den letzten Satz des §. 306, 1. Theiles des Strafgesetzes, zugleich in Vollzug zu setzen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1829, S. 161, Nr. 2409.

- Den auf freiem Fuße befindlichen mittellosen Inquisiten kann eine Verzichtleistung auf die dreitägige Bedenkzeit nicht gestattet werden; jedoch wird den im Gerichtsorte nicht wohnenden mittellosen Criminal-Inquisiten für die Dauer ihres Aufenthaltes im Orte des Criminalgerichtes zu ihrer Verpflegung ein Betrag von fünf Kreuzern in Conventions-Münze täglich verabreicht.

Justiz-Hofdecret vom 16. April 1831, S. 12, Nr. 2511.

- Die zum Erfasse der Criminalkosten verurtheilten Inquisiten haben die Diäten und Reisekosten der Beamten, nicht aber der beigezogenen Aerzte und Wundärzte zu bezahlen.

Justiz-Hofdecret vom 23. März 1832, S. 36, Nr. 2554.

- Vergütung der Kosten des Standrechtes in Fällen, wo das Standrecht die Untersuchung dem ordentlichen Criminalgerichte zuweist.

Justiz-Hofdecret vom 22. März 1833, S. 86, Nr. 2604.

- Besserungsfähige Inquisiten sind thunlichst von der Gemeinschaft mit Verhafteten eines verdorbenen Charakters entfernt zu halten.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1835, S. 133, Nr. 2681.

- Vorschrift für das Appellationsgericht bei Anträgen auf Strafmilderung für Criminal-Inquisiten.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1835, S. 24, Nr. 41.

- Wann ein Criminal-Urtheil nach dem Tode des Inquisiten dem Appellationsgerichte, und rückfichtlich der obersten Justizstelle vorzulegen ist.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 29, Nr. 47.

- Ein Inquisit ist erst vom Tage der Kundmachung des Strafurtheiles an, in Beziehung auf die Wiederaufnahme der Untersuchung, als abgeurtheilt zu betrachten.

Justiz-Hofdecrete vom 13. Juli 1835, S. 34, Nr. 59, und 18. Jänner 1836, S. 72, Nr. 117.

- Inquisiten.** Die Verpflegung der im Criminal-Inquisitionen-Arreste befindlichen, vom ~~Amte~~ und Gehalte suspendirten Beamten ist von der bewilligten Alimentation zu bestreiten.
Hofkanzlei-Decret vom 15. Februar 1838, S. 171, Nr. 257.
- Einrechnung der Zeit des für den Beschuldigten ergriffenen im Laufe begriffenen Recurses in die Strafbauer des Inquisiten.
Justiz-Hofdecret vom 25. Februar 1839, S. 332, Nr. 345.
 - Vorschrift über die Vornahme der persönlichen Recognition des Inquisiten durch Zeugen in Criminalfällen.
Allerhöchste Entschliessung vom 25. April 1840, S. 482, Nr. 425.
 - Beeidigung der Zeugen, wenn auch die Aussage derselben mit dem Geständnisse der Inquisiten übereinstimmt.
Justiz-Hofdecret vom 11. October 1842, S. 63, Nr. 647.
 - Vorschrift für Criminalgerichte und Präturen in Dalmatien, über die Erhebung des Alters der Inquisiten bei fehlenden Tauffcheinen bei Criminal-Untersuchungen.
Justiz-Hofdecret vom 26. September 1843, S. 141, Nr. 745.
 - Die Verpflegskosten für mittellose durch die Kreisämter wegen schweren Polizei-Übertretungen oder Polizei-Vergehen zum Arreste verurtheilten Inquisiten sind aus dem Cameralfonde zu bestreiten.
Hofkanzlei-Decret vom 22. October 1843, S. 160, Nr. 754.
 - Vorschrift über die Vergütung der von politischen Obergkeiten während einer Criminal-Voruntersuchung bestrittenen Verpflegskosten für verhaftete Inquisiten.
Hofkanzlei-Decret vom 19. März 1844, S. 201, Nr. 795.
 - Vorschrift über die Beföstigung und die Bettfournituren der Criminal- und politischen Inquisiten in Dalmatien.
Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1844, S. 210, Nr. 808.
 - Bestreitung der seelforglichen Auslagen für den Unterricht der Criminal-Inquisiten aus dem Religionsfonde.
Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1844, S. 235, Nr. 835.
 - Vorschrift über den Ersatz der Verpflegskosten für die während einer Voruntersuchung von politischen Obergkeiten verhafteten Criminal-Inquisiten.
Hofkanzlei-Decret vom 5. December 1844, S. 242, Nr. 851.
 - Vorschrift über die Beföstigung der in den Frohnsteden während und Schlesiens wegen Verbrechen angehaltener unermöglicher Inquisiten, welche in keinem Falle härter als die zum Kerker verurtheilten Sträflinge behandelt werden dürfen.
Hofkanzlei-Decret vom 28. Jänner 1845, S. 251, Nr. 863.
 - Abgabe der an Inquisiten einlangenden Briefe an das Criminalgericht.
Hofkammer-Decret vom 8. März 1845, S. 255, Nr. 874.
 - Auf welche Inquisiten der §. 306, I. Theiles des Strafgesetzes, in Fällen einer unter den Criminal-Inquisiten in den Criminal-Gefangenhäusern in Böhmen ausbrechenden Epidemie anzuwenden sei.
Allerhöchste Entschliessung vom 1. Juli 1845, S. 270, Nr. 894.
 - Das Urtheil ist auch dann der höhern und rücksichtlich der höchsten Revision zu unterziehen, wenn das Strafgericht die Einleitung der Criminal-Untersuchung wegen eines der in den §§. 433 und 442, I. Theiles des Strafgesetzes, bemerkten Verbrechen beschloffen hat, der Inquisit aber von dem Strafgerichte oder Obergerichte eines anderen Verbrechen schuldig befunden wurde.
Justiz-Hofdecret vom 28. Jänner 1846, S. 310, Nr. 924.

Inquisiten. Abstellung des Unfuges, insgeheim bestellte Leute in die Criminal-Untersuchungs-Gefängnisse zu bringen, damit sie die Inquisiten zu Geständnissen verlocken.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 450, Nr. 1048.

— Vorschrift über die Beförderung und Transportirung von Inquisiten auf den Staats-Eisenbahnen.

Hofkammer-Präsidial-Erlaß vom 21. December 1847, S. 480, Nr. 1106.

Inquisitenhospital. S. *Hospital*.

Inquisitionshäuser. S. *Arreste, Criminalgerichte*.

Inrotulirung. Wenn in erster Instanz ein *Notulus* bereits aufgenommen worden ist, so ist im *Appellations-* und *Revisionszuge* keine *Inrotulirungs-Tagssagung* mehr auszusprechen, sondern die weitere Bezeichnung der neu zugewachsenen Acten von Amtswegen vorzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 1. December 1835, S. 61, Nr. 97.

— Das Gesuch um Bewilligung der *Schlussschrift* kann aus dem Grunde, weil der *Inrotulirungs-Bescheid* bereits in Rechtskraft erwachsen ist, nicht zurückgewiesen werden.

Allerhöchste Entschliessung vom 22. November 1845, S. 289, Nr. 910.

Inrotulirungs-Bescheid. S. *Inrotulirung*.

Inrotulirungs-Tagssagung. S. *Inrotulirung*.

Inscription. Berechnung des zur Erneuerung der *Hypothekar-Inscriptionen* in *Dalmatien* vorgeschriebenen zehnjährigen Zeitraumes.

Justiz-Hofdecret vom 6. October 1847, S. 473, Nr. 1090.

Inscriptionen. S. *Hypotheken*.

Inseln. Vorschrift über die Besignahme und Benützung der Inseln in schiff- und flossbaren Flüssen und Strömen von Seiten des Staates.

Hofkammer-Decret vom 19. April 1842, S. 22, Nr. 608.

Insertionen. Vorschrift über die Einschaltung der durch die landesfürstlichen Gerichts- und andere Behörden veranlaßten Insertionen in die *Wiener Zeitung*.

Hofkammer-Decret vom 16. Juli 1843, S. 129, Nr. 724.

— S. auch *Einschaltung*.

Insertions-Entwürfe. Porto freie Behandlung der von den landesfürstlichen Behörden dem *Wiener Zeitungs-Comptoir* zur Einschaltung in die *Wiener Zeitung* zukommenden *Insertions-Entwürfe*.

Hofkammer-Decret vom 29. April 1843, S. 120, Nr. 701.

Insinuationsfälle. S. *Ersuchsschreiben*.

Instanz. Einführung landesfürstlicher erster Instanzen in *Galizien*.

Justiz-Hofdecret vom 26. März 1846, S. 328, Nr. 946.

— Bestimmung des Instanzenzuges bei Untersuchung und Aburtheilung der im *Krakauer Gebiete* verübten Verbrechen.

Justiz-Hofdecret vom 24. December 1846, S. 399, Nr. 1014.

— S. auch *Behörde, Gerichtsstelle*.

Institut. Vertretung aller unter öffentlicher Verwaltung stehender Institute durch den *Fiscus*.

Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1821, S. 2, Nr. 1730.

— der barmherzigen Schwestern in *Wien* wird errichtet und vom *Amortisationsgesetze* befreit.

Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1832, S. 30, Nr. 2545.

— Vorschrift über die Vorladung und Verwendung der Professoren und Assistenten des *polytechnischen Institutes* als Kunstverständige zu Augenscheinen bei Streitigkeiten außer *Privilegien-Angelegenheiten*.

Justiz-Hofdecrete vom 1. October 1839 und 25. October 1843, S. 162, Nr. 757.

Institut der barmherzigen Schwestern St. Caroli Boromaei wird in Böhmen errichtet und daselbe vom Amortisationsgesetze befreit.

Hofkanzlei-Decret vom 6. November 1839, S. 354, Nr. 387.

— der barmherzigen Schwestern wird in Salzburg errichtet und vom Amortisationsgesetze befreit.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Juni 1841, S. 584, Nr. 546.

— Errichtung des Institutes der Schwestern des deutschen Ordens zu Lana in Tirol und Troppau in Schlesien; Befreiung derselben auf unbestimmte Zeit vom Amortisationsgesetze, dann Bestimmungen über die gesetzliche Erbfolge derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1843, S. 141, Nr. 746.

— Normirung des Institutes der Auscultanten bei den organisirten Magistraten.

Hofkanzlei-Decret vom 15. März 1844, S. 198, Nr. 794.

— Befreiung des Institutes der barmherzigen Schwestern in Graz vom Amortisationsgesetze.

Hofkanzlei-Decret vom 13. August 1845, S. 274, Nr. 901.

Institute. S. Vertretung.

Instruction über die Uebarial-Verhandlung der heutlehenbaren Untertanen im Herzogthume Salzburg.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Mai 1821, S. 27, Nr. 1762.

— In wie weit die galizische Criminal-Instruction vom Jahre 1808 durch die Vorschrift vom 9. Februar 1822, wegen der Geschäftsbehandlung in mehr oder minder zahlreichen Senaten, abgeändert worden sei.

Justiz-Hofdecret vom 22. März 1823, S. 138, Nr. 1929.

— vom 14. December 1814 für Gefällebehörden, über die Behandlung und Untersuchung der Contreband- und Straffälle.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1824, S. 173, Nr. 1988.

— für das Criminal-Sanitäts-Personale.

Justiz-Hofdecret vom 21. Mai 1824, S. 203, Nr. 2009.

— für die Landgerichte in Tirol und Vorarlberg in Geschäften außer Streitsachen mit den beigefügten die kustenländischen Bezirksgerichte betreffenden Anmerkungen.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juli 1824, S. 216, Nr. 2024.

— für die mit der Direction der fahrenden Post vereinigte Oberst-Hofpostverwaltung.

Justiz-Hofdecret vom 19. Mai 1829, S. 159, Nr. 2404.

— für Gemeindevorsteher und Gerichtsgelhilfen im Küstenlande, über die Besorgung reiner Geschäfte des adelichen Richteramtes.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1830, S. 188, Nr. 2457.

— für die Gerichtsbehörden in Dalmatien, über das Verfahren in Streitigkeiten über Besitzthörung.

Hofkanzlei-Decret vom 8. October 1830, S. 210, Nr. 2487.

— Einführung der für das Prager Sanitäts-Personale erlassenen Instruction bei den Criminal-Inquisitionshäusern der kustenländischen Stadt- und Landrechte.

Justiz-Hofdecret vom 18. April 1834, S. 112, Nr. 2652.

— Amts-Instruction für die Criminalgerichts-Merzte und Wundärzte in Böhmen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juni 1835, S. 11, Nr. 28.

— Auszug aus der Verfassung für die Gefällenwache.

Hofkammer-Decret vom 3. October 1835, S. 44, Nr. 85.

— für die in den Inquisitionshäusern in Mähren und Schlesien angestellten Criminal-Merzte und Wundärzte.

Hofkanzlei-Decret vom 30. November 1835, S. 56, Nr. 96.

— Instruction für die magistratischen Gerichts-Verwaltungen in den Vorstädten Wiens, über das Verfahren bei dem Zeugenbeweise und der Form der dießfälligen Erkenntnisse.

Justiz-Hofdecret vom 17. April 1838, S. 174, Nr. 264.

Instruction. Amt-Instruction für die Landgerichte in Tirol und Vorarlberg in Geschäften des streitigen Richteramtes.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juni 1838, S. 183, Nr. 276.

- für das niederösterreichische Landrecht, über die Vertilgung seiner alten unbrauchbar gewordenen Registratur-Akten.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1840, S. 487, Nr. 433.

- für öffentliche Behörden, Aemter und Ämter, über die Beobachtung und Handhabung des neuen Stempel- und Largeseßes.

Patent vom 27. Jänner 1840, S. 439 und 460, Nr. 404.

- für die nicht magistratischen Grundgerichte Wiens über die Aufnahme der Vergleiche mit Parteien.

Hofkanzlei-Decret vom 24. November 1840, S. 538, Nr. 480.

- (neue) für Waaren-Sensalen, welche vor der Hand nur als provisorische Norm zu gelten hat.

Hofkammer-Decret vom 8. April 1842, S. 17, Nr. 606.

- über das Verfahren bei den Grund-Einlösungen für die Staats-Eisenbahnen.

Justiz-Hofdecret vom 8. November 1842, S. 69, Nr. 654.

- Auszug aus der Instruction für die Finanzwache.

Hofkammer-Decret vom 21. April 1843, S. 105, Nr. 696.

- für die Militär-Affistenz, über die Anwendung der Waffen bei Störung der öffentlichen Ruhe.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 8. October 1844, S. 236, Nr. 837.

- über die Führung der Geburts-, Trauungs- und Todten-Matriken der Israeliten in Mähren und Schlessen, dann Formulare zu den Geburts-, Trauungs- und Todtenscheinen derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 19. März 1846, S. 321, Nr. 945.

- für die in Graz zur Schlichtung von Strungen und Zwistigkeiten zwischen Civil- und Militär-Personen errichtete permanente gemischte Commission.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Februar 1847, S. 419, Nr. 1033.

- über das Verfahren außer Streitsachen bei dem Magistrate in Czernowitz und bei den Wirtschaftsämtern und Gemeindegerechten in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 495, Nr. 1125.

- für die Tilgungsfonds-Hauptcasse, über das Verfahren bei Rückzahlung erlegter gerichtlicher Depositen.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juli 1848, S. 646, Nr. 1170.

Instrumentum quarendigiatum. S. Urkunde.

Intabulation. S. Einverleibung, Grundbuch, Landtafel.

Intabulirung. S. Einverleibung.

Intercalarrechnung. S. Rechnung.

Interessen. Schon die Bedingung unerlaubter Zinsen ist Wucher.

Justiz-Hofdecret vom 26. März 1824, S. 199, Nr. 1997.

- Die Entschädigung, wegen verzögerter Zahlung eines Darlehens, darf die gesetzlichen Interessen nicht übersteigen.

Justiz-Hofdecret vom 13. Juni 1828, S. 122, Nr. 2347.

- Gerichtliche Verfügungen, wodurch eine Execution, Vormerkung oder ein Verbot auf Interessen der bei der Universal-Staats- und Banco-Schuldenkasse in Wien anliegenden Capitalien bewilliget oder aufgehoben wird, sind an diese Cassa, wenn auch die Interessen an anderen Orten bei Provinzialcassen erhoben werden, von dem Gerichte zu befördern und der allgemeinen Hofkammer anzuzeigen; die Zustimmung derselben an die Provinzialcassa, bei welcher die Interessen angewiesen sind, kann unterbleiben.

Justiz-Hofdecret vom 19. September 1831, S. 20, Nr. 2528.

Interessen von den auf ein sequestrirtes Gut früher intabulirten Capitalien müssen auch bei der politischen Sequestration berichtigt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 20. Jänner 1834, S. 106, Nr. 2638.

- Die in die Wiener-Wittwengesellschaft nicht aufgenommenen und auf der Wiener Universität graduirten Doctoren der Rechte haben den Zinsen-Entgang von den über zwei Jahre verzögerten Facultätsgebühren in die Facultätscasse zu vergüten.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1837, S. 164, Nr. 247.

- Vorschrift über die Verjährung einzelner Interessenzinsen von den Carteln und Obligationen des lombardisch-venetianischen Monte, dann über das Recht Interessen zu fordern.

Allerhöchste Entschliessung vom 6. Februar 1838, S. 170, Nr. 253.

- Vorschrift über die Erhebung der Interessen von den auf den Namen der Winberjährigen lautenden Obligationen.

Hofkammer-Decret vom 22. November 1839, S. 359, Nr. 390.

- Vorschrift für Gerichtsbehörden, über die Vormerkung gerichtlicher Verbote auf Interessen der bei dem Staatsschulden-Tilgungsfonde fruchtbringend angelegten Cautionen und Depositen.

Hofkammer-Decret vom 21. October 1840, S. 534, Nr. 470.

- Vorschrift über die Vormerkung der gerichtlichen Verbote auf die Interessen der bei dem Staatsschulden-Tilgungsfonde fruchtbringend angelegten ungarischen und siebenbürgischen Babin und Depositen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Mai 1841, S. 573, Nr. 530.

- Die Vorschrift des §. 1333 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches findet auf alle Forderungen im Gelde, nicht aber auf solche Anwendung, welche keine Summe Geldes, sondern andere Sachen oder Leistungen zum Gegenstande haben.

Justiz-Hofdecret vom 18. Jänner 1842, S. 7, Nr. 592.

- Anwendung des §. 1335 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, hinsichtlich der Erlöschung der bis zum Betrage der Hauptschuld steigenden Interessen, auf die Interessen der in Verlosung fallenden Capitalien der älteren Staatsschuld.

Hofkammer-Decret vom 19. April 1842, S. 22, Nr. 607.

- Vorschrift über das Verfahren bei Interessen-Ueberweisungen von den bei der kriegsärztlichen Depositions-Administration erliegenden, zu Pupillar- und Curatelsmassen gehörigen Obligationen.

Hofkammer-Decret vom 16. August 1842, S. 57, Nr. 633.

- Bestimmung der Verjährungsfrist der bis zum Verlosungstage rückständigen Wienerwährung-Interessen von den verlosenen Obligationen der älteren Staatsschuld unter 50 fl. und Unzulässigkeit der Zusammenschlagung dieser Interessen mit den bis zum letzten Verfallstermine angelautenen Conventionsmünze-Interessen von den Anweisungen auf Conventionsmünze-Verlosungs-Staats-Schuldverschreibungen in Eine Summe.

Hofkammer-Decret vom 14. März 1844, S. 197, Nr. 793.

- Vorschrift für die Sparcassen, über das Recht zur Einstellung der weiteren Verzinsung der nicht behobenen Interessen von Sparcasse-Einlagen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. September 1844, S. 222, Nr. 832.

- Anwendung des §. 1335 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches und der Verjährung der einzelnen Zinsenzinsen bei den auf bestimmten Namen lautenden Staats-Schuldverschreibungen und öffentlichen Fonds-Obligationen.

Hofkammer-Decret vom 27. September 1844, S. 231, Nr. 833.

- Die gegen Coupons zahlbaren Interessen der auf Ueberbringer lautenden Staats-Schuldverschreibungen unterliegen der in der Allerhöchsten Entschliessung vom 18. März 1812 ausgesprochenen Verjährung, jedoch nicht der Vorschrift des §. 1335 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches.

Hofkammer-Decret vom 29. Mai 1845, S. 266, Nr. 890.

Interessen. Berichtigung des Wortlautes des §. 994 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches in der italienischen Uebersetzung.

Justiz-Hofdecret vom 5. März 1847, S. 436, Nr. 1043.

Interessen-Coupons. S. Coupons.

Interessenten. Zu Ueberschätzungen zum Behufe der Erbsteuerbemessung sind die Interessenten vorzuladen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. December 1823, S. 166, Nr. 1978.

Interims-Urkunden. S. Urkunden.

Interlocut-Urtheile. S. Urtheile in Streitfachen.

Intestat-Erbfolge. Bei dem Intestatverlasse nach einem Redemptoristen kann die Redemptoristen-Congregation nicht als Erbe eintreten.

Justiz-Hofdecret vom 19. Jänner 1843, S. 86, Nr. 670.

Intestat-Verlassenschaften. S. Verlassenschaften.

Intrepida Compagnia d'assicurazione. Vorrechte der in Triest unter diesem Titel errichteten Versicherungs-Gesellschaft.

Hofkammer-Decret vom 11. Juli 1833, S. 99, Nr. 2623.

Invaliden. Bei Todesfällen der Invaliden haben die Gerichtsbehörden die Patent- oder Reservations-Urkunden dem betreffenden General-Commando einzusenden.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1821, S. 66, Nr. 1821.

— Das Invaliden-Beneficium wird in Fällen, in welchen die Tapferkeits-Medaille und die damit verbundene Zulage verwirkt wurde, gleichfalls verloren.

Hofkanzlei-Decret vom 31. Jänner 1822, S. 74, Nr. 1834.

— Militär-Invaliden dürfen nur dann als Diurnisten aufgenommen werden, wenn keine zur Dienstleistung geeigneten Civil-Pensionisten und Civil-Duiccenten vorhanden sind.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1827, S. 89, Nr. 2297.

— Den Verlust des Invalidengehaltes zieht das auf öffentliche Züchtigung mit Stockstreichen, Gassenlaufen oder eine noch schwerere Strafe gefällte Urtheil nach sich.

Justiz-Hofdecret vom 24. April 1829, S. 151, Nr. 2395.

— Wann die Militär-Dienstzeit der in Civildienste übertretenden Halb- oder Real-Invaliden bei ihrer söhnligen Pensionirung angerechnet werden dürfe.

Justiz-Hofdecret vom 24. November 1832, S. 71, Nr. 2581.

— Behandlung der bei Dicastrien oder Aemtern in Dieners- oder Aushelfersstellen aufgenommen werdenden Halb- und Real-Invaliden, oder der Invalidität sich nähernden Militär-Individuen.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 13. Juni 1835, S. 21, Nr. 36.

— Der Verlust des Invaliden-Beneficiums ist für alle zur Zeit der Aburtheilung unter der Civil-Gerichtsbarkheit stehende Individuen nur mit der Verurtheilung zur schweren Kerkerstrafe verbunden.

Justiz-Hofdecret vom 29. Juli 1835, S. 35, Nr. 63.

— Wann der Invalidengehalt der bei Civilbehörden angestellten Patent-Invaliden einzustellen ist.

Hofkammer-Decret vom 7. August 1835, S. 36, Nr. 68.

— Behandlung der Beschlüsse der landesfürstlichen Collegialgerichte erster und zweiter Instanz, wenn bei der ihnen überlassenen Besetzung erlebiger Dienstplätze Invaliden übergangen werden.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

— Von dem Patent-Invalidengehalte eines Soldaten darf kein Abzug gemacht werden; auch findet darauf keine Execution Statt.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1839, S. 343, Nr. 368.

Invaliden. Die Verleihung einer Civil-Anstellung an Invaliden ist von den Collegialgerichten dem Appellationsgerichte und von diesem dem General-Militär-Commando der Provinz anzuzeigen.

— Nachweisungen, welche hiebei zu geschehen haben.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juni 1844, S. 212, Nr. 814.

— Grundsätze über die Behandlung jener Real- oder Halb-Invaliden, welche eine öffentliche Anstellung erhalten.

Hofkanzlei-Decret vom 23. October 1844, S. 239, Nr. 842,

Hofkammer-Decret vom 5. December 1845, S. 295, Nr. 914, und

Rescript des Hofkriegsrathes vom 4. April 1846, S. 332, Nr. 955.

— Vorschrift über die Behandlung der Gesuche von Halb- und Real-Invaliden um Verleihung von Civil-Anstellungen.

Decret des Hofkriegsrathes vom 8. März 1845, S. 254, Nr. 873.

— Der Fortgenuß des Invalidengehaltes kann bei zeitlicher mit täglicher Bezahlung verbundenen Anstellung neben dem Bezuge der Gebühr für eine derlei zeitliche Anstellung nicht statt finden; dagegen hat die Verwendung der Halb- und Real-Invaliden als Tagschreiber nicht als Anstellung zu gelten und auch nicht die Entziehung der Invalidengebühr zur Folge.

Hofkammer-Decret vom 5. December 1845, S. 295, Nr. 914.

— sind erst dann aus dem Militärverbande mit Abschied zu entlassen, wenn sie in einer stabilen (nicht provisorischen) Civil-Anstellung durch volle zehn Jahre gebient und sich dadurch Anspruch auf eine Civilpension oder Provision erworben haben.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 4. April 1846, S. 332, Nr. 955.

Invalidenfond. Die in Mähren eingeführten Invalidenfonds-Verzugsgebühren werden auf Schlesien ausgedehnt.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juli 1833, S. 95, Nr. 2621.

— Die Vorschriften über das Recht des Fiscus zur Einziehung erbloser Verlassenschaften gelten auch für die dem Invalidenfonde nach den Gesetzen zufallenden erblosen Verlassenschaften.

Justiz-Hofdecret vom 12. October 1835, S. 53, Nr. 90.

— Die Verlassenschafts-Abgaben für den Invalidenfond in Mähren und Schlesien werden aufgelassen.

Hofkanzlei-Decrete vom 28. Februar und 16. November 1842, S. 13 und 74, Nr. 600 und 655.

— Unter den in dem für Mähren erlassenen Patente vom 4. Juli 1749; hinsichtlich der von den Verlassenschaften zu entrichtenden Invalidenfonds-Beiträge gebrauchten Ausdrücke: Sui haeredes oder Leibeserben, sind nur Descendenten, und unter dem Ausdrucke: Haeredes extranei, alle übrigen Erben, daher auch die Ascendenten, einbegriffen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. November 1842, S. 74, Nr. 655.

Invalidengebühr. S. Invaliden.

Invalidengehalt. S. Invaliden.

Inventur. Die gerichtlichen Güter-Schätzungs-Inventarien sind dem Kreisamte nicht mehr zur Bildung und Unterfertigung vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 26. Jänner 1828, S. 108, Nr. 2325.

— Die ersten Abschriften von Inventarien werden nicht von Amtswegen auf classenmäßigem Stempel ausfertigt; die Gerichtsbehörden sollen jedoch die Parteien nicht in die Lage setzen, die Erhebung dieser Abschriften zu unterlassen.

Justiz-Hofdecrete vom 17. Jänner 1835, S. 124, Nr. 2684, und vom 30. October 1844 S. 239, Nr. 843.

Inventur. Vorschrift über die Vornahme der Inventur über den Nachlaß der in einem Verforgungshause oder Spitale verstorbenen Personen.

Hofkanzlei-Decret vom 5. November 1835, S. 54, Nr. 92.

- Bestimmung der Gebühren für die Gerichtsanwälte in Litol und Borarlberg als Belohnung bei Aufnahme der Verlassenschafts-Inventur.

Hofkanzlei-Decrete vom 20. Februar 1837, S. 112, Nr. 175, und vom 16. März 1843, S. 102, Nr. 689.

- Formulare zu einer Inventur für den Czernowitzer Magistrat, dann für die Gemeindegerichte und Wirtschaftsbämter in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 530, Nr. 1125.

Inventurs-Commissäre. Vorschrift über den periodischen Wechsel der Inventurs-Commissäre des bürgerlichen Handelsstandes bei dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte dann Bestimmung der Frist zur Vornahme desselben.

Hofkammer-Decret vom 9. December 1843, S. 174, Nr. 769.

- Periodischer Wechsel von drei zu drei Jahren der von dem Großhandlungs-Gremium gewählten Inventurs-Commissäre des niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichtes.

Hofkammer-Decret vom 20. Juli 1844, S. 214, Nr. 821.

Inzichten. S. Zusammentreffen der Umstände.

Joachimsthal. Recht des Berg-Oberamtes zu Joachimsthal, die zur Sicherstellung des Allerhöchsten Avariums nöthigen gerichtlichen Verfügungen durch die Fiscalämter zu erwirken.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1840, S. 486, Nr. 430.

- Aufstellung von vier Advocaten im Elbogner Kreise in Böhmen, wobei Einer in Joachimsthal seinen Wohnsitz zu nehmen hat.

Justiz-Hofdecret vom 28. November 1845, S. 289, Nr. 911.

Johann, Erzherrzog. Der Gerichtsstand der Freiin von Brandhofen, Gemalin Seiner kaiserlichen Hoheit des Herrn Erzherrzogs Johann, und dessen Sohnes Franz Grafen von Meran, ist das Oberst-Hofmarschallamt.

Justiz-Hofdecret vom 8. Jänner 1846, S. 307, Nr. 919.

Johannesberg. In Johannesberg haben zwei Advocaten ihren Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1822, S. 91, Nr. 1861.

- Bei dem schlesischen Landrechte zu Johannesberg findet das Stämpel- und Targeseß vom 27. Jänner 1840 keine Anwendung. — Vorschrift über die Abnahme der Taxen bei demselben.

Justiz-Hofdecret vom 29. August 1842, S. 60, Nr. 639.

Johanniter-Orden. Einverleibung der in Parma gestifteten und allenfalls noch entstehenden Johanniter-Ordens-Commenden dem lombardisch-venetianischen Johanniter-Priorate.

Allerhöchste Entschließung vom 19. September 1843, S. 140, Nr. 743.

Jonische Inseln. An Unterthanen der jonischen Inseln dürfen Erbschaften erfolgt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 4. März 1827, S. 71, Nr. 2263.

Journal. Postämter haben in den Journalen über die ex offio Correspondenzen die auf den Couverten der Geschäftsstücke angelegten Nummern einzuzichnen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 8. November 1846, S. 390, Nr. 1001.

- Formulare zu einem Journal für die als Verlassenschafts-Abhandlungs-Behörden fungirenden Gemeindegerichte und Wirtschaftsbämter in der Bukowina, dann den Czernowitzer Magistrat.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 553, Nr. 1125.

Irland. S. Großbritannien.

Irrführung. Bestrafung der Irrführung der Polizei- oder anderer öffentlichen Behörden durch falsche Angaben über Namen, Geburtsort, Stand oder über andere Verhältnisse.

Hofkanzlei-Decret vom 26. März 1833, S. 86, Nr. 2605.

Irrenhaus. Bekanntgebung des Resultates der gepflogenen Amtshandlung über den Geisteszustand eines Wahn- oder Blödsinnigen, dann des Namens dessen Vaters, Vormundes oder gerichtlich bestellten Curators an die mit der Verwaltung jener Irrenanstalt betraute Behörde, in welcher der Kranke untergebracht wird.

Justiz-Hofdecret vom 28. August 1837, S. 142, Nr. 220.

Irungen. Errichtung einer permanenten gemischten Commission in Graz zur Schlichtung der Irungen und Zwistigkeiten zwischen Civil- und Militär-Personen.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Februar 1847, S. 419, Nr. 1033.

Ischl. Die Verlassenschaftsabgaben zu Gunsten des Armen-Institutes in Ischl in Oesterreich ob der Enns werden aufgelassen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

**Isenburg-Büdingen,
Isenburg-Meerholz,
Isenburg-Offenbach-Birnstein,
Isenburg-Philippreich, und
Isenburg-Wächtersbach.** Den Häuptern dieser reichsständisch-gräflichen Familien gebührt der

Titel „Erlaucht“.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Israeliten. Vorschrift über die Trennung und Scheidung jüdischer Ehegatten, wenn einer oder beide zur christlichen Religion übertreten.

Justiz-Hofdecret vom 10. August 1821, S. 43, Nr. 1789.

- Den zur christlichen Religion übergetretenen jüdischen Eheleuten ist zu überlassen, ob sie ihre Ehe durch die priesterliche Segnung ihres neuen betreffenden Seelsorgers geheiligt haben wollen.

Justiz-Hofdecret vom 10. August 1821, S. 43, Nr. 1789.

- Jüdische Eltern oder Vormünder können nicht mehr angehalten werden, den getauften Kindern den Pflichttheil sicher zu stellen.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1821, S. 51, Nr. 1804.

- Befreiung jener Israeliten vom Geleitzsolle, welche aus dem Königreiche Polen zur Zeugenschaft bei Criminalverhandlungen nach Galizien berufen werden.

Justiz-Hofdecret vom 11. März 1825, S. 290, Nr. 2075.

- Behandlung der Juden im Görzer Kreise überhaupt, und insbesondere bei Besiganschreibungen.

Justiz-Hofdecret vom 10. März 1826, S. 12, Nr. 2172.

- Eine ohne Beobachtung der gesetzlichen Erfordernisse geschlossene Judenehe ist ipso facto ungiltig, mithin sind die Vorschriften über das Verfahren bei Ehen, denen ein Hinderniß entgegensteht, und namentlich die §§. 94 und 97 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, auf Judenehen nicht anwendbar.

Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1827, S. 64, Nr. 2250.

- Verfahren bei Auflösung der Judenehen, wenn ein Ehegatte zur christlichen Religion übertreten, der andere aber im Judenthume zurückgeblieben ist.

Justiz-Hofdecret vom 19. Mai 1827, S. 80, Nr. 2277.

- Die Juden in Böhmen dürfen als Käufer zur Feilbietung von Realitäten der Christen nicht zugelassen werden.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juli 1827, S. 88, Nr. 2294.

- Die Vorsteher der Juden-Gemeinden sind als Beamte anzusehen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Februar 1828, S. 110, Nr. 2330.

- Auf die Bußtage der Juden ist bei gerichtlicher Vorladung derselben zur Eidesablegung keine Rücksicht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1833, S. 74, Nr. 2586.

Israeliten. Vorschrift über die Anschreibung der Israeliten an den bürgerlichen Besitz christlicher Realitäten in Provinzen, wo sie zu deren Besitz nicht befugt sind.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1835, S. 61, Nr. 100.

- Getaufte Israeliten dürfen bei Lebzeiten ihrer getrennten jüdischen Ehegatten mit Katholiken eine neue Ehe eingehen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Februar 1837, S. 102, Nr. 168.

- Behandlung der jüdischen Gemeinden in Beziehung auf die Erwerbung des Grundeigenthumes zur Erbauung einer Synagoge oder Schule.

Hofkanzlei-Decret vom 2. März 1841, S. 562, Nr. 512.

- Vorschrift über die Ertheilung der Bewilligung zum Betriebe des Bergbaues auf Steinkohlen und damit verwandten Produkte an Israeliten.

Hofkanzlei-Decret vom 2. September 1841, S. 606, Nr. 561.

- Die Zulassung der Israeliten als Käufer zu Feilbietungen von Realitäten der Christen in Mähren ist nicht gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 21. März 1843, S. 103, Nr. 690.

- Vorschrift über die Ausstellung und Bestätigung der Armuthszeugnisse für die Israeliten in Prag zum Behufe der Stämpelbefreiung in ihren Rechtsstreitigkeiten.

Hofammer-Decret vom 16. November 1843, S. 172, Nr. 766.

- Einföhrung von Geburts-, Trauungs- und Sterbe-Registern für die in Wien sich aufhaltenden türkischen Juden, dann Vorschrift über die Föhrung, Glaubwürdigkeit und Beweisraft derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 17. November 1845, S. 288, Nr. 909.

- Vorschrift über das Aufgebot und die Trauung jener Israeliten in Böhmen, welche keiner mit einem zu jüdischen Trauungen berufenen Religionslehrer versehenen jüdischen Gemeinde angehören.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1846, S. 360, Nr. 984.

- Bestimmung der Eidesformel für Israeliten bei Civil-, Criminal- und politischen Verhandlungen und des dabei zu beobachtenden Verfahrens.

Justiz-Hofdecret vom 1. October 1846, S. 371, Nr. 987.

- Befähigkeit der Israeliten im Istrianer Kreise.

Hofkanzlei-Decret vom 24. September 1847, S. 472, Nr. 1088.

- Die Ausstellung der Armuthszeugnisse für Israeliten auf dem Lande zur Erlangung der Stämpelbefreiung in Rechtsstreitigkeiten wird den Ortsobrigkeiten überlassen.

Hofammer-Decret vom 3. Februar 1848, S. 490, Nr. 1115.

Isto. Die Insel Isto wird der Prätur Selve in Dalmatien zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1848, S. 493, Nr. 1119.

Istrien. Das ilirische Küstenland hat außer dem Commercial-Gebiete der Stadt Triest aus zwei Kreisen, nämlich aus dem Istrianer und dem Görzer Kreise zu bestehen. Dem Istrianer Kreise werden die Bezirke Beglia, Cherso, Lussin, Castua, Locrano, Albona, Bellai, Pisino und Castelnovo zugetheilt; das Istrianer Kreisamt hat künftig seinen Sitz in Pisino (Witterburg) zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 25. Juni 1825, S. 310, Nr. 2114.

- In Processen der Unterthanen des exvenetianischen Istriens wider das Fiscalamt, ist die im Jahre 1803 für die österreichischen Staaten in Italien kundgemachte Gerichtsordnung anzuwenden.

Justiz-Hofdecret vom 9. März 1832, S. 36, Nr. 2553.

- Bestimmung der Stämpel- und Lorgebühren für die in Betreff der Notifikationen im Istrianer Bezirke vorformenden Urkunden und Amtshandlungen.

Hofammer-Präsidial-Decret vom 4. August 1840, S. 521, Nr. 461.

Isrien. Festsetzung der Advocaten für Isrien auf acht und zwanzig, wovon vier in Novigno, drei in Capo d'Isria, zwei bei jedem der Bezirksgerichte: Pirano, Parenzo, Buje, Montona, Dignano, Volosca und Pisino, dann Einer bei jedem der Bezirksgerichte: Castelnovo, Pinquente, Pola, Altona, Beglia, Gherzo und Ruffin ihren Wohnsitz zu nehmen haben. Befugniß der Neuernannten zur Parteivertretung bei dem Stadt- und Landrechte zu Novigno und bei allen Bezirksgerichten dieses Kreises, jedoch ohne Veränderung des ihnen angewiesenen Wohnsitzes.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1842, S. 81, Nr. 667.

— Befähigung der Israeliten im Isrianer Kreise.

Hofkanzlei-Decret vom 24. September 1847, S. 472, Nr. 1088.

Italico Banco d'assicurazione. Vorrechte der in Triest unter der Benennung: Italico Banco d'assicurazione entstandenen Seeschaden-Versicherungsgesellschaft.

Hofkammer-Decret vom 27. November 1830, S. 218, Nr. 2494.

Italienische Gerichtsordnung. S. Gerichtsordnung.

— Uebersetzung. Welche italienische Uebersetzung des Codice civile generale austriaco und Codice penale austriaco einzig officiell sei?

Hofkanzlei-Decret vom 16. October 1823, S. 161, Nr. 1970.

— — S. Uebersetzung.

Jubilation. Wann nur mit Jubilationen der Beamten vorzugehen, und wann dießfalls Bericht zu erstatten sei.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1821, S. 6, Nr. 1736.

— Den von Amtswegen jubilirten Beamten können bis zur Anweisung ihrer Pension Vorschüsse bewilliget werden.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1824, S. 263, Nr. 2032.

Jubilirte Beamte. S. Beamte.

Jubilirung. Einrichtung der Pensions-Ausweisungen, welche den Beamten wegen Jubilirung der Beamten beizulegen sind.

Justiz-Hofdecret vom 21. September 1827, S. 98, Nr. 2308.

Juden. S. Israeliten.

Judenehen. S. Ehen.

Judeneid. S. Eid.

Judenschulen. S. Israeliten, Synagogen.

Judicium delegatum militare. Vorschrift über die Correspondenzform der palastinischen Collegialgerichte mit dem judicium delegatum militare.

Justiz-Hofdecret vom 19. November 1824, S. 270, Nr. 2050.

— — — **mixtum.** Bezeichnung jener Taxen und Gebühren, welche zufolge des Stempel- und Taxgesetzes vom 27. Jänner 1840 bei dem judicium delegatum militare mixtum noch foran einzuhellen, und welche aufgelassen worden sind.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 24. Mai 1840, S. 498, Nr. 442.

Jüdische Eltern. S. Israeliten.

— Dolmetsche. S. Dolmetsche.

— Gemeinden. S. Israeliten.

Jungbunzlau. Von den für den Bunzlauer Kreis in Böhmen angestellten zwei Advocaten hat Einer in Jungbunzlau seinen Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juli 1844, S. 213, Nr. 819.

Juridische Doctorswürde. S. Doctorswürde.

— **Facultät.** S. Facultät.

— **Zeugnisse.** S. Studienzeugnisse.

Jurisdiction. S. Gerichtsbarkeit.

Jurisdictionen. S. Gerichtsstellen.

Juridictions-Norm für die k. k. Militär-Marine.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1824, S. 271, Nr. 2054.

— für Dalmatien.

Patent vom 10. September 1827, S. 91, Nr. 2303.

— Die in den Hofdecreten vom 26. Jänner und 26. März 1784, in Betreff des Klagerrechtes wider eine unterthänige Gemeinde, enthaltene Erläuterung der Juridictions-Vorschriften findet auch auf den §. 23, lit. e) der galizischen Juridictions-Norm vom 9. April 1784, das ist auf die Stifte, Klöster, Capitel und andere unter einem ordentlichen Obern stehenden Gemeinden, wenn sie gesamt (in corpore) belangt werden, ihre volle Anwendung.

Hofkanzlei-Decret vom 12. August 1835, S. 38, Nr. 72.

Juridictions-Streitigkeiten zwischen Dominien, oder Dominien und organisierten Magistraten, sind auf dem Rechtswege von den Landrechten der betreffenden Provinz in Gegenwart des politischen Repräsentanten zu verhandeln.

Justiz-Hofdecret vom 27. Jänner 1827, S. 65, Nr. 2252.

— Entscheidung über die Ansprüche der Gemeinden auf die Ausübung der eigenen Gerichtsbarkeit mittelst eines Magistrates.

Justiz-Hofdecret vom 18. December 1830, S. 219, Nr. 2497.

Jus albinagii. S. Abfahrtsgehd.

Justiz-Administration. Den Dominien wird unter festgesetzten Bedingungen gestattet, ihre Gerichtsbarkeit, die sie nicht selbst besorgen, durch den Justiziar eines benachbarten Dominiums ausüben zu dürfen.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juli 1821, S. 39, Nr. 1780.

Justizämter, herrschaftliche. Vorschrift über die Eintreibung der wider herrschaftliche Justizämter gerichtlich verhängten Strafbeträge; die Rücksicht derselben ist der Landesstelle sogleich anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1823, S. 137, Nr. 1926.

Justizamt. S. Gerichtsstellen.

Justizbeamte. S. Beamte.

Justizbehörden. S. Ausschüßreferenten, Gerichtsstellen, Realinstanz.

Justizdienste. S. Anstellung, Dienstbesetzung.

Justizgegenstände. Welche Judicial-Gegenstände eigentlich als officios vom Postporto zu behandeln seien.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1823, S. 137, Nr. 1927.

Justizgeschäfte. Vorschrift über die Behandlung und Erledigung der Justizgeschäfte in mehr oder minder zahlreichen Rathversammlungen bei den landesfürstlichen Collegialbehörden erster Instanz.

Justiz-Hofdecrete vom 9. Februar und 5. April 1822, S. 76 und 90, Nr. 1836 und 1859.

— Behandlung der dem Wirtschaftsämte zugewiesenen Justizgeschäfte in Verhinderung des ersten Wirtschaftsbeamten, dann der nur bei dem Ortsgerichte zu verhandelnden in Verhinderung des Justizars, welchen ein Wirtschaftsbeamter nicht vertreten kann.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1824, S. 199, Nr. 1999.

Justizgeschäfte bei Bezirkscommissariaten werden der unabhängigen Erledigung des Bezirksrichters überlassen.

Justiz-Hofdecret vom 1. December 1827, S. 106, Nr. 2320.

-- Vorschrift über die Verfassung der statistischen Ausweise der Justizgeschäfte.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1841, S. 549, Nr. 490.

— Vorschrift über die Verfassung der Ausweise über die bei den Appellationsgerichten vorgekommenen Civil- und Criminal-Justizgeschäfte.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1844, S. 185, Nr. 773.

Justiz-Gesetz-Commission. S. Hofcommission in Justiz-Gesetzachen.

Justiz-Gesetzsammlung. S. Gesetzsammlung, Privatgesetzsammlung.

Justizhofräthe. S. Räthe.

Justiziäre. Den Dominen, welche die Justizverwaltung nicht selbst besorgen, wird unter festgesetzten Bedingungen gestattet, ihre Gerichtsbarkeit durch den Justiziar des benachbarten Dominiums besorgen zu dürfen.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juli 1821, S. 39, Nr. 1780.

— Nichtgestattung der Anstellung eines und desselben Justiziärs von verschiedenen Dominen in zwei mit eigenen Appellationsgerichten versehenen Provinzen.

Justiz-Hofdecret vom 3. September 1821, S. 46, Nr. 1795.

— Vorschriften über das Advociren der Justiziäre auf dem flachen Lande.

Justiz-Hofdecete vom 22. September 1821, S. 49, Nr. 1801, 2. Juli 1823, S. 153, Nr. 1950, 2. Jänner und 3. Februar 1824, S. 168 und 170, Nr. 1981 und 1985.

— Den Justiziären in Salzburg und im Inn-Viertel steht auch die Vertretungsleistung in den Rechtsstreiten ihrer Herrschaften nicht zu.

Justiz-Hofdecret vom 13. October 1821, S. 58, Nr. 1811.

— Welchen Justiziären die Ausübung der Advocatur bedingt gestattet sei.

Justiz-Hofdecret vom 14. Jänner 1822, S. 73, Nr. 1830.

— Das Befugniß der Justiziäre zum Advociren auf dem flachen Lande hört auf, wenn ihnen durch Vermehrung ihrer Gehalte ein besseres Auskommen verschafft wurde.

Justiz-Hofdecete vom 2. Juli 1823, S. 153, Nr. 1950, vom 2. Jänner und 3. Februar 1824, S. 168 und 170, Nr. 1981 und 1985.

— Den neu eingetretenen und künftig angestellt werdenenden Bürgermeistern und Magistratsräthen, wie auch jenen, welche vor der Kundmachung der Allerhöchsten Entschliessung vom 30. Juli 1821 (Justiz-Hofdecret vom 22. September 1821, Nr. 1801), wie auch jenen, welche eine bessere Subsistenz erhalten haben, ist die Besorgung der Justizariate nicht mehr zu gestatten.

Justiz-Hofdecret vom 2. Jänner 1824, S. 168, Nr. 1981.

— Behandlung der Urlaubsgesuche herrschaftlicher Ortsrichter in Steiermark.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1827, S. 89, Nr. 2298.

— Nähere Bestimmung des Rechtes der Delegation der gutherrlichen Gerichtsbarkeit mit Rücksicht auf die Entfernung des delegirten Gerichtes.

Justiz-Hofdecret vom 8. August 1828, S. 130, Nr. 2358.

— hat in den ihm ausschließend zustehenden Justizgeschäften die Expeditionen zu unterfertigen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1831, S. 6, Nr. 2504.

— Bedingungen zur Anstellung der eines Verbrechens schuldig befundenen, oder ab instantia hiervon losgesprochenen Individuen als Justiziäre bei Privat-Herrschaften und ihres Uebertrittes zu einem anderen Dominium.

Hofkanzlei-Decret vom 20. März 1835, S. 2, Nr. 2.

Justizläre. Die bei den zur Parteivertretung befugten Justizlären durch die vorgeschriebene Zeit genommene Praxis ist zur Zulassung eines Advocaturbewerbers zur Advocaten-Prüfung nicht zureichend.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1844, S. 193, Nr. 783.

— S. auch Beamte.

Justiziariate. S. Gerichtsverwaltung.

Justizministerium, königlich-preussisches. Oesterreichische Gerichtsbehörden haben sich in Requisitions-, Insinuations- und anderen ähnlichen Fällen nicht unmittelbar an dasselbe, sondern an die betreffende königlich-preussische Gerichtsbehörde zu wenden, oder den diplomatischen Weg einzuschlagen.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1837, S. 119, Nr. 190.

— Die Legalisirung der Amtsfertigung der Appellationsgerichte gehört in das Bereich des Justizministeriums, daher Legalisirungsgefuche unmittelbar an dasselbe einzubegleiten sind.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1848, S. 620, Nr. 1146.

— Legalisirung der Urkunden durch dasselbe.

Justiz-Ministerial-Erlaß vom 23. Mai 1848, S. 636, Nr. 1155.

— Provisorische Vorschrift über den Wirkungskreis des Justizministeriums.

Erlaß des Justizministeriums vom 21. August 1848, S. 652, Nr. 1176.

Justiz-Normalien. S. Verordnungen.

Justizpflege. S. Gerichtbarkeit, Richteramt.

— (berggerichtliche.) S. Berggericht.

Justizräthe. S. Räthe.

Justizrathsstellen. S. Rathsstellen.

Justizstelle (oberste). S. Oberste Justizstelle.

Justizstellen. S. Gerichtsstellen.

Justizstrafgelder. S. Geldstrafen, Strafen.

Justiz-Tabellen. Mit den Justiz-Tabellen sind die Absenz-Tabellen vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 16. März 1827, S. 72, Nr. 2268.

— S. auch Ausweise, Tabellen.

Justizverwaltung. S. Gerichtbarkeit.



Kämmerer (f. f.). Durch die Verleihung der Kämmerers-Würde wird die österreichische Staatsbürgerschaft nicht erworben.

Allerhöchste Entschlieung vom 2. März 1833, S. 80, Nr. 2598.

— Jeder Todfall eines f. f. Kämmerers ist von der Abhandlungsbehörde der Landesstelle anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 1. März 1836, S. 76, Nr. 129.

Kärnthén. Bestimmung der Zahl der Advocaten für Kärnthén.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1822, S. 93, Nr. 1865.

Kärnthen. Vereinigung der ilirischen Zollgefällen-Administration mit der steierisch-kärnthnerischen in Graz.

Justiz-Hofdecret vom 20. Mai 1825, S. 301, Nr. 2097.

— Für das Kärnthner Stadt- und Landrecht wird die Zahl der Auscultanten auf sieben festgesetzt.

Justiz-Hofdecret vom 21. Juli 1826, S. 35, Nr. 2205.

— Vorschrift für Vormundschafts-Aemter und Magistrate in Kärnthen über die Verabfolgung des aufbewahrten Vermögens der Mündel, Pflegebefohlenen und Waisen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1837, S. 106, Nr. 172.

— Bestimmung des Gerichtsstandes für die Bezirkscommissäre, Bezirks-, Orts- und Criminalrichter, ihre Gattinnen, und Kinder auf dem Lande in Kärnthen.

Justiz-Hofdecret vom 8. November 1841, S. 654, Nr. 570.

— Beobachtung bei Besetzung der Advocaten-Stellen in Kärnthen auf die zur Ausübung der Praxis bei Berggerichten befähigten Individuen.

Justiz-Hofdecret vom 6. December 1841, S. 657, Nr. 575.

— Gründung eines geognostisch-montanistischen Vereines für die Provinz Kärnthen; Begünstigungen für denselben.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 31. August 1843, S. 137, Nr. 737.

— Vorschrift über die Vertilgung der alten unbrauchbaren Registraturacten bei den landesherrlichen Criminal- und Civil-Collegialgerichten in Kärnthen.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1843, S. 149, Nr. 751.

— In den kärnthnerischen Fiscal-Regenden sind die administrativen Aufgaben ausschließend durch die Laibacher Kammerprocuratur zu vollbringen, die judicellen hingegen, sie mögen Gegenstände in oder außer Streitsachen in sich fassen, bilden die eigentliche Gestion des klagensfurter Fiskal-Fiscalamtes.

Hofkammer-Decret vom 23. Jänner 1844, S. 189, Nr. 777.

— Allerhöchst ausgesprochener Grundsatz, daß die Criminal-Gerichtsbarkeit in Kärnthen künftig nur durch Collegialgerichte ausgeübt werden soll.

Justiz-Hofdecret vom 17. April 1845, S. 262, Nr. 884.

— Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei den Gerichtsstellen erster Instanz in Kärnthen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1847, S. 466, Nr. 1075.

— Das kärnthnerische Stadt- und Landrecht wird auch für die vier Landgerichtsbezirke von Haimburg, Hollenburg, Sonnegg und Weissenegg als alleiniges Criminal-, Untersuchungs- und Spruchgericht erklärt.

Justiz-Ministerial-Decret vom 23. Mai 1848, S. 636, Nr. 1154.

Kärnthnerisches Stadt- und Landrecht. S. Landrecht.

Käufer. Die Juden in Böhmen dürfen als Käufer zur Feilbietung von Realitäten der Christen nicht zugelassen werden.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juli 1827, S. 88, Nr. 2294.

— Ausfertigung der Einantwortungs-Urkunde an den Käufer einer im Executionswege feilgebotenen Realität.

Justiz-Hofdecret vom 11. August 1827, S. 90, Nr. 2300.

— Als Käufer von Realitäten der Christen in Mähren dürfen Israeliten bei Feilbietungen nicht zugelassen werden.

Justiz-Hofdecret vom 21. März 1843, S. 103, Nr. 690.

Kaffeefieder. Verbot des Gebrauchs des unverzinnten, dann Beschränkung des Gebrauchs der verzinnten Kupfer- und Messinggeschirre bei Kaffeefiedern, und bei allen mit der Erzeugung und dem Verkaufe von Gewürzen sich befassenden Gewerbsleuten.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 19. September 1848, S. 661, Nr. 1183.

Kaiser Ferdinands-Norrbahn. Das niederösterreichische Mercantil- und Wechselgericht ist der Gerichtsstand der Actien-Gesellschaft der Kaiser Ferdinands-Norrbahn in Fällen der Eisenbahn.

Justiz-Hofdecret vom 5. December 1836, S. 94, Nr. 159.

Kaiserliche Rätbe. S. Rätbe.

Kaiser-Titel. Erbkaifer, ist nicht mehr passend, statt dieser Benennung ist künftig jene: Kaiser von Oesterreich, zu gebrauchen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Februar 1822, S. 82, Nr. 1845.

Kallfuschgg. Die Gemeinde Kallfuschgg in Tirol wird dem landesfürstlichen Landgerichte Enneberg zugetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1827, S. 85, Nr. 2286.

Kaltern. Die Anheimsagung des Patrimonialgerichtes zu Kaltern wird angenommen, und daselbst ein landesfürstliches Landgericht errichtet.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Jänner 1831, S. 5, Nr. 2501.

— Betheilung des Landgerichtes Kaltern im Kreise Bogen in Tirol mit Einem Adjutum für einen Concepts-Practikanten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

Kammerherren-Schlüssel. Der bei dem Todesfalle eines k. k. Kämmerers vorsündige Kammerherren-Schlüssel ist von der Abhandlungsbehörde an die Landesstelle zur Uebergabe an das Oberstkämmereramt einzusenden.

Justiz-Hofdecret vom 1. März 1836, S. 76, Nr. 129.

Kammerprocuratur. S. Fiscalamt, Hofkammer-Procuratur.

Kanzel. Von der Kanzel sind dem Volke die für Verbrechen bestehenden und auf die Uebertreter der wider die Cholera eingeführten Sanitäts-Maßregeln ausgebreiteten Strafgesetze, durch die Geistlichkeit kund zu machen.

Justiz-Hofdecret vom 27. August 1831, S. 18, Nr. 2525.

Kanzellistenstelle. Welche Studienzeugnisse zur Erlangung einer Kanzellistenstelle bei den landesfürstlichen Justizbehörden aller drei Instanzen erforderlich sind.

Justiz-Hofdecret vom 17. April 1835, S. 6, Nr. 13.

Kanzlei. Bestimmung der erforderlichen Studien zur Anstellung in Kanzleien der Kreisämter, Delegationen, Landesstellen und Gerichtsbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 24. Mai 1836, S. 83, Nr. 143.

Kanzlei-Accessisten. S. Accessisten.

Kanzleibeamte. S. Beamte.

Kanzleidienste. Im Kanzleidienste sollen Auscultanten, denen es an Talenten gebricht, untergebracht werden.

Justiz-Hofdecret vom 6. October 1826, S. 50, Nr. 2224.

Kanzleipraxis. S. Praxis.

Karlbad. S. Karlsbad.

Karlstadt. S. Carlsstadt.

Karneid. Vereinigung des landesfürstlichen Gerichtes Wölz mit dem landesfürstlichen Gerichte Karneid.

Justiz-Hofdecret vom 8. November 1822, S. 122, Nr. 1907.

— Mit dem landesfürstlichen Landgerichte Karneid wird das Gericht Tiers vereinigt.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1824, S. 262, Nr. 2031.

— Mit dem landesfürstlichen Landgerichte Karneid zu Bogen in Tirol wird das Patrimonialgericht Altenburg vereinigt; Ersteres zu einem Landgerichte erster Classe erhoben, und demselben ein Actuar und ein zweiter Gerichtsdiener-Gehilfe beigegeben.

Justiz-Hofdecret vom 26. Mai 1826, S. 18, Nr. 2186.

Karneid. Mit dem landesfürstlichen Landgerichte Karneid in Tirol werden die Patrimonialgerichte Neuhaus und Deutschen-Ofen vereinigt.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1827, S. 70, Nr. 2260.

— Von dem Landgerichte Karneid in Tirol wird der Bezirk Wangen getrennt und dem Landgerichte Ritten zugetheilt.

Hofkanzlei-Decret vom 3. December 1827, S. 107, Nr. 2321.

— Das bisher dem Landgerichte zu Karneid zugewiesene Gericht Altenburg wird dem Landgerichte Kaltern zugetheilt, und die Gemeinden Mats und Adrian werden von demselben getrennt, und dem Landgerichte Lana einverleibt.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Jänner 1831, S. 5, Nr. 2501.

Karnabrunn. Die Heimsagung des lehenbaren Landgerichtes Weinsteig zu Karnabrunn wird angenommen.

Justiz-Hofdecret vom 14. Jänner 1847, S. 404, Nr. 1019.

Kassen. S. Cassen.

Kastelruth. Bestellung des Landgerichtes Kastelruth als landesfürstliches Gericht dritter Classe.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1824, S. 262, Nr. 2031.

— Mit dem Landgerichte Kastelruth in Tirol wird das anheimgesagte Patrimonialgericht Wollstein und das Thal Gröden vereinigt, und dieses Landgericht zu einem Landgerichte zweiter Classe erhoben.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1827, S. 85, Nr. 2286.

Kataster. Anstellung der vor dem vierzigsten Lebensjahre bei dem Kataster in Dienstleistung getreten und darin ununterbrochen befindlichen Individuen auch nach Ueberschreitung dieses Normal-Alters in stabile Dienstposten.

Hofkanzlei-Decret vom 23. April 1843, S. 118, Nr. 698.

— Vorschrift über das Verfahren bei Abschreibung der für die Staats-Eisenbahnen eingelösten Gründe, Gebäude und der abgelösten obrigkeitlichen Giebigkeiten und Gerechtsame in dem kaiserlichen Kataster.

Justiz-Hofdecret vom 15. October 1845, S. 277, Nr. 904.

— In den Grundbüchern Niederösterreichs sind die Steuergemeinden und die Culturgattung jeder Katastral-Parcelle einzutragen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. April 1846, S. 333, Nr. 958.

— Zur Bestimmung der gesetzlichen Eigenschaft der Grundstücke in Galizien, welche nämlich als Dominical- und welche als Rusticalgründe anzusehen sind, hat der im Jahre 1820 in den Katastral-Operaten erscheinende Besitz zu gelten.

Kreis Schreiben des galizischen Guberniums vom 25. November 1846, S. 391, Nr. 1003.

Katastral-Einlagen. Bei Bemessung des landesfürstlichen und obrigkeitlichen Mortuariums ist die Geldwährung der Katastral-Einlage der Realität zu berücksichtigen.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1828, S. 138, Nr. 2368.

— **Beamte.** S. Beamte.

Katastralmäßiger Besitzstand. S. Besitzstand.

Katastral-Parcelle. S. Kataster, Parcelle.

Katholiken. Personen, die nach ihrer Geburt und Taufe der katholischen Religion angehören, können vor dem achtzehnten Jahre nicht zu einem akatholischen Glaubensbekenntnisse übertreten, wenn auch ihre Aeltern Katholiken geworden sind.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1834, S. 111, Nr. 2650.

Katholiken. Einer katholischen oder zum katholischen Glauben übergetretenen und von ihrem akatholischen Gatten geschiedenen Person ist die Wiederverhehlung bei Lebzeiten des getrennten akatholischen Gegentheiles nicht gestattet.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Juli 1835, S. 34, Nr. 61.

- Mit Katholiken dürfen getaufte Israeliten bei Lebzeiten ihrer getrennten jüdischen Ehegatten eine neue Ehe eingehen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Februar 1837, S. 102, Nr. 168.

- Vorschrift über das Verhalten des katholischen Curat-Clerus bei eintretenden Ehen zwischen Katholiken und Aatholiken.

Justiz-Hofdecret vom 20. September 1841, S. 607, Nr. 563, und

Hofkanzlei-Decret vom 8. August 1842, S. 56, Nr. 629.

- Bestimmungen hinsichtlich der Ausstellung der Reverse über die Erziehung der in den Ehen zwischen Katholiken und Aatholiken erzeugten Kinder in der katholischen Religion.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Juli 1842, S. 44, Nr. 624.

- Verbot der nachträglichen gottesdienstlichen Handlungen in dem akatholischen Bethause bei den unter passiver Affizienz der katholischen Pfarrer geschlossenen Ehen zwischen Katholiken und Aatholiken.

Hofkanzlei-Decret vom 27. December 1842, S. 80, Nr. 665.

- Vorschrift für die katholische Geistlichkeit hinsichtlich der Führung der Trauungsbücher und Ausfertigung der Trauungsscheine über Ehen zwischen Katholiken und Aatholiken.

Hofkanzlei-Decret vom 27. April 1843, S. 118, Nr. 700.

- Gültigkeit der bei Ehen zwischen Katholiken und Aatholiken, wegen Erziehung der Kinder in der katholischen Religion, ausgestellten Reverse.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Juni 1843, S. 125, Nr. 714.

- Vorschrift über das Aufgebot bei Ehen der Katholiken mit nichtunirten Griechen in der Bukowina.

Hofkanzlei-Decret vom 26. October 1843, S. 163, Nr. 758.

Katholische Geistlichkeit. S. Geistlichkeit.

— Ortsseelsorger. S. Seelsorger.

— Personen. S. Personen.

— Religion. S. Religion.

Katholischer Curat-Clerus. S. Geistlichkeit.

Kauffschilling. Vorschrift über die Vertheilung des Kauffschillinges für wegen rückständigen landesfürstlichen und grundherrlichen Abgaben gerichtlich versteigerte Realitäten.

Justiz-Hofdecret vom 16. September 1825, S. 321, Nr. 2132.

- Vorschrift für Tirol und Vorarlberg über die Vertheilung des Kauffschillinges von im Wege der gerichtlichen Execution veräußerten unbeweglichen Gütern.

Justiz-Hofdecret vom 19. November 1839, S. 354, Nr. 388.

- Strafbestimmung auf die Verschweigung des wahren Kauffschillinges einer Realität zum Behufe der Verkürzung der grundherrlichen Landemialgefälle.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Februar 1843, S. 95, Nr. 680.

- Der Verkäufer eines in Dalmatien befindlichen unbeweglichen Gutes kann die Sicherstellung der Zahlung des Kauffschillinges durch die Inscription auf das erkaufte Gut erwirken.

Justiz-Hofdecret vom 18. December 1845, S. 296, Nr. 916.

Kannitz-Nietberg. Dem Chef des fürstlichen Hauses Kannitz-Nietberg gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, und

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Kennzeichen. Von Cassbeamten kann die Angabe der Kennzeichen der verfälschten Creditpapiere nicht gefordert werden.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1845, S. 248, Nr. 858.

Kerkermeister. Die Dienstentsetzung oder Degradirung der Kerkermeister bleibt den Appellationsgerichten überlassen.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

— S. auch Aufsichtspersonale.

Kerkerstrafe. In den Civilstand getretene vormalige Militärpersonen verlieren das Distinctionszeichen durch die Verurtheilung zur schweren oder schwersten Kerkerstrafe.

Justiz-Hofdecret vom 20. April 1827, S. 79, Nr. 2274.

— Criminalgerichte sind nicht befugt, im Falle des §. 48 des Strafgesetzes, mit der Kerkerstrafe eine Verschärfung zu verbinden, um dadurch die längere Dauer des Arrestes zu ersetzen.

Justiz-Hofdecret vom 8. Mai 1835, S. 8, Nr. 18.

— Die Verurtheilung zur schweren Kerkerstrafe zieht den Verlust der Civil-Ehrenmedaille, der Tapferkeits-Medaille und des Invalidengehaltes nach sich; bei der Verurtheilung zu einfacher Kerkerstrafe hat nur die Ablegung der Ehrenzeichen während der Strafdauer einzutreten.

Justiz-Hofdecret vom 29. Juli 1835, S. 35, Nr. 63.

— Die wegen Störung der innerlichen Ruhe des Staates und wegen Creditpapier-Verfälschung zu einer weniger als zehnjährigen Kerkerstrafe verurtheilten Verbrecher dürfen ihre Strafe in den Provinzial-Strahäusern ausstehen.

Justiz-Hofdecret vom 27. Februar 1837, S. 113, Nr. 176.

— Aufhebung der öffentlichen Ankündigung der auf länger als fünfjährige Kerkerstrafe lautenden Urtheile.

Justiz-Hofdecret vom 6. Februar 1845, S. 252, Nr. 866.

Rhevenhüller. Dem Chef des fürstlichen Hauses Rhevenhüller gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, und

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Kinder. Die Behörden haben darüber zu wachen, daß getaufte Judenthinder von ihren Aeltern wegen des Uebertrittes zur christlichen Religion in den ihnen nach dem allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuche zustehenden Rechten nicht gekränkt werden.

Justiz-Hofdecret vom 1. October 1821, S. 51, Nr. 1804.

— Ob, wann und mit welchen Rechtsbestimmungen den Kindern in den Findel- und Waisenhäusern Vormünder oder Vermögensverwalter zu bestellen sind.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1822, und Hofkanzlei-Decret vom 17. Juni 1823, S. 113 und 151, Nr. 1888 und 1948.

— Die Todesfälle minderjähriger vermögensloser und in der väterlichen Verpflegung gestandener Kinder sind dem Gerichte nicht anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 30. April 1825, S. 299, Nr. 2092.

— Vorschrift über die Ausweisung des Hauptvermögens der minderjährigen Kinder von Seiten ihrer Väter.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1826, S. 2, Nr. 2158.

— Minderjährige Kinder der Militärpersonen unterstehen, wenn sie ihre Nahrung durch Dienen bei Civilpersonen gewinnen, der Civilgerichtsbarkeit, und nur in Waisensachen der Militär-Jurisdiction.

Justiz-Hofdecret vom 13. November 1829, S. 178, Nr. 2439.

Kinder. Vorschrift über die Behandlung der Kinder jener Beamten oder mindereren Staatsdiener, welche sich eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Übertretung oder eines anderen Vergehens schuldig gemacht haben, und während der Untersuchung, jedoch vor dem Urtheile oder Erkenntnisse, gestorben sind, oder deren pflichtwidrige Handlungen erst nach ihrem Tode, jedoch vor der Anweisung der Unterhalts- oder anderer Unterstützungsbeiträge für die Kinder, entdeckt worden sind.

Justiz-Hofdecret vom 23. Jänner 1830, S. 182, Nr. 2447.

- Pensionen, Erziehungsbeiträge, Gnabengaben, Provisionen und dergleichen Genüsse dürfen für Söhne verstorbener Beamten nur gegen eine der Quittung beigefügte legale Bestätigung erfolgt werden, daß der Waise weder Löhnung, Gage, Abjutum oder Gehalt von dem Avarium beziehe, noch sonst versorgt sei.

Hofkammer-Decret vom 9. September 1831, S. 20, Nr. 2529.

- Minderjährige Kinder folgen dem Gerichtsstande ihres Vaters, auch wenn dieser seinen Wohnsitz ändert.

Justiz-Hofdecret vom 6. Juli 1832, S. 64, Nr. 2569.

- Die großjährigen Kinder eines Ausländers, welcher österreichischer Staatsbürger geworden ist, erlangen dadurch die österreichische Staatsbürgerschaft nicht.

Hofkanzlei-Decret vom 30. August 1832, S. 65, Nr. 2573.

- Wahl- oder Adoptivkindern gebührt der Pflichttheil von dem Vermögen ihrer Wahl-Eltern.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1833, S. 89, Nr. 2610.

- die nach ihrer Geburt und Taufe der katholischen Religion angehören, können vor dem achtzehnten Jahre nicht zu einem akatholischen Glaubensbekenntnisse übertreten, wenn auch ihre Aeltern Akatholiken geworden sind.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1834, S. 111, Nr. 2650.

- eines verstorbenen Beamten, welche aus einer im Quiescentenstande geschlossenen Ehe herkommen, erhalten keine Pension, wenn nicht der Vater später wieder in wirkliche Dienstleistung getreten ist.

Hofkammer-Decret vom 4. December 1834, S. 130, Nr. 2676.

- Wann die Kinder eines im Pensions- oder Provisionsstande verstorbenen Beamten oder Dieners eine Pension, Provision oder einen Erziehungsbeitrag erhalten.

Hofkammer-Decret vom 26. Mai 1835, S. 10, Nr. 25.

- Vorschrift über die Erziehung der Kinder aus gemischten Ehen in der Bukowina.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1835, S. 22, Nr. 37.

- Zur Entlassung eines Kindes aus der väterlichen Gewalt ist das zurückgelegte zwanzigste Lebensjahr nicht als unerläßliche Bedingung vorgeschrieben.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juni 1835, S. 23, Nr. 38.

- Wann die von einer von Tisch und Bett gerichtlich geschiedenen Ehegattin gebornen Kinder für ehelich zu halten seien.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juni 1835, S. 23, Nr. 39.

- Vorschrift über die Eintragung der Väter unehelicher Kinder in die Taufbücher.

Hofkanzlei-Decret vom 27. Juni 1835, S. 27, Nr. 44.

- Die Aburtheilung der mit Pensionen, Provisionen, Erziehungsbeiträgen und Gnabengaben be-theilten Beamtenswaisen, wegen Verbrechen, ist der betreffenden Cameral- oder politischen Behörde anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Februar 1839, S. 324, Nr. 333.

- Bestimmung des Gerichtsstandes für die Kinder der Bezirkscommissäre, Bezirks-, Orts- und Criminalrichter auf dem Lande in Kärnten.

Justiz-Hofdecret vom 8. November 1841, S. 654, Nr. 570.

Kinder. Beschränkung des Heimfallsrechtes des Wiener Magistrates auf die erblosen Verlassenschaften der im Burgfrieden Wiens sterbenden unehelichen Kinder.

Hofkammer-Decret vom 28. April 1842, S. 27, Nr. 612.

- Vorschrift über die Betheiligung jener Beamtenwitwen mit einem Erziehungsbeitrage für Kinder, welche erst im Ruhestande ihres Vaters geboren worden sind.

Hofkammer-Decret vom 14. Mai 1842, S. 36, Nr. 615.

- Wie uneheliche durch die nachgefolgte Ehe oder durch landesfürstliche Begünstigung legitimirte Kinder der Beamten hinsichtlich der Erlangung einer Pension oder Provision zu behandeln sind.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Juni 1842, S. 43, Nr. 621.

- aus Ehen zwischen Katholiken und Katholiken. Bestimmungen bezüglich der ausgestellten Reverse über die Erziehung derselben in der katholischen Religion.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Juli 1842, S. 44, Nr. 624.

- Gültigkeit der bei gemischten Ehen wegen Erziehung der Kinder in der katholischen Religion ausgestellten Reverse.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Juni 1843, S. 125, Nr. 714.

- Vorschrift über die Bemessung der Erziehungsbeiträge für Kinder pensionsfähiger Staatsdiener.

Hofkammer-Decret vom 25. Jänner 1844, S. 191, Nr. 779.

- Wegen des Unterhaltes eines unehelichen Kindes kann die Besoldung eines Beamten, als zur Verpflegung desselben verpflichteten Vaters, mit Verbot belegt werden.

Hofkammer-Decret vom 30. November 1844, S. 242, Nr. 850.

- Vorschrift über die Behandlung der Kinder verstorbenen Beamten und minderere Diener, deren Mutter für dieselben Erziehungsbeiträge genoss und wegen eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Übertretung ihrer Pension oder Provision verlustig wurde.

Hofkammer-Decret vom 7. October 1845, S. 277, Nr. 903.

- Vorschrift über die Erziehung der Kinder, nachdem die katholische Gattin in einer sogenannten gemischten Ehe zum katholischen Glauben übertritt.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Jänner 1847, S. 404, Nr. 1020.

- S. auch Katholiken, Adoptivkinder.

Kindess-Annehmung. S. Annehmung an Kindes statt.

Kirchen. Die Kirchen sind von den ihnen zufallenden Erbschaften ein Depositen-Zählgeld zu entrichten nicht verbunden.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1828, S. 109, Nr. 2327.

- Vorschrift über die Vollziehung des letzten Willens, wodurch einer Kirche eine Erbschaft oder ein Vermächtniß zufällt.

Justiz-Hofdecret vom 29. August 1836, S. 91, Nr. 154.

- Die Vertretung jeder Kirche, wegen Einbringung und Sicherstellung eines derselben angefallenen Erbvermögens, liegt dem Fiskalante ob.

Hofkanzlei-Decret vom 24. November 1837, S. 161, Nr. 243.

Kirchen-Capitalien können bei dem ordentlichen gutsherrlichen Gerichte eingeklagt werden, wenn auch des Schuldners Gerichtsherr zugleich Vogt oder Patron der Kirche ist.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1827, S. 81, Nr. 2278.

Kirchengüter. In der Verwaltung der Kirchengüter wird derzeit keine Aenderung vorgenommen, jedoch ist zur Führung des Grundbuchs bei denselben jederzeit ein dazu eigens beeidigtes Individuum zu bestellen.

Justiz-Hofdecret vom 18. November 1826, S. 55, Nr. 2233.

Kirchenstaat. S. Päpstliche Regierung.

Kirchliche Freierlichkeiten. S. Freierlichkeiten.

Risten. Bestimmung des Trägerlohnes für das Abholen und Austragen der über 25 Pfunde wiegenden Risten für die Diener des niederösterreichischen Appellationsgerichtes.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1847, S. 418, Nr. 1030.

Rißbüchel. Die Heimsagung des fürstlich Lamberg'schen Landgerichtes Rißbüchel wird angenommen, und die Errichtung eines landesfürstlichen Landgerichtes erster Classe zu Rißbüchel genehmigt.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1839, S. 353, Nr. 386.

— Vertheilung des Landgerichtes Rißbüchel im Unter-Innthalen Kreise in Tirol mit Einem Adjutanten für einen Concepts-Practikanten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

Kläger. In welchen Fällen der Kläger für den abwesenden Beklagten, oder dessen Aufenthalt unbekannt ist, die Urtheilskaxe zu entrichten hat.

Hofkammer-Decret vom 30. Juni 1837, S. 132, Nr. 210.

— Zur Aufsehung der von einem Militär ohne gehörige Erlaubniß geschlossenen Ehe, sowie zur Verstreitung eingegangener Ehen, wegen öffentlichen Ehehindernisses überhaupt, bedarf es eines eigens bestellten Klägers nicht.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1839, S. 360, Nr. 392.

— Dem Kläger steht sowohl wegen behaupteter Ungiltigkeit des Testaments, als wegen des Erbrechtes zu einer Verlassenschaft, nach erfolgter Einantwortung derselben, frei, den Erben entweder bei der Verlassenschafts-Abhandlungsbehörde, oder bei dessen persönlichem Richter zu belangen.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juni 1845, S. 269, Nr. 893.

Klagen. Die Klage gegen den Bürgen für förmliche oder trodene Wechsel gehört vor eben das Gericht, bei welchem derselbe wegen einer anderen Bürgschaft belangt werden könnte.

Justiz-Hofdecret vom 1. September 1821, S. 45, Nr. 1794, 4.

— Wegen Ueberreichung der Aufforderungsklagen in Zollsachen von den in dem Laibacher oder Erlester Gouvernements-Bezirke wohnenden notionirten Parteien.

Justiz-Hofdecret vom 20. Mai 1825, S. 301, Nr. 2097.

— Wo die Klagen, wegen Forderungen einzelner Mündel und Pflegebefohlenen oder einer gemeinschaftlichen Waisencasse gegen Unterthanen oder Gerichts-Insaßen des obervormundschaftlichen Gerichtes, einzubringen sind.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juli 1825, S. 312, Nr. 2117.

— wegen der Forderungen der Kirchen und Stiftungen können bei dem ordentlichen gutsherrlichen Gerichte angebracht werden, wenn auch der Schulners Gerichtsherr zugleich Vogt und Patron der Kirche ist.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1827, S. 81, Nr. 2278.

— Ueber schriftliche Klagen kann noch die mündliche Verhandlung eintreten.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juni 1828, S. 126, Nr. 2352.

— Die Klagen griechischer Piraten oder Unterthanen in Prisenfachen sind an das competente Civil- oder Militärgericht zu weisen.

Justiz-Hofdecret vom 5. December 1828, S. 140, Nr. 2373.

— Wirkung des Widerrufes der von dem Beleidigten angebrachten Klage um Bestrafung einer Mißhandlung.

Justiz-Hofdecret vom 10. Jänner 1833, S. 73, Nr. 2585.

— Vorschrift über die Zustellung der Klagen an außer Landes wohnende Personen, deren Aufenthalt bekannt ist.

Justiz-Hofdecret vom 11. Mai 1833, S. 91, Nr. 2612.

Klagen. Bestimmung der Fälle, in welchen die Gemeinden in Görz und Gradiska vor Ueberreichung der Klage einen Vergleichs-Versuch zu bewirken haben.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1834, S. 129, Nr. 2674.

- mittelst welchen die Erklärung der Nullität oder Ungiltigkeit oder die Wiberzuzung der Exccutionsbescheide begehrt wird, sind vom Richter erster Instanz von Amtswegen zurück zu weisen.
Justiz-Hofdecret vom 22. Juni 1836, S. 84, Nr. 145.

- Auf die Erfüllung der aus Gelegenheit nachtheiliger Verabredungen bei öffentlichen Versteigerungen gemachten Versprechen findet kein Klagerecht Statt.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Juni 1838, S. 239, Nr. 277.

- Vorschrift über die Behandlung der auf einen vollen Glauben verdienende Urkunde sich gründenden Klagen.

Justiz-Hofdecrete vom 7. Mai 1839, S. 338, Nr. 358, und 28. September 1840, S. 532, Nr. 467.

- Vorschrift über die Zustellung der Klagen an die in Privatdiensten fremder Gesandten stehenden Personen.

Justiz-Hofdecret vom 2. September 1839, S. 348, Nr. 375.

- Bei den Verhandlungen über auf vollen Glauben verdienende Urkunden sich gründenden Klagen hat der Versuch einer vorläufigen Conciliation nicht Statt; jedoch hat der Richter bei der Tagssatzung die streitenden Parteien zu einer gütlichen Ausgleichung zu bereben.

Justiz-Hofdecret vom 28. September 1840, S. 532, Nr. 467.

- Vorschrift für die Justizbehörden, über das Verfahren hinsichtlich der von bairischen Unterthanen wider österreichische Unterthanen bei bairischen Gerichten angebrachten und von diesen verbeschiedenen Klagen.

Justiz-Hofdecret vom 13. Juli 1841, S. 594, Nr. 548.

- Dem Fiscalamte in Dalmatien wird gestattet, vor Anstrengung der ordentlichen Klage bei dem Collegialgerichte zu Cattaro den Geklagten zu einer Tagssatzung vorladen zu lassen, bei welcher der Gegenstand durch Vermittlung des Gerichtes und mit Zuziehung eines Cameral- oder Kreiskamts-Beamten gütlich auszugleichen versucht werde.

Justiz-Hofdecret vom 13. September 1842, S. 61, Nr. 641.

- Vorschrift über die Anbringung der Klagen im summarischen Verfahren bei Civilgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- Vorschrift über die Behandlung der anhängigen Klagen auf die Löschung eines in die öffentlichen Bücher eingetragenen Rechtes.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 330, Nr. 951.

- wegen schuldigem Miethzins gehören, ohne Rücksicht auf den Betrag der Forderung, zum summarischen Verfahren bei den Grundgerichts-Verwaltungen der Vorstädte Wiens.

Justiz-Hofdecret vom 7. October 1846, S. 373, Nr. 988.

- Vorschrift über die Anbringung und Verhandlung der Klagen im summarischen Verfahren bei Militärgerichten.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Vorschrift über das Verfahren bei Klagen, welche gegen mehrere Geklagte gerichtet sind.

Justiz-Hofdecret vom 5. März 1847, S. 435, Nr. 1042.

- Vorschrift über die Anbringung der Klagen im summarischen Verfahren bei den dalmatinischen Gerichtsstellen.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

- auf Entschädigung. S. Entschädigung.

Klagenfurt. Vorschrift über die Verwaltung des unterthänigen Waisenvermögens im Klagenfurter Kreise.

Justiz-Hofdecret vom 16. Februar 1822, S. 79, Nr. 1839.

- Abstellung der Ausstellung der Schirmbriefe und der Einhebung der Schirmbrieftaxe bei Besitzveränderungen im Klagenfurter Kreise; dann Vorschrift über den Bezug der Grundbuch- und Lorgebühren.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1825, S. 291, Nr. 2078.

- Vereinigung des Klagenfurter Kreises mit Illirien; Zeitpunkt der Wirksamkeit dieser Vereinigung.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1825, S. 295, Nr. 2083.

- Vorschrift über die Besetzung der Sindikerstelle bei den Municipal-Städten und Märkten im Klagenfurter Kreise.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1825, S. 302, Nr. 2100.

- Das Stadt- und Landrecht zu Klagenfurt hat mit dem vortigen Magistrat über Gewerbsachen durch Ersuchsschreiben zu verhandeln.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juli 1825, S. 313, Nr. 2119.

- Bestimmung der Gebühren für die bei den Herrschaften und Magistraten des nun mit Illirien vereinigten Klagenfurter Kreises errichteten Privat-Urkunden der Unterthanen und Gerichts-Insaßen.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1825, S. 325, Nr. 2136.

- Bestimmung der Vormundschaftsbehörde für Findel- und Waisenfinder im Klagenfurter Kreise.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1833, S. 104, Nr. 2636.

- Die Heimsagung und Unterordnung des freien Landgerichtes Stadtmagistrates St. Veit, hinsichtlich der Ausübung der Criminal-Gerichtsbarkeit unter das Stadt- und Landrecht zu Klagenfurt, wird genehmiget.

Justiz-Hofdecret vom 24. December 1839, S. 363, Nr. 399.

- Recht des Oberbergamtes zu Klagenfurt, die zur Sicherstellung des Allerhöchsten Aezariums nöthigen gerichtlichen Verfügungen durch die Fiscalämter zu erwirken.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1840, S. 486, Nr. 430.

- Vorschrift über die Anlegung der den Minderjährigen und Pflegebefohlenen gehörigen Selbstträge (Waisengelder) auf die Häuser der Stadt Klagenfurt mit Einschluß ihrer Vorstädte.

Justiz-Hofdecret vom 23. October 1843, S. 160, Nr. 755.

- Die judiciellen Fiscal-Agenden, sie mögen Gegenstände in oder außer Streitsachen in sich fassen, haben die eigentliche Gestion des Klagenfurter Filial-Fiscalamtes zu bilden.

Hofkammer-Decret vom 23. Jänner 1844, S. 189, Nr. 777.

- Das kärnthnerische Stadt- und Landrecht wird auch für die vier Landgerichtsbezirke von Haimburg, Hollenburg, Sonnegg und Weissenegg als alleiniges Criminal-Untersuchungs- und Spruchgericht erklärt.

Justiz-Ministerial-Decret vom 23. Mai 1848, S. 636, Nr. 1154.

- S. auch Kärnten.

Klagerecht. S. Klagen.

Klaubzehent. S. Zehent.

Klausen. Mit dem landesfürstlichen Landgerichte Klausen in Tirol wird das Patrimonialgericht Gufdau, mit Ausnahme des Thales Gröden und der Gemeinde Kallfuschgg, vereinigt.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1827, S. 85, Nr. 2286.

Kleidung. Wegen Bekleidung mittelloser Gefällig-Arrestanten.

Justiz-Hofdecret vom 22. März 1824, S. 196, Nr. 1995.

Kloster. Vorschrift über die Ertheilung der Schuttlizenz für Klöster.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 28. April 1837, S. 123,

Nr. 198.

— S. auch Ordensgeistliche.

— S. auch Sorelle della sacra famiglia.

Klostergeistliche. S. Ordenspersonen.

Klosterrealitäten. S. Realitäten.

Knallpräparate. Bestimmung über den Transport der Knallpräparate auf den Eisenbahnen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §. 15.

Koburg. S. Sachsen.

König von Ungarn. Der durchlauchtigste Herr Erzherzog Ferdinand führen nach Höchstniger Krönung den Titel: König von Ungarn und Kronprinz der übrigen kaiserlich-österreichischen Staaten; die gegen Höchstnigenselben zu beobachtende Courtoisie ist Euere Majestät.

Justiz-Hofdecree vom 8. October 1830, S. 210, Nr. 2486.

Königgrätz. Für den Königgräzer Kreis werden um zwei Advocaten mehr als bisher bestellt, der Eine davon hat seinen Wohnsitz in Königgrätz, der Andere in Kostelitz am Adlerflusse zu nehmen; hiezu sind nur schon bermal zur Partei-Vertretung in Böhmen befugte und der böhmischen Sprache vollkommen kundige untadelhafte Individuen zu wählen.

Justiz-Hofdecree vom 12. Mai 1840, S. 489, Nr. 434.

Königsberg. Anstatt des anheimgefügten Patrimonialgerichtes Königsberg und Grumes in Tirol wird ein landesfürstliches Landgericht zweiter Classe zu Lavis errichtet.

Hofkanzlei-Decret vom 18. März 1834, S. 110, Nr. 2648.

Königsberg-Mulendorf. Dem Haupte der reichsfürstlich-gräflichen Familie Königsberg-Mulendorf gebührt der Titel „Erlaucht“.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Körperliche Strafen. S. Strafen.

— Züchtigung. S. Züchtigung.

Köthen. S. Anhalt.

Kolomea. Das bisher zu Stanislawow in Galizien bestandene Districtual-Berggericht wird definitiv nach Kolomea übersezt.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Februar 1843, S. 96, Nr. 682.

Kopfbedeckung. Zur Ablegung der vorschristmäßigen Kopfbedeckung können die Individuen der Gränzwache von der Civil- oder Criminalbehörde nicht verhalten werden.

Justiz-Hofdecree vom 17. August 1835, S. 39, Nr. 74.

Kost. Vorschrift über die Behandlung der Criminal-Sträflinge hinsichtlich ihrer Beföstigung.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juli 1835, S. 32, Nr. 56.

— Vorschrift über die Beföstigung der Sträflinge des schweren Kerkers, welche bei den Criminal-gerichten ihre Strafe vollziehen.

Justiz-Hofdecree vom 1. December 1835, S. 61, Nr. 98.

— Vorschrift über die Beföstigung der auf dem Spielberg befindlichen Sträflinge.

Hofkanzlei-Decret vom 20. April 1837, S. 122, Nr. 196.

— Vorschrift über die Beföstigung der Criminal- und politischen Sträflinge in Dalmatien.

Justiz-Hofdecree vom 25. Mai 1844, S. 210, Nr. 808.

— Vorschrift über die Beföstigung der in den Frohnfesten Mährens und Schlesiens wegen Verbrechen angehaltenen unvermögligen Inquisiten und Sträflinge.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Jänner 1845, S. 251, Nr. 863.

Kostelitz. Von den im Königgräzer Kreise um zwei vermehrten Advocaten hat der Eine in Kostelitz am Adlerflusse seinen Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecree vom 12. Mai 1840, S. 489, Nr. 434.

Kosten. Wie die Criminalkosten, um ihre Einbringung, wenn sie statt findet, zu sichern, von den landesfürstlichen Criminalgerichten der Landesstelle ausgewiesen werden sollen.

Justiz-Hofdecret vom 6. October 1821, S. 52, Nr. 1807.

- Wer bei den zur Erhebung des Thatbestandes angezeigter Verbrechen abgeordneten Commissionen die Kosten zu tragen habe.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juni 1824, S. 210, Nr. 2013.

- Vorschrift über die Hereinbringung der Herstellungskosten der Wirthschaftsgebäude auf den zur Dotation geistlicher Pfründner angewiesenen Gütern und Realitäten nach dem Ableben dieser Pfründner.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1824, S. 260, Nr. 2027.

- Jeder Criminal-Untersuchung ist das Kosten-Verzeichniß beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1828, S. 142, Nr. 2378.

- Vorschrift über die Vergütung der Kosten des Standrechtes in Fällen, wo das Standrecht die Untersuchung dem ordentlichen Criminalgerichte zuweist.

Justiz-Hofdecret vom 22. März 1833, S. 80, Nr. 2604.

- Verpflichtung des Militär-Aerars zur Tragung der Kosten für die Beiziehung von Militär-Commanden zur Vollstreckung der Todesurtheile an Civil-Personen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1840, S. 479, Nr. 417.

- Vorschrift über die Tragung der Untersuchungskosten bei den als einfache Polizeivergehen in der Untersuchung sich darstellenden Facten.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1841, S. 581, Nr. 540.

- Vorschrift über die Censurirung der aus Anlaß der Liquidirung der landesfürstlichen Lehen aus dem Staatschätze zu vergütenden Kosten.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1842, S. 74, Nr. 656.

- Vorschrift über die Vergütung der Verpflegskosten für die während einer Voruntersuchung von politischen Obrigkeiten verhafteten Criminal-Inquisiten.

Hofkanzlei-Decret vom 5. December 1844, S. 242, Nr. 851.

- Die mit der Criminalgerichtspflege in Böhmen verbundenen Kosten werden vom Jahre 1846 angefangen als Staatsaufwand erklärt.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Februar 1845, S. 252, Nr. 867.

- in Criminal-Angelegenheiten. S. Criminalkosten.
- in schweren Polizei-Übertretungsfällen. S. Criminalkosten.

Kostenfreie Behandlung. S. Behandlung.

Krain. Uebertragung der Appellationsgeschäfte des Carlsstädter Kreises von dem Stadt- und Landrechte in Laibach an das kustenländische Appellationsgericht.

Justiz-Hofdecret vom 29. September 1821, S. 51, Nr. 1803.

- Bestimmung der Zahl der Advocaten für Kärnthen und Krain.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1822, S. 93, Nr. 1865.

- Für das Krainer Stadt- und Landrecht wird die Zahl der Auscultanten auf sieben bestimmt.

Justiz-Hofdecret vom 21. Juli 1826, S. 35, Nr. 2205.

- Bestimmung der Diäten für die landesfürstl. Bezirkscommissäre im Laibacher Gouvernementsgebiete

Hofkammer-Decret vom 16. April 1828, S. 118, Nr. 2339.

- In der Provinz Krain wird keinem Advocaten der Wohnsitz außer der Hauptstadt Laibach erlaubt; die Zahl derselben darf auf vierzehn gebracht werden, ist aber allmählig auf zehn zu vermindern.

Justiz-Hofdecret vom 23. April 1830, S. 195, Nr. 2461.

- Ausdehnung der auf die Verantreuung der Waisen- und Depositengelder gesetzten Strafen auf Krain.

Hofkanzlei-Decret vom 8. März 1832, S. 35, Nr. 2552.

- Vorschrift über den Erbpfand-Zehent in Krain.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Februar 1833, S. 78, Nr. 2594.

Krain. Statt der heimgesagten Bezirksverwaltung von Kreutberg in Krain, werden in Verbindung mit dem Bezirke Ponowitzsch und Egg ob Podpetsch, zwei landesfürstliche Bezirkscommissariate zweiter Classe zu Wartemberg und Egg ob Podpetsch aufgestellt.

Hofkanzlei-Decret vom 30. October 1840, S. 535, Nr. 471.

- Annahme der Heimfagung der delegirten Bezirksverwaltung von Weissenfels in Krain, und Errichtung eines landesfürstlichen provisorischen Bezirkscommissariates dritter Classe mit dem Amtssitze im Orte Kronau.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Jänner 1841, S. 554, Nr. 500.

- Beobachtung bei Besetzung der Advocatenstellen in Krain auf die zur Ausübung der Praxis bei Vergerrichten befähigten Individuen.

Justiz-Hofdecret vom 6. December 1841, S. 657, Nr. 575.

- Errichtung von landesfürstlichen Bezirkscommissariaten dritter Classe in den Bezirken Treffen, Sauerstein und Rassenfuss im Neustädter Kreise in Krain.

Justiz-Hofdecret vom 27. Juni 1843, S. 126, Nr. 716.

- Erhebung des landesfürstlichen Bezirkscommissariates Prem zu Feistritz in Krain von der dritten in die zweite Classe.

Justiz-Hofdecret vom 31. Juli 1843, S. 132, Nr. 729.

- Gründung eines geognostisch-montanistischen Vereines für die Provinz Krain; Begünstigungen für denselben.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 31. August 1843, S. 137, Nr. 737.

- Vorschrift über die Vertilgung der alten unbrauchbaren Registraturacten bei den landesfürstlichen Criminal- und Civil-Collegialgerichten in Krain.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1843, S. 149, Nr. 751.

- Bestimmung der kärnthnerischen Fiscal-Agenten, welche ausschließend durch die Laibacher Kammerprocuratur zu vollbringen sind.

Hofkammer-Decret vom 23. Jänner 1844, S. 189, Nr. 777.

- Vorschrift über den Bezug der von Erasmus Grafen von Lichtenberg zu Gunsten des dem Staatsdienste sich widmenden jungen Adels der Provinz Krain gemachten Adjutenstiftung.

Hofkammer-Decret vom 31. Juli 1844, S. 214, Nr. 822.

- Erhöhung der Zahl der Advocaten in Krain auf vierzehn, wovon vier Land-Advocaten und zwar Einer in Adelsberg, Einer in Krainburg und zwei in Neustadt mit dem Rechte der Parteivertretung in allen drei Kreisen, mit Ausschluß der Hauptstadt Laibach, ihren Wohnsitz zu nehmen haben, wogegen die übrigen zehn Advocaten mit dem Wohnsitz in Laibach zur Parteivertretung in ganz Krain berechtigt seyn sollen.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1846, S. 317, Nr. 936.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei den Gerichtsstellen erster Instanz in Krain.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1847, S. 466, Nr. 1075.

Krainburg. Errichtung eines landesfürstlichen Bezirkscommissariates II. Classe zu Krainburg in Jüriten aus den Hauptgemeinden Krainburg und Raclás.

Justiz-Hofdecret vom 24. April 1844, S. 207, Nr. 801.

- Anstellung eines Advocaten für den Laibacher Kreis mit dem Wohnsitz zu Krainburg und der Berechtigung zur Parteivertretung in allen drei Kreisen Krains, mit Ausschluß der Hauptstadt Laibach.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1846, S. 317, Nr. 936.

Krafsau. An Unterthanen der freien Stadt Krafsau dürfen Erbschaften ohne Abzug erfolgt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 8. März 1827, S. 71, Nr. 2264.

- Zur Ansiedlung fremder Unterthanen in Krafsau ist die Aufnahmsbewilligung des dortigen Senates erforderlich.

Hofkanzlei-Decret vom 13. April 1837, S. 120, Nr. 192.

Krakau. Auf Urtheile der Gerichtsbehörden des Freistaates Krakau ist ohne Vernehmung des Gegners keine Execution zu erteilen.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1838, S. 279, Nr. 298.

- Verwaltung der Criminalgerichtsbarkeit über die der schutzherrlichen Untersuchungs-Commission in Krakau zugewiesenen Verbrechen von der statt dieser bestellten k. k. Criminal-Commission, in Betreff aller anderen Verbrechen aber in erster Instanz von dem Landgerichte (Tribunale) in Krakau, in zweiter Instanz rüchichtlich aller Verbrechen vom galizischen Appellationsgerichte und in dritter Instanz von der obersten Justizstelle.

Justiz-Hofdecret vom 24. December 1846, S. 399, Nr. 1014.

- Regulirung des Besitzstandes der bäuerlichen Grundbesitzer im Krakauer Gebiete.

Erlaß vom 10. Mai 1847, S. 461, Nr. 1064.

- Vorschrift über die Behandlung der Beamten und Diener des erloschenen Freistaates Krakau, dann ihrer Witwen und Waisen hinsichtlich ihrer Genüsse.

Allerhöchste Entschließung vom 31. Juli 1847, S. 466, Nr. 1077.

- Der Rechtszug vom Districtual-Berggerichte zu Wieliczka, als dem für das Krakauer Gebiet provisorisch bestimmten Berggerichte erster Instanz, ist an das galizische Appellationsgericht und von diesem an die oberste Justizstelle zu leiten, und sind den zu fällenden Entscheidungen einstweilen die bisher in diesem Gebiete geltenden Berggesetze zum Grunde zu legen.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1847, S. 477, Nr. 1098.

Kranke. Behandlung der zur schwersten Kerkerstrafe verurtheilten Sträflinge auf dem Spielberge in schweren Krankheiten; dabei nöthige Vorschriften.

Justiz-Hofdecret vom 1. October 1821, S. 51, Nr. 1805.

Kranken-Anstalten. Die Verlassenschaftsbeiträge für die Kranken-Anstalten der Städte Wien Prag, Brünn, Olmütz, Lemberg und Orag haben bis auf weiteres fort zu bestehen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

Krankenhaus. Verfügungen über die von den Personen, welche im Wiener allgemeinen Krankenhaus gestorben sind, hinterlassenen Effecten.

Hofkanzlei-Decret vom 5. August 1829, S. 167, Nr. 2422.

- Vorschrift über die Anlegung der Sperre und Vornahme der Inventur auf den Nachlaß der in einem Versorgungshause oder Spitale verstorbenen Personen.

Hofkanzlei-Decret vom 5. November 1835, S. 54, Nr. 92.

- Herabsetzung der Frist auf sechs Wochen zur Bekanntmachung der Verfügung der Abhandlungs-Instanz über den in Verwahrung des allgemeinen Krankenhauses befindlichen Nachlaß eines daselbst Verstorbenen.

Justiz-Hofdecret vom 4. December 1837, S. 162, Nr. 244.

- Vorschrift über die Bemessung und Einhebung des einhalbpcentigen Verlassenschafts-Beitrages für den Prager Krankenhausfond.

Hofkanzlei-Decret vom 14. August 1839, S. 346, Nr. 373.

- Befreiung der Armen- und anderen Wohlthätigkeits-Anstalten von Entrichtung des einhalbpcentigen Verlassenschafts-Beitrages zum Krankenhausfonde von den ihnen erdweise zufallenden Verlassenschaften.

Hofkanzlei-Decret vom 21. August 1841, S. 604, Nr. 557.

- Die Effecten der im allgemeinen Krankenhaus Verstorbenen sind an die von der Abhandlungsbehörde dazu berechtigten Parteien zu erfolgen; die Verpflegskosten-Ausstände sind bei Aufnahme der Tobtenfälle von Seite des Sperrcommissärs gehörig anzumelden.

Hofkanzlei-Decret vom 15. December 1842, S. 76, Nr. 661.

Krankenhaus. Auf welche Inquisiten der §. 306, I. Theiles des Strafgesetzes, in Fällen einer unter den Criminal-Inquisiten in den Criminal-Gerichtshäusern in Böhmen ausbrechenden Epidemie anzuwenden sei.

Älterhöchste Entschliessung vom 1. Juli 1845, S. 270, Nr. 894.

- Vorschrift über den Ertrag der Alimntationsgebühren für Schuldner, die aus dem Schulden-arreste in das Wiener allgemeine Krankenhaus kommen.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 6. Juni 1848, S. 639, Nr. 1159.

Krankheitszeugnisse. S. Zeugnisse.

Kreisämter. Art der Correspondenz zwischen den Kreisämtern und den Magistraten.

Justiz-Hofdecret vom 28. Mai 1822, S. 107, Nr. 1874.

- haben bei den Kreisbereisungen auf die Grundbuchsführung eine vorzügliche Aufmerksamkeit zu richten.

Hofkanzlei-Decret vom 18. October 1822, S. 121, Nr. 1903.

- Vorschrift für Kreisämter über ihr Verhalten bei Entweichung der Criminal-Inquisiten aus dem Verhafte.

Justiz-Hofdecret vom 21. December 1822, S. 125, Nr. 1916.

- Eintreibung der wider Magistrate, Obrigkeiten oder ihre Justizämter und Gränzkämmerer gericht-lich verhängten Strafbeträge durch die Kreisämter.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1823, S. 137, Nr. 1926.

- Die gerichtliche Genehmigung des Darlehensvertrages, wodurch ein Gutsherr Gelder aus der Waisencasse des eigenen Gutes entlehnt, ist durch das Kreisamt anzufuchen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Mai 1824, S. 209, Nr. 2010.

- Besetzungsvorschläge für bei Municipal-Städten und Märkten in Steiermark und dem Klagen-furter Kreise erledigte Syndiker-Stellen, sind an das Kreisamt zu erstatten.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1825, S. 302, Nr. 2100.

- in Böhmen haben sich in ihrer Correspondenz mit den Criminalgerichten der Form von Noten oder Ersuchschreiben zu bedienen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1826, S. 37, Nr. 2208.

- Bei den Kreisämtern haben die unterthänigen oder Schutzstädte die Bewilligung zur Führung eines Rechtsstreites wider ihre Obrigkeit anzufuchen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Juli 1826, S. 39, Nr. 2209.

- Anzeigen an das Kreisamt über den einem herrschaftlichen Oberbeamten ertheilten Urlaub.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1827, S. 91, Nr. 2301.

- Den Kreisämtern sind die gerichtlichen Güterschätzungs-Inventarien nicht mehr zur Vidirung und Unterfertigung mitzutheilen.

Justiz-Hofdecret vom 26. Jänner 1828, S. 108, Nr. 2325.

- Form der Correspondenz zwischen den landesfürstlichen Pleggerichten und den Kreisämtern in Civil- und Criminal-Justiz-Angelegenheiten in Oesterreich ob der Enns.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juli 1830, S. 201, Nr. 2471.

- Form der Correspondenz zwischen den Kreisämtern und den Magistraten in gerichtlichen Ange-legenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juli 1830, S. 201, Nr. 2471.

- Dem Kreisamte haben die Landgerichte in Steiermark die Prüfung und Beeidigung der Land-gerichtsbienner anzuzeigen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. Juni 1833, S. 94, Nr. 2619.

- Form der Correspondenz der Kreisämter mit Magistraten über Civil- und Criminal-Angelegen-heiten.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1834, S. 114, Nr. 2658.

Kreisämter. Dem Kreisamte steht die Entscheidung in erster Instanz zu, ob ein Israelit aus dem gesegwidrigen Besitze einer christlichen Realität zu setzen sei.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1835, S. 61, Nr. 100.

- Bestimmung der erforderlichen Studien zu Anstellung in Kanzleien und Manipulationsämtern der Kreisämter.

Justiz-Hofdecret vom 24. Mai 1836, S. 83, Nr. 143.

- Von der Disposition der landesfürstlichen Criminalgerichte durch Kreisämter hat es abzukommen.

Justiz-Hofdecret vom 24. December 1838, S. 315, Nr. 320.

- Amtswirksamkeit der Kreisämter bei Rechtsstreitigkeiten der Gemeinden. Einleitung von Vergleichsverfahren vor Verrückung des Rechtsweges.

Hofkanzlei-Decret vom 30. April 1840, S. 484, Nr. 428.

- Kreisämter haben die postportofreie Correspondenz der an ihrer Seite befindlichen Kreisärzte in Sanitätsachen zu besorgen.

Hofkammer-Decret vom 10. Februar 1841, S. 559, Nr. 506.

- Vorschrift für die Kreisämter über die Verfassung und Einsetzung der Jahresbau zweife über schwere Polizei-Übertretungen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Februar 1843, S. 96, Nr. 681.

- Das Kreisamt ist als das competente Gericht für die Mitglieder der Finanzwache über einfache Vergehen gegen Polizeivorschriften in jenen Orten anzusehen, in welchen es für solche Vergehen keine landesfürstliche erste Instanz gibt.

Hofkammer-Decret vom 21. April 1843, S. 105, Nr. 696.

- Einvernehmen der Collegialgerichte in Tirol mit den Kreisämtern bei Ernennung des Sanitäts-personales für die dortigen Criminal-Inquisitionshäuser.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1843, S. 123, Nr. 709.

- Verträge über Robot-Ablösung unterliegen der Beurtheilung und Bestätigung des Kreisamtes.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Juli 1843, S. 130, Nr. 725.

- Die Verpflegskosten für die von den Kreisämtern wegen schweren Polizei-Übertretungen oder Polizeivergehen zum Arreste verurtheilten mittellosen Individuen sind aus dem Cameralsonde zu bestreiten.

Hofkanzlei-Decret vom 22. October 1843, S. 160, Nr. 754.

- Vorschrift über die Correspondenzform zwischen den Kreisämtern und den Bezirksgerichten in Mähren.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Jänner 1844, S. 188, Nr. 775.

- Zehent-Ablösungsverträge sind ohne Unterschied der Bestätigung des Kreisamtes zu unterzeichnen.

Hofkanzlei-Decret vom 14. März 1844, S. 197, Nr. 792.

- in Mähren, mit Ausnahme des Kreisamtes in Klagenfurt, sollen Bescheidumulierungen nicht mehr zum Gegenstande amtlicher Verhandlungen machen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. September 1844, S. 219, Nr. 827.

- Wirkungskreis der Kreisämter bei Behandlung der Beschwerden der Eigentümer der an die Staats-Eisenbahnen angrenzenden Gründe und Bergabhängen, hinsichtlich ihrer Entschädigungs-Ansprüche, wegen Beschränkung des Eigenthums und Benützungsvrechtes derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 233, Nr. 834.

- haben die zwischen den Grund- und Zehent-Herren und den Grund- und Zehenthöfen, wegen Ablösung der Robot, des Zehents und anderer Urbarialschuldigkeiten, abgeschlossenen Verträge zu bestätigen.

Hofkanzlei-Decret vom 18. December 1846, S. 395, Nr. 1012.

Kreisämter. Wenn Unterthanen zum Behufe der Ablösung der Robot- und Zehentschuldigkeit Theile ihres Grundbesitzes veräußern, hat das Kreisamt sich zu überzeugen, daß die Subsistenz der Unterthanen nicht gefährdet und ihre Wirtschaften im aufrechten Stande erhalten, dann daß die für diese Veräußerung gelösten Geldbeträge wirklich nur für die Robot- und Zehent-Ablösung verwendet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1848, S. 561, Nr. 1129.

Kreisärzte. Diäten- und Fuhrkosten-Vergütung für Kreisärzte bei Dienstverrichtungen in Sanitäts-Angelegenheiten.

Hofkammer-Decret vom 19. Mai 1823, S. 146, Nr. 1942.

- Vorschrift über die Ausstellung und Bestätigung ärztlicher Zeugnisse für Beamte und andere Parteien durch die Protomediker, Kreisärzte und andere öffentliche Sanitätsbeamte.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Juli 1830, S. 205, Nr. 2476.

- Vorschrift über die postportofreie Behandlung der Correspondenz der Kreisärzte in Sanitäts-sachen.

Hofkammer-Decret vom 10. Februar 1841, S. 559, Nr. 506.

- Befugniß der Criminalgerichte zu auswärtigen gerichtlich-medizinischen Untersuchungen, in Verhinderung des Kreisarztes oder Kreis-Wundarztes, andere Aerzte und Wundärzte beizuziehen.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Februar 1841, S. 560, Nr. 507.

Kreiscommissär. Zu den Stempel-Revisionen bei den Dominien und nicht vollständig organisierten Magistraten ist von einem Kreiscommissäre Assistenz zu leisten. Dieser hat für die Erhaltung des öffentlichen Ansehens der untersuchten Obrigkeit, für die Ordnung in den Registraturen und für die ungehinderte Fortführung der Amtsgeschäfte zu sorgen.

Justiz-Hofdecet vom 17. November 1826, S. 55, Nr. 2232.

- Den Kreiscommissären gebühren bei Untersuchungen über schwere Polizei-Übertretungen und einfache Polizei-Vergehen keine Diäten.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1841, S. 581, Nr. 540.

Kreis-Ingenieure. Vorschrift für das Landrecht bei Delegation landesfürstlicher Beamte, j. B. Kreis-Ingenieure in ihrer Eigenschaft als Kunstverständige zu gerichtlichen Commissionen.

Justiz-Hofdecet vom 27. Juli 1821, S. 41, Nr. 1783.

Kreis-Sanitätspersonal. S. Sanitäts-Personen.

Kreis-Physicate sind in der Correspondenz über Sanitäts-Angelegenheiten postportofrei.

Hofkammer-Decret vom 10. Februar 1841, S. 559, Nr. 506.

Kreis-Wundärzte. Diäten- und Fuhrkosten-Vergütung für Kreis-Wundärzte bei Dienstverrichtungen in Sanitäts-Angelegenheiten.

Hofkammer-Decret vom 19. Mai 1823, S. 146, Nr. 1942.

- Befugniß der Criminalgerichte zu auswärtigen gerichtlich-medizinischen Untersuchungen in Verhinderung des Kreisarztes oder Kreis-Wundarztes andere Aerzte und Wundärzte beizuziehen.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Februar 1841, S. 560, Nr. 507.

Kreutberg. Statt der heimgesagten Bezirksverwaltung von Kreutberg in Krain werden, in Verbindung mit dem Bezirke Ponowitz und Egg ob Podpetsch, zwei landesfürstliche Bezirkscommissariate zweiter Classe zu Wartenberg und Egg ob Podpetsch aufgestellt.

Hofkanzlei-Decret vom 30. October 1840, S. 535, Nr. 471.

Kreuz-Partikel. Verbot der Schätzung, des Verkaufes und der gerichtlichen Beschlagnehmung der Kreuz-Partikel und Reliquien, und der Uebertragung derselben an atatholische Erben.

Justiz-Hofdecet vom 25. November 1826, S. 56, Nr. 2234.

Kriegs-Artikel. Abänderung der Vorschrift des 21. Kriegs-Artikels über das Verfahren gegen Diejenigen, welche den Pest-Cordon überschreiten.

Hofkanzlei-Decret vom 14. März 1834, S. 109, Nr. 2645.

Kriegsdarlehens-Obligationen. S. Obligationen.

Kriegsdienste. Die auf die meineidige Entweichung aus dem Kriegsdienste festgesetzte Strafe der Vermögens-Confiscation wird aufgehoben und dafür Entschädigungs-Pauschalien eingeführt.
Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1842, S. 10, Nr. 599.

Kronau. Annahme der Heimsagung der delegirten Bezirksverwaltung von Weissenfels in Krain und Errichtung eines landesfürstlichen provisorischen Bezirkscommissariates dritter Classe mit dem Amtssitze im Orte Kronau.
Hofkanzlei-Decret vom 30. Jänner 1841, S. 554, Nr. 500.

Kronlehen. Vorschrift zur Hintanhaltung der Beeinträchtigung der Kronlehen in Böhmen.
Hofkanzlei-Decret vom 30. Jänner 1843, S. 94, Nr. 679.

— S. auch Lehen.

Kronprinz. Der durchlauchtigste Herr Erzherzog Ferdinand führen nach Höchstnher Krönung den Titel: König von Ungarn und Kronprinz der übrigen kaiserlich-österreichischen Staaten. Die gegen Höchstndenselben zu beobachtende Courtoisie ist: Euer Majestät.
Justiz-Hofdecret vom 8. October 1830, S. 210, Nr. 2486.

Krupp. Die Heimsagung der delegatorischen Verwaltung der Bezirksherrschaft Krupp in Illirien wird angenommen, und die Aufstellung zweier landesfürstlicher Bezirkscommissariate zweiter Classe für diesen Bezirk zu Tschernembl und zu Mödling genehmiget.
Hofkanzlei-Decret vom 3. Mai 1848, S. 618, Nr. 1141.

Kuchenbäcker. Verbot des Gebrauches der unverzinneten, dann Beschränkung des Gebrauches der verzinneten Kupfer- und Messing-Geschirre bei Kuchenbäckern, und bei allen mit der Erzeugung und dem Verkaufe von Gewaaren sich befassenden Gewerbsleuten.
Erlass des Ministeriums des Innern vom 19. September 1848, S. 661, Nr. 1183.

Kuefstein. Der Titel „Erlauch“ ist dem Haupte der mediatisirten reichsständischen gräflichen Familie Kuefstein von den Behörden in den Erlassen zu geben.
Justiz-Hofdecret vom 13. October 1829, S. 174, Nr. 2433.

Künstler. Mortuarbefreiung für Künstler des Freihauses von Triest, welche zur Zeit ihres Todes den Wohnsitz im Gebiete von Triest gehabt haben.
Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1839, S. 343, Nr. 369.

Küstenländisches Appellationsgericht. S. Appellationsgericht.

— **Gubernium.** S. Küstenland, Landesstelle.

Küstenland. Die küstenländischen Bezirke Capo d'Istria, Monastero, Monfalcone, Duino, Schwarzenegg und Fünfenberg werden in Mercantil- und Wechselsachen der Gerichtsbarkeit des Triester Mercantil- und Wechselgerichtes zugetwiesen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1822, S. 107, Nr. 1877.

— Wiedereinverleibung Civil-Croatiens und eines Theiles des Küstenlandes mit Ungarn mit 1. November 1822.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1822, S. 121, Nr. 1904.

— Errichtung eines landesfürstlichen Bezirkscommissariates dritter Classe für den Bezirk Sessana ober Schwarzenegg im Küstenlande.

Justiz-Hofdecret vom 20. August 1824, S. 264, Nr. 2037.

— Wegen Führung der Notistenbücher im Küstenlande durch Gemeinbeamtene oder Bezirksgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 28. Jänner 1825, S. 288, Nr. 2071.

— Territorial-Eintheilung des illirischen Küstenlandes.

Justiz-Hofdecret vom 25. Juni 1825, S. 310, Nr. 2114.

Küstenland. Dem Gubernium im Küstenlande steht die Bestätigung der in Triest angemeldeten Handlungs-Diten zu, und hat das Triester Mercantil- und Wechselgericht diesem Gubernium die nöthigen Auskünfte über den Activ- und Passiv-Stand der in Triest in Conkurs verfallenen Handelsleute zu geben.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1826, S. 8, Nr. 2169.

- Vorschrift über das Benehmen in Executions- und Conkursfällen in jenen Bezirken des vormalig venetianischen Antheiles des Küstenlandes, wo noch die unter dem Namen „Libri di notifiche“ bestehenden Vormerkbücher geführt werden.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juni 1827, S. 83, Nr. 2283.

- Bestimmung des Termins zur Ablegung der Fiscal-Prüfung im Küstenlande.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1828, S. 124, Nr. 2351.

- Welchen Verbrechern aus dem Küstenlande die Citabelle zu Gradiska als Strafort angewiesen ist.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1829, S. 161, Nr. 2408.

- Die Haftung der Octava im Küstenlande darf nur auf die aus dem Bande der Unterthänigkeit entspringenden Forderungen angewendet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Februar 1830, S. 184, Nr. 2449.

- Die Zustellungen in fiscalämlichen Angelegenheiten im Küstenlande sollen so viel möglich durch die Post bewirkt werden; geschehen sie durch Gerichtsbienner, so gebührt denselben ein Meilengeld.

Justiz-Hofdecret vom 12. März 1830, S. 186, Nr. 2452.

- Instruction für Gemeindevorsteher und Gerichtsgehilfen im Küstenlande zur Besorgung einiger Geschäfte des adelichen Richteramtes, dann Anstellung und Beerdigung derselben.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1830, S. 188, Nr. 2457.

- Errichtung einer vereinigten Cameral-Gefällen-Verwaltung für Älirien und das Küstenland mit dem Sitze zu Laibach.

Justiz-Hofdecret vom 27. August 1830, S. 205, Nr. 2477.

- Ausdehnung der auf die Veruntreuung der Waisen- und Depositengelder gesetzten Strafen auf das Küstenland.

Hofkanzlei-Decret vom 8. März 1832, S. 35, Nr. 2552.

- Anwendung der im Jahre 1803 für die österreichischen Staaten in Italien kundgemachten Gerichts-Ordnung in Processen des küstenländischen Fiscalamtes wider Unterthanen des ervenetianischen Istriens.

Justiz-Hofdecret vom 9. März 1832, S. 36, Nr. 2553.

- Die Heimfugung der delegirten Bezirksverwaltung zu Fünfenberg wird angenommen, der Bezirk derselben den landesfürstlichen Districtscommissariaten zu Capo d'Istria und Castelnuovo zugetheilt, das Letztere zu einem Districtscommissariate erster Classe erhoben, und der Antrag, sieben Untergemeinden von dem Districte des Commissariates zu Capo d'Istria zu trennen und den Commissariaten zu Montona und Pinquente zuzutheilen, genehmigt.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Mai 1832, S. 60, Nr. 2562.

- Die Instruction für das Prager Strafhaus-Sanitäts-Personale wird bei den Criminal-Inquisitionshäusern der küstenländischen Stadt- und Landrechte eingeführt.

Justiz-Hofdecret vom 18. April 1834, S. 112, Nr. 2652.

- Bestimmung der Gebühren der Gerichtsgehilfen im Küstenlande.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1834, S. 121, Nr. 2667.

Küstenland. Die in der Allerhöchsten Entschliessung vom 28. Juli 1814 enthaltene nähere Bestimmung des §. 119 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, in Betreff der Wiederverehelichung getrennter Katholiken bei Lebzeiten des vorigen Gatten mit einer katholischen Person, wird auch im Küstenlande kundgemacht.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Juli 1835, S. 34, Nr. 61.

- Bestimmung der Stempel- und Taxgebühren für die in Betreff der Notizenbücher im Küstenlande vorkommenden Urkunden und Amtshandlungen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 4. August 1840, S. 521, Nr. 461.

- Erhebung des landesfürstlichen Bezirkscommissariates Pinquente im Küstenlande aus der dritten in die zweite Classe.

Hofkanzlei-Decret vom 13. November 1840, S. 537, Nr. 477.

- Bestellung eines zweiten Advocaten zu Pirano im Küstenlande.

Justiz-Hofdecret vom 16. November 1840, S. 537, Nr. 478.

- Bestellung eines zweiten Advocaten zu Dignano im Küstenlande.

Justiz-Hofdecret vom 16. November 1840, S. 538, Nr. 479.

- Errichtung eines landesfürstlichen Bezirkscommissariates zweiter Classe zu Cormons im Küstenlande.

Hofkanzlei-Decret vom 23. April 1841, S. 571, Nr. 526.

- Vorschrift über die Vertilgung der alten unbrauchbaren Registratur-Akten bei den landesfürstlichen Civil- und Criminal-Collegialgerichten im Küstenlande.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1843, S. 149, Nr. 751.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei den Collegialgerichten und den Gerichtsstellen erster Instanz im Küstenlande.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1847, S. 466, Nr. 1075.

Kufstein. Theilung des Landgerichtes Kufstein im Unter-Innthalser Kreise in Tirol mit Einem Adjutum für einen Concepts-Practikanten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

Kundmachung. Abstellung des bei einigen Criminalgerichten herrschenden Unfuges der öffentlichen Kundmachung der auf fünf Jahre oder noch kürzere Strafbauer lautenden oder dem Recurse unterliegenden Criminal-Urtheile.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1821, S. 5, Nr. 1735.

- Vorschrift über die Kundmachung der Entsetzung oder Suspendirung eines Advocaten an die Gerichtsbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 1. December 1821, S. 65, Nr. 1819.

- Vorschrift über die Kundmachung des wider einen bereits Verstorbenen gefällten Criminal-Urtheiles.

Justiz-Hofdecret vom 6. Juni 1823, S. 149, Nr. 1945.

- Wie die Kundmachungen landesfürstlicher Gerichtsbehörden in Privat-Angelegenheiten durch das Amtsblatt der Wiener Zeitung zu bewirken seien.

Justiz-Hofdecret vom 17. Jänner 1824, S. 169, Nr. 1983.

- Wegen Kundmachung der Normalien im Justizfache durch den Druck von Seite der politischen Länderstellen und durch die Appellationsgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 308, Nr. 2107.

- Art der Kundmachung der Normal-Verordnung in Justizsachen.

Justiz-Hofdecret vom 16. November 1827, Nr. 106, Nr. 2319.

- der für Pestvergehen bestehenden und auf die Uebertreter der wider die Cholera eingeführten Sanitäts-Maßregeln ausgebehten Strafgesetze durch die Geißlichkeit von den Kanzeln.

Justiz-Hofdecret vom 27. August 1831, S. 18, Nr. 2525.

Kundmachung. Bestimmung der Zeit, von welcher an das am 6. Juli 1833 erlassene Patent, über den Beweis durch Zusammentreffen der Umstände, für kundgemacht zu halten, und in Anwendung zu bringen ist.

Justiz-Hofdecret vom 2. Mai 1834, S. 112, Nr. 2653.

— der gerichtlichen Edicten durch Einschaltung in die Zeitung.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1835, S. 62, Nr. 101.

— Der Widerruf des Ansuchens, um Bestrafung einer geschehenen Entwendung oder größeren Unfittlichkeit, kann nach erfolgter Kundmachung des Urtheiles nur als Grund zur Strafmilderung bei der höheren Behörde angesehen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Februar 1836, S. 75, Nr. 125.

— Vorschrift über die Kundmachung der Privilegien-Verleihungen bezüglich auf die Geheimhaltung der Beschreibungen, dann über die Bestrafung der Nachahmungen des Privilegien-Objectes.

Hofkammer-Decret vom 18. August 1838, S. 276, Nr. 290.

— Vorschrift über die Kundmachung der Erkenntnisse gegen unbefugt Ausgewanderte und Abwesende.

Hofkanzlei-Decret vom 19. September 1839, S. 350, Nr. 379.

— Portofreie Behandlung der von den landesfürstlichen Behörden dem Wiener Zeitungs-Comptoir zur Einschaltung in die Wiener Zeitung zukommenden Kundmachungen.

Hofkammer-Decret vom 29. April 1843, S. 120, Nr. 701.

— der Todesurtheile an Verbrecher, welche sich zu einer im Lande geduldeten Religion bekennen, an welchen Tagen sie nicht statt finden dürfen.

Justiz-Hofdecret vom 18. September 1844, S. 221, Nr. 829.

— Der Concurs ist vom Anfange des Tages der Kundmachung des Edictes für eröffnet zu halten.

Justiz-Hofdecret vom 14. Mai 1846, S. 335, Nr. 962.

— Die Kundmachung der Feilbietung ist im Gerichtsorte und im Orte der zu veräußernden Realität zu veranlassen und im Amtsblatte einzuschalten.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1847, S. 465, Nr. 1073.

— S. auch Circulare, Concurs, Edict, Gesetz, Testament, Urtheil.

Kundtschaften. Den Wanderbüchern und Kundschaften ist die Warnung vor der Criminal-Bestrafung einer Verfälschung derselben einzuschalten.

Hofkanzlei-Decret vom 16. April 1822, S. 94, Nr. 1867.

— sind ohne Correcturen auszufertigen, und diese auch bei Vibrationen zu vermeiden.

Justiz-Hofdecret vom 9. Mai 1823, S. 145, Nr. 1940.

Kunstzeugnisse. S. Nachdruck.

Kunstgegenstände. Die in Verlassenschaften vorgefundenen anstößigen und unfittlichen Kunstgegenstände dürfen nie öffentlich verkauft oder zum Verkaufe ausgedoten werden.

Justiz-Hofdecret vom 30. August 1833, S. 102, Nr. 2629.

Kunstverständige. Wie die Landrechte landesfürstliche Beamte als Kunstverständige zu gerichtlichen Commissionen vorzuladen haben.

Justiz-Hofdecret vom 27. Juli 1821, S. 41, Nr. 1783.

— Der zur Bancal-Untersuchung abgeordnete Gerichtsbeamte kann von den Kunstverständigen den Eid aufnehmen.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1824, S. 173, Nr. 1988.

— Erläuterung des Justiz-Hofdecretes vom 30. Juli 1808 über die Aufnahme des Beweises durch Kunstverständige bei Gefällsbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 25. Februar 1826, S. 7, Nr. 2167.

Kunstverständige. Zu dem Augenscheine bei Gefällsbehörden können auch Gerichtspersonen zugezogen werden, welche nicht Mitglieder eines Civilgerichtes sind.

Justiz-Hofdecret vom 25. Februar 1826, S. 7, Nr. 2167.

- Diäten und Reise-Vergütungen der in Criminal-Angelegenheiten verwendeten Kunstverständigen können mit gerichtlichem Verbote und Execution belegt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Juni 1835, S. 24, Nr. 40.

- Vorschrift über die Form und den Inhalt der Urtheile auf den Beweis durch Kunstverständige; derselbe ist bloß durch Beurtheilung zuzulassen. Die Gerichtsstellen erster und höherer Instanz sind bei endlicher Entscheidung des Processus an dieses Beurtheilung nicht gebunden.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juni 1835, S. 24, Nr. 42.

- Vorschrift über die Verwendung verwandter oder verschwägerter Personen als Kunstverständige bei Erhebung des Thatbestandes in Straffachen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Juli 1835, S. 35, Nr. 64.

- Vorschrift über die Bestimmung der Gebühren für Kunstverständige, welche in Criminal-Angelegenheiten oder bei Untersuchungen über schwere Polizei-Übertretungen verwendet werden.

Hofkammer-Decret vom 14. April 1837, S. 121, Nr. 193; dann Hofkanzlei-Decrete vom 25. Jänner und 25. März 1841, S. 554 und 565, Nr. 499 und 517.

- Vorschrift über die Erlassung von Beurtheilungen auf den Beweis durch Zeugen oder Kunstverständige.

Justiz-Hofdecret vom 12. September 1837, S. 145, Nr. 227.

- Vorschrift über die Vergütung der Reise- und Zehrungskosten für Kunstverständige bei außerordentlichen Leistungen in Straf- und Polizei-Angelegenheiten.

Hofkanzlei-Decret vom 25. März 1841, S. 565, Nr. 517.

- Die Professoren und Assistenten des politechnischen Institutes sind in Rechtsstreitigkeiten über Privilegien-Angelegenheiten als Kunstverständige nicht zu verwenden.

Justiz-Hofdecret vom 25. October 1843, S. 162, Nr. 757.

- Vorschrift über die Herstellung des Beweises durch Kunstverständige im summarischen Verfahren bei den Civilgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- Vorschrift über den Beweis durch Kunstverständige im summarischen Verfahren bei Militärgerichten.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Bestimmung der Diäten und Reisekosten für Kunstverständige bei den Gerichtsstellen und Präturen in Dalmatien.

Hofkammer-Decret vom 3. März 1847, S. 426, Nr. 1040.

- Vorschrift über die Beweisführung durch Kunstverständige im summarischen Verfahren bei den dalmatinischen Gerichtsstellen.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

- Bei allen gerichtlichen Schätzungen außer Streitsachen ist, wenn von den betheiligten Parteien nicht zwei Sachverständige ausdrücklich verlangt werden, die Beiziehung eines Kunstverständigen für jedes einschlägige Fach genügend.

Justiz-Hofdecret vom 9. August 1848, S. 651, Nr. 1174.

- S. auch Schätzeute.

Kunstwerke. Beschluß der deutschen Bundesversammlung zur Sicherung der Rechte der Herausgeber und Verleger von Kunstwerken gegen die Nachahmung.

Hofkanzlei-Decret vom 16. November 1832, S. 70, Nr. 2580.

Kunstwerke. Verbot der Nachbildung selbstständiger plastischer Kunstwerke.

Hofkanzlei-Decret vom 28. November 1838, S. 312, Nr. 311.

Kupfergeschirre. Verbot des Gebrauches des unverzinnten, dann Beschränkung des Gebrauches verzinnten Kupfer- und Messinggeschirres bei Zucker-, Mandoletti- und Kuchenbäckern, Kaffeefiebern, und bei allen mit der Erzeugung und dem Verkaufe von Gewürzen sich befassenden Gewerbsleuten.

Erlass des Ministeriums des Innern vom 19. September 1848, S. 661, Nr. 1183.

Kupferstiche. Vorschrift über die Behandlung der in Verlassenschaften vorgefundenen Kupferstiche.

Justiz-Hofdecret vom 30. August 1833, S. 102, Nr. 2629.

— Die für Druckschriften gegebenen Vorschriften haben auch auf Kupferstiche Anwendung.

Rundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Kurtatsch. Die Anheimsagung des Patrimonialgerichtes zu Kurtatsch in Tirol wird angenommen, und der Gerichtsbezirk desselben dem landesfürstlichen Landgerichte zu Kaltern zugewiesen.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Jänner 1831, S. 5, Nr. 2501.

Kyrburg-Salm. S. Salm.

L.

Lästereien des Landesfürsten durch die Presse. Bestimmung der Strafe hierauf.

Rundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Lager. Wie lange in Tirol die öden über und unterhalb der Vegetationsgränze befindlichen Lager von verwendungsfähigen erdigen Fossilien als ein Aerial-Eigenthum anzusehen sind.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1839, S. 320, Nr. 325.

Lagerstätte. Vorschrift über die Lagerstätte der in Verhaft befindlichen dürftigen Criminal-Inquisiten.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1821, S. 5, Nr. 1734.

— Vorschrift über die Behandlung der Criminal-Sträflinge hinsichtlich der Lagerstätte.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juli 1835, S. 32, Nr. 56.

— Vorschrift über die Lagerstätte der Sträflinge des schweren Kerkers, welche bei den Criminalgerichten ihre Strafe vollziehen.

Justiz-Hofdecret vom 1. December 1835, S. 61, Nr. 98.

— Vorschrift über die Behandlung der Criminal- und politischen Sträflinge in Dalmatien hinsichtlich der Lagerstätte.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1844, S. 210, Nr. 808.

Lagerung der Massen beim Bergbaue. S. Feldmassen.

Lagosta. Die Prätur zu Lagosta in Dalmatien wird aufgehoben und mit jener zu Curzola vereinigt.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1826, S. 8, Nr. 2170.

Laibach. Die landesfürstlichen Bezirkscommissäre im Laibacher Gouvernementsbezirke erhalten aus den Staatscassen die Diäten der neunten, von Gemeinden, Bezirkscassen oder Parteien aber der zehnten Classe.

Hofkammer-Decret vom 16. April 1828, S. 118, Nr. 2339.

- Laibach.** Den für Krain ernannten Advocaten ist nicht erlaubt, ihren Wohnsitz außer Laibach zu nehmen
Justiz-Hofdecret vom 23. April 1830, S. 195, Nr. 2461.
- Die vereinigte Cameral-Gefällen-Verwaltung für Ilirien und das Küstenland hat ihren Sitz in Laibach.
Justiz-Hofdecret vom 27. August 1830, S. 205, Nr. 2477.
- Vorschrift über die Vornahme der gerichtlichen Zeichenbeschauen in Laibach.
Justiz-Hofdecret vom 12. Jänner 1833, S. 74, Nr. 2587.
- Der heimgesagte Bezirk Sonnegg wird dem landesfürstlichen Bezirkscommissariate für die Umgebung von Laibach provisorisch zugetheilt.
Hofkammer-Decret vom 29. Juli 1835, S. 36, Nr. 65.
- (Ober-). In Ober-Laibach wird provisorisch ein landesfürstliches Bezirkscommissariat zweiter Classe errichtet.
Hofkanzlei-Decret vom 31. December 1838, S. 315, Nr. 321.
- Vorschrift für das Gubernium in Laibach, über die Behandlung der Gesuche um Zulassung zur Fiscal-Adjuncten-Prüfung.
Justiz-Hofdecret vom 22. August 1843, S. 136, Nr. 734.
- Vorschrift über die Anlegung der den Winderjährigen und Pflägebefohlenen gehörigen Geldbeträge (Waisengelder) auf den Häusern der Stadt Laibach, mit Einschluß ihrer Vorstädte.
Justiz-Hofdecret vom 23. October 1843, S. 160, Nr. 755.
- Bestimmung der kärnthnerischen Fiscal-Ämtern, welche ausschließlich durch die Laibacher Kammerprocuratur zu vollbringen sind.
Hofkammer-Decret vom 23. Jänner 1844, S. 189, Nr. 777.
- Für die Hauptstadt Laibach in Krain werden zehn Advocaten, mit der Berechtigung der Parteivertretung in ganz Krain, und für den Laibacher Kreis ein Advocat mit dem Wohnsitz in Krainburg systemisirt.
Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1846, S. 317, Nr. 936.
- Dem Stadt- und Landrechte in Laibach wird die Grundbuchsführung über die zur Gemeinde Distrosnaberda gehörigen aus der Görzer Landtafel auszufcheidenden Realitäten übertragen.
Justiz-Ministerial-Decret vom 5. August 1848, S. 647, Nr. 1172.
- S. auch Krain.
- Laimburg.** Die Heimfagung des Patrimonialgerichtes Laimburg in Tirol wird angenommen.
Hofkanzlei-Decret vom 11. Jänner 1831, S. 5, Nr. 2501.
- Lamberg.** Die Heimfagung des fürstlich Lamberg'schen Patrimonialgerichtes Rißbüchel in Tirol wird angenommen und die Errichtung eines landesfürstlichen Landgerichtes erster Classe genehmigt.
Justiz-Hofdecret vom 4. November 1839, S. 353, Nr. 386.
- Lana.** Dem Landgerichte Lana in Tirol werden die von dem Gerichtsbezirke des Landgerichtes zu Karneid getrennten Gemeinden Ratsund Adrian einverleibt.
Hofkanzlei-Decret vom 11. Jänner 1831, S. 5, Nr. 2501.
- Errichtung des Institutes der Schwestern des deutschen Ordens zu Lana in Tirol.
Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1843, S. 141, Nr. 746.
- Land-Advocaten.** S. Advocaten.
- Landeck.** Verlegung des Criminal-Untersuchungsgerichtes von Landeck in Tirol nach Naubers.
Justiz-Hofdecret vom 8. November 1822, S. 122, Nr. 1908.
- Statt des aufgehängten Patrimonialgerichtes Landeck in Tirol wird ein Landgericht III. Classe zu Riech errichtet.
Hofkanzlei-Decret vom 23. Jänner 1830, S. 184, Nr. 2448.
- Betheilung des Landgerichtes Landeck im Ober-Innthalser Kreise in Tirol mit Einem Adjutum für einen Concepts-Practikanten.
Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

Landesbehörden. S. Behörden, Landesstelle.

— (ungarische). S. Ungarn.

Landesfabriks-Concessionen. Protokollierung der Firmen der Inhaber von Landesfabriks-Concessionen in Mähren und Schlesien.

Hofkammer-Decret vom 14. Juni 1843, S. 124, Nr. 713.

Landesfürst. Bestrafung der Kästerungen und aller Arten von Verletzungen der schuldigen Ehrfurcht gegen die Person des Landesfürsten durch die Presse.

Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Landesfürstliche Abgaben. S. Abgaben.

— Beamte. S. Beamte.

— Behörden. S. Behörden.

— Gerichte. S. Gerichtsstellen.

— Gerichtsstellen. S. Gerichtsstellen.

— Lehen. S. Lehen.

— Städte und Märkte. S. Städte, Märkte.

Landesfürstliches Abfahrtsgeld. S. Abfahrtsgeld.

Landesgränze. S. Gränze.

Landes-Präsidien. Criminalgerichte haben die Anzeigen über die Entdeckung falscher Münzen an das Landes-Präsidium zu machen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Februar 1839, S. 331, Nr. 343.

Landesregierung. S. Landesstelle, Regierung.

Landessprache. S. Sprachkenntnisse.

Landesstelle. Erläuterung der §§. 446, 450, 451 und 452, I. Theiles des Strafgesetzes über die zu erstattende Anzeige eines Criminal-Urtheiles an die Landesstelle vor Kundmachung desselben.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1821, S. 5, Nr. 1735. 1.)

— Der Landesstelle eingeräumte Activität bei Belohnungen, Jubilationen und Entlassungen der Beamten; Art, wie dabei vorzugehen sei.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1821, S. 6, Nr. 1736.

— Ohne Genehmigung der politischen Landesstelle können Forderungen der noch bestehenden geistlichen Gemeinden in dem Grundbuche oder der Landtafel nicht gelöscht werden.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1821, S. 33, Nr. 1768.

— Nähere Bestimmungen hinsichtlich der obigen Anordnung.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juli 1821, S. 54, Nr. 1781.

— Criminalgerichte haben der Landesstelle einen genauen Ausweis der Criminalkosten, so oft ein Inquisit in den Ersatz derselben verurtheilt wird, mitzutheilen.

Justiz-Hofdecret vom 6. October 1821, S. 52, Nr. 1807.

— Die Landesstellen haben bei Erledigung der Bürgermeistersstelle in Olmütz einen Terna-Vorschlag an die Hofstellen einzusenden.

Justiz-Hofdecret vom 1. März 1822, S. 86, Nr. 1849.

— Länderstellen weisen die Aushilfen an Gerichtsbeamten bis einschließlich fünfzig Gulden an.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juli 1822, S. 111, Nr. 1881.

— Die Rücksicht der wider Magistrate, Obrigkeiten oder ihre Justizämter und wider Gränzämmerer gerichtlich verhängten Strafbeträge ist der Landesstelle sogleich mitzutheilen.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1823, S. 137, Nr. 1926.

— Die Uebersetzung der Prager Magistraträthe von einer zur anderen Abtheilung bleibt ferner der gemeinschaftlichen Genehmigung beider Landesbehörden überlassen.

Justiz-Hofdecret vom 5. August 1823, S. 157, Nr. 1960.

Landesstelle. Wann die Gehaltsanweisung unmittelbar von den Länderstellen, und wann von der allgemeinen Hofkammer zu geschehen habe.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juni 1824, S. 212, Nr. 2016.

- In wie ferne die Gemeinden der freien Städte in Böhmen zur Führung eines Processes die Bewilligung der politischen Landesstelle bedürfen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 309, Nr. 2109.

- Die böhmischen Fiscal-Adjuncten haben den Dienstseid bei der Landesstelle in Prag (Gubernium) abzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1825, S. 313, Nr. 2120.

- Der Landesstelle im Küstenlande steht die Bestätigung der in Triest angemeldeten Handlungs-Diten zu, und hat das Triester Mercantil- und Wechselgericht dieser Landesstelle die nöthigen Auskünfte über den Activ- und Passivstand der in Triest in Concurß verfallenen Handelsleute zu geben.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1826, S. 8, Nr. 2169.

- Bei Vertretung unterthäniger Gemeinden oder einzelner Unterthanen gegen ihre Grundobrigkeit bedarf der Unterthans-Advocat oder das Fiscalamt keines besonderen Auftrages der Landesstelle zur Klage oder Vertheidigung.

Justiz-Hofdecret vom 16. April 1826, S. 16, Nr. 2181.

- Die Anstellung der nicht sistemisirten Conceptis-Practikanten bei den landesfürstlichen Pflanzgerichten in Oesterreich ob der Enns ist der dortigen Landesstelle allein überlassen.

Justiz-Hofdecret vom 21. April 1826, S. 17, Nr. 2182.

- In welchen Fällen Gemeinden freier Städte zur Anstrengung eines Rechtsstreites die Bewilligung der Landesstelle anzufuchen haben.

Justiz-Hofdecret vom 29. Juli 1826, S. 39, Nr. 2209.

- Die Landesstellen haben die Verhandlung über die Dienstentlassung eines ab instantia von dem Criminalgerichte losgesprochenen Beamten der Hofstelle vorzulegen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. März 1827, S. 72, Nr. 2266.

- An die Landesstelle sind bei Todesfällen der Ordensritter auch die auswärtigen Ordenszeichen einzusenden.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1827, S. 89, Nr. 2296.

- Legalisirung der im Herzogthume Modena errichteten Urkunden durch die Präsidenten der Landesstelle zu Mailand und Venedig.

Justiz-Hofdecret vom 21. September 1827, S. 98, Nr. 2307.

- Die politische Landesstelle soll über die Pensionirung solcher städtischer Beamten, deren Ernennung den beiden Landesbehörden gemeinschaftlich zusteht, das Appellationsgericht einvernehmen.

Justiz-Hofdecret vom 12. December 1828, S. 141, Nr. 2375.

- kann aus wichtigen Gründen im Einverständnisse mit dem Appellationsgerichte die in den Criminal-Urtheilen ausgesprochene Strafe der öffentlichen Arbeit nachsehen.

Justiz-Hofdecret vom 6. Februar 1829, S. 143, Nr. 2381.

- Das Erlöschen des Mannsstammes einer adelichen Familie haben die Verlassenschaftsbehörden der Landesstelle anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Juni 1829, S. 162, Nr. 2411.

- Die Länderstellen sind ermächtigt, für die Einbringung eines entwichenen Criminal-Sträflings eine angemessene, jedoch dreißig Gulden Conventions-Münze nicht übersteigende Belohnung aus dem Criminalfonde anzuweisen.

Justiz-Hofdecret vom 27. Juni 1829, S. 164, Nr. 2415.

Landesstelle. Die Landesstelle hat sich in Fällen der Ankündigung eines ausländischen Strafurtheiles oder der Auslieferung eines Verbrechers an eine fremde Regierung mit dem Appellationsgerichte in das Einvernehmen zu setzen.

Hofkanzlei-Decret vom 8. October 1829, S. 172, Nr. 2430.

- Der Landesstelle sind die auf den Verlust des Adels ergangenen Criminal-Urtheile nach der Kundmachung derselben, oder nach Erlebigung des Recurses oder verstrichener Recursfrist, in Abschrift von den Criminalgerichten mitzutheilen.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juli 1831, S. 15, Nr. 2517.

- In den aus politischen Verhandlungen entstehenden Processen zwischen Staats- und Stiftungsherrschaften und ihren Unterthanen ist der Vertreter für die Unterthanen von der politischen Landesstelle zu ernennen.

Justiz-Hofdecret vom 24. Februar 1832, S. 34, Nr. 2549.

- Die Landesstelle hat den von Provinzial-Gerichtsbehörden ernannten Beamten und minderen Dienern, sowie deren Witwen und Waisen, die normalmäßigen Bezüge anzuweisen und die Tabellen über die angewiesenen Beträge theils an die Hofkammer, theils an die Hofkanzlei zu überreichen.

Justiz-Hofdecret vom 6. Juli 1832, S. 63, Nr. 2568.

- Die niederösterreichische Regierung hat die ihr vom Wiener Magistrate überreichten Vorschläge zur Besetzung von Justizdiensten ohne vorläufige Aeußerung ihrer Ansicht dem Appellationsgerichte um Eröffnung seiner Meinung mitzutheilen.

Hofkanzlei-Decret vom 31. October 1832, S. 70, Nr. 2579.

- Berechtigung der Landesstelle zur Ernennung der öffentlichen Geschäftsführer.

Hofkanzlei-Decret vom 16. April 1833, S. 88, Nr. 2608.

- Bestimmung des Stämpels für Vicepräsidenten der Länderstellen.

Hofkammer-Decret vom 7. September 1833, S. 102, Nr. 2631.

- Der Landesbehörde haben die Verlassenschafts-Abhandlungsbehörden den Tod oder die Versorgung eines Beamten, der eine Pension oder Gnadengabe genossen hat, anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1834, S. 118, Nr. 2662.

- Berechtigung der Landesstelle zur Ertheilung der Anstellungsfähigkeit als politische Geschäftsführer auf Privatherrschaften, an die wegen eines Verbrechens schuldig befundenen, oder aus Abgang rechtlicher Beweise von demselben losgesprochenen Individuen.

Hofkanzlei-Decret vom 20. März 1835, S. 2, Nr. 2.

- Der politischen Landesstelle bleibt die Bewilligung der Nachsicht und Abschreibung der Criminalkosten ausschließlich überlassen.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1835, S. 4, Nr. 8.

- Die Landesstelle hat den ihr bekannt gemachten Todfall eines k. k. Kämmerers dem k. k. Oberkämmereramt, unter Rücksendung des Kammerherrn-Schlüssels, mitzutheilen.

Justiz-Hofdecret vom 1. März 1836, S. 76, Nr. 129.

- Bestimmung der erforderlichen Studien zur Anstellung in Kanzleien und Manipulationsämtern der Landesstelle.

Justiz-Hofdecret vom 24. Mai 1836, S. 83, Nr. 143.

- Die Landesstelle hat das wider einen unbefugt ausgewanderten Adlichen geschöpfte rechtsthätige Urtheil der vereinigten Hofkanzlei in beglaubigter Abschrift vorzulegen.

Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1837, S. 121, Nr. 194.

- Vorschrift für die Landesstelle über die zu ertheilende Bestätigung der Annahme an Kindesstatt.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Juni 1837, S. 132, Nr. 209.

- Die politische Landesstelle erkennt über das Expropriationsrecht der Eisenbahn-Gesellschaften.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Juni 1838, S. 282, Nr. 267.

Landesstelle. Ermächtigung der Landesstellen zur Anweisung der von sich verheiratheten Beamten-Witwen und Waisen reservirten Pensionen und Gnadengaben.

Hofkammer-Decret vom 15. Februar 1839, S. 327, Nr. 341.

- Amtswirtschaftlichkeit der politischen Landesstellen bei Rechtsstreiten der Gemeinden; Einleitung von Vergleichsversuchen vor Betretung des Rechtsweges.

Hofkanzlei-Decret vom 30. April 1840, S. 484, Nr. 428.

- Abhandlungsbehörden haben der Landesstelle bei dem Uebergange der bloß allein der Primogenitur zustehenden höheren Adelsstufen, oder eines besonderen Titels, an eine neue Person, die Mittheilung zu machen.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1840, S. 491, Nr. 439.

- Die von der obersten Justizstelle den Parteien oder ihren Vertretern auferlegten Geldstrafen kann die Landesstelle nicht erlassen.

Justiz-Hofdecret vom 28. September 1840, S. 532, Nr. 466.

- Mit der politischen Landesstelle hat sich das Appellationsgericht vor der Vorlage der Pensions- oder Provisionsgesuche landesfürstlicher Beamten oder Diener an die oberste Justizstelle über die anzurechnende Dienstzeit und den normalmäßigen Pensions- oder Provisionsbetrag, in das Einvernehmen zu setzen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1842, S. 5, Nr. 588.

- Gerichtsbehörden haben der politischen Landesstelle vierteljährige Ausweise über die in Civil-Anstellungen untergebrachten Militär-Individuen mitzutheilen.

Justiz-Hofdecret vom 30. Jänner 1843, S. 90, Nr. 678.

- Bei Besetzung des ärztlichen und wundärztlichen Personals der Criminal-Inquisitionshäuser der Collegialgerichte in Tirol hat das Appellationsgericht den vom Collegialgerichte erstatteten Besetzungsvorschlag mit seinem Gutachten an die Landesstelle zu leiten. Bei Verschiedenheit der Meinungen ist der Gegenstand den Hofstellen vorzulegen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1843, S. 123, Nr. 709.

- Vorschrift über die Behandlung der Gesuche um Zulassung zur Fiscal-Adjuncten-Prüfung von Seite jener Landesstellen, welche nicht an dem Orte des Appellationsgerichtes ihren Amtssitz haben.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1843, S. 136, Nr. 734.

- Das Tiroler Gubernium hat über die Verleihung der für die Concepts-Practikanten der Landesgerichte in Tirol und Vorarlberg sistemisirten Adjuten mit dem Appellationsgerichte das Einvernehmen zu pflegen.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

- Der politischen Landesstelle steht im Einvernehmen mit dem Appellationsgerichte die Ertheilung der Dispens von dem Verwandtschafts- und Schwägerschafts-Verhältnisse bei jenen Magistraten, wo ungeprüfte Bürgermeister und Räthe bestehen, zu.

Justiz-Hofdecret vom 6. November 1843, S. 171, Nr. 764.

- Die Entschcheidung, ob ein Apothekergewerbe in Galizien ein persönliches oder ein verkäufliches sei, steht dem Gubernium, und im weiteren Zuge der vereinten Hofkanzlei zu.

Hofkanzlei-Decret vom 27. November 1843, S. 172, Nr. 767.

- Die politische Landesstelle hat sich in genauer Kenntniß des Zustandes der Sparcassen zu erhalten.

Hofkanzlei-Decret vom 26. September 1844, S. 222, Nr. 832.

- Vorschrift hinsichtlich der gegenseitigen Mittheilung der Beschlüsse und abweichenden Anträge über die der gemeinschaftlichen Berathung der Landesstelle und des Appellationsgerichtes unterliegenden Dienstbesetzungen und anderen Gegenstände.

Hofkanzlei-Decret vom 9. April 1846, S. 332, Nr. 956.

Landesstelle. Politische Behörden haben von Funden numismatischer und archäologischer Gegenstände die Anzeige an die politische Landesstelle zu erstatten.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Juni 1846, S. 338, Nr. 970.

- Einvernehmen zwischen dem Appellationsgerichte und der Landesstelle vor Abnahme des Wahlfähigkeits-Decretes von einem bei einer gemischten Behörde dienenden Beamten, wenn damit der Verlust des Dienstes verbunden wäre.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1846, S. 355, Nr. 975.

- Ueber Pensionirungs-Anträge eines landesfürstlichen Bezirkscommissärs oder Bezirksrichters hat die Landesstelle mit dem Appellationsgerichte Rücksprache zu pflegen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. October 1846, S. 375, Nr. 991.

- Die Oberaufsicht über die Eisenbahnen wird unter der Leitung der politischen Landesstelle der Polizei-Direction der Hauptstadt, durch welche die Bahn führt, übertragen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §. 28.

- Das Appellationsgericht hat sich über die der obersten Justizstelle vorzulegenden Unterstützungs-gesuche von Justizbeamten vorläufig mit der, die bewilligte Aushilfe anweisenden Landesstelle, in das Einvernehmen zu setzen.

Justiz-Hofdecret vom 12. August 1847, S. 468, Nr. 1080.

- Der politischen Landesstelle haben die Gerichtsstellen als Abhandlungs-Instanzen adelicher Personen jeden einzelnen Todesfall, in welchen die, bei adelichen Familien bloß der Primogenitur zustehende höhere Adelsstufe oder ein besonderer Titel an eine neue Person übergeht, anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1848, S. 611, Nr. 1133.

- S. auch Adelsverlust.

Landestheile des österreichischen Kaiserstaates. S. Provinzen.

Landesverteidiger. Die Provisionen und Gnabengaben der Landesverteidiger unterliegen dem gerichtlichen Verbote und der Execution.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1835, S. 56, Nr. 95.

- Auf die Provision der Tiroler Landesverteidiger findet keine Execution Statt.

Hofkammer-Decret vom 27. October 1839, S. 352, Nr. 383.

Landgerichte. Wann ein zur Criminal-Untersuchung befugtes Landgericht einen im politischen Wege abgeurtheilten Verbrecher zur Criminal-Untersuchung ziehen, und wann dasselbe von einer angefangenen Untersuchung ablassen könne.

Justiz-Hofdecret vom 20. Jänner 1823, S. 128, Nr. 1920.

- Den Landgerichten in Tirol kann von dem Appellationsgerichte in dringenden Fällen eine Aushilfe durch Auscultanten bewilliget werden.

Justiz-Hofdecret vom 15. December 1823, S. 168, Nr. 1980.

- Eintheilung des Mons- und Sulzberges in Tirol in vier landesfürstliche Landgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1824, S. 172, Nr. 1986.

- Instruction für die Landgerichte in Tirol und Vorarlberg in Geschäften außer Streitfachen, mit den beigelegten die kustenländischen Bezirksgerichte betreffenden Anmerkungen.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juli 1824, S. 216, Nr. 2024.

- Das Landgericht Kasteleuth in Tirol wird ein landesfürstliches Landgericht dritter Classe, und das Gericht Aiers mit dem landesfürstlichen Landgerichte Karneth vereinigt.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1824, S. 262, Nr. 2031.

Landgerichte. Ausdehnung der Vorschrift vom 11. Juni 1824, über die durch den Verdacht einer Stempel-Übertretung veranlaßten Untersuchungen bei Patrimonialgerichten und nicht vollständig organisirten Magistraten, auch auf die landesfürstlichen Gerichte in Tirol und Vorarlberg mit dem dießfälligen Hofkammer-Decret vom 28. Juni 1825, wegen Aufrechthaltung des Ansehens der Gerichtsbehörden bei Stempel-Visitationen.

Justiz-Hofdecret vom 6. August 1825, S. 314, Nr. 2123.

Benehmen der Landgerichte in Tirol bei Einleitung der ordentlichen Criminal-Untersuchung und Verhaftung des Beschuldigten.

Justiz-Hofdecret vom 19. September 1826, S. 47, Nr. 2220.

- Die Concepts-Practikanten der Landgerichte in Tirol haben, wenn sie zur zeitlichen Aushilfe von einem Landgerichte zum anderen übersezt werden, in der Regel nur die Vergütung der Reisekosten, keine Tagelöhner oder andere Belohnung ihrer Aushilfsdienste zu fordern. Nur aus besonderen Gründen und im Falle der Substituierung auf einen erledigten Dienstposten kann ihnen eine angemessene Entschädigung bewilligt werden.

Justiz-Hofdecret vom 2. Jänner 1830, S. 181, Nr. 2445.

- Verhältnisse der Landgerichte in Steiermark gegen das steirische Landrecht als rechtsprechende erste Criminal-Instanz.

Justiz-Hofdecret vom 1. Mai 1830, S. 196, Nr. 2462.

- Vorschrift über die Correspondenzform zwischen den Landgerichten in Steiermark und dem steirischen Landrechte. Die Landgerichte haben den in Criminalsachen erlassenen Aufträgen des steirischen Landrechtes zu entsprechen.

Justiz-Hofdecret vom 6. Mai 1831, S. 14, Nr. 2515.

- Den Landgerichts-Herrschaften in Steiermark wird die Prüfung und Beerdigung der Landgerichts-Diener überlassen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. Juni 1833, S. 94, Nr. 2619.

- haben die Wahl die in Parteisachen aufgenommenen gerichtlichen Protokolle entweder auf classenmäßigem Stempel auszufertigen, oder selbe nachträglich stempeln zu lassen, oder die hievon hinausgehenden Abschriften auf classenmäßigem Stempel zu schreiben.

Hofkammer-Decret vom 2. Juli 1833, S. 94, Nr. 2620.

- Vorschrift über die Lagerstätte und Beköstigung der Sträflinge des schweren Kerkers, welche bei den Landgerichten ihre Strafe vollziehen.

Justiz-Hofdecret vom 1. December 1835, S. 61, Nr. 98.

- Den mit der Haftung für die Depositen beauftragten Beamten der landesfürstlichen Landgerichte in Tirol wird die Annahme des gesetzlich entfallenden Zählgeldes gestattet.

Hofkammer-Decret vom 6. December 1836, S. 94, Nr. 160.

- Amts-Instruction für die Landgerichte in Tirol und Vorarlberg in Geschäften des streitigen Richteramtes.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juni 1838, S. 183, Nr. 276.

- Die Beerdigungskosten für die in den Straforten der Landgerichte mittellos sterbenden Sträflinge haben die Gerichtsinhaber zu bestreiten.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Jänner 1839, S. 322, Nr. 330.

- Vorschrift über die Heimfugung lebendiger Landgerichte.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Mai 1841, S. 576, Nr. 532.

- Bewilligung von dreißig Adjuten mit jährlichen 200 fl. C. M. für sämtliche Concepts-Practikanten der Landgerichte in Tirol und Vorarlberg.

Justiz-Hofdecret vom 21. März 1843, S. 103, Nr. 691.

- Benennung der Landgerichte in Tirol und Vorarlberg, welchen Adjuten für die Concepts-Practikanten zugewiesen sind.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

Landgerichte. Vorschrift über die Vertheilung der Landgerichte in Tirol und Vorarlberg mit Adjuten für ihre Concepts-Practikanten, dann über die erforderlichen Eigenschaften der Letzteren.

Hofkanzlei-Decret vom 25. März 1844, S. 202, Nr. 797.

- Die für Tirol und Vorarlberg sistemisirten Landgerichts-Advocaten dürfen bei allen benachbarten Landgerichten die Advocatur ausüben.

Justiz-Hofdecret vom 11. December 1844, S. 243, Nr. 853.

- Das Landgericht in Krakau übt in erster Instanz die Criminalgerichtsbarkeit über die im dortigen Gebiete begangenen nicht der bestellten Criminal-Commission zugewiesenen Verbrechen aus.

Justiz-Hofdecret vom 24. December 1846, S. 399, Nr. 1014.

- S. auch Pfliegergerichte.

Landgerichts-Advocaten. S. Advocaten.

Landgerichts-Beamte. S. Beamte.

Landgerichts-Diener. S. Gerichtsdienner.

Landkarten. Vorschrift über die Behandlung der in Verlassenschaften vorgefundenen Landkarten.

Justiz-Hofdecret vom 30. August 1833, S. 102, Nr. 2629.

Landmacht. Bestimmung der Gebühren für die Landmacht in Dalmatien, wenn sie bei den dortigen Gerichtsbehörden oder Präturen als Zeuge vernommen wird.

Hofkammer-Decrete vom 3. März 1847, S. 426 und 435, Nr. 1040 und 1041.

Landmagistrat. S. Magistrat.

Landmannschaft. S. Incolat.

Landmünz-Probieramt. Welche Criminalgerichte die Certificate, über die Echtheit oder Unechtheit der Münzen, von den k. k. Landmünz-Probierämtern einzuholen haben; für Criminalgerichte in Oesterreich unter der Enns bleibt es bei dem bisherigen Verfahren.

Justiz-Hofdecret vom 19. Februar 1839, S. 331, Nr. 343.

Landrecht. Die Absenz- und Verwendungstabellen der Auscultanten eines jeden Landrechtes sind jährlich der obersten Justizstelle vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juli 1821, S. 37, Nr. 1775.

- Wie die Landrechte landesfürstliche Beamte als Kunstverständige zu gerichtlichen Commissionen vorzuladen haben.

Justiz-Hofdecret vom 27. Juli 1821, S. 41, Nr. 1783.

- Uebertragung der Appellationsgeschäfte des Carlsstädter Kreises von dem Stadt- und Landrechte zu Laibach an das kustenländische Appellationsgericht.

Justiz-Hofdecret vom 29. September 1821, S. 51, Nr. 1803.

- Bei dem niederösterreichischen Landrechte wird die Zahl der Auscultanten auf zwölf festgesetzt.

Justiz-Hofdecret vom 1. December 1821, S. 66, Nr. 1820.

- Gerichtsbarkeit des Stadt- und Landrechtes zu Carlsstadt über die auf dem flachen Lande wohnenden unadelichen Beamten und unadelichen Besitzer von Freigrundstücken im Carlsstädter Kreise.

Justiz-Hofdecret vom 22. Mai 1822, S. 97, Nr. 1872.

- Dem Stadt- und Landrechte zu Rovigno wird die Gerichtsbarkeit über die in seinem Bezirke sich aufhaltenden türkischen Unterthanen eingeräumt.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1822, S. 107, Nr. 1876.

- Das niederösterreichische Landrecht ist als Gerichtsstand für die Fälle bestimmt, wo das allg. meine Wittven- und Waisen-Pensions-Institut in Wien als moralische Person geklagt wird.

Justiz-Hofdecrete vom 14. September 1822 und 14. Mai 1824, S. 117 und 202, Nr. 1894 und 2005.

- Bestimmung der Diäten für das Personale der fürstlichen Landrechte in Schlesien.

Justiz-Hofdecret vom 5. October 1822, S. 119, Nr. 1898.

Landrecht. Ende der Amtswirkksamkeit des Humaner und Carlstädter Stadt- und Landrechtes mit 1. November 1822.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1822, S. 121, Nr. 1904.

- Gerichtbarkeit des niederösterreichischen Landrechtes über die von dem Fürsten von Trautmannsdorff u. in Antrag gebrachte Gesellschaft der Feuerversicherungs-Anstalt.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1823, S. 129, Nr. 1924.

- Das niederösterreichische Landrecht hat den periodischen Ausweisen über die bei demselben anhängigen Erbs- und Concurß-Verhandlungen eine besondere Uebersichtstabelle beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 18. April 1823, S. 141, Nr. 1935.

- Das Landrecht in Lemberg wird als der Gerichtsstand für das in Galizien sich bildende Privat-Pensions-Institut für Witwen und Waisen bestimmt.

Justiz-Hofdecret vom 12. August 1823, S. 157, Nr. 1961.

- Gerichtbarkeit des niederösterreichischen Landrechtes über die allgemeine Versorgungs-Anstalt für die Unterthanen des österreichischen Kaiserstaates.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1823, S. 163, Nr. 1974.

- Dem niederösterreichischen Landrechte steht die Genehmigung des Darlehens-Vertrages, wodurch ein Gutsherr Gelder aus der Waisencasse seines eigenen Gutes entlehnt, zu; solche ist durch das Kreisamt anzufuchen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Mai 1824, S. 209, Nr. 2010.

- Dem Stadt- und Landrechte zu Triest wird die Gerichtbarkeit über die Bezirke Castua, Castelnovo und Locrana definitiv zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 20. Mai 1825, S. 301, Nr. 2096.

- Das mährisch-schlesische Landrecht hat jede Wahl eines Kanzlei-Accessisten der obersten Justizstelle durch das Appellationsgericht anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 310, Nr. 2111.

- Das Stadt- und Landrecht zu Klagenfurt hat mit dem dortigen Magistrat über Gewerbsachen durch Ersuchsschreiben zu verhandeln.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juli 1825, S. 313, Nr. 2119.

- Bestimmung des Wirkungskreises des Stadt- und Landrechtes zu Czernowitz in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1826, S. 4, Nr. 2161.

- Vorschrift für das niederösterreichische und mährisch-schlesische Landrecht über die Protokollirung der türkischen Unterthanen.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1826, S. 6, S. 2165.

- Jedem Landrechte soll die theilweise Evidenz über die türkischen Unterthanen verschafft werden.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1826, S. 6, Nr. 2165.

- Zulassung der Gubernial-Secretäre als politische Repräsentanten bei den Landrechten.

Justiz-Hofdecret vom 17. März 1826, S. 14, Nr. 2175.

- Bestimmung der Zahl der Auscultanten für das steirische Landrecht, dann für die Stadt- und Landrechte zu Klagenfurt und Laibach.

Justiz-Hofdecret vom 21. Juli 1826, S. 35, Nr. 2205.

- Für das Stadt- und Landrecht zu Novigno werden sechs Auscultanten, wovon vier mit Adjuten, bewilliget.

Justiz-Hofdecret vom 21. Juli 1826, S. 35, Nr. 2206.

- Bestimmung der Zahl der Auscultanten für die Landrechte zu Lemberg, Larnow und Stanislawow in Galizien, und für das Stadt- und Landrecht zu Czernowitz in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1826, S. 36, Nr. 2207.

- Jurisdictionstreitigkeiten zwischen Herrschaften, oder Herrschaften und organisirten Magistraten, sind auf dem Rechtswege, und zwar vor dem Landrechte der betreffenden Provinz, zu verhandeln.

Justiz-Hofdecret vom 27. Jänner 1827, S. 65, Nr. 2252.

Landrecht. Dem Stadt- und Landrechte zu Innsbruck in Tirol werden acht Auscultanten bewilliget.
Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1827, S. 84, Nr. 2285.

- Das Stadt- und Landrecht zu Innsbruck hat seine Criminal-Gerichtsbarkheit auch auf jene Classen von Personen auszubehnen, welche in dem ersten Absätze des §. 221, I. Theiles des Strafgesetzes, bezeichnet werden.

Justiz-Hofdecret vom 22. Mai 1829, S. 160, Nr. 2406.

- Dem Stadt- und Landrechte zu Görz werden die Bezirke Monastero, Monfalcone und Duino, und jenem in Triest der Bezirk Pirano zugetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 26. Juni 1829, S. 163, Nr. 2413.

- Bestellung des steirischen Landrechtes als Recht sprechenden ersten Criminal-Instanz in Steiermark; Verhältnisse desselben gegen die Bann- und Landgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 1. Mai 1830, S. 196, Nr. 2462.

- Das niederösterreichische Landrecht hat die Gerichtsdieners-Stellen nicht ohne Concurs-Ausschreibung zu vergeben.

Justiz-Hofdecret vom 25. September 1830, S. 209, Nr. 2483.

- Correspondenzform zwischen dem zum Spruchgerichte erster Instanz für Criminalsachen ernannten steirischen Landrechte und den Landgerichten in Steiermark.

Justiz-Hofdecret vom 6. Mai 1831, S. 14, Nr. 2515.

- Verhöre der außer dem Gerichtsbezirke und an einem Orte, wo sich ein Landrecht befindet, wohnenden Zeugen und Beschädigten, sind bei Wucher-Untersuchungen durch Ersuchsschreiben an dieses Landrecht zu bewirken.

Justiz-Hofdecret vom 21. September 1832, S. 69, Nr. 2577.

- Einführung der für das Prager Sanitäts-Personale erlassenen Instruction bei den Criminal-Inquisitionshäusern der kaisersländischen Stadt- und Landrechte.

Justiz-Hofdecret vom 18. April 1834, S. 112, Nr. 2652.

- Vorschrift für das niederösterreichische Landrecht, über die Behandlung der Gesuche um Absonderung der Lehen vom freien Eigenthume und der Lehen verschiedener Lehensherren.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1835, S. 36, Nr. 66.

- Anstellung und Beerdigung der erforderlichen Anzahl der Dolmetsche zur Uebersetzung der bei denselben in fremden Sprachen vorkommenden Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1835, S. 65, Nr. 109.

- Für das Landrecht in Lemberg werden fünfzehn Auscultanten mit vier Adjuten, für jene zu Larnow und Stanislawow sechs Auscultanten mit vier Adjuten für jedes, dann für das Stadt- und Landrecht zu Czernowitz sechs Auscultanten mit vier Adjuten, systemisirt. Die Adjuten haben bei jedem Landrechte zur einen Hälfte mit 300 fl. und zur anderen Hälfte mit 200 fl. zu bestehen.

Justiz-Hofdecret vom 16. Jänner 1837, S. 102, Nr. 166.

- Bestimmung der Gerichtsbarkheit des Stadt- und Landrechtes zu Görz über die Bewohner der Bezirke Monastero, Monfalcone und Duino in Mercantil- und Wechselfachen.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1839, S. 361, Nr. 393.

- Vorschrift für das niederösterreichische Landrecht, über die Vertilgung seiner alten unbrauchbaren Registratur-Akten.

Justiz-Hofdecret vom 11. Mai 1840, S. 487, Nr. 433.

- Reorganisirung der herzoglichen Landrechte zu Troppau und Teschen in Schlesien, dann Personal- und Besoldungsstand derselben.

Justiz-Hofdecret vom 30. August 1841, S. 605, Nr. 559.

Landrecht. Für das herzogliche Landrecht zu Teschen in Schlessien ist die Landtafel-Larordnung vom 1. April 1812 noch fortan in Wirksamkeit.

Justiz-Hofdecret vom 6. September 1841, S. 607, Nr. 562.

- Das Stempel- und Targeseß vom 27. Jänner 1840 hat bei den schlessischen Landrechten Johannesberg, Troppau, Teschen mit Vieles keine Anwendung; Bestimmungen über die Abnahme der Taxen bei denselben.

Justiz-Hofdecret vom 29. August 1842, S. 60, Nr. 639.

- Vorschrift für das niederösterreichische Landrecht über die Behandlung der in den Rubriken der niederösterreichischen Landtafel vorkommenden Anmerkung, hinsichtlich der an die Stelle des Umgeldes tretenden Entschädigung, und hinsichtlich der darin eingetragenen Tabularposten.

Justiz-Hofdecret vom 3. November 1842, S. 69, Nr. 653.

- Die Notizbücher in Rovigno hat das dortige Stadt- und Landrecht zu führen.

Justiz-Hofdecret vom 30. November 1842, S. 76, Nr. 659.

- Den für den Istrianer Kreis neu ernannten Advocaten ist die Parteivertretung bei dem Stadt- und Landrechte zu Rovigno gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1842, S. 81, Nr. 667.

- Das Landrecht der betreffenden Provinz ist der Gerichtsstand der Redemptoristen-Priester.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1843, S. 86, Nr. 670.

- Vorschrift über die Führung der Landtafel-Hauptbücher bei dem herzoglichen Landrechte zu Teschen.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1844, S. 237, Nr. 839.

- Befugniß der Triester Advocaten zur Parteivertretung bei allen zum Jurisdictionssprengel des Triester Stadt- und Landrechtes gehörigen Gerichten.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1845, S. 253, Nr. 871.

- (niederösterreichisches) ist der persönliche Gerichtsstand der privilegierten ersten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, wenn sie als Beklagte auftritt.

Justiz-Hofdecret vom 5. August 1846, S. 355, Nr. 977.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei dem böhmischen Landrechte.

Justiz-Hofdecret vom 1. April 1847, S. 455, Nr. 1053.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei den Stadt- und Landrechten zu Linz und Salzburg.

Justiz-Hofdecret vom 19. August 1847, S. 468, Nr. 1081.

- Dem niederösterreichischen Landrechte steht ausschließlich die Amortisirung der dreiprocentigen Centralcasse-Anweisungen zu.

Erlaß des Hofkammer-Präsidiums vom 16. September 1847, S. 470, Nr. 1086.

- Behandlung der Currentien bei den Landrechten zu Lemberg, Larnow und Stanislawow in Galizien, dann bei dem Stadt- und Landrechte in Czernowitz.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1847, S. 474, Nr. 1092.

- Competenz des Landrechtes zur Entscheidung der Streitigkeiten zwischen Grundholden und Grundherrschaften über grundobrigkeitliche Rechte, auch wenn der Besitzer des unterthänigen Gutes unter Militär-Jurisdiction steht.

Hofkanzlei-Decret vom 10. November 1847, S. 475, Nr. 1093.

- Das kärnthnerische Stadt- und Landrecht wird auch für die vier Landgerichtsbezirke von Haimburg, Hollenburg, Sonnegg und Weissenegg als alleiniges Criminal-Untersuchungs- und Spruchgericht erklärt.

Justiz-Ministerial-Decret vom 23. Mai 1848, S. 636, Nr. 1154.

- S. auch Rathssigung.

Landschafts-Obligation. S. Obligation.

Landstände. S. Stände.

Landtäfliche Gegenstände. S. Landtafel.

— **Güter. S. Gut.**

Landtafel: Taxordnung. S. Taxordnung.

Landtafel. Forderungen noch bestehender geistlicher Corporationen können in der Landtafel ohne ausdrückliche Bewilligung der politischen Landesstelle nicht gelöscht werden.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1821, S. 33, Nr. 1768.

- Gerichtsbehörden sollen keinen Veräußerungsvertrag über Realitäten vom getheilten Eigenthume, ohne vorläufige Einvernehmung des Obereigenthümers, der Landtafel einverleiben.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 46, Nr. 1797.

- Die gesetzliche Frist zum Ausweise der zum Besitze landtäflicher Güter erforderlichen Habilitirung läuft vom Tage der Kaufspränotation oder des angetretenen Naturalbesizes.

Hofkanzlei-Decret vom 11. October 1821, S. 57, Nr. 1809.

- Der §. 22 des hinsichtlich der Landtafeltaxen am 1. April 1812 erlassenen Patentes, vermöge dessen diese Taxen, wenn sie binnen drei Monaten nicht gezahlt wurden, im doppelten Betrage entrichtet werden müssen, ist auf städtische Grundbuchtaxen nicht anzuwenden.

Hofkanzlei-Decret vom 24. September 1823, S. 160, Nr. 1967.

- Eine dem Schuldner von dem Gläubiger erlassene Forderung kann kein Gegenstand einer Cession, mithin auch keiner Intabulation seyn.

Justiz-Hofdecret vom 22. April 1825, S. 299, Nr. 2090.

- Regulirung und Wiederherstellung der Landtafel im Inn- und Hausrud-Quarter.

Justiz-Hofdecret vom 4. Juni 1825, S. 303, Nr. 2103.

- Für die Einverleibung oder Vormerkung der Cession einer Saßforderung darf kein Saß-Pfundgeld gefordert werden.

Hofkanzlei-Decret vom 12. August 1825, S. 317, Nr. 2125.

- Zur Eintragung der ersten und weiteren Cessionen von eingetragenen Schuldbforderungen in die öffentlichen Bücher, wie auch zur Löschung von eingetragenen Forderungen und Rechten, ist die Beibringung der darin schon eingetragenen Schuldscheine, Cessions- und anderer Urkunden, welche hierauf Bezug haben, nicht erforderlich.

Justiz-Hofdecret vom 16. April 1830, S. 194, Nr. 2458.

- Anwendungen der Vorschriften des Patentes vom 14. Februar 1804, und der Erläuterung desselben vom 21. Juni 1805 über Gesuche um Einverleibung (Intabulation), Vormerkung (Pränotation), Besitz- oder Gewähr-Anschreibung oder Löschung (Extabulation) auf die zu den Grundbüchern der Städte und Obrigkeiten gehörigen unbeweglichen Güter.

Justiz-Hofdecret vom 16. April 1830, S. 194, Nr. 2459.

- Der Landtafelbehörde ist nicht gestattet, eine von der Partei nicht ausdrücklich angesuchte Pränotation zu bewilligen, wenn in dem Gesuche nur die Intabulation begehrt ist, diese aber nicht statt finden kann.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 28, Nr. 46.

- Seine Majestät finden sich zur Erlassung neuer Vorschriften über die Veränderung und Theilung der landtäflichen Rubriken der Güter in Fällen, wo Lehen und freieigene Güter oder Lehen verschiedener Landesherren unter eben derselben Rubrik vereinigt sind, nicht bestimmt.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1835, S. 36, Nr. 66.

- Vorschrift über die Eintragung der in fremden Sprachen ausgefertigten Urkunden in die öffentlichen Bücher.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1835, S. 65, Nr. 109.

Landtafel. Wirkungskreis der landesfürstlichen Collegialgerichte erster und zweiter Instanz bei Besetzung der Stelle eines Landtafel-Directors und Landtafel-Directors-Adjuncten.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

— Vorrechte des Adels hinsichtlich der Landtafelsfähigkeit.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1838, S. 240, Nr. 279.

— Vorschrift über die Eintragung eines dem öffentlichen Cultus eines tolerirten Glaubensbekenntnisses gewidmeten Gebäudes in die Landtafel als Privat-Eigenthum einer Gemeinde.

Hofkanzlei-Decret vom 4. April 1839, S. 336, Nr. 354.

— Vorschrift über die Behandlung der abweislichen Bescheide über alle im Wege der Execution überreichten Gesuche, um Einverleibung oder Pränotirung in der Landtafel.

Hofkanzlei-Decret vom 10. März 1840, S. 475, Nr. 415.

— Wann in Landtafelsachen, ungeachtet der Wirksamkeit des Stempel- und Largesezes vom 27. Jänner 1840, die Largebühren nach den früher bestandenen Vorschriften zu bemessen und einzuhoben seien.

Hofkammer-Präsidial-Schreiben vom 20. Juli 1840, S. 515, Nr. 455.

— Vorschrift über die Auscheidung der Urbarssteuer aus der niederösterreichischen Landtafel.

Justiz-Hofdecret vom 9. März 1841, S. 564, Nr. 515.

— Wirksamkeit der Landtafel-Larordnung vom 1. April 1812 für das herzogliche Landrecht zu Teschen in Schlesien.

Justiz-Hofdecret vom 6. September 1841, S. 607, Nr. 562.

— Veräußliche nicht radicirte Gewerbe sind kein Gegenstand der Landtafel und Grundbücher und daher auch kein Gegenstand von Pränotationen und Intabulationen. Ueber dieselben werden Vormerkprotokolle durch die politischen Behörden geführt. — Wenn auf ein solches Gewerbe Execution geführt wird, ist die Pfändung oder Einantwortung vom Richter zu bewilligen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 586.

— Recurse in Landtafel-Angelegenheiten sind bei der ersten Instanz zu überreichen.

Justiz-Hofdecret vom 23. August 1842, S. 59, Nr. 637.

— Vorschrift für das niederösterreichische Landrecht, über die Behandlung der in den Rubriken der niederösterreichischen Landtafel vorkommenden Anmerkung, hinsichtlich der an die Stelle des Umgelbes tretenden Entschädigung und hinsichtlich der darin eingetragenen Tabularposten.

Justiz-Hofdecret vom 3. November 1842, S. 69, Nr. 653.

— Vorschrift über die Behandlung der gegen gleichförmige Entscheidungen der ersten und zweiten Instanz in Landtafelsachen bei der ersten Instanz überreichten Recurse.

Justiz-Hofdecret vom 24. Jänner 1843, S. 88, Nr. 674.

— Einverleibung der in jedem Lehensrevers erhaltenen Zusicherung der Erhaltung der Lehens-Integrität in die Landtafel.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Jänner 1843, S. 94, Nr. 679.

— Vorschrift über die Führung der Landtafel-Hauptbücher bei dem herzoglichen Landrechte zu Teschen.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1844, S. 237, Nr. 839.

— Vorschrift über das Verfahren bei Abschreibung der für die Staats-Eisenbahnen eingelösten Gründe, Gebäude und der abgelösten obrigkeitlichen Giebigkeiten und Gerechtsame in der Landtafel.

Justiz-Hofdecret vom 15. October 1845, S. 277, Nr. 904.

— Vorschrift über die Verjährung der in die Landtafel eingetragenen Forderungen und anderen Rechte, dann über die Anmerkung der Streitigkeit der eingetragenen Posten auf Ansuchen des Klägers.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 330, Nr. 951.

Landtafel. In der Landtafel Niederösterreichs sind die Steuergemeinden und die Culturgattung jeder Katastral-Parcelle einzutragen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. April 1846, S. 333, Nr. 958.

- Erläuterung der Vorschrift über das Verfahren bei Abschreibung der für Staats-Eisenbahnen eingelösten Gründe, Gebäude und der abgelösten obrigkeitlichen Siebigkeiten und Gerechtsame in der Landtafel.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1846, S. 387, Nr. 997.

- Vorschrift über das Verfahren bei Anschreibung der Privat-Eisenbahn-Unternehmungen an die von ihr erkauften Gründe in der Landtafel.

Hofkanzlei-Decret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1036.

- Vorschrift über die Behandlung jener Landtafelgüter in Galizien, welche zu Einem Körper gehören und als Zugehör desselben in der Landtafel erscheinen, in derselben aber ein eigenes Blatt haben und besonders belastet werden, insbesondere bei Verbücherungen von Posten in der Eigenthums- oder Lasten-Kubrik.

Justiz-Hofdecret vom 15. September 1847, S. 469, Nr. 1084.

- Ausscheidung der zur Gemeinde Ostrožnabërda gehörigen Realitäten aus der Görzer Landtafel.

Justiz-Ministerial-Erlaß vom 5. August 1848, S. 647, Nr. 1172.

- Vorschrift über die Anmeldung der bei der Görzer Landtafel erworbenen Hypothekar-, Pfand- und Servitut-Rechte auf Grundstücke und Urbaren bei dem Görzer Stadt- und Landrechte behufs ihrer Erneuerung.

Justiz-Ministerial-Decret vom 31. August 1848, S. 656, Nr. 1179.

- S. auch Lehen.

Landtafel-Beamte. S. Beamte.

Landtafel-Extracte. Vorschrift über das Verfahren bei Verfassung der Landtafel-Extracte bei der Görzer Landtafel.

Justiz-Ministerial-Decret vom 31. August 1848, S. 656, Nr. 1179.

Landtafel-Fähigkeit. Vorrechte des Adels hinsichtlich derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1838, S. 240, Nr. 279.

Landtafel-Hauptbücher. S. Landtafel.

Landwehr. Anwendung des §. 3, lit. c) des Auswanderungs-Patentes vom 24. März 1832, über die Verpflichtung zur Landwehr, nur auf jene Landwehrpflichtige, welche den Landwehr-Bataillons schon förmlich eingereiht sind.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Mai 1835, S. 8, Nr. 17.

- Die Beurlaubten der ersten Landwehr-Bataillone bleiben, so lange sie in der activen Militär-Dienstleistung stehen, unter der Militär-Jurisdiction.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1835, S. 66, Nr. 110.

Landwehr-Bataillons. S. Landwehr.

Landwehr-Mannschaft. Die Beurlaubten der ersten Landwehr-Bataillone bleiben, so lange sie in der activen Militär-Dienstleistung stehen, unter der Militär-Jurisdiction.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1835, S. 66, Nr. 110.

- S. auch Landwehr.

Landwehrpflichtige. Anwendung des §. 3, lit. c) des Auswanderungs-Patentes vom 24. März 1832, über die Verpflichtung zur Landwehr, nur auf jene Landwehrpflichtigen, welche den Landwehr-Bataillons schon förmlich eingereiht sind.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Mai 1835, S. 8, Nr. 17.

- S. auch Landwehr.

Langeneck. Die Gemeinde Ober-Langeneck in Tirol wird von dem Landgerichte Bregenz getrennt, und hinsichtlich der Jurisdiction dem Landgerichte Bregenzermalz zugetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1826, S. 29, Nr. 2194.

Laschnitz. Die Hauptgemeinde Laschnitz im Neustädter Kreise in Krain wird von dem Bezirkscommissariate Reifnitz ausgeschieden und dem Bezirke Muckersberg zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 28. November 1844, S. 241, Nr. 848.

Lasten. Vorschrift, welche Lasten mit dem Vorrechte vor den Forderungen der Credits-Anstalt auf den Gütern in Galizien belassen werden können.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Mai 1844, S. 208, Nr. 805.

Lateinische Sprache. S. Sprache.

Laub. Bestrafung des Diebstahles am Laube der Maulbeerbäume.

Justiz-Hofdecret vom 30. August 1833, S. 101, Nr. 2628.

Laudemium. S. Veränderungsgebühren.

Lauenburg. S. Dänemark.

Lavis. Errichtung eines landesfürstlichen Landgerichtes zweiter Classe zu Lavis in Tirol anstatt des anheimgesagten Patrimonialgerichtes zu Königsberg und Grumes.

Hofkanzlei-Decret vom 18. März 1834, S. 110, Nr. 2648.

— Das Landgericht Lavis in Tirol wird aus der zweiten in die dritte Classe gesetzt.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Februar 1838, S. 170, Nr. 254.

— Erhebung des Landgerichtes Lavis im Trienter Kreise aus der dritten in die zweite Classe.

Hofkanzlei-Decret vom 5. December 1846, S. 393, Nr. 1006.

Lebenslauf. Einholung der nöthigen Notizen über den Lebenswandel der zur Anstellung im Staatsdienste gewählten Individuen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1826, S. 31, Nr. 2199.

Lebensunterhalt. S. Unterhalt.

Lebenswandel. S. Lebenslauf.

Legalisirung der in das Ausland bestimmten Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 11. November 1825, S. 329, Nr. 2144.

— der im Herzogthume Modena errichteten Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 21. September 1827, S. 98, Nr. 2307.

— Ueber jedes mündliche Ansuchen um Legalisirung einer Urkunde ist ein ordentliches Protokoll aufzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 3. September 1830, S. 207, Nr. 2480.

— Vorschrift über die Legalisirung der Urkunden bei dem Magistrate in Wien.

Justiz-Hofdecret vom 17. Mai 1833, S. 91, Nr. 2613.

— Vorschrift über die Beglaubigung der von den Dolmetschen gemachten Uebersetzungen der in fremden Sprachen ausgefertigten Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1835, S. 65, Nr. 109.

— Beweisraft der in Frankreich errichteten durch die königlich-französische Botschaft in Wien, oder französischen Consul legalisirten Notariats- und anderen öffentlichen Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1837, S. 148, Nr. 234.

— Beweisraft der im Auslande errichteten, von Gesandtschaften oder Consuln legalisirten Notariats- und anderen öffentlichen Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 22. Jänner 1838, S. 167, Nr. 249.

— der Urkunden gehört nicht unter die Geschäfte der Wirtschaftsämter, sondern unter jene des Civilrichters.

Justiz-Hofdecret vom 17. Jänner 1845, S. 250, Nr. 860.

— Gültigkeit der von Auditoriaten ausgehenden oder legalisirten Urkunden in Dalmatien auch bei den dortigen Hypothekenämtern.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1845, S. 257, Nr. 878.

Legalisierung. Die zum Beweise der adelichen Abkunft beigebrachten Notariats-Urkunden müssen mit der Legalisirung der betreffenden Behörde versehen seyn.

Justiz-Hofdecret vom 16. September 1846, S. 360, Nr. 983.

- Der von den Seelsorgern in Dalmatien ausgestellten Tauf-, Trau- und Tobtenstheine durch das Ordinariat und Bestätigung derselben durch das Gubernial-Präsidium, wenn die Parteien davon außer dem Gouvernementsgebiete Gebrauch machen wollen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1847, S. 454, Nr. 1052.

- der Amtsfertigungen der k. k. Appellationsgerichte gehört in das Bereich des Justizministeriums, daher Legalisirungsgefuche unmittelbar an das Justizministerium einzubegleiten sind.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1848, S. 620, Nr. 1146.

- der Urkunden durch das Justizministerium.

Justiz-Ministerial-Erlass vom 23. Mai 1848, S. 636, Nr. 1155.

Legatar. In wie ferne ein Legat, worauf ein Erbsteuerpflichtiger zu Gunsten eines erbsteuerfreien Legatars verzichtet, der Erbsteuer unterliege.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1825, S. 307, Nr. 2104.

- Ueber die Befreiung der Legatare von Entrichtung des landesfürstlichen Mortuars haben die Cameral-Behörden zu entscheiden.

Justiz-Hofdecret vom 10. September 1838, S. 277, Nr. 294.

- Dem Legatar steht frei, eine gerichtliche Schätzung des Gutes zur Bemessung der Mortuarsgebühr zu begehren.

Hofkanzlei-Decret vom 26. April 1840, S. 484, Nr. 426.

- Vorschrift über die Behandlung solcher letztwilliger Anordnungen, in welchen noch nicht erzeugte Personen für den Fall ihrer Geburt als Legatare eingesetzt sind.

Justiz-Hofdecret vom 28. Mai 1845, S. 264, Nr. 888.

- In wie ferne Militärgerichte bei Verlassenschafts-Abhandlungen für die Sicherstellung oder Befriedigung der Legatare zu sorgen haben.

Verordnung des Hofkriegsrathes vom 3. Juni 1846, S. 337, Nr. 969.

Legate. Vertretung der frommen Vermächtnisse und Stiftungen hinsichtlich der Einbringung und Sicherstellung des gestifteten Vermögens durch das Fiscalamt; Art der weiteren Vertretung solcher Stiftungen.

Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1821, S. 2, Nr. 1730.

- Bei Legaten zu wohlthätigen Zwecken findet kein Abzug für den Armenfond Statt.

Hofkanzlei-Decret vom 30. October 1823, S. 162, Nr. 1972.

- In wie ferne ein Vermächtniß, worauf ein Erbsteuerpflichtiger zu Gunsten eines erbsteuerfreien Erben verzichtet, der Erbsteuer unterliege.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1825, S. 307, Nr. 2104.

- Befreiung der den barmherzigen Brüdern, den Elisabethinerinnen, den Ursulinerinnen und den Piaristen vermachten Legate von der Erbsteuer.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juni 1833, S. 93, Nr. 2617.

- Die in Mähren eingeführten Legatsgebühren zum Invaliden- und Normal-Schulffonde werden auf Schlesien ausgedehnt.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juli 1833, S. 95, Nr. 2621.

- Vorschrift für Gerichtsbehörden in jenen Fällen, wo dem Erbdatar noch vor Beendigung der Concursverhandlung ein Vermächtniß zufällt, welches der Concursmasse-Verwalter für die Concursmasse in Empfang zu nehmen hat.

Justiz-Hofdecret vom 8. Mai 1835, S. 8, Nr. 19.

- Jede letzte Willenserklärung, wodurch einer Stiftung, Kirche, Schule, geistlichen Gemeinde, öffentlichen Anstalt oder den Armen ein Vermächtniß zufällt, ist der politischen Behörde bekannt zu geben.

Justiz-Hofdecret vom 29. August 1836, S. 91, Nr. 154.

Legate. Befreiung der den akatholischen Schulen zum Unterrichte der Jugend vermachten Legate von der Erbssteuer.

Hofkanzlei-Decret vom 27. November 1838, S. 311, Nr. 308.

- Befreiung der frommen Vermächtnisse von der Abgabe der einhalbpcentigen Verlassenschaftsbeiträge für den Prager Krankenhausfond.

Hofkanzlei-Decret vom 14. August 1839, S. 346, Nr. 373.

- Aufhebung der verfügten Einhaltung mit der Ausfolgung der Vermächtnisse an belgische Erben.

Justiz-Hofdecret vom 26. Mai 1840, S. 500, Nr. 444.

- Eine weitere Abgabe an den Normal-Schulfond findet nicht mehr Statt, wenn der Erblasser für selben bereits ein die kategoriemäßige Summe erreichendes Legat bestimmt hat.

Hofkanzlei-Decret vom 31. October 1840, S. 535, Nr. 472.

- Bei den zu wohltätigen Zwecken gemachten Legaten ist von Verlassenschaftskonten der gesetzliche Beitrag zum Local-Armenfonde nicht abzunehmen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Jänner 1843, S. 90, Nr. 677.

- Vorschrift über den einstweiligen Besitz und Genuß solcher Legate, welche noch nicht erzeugten Personen für den Fall ihrer Geburt durch letztwillige Anordnungen zugebachet sind.

Justiz-Hofdecret vom 28. Mai 1845, S. 264, Nr. 888.

- Vorschrift über die Vertheilung der Vermächtnisse für Arme, wenn der Erblasser dieselben nicht näher bezeichnet hat.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Mai 1846, S. 336, Nr. 964.

- S. auch Vermächtniß.

Legitimation. Vorschrift über die Legitimation der Vormünder und Curatoren zur Erhebung der Interessen von den auf den Namen der Minderjährigen lautenden Obligationen.

Hofkammer-Decret vom 22. November 1839, S. 359, Nr. 390.

- Vorschrift über die Legitimation der Vormünder und Curatoren zur Erhebung der Interessen von den bei der hofkriegsräthlichen Depositen-Administration erliegenden, zu Pupillar- und Curatels-Massen gehörigen Obligationen.

Hofkammer-Decret vom 16. August 1842, S. 57, Nr. 633.

Legitimirte Kinder. S. Kinder.

Lehen. Behandlung der landesfürstlichen Beutel-Lehen im Herzogthume Salzburg.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Mai 1821, S. 21, Nr. 1762.

- Die Belehrung der Privat-Lehensherren bezweckende Normal-Vorschrift.

Hofkanzlei-Decret vom 26. März 1824, S. 197, Nr. 1996.

- Vorschrift über die Vertretung des Lehensherren, des Vasallen oder der Unterthanen des Lehensgutes, und über den Einfluß des Fiscalamtes auf Lehenssachen.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juli 1831, S. 16, Nr. 2519.

- Den Lehen-Mobialisirungs-Gesuchen sind die erforderlichen Erklärungen der Lehenfolger und des curatoris nascitorum beizulegen.

Allerhöchste Entschließung vom 16. Jänner 1832, S. 31, Nr. 2546.

- Todesfälle der Vasallen sind auch in Böhmen dem Lehenshofe anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1832, S. 60, Nr. 2560.

- Vorschrift über die Pränotation und Intabulation auf freieigene Güter, mit welchen Lehen unter eben derselben landtäfellichen Rubrik vereinigt sind.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1833, S. 80, Nr. 2600.

- Bei Lehen-Consenfen in Böhmen hat es von der bisher üblich gewesenem Ingressions-Taxe pr. 1 fl. 10 kr. vom Bogen abzukommen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Juni 1834, S. 114, Nr. 2659.

Lehen. Behandlung der Gesuche um Absonderung der Lehen vom freien Eigenthume, und der Lehen verschiedener Lehensherren.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1835, S. 36, Nr. 66.

- Bestimmungen hinsichtlich der Gerichtsbarkeit über die sogenannten deutschen von der Krone Böhmens abhängigen Lehen und deren Besitzer.

Justiz-Hofdecret vom 10. August 1835, S. 37, Nr. 69.

- Vorschrift über die Behandlung der Rechtsangelegenheiten der deutschen Lehen in Böhmen.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1836, S. 89, Nr. 152.

- Vorschrift über die Behandlung der Streitsachen in Dalmatien, welche mit landesfürstlichen oder mit Privat-Lehen im Zusammenhange stehen.

Justiz-Hofdecret vom 8. October 1838, S. 279, Nr. 297.

- Vorschrift über die Heimfugung der lehenbaren Landgerichte und der Lehen überhaupt, mit welchen die Criminalgerichtsbarkeit verbunden ist.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Mai 1841, S. 576, Nr. 532.

- Die Behandlung der Successionsfälle in die königlich-böhmischen Kronlehen wird auch auf die deutschen Lehen in Böhmen ausgedehnt.

Hofkanzlei-Decret vom 30. November 1841, S. 655, Nr. 573.

- In den Privat-Lehenbriefen bedarf es der Erwähnung nicht, ob die Lehen mit oder ohne Gnade verliehen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 18. August 1842, S. 58, Nr. 634.

- Vorschrift über die Censurirung der aus Anlaß der Liquidirung der landesfürstlichen Lehen aus dem Staatschatze zu vergütenden Kosten.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1842, S. 74, Nr. 656.

- Vorschrift zur Hintanhaltung der Beeinträchtigung der böhmischen Kronlehen und der deutschen Lehen in Böhmen, dann des emphyteutischen Verkaufes von Lehen-Grundparcellen ohne lehensherrlichen Consens an Unterthanen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Jänner 1843, S. 94, Nr. 679.

- Erforderniß des lehensherrlichen Consenses bei Veräußerung jener Gründe, welche zugleich lehenbar sind (Lehenparcellen), dann Verbot der Einverleibung der Veräußerung der Lehen-Grundparcellen ohne diesen Consens in die Grundbücher.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Jänner 1843, S. 94, Nr. 679.

- Vorschrift über das Verfahren bei Abschließung der Verträge über die Ablösung des Lehens, der Robot und anderer Urbatal-Schuldigkeiten auf Lehengütern.

Hofkanzlei-Decret vom 18. December 1846, S. 395, Nr. 1012.

- Vorschrift über das Verfahren bei Bestandschreibung an landesfürstliche Deutel-Lehen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Jänner 1848, S. 487, Nr. 1111.

Lehenbare Landgerichte. S. Landgerichte.

Lehenbriefe. Vorschrift über die Ausfertigung der Lehenbriefe über die in dem Herzogthume Salzburg befindlichen landesfürstlichen Deutel-Lehen.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Mai 1821, S. 24, Nr. 1762.

- In den Privat-Lehenbriefen bedarf es der Erwähnung nicht, ob solche mit oder ohne Gnade verliehen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 18. August 1842, S. 58, Nr. 634.

- In jedem Lehenbriefe ist die Lehenerneuerung zu ertheilen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Jänner 1843, S. 94, Nr. 679.

Lehenerneuerung ist in jedem Lehenbriefe zu ertheilen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Jänner 1843, S. 94, Nr. 679.

Lehengüter. S. Lehen.

Lehengüter:Beamte. S. Beamte.

Lehenhof. Die Todesfälle der Vasallen sind auch in Böhmen dem Lehenhofe anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1832, S. 60, Nr. 2560.

Lehen:Integrität. Die Zusicherung der Erhaltung der Lehen-Integrität ist in jedem Lehenreverse zu ertheilen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Jänner 1843, S. 94, Nr. 679.

Lehenrecht. Anwendung des longobardischen Lehenrechtes bei Entscheidung der Rechtsangelegenheiten der deutschen Lehen in Böhmen.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1836, S. 89, Nr. 152.

Lehensherr. Belehrung der Privat-Lehensherren über ihre Gerechtsame und Obliegenheiten.

Hofkanzlei-Decret vom 26. März 1824, S. 197, Nr. 1996.

— Bestimmung der Fälle, in denen der Lehensherr in Lehenstreitigkeiten durch das Fiscalamt zu vertreten ist.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juli 1831, S. 16, Nr. 2519.

— Behandlung der Gesuche um Absonderung der Lehen vom freien Eigenthume und der Lehen verschiedener Lehensherren.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1835, S. 36, Nr. 66.

— Wann dem Fiscalamte die Vertretung des obersten Lehensherrn, des Ästlerlehensherrn und der Vasallen obliegt.

Hofkanzlei-Decret vom 1. Juli 1847, S. 463, Nr. 1070.

Lehenherrlicher Consens. S. Bewilligung, Consens.

Lehen:Inventarien. Aufnahme der Lehen-Inventarien über die böhmischen und über die deutschen Lehen in Böhmen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Jänner 1843, S. 94, Nr. 679.

Lehen:Kataster. Verfassung eines vollständigen Lehen-Katasters zur Evidenzhaltung der Lehen in Böhmen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Jänner 1843, S. 94, Nr. 679.

Lehenpflege (berggerichtliche). S. Berggericht.

Lehen:Schranke. S. Lehen.

Lehenreverse. In jedem Lehenreverse ist die Zusicherung der Erhaltung der Lehen-Integrität zu ertheilen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Jänner 1843, S. 94, Nr. 679.

Lehen:Alienation. S. Lehen, Veräußerung, Verschuldung.

Lehenbesitzer. S. Lehensherr.

Lehenstagen sind bei Einverleibung und Pränotation der Urkunden nach der böhmischen Landtafel-Taxordnung vorzuschreiben.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Juli 1834, S. 114, Nr. 2659.

Lehen:werber. Vorschrift für Lehenwerber über die Verfassung der Muthungs- oder Belehnungs-Gesuche in Bergbau-Angelegenheiten.

Decrete der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 2. März und 25. October 1837, S. 113 und 150, Nr. 179 und 237.

Lehen:graben. Verbot des Lehengrabens auf den an der Linie der Staats-Eisenbahnen angrenzenden Gründen und Bergabhängen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 234, Nr. 834.

Lehen:amt. Die wegen Hochverrath abgestraften Priester dürfen ohne Allerhöchste Bewilligung weder in der Seelsorge noch im Lehenamte verwendet werden.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1847, S. 462, Nr. 1067.

Lehrer an Hauptschulen sind für landesfürstliche Beamte zu halten.

Justiz-Hofdecret vom 10. August 1822, S. 113, Nr. 1887.

- Der §. 221, I. Theiles des Strafgesetzes, ist nur bei den Lehrern an den Hauptschulen in Anwendung zu bringen; die Anordnungen der §§. 304 und 447 gelten aber für alle Schullehrer.

Justiz-Hofdecret vom 10. August 1822, S. 113, Nr. 1887.

Lehrjungen. Bestrafung des von Lehrjungen an ihrem Meister verübten Diebstahls.

Justiz-Hofdecret vom 24. April 1827, S. 79, Nr. 2275.

- Streitigkeiten zwischen Gewerbsleuten oder Fabriks-Inhabern und ihren Lehrjungen, welche aus dem Dienstverhältnisse entspringen, sind von den politischen Behörden zu behandeln.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1846, S. 390, Nr. 1002.

Leiber. Ueber Grundbuchbesitzungen in Böhmen auf eine gewisse Zahl von Leibern geschlossene Verträge sind ungiltig.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1833, S. 85, Nr. 2603.

Leibeserben. Unter dem in dem für Mähren erlassenen Patente vom 4. Juli 1749, hinsichtlich der von den Verlassenschaften zu entrichtenden Invalidenfonds-Beiträge, gebrauchten Ausdrucke: Sui haeredes oder Leibeserben, sind nur Descendenten, und unter dem Ausdrucke: Haeredes extranei, alle übrigen Erben, daher auch die Ascendenten, einbegriffen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. November 1842, S. 74, Nr. 655.

Leibesstrafen. Erkenntnisse auf Leibesstrafen gegen Gefällsübertreter sind von den Gerichtsstellen unmittelbar der competenten Ortsobrigkeit zur Kundmachung und Vollziehung zuzusenden.

Justiz-Hofdecret vom 19. März 1830, S. 186, Nr. 2453.

- S. auch Gefäll, Strafe.

Leibrenten. Die bereits im Ruhestande vorgefundenen Beamten und Diener des erloschenen Freistaates Krakau haben im Bezuge der ihnen legal verliehenen Leibrenten zu bleiben.

Allerhöchste Entschliessung vom 31. Juli 1847, S. 466, Nr. 1077.

Leichen. Vorschrift über das Begräbniß der Leichen der Deutschkatholiken.

Hofkanzlei-Präsidial-Schreiben vom 26. Jänner 1846, S. 308, Nr. 923.

Leichenbegängniß. Vorschrift über das Leichenbegängniß der Selbstmörder.

Hofkanzlei-Decrete vom 17. Jänner und 21. Mai 1845, S. 250 und 263, Nr. 861 und 885.

Leichenbeschauen. Vorschrift über die Vornahme der gerichtlichen Leichenbeschauen in Innsbruck, Laibach und Triest.

Justiz-Hofdecret vom 12. Jänner 1833, S. 74, Nr. 2587.

Leichenfeier findet bei Todtfällen der Deutschkatholiken nicht Statt.

Hofkanzlei-Präsidial-Schreiben vom 26. Jänner 1846, S. 308, Nr. 923.

Leichenkosten. Vorschrift über die Bestreitung der Leichenkosten für die in den Straforten der Criminalgerichte mittellos sterbenden Sträflinge.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Jänner 1839, S. 322, Nr. 330.

Leiningen. Dem Chef des fürstlichen Hauses Leiningen gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, und

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Leiningen-Billigheim,

- Meudenan,

- Westerburg (Alt-), und

- Westerburg (Neu-). Den Häuptern dieser reichsständisch-gräflichen Familien gebührt der Titel „Erlaucht“.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Leistung. Die Anwendung des §. 1333 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches findet auf verzögerte Leistungen von Gegenständen, welche keine Summe Geldes, sondern eine andere Sache oder Leistung zum Gegenstande haben, nicht Statt.

Justiz-Hofdecret vom 18. Jänner 1842, S. 7, Nr. 592.

Leitmeritz. Aufstellung eines Elbezollgerichtes zu Leitmeritz in Böhmen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 2. December 1845, S. 289, Nr. 912.

Lemberg. Für Lemberg werden vierzig Advocaten bestimmt.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1822, S. 88, Nr. 1853.

- Das Landrecht in Lemberg wird als der Gerichtsstand für das in Galizien sich bildende Privat-Pensions-Institut für Witwen und Waisen bestimmt.

Justiz-Hofdecret vom 12. August 1823, S. 157, Nr. 1961.

- Die Criminalgerichte in Galizien, denen die Untersuchung der Creditspapier-Verfälschung nicht zusteht, haben die in Beschlagnahme genommenen falschen Creditspapiere dem Criminalgerichte zu Lemberg zur weiteren Amtshandlung zu übermachen.

Justiz-Hofdecret vom 19. August 1825, S. 318, Nr. 2127.

- Bei dem Criminalgerichte zu Lemberg in Galizien werden die Auscultanten, ohne Vermehrung der dort schon bestimmten zwei Adjuten pr. 300 fl., auf sechs vermehrt.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1826, S. 36, Nr. 2207.

- Für das Lemberger Landrecht wird die Zahl der Auscultanten, jedoch ohne Vermehrung der dort schon bestehenden Adjuten, auf zwölf bestimmt.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1826, S. 36, Nr. 2207.

- Vertheilung der Adjuten unter die Auscultanten und Concepts-Practikanten des Magistrates zu Lemberg.

Justiz-Hofdecret vom 23. September 1826, S. 49, Nr. 2223.

- Für das Landrecht in Lemberg werden fünfzehn Auscultanten und vier Adjuten, zur einen Hälfte mit 300 fl. und zur anderen Hälfte mit 200 fl., sistemisirt.

Justiz-Hofdecret vom 16. Jänner 1837, S. 102, Nr. 166.

- Die Verlassenschafts-Beiträge für die Kranken-Anstalten der Stadt Lemberg, dann für den Normal-Schulfond haben bis auf weiteres fortzubestehen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

- Vorschrift über die Vertilgung der alten unbrauchbaren Registraturacten bei dem Magistrate der Stadt Lemberg.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1843, S. 149, Nr. 751.

- Vorschrift über die Anlegung der den Minderjährigen und Pflegebefohlenen gehörigen Geldbeträge (Waisengelber) auf den Häusern der Stadt Lemberg, mit Einschluß ihrer Vorstädte.

Justiz-Hofdecret vom 23. October 1843, S. 160, Nr. 755.

- Bestimmung der Gebühren für den Lemberger Scharfrichter und seine Gehilfen für die Vollziehung der Todesurtheile.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1844, S. 244, Nr. 855.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei dem Lemberger Landrechte, und dem Lemberger Magistrate und Wechselgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1847, S. 474, Nr. 1092.

- Vorschrift über die Dienstbefehlungen bei dem Lemberger Magistrate.

Justiz-Ministerial-Note vom 8. Juni 1848, S. 640, Nr. 1161.

Leonfelden. Die Verlassenschafts-Abgaben für das Spital zu Leonfelden in Oesterreich ob der Enns werden aufgelassen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

Leonsstein. Die Verlassenschafts-Abgaben für das Armen-Institut, dann für die durch Elementar-Unfälle beschädigten Unterthanen zu Leonsstein in Oesterreich ob der Enns, werden aufgelassen.
Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

Leibwillige Anordnung. S. Testament.

Leute. Abstellung des Unfuges der insgeheimen Bestellung von Leuten in die Criminal-Untersuchungs-Gefängnisse, um die Inquisiten zu Geständnissen zu verleiten.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 450, Nr. 1048.

Levico. Anstellung eines Advocaten bei dem Landgerichte Levico in Tirol.

Justiz-Hofdecret vom 11. December 1844, S. 243, Nr. 853.

Levirung. Vorschrift über die Levirung der Wechselproteste in Wien.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1835, S. 62, Nr. 102.

Leyen. Dem Chef des fürstlichen Hauses Leyen gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, und

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Libri di notifiche. S. Notifikationenbücher.

Licāen. Auf die eine akademische Würde bei Licāen bekleidenden Mitglieder sind die §§. 221, 304 und 446, I. Theiles des Strafgesetzes, anzuwenden.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1827, S. 65, Nr. 2253.

— Die an Licāen angestellten medicinisch-chirurgischen Professoren sind nicht ermächtigt, auf Verlangen der Civil- und Criminalgerichte Kunstgutachten abzugeben.

Justiz-Hofdecret vom 8. Mai 1829, S. 156, Nr. 2400.

Lichtenberg. Vorschrift über den Bezug der von Erasmus Grafen von Lichtenberg zu Gunsten des dem Staatsdienste sich widmenden jungen Adels der Provinz Krain gemachten Adjuten-stiftung.

Hofammer-Decret vom 31. Juli 1844, S. 214, Nr. 822.

Licitation. S. Feilbietung, Veräußerung.

Licitationsprotokoll. S. Protokoll.

Lichtwer. Die Anheimsagung der Gerichtsbarkeit der lehenbaren von Merf'schen Hofmar Lichtwer in Tirol wird angenommen; Vertheilung der Jurisdiction über die Gemeinden derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 12. December 1835, S. 63, Nr. 103.

Lichtenstein. Dem jeweiligen Regierer des fürstlichen Hauses Lichtenstein gebührt das Prädicat „Durchlauchtiger Fürst und Durchlaucht“ mündlich und schriftlich.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1823, S. 129, Nr. 1923.

Lieferung. Zu der Einleitung von Militärlieferungen, wenn der rechtliche Beistand des Fiskalamtes nicht thunlich ist, soll ein landesfürstlicher Justizrath beigezogen werden.

Justiz-Hofdecret vom 18. Mai 1821, S. 21, Nr. 1761.

Lieferungen. Vorschrift über die Behandlung der bei Bestand- oder sonstigen Verträgen über Aerial-Lieferungen der Bestechung öffentlicher Beamten beschuldigten und über abgeführte gerichtliche Untersuchung nicht schuldlos erklärten Individuen.

Hofkanzlei-Decret vom 1. December 1847, S. 478, Nr. 1101.

Liegersstätte. S. Lagerstätte.

Lienz. Vertheilung des Landgerichtes Lienz im Pustertal-Kreise in Tirol mit Einem Adjutum für einen Concepts-Practikanten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

Linz. Die Zahl der Advocaten für Linz wird auf neun festgesetzt.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1821, S. 87, Nr. 1851.

— Vorschrift über die Aufkündigung und Räumung vermieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in der Hauptstadt Linz.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1833, S. 82, Nr. 2602.

Linj. Vorschrift für das Stadt- und Landrecht zu Linj, über die Behandlung der Gesuche um Absonderung der Lehen vom freien Eigenthume und der Lehen verschiedener Lehensherren.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1835, S. 36, Nr. 66.

- Vorschrift über die Anlegung der den Minderjährigen und Pflegebefohlenen gehörigen Geldebeträge (Waisengelder) auf den Häusern der Stadt Linj, mit Einschluß ihrer Vorstädte.

Justiz-Hofdecret vom 23. October 1843, S. 160, Nr. 755.

- Erhöhung der Brotportion für einen gefunden männlichen Sträfling im Linzer Provinzial-Strafhaufe von täglichem Ein Pfund auf Ein und ein halbes Pfund.

Hofkanzlei-Decret vom 31. Jänner 1845, S. 251, Nr. 864.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei dem Stadt- und Landrechte zu Linj.

Justiz-Hofdecret vom 19. August 1847, S. 468, Nr. 1081.

Lipowaner. Anwendung des §. 71 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches auf die Ehen der Lipowaner in der Bukovina.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1835, S. 22, Nr. 37.

Lloyd. Beförderung der amtlichen Correspondenz der Gerichtsbehörden in Dalmatien mittelst der Dampfschiffe des österreichischen Lloyd.

Justiz-Hofdecret vom 18. Jänner 1843, S. 88, Nr. 673.

Liquidirte unterthänige Schuldigkeiten. S. Unterthans-Schuldigkeiten.

Liquidirung. Vorschrift über das Venehmen bei Liquidirung der Waisencassen, aus welchen der Gutsherr Waisengelder als Darlehen an sich gezogen hat.

Justiz-Hofdecret vom 2. December 1823, S. 164, Nr. 1977.

- Vorschrift über die Liquidirung des Eigenthumsrechtes gegen Concurssmassen.

Justiz-Hofdecret vom 19. August 1825, S. 318, Nr. 2126.

- Liquidirungs-Erklärungen können, außer dem Falle der ausdrücklichen Bestellung einer Hypothek oder der gerichtlichen Execution, nicht einverleibt, sondern nur pränotirt werden.

Justiz-Hofdecret vom 13. Juni 1828, S. 122, Nr. 2346.

- rückständiger Zölle und Verzehrungssteuer-Beträge.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1832, S. 31, Nr. 2548.

- der Advocaten-Gebühren.

Justiz-Hofdecret vom 4. October 1833, S. 103, Nr. 2633.

- Vorschrift über die Liquidirung der Reiseparticularien der landesfürstlichen Beamten.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Jänner 1841, S. 551, Nr. 493.

- Vorschrift über die Censurirung der aus Anlaß der Liquidirung der landesfürstlichen Lehen aus dem Staatschatze zu vergütenden Kosten.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1842, S. 74, Nr. 656.

Literarische Werke. Beschlüsse der deutschen Bundesversammlung zur Sicherung der Rechte der Verfasser und Herausgeber literarischer Werke gegen den Nachdruck.

Hofkanzlei-Decrete vom 16. November 1832, S. 50, Nr. 2580, 26. November 1840, S. 540, Nr. 483, und 25. Juli 1845, S. 272, Nr. 897.

- Staatsvertrag mit Sardinien, zur Sicherstellung der Eigenthumsrechte der in den beiderseitigen Staaten erscheinenden literarischen und artistischen Werke.

Vom 22. Mai 1840, S. 492, Nr. 441.

- Gesetz zum Schutze der Verfasser, Herausgeber und Verleger literarischer Werke gegen den unbefugten Nachdruck derselben.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

Lobkowitz. Dem Chef des fürstlichen Hauses Lobkowitz gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, und

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Local-Armenfond. S. Armenfond.

Local-Commissionen. S. Beamte.

- **Erhebungen.** Vornahme der Local-Erhebungen über den Zustand der Lehen und zur Vergleichung desselben mit den aufgenommenen Inventarien in Basallen-Veränderungsfällen.
Hofkanzlei-Decret vom 30. Jänner 1843, S. 94, Nr. 679.

Locomotiv-Eisenbahnen. S. Eisenbahn.**Locomotivführer.** Prüfung der Locomotivführer über ihre praktischen Kenntnisse vor ihrer Verwendung bei Locomotiven.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juni 1845, S. 266, Nr. 891.

Löhnung. Straßen-Einräumer, auf deren Löhnung ein gerichtlicher Verbot gelegt wird, sind fogleich zu entlassen.

Hofkanzlei-Decret vom 22. October 1829, S. 175, Nr. 2435.

- Auf die Militär-Löhnungen findet keine Execution Statt.

Justiz-Hofdecree vom 1. Juli 1839, S. 343, Nr. 368.

Löschung der Forderungen der noch bestehenden geistlichen Gemeinden in der Landtafel oder dem Grundbuche ist ohne Genehmigung der politischen Landesstelle nicht gestattet.

Justiz-Hofdecree vom 16. Juni 1821, S. 33, Nr. 1768.

- Zur Eintragung der ersten und weiteren Cessionen von eingetragenen Schulforderungen in die öffentlichen Bücher, wie auch zur Löschung von eingetragenen Forderungen und Rechten, ist die Beibringung der darin schon eingetragenen Schuldscheine, Cessions- und anderer Urkunden, welche hierauf Bezug haben, nicht erforderlich.

Justiz-Hofdecree vom 16. April 1830, S. 194, Nr. 2458.

- Vorschrift über die Verständigung der Sazgläubiger von der von Amtswegen vorzunehmenden Löschung der auf aufgelassenen Verggebäuden haftenden Sazposten.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 1. Mai 1838, S. 180, Nr. 268.

- der Belehnungen auf Farb-Erde aus den Vergbüchern.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 21. November 1838, S. 310, Nr. 307.

- Vorschrift über die Löschung der Verglehen in den Vergbüchern bei vernachlässigter Entrichtung der Quatembergelder.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 27. November 1838, S. 311, Nr. 310.

- Welche Urkunden zum Beweise der Löschung der in den sogenannten Versch- oder Hypothekenbüchern vorkommenden Hypotheken, gegenüber der nicht vollständig zu befriedigenden Hypothekengläubiger eines gerichtlich veräußerten Gutes, zum Verschbuche gebracht werden sollen.

Justiz-Hofdecree vom 4. August 1840, S. 519, Nr. 459.

- der alten Firma der ersten österreichischen Brandschadenversicherungs-Gesellschaft bei dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte und Protokollirung der neuen.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Jänner 1842, S. 8, Nr. 593.

- Vorschrift für das niederösterreichische Landrecht, über die Behandlung der in den Rubriken der niederösterreichischen Landtafel vorkommenden Anmerkung hinsichtlich der an die Stelle des Umgelbes tretenden Entschädigung und der darin eingetragenen Tabularposten.

Justiz-Hofdecree vom 3. November 1842, S. 69, Nr. 653.

- Vorschrift über das Verfahren bei Löschung der für die Staats-Eisenbahnen eingelösten Gründe, Gebäude und der abgelösten obrigkeitlichen Siebigkeiten und Gerechtsamen, in den Grundbüchern, in der Landtafel und in dem kändischen Kataster.

Justiz-Hofdecree vom 15. October 1845, S. 277, Nr. 904.

Löschung. Bei anhängigen Klagen auf die Löschung eines in die öffentlichen Bücher eingetragenen Rechtes ist dem Grundbuche oder der Landtafel auf Ansuchen des Klägers die Bemerkung: daß die eingetragene Post streitig sei, einzuschalten.

Justiz-Hofdecret vom 57. März 1846, S. 330, Nr. 951.

- Verfahren hinsichtlich der Löschung solcher Quittungen, welche auf Realitäten, von denen Grundtheile für die k. k. Staats-Eisenbahnen in Anspruch genommen werden, zu Gunsten des Alerars, wegen der geleisteten Abschlagszahlungen an der Entschädigungsforderung der Besitzer derselben intabulirt oder pränotirt worden sind.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1846, S. 387, Nr. 997.

- Befugniß der Magistrats der königlichen und Municipalsstädte, die Löschung der Schuldscheine über die ihren eigenen Stadtbürgern dargeliehenen, auf den in ihren Grundbüchern erscheinenden Realitäten vorgemerkten Gemeinde-Capitalien zu bewilligen und vorzunehmen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Jänner 1847, S. 403, Nr. 1017.

- S. auch Grundbuch, Landtafel.

Löwenstein-Wertheim-Freudenberg. Dem Chef des fürstlichen Hauses Löwenstein-Wertheim-Freudenberg gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, und

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Löwenstein-Wertheim-Rosenberg. Dem Chef des fürstlichen Hauses Löwenstein-Wertheim-Rosenberg gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, und

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Lohn. Die in dem §. 1480 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches festgesetzte dreißährige Verjährung findet auf den Lohn des Dienstgefindes keine Anwendung; wann die gesetzliche Vermuthung der erfolgten Zahlung desselben zu gelten habe.

Hofkanzlei-Decret vom 10. April 1839, S. 336, Nr. 355.

Lohnverträge. Die aus Lohnverträgen zwischen Gewerbsleuten oder Fabrik-Inhabern und ihren Gesellen, Lehrlingen und Hilfsarbeitern entspringenden Streitigkeiten gehören zur Behandlung der politischen Behörden.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1846, S. 390, Nr. 1002.

Lombardische Gerichtsstellen. S. Gerichtsstellen.

Lombardisch-venetianisches Johanniter-Privat. S. Johanniter-Orden.

Lombardisch-venetianisches Königreich. Errichtung und Verwaltung des lombardisch-venetianischen Monte, mit welchem die lombardisch-venetianische Staatsschuld vereinigt wird.

Patent vom 24. Mai 1822, S. 97, Nr. 1873.

- Regulirung der Hypothekar-Rechte in demselben.

Patent vom 19. Juni 1826, S. 21, Nr. 2193.

- Die in der Allerhöchsten Entschliessung vom 28. Juli 1814 enthaltene nähere Bestimmung des §. 119 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, in Betreff der Wiederverhehlung getrennter Katholiken bei Lebzeiten des vorigen Gatten mit einer katholischen Person, wird auch im lombardisch-venetianischen Königreiche kundgemacht.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Juli 1835, S. 34, Nr. 61.

- Testirungs- und Erbfähigkeit der Erreligiösen im lombardisch-venetianischen Königreiche.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1835, S. 40, Nr. 76.

- In die Hypothekenbücher des lombardisch-venetianischen Königreiches können die Urkunden nur in italienischer Sprache eingetragen werden.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1835, S. 65, Nr. 109.

- Lombardisch-venetianisches Königreich.** Vorschrift über die Vergütung der Reise- und Zehrungskosten für das Sanitäts-Perfonale und andere Kunstverständige bei außerordentlichen Leistungen in Criminal- und Polizei-Angelegenheiten im lombardisch-venetianischen Königreiche.
Hofkanzlei-Decret vom 25. März 1841, S. 565, Nr. 517.
- Lombardisch-venetianischer Monte.** Vorschrift über die Verjährung einzelner Renten- oder Interessen-Raten von den Carteln und Obligationen des lombardisch-venetianischen Monte, dann über das Recht Zinsen zu fordern.
Allerhöchste Entschliebung vom 6. Februar 1838, S. 170, Nr. 253.
— Vorschrift über die gerichtliche Veräußerung der Cartele des lombardisch-venetianischen Monte.
Justiz-Hofdecet vom 24. Jänner 1844, S. 190, Nr. 778.
- Longobardisches Lehenrecht.** Anwendung des longobardischen Lehenrechtes bei Entscheidung der Rechtsangelegenheiten der deutschen Lehen in Böhmen.
Justiz-Hofdecet vom 22. August 1836, S. 89, Nr. 152.
- Looz-Coswarem.** Dem Chef des herzoglichen Hauses Looz-Coswarem gebührt der Titel „Durchlaucht“.
Justiz-Hofdecet vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, und
Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.
- Lose.** Befreiung der Rothschilb'schen Lose von der Erbsteuer.
Hofkammer-Decret vom 21. Mai 1833, S. 92, Nr. 2615.
— Vorschrift über die Rückzahlungsart der von Rothschilb'schen Losen abgenommenen Erbsteuer.
Hofkanzlei-Decret vom 15. August 1839, S. 347, Nr. 374.
— Bedingte Befreiung der Rothschilb'schen Lose von der Erbsteuer.
Hofkanzlei-Decret vom 29. October 1839, S. 353, Nr. 384.
- Lossprechungs-Urtheil.** S. Urtheile I in Estrassachen.
- Lotterie.** In welchen Fällen eine Besitzveränderungs-Gebühr oder Laxe bei Güter-Lotterien nicht statt finde.
Justiz-Hofdecet vom 14. August 1824, S. 262, Nr. 2030.
- Lotto-Anlehen.** Die Schuldverschreibungen und Abtheilungen der beiden Lotto-Anlehen vom Jahre 1834 und 1839 können auch für die Dauer mehrerer Jahre ohne Vinculirung als Cauttionen für das Aera bei Lieferungen, Pachtungen u. angenommen werden.
Hofkammer-Decret vom 7. Februar 1848, S. 490, Nr. 1116.
- Lotto-Anlehens-Obligationen.** S. Obligationen.
- Lover.** Für die Gemeinde Lover in Tirol wird ein neues Landgericht dritter Classe mit dem Amfisse in Gembra errichtet.
Hofkanzlei-Decret vom 7. Februar und 26. April 1838, S. 170, Nr. 254.
- Lovrana.** Das Triester Stadt- und Landrecht übt die Gerichtsbarkeit über den Bezirk Lovrana aus.
Justiz-Hofdecet vom 20. Mai 1825, S. 301, Nr. 2096.
— Der Bezirk Lovrana wird dem Istrianer Kreise im illirischen Küstenlande zugetheilt.
Justiz-Hofdecet vom 25. Juni 1825, S. 310, Nr. 2114.
— S. auch Gerichtsbarkeit.
- Lucca.** Dem mit Sardinien abgeschlossenen Staatsvertrage, wegen Sicherung der Eigenthumsrechte literarischer und artistischer Werke gegen den Nachdruck, ist auch die Regierung von Lucca beigetreten.
Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1840, S. 542, Nr. 484.
- Ludiz.** Aufstellung von vier Advocaten für den Eibogner Kreis in Böhmen, wovon Einer in Ludiz seinen Wohnsitz zu nehmen hat.
Justiz-Hofdecet vom 28. November 1845, S. 289, Nr. 911.

Lust. Den Criminal-Inquisiten ist zur Erhaltung ihrer Gesundheit der zeitweilige Genuß der freien Lust unter der nöthigen Vorsicht zu gestatten.

Justiz-Hofdecret vom 7. März 1823, S. 138, Nr. 1928.

Lussin. Der Bezirk Lussin wird dem Istrianer Kreise im ilirischen Küstenlande zugetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 25. Juni 1825, S. 310, Nr. 2114.

— Bestimmung der Stempel- und Lagegebühren für die in Betreff der Notistenbücher im Bezirke Lussin vorkommenden Urkunden und Amtshandlungen.

Hofammer-Präsidial-Decret vom 4. August 1840, S. 521, Nr. 461.

— Von den für den Istrianer Kreis systemisirten Advocaten hat Einer bei dem Bezirksgerichte Lussin seinen Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1842, S. 81, Nr. 667.

Luxemburg. Staatsvertrag zwischen dem Großherzoge von Luxemburg und Oesterreich, über die Vermögens-Freizügigkeit der beiderseitigen Unterthanen.

Vom 7. Februar 1840, S. 471, Nr. 406.

Lustenau. Die Criminal-Jurisdiction über den Umfang des Landgerichtes Lustenau wird dem Landgerichte zu Feldkirch zugetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 11. Februar 1826, S. 5, Nr. 2162.

M.

Macarsca. Die Prätur Macarsca in Dalmatien wird aus der ersten in die zweite Classe gesetzt.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1848, S. 492, Nr. 1118.

Mähren. Bestimmung der Anzahl der mährisch-schlesischen Landes-Advocaten.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1822, S. 91, Nr. 1861.

— Vorschrift über die Protokollirung der türkischen Unterthanen in Mähren.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1826, S. 6, Nr. 2165.

— Bestätigung der bisher geltenden Vorschriften über die Grundbuchstaren in Mähren; Bestimmung der Taxen für die Pränotation bei den Grundbüchern dieser Provinz.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juli 1826, S. 30, Nr. 2198.

— Bestimmung des Termines zur Ablegung der Fiscalprüfung in Mähren.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1828, S. 124, Nr. 2351.

— Welchen Verbrechern aus Mähren der Spielberg zu Brünn als Strafort angewiesen ist.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1829, S. 161, Nr. 2408.

— Errichtung einer vereinigten Cameral-Gefällen-Verwaltung für Mähren und Schlessen.

Justiz-Hofdecret vom 27. August 1830, S. 205, Nr. 2477.

— Berechnung der Accidienten der Wirthschaftsbeamten in Mähren für die den Unterthanen unter obrigkeitlichem Sigille hinausgegebenen Grundverschreibungen.

Hofkanzlei-Decret vom 23. September 1830, S. 208, Nr. 2482.

— Instruction für die Criminalärzte der Inquisitionshäuser in Mähren und Schlessen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. November 1835, S. 56, Nr. 96.

— Vorschrift für die Vormundschaftsämter und Magistrate in Mähren, über die Verabfolgung des aufbewahrten Vermögens der Mündel, Pflegebefohlenen und Waisen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1837, S. 106, Nr. 172.

— Vorschrift über die Bestreitung der Auslagen der Criminalgerichte in Mähren.

Hofkanzlei-Decret vom 24. September 1841, S. 613, Nr. 565.

Mähren. Vorschrift über die Behandlung der Entscheidungen in Grundbuchs-Angelegenheiten in Mähren.

Justiz-Hofdecret vom 30. November 1841, S. 655, Nr. 572.

- Die Verlassenschafts-Abgaben zu Gunsten des Seminar- und Invalidenfonds in Mähren werden aufgelassen.

Hofkanzlei-Decrete vom 28. Februar und 16. November 1842, S. 13 und 74, Nr. 600 und 655.

- Unter dem in dem für Mähren erfolgten Patente vom 4. Juli 1749, hinsichtlich der von den Verlassenschaften zu entrichtenden Invalidenfonds-Beiträge gebrauchten Ausdrucke: „Sui haeredes oder Leibeserben“, sind nur Descendenten, und unter dem Ausdrucke: „Haeredes extranei“ alle übrigen Erben, daher auch die Ascendenten, einbegriffen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. November 1842, S. 74, Nr. 655.

- Die Zulassung der Israeliten als Käufer zur Feilbietung von Realitäten der Christen in Mähren ist nicht erlaubt.

Justiz-Hofdecret vom 21. März 1843, S. 103, Nr. 690.

- Protokollierung der Firmen der Inhaber von Landesfabriks-Concessionen in Mähren und Schlesien.

Hofkammer-Decret vom 14. Juni 1843, S. 124, Nr. 713.

- Vorschrift über die Vertilgung der alten unbrauchbaren Registratur-Akten bei den landesfürstlichen Criminal- und Civil-Collegialgerichten in Mähren, dann bei dem Magistrate der Städte Brünn und Olmütz.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1843, S. 149, Nr. 751.

- Vorschrift über die Beföstigung der in den Frohnfesten Mährens wegen Verbrechen angehaltenen unvermöglihen Inquisiten und Sträflinge.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Jänner 1845, S. 251, Nr. 863.

- Unterricht über die Führung der Geburts-, Trauungs- und Toden-Acten der Israeliten in Mähren, dann Formulare zu den Geburts-, Trauungs- und Toden-Acten derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 19. März 1846, S. 321, Nr. 945.

- Vorschrift über die Anlegung von städtischen Gemeinde-Capitalien auf Realitäten der eigenen Stadtbürger in Mähren.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Jänner 1847, S. 403, Nr. 1017.

Mährische Criminalgerichte. S. Criminalgerichte.

Mährisch-Meustadt. S. Meustadt.

Mährisch-schlesisches Appellationsgericht. Vorschrift über die Vertilgung der alten unbrauchbaren Registratur-Akten bei dem mährisch-schlesischen Appellationsgerichte, bei den demselben untergeordneten landesfürstlichen Criminal- und Civil-Collegialgerichten, dann bei dem Magistrate der Städte Brünn und Olmütz.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1843, S. 149, Nr. 751.

- Landrecht. S. Landrecht.

Männliche Sträflinge. S. Sträflinge.

Märkte. Vorschrift über die Besetzung der Syndiker-Stellen bei den Municipal-Märkten in Steiermark und dem Klagenfurter Kreise.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1825, S. 302, Nr. 2100.

- Die mit dem Justiz-Hofdecrete vom 7. September 1822 angeordnete Bemessung der Beiträge aus Verlassenschaften zu dem Normal-Schulffonde hat auch für die landesfürstlichen Städte und Märkte in Niederösterreich zu gelten.

Decret der Studien-Hofcommission vom 3. December 1825, S. 331, Nr. 2151.

Märkte (landesfürstliche). Bestimmung des Heimfallsrechtes derselben auf erblose Verlassenschaften.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1839, S. 346, Nr. 372.

- Die aus den Gemeinde-Renten eines landesfürstlichen Marktes besoldeten Beamten unterliegen der Entrichtung der Dienstreise.

Hofkammer-Decret vom 2. December 1842, S. 76, Nr. 660.

Magistrate. Der Magistrat in Carlsstadt hat sich in eine Cognition der Grundbuchsachen nicht mehr einzulassen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Mai 1821, S. 18, Nr. 1757.

- Bestimmung der Zahl der Auscultanten bei den Senaten des Wiener Magistrates. Vorschrift über ihre Aufnahme; über ihre Verwendung und Benehmen zu erstattender jährlicher Bericht, dessen Inhalt; Art der Verleihung des Adjutums an dieselben.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1821, S. 33, Nr. 1769.

- Vorschrift über die Eintreibung der Geldstrafen von Magistraten für den Criminalfond.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1821, S. 42, Nr. 1787.

- Eigenschäften und Beschäftigung der Criminal-Practicanten zu Graß.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 46, Nr. 1796.

- Befreiung der nicht landesfürstlichen Orts- und Patrimonial-Gerichte, Dominien und Magistrate von der Entrichtung des Briefporto in ihrer amtlichen Judicial-Correspondenz.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1821, S. 69, Nr. 1824.

- Vorschrift über den periodischen Wechsel, dann über die Beschäftigung der Auscultanten des Civil- und Criminal-Senates des Wiener Magistrates.

Justiz-Hofdecret vom 22. Februar 1822, S. 81, Nr. 1844.

- Die Vorschrift vom 9. Februar 1822, Nr. 1836, hinsichtlich der Berathschlagung über Dienstbesetzungen in vollem Rathe, bezieht sich nur auf die darin bezeichneten Collegialgerichte erster Instanz.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1822, S. 90, Nr. 1859.

- Art der Correspondenz zwischen den Kreisämtern und den Magistraten.

Justiz-Hofdecret vom 28. Mai 1822, S. 107, Nr. 1874.

- Vorschrift über die Eintreibung der wider Magistrate gerichtlich verhängten Strafbeträge; die Nachsicht derselben ist der Landesstelle sogleich anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1823, S. 137, Nr. 1926.

- Auf Uebersetzungen der Prager Magistratsräthe von einer zu der anderen Abtheilung des Prager Magistrates hat das Hofkanzlei-Decret vom 12. October 1815 keine Anwendung; sie bleiben ferner der gemeinschaftlichen Genehmigung beider Landesbehörden überlassen.

Justiz-Hofdecret vom 5. August 1823, S. 157, Nr. 1960.

- Befreiung der Magistrate von dem Postporto in Aerial-Taschen.

Justiz-Hofdecret vom 19. August 1823, S. 158, Nr. 1963.

- Den freien Gemeinden ferner gestattete Wahl geprüfter Beamten. Vorschrift bei Entlassung geprüfter Eindiger dieser Gemeinden.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1824, S. 200, Nr. 2001.

- Durchsuhung der Registraturen der nicht förmlich besetzten Magistrate zum Behufe des Stempelgefälles mit Beiziehung eines Appellationsrathes.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juni 1824, S. 211, Nr. 2014.

- Mit dem Magistrate zu Klagenfurt hat das dortige Stadt- und Landrecht über Gewerbsachen durch Ersuchsschreiben zu verhandeln.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juli 1825, S. 313, Nr. 2119.

Magistrate. Vorschrift über die Vornahme der Stempel-Visitationen durch Gefällsbehörden bei den nicht organisirten Magistraten in Tirol und Vorarlberg.

Justiz-Hofdecret vom 6. August 1825, S. 314, Nr. 2123.

- Bestimmung der Gebühren für die bei den Herrschaften und Magistraten des nun mit Ilirien vereinigten Klagenfurter Kreises errichteten Privat-Urkunden der Untertanen oder Gerichts-Insaßen.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1825, S. 325, Nr. 2136.

- Besetzung der Einbiser-, Stadt- und Marktschreiberstellen bei den Landmagistraten und Gemeinden in Böhmen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1826, S. 2, Nr. 2159.

- Den Magistraten wird die Ausstellung von Dienst- und Verwendungs-Zeugnissen an ihre Beamte untersagt.

Justiz-Hofdecret vom 17. März 1826, S. 13, Nr. 2174.

- die mit keinem geprüften Vorsteher versehen sind, haben die Eigenschafts-Tabellen über ihre Beamte dem vorgesetzten Kreisamte zur Bestätigung vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 17. März 1826, S. 13, Nr. 2174.

- Bei dem Civil-Justiz-Senate des Wiener Magistrates wird die Zahl der Auscultanten auf vier und zwanzig festgesetzt.

Justiz-Hofdecret vom 14. April 1826, S. 16, Nr. 2180.

- Den bei Magistraten angestellten Bürgermeistern, Räthen und subalternen Beamten wird die Befolgung von Justizariaten neben ihrem Amte nicht gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 24. Juni 1826, S. 29, Nr. 2195.

- Der Concurrs ist bei Magistraten nur für die letzte Dienststelle jener Kategorie, in welcher ein Platz leer geworden ist, auszuschreiben.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Juli 1826, S. 34, Nr. 2203.

- Dem Magistrate in Graz werden zwei Auscultanten des steirischen Landrechtes, die jährlich auszuwechseln sind, zur Aushilfe im Criminalfache zugetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 21. Juli 1826, S. 35, Nr. 2205.

- Den organisirten Magistraten in Galizien wird gestattet, eine angemessene Zahl von Auscultanten aufzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1826, S. 36, Nr. 2207.

- Vorschrift über die Correspondenzform der Kreisämter mit den Magistraten als Criminal-gerichten.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1826, S. 37, Nr. 2208.

- Gestattung der Zulassung zur Rechtspraxis bei nicht vollständig organisirten Magistraten.

Justiz-Hofdecret vom 1. September 1826, S. 46, Nr. 2218.

- Vertheilung der Adjuten unter die bei dem Lemberger Magistrate angestellten Auscultanten und Concepts-Practikanten.

Justiz-Hofdecret vom 23. September 1826, S. 49, Nr. 2223.

- Die Magistrate auf dem Lande sind bei Einsendung der Sterbtabelle und Erbsteuer-Ausweise von Entrichtung des Postporto gegen Journalisirung befreit.

Hofkammer-Decret vom 20. October 1826, S. 52, Nr. 2227.

- Zahl, Verwendung und Ernennung der Auscultanten bei dem Magistrate zu Prag.

Justiz-Hofdecret vom 5. Jänner 1827, S. 63, Nr. 2249.

Magistrate. Die zwischen organisirten Magistraten und Dominien entstehenden Jurisdictionstreitigkeiten sind auf dem Rechtswege von den Landräthen der betreffenden Provinz in Gegenwart des politischen Repräsentanten zu verhandeln.

Justiz-Hofdecret vom 27. Jänner 1827, S. 65, Nr. 2252.

- Die Recurse und Gesuche der Magistrate, um Nachsicht oder Mäßigung der wider sie verhängten Geldstrafen, unterliegen den Tax-, Stempel- und Postporto-Gebühren.

Hofkammer-Decret vom 30. Mai 1827, S. 82, Nr. 2280.

- sind in ihrer amtlichen Correspondenz über die Einhebung der Material-Taxen von Entrichtung des Postporto befreit.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1827, S. 84, Nr. 2284.

- Bestimmung der Behörden, welche den Magistratsbeamten Urlaub ertheilen können.

Justiz-Hofdecret vom 23. Februar 1828, S. 110, Nr. 2331.

- Auch bei den nur mit einem geprüften Einlicuß, mit einem ungeprüften Bürgermeister und ungeprüften Räten besetzten Magistraten ist der Beschluß über die Einleitung einer Criminal-Untersuchung nach Mehrheit der Stimmen zu fassen.

Justiz-Hofdecret vom 1. August 1828, S. 129, Nr. 2357.

- der schutzbürgerlichen Städte haben jährlich ihren Schutzbürgerlichen die Waisen- und Depositions-Rechnungen zur Revision vorzulegen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. October 1828, S. 133, Nr. 2363.

- Die Magistrate sind in officiosen Judicial-Gegenständen, in Katastral- und Steuerfachen von dem Postwagens-Porto befreit.

Hofkammer-Decret vom 18. Februar 1829, S. 145, Nr. 2386.

- Bestimmung der Behörden, welche zur Betreibung politischer Aufträge die Gehaltsperre gegen Beamte zu verhängen haben, die politische und Justizgeschäfte zugleich besorgen.

Justiz-Hofdecret vom 2. April 1830, S. 187, Nr. 2454.

- Vorschriften über die Form der Correspondenz zwischen den Kreisämtern und den Magistraten in gerichtlichen Angelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juli 1830, S. 201, Nr. 2471.

- Durch den Brünner Magistrat ist die Abhandlung der in dem Provinzial-Strafhause zu Brünn verstorbenen ausländischen Verbrecher zu pflegen.

Justiz-Hofdecret vom 3. September 1830, S. 206, Nr. 2478.

- Ohne Zustimmung des Magistrates dürfen die Verlassenschaften der in Verrechnung gestandenen Magistrats-Beamten außer dem Executionsweg, auch nicht jure crediti Jemanden eingeworfen werden.

Justiz-Hofdecret vom 2. September 1831, S. 18, Nr. 2526.

- Auf die vor politischen Magistraten ordnungsmäßig geschlossenen, protokolirten und ausgefertigten Vergleiche kann die gerichtliche Execution ertheilt werden.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juni 1832, S. 63, Nr. 2567.

- Bei dem Magistrate zu Graz wird die Vermehrung der Auskultanten bis auf sechs gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1832, S. 65, Nr. 2572.

- Vermehrung der Actuale bei dem Criminal-Senate des Wiener Magistrates; Bestimmung ihrer Besoldung und Quartiergelber; Einziehung der Adjuten der Auskultanten dieses Senates.

Hofkanzlei-Decret vom 15. September 1832, S. 69, Nr. 2576.

- Vorschrift über die Vorschläge zu Justiz-Dienstbesetzungen bei dem Wiener Magistrate.

Hofkanzlei-Decret vom 31. October 1832, S. 70, Nr. 2579.

Magistrate. Vorschrift über die Legalisirung der Urkunden bei dem Wiener Magistrate.

Justiz-Hofdecret vom 17. Mai 1833, S. 91, Nr. 2613.

- Form der Correspondenz der Kreisämter mit Magistraten über Civil- und Criminal-Angelegenheiten.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1834, S. 114, Nr. 2658.

- Bestimmung der Gerichtstaxen bei dem Stadtmagistrate zu Czernowitz in der Bukowina.

Hofkanzlei-Decret vom 19. September 1834, S. 126, Nr. 2669.

- Vorschrift für den Judicial-Senat des Prager Magistrates, über dessen Verfahren bei Bewilligung der Eigenthums-Übertragung einer stadtbücherlichen Realität.

Justiz-Hofdecret vom 25. August 1835, S. 42, Nr. 82.

- Der Magistrat in Prag ist ermächtigt, seine Erledigung in Ausziehungssachen, wenn sie Militär-Parteien betreffen, denselben unmittelbar zustellen zu lassen.

Justiz-Hofdecret vom 13. September 1836, S. 92, Nr. 155.

- Vorschrift für Magistrate in Oesterreich ob und unter der Enns, Böhmen, Mähren und Schlesien, Galizien, Steiermark und Kärnten, über die Verabfolgung des bei demselben aufbewahrten Vermögens der Mündel, Pflegebefohlenen und Waisen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1837, S. 106, Nr. 172.

- Heimfallsrecht des Wiener Magistrates auf die erblosen Verlassenschaften der Findelkinder des Wiener Findelhauses.

Hofkammer-Decret vom 28. Februar 1837, S. 113, Nr. 178.

- Daß dem Wiener Magistrate in Rücksicht der über 32 Jahre alten Depositen zustehende Heimfallsrecht erstreckt sich nicht auf deponirte Privat-Schuldbriefe und andere Privat-Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 1. Mai 1837, S. 123, Nr. 199.

- Wann und welche Magistrate und bei welchen Verbrechen ihre Beschlüsse über die Ablassung vom weiteren Criminal-Verfahren bei Voruntersuchungen der höheren Revision vorzulegen haben.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1837, S. 163, Nr. 246.

- Heimfallsrecht des Wiener Magistrates auf alle erblosen Verlassenschaften der zu seiner Gerichtbarkeit gehörigen Personen, ohne Unterschied, ob sie eheliche oder Findelkinder oder Erwachsene sind.

Hofkammer-Decret vom 16. Jänner 1838, S. 167, Nr. 248.

- Instruction für die magistratischen Gerichtsverwaltungen in den Vorstädten Wiens, über das Verfahren bei dem Zeugenbeweise und der Form der dießfälligen Erkenntnisse.

Justiz-Hofdecret vom 17. April 1838, S. 174, Nr. 264.

- Die in den Justiz-Hofdecreten vom 24. December 1817 und 6. October 1821 ertheilten Vorschriften, über die Beweiskraft des Geständnisses in Criminalsachen, finden auf Dominical-Gerichte und Magistrate in Böhmen keine Anwendung.

Justiz-Hofdecret vom 24. April 1838, S. 176, Nr. 266.

- Trennung der drei Senate des Wiener Magistrates; Vorschrift über die Geschäftsbehandlung dann über die Vorschläge zu Dienstbesetzungen bei demselben.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juli 1838, S. 270, Nr. 285.

- Wie lange dem Wiener Magistrate das Heimfallsrecht auf die erblosen Verlassenschaften der Findlinge zustehet.

Decret der niederösterreichischen Regierung vom 6. September 1838, S. 277, Nr. 293.

Magistrate. Regulirung des Personalstandes des Magistrates von Graz; und Besetzung der Dienstplätze bei demselben.

Hofkanzlei-Decret vom 7. November 1838, S. 306, Nr. 303.

- Unzulässigkeit des Verwandtschafts- und Schwägerschafts-Verhältnisses zwischen bei einem und demselben Magistrate angestellten Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1839, S. 320, Nr. 326.

- Vergütung der Commissionskosten an den Criminal-Senat des Wiener Magistrates für die auf Ersuchen der königlich-baierischen Behörden vorgenommenen Gerichtshandlungen.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1840, S. 500, Nr. 443.

- Concursauschreibung zur Wiederbesetzung erledigter Stellen der geprüften Bürgermeister und Magistratsräthe durch die Amtsblätter der betreffenden Provinzial-Zeitung.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1840, S. 502, Nr. 447.

- Trennung der drei Senate des Wiener Magistrates; der politisch-ökonomische Senat hat die Benennung „Magistrat“, und dessen Vorstand den Titel „Bürgermeister“ und den Charakter eines niederösterreichischen Regierungsrathes; der Civil-Senat führt den Titel „Civilgericht“, der Criminal-Senat „Criminalgericht“; derselben Vorsteher heißen „Präsident-Vizebürgermeister“ mit dem Range als Appellationsräthe; Wirkungskreis, Dienststellen-Besetzung, Befoldungs-Einstellung und Vorrückung, Rang derselben bei gottesdienstlichen Handlungen.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 569, Nr. 524.

- Der Wiener Magistrat hat kein Recht zum Bezuge des Mortuars von Verlassenschaften unadelicher, vormalis unter dem Universitäts-Gerichte gestandenen Personen.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1841, S. 571, Nr. 527.

- Rangbestimmung zwischen den zu berggerichtlichen Sitzungen beigezogenen Magistratsräthen und Magistratsbeamten, dann den Berggerichts-Äffessoren und Bergbeamten.

Decrete der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 24. October 1783 und 11. Mai 1841, S. 579, Nr. 536.

- Beschränkung des Heimfallsrechtes des Wiener Magistrates auf die erblosen Verlassenschaften der im Burgfrieden Wiens Verstorbenen. — Derselbe kann von der Beweisführung über den Burgfrieden und der ihm zuständigen Gerichtsbarkeit über jene Einwohner, deren erblose Verlassenschaften er anspricht, nicht losgezählt werden.

Hofkammer-Decret vom 28. April 1842, S. 27, Nr. 612.

- Vorschrift über die Classification der Beamten der Magistrate landesfürstlicher Städte und Märkte in den Qualifications-Tabellen.

Justiz-Hofdecret vom 24. April 1843, S. 118, Nr. 699.

- Bestimmung der Taxen, welche der Magistrat der Stadt Brunn für seine Amtsverrichtungen in Wohnungs-Auflöbungs-Angelegenheiten zu beziehen berechtigt ist.

Hofkanzlei-Decret vom 5. October 1843, S. 143, Nr. 748.

- Vorschrift über die Vertilgung der alten unbrauchbaren Registratursacten bei den Magistraten der Städte: Wien, Prag, Brunn, Olmütz, Lemberg und Graz.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1843, S. 149, Nr. 751.

- Vorschrift über die Ertheilung der Rücksicht vom Verwandtschafts- und Schwägerschafts-Verhältnisse zwischen Beamten bei jenen Magistraten, wo ungeprüfte Bürgermeister und Räthe bestehen.

Justiz-Hofdecret vom 6. November 1843, S. 171, Nr. 764.

- Vorschrift über die Aufnahme und Verwendung der Auscultanten bei organisirten Magistraten, dann Beistellung mit Adjuten.

Hofkanzlei-Decret vom 15. März 1844, S. 198, Nr. 794.

Magistrate. Das Civilgericht des Wiener Magistrates hat sich die Executions-Verordnungen, wenn sie binnen angemessener Frist nicht in Vollzug gesetzt worden sind, wieder vorlegen zu lassen.

Justiz-Hofdecret vom 30. August 1844, S. 219, Nr. 826.

- Die Ausübung der Criminal-Gerichtsbarkeit durch Magistrate, welche nicht die erforderliche Anzahl geprüfter Rätthe haben, hat aufzuhören.

Justiz-Hofdecret vom 17. April 1845, S. 262, Nr. 884.

- der königlichen und Municipal-Städte. Vorschrift über die Anlegung der städtischen Gemeinde-Capitalien auf Realitäten der eigenen Stadtbürger; Befugniß derselben, Intabulationen, Pränotationen und Föschungen von Schul-Urkunden über Gemeinde-Capitalien auf die in ihren Grundbüchern erscheinenden Realitäten zu bewilligen und vorzunehmen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Jänner 1847, S. 403, Nr. 1017.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei der Civil-Abtheilung des Prager Magistrates.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1847, S. 406, Nr. 1026.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei den organisirten Magistraten in Galizien und in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1847, S. 474, Nr. 1092.

- Vorschrift über die Dienstbefehlungen bei dem Lemberger Magistrate.

Justiz-Ministerial-Note vom 8. Juni 1848, S. 640, Nr. 1161.

Magistratsbeamte. S. Beamte.

Magistratsrätthe. S. Rätthe.

Mahomedaner. Vorschrift über die Abnahme des Eides von Parteien oder Zeugen, welche mahomedanischer Religion sind.

Justiz-Hofdecret vom 26. August 1826, S. 45, Nr. 2217.

Mailand. Der Präfectur des Monte in Mailand wird die Verwaltung des Monte des lombardisch-venetianischen Königreiches übertragen.

Patent vom 24. Mai 1822, S. 97, Nr. 1873.

- Legalisirung des im Herzogthume Modena errichteten Urkunden durch das Präsidium des Guberniums in Mailand.

Justiz-Hofdecret vom 21. September 1827, S. 98, Nr. 2307.

- Dem Civil-Tribunale erster Instanz zu Mailand ist die Erledigung der Amortisationsgesuche der neuen vierpercentigen Schuldverschreibungen des Monte lombardo veneto und der dazu gehörigen Coupons und Talons ausschließend zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1831, S. 21, Nr. 2530.

Majorennität. S. Großjährigkeit.

Male in Tirol wird ein Landgericht erster Classe und erhält einen Theil des Ronß- und Sulzberger.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1824, S. 172, Nr. 1986.

- Vertheilung des Landgerichtes Male im Trienter Kreise in Tirol mit Einem Adjutum für einen Concepß-Practikanten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

Mallesfahrten. Von den Postämtern können mit den Mallesfahrten nur Sendungen bis 40 Pfund befördert werden.

Justiz-Hofdecret vom 28. Jänner 1847, S. 405, Nr. 1023.

Mandolettibäder. Verbot des Gebrauches der unverzinneten, dann Beschränkung des Gebrauches der verzinneten Kupfer- und Messinggeschirre bei Mandolettibädern, und bei allen mit der Erzeugung und dem Verkaufe von Gewaaren sich befassenden Gewerbsleuten.

Erlass des Ministeriums des Innern vom 19. September 1848, S. 661, Nr. 1183.

Mangel des bösen Vorsages begründet bei Gefährs-Übertretungen nicht die Straflosigkeit des Übertreters.

Allerhöchste Entschliessung vom 14. Mai 1821, S. 20, Nr. 1760.

Manifestations-Eid. S. Eid.

Manipulations-Aemter. Bei allen Hilfs- und manipulirenden Aemtern werden die Amtsstunden auf den Vormittag beschränkt.

Justiz-Hofdecret vom 5. November 1830, S. 216, Nr. 2491.

— Bestimmung der erforderlichen Studien zur Anstellung in den Manipulations-Aemtern der Kreisämter, Delegationen, Landesstellen und Gerichtsbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 24. Mai 1836, S. 83, Nr. 143.

— **Practikanten.** S. Practikanten.

— **Vorschrift.** S. Instruction.

Mannschaft. Vorschrift über das Verfahren bei Verhaftung und Vorladung der Gränzwachmannschaft vor Gericht.

Hofkammer-Decret vom 14. Jänner 1837, S. 101, Nr. 165.

— Vorschrift hinsichtlich der Ersatz-Ansprüche an Schiffserheber für Auslagen, welche für den Lebensunterhalt und die Heimkehr der Mannschaft von unverschuldet verunglückten oder gekaperten österreichischen Schiffen verwendet wurden.

Hofkammer-Decret vom 20. August 1844, S. 215, Nr. 824.

Mannsstamm. Das Erlöschen des Mannsstammes einer adelichen Familie haben die Verlassenschaftsbehörden der Landesstelle anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Juni 1829, S. 162, Nr. 2411.

Manualmessen. S. Messen.

Manufacturisten. Mortuarabbe freigung für Manufacturisten des Freihafens von Triest, welche zur Zeit ihres Todes den Wohnsitz im Gebiete von Triest gehabt haben.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1839, S. 343, Nr. 369.

Marine. Die Untersuchung über die auf einem von der k. k. Marine angehaltenen österreichischen Mercantilschiffe verübten Verbrechen des Sklavenhandels oder der Mißhandlung der Sklaven ist der nächsten österreichischen Criminalbehörde zu überlassen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1827, S. 80, Nr. 2276.

Marine-Jurisdiction: Norm.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1824, S. 271, Nr. 2054.

Marineschiffe. Vorschrift über die Beförderung der amtlichen Correspondenz der Gerichtsbehörden in Dalmatien mittelst der k. k. Marineschiffe.

Justiz-Hofdecret vom 17. Jänner 1843, S. 88, Nr. 673.

Marktgerichte. S. Gerichte.

Marktschreiber. Vorschrift über die Besetzung der Marktschreiberstellen bei Marktgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1826, S. 2, Nr. 2159.

Maschinenf. Prüfung der Maschinenisten über ihre praktischen Kenntnisse vor ihrer Verwendung bei Dampfmaschinen und Locomotiven.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juni 1845, S. 266, Nr. 891.

Masi di vigo. Die Heimfagung des Patrimonialgerichtes Masi di Vigo in Titol wird angenommen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1824, S. 172, Nr. 1986.

Massa. Ausdehnung der zwischen Oesterreich und Modena geschlossenen Freizügigkeits-Convention auf das Herzogthum Massa.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juli 1830, S. 202, Nr. 2472.

Masnahme. Ein bloßer Schürfer ist nicht befugt einen Vergehenträger zur definitiven Masnahme aufzufordern.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 4. November 1843, S. 165, Nr. 762.

Massenlagerung. S. Feldmassenlagerung.

Massevertreter. S. Concurat.

Matrikenbücher. Die Allerhöchste Entschliessung vom 20. November 1829, über die Führung der Matrikenbücher durch akatholische Seelsorger, ist nicht auf solche Provinzen auszubehnen, in welchen Katholiken durch kein Toleranzpatent beschränkte Befugnisse, oder in welchen sie eigene geschlossene öffentliche Pfarrbezirke und vollständige pfarrliche Rechte besitzen.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1835, S. 22, Nr. 37.

— Vorschrift über die Unterfertigung der Matrikenbücher über gemischte Ehen von dem katholischen Seelsorger.

Hofkanzlei-Decret vom 27. April 1843, S. 118, Nr. 700.

— Vorschrift für Seelsorger über die Erhebung und nachträgliche Eintragung der für (Geburts-, Tauf-, Trau- und Töbten-) Matrikenbücher nöthigen Thatfachen, dann über die Ausstellung der pfarrlichen Scheine und Zeugnisse hierüber.

Hofkanzlei-Decret vom 5. April 1844, S. 203, Nr. 799.

— Unterricht über die Führung der jüdischen Matrikenbücher in Mähren und Schlesien, dann über die Controle derselben durch die katholischen Ortsseelsorger; sie haben als öffentliche Urkunden gesetzliche Beweiskraft.

Hofkanzlei-Decret vom 19. März 1846, S. 321, Nr. 945.

Matrikenführer. Vorschrift für jüdische Matrikenführer in Mähren und Schlesien über die Ausfertigung und Erfolgung der Matrakenscheine.

Hofkanzlei-Decret vom 19. März 1846, S. 321, Nr. 945.

Matrakenscheine der Juden haben als öffentliche Urkunden gesetzliche Beweiskraft.

Hofkanzlei-Decret vom 19. März 1846, S. 321, Nr. 945.

Maulbeerbaum. Bestrafung des Diebstahles am Laube der Maulbeerbäume.

Justiz-Hofdecree vom 30. August 1833, S. 101, Nr. 2628.

Maximum. Bei schweren Polizei-Übertretungen ist immer das Maximum der gesetzlichen Strafe zum Maßstabe der entsprechenden Verjährungszeit anzunehmen.

Hofkanzlei-Decret vom 18. Juni 1845, S. 269, Nr. 892.

Meano. Dem landesfürstlichen Landgerichte Lavis in Tirol wird die Gemeinde Meano zugetheilt.

Hofkanzlei-Decret vom 18. März 1834, S. 110, Nr. 2648.

Medaillen. S. Ehrenzeichen.

Mediatifirte deutsche Fürsten. S. Fürsten.

— Familien. S. Durchlaucht, Erlaucht.

Medicinische Facultät. S. Facultät.

— Gutachten. S. Gutachten.

— Untersuchungen. Befugniß der Criminalgerichte zu auswärtigen gerichtlich-medizinischen Untersuchungen in Verhinderung des Kreisarztes oder Kreiswundarztes andere Aerzte und Wundärzte beizuziehen.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Februar 1841, S. 560, Nr. 507.

Mehlspeisen. Abstellung der Mehlspeisen mit Milch bei den Criminal- und politischen Sträflingen in Dalmatien.

Justiz-Hofdecree vom 25. Mai 1844, S. 210, Nr. 808.

Weilengeld. Bestimmung der Weillengebühr der Gerichtsbienner für gerichtliche Zustellungen.

Justiz-Hofdecret vom 19. April 1823, S. 142, Nr. 1936.

— Bestimmung der Weillengelber für gerichtliche Zustellungen.

Justiz-Hofdecret vom 14. September 1827, S. 97, Nr. 2304.

— Den Gerichtsbiennern im Küstenlande gebührt auch bei Zustellungen in fiscalämteichen Angelegenheiten das Weillengeld.

Justiz-Hofdecret vom 12. März 1830, S. 186, Nr. 2452.

— ist für eine gehörig ausgewiesene versuchte Zustellung den Amtsboten der Gränzämter zu entrichten.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1842, S. 9, Nr. 596.

Weineidige Entweichung. S. Deserteure, Entweichung.

Weineids-Erinnerung. Jeder Eides-Ablegung hat eine angemessene Wineids-Erinnerung voranzugehen.

Justiz-Hofdecret vom 17. November 1826, S. 54, Nr. 2231.

Weinigen. S. S a c h s e n.

Weinung. Die von dem Rathe eines Collegialgerichtes über eine Rechtsangelegenheit abgegebene Meinung kann nach aufgehobener Sitzung nicht mehr geändert werden.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1826, S. 60, Nr. 2244.

Weißbierter. Aufnahme der Verpflichtung des Weißbierers zur Erfüllung der gegen das Allerhöchste Aera oder der unter der Staatsverwaltung stehenden öffentlichen Fonde übernommenen Leistungen in das dießfalls mit ihm aufgenommene Versteigerungs- oder Verhandlungs-Protokoll.

Hofkanzlei-Decret vom 20. April 1821, S. 17, Nr. 1755.

Weister. Bestrafung des an Weistern von ihren Lehrlingen verübten Diebstahles.

Justiz-Hofdecret vom 24. April 1827, S. 79, Nr. 2275.

Weisterrecht. Vorschrift über die Verleihung des Weisterrechtes an Fremde, die aus Staaten sind, mit denen ein Cartel geschlossen ist.

Hofkanzlei-Decret vom 1. März 1832, S. 34, Nr. 2550.

Meldzettell. S. F a l s c h e A n g a b e n.

Meleda. Die Insel Meleda wird der Prätur Selve in Dalmatien zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1848, S. 493, Nr. 1119.

Melnik. Aufstellung eines Elbezollgerichtes zu Melnik in Böhmen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 2. December 1845, S. 289, Nr. 912.

Meran. Vertheilung des Landgerichtes Meran im Etschkreise in Tirol mit Einem Adjutum für einen Concepts-Practikanten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

— Der Gerichtsstand des Franz Grafen von Meran, Sohnes Seiner kaiserlichen Hoheit des Herrn Erzherzuges Johann, ist das Oberst-Hofmarschallamt.

Justiz-Hofdecret vom 8. Jänner 1846, S. 307, Nr. 919.

Mercantils- und Wechselgericht. S. W e c h s e l g e r i c h t.

— und Wechselgerichts-Beisitzer. S. B e i s i t z e r.

Mercantilsbeisitzers-Substitut. S. S u b s t i t u t e n.

Mersl. Die Anheimsagung der lehenbaren von Mersl'schen Gerichtbarkeit über die Hofmarken Lichtwer und Münster in Tirol wird angenommen; Vertheilung der Jurisdiction über dieselben.

Hofkanzlei-Decret vom 12. December 1835, S. 63, Nr. 103.

Mesner. Die Mesner gehören nicht in die Classe der Beamten, daher ihre Gehalte mit gerichtlichem Verbote und Execution belegt werden können.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Februar 1841, S. 559, Nr. 505.

Messen. Für eine legitime Currentmesse wird in allen Provinzen der Betrag von dreißig Kreuzern in Conventions-Münze festgesetzt; hinsichtlich der Manualmessen wird die in canonischer Beziehung nothwendige Anordnung den Bischöfen überlassen.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Juni 1841, S. 583, Nr. 544.

Messinggeschirre. Verbot des Gebrauches der unverzinneten, dann Beschränkung des Gebrauches der verzinneten Messinggeschirre bei Zucker-, Mandoletti- und Kuchenbäckern, Kaffeesiedern und bei allen mit der Erzeugung und dem Verlaufe von Gewaaren sich befassenden Gewerbsleuten.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 19. September 1848, S. 661, Nr. 1183.

Metternich. Dem Chef des fürstlichen Hauses Metternich gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, und

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Möbeln: Entschädigung bei Uebersiedlung eines Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juli 1828, S. 129, Nr. 2356.

Möbeln. S. Fahrnisse, Mobilien.

Mexicanische Unterthanen. S. Mexico, Unterthanen.

Mexico. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und der Republik Mexico, über die gegenseitige Schiffsahrt- und Handelsfreiheit.

Vom 28. Juli 1842, S. 45, Nr. 626.

Mezzolombardo in Tirol wird ein Landgericht zweiter Classe, erhält einen Theil des Mons- und Sulzberges und einen Actuar.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1824, S. 172, Nr. 1986.

— Betheilung des Landgerichtes Mezzolombardo im Kreise Trient in Tirol mit Einem Adjutum für einen Conceptis-Practikanten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

— Für den Landgerichtsbezirk Mezzolombardo in Tirol werden zwei Advocaten bewilligt.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juni 1844, S. 211, Nr. 810.

— Erhebung des Landgerichtes Mezzolombardo aus der zweiten in die erste Classe.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1847, S. 419, Nr. 1032.

Michelstetten. Errichtung eines landesfürstlichen Bezirkscommissariates III. Classe zu Michelstetten oder Dilscheg in Illirien aus den Hauptgemeinden Zirklach, St. Georgen und Höllein.

Justiz-Hofdecret vom 24. April 1844, S. 207, Nr. 801.

Mies. Von den für den Pilsner Kreis in Böhmen angestellten drei Advocaten hat Einer in Mies seinen Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juli 1844, S. 214, Nr. 820.

Miethe: Ordnung für die Hauptstadt Linz.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1833, S. 82, Nr. 2602.

— für die Hauptstadt Prag.

Justiz-Hofdecret vom 6. Februar 1837, S. 102, Nr. 196.

— für die Hauptstadt Salzburg.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1839, S. 328, Nr. 342.

— für die Stadt Brünn und ihre Vorstädte.

Hofkanzlei-Decret vom 5. October 1843, S. 143, Nr. 748.

— für die Städte Zara, Spalato, Ragusa, Cattaro, Sebenico und ihre Vorstädte in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1843, S. 175, Nr. 770.

Miethevertrag. Vorschrift über das Befugniß geistlicher Gemeinden und Pfründner in Abschlusung rechtsgiltiger Mietheverträge über den Ertrag des ihnen zum Genuße eingeräumten Einkommensvermögens.

Justiz-Hofdecret vom 26. Mai 1821, S. 30, Nr. 1763.

Miethvertrag. Ein zwischen dem Richter und der rechtsuchenden Partei oder ihrem Bevollmächtigten oder Vertreter bestehender Mieth- oder Pachtvertrag schließt für die Zeit seiner Dauer den Richter von jeder Ausübung des Richteramtes in den Streitfachen dieser Partei aus.

Justiz-Hofdecret vom 2. October 1830, S. 209, Nr. 2484.

- Miethverträge des Richters mit dem Staate, den Gemeinden oder den unter der Verwaltung des Staates oder der Gemeinden stehenden öffentlichen Anstalten und deren Vertreter, schließen den Richter von der Ausübung des Richteramtes nicht aus.

Justiz-Hofdecret vom 24. Mai 1836, S. 82, Nr. 142.

- Vorschrift über die Gültigkeit der von einzelnen Pfründnern über die Zeit ihres Pfründenbesesses geschlossenen Pacht- oder Miethverträge.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Jänner 1844, S. 189, Nr. 776.

- Bei Wohnungsvermietungen, welche Pfründner über sechs Jahre schließen, soll die Landesstelle die Bewilligung außer besonders rücksichtswürdigen Umständen nicht ertheilen.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Jänner 1844, S. 189, Nr. 776.

- Das summarische Verfahren bei Civilgerichten kann auf Streitigkeiten wegen Räumung oder Zurückstellung gemietheter Wohnungen, Gründe oder Grundstücke nicht angewendet werden.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- Das summarische Verfahren ist bei Militärgerichten in Streitigkeiten wegen Räumung oder Zurückstellung gemietheter Gebäude oder Grundstücke nicht anzuwenden.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Anwendung des summarischen Verfahrens in Streitigkeiten aus Miethverträgen bei den Gerichten in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

- S. auch Bestand, Vertrag, Wohnungs-Auflösung, Zins.

Miethzins. Verjährungsfrist für Pacht- und Miethzins.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1836, S. 89, Nr. 151.

- Klagen wegen schuldigen Miethzinses gehören, ohne Rücksicht auf den Betrag der Forderung, zum summarischen Verfahren bei den Grundgerichts-Verwaltungen der Vorstädte Wiens.

Justiz-Hofdecret vom 7. October 1846, S. 373, Nr. 988.

Milchspeisen. Abstellung der Milchspeisen mit Milch bei den Criminal- und politischen Sträflingen in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1844, S. 210, Nr. 808.

Wilde Stiftungen. S. Stiftungen.

Wildernde Umstände. Das Appellationsgericht hat bei Anträgen auf Strafmilderung sich bestimmt auszusprechen, welche Milderung bei jedem einzelnen Inquisiten eintreten soll.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1835, S. 24, Nr. 41.

Wilderung der Strafe. S. Strafmilderung.

Militär. Vorschrift über die Zuständigkeit der Militärgerichtsbarkeit in Fällen des standrechtlichen Verfahrens in der Militärgränze.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juli 1821, S. 36, Nr. 1774.

- Behandlung der pensionirten Officiere, dann derjenigen, welche bloß mit Gnadengehalten betheilt sind, und der Militärparteien bei ihrer Anstellung im Civile. Einsendung der vierteljährigen Qualifications-Eingaben über diese Personen.

Justiz-Hofdecret vom 4. April 1826, S. 14, Nr. 2177.

- Bestimmung der Gerichtsbarkeit über die bis zur Einberufung beurlaubte Militärmannschaft für die Zeit, als der Urlaub dauert.

Verordnung des Hofkriegsrathes vom 12. Juli 1835, S. 33, Nr. 57.

- Erfordernisse zum gültigen Eintritte der Minderjährigen in den Militärstand.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Juli 1835, S. 34, Nr. 60.

Militär. Bestimmung der Gerichtsbarkeit über die bis zur Einberufung und über die auf bestimmte Zeit beurlaubte Militärmannschaft.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Mai 1837, S. 124, Nr. 201.

- Vorschrift über das Verfahren bei Bestreitung der von einem Militär ohne gehörige Bewilligung eingegangenen Ehe.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 30. August 1837, S. 142, Nr. 221.

- Bestimmung der Gerichtsbarkeit über die bis zur Entlassung beurlaubte Mannschaft.

Hofkanzlei-Decret vom 6. October 1837, S. 148, Nr. 233.

- Ausdehnung der Allerhöchsten Entschließung vom 4. April 1835, über den freiwilligen Eintritt von Minderjährigen in den Militärstand, auch auf den freiwilligen Eintritt in die Gränzwache.

Hofkanzlei-Decret vom 8. November 1837, S. 161, Nr. 242.

- Reclamationsrecht der Väter und Vormünder der zum Militärstande freiwillig eingetretenen Minderjährigen.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Februar 1838, S. 168, Nr. 252.

- Anwendung des Strafgesetzes beim Militär, wenn es sich um Bestrafung von Verbrechen oder schweren Polizei-Übertretungen handelt, welche ein ungarischer oder siebenbürgischer Soldat vor seiner Affentirung und Eidesablegung begangen hat.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 14. Juni 1839, S. 340, Nr. 362.

- Auf Militärlöhnungen findet keine Execution Statt.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1839, S. 343, Nr. 368.

- Zur Anfechtung der von einem Militär ohne gehöriger Bewilligung geschlossenen Ehe bedarf es eines eigens bestellten Klägers nicht, auch ist diese Anfechtung dem Fiscus nicht zu übertragen.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1839, S. 360, Nr. 392.

- Gestattung der Anträge auf Gnadengaben für die als Cadeten oder Gemeine ex propriis in den Militärstand getretenen Beamtenwaisen.

Hofkammer-Decret vom 15. October 1840, S. 532, Nr. 468.

- Gestattung der Anträge auf den Fortbezug der Erziehungsbeiträge und Pensionen als Gnadengaben für die als Cadeten zum Militär eintretenden Civilbeamten-Waisen.

Hofkammer-Decret vom 7. Februar 1841, S. 555, Nr. 503.

- Altersbestimmung zum imperativen und freiwilligen Eintritte in den Militärstand.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1841, S. 556, Nr. 504, mit den Abschriften der Rescripte des Hofkriegsrathes vom 8. Februar 1838 und 17. Mai 1839.

- Competenz der Criminalgerichte zur Ausübung der Gerichtsbarkeit über die wegen Verbrechen vom Militär entlassenen und vor erreichtem gesetzmäßigen Alter zum Militär gestellten oder freiwillig eingetretenen Individuen, mit Ausnahme der Ungarn und Siebenbürger.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1841, S. 556, Nr. 504.

- Aufhebung der Vermögens-Confiscation in Militär-Desertionsfällen und Einführung von Entschädigungs-Pauschalien.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1842, S. 10, Nr. 599.

- Die Unterordnung der bis zur Einberufung beurlaubten Militärmannschaft unter die Civilgerichtsbarkeit findet auf Ungarn, Siebenbürgen und die Militärgrenze keine Anwendung.

Hofkanzlei-Decret vom 12. August 1842, S. 57, Nr. 632.

- Vorschrift über die Verfassung der Anträge auf Gnadengaben für die als Cadeten oder Gemeine ex propriis im Militär dienenden Civilbeamten-Waisen.

Hofkammer-Decret vom 21. Februar 1843, S. 97, Nr. 684.

- Die Affentirung eines wegen begangenen Verbrechens bereits gerichtlich verfolgten Individuums zum Militär ist unzulässig.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 3. Mai 1843, S. 121, Nr. 703.

Militär. Vorschrift über das Verfahren bei Entschädigungs-Ansprüchen für die durch Militär-Remonten-Transporte an Feldern, Wiesen u. verursachten Beschädigungen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Juli 1843, S. 130, Nr. 726.

- Bestimmung der Fälle, in welchen die Militär-Supplenten-Einstands-Cautionen für das Militär-Aerar einzuziehen sind.

Decret des Hofkriegsrathes vom 29. Juli 1843, S. 131, Nr. 728.

- Verlust der Gnadengaben bei Militär- und Civil-Staatsdieners-Waisen, welche, nach ausgeübter eigenen Capitulation als Cadeten oder Gemeine ex propriis, eine Stellvertretung im Militär eingehen.

Hofkammer-Decret vom 1. December 1843, S. 174, Nr. 768.

- Wann für die als Cadeten oder Gemeine ex propriis im Militär Dienende Militär- oder Civil-Staatsdieners-Waisen bei seiner Majestät Anträge auf Verleihung oder Beibehaltung von Gnadengaben gemacht werden dürfen.

Decret des Hofkriegsrathes vom 24. Mai 1845, S. 263, Nr. 886.

- Vorschrift über die Behandlung des Verlassenschafts-Vermögens von Mitgliedern souveräner Familien, wenn dieselben im österreichischen Militärdienste starben.

Allerhöchste Entschliessung vom 14. Februar 1846, S. 316, Nr. 932.

- Die Entlassung der in stabile Civildienste untergebrachten Militär-Invaliden aus dem Militär-Verbande mit Abschied, hat erst dann statt zu finden, wenn sie in dieser Anstellung volle zehn Jahre gedient und sich dadurch Anspruch auf eine Civil-Pension erworben haben.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 4. April 1846, S. 332, Nr. 955.

- Vorschrift über die Aufrechnung der Dienstitzen von den vor der Wirksamkeit des neuen Taxgesetzes in Civildienste übergetretenen Militär-Personen, wenn sie nach Erscheinen dieses Gesetzes zu einer an und für sich tarpflichtigen Bedienstung befördert wurden.

Finanz-Ministerial-Decret vom 15. Juni 1848, S. 641, Nr. 1162.

- **Abfahrtsgehd.** S. Abfahrtsgehd.

- **Aerar.** Verpflichtung des Militär-Aerars zur Tragung der Kosten für die Beiziehung von Militär-Commanden zur Vollstreckung der Todesurtheile an Civil-Personen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1840, S. 479, Nr. 417.

- Streitigkeiten über unbewegliches Eigenthum des Militär-Aerars, und insbesondere in Besitzstörungsfällen, sind vor der Real-Gerichtsbehörde zu verhandeln und zu entscheiden.

Justiz-Hofdecret vom 28. Juni 1842, S. 44, Nr. 622.

- Bestimmung der Fälle, in welchen die Militär-Supplenten-Einstands-Cautionen für das Militär-Aerar einzuziehen sind.

Decret des Hofkriegsrathes vom 29. Juli 1843, S. 131, Nr. 728.

- **Agenten.** S. Agenten.

- **Academie.** Anstellung der mit der stiftungsmässigen Pension theilhaft, und wegen Untauglichkeit zu Feldkriegsdiensten aus der Wiener-Neustädter Militär-Academie ausgemusterten Jünglinge in Civildienste.

Hofkanzlei-Decret vom 4. September 1828, S. 131, Nr. 2360, und

Justiz-Hofdecret vom 6. Februar 1829, S. 142, Nr. 2380.

- S. auch Neustadt.

- **Appellationsgericht.** S. Appellationsgericht.

- **Affizienz** zur Einbringung von Verbrechen, deren Entweichung dem Staate oder der Gesellschaft besonders gefährlich wäre.

Justiz-Hofdecret vom 25. Jänner 1841, S. 553, Nr. 498.

- Instruction für die Militär-Affizienz über die Anwendung der Waffen bei Störung der öffentlichen Ruhe.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 8. October 1844, S. 236, Nr. 837.

Militär-Auditoriate-Gerichte. Bezeichnung jener Taxen und Gebühren, welche, zufolge des Stempel- und Targesezes vom Jahre 1840, bei den Militär-Auditoriate-Gerichten noch fortan einzuheden, und welche aufgelassen worden sind.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 24. Mai 1840, S. 498, Nr. 442.

— **Beamte.** S. Beamte.

— **Behörden.** Vorschrift für Militärbehörden hinsichtlich der den betreffenden Civilbehörden in Standrechtsfällen zu machenden Eröffnungen.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juli 1821, S. 36, Nr. 1774.

— — Die Zurückzahlung der unter öffentlicher Aufsicht einer Militärbehörde stehenden Capitalien kann nur an den Vorsteher dieser Behörde gültig geschehen.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Mai 1822, S. 96, Nr. 1870.

— — haben Soldaten, welche wegen eines vor der Affentirung im Civilstande begangenen Verbrechens bereits gerichtlich verfolgt worden sind, und sich dieser Verfolgung durch die Affentirung entzogen haben, von Amtswegen unverzüglich an die Civilbehörde auszuliefern.

Decret des Hofkriegsrathes vom 29. März 1848, S. 572, Nr. 1131.

— **Commission.** S. Commission.

— **Communitäten.** Die Einwohner der Militär-Communitäten sind von dem executiven Personal-Arreste nicht mehr befreit.

Decret des Hofkriegsrathes vom 28. November 1826, S. 56, Nr. 2236.

— **Deserteure.** S. Deserteure.

— **Dienst.** S. Militär.

— **Dienstzeit.** Wann die Militär-Dienstzeit der in Civildienste übertretenden Militär-Individuen, dann der Real- oder Halb-Invaliden bei ihrer söhnligen Pensionirung angerechnet werden dürfe.

Justiz-Hofdecret vom 24. November 1832, S. 71, Nr. 2581.

— — Vorschrift über die Zurechnung der Militär-Dienstzeit zur Civil-Dienstzeit der Beamten und Diener bei Bemessung der Pensionen und Provisionen.

Hofkammer-Decret vom 7. August 1843, S. 133, Nr. 732.

— **Ehesachen.** Vorschrift über das Verfahren bei Bestreitung der Gültigkeit einer ohne gehörige Bewilligung geschlossenen Militär-Ehe.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 30. August 1837, S. 142, Nr. 221.

— — Bestimmung der Valuta jener Militär-Heirathscautions-Einkünfte, von welchen ein Theil mit Verbot belegt oder in Execution gezogen werden kann.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Mai 1839, S. 337, Nr. 357.

— — Zur Anfechtung der von einem Militär ohne gehöriger Bewilligung geschlossenen Ehe bedarf es eines eigens bestellten Klägers nicht, und ist diese Anfechtung nicht dem Fiscus zu übertragen.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1839, S. 360, Nr. 392.

— — Die Vorschrift vom 4. März 1836, betreffend die Trauungen von Militär-Individuen, hat allgemeine Gültigkeit, und den Behörden zur Richtschnur zu dienen.

Hofkanzlei-Decret vom 3. April 1846, S. 331, Nr. 954.

— **Einstandsmann.** Vorschrift für Gerichtsstellen über die Behandlung des bei einem Eridagute vorgemerkten Capitals eines Militär-Einstandsmannes.

Justiz-Hofdecret vom 22. October 1822, S. 326, Nr. 2139.

— **Gerichte.** S. Gerichtsstellen.

— **Gerechtigbarkeit.** S. Gerechtigbarkeit.

— **GränzAgenten-Stelle.** In Rücksicht derselben bleibt es bei den bestehenden Anordnungen.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Juli 1834, S. 119, Nr. 2663.

Militär-Gränze. Vorschrift über die Zuständigkeit der Militär-Gerichtbarkeit in Fällen des standrechtlichen Verfahrens in der Militär-Gränze.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juli 1821, S. 36, Nr. 1774.

- Bestimmungen, wegen Ausübung der Civil- und Criminal-Jurisdiction über die Bewohner der Militär-Gränze.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1821, S. 37, Nr. 1776.

- Aufhebung der Befreiung der Handels- und Gewerbsleute in der Militär-Gränze von dem executiven Personal-Arreste.

Hofkriegsraths-Decret vom 28. November 1826, S. 56, Nr. 2236.

- Bestimmung der Gerichtbarkeit über die außer dem standrechtlichen Verfahren in der Militär-Gränze betretenen Verbrecher, welche keine Bewohner der Militär-Gränze sind.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1830, S. 208, Nr. 2481.

- In Rücksicht der Militär-Gränz-Agentenstelle bleibt es bei den bestehenden Anordnungen.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Juli 1834, S. 119, Nr. 2663.

- Die Unterordnung der bis zur Einberufung Beurlaubten unter die Civil-Gerichtbarkeit findet auf die Militär-Gränze keine Anwendung.

Hofkanzlei-Decret vom 12. August 1842, S. 57, Nr. 632.

- Beibringung der Compagnie-Certificate über fruchtlos versuchten Vergleich im summarischen Verfahren bei Militär-Gerichten in der croatischen, slawonischen und banatischen Militär-Gränze.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- **Heirathscautio.** S. Cautio.

- **Heirathsnormale.** Erläuterung des §. 23 des Militär-Heirathsnormales vom 10. Juni 1812, betreffend die Verbotsbelegung oder Gebirung der Militär-Heirathscautions-Capitale, und der von denselben entfallenden Einkünfte.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1835, S. 43, Nr. 84.

- **Invaliden.** S. Invaliden.

- **Jurisdiction.** S. Gerichtbarkeit.

- **Justizbehörden.** S. Appellationsgericht, Gerichtsstellen.

- **Lieferung.** S. Lieferung.

- **Mannschaft.** S. Militär.

- **Officiere.** S. Officiere.

- **Parteien** in Prag sind verpflichtet, die sie betreffenden Zustellungen des Prager Magistrates in Ausziehungssachen anzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 13. September 1836, S. 92, Nr. 155.

- Bei Vertheilung der für Arme überhaupt ohne nähere Bezeichnung bestimmten Vermächtnisse ist auf die dürftigen Militär-Parteien Rücksicht zu nehmen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Mai 1846, S. 336, Nr. 964.

- **Pensionisten.** S. Pensionisten.

- **Personen** und andere zur Militär-Gerichtbarkeit gehörigen Individuen, ist das Standrecht berechtigt, standrechtlich abzuurtheilen, auch dieselben als Zeugen vorzurufen; dießfällige weitere Vorschrift.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1821, S. 9, Nr. 1739, g).

- In den Civilstand getretene vormalige Militär-Personen verlieren das Distinctionszeichen durch ihre Verurtheilung zum schwersten oder schweren Kerker.

Justiz-Hofdecret vom 20. April 1827, S. 79, Nr. 2274.

- Kinder der Militär-Personen unterstehen, wenn sie ihre Nahrung durch Dienen bei Civil-Personen gewinnen, der Civil-Gerichtbarkeit, und nur in Waffensachen der Militär-Jurisdiction.

Justiz-Hofdecret vom 13. November 1829, S. 178, Nr. 2439.

Militär-Personen. Behandlung der vorhin zum Aufschichtsdienste verwendeten, für die neue Gränzwache nicht brauchbaren Militär-Personen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1831, S. 3, Nr. 2499.

— — Pensionen und Provisionen der in Civildienste getretenen Militär-Personen.

Justiz-Hofdecret vom 24. November 1832, S. 71, Nr. 2581.

— — Vorschrift über die Einbringung oder Sicherstellung der aus dem Dienstverhältnisse entstehenden Ararialforderungen an Militär-Personen durch Abzüge an Gehalten und Pensionen.

Hofkammer-Decret vom 1. December 1834, S. 130, Nr. 2675.

— — Bestimmung der Fälle, in welchen ausgetretene Militär-Personen ohne besondere Allerhöchste Bewilligung im Civildienste nicht angestellt werden dürfen.

Hofkammer-Decret vom 27. April 1835, S. 7, Nr. 14.

— — Der Austritt einer Militär-Person aus der Militär-Jurisdiction begründet für sich allein die Abnahme des Militär-Abfahrtsgebeldes nicht.

Allerhöchste Entschliessung vom 20. Mai 1835, S. 8, Nr. 21.

— — Vorschrift bei Aufnahme der der Invalidität sich nähernden Militär-Personen in Civildienste in der Kategorie der Dienerschaft, dann bei ihrer Pensionirung oder Provisionirung.

Verordnung des Hofkriegsrathes vom 13. Juni 1835, S. 21, Nr. 36.

— — Vorschrift, wie die in Civildienste übergetretenen pensionirten Militär-Personen, wenn sie während derselben degradirt wurden, hinsichtlich der Bemessung ihrer Pension, bei Versetzung in den Ruhestand, zu behandeln sind, und wenn ihnen der Rücktritt in die frühere Pension gestattet wird.

Justiz-Hofdecret vom 13. Juli 1835, S. 33, Nr. 58.

— — Stämpelbefreiung der Militär-Personen in ihren der Gerichtsbarkeit der Auditorate zugewiesenen Rechtsstreitigkeiten.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 24. Mai 1840, S. 498, Nr. 442.

— — Vierteljährige Vorlage der Ausweise über jene Militär-Individuen, welche in Civil-Anstellungen untergebracht wurden, an die politische Landesstelle.

Justiz-Hofdecret vom 30. Jänner 1843, S. 90, Nr. 678.

— — Die Vorschrift vom 4. März 1836, betreffend die Trauungen von Militär-Personen, hat allgemeine Gültigkeit und den Behörden zur Richtschnur zu dienen.

Hofkanzlei-Decret vom 3. April 1846, S. 331, Nr. 954.

— — Errichtung einer permanenten gemischten Commission in Graz, zur Schlichtung von Zwistigkeiten und Irrungen zwischen Civil- und Militär-Personen.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Februar 1847, S. 419, Nr. 1033.

— — Competenz des Landrechtes zur Entscheidung der Streitigkeiten zwischen Grundholden und Grundherrschaften über grundobrigkeitliche Rechte, auch wenn der Besitzer des unterthänigen Gutes eine Militär-Person ist.

Hofkanzlei-Decret vom 10. November 1847, S. 475, Nr. 1093.

— — Vorschrift über die Aufrechnung der Diensttaxen von den vor der Wirksamkeit des neuen Tar- gesetzes in Civildienste übergetretenen Militär-Personen, wenn sie nach Erscheinen dieses Gesetzes zu einer an und für sich taxpflichtigen Bedienstung befördert wurden.

Finanz-Ministerial-Decret vom 15. Juni 1848, S. 641, Nr. 1162.

— — S. auch Distinctionszeichen, Officierssöhne.

— **Pflichtige.** Staatsvertrag zwischen Oesterreich und dem Königreiche beider Sicilien über die wechselseitige Auslieferung der Militär-Pflichtigen.

Vom 24. December 1845, S. 297, Nr. 917.

— **Stand.** S. Militär.

Militär-Stellvertreter. Die mit Gnabengaben betheilten, und nach ausgiebter eigener Capitulation als Stellvertreter in das Militär eingetretenen Militär- und Civil-Staatsdieners-Waisen verlieren durch diesen Eintritt die bisher bezogene Gnabengabe oder Pension.

Hofkammer-Decret vom 1. December 1843, S. 174, Nr. 768.

— **Verband.** S. Militär.

— **Waisen.** S. Waisen.

Mindere Forderungen. S. Forderungen.

Minderjährige. Vorschrift über das Verfahren, wenn ein Minderjähriger ohne Einwilligung der Vormundschaftsbehörde sich verheirathet.

Justiz-Hofdecret vom 22. September 1821, S. 50, Nr. 1802.

— Die den Minderjährigen gehörigen Urkunden über Verträge, welche in das Verschaff-Protokoll eingetragen werden, sind zu dem vormundschaftlichen Gerichte zu deponiren.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juli 1822, S. 108, Nr. 1879.

— Der in dem §. 96 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches vorkommende Ausdruck „Vormundschaft“ ist auf die Vormundschaftsbehörde nicht auszudehnen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 310, Nr. 2112.

— Bedingungen, unter denen Zinsfessionen von den Häusern in Wien und den Vorstädten Wiens bei Anlegung der Gelder der Minderjährigen die Stelle der Schätzung vertreten können.

Justiz-Hofdecrete vom 10. Juli 1829, S. 165, Nr. 2418, und vom 29. Mai 1844, S. 210, Nr. 809.

— Zur Verheirathung eines minderjährigen vaterlosen Grundbesizers ist die grundherrliche Ehe-Eicenz nicht hinreichend, sondern auch die obervormundschaftliche Bewilligung erforderlich; auch wird der Minderjährige durch die Bewilligung zum Wirthschaftsbetriebe nicht für volljährig erklärt.

Hofkanzlei-Decret vom 28. October 1829, S. 177, Nr. 2437.

— Bestimmung des Gerichtsstandes für minderjährige Kinder, deren Vater seinen Wohnsitz ändert.

Justiz-Hofdecret vom 6. Juli 1832, S. 64, Nr. 2569.

— die nach ihrer Geburt und Taufe der katholischen Religion angehören, können vor dem achtzehnten Jahre nicht zu einem akatholischen Glaubensbekenntnisse übertreten, wenn auch ihre Aeltern Katholiken geworden sind.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1834, S. 111, Nr. 2650.

— Weder zur Entlassung eines Kindes aus der väterlichen Gewalt mit Genehmigung des Gerichtes, noch zur Verleihung eines Gewerbes an Minderjährige, ist das zurückgelegte zwanzigste Lebensjahr als unerlässliche Bedingung vorgeschrieben; Benehmen der Behörden bei Ertheilung solcher Bewilligungen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juni 1835, S. 23, Nr. 38.

— Erfordernisse zum gültigen Eintritte der Minderjährigen in den Militärstand.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Juli 1835, S. 34, Nr. 60.

— Ausdehnung der Allerhöchsten Entschliessung vom 4. April 1835 über den freiwilligen Eintritt von Minderjährigen in den Militärstand, auch auf den freiwilligen Eintritt in die Gränzwache.

Hofkanzlei-Decret vom 8. November 1837, S. 161, Nr. 242.

— Reclamationrecht der Väter und Vormünder der zum Militärstande freiwillig eingetretenen Minderjährigen.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Februar 1838, S. 168, Nr. 252.

— Die Erklärung des volljährig gewordenen oder volljährig erklärten Minderjährigen, zur Befreiung des Vormundes von der gerichtlichen Schlussrechnung, enthebt denselben von jeder weiteren gerichtlichen Rechnungslegung und Rechnungsabjustirung.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juni 1839, S. 339, Nr. 360.

Minderjährige. Vorschrift über die Behebung der Interessen von den auf den Namen der Minderjährigen lautenden Obligationen.

Hofkammer-Decret vom 22. November 1839, S. 359, Nr. 390.

- Vorschrift über die Anlegung der den Minderjährigen gehörigen Geldbeträge auf Häuser in den Städten Prag, Brünn, Olmütz, Troppau, Linz, Graß, Klagenfurt, Laibach, Görz und Lemberg, mit Einschluß ihrer Vorstädte.

Justiz-Hofdecret vom 23. October 1843, S. 160, Nr. 755.

- Zum Eintritte eines minderjährigen Candidaten in einen geistlichen Orden ist die Einwilligung des Vaters oder Vormundes, und vormundtschaftlichen Gerichtes nachzuweisen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Jänner 1844, S. 191, Nr. 780.

- S. auch Curanden, Mündel.

- Ungarn. S. Ungarn.

Minderjährigkeit. Competenz der Vormundschaftsbehörden in Dalmatien zur Entscheidung über die Groß- oder Minderjährigkeit einer Person behufs der Eingehung einer Ehe oder eines anderen rechtsgiltigen Geschäftes.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1034.

Mineralwasser. Aufhebung des Verbotes der Erzeugung künstlicher Mineralwässer, welchen jedoch nicht die Benennung eines bestehenden natürlichen Mineralwassers gegeben werden darf.

Hofkanzlei-Decret vom 11. November 1847, S. 475, Nr. 1094.

Ministerium. Errichtung eines Ministerrathes.

Ministerial-Erlaß vom 17. März 1848, S. 561, Nr. 1127.

- Die Legalisirung der Amtsfertigung der Appellationsgerichte gehört in das Bereich des Justizministeriums, daher Legalisirungsgefuche unmittelbar an dasselbe einzubegleiten sind.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1848, S. 620, Nr. 1146.

Ministerrath. Bildung eines Ministerrathes.

Ministerial-Erlaß vom 17. März 1848, S. 561, Nr. 1127.

Ministerresident. Oesterreichische Behörden haben ihre Ersuchsschreiben an das Stadtgericht der freien Stadt Frankfurt am Main an den dortigen k. k. Ministerresidenten zur weiteren Zustellung zu übergeben.

Justiz-Hofdecret vom 9. November 1822, S. 123, Nr. 1909.

Mißbrauch. Vorschrift über die Einleitung von Criminal-Untersuchungen gegen die Angestellten der Finanzwache, wegen Mißbrauches bei Anwendung des Waffengebrauches.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 331, Nr. 952.

Mißbrauch der Amtsgewalt. Die Vorschriften des 11. Hauptstückes I. Theiles des Strafgesetzes, sind auch auf die Gränzwache anzuwenden.

Justiz-Hofdecret vom 5. Mai 1832, S. 60, Nr. 2561.

- — — Ermächtigung des Appellationsgerichtes zur Erlebigung der Ablassungsbefehle über Untersuchungen wegen Mißbrauch oder Verleitung zum Mißbrauche der Amtsgewalt.

Justiz-Hofdecret vom 14. December 1835, S. 64, Nr. 105.

Mißbrauch der Presse. Strafbestimmungen auf den Mißbrauch der Presse.

Rundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Mißbräuche. Beschluß der deutschen Bundesversammlung zur Abstellung unerlaubter Verbindungen und sonstigen Mißbräuche unter den Handwerksgeßellen.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Jänner 1841, S. 550, Nr. 492.

- Bestimmungen zur Beseitigung von Mißbräuchen durch Betäubungen mit Schwefelsäther und anderen Aethergattungen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1847, S. 473, Nr. 1091.

Mißhandelte. Behandlung des Beleidigers, wenn der Mißhandelte sein Gesuch um Bestrafung desselben widerruft.

Hofkanzlei-Decret vom 25. Juni 1835, S. 27, Nr. 43.

Mißhandlung. Strafen der Mißhandlung der Sklaven.

Justiz-Hofdecret vom 19. August 1826, S. 42, Nr. 2215.

— Die Untersuchung der auf einem österreichischen Mercantilschiffe verübten Mißhandlung der Sklaven ist der nächsten österreichischen Criminalbehörde zu überlassen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1827, S. 80, Nr. 2276.

— Wirkung des Widerrufs des von dem Beleidigten angebrachten Gesuches, um Bestrafung einer Mißhandlung.

Justiz-Hofdecret vom 10. Jänner 1833, S. 73, Nr. 2585.

Mission. S. Gesandtschaft.

Mitglieder. Befreiung der Versorgungs-Beiträge für mittellose und gebrechliche Mitglieder der Prager juristischen Facultät von gerichtlichen Verböten, Cessions-Vormerkungen, Pfändungen und anderen Executionen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1838, S. 183, Nr. 274.

— Verpflichtung der Mitglieder des Jesuiten-Ordens in Criminal- und schweren Polizei-Uebertretungsfällen vor Gericht das Zeugniß abzulegen und zu beschwören.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Februar 1844, S. 196, Nr. 789.

— Bedingte Gestattung des Beitrittes landesfürstlicher Montanbeamten als Mitglieder zu den geognostisch-montanistischen Vereinen.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 8. April 1845, S. 258, Nr. 880.

— Behandlung der Mitglieder der Secte der Deutschkatholiken in den österreichischen Staaten.

Hofkanzlei-Präsidial-Schreiben vom 26. Jänner 1846, S. 308, Nr. 923.

— Vorschrift über die Behandlung der Verlassenschaften von Mitgliedern souveräner Familien, wenn dieselben im österreichischen Militärdienste sterben.

Allerhöchste Entschließung vom 14. Februar 1846, S. 316, Nr. 932.

Mißthat. Erläuterung des §. 156, I. Theiles des Strafgesetzes, wann die Mißthat am Diebstahle als Verbrechen zu behandeln sei.

Justiz-Hofdecret vom 10. Juni 1843, S. 123, Nr. 711.

— Vorschrift über die Bestrafung der Mißthat an einer schweren Polizei-Uebertretung.

Hofkanzlei-Decret vom 22. September 1843, S. 140, Nr. 744.

Mißthatige. Für jeden derselben ist ein eigenes Criminal-Urtheil auszufertigen.

Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1826, S. 1, Nr. 2156.

— Ausdehnung des standrechtlichen Verfahrens in Galizien, auf alle Mißthatige der Räuber, die in dem bezeichneten Bezirke während der Dauer des Standrechtes einen Raub begangen haben.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1827, S. 36, Nr. 2207.

— Die Verpflichtung der Mißthatigen für den ganzen Betrag der Criminalkosten zu haften, tritt bei denjenigen nicht ein, die wegen eines gemeinschaftlich verübten Verbrechens in Untersuchung gezogen, aber wegen Mangel an Beweis losgesprochen worden sind.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1833, S. 73, Nr. 2583.

— Der Concursrichter hat auch bei falschen Handlungsfonds-Aufweisungen, welche vor dem Justiz-Hofdecrete vom 18. März 1847 geschehen sind, die Mißthatigen daran angemessen zu bestrafen und über die Schaden-Ersatzleistung, wenn nicht nur die Verpflichtung zu derselben, sondern auch der Betrag des Schadens deutlich und zuverlässig erhellt, von Amtswegen zu erkennen.

Justiz-Hofdecret vom 17. November 1847, S. 476, Nr. 1095.

Mittelbar gewordene ehemals reichsfürstliche Fürsten. S. Fürsten.

Mittellose Inquisiten. S. Inquisiten.

Mitterburg. Der provisorische Kreis Mitterburg (Pisino), welcher bisher aus den bei dem ilirischen Küstenlande gebliebenen Theilen des Triumaner Kreises bestanden ist, hat aufzuhören; das Istrianer Kreisamt hat in Mitterburg seinen Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 25. Juni 1825, S. 310, Nr. 2114.

- Die Heimfugung der delegirten Gerichtsbarkeit Mitterburg im Küstenlande wird angenommen, und für diesen Bezirk ein landesfürstliches Bezirkscommissariat erster Classe errichtet.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Jänner 1836, S. 73, Nr. 118.

Mittheilung der Criminal-Acten im Falle der Ablassung von der Untersuchung wider einen öffentlichen Beamten an seine vorgesetzte Stelle.

Justiz-Hofdecret vom 17. November 1821, S. 59, Nr. 1815.

- der Criminal-Untersuchungs-Acten an Gefälls-Behörden.

Justiz-Hofdecret vom 15. December 1827, S. 107, Nr. 2322.

- der Criminal-Acten an bairische Gerichte.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1835, S. 64, Nr. 107.

- von Auszügen aus dem Berathschlagungsprotokolle des Criminalgerichtes, über die gegen einen Beamten wegen Verbrechen oder Vergehen, abgeführte Untersuchung, an die zu dessen Disciplinarbehandlung berufene Oberbehörde.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1844, S. 215, Nr. 823.

- Vorschrift hinsichtlich der gegenseitigen Mittheilung der Beschlüsse und abweichenden Anträge über die der gemeinschaftlichen Berathung des Appellationsgerichtes und der Landesstelle unterliegenden Dienstbesetzungen und anderen Gegenstände.

Hofkanzlei-Decret vom 9. April 1846, S. 332, Nr. 956.

- der Criminal-Untersuchungs-Acten. S. Acten, Criminal-Acten.

Mobilar-Execution. S. Execution.

Mobilien. Verfügung über die von Personen, welche im Wiener allgemeinen Krankenhause gestorben sind, hinterlassenen Effecten.

Hofkanzlei-Decret vom 5. August 1829, S. 167, Nr. 2422.

- Gesetzliches Pfandrecht des Vermiethers auf die in die vermietete Wohnung gebrachten Mobilien des Miethmannes.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1837, S. 119, Nr. 189.

- Herabsetzung der Frist auf sechs Wochen zur Bekanntmachung der Verfügung der Abhandlungs-Instanz, über die in Verwahrung des allgemeinen Krankenhauses befindlichen Mobilien eines daselbst Verstorbenen.

Justiz-Hofdecret vom 4. December 1837, S. 162, Nr. 244.

- Erfolglassung der Mobilien von den im allgemeinen Krankenhause Verstorbenen an die von der Abhandlungsbehörde dazu berechtigten Parteien.

Hofkanzlei-Decret vom 15. December 1842, S. 76, Nr. 661.

- Bei Mobilien-Schätzungen außer Streitsachen ist, wenn von den betheiligten Parteien nicht zwei Sachverständige ausdrücklich verlangt werden, die Beiziehung eines Kunstverständigen für jedes einschlägige Fach genügend.

Justiz-Hofdecret vom 9. August 1848, S. 651, Nr. 1174.

Modena. Staatsvertrag über die Freizügigkeit zwischen den k. k. Staaten und dem Herzogthume Modena.

Justiz-Hofdecret vom 10. März 1826, S. 9, Nr. 2171.

- Legalisirung der im Herzogthume Modena errichteten Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 21. September 1827, S. 98, Nr. 2307.

Modena. Ausdehnung der zwischen Oesterreich und Modena abgeschlossenen Freizügigkeits-Convention auf das Herzogthum Massa und Fürstenthum Carrara.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juli 1830, S. 202, Nr. 2472.

- Dem mit Sardinien abgeschlossenen Staatsvertrage, wegen Sicherung der Eigenthumsrechte literarischer und artistischer Werke gegen den Nachdruck, ist auch die Regierung von Modena beigetreten.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1840, S. 542, Nr. 484.

Möttling. Aufstellung eines landesfürstlichen Bezirkscommissariates II. Classe zu Möttling in Mähren.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Mai 1848, S. 618, Nr. 1141.

Moldau. Erbfähigkeit der moldauischen Unterthanen in den österreichischen Staaten.

Justiz-Hofdecret vom 6. April 1821, S. 16, Nr. 1752.

Moldauische Sprache. Bei Dienstbefehlungen am Rathstische der landesfürstlichen Collegialgerichte ist auf die der moldauischen (walachischen) Sprache kundigen Competenten besondere Rücksicht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Februar 1842, S. 9, Nr. 598.

Monarch. S. Landesfürst.

Monastero. Zuweisung der Gerichtsbarkeit über den küstenländischen Bezirk Monastero in Mercantil- und Wechselfachen an das Triester Mercantil- und Wechselgericht.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1822, S. 107, Nr. 1877.

- Der Bezirk Monastero wird dem Görzer Kreise im illirischen Küstenlande zugetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 25. Juni 1825, S. 310, Nr. 2114.

- Der Bezirk von Monastero wird dem Görzer Stadt- und Landrechte zugetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 26. Juni 1829, S. 163, Nr. 2413.

- Vereinigung des heimgesagten Bezirkes Monastero mit dem Bezirke Ajello und Errichtung eines landesfürstlichen Bezirkscommissariates I. Classe mit dem Sitze zu Cervignano.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Jänner 1839, S. 319, Nr. 323.

- Bestimmung der Gerichtsbarkeit des Stadt- und Landrechtes zu Görz über die Bewohner des Bezirkes Monastero in Mercantil- und Wechselfachen.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1839, S. 361, Nr. 393.

Monfalcone. Zuweisung der Gerichtsbarkeit über den küstenländischen Bezirk Monfalcone in Mercantil- und Wechselfachen an das Triester Mercantil- und Wechselgericht.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1822, S. 107, Nr. 1877.

- Der Bezirk Monfalcone wird dem Görzer Kreise im illirischen Küstenlande zugetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 25. Juni 1825, S. 310, Nr. 2114.

- Der Bezirk von Monfalcone wird dem Görzer Stadt- und Landrechte zugetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 26. Juni 1829, S. 163, Nr. 2413.

- Bestimmung der Gerichtsbarkeit des Stadt- und Landrechtes zu Görz über die Bewohner des Bezirkes Monfalcone in Mercantil- und Wechselfachen.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1839, S. 361, Nr. 393.

- Bestimmung der Stempel- und Lagebühren für die in Betreff der Notizenbücher im Bezirke Monfalcone vorkommenden Urkunden und Amtshandlungen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 4. August 1840, S. 521, Nr. 461.

- Das landesfürstliche Bezirksamt Monfalcone wird zu einem Bezirksamte I. Classe erhoben.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1847, S. 483, Nr. 1108.

Montafon. Die Criminal-Jurisdiction über den Umfang des Landgerichtes Montafon wird dem Landgerichte zu Bludenz zugetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 11. Februar 1826, S. 5, Nr. 2162.

— Betheilung des Landgerichtes Montafon in Vorarlberg mit Einem Adjutum für einen Concept-Practikanten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

Montanbeamte. S. Beamte.

Montanbehörden. S. Berggerichte.

Montanbruderladen. Die Aetarial-Montanbruderladen sind durch den Fiscus zu vertreten.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 27. Juli 1837, S. 136,

Nr. 216.

Montangerichtbarkeit. S. Berggericht, Gerichtbarkeit.

Montangefetze. S. Berggefetze.

Montan-Jurisdiction. S. Berggericht, Gerichtbarkeit.

Montanistische Administrativbehörde. S. Berggericht.

Montanistischer Verein. Gründung eines geognostisch-montanistischen Vereines für die Provinzen Steiermark, Kärnthen, Krain und das Land ob der Enns; Begünstigungen für denselben.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 31. August 1843, S. 137, Nr. 737.

— Bedingte Gestattung des Beitrittes der landesfürstlichen Montanbeamten zu den innerösterreichischen, oberösterreichischen und tirolisch-vorarlbergischen geognostisch-montanistischen Vereinen.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 8. April 1845, S. 258, Nr. 880.

Montanwerke, welche auf montanistischen Concessionen beruhen, unterstehen der Real-Jurisdiction der Berggerichte.

Erlaß des Ministeriums für öffentliche Arbeiten vom 12. Juli 1848, S. 645, Nr. 1169.

— welche mit politischer Concession entstanden sind, unterstehen hinsichtlich der Real-Jurisdiction fortan jener Behörde, welcher nach der bestehenden Verfassung hierüber bisher die Real-Jurisdiction zustand.

Erlaß des Ministeriums für öffentliche Arbeiten vom 12. Juli 1848, S. 645, Nr. 1169.

Monte civico commerciale. Vorschrift über die fruchtbringende Anlage der Waifengeländer bei dem monte civico commerciale in Triest.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1848, S. 619, Nr. 1144.

Monte (den) des lombardisch-venetianischen Königreiches zur Ausmittlung und Liquidirung der Staatsschuld dieses Königreiches betreffende Verfügung.

Patent vom 24. Mai 1822, S. 97, Nr. 1873.

— lombardo veneto. Die Erledigung der Amortisationsgesuche über die neuen vierprocentigen Schuldverschreibungen des monte lombardo veneto und der dazu gehörigen Coupons und Talons ist ausschließlich dem Civiltribunale erster Instanz zu Mailand zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1831, S. 21, Nr. 2530.

— (lombardisch-venetianischer). Vorschrift über die Verjährung einzelner Renten oder Interessenten von den Cartelen und Obligationen des lombardisch-venetianischen Monte, dann über das Recht Zinsen zu fordern.

Älterhöchste Entschließung vom 6. Februar 1838, S. 170, Nr. 253.

— — — Vorschrift über die gerichtliche Veräußerung der Cartele des lombardisch-venetianischen Monte.

Justiz-Hofdecret vom 24. Jänner 1844, S. 190, Nr. 778.

Montenegriner. Befähigungsfähigkeit der Montenegriner in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 6. August 1845, S. 273, Nr. 898, und 14. Jänner 1846, S. 308, Nr. 922.

- sind verpflichtet, die in ihrem Besitze befindlichen in Dalmatien liegenden Realitäten binnen zwei Jahren zu verkaufen.

Justiz-Hofdecret vom 14. Jänner 1846, S. 308, Nr. 922.

- Bestimmung der Erscheinungsgebühr für die vor dalmatinische Gerichtsbehörden als Zeugen in Criminal-Angelegenheiten berufenen Montenegriner.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1846, S. 355, Nr. 976.

Montenegro. Oesterreichischen Unterthanen ist nicht gestattet in Montenegro Realitäten zu besitzen.

Justiz-Hofdecrete vom 6. August 1845, S. 273, Nr. 898, und 14. Jänner 1846, S. 308, Nr. 922.

Montona. Den Commissariaten zu Montona und Pinquente im Küstenlande werden die von dem Districtscommissariate zu Capo d'Istria getrennten Untergemeinden zugetheilt.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Mai 1832, S. 60, Nr. 2562.

- Bestimmung der Stempel- und Lorgebühren für die in Betreff der Notifikationenbücher im Bezirke Montona im Küstenlande vorkommenden Urkunden und Amtshandlungen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 4. August 1840, S. 521, Nr. 461.

- Von den für den Istrianer Kreis systemisirten Advocaten haben zwei bei dem Bezirksgerichte Montona im Küstenlande ihren Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1842, S. 81, Nr. 667.

Moralische Personen. S. Personen.**Moralität.** Bei Vorschlägen zu Dienstbesetzungen ist auf die Moralität der Competenten zu sehen.

Justiz-Hofdecret vom 23. Februar 1821, S. 10, Nr. 1741.

- Im Zweifel über die Moralität des bei Dienstbesetzungs-Vorschlägen in Antrag gebrachten Individuums sind die Polizei-Auskünfte einzuholen.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1846, S. 388, Nr. 998.

Mori. Errichtung eines landesfürstlichen Landgerichtes zweiter Classe zu Mori in Tirol anstatt des heimgesagten dortigen Patrimonialgerichtes.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1842, S. 62, Nr. 645.

- Dem Landgerichte Mori in Tirol werden zwei Advocaten bewilliget.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1844, S. 194, Nr. 786.

Mortuarium. Die Verbindlichkeit zur Zahlung des Mortuars beginnt mit dem Sterbetage des Erblassers.

Hofkammer-Decret vom 7. Februar 1821, S. 8, Nr. 1738.

- Vorschrift über die Beziehung des Mortuars in dem Herzogthume Salzburg.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1821, S. 70, Nr. 1825.

- Bei Legaten zu wohlthätigen Zwecken findet kein Mortuar für den Armenfond Statt.

Hofkanzlei-Decret vom 30. October 1823, S. 162, Nr. 1972.

- In welchen Fällen den Grundobrigkeiten der Bezug des Mortuars gebühre.

Hofkanzlei-Decret vom 6. September 1825, S. 319, Nr. 2130.

- Vorschrift über die Controle bei Bemessung und Verrechnung des Mortuars.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1826, S. 53, Nr. 2230.

- Vorschrift über die Verrechnung des Mortuars von Staatspapieren und Bank-Actien.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1828, S. 113, Nr. 2336.

Mortuarium. Bemessung des landesfürstlichen und obrigkeitlichen Mortuars von unbeweglichen Gütern in Conventions-Münze.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1828, S. 138, Nr. 2368.

- Den Dominien als Verlassenschafts-Abhandlungsbehörden gebührt in Niederösterreich das Mortuar, wenn sie auch nicht zugleich Grundobrigkeit des Abhandlungs-Objectes sind.

Justiz-Hofdecret vom 11. März 1833, S. 79, Nr. 2596.

- Vorschrift über die Amtswirkksamkeit der Gerichtsbehörden bei Bestimmung des landesfürstlichen Mortuarlums.

Hofkanzlei-Decret vom 1. October 1837, S. 147, Nr. 232.

- Amtswirkksamkeit der Gerichtsbehörden bei Bestimmung der landesfürstlichen Mortuurstaxe; die Befreiung von der Entrichtung derselben steht den Cameralbehörden zu.

Justiz-Hofdecrete vom 16. October 1837 und 10. September 1838, S. 277, Nr. 294.

- Mortuarbefreiung der Handelsleute, Manufacturisten und Künstler, welche im Gebiete von Triest zur Zeit ihres Todes den Wohnsitz gehabt haben.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1839, S. 343, Nr. 369.

- Dem Erben oder Legatar steht frei, eine gerichtliche Schätzung des Gutes zur Bemessung der Mortuarsgebühr zu begehren.

Hofkanzlei-Decret vom 26. April 1840, S. 484, Nr. 426.

- Vorschrift über die Bemessung und Einhebung des durch das Stempel- und Taxgesetz vom 27. Jänner 1840 aufgehobenen Mortuariums.

Hofkammer-Präsidial-Schreiben vom 20. Juli 1840, S. 515, Nr. 455.

- Der Bezug von Verlassenschaften unabehlicher, vormalig unter dem Universitätsgerichte gestandenen Personen steht dem Wiener Magistrat nicht zu; die Befreiung von Entrichtung desselben steht den Erben der Universitätsmitglieder bloß in auf- und absteigender Linie zu.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1841, S. 571, Nr. 527.

- Wann im Görzer Kreise bei Verlassenschafts-Abhandlungen ein Mortuar von dem Werthe solcher Realitäten abgenommen werden dürfe, welche von dem Erblasser bei Lebzeiten abgetreten worden sind, aber wegen des Zustandes der öffentlichen Bücher nicht ausgeschrieben werden konnten.

Justiz-Hofdecret vom 14. Februar 1842, S. 9, Nr. 597.

- Das Recht zum Bezuge des Mortuariums fließt nicht aus dem grundherrlichen Nexus, sondern aus der Abhandlungspflege, und es hat das Appellationsgericht zu entscheiden, ob der Grundherrschaft als ordentlicher Abhandlungs-Instanz oder der von ihr delegirten Abhandlungsbehörde das Recht zum Bezuge eines an sich unbestrittenen Mortuars zukommt.

Hofkanzlei-Decret vom 26. März 1846, S. 328, Nr. 947.

Mortuurstaxe. S. Mortuar.

Mündel. Die im Namen der Mündel und Pflegebefohlenen geschlossenen Compromisse können von dem obervormundschaftlichen Gerichte ohne Anfrage bei der zweiten Instanz genehmigt werden.

Justiz-Hofdecret vom 6. December 1822, S. 123, Nr. 1911.

- Wegen Abnahme des Zählgeldes von dem depositirten Vermögen der Mündel und Curanden.

Justiz-Hofdecret vom 31. Mai 1823, S. 149, Nr. 1944.

- Vorschrift über die Einbringung der Forderungen der Mündel gegen Untertanen und Gerichts-Inassen des obervormundschaftlichen Gerichte.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juli 1825, S. 312, Nr. 2117.

- Wann derselben Hauptvermögen von den Vormündern auszuweisen, und über ihren Zustand Bericht zu erstatten sei.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1826, S. 2, Nr. 2158.

Mündel. Vorschrift über die Ausbezahlung der bei gutsherrlichen Waisenämtern für Mündel angelegten Capitalien.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1826, S. 58, Nr. 2240.

- Vorschrift über die Abfertigung der Mündel in dem Falle, wenn verschiedenen Mündeln gehörige Capitalien demselben Schuldner gegen eine die Namen und Antheile der einzelnen Gläubiger ausweisende Obligation dargeliehen worden sind.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1828, S. 112, Nr. 2334.

- Volljährig gewordene und volljährig erklärte Mündel können ihre Vormünder von der gerichtlichen Schlußrechnung befreien.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 29, Nr. 48.

- Behandlung der Erklärung der großjährig gewordenen Mündel über die Befreiung ihrer Vormünder von der gerichtlichen Schlußrechnung.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1836, S. 83, Nr. 144.

- Vorschrift für Magistrate in Oesterreich ob und unter der Enns, Böhmen, Mähren und Schlesien, Galizien, Steiermark und Kärnten, über die Verabfolgung des bei denselben aufbewahrten Vermögens der Mündel.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1837, S. 106, Nr. 172.

- Die gänzliche Aufhebung der Obervormundschaft über einen österreichischen Mündel, und Uebertragung derselben nach Ungarn, findet nicht Statt.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1837, S. 133, Nr. 212.

- Die Befreiung eines Vormundes von der gerichtlichen Schlußrechnung von Seite des Mündels, enthebt ihn von jeder weiteren gerichtlichen Rechnungslegung und Rechnungs-Adjustirung.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juni 1839, S. 339, Nr. 360.

- Vorschrift über die Abfertigung der Mündel mit den auf den Namen eines jeden Einzelnen von ihnen gesetzmäßig angelegten Capitalien.

Hofkanzlei-Decret vom 1. April 1840, S. 480, Nr. 421.

Mündlich. Die mündliche Verhandlung kann auch über eine schriftliche Klage eintreten.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1828, S. 126, Nr. 2352.

Mündliches Testament. S. Testament.

- Ansuchen. S. Ansuchen.

Münster. Die Anheimsagung der Gerichtbarkeit der lehenbaren v. Werfischen Hofmark Münster in Tirol wird angenommen; Vertheilung der Jurisdiction über die Gemeinden derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 12. December 1835, S. 63, Nr. 103.

Münzamt. Das Haupt-Münzamt in Wien stellt die Certificate über die Echtheit oder Unechtheit der Münzen für die Criminalgerichte in Oesterreich unter der Enns aus; die in den übrigen Provinzen befindlichen Criminalgerichte haben sich hierwegen an die k. k. Landmünz-Probierämter zu wenden.

Justiz-Hofdecret vom 19. Februar 1839, S. 331, Nr. 343.

Münze und Münzsorten. Einsendung aller vorkommenden falschen Münzen nach beendeter Untersuchung im Wege der beiden Ober-Landesbehörden an die allgemeine Hofkammer.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1836, S. 74, Nr. 122.

- Vorschrift über die Einholung der Certificate über falsche Münzen; Anzeige der Entdeckung an das Landes-Präsidium und Aufbewahrung derselben nach vollendeter Untersuchung bei der k. k. allgemeinen Hofkammer.

Justiz-Hofdecret vom 19. Februar 1839, S. 331, Nr. 343.

- Vorschrift für Criminalgerichte über die Einholung der bei Untersuchungen nöthigen Certificate über die Echtheit oder Unechtheit der Münzen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Februar 1839, S. 331, Nr. 343.

Münze. Zahlungen, welche in Gold oder ausländischer Silbermünze gebühren, sind nach der Wahl des Schuldners in dieser Münzsorte oder nach deren Werthe zur Zeit der Zahlung in Banknoten zu leisten.

Finanz-Ministerial-Erlässe vom 21. und 22. Mai 1848, S. 635 und 636, Nr. 1152 und 1153; dann Patent vom 2. Juni 1848, S. 638, Nr. 1157.

- Vorschrift über die Behandlung der in- und ausländischen als Geld ausgeprägten Münzen, welche der Verfälschung verdächtig sind, oder welche als verfälscht erkannt werden.

Hofkammer-Decret vom 29. August 1846, S. 357, Nr. 981.

Münzenfunde. Vorschrift über die Behandlung der gefundenen alten Münzen.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Juni 1846, S. 338, Nr. 970.

Münzsorte. S. Münze.

Münzverfälschung. Wann bei Erkenntnissen über Münzverfälschung bloß die Falsificate mit Bekanntgebung des Untersuchungs-Resultates, und in welchem Falle aber auch die Untersuchungs-Acten der obersten Justizstelle vorzulegen sind.

Justiz-Hofdecet vom 15. December 1835, S. 64, Nr. 106.

- Vorschrift für Criminalgerichte über die Einholung der bei Münzverfälschungen nöthigen Certificate, dann über die Abgabe der Falsificate an die Hofkammer.

Justiz-Hofdecet vom 19. Februar 1839, S. 331, Nr. 343.

- Vorschrift über die Behandlung der in- und ausländischen als Geld ausgeprägten Münzen, welche der Verfälschung verdächtig sind, oder welche als verfälscht erkannt werden.

Hofkammer-Decret vom 29. August 1846, S. 357, Nr. 981.

Münzwesen. Errichtung der Hofkammer in Münz- und Bergwesen.

Hofkammer-Decret vom 14. November 1834, S. 129, Nr. 2673.

Municipal-Märkte. S. Märkte.

- Städte. S. Städte.

Musik. S. Tanzmusik.

Musikal-Impostabgabe. S. Tanzmusik.

Musikalische Compositionen. Beschlüsse der deutschen Bundesversammlung zur Sicherung der Rechte der Verfasser und Herausgeber musikalischer Werke gegen den Nachdruck.

Hofkanzlei-Decrete vom 16. November 1832, S. 50, Nr. 2580; vom 26. November 1840, S. 540, Nr. 483, und vom 25. Juli 1845, S. 272, Nr. 897.

- Beschluß der deutschen Bundesversammlung zum Schutze und Sicherung der Rechte der inländischen Verfasser musikalischer Compositionen gegen unbefugte Aufführung.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Mai 1841, S. 580, Nr. 537.

- Gesetz zum Schutze der Verfasser musikalischer Compositionen gegen die unbefugte Aufführung und den Nachdruck derselben.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

Muther. Vorschrift für Muther und Lehnswerber über die Verfassung der Muthungs- oder Beilehnungsgefuche in Bergbau-Angelegenheiten.

Decrete der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 2. März und 25. October 1837, S. 113 und 150, Nr. 179 und 237.

- Ein bloßer Schürfer kann den nachbarlichen Muther zur Angabe der beiläufigen Lagerung der gemutheten Gruben-Feldmasse innerhalb dreier fortlaufenden Compafstunden nicht anstrengen.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 4. November 1843, S. 165, Nr. 762.

Wuthscheine. Auf Wuthscheine findet eine gerichtliche Einverleibung oder Vormerkung nicht Statt.

Justiz-Hofdecret vom 14. October 1831, S. 21, Nr. 2532.

— Formulare eines Wuthscheines zum Bergbau.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 25. October 1837, S. 150, Nr. 237.

Wuthung. Auf Wuthungen zum Bergbau findet keine gerichtliche Einverleibung oder Vormerkung Statt.

Justiz-Hofdecret vom 14. October 1831, S. 21, Nr. 2532.

— Erläuterung des Normales vom 2. März 1837 über den amtlichen Vorgang bei Wuthungen zum Bergbau.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 25. October 1837, S. 150, Nr. 237.

— Recursfrist-Bestimmung gegen berglehensämtliche Entscheidungen in Wuthungs-Angelegenheiten.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 17. September 1839, S. 350, Nr. 378.

— Ueber ein ausgezogenes Bohrmehl darf keine Wuthung von den Berggerichten ertheilt werden.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 14. April 1840, S. 481, Nr. 424.

— Bewilligung einer achtwöchentlichen Frist für den geognostisch-montanistischen Verein zur Einmuthung eines erschürften Fundes.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 31. August 1843, S. 137, Nr. 737.

— Löschung der zur Freifahrung angemeldeten Wuthungen, wenn der Freifahrungswerber in der vorgeschriebenen Frist den erforderlichen Reisefosten-Vorschuß nicht erlegt hat.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 19. Februar 1848, S. 493, Nr. 1121.

N.

Nachahmung. S. Nachdruck.

Nachbildung. Beschlüsse der deutschen Bundesversammlung zur Sicherung der Rechte der Herausgabe literarischer und artistischer Werke gegen die Nachbildung.

Hofkanzlei-Decrete vom 16. November 1832, S. 70, Nr. 2580, 26. November 1840, S. 540, Nr. 483, und vom 25. Juli 1845, S. 272, Nr. 897.

— Verbot der Nachbildung selbstständiger Werke der plastischen Kunst.

Hofkanzlei-Decret vom 28. November 1838, S. 312, Nr. 311.

— Gesetze zum Schutze des Eigenthumsrechtes der Verfasser, Herausgeber und Verleger artistischer Werke gegen die unbefugte Nachbildung derselben.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

Nachdruck. Beschluß der deutschen Bundesversammlung zur Sicherung der Rechte der Schriftsteller, Herausgeber und Verleger von Gegenständen des Buch- und Kunsthandels gegen den Nachdruck.

Hofkanzlei-Decrete vom 16. November 1832, S. 70, Nr. 2580, 26. November 1840, S. 540, Nr. 483, und 25. Juli 1845, S. 272, Nr. 897.

Nachdruck. Gegen den Nachdruck von Friedrich von Schillers Werken wird dessen Erben der Schutz während zwanzig Jahren gewährt.

Hofkanzlei-Decret vom 20. December 1838, S. 314, Nr. 319.

- Staatsvertrag mit Sardinien, zur Verhinderung des Nachdruckes und der Nachahmung der in den beiderseitigen Staaten erscheinenden literarischen und artistischen Werke.

Vom 22. Mai 1840, S. 492, Nr. 441.

- Verbot des Nachdruckes der Werke des Johann Paul Friedrich Richter.

Hofkanzlei-Decret vom 9. November 1840, S. 536, Nr. 475.

- Sicherstellung der Rechte der Herausgeber literarischer und artistischer Werke gegen den Nachdruck und die Nachahmung in den deutschen Bundesstaaten.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1840, S. 540, Nr. 483.

- Dem mit Sardinien zur Sicherstellung des Eigenthumsrechtes literarischer und artistischer Werke gegen den Nachdruck und die Nachahmung abgeschlossenen Staatsverträge sind auch die päpstliche, modenese, luccesische, toscanische und parmesanische Regierung beigetreten.

Hofkanzlei-Decrete vom 26. November und 30. December 1840, S. 542 und 544, Nr. 484 und 488.

- Gegen den Nachdruck von Johann Gottfried von Herbers Werken wird dessen Erben der Schutz während zwanzig Jahren gewährt.

Hofkanzlei-Decret vom 20. August 1842, S. 58, Nr. 635.

- Gesetz zum Schutze des Eigenthumsrechtes der Verfasser, Herausgeber und Verleger literarischer und artistischer Werke gegen den Nachdruck derselben.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

Nachlaß. S. Verlassenschaft.

Nachmachung. S. Nachdruck.

- öffentlicher Creditspapiere. S. Verfälschung.

Nachricht. S. Edict.

Nachsicht. Die Nachsicht der wider Magistrate, Obrigkeiten oder deren Justizämter und wider Gränzämter gerichtlich verhängten Strafbeträge ist der Landesstelle sogleich mitzutheilen.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1823, S. 137, Nr. 1926.

- Vorschriften über die Ertheilung der Nachsicht von Weibbringung der Taufscheine bei Eheberbindungen.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1826, S. 59, Nr. 2242.

- Auf die Nachsicht der Taxen für Beförderungen und Würdverleihungen darf nicht mehr angetragen werden.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1829, S. 147, Nr. 2388.

- Vorschrift über die Einrichtung der Gesuche, um Nachsicht des zurückgelegten vierzigsten Lebensjahres zum Eintritte in den Staatsdienst.

Justiz-Hofdecret vom 14. Februar 1834, S. 107, Nr. 2642.

- Die Nachsicht von der Vorschrift, daß Niemand nach zurückgelegtem Normal-Alter (40 Jahre) in den Staatsdienst eintreten darf, ist niemals für eine ganze Kategorie von Dienstplätzen, sondern immer nur für einen bestimmten so eben zu besetzenden Dienstposten anzufuchen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 28, Nr. 45.

- der Tax- und Stempelgebühren für die das Armentrecht genießenden Parteien; genaue Befolgung dieser Vorschrift.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1837, S. 106, Nr. 171.

- Ueber die Nachsicht der Erben und Legatäre von der Entrichtung des landesfürstlichen Mortuars haben die Cameralbehörden zu entscheiden.

Justiz-Hofdecret vom 10. September 1838, S. 277, Nr. 294.

Nachsicht. Ermächtigung der Hofstellen zur Ertheilung der Nachsicht von der dreijährigen Praxis nach erlangtem Doctorate zur Ablegung der Fiscal-Adjuncten-Prüfung.

Allerhöchste Entschliessung vom 29. Jänner 1839, S. 324, Nr. 334.

- der von der obersten Justizstelle den Parteien oder ihren Vertretern auferlegten Geldstrafen kann die Landesstelle nicht bewilligen.

Justiz-Hofdecret vom 28. September 1840, S. 532, Nr. 466.

- Die Bewilligung der Nachsicht der von Civilgerichtsböörden verhängten Geldstrafen steht den Gerichtsbehörden zu.

Hofkammer-Decret vom 18. Mai 1841, S. 580, Nr. 538.

- Die Nachsicht der Justizstrafgelber bleibt den Justizbehörden zugewiesen.

Hofkammer-Decret vom 8. Juli 1842, S. 45, Nr. 625.

- Bei Anträgen auf Nachsicht der Ueberschreitung des Normal-Alters, behufs der Erlangung einer Anstellung im Staatsdienste, soll immer auch die vollkommene Gesundheit des Bittstellers nachgewiesen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 13. September 1843, S. 139, Nr. 741.

- Die Nachsicht von dem Verwandtschafts- und Schwägerschafts-Verhältnisse bei jenen Magistraten, wo ungeprüfte Bürgermeister und Räthe besetzen, zu ertheilen, steht der politischen Landesstelle im Einvernehmen mit dem Appellationsgerichte zu.

Justiz-Hofdecret vom 6. November 1843, S. 171, Nr. 764.

- **der Criminalkosten.** S. Criminalkosten.

- **der Strafe.** S. Sträflinge, Strafnaehsicht.

Nachstämpung. S. Stämpung.

Nachsteuer. S. Abfahrtsgehd.

Nachtheilige Verabredungen. S. Verabredungen.

Naclaa. Die Hauptgemeinde Naclaa in Ilirien wird dem landesfürstlichen Bezirkscommissariate II. Classe zu Krainburg zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 24. April 1844, S. 207, Nr. 801.

Nago. Die Gemeinde Nago in Tirol wird aus dem Bezirke des landesfürstlichen Landgerichtes in Arco geschieden und dem Landgerichte Riva zugewiesen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1842, S. 62, Nr. 645.

Namen. Die Partial-Obligationen über Privat-Anlehen müssen auf bestimmte Namen lauten.

Hofkammer-Präsidial-Erlaß vom 21. December 1847, S. 480, Nr. 1106.

Namensfertigung in jüdischer oder hebräischer Schrift, welche auf einer in landesüblicher Sprache im Inlande ausgestellten Privat- oder anderen öffentlichen Urkunde vorkommt, ist bloß als Handzeichen anzusehen und zu beurtheilen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Februar 1846, S. 318, Nr. 938.

- S. auch Unterschrift.

Namhaftmachung der Güter. S. Gut.

Naphten. S. Nether.

Nassau. Der Titel „Hoheit“ gebührt dem die Regierung führenden Herzoge von Nassau für seine Person.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1844, S. 240, Nr. 844.

Nassenfuß. Errichtung eines landesfürstlichen Bezirkscommissariates III. Classe zu Nassenfuß im Neustädter Kreise in Krain.

Justiz-Hofdecret vom 27. Juni 1843, S. 126, Nr. 716.

Nationalbank. Wie die Erbsteuer von den Actien der Nationalbank zu berechnen sei.

Hofkanzlei-Decret vom 20. Juni 1823, S. 153, Nr. 1949.

Nationalbank. Wenn die Erbsteuer den Betrag einer Bankactie erreicht, kann sie damit entrichtet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1823, S. 160, Nr. 1968.

- Die Nationalbank kann den Criminalgerichten die Einsicht deponirter Effecten nicht verweigern, und keinen Anstand nehmen, von ihnen Verbote anzunehmen.

Justiz-Hofdecree vom 2. Jänner 1824, S. 168, Nr. 1982.

- Die in Ansehung der bisherigen Banknoten bestehenden gesetzlichen Bestimmungen finden auch auf die neuen Banknoten der Nationalbank ihre volle Anwendung.

Justiz-Hofdecree vom 11. Juli 1828, S. 124, Nr. 2350.

- Erneuerung der Privilegien der österreichischen Nationalbank und Statuten derselben.

Patent vom 1. Juli 1841, S. 584, Nr. 547.

- Erläuterung des §. 55 der Statuten der Nationalbank, über die Vorrechte derselben auf alles bewegliche Vermögen ihres Schuldners, in dessen Innehabung sie gelangt ist.

Justiz-Hofdecree vom 26. September 1844, S. 222, Nr. 831.

Nationalität. Die Nationalität der auf den Spielberg bei Brünn abgelieferten Verbrecher, welche Ausländer sind, ist jedesmal der Auskunftsabelle beizuschließen.

Justiz-Hofdecree vom 21. März 1829, S. 147, Nr. 2389.

Nats. Die Gemeinde Nats in Tirol wird von dem Gerichtsbezirke des Landgerichtes Karneid getrennt und dem Landgerichte Lana einverleibt.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Jänner 1831, S. 5, Nr. 2501.

Naturalbezüge. Bestimmung des Fonds, aus welchem die Naturalbezüge oder deren Entschädigung der Seelsorger in Strafhäusern zu bestreiten sind.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1844, S. 235, Nr. 835.

Nauders. Verlegung des Criminal-Untersuchungsgerichtes von Landeck in Tirol nach Nauders.

Justiz-Hofdecree vom 8. November 1822, S. 122, Nr. 1908.

- Theilung des Landgerichtes Nauders im Ober-Inntale in Tirol mit Einem Adjutum für einen Concepts-Practikanten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

Neapel. Wie die Zustellung der Erlässe königlich-neapolitanischer Gerichte an österreichische Unterthanen zu geschehen hat.

Justiz-Hofdecree vom 19. Jänner 1821, S. 2, Nr. 1731.

- Abzugsfreie Verabfolgung der Erbschaften an königlich-neapolitanische Unterthanen.

Justiz-Hofdecree vom 2. November 1840, S. 536, Nr. 473.

- S. auch *Sicilien*.

Nebenaufgaben. Vorschrift für Beamte hinsichtlich der Aufrechnung der Nebenaufgaben bei Dienstreisen mittels der Eisenbahn.

Hofkammer-Decret vom 31. Jänner 1848, S. 489, Nr. 1114.

Nebenbeschäftigung ist den landesfürstlichen Beamten erlaubt; Bezeichnung der nicht erlaubten Nebenbeschäftigungen.

Justiz-Hofdecree vom 17. August 1835, S. 40, Nr. 77.

- Anwendung der Allerhöchsten Bewilligung zur Nebenbeschäftigung der landesfürstlichen Beamten und Diener auf alle städtische, ständische und Fondsbeamte und Diener.

Justiz-Hofdecree vom 29. März 1836, S. 79, Nr. 135.

- Welche Nebenbeschäftigungen den landesfürstlichen Beamten nicht erlaubt sind.

Justiz-Hofdecree vom 25. Februar 1839, S. 332, Nr. 344.

- S. auch *Beamte*.

Nebengemüße. Bei Bemessung der Alimentation für suspendirte Beamte sind die verstarbten Nebengemüße nicht in Anschlag zu bringen.

Justiz-Hofdecree vom 3. Februar 1823, S. 129, Nr. 1922.

Nebengeschäfte. Vorschrift über die Nebengeschäfte welche den landesfürstlichen Beamten und Dienern nicht gestattet werden.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1835, S. 40, Nr. 77.

Nebengewerke. Fristbestimmung für Nebengewerke bei Vorladung derselben zur Greifungs-Commission.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 20. April 1837, S. 122, Nr. 197.

Negativer Eid. S. Eid.

Neipperg. Dem Haupte der reichsfürstlich-gräflichen Familie Neipperg gebührt der Titel „Erlaucht“.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Neuacquirirte Provinzen. S. Provinzen.

Neuberg. Die Heimfagung des lehenbaren Landgerichtes der Fideicommissherrschaft Neuberg im Grazer Kreise in Steiermark wird angenommen.

Justiz-Hofdecret vom 10. December 1846, S. 394, Nr. 1009.

Neubibschow. Von den für den Bibschower Kreis in Böhmen angestellten zwei Advocaten hat einer in Neubibschow seinen Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juli 1844, S. 213, Nr. 819.

Neuhaus. Das anheimgesagte Patrimonialgericht zu Neuhaus in Tirol wird mit dem landesfürstlichen Landgerichte zu Karneid vereinigt.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1827, S. 70, Nr. 2260.

Neuhofen. Die Verlassenschaftsabgaben für das Spital zu Neuhofen in Oesterreich ob der Enns, werden aufgelassen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

Neumarkt. Die Anheimfagung des Patrimonialgerichtes Kurtatsch und Neumarkt in Tirol wird angenommen, und zu Neumarkt ein landesfürstliches Landgericht errichtet.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Jänner 1831, S. 5, Nr. 2501.

Neumarktl. Aufstellung eines landesfürstlichen provisorischen Bezirkscommissariates III. Classe zu Neumarkt in Kärnten statt der heimgesagten delegirten Bezirksverwaltung Neumarktl.

Hofkanzlei-Decret vom 10. April 1840, S. 481, Nr. 422.

Neustädter Militär-Akademie. Die mit Pension aus der Neustädter Militär-Akademie austretenden Jöglinge sind bei Civil-Anstellungen wie die pensionirten Officiere zu behandeln.

Hofkanzlei-Decret vom 4. September 1828, S. 131, Nr. 2360, und

Justiz-Hofdecret vom 6. Februar 1829, S. 142, Nr. 2380.

Neustadt. In Mährisch-Neustadt haben zwei Advocaten ihren Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1822, S. 91, Nr. 1861.

— Die Zahl der Advocaten für Wiener-Neustadt wird auf drei bestimmt.

Justiz-Hofdecret vom 22. April 1831, S. 13, Nr. 2512.

Neustadtl. Errichtung von landesfürstlichen Bezirkscommissariaten III. Classe in den Bezirken Treffen, Sauerstein und Rassenfuß im Neustädter Kreise in Krain.

Justiz-Hofdecret vom 27. Juni 1843, S. 126, Nr. 716.

— Anstellung zweier Advocaten für den Neustädter Kreis in Krain mit dem Wohnsitz in Neustadt und der Berechtigung zur Partei-Vertretung in allen drei Kreisen Krains, mit Auschluss der Hauptstadt Laibach.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1846, S. 317, Nr. 936.

Neutitschein. In Neutitschein in Mähren haben zwei Advocaten ihren Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1822, S. 91, Nr. 1861.

Nichtbestand. Der Haupteid kann nur den Bestand oder Nichtbestand der Thatfache, aus welcher sich eine Schuld ergibt, zum Gegenstande haben.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1846, S. 317, Nr. 935.

Nichterzeugte Personen. S. Personen.

Nichtlandesfürstliche Behörden. S. Behörden.

— **Gerichte.** S. Gerichtsstellen.

— **Gerichtsstellen.** S. Gerichtsstellen.

Nichtunirte Griechen. S. Griechen.

Nichtzulassung zum Antritte des Beweises nach Verlauf des peremptorischen Termins, sobald sich der Gegner demselben widersetzt.

Allerhöchste Entschlieung vom 22. Mai 1847, S. 462, Nr. 1065.

Niederlande. Auf die durch Uebereinkunft mit der niederländischen Regierung von dem k. k. Aerarium übernommenen Pains d'Abbayes findet kein Verbot und keine Execution Statt.

Justiz-Hofdecret vom 1. August 1829, S. 167, Nr. 2421.

— Beschränkung der Veräußerung und Verpfändung der durch Uebereinkunft mit der niederländischen Regierung von dem Allerhöchsten Aerarium übernommenen Pains d'Abbayes.

Justiz-Hofdecret vom 31. August 1832, S. 66, Nr. 2574.

— Staatsvertrag mit Oesterreich, über die Freizügigkeit des Vermögens der beiderseitigen Unterthanen.

Vom 7. Februar 1840, S. 471, Nr. 406.

— Erfordernisse zur Geltendmachung der Ansprüche österreichischer Unterthanen auf Verlassenschaft, ten der im niederländischen Seebienste verstorbenen Individuen.

Justiz-Hofdecret vom 6. April 1842, S. 16, Nr. 605.

Niederösterreich. In den Grundbüchern Niederösterreichs sind auch die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Grundbuchobjecten und den entsprechenden Katastral-Parcellen und insonderheit die Steuergemeinden und die Culturgattung jeder einzelnen Katastral-Parcelle einzutragen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. April 1846, S. 333, Nr. 958.

— S. auch Oesterreich.

Niederösterreichisches Appellationsgericht. Unterordnung der für die deutsche Ordens-Commende zu Frankfurt am Main bestimmten Behörde in Justizsachen unter das niederösterreichische Appellationsgericht, bei welchem auch die Recurse und Beschwerden gegen die Verfügungen und das Verfahren des Ordensgerichtes anzubringen sind.

Justiz-Hofdecret vom 25. October 1842, S. 64, Nr. 651.

— — Vorschrift über die Vertilgung der alten unbrauchbaren Registraturacten bei dem niederösterreichischen Appellationsgerichte, bei den demselben untergeordneten landesfürstlichen Criminal- und Civil-Collegialgerichten, dann bei dem Magistrate der Stadt Wien.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1843, S. 149, Nr. 751.

— — Bestimmung des Trägerlohnes für das Abholen und Austragen der über 25 Pfunde wiegenden Acten-Päcke und Kisten für die Diener des niederösterreichischen Appellationsgerichtes.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1847, S. 418, Nr. 1030.

Niederösterreichische Regierung fertigt in Niederösterreich die Reisepässe für türkische Unterthanen aus.

Justiz-Hofdecret vom 27. October 1826, S. 52, Nr. 2228.

— — Unterordnung der für die deutsche Ordens-Commende zu Frankfurt am Main bestimmten Behörden in anderen Geschäften als Justizsachen unter die niederösterreichische Regierung, bei welcher auch die Recurse und Beschwerden gegen die Verfügungen und das Verfahren des Ordensgerichtes anzubringen sind.

Justiz-Hofdecret vom 25. October 1842, S. 64, Nr. 651.

Niederösterreichisches Landrecht. Die Zahl der Auscultanten bei demselben wird auf zwölf bestimmt.

Justiz-Hofdecret vom 1. December 1821, S. 66, Nr. 1820.

— — ist der Gerichtsstand des allgemeinen Witwen- und Waisen-Pensions-Institutes in Wien.

Justiz-Hofdecrete vom 14. September 1822 und 14. Mai 1824, S. 117 und 202, Nr. 1894 und 2005.

Niederösterreichisches Landrecht ist der Gerichtsstand der von dem Fürsten v. Trauttmannsdorf u. errichteten Feuerversicherungs-Anstalt.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1823, S. 129, Nr. 1924.

- Den periodischen Ausweisen über die bei dem niederösterreichischen Landrechte anhängigen Erbs- und Concurs-Verhandlungen, ist eine besondere Uebersichts-Tabelle beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 18. April 1823, S. 141, Nr. 1935.

- Gerichtbarkeit des niederösterreichischen Landrechtes über die allgemeine Versorgungsanstalt für die Unterthanen des österreichischen Kaiserstaates.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1823, S. 163, Nr. 1974.

- Vorschrift für das niederösterreichische Landrecht über die Behandlung der Gesuche um Absonderung der Lehen vom freien Eigenthume, und der Lehen verschiedener Lehensherren.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1835, S. 36, Nr. 66.

- Anstellung und Beerdigung der erforderlichen Anzahl der Dolmetsche zur Uebersetzung der bei dem niederösterreichischen Landrechte in fremden Sprachen vorkommenden Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1835, S. 65, Nr. 109.

- Vorschrift für das niederösterreichische Landrecht über die Vertilgung seiner alten unbrauchbaren Registraturacten.

Justiz-Hofdecret vom 11. Mai 1840, S. 487, Nr. 433.

- Vorschrift für das niederösterreichische Landrecht, über die Behandlung der in den Rubriken der niederösterreichischen Landtafel vorkommenden Anmerkung, hinsichtlich der an die Stelle des Umgelbes tretenden Entscheidung und der darin eingetragenen Tabularposten.

Justiz-Hofdecret vom 3. November 1842, S. 69, Nr. 653.

- ist der persönliche Gerichtsstand für die privilegierte erste Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, wenn sie als Beklagte auftritt.

Justiz-Hofdecret vom 5. August 1846, S. 355, Nr. 977.

- Demselben steht ausschließlich die Amortisirung der dreiprocentigen Centralcasse-Anweisungen zu.

Erlaß des Hofkammer-Präsidiums vom 16. September 1847, S. 470, Nr. 1086.

- **Mercantil- und Wechselgericht.** S. Wechselgericht.

- **Wechselgericht.** Gerichtbarkeit des niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichtes über die Wiener Dampfmaschinen-Actiengesellschaft, wenn sie, mit Ausnahme der Realklagen, als Beklagte erscheint.

Justiz-Hofdecret vom 11. September 1843, S. 137, Nr. 738.

- Vorschrift über die Behandlung und Erledigung der Geschäftsrüde bei dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1843, S. 164, Nr. 760.

- Vorschrift über den periodischen Wechsel der Schätzungs- und Inventurs-Commissäre des bürgerlichen Handelsstandes bei dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte, dann Bestimmung der Frist zur Vornahme desselben.

Hofkammer-Decret vom 9. December 1843, S. 174, Nr. 769.

- ist der Gerichtsstand für die Amortisirung der in Verlust gerathenen Actien und Coupons der privilegierten ersten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

Justiz-Hofdecret vom 5. August 1846, S. 355, Nr. 977.

- **Rogaredo.** Statt des heimgesagten Patrimonialgerichtes zu Rogaredo in Tirol wird ein landesherrliches Landgericht II. Classe allda errichtet.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1842, S. 62, Nr. 645.

Romi. Die Anheimsagung der Patrimonialgerichtsbarkeit des Lehengerichtes Romi in Tirol wird angenommen und der Gerichtsbezirk desselben provisorisch mit dem Landgerichte Rovereto vereinigt.
Hofkammer-Decret vom 17. December 1838, S. 314, Nr. 317.

Rons- und Sulzberg. Eintheilung des Rons- und Sulzberges in Tirol in vier landesfürstliche Landgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1824, S. 172, Nr. 1986.

Nordamerika. S. Amerika.

Nordbahn. Das niederösterreichische Mercantil- und Wechselgericht ist der Gerichtsstand der Actiengesellschaft der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn.

Justiz-Hofdecret vom 5. December 1836, S. 94, Nr. 159.

Normal-Alter. Die Rücksicht von der Vorschrift, daß Niemand nach zurückgelegtem Normal-Alter (vierzig Jahren) in den Staatsdienst eintreten darf, ist niemals für eine ganze Kategorie von Dienstplätzen, sondern immer nur für einen bestimmten, so eben zu besetzenden Dienstposten anzufuchen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 28, Nr. 45.

- Den Anträgen auf Gnadengaben für die das Normal-Alter überschrittenen Beamtenswaisen ist auch ein sittliches Wohlverhaltens-Zeugniß der zu betheiligenden Person beizulegen.

Hofkammer-Decret vom 30. März 1840, S. 479, Nr. 419, dann

Hofkanzlei-Decret vom 30. April 1840, S. 484, Nr. 427.

- Gestattung der Anträge auf den Fortbezug der Erziehungsbeiträge und Pensionen für Civil-beamten's-Waisen als Gnadengaben nach erreichtem Normal-Alter.

Hofkammer-Decret vom 7. Februar 1841, S. 555, Nr. 503.

- Bei Anträgen auf Nachsicht der Ueberschreitung des Normal-Alters behufs der Erlangung einer Anstellung im Staatsdienste, soll immer auch die vollkommene Gesundheit des Bittstellers nachgewiesen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 13. September 1843, S. 139, Nr. 741.

Normalien. Die im Criminalfache ergehenden Normalien können den landesfürstlichen Civil-behörden allerbing's mitgetheilt werden.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1822, S. 127, Nr. 1917.

- Wegen Kundmachung der Normalien in Justizsachen durch den Druck von Seite der politischen Landesstellen und der Appellationsgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 308, Nr. 2107.

- Vorschrift über die Art der Kundmachung der Normal-Verordnungen in Justizsachen.

Justiz-Hofdecret vom 16. November 1827, S. 106, Nr. 2319.

Normalmäßige Behandlung. Auf eine günstigere als die normalmäßige Behandlung dürfen auch ohne besondere Aufforderung bei Pensionirungen, Provisionirungen und Substitutionen der städtischen, ständischen oder jener Beamten Anträge gemacht werden, die ihre Bezüge aus vom Staatschätze nicht unterstützten Fonds erhalten.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Mai 1838, S. 181, Nr. 270.

- Zulässigkeit der Anträge auf eine günstigere als die normalmäßige Pensions- und Provisions-behandlung.

Hofkammer-Decret vom 20. Februar 1840, S. 474, Nr. 411.

- Formulare zu Ausweisen, deren sich die landesfürstlichen Behörden bei den Verhandlungen über die normalmäßige Behandlung der Staatsdiener, dann ihrer Wittven und Waisen zu bedienen haben.

Hofkammer-Decret vom 10. Mai 1842, S. 28, Nr. 613.

- **Bezüge.** S. Be s o l d u n g.

- Pensionirung oder Quiescirung eines Beamten ist nicht als eine Strafe anzusehen.

Allerhöchste Entschließung vom 6. Februar 1847, S. 406, Nr. 1027.

Normalpreis. Bestimmung des Normalpreises eines verkäuflichen Apothekergewerbes in Galizien. Hofkanzlei-Decret vom 27. November 1843, S. 172, Nr. 767.

Normalschulfond. S. Schulfond.

Notare sind nur Wechselproteste auszustellen befugt, und neue Notare nur von der obersten Justizstelle zu ernennen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1821, S. 32, Nr. 1766.

- Den Notaren, die keine zur Ausübung der Landes-Advocatie berechnete graduirte Doctoren sind, ist die Vertretung der Parteien bei Wechsel- und Mercantlgerichten nicht zu gestatten. Führung eines Vormerkbuches über die Notare; Beeidigung der neu ernannten öffentlichen Notare; Eidesformel.

Justiz-Hofdecret vom 14. Februar 1824, S. 193, Nr. 1989.

- Die Notare in Dalmatien sollen von Testamenten, welche noch nicht gerichtlich bekannt gemacht worden sind, den Parteien keine Abschriften erteilen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Mai 1824, S. 201, Nr. 2002.

- Die Acten der in Dalmatien verstorbenen oder aus anderen Gründen außer Wirksamkeit getretenen Notare sind der Gerichtsbehörde des Bezirkes, in welchem der Notar seinen Wohnsitz hatte, zu übergeben. In Hinsicht des Antheiles der Erben des Notares an den Gebühren hat es bei der Anordnung des §. 66 der durch die Justiz-Hofdecrete vom 24. December 1825 und 10. März 1827 bekannt gemachten provisorischen Notariats-Ordnung sein Bewenden.

Justiz-Hofdecret vom 9. October 1829, S. 173, Nr. 2431.

- Aus Notaren ist die bei den Landrechten und Collegialgerichten erforderliche Anzahl der Dolmetsche zu wählen.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1835, S. 65, Nr. 109.

- Vorschrift für Notare bei Ansuchung der Erlaubniß zur Reise ins Ausland.

Justiz-Hofdecret vom 5. September 1837, S. 144, Nr. 222.

- Beweisraft der von der französischen Botschaft oder Consul legalisirten, in Frankreich errichteten Notariats- und anderen öffentlichen Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1837, S. 148, Nr. 234.

- Beweisraft der im Auslande errichteten, von Gesandtschaften oder Consuln legalisirten Notariats- und anderen öffentlichen Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 22. Jänner 1838, S. 167, Nr. 249.

- Die von Notaren erlassenen Urkunden sind unter die öffentlichen Urkunden zu zählen.

Anmerkung zur Allerhöchsten Entschliessung vom 25. April 1840, S. 482, Nr. 425.

- Die Notariatsstaren haben in Dalmatien unverändert fortzubestehen und sind unabhängig von den Stempelgebühren zu bemessen, einzuhoben und zu verrechnen.

Hofammer-Decret vom 8. September 1842, S. 60, Nr. 640.

- Beeidigung der öffentlichen Notare nach ausgewiesener Bezahlung der Taxen für das Notariatsdiplom.

Justiz-Hofdecret vom 20. December 1842, S. 76, Nr. 662.

- Den fiscalämthlichen Conceptis-Practikanten ist eine Nebenbeschäftigung bei Notaren nicht gestattet.

Hofammer-Decret vom 29. November 1844, S. 241, Nr. 849.

- Vorschrift über die Gültigkeit der Notariats-Urkunden zum Beweise der adelichen Abstammung.

Justiz-Hofdecret vom 16. September 1846, S. 360, Nr. 983.

- Einweglassung des Verlasses wegen der geheimen Gesellschaften und Verbrüderungen in den Eidesformeln der Notare und Abstellung der Abforderung der Reverse hinsichtlich derselben.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1848, S. 619, Nr. 1145.

- Vorschrift über die Suspendirung und Entlassung der Notare, dann über die Bewilligung der Urlaube für dieselben.

Erlaß des Justizministers vom 21. August 1848, S. 652, Nr. 1176.

Notariatsstagen. S. Notare, Taxen.

Notariats-Urkunden. S. Urkunden.

Noten. S. Schriftenwechsel.

Nothherbe. Vorschrift über die Ansprüche der Nothherben auf die Verlassenschaften.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1844, S. 192, Nr. 781.

- ist berechtigt, über den ihm vom Tode des Erblassers bis zur wirklichen Zuteilung des Pflichttheiles gebührenden verhältnismäßigen Antheil an Gewinn und Verlust und an den Früchten der Erbschaft Rechnung zu fordern.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1847, S. 454, Nr. 1051.

Notizenbücher. Wegen Führung der Notizenbücher im Küstenlande durch Gemeindebeamte oder Bezirksamte.

Justiz-Hofdecret vom 28. Jänner 1825, S. 288, Nr. 2071.

- Vorschrift über das Verfahren in Executions- und Concursfällen in jenen Bezirken des vormalig venetianischen Antheiles des Küstenlandes, wo noch die unter dem Namen Libri di notizie bestehenden Vormerkbücher geführt werden.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juni 1827, S. 83, Nr. 2283.

- Bestimmung der Gebühren (Taxen und Stämpeln) für die in Betreff der Notizenbücher im Küstenlande vorkommenden Urkunden und Amtshandlungen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 4. August 1840, S. 521, Nr. 461.

- in Rovigno werden von dem dortigen Stadt- und Landrechte geführt.

Justiz-Hofdecret vom 30. November 1842, S. 76, Nr. 659.

Notion. Vorschrift, wenn eine Gerichtsstelle auf die Aufhebung einer Gefällsnotion, wegen Mangels des bösen Vorsages des Notionirten, erkennen sollte.

Kaiserliche Entschliessung vom 14. Mai 1821, S. 20, Nr. 1760.

- Die einer Herrschaft, wegen nicht befolgter Vorschrift des Tranksteuer-Patentes, auferlegten Geldstrafen können auch dem Wirtschaftsamte dieser Herrschaft mit rechtlicher Wirkung zugestellt werden.

Justiz-Hofdecret vom 28. Jänner 1825, S. 288, Nr. 2070.

- Vorschrift über die Zustellung der von einer Gefälls-Administration gegen einen minderjährigen Ungar geschöpften Notion.

Justiz-Hofdecret vom 26. März 1831, S. 12, Nr. 2509.

- über die Erschleichung der Armuthszeugnisse zur Erlangung der Stämpelbefreiung vor Gericht haben die politischen Behörden der betreffenden ersten Gerichts-Instanz, bei welcher der Proceß geführt wird, zur Sistirung der weiteren Beibringung ungestämpelter Acten bekannt zu geben.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Jänner 1842, S. 6, Nr. 589.

Notorietäts-Acten. Die Aufnahme der Notorietäts-Acten auf Grund der Artikel 46 und 71 des außer Wirksamkeit getretenen französischen Civil-Codes ist in Dalmatien nicht erlaubt.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1034.

Noviziat. Wann einer Aspirantin der Eintritt in das Noviziat des Institutes der Schwestern des deutschen Ordens gestattet ist.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1843, S. 141, Nr. 746.

Nullität. Proceß, wobei Räte oder Präsidenten des urtheilenden Gerichtes als Parteien eintreten, sind nach Umständen in einem verstärkten Senate in Vortrag zu bringen; die unterlassene Berathschlagung in einem verstärkten Senate begründet aber keine Nullität.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juli 1830, S. 204, Nr. 2474.

- Die bei dem Richter erster Instanz angebrachten Nullitätsklagen gegen rechtskräftige Executionsbescheide sind von Amtswegen zurück zu weisen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juni 1836, S. 84, Nr. 145.

Nullität. Vorschrift über die Ertheilung der Fristen in Handels- und Wechselgeschäften zu den Nullitäts-Einreden.

Justiz-Hofdecret vom 22. Jänner 1839, S. 323, Nr. 332.

Nummern. Postämter haben in den Journalen über die ex offio Correspondenz die auf den Couverts der Geschäftsküde angelegten Nummern einzuzichnen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 8. November 1846, S. 390, Nr. 1001.

Numismatische Funde. Vorschrift über die Behandlung der numismatischen Funde.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Juni 1846, S. 338, Nr. 970.

Nuova Compagnia d'assicurazione. Vorrechte der in Triest unter der Benennung Nuova Compagnia d'assicurazione entstandenen Versicherungsgesellschaft.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juli 1825, S. 311, Nr. 2115 und Hofkammer-Decret vom 27. November 1830, S. 218, Nr. 2494.

Nuovo greco Banco d'assicurazione. Vorrechte der in Triest unter diesem Namen errichteten Seeschaden-Versicherungsgesellschaft.

Hofkammer-Decret vom 17. Juni 1831, S. 15, Nr. 2516.

Nutzeigenthümer. S. Veräußerung.

Nutzungseigenthümer. S. Grundhob.

Nutzungsrecht. S. Benützung.

O.

Obderennische Regierung. Vorschrift für die obderennische Regierung über die Behandlung der Gesuche um Zulassung zur Fiskal-Adjunktenprüfung.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1843, S. 136, Nr. 734.

Oberbehörden. Vorschrift für Criminalgerichte, über die Mittheilung von Auszügen aus dem Berathschlagungsprotokolle, über die gegen einen Beamten wegen Verbrechen abgeführte Untersuchung, an die zu dessen Disciplinarbehandlung berufene Oberbehörde.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1844, S. 215, Nr. 823.

Obercuratel. Uebertragung der Obercuratel über unterthänige Waisen oder denselben gleichzuhaltende Personen.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1832, S. 63, Nr. 2566.

Obereigenthümer. S. Grundherr.

Obereigenthum über unbewegliche Güter bedarf keiner Anmeldung im Concourse über das Vermögen des Nutzeigenthümers.

Hofkanzlei-Decret vom 26. December 1847, S. 483, Nr. 1109.

— Aufhebung aller aus dem grundherrlichen Obereigenthume herrührenden Natural-, Arbeits- und Geldleistungen mit Einschluss der Besitz- und Veränderungsgebühren.

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180.

Obergericht. S. Appellationsgericht.

Oberkammeramts-Obligationen. S. Obligationen.

Ober-Laidach. In Ober-Laidach wird provisorisch ein landesfürstliches Bezirkscommissariat II. Classe errichtet.

Hofkanzlei-Decret vom 31. December 1838, S. 315, Nr. 321.

Oberlangenegg. S. Langenegg.

Oberch. Aufstellung zweier landesfürstlicher Bezirkscommissariate II. Classe für den Bezirk Krupp in Ulirien, mit welchem auch die Hauptgemeinde Oberch des Bezirkes Pölland zu vereinigen ist.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Mai 1848, S. 618, Nr. 1141.

Oberreifenberg. Statt der privatherrschaftlichen Jurisdiccions-Verwaltungen zu Guisca, Oberreifenberg, St. Daniel, Duino, Tolmein und Canale werden landesfürstliche Bezirksämter errichtet.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1847, S. 483, Nr. 1108.

Oberste Justizstelle. Die an die in Ungarn oder Siebenbürgen wohnenden österreichischen Unterthanen gerichteten Intimationen der königlich-neapolitanischen Gerichtsbehörden haben die Appellationsgerichte der obersten Justizstelle vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Jänner 1821, S. 2, Nr. 1731.

— hat die Notare zu ernennen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1821, S. 32, Nr. 1766.

— Der obersten Justizstelle sind jährlich die Absenz- und Verwendungstabellen der Auscultanten eines jeden Landrechtes vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juli 1821, S. 37, Nr. 1775.

— Wann das Appellationsgericht verpflichtet ist, über die außer seiner Competenz liegenden Criminalfälle, wegen einer angemessenen Strafmilderung, Bericht an die oberste Justizstelle zu erstatten.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1821, S. 38, Nr. 1777.

— Appellationsgerichte haben der obersten Justizstelle die im Laufe des Jahres bei Anwendung des Strafgesetzes sich ergebenden Anträge vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 14. Juli 1821, S. 39, Nr. 1779.

— In den der obersten Justizstelle vorzulegenden Criminal-Urtheilen des Appellationsgerichtes ist auszudrücken, ob dadurch das Urtheil des Untergerichtes bestätigt oder abgeändert werde.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1821, S. 42, Nr. 1786.

— Pflicht der obersten Justizstelle, durch die Appellationsgerichte Sorge tragen zu lassen, daß die von Herrschaften als Darlehen aufgenommenen Waifengelder pragmatikalisch sicher gestellt werden.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1822, S. 107, Nr. 1875.

— Der obersten Justizstelle ist die vom Appellationsgerichte den tirolischen Landgerichten durch Auscultanten bewilligte Anshilfe anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 15. December 1823, S. 168, Nr. 1980.

— soll, sobald es thunlich ist, die Expeditionen an das dalmatinische Appellationsgericht in deutscher Sprache erlassen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juli 1824, S. 216, Nr. 2022.

— Der obersten Justizstelle ist jede Wahl eines Kanzlei-Accessisten bei dem Landrechte und Appellationsgerichte anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 310, Nr. 2111.

— Die der Entscheidung der obersten Justizstelle zu unterziehenden Criminal-Urtheile des Appellationsgerichtes sind, auch wenn sie einstimmig beschlossen wurden, abschriftlich sammt den Beweggründen dem Berichte beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1825, S. 332, Nr. 2153.

— hat die Bewerber um eine Dienststelle, wenn ihnen die erforderlichen Eigenschaften fehlen, oder ihrem Gesuche besondere Vorschriften entgegenstehen, über die Gründe ihrer Abweisung zu belehren.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1826, S. 20, Nr. 2190.

Oberste Justizstelle. Die Absenzen der Präsidenten und Vicepräsidenten einer Gerichtsbehörde sind in den jährlich an die oberste Justizstelle zu überreichenden Absenztabelle anzuführen.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1826, S. 57, Nr. 2238.

- Vorschriften über die Einsendung der Absenztabelle des Appellationsgerichtes und der ihm untergeordneten Gerichtsbehörden an die oberste Justizstelle.

Justiz-Hofdecret vom 10. März 1827, S. 71, Nr. 2265.

- Die Delegationen in Civil- und Criminal-Rechtsangelegenheiten, wodurch die Gerichtsbarkeit aus dem Sprengel eines Appellationsgerichtes in jenen eines anderen übertragen wird, finden nur mit Genehmigung der obersten Justizstelle Statt.

Justiz-Hofdecret vom 9. November 1827, S. 104, Nr. 2317.

- hat die Totaltabelle über die bei den landesfürstlichen Justizbehörden vorkommenden Dienstveränderungen nur einmal des Jahres und zwar sechs Monate nach Erscheinung des Hof- und Staats-Schematismus Seiner Majestät vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 2. Mai 1828, S. 120, Nr. 2343.

- Der Todfall eines k. k. wirklichen geheimen Rathes ist der obersten Justizstelle anzuzeigen.

Justiz-Hofdecete vom 13. November 1828, S. 139 und 2371.

- Criminalgerichte haben sich um Auskünfte über Creditgegenstände nie an die Creditshofbuchhaltung, sondern mittelst des vorgesetzten Appellationsgerichtes an die oberste Justizstelle zu wenden.

Justiz-Hofdecret vom 2. October 1829, S. 172, Nr. 2429.

- Geschäftsausweise der Appellationsgerichte und der ihnen untergeordneten Gerichte erster Instanz sind längstens bis 1. März des folgenden Jahres der obersten Justizstelle vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Jänner 1830, S. 182, Nr. 2446.

- Der obersten Justizstelle steht die Entlassung derjenigen Justizbeamten, deren Ernennung nicht Seiner Majestät vorbehalten ist, allein zu.

Justiz-Hofdecret vom 16. December 1831, S. 26, Nr. 2541.

- Die oberste Justizstelle bewilligt Ausbills-Referenten für landesfürstliche Gerichtsstellen erster und zweiter Instanz.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1834, S. 108, Nr. 2643.

- Zur Anstellung als Kanzlist oder Kanzlei-Accessist bei der obersten Justizstelle erforderliche Studien.

Justiz-Hofdecret vom 17. April 1835, S. 6, Nr. 13.

- Wann ein Criminal-Urtheil nach dem Tode des Inquisiten der obersten Justizstelle vorzulegen ist.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 29, Nr. 47.

- Wirkungskreis der obersten Justizstelle in Rücksicht der Befegung der bei den landesfürstlichen Collegialgerichten erster und zweiter Instanz erledigten Dienstplätze.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

- Die oberste Justizstelle bewilligt die Aufnahme der Kanzlei-Accessisten bei den landesfürstlichen Gerichtsbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1836, S. 80, Nr. 139.

- Die Verleihung aller systemisirten Adjuten ist der obersten Justizstelle vorbehalten.

Justiz-Hofdecret vom 16. Jänner 1837, S. 102, Nr. 166.

- Die Ernennung der systemisirten und überzähligen Auscultanten und die Verleihung der systemisirten Adjuten steht der obersten Justizstelle zu.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juni 1837, S. 128, Nr. 207.

Oberste Justizstelle. Welche Ablassungsbeschlüsse vom weltlichen Criminalverfahren der obersten Justizstelle vorzulegen sind.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1837, S. 163, Nr. 246.

- Die oberste Justizstelle ist nicht berechtigt die Strafurtheile der unteren Gerichte in den, in den §§. 435, 467 und 468, I. Theiles des Strafgesetzes, ausgedrückten Fällen zu verschärfen.

Justiz-Hofdecret vom 11. März 1839, S. 334, Nr. 349.

- In welchen Fällen über die Verwendung der Secretäre, Rathprotokollisten, Criminal-Actuare und Auscultanten, als Criminal-Inquirenten und Voianten, von den Appellationsgerichten Bericht an die oberste Justizstelle zu erstatten sei.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1839, S. 342, Nr. 365.

- Ueber Beschwerden gegen die Bemessung der einhalbsprocentigen Verlassenschaftsbeiträge für den Prager Krankenhaushof, entscheidet in dritter Instanz die oberste Justizstelle.

Hofkanzlei-Decret vom 14. August 1839, S. 346, Nr. 373.

- Vorschrift über die Hinausgabe der Beweggründe der obersten Justizstelle zur Aufhebung oder Abänderung gleichförmiger Beschlüsse der Unterbehörden an die Parteien.

Allerhöchste Entschliessung vom 11. Februar 1840, S. 472, Nr. 408.

- Die von der obersten Justizstelle den Parteien oder ihren Vertretern auferlegten Geldstrafen kann die Landesstelle nicht erlassen.

Justiz-Hofdecret vom 28. September 1840, S. 532, Nr. 466.

- Den Berathungen der allgemeinen Hofkammer, über die Entlassung eines unteren bedienten Dieners, sind zwei Justiz-Hofräthe nicht beizuziehen.

Allerhöchste Entschliessung vom 16. Jänner 1841, S. 552, Nr. 405.

- Der obersten Justizstelle sind die Ersuchsschreiben der Unterbehörden, um Zustellung gerichtlicher Acte an im Königreiche Sardinien wohnhafte Parteien, zur Einbegleitung an die geheime Haus-, Hof- und Staats-Kanzlei vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 20. December 1841, S. 674, Nr. 579.

- hat Seiner Majestät die Arbeits-Ausweise der Appellationsgerichte sammt den hierüber gefaßten Beschlüssen jährlich vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 24. Jänner 1842, S. 8, Nr. 594.

- Macht der obersten Justizstelle zur Abänderung gleichförmiger Bescheide und Urtheile der Gerichte erster und zweiter Instanz; Bestimmung der Zahl der bei der dießfälligen Berathung erforderlichen Stimmführer.

Allerhöchste Entschliessung vom 17. Mai 1842, S. 36, Nr. 616.

- Die bei der ersten Instanz überreichten Recurse gegen gleichförmige Entscheidungen der ersten und zweiten Instanz in Tabularsachen sind der obersten Justizstelle vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 24. Jänner 1843, S. 88, Nr. 674.

- Vorschrift für die Appellationsgerichte zur Verfassung der an die oberste Justizstelle jährlich vorzulegenden Ausweise über die bei denselben vorgekommenen Civil- und Criminalgeschäfte.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1844, S. 185, Nr. 773.

- Vorschrift für dieselbe über die Aufnahme der Auscultanten.

Allerhöchste Entschliessung vom 4. Mai 1844, S. 208, Nr. 804.

- In welchen Fällen die oberste Justizstelle über Beschwerden oder Recurse gegen eine Verfügung des Appellationsgerichtes, vor Aufhebung oder Abänderung derselben, Bericht abzufordern habe.

Justiz-Hofdecret vom 13. November 1844, S. 240, Nr. 845.

- ist außer den Fällen des §. 442, I. Theiles des Strafgesetzes, nicht ermächtigt, eine Strafverschärfung im Wege der Commutation vorzunehmen.

Allerhöchste Entschliessung vom 7. December 1844, S. 243, Nr. 852.

Oberste Justizstelle soll, wenn sie die gegen ein Beirurtheil ergriffene außerordentliche Revision für unzulässig erklärt, dem Producenten nicht eine neue Frist zur Antretung des zugelassenen Beweises bestimmen.

Allerhöchste Entschliessung vom 4. Jänner 1845, S. 247, Nr. 856.

- Berechtigung der obersten Justizstelle zur Anwendung des §. 306, 1. Theiles des Strafgesetzes, in Fällen einer unter den Criminal-Inquisiten in den Criminal-Gerichtshäusern in Böhmen ausbrechenden Epidemie auf jene Inquisiten, bei welchen die Strafe unter Ein Jahr abgekürzt werden wird.

Allerhöchste Entschliessung vom 1. Juli 1845, S. 270, Nr. 894.

- Vorschrift über das Verfahren bei Hofrecursen, welche gegen eine im Disciplinarwege verhängte Arreststrafe von dem Beschuldigten bei der obersten Justizstelle überreicht werden.

Justiz-Hofdecret vom 22. October 1845, S. 278, Nr. 905.

- Das Urtheil ist auch dann der höheren und rücksichtlich höchsten Revision zu unterziehen, wenn das Strafgericht die Einleitung der Criminal-Untersuchung wegen eines der in den §§. 433 und 442, 1. Theiles des Strafgesetzes, bemerkten Verbrechens beschlossen hat, der Untersuchte aber von dem Strafgerichte oder dem Obergerichte eines anderen Verbrechens schuldig befunden wurde.

Justiz-Hofdecret vom 28. Jänner 1846, S. 310, Nr. 924.

- Appellationsgerichte haben bei Vorlage der summarischen Ausweise der Criminalgerichte an den obersten Gerichtshof jene Fälle in ihren Berichten zu bemerken, wo ein auf lebenslange Strafe gefälltes Urtheil im Milderungswege von der obersten Justizstelle in eine zeitliche Strafe umgeändert worden ist.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1846, S. 315, Nr. 930.

- hat mit der Cassation eines offenbar der Abstimmung nicht entsprechenden Urtheiles vorzugehen und sich nicht in die Merital-Entscheidung einzulassen.

Justiz-Hofdecret vom 21. August 1846, S. 356, Nr. 979.

- Die Ernennung der landesfürstlichen Bezirksrichter bei den Bezirkscommissariaten in Mähren hat durch die oberste Justizstelle und die vereinigte Hofkanzlei zu geschehen.

Justiz-Hofdecret vom 9. October 1846, S. 374, Nr. 990.

- Bestimmung der obersten Justizstelle als dritte Instanz zur Verwaltung der Criminal-Gerichtsbarkheit über alle im Krakauer Gebiete verübten Verbrechen.

Justiz-Hofdecret vom 24. December 1846, S. 399, Nr. 1014.

- Ueber die der obersten Justizstelle vorzulegenden Unterstützungsgefuche von Justizbeamten hat sich das Appellationsgericht vorläufig mit der die bewilligte Anshilfe anweisenden Landesstelle in das Einvernehmen zu setzen.

Justiz-Hofdecret vom 12. August 1847, S. 468, Nr. 1080.

- Vom Districtual-Berggerichte zu Bielitzka, als dem für das Krakauer Gebiet provisorisch bestimmten Berggerichte erster Instanz, ist der Rechtszug an das galizische Appellationsgericht, und von diesem an die oberste Justizstelle zu leiten.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1847, S. 477, Nr. 1098.

- Verlassenschafts-Abhandlungsbehörden haben Todesfälle schwedischer Unterthanen dem vorgesetzten Appellationsgerichte, und Letzteres dieselben der obersten Justizstelle zur weiteren Mittheilung an die königlich-schwedische Regierung anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 10. December 1847, S. 479, Nr. 1104.

- hat zur Delegation der Obervormundschaft oder Curatel an eine ihr nicht unterstehende Behörde die Allerhöchste Genehmigung einzuholen.

Allerhöchste Entschliessung vom 19. Februar 1848, S. 493, Nr. 1120.

Oberste Justizstelle. Der von den Gerichtsstellen erster und zweiter Instanz bei Vorlegung von Civil- und Criminal-Proceffen angeschlossene Acten-Auszug darf von dem Referenten der obersten Justizstelle bei Bearbeitung und bei dem Vortrage derselben benützt werden.

Justiz-Ministerial-Decret vom 6. Mai 1848, S. 618, Nr. 1143.

- Erhält die Benennung „Oberster Gerichtshof“ und hat nur mehr als Gerichtsbehörde ihr Amt zu handeln. Ihre Räte und Secretäre erhalten den Titel „Räte und Secretäre des obersten Gerichtshofes“.

Erlaß des Justizministers vom 21. August 1848, S. 652, Nr. 1176.

Oberster Gerichtshof. Diese Benennung erhält die oberste Justizstelle. Vorschrift über die Dienstbefehlungen bei demselben.

Erlaß des Justizministers vom 21. August 1848, S. 652, Nr. 1176.

- S. Oberste Justizstelle.

- **Justiz-Präsident.** In welchen Fällen der oberste Justiz-Präsident verpflichtet ist, bei Dienst-Befegungsvorschlägen über die in Antrag gebrachten Individuen Polizeiauskünfte einzuholen.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1846, S. 388, Nr. 998.

- **Lehensherr.** Wann dem Fiscalamte die Vertretung des obersten Lehensherren, des Asterlehensherren und der Vasallen obliegt.

Hofkanzlei-Decret vom 1. Juli 1847, S. 463, Nr. 1070.

Oberst-Hofmarschallamt. Auch bei diesem ist das Stämpelpatent in allen Partei-Geschäften in Anwendung zu bringen, mit Ausnahme diplomatischer Personen, welche zugleich fremde Unterthanen sind.

Justiz-Hofdecret vom 20. Mai 1825, S. 300, Nr. 2094.

- Beschränkung der Gerichtsbarkeit desselben über österreichische Unterthanen, welche von fremden Regierungen bei dem kaiserlich-österreichischen Hofe als diplomatische Personen accreditirt sind.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1829, S. 148, Nr. 2392.

- Gerichtsbarkeit desselben über die pensionirte vormalige Dienerschaft Ihrer königlichen Hoheit der Frau Erzherzogin Beatrix.

Justiz-Hofdecret vom 26. August 1831, S. 18, Nr. 2524.

- Gerichtsbarkeit desselben über den Prinzen Gustav Wasa, dessen Familie und gesammte Dienerschaft.

Justiz-Hofdecret vom 26. October 1832, S. 70, Nr. 2578.

- Die österreichischen Criminalgerichte haben die Vollziehung ihrer Beschlüsse über Gerichtshandlungen wider die in Privatdiensten fremder Gesandten stehenden Personen mittelst Ersuchschreiben an das Oberst-Hofmarschallamt zu bewirken.

Justiz-Hofdecret vom 2. September 1839, S. 348, Nr. 375.

- übt die Gerichtsbarkeit über die Freiin von Brandhofen, Gemalin Seiner kaiserlichen Hoheit des Herrn Erzherzogs Johann, und dessen Sohn Franz Grafen von Meran aus.

Justiz-Hofdecret vom 8. Jänner 1846, S. 307, Nr. 919.

Oberst-Hofpostverwaltung. Vereinigung der Direction der fahrenden Post mit der Oberst-Hofpostverwaltung und Instruction für dieselbe.

Justiz-Hofdecret vom 19. Mai 1829, S. 159, Nr. 2404.

Oberst-Kämmerer-Amt. Der bei dem Todesfalle eines k. k. Kämmerers vorfindige Kammerherrn-Schlüssel ist von der Abhandlungsbehörde an die Landesstelle zur Uebergabe an das Oberst-Kämmerer-Amt einzusenden.

Justiz-Hofdecret vom 1. März 1836, S. 76, Nr. 129.

Obervormundschaft. S. Vormundschaft.

Obervormundschafftliches Gericht. S. Gerichtsstellen, Vormundschafftshöfde.

Obliegenheiten. Belehrung der Privat-Lebensherten über ihre Obliegenheiten.

Hofkanzlei-Decret vom 26. März 1824, S. 197, Nr. 1996.

Obligationen. Zur Sicherstellung des Kredits dürfen bei Pachtunternehmungen Staats-Obligationen nach dem jeweiligen Wiener Börse-Course vom Tage der Einlage als Caution angenommen werden.

Justiz-Hofdecret vom 16. März 1821, S. 13, Nr. 1747.

- Die den politischen Fonds und Anstalten gehörigen Obligationen, welche auf den Ueberbringer lauten, können eben so, wie die Hofkammer- und ständischen Obligationen vinculirt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 11. November 1822, S. 123, Nr. 1910.

- Vorschrift über das Verfahren der Gerichtsbehörden bei der Amortisation einer in Verlust gerathenen Tiroler Landtschafts-Obligation.

Justiz-Hofdecret vom 20. Jänner 1823, S. 127, Nr. 1919.

- Berichtigung der Erbsteuer von öffentlichen Fondsobligationen, wenn wegen Untheilbarkeit derselben die Erbsteuerquote nicht mit einer Obligation sich ausgleichen läßt.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Mai 1823, S. 146, Nr. 1941.

- Ueber die Wirkung und die Amortisirung der neuen Zinsen-Talons bei öffentlichen mit Zinsen-Coupons versehenen Obligationen.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1824, S. 169, Nr. 1984.

- Vorschrift über das Verfahren bei Amortisirung der Zinsen-Coupons von Wiener Stadt-Banco-Obligationen.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1824, S. 169, Nr. 1984.

- Ständische Obligationen sind zur Entrichtung der Erbsteuer nur bis auf 25 fl. theilbar, mindere Beträge aber nach dem Course zu berichtigen.

Hofkammer-Decret vom 1. December 1824, S. 270, Nr. 2052.

- Berechnung der Verzugszinsen von in Obligationen bemessenen Erbsteuerbeträgen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Juni 1827, S. 87, Nr. 2290.

- Vorschrift über die Veräußerung der Getreide-Lieferungs-Obligationen der Gemeinden, und der Kriegsdarlehen-Obligationen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1828, S. 108, Nr. 2326.

- Vorschrift über die Abfertigung der Waifen, Bündel und Curanden in dem Falle, wenn verschiedenen Waifen, Bündel und Curanden gehörige Capitalien demselben Schuldner gegen eine die Namen und Antheile der einzelnen Gläubiger ausweisende Obligation dargeliehen worden sind.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1828, S. 112, Nr. 2334.

- Berechnung und Abnahme der Percentualgebühren von öffentlichen Obligationen.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1828, S. 113, Nr. 2336.

- Verfahren bei der Umgestaltung fünf- oder sechshundertiger Dienstcautions-Obligationen in vierprocentige und bei der Vinculirung derselben.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juli 1830, S. 204, Nr. 2475.

- Die Erlebigung der Amortisationsgesuche über die neuen vierprocentigen Obligationen des Monte lombardo veneto und der dazu gehörigen Coupons und Talons, ist ausschließlich dem Civil-Tribunale erster Instanz zu Mailand zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1831, S. 21, Nr. 2530.

Obligationen. Bei Bemessung der Erbsteuer ist der Cours-Werth der Obligationen nicht nach dem Todestage des Erblassers, sondern nach dem Tage der Zahlungs-Verbindlichkeit zu berechnen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Jänner 1833, S. 76, Nr. 2590.

- Befreiung der Rothschild'schen Loose und Partial-Obligationen von der Erbsteuer.

Hofkammer-Decret vom 21. Mai 1833, S. 92, Nr. 2615.

- Öffentliche Obligationen können nur nach dem börsenmäßigen Werthe als Caution der öffentlichen Agenten und Geschäftsführer angenommen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 24. Februar 1836, S. 75, Nr. 127.

- Bestimmung jener Urkunden, welche bei Ausfertigung neuer Obligationen in Amortisationsfällen beigebracht werden müssen.

Hofkanzlei-Decret vom 11. November 1836, S. 93, Nr. 158.

- Vorschrift über die Verzählung einzelner Renten- oder Interessen-Raten von den Cartelen und Obligationen des lombardisch-venetianischen Monte, dann über das Recht, Zinsen zu fordern.

Allerhöchste Entschliessung vom 6. Februar 1838, S. 170, Nr. 253.

- Verbote, Bemerkungen und Pfändungen auf öffentliche auf bestimmte Namen lautende Obligationen sollen, wenn sie bewilliget oder aufgehoben werden, der betreffenden Cassa angezeigt werden.

Hofkammer-Decret vom 26. Juni 1838, S. 262, Nr. 281.

- Vorschrift über die Rückzahlungsart der von Rothschild'schen Partial-Obligationen abgenommenen Erbsteuer.

Hofkanzlei-Decret vom 15. August 1839, S. 347, Nr. 374.

- Bedingte Befreiung der Partial-Obligationen der beiden Rothschild'schen Anlehen von der Erbsteuer.

Hofkanzlei-Decret vom 29. October 1839, S. 353, Nr. 384.

- Vorschrift über die Behebung der Interessen von den auf den Namen der Minderjährigen lautenden Interessen.

Hofkammer-Decret vom 22. November 1839, S. 359, Nr. 390.

- Verabfolgung von fünfprocentigen Obligationen als Berichtigung der Entschädigungs-Capitale für die bei Einführung der allgemeinen Verzehrungssteuer aufgelassenen Consumtionsgefälle, dann Form dieser Obligationen.

Hofkammer-Decret vom 13. März 1840, S. 476, Nr. 416.

- Bestimmung der Amortisationsfrist für Talons und Zinsen-Coupons der in Verlust getretenen Obligationen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 12. Februar 1841, S. 560, Nr. 508.

- Vorschrift über die Realisirung der von Staats- und Fonds-, dann von ständischen und städtischen Beamten eingelegten, und in Obligationen oder Anlagen bei dem Staatsschulden-Zinsungsfonde bestehenden Cautionen, sobald die Ersatzpflicht des Beamten ausgesprochen ist.

Hofkammer-Decret vom 3. Jänner 1842, S. 3, Nr. 583.

- Anwendung der Anordnungen des §. 1335 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, hinsichtlich der Erlöschung der bis zum Betrage des Capitals steigenden Interessen, auf die Zinsen der in Verlosung fallenden Obligationen der älteren Staatsschuld.

Hofkammer-Decret vom 19. April 1842, S. 22, Nr. 607.

- Vorschrift über das Verfahren bei Interessen-Ueberweisungen von den bei der kriegsgerichtlichen Depositen-Administration erliegenden, zu Pupillar- und Curatels-Massen gehörigen Obligationen.

Hofkammer-Decret vom 16. August 1842, S. 57, Nr. 633.

Obligationen. Vorschrift über die Behandlung verlosteter Fideicommiss-Obligationen bei der Umwechslung für neue, oder bei der Erhebung des Capitals für selbe.

Justiz-Hofdecret vom 2. October 1843, S. 142, Nr. 747.

- Vorschrift über die gerichtliche Veräußerung der Staats- und öffentlichen Fonds-Obligationen.

Justiz-Hofdecret vom 24. Jänner 1844, S. 190, Nr. 778.

- Die Anweisungen auf Conventions-Münze-Staats-Schuldverschreibungen unterliegen weder der Vorschrift, wegen Einziehung des die Höhe der Capitalien übersteigenden Zinsenbetrages, noch jener der Verzählung der einzelnen Zinsenraten. Die bis zum Verlosungstage rückständigen Wiener-Währungs-Zinsen von den verlostten Capitalien unter 50 fl. dürfen mit den bis zum letzten Verfallstage angelautenen Conventions-Münze-Zinsen von den Anweisungen auf Conventions-Münze-Verlosungs-Staats-Schuldverschreibungen nicht in Eine Summe zusammen geschlagen werden, und verzähren nur nach einer Frist von dreißig Jahren.

Hofkammer-Decret vom 14. März 1844, S. 197, Nr. 793.

- Anwendung des §. 1335 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches und der Verjährung der einzelnen Zinsenraten bei den auf bestimmte Namen lautenden Staats- und öffentlichen Fonds-Obligationen.

Hofkammer-Decret vom 27. September 1844, S. 231, Nr. 833.

- Die gegen Coupons zahlbaren Zinsen der auf Ueberbringer lautenden Staats-Schuldverschreibungen unterliegen der in der Allerhöchsten Entschliessung vom 18. März 1812 ausgesprochenen Verjährung, jedoch nicht der Vorschrift des §. 1335 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches.

Hofkammer-Decret vom 29. Mai 1845, S. 266, Nr. 890.

- Provisorische Bestimmungen über Privat-Anlehen mit Partial-Obligationen, welche auf bestimmte Namen zu lauten haben und deren geringster Betrag auf Einhundert Gulden Conventions-Münze festzusetzen ist.

Hofkammer-Decret vom 17. December 1847, S. 480, Nr. 1105.

- Die Obligationen und Abtheilungen der beiden Lotto-Anlehen vom Jahre 1834 und 1839 können auch für die Dauer mehrerer Jahre ohne Vinculirung als Cautionen für das Aera bei Lieferungen, Pachtungen u. u. angenommen werden.

Hofkammer-Decret vom 7. Februar 1848, S. 490, Nr. 1116.

- S. auch Creditpapiere.

Obrigkeiten. Vorschrift über die Eintreibung der Geldstrafen von Obrigkeiten für den Criminalfond.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1821, S. 42, Nr. 1787.

- Bestimmung der Gerichtsbarkeit der politischen Obrigkeiten über aus dem Verhafte entflohene Criminal-Inquisiten oder Sträflinge.

Justiz-Hofdecret vom 21. December 1822, S. 125, Nr. 1916.

- Vorschrift über die Eintreibung der wider Obrigkeiten gerichtlich verhängten Strafbeträge. Die Nachsicht derselben ist der Landesstelle sogleich anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1823, S. 137, Nr. 1926.

- Wegen Vertheilung der Grundsteuer zwischen Obrigkeiten und Emphyteuten.

Justiz-Hofdecrete vom 7. April und 7. Juni 1823, S. 139 und 149, Nr. 1931 und 1946.

- Gutsherren haben zu Darlehen aus der Waisencasse des eigenen Gutes die Genehmigung des Landrechtes durch das Kreisamt anzusuchen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Mai 1824, S. 209, Nr. 2010.

Obrigkeiten. In welchen Fällen der Grundobrigkeit der Bezug des Mortuars gebühre.

Hofkanzlei-Decret vom 6. September 1825, S. 319, Nr. 2130.

- Einfluß der Obrigkeiten auf die Befegung der Einbiter-, Stadt- und Markt-Schreiberstellen bei unterthänigen Gemeinden in Böhmen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1826, S. 2, Nr. 2159.

- Vorschrift bei Untersuchung der einer Obrigkeit zur Last gelegten Stämpelpatents-Übertretungen.

Justiz-Hofdecret vom 24. Februar 1826, S. 7, Nr. 2166.

- Zur Führung eines Rechtsstreites unterthäniger oder Schutzstädte wider ihre Obrigkeit ist die Bewilligung des Kreisamtes anzufuchen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Juli 1826, S. 39, Nr. 2209.

- Die Obrigkeiten in Tirol haben sich bei Veräußerung unterthäniger Güter nur in die Beurtheilung einzulassen, ob der neue Käufer dem Gute vorzustehen fähig sei.

Justiz-Hofdecret vom 5. August 1826, S. 40, Nr. 2211.

- Den Schutzobrigkeiten haben die Magistrate der Städte auf ihr Verlangen jährlich die Waisen- und Depositenamts-Rechnungen zur Revision und Erlebigung vorzulegen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. October 1828, S. 133, Nr. 2363.

- In Rechtsangelegenheiten über grundobrigkeitliche Rechte einer Herrschaft gegen einen Grundbesitzer, über dessen Person ihr keine obrigkeitliche Gewalt zusteht, ist die fiscalamtliche Vertretung und die Beiziehung eines politischen Repräsentanten nicht erforderlich.

Justiz-Hofdecret vom 4. September 1829, S. 170, Nr. 2426.

- Kundmachung und Vollziehung der auf Leibestrafen gegen Gefälls-Übertreter geschöpften Urtheile durch die competente Ortsobrigkeit.

Justiz-Hofdecret vom 19. März 1830, S. 186, Nr. 2453.

- Haftung der Obrigkeiten für die Einbringung und den richtigen Gebrauch des Stämpels bei Protokollen, Abschriften und Auszügen aus denselben, dann bei Verlassenschafts-Abhandlungen.

Hofkammer-Decret vom 10. Jänner 1832, S. 29, Nr. 2544.

- Den Obrigkeiten als Verlassenschafts-Abhandlungsbehörden gebührt in Niederösterreich das Mortuarium, wenn sie auch nicht zugleich Grundobrigkeit des Abhandlungsobjectes sind.

Justiz-Hofdecret vom 1. März 1833, S. 79, Nr. 2596.

- Bestimmung der Rechte der Grundobrigkeiten in Steiermark und dem Klagenfurter Kreise in Rücksicht der Obervormundschaft über Findel- und Waisenkinder.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1833, S. 104, Nr. 2636.

- Vorschrift über die Entscheidung der Streitigkeiten zwischen Herrschaften und Grundholden, über den Bezug und das Quantum des Laudemiums.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1835, S. 65, Nr. 108.

- Verständigung der Geburts-Obrigkeit bei jedem freiwilligen Militär-Eintritte eines Minderjährigen zur weiteren Bekanntgebung an dessen Vater und Vormund.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Februar 1838, S. 168, Nr. 252.

- Die Grundobrigkeit ist von der Steuerbezirks-Obrigkeit über die von ihr veranlaßte Pfändung, wegen rückständiger Grund- und Gebäude-Claffensteuer, zu verständigen.

Justiz-Hofdecret vom 21. Jänner 1840, S. 385, Nr. 403.

- Die Führung der Vormerkprotokolle über die verkäuflichen Gewerbe und der anderen dahin einschlagenden Amtshandlungen, gehört zum Wirkungskreise der politischen Obrigkeiten.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Februar 1841, S. 555, Nr. 502.

- Vorschrift über den Erfaß der von politischen Obrigkeiten vor verhaftete Beschuldigte während einer Criminal-Voruntersuchung bestrittenen Verpflegskosten.

Hofkanzlei-Decret vom 12. September 1843, S. 138, Nr. 739.

Obrigkeiten. Vorschrift über die Vergütung der von politischen Obrigkeiten während einer Criminal-Voruntersuchung bestrittenen Verpflegskosten für verhaftete Beschuldigte.

Hofkanzlei-Decret vom 19. März 1844, S. 201, Nr. 795.

- Vorschrift über den Ersatz der Verpflegskosten für die während einer Voruntersuchung von politischen Obrigkeiten verhafteten Criminal-Inquisiten.

Hofkanzlei-Decret vom 5. December 1844, S. 242, Nr. 851.

- Vorschrift über das Verfahren bei den Verhandlungen und Entscheidungen von Streitigkeiten zwischen den Privat-Eisenbahn-Unternehmungen und den Obrigkeiten über die auf den zu den Eisenbahnen eingelösten Gründen haftenden Rechte.

Hofkanzlei-Decret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1036.

- Verpflichtung derselben zur Ueberwachung der Eisenbahnen und Leistung des gesetzmäßigen Beistandes über Aufforderung der Eisenbahnbeamten.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, S. 27.

- Den Orts-Obrigkeiten wird die Ausstellung der Armuthszeugnisse für Israeliten auf dem Lande zur Erlangung der Stämpelbefreiung in Rechtsstreitigkeiten überlassen.

Hofkammer-Decret vom 3. Februar 1848, S. 490, Nr. 1115.

- Die Grundobrigkeit darf diejenigen Grundstücke, welche sie als Entgelt für die abgelöste Robot- und Zehent-Schuldigkeit von ihren Unterthanen übernimmt, wieder an Unterthanen veräußern.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1848, S. 561, Nr. 1129.

- Vorschrift über die Behandlung der von den Grundobrigkeiten als Entgelt für die Robot und den Zehent acquirirten und statt der Robot und des Zehents in den Complex des betreffenden Dominialbesitzes übergehenden Grundstücke, wenn dieselben von der Obrigkeit wieder veräußert und emphyteutisiert werden wollen.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Mai 1848, S. 617, Nr. 1140.

- S. auch Dominien, Grundobrigkeit, Herrschaft, Patrimonialgericht.

Obrigkeitliche Beamte. S. Beamte.

- **Depositencaffen.** S. Depositencaffen.

- **Giebigkeiten und Gerechtsame.** S. Gerechtsame, Giebigkeiten.

- **Grundstücke.** S. Grundstücke.

- **Protokolle.** S. Protokolle.

- **Waisencassen.** S. Waisencassen.

- **Wirtschaftsbeamte** haben in den an die Wirtschaftsämter verwiesenen Geschäften die Expeditionen zu unterfertigen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1831, S. 6, Nr. 2504.

Obrigkeitliches Mortuar. S. Mortuarium.

Obrovazzo. Die Prätur zu Obrovazzo in Dalmatien wird wegen Verminderung ihres Jurisdictionsbereiches aus der ersten in die zweite Classe gesetzt.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1826, S. 8, Nr. 2170.

Obfurger. In wieferne den von der Direction des Schutzvereines für entlassene Sträflinge bestimmten Obfurgern die Besprechung mit Sträflingen des zweiten Grades gestattet werde.

Hofkanzlei-Decret vom 16. December 1844, S. 243, Nr. 854.

Octava. Die Haftung der Octava in Illirien und dem Küstenlande darf nur auf die aus dem Bande der Unterthänigkeit entspringenden Forderungen angewendet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Februar 1830, S. 184, Nr. 2449.

Octava. Vorschrift über die theilweise Veräußerung eines Gutes, auf welchem der achte Theil des Werthes für die Unterthanen landtäglich vorgemerkt ist.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Februar 1830, S. 184, Nr. 2449.

- Die auf jedem Dominical-Landgute in Galizien als gesetzliches Pfand mit einem Achteil bestandene Haftung für alle aus dem Unterthansverbande und der Verwaltung des Waisen-Vermögens entspringenden Forderungen wird für alle Forderungen, welche aus einer nach dem 15. Mai 1848 stattgefundenen Handlung oder Unterlassung entstehen, auf ein Sechzehntel herabgesetzt.

Patent vom 17. April 1848, S. 612, Nr. 1136.

- Die auf jedem Dominical-Gute in der Bukowina mit einem Achteil bestandene Haftung für alle aus dem Unterthansverbande und der Verwaltung des Waisenvermögens entspringenden Forderungen wird für alle Forderungen, welche aus einer nach dem 1. Juli 1848 stattgefundenen Handlung entstehen, auf ein Sechzehntel herabgesetzt.

Patent vom 9. August 1848, S. 648, Nr. 1173.

Oder-Fluß. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Preußen, wegen der Schifffahrt auf dem Oder-Flusse.

Hofkanzlei-Decret vom 24. Mai 1842, S. 38, Nr. 618.

Odessa. Das General-Consulat in Odessa wird zur Uebernahme aller beweglichen Verlassenschaften der im Amtsbezirke verstorbenen österreichischen Unterthanen ermächtigt, und zugleich berechtigt, die gleiche Ermächtigung auf alle untergeordneten Consularämter auszudehnen, es haftet jedoch für die sichere Verwahrung derselben und hat die Todesfälle an die Gerichtsbehörde der mutmaßlichen Erben bekannt zu geben.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 13. April 1847, S. 459, Nr. 1059.

Oede Gebirgsmassen und Lager. Wie lange in Tirol die öden über und unterhalb der Vegetations-Grenze befindlichen Gebirgsmassen und Lager von verwendungsfähigen erdigen Fossilien als ein Aerial-Eigenthum anzusehen seien.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1839, S. 320, Nr. 325.

Öffentliche Arbeit. S. Arbeit.

- **Agenten.** S. Agenten.
- **Ankündigung.** S. Ankündigung.
- **Anpreisung.** S. Anpreisung.
- **Anstalten.** S. Anstalten.
- **Beamte.** S. Beamte.
- **Bücher.** S. Grundbuch, Landtafel.
- **Feierlichkeiten.** S. Feierlichkeiten.
- **Fonde.** S. Fonde.
- **Geschäftsführer.** S. Geschäftsführer.
- **Gewalthätigkeit.** S. Gewalthätigkeit.
- **Kundmachung.** S. Kundmachung.
- **Ruhe.** S. Ruhe.
- **Urkunden.** S. Urkunden.
- **Wege.** S. Wege.

Öffentlicher Verkauf von Druckschriften. S. Druckschriften, Verkauf.

Öffentliches Anschlagen von Druckschriften. S. Anschlagen, Druckschriften.

- **Ausrufen von Druckschriften.** S. Ausrufen, Druckschriften.

Oesterreich. Vorschrift über die Beerdigung der Waisenvermögens-Verwalter in Niederösterreich.
Justiz-Hofdecret vom 20. Jänner 1821, S. 3, Nr. 1732.

— Bedingte Erbfähigkeit der moldau'schen Unterthanen in den österreichischen Staaten.
Justiz-Hofdecret vom 6. April 1821, S. 16, Nr. 1752.

— Freizügigkeit des Vermögens und der Pensionen zwischen dem österreichischen Kaiserstaate und dem Großherzogthume Toscana.
Vom 28. Februar 1822, S. 83, Nr. 1847.

— Postportobefreiung der von k. k. österreichischen Gerichtsbehörden an jene im Kirchenstaate ergehenden Ersuchsschreiben.
Justiz-Hofdecret vom 13. September 1822, S. 117, Nr. 1893.

— Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Parma, über die wechselseitige Freizügigkeit der Pensionen.
Vom 9. December 1822, S. 124, Nr. 1913.

— Befreiung der russischen Unterthanen im österreichischen Kaiserstaate von dem landesfürstlichen Abfahrtsgelbe gegen Reciprocität.
Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1824, S. 212, Nr. 2015.

— Unbedingte Aufhebung des Abfahrtsgelbes zwischen Oesterreich und Rußland.
Hofkanzlei-Decret vom 28. October 1824, S. 269, Nr. 2047.

— Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Sardinien, über die gegenseitige Vermögens-Freizügigkeit.
Justiz-Hofdecret vom 24. März 1825, S. 292, Nr. 2080.

— Ausdehnung der unbedingten Aufhebung des Abfahrtsgelbes zwischen Oesterreich und Rußland, auf das Königreich Polen.
Hofkanzlei-Decret vom 3. Juni 1825, S. 303, Nr. 2102.

— Vorschrift über die Anrechnung der früher unter der österreichischen Regierung zugebrachten Dienstjahre der von einer fremden Regierung übernommenen Beamten.
Justiz-Hofdecret vom 4. November 1825, S. 328, Nr. 2142.

— Die mit Justiz-Hofdecret vom 7. September 1822 angeordnete Bemessung der Beiträge aus Verlassenschaften für den Normal-Schulfond hat auch für die landesfürstlichen Städte und Märkte in Niederösterreich zu gelten.
Studien-Hofcommissions-Decret vom 3. December 1825, S. 331, Nr. 2151.

— Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Modena, über die gegenseitige Vermögens-Freizügigkeit.
Justiz-Hofdecret vom 10. März 1826, S. 9, Nr. 2171.

— Die Aufnahme der nicht systemisirten Concepts-Practikanten bei den landesfürstlichen Pfleggerichten in Oesterreich ob der Enns bleibt der dortigen Landesregierung allein überlassen.
Justiz-Hofdecret vom 21. April 1826, S. 17, Nr. 2182.

— Staatsvertrag zwischen Oesterreich und der freien Stadt Krakau, über die gegenseitige Aufhebung des Abfahrtsgelbes.
Hofkanzlei-Decret vom 8. März 1827, S. 71, Nr. 2264.

— Staatsvertrag zwischen Oesterreich und den deutschen Bundesstaaten, über die nähere Bestimmung des Termines, von welchem an die Vermögens-Freizügigkeit unter den deutschen Bundesstaaten eintritt.
Hofkanzlei-Decret vom 12. October 1827, S. 101, Nr. 2312.

— Handels- und Schifffahrts-Vertrag zwischen Oesterreich und Brasilien.
Justiz-Hofdecret vom 12. April 1828, S. 114, Nr. 2337.

— Bestimmung der Termine zur Fiscal-Prüfung in Oesterreich ob und unter der Enns.
Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1828, S. 124, Nr. 2351.

Oesterreich. Uebereinkunft mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft, über die wechselseitige Auslieferung der Verbrecher.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1828, S. 133, Nr. 2364.

— Welchen Sträflingen aus Oesterreich ob und unter der Enns der Spielberg zu Brunn als Straf-ort angewiesen ist.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1829, S. 161, Nr. 2408.

— Der zwischen Oesterreich und Parma im Jahre 1818 abgeschlossene Vertrag, über die gegenseitige Auslieferung der Verbrecher, wird bis Ende 1839 verlängert.

Hofkanzlei-Decret vom 20. November 1829, S. 179, Nr. 2441.

— Ausdehnung der zwischen Oesterreich und Modena abgeschlossenen Vermögens-Freizügigkeits-Convention auf das Herzogthum Massa und Fürstenthum Carrara.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juli 1830, S. 202, Nr. 2472.

— Ausdehnung der zwischen Oesterreich und Dänemark bestehenden Vermögens-Freizügigkeit auf die zum deutschen Bunde nicht gehörigen österreichischen und dänischen Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Juli 1830, S. 203, Nr. 2473.

— Errichtung von vereinigten Cameral-Gefällen-Verwaltungen für Niederösterreich, dann für Oesterreich ob der Enns und Salzburg.

Justiz-Hofdecret vom 27. August 1830, S. 205, Nr. 2477.

— Schifffahrts- und Handelsvertrag mit den vereinigten Staaten von Amerika.

Vom 10. Februar 1831, S. 6, Nr. 2505.

— Zugeständnisse für französische Consuln in Sauvetage-Fällen französischer Schiffe an österreichischen Küsten.

Hofkammer-Decret vom 24. Mai 1832, S. 62, Nr. 2565.

— Den Dominien in Niederösterreich gebührt als Verlassenschafts-Abhandlungs-Behörde das Mortuarium, wenn sie auch nicht zugleich Grundobrigkeit des Abhandlungs-Objectes sind.

Justiz-Hofdecret vom 1. März 1833, S. 79, Nr. 2596.

— Staatsvertrag mit Rußland und Preußen, über die Auslieferung der Staatsverbrecher.

Patent vom 4. Jänner 1834, S. 105, Nr. 2637.

— Handels- und Schifffahrts-Vertrag mit dem Könige von Dänemark.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1834, S. 115, Nr. 2661.

— Staatsvertrag mit Toskana, über die Auslieferung der Verbrecher.

Hofkanzlei-Decret vom 28. August 1834, S. 122, Nr. 2668.

— Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Frankreich über die wechselseitige Befreiung der Erbschaften vom Abfahrtgelde.

Hofkanzlei-Decret vom 18. December 1834, S. 131, Nr. 2677.

— Staatsvertrag mit den großherzoglich- und herzoglich-sächsischen Häusern, über die wechselseitige unentgeltliche Rechtshilfe in Criminalsachen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1835, S. 135, Nr. 2688.

— Uebereinkunft mit Sachsen-Meinungen, in Betreff der gegenseitigen unentgeltlichen Justizpflege in Criminal-Angelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1835, S. 5, Nr. 10.

— Staatsvertrag mit Frankreich, wegen wechselseitiger abzugsfreier Vermögens-Erfolglassung.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1835, S. 18, Nr. 30.

— Handels- und Schifffahrts-Vertrag zwischen Oesterreich und Griechenland.

Hofkanzlei-Decret vom 7. October 1835, S. 48, Nr. 87.

— Ausdehnung der bestehenden Vermögens-Freizügigkeit zwischen Oesterreich und Preußen auf alle österreichischen Staaten, mit Ausnahme von Ungarn und Siebenbürgen, und sämtliche preussische Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1835, S. 52, Nr. 89.

Oesterreich, Ausdehnung der bestehenden Vermögens-Freizügigkeit zwischen den zum deutschen Bunde gehörigen Ländern Oesterreichs und Sachsens auf die sämmtlichen österreichischen Staaten, mit Ausnahme Ungarns und Siebenbürgens, und sämmtlichen sächsischen Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 11. November 1835, S. 54, Nr. 93.

- Ergänzung des unterm 25. März 1818-kundgemachten Staatsvertrages zwischen Oesterreich und Parma, wegen wechselseitiger Auslieferung der Deserteure.

Hofkanzlei-Decret vom 1. Februar 1836, S. 73, Nr. 121.

- Berichtigung des 9. Artikels des im Jahre 1835 zwischen Oesterreich und Griechenland geschlossenen Handels- und Schifffahrts-Vertrages.

Hofkammer-Decret vom 21. März 1836, S. 79, Nr. 133.

- Vorschrift für die Vormundschaftsämter und Magistrate in Oesterreich ob und unter der Enns, über die Verabfolgung des aufbewahrten Vermögens der Mündel, Pflegebefohlenen und Waisen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1837, S. 106, Nr. 172.

- Erweiterung des mit der Schweiz abgeschlossenen Vermögens-Freizügigkeits-Vertrages.

Hofkanzlei-Decret vom 14. März 1837, S. 117, Nr. 185.

- Staatsvertrag mit dem Königreiche Hannover, über die wechselseitige Vermögens-Freizügigkeit.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Juli 1837, S. 134, Nr. 213.

- Staatsvertrag mit den deutschen Bundesstaaten, wegen Bestrafung der Verbrechen gegen dieselben.

Patent vom 24. October 1837, S. 149, Nr. 236, und

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1837, S. 152, Nr. 239.

- Staatsvertrag mit dem Churfürstenthume Hessen, über die gegenseitige Vermögens-Freizügigkeit.

Hofkanzlei-Decret vom 5. November 1837, S. 159, Nr. 241.

- Ausdehnung des mit dem Königreiche Württemberg bestehenden Vermögens-Freizügigkeits-Vertrages.

Hofkanzlei-Decret vom 13. December 1837, S. 162, Nr. 245.

- Erläuterung des mit dem Großherzogthume Baden im Jahre 1819 geschlossenen Uebereinkommens, über die Vollziehung der gegenseitigen Urtheile.

Justiz-Hofdecret vom 28. Mai 1838, S. 181, Nr. 272.

- Staatsvertrag mit Sardinien, über die wechselseitige Auslieferung der Verbrecher.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Juli 1838, S. 270, Nr. 286.

- Staatsvertrag mit dem Königreiche Großbritannien und Irland, hinsichtlich des wechselseitigen Handels und der Schifffahrt.

Hofkanzlei-Decret vom 28. October 1838, S. 280, Nr. 301.

- Der 2. Artikel des Beschlusses der deutschen Bundesversammlung vom 18. August 1836, über die wechselseitige Auslieferung der Staatsverbrecher, wird auch in jenen zum deutschen Bunde nicht gehörigen Provinzen des österreichischen Staates, in welchen das Strafgesetz vom Jahre 1803 Anwendung findet, in Kraft gesetzt.

Justiz-Hofdecret vom 25. Februar 1839, S. 333, S. 346.

- ob der Enns. Anstellung eines Advocaten zu Schärding im Innkreise und eines zu Waizengirchen im Hausruckkreise.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juni 1839, S. 340, Nr. 361.

- Staatsvertrag mit Belgien, über die wechselseitige Vermögens-Freizügigkeit.

Vom 9. Juli 1839, S. 344, Nr. 370.

- Staatsvertrag mit Baiern, wegen Hintanhaltung und Bestrafung der an den gegenseitigen Landesgränzen verübten Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldprevel.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1839, S. 349, Nr. 376, dann

Hofkanzlei-Decret vom 14. Mai 1844, S. 209, Nr. 806.

Oesterreich. Verlängerung des Staatsvertrages mit Parma, wegen wechselseitiger Auslieferung der Verbrecher.

Hofkanzlei-Decret vom 20. December 1839, S. 362, Nr. 398.

- Vermögens-Freizügigkeitsvertrag mit dem Könige der Niederlande und Großherzoge von Luxemburg.

Vom 7. Februar 1840, S. 471, Nr. 406.

- Staatsvertrag mit Sardinien zur Sicherstellung der Eigenthumsrechte der in den beiderseitigen Staaten erscheinenden literarischen und artistischen Werke.

Vom 22. Mai 1840, S. 492, Nr. 441.

- Staatsvertrag mit der freien Stadt Frankfurt, wegen Ausdehnung der Abfahrtsgelebefreiung bei wechselseitigen Vermögens-Exportationen auch auf die zum deutschen Bunde nicht gehörigen österreichischen Provinzen, mit Ausnahme der ungarischen Länder.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Juli 1840, S. 515, Nr. 454.

- Beschränkung der Execution der von österreichischen Gerichtsbehörden wider preussische Unterthanen geschöpften Urtheile in Rhein-Preußen, und der von preussischen Gerichtsstellen wider österreichische Unterthanen geschöpften in Oesterreich.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1840, S. 520, Nr. 460.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Rußland, in Betreff der Schifffahrt auf der Donau.

Vom 5. September 1840, S. 529, Nr. 465.

- Staatsvertrag mit Sicilien, wegen Aufhebung des Abfahrtsgelbes von Verlassenschaft.

Justiz-Hofdecret vom 2. November 1840, S. 536, Nr. 473.

- Staatsvertrag zwischen den im deutschen Bunde vereinigten Regierungen, zur Sicherstellung der Rechte der Herausgeber literarischer und artistischer Werke gegen den Nachdruck und die Nachbildung.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1840, S. 540, Nr. 483.

- Dem mit Sardinien abgeschlossenen Staatsvertrage, wegen Beschützung des literarischen und artistischen Eigenthumes gegen den Nachdruck, ist auch die päpstliche, modenese, lucchese und parmesanische Regierung beigetreten.

Hofkanzlei-Decrete vom 26. November und 30. December 1840, S. 542 und 544, Nr. 484 und 488.

- Vorschrift über die Nichtvollziehung der wider österreichische Unterthanen von ausländischen Behörden gefällten Straferkenntnisse in den österreichischen Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 24. Mai 1841, S. 583, Nr. 542.

- Vorschrift über das Verfahren der österreichischen Gerichtsbehörden, hinsichtlich der von valerischen Unterthanen wider österreichische Unterthanen bei valerischen Gerichten angebrachten und von diesen verbeschiedenen Klagen.

Justiz-Hofdecret vom 13. Juli 1841, S. 594, Nr. 548.

- Staatsvertrag mit Rußland, Preußen, Frankreich, Großbritannien und anderen europäischen Mächten, wegen Abstellung und Unterdrückung des Sklavenhandels.

Vom 20. December 1841, S. 658, Nr. 578.

- ob der Enns. Die Verlassenschafts-Abgaben zu Gunsten der Armen-Institute in Enns, Gmunden, Ischl, Leonstein, Ort, Traunkirchen, Scharnstein, Aigen, dann für die durch Elementar-Unfälle beschädigten Unterthanen in Leonstein, für die Spitäler in Aigen, Leonfelden, Steierregg und Neuhofen, dann zur Anschaffung von Feuerlösch-Requisiten in Oesterreich ob der Enns werden aufgelassen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

Oesterreich. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Preußen, zur Verhütung der Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfrevel an der gegenseitigen Landesgränze.

Hofkanzlei-Decret vom 28. April 1842, S. 26, Nr. 611.

- Staatsvertrag mit Rußland, über die bedingte Befreiung der armen österreichischen Unterthanen von der Cautionleistung in ihren bei den Gerichten des Königreiches Polen anhängigen Processen, gegen Beobachtung der Reciprocität.

Justiz-Hofdecret vom 18. Mai 1842, S. 37, Nr. 617.

- Staatsvertrag mit Preußen, über die wechselseitige Beschiffung und Benützung des Ober-Russes.

Hofkanzlei-Decret vom 24. Mai 1842, S. 38, Nr. 618.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und der Republik Mexico, über die gegenseitige Schifffahrts- und Handelsfreiheit.

Vom 28. Juli 1842, S. 45, Nr. 626.

- Bei den Privat-Lehenbriefen in Oesterreich unter und ob der Enns findet die Anmerkung, ob die Lehen mit oder ohne Gnade verlehnen wurden, keine Anwendung.

Hofkanzlei-Decret vom 18. August 1842, S. 58, Nr. 634.

- Wegen den Nachdruck von Johann Gottfried v. Herders Werken wird dessen Erben der Schutz während zwanzig Jahren in Oesterreich gewährt.

Hofkanzlei-Decret vom 20. August 1842, S. 58, Nr. 635.

- Ausdehnung der zwischen den zum deutschen Bunde gehörigen Ländern Oesterreichs und dem Großherzogthume Oldenburg bestehenden Vermögens-Freizügigkeit auf die zum deutschen Bunde nicht gehörigen österreichischen Provinzen, mit Einschluß der ungarischen Länder.

Hofkanzlei-Decret vom 27. August 1842, S. 59, Nr. 638.

- Vorschrift über das Verfahren bei der Execution der Urtheile österreichischer nicht ungarischer Wechselgerichte in Ungarn und der ungarischen in den nicht ungarischen Ländern der österreichischen Monarchie in Wechsel-, Handels- und Pflanzungs-Geschäften.

Justiz-Hofdecret vom 13. März 1843, S. 100, Nr. 688.

- Die Verordnung vom 20. Jänner 1804, wegen Hintanhaltung der Veräußerung obrigkeitlicher Dominicalgründe und ganzer Herrschaften an Unterthanen, hat nur dort zu gelten, wo nicht in der bestehenden Landesverfassung andere Bestimmungen begründet sind.

Justiz-Hofdecret vom 4. April 1843, S. 104, Nr. 694.

- ob der Enns. Gründung eines geognostisch-montanistischen Vereines für das Land ob der Enns; Begünstigungen für denselben.

Decret der Hofammer in Münz- und Bergwesen vom 31. August 1843, S. 137, Nr. 737.

- Vorschrift über die Verteilung der alten unbrauchbaren Registraturacten bei den landesherrlichen Criminal- und Civil-Collegialgerichten in Oesterreich unter und ob der Enns, dann bei dem Magistrat der Stadt Wien.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1843, S. 149, Nr. 751.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und dem Königreiche beider Sicilien, über die wechselseitige Freizügigkeit des Vermögens.

Vom 19. April 1844, und 4. Juli 1846 S. 204 und 340, Nr. 800 und 973.

- Uebereinkommen mit Preußen, wegen gegenseitiger kostenfreier Behandlung gerichtlicher Requisitionen in Civil-, Criminal- und Vormundschafts-Angelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 13. September 1844, S. 219, Nr. 828.

Oesterreich. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preußen, zur Förderung der gegenseitigen Rechtspflege in Concursfällen.

Hofkanzlei-Decret vom 14. April 1845, S. 260, Nr. 883.

- Allerhöchst ausgesprochener Grundsatz, daß die Criminalgerichtsbarkeit in Oesterreich unter und ob der Enns künftig nur durch Collegialgerichte ausgeübt werden soll, und die Maßregeln zur Ausführung dieses Grundsatzes vorerst nur in Oesterreich unter der Enns in Verhandlung zu nehmen sind.

Justiz-Hofdecret vom 17. April 1845, S. 262, Nr. 884.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und dem Königreiche beider Sicilien, wegen wechselseitiger Auslieferung der Verbrecher und Militärpflichtigen.

Vom 24. December 1845, S. 297, Nr. 917.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und dem Königreiche beider Sicilien, hinsichtlich des wechselseitigen Handels und der Schifffahrt.

Vom 4. Juli 1846, S. 340, Nr. 973.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Rußland, hinsichtlich des wechselseitigen Handels und der Schifffahrt, dann über die Behandlung der Verlassenschaften der in den gegenseitigen Staaten verstorbenen Unterthanen.

Vom 20. Juli 1846, S. 348, Nr. 974.

- Ausdehnung des Staatsvertrages vom 20. Juni 1817, wegen Freiheit von allen Nachsteuern bei Vermögensexportationen zwischen Oesterreich und dem Herzogthume Anhalt-Dernburg, auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen Staaten.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1035.

- Ausdehnung der zwischen Oesterreich und den Fürstenthümern Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen bestehenden Vermögens-Freizügigkeit auf die zum deutschen Bunde nicht gehörigen Länder des österreichischen Kaiserstaates.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1847, S. 465, Nr. 1074.

- Aufhebung der Abnahme des landesfürstlichen Abfahrtsgeldes im Verkehre zwischen den österreichischen und ungarischen Provinzen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. November 1847, S. 478, Nr. 1100.

- Erneuerung der zwischen Oesterreich und Preußen bestehende Uebereinkunft, wegen Bestrafung der Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfrevel an den beiderseitigen Landesgränzen.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Februar 1848, S. 491, Nr. 1117.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Sachsen, über die Feststellung des Gränzlaufes zwischen den Königreichen Sachsen und Böhmen, und über den Austausch der in den beiderseitigen Gebieten enclavirten Parzellen u. s. w.

Vom 30. März 1848, S. 572, Nr. 1132.

- Die sardinische Regierung hat den mit Oesterreich geschlossenen Staatsvertrag, wegen Auslieferung der Verbrecher, aufgekündigt.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1848, S. 616, Nr. 1138.

- Freizügigkeitsverträge mit verschiednen auswärtigen Staaten. S. auch Freizügigkeit.

Oesterreichische Consuln. S. Consuln.

— **Nationalbank.** S. Nationalbank.

— **Notariat.** S. Notare.

— **Schiffe.** S. Schiffe.

— **Staatsbürger.** S. Staatsbürger.

— **Staatsbürgerschaft.** S. Staatsbürgerschaft.

— **Staatsdienste.** S. Anstellung.

— **Unterthanen.** S. Unterthanen.

Oesterreichischer Lloyd. S. Lloyd.

— Staat. S. Staat.

Dettingen-Spielberg. Dem Chef des fürstlichen Hauses Dettingen-Spielberg gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Dettingen-Wallerstein. Dem Chef des fürstlichen Hauses Dettingen-Wallerstein gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Officiere. Pensionirte Militär-Officiere dürfen mit Diurnen theilhaft werden.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1826, S. 6, Nr. 2164.

- Pensionirte Militär-Officiere dürfen nur dann als Diurnisten aufgenommen werden, wenn keine zur Dienstleistung geeigneten Civil-Pensionisten und Civil-Quiescenten vorhanden sind.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1827, S. 89, Nr. 2297.

- Die Cassation eines Militär-Officiers zieht den Verlust der Tapferkeits-Medaille und der damit verbundenen Zulage nach sich.

Justiz-Hofdecret vom 24. April 1829, S. 151, Nr. 2395.

- Pensionen, Erziehungsbeiträge, Gnadengaben, Provisionen und dergleichen Genüsse dürfen für Söhne verstorbener Officiere nur gegen eine der Quittung beigefügte legale Bestätigung erfolgen, daß der Witte weder Löhnung, Gage, Adjutum oder Gehalt von dem Alerarium bezieht noch sonst versorgt sei.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1831, S. 20, Nr. 2529.

- Pensionen und Provisionen der in Civildienste getretenen Militär-Personen.

Justiz-Hofdecret vom 24. November 1832, S. 71, Nr. 2581.

- Bestimmung der Fälle, in welchen ausgetretene Militär-Officiere ohne besondere Allerhöchste Bewilligung in Civildienste nicht angestellt werden dürfen.

Hofkammer-Decret vom 27. April 1835, S. 7, Nr. 14.

- Vorschrift, wie die in Civildienste übergetretenen pensionirten Officiere, wenn sie während derselben im Disciplinarwege degrabirt wurden, hinsichtlich der Bemessung ihrer Pension bei Versetzung in den Ruhestand zu behandeln sind, und wann denselben der Rücktritt in die frühere Pension gestattet wird.

Justiz-Hofdecret vom 13. Juli 1835, S. 33, Nr. 58.

- Anstellung der pensionirten Officiere als Practikanten oder Accessisten, derselben Rang vor den bereits angestellten Accessisten und Bevorzugung bei Verleihung besoldeter Dienstplätze.

Justiz-Hofdecret vom 11. Februar 1839, S. 327, Nr. 339.

- Ueber die erfolgte Anstellung der Militär-Officiere in Civildienste haben die Gerichtsbehörden der politischen Landesstelle vierteljährliche Ausweise mitzutheilen.

Justiz-Hofdecret vom 30. Jänner 1843, S. 90, Nr. 678.

- Verbot des Uebereinkommens (Convention), wodurch ein in activer Dienstleistung stehender Officier seine Charge im Wege der Quittirung oder Pensionirung gegen ein Entgelt aufzugeben zusichert.

Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1848, S. 612, Nr. 1135.

Officiöse Judicial-Gegenstände. S. Postporto.

— Postwagens-SENDUNGEN. S. Postsendungen.

— Rechtsvertreter. S. Advocat.

Oldenburg. Ausdehnung der zwischen den zum deutschen Bunde gehörigen Ländern Oesterreichs und dem Großherzogthume Oldenburg bestehenden Vermögens-Freizügigkeit auf die zum deutschen Bunde nicht gehörigen österreichischen Provinzen, mit Einschluß der ungarischen Länder.

Hofkanzlei-Decret vom 27. August 1842, S. 59, Nr. 638.

Olmütz. Zur Befegung der Bürgermeistersstelle in Olmütz, als jener einer Hauptstadt, haben die Landesstellen jederzeit einen Terna-Vorschlag an die Hofstellen einzusenden.

Justiz-Hofdecret vom 1. März 1822, S. 86, Nr. 1849.

— In Olmütz haben sechs Advocaten ihren Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1822, S. 91, Nr. 1861.

— Die Verlassenschaftsbeiträge für die Krankenanstalten der Stadt Olmütz, dann für den Normal-Schulfond, haben bis auf weiteres fort zu bestehen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

— Vorschrift über die Vertilgung der alten undbrauchbaren Registraturacten bei dem Magistrate der Stadt Olmütz.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1843, S. 149, Nr. 751.

— Vorschrift über die Anlegung der den Minderjährigen und Pflegebefohlenen gehörigen Gelbbeträge (Waisengelber) auf den Häusern der Stadt Olmütz, mit Einschluß ihrer Vorstädte.

Justiz-Hofdecret vom 23. October 1843, S. 160, Nr. 755.

Olsheng. S. Michelsketten.

Orden. Ordenszeichen fremder Staaten sind bei Todesfällen der Ordensritter an die Landesstellen einzusenden.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1827, S. 89, Nr. 2296.

— Strafbestimmung auf das unbefugte Tragen von Orden.

Hofkanzlei-Decret vom 24. März 1835, S. 3, Nr. 3.

— (geistlicher). Zum Eintritte eines minderjährigen Candidaten in einen geistlichen Orden ist die Einwilligung des Vaters oder Vormundes und vormundschastlichen Gerichts nachzuweisen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Jänner 1844, S. 191, Nr. 780.

— S. auch Jesuiten.

Ordens-Commende. S. Deutsche Ordens-Commende.

Ordensgericht. S. Deutsche Ordens-Commende.

Ordens-Kanzlei. Verständigung der betreffenden Ordens-Kanzlei von dem gegen einen Ordensritter wegen eines Verbrechens oder einer schweren Polizeiübertretung gefällten Urtheile.

Justiz-Hofdecret vom 6. October 1835, S. 47, Nr. 86.

Ordens-Personen. Testirungs- und Veräußerungs-Befugniß der Mitglieder der aufgehobenen Klöster.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1835, S. 66, Nr. 111.

Ordensritter. Einsendung der Orden fremder Staaten an die Landesstelle beim Ableben der Ordensritter.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1827, S. 89, Nr. 2296.

— Vorschrift über die Behandlung der in- und ausländischen Ordensritter hinsichtlich des Verlustes ihrer Orden, wenn sie eines Verbrechens oder einer schweren Polizeiübertretung schuldig erkannt, oder nur ab instantia absolvirt wurden.

Justiz-Hofdecret vom 6. October 1835, S. 47, Nr. 86.

Ordenszeichen. Vorschrift über die Behandlung der in- und ausländischen Ordensritter hinsichtlich des Verlustes ihrer Ordenszeichen, wenn sie eines Verbrechens oder einer schweren Polizeiübertretung schuldig erkannt, oder nur ab instantia absolviert wurden.

Justiz-Hofdecret vom 6. October 1835, S. 47, Nr. 86.

Ordinariat. Die Contracte über Verpachtung der Kloster- und Pfarr-Realitäten in Galizien bedürfen zu ihrer Rechtfertigung der Bestätigung des Ordinariates.

Justiz-Hofdecret vom 12. Juni 1835, S. 20, Nr. 35.

— Einsendung der über Sterbefälle belgischer Unterthanen in den k. k. Staaten von Seelsorgern von Amtswegen auszustellenden Todtenscheine an die Ordinariate.

Hofkanzlei-Decret vom 9. April 1841, S. 567, Nr. 521.

— Vorschrift über das Verfahren der Ordinate, hinsichtlich der Entfernung der wegen schwerer Polizeiübertretung untersuchten Geistlichen von der Pfründe.

Hofkanzlei-Decret vom 12. August 1841, S. 601, Nr. 553.

— Ordinate haben ihren Clerus anzuweisen, dem Entstehen und der Verbreitung der Secte der Deutschkatholiken mit wachsamem und klugen Eifer zu begegnen.

Hofkanzlei-Präsidial-Schreiben vom 26. Jänner 1846, S. 308, Nr. 923.

Ordnung. Bestimmung der Ordnung, in welcher die Todesstrafe an mehreren zugleich zum Tode Verurtheilten zu vollziehen ist.

Justiz-Hofdecret vom 14. April 1826, S. 16, Nr. 2179.

Original-Urkunde. S. Urkunde.

Orta. Die Steuergemeinde Orta in Dalmatien wird der Prätur Bergoraz zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1848, S. 492, Nr. 1118.

Ortenburg. Dem Haupte der reichsfürstlich-gräflichen Familie Ortenburg gebührt der Titel „Erlaucht“.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Orth. Die Verlassenschafts-Abgaben zu Gunsten des Armen-Institutes zu Orth in Oesterreich ob der Enns werden aufgelassen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

Ortschaften. Wegen Aufstellung von Waisen-Commissären bei den landesfürstlichen Ortschaften.

Justiz-Hofdecret vom 8. April 1825, S. 296, Nr. 2086.

— Bestimmung der Entfernungs-Distanz der Locomotiv-Eisenbahnen von Ortschaften.

Hofkanzlei-Decret vom 22. October 1841, S. 614, Nr. 568.

Ortsbehörden. S. Behörden.

Ortsgerichte. Von Ortsgerichten, welche bis längstens Ende Februar eines jeden Jahres den durch Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1784 vorgeschriebenen Geschäftsausweis dem Appellationsgerichte nicht wirklich vorgelegt haben, ist auf der Stelle und ohne Rücksicht ein Strafbeitrag von zehn Gulden zum Taxfonde einzutreiben.

Justiz-Hofdecret vom 12. Jänner 1821, S. 1, Nr. 1729.

— Befreiung der nicht landesfürstlichen Ortsgerichte von Entrichtung des Postporto bei ihrer amtlichen Judicial-Correspondenz.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1821, S. 69, Nr. 1824.

— Befreiung der nicht landesfürstlichen Ortsgerichte von dem Postporto in Merarial-Taxsachen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1823, S. 155, Nr. 1955.

Ortsgerichte. Bedingungen der Zulassung der Rechtspractikanten bei landesherrlichen Ortsgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 1. September 1826, S. 46, Nr. 2218.

Die nicht landesherrlichen Ortsgerichte sind in officiosen Judicial-Gegenständen, in Katastral- und Steuersachen von dem Postwagens-Porto befreit.

Hofkammer-Decret vom 18. Februar 1829, S. 145, Nr. 2386.

- In den dem Justiziar ausschließend zustehenden Geschäften hat der Justiziar, in den an die Wirtschaftsämter verwiesenen Geschäften der Wirtschaftsbeamte die Expeditionen zu unterfertigen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1831, S. 6, Nr. 2504.

- S. auch Herrschaften, Justiziar, Obrigkeiten.

Ortsobrigkeiten. S. Obrigkeiten.

Ortsrichter. Behandlung der Urlaubsgesuche herrschaftlicher Ortsrichter in Steiermark.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1827, S. 89, Nr. 2298.

- Bestimmung des Gerichtsstandes für die Ortsrichter auf dem Lande in Kärnten, dann deren Gattinnen und Kinder.

Justiz-Hofdecret vom 8. November 1841, S. 654, Nr. 570.

Ortsseelsorger. S. Geistlichkeit, Seelsorger.

Ostrosnaberda. Die zur Gemeinde Ostrosnaberda gehörigen Realitäten sind aus der Görzer Landtafel auszuscheiden, und die Grundbuchsführung darüber ist dem Stadt- und Landrecht in Laibach zu übertragen.

Justiz-Ministerial-Decret vom 5. August 1848, S. 647, Nr. 1172.

Ottomanische Pforte. S. Mahomedaner, türkische Unterthanen.

P.

Pacht-Contracte. S. Pachtverträge.

Pachtschillings-Rückstände der Verzehrungssteuer. Anmeldung und Classification derselben bei Concursmassen.

Hofkammer-Decret vom 14. März 1831, S. 11, Nr. 2507.

Pachtschillinge. Vorschrift über die Eintreibung der Rückstände an dem Pachtschillinge für die Verzehrungssteuer.

Justiz-Hofdecret vom 11. Mai 1833, S. 90, Nr. 2611.

- Verzehrungsfrist für Pachtschillinge.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1836, S. 89, Nr. 151.

Pachtung. Bei Pachtunternehmungen dürfen Staats-Obligationen nach dem Wiener Börse-Course vom Tage der Einlage angenommen werden.

Justiz-Hofdecret vom 16. März 1821, S. 13, Nr. 1747.

- Vorschrift hinsichtlich des Befugnisses geistlicher Gemeinben und Pfründner, über den Ertrag des ihnen zum Genuße eingeräumten Stiftungsvermögens rechtsgiltige Pacht- und Mietverträge abzuschließen.

Justiz-Hofdecret vom 26. Mai 1821, S. 30, Nr. 1763.

- Den Patrimonial-Gerichtsbeamten ist die Pachtung eines Urbars, die Pachtung von Gütern, und die Betreibung eines bürgerlichen Gewerbes nicht zu gestatten.

Justiz-Hofdecret vom 10. Juni 1825, S. 307, Nr. 2105.

Pachtung. Die Contracte über Verpachtung der Kloster- und Pfarr-Realitäten bedürfen zu ihrer Rechtskraft der Bestätigung des Ordinariates.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1835, S. 20, Nr. 35.

- Anwendung des §. 1121 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches auf die in Galizien bei der politischen Sequestration der Güter zur Einbringung von Steuer-Rückständen eingeleiteten Verpachtungen; sie erlöschen aber, in soferne der Gutseigenthümer selbst nicht in die Verpachtung gewilliget hat, durch die Tilgung des Steuer-Rückstandes.

Hofkanzlei-Decret vom 16. August 1835, S. 39, Nr. 73.

- Anwendung des Patentes vom 31. December 1800, über die Behandlung der Pächter von Staatsgütern, welche ihre Verbindlichkeit nicht erfüllen, auf die Pachtungen der Güter der Städte und Gemeinden.

Hofkanzlei-Decret vom 29. August 1835, S. 43, Nr. 83.

- Die sequestratorischen Verpachtungen der wegen Steuer-Rückständen exquirten Güter in Galizien sind im Licitationewege zu bewirken.

Hofkanzlei-Decret vom 16. December 1841, S. 657, Nr. 577.

- Sequestratorische Verpachtung der Güter in Galizien und der Bukowina zur Einbringung der Steuer-Rückstände; Dauer dieser Pachtung.

Hofkanzlei-Decret vom 15. September 1843, S. 139, Nr. 742.

- Vorschrift über die Gültigkeit und Dauer der von einzelnen Pfründnern über ihre Grundverträge und Gerechtsame geschlossenen Pachtverträge.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Jänner 1844, S. 189, Nr. 776.

- Verpachtung der Arbeitskräfte der Sträflinge und sämmtlicher Erfordernisse des Criminal- und Gefangenhauses in Wien, mit Ausnahme des Auspreisens, des Brotes und der Medicamente, an einen Generalpächter.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Februar 1845, S. 254, Nr. 872.

- S. auch *Urban*.

Pachtvertrag. Vorschrift für geistliche Gemeinden und Pfründner in Abschließung rechtsgiltiger Pachtverträge über den Ertrag des ihnen zum Genuße eingeräumten Stiftungsvermögens.

Justiz-Hofdecret vom 26. Mai 1821, S. 30, Nr. 1763.

- Ein zwischen dem Richter und der Recht suchenden Partei oder ihrem Bevollmächtigten oder Vertreter bestehender Pachtvertrag schließt für die Zeit seiner Dauer den Richter von jeder Ausübung des Richteramtes in den Streitfachen dieser Parteien aus.

Justiz-Hofdecret vom 2. October 1830, S. 209, Nr. 2484.

- Erklärung des Ausdrucks „Pachtvertrag“.

Justiz-Hofdecret vom 11. Mai 1833, S. 90, Nr. 2611.

- Pachtverträge des Richters mit dem Staate, den Gemeinden, oder der unter der Verwaltung des Staates oder der Gemeinden stehenden öffentlichen Anstalten und deren Vertreter, schließen den Richter von der Ausübung des Richteramtes nicht aus.

Justiz-Hofdecret vom 24. Mai 1836, S. 82, Nr. 142.

- Vorschrift über die Schließung der Pachtverträge zur Einbringung der Steuern und der Steuer-Rückstände in Galizien. Dieselben sind nach Formularien aufzusetzen, der Hofstelle zur Prüfung vorzulegen, und dürfen über die Dauer eines Jahres hinaus nie auf längere Zeit geschlossen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 16. December 1841, S. 657, Nr. 577.

- Vorschrift über die Einrichtung von Pachtverträgen über die sequestratorische Verpachtung der Güter in Galizien und der Bukowina zur Einbringung der Steuer-Rückstände, deren Dauer und Einverleibung in die öffentlichen Bücher.

Hofkanzlei-Decret vom 15. September 1843, S. 139, Nr. 742.

Pachtvertrag. Vorschrift über die Gültigkeit der von einzelnen Pfründnern über die Zeit ihres Pfründenbesitzes geschlossenen Pacht- oder Miethverträge.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Jänner 1844, S. 189, Nr. 776.

- Bei Verpachtungen von Grundverträgen und Gerechtsamen, welche Pfründner über die Periode von neun Jahren schließen, soll die Landesstelle außer besonders rücksichtswürdigen Umständen die Bewilligung nicht ertheilen.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Jänner 1844, S. 189, Nr. 776.

- Das summarische Verfahren bei den Civilgerichten kann auf Streitigkeiten wegen Räumung oder Zurückstellung gepachteter Gründe oder Grundstücke nicht angewendet werden.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- Das summarische Verfahren ist bei Militärgerichten in Streitigkeiten, wegen Räumung oder Zurückstellung gepachteter Gebäude oder Grundstücke, nicht anzuwenden.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Anwendung des summarischen Verfahrens in Streitigkeiten aus Pachtverträgen bei den Gerichten in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

- S. auch *Vest and, Erbpacht*.

Pachtzinse. Verjährungsfrist für Pachtzinse.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1836, S. 89, Nr. 151.

Pächter dürfen bei Pachtunternehmungen Staats-Obligationen nach dem Wiener Börse-Course vom Tage der Einlage als Caution einlegen.

Justiz-Hofdecret vom 16. März 1821, S. 13, Nr. 1747.

- Forderung des Alerars gegen einen Verzehrungssteuer-Pächter aus dem mit ihm geschlossenen Verträge haben nicht das den landesfürstlichen Steuern eingeräumte Vorzugsrecht.

Justiz-Hofdecret vom 14. März 1831, S. 11, Nr. 2507.

- Anwendung des Patentes vom 31. December 1800, über die Behandlung der Pächter von Staatsgütern, welche ihre Verbindlichkeit nicht erfüllen, auf die Pachtungen der Güter der Städte und Gemeinden.

Hofkanzlei-Decret vom 29. August 1835, S. 43, Nr. 83.

- Verpachtung der Arbeitskräfte der Sträflinge und sämmtlicher Erfordernisse des Criminal- und Gefangenhauses in Wien, mit Ausnahme des Auspfens, des Brotes und der Medicamente, an einen Generalpächter.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Februar 1845, S. 254, Nr. 872.

Pälland. Aufstellung zweier landesfürstlicher Bezirkscommissariate II. Classe für den Bezirk Krupp in Ilirien, mit welchem auch die Hauptgemeinde Obereh des Bezirkes Pälland zu vereinigen ist.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Mai 1848, S. 618, Nr. 1141.

Päpstliche Regierung. Postporto-Freiheit für die von den k. f. österreichischen Gerichtsbehörden an jene im Kirchenstaate ergehenden Ersuchsschreiben.

Justiz-Hofdecret vom 13. September 1822, S. 117, Nr. 1893.

- Dem mit Sardinien abgeschlossenen Staatsverträge, wegen Sicherung des Eigenthumsrechtes literarischer und artistischer Werke gegen den Nachdruck, ist auch die päpstliche Regierung beigetreten.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1840, S. 542, Nr. 484.

Pässe. Kunstschaften und Banderbücher sind ohne Correcturen auszufertigen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Mai 1823, S. 145, Nr. 1940.

- für türkische Unterthanen hat anstatt des niederösterreichischen Landrechtes die niederösterreichische Regierung auszufertigen.

Justiz-Hofdecret vom 27. October 1826, S. 52, Nr. 2228.

Pässe. Die aus Anlaß der Cholera-Krankheit ausgestellten Sanitäts- und Contumazpässe sind als öffentliche Urkunden anzusehen, und jede Verfälschung derselben ist als Verbrechen des Betruges zu bestrafen.

Justiz-Hofdecret vom 26. Juli 1831, S. 17, Nr. 2522.

- Bestrafung Derjenigen, welche durch falsche Angaben die Ausfertigung unrichtiger Pässe veranlassen, oder sich fremder Pässe bedienen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. März 1833, S. 86, Nr. 2605.

- Die nach der Türkei sich begebenden österreichischen Unterthanen sind nach den allgemeinen Passvorschriften zu behandeln. Die Länderstellen haben der k. k. Ziernuntiaturs zu Constantinopel monatlich ein Verzeichniß der dahin verabsfolgten Pässe zuzusenden.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juni 1835, S. 11, Nr. 27.

- Nur mit vorschriftsmäßigen Pässen versehene Reisende dürfen mittelst der Post befördert werden.

Hofkanzlei-Decret vom 13. August 1841, S. 603, Nr. 554.

- Bestrafung der gesetzwidrigen Ueberlassung und Benützung der Reisepässe.

Hofkanzlei-Decret vom 20. November 1844, S. 240, Nr. 846.

- Erforderniß der Pässe zu Reisen auf den Eisenbahnen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044.

- S. auch Reisepässe.

Packfahrten. Von den Postämtern können mit den Packfahrten nur Sendungen bis höchstens 80 Pfunde befördert werden.

Justiz-Hofdecret vom 28. Jänner 1847, S. 405, Nr. 1023.

Pago. Mit der Prätur zu Pago in Dalmatien wird jene zu Arbe vereinigt und die Erstere von der dritten in die zweite Classe erhoben.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1826, S. 8, Nr. 2170.

Pains d'Abbayes. Auf die unter dem Ausdrücke: Pains d'Abbayes angewiesenen Alimentationsbeträge findet kein Verbot und keine Execution Statt.

Justiz-Hofdecret vom 1. August 1829, S. 167, Nr. 2421.

- Beschränkung der Veräußerung und Verpfändung der durch Uebereinkunft mit der niederländischen Regierung von dem Allerhöchsten Avarium übernommenen Pains d'Abbayes.

Justiz-Hofdecret vom 31. August 1832, S. 66, Nr. 2574.

Pappenheim. Dem Haupte der reichstädtisch-gräflichen Familie Pappenheim gebührt der Titel „Erlaucht“.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Parcelle. In den Grundbüchern Niederösterreichs sind die Steuergemeinden und die Culturgattung jeder Katastralparcelle einzutragen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. April 1846, S. 333, Nr. 958.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Sachsen, über den Austausch der in den königreichen Böhmen und Sachsen enclavirten Parzellen.

Vom 30. März 1848, S. 572, Nr. 1132.

Parenzo. Bestimmung der Stempel- und Lagegebühren für die in Betreff der Notizbücher im Bezirke Parenzo vorkommenden Urkunden und Amtshandlungen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 4. August 1840, S. 521, Nr. 461.

- Von den für den Istrianer Kreis sistemisirten Advocaten haben zwei bei dem Bezirksgerichte Parenzo ihren Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1842, S. 81, Nr. 667.

Pariser Friedensschluß. Anwendung des 17. Artikels des Friedensschlusses vom 30. Mai 1814, über die Auswanderung der Bewohner der unter eine andere Herrschaft gekommenen Länder.

Hofkanzlei-Decret vom 2. April 1832, S. 50, Nr. 2557, Note **).

Parma. Staatsvertrag über die Freizügigkeit der Pensionen zwischen Oesterreich und Parma.
Vom 9. December 1822, S. 124, Nr. 1913.

- Der mit dem Hofe von Parma im Jahre 1818 geschlossenen Staatsvertrag, über die gegenseitige Auslieferung der Verbrecher, wird bis Ende 1839 verlängert.

Hofkanzlei-Decret vom 20. November 1829, S. 179, Nr. 2441.

- Ergänzung des unterm 25. März 1818 kundgemachten Staatsvertrages zwischen Oesterreich und Parma, wegen wechselseitiger Auslieferung der Deserteure.

Hofkanzlei-Decret vom 1. Februar 1836, S. 73, Nr. 121.

- Verlängerung des Staatsvertrages mit Parma, wegen wechselseitiger Auslieferung der Verbrecher.

Hofkanzlei-Decret vom 20. December 1839, S. 362, Nr. 398.

- Beitritt der parmesanischen Regierung zu dem mit Sardinien abgeschlossenen Staatsvertrage wegen Sicherung der Eigenthumsrechte der Herausgeber literarischer und artistischer Werke gegen den Nachdruck.

Hofkanzlei-Decret vom 30. December 1840, S. 544, Nr. 488.

- Einverleibung der in Parma gestifteten und allenfalls noch entstehenden Johanniter-Ordenscommenden dem lombardisch-venetianischen Johanniter-Priorate.

Allerhöchste Entschliessung vom 19. September 1843, S. 140, Nr. 743.

Parteien haben den Proceßacten ämtlich bestätigte Uebersetzungen der darin in anderer außer in der lateinischen oder italienischen Sprache vorkommenden Urkunden anzuschließen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1822, S. 78, Nr. 1837.

- Die wider Parteien gerichtlich verhängten Strafbeträge hat das Appellationsgericht durch die betreffende Behörde eintreiben zu lassen.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1823, S. 137, Nr. 1926.

- Vorschrift über die Vormerkung der Stempel- und Largebühren in Streitfachen armer Parteien.

Hofkammer-Decret vom 26. October 1825, S. 327, Nr. 2140.

- Grundherren haben die Parteien zur Nehmung der Gewähr aufzufordern.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Juli 1826, S. 32, Nr. 2201.

- Ein zwischen dem Richter und der Recht suchenden Partei oder ihrem Bevollmächtigten, oder ihrem Vertreter bestehender Mieth- oder Pachtvertrag schließt für die Zeit seiner Dauer den Richter von jeder Ausübung des Richteramtes in den Streitfachen dieser Partei aus.

Justiz-Hofdecret vom 2. October 1830, S. 209, Nr. 2484.

- Bestrafung der Parteien wegen muthwilliger Revision gegen gleichlautende Urtheile.

Justiz-Hofdecret vom 15. Februar 1833, S. 77, Nr. 2593.

- Vorschrift für die Parteien bei Stellung der Gesuche um Pränotation oder Intabulation.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 28, Nr. 46.

- Genaue Befolgung der Vorschrift, wegen Nachsicht der Tax- und Stempelgebühren, für die das Armenrecht genießenden Parteien.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1837, S. 106, Nr. 171.

- Für Parteien wird das summarische Verfahren bei Besitzstörungen jeder Art, insbesondere bei Gränzreitigkeiten, Wasserleitungen oder Wasserwerken vorgeschrieben.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1837, S. 108, Nr. 174.

Parteien. Vorschrift über die Aufrechnung und Einhebung der Gerichtskosten in Rechtsfachen abwesender Parteien, über deren Aufenthalt unbekannt ist.

Hofkammer-Decret vom 30. Juni 1837, S. 132, Nr. 210.

- Vorschrift für Parteien zu Ansuchen um Bewilligung gerichtlicher und freiwilliger Zeilbietungen.

Hofkanzlei-Decret vom 2. August 1838, S. 275, Nr. 288.

- Gültigkeit der von Parteien bei Wirthschaftsämtern geschlossenen Vergleiche auf einen abzulegenden Eid.

Justiz-Hofdecret vom 5. März 1839, S. 333, Nr. 348.

- Vorschrift über die Hinausgabe der Beweggründe der obersten Justizstelle zur Aufhebung oder Abänderung gleichförmiger Entscheidungen der Unterbehörden an die Parteien.

Allerhöchste Entschließung vom 11. Februar 1840, S. 472, Nr. 408.

- Die von der obersten Justizstelle den Parteien auferlegten Geldstrafen kann die Landesstelle nicht erlassen.

Justiz-Hofdecret vom 28. September 1840, S. 532, Nr. 466.

- Der Richter hat sich bei Tagfahrungen über auf vollen Glauben verdienende Urkunden sich gründenden Klagen zur Erzielung einer gütlichen Ausgleichung der Parteien zu verwenden.

Justiz-Hofdecret vom 28. September 1840, S. 532, Nr. 467.

- Vorschrift über die Zustellung gerichtlicher Acte an Parteien, welche im Königreiche Sardinien wohnhaft sind.

Justiz-Hofdecret vom 20. December 1841, S. 674, Nr. 579.

- In Fällen, wo bei einer Streitverhandlung die Leitung der Parteien nach Vorschrift des §. 21 der Gerichtsordnung einzutreten hat, hat den dießfälligen Verhandlungen immer derselbe Rath beizuwohnen.

Justiz-Hofdecret vom 19. October 1842, S. 64, Nr. 650.

- Erfolglassung der Effecten der im allgemeinen Krankenhause Verstorbenen an die von der Abhandlungsbehörde dazu berechtigten Parteien.

Hofkanzlei-Decret vom 15. December 1842, S. 76, Nr. 661.

- Vorschrift für den Fiskus in Vertretung stämpelfreier Parteien über die Vormerkung und Eintreibung der Stämpelgebühren von dem sachfälligen Gegner, dann deren Abfuhr an die Bezirkskasse.

Hofkammer-Decret vom 1. Mai 1844, S. 207, Nr. 803.

- Vorschrift über die Vernehmung solcher Parteien, welche falsche Creditpapiere zu öffentlichen Cassen und Aemtern bringen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1845, S. 248, Nr. 858.

- Umfang der Haftung der Advocaten für die Einbringung der Taxen von den von ihnen vertretenen armen Parteien.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1845, S. 259, Nr. 881.

Parteifachen dürfen den officiosen Packeten nicht beigezschlossen werden.

Hofkammer-Decret vom 18. Februar 1829, S. 145, Nr. 2386.

- Postporto-Befreiung von einer portofreien Behörde der Post zur Beförderung an eine andere Behörde übergebenen Verhandlungen und Erlässe in Parteifachen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1841, S. 554, Nr. 501.

Parteivertreter. S. Vertreter.

Parteivertretung. S. Advocatur, Vertretung.

Partial-Obligationen. S. Obligationen.

Particularien. S. Reise-Particular-Rechnungen.

Passierscheine. Nur mit polizeiämtlichen Passierscheinen versehene Reisende dürfen mittelst der Post befördert werden.

Hofkanzlei-Decret vom 13. August 1841, S. 603, Nr. 554.

— Erforderniß der Passierscheine zu Reisen auf den Eisenbahnen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044.

Pastoren. Den Pastoren ist nicht gestattet, die unter passiver Assistenz des katholischen Pfarrers zwischen Katholiken und Katholiken geschlossenen Ehen nachträglich im akatholischen Bethause einzusegnen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. December 1842, S. 80, Nr. 665.

Patental-Invaliden. S. Invaliden.

— Invalidengehalt. S. Invalidengehalt.

Patentalurkunden. S. Urkunden.

Patthen. Vorschrift über die Eintragung der Patthen in die Taufbücher.

Hofkanzlei-Decret vom 27. Juni 1835, S. 27, Nr. 44.

Patrimonialbehörden haben die Gerichtsbarkeit und die politische Amtsverwaltung auf Staatskosten provisorisch fortzuführen.

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180, und Justiz-Ministerial-Decret vom 16. September 1848, S. 659, Nr. 1182.

Patrimonialgerichte. Befreiung der nicht landesfürstlichen Orts- und Patrimonialgerichte, Dominien und Magistrate von der Entrichtung des Postporto in Hinsicht ihrer ämtlichen Judicial-Correspondenz.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1821, S. 69, Nr. 1824.

— Befreiung der nicht landesfürstlichen Patrimonialgerichte vom Postporto, in Avarial-Taxsachen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1823, S. 155, Nr. 1955.

— Durchsuchung der Registraturen der Patrimonialgerichte und nicht förmlich besetzten Magistrate zum Behufe des Stempelgefälles, mit Beiziehung eines Appellationsrathes.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juni 1824, S. 211, Nr. 2014.

— Patrimonial-Gerichtsbeamten ist die einfache Verwaltung der Urbarsgefälle des eigenen Dynasten nicht zu verbieten.

Justiz-Hofdecret vom 10. Juni 1825, S. 307, Nr. 2105.

— Ausdehnung des Hofdecretes vom 11. Juni 1824, wegen Durchsuchung der Registraturen der Patrimonialgerichte zum Behufe des Stempelgefälles, auf die landesfürstlichen Landgerichte in Tirol und Vorarlberg mit dem Hofkammer-Decrete vom 28. Juni 1825, hinsichtlich der Aufrechthaltung des Ansehens der Gerichtsbehörden bei Stempelvisitationen, als Beilage.

Justiz-Hofdecret vom 6. August 1825, S. 314, Nr. 2123.

— Auf die Patrimonialgerichte der Dominien hat das Verbot der Anstellung von Verwandten bei demselben Gerichte keine Anwendung.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1826, S. 19, Nr. 2189.

— sind in ihrer ämtlichen Correspondenz über die Einhebung der Avarialtaxen, von Entrichtung des Postporto befreit.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1827, S. 84, Nr. 2284.

— In den eigenen Angelegenheiten des Gerichtsherrn kann auch die freiwillige Gerichtsbarkeit von seinen Beamten nicht ausgeübt werden.

Justiz-Hofdecret vom 26. Juni 1827, S. 86, Nr. 2288.

— Die nicht landesfürstlichen Patrimonialgerichte sind in officiosen Judicial-Gegenständen, in Katastral- und Steuersachen von dem Postwagensporto befreit.

Hofkammer-Decret vom 18. Februar 1829, S. 145, Nr. 2386.

Patrimonialgerichte. Bestimmung des Fonds, in welchen die wegen vernachlässigter Ausübung des Richteramtes über schwere Polizei-Übertretungen den landesfürstlichen und Patrimonial-Gerichtsbeamten auferlegten Geldstrafen einzufleßen haben.

Hofkanzlei-Decret vom 24. Juni 1830, S. 200, Nr. 2470.

- Prüfung und Beerdigung der Landgerichtsdienere in Oesterreich unter und ob der Enns, und Anzeigen an die Kreisämter über die Prüfungen.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Februar 1834, S. 107, Nr. 2640.

- Bezeichnung jener Taxen und Gebühren, welche zufolge des Stempel- und Targesezes vom 27. Jänner 1840, bei den Patrimonialgerichten noch fortan einzuheben, und welche aufgelassen worden sind.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 24. Mai 1840, S. 498, Nr. 442.

- Bestimmung der Gebühren, welche bei den Patrimonialgerichten im Inn- und Salzburger Kreise, ungeachtet der Wirksamkeit des Stempel- und Targesezes vom 27. Jänner 1840, noch fortan einzuheben sind.

Hofkammer-Decret vom 24. November 1840, S. 539, Nr. 481.

- Die Ausübung der Criminalgerichtsbarkeit durch Patrimonialgerichte, welche nicht die erforderliche Anzahl geprüfter Räte haben, hat aufzuhören.

Justiz-Hofdecree vom 17. April 1845, S. 262, Nr. 884.

- S. auch Gutsherren, Justizjäger.

Patrimonialgerichtsbeamte. S. Beamte.

Patronat. In wieferne den Privatpatronen die Einbringung und Sicherstellung des durch fromme Vermächtnisse oder Stiftungen gestifteten Vermögens obliegt.

Justiz-Hofdecree vom 13. Jänner 1821, S. 2, Nr. 1730.

Pauschalien. S. Reisepauschalien.

Pensionen. Den Pensionisten, Provisionisten und mit Unterhaltsbeiträgen und Gnabengaben theilten, wenn sie den 25. Monatsstag erleben, sind ihre Gebühren an sie selbst, und wenn sie nach dem 25. starben, an ihre sich legitimirenden Erben für den ganzen Monat auszufolgen, wornach es künftig von allem Rückersatze der Gebühr, welche sie bis 25. des Monates erhoben haben, und nachher in der Zwischenzeit bis letzten des Monates starben, abkömmt.

Hofkanzlei-Decret vom 12. April 1821, S. 16, Nr. 1753.

- Nach den italienischen Pensionsvorschriften gebührt den Beamten nach fünfzig Dienstjahren, sie mögen wegen physischer Unfähigkeit, oder wegen Reform der Administration, vom Amte entfernt werden, der ganze Gehalt als Pension. — Pensionsausmaß für die Wittven und Waisen solcher Beamten.

Justiz-Hofdecree vom 3. August 1821, S. 42, Nr. 1788.

- Freizügigkeit der Pensionen zwischen dem österreichischen Kaiserstaate und dem Großherzogthume Toscana.

Staatsvertrag vom 28. Februar 1822, S. 83, Nr. 1847.

- Freizügigkeit der Pensionen zwischen Oesterreich und Parma.

Staatsvertrag vom 9. December 1822, S. 124, Nr. 1913.

- Welchen pensionsfähigen Beamten-Wittven und Waisen das Conduct-Quartal gebühre.

Justiz-Hofdecree vom 7. Juli 1823, und Hofkanzlei-Decret vom 13. Mai 1824, S. 153 und 201, Nr. 1951 und 2004.

- Pensionsfähigkeit der Beamten-Wittven, deren Gatten vor zurückgelegter zehnjähriger Dienstzeit an den Folgen der im Dienste sich zugezogenen Krankheit gestorben sind.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Mai 1824, S. 201, Nr. 2004.

Pensionen. Bis zur Anweisung der Pension können den von Amtswegen jubilitäten Beamten Vorschüsse bewilligt werden.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1824, S. 263, Nr. 2032.

- Unterbringung der exaltationischen Militär-Pensionisten in erledigte stabile Dienstposten zur Ersparung der Pensionen.

Justiz-Hofdecret vom 31. December 1824, S. 281, Nr. 2062.

- Bei Ertheilung des Advocatenbefugnisses an Pensionisten ist zwar auf die von einer früheren Anstellung herrührende Pension keine Rücksicht zu nehmen; bei der Berufung des Pensionisten zur Wiederanstellung hat derselbe entweder diesem Rufe zu folgen, oder auf die Pension zu verzichten.

Hofkammer-Decret vom 14. October 1825, S. 324, Nr. 2135.

- Pensionirte Officiere dürfen mit Diurnen theilhaft werden.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1826, S. 6, Nr. 2164.

- Der Bezug des sogenannten Mehrbittels der im Civile angestellten pensionirten Officiere darf nicht auf jene, die bloß mit Gnadengehalten theilhaft sind, und auf Militär-Parteien ausgedehnt werden.

Justiz-Hofdecret vom 4. April 1826, S. 14, Nr. 2177.

- Die Pension erlischt bei dem Eintritte des Pensionisten in eine besoldete Anstellung bei einer Fonds- oder ständischen Behörde, bei dem Magistrate einer landesfürstlichen Stadt oder eines landesfürstlichen Marktes.

Hofkammer-Decrete vom 16. Juli 1826 und 22. April 1831, S. 13, Nr. 2513.

- Anträge auf Pensionen dürfen Seiner Majestät nur dann vorgelegt werden, wenn sie mit rüchswürdigen Gründen unterstützt werden können.

Justiz-Hofdecret vom 7. April 1827, S. 77, Nr. 2271.

- Pensionirte Officiere und Militär-Invaliden dürfen nur dann als Diurnisten aufgenommen werden, wenn keine zur Dienstleistung geeigneten Civil-Pensionisten und Civil-Quiescenten vorhanden sind.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1827, S. 89, Nr. 2297.

- Einrichtung der Pensions-Ausweisungen, welche den Verichten wegen Jubilierung der Beamten beizulegen sind.

Justiz-Hofdecret vom 21. September 1827, S. 98, Nr. 2308.

- Die provisorische oder zeitliche Aushilfe eines Quiescenten wird bei endlicher Pensionirung desselben nicht in die Dienstzeit eingerechnet.

Hofkammer-Decret vom 8. Februar 1828, S. 109, Nr. 2329.

- Vorschrift über die Ausbezahlung der Pensions-Ausstände nach dem Tode des Pensionisten.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juni 1828, S. 123, Nr. 2348.

- Die Pensionirung solcher städtischer Beamten, deren Ernennung den beiden Landesbehörden gemeinschaftlich zusteht, hat im Einvernehmen zwischen beiden Landesbehörden zu geschehen.

Justiz-Hofdecret vom 12. December 1828, S. 141, Nr. 2375.

- Vorschrift über die Behandlung der Witwen und Kinder jener Beamten und minderen Staatsdiener, welche sich eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Übertretung, oder eines anderen Vergehens schuldig gemacht haben, und während der Untersuchung, jedoch vor dem Urtheile oder Erkenntnisse, gestorben sind, oder deren pflichtwidrige Handlungen erst nach ihrem Tode, jedoch vor der Anweisung der Pension, Provision oder der Unterhaltsbeiträge, entdeckt worden sind.

Justiz-Hofdecret vom 23. Jänner 1830, S. 182, Nr. 2447.

- Die Witwe eines zur Zeit der Verheirathung sechzigjährigen Beamten, welcher mit ihr in der Ehe keine, außer der Ehe aber Kinder erzeugt hat, erhält, wenn sie vor Verlaufe von vier Jahren Witwe geworden ist, keine Pension.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juni 1830, S. 199, Nr. 2467.

Pensionen. Beamtenwitwen, welche von ihrem Ehemanne geschieden waren, sind nur dann pensions- oder provisionsfähig, wenn sie beweisen, an der Scheidung keine Schuld zu haben.

Hofkammer-Decret vom 5. October 1830, S. 209, Nr. 2485.

- Vorschrift über die Pensions- oder Provisionsfähigkeit des Aufsichtspersonales bei Untersuchungs-Gefängnissen und Straf-Anstalten, so wie jener der Witwen und Waisen desselben.

Justiz-Hofdecree vom 27. November 1830, S. 217, Nr. 2493.

- Vorschrift über die Behandlung der für die neue Gränzwache nicht brauchbaren Individuen, welche in einem Ararialgenusse stehen.

Justiz-Hofdecree vom 7. Jänner 1831, S. 3, Nr. 2499.

- Die Pension erlischt bei dem Eintritte des Pensionisten in eine besoldete Anstellung bei einer k. oder städtischen Behörde, bei dem Magistrate einer landesfürstlichen Stadt oder eines landesfürstlichen Marktes.

Hofkammer-Decret vom 22. April 1831, S. 13, Nr. 2513.

- für männliche Militär- und Staatsdieners-Waisen dürfen nur gegen eine der Quittung beigelegte legale Bestätigung erfolgen, daß der Waise weder Löhnung, Gage, Adjutum oder Gehalt von dem Ararium beziehe, noch sonst versorgt sei.

Justiz-Hofdecree vom 9. September 1831, S. 20, Nr. 2529.

- Suspension der Pension der wegen eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Übertretung in Untersuchung verfallenen Individuen.

Justiz-Hofdecree vom 11. November 1831, S. 23, Nr. 2535.

- für Witwen und Waisen der von den Provinzial-Gerichtsbehörden ernannten Beamten und minderen Diener weist die Landesstelle an.

Justiz-Hofdecree vom 6. Juli 1832, S. 63, Nr. 2568.

- der aus dem Militärstande in Civildienste eingetretenen Individuen.

Justiz-Hofdecree vom 24. November 1832, S. 71, Nr. 2581.

- Abhandlungs- und Vormundschaftsbehörden haben den Tod oder die Versorgung eines Waisen, welcher eine Pension oder Unterabgabe genossen hat, der Landesbehörde anzuzeigen.

Justiz-Hofdecree vom 18. Juli 1834, S. 118, Nr. 2662.

- Vorschrift über die Einbringung oder Sicherstellung der aus dem Dienstverhältnisse entstehenden Ararialforderungen an Staatsdiener und Militär-Personen durch Abzüge an ihren Pensionen.

Hofkammer-Decret vom 1. December 1834, S. 130, Nr. 2675.

- Die aus einer im Quiescentenstande geschlossenen Ehe herfließenden Beamten-Waisen erhalten keine Pension, wenn nicht der Vater später wieder in wirkliche Dienstleistung getreten ist.

Hofkammer-Decret vom 4. December 1834, S. 130, Nr. 2676.

- Wann die Witwen oder Kinder eines im Pensions- oder Provisionsstande verstorbenen Beamten oder Dieners eine Pension erhalten.

Hofkammer-Decret vom 26. Mai 1835, S. 10, Nr. 25.

- Pensionsfähigkeit der in Civildienste als Kanzleidiener oder Aushelfer übertretenden Real- oder Halb-Invaliden.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 13. Juni 1835, S. 21, Nr. 36.

- Vorschrift, welche Pensionen den in Civildienste übergetretenen pensionirten Officieren und anderen Militär-Personen, wenn sie während derselben die Strafe der Degradation erlitten haben, bei ihrer Versetzung in den Ruhestand anzuweisen sind, und wann der Rücktritt in die frühere Pension gestattet wird.

Justiz-Hofdecree vom 13. Juli 1835, S. 33, Nr. 58.

Pensionen. Vorschrift über die Behandlung der von den bestandenenen Zwischenregierungen übernommenen Beamten und Diener in Pensionirungsfällen, hinsichtlich der Anrechnung ihrer Dienstzeit.

Justiz-Hofdecret vom 11. August 1835, S. 37, Nr. 70.

- Anwendung der Vorschrift vom 7. Juli 1832, über die Alimentation der Witwen in Untersuchung verfallener, und vor Beendigung derselben verstorbenen Beamten, auch auf Witwen bloß provisionsfähiger Individuen; die Alimentation darf jedoch täglich nicht weniger als vier Kreuzer betragen.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1835, S. 41, Nr. 78.

- Wirkungskreis der landesfürstlichen Collegialgerichte erster und zweiter Instanz, in Rücksicht der Pensionirung ihrer Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

- Vorschrift über die Bemessung der Pensionen für die von fremden Regierungen übernommenen Beamten, dann ihrer Witwen und Waisen.

Hofkammer-Decret vom 30. December 1836, S. 95, Nr. 162.

- Auf eine günstigere als die normalmäßige Pensionsbehandlung der Hof- und Staatsdiener und ihrer Angehörigen, darf nur über Allerhöchste Aufforderung Seiner Majestät, und niemals von Amtswegen eingerathen werden.

Justiz-Hofdecret vom 27. Februar 1837, S. 113, Nr. 177.

- In wieferne Witwen suspendirter Beamten Anspruch auf eine Pension haben.

Hofkammer-Decret vom 18. Juli 1837, S. 135, Nr. 215.

- Die mit Erziehungs- oder Versorgungs-Stipendien aus dem Haller Fräulein-Stiftsfonde versehenen Individuen werden im Genuße ihrer Aerialbezüge belassen.

Hofkanzlei-Decret vom 20. August 1837, S. 142, Nr. 219.

- Eine Uebertragung der auf Pensionen bewilligten Verbote findet auf Besoldungen nicht Statt.

Hofkammer-Decret vom 5. März 1838, S. 172, Nr. 260.

- Der auf Pensionen gelegte Verbot wird durch die Wiederanstellung der Pensionisten aufgehoben.

Hofkammer-Decret vom 5. März 1838, S. 172, Nr. 260.

- Bei Pensionirungen städtischer, ständischer und jener Beamten und Diener, dann deren Witwen, die ihre Bezüge aus vom Staatsschatze nicht unterstützten Fonden erhalten, darf ohne eine besondere Aufforderung auf eine günstigere als die normalmäßige Behandlung angetragen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Mai 1838, S. 181, Nr. 270.

- Auf Pensionen unter 100 fl. sind Vormerkungen (gerichtliche Verbote) unzulässig.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juli 1838, S. 269, Nr. 283.

- Ermächtigung der Länderstellen zur Anweisung der von sich verehelichenden Beamten-Witwen und Waisen reservirten Pensionen.

Hofkammer-Decret vom 15. Februar 1839, S. 327, Nr. 341.

- Auf 100 fl. nicht erreichende Pensionen der landesfürstlichen, ständischen und städtischen Beamten und Diener, dann ihrer Angehörigen findet keine gerichtliche Execution, Verbot, Verpfändung oder Abtretung Statt.

Justiz-Hofdecret vom 22. April 1839, S. 336, Nr. 356.

- Zulässigkeit der Anträge auf eine günstigere als die normalmäßige Pensionsbehandlung.

Hofkammer-Decret vom 20. Februar 1840, S. 474, Nr. 411.

- Die mit einer Dienstleistung verbundene Provisionsfähigkeit ist hinreichend, um die Zeit derselben der Pensionsbemessung in Anrechnung bringen zu können.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1840, S. 485, Nr. 429.

Pensionen. Vollziehung der auf Pensionen unter 100 fl. jährlich vor Kundmachung der Allerhöchsten Entschliessung vom 26. Februar 1839 bewilligten und rechtskräftig gewordenen Verbote, worunter auch Pensionen der Beamtenwitwen und großjähriger Beamtenwaisen verstanden sind, worauf nunmehr kein Verbot oder Execution statt findet.

Hofkammer-Decret vom 29. Mai 1840, S. 501, Nr. 445.

- Wann und auf welche Vergehen der Beamten bei Bestimmung der Pensionen für Witwen und Waisen keine Rücksicht genommen werden soll.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1840, S. 502, Nr. 448.

- Für die Zukunft können die Zahlungsbögen der Pensionisten nicht verpfändet oder verpfändet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Juni 1840, S. 509, Nr. 450.

- Gestattung der Anträge auf den Fortbezug der Pensionen für Civil-Beamtenwaisen als Engebengaben nach erreichtem Normal-Alter.

Hofkammer-Decret vom 7. Februar 1841, S. 555, Nr. 503.

- Das Appellationsgericht hat sich vor der Vorlage der Pensionsgesuche landesfürstlicher Beamten an die oberste Justizstelle mit der politischen Landesstelle über den normalmäßigen Pensionsbetrag in das Einvernehmen zu setzen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1842, S. 5, Nr. 588.

- Formulare zu Ausweisen, deren sich die landesfürstlichen Behörden bei den Pensionsverhandlungen über Staatsdiener, dann ihrer Witwen und Waisen zu bedienen haben.

Hofkammer-Decret vom 10. Mai 1842, S. 28, Nr. 613.

- Grundsätze hinsichtlich der Frage, wie die unehelichen, durch die nachgefolgte Ehe oder durch landesfürstliche Begünstigung legitimirten Beamtenkinder hinsichtlich der Erlangung einer Pension zu behandeln sind.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Juni 1842, S. 43, Nr. 621.

- Bemessung der Pensionen für Beamtenwaisen, deren Väter einen Gehalt von 200 fl. oder darüber bezogen haben.

Hofkammer-Decret vom 11. Mai 1843, S. 121, Nr. 704.

- Vorschrift über die Zurechnung der Militär- zur Civil-Dienstzeit der Beamten und minderen Diener bei Bemessung der Pensionen.

Hofkammer-Decret vom 7. August 1843, S. 133, Nr. 732.

- Verlust der Pensionen der Militär- oder Civil-Staatsdienerwaisen, welche nach ausgedienter eigener Capitulation als Cadeten oder Gemeine ex propriis eine Stellvertretung im Militär eingehen.

Hofkammer-Decret vom 1. December 1843, S. 174, Nr. 768.

- Vorschrift über die Behandlung der Kinder verstorbener Beamten, deren Mutter für dieselben Erziehungsbeiträge genoss, und wegen eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Übertretung ihrer Pension verlustig wurde, hinsichtlich der Concretal-Pension.

Hofkammer-Decret vom 7. October 1845, S. 277, Nr. 903.

- Bestimmung des Termins, innerhalb welchem den sich verheirathenden pensionirten Staatsdienerwitwen und weiblichen Waisen die Wahl zwischen der Abfertigung oder dem Vorbehalte der genossenen Pension für den Eintritt des nochmaligen Witwenstandes gestattet ist.

Hofkammer-Decret vom 6. März 1846, S. 320, Nr. 944.

- Ueber Pensionirungs-Anträge eines landesfürstlichen Bezirkscommissärs oder Bezirksrichters haben die beiden Landesbehörden mit einander Rücksprache zu pflegen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. October 1846, S. 375, Nr. 991.

Pensionen. Bestimmung der Pensionen für jene Beamtenwitwen, deren Eatten einen höheren Dienstcharakter erhielten.

Hofkammer-Decret vom 23. October 1846, S. 386, Nr. 994.

- der Witwen-Societät der juristischen Facultät der Wiener Hochschule sind bei Bemessung der aus dem Staatsschatze oder aus politischen Fonds zu bezahlenden Pensionen der Witwen und Waisen nicht in Abrechnung zu bringen.

Zustiz-Hofdecret vom 3. März 1847, S. 426, Nr. 1039.

- Vorschrift über die Pensionen für die Beamten und Diener des erloschenen Freistaates Kratau, dann ihrer Witwen und Waisen.

Allerhöchste Entschließung vom 31. Juli 1847, S. 466, Nr. 1077.

- Außerordentliche Besteuerung der Pensionen und Bestimmung der Höhe derselben, bei welchen diese Besteuerung statt findet.

Finanz-Ministerial-Erlässe vom 18. und 27. Juni, dann 18. August 1848, S. 641, 643 und 651, Nr. 1163, 1165 und 1175.

- Berechnung des Percentual-Abzuges von den diesem Abzuge unterliegenden Pensionen, wenn dieselben mit einem gerichtlichen Verbote oder einer Executionsführung behaftet sind.

Finanz-Ministerial-Erlaß vom 17. November 1848, S. 664, Nr. 1186.

- S. auch Abfertigung, Dienstzeit, Gefangenwärter.

Pensionirte Dienerschaft. S. Dienerschaft.

- Officiere. S. Officiere.

Pensionirung. Die normalmäßige Pensionirung eines Beamten ist nicht als eine Strafe anzusehen.

Allerhöchste Entschließung vom 6. Februar 1847, S. 406, Nr. 1027.

- Verbot der Uebereinkommen, wodurch ein in activer Dienstleistung stehender Officier seine Charge im Wege der Quittirung oder Pensionirung gegen Entgelt aufzugeben zusichert.

Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1848, S. 612, Nr. 1135.

- Vorschrift über das Verfahren bei Anträgen auf Pensionirung von Justizbeamten.

Erlaß des Justizministers vom 21. August 1848, S. 652, Nr. 1176.

- S. auch Pensionen.

Pensionsgesuch. S. Pensionen.

Pensionisten. Auch über vierzig Jahre alte Pensionisten und Quiescenten sollen wieder angestellt werden.

Zustiz-Hofdecret vom 30. Juli 1823, S. 156, Nr. 1958.

- Vorschrift über die Einziehung des Quartiergeldes der in Pensionsstand versetzten Beamten und Diener.

Hofkanzlei-Decret vom 13. August 1823, S. 158, Nr. 1962.

- ist die Ausübung der Advocatie nicht gestattet.

Hofkammer-Decret vom 20. October 1824, S. 268, Nr. 2045.

- Unterbringung der exitalienischen Militärpensionisten in erledigte stabile Dienstposten.

Zustiz-Hofdecret vom 31. December 1824, S. 281, Nr. 2062.

- Angestellten Pensionisten soll kein Diurnum verliehen werden.

Zustiz-Hofdecret vom 15. April 1825, S. 297, Nr. 2088.

- Bei Ertheilung des Advocatenbefugnisses an Pensionisten ist zwar auf die von einer früheren Anstellung herrührende Pension keine Rücksicht zu nehmen; bei der Berufung der Pensionisten zur Wiederanstellung hat derselbe entweder diesem Rufe zu folgen, oder auf die Pension zu verzichten.

Hofkammer-Decret vom 14. October 1825, S. 324, Nr. 2135.

Pensionisten. Nur bei ganz besonderen Umständen darf bei jubilitäten und quiescirtten Beamten auf die Belastung des Quartiergeldes angetragen werden.

Justiz-Hofdecret vom 19. November 1825, S. 329, Nr. 2146.

— Beschränkung der Substitutionsgebühren derselben.

Justiz-Hofdecret vom 28. März 1828, S. 111, Nr. 2332.

— Behandlung der Beschlüsse der landesfürstlichen Collegialgerichte erster und zweiter Instanz, wenn bei der ihnen überlassenen Besetzung erledigter Dienstplätze Pensionisten übergangen werden.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

— Anwendung der §§. 284 und 285, II. Theiles des Strafgesetzes, auf Pensionisten in schweren Polizei-Übertretungsfällen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juli 1838, S. 270, Nr. 284.

— Die Aburtheilung eines Pensionisten wegen Verbrechen ist der betreffenden politischen oder Cameralbehörde anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Februar 1839, S. 324, Nr. 335.

— S. auch Beamte.

Pensions-Ausweisung. S. Pensionen.

— Bemessung. S. Pensionen.

Pensionsfähige Beamtenswitwen. S. Witwen.

Pensionsfähigkeit. S. Pensionen.

— **Institut.** Das allgemeine Pensions-Institut der Witwen und Waisen in Wien untersteht, wenn es als moralische Person geklagt wird, der Gerichtsbarkeit des niederösterreichischen Landrechtes.

Justiz-Hofdecrete vom 14. September 1822, S. 117, Nr. 1894, und 14. Mai 1824, S. 202, Nr. 2005.

— Das Privat-Pensions-Institut der Witwen und Waisen in Galizien untersteht der Gerichtsbarkeit des Lemberger Landrechtes.

Justiz-Hofdecret vom 12. August 1823, S. 157, Nr. 1961.

— **Normal.** Nähere Bestimmung des fünften Absatzes des Pensions-Normales vom Jahre 1781, über die Zulässigkeit der Anträge auf eine günstigere als die normalmäßige Pensions- und Provisionsbehandlung.

Hofammer-Decret vom 20. Februar 1840, S. 474, Nr. 411.

— **Vorschriften.** Die für Staatsbeamte geltenden Pensions-Vorschriften sind auch auf die bei Anstalten angestellten Beamten anzuwenden, welche auf von der Staatsverwaltung unterstüzte Fonds hingewiesen sind.

Hofkanzlei-Decret vom 3. April 1838, S. 173, Nr. 262.

Percent. Die Abnahme eines halben Percentes aus den Verlassenschaften für den Wiener Wohlthätigkeitsfond wird auf den Armen-Institutsbezirk von Wien beschränkt.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juni 1821, S. 34, Nr. 1770.

Percentual-Abzug. Berechnung des Percentual-Abzuges von dem Einkommen der diesem Abzuge unterliegenden Personen, wenn dieses Einkommen mit einem gerichtlichen Verbote oder einer Executionsführung behaftet ist.

Finanz-Ministerial-Erlaß vom 17. November 1848, S. 664, Nr. 1186.

— **Gebühren.** Vorschrift über die Berechnung der Percentual-Gebühren von Staatspapieren oder Bankactien.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1828, S. 113, Nr. 2336.

Percipienti d'aggravj. Die sogenannten Percipienti d'aggravj (Urbanen), welche eigene Tabularkörper bilden, sind vor der Hand bei der Görzer Landtafel zu belassen.

Justiz-Ministerial-Decret vom 5. August 1848, S. 647, Nr. 1172.

Peremptorischer Termin. S. Termin.

Pergine. Bethheilung des Landgerichtes Pergine im Trienter Kreise in Tirol mit Einem Adjutum für einen Concepts-Practikanten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

— Anstellung zweier Advocaten bei dem Landgerichte Pergine in Tirol.

Justiz-Hofdecret vom 11. December 1844, S. 243, Nr. 853.

Periodische Fahrten. S. Fahrten.

— **Schrift.** Vorschrift für Redacteurs von periodischen Schriften, dann Bestimmungen über Verantwortlichkeit und Bestrafung derselben bei Uebertretungen des Pressegesetzes.

Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Periodischer Wechsel. S. Auscultanten, Wechsel.

Permanente gemischte Commission. S. Commission.

Personal. Vorschrift über die Behandlung des Personales der Eisenbahnen hinsichtlich der schweren Polizei-Uebertretungen und Vergehen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, S. 47.

— **Arrest.** S. Arrest.

— **Gerichts-Instanz.** S. Gerichtsstellen.

— **Richter.** S. Richter.

— **Stand.** Regulirung des Personalstandes des Collegialgerichtes zu Feldkirch in Vorarlberg.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1821, S. 38, Nr. 1778.

— Regulirung des Personalstandes bei dem Magistrate von Graß.

Hofkanzlei-Decret vom 7. November 1838, S. 306, Nr. 303.

— der herzoglichen Landrechte zu Teschen und Troppau in Schlesien.

Justiz-Hofdecret vom 30. August 1841, S. 605, Nr. 559.

— Die Personalstandes-Tabelle ist mit dem Geschäfts-Ausweise der betreffenden landesfürstlichen Gerichtsbehörden an die oberste Justizstelle vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1846, S. 317, Nr. 934.

— **Zulagen** sind immer nach Maß der Vorrückung in einen höheren Gehalt einzuziehen.

Justiz-Hofdecret vom 10. December 1824, S. 278, Nr. 2056.

— Anträge auf Belassung des Quartiergeldes als Personalzulage für Wiener Beamte dürfen nicht gemacht werden.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1829, S. 147, Nr. 2388.

— Vorschrift über die Personalzulagen der Beamten und Diener des erloschenen Freistaates Krafau.

Ärberhöchste Entschliessung vom 31. Juli 1847, S. 466, Nr. 1077.

— Außerordentliche Besteuerung der Personalzulagen der Beamten.

Finanz-Ministerial-Erlässe vom 18. und 27. Juni, dann 18. August 1848, S. 641, 643 und 651, Nr. 1163, 1165 und 1175.

Personen. Die bekannten physischen und moralischen Personen sind von der erfolgten Edictal-Aufforderung zur Darthnung ihrer Ansprüche auf die über 32 Jahre erliegenden Deposten in Kenntniß zu setzen.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1837, S. 108, Nr. 173.

Personen. Vorschrift über die Erwerbung und Ausübung der (Industrie-) Privilegien durch solche Personen, welchen die freie Vermögens-Verwaltung nicht zusteht.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Mai 1842, S. 36, Nr. 614.

- Erläuterung des §. 700 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches hinsichtlich der letztwilligen Verfügungen, wodurch der Erblasser seiner Ehegattin oder dritten Personen den Genuß einer Erbschaft oder eines Legates für die Dauer des Witwen- oder unverehelichten Standes zuwendet.

Justiz-Hofdecret vom 23. Mai 1844, S. 210, Nr. 807.

- Ausdehnung des Verbotes über die Wiederanstellung der wegen Verbrechen und Vergehen aus dem Staatsdienste entlassenen Individuen als Diurnisten bei landesherrlichen Behörden, auch auf die zeitweilige Verwendung solcher Personen, welche sich noch niemals im öffentlichen Dienste befanden.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Juni 1844, S. 211, Nr. 812.

- Vorschrift über die Vernehmung solcher Personen, welche falsche Creditpapiere zu öffentlichen Cassen und Aemtern bringen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1845, S. 248, Nr. 858.

- Vorschrift über die Behandlung solcher Testamente, in welchen noch nicht erzeugte Personen für den Fall ihrer Geburt als Erben oder Legatäre eingesetzt sind.

Justiz-Hofdecret vom 28. Mai 1845, S. 264, Nr. 888.

- Vorschrift über das Verfahren bei der Pfändung und Execution beweglicher Sachen, worauf dritte Personen Eigenthums- oder andere Rechte zu haben behaupten.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1845, S. 265, Nr. 889.

- Competenz der Vormundschaftsbehörden in Dalmatien zur Entscheidung über die Groß- oder Minderjährigkeit einer Person behufs der Eingehung einer Ehe oder eines anderen rechtsgültigen Geschäftes.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1034.

- Welchen Personen der Titel „Herr“ und „Frau“ in gerichtlichen Ausfertigungen zu geben sei.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 3. Juli 1848, S. 644, Nr. 1167.

Personen-Transporte. Verfahren bei Streitigkeiten zwischen Privatunternehmern periodischer Personen-Transporte, dann den hievon Gebrauch machenden Personen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. October 1839, S. 352, Nr. 381.

Personenbeschreibung. S. Steckbriefe.

Pest. Das über das Verfahren bei Sanitäts-Ordons-Übertretungen erlassene Justiz-Hofdecret vom 13. December 1816 ist auch in Galizien anwendbar.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1824, S. 260, Nr. 2026.

- Die erdichtete Anzeige eines Pestvergehens begründet nicht das Verbrechen der Verläumdung; wie solches jedoch zu bestrafen sei.

Justiz-Hofdecret vom 22. April 1825, S. 299, Nr. 2091.

- Das Justiz-Hofdecret vom 2. August 1819 ist auf die Ablassung von Voruntersuchungen bei Übertretungen der Pestanstalten nicht anwendbar.

Justiz-Hofdecret vom 2. September 1825, S. 319, Nr. 2129.

- Befugniß der Gerichte erster und zweiter Instanz, die Strafen der Vergehen wider die Pestanstalten abzukürzen oder zu mildern.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1827, S. 66, Nr. 2255.

Pest. Zu den strafgerichtlichen Untersuchungen über Pestvergehen ist in Zukunft kein politischer Commissär beizuziehen.

Justiz-Hofdecret vom 27. November 1829, S. 181, Nr. 2443.

— Vorschrift wegen Erlassung der Steckbriefe gegen flüchtige Pest-Cordons-Übertreter.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juni 1830, S. 200, Nr. 2468.

— Die für Pestvergehen bestehenden Strafgesetze werden auf Übertreter der wider die Cholera eingeführten Sanitäts-Maßregeln ausgedehnt.

Justiz-Hofdecret vom 27. August 1831, S. 18, Nr. 2525.

Pestanstalt. S. Pest.

Pestcordon. Gerichtbarkeit über die Übertreter der Sanitäts-Anstalten an dem Bukowiner Pest-Cordone.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1828, S. 8, Nr. 2168.

— Vorschrift über die Erlassung der Steckbriefe gegen flüchtige Pestcordons-Übertreter.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juni 1830, S. 200, Nr. 2468.

— Vergütung des durch die Aufstellung der Sanitäts-Cordone an dem Eigenthume der Privaten zugefügten Schadens aus dem Staatsschatze.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Mai 1832, S. 61, Nr. 2563.

— Auf diejenigen, welche den Pestcordon überschreiten, haben die Wachen im Nothfalle Feuer zu geben. Wer den engsten Pestcordon mit Gewalt oder heimlich überschreitet, wird standrechtlich behandelt und hingerichtet.

Hofkanzlei-Decret vom 14. März 1834, S. 109, Nr. 2645.

Pestcordons-Übertreter. S. Pest.

Pestvergehen. S. Pest.

Petersberg. Die Heimfagung des Pfandgerichtes Petersberg und der Hofgerichtbarkeit Etams in Tirol wird angenommen, und für beide diese Gerichtsbarkeiten ein landesfürstliches Landgericht erster Classe mit dem Sitze zu Silz errichtet.

Justiz-Hofdecret vom 26. Mai 1826, S. 18, Nr. 2187.

Pfändung. Das Pfändungs- und Absetzungsrecht der Domänen gegen ihre Grundunterthanen in Ilirien betreffende Weisung.

Hofkanzlei-Decret vom 17. April 1822, S. 92, Nr. 1863.

— Benehmen bei neuer Pfändung bereits gepfändeter Fahrnisse.

Justiz-Hofdecret vom 25. Jänner 1823, S. 128, Nr. 1921.

— der Besoldung oder Pension eines Staatsdieners kann die Einbringung der aus dem Dienstverhältnisse entstehenden Material-Forderungen durch Abzüge an der Besoldung oder Pension nicht hindern.

Hofkammer-Decret vom 1. December 1834, S. 130, Nr. 2675.

— Befreiung der Versorgungsbeiträge für mittellose und gebrechliche Prager Advocaten und Mitglieder der dortigen juristischen Facultät von gerichtlichen Pfändungen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1838, S. 183, Nr. 274.

— Pfändungen auf öffentliche, auf bestimmten Namen lautende Obligationen sollen, wenn sie bewilliget oder aufgehoben werden, der betreffenden Casse angezeigt werden.

Hofkammer-Decret vom 26. Juni 1838, S. 262, Nr. 281.

— Auf nicht liquide und nicht angewiesene Forderungen findet bei öffentlichen Cassen keine gerichtliche Pfändung Statt.

Hofkammer-Decret vom 21. August 1838, S. 276, Nr. 291.

Pfändung. Die Execution bis zur Sicherstellung mittelst Pfändung kann bei Klagen, die sich auf eine, vollen Glauben verdienende Urkunde gründen, auch auf das nach §. 1425 des bürgerlichen Gesetzbuches zu Gericht hinterlegte Gut bewilliget werden.

Justiz-Hofdecret vom 7. Mai 1839, S. 338, Nr. 358.

- Die von der Steuerbezirks-Obrigkeit, wegen rückständiger Grund- und Gebäude-Classen-Steuer, veranlaßte Pfändung ist der Grundobrigkeit, die es betrifft, anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 21. Jänner 1840, S. 385, Nr. 403.

- In Fällen, wo auf ein verkäufliches nicht radicirtes Gewerbe Execution geführt wird, ist die Pfändung oder Einantwortung vom Richter zu bewilligen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 586.

- Die Verschleiß-Provisions- und Caffee-Verfälschung der Tabak- und Stämpel-Verleger und Trafikanten kann mit Pfändung belegt werden.

Hofkammer-Decret vom 13. October 1844, S. 237, Nr. 840.

- Vorschrift über das Verfahren bei der Pfändung beweglicher Sachen, worauf dritte Personen Eigenthums- oder andere Rechte zu haben behaupten.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1845, S. 265, Nr. 889.

- Im summarischen Verfahren bei Civilgerichten kann mit der Pfändung beweglicher Sachen zugleich die Schätzung derselben angesucht werden.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- Dem Gläubiger eines Erben kann die Pfändung nur auf einzelne Erbschaftssachen, nie aber auf das Erbrecht im Ganzen bewilliget werden.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1846, S. 337, Nr. 968.

- Im summarischen Verfahren bei Militärgerichten kann mit der Pfändung beweglicher Sachen zugleich die Schätzung derselben angesucht werden.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Im summarischen Verfahren in Dalmatien kann mit der Pfändung beweglicher Sachen zugleich die Schätzung derselben angesucht werden.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

- Den zur Handhabung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in Dalmatien aufgestellten Personen dürfen die zu diesem Behufe nöthigen Waffen nicht durch Pfändung oder Beschlagnahme entzogen werden.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1848, S. 642, Nr. 1164.

- Befreiung der von dem Comité zur Unterstützung mittelloser Gewerksleute denselben übergebenen Rohstoffe und Halbfabrikate von der Pfändung und pfandweisen Beschreibung.

Justiz-Ministerial-Erlaß vom 25. September 1848, S. 663, Nr. 1184.

- S. auch Fahrnisse.

Pfandbriefe. Zulässigkeit der Annahme von Pfandbriefen der galizisch-ständischen Creditanstalt als Pfandcautionen der Gränzämter in Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 12. Juni 1844, S. 211, Nr. 813.

Pfandgebühren. Belehrung, wegen Einhebung und Abführung der in Fällen von Forst-, Jagd-, Fisch- und Felsprevel an der bayerischen Landesgränze zuerkannten Pfandgebühren an die Cassen des Staates, wo der Prevel verübt wurde.

Hofkanzlei-Decret vom 18. September 1847, S. 471, Nr. 1087.

Pfandgläubiger. Beschränkung des Pfandgläubigers hinsichtlich der Transferrirung gepfändeter Fahrnisse.

Justiz-Hofdecret vom 25. Jänner 1823, S. 128, Nr. 1921.

Pfandreht. Durch Eintragung der Forderungen auf Schiffmühlen in die Grundbücher können keine Pfandrechte erworben werden.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1824, S. 210, Nr. 2011.

- des Vermiethers auf die in die vermietete Wohnung gebrachten Einrichtungsfüße und Fahrnisse des Miethmannes.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1837, S. 119, Nr. 189.

- Bestimmung des Pfandrechts der Steuer-Rückstände von unbeweglichen Gütern.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Februar 1840, S. 473, Nr. 409.

- Vorschrift über die Anmeldung der bei der Görzer Landtafel erworbenen Pfandrechte auf Grundstücke und Urbarien bei dem Görzer Stadt- und Landrechte zum Behufe ihrer Erneuerung.

Justiz-Ministerial-Decret vom 31. August 1848, S. 656, Nr. 1179.

- S. auch Hypotheken, Steuern.

Pfannhämmer. Bestimmung der Gerichtsbarkeit über Pfannhämmer, dann Ertheilung der Concession zur Errichtung derselben.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 27. April 1841, S. 572, Nr. 528.

Pfarre. Die Ehen der nichtunirten Griechen in der Bukowina unter sich sind in der katholischen Pfarre gar nicht, die Ehen mit katholischen Glaubensgenossen aber in der griechischen und katholischen Pfarrkirche zu verkündigen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. October 1843, S. 163, Nr. 758.

Pfarrer. Dem katholischen Pfarrer gebührt für die ihm nach dem allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuche obliegende Eheverkündigung nichtkatholischer Glaubensgenossen die Stola.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1835, S. 22, Nr. 37.

- haben von den Tauf- und Trauungsbüchern zwei Copien zu nehmen, dieselben bei den canonischen Visitationen den Dechanten oder Bezirks-Vicaren zur Revidirung vorzulegen, und eine davon an das Ordinariat einzusenden.

Hofkanzlei-Decret vom 27. Juni 1835, S. 27, Nr. 44.

- haben die im diplomatischen Wege verlangten Tauf-, Trau- und Todtenscheine und andere derglei Zeugnisse unentgeltlich auszufertigen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. December 1835, S. 67, Nr. 112.

- Wann die Congrua eines sequestrirten Pfarrers von dem Beneficiaten in Anspruch genommen werden könne.

Hofkanzlei-Decret vom 20. März 1836, S. 78, Nr. 132.

- Vorschrift für Pfarrer über die Ausfertigung der Todtenscheine in Sterbefällen königlich-französischer Unterthanen.

Hofkanzlei-Decret vom 31. März 1836, S. 79, Nr. 136.

- dürfen keine adelichen Stammbäume aufstellen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1838, S. 279, Nr. 244.

- haben die Todtenscheine über Sterbefälle notorisch belgischer Unterthanen in den k. k. Staaten von Amts wegen auszustellen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. April 1841, S. 567, Nr. 521.

- Vorschrift über das Verhalten der katholischen Pfarrer bei eintretenden Ehen zwischen Katholiken und Katholiken.

Justiz-Hofdecret vom 20. September 1841, S. 607, Nr. 563, und

Hofkanzlei-Decret vom 8. August 1842, S. 56, Nr. 629.

- Vorschrift für katholische Pfarrer hinsichtlich der Führung der Trauungsbücher und Ausfertigung der Trauungsscheine über gemischte Ehen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. April 1843, S. 118, Nr. 700.

Pfarrer. Vorschrift über die Behandlung der Intestat-Verlassenschaften der griechisch-unierten Pfarrer in Galizien.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1843, S. 124, Nr. 712.

- Vorschrift für Pfarrer über die Erhebung und nachträgliche Eintragung der für Matritenbücher nöthigen Thatfachen, dann über die Ausstellung der pfarrlichen Scheine und Zeugnisse hierüber.

Hofkanzlei-Decret vom 5. April 1844, S. 203, Nr. 799.

- Die von den Pfarrern ausfertigten Tauf-, Trauungs- und Todtenscheine sind Original-Urkunden, bedürfen aber in Dalmatien der vom Subernal-Präsidium bestätigten Legalisierung des Ordinariates, wenn die Parteien davon außer dem Gouvernements-Gebiete Gebrauch machen wollen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1847, S. 454, Nr. 1052.

Pfarrgüter. In der Verwaltung der Pfarr- und Kirchengüter wird derzeit keine Aenderung vorgenommen, jedoch ist zur Führung des Grundbuchs bei denselben jederzeit ein dazu eigens beeidigtes Individuum zu bestellen.

Justiz-Hofdecret vom 18. November 1826, S. 55, Nr. 2233.

Pfarrherrliche Zeugnisse. S. Zeugnisse.

Pfarrherrschaft. Vorschrift über die Sequestrirung einer Pfarrherrschaft wegen Ersäßen an die Waisen- und Depositencasse und anderen Entschädigungen aus der Amtsverwaltung.

Hofkanzlei-Decret vom 20. März 1836, S. 78, Nr. 132.

Pfarrliche Congrua. S. Congrua.

- **Scheine.** S. Zeugnisse.

- **Zeugnisse.** Zeugnisse.

Pfarr-Realitäten. S. Realität.

Pflegebefohlene. S. Curanden.

Pfleggerichte. Wegen Prüfung der Pfleggerichtsbeamten in dem Salzburger- und dem Inn-Kreise.

Justiz-Hofdecret vom 21. August 1824, S. 265, Nr. 2038.

- Die Aufnahme der nicht systemisirten Concepts-Practikanten bei den landesfürstlichen Pfleggerichten in Oesterreich ob der Enns bleibt der Landesregierung überlassen.

Justiz-Hofdecret vom 21. April 1826, S. 17, Nr. 2182.

- Form der Correspondenz zwischen den landesfürstlichen Pfleggerichten und den Kreisämtern in Civil- und Criminal-Justiz-Angelegenheiten in Oesterreich ob der Enns.

Justiz-Hofdecret vom 31. October 1829, S. 177, Nr. 2438.

- Den mit der Haftung für die Depositen beauftragten Beamten der landesfürstlichen Pfleggerichte in Salzburg und dem Inn-Quartier wird die Abnahme des gesetzlich entfallenden Zählgelbes gestattet.

Hofkammer-Decret vom 6. December 1836, S. 94, Nr. 160.

- Vorschrift über den Stämpelgebrauch und die Abnahme der Veränderungs- und anderer Gebühren bei den landesfürstlichen Pfleggerichten im Inn- und Salzburger-Kreise.

Hofkammer-Decret vom 24. November 1840, S. 539, Nr. 481.

Pfleggerichtsbeamte. S. Beamte.

Pflichten. Bestimmung der Amtspflichten der Eisenbahnbeamten.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §§. 8, 23, 24 u. f. w.

Pflichttheil. Jüdische Aelteren können nicht mehr angehalten werden, ihren getauften Kindern den Pflichttheil sicher zu stellen.

Justiz-Hofdecret vom 1. October 1821, S. 51, Nr. 1804.

- gebührt den Adoptiv- oder Wahl-Kindern von dem Vermögen ihrer Wahlältern.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1833, S. 89, Nr. 2610.

Pflichttheil. Der Notherbe ist berechtigt, über den ihm vom Tode des Erblassers bis zur wirklichen Zuthellung des Pflichttheiles gebührenden verhältnismäßigen Antheil an Gewinn und Verlust und an den Früchten der Erbschaft Rechnung zu fordern.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1847, S. 454, Nr. 1051.

Pflichttheilserben. S. Nothherben.

Pfründe. Vorschrift hinsichtlich des Befugnisses geistlicher Gemeinden und Pfründner über den Ertrag des ihnen zum Genuße eingeräumten Stiftungsvermögens rechtmäßige Pacht- und Mieth-Verträge abzuschließen.

Justiz-Hofdecret vom 26. Mai 1821, S. 30, Nr. 1763.

— Vorschrift über die Sequestrirung der Einkünfte einer geistlichen Pfründe, wegen Ersäßen an die Waisen- und Depositen-Casse und anderen Entschädigungen.

Hofkanzlei-Decret vom 20. März 1836, S. 78, Nr. 132.

— Vorschrift über das Verfahren bei Untersuchungen wider Geistliche, wegen schweren Polizeilübertretungen, hinsichtlich des Pfründen-Verlustes.

Justiz-Hofdecret vom 12. August 1841, S. 601, Nr. 553.

— Vorschrift über die Vertretung der Beneficiaten in Beschlüßnahmefällen geistlicher Pfründen in Galizien durch das Fideicommisamt.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1844, S. 188, Nr. 774.

— S. Pains d'Abbayes.

Pfründner. Vorschrift über das Befugniß geistlicher Pfründner in Abschließung von Pacht- und Mieth-Verträgen über den Ertrag der ihnen zum Genuße eingeräumten Pfründe.

Justiz-Hofdecret vom 26. Mai 1821, S. 30, Nr. 1763.

— Wegen Untersuchung der Gebäude nach den Todesfällen geistlicher Pfründner, und Einkbringung der Herstellungskosten von ihren Erben.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1824, S. 260, Nr. 2027.

— Vorschrift über die Gültigkeit der von einzelnen Pfründnern über die Zeit des Pfründenbesitzes geschlossenen Pacht- und Mieth-Verträge.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Jänner 1844, S. 189, Nr. 776.

Pfundgeld. Für die Einverleibung oder Vormerkung einer Saßforderung darf kein Saß-Pfundgeld aufgerechnet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 12. August 1825, S. 317, Nr. 2125.

Phiscate. Correspondenz der Kreis- und Districts-Phiscate in Sanitätsachen ist postportofrei; Bezeichnung derselben auf dem Couverte.

Hofkammer-Decret vom 10. Februar 1841, S. 559, Nr. 506.

Phiscische Personen. S. Personen.

Piaristen. Befreiung der den Piaristen vermachten Legate von der Erbsteuer.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juni 1833, S. 93, Nr. 2617.

Pilgram. Vereinigung des Pilgramer mit dem Laborer Criminalgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 8. Jänner 1847, S. 403, Nr. 1018.

Pilsen. Anstellung dreier Advocaten im Pilsner Kreise in Böhmen mit Bestimmung der Wohnorte in den Städten Pilsen, Mies und Plan.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juli 1844, S. 214, Nr. 820.

Pinquente. Den Commissariaten Pinquente und Montona im Istrianer-Kreise im Küstenlande werden die von dem Districtscommissariate zu Capo d'Istria getrennten Untergemeinden zugetheilt.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Mai 1832, S. 60, Nr. 2562.

— Bestimmung der Stempel- und Laxgebühren für die in Betreff der Notifikationsbücher im Bezirk Pinquente im Istrianer-Kreise vorkommenden Urkunden und Amtshandlungen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 4. August 1840, S. 521, Nr. 461.

Pinquente. Erhebung des landesfürstlichen Bezirkscommissariates Pinquente im Istrianer Kreise aus der dritten in die zweite Classe.

Hofkanzlei-Decret vom 13. November 1840, S. 537, Nr. 477.

- Von den für den Istrianer Kreis systemisirten Advocaten hat einer bei dem Bezirksgerichte Pinquente seinen Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1842, S. 81, Nr. 667.

Pirano. Der Bezirk Pirano im Istrianer Kreise wird dem Stadt- und Landrechte in Triest zugetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 26. Juni 1829, S. 163, Nr. 2413.

- Bestimmung der Gerichtsbarkeit des Mercantil- und Wechselgerichtes zu Triest über die Bewohner des Bezirkes im Istrianer Kreise Pirano in Mercantil- und Wechselfachen.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1839, S. 361, Nr. 393.

- Bestimmung der Stempel- und Largedühren für die in Betreff der Notifikenbücher im Bezirke Pirano im Istrianer Kreise vorkommenden Urkunden und Amtshandlungen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 4. August 1840, S. 521, Nr. 461.

- Bestimmung eines zweiten Advocaten zu Pirano im Küstenlande.

Justiz-Hofdecret vom 16. November 1840, S. 537, Nr. 478.

- Von den für den Istrianer Kreis systemisirten Advocaten haben zwei bei dem Bezirksgerichte Pirano im Istrianer Kreise ihren Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1842, S. 81, Nr. 667.

Piraten. S. Griechische Unterthanen.

Pisino. Der provisorische Kreis Pisino (Witterburg), welcher bisher aus den bei dem illyrischen Küstenlande gebliebenen Theilen des Triumaner Kreises bestanden ist, hat aufzuhören; das Istrianer Kreisamt hat in Pisino seinen Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 25. Juni 1825, S. 310, Nr. 2114.

- Von den für den Istrianer Kreis systemisirten Advocaten haben zwei bei dem Bezirksgerichte Pisino ihren Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1842, S. 81, Nr. 667.

Plan. Von den für den Pilsner Kreis in Böhmen angestellten drei Advocaten hat einer in Plan seinen Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juli 1844, S. 214, Nr. 820.

Plastische Kunstwerke. S. Kunstwerke.

Platz. Bestimmung des Platzes für landesfürstliche Behörden, bei öffentlichen, insonderheit kirchlichen Feierlichkeiten.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juni 1838, S. 183, Nr. 275.

Platten-Hallermund. Dem Haupte der reichshändisch-gräflichen Familie Platten-Hallermund gebührt der Titel „Erlaucht“.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Plenum. Bei Appellationsgerichten, welche aus mehr als zehn Räten bestehen, sind zur Bildung eines Plenums nebst dem Präsidenten zehn Räte hinreichend.

Justiz-Hofdecret vom 29. Juli 1823, S. 156, Nr. 1957.

Plettenberg-Wietingen. Dem Haupte der reichshändisch-gräflichen Familie Plettenberg-Wietingen gebührt der Titel „Erlaucht“.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Podpetch. Die Anheimsagung der Privatverwaltung des Bezirkes Egg ob Podpetch in Krain wird angenommen, und dieser Bezirk provisorisch mit dem landesfürstlichen Bezirkscommissariate Ponowitzsch zu Wartemberg vereinigt.

Hofkanzlei-Decret vom 14. December 1838, S. 314, Nr. 316.

Podbpetch. Zur Verwaltung der heimgesagten belegirten Bezirksverwaltung Kreutberg in Krain wird, in Vereinigung mit dem Bezirke Egg ob Podbpetch, ein provisorisches landesfürstliches Bezirkscommissariat zweiter Classe mit dem Sitze in Egg ob Podbpetch und einem eigenen Bezirksrichter aufgestellt.

Hofkanzlei-Decret vom 30. October 1840, S. 535, Nr. 471.

Poglie. Die Insel Poglie wird der Prätur Selve in Dalmatien zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1848, S. 493, Nr. 1119.

Poglizza. Die Steuergemeinde Poglizza in Dalmatien wird der Prätur Bergoraz zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1848, S. 492, Nr. 1118.

Pola. Bestimmung der Stämpel- und Taxgebühren für die in Betreff der Notizenbücher im Bezirke Pola im Istrianer Kreise vorkommenden Urkunden und Amtshandlungen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 4. August 1840, S. 521, Nr. 461.

— Von den für den Istrianer Kreis systemisirten Advocaten hat einer bei dem Bezirksgerichte Pola seinen Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1842, S. 81, Nr. 667.

Polen. Aufhebung des landesfürstlichen Abfahrtsgelbes zwischen Oesterreich und dem Königreiche Polen.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Juni 1825, S. 303, Nr. 2102.

— Beschränkung der Execution der Urtheile der österreichischen Gerichtsbehörden im Königreiche Polen und jener der königlich-polnischen Gerichte in den österreichischen Staaten.

Justiz-Hofdecret vom 13. November 1838, S. 309, Nr. 306.

— Bestimmungen über die von Rußland gewährte Befreiung der armen österreichischen Unterthanen von der Cautionsleistung in ihren bei den Gerichten des Königreiches Polen anhängigen Processen, gegen Beobachtung der Reciprocität.

Justiz-Hofdecret vom 18. Mai 1842, S. 37, Nr. 617.

Politechnisches Institut. Die dortigen Professoren und deren Assistenten sind als Kunstverständige bei Rechtsstreitigkeiten über Privilegienfachen nicht beizuziehen.

Justiz-Hofdecret vom 25. October 1843, S. 162, Nr. 757.

Politische Amtsverwaltung. Provisorische Fortführung der politischen Amtsverwaltung durch die Patrimonialbehörden auf Staatskosten.

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180, und

Justiz-Ministerial-Decret vom 16. September 1848, S. 659, Nr. 1182.

Politische Anstalten. S. Anstalten.

Politische Beamte. S. Beamte.

Politische Behörden. Bestimmung des Ranges der politischen Behörden bei öffentlichen Civil-Feierlichkeiten.

Justiz-Hofdecret vom 24. November 1821, S. 59, Nr. 1816.

— — Wann den politischen Behörden die Fällung der Erkenntnisse über Adels-Anmaßung zusteht.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juli 1823, S. 154, Nr. 1952.

— — sind verpflichtet, die Vorzugsrechte, welche die Staatsverwaltung wegen Steuer-Rückständen auf gepfändete Fahrnisse geltend machen könnte, bei den Gerichtsbehörden anhängig zu machen.

Hofkanzlei-Decret vom 2. September 1824, S. 266, Nr. 2039.

— — Den politischen Behörden steht die Amtshandlung über jene Parteien zu, welche in Besitzthümlichkeiten die öffentliche Ruhe durch beharrlichen Ungehorsam oder durch Gewaltthätigkeiten stören.

Justiz-Hofdecret vom 26. November 1824, S. 270, Nr. 2051.

— — haben den factischen Besitzstand in Rücksicht der Art der Zehent-Einhebung zu bestimmen, und die nöthigen Maßregeln zur Erhaltung eines provisorischen Besitzstandes zu ergreifen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. März 1826, S. 12, Nr. 2173.

— Vorschrift für politische Behörden über die Ertheilung der Nachsicht von Beibringung der Taufscheine bei Eheverbindungen.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1826, S. 59, Nr. 2242.

Politische Behörden entscheiden die Frage, von wem und auf welche Art die Veränderungs-Gebühren zu entrichten seien.

Hofkanzlei-Decret vom 23. December 1826, S. 60, Nr. 2243.

- — Einfluß der politischen Behörden auf die Urlaubsertheilung für Beamte gemischter erster Instanzen.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1826, S. 61, Nr. 2245.

- — entscheiden die wegen Mangels der Neuheit entstehenden Privilegien-Streitigkeiten.

Justiz-Hofdecret vom 2. März 1827, S. 70, Nr. 2262.

- — Benehmen des Appellationsgerichtes in dem Falle, wenn das Criminalgericht eine Handlung nicht für ein Verbrechen erklärt, die von der politischen Behörde für ein Verbrechen gehalten wird.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1827, S. 80, Nr. 2276.

- — entscheiden die Streitigkeiten über Eingriffe in ein Privilegium.

Justiz-Hofdecret vom 2. November 1827, S. 102, Nr. 2315.

- — Streitigkeiten der Dienstboten und Dienstgeber gehören dann vor die politischen Behörden, wenn sie während der Dauer des Dienstverhältnisses oder binnen dreißig Tagen nach Auflösung desselben erhoben werden.

Justiz-Hofdecret vom 18. April 1828, S. 119, Nr. 2340.

- — dürfen in dringenden Fällen anstatt des Criminalgerichtes gegen Verbrecher Steckbriefe erlassen.

Justiz-Hofdecret vom 10. Juli 1829, S. 165, Nr. 2417.

- — Todesfälle und Verwundungen, wobei sich keine Spur eines Verbrechens zeigt, sind der politischen Behörde zur Amtshandlung anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1830, S. 185, Nr. 2451.

- — bewilligen die bei ihnen angesuchte freiwillige Versteigerung unbeweglicher Güter.

Justiz-Hofdecret vom 21. Jänner 1831, S. 5, Nr. 2502.

- — Welche Gemeinde-Giebigkeiten bei nicht eintretenden Unterthansverhältnissen im politischen Wege einzutreiben sind.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1835, S. 20, Nr. 33.

- — Die laufenden Getreide-Zins-Schuldigkeiten der Unterthanen sind im politischen Wege einzutreiben.

Hofkanzlei-Decrete vom 2. Juli 1835, S. 31, Nr. 54, und vom 27. November 1838, S. 311, Nr. 309.

- — Der politischen Behörde ist jede letzte Willens-Erklärung, wodurch einer Stiftung, Kirche, Schule, geistlichen Gemeinde, öffentlichen Anstalt oder den Armen eine Erbschaft oder ein Vermächtniß zufällt, bekannt zu geben.

Justiz-Hofdecret vom 29. August 1836, S. 91, Nr. 154.

- — Einvernehmung der politischen Behörden bei Entscheidung der Justizbehörden über Beschwerden wegen des Zählgeldbezuges.

Hofkanzlei-Decret vom 7. September 1837, S. 144, Nr. 224.

- — Gültigkeit der von den Parteien bei den politischen Behörden geschlossenen Vergleiche auf einen abzulegenden Eid.

Justiz-Hofdecret vom 5. März 1839, S. 333, Nr. 348.

- — Amtswirksamkeit der politischen Behörden bei Rechtsstreitigkeiten der Gemeinden; Einleitung vor Vergleichsversuchen vor Betretung des Rechtsweges.

Hofkanzlei-Decret vom 30. April 1840, S. 484, Nr. 428.

- — steht die Eintreibung der Stollgebühren zu.

Justiz-Hofdecret vom 20. April 1841, S. 571, Nr. 525.

Politische Behörden. Die Concession zur Errichtung der Pfannhämmer, welche kein dem Montanisticum unterstehendes Material verbrauchen, erteilen die politischen Behörden.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 27. April 1841, S. 572, Nr. 528.

— — Wirkungskreis der politischen Behörden in Expropriationsfällen bei Eisenbahnen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. April 1841, S. 572, Nr. 529.

— — Wirkungskreis der politischen und der Justizbehörden hinsichtlich der Vermessung und des Bezuges des Depositen-Zählgeldes.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Mai 1841, S. 577, Nr. 533.

— — Bestimmung der Competenz und des Wirkungskreises der politischen und Justizbehörden in Stiftungssachen.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1841, S. 582, Nr. 541.

— — Vorschrift für die politischen Behörden über die Abschließung der Pachtverträge zur Einbringung der Steuern und Steuer-Rückstände in Galizien.

Hofkanzlei-Decret vom 16. December 1841, S. 657, Nr. 577.

— — Dieselben führen Vormerkprotokolle über verkäufliche nicht radicirte Gewerbe, und es stehen ihnen alle darauf sich beziehenden Amtshandlungen zu.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 586.

— — Wirkungskreis der politischen Behörden bei Entscheidung der Beschwerden wegen Verweigerung eines Armutshzeugnisses zur Erlangung der Stämpelbefreiung vor Gericht.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Jänner 1842, S. 6, Nr. 589.

— — Dieselben haben sowohl den Gerichten erster Instanz, bei welchen der Proceß der wegen Erschleichung eines Armutshzeugnisses zur Erlangung der Stämpelbefreiung, notionirten Parteien geführt wird, ein Exemplar dieser Notion zur Eistellung der weiteren Verbringung ungestämpelter Acten, als auch der Cameralbehörde mitzutheilen.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Jänner 1842, S. 6, Nr. 589.

— — Der Wirkungskreis der politischen Behörden zur Sicherstellung des öffentlichen Dienstes und zur Verwahrung der Haftungsspflicht der Dominien kann dadurch, daß Streitigkeiten zwischen Dominien und ihren Wirtschaftsbearbeitern der Behandlung und dem Erkenntniß der Gerichte zugewiesen sind, nicht beirrt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Jänner 1842, S. 7, Nr. 591.

— — entscheiden die über die Identität eines Privilegiums zwischen zwei ausschließend Privilegirten entstehenden Streitigkeiten.

Hofkammer-Decret vom 26. November 1842, S. 75, Nr. 657.

— — haben die an sie zur Zustellung einlangenden Erlasse auswärtiger Gerichte an den zuständigen Richter erster Instanz zur Amtshandlung zu übermachen.

Hofkanzlei-Decret vom 22. April 1843, S. 117, Nr. 697.

— — Beschwerden einzelner Einleger wider die Sparcassen, wegen statutenwidriger Behandlung, sind bei den zur Aufsicht über dieselben berufenen politischen Behörden anzubringen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. September 1844, S. 222, Nr. 832.

— — Vorschrift über die Competenz der politischen Behörden bei Privilegien-Streitigkeiten.

Justiz-Hofdecet vom 9. Juli 1845, S. 271, Nr. 896.

— — In welchen Fällen Holzdiebstähle an den Holzschwemmen von den politischen Behörden zu untersuchen und zu bestrafen seien.

Hofkanzlei-Decret vom 5. März 1846, S. 320, Nr. 943.

— — Wirkungskreis der politischen Behörden über die Behandlung der in- und ausländischen als Geld ausgeprägten Münzen, welche der Verfälschung verdächtig sind, oder welche als verfälscht erkannt werden.

Hofkammer-Decret vom 29. August 1846, S. 357, Nr. 981.

Politische Behörden haben von Funden numismatischer und archäologischer Gegenstände die Anzeige an die politische Landesstelle zu erstatten.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Juni 1846, S. 338, Nr. 970.

- — entscheiden über den Bezug des bei den galizischen Städten bestehenden Getränke-Erzengungs-Entgeltes.

Justiz-Hofdecret vom 29. October 1846, S. 387, Nr. 995.

- — Die aus dem Dienstverhältnisse oder aus Lohnverträgen zwischen Gewerksleuten oder Fabrikseinhadern und ihren Gesellen, Lehrlingen und Hilfsarbeitern entspringenden Streitigkeiten gehören zur Amtshandlung der politischen Behörden.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1846, S. 390, Nr. 1002.

- — Verpflichtung derselben zur Ueberwachung der Eisenbahnen und Leistung des gesetzmäßigen Beisandes über Aufforderung der Eisenbahnbeamten.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §. 27.

- — In Streitigkeiten zwischen den ehemaligen Unterthanen und Herrschaften hat es vor der Hand bei der bisherigen Behandlung durch die politischen Behörden nach den bisherigen Vorschriften zu verbleiben.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 12. November 1848, S. 663, Nr. 1185.

- **Commissäre.** S. Commissär.
- **Entscheidung.** S. Entscheidung, Recurs.
- **Execution.** S. Execution.
- **Executions-Ordnung.** S. Executions-Ordnung.
- **Fonde.** S. Fonde.
- **Gegenstände.** Wann in politischen Angelegenheiten die Taxen, ungeachtet der Wirksamkeit des Stempel- und Largeseßes vom 27. Jänner 1840, nach den früher bestandenen Vorschriften zu bemessen und einzuhoben seien.
- Hofkammer-Präsdial-Schreiben vom 20. Juli 1840, S. 515, Nr. 455.
- **Geschäftsführer** bei Privatherrschaften. S. Beamte.
- **Geschäfts-Verwaltung.** Die öffentliche politische Geschäftsverwaltung bei Privatherrschaften dürfen nur ganz tabelloße Individuen bekleiden.
- Justiz-Hofdecret vom 12. April 1828, S. 112, Nr. 2335.
- **Haltung.** Im Zweifel über die politische Haltung des bei Dienstbesetzungs-Vorschlägen in Antrag gebrachten Individuums sind die Polizei-Auskünfte einzuholen.
- Justiz-Hofdecret vom 30. October 1846, S. 388, Nr. 998.
- **Landesstelle.** S. Landesstelle.
- **Leitende Dienste.** Ausschließung der herrschaftlichen Privat-Beamten von politischen leitenden Diensten, wenn sie sich einer schweren Polizei-Übertretung schuldig machen.
- Hofkanzlei-Decret vom 8. Juli 1825, S. 311, Nr. 2116.

- **Obrigkeiten.** Bestimmung der Gerichtsbareit der politischen Obrigkeiten über aus dem Verhafte entlassene Criminal-Inquisiten oder Sträflinge.

Justiz-Hofdecret vom 21. December 1822, S. 125, Nr. 1916.

- — Die Führung der Vormerkprotokolle über die verkäuflichen Gewerbe und der anderen dahin einschlagenden Amtshandlungen gehört zum Wirkungskreise der politischen Obrigkeiten.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Februar 1841, S. 555, Nr. 502.

- — Vorschrift über den Ertrag der von politischen Obrigkeiten für verhaftete Beschuldigte während einer Criminal-Voruntersuchung bestrittenen Verpflegskosten.

Hofkanzlei-Decret vom 12. September 1843, S. 138, Nr. 739.

Politische Obrigkeiten. Vorschrift über die Vergütung der von den politischen Obrigkeiten während einer Criminal-Voruntersuchung bestrittenen Verpflegskosten für verhaftete Beschuldigte.
Hofkanzlei-Decret vom 19. März 1844, S. 201, Nr. 795.

— — — Vorschrift über den Ertrag der Verpflegskosten für die während einer Voruntersuchung von politischen Obrigkeiten verhafteten Criminal-Inquisiten.
Hofkanzlei-Decret vom 5. December 1844, S. 242, Nr. 851.

— **Prätoren.** S. Prätoren.

— **Repräsentanten.** S. Repräsentanten.

— **Sequestration.** S. Sequestration.

— **Sträflinge.** S. Sträflinge.

Politischer Verhaft. S. Verhaft.

Polizei. Bestrafung Derjenigen, welche die Polizei oder andere öffentliche Behörden mit falschen Angaben über ihren Namen, Geburtsort, Stand oder über andere Verhältnisse hintergehen.
Hofkanzlei-Decret vom 26. März 1833, S. 86, Nr. 2605.

— **Angelegenheiten.** Vorschrift über die Vergütung der Reise- und Zehrungskosten für das Sanitäts-Personale und andere Kunstverständige bei außerordentlichen Leistungen in Polizei-Angelegenheiten.
Hofkanzlei-Decret vom 25. Mai 1841, S. 565, Nr. 517.

— **Auskünfte.** In welchen Fällen bei Dienstbefugungs-Vorschlägen über die vorzuschlagenden Individuen Polizei-Auskünfte einzuholen sind.
Justiz-Hofdecret vom 30. October 1846, S. 388, Nr. 998.

— **Behörden.** Die strafgerichtliche Behandlung sämmtlicher in dem §. 241, II. Theile des Strafgesetzes, vorgesehenen Fälle von schweren Polizei-Übertretungen gegen die Sicherheit der Ehre wird den Polizei-Behörden Wiens übertragen.
Hofkanzlei-Decret vom 12. April 1847, S. 459, Nr. 1058.

— — — Vorschriften für Polizei-Behörden über die Ertheilung von Auskünften an den Schutzverein für entlassene Sträflinge.
Hofkanzlei-Decret vom 17. April 1847, S. 460, Nr. 1060.

— **Direction.** Wann von den Chefs der Gerichtsbehörden bei Dienstbefugungs-Vorschlägen über die vorzuschlagenden Individuen die Auskünfte von den Polizei-Directionen und rücksichtlich der Polizei-Hofstelle einzuholen sind.
Justiz-Hofdecret vom 30. October 1846, S. 388, Nr. 998.

— — — Die Oberaufsicht über die Eisenbahnen und die Gerichtsbarkeit über Polizeivergehen wird den Polizei-Directionen übertragen.
Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, S. 28.

— **Gesetz für Eisenbahnen.**

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044.

— **Gewerbe.** S. Gewerbe.

— **Hofstelle** hat Werke, die eine Justiz-Gesetzsammlung enthalten oder Justizgesetze commentiren, vor dem Drucke der Hofcommission in Justiz-Gesetzachen mitzutheilen.
Hofkanzlei-Decret vom 6. November 1833, S. 103, Nr. 2634.

— — — Wann bei Dienstbefugungs-Vorschlägen über die vorzuschlagenden Individuen die Auskünfte von der Polizei-Hofstelle einzuholen sind.
Justiz-Hofdecret vom 30. October 1846, S. 388, Nr. 998.

— **Oberdirection.** Bei der Polizei-Oberdirection in Wien sind die Geburts-, Trauungs- und Sterbe-Register über die in Wien sich aufhaltenden türkischen Juden zu führen.
Hofkanzlei-Decret vom 17. November 1845, S. 288, Nr. 909.

Polizei-Übertretungen. Benehmen des Civil-Richters, wenn sich im Laufe eines Processess Anzeigen eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Übertretung ergeben.

Justiz-Hofdecret vom 6. März 1821, S. 11, Nr. 1743.

- — Ein zur Arreststrafe verurtheilter Polizei-Übertreter, wenn er während des Recurses, mit welchem er abgewiesen wurde, wegen einer zweiten schweren Polizei-Übertretung wieder verurtheilt wurde, hat beide Strafen auszusprechen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Februar 1822, S. 81, Nr. 1843.

- — Wann der Diebstahl und die Veruntreuung, wie auch die Theilnahme an denselben, eine schwere Polizei-Übertretung zu seyn aufhören.

Hofkanzlei-Decret vom 18. April 1822, S. 95, Nr. 1868.

- — In allen Fällen, wo über landesherrliche, ständische und städtische Beamte wegen schweren Polizei-Übertretungen die Entlassung vom Dienste verfügt wird, ist gegen herrschaftliche Beamte die Ausschließung von politischen leitenden Diensten auszusprechen.

Hofkanzlei-Decret 7. Juli 1825, S. 311, Nr. 2116.

- — Auf Zeugenverhöre über schwere Polizei-Übertretungen ist die Vorschrift des S. 377, I. Theiles des Strafgesetzes, anzuwenden.

Hofkanzlei-Decret vom 16. März 1827, S. 76, Nr. 2269.

- — Ausdehnung des S. 30, I. Theiles des Strafgesetzes, auf Inländer, welche im Auslande eine Polizei-Übertretung begangen haben, welche dort nicht bestraft oder nachgesehen worden ist.

Hofkanzlei-Decret vom 24. April 1828, S. 119, Nr. 2341.

- — Vorschrift über die Berechnung und den Lauf der Verjährungszeit bei schweren Polizei-Übertretungen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Juni 1829, S. 163, Nr. 2414.

- — Zuziehung zweier Justizräthe zu den Berathungen der Behörden, welche nicht selbst Justizbehörden sind, über die Entlassung der einer schweren Polizei-Übertretung schuldig befundenen, oder von derselben aus Abgang rechtlicher Beweise losgesprochenen Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1830, S. 187, Nr. 2455.

- — Bestimmung des Fonds, in welchen die den landesherrlichen und Patrimonialgerichts-Beamten, wegen vernachlässigter Ausübung des Richteramtes über schwere Polizei-Übertretungen, auferlegten Geldstrafen einzufließen haben.

Hofkanzlei-Decret vom 24. Juni 1830, S. 200, Nr. 2470.

- — Bestrafung der von Sträflingen im Strafhaufe begangenen schweren Polizei-Übertretungen.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Mai 1833, S. 92, Nr. 2614.

- — Anwendung der §§. 284 und 285, II. Theiles des Strafgesetzes, auf Individuen der Gränz- und Gefällenwache bei schweren Polizei-Übertretungen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. April 1835, S. 6, Nr. 12.

- — Vorschrift über die Ergreifung der Recurse gegen Strafurtheile über schwere Polizei-Übertretungen, wodurch zugleich auf Schadenersatz erkannt wird.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 29, Nr. 49.

- — Vorschrift über die Behandlung der Gränz- und Gefällenwache-Individuen, rücksichtlich der Gerichtsbarkeit bei einfachen Polizeivergehen.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Juli 1835, S. 35, Nr. 62.

- — Behandlung der in- und ausländischen Ordensritter, welche wegen einer schweren Polizei-Übertretung abgeurtheilt oder ab instantia absolviert werden.

Justiz-Hofdecret vom 6. October 1835, S. 47, Nr. 86.

Polizei-Übertretungen. Bestrafung der in den Strafhäusern von Sträflingen verübten schweren Polizei-Übertretungen.

- Hofkanzlei-Decret vom 19. August 1836, S. 88, Nr. 150.
- — Bestimmungen über die erforderlichen Beisitzer zur Schöpfung der Urtheile über schwerer Polizei-Übertretungen in Tirol.
- Hofkanzlei-Decret vom 25. August 1836, S. 89, Nr. 153.
- — Vorschrift über die Verjährung der schweren Polizei-Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre.
- Hofkanzlei-Decret vom 24. December 1836, S. 94, Nr. 161.
- — Bestimmung der Verjährungszeit für gemeine Polizeivergehen.
- Hofkanzlei-Decret vom 24. December 1836, S. 94, Nr. 161.
- — Bestimmung der Gebühren für Kunstverständige, welche bei Untersuchungen über schwere Polizei-Übertretungen verwendet werden.
- Hofkammer-Decret vom 14. April 1837, S. 121, Nr. 193, und Hofkanzlei-Decrete vom 25. Jänner und 25. März 1841, S. 554 und 565, Nr. 499 und 517.
- — Vorschrift über das Benehmen des Criminalrichters und des Richters über schwere Polizei-Übertretung, wenn mit einem Verbrechen eine schwere Polizei-Übertretung zusammentrifft.
- Justiz-Hofdecret vom 1. August 1837, S. 136, Nr. 217.
- — Anwendung des §. 178, lit. a, I. Theiles des Strafgesetzes, auch auf die vor einer Behörde in schweren Polizei-Übertretungen abgelegten falschen Zeugenaussagen.
- Hofkanzlei-Decret vom 20. September 1837, S. 146, Nr. 230.
- — Die dem niederösterreichischen Appellationsgerichte ertheilte Belehrung, über das Zusammentreffen schwerer Polizei-Übertretungen mit Verbrechen, wird den übrigen Appellationsgerichten mitgetheilt.
- Justiz-Hofdecret vom 20. Februar 1838, S. 172, Nr. 258.
- — Gerichtsstand des Adels hinsichtlich derselben.
- Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1838, S. 240, Nr. 279.
- — Erläuterung der §§. 284 und 285, II. Theiles des Strafgesetzes, hinsichtlich des Verfahrens gegen Pensionisten und Quiescenten bei schweren Polizei-Übertretungen.
- Hofkanzlei-Decret vom 4. Juli 1838, S. 270, Nr. 284.
- — In wieferne die analoge Anwendung des §. 476, I. Theiles des Strafgesetzes, auf schwere Polizei-Übertretungen statt finden könne; dann Behandlung der wegen einer schweren Polizei-Übertretung abgeurtheilten Individuen, wenn gegen dieselben später eine früher begangene gleiche Polizei-Übertretung vorkommt.
- Hofkanzlei-Decret vom 14. September 1838, S. 277, Nr. 295.
- — Vorschrift über die Aufrechnung der Verpflegsgewühren gegen Ersatzpflichtige bei dem Verfahren in schweren Polizei-Übertretungen.
- Hofkanzlei-Decret vom 18. October 1838, S. 280, Nr. 300.
- — Vorschrift über die Aufrechnung der Verpflegsgewühren gegen Ersatzpflichtige bei dem Verfahren in einfachen Polizeivergehen.
- Hofkanzlei-Decret vom 18. October 1838, S. 280, Nr. 300.
- — Bestimmung der Behörde zur Amtshandlung über die von Reisenden oder Postbedienten begangenen schweren Polizei-Übertretungen.
- Auszug aus der Postordnung für Reisende vom 1. December 1838, S. 312, Nr. 312.
- — Wann die Verjährung einer schweren Polizei-Übertretung nicht eintreten könne.
- Hofkanzlei-Decret vom 2. December 1838, S. 313, Nr. 313.
- — Befreiung der ständischen Beamten von der Pflicht, sich bei Verathungen über schwere Polizei-Übertretungen als Beisitzer verwenden zu lassen.
- Justiz-Hofdecret vom 18. December 1838, S. 314, Nr. 318.

Polizei-Übertretungen. Dem durch eine schwere Polizei-Übertretung Beschädigten sind auf Verlangen die Urtheils-Beweggründe im Auszuge zu verabsorgen und die Einsicht in die Untersuchungsacten zu gestatten.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Mai 1839, S. 339, Nr. 359.

- — Vorschrift über die Bestrafung von schweren Polizei-Übertretungen, welche ein ungarischer oder siebenbürgischer Soldat vor seiner Assentirung und Eidesablegung begangen hat.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 14. Juni 1839, S. 340, Nr. 362.

- — Bestimmung der Zustellungszeit der Urtheile über schwere Polizei-Übertretungen an den Beschädigten.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Februar 1840, S. 470, Nr. 405.

- — Zuwendung der Geldstrafen für Polizeivergehen dem Armenfonde des Ortes, wo das Vergehen begangen worden ist.

Hofkanzlei-Decret vom 6. März 1840, S. 467, Nr. 413.

- — Vorschrift zur Verfassung der Ausweise über die schweren Polizei-Übertretungen, und über die wegen derselben untersuchten Personen.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Juni 1840, S. 502, Nr. 449.

- — Die Übertretung der verbotenen Spiele wird als eine schwere Polizei-Übertretung erklärt.

Hofkanzlei-Decret vom 16. October 1840, S. 533, Nr. 469.

- — Vorschrift über die Verjährung der politischen und politischen Übertretungen.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Februar 1841, S. 561, Nr. 509.

- — Bei einfachen Polizeivergehen hat der Staatsfisc die Untersuchungskosten zu tragen.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1841, S. 581, Nr. 540.

- — Vorschrift über die Tragung der Untersuchungskosten bei schweren Polizei-Übertretungen in Delegationsfällen.

Hofkanzlei-Decret vom 3. December 1841, S. 656, Nr. 574.

- — Der §. 466, I. Theiles des Strafgesetzes, findet auch bei schweren Polizei-Übertretungen seine analoge Anwendung.

Hofkanzlei-Decret vom 1. Juli 1842, S. 44, Nr. 623.

- — Nach §. 233, II. Theiles des Strafgesetzes, wird der Wucher als eine schwere Polizei-Übertretung erklärt.

Justiz-Hofdecret vom 28. November 1842, S. 75, Nr. 658.

- — Bei Einsendung der Jahresausweise über schwere Polizei-Übertretungen sind die Ursachen ihrer Vermehrung anzugeben.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Februar 1843, S. 96, Nr. 681.

- — Bestimmung des Gerichtsstandes für Glieder der Finanzwache in Fällen der schweren Polizei-Übertretungen, dann einfachen Vergehen gegen die Polizei-Vorschriften.

Hofkammer-Decret vom 21. April 1843, S. 105, Nr. 696.

- — Vorschrift über die Vergütung der Fuhr- und Zehrungskosten an Zeugen bei Untersuchungen von schweren Polizei-Übertretungen.

Hofkammer-Decret vom 7. Juli 1843, S. 128, Nr. 721.

- — Vorschrift über die Bestrafung der Mitschuld an einer schweren Polizei-Übertretung.

Hofkanzlei-Decret vom 22. September 1843, S. 140, Nr. 744.

- — Die Verpflegungskosten für mittellose durch die Kreisämter wegen schweren Polizei-Übertretungen oder Polizeivergehen zum Arreste verurtheilte Individuen sind aus dem Cameralfonde zu bestreiten.

Hofkanzlei-Decret vom 22. October 1843, S. 160, Nr. 754.

- — Dienstentlassung der Individuen der Finanzwache, welche wegen Mangels rechtlicher Beweise von der Untersuchung wegen einer schweren Polizei-Übertretung losgezählet werden.

Hofkammer-Decret vom 8. Jänner 1844, S. 185, Nr. 771.

Polizei-Übertretungen. Verpflichtung der Mitglieder des Jesuiten-Ordens, in schweren Polizei-Übertretungs-Angelegenheiten vor Gericht das Zeugniß abzulegen und zu beschwören.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Februar 1844, S. 196, Nr. 789.

- Die gesetzwidrige Ueberlassung und Benützung eines Reisepasses oder anderer obrigkeitlicher Ausweise, ist eine schwere Polizei-Übertretung gegen die öffentlichen Anstalten.

Hofkanzlei-Decret vom 20. November 1844, S. 241, Nr. 847.

- Bestimmung der Fälle, in welchen durch die Uebertretung der Vorschrift über die Sicherheitsmaßregeln gegen die Gefahr der Explosionen bei Dampfesseln eine schwere Polizei-Übertretung begangen wird.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juni 1845, S. 266, Nr. 891.

- Bei schweren Polizei-Übertretungen ist immer das Maximum der gesetzlichen Strafe zum Maßstabe der entsprechenden Verjährungszeit anzunehmen.

Hofkanzlei-Decret vom 18. Juni 1845, S. 269, Nr. 892.

- Die Verfertigung und der Gebrauch von Punzen, Stämpeln und Gußmodellen, mit welchen Abdrücke oder plastische Nachbildungen von gangbaren Münzen in Metallen erzeugt werden können, sind als schwere Polizei-Übertretungen zu bestrafen.

Hofkanzlei-Decret vom 1. Juli 1845, S. 270, Nr. 895.

- Vorschrift über die Behandlung der Kinder verstorbener Beamten und minderten Diener, deren Mutter für dieselben Erziehungsbeiträge genoss, und wegen einer schweren Polizei-Übertretung ihrer Pension oder Provision verlustig wurde.

Hofkammer-Decret vom 7. October 1845, S. 277, Nr. 903.

- Die Übertretungen des den Schutz des literarischen und artistischen Eigenthumes bezielenden Gesetzes sind als schwere Polizei-Übertretungen zu bestrafen.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

- Die Rückkehr einer von der competenten Polizeibehörde abgeschafften Person ist eine schwere Polizei-Übertretung.

Hofkanzlei-Decret vom 22. October 1846, S. 386, Nr. 993.

- Behandlung der Übertretungen des Eisenbahn-Polizeigesetzes als schwere Polizei-Übertretungen oder als Polizeivergehen. Gerichtsbarkeit und Verfahren hierüber.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044; §§. 37, 38, 40, 41, 47 und 48.

- Die strafgerichtliche Behandlung sämmtlicher in dem §. 241, II. Theiles des Strafgesetzes, vorgesehenen Fälle von schweren Polizei-Übertretungen gegen die Sicherheit der Ehre wird den Polizeibehörden Wiens übertragen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. April 1847, S. 459, Nr. 1058.

- Bestimmung der Gebühren für Zeugen bei einfachen Polizeivergehen in Dalmatien.

Hofkanzlei-Decret vom 25. November 1847, S. 478, Nr. 1099.

- Aufhebung der Strafverschärfungen durch Ausstellung im Kreise bei schweren Polizei-Übertretungen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Mai 1848, S. 621, Nr. 1149.

- Wer durch den Inhalt oder die Darstellung einer Druckschrift sich einer schweren Polizei-Übertretung schuldig macht, verfällt im Allgemeinen in die durch die bestehenden Gesetze dagegen verhängte Strafe.

Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

- S. auch falsche Angaben.

Polizeibergehen. Behandlung der Uebertretungen des Eisenbahn-Polizeigesetzes als Polizei-
vergehen. Gerichtbarkeit und Verfahren hierüber.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044; §§. 37, 38, 40, 41, 47 und 48.

— S. auch Polizei-Uebertretungen.

Polizeiwache. Bestimmung der Gebühren der Polizeiwache, wenn sie bei dalmatinischen
Gerichtsbehörden oder Präturen als Zeuge vernommen wird.

Hofkammer-Decret vom 3. März 1847, S. 426, Nr. 1040.

— S. auch Wache.

Polizen. Die Versicherungs-Polizen der Triester Seeschadenversicherungs-Gesellschaft werden den
Wechsellern gleich gestellt, und daher von der Unterschrift zweier Zeugen befreit.

Justiz-Hofdecret vom 19. August 1826, S. 44, Nr. 2216.

— Die Versicherungs-Polizen der unter dem Namen: Nuovo greco Banco d'assicurazione in
Triest errichteten Seeschadenversicherungs-Gesellschaft werden von der Unterschrift zweier Zeugen
befreit.

Hofkammer-Decret vom 17. Juni 1831, S. 15, Nr. 2516.

— Die Versicherungs-Polizen der in Triest unter dem Namen: Società slava d'assicurazioni
marittimo entstandenen Seeschadenversicherungs-Gesellschaft werden den Wechsellern gleich gestellt,
und von der Unterschrift zweier Zeugen befreit.

Hofkammer-Decret vom 8. Juli 1831, S. 15, Nr. 2518.

— der in Triest unter dem Namen: Intrepida Compagnia d'assicurazione entstandenen Ver-
sicherungs-Gesellschaft bedürfen der Mitfertigung zweier Zeugen nicht.

Hofkammer-Decret vom 11. Juli 1833, S. 99, Nr. 2623.

— Die Versicherungs-Polizen der in Triest unter der Benennung: Riunione adriatica entstandenen
Versicherungs-Gesellschaft bedürfen der Mitfertigung zweier Zeugen nicht.

Hofkammer-Decret vom 22. März 1839, S. 334, Nr. 351.

— Die Versicherungs-Polizen der in Triest unter der Benennung: Austriaca compagnia d'assicu-
razione entstandenen Versicherungs-Gesellschaft bedürfen der Mitfertigung zweier Zeugen nicht.

Hofkanzlei-Decret vom 5. August 1846, S. 356, Nr. 978.

— Die Polizen der unter dem Namen: Nuova società commerciale d'assicurazione in Triest
entstandenen Versicherungs-Gesellschaft werden den Wechsellern gleich gestellt und von der Unter-
schrift zweier Zeugen befreit.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Mai 1848, S. 620, Nr. 1148.

Polnische Sprache. S. Sprache.

Ponente. S. Abendland.

Ponowitsch. Vereinigung des Bezirkes Egg ob Podpetich mit dem landesfürstlichen Bezirks-
commissariate Ponowitsch zu Wartemberg in Krain, und Erklärung des letzteren für ein Com-
missariat I. Classe.

Hofkanzlei-Decret vom 14. December 1838, S. 314, Nr. 316.

— Der Bezirk Ponowitsch wird mit der heimgesagten Bezirksverwaltung Kreutberg in Krain ver-
einigt und zu Wartemberg ein landesfürstliches Bezirkscommissariat II. Classe aufgestellt.

Hofkanzlei-Decret vom 30. October 1840, S. 535, Nr. 471.

Pontebianche. Die Insel Pontebianche wird der Prätur Selve in Dalmatien zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1848, S. 493, Nr. 1119.

Porgo. Theilung des Landgerichtes Porgo im Trienter Kreise in Tirol mit Einem Adjutum für
einen Concept-Practikanten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

Porto. S. Postfreiheit, Postporto.

Portopflichtige Aemter und Behörden. S. Amt, Behörden.

Positiver Eid. S. Eid.

Possessorium summarissimum. S. Besitzörung.

Post. Vereinigung der Direction der fahrenden Post mit der Oberst-Postverwaltung und Instruction für dieselbe.

Justiz-Hofdecret vom 19. Mai 1829, S. 159, Nr. 2404.

- Durch die Post sollen die Zustellungen der fideicommissarischen Angelegenheiten im Küstenlande so viel möglich bewirkt werden.

Justiz-Hofdecret vom 12. März 1830, S. 186, Nr. 2452.

- Geladene Feueergewehre dürfen in keinem Falle von den Gerichtsbehörden durch die fahrende Post versendet werden.

Justiz-Hofdecret vom 20. März 1837, S. 117, Nr. 186.

- Vorschrift über die Ausweisung der bezahlten Wegmauthgebühr von den im Dienste mit der Extra-Post reisenden Beamten.

Hofkammer-Decret vom 15. October 1839, S. 352, Nr. 382.

- Bestimmung der Anzahl der Posten, welche die mit Postpferden reisenden laubesfürstlichen Beamten täglich zurück zu legen haben.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Jänner 1841, S. 551, Nr. 493.

- Mittelft der Post dürfen nur mit vorschriftmäßigen Pässen oder polizeilichen Passierscheinen versehene Reisende befördert werden.

Hofkanzlei-Decret vom 13. August 1841, S. 603, Nr. 554.

- Recommandirung der mit geldvertretenden Urkunden beschwerten Dienstscheinen der Cassen an eine andere Cassa bei der Aufgabe auf die Post.

Hofkammer-Decret vom 24. September 1841, S. 612, Nr. 564.

- Beförderung der amtlichen Correspondenz der Gerichtsstellen in Dalmatien durch die Briefpost.

Justiz-Hofdecret vom 17. Jänner 1843, S. 88, Nr. 673.

- Bestimmungen zur Evidenzhaltung und Controle über den Inhalt der von den Behörden und Aemtern mit der Fahrpost zu versendenden Pakete.

Hofkammer-Decret vom 20. November 1847, S. 477, Nr. 1097.

Postämter. Nähere Bestimmungen zur Handhabung des Verbotes den amtlichen Postwagen-SENDUNGEN Privatsachen beizuschließen. Nachtrag zu dem Justiz-Hofdecrete vom 4. December 1819, Nr. 1631.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1821, S. 14, Nr. 1751.

- In wieferne dieselben für Postsendungen zu haften und Schadenersatz zu leisten haben.

Hofkammer-Decret vom 6. Februar 1839, S. 325, Nr. 337.

- Vorschrift für die Postämter über die portofreie Annahme der Recurse von ex officio Vertretern der das Armenrecht genießenden Parteien.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1844, S. 237, Nr. 838.

- haben die an Inquisiten und Eridatate einlangenden oder von flüchtigen Verbrechern einkommenden Briefe den Criminal- oder Concursergerichten auszufolgen.

Hofkammer-Decret vom 8. März 1845, S. 255, Nr. 874.

- haben in den Journalen über die ex officio Correspondenz die auf den Couverten der Geschäftsstücke angelegten Nummern einzuzichnen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 8. November 1846, S. 390, Nr. 1001.

- Von den Postämtern können mit den Packfahrten nur Sendungen bis höchstens achtzig und mit den Mallefahrten bis vierzig Pfund befördert werden.

Justiz-Hofdecret vom 28. Jänner 1847, S. 405, Nr. 1023.

Postbeamte. S. Beamte.

Postbedienstete. Vorschrift über die Behandlung der bei Anwendung der Post-Ordnung zwischen Reisenden und Postbediensteten sich ergebenden Anstände und Entschädigungs-Ansprüche. Auszug aus der Post-Ordnung für Reisende vom 1. December 1838, S. 312, Nr. 312.

Postfreiheit der Correspondenz zwischen landesfürstlichen und nicht landesfürstlichen Behörden, über die von Letzteren auf Ansuchen der Ersteren vorgenommenen gemeinschaftlichen Amtshandlungen in oder außer Streitsachen.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1843, S. 96, Nr. 683.

Postgebühren. Vorschrift über die Aufrechnung des für die Beförderung außer der Poststraße gegen das gewöhnliche Ausmaß der Extra-Postgebühren erhöhten Ritt- und Trinkgelbes.

Hofkammer-Decret vom 29. Jänner 1847, S. 405, Nr. 1024.

Postgesetz. Regulirung des Postwesens.

Patent vom 5. November 1837, S. 152, Nr. 240.

Postmeister. Vorschrift über die Behandlung der zwischen Reisenden und den Postmeistern bei Anwendung der Post-Ordnung entstehenden Anstände und Entschädigungs-Ansprüche.

Auszug aus der Post-Ordnung für Reisende vom 1. December 1838, S. 312, Nr. 312.

— dürfen nur mit vorschreifemäßigen Pässen oder polizeilichen Passierscheinen versehene Reisende mittelst der Post befördern; Bestrafung der dagegen handelnden Postmeister.

Hofkanzlei-Decret vom 13. August 1841, S. 603, Nr. 554.

— Modificirung der Vorschrift über den Fortgang und die Beendigung der Rechnungsprocesse der Postmeister.

Hofkammer-Decret vom 23. October 1843, S. 161, Nr. 756.

Post-Ordnung (Fahr-) für Sachentransporte und Sendungen, dann für Reisende, welche mit 1. November 1838 in Wirksamkeit zu treten hat.

Hofkammer-Decret vom 12. Juni 1838, S. 244, Nr. 280.

— für Reisende, Vorschrift über die Behandlung der bei Anwendung der Post-Ordnung zwischen Reisenden und Postbediensteten sich ergebenden Anstände und Entschädigungs-Ansprüche.

Auszug aus der Post-Ordnung für Reisende vom 1. December 1838, S. 312, Nr. 312.

— für Brief- und andere Sendungen; Auszug aus derselben.

Hofkammer-Decret vom 6. Februar 1839, S. 325, Nr. 337.

— Anwendung des §. 40 der Fahrpost-Ordnung vom 1. December 1838 auf die Aufrechnung der Extra-Postgebühren bei Dienstreisen der Beamten außer der Poststraße.

Hofkammer-Decret vom 29. Jänner 1847, S. 405, Nr. 1024.

Postpferde. Den adelichen Schäggleuten landesfürstlicher Güter in Galizien wird bei amtlichen Reisen der Gebrauch von vier Postpferden bewilliget.

Justiz-Hofdecret vom 23. März 1821, S. 14, Nr. 1750.

Postporto. Befreiung der landesfürstlichen Orts- und Patrimonialgerichte, Dominien und Magistrate von der Entrichtung des Postporto bei ihrer amtlichen Judicial-Correspondenz.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1821, S. 69, Nr. 1824.

— Befreiung der Erbschreibern österreichischer Gerichtsbehörden an jene des Kirchenstaates.

Justiz-Hofdecret vom 13. September 1822, S. 117, Nr. 1893.

— Auf Schreiben in strafgerichtlichen Angelegenheiten ist der Gegenstand des betreffenden Schreibens zur Befreiung vom Postporto von Außen anzumerken.

Hofkammer-Decret vom 17. October 1822, S. 120, Nr. 1902.

— Auf der Adresse der aus den österreichischen Staaten portofrei an die königlich-sächsischen Behörden zu gelangen habenden Erlässe ist der Gegenstand der Aufschrift anzumerken.

Justiz-Hofdecret vom 9. December 1822, S. 123, Nr. 1912.

— Welche Judicial-Gegenstände eigentlich als officios vom Postporto befreit sind.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1823, S. 137, Nr. 1927.

Postporto. Befreiung der nicht landesfürstlichen Orts- und Patrimonialgerichte in Aerial-Taxangelegenheiten vom Postporto.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1823, S. 155, Nr. 1955.

- Auch die Correspondenz der Magistrate und Gränzämter in Aerial-Taxsachen ist vom Postporto befreit.

Justiz-Hofdecret vom 19. August 1823, S. 158, Nr. 1963.

- Unweigerliche und ungesäumte Unterfertigung der sogenannten B-Scheine über die officiose Correspondenz.

Justiz-Hofdecret vom 11. März 1825, S. 289, Nr. 2074.

- Die Magistrate und Dominien auf dem Lande sind bei Einsegnung der Sterbetabellen und Erbsteuer-Ausweise portofrei.

Hofkammer-Decret vom 20. October 1826, S. 52, Nr. 2227.

- Den Postportogebühren unterliegen Recurse und Gesuche der Magistrate und anderer Justiz-Obrigkeiten um Nachsicht oder Mäßigung der wider sie verhängten Geldstrafen.

Hofkammer-Decret vom 30. Mai 1827, S. 82, Nr. 2280.

- Befreiung der ämlichen, über die Einhebung der Aerial-Taxen zwischen Magistraten und Patrimonialgerichten entstehenden Correspondenz.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1827, S. 84, Nr. 2284.

- Befreiung der landesfürstlichen Behörden, der gutherrlichen Gerichte und Magistrate in officiosen Judicial-Gegenständen in Katastral- und Steuersachen vom Postporto.

Hofkammer-Decret vom 18. Februar 1829, S. 145, Nr. 2386.

- darf nicht auf Parteisachen ausgedehnt werden.

Hofkammer-Decret vom 18. Februar 1829, S. 145, Nr. 2386.

- Von Unterbehörden über Beschwerden im Recurse in Rechts-Angelegenheiten abgeforderte Amts-Erinnerungen sind portofrei; für die Erledigung dieser Recurse ist das Postporto zu entrichten.

Justiz-Hofdecret vom 16. Mai 1829, S. 157, Nr. 2401.

- Das Postporto wird für Sendungen der Dienstbesetzungsvorschläge von einer Behörde an die andere und für deren Erledigungen nicht mehr den Bittstellern aufgerechnet.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juni 1830, S. 200, Nr. 2469.

- Vorschrift über die Portofreiheit der in Streitsachen des Fiskus, dann von Amtswegen in nicht streitigen Rechtsgeschäften erlassenen gerichtlichen Verfügungen.

Hofkammer-Decret vom 15. März 1834, S. 109, Nr. 2647.

- Befreiung der Schreiben, wodurch Gesuche der Beamten um einen Dienstplatz von einer Behörde an die andere übersendet werden, vom Postporto.

Justiz-Hofdecret vom 16. Mai 1834, S. 112, Nr. 2654.

- Befreiung der Dienstbesetzungs-Vorschläge und Schreiben zwischen landesfürstlichen Behörden und Aemtern vom Postporto.

Hofkammer-Decret vom 25. März 1836, S. 79, Nr. 134.

- Die Vorschreibung des Postporto für Erlässe in Parteisachen von einer Behörde an die andere hat aufzuhören; dann Vorschrift über die Entrichtung desselben an postportofreie Behörden und Personen.

Hofkammer-Decret vom 4. August 1840, S. 519, Nr. 458.

- Befreiung der von einer portofreien Behörde der Post zur Beförderung an eine andere Behörde übergebenen Verhandlungen und Erlässe in Parteisachen vom Postporto.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1841, S. 554, Nr. 501.

- Befreiung der Correspondenz der Kreis- und Districts-Physicate der Monarchie in Sanitäts-sachen vom Postporto.

Hofkammer-Decret vom 10. Februar 1841, S. 559, Nr. 506.

Postporto. Vorschrift über die Behandlung der Erlässe der Gerichtsbehörden an portopflichtige Behörden und Parteien hinsichtlich des Postporto.

Justiz-Hofdecret vom 2. März 1841, S. 562, Nr. 513.

- Vorschrift über die Behandlung der Correspondenz zwischen landesfürstlichen und nicht landesfürstlichen Behörden, hinsichtlich der Befreiung vom Postporto.

Justiz-Hofdecret vom 23. November 1841, S. 654, Nr. 571.

- Befreiung der Correspondenz zwischen landesfürstlichen und nicht landesfürstlichen Behörden, über die von Letzteren über Ansuchen der Ersteren vorgenommenen gemeinschaftlichen Amtshandlungen in oder außer Streitsachen vom Postporto.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1843, S. 96, Nr. 683.

- Postportofreie Behandlung der von landesfürstlichen Behörden dem Wiener Zeitungs-Comptoir zukommenden Insertions-Entwürfe.

Hofkammer-Decret vom 29. April 1843, S. 120, Nr. 701.

- Befreiung der amtlichen Correspondenz in Aetarial-Taxsachen, dann bedingte Befreiung der Empfangsbefähigungen über gerichtliche Zustellungen an Private vom Postporto.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1843, S. 148, Nr. 749.

- Vorschrift für ex offio Parteivertreter über die portofreie Aufgabe der Recurse der das Armenrecht genießenden Parteien auf die Post.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1844, S. 237, Nr. 838.

- Verpflichtung der portopflichtigen Behörden zur Annahme der Zuschriften von gleichfalls portopflichtigen Aemtern und Bezahlung des Postporto.

Hofkammer-Decret vom 18. März 1845, S. 256, Nr. 876.

- Befreiung jener Amtsschreiben der nicht landesfürstlichen Gerichte vom Postporto, mit welchen sie die Empfangsscheine von Parteien über zugestellte gerichtliche Urtheile an ein landesfürstliches Gericht einsenden.

Hofkammer-Decret vom 9. Jänner 1846, S. 307, Nr. 920.

- Portopflichtigkeit der Correspondenz, wegen Zustellung der Erledigungen der Gesuche, wodurch die bürgerliche Sicherstellung oder Löschung eines dinglichen Rechtes bewilliget wurde, an den beteiligten Gegner.

Hofkammer-Decret vom 14. Mai 1846, S. 335, Nr. 963.

- Befreiung der Correspondenz aller Gerichtsstellen, wodurch sie vorgeschossene Portobeträge sich ausgeben oder deren Empfang bestätigen, vom Postporto.

Hofkammer-Decret vom 26. Mai 1846, S. 336, Nr. 966.

- Befreiung der Correspondenz der im Dienste ausgesendeten Beamten zwischen denselben und ihren vorgesetzten Behörden sowohl bei der Brief- als auch bei der Fahrpost vom Postporto.

Finanz-Ministerial-Erlaß vom 26. Juli 1848, S. 647, Nr. 1171.

- Befreiung der Depositenämter bei Absendung gerichtlicher Depositen an die Staatsschulden-Lösungsfonds-Hauptcasse vom Postporto.

Finanz-Ministerial-Decret vom 26. August 1848, S. 655, Nr. 1177.

- Befreiung des amtlichen Schriftenwechsels und der Erlässe des Staatsanwaltes und sämtlicher Behörden in Preßvergehens-Angelegenheiten vom Postporto.

Finanz-Ministerial-Decret vom 15. September 1848, S. 659, Nr. 1181.

Postporto-Befreiung. S. Postporto.

Postportofreie Behörden. S. Behörden.

Post-Megale. Verpflichtungen der Eisenbahn-Unternehmungen gegen das Post-Megale, wegen Beförderung der Briefe, Schriften, Amtspakete und Fahrpost-SENDUNGEN auf der Eisenbahn.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juli 1840, S. 513, Nr. 452.

Postritte (besondere). S. Gaffeten.

Postfächer. Brief-Postordnung, welche mit 1. Mai 1839 in Wirksamkeit zu treten hat.
Hofkammer-Decret vom 6. November 1838, S. 285, Nr. 302.

Post-Schmiergeld. S. Schmiergeld.

Postsendungen. Behandlung der den officösen Postsendungen, deren zeitweilige Eröffnung den Postbeamten zusteht, zuzuliegenden Privatsachen.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1821, S. 14, Nr. 1751.

- Verpflichtungen der Eisenbahn-Unternehmungen gegen das Post-Regale, wegen Beförderung der Fahrpostsendungen auf der Eisenbahn.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juli 1840, S. 513, Nr. 452.

- Die portofreien Behörden haben, wenn sie ihre amtlichen portofreien Postsendungen gegen Retour-Recepisse der Postanstalt übergeben, die postamtlichen Retour-Recepisse gegen Entrichtung der gesetzlichen Gebühr zu gebrauchen.

Hofkammer-Decret vom 24. Jänner 1843, S. 89, Nr. 676.

- Von den Postämtern können mit den Packfahrten nur Sendungen bis höchstens 80, und mit dem Malle-Fahrten bis 40 Pfund befördert werden, daher amtliche Stücke von größerem Gewichte abzutheilen sind.

Justiz-Hofdecret vom 28. Jänner 1847, S. 405, Nr. 1023.

- Beförderung der Post-Sendungen durch die Eisenbahnen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, S. 14.

- Postporto-Befreiung der Correspondenz der im Dienste ausgesendeten Beamten zwischen denselben und ihren vorgesetzten Behörden sowohl bei der Brief- als auch bei der Fahrpost.

Finanz-Ministerial-Erlaß vom 26. Juli 1848, S. 647, Nr. 1171.

Postspesen gebühren den Beamten der Präturen bei Dienstreisen außer ihrem Amtsbezirke; den Beamten der Collegialgerichte aber in- und außerhalb ihrem Amtsbezirke.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1821, S. 44, Nr. 1793.

Poststallhalter. Modificirung der Vorschrift über den Fortgang und die Beendigung der Rechnungs-Processe der Poststallhalter.

Hofkammer-Decret vom 23. October 1843, S. 161, Nr. 756.

Postverwaltung (Oberste Hof-). S. Oberste Hofpostverwaltung.

Postwagen. Welche Acten durch den Postwagen, und welche durch die Briefpost zu befördern sind.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1824, S. 260, Nr. 2025.

- Versendung voluminöser amtlicher Verhandlungen mit dem Postwagen.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1825, S. 295, Nr. 2084.

- Wegen Unterfertigung der Recepissen über Postwagens-Sendungen an Behörden von dem Protokoll-Director oder seinem Stellvertreter.

Justiz-Hofdecret vom 6. August 1825, S. 313, Nr. 2121.

- S. auch Eilwagen.

Postwagens-Sendungen. S. Postsendungen.

Prachimer Kreis. Anstellung eines Advocaten im Prachimer Kreise.

Justiz-Hofdecret vom 12. Mai 1840, S. 490, Nr. 436.

Practikanten. Eigenschaften und Beschäftigung der Criminal-Practikanten bei dem Magistrat zu Graz.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 46, Nr. 1796.

- Diätenbestimmung für Practikanten bei den galizischen Criminalgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1823, S. 141, Nr. 1934.

Practikanten. Wegen Beerdigung und Verwendung der Practikanten bei Criminalgerichten; sie dürfen zu den Rathssitzungen des Gerichtes nicht zugelassen werden.

Justiz-Hofdecret vom 12. März 1824, S. 195, Nr. 1992.

- Die Aufnahme der nicht systemisirten Concepts-Practikanten bei den landesfürstlichen Pfleggerichten in Oesterreich ob der Enns bleibt der Landesregierung überlassen.

Justiz-Hofdecret vom 21. April 1826, S. 17, Nr. 2182.

- Bedingung der Zulassung der Rechts-Practikanten bei landesfürstlichen Orts- oder Bezirksgerichten und nicht vollständig organisirten Magistraten.

Justiz-Hofdecret vom 1. September 1826, S. 46, Nr. 2218.

- Vertheilung der Adjuten unter die Auscultanten und Concepts-Practikanten des Lemberger Magistrates.

Justiz-Hofdecret vom 23. September 1826, S. 49, Nr. 2223.

- Criminal-Practikanten können zwar als Actuare, aber nicht als Verhörs-Beisitzer bei Criminal-Untersuchungen gebrauchet werden.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1829, S. 144, Nr. 2383.

- Unbefoldete Beamte, die größere Schulden machen, als sie von ihrem Vermögen bezahlen können, sind zu entlassen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Juni 1829, S. 162, Nr. 2410.

- Die Concepts-Practikanten der Landgerichte in Tirol haben, wenn sie zur zeitlichen Aushilfe von einem Landgerichte zum anderen übersezt werden, in der Regel nur die Vergütung der Reisekosten, keine Tagelohn oder andere Belohnung ihrer Aushilfsdienste zu fordern. Nur aus besonderen Gründen und im Falle der Substituierung auf einen erledigten Dienstposten kann ihnen eine angemessene Entschädigung bewilliget werden.

Justiz-Hofdecret vom 2. Jänner 1830, S. 181, Nr. 2445.

- Vorschriften über die Criminal-Praxis der Concepts-Practikanten der Fiscalämter.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1830, S. 214, Nr. 2489.

- Vorschrift über das Verfahren bei der Dienstentlassung beedeter Concepts- und Manipulations-Practikanten landesfürstlicher Behörden.

Justiz-Hofdecret vom 23. August 1833, S. 101, Nr. 2627.

- haben künftig, wenn sie ein ihr Adjutum übersteigendes gesichertes Einkommen erlangen, darüber die Anzeige zu erstatten, und auf das Adjutum Verzicht zu leisten.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1834, S. 108, Nr. 2644.

- Vorschrift über die Aufnahme der fiscalämlichen Concepts-Practikanten.

Hofkammer-Decret vom 22. Juli 1836, S. 87, Nr. 147.

- Vorschrift über die Zulassung der Auditoriat-Practikanten zu den Richter-Prüfungen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1838, S. 182, Nr. 273.

- Vorschrift über die Aufnahme der Concepts-Practikanten bei dem Grazer Magistrate.

Hofkanzlei-Decret vom 7. November 1838, S. 306, Nr. 303.

- Aufnahme von Concepts-Practikanten bei den Präturen in Dalmatien.

Hofkanzlei-Decret vom 21. September 1839, S. 351, Nr. 380.

- Für die Concepts-Practikanten der sämmtlichen Landgerichte in Tirol und Vorarlberg werden dreißig Adjuten mit jährlich 200 fl. Conventions-Münze bewilliget.

Justiz-Hofdecret vom 21. März 1843, S. 103, Nr. 691.

- Benennung der Landgerichte in Tirol und Vorarlberg, welche mit Adjuten für ihre Concepts-Practikanten betheilt werden; Erfordernisse zur Erlangung derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

Practikanten. Adjuten der Concepts-Practikanten unterliegen nicht der Dienstverleihungsstare.

Hofkammer-Decret vom 27. Februar 1844, S. 195, Nr. 788.

- Vorschrift über die Betheilung der Landgerichte in Tirol und Vorarlberg mit Adjuten für ihre Concepts-Practikanten, dann Bestimmung der erforderlichen Eigenschaften derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 25. März 1844, S. 202, Nr. 797.

- Den fiscalämlichen Concepts-Practikanten ist die Nebenbeschäftigung bei Advocaten, Notaren und öffentlichen Agenten nicht gestattet.

Hofkammer-Decret vom 29. November 1844, S. 241, Nr. 849.

- dürfen bei Dienststreifen mittelst der Eisenbahn die Fahrpreise der ersten Wagenklasse aufrechnen.

Hofkammer-Decret vom 14. Februar 1845, S. 253, Nr. 869.

- Vorschrift über die Behandlung der mit einem Adjutum betheilten Präturs-Concepts-Practikanten, hinsichtlich der Diäten, Reisegebühren und Belohnung für geleistete Aushilfsdienste.

Hofkanzlei-Decret vom 30. August 1847, S. 468, Nr. 1082.

- S. auch Diäten.

Präclusiv-Frist. S. Frist.

Prädicate des Adels. Gebrauch des erlangten Prädicats in Vereinigung mit dem Familiennamen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1838, S. 240, Nr. 279.

- S. auch Titel.

Präfectur des Monte. Der Präfectur des Monte in Mailand wird die Verwaltung des Monte des lombardisch-venetianischen Königreiches übertragen.

Patent vom 24. Mai 1822, S. 97, Nr. 1873.

Prälatenstand. Bestimmung der Verlassenschaftsbeträge von dem Prälatenstande für den Normal-Schulfond und in Conventions-Münze.

Justiz-Hofdecret vom 7. September 1822, S. 116, Nr. 1891.

Pränotation. S. Grundbuch, Landtafel, Vormerkung.

Pränotationstage. S. Taxen.

Präsident des Collegialgerichtes zu Feldkirch in Vorarlberg hat sich mit Rathsgeschäften zu befassen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1821, S. 38, Nr. 1778.

- Der Präsident eines Collegialgerichtes hat bei seiner Uebersehung zu einem anderen Collegialgerichte, wenn ihm keine mehreren oder höheren Pflichten obliegen, keinen neuen Dienstleid abzugeben.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1827, S. 101, Nr. 2313.

- Der Präsident eines balmatinischen Collegialgerichtes erster Instanz und ein Appellationsrath haben gleichen Dienstrang, daher der Letztere bei seiner Ernennung zum Präsident keine Charakterstare zu entrichten hat.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1835, S. 4, Nr. 7.

- Vorschrift für den Präsident einer Gerichtsstelle über die Zählung der Stimmen und Fassung der Rathsbeschlüsse in bürgerlichen Rechts-Angelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1841, S. 565, Nr. 519.

- Vicebürgermeister. Die Ernennung des Präsident-Vicebürgermeisters bei dem Civil- und bei dem Criminalgerichte der Stadt Wien haben Sich Seine Majestät vorbehalten.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 569, Nr. 524.

Präsidenten. Der Präsident eines fürstlichen Landrechtes in Schlesien kommt in die fünfte Diätenklasse zu stehen.

Justiz-Hofdecret vom 5. October 1822, S. 119, Nr. 1898.

Präsidenten haben das Betragen ihrer Beamten zu überwachen und das unerlaubte Agenzieren, Sollicitiren und Correspondiren derselben zu bestrafen.

Justiz-Hofdecret vom 24. Juli 1825, S. 310, Nr. 2113.

- Die Absenzen der Präsidenten einer Gerichtsbehörde sind in den jährlich an die oberste Justizstelle zu überreichenden Absenztabelle aufzuführen. Es darf ihnen ohne Allerhöchste Bewilligung keine längere Dienstreis-Absenheit im Ganzen als von sechs Wochen gestattet werden.

Justiz-Hofdecret vom 7. September 1826, S. 57, Nr. 2238.

- Legalisirung der im Herzogthume Modena errichteten Urkunden durch die Präsidenten der Gubernien in Mailand und Venedig.

Justiz-Hofdecret vom 21. September 1827, S. 98, Nr. 2307.

- Der Präsident eines Collegialgerichtes hat bei seiner Uebersetzung zu einem anderen Collegialgerichte, wenn ihm keine mehreren oder höheren Pflichten obliegen, seinen neuen Dienstzeit abzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1827, S. 101, Nr. 2313.

- Die Präsidenten des Appellationsgerichtes sind ermächtigt, die Gesandtschaft in Paris in Civil- und Criminalsachen um die erforderliche diplomatische Unterstützung zu ersuchen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1829, S. 161, Nr. 2407.

- Streitsachen, wobei der Präsident des urtheilenden Gerichtes als Partei eintritt, sind nach Umständen in einem verstärkten Senate in Vortrag zu bringen; die unterlassene Berathschlagung in einem verstärkten Senate begründet aber keine Nullität.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juli 1830, S. 204, Nr. 2474.

- Den Vorschlag für Aushilfs-Referenten bei dem Appellationsgerichte erstattet der Appellationsgerichts-Präsident.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1834, S. 108, Nr. 2643.

- Vorschrift über die Besetzung der Präsidentenstellen bei den landesfürstlichen Collegialgerichten erster und zweiter Instanz.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

- Vorschrift über die Erstattung der Vorschläge zur Besetzung der bei landesfürstlichen Collegialgerichten erster Instanz erledigten Präsidentenstellen.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1837, S. 148, Nr. 235.

- Verpflichtung der Präsidenten zur Kenntnißbringung unzulässiger Verwandtschafts- und Schwägerschafts-Verhältnisse unter ihren untergeordneten Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1839, S. 320, Nr. 326.

- Verpflichtung der Präsidenten, von welchen die Qualification ausgeht, zur Erklärung in der Tabelle, ob und in wieferne der Beamte zur angestrichenen Stelle geeignet sei.

Justiz-Hofdecret vom 25. Jänner 1841, S. 553, Nr. 497.

- Vorschrift für die Präsidenten bei Gerichtsbehörden über die Zählung der Stimmen, und Fassung der Rathsbeschlüsse in bürgerlichen Rechtsachen.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1841, S. 565, Nr. 519.

- Beamte haben ihre Beförderungsgesuche bei dem Präsidenten der Stelle, bei welcher sie dienen, zu überreichen; Verhalten desselben bei der Qualificirung der Bittsteller.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1843, S. 104, Nr. 693.

- der Gerichtsstelle sollen bei Vorschlägen zur Besetzung von Rathsstellen gegenwärtig seyn und ihr Gutachten geben.

Justiz-Hofdecret vom 20. März 1845, S. 256, Nr. 877.

- In welchen Fällen die Präsidenten der Gerichtsbehörden verpflichtet sind, bei Dienstbesetzungs-Vorschlägen über die in Antrag gebrachten Individuen, Polizei-Auskünfte einzuholen.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1846, S. 388, Nr. 998.

Präsidenten. In Disciplinarsachen der Beamten ist vorzüglich der Präsident verpflichtet, den Ruf und eine auch nur im glaubwürdigen Privatwege erlangte Notiz zur Veranlassung von Erhebungen zu berücksichtigen, und bei Dienstbesetzungen sich nur von der eigenen inneren Ueberzeugung über die vollkommene Eignung des Vorgesetzten leiten zu lassen.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1846, S. 399, Nr. 1013.

- Verpflichtung der Präsidien zu Anzeigen an die vorgesetzte Behörde über jene Beamte, welche sich eines Verbrechens schuldig gemacht haben, wenn auch wegen der eingetretenen Verjährung oder wegen rechtzeitig geleisteten Ersatzes von dem Criminal-Verfahren abgelaufen worden ist.

Justiz-Ministerial-Decret vom 30. Juni 1848, S. 643, Nr. 1166.

Präsidial-Correspondenz. S. Schriftenwechsel.

Präsidial-Erlässe. Wegen taxamtlicher Behandlung jener Präsidial-Erlässe in Partesachen, die keine Geheimhaltung fordern.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1823, S. 140, Nr. 1933.

Präsidien. S. Präsidenten.

Präsidium. An das Präsidium der Hofkammer können Criminalgerichte Anzeigen über falsche Creditpapiere einreichen.

Justiz-Hofdecret vom 8. October 1824, S. 267, Nr. 2042.

- Bestätigung der Ordinariats-Regalisirung der von den Seelsorgern in Dalmatien ausgestellten Tauf-, Trau- und Lobenscheine durch das Gubernial-Präsidium, wenn Parteien davon außer dem Gouvernementsgebiete Gebrauch machen wollen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1847, S. 454, Nr. 1052.

- S. auch Präsidenten.

Prätoren. Bei Erledigung der Prätorsstellen ist immer ein Concurrs auszuschreiben; wenn wegen deren Besetzung ein Vorschlag zu erstatten sei.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1824, S. 269, Nr. 2048.

- Vorschrift über die Beweiskraft der in criminali von Prätoren in Dalmatien abgelegten Geständnisse.

Justiz-Hofdecret vom 31. März 1840, S. 480, Nr. 420.

- Wann Prätoren in Dalmatien bei vorkommender Rang- und Gehaltsvorrückung in ihren innehabenden Posten zu belassen seien.

Justiz-Hofdecret vom 2. September 1846, S. 360, Nr. 982.

Prätorsstellen. Erforderliche Eigenschaften der Bewerber um Prätorsstellen in Dalmatien.

Hofkanzlei-Decret vom 21. September 1839, S. 351, Nr. 380.

Prätur. Den Beamten der Präturen gebühren bei Dienststreifen außer ihrem Amtsbezirke Postspesen.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1821, S. 44, Nr. 1793.

- Wegen Besetzung der Dienstplätze bei den Präturen in Dalmatien. Wenn bei Besetzungsvorschlägen die Initiative und die Ausfertigung der Anstellungs-Decrete zusteht?

Justiz-Hofdecret vom 16. März 1822, S. 87, Nr. 1852.

- Die bei der Prätur zu Triest zu Stande gebrachten Vergleiche sind auf einem Fünftelkreuzer-Stempel den Parteien bekannt zu machen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Jänner 1826, S. 2, Nr. 2157.

- zu Arbe in Dalmatien wird aufgehoben und mit jener zu Pago vereinigt.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1826, S. 8, Nr. 2170.

- zu Lagosta in Dalmatien wird aufgehoben und mit jener zu Curzola vereinigt.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1826, S. 8, Nr. 2170.

- zu Drovazzo in Dalmatien wird aus der ersten in die zweite Classe gesetzt.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1826, S. 8, Nr. 2170.

Prätur. Gerichtsbarkeit der Präturen in Dalmatien.

Patent vom 10. September 1827, S. 91, Nr. 2303.

- Den Präturen in Dalmatien sind die Acten der in ihren Bezirken verstorbenen, oder aus anderen Gründen außer Wirksamkeit getretenen Notare zur Aufbewahrung zu übergeben.

Justiz-Hofdecret vom 9. October 1829, S. 173, Nr. 2431.

- Kundmachung der unterm 24. December 1817, über die Beweiskraft des in Criminalsachen vor einer Prätur abgelegten Geständnisses, erlassenen Verordnung in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 4. December 1838, S. 313, Nr. 314.

- Aufnahme von Concepts-Practikanten bei den Präturen in Dalmatien.

Hofkanzlei-Decret vom 21. September 1839, S. 351, Nr. 380.

- In welchem Falle die bei den Collegialgerichten in Dalmatien, wegen öffentlicher Gewaltthätigkeit durch boshafte Selbstbeschädigungen, gegen unbekannte Thäter abgeführten Criminal-Untersuchungen bei der Prätur der beschädigten Partei zu hinterlegen seien.

Justiz-Hofdecret vom 30. Mai 1842, S. 42, Nr. 619.

- Vorschrift für die Präturen in Dalmatien, über die Erhebung des Alters der Inquisiten und Zeugen bei fehlenden Tauffheinen bei Criminal-Untersuchungen.

Justiz-Hofdecret vom 26. September 1843, S. 141, Nr. 745.

- Bestimmung der Diäten und Reisegebühren für Beamte, Diener, dann für Kunstverständige, Zeugen und Dolmetsche bei den politischen und gemischten Präturen in Dalmatien für Amtshandlungen in ihrem Gerichtsprengel.

Hofkammer-Decret vom 3. März 1847, S. 426, Nr. 1040.

- Vorschrift hinsichtlich der Uebertragung der ordentlichen Criminal-Untersuchungen bis zur Urtheilsschöpfung von den Criminalgerichten in Dalmatien an die Präturen.

Justiz-Hofdecret vom 8. April 1847, S. 455, Nr. 1054.

- Bestimmung der Diäten und Reisegebühren für die Cancellieri bei den Präturen in Dalmatien.

Hofkammer-Decret vom 5. Mai 1847, S. 460, Nr. 1062.

- Vorschrift über die Behandlung der mit einem Abjutum theilten Präturs-Concepts-Practikanten hinsichtlich der Diäten, Reisegebühren und Belohnung für geleistete Aushilfsdienste.

Hofkanzlei-Decret vom 30. August 1847, S. 468, Nr. 1082.

Präturs-Adjuncten. Vorschrift über die Beweiskraft der in criminali vor Präturs-Adjuncten in Dalmatien abgelegten Geständnisse.

Justiz-Hofdecret vom 31. März 1840, S. 480, Nr. 420.

Prag. Die Uebersetzung der Prager Magistratsräthe von einer zur anderen Abtheilung bleibt ferner der gemeinschaftlichen Genehmigung beider Landesbehörden überlassen.

Justiz-Hofdecret vom 5. August 1823, S. 157, Nr. 1960.

- Bestimmung der Anzahl der Advocaten in der Hauptstadt Prag und auf dem Lande des Königreiches Böhmen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1824, S. 170, Nr. 1985.

- Instruction für das Criminal-Sanitätspersonale in Prag.

Justiz-Hofdecret vom 21. Mai 1824, S. 203, Nr. 2009.

- Zahl, Verwendung und Ernennung der Auscultanten bei dem Magistrate zu Prag.

Justiz-Hofdecret vom 5. Jänner 1827, S. 63, Nr. 2249.

- Vorschrift für den Judicial-Senat des Prager Magistrates über dessen Verfahren bei Bewilligung der Eigenthums-Uebertragung einer stadtbücherlichen Realität.

Justiz-Hofdecret vom 25. August 1835, S. 42, Nr. 82.

- Der Magistrat in Prag ist ermächtigt, seine Erledigungen in Ausziehungssachen, wenn sie Militärparteien betreffen, denselben unmittelbar zustellen zu lassen.

Justiz-Hofdecret vom 13. September 1836, S. 92, Nr. 155.

Prag. Vorschrift über die Bemessung und Einhebung des einhaltpercentigen Verlassenschafts-Beitrages für den Prager Krankenhaushof.

Hofkanzlei-Decret vom 14. August 1839, S. 346, Nr. 373.

- Die Verlassenschafts-Beiträge für die Kranken-Anstalten der Stadt Prag, dann für den Normal-schulhof haben bis auf weiteres fortzubestehen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

- Die für die Hauptstadt Prag nicht ernannten Advocaten sind zur Partei-Vertretung bei den Gerichten in Prag nicht berechtigt.

Justiz-Hofdecret vom 9. August 1842, S. 56, Nr. 630.

- Vorschrift über die Vertilgung der alten unbrauchbaren Registratur-Akten bei dem Magistrat der Stadt Prag.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1843, S. 149, Nr. 751.

- Vorschrift über die Anlegung der den Minderjährigen und Pflegebefohlenen gehörigen Geldbeträge (Waisengelder) auf die Häuser der Stadt Prag, mit Einschluß ihrer Vorstädte.

Justiz-Hofdecret vom 23. October 1843, S. 160, Nr. 755.

- Vorschrift über die Ausstellung und Bestätigung der Armuthszeugnisse für die Israeliten in Prag, zum Behufe der Stämpelbefreiung in ihren Rechtsstreitigkeiten, durch den Vorsteher der dortigen Israelitengemeinde und den Prager Magistrat.

Hofkammer-Decret vom 16. November 1843, S. 172, Nr. 766.

- Behandlung der mit Vorzugsklassen ihre Berufsstudien zurückgelegten Zöglinge des Prager Convictes hinsichtlich der Verleihung des Abjurations beim Eintritte in den Staatsdienst.

Allerhöchste Entschliessung vom 31. October 1846, S. 389, Nr. 999.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei der Civil-Abtheilung des Prager Magistrates und bei dem Prager Mercantil- und Wechselgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1847, S. 406, Nr. 1026.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei dem böhmischen Landrechte.

Justiz-Hofdecret vom 1. April 1847, S. 455, Nr. 1053.

Prager Advocaten. S. Advocaten.

Pragis. Vorschrift über die Zulassung zur Criminalpraxis bei dem Magistrat zu Prag.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 46, Nr. 1796.

- Bei den organisierten Magistraten in Galizien findet eine Gerichtspraxis zur Befähigung zu Auscultantenstellen nicht Statt.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1826, S. 36, Nr. 2207.

- Bestimmung derjenigen Gerichtsbehörden, bei welchen die Civil- oder Criminalpraxis, oder beide zugleich als Vorbereitung zur Ablegung der Richteramts-Prüfung genommen werden können.

Justiz-Hofdecrete vom 13. April 1827 und 8. Mai 1829, S. 77 und 154, Nr. 2272 und 2399.

- Vorschriften über die Criminalpraxis der Concepts-Practikanten der Fiskalcämter.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1830, S. 214, Nr. 2489.

- Die als Vorbereitung für das Richteramt gestattete Praxis bei Gerichtsbehörden darf nur ein Jahr dauern und in die Dienstzeit nicht eingerechnet werden.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1831, S. 6, Nr. 2503.

- Die als Fiscal-Adjuncten geprüften Rechtsgelahrten bedürfen bei Nachholung der für Advocaten vorgeschriebenen Prüfung aus dem Strafgesetzbuche keiner Ausweisung der Criminalpraxis.

Justiz-Hofdecret vom 19. Februar 1831, S. 11, Nr. 2506.

- Die zurückgelegte dreijährige Praxis nach erlangtem Doctorate wird bei Zulassung zur Fiscal-Adjuncten-Prüfung erfordert.

Hofkammer-Decret vom 29. März 1832, S. 36, Nr. 2555.

Praxis. Die für die Advocatur oder für eine Fiscal-Adjunctenstelle mit gutem Erfolge Geprüften haben sich zur Erlangung des Wahlfähigkeits-Decretes für das Civil- und Criminal-Richteramt mit der einjährigen Criminalpraxis auszuweisen und sich einer Prüfung aus diesem Fache zu unterziehen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1835, S. 10, Nr. 26.

- Die Bewerber um Kanzlei-Accessistenstellen haben sich vorläufig einer sechsmonatlichen Probepraxis zu unterziehen.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1836, S. 80, Nr. 139.

- Bestimmung der erforderlichen Studien zum Eintritte in die Kanzlei-Praxis bei Kreisämtern, Delegationen, Landesstellen und Justizbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 24. Mai 1836, S. 83, Nr. 143.

- Bedingte Gestattung der Ausübung der Praxis ausländischer, von ihren Regierungen berechtigter Aerzte und Wundärzte in den Gränzgegenden der österreichischen Staaten.

Allerhöchste Entschliessung vom 26. September 1837, S. 147, Nr. 231.

- Die Auditoratspraxis vertritt nicht die Stelle der als Vorbereitung zu den Richterprüfungen vorgeschriebenen Civil- und Criminalpraxis.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1838, S. 182, Nr. 273.

- Ermächtigung der Hofstellen zur Dispensation von der dreijährigen Praxis nach erlangtem Doctorate zur Ablegung der Fiscal-Adjuncten-Prüfung.

Allerhöchste Entschliessung vom 29. Jänner 1839, S. 324, Nr. 334.

- der pensionirten Officiere als Accessisten oder Practikanten bei Civilbehörden im Falle ihrer Bewerbung um eine Civil-Anstellung.

Justiz-Hofdecret vom 11. Februar 1839, S. 327, Nr. 339.

- Erforderniß der Vorstudien bei Ausländern, welche die Facultätsstudien an österreichischen Lehranstalten zurücklegen, und im Inlande die Praxis ausüben wollen.

Decret der Studien-Hofcommission vom 3. November 1839, S. 353, Nr. 385.

- Bestimmung der Zeit der probeweisen Praxis der bei reinen Justizbehörden aufzunehmenden unentgeltlichen Kanzlei-Accessisten.

Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1840, S. 383, Nr. 402.

- Auf die zur Praxis bei Berggerichten befähigten Individuen ist bei Besetzung der Advocatenstellen in Kärnten und Krain der geeignete Bedacht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 6. December 1841, S. 657, Nr. 575.

- Die bei einem gehörig bestellten Land-Advocaten durch die vorgeschriebene Zeit genommene Praxis ist zur Zulassung eines Advocatur-Bewerbers zur Advocaten-Prüfung zureichend, nicht aber die bei den zur Partei-Vertretung befugten Justiziären genommene.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1844, S. 193, Nr. 783.

- Zulassung der Rechtsandidaten zur vorgeschriebenen Einjährigen Civil-Richteramtpraxis bei dem Wiener Civilgerichte.

Justiz-Ministerial-Decret vom 19. April 1848, S. 616, Nr. 1137.

- Abkürzung der Civil- und Criminal-Richteramtpraxis von je Einem Jahre auf ein halbes Jahr bei Gerichten, welche die Civil- und Criminalgerichtsbarkeit in getrennten Senaten verwalten.

Justiz-Ministerial-Decret vom 3. Juni 1848, S. 639, Nr. 1158.

- S. auch Prüfung.

Prediger. S. Seelsorger.

Preis. Vorschrift für Aitol und Vorarlberg über die Vertheilung des Preises von im Wege der gerichtlichen Execution veräußerten unbeweglichen Gütern.

Justiz-Hofdecret vom 19. November 1839, S. 354, Nr. 388.

Preis. Bestimmung des Normalpreises eines verkäuflichen Gewerbes in Galizien.

Hofkanzlei-Decret vom 27. November 1843, S. 172, Nr. 767.

Prem. Erhebung des landesfürstlichen Bezirkscommissariates Prem zu Felsitz in Krain von der dritten in die zweite Classe.

Justiz-Hofdecret vom 31. Juli 1843, S. 132, Nr. 729.

Premuda. Die Insel Premuda wird der Pratur Selve in Dalmatien zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1848, S. 493, Nr. 1119.

Presß-Angelegenheiten. Vorschriften gegen den Mißbrauch der Presse und über das Verfahren bei den durch Mißbrauch der Presse begangenen Uebertretungen.

Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Presßgericht. Bildung desselben. Dasselbe erkennt, wenn das Geschwornengericht den Angeklagten für schuldig befunden hat, über das Strafausmaß.

Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Presßgesetz. Bekanntmachung des provisorischen Presßgesetzes.

Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Presß-Uebertretungen. Vorschriften über dieselben.

Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Presßvergehen. Vorschriften über dieselben.

Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

— Befreiung des amtlichen Schriftenwechsels und der Erlasse des Staatsanwaltes und sämmtlicher Behörden in Presßvergehens-Angelegenheiten vom Postporto.

Finanz-Ministerial-Decret vom 15. September 1848, S. 659, Nr. 1181.

Preßtau. Der Ort Preßtau, mit Ausnahme des Schlosses Grafenberg, wird in politischer Beziehung dem Magistrate der Stadt Görz, in gerichtlichen Angelegenheiten aber dem Stadt- und Landrechte daselbst zugewiesen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1832, S. 35, Nr. 2551.

Preußen. Vorschrift über die Einschaltung der Edicte in die königlich-preussische Zeitung (den Anzeiger).

Justiz-Hofdecret vom 19. Mai 1829, S. 158, Nr. 2403.

— Staatsvertrag mit Preußen und Rußland über die Auslieferung der Staats-Verbrecher.

Patent vom 4. Jänner 1834, S. 105, Nr. 2637.

— Ausdehnung der bestehenden Vermögens-Freizügigkeit zwischen Oesterreich und Preußen auf alle österreichischen Staaten, mit Ausnahme von Ungarn und Siebenbürgen und sämmtlichen preussischen Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1835, S. 52, Nr. 89.

— Vorschrift über die Correspondenzart der österreichischen mit den königlich-preussischen Gerichtsbehörden in Requisitions-, Insinuations- und anderen ähnlichen Fällen.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1837, S. 119, Nr. 190.

— Beschränkung der Execution der von österreichischen Gerichtsstellen wider preussische Unterthanen geschöpften Urtheile in Rheinpreußen und der von dortländigen Behörden wider österreichische Unterthanen geschöpften in Oesterreich.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1840, S. 520, Nr. 460.

— Staatsvertrag mit Preußen, wegen Abstellung und Unterdrückung des Sklavenhandels.
Vom 20. December 1841, Nr. 658, Nr. 578.

— Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Preußen zur Verhütung der Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfrevel an der gegenseitigen Landesgränze.

Hofkanzlei-Decret vom 28. April 1842, S. 26, Nr. 611.

Preußen. Staatsvertrag mit Oesterreich über die gegenseitige Beschiffung und Benützung des Ober-Flusses.

Hofkanzlei-Decret vom 24. Mai 1842, S. 38, Nr. 618.

- Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preußen, wegen gegenseitiger kostenfreier Behandlung gerichtlicher Requisitionen in Civil-, Criminal- und Vormundschafts-Angelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 13. September 1844, S. 219, Nr. 828.

- Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preußen zur Förderung der gegenseitigen Rechtspflege in Concurssälen.

Hofkanzlei-Decret vom 14. April 1845, S. 260, Nr. 883.

- Erneuerung der zwischen Oesterreich und Preußen bestehenden Uebereinkunft wegen Bestrafung der Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfrevel an den beiderseitigen Landesgränzen.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Februar 1848, S. 491, Nr. 1117.

Priester. Die wegen Hochverrath abgestrafte Priester dürfen ohne Allerhöchste Bewilligung weder in der Seelsorge noch im Lehramte verwendet werden.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1847, S. 462, Nr. 1067.

- S. auch Geistlichkeit.

Primör. Betheilung des Landgerichtes Primör im Trienter Kreise in Tirol mit Einem Adjutum für einen Concepts-Practikanten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

Primogenitur. Abhandlungsbehörden haben der Landesstelle bei dem Uebergange der bloß allein in der Primogenitur zustehenden höheren Adelsstufe an eine neue Person die Mittheilung zu machen.

Justiz-Hofdecret vom 21. Mai 1840, S. 491, Nr. 439.

- Gerichtsstellen haben als Abhandlungs-Instanzen adelicher Personen jeden einzelnen Todesfall, in welchen die bei adelichen Familien bloß der Primogenitur zustehende höhere Adelsstufe oder ein besonderer Titel an eine neue Person übergeht, der politischen Landesstelle anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1848, S. 611, Nr. 1133.

Priorat des Johanniter-Ordens. S. Johanniter-Orden.

Priorität. Bestimmung der Priorität der nicht bei der Real-Instanz, sondern bei einem anderen Gerichte angebrachten Gesuche um Einverleibung oder Pränotirung in die öffentlichen Bücher.

Hofkanzlei-Decret vom 10. März 1840, S. 475, Nr. 415.

- Aufhebung der Priorität der dritten Classe der Wechsel bei Concursen.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1843, S. 136, Nr. 735.

- Erläuterung und Erweiterung des §. 33 der Statuten der galizisch-sländischen Credits-Anstalt hinsichtlich der Priorität der auf Gütern haftenden Lasten und Stiftungs-Capitalien vor den Forderungen derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Mai 1844, S. 208, Nr. 805.

Prisengerichte. Die bisher in Venedig bestandenen Prisengerichte erster und zweiter Instanz werden aufgelöst.

Justiz-Hofdecret vom 5. December 1828, S. 140, Nr. 2373.

Privatärzte. S. Aerzte.

- **Agenten.** S. Agenten.

- **Anlehen.** Provisorische Bestimmungen über Privat-Anlehen mit Partial-Obligationen, welche auf bestimmte Namen lauten und zum Mindesten auf Ein hundert Gulden Conventions-Münze ausgestellt werden müssen.

Hofkammer-Decret vom 17. December 1847, S. 480, Nr. 1105.

Privat-Correspondenz. S. Schriftenwechsel.

- **Dienerschaft. S. Dienerschaft.**
- **Dienste.** Den Magistratsbeamten ist nicht erlaubt, neben ihrem Amte Privatdienste anzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 24. Juni 1826, S. 29, Nr. 2195.

- Professoren dürfen nicht in Privat-Diensten stehen.
- Justiz-Hofdecret vom 8. April 1828, S. 112, Nr. 2333.

- **Eisenbahn. S. Eisenbahn.**
- **Geschäfte.** Die fideicommissarischen Beamten haben sich von Privat-Geschäften zu enthalten.

Hofkammer-Decret vom 16. März 1825, S. 291, Nr. 2077.

- **Geschäftsführer. S. Agenten.**
- **Geschäftskanzleien** sind genau zu überwachen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. April 1833, S. 88, Nr. 2608.

- **Gesetzsammlung. S. Gesetzsammlung.**
- **Herrschaften. S. Herrschaften.**
- **Lehen. S. Lehen.**

- **Lehenbriefe. S. Lehenbriefe.**
- **Lehensherren. S. Lehensherren.**

- **Pensionsinstitut. S. Pensionsinstitut.**

- **Personen.** Vorschrift über die Entschädigung der Privat-Personen, welche durch die Einführung der allgemeinen Verzehrungssteuer an ihren bisher genossenen Einkünften Verlust erlitten haben.

Justiz-Hofdecret vom 8. August 1829, S. 168, Nr. 2423.

- — Vorschriften über die Vergütung der durch die Aufstellung der Sanitäts-Cordone an dem Eigenthume der Privat-Personen eingetretenen Beschädigungen aus dem Staats-Schatz.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Mai 1832, S. 61, Nr. 2563.

- **Sachen.** Behandlung der den officiosen Postenbungen zuliegenden Privat-Sachen.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1821, S. 14, Nr. 1751.

- **Schürfer. S. Schürfer.**
- **Schuldbriefe.** Auf über 32 Jahre alte und deponirte Privat-Schuldbriefe erstreckt sich nicht das Heimfallsrecht des Fiskus und des Wiener Magistrates; die unbekannten Eigenthümer derselben sind mittelst Edict zu deren Erhebung aufzufordern.

Justiz-Hofdecret vom 1. Mai 1837, S. 123, Nr. 199.

- **Steinkohlen-Bergbau. S. Bergbau, Steinkohlen.**
- **Unternehmung.** Verfahren bei Streitigkeiten zwischen Privat-Unternehmern periodischer Personen-Transporte, dann den hievon Gebrauch machenden Personen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. October 1839, S. 352, Nr. 381.

- **Urkunden. S. Urkunden.**
- **Unterricht durch landesfürstliche Beamte.** Aufhebung des Verbotes zur Ertheilung desselben.

Studien-Hofcommissions-Decret vom 5. März 1844, S. 196, Nr. 790.

- **Unterricht.** Aufhebung des Verbotes der Ertheilung des Privat-Unterrichtes durch Advocaten.

Studien-Hofcommissions-Decret vom 20. Mai 1846, S. 336, Nr. 965.

- **Vereine.** Vorschrift über die Errichtung der gesellschaftlichen Privat-Vereine und über deren Verhältnisse zur Staatsverwaltung.

Hofkanzlei-Decret vom 6. August 1840, S. 522, Nr. 462.

Privat-Vereine. Vorschrift über die Errichtung der Privat-Vereine und über deren Verhältnisse zur Staatsverwaltung.

Hofkanzlei-Decret vom 5. November 1843, S. 165, Nr. 763.

Privilegien. Abgabe der in Verlassenschaften vorfindigen Privilegien auf Entdeckungen ic. an die Landesstelle.

Justiz-Hofdecret vom 18. December 1824, S. 280, Nr. 2059.

— Privilegien-Streitigkeiten wegen Mangels der Neuheit entscheidet die politische Landesstelle.

Justiz-Hofdecret vom 2. März 1827, S. 70, Nr. 2262.

— Streitigkeiten über Eingriffe in ein Privilegium entscheidet die politische Behörde; jene, wegen Entschädigung für den erwiesenen Eingriff, die competente Gerichtsbehörde.

Justiz-Hofdecret vom 2. November 1827, S. 102, Nr. 2315.

— Der Besitz eines ausschließenden Privilegiums allein begründet nicht das Recht und die Pflicht zur Protokollirung der Firma.

Justiz-Hofdecret vom 23. October 1829, S. 176, Nr. 2436.

— Vorschriften über die Verleihung ausschließender Privilegien.

Patent vom 31. März 1832, S. 37, Nr. 2556.

— Die Bestätigung der vom Kaiser Franz I. ertheilten Privilegien ist, wegen des Regierungs-Antrittes Kaiser Ferdinands I. nicht nothwendig. Im Zweifel, ob ein Privilegium fortbestehen könne, ist jeder einzelne Fall der höchsten Behörde zur Entscheidung vorzulegen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Jänner 1836, S. 72, Nr. 116.

— Vorschrift über die Kundmachung der Privilegien-Verleihungen bezüglich auf die Geheimhaltung der Beschreibungen, dann über die Bestrafung der Nachahmung des Privilegiums-Objectes.

Hofkammer-Decret vom 8. August 1838, S. 276, Nr. 290.

— des deutschen Ritter-Ordens in den österreichischen Staaten.

Patent vom 28. Juni 1840, S. 509, Nr. 451.

— Erneuerung der Privilegien der österreichischen Nationalbank.

Patent vom 1. Juli 1841, S. 584, Nr. 547.

— der galizisch-rändischen Credits-Anstalt.

Patent vom 3. November 1841, S. 614, Nr. 569.

— Vorschrift über die Erwerbung und Ausübung der Privilegien von Individuen, welchen die freie Vermögensverwaltung nicht zusteht.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Mai 1842, S. 36, Nr. 614.

— Vorschrift über die Behandlung der Streitigkeiten zwischen zwei ausschließend Privilegirten, hinsichtlich der Identität des Privilegiums und der allenfalls daraus hervorgehenden Entschädigungs-Ansprüche.

Hofkammer-Decret vom 26. November 1842, S. 75, Nr. 657.

— Gerichtsbehörden dürfen in Privilegien-Streitigkeiten Professoren und Assistenten des polytechnischen Institutes nicht als Kunstverständige beiziehen.

Justiz-Hofdecrete vom 1. October 1839 und 25. October 1843, S. 162, Nr. 757.

— Vorschrift über das Verfahren der Gerichtsstellen bei Privilegien-Streitigkeiten, bei welchen sich zur Competenz der politischen Behörde gehörige Fragen ergeben.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juli 1845, S. 271, Nr. 596.

Privilegirte. S. Privilegien.

Proben. Vorschrift über die Vornahme der Proben der Kessel für Dampfmaschinen und Locomotive zur Verhinderung der Explosionen.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juni 1845, S. 266, Nr. 891.

Probezeit (sechsmonatliche). S. Praxis.

Procente. S. Feilbietung.

Proceß. Benehmen des Civilrichters, wenn sich im Laufe eines Proceßes Anzeigen eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Übertretung ergeben.

Justiz-Hofdecret vom 6. März 1821, S. 11, Nr. 1743.

- Urkunden in einer anderen als der deutschen, lateinischen und italienischen Sprache sind den Proceß-Acten mit den von den Parteien anerkannten, ämtlich bestätigten Uebersetzungen beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1822, S. 78, Nr. 1837.

- Das Stadt- und Landrecht zu Triest hat sich in den ihm zugewiesenen Proceßes des Bezirkes von Capo d'Istria nach dem Regolamento Generale del processo civile per gli Stati Austriaci in Italia vom Jahre 1803 zu benehmen.

Justiz-Hofdecret vom 5. August 1823, S. 157, Nr. 1959.

- Haftung der Herrschaften, daß die Erledigung der Streitsachen durch eine zum Civil-Richteramte berechnete Gerichtsperson bewirkt werde.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1825, S. 294, Nr. 2082.

- Abstellung gesegwidriger Eistirungen der bestätigenden Appellationsbeschlüsse in Gefäll-Proceßes.

Hofkammer-Decret vom 13. April 1825, S. 297, Nr. 2087.

- Wieferne die Gemeinden freier Städte zur Führung eines Proceßes der Bewilligung der politischen Landesstelle bedürfen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 309, Nr. 2109.

- Unter welchen Bedingungen die Vormerkung der Gerichtsgebühren in Proceßes armer Parteien gestattet werden könne.

Hofkammer-Decret vom 26. October 1825, S. 327, Nr. 2140.

- Wann unterthänige und Schutzhäbte zur Anstrengung eines Proceßes die Bewilligung ihrer Obrigkeit, und in welchem Falle jene des Kreisamtes anzusuchen haben.

Justiz-Hofdecret vom 29. Juli 1826, S. 39, Nr. 2209.

- Wichtigere Proceßes sollen bei den Gerichtsstellen in den ersten Stunden der Rathssitzungen vorgetragen werden.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1826, S. 60, Nr. 2244.

- Zu dem Vortrage der das Berg- und Salinenwesen betreffenden Proceßes bei dem Stadt- und Landrechte in Salzburg ist ein Bergrath als Repräsentant beizuziehen.

Justiz-Hofdecret vom 29. September 1827, S. 100, Nr. 2311.

- In den zwischen einer Herrschaft und einem Grundbesitzer, über dessen Person ihr keine obrigkeitliche Gewalt zusteht, über grundobrigkeitliche Rechte entstehenden Proceßes, ist die fiskal-ämtliche Vertretung und die Beiziehung eines politischen Repräsentanten nicht erforderlich.

Justiz-Hofdecret vom 4. September 1829, S. 170, Nr. 2426.

- Proceßes, wobei Rätthe oder Präsidenten des urtheilenden Gerichtes als Parteien eintreten, sind nach Umständen in einem verstärkten Senate in Vortrag zu bringen; die unterlassene Berathschlagung in einem verstärkten Senate begründet aber keine Nullität.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juli 1830, S. 204, Nr. 2474.

- Ein zwischen dem Richter und der Recht suchenden Partei oder ihrem Bevollmächtigten oder Vertreter bestehender Mieth- oder Pachtvertrag schließt den Richter für die Zeit seiner Dauer von jeder Ausübung des Richteramtes in den Streitsachen dieser Partei aus.

Justiz-Hofdecret vom 2. October 1830, S. 209, Nr. 2784.

Proceß. In Proceßten zwischen dem Gefälls-Merar und einer Staats- oder Stiftungsherrschaft sind die Vertreter für beide Theile von der Cameral-Gefällen-Verwaltung; in den aus politischen Verhandlungen entstehenden Proceßten zwischen Staats- oder Stiftungsherrschaften und Unterthanen die Vertreter der Herrschaften von der Gefällen-Verwaltung, die Vertreter der Unterthanen aber von der politischen Landesstelle zu ernennen.

Justiz-Hofdecret vom 24. Februar 1832, S. 34, Nr. 2549.

- Anwendung der im Jahre 1803 für die österreichischen Staaten in Italien kund gemachten Gerichts-Ordnung in Proceßten des Fiscalamtes wider Unterthanen des exvenetianischen Istriens.

Justiz-Hofdecret vom 9. März 1832, S. 36, Nr. 2553.

- Vorschrift über die Beschleunigung der Erledigung der Rechnungsproceße.

Hofkammer-Decret vom 12. September 1832, S. 66, Nr. 2575.

- Die Gerichtsbehörden erster und höherer Instanz sind bei endlicher Entscheidung einer Streitfache, über den durch Beirurtheil zugelassenen Beweis durch Zeugen oder Kunstverständige, an dieses Beirurtheil nicht gebunden.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juni 1835, S. 24, Nr. 42.

- Vorschrift über das Verfahren bei Rechnungsproceßten hinsichtlich der Erlassung von Beirurtheilen auf den Beweis durch Zeugen oder Kunstverständige.

Justiz-Hofdecret vom 12. September 1837, S. 145, Nr. 227.

- Vorschrift über die Behandlung der Streitsachen in Dalmatien, welche mit landesfürstlichen oder Privatlehen im Zusammenhange stehen.

Justiz-Hofdecret vom 8. October 1838, S. 279, Nr. 297.

- Verfahren bei Proceßten zwischen Unternehmern periodischer Personen-Transporte, dann den hiervon Gebrauch machenden Personen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. October 1839, S. 352, Nr. 381.

- Amtswirksamkeit der politischen Behörden bei Proceßten der Gemeinden; Einleitung von Vergleichsversuchen vor Betretung des Rechtsweges.

Hofkanzlei-Decret vom 30. April 1840, S. 484, Nr. 428.

- Vorschrift über die Austragung der Proceße in den Quartals-Ausweisen der Gerichtsbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 21. December 1841, S. 674, Nr. 580.

- Die Gerichte entscheiden über die Frage, ob die zum Behufe der Stämpelbefreiung in einem Proceße von Parteien beigebrachten Armuthszeugnisse die vorgeschriebenen Eigenschaften haben.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 584.

- Die zwischen Herrschaften und ihren Wirtschaftsbeamten entstehenden Proceße sind der Entscheidung der Gerichtsstellen zuzuweisen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Jänner 1842, S. 7, Nr. 591.

- Arme österreichische Unterthanen werden in ihren bei den Gerichten im Königreiche Polen anhängigen Proceßten gegen Beobachtung der Reciproclität von der Cautionskleistung befreit.

Justiz-Hofdecret vom 18. Mai 1842, S. 37, Nr. 617.

- über unbewegliches Eigenthum des Militär-Merar und insbesondere in Besitzstörungenfällen, sind vor der Realgerichtsbehörde zu verhandeln und zu entscheiden.

Justiz-Hofdecret vom 28. Juni 1842, S. 44, Nr. 622.

- In Fällen, wo bei einer Streitverhandlung die Leitung der Parteien nach Vorschrift des §. 21 der Gerichts-Ordnung einzutreten hat, hat den dießfälligen Verhandlungen immer derselbe Rath beizuwohnen.

Justiz-Hofdecret vom 19. October 1842, S. 64, Nr. 650.

- Die bei dem deutschen Ordensgerichte in Frankfurt am Main geschlossenen Proceß-Acten der österreichischen Unterthanen sind an die erste Instanz in Wien zur Urtheilsschöpfung einzusenden.

Justiz-Hofdecret vom 25. October 1842, S. 64, Nr. 651.

Proceß. Vorschrift über die Behandlung der zwischen zwei anschließend Privilegirten entstehenden Privilegien-Streitigkeiten.

Hofkammer-Decret vom 26. November 1842, S. 75, Nr. 657.

- In den Processen der Wiener Dampfmaschinen-Aktiengesellschaft, wenn dieselbe, mit Ausnahme der Realklagen, als Beklagte erscheint, übt das niederösterreichische Mercantil- und Wechselgericht die Gerichtsbarkeit aus.

Justiz-Hofdecret vom 11. September 1843, S. 147, Nr. 738.

- Modificirung der Vorschrift über den Fortgang und die Beendigung der Rechnungsprocesse in Bezug auf Postmeister, Poststallhälter und Briefsammler.

Hofkammer-Decret vom 23. October 1843, S. 161, Nr. 756.

- Gerichtsbehörden dürfen bei Processen über Privilegien-Angelegenheiten Professoren und Assistenten des polytechnischen Institutes nicht als Kunstverständige beiziehen.

Justiz-Hofdecrete vom 1. October 1839 und 25. October 1843, S. 162, Nr. 757.

- Vorschrift über die Ausfertigung und Bestätigung der Armuthszeugnisse für Israeliten in Prag zum Behufe der Stämpelbefreiung in ihren Processen.

Hofkammer-Decret vom 16. November 1843, S. 172, Nr. 766.

- Bestimmung des niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichtes als competente Behörde in Processen, bei welchen die Wiener-Bloggnitzer Eisenbahn als Beklagte erscheint.

Justiz-Hofdecret vom 25. April 1844, S. 207, Nr. 802.

- Anwendung des summarischen Verfahrens für geringfügige Processe bei allen Civilgerichten in allen Provinzen, in welchen das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch gilt, mit Ausnahme des lombardisch-venetianischen Königreiches und Dalmatiens.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- In einem Urtheile, wodurch die Ungiltigkeit eines schriftlichen Testaments ausgesprochen wird, darf der Vorbehalt nicht gemacht werden, daselbe Testament durch einen anderen Proceß als mündliches gelten zu machen.

Allerhöchste Entschließung vom 14. Februar 1846, S. 316, Nr. 932.

- Gerichtsbehörden sollen die Processe nach der Ordnung ihrer Einlangung erledigen, die rückständigen in die Geschäfts-Ausweise aufnehmen und den Grund ihres Rückstandes in dem Einleitungsberichte rechtfertigen.

Justiz-Hofdecret vom 14. Mai 1846, S. 334, Nr. 961.

- Vorschrift über das summarische Verfahren in Civilprocessen, bei den Grundgerichts-Verwaltungen der Vorstädte Wiens.

Justiz-Hofdecret vom 7. October 1846, S. 373, Nr. 988.

- Die Grundgerichts-Verwaltungen Wiens haben hinsichtlich der Vergleichsversuche in allen ihrer Amtshandlung zugewiesenen Rechtsstreitigkeiten bei dem bisher üblichen Verfahren zu bleiben.

Justiz-Hofdecret vom 11. December 1846, S. 395, Nr. 1010.

- Vorschrift über die Behandlung der Reifeparticularien und Vorschüsse, welche durch die auf Ansuchen des Fiscus in Civilprocessen oder im Executionswege vorgenommenen Schätzungen und Augenscheine veranlaßt werden.

Hofkammer-Decret vom 31. December 1846, S. 400, Nr. 1016.

- Einführung eines summarischen Verfahrens für geringfügige Processe bei sämmtlichen Militärgerichten.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Im summarischen Processe können bei den Grundgerichts-Verwaltungen der Vorstädte Wiens auch schriftliche Eingaben verwendet werden.

Niederösterreichische Regierungs-Verordnung vom 18. März 1847, S. 454, Nr. 1050.

Proceß. Ob Proceße der Unterthanen mit ihren Herrschaften im summarischen Verfahren aufgetragen werden können, ob Recurse gegen Executionsbescheide beim ersten Richter überreicht werden müssen, endlich ob ein Recurs zulässig ist, wenn der erste Richter das summarische Verfahren offenbar gegen die Vorschrift des Gesetzes eingeleitet habe.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1847, S. 463, Nr. 1069.

- Wann dem Fiscalamte die Vertretung des obersten Lehensherrn, Ackerlehensherrn und der Vasallen obliegt.

Hofkanzlei-Decret vom 1. Juli 1847, S. 465, Nr. 1070.

- Die Rechtsstreitigkeiten über die bei einer Concursmasse anzumeldenden Forderungen sind von dem summarischen Verfahren nicht ausgeschlossen.

Justiz-Hofdecret vom 15. September 1847, S. 470, Nr. 1085.

- Einführung des summarischen Verfahrens für geringfügige Proceße bei den Gerichtsstellen in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

- Die Gerichtsstellen erster und zweiter Instanz haben bei Vorlegung von Civil- und Criminalproceßen immer einen genau verfaßten Actenauszug anzuschließen, welcher von den Referenten des Appellationsgerichtes und der obersten Justizstelle bei Bearbeitung und bei dem Vortrage derselben benützt werden dürfen.

Justiz-Ministerial-Decret vom 6. Mai 1848, S. 618, Nr. 1143.

Proceß-Acten. S. Acten.

Professionisten. Bestimmung der Verlassenschaftsbeiträge von den Professionisten für den Normal-Schulfond und in Conventions-Münze.

Justiz-Hofdecret vom 7. September 1822, S. 116, Nr. 1891.

Professoren. Professoren der Heilkunde. Vorschrift für Gerichtsstellen bei Einholung des Gutachtens der Professoren der Heilkunde über einen ärztlichen Befund in Civil- und Criminal-Rechtsangelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 21. September 1822, S. 117, Nr. 1895.

- dürfen nicht zu Advocaten bestellt werden.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1824, S. 170, Nr. 1985.

- dürfen künftig weder die Advocatur ausüben, noch in ständischen oder Privat-Diensten stehen.

Justiz-Hofdecret vom 8. April 1828, S. 112, Nr. 2333.

- Die medicinisch-chirurgischen Professoren an Lyceen sind zur Abgabe von Kunstgutachten bei Civil- und Criminalgerichte nicht ermächtigt.

Justiz-Hofdecret vom 8. Mai 1829, S. 156, Nr. 2400.

- Behandlung der Urlaubsgesuche solcher Professoren, die noch zur Ausübung der Advocatur befugt sind.

Justiz-Hofdecret vom 17. October 1829, S. 175, Nr. 2434.

- Bestimmung des Ranges der Universitäts-Professoren nach den I. f. Erbkunals-Räthen.

Decret der Studien-Hofcommission vom 29. August 1838, S. 276, Nr. 292.

- Die Professoren des politechnischen Institutes sind in Rechtsstreitigkeiten über Privilegien-Angelegenheiten als Kunstverständige nicht zu verwenden, werden sie in anderen Angelegenheiten bei Augenscheinen von Gerichtsstellen häufig als Kunstverständige zugezogen, so sind sie durch die Instituts-Direction vorzuladen, und als solche bei Gericht für beständig zu beedigen.

Justiz-Hofdecret vom 25. October 1843, S. 162, Nr. 757.

Promotion abgestrafter Verbrecher zum Doctorate ist nur mit besonderer Allerhöchster Erlaubniß gestattet.

Studien-Hofcommissions-Decret vom 10. Jänner 1846, S. 307, Nr. 921.

Protestanten. S. Katholiken.

Proteste. S. Wechsel.

Protokoll. Aufnahme der Verpflichtung des Besitzers zur Erfüllung der gegen das Allerhöchste Alerar oder gegen die unter der Staatsverwaltung stehenden öffentlichen Fonds übernommenen Leistungen in das mit ihm dießfalls aufgenommene Versteigerungs- oder Verhandlungs-Protokoll.

Hofkanzlei-Decret vom 20. April 1821, S. 17, Nr. 1755.

— Vorschrift über die Stämpfung der gerichtlichen Schätzungs-Protokolle.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juni 1821, S. 31, Nr. 1765.

— Nähere Bestimmungen hinsichtlich des von dem provisorischen Provincial-Gerichte zu Carlsbad fortzuführenden Intabulations-Protokolles.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1821, S. 66, Nr. 1822.

— Die den Minderjährigen oder Pflegebefohlenen gehörigen Urkunden über Verträge, welche in das Verfaß-Protokoll eingetragen werden, sind zu dem vormundschaftlichen Gerichte zu deponiren.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juli 1822, S. 108, Nr. 1879.

— Beilegung des Rathsprotokolles zu den Berichten über Recurse bei Fassung des Beschlusses durch Stimmenmehrheit.

Justiz-Hofdecret vom 4. October 1822, S. 119, Nr. 1897.

— Es ist überflüssig, die Raths-Protokolls-Auszüge den Berichten beizulegen, wenn keine abgeforderte Meinung vorkam, und der Beschluß in dem Berichte selbst enthalten ist.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1822, S. 127, Nr. 1918.

— Jeder Bogen des Protokolles über ein Criminal-Zeugenverhör ist von dem Verhörten zu unterfertigen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1827, S. 66, Nr. 2256.

— Haftung der Herrschaften für die Stämpel zu den bei ihnen aufgenommenen Protokollen mit dem Regresse an die zahlungspflichtigen Beamten oder Parteien.

Hofkammer-Decret vom 3. December 1828, S. 139, Nr. 2372.

— Vorschrift für katholische Seelsorger über die Führung der Tauf-, Trau- und Leichen-Protokolle.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1829, S. 179, Nr. 2442.

— Ueber jedes mündliche Ansuchen um Legalisirung einer Urkunde, ist ein ordentliches Protokoll aufzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 3. September 1830, S. 207, Nr. 2480.

— Fristbestimmung zur Stämpfung der obrigkeitlichen Protokolle, und der Abschriften oder Auszüge derselben.

Hofkammer-Decret vom 10. Jänner 1832, S. 29, Nr. 2544.

— Abschriften von ursprünglich auf classenmäßigem Stämpel ausgefertigten gerichtlichen Protokollen sind stämpelfrei, und werden den Parteien auf ihr Verlangen ertheilt.

Hofkammer-Decret vom 2. Juli 1833, S. 94, Nr. 2620.

— Vorschrift über die Verfassung der Rathsprotokolle bei den Appellations-Gerichten.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 30, Nr. 53.

— In welchen Fällen requirirte Gerichte beglaubigte Abschriften von den bei ihnen aufgenommenen Zeugenverhörs-Protokollen zurück zu behalten haben.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1839, S. 350, Nr. 377.

— Die Führung der Vormerk-Protokolle über die verkäuflichen Gewerbe gehört zum Wirkungskreise der politischen Obrigkeiten.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Februar 1841, S. 555, Nr. 502.

Protokoll. Vorschrift über die Verfassung der Rathsprotokolle der landesfürstlichen Collegialgerichte erster Instanz.

Justiz-Hofdecret vom 4. Juli 1843, S. 127, Nr. 719.

- Die Vorschrift über die kürzere Verfassung der Rathsprotokolle der landesfürstlichen Collegialgerichte erster Instanz gilt auch für die galizischen Criminalgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 31. October 1843, S. 165, Nr. 761.

- Führung der Vormerk-Protokolle über die verkäuflichen Apotheker-Gewerbe in Galizien von Seite der Magistrate und Dominien.

Hofkanzlei-Decret vom 27. November 1843, S. 172, Nr. 767.

- Vorschrift für Criminalgerichte über die Mittheilung von Auszügen aus den Berathschlagungs-Protokollen, über die gegen einen Beamten wegen Verbrechen abgeführte Untersuchung, an die zu dessen Disciplinar-Behandlung berufene Oberbehörde.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1844, S. 215, Nr. 823.

- Schriftlich abgefaßte Entwürfe zu Protokollen im summarischen Verfahren bei Civilgerichten dürfen nicht angenommen werden.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 908.

- Schriftlich abgefaßte Entwürfe zu Protokollen dürfen im summarischen Verfahren vor Militärgerichten nicht angenommen werden.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Formulare zu den Protokollen über Feilbietungen beweglicher Sachen, über die Erfüllung der vom Erblasser den Erben auferlegten Verbindlichkeiten und über die Waifen- und Curanden-Tabellen bei dem Czernowitzer Magistrate, dann bei den Gemeindegerichten und Wirtschaftskämtern in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 539, 542 und 550, Nr. 1125.

- Schriftlich abgefaßte Entwürfe zu Protokollen dürfen im summarischen Verfahren bei den dalmatinischen Gerichtsstellen nicht angenommen werden.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

Protokollirte Firmen. S. Firma.

Protokollirung. Die Gerichtsbehörden sollen keinen Veräußerungs-Vertrag über Realitäten von getheiltem Eigenthume ohne vorläufige Einvernehmung des Obereigenthümers protokolliren, noch einen solchen außeramtlich errichteten Vertrag zu dem Gerichts-Protokolle registriren.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 46, Nr. 1797.

- Anordnung über die Art der Entrichtung der Gradations-Laxe für die Protokollirung und Verfächung der Urkunden in Tirol und Vorarlberg.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juli 1824, S. 214, Nr. 2019.

- der türkischen Unterthanen bei dem niederösterreichischen und mährisch-schlesischen Landrechte.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1826, S. 6, Nr. 2165.

- Der Besitz eines ausschließenden Privilegiums allein begründet nicht das Recht und die Pflicht zur Protokollirung der Firma.

Justiz-Hofdecret vom 23. October 1829, S. 176, Nr. 2436.

- der neuen Firma der ersten österreichischen Brandschaden-Versicherungs-Gesellschaft bei dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte, woraus jedoch kein Recht für dieselbe zu Handels- und Wechsel-Geschäften gefolgert werden kann.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Jänner 1842, S. 8, Nr. 593.

- der Firmen der Inhaber von Landesfabriks-Concessionen in Mähren und Schlesien.

Hofkammer-Decret vom 14. Juni 1843, S. 124, Nr. 713.

Protokolls-Director. Wegen Unterfertigung der Postwagens-Recepiße von dem Protokolls-Director oder seinem Stellvertreter.

Justiz-Hofdecret vom 6. August 1825, S. 313, Nr. 2121.

Protomedicus. Vorschrift über die Ausstellung und Bestätigung ärztlicher Zeugnisse für Beamte und andere Parteien durch die Protomediker, Kreisärzte und andere öffentliche Sanitäts-Beamte.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Juli 1830, S. 205, Nr. 2476.

Prove di fortuna. S. See-Unfälle, Verklarungen.

Provincial-Beamte. S. Beamte.

— **Behörden.** S. Landesstelle.

— **Buchhaltung.** S. Buchhaltung.

— **Casse.** Die Zustellung der gerichtlichen Bescheide, wodurch eine Execution, Vormerkung oder ein Verbot auf die Interessen der bei der Universal-Staats- und Banco-Schulden-Casse in Wien anliegenden Capitalien bewilliget oder aufgehoben wird, an die Provinzial-Casse, bei welcher die Interessen angewiesen sind, kann unterbleiben.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1831, S. 20, Nr. 2528.

— **Gerichtsbeamte.** S. Beamte.

— **Last.** Der durch die Verwaltung der Criminal-Gerichtbarkeit in Oesterreich unter und ob der Enns, Steiermark und Kärnten durch Collegialgerichte sich ergebende Mehraufwand ist als eine Provinzial-Last anzusehen und nach der bestehenden Einrichtung zu vertheilen.

Justiz-Hofdecret vom 17. April 1845, S. 262, Nr. 884.

— **Prüfung.** S. Prüfung.

— **Strafhaus.** S. Strafhäuser.

— **Strafhausverwaltung.** S. Strafhausverwaltung.

— **Zeitung.** S. Zeitung.

Provinzen. Unter der Benennung Provinz ist in Beziehung auf Dalmatien das ganze dem Oberräumen von Zara unterstehende Gebiet begriffen.

Patent vom 10. September 1827, S. 91, Nr. 2303.

— Der mit den deutschen Bundesstaaten wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher abgeschlossene Staatsvertrag wird auf alle österreichische Provinzen ausgedehnt, in welchen das Strafgesetz vom Jahre 1803 Anwendung findet.

Justiz-Hofdecret vom 25. Februar 1839, S. 333, Nr. 346.

— Staats-Vertrag mit der freien Stadt Frankfurt, wegen Ausdehnung der Abfahrtsgebühren-Befreiung bei wechselseitigen Vermögens-Exportationen auch auf die zum deutschen Bunde nicht gehörigen österreichischen Provinzen, mit Ausnahme der ungarischen Länder.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Juli 1840, S. 515, Nr. 454.

— Die Beamten in den neuacquirirten Provinzen sind bei der ersten Anstellung nicht von der Diensttaxe befreit.

Hofkammer-Decret vom 20. Juni 1841, S. 584, Nr. 545.

— Den von Amtswegen aus der Provinz nach Wien ohne Gehaltsaufbesserung, wenn auch mit dem Gewinne des systemmäßigen Quartiergeldes berufenen Beamten können die Uebersiedlungsgebühren nicht versagt werden.

Hofkammer-Decret vom 22. Jänner 1847, S. 405, Nr. 1021.

Provision. Vorschrift über die Auszahlung der Provisionen.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1821, S. 16, Nr. 1752.

Provision. Vorschrift über die Ausbezahlung der Ausstände an Provisionen nach dem Tode des Provisionisten.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1828, S. 123, Nr. 2348.

— Die gemeinen Gefangenwärter sind nur provisionsfähig.

Justiz-Hofdecret vom 12. September 1828, S. 132, Nr. 2361.

— Beamten-Witwen, welche von ihrem Ehemanne geschieden waren, sind nur dann provisionsfähig, wenn sie beweisen, an der Scheidung keine Schuld zu haben.

Hofkammer-Decret vom 5. October 1830, S. 209, Nr. 2485.

— Vorschrift über die Provisionsfähigkeit des Aufsichts-Personales bei den Untersuchungs-Gefängnissen und Straf-Anstalten, so wie jener der Witwen und Waisen desselben.

Justiz-Hofdecret vom 27. November 1830, S. 217, Nr. 2493.

— erlischt bei dem Eintritte des Provisionisten in eine besoldete Anstellung bei einer Fonds- oder ständischen Behörde, bei dem Magistrate einer landesfürstlichen Stadt oder eines landesfürstlichen Marktes.

Hofkammer-Decrete vom 16. Juli 1826 und 22. April 1831, S. 13, Nr. 2513.

— Für männliche Militär- und Staatsdieners-Waisen darf nur gegen eine der Quittung beigefügte legale Bestätigung erfolgt werden, daß der Waise weder Löhnung, Gage, Adjutum oder Gehalt von dem Aerarium beziehe, noch sonst versorgt sei.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1831, S. 20, Nr. 2529.

— Suspension der Provision der wegen eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Übertretung in Untersuchung verfallenen Individuen.

Justiz-Hofdecret vom 11. November 1831, S. 23, Nr. 2535.

— der in Civildienste getretenen Militär-Personen.

Justiz-Hofdecret vom 24. November 1832, S. 71, Nr. 2581.

— Wann die Witwen und Kinder eines im Pensions- oder Provisions-Stande verstorbenen Beamten oder Dieners eine Provision erhalten.

Hofkammer-Decret vom 26. Mai 1835, S. 10, Nr. 25.

— Provisionsfähigkeit der als Kanzleidner oder Aushefter in Civildienste übertretenden Real- und Halb-Invaliden.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 13. Juni 1835, S. 21, Nr. 36.

— Die Provisionen der Landesvertheidiger unterliegen dem gerichtlichen Verbote und der Execution.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1835, S. 56, Nr. 95.

— In wie ferne Witwen suspendirter Beamten Anspruch auf eine Provision haben.

Hofkammer-Decret vom 18. Juli 1837, S. 135, Nr. 215.

— Bei Provisionirungen städtischer, ständischer und jener Beamten und Diener, dann deren Witwen, die ihre Bezüge aus vom Staatsschatze nicht unterstützten Fonds erhalten, darf ohne eine besondere Aufforderung auf eine günstigere als die normalmäßige Behandlung angetragen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Mai 1838, S. 181, Nr. 270.

— Vorschrift über die Bemessung der Provision für mindere Diener, ihre Witwen und Waisen.

Hofkammer-Decret vom 21. September 1838, S. 278, Nr. 296.

— Die Aburtheilung eines Provisionisten wegen Verbrechen ist der betreffenden Cameral- oder politischen Behörde anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Februar 1839, S. 324, Nr. 335.

— Ermächtigung der Länderstellen zur Anweisung der von sich verhehlenden Beamten-Witwen und Waisen reservirten Provisionen.

Hofkammer-Decret vom 15. Februar 1839, S. 327, Nr. 341.

Provision. Auf die Provision der Tiroler Landesvertheidiger, ihrer Wittven und Waisen, findet keine Execution Statt.

Hofkammer-Decret vom 27. October 1839, S. 352, Nr. 383.

— Zulässigkeit der Anträge auf eine günstigere als die normalmäßige Provisions-Behandlung.

Hofkammer-Decret vom 20. Februar 1840, S. 474, Nr. 411.

— Vollziehung der auf Provisionen unter Ein Hundert Gulden jährlich vor Kundmachung der Allerhöchsten Entschliessung vom 26. Februar 1839 bewilligten und rechtskräftig gewordenen Verbote, welche nunmehr nicht mehr statt finden.

Hofkammer-Decret vom 29. Mai 1840, S. 501, Nr. 445.

— Für die Zukunft können die Zahlungsbögen der Provisionisten nicht verpfändet oder verpfändet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Juni 1840, S. 509, Nr. 450.

— Das Appellationsgericht hat sich vor der Vorlage der Provisionsgesuche landesfürstlicher Diener an die oberste Justizstelle mit der politischen Landesstelle über den normalmäßigen Provisionsbetrag in das Einvernehmen zu setzen.

Justiz-Hofdecet vom 11. Jänner 1842, S. 5, Nr. 588.

— Formulare zu Ausweisen, deren sich die landesfürstlichen Behörden bei den Provisionsverhandlungen der Dienerschaft, dann ihrer Wittven und Waisen zu bedienen haben.

Hofkammer-Decret vom 10. Mai 1842, S. 28, Nr. 613.

— Grundsätze hinsichtlich der Frage, wie die unehelichen, durch die nachgefolgte Ehe oder durch landesfürstliche Begünstigung legitimirten Beamten's-Kinder hinsichtlich der Erlangung einer Provision zu behandeln sind.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Juni 1842, S. 43, Nr. 621.

— Vorschrift über die Zurechnung der Militär- zur Civil-Dienstzeit der minderen Diener bei Bemessung der Provisionen.

Hofkammer-Decret vom 7. August 1843, S. 133, Nr. 732.

— Vorschrift über die Behandlung der Kinder verstorbener minderer Diener, deren Mutter für dieselben Erziehungsbeiträge genoss, und wegen eines Verbrechens oder einer schweren Polizeu-Übertretung ihrer Provision verlustig wurde.

Hofkammer-Decret vom 7. October 1845, S. 277, Nr. 903.

— Bestimmung des Termins innerhalb welchem den sich verhehelichenden provisionirten Staatsdiener's-Wittven und weltlichen Waisen die Wahl zwischen der Abfertigung oder dem Vorbehalte der genossenen Provision für den Eintritt des nochmaligen Witwenstandes gestattet ist.

Hofkammer-Decret vom 6. März 1846, S. 320, Nr. 944.

— Den mit einer Provision betheilten Individuen können Diurnen verliehen werden.

Hofkammer-Decret vom 2. Juli 1847, S. 465, Nr. 1072, und

Hofkanzlei-Decret vom 5. August 1847, S. 467, Nr. 1077.

— S. auch Kinder, Pension, Wittven.

Provisionisten. S. Provision.

Provisionirung. Wirkungskreis der landesfürstlichen Collegialgerichte erster und zweiter Instanz in Rücksicht der Provisionirung ihrer Beamten.

Justiz-Hofdecet vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

Provisions-Fähigkeit. S. Provisionen.

— :Gesuch. S. Provisionen.

— :Vorschriften. Die für Staatsbeamte geltenden Provisions-Vorschriften sind auch auf die bei Anstalten angestellten Beamten anzuwenden, welche auf von der Staatsverwaltung unterstüzte Fonde hingewiesen sind.

Hofkanzlei-Decret vom 3. April 1838, S. 173, Nr. 262.

Provisorien. Provisorische Entscheidungen über Besitzstörungen sind weder zur Intabulation, noch zur Pränotation oder zu einer Anmerkung in den öffentlichen Büchern geeignet.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 30, Nr. 51.

Provisorische Beamte. S. Beamte.

— Fortführung der Gerichtbarkeit und politischen Amtsverwaltung durch die Patrimonialbehörden auf Staatskosten.

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180, und

Justiz-Ministerial-Decret vom 16. September 1848, S. 659, Nr. 1182.

Prüfung. Die Bewerber um Auscultantenstellen bei Criminalgerichten sind nur der Auscultanten-Prüfung, jedoch zugleich aus dem Strafgesetze zu unterziehen.

Justiz-Hofdecret vom 10. März 1821, S. 13, Nr. 1746.

— Gegenstände der von dem Appellationsgerichte vorzunehmenden Prüfungen der Candidaten für eine Gefälls-Examinatorsstelle.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1822, S. 95, Nr. 1869.

— der Grundbuchsführer auf dem Lande.

Hofkanzlei-Decret vom 18. October 1822, S. 121, Nr. 1903.

— Vorschrift über die Classificirung der für das Richteramt geprüften Individuen.

Justiz-Hofdecret vom 28. Februar 1824, S. 195, Nr. 1991.

— anzustellender Gränzämter aus den vier ersten Capiteln der zweiten Abtheilung des Strafgesetzes.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juni 1824, S. 210, Nr. 2013.

— Wegen Prüfung der Pflegerichts-Beamten in dem Salzburger und dem Inn-Kreise.

Justiz-Hofdecret vom 21. August 1824, S. 265, Nr. 2038.

— Vor der Zulassung der Candidaten für Gefälls-Examinatorsstellen zur appellatorischen Prüfung ist die Abforderung eines Zeugnisses über die Prüfung aus den Gefällsvorschriften nicht nothwendig.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1825, S. 332, Nr. 2152.

— Die Bewerber um Auscultantenstellen müssen die Appellations-Prüfung wenigstens zu einer Auscultantenstelle gemacht haben.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1826, S. 36, Nr. 2207.

— der Richter und Auscultanten. Bedingungen und Gegenstände derselben.

Justiz-Hofdecrete vom 13. April 1827, S. 77, Nr. 2272, und vom 8. Mai 1829, S. 154, Nr. 2399.

— Vorschrift über die Prüfung der Bewerber um Fiscal-Adjunctenstellen und Bestimmung der Termine hierzu.

Justiz-Hofdecrete vom 17. Juli 1828, S. 124, Nr. 2351, und vom 19. Mai 1829, S. 157, Nr. 2402.

— Vorschrift über die Prüfung der Zöglinge der Theresianischen Ritter-Akademie und des Wiener Stadiconvictes bei ihrer Beförderung zu Auscultanten.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1828, S. 130, Nr. 2359.

— Vorschrift über die Prüfung der Bewerber um die Advocatur.

Justiz-Hofdecret vom 16. April 1830, S. 195, Nr. 2460.

— Die mit Adjuten theilenden Auscultanten haben sich binnen drei Jahren der Prüfung für das Richteramt zu unterziehen.

Justiz-Hofdecret vom 20. November 1830, S. 216, Nr. 2492.

— Die Fiscal-Adjuncten-Prüfung gilt auch für eine Advocaten-Prüfung, nur müssen die als Fiscal-Adjuncten Geprüften, welche sich noch keiner Prüfung aus dem Criminalrechte unterworfen haben, die für Advocaten vorgeschriebene Prüfung aus dem Strafgesetzbuche nachholen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Februar 1831, S. 11, Nr. 2506.

Prüfung. In den Zeugnissen über die Prüfungen für das Richteramt und für Auscultanten- oder Advocatenstellen sind die Noten: hinlänglich, gut und ausgezeichnet auszudrücken.

Justiz-Hofdecret vom 11. November 1831, S. 25, Nr. 2538.

- Zur Fiscal-Adjuncten-Prüfung können nur Diejenigen zugelassen werden, welche die dreijährige Praxis nach erlangtem Doctorate vollständig zurückgelegt haben.

Hofkammer-Decret vom 29. März 1832, S. 36, Nr. 2555.

- Ein Candidat des Civil- und Criminal-Richteramtes, welcher in der zweiten Prüfung nicht Genüge geleistet hat, ist zur dritten Prüfung nicht zugelassen.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1832, S. 65, Nr. 2571.

- der öffentlichen Geschäftsführer.

Hofkanzlei-Decret vom 16. April 1833, S. 88, Nr. 2608.

- der Landgerichtsbdiener in Steiermark wird den Landgerichten überlassen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. Juni 1833, S. 94, Nr. 2619.

- der Landgerichtsbdiener für Oesterreich unter und ob der Enns.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Februar 1834, S. 107, Nr. 2640.

- der öffentlichen Geschäftsführer, welche um die Befugniß ansuchen, die Parteien bei Militärbehörden zu vertreten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Juli 1834, S. 119, Nr. 2663.

- Vorschriften über die Prüfungen, welche in einer Provinz im Delegationswegen mit den Bewerbern um eine in einer anderen Provinz erledigte Fiscal-Adjunctenstelle vorgenommen werden sollen.

Hofkammer-Decret vom 24. December 1834, S. 132, Nr. 2680.

- Zur Civil- und Criminalrichter-Prüfung sind nur Diejenigen zuzulassen, welche die Studienzeugnisse über alle vorgeschriebenen Theile der Rechtswissenschaft beibringen und darin wenigstens die erste Classe erhalten haben.

Justiz-Hofdecret vom 30. Jänner 1835, S. 135, Nr. 2687.

- Die für die Advocatur oder für eine Fiscal-Adjunctenstelle mit gutem Erfolge Geprüften bedürfen zur Erlangung der Wahlfähigkeits-Decrete für das Civil- und Criminal-Richteramt keiner besonderen Prüfung für das Civil-Richteramt, sie haben sich jedoch über eine Einjährige Criminal-Praxis auszuweisen, und müssen eine besondere Prüfung für das Criminal-Richteramt mit gutem Erfolge bestehen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1835, S. 10, Nr. 26.

- Von der Prüfung der Bewerber um Fiscal-Adjunctenstellen aus den speciellen Gesetzen und Gewohnheiten der betreffenden Provinz kommt es ab.

Hofkammer-Decret vom 27. Juli 1836, S. 88, Nr. 148.

- Vorschrift über die Zulassung der Auditoriat-Practikanten zu den Richter-Prüfungen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1838, S. 182, Nr. 273.

- Ermächtigung der Hofstellen zur Dispensation von der dreijährigen Praxis nach erlangtem Doctorate, zur Ablegung der Fiscal-Adjuncten-Prüfung.

Allerhöchste Entschliessung vom 29. Jänner 1839, S. 324, Nr. 334.

- Die an einer inländischen Universität graduirten Doctoren der Rechte unterliegen behufs ihres Eintrittes in die Wiener juristische Facultät keiner Revisions-Prüfung.

Decret der Studien-Hofcommission vom 27. Mai 1843, S. 122, Nr. 706.

- Vorschrift über die Behandlung der Gesuche um Zulassung zur Fiscal-Adjuncten-Prüfung, von Seite jener Gubernien, welche nicht an dem Orte des Appellationsgerichtes ihren Amtssitz haben.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1843, S. 136, Nr. 734.

Prüfung. Die bei einem gehörig bestellten Land-Advocaten durch die vorgeschriebene Zeit genommene Praxis ist zur Zulassung eines Advocatursbewerbers zur Advocaten-Prüfung zureichend, nicht aber die bei den zur Partei-Vertretung befugten Justiziären genommene.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1844, S. 193, Nr. 783.

- der Maschinisten, Locomotivführer, Gehilfen oder Heizer einer Dampfmaschine oder Dampfkessels über ihre praktischen Kenntnisse zur Besorgung einer Dampfmaschine.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juni 1845, S. 266, Nr. 891.

- Abkürzung der Civil- und Criminal-Praxis zum Behufe der Ablegung der Richteramts-Prüfung von je Einem Jahre auf ein halbes Jahr bei Gerichten, welche die Civil- und Criminal-Gerichtsbarkheit in getrennten Senaten verwalten.

Justiz-Ministerial-Decret vom 3. Juni 1848, S. 639, Nr. 1158.

Prüfungs-Zeugnisse. In den Zeugnissen über die Fiscal-Adjuncten-Prüfungen ist die Fähigkeit des Geprüften mit den Noten: hinreichend, gut und sehr gut zu bezeichnen.

Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1831, S. 12, Nr. 2510.

Präzibran. Nicht des Bergoberamtes zu Präzibran, die zur Sicherstellung des Allerhöchsten Kazariums nöthigen gerichtlichen Verfügungen durch die Fiscalämter zu erwirken.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1840, S. 486, Nr. 430.

Publicirung. S. Kundmachung.

Pückler-Eimpurg. Dem Haupte der reichsständisch-gräflichen Familie Pückler-Eimpurg gebührt der Titel „Erlaucht“.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Punzen. Bestrafung der Verfälschung und des Gebrauchs von Punzen zu Abdrücken und plastischen Nachbildungen von Münzen als schwere Polizei-Übertretung.

Hofkanzlei-Decret vom 1. Juli 1845, S. 270, Nr. 895.

Pupillar-Capitalien. S. Capitalien, Waisengelber, Zinsfaffionen.

- **Rechnung.** S. Rechnung.

- **Sicherheit.** Häuser, auf welchen in die öffentlichen Bücher eingetragene Demolirungs-Reverse haften, können zur Pupillar-Sicherheit eines Capitales nicht dienen.

Justiz-Hofdecret vom 30. März 1840, S. 479, Nr. 418.

- **Tabellen.** Jede Abhandlungsbehörde in der Bukowina hat theils unmittelbar, theils durch das Czernowitzer Kreisamt am Schlusse eines jeden Jahres Pupillar-Tabellen an das galizische Appellationsgericht einzusenden. Vorschrift über die Verfassung derselben.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 516, Nr. 1125.

Pupillen. S. Minderjährige, Waisen.



Quadt-Finy. Dem Haupte der reichsständisch-gräflichen Familie Quadt Finy gebührt der Titel „Erlaucht“.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Quackfalber. Bestrafung der Quackfalber nach §. 98, II. Theil des Strafgesetzes.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Februar 1836, S. 76, Nr. 128.

Qualifications-Eingaben, vierteljährige, der General-Commanden über die um Civildienst ansuchenden pensionirten oder mit Gnadengaben theilhaftigen Officiere und Militär-Parteien.

Justiz-Hofdecret vom 4. April 1826, S. 14, Nr. 2177.

- **Tabelle.** S. Competenten, Eigenschafts-Tabellen, Tabellen.

Quartals-Ausweise. S. Ausweise, Tabellen.

— **Tabellen. S. Ausweise, Tabellen.**

Quartiere. Natural-Quartiere der Beamten unterliegen nicht der Dienststare.

Hofkammer-Decret vom 10. April 1841, S. 568, Nr. 522.

Quartiergeld. Abänderung des §. 8 der Vorschrift über die Quartiergelber vom Jahre 1819.

Hofkanzlei-Decret vom 13. August 1823, S. 158, Nr. 1962.

— Bei Anstellung oder Beförderung eines Beamten hat die Anweisung des Quartiergeldes eben so, wie jene des Gehaltes, nach ihren abgesonderten Beträgen dem Stempel zu unterliegen.

Hofkammer-Decret vom 19. Jänner 1825, S. 287, Nr. 2067.

— Nur in ganz besonderen Umständen darf auf die Vertheilung des Quartiergeldes für jubilirte und quiescirte Beamte angetragen werden.

Justiz-Hofdecet vom 19. November 1825, S. 329, Nr. 2146.

— Beamte haben, wenn sie durch Verleihung des Quartiergeldes keinen Gewinn erlangen, die Quartiergeldstare nicht zu entrichten.

Justiz-Hofdecet vom 17. October 1828, S. 137, Nr. 2367.

— Auf die Vertheilung des Quartiergeldes als Personal-Zulage bei Pensionirung der Wiener Beamten darf nicht mehr angetragen werden.

Justiz-Hofdecet vom 21. Februar 1829, S. 147, Nr. 2388.

— Nähere Bestimmung der Ansprüche der Erben eines Beamten auf den nach dem Tode desselben verfallenden Quartiergelds-Betrag.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juni 1830, S. 199, Nr. 2466.

— Bestimmung der Quartiergelber der Actuare bei dem Criminal-Senate des Wiener Magistrats.

Hofkanzlei-Decret vom 15. September 1832, S. 69, Nr. 2576.

— der Beamten unterliegt nicht der Dienststare.

Hofkammer-Decret vom 10. April 1841, S. 568, Nr. 522.

Quartiergeldstare. S. Taxen.**Quatembergelber. Vorschrift über die Behandlung der Vergleichen bei vernachlässigter Entscheidung der Quatembergelber.**

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 27. November 1838, S. 311, Nr. 310.

Quiescenten. Auch über vierzig Jahre alte Quiescenten sollen wieder angestellt werden.

Justiz-Hofdecet vom 30. Juli 1823, S. 156, Nr. 1958.

— Von welcher Zeit an den quiescirten Beamten das Quartiergeld einzustellen ist.

Hofkanzlei-Decret vom 13. August 1823, S. 158, Nr. 1962.

— ist die Ausübung der Advocatie nicht zu gestatten.

Hofkammer-Decret vom 20. October 1824, S. 268, Nr. 2045.

— haben den Ausweis ihrer Dienstjahre längstens binnen vier Monaten einzureichen.

Justiz-Hofdecet vom 3. December 1824, S. 277, Nr. 2055.

— Bei Ertheilung des Advocatur-Befugnisses ist zwar auf den von einer früheren Anstellung herührenden Ruhegenuß eines Quiescenten keine Rücksicht zu nehmen; bei der Berufung des Quiescenten zur Wiederanstellung aber ist entweder diesem Rufe zu folgen, oder auf den Ruhegenuß zu verzichten.

Justiz-Hofdecet vom 14. October 1825, S. 324, Nr. 2135.

— Nur in ganz besonderen Umständen darf auf die Vertheilung des Quartiergeldes für jubilirte und quiescirte Beamte angetragen werden.

Justiz-Hofdecet vom 19. November 1825, S. 329, Nr. 2146.

Quiescenten. Vorschrift über die Vergütung der Uebersiedlungskosten der wieder angestellten Quiescenten.

Justiz-Hofdecret vom 19. December 1826, S. 58, Nr. 2239.

- welche sich der Untersuchung über ihre Untauglichkeit zur ferneren Dienstleistung vorsehnlich entziehen, verlieren den Quiescentengehalt.

Hofammer-Decret vom 5. Jänner 1827, S. 63, Nr. 2248.

- Die provisorische oder zeitliche Aushilfe eines Quiescenten wird bei endlicher Pensionirung desselben nicht in die Dienstzeit eingerechnet.

Hofammer-Decret vom 8. Februar 1828, S. 109, Nr. 2329.

- Beschränkung der Substitutionsgebühren der Quiescenten.

Justiz-Hofdecret vom 28. März 1828, S. 111, Nr. 2332.

- Verpflichtung der vor Verlauf eines Jahres nach Einstellung des Activitäts-Gehaltes wieder angestellten Quiescenten zur verhältnismäßigen Rückvergütung des als Abfertigung bezogenen Jahresgehaltes.

Justiz-Hofdecret vom 3. September 1830, S. 207, Nr. 2479.

- Unterbringung der für die Gränzaufsicht nicht brauchbaren in einem Aerial-Genusse stehenden Personen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1831, S. 3, Nr. 2499.

- welche in eine besoldete Dienststelle bei einer Fonds- oder ständischen Behörde, bei dem Magistrat einer landesfürstlichen Stadt oder eines landesfürstlichen Marktes treten, sind zum Fortbezüge ihres Quiescentengehaltes nicht berechtigt.

Hofammer-Decret vom 22. April 1831, S. 13, Nr. 2513.

- Die aus einer im Quiescentenstande geschlossenen Ehe herstammenden Beamten-Waisen erhalten keine Pension, wenn nicht der Vater später wieder in wirkliche Dienstleistung getreten ist.

Hofammer-Decret vom 4. December 1834, S. 130, Nr. 2676.

- Behandlung der Beschlüsse der landesfürstlichen Collegialgerichte erster und zweiter Instanz, wenn bei der ihnen überlassenen Befegung erledigter Dienstplätze Quiescenten übergangen werden.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

- Anwendung der §§. 284 und 285, II. Theiles des Strafgesetzes, auf Quiescenten in schweren Polizei-Übertretungsfällen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juli 1838, S. 270, Nr. 284.

- Für die Zukunft können die Zahlungsbogen der Quiescenten nicht verpfändet oder verpflegt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Juni 1840, S. 509, Nr. 450.

Quiescentengehalt erlischt bei dem Eintritte des Quiescenten in eine besoldete Dienststelle bei einer Fonds- oder ständischen Behörde, bei dem Magistrat einer landesfürstlichen Stadt oder eines landesfürstlichen Marktes.

Hofammer-Decret vom 22. April 1831, S. 13, Nr. 2513.

- Suspension des Quiescentengehaltes des wegen eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Übertretung in Untersuchung verfallenen Individuums.

Justiz-Hofdecret vom 11. November 1831, S. 23, Nr. 2535.

- Vorschrift über die Bemessung des Quiescentengehaltes für degradirte oder aus Verschulden überfegte Beamte.

Justiz-Hofdecret vom 11. August 1835, S. 38, Nr. 71.

- Außerordentliche Besteuerung der Quiescentengehalte der Beamten und Bestimmung der Höhe derselben, bei welchen diese Besteuerung eintritt.

Finanz-Ministerial-Erlässe vom 18. und 27. Juni, dann 18. August 1848, S. 641, 643 und 651, Nr. 1163, 1165 und 1175.

Quiescentengehalt. S. auch *Quiescenten*.

Quiescirung. Die normalmäßige Quiescirung eines Beamten ist nicht als eine Strafe anzusehen.

Allerhöchste Entschliessung vom 6. Februar 1847, S. 406, Nr. 1027.

— Vorschrift über das Verfahren bei Anträgen auf Quiescirung von Justizbeamten.

Erlaß des Justiz-Ministers vom 21. August 1848, S. 652, Nr. 1176.

Quittirung. Verbot des Uebereinkommens (Convention), wodurch ein in activer Dienstleistung stehender Officier seine Charge im Wege der Quittirung oder Pensionirung gegen ein Entgelt aufzugeben zusichert.

Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1848, S. 612, Nr. 1135.

Quittungen über Pensionen, Erziehungs-Beiträge, Gnadengaben, Provisionen und dergleichen Genüsse für Militär- und Staatsdiener's-Waisen ist die legale Bestätigung beizufügen, daß der Waise weder Löhnung, Wage, Gehalt oder Adjutum von dem Aetarium beziehe, noch sonst versorgt sei.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1831, S. 20, Nr. 2529.

— Stämpelfreiheit der Quittungen über die aus Criminal-Depositenämtern erhobenen Gelder und Sachen.

Justiz-Hofdecret vom 20. December 1834, S. 131, Nr. 2678.

— Vorschrift über das Verfahren bei Ausstellung von Quittungen über die von Beamten eingezahlten Dienstaten.

Hofkammer-Decret vom 30. September 1845, S. 274, Nr. 902.

— Verfahren hinsichtlich der Löschung solcher Quittungen, welche auf Realitäten, von denen Grundtheile für die k. k. Staatsbahnen in Anspruch genommen werden, zu Gunsten des Aetars, wegen der geleisteten Abschlagszahlungen an der Entschädigungs-Forderung der Besitzer derselben, intabulirt oder pränotirt worden sind.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1846, S. 387, Nr. 997.

N.

Nabbi. Die Heimfagung des Patrimonialgerichtes Nabbi in Tirol wird angenommen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1824, S. 172, Nr. 1986.

Rabbiner. Vorschrift für die Rabbiner über die Vornahme der Trauungen jener Israeliten in Böhmen, welche keiner mit einem zu jüdischen Trauungen berufenen Religionslehrer versehenen jüdischen Gemeinde angehören.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1846, S. 360, Nr. 984.

Nadicirte Gewerbe. S. *Gewerbe*.

Nadmannsdorf. Aufstellung eines landesfürstlichen provisorischen Bezirkscommissariates erster Classe zu Nadmannsdorf in Mähren statt der heimgesagten delegirten dortigen Bezirksverwaltung und jener von Weldeß.

Hofkanzlei-Decret vom 10. April 1840, S. 481, Nr. 422.

Nadauß. Die Herrschaft Nadauß, Bukowiner Kreises, wird mit ihren unterstehenden Ortschaften rücksichtlich der unadelichen Einwohner aus dem bisherigen Gerichtsprengel des Czernowitzer Stadt- und Landrechtes ausgeschieden, und dem Districtsgerichte in Suczawa zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 27. Juni 1829, S. 164, Nr. 2416.

Räuber. Die wegen Einbringung einer Räuber-Notte bestehende Taglia von fünfzig Ducaten wird auch auf Galizien ausgedehnt.

Justiz-Hofdecret vom 13. December 1822, S. 124, Nr. 1914.

- Für die Ergreifung und Einbringung eines Räubers haben Gerichtsdiener keinen gesetzlichen Anspruch auf die Taglia, doch kann ihnen dieselbe bei besonderen Fällen ausnahmsweise bewilliget werden.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1829, S. 160, Nr. 2405.

Räumung. Bestimmung des Termines zur Räumung aufgekündigter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in der Hauptstadt Litz.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1833, S. 82, Nr. 2602.

- Bestimmung der Termine zur Räumung aufgekündigter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in der Hauptstadt Graz.

Justiz-Hofdecret vom 6. Februar 1837, S. 102, Nr. 169.

- Bestimmungen der Termine zur Räumung aufgekündigter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in der Hauptstadt Salzburg.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1839, S. 328, Nr. 342.

- Bestimmung der Termine zur Räumung aufgekündigter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in der Stadt Brünn und ihren Vorstädten.

Hofkanzlei-Decret vom 5. October 1843, S. 148, Nr. 748.

- Vorschrift über die Räumung der vermieteten Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in den Städten Zara, Spalato, Ragusa, Cattaro, Sebenico und deren Vorstädte in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1843, S. 175, Nr. 770.

Räthe. Die Beiziehung zweier Justiz-Hofräthe ist, wenn es sich um Dienstentlassung wegen Verbrechen abgeurtheilter Beamten handelt, nicht nothwendig.

Justiz-Hofdecret vom 2. Jänner 1821, S. 1, Nr. 1727.

- Vorschrift wegen Beiziehung zweier Appellationsräthe zu den Berathungen der politischen Landesstelle bei Entlassung der Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1821, S. 6, Nr. 1736.

- Zu den Verhandlungen über Militär-Lieferungen soll, wenn der rechtliche Bestand des Fiscalamtes nicht thunlich ist, ein landesfürstlicher Justizrath beigezogen werden.

Justiz-Hofdecret vom 18. Mai 1821, S. 21, Nr. 1761.

- Nähere Bestimmung hinsichtlich der obigen Verordnung.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juli 1821, S. 40, Nr. 1781.

- Diäten-Bestimmung für die Räthe der fürstlichen Landrechte in Schlesien.

Justiz-Hofdecret vom 5. October 1822, S. 119, Nr. 1898.

- Die Uebersetzung der Prager Magistratsräthe von einer zur anderen Abtheilung bleibt ferner der gemeinschaftlichen Genehmigung beider Landesbehörden überlassen.

Justiz-Hofdecret vom 5. August 1823, S. 157, Nr. 1960.

- Beiziehung eines Appellationsrathes zur Visitations-Commission bei Durchsuchung der Registraturen der Patrimonialgerichte und nicht förmlich besetzten Magistrate zum Behufe des Stempelgefälles.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juni 1824, S. 211, Nr. 2014.

- Von der Vorlegung des Beschlusses auf Entlassung oder Uebersetzung eines unter 600 fl. besoldeten Beamten kommt es ab, wenn die von der Landesstelle beigeziehenden Appellationsräthe damit verstanden sind.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 309, Nr. 2110.

Räthe. Bestimmung der Anzahl der Räthe zur Berathschlagung über Besitzstörungen-Angelegenheiten oder sogenannte Provisorien.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juli 1825, S. 312, Nr. 2118.

- Den bei Magistraten angestellten geprüften Rätthen wird die Besorgung von Justizariaten und Privatdiensten neben ihrem Amte nicht gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 24. Juni 1826, S. 29, Nr. 2195.

- Die von dem Rathe eines Collegialgerichtes über eine Rechtsangelegenheit abgegebene Meinung kann nach aufgehobener Sitzung nicht mehr geändert werden.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1826, S. 60, Nr. 2244.

- Beiziehung zweier Justizräthe zu der Berathschlagung über die Dienstentlassung eines in Criminal-Untersuchung gerathenen, und wegen Mangels rechtlicher Beweise losgesprochenen Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 16. März 1827, S. 72, Nr. 2267.

- Die ungeprüften Räthe bei Gerichten der Städte und Märkte haben auch bei Einleitung einer Criminal-Untersuchung eine entscheidende Stimme.

Justiz-Hofdecret vom 1. August 1828, S. 129, Nr. 2357.

- Der Todesfall eines wirklichen geheimen Rathes ist unverweilt der obersten Justizstelle anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 13. November 1828, S. 139, Nr. 2371.

- Den Berathschlagungen über die Dienstentlassung eines Postbeamten sind bei der Oberst.-Postverwaltung zwei niederösterreichische Appellationsräthe beizuziehen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Mai 1829, S. 159, Nr. 2404.

- Beiziehung zweier Justizräthe zu den Berathschlagungen der Behörden, die nicht selbst Justizbehörden sind, über die Entlassung der einer schweren Polizei-Übertretung schuldig befundenen oder von derselben aus Abgang rechtlicher Beweise losgesprochenen Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1830, S. 187, Nr. 2455.

- Streitsachen, wobei Räthe des urtheilenden Gerichtes als Parteien eintreten, sind nach Umständen in einem verstärkten Senate in Vortrag zu bringen; die unterlassene Berathschlagung in einem verstärkten Senate begründet aber keine Nullität.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juli 1830, S. 204, Nr. 2474.

- Die vereinigten Cameral-Gefällen-Verwaltungen haben zu ihren Berathschlagungen über die Entlassung eines ihnen unterstehenden Beamten oder Dieners zwei Justizräthe beizuziehen.

Justiz-Hofdecret vom 27. August 1830, S. 205, Nr. 2477.

- Bestimmung des Ranges und Sitzes für Räthe der Justiz- und Cameralbehörden, wenn sie bei den wechselseitigen Rathssitzungen zu erscheinen haben.

Justiz-Hofdecret vom 11. November 1831, S. 23, Nr. 2536.

- Durch die Verleihung der geheimen Rathswürde wird die österreichische Staatsbürgerschaft nicht erworben.

Allerhöchste Entschliessung vom 2. März 1833, S. 80, Nr. 2598.

- Zuziehung zweier Justizräthe zu den Verhandlungen über die Dienstentlassung beedigter Concepts- und Manipulations-Practikanten landesfürstlicher Behörden.

Justiz-Hofdecret vom 23. August 1833, S. 101, Nr. 2627.

- Ueber die Behandlung der einer schweren Polizei-Übertretung schuldigen, oder von derselben oder von einem Verbrechen nur ab instantia losgesprochenen landesfürstlichen Beamten sind auch dann zwei Justizräthe zu Rath zu ziehen, wenn die Behörde selbst nicht auf Entlassung des Beamten anträgt.

Justiz-Hofdecret vom 16. August 1834, S. 121, Nr. 2665.

- Der Appellationsrath hat mit dem Präses eines dalmatinischen Collegialgerichtes erster Instanz gleichen Dienstfrang und bei seiner Ernennung zum Präses keine Charakterstare zu entrichten.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1835, S. 4, Nr. 7.

Räthe. Rangbestimmung der Räthe des Bukowiner Stadt- und Landrechtes.

Justiz-Hofdecret vom 16. November 1835, S. 55, Nr. 94.

- Vorschrift für die landesfürstlichen Collegialgerichte erster und zweiter Instanz, in Rücksicht der Besetzung der bei ihnen erledigten Rathsstellen.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

- Behandlung der dienstuntauglich gewordenen oder ihre Pflicht nicht erfüllen wollenden Räthe.

Justiz-Hofdecret vom 4. April 1839, S. 335, Nr. 353.

- Die bei dem Triester Mercantil- und Wechselgerichte dienenden Beisitzer aus dem Handelsstande dürfen sich als wirkliche k. k. Räthe unterzeichnen. Befassung dieses Titels bei mehrjähriger ausgezeichnete Dienstleistung derselben.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1840, S. 526, Nr. 463.

- Den Beratungen der allgemeinen Hofkammer über die Entlassung eines unteren bedienten Dieners sind zwei Justiz-Hofräthe nicht beizuziehen.

Allerhöchste Entschliebung vom 16. Jänner 1841, S. 552, Nr. 495.

- Vorschrift über die Ernennung der Räthe bei dem Civil- und bei dem Criminalgerichte der Stadt Wien.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 569, Nr. 524.

- Rangbemessung zwischen zu berggerichtlichen Sitzungen beigezogenen Magistratsräthen, dann den Berggerichts-Äffessoren und Bergbeamten.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 11. Mai 1841, S. 579, Nr. 536.

- Bei den vor dem competenten Richter über Besitzstörungenklagen des Allerhöchsten Kersars in Tirol anhängigen Verhandlungen hat in erster Instanz ein Rath des Berggerichtes in zweiter aber ein Rath der Berg- und Salinen-Oberdirection zu Hülfe zu interveniren.

Justiz-Hofdecret vom 3. October 1842, S. 63, Nr. 646.

- In Fällen, wo bei einer Streitverhandlung die Leitung der Parteien nach Vorschrift des §. 21 der Gerichtsordnung einzutreten hat, hat den dießfälligen Verhandlungen immer derselbe Rath beizuwohnen.

Justiz-Hofdecret vom 19. October 1842, S. 64, Nr. 650.

- Die gleichzeitige Urlaubs-Ertheilung an eine zu große Anzahl von Räthen bei landesfürstlichen Justizstellen soll vermieden werden, und bei Vorschlägen zur Besetzung von Rathsstellen soll der Präsident gegenwärtig seyn, und sein Gutachten geben.

Justiz-Hofdecret vom 20. März 1845, S. 256, Nr. 877.

- S. auch Rathssitzungen.

Ragusa. In Ragusa in Dalmatien haben drei Advocaten zu bestehen.

Justiz-Hofdecret vom 2. März 1822, S. 87, Nr. 1850.

- Vorschrift über die Aufkündigung und Räumung aufgekündigter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in der Stadt Ragusa und ihren Vorstädten in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1843, S. 175, Nr. 770.

Raittare. Vorschrift über die Controle bei Bemessung und Verrechnung der Raittare.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1826, S. 53, Nr. 2230.

- Vorschrift über die Bemessung und Einhebung der durch das Stämpel- und Laxgesetz vom 27. Jänner 1840 aufgehobenen Raittare.

Hofkammer-Präsdial-Schreiben vom 20. Juli 1840, S. 515, Nr. 455.

Rang der verschiedenen Behörden bei öffentlichen Civil-Festlichkeiten.

Justiz-Hofdecret vom 24. November 1821, S. 59, Nr. 1816.

- Rang.** Bestimmung des Dienstranges der in den neuen Provinzen aufgestellten Individuen, je nachdem sie nur vorher oder immer der österreichischen Regierung gebient haben.
 Justiz-Hofdecret vom 4. November 1825, S. 328, Nr. 2142.
- Rangbestimmung der Beamten eines landesfürstlichen Bezirkscommissariates.
 Hofkanzlei-Decret vom 6. December 1826, S. 57, Nr. 2237.
- Den zu einer anderen landesfürstlichen Gerichtsbehörde zur Erweiterung ihrer Sprachkenntnisse übersehten Auscultanten bleibt der Dienstrang vorbehalten.
 Justiz-Hofdecret vom 6. April 1827, S. 76, Nr. 2270.
- Nähere Bestimmung des Grundsatzes, daß der Dienstrang sich nach dem Tage der Ernennung eines Beamten richtet, für die Fälle, wo über die Beschlüsse der Behörden die Allerhöchste Entschließung einzuholen ist.
 Justiz-Hofdecret vom 30. Mai 1828, S. 121, Nr. 2345.
- Den bedingt ernannten Auscultanten ist der Dienstrang von dem Zeitpunkte auszumessen, wo sie wirklich Dienste zu leisten anfangen.
 Justiz-Hofdecret vom 23. December 1828, S. 141, Nr. 2376.
- Die wegen eines Verschuldens in eine mindere Dienstkategorie übersehten Beamten haben den letzten Rang dieser Kategorie einzunehmen.
 Justiz-Hofdecret vom 25. April 1829, S. 153, Nr. 2396.
- Den auf ihr Ansuchen an einen anderen Ort übersehten Beamten bleibt nur ihr Rang, nicht aber ihr voriger höherer Gehalt vorbehalten.
 Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1831, S. 17, Nr. 2520.
- Bestimmung des Ranges der als Repräsentanten zu den Rathssitzungen der Justizbehörden beigezogenen Rätthe der Gefällsbehörden.
 Justiz-Hofdecret vom 11. November 1831, S. 23, Nr. 2536.
- Bestimmung des Dienstranges zwischen dem Präses eines dalmatinischen Collegialgerichtes erster Instanz und einem Appellationsrathe.
 Justiz-Hofdecret vom 10. April 1835, S. 4, Nr. 7.
- Rangbestimmung der Rätthe des Bukowiner Stadt- und Landrechtes.
 Justiz-Hofdecret vom 16. November 1835, S. 55, Nr. 34.
- Bestimmung des Dienstranges der mit und ohne Vorbehalt de non praejudicando ernannten überzähligen Beamten.
 Justiz-Hofdecret vom 17. August 1836, S. 88, Nr. 149.
- Auscultanten haben unter sich keinen Rang.
 Justiz-Hofdecret vom 20. Juni 1837, S. 128, Nr. 207, und
 Hofkanzlei-Decret vom 15. März 1844, S. 198, Nr. 794.
- Bestimmung des Platzes für landesfürstliche Behörden bei öffentlichen, insonderheit kirchlichen Feierlichkeiten.
 Hofkanzlei-Decret vom 2. Juni 1838, S. 183, Nr. 275.
- Rangbestimmung der Universitäts-Professoren nach den f. f. Tribunals-Räthen.
 Decret der Studien-Hofcommission vom 29. August 1838, S. 276, Nr. 292.
- Bestimmung des Ranges der in Praxis als Accessisten oder Practikanten getretenen pensionirten Officiere.
 Justiz-Hofdecret vom 11. Februar 1839, S. 327, Nr. 339.
- Bestimmung des Ranges des Bürgermeisters des Wiener Magistrates, und der Präses-Bürgermeister des Civil- und Criminal-Gerichtes der Stadt Wien.
 Justiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 569, Nr. 624.

Rang. Rangbestimmung zwischen den Bergbeamten und Berggerichts-Affessoren, dann zwischen den zu den berggerichtlichen Sitzungen beigezogenen Magistratsräthen und Magistrats-Beamten.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 11. Mai 1841, S. 579, Nr. 536.

- Bedeutung und Wirkung der Verleihung von Rang einer bestimmten Dienstes-Kategorie an Beamte.

Hofkammer-Decret vom 24. Februar 1844, S. 195, Nr. 787.

- Es ist unzulässig, einem auf die Advocatur verzichtenden Advocaten den Rang eines Advocaten zu bewilligen.

Ärztliche Entschliebung vom 20. Februar 1847, S. 424, Nr. 1037.

- S. auch Rathssitzungen.

Rangs-Vorrückung. Wann Prätores in Dalmatien bei vorkommender Rangs-Vorrückung in ihren innehabenden Posten zu belassen seien.

Justiz-Hofdecret vom 2. September 1846, S. 360, Nr. 982.

Ranziano. Aus dem Bezirke Ranziano, Grafenberg und Heilgengkrenz im Görzer Kreise wird ein landesfürstliches Bezirkscommissariat 1. Classe mit dem Sitze zu Görz errichtet.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Jänner 1839, S. 319, Nr. 322.

Rathsbeschlüsse. Vorschrift für Vorsitzende bei Gerichtsbehörden über die Fassung der Rathsbeschlüsse in bürgerlichen Rechtswangelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1841, S. 565, Nr. 519.

Rathspersonale. Unentgeltlich von dem untergeordneten Rathspersonale zu leistende Ausbülfe in Fällen von Krankheit, Abwesenheit oder Abgang eines oder des anderen unter demselben.

Justiz-Hofdecret vom 27. Mai 1825, S. 302, Nr. 2098.

- Vorschrift über die Verwendung des subalternen Rathspersonales als Criminal-Inquirenten und Botanten.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1839, S. 342, Nr. 365.

- Bei Beförderungen unter dem Rathspersonale der landesfürstlichen Collegialgerichte in Galizien ist auf die der moldauischen (wallachischen) Sprache kundigen Competenten besondere Rücksicht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Februar 1842, S. 9, Nr. 598.

- S. auch Beamte.

Rathsprotokolle. S. Protokolle.

Rathsprotokollisten. Vorschrift für landesfürstliche Collegialgerichte erster und zweiter Instanz in Rücksicht der Besetzung der bei ihnen erledigten Rathsprotokollisten- und Rathsprotokollisten-Adjuncten-Stellen.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

- Vorschrift über die Besetzung der Rathsprotokollisten-Stellen bei dem Grazer Magistrat.

Hofkanzlei-Decret vom 7. November 1838, S. 306, Nr. 303.

- Vorschrift über die Verwendung der Rathsprotokollisten als Criminal-Inquirenten und Botanten.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1839, S. 342, Nr. 365.

Rathprotokollisten. Zum Rathprotokollisten eines Collegialgerichtes darf ein mit dem Vorstande oder einem Rathe desselben verwandter oder verschwägertter Beamter nicht ernannt werden.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juli 1839, S. 346, Nr. 371.

— Vorschrift über die Ernennung der Rathprotokollisten bei dem Civilgerichte der Stadt Wien.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 569, Nr. 524.

Ratschiza. Zu Ratschiza in Mähren wird für den heimgesagten Bezirk Auersberg ein landesfürstliches Bezirkscommissariat errichtet.

Hofkammer-Decret vom 29. Juli 1835, S. 36, Nr. 65.

Rathssitzungen. Verlängerung oder Vermehrung der Rathssitzungen, damit alle zum Vortrage bereits bearbeiteten Geschäftsstücke vorgetragen werden können.

Justiz-Hofdecret vom 14. Juni 1822, S. 108, Nr. 1878.

— Zu Rathssitzungen der Gerichtsstellen dürfen Practikanten nicht zugelassen werden.

Justiz-Hofdecret vom 12. März 1824, S. 195, Nr. 1992.

— Vorschrift über die Dauer der Rathssitzungen bei Justizbehörden. Die wichtigeren Rechtsangelegenheiten sind in den ersten Stunden derselben vorzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1826, S. 60, Nr. 2244.

— In verstärkten Rathssitzungen sind nach Umständen die Rechtsstreite, wobei Präsidenten oder Räte als Parteien eintreten, in Vortrag zu bringen. Die unterlassene Berathschlagung in einem verstärkten Senate begründet aber keine Nullität.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juli 1830, S. 204, Nr. 2474.

— Bei den Rathssitzungen der Justizbehörden ist den Räten der Cameral-Gefällen-Verwaltungen vor den Justiz-Räthen; bei den Rathssitzungen der Cameral-Gefällen-Verwaltungen dagegen den Justizräthen der Platz vor den Cameral-Räthen anzuweisen.

Justiz-Hofdecret vom 11. November 1831, S. 23, Nr. 2536.

— Von den dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte theils als Beisitzer, theils als Beisizers-Substituten beigegebenen sechs Handelsleuten haben auch künftig jeder Rathssitzung nur zwei beizuwohnen.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1837, S. 151, Nr. 238.

— Bestimmung der Gegenstände, welche bei den Appellationsgerichten in voller, und welche in minder zahlreichen Rathssitzungen vorzutragen sind.

Justiz-Hofdecret vom 30. April 1838, S. 177, Nr. 267.

— S. auch Berathschlagung.

Rathsstellen. Concurs wegen in Dalmatien erledigten Rathsstellen müssen durch die dalmatinische Provinzial-, aber zugleich auch durch die Wiener Zeitung bekannt gemacht werden.

Justiz-Hofdecret vom 16. Jänner 1835, S. 134, Nr. 2683.

— Zu Rathsstellen dürfen ausgezeichnete Fiscal-Adjuncten und Advocaten, wenn sie auch die formelle Befähigung zum Richteramte nicht erlangt haben, in Antrag gebracht werden.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1835, S. 10, Nr. 26.

— Vorschrift über die Besetzung der Rathsstellen bei dem Grager Magistrat.

Hofkanzlei-Decret vom 7. November 1838, S. 306, Nr. 303.

— Bei Vorschlägen zu Justiz-Rathsstellen ist auf ausgezeichnete Fiscal-Adjuncten der gehörige Bedacht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Februar 1839, S. 326, Nr. 338.

— Bei Vorschlägen zur Besetzung von Rathsstellen bei landesfürstlichen Justiz-Behörden soll der Präsident gegenwärtig seyn und sein Gutachten geben.

Justiz-Hofdecret vom 20. März 1845, S. 256, Nr. 877.

Rathversammlung. Vorschrift zur Behandlung und Erledigung der Justizgeschäfte in mehr oder minder zahlreichen Rathversammlungen der ersten Instanzen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1822, S. 76, Nr. 1836.

- Bei Appellationsgerichten, welche aus mehr als zehn Rätthen bestehen, ist zur Bildung eines Plenums die Zahl von zehn Rätthen nebst dem Präsidenten hinreichend.

Justiz-Hofdecret vom 29. Juli 1823, S. 156, Nr. 1957.

- Wegen Berathschlagung über Beschlagnahme-Angelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juli 1825, S. 312, Nr. 2118.

- Bestimmung der Gegenstände, welche bei den Appellationsgerichten in voller, und welche in minder zahlreicher Rathversammlung vorzutragen sind.

Justiz-Hofdecret vom 30. April 1838, S. 177, Nr. 267.

- Zusammensetzung des Senates bei der obersten Justizstelle für die Abänderung gleichlautender Urtheile und Bescheide der Gerichte erster und zweiter Instanz.

Allerhöchste Entschliessung vom 17. Mai 1842, S. 36, Nr. 616.

Rathswürde. Durch Verleihung der geheimen „Rathswürde“ wird die österreichische Staatsbürgerchaft nicht erworben.

Allerhöchste Entschliessung vom 2. März 1833, S. 80, Nr. 2598.

Rattenberg. Erweiterung der Gerichtsbarkeit des landesfürstlichen Landgerichtes Rattenberg in Tirol durch theilweise Zuweisung der anheimgesagten gräflich Tannenberg'schen und von Merzsch'schen Jurisdictionen Rottenburg, Lichtwer und Münster.

Hofkanzlei-Decret vom 12. December 1835, S. 63, Nr. 103.

Raub. Ausdehnung des standrechtlichen Verfahrens auf alle Diejenigen, die in dem bezeichneten Bezirke während der Dauer des Standrechtes einen Raub verübt haben, und ihre Mitschuldige.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1827, S. 67, Nr. 2257.

Raubniz. Aufstellung eines Elbezollgerichtes zu Raubniz in Böhmen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 2. December 1845, S. 289, Nr. 912.

Ravca. Die Steuergemeinde Ravca in Dalmatien wird der Prätur Bergoraj zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1848, S. 492, Nr. 1118.

Realgerichtsbehörde. S. Realinstanz.

Realinstanz. Bestimmung der Amtsstunden für das Einreichungs-Protokoll bei derselben.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1831, S. 5, Nr. 2500.

- Derselben steht kein ausschließendes Recht zu, die freiwillige Versteigerung unbeweglicher Güter vorzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 21. Jänner 1831, S. 5, Nr. 2502.

- Wirkung der bei der Real-Instanz vor der Concurs-Eröffnung angeführten Pränotation und Intabulation.

Justiz-Hofdecret vom 24. Juni 1839, S. 342, Nr. 366.

- Alle an die zweite oder dritte Instanz gerichteten Recurse, sowohl wider abschlägige als auch wider bewilligende Bescheide über Gesuche um Einverleibung oder Pränotirung, dann über Executions-Gesuche, sind bei dem Richter erster Instanz, der den ersten Bescheid erlassen hat, zu überreichen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. März 1840, S. 475, Nr. 415.

- Streitigkeiten über unbewegliches Eigenthum des Militär-Merars, insbesondere in Beschlagnahme-fällen, sind vor der Real-Gerichtsbehörde zu verhandeln und zu entscheiden.

Justiz-Hofdecret vom 28. Juni 1842, S. 44, Nr. 622.

- **Invaliden.** S. auch Invaliden.

Realisirung. Vorschrift über die Realisirung der von Staats-, Fonds-, dann ständischen und städtischen Beamten eingelegten, und in Obligationen oder Anlagen bei dem Staatsschulden-Tilgungsfonde bestehenden Cautionen, sobald die Erfassungspflichtigkeit des Beamten ausgesprochen ist.

Hofkammer-Decret vom 3. Jänner 1842, S. 3, Nr. 583.

Realität. Vorschrift über die Veräußerung der grundhinsbaren Realitäten in Tirol.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 46, Nr. 1797.

- Vorschrift, wie sich vor dem Verkaufe einer Realität unter der Schätzung zu benehmen sei.

Justiz-Hofdecret vom 25. Juni 1824, S. 213 und 2017.

- Vorschrift über die Einbringung der Herstellungskosten der Wirtschaftsgebäude auf den zur Dotation der geistlichen Pfründner angewiesenen Realitäten nach dem Ableben dieser Pfründner.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1824, S. 260, Nr. 2027.

- Den Patrimonialgerichts-Beamten in Tirol und Vorarlberg ist die Pachtung einer Realität nicht gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 10. Juni 1825, S. 307, Nr. 2105.

- Vorschrift für Gerichtsbehörden bei Vornahme gerichtlicher Schätzungen von Realitäten.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 308, Nr. 2106.

- Vorschrift über die Besitzanschreibung der Juden an Realitäten im Görzer Kreise.

Justiz-Hofdecret vom 10. März 1826, S. 12, Nr. 2172.

- Zur Veräußerung einer unterthänigen Realität in Tirol ist die Einwilligung des Obereigenenthümers nicht nöthig, sondern derselbe hat nur zu beurtheilen, ob der neue Käufer der Realität vorzustehen fähig sei oder nicht.

Justiz-Hofdecret vom 5. August 1826, S. 40, Nr. 2211.

- Ausweisung des Werthes unterthäniger Realitäten zum Behufe der Erbsteuer-Bemessung.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Juni 1827, S. 86, Nr. 2289.

- Einbringung der Tax-Rückstände durch die Execution auf die Realität.

Hofkanzlei-Decret vom 20. Juli 1827, S. 88, Nr. 2293.

- Israeliten in Böhmen dürfen zur Versteigerung der Realitäten der Christen als Käufer nicht zugelassen werden.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juli 1827, S. 88, Nr. 2294.

- Ausfertigung der Einantwortungs-Urkunde für Käufer der im Executionswege versteigerten Realitäten.

Justiz-Hofdecret vom 11. August 1827, S. 90, Nr. 2300.

- Bei Bemessung des landesfürstlichen und obrigkeitlichen Portuars ist die Geldwährung der Katastral-Einlage der Realität zu berücksichtigen.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1828, S. 138, Nr. 2368.

- Bestimmung der Rechte der Grund- und Urbars-Herren im Görzer Kreise bei Veräußerung und Theilung der Bauerngüter und Eintreibung der Gebühren.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1829, S. 145, Nr. 2387.

- Anwendung der Vorschriften des Patentes vom 14. Februar 1804, und der Erläuterung desselben vom 21. Juni 1805, über die Gesuche um Einverleibung (Intabulation), Vormerkung (Pränotation), Besitz- oder Gewähr-Anschreibung oder Löschung (Extabulation) auf die zu den Grundbüchern der Städte und Obrigkeiten gehörigen unbeweglichen Güter.

Justiz-Hofdecret vom 16. April 1830, S. 194, Nr. 2459.

- Die Verhandlungen über die Schätzungen von Realitäten verunglückter Unterthanen zum Behufe der Aufnahme von Darleihen aus Waisen-, Kirchen- oder öffentlichen Fonds-Cassen sind stämpelfrei.

Hofkanzlei-Decret vom 18. November 1831, S. 25, Nr. 2539.

Realitäten. Verträge der Unterthanen in Böhmen, über die Ueberlassung eines Theiles ihrer Realitäten auf die Lebenszeit gewisser Personen gegen Vorbehalt des Rückfalles mit dem Tode derselben, sind ungiltig.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1833, S. 85, Nr. 2603.

- Die Stände in Steiermark haben kein Recht über den katastralmäßigen Dominical- und Rustical-Besitzstand einer Realität zu entscheiden.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Juni 1834, S. 114, Nr. 2657.

- Die Verpachtung der Kloster- und Pfarr-Realitäten in Galizien darf nur mit Bestätigung des Ordinariates geschehen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1835, S. 20, Nr. 35.

- Vorschrift für den Judicial-Senat des Prager Magistrates über dessen Verfahren bei Bewilligung der Eigenthumsübertragung einer stadtbücherlichen Realität.

Justiz-Hofdecret vom 25. August 1835, S. 42, Nr. 82.

- Vorschrift über die Anschreibung der Israeliten an den bücherlichen Besitz christlicher Realitäten in denjenigen Provinzen, wo sie nach der Verfassung zu deren Besitze nicht befugt sind.

Justiz-Hofdecret vom 5. December 1835, S. 61, Nr. 100.

- Vorschrift über die Abnahme der Gebühren für die pfandweise Einverleibung oder Vormerkung von Forderungen und Urkunden auf mehrere demselben Eigenthümer gehörige, und zu Einem Grundbuche dienbare Bauerngüter.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Mai 1836, S. 82, Nr. 141.

- Vorschrift über die Abnahme der Armenpercente bei Versteigerungen von Realitäten.

Hofkanzlei-Decret vom 24. März 1837, S. 117, Nr. 187.

- Vorschrift für Tirol und Vorarlberg über die Vertheilung des Preises von im Wege der gerichtlichen Execution veräußerten Realitäten.

Justiz-Hofdecret vom 19. November 1839, S. 354, Nr. 388.

- Vorschrift für Schätzleute bei Realitäten-Schätzungen.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1839, S. 360, Nr. 391.

- Behandlung der jüdischen Gemeinden in Beziehung auf die Erwerbung des Grundeigenthumes zur Erbauung einer Synagoge oder Schule.

Hofkanzlei-Decret vom 2. März 1841, S. 562, Nr. 512.

- Welche Urkunden zum Beweise der Löschung der in den sogenannten Versch- oder Hypotheken-Büchern vorkommenden Hypotheken gegenüber der nicht vollständig zu befreibenden Hypothekar-Gläubiger einer gerichtlich veräußerten Realität zum Verschbuche gebracht werden sollen.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1840, S. 519, Nr. 459.

- Die sequestratorischen Verpachtungen der wegen Steuer-Rückständen exquirten Realitäten in Galizien sind im Pccitationswege zu bewirken.

Hofkanzlei-Decret vom 16. December 1841, S. 657, Nr. 577.

- Wann im Görzer Kreise bei Verlassenschafts-Abhandlungen ein Mortuar von dem Werthe solcher Realitäten abgenommen werden dürfe, welche von dem Erblasser bei Lebzeiten abgetreten worden sind, aber wegen des Zustandes der öffentlichen Bücher nicht ausgeschrieben werden konnten.

Justiz-Hofdecret vom 14. Februar 1842, S. 9, Nr. 597.

- Vorschrift über das Verfahren bei der Einlösung und Schätzung der für die Staats-Eisenbahnen erforderlichen Realitäten.

Justiz-Hofdecret vom 8. November 1842, S. 69, Nr. 654.

Realität. Strafbestimmung auf die Verschweigung des wahren Kauffchillings einer Realität zum Behufe der Verkürzung der grundherrlichen Laudemialgefälle.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Februar 1843, S. 95, Nr. 680.

- Zu Freibietungen von Realitäten der Christen in Mähren dürfen Israeliten als Käufer nicht zugelassen werden.

Justiz-Hofdecret vom 21. März 1843, S. 103, Nr. 690.

- Unfähigkeit der Montenegriner zum Realitätenbesitze in Dalmatien und der österreichischen Unterthanen in Montenegro.

Justiz-Hofdecrete vom 6. August 1845, S. 273, Nr. 898, und 14. Jänner 1846, S. 308, Nr. 922.

- Die Pränotirungen von Aerial-Forderungen auf Realitäten sind durch das Fiscalamt einzuleiten.

Hofkammer-Decrete vom 24. October 1845 und 6. Mai 1846, S. 288 und 334, Nr. 907 und 959.

- Bestimmung eines Termines von zwei Jahren, binnen welchem Montenegriner die in ihrem Besitze befindlichen, in Dalmatien liegenden Realitäten verkaufen müssen.

Justiz-Hofdecret vom 14. Jänner 1846, S. 308, Nr. 922.

- Vorschrift über die Anlegung der städtischen Gemeinde-Capitalien auf Realitäten der eigenen Stadtbürger.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Jänner 1847, S. 403, Nr. 1017.

- Weisungsfähigkeit der Israeliten im Istrianer Kreise.

Hofkanzlei-Decret vom 24. September 1847, S. 472, Nr. 1088.

- Vormerklungen auf Realitäten zur Sicherstellung von Aerial-Steuerrückständen und sonstigen auf einen privatrechtlichen Titel nicht beruhenden Aerial-Forderungen können von den administrativen Behörden bei den Gerichten unmittelbar angesucht werden.

Hofkammer-Decret vom 11. April 1848, S. 612, Nr. 1134.

- Aufhebung des Unterschiedes zwischen Rustical- und Dominical-Realitäten.

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180.

- S. auch Güter.

Real-Jurisdiction. S. Gerichtsbarkeit.

Real-Vermögen. S. Vermögen.

Recepisse. Wegen Unterfertigung der Recepisse über Postwagensendungen an Behörden von dem Protokoll-Director oder seinem Stellvertreter.

Justiz-Hofdecret vom 6. August 1825, S. 313, Nr. 2121.

- Die portofreien Behörden haben, wenn sie ihre amtliche portofreie Correspondenz oder Postwagensendungen gegen Retour-Recepisse der Postanstalt übergeben, die postamtlichen Recepisse gegen Entrichtung der gesetzlichen Gebühr zu gebrauchen.

Hofkammer-Decret vom 24. Jänner 1843, S. 89, Nr. 676.

Receß (Haupt-Gränz- und Territorial-) zwischen Oesterreich und Sachsen, wegen Behandlung der Gränzbäche.

Vom 30. März 1848, S. 572, Nr. 1132.

Rechberg. Dem Haupte der reichsfürstlich-gräflichen Familie Rechberg gebührt der Titel „Erlauchter“.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Rechnungen. Beschleunigung der Verlassenschafts-Abhandlungen, wobei der Fiscus einzuschreiten hat, der Intercalar-Rechnungen und der Stiftsbrieft.

Justiz-Hofdecret vom 12. Juli 1822, S. 108, Nr. 1880.

Rechnungen. Vorschrift über die Legung der Intercalar-Rechnungen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Juli 1822, S. 108, Nr. 1880.

- Zur Ueberreichung der Reiparticular-Rechnungen wird ein vierzehntägiger vom Tage des beendigten Commissionsgeschäftes an laufender Termin festgesetzt.

Justiz-Hofdecret vom 14. Jänner 1827, S. 62, Nr. 2247.

- Criminalgerichte haben die ihnen von Staatsbuchhaltungen mitgetheilten Rechnungen ohne Verzug an die betreffende Behörde zurück zu stellen.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1828, S. 128, Nr. 2355.

- Die Rechnungen über die von den Fiscalamtern zur Eintreibung der bei den Waisperrern abgängigen Waisen- und Depositen-Gelder erhobenen Vorschüsse sollen binnen vierzehn Tagen nach Beendigung des Commissionsgeschäftes gelegt werden.

Justiz-Hofdecret vom 4. Juni 1830, S. 198, Nr. 2465.

- Fristbestimmung zur Einbringung der Erläuterungen über die von den Buchhaltungen gemachten Bemängelungen der gelegten Rechnungen.

Hofkammer-Decret vom 12. September 1832, S. 66, Nr. 2575.

- Volljährig gewordene und volljährig erklärte Mündel können ihre Vormünder von der gerichtlichen Schlußrechnung befreien.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 29, Nr. 48.

- Vorschrift über das Verfahren bei Rechnungs-Processen hinsichtlich der Erlassung von Beurtheilen auf den Beweis durch Zeugen oder Kunstverständige.

Justiz-Hofdecret vom 12. September 1837, S. 145, Nr. 227.

- Die Befreiung eines Vormundes von der gerichtlichen Schlußrechnung enthebt ihn von jeder weiteren gerichtlichen Rechnungslegung und Rechnungs-Adjustirung.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juni 1839, S. 339, Nr. 360.

- Modificirung der Vorschrift über den Fortgang und die Beendigung der Rechnungs-Processe in Bezug auf Postmeister, Posthalter und Briefsammler.

Hofkammer-Decret vom 23. October 1843, S. 161, Nr. 756.

- Der Vorkerbe ist berechtigt, über den ihm vom Tode des Erblassers bis zur wirklichen Zuteilung des pflichttheiles gebührenden verhältnismäßigen Antheil an Gewinn und Verlust und an den Früchten der Erbschaft Rechnung zu fordern.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1847, S. 454, Nr. 1051.

- S. auch Magistrat.

Rechnungs-Adjustirung. S. Rechnungen.

- **Legen.** Vorschrift über die Behandlung der Rechnungsleger, welche über die von den Staats- oder Provinzial-Buchhaltungen ihnen bemängelten Rechnungen die Erläuterungen nicht in dem bestimmten peremptorischen Termine erstatten.

Hofkammer-Decret vom 12. September 1832, S. 66, Nr. 2575.

- **Legung.** S. Rechnung.

- **Mängel.** Fristbestimmung zur Erläuterung der von Buchhaltereien gestellten Rechnungsmängel.

Hofkammer-Decret vom 12. September 1832, S. 66, Nr. 2575.

- **Processe.** Vorschrift über die Beschleunigung der Erledigung der Rechnungs-Processe.

Hofkammer-Decret vom 12. September 1832, S. 66, Nr. 2575.

- S. auch Proceß, Rechnung.

- **Sachen.** Instruction über das Benehmen in Rechnungssachen in Angelegenheiten außer Streitsachen bei dem Magistrate in Czernowitz und bei den Wirtschaftsamtern und Gemeindegewichten in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 495, Nr. 1125.

Rechnungstagen. Vorschrift für die Justiz-Lexämter über die Controle bei Bemessung und Verrechnung der Rechnungstagen.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1826, S. 53, Nr. 2230.

Rechte. Aufrechthaltung der Familienrechte in Rücksicht der adelichen Güter in Illyrisch-Croatien.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1821, S. 68, Nr. 1823.

— Belehrung der Privat-Lehensherren, über ihre Gerechtsame und Obliegenheiten.

Hofkanzlei-Decret vom 26. März 1824, S. 197, Nr. 1996.

— Bestimmung der Rechte der Gläubiger auf das Erida-Vermögen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Juni 1824, S. 210, Nr. 2012.

— Bestimmung der Rechte der Grund- und Urbars-Herren im Görzer Kreise bei Veräußerung, Theilung und Besiganschreibung der Bauerngüter und Eintreibung der Gebühren.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1829, S. 145, Nr. 2387.

— In den zwischen einer Herrschaft und einem Grundbesitzer, über dessen Person ihr keine obrigkeitliche Gewalt zusteht, über grundobrigkeitliche Rechte entstehenden Processen, ist die fiskalämterliche Vertretung und die Beiziehung eines politischen Repräsentanten nicht erforderlich.

Justiz-Hofdecret vom 4. September 1829, S. 170, Nr. 2426.

— Zur Eintragung der ersten und weiteren Cessionen von eingetragenen Schuldforderungen in die öffentlichen Bücher, wie auch zur Löschung von eingetragenen Forderungen und Rechten, ist die Vorbringung der darin schon eingetragenen Schuldscheine, Cession- und anderen Urkunden, welche hierauf Bezug haben, nicht erforderlich.

Justiz-Hofdecret vom 16. April 1830, S. 194, Nr. 2458.

— Beschluß der deutschen Bundesversammlung zur Sicherung der Rechte der Schriftsteller, Herausgeber und Verleger literarischer und artistischer Werke gegen den Nachdruck und die Nachahmung.

Hofkanzlei-Decret vom 16. November 1832, S. 70, Nr. 2580.

— Die Stände in Steiermark haben kein Recht, über den Dominical- und Rustical-Besitzstand einer Realität zu entscheiden.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Juni 1834, S. 114, Nr. 2657.

— der vormalig reichsfürstlichen oder reichsunmittelbaren Familien in Deutschland, hinsichtlich der Gültigkeit der bestehenden Familienverträge in den zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen Staaten.

Justiz-Hofdecret vom 19. September 1836, S. 92, Nr. 156.

— Die Bestimmungen des neuen sardinischen Civil-Gesetzbuches und namentlich die Anordnungen des Artikels 28 desselben, haben an den durch Staatsverträge erworbenen Rechten der österreichischen Unterthanen nichts geändert, noch dieselben beschränkt.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Jänner 1840, S. 383, Nr. 40.

— des deutschen Ritter-Ordens in den österreichischen Staaten.

Patent vom 28. Juni 1840, S. 509, Nr. 451.

— Sicherstellung der Rechte der Herausgeber literarischer und artistischer Werke in den deutschen Bundes-Staaten gegen den Nachdruck und die Nachahmung derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1840, S. 540, Nr. 483.

— Bestimmung der Rechte der Gläubiger auf das vorhandene Tabak- und Stämpel-Material der verschuldeten Tabak- und Stämpel-Verleger.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Mai 1841, S. 578, Nr. 535.

— Beschluß der deutschen Bundes-Versammlung zum Schutze und Sicherung der Rechte der inländischen Verfasser musikalischer Compositionen und dramatischer Werke gegen unbefugte Aufführung und Darstellung derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Mai 1841, S. 580, Nr. 537.

— Vorschrift über das Verfahren bei der Pfändung und Execution beweglicher Sachen, worauf dritte Personen Rechte zu haben behaupten.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1845, S. 265, Nr. 889.

Rechte. Das Recht zum Bezuge des Mortuars fließt nicht aus dem grundherrlichen Verus, sondern aus der Abhandlungspflege.

Hofkanzlei-Decret vom 26. März 1846, S. 328, Nr. 947.

— Vorschrift über die Verjährung der in die öffentlichen Bücher eingetragenen Rechte.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 330, Nr. 951.

— Bestimmung der Rechte der Verfasser und Verleger literarischer, artistischer und musikalischer Werke gegen unbefugte Veröffentlichung, Nachdruck und Nachbildung derselben.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

— Bestimmung der Gerichtsbarkeit in Streitigkeiten zwischen Grundholden und Grundherren über grundobrigkeitliche Rechte.

Hofkanzlei-Decret vom 10. November 1847, S. 475, Nr. 1093.

Rechteren-Eimpurg. Dem Haupte der reichshändisch-gräflichen Familie Rechteren-Eimpurg gebührt der Titel „Erlaucht“.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Rechtfertigung. Vor Abforderung der Rechtfertigung des Beamten über die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen, darf mit keiner Disciplinar-Strafe gegen denselben vorgegangen werden.

Allerhöchste Entschliebung vom 23. August 1842, S. 59, Nr. 636.

— des Ausbleibens von einer Tagung im summarischen Verfahren bei den Civilgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

— Ueber die Rechtfertigung des Ausbleibens von einer Verhandlungs-Tagfahrt ist eine Tagung auf kurze Zeit anzuordnen und hierüber durch Bescheid zu erkennen.

Justiz-Hofdecret vom 29. April 1846, S. 333, Nr. 957.

— des Ausbleibens von einer Tagung im summarischen Verfahren bei Militärgerichten.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

— des Ausbleibens von einer Tagung im summarischen Verfahren bei den dalmatinischen Gerichtenstellen.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

Rechtliche Folgen eines Verschuldens. S. Verschulden.

Rechtsangelegenheiten. Vorschrift über die Behandlung der Rechtsangelegenheiten der deutschen Lehen in Böhmen.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1836, S. 89, Nr. 152.

— Bestimmung des Gerichtsstandes für Glieder der Finanzwache in Rechtsangelegenheiten.

Hofkammer-Decret vom 21. April 1843, S. 105, Nr. 696.

— Vorschrift über das summarische Verfahren in Civil-Rechtsachen bei den Grundgerichts-Verwaltungen in den Vorstädten Wiens.

Justiz-Hofdecret vom 7. October 1846, S. 373, Nr. 988.

Vorschrift über die Behandlung der Reifeparticularien und Vorschüsse, welche durch die auf Ansuchen des Fideus in Civil-Rechtsangelegenheiten oder im Executionswege vorgenommenen Schätzungen und Augenscheine veranlaßt werden.

Hofkammer-Decret vom 31. December 1846, S. 400, Nr. 1016.

— S. auch Streitfachen.

Rechtscandidaten. Zulassung der Rechtscandidaten zur vorgeschriebenen Einjährigen Civil-Richteramtspraxis bei dem Wiener Civilgerichte.

Justiz-Ministerial-Decret vom 19. April 1848, S. 616, Nr. 1137.

Rechtsfolgen. Die Rechtsfolgen des auf Strafe ergehenden Criminal-Urtheiles haben erst vom Tage der Kundmachung des Strafurtheiles an den Verurtheilten einzutreten.

Justiz-Hofdecret vom 18. Jänner 1836, S. 72, Nr. 117.

Rechtsfreund. S. *Advocaten*.

Rechtshilfe. Staatsvertrag mit den großherzoglich und herzoglich-sächsischen Häusern, über die wechselseitige unentgeltliche Rechtshilfe in Criminalsachen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1835, S. 135, Nr. 2688.

Rechtskraft der Beurtheile auf den Beweis durch Kunstverständige oder Zeugen.

Justiz-Hofdecret vom 9. August 1833, S. 100, Nr. 2625.

Rechtskräftige Executionsbescheide. S. *Widerufung*.

Rechtsmittel. Welche Rechtsmittel bei Befehlshörungen jeder Art, insbesondere bei Gränzstreitigkeiten und Wasserleitungen oder Wasserwerken anzuwenden sind.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1837, S. 108, Nr. 174.

Rechtspflege. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preußen zur Förderung der gegenseitigen Rechtspflege in Concursfällen.

Hofkanzlei-Decret vom 14. April 1845, S. 260, Nr. 883.

Rechtspractikanten. S. *Practikanten*.

Rechtspraxis. Bedingungen der Zulassung der Rechtspractikanten bei landesfürstlichen Orib- oder Bezirksgerichten und nicht vollständig organisirten Magistraten.

Justiz-Hofdecret vom 1. September 1826, S. 46, Nr. 2218.

Rechtsache. Die wichtigeren Rechtsangelegenheiten sind in den ersten Stunden der Rath-sitzung vorzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1826, S. 60, Nr. 2244.

- Vorschrift für die Vorstehenden bei Gerichtsböörden über die Zählung der Stimmen und Fassung der Rathsbeschlüsse in bürgerlichen Rechtsachen.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1841, S. 565, Nr. 519.

- Anwendung des summarischen Verfahrens für geringfügige Rechtsachen bei allen Civilgerichten in allen Provinzen, in welchen das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch gilt, mit Ausnahme des lombardisch-venetianischen Königreiches und Dalmatiens.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- Einführung eines summarischen Verfahrens für geringfügige Rechtsachen bei sämmtlichen Militärgerichten.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Einführung eines summarischen Verfahrens für geringfügige Rechtsachen bei den Gerichtsstellen in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

Rechtsstreitigkeiten. S. *Proceß*, *Streitigkeiten*.

Rechtsstudien sind zur Aufnahme als Concepts-Practikant bei den Präturen in Dalmatien erforderlich.

Hofkanzlei-Decret vom 21. September 1839, S. 351, Nr. 380.

- Behandlung der mit Vorzugbelassen die Rechtsstudien zurückgelegten Zöglinge des Prager und Wiener Stadtconvictes, hinsichtlich der Bethellung mit Adjuten bei ihrem Eintritte in den Staatsdienst.

Allerhöchste Entschliesung vom 31. October 1846, S. 389, Nr. 999.

Rechtsuchende Partei. S. *Partei*.

Rechtsverhältniß. In das rücksichtlich der Grundsteuer-Entrichtung bestehende Rechtsverhältniß der Emphyteuten wird von Seite der Staatsverwaltung kein imperativer Einfluß genommen.

Justiz-Hofdecrete vom 7. April und 7. Juni 1823, S. 139 und 149, Nr. 1931 und 1946.

Rechtsvertreter. S. *Advocat.*

Rechtsweg. Die zwischen Dominien, oder Dominien und organisirten Magistraten entstehenden Jurisdiction-Streitigkeiten sind auf dem Rechtswege vor dem Landrechte der betreffenden Provinz in Gegenwart des politischen Repräsentanten zu verhandeln.

Justiz-Hofdecret vom 27. Jänner 1827, S. 65, Nr. 2252.

- Gerichtliche Entscheidung über die Ansprüche der Gemeinden auf die Ausübung der eigenen Gerichtsbarkeit mittelst eines Magistrates.

Justiz-Hofdecret 18. December 1830, S. 219, Nr. 2497.

- Bestimmung des Rechtsweges zur Entscheidung über Entschädigungs-Ansprüche, wegen der durch die Aufstellung der Sanitäts-Cordone an dem Privateigenthume eingetretenen Beschädigungen.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Mai 1832, S. 61, Nr. 2563.

- Bestimmung des Rechtsweges zur Austragung der Entschädigungs-Ansprüche der durch eine strafbare Handlung Beschädigten wider den Beschädiger.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1835, S. 18, Nr. 29.

- Dem durch eine schwere Polizei-Übertretung Beschädigten sind zur Verfolgung des Rechtsweges die Beweggründe des Urtheiles im Auszuge mitzutheilen, und die Einsicht der Untersuchungsacten auf Verlangen zu gestatten.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Mai 1839, S. 339, Nr. 359.

- Amtswirklichkeit der politischen Behörden bei Processen der Gemeinden; Einleitung von Vergleichsversuchen vor Betretung des Rechtsweges.

Hofkanzlei-Decret vom 30. April 1840, S. 484, Nr. 428.

- Wenn auch als Normal-Zeitpunct zur Bestimmung der Dominical- oder Rustical-Eigenschaft der Grundstücke in Galizien der im Jahre 1820 in dem Kataster erscheinende Besitz der Unterthanen oder der Obrigkeit zu gelten hat, so ist doch bei Besitz- und Eigenthums-Streitigkeiten die im Rechtswege zu liefernde Nachweisung allfälliger specieller Rechtsverhältnisse nicht ausgeschlossen.

Kreis Schreiben des galizischen Guberniums vom 25. November 1846, S. 391, Nr. 1003.

Rechtszug. Gegen Erkenntnisse, wodurch das Ausbleiben von einer Verhandlungsklagfahrt für gerechtfertigt erklärt wird, findet kein weiterer Rechtszug Statt.

Justiz-Hofdecret vom 29. April 1846, S. 333, Nr. 957.

- vom Districtual-Berggerichte Wilecicka, als dem für das Krasauer Gebiet provisorisch bestimmten Berggerichte erster Instanz, ist an das galizische Appellationsgericht und von diesem an die oberste Justizstelle zu leiten.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1847, S. 477, Nr. 1098.

Reciprocität. Beobachtung der Reciprocität hinsichtlich der Ausfolgung der Erbschaften an Unterthanen der jonischen Inseln.

Hofkanzlei-Decret vom 4. März 1827, S. 71, Nr. 2263.

- Zugeständnisse für französische Consuln in Sauveto-Grällen französischer Schiffe an den österreichischen Küsten gegen Zusicherung der vollkommenen Reciprocität.

Hofkanzlei-Decret vom 24. Mai 1832, S. 62, Nr. 2565.

- Beobachtung der strengsten Reciprocität über die Ertheilung der Execution auf Urtheile russischer Gerichtsbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 24. Mai 1833, S. 92, Nr. 2616.

- Gegen Beobachtung derselben sind die im diplomatischen Wege abverlangten Tauf-, Trau- und Todtenscheine, dann andere derlei Zeugnisse, den auswärtigen Regierungen ohne Stempel und unentgeltlich von den Seelsorgern auszufertigen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. December 1835, S. 67, Nr. 112.

Reciprocität. Gegen Beobachtung der Reciprocität werden arme österreichische Unterthanen von der Cautionleistung in ihren bei den Gerichtsstellen des Königreiches Polen anhängigen Processen befreit.

Justiz-Hofdecret vom 18. Mai 1842, S. 37, Nr. 617.

- Vorschrift in Betreff der zwischen Ungarn und den nicht ungarischen Ländern der österreichischen Monarchie in Handels- und Wechselfachen zu beobachtenden Reciprocität. Die Unterlassung derselben von Seite der ungarischen Behörden ist sogleich anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 13. März 1843, S. 100, Nr. 688.

- Den im Auslande außer dem deutschen Bundesgebiete erscheinenden literarischen, musikalischen und artistischen Werken wird gegen Beobachtung der Reciprocität der Schutz gegen den unbefugten Nachdruck gewährt.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

- Beobachtung der strengsten Reciprocität gegen die schwedischen Gerichte hinsichtlich der Ertheilung der Execution auf dortgerichtliche Urtheile.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1846, S. 387, Nr. 996.

Reclamation. Vorschrift über das Verfahren gegen eine schon ausgesprochene Exarvirung in Fällen, welche sich auf die zum deutschen Bunde gehörigen Staaten beziehen.

Allerhöchste Entschliessung vom 26. September 1846, S. 361, Nr. 985.

Reclamationsrecht. Beschränkung des Reclamationsrechtes der Väter und Vormünder der zum Militärstande freiwillig eingetretenen Minderjährigen.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Februar 1838, S. 168, Nr. 252.

Recognition. Vorschrift über die Vornahme der persönlichen Recognition des Beschuldigten durch Zeugen in Criminalfällen.

Allerhöchste Entschliessung vom 25. April 1840, S. 482, Nr. 425.

Recommandirung der mit geldvertretenden Urkunden beschwerten Dienstscheiben der Cassen an eine andere Cassa bei der Aufgabe auf die Post.

Hofkammer-Decret vom 24. September 1841, S. 612, Nr. 564.

Recruten. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und dem Königreiche beider Sicilien, über die wechselseitige Auslieferung der Recrutirungs-Flüchtlinge.

Vom 24. December 1845, S. 297, Nr. 917.

Recrutirung. Befreiung der Grundobrigkeiten in Galizien von der Bestreitung der Recrutirungskosten.

Patent vom 17. April 1848, S. 612, Nr. 1136.

- Befreiung der Grundherrschaften in der Bukowina von der Bestreitung der Recrutirungskosten.

Patent vom 9. August 1848, S. 648, Nr. 1173.

Recrutirungs-Flüchtlinge. Verpflichtung der Finanzwache zur Anhaltung der Recrutirungs-Flüchtlinge.

Hofkammer-Decret vom 21. April 1843, S. 105, Nr. 696.

Recurs. Ergreifung des Recurses von Seite des Fiskus oder der Cameral-Repräsentanten, wenn bei Gefälls-Processen die Losprechung des Notionirten wegen Mangels des bösen Vorjages, von den Gerichtsbehörden erfolgen sollte.

Allerhöchste Entschliessung vom 14. Mai 1821, S. 20, Nr. 1760.

- Benehmen, wenn von einem Sträflinge anstatt eines Recurses ein Gesuch um Strafnachsicht an das Appellationsgericht gelangt.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1821, S. 38, Nr. 1777.

- Ein zur Arreststrafe verurtheilter Polizei-Übertreter, wenn er während des Recurses, mit welchem er abgewiesen wurde, wegen einer zweiten schweren Polizei-Übertretung wieder verurtheilt wurde, hat beide Strafen auszusuchen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Februar 1822, S. 81, Nr. 1843.

Recurs. Auch in Recursfällen ist eine Abschrift der Appellations-Verordnung und der Beweggründe, und wenn der Beschluß nach Stimmenmehrheit gefaßt wurde, das Rathsprotokoll beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 4. October 1822, S. 119, Nr. 1897.

- Gegen Bescheide, wodurch das Ausbleiben von einer Tagung nach §. 29 der italienischen Gerichtsordnung für gerechtfertigt erklärt wird, findet kein Recurs Statt.

Justiz-Hofdecret vom 11. October 1822, S. 120, Nr. 1900.

- Gegen die von einem Untergerichte beschlossene Einleitung der Criminal-Untersuchung kann der Beschuldigte den Recurs an das Appellationsgericht ergreifen.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1827, S. 67, Nr. 2258.

- Die Recurse der Magistrate und anderer Justiz-Obriheiten gegen eine wider sie verhängte Geldstrafe unterliegen den Tax-, Stempel- und Postporto-Gebühren.

Hofkammer-Decret vom 30. Mai 1827, S. 82, Nr. 2280.

- In den Berichten über Hofrecurse ist die Zustellung der Appellations-Entscheidung mit Beilegung des Zustellungsscheines bestimmt anzugeben.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juli 1827, S. 88, Nr. 2292.

- Mittellose Gefälls-Uebertreter können gegen die auf körperliche Strafen wider sie geschöpften Erkenntnisse Beschwerden anbringen.

Justiz-Hofdecret vom 2. November 1827, S. 102, Nr. 2314.

- Fristbestimmung zur Ueberreichung des Recurses wider die wegen Miß-Anmaßung verhängten Geld- oder Arreststrafen.

Hofkanzlei-Decret vom 2. November 1827, S. 103, Nr. 2316.

- Die Erledigung der Recurse in Rechtsangelegenheiten unterliegt der Zahlung des Postporto.

Justiz-Hofdecret vom 16. Mai 1829, S. 157, Nr. 2401.

- Vorschrift über die Ergreifung der Recurse gegen Strafurtheile über Verbrechen und schwere Polizeu-Uebertretungen, wodurch zugleich auf Schadenersatz erkannt wird.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 29, Nr. 49.

- Fristbestimmung zur Ueberreichung des Recurses der in gehöriger Form des Dienstes entlassenen Beamten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. August 1835, S. 41, Nr. 79.

- Der Recurs wider Executionsbescheide des Richters erster Instanz ist bei dem Appellationsgerichte anzubringen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juni 1836, S. 84, Nr. 145.

- Recht der im §. 463 des I. Theiles des Strafgesetzes unter b bis e bezeichneten Personen zur Ergreifung des Recurses.

Justiz-Hofdecret vom 23. Mai 1837, S. 127, Nr. 203.

- Vorschrift über die Behandlung der Recurse gegen die Bemessung des Mortuars.

Hofkanzlei-Decret vom 1. October 1837, S. 147, Nr. 232.

- Der Recurs gegen die Bemessung der Mortuarkasse ist bei der höheren Cameralbehörde, jener gegen die Bestimmung des reinen, dem Mortuar unterliegenden Vermögens bei dem Richter erster Instanz zu überreichen.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1837, S. 277, Nr. 294.

- Den im §. 463, I. Theiles des Strafgesetzes, bezeichneten Personen steht kein Recursrecht gegen die vom Criminal-Obergerichte gemilderten Strafurtheile zu.

Justiz-Hofdecret vom 12. November 1838, S. 309, Nr. 304.

- Vorschrift über die Ergreifung des Recurses von den in den §§. 465 und 468 I. Theiles des Strafgesetzes bezeichneten Personen, wenn der Beschuldigte auf die Recurs-Ergreifung verzichtet.

Justiz-Hofdecret vom 25. Februar 1839, S. 332, Nr. 345.

Recurs. Ueber Recurse gegen die Bemessung des einhalbpercentigen Verlassenschafts-Beitrages für den Prager Krankenhaushof entscheidet in zweiter Instanz das böhmische Appellationsgericht, und in dritter die oberste Justizstelle.

Hofkanzlei-Decret vom 14. August 1839, S. 346, Nr. 373.

- Bestimmung der Frist zur Einbringung von Recursen gegen berglebensämtliche und Cameral-Entscheidungen der unteren Montanbehörden an höhere Instanzen in Schurf-, Muthungs- und anderen Bergbau-Angelegenheiten.

Decrete der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 17. September 1839, S. 350, Nr. 378, und 15. December 1840, S. 544, Nr. 486.

- Alle an die zweite und dritte Instanz gerichteten Recurse, sowohl wider abschlägige als auch wider bewilligende Bescheide, über Gesuche um Einverleibung oder Pränotirung, dann über Executionsgesuche, sind bei dem Richter erster Instanz, welcher den ersten Bescheid erlassen hat, zu überreichen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. März 1840, S. 475, Nr. 415.

- Fristbestimmung zur Ueberreichung der Recurse gegen Bescheide über Gesuche um Einverleibung oder Pränotirung in den öffentlichen Büchern, oder über alle im Wege der Execution überreichten Gesuche, deren Bewilligung eine Eintragung in die öffentlichen Bücher zur Folge haben würde.

Hofkanzlei-Decret vom 10. März 1840, S. 475, Nr. 415.

- Ein Recurs über die richterliche Entscheidung erster Instanz, ob ein von einer Partei zum Behufe der Stämpelbefreiung in einer Streitsache vorgelegtes Armuthszeugniß die vorgeschriebenen Eigenschaften habe, hat den Zug an das Appellationsgericht zu nehmen.

Justiz-Hofdecree vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 584.

- Wirkungskreis der obersten Justizstelle bei Erlebigung der Recurse wider gleichförmige Bescheide der Gerichte erster und zweiter Instanz.

Allerhöchste Entschliessung vom 17. Mai 1842, S. 36, Nr. 616.

- Der §. 466, I. Theiles des Strafgesetzes, findet auch bei schweren Polizei-Uebertretungen seine analoge Anwendung.

Hofkanzlei-Decret vom 1. Juli 1842, S. 44, Nr. 623.

- In Tabularsachen sind bei der ersten Instanz zu überreichen.

Justiz-Hofdecree vom 23. August 1842, S. 59, Nr. 637.

- Mit der Abnahme des Eides sollen Gerichtsstellen so lange inne halten, bis die mittelst Hofrecurs unterlegte Frage: ob mit der Ablegung dieses Eides einzuhalten sei, entschieden ist.

Justiz-Hofdecree vom 26. September 1842, S. 61, Nr. 642.

- gegen die Verfügungen und das Verfahren des deutschen Ordensgerichtes in Frankfurt am Main in Civil- und Criminal-Rechtsangelegenheiten sind bei dem niederösterreichischen Appellationsgerichte, in anderen Geschäften aber bei der niederösterreichischen Regierung anzubringen.

Justiz-Hofdecree vom 25. October 1842, S. 64, Nr. 651.

- Behandlung der gegen gleichförmige Entscheidungen der ersten und zweiten Instanz in Tabular- und Grundbuchs-Angelegenheiten bei der ersten Instanz überreichten Recurse.

Justiz-Hofdecree vom 24. Jänner 1843, S. 88, Nr. 674.

- Vorschrift wegen Bestimmung der Frist zur Ueberreichung der Recurse gegen politische Entscheidungen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. August 1843, S. 132, Nr. 730.

- Bestimmungen hinsichtlich der Verlängerung der Frist zur Einbringung der Recurse gegen berglebensämtliche und Cameral-Entscheidungen der unteren Montanbehörden.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 12. August 1843, S. 135, Nr. 733.

Recurs. Vorschrift für ex officio Parteivertreter über die portofreie Aufgabe der Recurse der das Armenrecht genießenden Parteien auf die Post.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1844, S. 237, Nr. 838.

- Festbestimmung von vierzehn Tagen zur Ueberreichung der Recurse gegen die Entscheidung der General-Direction für die Staats-Eisenbahnen über die Ersatz-Ansprüche der durch den Bau der Staats-Eisenbahnen in dem Nutzungs- und Eigenthumsrechte beschränkten Grundbesitzer.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 234, Nr. 834.

- In welchen Fällen der obere Richter über Recurse gegen eine Verfügung des unteren Richters, vor Aufhebung oder Abänderung derselben, Amtserinnerungen abzufordern habe.

Justiz-Hofdecret vom 13. November 1844, S. 240, Nr. 845.

- Vorschrift über das Verfahren bei Hofrecursen, welche gegen eine im Disciplinarwege verhängte Arreststrafe von dem Beschuldigten bei der obersten Justizstelle überreicht werden.

Justiz-Hofdecret vom 22. October 1845, S. 278, Nr. 905.

- Im summarischen Verfahren bei den Civilgerichten findet gegen gleichförmige Bescheide kein Hofrecurs Statt.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- Im summarischen Verfahren bei Civilgerichten müssen Recurse binnen acht Tagen bei der ersten Instanz überreicht werden, und sind gegen gleichförmige Bescheide unzulässig.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- Vorschrift über Recurse gegen die Entscheidungen der Elbe-Zollgerichte.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 2. December 1845, S. 289, Nr. 912.

- Vorschrift über die Behandlung der Recurse gegen Bescheide wegen verweigertcr Stämpelbefreiung.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 329, Nr. 949.

- Gegen Erkenntnisse, wodurch das Ausbleiben von einer Verhandlungs-Tagsfahrt für gerechtfertigt erklärt wird, findet kein Recurs Statt.

Justiz-Hofdecret vom 29. April 1846, S. 333, Nr. 957.

- Im summarischen Verfahren bei Militärgerichten findet gegen gleichförmige Bescheide kein Hofrecurs Statt.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Unzulässigkeit eines abgesonderten Recurses gegen Beschlüsse der Militärgerichte, wodurch das summarische Verfahren eingeleitet, die Erstreckung einer Tagsatzung abgeschlagen oder eine Vernehmung der Zeugen oder Kunstverständigen angeordnet wird.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Bei Militärgerichten müssen Recurse im summarischen Verfahren binnen acht Tagen bei der ersten Instanz überreicht werden, und sind gegen gleichförmige Bescheide unzulässig.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Ob Recurse gegen Executionsbefehle im summarischen Verfahren beim ersten Richter überreicht werden müssen, und gegen Beschlüsse auf Einleitung des summarischen Verfahrens, wenn der erste Richter das summarische Verfahren offenbar gegen die Vorschrift des Gesetzes eingeleitet hat, abgesondert statt findet.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1847, S. 463, Nr. 1069.

- Recurse im summarischen Verfahren müssen binnen acht Tagen nach der Zustellung des Bescheides bei dem Gerichte erster Instanz in Dalmatien überreicht oder zu Protokoll gegeben werden. Gegen Beschlüsse, wodurch das summarische Verfahren eingeleitet, die Erstreckung einer Tagsatzung abgeschlagen, oder eine Vernehmung der Zeugen oder Kunstverständigen angeordnet wird, findet kein besonderer Recurs Statt.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

Recurs. Hofrecurse gegen gleichförmige Urtheile oder Bescheide im summarischen Verfahren in Dalmatien hat das Gericht erster Instanz als unzulässig und von Amtswegen zu verwerfen.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

- Bestimmung der Frist zur Ueberreichung der Recurse gegen die bewilligte oder abgeschlagene Erneuerung der bei der Gözger Landtafel erworbenen Hypothekar-, Afterspand- und Servitutrechte auf Grundstücke und Urbarten.

Justiz-Ministerial-Decret vom 31. August 1848, S. 656, Nr. 1179.

Redacteure. Vorschriften für Redacteure von Zeitungen oder periodischen Schriften, dann Bestimmung über Verantwortlichkeit und Bestrafung derselben bei Uebertretungen des Preßgesetzes.

Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Redemptoristen. Erbs-, Testirungs- und Erwerbsfähigkeit der Redemptoristen. Gerichtsstand derselben ist das Landrecht der betreffenden Provinz, welches die Sperre anzulegen und die Abhandlung über den Nachlaß zu pflegen hat. Die Congregation kann beim Intestatverlasse eines Redemptoristen nicht als Erbe eintreten; die Congregation kann ohne Vorwissen und Genehmigung des Landesfürsten kein unbewegliches Vermögen erwerben.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1843, S. 86, Nr. 670.

Redemptoristinnen. Errichtung eines Conventes der Redemptoristinnen in Wien, und Befreiung desselben und dessen einzelner Mitglieder vom Amortisationsgesetze mit dem Vorbehalte der vorläufigen landesfürstlichen Genehmigung bei der Erwerbung liegender Güter.

Hofkanzlei-Decret vom 23. December 1830, S. 220, Nr. 2498.

- in Wien, derselben Erb- und Erwerbsfähigkeit.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1831, S. 12, Nr. 2508.

Referat. Das Referat eines Abwesenden ist durch einen Collegen zu führen.

Justiz-Hofdecret vom 4. April 1839, S. 335, Nr. 353.

Referenten. In Disciplinarfachen der Beamten ist jeder Referent verpflichtet, den Ruf und eine auch nur im glaubwürdigen Privatwege erlangte Notiz zur Veranlassung von Erhebungen zu berücksichtigen, und bei Dienstbesetzungen sich nur von der eigenen inneren Ueberzeugung über die vollkommene Eignung des Vorgeschlagenen leiten zu lassen.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1823, S. 399, Nr. 1013.

- des Appellationsgerichtes und der obersten Justizstelle haben den von den Gerichtsstellen bei Vorlegung von Civil- und Criminal-Processen angeschlossenen Acten-Auszug bei Bearbeitung und bei dem Vortrage derselben zu benützen.

Justiz-Ministerial-Decret vom 6. Mai 1848, S. 618, Nr. 1143.

- S. auch *Aushilfs-Referenten*.

Reformirte. S. *Helvetische Confessions-Verwandte*.

Regierung. Der Landesregierung in Oesterreich ob der Enns bleibt die Aufnahme der nicht sistirten Concepts-Practikanten bei den dortigen landesfürstlichen Pfliegergerichten allein überlassen.

Justiz-Hofdecret vom 21. April 1826, S. 17, Nr. 2182.

- Die niederösterreichische Landesregierung fertigt anstatt des niederösterreichischen Landrechtes die Reisepässe für türkische Unterthanen aus.

Justiz-Hofdecrete vom 27. October 1826, S. 52, Nr. 2228.

- Vorschrift über die Behandlung der von fremden Regierungen übernommenen Beamten bei ihrer und ihrer Witwen und Waisen Pensionirung.

Hofkammer-Decret vom 30. December 1836, S. 95, Nr. 162.

Regierung. Staatsvertrag zwischen den im deutschen Bunde vereinigten Regierungen, über die Beschützung der Rechte der Herausgeber literarischer und artistischer Werke und Bestrafung des Nachdruckes und der Nachmachung derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1840, S. 540, Nr. 483.

- Unterordnung der für die deutsche Ordens-Commende zu Frankfurt am Main bestimmten Behörden in anderen Geschäften als Justizsachen unter die niederösterreichische Regierung, bei welcher auch die Recurse und Beschwerden gegen die Verfügungen und das Verfahren des Ordensgerichtes anzubringen sind.

Justiz-Hofdecree vom 25. October 1842, S. 64, Nr. 651.

Regierungs-Antritt. Regierungs-Antritt Seiner Majestät Kaiser Ferdinand I.

Patent vom 2. März 1835, S. 1, Nr. 1.

Regimenter sind nicht nach ihren Nummern, sondern nach ihren Inhabern in den Aufschriften der Behörden zu bezeichnen.

Justiz-Hofdecree vom 19. März 1839, S. 334, Nr. 350.

Regiments-Auditorc. S. Auditore.

Registratur. Deftere Vornahme der Visitation der Registraturen der Patrimonialgerichte und nicht förmlich organisirten Magistrate zum Behufe des Stämpelgefälles.

Justiz-Hofdecree vom 11. Juni 1824, S. 211, Nr. 2014, und 17. November 1826, S. 55, Nr. 2232.

- Wirkungskreis der landesfürstlichen Collegialgerichte erster und zweiter Instanz bei Besetzung der Stelle eines Directors der Registratur.

Justiz-Hofdecree vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

- Vorschrift über die Vertilgung der alten unbrauchbar gewordenen Registratur-Akten bei dem niederösterreichischen Landrechte.

Justiz-Hofdecree vom 11. Mai 1840, S. 487, Nr. 433.

- Vorschrift über die Vertilgung der alten unbrauchbaren Registratur-Akten bei sämtlichen Appellationsgerichten, mit Ausnahme von Tirol und Dalmatien, der Lombardie und Venedig, bei den diesen Appellationsgerichten untergeordneten landesfürstlichen Criminal- und Civil-Collegialgerichten, dann bei den Magistraten der Städte: Wien, Prag, Brünn, Olmütz, Lemberg und Grag.

Justiz-Hofdecree vom 16. October 1843, S. 149, Nr. 751.

Reglement für die k. k. Consulate, über die Abnahme der Gebühren für ihre Amtshandlungen.

Hofkammer-Präsidial-Decree vom 28. September 1846, S. 361, Nr. 986.

- über die Reisegebühren und Diäten der Beamten und Diener bei den Tribunalen, den politischen und gemischten Präturen, dann der Kunstverständigen, Zeugen und Dolmetsche in Dalmatien für Acte und Commissionen, welche sie in ihrem Gerichtsprengel vornehmen.

Hofkammer-Decree vom 3. März 1847, S. 426, Nr. 1040.

Regolamento Generale del processo civile per gli Stati Austriaci in Italia vom Jahre 1803, nach diesem hat sich das Stadt- und Landrecht zu Triest in den ihm zugewiesenen Rechtangelegenheiten des Bezirkes von Capo d'Istria zu benehmen.

Justiz-Hofdecree vom 5. August 1823, S. 157, Nr. 1959.

- S. auch Gerichts-Ordnung.

Regreß. Haftung der Herrschaften für die Stämpel zu den bei ihnen aufgenommenen Protokollen mit dem Regreß an ihre Beamte oder an die zahlungspflichtigen Parteien.

Hofkammer-Decree vom 3. December 1828, S. 139, Nr. 2372.

- der Gränzkämmerer in Galizien und ihrer Amtsboten gegen die Parteien für die bei Gesuchen um Anweisung und Execution der ihnen für ihre Amtshandlungen zuerkannten Gebühren, gehaltenen Auslagen.

Justiz-Hofdecree vom 5. April 1841, S. 567, Nr. 520.

Regulirung der Landtafel im Inn- und Hausruß-Viertel.

Justiz-Hofdecret vom 4. Juni 1825, S. 303, Nr. 2103.

- des Personalstandes des Magistrates von Graz.

Hofkanzlei-Decret vom 7. November 1838, S. 306, Nr. 303.

- der Forstangelegenheiten in Tirol.

Hofkanzlei-Decret vom 11. April 1847, S. 456, Nr. 1057.

Reichenberg. Bestellung eines neuen Advocaten für Reichenberg.

Justiz-Hofdecret vom 12. Mai 1840, S. 490, Nr. 435.

- Von den für den Bunzlauer Kreis in Böhmen angestellten zwei Advocaten hat Einer in Reichenberg seinen Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juli 1844, S. 213, Nr. 819.

Reichsgrafen. S. Titel.

- **Standesdiplom.** Vorschrift über die Anrechnung der in einem Reichsgrafen-Diplome vorfindenden Formel der vier Ahnen väterlicher und mütterlicher Seite.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1845, S. 238, Nr. 841.

Reichsständische Familien. S. Durchlaucht, Erlaucht, Familien.

- **fürstliche Häuser.** S. Fürsten.

Reichsunmittelbare Familien. S. Familien.**Reifferscheid-Krautheim-Majz-Salm.** S. Salm.

- — **Salm.** S. Salm.

Reisnitz. Annahme der Heimsagung der Verwaltung des Bezirkes Reisnitz im Neustädter Kreise in Krain, und Aufstellung eines landesfürstlichen Bezirkscommissariates II. Classe für diesen Bezirk, mit Ausscheidung der Hauptgemeinde Laschnitz.

Justiz-Hofdecret vom 28. November 1845, S. 241, Nr. 848.

Reines Verlassenschafts-Vermögen. S. Vermögen.**Reise.** Festsetzung des Wagen-Reparatur-Pauschale bei Dienstreisen der Beamten in eigenen Wägen.

Justiz-Hofdecret vom 11. October 1822, S. 120, Nr. 1901.

- Vorschrift für Advocaten und Notare bei Ansuchen der Bewilligung zu Reisen ins Ausland.

Justiz-Hofdecret vom 5. September 1837, S. 144, Nr. 222.

- Bei Reisen der Tribunalsbeamten oder Diener in Dalmatien in Criminal-Angelegenheiten ist als Amtsbezirk der ganze Kreis zu verstehen, auf welchen sich die Criminal-Gerichtsbarkeit erstreckt.

Hofkammer-Decret vom 5. Mai 1847, S. 460, Nr. 1062.

Reisegebühren. S. Reisekosten.**Reisekosten** bei amtlichen Reisen adelicher Schätzleute landtästlicher Güter in Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 23. März 1821, S. 14, Nr. 1750.

- Bestimmung der Reisekosten-Vergütung für Beamte der Präturen und Collegialgerichte in Dalmatien bei Dienstreisen.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1821, S. 44, Nr. 1793.

- Bestimmung der Vergütung der Reisekosten für Landgerichtsbeamte in Tirol.

Justiz-Hofdecret vom 26. August 1823, S. 159, Nr. 1964.

- Vergütung der Reisekosten substituierter Beamten, Quiescenten und Pensionisten.

Justiz-Hofdecret vom 28. März 1828, S. 111, Nr. 2332.

Reisefkosten. Die Concepts-Practikanten der Landgerichte in Tirol haben, wenn sie zur zeitlichen Aushilfe von einem Landgerichte zum anderen übersetzt werden, in der Regel nur die Vergütung der Reisefkosten, keine Taggelber oder andere Belohnung ihrer Aushilfsdienste zu fordern. Nur aus besonderen Gründen, und im Falle der Substitution auf einen erledigten Dienstposten, kann ihnen eine angemessene Entschädigung bewilligt werden.

Justiz-Hofdecret vom 2. Jänner 1830, S. 181, Nr. 2445.

- Den auf Local-Commissionen außer dem gewöhnlichen Wohnorte versendeten Criminal-Gerichtsbeamten gebührt die Vergütung der Reisefkosten und Diäten, nicht aber den jure delegato einschreitenden Dominical-Gerichtsbeamten.

Justiz-Hofdecret vom 15. October 1830, S. 214, Nr. 2488.

- Nähere Bestimmung des Justiz-Hofdecretes vom 10. October 1818 über die Aufrechnung der Diäten und Reisefkosten bei Criminal-Untersuchungen.

Justiz-Hofdecret vom 23. März 1832, S. 36, Nr. 2554.

- werden den Gerichtsgehilfen im Küstenlande nicht vergütet.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1834, S. 121, Nr. 2667.

- Auf die Reisefkosten-Vergütung der in Criminal-Angelegenheiten verwendeten Privat-Merzte und anderer Kunstverständigen, kann gerichtlicher Verbot und Execution gelegt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Juni 1835, S. 24, Nr. 40.

- Vergütung der Reisefkosten der von Amtswegen zu anderen Justiz-Collegien übersetzten Auscultanten.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juni 1837, S. 128, Nr. 207.

- Vergütung der Reisefkosten an die als Zeugen in Criminalfällen vorgerufenen Gränz- und Gefällen-Wache-Individuen.

Hofkanzlei-Decret vom 21. April 1843, S. 105, Nr. 695.

- Vergütung der Reisefkosten der bei einem Gerichte außer ihrem Amtsorte in Dalmatien verwendeten Auscultanten.

Justiz-Hofdecret vom 17. October 1843, S. 157, Nr. 752.

- Bestimmungen über die Verrechnung und Vergütung der Reisefkosten bei gemeinschaftlichen Dienstreisen zweier oder mehrerer Beamten.

Hofkammer-Decret vom 11. Februar 1846, S. 315, Nr. 929.

- Bestimmung der Reisegebühren für die Cancellieri bei den Präturen in Dalmatien.

Hofkammer-Decret vom 5. Mai 1847, S. 460, Nr. 1062.

- Bestimmung der Reisegebühren für Beamte und Diener, dann Kunstverständige, Merzte, Wundärzte, Zeugen und Dolmetsche in Dalmatien, für Acte und Commissionen, welche sie in ihrem Gerichtsprengel vornehmen.

Hofkammer-Decret vom 3. März 1847, S. 426, Nr. 1040.

- Vorschrift über die Behandlung der mit einem Abjutum theilhaftigen Präturs-Concepts-Practikanten, hinsichtlich der Diäten und Reisegebühren.

Hofkanzlei-Decret vom 30. August 1847, S. 468, Nr. 1082.

- Vorschrift für Freifahrungswerber über den Ertrag des Reisefkostens-Vorschusses.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 19. Februar 1848, S. 493, Nr. 1121.

Reisende. Fahrpost-Ordnung für Reisende mittelst Eilwägen, welche mit 1. November 1838 in Wirksamkeit zu treten hat.

Hofkammer-Decret vom 12. Juni 1838, S. 244, Nr. 280.

- Vorschrift über die Behandlung der bei Anwendung der Postordnung zwischen Reisenden und Postbediensteten sich ergebenden Streitigkeiten und Entschädigungs-Ansprüche.

Auszug aus der Postordnung für Reisende vom 1. December 1838, S. 312, Nr. 312.

Reisende. Nur mit vorchriftmäßigen Pässen oder polizeilichen Passirscheinen versehene Reisende dürfen mittelst der Post befördert werden.

Hofkanzlei-Decret vom 13. August 1841, S. 603, Nr. 554.

- Vorschrift für Reisende auf den Eisenbahnen; in welchen Fällen ihnen die Aufnahme zur Fahrt auf denselben verweigert werden kann; Eintragung der Beschwerden der Reisenden in das in jedem Bahnhofe vorhandene Buch.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §§. 6, 13, 16, 20.

Reisepässe. Bestrafung der geschwändigen Ueberlassung und Benützung der Reisepässe.

Hofkanzlei-Decret vom 20. November 1844, S. 240, Nr. 846.

- S. auch Pässe.

Reiseparticularc. Die Rechnungen über Commissions-Reisen sind binnen der festgesetzten Frist auch dann einzureichen, wenn der abgesendete Beamte keinen Reisevorschuß erhalten hat.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1822, S. 72, Nr. 1828.

- Die Reiseparticular-Rechnungen sind binnen 14 Tagen nach Beendigung des Commissions-Geschäftes zu überreichen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1827, S. 62, Nr. 2247.

- Die bei Dienstreisen der Beamten mit Extrapost in den Reiseparticularien aufgerechnete Wegmauthgebühr ist mit den Wegmauth-Volleten oder mit der Bescheinigung der Poststation auszuweisen.

Hofkammer-Decret vom 15. October 1839, S. 352, Nr. 382.

- Vorschrift über die Liquidirung der Reiseparticularien der mit Postpferden reisenden landesfürstlichen Beamten.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Jänner 1841, S. 551, Nr. 493.

- In welchen Fällen der Abzug des Diäten-Fünftels auch bei Adjustirung der aus Privata-Cassen zu berichtenden Reise-Particularien statt zu finden habe.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Jänner 1841, S. 551, Nr. 494.

- Vorschrift über die Behandlung der Reiseparticularien, welche durch die auf Ansuchen des Fiskus in Civilstreitigkeiten oder im Executionswege vorgenommenen Schätzungen und Augenscheine veranlaßt werden.

Hofkammer-Decret vom 31. December 1846, S. 400, Nr. 1016.

Reisepauschalien. Allen mit jährlichen Pauschalbeträgen für ämtliche Reisen theilenden Beamten sind solche, wenn sie von ihrem gewöhnlichen Amtsorte durch längere Zeit entfernt seyn sollten, mit Anfang des siebenten Monats nach dem dießfälligen Dienstaustritte jedesmal einzuziehen.

Justiz-Hofdecret vom 7. September 1822, S. 116, Nr. 1892.

- Bestimmung des Wagen-Reparatur-Pauschales bei Dienstreisen in eigenen Wägen.

Justiz-Hofdecret vom 11. October 1822, S. 120, Nr. 1901.

- Vorschrift über die Bemessung und Einstellung der Reisepauschalien für sämtliche Staats-, Fonds-, ständische und städtische Beamte.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Mai 1835, S. 7, Nr. 16.

Reisevergütung. S. Reisekosten.

Religion. Vorschrift für die verschiedenen Bekenner der christlichen Religion in der Bukowina in Absicht auf die Ausübung ihres Gottesdienstes.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1835, S. 22, Nr. 37.

- Bestimmungen hinsichtlich der Ausstellung der Reversé über die Erziehung der aus Ehen zwischen Katholiken und Aukatholiken erzeugten Kinder in der katholischen Religion.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Juli 1842, S. 44, Nr. 624.

Religion. Gültigkeit der bei gemischten Ehen, wegen Erziehung der Kinder in der katholischen Religion, ausgestellten Reverse.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Juni 1843, S. 125, Nr. 714.

- Bestrafung Desjenigen, welcher in Druckschriften eine im Kaiserstaate anerkannte Religion der Verachtung oder dem Spotte Preis gibt.

Rundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Religionsänderung. S. Katholiken.

Religionsfond. Die Deficientenhalte des Curat-Clerus aus dem Religionsfonde dürfen nicht mit Verbot belegt und in Execution gezogen werden.

Justiz-Hofdecret vom 13. October 1843, S. 149, Nr. 750.

- hat die seelsorglichen Auslagen für den Unterricht der Criminal-Arrestanten zu bestreiten.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1844, S. 235, Nr. 835.

Religionssecte. S. Deutschkatholiken.

Reliquien. S. Kreuzpartikel.

Remonten-Transporte. Vorschrift über das Verfahren bei Entschädigungs-Ansprüchen für die durch Remonten-Transporte an Feldern, Wiesen u. verursachten Beschädigungen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Juli 1843, S. 130, Nr. 726.

Remuneration. S. Belohnung.

Rentämter. Die Rentämter in Tirol haben sich bei Veräußerung unterthäniger Güter nur auf die Beurtheilung zu beschränken, ob der neue Käufer dem Gute vorzuziehen fähig sei oder nicht.

Justiz-Hofdecret vom 5. August 1826, S. 40, Nr. 2211.

Rente. Vorschrift über die Verjährung einzelner Renten- oder Interessen-Raten von den Cartelen und Obligationen des lombardisch-venetianischen Monte, dann über das Recht Zinsen zu fordern. Allerhöchste Entschließung vom 6. Februar 1838, S. 170, Nr. 253.

- Vorschrift über die Ausbezahlung der Rente als Entschädigung für die aufgehobene Urbarsteuer.

Justiz-Hofdecret vom 9. März 1841, S. 564, Nr. 515.

Rentforderungen. Behandlung der Rentforderungen, bei welchen kein Unterthansverhältnis eintritt, nach den für Privat-Ansprüche bestehenden allgemeinen Gesetzen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1835, S. 20, Nr. 33.

Repetitionssprüfung. S. Prüfung.

Repräsentant. Der Cameral-Repräsentant hat, wenn von Gerichtsbehörden in Gefällsprozessen die Loßsprechung des Notionirten wegen Mangels des bösen Vorsatzes erfolgen sollte, die Appellation zu ergreifen oder das Urtheil zu sistiren.

Allerhöchste Entschließung vom 14. Mai 1821, S. 20, Nr. 1760.

- Der Gefällsverwaltung in Tirol wird die Repräsentation bei den Gerichtsbehörden in Cameral-Gefälls- und den dießfälligen Fiscal-Prozessen aufgetragen.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1822, S. 90, Nr. 1857.

- Abstellung gesetzwidriger Sistirungen bei Gefällsprozessen.

Hofkammer-Decret vom 13. April 1825, S. 297, Nr. 2087.

- Als politische Repräsentanten sind Gubernial-Secretäre bei den Gerichtsbehörden zuzulassen.

Justiz-Hofdecret vom 17. März 1826, S. 14, Nr. 2175.

- Beiziehung eines politischen Repräsentanten zur Entscheidung der Jurisdiction-Streitigkeiten zwischen Dominien, oder Dominien und organisirten Magistraten.

Justiz-Hofdecret vom 27. Jänner 1827, S. 65, Nr. 2252.

Repräsentant. Beiziehung eines politischen Repräsentanten zur Urtheilsschöpfung in Fällen eines Zeugenbeweises über den Tod eines vermählten Ehegatten.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1827, S. 68, Nr. 2259.

- Beiziehung eines Bergathes als Repräsentanten zum Vortrage eines das Berg- und Salinenwesen betreffenden Processes bei dem Stadt- und Landrechte in Salzburg.

Justiz-Hofdecret vom 29. September 1827, S. 100, Nr. 2311.

- Beiziehung eines Cameral-Repräsentanten zu den Berathungen über die Ausmaß einer körperlichen Strafe wider mittellose Gefäls-Übertreter.

Justiz-Hofdecret vom 2. November 1827, S. 102, Nr. 2314.

- Die Beiziehung eines politischen Repräsentanten ist in Rechtsangelegenheiten über grundobrigkeitliche Rechte einer Herrschaft gegen einen Grundbesitzer, über dessen Person ihr keine obrigkeitliche Gewalt zusteht, nicht erforderlich.

Justiz-Hofdecret vom 4. September 1829, S. 170, Nr. 2426.

- Beiziehung eines politischen Repräsentanten in allen drei Instanzen zur Entscheidung der Streitigkeiten, welche landesfürstliche oder Privat-Lehen betreffen.

Justiz-Hofdecret vom 8. October 1838, S. 279, Nr. 297.

- S. auch Judenehen.

Requisitionen. S. Ersuchsschreiben, Requisitionsschreiben.

Requisitionsschreiben. Die brittische Gerichtsverfassung kennt die Vollstreckung eines Urtheiles von Seite eines Gerichtes auf das Requisitionsschreiben eines anderen Gerichtes nicht.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1842, S. 8, Nr. 595.

Requisitorien. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preußen, wegen gegenseitiger kostenfreier Behandlung gerichtlicher Requisitorien in Civil-, Criminal- und Vormundschafts-Angelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 13. September 1844, S. 219, Nr. 828.

Reservation. Den Löchtern verstorbener Beamten und Diener ist bei ihrer Berechtigung, wenn sie eine auf keine bestimmte Zeit beschränkte jährliche Pension oder Gnadengabe genießen, zwischen der Reservation des Bezuges für den Fall ihres Witwenstandes, und der Abfertigung mit dem zweijährigen Betrage, die Wahl zu lassen.

Hofkammer-Decret vom 28. Mai 1834, S. 113, Nr. 2655.

- S. auch Abfertigung.

Reservations-Urkunden. S. Urkunden.

Reservirte Pensionen. S. Gnadengaben, Pensionen, Provisionen.

Resignation. Die Annahme der Dienst-Resignation auf überzählige unbesoldete Bedienstungen wird jener Behörde überlassen, der das Recht zur Besetzung der besoldeten Stelle gleicher Kategorie eingeräumt ist.

Justiz-Hofdecret vom 17. December 1824, S. 279, Nr. 2058.

- Die Dienst-Resignation eines Beamten, welcher die Entlassung aus dem Staatsdienste verdient hätte, ist nicht anzunehmen.

Allerhöchste Entschließung vom 7. December 1839, S. 362, Nr. 396.

Retour-Recepisse. S. Recepisse.

Reute. Die Gemeinde Reute in Tirol wird von dem Landgerichte Bregenz getrennt, und hinsichtlich der Jurisdiction dem Landgerichte Bregenzervall zugetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1826, S. 29, Nr. 2194.

Reute. Betheilung des Landgerichtes Reute im Ober-Innthaler Kreise in Tirol mit Einem Adjutum für einen Concepts-Practikanten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

Revers-Aussteller. Genaue Prüfung der von ihnen an die Bewerber um Auscultantenstellen ausgestellten Unterhalts-Reverse, über die Möglichkeit der Leistung des versprochenen Unterhaltes.

Allerhöchste Entschließung vom 4. Mai 1844, S. 208, Nr. 804.

- — Selbst bei einer bedingten Ernennung zum Auscultanten ist nur jener Revers anzunehmen, wo der Revers-Aussteller, unbeschadet der Pflichten gegen seine eigene Familie, den versprochenen Unterhalt wirklich zu leisten im Stande ist.

Allerhöchste Entschließung vom 10. April 1847, S. 454, S. 1056.

Reverse. Bei Verlassenschafts-Abhandlungen ist die Abforderung der Schadloshaltungs-Reverse da, wo sie noch bemerkt wird, abzustellen.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 48, Nr. 1799.

- Den Verzicht-Reversen der Ehegattinnen der in Verrechnung stehenden Beamten soll jedesmal der Taufschein der Ausstellerin, und, wenn diese minderjährig ist, auch die gerichtliche Genehmigung beigegeben werden.

Justiz-Hofdecret vom 25. April 1829, S. 153, Nr. 2397.

- Bestimmungen hinsichtlich der Ausstellung der Reverse über die Erziehung der Kinder aus Ehen zwischen Katholiken und Aetholiken in der katholischen Religion.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Juli 1842, S. 44, Nr. 624.

- Gültigkeit der bei gemischten Ehen, hinsichtlich der Erziehung der Kinder in der katholischen Religion, ausgestellten Reverse.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Juni 1843, S. 125, Nr. 714.

- Genaue Prüfung der von Bewerbern um eine Auscultantenstelle beigebrachten Unterhalts-Reverse. Unzulässigkeit der Aufnahme als Auscultant, wenn der Unterhalt durch den Revers eines bei dem nämlichen Gerichte zur Parteien-Vertretung berechtigten Advocaten gesichert werden soll.

Allerhöchste Entschließung vom 4. Mai 1844, S. 208, Nr. 804.

- Selbst bei einer bedingten Ernennung zum Auscultanten ist nur jener Revers anzunehmen, wo der Reversaussteller, unbeschadet der Pflichten gegen seine eigene Familie, den versprochenen Unterhalt wirklich zu leisten im Stande ist.

Allerhöchste Entschließung vom 10. April 1847, S. 454, Nr. 1056.

- Abstellung der Abforderung der Reverse von den landesfürstlichen, sowie von den obrigkeitlichen mit der Justizverwaltung beauftragten Beamten, Advocaten, Notare, Wechselgerichts-Beisitzer und deren Substituten, über das Enthalten von geheimen Gesellschaften.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1848, S. 619, Nr. 1145.

- über gesicherten Unterhalt. S. auch Unterhalt.

Revident. Welche Streitgenossen im Revisionszuge als Revidenten anzusehen sind.

Justiz-Hofdecret vom 5. März 1847, S. 435, Nr. 1042.

Revision. Die Magistrate der schutobrigkeitlichen Städte haben jährlich ihren Schutobrigkeiten die Waisen- und Depostenamts-Rechnungen zur Revision vorzulegen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. October 1828, S. 133, Nr. 2363.

- Vorschrift über die Revision gegen gleichlautende Urtheile. Sie kann die Execution eines bestätigenden Erkenntnisses des Appellationsgerichtes nicht aufhalten, und ist gegen muthwillig revidirende Parteien oder ihre Vertreter nachdrücklich zu ahnden.

Justiz-Hofdecret vom 15. Februar 1833, S. 77, Nr. 2593.

Revision. Wann im Revisionszuge eine Inrotulirungs-Tagung nicht auszuscheiden sei.

Justiz-Hofdecret vom 1. December 1835, S. 61, Nr. 97.

- Die schriftlich abgefaßten Appellations- und Revisions-Anmeldungen, Beschwerden und Einreden müssen von einem Rechtsfreunde unterschrieben seyn.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1836, S. 73, Nr. 120.

- Bestimmungen über die höhere Revision der Beschlüsse der Criminalgerichte, wegen Ablassung von dem im Wege der Voruntersuchung eingeleiteten Criminal-Verfahren.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1837, S. 163, Nr. 246.

- Vorschrift über die Ertheilung der Fristen in Handels- und Wechselgeschäften zu den Revisions-Einreden.

Justiz-Hofdecret vom 22. Jänner 1839, S. 323, Nr. 332.

- Vorschrift über die Hinausgabe der Beweggründe der obersten Justizstelle zur Aufhebung und Abänderung gleichförmiger Beschlüsse der Unterbehörden an die Parteien.

Allerhöchste Entschließung vom 11. Februar 1840, S. 472, Nr. 408.

- Vorschrift über die Stempel-Revisionen bei solchen Behörden, wo geheime Acten vorkommen, deren Einsicht verweigert wird.

Hofkammer-Decret vom 10. Mai 1841, S. 578, Nr. 534.

- Vorschrift über die Revisionszulassung gegen gleichförmige Urtheile der Gerichte erster und zweiter Instanz.

Allerhöchste Entschließung vom 17. Mai 1842, S. 36, Nr. 616.

- Die oberste Justizstelle soll, wenn sie die gegen ein Urtheil ergriffene außerordentliche Revision für unzulässig erklärt, dem Producenten nicht eine neue Frist zur Antretung des zugelassenen Beweises bestimmen.

Allerhöchste Entschließung vom 4. Jänner 1845, S. 247, Nr. 856.

- Im summarischen Verfahren bei den Civilgerichten findet die Revision gegen gleichförmige Urtheile nicht Statt.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- Das Urtheil ist auch dann der höheren und rücksichtlich höchsten Revision zu unterziehen, wenn das Strafgericht die Einleitung der Criminal-Untersuchung wegen eines der in den §§. 433 und 442, I. Theiles des Strafgesetzes, bemerkten Verbrechens beschloßen hat, der Untersuchte aber von dem Strafgerichte oder Obergerichte eines anderen Verbrechens schuldig befunden wurde.

Justiz-Hofdecret vom 28. Jänner 1846, S. 310, Nr. 924.

- (gesämmtliche). Bei den vorzunehmenden Stempel-Revisionen sind auch die Zulassungen zum Armenrechte von den revidirenden Cameral-Beamten zu prüfen.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 329, Nr. 949.

- Im summarischen Verfahren bei Militärgerichten findet die Revision gegen gleichförmige Urtheile nicht Statt.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Im summarischen Verfahren bei den dalmatinischen Gerichten findet eine Revision gegen gleichförmige Urtheile nicht Statt.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

Revisionswerber. Die oberste Justizstelle soll, wenn sie die gegen ein Urtheil ergriffene außerordentliche Revision für unzulässig erklärt, dem Revisionswerber nicht eine neue Frist zur Antretung des zugelassenen Beweises bestimmen.

Allerhöchste Entschließung vom 4. Jänner 1845, S. 247, Nr. 856.

Revisionszug. Welche Streitigenossen im Revisionszuge als Revidenten anzusehen sind.

Justiz-Hofdecret vom 5. März 1847, S. 435, Nr. 1042.

Rhein-Hessen. Vorschrift über die Correspondenz mit Rhein-Hessen, dann Zustellung der Gerichtsacten an In- und Ausländer daselbst.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1837, S. 135, Nr. 214.

- **Preußen.** Beschränkung der Execution der von österreichischen Gerichts-Behörden wider preussische Unterthanen geschöpften Urtheile in Rhein-Preußen, und der von dortländigen Gerichten wider österreichische Unterthanen geschöpfte in Oesterreich.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1840, S. 520, Nr. 460.

Nichter. Benehmen des Civilrichters, wenn sich im Laufe eines Processes Anzeigen eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Übertretung ergeben.

Justiz-Hofdecret vom 6. März 1821, S. 11, Nr. 1743.

- Die aus Dienstverträgen entstehenden Privat-Rechtsverhältnisse (Dienstlohn- Streitigkeiten) sind von dem Civilrichter zu entscheiden.

Justiz-Hofdecret vom 11. Mai 1821, S. 19, Nr. 1759.

- Criminal-Gerichte haben über die Beweisraft des vor einem zum Richteramte fähig erklärten und beideten Richter abgelegten Geständnisses in eine Unterscheidung zwischen dem Civil- und Criminal-Justizfache und der diesfalls erklärten Fähigkeit nicht einzugehen.

Justiz-Hofdecret vom 6. October 1821, S. 52, Nr. 1806.

- Der Richter ist nur in seinem eigenen Gerichts-Bezirk, Gerichts-Handlungen vorzunehmen berechtigt.

Justiz-Hofdecret vom 3. Mai 1823, S. 145, Nr. 1939.

- Vorschrift über das Benehmen des Criminalrichters, wenn mit einem Verbrechen die Uebertretung des Verbotes des Waffen-Tragens zusammentrifft.

Justiz-Hofdecete vom 2. September und 11. October 1825, S. 319 und 324, Nr. 2128 und 2134.

- Die Frage: wer an die Gewähr zu bringen sei, ist von dem Richter zu entscheiden.

Hofkanzlei-Decret vom 23. December 1826, S. 60, Nr. 2243.

- Der requirirende Richter ist verpflichtet, die gestämpelte Abschrift der vom requirirten Richter ihm zugesendeten Original-Schätzungsurkunde auszufertigen, deren Zustellung zu besorgen, und den Original-Schätzungsact dem Richter der Eigenschaft (judici rei sitae) zur Aufbewahrung zu übersenden.

Justiz-Hofdecret vom 26. Jänner 1828, S. 108, Nr. 2324.

- Ein zwischen dem Richter und der Recht suchenden Partei, oder ihrem Bevollmächtigten oder ihrem Vertreter, bestehender Mieth- oder Pacht-Vertrag schließt für die Zeit seiner Dauer den Richter von jeder Ausübung des Richteramtes in den Streitsachen dieser Partei aus.

Justiz-Hofdecret vom 2. October 1830, S. 209, Nr. 2484.

- In welchen Fällen sich der Richter, wegen obwaltender Schwägerschaft mit dem Vertreter einer Partei, von Ausübung seines Amtes zu enthalten hat.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Februar 1836, S. 75, Nr. 124.

- Pacht- oder Miethverträge des Richters mit dem Staate, den Gemeinden, oder den unter der Verwaltung des Staates oder der Gemeinden stehenden öffentlichen Anstalten und deren Vertretern, schließen den Richter von der Ausübung des Richter-Amtes nicht aus.

Justiz-Hofdecret vom 24. Mai 1836, S. 82, Nr. 142.

- erster Instanz hat jene Klagen, mittelst welcher die Erklärung der Nullität oder Ungiltigkeit oder Widerrufung der Executions-Bescheide verlangt wird, von Amtswegen zurückzuweisen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juni 1836, S. 84, Nr. 145.

- Vorschrift für den Civilrichter, über die Anwendung des summarischen Verfahrens bei Besitzstörungen jeder Art, insbesondere bei Gränzstreitigkeiten und Wasserleitungen oder Wasserwerken.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1837, S. 108, Nr. 174.

Richter. Vorschrift über das Benehmen des Criminalrichters, wenn mit einem Verbrechen eine schwere Polizei-Übertretung zusammentrifft.

Justiz-Hofdecret vom 1. August 1837, S. 136, Nr. 217.

- Vorschrift über das Benehmen des Richters bei Fällung von Bei- und End-Urtheilen bei Beweisführungen durch Zeugen oder Kunstverständige.

Justiz-Hofdecret vom 12. September 1837, S. 145, Nr. 227.

- Der Beurtheilung des Richters bleibt es überlassen, zu bestimmen, ob die Entwendung von Versatzzetteln als Diebstahl, Betrug oder Veruntreuung zu bestrafen sei.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Mai 1840, S. 490, Nr. 437.

- Bei den Verhandlungen über auf vollen Glauben verdienende Urkunden sich gründenden Klagen hat der Versuch einer vorläufigen Conciliation nicht Statt, jedoch hat der Richter bei der Fällung die streitenden Parteien zu einer gütlichen Ausgleichung zu bereuen.

Justiz-Hofdecret vom 28. September 1840, S. 532, Nr. 467.

- Bestimmung des Gerichtstandes für die Criminalrichter auf dem Lande in Kärnthen, dann deren Wittinnen und Kinder.

Justiz-Hofdecret vom 8. November 1841, S. 654, Nr. 570.

- Verantwortlichkeit des Richters für die Zulassung der Partei zum Armenrechte auf Grundlage der von derselben beigebrachten Armuthszeugnisse.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 584.

- Bei Vorlage der Criminal-Untersuchungs-Acten an den höheren Richter sind echte Geldbeträge nicht einzusenden, sondern nur die Empfangs-Bestätigung des Criminal-Depositum-Amtes über den dahin geschehenen Erlag dieser Geldbeträge beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 9. August 1842, S. 57, Nr. 631.

- Competenz des Civilrichters zur Entscheidung über die aus Privilegien-Streitigkeiten zwischen zwei ausschließend Privilegirten entstehenden Entschädigungsansprüche.

Hofkammer-Decret vom 26. November 1842, S. 75, Nr. 657.

- In welchen Fällen der obere Richter über Recurse oder Beschwerden gegen eine Verfügung des unteren Richters, vor Aufhebung oder Abänderung derselben, Amtserinnerungen abzufordern habe.

Justiz-Hofdecret vom 13. November 1844, S. 240, Nr. 845.

- Die Legalisirung der Urkunden gehört unter die Geschäfte des Civilrichters.

Justiz-Hofdecret vom 17. Jänner 1845, S. 250, Nr. 860.

- Vorschrift über das Verfahren des Richters bei Zulassung des cumulativ oder subsidiarisch mit anderen Beweismitteln aufgetragenen Hauptesides.

Allerhöchste Entschliessung vom 19. Juni 1847, S. 463, Nr. 1068.

- Der Concursrichter hat auch bei falschen Handlungsfondus-Ausweisungen, welche vor dem Justiz-Hofdecrete vom 18. März 1847 geschehen sind, die Mitschuldigen daran angemessen zu bestrafen, und über die Schadenersatz-Leistung, wenn nicht nur die Verpflichtung zu derselben, sondern auch der Betrag des Schadens deutlich und zuverlässig erhellt, von Amtswegen zu erkennen.

Justiz-Hofdecret vom 17. November 1847, S. 476, Nr. 1095.

- Der Concursrichter hat zu beurtheilen, ob ein in einer Concursmasse befindliches Gut dem Gläubiger, welcher ein Eigenthums-Recht auf dasselbe geltend gemacht hat, auszufolgen sei.

Allerhöchste Entschliessung vom 20. November 1847, S. 476, Nr. 1096.

- Jean Paul Friedrich. Verbot des Nachdruckes von dessen Werken.

Hofkanzlei-Decret vom 9. November 1840, S. 536, Nr. 475.

Nichteramt. Vorschrift über die Classirung der für das Richteramt geprüften Individuen.

Justiz-Hofdecret vom 28. Februar 1824, S. 195, Nr. 1991.

- Instruction für die Landgerichte in Tirol und Vorarlberg in Geschäften außer Streitsachen mit den beigelegten, die kistenländischen Bezirksgerichte betreffenden Anmerkungen.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juli 1824, S. 216, Nr. 2024.

- Vorschrift über die Prüfung zur Erlangung der Wahlfähigkeits-Decrete für das Civil- und Criminal-Richteramt.

Justiz-Hofdecrete vom 13. April 1827 und 8. Mai 1829, S. 77 und 154, Nr. 2272 und 2399.

- Bestimmung des Fondes, in welchen die wegen vernachlässigter Ausübung des Richteramtes über schwere Polizei-Übertretungen den landesfürstlichen und Patrimonialgerichts-Beamten auferlegten Geldstrafen einzufleßen haben.

Hofkanzlei-Decret vom 24. Juni 1830, S. 300, Nr. 2470.

- Ein zwischen dem Richter und der Recht suchenden Partei oder ihrer Bevollmächtigten oder Vertreter bestehender Mieth- oder Pachtvertrag schließt für die Zeit seiner Dauer den Richter von jeder Ausübung des Richteramtes in der Streitsache dieser Partei aus.

Justiz-Hofdecret vom 2. October 1830, S. 209, Nr. 2484.

- Die mit Adjuten theilten Auscultanten haben sich binnen drei Jahren der Prüfung für das Richteramt zu unterziehen.

Justiz-Hofdecret vom 20. November 1830, S. 216, Nr. 2492.

- Die Einrechnung der als Vorbereitung zur Prüfung für das Richteramt zugebrachten Zeit der Praxis bei Gerichtsstellen in die Dienstzeit ist nicht gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1831, S. 6, Nr. 2503.

- Ein Candidat des Civil- und Criminal-Richteramtes, welcher in der zweiten Prüfung nicht Genüge geleistet, ist zur dritten Prüfung nicht zuzulassen.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1832, S. 65, Nr. 2571.

- Der für die Advocatur oder für eine Fiscal-Adjunctenstelle mit gutem Erfolge Geprüfte hat sich, um die Wahlfähigkeits-Decrete für das Civil- und Criminal-Richteramt zu erlangen, mit der einjährigen Criminal-Praxis auszuweisen, und eine besondere Prüfung für das Criminal-Richteramt mit gutem Erfolge zu bestehen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1835, S. 10, Nr. 26.

- In welchen Fällen sich der Richter, wegen obwaltender Schwägerschaft mit dem Vertreter einer Partei, von Ausübung seines Amtes zu enthalten hat.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Februar 1836, S. 75, Nr. 124.

- Pacht- oder Miethverträge des Richters mit dem Staate, den Gemeinden oder den unter der Verwaltung des Staates oder der Gemeinden stehenden öffentlichen Anstalten und deren Vertreter, schließen den Richter von der Ausübung des Richteramtes nicht aus.

Justiz-Hofdecret vom 24. Mai 1836, S. 82, Nr. 142.

- Adjutirte Auscultanten haben sich binnen drei Jahren mit dem Wahlfähigkeits-Decrete für das Civil- und Criminal-Richteramt auszuweisen.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juni 1837, S. 128, Nr. 207.

- Vorschrift über die Ertheilung der Wahlfähigkeits-Decrete an die für das Criminal-Richteramt und die Advocatur mit gutem Erfolge Geprüften.

Justiz-Hofdecret vom 22. Jänner 1839, S. 323, Nr. 331.

Nichteramt. Zulassung der Rechts-Candidaten zur vorgeschriebenen einjährigen Civil-Nichteramts-Praxis bei dem Wiener Civilgerichte.

Justiz-Ministerial-Decret vom 19. April 1848, S. 616, Nr. 1137.

- Abkürzung der Civil- und Criminal-Nichteramts-Praxis von je Einem Jahre auf ein halbes Jahr bei Gerichten, welche die Civil- und Criminal-Gerichtsbarkeit in getrennten Senaten verwalten.

Justiz-Ministerial-Decret vom 3. Juni 1848, S. 639, Nr. 1158.

Nichteramts-Decret. S. Wahlfähigkeits-Decret:

- **Praxis.** S. Praxis.
- **Prüfung.** S. Prüfung.
- **Lage.** S. Lage.

Nichterliche Verfügungen. Welche richterliche Verfügungen bei Besitzstörungen jeder Art, insbesondere bei Gränzstreitigkeiten und Wasserleitungen oder Wasserwerken, anzuwenden sind.

Justiz-Hofdecet vom 13. Februar 1837, S. 108, Nr. 174.

Nied. Statt des anheimgesagten Patrimonialgerichtes Landeck in Tirol wird ein Landgericht dritter Classe zu Nied errichtet.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Jänner 1830, S. 184, Nr. 2448.

Nitten. Dem Landgerichte Nitten in Tirol wird der vom Landgerichte Karneid getrennte Bezirk Wangen zugetheilt.

Hofkanzlei-Decret vom 3. December 1827, S. 107, Nr. 2321.

Ritterbürtigkeit. Den zwei oberen Ständen jener Provinz, wo es einen abgesonderten Herren- und einen abgesonderten Ritterstand gibt, wird das Recht, die Ritterbürtigkeit und das Wappen einzelner Ähnen zum Behufe der Ähnenproben zu bestätigen, aufrecht erhalten.

Hofkanzlei-Decret vom 4. December 1846, S. 392, Nr. 1005.

Ritterstand. Bestimmung der Verlassenschaftsbeiträge von dem Ritterstande für den Normal-Schulfond, und in Conventions-Münze.

Justiz-Hofdecet vom 7. September 1822, S. 116, Nr. 1891.

Riunione adriatica. Vorrechte der in Triest unter der Benennung „Riunione adriatica“ entstandenen Versicherungsgesellschaft.

Hofkammer-Decret vom 22. März 1839, S. 334, Nr. 351.

Riva. Dem Landgerichte Riva in Tirol werden die aus dem Gerichtsbezirke des Landgerichtes Arco geschiedenen Gemeinden Rago und Torbole zugewiesen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1842, S. 62, Nr. 645.

- Für das Landgericht zu Riva in Tirol werden zwei Advocaten sistemisirt.

Justiz-Hofdecet vom 22. März 1843, S. 104, Nr. 692.

Robot. Verträge über Robot-Ablösungen unterliegen der Beurtheilung und Bestätigung des Kreisamtes.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Juli 1843, S. 130, Nr. 725.

- Bestimmungen über die freiwillige Abfindung zwischen den Herrschaften und ihren Unterthanen hinsichtlich der Ablösung der Robot.

Hofkanzlei-Decret vom 18. December 1846, S. 395, Nr. 1012.

- Zur Ablösung der Robot wird den Unterthanen die Veräußerung eines Theiles ihres Grundbesitzes gestattet, nur darf hierdurch die Subsistenz der Unterthanen und der aufrechte Stand der Wirthschaft nicht gefährdet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1848, S. 561, Nr. 1129.

- Aufhebung der Robotleistung gegen eine vom Staatsschatze zu leistende Entschädigung der Grundherrschaften in Galizien.

Patent vom 17. April 1848, S. 612, Nr. 1136.

- Robot.** Vorschrift über die Behandlung der von den Grund-Obrigkeiten als Entgelt für die Robot acquirirten und statt der Robot und des Zehentes in den Complex des betreffenden Dominicalbestes übergehenden Grundstücke, wenn dieselben von der Obrigkeit wieder veräußert und emphyteutisiert werden wollen.
Hofkanzlei-Decret vom 3. Mai 1848, S. 617, Nr. 1140.
- Robot: und Zehentaufhebung** in der Bukowina gegen eine vom Staate zu leistende Entschädigung der Grundherrschaften.
Patent vom 9. August 1848, S. 648, Nr. 1173.
— Aufhebung der Robotleistung gegen Entschädigung.
Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180.
- Rohstoffe.** Befreiung der von dem Comité zur Unterstützung mittelloser Gewerbsleute denselben übergebenen Rohstoffe und Halbfabrikate von der Pfändung und pfandweisen Beschreibung.
Justiz-Ministerial-Erlaß vom 25. September 1848, S. 663, Nr. 1184.
- Rom.** S. Päpstliche Regierung.
- Rosenberg.** Dem Chef des fürstlichen Hauses Rosenberg gebührt der Titel „Durchlaucht“.
Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, und
Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.
- Rothschild.** Befreiung der Rothschild'schen Lose und Partial-Obligationen von der Erbsteuer.
Hofkammer-Decret vom 21. Mai 1833, S. 92, Nr. 2615.
— Vorschrift über die Rückzahlungsart der von Rothschild'schen Losen und Partial-Obligationen abgenommenen Erbsteuer.
Hofkanzlei-Decret vom 15. August 1839, S. 347, Nr. 374.
— In wieferne die in Verlassenschaften vorfindigen Rothschild'schen Lose von der Erbsteuer befreit sind.
Hofkanzlei-Decret vom 29. October 1839, S. 353, Nr. 384.
- Rottenburg.** Die Anheimsagung der Lehengerichtsbarkeit Rottenburg am Inn in Tirol wird angenommen; Vertheilung der Jurisdiction über dieselbe.
Hofkanzlei-Decret vom 12. December 1835, S. 63, Nr. 103.
— Betheilung des Landgerichtes Rottenburg im Unter-Innthaler Kreise in Tirol mit Einem Adjutum für einen Concepts-Practikanten.
Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.
- Roveredo.** Provisorische Vereinigung des Gerichtsbezirkes Romi in Tirol mit dem Landgerichte Roveredo.
Hofkammer-Decret vom 17. December 1838, S. 314, Nr. 317.
— Das Landgericht Galliano wird mit dem Landgerichte Roveredo in Tirol vereinigt, und Letzteres zu einem Landgerichte erster Classe erhoben.
Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1842, S. 62, Nr. 645.
— Betheilung des Landgerichtes Roveredo im Kreise Roveredo in Tirol mit Einem Adjutum für einen Concepts-Practikanten.
Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.
- Novigno.** Das Collegialgericht zu Novigno hat in Zukunft den Namen eines Stadt- und Landrechtes zu führen.
Justiz-Hofdecret vom 29. October 1821, S. 58, Nr. 1812.
— Dem Stadt- und Landrechte zu Novigno wird die Gerichtsbarkeit über die in seinem Bezirke sich aufhaltenden Unterthanen der ottomanischen Pforte eingeräumt.
Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1822, S. 107, Nr. 1876.
— Für das Stadt- und Landrecht in Novigno werden sechs Auscultanten, wovon vier mit Adjuten von 300 fl. theilt werden dürfen, bewilliget.
Justiz-Hofdecret vom 21. Juli 1826, S. 35, Nr. 2206.

Novigno. Bestimmung der Stämpel- und Taxgebühren für die in Betreff der Notizbücher im Bezirke Novigno vorkommenden Urkunden und Amtshandlungen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 4. August 1840, S. 521, Nr. 461.

— Führung der Notizbücher in Novigno von dem dortigen Stadt- und Landrechte.

Justiz-Hofdecree vom 30. November 1842, S. 76, Nr. 659.

— Von den für den Istrianer Kreis sistemisirten Advocaten haben vier in Novigno ihren Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecree vom 30. December 1842, S. 81, Nr. 667.

— Den für den Istrianer Kreis neu ernannten Advocaten ist die Partei-Vertretung bei dem Stadt- und Landrechte zu Novigno gestattet.

Justiz-Hofdecree vom 30. December 1842, S. 81, Nr. 667.

Nubrik. Vorschrift über die Ausfüllung der Nubriken in den Dienstveränderungs-Ausweisen.

Justiz-Hofdecree vom 27. December 1826, S. 61, Nr. 2246.

— Vorschrift für das niederösterreichische Landrecht über die Behandlung der in den Nubriken der niederösterreichischen Landtafel vorkommenden Anmerkung hinsichtlich der an die Stelle des umgelbes tretenden Entschädigung, und hinsichtlich der darin eingetragenen Tabularposten.

Justiz-Hofdecree vom 3. November 1842, S. 69, Nr. 653.

— Die armuthshalber abgethanen Todesfälle sind nicht in die Zahl der Verlassenschaften aufzunehmen, sondern in den jährlichen Geschäfts-Ausweisen in der Nubrik „Anmerkung“ anzugeben.

Justiz-Hofdecree vom 14. Mai 1846, S. 334, Nr. 960.

— In der Nubrik „Anmerkung“ sind die Decrete über Befähigungs- und Executions-Angelegenheiten, dann Contumaz- und über Schuldbekennnisse geschöpften Urtheile in den vorzuliegenden Geschäfts-Ausweisen der Zahl nach anzugeben.

Justiz-Hofdecree vom 14. Mai 1846, S. 334, Nr. 961.

— Vorschrift über die Behandlung jener Landtafelgüter in Galizien, welche zu Einem Körper gehören und als Zugehör desselben in der Landtafel erscheinen, in derselben aber ein eigenes Blatt haben und besonders belastet werden, insbesondere bei Verbücherungen von Posten in der Eigenthums- oder Lastennubrik.

Justiz-Hofdecree vom 15. September 1847, S. 469, Nr. 1084.

Rückerslag. Streitigkeiten über den Rückerslag der Klage werden im summarischen Verfahren vor Militärgerichten mit der Hauptsache zugleich verhandelt und entschieden.

Decree des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

Rückkehr einer abgeschafften Person. Die Rückkehr einer von der competenten Polizeibehörde abgeschafften Person ist nach den §§. 81 und 82, II. Theiles des Strafgesetzes, zu bestrafen.

Hofkanzlei-Decree vom 22. October 1846, S. 386, Nr. 993.

Rücksendung der Acten an die erste Instanz bei mangelhaft befundener Untersuchung.

Hofkanzlei-Decree vom 28. Juni 1839, S. 343, Nr. 367.

Rücksprache. S. Einvernehmen.

Rückstände. Anordnung wegen Sequestration der einer Steuer-Bezirksobrigkeit in Steiermark eigenthümlichen Güter wegen Steuer-Rückständen.

Justiz-Hofdecree vom 15. April 1825, S. 297, Nr. 2089.

— Wieferne den landesfürstlichen und grundherrlichen Abgaben von unbeweglichen Gütern außer dem Concurrenz ein Vorrecht zustehe, wie die Rückstände derselben bei Vertheilung des Kaufschillinges für gerichtlich verpfändete Realitäten zu berichtigen seien und welchem Gerichte diese Vertheilung zustehe.

Justiz-Hofdecree vom 16. September 1825, S. 321, Nr. 2132.

Rückstände. Vorschrift über die Eintreibung der Urbargeldgaben-Rückstände in Steiermark.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Mai 1840, S. 492, Nr. 440.

- Rückständige Proceffe sind in die Geschäfts-Ausweise aufzunehmen und der Grund ihres Rückstandes in dem Einbegleitungs-Berichte zu rechtfertigen.

Justiz-Hofdecret vom 14. Mai 1846, S. 334, Nr. 961.

- (**Concurrenz**). S. Concurrenz-Ausstände.

Rückständige Proceffe. S. Proceffe.

Rückständige Zölle und Verzehrungssteuer. S. Verzehrungssteuer, Zölle.

Rücktritt. Den zu einer anderen landesfürstlichen Justizbehörde zur Erweiterung ihrer Sprachkenntnisse übersehten Ausculanten bleibt der Rücktritt zu der Justizbehörde, bei welcher sie vorher gedient haben, vorbehalten.

Justiz-Hofdecret vom 6. April 1827, S. 76, Nr. 2270.

Rückvergütung. Verpflichtung der vor Verlauf eines Jahres nach Einstellung des Activitäts-gehaltes wieder angestellten Quiescenten zur verhältnismässigen Rückvergütung des als Abfertigung bezogenen Jahresgehaltes.

Justiz-Hofdecret vom 3. September 1830, S. 207, Nr. 2479.

Rückzahlung. Vorschrift über die Rückzahlungsart der Erbsteuer von den Rothschild'schen Kosen und Partial-Obligationen.

Hofkanzlei-Decret vom 15. August 1839, S. 347, Nr. 374.

- Vorschrift über die Rückzahlung der in Gold oder ausländischer Siltermünze, dann in Conventions-Münze überhaupt abgeschlossenen Darlehen.

Finanz-Ministerial-Erlässe vom 21. und 22. Mai 1848, S. 635 und 636, Nr. 1152 und 1153.

Patent vom 2. Juni 1848, S. 638, Nr. 1157.

- Instruction für die Tilgungsfonds-Hauptcasse über das Verfahren bei Rückzahlung erlegter gerichtlicher Depositen.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juli 1848, S. 646, Nr. 1170.

Ruhe. Die wegen Störung der innerlichen Ruhe des Staates zu einer weniger als zehnjährigen Kerkerstrafe Verurtheilten dürfen ihre Strafe in den Provinzial-Strafhäusern ausstehen.

Justiz-Hofdecret vom 27. Februar 1837, S. 113, Nr. 176.

- (**öffentliche**). Beschlüsse der Criminalgerichte über die Ablassung vom weiteren Verfahren bei Voruntersuchungen, wegen Störung der öffentlichen Ruhe des Staates, müssen dem Appellationsgerichte und von diesem der obersten Justizstelle zur Revision vorgelegt werden.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1837, S. 163, Nr. 246.

- Vorschrift über die Anwendung der Waffengewalt von Seite der Militär-Affistenz bei Störung der öffentlichen Ruhe.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 8. October 1844, S. 236, Nr. 837.

Ruhegenüsse. Außerordentliche Besteuerung der Ruhegenüsse der Civil- und Militärbeamten und der Officiere, welche aus dem Staatsschatze, aus den politischen Fonds und aus ständischen Cassen bezogen werden. Kein zeitlicher oder bleibender Ruhegenuss aus dem Staatsschatze und den politischen Fonds wird mit einem höheren Betrage als 8000 fl. jährlich erfolgt.

Finanz-Ministerial-Erlässe vom 18. und 27. Juni, dann 18. August 1848, S. 641, 643 und 651, Nr. 1163, 1165 und 1175.

- S. Pensionen, Quiescenten.

Ruhestörung. S. Ruhe.

Rußland. Vermögens-Freizügigkeit zwischen Oesterreich und Rußland.

Hofkanzlei-Decrete vom 14. Juni und 28. October 1824, S. 212 und 269, Nr. 2015 und 2047.

- Ausdehnung der zwischen Oesterreich und Rußland bestehenden Vermögens-Freizügigkeit auf das Königreich Polen.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Juni 1825, S. 303, Nr. 2102.

- Beschränkung der Execution auf Urtheile der russischen Gerichtsbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 24. Mai 1833, S. 92, Nr. 2616.

- Staatsvertrag mit Rußland und Preußen, über die Auslieferung der Staatsverbrecher.

Patent vom 4. Jänner 1834, S. 105, Nr. 2637.

- Staatsvertrag mit Rußland, in Betreff der Schifffahrt auf der Donau.

Vom 5. September 1840, S. 529, Nr. 465.

Staatsvertrag mit Rußland, wegen Abstellung und Unterdrückung des Sklavenhandels.

Vom 20. December 1841, S. 658, Nr. 578.

- Bestimmungen über die Befreiung der armen österreichischen Unterthanen von der Cautionsleistung in ihren bei den Gerichten des Königreiches Polen anhängigen Processen gegen Beobachtung der Reciprocität.

Justiz-Hofdecret vom 18. Mai 1842, S. 37, Nr. 617.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Rußland, hinsichtlich des wechselseitigen Handels und der Schifffahrt, und über die Behandlung der Verlassenschaften der in gegenseitigen Staaten verstorbenen Unterthanen.

Vom 20. Juli 1846, S. 348, Nr. 974.

Rustical-Besitzstand. Stände in Steiermark haben kein Recht über den katastralmäßigen Rustical-Besitzstand einer Realität zu entscheiden.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Juni 1834, S. 114, Nr. 2657.

- — S. auch Dominical-Besitzstand.

- **Gründe.** Aufhebung des Unterschiedes zwischen Rustical- und Dominical-Gründen.

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180.

- — S. auch Grundstücke.

Ruthenstreiche. Beibehaltung der Züchtigung mit Ruthenstreichen, Vorschrift über die Anwendung derselben in Criminalfällen.

Anmerkung zur Allerhöchsten Entschliessung vom 25. April 1840, S. 482, Nr. 425.

Rzeszow. Bei dem Criminalgerichte zu Rzeszow in Galizien hat eine Criminal-Actuarsstelle einzugehen, und werden demselben vier Auscultanten, Einer mit einem Adjutum von 300 fl., zwei mit 200 fl. und Einer ohne Adjutum bewilliget.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1826, S. 36, Nr. 2207.

S.**Saatkorn.** Bestimmung des Zeitpunctes, von welchem an die Grundherrschaften in Galizien von der Unterstützung ihrer Unterthanen mit Saatkorn in Nothfällen entbunden sind.

Kreisbeschreiben des galizischen Guberniums vom 25. November 1846, S. 391, Nr. 1004.

Sachsen. Was bei den Erlässen der österreichischen Behörden an die königlich-sächsischen Behörden zu bemerken sei.

Justiz-Hofdecret vom 9. December 1822, S. 123, Nr. 1912.

Sachsen. Uebereinkunft mit den großherzoglich Sachsen-Weimar-Eisenach, dann herzoglich Sachsen-Coburg- und Gotha, wie auch herzoglich Sachsen-Altenburgischen Regierungen, wegen gegenseitiger unentgeltlicher Rechtshilfe in Criminalsachen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1835, S. 135, Nr. 2688.

— Uebereinkunft zwischen der österreichischen und Sachsen-Meiningen'schen Regierung, in Betreff der gegenseitigen unentgeltlichen Justizpflege in Criminal-Angelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1835, S. 5, Nr. 10.

— Ausdehnung der bestehenden Vermögens-Freizügigkeit zwischen den zum deutschen Bunde gehörigen Ländern Oesterreichs und Sachsens auf sämtliche österreichische Staaten, mit Ausnahme Ungarns und Siebenbürgens, und sämtliche sächsische Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 11. November 1835, S. 54, Nr. 93.

— Der Titel „Hoheit“ gebührt den die Regierung führenden Herzogen von Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Altenburg.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1844, S. 240, Nr. 844.

— Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Sachsen, über die Feststellung des Gränzlaufes zwischen den Königreichen Sachsen und Böhmen und über den Austausch der in den beiderseitigen Gebieten enclavirten Parzellen u. s. w.

Vom 30. März 1848, S. 572, Nr. 1132.

Sachsenhausen. Vorschrift über die Ausübung der Civil- und Criminalgerichtsbarkeit über die in dem deutschen Ordensgebäude zu Sachsenhausen bei Frankfurt am Main wohnenden österreichischen Unterthanen.

Justiz-Hofdecret vom 25. October 1842, S. 64, Nr. 651.

Sachverständige. S. Kunstverständige.

Sachwalter. S. Advocaten.

Sachzehent. S. Zehent.

Säbel. Zur Ablegung des Säbels können die Gränzwache-Individuen von der Civil- oder Criminalbehörde nicht verhaftet werden.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1835, S. 39, Nr. 74.

Salinenämter. Recht der Salinen- und Bergämter zu Gmunden, Eisenz, Klagenfurt, Hall, Pöchlarn, Joachimsthal und Wieselzka, die zur Sicherstellung des Allerhöchsten Mercuriums nöthigen gerichtlichen Verfügungen durch die Fiskalämter zu erwirken.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1840, S. 486, Nr. 430.

Salinen-Direction zu Hall wird mit dem Berggerichte daselbst vereinigt.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Jänner 1833, S. 73, Nr. 2584.

Salinenwesen. Beiziehung eines Berg Rathes als Repräsentanten zum Vortrage der das Salinenwesen betreffenden Prozesse bei dem Stadt- und Landrechte in Salzburg.

Justiz-Hofdecret vom 29. September 1827, S. 100, Nr. 2311.

Salm. Der Titel „Durchlaucht“ gebührt den Chefs der fünf Linien der fürstlichen Familie Salm, nämlich: Salm-Salm, Salm-Kyrburg, Salm-Horstmar, Salm-Reifferscheid-Krautheim und Salm-Reifferscheid-Krautheim-Raig.

Hofkanzlei-Decrete vom 4. Februar 1845 und 22. Februar 1847, S. 251 und 424, Nr. 865 und 1038.

Salm-Horstmar. Dem Chef des fürstlichen Hauses Salm-Horstmar gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133;

Hofkanzlei-Decrete vom 4. Februar 1845, S. 251, Nr. 865, und 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Salm-Kyrburg. Dem Chef des fürstlichen Hauses Salm-Kyrburg gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133; dann

Hofkanzlei-Decrete vom 4. Februar 1845, S. 251, Nr. 865, und vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Salm-Reifferscheid-Krautheim. Dem Chef des fürstlichen Hauses Salm-Reifferscheid-Krautheim gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, 2. Juni 1827, S. 83, Nr. 2282; dann

Hofkanzlei-Decrete vom 4. Februar 1845, S. 251, Nr. 865, und vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Salm-Salm. Dem Chef des fürstlichen Hauses Salm-Salm gebührt der Titel „Durchlaucht“

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133; dann

Hofkanzlei-Decrete vom 4. Februar 1845, S. 251, Nr. 865, dann 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Salpeter-Nether. S. Nether.

Salz. Beobachtung der aus Gefällbrüchichten allgemein festgesetzten Normen bei Erzeugung des Salzes aus mit mineralischen Lagerstätten vermengtem Berg-Dele.

Decret der Hofammer in Münz- und Bergwesen vom 28. December 1841, S. 674, Nr. 581.

Salzburg. Vorschrift über die Behandlung der landesfürstlichen Rentellehen im Herzogthume Salzburg.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Mai 1821, S. 21, Nr. 1762.

— Herrschaften in Salzburg dürfen in Rechtsstreiten nicht von ihren Justiziären vertreten werden.

Justiz-Hofdecret vom 13. October 1821, S. 58, Nr. 1811.

— Unter den landesfürstlichen Gerichten in Salzburg ist hinsichtlich der Berechtigung zur Abnahme des Mortuars für das Aerarium nur das Landrecht zu verstehen.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1821, S. 70, Nr. 1825.

— Die königlich-bayerischen Berggesetze sind im Lande Salzburg noch nicht aufgehoben, und ist sich derzeit noch genau darnach zu achten; — bei dem gerichtlichen Verfahren in Bergwerksachen ist daselbst die westgalizische Gerichts-Ordnung zu beobachten.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1822, S. 112, Nr. 1884.

— Zehent-Ordnung für das Herzogthum Salzburg.

Vom 17. Februar 1823, S. 130, Nr. 1925.

— Vorschrift über die Prüfung der Pfliegergerichts-Beamten im Salzburger Kreise.

Justiz-Hofdecret vom 21. August 1824, S. 265, Nr. 2038.

— Bei dem Stadt- und Landrechte in Salzburg ist zum Vortrage eines das Berg- und Salinenwesen betreffenden Processen ein Bergrath als Repräsentant beizuziehen.

Justiz-Hofdecret vom 29. September 1827, S. 100, Nr. 2311.

— Errichtung einer vereinigten Cameral-Gefällen-Verwaltung für Oesterreich ob der Enns und Salzburg.

Justiz-Hofdecret vom 27. August 1830, S. 205, Nr. 2477.

— Die Bergwesens-Direction in Salzburg wird aufgelöst und die Geschäfte derselben werden an die Berg- und Salinen-Direction zu Hall in Tirol verwiesen.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Jänner 1835, S. 134, Nr. 2685.

— Den Beamten der landesfürstlichen Pfliegergerichte in Salzburg wird wegen der Haftung für die Depositen die Abnahme des gesetzlich entfallenden Depositen-Zählgelbes gestattet.

Hofammer-Decret vom 6. December 1836, S. 94, Nr. 160.

Salzburg. Vorschrift über die Aufkündigung und Räumung vermieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Gebäude in der Hauptstadt Salzburg.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1839, S. 328, Nr. 342.

- Vorschrift über den Stempelgebrauch und die Abnahme der Veränderungs- und anderer Gebühren bei den landesfürstlichen Pfliegergerichten in Salzburg.

Hofkammer-Decret vom 24. November 1840, S. 539, Nr. 481.

- Befreiung der barmherzigen Schwestern in Salzburg vom Amortisationsgeseze.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Juni 1841, S. 584, Nr. 546.

- Vorschrift über die Verteilung der alten unbrauchbaren Registratur-Acten bei dem Stadt- und Landrechte in Salzburg.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1843, S. 149, Nr. 751.

- Dem Salinen-Oberamte Gmunden werden die Berg- und Forstwesenögeschäfte für das Gebiet von Salzburg, mit Ausnahme der berggerichtlichen Gegenstände, zugewiesen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1844, S. 241, Nr. 847.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei dem Stadt- und Landrechte zu Salzburg.

Justiz-Hofdecret vom 9. August 1847, S. 468, Nr. 1081.

Sambor. Bei dem Criminalgerichte zu Sambor in Galizien hat eine Criminal-Actuarsstelle einzugehen, und werden demselben vier Auscultanten, Einer mit einem Adjutum pr. 300 fl., zwei mit 200 fl. und Einer ohne Adjutum bewilliget.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1826, S. 36, Nr. 2207.

Sanitäts-Anstalten. Das über das Verfahren bei Sanitätscordons-Übertretungen für Innerösterreich erlassene Justiz-Hofdecret vom 13. December 1816 ist auch in Galizien anwendbar.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1824, S. 260, Nr. 2026.

- Gerichtsbarkeit über die Uebertreter der Sanitäts-Anstalten an dem Bukowiner Cordone.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1826, S. 8, Nr. 2168.

Sanitätsbeamte. Vorschrift über die Ausstellung und Bestätigung der ärztlichen Zeugnisse für Beamte und andere Parteien durch die öffentlichen Sanitätsbeamten.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Juli 1830, S. 205, Nr. 2476.

- Landesfürstliche Sanitätsbeamte haben über die Dienstauglichkeit der Beamten ihre Befunde, wenn die Behörden sie von Amtswegen fordern, unentgeltlich abzugeben; nur gebührt ihnen, wenn sie sich von ihrem Wohnorte entfernen müssen, Vergütung der Fuhrkost.

Justiz-Hofdecret vom 14. April 1832, S. 59, Nr. 2558.

- Amtsinstruction für die Criminalgerichts-Aerzte und Wundärzte in Böhmen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juni 1835, S. 11, Nr. 28.

- Instruction für die in den Inquisitionshäusern in Mähren und Schlesien angestellten Sanitätsbeamten.

Hofkanzlei-Decret vom 30. November 1835, S. 56, Nr. 96.

- Vorschrift über die Vergütung der Reise- und Zehrungskosten für Sanitätsbeamte bei außerordentlichen in Verwaltung der Strafgerichtsbarkeit und Polizei ihnen aufgetragenen Leistungen.

Hofkanzlei-Decret vom 25. März 1841, S. 565, Nr. 517.

- Die Ernennung des ärztlichen Personales im Wiener Criminalhause steht dem Criminalgerichte zu.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 570, Nr. 524.

- Den in Commissionsgeschäften reisenden Sanitätsbeamten gebühren für verwendete halbe Tage nur die halben Diäten.

Hofkammer-Decret vom 5. Juni 1841, S. 583, Nr. 543.

Sanitätsbeamte. Hinsichtlich der von den Sanitätsbeamten verwendeten halben Commissionstage hat es bei dem ursprünglichen Diätenausmaße unverändert zu verbleiben.

Hofkammer-Decret vom 17. Mai 1843, S. 121, Nr. 705.

- Vorschrift für die Collegialgerichte in Tirol; hinsichtlich der Concurrs-Ausschreibung und Erstattung des Besetzungsvorschlages für Sanitätsbeamte in den dortigen Criminal-Inquisitionshäusern.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1843, S. 123, Nr. 709.

- S. auch Beamte.

Sanitäts-Beörden. Befreiung der Correspondenz der Kreis- und District-Physicate der Monarchie in Sanitätsangelegenheiten von Entrichtung des Postporto.

Hofkammer-Decret vom 10. Februar 1841, S. 559, Nr. 506.

- **Gordon.** Bestrafung der Sanitäts-Gordons-Übertretungen in Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1824, S. 260, Nr. 2026.

- Vergütung des durch die Aufstellung der Sanitäts-Gordone an dem Eigenthume der Privaten zugefügten Schadens aus dem Staatsschatze.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Mai 1832, S. 61, Nr. 2563.

- **Maßregeln.** Auf die Uebertreter der wider die Cholera eingeführten Sanitäts-Maßregeln werden die für Pestvergehen bestehenden Strafgesetze ausgedehnt.

Justiz-Hofdecret vom 27. August 1831, S. 18, Nr. 2525.

- **Pässe.** Die aus Anlaß der Cholera-Krankheit ausgestellten Sanitäts-Pässe sind als öffentliche Urkunden anzusehen, und jede Verfälschung derselben ist als Verbrechen des Betruges zu bestrafen.

Justiz-Hofdecret vom 26. Juli 1831, S. 17, Nr. 2522.

- **Personal.** Wegen Vergütung der Fuhr- und Zehrungs-Kosten für das Sanitäts-Personale bei Dienstverrichtungen in einer nahen Gegend.

Hofkammer-Decret vom 19. Mai 1823, S. 146, Nr. 1942.

- Instruction für das Criminal-Sanitäts-Personale in Prag.

Justiz-Hofdecret vom 21. Mai 1824, S. 203, Nr. 2009.

- Einführung der für das Prager Sanitäts-Personale erlassenen Instruction bei den Criminal-Inquisitionshäusern der kistenländischen Stadt- und Landrechte.

Justiz-Hofdecret vom 18. April 1834, S. 112, Nr. 2652.

- Instruction für das bei den Inquisitionshäusern in Mähren und Schlesien angestellte Sanitäts-Personale.

Hofkanzlei-Decret vom 30. November 1835, S. 56, Nr. 96.

- Vorschrift über die Vergütung der Reise- und Zehrungskosten für das Sanitäts-Personale bei außerordentlichen Leistungen in Criminal- und Polizei-Angelegenheiten.

Hofkanzlei-Decret vom 25. März 1841, S. 565, Nr. 517.

- Dem in Commissions-Geschäften reisenden Sanitäts-Personale gebühren für verwendete halbe Tage nur die halben Diäten.

Hofkammer-Decret vom 5. Juni 1841, S. 583, Nr. 543.

- Hinsichtlich der von dem Sanitätspersonale verwendeten halben Commissionstage hat es bei dem ursprünglichen Diätenausmaße unverändert zu verbleiben.

Hofkammer-Decret vom 17. Mai 1843, S. 121, Nr. 705.

- Vorschrift für die Collegialgerichte in Tirol, hinsichtlich der Concurrsauschreibung und Erstattung des Besetzungsvorschlages für das Sanitäts-Personale in den dortigen Criminal-Inquisitionshäusern.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1843, S. 123, Nr. 709.

Sanitäts-Personale. S. auch *Ärzte, Wundärzte.*

Sardinien. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Sardinien, über die wechselseitige Vermögens-Freizügigkeit.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1825, S. 292, Nr. 2080.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Sardinien, über die wechselseitige Auslieferung der Verbrecher.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Juli 1838, S. 270, Nr. 286.

- Die Zustellung gerichtlicher Acten im ämtlichen Wege findet in Sardinien nicht Statt.

Justiz-Hofdecret vom 15. Jänner 1839, S. 322, Nr. 327.

- Die Bestimmungen des neuen sardinischen Civil-Gesetzbuches, und namentlich die Anordnungen des Artikels 28 desselben, haben an den durch Staatsverträge erworbenen Rechten der österreichischen Unterthanen nichts geändert noch dieselben beschränkt.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Jänner 1840, S. 383, Nr. 401.

- Staatsvertrag mit Sardinien, zur Sicherstellung der Eigentumsrechte der in den beiderseitigen Staaten erscheinenden literarischen und artistischen Werke.

Vom 22. Mai 1840, S. 492, Nr. 441.

- Vorschrift über die Zustellung gerichtlicher Acte an Parteien, welche im Königreiche Sardinien wohnhaft sind.

Justiz-Hofdecret vom 20. December 1841, S. 674, Nr. 579.

- Die sardinische Regierung hat den mit Oesterreich geschlossenen Staatsvertrag, wegen Auslieferung der Verbrecher, aufgekündigt.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1848, S. 616, Nr. 1138.

- Den von sardinischen Schiffen bei den Consulaten ihrer Nation in gehöriger Form abgelegten Verklarungen ist von den österreichischen Gerichten die Beweiskraft auch noch ferner einzuräumen.

Erlaß des Handels-Ministeriums vom 28. August 1848, S. 655, Nr. 1178.

Sarntheim. Errichtung eines landesfürstlichen Landgerichtes dritter Classe zu Sarntheim in Tirol statt des anheimgesagten Patrimonialgerichtes Sarntheim.

Hofkammer-Decret vom 18. April 1838, S. 175, Nr. 265.

Satz. S. *Satzbrief.*

Satzbrief. Vorschrift über die Abnahme der Gebühren für die Ausfertigung des Satzbriefes in Fällen der Einverleibung oder Vormerkung einer Forderung auf Bauerngüter oder Ueberländ-Grundstücke.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Mai 1836, S. 82, Nr. 141.

Satzforderung. S. *Cession.*

Satzgläubiger. Vorschrift über die Verständigung der Satzgläubiger von der von Amtswegen vorzunehmenden Löschung der auf aufgelassenen Berggebäuden haftenden Satzposten.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 1. Mai 1838, S. 180, Nr. 268.

Satzpfundgeld. S. *Pfundgeld.*

Satzposten. S. *Satzgläubiger.*

Satzschriften. Nähere Bestimmung der Fälle, in denen bei Satzschriften die Unterschrift eines Rechtsfreundes erforderlich ist.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1828, S. 126, Nr. 2352.

Sagung. Aufhebung der Strafverschärfung durch Ausstellung im Kreise bei Uebertretung der Sagungsvorschriften.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Mai 1848, S. 621, Nr. 1149.

Sauenstein. Errichtung eines landesfürstlichen Bezirkscommissariates zu Sauenstein III. Classe im Neustädter Kreise in Krain.

Justiz-Hofdecret vom 27. Juni 1843, S. 126, Nr. 716.

Saumsal-Estrafen. Verantwortlichkeit der Berggerichte und Berggerichts-Substitutionen für die Verhängung und Einbringung der Saumsalstrafen in terminis.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 27. November 1838, S. 311, Nr. 310.

Saumselige Behörden. S. Behörden.

Sauvetage-Fälle. Zugeständnisse für französische Consuln, in Sauvetage-Fällen französischer Schiffe an österreichischen Küsten, gegen Zusicherung des vollkommenen Reciprocums.

Hofkammer-Decret vom 24. Mai 1832, S. 62, Nr. 2565.

Sayn-Wittgenstein-Berleburg. Dem Chef des fürstlichen Hauses Sayn-Wittgenstein-Berleburg gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, und

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

— **Hohenstein.** Dem Chef des fürstlichen Hauses Sayn-Wittgenstein-Hohenstein gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, und

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Scartirung alter Acten. S. Acten.

Scardona. Die dortige Prätur wird von der III. in die II. Classe erhoben.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1826, S. 8, Nr. 2170.

Schaden. Vergütung des durch die Aufstellung der Sanitäts-Cordone an dem Eigenthume der Privaten zugefügten Schadens aus dem Staatsschatze.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Mai 1832, S. 61, Nr. 2563.

Schade. Der durch die Vertilgung der Effecten einer an der Hundswuth verstorbenen Person herbeigeführte Schaden, könne den Eigenthümer oder seine Erben nicht treffen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Jänner 1841, S. 549, Nr. 491.

Schadenersatz. Vorschrift über die Ergreifung der Recurse gegen Strafurtheile über Verbrechen und schwere Polizei-Übertretungen, wodurch zugleich auf Schadenersatz erkannt wird.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 29, Nr. 49.

— In wieferne die Postanstalten für beschädigte, abgängige oder verlorne Postsendungen Schadenersatz leisten.

Hofkammer-Decret vom 6. Februar 1839, S. 325, Nr. 337.

— Belehrung wegen Einhebung und Abführung der in Fällen von Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfreveln an der bayerischen Landesgränze zuerkannten Schadenersatzbeträge an die Casse des Staates, wo der Frevel verübt wurde.

Hofkanzlei-Decret vom 18. September 1847, S. 471, Nr. 1087.

— Der Concurstrichter hat auch bei falschen Handlungsfonds-Ausweisungen, welche vor dem Justiz-Hofdecrete vom 18. März 1847 geschehen sind, die Mitschuldigen daran angemessen zu bestrafen, und über die Schadenersatzleistung, wenn nicht nur die Verpflichtung zu derselben, sondern auch der Betrag des Schadens deutlich und zuverlässig erhellet, von Amtswegen zu erkennen.

Justiz-Hofdecret vom 17. November 1847, S. 476, Nr. 1095.

Schärding. Anstellung eines Advocaten zu Schärding im Inn-Kreise.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juni 1839, S. 340, Nr. 361.

Schäßberg-Thanheim. Dem Haupte der reichsfürstlich-gräflichen Familie Schäßberg-Thanheim gebührt der Titel „Erlaucht“.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Schäpleute. Gebühren der adelichen Schäpleute landtäflicher Güter in Galizien bei ämtlichen Reisen.

Justiz-Hofdecret vom 23. März 1821, S. 14, Nr. 1750.

— Benehmen bei der Wahl der Schäpleute.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 308, Nr. 2106.

— Die Bestimmung der Gebühren der gerichtlichen Schäpleute durch freiwillige Uebereinkunft mit den Parteien, so wie die Berechnung derselben nach einer gewissen Quote der Schätzungssumme wird abgestellt. Diese Gebühren sind von dem Gerichte, welches die Schätzung angeordnet hat, zu bestimmen.

Justiz-Hofdecret vom 17. December 1830, S. 219, Nr. 2496.

— Vorschrift für Schäpleute bei Güter- und Realitäten-Schätzungen.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1839, S. 360, Nr. 391.

— Periodischer Wechsel von drei zu drei Jahren der von dem Großhandlungs-Premium gewählten Schäpleute des niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichtes.

Hofkammer-Decret vom 20. Juli 1844, S. 214, Nr. 821.

— Bei allen gerichtlichen Schätzungen außer Streitsachen, deren Gegenstand Mobilien sind, ist, wenn von den theilhabenden Parteien nicht zwei Sachverständige ausdrücklich verlangt werden, die Beiziehung eines Kunstverständigen für jedes einschlägige Fach genügend.

Justiz-Hofdecret vom 9. August 1848, S. 651, Nr. 1174.

Schätzmannen. S. Schäpleute.

Schätzung. Vorschrift über die Stämpfung gerichtlicher Schätzungen.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juni 1821, S. 31, Nr. 1765.

— Zu Ueberschätzungen zum Behufe der Erbsteuerbemessung sind die Interessenten vorzuladen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. December 1823, S. 166, Nr. 1978.

— Wie sich vor dem Verkaufe eines unbeweglichen Gutes unter der Schätzung zu benehmen sei.

Justiz-Hofdecret vom 25. Juni 1824, S. 213, Nr. 2017.

— Vorschrift über das Benehmen bei Schätzungen und der Wahl der Schätzmeister.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 308, Nr. 2106.

— des Werthes unterthäniger Realitäten zum Behufe der Erbsteuerbemessung.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Juni 1827, S. 86, Nr. 2289.

— Die den Erbsteuer-Ausweisen zugelegten Schätzungssacte unterliegen dem classenmäßigen Stämpel.

Justiz-Hofdecret vom 6. Februar 1829, S. 144, Nr. 2382.

— Bedingungen, unter welchen die Zinsfassionen von den Häusern in Wien und den Vorstädten Wiens bei Anlegung der Gelder der Minderjährigen und Pflegebefohlenen die Stelle der Schätzung vertreten.

Justiz-Hofdecrete vom 10. Juli 1829, S. 165, Nr. 2418, und vom 29. Mai 1844, S. 210, Nr. 809.

— Die Bestimmung der Gebühren der gerichtlichen Schäpleute durch freiwillige Uebereinkunft mit den Parteien, sowie die Berechnung derselben nach einer gewissen Quote der Schätzungssumme wird abgestellt. Diese Gebühren sind von dem Gerichte, welches die Schätzung angeordnet hat, zu bestimmen.

Justiz-Hofdecret vom 17. December 1830, S. 219, Nr. 2496.

— Vorschrift über die Schätzung verkäuflicher Gewerbe in Concurß- und Executions-Fällen.

Justiz-Hofdecret vom 5. November 1831, S. 22, Nr. 2534.

— Verhandlungen über die Schätzungen der Realitäten verunglückter Unterthanen zum Behufe der Aufnahme von Darlehen aus Waisen-, Kirchen- oder öffentlichen Fonds-Cassen sind stämpelfrei.

Hofkanzlei-Decret vom 18. November 1831, S. 25, Nr. 2539.

Schätzung. Wegen Ausmessung der Taxen soll niemals eine eigene Schätzung vorgenommen werden.

Hofkammer-Decret vom 9. Jänner 1836, S. 71, Nr. 114.

— Vorschrift für Schätzleute bei Vornahme von Güter- und Realitäten-Schätzungen.

Hofkammer-Decret vom 22. November 1839, S. 359, Nr. 390.

— Dem Erben oder Legatar steht frei, eine gerichtliche Schätzung des Gutes zur Bemessung der Mortuarisgebühr zu begehren.

Hofkanzlei-Decret vom 26. April 1840, S. 484, Nr. 426.

— Vorschrift über das Verfahren bei Schätzungen der für die Staatsreisbahnen erforderlichen Grundstücke und Realitäten.

Justiz-Hofdecret vom 8. November 1842, S. 69, Nr. 654.

— Im summarischen Verfahren bei Civilgerichten kann mit der Pfändung beweglicher Sachen zugleich die Schätzung angesucht werden.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

— Vorschrift über die Behandlung der Reifeparicularien und Vorschüsse, welche durch die auf Ansuchen des Fiskus in Civilstreitigkeiten oder im Executionswege vorgenommenen Schätzungen und Augenscheine veranlaßt werden.

Hofkammer-Decret vom 31. December 1846, S. 400, Nr. 1016.

— Im summarischen Verfahren bei Militärgerichten kann mit der Pfändung beweglicher Sachen zugleich die Schätzung angesucht werden.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

— Im summarischen Verfahren in Dalmatien kann mit der Pfändung beweglicher Sachen zugleich die Schätzung derselben angesucht werden.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

— Bei allen gerichtlichen Schätzungen außer Streitsachen, deren Gegenstand Mobilien sind, ist, wenn von den betheiligten Parteien nicht zwei Sachverständige ausdrücklich verlangt werden, die Beiziehung eines Kunstverständigen für jedes einschlägige Fach genügend.

Justiz-Hofdecret vom 9. August 1848, S. 651, Nr. 1175.

Schätzungs-Commissäre. Vorschrift über den periodischen Wechsel der Schätzungs-Commissäre des bürgerlichen Handelsstandes bei dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte, dann Bestimmung der Frist zur Vornahme desselben.

Hofkammer-Decret vom 9. December 1843, S. 174, Nr. 769.

— Periodischer Wechsel von drei zu drei Jahren der von dem Großhandlungs-Gremium gewählten Schätzungs-Commissäre des niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichtes.

Hofkammer-Decret vom 20. Juli 1844, S. 214, Nr. 821.

— :Eid. S. Eid.

— :Gebühren. S. Schätzleute.

— :Inventarien. S. Inventarien.

— :Protokoll. S. Protokoll.

— :Urkunde. S. Urkunde.

Schadloshaltung. Bei Verlassenschafts-Abhandlungen ist die Abforderung der Schadloshaltung-Reverse da, wo sie noch bemerkt wird, abzustellen.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 48, Nr. 1799.

Scharfrichter. Gebühren für Scharfrichter bei Hinrichtungen in entfernten Gegenden.

Hofkammer-Decret vom 10. November 1825, S. 328, Nr. 2143.

— Bestimmung der Gebühren für den Zemberger Scharfrichter und seine Gehilfen für die Vollziehung der Todesurtheile.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1844, S. 244, Nr. 855.

Scharfrichtersgehilfen. S. Scharfrichter.

Scharnstein. Die Verlassenschafts-Abgaben für das Armen-Institut zu Scharnstein in Oesterreich ob der Enns werden aufgelassen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

Schaz. Die Verheimlichung eines Schazes ist kein Verbrechen. Wie der Verhehler eines Schazes zu bestrafen sei?

Justiz-Hofdecret vom 12. October 1821, S. 58, Nr. 1810.

— Vorschrift über die Behandlung eines gefundenen Schazes.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Juni 1846, S. 338, Nr. 970.

Scheidebrief. Uebergabe des Scheidebriefes, wenn von jüdischen Ehegatten einer zur katholischen Religion übergetreten, der andere aber im Judenthume geblieben ist.

Justiz-Hofdecret vom 19. Mai 1827, S. 80, Nr. 2277.

Scheidung. Beamten's-Witwen, welche von ihrem Ehegatten geschieden waren, sind nur dann pensions- oder provisionsfähig, wenn sie beweisen, an der Scheidung keine Schuld zu haben.

Hofkammer-Decret vom 5. October 1830, S. 209, Nr. 2485.

— der Ehegatten. S. Ehescheidung.

Schießbaumwolle. Vorschrift über die Bestrafung des gegenwärtigen Gebrauches der Schießbaumwolle.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Februar 1847, S. 418, Nr. 1029.

Schießen. Die Polizei- und Sicherheitswache in Tirol und Vorarlberg ist nicht berechtigt, auf Verfolgte und Flüchtige zu schießen.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Jänner 1833, S. 75, Nr. 2589.

Schießpulver. Bestimmungen über den Transport des Schießpulvers auf den Eisenbahnen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §. 15.

Schiffbare Flüsse und Ströme. S. Flüsse, Ströme.

Schiffbruch. Zugeständnisse für französische Consuln in Sauvetage-Fällen französischer Schiffe an österreichischen Küsten, gegen Zusicherung des vollkommenen Reciprocums.

Hofkammer-Decret vom 24. Mai 1832, S. 62, Nr. 2565.

— Benehmen und Wirkungskreis der österreichischen Consuln im Auslande in Schiffbruch-Fällen; Beweiskraft ihrer Urkunden.

Hofkammer-Decret vom 27. September 1834, S. 127, Nr. 2671.

Schiffe. Oesterreichische Schiffe, die sich des Sklavenhandels oder der Mißhandlung der Sklaven schuldig gemacht haben, sind an die nächste österreichische Criminalbehörde zur weiteren Untersuchung abzugeben.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1827, S. 80, Nr. 2276.

— Vorschrift hinsichtlich der Erbschaftsprüche an Schifförheber für Auslagen, welche für den Lebensunterhalt und die Heimkehr der Mannschaft von unverschuldet verunglückten oder gekaperten österreichischen Schiffen verwendet wurden.

Hofkammer-Decret vom 20. August 1844, S. 215, Nr. 824.

Schiffer (österreichische). Die österreichischen Schiffer werden, wenn sie nach sardinischen Gesetzen die Verklarungen in sardinischen Häfen vor den sardinischen Handelsgerichten aufnehmen zu lassen genöthigt sind, von einer wiederholten Aufnahme derselben vor dem österreichischen Consular-Amte losgezhält.

Erlaß des Handels-Ministeriums vom 28. August 1848, S. 655, Nr. 1178.

— Den von sardinischen Schiffen bei den Consulaten ihrer Ration in gehöriger Form abgelegten Verklarungen ist von den österreichischen Gerichten die Beweiskraft auch noch fernerz einzuräumen.

Erlaß des Handels-Ministeriums vom 28. August 1848, S. 655, Nr. 1178.

Schiffahrt. S. Sauvetage.**Schiffahrts-Tractat** zwischen Oesterreich und Brasilien.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1828, S. 114, Nr. 2337.

— der österreichischen Regierung mit den vereinigten Staaten von Amerika.

Vom 10. Februar 1831, S. 6, Nr. 2505.

— der österreichischen Regierung mit dem Könige von Dänemark.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1834, S. 115, Nr. 2661.

— zwischen Oesterreich und Griechenland.

Hofkanzlei-Decret vom 7. October 1835, S. 48, Nr. 87.

— Berichtigung des 9. Artikels des im Jahre 1835 zwischen Oesterreich und Griechenland geschlossenen Schiffahrts-Vertrages.

Hofkammer-Decret vom 21. März 1836, S. 79, Nr. 133.

— der österreichischen Regierung mit dem Königreiche Großbritannien und Irland.

Hofkanzlei-Decret vom 28. October 1838, S. 280, Nr. 301.

— der österreichischen Regierung mit Rußland, hinsichtlich der Schiffahrt auf dem ganzen Donau-
strom.

Vom 5. September 1840, S. 529, Nr. 465.

— zwischen Oesterreich und Preußen, wegen der Schiffahrt auf dem Oberflusse.

Hofkanzlei-Decret vom 24. Mai 1842, S. 38, Nr. 618.

— zwischen Oesterreich und der Republik Mexiko.

Vom 30. Juli 1842, S. 45, Nr. 626.

— zwischen Oesterreich und dem Königreiche beider Sicilien.

Vom 4. Juli 1846, S. 340, Nr. 973.

— zwischen Oesterreich und Rußland.

Vom 20. Juli 1846, S. 348, Nr. 974.

Schiffmühlen sind bewegliche Sachen und gehören nicht in das Grundbuch.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1824, S. 210, Nr. 2011.

— Vorschrift über die Einverleibung (Intabulation) und Vormerkung (Pränotation) dinglicher
Rechte auf Schiffmühlen.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1827, S. 85, Nr. 2287.

Schiffs-Capitäne. Vorschrift für die Schiffs-Capitäne in Rücksicht des Handels mit Sklaven
und deren Mißhandlung.

Justiz-Hofdecret vom 19. August 1827, S. 42, Nr. 2215.

Schiffsrheder. Vorschrift hinsichtlich der Ersatzansprüche der Schiffsrheder für Auslagen, welche
für den Lebensunterhalt und die Heimkehr der Mannschaft von unverschuldet verunglückten
oder gekaperten österreichischen Schiffen verwendet wurden.

Hofkammer-Decret vom 20. August 1844, S. 215, Nr. 824.

Schiller, Friedrich von. Den Erben des Friedrich von Schiller wird der Schutz gegen den
Nachdruck von dessen Werken durch zwanzig Jahre gewährt.

Hofkanzlei-Decret vom 20. December 1838, S. 314, Nr. 319.

Schirmbriefe. Einstellung der Ausstellung der Schirmbriefe und der Einhebung der Schirmbrief-
Taxen bei Besitzveränderungen.

Hofkanzlei-Decret vom 23. März 1825, S. 291, Nr. 2079.

Schlanders. Betheilung des Landgerichtes Schlanders im Geschäftkreise in Tirol mit Einem Adj-
tum für einen Concepts-Practikanten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

Schlichtung. Errichtung einer permanenten gemischten Commission in Graß zur Schlichtung der Irrungen und Zwistigkeiten zwischen Civil- und Militär-Personen.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Februar 1847, S. 419, Nr. 1033.

Schleichhandel. Tabakschwätzungsstrafen sind künftig in Conventions-Münze zu entrichten.

Justiz-Hofdecret vom 23. März und 27. April 1821, S. 14 und 19, Nr. 1747 und 1756.

- Wegen Beiziehung einer Gerichtsperson zu den Untersuchungs-Verhören in Contrebandfällen. Wer da, wo sich kein Gericht befindet, statt derselben beigezogen werden könne.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1821, S. 35, Nr. 1772.

- Anwendung des §. 111 der Zoll-Ordnung auf Tabakschwätzungen.

Justiz-Hofdecret vom 30. März 1822, S. 89, Nr. 1856.

- Instruction vom 14. September 1814, über die Behandlung und Untersuchung der Contreband- und Straffälle.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1824, S. 173, Nr. 1988.

- Vorschrift für Gerichtsstellen bei Bestimmung der durch Schleichhandel verurtheilten körperlichen Strafen.

Justiz-Hofdecret vom 14. October 1831, S. 21, Nr. 2531.

Schlesien. Bestimmung der Zahl der Landes-Advocaten in Schlesien.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1822, S. 91, Nr. 1861.

- Bestimmung der Diäten für das Personale der fürstlichen Landrechte in Schlesien.

Justiz-Hofdecret vom 5. October 1822, S. 119, Nr. 1898.

- Bestätigung der bisher geltenden Vorschriften über die Grundbuchstaren in Schlesien; Bestimmung der Taxen für die Pränotation bei den Grundbüchern dieser Provinz.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juli 1826, S. 30, Nr. 2198.

- Welchen Verbrechern aus Schlesien der Spielberg zu Brünn als Strafort angewiesen ist.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1829, S. 161, Nr. 2408.

- Errichtung einer vereinigten Cameral-Gefällen-Verwaltung für Mähren und Schlesien.

Justiz-Hofdecret vom 27. August 1830, S. 205, Nr. 2477.

- Berechnung der Accidientien der Wirthschaftsbeamten in Schlesien für die den Unterthanen unter obrigkeitlichem Sigille hinausgegebenen Grundverschreibungen.

Hofkanzlei-Decret vom 23. September 1830, S. 208, Nr. 2481.

- Ausdehnung der in Mähren eingeführten Invaliden- und Normal-Schulfonds-Legatsgebühren auf Schlesien.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juli 1833, S. 95, Nr. 2621.

- Instruction für die in den Inquisitionshäusern in Schlesien angestellten Criminal-Aerzte.

Hofkanzlei-Decret vom 30. November 1835, S. 56, Nr. 96.

- Vorschrift für die Vormundschafts-Aemter und Magistrate in Schlesien, über die Verabfolgung des aufbewahrten Vermögens der Wündel, Pflegebefohlenen und Waisen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1837, S. 106, Nr. 172.

- Reorganisirung der herzoglichen Landrechte zu Troppau und Teschen in Schlesien, dann Personal- und Besoldungsstand derselben.

Justiz-Hofdecret vom 30. August 1841, S. 605, Nr. 559.

- Vorschrift über die Bestreitung der Auslagen der Criminalgerichte in Schlesien.

Hofkanzlei-Decret vom 24. September 1841, S. 613, Nr. 565.

- Vorschrift über die Behandlung der Entscheidungen in Grundbuchs-Angelegenheiten in Schlesien.

Justiz-Hofdecret vom 30. November 1841, S. 655, Nr. 572.

Schlesien. Die Verlassenschafts-Abgaben zu Gunsten des Seminar- und Invalidenfonds in Schlesien werden aufgelassen.

Hofkanzlei-Decrete vom 28. Februar und 16. November 1842, S. 13 und 74, Nr. 600 und 655.

- Das Stempel- und Taxgesetz vom 27. Jänner 1840 findet bei den Landrechten Johanneßberg, Troppau, Teschen mit Vieltitz in Schlesien keine Anwendung; Bestimmungen über die Abnahme der Taxen bei denselben.

Justiz-Hofdecret vom 29. August 1842, S. 60, Nr. 639.

- Protokollierung der Firmen der Inhaber der Landesfabriks-Concessionen in Schlesien.

Hofkammer-Decret vom 14. Juni 1843, S. 124, Nr. 713.

- Errichtung eines Instituts der Schwestern des deutschen Ordens zu Troppau in Schlesien.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1843, S. 141, Nr. 746.

- Vorschrift über die Führung der Landtafel-Hauptbücher bei dem herzoglichen Landrechte zu Teschen in Schlesien.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1844, S. 237, Nr. 839.

- Vorschrift über die Beförderung der in den Frohnfesten Schlesiens wegen Verbrechen angehaltenen unvermögliichen Inquisiten und Sträflinge.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Jänner 1845, S. 251, Nr. 863.

- Unterricht über die Führung der Geburts-, Trauungs- und Töbten-Matriken in Schlesien, dann Formulare zu den Geburts-, Trauungs- und Töbten-scheinen.

Hofkanzlei-Decret vom 19. März 1846, S. 321, Nr. 945.

Schlit, gen. Götz. Dem Haupte der reichsständisch-gräflichen Familie Schlit, gen. Götz, gebührt der Titel „Erlaucht“.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Schlusssaffung. S. Entscheidung.

Schlusssrechnung. Volljährig gewordene und volljährig erklärte Mündel können ihre Vormünder von der gerichtlichen Schlusssrechnung befreien.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 29, Nr. 48.

- Die Befreiung eines Vormundes von der gerichtlichen Schlusssrechnung, enthebt ihn von jeder weiteren gerichtlichen Rechnungslegung und Rechnungs-Abjussirung.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juni 1839, S. 339, Nr. 360.

Schlussschrift. Das Gesuch, um Bewilligung der Schlussschrift, kann aus dem Grunde, weil der Intotulirungs-Bescheid bereits in Rechtskraft erwachsen ist, nicht zurückgewiesen werden.

Allerhöchste Entschliessung vom 22. November 1845, S. 289, Nr. 910.

Schlussszettel über geschlossene Geschäfte haben die Waarensensalen den Parteien noch am nämlichen Tage zu geben; Vorschrift über deren Ausfertigung.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 8. April 1842, S. 17, Nr. 606.

Schmiergeld. Vorschrift über die Aufrechnung des Wagen-Schmiergeldes bei Dienstreisen der Beamten.

Hofkammer-Decret vom 10. December 1845, S. 296, Nr. 915.

Schönborn-Wuchheim. Der Titel Erlaucht ist dem Haupte der mediatisirten reichsständischen gräflichen Familie Schönborn-Wuchheim von den Behörden in den Erlässen zu geben.

Justiz-Hofdecret vom 13. October 1829, S. 174, Nr. 2433 und Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

- **Wiesenheid.** Dem Haupte dieser reichsständisch-gräflichen Familie gebührt der Titel „Erlaucht“.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Schönburg. Dem Haupte der reichsfürstlich-gräflichen Familie Schönburg gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Schönburg-Gartenstein. Dem Chef des fürstlichen Hauses Schönburg-Gartenstein gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1824, S. 322, Nr. 2133.

Hofkanzlei-Decrete vom 4. Februar 1845 und 22. Februar 1847, S. 251 und 424, Nr. 865 und 1038.

Schönburg-Waldenburg. Dem Haupte dieser reichsfürstlich-fürstlichen Familie gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1824, S. 322, Nr. 2133.

Hofkanzlei-Decrete vom 4. Februar 1845 und 22. Februar 1847, S. 251 und 424, Nr. 865 und 1038.

Schönfeld. Die Verlassenschafts-Abgaben zum Armen-Institute in der Bergstadt Schönfeld in Böhmen werden aufgelassen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

Schottergraben. Verbot des Schottergrabens auf den an der Linie der Staats-Eisenbahnen angrenzenden Gründen und Bergabhängen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 234, Nr. 834.

Schreiben. Postporto-Freiheit der Schriften, wodurch Gesuche der Beamten um einen Dienstposten von einer Behörde an die andere übersendet werden.

Justiz-Hofdecret vom 16. Mai 1834, S. 112, Nr. 2654.

— S. auch *Schriftenwechsel*.

Schriften. Dem vorschriftsmäßigen Stempel unterliegen die in hebräischer Sprache oder mit hebräischen Buchstaben ausgestellten Urkunden und Schriften, wenn sie als gerichtliche Beweismittel dienen.

Hofkammer-Decret vom 26. Mai 1838, S. 181, Nr. 271.

— Verpflichtungen der Eisenbahn-Unternehmungen gegen das Postregale, wegen Beförderung der Briefe auf der Eisenbahn.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juli 1840, S. 513, Nr. 452.

— Die auf Urkunden oder anderen amtlichen Acten mit jüdischer oder hebräischer Schrift vorkommenden Namensfertigungen sind nur als Handzeichen anzusehen.

Justiz-Hofdecret vom 20. December 1842, S. 77, Nr. 663.

— Vorschriften für Herausgeber periodischer Schriften nach dem provisorischen Pressegesetz.

Kundmachung des Ministerrathes vom 8. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Schriftenwechsel. Befreiung der nicht landesfürstlichen Orts- und Patrimonialgerichte, Domänen und Magistrate von der Entrichtung des Postporto bei ihrer amtlichen Judicial-Correspondenz.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1821, S. 69, Nr. 1824.

— Art der Correspondenz zwischen den Kreisämtern und den Magistraten.

Justiz-Hofdecret vom 28. Mai 1822, S. 107, Nr. 1874.

— Auf Schreiben in strafgerichtlichen Angelegenheiten ist solches zur Befreiung vom Postporto von Außen anzumerken.

Hofkammer-Decret vom 17. October 1822, S. 120, Nr. 1902.

— Benehmen bei Ersuchschreiben an das Stadtgericht der freien Stadt Frankfurt am Main.

Justiz-Hofdecret vom 9. November 1822, S. 123, Nr. 1909.

Schriftenwechsel. Was bei Erlassen an die königlich-sächsischen Behörden zu bemerken sei.

Justiz-Hofdecret vom 9. December 1822, S. 123, Nr. 1912.

- Wann die Präsidial-Correspondenz als portofrei anzusehen sei.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1823, S. 137, Nr. 1927.

- Befreiung der nicht landesfürstlichen Orts- und Patrimonialgerichte von dem Postporto in Aerial-Taxangelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1823, S. 155, Nr. 1955.

- Auch die Correspondenz der Magistrate und Gränzämter in Aerial-Taxsachen ist vom Postporto befreit.

Justiz-Hofdecret vom 19. August 1823, S. 158, Nr. 1963.

- Benennung des vereinigten Banal- und Carlstädter-Varasbinder General-Commando in den Aufschriften.

Justiz-Hofdecret vom 20. März 1824, S. 196, Nr. 1993.

- Form der Correspondenz zwischen den Collegialgerichten und dem Judicio delegato militare mixto sowohl, als dem General-Commando in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 19. November 1824, S. 270, Nr. 2050.

- Mittels Ersuchsschreiben hat das Stadt- und Landrecht in Klagenfurt mit dem dortigen Magistrate über Gewerbs-Angelegenheiten zu verhandeln.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juli 1825, S. 313, Nr. 2119.

- Landesfürstliche Beamte sollen Dienstbefehlungen nicht zum Gegenstande ihrer Privat-Correspondenz machen.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1826, S. 4, Nr. 2160.

- Vorschrift über die Form der Correspondenz der Kreisämter in Böhmen mit den Criminalgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1826, S. 37, Nr. 2208.

- Befreiung der ämtlichen über die Einhebung der Aerialtaxe zwischen Magistraten und Patrimonialgerichten entstehenden Correspondenz vom Postporto.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1827, S. 84, Nr. 2284.

- mit königlich-französischen Gerichtsbehörden in Civil- und Criminalsachen haben österreichische Gerichte durch das Appellationsgericht einzuleiten.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1829, S. 161, Nr. 2407.

- Form der Correspondenz zwischen den landesfürstlichen Pflegergerichten und Kreisämtern in Civil- und Criminal-Justizangelegenheiten in Oesterreich ob der Enns.

Justiz-Hofdecret vom 31. October 1829, S. 177, Nr. 2438.

- Form der Correspondenz zwischen den Kreisämtern und den Magistraten in gerichtlichen Angelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juli 1830, S. 201, Nr. 2471.

- zwischen den Landgerichten in Steiermark und dem steierischen Landrechte als für Criminalsachen bestelltem Spuchgerichte erster Instanz.

Justiz-Hofdecret vom 6. Mai 1831, S. 14, Nr. 2515.

- der böhmischen Cameral-Gefällen-Verwaltung mit den für gleiche Zwecke bestellten ausländischen Behörden.

Justiz-Hofdecret vom 24. Jänner 1832, S. 106, Nr. 2539.

- Verhöre der außer dem Gerichtsbezirke und an einem Orte, wo sich ein Landrecht befindet, wohnenden Zeugen und Beschädigten, sind bei Wucher-Untersuchungen durch Ersuchsschreiben an dieses Landrecht zu bewirken.

Justiz-Hofdecret vom 21. September 1832, S. 69, Nr. 2577.

Schriftenwechsel. Postfreiheit der Schreiben, wodurch Gesuche der Beamten um einen Dienstposten von einer Behörde an die andere übersendet werden.

Justiz-Hofdecret vom 16. Mai 1834, S. 112, Nr. 2654.

- Form der Correspondenz der Kreisämter mit Magistraten über Civil- und Criminal-Angelegenheiten.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1834, S. 114, Nr. 2658.

- Vorschrift über die Stylisirung der Ersuchschreiben an ungarische Landesbehörden, um Einleitung von Erhebungen in Untersuchungs-Angelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 3. November 1835, S. 53, Nr. 91.

- Postporto-Befreiung der Dienstbesetzungs-Vorschläge und Schreiben der landesfürstlichen Behörden und Aemter.

Hofkammer-Decret vom 25. März 1836, S. 79, Nr. 134.

- Vorschrift über die Correspondenzart der österreichischen Gerichtsbehörden mit den königlich-preussischen in Requisitionen-, Insinuations- und anderen ähnlichen Fällen.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1837, S. 119, Nr. 190.

- Vorschrift über den Schriftenwechsel mit den großherzoglich-hessischen Behörden, dann Zustellung der Gerichts-Akten an In- und Ausländer dafelbst.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1837, S. 135, Nr. 214.

- Gerichtsstellen sollen sich mit toscanischen Behörden in keine unmittelbare Correspondenz einlassen, sondern die für selbe bestimmten Requisitionsschreiben im ministeriellen Wege befördern.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1839, S. 335, Nr. 352.

- der Kreis- und Districts-Physicate in Sanitätsachen ist portofrei; Bezeichnung desselben auf den Couverten.

Hofkammer-Decret vom 10. Februar 1841, S. 559, Nr. 506.

- Vorschrift für die Gerichtsbehörden über die Behandlung ihres Schriftenwechsels mit portopflichtigen Aemtern und Parteien hinsichtlich des Postporto.

Justiz-Hofdecret vom 2. März 1841, S. 562, Nr. 513.

- Vorschrift über den Schriftenwechsel der Appellationsgerichte mit der allgemeinen Hofkammer.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 568, Nr. 523.

- Vorschrift über die Correspondenzform zwischen dem politisch-ökonomischen Senate, dann dem Civil- und dem Criminalgerichte der Stadt Wien.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 570, Nr. 524.

- mit den ungarischen Jurisdictionen in lateinischer Sprache.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juli 1841, S. 595, Nr. 550.

- Vorschrift über die Behandlung der Correspondenz zwischen landesfürstlichen und nicht landesfürstlichen Behörden hinsichtlich des Postporto.

Justiz-Hofdecret vom 23. November 1841, S. 654, Nr. 571.

- Vorschrift über die Beförderung des amtlichen Schriftenwechsels der Gerichtsbehörden in Dalmatien entweder durch die Briefpost oder mittelst k. k. Marineschiffen oder den Dampfschiffen des österreichischen Lloyd.

Justiz-Hofdecret vom 17. Jänner 1843, S. 88, Nr. 673.

- Die portofreien Behörden haben, wenn sie ihre amtliche portofreie Correspondenz gegen Retour-Recepisse der Postanstalt übergeben, die postamtlichen Retour-Recepisse gegen Entrichtung der gesetzlichen Gebühr zu gebrauchen.

Hofkammer-Decret vom 24. Jänner 1843, S. 89, Nr. 676.

- Postportofreie Behandlung des Schriftenwechsels zwischen landesfürstlichen und nicht landesfürstlichen Behörden über die von Letzteren über Ansuchen der Ersteren vorgenommenen gemeinschaftlichen Amtshandlungen in und außer Streitsachen.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1843, S. 96, Nr. 683.

Schriftenwechsel in Aerial-Taxen und über die Zurücksendung der salbirten Aerial-Taxen ist portofrei.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1843, S. 148, Nr. 749.

- Vorschrift über die Correspondenzform zwischen den k. k. Kreisämtern und den Bezirksgerichten in Wirten.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Jänner 1844, S. 188, Nr. 775.

- Verpflichtung der portopflichtigen Behörden zur Annahme amtlicher Zuschriften der gleichfalls portopflichtigen Aemter und Bezahlung des Postporto.

Hofkammer-Decret vom 18. März 1845, S. 256, Nr. 876.

- Criminalgerichte haben sich in ihrem Schriftenwechsel mit dem General-Commando des Titels Hochlöblich zu bedienen.

Justiz-Hofdecret vom 29. October 1845, S. 288, Nr. 908.

- Befreiung jenes Schriftenwechsels der nicht landesfürstlichen Gerichte vom Postporto u., mit welchem sie die Empfangsscheine von Parteien über zugestellte gerichtliche Urtheile an ein landesfürstliches Gericht einsenden.

Hofkammer-Decret vom 9. Jänner 1846, S. 307, Nr. 920.

- Portopflichtigkeit der Correspondenz wegen Zustellung der Erhebungen der Gesuche, wodurch die bürgerliche Sicherstellung oder Löschung eines dinglichen Rechtes bewilliget wurde, an den betheiligten Gegner.

Hofkammer-Decret vom 14. Mai 1846, S. 335, Nr. 963.

- Postporto-Befreiung der Correspondenz der landesfürstlichen und nicht landesfürstlichen Gerichte, wodurch sie vorgeschossene Portobeträge sich ausenden oder deren Empfang bestätigen.

Hofkammer-Decret vom 26. Mai 1846, S. 336, Nr. 966.

- Postämter haben in den Journalen über den ex offio Schriftenwechsel die auf den Couverten der Geschäftsstücke angelegten Nummern einzuzichnen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 8. November 1846, S. 390, Nr. 1001.

- Postporto-Befreiung der Correspondenz der im Dienste ausgesendeten Beamten zwischen denselben und ihren vorgesetzten Behörden, sowohl bei der Brief- als auch bei der Fahrpost.

Finanz-Ministerial-Erlaß vom 26. Juli 1848, S. 647, Nr. 1171.

- Befreiung des amtlichen Schriftenwechsels und der Erlasse des Staatsanwaltes und sämtlicher Behörden in Preßvergehens-Angelegenheiten vom Postporto.

Finanz-Ministerial-Decret vom 15. September 1848, S. 659, Nr. 1181.

Schriftlich abgefaßte Entwürfe zu Protokollen dürfen im summarischen Verfahren bei Civilgerichten nicht angenommen werden.

- — S. Entwürfe.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

Schriftliche Eingaben. Bei den Grundgerichts-Verwaltungen der Vorstädte Wiens können im summarischen Verfahren auch schriftliche Eingaben angebracht werden.

Niederösterreichische Regierungs-Verordnung vom 18. März 1847, S. 454, Nr. 1050.

- **Klage.** Ueber eine schriftliche Klage kann die mündliche Verhandlung eintreten.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1828, S. 126, Nr. 2352.

Schriftliches Testament. S. Testament.

Schriftzüge. S. Handschrift.

Schürfer. Hintanhaltung der zwischen dem Aerialium und den Privatschürfern wegen des Schurfraumes beim Steinkohlenbergbaue entstehenden Gränzstreitigkeiten durch Ausfertigung von Situationaplänen, in welchen der Fixpunct genau zu bezeichnen ist.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 6. März 1843, S. 98, Nr. 687.

Schürfer. Ein bloßer Schürfer ist weder befugt, einen Vergleichsträger zur definitiven Maßnahme und Verpfändung aufzufordern, noch einen nachbarlichen Muth zur Angabe der beiläufigen Lagerung der gemutheten Grubenseldmaße innerhalb dreier fortlaufenden Compasstunden aufzufordern.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 4. November 1843, S. 165, Nr. 762.

Schürfungs-Commissär. Ausfertigung des Situationsplanes über den gewählten Schurfkreis zum Steinkohlenbergbau durch den Schürfungs-Commissär und Beglaubigung desselben durch das Berggericht nach vorgenommenem Augenscheine.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 6. März 1843, S. 98, Nr. 687.

Schuld. Der Haupteid kann nur den Bestand oder Nichtbestand der Thatfache, aus welcher sich eine Schuld ergibt, zum Gegenstande haben.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1846, S. 317, Nr. 935.

Schuldbekennniß. Die über Schuldbekennnisse geschöpften Urtheile sind in den vorzulegenden Geschäfts-Ausweisen nicht in die Zahl der gefällten Civil-Urtheile einzubeziehen, sondern lediglich in der Rubrik „Anmerkung“ der Zahl nach anzugeben.

Justiz-Hofdecret vom 14. Mai 1846, S. 334, Nr. 961.

Schuldbriefe. S. Schuldscheine.

Schulden. Auch in Fällen, wo die Schuldenlast das Verlassenschafts-Vermögen übersteigt, ist die Verlassenschafts-Abhandlung vorzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juli 1826, S. 33, Nr. 2202.

— Auf das Schuldenmachen der Hofschauspieler hat das Patent vom 25. October 1798, wegen des Schuldenmachens der landesfürstlichen Beamten, keine Anwendung.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1828, S. 109, Nr. 2328.

— Unbesoldete Beamte, die größere Schulden machen, als sie von ihrem Vermögen bezahlen können, sind zu entlassen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Juni 1829, S. 162, Nr. 2410.

— Straßeneinträumer, auf deren Lohn Schulden halber ein gerichtlicher Verbot gelegt wurde, sind sogleich zu entlassen.

Hofkanzlei-Decret vom 22. October 1839, S. 175, Nr. 2435.

— In wieserne verkäufliche Gewerbe mit Schulden belastet werden dürfen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1843, S. 122, Nr. 708.

Schulden-Arrest. Vorschrift über den Erlag der Alimentations-Gebühren für Schuldner, die aus dem Schulden-Arreste in das Wiener allgemeine Krankenhaus kommen.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 6. Juni 1848, S. 639, Nr. 1159.

— S. auch Schuldner.

Schuldenmacher. Die als leichtsinnige oder muthwillige Schuldenmacher sich darstellenden Diurnisten und gegen Diäten Verwendete sind des Dienstes zu entlassen.

Hofkanzlei-Decret vom 22. August 1835, S. 42, Nr. 80.

Schuldenverzeichnis. Verpflichtung der in Concurß Verfallenen zur Ueberreichung eines Schuldenverzeichnisses.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 451, Nr. 1049.

Schuldforderung. Nähere Bestimmung der Gerichtsbarkeit in Rücksicht der Execution der Schuldforderungen der Gutsherren an ihre eigenen Unterthanen und Gerichts-Insaßen.

Hofkanzlei-Decret vom 13. August 1833, S. 100, Nr. 2626.

Schuldgeständnisse. Gerichtliche Schuldgeständnisse können, außer dem Falle der ausdrücklichen Bestellung einer Hypothek oder der gerichtlichen Execution, nicht einverleibt, sondern nur pränotirt werden.

Justiz-Hofdecret vom 13. Juni 1828, S. 122, Nr. 2346.

Schuldner. Eine dem Schuldner von dem Gläubiger erlassene Forderung kann kein Gegenstand einer Cession seyn.

Justiz-Hofdecret vom 22. April 1825, S. 299, Nr. 2090.

- Vorschrift über die Behandlung der Schuldner in den Militärgränzen und in den Militär-Communitäten.

Decret des Hofkriegsrathes vom 28. November 1826, S. 56, Nr. 2236.

- der Kirchen und Stiftungen können bei ihrem ordentlichen gutherrlichen Gerichte belangt werden, wenn auch der Gerichtsherr zugleich Vogt oder Patron der Kirche ist.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1827, S. 81, Nr. 2278.

- Von dem Gläubiger verpfändete, aber in der Verwahrung des Schuldners gelassene Fahrnisse, sind bei Anwendung der §§. 163 und 178, lit. f), I. Theiles des Strafgesetzbuches, als dem Schuldner unvertraute Sachen zu betrachten.

Justiz-Hofdecret vom 1. August 1828, S. 129, Nr. 2357.

- Bestimmung der Frist zur Abreichung der Alimente für arretirte Schuldner.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1833, S. 81, Nr. 2601.

- Der an den Schuldner ergangene gerichtliche Auftrag zur Namhaftmachung seiner Güter berechtigt den Executionsführer nicht, von dem Schuldner die Bestätigung seiner Angabe durch den Manifestationsseid zu verlangen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 30, Nr. 50.

- Berechtigung der galizisch-ständischen Creditanstalt zur Anwendung der politischen Execution wider ihre zahlungs säumigen Schuldner.

Hofkanzlei-Decret vom 25. October 1842, S. 66, Nr. 652.

- Vorschrift über das Verfahren der Gerichtsbehörden hinsichtlich der von dem Schuldner zur Befreiung des Personal-Arrestes überreichten Güterangabe.

Justiz-Hofdecret vom 15. Jänner 1845, S. 249, Nr. 859.

- Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preußen, über die wechselseitige Behandlung der in Concurß verfallenen Schuldner.

Hofkanzlei-Decret vom 14. April 1845, S. 260, Nr. 883.

- Verpflichtung der in Concurß verfallenen Schuldner zur Angabe ihres Vermögensstandes; Verfahren bei der Untersuchung und Bestrafung derselben.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 451, Nr. 1049.

- Zahlungen, welche in Gold oder ausländischer Silbermünze gebühren, sind nach der Wahl des Schuldners in dieser Münzsorte oder nach deren Werthe zur Zeit der Zahlung in Banknoten zu leisten, für alle anderen Zahlungen gilt der Grundsatz, daß die Banknoten nach ihrem vollen Nennwerthe anzunehmen sind.

Finanz-Ministerial-Erlässe vom 21. und 22. Mai 1848, S. 635 und 636, Nr. 1152 und 1153, dann

Patent vom 2. Juni 1848, S. 638, Nr. 1157.

- Vorschrift über den Erlag der Alimentationsgebühren für Schuldner, die aus dem Schulden-Arreste in das Wiener allgemeine Krankenhaus kommen.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 6. Juni 1848, S. 639, Nr. 1159.

Schuldscheine. Den Dominien ist nicht gestattet, von ihren Unterthanen über Urbatal-Rückstände sich Schuldbriefe ausstellen oder auf die Realitäten derselben intabuliren oder pränotiren zu lassen.

Justiz-Hofdecret vom 6. März 1821, S. 12, Nr. 1744.

- Die Beibringung der bereits in die öffentlichen Bücher eingetragenen Schuldscheine ist zur Eintragung der ersten und weiteren Cessionen, sowie auch zur Lösung der Forderungen und Rechte nicht erforderlich.

Justiz-Hofdecret vom 16. April 1830, S. 194, Nr. 2458.

Schuldscheine. Formulare zu einem Schuldscheine über Gelder der Waisen und Curanden bei dem Czernowitzer Magistrate, dann bei den Gemeindegerechten und Wirtschaftsbämtern in der Bußowina.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 555, Nr. 1125.

Schuldverschreibung. Die Schuldverschreibungen und Abtheilungen der beiden Lotto-Anlehen vom Jahre 1834 und 1839 können auch für die Dauer mehrerer Jahre ohne Vinculirung als Cautionen für das Aerar bei Lieferungen und Pachtungen angenommen werden. Vorschrift bei Uebergabe und Zurückstellung derselben an den Erleger.

Hofkammer-Decret vom 7. Februar 1848, S. 490, Nr. 1116.

— des Monte lombardo veneto. S. Obligationen.

— der öffentlichen Cassen. S. Obligationen.

Schulen. Vorschrift über die Vollziehung des letzten Willens, wodurch einer Schule eine Erbschaft oder ein Vermächtniß zufällt.

Justiz-Hofdecret vom 29. August 1836, S. 91, Nr. 154.

— Befreiung der den akatholischen Schulen zum Unterrichte der Jugend bestimmten Erbschaften und Legate von der Erbsteuer.

Hofkanzlei-Decret vom 27. November 1838, S. 311, Nr. 308.

— Behandlung der jüdischen Gemeinden in Beziehung auf Grundbesitz zur Herstellung einer Judenschule.

Hofkanzlei-Decret vom 2. März 1841, S. 562, Nr. 512.

Schulfond. Bemessung der Verlassenschaftsbeiträge für den Normal-Schulfond in Conventions-Münze.

Justiz-Hofdecret vom 7. September 1822, S. 116, Nr. 1891.

— Die neue Bemessung der Beiträge aus Verlassenschaften zu dem Normal-Schulfond hat auch für die landesfürstlichen Städte und Märkte in Niederösterreich zu gelten.

Decret der Stublen-Hofcommission vom 3. December 1825, S. 331, Nr. 2151.

— Ausdehnung der in Mähren eingeführten Invaliden- und Normal-Schulfonds-Legatsgebühren auf Schleßen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juli 1833, S. 95, Nr. 2621.

— Vorschrift über die Abnahme der Normal-Schulfondsbeiträge von Verlassenschaften in Conventions-Münze.

Hofkanzlei-Decret vom 4. December 1838, S. 313, Nr. 315.

— Eine weitere Abgabe an den Normal-Schulfond findet nicht mehr Statt, wenn der Erblasser für selben bereits einen die kategoriemäßige Summe erreichenden Betrag bestimmt hat.

Hofkanzlei-Decret vom 31. October 1840, S. 535, Nr. 472.

— Die Verlassenschaftsbeiträge für den Normal-Schulfond haben bis auf weiteres fortzubestehen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

Schullehrer. Der §. 221, I. Theiles des Strafgesetzes, ist auf Lehrer an Hauptschulen, nicht aber auf Trivialschul-Lehrer anwendbar; die §§. 304 und 447 aber gelten für alle Schullehrer.

Justiz-Hofdecret vom 10. August 1822, S. 113, Nr. 1887.

— an Hauptschulen sind für landesfürstliche Beamte zu halten.

Justiz-Hofdecret vom 10. August 1822, S. 113, Nr. 1887.

— Die Besoldungen der Schullehrer können nicht mit gerichtlichem Verbote belegt oder in Execution gezogen werden, wohl aber jene der Mesner.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Februar 1841, S. 559, Nr. 505.

Schulschwwestern. Befreiung der Schulschwwestern in Graz vom Amortisationsgesetze.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Juni 1846, S. 339, Nr. 971.

Schulzeugnisse. S. Studienzeugnisse.

Schurf-Angelegenheiten. Recursfrist-Bestimmung gegen berglebensämtliche Entscheidungen in Schurf-Angelegenheiten.

Decrete der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 17. September 1839, S. 350, Nr. 378, und 15. December 1840, S. 544, Nr. 486.

Schurffreis. Ausfertigung eines Situationsplanes über den gewählten Schurffreis beim Steinkohlen-Bergbau.

Decrete der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 6. März 1843, S. 98, Nr. 687.

Schurffreiskarte. Bestätigung der beim Steinkohlen-Bergbau vorzulegenden Schurffreiskarte von Seite des Berggerichtes.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 6. März 1843, S. 98, Nr. 687.

Schurfflicenz. Vorschrift über die Ertheilung der Schurfflicenz für Stifte.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 28. April 1837, S. 123, Nr. 198.

Schurfraum. Vorschrift über die Bewilligung des Schurfraumes zum Aetarial- und zum Privat-Bergbau auf Steinkohlen.

Decrete der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 7. August 1842, S. 54 und 55, Nr. 627 und 628, dann 6. März 1843, S. 98, Nr. 687.

— Vorschrift über das Verfahren bei dem Ansuchen um die Ertheilung des Schurfraumes auf den Steinkohlen-Bergbau.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 28. December 1842, S. 80, Nr. 666.

— Hintanhaltung der zwischen dem Aetarium und den Privat-Schürfern wegen des Schurfraumes beim Steinkohlen-Bergbau entstehenden Gränz-Streitigkeiten durch Ausfertigung von Situationsplänen, in welchen der Fixpunct genau zu bezeichnen ist.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 6. März 1843, S. 98, Nr. 687.

Schurffschein. Formulare eines Schurffscheines zum Bergbau.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 25. October 1837, S. 150, Nr. 237.

Schutz. Beschlüsse der deutschen Bundesversammlung zur Sicherung des Schutzes der Verfasser und Herausgeber literarischer und artistischer Werke gegen den Nachdruck und die Nachbildung.

Hofkanzlei-Decrete vom 16. November 1832, S. 50, Nr. 2580, 26. November 1840, S. 540, Nr. 483 und 25. Juli 1845, S. 272, Nr. 897.

— Beschluß der deutschen Bundesversammlung zum Schutze der inländischen Verfasser musikalischer Compositionen und dramatischer Werke gegen unbefugte Aufführung und Darstellung derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Mai 1841, S. 580, Nr. 537.

— Gegen den Nachdruck von Johann Gottfried v. Herders Werken wird dessen Erben der Schutz während zwanzig Jahren in den deutschen Bundesstaaten gewährt.

Hofkanzlei-Decret vom 20. August 1842, S. 58, Nr. 635.

— Gesetz zum Schutze des literarischen und artistischen Eigenthumes gegen unbefugte Veröffentlichung, Nachdruck und Nachbildung; in wiewerne dieser Schutz den im Auslande außer dem deutschen Bundesgebiete erscheinenden Werken gewährt werde.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

Schutzherrlichkeit. Aufhebung aller aus dem Verhältnisse der Schutzherrlichkeit der Herrschaften entspringenden Rechte und Bezüge.

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180.

Schutzbefugnisse. S. Befugnisse.

Schutzbefugnisse. Aufhebung der schutzbefugnisse Verhältnisse zwischen Herrschaften und Unterthanen

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180.

Schutzstädte. S. Städte.

Schutzverein. In wieferne den von der Direction des Schutzvereines für entlassene Sträflinge bestimmten Oborgern die Besprechung mit den Sträflingen des zweiten Grades gestattet werde.

Hofkanzlei-Decret vom 16. December 1844, S. 243, Nr. 854.

— Vorschrift für Criminal- und Polizeibehörden, über die Ertheilung der Auskünfte an den Schutzverein für entlassene Sträflinge.

Hofkanzlei-Decret vom 17. April 1847, S. 460, Nr. 1060.

Schwägerschaft. Unter den in den §§. 195 und 377, I. Theiles des Strafgesetzbuches, bezeichneten, im ersten Grade verschwägerten Personen sind auch jene begriffen, die im ersten Grade der Seitenlinie verschwägert sind.

Justiz-Hofdecret vom 14. September 1827, S. 97, Nr. 2305.

— kann der verdienten Beförderung eines Beamten nicht hinderlich seyn.

Justiz-Hofdecret vom 11. December 1829, S. 181, Nr. 2444.

— Des Richters mit dem Vertreter der Partei hindert denselben an der Ausübung seines Amtes sowohl in als außer Streitfachen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Februar 1836, S. 75, Nr. 124.

— Unzulässigkeit des Schwägerschafts-Verhältnisses zwischen Beamten einer und derselben Behörde und Cass.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1839, S. 320, Nr. 326.

— Vorschrift über die Ertheilung der Rücksicht von dem Schwägerschafts-Verhältnisse bei jenen Magistraten, wo ungeprüfte Bürgermeister und Räte bestehen.

Justiz-Hofdecret vom 6. November 1843, S. 171, Nr. 764.

— S. auch Beamte, Verwandte.

Schwärzer. S. Gefäll, Gefällsübertreter, Schleichhandel.

Schwärzungsstrafen. Festsetzung der Tabak-Schwärzungsstrafen in Conventions-Münze.

Justiz-Hofdecrete vom 23. März und 27. April 1821, S. 14 und 17, Nr. 1749 und 1756.

Schwarzenberg. Dem Chef des fürstlichen Hauses Schwarzenberg gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1824, S. 322, Nr. 2133, und

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Schwarzenegg. Zuweisung der Gerichtsbarkeit über den kustenländischen Bezirk Schwarzenegg in Mercantil- und Wechselfachen an das Triester Mercantil- und Wechselgericht.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1822, S. 107, Nr. 1877.

— Errichtung eines landesfürstlichen Bezirkscommissariates dritter Classe zu Schwarzenegg.

Justiz-Hofdecret vom 20. August 1824, S. 264, Nr. 2037.

— Der Bezirk Schwarzenegg wird dem Görzer Kreise im ilirischen Küstenlande zugetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 25. Juni 1825, S. 310, Nr. 2114.

Schwaß. Erweiterung der Jurisdiction des landesfürstlichen Landgerichtes Schwaß in Tirol durch theilweise Zuweisung der anheimgefügten Gerichtsbarkeiten Kottenburg, Lichtwer und Münster.

Hofkanzlei-Decret vom 12. December 1835, S. 63, Nr. 103.

Schweden. Auf Urtabelle schwedischer Gerichte ist keine Execution zu erteilen.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1846, S. 387, Nr. 996.

- Anzeige der Todesfälle schwedischer Unterthanen von Seite der Verlassenschaftsbehörden an das vorgesezte Appellationsgericht.

Justiz-Hofdecret vom 10. December 1847, S. 479, Nr. 1104.

Schwefeläther. Bestimmungen zur Beseitigung von Mißbräuchen durch Betäubungen mit Schwefeläther und anderen Aether-Gattungen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1847, S. 473, Nr. 1091.

Schweiz. Vertrag mit der schweizerischen Eidgenossenschaft über die wechselseitige Auslieferung der Verbrecher.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1828, S. 133, Nr. 2364.

- Vermögens-Freizügigkeits-Erweiterung zwischen den österreichischen Staaten und der schweizerischen Eidgenossenschaft.

Hofkanzlei-Decret vom 14. März 1837, S. 117, Nr. 185.

Schwere Polizei-Übertretungen. S. Polizei-Übertretungen.

Schwestern. Errichtung des Institutes der Schwestern des deutschen Ordens zu Lana in Tirol und Troppau in Schlesien; Befreiung derselben auf unbestimmte Zeit vom Amortisationsgesetze und Bestimmungen über die gesetzliche Erbfolge derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1843, S. 141, Nr. 746.

- **barmherzige.** S. barmherzige Schwestern.

- **der heiligen Familie.** S. Sorelle della sacra famiglia.

Sclaven. Verbot und Strafen des Handels mit Sclaven und der Mißhandlung derselben.

Justiz-Hofdecret vom 19. August 1826, S. 42, Nr. 2215.

- Die Untersuchung über die auf einem von der k. k. Marine angehaltenen österreichischen Mercantilschiffe verübten Verbrechen des Sclavenhandels oder der Mißhandlung der Sclaven, ist der nächsten österreichischen Criminalbehörde zu übergeben.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1827, S. 80, Nr. 2276.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich, Rußland, Preußen, Frankreich, Großbritannien und andern europäischen Mächten, wegen Abstellung und Unterdrückung des Sclavenhandels der als Seeräuberei erklärt wird.

Vom 20. December 1841, S. 658, Nr. 578.

Sclavenhandel. S. Sclaven.

Sebenico. In Sebenico in Dalmatien haben zwei Advocaten zu bestehen.

Justiz-Hofdecret vom 2. März 1822, S. 87, Nr. 1850.

- Errichtung einer provisorischen Bezugsgerichts-Substitution zu Sebenico in Dalmatien, welche dem dortigen Gubernium untergeordnet wird.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juli 1837, S. 133, Nr. 211.

- Bei der Prätur zu Sebenico in Dalmatien wird ein dritter Advocat systemisirt.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1842, S. 81, Nr. 668.

- Vorschrift über die Aufkündigung und Räumung vermiethter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in der Stadt Sebenico und ihrer Vorstädte in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1843, S. 175, Nr. 770.

Secretäre. Diäten-Bestimmung für die Secretäre der fürstlichen Landrechte in Schlesien.

Justiz-Hofdecret vom 5. October 1822, S. 119, Nr. 1898.

- Die Secretäre politischer Länderstellen sind bei Gerichtsbehörden als Repräsentanten zuzulassen.

Justiz-Hofdecret vom 17. März 1826, S. 14, Nr. 2175.

Secretäre. Vorschrift für landesfürstliche Collegialgerichte erster und zweiter Instanz, in Rücksicht der Besetzung der bei ihnen erledigten Secretärstellen.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

— Vorschrift über die Besetzung der Secretärstellen bei dem Grazer Magistrate.

Hofkanzlei-Decret vom 7. November 1838, S. 306, Nr. 303.

— Vorschrift über die Verwendung der Secretäre als Criminal-Inquirenten und Notanten.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1839, S. 342, Nr. 365.

— Vorschrift über die Ernennung der Secretäre bei dem Civilgerichte der Stadt Wien.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 569, Nr. 524.

Secte. S. Deutschkatholiken.

Section. S. Reichenbeschau.

See-Assicuranz. Vorrechte der See-Assicuranz-Gesellschaft in Triest.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juli 1825, S. 311, Nr. 2115.

Seedienst. Erfordernisse zur Geltendmachung der Ansprüche der österreichischen Unterthanen auf Verlassenschaften der im niederländischen Seedienste verstorbenen Individuen.

Justiz-Hofdecret vom 6. April 1842, S. 16, Nr. 605.

Seegericht in Triest, S. Triest, Wechselgericht.

Seelsorge. Die wegen Hochverrath abgestraften Priester dürfen ohne Allerhöchste Bewilligung weder in der Seelsorge noch im Eheamte verwendet werden.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1847, S. 462, Nr. 1067.

Seelsorger. Vorschrift für die akatholischen Seelsorger, über die Führung eigener Tauf-, Trauungs- und Beerdigungs-Protokolle und über die Ausfertigung und Verabfolgung der Tauf-, Trau- und Todtenscheine.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1829, S. 179, Nr. 2442.

— haben die im diplomatischen Wege verlangten Tauf-, Trau- und Todtenscheine, dann andere derlei Zeugnisse ohne Stempel und unentgeltlich auszufertigen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. December 1835, S. 67, Nr. 112.

— Vorschrift für die Sequestrierung der Pfründe eines Seelsorgers, wegen Ersäßen an die Waisen- und Depositen-Cassen und anderen Entschädigungen.

Hofkanzlei-Decret vom 20. März 1836, S. 78, Nr. 132.

— Vorschrift für Seelsorger, über die Ausfertigung der Todtenscheine in Sterbefällen königlich-französischer Unterthanen.

Hofkanzlei-Decret vom 31. März 1836, S. 79, Nr. 136.

— Hintanhaltung jeden Mißbrauches der landesfürstlichen Behörden bei Forderung von Auskünften von Seelsorgern.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Mai 1837, S. 126, Nr. 202.

— dürfen keine adelichen Stammbäume aufstellen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1838, S. 279, Nr. 244.

— haben Todtenscheine der in den k. k. Staaten verstorbenen notorisch belgischen Unterthanen von Amtswegen auszustellen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. April 1841, S. 567, Nr. 521.

— Vorschrift über das Verfahren bei Untersuchungen wider Seelsorger, welche zum Theile auch Staatsbeamte sind, wegen schwerer Polizei-Übertretung, hinsichtlich des Pfründenverlustes.

Hofkanzlei-Decret vom 12. August 1841, S. 601, Nr. 553.

— Vorschrift über das Verhalten der katholischen Seelsorger bei eintretenden Ehen zwischen Katholiken und Akatholiken.

Justiz-Hofdecret vom 20. September 1841, S. 607, Nr. 563, und

Hofkanzlei-Decret vom 8. August 1842, S. 56, Nr. 629.

Seelsorger. Vorschrift für die katholischen Seelsorger, über die Führung der Trauungsbücher und Ausfertigung der Trauungsscheine über gemischte Ehen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. April 1843, S. 118, Nr. 700.

- Vorschrift für Seelsorger, über die Erhebung und nachträgliche Eintragung der für Geburt-, Tauf-, Trau- und Sterbe-Matrizen nöthigen Thatfachen, dann über die Ausstellung der pfarrlichen Scheine oder Zeugnisse hierüber.

Hofkanzlei-Decret vom 5. April 1844, S. 203, Nr. 799.

- Bestimmung des Fonds, aus welchem die Seelsorger der Strafanstalten ihre Naturalbezüge oder deren Entschädigung zu beziehen haben.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1844, S. 235, Nr. 835.

- Anstellung eines zweiten Seelsorgers in dem Wiener Criminal-Gerichtshause.

Justiz-Hofdecret vom 8. August 1845, S. 274, Nr. 900.

- haben dem Entstehen und der Verbreitung der Secte der Deutschkatholiken mit wachsamem und klugem Eifer zu begegnen.

Hofkanzlei-Präsidial-Schreiben vom 26. Jänner 1846, S. 308, Nr. 923.

- Die katholischen Orts-Seelsorger haben über die Führung der Matrizenbücher der Israeliten in Mähren und Schlesien die Controle zu führen.

Hofkanzlei-Decret vom 19. März 1846, S. 321, Nr. 945.

- Die von den Seelsorgern ausfertigten Tauf-, Trauungs- und Lobtensscheine sind Original-Urkunden, bedürfen aber in Dalmatien der vom Gubernial-Präsidium bestätigten Legalisirung des Ordinariates, wenn die Parteien davon außer dem Gouvernements-Gebiete Gebrauch machen wollen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1847, S. 454, Nr. 1052.

Seelsorgliche Auslagen. S. Auslagen.

Seeräuber, welche von österreichischen Schiffen in der Levante eingebracht werden, stehen unter der Marine-Jurisdiction.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1824, S. 271, Nr. 2054.

Seeräuberei. Der Handel mit Sclaven wird als Seeräuberei erklärt.

Staatsvertrag vom 20. December 1841, S. 658, Nr. 578.

Seeschaden-Versicherungsgesellschaft. Vorrechte der in Triest unter dem Namen: „Nuova Compagnia d'assicurazione“ und „Italiceo Banco d'assicurazione“ entstandenen Seeschaden-Versicherungsgesellschaften.

Hofkammer-Decret vom 27. November 1830, S. 218, Nr. 2494 und 2495.

- — Vorrechte der in Triest unter dem Namen: „Nuovo greco Banco d'assicurazione“ errichteten Seeschaden-Versicherungsgesellschaft.

Hofkammer-Decret vom 17. Juni 1831, S. 15, Nr. 2516.

- — Vorrechte der in Triest unter dem Namen: „Società slava d'assicurazioni marittime“ errichteten Seeschaden-Versicherungsgesellschaft.

Hofkammer-Decret vom 8. Juli 1831, S. 15, Nr. 2518.

- — S. auch Triest.

See-Unfälle. Wegen Aufnahme und Taxirung der Beweise über See-Unfälle bei dem Triester Mercantil- und Wechselgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1825, S. 330, Nr. 2147.

- Benehmen und Wirkungskreis der österreichischen Consuln im Abendlande in Schiffbruchfällen; Beweiskraft ihrer Urkunden.

Hofkammer-Decret vom 27. September 1834, S. 127, Nr. 2671.

Segonzano. Für die Gemeinde Segonzano in Tirol wird ein neues Landgericht dritter Classe mit dem Amtssitze in Cembra errichtet.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Februar und 26. April 1838, S. 170, Nr. 254.

Seitenverwandte. Unter den in den §§. 195 und 377, I. Theiles des Strafgesetzbuches, bezeichneten, im ersten Grade verschwägerten Personen sind auch jene begriffen, die im ersten Grade der Seitenlinie verschwägert sind.

Justiz-Hofdecret vom 14. September 1827, S. 97, Nr. 2305.

Selbstbefleckung. Ob die Selbstbefleckung als Verbrechen der Unzucht gegen die Natur anzusehen sei.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1824, S. 264, Nr. 2035.

Selbstmörder. Vorschrift über die Beerdigung der Selbstmörder.

Hofkanzlei-Decrete vom 17. Jänner und 21. Mai 1845, S. 250 und 263, Nr. 861 und 885.

Selve. Errichtung einer gemischten Prätur dritter Classe zu Selve in Dalmatien, welcher die Inseln Selve, Isto, Meleba, Premuda, Ulbo, Zapuntello mit Bargarlie, Pontebianche mit Soline, Pogliè und Verona zugewiesen werden.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1848, S. 493, Nr. 1119.

Seminarfond. Die Verlassenschafts-Abgaben für den Seminarfond in Wien, dann in Böhmen, Mähren und Schlesien werden aufgelassen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

Senate. S. Rathversammlung.

Sendung. Für Sendungen der Dienstbesetzungsvorschläge von einer Behörde an die andere und deren Erledigung, wird das Postporto nicht mehr den Witzstellern aufgerechnet.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juni 1830, S. 200, Nr. 2469.

Sendungen. S. Postsendungen.

Senium. Wann bei Besetzung der Advocatenstellen das Senium im Doctorate zu berücksichtigen ist.

Justiz-Hofdecret vom 30. Mai 1837, S. 127, Nr. 204.

Sensalen. Die Mercantil-Beisitzer oder ihre Substituten haben zur Wahl eines Wechsel-Sensalen nicht mitzustimmen, wenn sie auf den Vorschlag Einfluß hatten.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1821, S. 17, Nr. 1754.

— Derjenige, der schon einmal in Concurs verfallen, oder seine Zahlungen gerichtlich oder außergerichtlich eingestellt hat, oder gegen welchen ein Personal-Arrest schuldenhalber auch nur rechtskräftig bewilligt worden ist, kann künftig zu einer Wechselsensalen-Stelle nicht gewählt werden.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1821, S. 14, Nr. 1785.

— Vorschrift über die Vorschläge zur Besetzung der erledigten Börse- und Wechselsensalen-Stellen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Jänner 1828, S. 107, Nr. 2323.

— Vorschrift über den rechtlichen Beweis der von den Theilnehmenden freiwillig auf der Börse durch Sensalen verhandelten Geschäfte.

Hofkammer-Decret vom 20. November 1829, S. 178, Nr. 2440.

— Neue Ordnung für Waaren-Sensalen, welche vor der Hand als provisorische Norm zu gelten hat, und Bestimmung der Eigenschaften, welche zur Erlangung einer solchen Stelle erforderlich sind.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 8. April 1842, S. 17, Nr. 606.

Sensalen-Buch haben die Waaren-Sensalen zu führen. Vorschrift über die Führung desselben.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 8. April 1842, S. 117, Nr. 606.

Sensarie. Bestimmung der Sensarie-Gebühren für Waaren-Sensalen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 8. April 1842, S. 17, Nr. 606.

Sensenhammer. Bestimmung der Behörde zur Ausübung der Realgerichtsbarkeit über Sensenhammer.

Erlaß des Ministeriums für öffentliche Arbeiten vom 12. Juli 1848, S. 645, Nr. 1169.

Sequestration. Durch die politische Sequestration kann auf früher gerichtlich gepfändete Fahrnisse des mit Steuern rückständigen Gutbesizers politischer Seits nicht gegriffen werden, dießfällige Pflicht der politischen Behörden.

Hofkanzlei-Decret vom 2. September 1824, S. 266, Nr. 2039.

— Anordnung in Betreff der Sequestration der einer Steuer-Bezirks-Obrigleit eigenthümlichen Güter, wegen Steuer-Rückständen.

Justiz-Hofdecret vom 15. April 1825, S. 397, Nr. 2089.

— In wieferne und auf wie lange die Sequestration eines Gutes wegen landesfürstlicher Steuer-Rückstände verhängt werden könne.

Justiz-Hofdecret vom 1. September 1826, S. 46, Nr. 2219.

— Interessen von den auf ein sequestrirtes Gut früher intabulirten Capitallen müssen auch bei der politischen Sequestration berücksichtigt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 20. Jänner 1834, S. 106, Nr. 2638.

— (politische) von Gütern in Galizien. Vorschrift, wie die zur Einbringung von Steuer-Rückständen eingeleiteten Verpachtungen bei dem gerichtlichen Verkaufe des verpachteten Gutes zu behandeln sind.

Hofkanzlei-Decret vom 16. August 1835, S. 39, Nr. 73.

— Vorschrift über die Sequestration der Pfarr-Einkünfte, wegen Ersäßen an die Waisen- und Deposten-Casse und anderen Entschädigungen.

Hofkanzlei-Decret vom 20. März 1836, S. 78, Nr. 132.

— des Tabak- und Stämpel-Verschleißes zur Befriedigung privatrechtlicher Forderungen.

Hofkammer-Decret vom 13. October 1844, S. 237, Nr. 840.

— Wirkungsbereich der zur Verlassenschaftsabhandlung competenten Gerichtsbehörde zur Bewilligung der Sequestration des streitigen Nachlasses.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juni 1845, S. 269, Nr. 893.

Sequestratorische Pachtverträge. S. Pachtverträge.

— **Verpachtung.** S. Verpachtung.

Sereth. Bestimmung der Gerichtstaxen für das Stadtgemeinde-Gericht zu Sereth in der Bukowina.

Hofkanzlei-Decret vom 19. September 1834, S. 126, Nr. 2669.

— Instruction über die Behandlung der Geschäfte außer Streitfachen bei dem Gemeinderichte in Sereth in der Bukowina; daselbe hat am Schlusse eines jeden Jahres einen Ausweis aller während des Jahres verhandelten Verlassenschaften und eine Pupillartabelle unmittelbar an das galizische Appellationsgericht einzusenden.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 495 und 514, Nr. 1125.

Servitutsrecht. Vorschrift über die Anmeldung der bei der Görzer Landtafel erworbenen Servitutsrechte auf Grundstücke und Urbarten bei dem Görzer Stadt- und Landrechte befuß ihrer Erneuerung.

Justiz-Ministerial-Decret vom 31. August 1848, S. 656, Nr. 1179.

— Aufhebung der Servitutsrechte zwischen Obrigkeiten und ihren bisherigen Unterthanen gegen Entschädigung der Servitutsberechtigten.

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180.

Cessana. Einrichtung eines landesfürstlichen Bezirkscommissariates dritter Classe zu Cessana im Küstenlande.

Justiz-Hofdecret vom 20. August 1824, S. 264, Nr. 2037.

— Das landesfürstliche Bezirksamt in Cessana wird zu einem Bezirksamte erster Classe erhoben.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1848, S. 483, Nr. 1108.

Sevignano. Für die Gemeinde Sevignano in Tirol wird ein neues Landgericht dritter Classe, mit dem Amtssitze in Cembra errichtet.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Februar 1838, S. 170, Nr. 254.

Sicherheit. Vorschrift über die Verjährung der schweren Polizei-Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre.

Hofkanzlei-Decret vom 24. December 1836, S. 94, Nr. 161.

— Die strafgerichtliche Behandlung sämmtlicher in dem §. 241, II. Theiles des Strafgesetzes, vorgesehenen Fälle von schweren Polizei-Übertretungen gegen die Sicherheit der Ehre, wird den Polizei-Behörden Wiens übertragen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. April 1847, S. 459, Nr. 1058.

— Den zur Handhabung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in Dalmatien aufgestellten Personen dürfen die zu diesem Behufe nöthigen Waffen nicht durch Pfändung oder Beschlagnahme entzogen werden.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1848, S. 642, Nr. 1164.

Sicherheits-Ausweise in Tirol, betreffender Stämpel.

Hofkammer-Decret vom 16. Februar 1825, S. 289, Nr. 2073.

— Die Verfassung der Sicherheits-Ausweise bei einer Concurseröffnung in Tirol und bei einer executiven Versteigerung betreffende Vorschrift.

Justiz-Hofdecret vom 22. October 1825, S. 326, Nr. 2139.

Sicherheitswache. S. Wache.

Sicherstellung des durch fromme Vermächtnisse und Stiftungen gestifteten Vermögens durch das Fiscalamt.

Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1821, S. 2, Nr. 1730.

— Aufhebung des am 15. Februar 1765 erlassenen Rescriptes, wegen Sicherstellung des Pächters für die zur christlichen Religion übertretenden Judenkinder.

Justiz-Hofdecret vom 1. October 1821, S. 51, Nr. 1804.

— der Erbsteuer wird den Erben gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1822, S. 74, Nr. 1833.

— Für die Sicherstellung der von Herrschaften als Darlehen aufgenommenen Waisengelder haben die Appellationsgerichte Sorge zu tragen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1822, S. 107, Nr. 1875.

— Vorschrift über die Sicherstellung der Waisen-Cassen hinsichtlich der vom Gutsherrn daraus genommenen Waisengelder.

Justiz-Hofdecret vom 2. December 1823, S. 164, Nr. 1977.

— Vorschrift für Gefällsbehörden bei Sicherstellung der Ararial-Forderungen ohne Mitwirkung des Fiscalamtes oder eines Advocaten.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1829, S. 149, Nr. 2393.

— Vorschrift über die Sicherstellung rückständiger Zoll- und Verzehrungssteuer-Gebühren.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1832, S. 31, Nr. 2548.

— Beschluß der deutschen Bundes-Versammlung zur Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller, Herausgeber und Verleger literarischer und artistischer Werke gegen den Nachdruck und die Nachbildung.

Hofkanzlei-Decret vom 16. November 1832, S. 70, Nr. 2580.

Sicherstellung. Vorschrift über die Sicherstellung der aus dem Dienst-Verhältnisse entstehenden Avarial-Forderungen an Staatsdiener und Militär-Personen durch Abzüge an Gehalten und Pensionen.

Hofkammer-Decret vom 1. December 1834, S. 130, Nr. 2675.

- Vorschrift über die Sicherstellung der aus dem Dienst-Verhältnisse entstehenden Forderungen an ständische, städtische und Fonds-Beamte.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Jänner 1836, S. 71, Nr. 115.

- Vorschrift über die Sicherstellung der Erbssteuer von den aufgelaassenen Tax- und Umgelds-Bezügen.

Hofkanzlei-Decret vom 22. April 1836, S. 80, Nr. 138.

- der für Arme, Stiftungen, Kirchen, Schulen, geistliche Gemeinden und öffentliche Anstalten durch letzte Willenserklärungen bestimmten Vermächtnisse.

Justiz-Hofdecret vom 29. August 1836, S. 91, Nr. 154.

- Die Vertretung jeder Kirche, wegen Einbringung eines derselben angefallenen Erbvermögens, liegt dem Fiscalamte ob.

Hofkanzlei-Decret vom 24. November 1837, S. 161, Nr. 243.

- Vorschrift über das Verfahren zur Erlangung der vorläufigen Sicherstellung bei Gefälligkeitsvertretungen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Februar 1839, S. 325, Nr. 336.

- Vorschrift über die Sicherstellung bei Klagen, welche sich auf eine vollen Glauben verdienende Urkunde gründen.

Justiz-Hofdecrete vom 7. Mai 1839, S. 338, Nr. 358, und 28. September 1840, S. 532, Nr. 467.

- Staatsvertrag mit Sarbinien, zur Sicherstellung der Eigenthumsrechte der in den beiderseitigen Staaten erscheinenden literarischen und artistischen Werke.

Vom 22. Mai 1840, S. 492, Nr. 441.

- Vorschrift über die Sicherstellung der Ansprüche auf die Entschädigung für aufgehobene Tax- und Umgelds-Gefälle.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1840, S. 526, Nr. 464.

- der Rechte der Herausgeber literarischer und artistischer Werke gegen den Nachdruck in den deutschen Bundesstaaten.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1840, S. 540, Nr. 483.

- Dem mit Sarbinien abgeschlossenen Staatsvertrage zur Sicherstellung des Eigenthumsrechtes literarischer und artistischer Werke gegen den Nachdruck sind auch die päpstliche, modenese, luche-fische, toscanische und parmesanische Regierung beigetreten.

Hofkanzlei-Decrete vom 26. November und 30. December 1840, S. 542 und 544, Nr. 484 und 488.

- Vorschrift über die Ertheilung der Execution bis zur Sicherstellung, wenn die Zahlung der Schuld binnen 14 Tagen durch Bescheid verordnet wird, oder ein Endurtheil auf Zahlung erfolgt.

Justiz-Hofdecret vom 25. Jänner 1841, S. 552, Nr. 496.

- Vorschrift über die Sicherstellung der Gefälligkeits-Estrafen.

Hofkammer-Decret vom 1. April 1844, S. 203, Nr. 798.

- Vorschrift über die Sicherstellung der im summarischen Verfahren bei den Civilgerichten eingeklagten Forderungen.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- Der Verkäufer eines in Dalmatien befindlichen unbeweglichen Gutes kann die Sicherstellung der Zahlung des Kaufschillinges durch die Inscription auf das Gut des Käufers erwieken.

Justiz-Hofdecret vom 18. December 1845, S. 496, Nr. 916.

Sicherstellung. Durch das Hofkammer-Decret vom 24. October 1845, wegen Pränotationen von Aerial-Forderungen auf Realitäten, ist an den bestehenden Vorschriften zur Sicherstellung der Gefällig-Vermögensstrafen nichts geändert worden.

Hofkammer-Decret vom 6. Mai 1846, S. 334, Nr. 959.

- In wieferne die Militärgerichte bei Verlassenschafts-Abhandlungen für die Sicherstellung der Verlassenschafts-Gläubiger zu sorgen haben.

Verordnung des Hofkriegsrathes vom 3. Juni 1846, S. 337, Nr. 969.

- Vorschrift über die Sicherstellung der bei Militärgerichten in summarischen Verfahren eingeklagten Forderungen.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- des Abfahrtsgeldes von den in auswärtige Staaten, mit welchen kein Freizügigkeitsvertrag besteht, aus der Bukowina auszuführenden Verlassenschaften.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 509, Nr. 1125.

- Vorschrift über die Sicherstellung der bei den dalmatinischen Gerichten im summarischen Verfahren eingeklagten Forderungen.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

- Vormerkungen auf Realitäten zur Sicherstellung von Aerial-Steuer-Rückständen und sonstigen auf einem privatrechtlichen Titel nicht beruhenden Aerial-Forderungen können von den administrativen Behörden bei den Gerichten unmittelbar angesucht werden.

Hofkammer-Decret vom 11. April 1848, S. 612, Nr. 1134.

Sicilien. Vorschrift über die Zustellung der von den Gerichten des Königreiches beider Sicilien wider österreichische Unterthanen geschöpften Urtheile.

Justiz-Hofdecret vom 19. Jänner 1821, S. 2, Nr. 1731.

- Vorschrift über die Zustellung der aus dem Königreiche beider Sicilien im ministeriellen oder amtlichen Wege einlangenden Vorladungen oder anderen gerichtlichen Verordnungen.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1835, S. 9, Nr. 23.

- Abzugsfreie Ausfolgung der Erbschaften nach dem Königreiche beider Sicilien.

Justiz-Hofdecret vom 2. November 1840, S. 536, Nr. 473.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und dem Königreiche beider Sicilien, über die wechselseitige Freizügigkeit des Vermögens.

Vom 19. April 1844 und 4. Juli 1846, S. 204 und 340, Nr. 800 und 973.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und dem Königreiche beider Sicilien, über die wechselseitige Auslieferung der Verbrecher und Militärpflichtigen.

Vom 24. December 1845, S. 297, Nr. 917.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und dem Königreiche beider Sicilien, hinsichtlich des wechselseitigen Handels und der Schifffahrt, dann wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteure von Kriegs- und Handels-Schiffen, der Vermögens-Freizügigkeit und Aufhebung des Abfahrts-geldes.

Vom 4. Juli 1846, S. 340, Nr. 973.

Siebenbürgen. Vorschrift über die Zustellung der Erlässe der königlich-neapolitanischen Gerichtsbehörden an die in Siebenbürgen wohnenden österreichischen Unterthanen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Jänner 1821, S. 2, Nr. 1731.

- Vorschrift über die Abnahme des landesfürstlichen Abfahrts-geldes von dem nach Siebenbürgen abziehenden unterthänigen Vermögen.

Hofkammer-Decret vom 28. Februar 1840, S. 474, Nr. 412.

Siebenbürgen. Die mit den unter dem gesetzlichen Alter zum Militär eingetretenen Siebenbürgern wegen Verbrechen aufgenommenen kriegsrechtlichen Untersuchungsacten, müssen dem Hofkriegsrathe eingesehen werden.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1841, S. 559, Nr. 504.

- Vorschrift über die Vormerkung der gerichtlichen Verbote auf die bei dem Staatsschulden-Tilgungsfonde fruchtbringend angelegten siebenbürgischen Cautionen, Badien, Depositen und deren Interessen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Mai 1841, S. 573, Nr. 530.

- Die Unterordnung der bis zur Einberufung Beurlaubten unter die Civil-Gerichtsbarkeit findet auf Siebenbürgen keine Anwendung.

Hofkanzlei-Decret vom 12. August 1842, S. 57, Nr. 632.

- Beibringung der Compagnie-Certificate über fruchtlos versuchten Vergleich im summarischen Verfahren bei Militärgerichten bei den Gränzregimentern in Siebenbürgen.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

Siebenbürgische Cautionen, Depositen, Badien. S. Cautiön, Depositen, Badien.

- Soldaten. S. Soldaten.

Siegel. Die Verletzung gerichtlicher Siegel wird als schwere Polizei-Übertretung oder Verbrechen erklärt.

Hofkanzlei-Decret vom 29. August 1822, S. 115, Nr. 1889.

Sigmaringen. S. Hohenzollern.

Silber. Beschränkung der Umwechslung der Banknoten in Silbermünze. Nur die in ausländischer Silbermünze gebührenden Zahlungen sind in dieser Münzsorte oder nach deren Werth zur Zeit der Zahlung in Banknoten zu leisten.

Finanz-Ministerial-Decrete vom 21. und 22. Mai 1848, S. 635 und 636, Nr. 1152 und 1153.

Patent vom 2. Juni 1848, S. 638, Nr. 1157.

Silber- und Goldgeräthe, welche nicht repuncirt seit dem 1. April 1824 in den Verlassenschaften vorkommen, unterliegen nicht mehr einer Beanständigung.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1825, S. 285, Nr. 2064.

Silz. Zu Silz in Tirol wird ein landesfürstliches Landgericht erster Classe statt des heimgefallenen Pfandgerichtes Petersberg und der Hofgerichtsbarkeit zu Stams errichtet.

Justiz-Hofdecret vom 26. Mai 1826, S. 18, Nr. 2187.

- Betheilung des Landgerichtes Silz im Ober-Innthaler Kreise in Tirol mit Einem Adjutum für einen Concepts-Practikanten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

Sinagoge. Behandlung der jüdischen Gemeinden in Beziehung auf Grundbesitz zur Herstellung einer Sinagoge.

Hofkanzlei-Decret vom 2. März 1841, S. 562, Nr. 512.

Sindiker. Die Stellen geprüfter Sindiker freier Gemeinden sind als lebenslänglich anzusehen; — wie über deren Entlassung zu erkennen sei.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1824, S. 200, Nr. 2001.

- Wie die Vorschläge zur Besetzung der Sindikerstellen in Municipalstädten zu erstatten seien.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1825, S. 302, Nr. 2100.

- Vorschrift über die Besetzung der Sindikerstellen bei Land-Magistraten und Gemeinden in Böhmen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1826, S. 2, Nr. 2159.

- Welchen Sindikern die Besorgung der Justizariate einzustellen ist.

Justiz-Hofdecret vom 18. August 1826, S. 41, Nr. 2214.

Einbiter. Concurß-Ausschreibung zur Wiederbesetzung erledigter Stellen der geprüften Einbiter durch die Amtsblätter der betreffenden Provinzial-Zeitung.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1840, S. 502, Nr. 447.

Eisenmeister Dienstplätze. S. Dienstplätze.

Eistirung des Urtheiles der Gerichtsbehörden durch den Fiscus oder Cameral-Repräsentanten bei Gefällsprozessen, wenn die Kostsprechung des Notionirten wegen Mangels des bösen Vor-satzes erfolgen sollte.

Allerhöchste Entschließung vom 14. Mai 1821, S. 20, Nr. 1760.

— Abstellung der gesetzwidrigen Eistirung der Urtheile durch Gefälls-Repräsentanten bei Gefälls-Prozessen.

Hofkammer-Decret vom 13. April 1825, S. 297, Nr. 2087.

— S. auch Repräsentant.

Eittenclassen. Wenn durch Vorzugsklassen die ersten Classen aus den Obligat-Gegenständen numerisch überstiegen werden, darf dieses noch nicht für ein Zurücklegen der Berufsstudien mit vorzüglichen Eitten- und Fortgangsklassen gelten.

Allerhöchste Entschließung vom 31. October 1846, S. 389, Nr. 999.

Eitten-Zeugniffe. S. Zeugniffe.

Eittlichkeit. Bestrafung der Verletzung der Eittlichkeit durch unzüchtige Druckschriften oder Darstellungen.

Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Situationsplan. Vorschrift über die Ausfertigung des Situations-Planes über den gewählten Schurkreis beim Steinkohlen-Bergbau.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 6. März 1843, S. 98, Nr. 687.

Eiß. Bei den für den Bürgerstand bestehenden ersten Instanzen kann den Criminalgerichts-Beisitzern für eine mehrjährige fleißige Dienstleistung die Ehre des Eißes und der Beisatz: „Herr“ in den an sie von diesen Gerichtsbehörden ergehenden Zustellungen als Auszeichnung gewährt werden.

Justiz-Hofdecret vom 11. August 1821, S. 43, Nr. 1790.

— Bestimmung des Eißes für Rätke der Gefällsbehörden bei den Rathssitzungen der Justizbehörden, dann jenes für Justizrätke bei den Rathssitzungen der Cameral-Gefällen-Verwaltungen.

Justiz-Hofdecret vom 11. November 1831, S. 23, Nr. 2536.

Eitzungen. S. Berathschlagung.

Slavonien. Beibringung der Compagnie-Certificate über fruchtlos versuchten Vergleich im summarischen Verfahren bei Militärgerichten in der slavonischen Militärgränze.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

Società slava d'assicurazioni. Vorrechte der unter diesem Namen in Triest errichteten Seeschaden-Versicherungsgesellschaft.

Hofkammer-Decret vom 8. Juli 1831, S. 15, Nr. 2518.

Soldaten. Das wider Soldaten auf öffentliche Züchtigung mit Stockstreichen, Gassenlaufen, oder auf noch schwerere Strafe gefällte Urtheil zieht den Verlust der Tapferkeitsmedaille, der damit verbundenen Zulage und des Invalidengehaltes nach sich.

Justiz-Hofdecret vom 24. April 1829, S. 151, Nr. 2395.

— Vorschrift über die Bestrafung der Verbrechen und schweren Polizei-Übertretungen, welche ein ungarischer oder siebenbürgischer Soldat vor seiner Affentirung und Eidesablegung begangen hat.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 14. Juni 1839, S. 340, Nr. 362.

Soldaten. Von der Löhnung oder dem Patental-Invalidegehalte eines Soldaten darf kein Abzug gemacht werden, auch findet hierauf keine Execution Statt.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1839, S. 343, Nr. 368.

- Competenz der Criminalgerichte zur Ausübung der Gerichtsbarkeit über die wegen Verbrechen vom Militär entlassenen und vor erreichtem gesetzmäßigen Alter zum Militär gestellten oder freiwillig eingetretenen Individuen, mit Ausnahme der Ungarn und Siebenbürger.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1841, S. 556, Nr. 504.

- Aufhebung der auf die meineidige Entweichung eines Soldaten aus dem Kriegsdienste festgesetzten Vermögens-Confiscation und Einführung von Entschädigungs-Pauschalien.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1842, S. 10, Nr. 599.

- Militärbehörden haben Soldaten, welche wegen eines vor der Affentirung im Civilstande begangenen Verbrechens bereits gerichtlich verfolgt worden sind, und sich dieser Verfolgung durch die Affentirung entzogen haben, von Amtswegen unverzüglich an die Civilbehörde anzuliefern.

Decret des Hofkriegsrathes vom 29. März 1848, S. 572, Nr. 1131.

Soline. Die Insel Soline wird der Prätur Selva in Dalmatien zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1848, S. 493, Nr. 1119.

Solicitiren wird den landesfürstlichen Beamten bei Strafe untersagt.

Justiz-Hofdecret vom 24. Juni 1825, S. 310, Nr. 2113.

Solms-Braunfels. Dem Chef des fürstlichen Hauses Solms-Braunfels gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, und

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

- **Lich- und Hohen Solms.** Dem Chef des fürstlichen Hauses Solms-Lich- und Hohen Solms gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

- **Laubach,**

- **Nödelheim** und

- **Wildenfels.** Den Häuptern dieser reichsständisch-gräflichen Familien gebührt der Titel „Erlauchet“.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Sonnegg. Der heimgesagte Bezirk Sonnegg in Krain wird dem landesfürstlichen Bezirkscommissariate für die Umgebung von Laibach provisorisch zugetheilt.

Hofkammer-Decret vom 29. Juli 1835, S. 36, Nr. 65.

- Für den Landgerichtsbezirk Sonnegg wird das kärnthnerische Stadt- und Landrecht als alleiniges Criminal-Untersuchungs- und Spruchgericht erklärt, jedoch hat es fortan die Thatbestands-Erhebungen und die übrigen in den §§. 236, 277 und 379, I. Theiles des Strafgesetzes, erwähnten Amtshandlungen zu besorgen und einen Beitrag zu den Criminal-Untersuchungskosten zu leisten.

Justiz-Ministerial-Decret vom 23. Mai 1848, S. 636, Nr. 1154.

Sonnenberg. Die Criminal-Jurisdiction über den Umfang des Landgerichtes Sonnenberg wird dem Landgerichte zu Bludenz in Vorarlberg zugetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 11. Februar 1826, S. 5, Nr. 2162.

Sonnenburg. Vertheilung des Landgerichtes Sonnenburg im Unter-Innthaler Kreise in Tirol mit Einem Adjutum für einen Concepts-Practikanten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

Sorelle della sacra famiglia zu Verona. Errichtung dieses Institutes zur Erziehung der weiblichen Jugend.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juni 1833, S. 93, Nr. 2618.

Souveräne Familien. Vorschrift über die Behandlung des Verlassenschafts-Vermögens von Mitgliefern souveräner Familien, wenn dieselben im österreichischen Militärdienste sterben.

Allerhöchste Entschliessung vom 14. Februar 1846, S. 316, Nr. 932.

Spalato. In Spalato haben fünf Advocaten zu bestehen.

Justiz-Hofdecret vom 2. März 1822, S. 87, Nr. 1850.

- Vorschrift über die Aufräumung und Räumung gemietheter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in der Stadt Spalato und ihren Vorstädten in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1843, S. 175, Nr. 770.

Sparcasse. Vorschrift über die Anlegung des Vermögens der Waisen in die Sparcasse.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Juli 1843, S. 129, Nr. 722.

- Regulativ für die Bildung, Einrichtung und Ueberwachung der Sparcassen; Bestimmung der Verjährungsfrist von Sparcasse-Einlagen; Amortisations-Verfahren der in Verlust gerathenen Sparcassen-Bücher; Einstellung der weiteren Verzinsung der nicht behobenen Interessen; Bestimmung des Gerichtsstandes derselben; Stämpelbefreiung der Sparcassenbücher.

Hofkanzlei-Decret vom 26. September 1844, S. 222, Nr. 832.

- Vorschrift über die fruchtbringende Anlegung der Waisengelder bis zu dem Betrage von 300 fl. bei den Sparcassen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Mai 1848, S. 619, Nr. 1144.

Sparcassenbücher. Vorschrift über das Amortisations-Verfahren über in Verlust gerathene Sparcassenbücher; derselben Stämpelbefreiung.

Hofkanzlei-Decret vom 26. September 1844, S. 222, Nr. 832.

- **Einlagen.** Bestimmung der Verjährungszeit der Sparcasse-Einlagen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. September 1844, S. 222, Nr. 832.

Sparsamkeit. In allen Zweigen der Staatsausgaben ist die größte Sparsamkeit zu beobachten.

Justiz-Hofdecret vom 7. October 1826, S. 51, Nr. 2225.

Speisen. Criminalgerichte sind bei Beföstigung der ihre Strafe bei derselben vollziehenden Sträflinge nicht an die vorgeschriebene Gattung der Speisen gebunden.

Justiz-Hofdecret vom 1. December 1835, S. 61, Nr. 98.

Sperre. Vorschrift über die Anlegung der Sperre des Nachlasses der in einem Versorgungshause oder Spitale verstorbenen Personen.

Hofkanzlei-Decret vom 5. November 1835, S. 54, Nr. 92.

- Bestimmung der Gebühren für die Gerichtsanwälte in Tirol und Vorarlberg als Belohnung bei Anlegung der Sperre an Verlassenschaften.

Hofkanzlei-Decrete vom 20. Februar 1837, S. 112, Nr. 175, und vom 16. März 1843, S. 102, Nr. 689.

- Nach dem Ableben eines Medemtoristen hat das Landrecht der betreffenden Provinz die Sperre anzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1843, S. 86, Nr. 670.

- Formulare zu einem Sperbericht für den Czernowitzer Magistrat, dann für die Gemeindegerichte und Wirtschaftsdämter in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 527, Nr. 1125.

Sperr-Commissär. Die Krankenhaus-Verwaltung hat die ausstehenden Verpflegskosten eines daselbst Verstorbenen bei der Aufnahme des Todtenfalles von Seite des Sperr-Commissärs gehörig anzumelden.

Hofkanzlei-Decret vom 15. December 1842, S. 76, Nr. 661.

Sperrung des Abjurations der landesfürstlichen Auscultanten bei Urlaub-Überschreitungen.

Justiz-Hofdecret vom 14. April 1832, S. 60, Nr. 2559.

Spielbank. Vorschrift über die Bestrafung der Spielbankhälter.

Hofkanzlei-Decret vom 16. October 1840, S. 533, Nr. 469.

Spielberg. Behandlung der zur schwersten Kerkerstrafe verurtheilten Sträflinge auf dem Spielberge im Falle schwerer Krankheiten; dabei nöthige Vorsicht.

Justiz-Hofdecret vom 1. October 1821, S. 51, Nr. 1805.

— Die Nationalität der auf den Spielberg bei Brünn abgelieferten Verbrecher, welche Ausländer sind, ist jedesmal der Auskunfts-Tabelle beizuschließen.

Justiz-Hofdecret vom 21. März 1829, S. 147, Nr. 2389.

— Die Sträflinge aus Steiermark, welche bisher auf den Spielberg bei Brünn abgeliefert waren, sind künftig in das Strafhaus nach Grabiška zu bringen.

Justiz-Hofdecret vom 25. April 1829, S. 153, Nr. 2398.

— Den wegen Hochverrathes oder Verfälschung öffentlicher Creditspapiere zur Kerkerstrafe überhaupt, und wegen eines anderen Verbrechens zu einer längeren als zehnjährigen schweren oder schwersten Kerkerstrafe verurtheilten Verbrechern aus Oesterreich ob und unter der Enns, Böhmen, Mähren, Schlesien und Galizien wird der Spielberg zu Brünn als Strafort angewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1829, S. 161, Nr. 2408.

— Behandlung der Verlassenschaften der im Spielberger Strafhaus in Brünn verstorbenen Verbrecher.

Justiz-Hofdecret vom 3. September 1830, S. 206, Nr. 2478.

— Vorschrift über die Beköstigung der auf dem Spielberge befindlichen Sträflinge.

Hofkanzlei-Decret vom 20. April 1837, S. 122, Nr. 196.

— Vorschrift über die Behandlung der Strafnachschick-Gesuche der Spielberger Sträflinge bei dem Appellationsgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1839, S. 327, Nr. 340.

Spiele, verbotene. Bezeichnung der verbotenen Spiele, und Strafbestimmung auf die Uebertretung derselben.

Hofkanzlei-Decrete vom 16. October 1840, S. 533, Nr. 469, 26. August 1841, S. 604, Nr. 558, dann

Circulare der niederösterreichischen Regierung vom 31. December 1840, S. 544, Nr. 489.

Spionerie. S. Auspähung.

Spital. Vorschrift über die Vornahme der Anlegung der Sperre und Inventur auf den Nachlaß der in einem Spital oder Versorgungshause verstorbenen Personen.

Hofkanzlei-Decret vom 5. November 1835, S. 54, Nr. 92.

— Die Verlassenschafts-Abgaben für die Spitäler in Aigen, Leonfelden, Steierregg und Reichenstein in Oesterreich ob der Enns werden aufgelassen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

— Unterbringung verhafteter erkrankter Criminalen in das städtische Inquisitionen-Spital.

Justiz-Hofdecret vom 23. März 1848, S. 561, Nr. 1128.

Spital am Pyhrn. Criminal-Gerichtsbarkeit des Landgerichtes Spital am Pyhrn im Traun Kreise über den in Steiermark liegenden Theil seines Bezirkes.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juli 1843, S. 126, Nr. 718.

Sprache. Die in einer anderen als der deutschen, lateinischen oder italienischen Sprache vorkommenden Urkunden sind, wenn sie den Proceßacten beigelegt werden, mit einer von den Parteien anerkannten amtlich bekräftigten Uebersetzung zu versehen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1822, S. 78, Nr. 1837.

— Auf die Kenntniß der deutschen Sprache ist bei Besetzung der bei dem dalmatinischen Appellationsgerichte erledigten Dienstplätze Bedacht zu nehmen, und die Expeditionen der obersten Justizstelle, so bald es thunlich ist, in dieser Sprache an dasselbe zu erlassen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juli 1824, S. 216, Nr. 2022.

— In den Competenten-Tabellen für erledigte Justiz-Dienstplätze sind die Sprachen, welche die darin aufgeführten Individuen vollkommen besitzen, auszuweisen.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1828, S. 138, Nr. 2369.

— Criminal-Actuare sollen der Landessprache vollkommen kundig seyn.

Justiz-Hofdecret vom 16. Jänner 1835, S. 133, Nr. 2682.

— Vorschrift hinsichtlich der Uebersetzung der in fremden Sprachen vorkommenden Urkunden, von welchen in gerichtlichen Geschäften Gebrauch gemacht wird.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1835, S. 65, Nr. 109.

— Die Uebersetzung der im Revisionswege vorkommenden, in polnischer Sprache verfaßten Urtheile und Entscheidungs-Gründe in die lateinische oder deutsche Sprache hat die erste Instanz selbst bei Vorlage der Acten zu liefern.

Justiz-Hofdecret vom 6. Juni 1837, S. 127, Nr. 205.

— Zur Erlangung einer Advocatenstelle in Böhmen ist die Kenntniß der böhmischen Sprache erforderlich.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1840, S. 536, Nr. 474.

— In lateinischer Sprache ist der Schriftenwechsel mit den ungarischen Jurisdictionen zu führen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juli 1841, S. 595, Nr. 550.

— Bei Dienstbesetzungen am Rathstische der landesherrlichen Collegialgerichte in Galizien ist auf die der moldauischen (wallachischen) Sprache vollkommen kundigen Competenten besondere Rücksicht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Februar 1842, S. 9, Nr. 598.

— Gerichtsbehörden haben ihren Requisitionsschreiben an ungarische Wechselgerichte, um Execution diesseitiger wechselgerichtlicher Urtheile, Uebersetzungen dieser Urtheile und deren Beweggründe in lateinischer Sprache beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 13. März 1843, S. 100, Nr. 688.

— Die Geburts-, Trauungs- und Sterberegister über die in Wien sich aufhaltenden türkischen Juden sind in deutscher Sprache zu führen.

Hofkanzlei-Decret vom 17. November 1845, S. 288, Nr. 909.

Sprachkenntniße. S. Sprache.

Spruch-Gericht. Das kärnthnerische Stadt- und Landrecht wird auch für die vier Landgerichts-Bezirke von Haimburg, Hohenburg, Sonnegg und Weissenegg als alleiniges Criminal-Untersuchungs- und Spruchgericht erklärt.

Justiz-Ministerial-Decret vom 23. Mai 1848, S. 636, Nr. 1154.

Staat. Pacht- oder Miethverträge des Richters mit dem Staate und dessen Vertreter, schließen den Richter von der Ausübung des Richteramtes nicht aus.

Justiz-Hofdecret vom 24. Mai 1836, S. 82, Nr. 142.

Staat. Bestimmungen über die Verhältnisse der gesellschaftlichen Privat-Vereine zum Staate.
Hofkanzlei-Decret vom 6. August 1840, S. 522, Nr. 462.

- Vorschrift über die Austragung der aus dem Dienstverhältnisse abgeleiteten Forderungen des Staates an seine Beamte, und der Letzteren an den Staat.

Justiz-Hofdecret vom 16. August 1841, S. 603, Nr. 555.

- Rechte des Staates zur Besignahme und Benützung der Inseln in schiff- und flossbaren Flüssen und Strömen.

Hofkammer-Decret vom 19. April 1842, S. 22, Nr. 608.

- Den Mitgliedern der Secte der Deutschkatholiken ist der Eintritt und Aufenthalt in den österreichischen Staaten nicht gestattet.

Hofkanzlei-Präsidial-Decret vom 26. Jänner 1846, S. 308, Nr. 923.

Staatsanwalt. Amtshandlungen desselben in Preßsachen.

Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

- Befreiung des ämtlichen Schriftenwechsels und der Erlässe des Staatsanwaltes und sämmtlicher Behörden in Preßvergehens-Angelegenheiten vom Postporto.

Finanz-Ministerial-Decret vom 15. September 1848, S. 659, Nr. 1181.

Staatsaufwand. Der mit der Criminalgerichtsbarkeit in Böhmen verbundene Aufwand wird vom Jahre 1846 angefangen als Staatsaufwand erklärt.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Februar 1845, S. 252, Nr. 867.

Staatsausgaben. Bei allen Zweigen der Staatsausgaben soll für die möglichst größte Sparsamkeit gesorgt werden.

Justiz-Hofdecret vom 7. October 1826, S. 51, Nr. 2225.

Staatsbeamte. S. Beamte.

Staatsbuchhaltung. S. Buchhaltung.

Staatsbürger (österreichische). In wieferne österreichische Staatsbürger einen ausländischen Adel annehmen dürfen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1838, S. 240, Nr. 279.

Staatsbürgerschaft. Die österreichische Staatsbürgerschaft erlangen Fremde durch den Antritt eines wirklichen, aber nicht eines provisorischen Staatsdienstes.

Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1828, S. 118, Nr. 2338.

- Die mit fremden Mächten geschlossenen Cartele werden durch die Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches über die Staatsbürgerschaft nicht aufgehoben.

Hofkanzlei-Decret vom 1. März 1832, S. 34, Nr. 2550.

- Verlust derselben durch Auswanderung oder durch die Verehelichung einer österreichischen Unterthanin mit einem Ausländer.

Hofkanzlei-Decret vom 2. April 1832, S. 50, Nr. 2557.

- Die österreichische Staatsbürgerschaft erlangen nicht die bereits großjährigen Kinder eines Ausländers, der österreichischer Staatsbürger geworden ist.

Hofkanzlei-Decret vom 30. August 1832, S. 65, Nr. 2573.

- Die österreichische Staatsbürgerschaft erlangt eine Ausländerin durch ihre Verehelichung mit einem österreichischen Staatsbürger.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Februar 1833, S. 79, Nr. 2595.

- Bedingung der Erwerbung der österreichischen Staatsbürgerschaft durch den zehnjährigen ununterbrochenen Wohnsitz eines Ausländers in den österreichischen Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 1. März 1833, S. 79, Nr. 2597.

Staatsbürgerschaft. Die österreichische Staatsbürgerschaft wird durch die Verleihung der geheimen Raths- oder Kämmererwürde nicht erworben.

Allerhöchste Entschliessung vom 2. März 1833, S. 80, Nr. 2598.

— Die österreichische Staatsbürgerschaft kann sich eine österreichische Unterthanin, welche sich mit einem Ausländer verheirathet, nicht vorbehalten.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Juni 1835, S. 19, Nr. 31.

Staatscasse. S. Casse.

Staatscentral-Cassenanweisungen. S. Cassen.

Staatsdiener. S. Beamte.

Staatsdieners-Waisen. S. Waisen.

Staatsdienste. S. Anstellung, Dienstbesetzung.

Staatscigenthum. S. Aerial-Cigenthum.

Staatscisenbahn. S. Cisenbahn.

Staatsgüter. Vorschrift über die Behandlung der Waisengelder-Ueberschüsse bei Staatsgütern.

Justiz-Hofdecree vom 14. März 1837, S. 116, Nr. 184.

— Zur Einverleibung der die Staatsgüter betreffenden, von den administrativen Behörden vor-schriftsmässig ausfertigten, mit den gesetzlichen Förmlichkeiten versehenen Verträgen, ist die vorläufige Einvernehmung des Fiscalamtes nicht erforderlich.

Justiz-Hofdecree vom 10. Jänner 1843, S. 87, Nr. 671.

Staats Herrschaften. In Processen zwischen dem Gefälls-Aerar und einer Staats- oder Stif-tungsherrschaft sind die Vertreter für beide Theile von der Cameral-Gefällen-Verwaltung; in den aus politischen Verhandlungen entstehenden Processen zwischen Staats- und Stiftungs-herrschaften und Unterthanen, die Vertreter der Herrschaften von der Gefällen-Verwaltung, die Vertreter der Unterthanen aber von der politischen Landesstelle zu ernennen.

Justiz-Hofdecree vom 24. Februar 1832, S. 34, Nr. 2549.

Staatskanzlei. Die Zustellung gerichtlicher Acte an im Königreiche Sardinien wohnhafte Par-teien ist im diplomatischen Wege durch die geheime Haus-, Hof- und Staatskanzlei zu veran-lassen.

Justiz-Hofdecree vom 20. December 1841, S. 674, Nr. 579.

— Vermittlung der Staatskanzlei zur Leistung der Zeugnisaussagen von einem fremden Missions-Chef und den ihm unterstehenden Personale in Criminalfällen von Bedeutung.

Justiz-Hofdecree vom 9. Jänner 1845, S. 247, Nr. 857.

Staatskosten. Die Patrimonialbehörden haben die Gerichtsbarkeit und die politische Amtsver-waltung auf Staatskosten provisorisch fortzuführen.

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180, und

Justiz-Ministerial-Decree vom 16. September 1848, S. 659, Nr. 1182.

Staats-Obligationen. S. Obligationen.

Staatspapiere. S. Creditpapiere, Obligationen.

Staatspension. S. Pensionen.

Staatsschaz. S. Aerarium.

Staatsschuld. Vereinigung der lombardisch-venetianischen Staatsschuld in dem Credits-Institute unter der Benennung „Monte des lombardisch-venetianischen Königreiches“.

Patent vom 24. Mai 1822, S. 97, Nr. 1873.

— Vorschrift über die Verjährung einzelner Renten oder Interessen-Raten von den Carteln und Obligationen der lombardisch-venetianischen Staatsschuld, dann über das Recht, Zinsen zu fordern.

Allerhöchste Entschliessung vom 6. Februar 1838, S. 170, Nr. 253.

Staatsschuld. Vorschrift über die Behandlung der bis zum Betrage des Capitaless steigenden Interessen-Forderungen von den in Verlosung fallenden Obligationen der älteren Staatsschuld.
Hofkammer-Decret vom 19. April 1842, S. 22, Nr. 607.

Staatsschuldencasse. S. Cassé.

Staatsschulden-Zilgungsfond. Vorschrift für Gerichtsbehörden über die Vormerkung gerichtlicher Verbote auf Cautionen und Depositen, und rücksichtlich ihrer Zinsen, welche bei dem Staatsschulden-Zilgungsfonde fruchtbringend angelegt sind.

Hofkanzlei-Decret vom 21. October 1840, S. 534, Nr. 470.

- Vorschrift über die Vormerkung der gerichtlichen Verbote auf die bei dem Staatsschulden-Zilgungsfonde fruchtbringend angelegten ungarischen und siebenbürgischen Cautionen, Badien, Depositen und deren Interessen.

Justiz-Hofdecet vom 3. Mai 1841, S. 573, Nr. 530.

- Vorschrift über die Realisirung der von Staats- und Fonds-, dann ständischen und städtischen Beamten eingelegten, in Anlagen bei dem Staatsschulden-Zilgungsfonde bestehenden Cautionen, sobald die Ersatzpflicht des Beamten ausgesprochen ist.

Hofkammer-Decret vom 3. Jänner 1842, S. 3, Nr. 583.

- Vorschrift über die Anlegung der Depositengelber bei dem Staatsschulden-Zilgungsfonde.

Justiz-Hofdecet vom 31. Mai 1848, S. 637, Nr. 1156.

Finanz-Ministerial-Decret vom 6. Juni 1848, S. 640, Nr. 1160.

- Die bei Militärgerichten und bei den städtischen oder Gemeinde-Depositennämtern erliegenden baren Summen sind bei dem Staatsschulden-Zilgungsfonde anzulegen, und von dieser Anlegung bloß die Depositen bei dem Wiener Civilgerichte ausgenommen.

Finanz-Ministerial-Decret vom 6. Juni 1848, S. 640, Nr. 1160.

- Befreiung der Depositennämter bei Absendung gerichtlicher Depositen an die Staatsschulden-Zilgungsfonds-Hauptcasse vom Postporto.

Finanz-Ministerial-Decret vom 26. August 1848, S. 655, Nr. 1177.

Staats-Schuldverschreibungen. S. Obligationen.

Staatsuniform. S. Uniform.

Staatsverbrecher. Staatsvertrag mit Rußland und Preußen, wegen Auslieferung der Staatsverbrecher.

Patent vom 4. Jänner 1834, S. 105, Nr. 2637.

- Staatsvertrag mit den deutschen Bundesstaaten, über die gegenseitige Auslieferung der Staatsverbrecher.

Patent vom 24. October 1837, S. 149, Nr. 236, und

Justiz-Hofdecet vom 30. October 1837, S. 152, Nr. 239.

Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Toscana, wegen gegenseitiger Freizügigkeit des Vermögens und der Pensionen.

Vom 28. Februar 1822, S. 83, Nr. 1847.

- zwischen Oesterreich und Parma, wegen wechselseitiger Freizügigkeit der Pensionen.

Vom 9. December 1822, S. 124, Nr. 1913.

- zwischen Oesterreich und Rußland, wegen gegenseitiger Aufhebung des Abfahrtszuges, dann Ausdehnung dieses Staatsvertrages auf das Königreich Polen.

Hofkanzlei-Decrete vom 14. Juni und 28. October 1824, dann 3. Juni 1825, S. 212, 269 und 303, Nr. 2015, 2047 und 2102.

- zwischen Oesterreich und Sarbinien, wegen gegenseitiger Vermögens-Freizügigkeit.

Justiz-Hofdecet vom 24. März 1825, S. 292, Nr. 2080.

Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Rußland, wegen Ausdehnung der Abfahrtsgeld-
freierung auf das Königreich Polen.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Juni 1825, S. 303, Nr. 2102.

- zwischen Oesterreich und Modena, wegen gegenseitiger Aufhebung des Abfahrtsgeldes und Vermögens-Freizügigkeit.

Justiz-Hofdecret vom 10. März 1826, S. 9, Nr. 2171.

- zwischen Oesterreich und der freien Stadt Krakau, über die gegenseitige Aufhebung des Abfahrts-
geldes.

Hofkanzlei-Decret vom 8. März 1827, S. 71, Nr. 2264.

- zwischen Oesterreich und den deutschen Bundesstaaten über die nähere Bestimmung des Termini,
von welchem an die Vermögens-Freizügigkeit unter den deutschen Bundesstaaten
eintritt.

Hofkanzlei-Decret vom 12. October 1827, S. 101, Nr. 2312.

- zwischen Oesterreich und Brasilien über die wechselseitige Freiheit des Handels und der Schiff-
fahrt.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1828, S. 114, Nr. 2337.

- zwischen Oesterreich und der Schweiz, wegen wechselseitiger Auslieferung der Verbrecher.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1828, S. 133, Nr. 2364.

- Der mit Parma im Jahre 1818 geschlossenen Staatsvertrag, über die gegenseitige Ausliefe-
rung der Verbrecher, wird bis Ende 1839 verlängert.

Hofkanzlei-Decret vom 20. November 1829, S. 179, Nr. 2441.

- Ausdehnung der zwischen Oesterreich und Modena abgeschlossenen Convention, wegen wechse-
lseitiger Aufhebung des Abfahrtsgeldes auf das Herzogthum Massa und Fürstenthum Carrara.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juli 1830, S. 202, Nr. 2472.

- Ausdehnung des zwischen Oesterreich und Dänemark geschlossenen Staatsvertrages, wegen
wechselseitiger Vermögens-Freizügigkeit, auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen österrei-
chischen und dänischen Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Juli 1830, S. 203, Nr. 2473.

- Schiffsahrts- und Handelsvertrag mit den vereinigten Staaten von Amerika.

Vom 10. Februar 1831, S. 6, Nr. 2505.

- zwischen Oesterreich und Frankreich, über die Zugeständnisse für französische Consuln in Sou-
veretage-Fällen französischer Schiffe an österreichischen Küsten, gegen Zusicherung der vollkom-
menen Reciprocität.

Hofkammer-Decret vom 24. Mai 1832, S. 62, Nr. 2565.

- mit Rußland und Preußen, über die Auslieferung der Staats-Verbrecher.

Patent vom 4. Jänner 1834, S. 105, Nr. 2637.

- Handels- und Schiffsahrts-Vertrag mit dem Könige von Dänemark.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1834, S. 115, Nr. 2661.

- mit Toscana über die wechselseitige Auslieferung der Verbrecher.

Hofkanzlei-Decret vom 28. August 1834, S. 122, Nr. 2668.

- zwischen Oesterreich und Frankreich, über die wechselseitige Befreiung der Erbschaften vom lan-
desfürstlichen, grundherrlichen und bürgerlichen Abfahrtsgelde.

Hofkanzlei-Decret vom 18. December 1834, S. 131, Nr. 2677.

- mit den großherzoglich und herzoglich sächsischen Häusern, über die wechselseitige und unentgelt-
liche Rechtshilfe in Criminalsachen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1835, S. 135, Nr. 2688.

- Staatsvertrag** zwischen der österreichischen und Sachsen-Meiningen'schen Regierung, in Betreff der gegenseitigen unentgeltlichen Justizpflege in Criminal-Angelegenheiten.
Justiz-Hofdecret vom 10. April 1835, S. 5, Nr. 10.
- mit Frankreich, wegen wechselseitiger abzugsfreier Vermögens-Erfolglassung.
Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1835, S. 18, Nr. 30.
 - Schiffahrts-Vertrag zwischen Oesterreich und Griechenland.
Hofkanzlei-Decret vom 7. October 1835, S. 48, Nr. 87.
 - Ausdehnung der bestehenden Vermögens-Freizügigkeit zwischen Oesterreich und Preußen auf alle österreichischen Staaten, mit Ausnahme von Ungarn und Siebenbürgen, und sämtliche preussische Staaten.
Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1835, S. 52, Nr. 89.
 - mit Sachsen, wegen Ausdehnung der bestehenden Vermögens-Freizügigkeit zwischen den zum deutschen Bunde gehörigen Ländern Oesterreichs und Sachsens, auf sämtliche österreichische Staaten, mit Ausnahme Ungarns und Siebenbürgens, und sämtliche sächsische Staaten.
Hofkanzlei-Decret vom 11. November 1835, S. 54, Nr. 93.
 - Ergänzung des unterm 25. März 1818 kundgemachten Staatsvertrages zwischen Oesterreich und Parma, wegen wechselseitiger Auslieferung der Deserteure.
Hofkanzlei-Decret vom 1. Februar 1836, S. 73, Nr. 121.
 - Berichtigung des 9. Artikels des im Jahre 1835 zwischen Oesterreich und Griechenland geschlossenen Handels- und Schiffahrts-Vertrages.
Hofkammer-Decret vom 21. März 1836, S. 79, Nr. 133.
 - mit der Schweiz, über die wechselseitige Vermögens-Freizügigkeit.
Hofkanzlei-Decret vom 14. März 1837, S. 117, Nr. 185.
 - mit dem Königreiche Hannover, über die wechselseitige Vermögens-Freizügigkeit, dann Aushebung des Abschoss- und Abfahrtsgeldes.
Hofkanzlei-Decret vom 17. Juli 1837, S. 134, Nr. 213.
 - mit den deutschen Bundesstaaten, wegen Bestrafung der Verbrechen gegen dieselben.
Patent vom 24. October 1837, S. 149, Nr. 236, und
Justiz-Hofdecret vom 30. October 1837, S. 152, Nr. 239.
 - mit dem Churfürstenthume Hessen, über die gegenseitige Vermögens-Freizügigkeit, dann Aushebung des Abschoss- und Abfahrtsgeldes.
Hofkanzlei-Decret vom 5. November 1837, S. 159, Nr. 241.
 - Ausdehnung des mit dem Königreiche Württemberg bestehenden Vermögens-Freizügigkeits-Vertrages.
Hofkanzlei-Decret vom 13. December 1837, S. 162, Nr. 245.
 - mit Baden. Erläuterung des mit dem Großherzogthume Baden im Jahre 1819 geschlossenen Uebereinkommens über die Vollziehung der gegenseitigen Urtheile.
Justiz-Hofdecret vom 28. Mai 1838, S. 181, Nr. 272.
 - mit Sarbinien, über die wechselseitige Auslieferung der Verbrecher.
Hofkanzlei-Decret vom 30. Juli 1838, S. 270, Nr. 286.
 - der österreichischen Regierung mit dem Königreiche Großbritannien und Irland, hinsichtlich des wechselseitigen Handels und der Schiffahrt.
Hofkanzlei-Decret vom 28. October 1838, S. 280, Nr. 301.

Staatsvertrag. Der Staatsvertrag mit den deutschen Bundesstaaten, wegen Auslieferung der Staatsverbrecher, wird auf alle Provinzen des österreichischen Staates ausgedehnt, in welchen das Strafgesetz vom Jahre 1803 Anwendung findet.

Justiz-Hofdecret vom 25. Februar 1839, S. 333, Nr. 346.

- mit Belgien über die Erbfähigkeit der gegenseitigen Unterthanen, und über die wechselseitige Freizügigkeit des Vermögens und der Verlassenschaften.

Vom 9. Juli 1839, S. 344, Nr. 370.

- Staatsvertrag mit Baiern, wegen Hintanhaltung und Bestrafung der an den gegenseitigen Landesgränzen verübten Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfrevel.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1839, S. 349, Nr. 376, dann

Hofkanzlei-Decret vom 14. Mai 1844, S. 209, Nr. 806.

- Verlängerung des Staatsvertrages mit Parma, wegen wechselseitiger Auslieferung der Verbrecher.

Hofkanzlei-Decret vom 20. December 1839, S. 362, Nr. 398.

- mit dem Könige der Niederlande und Großherzoge von Luxemburg, über die wechselseitige Vermögens-Freizügigkeit der beiderseitigen Unterthanen.

Vom 7. Februar 1840, S. 471, Nr. 406.

- mit Sardinien, zur Sicherstellung der Eigenthumsrechte der in den beiderseitigen Staaten erscheinenden literarischen und artistischen Werke.

Vom 22. Mai 1840, S. 492, Nr. 441.

- mit der freien Stadt Frankfurt, wegen Ausdehnung der Abfahrtsgehd-Befreiung bei wechselseitigen Vermögens-Exportationen auch auf die zum deutschen Bunde nicht gehörigen österreichischen Provinzen, mit Ausnahme der ungarischen Länder.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Juli 1840, S. 515, Nr. 454.

- mit Rußland, in Betreff der Donau-Schiffahrt.

Vom 5. September 1840, S. 529, Nr. 465.

- mit Sicilien, wegen abzugsfreier Verabfolgung der Erbschaften nach dem Königreiche beider Sicilien.

Justiz-Hofdecret vom 2. November 1840, S. 536, Nr. 473.

- zwischen den im deutschen Bunde vereinigten Regierungen, zur Sicherstellung der Rechte der Herausgeber literarischer und artistischer Werke gegen den Nachdruck und die Nachmachung.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1840, S. 540, Nr. 483.

- Dem mit Sardinien abgeschlossenen Staatsvertrage, wegen Beschüzung des literarischen und artistischen Eigenthums gegen den Nachdruck, ist auch die päpstliche, modenische, luccesische, toscanische und parmesanische Regierungen beigetreten.

Hofkanzlei-Decrete vom 26. November und 30. December 1840, S. 542 und 544, Nr. 484 und 488.

- mit Rußland, Preußen, Frankreich, Großbritannien und anderen europäischen Mächten, wegen Abstellung und Unterdrückung des Sklavenhandels.

Vom 20. December 1841, S. 658, Nr. 578.

- mit Preußen, zur Verhütung der Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfrevel an der gegenseitigen Landesgränze.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 26, Nr. 611.

- zwischen Oesterreich und Rußland, über die bedingte Befreiung der österreichischen armen Unterthanen von der Cautionleistung in den bei den Gerichten des Königreiches Polen anhängigen Rechtsachen gegen Beobachtung der Reciprocität.

Justiz-Hofdecret vom 18. Mai 1842, S. 37, Nr. 617.

Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Preußen, wegen der wechselseitigen Beschiffung und Benützung des Oberflusses.

Hofkanzlei-Decret vom 24. Mai 1842, S. 38, Nr. 618.

- zwischen Oesterreich und der Republik Mexico, über die gegenseitige Schifffahrts- und Handelsfreiheit.

Vom 30. Juli 1842, S. 45, Nr. 626.

- mit dem Großherzogthume Oldenburg, wegen Ausdehnung der bestehenden abzugsfreien Vermögens-Freizügigkeit auf die zum deutschen Bunde nicht gehörigen österreichischen Provinzen, mit Einschluß der ungarischen Länder.

Hofkanzlei-Decret vom 27. August 1842, S. 59, Nr. 638.

- zwischen Oesterreich und dem Königreiche beider Sicilien über die wechselseitige Freizügigkeit des Vermögens.

Vom 19. April 1844, und 4. Juli 1846, S. 204 und 340, Nr. 800 und 973.

- zwischen Oesterreich und Preußen, wegen gegenseitiger kostenfreier Behandlung gerichtlicher Requisitionen in Criminal-, Civil- und Vormundschafts-Angelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 13. September 1844, S. 219, Nr. 828.

- mit dem Königreiche beider Sicilien, wegen Auslieferung der Verbrecher und der Militärpflichtigen.

Vom 24. December 1845, S. 297, Nr. 917.

- zwischen Oesterreich und dem Königreiche beider Sicilien, hinsichtlich des wechselseitigen Handels und der Schifffahrt.

Vom 4. Juli 1846, S. 340, Nr. 973.

- zwischen Oesterreich und Rußland, hinsichtlich des wechselseitigen Handels und der Schifffahrt und über die Behandlung der Verlassenschaften der in den gegenseitigen Staaten verstorbenen Unterthanen.

Vom 20. Juli 1846, S. 348, Nr. 974.

- Ausdehnung des Staatsvertrages vom 20. Juni 1817, wegen Freiheit von allen Nachsteuern bei Vermögens-Exportationen zwischen Oesterreich und dem Herzogthume Anhalt-Bernburg auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen Provinzen.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1035.

- Ausdehnung des zwischen Oesterreich und den Fürstenthümern Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen bestehenden Vermögens-Freizügigkeits-Vertrages auf die zum deutschen Bunde nicht gehörigen Länder des österreichischen Kaiserstaates.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1847, S. 465, Nr. 1074.

- Erneuerung der Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preußen, wegen Bestrafung der Falsch-, Jagd-, Fisch- und Geldfälschung an den beiderseitigen Landesgränzen.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Februar 1848, S. 491, Nr. 1117.

- zwischen Oesterreich und Sachsen, über die Feststellung des Gränzlaufes zwischen den Königreichen Böhmen und Sachsen, und über den Austausch der in den beiderseitigen Gebieten enclavirten Parzellen, sowie zur Regelung der Gränzverhältnisse zwischen den beiden Staaten überhaupt und zur Beilegung der damit in Verbindung stehenden Privat-Streitigkeiten.

Vom 30. März 1848, S. 572, Nr. 1132.

- Die sardinische Regierung hat den mit Oesterreich geschlossenen Staatsvertrag, wegen Auslieferung der Verbrecher, aufgekündigt.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1848, S. 616, Nr. 1138.

- S. auch Baden, Baiern, Belgien, Brasilien, Cartele, Dänemark, Deutsche Bundesstaaten, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Hannover, Hessen, Ionische Inseln, Krakau, Modena, Parma, Preußen, Rußland, Sachsen, Sardinien, Schweiz, Sicilien, Württemberg u. u.

Staatsverwaltung nimmt in das rücksichtlich der Grundsteuer-Entrichtung bestehende Rechtsverhältniß der Emphyteuten keinen imperativen Einfluß.

Justiz-Hofdecrete vom 7. April und 7. Juni 1823, S. 139 und 149, Nr. 1931 und 1946.

— Bestimmungen über die Verhältnisse der gesellschaftlichen Privat-Vereine zur Staatsverwaltung.
Hofkanzlei-Decret vom 6. August 1840, S. 522, Nr. 462.

— Rechte der Staatsverwaltung zur Befignahme und Benützung der Inseln in schiff- und flossbaren Flüssen und Strömen.

Hofkammer-Decret vom 19. April 1842, S. 22, Nr. 608.

— Bestimmungen über die Verhältnisse der Privat-Vereine zur Staatsverwaltung.

Hofkanzlei-Decret vom 5. November 1843, S. 165, Nr. 763.

— Die Sparcassen unterliegen der Aufsicht der Staatsverwaltung.

Hofkanzlei-Decret vom 26. September 1844, S. 222, Nr. 832.

Staats-Waldungen. Vorschrift über die Behandlung der Holzbezugsrechte oder Gnadenholzbezüge der Unterthanen in Tirol aus den Staats-Waldungen.

Hofkanzlei-Decret vom 11. April 1847, S. 456, Nr. 1057.

Stadion. Der Titel „Erlaucht“ ist dem Haupte der mediatisirten reichsständischen gräflichen Familie Stadion von den Behörden in den Erlässen zu geben.

Justiz-Hofdecret vom 13. October 1829, S. 174, Nr. 2433, und

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

— **Thannhausen** und

— **Warthausen.** Den Häuptionen dieser reichsständisch-gräflichen Familien gebührt der Titel „Erlaucht“.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Stadtbücherliche Realität. S. Realität.

Stadtconvict. Behandlung der in k. k. Staatsdienste eintretenden Zöglinge des Wiener Stadtconvicts hinsichtlich der Verleihung des Adjutants.

Allerhöchste Entschliessung vom 18. Februar 1845, S. 253, Nr. 870.

Stadt- und Landrecht. S. Landrecht.

Stadtbürger. S. Bürger.

Stadtschreiber. Vorschrift über die Besetzung der Stadtschreiberstellen bei den Landmagistraten und Gemeinden in Böhmen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1826, S. 2, Nr. 2159.

Städte. Bestimmung der Gebühr für die Ausfertigung eines Grundbuchs-Auszuges bei den Schutz- und unterthänigen Städten in Böhmen.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juni 1825, S. 302, Nr. 2099.

— Vorschrift über die Besetzung der Syndikerstellen bei den Municipal-Städten in Steiermark und dem Klagenfurter Kreis.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1825, S. 302, Nr. 2100.

— In wieferne die Gemeinden der freien Städte in Böhmen zur Sicherung eines Processes die Bewilligung der politischen Landesstelle bedürfen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 309, Nr. 2109.

— Die mit Justiz-Hofdecret vom 7. September 1822 angeordnete Vermessung der Beiträge aus Verlassenschaften für den Normal-Schulfond, hat auch für die landesfürstlichen Märkte in Mähren zu gelten.

Decret der Studien-Hofcommission vom 3. December 1825, S. 331, Nr. 2151.

Städte. In welchen Fällen die unterthänigen Gemeinden und Schutzstädte zur Anstrengung eines Rechtsstreites die Bewilligung ihrer Obrigkeit, oder jene des Kreisamtes anzufragen haben.

Justiz-Hofdecret vom 29. Juli 1826, S. 39, Nr. 2209.

- Die Magistrate der schutzhobrigkeitlichen Städte haben jährlich ihren Schutzhobrigkeiten die Baifen- und Depositenamts-Rechnungen zur Revision vorzulegen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. October 1828, S. 133, Nr. 2363.

- Anwendung des Patentes vom 31. December 1800, über die Behandlung der Pächter von Staatsgütern, welche ihre Verbindlichkeit nicht erfüllen, auf die Pachtungen der Güter der Städte.

Hofkanzlei-Decret vom 29. August 1835, S. 43, Nr. 83.

- (landesfürstliche). Bestimmung des Heimfallrechtes der landesfürstlichen Städte auf erblose Verlassenschaften.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1839, S. 346, Nr. 372.

- Die landtäfflichen Güter der Städte können der galizisch-ständischen Creditanstalt beitreten.

Hofkanzlei-Decret vom 31. Jänner 1846, S. 310, Nr. 925.

- S. auch Gemeinden.

Städtische Beamte. S. Beamte.

- **Depositenämter.** S. Depositenamt.

- **Gerichte.** S. Gerichtsstellen.

- **Güter.** S. Gut.

Stämpel. Vorschrift wegen Stämpfung gerichtlicher Schätzungs-Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juni 1821, S. 31, Nr. 1765.

- Benehmen der Gesäfsbeamten, wenn sie bei Gerichtsbehörden ungestämpelte Urkunden aufsuchen wollen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juni 1821, S. 32, Nr. 1767.

- **Classe** für Besitzer der Hammerwerke.

Hofhammer-Decret vom 12. August 1821, S. 44, Nr. 1791.

- Zur Bestimmung der Stämpelhöhe für den Bescheid zur Verlassenschafts-Einantwortung soll ein Vermögensausweis nicht gefordert werden.

Hofhammer-Decret vom 10. April 1822, S. 92, Nr. 1862.

- bei Anstellungs-, Bewilligungs- oder Anweisungs-Decreten.

Hofhammer-Decret vom 19. November 1823, S. 162, Nr. 1973.

- In Tirol ist der Stämpel zu Geldurkunden nach dem Betrage in Conventions-Münze nach dem Zwanzigguldenfuße zu bemessen.

Hofhammer-Decret vom 29. November 1823, S. 163, Nr. 1975.

- Benehmen der Taxämter bei Verrechnung des Stämpels, wo in Fällen officiofer Vertretung eine Vormerkung desselben gestattet wird.

Hofhammer-Decret vom 28. Februar 1824, S. 194, Nr. 1990.

- Durchsuchung der Registraturen der Patrimonialgerichte und der nicht förmlich besetzten Magistrate zum Besuße des Stämpelgefälles mit Zuziehung eines Appellationsrathes.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juni 1824, S. 211, Nr. 2014.

- Stämpfung der gerichtlichen Vergleiche, ohne Rücksicht, ob solche auf der Rückseite der Klagschrift oder auf einem besonderen Bogen ausfertigt werden, mit dem fünfzehn Kreuzer-Stämpel.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juli 1824, S. 215, Nr. 2020.

- Wegen Indorsirung der im Auslande, oder in einer Provinz, wo das Stämpelgefäll nicht eingeführt ist, errichteten Urkunden gegen Entrichtung der einfachen Stämpelgebühr.

Justiz-Hofdecret vom 13. August 1824, S. 261, Nr. 2029.

Stämpel. Bestimmung für Einbegleitungsberichte über Gesuche um eine erledigte Dienststelle.

Justiz-Hofdecret vom 18. December 1824, S. 280, Nr. 2059.

— bei Befehungs-Vorschlägen zu Dienststellen.

Justiz-Hofdecret vom 18. December 1824, S. 280, Nr. 2060.

— Daß von dem amtlichen Vertreter eines armen Abwesenden, oder dessen Wohnsitz unbekannt ist, gestellte Gesuch, um Vormerkung der Judicial-Gebühren, darf ungestämptelt eingebracht werden.

Hofkammer-Decret vom 15. Jänner 1825, S. 286, Nr. 2066.

— Stämpfung der Anweisung des Quartiergeldes bei Anstellung oder Beförderung eines Beamten ebenso, wie jener des Gehaltes für jede dieser verschiedenen Gebühren nach ihrem abgeforderten Betrage.

Hofkammer-Decret vom 19. Jänner 1825, S. 287, Nr. 2067.

— Jeder wirkliche Gewerbs- und Handelsmann in einer Stadt ist in Beziehung auf die Classen des Papier-Stämpels als Bürger jener Stadt zu betrachten, wenn er auch dort das Bürgerrecht nicht besitzt.

Hofkammer-Decret vom 26. Jänner 1825, S. 288, Nr. 2069.

— zu gerichtlichen Vergleichen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1825, S. 288, Nr. 2072.

— zu den in Tirol üblichen Sicherheits-Ausweisen.

Hofkammer-Decret vom 16. Februar 1825, S. 289, Nr. 2073.

— Auch bei dem Oberst-Hofmarschallamte ist das Stämpelpatent in Partelgeschäften in Anwendung zu bringen, mit Ausnahme diplomatischer Personen, die zugleich fremde Unterthanen sind.

Justiz-Hofdecret vom 20. Mai 1825, S. 300, Nr. 2094.

— Ausdehnung der Verordnung vom 11. Juni 1824, wegen Durchsuchung der Registraturen der Patrimonialgerichte, auch auf die landesfürstlichen Landgerichte in Tirol und Vorarlberg, mit der Hofkammer-Verordnung vom 28. Juni 1825, wegen Aufrechthaltung des Ansehens der Gerichtsbehörden bei Stämpel-Visitationen.

Justiz-Hofdecret vom 6. August 1825, S. 314, Nr. 2123.

— Vorschrift über die Vormerkung der Stämpel-Gebühren in Streitsachen armer Parteien.

Hofkammer-Decret vom 26. October 1825, S. 327, Nr. 2140.

— Gebiete unterliegen dem Stämpel von 15 Kreuzer.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1826, S. 1, Nr. 2155.

— Vergleiche sind bei der Prätur zu Triest auf Stämpeln zu 15 Kreuzer auszufertigen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Jänner 1826, S. 2, Nr. 2157.

— Wann und wie von Anzeigen über die einer Obrigkeit zur Last gelegten Stämpel-Patents-Übertretungen Gebrauch gemacht werden könne.

Justiz-Hofdecret vom 24. Februar 1826, S. 7, Nr. 2166.

— Die im Auslande oder stämpelfreien Inlande errichteten, zu einer Verlassenschafts-, Pupillar-, Curatel- oder Concurs-Masse gehörigen Urkunden, bleiben vom Stämpel frei, wenn sie dem Gerichte bloß zur Aufbewahrung überreicht werden, sie unterliegen demselben erst dann, wenn sie zu einer amtlichen oder gerichtlichen Verhandlung aus dem Depositen-Amte erhoben und als Beilagen eines Geschäftes bei einer Behörde gebraucht werden.

Justiz-Hofdecret vom 6. Mai 1826, S. 17, Nr. 2183.

— Befreiung der in vorgeschriebener Frist erfolgten Inscriptionen, Erneuerungen und Transcriptionen der Hypotheken im lombardisch-venetianischen Königreiche vom Stämpel.

Patent vom 19. Juni 1826, S. 21, Nr. 2193.

Stämpel. In welchen Fällen die Handlungsbilanzen vom Stämpel befreit sind, und wann selbe der Stämpelung unterliegen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1826, S. 39, Nr. 2210.

- Den Stämpelgebühren unterliegen Recurse und Gesuche der Magistrate und anderer Justiz-Obriheiten, um Nachsicht oder Mäßigung der wider sie verhängten Geldstrafen.

Hofkammer-Decret vom 30. Mai 1827, S. 82, Nr. 2280.

- Auch sogenannte Interims-Urkunden unterliegen dem Stämpel.

Hofkammer-Decret vom 9. August 1827, S. 90, Nr. 2299.

- Die Ausfertigung und Zustellung der gestämpelten Abschriften von der auf Ersuchen eines andern Gerichtes aufgenommenen Schätzungs-Urkunde hat der requirirende Richter zu besorgen.

Justiz-Hofdecret vom 26. Jänner 1828, S. 108, Nr. 2324.

- Herrschaften haben für die Stämpel zu den Protokollen mit dem Regresse an ihre Beamte oder an die zahlungspflichtigen Parteien zu haften.

Hofkammer-Decret vom 3. December 1828, S. 139, Nr. 2372.

- Dem classenmäßigen Stämpel unterliegen die den Erbsteuer-Ausweisen zugelegten Schätzungs-Acte und andere Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 6. Februar 1829, S. 144, Nr. 2382.

- Die Substitutions-Vollmachten werden dem Stämpel nach der Eigenschaft des Ausstellers unterzogen.

Hofkammer-Decret vom 15. Februar 1829, S. 144, Nr. 2384.

- Stämpelbestimmung für die Substitutions-Vollmachten der Advocaten.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1829, S. 169, Nr. 2424.

- Befreiung der Verhandlungen über die Schätzung der Realitäten verunglückter Unterthanen zum Behufe der Aufnahme von Darlehen aus Waisen-, Kirchen- oder öffentlichen Fonds-Cassen, von dem Gebrauche des Stämpels.

Hofkanzlei-Decret vom 18. November 1831, S. 25, Nr. 2539.

- Fristbestimmung zur Stämpelung der obrigkeitlichen Protokolle und der Abschriften oder Auszüge derselben. Abnahme des Stämpels bei Verlassenschafts-Abhandlungen auf dem Lande. Einbringung dieser Stämpelbeträge, Haftung der Obriheiten für den richtigen Gebrauch derselben.

Hofkammer-Decret vom 10. Jänner 1832, S. 29, Nr. 2544.

- Befreiung der Unterthanen von den Strafen der Uebertretung des Stämpelpatentes in Rücksicht der classenwidrig oder bloß durch Indossitur gestämpelten Urkunden, welche bei den Gerichtsbehörden auf dem Lande, sowohl bei periodischen Stämpelrevisionen, als durch eine vorhergegangene Anzeige entdeckt werden.

Hofkammer-Decret vom 15. Mai 1832, S. 61, Nr. 2564.

- Vorschrift über den Stämpel zu den bei Errichtung einer Gütergemeinschaft verfertigten Güterverzeichnissen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Jänner 1833, S. 75, Nr. 2588.

- Abschriften von ursprünglich auf classenmäßigem Stämpel ausgefertigten gerichtlichen Protokollen sind stämpelfrei und werden den Parteien nur auf ihr Verlangen ertheilt.

Hofkammer-Decret vom 2. Juli 1833, S. 94, Nr. 2620.

- Die Bewilligung zur Vormerkung der Stämpelgebühren erstreckt sich auf alle drei Instanzen.

Justiz-Hofdecret vom 6. September 1833, S. 102, Nr. 2630.

- Bestimmung des Stämpels für Vicepräsidenten der Hof- und Länderstellen und der Gerichtsbehörden erster und zweiter Instanz.

Hofkammer-Decret vom 7. September 1833, S. 102, Nr. 2631.

Stämpel. Theil-Libelle, welche dem Gerichte von Vormündern und Curatoren überreicht werden, sind vor der gerichtlichen Genehmigung nach dem §. 10, lit. f des Stämpelpatentes zu behandeln, nach der Genehmigung aber mit dem Werthstämpel zu versehen.

Hofkammer-Decret vom 31. October 1834, S. 128, Nr. 2672.

- Die Quittungen über die aus Criminal-Depositenämtern erhobenen Gelder und Sachen sind stämpelfrei.

Justiz-Hofdecret vom 20. December 1834, S. 131, Nr. 2678.

- Die ersten Abschriften von Testamenten und Inventarien werden nicht von Amtswegen auf classenmäßigem Stämpel ausfertigt; die Gerichtsbehörden sollen jedoch die Parteien nicht in die Lage setzen, die Erhebung dieser Abschriften zu unterlassen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Jänner 1835, S. 134, Nr. 2684.

- Eideskräftige Vermögens-Bekanntnisse unterliegen dem Stämpel zu sechs Kreuzer.

Justiz-Hofdecret vom 24. Jänner 1835, S. 135, Nr. 2686.

- Befreiung der Duldungs-Consense und Wohlverhaltenszeugnisse, welche den Unterthanen zum Behufe des zeitlichen Aufenthaltes auf einem anderen Dominium ausgestellt werden, vom Stämpel.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Februar 1835, S. 136, Nr. 2689.

- Bestimmung des Stämpels für Beurtheile auf den Beweis durch Zeugen oder Kunstverständige.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juni 1835, S. 24, Nr. 42.

- Bedingungsweise Haftung der den armen Parteien von Amtswegen beigegebenen Vertreter für die Stämpelgebühren.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1837, S. 106, Nr. 171.

- Bestimmung des Stämpels für Duplicate gerichtlicher Entscheidungen und Decrete.

Hofkammer-Decret vom 8. März 1837, S. 115, Nr. 181.

- Dem vorschriftmäßigen Stämpel unterliegen die in hebräischer Sprache oder mit hebräischen Buchstaben ausgestellten Urkunden und Schriften, wenn sie als gerichtliche Beweismittel dienen.

Hofkammer-Decret vom 26. Mai 1838, S. 181, Nr. 271.

- und Taxpatent vom 27. Jänner 1840, S. 385, Nr. 404.

- Bezeichnung jener Gesetze und Verordnungen, welche durch das Stämpelpatent vom 27. Jänner 1840 außer Kraft gesetzt, oder in ihrer Wirksamkeit eingeschränkt werden, und welche fortan in Kraft bleiben sollen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 24. Mai 1840, S. 498, Nr. 442.

- Vorschrift über die Stämpelbefreiung und Stämpel-Vormerkung für arme und Abwesende, in Folge des Stämpel- und Taxgesetzes vom 27. Jänner 1840.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 26. Juli 1840, S. 517, Nr. 457.

- Bestimmung der Stämpelgebühren für die in Betreff der Notizenbücher im Küstenlande vorkommenden Urkunden und Amtshandlungen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 4. August 1840, S. 521, Nr. 461.

- Bestimmung der Stämpelgebühren bei den Amtshandlungen der landesfürstlichen Pfliegergerichte des Jun- und Salzburger Kreises.

Hofkammer-Decret vom 24. November 1840, S. 539, Nr. 481.

- Stämpelpflicht der Gesuche der Gränzkämmerer in Galizien und ihrer Amtsboten, um Anweisung und Execution der ihnen für ihre Amtshandlungen zuerkannten und von den Parteien einbringenden Gebühren.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1841, S. 567, Nr. 520.

Stämpel. Das Stämpel- und Lirpatent vom 27. Jänner 1840 findet auf die schlesischen Landrechte Johannesburg, Troppau und Teschen mit Vieles keine Anwendung.

Justiz-Hofdecret vom 27. August 1842, S. 60, Nr. 639.

- Das Appellationsgericht ist nicht berechtigt, bei Cassirung eines Urtheiles des ersten Richters die stämpelfreie Ausfertigung des statt des cassirten neu zu schöpfenden Urtheiles anzuordnen.

Justiz-Hofdecret vom 30. August 1843, S. 137, Nr. 736.

- Vorschrift für den Fiskus in Vertretung stämpelfreier Parteien und Fonde über die Vormerkung und Eintreibung der Stämpelgebühren von dem sachfälligen Gegner, und deren Abfuhr an die Bezirksamten.

Hofkammer-Decret vom 1. Mai 1844, S. 207, Nr. 803.

- Befreiung der Sparcassbüchel vom Gebrauche des Stämpels, dann Bestimmung jener Urkunden, welche dem Werthstämpel unterliegen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. September 1844, S. 222, Nr. 832.

- Vorschrift über die Behandlung der Gesuche und Recurse wegen Stämpelbefreiung auf Grundlage von Armuthszeugnissen.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 329, Nr. 949.

Stämpeln. Bestrafung der Verfertigung und des Gebrauchs von Stämpeln zu Abdrücken und plastischen Nachbildungen von Münzen als schwere Polizei-Übertretung.

Hofkanzlei-Decret vom 1. Juli 1845, S. 270, Nr. 895.

Stämpelbefreiung der im diplomatischen Wege verlangten Tauf-, Trau- und Todtenscheine, dann anderer dergleichen Zeugnisse.

Hofkanzlei-Decret vom 29. December 1835, S. 67, Nr. 112.

- der Verhandlung jener Verlassenschaftsgegenstände, welche von den vor dem 1. November 1840 eingetretenen Todesfällen herrühren, und für welche die Erbsteuer noch zu bemessen ist.

Hofkanzlei-Decret vom 18. August 1841, S. 604, Nr. 556.

- Die Gerichte entscheiden über die Frage, ob die zum Behufe der Stämpelbefreiung in einer Streitfache von Parteien beigebrachten Armuthszeugnisse die vorgeschriebenen Eigenschaften haben.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 584.

- Politische Behörden haben über Beschwerden wegen Verweigerung eines Armuthszeugnisses zur Erlangung der Stämpelbefreiung vor Gericht zu entscheiden.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Jänner 1842, S. 6, Nr. 589.

- Vorschrift über die Ausfertigung und Bestätigung der Armuthszeugnisse für Israeliten in Prag zum Behufe der Stämpelbefreiung in ihren Rechtsstreitigkeiten.

Hofkammer-Decret vom 16. November 1843, S. 172, Nr. 766.

- Die von Amtswegen auszufertigenden Todtenscheine der in den österreichischen Staaten verstorbenen dänischen Unterthanen sind sowohl in der Ausstellung als auch bei der Legalisirung vom Stämpel befreit.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Februar 1846, S. 315, Nr. 931.

- Ueber die Stämpelbefreiung auf Grund der beigebrachten Armuthszeugnisse entscheiden die Gerichtsbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 329, Nr. 949.

- Die Ausstellung der Armuthszeugnisse für Israeliten auf dem Lande zur Erlangung der Stämpelbefreiung in Rechtsstreitigkeiten wird den Ortsobrigkeiten überlassen.

Hofkammer-Decret vom 3. Februar 1848, S. 490, Nr. 1115.

Stämpelfreie Ausfertigung. S. Ausfertigung, Stämpel.

Stämpelgefälls-Beamte. S. Beamte.

Stämpelpatents-Übertretungen. S. Stämpel.

Stämpel-Revisionen. Vorschrift über die Vornahme der Stämpel-Revisionen durch Gefälls-behörden bei den Landgerichten und nicht regulirten Magistraten in Tirol und Vorarlberg.

Justiz-Hofdecret vom 6. August 1825, S. 314, Nr. 2123.

— — Assistenzleistung eines Kreis-Commissärs zu den Stämpel-Revisionen bei Dominien und nicht vollständig organisirten Magistraten.

Justiz-Hofdecret vom 17. November 1826, S. 55, Nr. 2232.

— — Befreiung der Untertanen von den Strafen der Übertretung des Stämpelpatentes in Rücksicht der classenwidrig oder bloß durch Indossirung gestämpelten Urkunden, welche bei den Gerichtsbehörden auf dem Lande sowohl bei den periodischen Stämpel-Revisionen, als durch eine vorhergegangene Anzeige entdeckt werden.

Hofkammer-Decret vom 15. Mai 1832, S. 61, Nr. 2564.

— — Benehmen bei Stämpel-Revisionen bei Behörden, wo geheime Acten vorkommen, deren Einsicht verweigert wird.

Hofkammer-Decret vom 11. Mai 1841, S. 578, Nr. 534.

— — Die Cameralbehörden haben bei Gelegenheit der Stämpel-Revisionen bei den Gerichtsbehörden und Obrigkeiten die zum Behufe der Stämpelbefreiung angestellten Armuthszeugnisse zu prüfen, und nach Maßgabe des Befundes ihr Amt zu handeln.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 584.

— — Bei den vorzunehmenden Stämpelgefälls-Revisionen sind auch die Zulassungen zum Armenrechte von den revidirenden Cameralbeamten zu prüfen, und die vorkommenden Anträge der vorgesetzten Behörde anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 329, Nr. 949.

— **Verleger.** Bestimmung der Rechte der Gläubiger auf das vorhandene Stämpelpapier der verschuldeten Stämpel-Verleger.

Hofkammer-Decret vom 11. Mai 1841, S. 578, Nr. 535.

— — Vorschrift hinsichtlich des gerichtlichen Verbotes und der Execution auf die Verschleiß-, Provisions- und Cassenbarschaft der Stämpel-Verleger.

Hofkanzlei-Decret vom 13. October 1844, S. 237, Nr. 840.

— **Verschleiß.** Sequestration des Stämpel-Verschleißes zur Befriedigung privatrechtlicher Forderungen.

Hofkammer-Decret vom 13. October 1844, S. 237, Nr. 840.

Stände in Steiermark haben kein Recht über den Dominical- oder Rustical-Besitzstand einer Realität zu entscheiden.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Juni 1834, S. 114, Nr. 2657.

— In wieferne das Verbot des Zusammenbringens verwandter oder verschwägelter Personen bei einer und derselben Behörde auf die ständischen Collegien anzuwenden sei.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1839, S. 320, Nr. 326.

— Errichtung einer galizisch-ständischen Credits-Anstalt.

Patent vom 3. November 1841, S. 614, Nr. 569.

— Vorschrift in Absicht auf das Benehmen der Stände bei Ertheilung von Adels-Certificaten, Abschriften von Adels-Documenten, Bestätigung des einer bestimmten Familie zustehenden Incolates und der Stammbäume.

Hofkanzlei-Decret vom 4. December 1846, S. 392, Nr. 1005.

— Den zwei oberen Ständen jener Provinz, wo es einen abgesonderten Herren- und einen abgesonderten Ritterstand gibt, wird das Recht, die Ritterbürgigkeit und Wappen einzelner Ähnen zu Behufe der Ähnenproben zu bestätigen, aufrecht erhalten.

Hofkanzlei-Decret vom 4. December 1846, S. 392, Nr. 1005.

Ständische Beamte. *S. Beamte.*

— **Dienste.** Professoren dürfen nicht in ständischen Diensten stehen.

Justiz-Hofdecret vom 8. April 1828, *S.* 112, Nr. 2333.

— **Obligationen.** *S. Obligationen.*

Ständischer Kataster. *S. Kataster.*

Stammbäume. Die Verfassung der Stammbäume, sowie die Erfolgung von Adels-Notizen und genealogischen Tableaux an Parteien wird den Landtafel-Beamten in Böhmen untersagt; dieselben sind für sich allein keine Beweisurkunde.

Hofkanzlei-Decret vom 14. December 1835, *S.* 63, Nr. 104.

— (adeliche) dürfen von Pfarrern und Seelsorgern nicht ausgestellt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1838, *S.* 279, Nr. 244.

— Umfang des Wirkungskreises der Stände, in Beziehung auf Ausfertigungen, welche Stammbäume betreffen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. December 1846, *S.* 392, Nr. 1005.

Stams. Die Heimfugung der Hofgerichtsbarkeit von Stams und des Pfandgerichtes Petersberg in Tirol wird angenommen, und für diese beiden Gerichtsbarkeiten ein landesfürstliches Landgericht erster Classe mit dem Sitze zu Sitz errichtet.

Justiz-Hofdecret vom 26. Mai 1826, *S.* 18, Nr. 2187.

Standeserhöhungen. Den k. k. Unterthanen ist nicht erlaubt, bei fremden Regenten Standeserhöhungen und Ehrentitel anzufuchen, oder sie ohne Allerhöchste Bewilligung anzunehmen, und sich derselben in den k. k. Staaten zu bedienen.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Juni 1834, *S.* 113, Nr. 2656.

— In wieferne österreichische Staatsbürger von fremden Regierungen Standeserhöhungen annehmen dürfen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1838, *S.* 240, Nr. 279.

— *S.* auch Titel.

Standort. Als Wohnsitz der Glieder der Gränzwache, in Bezug auf die Civil- und Criminal-Gerichtsbarkeit, ist der bestimmte Standort ihres Compagniecommando anzusehen.

Justiz-Hofdecret vom 28. September 1842, *S.* 61, Nr. 643.

Standrecht. Neue Vorschriften über das standrechtliche Verfahren; wann dasselbe statt habe; längste Dauer dieses Verfahrens; Ermächtigung des Standrechtes, hinsichtlich der Militär- und anderer zur Militärgerichtsbarkeit gehörigen Personen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1821, *S.* 9, Nr. 1739.

— Ueber die Zuständigkeit der Militärgerichtsbarkeit in der Carlstädter- und Banal-Militärgränze in Fällen des standrechtlichen Verfahrens; nähere Erklärung des Justiz-Hofdecretes vom 12. Februar 1821.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juli 1821, *S.* 36, Nr. 1774.

— Ausdehnung des standrechtlichen Verfahrens auf alle Diejenigen, die in dem bezeichneten Bezirke während der Dauer des Standrechtes einen Raub verübt haben, und auf ihre Mitschuldige.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1827, *S.* 67, Nr. 2257.

— Bestimmung der Gerichtsbarkeit über die außer dem standrechtlichen Verfahren in der Militärgränze betretenen Verbrecher, welche keine Bewohner der Militärgränze sind.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1830, *S.* 208, Nr. 2481.

— Vergütung der Kosten des Standrechtes in Fällen, wo das Standrecht die Untersuchung dem ordentlichen Criminalgerichte zuweist.

Justiz-Hofdecret vom 22. März 1833, *S.* 86, Nr. 2604.

— Standrechtsmäßige Behandlung der Pest-Gordons-Überschreiter.

Hofkanzlei-Decret vom 14. März 1834, *S.* 109, Nr. 2645.

Standrechtliches Verfahren. S. Standrecht.**Stanislawow.** Für Stanislawow werden sieben Advocaten bestimmt.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1822, S. 88, Nr. 1853.

- Für das Landrecht zu Stanislawow in Galizien wird die Zahl der Auscultanten, ohne Vermehrung der schon bestehenden Adjuten, auf fünf festgesetzt.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1826, S. 36, Nr. 2207.

- Bei dem Criminalgerichte zu Stanislawow hat eine Criminal-Actuars-Stelle einzugehen, und werden denselben vier Auscultanten, Einer mit einem Adjutum per 300 fl., zwei mit 200 fl. und Einer ohne Adjutum bewilliget.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1826, S. 36, Nr. 2207.

- Das Districtual-Berggericht zu Bohorodjan in Galizien wird nach Stanislawow übersezt.

Justiz-Hofdecret vom 27. September 1833, S. 103, Nr. 2632.

- Für das Landrecht zu Stanislawow werden sechs Auscultanten und vier Adjuten, wovon zwei mit 300 fl. und zwei mit 200 fl., sistemisirt.

Justiz-Hofdecret vom 16. Jänner 1837, S. 102, Nr. 166.

- Das bisher zu Stanislawow bestandene Districtual-Berggericht wird definitiv nach Kosimea übersezt.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Februar 1843, S. 96, Nr. 682.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei dem Landrechte zu Stanislawow.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1847, S. 474, Nr. 1092.

Starhemberg. Dem Chef des fürstlichen Hauses Starhemberg gebührt der Titel: „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, und

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Statistik. Vorschrift über die Verfassung der statistischen Ausweise der Justizgeschäfte.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1841, S. 549, Nr. 490.

- Vorschrift für Criminalgerichte über die Verfassung der statistischen Ausweise.

Justiz-Hofdecret vom 7. März 1842, S. 14, Nr. 601.

- Die statistischen Ausweise der Gerichte sind dem Justiz-Ministerium vorzulegen.

Erlaß des Justiz-Ministers vom 21. August 1848, S. 652, Nr. 1176.

Statistische Ausweise. S. Statistik.**Status elaboratorum.** S. Ausweise, Tabellen.**Statuten.** Seine Majestät haben die Statuten zur Gründung einer Versorgungs-Anstalt für mittellose und gebrechliche Prager Advocaten und Mitglieder der dortigen juridischen Facultät zu genehmigen geruht.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1838, S. 183, Nr. 274.

- (neue) des deutschen Ritter-Ordens.

Patent vom 28. Juni 1840, S. 509, Nr. 451.

- der österreichischen Nationalbank.

Patent vom 1. Juli 1841, S. 584, Nr. 547.

- der galizisch-ständischen Credits-Anstalt.

Patent vom 3. November 1841, S. 614, Nr. 569.

- Abänderung der §§. 4 und 5 der Statuten der Wiener-Bloggniger Eisenbahn hinsichtlich der dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte eingeräumten Gerichtsbarkeit über dieselbe.

Justiz-Hofdecret vom 25. April 1844, S. 207, Nr. 802.

Statuten. Erläuterung und Erweiterung des §. 33 der Statuten der galizisch-ständischen Credits-Anstalt, welche Lasten und Stiftungscapitalien mit dem Vorrechte vor den Forderungen der Credits-Anstalt auf den Gütern belassen werden können.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Mai 1844, S. 208, Nr. 805.

- Erläuterung des §. 55 der Statuten der österreichischen Nationalbank, über die Vorrechte derselben auf alles bewegliche Vermögen ihres Schuldners, in dessen Innehabung sie gelangt ist.

Justiz-Hofdecret vom 26. September 1844, S. 222, Nr. 831.

- über die Bildung, Einrichtung und Ueberwachung der Sparcassen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. September 1844, S. 222, Nr. 832.

- Abänderung des §. 2 der Statuten der galizisch-ständischen Credits-Anstalt, der zufolge auch landtäfliche Güter der Geistlichkeit, der milden Stiftungen, der Städte und der unter ihrer Aufsicht stehenden Stiftungen dieser Anstalt beitreten dürfen.

Hofkanzlei-Decret vom 31. Jänner 1846, S. 310, Nr. 925.

- Bekanntgebung des 7. und 10. Paragraphes der Statuten der privilegierten ersten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

Justiz-Hofdecret vom 5. August 1846, S. 355, Nr. 977.

Steckbriefe. Die von den deutschen an die ungarischen und von den ungarischen an die deutschen Behörden, auch ohne Begleitungsschreiben, kommenden Steckbriefe sind anzunehmen und in Umlauf zu setzen.

Justiz-Hofdecret vom 21. März 1821, S. 14, Nr. 1748.

- sind in der Regel von den Criminalgerichten auszufertigen, nur in besonders dringenden Fällen kann auch die politische Obrigkeit anstatt des Criminalgerichtes Steckbriefe erlassen, welche die Gerichtsbarkeit desjenigen Criminalgerichtes begründen in dessen Bezirk sich die politische Behörde befindet.

Justiz-Hofdecret vom 10. Juli 1829, S. 165, Nr. 2417.

- Vorschrift über die Erlassung der Steckbriefe gegen flüchtige Pestcordons-Uebertreter.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juni 1830, S. 200, Nr. 2468.

- Wann die Ablieferung des flüchtigen Beschuldigten an dasjenige Criminalgericht, welches den Steckbrief erlassen hat, gerechtfertiget ist.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juli 1847, S. 466, Nr. 1076.

Steier. Zuweisung der bisher von dem Haller Berggerichte verwalteten berggerichtlichen Cameral-, Lehens- und Justizpflege erster Instanz für den Inn- und Hausbrudkreis, vom 1. Juli 1840 an, an das Berggericht zu Steier.

Decret der Hofammer in Münz- und Bergwesen vom 3. Juni 1840, S. 501, Nr. 446.

Steierregg. Die Verlassenschafts-Abgaben für das Spital zu Steierregg in Oesterreich ob der Enns werden aufgelassen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

Steierisches Banngericht. S. Banngericht, Steiermark.

Steierisches Landrecht. S. Landrecht.

Steiermark. Vorschrift über die Verwaltung des unterthänigen Waisenvermögens in Steiermark.

Justiz-Hofdecret vom 16. Februar 1822, S. 79, Nr. 1839.

- Bestimmung der Zahl der Advocaten für Steiermark.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1822, S. 93, Nr. 1865.

- Abstellung der Ausstellung der Schirmbriefe und der Einhebung der Schirmbrieftaxe bei Besitzveränderungen in Steiermark und Vorschrift über den Bezug der Grundbuchs- und Taxgebühren.

Hofkanzlei-Decret vom 23. März 1823, S. 291, Nr. 2079.

Steiermark. Vereinigung der kaiserlichen Zollgefällen-Administration mit der steierisch-kärnthnerischen in Graß.

Justiz-Hofdecret vom 20. Mai 1825, S. 301, Nr. 2097.

- Vorschrift über die Besetzung der Sinderkerstellen bei den Municipal-Städten und Märkten in Steiermark.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1825, S. 302, Nr. 2100.

- Für das steierische Landrecht wird die Zahl der Auscultanten auf acht festgesetzt.

Justiz-Hofdecret vom 21. Juli 1826, S. 35, Nr. 2205.

- Vorschrift über die Behandlung der Urlaubsgesuche der herrschaftlichen Bezirks-Commissäre und Ortsrichter in Steiermark.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1827, S. 89, Nr. 2298.

- Bestimmung des Termins zur Fiscalprüfung in Steiermark.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1828, S. 124, Nr. 2351.

- Die Sträflinge aus Steiermark, welche bisher auf den Brünner Spielberg abzuliefern waren, sind künftig in das Strafhaus zu Grabska zu bringen.

Justiz-Hofdecret vom 25. April 1829, S. 153, Nr. 2398.

- Welchen Sträflingen aus Steiermark die Citabelle zu Grabska als Strafort angewiesen ist.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1829, S. 161, Nr. 2408.

- Bestellung des steierischen Landrechtes zur rechtsprechenden ersten Criminal-Instanz in Steiermark; Verhältnisse desselben gegen die steierischen Bann- und Landgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 1. Mai 1830, S. 196, Nr. 2462.

- Errichtung einer vereinigten Cameral-Gefällen-Verwaltung für Steiermark, mit dem Sitze zu Graß.

Justiz-Hofdecret vom 27. August 1830, S. 205, Nr. 2477.

- Vorschrift über die Correspondenzform zwischen den Landgerichten und dem Landrechte in Steiermark. Die Landgerichte haben den in Criminalsachen erlassenen Aufträgen des steierischen Landrechtes zu entsprechen.

Justiz-Hofdecret vom 6. Mai 1831, S. 14, Nr. 2515.

- Den Landgerichts-Herrschaften in Steiermark wird die Prüfung und Beerdigung der Landgerichts-Diener überlassen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. Juni 1833, S. 94, Nr. 2619.

- Bestimmung der Vormundschafts-Behörde für Findel- und Waisenkinder in Steiermark.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1833, S. 104, Nr. 2636.

- Die Stände in Steiermark haben kein Recht über den Dominical- und Rustical-Besitzstand einer Realität zu entscheiden.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Juni 1834, S. 114, Nr. 2657.

- Vorschrift für Vormundschafts-Nemter und Magistrate in Steiermark, über die Verabfolgung des aufbewahrten Vermögens der Mündel, Pflegebefohlenen und Waisen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1837, S. 106, Nr. 172.

- Vorschrift über die Eintreibung von Urbarialgaben-Rückständen in Steiermark.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Mai 1840, S. 492, Nr. 440.

- Strafbestimmung auf die Verschweigung des wahren Werthes einer Realität in Steiermark zum Behufe der Verkürzung der grundherrlichen Laudemialgefälle.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Februar 1843, S. 95, Nr. 680.

- Criminal-Gerichtsbarkeit des Landgerichtes Spital am Pyhrn im Traunkreise über den in Steiermark liegenden Theil seines Bezirkes.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juli 1843, S. 126, Nr. 718.

Steiermark. Wirkung der bisherigen Intabulation oder Pränotation auf verkäufliche nicht radicirte Gewerbe in Steiermark.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juli 1843, S. 127, Nr. 720.

- Den Advocaten in Steiermark ist die Vertretung der Parteien in dem ganzen Herzogthume mit der Beschränkung gestattet, daß jene, welchen bei ihrer Ernennung der Wohnsitz außer der Hauptstadt angewiesen wurde, von der Vertretung bei den Gerichten der Hauptstadt ausgeschlossen seien.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1843, S. 129, Nr. 723.

- Gründung eines geognostisch-montanistischen Vereines für die Provinz Steiermark; Begünstigungen für denselben.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 31. August 1843, S. 137, Nr. 737.

- Vorschrift über die Vertilgung der alten unbrauchbaren Registratur-Akten bei den landesfürstlichen Criminal- und Civil-Collegialgerichten, dann bei dem Magistrate der Stadt Graz.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1843, S. 149, Nr. 751.

- Aufhebung des untersteierischen Banngerichtes zu Graz.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1844, S. 185, Nr. 772.

- Die Kreisämter in Steiermark sollen Besitzcummulirungen von Bauerngütern nicht mehr zum Gegenstande ämtlicher Verhandlungen machen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. September 1844, S. 219, Nr. 827.

- Allerhöchst ausgesprochener Grundsatz, daß die Criminal-Gerichtsbarkeit in Steiermark künftig nur durch Collegialgerichte ausgeübt werden soll.

Justiz-Hofdecret vom 17. April 1845, S. 262, Nr. 884.

- Die Heimfagung des lehenbaren Landgerichtes der Fideicommiß-Herrschaft Neuberg im Grazer Kreise in Steiermark wird angenommen.

Justiz-Hofdecret vom 10. December 1846, S. 394, Nr. 1009.

- Errichtung einer permanenten gemischten Commission zu Graz in Steiermark zur Schlichtung der Erzungen und Zwistigkeiten zwischen Civil- und Militärpersonen.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Februar 1847, S. 419, Nr. 1033.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei den Gerichtsstellen erster Instanz in Steiermark.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1847, S. 466, Nr. 1075.

Steinabdrücke. Behandlung der in Verlassenschaften vorgefundenen Steinabdrücke.

Justiz-Hofdecret vom 30. August 1833, S. 102, Nr. 2629.

Steindruck. Die für Druckschriften gegebenen Vorschriften haben auch auf Steindruck Anwendung.

Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Steinkohlen. Abnahme der Frohne von Steinkohlen mit dem zehnten Theile der Erzeugung.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 17. October 1838, S. 280, Nr. 299.

- Vorschrift über die Ertheilung der Bewilligung zum Betriebe des Bergbaues auf Steinkohlen und damit verwandter Produkte an Israeliten.

Hofkanzlei-Decret vom 2. September 1841, S. 606, Nr. 561.

- Bestimmungen über den Betrieb des Steinkohlen-Bergbau von Seite des Aerariums und von Privaten.

Decrete der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 7. August 1842, S. 54 und 55, Nr. 627 und 628, dann 6. März 1843, S. 98, Nr. 687.

Steinkohlen. Vorschrift über das Verfahren bei dem Ansuchen um die Ertheilung des Schurf-raumes auf den Steinkohlen-Bergbau.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 28. December 1842, S. 80, Nr. 666.

— **Bergbau.** S. Bergbau.

Stelle, erledigte. S. Dienststelle.

Stellfahren. S. Personentransporte.

Stellvertreter erledigter Dienstplätze sind nur im äußersten Nothfalle zulässig.

Justiz-Hofdecret vom 29. October 1825, S. 328, Nr. 2141.

— S. auch Militär-Stellvertreter.

Stellwägen. S. Personentransporte.

Sterbbücher. S. Todtenbücher.

Sterbfälle. S. Todesfälle.

Sterbmatrizen. S. Todtenbücher.

Sterbprotokolle. S. Todtenbücher.

Sterbregister. S. Todtenbücher.

Sterbtagen. S. Mortuarium.

Sternberg-Manderscheid. Der Titel „Erlaucht“ ist dem Haupte der mediatisirten reichs-ständischen gräflichen Familie Sternberg-Manderscheid von den Behörden in den Erlässen zu geben.

Justiz-Hofdecret vom 13. October 1829, S. 174, Nr. 2433, und

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, 1038.

Sterzing. Die Anheimsagung des Patrimonialgerichtes zu Sterzing in Tirol wird angenommen, und ein landesfürstliches Landgericht daselbst errichtet.

Justiz-Hofdecret vom 26. Juli 1831, S. 17, Nr. 2521.

Steuern. Benehmen rücksichtlich der vor Eröffnung des Concurse verfallenen Steuerbeträge.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1821, S. 8, Nr. 1737.

— Nur der Nominalbetrag der Erbschaft bestimmt die Steuerfreiheit. Erläuterung des §. 12 des Erbsteuer-Patentes vom 15. October 1810.

Hofkanzlei-Decret vom 6. August 1822, S. 112, Nr. 1886.

— Wegen Vertheilung der Grundsteuer zwischen Obergkeiten und Emphyteuten.

Justiz-Hofdecrete vom 7. April und 7. Juni 1823, S. 139 und 149, Nr. 1931 und 1946.

— Ueber die Art der Execution zur Einbringung rückständiger Steuern von unterthänigen Realitäten.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Juli 1823, S. 155, Nr. 1954.

— Anordnung wegen Sequestration der einer Steuerbezirks-Obergkeit eigenthümlichen Güter, wegen Steuer-Rückständen.

Justiz-Hofdecret vom 15. April 1825, S. 297, Nr. 2089.

— In wieferne den landesfürstlichen und grundherrlichen Abgaben von unbeweglichen Gütern außer dem Concurse ein Vorrecht zustehe; wie die Rückstände derselben bei Vertheilung des Kaufschillings für versteigerte Realitäten zu berichtigen seien, und welchem Gerichte diese Vertheilung zustehe?

Justiz-Hofdecret vom 16. September 1825, S. 321, Nr. 2132.

— Strafe der Veruntreuung der landesfürstlichen Steuergelder durch die zur Einhebung derselben bestellten Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 21. Juli 1826, S. 34, Nr. 2204.

- Steuern.** Vorschrift über die Dauer des Vorrechtes der landesherrlichen Steuer-Rückstände vor den Hypothekargläubigern, und über die Eintreibung dieser Rückstände durch Sequestration.
Justiz-Hofdecret vom 1. September 1826, S. 46, Nr. 2219.
- Von dem Erbpächter in Krain kann das Fünftel als Steuervergütung abgezogen werden.
Hofkanzlei-Decret vom 18. Februar 1833, S. 78, Nr. 2594.
 - Anwendung des §. 1121 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches auf die in Galizien bei der politischen Sequestration von Gütern zur Einbringung von Steuer-Rückständen eingeleiteten Verpachtungen, welche aber durch die Tilgung des Rückstandes erlöschen.
Hofkanzlei-Decret vom 16. August 1835, S. 39, Nr. 73.
 - Vorschrift über die Eintreibung der unterthänigen Grund- und Gebäude-Klassensteuer in Niederösterreich.
Justiz-Hofdecret vom 21. Jänner 1840, S. 385, Nr. 403.
 - Vorschrift über das Pfandrecht, die Vorrechte und die Eintreibung der Steuer-Rückstände, dann über die Verantwortlichkeit der mit der Einhebung derselben beauftragten Aemter und Personen.
Hofkanzlei-Decret vom 14. Februar 1840, S. 473, Nr. 409.
 - Vorschrift über die Eintreibung der Urbargaben-Rückstände in Steiermark.
Hofkanzlei-Decret vom 22. Mai 1840, S. 492, Nr. 440.
 - Vorschrift über das Verfahren zur Einbringung der Steuern und Steuer-Rückstände in Galizien.
Hofkanzlei-Decret vom 16. December 1841, S. 657, Nr. 577.
 - Vorschrift über die Einbringung der Steuer-Rückstände in Galizien und in der Bukowina durch sequestratorische Verpachtung der Güter.
Hofkanzlei-Decret vom 15. September 1843, S. 139, Nr. 742.
 - Vormerkungen auf Realitäten zur Sicherstellung von Aerial-Steuer-Rückständen und sonstigen auf einem privatrechtlichen Titel nicht beruhenden Aerial-Forderungen können von den administrativen Behörden bei den Gerichten unmittelbar angesucht werden.
Hofkammer-Decret vom 11. April 1848, S. 612, Nr. 1134.
 - Befreiung der Grundobrigkeiten in Galizien von Einhebung der Steuern.
Patent vom 17. April 1848, S. 612, Nr. 1136.
 - Befreiung der Grundherrschaften in der Bukowina von der Einhebung der Steuern.
Patent vom 9. August 1848, S. 648, Nr. 1173.
- Steuerämter.** Unzulässigkeit des Verwandtschafts- oder Schwägerschafts-Verhältnisses zwischen Beamten eines und desselben Steueramtes.
Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1839, S. 320, Nr. 326.
- Steuerbezirks-Obrigkeit.** Vorschrift über die Sequestration der einer Steuerbezirks-Obrigkeit eigenthümlichen Güter wegen Steuer-Rückstände.
Justiz-Hofdecret vom 15. April 1825, S. 297, Nr. 2089.
- hat die betreffende Grundobrigkeit von der veranlassenen Pfändung wegen Grund- und Gebäude-Klassensteuer-Rückstände in Kenntniß zu setzen.
Justiz-Hofdecret vom 21. Jänner 1840, S. 385, Nr. 403.
- Steuergelder.** S. Steuer.
- Steuergemeinde.** In den Grundbüchern Niederösterreichs sind die Steuergemeinden und die Culturgattung jeder Katastralparcelle einzutragen.
Hofkanzlei-Decret vom 30. April 1846, S. 333, Nr. 958.
- Steuer-Rückstände.** S. Grundsteuer, Steuer.
- Stiftbriefe.** Vorschrift über die Beförderung der Ausfertigung der Stiftbriefe.
Justiz-Hofdecret vom 12. Juli 1822, S. 108, Nr. 1880.

Stiftbriefe. Die Ausfertigung der Stiftbriefe über die durch letzte Willenserklärung für Arme, Kirchen, Schulen, geistliche Gemeinden und öffentliche Anstalten gemachten Stiftungen kann auch nach der Einantwortung der Verlassenschaft erfolgen.

Justiz-Hofdecret vom 29. August 1836, S. 91, Nr. 154.

Stifte. Vorschrift über die Ertheilung der Schurfslicenz für Stifte.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 28. April 1837, S. 123, Nr. 198.

Stiftungen. Wegen Vertretung der frommen Vermächtnisse und Stiftungen durch das Fiscalamt, hinsichtlich der Einbringung und Sicherstellung des gestifteten Vermögens; Art der weiteren Vertretung solcher Stiftungen.

Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1821, S. 2, Nr. 1730.

- Beschränkung geistlicher Gemeinden und Pfründner in Abschließung rechtsgiltiger Pacht- und Mietheverträge über den Ertrag des ihnen zum Genuße eingeräumten Stiftungsvermögens.

Justiz-Hofdecret vom 26. Mai 1821, S. 30, Nr. 1763.

- Die Forderungen der Stiftungen können bei dem ordentlichen gütsherrlichen Gerichte eingeklagt werden, wenn auch des Schuldners Gerichtsherr zugleich Vogt oder Patron der Kirche ist.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1827, S. 81, Nr. 2278.

- Befreiung der frommen Stiftungen und Anstalten in Dalmatien von der Zahlung des Zählgeldes bei Erhebung von gerichtlichen Depositen.

Justiz-Hofdecret vom 26. Jänner 1836, S. 73, Nr. 119.

- Vorschrift über die Vollziehung des letzten Willens, wodurch einer Stiftung eine Erbschaft oder ein Vermächtniß zufällt.

Justiz-Hofdecret vom 29. August 1836, S. 91, Nr. 154.

- Die mit Erziehungs- oder Versorgungs-Stipendien aus dem Haller Fräulein-Stiftungsfond, theilhaften Beamtenswaisen werden im Genuße ihrer Avarialbezüge belassen.

Hofkanzlei-Decret vom 20. August 1837, S. 142, Nr. 219.

- Bestimmung des Wirkungskreises und der Competenz der politischen und Justizbehörden in Stiftungssachen.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1841, S. 582, Nr. 541.

- Befreiung der Armen- und anderer Wohlthätigkeitsanstalten von Entrichtung des einhalbpcentigen Verlassenschaftsbeitrages zum weltlichen Stiftungsfonde von den ihnen erweise zufallenden Verlassenschaftien.

Hofkanzlei-Decret vom 21. August 1841, S. 604, Nr. 557.

- Vorschrift, welche Stiftungscapitalien mit dem Vorrechte vor den Forderungen der Creditanstalt in Galizien auf den Gütern belassen werden können.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Mai 1844, S. 208, Nr. 805.

- Die landtästlichen Güter der milden und der unter Aufsicht der Städte stehenden Stiftungen, können der galizisch-ständischen Credit-Anstalt beitreten.

Hofkanzlei-Decret vom 31. Jänner 1845, S. 310, Nr. 925.

Stiftungscapitalien. S. Stiftungen.

Stiftungsherrschaft. In Processen zwischen dem Gefällsälar und einer Stiftungsherrschaft sind die Vertreter für beide Theile von der Cameral-Gefällen-Verwaltung; in den aus politischen Verhandlungen entstehenden Processen zwischen Stiftungsherrschaften und Unterthanen die Vertreter der Herrschaften von der Gefällenverwaltung, die Vertreter der Unterthanen aber von der politischen Landesstelle zu ernennen.

Justiz-Hofdecret vom 24. Februar 1832, S. 34, Nr. 2549.

Stiftungsherrschaft. S. auch Staatsherrschaft.

Stiftungsfachen. S. Stiftungen.

Stiftungsvermögen. S. Stiftungen.

Stiglic. Die Steuergemeinde Stiglic in Dalmatien wird der Prätur Vergoraz zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1848, S. 492, Nr. 1118.

Stimme. Vorschrift für die Vorstehenden bei Gerichtsbehörden über die Zählung der Stimmen und Fassung der Rathsbeschlüsse in bürgerlichen Rechtsangelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1841, S. 565, Nr. 519.

Stimmenmehrheit. Auch bei den nur mit einem geprüften Sindicus, mit einem ungeprüften Bürgermeister und ungeprüfte Rätthen besetzten Magistraten ist der Beschluß über die Einleitung einer Criminal-Untersuchung nach Mehrheit der Stimmen zu fassen.

Justiz-Hofdecret vom 1. August 1828, S. 129, Nr. 2357.

Stimmführer. Vorschrift über die zu den Berathschlagungen der Appellationsgerichte erforderliche Zahl der Stimmführenden.

Justiz-Hofdecret vom 30. April 1838, S. 177, Nr. 267.

— Vorschrift über die Verwendung der Secretäre, Rathsprotokollisten, Criminal-Actuare und Auscultanten als Stimmführer bei Criminal-Untersuchungen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juli 1839, S. 342, Nr. 365.

— Bestimmung der Zahl der Stimmführer, welche zu den Berathungen der obersten Justizstelle über die Abänderung gleichförmiger Urtheile und Bescheide der Gerichte erster und zweiter Instanz, erforderlich ist.

Allerhöchste Entschließung vom 17. Mai 1842, S. 36, Nr. 616.

— Verwendung der Auscultanten als Stimmführer bei Vorträgen der Rätthe bei der ersten Instanz.

Justiz-Hofdecret vom 28. Mai 1845, S. 264, Nr. 887.

Stipendien. Die mit Erziehungs- oder Versorgungs-Stipendien aus dem Haller Fräulein-Stiftsfonde theilhaften Beamtenwaisen werden im Genuße ihrer Ararialbezüge belassen.

Hofkanzlei-Decret vom 20. August 1837, S. 142, Nr. 219.

Stockstreiche. Zur Aufrechterhaltung des provisorischen Besitztandes darf die Züchtigung mit Stockstreichen nicht verhängt werden.

Justiz-Hofdecret vom 26. November 1824, S. 270, Nr. 2051.

— Die öffentliche Züchtigung der Soldaten mit Stockstreichen zieht den Verlust der Tapferkeits-Medaille, der damit verbundenen Zulage und des Invaliden-Gehaltes nach sich.

Justiz-Hofdecret vom 24. April 1829, S. 151, Nr. 2395.

— Beibehaltung der Züchtigung mit Stockstreichen; Vorschrift über die Anwendung derselben in Criminalfällen.

Anmerkung zur Allerhöchsten Entschließung vom 25. April 1840, S. 482, Nr. 425.

Stockurbarien. Wieferne Stockurbarien und Grundbücher zu Beweismitteln von Ararial-Kosten dienen können.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1825, S. 325, Nr. 2137.

Störung des Besiße. Anwendung des summarischen Verfahrens bei Verhinderung jeder Art, insbesondere bei Gränzstreitigkeiten und Wasserleitungen oder Wasserwerken.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1837, S. 108, Nr. 174.

— der innerlichen Ruhe. Die wegen Störung der innerlichen Ruhe des Staates zu einer weniger als zehnjährigen Kerkerstrafe Verurtheilten dürfen ihre Strafe in den Provinzial-Estrafhäusern ausstehen.

Justiz-Hofdecret vom 27. Februar 1837, S. 113, Nr. 176.

Störung der öffentlichen Ruhe des Staates. Beschlüsse der Criminalgerichte, über die Ablassung vom weiteren Verfahren bei Voruntersuchungen wegen Hochverrathes und Störung der öffentlichen Ruhe des Staates, müssen dem Appellationsgerichte, und von diesem der obersten Justizstelle zur Revision vorgelegt werden.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1837, S. 163, Nr. 246.

Stoffe. Befreiung der von dem Comité zur Unterstützung mittelloser Gewerbsleute denselben übergebenen Rohstoffe und Halbfabrikate von der Pfändung und pfandweisen Beschreibung.

Justiz-Ministerial-Erlaß vom 25. September 1848, S. 663, Nr. 1184.

Stolberg-Gedern,

- :Ortenberg,
- :Noßla,
- :Stolberg und
- :Wernigerode. Den Häuptionern dieser reichsständisch-gräflichen Familien gebührt den Titel „Erlaucht“.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Stolgebühren. Bestimmung der Fälle, in welchen sowohl in Galizien als in der Bukowina Katholiken die Stolgebühren an katholische Geistliche zu entrichten haben.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1835, S. 22, Nr. 37.

- Die Eintreibung der Stolgebühren steht der politischen Amtswirksamkeit zu.

Justiz-Hofdecret vom 20. April 1841, S. 571, Nr. 525.

Stoppelweide. Aufhebung der Stoppelweide ohne Entschädigung.

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180.

Sträflinge sollen zum Ankaufe verschiedener Sachen außer dem Strafhause nicht verwendet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Juni 1821, S. 31, Nr. 1764.

- Wegen Aufnahme der Gesuche um Nachsicht der Strafe in den Strafanstalten zu Gradiška und Capo d'Istria.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juli 1821, S. 35, Nr. 1773.

- Benehmen, wenn von einem Sträflinge anstatt eines Recurses ein Gesuch um Nachsicht der Strafe an das Appellationsgericht gelangt.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1821, S. 38, Nr. 1777.

- Die zur schwersten Kerkerstrafe verurtheilten Sträflinge dürfen auch in Erkrankung im Spital mit anderen Sträflingen der gelinderen Kerker-Kategorie nicht vermengt werden.

Justiz-Hofdecret vom 1. October 1821, S. 51, Nr. 1805.

- Behandlung der Sträflinge, welche während der Strafzeit, eingetretener Umstände halber, eine wirkliche Begnadigung verdienen.

Justiz-Hofdecrete vom 4. Jänner und 16. Februar 1822, S. 71 und 79, Nr. 1827 und 1840.

- Wem die Untersuchung und Entscheidung zustehe, wenn ein Criminal-Inquisit oder Sträfling entflohen ist.

Justiz-Hofdecret vom 21. December 1822, S. 125, Nr. 1916.

- Vorschrift über die Behandlung der Strafnachsichtsgesuche der Sträflinge.

Justiz-Hofdecret vom 25. Juni 1824, S. 214, Nr. 2018.

- Vorschrift über die Behandlung der bei dem Appellationsgerichte überreichten Strafnachsichtsgesuche der Sträflinge.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juli 1824, S. 216, Nr. 2023.

- Den Sträflingen dürfen bewährte Gebetbücher zu ihrer Erbauung außer den Arbeitsstunden gegeben werden.

Justiz-Hofdecrete vom 9. und 23. Februar 1827, S. 66 und 70, Nr. 2254 und 2261.

Sträflinge. Die Nationalität der auf den Spielberg bei Brünn abgelieferten Sträflinge, welche Ausländer sind, ist jedesmal der Auskunftsabelle beizuschließen.

Justiz-Hofdecret vom 21. März 1829, S. 147, Nr. 2389.

- aus Steiermark, welche bisher auf den Brünnner Spielberg abgeliefert waren, sind künftig in das Straßhaus zu Gradißka zu bringen.

Justiz-Hofdecret vom 25. April 1829, S. 153, Nr. 2398.

- Den wegen Hochverraths oder Verfälschung öffentlicher Creditpapiere zur Kerkerstrafe überhaupt, und wegen eines anderen Verbrechens zu einer längeren als zehnjährigen schweren oder schwersten Kerkerstrafe verurtheilten Verbrechern aus Oesterreich ob und unter der Enns, Böhmen, Mähren, Schlesien und Galizien wird der Spielberg zu Brünn als Strafort angewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1829, S. 161, Nr. 2408.

- Für die Einbringung entwichener Criminal-Sträflinge dürfen die Länderstellen angemessene Belohnungen aus dem Criminalfonde anweisen.

Justiz-Hofdecret vom 27. Juni 1829, S. 164, Nr. 2415.

- Ablieferung der Sträflinge in das Bagno maritimo in Venedig.

Justiz-Hofdecret vom 9. October 1829, S. 173, Nr. 2432.

- Behandlung der Verlassenschaften der im Provinzial-Straßhause zu Brünn verstorbenen Sträflinge.

Justiz-Hofdecret vom 3. September 1830, S. 206, Nr. 2478.

- Bestrafung der von Sträflingen im Straßhause begangenen Verbrechen oder schweren Polizei-Übertretungen.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Mai 1833, S. 92, Nr. 2614.

- Vorschrift über die Behandlung der Criminal-Sträflinge hinsichtlich der Lagerstätte und Beköstigung.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juli 1835, S. 32, Nr. 56.

- Vorschrift über die Lagerstätte und Beköstigung der Sträflinge des schweren Kerkers, welche bei den Criminalgerichten ihre Strafe vollziehen.

Justiz-Hofdecret vom 1. December 1835, S. 61, Nr. 98.

- Vorschrift über die Behandlung der Ueberschuldigten der Sträflinge nach Beendigung ihrer Strafzeit und bei ihrem Ableben.

Hofkanzlei-Decret vom 4. März 1836, S. 76, Nr. 130.

- Bestrafung der von Sträflingen in den Straßhäusern verübten schweren Polizei-Übertretungen.

Hofkanzlei-Decret vom 19. August 1836, S. 88, Nr. 150.

- Vorschrift über die Beköstigung der auf Spielberg befindlichen Sträflinge.

Hofkanzlei-Decret vom 20. April 1837, S. 122, Nr. 196.

- Vorschrift über die Bestreitung der Leichentkosten für Sträflinge, welche in den Straforten der Criminalgerichte mittellos sterben.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Jänner 1839, S. 322, Nr. 330.

- Vorschrift über die Behandlung der Strafnachsichts-Gesuche der Spielberger Sträflinge bei den Appellationsgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1839, S. 327, Nr. 340.

- Vorschrift über die Behandlung der Criminal- und politischen Sträflinge in Dalmatien, hinsichtlich der Bettfournituren und der Beköstigung derselben.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1844, S. 210, Nr. 808.

- Erhöhung der Brotportion für einen männlichen Sträfling im Wiener Provinzial-Straßhause von täglichen Ein Pfund auf Ein und ein halb Pfund.

Hofkanzlei-Decret vom 25. Juni 1844, S. 212, Nr. 815.

Sträflinge. Bekreitung der seelsorglichen Auslagen für den Unterricht der Sträflinge aus dem Religionsfonde.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1844, S. 235, Nr. 835.

- In wieferne den von der Direction des Schutzvereines für entlassene Sträflinge bestimmten Obforgern die Besprechung mit den Sträflingen des zweiten Grades gestattet werde.

Hofkanzlei-Decret vom 16. December 1844, S. 243, Nr. 854.

- Vorschrift über die Veröstigung der in den Frohnfesten Nährungs und Schlesiens wegen Verbrechen angehaltenen unvermöglihen Sträflinge.

Justiz-Hofdecret vom 28. Jänner 1845, S. 251, Nr. 863.

- Erhöhung der Brotportion für einen gesunden männlichen Sträfling im Linzer Provinzial-Estrafhause von täglichem Ein Pfund auf Ein und ein halbes Pfund.

Hofkanzlei-Decret vom 31. Jänner 1845, S. 251, Nr. 864.

- Verpachtung der Arbeitskräfte der Sträflinge des Wiener Criminalgerichtes und Gefangenhauses an einen Generalpächter.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Februar 1845, S. 254, Nr. 872.

- Erweiterung des Wirkungskreises der Wiener Provinzial-Estrafhausverwaltung in Disziplinarfällen über Sträflinge.

Hofkanzlei-Decret vom 13. März 1845, S. 255, Nr. 875.

- Auf welche Sträflinge die §§. 48, 49 und 300, I. Theiles des Strafgesetzes, in Fällen einer unter den Criminal-Inquisiten in den Criminal-Gerichtshäusern in Böhmen ausbrechenden Epidemie anzuwenden seien.

Älterhöchste Entschlieung vom 1. Juli 1845, S. 270, Nr. 894.

- Vorschrift über die Behandlung der von Sträflingen im Estrafhause überreichten Strafnachsichts-Gesuche.

Hofkanzlei-Decret vom 13. December 1846, S. 395, Nr. 1011.

- Vorschrift für Criminal- und Polizeibehörden, über die Ertheilung der Auskünfte an den Schutzverein für entlassene Sträflinge.

Hofkanzlei-Decret vom 17. April 1847, S. 460, Nr. 1060.

- Vorschrift über die Transportirung von Sträflingen auf den Staats-Eisenbahnen.

Hofstammer-Präsidental-Erlaß vom 21. December 1847, S. 480, Nr. 1106.

Estrafanstalten. Vorschrift über die Pensions- und Provisionsfähigkeit des Aufsichtspersonales bei den Estrafanstalten, sowie jener ihrer Witwen und Waisen.

Justiz-Hofdecret vom 27. November 1830, S. 217, Nr. 2493.

- S. auch *Estraforte*.

Estrafbehörden. Vorschrift über die Zulässigkeit der Entschädigungsklagen, wenn die Estrafbehörden über die Anzeige einer strafbaren Handlung eine Untersuchung nicht einleiten.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1835, S. 18, Nr. 29.

Estrafbeträge. Eintreibung der den Magistraten, Obrigkeiten und ihren Justizämtern gerichtlich zuerkannten Estrafbeträge.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1823, S. 137, Nr. 1926.

- Die Nachsicht der wider Magistrate, Obrigkeiten oder ihren Justizämtern und den Gränztämmerern gerichtlich verhängten Estrafbeträge ist der Landesstelle sogleich mitzutheilen.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1823, S. 137, Nr. 1926.

Estrafdauer. S. *Estrafen*.

Estrafen. Festsetzung der Tabatschwärzungs-Estrafen in Conventions-Münze.

Justiz-Hofdecrete vom 23. März und 27. April 1821, S. 14 und 17, Nr. 1749 und 1756.

Estrafen. Bestimmung der Strafe auf die Zulegung von Privatsachen den Amtspaketen.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1821, S. 14, Nr. 1751.

- Wegen Aufnahme der Gesuche um Nachsicht der Strafe in den Strafanstalten zu Capov'Zria und Gradisca.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juli 1821, S. 35, Nr. 1773.

- Benehmen, wenn von einem Sträflinge anstatt eines Recurses ein Gesuch um Nachsicht der Strafe an das Appellationsgericht gelangt.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1821, S. 38, Nr. 1777.

- Bestimmung der Estrafen auf die Falschwerbung und Auspähung.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1821, S. 54, Nr. 1808.

- Bestimmung der Estrafen auf die Verheimlichung eines gefundenen Schatzes.

Justiz-Hofdecret vom 12. October 1821, S. 58, Nr. 1810.

- Behandlung der Gesuche um Strafnaehsicht oder eigentliche Begnadigung.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1822, S. 71, Nr. 1827.

- Ein zur Arreststrafe verurtheilter Polizei-Mebertreter, wenn er während des Recurses wegen einer zweiten schweren Polizei-Mebertretung wieder verurtheilt wurde, hat beide Estrafen auszustehen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Februar 1822, S. 81, Nr. 1843.

- Bestimmung der Estrafen auf die Verfälschung der Wamberbücher und Kundschafren.

Hofkanzlei-Decret vom 16. April 1822, S. 94, Nr. 1867.

- Bestimmung der Estrafen auf die Verletzung gerichtlicher Siegel.

Hofkanzlei-Decret vom 29. August 1822, S. 115, Nr. 1889.

- Welcher Behörde bei Annahmung der Titel und Vorzüge des Adels das Strafserkenntniß zustekt?

Justiz-Hofdecret vom 15. Juli 1823, S. 154, Nr. 1952.

- auf die erdichtete Anzeige eines Pestvergehens.

Justiz-Hofdecret vom 22. April 1825, S. 299, Nr. 2091.

- Wie die Verjährung der Estrafen des Wuchers zu laufen anfangt.

Justiz-Hofdecret vom 6. Mai 1825, S. 299, Nr. 2093.

- Bestimmung der Estrafen auf die Veruntreuung der landesfürstlichen Steuergelder.

Justiz-Hofdecret vom 21. Juli 1826, S. 34, Nr. 2204.

- des Handels mit Sclaven und Mißhandlung derselben.

Justiz-Hofdecret vom 19. August 1826, S. 42, Nr. 2215.

- Befugniß der Gerichte erster und zweiter Instanz die Estrafen über Vergehen wider die Postanstalten abzukürzen und zu mildern.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1827, S. 66, Nr. 2255.

- Bestimmung der Strafe der unredlichen Verwaltung der obrigkeitlichen Waifen- und Depostencassen.

Justiz-Hofdecret vom 13. Juli 1827, S. 87, Nr. 2291.

- Erkenntnisse der Gerichte auf körperliche Estrafen wegen Vergehen wider die Gesetze in Gefälsachen, Zuziehung eines Repräsentanten zur Berathschlagung, Estitung des Beschlusses, Kundmachung und Zustellung des Urtheiles, Beschwerden gegen dasselbe.

Justiz-Hofdecete vom 2. November 1827 und 14. October 1831, S. 102 und 21, Nr. 2314 und 2531.

- Bestimmung der Strafe auf die Adelsanmaßungen.

Hofkanzlei-Decret vom 2. November 1827, S. 103, Nr. 2316.

- Die in Criminal-Urtheilen ausgesprochene Strafe der öffentlichen Arbeit kann die Landesstelle im Einverständniß mit dem Appellationsgerichte aus wichtigen Gründen nachsehen.

Justiz-Hofdecret vom 6. Februar 1829, S. 143, Nr. 2381.

Estrafen. Strafbestimmung auf die Verfälschung der zu was immer für einer Gattung von öffentlichen Staats-Creditpapieren gehörigen Zinsabschnitte (Coupons), und Anweisung auf Zinsabschnitte (Talons), dann der Staats-Centralcasse-Anweisungen, und der von öffentlichen Staatscassen zur Erlangung einer Obligation oder Cartella del monte ausgestellten Anweisungen und Certificate.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juni 1829, S. 162, Nr. 2412.

- Vorschrift für die Gerichtsbehörden bei Bestimmung der körperlichen Estrafen für Gefälsch-Übertreter.

Justiz-Hofdecret vom 14. October 1831, S. 21, Nr. 2531.

- der Veruntreuung der Waisen- und Depositengelder im Willacher Kreise, Krain und dem Küstenlande.

Hofkanzlei-Decret vom 8. März 1832, S. 35, Nr. 2552.

- der Eingriffe in ausschließende Privilegien.

Patent vom 31. März 1832, S. 37, Nr. 2556, §§. 28 und 29.

- der unbefugten Abwesenheit und der Auswanderung.

Hofkanzlei-Decret vom 2. April 1832, S. 50, Nr. 2557.

- Befreiung der Unterthanen von den Estrafen der Uebertretung des Stämpelpatentes, in Rücksicht der classenwidrig oder bloß durch Indossirung gestämpelten Urkunden, welche bei den Gerichtsbehörden auf dem Lande, sowohl bei periodischen Stämpel-Revisionen, als durch eine vorhergegangene Anzeige entdeckt werden.

Hofkammer-Decret vom 15. Mai 1832, S. 61, Nr. 2564.

- der ungebührlichen Abnahme der Grundbuchstaren in Steiermark; Verwendung der Straf-gelder.

Hofkanzlei-Decret vom 2. März 1833, S. 80, Nr. 2599.

- Bestrafung Derjenigen, welche die Polizei oder andere öffentliche Behörden mit falschen Angaben über ihren Namen, Geburtsort, Stand oder über andere Verhältnisse hintergehen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. März 1833, S. 86, Nr. 2605.

- des Diebstahles am Laube der Maulbeerbäume.

Justiz-Hofdecret vom 30. August 1833, S. 101, Nr. 2628.

- Bestimmung der Estrafen auf das unbefugte Tragen von Orden und Ehrendecorationen.

Hofkanzlei-Decret vom 24. März 1835, S. 3, Nr. 3.

- Criminalgerichte sind nicht befugt, im Falle des §. 48, I. Theiles des Strafgesetzes, mit der Kerkerstrafe eine Verschärfung zu verbinden, um dadurch die längere Dauer des Arrestes zu ersetzen.

Justiz-Hofdecret vom 8. Mai 1835, S. 8, Nr. 18.

- Der Widerruf des Gesuches des Mißhandelten, um Bestrafung des Beleidigers, nach kundgemachtem Urtheile kann nur als Grund der Milderung der Strafe bei den höheren Behörden angesehen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 25. Juni 1835, S. 27, Nr. 43.

- Bestimmung der Estrafen auf solche Drohungen, die nicht etwa zufolge der Bestimmungen des I. Theiles des Strafgesetzes als Verbrechen zu betrachten und zu bestrafen sind.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Juli 1835, S. 31, Nr. 55.

- Die wegen Störung der innerlichen Ruhe des Staates und wegen Creditpapier-Verfälschung zu einer weniger als zehnjährigen Kerkerstrafe verurtheilten Verbrecher dürfen ihre Strafe in den Provinzial-Strafhäusern ausüben.

Justiz-Hofdecret vom 27. Februar 1837, S. 113, Nr. 176.

Estrafen. Zur Verschärfung der Strafurtheile des unteren Gerichtes in den, in den §§. 435, 467 und 468, I. Theile des Strafgesetzes, bezeichneten Fällen ist das Appellationsgericht und die oberste Justizstelle nicht berechtigt.

Justiz-Hofdecret vom 11. März 1839, S. 334, Nr. 349.

— Bestimmung der Geld- und Arreststrafen auf die Uebertretung verbotener Spiele.

Hofkanzlei-Decret vom 16. October 1840, S. 533, Nr. 469, dann niederösterreichische Regierungscircular vom 31. December 1840, S. 544, Nr. 489.

— Das Appellationsgericht hat seinem Urtheile, wodurch die von der ersten Instanz verhängte Strafe verschärft wird, die vollständigen Beweggründe seiner Entscheidung beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 18. October 1841, S. 613, Nr. 567.

— Aufhebung der auf Militär-Defertionsfälle bisher bestandenen Strafe der Vermögens-Confs- cation und Einführung von Entschädigungs-Pauschalien.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1842, S. 10, Nr. 599.

— Die Bemessung, Einhebung und Nachsicht der Justiz-Geldstrafen bleibt den Justizbehörden zugewiesen.

Hofkammer-Decret vom 8. Juli 1842, S. 45, Nr. 625.

— Wann gegen einen Beamten mit einer Disciplinarstrafe vorgegangen werden dürfe.

Allerhöchste Entschließung vom 23. August 1842, S. 59, Nr. 636.

— Bei Verwandlung der Geld- in eine Arreststrafe in Wuchersachen ist die Verhängung des strengen Arrestes nicht gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 28. November 1842, S. 75, Nr. 658.

— Bestimmung der Estrafen auf die Verkürzung der grundherlichen Landemialgefälle durch Verschweigung des wahren Kaufschillinges einer Realität.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Februar 1843, S. 95, Nr. 680.

— Vorschrift über die Sicherstellung der Gefällsstrafen.

Hofkammer-Decret vom 1. April 1844, S. 203, Nr. 798.

— Beschränkung der obersten Justizstelle in Verschärfung der Estrafen im Wege der Commutation.

Allerhöchste Entschließung vom 7. December 1844, S. 243, Nr. 852.

— Das Maximum der gefeßlichen Strafe ist bei schweren Polizei-Uebertretungen zum Maßstabe der entsprechenden Verjährungszeit anzunehmen.

Hofkanzlei-Decret vom 18. Juni 1845, S. 269, Nr. 892.

— Die auf Holzdiebstähle an den Holzschwemmen verhängte Arreststrafe kann auf keinen Fall die längste für Diebstähle im II. Theile des Strafgesetzes bestimmte Strafdauer überschreiten.

Hofkanzlei-Decret vom 5. März 1846, S. 320, Nr. 943.

— Durch das Hofkammer-Decret vom 24. October 1845, wegen Pränotationen von Aerial-Forforderungen auf Realitäten, ist an den bestehenden Vorschriften zur Sicherstellung der Gefälls-Vermögensstrafen nichts geändert worden.

Hofkammer-Decret vom 6. Mai 1846, S. 334, Nr. 959.

— Bestimmung der Geld- und Arreststrafen auf den unbefugten Nachdruck literarischer und artistischer Werke.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

— Als Strafe ist die normalmäßige Pensionirung oder Quiescirung eines Beamten nicht anzusehen.

Allerhöchste Entschließung vom 6. Februar 1847, S. 406, Nr. 1027.

— Bestimmung der Estrafen auf den geschwibridigen Gebrauch der Schießbaumwolle.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Februar 1847, S. 418, Nr. 1029.

Estrafen. Bestimmungen über die Estrafen der Beamten der Eisenbahn nach den Vorschriften des I. und II. Theiles des Strafgesetzes; dann Festsetzung der Estrafen auf die Uebertretung der für die Eisenbahnen erlassenen Vorschriften.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §. 31.

— Bestimmung der Estrafen auf die boshafte Beschädigung an Eisenbahnen.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 449, Nr. 1047.

— Wegen Einhebung und Abführung der aus Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldstrevell an den bairischen Landesgränzen von österreichischen Unterthanen verwirkten Geldstrafen an die bairischen Behörden.

Hofkanzlei-Decret vom 18. September 1847, S. 471, Nr. 1087.

— Der Concurstrichter hat auch bei solchen Handlungsfonds-Ausweisungen, welche vor dem Justiz-Hofdecrete vom 18. März 1847 geschehen sind, die Mitschuldigen daran angemessen zu bestrafen, und über die Schadenersatzleistung, wenn nicht nur die Verpflichtung zu derselben, sondern auch der Betrag des Schadens deutlich und verlässlich erhellt, von Amtswegen zu erkennen.

Justiz-Hofdecret vom 17. November 1847, S. 476, Nr. 1095.

— Aufhebung der Verschärfung der Estrafen durch Ausstellung im Kreise bei schweren Polizeil- Uebertretungen, dann bei Uebertretungen des Wucherpatentes und der Sazungsvorschriften.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Mai 1848, S. 621, Nr. 1149.

— Bestimmungen der Estrafen gegen Uebertretungen des Preßgesetzes.

Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

— S. auch Arbeit, Kerkerstrafe, Steuern, Sträflinge, Urtheil.

Estrafserkenntnisse. Vorschrift über die Fällung der Straferkenntnisse wegen Abelsanmaßung.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juli 1823, S. 154, Nr. 1952.

— Vorschrift über die Nichtvollziehung der wider österreichische Unterthanen von ausländischen Behörden gefällten Straferkenntnisse in den österreichischen Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 24. Mai 1841, S. 583, Nr. 542.

— Das Appellationsgericht hat in Fällen einer von ihm im Disciplinarwege verhängten Arreststrafe dem Beschuldigten das Straferkenntniß sammt den Entscheidungsgründen desselben zuzustellen.

Justiz-Hofdecret vom 22. October 1845, S. 278, Nr. 905.

Estrafextracte. S. Fedine criminali.

Estrafgelder. S. Geldstrafen.

Estrafgericht. S. Criminalgericht.

Estrafgerichtliche Amtshandlung. S. Criminal-Angelegenheiten.

Estrafgerichtsbarkeit. Vorschrift über die Vergütung der Reise- und Zehrungskosten für das Sanitätspersonale und andere Kunstverständige bei außerordentlichen Leistungen in der Strafgerichtsbarkeit.

Hofkanzlei-Decret vom 25. März 1841, S. 565, Nr. 517.

Estrafgerichtskosten. S. Criminalkosten.

Estrafgesetz. Erläuterung der §§. 446, 450, 451 und 452, I. Theiles des Strafgesetzes, wegen Anzeige eines Criminal-Urtheiles vor dessen Kundmachung an die Landesstelle; dann Vorschrift, welche Criminal-Urtheile öffentlich, und welche bloß im Gerichtshause kundzumachen sind.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1821, S. 5, Nr. 1735.

— Erläuterung der §§. 219, 430, 431, 500, 505, 506, 508, 509, I. Theiles des Strafgesetzes, über die Anwendung des standrechtlichen Verfahrens.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1821, S. 9, Nr. 1739.

Strafgeset. Erläuterung der §§. 522 bis 525 I. Theiles und 398 II. Theiles des Strafgesetzes, über das Benehmen des Civilrichters, wenn sich im Laufe eines Processes Anzeigen eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Übertretung ergeben.

Justiz-Hofdecret vom 6. März 1821, S. 11, Nr. 1743.

- Entrichtung der in dem I. und II. Theile des Strafgesetzes bezeichneten Criminalkosten vom 1. Februar 1821 an in Conventions-Münze.

Justiz-Hofdecret vom 9. März 1821, S. 12, Nr. 1745.

- Abstellung des Unfuges der Verwendung der Sträflinge zum Ankauf verschiedener Sachen außer dem Strafhause.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Juni 1821, S. 31, Nr. 1764.

- Anwendung der §§. 219 und 221, Nr. 3, I. Theiles des Strafgesetzes, auf die Bewohner der Militärgränze.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1821, S. 37, Nr. 1776.

- Erläuterung des §. 470, I. Theiles des Strafgesetzes, hinsichtlich der unterlassenen Recurs-Anmeldung gegen Strafurtheile.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1821, S. 38, Nr. 1777.

- Jährlich sind die Fälle, in welchen sich bei Anwendung der bestehenden Strafgesetze Anstände ergeben haben, zugleich mit dem Criminal-Hauptberichte der obersten Justizstelle vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 14. Juli 1821, S. 39, Nr. 1779.

- Das Appellationsgericht hat in seinen Criminal-Urtheilen, auch wenn sie vorläufig der obersten Justizstelle vorgelegt werden, auszudrücken, ob dadurch das Urtheil des Untergerichtes bestätigt oder abgeändert werde.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1821, S. 41, Nr. 1785.

- Nähere Bestimmung des §. 537, I. Theiles des Strafgesetzes, über die Einbringung der Criminalkosten von den zum Erfasse derselben verurtheilten Inquisiten.

Justiz-Hofdecret vom 6. October 1821, S. 52, Nr. 1807.

- auf die Auspähung und Falschwerbung.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1821, S. 54, Nr. 1808.

- Auf die Verheimlichung eines gefundenen Schatzes kann der §. 180, ad c), I. Theiles des Strafgesetzes, nicht angewendet werden.

Justiz-Hofdecret vom 12. October 1821, S. 58, Nr. 1810.

- Erläuterung der §§. 433, 443 und 447, I. Theiles des Strafgesetzes, hinsichtlich der Beurteilung der Acten der höheren Beurtheilung über Erkenntnisse der Criminalgerichte auf Klärfung der Untersuchung wider öffentliche Beamte.

Justiz-Hofdecrete vom 17. November und 22. December 1821, S. 59 und 71, Nr. 1815 und 1826.

- Erläuterung der §§. 48, 49, 441, 443 und 470, I. Theiles des Strafgesetzes, hinsichtlich der Fällung der Criminal-Urtheile und Bewilligung der Nachsicht der verhängten Strafe außer dem Wege des gesetzlichen Recurses.

Justiz-Hofdecrete vom 4. Jänner und 16. Februar 1822, S. 71 und 79, Nr. 1827 und 1840.

- Anwendung des §. 167, I. Theiles des Strafgesetzes, auf Diebstähle, bei welchen der dem Beschädigten unbekannte Thäter den Schaden, ehe die Obrigkeit hiervon Kenntniß erlangt, gut macht.

Justiz-Hofdecret vom 14. Jänner 1822, S. 72, Nr. 1829.

- Strafgeses.** Erläuterung des §. 28, I. Theiles und §. 393 des II. Theiles des Strafgeses, über die Behandlung des zu einer Arreststrafe verurtheilten Polizei-Übertreters, wenn er während des ergriffenen und abgewiesenen Recurses, wegen einer zweiten schweren Polizei-Übertretung wieder zu einer Arreststrafe verurtheilt wurde.
- Justiz-Hofdecret vom 22. Februar 1822, S. 81, Nr. 1843.
- Erläuterung der §§. 372 und 522, I. Theiles des Strafgeses, wegen Fällung eines Urtheiles bei dem Tode eines Inquisiten, mit welchem die Untersuchung geschlossen worden ist.
- Justiz-Hofdecrete vom 1. März und 31. August 1822, S. 86 und 116, Nr. 1848 und 1890.
- Behandlung der sich fälschlich für Deserteure bei den Behörden Ausgebende, als Betrüger nach den bestehenden Strafgeses.
- Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1822, S. 93, Nr. 1866.
- Anwendung der §§. 178 und 181, I. Theiles des Strafgeses, auf die Verfälschung der Wanderbücher und Kundschaften.
- Hofkanzlei-Decret vom 16. April 1822, S. 94, Nr. 1867.
- Erläuterung der §§. 167, I. und 216 II. Theiles des Strafgeses, wann Diebstähle und Veruntreuungen aufhören ein Verbrechen oder eine schwere Polizei-Übertretung zu seyn.
- Hofkanzlei-Decret vom 18. April 1822, S. 95, Nr. 1868.
- Anwendung der §§. 221, 304 und 447, I. Theiles des Strafgeses, auf Schullehrer.
- Justiz-Hofdecret vom 10. August 1822, S. 113, Nr. 1887.
- Anwendung des §. 28, I. Theiles des Strafgeses, und des 30. Hauptstückes II. Theiles des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, auf die Verletzung der gerichtlichen Siegel.
- Hofkanzlei-Decret vom 29. August 1822, S. 115, Nr. 1889.
- Anwendung des §. 330, I. Theiles des Strafgeses, bei Untersuchungen wider die aus dem Verhafte entflohenen Criminal-Inquisiten und Sträflinge.
- Justiz-Hofdecret vom 21. December 1822, S. 125, Nr. 1916.
- Erläuterung des §. 433, I. Theiles des Strafgeses, wegen Ablassung von einer Criminal-Untersuchung.
- Justiz-Hofdecret vom 20. Jänner 1823, S. 128, Nr. 1920.
- Benehmen bei Anzeige der gegen die Anwendung des Strafgeses jährlich vorkommenden Anstände.
- Justiz-Hofdecret vom 26. April 1823, S. 143, Nr. 1937.
- Vorschrift über die Zustellung oder Kundmachung des wider einen bereits Verstorbenen gefällten Criminal-Urtheiles rücksichtlich der darin ausgesprochenen Entschädigungsansprüche, wegen des den Erben bagegen gestatteten Recurses.
- Justiz-Hofdecret vom 6. Juni 1823, S. 149, Nr. 1945.
- Anwendung der §§. 176 und 178, I. Theiles des Strafgeses, auf die im Namen einer öffentlichen Behörde fälschlich unternommene Ausfertigung von Brandzeugnissen und Bettelpässen.
- Justiz-Hofdecret vom 14. Juni 1823, S. 151, Nr. 1947.
- Die italienische Uebersetzung des Codice penale universale austriaco, seconda edizione ufficiale. Milano dal imp. regia stamperia 1815, ist die einzige officielle.
- Hofkanzlei-Decret vom 16. October 1823, S. 161, Nr. 1970.
- Prüfung anzustellender Gränzkämmerer aus den vier ersten Capitalen der II. Abtheilung des Strafgeses.
- Justiz-Hofdecret vom 5. Juni 1824, S. 210, Nr. 2013.

Strafgeset. Anwendung des §. 470, I. Theiles des Strafgesetzes, bei Beurtheilung der Strafnachschüß-Gesuche der Sträflinge.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juli 1824, S. 216, Nr. 2023.

— Erläuterung des §. 113, I. Theiles des Strafgesetzes, hinsichtlich der Selbstbestrafung.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1824, S. 264, Nr. 2035.

— Erläuterung des §. 537, I. Theiles des Strafgesetzes, wegen Ausdrückung des Criminalkosten-Erfasses in den Criminal-Urtheilen.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1824, S. 268, Nr. 2044.

— Anwendung des §. 236, II. Theiles des Strafgesetzes, bei Bestrafung der erdichteten Anzeige eines Pestvergehens.

Justiz-Hofdecret vom 22. April 1825, S. 299, Nr. 2091.

— Anwendung der in dem §. 377, I. Theiles des Strafgesetzes, enthaltenen Begünstigung bei Wucher-Untersuchungen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 309, Nr. 2108.

— Die §§. 28 und 29, des I. Theiles des Strafgesetzes, finden auf die Uebertretung des Verbotes des Waffentragens keine Anwendung.

Justiz-Hofdecrete vom 2. September und 11. October 1825, S. 319 und 324, Nr. 2128 und 2134.

— Nach dem §. 531, I. Theiles des Strafgesetzes, ist den hebräischen Dolmetschen, wenn sie den gerichtlichen Untersuchungen beiwohnen müssen, für jeden Tag Ein Gulden in Conventions-Münze abzureichen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Jänner 1826, S. 1, Nr. 2154.

— Anwendung des §. 74, I. Theiles des Strafgesetzes, auf die boshafte Beschädigung fremden Eigenthumes in Fällen eines zugefügten geringen Schadens.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1826, S. 5, Nr. 2163.

— Gerichtbarkeit über die Uebertreter der Sanitäts-Anstalten an dem Bukoviner Gorbone.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1826, S. 8, Nr. 2168.

— In dem Urtheile, wodurch mehrere Individuen zugleich zum Tode verurtheilt werden, muß auch die Ordnung angezeigt werden, in welcher die Todesstrafe zu vollziehen ist.

Justiz-Hofdecret vom 14. April 1826, S. 16, Nr. 2179.

— Criminalgerichte haben sich vor Ankündigung der Todesurtheile die Ueberzeugung zu verschaffen, daß der Vollstreckung derselben am darauf folgenden dritten Tage kein Hinderniß entgegen steht.

Justiz-Hofdecret vom 26. Mai 1826, S. 18, Nr. 2185.

— Anwendung der §§. 161, 162, 165 und 166, I. Theiles, §. 211, II. Theiles des Strafgesetzes, auf die Veruntreuung der landesfürstlichen Steuergelder.

Justiz-Hofdecret vom 21. Juli 1826, S. 34, Nr. 2204.

— Anwendung der §§. 4, 31, 33, 34, 78 und 79, I. und §§. 74 und 173 II. Theiles des Strafgesetzes, auf den Handel mit Sklaven und deren Mißhandlung.

Justiz-Hofdecret vom 19. August 1826, S. 42, Nr. 2215.

— Die §§. 221 und 446, I. Theiles des Strafgesetzes, haben auf Studierende oder auf gemeine Mitglieder einer Universität oder eines Lyceums, die ohne bleibende akademische Würde aus der Lehranstalt ausgetreten sind, keine Anwendung.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1827, S. 65, Nr. 2253.

— Erläuterung des §. 382, I. Theiles des Strafgesetzes, wegen Unterfertigung der Zeugen auf jedem Bogen des Protokolls.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1827, S. 66, Nr. 2256.

Strafgesetz. Erläuterung des §. 505, I. Theiles des Strafgesetzes, hinsichtlich des standrechtlichen Verfahrens gegen alle jene, die in dem bezeichneten Bezirke während der Dauer des Standrechtes einen Raub verübt haben, und ihre Mitschuldigen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1827, S. 67, Nr. 2257.

- Anwendung der Vorschrift des §. 377, I. Theiles des Strafgesetzes, auf Zeugenverhöre über schwere Polizei-Übertretungen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. März 1827, S. 76, Nr. 2269.

- Anwendung des §. 156, II., lit. b), I. Theiles des Strafgesetzes, auf den Diebstahl, welchen Gewerbslehrjungen an ihren Meistern verüben.

Justiz-Hofdecret vom 24. April 1827, S. 79, Nr. 2275.

- Erläuterung der §§. 232, 233, 234 und 549, I. Theiles des Strafgesetzes, wegen Erhebung des Thatbestandes bei Verbrechen.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1827, S. 81, Nr. 2279.

- Anwendung der §§. 161, 162, 165 und 166, I. und 211 des II. Theiles des Strafgesetzes auf die unredliche Verwaltung der obrigkeitlichen Waisen- und Depositen-Cassen.

Justiz-Hofdecret vom 13. Juli 1827, S. 87, Nr. 2291.

- Unter den in den §§. 195 und 377, I. Theiles des Strafgesetzes, bezeichneten, im ersten Grade verschwägerten Personen, sind auch jene begriffen, die im ersten Grade der Seitenlinie verschwägert sind.

Justiz-Hofdecret vom 14. September 1827, S. 97, Nr. 2305.

- Ausdehnung des §. 30, I. Theiles des Strafgesetzes, auf die von einem Inländer im Auslande begangene, und dort nicht bestraft oder nicht nachgesehene Polizei-Übertretung bei seiner Betretung im Inlande.

Hofkanzlei-Decret vom 24. April 1828, S. 119, Nr. 2341.

- Genaue Befolgung der Anordnung des §. 288 des Strafgesetzes, wornach die Criminalgerichts-Beisitzer den Verhören vom Anfange bis zum Ende beizuwohnen haben.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juli 1828, S. 127, Nr. 2353.

- Von den Gläubigern gepfändete, aber in Verwahrung des Schuldners gelassene Fahrnisse, sind bei Anwendung der §§. 163 und 178, lit. f), I. Theiles des Strafgesetzes, als dem Schuldner anvertraute Sachen zu betrachten.

Justiz-Hofdecret vom 1. August 1828, S. 129, Nr. 2357.

- Der in dem §. 182, I. Theiles des Strafgesetzes, vorkommende Ausdruck: „Betrag“ ist nicht bloß von barem Gelde, sondern auch von dem Werthe, der sich betrüglisch zugewendeten oder zugeeigneten Sache zu verstehen.

Justiz-Hofdecret vom 13. September 1828, S. 132, Nr. 2362.

- Erläuterung des §. 148, I. Theiles des Strafgesetzes, hinsichtlich der Todesstrafe auf wiederholte Brandlegung.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1828, S. 137, Nr. 2365.

- Der §. 435, lit. a), I. Theiles des Strafgesetzes, findet auf den Fall, wenn der Beschuldigte die That gesteht, aber den bösen Vorsatz läugnet, und desselben für überwiesen gehalten wird, keine Anwendung.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1828, S. 141, Nr. 2377.

- Nach Vorschrift des §. 539, I. Theiles des Strafgesetzes, ist jeder Untersuchung das Kostenverzeichnis beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1828, S. 142, Nr. 2378.

Estrafgefeg. Erläuterung des §. 288, I. Theiles des Strafgefeges, daß Criminal-Practikanten nicht als Verhörs-Beifiger verwendet werden dürfen.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1829, S. 144, Nr. 2383.

- Erläuterung der §§. 240 und 241, I. Theiles des Strafgefeges, über die Einholung eines medicinischen Collegial-Gutachtens in Civil- und Criminal-Angelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 8. Mai 1829, S. 156, Nr. 2400.

- Auf die im ersten Absätze des §. 221, I. Theiles des Strafgefeges, bezeichnete Classe von Personen in der Provinz Vorarlberg hat das Stadt- und Landrecht zu Innsbruck die Criminal-Gerichtsbarkheit auszudehnen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Mai 1829, S. 160, Nr. 2406.

- Bei Beschließung der Untersuchung auf freiem Fuße, haben die Criminalgerichte zugleich den letzten Satz des §. 306, I. Theiles des Strafgefeges, in Vollzug zu setzen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1829, S. 161, Nr. 2409.

- Anwendung der im XII. Hauptstücke §§. 92, 93, 97 bis 102, I. Theiles des Strafgefeges, festgesetzten Strafen auf die Nachahmung und Verfälschung der von öffentlichen Cassen ausgestellten Schuldverschreibungen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juni 1829, S. 162, Nr. 2412.

- Erläuterung der §§. 274 und 324, II. Theiles des Strafgefeges, hinsichtlich der Verhaftung eines einer schweren Polizei-Übertretung Beschuldigten, und der Verjährungszeit dieses Vergehens.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Juni 1829, S. 163, Nr. 2414.

- Erläuterung der §§. 276, 277, 301 und 487, I. Theiles des Strafgefeges, wegen Begründung der Criminal-Gerichtsbarkheit durch Erlassung eines Steckbriefes.

Justiz-Hofdecret vom 10. Juli 1829, S. 165, Nr. 2417.

- Die nur mit Creditiv mit einer Pöhnung angestellten Gefälls-Aufsichts-Individuen genießen des den landesfürstlichen Beamten in dem §. 221, I. Theiles des Strafgefeges, eingeräumten privilegierten Gerichtsstandes nicht.

Justiz-Hofdecret vom 21. Mai 1830, S. 198, Nr. 2464.

- Anwendung der §§. 483 und 486, I. Theiles des Strafgefeges, auf die Erlassung der Steckbriefe gegen flüchtige Pest-Cordons-Übertreter.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juni 1830, S. 200, Nr. 2468.

- Erläuterung des §. 446, I. Theiles des Strafgefeges, wegen Anzeigen der auf den Welscherlust ergehenden Criminal-Urtheile.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juli 1831, S. 15, Nr. 2517.

- Die Verfälschung der aus Anlaß der Cholera-Krankheit ausgestellten, und als öffentliche Urkunden geltenden Sanitäts- und Contumaz-Pässe wird als Verbrechen des Betruges bestraft.

Justiz-Hofdecret vom 26. Juli 1831, S. 17, Nr. 2522.

- Die für Pestvergehen bestehenden Strafgesetze werden auf die Übertreter der wider die Cholera eingeführten Sanitäts-Maßregeln ausgedehnt, und sind dieselben vor Anwendung dieser Maßregeln allgemein kundzumachen, und durch die Weislichkeit von den Kanzeln zu publiciren.

Justiz-Hofdecret vom 27. August 1831, S. 18, Nr. 2525.

- Anwendung der §§. 237 und 528, I. Theiles des Strafgefeges, auf die Vergütung der Fuhr- und Zehrungskosten für Criminalgerichts-Beisitzer.

Hofkanzlei-Decret vom 27. Jänner 1832, S. 31, Nr. 2547.

Strafgesetz. Anwendung des §. 528 des I. und §. 446 des II. Theiles des Strafgesetzes auf die Vergütung der Fuhr- und Zehrungskosten für die von ihrem Wohnsitze sich entfernen müßenden landesfürstlichen Sanitätsbeamte bei Abgebung der ärztlichen Befunde über die Diensttauglichkeit der Staatsbeamten.

Justiz-Hofdecret vom 14. April 1832, S. 59, Nr. 2558.

- Anwendung der Vorschriften des 11. Hauptstückes des I. Theiles des Strafgesetzes auf die Gränzwache.

Justiz-Hofdecret vom 5. Mai 1832, S. 60, Nr. 2561.

- Erläuterung des §. 241, II. Theiles des Strafgesetzes, in Rücksicht des Wiberufes der Klage eines Beleidigten oder Mißhandelten.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Jänner 1833, S. 73, Nr. 2585.

- Anwendung des §. 284, I. Theiles des Strafgesetzes, hinsichtlich des Waffengebrauches gegen Flüchtlinge und Verfolgte.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Jänner 1833, S. 75, Nr. 2589.

- Anwendung des §. 78, lit. c, II. Theiles des Strafgesetzes, auf die Irreführung der Polizei oder anderer öffentlicher Behörden durch falsche Angaben über Namen, Geburtsort, Stand oder andere Verhältnisse.

Hofkanzlei-Decret vom 26. März 1833, S. 86, Nr. 2605.

- Abänderung des §. 412, I. Theiles des Strafgesetzes, über den Beweis durch Zusammenreffen der Umstände.

Patent vom 6. Juli 1833, S. 95, Nr. 2622, und

Justiz-Hofdecret vom 2. Mai 1834, S. 112, Nr. 2653.

- Anwendung des §. 155, Nr. II, lit. a, I. Theiles des Strafgesetzes, auf den Diebstahl am Laube der Maulbeerbäume.

Justiz-Hofdecret vom 30. August 1833, S. 101, Nr. 2628.

- Uebereinkunft mit Rußland und Preußen, über die Auslieferung der Staatsverbrecher.

Patent vom 4. Jänner 1834, S. 105, Nr. 2637.

- Vorschriften über die Untersuchung und Verjährung der Uebertretungen des für Titol wegen des Tragens verbotener Waffen erlassenen Patentes vom 18. Jänner 1818.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1834, S. 111, Nr. 2651.

- Besserungsfähige Inquisiten sind thunlichst von der Gemeinschaft mit Verhafteten eines verdorbenen Charakters entfernt zu halten.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1835, S. 133, Nr. 2681.

- Bestimmung der Fälle, in denen Criminal-Urtheile auf Züchtigung durch Streiche dem Obergerichte vorgelegt werden müssen.

Justiz-Hofdecret vom 27. Februar 1835, S. 136, Nr. 2690.

- Anwendung der §§. 284 und 285, II. Theiles des Strafgesetzes, auf Individuen der Gränz- und Gefällenwache bei schweren Polizei-Uebertretungen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. April 1835, S. 6, Nr. 12.

- Criminalgerichte sind nicht befugt, im Falle des §. 48 des Strafgesetzes mit der Kerkerstrafe eine Verschärfung zu verbinden, und dadurch die längere Dauer des Arrestes zu ersetzen.

Justiz-Hofdecret vom 8. Mai 1835, S. 8, Nr. 18.

- Erläuterung der §§. 490, 522, 523, 524, 525 I. Theiles und 398 des II. Theiles des Strafgesetzes, hinsichtlich der Anbringung der Entschädigungs-Klagen der durch eine strafbare Handlung Beschädigten.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1835, S. 18, Nr. 29.

Estrafgefeh. Erläuterung des §. 241, II. Theiles des Strafgefeses, über die Wirkung des Widerrufs des Gefuches des Mißhandelten, um Beftrafung des Beleidigers, vor und nach der Ruubmachung des Urtheiles an den Untersuchten.

Hofkanzlei-Decret vom 25. Juni 1835, S. 27, Nr. 43.

- Erläuterung der §§. 433, 434, 435, 442 und 443, I. Theiles des Strafgefeses, wegen Vorlegung des nach dem Tode eines Inquisiten geschöpften Criminal-Urtheils an das Appellationsgericht und rüchfichtlich an die oberste Justizftelle.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 29, Nr. 47.

- Erläuterung des §. 463, I. und §. 415 II. Theiles des Strafgefeses, wegen der Recurse gegen Strafurtheile über Verbrechen oder schwere Polizei-Übertretungen, wodurch zugleich auf Schadenersatz erkannt wird.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 29, Nr. 49.

- Wann die in dem I. und II. Theile des Strafgefeses vorkommenden Gelbbeträge auch in den Provinzen, in welchen Papiergeld im Umlaufe ist, auf Conventions-Münze festzusetzen seien.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 30, Nr. 52.

- Bestimmungen der Strafen auf solche Drohungen, die nicht etwa, zu Folge der Bestimmungen des I. Theiles des Strafgefeses, als Verbrechen zu betrachten und zu bestrafen find.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Juli 1835, S. 31, Nr. 55.

- Erläuterung der §§. 12 und 13, I. Theiles des Strafgefeses, über die Behandlung der Criminal-Sträflinge hinsichtlich der Lagerstätte und Beföstigung.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juli 1835, S. 32, Nr. 56.

- Einführung eines vereinigten Strafgefeses für Gefäls-Übertretungen, bei dessen Ausführung die Gerichtsbehörden thätigst mitzuwirken haben.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1835, S. 40, Nr. 75.

- Erläuterung der §§. 433, 442 und 481, I. Theiles des Strafgefeses, hinsichtlich der Wiederaufnahme der Untersuchung über die dem Appellationsgerichte oder dem obersten Gerichtshofe vorbehaltenen Verbrechen.

Justiz-Hofdecret vom 18. Jänner 1836, S. 72, Nr. 117.

- Erläuterung der §§. 213 und 269, II. Theiles des Strafgefeses, über die Frist zur Anbringung der Klage, um Beftrafung einer geschehenen Entwendung oder größeren Unfittlichkeit, dann hinsichtlich der Wirkung des Widerrufs derselben vor und nach gefälltem und kundgemachten Urtheile.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Februar 1836, S. 75, Nr. 125.

- Erläuterung der §§. 89, 98 und 99, II. Theiles des Strafgefeses, hinsichtlich der unbefugten Krankenbehandlung, und Anwendung derselben auf Leute, die gar keinen ärztlichen Unterricht erhalten haben.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Februar 1836, S. 76, Nr. 128.

- Erläuterung des §. 274, II. Theiles des Strafgefeses, über die Verjährung der schweren Polizei-Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre.

Hofkanzlei-Decret vom 24. December 1836, S. 94, Nr. 161.

- Erläuterung der §§. 463 und 465, I. Theiles des Strafgefeses, hinsichtlich der Ergreifung des Recurses.

Justiz-Hofdecret vom 23. Mai 1837, S. 127, Nr. 203.

- Erläuterung des §. 148, sub. f. I. Theiles des Strafgefeses, über die Beurtheilung und Beftrafung des Verbrechens der Brandlegung.

Justiz-Hofdecret vom 12. Juni 1837, S. 127, Nr. 206.

Estrafgefes. Vorschrift über das Benehmen des Richters über schwere Polizei-Übertretungen, wenn mit einer schweren Polizei-Übertretung ein Verbrechen zusammentrifft.

Justiz-Hofdecret vom 1. August 1837, S. 136, Nr. 217.

- Vorschrift über die Anwendung des §. 244, I. Theiles des Strafgesetzes, wenn bei einer That-erhebung consecrirte Hostien bei einem Inquisiten gefunden werden.

Justiz-Hofdecret vom 11. September 1837, S. 145, Nr. 225.

- Erläuterung des §. 450, I. Theiles des Strafgesetzes, hinsichtlich des Zutrittes zu den zum Tode verurtheilten Verbrechern.

Justiz-Hofdecret vom 11. September 1837, S. 145, Nr. 226.

- Erläuterung des §. 178, lit. a, I. Theiles des Strafgesetzes, hinsichtlich der vor einem Gerichte abgelegten falschen Zeugenaussagen.

Hofkanzlei-Decret vom 20. September 1837, S. 146, Nr. 230.

- Das Anbieten oder die Verabreichung eines Geschenkes an die Gränz- und Gefällenwache zur Abwendung von der Pflichterfüllung begründet das im §. 89, I. Theiles des Strafgesetzes, bezeichnete Verbrechen der Verleitung zum Amtsmißbrauche.

Justiz-Hofdecret vom 29. Jänner 1838, S. 168, Nr. 251.

- Die dem niederösterreichischen Appellationsgerichte ertheilte Belehrung, über das Zusammen-treffen schwerer Polizei-Übertretungen mit Verbrechen, wird den übrigen Appellationsgerichten mitgetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 20. Februar 1838, S. 172, Nr. 258.

- Anwendung des §. 156, I. Theiles des Strafgesetzes, auf den Diebstahls-Versuch.

Justiz-Hofdecret vom 6. März 1838, S. 173, Nr. 261.

- Die in den Hofdecreten vom 24. December 1817 und 6. October 1821 ertheilten Vor-schriften, über die Beweisraft des Geständnisses in Criminalsachen, finden auf Dominical-gerichte und Magistrate in Böhmen keine Anwendung.

Justiz-Hofdecret vom 24. April 1838, S. 176, Nr. 266.

- Vorschrift über die Bestrafung der absichtlichen Abnahme ungesetzlicher oder übermäßiger Taxen und Gebühren.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Juni 1838, S. 239, Nr. 278.

- Anwendung der §§. 284 und 285, II. Theiles des Strafgesetzes, auf die aus einem landes-fürstlichen oder sonst einem öffentlichen Amte in den Pensions- oder Quiescentenstand über-getretenen Individuen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juli 1838, S. 270, Nr. 284.

- Erläuterung des §. 403, II. Theiles des Strafgesetzes, hinsichtlich der Acten-Rücksendung an die erste Instanz bei mangelhaften Untersuchungen.

Hofkanzlei-Decrete vom 28. August 1838, S. 274, Nr. 287, und vom 28. Juni 1839, S. 343, Nr. 367.

- Erläuterung des §. 313, I. Theiles des Strafgesetzes, wegen Alimentirung der im Criminal-Inquisitionss-Arreste befindlichen Priester.

Hofkanzlei-Decret vom 9. August 1838, S. 275, Nr. 289.

- In wieferne die analoge Anwendung des §. 476, I. Theiles des Strafgesetzes, auf schwere Polizei-Übertretungen statt finden könne.

Hofkanzlei-Decret vom 14. September 1838, S. 277, Nr. 295.

- Vorschrift über die Aufrechnung der Verpflegsgelühren gegen Ersazpflichtige bei dem Verfahren in schweren Polizei-Übertretungen.

Hofkanzlei-Decret vom 18. October 1838, S. 280, Nr. 300.

Estrafgefeg. Erläuterung des §. 463, I. Theiles des Strafgefeges, hinsichtlich des Recursrechtes der in diesem Paragraphen bezeichneten Personen gegen die vom Criminal-Obergerichte gemittelten Urtheile.

Justiz-Hofdecret vom 12. November 1838, S. 309, Nr. 304.

- Erläuterung des §. 275, II. Theiles des Strafgefeges, hinsichtlich der Verjährung einer schweren Polizei-Übertretung.

Hofkanzlei-Decret vom 2. December 1838, S. 313, Nr. 313.

- Kundmachung der über die Beweisraft des in Criminalsachen vor einer Prätur abgelagten Geständnisses unterm 24. December 1817 erlassenen Verordnung in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 4. December 1838, S. 313, Nr. 314.

- Befreiung der ständischen Beamten von der Pflicht sich als Beisitzer bei Criminal-Untersuchungen und Beratungen über schwere Polizei-Übertretungen verwenden zu lassen.

Justiz-Hofdecret vom 18. December 1838, S. 314, Nr. 318.

- Von der Disstitution der landesfürstlichen Criminalgerichte durch Kreisämter hat es abzukommen.

Justiz-Hofdecret vom 24. December 1838, S. 315, Nr. 320.

- Die von Criminalgerichten auf Ablassung vom weiteren Criminalverfahren gefaßten Beschlüsse kann das Criminal-Obergericht nicht abändern.

Justiz-Hofdecret vom 15. Jänner 1839, S. 322, Nr. 328.

- Befreiung der Leichenkosten für die in den Straforten der Criminalgerichte mittellos sterbenden Sträflinge von der Gerichtsinhabung.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Jänner 1839, S. 322, Nr. 330.

- Anzeigen, daß ein Pensionist, Provisionist oder ein mit einem Unabgehaltetheit betheiligtes Individuum in eine Criminal-Untersuchung gezogen worden ist, haben aufzuhören; die Aburtheilung derselben, ihrer Witwen und Waisen, dann eines wirklich dienenden Beamten, wegen Verbrechen, ist der betreffenden Cameral- oder politischen Behörde anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Februar 1839, S. 324, Nr. 335.

- (Gefällen-). Anwendung des §. 567 des Gefällen-Estrafgefeges bei Vorkehrungen zur Erlangung der Sicherstellung bei Gefälls-Übertretungen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Februar 1839, S. 325, Nr. 336.

- Vorschrift über die Behandlung der Strafnaachrichts-Gesuche der Spielberger Sträflinge bei dem Appellationsgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1839, S. 327, Nr. 340.

- Vorschrift für Criminalgerichte über die Einholung der bei Münzverfälschungen nöthigen Certificat, dann über die Abgabe der Falsifikate an die Hofkammer.

Justiz-Hofdecret vom 19. Februar 1839, S. 331, Nr. 343.

- Erläuterung der §§. 465 und 468, I. Theiles des Strafgefeges, über die Ergreifung des Recurses von den in diesen Paragraphen bezeichneten Personen, wenn der Beschuldigte auf den Recurs Verzicht leistet.

Justiz-Hofdecret vom 25. Februar 1839, S. 332, Nr. 345.

- Der 2. Artikel des Beschlusses der deutschen Bundesversammlung vom 18. August 1836, über die wechselseitige Auslieferung der Staatsverbrecher, wird auch in jenen zum deutschen Bunde nicht gehörigen Provinzen des österreichischen Staates, in welchen das Strafgefeg vom Jahre 1803 seine Anwendung findet, in Kraft gesetzt.

Justiz-Hofdecret vom 25. Februar 1839, S. 333, Nr. 346.

- Erläuterung der §§. 435, 440, 467 und 468, I. Theiles des Strafgefeges, hinsichtlich der Strafverschärfungen.

Justiz-Hofdecret vom 11. März 1839, S. 334, Nr. 349.

Estrafgefetz. Erläuterung der §§. 398, 415 und 420, II. Theiles des Estrafgefetzes, über die Rechte des Beschädigten auf Entschädigung bei schweren Polizei-Übertretungen und Ausdehnung des §. 524, I. Theiles, auf dieselben.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Mai 1839, S. 339, Nr. 359.

- Vorschrift über die Anwendung des Estrafgefetzes beim Militär, wenn es sich um Bestrafung von Verbrechen oder schweren Polizei-Übertretungen handelt, welche ein ungarischer oder siebenbürgischer Soldat vor seiner Affentirung und Eidesablegung begangen hat.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 14. Juni 1839, S. 340, Nr. 362.

- Erläuterung des §. 241, II. Theiles des Estrafgefetzes, über die Bestrafung der Ehren-Beleidigungen.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1839, S. 341, Nr. 363.

- Erläuterung des §. 403, II. Theiles des Estrafgefetzes, wegen Acten-Rücksendung an die erste Instanz bei mangelhaft befundener Untersuchung.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Juni 1839, S. 343, Nr. 367.

- Aufhebung der Anordnung des §. 386, I. Theiles des Estrafgefetzes, wornach die um Abhörung von Zeugen ersuchten Gerichte eine Abschrift von dem Verhör-Protokoll zurückzubehalten haben.

Justiz-Hofdecree vom 9. September 1839, S. 350, Nr. 377.

- Verlängerung der Uebereinkunft mit Parma, über die Auslieferung der Verbrecher.

Hofkanzlei-Decret vom 20. December 1839, S. 362, Nr. 398.

- Nähere Bestimmung des §. 398, II. Theiles des Estrafgefetzes, über die Zustellungszeit der Urtheile über schwere Polizei-Übertretungen an den Beschädigten.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Februar 1840, S. 470, Nr. 405.

- Anwendung des §. 178, lit. a, I. Theiles des Estrafgefetzes, auf falsche Zeugenaussagen im Laufe der Untersuchungen wegen Gefällig-Übertretungen.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Februar 1840, S. 473, Nr. 410.

- Anwendung des §. 288, I. Theiles des Estrafgefetzes, auf die Beweisraft der in criminali vor Prätores, Prätorsadjuncten oder Cancellieri in Dalmatien abgelegten Geständnisse.

Justiz-Hofdecree vom 31. März 1840, S. 480, Nr. 420.

- Abstellung der Vollziehung der Todesurtheile innerhalb der Stadtmauern.

Anmerkung zur Allerhöchsten Entschließung vom 25. April 1840, S. 482, Nr. 425.

- Erläuterung des §. 380, I. Theiles des Estrafgefetzes, und Vorschrift für Criminalgerichte über die Vornahme der persönlichen Recognition des Beschuldigten durch Zeugen, in Criminalfällen und über die Anwendung von Stoß- und Ruthen-Streichen bei Criminal-Untersuchungen.

Allerhöchste Entschließung vom 25. April 1840, S. 482, Nr. 425.

- Die Entwendung von Verfaßzetteln nach Maß des I. oder II. Theiles des Estrafgefetzes zu behandeln, wird jedesmal der Beurtheilung des Richters überlassen.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Mai 1840, S. 490, Nr. 437.

- Vorschrift zur Verfassung der Ausweise über die schweren Polizei-Übertretungen und über die wegen derselben untersuchten Personen.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Juni 1840, S. 502, Nr. 449.

- (Gefällig-). Anwendung des §. 408 des Gefällig-Estrafgefetzes auf die Erschleichung eines Armuthszeugnisses zum Behufe der Stempel-Befreiung.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 26. Juli 1840, S. 517, Nr. 457.

- Anwendung des §. 266 des Estrafgefetzes vom 3. September 1803 und des §. 6, Nr. 5 und §. 446 des Gefällig-Estrafgefetzes vom 11. Juli 1835 auf die Uebertreter der verbotenen Spiele.

Hofkanzlei-Decret vom 16. October 1840, S. 533, Nr. 469, dann

Circular der niederösterreichischen Regierung vom 31. December 1840, S. 544, Nr. 489.

Strafgeset. Competenz der Criminalgerichte zur Ausübung der Gerichtsbarkheit über die wegen Verbrechen vom Militär entlassenen und vor erreichtem gesetzmäßigen Alter zum Militär gestellten oder freiwillig eingetretenen Individuen, mit Ausnahme der Ungarn und Siebenbürger.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1841, S. 556, Nr. 504.

- Befugniß der Criminalgerichte, zu auswärtigen gerichtlich-medizinischen Untersuchungen in Verbindung des Kreisarztes oder Kreiswundarztes, andere Aerzte und Wundärzte beizuziehen.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Februar 1841, S. 560, Nr. 507.

- Zur Verjährung der politischen und polizeilichen Uebertretungen oder Vergehen ist die Erfüllung von keiner im §. 274, II. Theiles des Strafgesetzes, bestimmten Bedingungen erforderlich.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Februar 1841, S. 561, Nr. 509.

- Vorschrift über die Vergütung der Reise- und Zehrungskosten für das Sanitätspersonale und andere Kunstverständige bei außerordentlichen Leistungen in Criminal- und Polizei-Angelegenheiten.

Hofkanzlei-Decret vom 25. März 1841, S. 565, Nr. 517.

- Die Kosten für Criminal-Amtshandlungen fallen dem Criminalfonde jener Provinz zur Last, in welcher die Amtshandlung vorgenommen wurde.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1841, S. 581, Nr. 539.

- Erläuterung der §§. 284, 285 und 444, II. Theiles des Strafgesetzes, über die Tragung der Commissionskosten bei Untersuchungen, in welchen sich das Factum als einfaches Polizeivergehen darstellt.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1841, S. 581, Nr. 540.

- Dem Appellationsgerichte wird überlassen, in Fällen, wo nach seinem Dafürhalten das Criminalgericht ohne allen rechtlichen Anlaß eine Criminal-Untersuchung eingeleitet hat, dieselbe als nichtig aufzuheben.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juli 1841, S. 595, Nr. 549.

- Vorschrift über das Verfahren bei Untersuchungen wider Geistliche wegen schwerer Polizei-Uebertretung.

Hofkanzlei-Decret vom 12. August 1841, S. 601, Nr. 553.

- Erläuterung des §. 80, II. Theiles des Strafgesetzes, wegen Beförderung der nur mit vorchriftsmäßigen Reisepässen oder Passirschein versehenen Reisenden mittelst der Post.

Hofkanzlei-Decret vom 13. August 1841, S. 603, Nr. 554.

- Vorschrift über die Bestreitung des Aufwandes der Criminalgerichte in Mähren und Schlesien.

Hofkanzlei-Decret vom 24. September 1841, S. 613, Nr. 565.

- Erläuterung des §. 462, lit. b) und §. 464, I. Theiles des Strafgesetzes, über das Verfahren des Appellationsgerichtes bei Verschärfung der durch das Urtheil der ersten Instanz verhängten Strafe.

Justiz-Hofdecret vom 18. October 1841, S. 613, Nr. 567.

- Erläuterung der §§. 449 und 450, II. Theiles des Strafgesetzes, über die Tragung der Untersuchungskosten bei schweren Polizei-Uebertretungen in Delegationsfällen.

Hofkanzlei-Decret vom 3. December 1841, S. 656, Nr. 574.

- Erläuterung des §. 156, I. Theiles des Strafgesetzes, wann die Theilnahme am Diebstahle nicht als Verbrechen zu behandeln sei.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1841, S. 657, Nr. 576.

- Vorschrift über die Erlassung der Fedine criminali.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1842, S. 24, Nr. 609.

- Vorschrift über die Behandlung der nach §. 74, I. Theiles des Strafgesetzes, wegen öffentlicher Gewaltthätigkeit durch böshafte Feldbeschädigungen, gegen unbekannte Thäter bei den Collegialgerichten in Dalmatien abgeführten Criminal-Voruntersuchungen.

Justiz-Hofdecret vom 30. Mai 1842, S. 42, Nr. 619.

Strafgeset. Analoge Anwendung des §. 466, I. Theiles des Strafgesetzes, bei schweren Polizei-Übertretungen.

Hofkanzlei-Decret vom 1. Juli 1842, S. 44, Nr. 623.

- Nach den §§. 254, 256 und 404, c), sind die Zeugen zu beeidigen, wenn auch ihre Aussage mit dem Geständnisse der Inquisiten übereinstimmt.

Justiz-Hofdecret vom 11. October 1842, S. 63, Nr. 647.

- Der §. 233, II. Theiles des Strafgesetzes, weist die Behandlung des Wuchers dem eigens darüber erlassenen Patente zu.

Justiz-Hofdecret vom 28. November 1842, S. 75, Nr. 658.

- Erläuterung des §. 156, I. Theiles des Strafgesetzes, hinsichtlich der Theilnahme und der Mitschuld am Diebstahle.

Justiz-Hofdecret vom 10. Juni 1843, S. 123, Nr. 711.

- Anwendung der §§. 379, 380, 389 und 529, I. Theiles, bei Einvernehmung zur Zeugenschaft in Fällen von Verbrechen, und des §. 446, II. Theiles des Strafgesetzes, bei Vergütung der Fuhr- und Behergungskosten an Zeugen bei Untersuchungen von schweren Polizei-Übertretungen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Juli 1843, S. 128, Nr. 721.

- Anwendung des §. 537, I. Theiles des Strafgesetzes, auf den Ersatz der von politischen Obrigkeiten für verhaftete Beschuldigte während einer Criminal-Voruntersuchung bestrittenen Verpflegskosten.

Hofkanzlei-Decret vom 12. September 1843, S. 138, Nr. 739.

- Anwendung des §. 78, II. Theiles des Strafgesetzes, bei der Bestrafung der Mitschuld an einer schweren Polizei-Übertretung.

Hofkanzlei-Decret vom 22. September 1843, S. 140, Nr. 744.

- Anwendung der §§. 284 und 285, II. Theiles des Strafgesetzes, auf die Bestreitung der Verpflegskosten für mittellose, durch die Kreisämter, wegen schwerer Polizei-Übertretung oder wegen eines Polizeivergehens, zum Arreste verurtheilten Individuen aus dem Cameralfonde.

Hofkanzlei-Decret vom 22. October 1843, S. 160, Nr. 754.

- Dienstentlassung der Individuen der Finanzwache, welche wegen Mangels rechtlicher Beweise von der Untersuchung wegen eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Übertretung losgelassen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Jänner 1844, S. 185, Nr. 771.

- Aufhebung des untersteierischen Banngerichtes zu Graz.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1844, S. 185, Nr. 772.

- Erläuterung des §. 115, Nr. 3 des I. Theiles des Strafgesetzes über die Bedeutung des Wortes „Unzucht“.

Justiz-Hofdecret vom 26. Juni 1844, S. 212, Nr. 816.

- Vorschrift für Criminalgerichte über die Mittheilung von Auszügen aus dem Rathschlagungs-Protokolle über die gegen einen Beamten wegen Verbrechen abgeführte Untersuchung an die zu dessen Disciplinarbehandlung berufene Oberbehörde.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1844, S. 215, Nr. 823.

- Vorschrift und Formulare zur Verfassung der summarischen Jahres-Ausweise über die wegen Verbrechen untersuchten Personen.

Justiz-Hofdecret vom 21. August 1844, S. 215, Nr. 825.

- Vorschrift über die Bestrafung der Übertretungen des Abtreibens der Waldungen, Gebüsche oder Sträucher, des Fällen oder Herablassens einzelner Bäume, des Viehauftriebes auf die Weide, des Schotter- und Lehmgrabens, der Auflockerung des Erdreiches auf Gründen und Bergabhängen, welche an der Linie der Staats-Eisenbahnen angrenzen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 234, Nr. 834.

Strafgesetz. Bestimmung des Fondes aus welchem die seelsorglichen Auslagen für den Unterricht der Criminal-Arrestanten in den Strafhäusern, dann die Naturalbezüge oder deren Entschädigung der Seelsorger zu bestreiten sind.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1844, S. 235, Nr. 835.

- Vorschrift über die Anwendung der Waffengewalt von Seite der Militär-Assistenz bei Störung der öffentlichen Ruhe.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 8. October 1844, S. 236, Nr. 837.

- Bestrafung der geschwizdrigen Benützung und Ueberlassung der Reisepässe oder anderer obrigkeitlicher Ausweise.

Hofkanzlei-Decret vom 20. November 1844, S. 240, Nr. 846.

- Vorschrift über den Ersatz der Verpflegskosten für die während einer Voruntersuchung von politischen Obrigkeiten verhafteten Criminal-Inquisiten.

Hofkanzlei-Decret vom 5. December 1844, S. 242, Nr. 851.

- Erläuterung des §. 442, I. Theiles des Strafgesetzes, hinsichtlich der Strafverschärfung.

Älterhöchste Entschließung vom 7. December 1844, S. 243, Nr. 852.

- In wieferne den von der Direction des Schutzvereines für entlassene Sträflinge bestimmten Oborgern die Besprechung mit Sträflingen des zweiten Grades gestattet werde.

Hofkanzlei-Decret vom 16. December 1844, S. 243, Nr. 854.

- Bestimmung der Gebühren für den Lemberger Scharfrichter und seine Gehilfen für die Vollziehung der Todesurtheile.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1844, S. 244, Nr. 855.

- Vorschrift über das Verfahren bei criminalgerichtlicher Einvernehmung eines zu einer fremden Mission gehörigen Individuums in Criminalfällen von Bedeutung.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1845, S. 247, Nr. 857.

- Erläuterung der §§. 272 und 482 I. Theiles des Strafgesetzes über das Verfahren der Criminalgerichte in gewissen Fällen der Creditpapier-Verfälschung.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1845, S. 248, Nr. 858.

- Anwendung des §. 92, II. Theiles des Strafgesetzes, auf die Verurtheilung der Selbstmörder.

Hofkanzlei-Decrete vom 17. Jänner und 21. Mai 1845, S. 250 und 263, Nr. 861 und 885.

- Vorschrift über die Beköstigung der in den Frohnfesten Mährens und Schlesiens wegen Verbrechen angehaltenen unermöglichten Inquisiten und Sträflinge. Inquisiten dürfen in keinem Falle härter als die zum Kerker verurtheilten Sträflinge behandelt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Jänner 1845, S. 251, Nr. 863.

- Erhöhung der Brotportion für einen gesunden männlichen Sträfling im Linzer Provincial-Strafhaufe von täglichen Ein Pfund auf Ein und ein halbes Pfund.

Hofkanzlei-Decret vom 31. Jänner 1845, S. 251, Nr. 864.

- Der §. 451, I. Theiles des Strafgesetzes, wegen öffentlicher Ankündigung der auf länger als fünfjährige Kerkerstrafe lautenden Urtheile, wird außer Wirksamkeit gesetzt.

Justiz-Hofdecret vom 6. Februar 1845, S. 252, Nr. 866.

- Der mit der Criminal-Gerichtspflege verbundene Aufwand in Böhmen wird vom Jahre 1846 angefangen als Staatsaufwand erklärt.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Februar 1845, S. 252, Nr. 867.

- Verpachtung der Arbeitskräfte der Sträflinge und sämmtlicher Erfordernisse des Criminalgerichtes und Gefangenhauses in Wien an einen Generalpächter, mit Ausnahme des Auspressens, des Brotes und der Medicamente.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Februar 1845, S. 254, Nr. 872.

Strafgesez. Die an Inquisiten oder Eridatate einlangenden oder von flüchtigen Verbrechern ein-
kommenden Briefe haben die Postämter an die Criminal- oder Concursgerichte auszufolgen.

Hofkammer-Decret vom 8. März 1845, S. 255, Nr. 874.

- Erweiterung des Wirkungskreises der Wiener Provinzial-Strafhausverwaltung in Disciplinar-
fällen über Sträflinge.

Hofkanzlei-Decret vom 13. März 1845, S. 255, Nr. 875.

- Allerhöchst ausgesprochener Grundsatz, daß die Criminal-Gerichtbarkeit in Oesterreich unter und
ob der Enns, Steiermark und Kärnthen künftig nur durch Collegialgerichte ausgeübt werden,
und die Ausübung derselben durch gutsherrliche Gerichte und Magistrate, welche nicht die erfor-
derliche Anzahl geprüfter Räte haben, aufhören soll.

Justiz-Hofdecret vom 17. April 1845, S. 262, Nr. 884.

- Bestimmung der Fälle, in welchen durch die Uebertretung der Vorschrift über die Sicherheits-
maßregeln gegen die Gefahr der Explosionen bei Dampfkesseln eine schwere Polizei-Uebertretung
begangen wird.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juni 1845, S. 266, Nr. 891.

- Bei schweren Polizei-Uebertretungen ist nach §. 275, II. Theiles des Strafgesetzes, das Maximum
der gesetzlichen Strafe zum Maßstabe der entsprechenden Verjährungszeit anzunehmen.

Hofkanzlei-Decret vom 18. Juni 1845, S. 269, Nr. 892.

- Auf welche Inquisiten der §. 306, I. Theiles des Strafgesetzes, in Fällen einer unter den Cri-
minal-Inquisiten in den Criminal-Gerichtshäusern in Böhmen ausbrechenden epidemischen Krank-
heit in Anwendung zu bringen sei.

Allerhöchste Entschließung vom 1. Juli 1845, S. 270, Nr. 894.

- Die Verfertigung und der Gebrauch von Punzen, Stämpeln und Gußmodellen, mit welchen
Abdrücke oder plastische Nachbildungen von gangbaren Münzen in Metallen erzeugt werden kön-
nen, sind nach §. 84, II. Theiles, des Strafgesetzes als schwere Polizei-Uebertretung zu bestrafen.

Hofkanzlei-Decret vom 1. Juli 1845, S. 270, Nr. 895.

- (Gefällen-). Anwendung des Gefällen-Strafgesetzes in dem Verfahren bei Verhandlungen der
Elbe-Zollgerichte über Elbezoll-Uebertretungen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 2. December 1845, S. 289, Nr. 912.

- Anwendung des I. und II. Theiles des Strafgesetzes vom Jahre 1803 auf die Verhandlungen
über die bei den Elbe-Zollgerichten vorkommenden Verbrechen, dann schweren und einfachen
Polizei-Uebertretungen und Vergehen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 2. December 1845, S. 289, Nr. 912.

- Daß Wiener Criminalgericht hat die erfolgende Verhaftung und Bestrafung der beeideten k. k.
Hofdienerschaft der vorgesetzten Behörde derselben anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 29. December 1845, S. 303, Nr. 918.

- Abgestraften Verbrechern ist die Promotion zum Doctorate ohne besondere Allerhöchste Erlaub-
niß nicht zu gestatten.

Studien-Hofcommissions-Decret vom 10. Jänner 1846, S. 303, Nr. 921.

- Anwendung der §§. 107, 108 und 109 I. Theiles und der §§. 39, 40, 41 und 42 II. Theiles
des Strafgesetzes auf die Theilnehmer an der Secte der Deutschkatholiken.

Hofkanzlei-Präsidial-Schreiben vom 26. Jänner 1846, S. 308, Nr. 923.

- Daß Urtheil ist auch dann der höheren und rücksichtlich höchsten Revision zu unterziehen, wenn das
Strafgericht die Einleitung der Criminal-Untersuchung wegen eines der in den §§. 433 und
442, I. Theiles des Strafgesetzes, bemerkten Verbrechens beschlossen hat, der Untersuchte aber
von dem Strafgerichte oder Obergerichte eines anderen Verbrechens schuldig befunden wurde.

Justiz-Hofdecret vom 28. Jänner 1846, S. 310, Nr. 924.

Strafgesetz. Anwendung des Strafgesetzes bei Untersuchungen über den vorschriftswidrigen Mißgebrauch von Seite der k. k. Finanzwache.

Hofkammer-Decrete vom 8. Februar und 27. März 1846, S. 311 und 331, Nr. 927 und 952.

- Die von der Staatsverwaltung bei den Staatsbahnen mit Decreten angestellten Beamten sind während der Dauer dieser Anstellung in Bezug auf den §. 221, I. Theiles des Strafgesetzes, als landesfürstliche Beamte zu betrachten und zu behandeln.

Justiz-Hofdecret vom 11. Februar 1846, S. 314, Nr. 928.

- Criminalgerichte haben in die summarischen Ausweise nur die wirklich verhängte Strafe einzutragen, dagegen in ihren Einbegleitungsberichten an das Appellationsgericht, und Letzteres in dem an den obersten Gerichtshof zu erstattenden Berichte jene Fälle zu bemerken, wo ein auf lebenslange Strafe gefälltes Urtheil vom obersten Gerichtshofe im Milderungswege in eine zeitliche Strafe umgeändert worden ist.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1846, S. 315, Nr. 930.

- Bestrafung des Holzdiebstahls an den Holzschwemmen.

Hofkanzlei-Decret vom 5. März 1846, S. 320, Nr. 943.

- Die Tödtung oder schwere Verwundung eines Gefäß-Übertreters durch die Finanzwache in Ausübung ihres Dienstes ist für sich allein noch nicht als eine rechtliche Anzeigung zur Einleitung einer Criminal-Untersuchung zu betrachten.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 331, Nr. 952.

- Durch die Gesinde-Ordnung für Wien vom 1. Mai 1810 hat das Strafgesetzbuch über Verbrechen keine Abänderung erlitten.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1846, S. 337, Nr. 967.

- Vorschrift über die Bestreitung der Akungskosten für die im Criminal- oder politischen Verhafte befindlichen Individuen der Finanzwache.

Hofkammer-Decret vom 23. Juni 1846, S. 339, Nr. 972.

- Bestimmung der Erscheinungsgebühr für die als Zeugen in Criminal-Angelegenheiten vor dalmatinische Gerichtsbehörden berufenen Montenegrinern.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1846, S. 355, Nr. 976.

- In welchen Fällen der §. 296, II. Theiles, des Strafgesetzes auf die vom Familienhaupte an Familiengliedern verübten Entwendungen angewendet werden kann.

Hofkanzlei-Decret vom 8. October 1846, S. 374, Nr. 989.

- Anwendung des II. Theiles des Strafgesetzes auf die Uebertretungen des Gesetzes zum Schutze des literarischen und artistischen Eigenthumsrechtes.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

- Anwendung der §§. 81 und 82, II. Theiles des Strafgesetzes, auf alle jene Personen, deren Abschaffung von der competenten Polizeibehörde verfügt wurde.

Hofkanzlei-Decret vom 22. October 1846, S. 386, Nr. 993.

- Vorschrift über die Behandlung der von Sträflingen im Strafhaufe überreichten Strafmachtigkeitsgesuche.

Hofkanzlei-Decret vom 13. December 1846, S. 395, Nr. 1011.

- Bestimmung der Gerichtsbarkeit und des Instanzenzuges bei Untersuchung und Aburtheilung der im Kratauer Gebiete verübten Verbrechen.

Justiz-Hofdecret vom 24. December 1846, S. 399, Nr. 1014.

- Anwendung des §. 531, I. Theiles des Strafgesetzes, auf die Entrichtung der Gebühren der Dolmetsche in Dalmatien für ihre gerichtliche Verwundung.

Hofkammer-Decret vom 3. März 1847, S. 426, Nr. 1040.

Strafgeset. Anwendung der Vorschriften des I. und II. Theiles des Strafgesetzes auf die Uebertretungen des Eisenbahn-Polizeigesetzes.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §§. 32, 33, 34, 35, 36.

- Vorschriften über das Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit durch boshafte Beschädigung der Eisenbahnen.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 449, Nr. 1047.

- Abstellung des Unfuges, insgeheim bestellte Leute in die Criminal-Untersuchungs-Gefängnisse zu bringen, damit sie die Inquisiten zu Geständnissen verlocken..

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 450, Nr. 1048.

- Anwendung der §§. 178, 181, 182 und 183, I. Theiles des Strafgesetzes, bei Untersuchung und Bestrafung der in Concurs verfallenen Schuldner.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 451, Nr. 1049.

- Die strafgerichtliche Behandlung sämmtlicher in den §. 241, II. Theiles des Strafgesetzes, vorgesehenen Fälle von schweren Polizei-Uebertretungen gegen die Sicherheit der Ehre wird den Polizeibehörden Wiens übertragen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. April 1847, S. 459, Nr. 1058.

- Verbot der Erzeugung, des Verkaufes und des Gebrauchs der explosirenden Stoffe.

Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1847, S. 460, Nr. 1060.

- Vorschrift für Criminal- und Polizeibehörden, über die Ertheilung der Auskünfte an den Schußverein für entlassene Sträflinge.

Hofkanzlei-Decret vom 17. April 1847, S. 460, Nr. 1061.

- Wann die Ueberlieferung des flüchtigen Beschuldigten an dasjenige Criminalgericht, welches den Steckbrief erlassen hat, gerechtfertigt ist.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juli 1847, S. 466, Nr. 1076.

- Vorschrift über das Benehmen des Appellationsgerichtes, wenn der Beschluß des Collegialgerichtes auf Ablassung statt auf Einleitung der Criminal-Untersuchung durch irrige Ansichten herbeigeführt worden ist.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1847, S. 469, Nr. 1083.

- Vorschrift über die vollständige Behandlung der im Inlande entwendeten und im Auslande den Dieben abgenommenen Gegenstände, welche als Corpora delicti an die österreichischen Criminalgerichte eingesendet werden.

Hofammer-Decret vom 26. September 1847, S. 472, Nr. 1089.

- Die Uebertretung der Vorschriften zur Beseitigung von Mißbräuchen durch Betäubung mit Schwefeläther und anderen Aethergattungen (Naphthen), sind, soferne dießfalls nicht schon im II. Theile des Strafgesetzes vorgesehen ist, mit angemessener Geld- oder Arreststrafe zu belegen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1847, S. 473, Nr. 1091.

- Anwendung des §. 447, II. Theiles des Strafgesetzes, auf die Vergütung der Gebühren für Zeugen bei einfachen Polizeivergehen.

Hofkanzlei-Decret vom 25. November 1847, S. 478, Nr. 1099.

- Bestimmungen über die Vollziehung der Todesstrafe an Verbrechern.

Hofkanzlei-Decret vom 29. April 1848, S. 617, Nr. 1139.

- Erläuterung der §§. 118 und 259, II. Theiles des Strafgesetzes, hinsichtlich der Strafverschärfung bei schweren Polizei-Uebertretungen durch Ausstellung im Kreise.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Mai 1848, S. 621, Nr. 1149.

- Die §§. 52—58 und 107 des I. Theiles und 234—237 dann 241 II. Theiles des Strafgesetzes werden in Bezug auf Uebertretungen, welche durch die Presse verübt werden, außer Wirksamkeit gesetzt.

Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Strafgesetz. Den Gewerbsleuten, welche sich mit dem Einmachen der Früchte in Oelg befassen, sind die Vorschriften der §§. 156, 157, 158 und 160, II. Theiles des Strafgesetzes, in Erinnerung zu bringen.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 19. September 1848, S. 661, Nr. 1183.

— S. auch **Sclavenhandel.**

Strafhäuser. Abstellung des Unfuges der Verwendung der Sträflinge zum Ankaufe verschiedener Sachen außer den Strafhäusern.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Juni 1821, S. 31, Nr. 1764.

— Bestimmung des Strafhauses zu Gradiška für Sträflinge aus Steiermark, die bisher auf den Spielberg bei Brünn abzuliefern waren.

Justiz-Hofdecret vom 25. April 1829, S. 153, Nr. 2398.

— Behandlung der Verlassenschaften der in dem Spielberger Strafhause bei Brünn verstorbenen Verbrecher.

Justiz-Hofdecret vom 3. September 1830, S. 206, Nr. 2478.

— Bestrafung der von Sträflingen im Strafhause begangenen Verbrechen oder schweren Polizei-Übertretungen.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Mai 1833, S. 92, Nr. 2614.

— Einziehung der Ueberverdienstgelder der in dem Straforte sterbenden Sträflinge für die Cassé dieses Strafortes.

Hofkanzlei-Decret vom 4. März 1836, S. 76, Nr. 130.

— Bestrafung der in den Strafhäusern von Sträflingen verübten Polizei-Übertretungen.

Hofkanzlei-Decret vom 19. August 1836, S. 88, Nr. 150.

— Die wegen Störung der innerlichen Ruhe des Staates und wegen Creditpapier-Fälschung zu einer weniger als zehnjährigen Kerkerstrafe Verurtheilten dürfen ihre Strafe in den Provinzial-Strafhäusern ausüben.

Justiz-Hofdecret vom 27. Februar 1837, S. 113, Nr. 176.

— Erhöhung der Brotportionen für einen männlichen Sträfling im Wiener Provinzial-Strafhause von täglichem Ein Pfund auf Ein und ein halb Pfund.

Hofkanzlei-Decret vom 25. Juni 1844, S. 212, Nr. 815.

— Die seelsorglichen Auslagen für den Unterricht der Criminal-Arrestanten in den Strafhäusern sind aus dem Religionsfonde zu bestreiten.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1844, S. 235, Nr. 835.

— In wieferne den von der Direction des Schutzvereines für entlassene Sträflinge bestimmten Ohsorgern die Besprechung mit den Sträflingen des zweiten Grades in dem Strafhause gestattet werde.

Hofkanzlei-Decret vom 16. December 1844, S. 243, Nr. 854.

— Verpachtung der Arbeitskräfte der Sträflinge und sämmtlicher Erfordernisse des Wiener Gefangenhauses, mit Ausnahme des Auspfens, des Brotes und der Medicamente an einen Generalpächter.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Februar 1845, S. 254, Nr. 872.

— Vorschrift über die Behandlung der von Sträflingen im Strafhause überreichten Strafnoch-sichts-Gesuche.

Hofkanzlei-Decret vom 13. December 1846, S. 395, Nr. 1011.

— S. auch **Arbeit**; **Bagno marittimo**; **Gradiška**; **Spielberg**.

Strafhaus-Verwaltung. Vorschrift für die Strafhaus-Verwaltung am Spielberg bei Ueber-sehung eines kranken zur schwersten Kerkerstrafe verurtheilten Sträflinges in das dortige Spital.

Justiz-Hofdecret vom 1. October 1821, S. 51, Nr. 1805.

— bestraft die in den Strafhäusern von Sträflingen verübten schweren Polizei-Übertretungen.

Hofkanzlei-Decret vom 19. August 1836, S. 88, Nr. 150.

Estrafhaus-Verwaltung. Erweiterung des Wirkungskreises der Wiener Provinzial-Estrafhaus-Verwaltung über Esträflinge in Disciplinarfällen.

Hofkanzlei-Decret vom 13. März 1845, S. 255, Nr. 875.

Estraflosigkeit. Der Mangel des bösen Vorsazes begründet bei Gefäls-Uebertretungen nicht die Estraflosigkeit des Uebertreters.

Allerhöchste Entschliesung vom 14. Mai 1821, S. 20, Nr. 1760.

Estrafmilderung. Wann das Appellationsgericht und auch die oberste Justizstelle verpflichtet ist, über Gesuche der Esträflinge um Estrafnachlicht, welche von dem Rechtsmittel des Recurses keinen Gebrauch machten, mit einer angemessenen Estrafnachlicht vorzugehen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1821, S. 38, Nr. 1777.

- In welchen Fällen die Criminalgerichte nach gefälltem und kundgemachtem Estrafurtheile außer dem Wege des gesetzlichen Recurses eine Milderung der verhängten Estrafe zu bewilligen befugt sind. Vorschrift für Appellationsgerichte, über die ihrer Competenz zugewiesenen derlei Gesuche.

Justiz-Hofdecrete vom 4. Jänner und 16. Februar 1822, S. 71 und 79, Nr. 1827 und 1839.

- Befugniß der Gerichte erster und zweiter Instanz zur Estrafmilderung bei Vergehen wider die Pest-Anstalten.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1827, S. 65, Nr. 2253.

- Das Appellationsgericht hat bei Anträgen auf Estrafmilderung sich bestimmt auszusprechen, welche Milderung nach seiner Meinung bei jedem einzelnen Inquisiten eintreten soll.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1835, S. 24, Nr. 41.

- Bei Anträgen auf Estrafmilderung hat sich das Appellationsgericht immer auch über den Grad der Milderung bestimmt auszusprechen.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1835, S. 61, Nr. 99.

- Der Wideruf des Ansuchens um Bestrafung einer geschehenen Entwendung oder größeren Unfittlichkeit kann nach erfolgter Kundmachung des Urtheiles nur als Grund zur Estrafmilderung bei der höheren Behörde angesehen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Februar 1836, S. 75, Nr. 125.

Estrafnachlicht. Wegen Aufnahme der Gesuche um Nachlicht der Estrafe in den Estrafanstalten zu Gradiška und Capo d'Istria.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juli 1821, S. 35, Nr. 1773.

- Benehmen, wenn von einem Esträflinge anstatt eines Recurses ein Gesuch um Nachlicht der Estrafe an das Appellationsgericht gelangt.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1821, S. 38, Nr. 1777.

- Wann die Behörden nach dem geschöpften und kundgemachten Estrafurtheile eine Nachlicht der verhängten Estrafe zu bewilligen befugt sind.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1822, S. 71, Nr. 1827.

- Durch das obige Justiz-Hofdecret ist in Ansehung der Gesuche um Estrafnachlicht an dem §. 470, I. Theiles des Estrafgesetzes, nichts geändert worden.

Justiz-Hofdecret vom 16. Februar 1822, S. 79, Nr. 1840.

- Vorschrift über die Behandlung der Estrafnachlichts-Gesuche der Esträflinge.

Justiz-Hofdecret vom 25. Juni 1824, S. 214, Nr. 2018.

- Vorschrift über die Behandlung der beim Appellationsgerichte überreichten Estrafnachlichts-Gesuche der Esträflinge.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juli 1824, S. 216, Nr. 2023.

- Vorschrift über die Behandlung der Estrafnachlichts-Gesuche der Spielberger Esträflinge bei dem Appellationsgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1839, S. 327, Nr. 340.

Estrafnachfichts-Gefuche. S. Gefuche.

Estraforte. Muster der Auskunfts-Tabellen, welche die Criminalgerichte bei Ablieferung der Verurtheilten an den Strafort der Strafhauß-Verwaltung mitzugeben haben.

Justiz-Hofdecret vom 30. November 1821, S. 61, Nr. 1818.

- Welchen Sträflingen der Spielberg zu Brünn, und welchen die Citadelle zu Gradißka als Strafort angewiesen ist.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1829, S. 161, Nr. 2408.

- Einziehung der Ueberverdienstgelder der in dem Straforte sterbenden Sträflinge für die Gasse dieses Strafortes.

Hofkanzlei-Decret vom 4. März 1836, S. 76, Nr. 130.

- Bestreitung der Leichenkosten für die in den Straforten der Criminalgerichte mittellos sterbenden Sträflinge von der Gerichtsinhabung.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Jänner 1839, S. 322, Nr. 330.

Estrafurtheile. S. Urtheile I in Strafsachen.

Estrafverschärfung. Das Appellationsgericht hat seinem Urtheile, wodurch die von der ersten Instanz verhängte Strafe verschärft wird, die vollständigen Beweggründe seiner Entscheidung beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 18. October 1841, S. 613, Nr. 567.

Estrafzeit. Einrechnung der Zeit des für den Beschuldigten ergriffenen, im Laufe begriffenen und ohne Erfolg gebliebenen Recurses in die Strafzeit des Inquisiten.

Justiz-Hofdecret vom 25. Februar 1839, S. 332, Nr. 345.

Estrassenbau. Vorschrift über die Bezahlung der Verzugszinsen von der Entschädigung für die zum Straßenbaue abgetretenen Grundstücke.

Hofkanzlei-Decret vom 4. April 1837, S. 118, Nr. 188.

Estrassen-Einräumer, auf deren Lohn Schulden halber ein gerichtliches Verbot gelegt wurde, sind sogleich zu entlassen.

Hofkanzlei-Decret vom 22. October 1829, S. 175, Nr. 2435.

Streitgenossen. Vorschrift bei gerichtlichen Zustellungen, wo mehrere geklagte Streitgenossen einschreiten, die keinen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten angezeigt haben.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1822, S. 122, Nr. 1905.

- Vorschrift über die Behandlung der Streitgenossen hinsichtlich der Stämpelbefreiung.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 26. Juli 1840, S. 517, Nr. 457.

- Vorschrift über das Verfahren bei Klagen, welche gegen mehrere Streitgenossen gerichtet sind.

Justiz-Hofdecret vom 5. März 1847, S. 435, Nr. 1042.

Streitiges Nichteramt. S. Instruction.

Streitigkeiten. Vorschrift über die Entscheidung der aus Dienstverträgen entstehenden Streitigkeiten.

Justiz-Hofdecret vom 11. Mai 1821, S. 19, Nr. 1759.

- Gerichtsbarkeit des Carlstädter Stadt- und Landrechtes über alle in dem Fiumaner Kreise aus dem ungarischen Urbarial-Systeme entstehenden Unterthans-Streitigkeiten.

Justiz-Hofdecret vom 13. August 1821, S. 44, Nr. 1792.

- Vorschrift über die Behandlung der Zehent-Streitigkeiten.

Hofkanzlei-Decrete vom 16. März und 20. September 1826, S. 12 und 48, Nr. 2173 und 2221.

- zwischen Herrschaften, dann Herrschaften und organisirten Magistraten, über das Recht der Jurisdiction, sind in Gegenwart des politischen Repräsentanten auf dem Rechtswege und zwar vor den Landrechten der betreffenden Provinz zu verhandeln.

Justiz-Hofdecret vom 27. Jänner 1827, S. 65, Nr. 2252.

Streitigkeiten, die wegen Mangels der Neuheit eines Privilegiums entstehen, entscheidet die politische Behörde.

Justiz-Hofdecret vom 2. März 1827, S. 70, Nr. 2262.

- über Eingriffe in ein Privilegium entscheidet die politische Behörde; jene aber über Entschädigungs-Forderungen für den erwiesenen Eingriff die competente Gerichtsbehörde.

Justiz-Hofdecret vom 2. November 1827, S. 102, Nr. 2315.

- zwischen Dienstboten und Dienstgebern gehören, wenn sie während der Dauer des Dienstverhältnisses, oder binnen 30 Tagen nach Auflösung desselben erhoben werden, vor die politischen Behörden, wenn sie später angebracht werden, vor die Gerichte.

Justiz-Hofdecret vom 18. April 1828, S. 119, Nr. 2340.

- In Rechts-Angelegenheiten über grundobrigkeitliche Rechte einer Herrschaft gegen einen Grundbesitzer, über dessen Person ihr keine obrigkeitliche Gewalt zusteht, ist die fiscalamtliche Vertretung und die Beiziehung eines politischen Repräsentanten nicht erforderlich.

Justiz-Hofdecret vom 4. September 1829, S. 170, Nr. 2426.

- wobei Räte oder Präsidenten des urtheilenden Gerichtes als Parteien eintreten, sind nach Umständen in einem verstärkten Senate in Vortrag zu bringen; die unterlassene Berathschlagung in einem verstärkten Senate begründet aber keine Nullität.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juli 1830, S. 204, Nr. 2474.

- Vorschrift über das gerichtliche Verfahren bei Besitzstörungen in Dalmatien.

Hofkanzlei-Decret vom 8. October 1830, S. 210, Nr. 2487.

- Vorschrift, von welchen Behörden die Streitigkeiten zwischen Herrschaften und Grundholden über den Bezug und das Quantum des Laudemiums zu entscheiden sind.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1835, S. 65, Nr. 108.

- Vorschrift über die Behandlung der bei Anwendung der Post-Ordnung zwischen Reisenden und Postbediensteten sich ergebenden Streitigkeiten.

Auszug aus der Post-Ordnung für Reisende vom 1. December 1838, S. 312, Nr. 312.

- Verfahren bei Streitigkeiten zwischen Unternehmern periodischer Personen-Transporte, dann den hiervon Gebrauch machenden Personen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. October 1839, S. 352, Nr. 381.

- Vorschrift für die Vorsitzenden bei Gerichtsbehörden, über die Zählung der Stimmen und Fassung der Rathsbeschlüsse in bürgerlichen Rechts-Angelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1841, S. 565, Nr. 519.

- zwischen Herrschaften und ihren Wirtschaftsbeamten sind dem Erkenntnisse der Gerichtsstellen zuzurufen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Jänner 1842, S. 7, Nr. 591.

- Vorschrift über die Behandlung der Streitigkeiten zwischen zwei ausschließlich Privilegirten hinsichtlich der Identität des Privilegiums und der allenfalls daraus hervorgehenden Entschädigungs-Ansprüche.

Hofkammer-Decret vom 26. November 1842, S. 75, Nr. 657.

- Hintanhaltung der zwischen dem Aerarium und den Privatbergbau-Unternehmern beim Steinkohlen-Bergbau entstehenden Streitigkeiten durch Ausfertigung der Situationspläne über den gewählten Schurfkreis, in welchen die Fixpunkte genau zu bezeichnen sind.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 6. März 1843, S. 98, Nr. 687.

- In Privilegien-Streitigkeiten dürfen Professoren und Assistenten des polytechnischen Institutes von den Gerichtsbehörden nicht als Kunstverständige beigezogen werden, jedoch in anderen Rechtsstreitigkeiten.

Justiz-Hofdecret vom 25. October 1843, S. 162, Nr. 757.

Streitigkeiten. Vorschrift über das Verfahren der Gerichtsstellen bei Privilegien-Streitigkeiten, bei welchen sich zur Competenz der politischen Behörde gehörige Fragen ergeben.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juli 1845, S. 271, Nr. 896.

- Anwendung des summarischen Verfahrens für geringfügige Streitigkeiten bei allen Civilgerichten in allen Provinzen, in welchen das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch gilt, mit Ausnahme des lombardisch-venetianischen Königreiches und Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- über den Bezug des bei den galizischen Ständen bestehenden Getränke-Erzeugungs-Entgeltes gehören zur Verhandlung und Entscheidung der politischen Behörden.

Justiz-Hofdecret vom 29. October 1846, S. 387, Nr. 995.

- zwischen Gewerksleuten oder Fabriks-Inhabern mit ihren Gesellen, Lehrlingen und anderen Hilfsarbeitern, welche aus dem Dienstverhältnisse oder Lohnverträge entspringen, sind von den politischen Behörden zu behandeln.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1846, S. 390, Nr. 1002.

- Einführung eines summarischen Verfahrens für geringfügige Streitigkeiten bei sämmtlichen Militärgerichten.

Decret des Hofkanzleirathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Vorschrift über das Verfahren bei den Verhandlungen und Entscheidungen von Streitigkeiten zwischen den Privat-Eisenbahn-Unternehmungen und den Obrigkeiten über die auf den zu den Eisenbahnen eingelösten Grundrücken haftenden Rechte.

Hofkanzlei-Decret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1036.

- Ob Rechtsstreitigkeiten der Unterthanen mit ihren Herrschaften im summarischen Verfahren angetragen werden können.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1847, S. 463, Nr. 1069.

- Wann dem Fiscalamte die Vertretung des obersten Lehensherrn, des Ackerlehensherrn und der Vasallen obliegt.

Hofkanzlei-Decret vom 1. Juli 1847, S. 463, Nr. 1070.

- Bestimmung der Gerichtsbarkeit über Streitigkeiten zwischen Grundholden und Grundherrschaften über grundobrigkeitliche Rechte.

Hofkanzlei-Decret vom 10. November 1847, S. 475, Nr. 1093.

- Einführung eines summarischen Verfahrens für geringfügige Rechtsfachen bei den Gerichtsstellen in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

- In Streitigkeiten zwischen den ehemaligen Unterthanen und Herrschaften hat es vor der Hand bei der bisherigen Behandlung durch die politischen Behörden nach den bisherigen Vorschriften zu verbleiben.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 12. November 1848, S. 663, Nr. 1185.

Streitsachen. S. Processen, Streitigkeiten.

Streitverhandlungen. S. Processen, Streitigkeiten.

Strigno. Theilung des Landgerichtes Strigno im Trienter-Kreise in Tirol mit Einem Adjutum für einen Concepts-Practikanten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

- Eilemistrung eines zweiten Advocaten bei dem Landgerichte Strigno in Tirol.

Justiz-Hofdecret vom 5. Mai 1848, S. 618, Nr. 1142.

Ströme. Vorschrift über die Befignahme und Benützung der Inseln in schiff- und flossbaren Entmen von Seite des Staates.

Hofkammer-Decret vom 19. April 1842, S. 22, Nr. 608.

Studien. Bestimmung der erforderlichen Studien zur Anstellung in Kanzleien und Manipulations-Ämtern der Kreisämter, Delegationen, Landesstellen, Appellationsgerichte und übrigen Justizbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 24. Mai 1836, S. 83, Nr. 143.

- Erforderniß der Vorstudien, nämlich der Elementar- und Gymnasial-Classen, bei Ausländern, welche die Facultäts-Studien an österreichischen Lehranstalten zurücklegen und im Inlande die Praxis ausüben wollen.

Decret der Studien-Hofcommission vom 3. November 1839, S. 353, Nr. 385.

- Erforderliche Studien zur Anstellung als unentgeltlicher Kanzlei-Accessist bei reinen Justizbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1840, S. 383, Nr. 402.

- Wenn durch Vorzugselassen die ersten Classen aus den Obligat-Gegenständen numerisch überstiegen werden, darf dieses noch nicht für ein Zurücklegen der Berufsstudien mit vorzüglichen Sitten- und Fortgangselassen gelten.

Allerhöchste Entschließung vom 31. October 1846, S. 389, Nr. 999.

Studien-Directorat ist von jeder wider einen Studirenden eingeleiteten Criminal-Untersuchung und von dem Urtheile in Kenntniß zu setzen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1827, S. 65, Nr. 2253.

Studienzeugnisse. Zur Civil- und Criminal-Richterprüfung sind nur Diejenigen zuzulassen, welche die Studienzeugnisse über alle vorgeschriebenen Theile der Rechtswissenschaft beibringen, und darin wenigstens die erste Classe erhalten haben.

Justiz-Hofdecret vom 30. Jänner 1835, S. 135, Nr. 2687.

- Welche Studienzeugnisse zur Erlangung einer Kanzleisten- oder Kanzlei-Accessistenstelle bei den landesfürstlichen Justizbehörden aller drei Instanzen erforderlich sind.

Justiz-Hofdecret vom 17. April 1835, S. 6, Nr. 13.

- Vorschrift über die Aufnahme der Böglinge der Theresianischen Ritterakademie in den Justizdienst auch ohne vorzügliche Studienzeugnisse.

Allerhöchste Entschließung vom 23. Jänner 1847, S. 405, Nr. 1022.

Studirende. Auf Studirende haben die §§. 221, 304 und 446, I. Theiles des Strafgesetzbuches, keine Anwendung, jedoch haben Criminalgerichte das Studien-Directorat von jeder wider einen Studirenden eingeleiteten Criminal-Untersuchung und von dem Urtheile in Kenntniß zu setzen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1827, S. 65, Nr. 2253.

Stummer. Vorschrift über die Abnahme des von einem Stummen in seiner Rechtsache angetretenen Hauptesides.

Justiz-Hofdecret vom 28. September 1842, S. 61, Nr. 644.

Subarrrendirungs-Contracten einzuschaltende Clausel.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1822, S. 79, Nr. 1841.

Substituirte Beamte. S. Beamte.

Substitut. Wann die Mercantil-Beisitzer-Substituten in Wien bei der Wahl eines Wechsel-Sensalen keine Stimme abzugeben haben.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1821, S. 17, Nr. 1754.

- Benehmen in Hinsicht der Ausstellung der Vollmachten an Advocaten, und Benennung der Substituten; in wieferne auf die Namhaftmachung des Substituten und die Unterfertigung der Vollmacht zum Zeichen der Annahme der Substitution gedrungen werden könne.

Justiz-Hofdecret vom 23. Februar 1822, S. 83, Nr. 1846.

Substitut. Jedem zu einer Substitution berufenen Individuum ist von seiner Behörde ein eigenes Decret über die Art der Dienstes-Substitution auszufertigen.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1824, S. 264, Nr. 2034.

- Stellvertreter erledigter Dienstplätze sind nur im äußersten Nothfalle zulässig.

Justiz-Hofdecret vom 29. October 1825, S. 328, Nr. 2141.

- Die in das Ausland reisenden Advocaten und Notare haben einen Substituten zu benennen.

Justiz-Hofdecret vom 5. September 1837, S. 144, Nr. 222.

- Bestimmung der Zahl der Mercantil-Beisitzer-Substituten bei dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte; Vorschrift über die Wahl derselben.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1837, S. 151, Nr. 238.

Substitution. Jedem zu einer Dienstes-Substitution berufenen Individuum ist von seiner vorgesetzten Behörde ein eigenes Decret über die Art der Dienstes-Substitution auszufertigen.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1824, S. 264, Nr. 2034.

- Bestimmung der Gebühren der städtischen Beamten, welche zur Substitution erledigter städtischer Dienstplätze außer ihrem Dienstorte verwendet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 31. März 1835, S. 3, Nr. 5.

- Vorschrift für die Behörden in Substitutionsfällen, wo das substituirte Individuum mit geringeren als den normalmäßigen Gebühren sich zu begnügen erklärt.

Hofkammer-Decret vom 15. April 1835, S. 5, Nr. 11.

- Anwendung der Allerhöchsten Entschliessung vom 26. März 1835, über die Gebühren der städtischen Beamten in Substitutionsfällen, auch auf die bei den politischen, städtischen und ständischen Fondsbeamten vorkommenden Substitutionsfälle.

Hofkanzlei-Decret vom 3. April 1838, S. 73, Nr. 262.

- Bei Substitutionen der städtischen, ständischen und jener Beamten, die ihre Bezüge aus dem Staatsschatze nicht unterstützten Fonds erhalten, darf ohne eine besondere Aufforderung auf eine günstigere als die normalmäßige Behandlung angetragen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Mai 1838, S. 181, Nr. 270.

Substitutions-Gebühren sind von der für Belohnungen vorgeschriebenen Cameraltaxe frei zu lassen.

Hofkammer-Decret vom 7. Juli 1824, S. 215, Nr. 2021.

- — Beschränkung derselben.

Justiz-Hofdecret vom 28. März 1828, S. 111, Nr. 2332.

- — auch Substitution.

- **Normale** wird ganz aufgehoben.

Justiz-Hofdecret vom 28. März 1828, S. 111, Nr. 2332.

- **Vollmacht.** S. Vollmacht.

Succession. S. Erbfolge.

Suczawa. Personal- und Besoldungsstand und Wirksamkeit des Districtsgerichtes zu Suczawa.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1826, S. 4, Nr. 2161.

- Bei der bereits verfügten Zuweisung eines Auscultanten für das Districtsgericht zu Suczawa in Galizien hat es zu verbleiben; nur ist eine Secretärsstelle einzuziehen, dafür eine dritte Kanzlistenstelle mit 300 fl. Besoldung und noch eine Auscultantenstelle mit 200 fl. Rejtum für Mittellose zu creiren.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1826, S. 36, Nr. 2207.

- Dem Districtsgerichte in Suczawa wird die Herrschaft Radau, Bukowiner Kreises, mit ihren unterstehenden Ortschaften rücksichtlich der unabelichen Einwohner zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 27. Juni 1829, S. 164, Nr. 2416.

Suczawa. Bestimmung der Gerichtstaxen für das Stadtgemeindegericht zu Suczawa in der Bukowina.

Hofkanzlei-Decret vom 19. September 1834, S. 126, Nr. 2669.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei dem Districtsgerichte zu Suczawa in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1847, S. 474, Nr. 1092.

- Instruction über die Behandlung der Geschäfte außer Streitsachen bei dem Gemeindegerichte in Suczawa in der Bukowina; dasselbe hat am Schlusse eines Jahres einen Ausweis aller während des Jahres verhandelten Verlassenschaftssachen und eine Pupillartabelle unmittelbar an das galizische Appellationsgericht einzusenden.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 495 und 514, Nr. 1125.

Sulzberg und Nons. Eintheilung des Nons- und Sulzberges in Tirol in vier landesfürstliche Landgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1824, S. 172, Nr. 1986.

Summarische Ausweise. S. Ausweise.

Summarisches Executionsverfahren. Bestimmung der Gebühren als Belohnung für Gerichtsanwälte in Tirol und Vorarlberg für ihre Amtshandlungen beim summarischen Executionsverfahren.

Hofkanzlei-Decrete vom 20. Februar 1837, S. 112, Nr. 175, und 16. März 1843, S. 102, Nr. 689.

- **Verfahren.** Vorschrift über die Anwendung des summarischen Verfahrens für geringfügige Rechtsachen bei allen Civilgerichten in allen Provinzen, in welchen das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch gilt, mit Ausnahme des lombardisch-venetianischen Königreiches und Dalmatiens.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- in Civil-Rechtsachen bei den Grundgerichts-Verwaltungen in den Vorstädten Wiens.

Justiz-Hofdecret vom 7. October 1846, S. 373, Nr. 988.

- Bestimmung der Frist zur Antretung eines Eides im summarischen Verfahren, dann ob und welche Frist zur Antretung des Beweises in einem Urtheile letzter Instanz festzusetzen sei.

Justiz-Hofdecret vom 31. December 1846, S. 399, Nr. 1015.

- Einführung eines summarischen Verfahrens für geringfügige Civil-Rechtsachen bei sämtlichen Militärgerichten.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Im summarischen Verfahren bei den Grundgerichts-Verwaltungen der Wiener Vorstädte können auch schriftliche Eingaben im summarischen Proceß angebracht werden.

Niederösterreichische Regierungs-Verordnung vom 18. März 1847, S. 454, Nr. 1050.

- Ob Rechtsstreitigkeiten der Unterthanen mit ihren Herrschaften im summarischen Verfahren ausgetragen werden können, ob Recurse gegen Executionsbescheide beim ersten Richter überreicht werden müssen, endlich ob ein Recurs zulässig ist, wenn der erste Richter das summarische Verfahren offenbar gegen die Vorschrift des Gesetzes eingeleitet habe.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1847, S. 463, Nr. 1069.

- Die Rechtsstreitigkeiten über die bei einer Concursmasse anzumeldenden Forderungen sind von dem summarischen Verfahren nicht ausgeschlossen.

Justiz-Hofdecret vom 15. September 1847, S. 470, Nr. 1085.

- Anwendung desselben auf die Einbringung der von österreichischen Unterthanen, wegen an der bayerischen Landesgränze verübten Jagd-, Fisch-, Forst- oder Feldstrel zu leistenden Schadenersatz-Beiträge und Pfandgebühren.

Hofkanzlei-Decret vom 18. September 1847, S. 471, Nr. 1087.

Summarisches Verfahren. Einführung des summarischen Verfahrens bei den Gerichten in Dalmatien für geringfügige Streitfachen.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

— — S. auch Besizhörung, Verfahren.

Summen. S. Gelbbeträge.

Supererläuterung der Rechnungsmängel. S. Rechnungen.

Superintendenten. Versiegelung der Amtsschriften verstorbenen katholischer Superintendenten.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1826, S. 21, Nr. 2191.

Supplenten-Einstands-Caution. Bestimmung der Fälle, in welchen die Militär-Supplenten-Einstands-Cautionen für das Militär-Merar einzuziehen sind.

Decret des Hofkriegsrathes vom 29. Juli 1843, S. 131, Nr. 728.

Supplirung der Beamten. Vermeidung der Supplirung der Beamten; Behandlung der dienstuntauglich gewordenen oder ihre Pflichten nicht erfüllen wollenden Beamten, dann ungesäumte Antretung des neuen Dienstpostens von beförderten Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 4. April 1839, S. 335, Nr. 353.

— der Dienstplätze sind so viel als möglich zu beseitigen.

Justiz-Hofdecret vom 4. April 1839, S. 335, Nr. 353.

Suspendirte Beamte. S. Beamte.

— Diener. S. Dienerschaft.

Suspendirung. Welchen Gerichtsbehörden die Entsehung oder Suspendirung eines Advocaten bekannt zu machen sei.

Justiz-Hofdecret vom 1. December 1821, S. 65, Nr. 1819.

— Vorschrift über das Verfahren bei Suspendirung der Beamten, Advocaten, Notare, Wechselnsalen und Wechselgerichts-Beisitzer.

Erlaß des Justiz-Ministers vom 21. August 1848, S. 652, Nr. 1176.

Suspension. Vorschrift über die Suspension der Beamten vom Amte und Gehalte.

Justiz-Hofdecret vom 30. Mai 1828, S. 120, Nr. 2344.

— Vorschrift über die Suspension der minderen Dienerschaft und der Gefälls-Aufscher.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1829, S. 166, Nr. 2420.

— der Pension, Provision oder des Quiescentengehaltes der wegen eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Übertretung in Untersuchung verfallenen Individuen.

Justiz-Hofdecret vom 11. November 1831, S. 23, Nr. 2535.

— Vorschrift über die Bemessung der Alimentation für suspendirte Beamte, welche sich im Genuße eines Naturalquartieres befinden.

Hofkanzlei-Decret vom 24. März 1835, S. 3, Nr. 4.

— S. auch Beamte.

T.

Tabak-Material. Bestimmung der Rechte der Gläubiger auf das vorhandene Tabak-Material verschuldeter Tabak-Verleger.

Hofkammer-Decret vom 11. Mai 1841, S. 578, Nr. 535.

— **Schwärzungs-Strafen** sind künftig in Conventionk-Münze zu entrichten.

Justiz-Hofdecrete vom 23. März und 27. April 1821, S. 14 und 17, Nr. 1749 und 1756.

Tabak-Schwärzer. Vorschrift für die Gerichtsbehörden bei Bestimmung der körperlichen Strafen für Tabak-Schwärzer.

Justiz-Hofdecret vom 14. October 1831, S. 21, Nr. 2531.

— **Schwärzung.** Anwendung des §. 111 der Zollordnung auf Tabak-Schwärzungen.

Justiz-Hofdecret vom 30. März 1822, S. 89, Nr. 1856.

— **Verleger.** Bestimmung der Rechte der Gläubiger auf das vorhandene Tabak-Material ver-
schuldeten Tabak-Verleger.

Hofkammer-Decret vom 11. Mai 1841, S. 578, Nr. 535.

— Behandlung derselben hinsichtlich des Verbotes und der Execution ihrer Verschleiß-, Pro-
vision- und Cassen-Verschaft.

Hofkammer-Decret vom 13. October 1844, S. 237, Nr. 840.

— **Verschleiß.** Sequestration des Tabak-Verschleißes zur Befriedigung privatrechtlicher For-
derungen.

Hofkammer-Decret vom 13. October 1844, S. 237, Nr. 840.

Tabellen. Von Orlsgerichten, welche bis längstens Ende Februar eines jeden Jahres den durch
Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1784 vorgeschriebenen Geschäftsausweis dem Appellations-
gerichte nicht wirklich vorgelegt haben, ist auf der Stelle und ohne Nachsicht ein Strafbetrag
von zehn Gulden zum Taxfonde einzutreiben; die Appellationsgerichte haben den Hauptausweis
der obersten Justizstelle in jedem Jahre bis längstens Ende April vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Jänner 1821, S. 1, Nr. 1729.

— Die Absenz- und Verwendungs-Tabellen der Auscultanten eines jeden Landrechtes sind zugleich
mit dem jährlichen Arbeitsausweise desselben mit einem Berichte an die oberste Justizstelle vor-
zulegen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juli 1821, S. 37, Nr. 1775.

— Muster zu den Auskultis-Tabellen, welche von den Criminalgerichten bei Ablieferung der Straf-
linge zur Richtschnur für die Strafanstalten, und bei deren Entlassung aus dem Straforte zum
Behufe der Polizeiaufsicht auszufertigen sind.

Justiz-Hofdecret vom 30. November 1821, S. 61, Nr. 1818.

— Vorschrift zur Verfassung der jährlichen summarischen Ausweise über die Ab- und Zunahme der
Verbrechen und Verbrecher.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1822, S. 75, Nr. 1835.

— Vorbringung vorschristsmäßig verfaßter Competenten-Tabellen mit den Vorschlägen zu Dienst-
besetzungen.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1823, S. 140, Nr. 1932.

— Den periodischen Ausweisen über die bei dem niederösterreichischen Landrechte anhängigen Erbs-
und Concurß-Verhandlungen beizulegende besondere Uebersichts-Tabelle.

Justiz-Hofdecret vom 18. April 1823, S. 141, Nr. 1935.

— Wenn Jemand zu einer erledigten Dienstesstelle von Amtswegen in Vorschlag gebracht wird,
ist dessen Qualifikation, wie es in Ansehung der übrigen Competenten durch die Competenten-
Tabelle geschieht, auszuweisen.

Hofkanzlei-Decret vom 11. April 1824, S. 200, Nr. 2000.

— Gleichförmige Verfassung der Auscultanten-Tabellen.

Justiz-Hofdecret vom 2. December 1825, S. 330, Nr. 2149.

— Vorschrift über die Verfassung und Einsendung der Absenz-Tabellen der Appellationsgerichte
und der ihnen untergeordneten Gerichtsbehörden an die oberste Justizstelle.

Justiz-Hofdecret vom 16. März 1827, S. 72, Nr. 2268.

— In den Competenten-Tabellen für erledigte Justiz-Dienstplätze sind die Sprachkenntnisse der
Competenten genau und verläßlich aufzuführen.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1828, S. 138, Nr. 2369.

Tabellen. Die Nationalität der auf den Spielberg bei Brünn abgelieferten Verbrecher, welche Ausländer sind, ist jedesmal der Auskunfts-Tabelle beizuschließen.

Justiz-Hofdecret vom 21. März 1829, S. 147, Nr. 2389.

- Die Justiz-Tabellen der ersten und zweiten Instanzen sollen längstens bis 1. März des folgenden Jahres der obersten Justizstelle vorgelegt werden.

Justiz-Hofdecret vom 15. Jänner 1830, S. 182, Nr. 2446.

- Die Land- und Banngerichte in Steiermark haben die vierteljährigen Criminal-Tabellen, wie bisher, dem innerösterreichisch-küstenländischen Appellationsgerichte zu überreichen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Mai 1830, S. 196, Nr. 2462.

- Vorschrift zur Verfassung der Tabellen über die schweren Polizei-Übertretungen und über die wegen derselben untersuchten Personen.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Juni 1840, S. 502, Nr. 449.

- Vorschrift über die Austragung der Prozesse in den Quartals-Tabellen der Gerichtsbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 21. December 1841, S. 674, Nr. 580.

- Bestimmung der Frist für die Appellationsgerichte zur Vorlegung der Arbeitsausweise an die oberste Justizstelle, welche Seiner Majestät überreicht werden müssen.

Justiz-Hofdecret vom 24. Jänner 1842, S. 8, Nr. 594.

- Formulare zu Tabellen, deren sich die landesfürstlichen Behörden bei den Pensions- und Pensions-Verhandlungen über Staatsdiener, dann ihrer Wittven und Waisen zu bedienen haben.

Hofkammer-Decret vom 10. Mai 1842, S. 28, Nr. 613.

- Bei Einsendung der Jahres-Tabellen über schwere Polizei-Übertretungen sind die Ursachen ihrer Vermehrung anzugeben.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Februar 1843, S. 96, Nr. 681.

- Vorschrift für die Appellationsgerichte zur Verfassung der an die oberste Justizstelle jährlich vorzulegenden Tabellen über die bei denselben vorgekommenen Civil- und Criminalgeschäfte.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1844, S. 185, Nr. 773.

- Ueber die Verwendung der Auscultanten bei organisirten Magistraten sind den jährlichen Arbeitsausweisen Tabellen beizulegen.

Hofkanzlei-Decret vom 15. März 1844, S. 198, Nr. 794.

- Vorschrift und Formulare zur Verfassung der summarischen Jahresausweise über die wegen Verbrechen untersuchten Personen.

Justiz-Hofdecret vom 21. August 1844, S. 215, Nr. 825.

- Criminalgerichte haben in die summarischen Ausweise nur die wirklich verhängte Strafe einzutragen, dagegen in ihrem Einbegleitungsberichte an das Appellationsgericht jene Fälle zu bemerken, wo ein auf lebenslange Strafe gefälltes Urtheil von dem obersten Gerichtshofe im Milderungswege auf eine zeitliche Strafe umgeändert worden ist.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1846, S. 315, Nr. 930.

- Das Appellationsgericht hat seinen an die oberste Justizstelle vorzulegenden Geschäftsabellen zugleich den Personal- und Besoldungsstand der bei demselben angestellten Individuen beizulegen, und bei Vorlegung desselben auch die Tabelle über den Personal- und Besoldungsstand der landesfürstlichen Collegialgerichte zu überreichen.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1846, S. 317, Nr. 934.

- Die Armuthshalber abgethanen Todesfälle sind nicht in die Zahl der Verlassenschaften aufzunehmen, sondern in den jährlichen Ausarbeitungs-Tabellen in der Rubrik „Anmerkung“ anzugeben.

Justiz-Hofdecret vom 14. Mai 1846, S. 334, Nr. 960.

Tabellen. Decrete über Befähigungsstörungen- und Executions-Angelegenheiten, dann Contumaz- und über Schuldbekennnisse geschöpfte Urtheile sind nicht in die Zahl der gefällten Civil-Urtheile in den vorzulegenden Ausarbeitungs-Tabellen einzubeziehen, sondern lediglich in der Rubrik „Anmerkung“ der Zahl nach anzugeben.

Justiz-Hofdecret vom 14. Mai 1846, S. 334, Nr. 961.

- Die Concurs-Instanzen haben am Schlusse eines jeden Jahres eine Tabelle über alle wider Creditare eingeleiteten Untersuchungen an das Appellationsgericht vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 451, Nr. 1049.

- Jede Abhandlungsbehörde in der Bukowina hat theils unmittelbar, theils durch das Czernowitzer Kreisamt am Schlusse eines jeden Jahres Pupillar-Tabellen an das galizische Appellationsgericht einzusenden. Vorschrift über die Verfassung derselben, dann Formulare über die Waisen- und Curanden-Tabellen und über die hängenden Verlassenschaften.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 516, Nr. 1125.

Labor. Vereinigung des Pilgramer mit dem Laborer Criminalgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 8. Jänner 1847, S. 403, Nr. 1018.

Tabular-Angelegenheiten. Vorschrift über die Behandlung der gegen gleichförmige Entscheidungen der ersten und zweiten Instanz in Tabular-Angelegenheiten bei der ersten Instanz überreichten Recurse.

Justiz-Hofdecret vom 24. Jänner 1843, S. 88, Nr. 674.

- **Extracte.** Vorschrift über das Verfahren bei Verfassung der Tabular-Extracte bei der Görzer Landtafel.

Justiz-Ministerial-Decret vom 31. August 1848, S. 656, Nr. 1179.

- **Post.** Vorschrift für das niederösterreichische Landrecht über die Behandlung der in den Rubriken der niederösterreichischen Landtafel vorkommenden Anmerkung, hinsichtlich der an die Stelle des Umgelbes tretenden Entschädigung und der darin eingetragenen Tabularposten.

Justiz-Hofdecret vom 3. November 1842, S. 69, Nr. 653.

- **Sachen.** Recurse in Tabular-Sachen sind bei der ersten Instanz zu überreichen.

Justiz-Hofdecret vom 23. August 1842, S. 59, Nr. 637.

Tage. Der Zustellungstag des Urtheiles, wider welches appellirt oder revidirt wurde, ist immer in den Berichten zur Einbegleitung der Appellations- oder Revisions-Acten anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 28. Juli 1823, S. 156, Nr. 1956.

- Bei Anwendung der unter den deutschen Bundesstaaten bestehenden Vermögens-Freizügigkeit entscheidet der Tag des wirklichen Abzuges.

Hofkanzlei-Decret vom 12. October 1827, S. 101, Nr. 2312.

- Von welchem Tage der Kurs bei Bemessung der Erbsteuer von Obligationen und Bank-Actien anzunehmen sei.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Jänner 1833, S. 76, Nr. 2590.

- Von welchem Tage das Patent vom 6. Juli 1833 über den Beweis aus dem Zusammentreffen der Umstände, für kundgemacht zu halten und in Anwendung zu bringen ist.

Justiz-Hofdecret vom 2. Mai 1834, S. 112, Nr. 2653.

- Den in Commissionsgeschäften reisenden Sanitätsbeamten gebühren für verwendete halbe Tage nur die halben Diäten.

Hofkammer-Decret vom 5. Juni 1841, S. 583, Nr. 543.

- Bestimmung des Tages, von welchem die Aliminationsgebühr für suspendirte Beamte einzustellen ist.

Hofkammer-Decret vom 1. März 1843, S. 97, Nr. 686.

- Der Concurs ist vom Anfange des Tages der Kundmachung des Edictes für eröffnet zu halten.

Justiz-Hofdecret vom 14. Mai 1846, S. 335, Nr. 962.

Tage. Der Zeitraum von zehn Jahren, welcher zur Erhaltung der Hypothek in Dalmatien festgesetzt ist, fängt mit dem Tage, welcher auf den Tag der vollzogenen und zu erneuernden Inscriptio unmittelbar folgt, zu laufen an.

Justiz-Hofdecret vom 6. October 1847, S. 473, Nr. 1090.

Taggelber für adeliche Schächtleute landtätslicher Güter in Galizien bei ämtlichen Reisen werden auf drei Gulden Conventions-Münze bestimmt.

Justiz-Hofdecret vom 23. März 1821, S. 14, Nr. 1750.

— Weber besoldeten Beamten noch angestellten Pensionisten ist ein Taggeld zu verleihen.

Justiz-Hofdecret vom 15. April 1825, S. 297, Nr. 2088.

— Mit einem Taggelde können pensionirte Officiere theilhaft werden.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1826, S. 6, Nr. 2164.

— Bestimmung des Taggelbes für die gerichtlichen Feldmesser in Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juni 1828, S. 123, Nr. 2349.

— Wann Taggelber mit gerichtlichen Verböten belegt und in Execution gezogen werden können.

Hofkanzlei-Decret vom 22. August 1835, S. 42, Nr. 80.

— Bei Gerichtsbehörden können nur mit Genehmigung der obersten Justizstelle Taggelber bewilliget werden.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

— Bestimmung der Taggelber für die Finanz- und Polizei-Wache, die Forstwächter und die Forza territoriale (Landmacht) in Dalmatien, wenn sie bei den dortigen Gerichtsbehörden oder Präturen als Zeuge vernommen wird.

Hofkammer-Decrete vom 3. März 1847, S. 426 und 435, Nr. 1040 und 1041.

— Pensionisten können mit Taggelber theilhaft werden.

Hofkammer-Decret vom 2. Juli 1847, S. 465, Nr. 1072, und

Hofkanzlei-Decret vom 5. August 1847, S. 467, Nr. 1078.

Taglia. Die wegen Einbringung einer Rotte von Räubern in Oesterreich, Böhmen, Mähren und Tirol bestehende Taglia von fünfzig Ducaten wird auch auf Galizien ausgedehnt.

Justiz-Hofdecret vom 13. December 1822, S. 124, Nr. 1914.

— Gerichtsdiener haben für die Ergreifung und Einbringung eines Räubers keinen gesetzlichen Anspruch auf die Taglia, jedoch kann ihnen dieselbe ausnahmsweise in besonderen Fällen bewilliget werden.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1829, S. 160, Nr. 2405.

— Für die Entdeckung der Brandleger wird im Allgemeinen keine Taglia festgesetzt, doch dürfen in besonderen Fällen, wo sich die Brandlegungen häufen, zeitweilige Belohnungen dafür bewilliget werden.

Justiz-Hofdecret vom 5. Februar 1830, S. 185, Nr. 2450.

Tagssagung. Gegen Beschwerde, wodurch das Ausbleiben von einer Tagssagung nach §. 29 der italienischen Gerichtsordnung gerechtfertiget wird, findet kein Recurs Statt.

Justiz-Hofdecret vom 11. October 1822, S. 120, Nr. 1900.

— Der Richter hat sich bei Tagssagungen über auf vollen Glauben verdienende Urkunden sich gründenden Klagen zur Erzielung einer gütlichen Ausgleichung der Parteien zu verwenden.

Justiz-Hofdecret vom 28. September 1840, S. 532, Nr. 467.

— Wann im summarischen Verfahren bei Civilgerichten die Erstreckung einer Tagssagung bewilliget werden dürfe.

Justiz-Hofdecret 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

Tagsatzung. Wirkung der Gesuche um Aufhebung der Folgen des Ausbleibens bei der Tagsatzung, dann Vorschrift über die Erledigung dieser Gesuche.

Justiz-Hofdecret vom 19. Februar und 29. April 1846, S. 318 und 333, Nr. 937 und 956.

- Ueber die Rechtfertigung des Ausbleibens von einer Verhandlungs-Tagfahrt ist eine Tagsatzung auf kurze Zeit anzuordnen und hierüber durch Bescheid zu erkennen.

Justiz-Hofdecret vom 29. April 1846, S. 333, Nr. 957.

- Wann im summarischen Verfahren bei Militärgerichten die Erstreckung einer Tagsatzung bewilliget werden dürfe; Rechtfertigung und Wirkung des Ausbleibens von der Tagsatzung.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Wann im summarischen Verfahren bei den dalmatinischen Gerichtsstellen die Erstreckung einer Tagsatzung bewilliget werden dürfe; Rechtfertigung und Wirkung des Ausbleibens von der Tagsatzung.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

Tagschreiber. S. Diurnisten.

Talon. Ueber die Wirkung und die Amortisirung der neuen Zinsen-Talons bei öffentlichen mit Zinsen-Coupons versehenen Obligationen.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1824, S. 169, Nr. 1984.

- Strafbestimmung auf die Verfälschung der zu was immer für einer Gattung von öffentlichen Creditpapieren gehörigen Talons.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juni 1829, S. 162, Nr. 2412.

- Die Erledigung der Amortisationsgesuche über Talons der neuen vierprocentigen Schuldschreibungen des Monte lombardo veneto ist ausschließlich dem Civil-Tribunale erster Instanz in Mailand zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1831, S. 21, Nr. 2530.

- Bestimmung der Amortisationsfrist in Ansehung der in Verlust gerathenen Talons und Interessen-Coupons von Staats-Schuldschreibungen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 12. Februar 1841, S. 560, Nr. 508.

Tannenberg. Die Anheimsagung der Graf Tannenberg'schen Lehnsgerechtsbarkeit Rottenburg am Inn in Tirol wird angenommen; Vertheilung der Jurisdiction über dieselbe.

Hofkanzlei-Decret vom 12. December 1835, S. 63, Nr. 103.

Tanzmusik. Die auf unbefugte Abhaltung von Tanzmusiken gesetzten Geldstrafen sind bei erwiesener Zahlungs-Unfähigkeit des Uebertreters in eine arbiträre Arreststrafe umzuwandeln.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Juli 1841, S. 595, Nr. 551.

Tapferkeits-Medaille. S. Ehrenzeichen.

Tarif über die Diäten und Reisegebühren der Beamten und Diener bei den Tribunalen der Collegialgerichte, den politischen und gemischten Präturen, dann der Kunstverständigen (Aerzte, Wundärzte), Zeugen und Dolmetsche in Dalmatien, für Acte und Commissionen, welche sie in ihrem Gerichtssprengel vornehmen.

Hofkammer-Decret vom 3. März 1847, S. 426, Nr. 1040.

Tarnow. Für Tarnow in Galizien werden acht Advocaten bestimmt.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1822, S. 88, Nr. 1853.

- Für das Landrecht zu Tarnow in Galizien wird die Zahl der Auscultanten auf sechs ohne Vermehrung der schon bestehenden Adjuten sistemisirt.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1826, S. 36, Nr. 2207.

- Für das Landrecht zu Tarnow werden sechs Auscultanten und vier Adjuten, wovon zwei mit 300 fl. und zwei mit 200 fl. sistemisirt.

Justiz-Hofdecret vom 16. Jänner 1837, S. 102, Nr. 166.

Tarnow. Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei dem Landrechte zu Tarnow in Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1847, S. 474, Nr. 1092.

Tarvis. Aufstellung eines landesfürstlichen Bezirkscommissariates dritter Classe zu Tarvis in Illirien.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1843, S. 123, Nr. 710.

Taufbuch. Vorschrift über die Führung der Taufbücher (Protokolle) bei katholischen Seelsorgern

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1829, S. 179, Nr. 2442.

- Die Allerhöchste Entschliebung vom 20. November 1829, über die Führung der Taufbücher durch katholische Seelsorger, ist nicht auf solche Provinzen auszudehnen, in welchen Katholiken durch kein Toleranzpatent beschränkte Befugnisse, oder in welchen sie eigene geschlossene öffentliche Pfarrbezirke und vollständige pfarrliche Rechte besitzen.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1835, S. 22, Nr. 37.

- Vorschrift über die Eintragung der Pächten und Zeugen in die Taufbücher; von denselben haben die Pfarrer zwei Copien zu nehmen, dieselben bei den canonischen Visitationen den Dekanaten oder Bezirks-Vicaren vorzulegen, und eine davon an das Ordinariat einzusenden.

Hofkanzlei-Decret vom 27. Juni 1835, S. 27, Nr. 44.

- Vorschrift für Seelsorger, über die Erhebung und nachträgliche Eintragung der für Taufbücher nötigen Thatfachen.

Hofkanzlei-Decret vom 5. April 1844, S. 203, Nr. 799.

Taufpächten. S. Pächten.

Taufscheine. Vorschriften über die Ertheilung der Dispensen von Verbringung der Tauffcheine bei Eheverbindungen.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1826, S. 59, Nr. 2242.

- Den Verzichtsbreveten der Ehegattinnen der in Verrechnung stehenden Beamten soll jedesmal der Tauffchein der Ausstellerin, und wenn diese minderjährig ist, auch die gerichtliche Genehmigung beigegeben werden.

Justiz-Hofdecret vom 25. April 1829, S. 153, Nr. 2397.

- Vorschrift über die Ausstellung und Verabfolgung der Tauffcheine von katholischen Seelsorgern.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1829, S. 179, Nr. 2442.

- Die im diplomatischen Wege verlangten Tauffcheine sind stämpelfrei, und von den Seelsorgern unentgeltlich auszufertigen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. December 1835, S. 67, Nr. 112.

- Vorschrift für Criminalgerichte und Präturen in Dalmatien, über die Erhebung des Alters der Inquisiten und Zeugen bei fehlenden Tauffcheinen bei Criminal-Untersuchungen.

Justiz-Hofdecret vom 26. September 1843, S. 141, Nr. 745.

- Vorschrift für Seelsorger, über die Ausstellung der Tauffcheine in Folge nachträglicher Erhebung der hierauf bezüglichen und nötigen Thatfachen.

Hofkanzlei-Decret vom 5. April 1844, S. 203, Nr. 799.

- Die von den Seelsorgern auszufertigten Tauffcheine sind Original-Urkunden, bedürfen aber in Dalmatien der vom Subernal-Präsidium bestätigten Legalisirung des Ordinariates, wenn die Parteien davon außer dem Gouvernements-Gebiete Gebrauch machen wollen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1847, S. 454, Nr. 1052.

Taughliche Wirth. S. Wirth.

Taxämter. Die Präsidial-Erlässe der Appellationsgerichte in Parteisachen sind dem Taxamte, wenn sie zu den taxbaren Gegenständen gehören, zur taxamtlichen Behandlung zuzuwiesen.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1823, S. 140, Nr. 1933.

- Durch das General-Hoftaxamt ist die Einschaltung der Kundmachungen landesfürstlicher Gerichtsbehörden in Partei-Angelegenheiten in die Wiener Zeitung zu bewirken.

Justiz-Hofdecret vom 17. Jänner 1824, S. 169, Nr. 1983.

- Vorschriften für die Justiz-Taxämter, über die Controle bei Bemessung und Verrechnung der Abhandlungs- und Rechnungsgebühren (Sterb- und Kalt-Taxen).

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1826, S. 53, Nr. 2230.

- Benehmen der Taxämter in Rücksicht des Stämpels zu Theil-Libellen.

Hofkammer-Decret vom 31. October 1834, S. 128, Nr. 2672.

- Vorschrift über die Aufrechnung und Einhebung der Einantwortungs-Taxen in Tirol bei Uebergabe des Vermögens eines großjährig gewordenen Mündels.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1836, S. 83, Nr. 144.

- Unterricht für die k. k. Taxämter, über die Beobachtung und Handhabung des neuen Stämpel- und Targesezes.

Patent vom 27. Jänner 1840, S. 460, Nr. 404.

- Vorschrift für die Taxämter, über die Bemessung und Abnahme der Targgebühren für gerichtliche, politische und Cameral-Verhandlungen, welche vor der Wirksamkeit des Stämpel- und Targesezes vom 27. Jänner 1840 eingeleitet, aber erst nach diesem Zeitpunkte erledigt worden sind.

Hofkammer-Präsidial-Schreiben vom 20. Juli 1840, S. 515, Nr. 455.

- Aufhebung der Provinzial-Taxämter und Uebertragung deren Geschäfte an die Cameral-Bezirks-Verwaltungen der Provinzial-Hauptstädte. — Das General-Hoftaxamt hat in seiner bisherigen Wirksamkeit fortzubestehen.

Hofkammer-Decret vom 8. Juli 1842, S. 45, Nr. 625.

Taxamtliche Behandlung. S. Taxamt.

Taxausstände. S. Taxen.

Taxbefreiung. S. Taxen.

Taxen. Die Taxe für Contumaz-Urtheile ist nach der vierten Rubrik der allgemeinen Taxordnung abzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 8. November 1822, S. 122, Nr. 1906.

- Weibingung vorschristtmäßig verfaßter Competenten-Tabellen mit den Vorschlägen zu Dienstbefehlungen mit Bezeichnung alles dessen, was bei Bemessung der Taxen einen sicheren Anhaltspunct gewährt.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1823, S. 140, Nr. 1932.

- Wegen taxamtlicher Behandlung jener Präsidial-Erlässe in Parteisachen, welche keine Geheimhaltung erfordern.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1823, S. 140, Nr. 1933.

- Benehmen rücksichtlich des Bezuges der Gradationstaxe von den bloß zur Vormerkung überreichten Vermögens-Uebergab-Urkunden über Realitäten, welche in verschiedenen Gerichtsbezirken liegen.

Hofkammer-Decret vom 28. April 1823, S. 144, Nr. 1938.

- Befreiung der nicht landesfürstlichen Orts- und der Patrimonialgerichte von dem Postporto in Aerarial-Taxsachen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1823, S. 155, Nr. 1955.

- Auch die Correspondenz der Magistrate und Gränzämter in Aerarial-Taxsachen ist vom Porto befreit.

Justiz-Hofdecret vom 19. August 1823, S. 158, Nr. 1963.

Tagen. Der §. 22 des hinsichtlich der Landtafel-*Taxen* am 1. April 1812 erlassenen Patentes ist auf städtische Grundbuch*taxen* nicht anzuwenden.

Hofkanzlei-*Decret* vom 24. September 1823, S. 160, Nr. 1967.

- Nach welcher Art die Gradations*taxe* für die Protokollierung und Verfassung der Urkunden in Tirol und Vorarlberg zu bemessen sei.

Justiz-Hof*decret* vom 3. Juli 1824, S. 214, Nr. 2019.

- Substitutionsgebühren sind von der für Belohnungen vorgeschriebenen Cameralt*axe* frei zu lassen.

Hofammer-*Decret* vom 7. Juli 1824, S. 215, Nr. 2021.

- In welchen Fällen bei Güter-Lotterien eine Besitzveränderung*taxe* nicht stattfindet.

Justiz-Hof*decret* vom 14. August 1824, S. 262, Nr. 2030.

- Bestimmung der Gebühren für die bei den Bezirksgerichten in Illirien errichteten Urkunden der Bezirks-Inassen.

Hofkanzlei-*Decret* vom 17. December 1824, S. 278, Nr. 2057.

- Das von dem amtlichen Vertreter eines armen Abwesenden, oder dessen Wohnsitz unbekannt ist, gestellte Gesuch um die Vormerkung der Judicial-Gebühren, darf ungestempelt eingebracht werden.

Justiz-Hof*decret* vom 15. Jänner 1825, S. 286, Nr. 2066.

- Einstellung der Schirmbrief*taxen* in Steiermark bei Besitzveränderungen.

Hofkanzlei-*Decret* vom 23. März 1825, S. 291, Nr. 2079.

- Bestimmung der *Taxen* für die Ausfertigung eines Grundbuchs-Auszuges bei den Schutz- und unterthänigen Städten und bei den Wirthschaftsämtern in Böhmen.

Hofkanzlei-*Decret* vom 2. Juni 1825, S. 302, Nr. 2099.

- Ausdehnung des Justiz-Hof*decretes* vom 17. December 1824 in Betreff der Gebühren für die bei den Bezirksgerichten in Illirien errichteten Urkunden der Bezirks-Inassen auf den Klagenfurter Kreis.

Justiz-Hof*decret* vom 21. October 1825, S. 325, Nr. 2136.

- Unter welchen Bedingungen die Vormerkung der Gerichtsgebühren armer Parteien gestattet werden dürfe.

Hofammer-*Decret* vom 26. October 1825, S. 327, Nr. 2140.

- Die *Taxen* für Urkunden über See-Unfälle hat das Triester Mercantil- und Wechselgericht durch das Taxamt dem Alerar zu verrechnen.

Justiz-Hof*decret* vom 25. November 1825, S. 330, Nr. 2147.

- Abstellung des Unfuges, von dem nach Wiener-Währung berechneten Verlassenschafts-Vermögen die *Taxe* in Metall-Münze abzunehmen.

Hofkanzlei-*Decret* vom 28. November 1825, S. 330, Nr. 2148.

- Den zu gerichtlichen Untersuchungen beigezogenen hebräischen Dolmetschern ist täglich Ein Gulden in Conventions-Münze zu verabfolgen.

Justiz-Hof*decret* vom 5. Jänner 1826, S. 1, Nr. 2154.

- Von Entrichtung aller *Taxen* und Gebühren werden die in der vorgeschriebenen Frist im lombardisch-venetianischen Königreiche erfolgten Inscriptionen, Erneuerungen und Transcriptionen der Hypotheken befreit.

Patent vom 19. Juni 1826, S. 21, Nr. 2193.

- Bestätigung der bisher geltenden Vorschriften über die Grundbuch*taxen* in Mähren und Schlesien; Bestimmung der *Taxen* für die Pränotation bei den Grundbüchern dieser Provinzen.

Justiz-Hof*decret* vom 8. Juli 1826, S. 30, Nr. 2198.

- Vorschrift über die Controle bei Bemessung und Verrechnung der Abhandlungs- und Rechnungsgebühren (Sorb- und Rait-*Taxen*).

Justiz-Hof*decret* vom 4. November 1826, S. 53, Nr. 2230.

Lagen. Für einen wirklich zu Stande gebrachten wirthschaftsämtlichen Vergleich haben die Bezugsobrigkeiten in Ilirien eine Taxe von fünfzehn Kreuzer zu beziehen; die Zeugnisse über fruchtlos versuchte Vergleiche sind unentgeltlich auszufertigen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Jänner 1827, S. 64, Nr. 2251.

- Bestimmung der Taxe von Recursen und Gesuchen der Magistrats und anderer Justizobrigkeiten, um Nachsicht oder Mäßigung der wider sie verhängten Geldstrafen.

Hofkammer-Decret vom 30. Mai 1827, S. 82, Nr. 2280.

- Befreiung der ämtlichen über die Einhebung der Avarialtaxen zwischen Magistraten und Patrimonialgerichten entstehenden Correspondenz vom Postporto.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1827, S. 84, Nr. 2284.

- Eintreibung der Taxrückstände durch die Execution auf unbewegliche Güter.

Hofkanzlei-Decret vom 20. Juli 1827, S. 88, Nr. 2293.

- Bestimmung der Taxgebühren für die gerichtlichen Feldmesser in Galizien.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juni 1828, S. 123, Nr. 2349.

- Beamte haben, wenn sie durch die Verleihung des Quartiergehldes keinen Gewinn erlangen, die Quartiergehldtaxe nicht zu entrichten.

Justiz-Hofdecret vom 17. October 1828, S. 137, Nr. 2367.

- Bestimmung der Rechte der Grund- und Urbars-Herren im Görzer Kreise bei Eintreibung der grundherrlichen Gebühren.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1829, S. 145, Nr. 2387.

- Auf die Nachsicht der Taxen für Beförderungen und Würdenverleihungen darf nicht mehr angetragen werden.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1829, S. 147, Nr. 2388.

- Berechnung der Taxen der Wirthschaftsämter in Mähren und Schlessen für die den Unterthanen unter obrigkeitlichem Sigille hinausgegebenen Grundverschreibungen.

Hofkanzlei-Decret vom 23. September 1830, S. 208, Nr. 2481.

- Bestimmung der Taxen für gerichtliche Schätzungen von der Gerichtsbehörde, welche die Schätzung angeordnet hat.

Justiz-Hofdecret vom 17. December 1830, S. 219, Nr. 2496.

- Bestimmung der Taxen für die Ertheilung der Urlaube an Provinzial-Beamte zur Reise nach Wien.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1831, S. 26, Nr. 2542.

- Bestimmung der Taxen für die Verleihung ausschließender Privilegien.

Patent vom 31. März 1832, S. 37, Nr. 2556, §§. 12—17.

- Strafe der ungebührlichen Abnahme von Grundbuchtaxen in Steiermark; Verwendung der Strafgeelder.

Hofkanzlei-Decret vom 2. März 1833, S. 80, Nr. 2599.

- Die Bewilligung zur Vormerkung der Taxgebühren erstreckt sich auf alle drei Instanzen.

Justiz-Hofdecret vom 6. September 1833, S. 102, Nr. 2630.

- Einhebung der Lehentaxen in Böhmen bei Einverleibung von Besitzveränderungs-Urkunden, Cessionen, Quittungen, Obligationen und Pränotationen, nach der böhmischen Landtafel-Taxordnung vom 1. April 1812, und Auflassung der bisher üblich gewesenem Ingrossationstaxe, pr. Ein Gulden 10 Kreuzer vom Bogen, bei Lehens-Consensen und Homagien.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Juni 1834, S. 114, Nr. 2659.

- Die Taxen der Militär-Agenten hängen von dem Uebereinkommen mit den Parteien ab.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Juli 1834, S. 119, Nr. 2663.

- Bestimmung der Gebühren der Gerichtsgeshilfen im Küstenlande für ihre Amtshandlungen.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1834, S. 121, Nr. 2667.

Taxen. Bestimmung der Gerichtstaxen für den Magistrat zu Czernowitz und die Stadtgemeinde Gerichte zu Suczawa und Sereth in der Bukowina.

Hofkanzlei-Decret vom 19. September 1834, S. 126, Nr. 2669.

- Der zum Präses bei einem dalmatinischen Collegialgerichte erster Instanz ernannte Appellationsrath hat für diese Ernennung keine Charaktertaxe zu entrichten.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1835, S. 4, Nr. 7.

- Behandlung der landesfürstlichen und ihnen gleichgehaltenen Beamten bei Urlaubstreifen in das Ausland hinsichtlich der Taxen.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1835, S. 10, Nr. 24.

- Die Gebühren der in Criminal-Angelegenheiten verwendeten Privatärzte und anderer Kunstverständigen können mit gerichtlichem Verbote und Execution belegt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Juni 1835, S. 24, Nr. 40.

- Bestimmung der Taxen für Beurtheile auf den Beweis durch Zeugen oder Kunstverständige.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juni 1835, S. 24, Nr. 42.

- In welchen Fällen von den Gerichten die Uebersetzungsgebühren für Dolmetsche zu bestimmen seien.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1835, S. 65, Nr. 109.

- Wegen Ausmessung der Taxen soll niemals eine eigene Schätzung vorgenommen werden.

Hofkammer-Decret vom 9. Jänner 1836, S. 71, Nr. 114.

- Vorschrift über die Abnahme der Taxen für die pfandweise Einverleibung oder Vormerkung von Forderungen oder Urkunden auf mehrere demselben Eigenthümer gehörige und zu einem Grundbuche dienbare Grundstücke; Errichtung des Sazes und Ausfertigung des Sazbriefes.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Mai 1836, S. 82, Nr. 141.

- Vorschrift über die Aufrechnung und Einhebung der Einantwortungstaxen in Tirol bei Uebergabe des Vermögens eines großjährig gewordenen Mündels.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1836, S. 83, Nr. 144.

- Genaue Befolgung der Vorschrift, wegen Nachsicht der Tax- und Stempelgebühren für die das Armenrecht genießenden Parteien, dann Haftung der von Amtswegen beigegebenen Vertreter für deren Bezahlung.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1837, S. 106, Nr. 171.

- Bestimmung der Gebühren als Belohnung für Gerichts-Anwälte in Tirol und Vorarlberg für die Aufnahme der Sperre, Inventur oder Versteigerung.

Hofkanzlei-Decret vom 20. Februar 1837, S. 112, Nr. 175.

- Bestimmung der Gebühren für Kunstverständige, welche in Criminal-Angelegenheiten oder bei Untersuchungen über schwere Polizei-Uebertretungen verwendet werden.

Hofkammer-Decret vom 14. April 1837, S. 121, Nr. 193.

Hofkanzlei-Decrete vom 25. Jänner und 25. März 1841, S. 554 und 565, Nr. 499 und 517.

- Vorschrift über die Aufrechnung und Einhebung der Gerichtstaxen in Rechtsachen abwesender Parteien oder deren Aufenthalt unbekannt ist.

Hofkammer-Decret vom 30. Juni 1837, S. 132, Nr. 210.

- Vorschrift über die Eintreibung der Gerichtstaxen.

Hofkammer-Decret vom 6. September 1837, S. 144, Nr. 223.

- Bestimmung der Gebühren für die Aufnahme und Zustellung der gerichtlichen Vergleiche in Tirol und Vorarlberg.

Hofkammer-Decret vom 23. Jänner 1838, S. 167, Nr. 250.

- Vorschrift über die hereinbringung rückständiger Taxen von aufgelaufenen Berggebühren.

Decret der Hofkammer in Rünz- und Bergwesen vom 6. Mai 1838, S. 180, Nr. 269.

Taren. Vorschrift über die Behandlung der absichtlichen Abnahme ungesetzlicher oder übermäßiger Taren.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Juni 1838, S. 239, Nr. 278.

— Tarirung der Urtheile auf Scheidung von Tisch und Bett.

Hofkammer-Decret vom 14. Juni 1839, S. 342, Nr. 364.

— Bestimmung der Gebühren für Ausrufer bei gerichtlichen Versteigerungen, welche durch Streitigkeiten oder Concurse veranlaßt werden; die als Ausrufer verwendeten Gerichtsdienner haben keinen Anspruch auf diese Gebühren.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1840, S. 472, Nr. 407.

— Bezeichnung jener Taren, welche zufolge des Stämpel- und Targesezes vom 27. Jänner 1840, bei den landesfürstlichen Civil- und Militär-, dann bei den Patrimonial- und Communalgerichten noch fortan einzuheden, und welche aufgelassen worden sind.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 24. Mai 1840, S. 498, Nr. 442.

— Vorschrift zur Bemessung und Einhebung der Targengebühren für gerichtliche, politische und Cameral-Verhandlungen, welche vor der Wirksamkeit des Stämpel- und Targesezes vom 27. Jänner 1840 eingeleitet, aber erst nach diesem Zeitpunkte erledigt worden sind.

Hofkammer-Präsidial-Schreiben vom 20. Juli 1840, S. 515, Nr. 455.

— Bestimmung der Taren für die in Betreff der Notizbücher im Küstenlande vorkommenden Urkunden und Amtshandlungen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 4. August 1840, S. 521, Nr. 461.

— Vorschrift über die Abnahme der Veränderungsgebühren bei den landesfürstlichen Pfliegergerichten im Inn- und Salzburgerkreise.

Hofkammer-Decret vom 24. November 1840, S. 539, Nr. 481.

— Die Gesuche der Gränzämter und ihrer Amtsboten, um Anweisung und Execution der ihnen für ihre Amtshandlungen zuerkannten Gebühren, sind stämpelpflichtig.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1841, S. 567, Nr. 520.

— Der Dienstaten unterliegen nicht die Quartiergelder und Naturalquartiere der Beamten.

Hofkammer-Decret vom 10. April 1841, S. 568, Nr. 522.

— Tarbestimmung für legitime Currentmessen mit dreißig Kreuzer in Conventions-Münze in allen Provinzen.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Juni 1841, S. 583, Nr. 544.

— Die Beamten der neu acquirirten Provinzen sind bei der ersten Anstellung nicht von der Dienstaten befreit.

Hofkammer-Decret vom 20. Juni 1841, S. 584, Nr. 545.

— Wirksamkeit der landtäflichen Tar-Ordnung vom 1. April 1812 für das herzogliche Landrecht zu Teschen in Schlesien.

Justiz-Hofdecret vom 6. September 1841, S. 607, Nr. 562.

— Vorschrift bei Bemessung der Dienstaten der in höhere Besoldungen vorrückenden Beamten.

Hofkammer-Decret vom 14. Jänner 1842, S. 7, Nr. 590.

— Bestimmung der Sensarlegegebühren der Waaren-Sensalen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 8. April 1842, S. 17, Nr. 606.

— Bestimmung der Taxe für die Ernennungen zu unbesoldeten überzähligen Beamten (Honorar-Bedienstungen).

Hofkammer-Decret vom 30. Mai 1842, S. 43, Nr. 620.

— Vorschrift über die Abnahme der Taren bei den Landrechten Joanneßberg, Troppau, Teschen und Bielitz in Schlesien.

Justiz-Hofdecret vom 29. August 1842, S. 60, Nr. 639.

Laren. Die Notariatstaren haben in Dalmatien unverändert fortzubestehen und sind unabhängig von den Stempelgebühren zu bemessen, einzuhoben und zu verrechnen.

Hofkammer-Decret vom 8. September 1842, S. 60, Nr. 640.

- Die aus den Gemeinde-Renten eines landesfürstlichen Marktes besoldeten Beamten unterliegen der Entrichtung der Dienstaxe.

Hofkammer-Decret vom 2. December 1842, S. 76, Nr. 660.

- Die Beedigung der öffentlichen Notare darf erst nach ausgewiesener Bezahlung der Laren für das Notariats-Diplom vorgenommen werden.

Justiz-Hofdecret vom 20. December 1842, S. 76, Nr. 662.

- Eine Controle der Abhandlungsbehörden hinsichtlich der Ausweise über die frommen Gebühren durch die Provinzial-Staatsbuchhaltung findet nicht Statt.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Jänner 1843, S. 90, Nr. 677.

- Eintreibung und Einsendung der ungarischen Larebeträge durch österreichische Gerichtsbehörden über Requisition der ungarischen Behörden.

Justiz-Hofdecret vom 13. März 1843, S. 100, Nr. 688.

- Vorschrift über die Einbringung der Dienstaren, dann Berechnung und des Abzuges der ersten Rate dieser Laxe von den Besoldungen der Beamten.

Hofkammer-Decret vom 12. September 1843, S. 138, Nr. 740.

- Bestimmung der Laren, welche der Magistrat der Stadt Brünn für seine Amts-Verrichtungen in Wohnungs-Auflöbungs-Angelegenheiten zu beziehen berechtigt ist.

Hofkanzlei-Decret vom 5. October 1843, S. 143, Nr. 748.

- Die Amtscorrespondenz in Aerarial-Larsachen und über die Zurücksendung der saldirten Aerarial-Larnoten ist portofrei.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1843, S. 148, Nr. 749.

- Degradirte Beamte haben bei Worrückung in eine wiedererlangte und schon früher verlorne höhere Besoldung die Dienstaxe von derselben zu bezahlen.

Hofkammer-Decret vom 26. October 1843, S. 164, Nr. 759.

- Bestimmung der Laxe für die Eintragung der verläuflichen Apothekergewerbe in Galizien in die dafür bestimmten Worrerkprotokolle.

Hofkanzlei-Decret vom 27. November 1843, S. 172, Nr. 767.

- Vorschrift über das Verfahren, hinsichtlich des Abzuges der rückständigen Dienstaren von den vom Gehalte suspendirten, mit einer Alimentation theilten Beamten.

Hofkammer-Decret vom 6. Februar 1844, S. 193, Nr. 784.

- Adjuten der Conceptis-Practikanten und Auscultanten unterliegen nicht der Dienstverleühungstaxe.

Hofkammer-Decret vom 27. Februar 1844, S. 195, Nr. 788.

- Vorschrift über die Behandlung der in Eintreibung der Aerarialtaren saumseligen Behörden.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Juli 1844, S. 213, Nr. 818.

- Bestimmung der Gebühren für den Lemberger Scharfrichter und seine Gehilfen für die Vollziehung der Todesurtheile.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1844, S. 244, Nr. 855.

- Vorschrift über die Hereinbringung von Laraußständen aus den Besoldungen solcher Beamten, deren Bezüge von einer Caffe auf eine andere übertragen werden.

Hofkammer-Decret vom 3. April 1845, S. 257, Nr. 879.

- Umfang der Haftung der Advocaten für die Einbringung der Laren von den von ihnen vertretenen armen Parteien.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1845, S. 259, Nr. 881.

Tagen. Vorschrift über das Verfahren bei der Ausstellung von Empfangsbesätigungen über eingezahlte Dienstitaren.

Hofkammer-Decret vom 30. September 1845, S. 274, Nr. 902.

— Reglement der an die k. k. Consulate für ihre Amtshandlung zu entrichtenden Gebühren.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 28. September 1846, S. 361, Nr. 986.

— Vorschrift über die Abschreibung der nicht fällig gewordenen Dienstitaren.

Hofkammer-Decret vom 12. März 1847, S. 449, Nr. 1046.

— Vorschrift über die Entrichtung der Dienstitaren von jenen stabil angestellten Beamten, welche noch vor Verlauf der zur Entrichtung der Dienstitare festgesetzten Zeit eine provisorische Anstellung erhalten.

Hofkammer-Decret vom 21. Februar 1848, S. 494, Nr. 1122.

— Vorschrift über die Berichtigung der Dienstitaren von Beamten und Dienern, deren tarpflichtiges Einkommen 400 fl. C. M. nicht übersteigt.

Hofkammer-Decret vom 10. Mai 1848, S. 620, Nr. 1147.

— Vorschrift über die Aufrechnung der Dienstitaren von den vor der Wirksamkeit des neuen Tar-gesetzes in Civildienste übergetretenen Militär-Individuen, wenn sie nach Erscheinen dieses Gesetzes zu einer an und für sich tarpflichtigen Bedienstung befördert wurden.

Finanz-Ministerial-Decret vom 15. Juni 1848, S. 641, Nr. 1162.

— S. auch Schätzleute, Zählgeld.

Targeschäfte. S. Tarämter.

Taxirung. S. Taxen.

Taxis. S. Thurn und Taxis.

Tarnoten. Vorschrift über das Verfahren bei Ausstellung der Tarnoten über die von Beamten eingezahlten Dienstitaren.

Hofkammer-Decret vom 30. September 1845, S. 274, Nr. 902.

Tarordnung. Wirksamkeit der Landtafel-Tarordnung vom 11. April 1812 für das herzogliche Landrecht zu Teschen in Schlesien.

Justiz-Hofdecret vom 6. September 1841, S. 607, Nr. 562.

— Bei den Landrechten Johanneßberg, Troppau, Teschen mit Bieleß hat die Tarordnung in Streitfachen vom 1. November 1781 und jene in Geschäften des adelichen Richteramtes vom 13. September 1787 fortan in Kraft zu bleiben.

Justiz-Hofdecret vom 29. August 1842, S. 60, Nr. 639.

— für die k. k. Consulate, über die Abnahme der Gebühren für ihre Amtshandlungen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 28. September 1846, S. 361, Nr. 986.

Tar-Patent. Bezeichnung jener Gesetze und Verordnungen, welche durch das Tar-Patent vom 27. Jänner 1840 außer Kraft gesetzt oder in ihrer Wirksamkeit eingeschränkt werden, und welche fortan in Kraft bleiben sollen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 24. Mai 1840, S. 498, Nr. 442.

Tar- und Stempel-Patent vom 27. Jänner 1840, S. 385, Nr. 404.

— — — vom 27. Jänner 1840, Anwendung der §§. 167, 168 und 169 des Tar- und Stempelgesetzes vom 27. Jänner 1840 auf die Ernennungen zu unbefoldeten überzähligen (Honorar-) Bedienstungen.

Hofkammer-Decret vom 30. Mai 1842, S. 43, Nr. 620.

— — — vom 27. Jänner 1840 findet auf die schlesischen Landrechte Johanneßberg, Troppau und Teschen mit Bieleß keine Anwendung.

Justiz-Hofdecret vom 27. August 1842, S. 60, Nr. 639.

Taraten:Abzüge. S. Abzüge, Taxen.

Tarrückstände. S. Taxen.

Taz. Vorschrift über die Bewilligung der Execution auf Vorschüsse auf die Entschädigung für aufgehobene Tazgefälle.

Hofkammer-Decret vom 7. September 1831, S. 19, Nr. 2527.

— Vorschrift über die Einbringung und Sicherstellung der Erbsteuer von den aufgelassenen Taz- und Umgelds-Bezügen.

Hofkanzlei-Decret vom 22. April 1836, S. 80, Nr. 138.

— Vorschrift über die Sicherstellung der Ansprüche auf die Entschädigung für aufgehobene Taz- und Umgelds-Gefälle.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1840, S. 526, Nr. 464.

Terrains-Veränderungen. Beschränkung der Anrainer an Eisenbahnen hinsichtlich der Terrains-Veränderungen in der Umgebung der Eisenbahnen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, S. 21.

Termin. Bestimmung eines Termines von vierzehn Tagen von Beendigung des Commissionsgeschäftes zur Ueberreichung der Reiseparticular-Rechnungen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1827, S. 62, Nr. 2247.

— zur Einsendung der Absenztabelle.

Justiz-Hofdecret vom 16. März 1827, S. 72, Nr. 2268.

— zur Ausbezahlung der Geld-Emolumente für Beamte.

Justiz-Hofdecret vom 29. September 1827, S. 100, Nr. 2310.

— Nähere Bestimmung des Termines, mit welchem die Freizügigkeit unter den deutschen Bundesstaaten eintritt.

Hofkanzlei-Decret vom 12. October 1827, S. 101, Nr. 2312.

— zur Ueberreichung der Recurse wider die wegen Adels-Anmaßung verhängten Geld- oder Arrest-Strafen.

Hofkanzlei-Decret vom 2. November 1827, S. 103, Nr. 2316.

— Bestimmung des Termines zur Fiscal-Prüfung.

Justiz-Hofdecrete vom 11. Juli 1828 und 19. Mai 1829, S. 124 und 157, Nr. 2351 und 2402.

— Zur Auskulten-Prüfung wird den Zöglingen der Theresianischen Ritter-Akademie und des Wiener Stadt-Convictes ein Termin von sechs Monaten eingeräumt, welchen die oberste Justizstelle aus erheblichen Gründen auf weitere drei Monate verlängern kann.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1828, S. 130, Nr. 2359.

— zur Vorlegung der Geschäftsausweise der Justizbehörden an die oberste Justizstelle.

Justiz-Hofdecret vom 15. Jänner 1830, S. 182, Nr. 2446.

— Für die mit Adjuten theilenden Auskultanten wird ein Termin von drei Jahren zur Vorlegung der Richteramts-Prüfung festgesetzt.

Justiz-Hofdecret vom 20. November 1830, S. 216, Nr. 2492.

— Berechnung des Termines zur Aufkündigung vermieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Gebäude und Aufstellung dieser Aufkündigung.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1833, S. 76, Nr. 2592.

— Bestimmung des Termines zur Abreichung der Alimente für arretirte Schuldner.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1833, S. 81, Nr. 2601.

— Bestimmung der Termine zur Aufkündigung und Räumung vermieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in der Hauptstadt Linz.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1833, S. 82, Nr. 2602.

Termin. Bestimmung des Termins, von welchem an das Patent vom 6. Juli 1833, über den Beweis aus dem Zusammentreffen der Umstände, für kundgemacht zu halten und in Anwendung zu bringen ist.

Justiz-Hofdecret vom 2. Mai 1834, S. 112, Nr. 2653.

— zur Erhebung der Wechselproteste in Wien.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1835, S. 62, Nr. 102.

— Bestimmung der Termine zur Aufkündigung und Räumung vermieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in der Hauptstadt Graz.

Justiz-Hofdecret vom 6. Februar 1837, S. 102, Nr. 169.

— zur Erlöschung des Reclamationsrechtes der Väter und Vormünder auf die zum Militär freiwillig eingetretenen Minderjährigen.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Februar 1838, S. 168, Nr. 252.

— Bestimmung der Termine zur Aufkündigung und Räumung vermieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in der Hauptstadt Salzburg.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1839, S. 328, Nr. 342.

— zur Auszahlung und Einstellung der Alimente für suspendirte Beamte.

Hofkammer-Decret vom 16. Mai 1840, S. 491, Nr. 438.

— Bestimmung des Termins für Appellationsgerichte zur Vorlegung ihrer jährlichen Arbeits-Ausweise an die oberste Justizstelle.

Justiz-Hofdecret vom 24. Jänner 1842, S. 8, Nr. 594.

— Bestimmung der Termine zur Aufkündigung und Räumung gemieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in der Stadt Brünn und ihren Vorstädten.

Hofkanzlei-Decret vom 5. October 1843, S. 143, Nr. 748.

— Bestimmung des Termins zur Vornahme des periodischen Wechsels der Schätzungs- und Inventurs-Commissäre des bürgerlichen Handelsstandes bei dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte.

Hofkammer-Decret vom 9. December 1843, S. 174, Nr. 769.

— Bestimmung des Termins zur Aufkündigung und Räumung aufgekündigter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in den Städten: Zara, Spalato, Ragusa, Cattaro, Sebenico und ihren Vorstädten in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1843, S. 175, Nr. 770.

— Bestimmung zweier Termine zur Feilbietung beweglicher Sachen im summarischen Verfahren bei den Civilgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

— Bestimmung des Termins zur Anbringung der Recurse und Gnabengesuche gegen Verfügungen und Urtheile der Elbe-Zollgerichte.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 2. December 1845, S. 289, Nr. 912.

— Bestimmung eines Termins von zwei Jahren zum Verkaufe der Montenegrinern gehörigen Realitäten in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 14. Jänner 1846, S. 308, Nr. 922.

Termin. Bestimmung des Termins, innerhalb dessen den sich verhehlenden pensionirten oder provisionirten Staatsdienerswitwen und weiblichen Waisen die Wahl zwischen der Abfertigung oder dem Vorbehalte des genossenen Bezuges für den Eintritt des nochmaligen Witwenstandes gestattet ist.

Hofkammer-Decret vom 6. März 1846, S. 320, Nr. 944.

- Bestimmung zweier Termine zur Feilbietung beweglicher Sachen im summarischen Verfahren bei Militärgerichten.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Nach Verlauf des peremptorischen Termins zum Antritte eines Beweises kann dieser Beweis nicht zugelassen werden, sobald sich der Gegner demselben wiedersezt.

Allerhöchste Entschließung vom 22. Mai 1847, S. 462, Nr. 1065.

- Festsetzung zweier Termine zur Feilbietung beweglicher Sachen im summarischen Verfahren in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

- Bestimmung des Termins zur Ueberreichung der Recurse gegen die bewilligte oder abgeschlagene Erneuerung der bei der Görzer Landtafel erworbenen Hypothekar-Afterpfand- und Zermittlungsrechte auf Grundstücke und Urbarten.

Justiz-Ministerial-Decret vom 31. August 1848, S. 656, Nr. 1179.

Terna-Vorschlag. Bei Erledigung der Bürgermeisterstelle in Olmütz haben die Landesstellen einen Terna-Vorschlag an die Hofstellen einzusenden.

Justiz-Hofdecret vom 1. März 1822, S. 86, Nr. 1849.

Territorial-Recess (Haupt-, Gränz- und) zwischen Oesterreich und Sachsen, wegen Behandlung der Gränzbäche.

Vom 30. März 1848, S. 572, Nr. 1132.

Teschen. In Teschen in Schlessien haben zwei Advocaten ihren Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1822, S. 91, Nr. 1861.

- Diäten-Bestimmung für das Personale des fürstlichen Landrechtes zu Teschen.

Justiz-Hofdecret vom 5. October 1822, S. 119, Nr. 1898.

- Reorganisirung des herzoglichen Landrechtes zu Teschen in Schlessien; dessen Personal- und Besoldungsstand.

Justiz-Hofdecret vom 30. August 1841, S. 605, Nr. 559.

- Wirksamkeit der Landtafel-Taxordnung vom 1. April 1812 für das herzogliche Landrecht zu Teschen in Schlessien.

Justiz-Hofdecret vom 6. September 1841, S. 607, Nr. 562.

- Das Stämpel- und Taxgesetz vom 27. Jänner 1840 findet bei dem schlessischen Landrechte zu Teschen keine Anwendung. Bestimmungen über die Abnahme der Taxen bei demselben.

Justiz-Hofdecret vom 29. August 1842, S. 60, Nr. 639.

- Vorschrift über die Führung der Landtafel-Hauptbücher bei dem herzoglichen Landrechte zu Teschen.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1844, S. 237, Nr. 839.

Testamente. Notare sollen den Parteien keine Abschriften von Testamenten, welche noch nicht gerichtlich bekannt gemacht worden sind, ertheilen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Mai 1824, S. 201, Nr. 2002.

- Vorschrift über die gerichtliche Aufnahme von Testamenten bei Herrschaften.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1825, S. 294, Nr. 2082.

Testamente. Die ersten Abschriften von Testamenten werden nicht von Amtswegen auf classenmäßigem Stempel ausgefertigt; die Gerichtsbehörden sollen jedoch die Parteien nicht in die Lage setzen, die Erhebung dieser Abschriften zu unterlassen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Jänner 1835, S. 134, Nr. 2684, und 30. October 1844, S. 239, Nr. 843.

- Befugniß der Mitglieder aufgehobener Klöster (Erreliqiosen) über ihr Vermögen durch Testament zu verfügen.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1835, S. 66, Nr. 111.

- Vorschrift über die Vollziehung der durch letzten Willen zur Beförderung frommer und gemeinnütziger Zwecke getroffenen Verfügungen.

Justiz-Hofdecret vom 29. August 1836, S. 91, Nr. 154.

- Erläuterung des §. 700 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, hinsichtlich der letztwilligen Verfügungen, wodurch der Erblasser seiner Ehegattin oder dritten Personen den Genuß einer Erbschaft oder eines Legates für die Dauer des Witwen- oder unverehelichten Standes zuwendet.

Justiz-Hofdecret vom 23. Mai 1844, S. 210, Nr. 807.

- Vorschrift über die Behandlung der Testamente in welchen noch nicht erzeugte Personen für den Fall ihrer Geburt als Erben eingesetzt oder mit Legaten bedacht sind.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1845, S. 264, Nr. 888.

- Competenz der zur Verlassenschafts-Abhandlung berufenen Gerichtsbehörde zur Entscheidung über die bestrittene Gültigkeit des Testaments.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juni 1845, S. 269, Nr. 893.

- In einem Urtheile, wodurch die Ungültigkeit eines schriftlichen Testaments ausgesprochen wird, darf der Vorbehalt nicht gemacht werden, dasselbe Testament durch einen anderen Proceß als mündliches gelten zu machen.

Allerhöchste Entschließung vom 14. Februar 1846, S. 316, Nr. 933.

Testirungs-Fähigkeit der Erreliqiosen im lombardisch-venetianischen Königreiche und in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1835, S. 40, Nr. 76.

- — der Mitglieder der aufgehobenen Klöster (Erreliqiosen).

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1835, S. 66, Nr. 111.

- — der barmherzigen Schwestern St. Caroli Boromaei in Böhmen.

Hofkanzlei-Decret vom 6. November 1839, S. 354, Nr. 387.

- — der barmherzigen Schwestern in Salzburg.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Juni 1841, S. 584, Nr. 546.

- — Staatsvertrag zwischen Oesterreich und der Republik Mexico, über die Testirungs-Fähigkeit der wechselseitigen Unterthanen in den beiderseitigen Staaten.

Vom 28. Juli 1842, S. 45, Nr. 626.

- — der Redemptoristen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1843, S. 86, Nr. 670.

- — der barmherzigen Schwestern in Prag und überhaupt in Böhmen.

Justiz-Hofdecret vom 27. Februar 1843, S. 97, Nr. 685.

- — der Schulschwestern in Graz.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Juni 1846, S. 339, Nr. 971.

Testen. Aufstellung eines Elbezollgerichtes zu Testen in Böhmen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 2. December 1845, S. 289, Nr. 912.

That. Criminalgerichte haben das Urtheil in Fällen, wo der Beschuldigte die That gesteht, aber des geläugneten bösen Vorsatzes für überwiesen gehalten wird, nicht von Amtswegen dem Appellationsgerichte vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1828, S. 141, Nr. 2377.

Thatbestand. Zur Erhebung des Thatbestandes angezeigter Verbrechen sind in Gallien nicht Criminalräthe, sondern Gränzkämmerer abzuordnen; dießfällige Prüfung der Gränzkämmerer.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juni 1824, S. 210, Nr. 2013.

Thatbestand. Vorschrift über die Verwendung verwandter oder verschwägelter Personen als Kunstverständige zur Erhebung des Thatbestandes in Strafsachen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Juli 1835, S. 35, Nr. 64.

— Vorschrift über die Erhebung des Thatbestandes über die durch den Waffengebrauch der k. k. Finanzwache erfolgten Verwundungen und Tödtungen der Gefäls-Uebertreter (Schwärzer).

Hofkammer-Decrete vom 8. Februar und 27. März 1846, S. 311 und 331, Nr. 927 und 952.

— Die Erhebung des Thatbestandes haben die Landgerichtsbezirke von Haimburg, Hollenburg, Sonnegg und Weissenegg in Kärnten noch fortan zu besorgen.

Justiz-Ministerial-Decret vom 23. Mai 1848, S. 636, Nr. 1154.

Thatenerhebung. Vorschrift über das Benehmen der Criminalgerichte und Ortsbehörden, wenn bei einer Thatenerhebung consecrirte Hosten als Corpus delicti vorkommen.

Justiz-Hofdecret vom 11. September 1837, S. 145, Nr. 225.

— haben die Landgerichte Haimburg, Hollenburg, Sonnegg und Weissenegg in Kärnten noch fortan zu pflegen.

Justiz-Ministerial-Decret vom 23. Mai 1848, S. 636, Nr. 1154.

Thatfache. Der Hauptfeld kann nur den Bestand oder Nichtbestand der Thatfache, aus welcher sich eine Schuld ergibt, zum Gegenstande haben.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1846, S. 317, Nr. 935.

Theilbarkeit. In Mürren, mit Ausnahme des Klagenfurter Kreises, besteht die unbedingte Theilbarkeit der Bauerngründe.

Hofkanzlei-Decret vom 9. September 1844, S. 219, Nr. 827.

Theil-Libelle, welche dem Gerichte von Vormündern und Curatoren überreicht werden, sind vor der gerichtlichen Genehmigung nach dem §. 10, lit. f) des Stämpelpatentes zu behandeln; nach der Genehmigung mit dem Werthstämpel zu versehen.

Hofkammer-Decret vom 31. October 1834, S. 128, Nr. 2672.

— Formulare zu einem Erbschafts-Theil-Libelle bei dem Czernowitzer Magistrate, dann bei den Gemeindegewichten und Wirthschaftskämtern in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 543, Nr. 1125.

Theilnahme. Wann die Theilnahme am Diebstahle und der Veruntreuung ein Verbrechen oder eine schwere Polizei-Uebertretung zu seyn aufhören.

Hofkanzlei-Decret vom 18. April 1822, S. 95, Nr. 1868.

— Wann die Theilnahme am Diebstahle nicht als Verbrechen zu behandeln sei.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1841, S. 657, Nr. 576.

— Erläuterung des §. 156, I. Theiles des Strafgesetzes, über die Theilnahme am Diebstahle.

Justiz-Hofdecret vom 10. Juni 1843, S. 123, Nr. 117.

Theil-Obligationen. S. Obligationen.

Theilnehmer. Behandlung der Theilnehmer an der Secte der Deutschkatholiken nach den österreichischen Strafgesetzen.

Hofkanzlei-Präsidial-Schreiben vom 26. Jänner 1846, S. 308, Nr. 923.

Theilung. Bestimmung der Rechte der Grund- und Urbars-Herren im Görzer Kreise bei Theilung der Bauerngüter.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1829, S. 145, Nr. 2387.

- Seine Majestät finden sich zur Erlassung neuer Vorschriften über die Theilung der landtäflichen Rubriken der Güter in Fällen, wo Lehen und freieigene Güter oder Lehen verschiedener Lehensherren in derselben Rubrik vereinigt sind, nicht bestimmt.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1835, S. 36, Nr. 66.

- **der Güter.** S. Gut.

Theresianisten. Bedingungen der Beförderung der Jöglinge der theresianischen Ritter-Akademie zu Auscultanten.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1828, S. 130, Nr. 2359.

- Die zu Auscultanten bedingt ernannten Theresianisten haben sich vor dem Antritte der verliesenen Auscultantenstelle mit dem Wahlfähigkeits-Decrete für eine solche Stelle auszuweisen.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juni 1837, S. 128, Nr. 207.

- Vorschrift über die Aufnahme der Jöglinge der theresianischen Ritter-Akademie in den Justizdienst auch ohne vorzügliche Zeugnisse.

Allerhöchste Entschliessung vom 23. Jänner 1847, S. 405, Nr. 1022.

Thronbesteigung. S. Regierungs-Antritt.

Thurn und Taxis. Dem Chef des fürstlichen Hauses Thurn und Taxis gebührt der Titel: „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, und

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Thurnamhard. Annahme der Heimsagung der Bezirksverwaltung der Herrschaft Thurnamhard.

Hofkanzlei-Decret vom 12. November 1838, S. 309, Nr. 305.

Tiers. Vereinigung des Gerichtes Tiers in Tirol mit dem landesfürstlichen Landgerichte Karneid.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1824, S. 262, Nr. 2031.

Tilgungsfond. S. Staatsschulden-Tilgungsfond.

Tilgungsfonds-Hauptcasse. Instruction für die Tilgungsfonds-Hauptcasse, über das Verfahren bei Rückzahlung erlegter gerichtlicher Depositen.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juli 1848, S. 646, Nr. 1170.

Tione. Bethellung des Landesgerichtes Tione im Kreise Roveredo in Tirol mit Einem Adjutum für einen Concepts-Practikanten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

Tirol. Vorschrift über die Veräußerung der grundjinsbaren Güter und Realitäten in Tirol.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 48, Nr. 1797.

- Benehmen in Hinsicht der im südlichen Tirol nach der vorigen italienischen Gerichtsordnung geschöpften Urtheile, welche noch nicht zugestellt waren.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 47, Nr. 1798.

- Die für Tirol im Jahre 1794 erlassenen Vorschrift über die Einhebungsart der Gemeindeforderungen an Auflagen, Pachtzinsen u. s. w. wird für Tirol wieder in Kraft gesetzt.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Februar 1822, S. 80, Nr. 1842.

- Der für Tirol in Wirksamkeit gesetzten vereinigten Cameral-Gefällen-Verwaltung sind von dem Innsbrucker Appellationsgerichte und dem Stadt- und Landrechte die Acten und das Votum des Referenten über Cameral-Gefälls- und die dießfälligen Fiskal-Processe vor dem Vortrage derselben mitzutheilen.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1822, S. 90, Nr. 1857.

- Auflassung des landesfürstlichen Gerichtes Böls, und dessen Vereinigung mit dem landesfürstlichen Gerichte zu Karneid in Tirol.

Justiz-Hofdecret vom 8. November 1822, S. 122, Nr. 1907.

Tirol. Verlegung des Criminal-Untersuchungsgerichtes von Landek nach Mauters in Tirol.

Justiz-Hofdecret vom 8. November 1822, S. 122, Nr. 1908.

- Vorschrift über die Bemessung und den Bezug der Gradationstaxe von den zur Vormerkung, Protokollstruck und Verfassung überreichten Urkunden in Tirol.

Hofkammer-Decret vom 28. April 1823 und Justiz-Hofdecret vom 3. Juli 1824, S. 144 und 214, Nr. 1938 und 2019.

- Bestimmung der Diäten und Reisekosten-Vergütung für Landgerichtsbeamte in Tirol.

Justiz-Hofdecret vom 26. August 1823, S. 159, Nr. 1964.

- In Tirol ist der Stempel zu Geld-Urkunden nach dem Betrage in Conventions-Münze nach dem Zwanziggulden-Fuße zu bemessen.

Hofkammer-Decret vom 29. November 1823, S. 163, Nr. 1975.

- Das Appellationsgericht in Innsbruck darf in dringenden Fällen auf Ansuchen der Landesstelle den Landgerichten in Tirol eine zeitweilige Aushilfe durch Auscultanten bewilligen.

Justiz-Hofdecret vom 15. December 1823, S. 168, Nr. 1980.

- Die Heimsagung der Patrimonialgerichte Rabbi, Tuenetto und Masi di Vigo in Tirol wird angenommen; der Rons- und Sulzberg in vier landesfürstliche Landgerichte, welche zu Male, Gles, Fondo und Mezzolombardo ihren Sitz haben, eingetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1824, S. 172, Nr. 1986.

- Instruction für die Landgerichte in Tirol in Geschäften außer Streit.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juli 1824, S. 216, Nr. 2024.

- Bestellung des Landgerichtes Kastelruth in Tirol als landesfürstliches Landgericht dritter Classe, und die Vereinigung des Gerichtes Tiers mit dem landesfürstlichen Landgerichte Karneid.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1824, S. 262, Nr. 2031.

- Stämpelbestimmung zu den in Tirol üblichen Sicherheits-Ausweisen.

Justiz-Hofdecret vom 16. Februar 1825, S. 289, Nr. 2073.

- Den Patrimonialgerichts-Beamten in Tirol ist die Pachtung eines Gutes und Urbares, dann die Betreibung eines bürgerlichen Gewerbes nicht zu gestatten.

Justiz-Hofdecret vom 10. Juni 1825, S. 307, Nr. 2105.

- Vorschrift über die Vornahme der Stämpel-Revisionen bei den Landgerichten und den nicht regulirten Magistraten in Tirol durch Gefällsbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 6. August 1825, S. 314, Nr. 2123.

- Vorschrift für die Gerichtsstellen in Tirol, über die Verfassung der Sicherheits-Ausweise bei Concurrs-Eröffnungen, und bei executiven Versteigerungen, dann wegen Vorladungen hinsichtlich des auf dem Eridagute vorgemerkten Capitäles eines Militär-Einstandsmannes.

Justiz-Hofdecret vom 22. October 1825, S. 326, Nr. 2139.

- Das Collegialgericht zu Feldkirch wird aufgehoben und dessen Gerichtsbarkeit dem Stadt- und Landrechte zu Innsbruck, und den Landgerichten zu Feldkirch, zu Bludenz und zu Bregenz zugetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 11. Februar 1826, S. 5, Nr. 2162.

- Die Heimsagung des Patrimonialgerichtes Altenburg in Tirol wird angenommen, und dasselbe mit dem landesfürstlichen Landgerichte Karneid zu Bozen vereinigt. Letzteres wird zu einem Landgerichte erster Classe erhoben, und demselben ein Actuar und ein zweiter Gerichtsdiensthilfe beigegeben.

Justiz-Hofdecret vom 26. Mai 1826, S. 18, Nr. 2186.

- Die Heimsagung des Pfandgerichtes Petersberg und der Hofgerichtsbarkeit von Stams in Tirol wird angenommen, und ein landesfürstliches Landgericht erster Classe zu Sals genehmigt.

Justiz-Hofdecret vom 26. Mai 1826, S. 18, Nr. 2187.

Tirol. Von dem Landgerichte Bregenz in Tirol werden die Gemeinden Ober-Langenegg und Reute getrennt, und hinsichtlich der Jurisdiction dem Landgerichte Bregenzervald zugetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1826, S. 29, Nr. 2194.

- Zur Veräußerung eines unterthänigen Gutes in Tirol ist die Einwilligung des Obereigenthümers nicht notwendig, sondern derselbe hat nur zu beurtheilen, ob der neue Käufer dem Gute vorzustehen fähig sei oder nicht.

Justiz-Hofdecret vom 5. August 1826, S. 40, Nr. 2211.

- Vorschrift für die Landgerichte in Tirol bei Einleitung der ordentlichen Criminal-Untersuchung und Verhaftung des Beschuldigten.

Justiz-Hofdecret vom 19. September 1826, S. 47, Nr. 2220.

- Die Heimfagung der Patrimonialgerichte Neuhaus und Deutschen-Ofen in Tirol wird angenommen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1827, S. 70, Nr. 2260.

- Dem Stadt- und Landrechte zu Innsbruck werden acht Auscultanten bewilliget.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1827, S. 84, Nr. 2285.

- Die Heimfagung der Patrimonialgerichte Gusfabaun und Wolkstein wird angenommen; Gusfabaun wird mit dem landesfürstlichen Landgerichte zweiter Classe zu Klausen vereinigt; das Thal Gröden und das Gericht Wolkstein wird dem Landgerichte zweiter Classe zu Kastelruth zugetheilt, und die Gemeinde Kallfuschgg dem Landgerichte Enneberg zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1827, S. 85, Nr. 2286.

- Der Bezirk Wangen in Tirol wird von dem Landgerichte Karneid getrennt und dem Landgerichte Ritten zugetheilt.

Hofkanzlei-Decret vom 3. December 1827, S. 107, Nr. 2321.

- Bestimmung des Termines zur Ablegung der Fiscal-Prüfung in Tirol.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1828, S. 124, Nr. 2351.

- Welchen Sträflingen aus Tirol die Citadelle zu Gradiška als Strafort angewiesen ist.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1829, S. 161, Nr. 2408.

- Statt des heimgefügten Patrimonialgerichtes Lander in Tirol wird ein Landgericht III. Classe zu Ried errichtet.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Jänner 1830, S. 184, Nr. 2448.

- Errichtung einer vereinigten Cameral-Gefällen-Verwaltung für Tirol und Vorarlberg.

Justiz-Hofdecret vom 27. August 1830, S. 205, Nr. 2477.

- Die Concepts-Practikanten der Landgerichte in Tirol haben, wenn sie zur zeitlichen Aushilfe von einem Landgerichte zum anderen überseht werden, in der Regel nur die Vergütung der Reisekosten, keine Tagelöhner oder andere Belohnung ihrer Aushilfsdienste zu fordern. Nur aus besonderen Gründen und im Falle der Substitution auf einem erledigten Dienstposten, kann ihnen eine angemessene Entschädigung bewilliget werden.

Justiz-Hofdecret vom 2. Jänner 1830, S. 214, Nr. 2489.

- Die Heimfagung des Patrimonial- und Pfandgerichtes Kaltern und Laimburg, dann jene der lehenbaren Gerichtsbarkeit Kurlatsh und Neumarkt, wird angenommen; zu Kaltern wird ein landesfürstliches Landgericht zweiter, und zu Neumarkt eines der dritten Classe errichtet. — Die Gemeinden Rats und Adrian werden dem Landgerichte Lana einverleibt.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1831, S. 5, Nr. 2501.

- Befreiung der barmherzigen Schwestern zu Jams in Tirol vom Amortisationsgesetze.

Hofkanzlei-Decret vom 23. April 1831, S. 14, Nr. 2514.

Tirol. Die Anheimsagung des Patrimonialgerichtes zu Sterzing wird angenommen, und ein landesfürstliches Landgericht zu Sterzing errichtet.

Justiz-Hofdecret vom 26. Juli 1831, S. 17, Nr. 2521.

— Das Bergrecht zu Hall in Tirol wird mit der Berg- und Salinen-Direction daselbst vereinigt.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Jänner 1833, S. 73, Nr. 2584.

— Die Polizei- und Sicherheits-Wachen in Tirol sind nicht berechtigt, auf Verfolgte und Flüchtige zu schießen.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Jänner 1833, S. 75, Nr. 2589.

— Anstatt des heimgesagten Patrimonialgerichtes Königsberg und Grumes in Tirol wird ein landesfürstliches Landgericht zweiter Classe zu Lavis errichtet.

Hofkanzlei-Decret vom 18. März 1834, S. 110, Nr. 2648.

— Vorschriften über die Untersuchung und Verjährung der Uebertretungen des für Tirol wegen des Tragens verbotener Waffen erlassenen Patentes vom 18. Jänner 1818.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1834, S. 111, Nr. 2651.

— Gewerbe, deren rabricirte oder verkäufliche Eigenschaft nicht erwiesen ist, so wie alle in Zukunft zu verleihenden Polizei- oder Commercial-Gewerbe sind in Tirol persönlich, und können nicht vererbt, veräußert oder verpachtet werden.

Justiz-Hofdecret vom 26. September 1834, S. 127, Nr. 2670.

— Die Bergwesen-Direction zu Salzburg wird aufgelöst und die Geschäfte derselben werden an die Berg- und Salinen-Direction zu Hall in Tirol verwiesen.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Jänner 1835, S. 134, Nr. 2685.

— Annahme der Heimsagung der Lehensgerichtsbarkeit Rottenburg am Inn und der lehenbaren Gerichtsbarkeit Lichtwer und Münster.

Hofkanzlei-Decret vom 12. December 1835, S. 63, Nr. 103.

— Vorschrift über die Aufrechnung und Einhebung der Einantwortungs-Listen in Tirol bei Uebergabe des Vermögens eines großjährig gewordenen Mündels.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1836, S. 83, Nr. 144.

— Bestimmungen über die bei Criminal-Untersuchungen und bei Schöpfung des Urtheiles in schweren Polizei-Uebertretungen erforderlichen Beisitzer in Tirol.

Hofkanzlei-Decret vom 25. August 1836, S. 89, Nr. 153.

— Den mit der Haftung für die Depositen beauftragten Beamten der landesfürstlichen Landgerichte in Tirol wird die Abnahme des gesetzlich entfallenden Zählgeldes gestattet.

Hofkammer-Decret vom 6. December 1836, S. 94, Nr. 160.

— Anwendung des summarischen Verfahrens bei Besitzstörungen jeder Art, insbesondere bei Gränzstreitigkeiten und Wasserleitungen und Wasser-Verken, soweit sie zur Competenz der Civilgerichte ausschließend gehören.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1837, S. 108, Nr. 174.

— Bestimmung der Gebühren als Belohnung für Gerichtsanwälte in Tirol für die Aufnahme der Sperte, Inventur oder Versteigerung.

Hofkanzlei-Decret vom 20. Februar 1837, S. 112, Nr. 175.

— Vorschrift über das Verfahren bei Einklagung und Einbringung minderter Forderungen in Tirol, welche zwanzig Gulden in Conventions-Münze ohne Einrechnung der Zinsen nicht übersteigen.

Justiz-Hofdecret vom 8. August 1837, S. 136, Nr. 218.

— Bestimmung der Gebühren für die Aufnahme und Aufstellung der gerichtlichen Vergleichs in Tirol.

Hofkammer-Decret vom 23. Jänner 1838, S. 167, Nr. 250.

Tirol. Errichtung eines neuen Landgerichtes dritter Classe mit dem Amtssitze zu Cembra für die Gemeinden Cembra, Faver, Graun, Veldes, Grumes (bisher im Landgerichts-Bezirk Lavis), dann für die Gemeinden Seviziano, Segonzano und Lober (bisher in dem Landgerichte Civezzano). Das Landgericht zu Lavis wird aus der zweiten in die dritte, und jenes zu Civezzano aus der ersten in die zweite Classe gesetzt.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Februar 1838, S. 170, Nr. 254.

- Errichtung eines landesfürstlichen Landgerichtes dritter Classe zu Sarentheim in Tirol statt des anheimgefallenen Patrimonialgerichtes Sarentheim.

Hofkammer-Decret vom 18. April 1838, S. 175, Nr. 265.

- Amts-Instruction für die Landgerichte in Tirol und Vorarlberg in Geschäften des streitigen Richteramtes.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juni 1838, S. 183, Nr. 276.

- Wie lange in Tirol die öden über und unterhalb der Vegetationsgränze liegenden Gebirgsmassen und Lager von verwendungsfähigen erdigen Fossilien als Avarial-Eigenthum anzusehen seien.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1839, S. 320, Nr. 325.

- Auf die Provision der Tiroler Landesvertheidiger, ihrer Witwen und Waisen findet keine Execution Statt.

Hofkammer-Decret vom 27. October 1839, S. 352, Nr. 383.

- Vorschrift für Tirol, über die Vertheilung des Preises von im Wege der gerichtlichen Execution veräußerten unbeweglichen Gütern.

Justiz-Hofdecret vom 19. November 1839, S. 354, Nr. 388.

- Provisorische Waldordnung für Tirol und Vorarlberg.

Vom 24. December 1839, S. 363, Nr. 400.

- Die Heimsagung der delegirten Gerichtsbarkeit von Radmannsdorf und Neumarkt wird angenommen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. April 1840, S. 481, Nr. 422.

- Welche Urkunden zum Beweise der Löschung der in den sogenannten Versch- oder Hypothekenbüchern vorkommenden Hypotheken gegenüber den nicht vollständig zu befriedigenden Hypothekargläubigern eines gerichtlich veräußerten Gutes in Tirol zum Verschbuche gebracht werden sollen.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1840, S. 519, Nr. 459.

- Errichtung und Organisirung der landesfürstlichen Landgerichte zu Rogaredo, Mori, Ala und Arco; und Zuweisung der Gemeinden Rago und Torbole dem Landgerichte Niva, dann Auflösung des Landgerichtes zu Galliano und dessen Vereinigung mit dem Landgerichte Roveredo in Tirol.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1842, S. 62, Nr. 645.

- Bei den vor dem competenten Richter über Beschäftigungssagen, bei welchen die Berg- und Salinen-Administration zu Hall die Vertretung des Allerhöchsten Keters übernimmt, anhängigen Verhandlungen hat ein Abgeordneter der montanistischen Administrativ-Bebehörde, bei dem Vortrage solcher Gegenstände beim Appellationsgerichte aber ein Rath der Berg- und Salindirection zu Hall zu interveniren.

Justiz-Hofdecret vom 3. October 1842, S. 63, Nr. 646.

- Bewilligung von dreißig Adjuten mit jährlichen 200 fl. Conventions-Münze für sämtliche Concepts-Praktikanten der Landgerichte in Tirol und Vorarlberg.

Justiz-Hofdecret vom 21. März 1843, S. 103, Nr. 691.

- Für das Landgericht zu Niva in Tirol werden zwei Advocaten fixirt.

Justiz-Hofdecret vom 22. März 1843, S. 104, Nr. 692.

Tirol. Vorschrift für die Collegialgerichte in Tirol, hinsichtlich der Concursausfertigung und Erstattung des Besetzungs-Vorschlages bei Ernennungen des ärztlichen und wundärztlichen Personales in den Criminal-Inquisitionshäusern in Tirol.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1843, S. 123, Nr. 709.

— Errichtung eines Institutes der Schwestern des deutschen Ordens zu Lana in Tirol.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1843, S. 141, Nr. 746.

— Vorschrift über die Betheilung der Landgerichte in Tirol mit den für die dortigen Concept-Practikanten bewilligten dreißig Adjuten.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

— Bei dem Landgerichte Arco in Tirol werden zwei Advocaten sistemisirt.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1844, S. 194, Nr. 785.

— Dem Landgerichte Mori in Tirol werden zwei Advocaten bewilliget.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1844, S. 194, Nr. 786.

— Vorschrift über die Betheilung der Landgerichte in Tirol mit Adjuten für ihre Conceptpractikanten, dann Bestimmung der erforderlichen Eigenschaften derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 25. März 1844, S. 202, Nr. 797.

— Für den Landgerichtsbezirk Mezzo-Lombardo in Tirol werden zwei Advocaten bewilliget.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juni 1844, S. 211, Nr. 810.

— Für den Landgerichtsbezirk Borgo in Tirol werden zwei Advocaten bewilliget.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juni 1844, S. 211, Nr. 811.

— Anstellung zweier Advocaten bei dem Landgerichte Pergine und eines bei dem Landgerichte Levico. Die in Tirol und Vorarlberg sistemisirten Landgerichts-Advocaten dürfen bei allen benachbarten Landgerichten die Advocatur ausüben.

Justiz-Hofdecret vom 11. December 1844, S. 243, Nr. 853.

— Jedes der südllichen Collegialgerichte Tirols ist für seinen ganzen Kreis zur Verhandlung der Mercantilgeschäfte competent.

Justiz-Hofdecret vom 4. März 1846, S. 319, Nr. 941.

— Erhebung des Landgerichtes Lavis im Trienter Kreise in Tirol aus der dritten in die zweite Classe.

Hofkanzlei-Decret vom 5. December 1846, S. 393, Nr. 1006.

— Erhebung des Landgerichtes Mezzo-Lombardo in Tirol aus der zweiten in die erste Classe.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1847, S. 419, Nr. 1032.

— Regulirung des Forstwesens in Tirol. Aufhebung des §. 2 der provisorischen Waldordnung vom Jahre 1839; Behandlung der Holzbezugsrechte oder Gnadenholzbezüge der Untertanen aus den Staatswäldungen Tirols; dann welche Wäldungen in Tirol landesfürstlich sind, und welche in das volle Eigenthum der Holzbezugs-Berechtigten überlassen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 11. April 1847, S. 456, Nr. 1057.

— Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei den Collegialgerichten in Tirol.

Justiz-Hofdecret vom 11. August 1847, S. 467, Nr. 1079.

— Sistemisirung eines zweiten Advocaten bei dem Landgerichte Strigno in Tirol.

Justiz-Hofdecret vom 5. Mai 1848, S. 618, Nr. 1142.

— S. auch Landgerichte.

Tiroler Landesvertheidiger. S. Tirol.

— Landschafts-Obligationen. S. Obligation.

Titel. Welche Benennungen künftig statt Erb-Kaiser, Erbstaaten, Erbmonarchie u. d. zu gebrauchen seien.

Justiz-Hofdecret vom 22. Februar 1822, S. 82, Nr. 1845.

Titel in den Aufschriften an das vereinigte Banal-Varaschner- und Karlsstädter General-Commando.
Justiz-Hofdecret vom 20. März 1824, S. 196, Nr. 1993.

- Titulatur, deren sich die Collegialgerichte in ihrer Correspondenz mit dem *Judicio delegato militari mixto* sowohl, als dem General-Commando in Dalmatien zu bedienen haben.

Justiz-Hofdecret vom 19. November 1824, S. 270, Nr. 2050.

- Benennung der mediatisirten deutschen fürstlichen Häuser, deren Chefs der Titel „Durchlaucht“ gebührt.

Justiz-Hofdecrete vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, vom 2. Juni 1827, S. 83, Nr. 2282, 13. October 1829, S. 174, Nr. 2433.

- Bestimmung der Titular derjenigen Individuen in den amtlichen Erlässen, welche zur Annahme des ihnen vom Auslande verliehenen Adels oder der Standeserhöhung die Bewilligung Seiner Majestät erhalten haben.

Hofkanzlei-Decret vom 20. August 1829, S. 170, Nr. 2425.

- Der durchlauchtigste Erzherzog Ferdinand führen nach höchst Ihrer Krönung den Titel „König von Ungarn und Kronprinz der übrigen kaiserlich-österreichischen Staaten“, die gegen Höchstdenselben zu beobachtende Courtoisie ist: „Eure Majestät“.

Justiz-Hofdecret vom 8. October 1830, S. 210, Nr. 2486.

- Abhandlungsbehörden haben der Landesstelle bei dem Uebergange des bloß allein der Primogenitur zustehenden besonderen Titels die Mittheilung zu machen.

Justiz-Hofdecret vom 21. Mai 1840, S. 491, Nr. 439.

- Der Titel „Erlaucht“ gebührt dem Haupte der älteren Linie der gräflichen Familie Harrach.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Februar 1841, S. 562, Nr. 511.

- Bedeutung und Wirkung der Verleihung von Titeln einer bestimmten Dienstes-Kategorie an Beamte.

Hofkammer-Decret vom 24. Februar 1844, S. 195, Nr. 787.

- Der Titel „Hoheit“ gebührt den die Regierung führenden Herzogen von Braunschweig, Nassau, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Anhalt-Deßau, Anhalt-Bernburg und Anhalt-Köthen für ihre Person.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1844, S. 240, Nr. 844.

- Der Titel „Durchlaucht“ gebührt den Chefs der zwei Linien der fürstlichen Familien Schönburg, Schönburg-Waldenburg und Schönburg-Gartenstein, und den fünf Linien der fürstlichen Familie Salm, nämlich: Salm-Salm, Salm-Kyrburg, Salm-Horstmar, Salm-Reifferscheid-Krautheim und Salm-Reifferscheid-Krautheim-Kais.

Hofkanzlei-Decrete vom 4. Februar 1845 und 22. Februar 1847, S. 251 und 424, Nr. 865 und 1038.

- Criminalgerichte haben sich in ihrer Correspondenz mit dem General-Commando des Titels „Hochlöblich“ zu bedienen.

Justiz-Hofdecret vom 29. October 1845, S. 288, Nr. 908.

- Es ist unzulässig, einem auf die Advocatur verzichtenden Advocaten den Titel eines Advocaten zu bewilligen.

Allerhöchste Entschließung vom 20. Februar 1847, S. 424, Nr. 1037.

- Der Titel „Durchlaucht“ gebührt den Häuptern der mediatisirten vormalig reichsfürstlich fürstlichen Familien: Arenberg (Herzoge), Auerzperg, Bentheim-Steinfurt, Bentheim-Ledlenburg oder Bentheim-Arheba, Colloredo-Mansfeld, Croy-Dulmen (Herzoge), Dietrichstein, Esterházy von Galantha, Fürstenberg, Fugger-Wabenhausen, Hohenlohe-Langenburg-Kirchberg, Hohenlohe-Langenburg-Langenburg, Hohenlohe-Langenburg-Dehringen, Hohenlohe-Waldenburg-Bartenstein, Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst, Hohenlohe-Waldenburg-Waldenburg-Isenburg-Birnstein, Kaunitz-Nietberg, Rhevenhüller, Reiningen, Reyen, Rodkowitz, Schwenstein-Wertheim-

Freudenberg, Löwenstein-Wertheim-Rosenberg, Loos-Gorswarem (Herzog), Metternich, Oettingen-Spielberg, Oettingen-Wallerstein, Rosenberg, Sayn-Wittgenstein-Berleburg, Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, Schwarzenberg, Solms-Braunsfels, Solms-, Vich- und Hohenfels, Starhemberg, Thurn und Taxis, Trauttmansdorff, Waldburg-Wolfegg-Waldsee, Waldburg-Zeil, Trauchburg, Waldburg-Zeil-Würzach, Wied und Windischgrätz.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Titel „Erlaucht“ gebührt den Häuptionern der mediatisirten vormalig reichsständisch-gräflichen Familien Bentinck, Castell, Erbach-Erbach sonst Erbach-Wartemberg-Roth, Erbach-Fürstenau, Erbach-Schönberg, Fugger-Blött, Fugger-Kirchheim, Fugger-Nordenborn, Fugger-Kirchberg-Weissenborn, Vich, Isenburg-Wüdingen, Isenburg-Meerholz, Isenburg-Philippseich, Isenburg-Wächtersbach, Königsberg-Aulendorf, Kueffstein, Leiningen-Billigheim, Leiningen-Neudenan, Leiningen-Westerburg (Alt-), Leiningen-Westerburg (Neu-), Meipperg, Ortenburg, Pappenheim, Platten-Hallermund, Plettenberg-Mietingen, Pückler-Eimpurg, Quadt-Isny, Reckberg, Reckter-Eimpurg, Schässberg-Thaheim, Schliß gen. Gdrz, Schönborn-Buchheim, Schönborn-Wiesentheid, Schönburg, Solms-Laubach, Solms-Rödelheim, Solms-Wildenfels, Stadion-Thannhausen, Stabion-Warthausen, Sternberg-Manderscheid, Stolberg-Geborn, Stolberg-Ortenberg, Stolberg-Rosla, Stolberg-Stolberg, Stolberg-Weringerode, Töding-Guttenzell, Waldbott-Bassenheim, Waldeck-Pyrmont, Wallmosen-Gimbom und Wurmbrand.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

- Gerichtsstellen haben als Abhandlungs-Instanzen adelicher Personen jeden einzelnen Todesfall, in welchem die bei adelichen Familien bloß der Primogenitur zustehende höhere Adelsstufe oder ein besonderer Titel an eine neue Person übergeht, der politischen Landesstelle anzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1848, S. 611, Nr. 1133.

- „Herr“ und „Frau“. Welchen Personen diese Titel in gerichtlichen Ausfertigungen zu geben seien.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 3. Juli 1848, S. 644, Nr. 1167.

- S. auch Standeserhöhungen.

Titel:Taxe. S. Taxe.

Töchter. Den Töchtern verstorbener Beamten und Diener ist bei ihrer Verehelichung, wenn sie eine auf keine bestimmte Zeit beschränkte jährliche Pension oder Gnadengabe genießen, zwischen der Reservation des Bezuges auf den Fall ihres Witwenstandes, und der Abfertigung mit dem zweijährigen Betrage, die Wahl zu lassen.

Hofkammer-Decret vom 28. Mai 1834, S. 113, Nr. 2655.

Tod eines Vermissten. Beobachtung der Allerhöchsten Entschliessung vom 18. November 1826, Nr. 2259 der Justiz-Gesetzsammlung, in allen Fällen, in welchen der erfolgte Tod eines Vermissten erwiesen werden soll.

Justiz-Hofdecret vom 24. Februar 1846, S. 319, S. 939.

Todeserklärung. Vorschrift für Herrschaften, über das Verfahren, wenn die Todeserklärung eines Abwesenden zum Behufe einer Verlassenschafts-Abhandlung angefordert wird.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1825, S. 294, Nr. 2082.

- Vorschrift über das Verfahren bei dem Zeugnissbeweise über den Tod eines Vermissten.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1827, S. 68, Nr. 2259.

Todesfälle. Bei Todesfällen der Invaliden haben die Gerichtsbehörden die Reservations- oder Patental-Urkunden dem betreffenden General-Commando zu übersenden.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1821, S. 66, Nr. 1821.

Todesfälle. Auch bei dem Tode eines Inquisten, mit welchem die Untersuchung geschlossen worden ist, haben die Criminalgerichte ein Urtheil zu fällen.

Justiz-Hofdecret vom 1. März und 31. August 1822, S. 86 und 116, Nr. 1848 und 1890.

- Bei Todesfällen geistlicher Pfündner sind sogleich die Wirthschafts-Gebäude auf den ihnen zur Dotation angewiesenen Gütern und Realitäten durch Kunstverständige zu untersuchen.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1824, S. 260, Nr. 2027.

- mittelloser Personen sind der Regel nach dem Gerichte anzuzeigen; wie solche zu erledigen seien.

Justiz-Hofdecret vom 30. April 1825, S. 299, Nr. 2092.

- minderjähriger, vermögensloser und in der väterlichen Verpflegung gestandener Kinder sind dem Gerichte nicht anzuzeigen, mithin auch in den Gerichtsprotokollen nicht zu erwähnen.

Justiz-Hofdecret vom 30. April 1825, S. 299, Nr. 2092.

- Bei dem Tode eines akatholischen Superintendents sind die Amtsschriften zu versiegeln.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1826, S. 21, Nr. 2191.

- Bei Todesfällen von Ordensrittern sind auch die Orden fremder Staaten an die Landesstelle einzusenden.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1827, S. 89, Nr. 2296.

- Der Todfall eines wirklichen geheimen Rathes ist unverweilt der obersten Justizstelle anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 13. November 1828, S. 139, Nr. 2371.

- wobei sich keine Spur eines Verbrechens zeigt, sind nicht den Justizbehörden, sondern der politischen Obrigkeit zur Amtshandlung anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1830, S. 185, Nr. 2451.

- der Vasallen sind auch in Böhmen dem Lehenshofe anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1832, S. 60, Nr. 2560.

- der mit einer Pension oder Gnadengabe theilten Beamten's-Waisen sind der Landesbehörde anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1834, S. 118, Nr. 2662.

- Todfall Seiner Majestät Kaiser Franz des Ersten.

Patent vom 2. März 1835, S. 1, Nr. 1.

- Jeder Todfall eines k. k. Kämmerers ist von der Abhandlungs-Behörde der Landesstelle anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 1. März 1836, S. 76, Nr. 129.

- Vorschrift für Seelsorger, über die Ausfertigung der Todtenscheine in Sterbefällen königlich-französischer Unterthanen.

Hofkanzlei-Decret vom 31. März 1836, S. 79, Nr. 136.

- Ueber Sterbefälle notorisch belgischer Unterthanen in den k. k. Staaten haben Seelsorger die Todtenscheine von Amtswegen auszustellen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. April 1841, S. 567, Nr. 521.

- Die Verhandlung über jene Verlassenschafts-Gegenstände, welche von den vor dem 1. November 1840 eingetretenen Todesfällen herrühren, und für welche die Erbsteuer noch zu bemessen ist, sind stämpelfrei.

Hofkanzlei-Decret vom 18. August 1841, S. 604, Nr. 556.

Todesfälle. Bei Aufnahme der Todesfälle der im allgemeinen Krankenhause Verstorbenen von Seite des Sperrcommissärs sind die rückständigen Verpflegskosten gehörig anzumelden.

Hofkanzlei-Decret vom 15. December 1842, S. 76, Nr. 661.

- Die Armuthshälber abgethanen Todesfälle sind nicht in die Zahl der Verlassenschaften aufzunehmen, sondern in den jährlichen Geschäfts-Ausweisen in der Rubrik Anmerkung anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 14. Mai 1846, S. 334, Nr. 960.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Rußland, über die Behandlung der Verlassenschaften bei Todesfällen der Unterthanen in den wechselseitigen Staaten.

Vom 20. Juli 1846, S. 34, Nr. 974.

- Das k. k. General-Consulat in Odessa hat die im Amtsbezirke eintretenden Todesfälle österreichischer Unterthanen der Gerichtsbehörde der mutmaßlichen Erben bekannt zu geben.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 13. April 1847, S. 459, Nr. 1059.

- Instruction für die Verlassenschafts-Abhandlungsbehörden in der Bukowina, über das Verfahren bei Todesfällen.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 495, Nr. 1125.

- Jeden einzelnen Todesfall, in welchem die bei adelichen Familien bloß der Primogenitur zustehende höhere Adelsstufe oder ein besonderer Titel an eine neue Person übergeht, haben die Abhandlungsbehörden der politischen Landesstelle anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1848, S. 611, Nr. 1133.

Todesstrafe. Auch schon die zweite Brandlegung ist, wenn auch das Feuer nur einmal wirklich ausgebrochen ist, mit dem Tode zu bestrafen.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1828, S. 137, Nr. 2365.

- Beschränkung des Zutrittes zu den zur Todesstrafe verurtheilten Verbrechern auf deren Verwandte und solche Personen, die der Verurtheilte zu sehen wünscht.

Justiz-Hofdecret vom 11. September 1837, S. 145, Nr. 226:

- Abstellung der Vollziehung der Todesstrafe innerhalb der Stadtmauern.

Anmerkung zur Allerhöchsten Entschließung vom 25. April 1840, S. 482, Nr. 425.

- In den jährlich vorzulegenden statistischen Ausweisen sind in der Rubrik der im ordentlichen Strafverfahren zur Todesstrafe verurtheilten Verbrecher nur Diejenigen aufzunehmen, denen die Todesstrafe von Seiner Majestät nicht nachgesehen wurde.

Justiz-Hofdecret vom 7. März 1842, S. 14, Nr. 601.

- Bestimmungen über die Vollziehung der Todesstrafen an hiezu verurtheilten Verbrechern.

Hofkanzlei-Decret vom 29. April 1848, S. 617, Nr. 1139.

Todesurtheile. Gebühren des Scharfrichters für den Vollzug eines Todesurtheiles in entfernten Gegenden.

Hofkammer-Decret vom 10. November 1825, S. 328, Nr. 2143.

- Vor Ankündigung der Todesurtheile haben sich die Criminalgerichte die Ueberzeugung zu verschaffen, daß der Vollstreckung derselben am darauf folgenden dritten Tage kein Hinderniß entgegen stehe.

Justiz-Hofdecret vom 26. Mai 1826, S. 18, Nr. 2185.

- S. auch Urtheile I in Strafsachen.

Todfall. Todesfälle schwedischer Unterthanen haben die Verlassenschafts-Abhandlungsbehörden dem vorgesetzten Appellationsgerichte anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 10. December 1847, S. 479, Nr. 1104.

Tödtung. Die Tödtung eines Gefällsübertreters durch die Finanzwache bei Ausübung ihres Dienstes ist für sich allein noch nicht als eine rechtliche Anzeigung zur Einleitung einer Criminal-Untersuchung zu betrachten.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 331, Nr. 952.

Törring-Guttzell. Dem Haupte der reichsfürstlich-gräflichen Familie Törring-Guttzell gebührt der Titel „Erlaucht“.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Todtenbücher. Vorschrift über die Führung der Todtenbücher (Sterkeregister) der akatholischen Seelsorger.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1829, S. 179, Nr. 2242.

- Die Allerhöchste Entschliessung vom 20. November 1829, über die Führung der Todtenbücher durch akatholische Seelsorger, ist nicht auf solche Provinzen auszudehnen, in welchen Katholiken durch kein Toleranzpatent beschränkte Befugnisse, oder in welchen sie eigene geschlossene öffentliche Pfarbezirke und vollständige pfarrliche Rechte besitzen.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1835, S. 22, Nr. 37.

- Vorschrift über die Aufbewahrung der Todtenbücher (Sterbeprotokolle).

Hofkanzlei-Decret vom 19. Februar 1836, S. 75, Nr. 126.

- Vorschrift für Seelsorger, über die Erhebung und nachträgliche Eintragung der für Todtenbücher nöthigen Thatfachen.

Hofkanzlei-Decret vom 5. April 1844, S. 203, Nr. 799.

- Einführung von Todtenbüchern für die in Wien sich aufhaltenden türkischen Juden, dann Vorschrift über die Führung, Glaubwürdigkeit und Beweiskraft derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 17. November 1845, S. 288, Nr. 909.

- Unterricht über die Führung der Todtenbücher der Israeliten in Mähren und Schlessien, welche als öffentliche Urkunden gesetzliche Beweiskraft haben, dann über die Controle derselben durch die katholischen Orts-Seelsorger.

Hofkanzlei-Decret vom 19. März 1846, S. 321, Nr. 945.

Todtenscheine. Vorschrift über die Ausstellung und Verabfolgung der Todtenscheine der akatholischen Seelsorger.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1829, S. 179, Nr. 2442.

- Die im diplomatischen Wege verlangten Todtenscheine sind stämpelfrei, und von den Seelsorgern unentgeltlich auszufertigen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. December 1835, S. 67, Nr. 112.

- Vorschrift für Seelsorger, über die Ausfertigung der Todtenscheine in Sterbefällen königlich-französischer Unterthanen.

Hofkanzlei-Decret vom 31. März 1836, S. 79, Nr. 136.

- Ausfertigung der Todtenscheine der in den k. k. Staaten verstorbenen notorisch belgischen Unterthanen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. April 1841, S. 567, Nr. 521.

- Vorschrift für Seelsorger, über die Ausstellung der Todtenscheine in Folge nachträglicher Erhebung der hierauf bezüglichen und nöthigen Thatfachen.

Hofkanzlei-Decret vom 5. April 1844, S. 203, Nr. 799.

- Vorschrift über die Ausstellung der Todtenscheine der in den k. k. Staaten verstorbenen dänischen, und in Dänemark verstorbenen österreichischen Unterthanen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Februar 1846, S. 315, Nr. 931.

- Vorschrift über die Ausfertigung und Erfolgung der Todtenscheine der Israeliten in Mähren und Schlessien, welche als öffentliche Urkunden gesetzliche Beweiskraft haben.

Hofkanzlei-Decret vom 19. März 1846, S. 321, Nr. 945.

Todtenscheine. Die von den Seelsorgern ausgefertigten Todtenscheine sind Original-Urkunden, bedürfen aber in Dalmatien der vom Gubernial-Präsidium bestätigten Legalisirung des Ordinariates, wenn die Parteien davon außer dem Gouvernements-Gebiete Gebrauch machen wollen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1847, S. 454, Nr. 1052.

Toleranz-Patent. Das Toleranz-Patent wurde in der Bukowina unter der Militär-Administration, noch seit der mit 1. November 1786 erfolgten Uebnahme in die Civil-Administration, kundgemacht.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1835, S. 22, Nr. 37.

Tolerirte Glaubensbekenntnisse. S. Bethaus.

Tolmein. In Tolmein im Görzer Kreise haben künftig zwei Advocaten ihren Aufenthalt zu nehmen
Justiz-Hofdecree vom 29. März 1822, S. 89, Nr. 1855.

- Aus dem Bezirke Tolmein werden die drei Hauptgemeinden Vergogna, Creba und Caporetto nebst ihren Untergemeinden ausgeschieden, und dem landesfürstlichen Bezirkscommissariate II. Classe in Flitsch zugetheilt.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Jänner 1839, S. 319, Nr. 324.

- Die Heimfagung der Jurisdiction von Tolmein wird angenommen und daselbst ein landesfürstliches Bezirksamt I. Classe errichtet.

Justiz-Hofdecree vom 23. December 1847, S. 483, Nr. 1108.

Torbolo. Die Gemeinde Torbolo in Tirol wird aus dem Bezirke des landesfürstlichen Landgerichtes in Arco ausgeschieden und dem Landgerichte Riva zugewiesen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1842, S. 62, Nr. 645.

Toscana. Freizügigkeit des Vermögens und der Pensionen zwischen dem österreichischen Kaiserstaate und dem Großherzogthume Toscana.

Vom 28. Februar 1822, S. 83, Nr. 1847.

- Staatsvertrag mit Toscana, über die wechselseitige Auslieferung der Verbrecher.

Hofkanzlei-Decret vom 28. August 1834, S. 122, Nr. 2668.

- Gerichtsbehörden sollen sich mit toscanischen Behörden in keine unmittelbare Correspondenz einlassen, sondern die für selbe bestimmten Requisitionsschreiben im ministeriellen Wege befördern.

Justiz-Hofdecree vom 27. März 1839, S. 335, Nr. 352.

- Beitritt der toscanischen Regierung zu dem mit Sardinien abgeschlossenen Staatsvertrage, wegen Sicherung der Eigenthumsrechte der Herausgeber literarischer und artistischer Werke gegen den Nachdruck.

Hofkanzlei-Decret vom 30. December 1840, S. 544, Nr. 488.

- Vorschrift über die Erlassung der gerichtlichen Requisitionen in das Großherzogthum Toscana.

Justiz-Hofdecree vom 4. März 1846, S. 320, Nr. 942.

Tractat. S. Staatsvertrag.

Trägerlohn. Bestimmung des Trägerlohnes für das Abholen und Austragen der über 25 Pfund wiegenden Actenpäckte und Kisten für die Diener des niederösterreichischen Appellationsgerichtes.

Justiz-Hofdecree vom 12. Februar 1847, S. 418, Nr. 1030.

Trasflanten. Vorschrift über das Verfahren der Gerichtsbehörden bei Bewilligung der Verbote und der Execution auf die Verschleiß-, Provisions- und Cassenbarthschaft der Tabak- und Stämpel-Trasflanten.

Hofkammer-Decret vom 13. October 1844, S. 237, Nr. 840.

Tragen (unbefugtes), von Orden und Ehren-Decorationen; Strafen hierauf. — S. Orden.

Tranksteuer. Notionen über die einer Herrschaft wegen nicht befolgter Vorschrift des Tranksteuer-Patentes auferlegten Geldstrafen können auch dem Wirthschaftsamt dieser Herrschaft mit rechtlicher Wirkung zugestellt werden.

Justiz-Hofdecree vom 28. Jänner 1825, S. 288, Nr. 2070.

Transferirung. Vorschrift über die Transferirung gepfändeter Fahrnisse.

Justiz-Hofdecree vom 25. Jänner 1823, S. 128, Nr. 1921.

Translatoren. S. Dolmetsche, Uebersetzer.

Transporte. Vorschrift über das Verfahren bei Entschädigungs-Ansprüchen für die durch Remonten-Transporte an Feldern, Wiesen u. verursachten Beschädigungen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Juli 1843, S. 130, Nr. 726.

Transportirung. Vorschrift über die Transportirung des Schießpulvers und der Knallpräparate auf den Eisenbahnen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §. 15.

— Vorschrift über die Transportirung von Verhafteten und Sträflingen auf den Staats-Eisenbahnen.

Hofkammer-Präsidial-Erlaß vom 21. December 1847, S. 480, Nr. 1106.

Transcription der Hypotheken. S. Hypotheken.

Trau. Zu Trau in Dalmatien haben nur zwei Advocaten zu bestehen.

Justiz-Hofdecree vom 1. Juni 1827, S. 82, Nr. 2281.

Traunkirchen. Die Verlassenschafts-Abgaben für das Armen-Institut zu Traunkirchen in Oesterreich ob der Enns werden aufgelassen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

Trauttmansdorff. Dem Chef des fürstlichen Hauses Trauttmansdorff gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecree vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133;

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Trauscheine. Vorschrift über die Ausstellung und Verabfolgung der Trauscheine der katholischen Seelsorger.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1829, S. 179, Nr. 2442.

— Die im diplomatischen Wege verlangten Trauscheine sind von den Seelsorgern ohne Stämpel und unentgeltlich auszufertigen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. December 1835, S. 67, Nr. 112.

— Vorschrift für die katholische Geistlichkeit hinsichtlich der Ausfertigung der Trauscheine über gemischte Ehen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. April 1843, S. 118, Nr. 700.

— Vorschrift für Seelsorger, über die Ausstellung der Trauscheine in Folge nachträglicher Erhebung der hierauf bezüglichen und nöthigen Thatsachen.

Hofkanzlei-Decret vom 5. April 1844, S. 203, Nr. 799.

Trauscheine. Vorschrift über die Ausfertigung und Erfolgung der Trauscheine der Israeliten in Mähren und Schlesien, welche als öffentliche Urkunden gesetzliche Beweiskraft haben.
Hofkanzlei-Decret vom 19. März 1846, S. 321, Nr. 945.

- Die von den Seelsorgern ausfertigten Trauscheine sind Original-Urkunden, bedürfen aber in Dalmatien der vom Subernal-Präsidium bestätigten Legalisirung des Ordinariates, wenn die Parteien davon außer dem Gouvernements-Gebiete Gebrauch machen wollen.
Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1847, S. 454, Nr. 1052.

Trauung. Die Vorschrift vom 4. März 1836, betreffend die Trauung von Militär-Individuen, hat allgemeine Gültigkeit und zur Richtschnur zu dienen.

Hofkanzlei-Decret vom 3. April 1846, S. 331, Nr. 954.

- Vorschrift über die Trauung jener Israeliten in Böhmen, welche keiner mit einem zu jüdischen Trauungen berufenen Religionslehrer versehenen jüdischen Gemeinde angehören.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1846, S. 360, Nr. 984.

Trauungen. S. Ehen.

Trauungsbücher. Vorschrift über die Führung der Trauungsbücher der akatholischen Seelsorger.
Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1829, S. 179, Nr. 2442.

- Die Allerhöchste Entschließung vom 20. November 1829, über die Führung der Trauungsbücher durch akatholische Seelsorger, ist nicht auf solche Provinzen auszudehnen, in welchen Katholiken durch kein Toleranzpatent beschränkte Befugnisse, oder in welchen sie eigene geschlossene öffentliche Pfarrbezirke und vollständige pfarrliche Rechte besitzen.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1835, S. 22, Nr. 37.

- Vorschrift über die Eintragung der Zeugen in die Trauungsbücher; von denselben haben die Pfarrer zwei Copien zu nehmen, dieselben bei den canonischen Visitationen den Dechanten oder Bezirksvicaren vorzulegen, und eine davon an das Ordinariat einzusenden.

Hofkanzlei-Decret vom 27. Juni 1835, S. 27, Nr. 44.

- Vorschrift hinsichtlich der Führung der Trauungsbücher von Seite der katholischen Geistlichkeit über die gemischten Ehen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. April 1843, S. 118, Nr. 700.

- Vorschrift für Seelsorger, über die Erhebung und nachträgliche Eintragung der für Trauungsbücher nöthigen Thatfachen.

Hofkanzlei-Decret vom 5. April 1844, S. 203, Nr. 799.

- Einführung von Trauungsbüchern für die in Wien sich aufhaltenden türkischen Juden; dann Vorschrift über die Führung, Glaubwürdigkeit und Beweiskraft derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 17. November 1845, S. 288, Nr. 909.

- Vorschrift über die Führung der Trauungsbücher der Israeliten in Mähren und Schlesien, welche als öffentliche Urkunden gesetzliche Beweiskraft haben, dann über die Controle derselben durch die katholischen Ortsseelsorger.

Hofkanzlei-Decret vom 19. März 1846, S. 321, Nr. 945.

Trauungsscheine. S. Trauscheine.

Treffen. Errichtung eines landesfürstlichen Bezirkscommissariates III. Classe zu Treffen im Neustädter Kreise in Krain.

Justiz-Hofdecret vom 27. Juni 1843, S. 126, Nr. 716.

Trennung. Vorschrift über die Trennung der Bestandtheile eines Dominicalgutes, worauf die Octava haftet.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Februar 1830, S. 184, Nr. 2449.

- der bei dem Wiener Magistrate bestehenden drei Senate; Behandlung der Geschäfte und Dienstbesetzungs-Vorschläge bei denselben.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juli 1838, S. 270, Nr. 285.

Trennung der Berg- und Forstwesens-Geschäfte für das Gebiet von Salzburg, mit Ausnahme der berggerichtlichen Gegenstände, von der k. k. Berg- und Salinen-Direction zu Hall, und Zuweisung derselben an das Salinen-Oberamt Gmunden.

Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1844, S. 241, Nr. 847.

— **der Ehe. E. Ehescheidung.**

Tribunal. E. Collegialgerichte, Gerichtsstellen.

Trient. Behandlung der von dem ehemaligen Gerichtshofe zu Trient in contraditorio geschöpften, aber noch nicht zugestellten Urtheile in Civil-Rechtsgegenständen.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 47, Nr. 1798.

Triest. Bestimmung der Gegenstände, bei deren Vortragung die Mercantil- und Wechselgerichts-Beisitzer in Triest bei dem dortigen Mercantil- und Seegerichte zu erscheinen haben.

Justiz-Hofdecret vom 27. Juli 1821, S. 40, Nr. 1782.

— Dem Triester Mercantil- und Wechselgerichte wird die Gerichtsbarkeit über die küstenländischen Bezirke Capo d'Istria, Monfalcone, Monastero, Duino, Schwarzenegg und Fünfenberg in Mercantil- und Wechselsachen zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1822, S. 107, Nr. 1877.

— Das Stadt- und Landrecht zu Triest hat sich in den ihm zugewiesenen Rechtsangelegenheiten des Bezirkes von Capo d'Istria nach dem Regolamento Generale de processo civile per gli Stati Austriaci in Italia vom Jahre 1803 zu benehmen.

Justiz-Hofdecret vom 5. August 1823, S. 157, Nr. 1959.

— Dem Stadt- und Landrechte zu Triest wird die Gerichtsbarkeit über die Bezirke Castua, Castelnuovo und Lovrana definitiv zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 20. Mai 1825, S. 301, Nr. 2096.

— Zuweisung des Commercialgebietes der Stadt Triest zum illirischen Küstenlande.

Justiz-Hofdecret vom 25. Juni 1825, S. 310, Nr. 2114.

— Vorrechte der Triester See-Assicuranz-Gesellschaften, nämlich: 1. der Camera d'assicurazioni, 2. Nuova Compagnia d'assicurazione, 3. Banco d'assicurazioni.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juli 1825, S. 311, Nr. 2115.

— Vorschrift für das Triester Mercantil- und Wechselgericht über die Aufnahme der Urkunden über Seerückfälle.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1825, S. 330, Nr. 2147.

— Bei der Prätur zu Triest sind die Vergleiche auf Stämpeln zu 15 kr. auszufertigen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Jänner 1826, S. 2, Nr. 2157.

— Das dortige Mercantil- und Wechselgericht hat über den Activ- und Passivstand der daselbst in Concurß verfallenen Handelsleute dem küstenländischen Gubernium die nöthigen Auskünfte zu geben.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1826, S. 8, Nr. 2169.

— Die Bestätigung der in Triest angemeldeten Handlungsbitten steht dem küstenländischen Gubernium zu.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1826, S. 8, Nr. 2169.

— Für das Triester Mercantil- und Wechselgericht wird die Zahl der Auscultanten auf drei bestimmt.

Justiz-Hofdecret vom 21. Juli 1826, S. 35, Nr. 2205.

— Die Actionäre der neuen Seeschaden-Versicherungs-Gesellschaft in Triest haben nur vor dem dortigen Wechselgerichte Rede und Antwort zu geben, die Versicherungs-Polizen der Gesellschaft werden den Wechseln gleichgestellt, ihr wird die Führung des k. k. Adlers gestattet, und sie darf sich des Titels „I. R. privilegiato nuovo stabilimento d'assicurazione" bedienen.

Justiz-Hofdecret vom 19. August 1826, S. 44, Nr. 2216.

Triest. Vorrechte und Privilegien der Triester Feuer- und Elementar-Versicherungs-Anstalt Azienda assicuratrice und ihrer Actionäre.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1826, S. 56, Nr. 2235.

- Den nach Triest bestimmten und von dort nicht gebürtigen Auscultanten wird ein Adjutum von 400 fl. bewilliget.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1828, S. 130, Nr. 2359.

- Dem Triester Stadt- und Landrechte wird der Bezirk Pirano zugetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 26. Juni 1829, S. 163, Nr. 2413.

- Vorrechte der in Triest unter dem Namen: Nuova Compagnia d'assicurazione und Italiano Banco d'assicurazione entstandenen Seeschaden-Versicherungs-Gesellschaften.

Hofkammer-Decret vom 27. November 1830, S. 218, Nr. 2494 und 2495.

- Vorrechte der in Triest unter dem Namen: Nuovo greco Banco d'assicurazione errichteten Seeschaden-Versicherungs-Gesellschaft.

Hofkammer-Decret vom 17. Juni 1831, S. 15, Nr. 2516.

- Vorrechte der in Triest unter dem Namen: Società slava d'assicurazioni marittime errichteten Seeschaden-Versicherungs-Gesellschaft.

Hofkammer-Decret vom 8. Juli 1831, S. 15, Nr. 2518.

- Vorschrift über die Vornahme der gerichtlichen Leichenbeschauen in Triest.

Justiz-Hofdecret vom 12. Jänner 1833, S. 74, Nr. 2587.

- Errichtung einer Versicherungs-Gesellschaft in Triest unter dem Titel: Intrepida Compagnia d'assicurazione. Vorrechte derselben und ihrer Actionäre.

Hofkammer-Decret vom 11. Juli 1833, S. 99, Nr. 2623.

- Bestimmung der Vorrechte der in Triest unter der Benennung „Riunione Adriatica“ entstandenen Versicherungs-Gesellschaft.

Hofkammer-Decret vom 22. März 1839, S. 334, Nr. 351.

- Mortuarfreiheit der Handelsleute, Manufacturisten und Künstler, welche im Gebiete von Triest zur Zeit ihres Todes den Wohnsitz gehabt haben.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1839, S. 343, Nr. 369.

- Gerichtsbarkeit des Mercantil- und Wechselgerichtes zu Triest über die Bewohner des Bezirkes Pirano in Mercantil- und Wechselfachen.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1839, S. 361, Nr. 393.

- Die bei dem Triester Mercantil- und Wechselgerichte dienenden Beisitzer aus dem Handelsstande dürfen sich als wirkliche k. k. Räte unterzeichnen; Belassung dieses Titels bei mehrjähriger ausgezeichneter Dienstleistung derselben.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1840, S. 526, Nr. 463.

- Die Zahl der Advocaten in Triest wird auf zwanzig festgesetzt.

Justiz-Hofdecret vom 24. Jänner 1843, S. 89, Nr. 675.

- Vorschrift für das Gubernium in Triest, über die Behandlung der Gesuche um Zulassung zur Fiscal-Adjuncten-Prüfung.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1843, S. 136, Nr. 734.

- Vorschrift über das Befugniß der Triester Advocaten zur Vertretung bei allen zum Jurisdictionssprengel des Triester Stadt- und Landrechtes gehörigen Gerichten.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1845, S. 253, Nr. 871.

- Bestimmung der Vorrechte der in Triest unter der Benennung: Austriaca compagnia d'assicurazione entstandenen Versicherungs-Gesellschaft.

Hofkanzlei-Decret vom 5. August 1846, S. 356, Nr. 978.

Triest. Vorschrift über die fruchtbringende Anlegung der Waisengelder bis zu dem Betrage von 200 fl. bei dem Monte civico commerciale in Triest.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1848, S. 619, Nr. 1144.

- Vorrechte der in Triest unter der Benennung: Nuova società commerciale d'assicurazione entstandenen Versicherungs-Gesellschaft.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Mai 1848, S. 620, Nr. 1148.

Trockene Wechsel. S. Wechsel.

Troppau. In Troppau haben fünf Advocaten ihren Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1822, S. 91, Nr. 1861.

- Bestimmung der Diäten für das Personale des kaiserlichen Landrechtes zu Troppau.

Justiz-Hofdecret vom 5. October 1822, S. 119, Nr. 1898.

- Reorganisation des herzoglichen Landrechtes zu Troppau; dessen Personal- und Besoldungsstand.

Justiz-Hofdecret vom 30. August 1841, S. 605, Nr. 559.

- Bei dem schlesischen Landrechte in Troppau findet das Stempel- und Tax-Patent vom 27. Jänner 1840 keine Anwendungen. Vorschrift über die Abnahme der Taxen bei demselben.

Justiz-Hofdecret vom 29. August 1842, S. 60, Nr. 639.

- Errichtung eines Institutes der Schwestern des deutschen Ordens zu Troppau in Schlessen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1843, S. 141, Nr. 746.

- Vorschrift über die Anlegung der den Minderjährigen und Pflegebefohlenen gehörigen Geldbeträge (Waisengelder) auf den Häusern der Stadt Troppau, mit Einschluß ihrer Vorstädte.

Justiz-Hofdecret vom 23. October 1843, S. 160, Nr. 755.

Tschernembl. Aufstellung eines landesfürstlichen Bezirkscommissariates zweiter Classe zu Tschernembl in Stirien.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Mai 1848, S. 618, Nr. 1141.

Tuenetto. Die Heimfagung des Patrimonialgerichtes Tuenetto in Tirol wird angenommen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1824, S. 172, Nr. 1986.

Türkei. Wann die in der Türkei sich aufhaltenden österreichischen Unterthanen als befugt Abwesende anzusehen seien.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juni 1835, S. 11, Nr. 27.

- Vorschrift über das Verfahren der Gerichtsbehörden bei Zustellungen an österreichische oder fremde Unterthanen in der Türkei bei Auskünften oder solchen Verfügungen, welche bloße Parteisachen betreffen.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1847, S. 462, Nr. 1066.

Türkische Juden. S. Israeliten.

Türkische Unterthanen. Die Unterthanen der Molbau werden von der höchsten Entschliessung vom 22. December 1775, wodurch die türkischen Unterthanen als unfähig, etwas von einem österreichischen Unterthan durch Erbschaft zu erwerben, erklärt wurden, ausgenommen.

Justiz-Hofdecret vom 6. April 1821, S. 16, Nr. 1752.

- Dem Stadt- und Landrechte zu Novigno wird die Gerichtsbarkeit über die in seinem Bezirke sich aufhaltenden türkischen Unterthanen eingeräumt.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1822, S. 107, Nr. 1876.

- Protokollierung der türkischen Unterthanen bei dem niederösterreichischen und mährisch-schlesischen, dann Evidenzhaltung derselben bei jedem Landrechte.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1826, S. 6, Nr. 2165.

- Vorschrift über die Abnahme des Eides von Parteien oder Zeugen, welche mahomedanischer Religion sind.

Justiz-Hofdecret vom 26. August 1826, S. 45, Nr. 2217.

Türkische Unterthanen. Die Reisepässe für türkische Unterthanen hat in Niederösterreich die niederösterreichische Regierung auszufertigen. Die Handels- und Wechsel-Streitigkeiten derselben werden an das niederösterreichische Mercantil- und Wechselgericht gewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 27. October 1826, S. 52, Nr. 2228.

- Die mit der Gerichtsbarkeit in Wechselfachen versehenen landesfürstlichen Collegialgerichte haben auch dann die Jurisdiction in Handels- und Wechselgeschäften auszuüben, wenn daran türkische Unterthanen als Kläger oder Beklagte Theil nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1829, S. 148, Nr. 2391.

- Zeugengebühren bei Vorrufung von Zeugen aus dem türkischen Gebiete in Criminal-Angelegenheiten vor die dalmatinischen Gerichte.

Hofkammer-Decret vom 3. März 1837, S. 115, Nr. 180.

- Vorschrift für die Behandlung der Verlassenschaften türkischer Unterthanen in den österreichischen Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Juli 1840, S. 514, Nr. 453.

- S. auch Mahomedaner.

U.

Ueberbringer. Vorschrift über die Behandlung des Ueberbringers eines verfälschten öffentlichen Creditpapiers bei einer öffentlichen Cassa.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1845, S. 248, Nr. 858.

Uebereinkommen zwischen den im deutschen Bunde vereinigten Regierungen zur Sicherstellung der Rechte der Herausgeber literarischer und artistischer Werke gegen den Nachdruck und die Nachbildung.

Hofkanzlei-Decrete vom 16. November 1832, S. 70, Nr. 2580, 26. November 1840, S. 540, Nr. 483, und vom 25. Juli 1845, S. 272, Nr. 897.

- zwischen Oesterreich und Preußen, zur Förderung der gegenseitigen Rechtspflege in Concursfällen.

Hofkanzlei-Decret vom 14. April 1845, S. 260, Nr. 883.

- Verbot des Uebereinkommens (Convention), wodurch ein in activer Dienstleistung stehender Officier seine Charge im Wege der Quittirung oder Pensionirung gegen ein Entgelt aufzugeben zusichert.

Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1848, S. 612, Nr. 1135.

- S. auch Verträge.

Uebereinkunft. S. Staatsvertrag.

Ueberlassung. Verträge der Grundbesitzer in Böhmen, über die Ueberlassung eines Theiles ihrer Realitäten auf die Lebenszeit gewisser Personen gegen Vorbehalt des Rückfalles mit dem Tode derselben, sind ungültig.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1833, S. 85, Nr. 2603.

- Bestrafung der gesetzwidrigen Ueberlassung der Reisepässe oder anderer obrigkeitlicher Ausweise.

Hofkanzlei-Decret vom 20. November 1844, S. 240, Nr. 846.

Ueberlieferung. S. Auslieferung.

Ueberrnahme. Ermächtigung des k. k. General-Consulates in Odessa zur Ueberrnahme aller beweglichen Verlassenschaften der im Amtsbezirke verstorbenen österreichischen Unterthanen, und Berechtigung desselben, die gleiche Ermächtigung auf alle untergeordnete Consularämter auszudehnen; Obliegenheit derselben für die sichere Verwahrung der Verlassenschaften, und Bekanntgebung der Todesfälle an die Gerichtsbehörde der mutmaßlichen Erben.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 13. April 1847, S. 459, Nr. 1059.

Ueberreichung. Bestimmung der Fälle, in welchen die Gemeinden in Görz und Gradiska vor Ueberreichung der Klage einen Vergleichsversuch zu bewirken haben.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1834, S. 129, Nr. 2674.

— der Beförderungsgesuche der Beamten bei dem Vorsteher der Stelle, bei welcher sie dienen.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1843, S. 104, Nr. 693.

— Vorschrift zur Ueberreichung der Gesuche der Halb- und Real-Invaliden um eine Civil-Anstellung.

Decret des Hofkriegsrathes vom 8. März 1845, S. 254, Nr. 873.

Ueberschätzung. S. Schätzung.

Ueberschreitung des Waffengebrauches. Vorschrift über die Einleitung von Criminal-Untersuchungen gegen die Angestellten der Finanzwache, wegen Ueberschreitung des Waffengebrauches.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 331, Nr. 952.

Ueberschüsse. Die von Anlegung geringerer Interessenbeträge herrührenden richtig berechneten Ueberschüsse der Waissencassen sind ein Eigenthum des Gutsherrn, welcher jedoch für sein und seiner Beamten Verschulden auch mit diesen Ueberschüssen haftet.

Justiz-Hofdecret vom 24. December 1834, S. 132, Nr. 2679.

— Vorschrift über die Behandlung der Waissengelder-Ueberschüsse bei Staats- und Fonds-Gütern.

Justiz-Hofdecret vom 14. März 1837, S. 116, Nr. 184.

Uebersetzer. Bestimmung der Gebühren für die hebräischen Uebersetzer, wenn sie einer gerichtlichen Untersuchung beiwohnen müssen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Jänner 1826, S. 1, Nr. 2154.

— Anstellung und Beeidigung der erforderlichen Anzahl der Uebersetzer von in fremden Sprachen ausgefertigten Urkunden (Dolmetsche) bei den Landrechten und Collegialgerichten; Benehmen derselben bei ihren Uebersetzungen, und Bestimmung der Uebersetzungsgebühren.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1835, S. 65, Nr. 109.

— Die für beständig beeideten Uebersetzer haben den Gerichtsbehörden die in Amtsgeschäften benötigten Uebersetzungen nöthigen Falles auch unentgeltlich zu leisten.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1837, S. 102, Nr. 167.

Uebersetzte Beamte. S. Beamte.

Uebersetzung. Parteien haben den Proceßacten ämtlich bestätigte Uebersetzungen der darin in anderen außer der deutschen, lateinischen oder italienischen Sprache vorkommenden Urkunden anzuschließen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1822, S. 78, Nr. 1837.

— der Beamten. Bei Uebersetzungen der Prager Magistratsräthe von einer zu der anderen Abtheilung des Prager Magistrates, hat das Hofkanzlei-Decret vom 12. October 1815 keine Anwendung, sie bleiben ferner der gemeinschaftlichen Genehmigung beider Landesbehörden überlassen.

Justiz-Hofdecret vom 5. August 1823, S. 157, Nr. 1960.

— Welche italienische Uebersetzung des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches und des Strafgesetzes einzig officiell sei.

Hofkanzlei-Decret vom 16. October 1823, S. 161, Nr. 1970.

— Von der Vorlegung des Beschlusses auf Uebersetzung eines unter 600 fl. besoldeten Beamten kommt es ab, wenn die von der Landesstelle beizuziehenden zwei Appellationsräthe damit verstanden sind.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 309, Nr. 2110.

— Behandlung der Auscultanten bei der von ihnen zur Erweiterung ihrer Sprachkenntnisse angesuchten Uebersetzung zu einer anderen landesfürstlichen Gerichtsbehörde.

Justiz-Hofdecret vom 6. April 1827, S. 76, Nr. 2270.

Uebersetzung. Den auf ihr Ansuchen an einen anderen Ort übersehten Beamten bleibt nur ihr Rang, nicht aber ihr voriger höherer Gehalt vorbehalten.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1831, S. 17, Nr. 2520.

— Bestimmung des Gehaltes der auf einen geringeren Dienstplatz übersehten Beamten.

Studien-Hofcommissions-Decret vom 21. Juni 1834, S. 115, Nr. 2660.

— Vorschrift hinsichtlich der Uebersetzung der in fremden Sprachen vorkommenden Urkunden, von welchen in gerichtlichen Geschäften Gebrauch gemacht wird.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1835, S. 65, Nr. 109.

— Die für beständig bereiteten Dolmetsche haben den Gerichtsbehörden die in Amtsgeschäften benötigten Uebersetzungen nöthigen Falles auch unentgeltlich zu leisten.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1837, S. 102, Nr. 167.

— Die Uebersetzung der im Revisionswege vorkommenden in polnischer Sprache verfaßten Urtheile und Beweggründe in die lateinische oder deutsche Sprache, hat die erste Instanz selbst bei Vorlage der Acten zu liefern.

Justiz-Hofdecret vom 6. Juni 1837, S. 127, Nr. 205.

— Die angesuchte zeitweilige Uebersetzung der Auscultanten zu anderen Justiz-Collegien, bequäts der Erweiterung ihrer Sprachkenntnisse, ist auf Kosten derselben zu bewilligen.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juni 1837, S. 128, Nr. 207.

— Gerichtsbehörden haben ihren Requisitionsschreiben an ungarische Wechselgerichte, um Execution dießseitiger wechselseitiger Urtheile, Uebersetzungen derselben und deren Beweggründe in lateinischer Sprache beizufügen.

Justiz-Hofdecret vom 13. März 1843, S. 100, Nr. 688.

Vorschrift über die Behandlung der Gesuche der landesfürstlichen Beamten, um Uebersetzung in gleicher Eigenschaft zu einer anderen Gerichtsbehörde.

Justiz-Hofdecret vom 6. November 1843, S. 171, Nr. 765.

— Vorschrift über das Verfahren bei Uebersetzung provisorischer Beamten hinsichtlich der Uebersiedlungsbeiträge.

Hofkammer-Decret vom 14. April 1845, S. 259, Nr. 882.

— Wann die deutschen Gerichte ihren Requisitionsschreiben an die lombardisch-venetianischen Gerichtsstellen um Ausführung der Execution authentische italienische Uebersetzungen der Urkunden, welche das Executionsrecht begründen, beizulegen haben.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1847, S. 406, Nr. 1025.

— Berichtigung des Wortlautes des §. 994, des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches in der italienischen Uebersetzung.

Justiz-Hofdecret vom 5. März 1847, S. 436, Nr. 1043.

— S. auch Beamte, Eid, Rang.

Uebersetzungs-Gebühren. S. Taxen.

Uebersicht. Bestimmungen zur Uebersicht der Geschäftsstücke, welche von den Behörden und Aemtern mittelst der bei der Fahrpost aufgegebenen Amtspakete versendet werden.

Hofkammer-Decret vom 20. November 1847, S. 477, Nr. 1097.

— über die jährlich vorkommenden schweren Polizei-Uebertretungen. S. Polizei-Uebertretungen.

Uebersichtstabellen. S. Tabellen.

Uebersiedlung. Wer die Uebersiedlungskosten jener Beamten zu tragen hat, die wegen Untauglichkeit oder nicht gehöriger Fähigkeit auf andere Dienstposten überseht werden müssen.

Justiz-Hofdecret vom 11. August 1826, S. 40, Nr. 2212.

— Vorschrift über die Vergütung der Uebersiedlungskosten der wieder angestellten Quiecenten.

Justiz-Hofdecret vom 19. December 1826, S. 58, Nr. 2239.

Uebersiedlung. Bestimmung der Möbel-Entschädigung bei Uebersiedlung eines Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juli 1828, S. 129, Nr. 2356.

- Zur Ansiedlung fremder Unterthanen in Kratau ist die Aufnahmsbewilligung des dortigen Senates erforderlich.

Hofkanzlei-Decret vom 13. April 1837, S. 120, Nr. 192.

Uebersiedlungsbeiträge. Vorschrift über die Behandlung der provisorischen Beamten bei Uebersetzungen hinsichtlich der Uebersiedlungsbeiträge.

Hofkammer-Decret vom 14. April 1845, S. 259, Nr. 882.

Uebersiedlungsgebühren. Den von Amtswegen aus der Provinz ohne Gehaltsaufbesserung, wenn auch mit dem Gewinne des stämmmäßigen Quartiergeldes, nach Wien berufenen Beamten können die Uebersiedlungsgebühren nicht verpagt werden.

Hofkammer-Decret vom 22. Jänner 1847, S. 405, Nr. 1021.

Uebertragung. Die Uebertragung der Obervormundschaft oder der Ober-Curatel und des damit verbundenen Gerichtsstandes in und außer Streitsachen über unterthänige Waisen, oder denselben gleichzuhaltende Personen, kann nur mit Bewilligung des Appellationsgerichtes stattfinden.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1832, S. 63, Nr. 2566.

- Die Uebertragung der Obervormundschaft über einen österreichischen Mündel nach Ungarn findet nicht Statt.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1837, S. 133, Nr. 212.

- Eine Uebertragung der auf Pensionen bewilligten Verbote auf Besetzungen findet nicht Statt.

Hofkammer-Decret vom 5. März 1838, S. 172, Nr. 260.

- einer Verlassenschafts-Realität an einen Dritten vor der gerichtlichen Einantwortung des Nachlasses, Vorschrift über das Verfahren dabei.

Justiz-Hofdecret vom 26. November 1839, S. 361, Nr. 394.

- Vorschrift hinsichtlich der Uebertragung der ordentlichen Criminal-Untersuchungen bis zur Urtheilsschöpfung von den Criminalgerichten in Dalmatien an die Präturen.

Justiz-Hofdecret vom 8. April 1847, S. 455, Nr. 1054.

- Der strafgerichtlichen Behandlung sämmtlicher in dem §. 241, II. Theiles des Strafgesetzes, vorgesehenen Fälle von Ehrenbeleidigungen an die Polizeibehörden Wiens.

Hofkanzlei-Decret vom 12. April 1847, S. 459, Nr. 1058.

Uebertreter. Vorschrift über die Untersuchung der Uebertreter der Sanitätsanstalten in der Bukowina.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1826, S. 8, Nr. 2168.

- Verfahren gegen Uebertreter des Pest-Cordons.

Hofkanzlei-Decret vom 14. März 1834, S. 109, Nr. 2645.

Uebertretung. Vorschrift über das Benehmen des Criminalrichters, wenn mit einem Verbrechen die Uebertretung des Verbotes des Waffentragens zusammentrifft.

Justiz-Hofdecrete vom 2. September und 11. October 1825, S. 319 und 324, Nr. 2128 und 2134.

- Die für Pestvergehen bestehenden Strafgesetze werden auf die Uebertreter der wider die Cholera eingeführten Sanitäts-Maßregeln ausgedehnt.

Justiz-Hofdecret vom 27. August 1831, S. 18, Nr. 2525.

- Befreiung der Unterthanen von den Strafen der Uebertretung des Stämpelpatentes in Rücksicht der classenwidrig oder bloß durch Indossirung gestämpelten Urkunden, welche bei den Gerichtsbehörden auf dem Laube, sowohl bei periodischen Stämpel-Revisionen, als durch eine vorhergegangene Anzeige entdeckt werden.

Hofkammer-Decret vom 15. Mai 1832, S. 61, Nr. 2564.

- Uebertretung.** Vorschriften über die Untersuchung und Verjährung der Uebertretungen der im Tirol, wegen des Tragens verbotener Waffen, erlassenen Patentes vom 18. Jänner 1818.
Justiz-Hofdecret vom 11. April 1834, S. 111, Nr. 2651.
- Zeugenbeweis bei der Untersuchung über Gefällig-Uebertretungen.
Hofkammer-Decret vom 5. August 1834, S. 120, Nr. 2664.
- Vorschrift über die Bestrafung der Uebertretungen des Abtreibens der Waldungen, Gebüsche oder Sträucher, des Fällens oder Herablassens einzelner Bäume, des Viehauftriebes auf die Weide, des Schotter- und Lehmgrabens, der Auflockerung des Erdreiches auf Gründen und Vergabbeigen, welche an die Linie der Staats-Eisenbahnen angränzen.
Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 234, Nr. 834.
- Die Uebertretungen des Gesetzes zum Schutze des Eigenthumsrechtes der Verfasser, Herausgeber und Verleger der artistischen und literarischen Werke, gegen die unbefugte Veröffentlichung, Nachbildung, Darstellung und den Nachdruck sind als schwere Polizei-Uebertretungen zu bestrafen.
Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.
- Festsetzung der Strafen für die Uebertretung der für die Eisenbahnen erlassenen Vorschriften.
Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §. 31.
- des Wucherpatentes und der Sagungsvorschriften; Aufhebung der Strafverschärfung durch Ausstellung im Kreise bei denselben.
Hofkanzlei-Decret vom 12. Mai 1848, S. 621, Nr. 1149.
- Bestimmungen über den Gerichtsstand, über das Verfahren und über die Bestrafung der durch Mißbrauch der Presse verübten Uebertretungen.
Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.
- **der Pestanstalten.** S. Pest.
- **(schwere Polizei).** S. Polizei-Uebertretungen.
- **des Sanitäts-Cordons.** S. Sanitäts-Cordon.
- **des Stämpelpatentes.** S. Stämpel.
- Ueberverdienst-Gelder.** Vorschrift über die Behandlung der Ueberverdienst-Gelder der Einnahme nach Beendigung ihrer Strafzeit und bei ihrem Ableben.
Hofkanzlei-Decret vom 4. März 1836, S. 76, Nr. 130.
- Ueberwachung** der bermalen bestehenden Privat-Geschäftskanzleien.
Hofkanzlei-Decret vom 16. April 1833, S. 88, Nr. 2608.
- Vorschrift über die Ueberwachung der Sparcassen von Seite der politischen Behörden.
Hofkanzlei-Decret vom 26. September 1844, S. 222, Nr. 832.
- der Eisenbahnen durch die politischen Behörden und Ortsobrigkeiten.
Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §. 27.
- Uebertreibung.** S. Beweis.
- Ueberzählige Beamte.** S. Beamte.
- **Dienstplätze.** S. Dienstplätze.
- Ulbo.** Die Insel Ulbo wird der Prätur Selva in Dalmatien zugewiesen.
Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1848, S. 493, Nr. 1119.
- Umgang.** Rang der verschiedenen Behörden bei öffentlichen Civil-Feierlichkeiten.
Justiz-Hofdecret vom 24. November 1821, S. 59, Nr. 1816.
- Umgeld.** Vorschrift über die Einbringung und Sicherstellung der Erbsteuer von den aufgelassenen Tag- und Umgelds-Bezügen.
Hofkanzlei-Decret vom 22. April 1836, S. 80, Nr. 138.
- Vorschrift über die Sicherstellung der Ansprüche auf die Entschädigung für aufgehobene Tag- und Umgelds-Gefälle.
Justiz-Hofdecret vom 24. August 1840, S. 526, Nr. 464.

Ungeld. Vorschrift für das niederösterreichische Landrecht, über die Behandlung der in den Rubriken der niederösterreichischen Landtafel vorkommenden Anmerkung, hinsichtlich der an die Stelle des Ungeldes tretenden Entschädigung, und der darin eingetragenen Tabularposten.

Justiz-Hofdecret vom 3. November 1842, S. 69, Nr. 653.

Umschreibung der Obligationen. S. Obligationen.

Umstände. Neue Vorschriften über den Beweis durch das Zusammentreffen der Umstände im Criminal-Proceffe.

Patent vom 6. Juli 1833, S. 95, Nr. 2622, und

Justiz-Hofdecret vom 2. Mai 1834, S. 112, Nr. 2653.

Umstaltung der Obligationen. S. Obligationen.

Umwandlung. Die oberste Justizstelle ist außer den Fällen des §. 442, I. Theiles des Strafgesetzes, nicht ermächtigt, eine Strafverschärfung im Wege der Umwandlung der Strafe vorzunehmen.

Allerhöchste Entschließung vom 7. December 1844, S. 243, Nr. 852.

Umwechslung. Vorschrift über die Behandlung verloschter Fideicommiss-Obligationen bei der Umwechslung für neue.

Justiz-Hofdecret vom 2. October 1843, S. 142, Nr. 747.

— Beschränkung der Umwechslung der Banknoten in Silbermünze.

Finanz-Ministerial-Erlässe vom 21. und 22. Mai 1848, S. 635 und 636, Nr. 1152 und 1153.

Patent vom 2. Juni 1848, S. 638, Nr. 1157.

Unadeliche. Von den Verlassenschaften der unadelichen, vormalß unter dem Universitätsgerichte gestandenen Personen, darf der Wiener Magistrat kein Mortuar abnehmen.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1841, S. 571, Nr. 527.

— **Beamte.** S. Beamte.

Unbefugte Aufführung und Darstellung musikalischer und dramatischer Werke. S. Aufführung, Darstellung.

— — S. Aufführung.

— **Benützung.** S. Benützung.

— **Darstellung.** S. Darstellung.

— **Nachbildung.** S. Nachbildung.

Unbefugter Nachdruck. S. Nachdruck.

Unbefugtes Tragen von Orden und Ehrendecorationen. S. Orden.

Unbefugte Veröffentlichung. S. Veröffentlichung.

— **Werbung.** S. Werbung.

Unbekannte Erben. S. Erben.

Unbefoldete Beamte. S. Beamte.

Unbewegliches Eigenthum. S. Eigenthum.

Unbewegliche Güter. S. Gut.

Uneheliche Kinder. S. Kinder.

Unentgeltliche Dienstplätze. S. Dienstplätze.

— **Einschaltung.** S. Einschaltung.

— **Rechtshilfe.** S. Rechtshilfe.

Unfähigkeitserklärung der herrschaftlichen Privatbeamten zu politischen leitenden Diensten, wenn sie sich einer schweren Polizei-Übertretung schuldig machen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1825, S. 311, Nr. 2116.

Ungarische Caution. S. Caution, Depositen, Interessen, Wabien, Zinsen.

— **Handelsbücher.** S. Handelsbücher.

— **Hofkanzlei.** S. Hofkanzlei.

— **Länder.** S. Ungarn.

— **Landesbehörden.** S. Ungarn.

— **Soldaten.** S. Soldaten.

— **Unterthanen.** S. Unterthanen.

Ungarn. Vorschrift über die Zustellung der Erlässe der königlich-neapolitanischen Gerichtsbehörden an die in Ungarn wohnenden österreichischen Unterthanen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Jänner 1821, S. 2, Nr. 1731.

— Auch ohne Begleitungsschreiben von Ungarn kommende Stedbriefe und Beschreibungen sind von den deutschen Behörden, sowie die nach Ungarn gesendeten von den dortigen Behörden anzunehmen und in Umlauf zu setzen.

Hofkanzlei-Decret vom 21. März 1821, S. 14, Nr. 1748.

— Termin zur Wieder-Einverleibung eines Theiles Civil-Croatien und eines Theiles des Küstenlandes mit Ungarn.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1822, S. 121, Nr. 1904.

— Die Zustellung der von deutschen Gerichtsbehörden über ungarische Unterthanen gefällten Urtheile ist durch die ungarische Hofkanzlei zu bewirken.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1830, S. 188, Nr. 2456.

— Vorschrift über die Zustellung der von einer Gefälls-Administration wider einen minderjährigen Ungar geschöpften Notion.

Justiz-Hofdecret vom 26. März 1831, S. 12, Nr. 2509.

— Fähigkeiten minderjähriger Ungarn zur Schließung gültiger Ehen und Eheverträge.

Justiz-Hofdecret vom 11. November 1831, S. 23, Nr. 2537.

— Nur jene in Wien wohnende Ungarn dürfen von der königlich-ungarischen Hofkanzlei als Zeugen verhört werden, welche zur Ablegung ihrer Aussage sich freiwillig bei der ungarischen Hofkanzlei stellen; diese Zeugen-Verhöre werden lediglich auf ungarische Rechtsangelegenheiten beschränkt.

Justiz-Hofdecret vom 18. Mai 1835, S. 8, Nr. 20.

— Vorschrift über die Stylisirung der Ersuchsschreiben an ungarische Landesbehörden, um Einleitung von Erhebungen in Untersuchungs-Angelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 3. November 1835, S. 53, Nr. 91.

— Die Uebertragung der Obervormundschaft über einen österreichischen Mündel nach Ungarn findet nicht Statt, die ungarischen Behörden haben jedoch für die in Ungarn befindlichen österreichischen Mündel einen Curator zu bestellen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1837, S. 133, Nr. 212.

— Vorschrift über die Abnahme des landesfürstlichen Abfahrtsgeldes von dem nach Ungarn abziehenden unterthänigen Vermögen.

Hofkammer-Decret vom 28. Februar 1840, S. 474, Nr. 412.

— Staatsvertrag mit der freien Stadt Frankfurt, wegen Ausdehnung der Abfahrtsgeld-Befreiung bei wechselseitigen Vermögens-Exportationen auch auf die zum deutschen Bunde nicht gehörigen österreichischen Provinzen, mit Ausnahme der ungarischen Länder.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Juli 1840, S. 515, Nr. 454.

— Die mit den unter dem gesetzlichen Alter zum Militär eingetretenen Ungarn, wegen Verbrechen, aufgenommenen kriegsrechtlichen Untersuchungsacten müssen dem Hofkriegsrathe eingeschendet werden.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1841, S. 559, Nr. 504.

Ungarn. Vorschrift über die Vormerkung der gerichtlichen Verbote auf die bei dem Staatsschuldentilgungsfonde fruchtbringend angelegten ungarischen Cautionen, Baulen, Depositen und deren Interessen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Mai 1841, S. 573, Nr. 530.

— Schriftenwechsel mit den ungarischen Jurisdictionen in lateinischer Sprache.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juli 1841, S. 595, Nr. 550.

— Die Unterordnung der bis zur Einberufung Beurlaubten unter die Civil-Gerichtsbarkeit findet auf Ungarn keine Anwendung.

Hofkanzlei-Decret vom 12. August 1842, S. 57, Nr. 632.

— Ausdehnung der zwischen den zum deutschen Bunde gehörigen Ländern Oesterreichs und dem Großherzogthume Oldenburg bestehenden Vermögens-Freizügigkeit auf die ungarischen Länder, in soferne die Nachsteuer in die landesfürstlichen Cassen fließt.

Hofkanzlei-Decret vom 27. August 1842, S. 59, Nr. 638.

— Aufhebung des 17. Diätal-Artikels des Jahres 1792; Vorschrift über die Execution der Urtheile nicht ungarischer Wechselgerichte in Ungarn, und ungarischer Wechselgerichte in den nicht ungarischen Ländern der österreichischen Monarchie in Handels- und Wechselfachen.

Justiz-Hofdecret vom 13. März 1843, S. 100, Nr. 688.

— Aufhebung der Abnahme des landesfürstlichen Abfahrtszeldes im Verkehre zwischen den österreichischen und ungarischen Provinzen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. November 1847, S. 478, Nr. 1100.

Ungeborne Personen. S. Personen.

Ungehörnde Abnahme. S. Abnahme.

Ungestämpelte Urkunden. S. Urkunden.

Ungiltigkeit. Die bei dem Richter erster Instanz angebrachte Klage, um Ungiltigkeit der rechtskräftigen Executionsbescheide, hat derselbe von Amtswegen zurückzuweisen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juni 1836, S. 84, Nr. 145.

— Wirkungskreis der zur Verlassenschafts-Abhandlung competenten Gerichtsbehörde bei Entscheidung über die Ungiltigkeit eines Testaments.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juni 1845, S. 269, Nr. 893.

— In einem Urtheile, wodurch die Ungiltigkeit eines schriftlichen Testaments ausgesprochen wird, darf der Vorbehalt nicht gemacht werden, dasselbe Testament durch einen anderen Proceß als mündliches gelten zu machen.

Allerhöchste Entschließung vom 14. Februar 1846, Nr. 316, Nr. 933.

— der außerdem mit allen gesetzlichen Erfordernissen geschlossenen Militär-Ehe wird nicht durch den Abgang des besonderen Aufgebotes bei der betreffenden Feldcapelle, oder der Ermächtigung des competenten Civil-Seelsorgers zur Vornahme der Trauung von Seiten der Militär-Gesellschaft begründet.

Hofkanzlei-Decret vom 3. April 1846, S. 331, Nr. 954.

— des Uebereinkommens (Convention), wodurch ein in activer Dienstleistung stehender Officier seine Charge im Wege der Duttirung oder Pensionirung gegen ein Entgelt aufzugeben zusichert.

Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1848, S. 612, Nr. 1135.

— einer Adoption. S. Annahme an Kindesstatt.

— der Ehe. S. Ehe-Ungiltigkeit.

Unglücksfälle. Vorschrift zur Verhütung von Unglücksfällen auf den Staats-Eisenbahnen an Bergabhängen und in Gebirgsgegenden.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 234, Nr. 834.

Uniform. Die mit dem Hofraths-Charakter bei den Länderstellen und Provinzialbehörden angestellten Hofräthe und Chefs dürfen sich auf ihren Uniformen der Goldstickerei nicht bedienen.

Justiz-Hofdecret vom 22. September 1826, S. 49, Nr. 2222.

Universal-Cameral-Zahlamt. Vertilgung der bei dem Universal-Cameral-Zahlamt in Aufbewahrung befindlichen falschen Einlösungs- und Anticipationscheine und der Fälschungs- Werkzeuge nach Verlauf von dreißig Jahren von dem Zeitpunkte der Herausgebung oder der Zustandebringung.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juli 1848, S. 644, Nr. 1168.

- **Staats- und Banco-Schuldenkasse.** Gerichtliche Verfügungen, wodurch eine Execution, Vormerkung oder ein Verbot auf Interessen der bei dieser Kasse anliegenden Capitalien bewilliget oder aufgehoben wird, sind von dem Gerichte an dieselbe zu befördern, wenn auch die Interessen nicht in Wien, sondern an einem anderen Orte bei Provinzialcassen angewiesen sind.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1831, S. 20, Nr. 2528.

Universität. Die Entsetzung eines Advocaten ist dem Decan der Universität bekannt zu machen.

Justiz-Hofdecret vom 1. December 1821, S. 65, Nr. 1819.

- Auf die eine akademische Würde bei Universitäten besitzenden Mitglieder sind die §§. 221, 304 und 446, 1. Theiles des Strafgesetzes, anzuwenden.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1827, S. 65, Nr. 2253.

- Die Civil- und Criminalgerichte haben sich zur Erlangung eines medicinischen Collegial-Gutachtens immer an die nächste Universität, wo eine medicinische Facultät besteht, zu wenden.

Justiz-Hofdecret vom 8. Mai 1829, S. 156, Nr. 2400.

- Bestimmung des Ranges der Professoren der Universität nach den k. k. Tribunälräthen.

Decret der Studien-Hofcommission vom 29. August 1838, S. 276, Nr. 292.

- Von Verlassenschaften unadelicher, vormals unter dem Universitätsgerichte gestandener Personen darf der Wiener Magistrat kein Mortuar abnehmen. Befreiung der Erben der Wiener Universitäts-Mitglieder in auf- und absteigender Linie von Entrichtung des Mortuars.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1841, S. 571, Nr. 527.

- Die an einer inländischen Universität graduirten Doctoren der Rechte unterliegen behufs ihres Eintrittes in die Wiener juridische Facultät keiner Repetitions-Prüfung.

Decret der Studien-Hofcommission vom 27. Mai 1843, S. 122, Nr. 706.

- Die Pensionen der Wittven-Societät der juridischen Facultät der Wiener Universität sind bei Bemessung der aus dem Staatsschatze oder aus politischen Fonds zu bezahlenden Pensionen nicht in Abrechnung zu bringen.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1847, S. 426, Nr. 1039.

Unkosten. Verpflichtung des Militär-Aerars zur Tragung der Unkosten für die Beiziehung von Militär-Commanden zur Vollstreckung der Todes-Urtheile an Civilpersonen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1840, S. 479, Nr. 417.

Unkosten in schweren Polizei-Übertretungsfällen. S. Criminalkosten.

Unredliche Verwaltung. S. Veruntreuung.

Unstetliche Gemälde. S. Gemälde.

Unstetlichkeit. In welchen Fällen die Bestrafung einer verzeihen oder stillschweigend nachgesehenen größeren Unstetlichkeit nicht mehr angesucht werden kann.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Februar 1836, S. 75, Nr. 125.

Unterbehörden. S. Behörden.

Unterbrechung der Verzählungszeit der Sparcasse-Einlagen durch jede neue Einlage.

Hofkanzlei-Decret vom 26. September 1844, S. 222, Nr. 832.

Unterbringung der exitalienischen Militärpensionisten in erledigte stabile Dienstposten.

Justiz-Hofdecret vom 31. December 1824, S. 281, Nr. 2062.

- der minder talentirten Auscultanten im Kanzlei-Dienste.

Justiz-Hofdecret vom 6. October 1826, S. 50, Nr. 2224.

- der in einem Aerarialgenuße stehenden und zur neuen Gränzwache nicht brauchbaren Individuen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1831, S. 3, Nr. 2499.

Unterbringung verhafteter erkrankter Erbdarlehner in das städtische Inquisten-Spital.

Justiz-Hofdecret vom 23. März 1848, S. 561, Nr. 1128.

Unterdrückung. Wegen Unterdrückung des Sklavenhandels und Erklärung desselben als Seeräuberei, zwischen Oesterreich, Rußland, Preußen, Frankreich, Großbritannien und anderen europäischen Mächten, abgeschlossener Staatsvertrag.

Vom 20. December 1841, S. 658, Nr. 578.

Unterfertigung der Expeditionen der Ortsgerichte. In den dem Justiziar ausschließend zustehenden Geschäften hat der Justiziar, in den an die Wirthschaftsämter verwiesenen Geschäften der Wirthschaftsbeamte die Expedition zu unterfertigen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1831, S. 6, Nr. 2504.

— S. auch Unterschrift.

Untergebene. Vorgesetzte sollen ihre untergebenen Beamten bei wahrnehmenden Fehlern und Gebrechen warnen und zur Besserung anhalten.

Justiz-Hofdecret vom 14. October 1823, S. 161, Nr. 1969.

Untergeordnete Gerichtsbeamte. S. Beamte.

Untergerichte. Das Appellationsgericht hat in seinen Criminal-Urtheilen auszudrücken, ob dadurch das Urtheil des Untergerichtes bestätigt oder abgeändert werde.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1821, S. 42, Nr. 1786.

Unterhalt. Genaue Prüfung der Unterhalts-Reverse der Bewerber um eine Auscultantenstelle.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1824, S. 267, Nr. 2043.

— Bei Ansprüchen unentgeltlich dienender Auscultanten auf Adjuten haben die betreffenden Behörden auszuweisen, in welcher Art der nöthige Unterhalt eines jeden Competenten bei seiner Anstellung ausgewiesen worden sei.

Justiz-Hofdecret vom 22. October 1824, S. 268, Nr. 2046.

— Als Kanzlei-Accessisten sind nur vollkommen geeignete und ihren Unterhalt gehörig ausweisende Individuen aufzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1825, S. 291, Nr. 2078.

— Ausweisung des gesicherten Lebens-Unterhaltes der Bewerber um Kanzlei-Accessistenstellen bis zur Erlangung einer besoldeten Anstellung.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1836, S. 80, Nr. 139.

— Ausweisung des gesicherten Unterhaltes der Competenten um eine unentgeltliche Kanzlei-Accessistenstelle bei reinen Justizbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1840, S. 383, Nr. 402.

— Bewerber, deren Unterhalt durch einen Advocaten mittelst Revers gesichert wird, sind als Auscultanten bei jenen Gerichtsstellen nicht anzustellen, bei welchen der Advocat zur Parteivertretung befugt ist.

Allerhöchste Entschließung vom 4. Mai 1844, S. 208, Nr. 804.

— Vorschrift hinsichtlich der Ersagansprüche an Schifförheder für Auslagen, welche für den Lebensunterhalt und die Heimkehr der Mannschaft von unverschuldet verunglückten oder gekaperten österreichischen Schiffen verwendet wurden.

Hofkammer-Decret vom 20. August 1844, S. 215, Nr. 824.

— Wegen des Unterhaltes eines unehelichen Kindes kann die Besoldung eines Beamten, als zur Verpflegung desselben verpflichteten Vaters, mit Verbot belegt werden.

Hofkammer-Decret vom 30. November 1844, S. 242, Nr. 850.

— Selbst bei einer bedingten Ernennung zum Auscultanten ist nur jener Revers anzunehmen, wo der Revers-Aussteller, unbeschadet der Pflichten gegen seine eigene Familie, den versprochenen Unterhalt wirklich zu leisten im Stande ist.

Allerhöchste Entschließung vom 10. April 1847, S. 454, Nr. 1056.

Unterhalt. *S. Alimentation.***Unterhaltsbeiträge.** Vorschrift über die Auszahlung der Unterhaltsbeiträge für Waisen, Witwen und Waisen.Justiz-Hofdecret vom 12. April 1821, *S.* 16, Nr. 1752.**Unterhaltsgelder.** *S. Alimentation, Pains d'Abbayes.***Unterhalts-Reverse.** *S. Unterhalt.***Unterhalts-Versicherung** der Bewerber um Auscultantenstellen ist genau zu prüfen.Justiz-Hofdecret vom 16. October 1824, *S.* 267, Nr. 2043.

- Vorschrift bei Ansprüchen unentgeltlich dienender Auscultanten auf Adjuten hinsichtlich der Unterhalts-Versicherung.

Justiz-Hofdecret vom 22. October 1824, *S.* 268, Nr. 2046.

- Bei Zulassung zur Rechtspraxis ist der gesicherte Lebensunterhalt auszuweisen.

Justiz-Hofdecret vom 1. September 1826, *S.* 46, Nr. 2218.

- Die Bewerber um Kanzlei-Accessistenstellen haben ihren gesicherten Lebensunterhalt bis zur Erlangung einer besoldeten Anstellung auszuweisen.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1836, *S.* 80, Nr. 139.

- Selbst bei einer bedingten Ernennung zum Auscultanten ist nur jener Reverse anzunehmen, wo der Reverse-Aussteller, unbeschadet der Pflichten gegen seine eigene Familie, den versprochenen Unterhalt wirklich zu leisten im Stande ist.

Allerhöchste Entschließung vom 10. April 1847, *S.* 454, Nr. 1056.**Unterredung.** In wieferne den von der Direction des Schutzvereines für entlassene Sträflinge bestimmten Obforgern die Unterredung mit Sträflingen des zweiten Grades gestattet werde.Hofkanzlei-Decret vom 16. December 1844, *S.* 243, Nr. 854.**Unterricht** über die Urbarial-Behandlung der beutellebendaren Unterthanen im Herzogthum Salzburg.Hofkanzlei-Decret vom 23. Mai 1821, *S.* 27, Nr. 1762.

- für öffentliche Behörden, Aemter und Taxämter über die Beobachtung und Handhabung des neuen Stempel- und Taxgesetzes.

Patent vom 27. Jänner 1840, *S.* 439 und 460, Nr. 404.

- über die Führung der Geburts-, Trauungs- und Todten-Matriken der Israeliten in Mähren und Schlesien; dann Formulare zu den Geburts-, Trauungs- und Todten-scheinen derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 19. März 1846, *S.* 321, Nr. 945.**Unterschied.** Aufhebung des Unterschiedes zwischen Dominical- und Rustical-Gründen.Patent vom 7. September 1848, *S.* 658, Nr. 1180.**Unterschrift.** Wegen Unterfertigung der Postwagens-Receipfe von dem Protokoll-Director oder seinem Stellvertreter.Justiz-Hofdecret vom 6. August 1825, *S.* 313, Nr. 2121.

- Die von österreichischen Unterthanen ausgestellten Urkunden, von welchen im Auslande Gebrauch gemacht werden soll, sind von den Unterbehörden zu unterfertigen, und mit der Legalisirung des Appellationsgerichtes zu versehen.

Justiz-Hofdecret vom 11. November 1825, *S.* 329, Nr. 2144.

- Bei Criminal-Zeugenverhören ist jeder Bogen des Protokolls von dem Verhörten zu unterfertigen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1827, *S.* 66, Nr. 2256.

- der gerichtlich aufzunehmenden Güter-Schätzungs-Inventarien von Seite des Kreisamtes ist nicht erforderlich.

Justiz-Hofdecret vom 26. Jänner 1828, *S.* 108, Nr. 2325.

Unterschrift. Nähere Bestimmung der Fälle, in denen bei Sachschriften die Unterschrift eines Rechtsfreundes erforderlich ist.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1828, S. 126, Nr. 2352.

- In welchen Fällen den Gefällsbehörden gestattet ist, zur Sicherstellung der Avarial-Forderungen, auch ohne Mitwirkung des Fiscal-Amtes und ohne Mitfertigung eines Advocaten, Gesuche bei den zuständigen Ortsbehörden zu überreichen.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1829, S. 149, Nr. 2393.

- bei schriftlich abgefaßten Appellations- und Revisions-Anmeldungen, Beschwerden und Einreden ist die Unterschrift eines Rechtsfreundes erforderlich.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1836, S. 73, Nr. 120.

- In welchen Fällen die Executionsgesuche in den Hauptstädten mit der Unterschrift eines Advocaten versehen seyn müssen.

Justiz-Hofdecret vom 30. März 1842, S. 14, Nr. 603.

- Die auf Urkunden und anderen amtlichen Acten mit jüdischer oder hebräischer Schrift vorkommenden Namensfertigungen sind nur als Handzeichen anzusehen.

Justiz-Hofdecret vom 20. December 1842, S. 77, Nr. 663.

- Wann und welche schriftliche Eingaben im summarischen Verfahren bei Civilgerichten mit der Unterschrift eines Advocaten versehen seyn müssen.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- Wann und welche schriftliche Eingaben im summarischen Verfahren bei Militärgerichten mit der Unterschrift eines Advocaten versehen seyn müssen.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Wann und welche schriftliche Eingaben im summarischen Verfahren bei den Gerichtsstellen in Dalmatien mit der Unterschrift eines Advocaten versehen seyn müssen.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

Unterkeiserliches Vanngericht. S. Vanngericht, Steiermark.

Unterstützung. Bestimmung des Zeitpunctes, von welchem an die Grundherrschaften in Galizien von der Unterstützung ihrer Unterthanen mit Brot- und Saatkorn in Nothfällen entbunden sind.

Kreißschreiben des galizischen Guberniums vom 25. November 1846, S. 391, Nr. 1004.

- Befreiung der Grundobrigkeiten in Galizien von der Unterstützung ihrer verarmten Unterthanen.

Patent vom 17. April 1848, S. 612, Nr. 1136.

- Befreiung der Grundherrschaften in der Bukowina von der Unterstützung ihrer verarmten Unterthanen.

Patent vom 9. August 1848, S. 648, Nr. 1173.

- der Beamten. S. Aushilfe.

Unterstützungsgesuche. S. Aushilfe, Gesuche.

Untersuchter. S. Inquisit.

Untersuchung. Criminalgerichte sollen bei Untersuchungs-Commissionen außer dem Gerichtsorte nur dann einen ihrer Gerichtsdiener beiziehen können, wenn es durchaus nothwendig ist.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1821, S. 1, Nr. 1728.

- Wegen Beiziehung einer Gerichtsperson zu den Untersuchungs-Verhören in Contrebandfällen; wer da, wo sich kein Gericht befindet, statt derselben zugezogen werden könne.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1821, S. 35, Nr. 1772.

- Wenn nicht die §§. 433 und 443, I. Theiles des Strafgesetzes, eintreten, unterliegen die Erkenntnisse auf Ablassung von der Untersuchung wider öffentliche Beamte keiner höheren Beurtheilung.

Justiz-Hofdecret vom 17. November 1821, S. 59, Nr. 1815.

Untersuchung. Bei Ablassung von einer Criminal-Untersuchung sind in Fällen, wo die Criminalgerichte bloße Anzeigen und Anklagen verwerfen, die Beschlüsse den Appellationsgerichten nicht vorzulegen; die Ablassungs-Beschlüsse aber von denselben unverzüglich zu ertheilen.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1821, S. 71, Nr. 1826.

— Vorschrift über die öftere Vornahme der Untersuchung der Fiskälämter.

Justiz-Hofdecret vom 20. Mai 1822, S. 96, Nr. 1871.

— Wem die Untersuchung und Entscheidung zusiehe, wenn ein Criminal-Inquisit oder Sträfling entflohen ist.

Justiz-Hofdecret vom 21. December 1822, S. 125, Nr. 1916.

— Ein Criminal-Untergerecht oder ein bloß zur Criminal-Untersuchung befugtes Landgericht ist nicht berechtigt, einen im politischen Wege abgeurtheilten Verbrecher ohne Bewilligung des Appellationsgerichtes in Criminal-Untersuchung zu ziehen; wann dieselben von einer angefangenen Untersuchung ablassen dürfen.

Justiz-Hofdecret vom 20. Jänner 1823, S. 128, Nr. 1920.

— Die zur Aufnahme von Criminal-Untersuchungen befugten Landgerichte dürfen von einer angefangenen Untersuchung ohne Anfrage bei den auch zur Urtheilsschöpfung berechtigten Criminalgerichten ablassen; wann sie nur zur Ablassung die Genehmigung des Appellationsgerichtes einzuholen haben.

Justiz-Hofdecret vom 20. Jänner 1823, S. 128, Nr. 1920.

— Der zu einer Bancal-Untersuchung abgeordnete Gerichtsbeamte kann von den Kunstverständigen den Eid aufnehmen. Instruction vom 14. December 1814 für Gefällsbehörden, über die Behandlung und Untersuchung der Contreband- und Straffälle.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1824, S. 173, Nr. 1988.

— Öftere Vornahme der Untersuchung der Archive und Registraturen der Patrimonialgerichte und nicht förmlich organisirten Magistrate zum Behufe des Stempel-Gefälls.

Justiz-Hofdecete vom 11. Juni 1824, S. 211, Nr. 2014, und 17. November 1826, S. 55, Nr. 2232.

— der Wirthschaftsgebäude auf den zur Dotation angewiesenen Gütern und Realitäten nach dem Ableben der geistlichen Pfründner.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1824, S. 260, Nr. 2027.

— Vorschrift über die Untersuchung der Seeräuber, welche von österreichischen Schiffen in der Levante eingebracht werden.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1824, S. 271, Nr. 2054.

— Chemische Untersuchungen von beigebrachten Giften, welche nicht im Orte der That vorgenommen werden müssen, sind in einer Apotheke mit Beiziehung des Apothekers vorzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 21. Jänner 1825, S. 287, Nr. 2068.

— Auch bei Wucher-Untersuchungen können die nächsten Anverwandten des Beschuldigten sich der Aussage als Zeugen entschlagen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 309, Nr. 2108.

— Vorschrift über die Vornahme der Stempel-Untersuchungen durch Gefällsbehörden bei den Landgerichten und nicht regulirten Magistraten in Tirol und Vorarlberg.

Justiz-Hofdecret vom 6. August 1825, S. 314, Nr. 2123.

— Das Justiz-Hofdecret vom 2. August 1819, wegen Ablassung von Voruntersuchungen, ist bei Uebertretungen der Pestanstalten nicht anwendbar.

Justiz-Hofdecret vom 2. September 1825, S. 319, Nr. 2129.

Untersuchung der einer Obrigkeit zur Last gelegten Stempel-Patent-Übertretungen.

Justiz-Hofdecret vom 24. Februar 1826, S. 7, Nr. 2166.

— Vorschrift über die Untersuchung der Uebertreter der Sanitätsanstalten in der Bukowina.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1826, S. 8, Nr. 2168.

— Verbot der Anstellung der in einer Criminal-Untersuchung gestandenen Individuen in Staatsdienste, wenn sie in derselben nicht für schuldig erklärt worden sind.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1826, S. 31, Nr. 2199.

— Benehmen der Landgerichte in Tirol bei Einleitung der ordentlichen Criminal-Untersuchung und Verhaftung des Beschuldigten.

Justiz-Hofdecret vom 19. September 1826, S. 47, Nr. 2220.

— Behandlung der Quiescenten, welche sich der Untersuchung über ihre fernere Dienstuntauglichkeit entziehen.

Hofkammer-Decret vom 5. Jänner 1827, S. 63, Nr. 2248.

— Die Criminalgerichte haben von jeder wider einen Studirenden eingeleiteten Criminal-Untersuchung das Studien-Directorat in Kenntniß zu setzen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1827, S. 65, Nr. 2253.

— Gegen die von einem Untergerichte beschlossene Einleitung der Criminal-Untersuchung kann der Beschuldigte Beschwerde führen.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1827, S. 67, Nr. 2258.

— über das auf einem von der k. k. Marine angehaltenen österreichischen Handelschiffe verübte Verbrechen des Sklavenhandels oder der Mißhandlung der Sklaven ist der nächsten österreichischen Criminalbehörde zu übergeben.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1827, S. 80, Nr. 2276.

— Die Untersuchung wider einen vom Amte und Gehalte suspendirten Beamten ist so viel möglich zu beschleunigen.

Justiz-Hofdecret vom 30. Mai 1828, S. 120, Nr. 2344.

— Auch bei den nur mit einem geprüften Syndikus, mit einem ungeprüften Bürgermeister und ungeprüften Räten besetzten Magistraten ist der Beschluß über die Einleitung einer Criminal-Untersuchung nach Mehrheit der Stimmen zu fassen.

Justiz-Hofdecret vom 1. August 1828, S. 129, Nr. 2357.

— Vereidigung der bei Criminal-Untersuchungen als Zeugen oder Beschädigte abzuhörenden katholischen und nicht unirten griechischen Feldgeistlichen.

Justiz-Hofdecret vom 5. December 1830, S. 140, Nr. 2374.

— Jeder Criminal-Untersuchung ist das Kostenverzeichniß beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1828, S. 142, Nr. 2378.

— Bei den Criminal-Untersuchungen dürfen Practikanten zwar als Actuare, aber nicht als Verhörsbeisitzer verwendet werden.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1829, S. 144, Nr. 2383.

— Criminalgerichte haben bei Beschließung der Untersuchung auf freiem Fuße den letzten Satz des §. 306, 1. Theiles des Strafgesetzes, in Vollzug zu setzen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1829, S. 161, Nr. 2409.

— Zu den strafgerichtlichen Untersuchungen über Pestvergehen ist in Zukunft kein politischer Commissär beizuziehen.

Justiz-Hofdecret vom 27. November 1829, S. 181, Nr. 2443.

— Todesfälle und Wundungen, wobei sich keine Spur eines Verbrechens zeigt, sind der politischen Obrigkeit zur Amtshandlung anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1830, S. 185, Nr. 2451.

Untersuchung. Die nicht befreiten Landgerichte in Steiermark haben die Untersuchungs-Akten dem steierischen Landrechte zur Entscheidung vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Mai 1830, S. 196, Nr. 2462.

- Nähere Bestimmung des Justiz-Hofdecretes vom 10. October 1818, über die Aufrechnung der Diäten und Reisekosten bei Criminal-Untersuchungen.

Justiz-Hofdecret vom 23. März 1832, S. 36, Nr. 2554.

- Verhöre der außer dem Gerichtsbezirke, und an einem Orte, wo sich ein Landrecht befindet, wohnenden Zeugen und Beschädigten sind bei Wucher-Untersuchungen durch Ersuchsschreiben an dieses Landrecht zu bewirken.

Justiz-Hofdecret vom 21. September 1832, S. 69, Nr. 2577.

- Die Verpflichtung der Mitschuldigen, für den ganzen Betrag der Criminalkosten zu haften, tritt bei denjenigen nicht ein, die wegen Verdachtes eines gemeinschaftlich verübten Verbrechens in Untersuchung gezogen, aber wegen Mangel an Beweis losgesprochen worden sind.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1833, S. 73, Nr. 2583.

- Vorschrift über die Vergütung der Kosten des Standrechtes in Fällen, wo das Standrecht die Untersuchung dem ordentlichen Criminalgerichte zuweist.

Justiz-Hofdecret vom 22. März 1833, S. 86, Nr. 2604.

- Neue Vorschriften über den Beweis aus dem Zusammentreffen der Umstände in Criminal-Untersuchungen.

Patent vom 6. Juli 1833, S. 95, Nr. 2622, und

Justiz-Hofdecret vom 2. Mai 1834, S. 112, Nr. 2653.

- Vorschrift über die Untersuchung der Uebertretungen des für Tirol, wegen des Tragens verbotener Waffen, erlassenen Patentes vom 18. Jänner 1818.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1834, S. 111, Nr. 2651.

- Bestimmung des Tages, vom welchem an eine Criminal-Untersuchung bei Anwendung des Patentes vom 6. Juli 1833, über den Beweis durch Zusammentreffen der Umstände, für eingeleitet zu halten ist.

Justiz-Hofdecret vom 2. Mai 1834, S. 112, Nr. 2653.

- Zeugenbeweis bei der Untersuchung über Gefälls-Uebertretungen.

Hofkammer-Decret vom 5. August 1834, S. 120, Nr. 2664.

- Der Widerruf des Gesuches des Mißhandelten, um Bestrafung des Beleidigers nach kundgemachtem Urtheile, kann nur als Grund zur Strafmilderung bei den höheren Behörden angesehen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 25. Juni 1835, S. 27, Nr. 43.

- Bestimmung der Behörde zur Untersuchung der Contumaz-Uebertretungen.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 12. Juli 1835, S. 33, Nr. 57.

- In Beziehung auf die Wiederaufnahme der Untersuchung ist ein Inquisit erst vom Tage der Kundmachung des Strafurtheiles an als abgeurtheilt zu betrachten.

Justiz-Hofdecret vom 13. Juli 1835, S. 34, Nr. 59.

- Vorschrift über die Verwendung verwandter oder verschwägerter Personen als Kunstverständige zur Erhebung des Thatbestandes bei Criminal-Untersuchungen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Juli 1835, S. 35, Nr. 64.

- Die Untersuchung über den eingeschlichenen gesegwidrigen Besitz eines Israeliten in eine christliche Realität, haben die Kreisämter zu pflegen.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1835, S. 61, Nr. 100.

Untersuchung. Anwendung des §. 481, I. Theiles des Strafgesetzes, bei Wiederaufnahme einer Criminal-Untersuchung.

Justiz-Hofdecret vom 18. Jänner 1836, S. 72, Nr. 117.

- In welchen Fällen es beim Widerruf des Ansuchens um Bestrafung einer geschehenen Entwendung oder größeren Unstittlichkeit, von der weiteren Untersuchung abzukommen hat.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Februar 1836, S. 75, Nr. 125.

- (Criminal-) Bestimmungen über die bei Criminal-Untersuchungen und bei Schöpfung des Urtheiles in schweren Polizei-Übertretungen erforderlichen Beisitzer in Tirol.

Hofkanzlei-Decret vom 25. August 1836, S. 89, Nr. 153.

- der Gültigkeit der durch den Tod eines oder der beiden Ehegatten bereits aufgelösten Ehe, in welchen Fällen dieselbe statt finden könne.

Justiz-Hofdecret vom 27. Juni 1837, S. 131, Nr. 208.

- Vorschrift über die höhere Revision der Beschlüsse der Criminalgerichte, wodurch von dem im Wege der Voruntersuchung eingeleiteten Verfahren abgelaufen wird.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1837, S. 163, Nr. 246.

- Vorschrift über die Wiederaufnahme der Untersuchung gegen ein wegen einer schweren Polizei-Übertretung bereits abgeurtheiltes Individuum, gegen welches später eine früher begangene gleiche Polizei-Übertretung vorkommt.

Hofkanzlei-Decret vom 14. September 1838, S. 277, Nr. 295.

- Befreiung der ständischen Beamten von der Pflicht, sich als Beisitzer bei Criminal-Untersuchungen verwenden zu lassen.

Justiz-Hofdecret vom 18. December 1838, S. 314, Nr. 318.

- der landesfürstlichen Criminalgerichte durch Kreisämter wird abgestellt.

Justiz-Hofdecret vom 24. December 1838, S. 315, Nr. 320.

- Daß Criminal-Obergericht ist nicht berechtigt, die von Criminalgerichten gefaßten Beschlüsse auf Ablassung von weiterer Criminal-Untersuchung, abzuändern.

Justiz-Hofdecret vom 15. Jänner 1839, S. 322, Nr. 328.

- Von der wider einen wirklich dienenden Beamten eingeleiteten Criminal-Untersuchung ist an dessen vorgesetzte Stelle die Anzeige zu machen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Februar 1839, S. 324, Nr. 335.

- Dem durch eine schwere Polizei-Übertretung Beschädigten ist zur Verfolgung seiner Entschädigungs-Ansprüche im Rechtswege die Einsicht der Untersuchungsacten zu gestatten.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Mai 1839, S. 339, Nr. 359.

- Bei mangelhaft befundener Untersuchung sind die Acten an die erste Instanz zurück zu senden.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Juni 1839, S. 343, Nr. 367.

- Anwendung des §. 178, lit. a), I. Theiles des Strafgesetzes, auf falsche Zeugenaussagen im Laufe der Untersuchungen über Gefälsch-Übertretungen.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Februar 1840, S. 473, Nr. 410.

- Vorschrift über die Vornahme der persönlichen Recognition des Beschuldigten durch Zeugen bei Criminal-Untersuchungen.

Allerhöchste Entschliessung vom 25. April 1840, S. 482, Nr. 425.

- Vorschrift zur Verfassung der Ausweise über Untersuchungen in schweren Polizei-Übertretungen.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Juni 1840, S. 502, Nr. 449.

- Befugniß der Criminalgerichte, zu auswärtigen gerichtlich-medizinischen Untersuchungen in Verhinderung des Kreisarztes oder Kreiswundarztes, andere Aerzte und Wundärzte beizuziehen.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Februar 1841, S. 560, Nr. 507.

Untersuchung. In welchen Fällen das Appellationsgericht zur Aufhebung der vom Criminalgerichte geführten Untersuchung und gefällten Strafurtheile berechtigt ist.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juli 1841, S. 595, Nr. 549.

- Vorschrift über das Verfahren bei Untersuchungen wider Geistliche, Priester und Seelsorger, welche zum Theile auch Staatsbeamte sind, wegen schwerer Polizei-Übertretung, hinsichtlich des Pfünden-Verlustes.

Hofkanzlei-Decret vom 12. August 1841, S. 601, Nr. 553.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Preußen, über die Untersuchung der Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfrevel an der gegenseitigen Landesgränze.

Hofkanzlei-Decret vom 28. April 1842, S. 26, Nr. 611.

- Vorschrift über die Behandlung der bei den Collegialgerichten in Dalmatien, wegen öffentlicher Gewaltthätigkeit durch böshafte Felddeschädigungen gegen unbekannte Thäter abgeführten Criminal-Untersuchungen.

Justiz-Hofdecret vom 30. Mai 1842, S. 42, Nr. 619.

- Die bei dem deutschen Ordensgerichte in Frankfurt am Main geschlossenen Untersuchungsacten der österreichischen Unterthanen sind an die erste Instanz in Wien zur Urtheilsschöpfung einzusenden.

Justiz-Hofdecret vom 25. October 1842, S. 64, Nr. 651.

- Vorschrift über die Vergütung der Fuhr- und Zehrungskosten an Zeugen bei Untersuchungen von schweren Polizei-Übertretungen.

Hofkammer-Decret vom 7. Juli 1843, S. 128, Nr. 721.

- Vorschrift für Criminalgerichte und Präturen in Dalmatien, über die Erhebung des Alters der Inquisiten und Zeugen bei fehlenden Taufscheinen bei Criminal-Untersuchungen.

Justiz-Hofdecret vom 26. September 1843, S. 141, Nr. 745.

- Dienstentlassung der Individuen der Finanzwache, welche wegen Mangels rechtlicher Beweise von der Untersuchung wegen eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Übertretung losgehählt werden.

Hofkammer-Decret vom 8. Jänner 1844, S. 185, Nr. 771.

- Vorschrift über die zollamtliche Untersuchung des von einer ausländischen Behörde an ein inländisches Criminalgericht eingelangten Gegenstandes einer criminalgerichtlichen Amtshandlung.

Hofkammer-Decret vom 6. März 1844, S. 196, Nr. 791.

- Vorschrift über die Vergütung der von den politischen Obrigkeiten während einer Criminal-Voruntersuchung bestrittenen Verpflegskosten für verhaftete Beschuldigte.

Hofkanzlei-Decret vom 19. März 1844, S. 201, Nr. 795.

- Vorschrift für Criminalgerichte über die Mittheilung von Auszügen aus dem Berathschlagsprotokolle, über die gegen einen Beamten wegen Verbrechen abgeführte Untersuchung, an die zu dessen Disciplinarbehandlung berufene Oberbehörde.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1844, S. 215, Nr. 823.

- Vorschrift über den Ersatz der Verpflegskosten für die während einer Voruntersuchung von politischen Obrigkeiten verhafteten Criminal-Inquisiten.

Hofkanzlei-Decret vom 5. December 1844, S. 242, Nr. 851.

- Vorschrift über die Untersuchung solcher Personen, welche falsche Creditpapiere zu öffentlichen Cassen und Aemtern bringen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1845, S. 248, Nr. 858.

Untersuchung. Das Urtheil ist auch dann der höheren und rücksichtlich höchsten Revision zu unterziehen, wenn das Strafgericht die Einleitung der Criminal-Untersuchung wegen eines der in den §§. 433 und 442, 1. Theile des Strafgesetzes, bemerkten Verbrechens beschloffen hat, der Untersuchte aber von dem Strafgerichte oder Obergerichte eines anderen Verbrechens schuldig befunden wurde.

Justiz-Hofdecret vom 28. Jänner 1846, S. 310, Nr. 924.

- In welchen Fällen Holzdiebstähle an den Holzschwemmen von den Criminalgerichten, und wann von den politischen Behörden zu untersuchen seien.

Hofkanzlei-Decret vom 5. März 1846, S. 320, Nr. 943.

- Vorschrift über die Einleitung von Criminal-Untersuchungen gegen die Angestellten der Finanzwache wegen Ueberschreitung des Waffengebrauchs.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 331, Nr. 952.

- Die Tödtung oder schwere Verwundung eines Gefälls-Uebertreters durch die Finanzwache in Ausübung ihres Dienstes ist für sich allein noch nicht als eine rechtliche Anzeigung zur Einleitung einer Criminal-Untersuchung zu betrachten.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 331, Nr. 952.

- Vorschrift über die Bestreitung der Akungskosten für die in Criminal- oder politischer Untersuchung befindlichen Individuen der Finanzwache.

Hofkammer-Decret vom 23. Juni 1846, S. 339, Nr. 972.

- Vorschrift über die Untersuchung der in- und ausländischen als Geld ausgeprägten Münzen, welche der Verfälschung verdächtig sind, oder welche als verfälscht erkannt werden.

Hofkammer-Decret vom 29. August 1846, S. 357, Nr. 981.

- Vorschrift über die Untersuchung des unbefugten Nachdruckes literarischer und artistischer Werke. Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

- Vorschrift über die Führung der Untersuchung wider die in Concurs verfallenen Schuldner.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 451, Nr. 1049.

- Vorschrift hinsichtlich der Uebertragung der ordentlichen Criminal-Untersuchungen bis zur Urtheilsschöpfung von den Criminalgerichten in Dalmatien an die Präturen.

Justiz-Hofdecret vom 8. April 1847, S. 455, Nr. 1054.

- In welchem Falle jenes Criminalgericht, welches den Steckbrief erlassen hat, zur Untersuchung eines in dem Bezirke eines anderen Criminalgerichtes angehaltenen Beschuldigten zuständig ist.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juli 1847, S. 466, Nr. 1076.

- Vorschrift über das Benehmen des Appellationsgerichtes, wenn der Beschluß des Collegialgerichtes auf Ablassung statt auf Einleitung der Criminal-Untersuchung durch irrige Ansichten herbeigeführt worden ist.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1847, S. 469, Nr. 1083.

- Die Gerichtsstellen erster und zweiter Instanz haben bei Vorlegung von Civil- und Criminal-Processen immer einen genau verfaßten Actenauszug anzuschließen, welcher von dem Referenten des Appellationsgerichtes und der obersten Justizstelle bei Bearbeitung und bei dem Vortrage derselben benützt werden dürfen.

Justiz-Ministerial-Decret vom 6. Mai 1848, S. 618, Nr. 1143.

- in Preß-Uebertretungsfällen.

Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

- Pflicht der Behörden zu Anzeigen an die vorgesetzte Behörde über jene Beamte, welche sich eines Verbrechens schuldig gemacht haben, wenn auch wegen der eingetretenen Verjährung oder wegen rechtzeitig geleisteten Ersases von dem Criminalverfahren abgesehen worden ist.

Justiz-Ministerial-Decret vom 30. Juni 1848, S. 643, Nr. 1166.

Untersuchungs-Acten. S. Acten, Criminal-Acten.— **Gefängnisse.** S. Arreſt.— **Gericht.** Das kärnthneriſche Stadt- und Landrecht wird auch für die vier Landgerichte, zirkle von Hainburg, Hollenburg, Sonnegg und Weißenegg als alleiniges Criminal-Untersuchungs- und Spruchgericht erklärt.

Justiz-Ministerial-Decret vom 23. Mai 1848, S. 636, Nr. 1154.

— **Kosten.** Vorschrift über die Tragung der Untersuchungskosten bei schweren Polizei-Übertretungen in Delegationsfällen.

Hofkanzlei-Decret vom 3. December 1841, S. 656, Nr. 574.

Unterthänige Gemeinden. S. Gemeinden.— **Getreidezins: Schuldigkeit.** S. Getreidezins - Schuldigkeit.— **Realität.** S. Gut, Realität.— **Städte.** S. Städte.**Unterthäniges Gut.** S. Gut.— **Vermögen.** S. Vermögen.— **Waisenvermögen.** S. Waisenvermögen.**Unterthänigkeit.** Aufhebung der Unterthänigkeit und der schutznobrigkeitlichen Verhältnisse, dann Entlassung des bäuerlichen Besizes.

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180.

Unterthanen. Vorschrift über die Zustellung der Erlässe der königlich-neapolitanischen Gerichtsbehörden an österreichische Unterthanen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Jänner 1821, S. 2, Nr. 1731.

— Den Dominien ist nicht gestattet, von ihren Unterthanen über Urbarial-Rückstände sich Schuldbriefe ausstellen oder auf die Realitäten derselben intabuliren oder pränotiren zu lassen.

Justiz-Hofdecret vom 6. März 1821, S. 12, Nr. 1744.

— **Bedingte Erbfähigkeit** der moldauischen Unterthanen in den österreichischen Staaten.

Justiz-Hofdecret vom 6. April 1821, S. 16, Nr. 1752.

— **Unterricht** über die Urbarial-Behandlung der beutelslehnbaren Unterthanen im Herzogthum Salzburg.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Mai 1821, S. 21, Nr. 1762.

— **Gerichtsbareit** des Carlstädter Stadt- und Landrechtes über alle in dem Fiumaner Kreise aus dem ungarischen Urbarial-Systeme entstehenden Unterthansstreitigkeiten.

Justiz-Hofdecret vom 13. August 1821, S. 44, Nr. 1792.

— **Dem Stadt- und Landrechte zu Novigno** wird die Gerichtsbareit über die in seinem Bezirke sich aufhaltenden türkischen Unterthanen eingeräumt.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1822, S. 107, Nr. 1876.

— **Wann fremde Unterthanen** in österreichische Staatsdienste aufgenommen werden dürfen.

Justiz-Hofdecret vom 1. December 1823, S. 163, Nr. 1976.

— **Im Falle eines Concurſes** gegen einen zur Abſtiftung bestimmten Unterthan hat dessen persönlicher Richter einzuschreiten.

Justiz-Hofdecret vom 20. März 1824, S. 196, Nr. 1994.

— **Verfahren bei Abſtiftung** der Gutsunterthanen.

Justiz-Hofdecret vom 20. Mai 1825, S. 300, Nr. 2095.

— **Vorschrift** über die Einbringung der Waisenforderungen von Unterthanen des obervormundschaftlichen Gerichtes.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juli 1825, S. 312, Nr. 2117.

Unterthanen. Bestimmung der Gebühren für die Errichtung von Privat-Urkunden für Unterthanen bei den Herrschaften und Magistraten des nun mit Mähren vereinigten Klagenfurter Kreises.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1825, S. 325, Nr. 2136.

- Die von österreichischen Unterthanen ausgestellten Urkunden, wovon im Auslande Gebrauch gemacht werden soll, müssen mit der Unterschrift der Unterbehörden und der Legalisirung des Appellationsgerichtes versehen seyn.

Justiz-Hofdecret vom 11. November 1825, S. 329, Nr. 2144.

- Protokollierung der türkischen Unterthanen bei dem nieder-österreichischen und mährisch-schlesischen Landrechte.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1826, S. 6, Nr. 2165.

- Evidenzhaltung der türkischen Unterthanen bei jedem Landrechte.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1826, S. 6, Nr. 2165.

- Bei Vertretung der Unterthanen gegen ihre Grundobrigkeit bedarf der Unterthans-Advocat oder das Fiscalamt keines besonderen Auftrages der Landesstelle zur Klage oder Vertheidigung.

Justiz-Hofdecret vom 15. April 1826, S. 16, Nr. 2181.

- der jonischen Inseln dürfen Erbschaften gegen Beobachtung der Reciprocität ausgefolgt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 4. März 1827, S. 71, Nr. 2263.

- Abzugsfreie Verabfolgung der Erbschaften an Unterthanen der freien Stadt Krakau.

Hofkanzlei-Decret vom 8. März 1827, S. 71, Nr. 2264.

- Bestrafung der von österreichischen Unterthanen im Auslande begangenen, dort nicht bestraften oder nicht nachgesehenen Polizei-Übertretungen bei ihrer Betretung im Inlande.

Hofkanzlei-Decret vom 24. April 1828, S. 119, Nr. 2341.

- Bestellung eines eigenen Gerichtes für die vom Gerichtsorte ungewöhnlich weit entfernten Unterthanen.

Justiz-Hofdecret vom 8. August 1828, S. 130, Nr. 2358.

- Griechische Unterthanen oder Privaten haben sich mit ihren Klagen in Preisen-Sachen an die für sie als ottomanische Unterthanen competenten Civil- und Militärgerichte zu wenden.

Justiz-Hofdecret vom 5. December 1828, S. 140, Nr. 2373.

- Bestimmung der Gerichtsbarkeit des Oberst-Hofmarschallamtes über österreichische Unterthanen, welche von fremden Regierungen bei dem kaiserlich-österreichischen Hofe als diplomatische Personen accreditirt sind.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1829, S. 148, Nr. 2392.

- Vorschrift über die theilweise Veräußerung eines Gutes, auf welchem der achte Theil des Werthes für die Unterthanen landtäglich vorgemerkt ist.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Februar 1830, S. 184, Nr. 2449.

- Die Zustellung der von deutschen Gerichtsstellen wider ungarische Unterthanen gefällten Urtheile, ist durch die ungarische Hofkanzlei zu bewirken.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1830, S. 188, Nr. 2456.

- Berechnung der Accidentien der Wirtschaftsbeamten in Mähren und Schlessen für die den Unterthanen unter obrigkeitlichem Sigille hinausgegebenen Grundverschreibungen.

Hofkanzlei-Decret vom 23. September 1830, S. 208, Nr. 2482.

- Vorschrift über die Vertretung der Unterthanen eines Lehngutes durch das Fiscalamt.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juli 1831, S. 16, Nr. 2519.

Unterthanen. Die Verhandlungen über die Schätzungen der Realitäten verunglückter Unterthanen, zum Behufe der Aufnahme von Darlehen aus Waisen-, Kirchen- oder öffentlichen Fonds-Cassen sind stämpelfrei.

Hofkanzlei-Decret vom 18. November 1831, S. 25, Nr. 2539.

- In den aus politischen Verhandlungen entstehenden Processen zwischen Staats- oder Stiftungsherrschaften und ihren Unterthanen ist der Vertreter für die Unterthanen von der politischen Landesstelle zu ernennen.

Justiz-Hofdecret vom 24. Februar 1832, S. 34, Nr. 2549.

- In Processen der Unterthanen des ervenetianischen Istriens wider das kustenländische Fiscalamt ist die im Jahre 1803 für die österreichischen Staaten in Italien kundgemachte Gerichtsordnung anzuwenden.

Justiz-Hofdecret vom 9. März 1832, S. 36, Nr. 2553.

- Behandlung der abwesenden österreichischen Unterthanen, welche nicht erklärt haben, von dem 17. Artikel des Friedensschlusses vom 30. Mai 1814 Gebrauch machen zu wollen.

Hofkanzlei-Decret vom 2. April 1832, S. 50, Nr. 2557.

- Befreiung der Unterthanen von den Strafen der Uebertretung des Stämpelpatentes in Rücksicht der classenwidrig oder bloß durch Indossirung gestämpelten Urkunden, welche bei den Gerichtsbehörden auf dem Lande, sowohl bei periodischen Stämpel-Revisionen, als durch eine vorzügliche Angelegenheit entdeckt werden.

Hofkammer-Decret vom 15. Mai 1832, S. 61, Nr. 2564.

- Bestimmung der Gerichtsbarkeit über einen Unterthan der ohne obrigkeitliche Entlassung seinen Wohnsitz verändert hat.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1832, S. 63, Nr. 2566.

- Verträge der Unterthanen in Böhmen, über die Ueberlassung eines Theiles ihrer Realitäten auf die Lebenszeit gewisser Personen, gegen Vorbehalt des Rückfalles mit dem Tode derselben, sind ungültig.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1833, S. 85, Nr. 2603.

- Nähere Bestimmung der Gerichtsbarkeit in Rücksicht der Execution, wegen der Schuldforderungen der Gutsherren an ihre eigenen Unterthanen oder Gerichts-Insaßen, oder der Forderungen einer gemeinschaftlichen Waisencasse an die Unterthanen oder Gerichts-Insaßen des vormundtschaftlichen Gerichtes.

Hofkanzlei-Decret vom 13. August 1833, S. 100, Nr. 2626.

- Die als diplomatische Personen am Allerhöchsten Hofe beglaubigten österreichischen Unterthanen stehen in Realsachen und in persönlichen Rechtsangelegenheiten unter den ordentlichen Gerichten.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1834, S. 109, Nr. 2646.

- Den f. f. Unterthanen ist nicht erlaubt, bei fremden Regenten Standeserhöhungen und Ehrentitel anzufuchen, oder sie ohne Allerhöchste Bewilligung anzunehmen und sich derselben in den f. f. Staaten zu bedienen.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Juni 1834, S. 113, Nr. 2656.

- Benehmen und Wirkungskreis der österreichischen Consule im Ponente in Schiffbruchfällen und anderen Angelegenheiten österreichischer Unterthanen.

Hofkammer-Decret vom 27. September 1834, S. 127, Nr. 2671.

- Stämpelfreiheit der Duldungs-Consense und Wohlverhaltens-Zeugnisse, welche den Unterthanen zum Behufe des zeitlichen Aufenthaltes auf einem anderen Dominium ausgestellt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Februar 1835, S. 136, Nr. 2689.

Untertthanen. Nur jene in Wien wohnenden ungarischen Untertthanen dürfen als Zeugen verhört werden, welche zur Ablegung ihrer Aussage sich freiwillig bei der ungarischen Hofkanzlei stellen; diese Zeugenverhöre werden lediglich auf ungarische Rechtsangelegenheiten beschränkt.

Justiz-Hofdecret vom 18. Mai 1835, S. 8, Nr. 20.

- Wann die in der Türkei sich aufhaltenden österreichischen Untertthanen als befugte Abwesende anzusehen seien.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juni 1835, S. 11, Nr. 27.

- Die Gemeinbezugs-Schuldsigkeiten der Untertthanen sind im politischen Wege einzutreiben.

Hofkanzlei-Decrete vom 2. Juli 1835, S. 31, Nr. 54, und vom 27. November 1838, S. 311, Nr. 309.

- Vorschrift, welche Behörden die Streitigkeiten zwischen Herrschaften und Untertthanen, über den Bezug und das Quantum des Laudemiums, zu entscheiden haben.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1835, S. 65, Nr. 108.

- Zur Ansiedlung fremder Untertthanen in Krakau ist die Aufnahmebewilligung des dortigen Senates erforderlich.

Hofkanzlei-Decret vom 13. April 1837, S. 120, Nr. 192.

- Vorschrift über die Einbringung der liquidirten unterthänigen Schuldsigkeiten.

Hofkanzlei-Decret vom 27. November 1838, S. 311, Nr. 309.

- Rechte jener Ausländer, welche ihre Facultätsstudien an österreichischen Lehranstalten zurücklegen, wenn sie als k. k. Untertthanen aufgenommen worden sind.

Decret der Studien-Hofcommission vom 19. Jänner 1839, S. 322, Nr. 329.

- Vorschrift über die Vollziehung der Beschlüsse der Civilgerichte über Gerichtshandlungen wider die in Privatdiensten stehenden und im Hause der Gesandten wohnenden österreichischen Untertthanen, dann wider solche Personen, welche nicht österreichische Untertthanen sind.

Justiz-Hofdecret vom 2. September 1839, S. 348, Nr. 375.

- Die Bestimmungen des neuen sardinischen Civilgesetzbuches, und namentlich die Anordnungen des Artikels 28 desselben, haben an den durch Staatsverträge erworbenen Rechten der österreichischen Untertthanen nichts geändert, noch dieselben beschränkt.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Jänner 1840, S. 383, Nr. 401.

- die in Wien Beschwerden vorbringen wollen, sind, da die Untertthan-Hofagentenstelle eingegangen ist, an die Länder-Referenten der vereinigten Hofkanzlei zu weisen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. März 1841, S. 564, Nr. 516.

- (belgische). Ueber die in den k. k. Staaten verstorbenen notorisch belgischen Untertthanen haben die Seelsorger die Tobtenscheine von Amtswegen auszufüllen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. April 1841, S. 567, Nr. 521.

- Vorschrift für die Justizbehörden, über das Verfahren, wenn denselben die von bayerischen Untertthanen wider österreichische Untertthanen bei bayerischen Gerichten angebrachten und verschiedenen Klagen, dann Urtheile zur Zustellung und Vollstreckung eingesendet werden.

Justiz-Hofdecret vom 13. Juli 1841, S. 594, Nr. 548.

- Österreichische Untertthanen haben, wenn sie Forderungen in Großbritannien geltend machen wollen, ihre Angelegenheit einem dortigen Advocaten zu übergeben.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1842, S. 8, Nr. 595.

- Gesetzliche Bestimmungen in Betreff der von bayerischen Untertthanen im Auslande und von fremden Untertthanen in Baiern geschlossenen Ehen.

Hofkanzlei-Decret vom 31. März 1842, S. 15, Nr. 604.

Unterthanen. Erfordernisse zur Geltendmachung der Ansprüche österreichischer Unterthanen auf Verlassenschaften der im niederländischen Seebienste verstorbenen Individuen.

Justiz-Hofdecret vom 6. April 1842, S. 16, Nr. 605.

- Befreiung der armen österreichischen Unterthanen von der Cautionsleistung in ihren bei den Gerichten des Königreiches Polen anhängigen Processen gegen Beobachtung der Reciprocität.

Justiz-Hofdecret vom 18. Mai 1842, S. 37, Nr. 617.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und der Republik Mexiko, über die Testirungs-, Erb- und Erwerbsfähigkeit, dann Freizügigkeit des Vermögens der beiderseitigen Unterthanen.

Vom 28. Juli 1842, S. 45, Nr. 626.

- Vorschrift hinsichtlich der Ausübung der Civil- und Criminal-Gerichtsbarkheit über die in dem deutschen Ordensgebäude zu Sachsenhausen bei Frankfurt am Main wohnenden österreichischen Unterthanen.

Justiz-Hofdecret vom 25. October 1842, S. 64, Nr. 651.

- Bestrafung der Unterthanen bei der Verkürzung der grundherrlichen Laudemialgefälle durch Verschweigung des wahren Kauffchillings einer Realität.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Februar 1843, S. 95, Nr. 680.

- Die Verordnung vom 20. Jänner 1804, wegen Hintanhaltung der Veräußerung obrigkeitlicher Dominicalgründe und ganzer Herrschaften an Unterthanen, hat nur dort zu gelten, wo nicht in der bestehenden Landesverfassung andere Bestimmungen begründet sind.

Justiz-Hofdecret vom 4. April 1843, S. 104, Nr. 694.

- Befähigungsfähigkeit der österreichischen Unterthanen in Montenegro, und der montenegrinischen in Dalmatien.

Justiz-Hofdecrete vom 6. August 1845, S. 273, Nr. 898, und 14. Jänner 1846, S. 308, Nr. 922.

- Vorschrift über die Behandlung der österreichischen Unterthanen, welche sich der Secte der Deutschkatholiken zuwenden.

Hofkanzlei-Präsidialschreiben vom 26. Jänner 1846, S. 308, Nr. 923.

- (dänische). Vorschrift über die Ausstellung der Todtenscheine der in den k. k. Staaten verstorbenen dänischen Unterthanen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Februar 1846, S. 315, Nr. 931.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich mit Rußland, über die Behandlung der Verlassenschaften der in den gegenseitigen Staaten verstorbenen Unterthanen.

Vom 20. Juli 1846, S. 348, Nr. 974.

- in Galizien. Bestimmung des Zeitpunctes, von welchem an die Grundherrschaften in Galizien von der Verpflichtung, ihre Unterthanen in Nothfällen mit Brot und Saatkorn zu unterstützen, enthoben werden.

Kreisßchreiben des galizischen Guberniums vom 25. November 1846, S. 391, Nr. 1004.

- in Galizien. Die unangekauften Gründe derselben werden als Nutzungs-Eigenthum ihrer nunmehrigen rechtmäßigen Besitzer anerkannt, womit sie frei verfügen, und dasselbe bis zwei Drittel dessen Werthes verschulden können.

Kreisßchreiben des galizischen Guberniums vom 25. November 1846, S. 391, Nr. 1004.

- in Galizien. Die Verpflichtung uneingekaufter Unterthanen in Galizien, ehe sie ihre Gründe verlassen, taugliche Wirtze zu stellen, hat künftig nur in der dem §. 1140 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches entsprechenden Weise Anwendung zu finden.

Kreisßchreiben des galizischen Guberniums vom 25. November 1846, S. 391, Nr. 1004.

Untertbanen. Bestimmungen über die freiwillige Abfindung zwischen den Grund- und Zehentherren und ihren Grund- und Zehentholden hinsichtlich der Ablösung der Robot, des Zehents und anderen Urtbarial-Schuldigkeiten.

Hofkanzlei-Präsidial-Decret vom 18. December 1846, S. 395, Nr. 1012.

- Vorschrift über die Behandlung der Holzbezugsrechte oder Gnadenholzbezüge der tirolischen Untertbanen aus den Staatswaldungen, dann welche Waldungen in Tirol in das volle Eigenthum der Holzbezugsberechtigten Untertbanen überlassen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 11. April 1847, S. 456, Nr. 1057.

- Ermächtigung des k. k. General-Consulates in Odessa zur Uebnahme und sicheren Aufbewahrung aller beweglichen Verlassenschaften der im Amtsbezirke verstorbenen österreichischen Untertbanen; die Todesfälle derselben sind der Gerichtsstelle der muthmaßlichen Erben bekannt zu geben.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 13. April 1847, S. 459, Nr. 1059.

- Regulirung des bäuerlichen Grundbesitzstandes der Untertbanen im Krafauer Gebiete.

Erlaß vom 10. Mai 1847, S. 461, Nr. 1064.

- Ob Rechtsstreitigkeiten der Untertbanen mit ihren Herrschaften im summarischen Verfahren ausgetragen werden können.

Justiz-Hofdecet vom 23. Juni 1847, S. 463, Nr. 1069.

- Belehrung wegen Einhebung und Abführung der in Fällen von Forst-, Fisch-, Jagd- und Feldfreveln an der bairischen Landesgränze zuerkannten Schadenersatzbeträge und Pfandgebühren an die Cassen, wo der Frevel verübt wurde, dann wegen Gleichstellung der Anzeigegebühren mit den Pfandgebühren in Bezug auf officiële Beitreibung und Ablieferung.

Hofkanzlei-Decret vom 18. September 1847, S. 471, Nr. 1087.

- dürfen zum Behufe der Ablösung der Robot- und Zehentschuldigkeit Theile ihres Rustical- oder (emphyteutischen) Dominical-Grundbesitzes an andere Untertbanen veräußern; nur darf hiedurch ihre Subsistenz nicht gefährdet, und muß die Wirthschaft im aufrechten Stande erhalten werden.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1848, S. 561, Nr. 1129.

- Aufhebung der unterthänigen Leistungen sowohl der Grundwirthse als der Häusler und Inleute in Galizien gegen eine vom Staateschätze zu leistende Entschädigung der Grundherrschaften. Befreiung der Grundherrschaften von der Unterstützung ihrer verarmten Untertbanen und von ihrer Vertretung in Rechtsstreiten.

Patent vom 17. April 1848, S. 612, Nr. 1136.

- Aufhebung der unterthänigen Leistungen (Robot und Zehent) sowohl der Grundwirthse als der Häusler und Inleute in der Bukowina gegen eine vom Staate zu leistende Entschädigung der Grundherrschaften. Befreiung der Grundherrschaften von der Unterstützung ihrer verarmten Untertbanen und von der Vertretung in denselben Rechtsstreiten.

Patent vom 9. August 1848, S. 648, Nr. 1173.

- Aufhebung der Unterthänigkeit der Robot, des Zehents-, Vogt- und Bergrechtes, der Holzungs- und Weidrechte, des dorfobrigkeitlichen Blumensuch- und Weidrechtes, der Brach- und Stoppelweide, des Bier- und Brauntweinzwanges und der Laudemien theils gegen, theils ohne Entschädigung der Herrschaften.

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180.

- In Streitigkeiten zwischen den ehemaligen Untertbanen und Herrschaften hat es vor der Hand bei der bisherigen Behandlung durch die politischen Behörden nach den bisherigen Vorschriften zu verbleiben.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 12. November 1848, S. 663, Nr. 1185.

- S. auch Abfahrtsgehd, Freizügigkeit Veräußerung, Verehelichung, Vermögensfreizügigkeit, Vertretung.

Unterthaninnen. Oesterreichische Unterthaninnen verlieren durch ihre Verehelichung an einen Ausländer die österreichische Staatsbürgerschaft.

Patent vom 24. März 1832, S. 55, Nr. 2557, §§. 19 und 20.

- Die österreichischen Unterthaninnen verlieren durch ihre Verehelichung mit einem Ausländer die österreichische Staatsbürgerschaft; sie können sich dieselbe auf keine Weise vorbehalten, und auch wegen ihrer ohne Bewilligung vor Kundmachung des Auswanderungs-Gesetzes erfolgten Auswanderung nicht bestraft werden.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Juni 1835, S. 19, Nr. 31.

Unterthans-Advocat. S. Advocaten.

- **Hofagenten.** S. Agenten.

- **Schuldigkeiten.** Vorschrift über die Einbringung der liquidirten Unterthans-Schuldigkeiten.

Hofkanzlei-Decret vom 27. November 1838, S. 311, Nr. 309.

- **Streitigkeit.** S. Streitigkeiten, Unterthanen.

Unzucht. Ob die Selbstbefleckung als das Verbrechen der Unzucht gegen die Natur anzusehen sei.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1824, S. 264, Nr. 2034.

- Erläuterung des §. 115, Nr. 3, des 1. Theiles des Strafgesetzes über die Bedeutung des Wortes „Unzucht“.

Justiz-Hofdecret vom 26. Juni 1844, S. 212, Nr. 816.

Unzulässigkeit des Erfüllungseides auf Grundlage bloß einfacher Vermuthungen oder von bloßen Wahrscheinlichkeitsgründen, dann jenes Eides, wodurch der ihn Anbietende das Bestehen des von ihm angesprochenen Rechtes selbst erweisen will.

Allerhöchste Entschliebung vom 1. October 1844, S. 235, Nr. 836.

Unzuständigkeit des Gerichtsstandes. S. Einwendung.

Urbar. Vorschrift über die Anmeldung der bei der Görzer Landtafel erworbenen Hypothekens Pfand- und Servitutrechte auf Urbaren bei dem Görzer Stadt- und Landrechte bequä ihrer Erneuerung.

Justiz-Ministerial-Decret vom 31. August 1848, S. 656, Nr. 1179.

Urbarsteuer. Vorschrift über die Ausscheidung derselben aus der niederösterreichischen Landtafel.

Justiz-Hofdecret vom 9. März 1841, S. 564, Nr. 515.

Urbarialgaben-Rückstände. Den Dominien ist nicht gestattet von ihren Unterthanen über Urbarial-Rückstände sich Schuldbriefe ausstellen oder auf die Realitäten derselben inkubuliren oder pränotiren zu lassen; dieselben sind im politischen Wege einzutreiben.

Justiz-Hofdecret vom 6. März 1821, S. 12, Nr. 1744.

- — Vorschrift über die Eintreibung der Urbarialgaben-Rückstände in Steiermark.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Mai 1840, S. 492, Nr. 440.

Urbariallasten. Eintragung ordentlich errichteter und kreisämtlich bestätigter Urkunden über Urbariallasten in die Grundbücher.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1825, S. 325, Nr. 2137.

- **Steuer.** Befreiung der Grundobrigkeiten in Galizien von der Urbarial-Steuer.

Patent vom 17. April 1848, S. 612, Nr. 1136.

- — Befreiung der Grundherrschaften in der Bukowina von der Urbarial-Steuer.

Patent vom 9. August 1848, S. 648, Nr. 1173.

- **Schuldigkeiten.** Bestimmungen über die freiwillige Abfindung zwischen dem Grundherrn und dem Grundholten hinsichtlich der Ablösung der Urbarial-Schuldigkeiten.

Hofkanzlei-Decret vom 18. December 1846, S. 395, Nr. 1012.

- **Streitigkeiten.** S. Streitigkeiten.

Urbarium. Urbarial-Rückstände dürfen die Grundherrschaften nur im politischen Wege eintreiben.

Justiz-Hofdecret vom 6. März 1821, S. 12, Nr. 1744.

- Unterricht über die Urbarial-Behandlung der beutellehnbaren Unterthanen im Herzogthume Salzburg.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Mai 1821, S. 27, Nr. 1762.

- Den Patrimonial-Gerichtsbeamten ist die Pachtung nicht aber die einfache Verwaltung der Urbarsäggelände des eigenen Dinasten nicht zu verbieten.

Justiz-Hofdecret vom 10. Juni 1825, S. 307, Nr. 2105.

- Wieserne Stodurbarien und Grundbücher zu Beweismitteln für Urbariallasten dienen können.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1825, S. 325, Nr. 2137.

- Die sogenannten Percipienti d'aggravi (Urbarien) in Görz, welche eigene Tabularkörper bilden, sind vor der Hand bei der Görzer Landtafel zu belassen.

Justiz-Ministerial-Erlaß vom 5. August 1848, S. 647, Nr. 1172.

Urbarsherren. Bestimmung der Rechte der Urbarsherren in dem Görzer Kreise bei Veräußerung, Theilung und Bestimmungsschreibung der Banerngüter und Eintreibung der Gebühren.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1829, S. 145, Nr. 2387.

Urkunden. Vorschrift wegen Stempelung gerichtlicher Schätzungs-Urkunden, Schätznoten oder Schätzungsprotokolle.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juni 1821, S. 31, Nr. 1765.

- Benehmen der Stempel-Gesällsbeamten, wenn sie bei Gerichtsbehörden Urkunden eines Stempel-Anstandes wegen auffuchen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juni 1821, S. 32, Nr. 1767.

- Gerichtsbehörden haben die ihnen bei Todesfällen der Invaliden in die Hände kommenden Patental- oder Reservations-Urkunden unverzüglich an das betreffende General-Commando zu übersenden.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1821, S. 66, Nr. 1821.

- in einer anderen, als der deutschen, lateinischen und italienischen Sprache sind mit den von den Parteien anerkannten, amtlich bestätigten Uebersetzungen den Proceßacten beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1822, S. 78, Nr. 1837.

- Minderjährigen oder Pflegebefohlenen gehörige Urkunden über Verträge, welche in das Verschaffungsprotokoll eingetragen werden, sind zu dem vormundschaftlichen Gerichte zu deponiren.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juli 1822, S. 108, Nr. 1879.

- Vorschrift über das Verfahren bei Amortisirung von in Verlust gerathenen Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1822, S. 112, Nr. 1885.

- In Tirol ist der Stempel zu Geldurkunden nach dem Betrage in Conventions-Münze nach dem Zwanzigguldenfuß zu bemessen.

Hofkammer-Decret vom 29. November 1823, S. 163, Nr. 1975.

- Vorschrift über die Stempelung der im Auslande, oder in einer Provinz, wo das Stempelgefäß nicht eingeführt ist, errichteten Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 13. August 1824, S. 261, Nr. 2029.

- Gebühren für die bei Bezirksgerichten in Älirien errichteten Urkunden der Bezirke-Inassen.

Hofkanzlei-Decret vom 17. December 1824, S. 278, Nr. 2057.

- Ausdehnung dieser Vorschrift auf den Klagenfurter Kreis.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1825, S. 325, Nr. 2136.

- Eintragung ordentlich errichteter und kreisämtlich bestätigter Urkunden über Urbariallasten in das Grundbuch.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1825, S. 325, Nr. 2137.

- Regalisirung der in das Ausland bestimmten Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 11. November 1825, S. 329, Nr. 2144.

Urkunden. Vorschrift über die Aufnahme der Urkunden über See-Unfälle bei dem Triester Mercantil- und Wechselgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1825, S. 330, Nr. 2147.

— Behandlung der bei Obrigkeiten entdeckten ungestämpelten Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 24. Februar 1826, S. 7, Nr. 2166.

— Die im Auslande oder stämpelfreien Inlande errichteten, zu einer Verlassenschafts-, Pupillar-, Curatels-, oder Concursmasse gehörigen Urkunden bleiben vom Stempel frei, wenn sie dem Gerichte bloß zur Aufbewahrung übergeben werden; sie unterliegen dem Stempel erst dann, wenn sie zu einer ämtlichen oder gerichtlichen Verhandlung aus dem Depositenamte erhoben, und als Beilage eines Geschäftes bei einer Behörde gebraucht werden.

Justiz-Hofdecret vom 6. Mai 1826, S. 17, Nr. 2183.

— Welche Urkunden bei Stempel-Revisionen den untersuchten Obrigkeiten oder nicht vollständig organisirten Magistraten nicht abgenommen werden dürfen.

Justiz-Hofdecret vom 17. November 1826, S. 55, Nr. 2232.

— Als öffentliche Urkunden werden die pfarrherrlichen Zeugnisse zur Uebnahme der Findlinge in die Verpflegung erklärt.

Justiz-Hofdecret vom 10. März 1827, S. 71, Nr. 2265.

— Auch sogenannte Interims-Urkunden unterliegen dem Stempel.

Hofkammer-Decret vom 9. August 1827, S. 90, Nr. 2299.

— Legalisirung der im Herzogthume Modena errichteten Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 21. September 1827, S. 98, Nr. 2307.

— Der requirirende Richter ist verpflichtet, die gestämpelte Abschrift der vom requirirten Richter ihm zugesendeten Original-Schätzungs-Urkunde auszufertigen, deren Zustellung zu besorgen, und den Original-Schätzungs-Act dem Richter der Eigenschaft (judici rei sitae) zur Aufbewahrung zurückzusenden.

Justiz-Hofdecret vom 26. Jänner 1828, S. 108, Nr. 2324.

— Criminalgerichte haben die ihnen von Staatsbuchhaltungen mitgetheilten Original-Urkunden ohne Verzug nach gemachtem Gebrauche an die betreffende Behörde zurückzustellen.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1828, S. 128, Nr. 2355.

— Die den Erbsteuer-Ausweisen zugelegten Urkunden unterliegen dem classenmäßigen Stempel.

Justiz-Hofdecret vom 6. Februar 1829, S. 144, Nr. 2382.

— Zur Eintragung der ersten und weiteren Sessionen von eingetragenen Schuldforderungen in die öffentlichen Bücher, wie auch zur Löschung von eingetragenen Forderungen und Rechten, ist die Vorbringung der darin schon eingetragenen Schuldscheine, Session- und anderer Urkunden, welche hierauf Bezug haben, nicht erforderlich.

Justiz-Hofdecret vom 16. April 1830, S. 194, Nr. 2458.

— Ueber jedes mündliche Ansuchen um Legalisirung einer Urkunde ist ein ordentliches Protokoll aufzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 3. September 1830, S. 207, Nr. 2480.

— Als öffentliche Urkunden sind die aus Anlaß der Cholera-Krankheit ausgestellten Sanitäts- und Contumaz-Pässe anzusehen und jede Verfälschung derselben ist als Verbrechen des Betruges zu bestrafen.

Justiz-Hofdecret vom 26. Juli 1831, S. 17, Nr. 2522.

— Befreiung der Untertanen von den Strafen der Uebertretung des Stämpelpatentes in Rücksicht der classenwidrig oder bloß durch Indossirung gestämpelten Urkunden, welche bei den Gerichtsbehörden auf dem Lande, sowohl bei periodischen Stämpel-Revisionen, als durch eine vorhergegangene Anzeige entdeckt werden.

Hofkammer-Decret vom 15. Mai 1832, S. 61, Nr. 2564.

Urkunden. Vorschrift über die Legalisirung der Urkunden bei dem Magistrate in Wien.

Justiz-Hofdecret vom 17. Mai 1833, S. 91, Nr. 2613.

- der österreichischen Consuln im Abendlande, welche von ihnen in ihrer Eigenschaft und innerhalb ihres Wirkungskreises ausgestellt sind, haben volle Beweiskraft.

Hofkammer-Decret vom 27. September 1834, S. 127, Nr. 2671.

- In die Hypothekenbücher des lombardisch-venetianischen Königreiches und Dalmatien können die Urkunden nur in italienischer Sprache eingetragen werden.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1835, S. 65, Nr. 109.

- Vorschrift hinsichtlich der Uebersetzung der in fremden Sprachen vorkommenden Urkunden, von welchen in gerichtlichen Geschäften Gebrauch gemacht wird.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1835, S. 65, Nr. 109.

- Vorschrift über die Eintragung der in fremden Sprachen ausgefertigten Urkunden in die öffentlichen Bücher.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1835, S. 65, Nr. 109.

- Vorschrift über die Abnahme der Gebühren für die pfandweise Einverleibung oder Vormerkung einer Urkunde auf mehrere demselben Eigenthümer gehörige und zu einem Grundbuche dienstbare Grundstücke.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Mai 1836, S. 82, Nr. 141.

- Bestimmung jener Urkunden, welche bei Ausfertigung neuer Obligationen oder bei Auszahlung verlosener und aufgekündigter Capitalien in Amortisationsfällen beigebracht werden müssen.

Hofkanzlei-Decret vom 11. November 1836, S. 93, Nr. 158.

- Die für beständig bereiteten Dolmetsche haben den Gerichtsbehörden die in Amtsgeschäften benötigten Uebersetzungen von Urkunden nöthigen Falles auch unentgeltlich zu leisten.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1837, S. 102, Nr. 167.

- Auf über 32 Jahre alte und deponirte Privat-Urkunden erstreckt sich nicht das Heimfallsrecht des Fiskus und des Wiener Magistrates; die unbekannten Eigenthümer derselben sind mittelst Edict zu deren Erhebung aufzufordern.

Justiz-Hofdecret vom 1. Mai 1837, S. 123, Nr. 199.

- Vorschrift über die Zustellung der Urkunden an In- und Ausländer im Großherzogthume Hessen.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1837, S. 135, Nr. 214.

- Beweiskraft der von der französischen Botschaft oder den Consul legalisirten in Frankreich errichteten Notariats- und anderer öffentlichen Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1837, S. 148, Nr. 234.

- Beweiskraft der im Auslande errichteten, von Gesandtschaften oder Consuln legalisirten Notariats- und anderen öffentlichen Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 22. Jänner 1838, S. 167, Nr. 249.

- Dem vorschriftmäßigen Stempel unterliegen die in hebräischer Sprache oder mit hebräischen Buchstaben ausgestellten Urkunden und Schriften, wenn sie als gerichtliche Beweismittel dienen.

Hofkammer-Decret vom 26. Mai 1838, S. 181, Nr. 271.

- Vorschrift über die Behandlung der Klagen, welche sich auf eine vollen Glauben verdienende Urkunde gründen.

Justiz-Hofdecrete vom 7. Mai 1839, S. 338, Nr. 358, und 28. September 1840, S. 532, Nr. 467.

- Von Notaren erlassene Urkunden sind zu den öffentlichen Urkunden zu zählen.

Anmerkung zur Allerhöchsten Entschleßung vom 25. April 1840, S. 462, Nr. 425.

Urkunden. Welche Urkunden zum Beweise der Löschung der in den sogenannten Verfach- oder Hypothekenbüchern vorkommenden Hypotheken, gegenüber der nicht vollständig zu befriedigenden Hypothekar-Gläubiger eines gerichtlich veräußerten Gutes, zum Verfachbuche gebracht werden sollen.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1840, S. 519, Nr. 459.

- Bestimmung der Tax- und Stämpel-Gebühren für die in Betreff der Notistenbücher im Küstenlande vorkommenden Urkunden.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 4. August 1840, S. 521, Nr. 461.

- Der Richter hat sich bei Tagfahungen über auf vollen Glauben verdienende Urkunden sich gründenden Klagen zur Erzielung einer gütlichen Ausgleichung der Parteien zu verwenden.

Justiz-Hofdecret vom 28. September 1840, S. 532, Nr. 467.

- Cassen haben die mit einer geldvertretenden Urkunde beschwerten Dienstschriften an andere Cassen bei der Aufgabe auf die Post zu recommandiren.

Hofkammer-Decret vom 24. September 1841, S. 612, Nr. 564.

- Die auf Urkunden und anderen amtlichen Acten mit jüdischer oder hebräischer Schrift vorkommenden Namensfertigungen sind nur als Handzeichen anzusehen.

Justiz-Hofdecret vom 20. December 1842, S. 77, Nr. 663.

- Bestimmung jener Urkunden der Sparcassen, welche dem Werthstämpel unterliegen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. September 1844, S. 222, Nr. 882.

- Die Legalisirung der Urkunden gehört nicht unter die Geschäfte der Wirtschaftsämter, sondern unter jene des Civilrichters.

Justiz-Hofdecret vom 17. Jänner 1845, S. 250, Nr. 2860.

- Gültigkeit der von Auditoriaten ausgestellten oder legalisirten Urkunden in Dalmatien auch bei den dortigen Hypothekensämlern.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1845, S. 257, Nr. 878.

- Vorschrift über die Bestreitung der Echtheit der im summarischen Verfahren bei Civilgerichten beigebrachten Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- Die Namensfertigung in jüdischer oder hebräischer Schrift, welche auf einer in landesüblicher Sprache im Inlande ausgestellten Privat- oder anderen öffentlichen Urkunde vorkommt, ist bloß als Handzeichen anzusehen und zu beurtheilen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Februar 1846, S. 318, Nr. 938.

- Den gerichtlichen Dolmetschen steht die Befugniß der Widimirung von Urkunden nicht zu.

Justiz-Hofdecret vom 26. Februar 1846, S. 319, Nr. 940.

- Matrzenscheine der Juden haben als öffentliche Urkunden gesetzliche Beweiskraft.

Hofkanzlei-Decret vom 19. März 1846, S. 321, Nr. 945.

- Vorschrift über die Gültigkeit der Notariats-Urkunden zum Beweise der adelichen Abstammung.

Justiz-Hofdecret vom 16. September 1846, S. 360, Nr. 983.

- Bezeichnung jener Fälle, in welchen die deutschen Gerichte ihren Requisitionsschreiben an die lombardisch-venetianischen Gerichtsstellen, um Ausföhrung der Execution, die Urkunden in authentischer italienscher Uebersetzung beizulegen haben.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1847, S. 406, Nr. 1025.

- Vorschrift über die Bestreitung der Echtheit der im summarischen Verfahren bei Militärgerichten beigebrachten Urkunden.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Vorschrift über das Verfahren der Gerichtsbehörden bei Zustellung der Gerichtsacten und Urkunden an In- und Ausländer in der Türkei.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1847, S. 462, Nr. 1066.

Urkunden. Dem Bezirksrichter steht die Bestimmung des bei der Justizabtheilung des Bezirksamtes befindlichen Beamten zur Aufnahme von Privat-Urkunden über Gegenstände des Privatrechtes zu.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1848, S. 487, Nr. 1110.

- Vorschrift über die Bestreitung der Echtheit der im summarischen Verfahren bei den dalmatischen Gerichtsstellen beigebrachten Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

- Legalisirung der Urkunden durch das Justiz-Ministerium.

Justiz-Ministerial-Erlaß vom 23. Mai 1848, S. 636, Nr. 1155.

- S. auch Grundbuch.

Urlaub. Die Absenz- und Verwendungs-Tabellen der Auscultanten eines jeden Landrechtes sind zugleich mit dem jährlichen Arbeitsausweise desselben mit Einem Berichte an die oberste Justizstelle vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juli 1821, S. 37, Nr. 1775.

- Die Absenzen der Präsidenten, Vice-Präsidenten und des Rath's-Personales einer Gerichtsbehörde sind in den jährlich an die oberste Justizstelle zu überreichenden Absenz-Tabellen aufzuführen; und ist den beiden Erstgenannten, ohne Allerhöchster Bewilligung, keine längere Dienstes-Abwesenheit im Ganzen als von sechs Wochen zu gestatten.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1826, S. 57, Nr. 2238.

- Einfluß der politischen und Justizbehörden auf die Urlaubs-Bewilligung für Vorsteher oder Concepts-Beamte gemischter erster Instanzen.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1826, S. 61, Nr. 2245.

- Vorschrift über die Verfassung und Einsendung der Absenz-Tabellen.

Justiz-Hofdecret vom 16. März 1827, S. 72, Nr. 2268.

- Behandlung der Urlaubs-Gesuche herrschaftlicher Bezirkscommissäre und Ortsrichter in Steiermark.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1827, S. 89, Nr. 2298.

- Ein von Privat-Dominien ihren Oberbeamten über acht Tage ertheilter Urlaub ist dem Appellationsgerichte oder dem Kreisamte, oder beiden Behörden zugleich anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1827, S. 91, Nr. 2301.

- Benehmen bei Ertheilung desurlaubes für Advocaten.

Hofkanzlei-Decret vom 21. September 1827, S. 100, Nr. 2309.

- Bestimmung der Behörden, welche den Magistrats-Beamten Urlaub ertheilen können.

Justiz-Hofdecret vom 23. Februar 1828, S. 110, Nr. 2331.

- Behandlung der Urlaubsgesuche solcher Professoren, die noch zur Advocatur befugt sind.

Justiz-Hofdecret vom 17. October 1829, S. 175, Nr. 2434.

- für Concepts-Practikanten der Fiskalämter, welche sich auf die Criminalpraxis verlegen wollen.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1830, S. 214, Nr. 2489.

- Behandlung der Provinzial-Beamten bei Urlaubsertheilungen zur Reise nach Wien, und Bemessung der dießfälligen Taxen.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1831, S. 26, Nr. 2542.

- Sperrung des Adjutants der landesfürstlichen Auscultanten bei Urlaubsüberschreitungen.

Justiz-Hofdecret vom 14. April 1832, S. 60, Nr. 2559.

- Behandlung der landesfürstlichen und ihnen gleichgehaltenen Beamten bei Urlaubstreifen in das Ausland, in Beziehung auf die Gebühren und Taxen.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1835, S. 10, Nr. 24.

Urlaub. Vorschrift über die Ertheilung der Urlaube an Räte der landesfürstlichen Justizstellen.
Justiz-Hofdecret vom 20. März 1845, S. 256, Nr. 877.

— Vorschrift über das Verfahren bei Ertheilung der Urlaube an Justizbeamte und Diener, dann an Advocaten und Notare.

Erlaß des Justiz-Ministers vom 21. August 1848, S. 652, Nr. 1176.

Urlauber. S. Militär.

Urlaubsgesuche. S. Gesuche, Urlaub.

Urlaubs-Tabellen. Die Absenzen der Präsidenten, Vice-Präsidenten und des Rathspersonals einer Gerichtsbehörde sind in den jährlich an die oberste Justizstelle zu überreichenden Urlaubs-Tabellen aufzuführen.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1826, S. 57, Nr. 2238.

Ursachen. Die Ursachen der Vermehrung der im Laufe des Jahres sich ergebenden schweren Polizeilübertretungen sind in den einzusendenden Jahres-Ausweisen anzugeben.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Februar 1843, S. 96, Nr. 681.

Ursulinerinnen. Befreiung der den Ursulinerinnen vermachten Legate von der Erbsteuer.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juni 1833, S. 93, Nr. 2617.

Urtheile. Vorschrift über die Zustellung der von königlich-neapolitanischen Gerichtsbehörden wider österreichische Unterthanen geschöpften Urtheile.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juli 1821, S. 2, Nr. 1731.

— Die Zustellung der von deutschen Gerichtsbehörden wider ungarische Unterthanen gefällten Urtheile ist durch die ungarische Hofkanzlei zu bewirken.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1830, S. 188, Nr. 2456.

— Beschränkung der Execution auf Urtheile der russischen Gerichtsbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 24. Mai 1833, S. 92, Nr. 2616.

— Erläuterung des mit dem Großherzogthume Baden im Jahre 1819 geschlossenen Uebereinkommens, über die Vollziehung der gegenseitigen Urtheile.

Justiz-Hofdecret vom 28. Mai 1838, S. 181, Nr. 272.

— Auf Urtheile der Gerichtsbehörden des Kreistaates Krakau ist ohne Vernehmung des Gegners keine Execution zu ertheilen.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1838, S. 279, Nr. 298.

— Vorschrift über die Execution der Urtheile österreichischer Gerichtsbehörden im Königreiche Polen, und über die Execution der Urtheile der königlich-polnischen Gerichtsbehörden in den österreichischen Staaten.

Justiz-Hofdecret vom 13. November 1838, S. 309, Nr. 306.

— Die Zustellung der Urtheile im ämtlichen Wege findet in Sardinien nicht Statt.

Justiz-Hofdecret vom 15. Jänner 1839, S. 322, Nr. 327.

— Beschränkung der Execution der von österreichischen Gerichtsbehörden wider preussische Unterthanen geschöpften Urtheile in Rhein-Preußen, und der von dortländigen Gerichten wider österreichische Unterthanen geschöpften in Oesterreich.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1840, S. 520, Nr. 460.

— Nichtvollziehung der wider österreichische Unterthanen von ausländischen Behörden gefällten Strafurtheile in den österreichischen Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 24. Mai 1841, S. 583, Nr. 542.

— Vorschrift über das Verfahren der österreichischen Gerichtsbehörden, wenn ihnen die über Klagen der bayerischen Unterthanen wider österreichische Unterthanen von bayerischen Gerichten gefällten Urtheile zur Zustellung und Vollstreckung eingesendet werden.

Justiz-Hofdecret vom 13. Juli 1841, S. 594, Nr. 548.

Urtheile. In Großbritannien werden Urtheile österreichischer Gerichte auf Grund von Requisitionsschreiben nicht vollstreckt.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1842, S. 8, Nr. 595.

- Macht der obersten Justizstelle zur Abänderung gleichförmiger Urtheile und Bescheide der Gerichte erster und zweiter Instanz.

Allerhöchste Entschließung vom 17. Mai 1842, S. 36, Nr. 616.

- Offenbar der Abstimmung nicht entsprechende ausgefertigte Urtheile sind von dem Appellationsgerichte und von der obersten Justizstelle aufzuheben.

Justiz-Hofdecret vom 21. August 1846, S. 356, Nr. 979.

- Auf Urtheile schwedischer Gerichte ist keine Execution zu ertheilen.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1846, S. 387, Nr. 996.

Urtheile I in Straffachen. Die nach §. 446, I. Theiles des Strafgesetzes zu erstattende Anzeige eines Criminal-Urtheiles vor dessen Kundmachung an die Landesstelle oder andere darin genannte Behörden, kann in Verbindung mit dem §. 23 nur von einem solchen Criminal-Urtheile verstanden werden, welches keinem weiteren Zuge unterliegt.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1821, S. 5, Nr. 1735.

- — Neben den Todesurtheilen sind nur die auf längere als fünfjährige Kerkerstrafe lautenden Urtheile, wenn zugleich dagegen nicht mehr recurrt werden kann, öffentlich, andere aber klosß im Gerichtshause, anzukündigen.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1821, S. 5, Nr. 1735.

- — Vorschrift über die Schöpfung der Criminal-Urtheile bei dem Collegialgerichte zu Feldkirch.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1821, S. 38, Nr. 1778.

- — Das Appellationsgericht hat in seinen Criminal-Urtheilen, auch wenn sie vorläufig der obersten Justizstelle vorgelegt werden, auszubringen, ob dadurch das Urtheil des Untergerichtes bestätigt oder abgeändert werde.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1821, S. 42, Nr. 1786.

- — In welchen Fällen die Criminalgerichte nach gefälligem und kundgemachtem Strafurtheile außer dem Wege des gesetzlichen Recurses eine Milderung der verhängten Strafe zu bewilligen befugt sind.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1822, S. 71, Nr. 1827.

- — wodurch auf lebenslänglichen Kerker oder Todesstrafe erkannt wird, sind bei Collegialgerichten erster Instanz in voller Rathsversammlung vorzutragen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1822, S. 76, Nr. 1836.

- — Wenn ein Inquisit nach geschlossener Untersuchung, jedoch vor geschöpftem Urtheile, stirbt, soll, wenn er unschuldig befunden wurde, das Loßsprechungs-Urtheil, sonst aber das Urtheil nur in Ansehung der Entschädigung und der Criminal-Kosten geschöpft werden.

Justiz-Hofdecret vom 1. März 1822, S. 86, Nr. 1848.

- — Mit der Urtheilsschöpfung ist auch dann vorzugehen, wenn die Untersuchung aus Mangel rechtlicher Beweise aufgehoben wird.

Justiz-Hofdecret vom 31. August 1822, S. 116, Nr. 1890.

- — Benehmen in Hinsicht der im politischen Wege unbefugt abgeurtheilten Verbrecher.

Justiz-Hofdecret vom 20. März 1823, S. 128, Nr. 1920.

- — Wie das wider einen Verstorbenen, wegen der schuldigen Entschädigung gefällte Criminal-Urtheil seinen zum Recurse berechtigten Erben zuzustellen sei.

Justiz-Hofdecret vom 6. Juni 1823, S. 149, Nr. 1945.

- — Criminal-Urtheile haben nicht zu enthalten, ob die Gerichtskosten einbringlich oder uneinbringlich seien.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1824, S. 268, Nr. 2044.

Urtheile I in Straffachen. In den Urtheilen eines delegirten Gerichtes ist das Decret der Delegation und das ordentliche Gericht auszudrücken.

Justiz-Hofdecret vom 15. Jänner 1825, S. 286, Nr. 2065.

- — Bestimmung der Gebühren für Scharfrichter und deren Gehilfen bei Vollziehung der Todesurtheile in entfernten Gegenden.

Hofkammer-Decret vom 10. November 1825, S. 328, Nr. 2143.

- — Die der Entschließung der obersten Justizstelle zu unterziehenden Criminal-Urtheile des Appellationsgerichtes sind, auch wenn sie einstimmig beschloffen wurden, abschriftlich sammt den Beweggründen dem Berichte beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1825, S. 332, Nr. 2153.

- — Für jeden Mitschuldigen ist ein eigenes Criminal-Urtheil auszufertigen.

Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1826, S. 1, Nr. 2156.

- — In Urtheilen, wodurch mehrere zugleich zum Tode verurtheilt werden, muß auch die Ordnung angezeigt werden, in welcher die Todesstrafe zu vollziehen ist.

Justiz-Hofdecret vom 14. April 1826, S. 16, Nr. 2179.

- — Criminalgerichte haben sich vor Ankündigung der Todesurtheile die Ueberzeugung zu verschaffen, daß der Vollstreckung derselben am darauffolgenden dritten Tage kein Hinderniß entgegen stehe.

Justiz-Hofdecret vom 26. Mai 1826, S. 18, Nr. 2185.

- — Daß wider einen Studirenden gefällte Strafurtheil ist dem Studien-Directorate mitzutheilen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1827, S. 65, Nr. 2253.

- — Urtheile der Gerichte auf körperliche Strafen wegen Vergehen wider die Geseze in Gefällsachen; Zuziehung eines Repräsentanten zur Berathschlagung; Spßirung des Beschloßes; Kundmachung und Zustellung des Urtheiles; Beschwerden gegen dasselbe.

Justiz-Hofdecret vom 2. November 1827, S. 102, Nr. 2314.

- — Die Vorlegung des Urtheiles des Criminalgerichtes an das Obergericht hat in Fällen, wo der Beschuldigte die That gesteht, aber des geläugneten bösen Vorsazes für überwiesen gehalten wird, nicht Statt.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1828, S. 141, Nr. 2377.

- — Jedes Urtheil, wodurch gegen einen Officier auf Cassirung, gegen die übrige Mannschafft auf öffentliche Züchtigung mit Stockstreichen oder Gassenlaufen, oder auf eine noch schwerere Strafe erkannt wird, zieht den Verlust der Tapferkeits-Medaille und der damit verbundenen Zulage, wie auch des Invalidengehaltes nach sich.

Justiz-Hofdecret vom 24. April 1829, S. 151, Nr. 2395.

- — Bei den dem Erkenntnisse der höheren oder höchsten Behörden vorbehaltenen Verbrechen sind auch die Beschlüsse der ersten Instanz, über Ablassung von der Voruntersuchung, mit den Acten dem Appellationsgerichte vorzulegen; davon findet nur eine Ausnahme Statt, wenn die Criminalgerichte bloße Anzeigen verwerfen, oder den Gegenstand sogleich zurüdwweisen.

Justiz-Hofdecret vom 18. September 1829, S. 171, Nr. 2427.

- — In Fällen der Ankündigung eines ausländischen Strafurtheiles hat sich die Landesstelle mit dem Appellationsgerichte in das Einvernehmen zu setzen.

Hofkanzlei-Decret vom 8. October 1829, S. 172, Nr. 2430.

- — Die Urtheile auf Leibesstrafen gegen Gefälls-Übertreter sind von der Gerichtsbehörde unmittelbar der competenten Ortsobrigkeit zur Kundmachung und Vollziehung zuzusenden.

Justiz-Hofdecret vom 19. März 1830, S. 186, Nr. 2453.

- — Auf Verlust des Adels ergangene Strafurtheile sind nach der Kundmachung derselben, oder nach Erlebigung des Recurses, oder verstrichenen Recursfrist, von dem Criminalgerichte der Landesstelle in Abschrift mitzutheilen.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juli 1831, S. 15, Nr. 2517.

Urtheile I in Straffsachen. Bestimmung der Fälle, in denen Criminal-Urtheile auf Züchtigung durch Streiche dem Obergerichte vorgelegt werden müssen.

Justiz-Hofdecret vom 27. Februar 1835, S. 136, Nr. 2690.

- — Wirkung des Widerrufs des Gesuches des Mißhandelten um Bestrafung des Missethigers, sowohl vor als nach der Kundmachung des Urtheiles an den Untersuchten.

Hofkanzlei-Decret vom 25. Juni 1835, S. 29, Nr. 43.

- — Wann das wider einen Inquisiten nach dessen Tode geschöpfte Criminal-Urtheil dem Appellationsgerichte und rücksichtlich der obersten Justizstelle vorzulegen ist.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 27, Nr. 47.

- — Vorschrift über die Ergreifung der Recurse gegen Strafurtheile über Verbrechen und schwere Polizei-Übertretungen, wodurch zugleich auf Schadenersatz erkannt wird.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 29, Nr. 48.

- — Die Rechtsfolgen der auf Strafe ergehenden Urtheile haben erst vom Tage der Kundmachung des Strafurtheiles an den Verurtheilten einzutreten.

Justiz-Hofdecret vom 18. Jänner 1836, S. 72, Nr. 117.

- — Wirkungen des Widerrufs des Ansuchens, um Bestrafung einer geschehenen Entwendung oder größeren Unfittlichkeit, vor und nach erfolgter Kundmachung des Urtheiles.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Februar 1836, S. 75, Nr. 125.

- — Bestimmungen über die erforderlichen Beisitzer zur Schöpfung der Urtheile über schwere Polizei-Übertretungen in Titrol.

Hofkanzlei-Decret vom 25. August 1836, S. 89, Nr. 153.

- — Die Landesstelle hat das wider einen unbefugt ausgewanderten Adlichen geschöpfte rechtskräftige Urtheil der vereinigten Hofkanzlei in beglaubigter Abschrift vorzulegen.

Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1837, S. 121, Nr. 194.

- — Recurse gegen die vom Criminal-Obergerichte gemilderten Strafurtheile können von den im §. 463, I. Theile des Strafgesetzes, bezeichneten Personen nicht ergriffen werden.

Justiz-Hofdecret vom 12. November 1838, S. 309, Nr. 304.

- — Die oberste Justizstelle und das Appellationsgericht sind nicht berechtigt, die Strafurtheile des unteren Gerichtes in den, in den §§. 435, 467 und 468, I. Theiles des Strafgesetzes, bezeichneten Fällen zu verschärfen.

Justiz-Hofdecret vom 11. März 1839, S. 334, Nr. 349.

- — Vorschriften über die Kundmachung der Urtheile gegen unbefugt Abwesende und Ausgewanderte.

Hofkanzlei-Decret vom 19. September 1839, S. 350, Nr. 379.

- — Bestimmung der Zustellungszeit der Urtheile über schwere Polizei-Übertretungen an den Beschädigten.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Februar 1840, S. 470, Nr. 405.

- — Verpflichtung des Militär-Merars zur Tragung der Kosten für die Beiziehung von Militär-Commanden zur Vollstreckung der Todesurtheile an Civil-Personen.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1840, S. 479, Nr. 417.

- — Abstellung der Vollziehung der Todesurtheile innerhalb der Stadtmauern.

Anmerkung zur Allerhöchsten Entschliessung vom 25. April 1840, S. 482, Nr. 425.

- — Nichtvollziehung der von ausländischen Gerichten geschöpften Strafurtheile von Seite der österreichischen Behörden.

Justiz-Hofdecret vom 10. November 1840, S. 537, Nr. 476.

- — Vorschrift über die Nichtvollziehung der wider österreichische Unterthanen von ausländischen Behörden gefällten Strafertenntnisse in den österreichischen Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 24. Mai 1841, S. 583, Nr. 542.

Urtheile I in Strafsachen. In welchen Fällen das Appellationsgericht zur Aufhebung der vom Criminalgerichte gefällten Strafurtheile berechtigt sei.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juli 1841, S. 595, Nr. 549.

- Das Appellationsgericht hat seinem Urtheile, wodurch die von der ersten Instanz verhängte Strafe verschärft wird, die vollständigen Beweggründe seiner Entscheidung beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 18. October 1841, S. 613, Nr. 567.

- — Die Urtheile über die bei dem deutschen Ordensgerichte in Frankfurt am Main in Civil- und Criminal-Rechts-, dann in schweren Polizei-Übertretungs-Angelegenheiten geschlossenen Proceß- und Untersuchungs-Acten werden von der ersten Instanz in Wien gefällt.

Hofkanzlei-Decret vom 25. October 1842, S. 64, Nr. 651.

- — Vorschrift über die Kundmachung der Todesurtheile an Verbrecher, welche sich zu einer im Lande geduldeten Religion bekennen.

Justiz-Hofdecret vom 18. September 1844, S. 221, Nr. 829.

- — Bestimmung der Gebühren für den Lemberger Ocharfrichter und seine Gehilfen für die Vollziehung der Todesurtheile.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1844, S. 244, Nr. 855.

- — Wann über Untersuchungen hinsichtlich der Creditpapier-Fälschung kein Urtheil zu fällen sei.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1845, S. 248, Nr. 858.

- — Der §. 451, I. Theiles des Strafgesetzes, wegen öffentlicher Ankündigung der auf länger als fünfjährige Kerkerstrafe lautenden Urtheile wird außer Wirksamkeit gesetzt.

Justiz-Hofdecret vom 6. Februar 1845, S. 252, Nr. 866.

- — Das Appellationsgericht hat in Fällen einer von ihm im Disciplinarwege verhängten Arreststrafe dem Beschuldigten das Urtheil sammt den Entscheidungsgründen desselben zugustellen.

Justiz-Hofdecret vom 22. October 1845, S. 278, Nr. 905.

- — Das Urtheil ist auch dann der höheren und rücksichtlich höchsten Revision zu unterziehen, wenn das Strafgericht die Einleitung der Criminal-Untersuchung, wegen eines der in den §§. 433 und 442, I. Theiles des Strafgesetzes, bemerkten Verbrechen beschloffen hat, der Untersuchte aber von dem Strafgerichte oder Obergerichte eines anderen Verbrechens schuldig befunden wurde.

Justiz-Hofdecret vom 28. Jänner 1846, S. 310, Nr. 924.

- — Criminalgerichte haben in ihrem Einbegleitungsberichte mit dem summarischen Ausweise an das Appellationsgericht, und letzteres in dem an den obersten Gerichtshof zu erstattenden Berichte jene Fälle zu bemerken, wo ein auf lebenslange Strafe gefälltes Urtheil vom obersten Gerichtshofe im Milderungswege in eine zeitliche Strafe umgewandelt worden ist.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1846, S. 315, Nr. 930.

- — Offenbar der Abstimmung nicht entsprechende ausgefertigte Urtheile sind von dem Appellationsgerichte und von der obersten Justizstelle aufzuheben.

Justiz-Hofdecret vom 21. August 1846, S. 356, Nr. 979.

- — Wenn die Abschaffung wegen einer schweren Polizei-Übertretung erfolgte, ist selbe im Urtheile selbst auszudrücken.

Hofkanzlei-Decret vom 22. October 1846, S. 386, Nr. 993.

- — Bestimmung über die Vollziehung der Todesurtheile.

Hofkanzlei-Decret vom 29. April 1848, S. 617, Nr. 1139.

Urtheile II in Streitsachen. Benehmen in Hinsicht der im südlichen Titol nach der vorigen italienischen Gerichtsordnung geschöpften Urtheile, welche noch nicht zugestellt waren.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 47, Nr. 1798.

Urtheile III in Streitsachen. Abnahme der Taxe bei Contumaz-Urtheilen nach der vierten Rubrik der allgemeinen Tax-Ordnung.

Justiz-Hofdecret vom 8. November 1822, S. 122, Nr. 1906.

- — Wann die in dem Urtheile angelegte Frist zur Zahlung, im Falle der angemeldeten Appellation oder Revision, zu laufen anfangt.

Justiz-Hofdecret vom 20. December 1822, S. 125, Nr. 1915.

- — Vorschrift über die Revision gegen zwei gleichlautende Urtheile; sie kann die Execution eines bestätigenden Erkenntnisses nicht aufhalten, und ist gegen muthwillig revidirende Parteien oder ihre Vertreter nachdrücklich zu ahnden.

Justiz-Hofdecret vom 15. Februar 1833, S. 77, Nr. 2593.

- — Erläuterung der galizischen Gerichtsordnung in Rücksicht der Rechtskraft der Beurtheile auf den Beweis durch Zeugen oder Kunstverständige und ihres Einflusses auf die endliche Entscheidung des Processess.

Justiz-Hofdecret vom 9. August 1833, S. 100, Nr. 2625.

- — Ueber das Begehren der Advocaten, den Klienten zur Bezahlung der liquidirten Advocaten-Gebühren zu verhalten, ist durch Urtheil zu entscheiden.

Justiz-Hofdecret vom 4. October 1833, S. 103, Nr. 2623.

- — Der Beweis durch Zeugen oder Kunstverständige ist durch Beurtheilung zuzulassen; dessen Inhalt und Wirkung. Die Gerichte erster und höherer Instanz sind bei endlicher Entscheidung des Processess an dieses Beurtheil nicht gebunden. Wider dasselbe findet die Appellation und Revision Statt. Tax- und Stempel-Bestimmung für dasselbe.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juni 1835, S. 24, Nr. 42.

- — Die Uebersetzung der im Revisionswege vorkommenden, in polnischer Sprache verfaßten Urtheile in die lateinische oder deutsche Sprache hat die erste Instanz selbst bei Vorlage der Acten zu liefern.

Justiz-Hofdecret vom 6. Juni 1837, S. 127, Nr. 205.

- — Vorschrift über die Entrichtung der Taxen für die in den Rechtsstreiten abwesender Parteien, oder deren Aufenthalt unbekannt ist, geschöpften Urtheile.

Hofkammer-Decret vom 30. Juni 1837, S. 132, Nr. 210.

- — Vorschrift über die Erlassung von Bel-Urtheilen auf den Beweis durch Zeugen oder Kunstverständige.

Justiz-Hofdecret vom 12. September 1837, S. 145, Nr. 227.

- — Instruction für die magistratischen Gerichtsverwaltungen in den Vorstädten Wiens, über das Verfahren bei dem Zeugenbeweise und der Form der dießfälligen Erkenntnisse.

Justiz-Hofdecret vom 17. April 1838, S. 174, Nr. 264.

- — Taxirung der Urtheile auf Scheidung von Tisch und Bett.

Hofkammer-Decret vom 14. Juni 1839, S. 342, Nr. 364.

- — Vorschrift über die Aufstellung der Urtheile an die in Privatdiensten fremder Gesandten stehenden Personen.

Justiz-Hofdecret vom 2. September 1839, S. 348, Nr. 375.

- — Vorschriften über die Ertheilung der Execution bis zur Sicherstellung, wenn die Zahlung einer Schuld binnen vierzehn Tagen durch ein Endurtheil aufgetragen wird.

Justiz-Hofdecret vom 25. Jänner 1841, S. 552, Nr. 496.

- — In Großbritannien werden Urtheile österreichischer Gerichte auf Grund von Requisitions-schreiben nicht vollstreckt.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1842, S. 8, Nr. 595.

- — Die Urtheile über die von der bei der deutschen Ordens-Commende zu Frankfurt am Main für österreichische Unterthanen bestellten Behörde in Civil-Rechts- dann politischen Angelegenheiten geschlossenen Proceß-Acten werden von der ersten Instanz in Wien gefällt.

Justiz-Hofdecret vom 25. October 1842, S. 64, Nr. 651.

Urtheile II in Streitsachen. Vorschrift über die Execution der Urtheile nicht ungarischer Wechselgerichte in Ungarn.

Zustiz-Hofdecret vom 13. März 1843, S. 100, Nr. 688.

- — Gerichtsstellen haben ihrem Requisitionsschreiben an ungarische Wechselgerichte, um Execution dießseitiger wechselgerichtlicher Urtheile, Uebersetzungen dieser Urtheile und deren Beweggründe in lateinischer Sprache beizufügen.

Zustiz-Hofdecret vom 13. März 1843, S. 100, Nr. 688.

- — Das Appellationsgericht ist nicht berechtigt bei Cassirung eines Urtheiles des ersten Richters die stämpelfreie Ausfertigung des statt des cassirten neu zu schöpfenden Urtheiles anzuordnen.

Zustiz-Hofdecret vom 30. August 1843, S. 137, Nr. 736.

- — Die oberste Justizstelle soll, wenn sie die gegen ein Urtheil ergriffene außerordentliche Revision für unzulässig erklärt, dem Producenten nicht eine neue Frist zur Antretung des zugelassenen Beweises bestimmen.

Ärzhöchste Entschließung vom 4. Jänner 1845, S. 247, Nr. 856.

- — In einem Urtheile, wodurch die Ungiltigkeit eines schriftlichen Testaments ausgesprochen wird, darf der Vorbehalt nicht gemacht werden, daselbe Testament durch einen anderen Proceß als mündliches gelten zu machen.

Ärzhöchste Entschließung vom 14. Februar 1846, S. 316, Nr. 933.

- — Gegen Urtheile, wodurch das Ausbleiben von einer Verhandlungs-Lagsahrt für gerechtfertigt erklärt wird, findet kein weiterer Rechtszug Statt.

Zustiz-Hofdecret vom 29. April 1846, S. 333, Nr. 957.

- — In die Zahl der gefällten Civil-Urtheile sind von den Gerichtsbehörden nicht die Decrete über Besitzstörungen- und Executions-Angelegenheiten, dann Contumaz- und über Schuldenkenntnisse geschöpften Urtheile in den vorzulegenden Geschäfts-Ausweisen einzubeziehen, sondern lediglich in der Rubrik „Anmerkung“ der Zahl nach anzugeben.

Zustiz-Hofdecret vom 14. Mai 1846, S. 334, Nr. 961.

- — Offenbar der Abstimmung nicht entsprechend ausgefertigte Urtheile sind vom den Appellationsgerichte und von der obersten Justizstelle aufzuheben.

Zustiz-Hofdecret vom 21. August 1846, S. 356, Nr. 979.

Urtheils-Taxe. S. Taxe.

B.

Badien. Welche Bedingungen hinsichtlich der Badien allen Versteigerungs- oder Verhandlungs-Protokollen und Contracten für den Staatsschatz oder öffentliche Fonde einzuschalten sind, um den Bestbieter sogleich zu verbinden.

Hofkanzlei-Decret vom 20. April 1821, S. 17, Nr. 1755.

- Vorschrift über die Vormerkung der gerichtlichen Verbote auf die bei dem Staatsschulden-Tilgungsfonde fruchtbringend angelegten ungarischen und siebenbürgischen Badien und deren Interessen.

Zustiz-Hofdecret vom 3. Mai 1841, S. 573, Nr. 530.

Väterliche Gewalt. Zur Entlassung eines Kindes aus der väterlichen Gewalt mit Genehmigung des Gerichtes, wie auch zur Verleihung eines Gewerbes an Minderjährige, ist das zurückgelegte zwanzigste Lebensjahr nicht als unerläßliche Bedingung vorgeschrieben.

Zustiz-Hofdecret vom 15. Juni 1835, S. 23, Nr. 38.

Valuta. Bestimmung der Valuta jener Militär-Heiraths-Cautions-Einkünfte, von welchen ein Theil mit Verbot belegt oder in Execution gezogen werden kann.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Mai 1839, S. 337, Nr. 357.

Vasallen. Vertretung des Vasallen in Lehnstreitigkeiten.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juni 1831, S. 16, Nr. 2519.

— Todesfälle der Vasallen sind auch in Böhmen dem Lehenhofe anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1832, S. 60, Nr. 2560.

— Wann dem Fiscalamte die Vertretung des obersten Lehenherrn, Aftterlehenherrn und der Vasallen, obliegt.

Hofkanzlei-Decret vom 1. Juli 1847, S. 463, Nr. 1070.

Vater. Wann derselbe das Hauptvermögen seiner minderjährigen Kinder auszuweisen verpflichtet ist.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1826, S. 2, Nr. 2158.

— Vorschrift über die Eintragung der Väter unehelicher Kinder in die Taufbücher.

Hofkanzlei-Decret vom 27. Juni 1835, S. 27, Nr. 14.

— Bekanntmachung des Namens des Vaters eines Wahn- oder Blödsinnigen an die Verwaltungsbeförde der Anstalt, worin der Kranke untergebracht wird.

Justiz-Hofdecret vom 28. August 1837, S. 142, Nr. 220.

— Beschränkung des Reclamations-Rechtes der Väter der zum Militärstande freiwillig eingetretenen Minderjährigen.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Februar 1838, S. 168, Nr. 252.

— Zum Eintritte eines minderjährigen Candidaten in einen geistlichen Orden ist die Einwilligung des Vaters nachzuweisen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Jänner 1844, S. 191, Nr. 780.

Beglia. Der Bezirk Beglia wird dem Istrianer Kreise im ilirischen Küstenlande zugetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 25. Juni 1825, S. 310, Nr. 2114.

— Bestimmung der Stempel- und Tax-Gebühren für die in Betreff der Notifikenbücher im Bezirke Beglia vorkommenden Urkunden und Amtshandlungen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 4. August 1840, S. 521, Nr. 461.

— Von den für den Istrianer Kreis systemisirten Advocaten hat Einer bei dem Bezirksgerichte Beglia seinen Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1842, S. 81, Nr. 667.

St. Veit. Die Heimfagung und Unterordnung des freien Landgerichtes Stadt-Magistrat St. Veit, hinsichtlich der Ausübung der Criminal-Gerichtsbarkheit, unter das Stadt- und Landrecht zu Klagenfurt wird genehmiget.

Justiz-Hofdecret vom 24. December 1839, S. 363, Nr. 399.

Welbes. Für die Gemeinde Welbes in Tirol wird ein neues Landgericht dritter Classe mit dem Amtssitze in Gembra errichtet.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Februar 1838, S. 170, Nr. 254.

— Der Fürstbischof von Brixen kann zur Uebernahme der faktisch bereits abgelegten Bezirksverwaltung von Welbes nicht verhalten werden; Vereinigung der bisher getrennt gewesenen Bezirke Radmannsdorf und Welbes und Aufstellung eines landesfürstlichen provisorischen Bezirks-Commissariates erster Classe zu Radmannsdorf.

Hofkanzlei-Decret vom 10. April 1840, S. 481, Nr. 422.

Venedig. Errichtung und Verwaltung des lombardisch-venetianischen Monte, in welchem die lombardisch-venetianische Staatsschuld vereinigt wird.

Patent vom 24. Mai 1822, S. 97, Nr. 1873.

Venedig. Die von der Republik Venedig verliehenen Militär-Chargen sind erst von dem sechzehnten Lebensjahre in die Dienstzeit einzurechnen.

Justiz-Hofdecret vom 12. August 1825, S. 317, Nr. 2124.

- Legalisirung der im Herzogthume Modena errichteten Urkunden durch das Präsidium des Guberniums in Venedig.

Justiz-Hofdecret vom 21. September 1827, S. 98, Nr. 2307.

- Die bisher in Venedig bestandenen Preisengerichte erster und zweiter Instanz werden aufgelöst.

Justiz-Hofdecret vom 5. December 1828, S. 140, Nr. 2373.

- Ablieferung der Sträflinge in das Bagno marittimo in Venedig.

Justiz-Hofdecret vom 9. October 1829, S. 173, Nr. 2432.

Venetianische Gerichtsstellen. S. Gerichtsstellen.

Venetianischer Monte. S. lombardisch-venetianischer Monte.

Venetianisches (Ex-) Istrien. S. Istrien.

- Küstenland. S. Küstenland.

Venetianisch-lombardisches Johanniter-Priorat. S. Johanniter-Orden.

Venetianisches Königreich. S. lombardisch-venetianisches Königreich.

Verabredung. Ungiltigkeit der nachtheiligen Verabredungen bei öffentlichen Versteigerungen.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Juni 1838, S. 239, Nr. 277.

Veränderung. Seine Majestät finden sich zur Erlassung neuer Vorschriften über die Veränderung und Theilung der landtäflichen Rubriken der Güter in Fällen, wo Lehen und freieigene Güter oder Lehen verschiedener Lehensherrschaften unter eben derselben Rubrik vereinigt sind, nicht bestimmt.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1835, S. 36, Nr. 66.

Veränderungs-Gebühren. Die Entscheidung der Frage, von wem und auf welche Art Veränderungs-Gebühren zu entrichten seien, steht den politischen Behörden zu.

Hofkanzlei-Decret vom 23. December 1826, S. 60, Nr. 2243.

- — Vorschrift, welche Behörden zur Entscheidung der Streitigkeiten zwischen Herrschaften und Grundholden über den Bezug und das Quantum der Veränderungs-Gebühren (Laudemium) berufen sind.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1835, S. 65, Nr. 108.

- — Einhebung der Veränderungs-Gebühren bei den landesfürstlichen Pfliegergerichten sowie bei den Patrimonialgerichten und Privat-Gutbesitzern im Inn- und Salzburger Kreise.

Hofkammer-Decret vom 24. November 1840, S. 539, Nr. 481.

- — Strafbestimmung auf die Verschweigung des wahren Kaufschillings einer Realität zum Behufe der Verkürzung der grundherrlichen Veränderungs-Gebühren.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Februar 1843, S. 95, Nr. 680.

- — Bestimmung der Gerichtbarkeit bei Streitigkeiten zwischen Grundholden und ihrer Grundherrschaft über die Entrichtung des Laudemiums.

Hofkanzlei-Decret vom 10. November 1847, S. 475, Nr. 1093.

- — Aufhebung der Abnahme des Laudemiums bei Besitzveränderungen gegen Entschädigung der Herrschaften.

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180.

Veräußerung. Gerichtsbehörden sollen keinen Veräußerungs-Vertrag über Realitäten von getheiltem Eigenthume ohne vorläufige Einvernehmung des Ober-Eigenthümers, den öffentlichen Büchern einverleiben.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 46, Nr. 1797.

Veräußerung der den Minderjährigen oder Pflegebefohlenen gehörigen unbeweglichen Güter; der Antrag dazu muß bei landesfürstlichen Collegialgerichten erster Instanz in voller Rathversammlung verhandelt werden.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1822, S. 76, Nr. 1836, §. 1.

- Vorschrift über das Benehmen der Gerichtsbehörden bei der Veräußerung eines unbeweglichen Gutes unter der Schätzung.

Justiz-Hofdecret vom 25. Juni 1824, S. 213, Nr. 2017.

- Bei Veräußerung unterthäniger Güter in Tirol ist die Einwilligung des Ober-Eigenthümers nicht nöthig, sondern derselbe hat sich nur in die Beurtheilung einzulassen, ob der neue Käufer dem Gute vorzustehen fähig sei oder nicht.

Justiz-Hofdecret vom 6. August 1826, S. 40, Nr. 2211.

- Vorschrift über die Veräußerung der Getreidelieferungs-Obligationen der Gemeinden und der Kriegsdarlehen-Obligationen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1828, S. 108, Nr. 2326.

- Bestimmung der Rechte der Grund- und Urbarsherren in dem Görzer Kreise bei Veräußerung, Theilung und Besichtigung der Bauerngüter und Eintreibung der Gebühren.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1829, S. 145, Nr. 2387.

- Vorschrift über die theilweise Veräußerung eines Gutes, auf welchem der achte Theil des Werthes für die Unterthanen landtäglich vorgemerkt ist.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Februar 1830, S. 184, Nr. 2449.

- veräußerlicher Gewerbe in Executions- und Concursfällen.

Justiz-Hofdecret vom 5. November 1831, S. 22, Nr. 2534.

- Beschränkung der Veräußerung der durch Uebereinkunft mit der niederländischen Regierung von dem Allerhöchsten Aetarium übernommenen Pains d'Abbayes.

Justiz-Hofdecret vom 31. August 1832, S. 66, Nr. 2574.

- der sogenannten Dominical-Gewerbe in Niederösterreich ist nur mit dem ganzen Dominical-Körper gestattet.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1835, S. 20, Nr. 34.

- Veräußerungs-Befugniß der Mitglieder aufgehobener Klöster (Erecligiosen).

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1835, S. 66, Nr. 111.

- Beschränkung der Veräußerung eines dem öffentlichen Cultus eines tolerirten Glaubensbekenntnisses gewidmeten Gebäudes.

Hofkanzlei-Decret vom 4. April 1839, S. 336, Nr. 354.

- Vorschrift für Tirol und Vorarlberg, über die Vertheilung des Preises von im Wege der gerichtlichen Execution veräußerten unbeweglichen Gütern.

Justiz-Hofdecret vom 19. November 1839, S. 354, Nr. 388.

- Vorschrift über die Veräußerung der von Staats- und Fonds-, dann ständischen und städtischen Beamten als Caution eingelegten Obligationen oder Anlagen bei dem Staatsschulden-Eiligungsfonde, sobald die Ersatzpflichtigkeit des Beamten ausgesprochen ist, mit Berücksichtigung der etwa auf der Obligation haftenden Eigenthums- und Pfandrechte.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Jänner 1842, S. 3, Nr. 583.

- Zur emphyteutischen Veräußerung von Lehen-Grundparzellen an Unterthanen in Böhmen ist der lehensherrliche Consens erforderlich, und keine Veräußerung ohne denselben den Grundbüchern einzuverleihen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Jänner 1843, S. 94, Nr. 679.

- Die Verordnung vom 20. Jänner 1804, wegen Hintanhaltung der Veräußerung obrigkeitlicher Dominicalgründe und ganzer Herrschaften an Unterthanen hat nur dort zu gelten, wo nicht in der bestehenden Landesverfassung andere Bestimmungen begründet sind.

Justiz-Hofdecret vom 4. April 1843, S. 104, Nr. 694.

Veräußerung. Die Veräußerung der verkäuflichen Apotheker-Gewerbe in Galizien über den Normalpreis wird nicht gestattet.

Hofkanzlei-Decret vom 27. November 1843, S. 172, Nr. 767.

- Bestimmungen über die gerichtliche Veräußerung öffentlicher Staats- und Fonds-Obligationen und der Cartele des lombardisch-venetianischen Monte, dann der Bankactien.

Justiz-Hofdecret vom 24. Jänner 1844, S. 190, Nr. 778.

- Bedingte Gestattung der Veräußerung von Unterthansgründen zum Behufe der Robot- und Zehent-Ablösung.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1848, S. 561, Nr. 1129.

- S. auch Feilbietung. Gut, Tirol, Verkauf.

- der Güter. S. Verträge.

Verantwortlichkeit der Gerichte für die Zulassung der Parteien zum Armenrechte auf Grundlage der von denselben beigebrachten Armutshzeugnisse.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 584.

- Bezeichnung der Personen, welche für das Erscheinen einer sträflichen Druckschrift verantwortlich sind.

Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Verantwortung der Verggerichte und Verggerichts-Substitutionen für die Verhängung und Einbringung der Saumsalsstrafen.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 27. November 1838, S. 311, Nr. 310.

- Verantwortlichkeit der mit der Steuer-Einhebung beauftragten Aemter und Beamten für jeden aus ihrer Saumseligkeit dem Steuerfonde entstehenden Schaden.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Februar 1840, S. 473, Nr. 409.

- Verantwortlichkeit des Eigenthümers, oder nach Umständen des Werthführers, für die fortwährende Tauglichkeit der für Dampfmaschinen und Locomotive bestimmten Kessel.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juni 1845, S. 266, Nr. 891.

Verbindungen. Beschluß der deutschen Bundesversammlung zur Abstellung unerlaubter Verbindungen und sonstiger Mißbräuche unter den Handwerksgefelln.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Jänner 1841, S. 550, Nr. 492.

Verbot. Aufschriften an öffentliche Cassen wegen Verboten u. sollen immer mit dem Amtseigille versehen seyn.

Justiz-Hofdecret vom 20. October 1823, S. 161, Nr. 1971.

- Die Nationalbank kann den Criminalgerichten die Einsicht der deponirten Effecten und die Annahme der Verbote nicht verweigern.

Justiz-Hofdecret vom 2. Jänner 1824, S. 168, Nr. 1982.

- der Anstellung der wegen Verbrechen in einer Criminal-Untersuchung gestandenen Individuen in Staatsdienste, wenn sie in derselben nicht für unschuldig erklärt worden sind.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1826, S. 31, Nr. 2199.

- Brandschadens-Vergütungen dürfen durch Verbot ihrem Zwecke zur Wiederherstellung der beschädigten Gebäude nicht entzogen werden.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1828, S. 127, Nr. 2354.

- Auf die unter dem Ausdrücke: Pains d'Abbayes angewiesenen Alimentationsbeträge findet kein Verbot und keine Execution Statt.

Justiz-Hofdecret vom 1. August 1829, S. 167, Nr. 2421.

Verbot. Straßeneinräumer, auf deren Löshnung Schulden halber ein gerichtlicher Verbot gelegt wird, sind sogleich zu entlassen.

Hofkanzlei-Decret vom 22. October 1829, S. 175, Nr. 2435.

- Vorschrift über die Zustellung gerichtlicher Verfügungen, wodurch ein Verbot auf Interessen der bei der Universal-Staats- und Banco-Schuldencaße in Wien anliegenden Capitalien bewilliget oder aufgehoben wird.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1831, S. 20, Nr. 2528.

- Auf Pensionen der Beamten-Witwen oder Waisen haftende Verbote gehen verhältnißmäßig auf die Abfertigung über.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1833, S. 87, Nr. 2606.

- Diäten und Reisevergütungen der in Criminal-Angelegenheiten verwendeten Privat-Aerzte und anderen Kunstverständigen können mit gerichtlichem Verbote belegt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Juni 1835, S. 24, Nr. 40.

- Aufhebung des Verbotes besonders bezeichneter Nebenbeschäftigungen für landesfürstliche Beamte und Diener; welche Nebengeschäfte denselben nicht gestattet werden.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1835, S. 40, Nr. 77.

- In welchem Falle Diurnen und Diäten mit gerichtlichem Verbote belegt werden können.

Hofkanzlei-Decret vom 22. August 1835, S. 42, Nr. 80.

- In wieferne und in welchem Betrage die Einkünfte der Militär-Heiraths-Cautions-Capitale mit Verbot belegt werden können.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1835, S. 43, Nr. 84.

- Dem gerichtlichen Verbote unterliegen die Provisionen und Gnadenbezüge der Landes-vertheibiger.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1835, S. 56, Nr. 95.

- Aufhebung des auf Pensionen gelegten Verbotes bei Wiederanstellung der Pensionisten von jenem Tage an, als der Bezug der Activbesoldung beginnt.

Hofkammer-Decret vom 5. März 1838, S. 172, Nr. 260.

- Befreiung der Versorgungsbeiträge für mittellose und gebrechliche Prager Advocaten und Mitglieder der dortigen juridischen Facultät von gerichtlichen Verbotten, Cessions-Vormerkungen, Pfändungen und anderen Executionen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1838, S. 183, Nr. 274.

- Verbote auf öffentliche, auf bestimmte Namen lautende Obligationen sollen, wenn sie bewilliget oder aufgehoben werden, der betreffenden Casse angezeigt werden.

Hofkammer-Decret vom 26. Juni 1838, S. 262, Nr. 281.

- Auf Pensionen unter Einhundert Gulden sind gerichtliche Verbote unzulässig.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juli 1838, S. 269, Nr. 283.

- Auf nicht liquide und nicht angewiesene Forderungen findet kein gerichtlicher Verbot bei öffentlichen Cassen Statt.

Hofkammer-Decret vom 21. August 1838, S. 276, Nr. 291.

- Auf 100 fl. nicht erreichende Pensionen und Unterhaltsgelder der landesfürstlichen, ständischen und städtischen Beamten und Diener, dann ihrer Angehörigen, findet kein gerichtlicher Verbot Statt.

Justiz-Hofdecret vom 22. April 1839, S. 336, Nr. 356.

- Bestimmung der Basuta jener Militär-Heiraths-Cautions-Einkünfte, von welchen ein Theil mit Verbot belegt werden kann.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Mai 1839, S. 337, Nr. 357.

Verbot. Auf die Provision der Tiroler Landesverteidiger, ihrer Witwen und Waisen, findet kein Verbot Statt.

Hofkammer-Decret vom 27. October 1839, S. 352, Nr. 383.

— Die Alimentations-Gebühren suspendirter Beamten sind vom gerichtlichen Verbote befreit.

Hofkammer-Decret vom 11. December 1839, S. 362, Nr. 397.

— Vollziehung der auf Pensionen unter Einhundert Gulden jährlich vor Kundmachung der Allerhöchsten Entschliessung vom 26. Februar 1839 bewilligten und rechtskräftig gewordenen Verbote, worunter auch Pensionen und Provisionen der Beamten- und minderer Dieners-Witwen und die Unterhalts-Beiträge grossjähriger Beamten- und Waisen verstanden sind, auf welche nunmehr kein Verbot statt findet.

Hofkammer-Decret vom 29. Mai 1840, S. 501, Nr. 445.

— Vorschrift für Gerichtsbehörden, über die Vormerkung gerichtlicher Verbote auf Cautionen und Depositen, und rücksichtlich ihrer Zinsen, welche bei dem Staatsschulden-Eiligungsfonde fruchtbringend angelegt sind.

Hofkammer-Decret vom 21. October 1840, S. 534, Nr. 470.

— Auf den von einem landesfürstlichen Beamten seiner Ehegattinn abzureichenden Unterhalt findet ein gerichtlicher Verbot nicht Statt.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1840, S. 540, Nr. 482.

— Auf die Besoldung der Schullehrer findet kein gerichtlicher Verbot, wohl aber auf jene der Mesner Statt.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Februar 1841, S. 559, Nr. 505.

— Vorschrift über die Vormerkung der gerichtlichen Verbote auf die bei dem Staatsschulden-Eiligungsfonde fruchtbringend angelegten Cautionen, Wadlen, Depositen und deren Interessen.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1841, S. 573, Nr. 530.

— Verbot nachträglicher gottesdienstlicher Handlungen in dem akatholischen Bethause bei den unter passiver Assistenz der katholischen Pfarrer geschlossenen Ehen zwischen Katholiken und Akatholiken.

Hofkanzlei-Decret vom 27. December 1842, S. 80, Nr. 665.

— Vom gerichtlichen Verbote sind die Deficientengehalte des Curat-Clerus und die pfarrliche Congrua mit 300 fl. befreit.

Hofkanzlei-Decret vom 13. October 1843, S. 149, Nr. 750.

— Aufhebung des Verbotes zur Ertheilung des Privatunterrichtes durch landesfürstliche Beamte.

Justiz-Hofdecret vom 5. März 1844, S. 196, Nr. 790.

— Ausdehnung des Verbotes über die Aufnahme der wegen Verbrechen und Vergehen aus dem Staatsdienste entlassenen Individuen als Diurnisten bei landesfürstlichen Behörden auch auf solche Individuen, welche noch niemals im öffentlichen Dienste sich befanden.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Juni 1844, S. 211, Nr. 812.

— Der gerichtliche Verbot findet auf die Verschleiß-Provision der Tabak- und Stämpel-Verleger, Trafikanten und Kleinverschleißer Statt.

Hofkammer-Decret vom 13. October 1844, S. 237, Nr. 840.

— Zu Gunsten der Alimentation eines unehelichen Kindes kann auf die Besoldung eines Beamten, als des zur Verpflegung desselben verpflichteten Vaters, Verbot gelegt werden.

Hofkammer-Decret vom 30. November 1844, S. 242, Nr. 850.

— Aufhebung des Verbotes der Ertheilung des Privatunterrichtes durch Advocaten.

Studien-Hofcommissions-Decret vom 20. Mai 1846, S. 336, Nr. 965.

Verbot. Dem Gläubiger eines Erben kann ein Verbot nur auf einzelne Erbschaftsachen, nie aber auf das Erbrecht im Ganzen bewilliget werden.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1846, S. 337, Nr. 968.

- Dem durch die competente Polizeibehörde Abgeschafften ist das Verbot der Rückkehr zu eröffnen.

Hofkanzlei-Decret vom 22. October 1846, S. 386, Nr. 993.

- der Erzeugung, des Verkaufes und des Gebrauches explosirender Stoffe.

Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1847, S. 460, Nr. 1060.

- Aufhebung des Verbotes der Erzeugung künstlicher Mineral-Wässer, welchen jedoch nicht die Benennung eines bestehenden natürlichen Mineralwassers gegeben werden darf.

Hofkanzlei-Decret vom 11. November 1847, S. 475, Nr. 1094.

- des Uebereinkommens, wodurch ein in activer Dienstleistung stehender Officier seine Charge im Wege der Quittirung oder Pensionirung gegen ein Entgelt aufzugeben zusichert.

Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1848, S. 612, Nr. 1135.

- des Gebrauches des unverzinnten, dann Beschränkung des Gebrauches verzinnten Kupfer- und Messing-Geschirres bei Zucker-, Mandoletti- und Kuchenbäckern, Kaffeesiedern, und bei allen mit der Erzeugung und dem Verkaufe von Gewaaren sich befassenden Gewerbsleuten.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 19. September 1848, S. 661, Nr. 1183.

- Berechnung des Percentual-Abzuges von dem Einkommen der diesem Abzuge unterliegenden Personen, wenn dieses Einkommen mit einem gerichtlichem Verbote oder einer Executionsführung behaftet ist. Berechnung des Betrages, auf welchen sich in einem solchen Falle der Verbot bezieht.

Finanz-Ministerial-Erlaß vom 17. November 1848, S. 664, Nr. 1186.

- S. auch Gerichtliche Verfügungen, Straßeneinräumer.

Verbotene Spiele. S. Spiele.

- **Waffen. S. Waffen.**

Verbrechen. Benehmen des Civilrichters, wenn sich im Laufe eines Processus Anzeigen eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Übertretung ergeben.

Justiz-Hofdecret vom 16. März 1821, S. 11, Nr. 1743.

- Formulare zu den Hauptausweisen über die Ab- und Zuname der Verbrechen und Verbrecher.

Justiz-Hofdecret vom 1 Februar 1822, S. 75, Nr. 1835.

- Wenn der Diebstahl und die Veruntreuung, wie auch die Theilnahme an denselben, ein Verbrechen zu seyn aufhören.

Hofkanzlei-Decret vom 18. April 1822, S. 95, Nr. 1868.

- Die Zollgefälls-Administrationen haben jeden Fall, wo ein Verbrechen obzuwalten scheint, dem gehörigen Criminalgerichte ohne Aufschub anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 26. Juli 1822, S. 111, Nr. 1883.

- Zur Erhebung des Thatbestandes angezeigter Verbrechen in Galizien sind nicht Criminalräthe, sondern Gränzkammerer abzuordnen. Prüfung anzustellender Gränzkammerer aus den vier ersten Capiteln der zweiten Abtheilung des Strafgesetzes.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juli 1824, S. 210, Nr. 2013.

- Ob die Selbstbefleckung als Verbrechen der Unzucht gegen die Natur anzusehen sei.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1824, S. 264, Nr. 2035.

Verbrechen. Vorschrift über das Benehmen des Criminalrichters, wenn mit einem Verbrechen die Uebertretung des Verbotes des Waffentragens zusammentrifft.

Justiz-Hofdecrete vom 2. September und 11. October 1825, S. 319 und 324, Nr. 2128 und 2134.

- Verbot der Anstellung der wegen Verbrechen in einer Criminal-Untersuchung gestandenen Individuen in Staatsdienste, wenn sie in derselben nicht für unschuldig erklärt worden sind.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1826, S. 31, Nr. 2199.

- Benehmen des Appellationsgerichtes in dem Falle, wenn das Criminalgericht eine Handlung nicht für ein Verbrechen erklärt, die von der politischen Behörde für ein Verbrechen gehalten wird.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1827, S. 81, Nr. 2279.

- Die eines Criminal-Verbrechens schuldig befundenen, oder von demselben aus Mangel rechtlicher Beweise losgesprochenen Individuen, dürfen bei Privatherrschaften zur Besorgung der Justizpflege oder politischen Geschäftsverwaltung nicht angestellt werden.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1828, S. 112, Nr. 2335.

- Bei den dem Erkenntnisse der höheren oder höchsten Behörden vorbehaltenen Verbrechen sind auch die Beschlüsse der ersten Instanz über Ablassung von der Voruntersuchung mit den Acten dem Appellationsgerichte vorzulegen; davon findet nur eine Ausnahme Statt, wenn die Criminalgerichte bloße Anzeigen verwerfen, oder den Gegenstand sogleich zurückweisen.

Justiz-Hofdecret vom 18. September 1839, S. 171, Nr. 2427.

- Die eines Verbrechens schuldig befundenen oder von demselben aus Mangel rechtlicher Beweise losgesprochenen Individuen dürfen nicht als Vogteiverwalter und Grundbuchsführer angestellt werden.

Hofkanzlei-Decret vom 25. October 1830, S. 216, Nr. 2490.

- Behandlung der von einem ihnen angeschuldigten Verbrechen bloß aus Abgang rechtlicher Beweise losgesprochenen Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 16. December 1831, S. 26, Nr. 2541.

- Bestrafung der von Sträflingen im Strafhaufe begangenen Verbrechen.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Mai 1833, S. 92, Nr. 2614.

Die Verpflichtung der Mitschuldigen, für den ganzen Betrag der Criminalkosten zu haften, tritt bei Denjenigen nicht ein, die wegen Verdachts eines gemeinschaftlich verübten Verbrechens in Untersuchung gezogen, aber wegen Mangels an Beweis losgesprochen worden sind.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1833, S. 73, Nr. 2583.

- Anwendung des Patentes vom 6. Juli 1833, über den Beweis durch Zusammentreffen der Umstände, auf früher verübte Verbrechen, worüber die Untersuchung erst nach Rundmachung dieses Gesetzes eingeleitet worden ist.

Justiz-Hofdecret vom 2. Mai 1834, S. 112, Nr. 2653.

- Erläuterung des Justiz-Hofdecretes vom 12. April 1828, wegen Anstellung der eines Verbrechens schuldig befundenen, oder von demselben aus Mangel rechtlicher Beweise losgesprochenen Individuen, als Justizdiäre oder politische Geschäftsführer bei Privatherrschaften.

Hofkanzlei-Decret vom 20. März 1835, S. 2, Nr. 2.

- Vorschrift über die Ergreifung der Recurse gegen Strafurtheile über Verbrechen, wodurch zugleich auf Schadenersatz erkannt wird.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 29, Nr. 49.

- Behandlung der in- und ausländischen Ordensritter, welche wegen Verbrechen abgeurtheilt, oder ab instantia dießfalls absolvirt werden.

Justiz-Hofdecret vom 6. October 1835, S. 47, Nr. 86.

Verbrechen. Vorschrift über das Benehmen des Criminalrichters und des Richters über schwere Polizei-Übertretungen, wenn mit einem Verbrechen eine schwere Polizei-Übertretung zusammen-
trifft.

Justiz-Hofdecret vom 1. August 1837, S. 136, Nr. 217.

- Bestrafung der Verbrechen gegen den deutschen Bund.

Patent vom 24. October 1837, S. 149, Nr. 236, und

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1837, S. 152, Nr. 239.

- Belehrung sämmtlicher Appellationsgerichte, über das Zusammentreffen schwerer Polizei-Übertretungen mit Verbrechen.

Justiz-Hofdecret vom 20. Februar 1838, S. 172, Nr. 258.

- Wann der Diebstahls-Versuch zum Verbrechen werde.

Justiz-Hofdecret vom 6. März 1838, S. 173, Nr. 261.

- Bestimmung der Behörde zur Amtshandlung über die von Reisenden oder Postbediensteten begehenden Verbrechen.

Auszug aus der Postordnung für Reisende vom 1. December 1838, S. 312, Nr. 312.

- Vorschrift über die Bestrafung der Verbrechen, welche ein ungarischer oder siebenbürgischer Soldat vor seiner Affentirung und Eidesablegung begangen hat.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 14. Juni 1839, S. 340, Nr. 362.

- Wann die Theilnahme am Diebstahle nicht als Verbrechen zu behandeln sei.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1841, S. 657, Nr. 576.

- Die auf das Verbrechen der meineidigen Entweichung aus dem Kriegsdienste festgesetzte Strafe der Vermögens-Confiscation wird aufgehoben und dafür Entschädigungs-Pauschalien eingeführt.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1842, S. 10, Nr. 599.

- Die wegen Verbrechen ihres Dienstes entsetzten Individuen dürfen bei landesfürstlichen Behörden auch nicht zeitweilig, mithin auch nicht als Diurnisten, verwendet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 23. März 1842, S. 14, Nr. 602.

- Die Theilnahme und Mitschuld am Diebstahle ist, wenn derselbe lediglich aus der Eigenschaft des Thäters nach §. 156, I. Theiles des Strafgesetzes, diesem als Verbrechen zugerechnet ist, nicht als Verbrechen zu behandeln.

Justiz-Hofdecret vom 10. Juni 1843, S. 123, Nr. 711.

- Bei Einvernehmung zur Zeugenschaft in Fällen von Verbrechen werden bloß die Anordnungen der §§. 379, 380, 389 und 529 des I. Theiles des Strafgesetzes in Anwendung gebracht.

Hofkammer-Decret vom 7. Juli 1843, S. 128, Nr. 721.

- Dienstentlassung der Individuen der Finanzwache, welche wegen Mangels rechtlicher Beweise von der Untersuchung wegen eines Verbrechens losgezählt werden.

Hofkammer-Decret vom 8. Jänner 1844, S. 185, Nr. 771.

- Wegen Verbrechen abgestrafte Individuen dürfen bei landesfürstlichen Behörden als Diurnisten nicht verwendet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Juni 1844, S. 211, Nr. 812.

- Vorschrift und Formulare zur Verfassung der summarischen Jahresausweise über die wegen Verbrechen untersuchten Personen.

Justiz-Hofdecret vom 21. August 1844, S. 215, Nr. 825.

- Vorschrift über die Behandlung der Kinder verstorbener Beamten und mindere Diener, deren Mutter für dieselben Erziehungsbeiträge genoß, und wegen eines Verbrechens ihrer Pension oder Provision verlustig wurde.

Hofkammer-Decret vom 7. October 1845, S. 277, Nr. 903.

Verbrechen. Das Urtheil ist auch dann der höheren und rücksichtlich höchsten Revision zu unterziehen, wenn das Strafgericht die Einleitung der Criminal-Untersuchung wegen eines der in den §§. 433 und 442 I. Theils des Strafgesetzes bemerkten Verbrechens beschloffen hat, der Untersuchte aber von dem Strafgerichte oder Obergerichte eines anderen Verbrechens schuldig befunden wurde.

Justiz-Hofdecret vom 28. Jänner 1846, S. 310, Nr. 924.

- Bestimmung der Zuständigkeit und des Instanzenzuges hinsichtlich der Criminal-Gerichtsbarkeit über die im Kratauer Gebiete verübten Verbrechen.

Justiz-Hofdecret vom 24. December 1846, S. 399, Nr. 1014.

- Wenn jene Merkmale vorhanden sind, welche die Uebertretung der Vorschriften des Eisenbahn-Polizeigesetzes als Verbrechen oder als Versuch eines solchen darstellen, hat der I. Theil des Strafgesetzes Anwendung zu finden.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1846, S. 436, Nr. 1044, §§. 32, 33, 34, 35, 36.

- Bestrafung des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit durch böshafte Beschädigung an Eisenbahnen.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 449, Nr. 1047.

- Wann die Ablieferung des flüchtigen Beschuldigten an dasjenige Criminalgericht, welches den Steckbrief erlassen hat, gerechtfertigt ist.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juli 1847, S. 466, Nr. 1076.

- Militärbehörden haben Soldaten, welche wegen eines vor der Affentirung im Civilstande begangenen Verbrechens bereits gerichtlich verfolgt worden sind, und sich dieser Verfolgung durch die Affentirung entzogen haben, von Amtswegen unverzüglich an die Civilbehörde auszuliefern.

Decret des Hofkriegsrathes vom 29. März 1848, S. 572, Nr. 1131.

- Wer durch den Inhalt oder die Darstellung einer Druckschrift sich eines Verbrechens schuldig macht, verfällt im Allgemeinen in die durch die bestehenden Gesetze dagegen verhängte Strafe.

Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

- Pflicht der Behörden zu Anzeigen an die vorgesetzte Behörde über jene Beamte, welche sich eines Verbrechens schuldig gemacht haben, wenn auch wegen der eingetretenen Verjährung oder wegen rechtzeitig geleisteten Ersases von dem Criminalverfahren abgelaßen worden ist.

Justiz-Ministerial-Decret vom 30. Juni 1848, S. 643, Nr. 1166.

- S. auch Strafges.

Verbrecher. Formulare zu den jährlichen summarischen Ausweisen über die Ab- und Zunahme der Verbrecher.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1822, S. 75, Nr. 1835.

- Wann ein im politischen Wege abgeurtheilter Verbrecher zur Criminal-Untersuchung zu ziehen sei.

Justiz-Hofdecret vom 20. Jänner 1823, S. 128, Nr. 1920.

- Vorschrift über das Benehmen des Criminalrichters, wenn ein Verbrecher sich auch der Uebertretung des Verbotes des Waffentragens schuldig gemacht hat.

Justiz-Hofdecrete vom 2. September und 11. October 1825, S. 319 und 323, Nr. 2128 und 2134.

- Vertrag mit der schweizerischen Eidgenossenschaft, über die wechselseitige Auslieferung der Verbrecher.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1828, S. 133, Nr. 2364.

- Die Landesstelle kann aus wichtigen Gründen im Einverständnisse mit dem Appellationsgerichte die in den Criminal-Urtheilen wider Verbrecher ausgesprochene Strafe der öffentlichen Arbeit nachsehen.

Justiz-Hofdecret vom 6. Februar 1829, S. 143, Nr. 2381.

Verbrecher. Die Nationalität der auf den Spielberg bei Brünn abgelieferten Verbrecher, welche Ausländer sind, ist jedesmal der Auskunfts-Tabelle beizuschließen.

Justiz-Hofdecret vom 21. März 1829, S. 147, Nr. 2389.

- Welchen Verbrechern, wegen welcher Verbrechen und zu wie langer Kerkerstrafe verurtheilten Sträflingen der Spielberg zu Brünn, und welchen die Citadelle zu Gradiška als Strafort angewiesen ist.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1829, S. 161, Nr. 2408.

- In Fällen der Auslieferung eines Verbrechers an eine fremde Regierung hat sich die Landesstelle mit dem Appellationsgerichte ins Einvernehmen zu sehen.

Hofkanzlei-Decret vom 8. October 1829, S. 172, Nr. 2430.

- Der mit Parma im Jahre 1818 abgeschlossene Vertrag, über die gegenseitige Auslieferung der Verbrecher, wird bis Ende 1839 verlängert.

Hofkanzlei-Decret vom 20. November 1829, S. 179, Nr. 2441.

- Behandlung der Verlassenschaft der im Provinzial-Strafhaufe zu Brünn verstorbenen ausländischen Verbrecher.

Justiz-Hofdecret vom 3. September 1830, S. 206, Nr. 2478.

- Bestimmung der Gerichtsbarkeit über die außer dem standrechtlichen Verfahren in der Militärgränze betretenen Verbrecher, welche keine Bewohner der Militärgränze sind.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1830, S. 208, Nr. 2481.

- Staatsvertrag mit Rußland und Preußen, wegen Auslieferung der Staats-Verbrecher.

Patent vom 4. Jänner 1834, S. 105, Nr. 2637.

- Staatsvertrag mit Toscana, über die wechselseitige Auslieferung der Verbrecher.

Hofkanzlei-Decret vom 28. August 1834, S. 122, Nr. 2668.

- Vorschrift über die Behandlung der Ueberverdienst-Gelder der Verbrecher bei Beendigung ihrer Strafzeit und ihrem Tode.

Hofkanzlei-Decret vom 4. März 1836, S. 76, Nr. 130.

- Die wegen Störung der innerlichen Ruhe des Staates und wegen Creditspapier-Verfälschung zu einer weniger als zehnjährigen Kerkerstrafe verurtheilten Verbrecher dürfen ihre Strafe in den Provinzial-Strafhäusern ausüben.

Justiz-Hofdecret vom 27. Februar 1837, S. 113, Nr. 176.

- Der Zutritt zu den zum Tode verurtheilten Verbrechern ist nur auf deren Verwandte und solche Personen zu beschränken, welche der Verurtheilte zu sehen wünscht.

Justiz-Hofdecret vom 11. September 1837, S. 145, Nr. 226.

- Auslieferung der Verbrecher gegen die deutschen Bundesstaaten.

Patent vom 24. October 1837, S. 149, Nr. 236, und Justiz-Hofdecret vom 30. October 1837, S. 152, Nr. 239.

- Staatsvertrag mit Sardinien, über die wechselseitige Auslieferung der Verbrecher.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Juli 1838, S. 270, Nr. 286.

- Ausdehnung des mit den deutschen Bundesstaaten geschlossenen Staatsvertrages, wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher, auf alle österreichischen Provinzen, in welchen das Strafgesetz vom Jahre 1803 Anwendung findet.

Justiz-Hofdecret vom 25. Februar 1839, S. 333, Nr. 346.

- Verlängerung des Staatsvertrages mit Parma, wegen wechselseitiger Auslieferung der Verbrecher.

Hofkanzlei-Decret vom 20. December 1839, S. 362, Nr. 398.

- Leistung der Militär-Assistenz zur Einbringung von Verbrechern, deren Entweichung dem Staate besonders gefährlich wäre.

Justiz-Hofdecret vom 25. Jänner 1841, S. 553, Nr. 498.

Verbrecher. In den jährlich vorzulegenden statistischen Ausweisen sind in der Rubrik der im ordentlichen Strafverfahren zur Todesstrafe verurtheilten Verbrecher nur diejenigen aufzunehmen, denen die Todesstrafe von Seiner Majestät nicht nachgesehen wurde.

Justiz-Hofdecret vom 7. März 1842, S. 14, Nr. 601.

- Die Affentirung eines wegen Verbrechen bereits gerichtlich verfolgten Individuums zum Militär ist unzulässig.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 3. Mai 1843, S. 121, Nr. 703.

- Vorschrift über die Behandlung der Criminal- und politischen Verbrecher in Dalmatien hinsichtlich der Bettfournituren und der Beköstigung derselben.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1844, S. 210, Nr. 808.

- Vorschrift über die Rundmachung der Todesurtheile an Verbrecher, welche sich zu einer im Lande gebuldeten Religion bekennen.

Justiz-Hofdecret vom 18. September 1844, S. 221, Nr. 829.

- Abgabe der an Verbrecher einlangenden oder von flüchtigen Verbrechern einkommenden Briefen an das Criminalgericht.

Hofkammer-Decret vom 8. März 1845, S. 255, Nr. 874.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und dem Königreiche beider Sicilien, über die wechselseitige Auslieferung der Verbrecher.

Vom 24. December 1845, S. 297, Nr. 917.

- Abgestrafte Verbrecher dürfen ohne besondere Allerhöchste Erlaubniß nicht zum Doctor promovirt werden.

Studien-Hofcommissions-Decret vom 10. Jänner 1846, S. 307, Nr. 921.

- Vorschrift über die Beförderung und Transportirung von Verbrechern auf den Staatseisenbahnen.

Hofkammer-Präsidial-Erlaß vom 21. December 1847, S. 480, Nr. 1106.

- Die sardinische Regierung hat den wegen Auslieferung der Verbrecher mit Oesterreich geschlossenen Staatsvertrag aufgekündigt.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1848, S. 616, Nr. 1138.

- Bestimmungen über die Vollziehung der Todesstrafe an Verbrechern.

Hofkanzlei-Decret vom 29. April 1848, S. 617, Nr. 1139.

- S. auch Bundesstaaten, Hochverräther, Mitschuldige, Parma, Preußen, Rußland, Sardinien, Schweiz, Sicilien, Sträflinge, Strafgesetz, Toscana.
- : **Entweichung.** S. **Flucht.**

Verbreiter. Verantwortlichkeit derselben bei sträflichen Druckschriften.

Rundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Verbrüderungen. Hinweglassung des Beisages wegen der geheimen Verbrüderungen in den Dienst-Eidesformeln der Justiz-Beamten, der obrigkeitlichen mit der Justiz-Verwaltung beauftragten Beamten, dann der Advocaten, Notare, Wechselgerichtsbeisitzer und deren Substituten, und Abstellung der Abforderung der dießfälligen Reverse.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1848, S. 619, Nr. 1145.

Verbücherung. Vorschrift über die Behandlung jener Landtaselgüter in Galizien, welche zu einem Körper gehören und als Zugehör desselben in der Landtasel erscheinen, in derselben aber ein eigenes Blatt haben und besonders belastet werden, insbesondere bei Verbücherungen von Pösten in der Eigenthums- oder Lasten-Rubrik.

Justiz-Hofdecret vom 15. September 1847, S. 469, Nr. 1084.

Verbürgung trockener Wechsel. S. **Wechsel.**

Vereactionirte Beamte. S. **Beamte.**

Verdacht. Die Verpflichtung der Mitschuldigen, für den ganzen Betrag der Criminalkosten zu haften, tritt bei Denjenigen nicht ein, die wegen Verdachts eines gemeinschaftlich verübten Verbrechens in Untersuchung gezogen, aber wegen Mangels an Beweis losgesprochen worden sind.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1833, S. 73, Nr. 2583.

Verdächtige. Verpflichtung der Gränz- und Gefällen-Wache zur Anhaltung verdächtiger Personen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Jänner 1838, S. 168, Nr. 251.

Verhehlchung. Zur Verhehlchung eines minderjährigen vaterlosen Gutsbesizers ist die grundherrliche Ehelicenz allein nicht hinreichend, sondern auch die obervormundschaftliche Bewilligung erforderlich.

Hofkanzlei-Decret vom 28. October 1829, S. 177, Nr. 2437.

Vereine. Vorschrift über die Errichtung der gesellschaftlichen Privat-Vereine und über deren Verhältnisse zur Staatsverwaltung.

Hofkanzlei-Decret vom 6. August 1840, S. 522, Nr. 462.

- Gründung eines geognostisch-montanistischen Vereines für die Provinzen Steiermark, Kärnthn, Krain und das Land ob der Enns; Begünstigungen für denselben.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 31. August 1843, S. 137, Nr. 737.

- Bestimmungen über die Errichtung und das Verhältniß der Privat-Vereine zur Staatsverwaltung.

Hofkanzlei-Decret vom 5. November 1843, S. 165, Nr. 763.

- Bedingte Gestattung des Beitrittes der landesfürstlichen Montan-Beamten zu den innerösterreichischen, oberösterreichischen, und tirol-vorarlbergischen geognostisch-montanistischen Vereinen.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 8. April 1845, S. 258, Nr. 880.

- Vorschriften für Criminal- und Polizeibehörden, über die Ertheilung der Auskünfte an den Schutzverein für entlassene Sträflinge.

Hofkanzlei-Decret vom 17. April 1847, S. 460, Nr. 1060.

Vereinigte Hofkanzlei. S. Hofkanzlei.

Vereinigte Staaten von Amerika. S. Amerika.

Vereinigung des kustenländischen Appellationsgerichtes zu Fiume mit dem innerösterreichischen zu Klagenfurt.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1822, S. 111, Nr. 1882.

- des Klagenfurter Kreises mit Illirien.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1825, S. 294, Nr. 2082.

- der illirischen Zollgefällen-Administration mit der steierisch-kärnthnerischen in Graß.

Justiz-Hofdecret vom 20. Mai 1825, S. 301, Nr. 2097.

- der Direction der fahrenden Post mit der Oberst-Hofpostverwaltung.

Justiz-Hofdecret vom 19. Mai 1829, S. 159, Nr. 2404.

- des Pilsgramer mit dem Laborer Criminalgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 8. Jänner 1847, S. 403, Nr. 1018.

- S. auch Cumulirung.

Verfachbücher. Welche Urkunden zum Beweise der Löschung der in den sogenannten Verfach- oder Hypothekenbüchern vorkommenden Hypotheken, gegenüber den nicht vollständig zu befriedigenden Hypothekar-Gläubigern eines gerichtlich veräußerten Gutes, zum Verfachbuche gebracht werden sollen.

Justiz-Hofdecret vom 4. August 1840, S. 519, Nr. 459.

Verfachprotokoll. S. Protokoll.

Verfachtung. S. Gradationstare.

Verfälschung. Den Wanderbüchern und Kundschaften ist die Warnung von der Criminal-Verstrafung einer Verfälschung derselben einzuschalten.

Hofkanzlei-Decret vom 16. April 1822, S. 94, Nr. 1867.

- Die Criminalgerichte haben sich in Ansehung verfälschter Banknoten nach den für die Banco-jettel und Einlösungsscheine bestehenden Vorschriften zu benehmen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Mai 1824, S. 202, Nr. 2007.

- Strafbestimmung auf die Verfälschung der zu was immer für einer Gattung von öffentlichen Creditpapieren gehörigen Zinsabschnitte (Coupons) und Anweisungen auf Zinsabschnitte (Talons), dann der Staats-Centralcasse-Anweisungen und der von öffentlichen Cassen zur Erlangung einer Obligation oder Cartella del monte ausgestellten Anweisungen und Certificate.

Justiz-Hofdecret vom 19. Juni 1829, S. 162, Nr. 2412.

- Verstrafung der Verfälschung der aus Anlaß der Cholera-Krankheit ausgestellten Sanitäts- und Contumazpässe.

Justiz-Hofdecret vom 26. Juli 1831, S. 17, Nr. 2522.

- Vorschrift über die Behandlung der in- und ausländischen als Geld ausgeprägten Münzen, welche der Verfälschung verdächtig sind, oder welche als verfälscht erkannt werden.

Hofkammer-Decret vom 29. August 1846, S. 357, Nr. 981.

- **öffentlicher Creditpapiere.** S. Creditpapiere.

Verfahren bei Bestreitung einer von Minderjährigen ohne Einwilligung der Vormundschaftsbehörde eingegangenen Ehe.

Justiz-Hofdecret vom 22. September 1821, S. 50, Nr. 1802.

- Vorschrift über das Verfahren der Gerichtsbehörden bei Amortisirung einer in Verlust gerathenen Tiroler Landschafts-Obligation.

Justiz-Hofdecret vom 20. Jänner 1823, S. 127, Nr. 1919.

- Vorschrift über das Verfahren bei Abstiftung der Gutsunterthanen.

Justiz-Hofdecret vom 20. Mai 1825, S. 300, Nr. 2095.

- Vorschrift über das Verfahren bei Gerichtsstellen, über die Führung des Beweises durch Vergleichung der Handschriften.

Justiz-Hofdecret vom 2. December 1825, S. 331, Nr. 2150.

- Vorschrift über das Verfahren bei Gerichtsstellen, wo in Ermanglung eines Todtenscheines oder einer anderen öffentlichen Urkunde über den wirklichen Tod eines Vermißten der Beweis durch Zeugen angeboten wird.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1827, S. 68, Nr. 2259.

- bei Auflösung der Juden-Ehen, wenn ein Ehegatte zur christlichen Religion übergetreten, der andere aber im Judenthume zurückgeblieben ist.

Justiz-Hofdecret vom 19. Mai 1827, S. 80, Nr. 2277.

- Vorschrift über das Verfahren in Executions- und Concurssfällen in jenen Bezirken des vormalig venetianischen Küstenlandes, wo noch die unter dem Namen: Libri di notifiehe bestehenden Vormerkbücher geführt werden.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juni 1827, S. 83, Nr. 2283.

- Das mündliche Verfahren kann auch über eine schriftliche Klage eintreten.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1828, S. 126, Nr. 2352.

- bei der Umstellung fünf- oder sechshundertiger Dienstcautions-Obligationen der Beamten in vierprocentige und bei der Vinculirung derselben.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juli 1830, S. 204, Nr. 2475.

Verfahren. Bestimmung der Gerichtsbarkeit über die außer dem landrechtlichen Verfahren in der Militärgränze betretenen Verbrecher, welche keine Bewohner der Militärgränze sind.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1830, S. 208, Nr. 2481.

— Vorschrift für das gerichtliche Verfahren in Streitigkeiten über Besitzstörungen in Dalmatien.

Hofkanzlei-Decret vom 8. October 1830, S. 210, Nr. 2487.

— in Streitigkeiten über ausschließende Privilegien und über Eingriffe in dieselben.

Patent vom 31. März 1832, S. 37, Nr. 2556, §§. 25—29.

— gegen Auswanderer und unbefugt Abwesende.

Hofkanzlei-Decret vom 2. April 1832, S. 50, Nr. 2557.

— Vorschrift über das Verfahren der Buchhaltungen bei Hinausgabe der Rechnungsmängel an Rechnungsleger hinsichtlich der von den Letzteren zu erstattenden Rechnungs-Erläuterungen.

Hofkammer-Decret vom 12. September 1832, S. 66, Nr. 2575.

— bei der Dienstentlassung beideter Concepts- und Manipulations-Practikanten bei landesfürstlichen Behörden.

Justiz-Hofdecret vom 23. August 1833, S. 101, Nr. 2627.

— bei Liquidirung und Einbringung der Advocaten-Gebühren.

Justiz-Hofdecret vom 4. October 1833, S. 103, Nr. 2633.

— gegen Uebertreter des Post-Cordons.

Hofkanzlei-Decret vom 14. März 1834, S. 109, Nr. 2645.

— bei der Untersuchung der Gefälsch-Uebertretungen hinsichtlich des Zeugenbeweises.

Hofkammer-Decret vom 5. August 1834, S. 120, Nr. 2664.

— Einführung eines verbesserten Verfahrens bei der Behandlung der Gefälsch-Uebertretungen.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1835, S. 40, Nr. 75.

— Anwendung des summarischen Verfahrens bei Besitzstörungen jeder Art, insbesondere bei Gränzstreitigkeiten und Wasserleitungen oder Wasserwerken, soweit sie zur Competenz der Civilgerichte ausschließlich gehören.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1837, S. 108, Nr. 173.

— bei Einbringung minderer Forderungen in Tirol, welche zwanzig Gulden in Conventions-Münze ohne Einrechnung der Zinsen nicht übersteigen.

Justiz-Hofdecret vom 8. August 1837, S. 136, Nr. 218.

— Instruction für die magistratischen Gerichtsverwaltungen in den Vorstädten Wiens, über das Verfahren bei dem Zeugenbeweise und der Form der dießfälligen Urtheile.

Justiz-Hofdecret vom 17. April 1838, S. 174, Nr. 264.

— Vorschrift über das Verfahren gegen ein wegen einer schweren Polizei-Uebertretung abgeurtheiltes Individuum, gegen welches später eine früher begangene gleiche Polizei-Uebertretung vorkommt.

Hofkanzlei-Decret vom 14. September 1838, S. 277, Nr. 295.

— zur Erlangung der Sicherstellung bei Gefälsch-Uebertretungen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Februar 1839, S. 325, Nr. 336.

— bei Streitigkeiten zwischen Unternehmern periodischer Personen-Transporte, dann den hievou Gebrauch machenden Personen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. October 1839, S. 352, Nr. 381.

— Bei dem Verfahren über auf vollen Glauben verdienende Urkunden sich gründenden Klagen ist der Versuch der vorläufigen Conciliation gänzlich ausgeschlossen, jedoch hat der Richter bei den Tagsetzungen sich zur Erzielung einer gütlichen Ausgleichung der Parteien zu verwenden.

Justiz-Hofdecret vom 28. September 1840, S. 532, Nr. 467.

— Vorschrift über das Verfahren der österreichischen Justizbehörden, wenn ihnen die über Klagen der bayerischen Unterthanen von bayerischen Gerichten angebrachten und verbeschiedenen Klagen und gefällten Urtheile zur Zustellung und Vollstreckung eingesendet werden.

Justiz-Hofdecret vom 13. Juli 1841, S. 594, Nr. 548.

Verfahren. Vorschrift über das Verfahren bei Untersuchungen wider Geistliche, wegen schwerer Polizei-Übertretung.

Hofkanzlei-Decret vom 12. August 1841, S. 601, Nr. 553.

- Vorschrift über das Verfahren bei Interessen-Überweisungen von den bei der kriegsgerichtlichen Depositen-Administration erliegenden, zu Pupillar- und Curatelmassen gehörigen Obligationen.

Hofkammer-Decret vom 16. August 1842, S. 57, Nr. 633.

- Vorschrift über das Verfahren bei der Vornahme der Commissionen und Schätzungen der zum Behufe der Einlösung für die Staats-Eisenbahnen erforderlichen Grundstücke und Realitäten.

Justiz-Hofdecret vom 8. November 1842, S. 69, Nr. 654.

- Vorschrift über das Verfahren bei dem Ansuchen um die Ertheilung der Schurflicenz auf den Steinkohlenbergbau.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 28. December 1842, S. 80, Nr. 666.

- Vorschrift über das kolländliche Verfahren mit Gegenständen, welche von ausländischen Gerichten an ein österreichisches Criminalgericht gesendet werden.

Hofkammer-Decret vom 4. Jänner 1843, S. 85, Nr. 669.

- Vorschrift hinsichtlich der Zustellung von Vorladungen und Verordnungen ungarischer Wechselgerichte, ferner hinsichtlich der Execution auf Grund von Erkenntnissen ungarischer Wechselgerichte, endlich hinsichtlich der Eintreibung ungarischer Taxbeträge in den nicht ungarischen Ländern der Monarchie.

Justiz-Hofdecret vom 13. März 1843, S. 100, Nr. 688.

- Vorschrift über das Verfahren bei Entschädigungs-Ansprüchen für die durch Remonten-Transporte an Feldern, Wiesen u. verursachten Beschädigungen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Juli 1843, S. 130, Nr. 726.

- Vorschrift über das Verfahren bei Verleihung der systemisirten Adjuten an die Concept-Practikanten der Landgerichte in Tirol und Vorarlberg.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

- bei der gerichtlichen Einvernehmung eines zu einer fremden Mission gehörigen Individuums in Criminalfällen von Bedeutung.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1845, S. 247, Nr. 857.

- Vorschrift über das Verfahren der Criminalgerichte hinsichtlich des criminalgerichtlichen Einschreitens in gewissen Fällen der Creditpapier-Verfälschung.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1845, S. 248, Nr. 858.

- Vorschrift über das Verfahren der Gerichtsbehörden hinsichtlich der von dem Executen zur Befestigung des Personal-Arrestes überreichten Güterangabe.

Justiz-Hofdecret vom 15. Jänner 1845, S. 249, Nr. 859.

- bei Hereinbringung von Ersäßen (Tax-Ausständen) aus den Besoldungen solcher Beamten, deren Bezüge von einer Cassa auf eine andere übertragen werden.

Hofkammer-Decret vom 3. April 1845, S. 257, Nr. 879.

- bei der Pfändung und Execution beweglicher Sachen, worauf dritte Personen Eigenthums- oder andere Rechte zu haben behaupten.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1845, S. 265, Nr. 889.

- bei der Kesselprobe der Dampfmaschinen und Locomotive zur Verhinderung der Explosionen.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juni 1845, S. 266, Nr. 891.

- Vorschrift über das Verfahren bei Ausstellung der Empfangsbesätigungen, Quittungen oder Taxnoten über die von Beamten eingezahlten Diensttaxen.

Hofkammer-Decret vom 30. September 1845, S. 274, Nr. 902.

Verfahren. Vorschrift über das Verfahren bei der Abschreibung der für die Staats-Eisenbahnen eingelösten Gründe, Gebäude und der abgelösten obrigkeitlichen Siebigkeiten und Gerechtsamen in den Grundbüchern, in der Landtafel und in dem ständischen Kataster.

Justiz-Hofdecret vom 15. October 1845, S. 277, Nr. 904.

- Vorschrift über das Verfahren bei Hofrecursen, welche gegen eine im Disciplinarwege verhängte Arreststrafe von dem Beschuldigten bei der obersten Justizstelle überreicht werden.

Justiz-Hofdecret vom 22. October 1845, S. 278, Nr. 905.

- Anwendung des summarischen Verfahrens für geringfügige Rechtsachen bei allen Civilgerichten in allen Provinzen, in welchen das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch gilt, mit Ausnahme des lombardisch-venetianischen Königreiches und Dalmatiens.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- Vorschrift über das Verfahren bei den Elbe-Zollgerichten.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 2. December 1845, S. 289, Nr. 912.

- Vorschrift über das Verfahren bei Bestrafung des Holzdiebstahles an den Holzschwemmen.

Hofkanzlei-Decret vom 5. März 1846, S. 320, Nr. 943.

- Vorschrift über das Verfahren bei der Eidesablegung der Israeliten.

Justiz-Hofdecret vom 1. October 1846, S. 371, Nr. 987.

- Vorschrift über das summarische Verfahren in Civilrechtsachen bei den Grundgerichts-Verwaltungen in den Vorstädten Wiens.

Justiz-Hofdecret vom 7. October 1846, S. 373, Nr. 988.

- bei Untersuchung des unbefugten Nachdruckes literarischer, musikalischer und artistischer Werke. Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

- Vorschrift über das Verfahren bei Abhandlung der Verlassenschaften in den Fällen, wo die Erben unbekannt oder abwesend sind.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1846, S. 389, Nr. 1000.

- Vorschrift über das Verfahren der Grundgerichts-Verwaltungen Wiens bei Vergleichsversuchen in allen ihrer Amtshandlung zugewiesenen Rechtsstreitigkeiten.

Justiz-Hofdecret vom 11. December 1846, S. 395, Nr. 1010.

- Bestimmung der Frist zur Antretung eines Eides im summarischen Verfahren, dann ob und welche Frist zur Antretung des Beweises in einem Urtheile letzter Instanz festzusetzen sei.

Justiz-Hofdecret vom 31. December 1846, S. 399, Nr. 1015.

- Einführung eines summarischen Verfahrens für geringfügige Civil-Rechtsachen bei sämmtlichen Militärgerichten.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Vorschrift über das Verfahren bei den Verhandlungen und Entscheidungen von Streitigkeiten zwischen den Privat-Eisenbahn-Unternehmungen und den Obrigkeiten über die auf den zu den Eisenbahnen eingelösten Grundstücke haftenden Rechte.

Hofkanzlei-Decret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1036.

- Vorschrift über das Verfahren der Gerichtsstellen bei Klagen, welche gegen mehrere Beklagte gerichtet sind.

Justiz-Hofdecret vom 5. März 1847, S. 435, Nr. 1042.

- Vorschrift über das Verfahren bei der Untersuchung und Bestrafung der in Concurs verfallenen Schuldner.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 451, Nr. 1049.

- Im summarischen Verfahren bei den Grundgerichts-Verwaltungen der Vorstädte Wiens können auch schriftliche Eingaben angebracht werden.

Niederösterreichische Regierungs-Verordnung vom 18. März 1847, S. 454, Nr. 1050.

Verfahren. Vorschrift über das Verfahren des Richters bei Zulassung des *cumulatio* oder *sub*idiarisch mit anderen Beweismitteln aufgetragenen Haupttheils.

Allerhöchste Entschliebung vom 19. Juni 1847, S. 463, Nr. 1068.

- Ob Rechtsstreitigkeiten der Unterthanen mit ihren Herrschaften im summarischen Verfahren ausgetragen werden können, ob Recurse gegen Executionsbescheide beim ersten Richter überreicht werden müssen, endlich ob ein Recurs zulässig ist, wenn der erste Richter das summarische Verfahren offenbar gegen die Vorschrift des Gesetzes eingeleitet habe.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1847, S. 463, Nr. 1069.

- Die Rechtsstreitigkeiten über die bei einer Concursmasse anzumeldenden Forderungen sind von dem summarischen Verfahren nicht ausgeschlossen.

Justiz-Hofdecret vom 15. September 1847, S. 470, Nr. 1085.

- Anwendung des summarischen Verfahrens auf die Einbringung der von österreichischen Unterthanen wegen an der bairischen Landesgränze verübten Jagd-, Fisch-, Forst- oder Feldstrolch zu leistenden Schadenersatz-Beträge und Pfandgebühren.

Hofkanzlei-Decret vom 18. September 1847, S. 471, Nr. 1087.

- Vorschrift für Zollämter und das zollamtliche Verfahren, wann die im Inlande entwendeten und den Dieben im Auslande abgenommenen Gegenstände als *Corpora delicti* von einer anderen strafgerichtlichen Behörde des Auslandes, als einem Criminalgerichte, an eine andere öffentliche Behörde des österreichischen Zollgebietes, als an ein Criminalgericht, eingesendet werden.

Hofkammer-Decret vom 26. September 1847, S. 472, Nr. 1089.

- Instruction über das Verfahren außer Streitsachen bei dem Magistrat in Czernowitz und bei den Wirthschaftsämtern und Gemeindegerechten in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 495, Nr. 1125.

- Einführung des summarischen Verfahrens bei den Gerichtsstellen in Dalmatien, für geringfügige Streitsachen.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

- Vorschrift über das Verfahren in Presssachen.

Rundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

- Instruction für die Tilgungsfonds-Hauptcasse, über das Verfahren bei Rückzahlung erledigter gerichtlicher Depositen.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juli 1848, S. 646, Nr. 1170.

- außer Streitsachen. Bei allen gerichtlichen Schätzungen außer Streitsachen ist, wenn von den beteiligten Personen nicht zwei Sachverständige ausdrücklich verlangt werden, die Beiziehung eines Kunstverständigen für jedes einschlägige Fach genügend.

Justiz-Hofdecret vom 9. August 1848, S. 651, Nr. 1174.

- bei Liquidirung und Einbringung der Advocaten-Gebühren. S. *Advocaten*.

- in Streitigkeiten. S. *Beisitzung*.

Verfasser. Beschlüsse der deutschen Bundesversammlung zur Sicherung der Rechte der Verfasser literarischer und artistischer Werke gegen den Nachdruck und die Nachbildung.

Hofkanzlei-Decrete vom 16. November 1832, S. 50, Nr. 2580, 26. November 1840, S. 540, Nr. 483, und vom 25. Juli 1845, S. 272, Nr. 897.

- Beschluß der deutschen Bundesversammlung zum Schutze der inländischen Verfasser musikalischer Compositionen und dramatischer Werke gegen unbefugte Aufführung und Darstellung derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Mai 1841, S. 580, Nr. 537.

- Bestimmung der Rechte der Autoren literarischer und artistischer Werke, gegen unbefugte Veröffentlichung, Nachdruck und Nachbildung derselben.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

Verfasser. Verantwortlichkeit derselben bei sträflichen Druckschriften.

Rundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Verfassung. Auszug aus der Verfassung für die Gefällenwache.

Hofkammer-Decret vom 3. October 1835, S. 44, Nr. 85.

— Auszug aus der Verfassungs- und Dienstvorschrift der Finanzwache.

Hofkammer-Decret vom 21. April 1843, S. 105, Nr. 696.

— Die Vorschrift über die kürzere Verfassung der Rathsprötokolle der landesfürstlichen Collegialgerichte erster Instanz, gilt auch für die galizischen Criminalgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 31. October 1843, S. 165, Nr. 761.

— Vorschrift über die Verfassung der summarischen Jahres-Ausweise über die wegen Verbrechen untersuchten Personen.

Justiz-Hofdecret vom 21. August 1844, S. 215, Nr. 825.

— Vorschrift über die Verfassung der Pupillar-Tabellen bei dem Czernowitzer-Magistrate dann bei den Gemeindegerichten und Wirthschaftsämtern in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 516, Nr. 1125.

Verfertigung. Bestrafung der Verfertigung von Punzen, Stämpeln und Gußmodellen zu Münzabdrücken und Nachbildungen als schwere Polizei-Übertretung.

Hofkanzlei-Decret vom 1. Juli 1845, S. 270, Nr. 895.

Verfolgte. Auf Verfolgte zu schießen, ist die Polizei- und Sicherheitswache in Tirol und Vorarlberg nicht berechtigt.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Jänner 1833, S. 75, Nr. 2589.

Verfügungen, wodurch eine Execution, Vormerkung oder ein Verbot auf Interessen der bei der Universal-Etaats- und Banco-Schuldenkasse in Wien anliegenden Capitalien bewilligt oder aufgehoben wird, sind an diese Cassen, wenn auch die Interessen an anderen Orten bei Provinzial-Cassen erhoben werden, von dem Gerichte zu befördern und der allgemeinen Hofkammer anzuzeigen; die Zustellung derselben an die Provinzial-Casse, bei welcher die Interessen angewiesen sind, kann unterbleiben.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1831, S. 20, Nr. 2528.

— gerichtliche, in Streitsachen des Fiskus, sind vom Postporto befreit.

Hofkammer-Decret vom 15. März 1834, S. 109, Nr. 2647.

— Vorschrift über die Anordnung der richterlichen Verfügungen bei Beißstörungen, Gränzstreitigkeiten, Wasserleitungen oder Wasserwerken.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1837, S. 108, Nr. 174.

— Recht der Salinen- und Salzversleiß-Direction zu Wieliczka, die zur Sicherstellung des Allerhöchsten Aerariums nöthigen gerichtlichen Verfügungen durch die Fiscal-Ämter zu erwirken.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1840, S. 486, Nr. 430.

Vergehen. Verbot der Wiederanstellung der wegen Vergehen entlassenen landesfürstlichen Beamten in Staatsdienste.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1826, S. 31, Nr. 2199.

— wider die Bestanstalten. Befugniß der Gerichte erster und zweiter Instanz, die Strafen derselben abzukürzen und zu mildern.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1827, S. 66, Nr. 2255.

— Wann und auf welche Vergehen der Beamten bei Bestimmung der Pensionen und Unterhaltsgelder für Witwen und Waisen keine Rücksicht genommen werden soll.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1840, S. 502, Nr. 448.

— Die wegen Vergehen ihres Dienstes entsetzten Individuen dürfen bei landesfürstlichen Behörden nicht zeitweilig, mithin auch nicht als Diurnisten verwendet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 23. März 1842, S. 14, Nr. 602.

Vergehen. Verbot der Aufnahme der wegen Vergehen bestraften Individuen als Diurnisten bei den landesfürstlichen Behörden.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Juni 1844, S. 211, Nr. 812.

— Vorschrift über die Behandlung des Personales der Eisenbahnen bei Vergehen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, S. 47.

— (einfache und schwere). S. Polizei-Übertretung, Polizeivergehen.

Vergleiche. Gerichtliche Vergleiche sind mit dem fünfzehn Kreuzer Stempel ohne Rücksicht, ob solcher auf der Rückseite der Klageschrift angelegt, oder auf einem besonderen Bogen ausgestellt wird, zu versehen.

Justiz-Hofdecrete vom 3. Juli 1824 und 4. Februar 1825, S. 215 und 288, Nr. 2020 und 2072.

— sind bei der Prätur zu Triest auf Stempeln zu fünfzehn Kreuzer auszufertigen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Jänner 1826, S. 2, Nr. 2157.

— Die Bezirks-Obrigkeiten in Mähren dürfen nur für wirklich zu Stande gebrachte Vergleiche, nicht aber für fruchtlose Vergleichsversuche eine Taxe von fünfzehn Kreuzern beziehen. Die Zeugnisse über den fruchtlos versuchten Vergleich haben sie unentgeltlich auszufertigen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Jänner 1827, S. 64, Nr. 2251.

— können außer dem Falle der ausdrücklichen Bestellung einer Hypothek oder der gerichtlichen Exe-
cution nicht einverleibt, sondern nur pränotirt werden.

Justiz-Hofdecret vom 13. Juni 1828, S. 122, Nr. 2346.

— Auf die vor politischen Magistraten ordnungsmäßig geschlossen, protokollierten und ausgefer-
tigten Vergleiche kann die gerichtliche Exe-
cution erteilt werden.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juni 1832, S. 63, Nr. 2567.

— Bestimmung der Fälle, in welchen die Gemeinden in Görz und Gradiška vor Uebertretung
der Klage einen Vergleichsversuch zu bewirken haben.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1834, S. 129, Nr. 2674.

— Bestimmung der Gebühren für die Aufnahme und Zustellung der gerichtlichen Vergleiche in
Tirol und Vorarlberg.

Hofkammer-Decret vom 23. Jänner 1838, S. 167, Nr. 250.

— Gültigkeit der vor den Wirthschaftsbämtern abgeschlossenen Vergleiche auf einen von den streiten-
den Parteien abzulegenden Eid.

Justiz-Hofdecret vom 5. März 1839, S. 333, Nr. 348.

— Einleitung von Vergleichsversuchen durch politische Behörden bei Rechtsstreitigkeiten der Ge-
meinden vor Verrückung des Rechtsweges.

Hofkanzlei-Decret vom 30. April 1840, S. 484, Nr. 428.

— Bei dem Verfahren über auf vollen Glauben verdienende Urkunden sich gründenden Klagen ist
der Versuch der vorläufigen Conciliation gänzlich ausgeschlossen, jedoch hat der Richter bei den
Lagsatzungen sich zur Erzielung einer gütlichen Ausgleichung der Parteien zu verwenden.

Justiz-Hofdecret vom 28. September 1840, S. 532, Nr. 467.

— Instruction für die nicht magistratischen Grundgerichte Wiens, über die Aufnahme der Ver-
gleiche mit Parteien.

Hofkanzlei-Decret vom 24. November 1840, S. 538, Nr. 480.

— Vorschrift über die Einleitung von Vergleichsversuchen im summarischen Verfahren bei den
Civilgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

— Die Grundgerichts-Verwaltungen Wiens haben hinsichtlich der Vergleichsversuche in allen ihrer
Amtshandlung zugewiesenen Rechtsstreitigkeiten bei dem bisher üblichen Verfahren zu bleiben.

Justiz-Hofdecret vom 11. December 1846, S. 395, Nr. 1010.

Vergleiche. Vorschrift über die Einleitung von Vergleichsversuchen im summarischen Verfahren bei Militärgerichten.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- In Rechtsstreitigkeiten zwischen Herrschaften und Untertanen, welche sich zum summarischen Verfahren eignen, ist die Vornahme eines Vergleichsversuches nach Ueberreichung der Klage nicht weiter erforderlich.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1847, S. 463, Nr. 1069.

- Vorschrift über die Einleitung von Vergleichsversuchen im summarischen Verfahren bei den dalmatinischen Gerichtsstellen.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

Vergleichsversuche. S. Vergleiche.

Vergleichung. Vorschrift über das Verfahren bei Gerichtsstellen bei Führung des Beweises durch Vergleichung der Handschriften.

Justiz-Hofdecret vom 2. December 1825, S. 331, Nr. 2150.

- Vorschrift über die Vergleichung der Handschriften im summarischen Verfahren bei Civilgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- Vorschrift über die Vergleichung der Handschriften im summarischen Verfahren bei Militärgerichten.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- — Vorschrift über die Vergleichung der Handschriften im summarischen Verfahren bei den dalmatinischen Gerichten.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

Vergoraz. Errichtung einer Prätur dritter Classe zu Vergoraz in Dalmatien mit den Steuergemeinden Orta, Dufina, Ravca, Zavojaun mit Stiglic und Dragliaun, Cotizza und Poglizza.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1848, S. 492, Nr. 1118.

Vergütung. Die gegenseitige Vergütung der Ablieferungs- und Verpflegungskosten für Verhaftete, die von Militär- an landesfürstliche Civilbehörden, oder von diesen an jene abgeliefert werden, hat ganz aufzuhören; bei den gutsherrlichen Gerichten und jenen der freien Städte und Märkte bleibt es bei der bisher üblichen Vergütung der Kosten.

Justiz-Hofdecret vom 3. November 1826, S. 52, Nr. 2229.

- Vorschrift über die Vergütung der Ueberstellungskosten der wiederangestellten Ducescenten.

Justiz-Hofdecret vom 19. December 1826, S. 50, Nr. 2239.

- Brandschadens-Vergütungen dürfen durch Execution, Verbot oder Cession ihrem Zwecke zur Wiederherstellung der beschädigten Gebäude nicht entzogen werden.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1828, S. 127, Nr. 2354.

- Den auf Localcommissionen außer dem gewöhnlichen Wohnorte versendeten Criminalgerichts-Beamten gebührt die Vergütung der Reisekosten und Pläten, nicht aber den jure delegato oder proprio einschreitenden Dominical-Gerichtsbeamten.

Justiz-Hofdecret vom 15. October 1830, S. 214, Nr. 2488.

- Die Conceptis-Practikanten der Landgerichte in Tirol haben, wenn sie zur zeitlichen Aushilfe von einem Landgerichte zum anderen übersetzt werden, in der Regel nur die Vergütung der Reisekosten, keine Taggelber oder andere Belohnung ihrer Aushilfsdienste zu fordern. Nur aus besonderen Gründen und im Falle der Substitution auf einen erledigten Dienstposten kann ihnen eine angemessene Entschädigung bewilliget werden.

Justiz-Hofdecret vom 2. Jänner 1830, S. 214, Nr. 2489.

Vergütung. Wann den landesfürstlichen Sanitätsbeamten bei Abgebung der ärztlichen Besumme über die Diensttauglichkeit eines Staatsbeamten die Vergütung der Fuhr- und Zehrungskosten gebühre.

Justiz-Hofdecret vom 14. April 1832, S. 59, Nr. 2558.

- Vorschrift über die Vergütung der durch Aufstellung der Sanitäts-Cordone an dem Eigenthume der Privaten eingetretenen Beschädigungen aus dem Staatsfchape.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Mai 1832, S. 61, Nr. 2563.

- Vorschrift über die Vergütung der Kosten des Standrechtes in Fällen, wo das Standrecht die Untersuchung dem ordentlichen Criminalgerichte zuweist.

Justiz-Hofdecret vom 22. März 1833, S. 86, Nr. 2604.

- Behandlung der Vergütungs-Ansprüche für das an die Eisenbahnen abgetretene Privat-Eigenthum.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Juni 1838, S. 282, Nr. 267.

- der Commissionskosten für die auf Ersuchen der königlich-bairischen Behörden von dem Wiener Criminalsenate vorgenommenen Gerichtshandlungen.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1840, S. 500, Nr. 443.

- Vorschrift über die Vergütung des durch die Vertilgung der Effecten einer an der Hundswuth verstorbenen Person herbeigeführten Schadens.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Jänner 1841, S. 549, Nr. 491.

- Vorschrift über die Vergütung der Reise- und Zehrungskosten für das Sanitätspersonale und andere Kunstverständige bei außerordentlichen Leistungen in Criminal- und Polizei-Angelegenheiten.

Hofkanzlei-Decret vom 25. März 1841, S. 565, Nr. 517.

- der Reise- und Zehrungskosten an die als Zeugen in Criminalfällen vorgerufenen Gränz- und Gefällenwache-Individuen.

Hofkanzlei-Decret vom 21. April 1843, S. 105, Nr. 695.

- Vorschrift über die Vergütung der Fuhr- und Zehrungskosten an Zeugen bei Untersuchungen von schweren Polizei-Übertretungen.

Hofkammer-Decret vom 7. Juli 1843, S. 128, Nr. 721.

- der Reisekosten der bei einem Gerichte außer ihrem Amtsorte in Dalmatien verwendeten Auscultanten.

Justiz-Hofdecret vom 17. October 1843, S. 157, Nr. 752.

- Vorschrift über die Vergütung der von politischen Obrigkeiten während einer Criminal-Voruntersuchung bestrittenen Verpflegskosten für verhaftete Beschuldigte.

Hofkanzlei-Decret vom 19. März 1844, S. 201, Nr. 795.

- Vorschrift über die Vergütung der Verpflegskosten für die während einer Voruntersuchung von politischen Obrigkeiten verhafteten Criminal-Inquisiten.

Hofkanzlei-Decret vom 5. December 1844, S. 242, Nr. 851.

- Bestimmungen über die Vergütung der Reisekosten bei gemeinschaftlichen Dienstreisen zweier oder mehrerer Beamten.

Hofkammer-Decret vom 11. Februar 1846, S. 315, Nr. 929.

- Beschränkung der vorgeschriebenen Rückvergütung der Verpflegskosten an das Findelhaus aus dem einem noch nicht abgeschriebenen Findlinge zugefallenen Vermögen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. April 1847, S. 455, Nr. 1055.

- Vorschrift über die Vergütung der Reise- und Zehrungskosten für Zeugen bei einfachen Polizei-vergehen in Dalmatien.

Hofkanzlei-Decret vom 25. November 1847, S. 478, Nr. 1099.

Verhängung. Verantwortlichkeit der Berggerichte und Berggerichts-Substitutionen für die Verhängung der Saumsafsstrafen.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 27. November 1838, S. 311, Nr. 310.

- des strengen Arrestes bei Verwundlung der Geld- in eine Arreststrafe ist in Wucher-Angelegenheiten nicht gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 28. November 1842, S. 75, Nr. 658.

Verhaftete. Criminalgerichte haben von dem Einschreiten im ministeriellen Wege zur Auslieferung eines im Auslande Verhafteten die auswärtige Behörde in Kenntniß zu setzen.

Justiz-Hofdecret vom 23. März 1822, S. 89, Nr. 1854.

- Die gegenseitige Vergütung der Ablieferungs- und Verpflegungskosten für Verhaftete, die von Militär- an landesfürstliche Civil-Gerichtsstellen, oder von diesen an jene abgeliefert werden, hat ganz aufzuhören; bei den gütserzlichen Gerichten und jenen der freien Städte und Märkte bleibt es bei der bisher üblichen Vergütung der Kosten.

Justiz-Hofdecret vom 3. November 1826, S. 52, Nr. 2229.

- Vorschrift über die Bestreitung der Abzugskosten für die im Criminal- oder politischen Verhaftete befindlichen Individuen der Finanzwache.

Hofkammer-Decret vom 23. Juni 1846, S. 339, Nr. 972.

- Vorschrift über die Beförderung und Transportirung von Verhafteten auf den Staats-Eisenbahnen.

Hofkammer-Präsidial-Erlaß vom 21. December 1847, S. 480, Nr. 1106.

- S. auch Arrestanten, Inquisiten.

— **Cridatare.** S. Cridatare.

Verhaftung des eines Verbrechens Beschuligten bei den Landgerichten in Tirol.

Justiz-Hofdecret vom 19. September 1826, S. 47, Nr. 2220.

- Vorschrift über das Verfahren bei der Verhaftung der Gränz- und Gefällen-Wache-Mannschaft.

Hofkammer-Decret vom 14. Jänner 1837, S. 101, Nr. 165.

- Die erfolgende Verhaftung der beedeten k. k. Hofdienerschaft hat das Wiener Criminalgericht an die vorgesetzte Behörde derselben anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 29. December 1845, S. 303, Nr. 918.

- S. auch Sträfling.

Verhaltensregeln. S. Instruction.

Verhandlungen. Wann zu den Verhandlungen über Militär-Lieferungen ein landesfürstlicher Justizrath beizuziehen sei.

Justiz-Hofdecret vom 18. Mai 1821, S. 21, Nr. 1761.

- über die Dienst-Entlassung eines ab instantia von dem Criminalgerichte losgesprochenen Beamten sind der Hofstelle vorzulegen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. März 1827, S. 71, Nr. 2266.

- Vorschrift zur Bemessung und Einhebung der Laxegebühren für gerichtliche Verhandlungen, welche vor der Wirksamkeit des Stempel- und Laxegeßes vom 27. Jänner 1840 eingeleitet, aber erst nach diesem Zeitpuncte erlediget worden sind.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 20. Juli 1840, S. 515, Nr. 455.

- Postporto-Befreiung der von einer portofreien Behörde der Post zur Beförderung an eine andere Behörde übergebenen Verhandlungen und Erlässe in Partesachen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1841, S. 554, Nr. 501.

- Verhandlung der Streitigkeiten über unbewegliches Eigenthum des Militär-Aerars, besonders in Vermögensfällen, vor der Real-Gerichtsbehörde.

Justiz-Hofdecret vom 28. Juni 1842, S. 44, Nr. 622.

Verhandlungen. Bei den vor dem competenten Richter über Besitzförderungsklagen, bei welcher die Berg- und Salinen-Administration zu Hall die Vertretung des Allerhöchsten Herrars übernimmt, anhängigen Verhandlungen, hat ein Abgeordneter der montanistischen Administrationsbehörde, bei dem Vortrage solcher Gegenstände beim Appellationsgerichte aber ein Rath der Berg- und Salinen-Direction zu Hall zu interveniren.

Justiz-Hofdecret vom 3. October 1842, S. 63, Nr. 646.

- In Fällen, wo bei einer Streitverhandlung die Leitung der Parteien nach Vorschrift des §. 21 der Gerichts-Ordnung einzutreten hat, hat den dießfälligen Verhandlungen immer derselbe Rath beizuwohnen.

Justiz-Hofdecret vom 19. October 1842, S. 64, Nr. 650.

- Wann die Verhandlungen über die Dienst-Entlassung eines Beamten der höheren Behörde zur Schlussfassung vorzulegen sind.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Juni 1843, S. 125, Nr. 715.

- Die Cumulirung des Besitzes von Bauerngütern in Mähren, mit Ausnahme des Klagenfurter Kreises, ist nicht zum Gegenstande amtlicher Verhandlungen der Kreisämter zu machen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. September 1844, S. 219, Nr. 827.

- über den Bezug des bei den galizischen Ständen bestehenden Getränke-Erzugungs-Entgeltes gehören vor die politische Behörde.

Justiz-Hofdecret vom 29. October 1846, S. 387, Nr. 995.

- Vorschrift über das Verfahren bei den Verhandlungen über Streitigkeiten zwischen den Privat-Eisenbahn-Unternehmungen und Obrigkeiten hinsichtlich der auf den zu den Eisenbahnen eingelösten Grundstücke haftenden Rechte.

Hofkanzlei-Decret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1036.

Verhandlungsacten. S. Acten.

Verhehler eines Schatzes ist nur nach Maßgabe des §. 400 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches zu bestrafen.

Justiz-Hofdecret vom 12. October 1821, S. 58, Nr. 1810.

Verheimlichung eines Schatzes kann nicht als das in dem §. 180, ad c, I. Theiles des Strafgesetzes bezeichnete Verbrechen des Betruges angesehen werden, und daher auch in dieser Beziehung kein Criminalverfahren Platz greifen.

Justiz-Hofdecret vom 12. October 1821, S. 58, Nr. 1810.

Verhör. Wegen Beiziehung einer Gerichtsperson zu den Untersuchungs-Verhören in Contrebandfällen; wer da, wo sich kein Gericht befindet, dazu beigezogen werden könne.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1821, S. 35, Nr. 1772.

- Vorschrift über die Vornahme der Zeugenverhöre im Bezirke des Landgerichtes Felskirch.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1821, S. 38, Nr. 1778.

- Bei Criminal-Zeugen-Verhören ist jeder Bogen des Protokolles von dem Verhörten zu unterfertigen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1827, S. 66, Nr. 2256.

- Bei dem Zeugenverhöre über schwere Polizei-Übertretungen ist die Vorschrift des §. 377, I. Theiles des Strafgesetzbuches, zu beobachten.

Hofkanzlei-Decret vom 16. März 1827, S. 76, Nr. 2269.

- Die Criminal-Beißer haben den Criminalverhören vom Anfange bis zum Ende ununterbrochen beizuwohnen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juli 1828, S. 127, Nr. 2353.

- der außer dem Gerichtsbezirke und an einem Orte, wo sich ein Landrecht befindet, wohnenden Zeugen und Beschädigten ist bei Bucher-Untersuchungen durch Ersuchsschreiben an dieses Landrecht zu bewirken.

Justiz-Hofdecret vom 21. September 1832, S. 69, Nr. 2577.

Verhör. Die bei der ungarischen Hofkanzlei mit den in Wien wohnenden ungarischen Unterthanen aufgenommenen Zeugenverhöre werden lediglich auf ungarische Rechts-Angelegenheiten beschränkt.

Justiz-Hofdecret vom 18. Mai 1835, S. 8, Nr. 20.

- In welchen Fällen requirirte Gerichte beglaubigte Abschriften von den bei ihnen aufgenommenen Zeugen-Verhörprotokollen zurückzubehalten haben.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1839, S. 350, Nr. 377.

- Zeugenverhöre in Folge Ersuchschreiben österreichischer Gerichte nehmen die Gerichtsstellen in Großbritannien und Irland gar nicht vor, wohl aber nimmt der Lord-Major von London Commissionen zum Zeugenverhöre an.

Justiz-Hofdecret vom 10. December 1846, S. 394, Nr. 1008.

Verhörsbeisitzer. S. Beisitzer.

Verhütung. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Preußen zur Verhütung der Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfrevel an der gegenseitigen Landesgränze.

Hofkanzlei-Decret vom 28. April 1842, S. 26, Nr. 611.

- Vorschrift zur Verhütung von Unglücksfällen auf den Staats-Eisenbahnen an Bergabhängen und Gebirgsgegenden.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 234, Nr. 834.

Verjährung. Wie die Verjährung der Strafen des Wuchers zu laufen anfangt.

Justiz-Hofdecret vom 6. Mai 1825, S. 299, Nr. 2093.

- Vorschrift über die Berechnung der Verjährungszeit bei schweren Polizei-Übertretungen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Juni 1829, S. 163, Nr. 2414.

- der Übertretungen des für Süd-Tirol wegen der verbotenen Waffen erlassenen Patentes vom 18. Jänner 1818.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1834, S. 111, Nr. 2651.

- Verjährungsfrist für Pachtzinse, Pachtschillinge und für Verzugszinsen.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1836, S. 89, Nr. 151.

- Vorschrift über die Verjährung der schweren Polizei-Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre, dann für die gemeinen Polizei-Vergehen.

Hofkanzlei-Decret vom 24. December 1836, S. 94, Nr. 161.

- Vorschrift über die Verjährung einzelner Renten- oder Interessen-Raten von den Cartelen und Obligationen des lombardisch-venetianischen Monte, dann über das Recht, Zinsen zu fordern.

Allerhöchste Entschliessung vom 6. Februar 1838, S. 170, Nr. 253.

- einer schweren Polizei-Übertretung, wann dieselbe nicht eintreten könne.

Hofkanzlei-Decret vom 2. December 1838, S. 313, Nr. 313.

- Die in dem §. 1480 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches festgesetzte dreijährige Verjährung findet auf den Lohn des Dienstgefindes keine Anwendung.

Hofkanzlei-Decret vom 10. April 1839, S. 336, Nr. 355.

- Vorschrift über die Verjährung der politischen und polizeilichen Übertretungen oder Vergehen.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Februar 1841, S. 561, Nr. 509.

- Bestimmung der Verjährungsfrist der älteren Rückstände an Wiener-Währungs-Interessen von verlostten Obligationen der älteren Staatsschuld. Die Anweisungen auf Conventions-Münze Staats-Schuldverschreibungen unterlegen keiner Verjährung.

Hofkammer-Decret vom 14. März 1844, S. 197, Nr. 793.

- Bestimmung der Verjährungszeit der Sparcasse-Einlagen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. September 1844, S. 222, Nr. 832.

Verjährung. Vorschrift über die Verjährung der einzelnen Zinsrenten bei den auf bestimmte Namen lautenden Staats-Schuldverschreibungen und öffentlichen Fonds-Obligationen.

Hofkammer-Decret vom 27. September 1844, S. 231, Nr. 833.

- Erläuterung bezüglich der Verjährung der Zinsrenten von auf Ueberbringer lautenden Obligationen.

Hofkammer-Decret vom 29. Mai 1845, S. 266, Nr. 890.

- Bei schweren Polizei-Uebertretungen ist immer das Maximum der gesetzlichen Strafe zum Maßstabe der entsprechenden Verjährungszeit zu nehmen.

Hofkanzlei-Decret vom 18. Juni 1845, S. 269, Nr. 892.

- Vorschrift über die Verjährung von Forderungen und anderer Rechte, welche in die öffentlichen Bücher eingetragen sind.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 330, Nr. 951.

- Das Recht der Bestrafung der Uebertretung des Pressgesetzes erlischt durch Verjährung, wenn binnen sechs Monaten von dem Zeitpunkte der vollendeten Uebertretung das strafrechtliche Verfahren nicht eingeleitet, oder durch eben so lange Zeit das eingeleitete nicht fortgesetzt wird.

Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

- Pflicht der Behörden zu Anzeigen an die höhere Behörde, über jene Beamte, welche sich eines Verbrechens oder eines Dienstvergehens schuldig gemacht haben, wenn auch wegen der eingetretenen Verjährung oder wegen rechtzeitig geleisteten Ersatzes von dem Criminalverfahren abgelaufen worden ist.

Justiz-Ministerial-Decret vom 30. Juni 1848, S. 643, Nr. 1166.

Verjährungszeit. S. Verjährung.

Verkäufer. Der Verkäufer eines in Dalmatien befindlichen unbeweglichen Gutes kann die Sicherstellung der Zahlung des Kauffchillinges durch die Inscription auf das Gut des Käufers erwirken.

Justiz-Hofdecret vom 18. December 1845, S. 296, Nr. 916.

Verkäufliche Apothekergewerbe. S. Apothekergewerbe.

- **Gewerbe.** S. Gewerbe.

Verkauf. Vorschrift über das Benehmen der Gerichtsbehörden bei dem Verkaufe eines unbeweglichen Gutes unter der Schätzung.

Justiz-Hofdecret vom 25. Juni 1824, S. 213, Nr. 2017.

- Verbot des Verkaufes der Kreuzpartikel und Reliquien.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1826, S. 56, Nr. 2334.

- Vorschrift über die theilweise Veräußerung eines Gutes, auf welchem der achte Theil des Werthes für die Unterthanen landtäglich vorgemerkt ist.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Februar 1830, S. 184, Nr. 2449.

- Vorschrift über die Veräußerung verkäuflicher Gewerbe in Executions- und Concurs-Fällen.

Justiz-Hofdecret vom 5. November 1831, S. 22, Nr. 2534.

- Vorschrift über den Verkauf der in dem ständischen Gültensbuche als Bestandtheil des Dominicalkörpers eingetragenen Gewerbe.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1835, S. 20, Nr. 34.

- Beschränkung des Verkaufes eines dem öffentlichen Cultus eines tolerirten Glaubensbekenntnisses gewidmeten Gebäudes.

Hofkanzlei-Decret vom 4. April 1839, S. 336, Nr. 354.

Verkauf. Verkaufsverbot des durch Aufstreifen aufgefressenen ausgegorenen Bieres.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Juli 1841, S. 601, Nr. 552.

- Vorschrift über den Verkauf der von Staats- und Fonds-, dann ständischen und städtischen Beamten als Caution eingelegten Obligationen oder Anlagen bei dem Staatsschulden-Lösungsfonde, sobald die Ersatzpflicht des Beamten ausgesprochen ist, mit Berücksichtigung der etwa auf der Obligation haftenden Eigenthums- und Pfandrechte.

Hofkammer-Decret vom 3. Jänner 1842, S. 3, Nr. 583.

- Zum emphyteutischen Verkaufe von Lehens-Grundparzellen an Unterthanen in Böhmen ist der lehensherrliche Consens erforderlich, und kein Verkauf ohne denselben den Grundbüchern einzuverleihen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Jänner 1843, S. 94, Nr. 679.

- Die Verordnung vom 20. Jänner 1804, wegen Hintanhaltung der Veräußerung obrigkeitlicher Dominicalgründe und ganzer Herrschaften an Unterthanen, hat nur dort zu gelten, wo nicht in der bestehenden Landesverfassung andere Bestimmungen begründet sind.

Justiz-Hofdecet vom 4. April 1843, S. 104, Nr. 694.

- Der Verkauf der verkäuflichen Apothekergewerbe in Galizien über den Normalpreis wird nicht gestattet.

Hofkanzlei-Decret vom 27. November 1843, S. 172, Nr. 767.

- der im Besitze von Montenegrinern befindlichen in Dalmatien liegenden Realitäten hat binnen zwei Jahren vor sich zu gehen.

Justiz-Hofdecet vom 14. Jänner 1846, S. 308, Nr. 922.

- explosirender Stoffe wird verboten.

Hofkanzlei-Decret vom 15. April 1847, S. 460, Nr. 1060.

- Beschränkung und Bestrafung des unbefugten Verkaufes des Schwefeläthers und anderer Aethergattungen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1847, S. 473, Nr. 1091.

- Bedingte Gestattung des Verkaufes von Unterthans-Grundstücken zum Behufe der Robot- und Zehent-Ablösung.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1848, S. 561, Nr. 1129.

- von Druckschriften. Beschränkung des öffentlichen Verkaufes von Druckschriften auf den Straßen.

Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Verklarungen. Benehmen und Wirkungskreis der österreichischen Consulen im Abendlande in Verklarungsfällen.

Hofkammer-Decret vom 27. September 1834, S. 127, Nr. 2671.

- Beweisraft der von sardinischen Schiffen bei Consulaten ihrer Nation in gehöriger Form abgelegten Verklarungen vor österreichischen Gerichten.

Erlass des Handels-Ministeriums vom 28. August 1848, S. 655, Nr. 1178.

- Die österreichischen Schiffer werden, wenn sie nach sardinischen Gesetzen die Verklarung in sardinischen Häfen vor den sardinischen Handelsgerichten aufnehmen zu lassen genöthigt sind, von einer wiederholten Aufnahme derselben vor dem österreichischen Consularamte losgejählt.

Erlass des Handels-Ministeriums vom 28. August 1848, S. 655, Nr. 1178.

Verlängerung der Frist. S. Frist.

Verlagsrecht. Bestimmung des Zeitraumes des Verlagsrechtes der Verfasser literarischer und artistischer Werke.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

Verlassenschaft. Die Abnahme von ein halb Percent aus den Verlassenschaften für den Wiener Wohlfähigkeitsfond wird auf den Armen-Instituts-Bezirk von Wien beschränkt.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juni 1821, S. 34, Nr. 1770.

— Beschleunigung der Erbschafts-Einantwortung durch Sicherstellung des Erbsteuerbetrages.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1822, S. 74, Nr. 1833.

— Bemessung der Verlassenschaftsbeiträge für den Normal-Schulfond in Conventions-Münze.

Justiz-Hofdecrete vom 7. September 1822, S. 116, Nr. 1891, und vom 3. December 1825, S. 331, Nr. 2151.

— Nichteinantwortung der Verlassenschaft geistlicher Pfründner an ihre Erben vor der ausgewiesenen Leistung oder bestmöglichen Sicherstellung der sie treffenden Entschädigungen rüchsiglich der zur Pfründe gehörigen Gebäude.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1824, S. 260, Nr. 2027.

— Einem armen Verwandten eines ohne letztwillige Anordnung verstorbenen geistlichen Erblassers ist aus dem geseglichen Armenbittel nur so viel zuzuwenden, als demselben aus diesem Drittel der Verlassenschaft nach der gemeinen geseglichen Erbfolge zugefallen wäre.

Justiz-Hofdecret vom 16. September 1824, S. 266, Nr. 2040.

— Die Verlassenschaft eines gegen den Staatschatz in Verrechnung gestandenen Beamten ist, außer dem Executionswege, auch nicht jure crediti ohne Zustimmung der Cameralbehörde Jemanden einzuantworten.

Justiz-Hofdecret vom 3. December 1824, S. 271, Nr. 2053.

— Abgabe der in Verlassenschaften vorfindigen Privilegien-Urkunden auf Erfindungen u. c. an die Landesstelle.

Justiz-Hofdecret vom 18. December 1824, S. 280, Nr. 2059.

— Die seit dem 1. April 1824 in Verlassenschaften vorkommenden nicht repungirten Gold- und Silbergeräthe unterliegen nicht mehr einer Beanständigung.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1825, S. 285, Nr. 2064.

— Abstellung des Unfuges, von dem nach Wiener Währung berechneten Verlassenschafts-Vermögen die Taxen in Metallmünze abzunehmen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. November 1825, S. 330, Nr. 2148.

— Vorschrift über die Behandlung der Verlassenschaften der im Provinzial-Strafhause zu Brünn verstorbenen ausländischen Verbrecher.

Justiz-Hofdecret vom 3. September 1830, S. 206, Nr. 2478.

— Vorschrift über die Einantwortung der Verlassenschaften der in Verrechnung gestandenen Magistratsbeamten.

Justiz-Hofdecret vom 2. September 1831, S. 18, Nr. 2526.

— Vorschrift über die Behandlung der in Verlassenschaften gefundenen Kupferstiche, Landkarten, Stein-Abdrücke, anstößigen oder unsittlichen Gemälde, Zeichnungen und anderer Kunstgegenstände.

Justiz-Hofdecret vom 30. August 1833, S. 102, Nr. 2629.

— Die aus geistlichen Verlassenschaften vorschriftsmäßig dem Alumnate zufließenden Beträge sind bei allen nach dem 1. Juni 1835 eintretenden Todesfällen in Conventions-Münze abzunehmen.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1835, S. 9, Nr. 22.

— Vorschrift, wann erblose Verlassenschaften von dem Fiscus eingezogen werden können.

Justiz-Hofdecret vom 12. October 1835, S. 53, Nr. 90.

Verlassenschaft. Vorschrift über die Anlegung der Sperre und Vornahme der Inventur auf den Nachlaß der in einem Versorgungshause oder Spitale verstorbenen Personen.

Hofkanzlei-Decret vom 5. November 1835, S. 54, Nr. 92.

- Vor gehöriger Sicherstellung der für Arme, Stiftungen, Kirchen, Schulen, geistliche Gemeinden und öffentliche Anstalten durch letzte Willenserklärung bestimmten Vermächtnisse darf die Einantwortung der Verlassenschaft nicht bewilliget werden.

Justiz-Hofdecret vom 29. August 1836, S. 91, Nr. 154.

- Die Abhandlungsgebühren und Gerichtskosten sind vor Ausmessung der Erbsteuer von dem steuerbaren Verlassenschafts-Vermögen abzuziehen.

Hofkanzlei-Decret vom 2. November 1836, S. 93, Nr. 157.

- Heimfällkeitsrecht des Wiener Magistrates auf die erblosen Verlassenschaften der Findelkinder des Wiener Findelhause.

Hofkammer-Decret vom 28. Februar 1837, S. 113, Nr. 178.

- Herabsetzung der Frist auf sechs Wochen zur Bekanntmachung der Verfügung der Verlassenschafts-abhandlungs-Instanz über die in Verwahrung des allgemeinen Krankenhauses befindliche Verlassenschaft eines daselbst Verstorbenen.

Justiz-Hofdecret vom 4. December 1837, S. 162, Nr. 244.

- Heimfällkeitsrecht des Wiener Magistrates auf alle erblosen Verlassenschaften der zu seiner Gerichtbarkeit gehörigen Personen, ohne Unterschied, ob sie eheliche oder Findel-Kinder oder Erwachsene sind.

Hofkammer-Decret vom 16. Jänner 1838, S. 167, Nr. 248.

- Wie lange dem Wiener Magistrate das Heimfällkeitsrecht auf die erblosen Verlassenschaften der Findelkinder zustehe.

Decret der niederösterreichischen Regierung vom 6. September 1838, S. 277, Nr. 293.

- Von welchen Verlassenschaften die Normal-Schulfonds-Beiträge in Conventions-Münze abzunehmen seien.

Hofkanzlei-Decret vom 4. December 1838, S. 313, Nr. 315.

- Staatsvertrag mit Belgien, über die wechselseitige Freizügigkeit der Verlassenschaften.

Vom 9. Juli 1839, S. 344, Nr. 370.

- Bestimmung des Rechtes der landesfürstlichen Städte und Märkte zur Einziehung erbloser Verlassenschaften.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1839, S. 346, Nr. 372.

- Vorschrift über die Bemessung und Einhebung des einhalbsprocentigen Verlassenschafts-Beitrages für den Prager Krankenhausefond.

Hofkanzlei-Decret vom 14. August 1839, S. 346, Nr. 373.

- Bestimmungen über die Einverleibung der bei Verlassenschaften verkauften Realitäten vor der gerichtlichen Einantwortung des Nachlasses.

Justiz-Hofdecret vom 26. November 1839, S. 361, Nr. 394.

- Vorschrift über die Behandlung der Verlassenschaften türkischer Unterthanen in den österreichischen Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Juli 1840, S. 514, Nr. 453.

- Von den vor dem 1. November 1840 sich ergebenden Verlassenschaften ist die Erbsteuer abzunehmen.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Juli 1840, S. 517, Nr. 456.

- Abzugsfreie Ausfolgung der Verlassenschaften an die im Königreiche beider Sicilien befindlichen Erben.

Justiz-Hofdecret vom 2. November 1840, S. 536, Nr. 473.

Verlassenschaft. Von Verlassenschaften unabelicher vormalß unter dem Universitäts-Gerichte gestandenen Personen darf der Wiener Magistrat kein Mortuar abnehmen.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1841, S. 571, Nr. 527.

- Stämpelbefreiung der Verhandlung jener Verlassenschafts-Gegenstände, welche von den vor dem 1. November 1840 eingetretenen Todesfällen herrühren, und für welche die Erbsteuer noch zu bemessen ist.

Hofkanzlei-Decret vom 18. August 1841, S. 604, Nr. 556.

- Von der Abgabe des einhaltpercentigen Verlassenschafts-Beitrages sind die Wohlthätigkeits-Anstalten von den ihnen erweise zufallenden Verlassenschaften befreit.

Hofkanzlei-Decret vom 21. August 1841, S. 604, Nr. 557.

- Bestimmungen wegen der Verlassenschafts-Beiträge für die Kranken- und Wohlthätigkeits-Anstalten, Armen-, Seminar- und Invalidenfonde, dann an den Normal-Schulfond.

Hofkanzlei-Decrete vom 28. Februar und 16. November 1842, S. 13 und 74, Nr. 600 und 655.

- Erfordernisse zur Geltendmachung der Ansprüche österreicherischer Unterthanen auf Verlassenschaften der im niederländischen Seebienste verstorbenen Individuen.

Justiz-Hofdecret vom 6. April 1842, S. 16, Nr. 605.

- Beschränkung des Heimfallsrechtes des Wiener Magistrates auf die erblosen Verlassenschaften der im Burgfrieden Wiens Verstorbenen.

Hofammer-Decret vom 28. April 1842, S. 27, Nr. 612.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und der Republik Mexico, über die Erfolgslaffung der Verlassenschaften der gegenseitigen Unterthanen in den beiderseitigen Staaten.

Vom 28. Juli 1842, S. 45, Nr. 626.

- Unter dem in dem für Währen erlassenen Patente vom 4. Juli 1749, hinsichtlich der von den Verlassenschaften zu entrichtenden Invalidenfonds-Beiträge, gebrauchten Ausdruck: *Sui haeredes* oder *Leibeserben*, sind nur Descendenten, und unter dem Ausdruck: *Haeredes extranei*, alle übrigen Erben, daher auch die Ascendenten, einbegriffen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. November 1842, S. 74, Nr. 655.

- Erfolgslaffung der Verlassenschafts-Effecten von den im allgemeinen Krankenhause Verstorbenen an die von der Abhandlungs-Behörde dazu berechtigten Parteien.

Hofkanzlei-Decret vom 15. December 1842, S. 76, Nr. 661.

- Vorschrift zur Verfassung der Ausweise über die von Verlassenschaften abzunehmenden gesetzlichen Gebühren; bei Legaten zu wohlthätigen Zwecken ist der gesetzliche Beitrag zum Local-Armenfonde nicht abzunehmen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Jänner 1843, S. 90, Nr. 677.

- Vorschrift über die Behandlung der Intestat-Verlassenschaften der griechisch-unierten Pfarrer in Galizien.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Juni 1843, S. 124, Nr. 712.

- Aufhebung des Militär-Abfahrtsgelbes von den aus der Militär- an die Civil-Jurisdiction übergehenden Verlassenschaften.

Hofkanzlei-Decret vom 4. August 1843, S. 133, Nr. 731.

- Vorschrift über die Ansprüche der Roth-Erben auf die Verlassenschaft.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1844, S. 192, Nr. 781.

- Verfahren bei Verfügungen über dieselben, wenn solche noch nicht erzeugten und noch nicht gebornen Personen zugebacht sind.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1845, S. 264, Nr. 888.

Verlassenschaften. Competenz der zur Verlassenschafts-Abhandlung berufenen Gerichtsbehörden bei bestrittener Gültigkeit der Testamente, bei Klagen, welche das Erbrecht oder die Erbtheilung betreffen, dann bei angesuchter Sequestration der streitigen Verlassenschaft.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juni 1845, S. 269, Nr. 893.

- Vorschrift über die Behandlung der Verlassenschaften von Mitgliedern souveräner Familien, wenn dieselben im österreichischen Militärdienste sterben.

Allerhöchste Entschliessung vom 14. Februar 1846, S. 316, Nr. 932.

- Der Beneficiar-Erbe ist nach erfolgter Einantwortung der Verlassenschaft nicht berechtigt, die Eröffnung des Concurse über dieselbe zu verlangen.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 328, Nr. 948.

- Die Armutshälber abgethanen Todesfälle sind nicht in die Zahl der Verlassenschaften aufzunehmen, sondern in den jährlichen Geschäftsausweisen in der Rubrik „Anmerkung“ anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 14. Mai 1846, S. 334, Nr. 960.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Rußland, über die Behandlung der Verlassenschaften der in den gegenseitigen Staaten verstorbenen Unterthanen.

Vom 20. Juli 1846, S. 348, Nr. 974.

- Ermächtigung des k. f. General-Consulates in Odessa zur Uebernahme und sicheren Aufbewahrung aller beweglichen Verlassenschaften der im Amtsbezirke verstorbenen österreichischen Unterthanen, und Berechtigung desselben, die gleiche Ermächtigung auf alle untergeordneten Consularämter auszubehnen, es haftet jedoch für die sichere Verwahrung derselben.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 13. April 1847, S. 459, Nr. 1059.

- Die gesetzlichen Beiträge für die öffentlichen Fonde und Anstalten sind auch von den dem Aerar aus dem Caducitätsrechte zufallenden Verlassenschaften zu entrichten.

Hofkanzlei-Decret vom 20. Jänner 1848, S. 489, Nr. 1113.

- Sicherstellung des Abfahrtsgeldes von den in auswärtige Staaten, mit welchen kein Freizügigkeitsvertrag besteht, aus der Bukowina abziehenden Verlassenschaften.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 509, Nr. 1125.

Verlassenschafts-Abhandlungen. Worin eigentlich das Anhängigmachen einer Verlassenschafts-Abhandlung bestehe; — wann dieselbe den Anfang nehme.

Hofkammer-Decret vom 7. Februar 1821, S. 8, Nr. 1738.

- — Abstellung der Schadloshaltungs-Reverse bei Verlassenschafts-Abhandlungen, wo sie noch bemerkt werden.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 48, Nr. 1799.

- — Vorschrift über die Beschleunigung der Verlassenschafts-Abhandlungen, wobei der Fiskus einzuschreiten hat.

Justiz-Hofdecret vom 12. Juli 1822, S. 108, Nr. 1880.

- — Den periodischen Ausweisen über die bei dem niederösterreichischen Landrechte anhängigen Erbs- und Concurse-Verhandlungen beizulegende besondere Uebersichts-Tabelle.

Justiz-Hofdecret vom 18. April 1823, S. 141, Nr. 1935.

- — Vorschrift für Gerichtsstellen über die Erledigung der Verlassenschafts-Abhandlungen mittelbarer Personen.

Justiz-Hofdecret vom 30. April 1825, S. 299, Nr. 2092.

- — Verflechtung der Amtsschriften verstorbener katholischer Superintendenden.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1826, S. 21, Nr. 2191.

- — sind auch vorzunehmen, wenn die Schuldenlast das Vermögen übersteigt.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juli 1826, S. 33, Nr. 2202.

Verlassenschafts-Abhandlungen. Anwendung des Justiz-Hofdecretes vom 26. Februar 1796 und des 18. Hauptstückes des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches auf Verlassenschafts-Abhandlungen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juli 1826, S. 33, Nr. 2202.

- — Vorschrift über die Controle bei Bemessung und Verrechnung der Abhandlungs- und Rechnungsgebühren (Sterb- und Rait-Taren).

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1826, S. 53, Nr. 2230.

- — Behandlung der in Verlassenschaften, welche atatholischen Erben zufallen, sich vorfindenden Kreuz-Partikeln und Reliquien.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1826, S. 56, Nr. 2234.

- — Verfügungen über die von Personen, welche im Wiener allgemeinen Krankenhause gestorben sind, hinterlassenen Effecten.

Hofkanzlei-Decret vom 5. August 1829, S. 167, Nr. 2422.

- — Behandlung der Verlassenschaften der im Provinzial-Strahause in Brünn verstorbenen Verbrecher.

Justiz-Hofdecret vom 3. September 1830, S. 206, Nr. 2478.

- — Vorschrift über die Abnahme der Stämpel bei Verlassenschafts-Abhandlungen auf dem Lande.

Hofkammer-Decret vom 10. Jänner 1832, S. 29, Nr. 2544.

- — Bei Bemessung der Erbsteuer bei Verlassenschafts-Abhandlungen ist der Coursverth der Staatspapiere und Bankactien nicht nach dem Todestage des Erblassers, sondern nach dem Tage der Zahlungsverbindlichkeit zu berechnen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Jänner 1833, S. 76, Nr. 2590.

- — Die Verlassenschafts-Abhandlungsgebühren sind vor Ausmessung der Erbsteuer von dem steuerbaren Verlassenschafts-Vermögen abzuziehen.

Hofkanzlei-Decret vom 2. November 1836, S. 93, Nr. 157.

- — können in keinem Falle bloß zum Zwecke des Mortuarbezuges vorgenommen werden.

Justiz-Hofdecret vom 14. Februar 1842, S. 9, Nr. 597.

- — Nach dem Absterben eines Redemptoristen-Priesters hat das Landrecht der betreffenden Provinz die Verlassenschafts-Abhandlung zu pflegen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1843, S. 86, Nr. 670.

- — Daß Justiz-Hofdecret vom 17. Jänner 1835, wegen Ausfertigung der ersten Abschriften von Testamenten und Inventarien auf classenmäßigem Stämpel, hat an den gesetzlichen Vorschriften über die Verlassenschafts-Abhandlungen keine Abänderung gettossen.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1844, S. 239, Nr. 843.

- — Competenz der Behörden bei Verlassenschafts-Abhandlungen in Delegationsfällen über die Frage, wem das Recht zum Bezuge des Mortuars zusteht.

Hofkanzlei-Decret vom 26. März 1846, S. 328, Nr. 947.

- — In wieferne die Militärgerichte bei Verlassenschafts-Abhandlungen für die Sicherstellung oder Befriedigung der Verlassenschafts-Gläubiger und Legatäre zu sorgen haben.

Verordnung des Hofkriegsrathes vom 3. Juni 1846, S. 337, Nr. 969.

- — Vorschrift über das Verfahren bei Abhandlung der Verlassenschaften in Fällen, wo die Erben unbekannt oder abwesend sind.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1846, S. 389, Nr. 1000.

- — Instruction über das Verfahren hinsichtlich der Verlassenschafts-Abhandlungen bei dem Magistrate in Czernowitz und bei den Wirtschaftsämtern und Gemeindegerechten in der Bukowina, dann Formulare zu den dießfälligen Protokollen.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 495, Nr. 1125.

Verlassenschafts-Behörden. S. Abhandlungs-Behörden.

- **Beiträge.** S. Verlassenschaft.
- **Gläubiger.** S. Gläubiger.
- **Haus.** S. Haus.
- **Realität.** S. Realität.
- **Vermögen.** S. Vermögen.

Verlautbarung. S. Kundmachungen.

Verleger. Bestimmung der Rechte der Verleger literarischer, artistischer und musikalischer Werke gegen die unbefugte Veröffentlichung, Nachbildung und Nachdruck derselben.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

- Vorschriften für Verleger von Zeitungen oder periodischen Schriften, dann Bestimmung ihrer Verantwortlichkeit und der Strafen gegen dieselben bei Uebertretungen des Pressegesetzes.

Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Verlauf. Nach Verlauf des peremptorischen Termines zum Antritte eines Beweises, kann dieser Beweis nicht zugelassen werden, sobald sich der Gegentheil demselben widersetzt.

Allerhöchste Entschliessung vom 22. Mai 1847, S. 462, Nr. 1065.

Verleihung. Bei Verleihung eines systemisirten Adjutants ist auf die mit außerordentlichen Adjuten, Provisionen oder Gnadengaben theilten Auscultanten der Bedacht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Februar 1824, S. 172, Nr. 1986.

- der Auscultantenstellen an Zöglinge des Theresianums und des Wiener Stadt-Convictes haben sich Seine Majestät vorbehalten.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1828, S. 130, Nr. 2359.

- Durch die Verleihung der geheimen Rathes- oder Kämmerers-Würde wird die österreichische Staatsbürgerschaft nicht erworben.

Allerhöchste Entschliessung vom 2. März 1833, S. 80, Nr. 2598.

- Vorschrift über das Verfahren bei Verleihung der Adjuten an die Concepts-Practikanten der Landgerichte in Tirol und Vorarlberg.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

- Bedeutung und Wirkung der Verleihung von Titeln, Rang und Charakter einer bestimmten Dienstes-Kategorie an Beamte.

Hofkammer-Decret vom 24. Februar 1844, S. 195, Nr. 787.

Verleitung zum Mißbrauche der Amtsgewalt. Das Anbieten oder die Verabreichung eines Geschenkes an die Gränz- und Gefällen-Wache zur Abwendung von der Pflichterfüllung begründet das im §. 89, I. Theiles des Strafgesetzes, bezeichnete Verbrechen der Verleitung zum Amts-Mißbrauche.

Justiz-Hofdecret vom 29. Jänner 1838, S. 168, Nr. 251.

Verlegung gerichtlicher Siegel. Strafbestimmungen auf dieselbe.

Hofkanzlei-Decret vom 29. August 1822, S. 115, Nr. 1889.

Verlockung. Abstellung des Unfuges der in geheimen Bestellung von Leuten in die Criminal-Untersuchungs-Gefängnisse, zur Verlockung der Inquisiten zu Geständnissen.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 450, Nr. 1048.

Verlorne Fideicommiss-Obligationen. S. Fideicommiss, Obligationen.

- **Staatschuld-Verschreibungen.** S. Obligationen.

Verlust. Bestimmung der Fälle, in welchen der Verlust des Invaliden-Beneficiums eintritt.
Hofkanzlei-Decret vom 31. Jänner 1822, S. 74, Nr. 1834.

- des Distinctions-Zeichens eines aus dem Militär in den Civilstand getretenen Individuums bei seiner Verurtheilung zum schwersten oder schweren Kerker.

Justiz-Hofdecret vom 20. April 1827, S. 79, Nr. 2274.

- der Tapferkeits-Medaille und der damit verbundenen Zulage, dann des Invalidengehaltes wird durch die Cassation eines Officiers, dann öffentliche Züchtigung mit Stockstreichen, Gassenlaufen oder durch noch schwerere Strafen bei der übrigen Militär-Mannschaft bewirkt.

Justiz-Hofdecret vom 24. April 1829, S. 151, Nr. 2395.

- Der Verlust der Civil-Ehrenmedaille und der Tapferkeits-Medaille, sowie des Invaliden-Beneficiums ist für alle zur Zeit der Aburtheilung unter der Civil-Gerichtsbarkeit stehende Individuen nur mit der Verurtheilung zum schweren Kerker verbunden.

Justiz-Hofdecret vom 29. Juli 1835, S. 35, Nr. 63.

- Vorschrift über die Behandlung der in- und ausländischen Ordensritter hinsichtlich des Verlustes ihrer Orden, wenn sie eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Übertretung schuldig erkannt, oder nur ab instantia absolviert wurden.

Justiz-Hofdecret vom 6. October 1835, S. 47, Nr. 86.

- der Gnabengaben bei Militär- oder Civil-Staatsdieners-Waisen, welche nach ausgeübter eigener Capitulation als Cadeten oder Gemeine ex propriis eine Stellvertretung im Militär eingenen.

Hofkammer-Decret vom 1. December 1843, S. 174, Nr. 768.

- Berechtigung des Notherven, über den ihm vom Tode des Erblassers bis zur wirklichen Theilung des Pflichttheiles gebührenden verhältnismäßigen Antheil am Verluste der Erbschaft Rechnung zu fordern.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1847, S. 454, Nr. 1051.

- des Adels. S. Adelsverlust.

Vermächtnisse. S. Erbschaften, Legate.

Vermehrung. Bei Einsendung der Jahresausweise über schwere Polizei-Übertretungen sind die Ursachen ihrer Vermehrung anzugeben.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Februar 1843, S. 96, Nr. 681.

Vermiether. Gesetzliches Pfandrecht des Vermiethers auf die in die vermietete Wohnung gebrachten Einrichtungstücke und Fahrnisse des Miethmannes.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1837, S. 119, Nr. 189.

Vermiethung. Vorschrift über die Gültigkeit und Dauer der von einzelnen Pfündneern geschlossenen Wohnungsvermietungen.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Jänner 1844, S. 189, Nr. 776.

Vermisste. Beobachtung der Allerhöchsten Entschliessung vom 18. November 1826, Nr. 2259 der Justiz-Gesetzsammlung, in allen Fällen, in welchen der erfolgte Tod eines Vermissten erwiesen werden soll.

Justiz-Hofdecret vom 24. Februar 1846, S. 319, Nr. 939.

- S. auch Abwesende.

Vermögen. Einbringung und Sicherstellung des durch fromme Vermächtnisse und Stiftungen gestifteten Vermögens durch das Fiscalamt.

Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1821, S. 2, Nr. 1730.

- Vorschrift über die Abnahme des Zählgeldes von dem Vermögen der Mündel und Curanden.

Justiz-Hofdecret vom 31. Mai 1823, S. 149, Nr. 1944.

Vermögen. Vorschrift für Väter und Vormünder, über die Ausweisung des Hauptvermögens ihrer minderjährigen Kinder und Mündel.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1826, S. 2, Nr. 2158.

- Auch in Fällen, wo nach dem Verlassenschafts-Inventarium die Schuldenlast das Verlassenschafts-Vermögen übersteigt, ist die Verlassenschafts-Abhandlung vorzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juli 1826, S. 33, Nr. 2202.

- Nur das vermöge einer im Ehecontracte bedungenen allgemeinen Gütergemeinschaft dem überlebenden Ehegatten zufallende Vermögen ist bei Bauernleuten erbsteuerfrei.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Mai 1830, S. 197, Nr. 2463.

- Wahlkindern gebührt der Pflichttheil von dem Vermögen ihrer Wahlältern.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1833, S. 89, Nr. 2610.

- Befugniß der Mitglieder aufgehobener Klöster (Exreligiösen) zur Verfügung über ihr Vermögen durch Testament.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1835, S. 66, Nr. 111.

- Tarbestimmung für die Einantwortung eines Waisenvermögens in Tirol an großjährig gewordene Mündel.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1836, S. 83, Nr. 144.

- Vorschrift für Magistrate in Oesterreich ob und unter der Enns, Böhmen, Mähren und Schlesien, Galizien, Steiermark und Kärnthens, über die Verabfolgung des bei denselben aufbewahrten Vermögens der Mündel, Pflegebefohlenen und Waisen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1837, S. 106, Nr. 172.

- Heimfallsrecht des Wiener Magistrates auf alles erblose Vermögen der zu seinem Gerichtsbezirke gehörigen Personen.

Hofkammer-Decret vom 16. Jänner 1838, S. 167, Nr. 248.

- Bestimmung des in Verlassenschaften vorfindigen Vermögens, welches der Mortuarstaxe unterliegt.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1838, S. 277, Nr. 294.

- Behandlung der zu einem unbeweglichen oder bedeutenden beweglichen Vermögen gelangenden Findelkinder.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1839, S. 359, Nr. 389.

- Vorschrift über die Abnahme des landesfürstlichen Abfahrtszgelbes von dem nach Ungarn abziehenden unterthänigen Vermögen.

Hofkammer-Decret vom 28. Februar 1840, S. 474, Nr. 412.

- Aufhebung der auf Militär-Defectionsfälle bisher bestandenen Vermögens-Confiscation und Einführung von Entschädigungs-Pauschalien.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1842, S. 10, Nr. 599.

- Vorschrift über die Erwerbung und Ausübung der (Industrie-) Privilegien durch solche Personen, welchen die freie Vermögensverwaltung nicht zusteht.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Mai 1842, S. 36, Nr. 614.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und der Republik Mexico, über die Vermögens-Freizügigkeit der gegenseitigen Unterthanen in den beiderseitigen Staaten.

Vom 28. Juli 1842, S. 45, Nr. 626.

- Jede Vermögens-Erwerbung der Jesuiten ist zur Allerhöchsten Kenntniß zu bringen.

Hofkanzlei-Decret vom 17. October 1842, S. 64, Nr. 649.

- Welches Verlassenschafts-Vermögen als ein reines Vermögen zu betrachten sei.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Jänner 1843, S. 90, Nr. 677.

Vermögen. Vorschrift über die Verwaltung des Vermögens der Findlinge und Anlegung desselben in der Sparcasse.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Juli 1843, S. 129, Nr. 722.

- Vorschrift über die Verwaltung des Vermögens der in das Noviziat des Institutes der Schwestern des deutschen Ordens eintretenden Aspirantin.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1843, S. 141, Nr. 746.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und dem Königreiche beider Sicilien, über die wechselseitige Freizügigkeit des Vermögens.

Vom 19. April 1844 und 4. Juli 1846, S. 204 und 340, Nr. 800 und 973.

- Vorrecht der österreichischen Nationalbank auf alles bewegliche Vermögen ihres Schulners, in dessen Innehabung sie gelangt ist.

Justiz-Hofdecret vom 26. September 1844, S. 222, Nr. 831.

- Vorschrift über die Behandlung des Vermögens von Mitgliedern souveräner Familien und von Ausländern, wenn dieselben im österreichischen Militärdienste sterben.

Allerhöchste Entschliessung vom 14. Februar 1846, S. 316, Nr. 932.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Rußland, über die Behandlung des Vermögens der in den gegenseitigen Staaten verstorbenen Unterthanen.

Vom 20. Juli 1846, S. 348, Nr. 974.

- Verpflichtung der in Concurs verfallenen Schuldner zur Angabe ihres Vermögensstandes.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 451, Nr. 1049.

- Berechnung des Percentual-Abzuges von dem Vermögen der diesen Bezügen unterliegenden Personen, wenn dieses Vermögen mit einem gerichtlichen Verbote oder einer Executionsführung befaßt ist.

Finanz-Ministerial-Erlaß vom 17. November 1848, S. 664, Nr. 1186.

Vermögens-Ausweise. S. Ausweise.

- **Bekennnisse.** Eidesstattliche Vermögens-Bekennnisse unterliegen dem Stempel zu sechs Kreuzer.

Justiz-Hofdecret vom 24. Jänner 1835, S. 135, Nr. 2686.

- In dem eidesstattlichen Vermögens-Bekennnisse haben die Erben alle zur Zeit des Todes des Erblassers vorhandenen Vorräthe an Getreide, sonstigen Früchte und Futter, das Vieh, die Wirthschaftsgeräthe und Werkzeuge anzugeben.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1841, S. 675, Nr. 582.

- **Exportation.** S. Freizügigkeit.

- **Freizügigkeit.** Staatsvertrag zwischen Oesterreich und dem Großherzogthume Toscana, wegen wechselseitiger Vermögens-Freizügigkeit.

Vom 28. Februar 1822, S. 83, Nr. 1847.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Rußland, über die wechselseitige Vermögens-Freizügigkeit.

Hofkanzlei-Decrete vom 14. Juni und 28. October 1824, S. 212 und 269, Nr. 2015 und 2047.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Sardinien, über die wechselseitige Vermögens-Freizügigkeit.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1825, S. 292, Nr. 2080.

- Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Rußland, wegen Ausdehnung der Vermögens-Freizügigkeit auf das Königreich Polen.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Juni 1825, S. 303, Nr. 2102.

Vermögens-Freizügigkeit. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Modena, über die gegenseitige Vermögens-Freizügigkeit.

Justiz-Hofdecret vom 10. März 1826, S. 9, Nr. 2171.

- — Staatsvertrag zwischen Oesterreich und der freien Stadt Krakau, über die wechselseitige Vermögens-Freizügigkeit.

Hofkanzlei-Decret vom 8. März 1827, S. 71, Nr. 2264.

- — Staatsvertrag zwischen Oesterreich und den deutschen Bundesstaaten, über die nähere Bestimmung des Termins, von welchem an die Vermögens-Freizügigkeit über die deutschen Bundesstaaten eintritt.

Hofkanzlei-Decret vom 12. October 1827, S. 101, Nr. 2312.

- — Ausdehnung der zwischen Oesterreich und Modena abgeschlossenen Convention, wegen wechselseitiger Vermögens-Freizügigkeit, auf das Herzogthum Massa und Fürstenthum Carrara.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juli 1830, S. 202, Nr. 2472.

- — Ausdehnung des zwischen Oesterreich und Dänemark geschlossenen Staatsvertrages, wegen wechselseitiger Vermögens-Freizügigkeit, auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen und dänischen Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Juli 1830, S. 203, Nr. 2473.

- — Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Frankreich, über die wechselseitige Befreiung der Erbschaften vom Abfahrtsgele.

Hofkanzlei-Decret vom 18. December 1834, S. 131, Nr. 2677.

- — des aus den österreichischen Staaten nach Frankreich abziehenden Vermögens.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1835, S. 18, Nr. 30.

- — Ausdehnung der bestehenden Vermögens-Freizügigkeit zwischen den zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen Ländern und Preußen, auf sämtliche österreichische Staaten, mit Ausnahme von Ungarn und Siebenbürgen, und sämtliche preussischen Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1835, S. 52, Nr. 89.

- — Ausdehnung der bestehenden Vermögens-Freizügigkeit zwischen den zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen Ländern und Sachsen, auf sämtliche österreichische Staaten, mit Ausnahme Ungarns und Siebenbürgens, und sämtliche sächsischen Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 11. November 1835, S. 54, Nr. 93.

- — Erweiterung des mit der Schweiz abgeschlossenen Vermögens-Freizügigkeits-Vertrages.

Hofkanzlei-Decret vom 14. März 1837, S. 117, Nr. 185.

- — Staatsvertrag mit dem Königreiche Hannover, über die wechselseitige Vermögens-Freizügigkeit.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Juli 1837, S. 134, Nr. 213.

- — Staatsvertrag mit dem Churfürstenthume Hessen, über die gegenseitige Vermögens-Freizügigkeit.

Hofkanzlei-Decret vom 5. November 1837, S. 159, Nr. 241.

- — Ausdehnung der mit dem Königreiche Württemberg bestehenden Vermögens-Freizügigkeit.

Hofkanzlei-Decret vom 13. December 1837, S. 162, Nr. 245.

- — Staatsvertrag mit Belgien, über die wechselseitige Vermögens-Freizügigkeit.

Vom 9. Juli 1839, S. 344, Nr. 370.

- — Staatsvertrag mit dem Könige der Niederlande und Herzoge von Luxemburg, über die Freizügigkeit des Vermögens der beiderseitigen Unterthanen.

Vom 7. Februar 1840, S. 471, Nr. 406.

Vermögens-Freizügigkeit. Staatsvertrag mit der freien Stadt Frankfurt, wegen Ausdehnung der Vermögens-Freizügigkeit auch auf die zum deutschen Bunde nicht gehörigen österreichischen Provinzen, mit Ausnahme der ungarischen Länder.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Juli 1840, S. 515, Nr. 454.

- — Aufhebung des Abfahrtsgelbes von den nach dem Königreiche Sicilien gehenden Verlassenschaften.

Justiz-Hofdecret vom 2. November 1840, S. 536, Nr. 473.

- — Ausdehnung der zwischen den zum deutschen Bunde gehörigen Ländern Oesterreichs und dem Großherzogthume Oldenburg bestehenden Vermögens-Freizügigkeit auf die zum deutschen Bunde nicht gehörigen österreichischen Provinzen, mit Einschluß der ungarischen Länder.

Hofkanzlei-Decret vom 27. August 1842, S. 59, Nr. 638.

- — Staatsvertrag zwischen Oesterreich und dem Königreiche beider Sicilien, über die wechselseitige Freizügigkeit des Vermögens.

Vom 19. April 1844 und 4. Juli 1846, S. 204 und 340, Nr. 800 und 973.

- — Ausdehnung des Bundesbeschlusses vom 20. Juni 1817, wegen Freiheit von allen Nachsteuern bei Vermögens-Exportationen zwischen Oesterreich und dem Herzogthume Anhalt-Bernburg, auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen Provinzen.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1035.

- — Ausdehnung der zwischen Oesterreich und den Fürstenthümern Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen bestehenden Vermögens-Freizügigkeit auf die zum deutschen Bunde nicht gehörigen Länder des österreichischen Kaiserstaates.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1847, S. 465, Nr. 1074.

- — zwischen den österreichischen und ungarischen Provinzen, hinsichtlich der Aufhebung des landesfürstlichen Abfahrtsgelbes.

Hofkanzlei-Decret vom 30. November 1847, S. 478, Nr. 1100.

- — S. auch Abfahrts-geld, Freizügigkeit.

- **Steuer.** Berechnung der Vermögens-Steuer von dem Einkommen der diesen Bezügen unterliegenden Personen, wenn dieses Einkommen mit einem gerichtlichen Verbote oder einer Executionsführung behaftet ist.

Finanz-Ministerial-Erlaß vom 17. November 1848, S. 664, Nr. 1186.

- **Strafe.** S. Geldstrafen.

- **Verwalter.** Der Aspirantin wird der Eintritt in das Noviziat des Institutes der Schwestern des deutschen Ordens erst dann gestattet, wenn sie einen Verwalter ihres Vermögens bestellt hat.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1843, S. 141, Nr. 746.

Vermuthung. Bestimmung des Zeitraumes zur gesetzlichen Vermuthung der erfolgten Zahlung des Lohnes an Dienstboten.

Hofkanzlei-Decret vom 10. April 1839, S. 336, Nr. 355.

- Ungültigkeit des Erfüllungsbeides auf Grundlage bloß einfacher Vermuthungen eines bestehenden Rechtes.

Allerhöchste Entschließung vom 1. October 1844, S. 235, Nr. 836.

Vernehmung. Vorschrift über die Vernehmung solcher Personen, welche falsche Creditpapiere zu öffentlichen Cassen und Aemtern bringen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1845, S. 248, Nr. 858.

Veröffentlichung. Gesetz zum Schutze des Eigenthumsrechtes der Verfasser, Herausgeber und Verleger literarischer und artistischer Werke gegen die unbefugte Veröffentlichung derselben.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

Verona. Errichtung eines Klosters für die Erziehung der weiblichen Jugend in Verona unter dem Namen: Sorelle della sacra famiglia.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1833, S. 93, Nr. 2618.

— Die Insel Verona wird der Prätur Selve in Dalmatien zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1848, S. 493, Nr. 1119.

Verordnungen (gerichtliche). Vorschrift über die Zustellung der aus dem Königreiche beider Sicilien, oder aus dem Auslande überhaupt, im ministeriellen oder ämtlichen Wege einlangenden gerichtlichen Verordnungen.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1835, S. 9, Nr. 23.

— Vorschrift über die Zustellung der Verordnungen ungarischer Wechselgerichte an österreichische Unterthanen.

Justiz-Hofdecret vom 13. März 1843, S. 100, Nr. 688.

— (Executions-). Das Wiener Civilgericht hat sich die binnen angemessener Frist nicht in Vollzug gesetzten Executions-Verordnungen wieder vorlegen zu lassen.

Justiz-Hofdecret vom 30. August 1844, S. 219, Nr. 826.

— S. auch Gesetze.

Verpachtung. S. Pachtung.

Verpfändung. Beschränkung der Verpfändung der durch Uebereinkunft mit der niederländischen Regierung von dem Allerhöchsten Aerarium übernommenen Pains d'Abbayes.

Justiz-Hofdecret vom 31. August 1832, S. 66, Nr. 2574.

— Ungiltigkeit der Verpfändung der 100 fl. nicht erreichenden Pensionen oder Unterhaltungsgehälter der landesfürstlichen, ständischen oder städtischen Beamten und Diener oder ihrer Angehörigen.

Justiz-Hofdecret vom 22. April 1839, S. 336, Nr. 356.

— der Zahlungsbögen der Pensionisten, Duiccenten, Provisionisten und minderer Diener ist für die Zukunft nicht gestattet.

Hofkanzlei-Decrete vom 21. Juni 1840, S. 509, Nr. 450, und 24. December 1840, S. 544, Nr. 487.

Verpflegungsgebühr. Vorschrift über die Aufrechnung der Verpflegungsgebühren gegen Ersatzpflichtige bei dem Verfahren in schweren Polizei-Übertretungen und einfachen Polizeivergehen.

Hofkanzlei-Decret vom 18. October 1838, S. 280, Nr. 300.

Verpflegungskosten für Verhaftete sind vom 1. Februar 1821 an in Conventions-Münze zu entrichten.

Justiz-Hofdecret vom 9. März 1821, S. 12, Nr. 1745.

— Die gegenseitige Vergütung der Verpflegungskosten für Verhaftete, die von Militär- an landesfürstliche Civilbehörden oder von diesen an jene abgeliefert werden, hat ganz aufzuhören; bei den gutsherrlichen Gerichten, und jenen der freien Städte und Märkte bleibt es bei der bisher üblichen Vergütung dieser Kosten.

Justiz-Hofdecret vom 13. November 1826, S. 52, Nr. 2229.

— Vorschrift über die Aufrechnung der Verpflegungskosten gegen Ersatzpflichtige bei dem Verfahren in schweren Polizei-Übertretungen und einfachen Polizeivergehen.

Hofkanzlei-Decret vom 13. October 1838, S. 280, Nr. 300.

— Vorschrift über die Ersetzung der Verpflegungskosten an die Findelanstalt von den zu einem Vermögen gelangenden Findelkindern.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1839, S. 359, Nr. 389.

Verpflegskosten. Die Krankenhaus-Verwaltung hat die ausständigen Verpflegskosten eines daselbst Verstorbenen bei der Aufnahme des Todesfalles von Seite des Sperr-Commissärs gehörig anzumelden.

Hofkanzlei-Decret vom 15. December 1842, S. 76, Nr. 661.

- Vorschrift über den Erfaß der von politischen Obrigkeiten für verhaftete Beschuldigte während einer Criminal-Voruntersuchung bestrittenen Verpflegskosten.

Hofkanzlei-Decret vom 12. September 1843, S. 138, Nr. 739.

- für mittellose, durch die Kreisämter wegen schweren Polizei-Übertretungen oder wegen eines Polizeivergehens zum Arreste verurtheilte Individuen sind aus dem Cameralsfonde zu bestreiten.

Hofkanzlei-Decret vom 22. October 1843, S. 160, Nr. 754.

- Vorschrift über die Vergütung der von den politischen Obrigkeiten während einer Criminal-Voruntersuchung bestrittenen Verpflegskosten für verhaftete Beschuldigte.

Hofkanzlei-Decret vom 19. März 1844, S. 201, Nr. 795.

- Vorschrift über den Erfaß der Verpflegskosten für die während einer Voruntersuchung von politischen Obrigkeiten verhafteten Criminal-Inquisiten.

Hofkanzlei-Decret vom 5. December 1844, S. 242, Nr. 851.

- Vorschrift über die Bestreitung der Verpflegskosten für die im Criminal- oder politischen Verhafte befindlichen Individuen der Finanzwache.

Hofkammer-Decret vom 23. Juni 1846, S. 339, Nr. 972.

- Vorschrift über die Bestreitung der Verpflegskosten der im Arreste befindlichen in Concurs verfallenen Schuldner.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 451, Nr. 1049.

- Beschränkung der vorgeschriebenen Rückvergütung der Verpflegskosten an das Findelhaus aus dem einem noch nicht abgeschriebenen Findlinge zugefallenen Vermögen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. April 1847, S. 455, Nr. 1055.

Verpflegung. In Verhaft befindliche dürftige Criminal-Inquisiten sind in Betreff der Verpflegung in Pflanzstätten in keinem Falle härter zu behandeln, als die zur geringsten Strafe verurtheilten Sträflinge.

Justiz-Hofdecret vom 31. Jänner 1821, S. 5, Nr. 1734.

- Den im Gerichtsorte nicht wohnenden mittellosen und auf freiem Fuße untersuchten Criminal-Inquisiten wird für die Dauer ihres Aufenthaltes im Criminal-Gerichtsorte zu ihrer Verpflegung ein Betrag von fünf Kreuzern Conventions-Münze täglich verabreicht.

Justiz-Hofdecret vom 16. April 1831, S. 12, Nr. 2511.

- Die Verpflegung der im Criminal-Inquisitions-Arreste befindlichen, vom Amte und Gehalt suspendirten Beamten ist von der bewilligten Alimentation zu bestreiten.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Februar 1838, S. 171, Nr. 257.

Verpflichtung. Unterricht für öffentliche Behörden, Aemter und Taxämter, über ihre Verpflichtung zur Beobachtung und Handhabung des neuen Stempel- und Taxgesetzes.

Patent vom 27. Jänner 1840, S. 439 und 460, Nr. 404.

- der Eisenbahn-Unternehmungen gegen das Post-Verar, wegen Beförderung der Briefe, Schriften, Amtspakete und Fahrpostsendungen auf der Eisenbahn.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juli 1840, S. 513, Nr. 452.

- der Mitglieder des Jesuiten-Ordens, in Criminal- und schweren Polizei-Übertretungs-Fällen vor Gericht das Zeugniß abzulegen und zu beschwören.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Februar 1844, S. 196, Nr. 789.

- der portopflichtigen Behörden zur Annahme der Zuschriften der gleichfalls portopflichtigen Aemter, und Bezahlung des Postporto.

Hofkammer-Decret vom 18. März 1845, S. 256, Nr. 876.

Verpflichtung. Vorschrift über die Verpflichtung der uneingekauften Unterthanen in Galizien, der Obrigkeit, ehe sie ihre Gründe verlassen, taugliche Wirthe zu stellen; und der dortigen Grundherrschaften, ihre Unterthanen in Nothfällen mit Brod und Saatkorn zu unterstützen.

Kreis Schreiben des galizischen Guberniums vom 25. November 1846, S. 391, Nr. 1004.

- der Referenten, Botanten und vorzüglich des Präsidiums in Disciplinarsachen zur Veranlassung von Erhebungen hinsichtlich der auch im Privatwege erlangten Notiz über den Ruf eines Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1846, S. 399, Nr. 1013.

- der in Concurs verfallenen Schuldner zur Angabe ihres Vermögensstandes.

Justiz-Hofdecret vom 18. März 1847, S. 451, Nr. 1049.

- Der Concursrichter hat auch bei falschen Handlungsfonds-Ausweisungen, welche vor dem Justiz-Hofdecrete vom 18. März 1847 geschehen sind, die Mitschuldigen daran angemessen zu bestrafen und über die Schadenersatz-Leistung, wenn nicht nur die Verpflichtung zu derselben, sondern auch der Betrag des Schadens deutlich und zuverlässig erhellet, von Amtswegen zu erkennen.

Justiz-Hofdecret vom 17. November 1847, S. 476, Nr. 1095.

Verpfändung. Ein bloßer Schürfer ist nicht befugt einen Vergleichsträger zur definitiven Verpfändung aufzufordern.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 4. November 1843, S. 165, Nr. 762.

Verrechnende Beamte. S. Beamte.

Verrechnung. Venehmen der Taxämter bei Verrechnung des Stämpels, wo in Fällen officiofer Vertretungen eine Vormerkung desselben gestattet wird.

Hofkammer-Decret vom 28. Februar 1824, S. 194, Nr. 1990.

- Vorschrift über die Controle bei Verrechnung der Abhandlungs- und Rechnungs-Gebühren (Sterbe- und Rait-Taxen).

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1826, S. 53, Nr. 2230.

- Vorschrift über die Verrechnung der Dotation für das Wiener Criminalgericht.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 524, Nr. 571.

- der Notariats-Taxen in Dalmatien, unabhängig von den Stämpelgebühren.

Hofkammer-Decret vom 8. September 1842, S. 60, Nr. 640.

- Theilweise Enthebung der Hofkammer-Procuratur von der bisher in beträchtlicher Ausdehnung besorgten Einhebung und Verrechnung von Geldern.

Hofkammer-Decret vom 23. December 1842, S. 77, Nr. 664.

- Bestimmungen über die Verrechnung der Reisekosten bei gemeinschaftlichen Dienstreisen zweier oder mehrerer Beamten.

Hofkammer-Decret vom 11. Februar 1846, S. 315, Nr. 929.

Versatzettel. Vorschrift über die Behandlung und Beurtheilung der Entwendung von Versatzzetteln.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Mai 1840, S. 490, Nr. 437.

Verschärfung der Strafen. S. Strafen.

Verschulden. Die Entscheidung über die rechtlichen Folgen eines Verschuldens, welches nicht der zur Bezahlung der Erbsteuer verpflichteten, sondern einer dritten Person zur Last gelegt wird, steht den Gerichtsstellen zu.

Justiz-Hofdecret vom 6. August 1825, S. 314, Nr. 2122.

Verschuldung. Den politischen Behörden steht die Amtshandlung über die Verschuldung eines verkäuflichen nicht radicirten Gewerbes zu.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 586.

— Vorschrift über Verschuldung der verkäuflichen Gewerbe.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1843, S. 122, Nr. 708.

— Die Verschuldung der uneingekauften Gründe in Galizien wird den Nutzungseigenthümern bis zu zwei Drittel ihres Werthes gestattet.

Kreisschreiben des galizischen Guberniums vom 25. November 1846, S. 391, Nr. 1004.

Verschwägerete. S. Verwandte.

Verschweigung. Strafbestimmung auf die Verschweigung des wahren Kaufschillinges einer Realität zum Behufe der Verfüzung der grundherrlichen Laubemialgefälle.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Februar 1843, S. 95, Nr. 680.

Verschwiegenheit. Neuerliche Einschränkung der Verschwiegenheit in Amtsgeschäften.

Justiz-Hofdecret vom 7. April 1823, S. 139, Nr. 1930.

Versendung der geladenen Feuergewehre durch die fahrende Post ist nicht erlaubt.

Justiz-Hofdecret vom 20. März 1837, S. 117, Nr. 186.

Versetzung. S. Verpfändung.

Versicherung. S. Sicherstellung.

Versicherungs-Contracte der Triester See-Assicuranz-Gesellschaften werden den Wechselbriefen gleichgestellt.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juli 1825, S. 311, Nr. 2115.

— — der Triester Feuer- und Elementar-Versicherungs-Anstalt werden den Wechselbriefen gleichgestellt.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1826, S. 56, Nr. 2235.

— **Gesellschaft.** Vorrechte der Triester See-Assicuranz-Gesellschaften: 1. der Camera d'assicurazioni, 2. Nuova Compagnia d'assicurazione, 3. Banco d'assicurazioni.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juli 1825, S. 311, Nr. 2115.

— — in Triest unter dem Titel: Intrepida Compagnia d'assicurazioni; Vorrechte derselben und ihrer Actionäre.

Hofammer-Decret vom 11. Juni 1833, S. 99, Nr. 2633.

— — Vorrechte der in Triest unter der Benennung: Riunione Adriatica entstandenen Versicherungsgesellschaft.

Hofammer-Decret vom 22. März 1839, S. 334, Nr. 351.

— — Bestimmung der Vorrechte der in Triest unter der Benennung: Austriaca compagnia d'assicurazione entstandenen Versicherungsgesellschaft.

Hofkanzlei-Decret vom 5. August 1846, S. 356, Nr. 978.

— Vorrechte der in Triest unter der Benennung: Nuova società commerciale d'assicurazione entstandenen Versicherungsgesellschaft.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Mai 1848, S. 620, Nr. 1148.

— **Polizen.** S. Polizen.

Versicherungsscheine der in Triest entstandenen See-Assicuranz-Gesellschaften, nämlich: 1. der Camera d'assicurazioni, 2. Nuova Compagnia d'assicurazione, 3. Banco d'assicurazioni, werden den Wechseln gleichgestellt, daher von der Unterschrift zweier Zeugen befreit.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juli 1825, S. 311, Nr. 2115.

Versicherungsscheine der in Triest unter dem Namen: Nuova stabilimento d'assicurazione bestehenden Seeschaden-Versicherungs-Gesellschaft werden den Wechselbrieven gleichgestellt, daher von der Unterschrift zweier Zeugen befreit.

Justiz-Hofdecret vom 19. August 1826, S. 44, Nr. 2216.

- der in Triest unter dem Namen: Azienda assicuratrice entstandenen Feuer- und Elementar-Versicherungsanstalt werden den Wechselfn gleichgestellt, daher von der Unterschrift zweier Zeugen befreit.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1826, S. 56, Nr. 2235.

- der in Triest unter dem Namen: Nuova Compagnia d'assicurazione und Italico Banco d'assicurazione entstandenen Seeschaden-Versicherungs-Gesellschaften bedürfen der Mitfertigung zweier Zeugen nicht.

Hofkammer-Decret vom 27. November 1830, S. 218, Nr. 2494 und 2495.

- der unter dem Namen: Nuovo greco Banco d'assicurazione in Triest entstandenen Seeschaden-Versicherungs-Gesellschaft werden von der Unterschrift zweier Zeugen befreit.

Hofkammer-Decret vom 17. Juni 1831, S. 15, Nr. 2516.

- der unter dem Namen: Società slava d'assicurazione marittime in Triest entstandenen Versicherungs-Gesellschaft werden den Wechselfn gleichgestellt, und von der Unterschrift zweier Zeugen befreit.

Hofkammer-Decret vom 8. Juli 1831, S. 15, Nr. 2518.

- der in Triest unter dem Titel: Intrepida Compagnia d'assicurazione entstandenen Versicherungs-Gesellschaft bedürfen der Mitfertigung zweier Zeugen nicht.

Hofkammer-Decret vom 11. Juli 1833, S. 99, Nr. 2623.

- der unter dem Namen: Riunione Adriatica in Triest entstandenen Versicherungs-Gesellschaft werden den Wechselfn gleichgestellt und von der Unterschrift zweier Zeugen befreit.

Hofkammer-Decret vom 22. März 1839, S. 334, Nr. 351.

- der in Triest unter der Benennung: Austriaca compagnia d'assicurazione entstandenen Versicherungs-Gesellschaft bedürfen der Mitfertigung zweier Zeugen nicht.

Hofkanzlei-Decret vom 5. August 1846, S. 356, Nr. 978.

- der unter dem Namen: Nuova società commerciale d'assicurazione in Triest entstandenen Versicherungs-Gesellschaft werden den Wechselfn gleichgestellt und von der Unterschrift zweier Zeugen befreit.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Mai 1848, S. 620, Nr. 1148.

Versiegung des dem atatholischen Superintendenten anvertrauten Archives bei dessen Tode.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1826, S. 21, Nr. 2191.

Versorgung eines Waisen, der eine Pension oder Gnabengabe genossen hat, ist von der Abhandlungs- oder Vormundschaftsbehörde der Landesbehörde anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1834, S. 118, Nr. 2662.

Versorgungs-Anstalt. Gerichtsbarkeit über die allgemeine Versorgungs-Anstalt für die Unterthanen des österreichischen Kaiserstaates.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1823, S. 163, Nr. 1974.

- für mittellose und gebrechliche Prager Advocaten und Mitglieder der dortigen juristischen Facultät.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1838, S. 183, Nr. 274.

- **Beiträge.** Befreiung der Versorgungs-Beiträge für mittellose und gebrechliche Prager Advocaten und Mitglieder der dortigen juristischen Facultät, von gerichtlichen Verböten, Geföns-Vormerkungen, Pfändungen und anderen Executionen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1838, S. 183, Nr. 274.

Versorgungshaus. Vorschrift über die Anlegung der Sperre und Vornahme der Inventur auf den Nachlaß der in einem Versorgungshause oder Spitale verstorbenen Personen.
Hofkanzlei-Decret vom 5. November 1835, S. 54, Nr. 92.

Versprechen. Ungiltigkeit der aus nachtheiligen Verabredungen bei öffentlichen Versteigerungen gemachten Versprechen.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Juni 1838, S. 239, Nr. 277.

Verständigung. Vorschrift über die Verständigung der Saggläubiger von der von Amtswegen vorzunehmenden Pöschung der auf aufgelassenen Verggebäuden haftenden Sapposten.

Decret der Hofkammer in Münz und Bergwesen vom 1. Mai 1838, S. 180, Nr. 268.

— Von den über unmittelbar von den Beneficiaten in Pöschstörungenfällen geistlicher Pfründen bei der betreffenden Behörde überreichten Beschwerden erlassenen Bescheiden ist der Beschwerdeführer und das Fiscalamt zu verständigen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1844, S. 188, Nr. 774.

— der Hypothekargläubiger von dem ersten Feilbietungstermine eines unbeweglichen Gutes im Wege der Execution oder des Concurseß ist hinreichend.

Justiz-Hofdecret vom 6. Mai 1847, S. 461, Nr. 1063.

Verstärkter Senat. S. Rathssitzung.

Versteigerung. S. Feilbietung.

Versteigerungs-Protokoll. S. Protokoll.

Verstorbene. Vorschrift über die Zustellung oder Kundmachung des wider einen bereits Verstorbenen gefällten Criminal-Urtheiles.

Justiz-Hofdecret vom 6. Juni 1823, S. 149, Nr. 1945.

— Vorschrift über die Herstellung des Beweises durch einen Haupteid über die Echtheit der Handschrift verstorbener Personen.

Justiz-Hofdecret vom 26. April 1842, S. 25, Nr. 610.

Versuch. Wann der Diebstahls-Versuch zum Verbrechen werde.

Justiz-Hofdecret vom 6. März 1838, S. 173, Nr. 261.

Vertheilung. Vorschrift über die Vertheilung des Kauffschillings für, wegen rückständiger landesherrlicher und grundherrlicher Abgaben, gerichtlich versteigerte Realitäten.

Justiz-Hofdecret vom 16. September 1825, S. 321, Nr. 2132.

— Vorschrift für Tirol und Vorarlberg, über die Vertheilung des Preises von im Wege der gerichtlichen Execution veräußerten unbeweglichen Gütern.

Justiz-Hofdecret vom 19. November 1839, S. 354, Nr. 388.

— Vorschrift über die Anbringung der Einwendungen gegen die Vertheilung der Concurssmassen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Februar 1841, S. 561, Nr. 510.

— Vorschrift über die Vertheilung der Vermächtnisse für Arme, wenn der Erlasser dieselben nicht näher bezeichnet hat.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Mai 1846, S. 336, Nr. 964.

Vertilgung. Vorschrift für das niederösterreichische Landrecht, über die Vertilgung seiner alten undrauchbaren Registraturacten.

Justiz-Hofdecret vom 11. Mai 1840, S. 487, Nr. 433.

— Vorschrift über die Vergütung des durch die Vertilgung der Effecten einer an der Hundswuth verstorbenen Person herbeigeführten Schadens.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Jänner 1841, S. 549, Nr. 491.

Vertilgung. Vorschrift über die Vertilgung der alten unbrauchbaren Registraturacten bei sämmtlichen Appellationsgerichten, mit Ausnahme von Tirol, Dalmatien, der Lombardie und Venedig, bei den diesen Appellationsgerichten untergeordneten landesfürstlichen Criminal- und Civil-Collegialgerichten, dann bei den Magistraten der Städte Wien, Prag, Brünn, Olmütz, Lemberg und Gratz.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1843, S. 149, Nr. 751.

- der bei dem Universal-Cameral-Zahlamte in Aufbewahrung befindlichen falschen Einlösungs- und Anticipations-Scheine und der Falsifications- Werkzeuge nach Verlauf von 30 Jahren von dem Zeitpunkte der Herausgabe oder der Zustandebringung.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juli 1848, S. 644, Nr. 1168.

Verträge. Bedingungen, welche allen Versteigerungs- oder Verhandlungs-Protokollen und Contracten für den Staatsschatz oder die öffentlichen Fonde einzuschalten sind, um den Bestbieter sogleich zu verbinden.

Hofkanzlei-Decret vom 20. April 1821, S. 17, Nr. 1755.

- Welche Privat-Rechtsverhältnisse aus Dienstverträgen den politischen Behörden zugewiesen sind.

Justiz-Hofdecret vom 11. Mai 1821, S. 19, Nr. 1759.

- Vorschrift hinsichtlich des Befugnisses geistlicher Gemeinden und Pfründner über den Ertrag des ihnen zum Genuße eingeräumten Stiftungs-Vermögens rechtsgiltige Pacht- und Mieth-Verträge abzuschließen.

Justiz-Hofdecret vom 26. Mai 1821, S. 30, Nr. 1763.

- Die Gerichtsbehörden sollen keinen Veräußerungs-Vertrag über Realitäten von getheiltem Eigenthume, ohne vorläufige Einvernehmung des Obereigenthümers, protokolliren, noch einen solchen außeramtlichen Vertrag zu dem Gerichts-Protokolle registriren.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 46, Nr. 1797.

- Den Subarrenbirungs-Contracten anstatt der Verzichtleistung auf den Rechtsweg einzuschaltende Clausel.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Februar 1822, S. 79, Nr. 1841.

- Ein zwischen dem Richter und der Recht suchenden Partei oder ihrem Bevollmächtigten oder Vertreter bestehender Mieth- oder Pachtvertrag schließt für die Zeit seiner Dauer den Richter von jeder Ausübung des Richteramtes in den Streitfachen dieser Partei aus.

Justiz-Hofdecret vom 2. October 1830, S. 209, Nr. 2484.

- Die Forderungen des Aeraars gegen einen Verzehrungssteuer-Pächter aus dem mit ihm geschlossenen Vertrage haben nicht das den landesfürstlichen Steuern eingeräumte Vorrecht.

Justiz-Hofdecret vom 14. März 1831, S. 11, Nr. 2507.

- der Grundeigenthümer in Böhmen, über die Ueberlassung eines Theiles ihrer Realitäten auf die Lebenszeit gewisser Personen gegen Vorbehalt des Rückfalles mit dem Tode derselben, sind ungiltig.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1833, S. 85, Nr. 2603.

- Bestätigung der Verträge über Verpachtung der Pfarr- und Kloster-Realitäten in Galizien durch das Ordinariat.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1835, S. 20, Nr. 35.

- Vorschrift über die Giltigkeit der Familien-Verträge der vormalig reichständischen oder reichsunmittelbaren Familien Deutschlands in den zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen Staaten.

Justiz-Hofdecret vom 19. September 1836, S. 92, Nr. 156.

- Ungiltigkeit der aus nachtheiligen Verabredungen bei öffentlichen Versteigerungen gemachten Verträge.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Juni 1838, S. 239, Nr. 277.

Verträge. Zur Einverleibung der die Staats- und Fondsgüter betreffenden, von den administrativen Behörden vorschristtmäßig ausgefertigten Verträge ist die vorläufige Einvernehmung des Fiscalamtes nicht erforderlich.

Justiz-Hofdecret vom 10. Jänner 1843, S. 87, Nr. 671.

— Ueber Robot-Ablösungen unterliegen der Beurtheilung und Bestätigung des Kreisamtes. Hofkanzlei-Decret vom 21. Juli 1843, S. 130, Nr. 725.

— Vorschrift über die Errichtung von Pachtverträgen über die sequestratorische Verpachtung der Güter in Galizien und der Bukowina zur Einbringung der Steuer-Rückstände; deren Dauer und Einverleibung in die öffentlichen Bücher.

Hofkanzlei-Decret vom 15. September 1843, S. 139, Nr. 742.

— Vorschrift über die Gültigkeit und Dauer der von einzelnen Pfründnern geschlossenen Pacht- und Mieth-Verträge.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Jänner 1844, S. 189, Nr. 776.

— Zehentablösungs-Verträge sind ohne Unterschied der Bestätigung des Kreisamtes zu unterziehen. Hofkanzlei-Decret vom 14. März 1844, S. 197, Nr. 792.

— zwischen Montenegrinern und Dalmatiner und österreichischen Unterthanen überhaupt, über den Grund- oder Realitäten-Besitz in den gegenseitigen Gebieten, dürfen in die Hypothekenbücher Dalmatiens nicht eingetragen werden.

Justiz-Hofdecrete vom 6. August 1845, S. 273, Nr. 898, und 14. Jänner 1846, S. 308, Nr. 922.

— Die aus Lohnverträgen zwischen Gewerbsleuten oder Fabriksinhabern und ihren Gesellen, Lehrlingen und Hilfsarbeitern entstehenden Streitigkeiten gehören zur Amtshandlung der politischen Behörden.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1846, S. 390, Nr. 1002.

— zwischen den Grund- und Zehent-Herren und den Grund- und Zehent-Holden, über die Ablösung der Robot, des Zehents und anderen Urbarial-Schuldbigkeiten, sind von den Kreisämtern zu befähigen.

Hofkanzlei-Decret vom 18. December 1846, S. 395, Nr. 1012.

— Vorschrift über die Behandlung der bei Bestand- oder sonstigen Verträgen über Aerial-Eisferungen der Bestechung öffentlicher Beamten Beschuldigten, und über abgeführte gerichtliche Untersuchung nicht schuldlos erklärten Individuen.

Hofkanzlei-Decret vom 1. December 1847, S. 478, Nr. 1101.

Vertreter. Ein zwischen dem Richter und der Recht suchenden Partei oder ihrem Bevollmächtigten oder Vertreter bestehender Mieth- oder Pachtvertrag schließt für die Zeit seiner Dauer den Richter von jeder Ausübung des Richteramtes in den Streitfachen dieser Partei aus.

Justiz-Hofdecret vom 2. October 1830, S. 209, Nr. 2484.

— In Processen zwischen dem Gefälls-Aerar und einer Staats- oder Stiftungsherrschaft sind die Vertreter für beide Theile von der Cameral-Gefällen-Verwaltung; in den aus politischen Verhandlungen entstehenden Processen zwischen Staats- oder Stiftungsherrschaften und Unterthanen, die Vertreter der Herrschaften von der Cameral-Gefällen-Verwaltung, die Vertreter der Unterthanen aber von der politischen Landesstelle zu ernennen.

Justiz-Hofdecret vom 24. Februar 1832, S. 34, Nr. 2549.

— Die Schwägerchaft des Richters mit dem Vertreter der Partei hindert denselben an der Ausübung seines Amtes, sowohl in als außer Streitfachen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Februar 1836, S. 75, Nr. 124.

Vertreter. Pacht- oder Mietheverträge des Richters mit dem Vertreter des Staates, der Gemeinden, oder der unter der Verwaltung des Staates oder der Gemeinden stehenden öffentlichen Anstalten, schließen den Richter von der Ausübung des Richteramtes nicht aus.

Justiz-Hofdecret vom 24. Mai 1836, S. 82, Nr. 142.

- Wann die den das Armenrecht genießenden Parteien von Amtswegen beigegebenen Vertreter für die Tax- und Stempelgebühren zu haften haben.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1837, S. 106, Nr. 171.

- In welchen Fällen die Vertreter abwesender Parteien, oder deren Aufenthalt unbekannt ist, die Urtheilstaxen zu entrichten haben.

Hofkammer-Decret vom 30. Juni 1837, S. 132, Nr. 210.

- Zur Aufsechtung der von einem Militär ohne gehörige Bewilligung eingegangenen Ehe bedarf es keines eigens bestellten Vertreters.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 30. August 1837, S. 142, Nr. 221.

- Vorschrift für die Vertreter von Abwesenden, über die Behandlung der von ihnen einzureichenden Schriftstücken oder sonstigen auf den Rechtsstreit sich beziehenden Eingaben hinsichtlich der Stämpelvormerkung.

Hofkammer-Präsidential-Decret vom 26. Juli 1840, S. 517, Nr. 457.

- Die von der obersten Justizstelle den Vertretern der Parteien auferlegten Geldstrafen kann die Landesstelle nicht erlassen.

Justiz-Hofdecret vom 28. September 1840, S. 532, Nr. 466.

- Vorschrift für die Gerichtsbehörden erster Instanz, hinsichtlich der Bestellung der gerichtlichen ex offio Vertreter.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1844, S. 192, Nr. 782.

- Niemand kann als Auscultant aufgenommen werden, dessen Unterhalt durch einen Revers eines bei dem nämlichen Gerichte zur Parteien-Vertretung berechtigten Advocaten gesichert werden soll.

Älterhöchste Entschliessung vom 4. Mai 1844, S. 208, Nr. 804.

- Vorschrift für ex offio Partei-Vertreter, über die portofreie Aufgabe der Recurse der das Armenrecht genießenden Parteien auf die Post.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1844, S. 237, Nr. 838.

- Umfang der Haftung der Vertreter für die Einbringung der Taxen von den von ihnen vertretenen armen Parteien.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1845, S. 259, Nr. 881.

Vertretung. Alle unter öffentlicher Verwaltung stehende Institute sind von dem Fiscus zu vertreten; fromme Vermächtnisse und Stiftungen sind hinsichtlich der Einbringung und Sicherstellung des gestifteten Vermögens ebenfalls von dem Fiscus zu vertreten; — Weisung, hinsichtlich der Art der weiteren Vertretung solcher Stiftungen und Institute.

Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1821, S. 2, Nr. 1730.

- Den Justiziären in Salzburg und dem Inn-Viertel steht auch die Vertretungsleistung ihrer Herrschaften in Rechtsstreiten nicht zu.

Justiz-Hofdecret vom 13. October 1821, S. 58, Nr. 1811.

- In den Provinzen, auf welche sich die in Betreff des österreichischen Notariates erlassene neue Vorschrift vom 9. Juni 1821 bezieht, ist den Notaren, welche keine zur Ausübung der Landes-Advocatie berechnigte graduirte Doctoren sind, die Vertretung der Parteien bei Wechsel- und Mercantilgerichten nicht zu gestatten.

Justiz-Hofdecret vom 14. Februar 1824, S. 193, Nr. 1989.

Vertretung. Bei Vertretung unterthäniger Gemeinden oder einzelner Unterthanen gegen ihre Grundobrigkeiten bedarf der Unterthans-Advocat oder das Fiscalamt keines besondern Auftrages der Landesstelle zur Klage oder Vertheidigung.

Justiz-Hofdecret vom 15. April 1826, S. 16, Nr. 2181.

- Die fiscälämliche Vertretung ist in Rechtsangelegenheiten über grundobrigkeitliche Rechte einer Herrschaft gegen einen Besizer, über dessen Person ihr keine Gewalt zusteht, nicht erforderlich.

Justiz-Hofdecret vom 4. September 1829, S. 170, Nr. 2426.

- Vorschrift über die dem Fiscalamte obliegende Vertretung in Lehnssachen.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juli 1831, S. 16, Nr. 2519.

- Wann die Vertretung der unterthänigen Gemeinden durch ihre Grundobrigkeiten zulässig ist, und wann diese Vertretung das Fiscalamt und rücksichtlich der Unterthans-Advocat zu übernehmen hat.

Hofkanzlei-Decret vom 12. August 1835, S. 38, Nr. 72.

- der Aetarial-Montan-Bruderladen durch den Fiscus.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 27. Juli 1837, S. 136, Nr. 216.

- Die Vertretung jeder Kirche, wegen Einbringung und Sicherstellung eines derselben angefallenen Erbvermögens, liegt dem Fiscalamte ob.

Hofkanzlei-Decret vom 24. November 1837, S. 161, Nr. 243.

- Die Vertretung der Parteien vor Gericht ist den landesfürstlichen Beamten als Nebenbeschäftigung nicht erlaubt.

Justiz-Hofdecret vom 25. Februar 1839, S. 332, Nr. 344.

- Die in einem Kreise bestehenden Advocaten können auch in einem anderen Kreise derselben Provinz die Vertretung leisten.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juni 1839, S. 340, Nr. 361.

- Die für die Hauptstadt Prag nicht ernannten Advocaten sind zur Vertretung der Parteien bei den Gerichten in Prag nicht berechtigt.

Justiz-Hofdecret vom 9. August 1842, S. 56, Nr. 630.

- Den für den Tyroler Kreis neu ernannten Advocaten ist die Partei-Vertretung bei dem Stadt- und Landrechte zu Novigno und bei allen Bezirksgerichten dieses Kreises gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1842, S. 81, Nr. 667.

- Den Advocaten in Steiermark ist die Vertretung der Parteien in dem ganzen Herzogthume mit der Beschränkung gestattet, daß jene, welchen bei ihrer Ernennung der Wohnsitz außer der Hauptstadt angewiesen wurde, von der Vertretung bei den Gerichten der Hauptstadt ausgeschlossen seien.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juli 1843, S. 129, Nr. 723.

- der Beneficiaten in Befristungsfällen geistlicher Pfründen in Galizien durch das Fiscalamt

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1844, S. 188, Nr. 774.

- Bestimmungen rücksichtlich der Berechtigung der abgesetzten Advocaten, sich selbst zu vertreten.

Justiz-Hofdecret vom 22. Jänner 1845, S. 250, Nr. 862.

- Vertretungs-Befugniß der Triester Advocaten bei allen zum Jurisdictionssprengel des Triester Stadt- und Landrechtes gehörigen Gerichten.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1845, S. 253, Nr. 871.

- Wann dem Fiscalamte die Vertretung des obersten Lehnsherrn, des Afterslehnsherrn und der Vasallen obliegt.

Hofkanzlei-Decret vom 1. Juli 1847, S. 463, Nr. 1070.

- Befreiung der Grundobrigkeiten in Galizien von der Vertretung ihrer Unterthanen in Rechtsstreitigkeiten.

Patent vom 17. April 1848, S. 612, Nr. 1136.

Vertretung. Befreiung der Grundherrschaften in der Bukowina von der Vertretung ihrer Unterthanen in Rechtsstreitigkeiten.

Patent vom 9. August 1848, S. 648, Nr. 1173.

Veruntreuung. Wenn die Veruntreuung bereits von dem Beschädigten gerichtlich angezeigt, der Thäter aber noch unbekannt ist, und die Zurückstellung oder Vergütung freiwillig und früher leistet, ehe er entdeckt wird, findet der §. 216, II. Theiles des Strafgesetzes, allerdings seine Anwendung.

Hofkanzlei-Decret vom 18. April 1822, S. 95, Nr. 1868.

- der landesfürstlichen Steuergelder durch die zur Einhebung derselben bestellten Beamten, wie solche zu bestrafen ist.

Justiz-Hofdecret vom 21. Juli 1826, S. 34, Nr. 2204.

- an obrigkeitlichen Waisen- und Depositionscassen ist nach den für Verbrechen und schwere Polizeübertretungen ertheilten Vorschriften zu bestrafen.

Justiz-Hofdecret vom 13. Juli 1827, S. 87, Nr. 2291.

- Von dem Gläubiger gepfändete, aber in der Verwahrung des Schuldners gelassene Fahrnisse sind bei Anwendung der §§. 163 und 178, lit. f), I. Theiles des Strafgesetzes, als dem Schuldner anvertraute Sachen zu betrachten.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1829, S. 129, Nr. 2357.

- Strafen auf die Veruntreuung der Waisen- und Depositionsgelder im Villacher Kreise, Krain und dem Küstenlande.

Hofkanzlei-Decret vom 8. März 1832, S. 35, Nr. 2552.

- In welchen Fällen die Bestrafung einer verziehenen oder stillschweigend nachgesehenen Veruntreuung nicht mehr angesucht werden kann.

Hofkanzlei-Decret vom 16. Februar 1836, S. 75, Nr. 125.

- Beantwortung der Frage, ob die Entwendung von Versatzzetteln als Veruntreuung anzusehen sei.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Mai 1840, S. 490, Nr. 437.

Verurtheilte. Die Rechtsfolgen des auf Strafe ergehenden Criminal-Urtheiles haben erst vom Tage der Kundmachung des Strafurtheiles an den Verurtheilten einzutreten.

Justiz-Hofdecret vom 18. Jänner 1836, S. 72, Nr. 117.

- Beschränkung des Zutrittes zu den zur Todesstrafe verurtheilten Verbrechern auf deren Verwandte und solche Personen, die der Verurtheilte zu sehen wünscht.

Justiz-Hofdecret vom 11. September 1837, S. 145, Nr. 226.

Verurtheilung der in Civilstand getretenen vormaligen Militär-Personen zum schwersten oder schweren Kerker zieht den Verlust, die Verurtheilung zum einfachen Kerker aber nur die Ablegung des Distinctionszeichens während der Strafzeit nach sich.

Justiz-Hofdecret vom 20. April 1827, S. 79, Nr. 2274.

Verwahrung. Vorschrift über die Verwahrung der Acten der in Dalmatien verstorbenen, oder aus anderen Gründen außer Wirksamkeit getretenen Notare.

Justiz-Hofdecret vom 9. October 1829, S. 173, Nr. 2431.

- Vorschrift über die Aufbewahrung der Todtenbücher (Sterbeprotokolle).

Hofkanzlei-Decret vom 19. Februar 1836, S. 75, Nr. 126.

- Vorschrift über die Aufbewahrung der von Criminalgerichten und Ortsbehörden bei einer That-erhebung bei einem Inquisiten gefundenen consecrirten Hostien.

Justiz-Hofdecret vom 11. September 1837, S. 145, Nr. 225.

Verwahrung. Haftung der Consularämter für die sichere Aufbewahrung der Verlassenschaft der in ihrem Amtsbezirke verstorbenen österreichischen Unterthanen.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 13. April 1847, S. 459, Nr. 1059.

- Vorschrift über die Verwahrung der Depositen- und Waisengelder bei dem Magistrats zu Grynowitz, dann den Gerichten und Wirtschaftsämtern in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 516, Nr. 1125.

Verwaltung des Waisen-Vermögens. Die Verordnung über die Verwaltung des unterthänigen Waisenvermögens in Niederösterreich vom 4. September 1820 ist auch in Steiermark und dem Klagenfurter Kreise anwendbar.

Justiz-Hofdecret vom 16. Februar 1822, S. 79, Nr. 1839.

- **der Gerichtsbarkeit.** S. Gerichtsbarkeit.

- **(freie) des Vermögens.** S. Vermögen.

Verwaltungs-Personale. Die Ernennung des Verwaltungs-Personales im Wiener Criminalhaufe steht dem Criminalgerichte zu.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 524, Nr. 570.

Verwandlung. Bei Verwandlung der Geld- in eine Arrest-Estrafe in Wuchersachen ist die Verhängung des strengen Arrestes nicht gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 28. November 1842, S. 75, Nr. 658.

Verwandte sollen bei Einer und derselben Justizstelle durchaus nicht dienen.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1821, S. 11, Nr. 1742.

- Was den armen Verwandten eines ohne letztwillige Anordnung verstorbenen geistlichen Erblassers aus dem geselligen Armenbittel der Verlassenschaft zuzuwenden seyn.

Hofkanzlei-Decret vom 16. September 1824, S. 266, Nr. 2040.

- Auch bei Wucheruntersuchungen können sich die nächsten Verwandten des Beschuldigten der Aussagen als Zeugen entschlagen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 309, Nr. 2108.

- Bei derselben landesfürstlichen oder nicht landesfürstlichen Justizbehörde dürfen Verwandte keine besoldete oder unbesoldete Anstellung von was immer für einer Kategorie erhalten. Davon findet nur bei Patrimonialgerichten der Gutsherren eine Ausnahme Statt.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1826, S. 19, Nr. 2198.

- Vorschrift über die Verwendung verwandter Personen als Kunstverständige zur Erhebung des Thatbestandes in Strafsachen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Juli 1835, S. 35, Nr. 64.

- Beschränkung des Zutrittes zu den zur Todesstrafe verurtheilten Verbrechern, auf deren Verwandte und solche Personen, welche der Verurtheilte zu sehen wünscht.

Justiz-Hofdecret vom 11. September 1837, S. 145, Nr. 226.

- Vorschrift über die Unzulässigkeit der Anstellung verwandter oder verschwägelter Personen bei Einer und derselben Behörde oder Cass.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1839, S. 320, Nr. 326.

Verwandschaft. Den Vorsehern der Gerichtsstellen wird zur Pflicht gemacht, neu entstehende Verwandschafts- oder Schwägerschafts-Verhältnisse sogleich der betreffenden Oberbehörde anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1826, S. 19, Nr. 2189.

- Unter den in den §§. 195 und 377, I. Theiles des Strafgesetzes, bezeichneten, im ersten Grade verschwägerten Personen sind auch jene begriffen, die im ersten Grade der Seitenlinie verschwägert sind.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1827, S. 97, Nr. 2305.

Verwandtschaft. Die Verwandtschaft und Schwägerschaft kann der verdienten Beförderung eines Beamten nicht im Wege stehen.

Justiz-Hofdecret vom 11. December 1829, S. 181, Nr. 2244.

- Ungulässigkeit des Verwandtschafts-Verhältnisses zwischen Beamten einer und derselben Behörde und Casse.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1839, S. 320, Nr. 326.

- Vorschrift über die Ertheilung der Nachsicht von dem Verwandtschafts-Verhältnisse bei Magistraten, wo ungeprüfte Bürgermeister und Räte bestehen.

Justiz-Hofdecret vom 6. November 1843, S. 171, Nr. 764.

- unter Justizbeamten. S. Anstellung.

Verweigerung zur Fahrt auf den Eisenbahnen; in welchen Fällen sie auf Reise zu anzuwenden.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §. 13.

Verwendung. Die Verwendungs-Tabellen der Auscultanten eines jeden Landrechtes sind jährlich der obersten Justizstelle vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juli 1821, S. 37, Nr. 1775.

- Vorschrift über die Verwendung der Auscultanten des Civil- und Criminal-Senates des Wiener Magistrates.

Justiz-Hofdecret vom 22. Februar 1822, S. 81, Nr. 1844.

- Bei den jährlich vorzulegenden Berichten über die Verwendung der Auscultanten ist mit strenger Unparteilichkeit vorzugehen.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1822, S. 91, Nr. 1860.

- der Auscultanten bei dem Appellationsgerichte wird gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 27. Mai 1825, S. 302, Nr. 2098.

- Vorschrift über die Verfassung der Tabellen über die Verwendung der Auscultanten.

Justiz-Hofdecret vom 2. December 1825, S. 330, Nr. 2149.

- Vorschrift über die Verwendung des Amtspersonales bei dem Magistrate von Graß.

Hofkanzlei-Decret vom 7. November 1838, S. 306, Nr. 303.

- Verbot der zeitweiligen Verwendung der wegen Verbrechen, Vergehen oder Vernachlässigung des Dienstes entsetzten Beamten bei landesfürstlichen Behörden.

Hofkanzlei-Decret vom 23. März 1842, S. 14, Nr. 602.

- Vorschrift über die Verwendung der Auscultanten bei organisirten Magistraten.

Hofkanzlei-Decret vom 15. März 1844, S. 198, Nr. 794.

- der Concept-Practikanten bei den Landgerichten in Tirol und Vorarlberg wird den beiden Landes-Oberbehörden überlassen.

Hofkanzlei-Decret vom 25. März 1844, S. 202, Nr. 797.

- Ausdehnung des Verbotes wegen zeitweiliger Verwendung der aus dem Staatsdienste wegen Verbrechen oder Vergehen entlassenen Individuen als Diurnisten bei landesfürstlichen Behörden auch auf solche, welche noch niemals in Staatsdiensten waren.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Juni 1844, S. 211, Nr. 812.

- Vorschrift über die Verwendung der Auscultanten bei den Gerichtsstellen.

Justiz-Hofdecret vom 28. Mai 1845, S. 264, Nr. 887.

- Die Verwendung der wegen Hochverrath abgestraften Priester ist ohne Allerhöchster Bewilligung weder in der Seelsorge noch im Lehramte gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1847, S. 462, Nr. 1067.

Verwendungszeugnisse. S. Zeugnisse.

Verwundung, wobei sich keine Spur eines Verbrechens zeigt, sind nicht den Justizbehörden, sondern der politischen Obrigkeit zur Amtshandlung anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1830, S. 185, Nr. 2451.

- Die schwere Verwundung eines Gefäßs-Übertreters durch die Finanzwache in Ausübung ihres Dienstes ist für sich allein noch nicht als eine rechtliche Anzeigung zur Einleitung einer Criminal-Untersuchung zu betrachten.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 331, Nr. 952.

Verzehrungssteuer. Vorschrift über die Entschädigung der Privat-Personen und Gemeinden, welche durch die Einführung der allgemeinen Verzehrungssteuer an ihren bisher genossenen Einkünften Verlust erlitten haben.

Justiz-Hofdecret vom 8. August 1829, S. 168, Nr. 2423.

- Anmeldung und Classification der Verzehrungssteuer-Rückstände bei Concursmassen.

Hofkammer-Decret vom 14. März 1831, S. 11, Nr. 2507.

- Liquidirung, Einkbringung und Sicherstellung rückständiger Verzehrungssteuer-Gebühren.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1832, S. 31, Nr. 2548.

- Vorschrift über die Eintreibung der Rückstände an dem Pachtzinslinge oder der Abfindung für die Verzehrungssteuer. Erklärung der Ausdrücke: Pachtvertrag und Abfindung über die Verzehrungssteuer.

Justiz-Hofdecret vom 11. Mai 1833, S. 90, Nr. 2611.

- Vorschrift über die Entschädigung für die durch Einführung der allgemeinen Verzehrungssteuer aufgelassenen Consumtions-Gefälle, welche sich im Privat-Besitz befinden.

Hofkammer-Decret vom 13. Juli 1836, S. 85, Nr. 146.

- Berichtigung der liquidirten Entschädigungs-Capitale für die bei Einführung der allgemeinen Verzehrungssteuer aufgelassenen Consumtions-Gefälle durch Barzahlung oder Ausfolgung von Staats-Obligationen.

Justiz-Hofdecret vom 13. März 1840, S. 476, Nr. 416.

- Vorschrift über die Sicherstellung der Ansprüche auf die Entschädigung für die bei Einführung der allgemeinen Verzehrungssteuer aufgehobenen Laj- und Umgelds-Rechte.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1840, S. 526, Nr. 464.

Verzeichniß. Appellationsgerichte haben sich mit genauen und zuverlässigen Verzeichnissen aller in ihrem Jurisdictionsbegirke ansässigen und zum Advociren berechtigten Justizräte und Magistratebeamte zu versehen.

Justiz-Hofdecrete vom 22. September 1821, S. 49, Nr. 1801, und vom 3. Februar 1824, S. 170, Nr. 1985.

- derjenigen mediatisirten deutschen fürstlichen Häuser, deren Chef der Titel „Durchlaucht“ gebührt.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133.

- der Criminalkosten ist jeder Criminal-Untersuchung beizulegen.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1828, S. 142, Nr. 2378.

- Verzeichnung der bei den Civil-Justizbehörden befindlichen Depositen, die dem Fiscus heimgefallen seyn könnten.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1837, S. 106, Nr. 170.

Verzeichniß. Gerichtsbehörden haben über die in die Wiener Zeitung veranlaßte unentgeltliche Einschaltung von Inserationen monatliche Verzeichnisse an die Cameral-Bezirks-Verwaltung der Provinzial-Hauptstadt zur Einhebung der Gebühren einzusenden.

Hofkammer-Decret vom 16. Juli 1843, S. 129, Nr. 724.

- Bei den Gerichtsstellen ist ein Verzeichniß aller an Advoraten erteilten Curatelen und ex offio Vertretungen zu führen. Vorschriften hierüber.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1844, S. 192, Nr. 782.

Verzicht. Den Subarrenbirungs-Contracten anstatt der Verzichtleistung auf den Rechtsweg einzuschaltende Clausel.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Februar 1822, S. 79, Nr. 1841.

- Den Verzichtsbrevesen der Ehegattinnen der in Verrechnung stehenden Beamten soll jedesmal der Taufschein der Ausstellerin, und, wenn diese minderjährig ist, auch die gerichtliche Genehmigung beigezschlossen werden.

Justiz-Hofdecret vom 25. April 1829, S. 153, Nr. 2397.

- auf die dreitägige Bedenkzeit kann den auf freiem Fuße befindlichen mittellosen Inquisiten nicht gestattet werden.

Justiz-Hofdecret vom 16. April 1831, S. 12, Nr. 2511.

Verzichtleistung. S. Verzicht.

Verzinsung der bei den Breslauer Bisthumsgütern einzeln in die dortigen Waisensämer bar eingehenden Waisencapitalien.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Juli 1843, S. 131, Nr. 727.

- Vorschrift für Sparcassen über die Einstellung der weiteren Verzinsung der unbehobenen Interessen von Sparcasse-Einlagen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. September 1844, S. 222, Nr. 832.

Verzögerung. Anwendung des §. 1333 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches auf alle Forderungen im Gelde, nicht aber auf solche, welche keine Summe Geldes, sondern andere Sachen oder Leistungen zum Gegenstande haben.

Justiz-Hofdecret vom 18. Jänner 1842, S. 7, Nr. 592.

Verzögerungszinsen. S. Interessen, Zinsen.

Verzugszinsen. Vorschrift über die Berechnung und Auszahlung der Verzugszinsen von Erbsteuer-Beträgen, welche in Obligationen bemessen worden sind.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Juni 1827, S. 87, Nr. 2290.

- Vorschrift über die Bezahlung der Verzugszinsen von der Entschädigung für die zum Straßenbaue abgetretenen Grundstücke.

Hofkanzlei-Decret vom 4. April 1837, S. 118, Nr. 188.

- S. auch Interessen, Zinsen.

Vice-Bürgermeister. Vorschrift über die Ernennung des Vice-Bürgermeisters bei dem Grazer Magistrat.

Hofkanzlei-Decret vom 7. November 1838, S. 306, Nr. 303.

- — Bestimmung des Ranges der Präses-Vice-Bürgermeister des Civil- und des Criminalgerichtes der Stadt Wien.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 569, Nr. 524.

- **Consuln.** Wirkungskreis der österreichischen Vice-Consuln in Mexico, und jener der Republik Mexico in den österreichischen Staaten.

Staatsvertrag vom 28. Juli 1842, S. 45, Nr. 626.

- **Kammerprocurator.** Anstellung eines Vice-Kammerprocurators bei der Hof- und niederösterreichischen Kammerprocuratur mit dem Titel eines niederösterreichischen Regierungsrathes; Bestimmung seiner Amtswirkksamkeit.

Justiz-Hofdecret vom 25. August 1831, S. 17, Nr. 2523.

Vice-Präsidenten. Die Absenzen des Vice-Präsidenten einer Gerichtsbehörde sind in den jährlich an die oberste Justizstelle zu überreichenden Absenztabelle aufzuführen, es darf ihm ohne Allerhöchste Bewilligung keine längere Dienstesabwesenheit im Ganzen als von sechs Wochen gestattet werden.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1826, S. 57, Nr. 2238.

— — Bestimmung des Stämpels für Vice-Präsidenten der Hof- und Länderstellen, und der Gerichtsbehörden erster und zweiter Instanz.

Hofkammer-Decret vom 7. September 1833, S. 102, Nr. 2631.

— — Vorschrift über die Besetzung der Vice-Präsidentenstelle bei den landesfürstlichen Collegialgerichten erster und zweiter Instanz.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

— — Vorschrift über die Erstattung der Vorschläge zur Besetzung der bei landesfürstlichen Collegialgerichten erster Instanz erledigten Vice-Präsidentenstellen.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1837, S. 148, Nr. 235.

Vidimirung. Den gerichtlichen Dolmetschen steht die Befugniß der Vidimirung von Urkunden nicht zu.

Justiz-Hofdecret vom 26. Februar 1846, S. 319, Nr. 940.

— Vorschrift für Stände bei Vidimirung der Abschriften von Adels-Urkunden und Wappen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. December 1846, S. 392, Nr. 1005.

Vidirung der gerichtlich aufzunehmenden Güterschätzungs-Inventarien von Seite des Kreisamtes ist nicht erforderlich.

Justiz-Hofdecret vom 26. Jänner 1828, S. 108, Nr. 2325.

Vieh, in soferne dasselbe zur Fortsetzung des ordentlichen Wirtschaftsbetriebes erforderlich ist, kann nur mit dem unbeweglichen Gute, wozu es gehört, gepfändet, geschätzt und versteigert werden.

Justiz-Hofdecret vom 7. April 1826, S. 15, Nr. 2178.

— Erben haben den zur Zeit des Todes des Erblassers vorhandenen Viehstand in dem eideschwürigen Vermögens-Befenntnisse anzugeben.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1841, S. 675, Nr. 582.

— Verbot des Viehauftriebes auf den an der Linie der Staats-Eisenbahnen angrenzenden Gründen und Pergabhängen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 234, Nr. 834.

— Beschränkung des Treibens und Weidens von Vieh in der Nähe von Eisenbahnen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §§. 19 und 22.

Vierzigjähriges Alter. S. Anstellung.

Vierzigjährige Dienste. Längere als vierzigjährige Dienste sind keineswegs als Verdienst anzurechnen.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1824, S. 266, Nr. 2041.

Willacher Kreis. Ausdehnung der auf die Veruntreuung der Waisen- und Depositen Gelder gesetzten Strafen auf diesen Kreis.

Hofkanzlei-Decret vom 8. März 1832, S. 35, Nr. 2552.

Vinculirung der den öffentlichen Fonds und Anstalten gehörigen, auf den Ueberbringer lautenden Obligationen zur Sicherung dieser Fonds und Anstalten vor einer unrichtigen Gebahrung

Hofkanzlei-Decret vom 11. November 1822, S. 123, Nr. 1910.

— Verfahren bei der Vinculirung der Dienstcautions-Obligationen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juli 1830, S. 204, Nr. 2475.

Visitation. Destrere Vornehmung der Visitationen der Fiscalämter durch Justizräthe und Abhandlung der Verzögerungen gerichtlicher Angelegenheiten von Seite der Fiscalämter.

Justiz-Hofdecret vom 20. Mai 1822, S. 96, Nr. 1871.

Visitation der Registraturen der Patrimonialgerichte und nicht förmlich besetzten Magistrate zum Behufe des Stämpelgefälles, mit Beiziehung eines Appellationsrathes.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juni 1824, S. 211, Nr. 2014.

- Vorschrift über die Vornahme der Stämpelvisitation bei den Landgerichten und nicht regulirten Magistraten in Tirol und Vorarlberg durch Gefällsbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 6. August 1825, S. 314, Nr. 2123.

- Die Dechante und Bezirksvicare haben bei den canonischen Visitationen die von den Pfarrern zu führenden zwei Copien der Tauf- und Trauungsbücher genau zu revidiren.

Hofkanzlei-Decret vom 27. Juni 1835, S. 27, Nr. 44.

- der landesfürstlichen Criminalgerichte durch Kreisämter wird aufgehoben.

Justiz-Hofdecret vom 24. December 1838, S. 315, Nr. 320.

Wöls. Auflassung des landesfürstlichen Gerichtes Wöls in Tirol, dessen Vereinigung mit dem landesfürstlichen Gerichte Karneid.

Justiz-Hofdecret vom 8. November 1822, S. 122, Nr. 1907.

Wogteien. In wieferne den Privat-Wogteien die Einbringung und Sicherstellung des durch fromme Vermächnisse und Stiftungen gestifteten Vermögens obliegt.

Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1821, S. 2, Nr. 1730.

Wogtei-Verwalter. Als Wogtei-Verwalter sollen eines Verbrechens schuldig erkannte oder nur aus Mangel rechtlicher Beweise losgesprochene oder überhaupt nicht ganz tadellose Individuen nicht zugelassen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 25. October 1830, S. 216, Nr. 2490.

Volljährigkeit. S. Großjährigkeit.

Vollmacht. Benehmen in Hinsicht der Ausstellung der Vollmachten an Advocaten und Benennung der Substituten. Wegen eines in der Vollmacht unterlaufenden Gebrechens kann eine Schrift nur dann zurückerstellt werden, wenn dieses in dem Gesetze angeordnet ist.

Justiz-Hofdecret vom 23. Februar 1822, S. 83, Nr. 1846.

- Die von österreichischen Unterthanen ausgestellten Vollmachten, von denen im Auslande Gebrauch gemacht werden soll, sind von den Unterbehörden zu unterfertigen und mit der Legalisirung des Appellationsgerichtes zu versehen.

Justiz-Hofdecret vom 11. November 1825, S. 329, Nr. 2144.

- Die Substitutions-Vollmacht unterliegt dem Stempel nach der Eigenschaft des Ausstellers.

Hofkammer-Decret vom 15. Februar 1829, S. 144, Nr. 2384.

- Stämpelbestimmung für die Substitutions-Vollmachten der Advocaten.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1829, S. 169, Nr. 2424.

Vollstreckung der Urtheile. S. Urtheile.

- der Todesurtheile. S. Urtheile I in Strafsachen.

Vollziehung der Arreststrafe. S. Arrest.

- der Verbote auf Pensionen. S. Pensionen, Verbot.

- des letzten Willens. S. Testament.

Vološka. Der aus den Bezirken Castua und Sovrano neu arrondirte Bezirk Vološka wird dem Istrianer Kreise im ilirischen Küstenlande zugetheilt.

Justiz-Hofdecret vom 25. Juni 1825, S. 310, Nr. 2114.

- Von den für den Istrianer Kreis sistemisirten Advocaten haben zwei bei dem Bezirksgerichte Vološka ihren Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1842, S. 81, Nr. 667.

Vorarlberg. Ueber die Bemessung und den Bezug der Gradationstaxe von den zur Vormerkung, Protokollirung und Verschaffung überreichten Urkunden in Vorarlberg.

Hofkammer-Decret vom 28. April 1823 und Justiz-Hofdecet vom 3. Juli 1824, S. 144 und 214, Nr. 1938 und 2019.

— Instruction für die Landgerichte in Vorarlberg in Geschäften außer Streit.

Justiz-Hofdecet vom 16. Juli 1824, S. 216, Nr. 2024.

— Den Patrimonialgerichts-Beamten in Vorarlberg ist die Pachtung von Gütern und eines Urbars, dann die Betreibung eines bürgerlichen Gewerbes nicht zu gestatten.

Justiz-Hofdecet vom 10. Juni 1825, S. 307, Nr. 2105.

— Vorschrift über die Vornahme der Stämpelvisitationen durch Gefällsbehörden bei den Landgerichten und nicht regulirten Magistraten in Vorarlberg.

Justiz-Hofdecet vom 6. August 1825, S. 314, Nr. 2123.

— Die Criminal-Jurisdiction über den Umfang des Landgerichtes Dornbirn wird dem Landgerichte zu Feldkirch zugetheilt.

Justiz-Hofdecet vom 11. Februar 1826, S. 5, Nr. 2162.

— Die Criminalgerichtsbarkeit des Stadt- und Landrechtes zu Innsbruck hat sich auch auf jene Classen von Personen in der Provinz Vorarlberg auszudehnen, die in dem ersten Absätze des §. 221, I. Theiles des Strafgesetzes, bezeichnet sind.

Justiz-Hofdecet vom 22. Mai 1829, S. 160, Nr. 2406.

— Errichtung einer vereinigten Cameral-Gefällen-Verwaltung für Tirol und Vorarlberg.

Justiz-Hofdecet vom 27. August 1830, S. 205, Nr. 2477.

— Die Polizei- und Sicherheitswachen in Vorarlberg sind nicht berechtigt, auf Verfolgte und Flüchtige zu schießen.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Jänner 1833, S. 75, Nr. 2589.

— Bestimmung der Gebühren als Belohnung für Gerichts-Anwälte in Vorarlberg für die Aufnahme der Sperre, Inventur oder Versteigerung.

Hofkanzlei-Decret vom 20. Februar 1837, S. 112, Nr. 175.

— Bestimmung der Gebühren für die Aufnahme und Zustellung der gerichtlichen Vergleiche in Vorarlberg.

Hofkammer-Decret vom 23. Jänner 1838, S. 167, Nr. 250.

— Amtsinstruction für die Landgerichte in Tirol und Vorarlberg in Geschäften des streitigen Richteramtes.

Justiz-Hofdecet vom 5. Juni 1838, S. 183, Nr. 276.

— Vorschrift für Vorarlberg, über die Vertheilung des Preises von im Wege der gerichtlichen Execution veräußerten unbeweglichen Gütern.

Justiz-Hofdecet vom 19. November 1839, S. 354, Nr. 388.

— Provisorische Wald-Ordnung für Tirol und Vorarlberg.

Vom 24. December 1839, S. 363, Nr. 400.

— Welche Urkunden zum Beweise der Löschung der in den sogenannten Verschaf- oder Hypothekenbüchern vorkommenden Hypotheken, gegenüber der nicht vollständig zu befriedigenden Hypothekengläubiger eines gerichtlich veräußerten Gutes, in Vorarlberg zum Verschafbuche gebracht werden sollen.

Justiz-Hofdecet vom 4. August 1840, S. 519, Nr. 459.

— Bewilligung von dreißig Adjuten mit jährlichen 200 fl. C. M. für sämtliche Concepts-Practikanten der Landgerichte in Tirol und Vorarlberg.

Justiz-Hofdecet vom 21. März 1843, S. 103, Nr. 691.

Vorarlberg. Benennung der Landgerichte in Vorarlberg, welchen Adjuten für die Conceptß-Practikanten zugewiesen sind.

Hofkanzlei-Decret vom 19. October 1843, S. 157, Nr. 753.

- Vorschrift über die Betheilung der Landgerichte in Vorarlberg mit Adjuten für ihre Conceptß-Practikanten, dann Bestimmung der erforderlichen Eigenschaften derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 25. März 1844, S. 202, Nr. 797.

- Die systemisirten Landgerichts-Advocaten in Vorarlberg dürfen bei allen benachbarten Landgerichten die Advocatur ausüben.

Justiz-Hofdecret vom 11. December 1844, S. 243, Nr. 853.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei den Collegialgerichten in Vorarlberg.

Justiz-Hofdecret vom 11. August 1847, S. 467, Nr. 1079.

Vorbehalt des österreichischen Staatsbürgerrechtes findet bei einer österreichischen Unterthanin, die sich mit einem Ausländer verheirathet, nicht Statt.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Juni 1835, S. 19, Nr. 31.

- In einem Urtheile, wodurch die Ungiltigkeit eines schriftlichen Testamentes ausgesprochen wird, darf der Vorbehalt nicht gemacht werden, daßselbe Testament durch einen anderen Proceß als mündliches gelten zu machen.

Älterhöchste Entschließung vom 14. Februar 1846, S. 316, Nr. 933.

- Bestimmung des Termins, innerhalb welchen den sich verheirathenden pensionirten, provisionirten, oder mit Gnadengaben betheiligten Staatsdieners-Witwen und weiblichen Waisen die Wahl zwischen der Abfertigung oder dem Vorbehalte des genossenen Bezuges für den Eintritt des nachmaligen Witwenstandes gestattet ist.

Hofkammer-Decret vom 6. März 1846, S. 320, Nr. 944.

Vorbereitung. Die Einreichung der als Vorbereitung zur Prüfung für das Richteramt zugebrachten Zeit der Praxis bei Gerichtsstellen in die Dienstzeit ist nicht gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1831, S. 6, Nr. 2503.

Vorbescheide. Auf nicht gehörig instruirte Gesuche um eine Einverleibung (Intabulation), Vormerkung (Pränotation), Besitz- oder Gewähranscheibung oder Löschung (Extabulation), sind keine Vorbescheide zu erlassen.

Justiz-Hofdecret vom 16. April 1830, S. 194, Nr. 2459.

Vorgefekte sollen ihren Untergebenen die an ihnen wahrgenommenen Fehler vorhalten, sie warnen und zur Besserung anhalten.

Justiz-Hofdecret vom 14. October 1823, S. 161, Nr. 1969.

Vorladung. Wie die Landrechte landesfürstliche Beamte als Kunstverständige zu gerichtlichen Commissionen vorzuladen haben.

Justiz-Hofdecret vom 27. Juli 1821, S. 41, Nr. 1783.

- Zu Ueberschätzungen zum Behufe der Erbsteuer-Bemessung sind die Interessenten vorzuladen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. December 1823, S. 166, Nr. 1978.

- Vorschrift für Gerichtsbehörden in Tirol, über die Vorladung wegen des auf einem Eridagute vorgemerkten Capitales eines Militär-Einstandsmannes.

Justiz-Hofdecret vom 22. October 1825, S. 326, Nr. 2139.

- des Beklagten zur Vergleichs-Tagsatzung bei den Bezirksobrigkeiten in Miltien, wann sie durch einen den Kläger mitzugebenden Vorladungszettel, und wann durch einen eigenen Amtsboten zu geschehen hat.

Justiz-Hofdecret vom 19. Jänner 1827, S. 64, Nr. 22.

- Bei gerichtlicher Vorladung der Israeliten zur Eidesablegung ist auf die Bußtage derselben keine Rücksicht zu nehmen

Justiz-Hofdecret vom 11. Jänner 1833, S. 74, Nr. 2586.

Vorladung eines im Auslande wohnenden Beklagten, dessen Aufenthaltsort bekannt ist, findet nur dann Statt, wenn die Zustellung der Klage durch Ersuchsschreiben nicht gehörig zu wirken ist.

Justiz-Hofdecret vom 11. Mai 1833, S. 91, Nr. 2612.

- Vorschrift über die Zustellung der aus dem Königreiche beider Sicilien oder aus dem Auslande überhaupt, im ministeriellen oder amtlichen Wege einlangenden Vorladungen.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1835, S. 9, Nr. 23.

- Vorschrift über das Verfahren bei Vorladung der Gränz- und Gefällen-Wache-Mannschaft vor Gericht.

Hofkammer-Decret vom 14. Jänner 1837, S. 101, Nr. 165.

- der Eigenthümer der bei den Civil-Justizbehörden befindlichen alten Depositen, die dem Fiskus heimgefallen seyn könnten.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1837, S. 106, Nr. 170.

- Die bekannten physischen und moralischen Personen, von welchen oder für welche vor 32 Jahren Deposita erlegt worden sind, sind von der Edictal-Aufforderung zur Geltendmachung der auffälligen Ansprüche hierauf in Kenntniß zu setzen.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1837, S. 108, Nr. 173.

- Bei welchen Depositen zum Behufe des Heimfalles die Bestimmung eines Zeitraumes von dreißig Jahren nach ihrem Erlage zur Edictal-Vorladung der unbekannten Eigenthümer derselben einzutreten habe.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Jänner 1842, S. 5, Nr. 587.

- Vorschrift für Gerichtsbehörden, über die Zustellung der Vorladungen der ungarischen Wechselgerichte an österreichische Unterthanen.

Justiz-Hofdecret vom 13. März 1843, S. 100, Nr. 688.

Vorladungsedict. S. Edict.

Vorlegung. Von der Vorlegung des Beschlusses auf Entlassung oder Uebersetzung eines unter 600 fl. besoldeten Beamten kommt es ab, wenn die von der Landesstelle beizuziehenden zwei Appellationsräthe damit einverstanden sind.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 309, Nr. 2110.

- der Urtheile des Criminalgerichtes an das Appellationsgericht in Fällen, wo der Beschuldigte die That gesteht, aber des geläugneten bösen Vorsatzes für überwiesen gehalten wird, ist von Amtswegen nicht nothwendig.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1828, S. 141, Nr. 2377.

Vormerkbuch. Bei den Wechsel- und Mercantilgerichten sowohl, als den Appellationsgerichten ist in den Provinzen, auf welche sich die wegen des österreichischen Notariates erlassene neue Vorschrift vom 9. Juni 1821 bezieht, über die Notare ein Vormerkbuch in der Art zu führen, wie es durch das Justiz-Hofdecret vom 3. Jänner 1788 den politischen Landesstellen verordnet war.

Justiz-Hofdecret vom 14. Februar 1824, S. 193, Nr. 1989.

- Vorschrift über das Verfahren in Executions- und Concursfällen in jenen Bezirken des vormalig venetianischen Antheiles des Küstenlandes, wo noch die unter dem Namen: Libri di notizie bestehenden Vormerkbücher geführt werden.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juni 1827, S. 83, Nr. 2283.

- Die Führung des Vormerkbuches über die verkäuflichen Gewerbe und der anderen dahin einschlagenden Amtshandlungen gehört zum Wirkungskreise der politischen Obrigkeiten.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Februar 1841, S. 555, Nr. 502.

Vormerkbuch. Führung eines Vormerkbuches über die zur Fahrpost aufgegebenen Amtspakete von Seite des Expediteurs der aufgebenden Behörde.

Hofammer-Decret vom 20. November 1847, S. 477, Nr. 1097.

Vormerk-Protokolle. Die Führung der Vormerk-Protokolle über die verkäuflichen Gewerbe und der anderen dahin einschlagenden Amtshandlungen gehört zum Wirkungskreise der politischen Obrigkeiten.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Februar 1841, S. 555, Nr. 502.

- -- Politische Behörden haben Vormerk-Protokolle über verkäufliche nicht radicirte Gewerbe zu führen, und es stehen ihnen alle darauf sich beziehenden Amtshandlungen zu.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 586.

- — S. auch Protokolle.

Vormerkung der Urbarial-Rückstände der Unterthanen auf die Realitäten derselben wird den Dominien nicht gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 6. März 1821, S. 12, Nr. 1744.

- Vorschrift über die Vormerkung auf Schiffmühlen; sie bewirken kein Pfandrecht.

Justiz-Hofdecrete vom 29. Mai 1824, S. 210, Nr. 2011, und vom 23. Juni 1827, S. 85, Nr. 2287.

- Für die Einverleibung oder Vormerkung der Cession einer Saßforderung darf kein Saßpfundgeld aufgerechnet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 12. August 1825, S. 317, Nr. 2125.

- Unter welchen Bedingungen die Vormerkung der Gebühren in Streitsachen armer Parteien bewilliget werden könne.

Hofammer-Decret vom 26. October 1825, S. 327, Nr. 2140.

- Gerichtliche Vergleiche, Schuldgehandnisse oder Liquidirungs-Erklärungen können, außer dem Falle der ausdrücklichen Bestellung einer Hypothek oder der gerichtlichen Execution, nicht einverleibt, sondern nur pränotirt werden.

Justiz-Hofdecret vom 13. Juni 1828, S. 122, Nr. 2346.

- Auf nicht gehörig instruirten Gesuche um eine Einverleibung, Vormerkung, Besiß- oder Gewähr-Anschreibung oder Löschung, sind keine Vorbescheide zu erlassen, sondern dieselben mit Anführung der Ursache lebiglich abzuschlagen.

Justiz-Hofdecret vom 16. April 1830, S. 194, Nr. 2459.

- Gerichtliche Verfügungen, wodurch eine Execution, Vormerkung oder ein Verbot auf Interessen der bei der Universal-Staat- und Banco-Schulden-Casse in Wien anliegenden Capitalien bewilliget oder aufgehoben wird, sind an diese Casse, wenn auch die Interessen an anderen Orten bei Provinzial-Cassen erhoben werden, von dem Gerichte zu befördern, und der allgemeinen Hofammer anzuzeigen; die Zustellung derselben an die Provinzial-Casse, bei welcher die Interessen angewiesen sind, kann unterbleiben.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1831, S. 20, Nr. 2528.

- findet auf Muthungen zum Bergbau und auf Muthscheine nicht Statt.

Justiz-Hofdecret vom 14. October 1831, S. 21, Nr. 2532.

- auf freiteigene Güter, mit welchen Lehen unter eben derselben Landtäflichen Rubrik vereinigt sind.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1833, S. 80, Nr. 2600.

- Auf Pensionen der Beamten-Witwen und Waisen hastende Vormerkungen, gehen verhältnißmäßig auf die Abfertigung über.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1833, S. 87, Nr. 2606.

Vormerkung der Tax- und Stempel-Gebühren. Die Bewilligung derselben erstreckt sich auf alle drei Instanzen.

Justiz-Hofdecret vom 6. September 1833, S. 102, Nr. 2630.

- Vorschrift für Partelen über die Einrichtung ihrer Gesuche, um Pränotation und Intabulation. Eine Pränotation ist nicht zu bewilligen, wenn nur die Intabulation begehrt wird.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 28, Nr. 46.

- Provisorische Entscheidungen über Besitzstörungen sind zur Vormerkung in die öffentlichen Bücher nicht geeignet.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 30, Nr. 51.

- Vorschrift über die Abnahme der Gebühren für die pfandweise Vormerkung von Forderungen oder Urkunden auf mehrere demselben Eigenthümer gehörige und zu Einem Grundbuche dienbare Grundstücke.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Mai 1836, S. 82, Nr. 141.

- Befreiung der Versorgungs-Beiträge für mittellose und gebrechliche Prager Advocaten und Mitglieder der dortigen juridischen Facultät von gerichtlichen Verböten, Cessions-Vormerkungen, Pfändungen und anderen Executionen.

Justiz-Hofdecret vom 29. Mai 1838, S. 183, Nr. 274.

- Vormerkungen auf öffentliche auf bestimmten Namen lautende Obligationen sollen, wenn sie bewilliget oder aufgehoben werden, der betreffenden Cassé angezeigt werden.

Hofkammer-Decret vom 26. Juni 1838, S. 262, Nr. 281.

- Auf Pensionen unter Einhundert Gulden sind Vormerkungen (gerichtliche Verböte) unzulässig.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juli 1838, S. 269, Nr. 283.

- Auf eine nicht liquide und nicht angewiesene Forderung kann die Vormerkung eines gerichtlich bewilligten Verbötes, oder einer gerichtlichen Pfändung bei den öffentlichen Cassen nicht eingeleitet werden.

Hofkammer-Decret vom 21. August 1838, S. 276, Nr. 291.

- Wirkung der vor der Concurderöffnung bei der Realinstanz angesuchten Vormerkung.

Justiz-Hofdecret vom 24. Juni 1839, S. 342, Nr. 366.

- Auf die Provision der Tiroler Landes-Verteidiger, ihrer Witwen und Waisen findet keine Vormerkung Statt.

Hofkammer-Decret vom 27. October 1839, S. 352, Nr. 383.

- Behandlung der sowohl bewilligenden als abweislichen Bescheide über Gesuche um Vormerkung in die öffentlichen Bücher, dann der an die zweite oder dritte Instanz gerichteten Recurse.

Hofkanzlei-Decret vom 10. März 1840, S. 475, Nr. 415.

- Vorschrift über die Vormerkung der Stempelgebühren für Arme und Abwesende, in Folge des Stempel- und Taxpatentes vom 27. Jänner 1840.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 26. Juli 1840, S. 517, Nr. 457.

- Vorschrift für Gerichtsbehörden, über die Vormerkung gerichtlicher Verböte auf Cautionen und Depositen, und rücksichtlich ihrer Zinsen, welche bei dem Staatsschulden-Tilgungsfonde fruchtbringend angelegt sind.

Hofkammer-Decret vom 21. October 1840, S. 534, Nr. 470.

- Vorschrift über die Vormerkung der gerichtlichen Verböte auf die bei dem Staatsschulden-Tilgungsfonde fruchtbringend angelegten ungarischen und siebenbürgischen Cautionen, Wäfen, Depositen und deren Interessen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Mai 1841, S. 573, Nr. 530.

Vormerkung. Verkäufliche nicht radicirte Gewerbe können kein Gegenstand einer Vormerkung seyn.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 586.

- Wirkung der bisherigen Vormerkungen auf verkäufliche nicht radicirte Gewerbe in Steiermark. Hofkanzlei-Decret vom 4. Juli 1843, S. 127, Nr. 720.

- Vorschrift für den Fiscus in Vertretung stämpelfreier Parteien und Fonde, über die Vormerkung der Stämpelgebühren von dem sachfälligen Gegner und deren Abfuhr an die Bezirks-casse.

Hofkammer-Decret vom 1. Mai 1844, S. 207, Nr. 803.

- von Forderungen des Aetars auf Realitäten ist durch das Fiscalcamt einzuleiten.

Hofkammer-Decrete vom 24. October 1845, und 6. Mai 1846, S. 288 und 334, Nr. 907 und 959.

- Durch das Hofkammer-Decret vom 24. October 1845, wegen Pränotationen von Aetarial-Forderungen auf Realitäten, ist an den bestehenden Vorschriften zur Sicherstellung der Gefälls-Vermögensstrafen nichts geändert worden.

Hofkammer-Decret vom 6. Mai 1846, S. 334, 959.

- Dem Gläubiger eines Erben kann die Vormerkung nur auf einzelne Erbschaftsachen, nie aber auf das Erbrecht im Ganzen bewilliget werden.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1846, S. 337, Nr. 968.

- Befugniß der Magistrate der königlichen und Municipal-Städte, die Vormerkung der Schuldscheine über die ihren eigenen Stadtbürgern dargeliehenen Gemeinde-Capitalien auf die in ihren Grundbüchern erscheinenden Realitäten zu bewilligen und vorzunehmen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Jänner 1847, S. 403, Nr. 1017.

- Vorschrift über die Behandlung jener Landtafel-Güter in Galizien, welche zu Einem Körper gehören und als Zugehör desselben in der Landtafel erscheinen, in derselben aber ein eigenes Blatt haben und besonders belastet werden, insbesondere bei Vormerkung von Posten in der Eigenthums- oder Lasten-Kubrik.

Justiz-Hofdecret vom 15. September 1847, S. 469, Nr. 1084.

- Vormerkungen auf Realitäten zur Sicherstellung von Aetarial-Steuererrückständen und sonstigen auf einem privatrechtlichen Titel nicht beruhenden Aetarial-Forderungen können von den administrativen Behörden bei den Gerichten unmittelbar angesucht werden.

Hofkammer-Decret vom 11. April 1848, S. 612, Nr. 1134.

- S. auch Gerichtbarkeit, Grundbuch, Landtafel, Pränotation.

Vormund. Bei der Wahl der Vormünder und Curatoren ist mit der größten Vorsicht vorzugehen, das Benehmen derselben sorgfältig zu überwachen; sie sind zur genauen Erfüllung ihrer Pflichten anzuhalten, und wenn sie sich etwas zu Schulden kommen lassen, nach den Gesetzen zu behandeln; dieses ist auch in Ansehung der zu Amtsverrichtungen in Geschäften der freiwilligen Gerichtbarkeit abgeordneten Gerichtspersonen zu beobachten.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1821, S. 34, Nr. 1771.

- Vorschrift für Vormünder über ihr Verhalten, wenn ein Pupill ohne Einwilligung der Vormundschaftsbehörde sich verehelicht.

Justiz-Hofdecret vom 22. September 1821, S. 50, Nr. 1802.

- Ob, wann und mit welcher Rechtsbestimmung den Kindern in den Findel- und Waisenhäusern Vormünder und Vermögens-Curatoren zu bestellen sind.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1822, S. 113, Nr. 1888.

Vormund. Dießfällige Vorschrift in Beziehung auf die zur Militär-Gerichtbarkeit gehörigen, in Findel- und Waisenhäusern versorgten Kinder.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Juni 1823, S. 151, Nr. 1948.

- Vorlegung des Ausweises über das Hauptvermögen der Mündel, und Berichtserstattung über deren Zustand.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1826, S. 2, Nr. 2158.

- Vormünder und Mütter der Militär- und Staatsdiener's-Waisen sind für die im Namen der Waisen ungebührlich erhobenen Pensionen, Erziehungsbeiträge, Gnadengaben, Provisionen, und andere dergleichen Genüsse verantwortlich.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1831, S. 20, Nr. 2529.

- Volljährig gewordene und volljährig erklärte Mündel können ihre Vormünder von der gerichtlichen Schlußrechnung befreien:

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1835, S. 29, Nr. 48.

- Behandlung der Vormünder, welche von ihren großjährig gewordenen Mündeln von der gerichtlichen Schlußrechnung befreit wurden, und welche das Waisen-Vermögen an ihre Mündel auch vollständig übergeben haben.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1836, S. 83, Nr. 144.

- Bekanntmachung des Namens des Vormundes eines wahn- oder blödsinnig Gewordenen an die Verwaltungsbehörde der Anstalt, worin der Kranke untergebracht wird.

Justiz-Hofdecret vom 28. August 1837, S. 142, Nr. 220.

- Beschränkung des Reclamationsrechtes der Vormünder der zum Militärstande freiwillig eingetretenen Minderjährigen.

Hofkanzlei-Decret vom 5. Februar 1838, S. 168, Nr. 252.

- Die Befreiung eines Vormundes von der gerichtlichen Schlußrechnung enthebt ihn von jeder weiteren gerichtlichen Rechnungslegung und Rechnungsadjustirung.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juni 1839, S. 339, Nr. 360.

- Ueber die fernere Befassung des zu einem Vermögen gelangenden Findelkinds in dem Findelhaufe bestimmt der Vormund und die Obervormundschafts-Behörde.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1839, S. 359, Nr. 389.

- Vorschrift über die Legitimation der Vormünder zur Erhebung der Interessen von den auf den Namen der Minderjährigen lautenden Obligationen.

Hofkammer-Decret vom 22. November 1839, S. 359, Nr. 390.

- Vorschrift über die Legitimation der Vormünder zur Erhebung der Interessen von den bei der kriegsräthlichen Depostiten-Administration erliegenden zu Pupillar- und Curatels-Rassen gehörigen Obligationen.

Hofkammer-Decret vom 16. August 1842, S. 57, Nr. 633.

- Bei Anträgen auf Gnadengaben für die im Militär als Cadeten oder gemeine ex propriis dienenden Civil-Beamtenswaisen ist die Vormundschaft, an welche die Erfulgung des fraglichen Genusses zu geschehen hätte, namentlich zu bemerken.

Hofkammer-Decret vom 21. Februar 1843, S. 97, Nr. 684.

- Zum Eintritte eines minderjährigen Candidaten in einen geistlichen Orden ist die Einwilligung des Vormundes und der Vormundschaftsbehörde nachzuweisen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Jänner 1844, S. 191, Nr. 780.

Vormundschaft. Die obervormundschaftliche Bewilligung ist zur Berechtigung eines minderjährigen vaterlosen Grundbesizers erforderlich.

Hofkanzlei-Decret vom 28. October 1829, S. 177, Nr. 2437.

- Uebertragung der Obervormundschaft über unterthänige Waisen oder denselben gleichzuhaltende Personen.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1832, S. 63, Nr. 2566.

Vormundschaft. Bestimmung der Obervormundschaftsbehörde für Findel- und Waisenkinder in Steiermark und im Klagenfurter Kreise.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1833, S. 104, Nr. 2636.

- Zur Verleihung eines Gewerbes an Minderjährige, sie mögen unter der väterlichen Gewalt oder Vormundschaft stehen, ist das zurückgelegte zwanzigste Lebensjahr nicht als unerlässliche Bedingung vorgeschrieben.

Justiz-Hofdecret vom 15. Juni 1835, S. 23, Nr. 38.

- Die gänzliche Aufhebung der Obervormundschaft über einen österreichischen Mündel und Uebertragung derselben nach Ungarn findet nicht Statt.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juni 1837, S. 133, Nr. 212.

- Eine unbedingte Anerkennung des Heimfallsrechtes des Wiener Magistrates auf die erblosen Verlassenschaften aller unehelichen Kinder, welche seiner Obervormundschaft unterstehen, kann nicht statt haben.

Hofkammer-Decret vom 28. April 1842, S. 27, Nr. 612.

- Bei Anträgen auf Gnabengaben für die im Militär als Cadeten oder Gemeine ex propriis dienenden Civil-Beamtenswaisen ist die Vormundschaft, an welche die Erfulgung des fraglichen Genusses zu geschehen hätte, namentlich zu bemerken.

Hofkammer-Decret vom 21. Februar 1843, S. 97, Nr. 684.

- Zur Delegation der Obervormundschaft an die der obersten Justizstelle nicht unterstehenden Behörden ist die Allerhöchste Genehmigung einzuholen.

Allerhöchste Entschließung vom 19. Februar 1848, S. 493, Nr. 1120.

- Instruction für die Wirtschaftsämter und Gemeindegerichte in der Bukowina, bann für den Czernowitzer Magistrat, über die Behandlung der Vormundschaftssachen.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 495, Nr. 1125.

Vormundschaftliches Gericht. S. Gerichtsstellen.

Vormundschafts-Angelegenheiten. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preußen, wegen gegenseitiger kostenfreier Behandlung gerichtlicher Requisitoren in Vormundschafts-Angelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 13. September 1844, S. 219, Nr. 828.

Vormundschafts-Behörde. Vorschrift für die Vormundschafts-Behörden zur Bestreitung der von Minderjährigen ohne ihrer Bewilligung geschlossenen Ehe.

Justiz-Hofdecret vom 22. September 1821, S. 50, Nr. 1802.

- — genehmiget ohne Anfrage bei der zweiten Instanz die im Namen der Mündel und Pflegebefohlenen geschlossenen Compromisse.

Justiz-Hofdecret vom 6. December 1822, S. 123, Nr. 1911.

- — Der in dem §. 96 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches vorkommende Ausdruck „Vormundschaft“ ist auf die Vormundschafts-Behörde nicht auszudehnen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Jänner 1825, S. 310, Nr. 2112.

- — Bestimmung der Vormundschafts-Behörde für Findel- und Waisenkinder in Steiermark und im Klagenfurter Kreise.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1833, S. 104, Nr. 2636.

- — haben den Tod oder die Versorgung eines Waisen, welcher eine Pension oder Gnabengabe genossen hat, der Landesbehörde anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1834, S. 118, Nr. 2662.

- — Vorschrift für die Vormundschaftsgerichte in Tirol bei Einantwortung des Vermögens großjährig gewordener Mündel.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1836, S. 83, Nr. 144.

Vormundschafts-Behörde. Vorschrift für Vormundschafts-Behörden in Oesterreich ob und unter der Enns, Böhmen, Mähren und Schlesien, Galizien, Steiermark und Kärnten, über die Verabfolgung des bei denselben aufbewahrten Vermögens der Mündel, Pflegebefohlenen und Waisen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1837, S. 106, Nr. 172.

- Die Bestimmung, ob ein zu einem unbeweglichen oder bedeutenden beweglichen Vermögen gelangender Findling aus der Findelanstalt zu treten, oder in derselben zu verbleiben habe, kommt dem Vormunde und der Vormundschafts-Behörde zu.

Hofkanzlei-Decret vom 21. November 1839, S. 359, Nr. 389.

- Zum Eintritte eines minderjährigen Candidaten in einen geistlichen Orden ist die Erlaubniß der Vormundschafts-Behörde nachzuweisen.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Jänner 1844, S. 191, Nr. 780.

- Competenz der Vormundschafts-Behörden in Dalmatien zur Entscheidung über die Minder- oder Großjährigkeit einer Person behufs der Eingehung einer Ehe oder eines anderen rechtsgiltigen Geschäftes.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1034.

- Instruction für die Vormundschafts-Behörden in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 516, Nr. 1125.

Vormundschafts-Rechnung. Formulare zur ersten und zweiten Vormundschafts-Rechnung für den Czernowitzer-Magistrat dann die Gemeinbeurtheile und Wirthschaftsämter in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 557 und 559, Nr. 1125.

Vorrath. Der zur Zeit des Todes des Erblassers vorhanden gewesene Vorrath an Getreide, sonstigen Früchten und Futter, das Vieh, die Wirthschaftsgeräthe und Werkzeuge, ist von den Erben in dem eideskräftigen Vermögensbekenntnisse anzugeben.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1841, S. 675, Nr. 582.

Vorrecht. Die politischen Behörden sind verpflichtet, die Vorrechte, welche die Staatsverwaltung wegen Steuer-Rückständen auf gepfändete Fahrnisse geltend machen könnte, bei den Gerichtsbehörden anhängig zu machen.

Hofkanzlei-Decret vom 2. September 1824, S. 266, Nr. 2039.

- der in Triest unter der Benennung: 1. Camera d'assicurazioni, 2. Nuova Compagnia d'assicurazione, 3. Banco d'assicurazioni entstandenen See-Assicuranz-Gesellschaften.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juli 1825, S. 311, Nr. 2115.

- Wieferne den landesfürstlichen und grundherrlichen Abgaben von unbeweglichen Gütern außer dem Concurrenz ein Vorrecht zustehet; wie die Rückstände derselben bei Vertheilung des Kaufschillinges für gerichtlich versteigerte Realitäten zu berichtigen seien, und welchem Gerichte diese Vertheilung zustehet.

Justiz-Hofdecret vom 16. September 1825, S. 321, Nr. 2132.

- der dreijährigen landesfürstlichen Steuer-Rückstände vor allen Hypothekar-Gläubigern.

Justiz-Hofdecret vom 1. September 1826, S. 46, Nr. 2219.

- der in Triest entstandenen Seeschaden-Versicherungs-Gesellschaften: Nuova Compagnia d'assicurazione und Italico Banco d'assicurazione.

Hofkammer-Decret vom 27. November 1830, S. 218, Nr. 2494 und 2495.

- Die Forderungen des Alerars gegen einen Verzehrungssteuer-Pächter aus dem mit ihm geschlossenen Vertrage, haben nicht das den landesfürstlichen Steuern eingeräumte Vorrecht.

Justiz-Hofdecret vom 14. März 1831, S. 11, Nr. 2507.

- der in Triest unter dem Namen: Nuovo greco d'assicurazione errichteten Seeschaden-Versicherungs-Gesellschaft.

Hofkammer-Decret vom 17. Juni 1831, S. 15, Nr. 2516.

Vorrecht der in Triest unter dem Namen: *Società slava d'assicurazioni marittime* errichteten Seeschadens-Versicherungs-Gesellschaft.

Hofkammer-Decret vom 18. Juli 1831, S. 15, Nr. 2518.

- der dreijährigen Rückstände an landesfürstlichen Grundsteuern vor allen grundherrlichen Forderungen in Concurs- und Executionsfällen.

Justiz-Hofdecret vom 4. November 1831, S. 22, Nr. 2533.

- der in Triest unter dem Titel: *Intrepida Compagnia d'assicurazione* errichteten Versicherungs-Gesellschaft.

Hofkammer-Decret vom 11. Juli 1833, S. 99, Nr. 2623.

- Die Concurrency-Beiträge genießen mit den landesfürstlichen Steuern bei ihrer gerichtlichen Einbringung gleiche Vorrechte.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1836, S. 71, Nr. 113.

- Bestimmung der Vorrechte des in- und ausländischen Adels.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Juni 1838, S. 240, Nr. 279.

- der in Triest unter der Benennung: *Riunione Adriatica* entstandenen Versicherungs-Gesellschaft.

Hofkammer-Decret vom 22. März 1839, S. 334, Nr. 351.

- Bestimmung der Vorrechte der Steuer-Rückstände von unbeweglichen Gütern.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Februar 1840, S. 473, Nr. 409.

- Aufhebung des Vorrechtes der dritten Classe der Wechsel bei Concursen.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1843, S. 136, Nr. 735.

- Vorschrift, welche Lasten und Stiftungs-Capitalien mit dem Vorrechte vor den Forderungen der Credits-Anstalt in Galizien auf den Gütern belassen werden können.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Mai 1844, S. 208, Nr. 805.

- der österreichischen Nationalbank auf alles bewegliche Vermögen ihres Schuldners, in dessen Innehabung sie gelangt ist.

Justiz-Hofdecret vom 26. September 1844, S. 222, Nr. 831.

- der in Triest unter der Benennung: *Austriaca compagnia d'assicurazione* entstandenen Versicherungs-Gesellschaft.

Hofkanzlei-Decret vom 5. August 1846, S. 356, Nr. 978.

- der in Triest unter der Benennung: *Nuova società commerciale d'assicurazione* entstandenen Versicherungs-Gesellschaft.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Mai 1848, S. 620, Nr. 1148.

Vorrückung in die höhere Besoldung. S. Besoldung.

Vorrufung, öffentliche. S. Edict.

Vorsatz. Der Mangel des bösen Vorsatzes begründet bei Gefälsch-Übertretungen nicht die Straflosigkeit des Uebertreters.

Allerhöchste Entschließung vom 14. Mai 1821, S. 20, Nr. 1760.

- Criminalgerichte haben das Urtheil in Fällen, wo der Beschuldigte die That gesteht, aber des geläugneten bösen Vorsatzes für überwiesen gehalten wird, nicht von Amtswegen dem Appellationsgerichte vorzulegen.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1828, S. 141, Nr. 2377.

Vorschlag. Bei Vorschlägen zu Dienstbesetzungen ist auf das Gewissenhafteste ohne Nebenrücksichten vorzugehen, und nur ganz geeignete Individuen sind in Vorschlag zu bringen.

Justiz-Hofdecret vom 23. Februar 1821, S. 11, Nr. 1741.

- Im Zweifel, ob der sonst Würdige zu einer Dienststelle eine hierzu erforderliche Eigenschaft besitze oder nicht, sind sich immer vorläufig die nöthigen Auskünfte zu verschaffen, und solche in den zu erstattenden Vorschlägen mit aufzuführen.

Justiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 48, Nr. 1800.

Vorschlag. Beibringung vorschriftmäßig verfaßter Competenten-Tabellen mit den Vorschlägen zu Dienstbesetzungen.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1823, S. 140, Nr. 1932.

— Bestimmung des Stämpels zu Vorschlägen über Dienstbesetzungen.

Justiz-Hofdecret vom 18. December 1824, S. 280, Nr. 2060.

— Wie die Vorschläge zur Besetzung der Syndikerstellen bei Municipalsstädten und Märkten in Steiermark zu erstatten seien.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1825, S. 302, Nr. 2100.

— Bei Vorschlägen zur Besetzung von Dienstplätzen sollen die Gerichtsbehörden mit aller Gewissenhaftigkeit vorgehen.

Justiz-Hofdecret vom 1. Juli 1826, S. 30, Nr. 2196.

— Vorschrift für das niederösterreichische Mercantil- und Wechselgericht bei Erstattung der Vorschläge zur Besetzung der Börse-Censalenstellen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Jänner 1828, S. 107, Nr. 2323.

— Zu erledigten Dienststellen sollen jederzeit die verdienstlichsten Individuen, wenn sie auch nicht darum competiren, in Vorschlag gebracht werden.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1829, S. 148, Nr. 2390.

— Für Einbringen der Dienstbesetzungs-Vorschläge von einer Behörde an die andere, und deren Erledigung, wird das Postporto nicht mehr den Witzstellern aufgerechnet.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juni 1830, S. 200, Nr. 2469.

— Vorschrift über die Erstattung der Vorschläge zu Justiz-Dienstbesetzungen bei dem Wiener Magistrat, und Behandlung derselben bei der niederösterreichischen Regierung und dem Appellationsgerichte.

Hofkanzlei-Decret vom 31. October 1832, S. 70, Nr. 2579.

— Bei Dienstbesetzungs-Vorschlägen haben die Behörden nicht bloß auf ihre eigenen Subalternen, sondern auf alle Witzsteller die ihren Eigenschaften und Dienstjahren gebührende Rücksicht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 14. November 1833, S. 104, Nr. 2635.

— Den Vorschlag für Ausfühlsreferenten bei dem Appellationsgerichte erstattet der Appellationsgerichts-Präsident, jenen für Gerichte erster Instanz das Appellationsgericht.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1834, S. 108, Nr. 2643.

— Vorschrift über die Erstattung der Vorschläge zur Besetzung der bei landesfürstlichen Collegialgerichten erster Instanz erledigten Präsidenten-, Vice-Präsidenten- und Vorsetzerstellen.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1837, S. 148, Nr. 235.

— Bei Vorschlägen zur Besetzung von Justiz-Rathsstellen ist auf ausgezeichnete Fiscal-Adjuncten der gehörige Bedacht zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 11. Februar 1839, S. 326, Nr. 338.

— Vorschrift für die Collegialgerichte in Tirol, hinsichtlich der Concurs-Ausschreibung und Erstattung des Besetzungs-Vorschlages für das Sanitätspersonale in den dortigen Criminal-Inquisitionshäusern.

Hofkanzlei-Decret vom 9. Juni 1843, S. 123, Nr. 709.

— Das Appellationsgericht hat bei Anträgen auf Uebersetzung der landesfürstlichen Beamten zu einer anderen Gerichtsbehörde zugleich den Vorschlag zur Besetzung der dadurch offen werdenden Stelle zu erstatten.

Justiz-Hofdecret vom 6. November 1843, S. 171, Nr. 765.

— Bei Vorschlägen zur Besetzung von Rathsstellen bei landesfürstlichen Justizbehörden soll der Präsident gegenwärtig seyn und sein Gutachten geben.

Justiz-Hofdecret vom 20. März 1845, S. 256, Nr. 877.

Vorschlag. Bei Vorschlägen zu Dienstplätzen sollen sich Referenten, Botanten und vorzüglich das Präsidium nur von der eigenen inneren Ueberzeugung über die vollkommene Eignung des Vorgesetzten leiten lassen.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1846, S. 399, Nr. 1013.

Vorschreibung des Postporto für Erlässe in Parteisachen von einer Behörde an die andere hat aufzuhören.

Hofkammer-Decret vom 4. August 1840, S. 519, Nr. 458.

Vorschriften. S. Gesetze, Verordnungen.

Vorschuß. Besoldungs-Vorschüsse können den von Amtswegen jubilirten Beamten bis zur Anweisung ihrer Pension bewilliget werden.

Justiz-Hofdecret vom 14. August 1824, S. 263, Nr. 2032.

- Den Fiscalämtern sind zur Execution gegen Gutsherren, wegen abgängiger Waisen- und Depositengelder, die nöthigen Vorschüsse zu verabfolgen, welche jedoch vor Allem eingebracht und mit den ersten durch die Execution eingehenden Geldern an das Aetarium wieder zurückbezahlt werden müssen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Juni 1830, S. 198, Nr. 2465.

- Vorschrift über die Execution auf Vorschüsse auf die Entschädigung für aufgehobene Tag-Gefälle.

Hofkammer-Decret vom 7. September 1831, S. 19, Nr. 2527.

- Vorschrift über die Behandlung der Vorschüsse, welche durch die auf Ansuchen des Fiscus in Civilstreitigkeiten oder im Executionswege vorgenommenen Schätzungen und Augenscheine veranlaßt werden.

Hofkammer-Decret vom 31. December 1846, S. 400, Nr. 1016.

- auf Besoldungen. S. Besoldungs-Vorschuß.
- auf Reisekosten. S. Reisekosten.

Vorsitzende. Vorschrift für die Vorsitzenden bei Gerichtsbehörden über die Zählung der Stimmen und Fassung der Rathsbeschlüsse in bürgerlichen Rechtsachen.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1841, S. 565, Nr. 519.

Vorspann. Den Beamten der Präturen und Collegialgerichte gebühren bei Dienstreisen nicht die Vorspann, sondern die Postpensen.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1821, S. 44, Nr. 1793.

Vorsteher. Bezeichnung der Gemeinde-Vorsteher zu den Zollgefälls-Verhandlungen anstatt der Gerichtspersonen, und Glaubwürdigkeit der Functionen derselben.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1821, S. 35, Nr. 1772.

- Die Zurückzahlung der unter öffentlicher Aufsicht einer Militär-Behörde stehenden Capitalien, kann nur an den Vorsteher dieser Behörde gültig geschehen.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Mai 1822, S. 96, Nr. 1870.

- der gemischten ersten Instanzen, Erledigung ihrer Urlaubs-Gesuche.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1826, S. 61, Nr. 2245.

- Die Vorsteher der Juden-Gemeinden sind als Beamte anzusehen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Februar 1828, S. 110, Nr. 2330.

- Vorschrift über die Besetzung der Vorsteher-Stellen bei den landesfürstlichen Collegialgerichten erster und zweiter Instanz.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

Vorsteher. Vorschrift über die Erstattung der Vorschläge zur Besetzung der bei landesfürstlichen Collegialgerichten erster Instanz erledigten Vorsteher-Stellen.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1837, S. 148, Nr. 235.

- Verpflichtung der Amtsvorsteher zur Anzeige der unter ihren untergeordneten Beamten bestehenden unzulässigen Verwandtschafts- und Schwägerschafts-Verhältnisse.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1839, S. 320, Nr. 326.

- Vorschrift über die Ernennung der Vorsteher der Hilfsämter des Civil- und des Criminalgerichtes der Stadt Wien.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 569, Nr. 524.

- Beamte haben ihre Beförderungsgesuche bei dem Vorsteher der Stelle, bei welcher sie dienen, zu überreichen; Vorschrift für denselben hinsichtlich der Qualificirung der Bittsteller.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1843, S. 104, Nr. 693.

- In welchen Fällen die Vorsteher der Gerichtsbehörden verpflichtet sind, bei Dienstbesetzungsvorschlägen über die in Antrag gebrachten Individuen Polizei-Auskünfte einzuholen.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1846, S. 388, Nr. 998.

Vorstellungen. Die in gehöriger Form ausgesprochene Dienstentlassung eines Beamten hat keinen effectum suspensivum, sondern es steht demselben die Ueberreichung der Vorstellung an höhere Behörde jederzeit frei.

Hofkanzlei-Decret vom 19. August 1835, S. 41, Nr. 79.

- Fristbestimmung von vierzehn Tagen zur Ueberreichung der Vorstellungen gegen die Entscheidung der General-Direction für die Staats-Eisenbahnen über die Ersatzansprüche der durch den Bau der Staats-Eisenbahnen in dem Eigenthums- und Nutzungsrechte beschränkten Grundbesitzer.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 234, Nr. 834.

Vorstudien. S. Studien.

Vortrag. In welcher Ordnung die Geschäfte vorzutragen und zu erledigen seien.

Justiz-Hofdecret vom 14. Juni 1822, S. 108, Nr. 1878.

Voruntersuchung. Bei den dem Erkenntnisse der höheren und höchsten Behörden vorbehaltenen Verbrechen sind auch die Beschlüsse der ersten Instanz, über die Ablassung von der Voruntersuchung, dem Appellationsgerichte vorzulegen; davon findet nur eine Ausnahme Statt, wenn die Criminalgerichte bloße Anzeige verwerfen, oder den Gegenstand gleich zurückerweisen.

Justiz-Hofdecret vom 18. September 1829, S. 171, Nr. 2427.

- S. auch Untersuchung.

Vorzugsclassen. Behandlung der mit Vorzugsclassen ihre Berufs-Studien zurückgelegten Jünglinge des Prager und Wiener Stadtconvictes hinsichtlich des Adjutums beim Eintritt in den Staatsdienst. Begriff der Zurücklegung der Berufsstudien mit vorzüglichen Sitten- und Fortgangsklassen.

Allerhöchste Entschliessung vom 31. October 1846, S. 389, Nr. 999.

Vorzugsrecht. S. Vorrecht.

Botanten. Vorschrift über die zu den Berathschlagungen der Appellationsgerichte erforderliche Zahl der Botanten.

Justiz-Hofdecret vom 30. April 1838, S. 177, Nr. 267.

- Vorschrift über die Verwendung der Secretäre, Rathsprotokollisten, Criminal-Actuare und Auscultanten als Botanten bei Criminal-Untersuchungen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1839, S. 342, Nr. 365.

Votanten. Bestimmung der Zahl der Votanten, welche zu den Berathungen bei der obersten Justizstelle, über die Abänderung gleichförmiger Urtheile und Bescheide der Gerichte erster und zweiter Instanz, erforderlich ist.

Allerhöchste Entschliessung vom 17. Mai 1842, S. 36, Nr. 616.

- In Disciplinarfachen der Beamten ist jeder Votant verpflichtet, den Ruf und eine auch nur im glaubwürdigen Privatwege erlangte Notiz zur Veranlassung von Erhebungen zu berücksichtigen, und bei Dienstbefehlungen sich nur von der eigenen inneren Ueberzeugung über die vollkommene Eignung des Vorgesetzten leiten zu lassen.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1846, S. 399, Nr. 1013.

Votum des Referenten über Cameral-Gefälls- und die bleibfälligen Fiscal-Processe hat des Appellationsgericht und das Stadt- und Landrecht zu Innsbruck der dortigen vereinigten Gefälls-Verwaltung vor dem Vortrage derselben mitzutheilen.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1822, S. 90, Nr. 1857.

W.

Waaren. Bestimmungen hinsichtlich der Versendung derselben mit der Fahrpost.

Hofkammer-Decret vom 12. Juni 1838, S. 244, Nr. 280.

- **Sensalen.** Neue Ordnung für Waaren-Sensalen, welche vor der Hand als provisorische Norm zu gelten hat, nebst der Bestimmung der Eigenschaften, welche zur Erlangung einer solchen Stelle erforderlich sind, dann ihrer Geschäfte und Gebühren.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 8. April 1842, S. 17, Nr. 606.

Wache. Die Polizei- und Sicherheits-Wachen sind in Tirol auf Verfolgte und Flüchtige zu schließen nicht berechtigt.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Jänner 1833, S. 75, Nr. 2589.

- Wann die Wache auf den Post-Cordons-Übertreter Feuer zu geben hat.

Hofkanzlei-Decret vom 14. März 1834, S. 109, Nr. 2645.

- Vorschrift über den Waffengebrauch von Seite der k. k. Finanzwache.

Hofkammer-Decret vom 8. Februar 1846, S. 311, Nr. 927.

- S. auch Postcordon.

Wachskerzen. Vor einem Crucifixe und zwei brennenden Wachskerzen ist der Eid sowohl im civil- als criminalrechtlichen Verfahren abzunehmen.

Justiz-Hofdecret vom 17. November 1826, S. 54, Nr. 2231.

Währung, in welcher der Stempel zu Geld-Urkunden in Tirol zu bemessen ist.

Hofkammer-Decret vom 29. November 1823, S. 163, Nr. 1975.

Waffen. Vorschrift über die Untersuchung und über die Verjährung der Uebertretungen desselben für Tirol, wegen des Tragens verbotener Waffen, erlassenen Patentes vom 18. Jänner 1818.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1834, S. 111, Nr. 2651.

- Bezeichnung der Fälle, in welchen die Finanzwache von ihren Waffen Gebrauch machen darf.

Hofkammer-Decret vom 21. April 1843, S. 105, Nr. 696.

- Vorschrift über die Anwendung der Waffengewalt von Seite der Militär-Affidenz bei öffentlichen Ruhestörungen.

Rescript des Hofkriegsrathes vom 8. October 1844, S. 236, Nr. 837.

Waffen. Bestimmungen über den Waffengebrauch der k. k. Finanzwache.

Hofkammer-Decrete vom 8. Februar, 27. März 1846, und 12. März 1847, S. 311, 331 und 448, Nr. 927, 952 und 1045.

- Vorschrift über die Einleitung von Criminal-Untersuchungen gegen die Angestellten der Finanzwache, wegen Ueberschreitung des Waffengebrauches.

Justiz-Hofdecret vom 27. März 1846, S. 331, Nr. 952.

- Den zur Handhabung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in Dalmatien aufgestellten Personen dürfen die zu diesem Behufe nöthigen Waffen nicht durch Pfändung oder Beschlagnahme entzogen werden.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1848, S. 642, Nr. 1164.

Waffengebrauch. S. Waffen.

Waffengewalt. S. Waffen.

Waffentragen. Benehmen des Richters, wenn mit einem Verbrechen die Uebertretung des Verbotes, unerlaubte Waffen zu tragen, zusammentrifft.

Justiz-Hofdecrete vom 2. September 1825, S. 319, Nr. 2128, und vom 11. October 1825, S. 324, Nr. 2134.

Wagenclasse. Bestimmung der Wagenclasse, welche Beamte, Practikanten und die Dienerschaft bei Dienststreifen mittelst der Eisenbahn in Aufrechnung bringen dürfen.

Hofkammer-Decret vom 14. Februar 1845, S. 253, Nr. 869.

Wagen-Reparatur-Pauschale, dessen Bestimmung bei Dienststreifen in eigenen Wagen.

Justiz-Hofdecret vom 11. October 1822, S. 120, Nr. 1901.

- **Schmiergeld.** S. Schmiergeld.

Wahl. Wenn die Mercantil-Beisitzer eines Wechselgerichtes auf den Vorschlag der Handels-Deputirten Einfluß haben, dürfen sie bei der Wahl eines Wechsel-Senalen nicht mitstimmen.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1821, S. 17, Nr. 1754.

- Gerichtsbehörden haben bei der Wahl der Vormünder und Curatoren mit der größten Vorsicht und Gewissenhaftigkeit vorzugehen.

Justiz-Hofdecret vom 23. Juni 1821, S. 34, Nr. 1771.

- Die Wahl geprüfter Beamten ist freien Gemeinden noch ferner zu gestatten; — wie bei der Entlassung geprüfter Syndiker vorzugehen sei.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1824, S. 200, Nr. 2001.

- Die Wahl eines Kanglei-Accessiten, sowohl bei dem Landrechte, als bei dem Appellationsgerichte, ist der obersten Justizstelle anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 310, Nr. 2111.

- der Syndiker, Stadt- und Marktschreiber bei den Landmagistraten und Gemeinden in Böhmen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1826, S. 2, Nr. 2159.

- Die von den landesfürstlichen Collegialgerichten erster und zweiter Instanz getretene Wahl ihrer Beamten kann durch eine dagegen erhobene Beschwerde nicht beirrt werden.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

- Bestimmung des Termins innerhalb welchen den sich verehelichenden pensionirten, provisionirten oder mit Gnadengaben bekehlten Beamtenwitwen und weiblichen Beamtenswaisen die Wahl zwischen der Abfertigung oder dem Vorbehalte des genossenen Bezuges für den Eintritt des nochmaligen Witwenstandes gestattet ist.

Hofkammer-Decret vom 6. März 1846, S. 320, Nr. 944.

Wahl-Nektarn. Adoptiv-Kindern gebührt der Pflichttheil von dem Vermögen der Wahl-Nektarn.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1833, S. 89, Nr. 2610.

- — Vorschrift für Wahl-Nektarn, über die gültige Annahme von Wahlkindern an Kindesstatt.

Hofkammer-Decret vom 28. Juni 1837, S. 132, Nr. 209.

Wahlfähigkeits-Decret. Bewerber um Auscultantenstellen bei Criminalgerichten sind nur der Auscultanten-Prüfung, jedoch zugleich aus dem Strafgesetze zu unterziehen, und sind von ihnen bloß Wahlfähigkeits-Decrete zur Auscultantenstelle zu fordern.

Justiz-Hofdecret vom 10. März 1821, S. 13, Nr. 1746.

— Gleichförmige Classificirung der für das Richteramt Geprüften in den Befähigungs-Decreten.

Justiz-Hofdecret vom 28. Februar 1824, S. 195, Nr. 1991.

— Das zur Ausübung des Richteramtes einmal erworbene Wahlfähigkeits-Decret ist für alle Dienststufen des Richteramtes ohne Unterschied zureichend.

Justiz-Hofdecret vom 21. August 1824, S. 265, Nr. 2038.

— Erfordernisse zur Erlangung der Wahlfähigkeit für das Civil- und Criminal-Richteramt.

Justiz-Hofdecete vom 13. April 1827 und 8. Mai 1829, S. 77 und 154, Nr. 2272 und 2399.

— Der für die Advocatur oder für eine Fiscal-Adjunctenstelle mit gutem Erfolge Geprüfte hat sich, um die Wahlfähigkeits-Decrete für das Civil- und Criminal-Richteramt zu erlangen, mit der ordnungsmäßigen einjährigen Criminal-Praxis auszuweisen, und eine besondere Prüfung für das Criminal-Richteramt mit gutem Erfolge zu bestehen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1835, S. 10, Nr. 26.

— Adjutirte Auscultanten haben sich binnen drei Jahren mit dem Wahlfähigkeits-Decrete für das Civil- und Criminal-Richteramt auszuweisen.

Justiz-Hofdecret vom 20. Juni 1837, S. 128, Nr. 207.

— Vorschrift über die Ertheilung der Wahlfähigkeits-Decrete, welche nicht mehr getrennt ertheilt werden dürfen, an die für die Advocatur und das Criminal-Richteramt mit gutem Erfolge Geprüften.

Justiz-Hofdecret vom 22. Jänner 1839, S. 323, Nr. 331.

— Einvernehmen zwischen dem Appellationsgerichte und der Landesstelle vor Abnahme des Wahlfähigkeits-Decretes von einem bei einer gemischten Behörde dienenden Beamten, wenn damit der Verlust des Dienstes verbunden wäre. — Bei Dienstposten, welche von den Hofstellen verliehen wurden, ist die Entziehung des Wahlfähigkeits-Decretes der Entscheidung der Letzteren zu unterziehen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1846, S. 355, Nr. 975.

Wahlkindern gebührt der Pflichttheil von dem Vermögen ihrer Wahlältern.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1833, S. 89, Nr. 2610.

Wahlfinder. Vorschrift für Wahl-Ältern, über die gütliche Annahme von Wahlkindern an Kindesstatt.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Juni 1837, S. 132, Nr. 209.

Wahnsinnige. Das Resultat der gepflogenen Amtshandlung über den Geisteszustand eines Wahnsinnigen, dann der Name dessen Vaters, Vormundes oder gerichtlich bestellten Curators, ist jener Behörde mitzutheilen, welcher die Verwaltung der Anstalt, worin der Kranke untergebracht wird, zugewiesen ist.

Justiz-Hofdecret vom 28. August 1837, S. 142, Nr. 220.

Waisen. Eidesformel, nach welcher die Waisenvermögens-Verwalter in Niederösterreich zu beides sind: a) für Herrschaftsbesitzer, welche das Waisenamt selbst verwalten, b) für Verwalter, die nicht zugleich Besitzer der Herrschaft sind.

Justiz-Hofdecret vom 20. Jänner 1821, S. 3, Nr. 1732.

— Vorschrift über die Auszahlung der Pensionen, Provisionen, Erziehungs- und Unterhalts-Gelder dann Gnadengaben für Beamten-Waisen.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1821, S. 16, Nr. 1752.

Waisen und Witwen der nach einer fünfzigjährigen Dienstleistung in einer Anstellung verstorbenen Beamten nach den italienischen Pensionsvorschriften gebührende Pension.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1821, S. 42, Nr. 1788.

- Verfahren, wenn ein Pupill ohne Einwilligung der Vormundschaftsbehörde sich verheirathet.

Justiz-Hofdecret vom 22. September 1821, S. 50, Nr. 1802.

- Die Appellationsgerichte haben Sorge zu tragen, daß die von den Herrschaften als Darlehen aufgenommenen unterthänigen Waisengelder pragmatisch versichert seien, und dabei die mit Eruierung beschränkten Fideicommiß-Herrschaften genau im Auge zu halten.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1822, S. 107, Nr. 1875.

- Ob, wann und mit welcher Rechtsbestimmung den Kindern in den Findel- und Waisenanstalten Vormünder und Vermögens-Curatoren zu bestellen sind, und in wieferne diese Vorschrift auf die zur Militärgerichtsbarkeit gehörigen, in Findel- und Waisenhäusern versorgten Kinder anzuwenden sei.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1822, S. 113, Nr. 1888, und Hofkanzlei-Decret vom 11. Juni 1823, S. 151, Nr. 1948.

- Der Gerichtsstand des allgemeinen Witwen- und Waisen-Pensions-Institutes in Wien ist das niederösterreichische Landrecht.

Justiz-Hofdecrete vom 14. September 1822, S. 117, Nr. 1894, und vom 14. Mai 1824, S. 202, Nr. 2005.

- Welchen pensionsfähigen Beamtenswaisen das Conduct-Quartal gebühre.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1823, S. 153, Nr. 1951, und Hofkanzlei-Decret vom 13. Mai 1824, S. 201, Nr. 2004.

- Bestimmung des Gerichtsstandes für das in Galizien sich bildende Privat-Pensions-Institut für Witwen und Waisen.

Justiz-Hofdecret vom 12. August 1823, S. 157, Nr. 1961.

- Der in dem §. 96 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches vorkommende Ausdruck: „Vormundschaft“ ist auf die Vormundschaftsbehörde nicht auszudehnen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 310, Nr. 2112.

- Vorschrift über die Ausbezahlung der bei gutherrlichen Waisenämtern gemeinschaftlich angelegten Waisencapitalien an Waisen, über welche die Vormundschaft aufhört.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1826, S. 58, Nr. 2240.

- Vorschrift über die Abfertigung der Waisen in dem Falle, wenn verschiedenen Waisen gehörige Capitalien demselben Schuldner gegen eine die Namen und Anttheile der einzelnen Gläubiger ausweisende Obligation dargeliehen worden sind.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1828, S. 112, Nr. 2334.

- Anspruch der Waisen eines Beamten auf das Conduct-Quartal.

Justiz-Hofdecret vom 17. October 1828, S. 137, Nr. 2366.

- der Staatsbeamten darf auch im Falle einer geleisteten Dienstauction ein Conduct-Quartal bewilligt werden.

Hofkammer-Decret vom 25. September 1829, S. 172, Nr. 2428.

- Vorschrift über die Behandlung der Waisen solcher Beamten oder minderen Diener, welche sich eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Übertretung oder eines anderen Vergehens schuldig gemacht haben, und während der Untersuchung, jedoch vor dem Urtheile oder Erkenntnisse, gestorben sind, oder deren pflichtwidrige Handlungen erst nach ihrem Tode, jedoch vor der Anweisung der Pension oder Provison oder der Unterhaltsbeiträge, entdeckt worden sind.

Justiz-Hofdecret vom 23. Jänner 1830, S. 182, Nr. 2447.

Waisenz: und Depositengelder genießen das Vorrecht vor allen Capitals- und Zinsforderungen der Hypothekar-Gläubiger. Im Falle eines Abganges an diesen Geldern sind dem Fiskalamte zur Exercution gegen den Gutsherrn die nöthigen Vorschüsse zu verabsfolgen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Juni 1830, S. 198, Nr. 2465.

- des Aufsichtspersonales bei den Untersuchungs-Gefängnissen und Strafanstalten sind provisionsfähig.

Justiz-Hofdecret vom 27. November 1830, S. 217, Nr. 2493.

- Quittungen über Pensionen, Erziehungsbeiträge, Gnadengaben, Provisionen und dergleichen Genüsse für Militär- und Staatsdienerswaisen ist die legale Bestätigung beizufügen, daß der Waise weder Löhnung, Gage, Abjutum oder Gehalt von dem Aetarium beziehe, noch sonst versorgt sei.

Justiz-Hofdecret vom 9. September 1831, S. 20, Nr. 2529.

- Strafen der Veruntreuung der Waisengelder im Villacher Kreise, Krain und dem Küstenlande. Hofkanzlei-Decret vom 8. März 1832, S. 35, Nr. 2552.

- Uebertragung der Obervormundschaft über unterthänige Waisen.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1832, S. 63, Nr. 2566.

- Den Waisen der von den Provinzial-Gerichtsbehörden ernannten Beamten und minderen Diener weist die Landesstelle die normalmäßigen Bezüge an.

Justiz-Hofdecret vom 6. Juli 1832, S. 63, Nr. 2568.

- Durch Verbote, Vormerkung oder Exccution auf die Pension der Beamtenswaisen erworbene Rechte gehen verhältnißmäßig auf die Abfertigung über.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1833, S. 87, Nr. 2606.

- Den Töchtern verstorbenen Beamten und Diener ist bei ihrer Verehelichung, wenn sie eine auf keine bestimmte Zeit beschränkte jährliche Pension oder Gnadengabe genießen, zwischen der Reservation des Bezuges auf den Fall ihres Witwenstandes und der Abfertigung mit dem zweijährigen Betrage desselben, die Wahl zu lassen.

Hofkammer-Decret vom 28. Mai 1834, S. 113, Nr. 2655.

- Abhandlungs- und Vormundschaftsbehörden haben den Tod oder die Versorgung eines Waisen, der eine Pension oder Gnadengabe genossen hat, der Landesbehörde anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1834, S. 118, Nr. 2662.

- die aus einer im Dilescenstande geschlossenen Ehe herkommen, erhalten keine Pension, wenn nicht der Vater später wieder in wirkliche Dienstleistung getreten ist.

Hofkammer-Decret vom 4. December 1834, S. 130, Nr. 2676.

- Wann die Waisen eines im Pensions- oder Provisionsstande verstorbenen Beamten oder Dieners eine Pension, Provision oder einen Erziehungsbeitrag erhalten.

Hofkammer-Decret vom 26. Mai 1835, S. 10, Nr. 25.

- Behandlung der Waisen der von fremden Regierungen übernommenen Beamten, hinsichtlich der Pension.

Hofkammer-Decret vom 30. December 1836, S. 95, Nr. 162.

- Vorschrift für die Vormundschaftsämter und Magistrate, über die Verabfolgung des aufbewahrten Vermögens an Waisen.

Justiz-Hofdecret vom 7. Februar 1837, S. 106, Nr. 172.

- Nur über Allerhöchste Aufforderung Seiner Majestät darf auf eine günstigere als die normalmäßige Pensionsbehandlung der Beamtenswaisen angetragen werden.

Justiz-Hofdecret vom 27. Februar 1837, S. 113, Nr. 177.

- Die mit Erziehungs- oder Versorgungs-Stipendien aus dem Haller Fräulein-Stiftsfonde theilhaftigen Beamtenswaisen werden im Genuße ihrer Aetarialbezüge belassen.

Hofkanzlei-Decret vom 20. August 1837, S. 142, Nr. 219.

Waisen. Vorschrift über die Bemessung der Provision für die Waisen der minderen Diener.

Hofkammer-Decret vom 21. September 1838, S. 278, Nr. 296.

- Ermächtigung der Länderstellen zur Anweisung der von sich verheiratheten Beamtenwaisen reservirten Pensionen und Gnabengaben.

Hofkammer-Decret vom 15. Februar 1839, S. 327, Nr. 341.

- Gestattung der Anträge auf Gnabengaben für Beamten- und Dienerswaisen, welche das Normal-Alter überschritten haben, dann erwerbsunfähig und mittellos sind.

Hofkammer-Decret vom 28. Februar 1839, S. 333, Nr. 347.

- Auf die Provision der Waisen der Tiroler Landesverteidiger findet keine Execution Statt.

Hofkammer-Decret vom 27. October 1839, S. 352, Nr. 383.

- Vorschrift über die Behandlung der auf mit Demolirungs-Reversen behafteten Gebäuden vergemerkten und Waisen zugefallenen Capitalien, hinsichtlich der Hypothekar-Sicherheit.

Justiz-Hofdecet vom 30. März 1840, S. 479, Nr. 418.

- Den Anträgen um Gnabengaben für die das Normal-Alter überschrittenen Beamtenwaisen ist auch ein sittliches Wohlverhaltens-Zeugniß der zu theilenden Person beizulegen.

Hofkammer-Decret vom 30. März 1840, S. 479, Nr. 419; dann

Hofkanzlei-Decret vom 30. April 1840, S. 484, Nr. 427.

- Vorschrift über die Abfertigung der Waisen mit den auf den Namen eines jeden Einzelnen von ihnen gesetzmäßig angelegten Capitalien.

Hofkanzlei-Decret vom 1. April 1840, S. 480, Nr. 421.

- Vollziehung der auf Unterhaltsbeiträge, unter Einhundert Gulden jährlich, großjährig gewordenen Beamtenwaisen vor Kundmachung der Allerhöchsten Entschliessung vom 26. Februar 1839 bewilligten und rechtskräftig gewordenen Verbote.

Hofkammer-Decret vom 29. Mai 1840, S. 501, Nr. 445.

- Wann und auf welche Vergehen den Beamten bei Bestimmung der Pensionen und Unterhaltsgelder für Beamtenwaisen keine Rücksicht genommen werden soll.

Justiz-Hofdecet vom 9. Juni 1840, S. 502, Nr. 448.

- Gestattung der Anträge auf Gnabengaben für die als Cadeten oder Gemeine ex propriis in den Militärstand getretenen Beamtenwaisen.

Hofkammer-Decret vom 15. October 1840, S. 532, Nr. 468.

- Gestattung der Anträge auf den Fortbezug der Erziehungsbeiträge und Pensionen für Civil-beamten-Waisen als Gnabengaben nach erreichtem Normal-Alter.

Hofkammer-Decret vom 7. Februar 1841, S. 555, Nr. 503.

- Formulare zu Ausweisen, deren sich die landesfürstlichen Behörden bei Pensions- oder Provisionsverhandlungen über Staatsdienerswaisen zu bedienen haben.

Hofkammer-Decret vom 10. Mai 1842, S. 28, Nr. 613.

- Vorschrift über die Behandlung jener Beamtenwaisen, hinsichtlich des Erziehungsbeitrages, welche während des Ruhestandes ihrer Väter geboren wurden.

Hofkammer-Decret vom 14. Mai 1842, S. 36, Nr. 615.

- Wie uneheliche, durch die nachgefolgte Ehe oder durch landesfürstliche Begünstigung legitimirte Beamtenwaisen hinsichtlich der Erlangung einer Pension oder Provision zu behandeln sind.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Juni 1842, S. 43, Nr. 621.

- Bei Anträgen auf Gnabengaben für Civilbeamtenwaisen, welche als Cadeten oder Gemeine ex propriis im Militär dienen, ist die Casse, aus welcher die Gnabengabe erfolgt werden soll, und die Vormundschafft, an welche die Erlangung zu geschehen hätte, namentlich zu bemerken.

Hofkammer-Decret vom 21. Februar 1843, S. 97, Nr. 684.

Waisen. Pensionsbemessung für Beamtenswaisen, deren Vater einen Gehalt von 200 fl. oder darüber bezogen hat.

Hofkammer-Decret vom 11. Mai 1843, S. 121, Nr. 704.

- Vorschrift über die Anlegung des Vermögens der Waisen in der Sparcasse.

Hofkanzlei-Decret vom 8. Juli 1843, S. 129, Nr. 722.

- Verlust der Snadengaben bei Militär- oder Civil-Staatsdienerswaisen, welche nach ausgedienter eigener Capitulation als Cadeten oder Gemeine ex propriis eine Stellvertretung im Militär eingehen.

Hofkammer-Decret vom 1. December 1843, S. 174, Nr. 768.

- Wann für die als Cadeten oder Gemeine ex propriis im Militär dienende Militär- oder Civil-Staatsdienerswaisen bei Seiner Majestät Anträge auf Verleihung oder Beibehaltung von Snadengaben gemacht werden dürfen.

Decret des Hofkriegsrathes vom 24. Mai 1845, S. 263, Nr. 886.

- Vorschrift über die Behandlung der Waisen verstorbener Beamten und minderer Diener, deren Mutter für sie Erziehungsbeiträge genoss, und wegen eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Übertretung ihrer Pension oder Provision verlustig wurde.

Hofkammer-Decret vom 7. October 1845, S. 277, Nr. 903.

- Bestimmung des Termins, innerhalb welchem den sich verheirathenden pensionirten, provisionirten oder mit Snadengaben theilhabenden weiblichen Staatsdienerswaisen die Wahl zwischen der Abfertigung oder dem Vorbehalte des genossenen Bezuges für den Eintritt des nochmaligen Witwenstandes gestattet ist.

Hofkammer-Decret vom 6. März 1846, S. 320, Nr. 944.

- Die Pensionen der Witwen-Societät der juristischen Facultät der Wiener Hochschule sind bei Bemessung der aus dem Staatsfchaze oder aus politischen Fonds den Beamtenswaisen zu bezahlenden Pensionen nicht in Abrechnung zu bringen.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1847, S. 426, Nr. 1039.

- Vorschrift über die Behandlung der Waisen der Beamten und Diener des erloschenen Freistaates Kratau.

Älterhöchste Entschliessung vom 31. Juli 1847, S. 466, Nr. 1077.

- des Aufsichtspersonales. S. Pension, Provision.

Waisenämter. S. Waisen, Waisencapitalien.

Waisenamt. Vorschrift für Waisenämter zur fruchtbringenden Anlegung der Waisengelder.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1841, S. 613, Nr. 566.

- Vorschrift über die Verzinsung der bei den Waisenämtern der Breslauer Bisthumsgüter einzeln eingelegten Waisengelder.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Juli 1843, S. 131, Nr. 727.

Waisenamts-Rechnungen haben die Magistrate Schutzobrigkeitlicher Städte ihrer Obrigkeit jährlich zur Revision vorzulegen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. October 1828, S. 133, Nr. 2363.

Waisenangelegenheiten. Instruction über das Verfahren in Waisenangelegenheiten bei dem Magistrate in Czernowiß und bei den Wirtschaftsämtern und Gemeindegerechten in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 495, Nr. 1125.

Waisenanstalten. S. Waisen.

Waisencapitalien. Die bei gutsherrlichen Waisenämtern für Mündel oder Pflegebefohlene gemeinschaftlich angelegten Capitalien sind denselben, wenn die Vormundschaft oder Curatel aufhört, bar zurück zu zahlen.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1826, S. 58, Nr. 2240.

Waisencapitalien. Vorschrift über die Abfertigung der Waisen, Mündel und Curanden in dem Falle, wenn verschiedenen Waisen, Mündeln und Curanden gehörigen Capitalien denselben Schuldner gegen eine die Namen und Antheile der einzelnen Gläubiger ausweisende Obligation dargeliehen worden sind.

Justiz-Hofdecret vom 11. April 1828, S. 112, Nr. 2334.

- Bedingungen, unter denen die Zinsfaktionen von den Häusern in Wien und den Vorstädten Wiens bei Anlegung der Waisencapitalien die Stelle der Schätzung vertreten können.

Justiz-Hofdecrete vom 10. Juli 1829, S. 165, Nr. 2418, und vom 29. Mai 1844, S. 210, Nr. 809.

- S. auch Waisengelder.

Waisencassen. Vorschrift über die Liquidation und Versicherung der Waisencassen.

Justiz-Hofdecret vom 2. December 1823, S. 164, Nr. 1977.

- Die gerichtliche Genehmigung des Darlehensvertrages, wodurch ein Gutsherr Gelder aus der Waisencasse des eigenen Gutes entlehnt, steht dem Landrechte zu, und ist durch das Kreisamt anzufuchen.

Justiz-Hofdecret vom 22. Mai 1824, S. 209, Nr. 2010.

- Wegen verzinslicher Anlegung der in Waisencassen vorhandenen Barschaft im Papiergelde auf Conventions-Münze berechnet.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Juni 1825, S. 303, Nr. 2101.

- Wo Forderungen einzelner Mündel oder Pflegebefohlenen, oder einer gemeinschaftlichen Waisencasse, gegen Unterthanen oder Gerichts-Inassen des obervormundschaftlichen Gerichtes einzuklagen sind.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juli 1825, S. 312, Nr. 2117.

- Strafbestimmung auf die untreuliche Verwaltung der obrigkeitlichen Waisen- und Depositen-cassen.

Justiz-Hofdecret vom 13. Juli 1827, S. 87, Nr. 2291.

- Nähere Bestimmung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit für den Fall, wenn die Forderung einer gemeinschaftlichen Waisencasse an die Unterthanen oder Gerichts-Inassen des vormundschaftlichen Gerichtes durch die Execution eingebracht, im Grundbuche einverleibt, vorgemerkt oder gelöscht werden soll.

Hofkanzlei-Decret vom 13. August 1833, S. 100, Nr. 2626.

- Die von Anlegung geringerer Interessenbeträge herrührenden richtig berechneten Ueberschüsse der Waisencassen sind ein Eigenthum des Gutsherrn, welcher jedoch für sein und seiner Beamten Verschulden auch mit diesen Ueberschüssen haftet.

Justiz-Hofdecret vom 24. December 1834, S. 132, Nr. 2679.

- Vorschrift über die Vornahme der Execution der Einkünfte eines wegen Ersäßen in die Waisencassen sequestrirten Pfarrers.

Hofkanzlei-Decret vom 20. März 1836, S. 78, Nr. 132.

- Behandlung der Waisencassen-Ueberschüsse bei den Fonds- und Staatsgütern.

Justiz-Hofdecret vom 14. März 1837, S. 116, Nr. 184.

- Vorschrift über die Verwahrung und Controle der Waisencassen bei dem Czernowitzer Magistrate, dann bei den Gemeindegewichten und Wirthschaftskämtern in der Bukowina.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1848, S. 516, Nr. 1125.

Waisencassen-Ueberschüsse. Vorschrift über die Behandlung der Waisencassen-Ueberschüsse bei den Fonds- und Staatsgütern.

Justiz-Hofdecret vom 14. März 1837, S. 116, Nr. 184.

Waisencommiffäre. Wegen Aufstellung von Waisencommiffären bei den landesfürstlichen Ortschaften; deren Bestimmung.

Justiz-Hofdecret vom 8. April 1825, S. 296, Nr. 2086.

Waisenforderungen. Vorschrift über die Einbringung der Waisenforderungen gegen Unterthanen und Gerichts-Insaßen des obervormundschaftlichen Gerichtes.

Justiz-Hofdecret vom 8. Juli 1825, S. 312, Nr. 2117.

Waisengelder. Die von Herrschaften als Darlehen aufgenommenen Waisengelder sind pragmatikalisch sicher zu stellen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1822, S. 107, Nr. 1875.

— Umfegung der Waisengelder auf Conventions-Münze.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1825, S. 303, Nr. 2101.

— Strafbestimmung auf die unredliche Zueignung der Waisengelder.

Justiz-Hofdecret vom 13. Juli 1827, S. 87, Nr. 2291.

— Vorschrift über die fruchtbringende Anlegung der Waisengelder.

Hofkanzlei-Decret vom 30. September 1841, S. 613, Nr. 566.

— Vorschrift über die Verzinsung der bei den Waisenämtern der Breslauer Bisthumsgüter einzeln bar angelegten Waisengelder.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Juli 1843, S. 131, Nr. 727.

— Vorschrift über die Anlegung der Waisengelder auf Häusern in den Städten Prag, Brünn, Olmütz, Troppau, Elz, Graß, Klagensfurt, Laibach, Görz und Lemberg, mit Einschluß ihrer Vorstädte.

Justiz-Hofdecret vom 23. October 1843, S. 160, Nr. 755.

— Vorschrift über die Anlegung der Waisengelder in dreipercntigen Centralcasse-Anweisungen.

Justiz-Hofdecret vom 12. Februar 1847, S. 418, Nr. 1031.

— Vorschrift über die fruchtbringende Anlegung der Waisengelder bei Sparcassen und in Triest beim Monte civico commerciale bis zu dem Betrage von 300 fl.

Justiz-Hofdecret vom 10. Mai 1848, S. 619, Nr. 1144.

Waisenfinder. Bestimmung der Vormundschaftsbehörde für Waisenfinder in Steiermark und im Klagensfurter Kreise.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1833, S. 104, Nr. 2636.

Waisenvermögen. Die Verordnung vom 4. September 1820, über die Verwaltung des unterthänigen Waisenvermögens ist auch für Steiermark und den Klagensfurter Kreis anwendbar.

Justiz-Hofdecret vom 16. Februar 1822, S. 79, Nr. 1839.

— Die bei gutsherrlichen Waisenämtern für Mündel oder Pflegebefohlene gemeinschaftlich angelegten Capitalien sind denselben, wenn die Vormundschaft oder Curatel aufhört, bar zurückzuzahlen.

Justiz-Hofdecret vom 22. December 1826, S. 58, Nr. 2240.

— Bedingungen unter denen die Zinsfaffionen von den Häusern in Wien und den Vorstädten Wiens bei Anlegung der Waisen-Capitalien die Stelle der Schätzung vertreten können.

Justiz-Hofdecret vom 10. Juli 1829, S. 165, Nr. 2418.

— Taxbestimmung für die Einantwortung eines Waisenvermögens in Tirol an großjährig gewordene Mündel.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1836, S. 83, Nr. 144.

Waisenvermögens-Verwalter. S. Waisen.

Waisenkirchen. Anstellung eines Advocaten zu Waisenkirchen im Hausdruckreise.

Justiz-Hofdecret vom 11. Juni 1839, S. 340, Nr. 361.

Wald. Verbot der Abtreibung der Waldungen auf den an der Linie der Staats-Eisenbahnen angrenzenden Gründen und Bergabhängen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1844, S. 234, Nr. 834.

- Waldbott-Wassenheim.** Dem Haupte der reichsfürstlich-gräflichen Familie Waldbott-Wassenheim gebührt der Titel „Erlaucht“.
Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.
- Waldburg-Wolfegg-Waldsee.** Dem Chef des fürstlichen Hauses Waldburg-Wolfegg-Waldsee gebührt der Titel „Durchlaucht“.
Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133 und
Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.
- Waldburg-Zeil-Trauchburg.** Dem Chef des fürstlichen Hauses Waldburg-Zeil-Trauchburg gebührt der Titel „Durchlaucht“.
Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, und
Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.
- Waldburg-Zeil-Wurzach.** Dem Chef des fürstlichen Hauses Waldburg-Zeil-Wurzach gebührt der Titel „Durchlaucht“.
Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133 und
Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.
- Waldeck-Pyrmont.** Dem Haupte der reichsfürstlich-gräflichen Familie Waldeck-Pyrmont gebührt der Titel „Erlaucht“.
Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.
- Waldburg-Schönbürg.** S. Schönbürg.
- Waldfrevel.** Staatsvertrag mit Baiern, wegen Hintanhaltung und Bestrafung der an den gegenseitigen Landesgränzen verübten Waldfrevel.
Justiz-Hofdecret vom 9. September 1839, S. 349, Nr. 376, dann
Hofkanzlei-Decret vom 14. Mai 1844, S. 209, Nr. 806.
— Staatsvertrag mit Preußen, über die Hintanhaltung und Bestrafung der an den gegenseitigen Landesgränzen verübten Waldfrevel.
Hofkanzlei-Decrete vom 28. April 1842, S. 26, Nr. 611, und vom 8. Februar 1848, S. 491, Nr. 1117.
— Belehrung, wegen Einhebung und Abführung der in Fällen von Waldfreveln an der bayerischen Landesgränze zuerkannten Schäden-Ersatzbeträge und Pfandgebühren an die Cassé des Etats wo der Waldfrevel verübt wurde.
Hofkanzlei-Decret vom 18. September 1847, S. 471, Nr. 1087.
- Walb-Ordnung.** Provisorische Walb-Ordnung für Tirol und Vorarlberg.
Vom 24. December 1839, S. 363, Nr. 400.
— Aufhebung des §. 2 der für Tirol erlassenen provisorischen Walbordnung vom Jahre 1839.
Hofkanzlei-Decret vom 11. April 1847, S. 456, Nr. 1057.
- Waldungen.** Vorschriften bei Anlegung oder Abtreiben von Waldungen in der Nähe der Eisenbahnen.
Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, §§. 21 und 22.
— Vorschrift über die Behandlung der Holzbezugsrechte oder Gnaden-Holzbezüge der Untertanen in Tirol aus den Staats-Waldungen; welche Waldungen in Tirol als landesfürstliche angesehen sind, und welche den Holzbezugs-Berechtigten in das volle Eigenthum überlassen werden.
Hofkanzlei-Decret vom 11. April 1847, S. 456, Nr. 1057.
- Walldwesen.** Regulirung des Walldwesens in Tirol.
Hofkanzlei-Decret vom 11. April 1847, S. 456, Nr. 1057.
- Wallachische Sprache.** Die über die Kenntniß der wallachischen Sprache sich ausweisenden Competenten sind bei Aufnahme und Beförderung zu einem Dienste beim Katholische der landesfürstlichen Collegialgerichte in Galizien besonders zu berücksichtigen.
Justiz-Hofdecret vom 15. Februar 1842, S. 9, Nr. 598.

Wallmoden-Gimborn. Dem Haupte der reichsfürstlich-gräflichen Familie Wallmoden-Gimborn gebührt der Titel „Erlaucht“.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Wanderbücher. Den Wanderbüchern und Kundschaften ist die Warnung von der Criminal-Verstrafung der Verfälschung derselben einzuschalten.

Hofkanzlei-Decret vom 16. April 1822, S. 94, Nr. 1867.

— sind ohne Correcuren auszufertigen, und solche auch bei den Widrungen zu vermeiden.

Justiz-Hofdecret vom 9. Mai 1823, S. 145, Nr. 1940.

Wangen. Der Bezirk Wangen in Tirol wird von dem Landgerichte Karneid getrennt und dem Landgerichte Ritten zugetheilt.

Hofkanzlei-Decret vom 3. December 1827, S. 107, Nr. 2321.

Wappen. Vorschrift für die Stände hinsichtlich der Ausfertigungen über adeliche Wappen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. December 1846, S. 392, Nr. 1005.

— Den zwei oberen Ständen jener Provinz, wo es einen abgesonderten Herren- und einen abgesonderten Ritterstand gibt, wird das Recht, das Wappen einzelner Ähnen zum Behufe der Ähnenproben zu bestätigen, aufrecht erhalten.

Hofkanzlei-Decret vom 4. December 1846, S. 392, Nr. 1005.

Wartemberg. Vereinigung des Bezirkes Egg ob Popetsch mit dem landesfürstlichen Bezirkscommissariate Ponowitsch zu Wartemberg und Erklärung des Letzteren für ein Commissariat I. Classe.

Hofkanzlei-Decret vom 14. December 1838, S. 314, Nr. 316.

— Das landesfürstliche Bezirkscommissariat zu Wartemberg wird aus der ersten in die zweite Classe gesetzt.

Hofkanzlei-Decret vom 30. October 1840, S. 535, Nr. 471.

Wasa. Die Gerichtsbarkeit über den Prinzen Gustav Wasa, dessen Familie und gesammte Dienerschaft, wird sowohl in persönlichen Streitsachen, als in Gegenständen des adelichen Richteramtes, dem Oberst-Hofmarschallamte eingeräumt.

Justiz-Hofdecret vom 26. October 1832, S. 70, Nr. 2578.

Wasserleitungen. Anwendung des summarischen Verfahrens bei Streitigkeiten über Wasserleitungen.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1837, S. 108, Nr. 174.

Wasserwerke. Anwendung des summarischen Verfahrens bei Streitigkeiten über Wasserwerke.

Justiz-Hofdecret vom 13. Februar 1837, S. 108, Nr. 174.

Wechsel. Das österreichische Notariat ist auf das einzige Geschäft der Wechselproteste beschränkt.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1821, S. 32, Nr. 1766.

— Die Execution auf sogleiche Bezahlung eines Wechsels findet auch wider den Acceptanten Statt.

Justiz-Hofdecret vom 28. Juli 1821, S. 41, Nr. 1784.

— Nähere Bestimmung einiger Vorschriften der Wechselordnung, über das Befugniß zur Ausstellung, Acceptation, Girirung und Verbürgung trockener Wechsel.

Justiz-Hofdecret vom 1. September 1821, S. 45, Nr. 1794.

— Vorschrift über den periodischen Wechsel der Auscultanten des Civil- und Criminal-Senates bei dem Wiener Magistrats.

Justiz-Hofdecret vom 22. Februar 1822, S. 81, Nr. 1844.

— Ob in Gemäßheit der Wechselordnung die sogleiche Execution auch gegen den Acceptanten eines förmlichen Wechsels stattfindet.

Justiz-Hofdecret vom 15. September 1823, S. 160, Nr. 1966.

— Gegen die Aussteller und Giranten in Wien zahlbarer förmlicher Wechsel findet der Auftrag, binnen 24 Stunden zu zahlen, Statt.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1828, S. 142, Nr. 2379.

Wechsel. Vorschrift über die Levirung der Wechselproteste in Wien.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1835, S. 62, Nr. 102.

- Vorschrift über die Behandlung der nicht von wechselgerichtlich protokollierten Firmen ausgestellten Wechsel hinsichtlich ihrer Beweisraft und Glaubwürdigkeit, dann hinsichtlich der über Zahlungsverordnungen zu ertheilenden Execution während der dagegen anhängigen Berufung an den höheren Richter.

Justiz-Hofdecret vom 10. März 1840, S. 475, Nr. 414.

- Aufhebung des Vorrechtes der dritten Classe der Wechsel bei Concursen.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1843, S. 136, Nr. 735.

- (periodischer). Vorschrift über den periodischen Wechsel der Schätzungs- und Inventur-Commissäre des bürgerlichen Handelsstandes bei dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte, dann Bestimmung der Frist zur Vornahme desselben.

Hofkammer-Decret vom 9. December 1843, S. 174, Nr. 769.

- (periodischer) von drei zu drei Jahren der von dem Großhandlungs-Premium gewählten Inventur- und Schätzungs-Commissäre bei dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte.

Hofkammer-Decret vom 20. Juli 1844, S. 214, Nr. 821.

- **Execution.** S. Execution.

- **Angelegenheiten.** Jedes der süblichen Collegialgerichte Tirols und Vorarlbergs ist für seinen ganzen Kreis zur Verhandlung der Wechsel-Angelegenheiten competent.

Justiz-Hofdecret vom 4. März 1846, S. 319, Nr. 941.

Wechselgericht. Die Mercantilbeisitzer haben zur Wahl eines Wechselensalen nicht mitzustimmen, wenn sie auf den Vorschlag Einfluß hatten.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1821, S. 17, Nr. 1754.

- Wegen Enthebung der Wechselgerichtsbeisitzer aus dem Handelsstande zu Triest von dem Erzherrn bei Vorträgen über Abhandlungs- und Waisengeschäfts-Gegenstände und bloße Currentien.

Justiz-Hofdecret vom 27. Juli 1821, S. 40, Nr. 1782.

- Erweiterung der Gerichtsbarkeit des Triester Mercantil- und Wechselgerichtes auf die kaisersländischen Bezirke: Capo d'Istria, Monastero, Monfalcone, Duino, Schwarzeneck und Fünfenberg.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1822, S. 107, Nr. 1877.

- Nichtzulassung der Notare, welche keine zur Ausübung der Landes-Advocatie berechnete Doctoren sind, zur Vertretung der Parteien bei Wechselgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 14. Februar 1824, S. 193, Nr. 1989.

- Die Triester See-Assicuranz-Gesellschaften haben nur vor dem Mercantil- und Wechselgerichte, als ihrer Personal-Instanz, Rede und Antwort zu geben.

Justiz-Hofdecret vom 2. Juli 1825, S. 311, Nr. 2115.

- Vorschrift über die Aufnahme der Urkunden, über See-Unfälle bei dem Triester Mercantil- und Wechselgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1825, S. 330, Nr. 2147.

- Das Wechselgericht in Triest hat über den Activ- und Passivstand der daselbst in Concurs verfallenen Handelsleute dem kaisersländischen Gubernium die nöthigen Auskünfte zu geben.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1826, S. 8, Nr. 2169.

- Für das Mercantil- und Wechselgericht zu Triest werden drei Auscultanten bestimmt.

Justiz-Hofdecret vom 21. Juli 1826, S. 35, Nr. 2205.

- Dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte werden die in Niederösterreich verfallenden Handels- und Wechselstreitigkeiten der türkischen Unterthanen zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 27. October 1826, S. 52, Nr. 2228.

Wechselgericht. Vorschrift für das niederösterreichische Mercantil- und Wechselgericht, über die Befehlsvorschläge zu erlebigen Börse- und Wechselnalen-Stellen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Jänner 1828, S. 107, Nr. 2323.

- Die mit der Gerichtsbarkeit in Wechselnachen versehenen landesfürstlichen Collegialgerichte haben auch dann die Jurisdiction in Handels- und Wechselgeschäften auszuüben, wenn daran türkische Unterthanen als Kläger oder Beklagte Theil nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 10. April 1829, S. 148, Nr. 2391.

- in Triest ist der Gerichtsstand für die Actionäre der in Triest entstandenen Seeschaden-Versicherungs-Gesellschaften „Nuova Compagnia d'assicurazione“ und „Italo Banco d'assicurazione“.

Hofkammer-Decret vom 27. November 1830, S. 218, Nr. 2494 und 2495.

- Das Triester Mercantil- und Wechselgericht wird als Gerichtsstand der Actionäre der in Triest unter dem Namen „Nuovo greco Banco d'assicurazione“ errichteten Seeschaden-Versicherungs-Gesellschaft bestimmt.

Hofkammer-Decret vom 17. Juni 1831, S. 15, Nr. 2516.

- in Triest ist der Gerichtsstand für die Actionäre der in Triest unter dem Namen „Società slava d'assicurazione marittime“ errichteten Seeschaden-Versicherungs-Gesellschaft.

Hofkammer-Decret vom 8. Juli 1831, S. 15, Nr. 2518.

- Das Triester Mercantil- und Wechselgericht wird als Gerichtsstand für die Actionäre der in Triest unter dem Titel „Intrepida Compagnia d'assicurazione“ errichteten Versicherungs-Gesellschaft bestimmt.

Hofkammer-Decret vom 11. Juli 1833, S. 99, Nr. 2623.

- Das niederösterreichische Mercantil- und Wechselgericht ist in Fällen der Kaiser Ferdinands-Norrbahn die competente Behörde der Actiengesellschaft derselben.

Justiz-Hofdecret vom 5. December 1836, S. 94, Nr. 159.

- Bei dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte wird die Zahl der Substituten der Mercantil-Beisitzer auf vier vermehrt, wovon immer zwei aus den Großhändlern und zwei aus dem Handelsstande zu wählen sind. Von den theils als Beisitzer, theils als Substituten beigegebenen sechs Handelsleuten haben auch künftig jeder Rathssitzung nur zwei beizuwohnen.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1837, S. 151, Nr. 238.

- Vorschrift über die Ertheilung der Fristen in Handels- und Wechselgeschäften zu den Appellations-, Revisions- und Nullitäts-Einreden.

Justiz-Hofdecret vom 22. Jänner 1839, S. 323, Nr. 332.

- Vorschrift über die Behandlung der nicht von wechselgerichtlich protokolirten Firmen ausgestellten Wechsel hinsichtlich ihrer Beweiskraft und Glaubwürdigkeit, dann hinsichtlich der über Zahlungsverordnungen zu ertheilenden Execution während der dagegen anhängigen Berufung an den höheren Richter.

Justiz-Hofdecret vom 10. März 1840, S. 475, Nr. 414.

- Die bei dem Triester Mercantil- und Wechselgerichte dienenden Beisitzer aus dem Handelsstande dürfen sich als wirkliche k. k. Räte unterzeichnen. Belassung dieses Titels bei mehrjähriger ausgezeichnete Dienstleistung derselben.

Justiz-Hofdecret vom 24. August 1840, S. 526, Nr. 463.

- Protokolirung der neuen Firma der ersten österreichischen Brandschaden-Versicherungs-Gesellschaft bei dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Jänner 1842, S. 8, Nr. 593.

- Vorschrift über die Execution der Urtheile nicht ungarischer Wechselgerichte in Ungarn; die diesfälligen Requisitionsschreiben haben die österreichischen Wechselgerichte durch das betreffende Appellationsgericht an das ungarische Appellationsgericht in Wechselnachen zu leiten.

Justiz-Hofdecret vom 13. März 1843, S. 100, Nr. 688.

Wechselgericht. Gerichtsbarkeit des niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichtes über die Wiener Dampfmaschinen-Actiengesellschaft, wenn sie, mit Ausnahme der Realklagen, als Beklagte erscheint.

Justiz-Hofdecret vom 11. September 1843, S. 137, Nr. 738.

- Vorschrift über die Behandlung und Erledigung der Geschäfte bei dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 30. October 1843, S. 164, Nr. 760.

- Vorschrift über den periodischen Wechsel der Schätzungs- und Inventurs-Commissäre des kaiserlichen Handelsstandes bei dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte, dann Bestimmung des Termines zur Vornahme desselben.

Hofkammer-Decret vom 9. December 1843, S. 174, Nr. 769.

- Das niederösterreichische Mercantil- und Wechselgericht ist in Streitfachen der Wiener k. k. n. Eisenbahn als Beklagte der competente Gerichtsstand.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1844, S. 207, Nr. 802.

- Periodischer Wechsel von drei zu drei Jahren der von dem Großhandlungs-Gremium gewählten Inventurs- und Schätzungs-Commissäre des niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichtes.

Hofkammer-Decret vom 20. Juli 1844, S. 214, Nr. 821.

- (niederösterreichisches) ist der Gerichtsstand für die Amortisirung der in Verlust gerathenen Actien und Coupons der privilegierten ersten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

Justiz-Hofdecret vom 18. August 1846, S. 355, Nr. 977.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei dem Prager Mercantil- und Wechselgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 4. Februar 1847, S. 406, Nr. 1026.

- Vorschrift über die Behandlung der Currentien bei dem Lemberger Wechselgerichte.

Justiz-Hofdecret vom 21. October 1847, S. 474, Nr. 1092.

- S. auch Rathssitzung.

Wechselgerichtsbeisitzer. S. Beisitzer.

Wechselgerichtsbeisizers-Substituten. S. Substituten.

Wechselgeschäfte. Der ersten österreichischen Brandschaden-Versicherungs-Gesellschaft ermächtigt durch die Protokollirung ihrer neuen Firma bei dem niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichte kein Recht zu Handels- und Wechsel-Geschäften.

Hofkanzlei-Decret vom 23. Jänner 1842, S. 8, Nr. 593.

Wechselklage. Die Einwendung gegen Wechselklagen auf vier und zwanzigstündige Zahlung ist als Einrede zu behandeln.

Justiz-Hofdecret vom 17. April 1838, S. 173, Nr. 263.

- Wann das summarische Verfahren bei Militärgerichten über Wechselklagen stattfinden könne.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Das summarische Verfahren bei den Gerichtsstellen in Dalmatien ist auf Klagen nicht anzuwenden, welche Wechselforderungen zum Gegenstande haben.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

Wechselordnung. Anwendung des im Artikel XX der Wechselordnung vorgezeichneten Executions-Verfahrens von Seite des Präsentanten oder Wechselinhabers wider den Acceptanten auf sogleiche Bezahlung des acceptirten Wechsels.

Justiz-Hofdecret vom 28. Juli 1821, S. 41, Nr. 1784.

- Nähere Bestimmung einiger Vorschriften der Wechselordnung, über das Befugniß zur Aufstellung, Acceptation, Girirung und Verbürgung trockener Wechsel.

Justiz-Hofdecret vom 1. September 1821, S. 45, Nr. 1794.

Wechselordnung. Abänderung des 13. Artikels der Wechselordnung hinsichtlich der Revirung der Wechselproteste in Wien.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1835, S. 62, Nr. 102.

Wechselprotest. S. Wechsel.

Wechselsachen. Vorschrift hinsichtlich der Zustellung von Vorladungen und Verordnungen ungarischer Wechselgerichte, ferner hinsichtlich der Execution auf Grundlage von Erkenntnissen ungarischer Wechselgerichte, endlich hinsichtlich der Eintreibung ungarischer Taxbeträge in den nicht ungarischen Ländern der Monarchie.

Justiz-Hofdecret vom 13. März 1843, S. 100, Nr. 688.

Wechselschulden. Das summarische Verfahren bei den Civilgerichten kann auf Wechselforderungen nicht angewendet werden.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

Wechselschuldner. Unter der Execution bis zur Sicherstellung ist auch der Personal-Arrest des präsumirten Wechselschuldners zu verstehen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Mai 1840, S. 486, Nr. 431.

Wechselsensalen. Vorschrift über die Wahl der Wechselsensalen in Wien.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1821, S. 17, Nr. 1754.

— Wer künftig dazu nicht gewählt werden könne.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1821, S. 41, Nr. 1785.

— Vorschrift über das Verfahren bei Anträgen auf die Entlassung oder Suspendirung eines Wechselsensalen.

Erlaß des Justizministers vom 21. August 1848, S. 652, Nr. 1176.

Weg. Strafbestimmung auf die Beschädigung der auf öffentlichen Wegen gepflanzten Bäume und Auen.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Jänner 1837, S. 99, Nr. 163.

Weggeld. Die Amtsboten der Gränzkämmerer haben künftig ihre Weggelder mit fünfzehn Kreuzer für jede Meile in Conventions-Münze zu liquidiren und zu beziehen.

Justiz-Hofdecret vom 3. November 1821, S. 58, Nr. 1813.

— ist auch für eine gehörig ausgewiesene versuchte Zustellung den Amtsboten der Gränzkämmerer zu entrichten.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1842, S. 9, Nr. 596.

Wegmauth. Die bei Dienstreisen der Beamten mit Extrapost in den Reiseparticularien aufgerechnete Wegmauthgebühr ist mit den Wegmauth-Bolleten oder mit der Bescheinigung der Poststation auszuweisen.

Hofkammer-Decret vom 15. October 1839, S. 352, Nr. 382.

Weiber:Verzichtsurkunden. S. Reverse.

Weibliche Beamtenswaisen. S. Waisen.

Weiderecht. Verpflichtung der Privat-Eisenbahn-Unternehmungen zur Entschädigung des auf den eingelösten Grundstücken haftenden Weiderechtes an den hiezu Berechtigten.

Hofkanzlei-Decret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1036.

— Aufhebung des Weiderechtes gegen Entschädigung der dazu Berechtigten.

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180.

— Aufhebung des dorfsobrigkeitlichen Blumensuch- und Weiderechtes ohne Entschädigung.

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180.

Weimar. S. Sachsen.

Wein. Den Criminal- und politischen Sträflingen in Dalmatien darf nur in Erkrankungsfällen auf Anordnung des Arztes Wein verabreicht werden.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1844, S. 210, Nr. 808.

Weinsteig. Die Heimfagung des lehenbaren Landgerichtes Weinsteig zu Karnabrunn wird angenommen.

Justiz-Hofdecret vom 14. Jänner 1847, S. 404, Nr. 1019.

Weissenegg. Für den Landgerichtsbezirk Weissenegg wird das kärnthnerische Stadt- und Landrecht als alleiniges Criminal-Untersuchungs- und Spruchgericht erklärt; jedoch hat es fortan die Thatbestandsberhebungen zu besorgen und Criminal-Untersuchungskosten zu leisten.

Justiz-Ministerial-Decret vom 23. Mai 1848, S. 636, Nr. 1154.

Weissenfels. Annahme der Heimfagung der delegirten Bezirksverwaltung von Weissenfels in Krain, und Errichtung eines landesfürstlichen provisorischen Bezirkscommissariates dritter Classe mit dem Amtssitze im Orte Kronau.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Jänner 1841, S. 554, Nr. 500.

Weisungen. Die als Assistenten abgeordneten Gerichtsbienner und andere Individuen, welche als Gerichtswache beigegeben werden, sind mit schriftlichen Weisungen zu versehen.

Decret des steiermärkischen Guberniums vom 12. April 1837, S. 120, Nr. 191.

Werbung. Militär-Gesetz über die Verbrechen der Auspähung und der unbefugten Werbung.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1821, S. 54, Nr. 1808.

Werke. Beschluß der deutschen Bundesversammlung zur Sicherung der Rechte der Schriftsteller, Herausgeber und Verleger literarischer und artistischer Werke gegen den Nachdruck und die Nachahmung.

Hofkanzlei-Decrete vom 16. November 1832, S. 70, Nr. 2580, 26. November 1840, S. 540, Nr. 483, und 25. Juli 1845, S. 272, Nr. 897.

— Beschluß der deutschen Bundesversammlung zum Schutze und zur Sicherung der Rechte der inländischen Verfasser dramatischer Werke gegen unbefugte Darstellung derselben.

Hofkanzlei-Decret vom 15. Mai 1841, S. 580, Nr. 537.

— Beschluß der deutschen Bundesversammlung zur Sicherung der Rechte der Schriftsteller, Herausgeber und Verleger literarischer und artistischer Werke gegen den Nachdruck und die Nachbildung.

Hofkanzlei-Decret vom 25. Juli 1845, S. 272, Nr. 897.

— Bestimmung der Rechte der Verfasser, Herausgeber und Verleger literarischer und artistischer Werke gegen die unbefugte Veröffentlichung, Nachbildung und den Nachdruck derselben; in wieferne den im Auslande außer dem deutschen Bundesgebiete erscheinenden Werken der Schutz gegen den Nachdruck gewährt wird.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

— (artistische und literarische). S. auch Nachdruck.

Werksführer. Verantwortlichkeit der Werksführer für die fortwährende Tauglichkeit der Kessel der Dampfmaschinen und Locomotive; wann sich dieselben einer schweren Polizei-Uebertretung schuldig machen.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juni 1845, S. 266, Nr. 891.

Werkzeuge. Die Erben haben in dem eidesstattlichen Vermögens-Bekanntnisse die zur Zeit des Todes des Erblassers vorhanden gewesenen Werkzeuge anzugeben.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1841, S. 675, Nr. 582.

— Vertilgung der bei dem Universal-Cameral-Zahlamte in Aufbewahrung befindlichen falsifications-Werkzeuge nach Verlauf von 30 Jahren von dem Zeitpunkte der Herausgebung oder der Zustandbringung.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juli 1848, S. 644, Nr. 1168.

- Werth.** Ausweisung des Werthes unterthäniger Realitäten zum Behufe der Erbsteuerbemessung.
Hofkanzlei-Decret vom 26. Juni 1827, S. 86, Nr. 2289.
- Der in dem §. 182, I. Theiles des Strafgesetzes, vorkommende Ausdruck: „Betrag“ ist auch von dem Werthe der sich betrüglich zugewendeten oder zugeigneten Sache zu verstehen.
Justiz-Hofdecret vom 13. September 1828, S. 132, Nr. 2362.
- Ausweisung des Werthes der Häuser in Wien und den Vorstädten Wiens zum Behufe der Anlegung der Gelder der Minderjährigen und Curanden durch die Zinsfassion.
Justiz-Hofdecret vom 10. Juli 1829, S. 165, Nr. 2418.
- S. auch Waisencapitalien.
- Werthstämpel.** S. Stämpel.
- Westgalizische Gerichtsordnung.** S. Gerichtsordnung.
- Widerrechtliche Eröffnung gerichtlicher Siegel.** S. Siegel.
- Widerruf.** Wirkung des Widerrufs des von dem Beleidigten angebrachten Gesuches, um Bestrafung einer Beschimpfung oder Mißhandlung.
Hofkanzlei-Decret vom 10. Jänner 1833, S. 73, Nr. 2585.
- Wirkung des Widerrufs des Gesuches des Mißhandelten um Bestrafung des Beleidigers, vor und nach Kundmachung des Urtheiles an den Untersuchten.
Hofkanzlei-Decret vom 25. Juni 1835, S. 27, Nr. 43.
- Wirkungen des Widerrufs des Ansuchens um Bestrafung einer geschehenen Entwendung oder größeren Unfittlichkeit vor und nach erfolgter Kundmachung des Urtheiles.
Justiz-Hofdecret vom 16. Februar 1836, S. 75, Nr. 125.
- Widerrufung der Executionsbescheide.** S. Executionsbescheide.
- Wird.** Dem Chef des fürstlichen Hauses Wied gebührt der Titel „Durchlaucht“.
Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, und
Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.
- Wiederaufstellung der Beamten.** S. Anstellung, Beamte.
- Quiescenten. S. Anstellung, Quiescenten.
- Wiederaufnahme der Untersuchung.** S. Untersuchung.
- Wiedereinlösungsrecht.** Vorschrift in Betreff des Wiedereinlösungsrechtes gerichtlich feilgebotener adelicher Güter in Slirisch-Croatien.
Justiz-Hofdecret vom 3. December 1821, S. 68, Nr. 1823.
- Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.** S. Einsetzung.
- Wiedereinverleibung** Etwil-Croatens und eines Theiles des Küstenlandes mit Ungarn am 1. November 1822.
Justiz-Hofdecret vom 21. October 1822, S. 121, Nr. 1904.
- Wiederherstellung** der Landtafel im Inn- und Hausbrudviertel.
Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1825, S. 303, Nr. 2103.
- Wiederholung der Prüfung für das Richteramt.** S. Prüfung.
- Wiederverheichung.** Vorschrift über das Verfahren bei dem Zeugnissbeweise über den Tod eines vermiften Ehegatten.
Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1827, S. 68, Nr. 2259.
- Abfertigung der nach italienischen Normen pensionirten Beamtenwitwen bei ihrer Wiederverheichung.
Hofkammer-Decret vom 12. November 1827, S. 104, Nr. 2318.
- Die Wiederverheichung einer getrennten akatholischen Person bei Lebzeiten des getrennten Gegentheiles mit einer katholischen Person ist eben so wenig, als dem getrennten früher akatholischen, dann aber zur katholischen Kirche übergetretenen Gegentheile gestattet.
Hofkanzlei-Decret vom 17. Juli 1835, S. 34, Nr. 61.

Wieliczka. Recht der Salinen- und Salzverschleiß-Direction zu Wieliczka, die zur Sicherstellung des Allerhöchsten Kazariums nöthigen gerichtlichen Verfügungen durch die Fiscalämter zu erwirken.

Justiz-Hofdecret vom 4. Mai 1840, S. 486, Nr. 430.

- Vom Districtual-Berggerichte zu Wieliczka, als dem für das Krakauer Gebiet provisorisch bestimmten Berggerichte erster Instanz, ist der Rechtszug an das galizische Appellationsgericht, und von diesem an die oberste Justizstelle zu leiten.

Justiz-Hofdecret vom 25. November 1847, S. 477, Nr. 1098.

Wien: Auf den Armen-Institutsbezirk von Wien wird die angeordnete Abnahme eines halben Procentes aus den Verlassenschaften für den Wiener Wohlthätigkeitsfond beschränkt.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juni 1821, S. 34, Nr. 1770.

- Die Zahl der Advocaten für Wien wird auf achtzig festgesetzt.

Justiz-Hofdecret vom 8. März 1822, S. 87, Nr. 1851.

- Gegen die Aussteller und Giranten in Wien zahlbarer förmlicher Wechsel findet der Auftrag, binnen 24 Stunden zu zahlen, Statt.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1828, S. 142, Nr. 2379.

- Errichtung eines Conventes der Redemptoristinnen in Wien und Befreiung desselben und seiner einzelnen Mitglieder vom Amortisationsgesetze mit dem Vorbehalte der vorläufigen landesfürstlichen Genehmigung bei der Erwerbung liegender Güter.

Hofkanzlei-Decret vom 23. December 1830, S. 220, Nr. 2498.

- Bestimmung der Anzahl der Hof- und Gerichts-Advocaten in Wien auf sechzig.

Justiz-Hofdecret vom 16. August 1834, S. 121, Nr. 2666.

- Die Verlassenschafts-Beiträge für die Krankenanstalten und für den Wohlthätigkeitsfond der Stadt Wien, dann für den Normalerschulfond haben bis auf weiteres fortzubestehen; wegen es von den für die arme Bürgerlade und den Seminarfond in Wien geforderten Verlassenschafts-Beiträgen abzukommen hat.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

- Vorschrift über die Vertilgung der alten unbrauchbaren Registraturacten bei dem Magistrat der Stadt Wien.

Justiz-Hofdecret vom 16. October 1843, S. 149, Nr. 751.

- Durch die Gefindeordnung für Wien vom 1. Mai 1810 hat das Strafgesetzbuch über Verbrechen keine Abänderung erlitten.

Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1846, S. 337, Nr. 967.

- Vorschrift über das summarische Verfahren in Civil-Rechtssachen bei den Grundgerichts-Verwaltungen der Vorstädte Wiens.

Justiz-Hofdecret vom 7. October 1846, S. 373, Nr. 988.

- Den von Amtswegen ohne Gehaltsaufbesserung, wenn auch mit dem Gewinne des systemmäßigen Quartiergeldes, aus der Provinz nach Wien berufenen Beamten können die normalmäßigen Uebersiedlungsgebühren nicht versagt werden.

Hofkammer-Decret vom 22. Jänner 1847, S. 405, Nr. 1021.

- Bei den Grundgerichts-Verwaltungen der Vorstädte Wiens können im summarischen Verfahren auch schriftliche Eingaben angebracht werden.

Niederösterreichische Regierungs-Verordnung vom 18. März 1847, S. 454, Nr. 1050.

- Die strafgerichtliche Behandlung sämmtlicher in dem §. 241, II. Theiles des Strafgesetzes, vorgesehenen Fälle von Ehrenbeleidigungen wird den Polizei-Behörden Wiens übertragen.

Hofkanzlei-Decret vom 12. April 1847, S. 459, Nr. 1058.

- S. auch Krankenhaus, Zinsaffion.

Wiener Beamte. S. Beamte.

- **Civilgericht.** S. Civilgericht.
- **Criminalgericht.** S. Criminalgericht.
- **Criminalgerichtshaus.** S. Criminalgerichtshaus.
- **Gefangenhaus.** S. Gefangenhaus, Strafhäuser.
- **Hochschule.** S. Universität.
- **juridische Facultät.** S. Facultät.
- **Magistrat.** S. Magistrat.
- **Neustadt.** S. Neustadt.
- **Oberkammeramts-Obligationen.** S. Obligationen.
- **Polizei-Oberdirection.** S. Polizei-Oberdirection.
- **Provincial-Strafhaus.** S. Strafhäuser.
- **Provincial-Strafhaus-Verwaltung.** S. Strafhausverwaltung.
- **Stadt-Banco-Lotto-Anlehens-Obligationen.** S. Obligationen.
- **Stadtconvict.** Behandlung der in k. k. Staatsdienste eintretenden Zöglinge des Wiener Stadtconvictes hinsichtlich der Verleihung des Abjutums.
Allerhöchste Entschliessung vom 18. Februar 1845, S. 253, Nr. 870.
- — S. auch Convict.
- **städtisches Civilgericht.** S. Civilgericht.
- **Universität.** S. Universität.
- **Zeitung.** S. Zeitung.
- **Zeitungs-Comptoir.** S. Zeitungscomptoir.

Wiesen. Vorschrift über das Verfahren bei Entschädigungs-Ansprüchen für die durch Remonten-Transporte an Wiesen verursachten Beschädigungen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Juli 1843, S. 130, Nr. 726.

Willen (letzter). S. Testament.

Willengeld. Einhebung der unter der Benennung Commune-Behausungs-Willengelder vorkommenden Gebühren bei den landesfürstlichen Pfliegergerichten, sowie bei den Patrimonialgerichten und Privat-Gutbesitzern im Inn- und Salzburger Kreise.

Hofkammer-Decret vom 24. November 1840, S. 539, Nr. 481.

Windischgrätz. Dem Chef des fürstlichen Hauses Windischgrätz gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133, und

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Winkelärzte. Bestrafung der Winkelärzte nach S. 98, II. Theiles des Strafgesetzes.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Februar 1836, S. 76, Nr. 128.

Winkelschreiber. Abstellung derselben in Böhmen.

Justiz-Hofdecret vom 3. Februar 1824, S. 170, Nr. 1985.

- **Raths- oder Rechtspractikanten der landesfürstlichen Orts- oder Bezirksgerichte und nicht vollständig organisirten Magistrate haben sich der Winkelschreiberei zu enthalten.**

Justiz-Hofdecret vom 1. September 1826, S. 46, Nr. 2218.

- **sind im summarischen Verfahren bei Civilgerichten als Bevollmächtigte der Parteien nicht zuzulassen.**

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

Winkelschreiber sind im summarischen Verfahren bei Militärgerichten nicht zuzulassen.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

— sind im summarischen Verfahren bei den Gerichtsstellen in Dalmatien nicht zuzulassen.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

Winkelsensalen. Bestrafung derselben.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 8. April 1842, S. 17, Nr. 606.

Wirksamkeit des vereinigten innerösterreichisch-küstenländischen Appellationsgerichtes zu Klagenfurt vom 1. September 1822.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1822, S. 111, Nr. 1882.

— Bestimmung des Zeitpunctes der Wirksamkeit des Gesetzes zum Schutze des Eigenthumsrechtes der Verfasser und Verleger literarischer, musikalischer und artistischer Werke gegen den unbefugten Nachdruck.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

Wirkung der bei der Real-Instanz vor der Concurs-Eröffnung angeführten Pränotation und Intabulation.

Justiz-Hofdecret vom 24. Juni 1839, S. 342, Nr. 366.

— der Verleihung von Titeln, Rang und Charakter einer bestimmten Dienstes-Kategorie an Beamte.

Hofkammer-Decret vom 24. Februar 1844, S. 195, Nr. 787.

— der Rechtfertigung des Ausbleibens von einer Tagssatzung im summarischen Verfahren bei Civilgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

— der Gesuche um Aufhebung der Folgen des Ausbleibens bei der Tagssatzung oder um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen eine verstrichene Fallfrist.

Justiz-Hofdecrete vom 19. Februar und 29. April 1846, S. 318 und 333, Nr. 937 und 957.

— der Rechtfertigung des Ausbleibens von einer Tagssatzung im summarischen Verfahren bei Militärgerichten.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

— der einfachen Gelübde im Orden der Jesuiten in privatrechtlicher Hinsicht.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1848, S. 495, Nr. 1124.

— der Rechtfertigung des Ausbleibens von einer Tagssatzung im summarischen Verfahren bei den dalmatinischen Gerichtsstellen.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

— der bewilligten und der unterlassenen Erneuerung der bei der Görzer Landtafel erworbenen Hypothek-, Pfand- und Servitutrechte auf Grundstücke und Urbarien.

Justiz-Ministerial-Decret vom 31. August 1848, S. 656, Nr. 1179.

Wirkungskreis der Landesstellen, hinsichtlich der Pensionirung und Entlassung der Beamten, dann Bewilligung von Remunerationen für dieselben.

Justiz-Hofdecrete vom 3. Februar und 20. Juli 1821, S. 6 und 40, Nr. 1736 und 1781.

— Bestimmung des Wirkungskreises des Collegialgerichtes zu Feldkirch.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1821, S. 38, Nr. 1778.

— des zu Carlstadt ausgelegten Fiscal-Adjuncten auf die Unterhans-Angelegenheiten im Finanzkreise.

Justiz-Hofdecret vom 13. August 1821, S. 44, Nr. 1792.

Wirkungskreis. Erläuterung der Vorschrift über den Wirkungskreis der Hofkammer, hinsichtlich der Bewilligung von Gnabengaben bis auf 500 fl.

Finanz-Ministerial-Note vom 14. August 1824, S. 264, Nr. 2036.

- der österreichischen Consulen im Abendlande in Schiffbruchsfällen und in anderen Angelegenheiten österreichischer Unterthanen.

Hofkammer-Decret vom 27. September 1834, S. 127, Nr. 2671.

- der landesfürstlichen Collegialgerichte erster und zweiter Instanz, in Rücksicht der Anstellung, Entlassung, Pensionirung, Degradirung und des Diensttausches ihrer Beamten.

Justiz-Hofdecree vom 15. März 1836, S. 77, Nr. 131.

- Bestimmung der Amtswirkksamkeit der Gerichts- und Cameralbehörden in Bemessung der Mortuars-Laxe.

Hofkanzlei-Decret vom 1. October 1837, S. 147, Nr. 232.

- der politischen Behörden bei Rechtsstreitigkeiten der Gemeinden.

Hofkanzlei-Decret vom 30. April 1840, S. 484, Nr. 428.

- der politischen und Justizbehörden in Expropriationsfällen bei Eisenbahnen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. April 1841, S. 572, Nr. 529.

- der politischen und der Justizbehörden hinsichtlich der Bemessung und des Bezuges des Depositionen-Zählgelbes.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Mai 1841, S. 577, Nr. 533.

- Bestimmung des Wirkungskreises der politischen und Justizbehörden in Stiftungssachen.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Mai 1841, S. 582, Nr. 541.

- der obersten Justizstelle, hinsichtlich der Macht zur Abänderung gleichförmiger Urtheile und Bescheide der Gerichte erster und zweiter Instanz. Bestimmung der Zahl der bei der dießfälligen Berathung erforderlichen Stimmführer.

Allerhöchste Entschlieung vom 17. Mai 1842, S. 36, Nr. 616.

- der obersten Justizstelle, hinsichtlich der Strafverschärfung im Wege der Commutation.

Allerhöchste Entschlieung vom 7. December 1844, S. 243, Nr. 852.

- Erweiterung des Wirkungskreises der Wiener Provinzial-Strafhaus-Verwaltung in Disciplinaryfällen, hinsichtlich der Strafverhängung über Sträflinge im Falle der eingetretenen strengen Nothwendigkeit.

Hofkanzlei-Decret vom 13. März 1845, S. 255, Nr. 875.

- der Elbezostrichter und der Behörden in Elbeschiffahrts-Angelegenheiten.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 2. December 1845, S. 289, Nr. 912.

- Der politischen Cameral- und Gerichtsbehörden über die Behandlung und Untersuchung der in- und ausländischen als Geld ausgeprägten Münzen, welche der Verfälschung verdächtig sind, oder welche als verfälscht erkannt werden.

Hofkammer-Decret vom 29. August 1846, S. 357, Nr. 981.

- der in Graz zur Schlichtung von Zwistigkeiten und Irrungen zwischen Civil- und Militärpersonen errichteten permanenten gemischten Commission.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Februar 1847, S. 419, Nr. 1033.

- Provisorische Vorschrift über den Wirkungskreis des Justizministeriums.

Erlaß des Justizministers vom 21. August 1848, S. 652, Nr. 1176.

- der Landesstellen. S. Landesstellen.

Wirth. Die Verpflichtung der uneingekauften Unterthanen in Galizien, der Obrigkeit, ehe sie ihre Gründe verlassen, taugliche Wirth zu stellen, hat künftig nur in der dem §. 1140 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches entsprechenden Weise Anwendung zu finden.

Kreischreiben des galizischen Guberniums vom 25. November 1846, S. 391, Nr. 1004.

Wirthschaftlichkeit. S. Sparsamkeit.

Wirthschaftsämter. In wie weit die Grundbuchsgeschäfte und Executionsführungen den obrigkeitlichen Wirthschafts- oder Justizämtern zustehen.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1824, S. 199, Nr. 1999.

- Dem Wirthschaftsämte können Notionen über die einer Herrschaft, wegen nicht befolgter Verschrift des Transteuer-Patentes, auferlegten Geldstrafen mit rechtlicher Wirkung zugesellt werden.

Justiz-Hofdecret vom 28. Jänner 1825, S. 288, Nr. 2070.

- In wie weit die obrigkeitlichen Wirthschaftsämter von den Amtshandlungen, welche das bürgerliche Gesetzbuch einem Gerichte zuweist, auszuschließen seien.

Justiz-Hofdecret vom 24. März 1825, S. 294, Nr. 2082.

- Bestimmung der Gebühren für die Ausfertigung eines Grundbuchs-Auszuges bei den Wirthschaftsämtern in Böhmen.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juni 1825, S. 302, Nr. 2099.

- haben in Erbschafts- und Vormundschafts-Angelegenheiten die Geldsummen in Convention-Münze anzusehen.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1831, S. 27, Nr. 2543.

- Gültigkeit der vor den Wirthschaftsämtern geschlossenen Vergleiche auf einen von den streitenden Parteien abzulegenden Eid.

Justiz-Hofdecret vom 5. März 1839, S. 333, Nr. 348.

- Den Wirthschaftsämtern in Mähren und Schlessen steht der Vollzug der Entscheidungen der Justizämter in Grundbuchs-Angelegenheiten zu.

Justiz-Hofdecret vom 30. November 1841, S. 655, Nr. 562.

- sind zur Legalisirung von Urkunden nicht berechtigt.

Justiz-Hofdecret vom 17. Jänner 1845, S. 250, Nr. 860.

- Instruction über das Verfahren außer Streitsachen bei den Wirthschaftsämtern in der Bukowina; dieselben haben am Schlusse eines jeden Jahres einen Auszug aller während des Jahres verhandelten Verlassenschaften und eine Pupillar-Tabelle dem Czernowitzer Kreisamte zur Weiterbeförderung an das galizische Appellationsgericht einzusenden.

Justiz-Hofdecret vom 8. Mai 1848, S. 495 und 514, Nr. 1125.

Wirthschaftsamtliche Vergleiche. S. Vergleiche.**Wirthschaftsbeamte.** S. Beamte.

Wirthschaftsbetrieb. Durch die Bewilligung zum Wirthschaftsbetriebe erlangt ein Minderjähriger die Großjährigkeit nicht.

Hofkanzlei-Decret vom 28. October 1829, S. 177, Nr. 2437.

Wirthschaftsgebäude. Untersuchung der Wirthschaftsgebäude auf den zur Dotation geistlicher Pfründner angewiesenen Gütern und Realitäten durch Kunstverständige nach dem Ableben dieser Pfründner.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1824, S. 260, Nr. 2027.

- Bestimmungen über die Entfernung-Distanz der Locomotiv-Eisenbahnen von Wirthschaftsgebäuden.

Hofkanzlei-Decret vom 22. October 1841, S. 614, Nr. 568.

Wirthschaftsrath. Bei dem Wirthschaftsrathe des Wiener Magistrates haben die Präses des Civil- und des Criminalgerichtes der Stadt Wien zu interveniren.

Justiz-Hofdecret vom 13. April 1841, S. 524, Nr. 570.

Wirthschaftsgeräthe. Erben haben den zur Zeit des Todes des Erblassers vorhanden gewesenen Vorrath an Wirthschaftsgeräthen in dem eidesstattigen Vermögensbekenntnisse anzugeben.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1841, S. 675, Nr. 582.

Wirthshäuser. S. Gasthöfe.

Wischitz. Bei dem Criminalgerichte zu Wischnitz in Galizien hat eine Criminal-Actuarsstelle einzugehen und werden demselben vier Auscultanten, einer mit einem Abjutum von 300 fl., zwei 200, und einer ohne Abjutum bewilliget.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juli 1826, S. 36, Nr. 2207.

Wittgenstein-Berleburg und

Wittgenstein-Hohenstein. Den Häuptern dieser reichsfürstlich-fürstlichen Familien gebührt der Titel „Durchlaucht“.

Justiz-Hofdecret vom 24. September 1825, S. 322, Nr. 2133.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Witwen. Vorschrift über die Auszahlung der Pensionen, Provisionen, Unterhalts- und Gnadengelder für Beamtenwitwen.

Justiz-Hofdecret vom 12. April 1821, S. 16, Nr. 1752.

- der nach einer 50jährigen Dienstleistung in einer Anstellung verstorbenen Beamten, nach den italienischen Pensions-Vorschriften gebührende Pension.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1821, S. 42, Nr. 1788.

- Das allgemeine Witwen- und Waisen-Institut in Wien untersteht, wenn es als moralische Person geklagt wird, der Gerichtsbarkeit des niederösterreichischen Landrechtes.

Justiz-Hofdecete vom 14. September 1822, S. 117, Nr. 1894, und vom 14. Mai 1824, S. 202, Nr. 2005.

- Welchen pensionsfähigen Beamtenwitwen und Waisen das Conduct-Quartal gebühre.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1823, S. 153, Nr. 1951, und

Hofkanzlei-Decret vom 13. Mai 1824, S. 201, Nr. 2004.

- Bestimmung des Gerichtsstandes für das in Galizien sich bildende Privat-Pensions-Institut für Witwen und Waisen.

Justiz-Hofdecret vom 12. August 1823, S. 157, Nr. 1961.

- deren Ehegatten vor zurückgelegter zehnjähriger Dienstzeit an den Folgen einer im Dienste sich zugezogenen Krankheit gestorben, sind pensionsfähig und erhalten das Conduct-Quartal.

Hofkanzlei-Decret vom 13. Mai 1824, S. 201, Nr. 2004.

- Abfertigung der nach den italienischen Normen pensionirten Beamtenwitwen bei ihrer Wiederehe.

Hofkammer-Decret vom 12. November 1827, S. 104, Nr. 2318.

- der Staatsbeamten darf auch in dem Falle einer geleisteten Dienstauction ein Conduct-Quartal bewilliget werden.

Hofkammer-Decret vom 25. September 1829, S. 172, Nr. 2428.

- Vorschrift über den Verlust der Pension oder Provision oder anderer Unterstützung der Witwen jener Beamten und minderen Staatsdiener, welche sich eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Übertretung oder eines anderen Vergehens schuldig gemacht haben, und während der Untersuchung, jedoch vor dem Urtheile oder Erkenntnisse, gestorben sind, oder deren pflichtwidrige Handlungen erst nach ihrem Tode, jedoch vor der Pensions-Anweisung, entdeckt worden sind.

Justiz-Hofdecret vom 23. Jänner 1830, S. 182, Nr. 2447.

- Die Witwe eines zur Zeit der Verehelichung sechzigjährigen Beamten, der mit ihr in der Ehe keine, außer der Ehe aber Kinder erzeugt hat, erhält, wenn sie vor Verlauf von vier Jahren Witwe geworden ist, keine Pension.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juni 1830, S. 199, Nr. 2467.

- Beamten-Witwen, die von ihrem Ehemanne geschieden waren, sind nur dann pensions- oder provisionsfähig, wenn sie beweisen, an der Scheidung keine Schuld zu haben.

Hofkammer-Decret vom 5. October 1830, S. 209, Nr. 2485.

Witwen. Vorschrift über die Pensions- oder Provisionsfähigkeit der Witwen des Aufsichtspersonals bei Untersuchungs-Gefängnissen und Strafanstalten.

Justiz-Hofdecret vom 27. November 1830, S. 217, Nr. 2493.

- Den Witwen der von den Provinzial-Gerichtsbehörden ernannten Beamten und minderen Diener weist die Landesstelle die normalmäßigen Bezüge an.

Justiz-Hofdecret vom 6. Juli 1832, S. 63, Nr. 2568.

- Bestimmung des Alimentations-Betrages für Witwen der suspendirten und vor vollendeter Untersuchung verstorbenen Beamten.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1832, S. 64, Nr. 2570.

- Durch Verbote, Vormerkung oder Execution auf die Pension der Beamtenwitwen erworben Rechte gehen verhältnismäßig auf die Abfertigung über.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1833, S. 87, Nr. 2606.

- Die Witwen der Staatsbeamten und minderen Diener, welche ihren Gatten im Pensions-, Quiescenten- oder Provisionsstande geheirathet haben, erhalten keine Abfertigung.

Hofkammer-Decret vom 8. April 1835, S. 4, Nr. 6.

- Wann die Witwen eines im Pensions- oder Provisionsstande verstorbenen Beamten oder Dieners eine Pension oder Provision erhalten.

Hofkammer-Decret vom 26. Mai 1835, S. 10, Nr. 25.

- Anwendung der Vorschrift vom 7. Juli 1832, über die Alimentation der Witwen in Untersuchung verfallener und vor Beendigung derselben verstorbenen Beamten, auch auf Witwen bloß provisionsfähiger Individuen; die Alimentation darf jedoch nicht weniger als vier Kreuzer täglich betragen.

Justiz-Hofdecret vom 17. August 1835, S. 41, Nr. 78.

- Vorschrift über die Pensionsbemessung für Witwen der von fremden Regierungen übernommenen Beamten.

Hofkammer-Decret vom 30. December 1836, S. 95, Nr. 162.

- Nur über Allerhöchste Aufforderung Seiner Majestät darf auf eine günstigere als die normalmäßige Pensionsbehandlung der Beamtenwitwen angetragen werden.

Justiz-Hofdecret vom 27. Februar 1837, S. 113, Nr. 177.

- In wieferne Witwen suspendirter Beamten Anspruch auf eine Pension, Provision oder Abfertigung haben.

Hofkammer-Decret vom 18. Juli 1837, S. 135, Nr. 215.

- Bei Pensionirung oder Provisionirung der Witwen städtischer, ständischer und jener Beamten und Diener, die ihre Bezüge aus vom Staatsschatz nicht unterstützten Fonds erhalten, darf ohne eine besondere Aufforderung auf eine günstigere als die normalmäßige Behandlung angetragen werden.

Hofkanzlei-Decret vom 10. Mai 1838, S. 81, Nr. 270.

- Vorschrift über die Bemessung der Provision für die Witwen der minderen Diener.

Hofkammer-Decret vom 21. September 1838, S. 278, Nr. 296.

- Die Aburtheilung der mit Pensionen, Provisionen oder Gnadengaben betheilten Beamtenwitwen, wegen Verbrechen, ist der betreffenden Cameral- oder politischen Behörde anzuzeigen.

Justiz-Hofdecret vom 5. Februar 1839, S. 324, Nr. 335.

- Ermächtigung der Landesstellen zur Anweisung der von sich verehelichenden Beamtenwitwen reservirten Pensionen und Gnadengaben.

Hofkammer-Decret vom 15. Februar 1839, S. 327, Nr. 341.

- auf die Provision der Witwen der Tiroler Landesvertheidiger findet keine Execution Statt.

Hofkammer-Decret vom 27. October 1839, S. 352, Nr. 383.

Witwen. Vollziehung der auf Pensionen und Provisionen unter Einhundert Gulden jährlich vor Kundmachung der Allerhöchsten Entschliessung vom 26. Februar 1839 bewilligten und rechtskräftig gewordenen Verbote der Beamten- und minderen Dienerswitwen, worauf nunmehr kein Verbot oder Execution stattfindet.

Hofkammer-Decret vom 29. Mai 1840, S. 501, Nr. 445.

- Wann und auf welche Vergehen der Beamten bei Bestimmung der Pensionen für Witwen keine Rücksicht genommen werden soll.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1840, S. 502, Nr. 448.

- Formulare zu Ausweisen, deren sich die landesfürstlichen Behörden bei Anträgen über Pensions- und Provisions-Bewilligungen für Staatsdienerswitwen zu bedienen haben.

Hofkammer-Decret vom 10. Mai 1842, S. 28, Nr. 613.

- Vorschrift über die Betheilung der Beamtenwitwen mit einem Erziehungsbeitrage für Kinder, welche erst im Ruhestande ihres Vaters geboren worden sind.

Hofkammer-Decret vom 14. Mai 1842, S. 36, Nr. 615.

- Vorschrift über die Anweisung des Conduct-Quartals an Beamtenwitwen.

Hofkammer-Decret vom 1. Juli 1843, S. 126, Nr. 717.

- Vorschrift über die Behandlung der Kinder der Witwen verstorbener Beamten und minderer Diener, deren Mutter für dieselben Erziehungsbeiträge genoss, und wegen eines Verbrechens oder einer schweren Polizei-Übertretung ihrer Pension oder Provision verlustig wurde.

Hofkammer-Decret vom 7. October 1845, S. 277, Nr. 903.

- Bestimmung des Termins, innerhalb welchem den sich verheirathenden pensionirten, provisionirten oder mit Unabgabebetheilten Staatsdienerswitwen die Wahl zwischen der Abfertigung oder dem Vorbehalte des genossenen Bezuges für den Eintritt des nochmaligen Witwenstandes gestattet ist.

Hofkammer-Decret vom 6. März 1846, S. 320, Nr. 944.

- Vorschrift über die Behandlung der Beamtenwitwen hinsichtlich der Pensionen, wenn ihre Gatten einen höheren Dienst-Charakter erhielten.

Hofkammer-Decret vom 23. October 1846, S. 386, Nr. 994.

- Die Pensionen der Witwen-Societät der juristischen Facultät der Wiener Hochschule, sind bei Bemessung der aus dem Staatskasse oder aus politischen Fonds den Beamtenwitwen zu bezahlenden Pensionen nicht in Abrechnung zu bringen.

Justiz-Hofdecret vom 3. März 1847, S. 426, Nr. 1039.

- Vorschrift über die Behandlung der Beamten des erloschenen Freistaates Krakau, dann ihrer Witwen und Waisen hinsichtlich ihrer Genuße.

Allerhöchste Entschliessung vom 31. Juli 1847, S. 466, Nr. 1077.

Witwen-Gesellschaft der juristischen Facultäts-Mitglieder. Die auf der Wiener Universität graduirten Doctoren der Rechte können, wenn sie binnen der bestimmten Zeit in die Facultät nicht eingetreten sind, von der Witwen-Gesellschaft ausgeschlossen werden; sie haben jedoch den Zinsenentgang von den über zwei Jahre verzögerten Facultätsgebühren an die Witwencasse zu vergüten.

Justiz-Hofdecret vom 28. December 1837, S. 164, Nr. 247.

Wohlthätigkeits-Anstalten. Befreiung der Armen- und anderer Wohlthätigkeits-Anstalten von Entrichtung des einhalbpersentigen Verlassenschafts-Beitrages zum weltlichen Stiftungsfonde von den ihnen erdeweise zufallenden Verlassenschaften.

Hofkanzlei-Decret vom 21. August 1841, S. 604, Nr. 557.

- **Fond.** Die Abnahme eines halben Percentes aus den Verlassenschaften für den Wiener Wohlthätigkeits-Fond wird auf den Armen-Institut-Bezirk von Wien beschränkt.

Justiz-Hofdecret vom 22. Juni 1821, S. 34, Nr. 1770.

Wohlthätigkeits-Fond. Die Verlassenschafts-Beiträge für den Wiener Wohlthätigkeits-Fond haben bis auf weiteres fortzubestehen.

Hofkanzlei-Decret vom 28. Februar 1842, S. 13, Nr. 600.

Wohlverhaltens-Zeugnisse. S. Zeugnisse.

Wohngebäude. Bestimmungen über die Entfernungs-Distanz der Locomotiv-Eisenbahnen von Wohngebäuden.

Hofkanzlei-Decret vom 22. October 1841, S. 614, Nr. 568.

Wohnsitz. Den für Krain ernannten Advocaten ist nicht erlaubt, ihren Wohnsitz außer der Hauptstadt Laibach zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 23. April 1830, S. 195, Nr. 2461.

- Bedingung der Erwerbung der österreichischen Staatsbürgerschaft durch den zehnjährigen ununterbrochenen Wohnsitz eines Ausländers in den österreichischen Staaten.

Hofkanzlei-Decret vom 1. März 1833, S. 79, Nr. 2597.

- Als Wohnsitz der Glieder der Gränzwache in Bezug auf die Civil- und Criminal-Gerichtsbarkeit ist der bestimmte Standort ihres Compagnie-Commando anzusehen.

Justiz-Hofdecret vom 28. September 1842, S. 61, Nr. 643.

- Als Wohnsitz der Glieder der Finanzwache ist der ihnen angewiesene Standort zu betrachten.

Hofkammer-Decret vom 21. April 1843, S. 105, Nr. 696.

Wohnungen. Die Natural-Wohnungen der Beamten unterliegen nicht der Diensttaxe.

Hofkammer-Decret vom 10. April 1841, S. 568, Nr. 522.

- Die Vermietung der Wohnungen von Seite der Pfründenbesitzer darf außer besonders rüch-sichtswürdigen Gründen nie über sechs Jahre hinausgehen.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Jänner 1844, S. 189, Nr. 776.

Wohnungs-Aufkündigung. Berechnung der Frist zur Aufkündigung vermieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Gebäude, dann Zustellung dieser Aufkündigung.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1833, S. 76, Nr. 2592.

- Vorschrift über die Aufkündigung und Räumung vermieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in der Hauptstadt Linz.

Justiz-Hofdecret vom 15. März 1833, S. 82, Nr. 2602.

- Vorschrift über die Aufkündigung und Räumung vermieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in der Hauptstadt Prag.

Justiz-Hofdecret vom 6. Februar 1837, S. 102, Nr. 169.

- Vorschrift über die Aufkündigung und Räumung vermieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in Salzburg.

Justiz-Hofdecret vom 18. Februar 1839, S. 328, Nr. 342.

- Vorschrift über die Aufkündigung und Räumung vermieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in der Stadt Brünn und ihren Vorstädten.

Hofkanzlei-Decret vom 5. October 1843, S. 143, Nr. 748.

- Vorschrift über die Aufkündigung und Räumung vermieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in den Städten: Zara, Spalato, Ragusa, Cattaro, Sebenico, und deren Vorstädte in Dalmatien.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1843, S. 175, Nr. 770.

- Das summarische Verfahren bei den Civilgerichten kann auf Streitigkeiten über die Räumung gemieteter Wohnungen nicht angewendet werden.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

Wohnungs-Aufkündigung. Das summarische Verfahren ist hinsichtlich der Streitigkeiten über Wohnungs-Aufkündigungen bei Militärgerichten nicht anzuwenden.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Anwendung des summarischen Verfahrens in Streitigkeiten über Wohnungs-Aufkündigung bei den Gerichtsstellen in Dalmatien. Die Vorschriften der Allerhöchsten Entschliessung vom 31. October 1843 (Justiz-Hofdecret vom 30. December 1853, Nr. 770, J. G. S.), welche sich auf die Aufkündigung des Bestandvertrages und der Gegenklärung wider dieselbe, auf die zu beobachtenden Formen und Fristen und auf die Execution einer in Rechtskraft erwachsenen Aufkündigung beziehen, bleiben durch die Einführung des summarischen Verfahrens in Dalmatien unverändert.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

Wolkenstein. Heimfagung des Patrimonialgerichtes Wolkenstein und Vereinigung desselben mit dem Landgerichte Kasteleuth.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1827, S. 85, Nr. 2286.

Wucher. Schon die Verbingung unerlaubter Zinsen ist ein Wucher.

Justiz-Hofdecret vom 26. März 1824, S. 199, Nr. 1997.

- Wie die Verjährung der Strafe des Wuchers zu laufen anfangt.

Justiz-Hofdecret vom 6. Mai 1825, S. 299, Nr. 2093.

- Auch bei Wucher-Untersuchungen können die nächsten Verwandten des Beschuldigten sich der Aussagen als Zeugen entschlagen.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 309, Nr. 2108.

- Die Verhängung des strengen Arrestes bei Verwandlung der Geldstrafe in Arreststrafe ist in Wuchersachen nicht gestattet.

Justiz-Hofdecret vom 28. November 1842, S. 75, Nr. 658.

- **Patent.** Aufhebung der Strafverschärfung durch Ausstellung im Kreise bei Uebertretungen des Wucher-Patentes.

Hofkanzlei-Decret vom 12. Mai 1848, S. 621, Nr. 1149.

- **Untersuchungen.** S. Untersuchungen.

Würden. Auf die Rücksicht der Taxen bei Würden-Verleihungen darf nicht angetragen werden.

Justiz-Hofdecret vom 21. Februar 1829, S. 147, Nr. 2388.

- (akademische). S. Studierende.

Württemberg. Ausdehnung des mit dem Königreiche Württemberg bestehenden Vermögens-Freijugigkeits-Vertrages.

Hofkanzlei-Decret vom 13. December 1837, S. 162, Nr. 245.

Wundärzte. Vorschrift über die Vergütung der Fuhr- und Zehrungskosten für das Sanitäts-Perfonale bei Dienst-Verrichtungen in einer nahen Gegend.

Hofkammer-Decret vom 19. Mai 1823, S. 146, Nr. 1942.

- Instruction für Criminal-Wundärzte.

Justiz-Hofdecret vom 21. Mai 1824, S. 203, Nr. 2009.

- Vergütung der Diäten- und Reisekosten der zu Criminal-Untersuchungen zugezogenen Wundärzte.

Justiz-Hofdecret vom 23. März 1832, S. 36, Nr. 2554.

- Amtsinstruction für die Criminalgerichts-Wundärzte in Böhmen.

Hofkanzlei-Decret vom 4. Juni 1835, S. 11, Nr. 28.

Wundärzte. Behandlung der an ausländischen Universitäten graduirten Wundärzte bei unbefugter Krankenbehandlung.

Hofkanzlei-Decret vom 26. Februar 1836, S. 76, Nr. 128.

- Bestimmung der Gebühren für Wundärzte, welche in Criminal-Angelegenheiten oder bei Untersuchungen über schwere Polizei-Übertretungen als Kunstverständige verwendet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 14. April 1837, S. 121, Nr. 193, dann

Hofkanzlei-Decrete vom 25. Jänner und 25. März 1841, S. 554 und 565, Nr. 499 und 517.

- Bedingte Gestattung der Ausübung der Praxis ausländischer, von ihren Regierungen berechtigter Wundärzte in den Gränzgegenden der kaiserlich-österreichischen Staaten.

Allerhöchste Entschließung vom 26. September 1837, S. 147, Nr. 231.

- Befugniß der Criminalgerichte, zu auswärtigen gerichtlich-medizinischen Untersuchungen, in Verhinderung des Kreiswundarztes, andere Wundärzte beizuziehen.

Hofkanzlei-Decret vom 11. Februar 1841, S. 560, Nr. 507.

- Vorschrift über die Vergütung der Reise- und Zehrungskosten für Wundärzte bei außerordentlichen in Verwaltung der Strafgerichtsbarkeit und Polizei ihnen aufgetragenen Leistungen.

Hofkanzlei-Decret vom 25. März 1841, S. 565, Nr. 517.

- Bestimmungen über die Ausübung der homöopathischen Heilmethode, über die Bereitung der hierzu erforderlichen Arzneien, dann Vorschrift über die Behandlung der Wundärzte, welche bei Ausübung derselben den Verdacht eines ahndungswürdigen Benehmens hervorrufen.

Hofkanzlei-Decret vom 9. December 1846, S. 393, Nr. 1007.

- Bestimmung der Diäten und Reisekosten für die als Kunstverständige bei den Gerichtssitten und Präturen in Dalmatien verwendeten Wundärzte.

Hofkanzlei-Decret vom 13. März 1847, S. 426, Nr. 1040.

- Beschränkung der Wundärzte in der Anwendung des Schwefeläthers und anderer Aethergattungen zur Betäubung der Kranken, dann Verbot des Experimentirens damit an Menschen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1847, S. 473, Nr. 1091.

- S. auch Sanitäts-Personale.

Wundärztliches Personale. S. Sanitäts-Personale.

Wundarzneifunde. Die Vorschriften über die unbefugte Ausübung der Wundarzneifunde haben auch bezüglich der homöopathischen Heilmethode Anwendung.

Hofkanzlei-Decret vom 9. December 1846, S. 393, Nr. 1007.

Wurmbrand. Der Titel „Erlaucht“ ist dem Haupte der mediatisirten reichsfürstlichen gräflichen Familie Wurmbrand von den Behörden in den Erlassen zu geben.

Justiz-Hofdecret vom 13. October 1829, S. 174, Nr. 2433, und

Hofkanzlei-Decret vom 22. Februar 1847, S. 424, Nr. 1038.

Wustungen. Vorschrift über die Einbringung der Wustungen in Tirol.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Februar 1822, S. 80, Nr. 1842.

Wuth. Vorschrift über die Vergütung des durch die Vertilgung der Effecten einer an der Hundwuth verstorbenen Person herbeigeführten Schadens.

Hofkanzlei-Decret vom 7. Jänner 1841, S. 549, Nr. 491.

Zählgeld. Abnahme des Zählgeldes von den von der Verwaltung der freiwilligen Gerichtsbarkeit herrührenden Depositen, und dem Vermögen der Mündel und Curanden; — dessen Nichtabnahme von den aus Pupillar- oder Curatels-Massen zur Bezahlung einer Schuld des Mündels oder Curanden bezogenen Depositen.

Justiz-Hofdecret vom 31. Mai 1823, S. 149, Nr. 1944.

- Die Kirchen sind von den ihnen zufallenden Erbschaften ein Depositen-Zählgeld zu entrichten nicht verbunden.

Justiz-Hofdecret vom 1. Februar 1828, S. 109, Nr. 2327.

- Befreiung der frommen Stiftungen und Anstalten in Dalmatien von der Zahlung des Zählgeldes bei Erhebung von gerichtlichen Depositen.

Justiz-Hofdecret vom 26. Jänner 1836, S. 73, Nr. 119.

- Den mit der Haftung für die Depositen beauftragten Beamten der landesfürstlichen Bezirksobrigkeiten und den landesfürstlichen Land- und Pfliegergerichten in Tirol, Salzburg und dem Innviertel wird die Abnahme des gesetzlich entfallenden Zählgeldes gestattet.

Hofammer-Decret vom 6. December 1836, S. 94, Nr. 160.

- Vorschrift über die Entscheidung der Beschwerden hinsichtlich des Zählgelds-Bezugs.

Hofkanzlei-Decret vom 7. December 1837, S. 144, Nr. 224.

- Wirkungskreis der politischen und der Justiz-Behörden hinsichtlich der Bemessung und des Bezugs des Depositen-Zählgeldes.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Mai 1841, S. 577, Nr. 533.

Zählung der Stimmen. Vorschrift für die Vorstehenden bei Gerichtsbehörden über die Zählung der Stimmen und Fassung der Rathsbeschlüsse in bürgerlichen Rechtsangelegenheiten.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1841, S. 565, Nr. 519.

Zahl. Vorschrift über die zu den Berathschlagungen der Appellationsgerichte erforderliche Zahl der Botanten.

Justiz-Hofdecret vom 30. April 1838, S. 177, Nr. 267.

- Bestimmung der Zahl der unentgeltlichen Kanzlei-Accessisten bei jeder reinen Justiz-Behörde.

Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1840, S. 383, Nr. 402.

Zahl der Botanten. S. Botanten.

Zahlamt. Vertilgung der bei dem Universal-Cameral-Zahlamt in Aufbewahrung befindlichen falschen Einlösungs- und Anticipations-Scheine und der Falsifications-Werkzeuge nach Verlauf von 30 Jahren von dem Zeitpunkte der Herausgebung oder der Zustandbringung.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juli 1848, S. 644, Nr. 1168.

Zahlung. Unfähigkeit desjenigen, welcher seine Zahlungen gerichtlich oder außergerichtlich eingestellt hat, zur Bekleidung einer Wechselsalen-Stelle.

Justiz-Hofdecret vom 3. August 1821, S. 41, Nr. 1785.

- Die Zurückzahlung der unter öffentlicher Aufsicht einer Militärbehörde stehenden Capitalien kann nur an den Vorsteher dieser Behörde gültig geschehen.

Hofkanzlei-Decret vom 17. Mai 1822, S. 96, Nr. 1870.

- Wann die in den Urtheilen angeetzte Frist zur Zahlung im Falle der angemeldeten Appellation oder Revision zu laufen anfange.

Justiz-Hofdecret vom 20. December 1822, S. 125, Nr. 1915.

- Die Entschädigung wegen verzögerter Zahlung eines Darlehens darf die gesetzlichen Zinsen nicht übersteigen.

Justiz-Hofdecret vom 13. Juni 1828, S. 122, Nr. 2347.

Zahlung. Verpflichtung der vor Verlauf eines Jahres nach Einstellung des Activitäts-Behaltes wieder angestellten Quiescenten zur verhältnißmäßigen Zurückzahlung des als Abfertigung bezogenen Jahresgehaltes.

Justiz-Hofdecret vom 3. September 1830, S. 207, Nr. 2479.

— der Erbsteuer von Obligationen und Bank-Actien nach dem Course derselben am Zahlungstage. Hofkanzlei-Decret vom 29. Jänner 1833, S. 76, Nr. 2590.

— Wenn die Zahlung eines Wechsels in Wien bis zwölf Uhr Mittags nicht geleistet worden ist, ist der Protest zu erheben.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1835, S. 62, Nr. 102.

— Bestimmung des Zeitraumes zur gesetzlichen Vermuthung der erfolgten Zahlung des Lohnes an Dienstbothen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. April 1839, S. 336, Nr. 355.

— Vorschrift über die Ertheilung der Execution bis zur Sicherstellung, wenn die Zahlung einer Schuld binnen vierzehn Tagen durch Bescheid verordnet wird, oder ein Endurtheil auf Zahlung erfolgt.

Justiz-Hofdecret vom 25. Jänner 1841, S. 552, Nr. 496.

— Der politischen Obrigkeit gebührt der Ersatz der auf die Verpflegung eines Beschuldigten verwendeten Kosten, wenn der Beschuldigte zur Zahlung der Criminalkosten überhaupt verurtheilt wird.

Hofkanzlei-Decret vom 12. September 1843, S. 138, Nr. 739.

— Der Verkäufer eines unbeweglichen Gutes in Dalmatien kann die Sicherstellung der Zahlung des Kaufschillinges durch die Inscription auf das verkaufte Gut erwirken.

Justiz-Hofdecret vom 18. December 1845, S. 296, Nr. 916.

— Nur die in Gold oder ausländischer Siltermünze gebührenden Zahlungen sind in der bedungenen Münzsorte, oder nach deren Werthe zur Zeit der Zahlung, in Banknoten zu leisten, bei allen anderen Zahlungen aber Banknoten nach ihrem vollen Nennwerthe anzunehmen.

Finanz-Ministerial-Decrete vom 21. und 22. Mai 1848, S. 635 und 636, Nr. 1152 und 1153, dann Patent vom 2. Juni 1848, S. 638, Nr. 1157.

Zahlungsaufgabe. Die Einwendungen gegen eine Wechselzahlungsaufgabe binnen 24 Stunden sind als Einreden zu behandeln.

Justiz-Hofdecret vom 17. April 1838, S. 173, Nr. 263.

Zahlungsauftrag. Gegen die Aussteller und Giranten in Wien zahlbarer förmlicher Wechsel findet der Auftrag, binnen 24 Stunden zu zahlen, Statt.

Justiz-Hofdecret vom 27. December 1828, S. 142, Nr. 2379.

Zahlungsbögen. Für die Zukunft können Zahlungsbögen der Pensionisten, Provisionisten Quiescenten und minderen Diener nicht verpfändet oder verpfändet werden, und sind die verpfändeten von den Besitzern abzufordern.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Juni 1840, S. 509, Nr. 450, und 24. December 1840, S. 544, Nr. 487.

Zahlungsunfähigkeit. Die auf unbefugte Tanzmusikhaltung gesetzte Geldstrafe ist bei erwiesener Zahlungsunfähigkeit des Uebertreters des Musikal-Impostes in eine arbiträre Arreststrafe umzuwandeln.

Hofkanzlei-Decret vom 22. Juli 1841, S. 595, Nr. 551.

Zahlungsverordnung. Vorschrift für das niederösterreichische Mercantil- und Wechselgericht in Betreff der über Zahlungs-Verordnungen während der dagegen anhängigen Berufung an den höheren Richter zu ertheilenden Execution.

Justiz-Hofdecret vom 10. März 1840, S. 475, Nr. 414.

Zams. Befreiung der barmherzigen Schwestern zu Zams in Tirol vom Amortisationsgeseze.
Hofkanzlei-Decret vom 23. April 1831, S. 14, Nr. 2514.

Zapuntello. Die Insel Zapuntello wird der Prätur Selve in Dalmatien zugewiesen.
Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1848, S. 493, Nr. 1119.

Zara. In Zara haben sechs Advocaten zu bestehen.

Justiz-Hofdecret vom 2. März 1822, S. 87, Nr. 1850.

- Den nach Zara bestimmten, und von dort nicht gebürtigen Auscultanten wird ein Adjutum von 400 fl. bewilliget.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1828, S. 130, Nr. 2359.

- Vorschrift über die Aufstünbigung und Räumung vermieteter Wohnungen und anderer Bestandtheile der Häuser in der Stadt Zara und ihrer Vorstädte.

Justiz-Hofdecret vom 30. December 1843, S. 175, Nr. 770.

Zavojaun. Die Steuergemeinde Zavojaun in Dalmatien wird der Prätur Vergoraz zugewiesen.
Justiz-Hofdecret vom 17. Februar 1848, S. 492, Nr. 1118.

Zechen. Bei aufgelassenen Zechen kann das vorfindige Gezähe, Erzvorräthe u. nicht in gerichtlichen Beschlagnahme genommen werden; in wieferne hierin eine Ausnahme statt finde.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 6. Mai 1838, S. 180, Nr. 269.

- Vorschrift über die Freimachung alter Zechen bei jenen Berggerichten, welche das hiezu vorgeschriebene Personale nicht aufbringen können.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 27. Jänner 1839, S. 323, Nr. 333.

Zehent. Wie Ausstände an Zehenten einzubringen seien.

Justiz-Hofdecret vom 31. December 1824, S. 280, Nr. 2061.

- Das Zehentrecht gründet sich nicht auf die Unterthänigkeit und muß in zweifelhaften Fällen erwiesen werden. Streitigkeiten über das Zehentrecht gehören vor den Civilrichter; politische Behörden haben nur den faktischen Besitzstand in Rücksicht der Art der Zehent-Einhebung zu bestimmen, und die nöthigen Maßregeln zur Erhaltung eines provisorischen Besitzstandes zu ergreifen.

Hofkanzlei-Decret vom 16. März 1826, S. 12, Nr. 2173 und vom 20. September 1826, S. 48, Nr. 2221.

- Vorschrift über die Entrichtung des Erdäpfel-Zehents in Krain.

Hofkanzlei-Decret vom 18. Februar 1833, S. 78, Nr. 2594.

- Bestimmungen über die freiwillige Abfindung zwischen den Grund- und Zehentherren und ihren Grund- und Zehent-Holden, hinsichtlich der Ablösung der Robot und des Zehents.

Hofkanzlei-Decret vom 18. December 1846, S. 395, Nr. 1012.

- Verpflichtung der Privat-Eisenbahn-Unternehmungen zur Entschädigung des auf den eingelösten Gründen haftenden Zehentrechtes an den Zehentberechtigten.

Hofkanzlei-Decret vom 18. Februar 1847, S. 422, Nr. 1036.

- Zur Ablösung des Zehents wird den Unterthanen die Veräußerung eines Theiles ihres Grundbesitzes gestattet, nur darf hiedurch die Subsistenz der Unterthanen und der aufrechte Stand der Wirtschaft nicht gefährdet werden.

Hofkanzlei-Decret vom 27. März 1848, S. 561, Nr. 1129.

- Aufhebung der Zehent-Entrichtung gegen eine vom Staatschatze zu leistende Entschädigung der Grundherrschaften in Galizien.

Patent vom 17. April 1848, S. 612, Nr. 1136.

Zehent. Vorschrift über die Behandlung der von den Grundobrigkeiten als Entgelt für den Zehent acquirirten und statt der Robot und des Zehents in den Complex des betreffenden Domainal-Besitzes übergehende Grundstücke, wenn dieselben von der Obrigkeit wieder veräußert und emphyteutisirt werden wollen.

Hofkanzlei-Decret vom 3. Mai 1848, S. 617, Nr. 1140.

- Aufhebung der Zehent-Entrichtung gegen Eine vom Staatsfiskus zu leistende Entschädigung der Grundherrschaften in der Bukowina.

Patent vom 9. August 1848, S. 648, Nr. 1173.

- Aufhebung der Zehent-Leistung gegen Entschädigung.

Patent vom 7. September 1848, S. 658, Nr. 1180.

- **Ablösungs-Verträge** sind ohne Unterschied der Bestätigung des Kreisamtes zu unterzeichnen.

Hofkanzlei-Decret vom 14. März 1844, S. 197, Nr. 792.

Zehentaufhebung. S. Zehent.

Zehentherren. Bestimmungen über die freiwillige Abfindung zwischen den Zehentherren und den Zehentholden, hinsichtlich der Ablösung des Zehents.

Hofkanzlei-Decret vom 18. December 1846, S. 395, Nr. 1012.

Zehentholden. Bestimmungen über die freiwillige Abfindung zwischen den Zehentholden und den Zehentherren hinsichtlich der Ablösung des Zehents.

Hofkanzlei-Decret vom 18. December 1846, S. 395, Nr. 1012.

Zehentordnung für das Herzogthum Salzburg.

Decret der Landesregierung in Oesterreich ob der Enns vom 17. Februar 1823, S. 130, Nr. 1925.

Zehentstreitigkeiten. S. Zehent.

Zehentsteuer. Befreiung der Grundobrigkeiten in Galizien von der Zehentsteuer.

Patent vom 17. April 1848, S. 612, Nr. 1136.

- Befreiung der Grundherrschaften in der Bukowina von der Zehentsteuer.

Patent vom 9. August 1848, S. 648, Nr. 1173.

Zechnjähriger Aufenthalt. S. Wohnsitz.

- **Wohnsitz.** S. Wohnsitz.

Zehrungskosten. Wann den landesfürstlichen Sanitätsbeamten bei Abgebung der ärztlichen Befunde über die Diensttauglichkeit eines Staatsbeamten die Vergütung der Zehrungskosten gebühre.

Justiz-Hofdecret vom 14. April 1832, S. 59, Nr. 2558.

- Vergütung der Zehrungskosten an die als Zeugen in Criminalfällen vorggerufenen Gränz- und Gefällen-Wache-Individuen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. April 1843, S. 105, Nr. 695.

- Vorschrift über die Vergütung der Zehrungskosten an Zeugen bei Untersuchungen von schweren Polizei-Übertretungen.

Hofkammer-Decret vom 7. Juli 1843, S. 128, Nr. 721.

- S. auch Diäten.

- **Pauschale** für den Scharfrichter und seine Gehilfen bei Hinrichtungen in entfernten Gegenden.

Hofkammer-Decret vom 10. November 1825, S. 328, Nr. 2143.

Zeichnungen. Die in Verlassenschaften vorgeschundenen anstößigen oder unsittlichen Zeichnungen dürfen nie öffentlich verkauft oder zum Verkaufe ausgesetzt werden.

Justiz-Hofdecret vom 30. August 1833, S. 102, Nr. 2629.

Zeit. In dem §. 163, I. Theiles des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, soll es heißen: innerhalb des Zeitraumes beigevoht habe, von welchem bis zur Entbindung nicht weniger als sechs, nicht mehr als zehn Monate verstrichen sind.

Justiz-Hofdecret vom 5. April 1822, S. 90, Nr. 1858.

- Bestimmung des Zeitraumes, von welchem die Verjährung der Strafe des Wuchers zu laufen anfangt.

Justiz-Hofdecret vom 6. Mai 1825, S. 299, Nr. 2093.

- Bestimmung eines Zeitraumes von vierzehn Tagen vor Beendigung des Commissionsgeschäftes zur Ueberreichung der Reifeparticular-Rechnungen.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1827, S. 62, Nr. 2247.

- Von welcher Zeit an das Patent vom 6. Juli 1833, über den Beweis aus dem Zusammenreffen der Umstände, für kundgemacht zu halten und in Anwendung zu bringen ist.

Justiz-Hofdecret vom 2. Mai 1834, S. 112, Nr. 2653.

- Bestimmung des Zeitraumes für die gesetzliche Vermuthung der erfolgten Zahlung des dem Dienstgefinde schuldigen Lohnes.

Hofkanzlei-Decret vom 10. April 1839, S. 336, Nr. 355.

- Bestimmung des Zeitraumes der probeweisen Praxis der bei reinen Justizbehörden aufgenommenen unentgeltlichen Kanzlei-Accessisten.

Justiz-Hofdecret vom 13. Jänner 1840, S. 383, Nr. 402.

- Bestimmung der Zustellungszeit der Urtheile über schwere Polizei-Übertretungen an den Beschädigten.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Februar 1840, S. 470, Nr. 405.

- Bestimmung der Zeit zur Einstellung der Alimantationsgebühr für suspendirte Beamte.

Hofkammer-Decret vom 1. März 1843, S. 97, Nr. 686.

- Abkürzung der Zeit der Civil- und Criminalpraxis zum Behufe der Ablegung der Richteramts-Prüfung von je Einem Jahre auf ein halbes Jahr bei Gerichten, welche die Civil- und Criminalgerichtsbarkeit in getrennten Senaten verwalten.

Justiz-Ministerial-Decret vom 3. Juni 1848, S. 639, Nr. 1158.

- Bestimmung der Zeit von dreißig Jahren zur Vertilgung der bei dem Universal-Cameral-Zahlamte in Aufbewahrung befindlichen falschen Einlösungs- und Anticipationscheine und der Fälschungs-Verzeuge.

Justiz-Hofdecret vom 5. Juli 1848, S. 644, Nr. 1168.

- S. auch Zeitraum.

Zeitraum. Bei welchen Depositen zum Behufe des Heimfalles die Bestimmung eines Zeitraumes von dreißig Jahren nach ihrem Erlage zur Edictal-Vorladung der unbekannten Eigenthümer derselben einzutreten habe.

Hofkanzlei-Decret vom 6. Jänner 1842, S. 5, Nr. 587.

- Bestimmung des Zeitraumes von Verpachtungen der Grundertragnisse und Gerechtsame, dann von Wohnungsvermietungen der Pfründentestiger.

Hofkanzlei-Decret vom 19. Jänner 1844, S. 189, Nr. 776.

- Bestimmung des Zeitraumes des Verlagsrechtes der Verfasser literarischer und artistischer Werke.

Patent vom 19. October 1846, S. 375, Nr. 992.

- Berechnung des zur Erneuerung der Hypothekar-Inscriptionen in Dalmatien vorgeschriebenen zehnjährigen Zeitraumes.

Justiz-Hofdecret vom 6. October 1847, S. 473, Nr. 1090.

- S. auch Zeit.

Zeitung. Wie die Kundmachungen landesfürstlicher Gerichtsbehörden in Privat-Angelegenheiten durch das Amtsblatt der Wiener Zeitung zu bewirken seien.

Justiz-Hofdecret vom 7. Jänner 1824, S. 169, Nr. 1983.

- Vorschrift über die Einschaltung der Edicten in die königlich-preussische Staats-Zeitung (den Anzeiger).

Justiz-Hofdecret vom 19. Mai 1829, S. 158, Nr. 2403.

- Vorschrift über die Einrückung der Einberufungs-Edicten wider unbefugte Ausgewanderte in die Zeitung.

Hofkanzlei-Decret vom 10. April 1834, S. 110, Nr. 2649.

- Concurse wegen der in Dalmatien erledigten Dienstplätze sind durch die dalmatinische Provinzial-Zeitung, Concurse wegen der daselbst erledigten Rathsstellen aber auch durch die Wiener Zeitung bekannt zu machen.

Justiz-Hofdecret vom 16. Jänner 1835, S. 134, Nr. 2683.

- Vorschrift über die Kundmachung der gerichtlichen Edicten durch Einschaltung in die Zeitung.

Justiz-Hofdecret vom 7. December 1835, S. 62, Nr. 101.

- Die Concurse-Edicten über erledigte Dienstplätze sind den Zeitungen ungesäumt einzurücken.

Justiz-Hofdecret vom 4. April 1839, S. 335, Nr. 353.

- Concurse-Ausschreibungen zur Wiederbesetzung erledigter Stellen der geprüften Bürgermeister, Magistratsräthe und Syndiker durch die Amtsblätter der betreffenden Provinzial-Zeitung.

Justiz-Hofdecret vom 9. Juni 1840, S. 502, Nr. 447.

- Einschaltung der Feilbietung der in Execution gezogenen Realitäten in das Amtsblatt der Zeitung.

Justiz-Hofdecret vom 7. Juli 1847, S. 465, Nr. 1073.

- Pflichten der Herausgeber von Zeitungen nach dem provisorischen Pressgesetz.

Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

- Vorschriften für Redacteurs von Zeitungen oder periodischen Schriften, dann Bestimmungen über Verantwortlichkeit und Bestrafung derselben bei Uebertretungen des Pressgesetzes.

Kundmachung des Ministerrathes vom 18. Mai 1848, S. 621 und 625, Nr. 1150 und 1151.

Zeitungs-Comptoir. Portofreie Behandlung der von den landesfürstlichen Behörden dem Wiener Zeitungs-Comptoir zukommenden Insertions-Entwürfe.

Hofkammer-Decret vom 29. April 1843, S. 120, Nr. 701.

- (Wiener). Gerichtsbehörden haben die Insertionen gleich unmittelbar zur unentgeltlichen Einschaltung an das Zeitungs-Comptoir einzusenden.

Hofkammer-Decret vom 16. Juli 1843, S. 129, Nr. 724.

Zeitweilige Verwendung. S. Verwendung.

Zengraff. Der Ort Zengraff wird in politischer Beziehung dem Magistrate der Stadt Götz, und in gerichtlichen Angelegenheiten dem Stadt- und Landrechte daselbst zugewiesen.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1832, S. 35, Nr. 2551.

Zeugen. Befreiung der Israeliten aus dem Königreiche Polen von dem Geleitszolle, welche zur Zeugenschaft zu einem Criminalgerichte in Galizien berufen werden.

Justiz-Hofdecret vom 11. März 1825, S. 290, Nr. 2075.

- Auch bei Wucher-Untersuchungen können sich die nächsten Verwandten des Beschuldigten der Aussage als Zeugen enthalten.

Justiz-Hofdecret vom 17. Juni 1825, S. 309, Nr. 2108.

- Weidigung der bei Criminal-Untersuchungen als Zeugen abzuhörenden katholischen und nicht unirten griechischen Feldgeistlichen.

Justiz-Hofdecret vom 5. December 1828, S. 140, Nr. 2374.

Zeugen. Die Verhöre der außer dem Gerichtsbezirke und an einem Orte, wo sich ein Landrecht befindet, wohnenden Zeugen, sind bei Bucher-Untersuchungen durch Ersuchsschreiben an dieses Landrecht zu bewirken.

Justiz-Hofdecret vom 21. September 1832, S. 69, Nr. 2577.

- Bestimmung der Gebühren der außer ihrem Wohnorte zur Sperr-Anlegung, Inventur oder Versteigerung zugezogenen Zeugen im Küstenlande.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1834, S. 121, Nr. 2667.

- Nur jene in Wien wohnende ungarische Unterthanen dürfen von der ungarischen Hofkanzlei als Zeugen verhört werden, welche zur Ablegung ihrer Aussage sich freiwillig bei der ungarischen Hofkanzlei stellen.

Justiz-Hofdecret vom 18. Mai 1835, S. 8, Nr. 20.

- Vorschrift über Eintragung der Zeugen in die Tauf- und Trauungsbücher.

Hofkanzlei-Decret vom 27. Juni 1835, S. 27, Nr. 44.

- Bestimmung der Zeugen- und Botengebühr in Dalmatien für die Vorurufung der Zeugen aus dem türkischen Gebiete vor die dalmatinischen Gerichte in Criminal-Angelegenheiten.

Hofkammer-Decret vom 3. März 1837, S. 115, Nr. 180.

- Vorschrift über die Erlassung von Urtheilen auf den Beweis durch Zeugen oder Kunstverständige.

Justiz-Hofdecret vom 12. September 1837, S. 145, Nr. 227.

- Anwendung des §. 178, lit. a), I. Theiles des Strafgesetzes, auch auf die vor einer Behörde in schweren Polizei-Übertretungsfällen abgelegten falschen Zeugenaussagen.

Hofkanzlei-Decret vom 20. September 1837, S. 146, Nr. 230.

- Anwendung des §. 178, lit. a), I. Theiles des Strafgesetzes, auf falsche Zeugenaussagen im Laufe der Untersuchungen wegen Gefällig-Übertretungen.

Hofkanzlei-Decret vom 14. Februar 1840, S. 473, Nr. 410.

- Beerdigung der Zeugen, wenn auch die Aussage derselben mit dem Geständnisse des Inquisiten übereinstimmt.

Justiz-Hofdecret vom 11. October 1842, S. 63, Nr. 647.

- Den als Zeugen in Criminal-Angelegenheiten vorggerufenen Gränz- und Gefällenwache-Individuen gebührt die Vergütung der Reise- und Zehrungskosten.

Hofkanzlei-Decret vom 21. April 1843, S. 105, Nr. 695.

- Vorschrift über die Vergütung der Fuhr- und Zehrungskosten an Zeugen bei Untersuchungen von schweren Polizei-Übertretungen und bei Einvernehmung zur Zeugenschaft in Fällen von Verbrechen.

Hofkammer-Decret vom 7. Juli 1843, S. 128, Nr. 721.

- Vorschrift für Criminalgerichte und Prätoren in Dalmatien, über die Erhebung des Alters der Zeugen bei fehlenden Tauffcheinen bei Criminal-Untersuchungen.

Justiz-Hofdecret vom 26. September 1843, S. 141, Nr. 745.

- Verpflichtung der Mitglieder des Jesuiten-Ordens, in Criminal- und schweren Polizei-Übertretungs-Angelegenheiten vor Gericht als Zeugen zu erscheinen, und ihr Zeugniß zu beschwören.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Februar 1844, S. 196, Nr. 789.

- Vorschrift über die dem Zeugenführer gestattete Aufführung zweier oder mehrerer Zeugen statt eines vor dem Verhöre verstorbenen, durch Urtheil zugelassenen Zeugen.

Justiz-Hofdecrete vom 18. September 1844 und 13. Februar 1845, S. 221 und 252, Nr. 830 und 866.

- Vermittlung der Staatskanzlei zur Leistung der Zeugenaussagen von einem fremden Missionärs-Chef und den ihm unterstehendem Personale in Criminalfällen von Bedeutung.

Justiz-Hofdecret vom 9. Jänner 1845, S. 247, Nr. 857.

Zeugen. Vorschrift über die Herstellung des Beweises durch Zeugen im summarischen Verfahren bei den Civilgerichten.

Justiz-Hofdecret vom 24. October 1845, S. 278, Nr. 906.

- Bestimmung der Erscheinungsgebühr für die als Zeugen in Criminal-Angelegenheiten vor dalmatinische Gerichtsbehörden vorggerufenen Montenegriner.

Justiz-Hofdecret vom 30. Juli 1846, S. 355, Nr. 976.

- Vorschrift über den Beweis durch Zeugen im summarischen Verfahren bei Militärgerichten.

Decret des Hofkriegsrathes vom 10. Februar 1847, S. 407, Nr. 1028.

- Bestimmung der Gebühren für die vor die dalmatinischen Gerichtsbehörden und Präturen vorggerufenen Zeugen.

Hofkammer-Decret vom 3. März 1847, S. 426, Nr. 1040.

- Bestimmung der Gebühren für Zeugen bei einfachen Polizeivergehen in Dalmatien.

Hofkanzlei-Decret vom 25. November 1847, S. 478, Nr. 1099.

- Vorschrift über die Beweisführung durch Zeugen im summarischen Verfahren bei den dalmatinischen Gerichtsstellen.

Justiz-Hofdecret vom 29. März 1848, S. 562, Nr. 1130.

Zeugenaussagen. S. Zeugen.

Zeugenbeweis. S. Beweis durch Zeugen, Zeugen.

Zeugeneid. S. Eid.

Zeugenführer. Vorschrift über die dem Zeugenführer gestattete Aufführung zweier oder mehrerer Zeugen statt eines vor dem Verhöre verstorbenen, durch Weirtheil zugelassenen Zeugen.

Justiz-Hofdecret vom 18. September 1844 und 13. Februar 1845, S. 221 und 252, Nr. 830 und 866.

Zeugengebühren. S. Zeugen.

Zeugenverhör. S. Verhör.

Zeugnisse. Die Abforderung eines Zeugnisses über die Prüfung aus den Gefällsvorschriften vor der Appellations-Prüfung für Gefälls-Examinatorstellen ist nicht notwendig.

Justiz-Hofdecret vom 23. December 1825, S. 332, Nr. 2152.

- Den Magistraten wird die Ausstellung von Dienst- und Verwendungs-Zeugnissen an ihre Beamte untersagt.

Justiz-Hofdecret vom 17. März 1826, S. 13, Nr. 2174.

- über fruchtlos versuchte Vergleiche haben die Bezirks-Obrigkeiten in Ilirien den Parteien unentgeltlich auszufertigen.

Justiz-Hofdecret vom 19. Jänner 1827, S. 64, Nr. 2251.

- Pfarherrliche Zeugnisse zur Uebernahme der Findlinge in die Verpflegung sind öffentliche Urkunden.

Justiz-Hofdecret vom 10. März 1827, S. 71, Nr. 2265.

- Die in Seiner Majestät Diensten stehenden Aerzte haben für die Wahrhaftigkeit ihrer Zeugnisse zu haften.

Justiz-Hofdecret vom 7. April 1827, S. 77, Nr. 2271.

- Vorschrift über die Ausstellung des Zeugnisses über die Fiscalprüfungen.

Justiz-Hofdecrete vom 11. Juli 1828 und 19. Mai 1829, S. 124 und 157, Nr. 2351 und 2402.

- Vorschrift über die Ausstellung und Bestätigung ärztlicher Zeugnisse für Beamte und andere Parteien durch die Protomediker, Kreisärzte und andere öffentliche Sanitätsbeamte.

Hofkanzlei-Decret vom 29. Juli 1830, S. 205, Nr. 2476.

- über die Prüfung für das Richteramt und für Auscultanten- und Advocatenstellen. Darin sind die Noten: hinlänglich, gut und ausgezeichnet auszubringen.

Justiz-Hofdecret vom 11. November 1831, S. 25, Nr. 2538.

Zeugnisse. Zur Civil- und Criminalrichter-Prüfung sind nur Diejenigen zuzulassen, welche die Studienzeugnisse über alle vorgeschriebenen Theile der Rechtswissenschaft beibringen, und darin wenigstens die erste Classe erhalten haben.

Justiz-Hofdecret vom 30. Jänner 1835, S. 135, Nr. 2687.

- Befreiung der Wohlverhaltens-Zeugnisse, welche den Unterthanen zum Behufe des zeitlichen Aufenthaltes auf einem anderen Dominium ausgestellt werden, vom Stempel.

Hofkanzlei-Decret vom 21. Februar 1835, S. 2689.

- Welche Studienzeugnisse zur Erlangung einer Kanzlisten- oder Kanzlei-Accessistenstelle bei den landesfürstlichen Justizbehörden aller drei Instanzen erforderlich sind.

Justiz-Hofdecret vom 17. April 1835, S. 6, Nr. 13.

- Die im diplomatischen Wege abverlangten Zeugnisse haben die Seelforger ohne Stempel und unentgeltlich auszufertigen.

Hofkanzlei-Decret vom 29. December 1835, S. 67, Nr. 112.

- Anwendung des §. 178, lit. a), 1. Theiles des Strafgesetzes, auch auf die von einer Behörde in schweren Polizei-Übertretungsfällen abgelegten falschen Zeugenaußagen.

Hofkanzlei-Decret vom 20. September 1837, S. 146, Nr. 230.

- über die Echtheit oder Unechtheit der Münzen stellen den Criminalgerichten außer Oesterreich unter der Enns die k. k. Landmünz-Probierämter aus, für Criminalgerichte in Oesterreich unter der Enns bleibt es bei dem bisherigen Verfahren.

Justiz-Hofdecret vom 19. Februar 1839, S. 331, Nr. 343.

- Den Anträgen um Gnabengaben für die das Normal-Alter überschrittenen Beamtenswaisen ist auch ein sittliches Wohlverhaltens-Zeugniß der zu betheiligenden Person beizulegen.

Hofkammer-Decret vom 30. März 1840, S. 479, Nr. 419; dann

Hofkanzlei-Decret vom 30. April 1840, S. 484, Nr. 427.

- Bestrafung der Einschleichung der Armuthszeugnisse zum Behufe der Stempelbefreiung nach §. 408 des Oesfällen-Strafgesetzes.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 26. Juli 1840, S. 517, Nr. 457.

- Ueber die Frage, ob die zum Behufe der Stempelbefreiung in einer Streitfache beigebrachten Armuthszeugnisse die vorgeschriebenen Eigenschaften haben, entscheiden die Gerichtsstellen, welche für die Zulassung der Parteien zum Armenrechte verantwortlich sind.

Justiz-Hofdecret vom 4. Jänner 1842, S. 4, Nr. 584.

- Vorschrift über die Ausfertigung und Bestätigung der Armuthszeugnisse für Israeliten in Prag, zum Behufe der Stempelbefreiung in ihren Rechtsstreiten.

Hofkammer-Decret vom 16. November 1843, S. 172, Nr. 766.

- Vorschrift für Seelforger, über die Erhebung und nachträgliche Eintragung der für Matrifkenbücher nöthigen Thatfachen, dann über die Ausstellung der pfarrlichen Zeugnisse hierüber.

Hofkanzlei-Decret vom 5. April 1844, S. 203, Nr. 799.

- Maschinisten, Locomotivführer, Gehilfen oder Heizer einer Dampfmaschine oder eines Dampfkessels haben sich vor ihrer Verwendung bei demselben über ihre praktischen Kenntnisse mit einem Zeugnisse einer öffentlichen technischen Lehranstalt auszuweisen.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Juni 1845, S. 266, Nr. 891.

- Vorschrift über die Aufnahme der Zöglinge der Theresianischen Ritter-Akademie in den Justizdienst, auch ohne vorzügliche Studienzeugnisse.

Älterhöchste Entschließung vom 23. Jänner 1847, S. 405, Nr. 1022.

- Wann das Zeugniß eines Angestellten der Eisenbahn-Unternehmung volle Giltigkeit hat.

Hofkanzlei-Decret vom 7. März 1847, S. 436, Nr. 1044, S. 51.

- S. auch Beamte, Befunde, Studienzeugnisse.

Zinsabschnitte von öffentlichen Obligationen. S. Coupons.

Zinsen. Bestimmung der Verjährungsfrist für Pachtzins oder Pachtenthälte und für Verzugszinsen.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1836, S. 89, Nr. 151.

— S. auch Interessen.

Zinsencoupons. S. Coupons.

Zinsfaffionen. Bedingungen, unter denen der Werth der Häuser in Wien und den Vorstädten Wiens bei Anlegung der Gelder der Minderjährigen und Pflegebefohlenen nach den Zinsfaffionen berechnet werden kann.

Justiz-Hofdecrete vom 10. Juli 1829, S. 165, Nr. 2418, und vom 29. Mai 1844, S. 210, Nr. 809.

Zinsentafeln. S. Tafeln.

Zirklach. Die Hauptgemeinde Zirklach in Mähren wird dem landesfürstlichen Bezirkscommissariate III. Classe zu Michelsstetten in Mähren zugewiesen.

Justiz-Hofdecret vom 24. April 1844, S. 207, Nr. 801.

Zuaim. In Zuaim haben vier Advocaten ihren Wohnsitz zu nehmen.

Justiz-Hofdecret vom 9. April 1822, S. 91, Nr. 1861.

Zögerung. S. Verzögerung.

Zöglinge. Webung der Beförderung der Zöglinge des Wiener Stadtconvictes zu Auscultanten.

Justiz-Hofdecret vom 22. August 1828, S. 130, Nr. 2359.

— Die aus der Neustädter Militär-Akademie, wegen Untauglichkeit zu Feldkriegsdiensten ankommenden und mit Pension theilhaftigen Zöglinge, sind wie die pensionirten Officiere bei Civil-Anstellungen zu behandeln.

Hofkanzlei-Decret vom 4. September 1828, S. 131, Nr. 2360, und

Justiz-Hofdecret vom 6. Februar 1829, S. 142, Nr. 2380.

— Behandlung der in k. k. Staatsdienste eintretenden Zöglinge des Wiener Stadtconvictes hinsichtlich der Verleihung des Abjutums.

Allerhöchste Entschliessung vom 18. Februar 1845, S. 253, Nr. 870.

— Behandlung der mit Vorzugselassen ihre Berufsstudien zurückgelegten Zöglinge des Prager Convictes hinsichtlich der Verleihung des Abjutums beim Eintritt in den Staatsdienst.

Allerhöchste Entschliessung vom 31. October 1846, S. 389, Nr. 999.

— Vorschrift über die Aufnahme der Zöglinge der Theresianischen Ritter-Akademie in den Justizdienst auch ohne vorzügliche Zeugnisse.

Allerhöchste Entschliessung vom 23. Jänner 1847, S. 405, Nr. 1022.

Zölle. Liquidirung, Einbringung und Sicherstellung rückständiger Zölle und Verzehrungssteuer-Gebühren.

Justiz-Hofdecret vom 10. Februar 1832, S. 31, Nr. 2548.

Zollämter. Vorschrift für Zollämter über das zollamtliche Verfahren, wenn die im Inlande entwendeten und den Dieben im Auslande abgenommenen Gegenstände als Corpora delicti von einer anderen strafgerichtlichen Behörde des Auslandes, als einem Criminalgerichte, an eine andere öffentliche Behörde des österreichischen Zollgebietes, als an ein Criminalgericht, eingesendet werden.

Hofkammer-Decret vom 26. September 1847, S. 472, Nr. 1089.

Zollamtliche Untersuchung. S. Untersuchung.

Zollamtliches Verfahren mit Gegenständen, welche von ausländischen Gerichten an ein österreichisches Criminalgericht gesendet werden.

Hofkammer-Decret vom 4. Jänner 1843, S. 85, Nr. 669.

Zollamt. Vorschrift für Zollämter, über die zollämtliche Untersuchung des von einer ausländischen Behörde an ein inländisches Criminalgericht eingelangten Gegenstandes einer criminalgerichtlichen Amtshandlung.

Hofkammer-Decret vom 6. März 1844, S. 196, Nr. 791.

Zollbehörden. Wirkungskreis der Elbezollbehörden in Elbeschiffahrts-Angelegenheiten.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 2. December 1845, S. 289, Nr. 912.

Zollgefälls-Administrationen haben jeden Fall, wo ein Verbrechen obzuwalten scheint, dem gehörigen Criminalgerichte unter Mittheilung der Verhandlungsacten ohne Aufschub anzuzeigen.

Justiz-Hofdecet vom 26. Juli 1822, S. 111, Nr. 1883.

- — Vereinigung der illirischen mit der steierisch-kärnthnerischen; Weisung wegen Ueberreichung der Aufforderungssklagen notionirter, in dem laibacher oder kärntnerischen Souveränitäts-Bezirk wohnenden Parteien.

Justiz-Hofdecet vom 20. Mai 1825, S. 301, Nr. 2097.

- **Verhandlungen.** S. Zoll-Übertretung.

Zollordnung. Anwendung des §. 111 der Zollordnung auf Tabakschwärzungen.

Justiz-Hofdecet vom 30. März 1822, S. 89, Nr. 1856.

Zollrichter. Wirkungskreis der Elbe-Zollrichter in Elbeschiffahrts-Angelegenheiten.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 2. December 1845, S. 289, Nr. 912.

- **Übertretung.** Beiziehung von Gerichtspersonen zur Untersuchung der Zoll-Übertretungen, und wo sich kein Gericht befindet, wer dazu beigezogen werden könne.

Justiz-Hofdecet vom 23. Juni 1821, S. 35, Nr. 1772.

Zuckerbäcker. Verbot des Gebrauches unverzinnter, dann Beschränkung des Gebrauches verzinnter Kupfer- und Messing-Geschirre und des Bemalens genießbarer Zuckerbäckerwaaren von Seite der Zuckerbäcker.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 19. September 1848, S. 661, Nr. 1183.

Zuckerbäckerwaaren. Beschränkung des Bemalens genießbarer Zuckerbäckerwaaren.

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 19. September 1848, S. 661, Nr. 1183.

Züchtigung mit Stockstreichen darf zur Aufrechterhaltung des provisorischen Besitzstandes nicht verhängt werden.

Justiz-Hofdecet vom 26. November 1824, S. 270, Nr. 2051.

- Die öffentliche Züchtigung eines Soldaten mit Stockstreichen und Gassenlaufen zieht den Verlust der Tapferkeitsmedaille, der damit verbundenen Zulage und des Invalidengehaltes nach sich.

Justiz-Hofdecet vom 24. April 1829, S. 151, Nr. 2395.

- Bestimmung der Fälle, in denen Criminal-Urtheile auf Züchtigung durch Streiche dem Obergerichte vorgelegt werden.

Justiz-Hofdecet vom 27. Februar 1835, S. 136, Nr. 2690.

- Beibehaltung der Züchtigung mit Stock- und Ruthenstreichen, und Vorschrift für Criminalgerichte über die Anwendung derselben.

Allerhöchste Entschließung vom 25. April 1840, S. 482, Nr. 425.

Zugehör. Als ein Zugehör an einer aufgelassenen Feste oder eines Berggebäudes ist das vorfindige Gezehe, Erzvorräthe u. zu betrachten; in wieferne hierin Ausnahmen zu gelten haben.

Decret der Hofkammer in Münz- und Bergwesen vom 6. Mai 1838, S. 180, Nr. 269.

Zugehör eines unbeweglichen Gutes. S. Fundus instructus.

Zugeständnisse für französische Consuln in Sauvetage-Fällen französischer Schiffe an den österreichischen Küsten gegen Zusage der vollkommenen Reciprocität.

Hofkammer-Decret vom 24. Mai 1832, S. 62, Nr. 2565.

Zulage. Die mit der Tapferkeitsmedaille verbundene Zulage geht durch das auf Cassation wider einen Officier und auf öffentliche Züchtigung mit Stockstreichen, Gassenlaufen oder auf eine noch schwerere Strafe gegen die übrige Mannschaft gefällte Urtheil verloren.

Justiz-Hofdecree vom 24. April 1829, S. 151, Nr. 2395.

— S. auch Besoldung.

Zulassung der Gubernial-Secretäre als politische Repräsentanten bei den Gerichtsbehörden.

Justiz-Hofdecree vom 17. März 1826, S. 14, Nr. 2175.

— Nach Verlauf des peremptorischen Termins zum Antritte eines Beweises, kann dieser Beweis nicht zugelassen werden, sobald sich der Gegner demselben widersetzt.

Älteste Entschliessung vom 22. Mai 1847, S. 462, Nr. 1065.

— Vorschrift über das Verfahren des Richters bei Zulassung des Haupttheiles cumulatim oder subsidiarisch mit anderen Beweismitteln.

Älteste Entschliessung vom 19. Juni 1847, S. 463, Nr. 1068.

— der Rechtscandidaten zur vorgeschriebenen einjährigen Civil-Richteramtspaxis bei dem Wiener Civilgerichte.

Justiz-Ministerial-Decret vom 19. April 1848, S. 616, Nr. 1137.

Zurechnung. Vorschrift über Zurechnung der Militär- zur Civildienstzeit der Beamten und minder Diener bei Bemessung der Pensionen und Provisionen.

Hofkammer-Decret vom 7. August 1843, S. 133, Nr. 732.

Zurücklegung der Berufsstudien mit vorzüglichen Sitten- und Fortgangselassen; Begriffe derselben.

Älteste Entschliessung vom 31. October 1846, S. 389, Nr. 999.

Zurückzahlung. S. Zahlung.

Zusammentreffen der Umstände. Neue Vorschriften über den Beweis durch das Zusammentreffen der Umstände im Criminalprocesse.

Patent vom 6. Juli 1833, S. 95, Nr. 2622, und

Justiz-Hofdecree vom 2. Mai 1834, S. 112, Nr. 2653.

— eines Verbrechens mit einer schweren Polizei-Übertretung; Vorschrift für das Benehmen des Criminalrichters hierbei.

Justiz-Hofdecree vom 1. August 1837, S. 136, Nr. 217.

— Die dem niederösterreichischen Appellationsgerichte ertheilte Belehrung über das Zusammentreffen schwerer Polizei-Übertretungen mit Verbrechen wird den übrigen Appellationsgerichten mitgetheilt.

Justiz-Hofdecree vom 20. Februar 1838, S. 172, Nr. 258.

Zuschrift. Verpflichtung der portopflichtigen Behörden zur Annahme der Zuschriften der gleichfalls portopflichtigen Aemter und Bezahlung des Postporto.

Hofkammer-Decret vom 18. März 1845, S. 256, Nr. 876.

— S. auch Ersuch schreiben.

Zusicherung der Erhaltung der Lebens-Integrität ist in jedem Lebensvertrage zu ertheilen.

Hofkanzlei-Decret vom 30. Jänner 1843, S. 94, Nr. 679.

Zustellung. Wie die Zustellung der Erlässe königlich-neapolitanischer Gerichte an österreichische Unterthanen zu geschehen habe.

Zustiz-Hofdecret vom 19. Jänner 1821, S. 2, Nr. 1731.

— In den gerichtlichen Zustellungen ist den Criminalgerichts-Beisitzern der Titel „Herr“ zu geben.

Zustiz-Hofdecret vom 11. August 1821, S. 43, Nr. 1790.

— Wegen Zustellung der im südlichen Tirol nach der vorigen italienischen Gerichts-Ordnung geschöpften Urtheile, die noch nicht zugestellt waren.

Zustiz-Hofdecret vom 17. September 1821, S. 47, Nr. 1798.

— Vorschrift bei gerichtlichen Zustellungen, wo mehrere geklagte Streitigenossen einschreiten, die keinen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten angezeigt haben.

Zustiz-Hofdecret vom 4. November 1822, S. 122, Nr. 1905.

— Gebühren für Gerichtsdiener bei Zustellungen.

Zustiz-Hofdecret vom 19. April 1823, S. 142, Nr. 1936.

— Wie das wider einen Verstorbenen, wegen der schuldigen Entschädigung gefällte Criminal-Urtheil seinen zum Recurse berechtigten Erben zuzustellen sei.

Zustiz-Hofdecret vom 6. Juni 1823, S. 149, Nr. 1945.

— Der Zustellungstag des Urtheiles, wider welches appellirt oder revidirt wird, ist in den Berichten zur Einbegleitung der Appellations- oder Revisions-Acten immer anzugeben.

Zustiz-Hofdecret vom 28. Juli 1823, S. 156, Nr. 1956.

— Motionen über die einer Herrschaft wegen nicht befolgter Vorschrift des Tranksteuer-Patentes auferlegten Geldstrafen, können auch dem Wirtschaftsamte dieser Herrschaft mit rechtlicher Wirkung zugestellt werden.

Zustiz-Hofdecret vom 28. Jänner 1825, S. 288, Nr. 2070.

— In den Berichten über Hofrecurse ist der Tag der Zustellung der Appellations-Entschließung mit Beilegung des Zustellungs-Scheines bestimmt anzugeben.

Zustiz-Hofdecret vom 20. Juli 1827, S. 88, Nr. 2292.

— Berechnung der Weilengelder der Gerichtsdiener bei gerichtlichen Zustellungen.

Zustiz-Hofdecret vom 14. September 1827, S. 97, Nr. 2304.

— Pflicht des requirirenden Richters zur Zustellung der von ihm ausfertigten gestempelten Abschrift der vom requirirten Richter ihm zugesendeten Original-Schätzungs-Urkunde.

Zustiz-Hofdecret vom 26. Jänner 1828, S. 108, Nr. 2324.

— Die Zustellungen in fiscalämlichen Angelegenheiten im Küstenlande sollen soviel möglich durch die Post bewirkt werden. Geschehen sie durch Gerichtsdiener, so gebührt denselben ein Weilengeld.

Zustiz-Hofdecret vom 12. März 1830, S. 186, Nr. 2452.

— Die Zustellung der von deutschen Gerichtsstellen wider ungarische Unterthanen gefällten Urtheile ist durch die ungarische Hofkanzlei zu bewirken.

Zustiz-Hofdecret vom 9. April 1830, S. 188, Nr. 2456.

— Vorschrift über die Zustellung der von einer Gefälls-Administration wider einen minderjährigen Ungar geschöpften Motion.

Zustiz-Hofdecret vom 26. März 1831, S. 12, Nr. 2509.

— Vorschrift über die Zustellung der gerichtlichen Verfügungen, wodurch eine Execution, Vorwerkung oder ein Verbot auf Interessen der bei der Universal-Staats- und Banco-Schuldencasse in Wien anliegenden Capitalien bewilligt oder aufgehoben wird.

Zustiz-Hofdecret vom 9. September 1831, S. 20, Nr. 2528.

— Vorschrift über die Zustellung der Aufkündigungen der Wohnungen und anderer Bestandtheile der Gebäude.

Zustiz-Hofdecret vom 8. Februar 1833, S. 76, Nr. 2592.

Zustellung. Vorschrift über die Zustellung der Klagen an außer Landes wohnende Personen, deren Aufenthaltsort bekannt ist.

Justiz-Hofdecret vom 11. Mai 1833, S. 91, Nr. 2612.

- Vorschrift über die Zustellung der aus dem Königreiche beider Sicilien, oder aus dem Auslande überhaupt im ministeriellen oder ämtlichen Wege einlangenden Vorladungen oder andern gerichtlichen Verordnungen.

Justiz-Hofdecret vom 25. Mai 1835, S. 9, Nr. 23.

- Verpflichtung der Militär-Parteien in Prag zur Annahme der ihnen vom Prager Magistrat zukommenden Zustellungen in Ausziehungssachen.

Justiz-Hofdecret vom 13. September 1836, S. 92, Nr. 155.

- Vorschrift über die Zustellung der Gerichtsacten und Urkunden an In- und Ausländer im Großherzogthume Hessen.

Justiz-Hofdecret vom 18. Juli 1837, S. 135, Nr. 214.

- Bestimmung der Gebühren für die Zustellung der gerichtlichen Vergleiche in Tirol und Vorarlberg.

Hofkammer-Decret vom 23. Jänner 1838, S. 167, Nr. 250.

- Die Zustellung gerichtlicher Acten im ämtlichen Wege findet in Sardinien nicht Statt.

Justiz-Hofdecret vom 15. Jänner 1839, S. 322, Nr. 327.

- Vorschrift über die Zustellung gerichtlicher Acte an die in Privatdiensten fremder Gesandten stehenden Personen.

Justiz-Hofdecret vom 2. September 1839, S. 348, Nr. 375.

- Bestimmung der Zustellungszeit der Urtheile über schwere Polizei-Übertretungen an den Beschädigten.

Hofkanzlei-Decret vom 2. Februar 1840, S. 470, Nr. 405.

- Vorschrift für die Justizbehörden, über das Verfahren, wenn denselben die von bairischen Unterthanen wider österreichische Unterthanen bei bairischen Gerichten angebrachten und verabschiedeten, Klagen dann Urtheile zur Zustellung und Vollstreckung eingesendet werden.

Justiz-Hofdecret vom 13. Juli 1841, S. 594, Nr. 548.

- Vorschrift über die Zustellung gerichtlicher Acte an Parteien, welche im Königreiche Sardinien wohnhaft sind.

Justiz-Hofdecret vom 20. December 1841, S. 674, Nr. 579.

- Den Amtsboten der Gränzämmerer ist für eine gehörig ausgewiesene versuchte Zustellung das Weggeld zu entrichten.

Justiz-Hofdecret vom 8. Februar 1842, S. 9, Nr. 596.

- Vorschrift über die Zustellung der Vorladungen und Verordnungen der ungarischen Wechselgerichte von Seite der österreichischen Gerichtsbehörden.

Justiz-Hofdecret vom 13. März 1843, S. 100, Nr. 688.

- Die politischen Behörden haben die an sie zur Zustellung einlangenden Erlässe auswärtiger Gerichte an den zuständigen Richter erster Instanz zur Amtshandlung zu übermachen.

Hofkanzlei-Decret vom 22. April 1843, S. 117, Nr. 697.

- Vorschrift über die Behandlung der Empfangs-Bestätigungen über gerichtliche Zustellungen an Parteien hinsichtlich des Postporto.

Justiz-Hofdecret vom 10. October 1843, S. 148, Nr. 794.

- Vorschrift über die Art der Zustellung gerichtlicher Ersuchsschreiben in das Großherzogthum Toscana.

Justiz-Hofdecret vom 4. März 1846, S. 320, Nr. 942.

- Vorpflichtigkeit der Correspondenz wegen Zustellung der Erledigungen der Gesuche, wodurch die bürgerliche Sicherstellung oder Löschung eines dinglichen Rechtes bewilligt wurde, an den betheiligten Gegner.

Hofkammer-Decret vom 14. Mai 1846, S. 335, Nr. 963.

Zustellung. Vorschrift für die Gerichtsstellen, über das Verfahren hinsichtlich der Zustellung gerichtlicher Acte an die in Großbritannien und Irland befindlichen Parteien.

Justiz-Hofdecret vom 10. December 1846, S. 394, Nr. 1008.

- Vorschrift für Gerichtsbehörden, über die Zustellung der gerichtlichen Erhebungen über Klagen gegen mehrere Beklagte.

Justiz-Hofdecret vom 7. März 1847, S. 435, Nr. 1042.

- Vorschrift über das Verfahren der Gerichtsbehörden bei Zustellungen an österreichische oder fremde Unterthanen in der Türkei bei Auskünften oder solchen Verfügungen, welche bloße Parteisachen betreffen.

Justiz-Hofdecret vom 16. Juni 1847, S. 462, Nr. 1066.

- S. auch Postporto.

Zustellungs-Gebühr. S. Zustellung.

Zutritt. Der Zutritt zu den zum Tode verurtheilten Verbrechern ist nur auf deren Verwandte und solche Personen zu beschränken, die der Verurtheilte zu sehen wünscht.

Justiz-Hofdecret vom 11. September 1837, S. 145, Nr. 226.

Zuziehung zweier Justizräthe. Ueber die Behandlung der einer schweren Polizei-Übertretung schuldigen, oder von derselben, oder von einem Verbrechen nur ab instantia losgesprochenen landesfürstlichen Beamten, sind auch dann zwei Justizräthe zu Rath zu ziehen, wenn die Behörde selbst nicht auf die Entlassung des Beamten anträgt.

Justiz-Hofdecret vom 16. August 1834, S. 121, Nr. 2665.

Zweite Instanz. Alle an die zweite oder dritte Instanz gerichteten Recurse, sowohl wider abschlägige, als auch wider bewilligende Bescheide über Gesuche um Einverleibung oder Pränotierung, dann über Executions-Gesuche, sind bei dem Richter erster Instanz, welcher den ersten Bescheid erlassen hat, zu überreichen.

Hofkanzlei-Decret vom 10. März 1840, S. 475, Nr. 415.

- Bestimmung der zweiten Instanz zur Entscheidung über Recurse gegen Verfügungen und Urtheile der Elbe-Zollgerichte.

Hofkammer-Präsidial-Decret vom 2. December 1845, S. 289, Nr. 912.

- Das galizische Appellationsgericht übt in zweiter Instanz die Criminal-Gerichtsbarkheit über alle im Krakauer Gebiete begangenen Verbrechen aus.

Justiz-Hofdecret vom 24. December 1846, S. 399, Nr. 1014.

- Die Gerichtsstellen zweiter Instanz haben bei Vorlegung von Civil- und Criminal-Processen, immer einen genau verfaßten Actenauszug anzuschließen, welcher von den Referenten der obersten Justizstelle bei Bearbeitung und bei dem Vortrage derselben benützt werden dürfen.

Justiz-Ministerial-Decret vom 6. Mai 1848, S. 618, Nr. 1143.

Zwickspiel gehört unter die verbotenen Spiele.

Hofkanzlei-Decret vom 26. August 1841, S. 604, Nr. 558.

Handwritten text block 1

Handwritten text block 2

Handwritten text block 3

Handwritten text block 4

Handwritten text block 5

Handwritten text block 6

Handwritten text block 7

Handwritten text block 8

Handwritten text block 9

Handwritten text block 10

Handwritten text block 11

Handwritten text block 12

Handwritten text block 13

Handwritten text block 14

Handwritten text block 15

ÖSTERREICHISCHE
NATIONALBIBLIOTHEK

ÖNB



+Z137413802

